<36609293760019

Neue Würzburger Zeitung

für das Jahr

1868.

Fünfundsechzigster Jahrgang.

Würzburg.
Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 1.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 1. Januar 1868.

Eine Rückschau.

I.

Würzburg, 1. Januar.

Die schöne deutsche Sitte des „Anwünschens" eines „glückseligen neuen Jahres" ist leider fast ganz außer Uebung gekommen. Heruntergesunken zu einer leeren und lästigen Formalität, sucht man sich davon mit Geld loszukaufen, und selbst die noch hie und da in alter Weise bestehende Ausübung ist zum größten Theile nichts weiter, als ein mehr oder minder verschleiertes, zahmes Attentat auf den Geldbeutel des „Angewünschten." Schade darum, denn es ist eine Sitte nicht ohne tieferen Sinn, eine Sitte voll Herzlichkeit und ächt deutschen Gemüthes; eine Mahnung im Glücke, denn der Wunsch auf fortdauerndes Glück schließt die Möglichkeit des Gegentheils in sich — ein mächtiger Trost im Unglücke, denn schon die Theilnahme gießt Balsam in das wunde Gemüth — eine Ermuthigung für den Strebenden, ein Sporn für den Trägen: Allen wird durch den Wunsch das erreichbare Ziel des Glückes, der Seligkeit vor Augen gestellt!

Wir bekennen uns deßhalb in Bezug auf diese Sitte offen und gerne als entschieden konservativ. Selbst auf die Gefahr hin, eines veralteten Geschmackes beschuldigt zu werden, wünschen wir allen unsern Lesern aus ganzem Herzen ein „glückseliges neues Jahr!"

„Wie wenig Aussicht ist dazu vorhanden," wird uns Mancher seufzend auf unsern Wunsch entgegnen. Auch wir selbst täuschen uns darüber nicht. Ganz Europa schwankt gleich einer Flotte im vom Sturme aufgewühlten Meer, die Meinungen und Leidenschaften blasen gleich entfesselten Winden hierher und dorthin. Glaubt das eine Schiff im sicheren Hafen zu sein, so schleudert es, noch ehe Zeit war zum Ankerwerfen, ein konträrer Wind wieder mitten in den Tumult der andern. Aber eben weil es eine Zeit des Kampfes ist, dürfen wir, darf Keiner die Hände in den Schooß legen, wenn wir den Sieg, wenn wir ein glückseliges neues Jahr erringen wollen. Nichts darf uns den Muth und die Hoffnung rauben, denn jede Sache ist verloren, so wie sie sich selbst verloren gibt. Die treue Hingebung einer Nation an ihre eigene Kraft und sittliche Tugend ist die alleinige Wurzel ihrer Wohlfahrt und Freiheit und somit der festeste Stützpunkt der Menschheit selbst. Der Glaube an den endlichen Sieg des wahren und ächten Fortschrittes zur menschenwürdigen Freiheit, die allein Wohlstand, Glück und den äußeren und inneren Frieden in der Menschen Herz bringen kann — dieser Glaube an den Sieg des Rechtes und der Wahrheit muß fest und unerschütterlich in uns aufrecht erhalten werden, wenn wir den Sieg selbst wirklich erringen wollen.

„Es ist ein Ideal" — erwidert man und wir antworten darauf mit den Worten eines ebenso geistreichen als gelehrten Mannes, der auch in seiner Wissenschaft, der katholischen Theologie, ein Ideal anstrebte, das unerreichbar scheint, und der einmal in seiner Symbolik den Bespöttern der Ideale zuruft: „Alles muß aus Idealen leben, denen sich die Gemeinheit selbst entzieht; wie könnte sie sonst wohl noch Gemeinheit sein! Die Worte des Herrn: Seiet vollkommen, wie euer Vater im Himmel vollkommen ist — werden darum noch nicht zu nichte, wenn auch kein Mensch Gott gleicht; wehe dem vielmehr, der das Ideal deßhalb verwerfen wollte, weil er es unter Menschen doch nicht vollkommen dargestellt findet!"

„Aber in der Politik ist ja neuestens jedes Ideal verpönt; nur mehr „Realpolitiker" haben ein Recht mitzusprechen" — entgegnet man uns abermals. Diesem Einwurfe gegenüber dürfte doch die Frage aufgestellt werden, ob nicht derjenige der aufrichtigere Idealist ist, welcher den Weg zu dem uns Allen gemeinsamen idealen Ziel nicht in einem Luftballon, auf einer „Reise in's Blaue," sondern auf dem allerdings beschwerlicheren Wege der mühsamen Fußwanderung sucht. Ohne Anstrengung kein Lohn, ohne Kampf kein Sieg! Vierzig Jahre mußten die Israeliten in der Wüste wandern, ehe ihnen das gelobte Land zu Theil wurde.

Dies ist unser Standpunkt, an dem wir unverrückbar festhalten, von dem aus wir mit unsern Lesern die Ereignisse und Resultate des eben vergangenen Jahres noch einmal in zusammenfassenden Bildern an uns vorüberziehen lassen wollen. Nicht besser können wir dies einleiten, als mit einer Stelle aus Fichtes herrlichen „Reden an die deutsche Nation." Auch Fichte ist Idealist und zwar ein ausgesuchter, oder, um in der philosophischen Schulsprache zu reden, ein transcendentaler Idealist; aber er zeigt den realsten Weg zum Ideal, wenn er beim Beginne seiner Reden sagt: er setzte solche deutsche

Neujahrsnacht.

Weithin dröhnend hallt vom Dome
Zwölfter Stunde erster Schlag.
Auf den Straßen, die von Schaaren
Lustiger Kumpane wimmeln,
Wird es reger. Um die Wette
Tauschen sie die Neujahrswünsche.
Freuderufe, oft aus heis'rer
Bierdunstschwang'rer Kehle stammend,
Schallen durch die Nacht und wecken
Auf die wen'gen stillen Schläfer.

In dem Kreise seiner Lieben
Sitzt vor frischgefüllter Bowle
Still ein Elternpaar und freudig
Füllen sie die Becher alle.
Hoch! erschallt, dem neuen Jahre!
Aus dem lieben Vatermunde.
Antwort tönt aus jungen Kehlen;
Und so trinken sie dem neuen
Jahr das fröhlichste Willkommen.

Dort in tabakangeschwärzter
Düst'rer Kneipe sitzt ein grauer
Zecher. Hat den frischgefüllten
Humpen hoch emporgehoben.
Seinem alten Zechgenossen
Fröhlich winkend ruft er: „Prosit!"
Und zur Ehr' des neuen Jahres
Leert er ihn bis auf die Neige.

Schwarzbefrackt und weißbehandschuht,
Weißgeschürzt und buntbebändert
Drehen sich die jungen Paare
In dem glänzend hellen Ballsaal.
Plötzlich mit dem ersten Schlage
Tönt lautschmetternd die Fanfare.
Wie vom Zauberschlag getroffen
Lösen sie des Tanzes Reigen,
Und sie wogen durcheinander,
Freudestrahlend aus den Blicken,
Plappern hohl geschraubte Phrasen
Von Neujahr und Glück und Wohlsein,
Freundschaft, Liebe und so weiter.

Hoch auf steilem Giebeldache
Sitzt der alte schwarze Kater,
(Da ich hoffe, daß Ihr Alle
Ihn als alten längstbekannten
Und bewährten Freund begrüßet,
Will ich nicht den Namen nennen)
Schaut herab auf das Gewimmel
In den volksbelebten Gassen,
Schaut den Vater, schaut den Zecher
Und die bunten Menschenschaaren
In dem glänzendhellen Ballsaal.
Brummend schüttelt er das alte
Kluge Haupt und murmelt leise:
„Sind doch wahrlich sonderbare
Käuze, diese Herrn der Schöpfung!
Freu'n sich, daß ein Jahr vorüber!
Ist das auch ein Grund zur Freude?
Ging das alte, kommt das neue,
's ist, soviel ich weiß, noch großer
Vorrath in dem Schooß der Zeiten.
Brachte Euch das nun verfloss'ne
Nicht viel Gutes, wird vielleicht das

Zuhörer voraus, welche nicht etwa mit Allem, was sie sind, rein aufgehen in dem Gefühle des Schmerzes und ohnmächtigen Zornes, in dem Gefühle der Trostlosigkeit, und in diesen Gefühlen sich weiden, sich dadurch abzufinden gedenken mit der an sie ergehenden Aufforderung zur That; ebensowenig redet er zu solchen, welche zufrieden sind, wenn sie Speise und Trank haben und ihnen kein körperlicher Schmerz zugefügt wird. Fichte wünscht sich solche Zuhörer, welche über Schmerz, Zorn und Trostlosigkeit sich erheben zu klarer Besonnenheit und Betrachtung ihres Zustandes. „Keineswegs aber — fährt er fort — gedenke ich Sie zu erheben über diesen Schmerz durch Vertröstung auf eine Hilfe, die von Außen her kommen solle, und durch Verweisungen auf allerlei mögliche Ereignisse und Veränderungen, die etwa die Zeit herbeiführen könne; denn falls auch diese Denkart, die lieber in der wankenden Welt der Möglichkeiten schweifen, als auf das Nothwendige sich heften mag, und die ihre Rettung lieber dem blinden Ungefähr, als sich selber verdanken will, schon an sich von dem sträflichsten Leichtsinne und der tiefsten Verachtung seiner selbst zeugte, so wie sie es wirklich thut, so haben auch noch überdieß alle Vertröstungen und Verweisungen dieser Art durchaus keine Anwendung auf unsere Lage. Es läßt sich der strenge Beweis führen, daß kein Mensch und keines von allen im Gebiete der Möglichkeiten liegenden Ereignissen uns helfen kann, sondern daß allein wir selber uns helfen müssen, falls uns geholfen werden soll. Vielmehr werde ich Sie zu erheben suchen durch klare Einsicht in unsere Lage, in unsere noch übrig gebliebene Kraft, in die Mittel unserer Rettung. Ich werde darum allerdings einen gewissen Grad der Besinnung, eine gewisse Selbstthätigkeit und einige Aufopferung zumuthen und rechne auf Zuhörer, denen sich so viel zumuthen läßt."

Werfen wir, um uns nicht den Vorwurf leeren Nachschwätzens fremder Phrasen zuzuziehen, gleich jetzt noch am Schlusse dieses ersten Artikels einen Blick klarer Einsicht auf unsere Lage und betreten wir damit zugleich, um uns gleichfalls gegen den Vorwurf eines gegenstandslosen Idealismus zu schützen, den rein realen Boden, so drängt sich uns folgende Betrachtung auf:

Nicht blos ein Anspruch steigenden Selbstgefühls und ein Ziel geistiger Erhebung ist heutzutage das Verlangen nach nationaler Größe und nach dem Zusammenhange mit einem mächtigen Ganzen, sondern auch ein Erforderniß materieller Wohlfahrt, eine nothwendige Bedingung des Gedeihens für eine Masse von Einzelinteressen. Handels- und Verkehrsinteressen reichen überall weit über die Staatsgrenzen hinaus. Draußen nun, in der großen Weltkonkurrenz bedürfen sie der Macht; der Mangel an dieser greift störend bis in die Einzelinteressen zurück. Wäre die Macht vorhanden, aber es fehlte an der Zusammenfassung, um sie zweckdienlich zu verwenden, so geht es nicht eindruckslos vorüber, wenn man daneben den durchgreifenden Schutz sieht, dessen sich Angehörige und Interessen eines Großstaates allenthalben erfreuen. Es ist nicht eine poetische Aufwallung, nicht das geistige Selbstgefühl allein, was uns zu einer Einigung drängte und drängt, sondern auch nebenbei eine nüchterne, prosaische hausbackene Nothwendigkeit. Man bedarf volkswirthschaftlich der Einheit und der Macht, um die Interessen der Nation zu pflegen, zu schützen; dieser Erkenntniß kann sich Niemand mehr verschließen, und darum machte sich kürzlich das Verlangen, den Zollverein um jeden Preis zu erhalten und zu befestigen, auf so einmüthige und dringende Weise geltend.

Bayerischer Landtag.

h. München, 30. Dez. [Sitzung der Kammer der Abgeordneten: Zoll- und Handelsvertrag mit Weimar. Staatsbauwesen. Bodenzinsverrechnung.] Am Ministertische die Herren Staatsminister Frhr. v. Pechmann, v. Pfretzschner, v. Schlör, v. Gresser, v. Lutz. Nachdem das Protokoll der letzten Sitzung verlesen war, theilte Hr. Präsident Dr. Pözl mit, daß 39 Mitglieder wegen ihrer Abwesenheit von der heutigen Sitzung sich entschuldigt haben.

Erster Gegenstand der Berathung war die Mittheilung der k. Staatsregierung, den Vertrag mit dem Großherzogthum Sachsen-Weimar wegen Zoll- und Handelsverhältnisse betr., worüber Abg. Rother Vortrag erstattete. Die Bewohner der großh. Enklave Ostheim waren bis jetzt verpflichtet, ihren Bedarf an Salz aus der kgl. Salzfaktorie Mellrichstadt zu beziehen, so daß die Einbringung anderen als bayerischen Salzes in dem ganzen Bezirke bei Strafe der Contrebande verboten war. Dagegen wurde von Seite Bayerns an die großh. sächsische Staatskasse eine der Konsumtion entsprechende Vergütung geleistet. In Folge der neuen Zoll- und Handelsverträge aber ist im ganzen Zollvereinsgebiete der völlig freie Verkehr mit Salz statuirt und das Recht des Staates, den Salzhandel allein zu betreiben, außer Wirksamkeit gesetzt. Es wurde daher zwischen Bayern und dem Großh. Sachsen-Weimar ein Vertrag abgeschlossen, wonach der Art. 8 des Vertrags vom 24. Mai 1843, die Besteuerung der inneren Erzeugnisse im großh. Vordergerichte Ostheim betr., entsprechend abgeändert worden ist. Die Kammer ertheilte dieser Abänderung des Vertrags einstimmig ihre Zustimmung.

Bermühler erstattete nun Vortrag über die Nachweisungen des effektiven Aufwandes auf das Staatsbauwesen in den Jahren 1863/66 und bemerkte u. A., daß der budgetmäßige Ansatz für die Staatsstraßen nicht unwesentlich überschritten worden sei und daß die Straßen doch schlechter seien als in andern Ländern, wo eine Etatsüberschreitung nicht vorkömmt. Was die Ursache ist, kann Referent nicht untersuchen, doch soviel glaube er bemerken zu dürfen, daß die Staatsstraßen besser waren, so lange das Institut der Wegmeister bestand. Die Ueberwachung der Wegmacher sei jetzt den Assistenten überlassen und diese seien mit anderen Geschäften schon überhäuft. Die Frage, wie hier Abhilfe zu treffen sei, werde am besten bei Berathung des Budgets erörtert, weßhalb die Kammer heute den vorgelegten Nachweisungen die Zustimmung ertheilen wolle.

Stenglein beantragte zu dem Ausschußvorschlag folgenden Zusatz: es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, anordnen zu wollen, daß Vorsorge getroffen werde, daß die Kosten für Unterhaltung derjenigen Distriktsstraßen, welche durch den Bau der Eisen-

---

Neue Euch noch wen'ger bringen.
Jünger seid Ihr auch nicht worden,
Jedes Jahr, das Ihr beendigt,
Bringt Euch doch der Grube näher.
Wahrlich schöner Grund zum Jubel!
Also sprach er, weltschmerzfühlend,
Ringelt tiefer seinen Schweif.
Und mißmuthig kroch er abwärts,
Durch die Dachluck' einzusteigen
Und vergrub den strupp'gen Kopf in
Seines Lagers finst'rer Ecke.

S. P.

Die Irländer in Amerika.

Aus dem in der Anmerkung zum gestrigen Leitartikel erwähnten interessanten Buch, dessen vollständiger Titel lautet: The Irish in America By John Francis Maguire M. P. (Longman and Co.) — geben wir nach der „Englischen Korrespondenz" einen kurzen Auszug. Maguire, der auch Parlamentsmitglied ist, schildert den Zustand, die Gefühle, die Strebungen und Wünsche seiner nach Amerika ausgewanderten Landsleute — ein Thema, dessen Interesse nur wachsen kann in einem Augenblick, wo das amerikanische Irland drohend die Faust gegen das alte Britenthum hebt.

Maguire wollte die Lage der Söhne seines Vaterlands in der neuen Heimath kennen lernen; er wollte wissen, ob die Voraussetzungen und Theorien, welche über sie in der alten Welt gäng und gäbe sind, sich in der neuen bewähren, und machte deshalb die Runde bei den Irländern Nordamerika's, ging von Halifax aus durch Neu-Schottland, Neu-Braunschweig, die beiden Canada's nach den Nord- und Südstaaten der Union, studirte die Lage seiner Landsleute als Ansiedler in dem ungelichteten Urwald, als Arbeiter in den Werften, als Schatzgräber und Pächter, als Kapitalisten und Kaufleute. Vor allem aber wichtig erschienen ihm die politische Bedeutung und das politische Ziel der amerikanischen Irländer.

Von der sozialen und sittlichen Lage seines Volks in Amerika zeigt sich Maguire sehr befriedigt. An Rowdies und Trunkenbolden — das ist seine Ansicht — fehlt es zwar unter ihnen nicht, am wenigsten unter jenen, die in den Städten angehäuft sind; im Ganzen aber ist der Irländer in Amerika ein energischer und ausdauernder Arbeiter, der sich vielfach von Elend zu Behäbigkeit, ja zu Wohlleben und Reichthum durchgearbeitet, Ländereien und Wohlstand, ja nicht selten Geld in der Bank angelegt, erworben hat.

Sein neues Vaterland hat er leidenschaftlich lieb gewonnen, ohne seine nationalen Antipathien aufzugeben, denn er haßt England mehr als je. Die beiden Gefühle, feurige Liebe zu Amerika und bittern Haß gegen England, hat Maguire selbst bei alten O'Connellisten, den Anhängern der Lehre von der moralischen Gewalt, er hat sie bei den bedächtigen Geschäftsmännern und Graubärten vorgefunden, bei Leuten, welche das Frenierthum hassen und verlachen, nicht minder als bei den fanatischen Feniern selbst.

Von diesen letztern hält Maguire nicht viel, sie scheinen ihm nicht furchtbar zu sein, obwohl sie durch ihre bisherigen Niederlagen nichts weniger als entmuthigt sind. Der mißlungene Versuch in Canada hat sie nicht gehindert, neue in Cork und Kerry zu wagen.

bahnen den Charakter von Staatsstraßen angenommen haben, auf Rechnung des Staates übernommen werden, weil die betreffenden [illegible]kkie, welchen die Unterhaltung der fraglichen Straßen obliegt, wirklich überlastet seien.

Dr. v. Hoffmann regt die Verzögerung der Herstellung eines neuen Schulhauses in Altdorf an und knüpfte daran die Bitte, die k. Staatsregierung wolle diesen Bau doch beschleunigen. Zur Aufklärung bemerkte Ministerialrath v. Betzold, daß der Zustand des alten Schulhauses in Altdorf untersucht, das Bedürfniß eines Neubaues anerkannt, der Bauplan festgestellt und die Summe von 50,000 fl. ins Budget eingestellt ist; sobald diese Summe genehmigt ist, werde der Bau begonnen werden.

Referent Bermühler sprach noch den Wunsch aus, daß die äußeren Baubehörden zum Unterhalt der Straßen und Brücken vom 1. Januar an nicht ganz ohne Baarmittel gelassen werden, weil bei etwa eintretenden Elementarereignissen dem Staate ein großer Schaden zugefügt werden könnte, worauf Ministerialkommissär v. Pauli erwiderte, daß zu fraglichem Zweck ein Kredit von 800,000 fl. im Laufe ist; diese Summe werde hinreichend sein, alle Bedürfnisse bis 1. April zu decken. Die Anträge des Ausschusses und des Abg. Stenglein wurden sodann angenommen.

Den letzten Gegenstand der Berathung bildete der Antrag der Abg. Jos. Wagner, Spiegel und Dr. Völk, die Erhebung und Verrechnung der im November verfallenden Bodenzinse betr. Referent v. Schultes beantragte Namens des 2. Ausschusses den Uebergang zur Tagesordnung, da sich die vorliegende Frage bereits erledigt hat, indem bei den meisten Rentämtern die Bodenzinse schon eingegangen sind, und da das Finanzministerium den Termin der Rechnungsstellung auf den letzten Februar bis 15. März verlängert hat und hiedurch geeignete Rücksichtnahme auf die Zahlungskräfte der Bodenzinspflichtigen, wie auch die Gestattung angemessener Zahlungsnachsicht ermöglicht ist.

Jos. Wagner und Dr. Völk stellten folgenden Antrag: die Kammer geht über den Antrag in der Erwartung zur Tagesordnung über, daß bei Feststellung des Finanzgesetzes der vorliegende Gegenstand eine den bisherigen thatsächlichen und den rechtlichen Verhältnissen der Betheiligten entsprechende Erledigung finden werde. Jos. Wagner, Sing und Dr. Völk begründeten diesen Antrag auf motivirte Tagesordnung näher und bemerkten u. A., die Vorstellungen der Betheiligten seien berechtigt, weil die Verhandlungen von 1848 über die Umwandlung der Naturalreichnisse in Geldbodenzinse nichts Anderes gewollt hätten, als daß die Bodenzinse für das laufende Jahr erst im nächstfolgenden Jahre bezahlt werden. Für die Pflichtigen sei es eine Existenzfrage, daß die Zahlung der Bodenzinse nicht an einem für sie höchst ungünstigen Termin erfolge. Auch bisher habe der Bauer seinen Bodenzins erst dann bezahlt, wenn ihm das Geld aus dem Erlös für sein Getreide flüssig geworden ist. Diesen Zustand wollten die Pflichtigen erhalten wissen, sie wollten den Termin so gestellt wissen, daß sie nach und nach ihr Getreide verkaufen und dann ihren Bodenzins zahlen könnten; das könnten sie aber nicht, wenn sie am letzten Dezember schon bezahlt haben müssen. Nach den jetzigen Anordnungen des Finanzministeriums sei blos für das laufende Jahr gesorgt; allein es müsse für alle künftigen Jahre geholfen werden und deshalb sei motivirte Tagesordnung beantragt, damit die Kammer noch einmal auf den Gegenstand zurückkommen könne; Uebergang zur einfachen Tagesfrage komme einer Ablehnung gleich, zumal wenn, wie heute, nichts mehr auf der Tagesordnung steht (Heiterkeit).

Hr. Finanzminister v. Pfretzschner findet es bedenklich, wenn man mit Rücksicht auf die Gewohnheit einzelner Bezirke (der Gegenstand ist nämlich nur für einzelne Bezirke in Schwaben von Wichtigkeit) eine Ausnahme statuiren wollte, welche für die finanziellen Verhältnisse im Allgemeinen zu ernsten Consequenzen führen müßte. Unter den heutigen Verhältnissen, namentlich bei 2jährigen Budgets, müsse auf geordnete Perception der Gefälle Bedacht genommen werden. Ueber die goldene Zeit der Erübrigungen seien wir so ziemlich hinüber und der Staat müsse auch gefüllte Kassen haben, um bei etwa hereinbrechenden unvorhergesehenen Ereignissen nicht überrascht zu werden. Für heuer seien übrigens alle möglichen Erleichterungen gewährt und wenn die Kammer die Sache beim Budget wieder bespricht, werde sie eine andere Anschauung haben. — Die motivirte Tagesordnung wurde angenommen und die Sitzung vom Präsidenten mit dem Bemerken geschlossen, daß diejenigen Herren, welche sich an der Neujahrsaufwartung bei Sr. Maj. dem König zu betheiligen wünschen, sich bis morgen Mittag im Sekretariat melden wollen. — Die nächste Sitzung ist auf Freitag den 3. Januar Vormittag 10 Uhr anberaumt.

— [Im Einlauf der Kammer der Abgeordneten] vom 17. bis 29. Dezember befindet sich unter Anderem: Bitte des Eisenbahnbau-Comités Kempten: „Bau einer Eisenbahn von Innsbruck über den Fernpaß ꝛc. zum Anschluß an die bayerische Süd-Nordbahn in Kempten und Biessenhofen betr."; — Vorstellung von Gemeinden des rechten und linken Mainufers: „Bau einer Eisenbahn von Aschaffenburg bis Wertheim auf dem rechten Mainufer betr."; — Bitte der Stadtgemeinde Tirschenreuth: „Bau einer Eisenbahn von Tirschenreuth nach Mitterteich beziehungsweise Schwarzenbach a/S. betr."; — Gesuch des Distriktsausschusses von Göllheim in der Pfalz: „Uebernahme der Stumpfwaldstrasse in die Klasse der Staatsstrassen betr."; — Bitte des Hofpächters Valentin Belles zu Dürnhof: „Kriegsentschädigung betr." — Vorstellung des Arbeitervereins in Nürnberg: „Einführung der obligatorischen Civilehe betr."; — Vorstellung des Vereinsausschusses der Lohnkutscher Münchens: „Fiaker- und Droschkenordnung betr."; — Eingabe des Bezirkskomite's des landwirthschaftl. Vereins Prien: „Grundsteuer betr."; — Vorstellung der Gemeindekollegien der Stadt Scheinfeld: „Belassung des Landgerichtssitzes in Scheinfeld betr." — Auf Gehaltsverhältnisse bezügliche Vorstellungen sind von den Kreiskassieren, von den Gerichtsschreibern an Stadt- und Landgerichten in der Oberpfalz und von Bezirksärzten der Pfalz an die Kammer gelangt. Auf den Schulgesetzentwurf beziehen sich Eingaben von dem Arbeitervereine in Nürnberg, von den Gemeindevor-

---

und der unglückliche Ausgang der letztern hindert sie nicht, zu hoffen und zu glauben, daß eine bessere Zeit, ein gelegenerer Moment für sie kommen werde. Denn, wie die meisten Emigranten, haben sie die Fühlung mit ihrem Geburtslande fast gänzlich verloren.

Zu befürchten sind nur die bedächtigen und wohlhabenden Leute, welche das Fenierthum verlachen und von der Ueberzeugung durchdrungen sind, daß auch mit dessen Hülfe ein irischer Aufstand ein trauriges Ende nehmen müsse. Um so mehr aber rechnen sie auf Amerika und auf die Bedeutung ihres Votums daselbst. Durch das Gewicht ihrer Stimme glauben sie die Wagschale derjenigen Partei, die einen Krieg mit Amerika will, zum Sinken zu bringen, und an einen solchen Krieg klammern sich alle ihre Erwartungen.

Die irische Partei in Amerika ist nämlich im steten Wachsthume begriffen, da statistischen Erhebungen zufolge das eingeborne amerikanische Element immer abnimmt, die Fremden aber, und unter ihnen am meisten die Irländer, zunehmen, so daß diese darauf rechnen, eines Tages Richtung und Ausschlag zu geben. Auf diesen Zeitpunkt sind ihre Hoffnungen gerichtet. Unter den Männern, welche diese Tendenz verfolgen, sind viele, welche im Dienste des Staates Blut und Leben gewagt, welche aber auch Gehorsam gegen den Staat für die höchste Pflicht halten, und an keinem Kampfe gegen England theilnehmen würden, wofern die Union ihn nicht gebiete. Aengstlich harren sie jedoch des Commandowortes, und hoffen die Stunde, in der es gegeben werden soll, zu beschleunigen.

Der Einfall in Canada hätte leicht zu einem Kampfe von großen Dimensionen werden können. Buchstäblich hielten Tausende, die auf vielen Schlachtfeldern der Union dem Tod in's Angesicht gesehen hatten sich bereit, um unter Waffen über die Grenze zu gehen. Sie waren fest überzeugt, daß Seward ein amerikanischer Rattazzi sein und stillschweigend die Bewegung begünstigen werde. Die Unionsregierung jedoch war ehrenhaft genug, in vollem Ernste die Gebote des Völkerrechts zu achten, und siehe da — kaum war das Wort gegeben: die Regierung wolle es nicht, als diese wilden Soldaten auseinandergingen. Undisziplinirten Freischaaren überlassen, nahm die Invasion ein klägliches Ende.

Zu der irischen Bevölkerung, welche solch bittern Haß gegen England hegt, darf man nicht bloß jene rechnen, die, selbst einst englische Unterthanen, aus Europa einwanderten, sondern auch solche, deren Väter und Großväter eingeborne Irländer waren. Es erbt sich dieses Gefühl und die Hoffnung auf einen England demüthigenden Krieg mit den Geschlechtern fort, und England hat wahrlich nicht Ursache, auf dieses Element und seine Tendenzen mit Geringschätzung hinabzusehen.

Um auf die Fenier zurückzukommen, so überschätzt der Autor zwar nicht ihre Macht als Gesammtheit, tritt aber entschieden der allgemeinen Ansicht entgegen, daß sie sich bloß aus der Hefe des Volks rekrutiren. Ueber die Organisation des Bundes wisse er nichts zu sagen, aber die er persönlich kennen gelernt, seien gebildete, tüchtige, opferbereite und von der Heiligkeit ihrer Mission durchdrungene Leute.

Das Buch Maguire's ist interessant in vielen Beziehungen, am meisten leider in denjenigen Partieen, die am wenigsten verläßlich sind.

stehern der Landgerichtsbezirke Ansbach und Leutershausen, von Bewohnern der Stadt Kempten und von den Lehrern der beiden Inspektions-Bezirke Straubing I und Straubing II.

p. München, 30. Dez. [Wehrgesetz im Reichsraths-Ausschuß.] Vom Ausschuß-Referenten der Kammer der Reichsräthe über das Wehrgesetz, Frhrn. v. Schrenk, werden vielfache und wesentliche Aenderungen der Beschlüsse der Kammer der Abgeordneten beantragt. In letzterer Kammer hat man einen besonderen Werth auf den neuen Art. 2 gelegt, nach welchem die Zahl der zur Ergänzung des Formationsstandes in der Armee Einzureihenden für je 2 Jahre durch ein Gesetz festgestellt werden soll; Frhr. v. Schrenk aber hält der Artikel weder für nothwendig noch zweckmäßig und beantragt dessen Ablehnung. Man wird jedoch schon jetzt behaupten dürfen, daß die Kammer der Abgeordneten diesen Artikel nicht fallen läßt, vielmehr mit aller Entschiedenheit auf demselben beharren wird.

Ausland.

Frankreich. [Rekrutirung und Verheirathung.] Aus der Rede, welche der Kriegsminister, Marschall Niel, am 28. Dez. im gesetzgebenden Körper hielt, heben wir nachträglich folgende Bemerkungen aus: Man habe, meint er, den Einfluß der Rekrutirung auf die Entwicklung der Bevölkerung sehr übertrieben. Man habe von dem traurigen Loose der 320,000 jungen Mädchen gesprochen, die dazu verurtheilt seien, ihre Männer unter den bei der Rekrutirung nicht ausgehobenen Gebrechlichen zu suchen. Die Sache sei indeß nicht so schlimm; denn diese Gebrechen, welche vom Dienste befreien, seien meistens nicht derartig, daß sie die damit Behafteten daran hinderten, recht gute Ehemänner zu sein. Die Zahl der Einäugigen betrage im Mittel 981, die der Schielenden 212 (schöne Aussichten für heirathslustige Mädchen!), der Kurzsichtigen 743 2c., so daß allein wegen solcher Augenschwachheiten 3528 junge Leute vom Dienste befreit blieben. Im Ganzen kommen, der Angabe des Kriegsministers nach, über 10,000 solcher Befreiungen vom Dienste vor. Marschall Niel ist der Ansicht, daß man fälschlich dem Rekrutirungssysteme die ungenügende Vermehrung der Bevölkerung zuschreibe, daß die wahre Ursache dazu im zunehmenden Reichthume des Volkes liege; denn je mehr die Wohlhabenheit der Bevölkerung zunähme, desto mehr nähmen die Geburten ab und desto minder fruchtbar würden die Ehen. Er tritt der Behauptung des Vorredners, daß vom militärischen Standpunkte die Ehe keinen schädlichen Einfluß auf die Armee ausübe, entschieden entgegen und weist auf die preußische Organisation hin, wo bei dem Auszuge in's Feld, wie das noch der letzte Krieg bewiesen habe, die Noth und Verzweiflung alle Familien ergreife.

England. [Von den Feniern] ist es stiller geworden. An Gerüchten fehlt es nicht. So daß Hampton-Court mit seiner werthvollen Gemälde-Gallerie in Brand gesteckt werden sollte. So aus Leeds, Leamington, Birmingham und Wolverton, woselbst Besorgnisse vor Fenierangriffen Veranlassung zu verdoppelter Wachsamkeit gaben. Die Behörden sind auf ihrer Hut und die Regierung hat vorsichtshalber 50 der größeren Städte Englands auffordern lassen, dem Beispiel der Hauptstadt zu folgen und Spezialkonstabler einzuschwören. Was die reguläre Polizei betrifft, scheint es die Absicht der Regierung zu sein, sie militärisch, wie die irländische, zu organisiren. Schon zieht sie mit Revolvers auf ihre Posten. — Bei Disraeli war gestern eine Deputation aus dem Clerkenweller Bezirke, um anzufragen, ob die durch die Explosion zu Schaden Gekommenen auf Schadenersatz und Unterstützung aus Staatsmitteln zählen können. Dazu wollte sich der Schatzkanzler keineswegs verpflichten, bedeutete die Herren vielmehr, daß sie vermittelst Aufrufe an das ganze Land die nöthige Summe gewiß zusammenbringen würden, und die Regierung erst dann nachhelfen wolle, wenn die eingeleiteten Sammlungen nicht genügen sollten. Den bei dieser Gelegenheit gemachten Angaben der Deputation zufolge, wurden durch die Explosion nicht weniger denn 200 Häuser mit etwa 600 Miethspartien beschädigt und wären zur vollständigen Entschädigung der Betroffenen 12,000—15,000 L. erforderlich. Die Noth des Quartiers wurde dabei dem Schatzkanzler zwar auf das Eindringlichste geschildert, doch blieb er dabei, daß die Regierung erst dann einschreiten dürfe, wenn die Aufforderungen an die Mildthätigkeit des Publikums nicht das gewünschte Resultat erzielen sollten. — Die Fenier in Amerika haben ihr Glaubensbekenntniß veröffentlicht. Es erklärt unverholen, daß ihr Vaterland sich mit bloßen Concessionen nimmermehr begnügen werde. Vollständige Trennung von England sei der Zweck der Fenierbewegung. Ihre Berechtigung liege in der insulanen Lage, in der Geschichte und in den national-kirchlichen Bedürfnissen Irlands.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64⅜ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59⅜ P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	51¾ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	47 G.
„	4½pCt.	39¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅞ P. ⅝ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅝ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87⅞ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	87⅞ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	92¼ P. ¾ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	81 P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅛ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	85½ P. ¼ G.
„	4½pCt. Obl. dto.	81¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000c. 1881 D. 2½	77[illegible] G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76⅞—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124¾ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	652 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	175 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	91¾ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 P. 229 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 G.
Oest. F.St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	233 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	155 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88⅞ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅞—51 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	118⅞—½ G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛—⅜ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105¼ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105¼ P.
London Lst. 10 k. S.	119⅔ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Petersburg 60 S. R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	97½—⅜ G.
do. in öst. W. l. S.	97⅞ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60¼ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	68 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	127½ P.
„ do. v. 1864	72⅝ P.
4 pCt. Bayer. Prämien-Anl.	95½ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19¼ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	40¼ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 31. Dez. Das Jahr scheidet, ohne zu glänzenden Rückblicken und noch weniger zu glänzenden Ausblicken Veranlassung zu geben. Die allgemeine Verstimmung, unter deren Auspicien es geboren und gewachsen, ist noch nicht aus der Geschäftswelt, auf welcher der Alp der Unsicherheit lastet, gewichen. Das Geschäft schloß in derselben trägen Weise, wie es sich schon seit Wochen dahingeschleppt. Die Stimmung war relativ fest, d. h. etwas weniger matt, als gestern. Spekulations-Effekten und Staatspapiere gewannen Bruchtheile, Amerikaner bewährten, entsprechend der Newyorker, eine sehr feste Haltung. Von süddeutschen bayerische Loose matter, von Wechseln London niedriger. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

Beilage zur Neuen Würzburger Zeitung No. 1.

Würzburg, den 1. Januar.

Zur körperlichen Erziehung der Jugend.

„Um der Seele willen sorge man für den Körper."
Aristoteles.

Die körperliche Erziehung und beizeitige Vorbereitung zur Wahrhaftmachung unserer Jugend war kürzlich der Gegenstand einer Kammerberathung. Das Stauffenberg'sche Projekt von „Rekrutenschulen" (eine übrigens unglücklich gewählte Bezeichnung, an welcher allein wahrscheinlich der ganze Antrag scheiterte,) stützt sich auf das Turnsystem des Prof. Dr. Jäger in Stuttgart, welches hinwiederum auf die Grundsätze der alten Griechen bei der körperlichen Erziehung ihrer Jugend basirt ist. Wir behalten uns vor, auf das Jäger'sche System, welches wir für das allein richtige und zweckmäßige halten, ausführlich zurückzukommen; für dießmal wollen wir die Aufmerksamkeit unserer gebildeten Leser auf die Fortsetzung eines Werkes lenken, welches mit der Turn- und Wehrerziehungsfrage und vor Allem mit dem Jäger'schen System in engstem Zusammenhange steht.

Erziehung und Unterricht im klassischen Alterthum mit besonderer Rücksicht auf die Bedürfnisse der Gegenwart. Nach den Quellen dargestellt von Dr. L. Grasberger, Professor an der Universität Würzburg. Würzburg, Verlag von Stahel. 2. Abtheilung. –

In der ersten schon früher erschienenen Abtheilung dieses Buches, wurden die Kinderspiele behandelt, hauptsächlich basirt auf das Spielbedürfniß der Kleinen, auf die Freude an dem ersten thätigen Ausdruck der inneren Stimmung und an der Gewißheit der individuellen Bedeutung des Menschen. In der vorliegenden Abtheilung nun wird die Blüthe der Knabenpalästrik, die systematisch betriebene leibliche Erziehung und Ausbildung der griechischen Knaben, die *Turnschule* dargestellt. Es handelt sich zwar im gewissen Sinne noch immer um Spiele, aber doch um solche, die zugleich als regelrechte Vorübungen für die Bestimmung der Erwachsenen oder als gymnastischer Unterrichtsgegenstand mit der Gymnastik selbst in Zusammenhang treten, und die daher bei der Wichtigkeit der letzteren im Leben der Alten systematisch gelehrt und eingeschult wurden.

Ehe aber der Verfasser zu der Darstellung des antiken (d. i. vorzugsweise athenischen) Turnens übergeht, spricht er sich in einer umfassenden Einleitung über das Knabenturnen überhaupt aus. Indem er von dem Grundsatze ausgeht, daß der bloße Unterricht nicht ausreicht, um Menschen zu bilden, daß vielmehr die *Hebung des ganzen Erziehungswesens* das dringendste Bedürfniß des gegenwärtigen Kulturzustandes sei, verbreitet er sich immer mit Rücksicht auf die geschichtliche Entwickelung der Leibesübungen über die Bedeutung des Unterrichts in denselben, sowie des ihnen eingeräumten Lokals, der Palästra. Diese historische oder vergleichende Betrachtung des antiken und modernen Erziehungswesens, insbesondere des Turnens, läßt am besten die Vorzüge und Schattenseiten von beiden erkennen: am Gegensatze lernt man. Es ist aber die Aufgabe dieses Buches, sowie des Studiums der antiken Welt überhaupt, nicht blos an der Kenntniß und Erkenntniß des klassischen Alterthums sich zu erfreuen und nicht blos ästhetischen Gewinn, sondern vorzüglich auch praktischen *Nutzen für die Gegenwart* daraus zu ziehen.

Das große Geheimniß der Erziehung besteht nach Rousseau darin, daß körperliche und geistige Thätigkeit einander wechselweise zur Erholung dienen. Der Satz an sich kann trivial erscheinen, ist aber gerichtet gegen das beständige Gängeln, Corrigiren und Unterrichten der Kinder, gegen die einseitige Hervorhebung nur eines Theiles der Thätigkeit des jungen Menschen, der des Geistes oder gar nur der des Gedächtnisses und der Einbildungskraft, während der nicht minder wichtige Theil, die leibliche Thätigkeit, dem Zufall überlassen wird. Leider geschieht das in der Gegenwart nur zu oft, daß blos der Intellektus gepflegt wird. Ganz anders in Hellas. „Vor und nach den Hellenen hat es (wie Fallmerayer sagt) kein Volk gegeben, welchem die freie und volle Entfaltung der menschlichen Kräfte das Lebensziel und zugleich der Höhepunkt irdischer Glückseligkeit gewesen ist. Im Gegensatz zu dem ausschließlich nur auf geistige Anlagen sich beschränkenden Bildungsbegriff neuerer Völker war griechischem Sinne der Gedanke durchaus fremd: daß der Mensch aus zwei ungleich berechtigten Hälften bestehe und daß mit völliger Vernachlässigung des Körpers der Geist allein zu pflegen und zu veredeln sei. Die alten Griechen erkannten im Bau des menschlichen Leibes und in der hohen Bildungsfähigkeit seiner Organe eine gleich wichtige und unabweisliche Forderung der Gottheit, beiden gleich gerecht zu sein. Die frische leibliche Gesundheit, Schönheit der Gestalt, ein fester und leichter Schritt, Gewandtheit und Schwungkraft der Glieder, Ausdauer im Lauf und im Kampf, ein helles muthiges Auge und jene Besonnenheit und Geistesgegenwart, welche nur in täglicher Gewohnheit und Gefahr erworben wird, — diese Vorzüge galten bei den Hellenen nicht geringer als Geistesbildung, Schärfe des Urtheils, Uebung in den Künsten der Musen. Das Gleichgewicht des leiblichen und geistigen Lebens, die harmonische Ausbildung aller natürlichen Kräfte und Triebe war in Hellas Aufgabe der Erziehung; darum stand neben der „Musik" die Gymnastik, um von Geschlecht zu Geschlecht eine an Leib und Seele gesunde Jugend heranzubilden. Darauf beruhte das Gedeihen der Staaten, in welchen die Sorge für jene Doppelerziehung überall als wichtigster Theil der öffentlichen Angelegenheiten galt."

Wir freuen uns, daß diese Ansicht von der nothwendigen Doppelerziehung des jungen Menschen immer mehr zum Durchbruch kömmt, daß insbesondere der Schulpedantismus, der in jeder Neuerung eine Gefahr für den jugendlichen *Geist* erblickt, immer seltener wird. Unser Herr Verfasser steht ebenfalls auf realem Boden. Mit dieser Betonung der nothwendigen Leibesbildung soll aber nicht gesagt sein, daß die alte Gymnastik nude crude bei uns eingeführt werden soll; denn nicht blos die Zeiten, sondern die gesammte Kultur hat sich geändert, und sind insbesondere die nackten Turnübungen nie wieder zu erneuern. Die Leibesübungen sind auch unserm Volke nie fremd gewesen, sind ihm aber abhanden gekommen. Indem wir das eine Extrem vermeiden, wollen wir nicht ins andere fallen.

Den langen und oft bissigen Streit der Freunde und Feinde der Turnkunst, den der Verfasser durchgeht, zu verfolgen, darauf können wir uns hier nicht einlassen, so anziehend auch der Verlauf desselben ist und so manche treffende Bemerkungen des Verfassers darin vorkommen. Es wird dabei auf den körperlichen, ethischen und nationalen Gewinn der Turnkunst aufmerksam gemacht und das agonistische Element derselben hinlänglich gewürdigt. Das Streben jedes Einzelnen durch Aeußerungen eines tüchtigen und edlen Selbstgefühls sich hervorzuthun, ist ein bemerkenswerther charakteristischer Zug der Griechen. Die Hellenen haben nie die Freude des Lebens in träger Behaglichkeit gesucht, sie fühlten lebendig, was auch jeder unter uns aus eigener Erfahrung wissen sollte, daß eine freie, alle Muskeln anspannende Bewegung des Körpers in Luft und Sonnenlicht jeden gesunden Menschen freudig belebt und mit innerer Heiterkeit erfüllt.

Der Verfasser geht nun zu einer allgemeinen Charakteristik der antiken, d. i. vornehmlich der athenischen Erziehung über, um von da zu der Turnschule zu gelangen.

Wir haben schon oben gesehen, wie die Alten der Zweitheilung des menschlichen Organismus sich wohl bewußt waren, daher sie auch zwischen der körperlichen und geistigen Ausbildung der Jugend das Gleichgewicht herzustellen suchten, die „richtige Mitte", durch die ja das hellenische Volk sich so sehr auszeichnet.

Die Erziehungsbedürftigkeit galt den Griechen als ausgemacht. Ihre größten Denker sprechen es wiederholt aus, wie dasjenige nicht hinreiche, was die Natur zum Menschen schafft, sondern daß der Mensch nur wirklich Mensch sei, wenn er hiezu erst menschlich gebildet worden ist. Die Aufgabe der griechischen Erziehung aber war, die jugendlichen Jahre zum Ebenmaß, zu regem Muth und stiller Besonnenheit, das Mannesalter zu jeder Praxis, zum Kriegsdienst und zum verständigen Genuß eines behaglichen Lebens, zuletzt den Greis zur heiteren Ausdauer in der Gegenwart zu befähigen und vor Stumpfsinn zu bewahren. Dazu kam noch die geistige Erziehung, der Unterricht in Grammatik und Musik, unter der gemeinsamen Bezeichnung der musischen Bildung. Daraus ging dann jene Harmonie der Menschennatur hervor in einem Resultate, das Aristophanes in folgenden Worten zusammengefaßt hat:

So die Bürger, die wir kennen, edel durch Geburt und Sinn,
Männer, fein, wohlwollend, redlich, ehrenhaft, gerecht und gut,
Großgepflegt in Ringerschulen, Chorgesang und Musenkunst.

Wie sehr die Griechen den großen Einfluß der Erziehung (der leiblichen und geistigen) würdigten, beweist Aristoteles, der gerade in der Erziehung der Jugend das *zuverlässigste Mittel zur Aufrechthaltung der staatlichen Ordnung und zur Verhütung von Umwälzungen* findet. Diese Ansicht des Philo-

sophen wird als allgemeine Ansicht in gewissen volksthümlichen Ueberlieferungen, wie in den vielen Erzählungen vom Verbot der Schulen und des Unterrichts als Strafe für unterworfene Städte und Stämme, bestätigt. Wie gar sehr differirt von dieser Unterrichtsschätzung die Gleichgiltigkeit oder gar der Gegensatz unserer Plebs und selbst von Nichtplebejern gegen die Schule!

Der öffentliche und gemeinschaftliche Unterricht galt für besser als der Privatunterricht. Daraus entstanden bei den Griechen und Römern viele Schulfreundschaften, die oft bis in's höchste Alter dauerten. So läßt Shakespeare im Julius Cäsar den Brutus wenige Augenblicke vor seinem Ende die Bitte thun:

Volumnius, wir gingen in die Schule
Zusammen, wie du weißt. Ich bitte dich
Um jener uns'rer alten Liebe willen:
Halt du mein Schwert, indeß ich d'rein mich stürze.

Einen Schulzwang im modernen Sinne des Wortes gab es in den hellenischen Staaten, mit Ausnahme Spartas nicht; die Klagen über Lehrzwang beziehen sich auf übertriebenes Viellernen oder die Unterrichtsmethode. Indeß gab es doch Schulgesetze und Verordnungen. Eine Solonische Bestimmung z. B. lautet: Jeder Bürger soll dafür sorgen, daß seine Söhne in der Gymnastik und Musik (mit Grammatik) unterrichtet werden; Eltern, welche dagegen handeln, sind tadelnswerth; nur diejenigen Eltern sollen von ihren erwachsenen Söhnen verpflegt werden, die sich eine anständige Erziehung ihrer Kinder angelegen sein ließen.

Der eigentliche Unterricht d. i. der Besuch einer öffentlichen Anstalt begann in der Regel mit dem siebenten Jahre; ihm ging häufig ein leichter Anfang mit fünf Jahren voraus. In diesem Unterricht [illegible] die körperlichen Uebungen das Uebergewicht, ganz entsprechend des Aristoteles Ansicht: „Wie der Körper sich früher entwickle als die Seele, so auch der vernunftlose Theil derselben eher als der vernünftige. Daher auch Zorn, Verlangen, Begierde sich in den Kindern bald nach der Geburt äußern, während Verstand und Vernunft erst später hervortreten. Man müsse demnach auf die Bildung des Körpers früher bedacht sein als auf die der Seele, und bei dieser wieder zuerst das Begehrungsvermögen zu regeln suchen; denn die Natur der menschlichen Seele bringe es mit sich, daß die moralische Bildung der Verstandesentwicklung vorangeht. Um der Vernunft willen nämlich sorge man für die Triebe und Bestrebungen, um der Seele willen für den Körper."

Der geistige Unterricht ging naturgemäß dem körperlichen in der Tageszeit voraus; jener begann schon sehr früh, mit Sonnenaufgang, dauerte aber nicht den ganzen Vormittag ununterbrochen fort, sondern wechselte mit Erholung ab. Für den körperlichen Unterricht war vorzüglich der Nachmittag bestimmt; er wurde betrieben in der Knabenturnschule (Palästra) unter eigenen Lehrern und Aufsehern hiezu. Um Störungen zu vermeiden und die Aufmerksamkeit der Knaben vom Unterrichte nicht abzuwenden, wurden bei dem Turnen der jüngeren Knaben Zuschauer gar nicht oder nur ausnahmsweise zugelassen.

Während des Unterrichts selbst herrschte strenge Zucht, die sich aber auch über das Lokal hinaus erstreckte, wie in des Aristophanes „Wolken" der Vertreter des Rechts bezeugt:

So verkünd' ich euch denn von der älteren Zeit, wie da mit der
Zucht es bestellt war,
Als ich, der Vertreter des Rechts, im Flor und die Sittsamkeit erstes
Gesetz war.
Erst durfte man nie von den Knaben Geschrei, nie trotziges Mucken
vernehmen;
Dann zog aus jeglicher Gasse der Schwarm in die Kitharaschule
mit Anstand
In dem dünnsten Gewand durch die Straßen dahin — —.
Dort lernten sie dann von dem Meister ein Lied, — sittsam, nicht
kreuzend die Beine.

Die Turnübungen bestanden in dem s. g. Pentathlon: Sprung, Lauf, Diskuswerfen, Speerwerfen, Ringen. Die verschiedenen Sprung- und Laufarten aufzuzählen und durchzugehen, ist hier nicht am Platze. Nur so viel sei bemerkt, daß der Lauf nicht blos als freie anregende Bewegung, sondern auch wegen seiner nahen Beziehungen zum Kriege ein wichtiger Theil der Turnschule war. Die Anstrengung des Diskuswerfens sollte die Schultern stärken und die Spannkraft der Finger und Zehen vermehren. Erst wenn durch Ball und Diskus die Arme der Knaben gestärkt und an eine starke Schwingung gewöhnt waren, folgte das Speer- oder Gerwerfen. Endlich folgte die hochwichtige und besonders durchgebildete und systematisch betriebene Leibesübung des Ringens. Es gab eigene Gesetze des Ringens und des dabei zu beobachtenden Anstandes, über welche streng gewacht wurde. Zerfahrenes, unschönes oder leidenschaftliches Balgen und Raufen wurden nicht geduldet und jedes rohe Durchgreifen der bloßen Naturkraft wurde strenge bestraft. Bei dieser Uebung sowie bei dem ganzen Turnen sah man auf ein stufenweises Fortschreiten von den leichteren zu den schwereren Körperübungen.

Für Turnlokale und geübte, gut geschulte Turnlehrer war in ausreichender Weise gesorgt; der Staat war der Wächter über das gesammte Turnwesen.

„Schulleben ohne Turnleben ist nur ein halbes, wie auch umgekehrt Turnleben ohne Zusammenhang mit der Schule ein Nothbehelf ist und bleibt." Wir haben gesehen, daß dieser Satz einstweilen nur bei den Griechen vollständige Verwirklichung gefunden. Unwillkürlich drängt sich dabei die Frage auf: Wie steht es bei uns? Existiren ausreichende Turnlokale? sind die Turnlehrer hinlänglich befähigt zum Turnunterricht und dabei frei vom schulmeisterlichen Zwange? macht nicht eine allzugroße Schülerzahl den Erfolg des Turnunterrichts unmöglich? u. s. w. Wir bezweifeln, daß die Antworten auf diese Fragen immer zu Gunsten der bestehenden Einrichtungen ausfallen werden.

In neuester Zeit betont man überall besonders den praktischen Nutzen des Turnens in der Heranbildung der Jugend zur Vaterlandsvertheidigung. Diese Idee war, wie wir bereits bemerkt haben, auch dem Alterthume nicht fremd. „Die hellenische Gymnastik war geeignet, die schlummernde Begabung des Jünglings zu wecken und den Stolz, einem solchen Kreise von Bürgern anzugehören, auch zu Thaten zu spornen." Aber „vor Allem waltete in solchen Dingen der ganz eigenthümliche Schönheitssinn des Volkes, ein überall wirkendes Bestreben, durch vollkommenen Einklang zwischen geistiger und körperlicher Ausbildung die manneswürdige Bildung selbst zu gewinnen und an sich darzustellen."

Grasbergers Werk ist nichts weniger als ausschließlich für Philologen und Pädagogen geschrieben, jeder Gebildete wird es mit Vergnügen und Nutzen lesen. Möge die Fortsetzung nicht zu lange auf sich warten lassen.

Schillers Bild in Stuttgart.

Ein Vortrag von Ludwig Giesebrecht. (Stettin bei Th. von der Nahmer.) Thorwaldsen hat bekanntlich in seiner zu Stuttgart errichteten Schillerstatue den Dichter mit gesenktem Haupte dargestellt, was von Kunstkennern theils getadelt (Waagen in Berlin), theils vertheidigt (Franz Baader in München) worden ist. Der greise Giesebrecht in Stettin hat in vorliegender Schrift die beiderseitigen Urtheile näher erwogen und schließlich gefunden, daß die Vielseitigkeit, in welcher Schiller durch seine Dichtungen offenbart wird, wohl in eine darstellbare Einheit zusammenzufassen sei, und zwar nach der Schlußstrophe der „Worte des Wahns," wo es heißt: „Das Schöne, das Wahre, — es ist in dir, du bringst es ewig hervor." So in sich hineinschauend hat den Dichter Thorwaldsen abgebildet: der Meister hat den Meister verstanden.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die bayerische Akademie der Wissenschaften] hat im Laufe des Jahres 1867 drei ihrer Mitglieder durch den Tod verloren, nämlich das ordentliche Mitglied der historischen Klasse, Universitätsprofessor Dr. Fr. Kunstmann, gestorben am 15. August — das ordentliche Mitglied der mathematisch-physikalischen Klasse, Universitätsprofessor und Hofrath Dr. August v. Vogel sen., gest. am 24. November, — das außerordentliche Mitglied der historischen Klasse, Domkapitular Dr. Joachim Sighart, gest. am 20. Dezember.

[Einwohnerzahl von Berlin.] Das Resultat, welches die am 3. Dez. in Berlin vollzogene Volkszählung gehabt, ist folgendes: Berlin zählt gegenwärtig 702,300 Seelen. Darunter befinden sich 390 Diplomaten und ca. 16,000 dem Militärstande angehörige Einwohner. Die Strombevölkerung zählt ca. 2000 Seelen. Die Einwohnerzahl Berlins hat seit der letzten Volkszählung vor drei Jahren fast um 70,000 Seelen sich vermehrt.

[Auszeichnungen.] Der „Moniteur" meldet, daß die Pariser Akademie der Inschriften am 27. Dezember Otto Jahn in Bonn, Spiegel in Erlangen, Miklosisch in Wien an die Stelle der zu auswärtigen Mitgliedern ernannten Ritschl, Fleischer und de Rossi zu Korrespondenten gewählt hat.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Badermann. — Druck und Verlag der Stahel'schen Buch- & Kunsthandlung in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 2.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 2. Januar 1868.

Eine Rückschau.

II.

Würzburg, 2. Januar.

Die eigentlichen Folgen des Krieges von 1866 machten sich erst im eben abgelaufenen Jahre geltend; natürlich vor Allem in Deutschland. Daß durch den Prager Frieden die südwestdeutsche Staatengruppe, Bayern, Württemberg, Baden und der nicht zum norddeutschen Bunde geschlagene Theil von Hessen-Darmstadt in die fatalste Lage gekommen war, darüber wird sich Niemand mehr täuschen können, der die vielen und immer resultatlosen Versuche dieser Länder, aus ihrer Zwitterlage herauszukommen, verfolgt hat. Ueber unser Schicksal haben Preußen und Oesterreich, den Rathschlägen oder dem Befehle Frankreichs gehorchend, in Nikolsburg verfügt, ohne uns zu fragen. Einen eigenen Südbund zu konstituiren, war ein wohlfeiler Rath, leichter gegeben als befolgt, denn daß keiner der Südstaaten den andern das Geringste nachgeben, oder gar dem einen als Haupt die andern sich unterwerfen würden, hätte leicht vorausgesehen werden können. Großes Aufsehen erregte es, als im März heurigen Jahres zu gleicher Zeit Bismarck im norddeutschen Reichstage, und die Minister der süddeutschen Staaten die Allianzverträge mit Preußen, welche bereits im August 1866 in Berlin abgeschlossen, aber bisher geheim gehalten worden waren, veröffentlichten; die gesammten Heere der süddeutschen Staaten waren dadurch für den Kriegsfall dem Oberbefehle des Königs von Preußen unterstellt. Fürst Hohenlohe verkündete dies in der bayerischen Kammer. Er war in der Leitung der bayerischen Regierung auf v. d. Pfordten gefolgt, welcher am letzten Tage des verhängnißvollen Jahres 1866 seine Entlassung erhalten hatte. Hohenlohe hatte sich den am 6. Januar ds. Jrs. einberufenen Volksvertretern in der Sitzung derselben am 19. Januar mit jenem bekannten Regierungsprogramme eingeführt, worin er als den Zielpunkt der bayerischen Politik bezeichnet: „die Erhaltung Deutschlands, Einigung der Gesammtzahl der deutschen Stämme und, soweit ersteres nicht möglich, der größeren Zahl derselben zu einem Bunde, geschützt nach Außen durch eine kräftige Zentralgewalt und im Innern durch eine parlamentarische Verfassung, unter gleichzeitiger Wahrung der Integrität des Staates und der Krone Bayerns."

In gleicher Weise sprach sich der Fürst bekanntlich im Oktober abermals vor der Kammer aus, sein Programm noch näher dahin präzisirend, daß er nicht den Eintritt in, sondern den Anschluß an den norddeutschen Bund anstrebe. Ebenso sprach sich kürzlich der württembergische Minister Varnbüler, nur in etwas geharnischter Weise, in welcher allerdings die superfeine Schlauheit des „Beobachters" blos eine Verabredung mit Bismarck zur Hintergehung Frankreichs wittert, vor der Kammer seines Landes aus. Anders ist es in Baden, wo weder Regierung noch Kammer ein Hehl aus ihrem Verlangen machen, in den norddeutschen Bund so bald als möglich ganz und gar einzutreten; Hessen-Darmstadt, von dem ein großer Theil dem norddeutschen Bunde ganz und gar angehört, schien ebenfalls nichts Anderes übrig zu bleiben, als mit dem andern Theile baldigst nachzufolgen, da ein solches Doppelwesen in einem Staate als geradezu widersinnig und verderblich sich herausstellen mußte. Aus verschiedenen Anzeichen und verhüllten Andeutungen läßt sich aber schließen, daß Preußen selbst derlei Eintrittsverlangen sich entgegensetzte, sei es, weil es dadurch den unter der Asche friedlichsten Anscheins fortglimmenden Groll Frankreichs plötzlich zur hellen Kriegsfackel anzufachen fürchtete, oder weil es in der theilweise noch sehr starken und mitunter sehr heftig zum Ausdrucke kommenden Antipathie eines großen Theils der süddeutschen Bevölkerung ein vorläufig unübersteigliches Hinderniß sieht.

Daß neben den Allianzverträgen die Zoll- und Handels- und Postverträge des norddeutschen Bundes mit den süddeutschen Staaten das einheitliche Band um die vorläufig zu einigenden deutschen Stämme fest und haltbar geschlungen haben, wird Niemand läugnen. Daß wir dabei manches uns Unangenehme, z. B. das neue Militärgesetz und die dadurch bedeutend erhöhte Steuerlast, mit in den Kauf nehmen mußten, ist ein Opfer, welches uns auch eine andere Gestaltung der Dinge durchaus nicht erspart hätte.

Was die innere Politik der Südstaaten betrifft, so gibt sich allenthalben der regste Eifer nach liberalen Reformen im Staatswesen kund; man konnte sich der Erkenntniß nicht länger verschließen, daß nur die größtmöglichste Freiheit im Innern die geschlagenen Schäden zu heilen und die erhöhten Lasten der nächsten Zukunft leidlich ertragen zu helfen vermöge. Wir in Bayern hatten lange Jahre auf die oft versprochenen neuen Sozialgesetze gewartet; in den ersten Tagen

Stand und Bedeutung der Expedition nach Abessinien.

Ein Schreiben von Gerhard Rohlfs (aus Kairo) an die „Weser-Ztg." lautet:

Nichts beschäftigt die Presse mehr als Abessinien und namentlich hier in Aegypten, wo man die großen Zurüstungen der Engländer vor Augen hat, hört und spricht man von nichts anderem als von Habesch. — In den Städten, die an der großen Straße liegen, Alexandria, Kairo und Suez, hat man Werbedepots errichtet, nicht für Menschen, sondern für Vieh, dessen es natürlich einer ungeheuren Zahl zur Beförderung der Bagage, Geschütze und Munition, Vorräthe rc. bedarf. Bei Suez selbst findet die Concentration des Viehparks statt, um von dort eingeschifft zu werden. Als ich mich am 8. d. in Suez befand, waren dort mehr als 4000 Stück Maulthiere und Maulesel angesammelt. Ob die Engländer Vortheil haben, dieselben am Mittelmeer aufzukaufen, wird sich zeigen, ostindische Offiziere behaupteten, man hätte besser gethan und billiger sich dabei gestanden, alle Lastthiere in Indien zu kaufen, da die Thiere von dort das Klima besser würden vertragen können.

Die Operationen der Engländer werden vermuthlich zu Anfang des nächsten Jahres beginnen. Sir Robert Napier befindet sich augenblicklich noch immer in Indien, und wird erst gegen Ende dieses Monats in Sula (Zullah) eintreffen. Der Feldzug wird nämlich von Ansley Bay (Bei von Arulis) aus beginnen, weil theilweise die Gegend dort gesunder als in Massana selbst sein soll, theilweise auch von Sula auf der Weg zum Eingangspaß von Halai bedeutend kürzer ist, als von Massana aus. Man hat schon jetzt in Sula ein Lager formirt, und es befinden sich dort 2000 Mann von allen Truppentheilen, hauptsächlich Pionire, Artillerie und Train. Ebenso hat man dort schon angefangen, große Proviantmagazine zum Unterhalt der nachfolgenden Truppenkörper anzulegen.

Wenn man aber die Großartigkeit der Zurüstung betrachtet, sowie die enormen Summen, die schon verausgabt sind und die noch größere nothwendiger Weise zur Folge haben werden, so drängt sich einem unwillkürlich die Frage auf, ob alles dies bloß geschieht, um in letzter Stunde dadurch die Gefangenen zu befreien oder aus anderen Gründen. Wer nur einigermaßen den Charakter der Negerfürsten, deren ganze Moral sich nur um das einzige „Ich" konzentrirt, kennt, der wird gleich sagen, daß Gewalt eben bei einem solchen Fürsten gar nichts vermögen wird. Wenn auch König Theodor nach den Schilderungen einzelner Reisenden besser von Charakter ist, als sonst despotische Negerfürsten zu sein pflegen, so muß doch jeder zugeben, daß es andererseits die Engländer mit einem der eigenwilligsten Tyrannen zu thun haben, der sehr wenig von den Europäern, was Moral und Civilisation anbetrifft, profitirt hat. König Theodor wird sich höchst wahrscheinlich auf eine Schlacht gar nicht einlassen, sondern den Engländern durch Plänkeleien so viel Schaden wie möglich beizubringen suchen. Möglich, daß er versucht, die Aufgänge ins Gebirge und auf die Hochebenen zu vertheidigen. Möglich, daß er auch dies nicht einmal wagt. Natürlich wird er die Gefangenen überall mit hinschleppen, aber falls sie ihm zu lästig werden sollten, wird er sie einfach umbringen lassen, was überdies schließlich doch wohl ihr Loos sein wird. Denn man wird doch wohl nicht glauben, daß Theodor, auch wenn er ganz aus seinem Lande sollte hinausgetrieben worden

dieses Jahres wurden endlich die Regierungsentwürfe den Kammern vorgelegt. Die Kammer-Ausschüsse sind den ganzen Sommer hindurch darüber gesessen und haben dieselben durch gründliche Prüfung und theilweise Abänderungen zur Berathung im Plenum der Kammer gereift. Ebenso fleißig war der Ausschuß für den mit Schmerzen erwarteten neuen Zivilprozeß und es mag Zeugniß geben von der Tüchtigkeit seiner Arbeit, daß man in Berlin die bisherigen Verhandlungen und Beschlüsse des Münchener Ausschusses verlangte, um dieselben behufs einer gleichen Vorlage an den norddeutschen Reichstag zu Rathe zu ziehen.

Als reife Früchte unserer bayerischen jüngsten Landtagsthätigkeit, vom 6. Januar bis 21. März und neuerdings wieder seit dem 28. September) in Bezug auf Gesetzgebung sind bis zum Schlusse des eben abgelaufenen Jahres folgende im Gesetzesblatt publizirt worden: 1) das Gesetz vom 29. Okt. l. J. über die Vervollständigung der bayer. Eisenbahnen (Credit von 1,850,000 fl., hievon 42,000 fl. für den hiesigen Bahnhof); 2) das Gesetz oder die königliche Deklaration vom 16. Novbr. „die Fortdauer des Zoll- und Handelsvereins betr."; 3) das Gesetz vom 16. Novbr. „die Erhebung einer Abgabe von Salz (Aufhebung des Salzmonopols) betr."; 4) das Gesetz vom 16. Novbr. „die Wahl der bayer. Abgeordneten zum Zollparlament betr."; 5) das Gesetz vom 5. Dezember „die Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Zinsen betr."; enthaltend die nachträgliche Beseitigung gesetzlicher Beschränkungen, über welche sich das Bedürfniß der Zeit schon längst thatsächlich hinweggesetzt hat.

Ueber den Gesetzentwurf, „die Aufhebung der durch den Zolltarif vorgeschriebenen Gebühren für Begleitscheine und Bleie betr." ist bereits Gesammtbeschluß der beiden Kammern erzielt und es wird daher dieses Gesetz demnächst verkündet werden, desgleichen das Gesetz über die provisorische Steuererhebung für 1868.

Das Gewerbegesetz, welches allein bisher von den Sozialgesetzen zur Kammerberathung gelangte, nahm sechs Sitzungen der Abgeordneten in Anspruch. Die zu erwartende zweite Rückäußerung der Reichsrathskammer sowie neue Uebergangsbestimmungen werden wohl noch einige Verhandlungen im Gefolge haben. Das Gewerbegesetz soll jedoch unabhängig von den übrigen Sozialgesetzen schon am 1. Mai 1868 in Kraft treten.

Am 17. Dezember hat die Kammer der Abgeordneten ihre umfassenden Berathungen über das „Wehrgesetz" zu Ende geführt und dieses Gesetz bekanntlich mit großer Mehrheit angenommen. Drei wegen turnerischer Erziehung und Wehrhaftmachung der Jugend eingebrachte Anträge wurden verworfen.

In ihrer Sitzung vom 16. November hat die Reichsrathskammer den am 22. März d. J. von der Abgeordnetenkammer mit 87 gegen 44 Stimmen angenommenen Antrag auf Abschaffung der Todesstrafe nach vorausgegangener lebhafter Diskussion, welche in der bekannten Rede des Herrn v. Harleß gipfelte, einstimmig abgelehnt, und da auch die Regierung sich hier negativ verhielt oder vielmehr mit Rücksicht auf das bestehende allgemeine Rechtsbewußtsein im Volke den Antrag für unbereift erklärte, so wird dieser Gegenstand bis auf weitere Anregung auf sich beruhen.

In der Abgeordnetenkammer wurde ferner über die Abänderungen der Bestimmungen hinsichtlich des Ungehorsamsverfahrens in Straffällen debattirt und diese Abänderungen (als im Landtagsabschied zu verkünden) einstimmig angenommen, desgleichen der Antrag, daß es bezüglich der im Auslande besteuerten Kapitalrenten wie bisher verbleiben soll, „daß jedoch die Beiziehung der betreffenden Rentenbesitzer zu den Kreis-, Distrikts- und Gemeindelasten und der Einquartierungslast nach ihrer ganzen Kapitalrentensteuer ohne Abzug (also einschlüssig der ausländischen) zu erfolgen habe." Es fragt sich nun, ob die Reichsrathskammer diesem Beschlusse zustimmen wird.

Ueber Einzelnes, besonders über das Gewerbegesetz, Zollparlament, den schleppenden Gang der Kammerberathungen u. dgl., werden wir Gelegenheit haben, uns später in ausführlichen eigenen Artikeln auszusprechen; diese Rückschau setzen wir im nächsten Artikel mit einer Betrachtung der Entwicklung der Dinge in Norddeutschland fort.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 30. Dez. [Defizit im Bundesmilitäretat.] Die „Allg. Ztg." hat kürzlich zuerst die Nachricht gebracht, daß das vom Reichstag bewilligte Geld für das Militärwesen des norddeutschen Bundes trotz der enormen Höhe nicht reiche. Anfangs suchte man in Berlin dies abzuleugnen, und es entspann sich eine auf Schrauben gestellte Silbenstecherei. Heute aber gesteht der + Korrespondent der „Köln. Ztg." bereits zu, daß „eine Mehrforderung für den Bundesmilitäretat etwa (!) drei Millionen jetzt auch offiziös als bevorstehend bezeichnet" werde. Näheren Aufschluß über die Gründe, welche zu dieser Nachforderung zwingen, gibt uns zum Theil die neueste Nummer des Berliner Militär-Wochenblattes. Danach sind die Gehalte der Regimentskommandeure um 400 Thlr. erhöht, die der Lieutenants um 60 Thlr. und entsprechend die Gehalte der Aerzte, Zahlmeister, Roßärzte und Büchsenmacher, wodurch Mehrausgaben von etwa 800,000 Thlrn. erwachsen. Dazu kommen ferner eine Mehrausgabe von jährlich 900,000 Thlrn. an Verpflegungszuschuß (3 Pf. auf den Tag und Kopf) und außerdem noch sehr erhebliche Mehrausgaben, welche dadurch entstehen, daß die zu den Uebungen einberufenen Mannschaften des Beurlaubtenstandes an Stelle des Meilengeldes von 3 Sgr. 9 Pf. auf den Tag in Zukunft das Reisegeld der Reservisten von 6 Sgr. 3 Pf. auf den Tag erhalten, daß der Pferdestand einer jeden Fußbatterie um 3 Reitpferde und die Zahl der Lieutenantsstellen bei den Kavallerieregimentern auf 18 erhöht wird.

—[Stoßseufzer eines preußischen Feudalen.] Aus Pommern, dem Paradies der Feudalen, geht der „Kreuzztg." von einem politischen Freunde — Rittergutsbesitzer — ein Klagebrief zu, dem wir Folgendes entnehmen: „Die konservative Partei hat ein eigenes Verhängniß. Wenn sie mit aller Treue zur Regierung gestanden hat und dieser mit Aufopferung aller ihrer Kräfte zum Siege verholfen, dann wendet die Regierung eilend ihre Macht an, um dieselbe Partei, worauf sie sich stützt, in ihren empfindlichsten Interessen zu schädigen. Man wirbt um die Gunst der Gegner und legt den Widerspruch der konservativen Partei durch die Berufung auf ihren Patriotismus lahm. So wurde die Grundsteuer eingeführt, so die Wucherfreiheit, so das direkte und geheime Wahlrecht — welches,

---

sein, der Gewalt werde weichen wollen und die Gefangenen auf den Machtspruch der Engländer hin herausgeben.

Uebrigens scheint die Frage der Gefangenen jetzt nur untergeordneter Natur zu sein, Alles läßt vermuthen, daß es den Engländern nicht bloß um deren Freilassung zu thun ist oder um Züchtigung eines Königs, der das Völkerrecht mit Füßen getreten hat, als vielmehr um eine permanente Besetzung und Gewinnung des Landes. In der That, die ausgezeichnete Lage dieser Gebirgsgegend, das gesunde Klima, der Umstand, daß man es hier mit einer, wenn auch abrutirten, so doch dem Namen nach christlichen Bevölkerung zu thun hat, mögliche mineralische Schätze, namentlich Kohlen, die einige Reisende ja selbst gesehen haben wollen, die strategisch wichtige Lage dem Hafen von Aden gegenüber, endlich die, wenn auch noch weit hinausgeschobene Eröffnung des Kanals von Suez, die indeß trotz aller Hindernisse vor sich gehen wird, geben es von selbst an die Hand, daß dem Engländer zur Besitzergreifung eines solchen Landes jeder Vorwand willkommen sein muß. Wir Deutsche können den Engländern nur den besten Erfolg in dieser Unternehmung wünschen, und fern sei es von uns, mit französischer Eifersucht auf die Eroberung eines Landes durch die Engländer hinzublicken, durch welche unser Handel nur gewinnen, unsere Macht und unser Ansehen aber keineswegs leiden kann. Auch können wir hier jetzt schon mit Freuden den Unternehmungsgeist des deutschen Kaufmannsstandes konstatiren: mehrere große deutsche Häuser, in Aegypten etablirt, betheiligen sich gleich von vornherein durch Waarensendung und Etablirung von Comptoirs in Massana und Sula bei diesem Feldzuge, und wir wünschen nur noch, daß es den Engländern bald gelingen möge, Abyssinien zu nehmen, dann ist ein weiterer Schritt gethan, um Afrika in den großen Völkerverkehr zu bringen.

Shakespeare in Deutschland.

Alle Untersuchungen über den Einfluß Shakespeare's auf die Entwickelung des deutschen Geistes müssen lückenhaft bleiben, so lange man nicht die Gestalt kennt, in welcher die Schöpfungen des englischen Dichters zuerst vor das deutsche Volk traten.

Wieland's und Eschenburg's Uebersetzungen erschienen zwar 1762 und 1775, aber unser Nationaleigenthum und Hausbuch ist Shakespeare doch erst durch Schlegel geworden. Vor hundert Jahren machte das große Publikum, das keine Bücher las, seine Bekanntschaft nur auf der Bühne, und zwar in einer Gestalt, die alles Mögliche, nur nicht ihn, den Unvergleichlichen, darstellte. Johann Bulthorp und Komp. verarbeiteten seine Dramen nach ihrem Geschmacke und nach den Bedürfnissen der schaulustigen Menge. Seit Schröder gelang es, nach und nach den veranstalteten Text in seiner ursprünglichen Reinheit immer vollständiger herzustellen. Eine Zusammenstellung jener

was man auch sagen mag, nichts ist, als eine indirekte Anerkennung der Volkssouverainetät, — so hat man bisher ein lauschendes Ohr für alle Wünsche der Finanzwelt gehabt und ist taub gegen den Nothschrei des Grundbesitzes gewesen. So wird man die gemachte Schullehrerfrage lösen und so wird man die Forderungen des Liberalismus in Bezug auf die Kreisordnung in liberalem Sinne erfüllen. Zwar sind alle diese Dinge auf dem Wege der Gesetzgebung zu Stande gekommen oder werden es noch, und die Verantwortung hat die konservative Partei mitzutragen. Was soll man aber sagen, wenn die Regierung dem Grundbesitze auf dem Verwaltungswege unmittelbar zu Leibe geht und eine wahre Erbitterung unter ihren treuesten Anhängern erzeugt, wie es jetzt durch die willkürliche Erhöhung der Schullehrer-Gehälter geschieht? Vergebens fragt man nach dem gesetzlichen Rechte zu einer solchen Maßregel! Man wird sich weigern, zu zahlen. Man wird die Exekution über sich ergehen lassen."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 31. Dez. [Charakteristik und Aufgabe der neuen Minister.] Die „Presse" schreibt: Das cisleithanische Kabinet ist unter nicht unerheblichen Geburtsschmerzen endlich zu Tage gekommen. Im Ganzen genommen entspricht die Bildung desselben unseren Wünschen. Es ist vorwiegend ein Doktoren-Ministerium mit einigen liberal-aristokratischen Elementen versetzt; wir erwarten indessen mit Zuversicht, daß die Mitglieder desselben fern von unfruchtbarem Doktrinarismus sofort zur That, zur praktischen Verwirklichung der neuen freiheitlichen Grundsätze schreiten werden. Je weniger dieselben schematisiren, und je mehr sie von einem Tage zum andern durch reformirendes Eingreifen in die höchsten, wie in die untersten Branchen des öffentlichen Lebens ihren Beruf legitimiren werden, desto besser. Die Aera der abstrakten Ideen und der Klangworte ist in Oesterreich vorbei; die unablässige Aktion steht auf der nächsten Tagesordnung.

Die „Presse" hebt sodann die seltene Begabung Giskra's hervor, den sie nicht mit Unrecht für eine der vorzüglichsten Stützen dieses Kabinets hält, wie es denn unbestritten auch seine Persönlichkeit gewesen sei, welche neben dem Fürsten Carlos Auersperg den Krystallisationskern der Kombination bildete.

So sehr wir, fährt die „Presse" dann fort, mit Recht gegen die Candidatur des Herrn Professor Herbst für das Finanz-Portefeuille eingenommen waren, so heißen wir ihn doch als Justizminister willkommen. Ein scharf unterscheidender Kopf und Fachmann, scheint er uns recht sehr geeignet, die cisleithanischen Länder endlich von dem unerträglichen Joche einer konfusen, schlottrigen und schneckenhaft langsamen Justiz zu befreien. Seiner regen Arbeitskraft kann es gelingen, Oesterreich sobald als möglich mit Geschwornengerichten und koulanteren Prozeßordnungen, als es die derzeitigen sind, auszustatten.

Recht sehr freut es uns, Herrn Dr. Berger im Kabinete zu finden; es erhält durch seinen Beitritt eine wesentlich fortschrittliche Ausprägung, und wenn dem Genannten seine Gesundheitsverhältnisse nicht erlauben, ein streng geschäftliches Ressort zu übernehmen, so wird er doch jederzeit als Fortschritts-Staatsanwalt die ersprießlichste Wirksamkeit zu bethätigen in der Lage sein.

Das Ackerbauministerium des Grafen Potocki ist eine dem österreichischen Patriotismus der Polen mit Recht erwiesene Aufmerksamkeit. Wir wünschen keine Hofkanzler im Rathe der Krone; aber wenn die jetzt noch abseits sich haltenden Nationalitäten erst ihre verbissenen Führer und arg verrannten Organe abgeschuppt haben werden, dann steht nur zu wünschen, daß neue, ruhigere Führer derselben in gleicher Weise eingeladen werden, an den großen Geschäften der diesseitigen Reichshälfte theilzunehmen.

An Herrn v. Plener, dem neuen Handelsminister, achten wir die unanfechtbare Integrität seines Charakters und seine seltene Geschäftserfahrung. Er weiß genau, wo die Völker der Schuh drückt, und was sie hindert, aus ihrem Wohlfahrtshinken in den festen Marschirschritt volkswirthschaftlicher Entwicklung überzugehen. Handelspolitischer Humbug und hinterasiatische Expeditionen wird Herr v. Plener gewiß nicht begünstigen; dafür ist er zu praktisch, zu nüchtern und weiß so gut wie wir, daß die schönsten, lohnendsten, volkswirthschaftlichen Ausflüge und Entdeckungen im Innern Oesterreichs selbst gemacht werden können. Wenn irgendwo, so liegt bei uns das Geld auf der Straße; es bedarf wohl einiger Geschicklichkeit, um es zu heben, aber durchaus keiner Wünschelruthe, um seine Spur zu finden.

Die finanzministerielle Dornenkrone ist Herrn Dr. Brestel aufgesetzt worden. Er hat eine redliche, sparsame Hand und tüchtige finanzielle Vorbildung. Wir sind überzeugt, daß er dem Kabinete nicht beigetreten wäre, wenn nicht gewisse, fundamentale Sätze an die Spitze des Formations- und Aktionsprogramms dieses Kabinets gestellt worden wären. Fundamental nothwendig ist, daß die Solvenz der Monarchie um jeden Preis erhalten werde, daß daher die größtmögliche Sparsamkeit in sämmtlichen Zweigen der Administration, namentlich in Betreff der Armeeauslagen, walte, und daß Verfassungsrecht und die gewährten, volksthümlichen Freiheiten als unantastbare Heiligthümer und als die kräftigsten Garantien der allgemeinen Wohlfahrt geachtet und gepflegt werden.

Eine große und schwere Aufgabe ist Herrn v. Hasner, dem Kultusminister, zugefallen. Er wird viel Schutt wegräumen müssen, um kultivirbaren Boden zu gewinnen. Wir empfehlen ihm, mit einer durchgreifenden Reform des Volksschulwesens zu beginnen. Diese Reform ist das dringendste aller Bedürfnisse; glückt ihm die Durchführung derselben, so kann er seinen Namen damit verewigen.

Die Kraft eines einzigen Mannes, Steins, war im Stande, Preußen aus seiner politischen Versumpfung herauszureißen, und das Werk gelang ihm nach Verlauf von wenigen Jahren. Wir glauben ohne Ueberschätzung und Uebertreibung die kombinirte Kraft des cisleithanischen Ministeriums gleich hoch anschlagen zu dürfen, und wir hoffen, daß, wenn nicht störende Ereignisse den Gang unserer Entwicklung hemmen, Oesterreich bald wieder aufblühen und erstarken kann. Spät kommen wir zwar, aber wir kommen doch.

Ausland.

Spanien. [Kammereröffnung und Thronrede.] Auch in Spanien hat man wieder einmal das Bedürfniß gefühlt, eine Kammersession abzuhalten und die „Corr. Havas" ist in der Lage, zu melden, daß die Thronrede der unschuldigen Isabella mehrmals von enthusiastischem Beifalle der beiden Kammern unterbrochen wor-

---

ersten Bühnenbearbeitungen würde einen sehr schätzbaren Beitrag zur Theater-, Literatur- und Sittengeschichte überhaupt liefern. Ein interessanter Versuch dazu liegt uns in einer kleinen, gut geschriebenen und kulturhistorisch-lehrreichen Abhandlung von **Bruno Bucher** (Mitarbeiter der „Wiener Zeitung") unter dem Titel: Shakespeare-Anfänge im Burgtheater", (Wien, Verlag des Verfassers) vor.

Das **Wiener Burgtheater** war die **erste deutsche Bühne**, welche Shakespeare'sche Dramen in Szene setzte, und seine kurze, wahrhafte Blüthezeit fällt genau mit den ersten Shakespeare-Bestrebungen in Deutschland zusammen. Das erste Stück, das zur Aufführung gelangte (am 28. April 1770), war „Richard III.", und zwar in der von Lessing bekanntlich so scharf kritisirten Bearbeitung Weiße's. (Das Original kam erst 1852 durch Laube auf die Bretter der Burg.) Am 12. September 1772 folgte, ebenfalls von Weiße bearbeitet, „Romeo und Julia." (Das Original kam, nach Goethe's Einrichtung, erst 1816 zum Vorschein.) In demselben Jahre brachte Gottlieb Stephanie auf das Wiener Nationaltheater auch den „Macbeth," aber in einer Zurichtung, die nach den von Bucher mitgetheilten Proben entsetzlich abgeschmackt gewesen sein muß. (Das Original, nach Schiller's Bearbeitung, tauchte erst 1808 auf.) „Hamlet," von Franz Heufeld bühnengerecht hergestellt und mit einem versöhnlichen Schlusse versehen, erschien zuerst am 14. Februar 1778, nach Schröder's Bearbeitung aber erst 1811; „König Lear" (der im letzten Akt nicht stirbt, sondern mit Cordelia nach Frankreich zieht) von J. C. Bock am 29. Januar 1780. In letzterem Jahr führte das Kärnthnerthor-Theater auch den von Schink zurechtgeschnittenen „Sturm" auf. Derselbe Schink wienerisirte im folgenden Jahre „Die bezähmte Widerspenstige" mit dem Separattitel „oder Gaßner der Zweite." Am 4. November 1782 brachte Schröder, der selbst die Rolle Falstaff's spielte, „Heinrich IV." auf die Bühne, erzielte aber damit gar keinen Erfolg. Mehr Wirkung hatte „Cymbeline," welches Stück unter dem Titel „Imogen" am 16. Dezember 1782 zuerst in Szene ging. Am 31. Januar 1784 folgte eine Verballhornung der „lustigen Weiber von Windsor" unter dem Titel „Hannibal von Donnerberg, oder der geizige Soldat;" sodann am 12. Okt. 1785 „Othello," am 13. April 1789 „Coriolan" von Schenk und endlich am 26. Februar 1793 „Die Qualgeister," eine Umdichtung des „Viel Lärm um Nichts."

Mit dem Tode Kaiser Josephs erlosch am Burgtheater das Bemühen, Shakespeare bei uns einzubürgern, vollständig. Unsere heutigen Bühnen leisten, beiläufig bemerkt, in der Umarbeitung Shakespeare's nach dem vor hundert Jahren von Lessing siegreich bekämpften engherzigen französischen Geschmacke, der jetzt wieder Mode geworden ist, oft das Unglaubliche von Willkür und blecherner Weisheit.

den ist. Die endlos lange Rede ist eine Verherrlichung der Blut- und Eisenpolitik, mit welcher der würdige Narvaez die stattgefundenen Aufstände unterdrückte. Die Schärfligkeit, die Strenge, der Erfolg der angewandten Maßregeln und die nachher geübte Milde(!) werden gebührend hervorgehoben. In finanzieller Beziehung habe der frühere trostlose Zustand sich erheblich gebessert und die Königin „hofft“ auf einen Zeitpunkt, in welchem das Gleichgewicht zwischen Einnahmen und Ausgaben „angekündigt“ werden könne. Von dem erwarteten Gesetz, welches den bankerotten Eisenbahngesellschaften auf die Beine helfen soll, ist in der Thronrede nichts erwähnt, dagegen kündigt dieselbe ein neues Schulgesetz an; der Staat und die Kirche hätten gemeinschaftlich die Leitung der Schule in die Hand zu nehmen, den antireligiösen und unmoralischen Unterricht vereint zu bekämpfen, um die Achtung vor dem Gesetz und den legitimen Autoritäten wieder herzustellen. So werde eine Wiederholung der Störung des öffentlichen Friedens jeden Tag weniger wahrscheinlich. In Bezug auf die auswärtige Politik bestätigt die Königin das Anerbieten einer Hülfeleistung an Frankreich zu Gunsten des Papstes.

Da Spanien ein Land ist, das auf die Geschicke der übrigen Welt nur einen geringen Einfluß übt, so wird diese Thronrede außerhalb Spaniens nur wenig Eindruck machen und auch dort, im Lande selbst, kaum; denn die Worte stechen von der Wirklichkeit ab. In diesem Lande, das sich konstitutionell nennt, die konstitutionellen Formen mit Pomp beobachtet, herrscht ein fast unumschränkter militärischer Despotismus. Und was soll man sagen zu der Berufung auf Spaniens Ehre und Ruhm in einer Thronrede, in welcher Spaniens Gläubiger zur Billigkeit ermahnt werden, d. h. zur Erlassung des größten Antheils ihrer gerechten Ansprüche?

Rußland. [Gegen die Deutschen.] Seitdem den altrussischen Parteiblättern die Polemik gegen die deutsche Nationalität in den Ostsee-Provinzen von der Regierung verboten ist, nehmen sie jede Gelegenheit wahr, ihren nationalen Ingrimm gegen die zahlreichen in Rußland bestehenden deutschen Colonieen auszulassen. Sie weisen auf die vermeintlichen Gefahren hin, die Rußland aus der Anhäufung des deutschen Elements in seinem Innern und aus der Conservirung der deutschen Nationalität erwachsen könnten, und dringen darauf, daß den deutschen Colonieen die ihnen bisher gewährte selbständige Gemeinde-Verwaltung entzogen und in ihren Schulen statt der deutschen Sprache die russische als Unterrichtssprache eingeführt werde. Die von der Regierung neuerdings kundgegebene Absicht, die Ostküste des Schwarzen Meeres durch Deutsche zu kolonisiren, hat dem Mosk. Wied. und anderen altrussischen Partei-Organen sogar Veranlassung gegeben, die deutsche Colonisirung überhaupt als staatsgefährlich zu verdammen und der Heranziehung ausschließlich slawischer Elemente nach Rußland das Wort zu reden. Durch die Bemühungen der altrussischen Partei sind in letzter Zeit auch bereits mehrere slawische Colonieen gegründet worden, namentlich von Serben und Herzegowinern im Kaukasus, von Kleinrussen im Taurus-Gouvernement und von Czechen bei Suchumkale; doch zweifeln russische Blätter selbst an dem Gedeihen dieser slawischen Colonieen.

Griechenland. [Ministerkrisis und friedliche Stimmung des Königs] Die kürzlich durch den Telegraphen zu uns gelangte Nachricht, welche berichtete, der griechische Premier Komunduros drohe mit seiner Abdankung, weil der König mit seiner „Blut- und Eisen-Politik“ nicht einverstanden sei, bestätigt eine frühere Mittheilung eines Korrespondenten der „A. Z.“ bezüglich der Aeußerungen des Königs Georg: daß er entschlossen sei, sich innerhalb der Gränzen der strikten Neutralität zu halten, und bezüglich der den Vertretern der Schutzmächte gegebenen entsprechenden Zusicherungen. Komunduros selbst mußte dieses letzteren Auftrages sich entledigen. Um so auffälliger ist sein Auftreten in der Kammer und um so erklärlicher die Entrüstung des Königs. Derselbe hat, wie der oben erwähnte Korrespondent von absolut zuverlässiger Seite erfährt, unmittelbar nach jener Kammersitzung dem Minister Komunduros auf das unzweideutigste erklärt, daß er jede Solidarität für die von ihm proklamirte Politik ablehne, daß er diesen Weg, der unfehlbar zum Untergang des griechischen Staats führen müsse, nicht betreten, die Grundsätze der Nichtintervention keineswegs aufgeben werde. Nun war die Ministerkrisis unausbleiblich. Die Berufung Bulgaris zur Neubildung des griechischen Ministeriums haben wir bereits gemeldet; derselbe ist der Besonnenste unter allen griechischen Staatsmännern.

Nichtpolitische Zeitung.

[Eine Verwechslung.] Aus Glogau wird der Berliner „Ger.-Zeitung“ nachstehender Vorfall gemeldet: Als in vergangener Woche Generalmarsch geschlagen wurde und die alamirte Garnison aus allen Enden und Winkeln der Stadt mit militärischer Hast zusammenströmte, da geschah es, daß ein Mann durch eine Abtheilung Kavallerie überritten wurde und, mit Schmutz bedeckt, auf dem Straßenpflaster besinnungslos liegen blieb. Ein menschenfreundlicher Offizier hatte den Unglücklichen kaum bemerkt, als er auch sofort einen Arzt zur Hilfsleistung herbeirief. Der Stabsarzt, Herr Dr. Blaß, erschien, betrachtete den Verunglückten und that auf Grund des Nasen-Befundes — (der Verunglückte hat eine etwas markirte, gebogene Nase) — den Ausspruch: „Ist ein polnischer Handelsjude! man bringe ihn in's jüdische Spital!“ — Und es geschah also: vier Mann luden den Besinnungslosen auf ihre Schultern und brachten ihn in's Judenhospital. Hier wurde er von Schmutz und Blut gereinigt und sorgfältig behandelt, bis er zur Freude des Arztes wieder zur Besinnung kam. „Wo bin ich?“ fragte er erstaunt seine Wärter. — „Im jüdischen Hospital!“ — „Aber, mein Gott, wie komme ich hierher?“ — Man erzählte ihm, was vorgefallen sei, und daß man ihn als Juden hierher dirigirt habe. Der Patient lächelte trotz seiner Schmerzen und schüttelte den Kopf. „Sind Sie kein jüdischer Handelsmann?“ fragte der Arzt. Der Patient schüttelte abermals den Kopf. „Nun wer sind Sie denn?“ — „Ich bin der Rittergutsbesitzer und Geh. Legationsrath Jordan!“ war die Antwort. Der Herr Rath soll sich bereits auf dem Wege der Besserung befinden und keineswegs darüber ärgerlich sein, daß er seiner Nase wegen in die Hände jüdischer Samariter gerathen ist.

[Ausländerei.] Der „Allg. Ztg.“ wird aus Italien geschrieben: „Wenn die sogenannte Lega Pacifica, oder die Enthaltung von Ankauf und Einfuhr französischer Waaren, auch auf ungesunder national-ökonomischer Anschauungsweise fußt und geradezu gegen das durch Cavour eingeführte Freihandelssystem verstößt, so ist dennoch nicht abzusprechen, daß diese Lega unter maßvoller Leitung der stufenweisen Emancipation Italiens nicht von Frankreich allein, sondern vom Ausland überhaupt ersprießliche Dienste leisten kann. Italien besitzt so viele und unerschöpfliche Quellen des Reichthums in sich selbst, welche, wenn gehörig ausgebeutet und rationell verwerthet, dem Lande jährlich Hunderte von Millionen erhalten würden, die gegenwärtig in's Ausland fließen. In gar manchen Fabrik-Erzeugnissen wird recht gute Mittelwaare geliefert, in Seidenstoffen und Seidensammt sogar Ausgezeichnetes und Unübertroffenes; allein es klebt den Italienern ein Fehler an, an dem auch die lieben Deutschen leiden: die Unterwürfigkeit unter französische Mode und das Vorurtheil, alles Ausländische sei besser, als das Einheimische. In Italien wie in Deutschland sehen sich inländische Fabrikanten, wenn sie ihre Waaren absetzen wollen, vielfach genöthigt, denselben französische oder englische Namen zu geben und eben solche Etiquetten aufzukleben. Ein Hauptmoment bei Begründung obengenannter Lega Pacifica war nun die Bekämpfung dieser nationalen Selbsterniedrigung, und in dieser Beziehung ist sie sicher nicht zu tadeln; wohl dürfte sie aber anderwärts zu empfehlen sein. Die Lega gewinnt täglich mehr an Ausdehnung. Auf eine Cirkularanfrage der piemontesischen Handelskammern bei den Handelskammern der übrigen Provinzen des Königreichs erklärten die meisten sich zum Anschlusse bereit.“

Literarisches.

Von Johannes Scherr ist in A. Lesser's Weltbibliothek, zum äußerst wohlfeilen Preise von 36 kr., unter dem Titel Mischmasch eine neue Sammlung von Erzählungen und Essays erschienen, in welcher wir alle Eigenthümlichkeiten und Vorzüge des geistvollen Schriftstellers vereinigt finden. Das Bändchen enthält: Brunhild, eine Novelle, die in großen Zügen eine herzerschütternde Ehestandsgeschichte vor uns entrollt. Gottlieb Napier, eine Gespenstergeschichte oder vielmehr eine drastische Verspottung des Muckerthums und Aberglaubens. Ferner: „Gefängnißleben zur Schreckenszeit, eine höchst interessante historische Studie: geistvoll und farbenfrisch; von jenem warmen Lebensodem durchströmt, den Scherr allen seinen geschichtlichen Darstellungen einzuhauchen weiß. Den Schluß dieser Sammlung bildet ein Todtenopfer für Julius Mosen, ein Aufsatz, der uns schon früher durch die Wärme der Empfindung, die Kraft der Sprache, das liebevolle Eingehen auf Mosens dichterische Eigenthümlichkeiten und die überzeugende Darlegung seiner Bedeutung lieb geworden war und den wir mit Freuden in dieser Sammlung wiedergefunden haben. (In Würzburg vorräthig in der Stabel'schen Buch- u. Kunsthandlung.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 3.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 3. Januar 1868.

Eine Rückschau.

III.

Würzburg, 3. Januar.

Der norddeutsche Bund, dem am Schlusse des Jahres 1866 so vielfach ein nur sehr kurzer Bestand, ein baldiges Auseinanderfallen prophezeit und — gewünscht worden war, steht am Schlusse des Jahres 1867 „fest gemauert“. Man kann bedauern, daß der Mörtel zu seinem Bau mit Blut angemacht worden ist, daß er mit Eisen zusammengehalten werden mußte, aber man wird zugestehen müssen, daß die Gründung des norddeutschen Bundes auf dem so lange unfruchtbaren Felde der deutschen Einheitsbestrebungen die erste erzielte Frucht ist; dieselbe zu veredeln, zu vergrößern und Allen genießbar und zugänglich zu machen ist die nächste Aufgabe des ganzen deutschen Volkes.

Am Schlusse des Jahres 1866 noch waren die einzelnen Regierungen des norddeutschen Bundes in Berlin zusammengetreten, um einen einem Volksparlament zur Berathung vorzulegenden Verfassungs-Entwurf für den Bund zu vereinbaren. Diese Vorkonferenz trat nach einer Unterbrechung ihrer Arbeiten durch die Weihnachtsferien am 4. Januar des eben abgelaufenen Jahres wieder zusammen. Das meiste Bedenken erregte bei den Regierungen der Kleinstaaten der hohe Betrag des von ihnen verlangten Militär-Budgets, 225 Thlr. per Kopf einer Friedensstärke von 1 pCt. der gegenwärtigen Bevölkerung. Es wurden denselben Erleichterungen für einen Uebergangszeitraum zugesagt und später durch besondere „Militär-Konventionen“ auch gewährt, während andererseits dem größten der Bundesstaaten, dem Königreiche Sachsen, nachgegeben wurde, daß seine Truppen ein besonderes Armeekorps bilden sollten. Im Verlaufe der letzten Woche des Januars wurde dann Seitens fast aller norddeutschen Regierungen angezeigt, daß sie nunmehr mit der Einberufung des schon 1866 vertragsmäßig vorgesehenen verfassungberathenden Reichstages zum 24. Februar einverstanden seien.

Am 9. Februar verkündete der „Preuß. Staats-Anzeiger“, wie in den letzten Tagen das Einverständniß über die von einzelnen Bundesregierungen noch offen gehaltenen Fragen erzielt worden sei, und wie an diesem Tage (dem 9. Febr.) die allseitige Genehmigung des dem Reichstage vorzulegenden Verfassungs-Entwurfes von Seiten der Vertreter der Bundesstaaten zu Berlin stattgefunden habe. „Die preußische Regierung“, so erklärte dabei zugleich das amtliche Blatt, „hat für die ihr zufallende obere Leitung der Bundesangelegenheiten nur dasjenige Maß von Rechten beansprucht, welches ihr im Interesse der Gesammtheit unentbehrlich schien, und die Bundesgenossen Preußens haben diese Rechte in dem Vertrauen gewährt, daß diese maßhaltende Politik Preußens sich in den Verhandlungen mit dem Reichstage nicht verleugnen und das nationale Werk im bundesfreundlichen Wege und zur Befriedigung aller Betheiligten zum Ziele führen werde. Die Aufgabe der k. Regierung wird es sein, diesem Vertrauen zu entsprechen.“

Der alsbald der Oeffentlichkeit übergebene Verfassungsentwurf für den norddeutschen Bund zeigte, daß wenigstens eine thatkräftige Einheit der nationalen Macht in der Hand des Königs von Preußen gesichert war; dagegen war die Forderung politischer Freiheit und maßgebender Theilnahme der Nationalvertretung an der künftigen Bundesregierung sehr kümmerlich bedacht. In Bezug hierauf mußten deßhalb noch wesentliche Verbesserungen vom Reichstage erwartet werden.

Am 24. Februar wurde der Reichstag in Berlin durch den König von Preußen als künftigen Träger des Bundespräsidiums unter ziemlich günstigen Aussichten eröffnet, und zwar mit einer Thronrede, deren deutscher — nicht spezifisch preußischer — Charakter den besten Eindruck machte. Vom 9. bis zum 13. März dauerte die Generaldiskussion über den vorgelegten Verfassungsentwurf. In der folgenden Spezialberathung wurde die Gesetzgebungskompetenz des Bundes (Art. 4) sehr erheblich, auch über das ganze Gebiet der Rechtspflege, erweitert und namentlich auch Militärwesen und Kriegsmarine ausdrücklich dem Gebiete der ordentlichen Bundesgesetzgebung zugewiesen. Heftiger entbrannte der Kampf um die Stellung der Bundesverwaltung zum Reichstage, eben um das Prinzip der „Ministerverantwortlichkeit.“ Hier fühlte sich Bismarck verpflichtet, für den noch übrig gebliebenen Schein der Territorial-Souverainetät der Einzelstaaten unbeugsam einzutreten, und die Mehrheit des Reichstages begnügte sich schließlich mit einer — politischen und moralischen — Verantwortlichkeit des „Bundeskanzlers,“ was übrigens so viel heißen will, wie gar nichts. Sehr eingreifende Verbesserungen des Entwurfs erlangte der Reichstag noch für die Erweiterung der passiven Wahlfreiheit und für die Kompetenz und Redefreiheit des Reichstages; nur „Diäten“ neben dem bewilligten allgemeinen und direkten Wahlrechte waren nicht durchzusetzen. Lebhafte Kämpfe veranlaßten dann zuletzt die Bestimmungen über Militär- und Finanzwesen des Bundes; aber auch diese führten zu Kompromißlösungen. Als am Mittage des 17. April der Reichstag, nachdem am 16. der von ihm vielfach verbesserte Verfassungsentwurf mit 230 gegen 53 Stimmen angenommen war, vom Könige geschlossen wurde, sagte derselbe in der Thronrede: „Wir Alle, die wir zum Zustandekommen des nationalen Werkes mitgewirkt, die verbün-

Todtenliste des Jahres 1867.

Während wir in Europa beim Jahreswechsel aus der unsicheren Gegenwart Schlüsse auf die nächste Zukunft ziehen, durchschneidet eilenden Laufes, wie von Abscheu und Entsetzen zu verdoppelter Eile angetrieben, ein einsames trauerbeflaggtes Schiff die Fluthen des atlantischen Oceans und flößt allen ihm Begegnenden eine unheimliche Empfindung des Grauens ein. Es ist keines jener gespenstigen Fahrzeuge, deren Erscheinung abergläubige Matrosen mit Furcht und Bangen erfüllt; es ist die stolze Novara, welche ihren Namen einer siegreichen Vergangenheit entlehnt hat; ihre Ladung aber ist die Leiche des unglücklichen Erzherzogs Maximilian, als Kaiser Mexiko's der Erste und wohl auch der Einzige seines Namens. Welch' fürchterlich rascher Wechsel! Als Maximilian, mit seinem kaiserl. Bruder ausgesöhnt, von Napoleon durch die bestimmtesten Zusagen zu seinem geträumten Civilisationswerke aufgemuntert, vom Papste gesegnet und nur von der Presse vor Illusionen gewarnt, Europa verließ, schwelgte Oesterreich, durch die Siege seiner Truppen in Schleswig-Holstein gehoben, im Bewußtsein seiner Macht, und noch sind nicht vier Jahre verflossen, da kehrt der einst so hoffnungsvolle und zuversichtliche Maximilian als Leiche in sein tiefgebeugtes Vaterland zurück und wird von den Mitgliedern seiner Familie empfangen, deren Trauer um ihn durch den Tod der ihren Brandwunden erlegenen Erzherzogin Mathilde, sowie des Erzherzogs Stephan, und den Kummer um des Todten hinterlassene irrsinnige Wittwe noch verschärft worden ist. Das Haus Habsburg hat viel Mißgeschick erlebt und wurde schwer geprüft.

Auch andere Fürstenhäuser haben schwere Verluste erlitten: Otto I., der ehemalige König von Griechenland, ist, von seiner Adoptiv-Heimath verbannt, in seinem Vaterlande gestorben, die ebenfalls verkannte Wittwe Ferdinands II., Königs beider Sizilien, und ihr Sohn, Prinz Januarius Maria Immaculata Ludwig Graf v. Caltagirone, sind ihm gefolgt; die regierenden Fürsten Friedrich Günther von Schwarzburg-Rudolstadt und Heinrich LXVII. von Reuß j. L. haben ihren Nachfolgern Platz gemacht, und eine ganze Reihe fürstlicher Namen, wie Wolrad Melander zu Waldeck und Pyrmont, Maximilian zu Wied, Ehrensenior des eisernen Kreuzes, der zur kathol. Kirche übergetretene Prinz Friedrich von Hessen und bei Rhein, Landgraf Wilhelm von Hessen-Kassel, Erbprinz Maximilian von Thurn und Taxis, und die Prinzessin Gräfin Maria von Württemberg, Herzogin Sophie in Bayern, Tochter des Königs von Sachsen, Herzogin Sophie Louise, Gemahlin des Herzogs Christian Fr. August von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg zu Primkenau, Fürstin Eugenie von Urach,

deten Regierungen ebenso, wie die Volksvertretung, haben bereitwillig Opfer unserer Ansichten, unserer Wünsche gebracht; wir durften es in der Ueberzeugung thun, daß diese für Deutschland gebracht sind und daß unsere Einigung derselben werth war."

Inzwischen hatten sich am Himmel der auswärtigen Politik dunkle Wolken drohend zusammengezogen. Die französische Eifersucht, welche im August 1866 ihre Kompensationsbegehren (Saarlouis, Landau ꝛc.) nicht ernstlich zu verfolgen gewagt, hatte jetzt mit dem Könige von Holland geheime Verhandlungen über den Ankauf des Großherzogthums Luxemburg gepflogen. Das Gerücht von diesen Verhandlungen erregte in Deutschland die Gemüther. In der Reichstagssitzung vom 1. April hatte der Abg. v. Bennigsen eine betreffende Interpellation gestellt, auf welche Graf Bismarck in seiner Antwort geschickt den europäischen Charakter der Frage und die Londener Verträge von 1832/34 betont und so die ganz unhaltbare Theorie des Interpellanten von einer rechtlichen Zugehörigkeit Luxemburgs „zum übrigen Deutschland" und das fortdauernde „preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg" in gelinder Weise abgelehnt hatte. In der augenblicklichen öffentlichen Meinung Deutschlands gab sich damals leider ein gewisser Uebermuth, ein „Chauvinismus" kund, der den eigenen, vermeintlich „patriotischen" Wünschen gegenüber fremdes Recht in ähnlicher Weise gering achtete, wie solches freilich seither auch bei anderen Nationen vielfach für Tugend galt. Da es nun unverkennbar auch in den die Regierungen beeinflussenden Kreisen, namentlich in Preußen, eine Kriegspartei gab, welche den ihres Erachtens „ohnehin unvermeidlichen" Krieg gern beschleunigt hätte, so zog das Kriegsgewitter näher und näher und warf namentlich die Börsen wiederholt (z. B. 6. April) in die „äußerste Panik." Indeß Vermittlungsbemühungen der übrigen Großmächte, Oesterreich, England und Rußland führten noch rechtzeitig zu der Konferenz in London (7.—11. Mai), welche dann bekanntlich eine Verständigung dahin zuwege brachte, daß Frankreich von seinem Ankaufe und Preußen von seinem behaupteten Besatzungsrechte zurücktraten gegen die von den übrigen Mächten übernommene Gesammtgarantie einer „Neutralisirung des Großherzogthums Luxemburg" unter Schleifung der Festungswerke. Die Ratifikation des Vertrages vom 11. Mai erfolgte von Seiten Preußens am 21. desselben Monats und von Seiten der übrigen Mächte wohl gleichzeitig.

Die Ruhe wurde bald wieder durch andere Gerüchte gestört. Auch am französischen Hofe besteht ohne Zweifel eine Militärpartei, welche auf die deutschen Ereignisse von 1866 und deren fernere Entwicklung noch immer nicht ohne bittere Eifersucht blickt, und der Besuch des französischen Herrscherpaares bei dem kaiserlichen Paare von Oesterreich in den friedlichen Thälern von Salzburg (18.—23. Aug.) wirkte deßhalb doch wieder einiger Maßen beunruhigend auf Diplomaten und Völker. Man wollte daran nicht glauben, daß es sich in Salzburg gar nicht um Politik und namentlich nicht um den Prager Frieden, sondern lediglich um eine Beileidsbezeigung in Bezug auf das Trauerspiel in Queretaro gehandelt habe. Auf süddeutschen Bahnhöfen wurden deßhalb von den Volksmassen Acclamationen für den durchreisenden französischen Kaiser durch Gegendemonstrationen erstickt, und sowohl unser König wie der König von Württemberg hielten sich von Salzburg fern. Und bald darauf wurde ein Rundschreiben des Grafen Bismarck vom 7. Sept. bekannt, in welchem er mit Vergnügen anerkennt, daß die an die Zusammenkunft der Kaiser von Frankreich und Oesterreich zu Salzburg geknüpften Besorgnisse sich nicht bestätigt hätten, aber auch erklärt: Preußen habe sich von Anfang an zur Aufgabe gemacht, den Strom der nationalen Entwicklung Deutschlands in ein Bett zu leiten, in welchem er nicht zerstörend, sondern befruchtend wirke, und alles vermieden, was die nationale Bewegung überstürzen könnte; dieses Bestreben würde, wie Preußen hoffen dürfe, gelingen, wenn auch von auswärtigen Mächten mit Sorgfalt alles vermieden werde, was den deutschen Nationalstolz beleidigen könne; denn Preußen habe sich jedes Druckes auf die süddeutschen Staaten enthalten und werde die Bestimmung des wünschenswerthen Maßes der gegenseitigen Annäherung jederzeit der freien Entschließung seiner süddeutschen Verbündeten überlassen.

Am 25. Juni wurde die Verfassung des norddeutschen Bundes in ganz Norddeutschland als Gesetz verkündet. Am 31. August hatten überall die neuen Reichstagswahlen stattgefunden und am 16. September wurde der „erste ordentliche Reichstag" durch den König von Preußen als nunmehrigen verfassungsmäßigen Träger des Bundes-Präsidiums eröffnet. Die Thronrede war nüchtern und geschäftsmäßig gehalten; sie erwähnte nur die Gesetzesvorlagen, ohne irgend auf innere und äußere Feinde des Werkes, auf Salzburg ꝛc., auch nur die leiseste Andeutung zu enthalten. Zu einer Antworts-Adresse hätte die Thronrede kaum einen Anlaß gegeben, indeß nachträglich entschied sich der Reichstag aus Rücksicht auf Süddeutschland dennoch zu einer Adresse, welche sich aufs engste an das eben erwähnte Rundschreiben des Grafen Bismarck vom 7. Sept. anschloß, nur daß sie das Recht der deutschen Nation, ihre inneren Angelegenheiten nach eigenem Ermessen zu ordnen, noch stärker betonte. Am 27. Septbr. begann die Budgetdebatte, die wenig Stoff zu eingehenden Erörterungen bot, nachdem der bei Weitem wichtigste, der Militäretat, durch die Verfassung für jetzt noch der Beschlußnahme entzogen war. Auf wiederholtes Andrängen in der Debatte erklärte jetzt Graf Bismarck immer nackter und unzweideutiger, daß der Bundeskanzler allerdings sich für die „gesammte" Bundesverwaltung, „auch für das Militärwesen", als allein und im moralischen und politischen Sinne vollkommen verantwortlich erachte. Unter den sonst zur Annahme gebrachten Gesetzen ist vor allen anderen das Freizügigkeitsgesetz zu nennen, das zwar bezüglich des freien Gewerbsbetriebes noch viel zu thun übrig läßt, aber doch eine unschätzbare Wohlthat, besonders für die deutschen Lohnarbeiterklassen, darbietet und in die verrosteten Zustände einiger Kleinstaaten, namentlich Mecklenburg's, viel gründlicher Breche legt, als das durch abstrakte „Grundrechts"-Sätze möglich gewesen wäre. Die übrigen dankenswerthen Gesetze (der Paßfreiheit, des einstufigen Briefporto's ꝛc.) brauchen wir wohl kaum weiter zu erwähnen, da deren Berathung und Annahme noch in Aller Gedächtniß ist.

Der erste ordentliche Reichstag des norddeutschen Bundes wurde

---

Gräfin v Württemberg — füllt die Todtenliste erlauchter Personen an, in welcher die Namen der Großnichte des berühmten Washington, Witwe Prinz Napoleon Achill Murats, sowie des Mikado von Japan, des Kaisers Faustin I., allgemeiner bekannt als Soulouque, und endlich des von Maximilian angeblich als sein Thronfolger in Aussicht genommenen Don Antonio Iturbide, Sohn des ebenfalls erschossenen ersten Kaisers von Mexiko, durch ihre Fremdartigkeit abstechen.

Unter den Staatsmännern von Fach, welche, wie Fürst Vincenz Auersperg, Frhr. Dietrich v. Stein in Gotha, Freslon, Unterrichtsminister der französischen Republik, Graf Duchatel, bekannt aus der Zeit des Juli-Königthums, J. A. d'Aguiar, portugiesischer Ministerpräsident, der russische Graf Iwan Tolstoi, Jos. Wright, amerikanischer Gesandter in Berlin, von dem irdischen Schauplatz abgetreten sind, steht der ehemalige französische Finanzminister Fould an Bedeutung oben an.

Die verschiedenen Landes- und Volksvertretungen haben verloren in Preußen: Die Mitglieder des Herrenhauses: v. Wickerode, K. Detlof v. Winterfeld, Alph. v. Taczanowski, sowie die Abgeordneten (aus früherer und gegenwärtiger Zeit): Stadt- und Kreisgerichtsrath A. Voigtel in Magdeburg, Kreisrichter Wolff (Halberstadt), Kreisgerichts-Director Bede in Inowrazlaw, Major a. D. Dr. H. L. Beitzke, sowie die Mitglieder des norddeutschen Reichstags: M. Henß und A. v. Lavergne Peguilhen; in den norddeutschen Bundesstaaten: Dr. med. Heyner, M. des sächs. Landt., Rittergutsbesitzer Franke, M. des weim. Landt., Bankier Breusing, ehem. hann. Abg.; in Bayern: Graf R. Fugger v. Kirchberg und Weißenhorn, Reichsrath und Senior des fürstlichen und gräflichen Fugger'schen Gesammthauses; die Abgeordneten Christmann aus der Pfalz und Dr. Maier aus Fürth; in dieser Rubrik ist wohl auch der hier in Würzburg verstorbene Dr. Eisenmann, weiland Mitglied des Frankfurter Parlaments, zu erwähnen; in Oesterreich: das Reichsrathsmitglied Hofrath Dr. Fr. Taschek, und die Landtags-Abgeordneten Dr. L. v. Hann (österr.) und Dr. Podlipsky (böhm.); in Ungarn: den zweiten Vice-Präs. des Landtages, Alex. Dosza; in Italien: die Senatoren Carbonieri, Bartol. Panizza, Armulfo, Ign. Prinetti, Natoli, Graf Martinengo, Romualdo Tecco, und die Deputirten Carlo Beolchi und Silvestrelli; in England in großer Anzahl die Peers Marquis v. Exeter, Earl of Kingston, Earl of Camperdown, Lord Feversham, Earl of Brownlow, Lord Benj. Llannover, George W. R. Fermor Graf v. Pomfret, Joh. Stuart Earl of Moray, Lord Dunkellin, George Percy Herzog von Northumberland, Baron Avcland, Lord Th. Kingsdown, Lord C. A. Colchester, Lord Wrottesley und die Parlaments- (Unterhaus-) Mitglieder Morgan Treherne, Will. Scholefield, H. Wickham, Chr. W. Peke, Oberst Lowther und John Villiers Shelley; in Frankreich endlich die kaiserl. Senatoren Henri Aug. Georges Duvergier Marquis Larochejacquelin, ehemaligen Führer der Legitimisten, F. Favre und die kaiserl. Deputirten als Mitglieder des gesetzgebenden Körpers Vilcocq und v. Morgan. (Forts. folgt.)

am 26. Oktober geschlossen. Verschiedene Einzeln-Landtage drangen auf Einziehung jetzt überflüssiger Gesandtschaften ihres Staates, und im preußischen Landtag erklärte am 9. Dez. der Bundeskanzler selbst als preußischer Ministerpräsident das Streben, allmälig den gesammten auswärtigen Etat auf den Bund zu übertragen, unumwunden für bundesrechtlich ganz korrekt, und den preußischen Botschaftern und Gesandten an den großen europäischen Höfen ging ihre Beglaubigung als zugleich „Vertreter des norddeutschen Bundes“ zu.

Eines muß schließlich noch erwähnt werden, weil es ein am Schluße des Jahres noch ungelöster politischer Knoten im Gefüge des norddeutschen Bundes ist: die bekannten Bestimmungen des Prager Friedens in Bezug auf den **dänischen Theil von Schleswig-Holstein.** Unmittelbar vor Eröffnung der Londoner Conferenz wegen Luxemburg's (7. Mai) wurde von Berlin aus offiziös gemeldet, Preußen habe in Kopenhagen die ersten Schritte wegen der Ausführung jener Bestimmungen gethan. Allein wie sich hinterher zeigte, bestanden diese ersten Schritte nur darin, daß Preußen der dänischen Regierung den Art. 5 des Prager Friedens zur Anzeige brachte und dabei, statt Vorschläge zu dessen Ausführung zu machen, blos die Frage stellte, „was für Garantieen Dänemark geben wolle“, u. s. w. Alle Welt empfing den Eindruck, es sei damit nur auf Verzögerung, wo nicht auf gänzliche Vereitlung der Ausführung abgesehen. Unter dem 18. Juni erfolgte dann eine betreffende preuß. Note, und darauf während der letzten beiden Monate zu Berlin lange Besprechungen zwischen Herrn Lothar Bucher und Herrn v. Quaade, von deren Ergebnissen oder Fortschritten bisher nichts verlautete, die aber im nächsten Januar — „fortgesetzt werden“ sollen. Solche Zögerung ist sehr zu bedauern und kann verhängnißvoll werden. Für sich allein würde aus dem Einen „schwarzen Punkte“ schwerlich ein mächtiges Gewitter werden; wohl aber mag derselbe unter Umständen mit den italienischen und orientalischen und inneren französischen schwarzen Punkten zur finsteren Wolke sich zusammenziehen und für Tendenzen, deren Grund er nicht ist, Vorwand und Anlaß werden können.

Die Neugestaltung Oesterreichs wird das Thema unseres nächsten Artikels sein.

Ausland.

Frankreich. Paris, 1. Jan. [**Die Neujahrsbetrachtungen der Pariser**] wurden am Sylvester-Abend durch einige starke Böllerschüsse der „France“ eingeleitet. Erster Schuß: die allgemeine Ausstellung hat den Krieg verhindert; in anderen Zeiten hätte sie einen fünfzigjährigen Frieden gesichert! Zweiter Schuß: die Ausstellung hat die Thätigkeit der Völker in der unermeßlichen industriellen und intellektuellen Bewegung absorbirt und die Nationen gezwungen, allen Ehrgeiz und jeden Gedanken an einen gewaltsamen Kampf zu vertagen! Aber nach dem Blitz und Donner folgt in dem Hoforgane ein langer Qualm von Klagen: „Wenn wir heute noch Frieden haben, so haben wir doch kein Vertrauen und kein Wohlbehagen, daran ist jedoch Frankreich in keinem Theile schuld, denn dieses (Frankreich) hat stets das Recht vertheidigt (toujours) und niemals mit Vergewaltigung und Unterdrückung paktisirt! In Italien wie in Deutschland, in der alten und in der neuen Welt (wo liegt denn eigentlich Mexiko: im Monde?) war es das geheiligte Interesse an der Civilisation, das es gegen alle Gewaltthätigkeiten verfochten, die von Fürsten-Ehrgeiz oder Völker-Uebermuth herrührten. Aber freilich, Frankreich wird von allen Seiten verlästert und ummeutert, denn Garibaldi ist der Feind aller Prinzipien und Ueberlieferungen und will die politische und religiöse Ordnung einer Art verthierter Beherrschung unterwerfen. Der Garibaldismus taucht überall auf!“ Und nun folgt die Offenbarung, daß Garibaldi in England die Fenier als eine revolutionäre Brut hinterlassen hat. Noch mehr: Das Jahr 1868 beginnt mitten in einer Krisis, die aus der sozialen Confusion und politischen Perturbation hervorging. „Die Mission von 1868 ist nun, diesem furchtbaren Unheile zu steuern, der triumphirenden Gewalt Halt zu gebieten und das Recht herzustellen.“ Diese Mischung von Weisheit und Unverstand scheint übrigens weniger eine Drohung nach außen, als ein Aufruf nach oben sein zu sollen, denn die „France“ erwartet von 1868 Gutmachung vieler Fehler und Nöthen, die im Jahre 1867 entstanden waren.

Großbritannien. [**Stellung zur oriental. Frage.**] Das Studium der über die orientalische Frage veröffentlichten Depeschen veranlaßt den „Herald“ zu folgender Betrachtung: „Lord Stanley (der englische Minister des Aeußern) ist, trotz der vielen von verschiedenen europäischen Ministern an ihn ergangenen Aufforderungen, nicht geneigt, Großbritannien abermals in die orientalische Frage hineinzuziehen, auf einer Basis, welche zum voraus in einem speziellen Interesse zurechtgemacht worden ist. Was aus dieser Angelegenheit sich entwickeln wird, läßt sich freilich nicht voraussagen. So viel jedoch steht fest, daß, während alle kontinentalen Mächte sich in ihr engagirt haben, Großbritannien sich in keiner Weise auch nur im entferntesten gebunden hat, ausgenommen durch seine traditionelle und, wir wollen hoffen, unabänderliche Politik, die sich darauf beschränkte, der Pforte freundschaftliche Rathschläge behufs zeitgemäßer Reformen ihrer verschiedenen Verwaltungszweige zu ertheilen. Müssen wir aus der Masse der vorliegenden russischen Depeschen einen, dem Frieden und den allgemeinen Interessen Europa's feindseligen Sinn herauslesen? Die Geschichte heißt uns in diesem Punkte allerdings vorsichtig sein. Rußland hat im Orient eine gewichtige Aufgabe und eine große Politik vor sich. Uns Engländern steht persönlich kein Recht zu, dagegen anzukämpfen oder aus Eifersucht uns vorzudrängen. Rußland verwirklicht seine natürliche Sendung in Centralasien, woselbst seine Anwesenheit im Allgemeinen ein Segen ist; im Osten Europa's dagegen gibt es Fragen zu lösen, welche vielleicht die Zukunft von halb Europa und Interessen in sich schließen, die gewahrt werden müssen und die, man mag sagen, was man wolle, mit der Anerkennung, Aufrechthaltung und Integrität des türkischen Reiches identificirt sind.“

— [**Der fenische Handstreich gegen die Küstenwarte von Fota**] oder Foaty ist mit einer erstaunlichen Keckheit ausgeführt worden. Die Foaty-Bai ist ein Theil des Hafens von Cork, welchen die breite Mündung des Flusses Lee bildet; sie liegt am nordwestlichen Ufer, gegenüber dem Flecken Passage. Zwei Martellothürme liegen an der Bai; einer beherrscht die zur großen Insel führende Brücke, der andere steht auf einer Landzunge bei Marino, am Eingange der Bucht. Die Besatzung der letzteren Warte bestand aus zwei Artilleristen, die dort mit Weib und Kind wohnten. Am Donnerstag Abend saß einer dieser Kanoniere, wie es für einen englischen Soldaten so gerade paßt, mit seiner Familie zu Thee, als fünf Leute, drei von ihnen vermummt, ruhig eintraten und mit erhobenem Revolver den Artilleristen, dem vor Schreck die Theetasse zu Boden fiel, aufforderten, sich nicht zu rühren; sie würden ihm nichts zu Leide thun, sondern nur die Munition mitnehmen. Sein Kamerad, der hierüber ins Zimmer kam, wurde gleichfalls festgehalten, und während zwei der Angreifer die beiden Soldaten mit gespannten Revolvern in Schach hielten, plünderten die anderen den Thurm und schleppten Gewehre, Säbel, Bomben, Patronen und allerlei Artillerie-Bedürfnisse heraus. Darauf setzten sie sich ganz ruhig an den Tisch zu den Soldaten und schwatzten eine Weile mit ihnen; der eine erzählte seine Abenteuer aus dem amerikanischen Kriege, ein anderer sang das Lob der irischen Republik, ein dritter zeigte einen zwölfläufigen Revolver. Endlich ließen sie die Soldaten schwören, nicht gegen sie zu zeugen, wenn sie sich vor Gericht begegnen sollten, und sich vor Tagesanbruch nicht von der Warte zu entfernen. Darauf traten sie mit ihrer Beute den Rückzug an. Die Artilleristen feuerten nun, nachdem sie noch einige Reserve-Patronen hervorgestöbert, einige Lärmschüsse ab, auf die aber von nirgendwoher Antwort erfolgte. Am anderen Morgen erst kam die Polizei hinzu, und noch im Laufe des Tages erhielten die Alarmthürme an der dortigen Küste Verstärkungen ihrer Garnison vom 81. Regimente, um ähnlichen Ueberraschungen vorzubeugen.

— [**Die Forderungen der Irländer**] von England sind in einem Briefe besprochen, den der „Morning Herald“ von einem Engländer erhielt, der sich darin über die von ihm in Irland gemachten Erfahrungen ausspricht. Die „gute Gesellschaft“ diskutire dort alle das Land berührenden Fragen auf das Eifrigste, und es ergebe sich als Quintessenz aller vorgebrachten Argumente Folgendes: Sei einmal ein Vicekönig für Irland erforderlich, so müsse das ein Prinz vom königlichen Geblüte, aber nicht ein mit jedem abdankenden Cabinet wechselnder Minister sein. Zweitens begehrt Irland ein Mal im Jahre den Besuch der Königin „mit vollem Hofstaat.“ Drittens hält man dort für unumgänglich nöthig, daß die Mitglieder des gemeinsamen britischen Parlaments Irland besuchen, sich mit dessen Bedürfnissen bekannt machen und dafür mit Sorge tragen, daß England der Schwesterinsel gegenüber seine Schuldigkeit erfülle. „Es kränkt einen Irländer, welcher das Unterhaus an einem Tage besucht, wo eine Irische Frage zur Debatte gelangt, von dem Portier der stereotypen Bescheid zu erhalten: „Treten Sie gefälligst ein. Viel Platz vorhanden — Haus fast leer, da nur eine Irische Debatte stattfindet.“ Ein loyaler Irländer machte dem Schreiber gegenüber die Aeußerung: „Wir sind noch so loyal und aufrichtig, wie unsere Vorväter gewesen, aber wir haben das Gefühl, daß wir mit all unserer Anhänglichkeit an den Thron nur eben einen Stein anbeten, so wie die Dinge jetzt zu liegen scheinen.“

Italien. [Die päpstliche Armee. Kardinal Andrea.] Die neuesten Mittheilungen aus Rom melden den raschen und glücklichen Erfolg der Kompletirung der päpstlichen Truppen. Das Korps der Zuaven zählt nahezu 4000 Mann, worunter mehr als 1000 Holländer. Zur Bildung einiger deutschen Bataillone wurde an der schweizer-deutsch-französischen Grenze zu St. Loui, Departement Oberrhein, ein Rekrutirungsdepot errichtet, wovon sich einige Seitendepots in andern Grenzstädten befinden, namentlich eines zu Straßburg im Hotel zur Stadt Wien. Diensttaugliche, katholische junge Männer im Alter von 19—33 Jahren werden dort angenommen, wenn sie sich mit guten Sittenzeugnissen ausweisen können.

Die jüngsten Berichte melden, daß Kardinal d'Andrea in St. Paul Exercitien macht, sich dem heiligen Vater dieser Tage unterworfen habe, von welchem er alsdann empfangen worden sei.

Türkei. [Zur kandiotischen Angelegenheit. Neue Stärke des Aufstandes.] In letzterer Zeit sind häufig Schiffe aus Kandia in Konstantinopel eingelaufen, ohne daß dieselben jedoch irgendwelche bemerkenswerthe Nachricht von der insurgirten Insel mitgebracht hätten. Jedenfalls wäre es schwierig, dem Memorandum eine erheblichere Bedeutung zuzuschreiben, das der Großvezier Ali Pascha als den Ausdruck der Wünsche der um ihn versammelten sogenannten kandiotischen Nationalversammlung dorthin übermacht hat. Die Hauptpunkte dieses Memorandums sind die Begehren nach Aufhebung der Salzsteuer, Zulassung der Christen zum Militärdienste und Wiedererbauung aller im letzten Kriege zerstörten christlichen Kirchen und Klöster auf Regierungskosten. Ali Pascha hat die Genehmigung dieser Forderungen empfohlen und der Divan hat nicht nur hierzu seine Zustimmung gegeben, sondern den Großvezier noch überdies zu weiteren Zugeständnissen ermächtigt, wenn dieselben nur die Würde des Großherrn nicht in irgend einer Weise beeinträchtigen.

Die türkischen offiziellen Kreise sind in der That in dem Glauben befangen, daß auf diese Weise Krete befriedigt werden könne, und es ist ihnen diese Voraussetzung nicht zu verargen, nachdem die letzten Berichte des Großveziers den Aufstand als unterdrückt darstellen und diese Angabe durch den kürzlich von Candia eingetroffenen Adjutanten Ali Pascha's, Subhi Bey, bestätigt wird. Privatmittheilungen von der Insel schildern aber — wie ein Korrespondent der „N. A. Z." aus Konstantinopel mittheilt — die Situation in einem durchaus geänderten Lichte. Diesen zufolge hat die Insurrektion an Umfang und innerer Kraft neuestens wieder bedeutend zugenommen, was die Türken zu ihrem Leidwesen in mehreren erlittenen Schlappen wahrnehmen mußten. Die empfindlichste darunter war eine Niederlage, welche dem Divisionsgeneral Mohamed Pascha durch Zimbrakakis bei Zubra beigebracht worden ist. Das untrüglichste Zeichen übrigens, daß die Insurrektion ungeschwächt fortdauert, ist die Thatsache, daß die von Ali Pascha für die verschiedenen Distrikte ernannten Würdenträger es nicht wagen, Canea zu verlassen und sich auf ihre Posten zu begeben.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Explosion der Pulvermühlen in Faversham] in der Grafschaft Kent, nicht weit von Canterbury, hat der Telegraph gemeldet. Natürlich werden auch mit ihr die Fenier in Verbindung gebracht, ohne daß dafür bis jetzt die geringste Berechtigung existirte. Die Gewalt der Explosion war eine furchtbare. In dem zehn englische Meilen entfernten Canterbury erbebten die Häuser und wurden viele Scheiben eingedrückt. Riesige Ulmen wurden mitsammt ihren Wurzeln aus dem Boden gerissen, ein schwerer Dampfkessel flog wie ein Vogel durch die Luft, junge Baumpflanzungen liegen wie gemähte Halme auf dem Boden, und von den eilf verunglückten Arbeitern fanden sich bisher nur wenige, mit Mühe erkennbare Ueberreste. Es waren drei freistehende Gebäude, die durch 300 Fuß breite Zwischenräume und durch starke Erdwälle von einander getrennt waren. Letztere erwiesen sich vollkommen nutzlos, denn eine halbe Minute, nachdem das erste Gebäude in die Luft geflogen war, folgte ihm das zweite, und wieder nach Verlauf einer halben Minute das dritte nach. Wie das Unglück entstand, wird schwerlich je ermittelt werden, da die einzigen Zeugen ihm zum Opfer gefallen sind. Die Eigenthümer der Mühlen, John Hall u. Son, versichern, daß sie es in ihrem Etablissement an Vorsichtsmaßregeln nicht fehlen ließen, und daß die verunglückten Arbeiter erfahrene und verläßliche Leute waren. Der Maschinist war zu seinem Glücke wenige Minuten vor der Explosion fortgegangen; ein Fuhrmann, der eben zur Mühle angefahren kam, wurde mitsammt seinem Fuhrwerke vom Boden in die Höhe und in einen vorbeifließenden Bach geschleudert, ohne weiteren Schaden zu erleiden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{1}{4}$ P. 52 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. rtznorfr. 66	$47\frac{1}{2}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{3}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$100\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{5}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$87\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$87\frac{7}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$86\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto	$85\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{5}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$80\frac{7}{8}$ G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 106 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dc. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	77—$76\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$124\frac{4}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	662 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	177—$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R.	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	202 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	$93\frac{1}{2}$ G. exD.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	$103\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	234 P. $233\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	$113\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$155\frac{1}{4}$ G.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	108 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{1}{4}$ P. $\frac{3}{4}$ G
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	119 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{2}{3}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$97\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$97\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	122 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$68\frac{1}{2}$—$\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	$72\frac{5}{8}$ P.
4 pCt. Bayer. PrKm.-Anl.	$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$19\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	$40\frac{1}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 P.

Frankfurt, 2. Januar. Die Börse verkehrte auf flaue Wiener Frühcourse anfänglich in matter Haltung. Dieselbe verbesserte sich jedoch auf günstiger eingetroffene Berliner und Wiener Anfangscourse. Kreditaktien, die jetzt exklusive fälliger Coupons gehandelt werden, eröffneten $176\frac{1}{4}$ und hoben sich im Laufe der Börse um 1 fl. Amerikaner waren sehr gesucht und lagen für dieselben zahlreiche reelle Kaufaufträge vor. Süddeutsche Papiere verkehrten ebenfalls in animirterer Stimmung. Bayerische und badische Loose wurden besser bezahlt. Das Geschäft war besonders gegen den Schluß lebhafter. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 4. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 4. Januar 1868.

Eine Rückschau.

IV.

Würzburg, 4. Januar.

Die „Times" hat Recht, wenn sie behauptet, Oesterreich habe aus seiner Niederlage 1866 keinen geringeren Vortheil geschöpft, als Preußen aus seinen Siegen. Herr von Beust, der aus einem kleinen Staate (Sachsen) schon am 1. November 1866 berufen wurde, um ein zerfallendes großes Reich zu reorganisiren, war der erste unter allen österreichischen Ministern, der die Nothwendigkeit einer gründlichen Heilmethode erkannte. Die Berufung Beust's nach Oesterreich wurde allgemein als ein Anzeichen fortdauernder übelwollender Stimmung gegen Preußen gedeutet, doch drückte der neue österreichische Minister in einem alsbald nach seinem Amtsantritte an die kaiserlichen Gesandtschaften im Auslande erlassenen Rundschreiben den Wunsch aus, man solle doch das Vorurtheil ablegen, als ob er von seiner früheren Laufbahn (als sächsischer Minister) Vorliebe oder Groll in die neue mit hinübernehme. Er werde eine Politik des Friedens und der Versöhnlichkeit einhalten, da ja der Kaiserstaat die Spuren eines unheilvollen Krieges auf alle Weise verschwinden zu machen habe.

Mit der Neugestaltung Oesterreichs ging es übrigens nicht vorwärts, da neben Beust noch immer der Tschechenfreund und Deutschen- und Ungarnfeind Belkredi Minister geblieben war. Die Ungarn verlangten eine selbstständige Regierung und Verfassung d. h. eine Zweitheilung des Reiches unbeschadet der Oberherrschaft des Kaisers. Es ist erreicht werden noch im Laufe des Jahres, wenn auch nicht ohne schwere, glücklicherweise unblutige Kämpfe. Am 2. Januar 1867 erschien ein kaiserliches Patent, welches eine „außerordentliche" Reichstagsversammlung für Oesterreich diesseits der Leitha (d. h. außer Ungarn, Croatien und Siebenbürgen) einberief, aber keineswegs damit die sistirte Reichsverfassung wieder einführte, denn ein neuer Wahlmodus war vorgeschrieben, der die **deutschen** Abgeordneten unter allen Umständen in die Minderheit gegen die Slaven bringen mußte. Den Deutschen glaubte man in Oesterreich Alles zumuthen zu dürfen; dießmal aber erhoben sie sich so einstimmig und imponirend, und — es ist wohl anzunehmen — durch dringende Fürsprache des neuen Ministers unterstützt, daß der Kaiser nachgab, Belkredi aus dem Ministerium entließ und die verfassungsmäßige Reichsrathsversammlung, wie sie die Deutschen verlangten, durch Dekret vom 18. Februar einberief. Auch die Ungarn wurden endlich befriedigt, sie erhielten ein eigenes Ministerium, an dessen Spitze der Graf Andrassy, welcher 1848 als Präsident des berüchtigten Debrecziner Convents das Haus Habsburg in Ungarn entthront hatte und dafür Jahre lang verbannt gewesen war, trat. Auch die übrigen ungarischen Minister waren 1848er Revolutionäre. Ungarn war also jetzt nur mehr durch Personalunion mit Oesterreich verbunden und das seit langem angestrebte Deak'sche Programm verwirklicht. Der Kaiser von Oesterreich ließ sich am Pfingstsamstag in Pesth zum **König von Ungarn** in feierlicher althergebrachter Weise krönen.

Die Slaven in Oesterreich, die Böhmen und Polen waren wüthend; auch sie wollten eine Stellung wie Ungarn und der Kaiser sollte sich auch noch als König von Böhmen krönen lassen. Als dies nicht geschah, machten sie nicht nur im cisleithanischen Landtage die lärmendste, skandalöseste Opposition, sie drohten auch mit Abfall, mit Anschluß an Rußland zu einem großen Welt-Slaven-Reich. Wir haben neulich erörtert, wie dies Gebahren russischen Planen entgegenkam. Die berüchtigte „Moskauer Wallfahrt" wurde arrangirt, die Tschechen Oesterreichs zogen hin zu ihren „Brüdern" in Rußland. Ueberall dort, wenn die „Brüder" aus Oesterreich anlangten, spielte die Musik eine Pièce aus „Das Leben für den Czar;" gingen sie zu Bette, ertönte die gleiche Weise, und standen sie auf, dann erschallte die Volkshymne „Gott beschütze den Czar!" In Petersburg angelangt, versicherte der tschechische Löwe Dr. Rieger: „daß die Slaven **eine** Nation, belebt durch **einen** Geist, sind," und später trank er auf das Wohl des russischen Reiches, „das alle übrigen Nationen an sich ziehen werde." Dann sah man im Theater „Das Leben für den Czar;" am Tage der Slaven-Apostel wohnten die tschechischen Katholiken dem Gottesdienste in der schismatischen Pfarrkirche bei, und hörten hier eine unpolitische Predigt des St. Petersburger Metropoliten über den Text: „Es wird nur **eine** Heerde und **ein** Hirt sein." In der Adelsressource befand sich die Inschrift: „Die slavische und die russische Sprache sind eine einzige," und hiermit einverstanden, warf man die tschechische Sprache, von der man so viel Schönes und

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

I. Sitzung am 28. Dezember 1867.

1) Herr **Kölliker** spricht über das Vorkommen von zweierlei Individuen an den Stöcken gewisser Polypen aus der Abtheilung der Blumenthiere, Anthozoa, oder der Alcyonarien. Dieser „Polymorphismus" der Einzelthiere besteht darin, daß bei den betreffenden Gattungen einmal größere, Nahrung aufnehmende und mit Geschlechtsorganen versehene Individuen sich finden und zweitens kleinere, geschlechtslose Einzelthiere, die, wie es scheint, vorzüglich die Aufnahme und Abgabe des Seewassers zu besorgen haben, vielleicht auch nebenbei der Sitz einer besondern Ausscheidung sind. Diese geschlechtslosen Individuen besitzen wie die andern eine durch acht Scheidewände getrennte Leibeshöhle und einen mit zwei Oeffnungen versehenen birnförmigen Magen. Dagegen fehlen ihnen die Tentakeln ganz und gar und statt der acht Mesenterialfilamente finden sich nur je zwei solche an bestimmten nebeneinander liegenden Scheidewänden. Die Leibeshöhle der geschlechtslosen Individuen steht ohne Ausnahme in Verbindung mit derjenigen der Geschlechtsthiere, doch finden sich in dieser Beziehung bei den verschiedenen Gattungen im Einzelnen etwas verschiedene Verhältnisse.

Das Vorkommen der geschlechtslosen Individuen an den Stöcken anlangend, so ergeben sich zwei verschiedene Typen. In dem einen Falle nämlich sitzen dieselben an dem ganzen polypentragenden Theile des Stockes in großer Menge zwischen den Geschlechtsthieren und zwar findet sich dies 1) bei gewissen Arten der Gattung **Alcyonium**, für welche das Alc. glaucum und murale als Typus gelten können, die Hr. Kölliker alle zu der Gattung **Sarcophyton** Less. zählt und 2) bei den Gattungen **Veretillum**, **Lituaria**, **Cavernularia** und **Sarcobelemnon**. Bei anderen Alcyonarien nehmen die geschlechtslosen Individuen ganz bestimmte Stellen der Stöcke ein, die je nach den Gattungen wechseln. So sitzen dieselben bei **Pteroeides** 1) an der Unterseite der Fiederblätter in der Nähe des angehefteten Theiles derselben in Gestalt einer zusammenhängenden verschieden großen Platte und 2) bei einigen Arten auch an der obern Seite des Stammes zwischen den oberen Fiederblättchen. — Bei **Pennatula** zeigen die bekannten Rauhigkeiten oder Warzen am Stamme die Gegenden an, wo die geschlechtslosen Individuen sitzen. — **Funiculina quadrangularis** zeigt dieselben in einem Längszuge zwischen den Geschlechtsthieren. **Virgularia** endlich besitzt immer hinter je einem Fiederblättchen am Stamme eine einfache Querreihe von geschlechtslosen Individuen. — Wahrscheinlich zeigen alle Pennatuliden einen solchen Dimorphismus, denn auch bei **Renilla** kommen zwischen den entwickelten Polypen rudimentäre Gebilde vor, die anders gestaltete Individuen zu sein scheinen. dagegen hat Hr. Kölliker bei den Gorgoniden und Alcyoniden mit Ausnahme der genannten Gattung Sarcophyton bisher vergeblich nach einem solchen gesucht, doch verdient Beachtung, daß zwischen den Knospen der Geschlechtsthiere und den geschlechtslosen Individuen der Stöcke mit polymorphen Individuen nahe Beziehungen vorzukommen scheinen, indem, wie wenigstens die Veretillen zeigen, einzelne der geschlechtslosen Individuen unter Umständen zu Geschlechtsthieren sich umzubilden im Stande sind.

Ferner berichtet Herr Kölliker über den Bau und die Bildung

gutes uns bisher berichtet, sofort in den Kehrichthaufen. Russisch, nur Russisch, wurde die Losung. Als ein General, wohlverstanden ein Mann des Säbels und kein Gelehrter, die Tschechen für die gelehrtesten Slaven erklärte, für diejenigen, welche die Stelle einnehmen sollten, die bisher die Deutschen inne hatten, da war der Jubel groß.

In Moskau, im Angesichte des Kreml, erreichte die Verzückung ihren Höhepunkt. Das ist eine Stadt, vor der selbst Prag die Segel streichen muß. Freilich, der westliche Cylinderhut, französische und deutsche Sprache herrschen dort noch sehr, auch die gediegene Zeitschrift der naturforschenden Gesellschaft erscheint in deutscher Sprache, und der Begründer des ethnographischen Museums daselbst, Dr. v. Renard, ist nur ein Deutscher; doch das schadet alles nichts, „denn dort stand die Wiege des russischen Herrscherthums." Das erste, was man von den lieben Gästen verlangte, war das Aufgeben ihrer Muttersprache, und der Rektor der Moskauer Universität, Barschew, übernahm es, diesem Verlangen Ausdruck zu geben. Man war pflichtschuldigst einverstanden, und nur ein junger Serbe, Dordjewitsch, erlaubte sich, den ganz vernünftigen Einwand zu machen, daß durch die gewünschte panslavische Sprache eine gelehrte Braminenkaste sich bilden würde, die dem Volk fern stünde. Dafür lachte man ihn aus, und blieb bei der Oktroyirung des Russischen für alle Slaven, d. h. einschließlich des Alphabets. Allmälig mußte man hören, daß es für die Russen keine Slaven außer den Russen gebe, aber man beugte sich und opferte Alles, man kroch vor den Mächtigen und war entzückt über schöne Worte. „Euer Fiasco," ruft Fritsch, selbst ein Tscheche und der Verfasser einer bitter höhnenden Brochüre über die „Wallfahrt", schließlich seinen Landsleuten zu, „war ein totales! Jetzt ist es die Aufgabe derer, die sich an dieser Wallfahrt nicht betheiligt hatten, allen Schaden, der uns durch dieses unglückliche Experiment zugefügt wurde, einzusehen und zu ermessen, und noch schnell Alles zu retten, was zu retten ist: vor Allem die nationale Ehre."

Oesterreichs auswärtige Politik haben wir erst kürzlich in einem Leitartikel über die orientalische Frage besprochen. Beust hat übrigens in seinem kürzlich in der „Allg. Ztg." veröffentlichten (auch von uns auszugsweise mitgetheilten) Regierungsprogramm ziemlich deutlich erklärt, daß für die gegenwärtige Lage Oesterreichs ihm nur eine Politik der freien Hand möglich scheine, d. h. er will sich nach keiner Seite hin im Voraus binden, sondern im gegebenen Falle so handeln, wie es ihm im Augenblicke für Oesterreich zweckmäßig scheine. Wir geben die Hoffnung nicht auf, daß die Zeit uns ein enges Bündniß Oesterreichs, des erneuerten und erstarkten, mit dem geeinigten übrigen Deutschland bringen wird und muß. Und von dem Augenblick an, wo dies eine Thatsache sein wird, wird man die neue Aera des europäischen Friedens datiren können, denn auf diese Allianz kann man dann im vollsten Sinne jenes stolze Wort anwenden: „Ohne ihren Willen kann kein Kanonenschuß in ganz Europa abgefeuert werden."

Die innere Neugestaltung Deutsch-Oesterreichs ist vielleicht das wichtigste und weittragendste Ereigniß des Jahres 1867; ein vollgeschüttet Maß von Freiheit geben die am 22. Dezember verkündeten Staatsgrundgesetze: Freiheit des Einzelnen und Freiheit der Gesammtheit, wie sie in den meisten andern Ländern noch immer nur das Ziel heißer Sehnsucht ist. An die Stelle des Schein-Konstitutionalismus ist der volle Konstitutionalsmus getreten und Oesterreich hat nun nächst Großbritannien die freieste Verfassung in Europa. Der einzige „schwarze Punkt" sind die zerrütteten Finanzen, deren gründliche Heilung ein schweres Stück Arbeit geben wird. Aber das Selbstvertrauen und die Thatkraft werden durch die Freiheit geweckt, sie werden das letzte Hinderniß leicht überwinden.

Es würde die Grenzen dieser Rückschau weit überschreiten, wollten wir die neuen Staatsgrundgesetze für das außerungarische Oesterreich eingehend aufzählen; dazu gibt sich wohl ein andermal Gelegenheit. Im nächsten Artikel werden wir die Ereignisse in Frankreich betrachten.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 2. Jan. [**Die Anerkennung des norddeutschen Bundes von Seite Napoleons**] bespricht der + Korrespondent der „Köln. Ztg." folgendermaßen: „Die sehr friedlichen Worte, welche der Kaiser Napoleon bei dem vorgestrigen Empfange des Grafen v. d. Goltz als Botschafter auch des norddeutschen Bundes an diesen gerichtet hat, werden überall gerade jetzt einen günstigen Eindruck machen. Die Beglaubigung für den Bund wäre vielleicht Seitens Preußens noch nicht vollzogen, wäre der geschäftliche Nutzen nicht durch bekannte Vorgänge der jüngsten Zeit erwiesen worden. Es zeigt sich, daß der Augenblick gut gewählt war. Von französischen Vorbehalten hat der „Moniteur" nichts gemeldet. Es ist anzunehmen, daß, sowie deren mündlich bei dem Empfange des Grafen v. d. Goltz keine erfolgt sind, auch solche in einer Depesche an Herrn Benedetti, bei dessen Gegenbeglaubigung, nicht zu erwarten sind. Dies war auch hier von vornherein als wahrscheinlich angesehen worden. Daß etwaige Reserven wegen der weiteren Entwicklung der deutschen Dinge der Anerkennung des Nordbundes nicht den geringsten Abbruch gethan haben würden, haben Sie schon an dieser Stelle auszuführen erlaubt. Die unumwundene Anerkennung des Nordbundes Seitens des Kaisers Napoleon wird daher um so mehr ins Gewicht fallen, und die vorgestrige Ansprache des Kaisers wird dazu beitragen, den Eindruck zu verwischen, welchen die Debatten des gesetzgebenden Körpers hervorgebracht hatten. Man erinnert sich auch, um das noch hinzuzufügen, daß die Anerkennung Italiens im Jahre 1861 Seitens mehrerer Regierungen, u. A. Frankreichs, von Vorbehalten wegen weiterer Akte der italienischen Regierung begleitet war, ohne daß

---

des Polypariums der **Orgelkoralle, Tubipora**. Eine aus dem Museum der Herrn Godeffroy in Hamburg unter dem Namen Tubipora fimbriata übersandte Orgelkoralle von den Vitiinseln zeigte, was an den gewöhnlichen Sammlungsexemplaren nie sich findet, die Weichtheile der Thiere, wenn auch retrahirt, doch sehr gut erhalten und da ließ sich dann leicht nachweisen: 1) daß der oberste Theil des Polypariums weich und biegsam ist und aus Bindesubstanz mit rothen Kalkkörpern (Spicula) besteht, wie sie für die Alcyonarien so charakteristisch sind und 2) daß der harte Theil der Röhren aus einer Verschmelzung solcher Kalkkörper hervorgeht. Somit stimmen die Polyparien von Tubipora, wenn auch in der Form denen der Madreporarien ähnlich, doch im Bau und in der Entwicklung ganz mit denen der Alcyonarien überein und schließen sich am nächsten an die der Gattung Clavularia an. — Auch die Polypenleiber und Tentakeln von Tubipora besitzen Spicula, die bei der untersuchten Art farblos waren.

2) Herr **Pachmayer** theilt der Gesellschaft 2 interessante Fälle von Typhus mit Gangrän an beiden unteren Extremitäten und Larynxabsceß aus dem Kriege von 1866 mit.

Todtenliste des Jahres 1867.

(Fortsetzung.)

Die **Armeen** haben trotz des Friedens, welcher in Europa nur auf der Insel Kreta und in Italien ernstlicher gestört wurde, an Generalen und andern Oberoffizieren unverhältnißmäßig große Verluste erlitten. So verlor das **preußische** Heer an aktiven, zur Disposition gestellten und verabschiedeten Generalen den kommandirenden General des zweiten Armeekorps W. v. Schmidt, die Gen. v. Waschersleben, v. Kleist (z. D.) und Gust. v. Roehl; die General-Lieutenants W. v. Buddenbrock (a. D.), K. Hans Aug. v. Könneritz, Ernst H. Tuckemann, W. v. Borcke (z. D.), Ferd. v. Debeneck (z. D.), H. Hellmuth v. Hadele (z. D. gew. Nassauischer Gen.-Adj.), Fr. W. v. Kamienski, Friedr. v. Fallois (z. D), Baron v. d. Goltz (eis. Kr.), v. Wangenheim-Winterstein, Graf Wilhelm Brühl, v. Hochstetter, Graf Lüttichau (a. D.), F. W. Magnus v. Eberhard, die General-Majors v. Winterfeld, Gust. v. Bennigsen (a. D, eis. Kr.), Prinz Alex. zu Selms-Braunsfels (Stiefbruder des Ex-Königs von Hannover), Joh. v. Witzleben, K. Leonh. v. Budberg (in Breslau), v. Froreich (in Neisse), v. d. Horst (eis. Kr.), Malotki v. Trzebiatowsky (a. D.), Schroeders (z. D), Franz Ferd. du Trossel; das **sächsische** Heer die General-Lieutenants E. H. v. Treitschke und Seufft v. Pilsach, das **bayerische** den 81jährigen General der Kavallerie v. Flotow, welcher sich in der Schlacht an der Moskwa auszeichnete, den 88jährigen General der Kav. Max. Frhrn. v Zandt, den General-Lieutenant W. Ritter v. Manz und die General Majors Ritter v. Binder, W. v. Xylander, Anton v. Hauser und Andr. Ell; die **württembergische** Armee den General-Lieutenant August v. Rüpplin und pens. Oberstlieut. Eberhardt v. Alberti, welcher die Schlacht bei Leipzig durch den ersten Kanonenschuß eröffnete; die **badische** Gen.-Lieut. v. Porbeck und den Gen.-Major Ernst Holtz. Zu diesen gesellen sich noch der Gen.-Lieut. Aug Poten, der ehemaligen hannoverischen und der Gen.-Lieut. Max v. Grotenhjelm, der ehemaligen kurhessischen Armee. Aus **Oesterreich** meldete man im Laufe des vergangenen Jahres den Tod der Feldzeugmeister Carl Frhr. v. Steininger, Heinr. Frhr. v. Roßbach, Franz Graf Khevenhüller-Metsch, der Feldmarschall Lieutenants Carl Frhr. v. Ripp, Timoth. v. Popovic, Victor Cseh v. Szent-Katolna, Woycierhowsky,

die Anerkennung des neuen Königreiches deßwegen weniger vollständig gewesen wäre. Der norddeutsche Bund ist überdies unter ganz anderen Bedingungen in die Reihe der europäischen Staaten getreten; denn es ist die Krone Preußens, die ihn nach außen repräsentirt. Vorbehalte hätten da der Sachlage nicht entsprochen, und sie werden denn auch sicherlich von keiner Seite stattfinden.

— [Das neue Schulgesetz.] Die „N. Z." schreibt darüber: Das dem Landtage, zunächst dem Herrenhause, vorgelegte Gesetz über die Einrichtung und die Unterhaltung der öffentlichen Volksschulen ist von einer motivirenden Denkschrift begleitet, in welcher zunächst auf frühere fruchtlose Versuche zurückgewiesen wird, ein allgemeines Unterrichtsgesetz, wie es in Art. 26 der Verfassungsurkunde in Aussicht genommen ist, zu Stande zu bringen. Die Regierung hat nun ihre gegenwärtige Vorlage lediglich auf die Feststellung der äußeren Verhältnisse der Volksschule, insbesondere der Lehrerbesoldungen, beschränkt, wie solches das Abgeordnetenhaus durch Resolution vom 6. April 1865 begehrt hatte. Indeß jetzt stößt, wie aus der konservativen Presse ersichtlich, auch diese so sehr beschränkte Vorlage im Herrenhause auf eine ungünstige Aufnahme, und zwar schon allein wegen der den Gutsherren zugemutheten höheren Geldbeiträge (s. die vorgestrige Nummer der „N. W. Z.": „Stoßseufzer eines preußischen Feudalen"), während zugleich in den Kreisen der liberalen Abgeordneten Bedenken darüber laut werden, daß das Gesetz nicht allein die innere Angelegenheit der Schulen, Lehrstoff und Lehrerbildung, jener Resolution vom 6. April 1865 entsprechend, unberücksichtigt lasse, sondern leider auch das Verhältniß zu den Gemeinden sowohl wie zu den staatlichen Aufsichtsbehörden fast gänzlich mit Schweigen abthue. So ist das Durchgehen des Gesetzes wohl noch keineswegs gesichert. Beide Häuser des Landtages werden die Vorlage vielleicht in geradezu entgegengesetzter Richtung amendiren, und schließlich könnten die armen Lehrer, denen im neuen Jahre eine endliche, gründlichere Verbesserung so sehr zu gönnen wäre, nochmals ihre Hoffnungen getäuscht sehen. Und selbst eine unveränderte Annahme würde eine viel weniger eingreifende Bedeutung haben, als in liberalen parlamentarischen Kreisen bei der ersten Ankündigung und aus dem Titel der Vorlage war erwartet worden. Denn selbst die Bestimmungen, welche die materielle Lage der Lehrer betreffen, lassen der Hauptsache nach Alles beim Alten und verweisen die etwa möglich zu machenden Verbesserungen auf den guten Willen der Provincialstände und der Verwaltungsbehörden. Von einem durchgreifenden Eintreten des Staates, von der Gewährung erheblicher Zuschüsse aus Centralfonds ist eben so wenig die Rede, als in den anderen Theilen des Entwurfs von der Sicherung einer organisch geordneten Einwirkung der Gemeindebehörden auf das Leben der Schule. Eine befriedigende Vorlage mag wohl nur von einem liberalen Ministerium erwartet werden können. Die ganze und halbe Reaktion geben auf dem Gebiete der Schule, selbst wenn sie wirklich geben wollen, nur mit halbem Herzen und karger Hand. Die Schule ist und bleibt nun einmal unverbesserlich — eine Verbündete des Fortschritts!

— [Nothstand.] Die liberale Berliner Korrespondenz schreibt: „Unser Wohlstand ist durch den Krieg gesunken, das ist unzweifelhaft, und damit ist eben so unzweifelhaft die Steuerkraft des Landes gesunken. Sie ist in allen Theilen des Landes gesunken, selbst in den Theilen, wo die Bilder unmittelbarer Noth in ihrer abschreckendsten Gestalt sich noch nicht zeigen, wie z. B. in Berlin; denn trotz des Zuwachses der Bevölkerung von 70,000 Seelen ist der Ertrag der Mahl- und Schlachtsteuer geringer, als vor dem Kriege. Wie viele traurige Geschichten erzählt nicht diese eine Thatsache, daß 700,000 Menschen jetzt weniger Brod und Fleisch im Ganzen verzehren, als 650,000 vor dem Kriege täglich verzehrt haben? Wenn die Steuerkraft in Berlin so gesunken ist, was soll in dem armen Ostpreußen werden, das der Hunger verwüstet? Jahre werden hingehen, ehe diese Gegenden sich wieder erholen können. Hat sich nun der Staat aber darauf eingerichtet, daß er in diesen schlechten Zeiten weniger gebraucht, als früher? Dem Staate fällt das gar nicht ein! Der Staat hat sogar in diesem Jahre die Ansprüche an seine Steuerzahler noch sehr erhöht, hat sie selbst für die Zukunft noch neu belastet mit Anlehen u. s. w., so daß die Aussicht sehr gesunken ist, überhaupt einmal eine Steuererleichterung möglich zu machen."

Ausland.

Frankreich. Paris, 1. Januar. [Der große Empfang in den Tuilerieen] unterschied sich heute von jenen, die seit 1852 jedes Jahr in den Tuilerieen stattfanden, nicht im geringsten. Das diplomatische Corps, die Senatoren, die Deputirten, die Staatsräthe, die hohen Staatsbeamten, die Gerichte, die Stadtbeamten, die Offiziere der Nationalgarde, der kaiserlichen Garde und der Pariser Garnison defilirten alle vor dem Kaiser vorbei. Das Defilé dauerte von 1 Uhr bis nach 3 Uhr Nachmittags, während welcher Zeit der Kaiser vor seinem Throne aufrecht dastand, um die Verbeugungen entgegen zu nehmen. Der ganze Hof, die Minister, die Staatswürdenträger umgaben denselben. Die Kaiserin befand sich zu seiner Linken, der kaiserliche Prinz zu seiner Rechten. Für die, welchen die Ehre zu Theil wurde, vor Ihren Majestäten zu erscheinen, war dies heute eine sehr peinliche Sache, und zwar wegen der Kälte, welche seit gestern herrscht. (Heute Nacht hatten wir 9 bis 10 Centigrad, und die Seine, die seit gestern stark mit Eis ging, hat sich gestellt.) Wegen der großen Anzahl von Uniformen aller Art, die zum Empfange befohlen werden, mußte nämlich eine Menge derselben im Tuilerieenhofe über eine Stunde warten, was bei 8 Grad Kälte keine Kleinigkeit war. Im Tuilerieenhofe waren auch die Equipagen der verschiedenen Größen aufgestellt, die sich in den Tuilerieen eingefunden. Seit 1852 hat sich der Glanz und die Pracht derselben bedeutend vermehrt. Damals bildeten die Miethkutschen und die Fiaker die Mehr-

---

Eugen v. Haugwitz, A. v. Vogel, v. Rykowsky, der General-Majors Joh. Wania (pens.), Friedr. Thiele (pens.), Jos. Podhaysky Edler v. Kaschauburg (pens.), v. Plauenbruch, endlich des in Folge eines Pistolenduells (mit dem Grafen v. Wedell, Adjutant des Ex-Königs von Hannover) gestorbenen Artilleriehauptmannes Prinz Bernhard v. Solms-Braunfels und des ehemaligen ungarischen Honved-Generals Joh. Kiß. In Schweden starb der Gen.-Maj. G. L. Dahlert, in Norwegen der General-Major Garben, in Griechenland Gen. Demetrius Kalergis, welcher auch an den politischen Angelegenheiten des Landes einen lebhaften Antheil nahm, und Gen. Mamuris, in Aegypten der Oberbefehlshaber der ägyptischen Truppen auf Kreta Ismael Pascha, in Portugal der Brigade-General Laborda, in Spanien der Gen.-Lieut. Joaquin del Monzano und der Marschall O'Donnell von Tetuan, welcher sich im Kriege gegen Marocco auszeichnete und in den verschiedenen spanischen Hofintriguen und Militäraufständen eine hervorragende Rolle spielte, in der Schweiz Oberst Gmür, bekannt durch seinen Beistand zur Auflösung des Sonderbundes im Jahre 1847, in Amerika die Gen. Thom. Francis Meagher (ertrank) und Stirbing Price, in Rußland der Infant.-General und Kommandant von St. Petersburg Kryloff, der General Semjakin, Oberbefehlshaber der Truppen im Kaukasus und aus dem Krimkriege her bekannt, Fürst Dav. Bebutoff; Kommandant von Warschau, der Gen. der Art. Müller, sowie die Gen.-Lieut. Dmitri v. Bronewski, Bibikoff, Frhr. v. Korff III. und Fanshawe; in Italien der 93jährige General Hector Gerbaix de Sonnaz und Filangieri; in Frankreich der, bereits in der Seeschlacht von Trafalgar anwesende Gegen-Admiral le Goarant, der Vice-Admiral Page, Gen.-Lieut. A. Stanislas Cavaignac, Vetter des ehemaligen Präsidenten der Republik, Oberst Gérard, Adj. Napoleons I.; in England der Gegen-Admiral Iggulden Parrey, die Admirale Lord Fitz Hardinge und J. Wyatt Watling, sowie die Generale George Sumners Thwaites (88 J.), Thom. Wright, bekannt aus dem indischen Feldzuge, C. W. Ridlay, bekannt aus dem Krim-Feldzuge, Sir James Maxwell Wallace, ein Waterlookämpfer, John Rawlins Coryton, ältester Offizier der englischen Marine, Cosmo Gordon (89 Jahre), Veteran der englischen Armee, Sir J. Luelly'n, Coles, Sir James Freeth (80 J.), bekannt aus dem Halbinselkriege.

Die kathol. Kirche hat durch den Tod des Cardinals und Erzbischofs von Mecheln, Sterks, dessen Einfluß sich weit über Belgien tief in das westliche Deutschland erstreckte, einen schweren Verlust erlitten, und auch mit dem Hinscheiden der Cardinäle Antonio Maria Cagiano de Azevedo, Bischof von Frascati, Clement Villecourt, Ferd. de la Puente, Erzbischof von Burgos, Ludovico Altieri, Bischof von Albano, Roberto Roberti, Giuf. Bosondi, so wie des Erzbischofes Jos. Lonowicz in Kalocza, ausgezeichnet als Redner auf dem ungararischen Landtage, der Bischöfe Dr. Leop. Pelldram von Trier, Ign. Fabri von Kaschau, Dr. J. Ambr. Geritz von Ermeland (84 J.), so wie des griechisch-katholischen Erzbischofs Sterka-Sulutz de Keppernyes in Siebenbürgen in Trauer versetzt worden. Der griechisch-orthodoxen Kirche Rußland wurde der Metropolit von Moskau und Kolomna, Philaretes, und der anglikanischen, welche ebenfalls auf Katholicität Anspruch macht, die Bischöfe Dr. Higgins von Derry, Jos. Cotton Wigram von Rochester und Dr. J. Lonsdale entrissen, während die lutherische Kirche in Braunschweig den General-Superintendenten Dr. M. Lentz und in Frankreich den Präsidenten des Consistoriums in Paris Pastor Meyer und das Judenthum den bekannten Rabbiner Dr. Weisl in Pest verlor.

(Schluß folgt.)

zahl, heute sind dieselben beinahe ganz verschwunden, und man kann wohl sagen, daß, wenn das Kaiserreich nicht auch Frankreich gerade reich gemacht hat, sich doch die, welche ihm nahe stehen, nicht zu beklagen brauchen. Trotz der Kälte war die Menge, die sich am Tuilerieenhofe versammelt hatte, ziemlich bedeutend, und sie schaute neugierig auf das bunte Gewimmel im Tuilerieenhofe. Ihre besondere Neugierde erregte die Staatscarosse des päpstlichen Nuntius, welche mit Maulthieren bespannt war. (K. Z.)

— [Den Jahresschluß am kaiserlichen Hofe] beschreibt eine andere Korrespondenz vom 31. Dezbr.: Heute wurde Graf v. d. Goltz als Repräsentant des norddeutschen Bundes in den Tuilerien empfangen. Kurz vor dieser Feierlichkeit führten alle Tambours und Musikbanden der Armee von Paris, der Nationalgarde und der kaiserlichen Garde im Tuilerienhofe den an diesem Tage üblichen Monstre-Zapfenstreich aus. Das eigenthümliche Schauspiel hatte, ungeachtet der starken Kälte (wir hatten heute Morgen um 6 Uhr in der Mitte von Paris $7\frac{1}{2}$ Centigrad, um 1 Uhr 5 bis 6 Grad und jetzt noch 5 Grad, obgleich der Himmel bewölkt ist und es etwas schneit), eine Unzahl Menschen angelockt, die sich aber, als der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserliche Prinz auf dem Balkon der Tuilerien Schlag 1 Uhr erschienen, eben so kalt zeigten, wie das Wetter. Die Musikanten begleiteten die vielen Hundert Trommeln, die bei dem Erscheinen Ihrer Majestäten ertönten, mit formidabeln Hochs, um nach einigen Augenblicken mit ihren Instrumenten in den Gruß einzufallen. Nach dem Hoch spielten die Musikanten der Nationalgarde, dann die der kaiserlichen Garde und zuletzt die der Garnison von Paris Stücke auf. Der Kaiser grüßte jedes Mal, wenn ein Stück zu Ende war, durch Hutabziehen, die Kaiserin durch Verneigen des Kopfes und der kaiserliche Prinz durch Handanlegen. Der Kaiser trug Generals-Uniform, war in einen Mantel gehüllt, der jedoch offen war, so daß man den Großcordon der Ehrenlegion sehen konnte. Die Kaiserin war in ein dunkles Gewand gehüllt und trug weißen Schleier und Hut. Der kaiserliche Prinz war mit einer Militärmütze geschmückt. Um $1\frac{1}{2}$ Uhr war Alles zu Ende, und die armen Tambours und Musikanten, die ohne Mäntel erschienen waren, verließen den Tuilerieenhof, um denselben für den Empfang des Repräsentanten des Norddeutschen Bundes frei zu machen. Graf v. d. Goltz, der jetzt sowohl preußischer Botschafter, als Vertreter des Norddeutschen Bundes ist, traf um 2 Uhr im Tuilerieenhofe ein, woselbst Garde-Voltigeurs aufgestellt waren. Der Botschafter und sein Gefolge fuhren in drei sechsspännigen Hofstaats-Carossen. In der ersten saßen Graf v. Solms und Graf v. Saurma. Im zweiten Wagen saßen Graf v. d. Goltz und der Botschaften-Einführer, im dritten der übrige Theil der Gesandtschaft. Der botschaftliche Wagen (mit zwei Pferden) folgte nach. Vor- und Nachreiter waren selbstverständlich in Masse vorhanden. Beim Erscheinen des Grafen spielte die Musikbande einen deutschen Marsch auf. Sonst ist es bei solchen Gelegenheiten Sitte, die Nationalhymne des Landes, das der Botschafter vertritt, ertönen zu lassen. Da Norddeutschland aber noch keine besitzt, so hatte man einen deutschen Marsch gewählt. Der Kaiser empfing den Vertreter des Norddeutschen Bundes mit dem ganzen Ceremoniell, das auch beim Empfange der übrigen Botschafter Brauch ist, was am Ende auch natürlich ist, da wohl noch nie ein Botschafter im Namen so vieler Fürsten in den Tuilerieen seine Accreditive überreichte. Die Ceremonie dauerte nicht lange. Gegen halb 3 Uhr war Alles zu Ende.

Nichtpolitische Zeitung.

[Leihbibliotheken in China], schreibt der „Globus“, sind schon seit langer Zeit vorhanden und im Blumenreiche der Mitte viel älter als in Europa. Sie werden vom Volke sehr stark benutzt und haben viel Uebereinstimmendes mit unseren derartigen Anstalten, namentlich auch darin, daß das Publikum vorzugsweise Romane verlangt. Name des Leihenden und Nummer des Buches werden eingetragen; Unbekannte müssen Versatz geben; wer ein Buch beschädigt hat, muß eine im Kataloge festgesetzte Strafe zahlen. Jedes Buch trägt den Stempel der Leihbibliothek, und die Geschäftsleute, welche auf Pfänder leihen, werden ausdrücklich gewarnt, auf diese Werke Geld vorzustrecken. In einer Beziehung sind uns die Chinesen voraus, sie haben nämlich auch wandernde Leihbibliotheken, durch welche die Bücher in die Dörfer gelangen. Hausirer fahren mit ihren Bibliotheken im Lande umher, geben in den Dörfern Bücher ab, nehmen die, welche gelesen worden sind, wieder in Empfang und treiben das Geschäft in dem Bezirke, welchen sie versorgen, das ganze Jahr hindurch.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 P. $64\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{1}{4}$ P. 60 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$62\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$47\frac{3}{4}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$39\frac{1}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P. $100\frac{3}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{8}$ P. 88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$86\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$77\frac{1}{4}$ P. 77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	869 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$178\frac{1}{2}$—79 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{7}{8}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	202 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{1}{2}$ G. exD.
Tarnus-Eisenbahn à fl. 350 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$235\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114\frac{1}{4}$ P. $113\frac{1}{2}$ G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 P. $106\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{7}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Südd. St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	119 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$97\frac{1}{2}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$97\frac{2}{3}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	123 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$67\frac{1}{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$68\frac{3}{4}$—69 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	75 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$50\frac{7}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R. .	145 P.
„ fl. 25 do.	$40\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{1}{2}$ P.

Frankfurt, 3. Januar. Von Wien aus erhielt die Börse durch günstige Wiener Notirungen einen Impuls zu fester und gesuchter Stimmung. Die Contremine in Creditaktien gibt allmälig, da sich auch im neuen Jahre noch kein Gebild in ihrem Sinne gestalten will, ihre lange vertheidigte Position auf und treibt dadurch die Course noch aufwärts. Für 1860er Loose war heute vorzugsweise Hausse, da dieselben auf die am 1. Februar stattfindende Ziehung in Wien um 1 pCt. gestiegen sind. Auch National und neue engl. Metalliques gewannen Bruchtheile. Steuerfreie participirten weniger an der guten Stimmung, da sie durch Verkaufsordres gedrückt wurden. Oesterr. Bankaktien waren auf die Nachricht vom Rückkauf der Aktien durch die Nationalbank wesentlich höher. Von Süddeutschen besonders badische Loose besser, bayerische etwas matter. Amerikaner verkehrten in sehr fester Haltung. Von Wechseln Paris und London flauer, Wien höher.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 5. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 5. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

München, 4. Januar.

In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung über die Nachweisungen der Staatsausgaben in den Jahren 1865/66 vorgenommen.

Referent Feustel, welcher die Debatte einleitete, bemerkte unter Anderem, daß der Antrag, bei Anfertigung des Budgets der IX. Finanzperiode die Prinzipien des sogenannten Bruttobudgets in Anwendung bringen zu lassen, gegenstandslos geworden ist, weil die Regierung diesem Antrage schon entsprochen hat. Ueber die Kapitel I, II, III, IV, V und VI, Staatsschuld-Ausgaben des k. Hauses und Hofes, Etat des Staatsrathes, Etat der Landtagsversammlung, Etat des Ministeriums des Aeußern, Etat des Staatsministeriums der Justiz, wurde nicht debattirt. — Bei Kap. VII, Etat des Staatsministeriums des Innern, bevorwortete Referent Feustel besonders den Antrag des Ausschusses, daß gegen die ohne Zustimmung der Kammer erfolgte Erhöhung des unentziehbaren Standesgehalts eines Ministers von 3000 fl. auf 6000 fl., sowie gegen die deßfallsigen 1865/66 gemachten Mehrausgaben Verwahrung eingelegt werde. Feustel theilte u. A. mit, daß der Ausschuß an 2 frühere Abgeordnete, welche im Jahre 1848 Mitglieder des 2. Ausschusses waren, telegraphirt und angefragt habe, wie sie den Art. 1 des Gesetzes vom 4. Juni 1848 aufgefaßt haben und die Antwort ging dahin, daß der eine jener Herren die Summe von 3000 fl. als Minimum, der andere als Maximum betrachte. Wenn solche Dissidien entstehen, dürfe man nicht sofort schroff auftreten, zumal bei früher bestandenen Dissidien die eingelegten Verwahrungen immer zum Austrage geführt hätten.

Brater stellte folgenden Antrag: „Gegenüber dem Schlußsatze der am 16. Dezember v. J. zu Protokoll gegebenen ministeriellen Erklärung wahrt die Kammer ihr Recht, bei Feststellung des Budgets allen denjenigen Ausgaben, welche nach ihrer Ansicht weder zur Ausführung gesetzlicher Bestimmungen, noch sonst zur Erfüllung eines Staatszweckes nothwendig sind, die Bewilligung zu versagen." Antragsteller bemerkte u. A.: Verwahrungen hätten nur dann einen Sinn, wenn man entschlossen sei, noch weiter zu gehen, d. i. eine Ministeranklage zu erheben. Das sei aber hier nicht der Fall, wo der Rechtsboden der Anklage mindestens zweifelhaft ist und wo gewissenhafte und in Beurtheilung von Rechtsfällen geübte Männer sich für die eine und für die andere Ansicht ausgesprochen haben. Unter solchen Verhältnissen ist Redner nicht der Meinung, daß man zu einer Ministeranklage schreiten solle, denn er selbst könnte sich einem solchen Antrage nicht anschließen; und weil er dies nicht kann, werde er auch dem vorbereitenden Schritte, d. i. der Verwahrung nicht beistimmen. Dagegen habe er in der Erklärung der Regierung einen Punkt gefunden, der ihn zur Stellung seines Antrages veranlaßte. Am Schluß der ministeriellen Erklärung heiße es nämlich: „Die Minister sind demnach in der Lage, das Recht der Krone gegenüber den angeregten Zweifeln pflichtmäßig zu wahren und dies um so mehr, als die Ruhegehalte der pensionirten Beamten einer Moderation nicht unterliegen können, weil sie unter die Garantie der Verfassung gestellt, den Betheiligten ohne Richterspruch nicht entzogen werden können." Wenn er (Redn.) diese Worte richtig verstanden habe, so sei da der Grundsatz aufgestellt, daß, wenn die Regierung einen Beamten aufstellt, ihm einen gewissen Gehalt auswirft, denselben in Ruhestand versetzt und wenn sein Ruhegehalt im Pensionsetat erscheint, die Kammer nicht befugt sei, diesen Ansatz des Ruhegehalts zu bestreiten. Das wäre höchst bedenklich, denn was hier vom Ruhegehalt behauptet werde, müßte, wenn es richtig wäre, auch vom Gesammtgehalt gelten. Damit würde das Budgetbewilligungsrecht der Kammer in allen seinen Punkten gefährdet und das könne man nicht zugeben, zumal dem bevorstehenden Budget gegenüber, in welchem die Kammer so vielfache Moderationen in den Ansätzen vorzunehmen haben werde. Die Kammer müsse das Recht haben, jeden Budgetansatz nach pflichtmäßiger Ueberzeugung zu prüfen und entweder zu bewilligen oder zu verweigern. Die Regierung habe das Recht an verschiedenen Orten Gesandtschaften aufzustellen; sollte nun die Kammer gegenüber diesem Rechte der Regierung nicht das Recht, haben, gewisse Budgetansätze für Gesandte zu streichen? Oder: die Regierung ist der Ansicht, daß in dem einen oder anderen Ministerium eine Vermehrung der Beamten nothwendig sei; soll die Kammer, wenn sie der entgegengesetzten Ansicht ist, kein Recht haben, die deßfallsigen höheren Ansätze im Budget zu streichen, weil die Regierung anderer Ansicht ist? Redner bestreitet nicht, daß die Regierung das Recht

Todtenliste des Jahres 1867.

(Schluß.)

Gelehrte pflegen auf die politischen, kirchlichen und bürgerlichen Verhältnisse keinen unmittelbar fühlbaren Einfluß auszuüben, und doch sind es gerade die Männer der Wissenschaft, deren Thätigkeit nicht einzelne Völker und Nationen, sondern die gesammte Menschheit berührt. Welch andern Anblick würde die Welt jetzt darbieten, wenn die unbeachteten Gelehrten, welche die Eigenschaften des Dampfes, der Elektricität und des Magnetismus entdeckten, vorzeitig in ihren Forschungen durch den Tod unterbrochen worden wären, und welch' anderen Charakter würden unsere Anschauungen und Bestrebungen haben, wenn uns die Vergangenheit nicht so, wie geschehen, enthüllt und ein tieferer Blick in unser eigenes körperliches und geistiges Sein eröffnet worden wäre. Es ist selten, daß der Tod eines Gelehrten so allgemeine Trauer erregt, wie Alexander v. Humboldts, und doch wird man Männer, wie Böckh, Bopp, Mittermayer und Faraday viele Jahre vermissen, ehe sie auf den Gebieten der Sprach- und Naturforschung ersetzt sind. Die Naturwissenschaften verloren außer dem berühmten Physiker Faraday, dem unermüdlichen Autodidakten, den Physiker Sir William Snow Harris, den Chemiker Runge, den Astronomen Sir J. South, die Geologen William Hamilton und J. F. Foot Flourens, J. M. Gillivray, de Filippi, die Botaniker Jos. Warscewicz in Krakau, bekannt durch seine Entdeckungen amerikanischer Pflanzen, Alb. Parlini in Bassanoo, Ed. Ave-Lallemant, und die Zoologen Goodsir in Edinburg (Anatom), Josua Alder in England und Costa in Neapel; die Medizin Dr. Otto Weber in Heidelberg, Dr. Civiale, Erfinder der Lithotritie in Paris, Dr. Ruete in Leipzig, Dr. Trousseau in Paris, Dr. Zemplin (83 J.) in Schlesien, Dr. Em. Kratzmann in Mailand, Dr. Baart de la Faille in Gröningen, Dr. M. Troschel in Berlin, Dr. Velpeau in Paris; die Archäologie und Geschichte Sewastianow, verdient um die Erforschung christlicher Alterthümer in Rußland, Dr. L. Häußer in Heidelberg, Dr. Ed. Gerhard in Berlin, Archibald Alisen in England, Dr. Rud. Dreßler in Breslau, A. J. Didron in Frankreich, die Rechtswissenschaft Dr. K. F. v. Dollmann in München, Gioachimo Basevi in Mailand, Gaspare Cesano, Dr. Franz Anton Niemeyer in Greifswald, Dr. Perthes in Bonn und Dr. K. J. A. Mittermaier in Heidelberg. Auf dem Gebiete der Philosophie vermissen wir Viktor Cousin, welcher sich, obgleich Franzose, mit der deutschen Philosophie und Pädagogik bekannt zu machen suchte, und Giovanni Antonio Rayneri in Turin, der Philologie Dr. Aug. Boeckh, seit ihrer Gründung Mitglied und 5 Mal Rektor der Berliner Universität, Dr. Franz Bopp, welcher der vergleichenden Sprachforschung eine neue Richtung gab, Dr. H. Fr. Haase in Breslau, Salomon Munk, der berühmte Orientalist in Paris (ein Schlesier), Dr. A. Cybulski, Professor der slavischen Sprachen in Breslau, Dr. Wilbrandt in Rostock, zugleich bekannt als Märtyrer politischer Verfolgungen; der Pädagogik H. F. Th. Kohlrausch, Generalschuldirektor in Hannover, Dr. L. Schorsen, Gymnas.-Direktor in Bonn und Dr. J. L. Klee, Gymn.-Direktor in Dresden. Auch der Frhr. A. v. Haxthausen, bekannt durch seine Studien über die deutschen und russischen Agrarverhältnisse, sowie durch ein Werk über den Kaukasus, ist im Laufe dieses Jahres gestorben, und dem Erfinder eines besonderen stenographischen Systems, Wilhelm Stolze, ist es ebenfalls nicht

hat, die Beamten zu ernennen, allein dem gegenüber müsse auch die Kammer das Recht haben, den Budgetansatz hiefür zu prüfen und nach Umständen zu streichen. Allerdings komme dadurch das Recht der Regierung mit dem Rechte der Kammer in Collision. Um einen Ausgleich zu erhalten, müsse die Regierung eine Verständigung mit der Kammer suchen, indem sie erklärt: es ist nicht möglich, sofort die Etats abzustreichen, aber, nachdem die Kammer erklärt hat, daß diese oder jene Behörde nicht mehr fortbestehen solle, werden wir unsere Maßnahmen treffen, um dem Beschlusse der Kammer zu entsprechen, vorerst verlangen wir die Bewilligung eines Uebergangsstadiums. Von vornherein freilich könnte, meint Redner weiter, jede Collision dadurch vermieden werden, daß die Regierung über die Behördenorganisation, über die Besoldungen der Beamten u. s. w. mit der Kammer sich vereinbart.

Hr. Finanzminister v. Pfretzschner drückte sein Bedauern aus, daß der Schlußsatz der Ministererklärung von dem Vorredner nicht richtig verstanden worden zu sein scheint. Dieser Schlußsatz halte zwei Fragen auseinander: er stelle einmal den Satz auf, daß die Frage insoferne mit dem Budget in keinem Zusammenhange steht, als das Budget nur den Gehalt der aktiven Beamten enthält, und stelle zweitens den Satz auf, daß die Ruhegehalte der pensionirten Beamten einer Moderation nicht unterliegen können, weil sie, unter die Garantie der Verfassung gestellt, den Betheiligten ohne Richterspruch nicht entzogen werden können. Dieser Satz wollte lediglich auf die Wahrung der Rechte der betheiligten pensionirten Beamten bezogen werden, eine Ausdehnung des Satzes auf die Gehälter der aktiven Beamten war damit nicht beabsichtigt, und eben so wenig wollte das Bewilligungsrecht der Kammer in Frage gestellt werden. Wenn im Budget Mittel zur Kreirung bestimmter Beamten bewilligt sind, werden diese Beamten aufgestellt und sind sie pensionsreif, so sind ihre Ruhegehalte unter die Garantie der Verfassung gestellt. Nur in diesem Sinne sei der Schlußsatz der Ministererklärung zu verstehen.

Brater kann sich mit der Erklärung des Hrn. Finanzministers noch nicht beruhigen. Nehme man an, die Kammer streicht im Budget den Gehalt von einer Anzahl Beamten, was wäre die Folge? die Regierung würde dann diese Gehalte einfach unter den Pensionsetat stellen und die Kammer könnte nichts dagegen thun. Wenn die Folge der Abstriche der Kammer am Etat der aktiven Beamten die sei, daß sich der Pensionsetat um so viel erhöht, als der Abstrich beträgt, dann sei es besser, man behält die Beamten bei.

II. Präsident Frhr. v. Pfetten kann weder der vom Ausschusse vorgeschlagenen Verwahrung, noch der von Brater beantragten Wahrung eines Rechts der Kammer beistimmen. Brater selbst sage, daß die Rechtsfrage kontrovers, daß das Gesetz vom 4. Juni 1848 mangelhaft, und daß nach dem Geiste des Gesetzes die Summe von 3000 fl. als Minimum zu betrachten sei. Dieser Ansicht ist auch Redner. Hr. Finanzminister hat gesagt, es sei nur gemeint, daß das, was jeden Tag von den Gerichten den Betheiligten zugesprochen werden könne, nicht auf dem Verwaltungswege gestrichen werden dürfe. — Wenn nun Brater dies nicht zugibt, wenn er behauptet, die Kammer könne trotzdem Ruhegehalte streichen, so werden die Betreffenden eben sich an die Gerichte wenden und diese werden ihnen zu ihrem Rechte verhelfen. Redner bestreitet nicht das Recht der Kammer, bei Feststellung des Budgets Abstriche zu machen, allein wenn in Folge einer Anstellung Rechte erworben sind, dann könne man diese nicht mehr streitig machen.

Kolb: Der 2. Ausschuß ging von der Ansicht aus, daß die Bestimmung des Gesetzes eine positive, daß die Summe fixirt sei und daß es dabei bleiben solle. Der Ausschuß war aber auch einstimmig der Ansicht, daß die Bestimmung des Gesetzes nicht mehr zweckmäßig, den Verhältnissen nicht mehr entsprechend sei und gesetzlich geändert werden solle. Der Antrag Braters hat den Redner einigermaßen befremdet, weil er ein Recht wahren will, welches nicht in Frage steht. Die heutige Erklärung des Finanzministers genügt vollkommen. Wenn es sich um eine Pension handelt, die sich auf eine im Budget anerkannte Anstellung stützt, so kann die Kammer nichts daran ändern; wenn aber die Regierung Stellen schafft, wozu sie durch das Budget nicht berechtigt ist, dann werden die Gerichte den betreffenden Beamten wohl auch ihr Recht sprechen, allein dann hat auch die Kammer das Recht, eine Anklage des betreffenden Ministers zu erheben. Deßhalb ist der Antrag Braters gegenstandslos.

Hänle bevorwortet die vom Ausschuß beantragte Verwahrung; das Budgetsrecht sei ein Palladium der Kammer, welches sie nicht schmälern lassen dürfe. Allerdings stünden an der Spitze der Regierung Männer, welche der Kammer vollstes Vertrauen haben, allein trotzdem würde letztere ihre Pflicht verletzen, wenn sie hier von dem Rechte der Verwahrung keinen Gebrauch machte.

Dr. Völk bemerkte u. A.: man habe sich zu fragen, ob die Regierung Angesichts der einschlägigen Paragraphen des IX. Edikts und der einschlägigen Bestimmung des Ministerverantwortlichkeitsgesetzes das Recht hat, den unentziehbaren Gehalt eines Ministers über 3000 fl. zu setzen. Hat die Regierung dieses Recht, so wird man auch sagen müssen, daß dann eine Schuldigkeit des Fiskus vorliegt, zu zahlen. Wenn nun Redner auch zugibt, daß das Ministerverantwortlichkeitsgesetz das Recht der Regierung, den Dienstes- und den Standesgehalt zu normiren, nicht alterirt, wenn er auch nicht behaupten kann, daß die Regierung nicht berechtigt sei, als Gehalt eines Ministers mehr als 3000 fl. auszusprechen, so müsse er doch die Budgetfrage von der Rechtsfrage trennen. Der Umstand, daß ein

---

mehr vergönnt, die Fixirung der Parlamentsreden im preuß. Abgeordnetenhause zu überwachen.

Von den Gelehrten zu den Künstlern machen die sogenannten „Schriftsteller" journalistische, belletristische, die Romanschreiber und Dichter aller Art den natürlichen Uebergang, und zwar ist die Journalistik, obgleich in Deutschland noch immer das Aschenbrödel der Literatur, in weit eminenterem Sinne, als man meint, eine Kunst, nämlich die Kunst, die Geschichte des Tages zugleich zu schreiben und zu beurtheilen. Journalistische „Künstler" hat dieses Jahr nicht verloren, denn der Redakteur der „Vossischen Zeitung," Dr. Lindner, der Nestor der russischen Journalistik, seiner Zeit Mitredakteur der russ. „Biene," Goetsch, der musikalische Kritiker der „Kölnischen Zeitung," Professor L. Bischoff, der Gründer der Berliner „Revue" und der Glaserschen Jahrbücher, der Redakteur der „Darmstädter Zeitung," Geh. Hofrath Pabst, der Redakteur der Berliner „Gerichtszeitung," Benno Hesse, hatten ebenso wenig wie der frühere Herausgeber des württembergischen „Staatsanzeigers," Stadtpfarrer Faber, der in der „Groque" beschäftigte Felix Mormand und die beiden ehemaligen Redakteurs der „Ober-Postamts-Zeitung" Hofrath Rousseau und Ad. Wiesner, auf diese Bezeichnung Anspruch zu erheben; daß aber der bekannte Dr. Veron, der ehemalige Eigenthümer und Herausgeber des „Constitutionnel" und Operndirektor ein sehr spekulativer und industrieller Künstler war, wird gewiß von Niemandem bestritten werden. Nehmt den Verdienst aller dramatischen Dichter, wie der nun heimgegangenen, Ponsard, Philoxene Boyer und Ferd. Langlé in Paris, Dr. Jul. Mosen, Dramaturgen in Oldenburg, Roghino Lacy in London und Giovanni Pacini zusammen und legt noch die Einnahmen der lyrischen Dichter Aug. Marseille Barthélemy, Jacopo Sanvitale, der für seinen Patriotismus lange Zeit im Exil büßen mußte, Dr. Th. Apel in Leipzig, Ludw. Lesser (pseudonym Liber) in Berlin und Fitz Greene Halleck in Amerika dazu, und Ihr werdet nicht halb so viel haben, als der lebenslustige Dr. Veron oft an einem einzigen Abende einstrich. Ehre daher dem Andenken solcher Männer, welche sich gleich dem alten Freunde Goethes, dem 91jährigen englischen Mäcen Henry Crabb Robinson der armen Dichter und Künstler in Zeiten der Noth annehmen! Von den letzteren sind nun auch die einst so oft genannten Moritz Rott, welcher Shakespeare's Richard III. zu seinen Spezialitäten rechnete, Franz Grua, der „amerikanische Roscius" Ira Aldridge, sowie die einst gefeierte Sängerin Persiani und die in der ersten Kaiserzeit das Théâtre français beherrschende tragische Heldin Marguerite Georges Weymer, von der irdischen Bühne abgetreten, und noch in den letzten Tagen des Jahres ist ihnen der treffliche Hermann v. Bequignolles, Theaterintendant in Wiesbaden, ein Dramaturg, wie es deren selten gibt, nachgefolgt.

Auch von andern Kunstgebieten haben hochberühmte Meister für immer Abschied genommen. Zu den hinübergegangenen Malern J. A. Dom. Ingrès (Gesch.), Gerh. Sigmann (München), Viktor Adam (Paris), Peter Wintergerst (Düsseldorf), Chr. Morgenstern (München), John Philip (Genre, England), Boekerweck, Prinitz (Düss.), Louis Boulanger (Genre, Dijon), Karl Sohn (Düss.), Brascassat (Thiern., Paris), Kallenhofer (München), J. C. Lund (Kopenhagen), Clarendon Stanfield (Engl. Landsch.), Jos. Altmann (Wien), Karl von Enhuber (München) gesellte sich kein Geringerer als Peter von Cornelius, Angelo Cameroni in Italien, Qvarnstrem in Stockholm, Herm. Schievelbein in Berlin und Edw. Hodges Baily wurden als geachtete Bildhauer genannt, und von der Kunstfertigkeit der Architekten Hittorf in Paris (geb. aus Köln) und Rob. Smirke in England legen zahlreiche Prachtbauten Zeugniß ab.

Handel und Industrie, diese mächtigen Factoren des bürgerlichen und staatlichen Lebens, haben auch in diesem Jahre ein zahlreiches Contingent zu den Schaaren gestellt, welche sich nicht weiter in Arbeitgeber und Arbeitnehmer scheiden und die Fragen, ob Ma

Dritter ein Recht erworben hat, das ihm die Gerichte zusprechen, alterire die Verantwortlichkeit des Ministers der Kammer gegenüber nicht; in der ministeriellen Verantwortlichkeit allein liege das Correktiv. Was den Brater'schen Antrag betrifft, so könne dieser neben dem Antrag des Ausschusses stehen bleiben, denn dieser betreffe die Gegenwart, jener die Zukunft.

Crämer kann dem, was der Ausschuß vorschlägt, nicht zustimmen, weil mit solchen Verwahrungen nichts gethan sei, sie seien ein zu schwächliches Mittel, um die Gutmachung eines geschehenen Unrechts zu erwirken. Die vorliegende Frage müsse jetzt zum Austrag kommen; „wenn wir mit den Herren Ministern, mit welchen wir hausen können, diese Frage nicht erledigen, mit andern können wir es gar nicht!" (Heiterkeit). Die betreffenden Gesetzes- und Verfassungsparagraphen müßten gesetzlich geändert werden, und deßhalb stimme er für den Antrag Braters. Dr. M. Barth: das Budgetrecht der Kammer müsse gewahrt werden und das geschehe durch den Antrag Braters; wir sagen nicht, daß die Regierung den Pensionsgehalt nicht bestimmen dürfe, wir verlangen nur, daß die Regierung es im Durchschnitt thue; was sie auf einer Seite zu viel thut, müsse sie auf einer andern Seite wieder hereinbringen. Wenn übrigens der Regierung wenig Mittel bewilligt sind, werde sie auch sparsamer verfahren.

Brater bevorwortete nochmals seinen Antrag. Ref. Feustel erklärt sich mit dem Antrag einverstanden und vertritt wiederholt den Standpunkt des Ausschusses; „wollen wir die vorliegende Frage regeln, so gibt es gar keinen anderen Weg, als den der Verwahrung." Beim Budget kommen wir, wenn bis dahin nichts geschehen ist, wieder auf die Sache zurück.

Der Etat des Kultusministeriums und der Etat des Handelsministeriums wurden ohne Debatte anerkannt. Feustel wiederholte nur, was er bezüglich des statistischen Bureau in seinem gedruckten Referat mitgetheilt hat. Kolb fügte nur bei, daß bisher das statistische Bureau in Bayern finanziell nicht so gestellt war, daß es allen Anforderungen entsprechen konnte. In anderen Mittelstaaten, z. B. in Sachsen, geschehe viel mehr für Statistik.

Bei dem Etat des Finanzministerium erklärte Feustel, daß er bezüglich des obersten Rechnungshofes und der Rechnungskammer sich Näheres vorbehalte bei der Budgetberathung; für heute bemerke er nur, daß er die Rechnungen, welche die Rechnungskammer zu prüfen hat, eingesehen und gefunden hat, daß sie sehr bedeutend sind; von irgend Jemanden müssen diese Rechnungen revidirt werden.

Beim Etat der Staatsanstalten bemerkte Finanzminister von Pfretzschner, daß er die Manipulation der budgetmäßigen Dotation der Katasterkommission, welche übrigens der Cognition des Landtages nie entzogen war, keine zweckmäßige nennen könne, und daß er bereits angeordnet habe, daß die Katasterkommission künftig wie jede andere Anstalt mit der Staatskasse abzurechnen hat.

Bei dem Titel „Sicherheit", auf welchen über 300,000 fl. mehr ausgegeben wurden, als etatisirt war, bemerkte Referent Feustel, daß man beim Budget angenommen hatte, in den Strafanstalten werden 6000 Gefangene sich befinden und jeder Gefangene werde 100 fl. jährlich zu unterhalten kosten; allein die Zahl der Gefangenen ist bereits auf 6917 und die Verpflegung auf 128 bis 130 fl. jährlich gestiegen.

Die übrigen Kapitel veranlaßten gar keine Debatte. — Bei der Abstimmung wurde der 1. Antrag des Ausschusses: es seien die Nachweisungen über die Staatsausgaben für 1863/66 anzuerkennen, dann der 2. Antrag des Ausschusses, gegen die Erhöhung des Standesgehalts eines Ministers von 3000 fl. auf 6000 fl. Verwahrung einzulegen, ferner der oben erwähnte Antrag des Abg. Brater, endlich der weitere Antrag des Ausschusses, den Wunsch auszusprechen, daß die Verrechnung der in Ausgabe kommenden Summen für Eisenbahn-Zinsgarantien in den Rechnungsnachweisungen evident gehalten werden müssen, — angenommen und zwar der zweite Antrag des Ausschusses mit 63 gegen 44 Stimmen. — (Hr. Finanzminister sicherte die entsprechende Berücksichtigung des letzteren Wunsches zu.)

Ausland.

Schweiz. [Zur Verfassungs-Revision.] Der Große Rath von Zürich hat einstimmig beschlossen, den Regierungsrath mit beförderlicher Anordnung der Volksabstimmung über Totalrevision der Verfassung durch einen Verfassungsrath zu beauftragen. Ein Antrag von Pfenniger, daß der betonte, daß während der anderthalbjährigen Amtsdauer des Großen Präsident Treichler schloß die Sitzung mit einer längeren Rede. Er Große Rath die Initiative zur Revision ergreife, wurde verschoben. Raths die Revision niemals zur Sprache gebracht sei. „Ruhig glaube ich daher den Vorwurf zurückweisen zu dürfen, der Große Rath habe klar ausgesprochene Volkswünsche entweder gar nicht beachtet oder über Gebühr verschleppt. Ich bin auch in meinem Innersten überzeugt, daß der Große Rath, ferne von jeder selbstsüchtigen Tendenz, stets das Beste des Landes gewollt hat, und von dem aufrichtigen Bestreben nach Fortschritt in allen Staatsgebieten beseelt war. Leider gibt es aber Verhältnisse, welche auch der beste Wille der Behörden nicht zu ändern vermag, und dahin gehört auch die gedrückte Lage, in welcher einzelne Theile der Bevölkerung sich gegenwärtig befinden. — Lassen wir uns nicht entmuthigen, unentwegt unserer Ueberzeugung zu folgen, wenn auch unser redliches Streben momentan mißkannt werden sollte. Prüfen wir frei und unbefangen jeden Vorschlag zur Verbesserung unseres Staatswesens und acceptiren wir freudig jeden wirklichen Fortschritt, von welcher

---

schinen- oder Handarbeit, ob Freihandel oder Schutzzölle, mit allergrößter Gleichgiltigkeit behandeln. Nachdem seine Erfindungen Tausenden von Dänen, Oesterreichern und Süddeutschen das Leben gekostet, aber auch Preußens Kriegsoperationen mächtig gefördert haben, ist Nikolaus v. Dreyse unerwartet vom Kriegsschauplatz dieser Welt abberufen worden, und andere eifern ihm nach, die Waffen so wirksam und unwiderstehlich als möglich zu machen. Welch anderes Feld eröffnete dagegen der Amerikaner Elias Howe einem großen Theile der weiblichen Bevölkerung diesseits und jenseits des Oceans mit seiner Nähmaschine, und wie unzählige Truppen, freilich weder mit Zündnadel- noch Chassepotgewehren bewaffnet, haben der 87jährige Senior der Pariser Typographen und Administrator des „Moniteur" Alb. Wilgenhofer, der Buchhändler Julius Campe, der Verleger Börnes und Heinrich Heines und der Buchhändler Jos. Weizel in die Welt gesandt! Der Fabrikherr und Kaufmann gelten vorzugsweise als die Vertreter der materiellen Interessen, aber wie tief ihre Berechnungen zugleich in die staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse eingreifen, erkennt man häufig erst, wenn sie, wie in diesem Jahre der berühmte Rheder Hamburgs und Begründer der atlantischen Packetschiffahrtslinie, Robert Miles Sloman, der Frankfurter Hüttenbesitzer Krämer, der böhmische Fabrikant Ignaz Thuuma, der Berliner Kattundrucker Heinr. C. Goldschmidt, der Direktor der k. Porzellanmanufactur Kolbe in Berlin, der Direktor der württemb. Maschinenfabrik v. Keßler in Eßlingen, der Freiherr August v. d. Heydt, Sohn des Ministers und Mit-Chef des bekannten Handelshauses, der Geh. Commercienrath v. Carl, und aus Schlesien der Maschinen- und Wagenfabr. A. Linke sowie die Commercienräthe Martin Websky und Theodor Molinari von uns geschieden sind. Molinari, Haase und Pinder, Letzterer einer der geachtetsten, aber auch geprüftesten Vertreter des preußischen Beamtenstandes, haben für Schlesien und namentlich für Breslau noch eine ganz andere Bedeutung, als in der Erfüllung ihrer speciellen Berufspflichten lag; denn, wo es seit drei Jahrzehnten die Förderung des Fortschritts galt, wurden ihre Namen mit Ehren genannt und werden auch in der späten Zukunft noch in Ehren gehalten werden.

Es gelingt uns schlechterdings nicht, den Namen Eduard Benazet, des Spielpächters in Baden-Baden, eines Mannes einzig in seiner Art und bis zu seinem Tode eine Macht in Baden-Baden, zu rubriziren, wenn wir ihn nicht, wie früher auf den Kirchhöfen — — doch de mortuis nil nisi bene! Schließen wir lieber unser Verzeichniß mit einem Register derjenigen, welche es an Jahren weit über das gewöhnliche Maß des Alters gebracht haben. Wir finden da angeführt den englischen Admiral Walling mit 80, den engl. Admiral Homly und den durch die Erbeutung des Napoleonischen Hutes, Degens und Mantels bekannten Waterlookämpfers K. E. Westphal mit 81, den Nürnberger Papiermachéfabrikanten Fleischmann mit 82, den dänischen Historienmaler Lund, den Bergmechanikus Linke in Freiburg und den Geh. Rath Dr. Zemplin aus Salzbrunn mit 83, den Bischof von Ermeland Dr. Geritz mit 84, den preuß. Generalmajor du Trossel, den Oberforstmeister v. Steffens, den bayer. Generalmajor Ekl, den ehem. Lordkanzler Blackburne, letzten Graf Elgin, und den Kaiser Soulouque mit 85, den Pariser Buchdrucker Wilgenhofer mit 87, den britischen Generallieutenant Thwaites und den bayer. General der Kavallerie v. Zandt mit 88, den britischen General Cosmo Gordon mit 89, den Mailänder Rechtsgelehrten Basevi und den österr. Generalmajor Wania mit 90, den englischen Freund Göthe's, Robinson, den englischen Musiker Sir G. Smart mit 91, den italienischen General H. Gerbaix de Sonnaz mit 93, den österr. Oberstlieutenant J. v. Szeßzitzky mit 100, den jüdischen Handelsmann Levin Marcus zu Neu-Buckow in Mecklenburg mit 116 und den Charles Vanalderwereld in Flandern mit 127 Jahren angeführt. Friede sei ihrer Asche!

Seite er auch angeregt werden mag; aber vergessen wir nie, daß es in unserer eidlich beschworenen Pflicht liegt, Begehren zu verwerfen, von denen eine gründliche und sorgfältige Prüfung herausstellt, daß sie mit dem Wolle des Ganzen unverträglich sind." — Die Leiter der vier großen Volksversammlungen hatten mittelst Zuschrift den Großen Rath von der in Sturm und Unwetter gegebenen Zustimmung von 20,000 Mann zu dem Revisionsprogramm benachrichtigt und letzteres beigefügt, mit dem Ersuchen, bei seiner Berathung Rücksicht darauf zu nehmen.

— [Ermäßigung der Telegraphentaxen.] Mit dem 1. Januar ist in der Schweiz ein neuer Bundesbeschluß, betreffend die Benutzung der Telegraphen, in Kraft getreten. Hienach beträgt die Taxe der einfachen Depesche von 20 Worten im Innern der Schweiz 50 Rp. (1/2 Fr.); für jede Reihe von 10 Worten über 20 hinaus 25 Rp. mehr, also für 21—30 Worte 75 Rp., für 31—40 Worte 1 Fr. u. s. w. Dagegen sind die Taxermäßigungen für Abonnements aufgehoben. Für Abschrift einer Depesche bis auf 40 Worte sind 25 Rp., bei Depeschen von mehr als 40 Worten 50 Rp. zu vergüten. Die Bezahlung der Taxen geschieht mittels Marken, die in der Regel vom Aufgeber auf die Originaldepesche zu kleben sind. Solcher Marken gibt es vier Sorten: zu 25 Rp. (grau), 50 Rp. (blau), 1 Fr. (grün), 3 Fr. (gelb broncirt). Die mit den nöthigen Telegraphen-Marken versehenen Depeschen können in verschlossenem Umschlag per Post oder auf jede andere Weise an ein beliebiges Bureau zur weiteren Beförderung gesandt werden. Depeschen, welche mit weniger als 50 Rp. frankirt sind, werden nicht befördert. Ist eine Depesche mit 50 Rp., jedoch nicht ihrem Umfange entsprechend frankirt, so wird dieselbe zwar befördert, aber der Adressat hat die mangelnde Taxe nebst einem fixen Zuschlag von 25 Rp. zu bezahlen.

Frankreich. Paris, 2. Jan. [Noch einige Einzelheiten über den Neujahrs-Empfang] meldet die "franz. Korr.": „Mit Ausnahme des Barons Budberg war das diplomatische Korps vollständig erschienen, also auch Ritter Nigra, welchen die klerikalen Blätter aus Furcht vor einem unliebsamen Neujahrsgruße auf Urlaub gegangen sein ließen. Der Kaiser schien erregter und weicher als in früheren Jahren. Er richtete wieder einige Worte an jeden einzelnen der Botschafter. Dem päpstlichen Nuntius sagte er, daß er sich in diesem Jahre ganz besonders freue, den Glückwunsch aus dem Munde des Vertreters des heiligen Vaters zu erhalten. Dem Grafen Goltz, welcher heute, um sich einer ärztlichen Operation zu unterziehen, nach Berlin geht, trug der Kaiser noch besondere Grüße an König Wilhelm auf; es scheint, daß er mit diesem persönlichen Kompliment an den König von Preußen eine Lücke ergänzen wollte, welche man in seiner gestrigen Ansprache an den Botschafter des norddeutschen Bundes entdeckte. Dem Fürsten Metternich sagte er, daß seine kürzlichen Begegnungen mit dem Kaiser Franz Joseph einen tiefen Eindruck auf ihn zurückgelassen hätten, und was der internationalen Artigkeiten mehr sind. Was der „Abend-Moniteur" verschweigt, das ist, daß der Kaiser in seiner Antwort an den Präsidenten des gesetzgebenden Körpers, Herrn Schneider, wörtlich sagte: „An der Abstimmung über das Armeegesetz hängt das Wohl des Kaiserthums und Frankreichs," eine Aeußerung, welche heute an der Börse mit den üblichen Uebertreibungen kolportirt wurde."

Nordamerika. [Präsidentschaftskandidat. Nothstand.] General Hancock findet einen bedeutenden Anhang für seine Kandidatur zum Präsidentenstuhle der Republik. Die Bewegung zu seinen Gunsten ist vorzugsweise im Westen von Belang, andererseits sprechen sich auch die meisten konservativen Journale von Einfluß warm in seinem Interesse aus.

Aus verschiedenen in Washington eingegangenen Briefen wird ersichtlich, daß im Staate Alabama die Winteraussichten für Schwarze wie Weiße die allerkläglichsten sind. Nach einer Berechnung sind im ganzen Süden nur für vier Monate ausreichende Lebensmittel zu finden. Ein großer Pflanzer hat 100 seiner Negerarbeiter gekündigt, weil sein Lebensmittelvorrath beinahe erschöpft und er nicht im Stande sei, über Weihnachten hinaus seine Arbeiter zu ernähren. Aehnliches ist seitens anderer Pflanzer geschehen; in kürzester Zeit werden nicht weniger als 10,000 Neger sich der Hungersnoth preisgegeben sehen. Man befürchtet Prodezzesse und möglicherweise Blutvergießen. Ein Korrespondent des „New-York Herald" sagt: „Wenn nicht alle Zeichen täuschen, so wird kaum einer unter je hundert Pflanzern im Stande sein, im nächsten Jahre seine Kräfte wieder der Baumwollenkultur zu widmen; die niedrigen Baumwollenpreise, die Steuerlast und die hohen Zinsen für geborgtes Kapital haben herbeigeführt, daß fünf Sechstheile der Pflanzer in Alabama, Mississippi und Louisiana, sowie im südlichen Georgien sich ohne alle Mittel befinden. Falls die amtlichen Bureaux für Angelegenheiten der freigelassenen ehemaligen Negersklaven nicht bedeutende Fonds zu ihrer Verfügung erhalten, wird der bei weitem größere Theil des Elends auf die Neger fallen." Auch im südlichen Theile Virginiens befinden sich viele Farmer äußerstem Mangel gegenüber.

Mexiko. [Ueber die Einschiffung der Leiche des Kaisers Maximilian] auf der Fregatte „Novara" entnimmt ein Wiener Blatt einem an das Obersthofmeisteramt gelangten Berichte Folgendes: Nachdem die Leiche am 25. Nov. d. J. in Veracruz eingetroffen und in einer Seitenkapelle der Domkirche beigesetzt worden war, erfolgte unmittelbar darauf die kommissionelle Agnoscirung und Uebernahme derselben durch den Vice-Admiral v. Tegethoff. Während der Nacht zum 26. hielten in der Kapelle Unteroffiziere aller drei Waffengattungen der Bemannung der Fregatte Wache, indeß der äußere Sicherheitsdienst durch mexik. Truppen besorgt wurde. Früh Morgens am 26. November stießen die zur Abholung der Leiche bestimmten Boote von der im Hafen geankerten Fregatte ab, die große, mit schwarzem Tuche drapirte Barasse, geschleppt von zwei mit je 16 Matrosen bemannten Seitenbooten und gefolgt von zwei anderen Booten, auf welchen der Vice-Admiral und seine Begleitung sich befanden, Offiziere und Mannschaft in großer Parade, die Boote mit der umflorten, auf halben Topp gehißten kaiserlichen Flagge. In der Kirche wurde die unter dreifachem Verschlusse befindliche Leiche gehoben und sodann auf einen mit schwarzem Stoffe überzogenen und mit weißen Maulthieren bespannten Wagen zum Molo geführt und in das Trauerboot gesenkt. Kurz nach 7 Uhr stieß der Leichen-Convoi von Vera-Cruz ab, in ruhigem Tempo zur Fregatte rudernd, die nach vorgeschriebener Salutirung die Leiche in die aus einem Raume der Batterie hergestellte, mit den erzherzoglichen Emblemen ausgestattete Capelle aufnahm. Der Schiffsgeistliche sprach am Altare die üblichen Gebete und vollzog die ritualmäßige Einsegnung. Ehrenposten hielten an der Thür der Kapelle Wache. Um 12 Uhr Mittags verließ die Fregatte den Hafen von Vera-Cruz

---

Nichtpolitische Zeitung.

[Exminister Arnim-Boytzenberg nicht gestorben.] Dem Grafen Arnim-Boytzenberg ist es beinahe ergangen wie vor etlichen Jahren seinem conservativen Parteigenossen, dem Grafen Wrangel, der die Nachricht seines Todes auf der Berliner Börse in eigener Person widerlegen konnte mit den Worten: „Ich muß mir selbst dementiren." Die „Kreuzzeitung", welche die Mittheilung von dem Ableben des Grafen Arnim selbst in Cours gesetzt hat, widerruft dieselbe in Folge einer Reklamation seiner Verwandten. Graf Arnim sei zwar bedenklich erkrankt, jetzt aber bereits auf dem Wege der Besserung. Die „Kreuzzeitung" muß ihren Nekrolog noch zurücklegen.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 6-7. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Dinstag, 7. Januar 1868.

Eine Rückschau.

V.

Würzburg, 7. Januar.

Ohne selbst in den Krieg 1866 verwickelt gewesen zu sein, hatte Frankreich doch durch den Ausgang desselben eine, wie es sich selbst gestehen mußte, empfindliche moralische Niederlage erlitten. Napoleon hatte, wie Jedermann, nicht daran gedacht, daß der Krieg zwischen Oesterreich und Preußen einen so raschen, entscheidenden Ausgang nehmen würde, sondern auf einen langen, beide Theile aufreibenden Kampf gehofft, zu dessen Schlichtung er dann schließlich als Schiedsrichter aufgerufen würde. Statt dessen mußte er sich mit einer einfachen Vermittlerrolle begnügen. Aber noch mehr; Preußen bot Frankreich geradezu Trotz, als letzteres Entschädigung an der Rheingränze verlangte. Ob ihm eine solche früher zum Lohn für die Neutralität im deutschen Kriege versprochen und nach dem für Preußen glücklichen Ausgang nicht gehalten worden, wird vorläufig ein dicht verschleiertes Geheimniß bleiben. Bismarck wird sich wohl hüten, ein solches früheres Versprechen an Napoleon einzugestehen, und letzterer sich schämen, ersteren zum Halten des Zugesagten nicht mehr haben zwingen zu können.

Die Franzosen waren wüthend, daß sie nicht mehr, oder wenigstens nicht mehr allein die erste Violine im europäischen Völker- und Fürstenkonzert spielen konnten. Eine Partei, die schon lange auf einen verwundbaren Punkt Napoleons gelauert hatte, die Bourbonisten klagten den Kaiser öffentlich der „Feigheit und des Verrathes an der Ehre Frankreichs" an und veranlaßten einen längst vergessenen Prätendenten der bourbonischen Linie, den Grafen Chambord, der im Exil bei Wien lebte, in einem offenen Brief die Schmäche zu beklagen, in die Frankreich durch Napoleons Politik versetzt worden sei; Frankreich müsse um jeden Preis ein einiges Deutschland und ein einiges Italien verhindern. Man glaubte durch solche Reizmittel Napoleon in einen unbesonnenen Krieg zu stürzen, damit er und seine Dynastie zu Grunde gehe. Die wahrhaft liberale Partei in Frankreich aber verlangte etwas ganz Anderes, nämlich das Gleiche wie in Oesterreich: Erstarkung durch freiheitlichen Ausbau im Innern. Diesem letzteren Verlangen schien Napoleon nachgeben zu wollen. Am 19. Januar 1867 erschien jenes bekannte Dekret von der „Krönung des Gebäudes". Die Versöhnung des Kaiserthums mit der Freiheit, die Bewahrung der französischen Machtstellung durch die Propaganda der Freiheit wurde einen Augenblick für möglich gehalten — leider nur einen Augenblick. Zwar wurde den Kammern das denselben bisher nicht zugestandene Recht der Interpellation an die Minister gegeben und dafür das Recht der Adresse entzogen, aber die verheißenen freiheitlichen Gesetze über Preßfreiheit und Versammlungsrecht wurden vertagt. Dafür kam ein Armeegesetz in Vorlage, welches neue Lasten und neue Bedrückungen für's Volk in Aussicht stellte.

Trotz der friedlichen Rede, mit welcher Napoleon am 14. Febr. des eben vergangenen Jahres seine Kammer eröffnete und worin er in den „Umgestaltungen Italiens und Deutschlands den Anfang der Verwirklichung seines Programms der Einigung der europäischen Staaten in einer einzigen Konföderation" erblickte, glaubte man doch allgemein an den Krieg, um so mehr, als unterdessen die Schutz- und Trutzbündnisse der süddeutschen Staaten mit Preußen bekannt wurden, deren Duldung man Napoleon niemals zutraute, und der Luxemburger Handel auftauchte. Daß der Friede trotzdem erhalten wurde, haben wir ohne Zweifel hauptsächlich der großartigen Pariser Weltausstellung zu verdanken. Die Hoffnungen der Pariser, die sich darauf mit enormen Unkosten vorbereitet hatten, zu täuschen, selbst durch die Aussicht auf wieder zu erobernde Gloire, wäre ein zu gefährliches Experiment gewesen. Ueberdies war die Menge des Volkes auch in Frankreich einem Kriege durchaus abgeneigt, wie zahlreiche Friedensadressen nach Deutschland bewiesen.

Auf die Ausstellung selbst, so überaus glänzend sie selbst, so groß die Menge der Fremden war, die wegen ihr nach Paris strömten und obgleich während derselben die französische Hauptstadt mehr gekrönte Häupter in ihren Mauern sah, wie jemals seit 1814, fielen düstere Schatten. Am 1. Juli, als der Kaiser Napoleon die Preise vertheilte, traf die Nachricht ein, daß Maximilian, den er durch seine Truppen als Kaiser in Mexiko eingesetzt und später auf die Drohungen der Vereinigten Staaten im Stiche gelassen hatte, am 19. Juni in Queretaro nach kriegsrechtlichem Urtheile erschossen sei. Das war die größte Niederlage des Kaiserreiches. Alle Opfer an Geld und Mannschaft waren vergeblich gebracht, und der Regierung liegt noch die schwere moralische Pflicht auf, die Inhaber der mexikanischen Anleihe, zu deren Unterzeichnung sie ermuntert hatte, einigermaßen schadlos zu halten, während die Staatsschulden über 12 Milliarden erreicht haben, die Stadt Paris 1 Milliarde Schulden hat, der Credit Mobilier in den letzten Zügen liegt und überhaupt die finanzielle Lage schlimm ist. Napoleon III. selbst hätte beinahe während der Ausstellung sein Leben eingebüßt. Als er am 6. Juni mit seinem Gaste, dem Kaiser Alexander II. von Rußland, im Wagen saß, richtete unweit der Cascade des Boulogner Gehölzes der Pole Berezowski zwei Schüsse auf den Zwingherrn Polens, die glücklicherweise ihr Ziel verfehlten. Der König von Preußen und seine Familie wurden in Paris, wegen der gewinnenden Persönlichkeiten, über alle Erwartung freundlich von der Bevölkerung begrüßt, — ein Zeichen neben vielen anderen, daß die Franzosen nicht so kriegslustig sind, wie einige ehrgeizige Marschälle und Generale. Der Kaiser von Oesterreich wollte wegen des Trauerfalles in seiner Familie nicht in Paris erscheinen. Da reisten der französische Kaiser und seine Gemahlin nach Salzburg (18.—22. Aug.), um ihr Beileid abzustatten. Wenn er mit kriegerischen Absichten nach Salzburg gereist sein sollte, so ist er wenigstens nach seinen Staaten mit friedlicheren Ansichten zurückgekehrt. Napoleon III. hatte auf seiner Reise in Süddeutschland Gelegenheit, sich zu überzeugen, wie sehr sich seit den Zeiten des Rheinbunde die Volksstimmung geändert hat, und Hr. v. Beust wies ihm nach, daß Oesterreich nicht in der Lage sei, Krieg zu führen, sondern vor allen Dingen Frieden brauche für seine innere Entwicklung. Es wäre sehr zu wünschen, daß Napoleon III. für Frankreich zu der nämlichen Ansicht gelangte.

Die italienischen Wirren und Frankreichs Rolle dabei werden wir in einem eigenen (dem nächsten) Artikel dieser Rückschau besprechen, den heutigen schließen wir mit einer kurzen Betrachtung von Frankreichs innerer Lage. Sehr düster, und wie es scheint, durchaus nicht übertrieben, schildert dieselbe ein Pariser Korrespondent der „Allg. Ztg.", dem wir in Nachstehendem folgen: Aus den Ruinen des vergangenen Jahres ragen insbesondere die des Credit mobilier hervor, dessen Sturz das ganze System erschüttert und welchem die Haußmann'sche Wirthschaft nachzustürzen droht, während die Staatsfinanzen einer ähnlichen Krisis entgegengehen. Zu der Ausstellungstheuerung kam die schlechte Ernte mit der Brodtheuerung und der Arbeitslosigkeit. Die industrielle Krisis wächst zu einer sozialen Gefahr an. La grève du milliard bleibt das Motto des Jahres, in welchem die Bank von Frankreich wie eine Maschine im Leeren arbeitet, da ihr Notenumlauf und ihr Eskomptegeschäft nicht größer sind als der Metallvorrath und die Privateinlagen.

Ueber solche Zustände scheinen dem Kaiser erst in Süddeutschland und in Salzburg die Augen aufgegangen zu sein. Die Stadt Lille (wo Napoleon nach seiner Salzburger Reise jene berühmte Rede hielt) war der Oelberg, wo er die „schwarzen Punkte" beweinte. Aber schon Tags darauf bereute er diese mannhafte Indiscretion eines gepreßten Herzens, den Schmerzensschrei eines Mannes im letzten Kampfe mit dem Verhängnisse.

Die schwarzen Punkte entwickeln sich jedoch zur Sturmwolke. Der Mißkredit der persönlichen Politik und Regierung weckte allmählich den Patriotismus und lockerte die Banden der Disziplin. Aus den Tiefen der Nation ging der Widerstand hervor, welchen die Kammermehrheit der Resignation und Zweideutigkeit der Regierung, in einer Frage, wo nur noch verhängnißvollere Fehler begangen wer-

den können, siegreich entgegensetzte. Der Einfluß des Hrn. Thiers war einen Augenblick maßgebend, und der erste Anstoß führte die Kammermehrheit bis zu einem Aufstandsversuch gegen die imperialistische Disziplin.

Der Auftritt im Theater der Porte Saint-Martin (s. den vorgestrigen Anzeiger) erinnerte an den Völkerfrühling von 1848; so beginnen alle Revolutionen. Das Publikum hätte das Theater zertrümmert, hätte die Polizei nicht ihr Opfer herausgegeben. Die Demüthigung der Polizei war ein ungeheurer Triumph. Alle Taschentücher flatterten wie Siegesfahnen aus den Logen. Das Publikum, die große Menge wird äußerst nervös, und der Widerstand gegen die Polizei wird populär, eine Sache des Ehrgefühls und der persönlichen Würde in allen Kreisen der Gesellschaft.

Die Kammermehrheit wird sich diesem Drange der Zeit nicht entziehen können. Die 1,200,000 Mann werden votirt an dem letzten Tage des Jahrs, wo der preußische Botschafter als Gesandter des Norddeutschen Bundes seine Gala-Auffahrt in den Tuilerien hat. Das Jahr schließt schlechter, als es begann; denn es glaubt fast Jedermann an den Krieg, und keine Seele mehr an die Freiheit. Das neue Preßgesetz und das Versammlungsrecht kommen zu spät, um eine versöhnliche Wirkung hervorzubringen; sie können bloß noch den Widerstand organisiren. Und zu diesem Allen vermacht das Jahr 1867 in Frankreich dem Jahr 1868 die Nothwendigkeit eines Anlehens von 750 Mill. Fr.

Norddeutscher Bund.

[Die Nachrichten über den ostpreußischen Nothstand] — schreibt das „Frankfurter Journal" — hören nicht auf, die furchtbare Nachtseite in den Berichten der preußischen Journale zu bilden. Und dennoch dringt nur ein geringer Theil des namenlosen Elends an das Licht der Oeffentlichkeit. Die ostpreußische Presse, welche seit lange gewohnt ist, ihre Wirksamkeit in die engsten Schranken der Redefreiheit eingedämmt zu sehen, glaubt sich außer Stande, mit der vollen Wahrheit hervortreten zu können. Ist doch selbst die „Zukunft" in der Lage, andeutungsweise zu erklären, daß sie, um nicht mit dem Strafgesetz in Berührung zu kommen, das ihr vorliegende Material nur theilweise veröffentlichen könne, da sie bei Mittheilung desselben zwar keine Verleumdungs-, wohl aber Beleidigungsprozesse zu befürchten habe. Die Berichterstatter flüchten mit der Schilderung der Nothzustände in die Spalten der Wiener Journale. Und bei Alledem ist der demokratischen Presse in Preußen nicht der Vorwurf zu machen, daß sie aus übertriebener Rücksicht auf ihr eigenes Interesse dem werdenden Nothstande gegenüber geschwiegen habe. Sie hat seit dem Spätherbst fort und fort auf die drohende Gefahr gewiesen und dringend zur Abhilfe aufgefordert. Heute, wo man dem gewordenen Elend, das nicht mehr in Abrede zu stellen ist, machtlos gegenübersteht, müssen die Offiziösen sich darauf beschränken, vor Ueberschätzung des Umfangs und der Tragweite desselben zu warnen. Die „Zukunft", die am ersten und mit unverdrossener Hingebung für die Sache des unverschuldeten Elends eingetreten ist, widmet heute dem Berichte über die Zustände in den Hungerregionen fast die Hälfte ihres Hauptblatts. Herzzerreißend, haarsträubend sind ihre Schilderungen. Da wir bekanntlich in der Zeit der Dotationen leben, so ist der in einer Neujahrs-Versammlung in Berlin gemachte und von der „Volks-Zeitung" reproducirte Vorschlag zur Aufbringung einer Hunger-Dotation von 12 Mill. Thalern für Ostpreußen vielleicht nicht unausführbar. Der Vorschlag lautet: „Von dreißig Millionen Deutschen gebe jeder einen Silbergroschen pro Monat für die nächsten 12 Monate; macht 12 Millionen Thaler. Der Staatsschatz mag das Geld auslegen, sofort absenden, sofort vertheilen lassen. Wer schnell gibt, gibt doppelt." Selbstverständlich sind unter den dreißig Millionen Contribuirenden die Depossedirten und die Dotirten des Vorjahrs mit eingeschlossen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Jan. [Das Ceremoniell bei der Eidesleistung der neuen Minister], welche am letzten Tage des alten Jahres stattgefunden hat, war Folgendes: Zu diesem Akte waren die Garden und Hofchargen in Parade ausgerückt und es wurde ein großes Ceremoniell entfaltet. In dem Vorsaal, der zu dem Zimmer führt, in welchem der Kaiser Audienzen ertheilt, wurde jeder der Minister mit einem Mantel aus scharlachrothem Tuche angethan, der bis an die Knie herabwallt, mit einem gleichfärbigen, über die Achsel reichenden Rundkragen überhangen und von einer goldenen Schnur mit Quaste zusammengehalten ist. In dieser Umhüllung traten die Minister, geführt vom Fürsten Auersperg, in das Audienzgemach. Dort stellten sie sich im Halbkreise auf, rechts Fürst Auersperg, dann Graf Taaffe, Dr. Hasner, Dr. Giskra, Professor Herbst, Dr. Brestel und Dr. Berger. Graf Potocki, der Ackerbauminister, sollte erst heute seinen Eid leisten. Den Halbkreis schloß der Protokollführer des Oberstihofmeisteramts, Herr Huber. Dieser las die Eidesformel, welche drei enggeschriebene Seiten füllt. Fürst Auersperg fragte nun, ob die Herren genau verstanden hätten, was ihnen vorgelesen worden, und ob sie in diesem Sinne ihr Gelöbniß ablegen wollten. Die Schwurfinger erhoben, sagten nun Alle gleichzeitig: „Wir geloben". Der Kaiser trat darauf an die Herren heran und richtete an jeden Einzelnen einige verbindliche Worte. Damit war die Ceremonie der Eides-

---

Albert von Hirsch, Paris.

II. Band, 1. die vorzüglichsten Umgebungen, 2. Geschichtliches ꝛc. mit 8 Plänen und 4 Illustrationen. München. Verlag von E. A. Fleischmann's Buchhandlung.

Ich habe bereits in der Nr. 181 Ihres Blattes den ersten Band dieser neuen literarischen Erscheinung einer näheren Prüfung unterzogen und kann auch für den zweiten Band dasselbe günstige Urtheil abgeben. Es ist ein außerordentlich reiches Material hier verwerthet und in höchst anziehender Weise vorgetragen, so daß die Vermuthung nicht ungegründet sein dürfte, es möchte wegen des interessanten abwechselnden Inhaltes die Mehrzahl der Leser ganz besonders nach diesem Bande greifen. Es liegt dies in der Natur der Sache; denn wie sehr man sich auch beim Besuche der Museen über die Pracht und Kostbarkeit der einzelnen Gegenstände entzücken mag, es gehört ein besonderer Sinn dazu, die gehabten Eindrücke festzuhalten und sich in jedem Momente das Einzelne zu verlebendigen; weit allgemeiner und bei den Meisten mehr entwickelt ist der Sinn für herrliche Naturschönheiten, für historische Erinnerungen, für soziale Zustände. Und gerade diese füllen den zweiten Band des genannten Werkes: Fontainebleau, St. Denis, Vincennes, St. Germain-en-Laye, St. Cloud und Sèvres, Versailles sind die Punkte, welche der Verfasser aus der Umgebung von Paris herausgegriffen hat und uns in beredter Scenerie mit schönem landschaftlichen Hintergrunde vorführt. Weder was ehedem in diesen Schlössern war, noch wozu sie gegenwärtig dienen, ist vergessen und hat der Beschauer sich an den historischen und Kunstmerkwürdigkeiten satt gesehen, dann geleitet ihn der kundige Autor in den herrlichen Wald von Fontainebleau, in dessen geheimnißvollem Dunkel sich erst jüngst die traurige Affaire Mertens-Frigard abspielte, oder auf die reizende Terrasse und in den Wald von St. Germain, oder in das den Parisern so beliebte Gehölze von Vincennes, oder endlich in den berühmten Schloßgarten von Versailles mit seinen prachtvollen Wasserkünsten, reizenden Marmorgruppen und köstlichen Anlagen, in denen man, ausruhend von dem Kunstgenusse, im Geiste alle die Gestalten vorüberziehen läßt, welche diese prachtvollen Räume seit Ludwig XIV. durchwanderten. Und daß man bei Versailles eines solchen Ruhepunktes bedarf, weiß Jeder aus eigener Erfahrung, der diese endlosen Räume, in denen die historische Galerie aufgestellt ist, durchwandert hat; trefflich gearbeitet sind die beigegebenen Pläne zu dem Schlosse, welche wesentlich in diesem Labyrinthe orientiren.

Was nun neben diesen Genüssen den Leser noch in hohem Grade ansprechen dürfte, sind die Mittheilungen über die Gefängnisse und Irrenhäuser von Paris, zu denen sich Herr von Hirsch besonderen Zutritt zu verschaffen wußte, um ein vollständiges Bild von der französischen Hauptstadt geben zu können. Die bekannten Reisehandbücher begnügen sich, davon nur die Namen und da nur oberflächlich anzugeben, von den inneren Einrichtungen, den Besserungssystemen u. s. w. schweigen sie, weil der Eintritt in diese Räume sehr erschwert ist. Aber das lebensfrohe, genußsüchtige, theilweise frivole Paris hat gerade hierin — in den Gefängnissen und Irrenhäusern — seine Nachtseite, seinen natürlichen Commentar und wir sehen uns dem unermüdeten Verfasser für diese glänzende Perle seines Werkes zu ganz besonderem Danke verpflichtet, aus welcher selbst Fachmänner sehr vieles Brauchbares schöpfen können.

Am Schlusse des Ganzen ist noch eine kurze Beschreibung der Boulevards, der inneren und äußeren, angereiht, denn auch diese gehören zur Physiognomie der Weltstadt und ist deren heitere oder bewegte Haltung für die französische Politik maßgebender, als manche Note einer fremden Macht.

Indem wir sej unsere Beurtheilung dieses interessanten Werkes schließen, wollen wir aber auch den Wunsch nicht unterdrücken, daß bei der nächsten Auflage ein in weiterem Rahmen gehaltener Grundplan von Paris beigegeben werden möge, da der jetzige, weil in zu kleinem Maßstabe, unzureichend ist.

Dr. K.

leistung zu Ende, und die Herren begaben sich sodann in corpore zum Reichskanzler Freiherrn v. Beust. An diesen richtete der Minister-Präsident eine längere Ansprache, in welcher er unter Anderm die Wendung gebrauchte, der Reichskanzler sei der „Vater der neuen Aera“ und hier stünden die Kinder derselben. Herr v. Beust erwiderte mit dankender Ablehnung der ihm zugeschriebenen Verdienste, und es entspann sich nun eine Conversation über die politische Lage. Von der Reichskanzlei fuhren die Minister in das Ministerium des Innern, wo Graf Taaffe noch die Honneurs machte.

— [Zum geheimen Konkordat.] Wir brachten darüber kürzlich Mittheilungen nach der „Nat. Ztg.“, worin unter Anderm gesagt war, daß Oesterreich die Schirmvogtei über die katholischen Unterthanen der protestantischen deutschen Fürsten beigelegt wurde. Ein Wiener Korresp. der „Allg. Ztg.“ bringt den Wortlaut des Aktenstückes, woraus obige Meinung irrthümlich entnommen. Es ist ein Schreiben des Kardinal Rauscher an Viale Prelà d. d. 6. August 1855: „Tyrol ist ein ausschließlich katholisches Land, bildet aber einen Theil des Deutschen Bundes, in dessen Grundgesetz bestimmt ist, daß innerhalb des Bundesgebietes die Katholiken und Nichtkatholiken dieselben bürgerlichen und politischen Rechte genießen. Wenn daher Gesetze erlassen würden, welche der Bundesakte zuwiderliefen, so würde das den vielen unter nichtkatholischen Fürsten lebenden Katholiken Deutschlands, deren Schutz (patrocinium) Oesterreich beim Frankfurter Bundestag wahrzunehmen hat, zum größten Nachtheil sein.“

Ausland.

Frankreich. Paris, 4. Januar. [Friedliches.] Wenn die „France“ abwiegelt, so pflegt sie regelmäßig von der Bekehrung ihrer Gegner zum Frieden zu reden. So auch heute: „Der Ton der deutschen Depeschen ist heute gar friedlich. Gewisse preußische Blätter scheinen die Kriegslust der letzten Zeit abzustreifen, und auch die Neujahrsreden des Königs von Preußen sind dem Frieden günstig.“ Nun wohl, mögen nur auch gewisse Pariser Blätter eben so gestimmt bleiben und, da sie nun doch einmal an der Spitze marschiren müssen, den Vortrab der Friedensboten bilden; die deutschen Blätter werden dann schon nachkommen. Da der Congreß der europäischen Diplomaten, trotz Spaniens, Darmstadts, Hollands und Griechenlands Annahme, nun doch in die Brüche geht, da aber eine baldige allgemeine Abrüstung nothwendig oder ein heranrückender allgemeiner europäischer Staatenbankerott unumgänglich wird, so schlägt Girardin einen Militärkongreß vor, worin die nämlichen Vorschriften in Rekrutirungssachen discutirt und votirt werden sollten. Wenn z. B. beschlossen würde, daß in keiner aktiven Armee Europa's der Dienst über fünf Jahre dauern und die Aushebungen das Fünftel jeder Altersklasse nicht überschreiten dürften, so würde militärisch keine der betheiligten Mächte verlieren, ganz Europa dabei aber viele Millionen ersparen. Das ist freilich nur ein frommer Wunsch, „eine Idee“. Aber, ruft Girardin den Fürsten und Ministern zu: „Erschrecken Sie nicht vor dieser Idee; sie ist zwar nur ein Auskunftsmittel, aber sie möge wenigstens in Anregung gebracht sein!“

— [Der Scandal im Theater der Porte Saint-Martin] macht ungewöhnliches Aufsehen. Die „Liberté“ widmet diesem Falle einen Leitartikel. Der Polizeipräfekt hat nämlich nach der Rohheit und Inkonsequenz der Polizei an jenem Abend am Morgen des 31. eine Untersuchung eingeleitet. Dies ist eine neue Anregung für die Pariser, den Fall zu discutiren, und die Erhitzung gegen den Präfekten steigt. Der Auspfeifer, Langlois, Repräsentant eines Handelshauses, erklärt im „Figaro“, er habe mit einem Schlüssel gepfiffen, doch dies nicht im voraus beabsichtigt, sondern nur den Pfiff gethan, weil die Claque sich taktlos benahm. Und die Claque war es denn auch, welche sich durch Schreien und Toben rächte und die Polizei verleitete, den Pfeifer hinauszuwerfen. Jetzt erst nahm das Publikum Partei für den Mißhandelten. Gibt es ein Recht auf Freiheit des Auspfeifens in Frankreich? fragen die Einen, und hat die Polizei das Recht, einen Auspfeifer bei der Kehle zu fassen und fast zu erwürgen? Das Publikum erwartet eine Reform des Polizei-Reglements.

Italien. Rom. [Bevorstehende Amnestie.] Ein Korrespondent der „K. Z.“ erzählt: Als es in den ersten Tagen dieses Pontifikats über einen politischen Generalpardon im heiligen Collegium zum Abstimmen kam, bemerkte Pius IX. zu seinem Erstaunen, daß fast alle Steine schwarz waren. Die Eminenzen kannten seinen milden Sinn, sie wußten, wie er dachte, aber, wie gesagt, die Vota waren fast alle schwarz. Da nahm er sein weißes Barett ab, deckte alle schwarzen Steine damit zu, und die Amnestie war gemacht. In der bald darauf erlassenen Encyclica konnte er deßhalb sagen: „Wir ließen es unsere erste Sorge sein, auf Niemandes Rath oder Wunsch, sondern lediglich aus besonderer Liebe zu unsern Unterthanen, denen, die ihre Pflichttreue gegen die päpstliche Regierung verletzt, Verzeihung in reichlichem Maße angedeihen zu lassen.“ Solche sanfte Herzensregungen, wie damals, stellen sich jetzt freilich bei Pius IX. seltener ein; wer ihm näher steht, hat besonders jetzt zu bemerken die Gelegenheit gehabt, daß seine sittliche Entrüstung über die letzte Revolte in Rom und ihre Theilnehmer in manchem Augenblicke einen hohen Grad erreichte. Deß ungeachtet scheint er auf den Rath einflußreicher Freunde und, wie es heißt, auch souverainer Bitten nach und nach davon zurückzukommen und für einen nahen festlichen Anlaß einen umfassenden Gnadenakt für die politischen Gefangenen neuesten Datums bereit zu haben.

Nichtpolitische Zeitung.

[Hohe und allerhöchste Statistik.] Das in seinem 105. Jahrgange erschienene „Gothaische genealogische Taschenbuch nebst diplomatisch-statistischem Jahrbuche auf das Jahr 1868“ (Gotha, bei Justus Perthes) zeugt auch diesmal wieder von der Sorgfalt, welche Verleger und Redaktion auf die Genauigkeit und Ausstattung dieses so Vielen unentbehrlichen Weltbuches verwenden. Hatten die Ereignisse des vorigen Jahres in der Anordnung des Inhalts des Taschenbuches für 1867 einige Aenderungen hervorgebracht, wonach die ehemaligen deutschen Bundesstaaten an das Ende des Diplomatischen Jahrbuchs verwiesen worden waren, so ist in diesem Jahre für die noch außerhalb des norddeutschen Bundes stehenden deutschen Staaten die Reihenfolge der früheren Jahrgänge wieder hergestellt, und nur wegen der Verhandlungen des norddeutschen Reichstags der Artikel „Norddeutscher Bund“ sowie „Preußen“ an das Ende zu stehen gekommen. Für das Großherzogthum Luxemburg ist ein selbstständiger Artikel hergestellt, und zum Erstenmale hat auch die Negerrepublik Liberia (unabhängig seit 1847; von unbestimmtem Flächeninhalte, mit einer Bevölkerung von 717,000 Negern; dritter Präsident Daniel Bashiel Warner seit 4. Januar 1864; hat einen Senat und ein Repräsentantenhaus, dessen gegenwärtiger Sprecher Augustus Washington heißt; Hauptstadt Monrovia) eine Stelle erhalten. In der genealogischen Abtheilung finden wir bei Mexiko in Folge des bekannten Trauerspiels einen todten Kaiser, in der diplomatisch-statistischen Abtheilung bereits wieder den Präsidenten Juarez, und auch die Reihe Derjenigen aufgeführt, welche seit 1821 die oberste Gewalt in diesem durchwühlten Lande als Kaiser, Präsidenten oder Diktatoren eingenommen haben. An die Spitze der regierenden Fürsten nach der Zeit des Regierungsantrittes ist in diesem Jahre statt des resignirten Herzogs von Meiningen Herzog Leopold von Anhalt getreten; nach dem Lebensalter des Papst Pius IX. an die Stelle des verstorbenen 67. Heinrich von Reuß-Schleiz, dessen Sohn Heinrich XIV. zum jüngstregierenden Fürsten geworden ist. Neu erscheint in dem vorliegenden Jahrgange eine vergleichende Tabelle der wichtigsten Münzen.

[Gasbeleuchtung für einzelnstehende Gebäude.] Von den neuen Erfindungen, welche die Pariser Weltausstellung zu Tage gefördert, dürfte keine so wesentlich nutzbringend sein, als diejenige, welche von englischen Ingenieuren ausgehend, bestimmt ist, das Gaslicht zu verallgemeinern. Unzählige Industrie-Werkstätten, die große Zahl der landwirthschaftlichen Gebäude, eine Menge öffentlicher Anstalten, zahlreiche Landsitze, Bäder rc., kurz, alle, von öffentlichen Gasbereitungs-Anstalten zu weit entfernt stehende Gebäude werden künftig nicht mehr nöthig haben, sich mit der unzulänglichen Oelbeleuchtung zu behelfen oder das gefahrvolle Petroleum in Anwendung zu bringen. Die englische Erfindung bringt ihnen für verhältnißmäßig sehr geringe Kosten alle Vortheile der Gasbeleuchtung. Es waren in der Pariser Ausstellung, Gruppe 6, Klasse 51, die verschiedenen Gasbereitungs-Apparate für Kohlen-, Oel- oder Harz-Gas ausgestellt und die höchst sinnreiche Construktion fand den Beifall aller Kenner. Das englische Haus, von welchem die Erfindung ausging, liefert den ganzen Gasbereitungs-Apparat (Retorte, Condensator, Reinigungs-Apparat, Syphon, sämmtliche Pumpen und äußeren Röhrenleitungen) in allen Größen, von fünfzehn bis zu mehreren hundert Brennern; zur Aufstellung des ganzen Apparates bedarf es nur eines einfachen Holzschuppens, der leicht bei den Gebäuden anzubringen ist, und die Bereitung des Gases ist so einfach, daß jeder gewöhnliche Arbeiter den Apparat bedienen kann. Der Preis des Gases endlich ist so billig, wie er bisher von keinem öffentlichen Institute erzielt wurde. Bei Kohlengas stellen sich 1000 Cubikfuß auf nur 22½ Sgr. und wo in Fabriken Fettabfälle und dergl. mitbenutzt werden, da wird dieser Preis noch erheblich geringer. Zu näherer Nachricht über Preise, Einrichtungen und die Art des Bezuges wende man sich in den Ge-

neral-Agenten des englischen Hauses Herrn W. Kaulen (Mauritiussteinweg 23) in Köln.

Frankfurter Börse (30. Dezember bis 4. Januar.)

4. Januar. Wir können in unserm ersten Jahresbericht von ein wenig besseren Kursen erzählen. Die letzten Tage des scheidenden Jahres zeigten eher eine mattere Haltung; nach beendigter Ultimoabrechnung war das Angebot in fast allen Spekulations-Effekten überwiegend, was auf die Kurse drückte. Nachdem der Neujahrstag ohne störende allerhöchste Reden überstanden und die auswärtigen Notirungen günstiger kamen, befestigte sich die Stimmung und haben namentlich österr. Fonds Besserung aufzuweisen, die bei einigen Kategorien, wie National und 1860er Loosen nahezu 2 pCt. beträgt.

In süddeutschen Fonds erhält sich regelmässiges Geschäft in wachsendem Umfang. Grosse Summen Zinsen werden sofort darin kapitalisirt. Für die Sicherheit, die sie bieten, sind sie zu den niedrigen Kursen wohl preiswürdig. Zum 15. d. sollen die definitiven Titel der badischen 100 Thlr. Loose erscheinen. Dies und die herannahende Losung werden dem vernachlässigten Effekte raschen Aufschwung verleihen und es in die verdiente Parität mit dem bayerischen versetzen. Die nicht unbeträchtliche Anzahl von Anlehensloosern erhält soeben einen Zuwachs durch eine neue 3pCt. Prämienanleihe der Stadt Brüssel. Die belgische Hauptstadt geniesst einen sehr guten Kredit und erfreut sich reicher Einnahmequellen und geordneter Finanzwirthschaft. Es haben daher die früheren, zumeist in derselben Form aufgelegten Anleihen stets willige und schnelle Unterkunft gefunden und bald den Emissionskurs überstiegen. Die neueste Anleihe bietet zudem mehrere namhafte Vortheile, die Niete ist nicht wie bei den andern pari, sondern mit einer Prämie von Fr. 125, resp. Fr. 115 bedacht und statt ein- oder zweimaliger Ziehung im Jahre finden deren vier statt.

Die Anlagen in amerikanischen Fonds waren in den letzten Tagen etwas stärker, auch die Arbitrage kauft fortwährend für New-York. Der Kurs von 77 ist dadurch erobert, es wird von den Beschlüssen des Kongresses abhängen, ob er weiter vorwärts schreitet oder wieder zurückfällt. Der Unterschied zwischen den verschiedenen Emissionen der 6pCtigen wird sich, wenn einmal die Valuta-Controverse erledigt ist, nach den Rückzahlungsterminen reguliren. Die dermaligen Differenzen waren sehr willkürliche und von der Spekulation diktirt.

Oesterr. Kreditaktien kamen mit dem neuen Jahr wieder ins Treiben und streiften heute ex Coup den 180er. Die Contremine, die trotz der zu erwartenden Dividende in ihren Verschanzungen bleibt und ihre Hülfstruppen aus irgend einer Kalamität zu werben hofft, wird durch Deports geschwächt und muss sich endlich mit Verlusten ergeben. Auch für unsre kleindeutschen Mobiliers scheinen bessere Tage anbrechen zu sollen. Jetzt ist die Reihe an ihnen, stolz auf ihren Pariser Stammvater herabzusehen. Sind sie allerdings noch sämmtlich mehr der weniger vom Parikurs entfernt und fehlt ihnen die glänzende Vergangenheit der Pereirischen Schöpfung, so hat ihr bescheidenes Dasein doch ihre Zukunft gerettet, während jene in Trümmer stürzt. Manche unter ihnen waren auch auf abschüssigem Wege und wussten mit dem vielen Geld nicht wo hinaus, doch zum Glück erkannten sie nicht zu spät die Irrlichter und kehrten um. Aber freilich das Misstrauen ist zu tief gewurzelt, die Täuschung noch nicht verschmerzt, als dass das Kapital sich ihnen sobald wieder anvertrauen möchte und auch von der Spekulation sind sie geächtet.

Frankfurter Bank leidet unter dem unerhörten Stand des Diskonto, der chronisch geworden ist. — Lange hörte man nichts mehr von österr. National-Bankaktien, diese Woche begannen sie sich plötzlich zu regen. Gerüchte über beabsichtigten Rückkauf von Aktien lagen dem Steigen zu Grunde. Wir können nicht recht begreifen, warum gerade jetzt die Anstalt ihr Kapital vermindern soll, jetzt, wo dasselbe mehr Werth hat im Lande und wo die Bank die Verpflichtung, die Baarzahlungen wieder aufzunehmen, zu den guten Vorsätzen hegt, mit denen der Weg zur Hölle gepflastert ist.

Von H.-B.-Aktien Staatsbahnen in lebhaftem Umsatze. Bexbacher um fast 2 pCt. auf $158\frac{1}{2}$ gestiegen und sehr gefragt ohne Abgeber. Bayer. Ostbahnen fest um 119. Der Novemberausweis entspricht in der Güte seinen Vorgängern. — Von Prioritäten italienische aus bekannten Ursachen weiter gefallen; Livorneser Coupons zu 2.48 und Toskaner zu 4.42 offerirt.

Vom Geldmarkte ist nichts Neues zu erzählen, man darf wohl sagen — leider nicht. Dieser Ueberfluss gründet auf der Unthätigkeit des Welthandels. Alles liegt darnieder, es fehlt das Vertrauen. Indess es hat alles seine Grenzen und so wird man am Ende sich beruhigen, wenn man erkennt, dass doch gar zu viel auf Rechnung der **Furcht** gesündigt wird. Gehen wir daher getrost ins neue Jahr hinein, die Dinge sind nicht so schlimm, wie sie aussehen oder ausgelegt werden.

	30.		4.			30.		4.	
5% Oestr. National	$51\frac{7}{8}$		$53\frac{1}{8}$		$3\frac{1}{2}$% Badische Obl.	—		—	
5% do. Metal. (1859)	$59\frac{5}{8}$		$60\frac{5}{8}$	B	4% Darmstädt. do.	90	B	$90\frac{1}{2}$	B
do. (steuerfr.)	$47\frac{1}{8}$		$47\frac{7}{8}$	B	$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	$94\frac{3}{8}$		$95\frac{1}{8}$	B
5% do. Lose (1860)	$67\frac{1}{8}$		$69\frac{3}{8}$		4% do. do.	$85\frac{1}{4}$	B	85	
— do. do. (1864)	$72\frac{1}{4}$	B	$73\frac{1}{4}$	B	$3\frac{1}{2}$% do. do.	81		$81\frac{1}{4}$	
Oestr. Kreditl. (58)	$126\frac{1}{4}$	B	$125\frac{1}{4}$		4% Kurhess. do.	$90\frac{1}{2}$	B	90	
5% Bayer. Obligat.	101	B	$101\frac{1}{4}$	B	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	$80\frac{3}{4}$	B	$81\frac{1}{8}$	B
$4\frac{1}{2}$% do. do.	94	B	$94\frac{1}{4}$	B	3% do. do.	—		—	
4% do. do.	$87\frac{1}{2}$		—		6% Amerik. (1882)	$76\frac{1}{2}$		$77\frac{1}{8}$	
4% do. 100 Thl.-L.	$98\frac{1}{8}$	B	$99\frac{1}{4}$	B	Oestr. Kredit.	175		$179\frac{1}{2}$	
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$93\frac{1}{8}$	B	$93\frac{7}{8}$	B	Oestr. Nat.-Bank	645		678	B
$3\frac{1}{2}$% do. do.	81	B	$81\frac{1}{2}$	B	Frankfurter do.	—		$125\frac{1}{2}$	
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	$93\frac{1}{8}$	B	$92\frac{7}{8}$	B	Bexbacher E.-B.	$154\frac{1}{2}$		$156\frac{1}{2}$	
4% do. do.	$85\frac{1}{4}$	B	$85\frac{1}{2}$		Bayer. Ostbahnen	$119\frac{3}{8}$		$118\frac{3}{4}$	B

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. 5. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$47\frac{7}{8}$—48 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$40\frac{1}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$98\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	93 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$86\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$95\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$8[illegible]\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100 fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	78 P. $\frac{3}{8}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	$76\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	181—$82\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{3}{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	203 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238—$\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$113\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{7}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	90 P. $89\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	247 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98—$\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$97\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$128\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{7}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	$74\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$52\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
" fl. 25 do.	41 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 6. Jan. Unter dem Eindruck der eingetroffenen günstigen Wiener und Berliner Anfangsnotirungen eröffneten sämmtliche österr. Spekulationspapiere in fester Haltung zu höheren Coursen. Namentlich waren es Creditaktien, 60er und 64er Loose und steuerfreie Metalliques, welche eine steigende Richtung bis zum Schluß fortsetzten. Credit gewannen gegen ihren Stand im gestrigen Privatverkehr $1\frac{3}{4}$ fl., 1860er Loose $\frac{1}{2}$ pCt. Neue 6pCt. Amerikaner wurden von der animirten Stimmung nicht berührt; vielmehr war ihre Haltung eher etwas matter. Fast sämmtliche südd. Obligationen und Prämienanleihen notiren recht fest und weisen zum Theil kleine Kurserhöhungen auf. In Bank- und Creditaktien kein Umsatz; auch in Eisenbahnaktien und Prioritäten beschränktes Geschäft bei unveränderten Coursen. Von Wechseln London, Paris und Holland etwas matter, Wien begehrt und etwas besser bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 8.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 8. Januar 1868.

Eine Rückschau.

VI.

Würzburg, 8. Januar.

Während der Krieg wegen Luxemburg auszubrechen drohte, tauchte von mehreren Seiten der wohlgemeinte Vorschlag auf, die Völker sollten sich vereinigen im Ausdruck ihrer gegenseitigen friedlichen Gesinnungen, um die doch bloß zu dynastischen Zwecken geführten Kriege unmöglich zu machen. Dieser Vorschlag hat auf den ersten Anblick viel für sich, und besonders wäre das Gelingen einer friedlichen Verständigung des Volkes von Deutschland und Frankreich im Interesse des Fortschrittes und der Kultur dringend zu wünschen. Die Völker wollen auch beiderseits an und für sich den Krieg gewiß nicht, aber die menschliche Natur ist nun einmal so geartet, daß sie der Aufregung — oder um das Ding beim rechten Namen zu nennen — der Hetzerei immer und leicht zugänglich ist. So lange wegen eines Besenstiels oft Jahre lange Prozesse geführt werden, so lange darf an eine allgemeine Verbrüderung der Menschheit nur der Dichter denken. Freilich glaubten die Männer, die Mitte September zum Friedenskongreß in Genf zusammentraten, es könnte ihrem Bemühen die Anbahnung einer neuen Aera des Friedens, eines neuen Reiches der „vereinigten Staaten von Europa" dennoch gelingen, allein der Verlauf und Ausgang des Kongresses selbst mußte allen Unbefangenen die Augen öffnen über die vorläufige Unausführbarkeit eines so phantastischen Projektes. Es hätte wenig gefehlt, so wären die Friedensstifter unter sich selbst handgemein geworden.

Eine höchst eigenthümliche Rolle spielte dabei Garibaldi, der auf dem Friedenskongreß den Krieg predigte und auch wirklich plötzlich verschwand, um seine Worte zur That zu machen. Wir kommen hiemit zum folgenschwersten Ereigniß des Jahres 1867, zur Invasion des Kirchenstaates, deren hauptsächlichste Data wir in Kurzem dem Leser in Erinnerung bringen wollen.

Um die ersten Ursachen des Angriffes auf Rom klar zu legen, müssen wir etwas weit zurückgreifen. Mit dem 15. Septbr. 1866 hätten die Franzosen, laut der zwei Jahre früher abgeschlossenen Konvention, die päpstlichen Staaten räumen müssen. Der Papst sollte einmal versuchen, unabhängig zu sein. Was geschah aber? Der französische General Dumont begab sich im Auftrage des Kriegsministers Niel nach Rom, um dort die Fremdenlegion, die sogenannte Legion von Antibes, zu mustern, in der das Ausreißen überhand genommen und viele Unregelmäßigkeiten vorgekommen waren. Er hielt eine Anrede, als ob er französische Truppen vor sich hätte, und eine nähere Untersuchung ergab, daß in der That diese päpstlichen Truppen noch als französische betrachtet wurden. Darüber machte die italienische Regierung lebhafte Vorstellungen in Paris, da ja auf diese Weise die September-Konvention nicht inne gehalten werde. Die Italiener wurden sehr aufgebracht, und Garibaldi beschloß, auf Mahnung der Römer, zu versuchen, sich mit ihrer Hülfe Roms zu bemächtigen.

Das italienische Ministerium, an dessen Spitze seit dem 10. April Rattazzi stand, verwarf zuerst den gefährlichen Plan der Invasion, um später, nach der sogenannten Gefangennehmung Garibaldis in Sinalunga (24. September), aus Selbsttäuschung, Schwäche und Grundsatzlosigkeit ihn zu dulden und selbst offen zu fördern, wodurch es Italien in die schrecklichste seiner Krisen gestürzt, die Existenz der Monarchie und die Einheit auf's Spiel gesetzt und über die ganze Nation eine kaum erträgliche Demüthigung gebracht hat. Unfähig, ein neues Aspromonte durchzuführen, mußte die italienische Regierung den Tag von Mentana erdulden.

In dieser zwischen kraftloser Diplomatie und heldenhaftem Ungestüme nicht direkt, doch durch die Verhältnisse kombinirten Rechnung wurden große Fehler der Täuschung begangen. Man rechnete auf einen allgemeinen Aufstand im Kirchenstaate und er blieb aus. Er fand nicht einmal in kleinern päpstlichen Grenzorten statt, geschweige denn in Viterbo und Rom, wo die Agenten der Garibaldiner vergebliche Anstrengungen machten. Man rechnete auf die Kriegsuntüchtigkeit der päpstlichen Armee und auf den Abfall ihrer italienischen Elemente; aber diese Truppen schlugen sich mit unerwarteter Tapferkeit und sie standen mit fleckenloser Treue bei ihrer Fahne. Man rechnete auf Mißgriffe der päpstlichen Regierung, aber diese zeigte selten mehr Besonnenheit und Energie und eine durchaus gesetzliche Stellung, welche, gegenüber jener der italienischen Regierung, einen doppelt guten Eindruck auf die Welt machte. Man rechnete endlich auf die stillschweigende Billigung des französischen Protektorats und

Richard III.

Würzburg, 8. Januar.

Ich glaube es war Karl Maria von Weber, der einmal den sehr vernünftigen Vorschlag machte, man solle, wenn die Aufführung großer und bedeutender Theaterstücke in Aussicht stehe, das Verständniß derselben dem großen Publikum durch eine vorhergehende Analyse; durch ein vorbereitendes Aufmerksammachen auf den Geist und die Schönheiten des Dramas oder der Oper in öffentlichen Blättern erleichtern und dadurch den Genuß und den idealen Gewinn der Zuschauer von der Aufführung selbst bedeutend erhöhen. Bei Richard III., der nächstens am hiesigen Stadttheater zur Aufführung kommen wird, wäre eine solche vorhergehende Analyse nöthiger als bei irgend einem andern Stück, denn es ist der Schlußstein einer Reihe von Dramen, in welchen Shakespeare seine großartigen und ewigen Gedanken deutlicher und gewaltiger ausgedrückt hat, als irgendwo anders. Richard III. ist die Weltgeschichte als Weltgericht: die bittere Enttäuschung, der furchtbare und erschütternde Fall derer, die da meinten, auf Willkühr und Gewalt, auf eine Schreckensherrschaft von Blut und Eisen ein sicheres glückliches Dasein für sich selbst, einen dauernden Staat für ihre Völker gründen zu können.

Richard III. ist ein großartiger und genialer Verbrecher; mit einer eigenthümlichen Mischung von Bewunderung und Abscheu verfolgen wir seine Thaten, sehen wir seinen Untergang. Alle Hindernisse überwand er; zuerst mit heuchlerischer List und dann, als er sich nahe am Ziele glaubt, mit rücksichtsloser, blutiger Kühnheit. Er berückt, wie die Klapperschlange ihr Opfer, ein ihn aufs tiefste verabscheuendes Weib durch Blick und Ueberredung, daß sie, die Edle, Reine, Schöne, ihm, dem durchschauten Verbrecher, dem Mörder ihres Gatten, dem häßlichen, bucklichten, hinkenden Bösewicht freiwillig ins Ehebett folgt. Diese Szene mit Anna (welch letztere, wie wir hören, Frau Hahn spielen wird) ist das verwegenste und gelungenste Wagstück eines Dichters. — Mit frechster Scheinheiligkeit, in frevelhaftem Spiel mit den heiligsten Gefühlen, um — wie er lachend sagt — „seine nackte Bosheit zu bedecken," täuscht er die Bürgerschaft Londons, vor der er sich stellt, als ob er die doch so heiß erstrebte Krone sich nur als eine Last aufzwingen lasse. Was ihm sonst noch im Wege steht, nahe Blutsverwandte, Freunde und selbst unschuldige Kinder, muß der Dolch des Meuchelmörders oder das Schwert des Henkers zur Seite räumen. „Mit blut'ger Axt haut er den Weg zum Throne sich aus," und durch Blut und über Leichen steigt er auf denselben.

Nur eine Macht hat er nicht aus dem Wege räumen können, die Macht der ewigen Gerechtigkeit, die er in sich selbst als das eigene böse Gewissen mit herum trägt und die schließlich all sein teuflischer Humor nicht mehr zu bannen vermag. Beladen mit dem Fluch seiner Mutter zieht er in den letzten Kampf. Wie in der Nacht vor der Entscheidungsschlacht ihm im einsamen Zelt die Geister seiner grausam hingeschlachteten Opfer erscheinen und in schauerlichem Chor ihren Fluch: „Verzweifle und stirb!" über ihn rufen, ist vielleicht die furchtbarste und erschütterndste Szene, die je auf die Bühne gebracht wurde.

Mitten aus der höchsten Entwicklung des Bösen und dessen Macht heraus führt uns Shakespeare zugleich den Beweis von dessen Nichtigkeit und Ohnmacht gegen die allwaltende Gerechtigkeit. G.

seine Zustimmung zur Modifikation des Septembervertrags. Es gibt Stimmen in England, welche behaupten, daß diese Modifikation im Sommer wirklich vollzogen war und daß Napoleon nur von ihr zurücktrat und sich zur Intervention entschloß, nachdem er von gewissen Anerbietungen Rattazzi's an Preußen gehört hatte. Wie dem auch sei, Napoleon wollte einen von ihm bestätigten Vertrag nicht von der Revolutionspartei zerwerfen lassen, gegen welche er errichtet worden war; er intervenirte zu Gunsten des Papstes, erst offenbar zögernd, dann aber mit völligem und nur zu rücksichtslosem Ernste.

Die Invasion begann am 30. September mit dem Ueberfalle von Acquapendente, wo die ersten Freischaaren eindrangen. Seitdem wurden kleine Grenzorte, sowohl im Süden als besonders in römisch Tuscien, überzogen, wie Bagnorea, Nerola, Orte und Ronciglione. Die Päpstlichen nahmen sie wieder; überall wichen die Garibaldischen, denen es an einheitlicher Führung, auch an Waffen und Munition gebrach.

Als die Drohungen Frankreichs lebhafter wurden, reichte Rattazzi, der auf entschiedene Maßregeln drängte, seine Entlassung ein und wurde am 27. Oktober durch Menabrea ersetzt. Die Verwirrung der Gemüther wurde von Garibaldi benutzt, um von Caprera trotz der ihn bewachenden Kriegsschiffe zu entkommen, ungehindert durch Florenz zu gehen und den Oberbefehl über die Freischaaren zur Befreiung Roms zu übernehmen, die inzwischen sein Sohn Menotti befehligt hatte. Napoleon III. hatte (am 26. Oktober) die Einschiffung der Truppen in Toulon auf die Nachrichten aus Florenz abbefohlen; indessen bei der wachsenden Gefahr des Papstes ging wie 1849 eine französische Expedition nach Civita-Vecchia ab und kam keinen Tag zu spät (die französ. Truppen zogen am 30. Okt. Nachm. 5 Uhr in Rom ein), denn inzwischen war Garibaldi bis vor die Thore Roms gerückt und hatte Monte-Rotondo erobert. Da rückten, geleitet von französ. Hülfstruppen, die Päpstlichen aus Rom gegen ihn vor. Sie kamen in's Gedränge; aber als die Franzosen ihnen zu Hülfe eilten und mit ihren neuen Chassepot-Gewehren „Wunder verrichteten", da ergriffen die mangelhaft ausgerüsteten Freischaaren die Flucht. Das war das Treffen von Mentana am 3. Novbr. Gleichzeitig mit den Franzosen hatten die Italiener die päpstliche Gränze überschritten und die Bevölkerungen nicht gesäumt, sich für Unterthanen des Königs Victor Emanuel von Italien zu erklären. Indessen nach dem Unfalle von Mentana war das Unternehmen auf Rom gescheitert. Die italienischen Truppen zogen sich aus dem römischen Gebiete zurück, und Garibaldi ward nach Fort Varignano auf der Insel Palmaria in der Bucht von Spezzia gebracht und streng bewacht. Das Ministerium Menabrea zeigte sich sonst aber keineswegs gefügig gegen Frankreich, und in demselben Augenblicke, wo am 5. Dez. der französische Staats-Minister Rouher im gesetzgebenden Körper erklärte, Frankreich werde „niemals" zugeben, daß Italien sich Roms oder irgend eines Theiles des päpstlichen Gebietes bemächtige, erklärte Menabrea im italienischen Parlamente, Rom sei als Hauptstadt für Italien eben so nothwendig, als für Frankreich Paris. Nichts desto weniger genügte Menabrea nicht ganz dem italienischen Parlamente, und als er eine Tagesordnung vorschlug, in welcher ein Tadel Garibaldi's enthalten war, so unterlag er mit ein paar Stimmen. Der König beauftragte ihn mit Bildung eines neuen Cabinets, mit der er aber beim Schlusse des Jahres noch nicht zu Stande gekommen war. (S. den gestrigen Anzeiger.) Italiens Lage ist schwierig. Mit den Finanzen ist seit 1859 unverantwortlich gewirthschaftet worden, und obgleich der Verkauf der Kirchengüter mehr einbrachte, als man gedacht, starrt die Staatskasse von Leere. Mit großer Anstrengung sind zwar die Gelder flüssig gemacht, um die Zinsen der Staatsschuld zum 1. Januar auszubezahlen, aber wie lange wird Italien auf seinen jungen Schultern die ungeheuren Staatsschulden und jährlichen Deficits tragen können?

Die augenblickliche Lage Italiens und die Zukunft der römischen Frage zeichnet der kundige Geschichtsschreiber der Stadt Rom, F. Gregorovius, mit folgenden Worten: Die italienische Monarchie und der Einheitsgedanke haben die furchtbare Krisis, in welche sie die Garibaldische Demagogie versetzte, augenblicklich überstanden, und wenn der Tag von Mentana das Ergebniß hätte, daß sich Italien von dem anarchischen Wesen einer den Staat wiederholt invadirenden revolutionären Nebenregierung befreite, so würde dieß als ein positives Glück zu betrachten sein. Die gescheiterte Invasion hat im Augenblick andere Ergebnisse gehabt; sie hat die Schwäche Italiens bloßgelegt, und die europäischen Sympathien für dieses Land erschüttert; sie hat freilich dargethan, daß die Fortdauer des Dominium temporale in der Form der September-Konvention zweifelhaft sei, aber sie hat zugleich das französische Protektorat, die Intervention, und mit ihr ein Princip nach Italien zurückgeführt, welches im vorigen Jahre und, wie ganz Europa hoffte, für immer daraus entfernt worden war; von dem Ruin und Elend zu schweigen, in welches Tausende diesseits wie jenseits der römischen Gränze durch jenen Bandenkrieg gestürzt worden sind. Wenn dieser endlich, nach der Ansicht Garibaldi's, als ein Nationalkrieg Italiens mit dem Papstthum um den Besitz von Rom gelten soll, so hat der Erfolg dargethan, daß das Papstthum heute noch stärker ist als Italien, daß endlich die römische Frage nicht durch Gewalt lösbar ist. Das Problem, welches durch den Septembervertrag zu Gunsten Italiens in die Gränzen einer territorialen Angelegenheit verwiesen worden war, ist daraus wieder enthoben, und in die Sphäre der europäischen Diplomatie zurückgestellt worden. Ist dieses Problem unlösbar? Gibt es etwas in menschlichen Dingen, was nicht zu lösen wäre? Ein Schalk tröstete einen Patrioten mit der Erfahrung, daß die Italiener aus Niederlagen, welche andere Völker verderben, als Sieger hervorzugehen pflegen. Wenn man in solche Schalkhaftigkeit nicht einstimmen will, so darf man doch nicht verzweifeln, daß ein modus vivendi findbar sei, welcher die geistliche Würde und Unabhängigkeit des Papstthums mit den Forderungen der Nation vereinigen kann. Den Tag, wo diese Quadratur des Cirkels gefunden wird, dürfte die Menschheit festlich begehen, denn er würde die neue Aera des langen Friedens bezeichnen, welchem die freien Völker Europa's mit Sehnsucht entgegenblicken.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 6. Januar. [**Die Regierungsorgane und der „beschränkte Unterthanenverstand."**] Die „St. Korr." schreibt: Gleichsam wie auf Befehl haben gestern die „Nordd. Allg. Zeitung" und die „Kreuzzeitung" getadelt, daß irgend ein Blatt über den Nothstand in Ostpreußen irgend etwas anderes veröffentlicht als das, was die Behörden für geeignet zur Veröffentlichung halten. Besonders war der Tadel gegen die „Zukunft" gerichtet, welche einige Schilderungen gebracht hatte, die so offenbar den Stempel der Wahrheit trugen, daß alle Berliner Zeitungen diese Berichte nachgedruckt haben. Die „Kreuzzeitung" warnt vor solchen Berichten, die aus solcher trüben Quelle stammen, auf das Entschiedenste, während sie hinzufügt: „Die Noth ist groß, ist sehr groß."

Wahrlich, die Redaktion muß ihre Leser für sehr einfältig halten, wenn sie glaubt, dieselben werden den Widerspruch in diesem Satze nicht merken. Entweder hat die „Zukunft" Recht oder nicht; im ersteren Falle ist die Noth groß — sehr groß, im zweiten Falle ist sie nicht groß! Das offiziöse Blatt zieht besonders gegen die historische Notiz der „Zukunft" zu Felde, daß nach allen großen Kriegen Mißernten gewesen seien, daß also zwischen dem Kriege und dem Nothstand ein Zusammenhang stattfinden müsse. Eine solche Parallele ist allerdings für den Redacteur eines offiziösen Blattes, dessen historische Kenntniß nicht weiter zurückreichen dürfte, als bis zu dem Tage des Regierungsantritts des jeweiligen Ministeriums, ganz haarsträubend, für das Volk aber ist sie ein lehrreicher Beitrag zu dem Kapitel von den Kosten des Militärs. Gleichzeitig greift die offiziöse Zeitung auch die „Voss. Ztg." an, und das ist ein Glück, denn daraus ersieht man recht klar, was eigentlich das Motiv des Angriffs der beiden konservativen Blätter ist.

Die Redaktionen der beiden angegriffenen Blätter haben die bei ihnen eingegangenen Beiträge nicht dem hiesigen Comite übergeben, sondern dieselben direkt an das in Plicken gebildete Comite abgeschickt. Das ist der wesentliche Grund zur Unzufriedenheit; denn wenn sich hier ein Comite bildet, so wäre es doch eigentlich Pflicht eines jeden guten Bürgers, alles diesem Comite zu überlassen; dasselbe wird ja am Besten wissen, wie es die eingegangenen Mittel vertheilen soll. Leider scheint es noch immer Leute zu geben, die meinen, daß diejenigen Personen, welche ihr ganzes Leben hindurch in jenen bedrängten Kreisen gelebt haben, die Verhältnisse dort am Besten kennen müssen und vor solchen Leuten und deren „üblem Handwerk" glaubt nun die „gute Presse" ihre Leser warnen zu müssen. Ob sich die Leser warnen lassen oder nicht, ist ihre Sache, ein Satz aber in dem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." verdient die allgemeine Aufmerksamkeit; sie sagt: „Begreift man nicht, daß man durch derartige Uebertreibungen, die als solche sofort erkannt werden, den Glauben der Leser an die Thatsächlichkeit der wahren Nachrichten zugleich erschüttert und das Publikum dadurch ungeneigt macht, Hülfe zu leisten?"

Thatsächlich ist diese Frage durch die beiden Zeitungen dahin beantwortet, daß bis jetzt schon bei der einen ungefähr 2000, bei der andern 3000 Thlr. an Beiträgen für die Nothleidenden eingegangen sind, so daß man solche Redensarten unbeachtet lassen könnte, aber man muß es beachten, wenn ein Regierungsorgan fort und fort ausspricht,

das Publikum dürfe nur das glauben, was die Regierung veröffentlicht. Das ist eine Wiederholung des Axioms vom beschränkten Unterthanenverstand, welcher kein Recht hat, selbst eine Ansicht zu haben. Man übersetze jenen Satz aus der dem konstitutionellen Staatswesen angepaßten Zeitungssprache in den absoluten Styl eines Regierungserlasses, und man wird finden, daß er ziemlich wörtlich übereinstimmt mit jenem berühmten Reskript des Ministers v. Rochow an die Bürger der Stadt Elbing. In jenem Reskript heißt es: „Es geziemt sich dem Unterthan, seinem Könige und Landesherrn schuldigen Gehorsam zu leisten und sich bei Befolgung der an ihn ergehenden Befehle mit der Verantwortlichkeit zu beruhigen, welche die von Gott eingesetzte Obrigkeit übernimmt, und es geziemt ihm nicht, an die Handlungen des Staatsoberhauptes den Maßstab seiner beschränkten Einsicht zu legen und sich in dünkelhaftem Uebermuthe ein Urtheil über die Rechtmäßigkeit derselben anzumaßen." Seit jenem Reskript ist fast ein Menschenalter vergangen, wir schreiben heute 1868, aber die Lehre vom beschränkten Unterthanenverstand scheint noch immer nicht ganz aufgegeben worden zu sein. Aus diesem Grunde hat dieser Streit zwischen konservativen und liberalen Blättern auch ein mehr als lokales Interesse und verdient in den weitesten Kreisen Beachtung.

Berlin, 6. Januar. [Zum Zollparlament. Neue Postverträge.] Ein offiziöser Berliner Korrespondent des „Schw. Merkur" schreibt: Die Verhandlungen zwischen den süddeutschen Regierungen wegen der Beziehungen zum norddeutschen Bund im vorigen Frühjahr hatten bekanntlich, wie aus den späteren Erklärungen des Fürsten Hohenlohe hervorging, namentlich die Ausdehnung der gemeinsamen Beziehungen auf die im Art. 4 der Bundesverfassung vorgesehenen Gegenstände im Auge gehabt. Die Verhandlungen wurden durch die Konferenzen wegen des Zollvereins unterbrochen, die zu dem Vertrag vom 8. Juli v. J. und der Gründung des Zollparlaments geführt haben. Dieses wird jetzt die Frage wahrscheinlich wieder aufnehmen, und der Versuch, die gesetzgebende Zuständigkeit des Parlaments auf die Gegenstände des wirthschaftlichen und bürgerlichen Verkehrs auszudehnen, welche der Art. 4 umfaßt, ist sicherlich nicht aussichtslos. Daß die deutsche politische Einheit schon vollendet aus dem nächsten Zollparlament hervorgehen werde, wäre eine allzugünstige Hoffnung, die, den friedlichen Gang der Dinge in Europa vorausgesetzt, sich nicht leicht verwirklichen wird. Man thut wohl daran, sich von vornherein keinen Enttäuschungen auszusetzen. Aber die Ausdehnung der Kompetenz des Zollparlaments auf die bezeichneten Gegenstände wäre doch ein bedeutsamer Schritt zu dem Ziele. Man begreift denn auch wohl, daß die süddeutschen Wahlaufrufe, z. B. in Baden, auf diesen Punkt gerichtet sind (s. dagegen die gestern im „Anzeiger" mitgetheilte Erklärung des „Württemberger Staatsanzeigers"). Für den voraussichtlichen Termin des Zollparlaments hat die „Provinzialkorrespondenz" als den frühsten den Monat März genannt. In der politischen Welt spricht man von dem Mai, was indessen die Eröffnung doch wohl zu weit hinausschiebt. Auch von offiziöser Seite wird übrigens zugegeben, daß der Reichstag vielleicht vor dem Zollparlament berufen werden könnte. Allerdings wird dies davon abhängen, wann die Vorlagen für das letztere beendigt sein werden. — Wie sich aus dem Text der Ansprachen vom 31. Dez. im „Moniteur" ergibt, ist Graf Goltz auch für den Bund nicht als Gesandter, sondern als Botschafter beglaubigt. Er vertritt dem zufolge auch die Person des Bundespräsidenten. — Im Anschluß an die norddeutschen Postverträge, die jetzt in Kraft getreten sind, stehen Verhandlungen wegen neuer Verträge mit auswärtigen Staaten bevor. Die Postkonventionen von 1851 und 61 wegen kleiner Pakete mit Belgien sind schon am 29. Dez. gekündigt worden, und ähnliche Kündigungen werden anderen Ländern gegenüber, wo sie nöthig sind, binnen Kurzem erfolgen. Man glaubt, daß der Abschluß der neuen Verträge bis Ostern erfolgen werde.

Ausland.

Großbritannien. [Die Zeitungen über Napoleon.] Genau wie am 3. Jan. 1867 suchten auch am 3. Jan. 1868 die Londoner Blätter zu beweisen, daß es thöricht gewesen wäre, von Napoleon eine welterschütternde Aeußerung am Neujahrstag zu erwarten. Weil er es einmal gethan, folge daraus nicht, daß er sich wiederholen werde, und, genau genommen, bedeute eine Friedensäußerung in seinem Munde nur wenig, weil ihm weder die Cabinette noch die Börsenmänner unbedingt trauen. Gerade so sprachen die Journale im vorigen Jahr, gerade so sprechen sie jetzt. Und doch — meint die „Times" — habe die Welt ihre guten Gründe, jedem Worte des Kaisers Napoleon zu lauschen. Es spreche durch seinen Mund nämlich nicht bloß der unumschränkte Gebieter Frankreichs, sondern ein Mann von eigenthümlicher Begabung, der seine politischen Tendenzen häufiger auf dem Conversationswege, denn durch seine Minister und durch seine diplomatischen Aktenstücke enthüllt habe. Daß er sich friedlich gegen alle Welt und gegen den neuen Vertreter Norddeutschlands in erster Reihe geäußert, dürfe Niemand Wunder nehmen. In diesem Punkte sei er sich stets konsequent geblieben, wenn auch mancherlei Inkonsequenzen seiner Handlungen gegenüber seinen Aeußerungen nachweisbar seien. Doch auch dieß rühre einfach daher, daß er sich oft den Ereignissen fügen gemußt, wenn er sie nicht beherrschen konnte. Im ganzen sei er ein weiser und glücklicher Herrscher gewesen, glücklicher als alle andern Monarchen Frankreichs seit Beginn dieses Jahrhunderts. Wenn er Fehlgriffe gethan, so erkläre es sich daraus, daß seine Herrschaft über Frankreich eine weniger unumschränkte sei, als man gewöhnlich annehme. Sein Cäsarismus sei jederzeit durch den Einfluß der öffentlichen Meinung, und zwar einer unorganisirten, unfaßbaren öffentlichen Meinung beschränkt gewesen, der die Grundlage fehlte. So sei es geschehen, daß er fortwährend der französischen Nation den Puls fühlte und darüber von einem Entschlusse zum andern schwankte, heute aufgebend, was er gestern lebhaft erfaßt hatte.

Die „Times", die hier wohlwollend entschuldigt, was andere dem Kaiser zum bittern Vorwurf machen, schließt aber doch mit der Mahnung, daß er die Stimme des nach Freiheit rufenden Landes je eher je lieber beherzigen möge; denn so gering auch gegenwärtig die Kammeropposition sei, über kurz oder lang dürfte sie doch eine gefährliche Macht werden, und geradezu eine Entwürdigung sei es für Frankreich und den Kaiser selber, daß die Welt ängstlich auf seine Aeußerungen am Neujahrstage warte, die von Rechtswegen sich auf ceremonielle Höflichkeiten beschränken sollten.

„Morning Herald" ist in der Stimmung, den friedlichen Aeußerungen Napoleons das unbedingteste Vertrauen zu schenken, ja, im Gegensatz zu der gewöhnlichen Anschauung, die Thesis aufzustellen, daß in den mächtig angeschwollenen Rüstungen Europas dessen beste Friedensbürgschaft liege; wogegen der „Advertiser" frischweg zu den Waffen ruft. Denn der Krieg sei unvermeidlich, nachdem Worte des Friedens von Napoleons Lippen geflossen. (Ein Artikel im offiziösen Pariser „Constitutionnel" hat sich dieser Tage bitter beklagt, daß man Napoleon immer die Worte im Munde herumdrehe und hinter den friedlichsten Aeußerungen nur Krieg sehe. Die „Frkft. Ztg." erinnert daraufhin ganz passend an ein bekanntes Sprichwort: „Wer einmal &c.")

Italien. [Finanzzustände.] Ein Korrespondent aus Neapel schreibt der „Allg. Ztg.": „Bei der herrschenden Mißstimmung sind es besonders die Geldverhältnisse, welche die weitesten Kreise direkt berühren und zu eigenthümlichen Gedanken anregen müssen. Unter dem vielgeschmähten König Bomba standen unsere Papiere gewöhnlich 40 Prozent über pari und die Steuern waren gering; unter der Regierung Garibaldis fielen die Papiere, standen aber noch immer 15 über pari; heute ist es jedoch durch die gegenwärtige Regierung so weit gekommen, daß die Rente 56 unter pari steht. Das Volk kennt diese Zahlen sehr wohl und zieht daraus seine Folgerungen, welche natürlich für die Regierung mehr Verwünschungen als Schmeicheleien enthalten. Soll Italien wirklich dem Ruine geweiht sein? Denn außer der Noth haben wir nur Schmach, Haß, Parteiungen, und selbst die sogenannte Volksvertretung ist nicht mehr der geheiligte Ort, wo die Interessen des Volkes gefördert und gewahrt werden, sondern das Parlament ist ein Tummelplatz der Leidenschaften, der Herausforderungen, der Komödien und der Heuchelei geworden. Habt ihr denn keinen König? — wird man fragen. O, er hat wahrscheinlich an anderes zu denken, ihm fehlt die Entschlossenheit und Kraft, welche Italien allein aus dieser gefährlichen Krisis retten könnten. (Derselbe Korrespondent berichtet, daß auch dort Hungersnoth und Cholera im Anzuge sei. Trübe Aussichten!)

Rußland. [Angebliche polnische Agitation.] Der „Allg. Ztg." schreibt man von der polnischen Gränze: Den Versicherungen der polnischen Polizeibeamten zufolge treibt sich seit einiger Zeit eine solche Menge polnischer Emissäre im Königreich umher, die die Bevölkerung aufwiegeln und aufrührerische Proklamationen verbreiten, daß die Oberbehörden sich veranlaßt gesehen haben, die Gendarmen und Militärpatrouillen zu ermächtigen, alle ihnen etwa verdächtig erscheinenden Reisenden auf offener Landstraße anzuhalten und nach ihren Legitimationspapieren zu fragen. Dieses nun überall in Anwendung gebrachte Verfahren ist sehr belästigend. Fast alle Reisenden werden angehalten und zu einem kürzeren oder längeren Aufenthalt behufs Prüfung ihrer Legitimationen gezwungen. Namentlich werden Diejenigen hart getroffen, die nur mit sogenannten Legitimationskarten, welche nur für einen drei Meilen breiten Gränzgürtel Gültigkeit haben, versehen sind, indem sie von den Gendarmen über

die Gränze zurückgeführt werden, weil sie angeblich den Gränzrayon überschritten haben. Sind die Papiere des Reisenden nach der Ansicht des Gendarmen nicht in Ordnung, so schreitet er zur Visitation und verhaftet denselben, wenn er irgend etwas Verdächtiges bei ihm vorfindet. Nach den Versicherungen der Polizeibeamten ist bereits eine beträchtliche Anzahl von Personen, bei denen Proklamationen vorgefunden wurden, nach der Warschauer Citadelle abgeführt worden. Vor wenigen Tagen wurde ein Reisender aus der Gränz-Provinz angehalten, untersucht, verhaftet und nach Warschau transportirt, weil bei ihm 10 Exemplare des „Dziennik Poznanski" und 10 dergleichen der „Danziger Zeitung" — die freilich beide russenfeindlich geschrieben sind — vorgefunden wurden.

Mexiko. [Ueber die Uebergabe der Leiche des Kaisers Maximilian] an den Admiral Tegetthoff berichtet die „Times" ausführlicher:

Am 26. Nov. um 3 Uhr Nachmittags langten die sterblichen Ueberreste unter einer starken Kavallerie-Eskorte in Vera-Cruz an. Im Besitze des Kommandeurs der Eskorte befand sich ein versiegeltes Paquet, welches den Schlüssel zum Sarge enthielt. Letzterer wurde nach der Stadtkirche geführt, woselbst der Major, die Mitglieder des Stadtrathes und die Spitzen der städtischen Behörden in Galatracht versammelt waren. Die Kirche wurde von Zuschauern geräumt und Schildwachen an die Thüren postirt, um Neugierigen den Zugang zu verwehren. Bald darauf erschien der österreichische Admiral mit seinem Gefolge in Galauniform und mit Trauerabzeichen begleitet. Nun wurde der große Sarg von Holz geöffnet, in welchem sich ein anderer von Zink befand. Dieser enthielt einen zierlichen von Rosenholz geschnitzten Sarg, auf dessen Oberdeckel ein elegant gearbeitetes großes Kreuz angebracht war. Die Charniere des Deckels waren aus Gold, ebenso der Schlüssel, welchen der Major aus dem versiegelten Paquet nahm. Auf dessen Befehl wurde der Sarg geöffnet und der Körper des Kaisers einer genauen Besichtigung unterworfen. Derselbe war schwarz bekleidet; selbst die Hände waren mit schwarzen Handschuhen versehen. Das Gesicht war gut erhalten und trotz dem einbalsamirten Leichen eigenen aschfarbigen Ausdruck sehr gut wieder zu erkennen. Der Sarg war durchweg mit schwarzem Sammt ausgeschlagen und die Leiche ruhte auf eleganten Sammtrubekissen. Der Admiral wurde hierauf gefragt, ob er in der Leiche den Körper von Ferdinand Maximilian, Erzherzog von Oesterreich, anerkenne und als solchen in Empfang nehmen wolle, was dieser feierlich bejahte. Nach dieser Ceremonie wurde der Sarg wieder geschlossen und der Schlüssel dem Admiral eingehändigt. Ein offizielles Protokoll, von drei öffentlichen Notaren ausgefertigt, wurde im Triplikat aufgenommen — eins für die mexikanische Regierung, eins für den Admiral und das dritte für das Stadtarchiv. Das Dokument wurde vom Admiral, seinem Stabe, dem Major und allen anwesenden Obrigkeitspersonen unterzeichnet. Dann entfernten sich alle. Der Sarg blieb in der Kirche, deren Eingänge bis zum nächsten Morgen von mexikanischer Infanterie bewacht wurden. Ohne militärische Ehren wurde die Leiche in aller Stille an Bord der österreichischen Fregatte „Novara", demselben Schiffe, das einst den Kaiser nach Mexiko gebracht, eingeschifft und unmittelbar darauf stach die Fregatte in See. — Der Sarg war auf Kosten der mexikanischen Regierung geliefert worden, die auch alle anderen Unkosten für den Transport der Leiche bis Vera-Cruz übernommen hatte.

Nichtpolitische Zeitung.

[Wintervergnügen in Paris.] Letzten Samstag Abend fand das große Nachtfest auf dem See des Boulogner Wäldchens statt. Dasselbe unterschied sich wenig von dem, welches letztes Jahr dort gegeben wurde. Es waren die nämlichen Fackeln, welche Soldaten trugen, die nämlichen Holzfeuer, das nämliche Buffet und fast das nämliche Publikum, wenn man auch dieses Mal die Damen der halben, Viertels- und Achtelswelt ganz ausgeschlossen hatte. Ungeachtet der bitteren Kälte — es waren 6—7 Centigrad — war der Zudrang der Menge groß, und das Ganze gewährte einen recht magischen Anblick, wozu übrigens nicht wenig der Mond beitrug, der, hinter Schneewolken halb verborgen, die ganze Szene mit zauberartigem Lichte beleuchtete. Unter den Anwesenden bemerkte man alle Mitglieder der Klubs der Schlittschuhläufer, den Fürsten und die Fürstin von Metternich, die bekanntlich nirgends fehlen, mehrere Mitglieder der preußischen Botschaft und besonders viele Russen. Die Toiletten der Damen, von denen sich manche auf Schlittschuhe gewagt — die meisten aber hatten die Handschlitten vorgezogen —, waren elegant, ihre Röcke freilich wohl etwas kurz, doch die Pelzstiefelchen reizend. Eine Musikbande, die Tänze aufspielte, trug viel zur Erheiterung der Anwesenden bei, unter denen ein ziemlich ungebundener Ton herrschte. Unglücksfälle kamen nicht vor. Wohl stürzten einige nicht recht eingeübte Schlittschuhläufer, einige Damen, die sich auf ihren Eisen zu kühn zeigten, schlugen Purzelbäume, einige Schlitten leerten ihre schönen Lasten; da aber ein gewisses Halbdunkel über dem See lag, so war das Unglück nicht groß. Um Mitternacht war das ganze Fest zu Ende und die Gesellschaft suchte ihre Wagen auf. Der Kaiser und die Kaiserin wohnten wider Erwarten dem Feste im Bois de Boulogne nicht an. Heute Nacht (am 5.) hatten wir bei $7^1/_2$ Centigrad Kälte ziemlich bedeutenden Schneefall; heute Nachmittag haben wir bei schneeigem Wetter noch immer 4 Centigrad Kälte, und es scheint also, daß sich der Winter dieses Mal in Paris für längere Zeit einbürgern will. Die Seine ist fest gefroren, die Polizei, welche bei solchem Froste die „Vorsehung" spielt, hat das Besuchen derselben aber immer noch verboten.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65^1/_2$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1839	60 P. $59^7/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53^3/_4$—$^5/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$48^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$pCt.	$40^1/_2$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^1/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$94^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^1/_2$—$^7/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$81^1/_8$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$86^3/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$95^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$81^5/_8$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$81^1/_2$ G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$83^3/_4$ G.
N.Amerika	6pCt. à 100r. 1881 D. $2^1/_2$	$78^3/_4$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$76^1/_2$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	671 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183—$81^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89^1/_2$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	203 P. 202 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	380 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . . .	$103^1/_4$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$239^1/_2$—$38^1/_2$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114^1/_4$ P. 114 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156^3/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^1/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_2$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42 P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$119^1/_2$ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_4$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^3/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$105^1/_4$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$95^1/_4$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$98^1/_4$ P. $97^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$98^1/_2$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70^3/_8$—$^1/_4$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	124 G.
„ do. v. 1864	$75^1/_2$—$^3/_4$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$19^1/_4$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	41 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11^1/_4$ P.

Frankfurt, 7. Jan. Die Börse kehrte heute ihre Aufmerksamkeit vorzüglich den seit längerer Zeit vernachlässigten süddeutschen Werthen zu. Besonders Württemberger und die 4pCt. Loosgattungen waren sehr gesucht. Erstere erhöhten ihren Cours im Verlauf der Börse um $^1/_2$ pCt. und waren schließlich kaum mehr zu haben. Bayerische Loose erreichten den Paristand und auch badische verbesserten die Notirung um $^3/_8$ pCt. Oesterr. Speculationseffekten schlossen etwas matter, als sie eröffnet hatten, da Wien im Verlauf der Börse etwas niedrigere Notirungen sandte. Oesterr. Staatspapiere verkehrten ungefähr zu gestrigem, National sogar zu etwas höherem Course. Amerikaner konnten ihre bisherige feste Haltung dem wieder steigenden Goldagio gegenüber nicht bewahren. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 9.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 9. Januar 1868.

Eine Rückschau.

VII.

Würzburg, 9. Januar.

Die große Wichtigkeit der italienischen Frage, welche das alte Jahr dem neuen ungelöst als bedenkliche Erbschaft hinterlassen hat, veranlaßt uns, die darauf bezüglichen Ereignisse bis auf den augenblicklichen Stand der Dinge fortzuführen.*) Ein neues Ministerium ist allerdings zu Stande gekommen, allein es ist dem, der mit der Bildung desselben beauftragt war, sauer genug geworden. Menabrea mußte von Herodes zu Pilatus laufen, und es gehörte eine seltene Geduld dazu, um diesen Berg von Körben, die er überall erhielt, zu tragen. Menabrea hatte vornehmlich das Ziel im Auge, kein Kabinet zu bilden, das in den Tuilerien gar zu sehr Anstoß fände, demnach suchte er von seinen früheren Kollegen zu retten, was zu retten war, und von den scharfkantigen Parteiführern sich so fern wie möglich zu halten, ohne es mit ihnen noch mehr zu verderben.

Unmöglich hatten sich die Minister des Innern und der Justiz, dieser in der letzten Krisis, jener in ihr und in der dadurch veranlaßten großen Debatte, gemacht. Menabrea fand bei Ricasoli, der bekanntlich bis zum 10. April 1867, wo er Rattazzi weichen mußte, Ministerpräsident gewesen und der seit vorigem Sommer noch kälter und schroffer geworden zu sein scheint, als seine Art überhaupt ist, verschlossene Pforten; ohnehin hätte er sich diesem unterordnen müssen, was er vor Allem vermied. Lamarmora, der in seiner neuesten Wandlung als Mann des Kaisers Napoleon gilt, hält sich noch im Hintergrunde und wartet seine Zeit ab, abgesehen davon, daß auch er sich Menabrea nicht untergeordnet haben würde. Auch Minghetti ist sehr großer Verehrer vom Besitze der Macht, aber das Portefeuille, nach dem er strebt, mag ihm jetzt noch einen zu hohen Hitzegrad haben. Ebenso abgeneigt zu einer sekundären Rolle mußte Cialdini sein, dem es kürzlich mißlungen war, ein Kabinet zu bilden, und der ohnehin als Sieger von Castelfidardo in Rom und in den spanischen Regionen von Frankreich grimmig gehaßt wird. Mit Rattazzi war begreiflicher Weise kein Bund zu flechten, ohne mit den Tuilerien zu brechen; beinahe ebenso möglich wäre diese Coalition etwa wie eine solche mit Garibaldi gewesen; Rattazzi war außerdem nach Neapel geeilt, um dort, wie seine Gegner behaupten, gegen Frankreich zu wühlen, wie er dies in Venetien gethan habe. Ponza di San Martino endlich, der eine Weile nicht abgeneigt schien, das Ministerium des Innern zu übernehmen, machte Bedingungen, die Menabrea nur in halber Verzweiflung eingegangen zu sein schien, lehnte indeß schließlich dennoch ab (s. unten).

Von allen diesen Männern war für Menabrea nichts zu hoffen, die Zeit aber drängte um so mehr, als die Fabeln von einem bevorstehenden Staatsstreiche, die steigende Verwirrung in Verwaltung des Landes und besonders der Finanzen Abhülfe erheischte. Italien blutet aus drei schweren Wunden: Finanznoth, unnatürliche Militärlast und schlechte Verwaltung; es glaubt, daß eine gesunde Austheilung dieser Wunden unmöglich bleibe, so lange in Rom eine weltliche Macht bestände. Wird das neue Kabinet bei so bewegter See die vielen Klippen glücklich vermeiden? Schon sein Charakter, daß es ein Uebergangsministerium ist, gibt wenig Hoffnung auf tiefer greifende Wirkungen. Was aber wird die Linke zu diesem Kabinette sagen? Menabrea fiel, weil Gualterio (der abgetretene Minister des Innern) ihn in seine Unpopularität verwickelte; wird ihm jetzt eine leidliche Majorität blühen? Die italienischen Kammerredner haben noch zu wenig Selbstüberwindung, von Selbstkritik ganz zu schweigen: sie deklamiren zu viel und haben zu wenig begriffen, daß der Staatsmann sich vom Abenteurer unterscheidet, daß er nur will, aber fest will, was er kann, während dieser Alles will, weil er nichts vollständig begriffen hat. Italien steht in der Alternative, daß es sich Frankreichs Willen nicht unbedingt fügen und doch auch nicht mit Frankreich ins Gericht gehen kann, ohne sich ein Novara zu bereiten. Es gilt also die äußerste Vorsicht, um alle Klippen zu vermeiden, an denen das ganze italienische Staatsgebäude zerschellen kann. Aber haben die leidenschaftlichen Italiener das Zeug zu dieser Vorsicht? Haben sie ruhige Selbsterkenntniß genug, um vor Allem bei sich selber anzufangen?

Schließlich erwähnen wir noch des in letzter Zeit wiederholt aufgetauchten Gerüchts von „gewissen geheimen Bedingungen", mit denen Menabrea angerückt sei, sobald er einen Kandidaten für eines seiner Portefeuilles für gewonnen hielt. Da die italienischen Korrespondenten wiederholt darauf zurückkommen, so verdient folgende Lesart, welche der „Triest. Ztg." aus Florenz zuging, wohl noch am ersten, registrirt zu werden:

„Der letzten Anwesenheit und dem längeren Aufenthalte des Königs Viktor Emanuel in Turin lagen diesmal wichtige politische Motive zu Grunde. Man will nämlich von einer geheimen Zusammenkunft des Königs in Turin mit einem Intimen des Kaisers Louis Napoleon (Prinz Napoleon?) wissen, zu dem Zwecke, ein Uebereinkommen zu treffen, welches die zwischen Frankreich und

*) Eine Reihe von höchst interessanten Artikeln, welche „die Verwirrung in Italien" historisch und politisch beleuchten, den Ursprung und die Ursachen derselben auf die frühesten Zeiten zurück verfolgen, sind in den letzten drei Heften (9, 10 und 11) des „Globus" vom Herausgeber dieser vortrefflichen Zeitschrift: Karl Andree, zu finden.

Eine weibliche Doktor-Promotion.

Fräulein Nadeschda Suslowa, eine Russin, im Alter von 24 Jahren, hat im Jahre 1862 das Abiturientenexamen gemacht und darauf in Zürich, nach verschiedenen interessanten physiologischen Arbeiten studirt und promovirt. Die kürzlich stattgehabte Promotion fand in dichtgedrängtem Saale statt und es hielt bei dieser Gelegenheit der ordentliche Professor der Züricher Universität Dr. Edmund Rose, der Sohn des berühmten Mineralogen Professor Gustav Rose in Berlin, folgende Rede:

„Sind Sie gesonnen, dem Gehörten getreulich nachzuleben, so betheuren Sie dies mit einem vernehmlichen Ja!

„Somit ernenne ich, Edmund Rose, ordentlicher Professor der Chirurgie, im Namen und im Auftrage der medizinischen Fakultät der Züricher Hochschule, Sie Frln. Nadeschda Suslowa zum Doktor der Medizin, Chirurgie und Geburtshülfe und ertheile Ihnen die Rechte und Privilegien, welche zur Zeit mit dieser höchsten akademischen Würde verbunden sind oder künftig noch damit verbunden werden können.

„Indem ich Sie nun, geehrtes Fräulein, heute zum ersten Mal als Kollegen begrüße, kann ich nicht umhin, Ihnen meine Freude über dies Ereigniß, meine Achtung vor Ihrer Energie, meine Hoffnungen bei dieser Gelegenheit auszusprechen.

„Wenige kommen wohl so wie wir Aerzte in die Lage, unter dem glänzenden Schein das menschliche Elend in seinen äußersten Graden kennen zu lernen; ich meine nicht jenes selbstverschuldete, welches sich oft lärmend auf den Markt drängt, nein ich denke zurück in meine Heimath an so viele ehrenwerthe Frauen, die im Verborgenen für ihre Existenz, für ihre Kinder ankämpfen gegen die herben Wechsel des Geschicks, leiden und dulden unter den Vorurtheilen des gesellschaftlichen Lebens, welches sie von gewinnbringender Arbeit ausschließt.

„Fast in der ganzen Welt ist heute die Sklaverei der Farbe abgeschafft, hoffentlich wird sich jetzt auch die Sklaverei des Geschlechts ihrem Ende nahen, die, weil sie ja vorzugsweise auf den gebildeten Ständen lastet, uns alle nur um so schwerer trifft. Bald, denke ich, wird die praktische Emancipation der Frauen eintreten, indem man ihnen in allen Landen das Recht zur Arbeit und die dazu erforderliche gesetzliche Gleichstellung und Verantwortlichkeit zugesteht. Sind es doch nur Vorurtheile oder gar, wie sich jüngst nur zu sehr verrathen hat, Vorwände, die dem entgegenstehen! Denn in diesen Bestrebungen trifft, wie schon in vergangenen Zeiten, der deutsche

Italien bestehenden Differenzen beizulegen und das gestörte gute Einvernehmen zwischen beiden Mächten vollkommen wieder herzustellen im Stande wäre. Nun sind die Permanenten (das Centrum) im italienischen Parlamente, wie sehr sie auch in inneren und hauptsächlich in Administrativ-Fragen mit der Rechten, d. i. mit der gegenwärtigen Regierungspartei, übereinstimmen, die erbittertsten Gegner der September-Konvention, können die Verlegung der Hauptstadt von Turin nach Florenz nicht verwinden und stehen daher in dem Wunsche, Rom zu gewinnen, hinter den hervorragendsten Extremen der Linken nicht zurück. Eben weil Menabrea in seinen Unterhandlungen mit Ponza di San Martino die Wahrung der Rechte Italiens auf Rom und die Zuwendung der vollsten Aufmerksamkeit der Regierung Betreffs der inneren Fragen als Hauptpunkte seines Programms aufgestellt hatte, schienen die Permanenten Anfangs nicht abgeneigt, dem Ministerium Menabrea ihre Unterstützung zu leihen und ihre Führer in dasselbe eintreten zu lassen. Plötzlich erhielten dieselben von den in Turin gepflogenen geheimen Verhandlungen Wind, und die Folge davon war, daß sie augenblicklich dem Ministerium Menabrea kündigten, und sonach die ganze Kombination über den Haufen fiel. Graf Menabrea hielt es nach diesem abermaligen mißlungenen Versuche für angemessen, seine Mission in die Hände des Königs zurückzulegen; dieser aber nahm die Resignation Menabrea's nicht an, sondern erklärte ihm, daß er sein volles Vertrauen besitze und der einzige Mann der Situation sei, um so mehr, da Niemand besser als er die mit Frankreich eingeleiteten Unterhandlungen einem glücklichen, die Würde und die Interessen Italiens wahrenden Ende zuführen könne. Er bat demnach den Grafen Menabrea, in seinen Bemühungen, ein neues Kabinet zu bilden, fortzufahren, und ermächtigte ihn, sich aller durch das Statut gebotenen Mittel bedienen zu können, d. h. er stellte es dem Minister vollkommen frei, wenn er dies für nothwendig halte, zur Auflösung der Kammer und Anordnung der Neuwahlen zu schreiten."

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 6. Januar. [Wehrgesetz, Verfassungs- und Wahlgesetzentwurf beanstandet.] In der kürzlichen Sitzung der zweiten Kammer beantwortete der Minister von Varnbüler die Anfrage Ammermüller's, warum die württembergische Regierung in Ausführung der Uebereinkunft der süddeutschen Regierungen wegen gemeinsamer Organisation ihrer Wehrkräfte, einseitig vorangegangen sei durch bereits angeordnete Aenderungen im Militärwesen dahin, daß es ihm nicht entfernt in den Sinn gekommen sei, den verfassungsmäßigen Rechten der Stände präjudiciren zu wollen. Das Vorgehen der württembergischen Regierung in Militärangelegenheiten sei von den Kriegsministern und den Regierungen von Bayern und von Baden als der Konvention entsprechend ausdrücklich anerkannt worden. Ammermüller erklärte sich durch diese Antwort keineswegs befriedigt. Durch die Behandlung des Militärwesens in neuester Zeit, Einführung des Zündnadelgewehrs u. s. w. seien Kosten aller Art entstanden und dies Vorgehen hätte die Zustimmung der Kammer erfordert. Es sei zu befürchten, daß die Regierung mit einer vollendeten Thatsache vor die Kammer treten werde.

Die Militärkommission hat sich in ihrer Mehrheit für Annahme des Kriegsdienstgesetzes erklärt; nur die drei Mitglieder Probst, Scholz und Becher beantragen, dasselbe abzulehnen als der früher von der Kammer ausgesprochenen Bitte um ein Wehrgesetz auf der Grundlage des Milizsystems gänzlich und direkt widersprechend.

In der Verfassungskommission haben die Herren Duvernoy, Hölder, Probst und Oesterlen sich vorläufig dahin geneigt, den neuen Verfassungsentwurf nicht blos aus formellen Gründen, d. h. weil die alte Kammer nicht mehr zur Bemeisterung eines so großen und wichtigen Stoffes fähig sei, sondern auch aus materiellen Gründen, wegen Unbrauchbarkeit und reaktionären Inhalts, zurückzuweisen. — In Betreff des Wahlgesetzentwurfs wird von liberaler Seite namentlich beanstandet, daß Beamte erst um Urlaub nachsuchen müssen, daß sie wegen jeder „Beleidigung der Regierung" zur Verantwortung gezogen werden können (s. unten), ferner die Vermengung des allgemeinen und privilegirten Wahlrechts. (Außer den aus direkter Wahl hervorgehenden Abgeordneten sollen bekanntlich noch einzelne Stände: Höchstbesteuerte, Geistliche &c. besonders Abgeordnete wählen.)

— [Der Entwurf der Verfassungsrevision] erkennt zwar den Kammern im Allgemeinen die Initiative in der Gesetzgebung zu, bestimmt jedoch daneben, daß Gesetzesentwürfe über Abänderung der Verfassung, über die Auflegung von Steuern, über Aufnahme von Anlehen, über die Festsetzung des Staatshaushalts oder über außerordentliche nicht vorgesehene Ausgaben nur von dem Könige ausgehen können. Auch können Ausgabeposten nicht über den Betrag der von der Regierung vorgeschlagenen Summe erhöht werden. — Ueber die Feststellung des Etats enthält der Art. 52 folgende Bestimmungen:

„1. Ueber den Entwurf dieses Gesetzes wird in der Zweiten Kammer nach vorgängiger Prüfung der einzelnen Ausgabe- und Einnahmesätze im Ganzen Beschluß gefaßt; 2. dieser Beschluß wird sodann der Ersten Kammer mitgetheilt, welche denselben nur im Ganzen ohne Aenderung annehmen oder verwerfen kann; 3. erfolgt das Letztere, so werden die bejahenden und die verneinenden Stimmen beider Kammern zusammengezählt, und wird alsdann nach der Mehrheit sämmtlicher Stimmen (beider Kammern) der Beschluß des Landtags gefaßt. Tritt in diesem Falle Stimmengleichheit ein, so hat der Präsident der Zweiten Kammer die Entscheidung."

Was die Redefreiheit der Abgeordneten anlangt, so lautet darüber Art. 55:

„Niemand kann wegen seiner auf dem Landtage gehaltenen Vorträge und gegebenen Abstimmung zur Verantwortung gezogen werden. Jedoch sind Beleidigungen oder Verläumdungen der Regierung, der Kammern oder einzelner Personen der Bestrafung nach den bestehenden Gesetzen in dem ordentlichen Wege des Rechts unterworfen."

So lange der Landtag nicht versammelt ist, besteht als Stellvertreter desselben ein Ausschuß für diejenigen Geschäfte, deren Besorgung von einem Landtage zum andern zur ununterbrochenen Wirksamkeit der Repräsentation des Landes nothwendig ist. Dieser Ausschuß besteht aus den Präsidenten beider Kammern, aus 2 Mitgliedern der ersten und 4 der zweiten Kammer, welche von dem vereinigten Landtag mit absoluter Stimmenmehrheit gewählt werden

---

Nord und Süd zusammen. Wie vor 300 Jahren es mit das erste Werk der Reformatoren war, das Weib aus seinen geistigen Fesseln durch die Stiftung der Mädchenschule zu befreien, so drängen jetzt Zürich und Berlin, wenn auch auf verschiedenen Wegen, zur Erreichung desselben Zieles.

„Wenige Jahre sind vergangen, seit sich in Berlin ein Verein edler Männer aus allen Ständen zusammenthat, um das Loos der so zahlreichen Mädchen zu erleichtern, die der Wirksamkeit am eigenen Herde entbehren, und ausgeschlossen durch die Vorurtheile des Anstandes von der einzig erfrischenden und erhaltenden Arbeit thatenlos dahinsiechen. Während jene edlen Männer durch Gründung eines Instituts die praktische Brauchbarkeit des weiblichen Geschlechts zu erhöhen suchten, und Fabrikherren aller Art seine Anwendung sicher stellten, da schüttelten die einen den Kopf, das Weib sei ja doch zur Arbeit zu schwach, als ob die gebildeten Frauen andere Knochen hätten, als jene Damen der Halle, die noch heut auf den Märkten von Paris ihre alte Thatkraft entfalten, als ob nicht jedes Volk Frauen aufzuweisen hätte, die, als das Vaterland in Gefahr war, selbst in Mannskleidern die Strapazen und Gefahren der Feldschlacht theilten, und so anstandslos in der Zeiten Begeisterung des konventionellen Anstands Schranken durchbrachen.

„Ja, solche subalternen Beschäftigungen, Waschen und Kochen, das ließe man sich wohl gefallen, zu höheren Leistungen aber ginge dem schönen Geschlecht doch die Befähigung ab; das sei eine physiologische Thatsache, das zeige ja jede Venus mit ihrem kleinen Köpfchen! So, meine Herren, sprachen die Lauen und Bedenklichen; sie dachten nicht daran, daß Deutschlands höchste wissenschaftliche Körperschaft, die Akademie in Berlin, nach freier Wahl unter ihren wenigen auswärtigen Mitgliedern auch eine Dame zählt! Es traten aber auch Hitzige auf; in den Arbeitervereinen empörte man sich und schrie laut über diese neue Konkurrenz.

„Den Brodneid werden Sie nicht zu bekämpfen haben! Sie, verehrte Kollegin, haben zu gebildete Konkurrenten; auch ist das Brod des praktischen Arztes nicht so gar neidenswerth. Jedenfalls werden Sie die Konkurrenz aushalten können; hat doch überall die zarte Hand der Frauen und ihre Sorgfalt bei der Behandlung, von der ja zumeist der Erfolg des Arztes abhängt, sich hinreichend Geltung verschafft.

„Vor wenigen Tagen waren es 20 Jahre, daß sich in meiner Heimath ein Verein edler Damen zum Theil aus den gebildetsten Ständen in Bethanien zu ähnlichem Zwecke vereinte. Auch sie hatten mit Vorurtheilen aller Art zu kämpfen, und jetzt hat die stille Aufopferung solche Anerkennung gefunden, daß das Mutterhaus stets überfüllt, an 20 Tochterhäuser in den Provinzen kaum versorgt wer-

Norddeutscher Bund.

Berlin, 7. Jan. [Militärisches.] Die „K. Z." schreibt: Die Theuerung der Lebensmittel macht der Bundes-Militärverwaltung manche unbequeme Sorge. Das verfassungsmäßige Aversum von 225 Thlr. pro Kopf des gesetzlichen höchsten Friedens-Präsenzstandes ist zwar nicht unerheblich höher gegriffen, als bis dahin die Ist-Ausgabe bei der preußischen Militärverwaltung betragen hat; allein es waren dafür auch Soldzulagen für die Mannschaften und Gehalts- und Servis-Verbesserungen für die Offiziere verheißen, deren Ausführung sich nicht wohl um der Theuerung willen vertagen ließ. Dazu kommt, daß für einstweilen die 225 Thlr. von den Kleinstaaten zufolge der Militärkonventionen nicht voll eingezahlt zu werden brauchen. Unter diesen Umständen soll allerdings, obwohl dies von offiziöser Seite inzwischen abgeläugnet worden ist, beabsichtigt gewesen sein, von dem nächsten Reichstage eine Theuerungszugabe von 2 bis 3 Mill. Thlr. zu begehren. Die Absicht wird indeß bald aufgegeben sein, da die Regierung sich nicht verhehlen konnte, daß das bundesverfassungsmäßige Aversum des Militäretats nur nach schweren Kämpfen in seiner gegenwärtigen drückenden Höhe als Compromiß erreicht worden ist, und daß in allen Einzelstaaten des Bundes dasselbe jetzt als das eigentliche und einzige Palladium gegen den nimmersatten Militärfiscus betrachtet wird, so wie als die einzige Stütze der Hoffnung, mit der Zeit zu finanziell minder beengten und drückenden Zuständen zu gelangen. Die Militärverwaltung des Bundes muß sich deßhalb nach anderweiten Auskunftsmitteln umsehen. Es würde ihr das nicht so schwer werden, wenn sie nicht in Preußen seit Jahren mit alljährlichen Steigerungen ihres Etats so sehr verwöhnt worden wäre! In Süddeutschland sind Regierungen und Kammern so eben mit der gesetzlichen Fixirung der Friedenspräsenz beschäftigt. In Baden hofft die Regierung den norddeutschen Satz von 1 pCt. der Bevölkerung des Jahres 1867 durchsetzen zu können; Württemberg will den Satz von $^3/_4$ pCt. Friedensstärke, Bayern, wie es scheint, jeweilige gesetzliche Vereinbarung mit den Ständen für je zwei Jahre. (Kontingentsgesetz, das die Reichsräthe nicht zugeben, und die Abgeordneten sich nicht nehmen lassen wollen; s. vorgestrigen und gestrigen Anzeiger.) Auch Württemberg und Bayern würden indeß wohl die Kriegsstärke der norddeutschen anpassen, was durch entsprechende Verkürzung der Präsenzzeit zu bewirken wäre.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 6. Januar. [Friedliches.] Seit dem 22. Dez. vor. Js. besitzt Oesterreich eine Verfassung, die an Freisinnigkeit kaum durch die Belgiens und der Schweiz übertroffen wird. Wenn die österreichische Regierung es mit der Freiheit versuchen will, so muß sie vor allen Dingen den Frieden erhalten, und so darf man ihren friedlichen Versicherungen immerhin Glauben schenken. Die Auslassungen offiziöser preußischer Blätter und Korrespondenten, als habe Graf Bismarck Versuche freundschaftlicher Annäherung an Oesterreich gemacht, sei aber hier zurückgewiesen worden, sind durchaus erfunden, höchst wahrscheinlich für den Zweck, die in Deutschland unpopuläre Allianz mit Rußland annehmbarer erscheinen zu lassen. Nicht der geringste Schritt zur Annäherung und Verständigung ist hier von preußischer Seite gemacht worden. Für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes hat die österreichische Regierung die besten Wünsche, kann aber weiter nichts thun. Mit Italien wünscht sie in gutem Vernehmen zu bleiben. Die aufrichtigste Freundschaft Oesterreichs ist Frankreich zugewendet, und dessen Streben nach Aufrechthaltung des europäischen Gleichgewichts wird die diplomatische Unterstützung der kaiserlichen Regierung nicht fehlen. Die im Oriente auftauchenden Fragen sind von ernster Bedeutung und für Oesterreich, in ihren Folgen, von hoher Wichtigkeit. Bestrebt sich die Pfortenregierung möglichst, gerechten Anforderungen ihrer christlichen Unterthanen zu entsprechen, so heischt das allgemeine Interesse Europas um so mehr, keinen einseitigen Einfluß oder gar Eingriff einer anderen Macht dort zu gestatten. Die Sprache der russischen Blätter ist geeignet, die Aufmerksamkeit Europas auf die friedenbedrohenden Plane einer dortigen mächtigen Partei zu lenken.

— [Vom Minister Brestel], der eine Amtswohnung im Palais in der Himmelpfortgasse bezogen hat, erzählt man einen schönen Zug rühmlicher Anspruchslosigkeit. An dem Tage, an welchem er das Amt übernahm, wurde er in jene Räumlichkeiten geführt, welche für den neuen Minister als Wohnung verfügbar bezeichnet wurden. Brestel erklärte, sich mit zwei Zimmern begnügen zu wollen; es waren eben nicht die schönsten. Der den Minister bei diesem Wohnungsuchen begleitende Sektions-Chef machte denselben auf das Quartiergeld-Aequivalent von 2500 fl. jährlich indirekt dadurch aufmerksam, daß er dem Minister beiläufig bemerkte: „Exzellenz würden, wenn Sie Sich auf diese zwei Piecen beschränken, den theuersten Zins in ganz Wien bezahlen." Worauf Minister Brestel erwiederte: „Die zwei Zimmer genügen mir; der neue Finanz-Minister muß ein gutes Beispiel geben, und bei sich selber anfangen, etwas für den Staat zu ersparen." (Wir bemerken bei dieser Gelegenheit, daß eine ähnliche Bescheidenheit dem jetzt glücklich beseitigten preußischen Justiz-Minister Grafen zur Lippe nachgerühmt wird, und da wir sonst wenig Rühmliches von ihm erfahren haben, wollen wir doch diese Handlung nicht unbezeugt lassen.)

Ausland.

Frankreich. Paris, 6. Jan. [Die Wahlen und die Militärvorlage.] Herr Pinard (der Minister des Innern) hat, scheint es, im Leiten der Wahlen nicht dasselbe Glück, auf das sein Vorgänger im Ministerium des Innern, der Marquis de Lavalette, nicht ohne Grund so stolz sein durfte. Die beiden gestern stattgehabten Nachwahlen in Tours und in Amiens sind zum Nachtheile der Regierungskandidaten ausgefallen. In beiden Fällen, in Tours durch Herrn Houssard, in Amiens durch Herrn d'Estournel, hatte die Opposition auf ihre Fahne geschrieben „Ablehnung der Militärvorlage!" Die Niederlage in Tours glaubt das Gouvernement noch am leichtesten verschmerzen zu können; weniger aber die in Amiens. Da soll auf einmal ganz nach englischem Modus die Wahlbestechung durch Geld und Getränke die erste Rolle gespielt haben und vom regierungsfeindlichen Kandidaten in Anwendung gebracht worden sein. Deßhalb bereitet man sich jetzt schon vor, die treuen Deputirten im Sinne der Wahlbeanstandung zu bearbeiten, indem man aus Präfekturberichten Einzelheiten citirt, nach denen die oppositionellen Wahlbe-

---

den können. Sah man nicht überall in den letzten Kriegsnöthen denselben Erfolg? Brauche ich Sie, geehrte Kollegin, an jenen Damenkreis zu erinnern, der sich in der Krim um die Großfürstin Helena schaarte und seinerseits wetteiferte mit den Erfolgen, welche der Miß Nightingale fast die Vergötterung ihres Vaterlandes eintrug? Ueberraschend war das Zeichen der Dankbarkeit, welches Amerika auf der Pariser Ausstellung den Frauen gewidmet, die in der unvorhergesehenen Noth seine Krieger wie Mütter gepflegt hatten. In einem Prachtwerke war jeder Einzelnen Wirksamkeit geschildert, jeder Einzelnen Bild der dankbaren Nachwelt überliefert. Solche bescheidenen und lautlosen, wenn auch nicht unwesentlichen Dienste mag man wohl zugestehen, als ob sich nicht schon hierbei die höhere Befähigung verriethe! Doch Thatsachen lassen sich nicht läugnen!

„Sie, verehrtes Fräulein, haben den sogenannten doppelten Handgriff der kurbrandenburgischen Hof-Wehemutter Siegmundin gelernt; dies Operationsverfahren, das nun seit fast 200 Jahren so manchem Kinde das Leben gerettet hat. Sie brauchen noch jetzt nach 50 Jahren das berühmte Werk der Lachapelle, jener Geburtshelferin, deren glückliche Kaiserschnitte man noch heute rühmt!

„So leuchtende Vorbilder haben Sie selbst unter den Frauen, die ohne gelehrte Vorbildung sich nur durch ihre praktischen Leistungen in der Medizin die Achtung aller Jahrhunderte erworben haben. Wie viel mehr ist man zu erwarten berechtigt, wenn Frauen alle Hindernisse überwinden und sich auch diese gelehrte Vorbildung zu erwerben wissen?

„Es sind jetzt gerade 50 Jahre her, daß in Gießen Charlotte v. Siebold zum Doktor promovirt wurde; nach langer praktischer Thätigkeit ist sie jüngst in Darmstadt gestorben. Wurde sie in diesem Erfolge nun auch unterstützt durch den Ruhm ihres Geschlechtes, welches in 4 Generationen Deutschlands Hochschulen seine ersten Lehrer gegeben hat und noch gibt, so kann man doch gerade um so mehr erwarten hier, wo der Ruf schon seit Jahren nur auf eigener Arbeit beruht.

„Kann doch Niemand, welcher die höchste menschliche Lust genossen, die Erfindung eines neuen Gedankens, von der Arbeit der Gedanken wieder lassen, und so hoffe ich denn, daß auch Sie, verehrte Kollegin, nicht blos durch Ihre Energie es zum praktischen Arzte bringen; nein; daß Sie ein denkender Arzt bleiben und die Vortheile benützen, welch bei Ihrer Kenntniß Ihnen zukommen. Sind wir Männer ja doch von so manchen Gebieten der Medizin eigene Erfahrungen zu sammeln gänzlich außer Stande!

„Ihnen, Magnifice Herr Rector, hochgeehrte Kollegen, verehrte Anwesende insgesammt, danke ich, daß Sie durch Ihre Anwesenheit die Feier dieses Tages erhöht haben!"

einflussungen direkt in den Bereich der Zuchtpolizei gehörten. Wichtig ist der Eindruck, den diese gegen das Militärgesetz ausgefallenen Wahlen auf den gesetzgebenden Körper machen werden, dessen Schlußvotum über die Gesammtvorlage (von welcher, wie Napoleon bei der Neujahrsaufwartung zum Präsidenten des gesetzgebenden Körpers gesagt haben soll, das Schicksal des Kaiserthums und Frankreichs abhängt) dadurch wesentlich beeinträchtigt werden könnte. Da so eben Herr des Rotours, der Abgeordnete des Norddepartements gestorben, so wird man wohl vor der Endabstimmung noch einmal die Erfahrung machen können, wie das Land sich zur Reorganisation verhält; bis jetzt sind die Aussprüche noch stets zu Ungunsten der Regierungsvorlage ausgefallen.

Paris, 6. Januar. [Nordschleswig.] Die „France" schreibt: „Herr v. Quaade, dänischer Gesandter in Berlin, wird heute dorthin zurückgekehrt sein, um die Unterhandlungen über Nordschleswig wieder aufzunehmen, die durch die Reise dieses Diplomaten nach Kopenhagen unterbrochen waren. Briefe aus Berlin lassen eine befriedigende Lösung dieser Frage voraussehen, an welche sich die wesentlichsten Interessen Dänemarks anknüpfen. Uebrigens würde man nicht nur in Paris, sondern auch in Petersburg und London eine Regelung dieser Angelegenheit, welche schon seit so langer Zeit die Aufmerksamkeit von Europa in Anspruch genommen hat, sehr gern sich verwirklichen sehen."

— [Neuer Straßenskandal.] Die „Liberté" meldet: „Gegen 1 Uhr diese Nacht hatte sich eine große Menge am Chateau d'Eau vor der Kaserne versammelt: auf dem großen Trottoir hatte man eine Glitschbahn gemacht. Das Einschreiten der Polizei genügte nicht, um den Platz zu räumen, und man hat die Truppen zu Hilfe rufen müssen. Ein Sergeant mit einer Anzahl Soldaten versuchten die Glitschpartie zu hemmen; sie wurden mit lautem Geschrei empfangen und es gelang ihnen nur mit der größten Mühe, die Ordnung herzustellen, nachdem verschiedene Verhaftungen vorgenommen waren."

Mexiko. [Präsidentenwahl. Finanzen.] In den letzten Wochen beschäftigten die Wahlen fast ausschließlich das Volk, die Indianer ausgenommen, die theilnahmslos für das öffentliche Leben sind. Nie wurden hier die Wahlen mit solcher Leidenschaft betrieben, als gerade jetzt, und an vielen Orten führte die Parteileidenschaft zu Exzessen, welche noch vielfache Reklame nach sich ziehen werden. Für die Präsidentschaft figuriren nur zwei Hauptkandidaten: Benito Juarez und Porfirio Diaz, doch scheint es, daß Ersterer die Mehrzahl der Wähler für sich haben werde. Am 1. Dezember tritt der Kongreß zusammen, und erst durch ihn wird das Scrutinium vorgenommen. Porfirio Diaz hat eine große Partei, und es fehlt nicht an Mißvergnügten, welche wünschen, daß er mit den Waffen in der Hand den Präsidentenstuhl einnehme. Aber er ist zu ehrenhaft, als daß er das Gesetz verletze, und hat, wie man sagt, alle derartigen Anmuthungen entschieden abgewiesen. Uebrigens ist es noch eine große Frage, ob die Regeneration dieses Landes auf konstitutionellem Wege durchgeführt werden wird. Es sitzen chronische Uebel in dem Staatskörper fest, die stets wieder zum Ausbruche kommen und die, wie die Degeneration der Zelle, den ganzen Organismus gefährden. Die Unterordnung unter das Gesetz ist Vielen unbequem, und da sie ein bereitwilliges Proletariat finden, das stets gleicher Ansicht ist, hält es nicht schwer, für Aufstände Anhänger zu gewinnen. Jedermann fürchtet, daß Derartiges wieder vorkomme, und deßhalb zeigt sich eine große Muthlosigkeit in den Geschäften. Man scheut sich, in Unternehmungen einzugehen, die irgend ein Aufstand vernichten würde, baares Geld wird zurückgehalten, man traut dem Nachbar nicht, und diese Schwüle, wie vor dem Gewitter, beweist, daß nicht Alles ist, wie es sein soll. — Das Diktatoriat von Juarez hat manches Neue und Gute geschaffen, leider aber keine Umgestaltung des elenden Finanzwesens versucht. Statt die Binnenzölle abzuschaffen, die Eingangszölle zu verringern, schraubt man Alles in die Höhe und erreicht das Gegentheil einer höheren Einnahme, da nur der Schmuggelhandel und damit die Demoralisation dadurch gesteigert wird. (Die jedesmalige Folge von Zöllen.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
"	5pCt Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 1/8 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60—59 7/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/4 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	47 7/8—3/4 G.
"	4 1/2 pCt.	40 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/2 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 [illegible] P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	86 3/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 7/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 3/4 G.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 b. 2 1/2	78 [illegible] P.
"	6pCt. ditto v. 1882	76 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	674—72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180—79 1/2 G.
Bayer. Hypotheken- u. Pfandbr. 4 pCt.	89 1/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	203 P. 202 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	330 P. 328 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr.	258—57 1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114 1/4 P. 114 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/2 G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 7/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 3/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 P. 245 1/4 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Tblr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 1/4 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P. 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 P
do. in öst. W. l. S.	97 7/8—3/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	125 1/2 P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	58 3/4 P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4 P. 69 7/8 G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	121 G.
"	do. v. 1864	75 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		99 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 1/4 P.
Badische fl. 35		51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		53 1/2 P. 1/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		145 P.
" fl. 25 do.		41 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		—
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		—

Frankfurt, 8. Januar. Die Stimmung der heutigen Börse war keine einheitliche. Sie theilte sich nach den verschiedenen Effektengattungen, sowie nach den verschiedenen Perioden der Geschäftszeit. Oesterr. Spekulationseffekten gingen Anfangs träge um, befestigten sich jedoch im Lauf der Börse und schließen fest. Oesterr. Staatspapiere bleiben ziemlich unverändert. Auch Amerikaner bewahrten Angesichts des abermals um $1\frac{1}{2}$ pCt. gestiegenen Goldagio's eine relativ feste Haltung. Süddeutsche waren zu Capitalanlagen sehr gesucht und besonders $4\frac{1}{2}$ pCt. Württemberger und $4\frac{1}{2}$ pCt. Badische besser bezahlt. Für die heute hier bei M. A. v. Rothschild aufgelegte Emission thüringischer Eisenbahn-Stammaktien Lit. B., die mehr für den Norden Deutschlands bestimmt sind, zeigt sich auch hier Theilnahme und sind die Zeichnungen darauf nicht unbeträchtlich. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 10.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 10. Januar 1868.

Süddeutschland.

Bayern. [Die antiklerikale Bewegung] gibt einem „Mitgliede des katholischen Klerus und treuen Anhänger seiner Kirche“ Anlaß zu einem höchst bemerkenswerthen Artikel in der „Südd. Pr.“, dem wir folgende Stellen entnehmen:

„Würde der Klerus an der Spitze der Bildung stehen, ja, wenn er nur sich nachziehen ließe, statt sich hemmend in die Speichen des Zeitrades zu werfen, so könnte es den Gesetzgebern gar nicht in den Sinn kommen, den Einfluß des Klerus auf die Schule beschränken zu wollen. Die Mehrzahl der Schulen, namentlich die auf dem Lande, liefern wirklich so klägliche Resultate, daß die Regierung sich eine große Verantwortung zuziehen würde, wenn sie einem solchen Zustande gegenüber noch länger die Augen schlösse. Und einen nicht unbedeutenden Theil der Schuld trägt die Indolenz und die Unzulänglichkeit, womit bisher die Kontrole über das Schulwesen gehandhabt wurde. Es gäbe wohl ein Rezept, welches dem Klerus seinen früheren Einfluß auf Volk und Schule zurückerobern würde. Er fordere nur von der Regierung und dem Episkopat, daß in Zukunft keiner zum Studium der Theologie zugelassen werde, der nicht das Realgymnasium absolvirt hat. Die Abweisung einer solchen Forderung wäre nicht unähnlich der Verordnung des Kaisers Julian Apostata, der den Christen die Schulen verschloß, in der Erwägung, daß die Unwissenheit das Christenthum am meisten schädigen werde.

„Aber der Klerus fürchtet die Naturwissenschaften! Mit Unrecht. . . . . Wenn in den allerneuesten Zeiten die Vogts und ähnliche Modegrößen der Naturwissenschaften gegen die Grunddogmen der Religion anstürmen, so kann ein solches Verfahren der Religion nicht im mindesten schaden. Eines unserer größten Vorbilder, der Kardinal Wiseman,*) hat uns gezeigt, daß man solche Leute nur mit ihren eigenen Waffen todtschlägt. Der Klerus eigne sich eine zeitgemäße Bildung an. Die sogenannte klassische Bildung ist für unser Jahrhundert nicht mehr ausreichend. Sie putzt zwar, wie die Philologen sagen, die Köpfe, aber sie legt in die ausgekehrten Köpfe nichts hinein. Lernet rechnen, dieses Wort in seiner ausgedehntesten Bedeutung genommen; lernet die Natur kennen und ihre Gesetze; und ihr beherrschet eure Zeit! Ueber den starren Konservatismus, über das „sint ut sunt aut non sint“ rollt das Rad der Zeit zermalmend hinweg.

„Welch schlechte Rechner ihr seid, habt ihr jüngst erst bewiesen. Ihr habt euch einreden lassen, ihr müßtet den gegenwärtigen Landtag sprengen. 1869 Adressen sind durch eure Bemühungen angestrengt worden. Was habt ihr erreicht? Die Erbitterung der Kammer und der Regierung, sonst nichts. Hat man euch nicht in der Schule deutsche Geschichte dozirt und die Misere unseres Vaterlandes blosgelegt; hat man euch nicht den Rheinbund selig als den Feind deutscher Nation denunzirt? Hat euch damals nicht eine patriotische Entrüstung erfaßt über die Sonderbündelei und eine heilige Begeisterung für die Einheit und Größe unseres Vaterlandes? Und jetzt laßt ihr euch verleiten, einem neuen Rheinbunde direkt die Wege zu bahnen und die Sünden der Väter zu wiederholen! . . . . Noch ein Beispiel, wie schlecht ihr rechnet. Als in den jüngstvergangenen Tagen in unserer Kammer eine Lebensfrage für Handel und Industrie, die Zollvereinsfrage, ventilirt wurde, da hat der Klerus, statt sich in erster Reihe um die Interessen des arbeitenden Volkes anzunehmen, diese Ehre seinen Gegnern überlassen und sich den Vorwurf zugezogen, daß er kein Herz habe für das Wohl des Arbeiterstandes. Wie natürlich und erklärlich ist einem solchen Verhalten gegenüber die Tendenz der Tribüne und der Presse, dem Einflusse der Geistlichen auf allen Gebieten des sozialen Lebens Schranken zu setzen! Und wie selbstverständlich ergibt sich aus den citirten Thatsachen die Nothwendigkeit, daß der Klerus eine andere Erziehung erhalte. Wodurch haben die Origines und Chrysostomus, die Augustinus und Hieronymus so gewaltig eingewirkt auf ihre Zeit? Offenbar mit Hilfe der Wissenschaft. Sie haben das Christenthum in die Formen und wissenschaftlichen Sätze ihres Zeitalters gekleidet und so demselben den Sieg gewonnen. Leset die Werke dieser Männer und ihr werdet finden, daß sie strotzen von heidnischer Weisheit. Das Mittel, welches der Kirche Eingang verschafft hat, ist es auch, welches ihre Fortdauer sichert, nämlich die zeitgemäße Bildung. Aber, höre ich euch entgegnen, gilt denn der heilige Geist gar nichts? Der heilige Geist wirkt durch das Instrument des Menschengeistes. Wenn dieses Instrument nichts mehr taugt, wird es vom göttlichen Geiste verworfen. Si sal evanuerit, in quo salietur? Sapienti sat!“

— [Ein Zollparlamentsprogramm.] Der „Volkswirthschaftliche Verein für München“ hat für die Wahlen in's Zollparlament folgendes Programm festgestellt:

*) Wisemans schön und anziehend geschriebenes Buch über die Versöhnung der Religion mit den Naturwissenschaften ist auch sehr gut ins Deutsche übersetzt. Anm. d. Red. d. „N. W. Z.“

Ein Zopfabschneider.

Es ist die umgekehrte Geschichte von Simson und Delila; diesmal ist Simson der Scheerende und Delila die Geschorene, die Philister aber die neugierigen Zuhörer im Auditorium; das begreift sich leichter als die Historia im alten Testament. In der That ist es schwer zu begreifen, daß die Stärke eines Mannes in seinem Haar wurzeln solle; daß umgekehrt eine Frau die ganze Kraft, den Stolz ihrer Schönheit in ihrem Haarschmuck sucht, das ist jetzt, im Zeitalter der absonderlichsten Chignons, wahrer als jemals. Aber lassen wir das Buch der Richter bei Seite und kommen wir zu den Richtern des modernen Tribunals, vor welchen der ehrsame Schneidergesell Emil zu erscheinen hat.

Seine Gegnerin und frühere Geliebte Marie ist eine kleine Brünette von 34 Jahren, die wenig mit den starkentwickelten Orientalinnen der Bibel gemein hat; sie ist schmächtig und bereits etwas eingefallen; ihr Teint erinnert an Hispanien, wenigstens an das Land der abgeblühten Pomeranzen; ihre Nase an die große Tartarey; selbst ihr Auge sagt nicht so viel, als sie vielleicht selbst zu sagen hat; aber für alle diese Soll's besitzt sie immerhin ein Haben, welches für Alles trösten kann: einen prachtvollen, ebenso dichten als feinen Haarwuchs von tiefstem Schwarz und schönstem Glanze. Mit Recht konnte man auf sie den bestrittenen völkerrechtlichen Satz anwenden, daß die Flagge die Ladung decke.

Doch wir haben uns geirrt: „besitzt“ ist nicht das richtige Wort; „besaß“ muß es leider heißen, denn der Corsar Emil hat diese prachtvolle Flagge mit brutaler Hand von dem Flaggenstock herabgerissen.

Auch ihm war die berüchtigte alte Geschichte passirt; aber obgleich Schneider, hat sie ihm doch nicht das Herz entzwei gebrochen. Er war auch nicht ohne Schuld, denn er quälte die Geliebte mit Eifersucht; mit Unrecht abermals, denn wenn die Haarlocken der Berenice an den Sternenhimmel versetzt worden sind, so hatte doch Marie unstreitig ein Recht darauf, die ihrigen von mehr als zwei Augen bewundern zu lassen. Es hätte sich nach weiblicher Logik freuen sollen, daß sie noch von Andern schön gefunden wurde; aber Schneider leiden öfters an Engbrüstigkeit und in einer engen Brust kann kein weites Herz schlagen. Die letzte Schuld fällt also auf Mutter Natur, die gar manchmal eine Stiefmutter ist.

Ich hatte ihm, erzählt die kleine Braune, wegen seiner unerträglichen Eifersucht den Laufpaß gegeben, und er hatte geschworen, sich an mir zu rächen, ohne daß ich viel auf diese Drohung achtete. Während der ersten Wochen nach der Trennung kam er fast alle Abende und klopfte an meine Thür; ich ließ ihn ruhig klopfen. Eines Tages sieht er durch das Schlüsselloch, daß ich mich zum Ausgehen fertig mache. Er zieht sich zurück, verbirgt sich, und im Augenblick, wo ich zur Thüre hinausgehe, stürzt er auf mich los, packt mich mit der einen Hand an der Kehle und schwingt in der andern seine größte Scheere, mit welcher er mir die Haare abzuschneiden sucht; ich vertheidigte meinen Schatz aufs Aeußerste und so gelang es ihm dies-

Die Macht der materiellen Interessen hat im Zustandekommen des deutschen Zollparlaments über die Hemmnisse volkswirthschaftlicher und nationaler Entwicklung einen glänzenden Sieg errungen. Der im Zollvereine verkörperten Solidarität der ökonomisch-politischen Interessen ist es geglückt, was den bloß politischen Bestrebungen bisher durchaus mißlungen war. Kein Gedanke kann somit näher liegen, als weiter zu bauen auf der als so wirksam erprobten Grundlage, und in's deutsche Zollparlament von nun ab den Schwerpunkt wieder auf nationale, so insbesondere auf volkswirthschaftliche Entwicklung gerichtete Bestrebungen zu verlegen. Es kann deßhalb auch nichts unzweckmäßiger und unberechtigter erscheinen, als dieses zunächst und zumeist für die materiellen Interessen bestimmte Organ in einseitig politischem Interesse verwerthen und die materiellen Interessen als gleichgültige Nebensache behandeln zu wollen. Aus diesem Grunde muß das Verständniß der volkswirthschaftlichen Interessen des engern und weitern Vaterlandes bei der Wahl der bayerischen Abgeordneten in erster Linie berücksichtiget werden. Schon die Zusammensetzung des Zollparlamentes, wornach die nach vorwiegend politischer Rücksicht gewählten Mitglieder des norddeutschen Reichstages von selbst in dasselbe eintreten, während nur die süddeutschen Zollparlaments-Abgeordneten zu dem besonderen Zweck gewählt werden, läßt bei letztern die Rücksicht auf die eigentliche Bestimmung als geboten erscheinen. Dasselbe gilt, sobald die Kompetenz des Zollparlamentes erweitert ist, ebenso wie zur Zeit der beschränkten Kompetenz, da es sich immerhin um Gegenstände von vorwiegend volkswirthschaftlicher Natur bei den Berathungen handeln wird. Die Erweiterung der Kompetenz soll sich auf das gesammte Gebiet der Wirthschaftspolitik erstrecken.

Im Zollparlament wird außerdem zunächst anzustreben sein: 1) Beseitigung der Kündbarkeit des Zollvereines, um die hievon unzertrennlichen schweren Verkehrs- und Kredit-Erschütterungen zu vermeiden; 2) Vervollständigung des Zollbundes durch Hereinziehung Mecklenburgs, Lauenburg und der Hansestädte; 3) Vereinfachung des Zolltarifs mit Rücksicht sowohl auf die finanziellen als auf die volkswirthschaftlichen Interessen; 4) möglichste Beseitigung der noch bestehenden Uebergangssteuern; 5) Erledigung der Tabaksteuerfrage im Zusammenhange mit einer allgemeinen Reform des Verbrauchssteuersystems und Herabsetzung der Salzsteuer; 6) Beschleunigung des Abschlusses des Zollvertrages mit Oesterreich aus Rücksicht auf die vielfachen engen Verkehrsbeziehungen der süddeutschen Staaten in dieser Richtung.

Als einer der Kandidaten des „Volkswirthschaftlichen Vereins" wurde der frühere Abgeordnete Hr. Adam Müller, Generalsekretär des Landwirthschaftlichen Centralkomite's, aufgestellt.

Württemberg. Stuttgart, 8. Jan. [Zu den Zollparlamentswahlen.] Ein stark verbreitetes Gerücht schreibt dem Minister v. Varnbüler die Geneigtheit zu, als Kandidat für das Zollparlament aufzutreten. Ob Herr v. Varnbüler wirklich diesen Plan hat und, bejahenden Falls, ob er gelingen wird, lassen wir dahingestellt. Gewiß ist, daß die württemb. Regierung eine der vier von ihr zu besetzenden Stellen im Zoll-Bundesrath offen lassen wird, und daß diese später von Herrn v. Varnbüler, falls er nicht Parlaments-Abgeordneter wird, besetzt werden soll. Einstweilen ist der württemb. Gesandte in Berlin, v. Spitzemberg, Schwiegersohn v. Varnbülers, in den Zoll-Bundesrath ernannt; die anderen zwei Ernennungen werden demnächst erfolgen und wahrscheinlich auf den Oberregierungsrath Bitzer und den Oberfinanzrath Riecke, zwei für eine freie Entwicklung des deutschen Zoll- und Verkehrswesens von je her thätige Beamte, fallen. — Was die Stellung der Parteien zu den Zollparlaments-Wahlen betrifft, so hat die Volkspartei in einer Landesversammlung die Nichtbetheiligung beschlossen. Bemerkenswerth ist, daß eine ansehnliche Minderheit gegen diesen Beschluß war.

Norddeutscher Bund.

Frankfurt, 7. Jan. [Verein für Hebung der materiellen Interessen.] In seiner gestern Abend im Saale der polytechnischen Schule zum Zwecke öffentlicher Besprechung der Mittel und Wege, um den materiellen Interessen Frankfurts aufzuhelfen, stattgefundenen Versammlung hiesiger Bürger, wurde der bereits in den Kreisen einiger hiesigen Vereine, sowie in der Presse vielfach besprochene Gegenstand des Weiteren und namentlich in längerer Rede von dem Vorsitzenden August Ravenstein erörtert. Es soll sich also vor Allem darum handeln, Frankfurt durch bessere Verwerthung seiner bestehenden Vorzüge und durch neue entsprechende Einrichtungen zu einem angenehmen Vereinigungspunkte für Touristen und zu einem beliebten Aufenthaltsorte für unabhängige Familien zu gestalten. Dies sind gewiß sehr anerkennenswerthe Bestrebungen, und würden darauf abzielende Privat- und öffentliche Unternehmungen gewiß geeignet sein, „Frankfurts Stellung (wie es in dem bezüglichen Aufrufe heißt) als eines der kosmopolitischen Centralpunkte Europa's für den internationalen Verkehr zu befestigen." Das Richtigste traf wohl derjenige Redner, welcher, selbst eine Zeit lang von hier ausgewandert, meinte, er sei zurückgekehrt, weil er es doch nirgends besser gefunden als hier. Die Geschäfte lägen überall mehr oder weniger darnieder, und wenn nur einmal die Alle bedrückende Kriegsfurcht verscheucht sei, werde auch Frankfurt wieder aufblühen. Die Versammlung von einigen Hundert Personen — der beschränkte Raum trieb Manche fort — sprach sich schließlich für die Gründung eines Vereins aus und nahm die Statuten des neu constituirten Vereins en bloc an. Die Beiträge für die Mitgliedschaft wurden auf 2, 5 und 10 fl. und beliebig höher festgesetzt, und das provisorische Comité soll die Geschäfte bis zur Wahl eines definitiven Vorstandes fortführen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Januar. [Der preußische Gesandte. General Ignatieff. Unterstaats-Sekretäre.] Durch die Blätter lief die Nachricht, daß Baron Werther dem Kaiser seine Accreditive als Botschafter des norddeutschen Bundes überreicht habe. Wie ein Korrespondent der „Schles. Ztg." „aus guter Quelle" erfährt, ist diese Nachricht unrichtig. Baron Werther ist zwar neuerdings accreditirt worden, jedoch nur als Vertreter des Königs von Preußen. Uebrigens hört man, daß dennoch die Bestallung eines Vertreters des norddeutschen Bundes demnächst erfolgen, jedoch gleichzeitig ein Personenwechsel stattfinden werde. (Die „N. Fr. Pr." hat kürzlich gegen Baron Werther einen heftigen Angriffsartikel gebracht: es spreche

---

mal nur, ein paar Flechten durchzuschneiden. Dann kam Hilfe und der Abscheuliche machte sich davon.

Schon glaubte ich mich von ihm befreit; da verfällt er auf eine neue List. Eines Abends klopfte er an die Thüre. Leider hatte er erfahren, daß ich 20 Francs brauchte, um meine Uhr einzulösen. Die Thür klafft unten ein bischen und da schiebt mir der Mensch vier Fünffrancsstücke durch und sagt mit seiner sanftesten Stimme: Mach doch auf, Herzchen, ich thue dir gewiß nichts zu leide! Ich aber mache taube Ohren und lasse das Geld liegen. Da stemmt er sich gegen die Thüre wie ein Sturmbock und sprengt sie ein, daß das Schloß mitten ins Zimmer hineinfliegt. Er stürzt herein, immer seine Schneiderscheere in der Hand, greift mit der andern in meine Haare, zieht sie mit Gewalt herunter und sucht sie abzuschneiden. Ich laufe an das Fenster und schreie um Hülfe, er immer hinter mir her. Endlich verläßt mich die Kraft, er wirft mich zu Boden und mein schönes Haar fällt unter seinen schnöden Händen. Dabei erhalte ich auch noch einige Stiche mit der Scheere am Hals und der Wange, aber diese achte ich nicht gegen mein armes schönes Haar. Es war ja mein einziger Reichthum, meine einzige Freude!

Auf Verhalt des Präsidenten erklärte Emil ganz trocken: Ich habe es zwölf Monate mit ihr ausgehalten; sie war schwer zu behandeln, die Kleine; Sie sehen's ihr nicht an! Endlich gab ich sie auf, weil sie immer drohte, mich durch die Andern prügeln zu lassen.

Präsident: Durch welche Andern?

Emil: Ihre anderen Liebhaber. Das hat mich vexirt und weil ich wußte, wie viel sie auf ihr Haar hielt, wollt' ich ihr einen Schrecken einjagen und thun, als wollt' ich es abschneiden.

Marie: Thun als ob? Ich denke, du hast sie mir hinreichend abgeschnitten, rings um den Kopf herum! Ich sehe ja ärger aus wie eine Nonne! Hier sehen Sie die einzige Flechte, die ich vom Boden aufraffen konnte; die andern hat er mir noch dazu gestohlen.

Hier rollt sie die Flechte auf und fängt an zu weinen.

Das wächst ja wieder! ruft der Schneider. —

Wächst wieder? versetzt die Schöne; sehen Sie doch einmal, meine Herren, welche Länge! Ein Meter 70 Centimeters! Wird er wachsen! Bis dahin wär' ich alt genug! Sie fielen bis über die Fersen herunter, ich habe schon 4000 Franken ausgeschlagen, die man mir dafür bot. Zwingen Sie ihn doch wenigstens, das Haar herauszugeben, ich schlage noch immer 3—400 Franken heraus! —

Der Vertheidiger hält eine schöne Rede über den Wankelmuth der Frauen und die dämonische Macht der Eifersucht und erreicht in der That, daß man auf einen Monat Gefängniß herabgeht und dem Verurtheilten die Wahl läßt, seine Trophäen zurückzugeben oder 300 Franken zu bezahlen.

---

allem diplomatischen Herkommen Hohn, wenn man einen Gesandten, der vor dem Krieg zweier Mächte fungirt habe, auch nach dem Krieg wieder schicke.) Das Gerücht, daß Baron Magnus (der bisherige preußische Gesandte in Mexiko) zum Vertreter des Nordbundes am Wiener Hofe designirt sei und den Frhrn. v. Werther ersetzen werde, scheint trotz der Dementis, die demselben entgegengesetzt werden, richtig.*) Der russische Botschafter in Konstantinopel, General Ignatieff, hat auf seiner Reise nach St. Petersburg Wien berührt und Herrn v. Beust besucht. Die Konferenz der beiden Staatsmänner ist die Ursache, weßhalb Herr v. Beust der Einladung nach Brünn nicht folgen konnte, um dem Abschiedsfeste, welches gestern daselbst dem neu ernannten Minister des Innern gegeben worden, beizuwohnen. Auch mit dem Wiener russischen Botschafter, Grafen Stackelberg, hatte General Ignatieff eine längere Konferenz. — Die Unterstaatssekretärstellen der cisleithanischen Ministerien sollen in folgender Weise besetzt werden: für das Unterrichtsministerium Prof. Unger, für das Justizministerium Waser, eventuell Prof Glaser, für das Handelsministerium Ritter v. Schwarz.

— [Der neue Minister des Innern], Dr. Giskra, bisher Bürgermeister in Brünn, der Hauptstadt Mährens, hielt in letzterer Stadt am 6. d. sein Abschiedsfest. Die „N. Fr. Pr." bringt darüber einen sechs Riesenspalten langen Bericht. Dr. Giskra hielt eine glänzende Rede, worin er freiheitliche Entwickelung der Verfassung, des Selfgovernments und unverbrüchliches Festhalten an den Staatsgrundgesetzen, sowie Achtung der loyalen nationalen Bestrebungen von Seiten der Regierung versprach. Die Rede fand enthusiastische Aufnahme; ein großartiger Fackelzug beschloß die Abschiedsfeier.

Ausland.

Frankreich. [Ueber den Ausfall der Wahlen] im Somme- und Indre et Loire-Departement scheint man sich in den offiziösen Kreisen mit dem sprüchwörtlichen „blauen Auge" trösten zu wollen. Es hätte noch ärger kommen können, meint die „France" und freut sich darüber, daß die Herren Houssard und d'Estourmel wenigstens nicht zu der „bösen" demokratischen Linken gehören. „Ihre Wahl ist allerdings eine Niederlage der Regierung, so schreibt sie, aber kein Triumph der Opposition, Beide gehören der konservativen Partei an, welche die Fortbildung der Institutionen nicht von der Stabilität der Dynastie trennt, sie treten in die Kammer ein, frei von jeder regierungsseitigen Patronage, aber auch nicht als Gegner der bestehenden Gewalt und als Anhänger der Revolution." Die „France" muß sich freuen, wenn zufällig Jemand gewählt wird, der nicht gegen die Dynastie der Napoleoniden gestimmt ist? „Das ist sonderbar", wie Friedrich Wilhelm IV. sprach, als man ihm von angeblichen Gespenstererscheinungen im Berliner Schlosse Mittheilung machte.

Was der „Temps" über den Ausfall der Wahlen sagt, scheint die Bedeutung derselben ganz in das richtige Licht zu rücken. „Man muß sich", so schreibt er „im Auslande über die Tragweite dieser bemerkenswerthen Kundgebung nicht täuschen. Frankreich, davon sind wir überzeugt und halten jede andere Voraussetzung für unzulässig, Frankreich kümmert sich mehr denn jemals um sein Glück, seine Interessen, um die allgemeine Weltlage. In dieser Beziehung sind alle Bürger, alle Wahlbezirke ganz einmüthig und es wäre müssig, sich darüber weiter aussprechen zu wollen. Was durch das allgemeine Wahlrecht mißbilligt wurde, ist nicht das Prinzip einer Reorganisation unserer militärischen Institutionen, sondern das gegenwärtige Projekt, wie es im gesetzgebenden Körper theilweise schon votirt ist; es ist außerdem die unbestimmte und unzureichende Art und Weise, wie es motivirt wurde. Es ist keine Reform, sondern schlechtweg eine Mehrbelastung und zwar eine solche, deren Gründe nicht klar sind, weil es unmöglich ist, die Politik der Regierung zu begreifen. Die Deutschen werden sich vertheidigen, wenn wir sie angreifen, aber sie werden uns nicht ihrerseits angreifen, wenn wir sie in Ruhe lassen. Die Regierung erklärt, daß dasjenige, was in Deutschland verfällt, uns nicht angeht, so lange unsere Ehre und unsere Interessen unverletzt bleiben; aber was versteht sie darunter? worin läßt sie die Ehre und die Interessen Frankreichs bestehen?" Nach einem beißenden Hinweise auf die mexikanische Expedition zeigt Neffitzer, daß die Wahlen aus dem Grunde gegen die Regierung ausgefallen seien, weil das Militärgesetz die Lasten des Landes zu Gunsten einer unbestimmten und unbestimmbaren Politik vermehre, die von dem Volke nicht kontrolirt werden könne. Dem vernünftigen Rath, das Militärgesetz noch jetzt zurückzuziehen, kann die Regierung wohl nicht folgen — so muß sie denn wohl oder übel das Ergebniß der gefürchteten Neuwahlen über sich ergehen lassen."

Auch die „Liberté" benutzt die Wahlen in Amiens und Tours, um von Neuem die Zweideutigkeit der kaiserl. Politik anzugreifen. Recht zu haben, das sei für die Regierung, wenn sie stark sein wolle, eben so nothwendig, wie für die Opposition, wenn sie Einfluß zu üben wünsche. „Ist es möglich, fragt Girardin, Recht zu haben, wenn man das Gegentheil von dem thut, was man sagt? Wenn man Recht hat, das Gegentheil von dem zu thun, was man sagt, hat man Unrecht, das Gegentheil von dem zu behaupten, was man thut. Dieser fortwährende und bleibende Widerspruch zwischen That und Wort ist, was Frankreich in Unruhe und Europa in Angst hält. Setze doch endlich die französische Regierung ihre Worte mit ihren Thaten oder ihre Thaten mit ihren Worten in Einklang, und die dunkle, mit Elektrizität geladene Wolke wird verschwinden. Wir verlangen von der französischen Regierung nicht, daß sie Geschicklichkeit besitze, wir verlangen nur, daß sie aufrichtig sei — daß sie aufrichtig sei und endlich einen Entschluß fasse, sei's auch was für einer es wolle. Ist es der Krieg, wohl, so führe sie ihn energisch und offen, und unterlasse es endlich, uns zu erklären, daß das Kaiserreich der Friede sei. Wenn es der Friede ist, so reducire sie entschlossen die Armee, statt sie in ungemessener Weise zu vermehren." Hr. v. Girardin hatte wieder einen lichten Augenblick — wenn er es ehrlich meint.

— [Annäherung zwischen Frankreich und Preußen.] Der „Independance" wird aus Paris geschrieben: „Nach Berichten aus Berlin hat die Ansprache des Kaisers Napoleon an den Grafen Goltz dort in den Regierungskreisen den besten Eindruck gemacht, obwohl man sie hier ein wenig kalt gefunden hatte. Nicht blos Graf Bismarck, sondern auch der König Wilhelm selbst hätten bei dieser Gelegenheit gegen Herrn Benedetti den Wunsch ausgesprochen, jede Ursache einer Mißhelligkeit zwischen Frankreich und Preußen verschwinden zu sehen, indem sie hinzufügten, daß die letzten Worte des Kaisers zu dieser Hoffnung berechtigten. Graf Goltz habe das Seinige dazu beigetragen, diese Stimmung zu befestigen. Man betrachtet daher hier die am 31. Dezember ausgetauschten Reden nicht blos als ein Pfand der guten Beziehungen zu Preußen, welche gegenwärtig bestehen, sondern man will auch von Verhandlungen wissen, welche zwischen den beiden Mächten eröffnet wären, um zu einem Einvernehmen über gewisse Punkte der allgemeinen Politik zu gelangen. Nach der einen Version ist es Frankreich, nach der anderen Preußen, das in dieser Beziehung die Initiative ergriffen hat. Beide Mächte wären von dem Wunsche beseelt, einen definitiven Frieden zwischen Deutschland und Frankreich zu begründen. Letzteres würde Preußen angehen, Rußland an einem schroffen Vorgehen in der orientalischen Frage zu verhindern, denn man ist sehr beunruhigt über die Haltung, welche das Petersburger Kabinet der Pforte gegenüber eingenommen hat. Es läßt sich indessen noch nicht genau sagen, was Frankreich Preußen als Entgelt für seine guten Dienste in Aussicht stellen würde; in dieser Beziehung ist ein weites Feld für Kombinationen offen. Es würden weit bestimmtere Kundgebungen als ein bloßer Austausch von Höflichkeiten am Jahresschlusse nöthig sein, um alle Unruhe über das Verhältniß Frankreichs zu Preußen zu entfernen; darauf scheinen sich die gegenwärtigen Verhandlungen zu beziehen."

Der Ton, welchen seit Kurzem die Pariser Regierungsblätter wie die hiesigen anstimmen, läßt annehmen, daß die Angaben der „Independance" nicht ganz grundlos sind. Der bewaffnete Friede beginnt in der That für alle Theile immer unerträglicher zu werden.

Paris, 7. Jan. [Ein Krawall,] der gestern nach Mitternacht auf dem Place du Chateau d'Eau Statt fand, war ernsterer Natur, als man Anfangs geglaubt. Anlaß dazu gab das etwas brutale Auftreten eines Unteroffiziers, der sich, an der Spitze einer Patrouille, den Weg durch die Menge, welche sich auf dem Platze mit Schleifen und Schlittschuhlaufen amusirte, bahnen wollte. Ein großer Theil der dort Versammelten, gehörte der niedrigsten Schicht von Paris an, und es wurden die groben Worte laut, welche diese Art von Leuten immer im Munde führen. Der Unteroffizier nahm sofort einen der Leute fest. Die Menge nahm aber Partei für ihn und entriß ihn dem Unteroffizier. Derselbe stellte nun seine Soldaten in Schlachtordnung auf, nahm ein anderes Individuum am Kragen, und es wäre wahrscheinlich zu einem Handgemenge gekommen, wenn nicht ein Offizier aus der Caserne herbeigeeilt wäre, welcher den Mann in Freiheit setzen ließ und die Soldaten nach der Caserne zurückbeorderte. Die Menge war inzwischen aber in ungeheure Aufregung versetzt worden und sie begab sich, ungefähr 1500 bis 2000 Personen stark vor die Caserne, bombardirte dieselbe mit Eisschollen und

*) Entgegen dieser Nachricht lesen wir eben im preußischen „Staatsanzeiger" die offizielle Anzeige, daß Herr v. Werther als Vertreter des norddeutschen Bundes in Wien empfangen sei.

Steinen und zerschmetterte einen großen Theil der Fenster derselben. Zugleich ertönten von allen Seiten die Rufe: Vive la liberté! Vive la République! A bas le gouvernement! etc. Und dazwischen wurde die Marseillaise und das durch seine Erinnerungen an die erste Revolutionszeit so furchtbare Ça ira gesungen. Der Commandant der Caserne, der von Anfang an große Mäßigung an den Tag gelegt, ließ aber die Dinge ruhig ihren Gang gehen und benachrichtigte nur den in der Nähe wohnenden Polizei-Commissär. Dieser sandte sofort 25 Stadt-Sergeanten mit einem Offizier de Paix auf den Kampfplatz und forderte die Menge auf, sich zu zerstreuen. Dieselbe leistete aber nicht Folge, und der Offizier de Paix rief nun eine Compagnie Soldaten zu Hülfe, die mit gefälltem Bayonette die Menge zerstreute. Dreißig Personen ungefähr wurden verhaftet. Im Grunde genommen ist der Vorfall nicht sehr ernst und eigentlich ohne politische Bedeutung, besonders was seinen Ursprung anbelangt. Aber bezeichnend ist dieser Vorfall dadurch, daß er wieder beweist, wie sehr man in Paris gegenwärtig zum Widerstand geneigt ist. — Der Polizei-Präfekt Pietri läßt immer noch die Seine polizeilich überwachen und Niemanden auf dieselbe zu, obgleich das Eis bereits schon so dick ist, daß es die größten Lastwagen tragen könnte. Heute Nacht hatte man im Innern von Paris bei heiterem Himmel und hellem Mondschein wieder 10 Centigrad Kälte; heute Nachmittag bedeckte sich der Himmel und es droht wieder Schnee, doch haben wir immer noch 5 Centigrad Kälte.

Großbritannien. [Aus Abessinien] liegen Briefe vom 19. Dez. vor. Ein Bote Rassam's war in Sanafeh mit der Nachricht eingetroffen, daß Menelek, der König von Schoa, wirklich sich zwischen Magdala und Theodor geschoben habe; die Gefangenen hofften, es würde ihm gelingen, den Ort zu nehmen und sie zu befreien. Theodor führte eine Schreckensherrschaft; jeder Untergebene, der ihm verdächtig war oder sich einen Fehler zu Schulden kommen ließ, wurde mit dem Tode bestraft. Der Fürst von Tigre gab den Engländern zwar noch immer freundschaftliche Gesinnungen kund, hatte jedoch in letzter Zeit Grund zu Mißtrauen gegeben. Er verübelte es ihnen, daß sie sich aus den Erzeugnissen des Landes zu verproviantiren begannen, obwohl sie nichts nahmen, was ihnen nicht freiwillig gegeben wurde, und es gut bezahlten. Merewether hatte sogar einen Tarif, 6 Thlr. für einen Ochsen und 1½ Thlr. für ein Schaf oder eine Ziege, Preise, die in diesem Lande unerhört waren, festgesetzt. In Ober-Suruh, wo sich eine Quelle und etwas Lagergrund findet, hat man eine Zwischenstation mit einem Commissariat eingerichtet, wo man Nachts ein Concert von Schakalen, Hyänen, Affen, und dergleichen Gethier genießen kann. Die Schakale halten sich in bescheidener Ferne; die Affen aber kommen ganz nahe, lassen sich gar nicht einschüchtern, marschiren oft in kleinen Rudeln an den Engländern vorüber, oder setzen sich auf die Felswände und lassen die Fremden defiliren, schicken aber Angreifer mit blutigen Köpfen zurück. Ein Soldatenhund, der eines dieser Thiere fassen wollte, wurde alsogleich vom ganzen Rudel angefallen, und war froh, mit einigen Wunden davon zu kommen. Die dort einheimische Race erreicht die Größe eines starken Hundes, ist am Oberleibe reichlich und am Unterleibe gar nicht behaart, was ihr einen häßlichen Anblick gibt. Thiere und Menschen scheinen überhaupt in diesem Himmelsstriche nicht besonders mit Schönheit der Formen gesegnet zu sein und die Frauen werden als wahre Muster von Häßlichkeit geschildert. Sie kleiden sich gleich den Männern in weite weiße Mäntel, die sie jedoch mit weißen Muscheln und rothen Kügelchen verzieren. Beide Geschlechter tätowiren sich Arme und Nacken, graben sich Gestalten von Vögeln und Thieren ein, worauf die Stutzer und Modedamen der Schoho's großen Werth legen. Die Stämme, welche den englischen Truppen bisher zu Gesichte gekommen sind, gehören bekanntlich noch nicht zu den eigentlichen Abessiniern.

Rußland. [Zur orientalischen Frage.] Der „Ind. belge" wird von Petersburg geschrieben, daß die Berufung Ignatieffs und Budbergs allerdings eine politische Bedeutung habe, nämlich den Empfang neuer Instruktionen für die orientalische Frage. Ueber die von Rußland zu beobachtende Haltung herrschen zwei Ansichten. Die gemäßigte Partei meint, daß Rußland seine Absichten ohne thatsächliches Vorgehen erreichen könne: 1) durch eine entschlossene Haltung, die jeder anderen Macht die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Türkei verwehre; 2) durch Einvernehmen mit Preußen und Rußland; 3) durch Begünstigung der englischen Pläne auf Aegypten. Die radikale Partei dagegen fürchtet, daß eine andere Macht, sei es Oesterreich oder Frankreich, Rußland zuvorkommen könne, sie fordert offenen Krieg zu Gunsten der türkischen Christen, weil derselbe Rußland in den Besitz des schwarzen Meeres setzen und zwischen Slawen und Griechen eine innige Allianz errichten würde. Fürst Gortschakoff ist gegen letztere Ansicht, und man meint, wenn dieselbe die Oberhand gewinne, so werde er sich zurückziehen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65¼ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59¾ P. ½ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53¼ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	47⅞—48 G.
„	4½pCt.	40¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94⅛ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅝ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¼ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81⅞ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅞ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	81⅝ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	86⅜ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	95 P. 94¾ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P. 85⅝ G.
„	4½pCt. Obl. dto.	81½ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82⅞ G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	83¾ G.
NAmerika	6pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2½	78¼ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76¾—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	671 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	180—80½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89⅝ P. ⅜ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	328½ P. 327½ G
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108¼ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	237—58 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	114¼ P. 114 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156⅞ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89¾ P. ½ G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107⅜ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74⅝ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245½ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	41⅝ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119¾ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ P. ¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 P. 97¾ G.
do. in öst. W. l. S.	97⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	124¾ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	58¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	121½ G.
„ do. v. 1864	75—⅜ G.
4 pCt. Bayer. PrKm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	63⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	41 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 G.

Frankfurt, 9. Januar. Die Börse war ziemlich geschäftslos und die Course keinen wesentlichen Schwankungen unterworfen. Oesterr. Spekulationspapiere verkehrten ungefähr zu gestrigen Coursen. Von Anlagepapieren waren neue englische Metalliques eine Kleinigkeit matter, Steuerfreie dagegen etwas höher. Amerikaner waren sehr fest und zu ⅜ pCt. höherem Preis als gestern im Umsatz. Süddeutsche hielten ebenfalls ihren gestrigen Cours, waren jedoch etwas mehr am Markte als gestern. Badische Loose wurden ¾ pCt. höher bezahlt. In Eisenbahnen, Aktien und Prioritäten fanden keine nennenswerthen Umsätze statt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 11. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 11. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

München, 10. Januar.

[In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten] wurden zuerst die Ersatzmänner für den verlebten Abg. Dr. Mayer und für den ausgetretenen Abg. Scherbauer, Frhr. v. Schaky und Rühl beeidigt, worauf I. Präsident Dr. Pözl mittheilte, daß der 2. Ausschuß den Abg. Frhrn. v. Stauffenberg zum Referenten gewählt hat über den Antrag des Abg. Dr. M. Barth, die Erbauung von Vicinaleisenbahnen betr.

Der Abg. Jordan stellte an das Kriegsministerium folgende Interpellation: „In dem Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Bayern und Preußen ist ausgesprochen: „„Es garantiren sich die hohen Contrahenten gegenseitig die Integrität des Gebietes ihrer bezüglichen Länder und verpflichten sich, im Falle eines Krieges ihre volle Kriegsmacht zu diesem Zwecke einander zur Verfügung zu stellen. Se. Majestät der König von Bayern überträgt für diesen Fall den Oberbefehl über seine Truppen Sr. Majestät dem Könige von Preußen.““ Hiernach kann es keinem Zweifel unterliegen, daß im Falle eines Krieges bayerische Truppen gemeinsam mit Theilen der norddeutschen Armee oder vereinigt mit den Truppen der übrigen süddeutschen Staaten die Grenzen des Vaterlandes vertheidigen werden. Zu wirksamer Kriegsführung ist aber vorzugsweise gleiches Caliber der Schußwaffen nothwendig. Truppen-Abtheilungen dürfen im Kampfe nicht der Gefahr ausgesetzt sein, wehrlos zu werden, weil sie ihre Munition nicht aus den Vorräthen des Hauptkorps ergänzen können. In Würdigung dieser Verhältnisse ist dem Vernehmen nach in Württemberg und Baden die Einführung des preußischen Gewehres beschlossen und bereits in der Ausführung begriffen. Bei uns in Bayern sind zwar erst kürzlich die vorhandenen Podewils-Gewehre in Hinterlader umgewandelt worden, allein, wie es sich auch mit ihrer Leistungsfähigkeit verhalten möge, so hält, nach dem, was durch die Presse in die Oeffentlichkeit gedrungen ist, die k. Staatsregierung die Anschaffung weiterer Gewehre für nothwendig und will für diese nicht bei den Podewils-Gewehren stehen bleiben, sondern läßt Versuche anstellen, um für die weiter anzuschaffenden Gewehre die beste Construktion zu finden. Bei solchen Neuanschaffungen dürfte aber für uns die Rücksicht auf eine allmähliche Herstellung gleichen Calibers mit unseren Alliirten wichtiger sein, als das in seinem Erfolge ohnehin zweifelhafte Ringen nach dem an sich besten Gewehre und dürfte die Anschaffung von Gewehren nach einem neuen Muster nur dann sich rechtfertigen, wenn aus vorgängigem Benehmen mit der Centralgewalt des norddeutschen Bundes sich ergibt, daß die in Aussicht genommene neue Construktion als nicht blos bayerische, sondern deutsche Waffe eine Zukunft habe. Aus diesen Gründen erlaube ich mir die Anfrage an das k. Staatsministerium des Krieges:

„Hat die k. Staatsregierung die Absicht, gleiches Caliber der bayerischen mit den norddeutschen Schußwaffen anzubahnen und soll die Einleitung dazu alsbald getroffen werden.“

Der Kriegsminister antwortete: „Die Neubewaffnung der bayerischen Armee ist unbedingt eine der wichtigsten Fragen, deren Lösung in nächster Zeit dem Kriegsministerium bevorstehen und es ist demselben nur angenehm, durch die vorliegende Interpellation Gelegenheit gefunden zu haben, seinen Standpunkt in dieser wichtigen Frage darzulegen. Diese Neubewaffnung wird möglicher Weise eine Summe von $4^1/_3$ Millionen und, falls nur die Etablissements Bayerns allein in Betracht kommen, einen Zeitraum von 3—4 Jahren beanspruchen; Grund genug, um einerseits auf so sicherer Grundlage als möglich, andererseits mit jeder hiermit vereinbaren Beschleunigung vorzugehen. Das Kriegsministerium bekennt sich unbedingt zu der Ansicht, daß neben dem Streben nach dem an sich besten Gewehre eine Gleichheit der Waffe nach Caliber und Munition mit den übrigen deutschen Staaten angestrebt werden müsse und würde das in den anderen deutschen Staaten eingeführte Zündnadelgewehr nicht in der einen oder andern Richtung durch die neuesten Fortschritte der Handfeuerwaffen-Technik bereits überflügelt sein, so daß sich die Erwägung aufdringt: „ob nicht diejenigen Staaten, welche dieses Gewehr besitzen, vielleicht selbst in nicht zu ferner Zeit eine Veränderung ihrer Bewaffnung anstreben und vornehmen,“ so würde unbedingt das Kriegsministerium als Waffe, mit welcher unsere Infanterie künftighin ausgerüstet werden solle, das Zündnadelgewehr gewählt haben, um eben die Gleichheit der Bewaffnung mit den übrigen deutschen Staaten hiemit zu erreichen. So großes Gewicht aber auch das Kriegsministerium auf diese Gleichheit der Bewaffnung legt, so kann hier doch nicht unerwähnt bleiben, daß ein absolut unabweisbares Bedürfniß für die unbedingte Gleichheit der Bewaffnung denn doch nur innerhalb der einzelnen größeren Armeekörper, d. i. der Armeekorps anzunehmen ist, weil jeder dieser Körper selbstständig mit Munitions-Reserven versehen ist und bei den selbstständigen Aufgaben, welche diesem Körper stets zufallen, und den räumlichen Verhältnissen, welche ihre kriegerische Thätigkeit bedingen, ein wechselseitiges Aushelfen der

Der Komponist des „Orpheus in der Unterwelt“.

Jacques Offenbach, der Komponist so vieler übersprudelnd lustiger, ja übermüthig sinnlicher Operetten, wie „Orpheus in der Unterwelt“, „die schöne Helena“ und noch vieler anderer, durch deren Ertrag er jetzt zum reichen Mann geworden ist, hat ein vielbewegtes Leben gehabt und lange mit Noth und Entbehrungen gekämpft. Schon mit sieben Jahren kam er aus seiner Vaterstadt Köln nach Paris, wo er hauptsächlich unter Halévy's Leitung Musik studirte und das Pariser Leben von allen Seiten kennen lernte. Denn dazu hatte der junge Künstler, der in den vornehmen Cirkeln Konzerte gab und als Virtuos glänzte, während er daheim in seiner kleinen, einsamen Kammer die härtesten Entbehrungen trug, reichliche Gelegenheit; zu Hause erging er sich in philosophischen Reflexionen, während ihn die ewig wirbelnde Umgebung des Theaters und der Künstlerkreise in den Strudel des Lebens hineinrissen.

Die Sehnsucht nach dem Familienleben führte ihn zu einer frühen Ehe, zu der Verbindung mit einem schönen, guten und geistvollen Mädchen spanischer Herkunft, welches damals in Marseille wohnte. Dieser Schritt war ein Glück für Offenbach, er hatte ihn nie zu bereuen. Er gab ihm Halt im Leben, eine Stütze in der Noth, die Charakterfestigkeit und heiterschöne Laune in das Haus, den theilnahmsvollsten Freund in jeder schwierigen Lage, den schönsten Lohn eines schaffenden Mannes: die verklärende Freude des Weibes über die Triumphe ihres Gatten. Offenbach ist ein trefflicher Familienvater, der seine fünf Kinder mit der tiefsten Liebe umfängt und sein schönstes Glück in ihrem Kreise findet. Den Sinn für das Familienleben, den schönen Zug des Juden hat er sich trotz des vor seiner Heirath ausgeführten Uebertrittes zum Christenthume bewahrt, so daß Niemand den Offenbach des Theaters in dem Hausvater Offenbach vermuthen würde.

Wie lange hatte er schwer zu kämpfen und wie arm war er einst! 1848 mußte er mit Weib und Kind Paris verlassen, da sich dort Niemand um Musik kümmerte und er in der Aufregung, welche daselbst herrschte, keine Ruhe und Muße zum Arbeiten fand. So reiste er denn aufs Ungewisse mit den Seinen nach Köln; unterwegs im Waggon überreichte ihm plötzlich seine Frau, die liebevolle und muthige Hermine, eine volle Börse und sagte ruhig: „Hier ist Geld, Jacques, das ich mir erspart habe; nimm es zu dir, damit ich es nicht verlirre!“

Das Geld reichte freilich nicht lange aus, während die Tage anscheinend ohne Ende dahin flossen. Da erhielt Offenbach eine Einladung, in Frankfurt zu konzertiren, aber als er dort ankam, war Frankfurt in Aufregung und keine Möglichkeit, ein Konzert zu geben. Nun fuhr der arme Künstler mit einem verzweifelten Entschlusse nach Homburg, versuchte sein Glück an der Spielbank, setzte seinen letzten Louisd'or und gewann eine für seine damaligen Verhältnisse bedeutende Summe, mit welcher er freudig nach Köln zurückkehrte.

Munitions-Reserven verschiedener Armeekorps zu den Ausnahmen gehört. Im Hinblicke auf diesen Umstand und bei den Bedenken, welche gegenüber einer bleibenden Beibehaltung des Zündnadelgewehrs von mehreren berechtigten Seiten zur Geltung gebracht wurden, hielt es das Kriegsministerium für seine Pflicht, die zur Zeit bekannten Rückladungsgewehre, worunter die neue Construktion Werder's alle Beachtung verdient, commissionellen Versuchen zu unterstellen. Nach dem Ergebnisse dieser Versuche, welches in möglichst kurzer Zeit dem Kriegsministerium in Vorlage gebracht sein muß, wird zunächst die Frage zum Austrage zu kommen haben: ob die positiven Vortheile, welche allenfalls mit der ein oder andern Construktion erreicht werden, so groß und schwerwiegend sind, daß hiedurch Veranlassung gegeben ist, von den nicht zu unterschätzenden Vortheilen, welche in einer Gleichheit der Bewaffnung mit den übrigen deutschen Staaten liegen, abzustehen und zur Einführung einer derartigen Waffe für die bayerische Infanterie zu schreiten; oder ob unbedingt die Gleichheit der Bewaffnung durch Annahme des Zündnadelgewehres herzustellen sei. Bei der besonderen Wichtigkeit und Tragweite dieser Frage wird aber das Kriegsministerium zu deren Lösung schließlich eine Kommission aus höheren und erfahrenen Offizieren in nächster Zeit berufen und hoffe ich, daß in nicht zu ferner Zeit ein definitiver Entschluß gefaßt werden kann."

Nun begann die Berathung über die Anträge der Abgeordneten Stenglein, Dr. Völk, Frhr. v. Stauffenberg und Behringer, die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches vom 10. Nov. 1861 betr. Referent Dr. Streit, welcher die allgemeine Debatte einleitete, bemerkte u. A., daß eine theilweise Abänderung einzelner Bestimmungen des Strafgesetzbuches dringend geboten sei, wenn nicht die schon jetzt empfindlich fühlbare Ueberlastung der Schwurgerichte zu einer nicht mehr zu bewältigenden Höhe steigen soll; eine solche theilweise Revision sei auch nothwendig, weil einzelne Bestimmungen in der Praxis eine mit der Absicht und dem Geiste des Gesetzes nicht harmonirende Auslegung erfahren, weil sich einzelne Härten des Gesetzbuches fühlbar gemacht hätten und weil durch die vorgeschlagenen Aenderungen in keiner Weise in ein Prinzip des Strafgesetzbuches eingegriffen, keine Störung in dem Gesammtbau des Gesetzes hervorgerufen werde. — Herr Justizminister v. Lutz nahm Bezug auf die Behauptung im Ausschußbericht, daß die bisherige Nichterfüllung der Zusicherung einer Gesammtrevision des Strafgesetzbuches die vorgeschlagenen Aenderungen veranlaßt habe und bemerkte u. A., daß diese Zusicherung im Landtagsabschiede von 1865 keine unbedingte war, daß vielmehr eine Revision des Strafgesetzbuches nach Maßgabe der Erfahrungen zugesichert wurde. Soweit letztere vorliegen, habe sich die Nothwendigkeit einer allgemeinen Revision nicht ergeben und auch der Umfang und der Inhalt der vorliegenden Anträge begründe das Bedürfniß der Revision nicht. Die vorliegenden Reformanträge seien vielmehr nach Umfang und Inhalt ein höchst günstiges Zeugniß für das Gesetzgebungswerk im Allgemeinen. Zur Zeit könne eine Revision des Strafgesetzbuches ohne Schaden für die Strafrechtspflege unterlassen werden, ja die Regierung habe gegründeten Zweifel, ob es dem Ansehen der Gesetzgebung förderlich sei, wenn die Revision jetzt vorgenommen würde. Der Wissenschaft und Praxis müsse auch etwas überlassen werden; sie würden schon die nöthige Korrektur vornehmen. Schließlich regte Redner die Frage an, ob die Anträge ein unzertrennliches Ganze bilden, oder ob sie nicht als trennbar betrachtet werden können.

Stenglein glaubt, daß im Großen und Ganzen unser Strafgesetzbuch auf der Höhe der Zeit steht und genügt, dennoch ist Redner der Ansicht, daß man in Aenderung der Strafgesetze nicht zu ängstlich sein solle. Möge die Kammer auf die Diskussion der Anträge eingehen und ihnen Wohlwollen entgegenbringen. — Bauer spricht sich gegen die Anträge aus; die Kammer habe viel Wichtigeres zu thun, als der Unsittlichkeit fröhnen helfen! (Lautes Oh! Oh!) Der Präsident rief den Redner zur Ordnung und fügte bei, daß über die Pflicht eines Abgeordneten zwar verschiedene Ansichten herrschen können, daß aber in diesem Hause Jeder wisse, was seine Pflicht ist. — Dr. Ruland erkennt an, daß einzelne der Anträge berechtigt sind, allein eine fragmentarische Revision dieses großen Gesetzgebungswerkes scheine nicht so dringend, als dies vom Ausschuß behauptet wird. Lasse man erst die Erfahrung sich noch weiter erproben!

Streit empfahl noch einmal die Anträge und erklärte sich mit Hrn. Justizminister einverstanden, daß die gestellten Anträge kein unzertrennliches Ganze bilden und die Ablehnung des einen oder des anderen der Anträge nicht die Ablehnung aller übrigen bedinge. — Nun begann die Spezialdiskussion und zwar über Art. 83, zu dem der Ausschuß einen Zusatz beantragte, welcher lautet: „als unverschuldet erlitten ist insbesondere auch diejenige Untersuchungshaft zu erachten, deren Verhängung unzulässig gewesen sein würde, wenn zur Zeit der Verhängung die Umstände, auf deren Annahme das Endurtheil gebaut ist, bereits festgestellt gewesen wären." Dieser Zusatz wurde, obwohl Ministerialkommissär Dr. Weis bemerkte, daß unter den Richtern eine gewisse Geistesträgheit hervorgerufen werde, wenn man solche authentische Interpretationen sich angewöhne, nach kurzer Debatte angenommen. Ebenso wurden die vorgeschlagenen Aenderungen zu Art. 142, die Befreiung von Gefangenen und Art. 45, die Hausfriedensstörung betr., wodurch das Strafmaximum herabgesetzt werden soll, angenommen. — Zu Art. 221 des Strafgesetzbuches bezielt der vorliegende Antrag Herabsetzung des Strafminimums dadurch, daß die Angabe einer bestimmten Minimalgränze von 3 Monaten gestrichen und hienach dem Richter gestattet werde, bis auf einen Tag herabzugehen. Der Grund dieses Vorschlages liegt darin, daß bei dem hier vorliegenden Reate — der Kuppelei — im Zusammenhalt mit den thatsächlich häufig gegebenen besonderen Umständen das gesetzliche Strafminimum noch zu hoch gegriffen sei. Weiters wird, um der Polizei eine Regelung der Prostitution zu ermöglichen, der Zusatz vorgeschlagen: „Auf Inhaber polizeilich geduldeter Häuser findet die Bestimmung des Abs. 1 keine Anwendung." Endlich soll im Art. 97 des P.-St.-Ges.-Buches nach den Worten „Weibspersonen, welche" beigesetzt werden „außerhalb der polizeilich geduldeten Häuser". — Referent Dr. Streit legt zunächst Verwahrung gegen die Behaupt-

---

Als Offenbach noch nicht verheirathet war, rettete ihn auch einmal der glückliche Zufall vor dem Hunger. Er hatte als Künstler in Paris viele bekannte Familien, in denen er ohne Umstände um sechs Uhr zur Essensstunde erscheinen und sich einladen konnte. In ein solches Haus nun zum Diner zu gehen, entschloß er sich eines schönen Tages, als er die Entdeckung machte, daß seine Kasse bis auf drei Francs zusammengeschmolzen war. Er trat in den Salon und fand den Herrn und die Dame im Begriff auszugehen, denn sie waren anderswo eingeladen. Man bedauerte und lud Offenbach für jeden anderen beliebigen Tag ein. Der arme Teufel zwang sich zu der größten Liebenswürdigkeit und schlug den Weg nach einem anderen bekannten Hause ein; allein diese Familie wohnte etwas entfernt und als Offenbach ankam, war das Diner zu Ende. Er mußte eine Stunde plaudern und ging dann, er wußte selbst nicht wohin. Ganz niedergeschmettert und von Hunger gequält, schritt er in der Passage de Panorama hin und her, da trat ein Herr auf ihn zu und sprach:

„Es freut mich, daß ich Sie treffe! Ihr Bruder war so freundlich, mir vor einiger Zeit in Bordeaux einen Louisd'or zu leihen; da ich nur kurze Zeit in Paris bleibe und nicht weiß, ob ich ihn treffe, so würde ich Sie bitten, das Geld in Empfang zu nehmen."

Natürlich nahm er es mit Vergnügen und eilte zum nächsten Restaurant, um zu essen. Heute erzählt Offenbach diese Anekdoten lächelnd, denn jetzt kann er eben lächeln. Sein gastfreies Haus — er wohnt in der Rue Lafitte, unweit Rothschild — ist jeden Freitag Abends allen Bekannten geöffnet und zum Diner findet sich auch jede Woche einmal ein Kreis von Bekannten ein. Offenbach's Salon hat viel Anregendes, ist dabei aber streng bürgerlich; das Theater ist nie darin vertreten, da Hermine Offenbach ihrer Töchter wegen diese Schranke mit Entschiedenheit aufrecht hielt.

Sonntags ist Familiendiner, denn die Familie der Hausfrau ist groß genug, um den Speisesaal und Salon zu füllen. Und welches Leben, wenn die lebhafte spanische Familie und die Kinder beisammen sind — man hört sein eigenes Wort nicht, was den Hausherrn aber nicht abhält, in seinem Zimmer ruhig fortzuarbeiten. Er kann komponiren während des größten Lärmes, ja während sein jüngstes Kind, ein reizender blonder Knabe, auf dem Schreibtisch und eine kleine Tochter auf des Vaters Knieen sitzt.

So schafft er von Morgens 7 Uhr bis eilf, dann frühstückt er im Café Riche, welche Gelegenheit er dazu benutzt, um mit seinen Dichtern die Sujets zu besprechen, Aenderungen der Verse und Szenen anzuordnen, mit Verlegern, Theaterdirektoren und Sängern zu unterhandeln, mit Redakteuren und Kritikern zu plaudern und den Lebensbedarf an Pariser Neuigkeiten einzunehmen. Dann geht er zu einer Probe in's Theater, arbeitet vor dem Diner wieder einige Stunden, besucht die Theater, wo man seine Stücke aufführt, und Nachts arbeitet er, wenn es nothwendig ist, wieder.

In dieser Weise ist Offenbach's Haus in Paris und seine reizende Villa Orphée am Meeresstrande in Etretat der anstrengendsten Arbeit und dem häuslichen Glücke gewidmet; hier herrschen nur die guten Genien, nicht die tollen (und mitunter sehr häßlichen!) Kobolde, welche in seinen Stücken hausen.

---

ung Bauers ein, daß mit diesen Vorschlägen der Unsittlichkeit gefröhnt werden solle; es handle sich lediglich um eine zur traurigen Nothwendigkeit gewordene Schutzmaßregel, durch welche allein der jetzt in zahllosen Kanälen verbreitete und Alles verpestende Strom der Prostitution in bestimmte Bette gedämmt und seine Verderblichkeit, wenn nicht beseitigt, doch gemindert werden könne.

Dr. Ruland erklärte sich gegen die Anträge, weil sie mit dem ewigen unwandelbaren Gesetze der Sittlichkeit in Widerspruch stünden. Der Ausschußantrag wolle die Prostitution in Toleranzhäusern geregelt wissen; wenn das die Wirkung des Zusammenlebens in großen Städten sei, dann wäre es besser, es gebe gar keine großen Städte. Glaube man auch nicht, als ob durch diese Vorschläge auch nur im Entferntesten die Sache abgeschnitten sei, schaffe man daher nicht gesetzlich ein Institut, von dem man sich sagen müsse, es widerspricht dem göttlichen Gesetze. Auch Dr. von Hoffmann ist gegen diese Zusätze: er kann sich dazu nicht verstehen, daß die Obrigkeit dem Laster schützend zur Seite stehe, und daß um zwei oder drei großer Städte willen das Gesetz des Landes mit einem sittlichen Makel befleckt werde.

Hr. Minister Frhr. v. Pechmann bemerkte, daß die beiden zu Art. 221 des St.-G.-B. und zu Artikel 97 des P.-St.-G.-B. vorgeschlagenen Zusätze ihre traurige thatsächliche Begründung haben. Redner konstatirt dies auf Grund seit Jahren amtlich eingezogener Erfahrungen. Diese Erfahrungen ausführlich zu erörtern, müsse er, obwohl ihm das Material zu Gebote steht, Anstand nehmen. Wenn zur Revision des Strafgesetzbuches geschritten werden soll, so müsse er anerkennen, daß eine Modifikation in den beiden obenerwähnten Richtungen in Betracht gezogen werde. Redner beklagt, wie Jeder, die Nothwendigkeit, daß zu solchen Mitteln gegriffen werden müsse, aber die Kammer werde den Interessen der Sittlichkeit und der öffentlichen Gesundheit einen wesentlichen Dienst erweisen, wenn sie den beantragten Modifikationen zustimme. Das Zugeständniß, welches dadurch der Staatspolizei gemacht wird, vergrößere allerdings die Verantwortlichkeit der Regierung, aber letztere werde dafür sorgen, daß die Gründung öffentlicher Häuser nicht über absolutes Bedürfniß und nicht auf Orte ausgedehnt werde, wo sich kein Bedürfniß ergibt. Wenn man unter 2 Uebeln zu wählen habe, so müsse man das geringere wählen und das vorgeschlagene Uebel sei das geringere, mag man die Sache vom Standpunkte der Sittlichkeit oder der öffentlichen Gesundheit betrachten. — Bei der nun folgenden Abstimmung wurden die vorgeschlagenen Aenderungen angenommen. — Ein weiterer Antrag bezieht sich auf Art. 234 des Strafgesetzbuches und will, daß die Körperverletzung, welche eine mehr als 60tägige Krankheit oder Arbeitsunfähigkeit zur Folge hatte und welche bisher als Verbrechen mit Zuchthaus bis zu 16 Jahren bestraft wurde, nun als Vergehen qualificirt und mit Gefängniß von 4 Monaten bis zu 5 Jahren bestraft werde. Dr. Weis bekämpfte den Antrag, weil seine Annahme die Aenderung einer ganzen Reihe von Artikeln zur Folge haben müßte. Stenglein und Dr. Streit bevorworteten denselben, die Kammer lehnte ihn ab mit 67 gegen 56 Stimmen. Der vom Ausschusse beantragte Zusatz zu Art. 234: „auch der Versuch der Körperverletzung ist strafbar, wenn zur Ausführung Waffen oder Gift angewendet worden sind," wurde ohne Debatte angenommen. Präsident Pözl schloß die Sitzung gegen 2 Uhr mit dem Bemerken, daß die Berathung morgen Vormittag 9 Uhr fortgesetzt wird.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 9. Januar. [Artikel 84 der Verfassung: „Redefreiheit der Abgeordneten," und der neue Justizminister.] Die lib. Korresp. schreibt: Der gestrige Tag hat verschiedene Enttäuschungen gebracht, die schwerste von allen aber den Nationalliberalen, wenn diese auch schwerlich die Thatsache zugestehen werden. Allgemein hatte man erwartet, daß der Justizminister heute bei der zweiten Lesung der Lasker'schen Deklaration Namens der Regierung die Erklärung abgeben werde, daß sie dem Gesetze zustimme. Diese Erwartung ist getäuscht worden, die Regierung hat seit dem Eintritte des neuen Justizministers sich noch gar nicht mit dieser so hochwichtigen Frage beschäftigt (ein Zeichen, daß sie nach wie vor die parlamentarische Redefreiheit nicht will und es bei dem berüchtigten Obertribunalbeschluß bleiben solle. Auch der + Offiziöse erklärt dies heute mit dürren Worten). Diese Thatsache, welche der Minister dem seinen Worten lauschenden Hause mittheilte, ist wohl die beste Illustration zu dem Wahne, dem sich die Nationalliberalen hingeben, daß Graf Lippe durch den heute in zweiter Lesung angenommenen Antrag gestürzt worden sei. Nachdem der neue Minister vier Wochen im Amte ist, kann er dem Hause noch keine Auskunft geben über die Stellung, welche er und seine Kollegen zu dieser für unser parlamentarisches Leben so wichtigen Frage einnehmen, man wird es also Niemand verübeln, wenn er heute noch glaubt, daß die Regierung noch auf demselben Standpunkte steht, der sie zu der Anklage gegen Twesten und Frentzel bestimmt, und den Graf Bismarck bei der Vorberathung des Gesetzes so klar dargelegt hat. Deßhalb hatte auch die Fortschrittspartei keinen Grund, ihre Haltung dem Gesetze gegenüber zu ändern, und sie hat auch demgemäß wiederum gegen das Gesetz gestimmt. Für den neuen Justizminister war der Debut im Abgeordnetenhause sowohl bei dem Lasker'schen Antrage, wie auch gleich darauf bei der Vorberathung des Justizetats, ein sehr unglücklicher; es war ihm, das ist wohl nicht in Abrede zu stellen, eine selten günstige Gelegenheit geboten, denn sein Vorgänger hat niemals weder durch die Art noch durch den Inhalt seiner Rede geglänzt. In beiden Beziehungen hat nun aber auch heute der neue Minister viel zu wünschen übrig gelassen, und es wird ihm schwer werden, diesen ungünstigen Eindruck zu verwischen. Nachdem nun aber so ganz unzweifelhaft konstatirt ist, daß der Graf Lippe nicht wegen der Debatten über den Art. 84 der Verfassung abgegangen ist, so erscheint die Annahme, daß wirklich, wie verschiedentlich behauptet worden ist, die Besetzung der Präsidentenstelle bei dem hiesigen Stadtgerichte den Grund zu seinem Austritte aus dem Ministerium gegeben habe, sehr gerechtfertigt, wenngleich sich wahrscheinlich die nationalliberalen Blätter sträuben werden, diese Thatsache zuzugestehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 8. Jan. [Ersparungen im Militärbudget. Die Lauigkeit gegen die neue Aera.] Die parlamentarischen Minister haben ihre Aemter angetreten und die neue Staatsmaschine ist seit fünf Tagen im Gange. Gestern begannen die regelmäßigen Ministerkonferenzen unter dem Vorsitze des Fürsten von Auersperg und wird einer der ersten Gegenstände der Berathungen die Frage der im Militärbudget vorzunehmenden Ersparungen sein. Es soll in dieser Beziehung so weit als möglich gegangen werden.

Die gestrige „Presse" schreibt: „Es ist von der ausländischen Presse hervorgehoben worden, daß die Publikation der neuen Staatsgrundgesetze in Oesterreich vor sich gegangen ist, ohne irgend welche enthusiastische Kundgebungen seitens der Bevölkerung hervorzurufen. Wer die österreichischen Zustände der letzten zwanzig Jahre kennt, wird diese Erscheinung begreiflich finden. Wir haben eben in dieser für das Leben von Völkern verhältnißmäßig kurzen Spanne Zeit wiederholt Gelegenheit gehabt, uns von der Wahrheit des Satzes zu überzeugen, daß Staatsgrundgesetze allein nicht hinreichen, einem Volke die Segnungen der Freiheit zu sichern wenn nicht ihre Durchführung Männern anvertraut wird, denen es Ernst ist mit dem Worte von der Nothwendigkeit der Theilnahme des Volkes an Gesetzgebung und Verwaltung des Staates. Einen solchen hofft die intelligente und freisinnige Bevölkerung Oesterreichs in Dr. Giskra, dem neuen Minister des Innern, gefunden zu haben und bringt ihm seine Sympathieen entgegen. Das Festbankett, das ihm zu Ehren am 5. in Brünn veranstaltet worden, gewinnt dadurch einen doppelten Charakter. Die Bürger von Brünn, diese durch ihren Fleiß, durch die angestrengte Arbeit ihrer Hände und ihres Geistes ausgezeichneten Männer feierten nicht blos den scheidenden Bürgermeister, der in den Tagen schwerer Noth und Bedrängniß durch seltene Umsicht und rastlose Thätigkeit sich den Dank Aller erworben, sondern den sein Amt antretenden Minister des Innern, von dem man erwartet, daß er den Konstitutionalismus nicht allein in dem Hause vor dem Schottenthore, sondern auch in den Amtsstuben der weiten Provinzen der cisleithanischen Reichshälfte werde walten lassen."

Ausland.

Schweiz. [Hannover'sche Flüchtlinge.] Aus Zürich, 17. Dezbr., hat der hannover'sche Flüchtling Adolph v. Tschirnitz eine Erklärung veröffentlicht, wornach die zahlreichen, in der Schweiz sich aufhaltenden Hannoveraner von der gewährten Amnestie keinen Gebrauch machen und nicht in die Heimath zurückkehren, sondern „ihrem König Georg Treue halten wollen." Welche Sorte von Leuten diese Flüchtlinge sind, mag daraus hervorgehen, daß dieselben neuestens von der Berner und Züricher Regierung ausgewiesen wurden. In Langenthal im Kanton Bern, wo man ihnen gastfreundlich die Kaserne zur Wohnung eingeräumt hatte, haben sie sich in der Neujahrsnacht so skandalös aufgeführt, daß nichts anderes übrig blieb, als ihnen die Gastfreundschaft zu kündigen.

Frankreich. [Kriegerisches.] Die offiziöse Doppelzüngigkeit allenthalben wird jetzt geradezu widerlich. Obgleich man sich in Paris den Anschein gibt, daß die Beziehungen mit Preußen gut sind, fehlt es nicht an entgegengesetzten Symptomen. Die offiziösen Provinzialblätter bringen folgende gleichlautende Pariser Korrespondenz: „Jedes Jahr schreibt einen neuen Erfolg des Herrn v. Bismarck ein; im Jahre 1866 Sadowa, 1867 den deutschen Nordbund. Der Minister des Königs Wilhelm ist nicht der Mann, auf so gutem Wege stillzustehen; er wird daher bald in die dritte Etappe eintreten, welche sich die deutsche Einheit nennt, wenn .... aber man hat hier wenig Glauben an den Erfolg dieser dritten Campagne, und Graf Bismarck thäte im Interesse seines Herrn wohl daran, sich hier Einhalt zu thun. Aber der Main ist so schmal, daß ihn doch die Versuchung überkommen dürfte, ihn zu überschreiten. Sie haben bemerkt, daß die Antwort des Kaisers an den Grafen v. d. Goltz ziemlich kalt lautete. (Der vorgestrige „Moniteur“ sagte das gerade Gegentheil. O Doppelzüngler!) In den diplomatischen Kreisen commentirt man allgemein die ceremoniöse und fast zweifelhafte Phrase, welche Bezug auf die Freundschaftsversicherungen des Königs von Preußen hat, als dem guten Einverständnisse der beiden Kabinette wenig günstig, wie auch die Schlußphrase, in welcher der Kaiser ziemlich klar es auszusprechen scheint, daß die Fortsetzung der guten Beziehungen namentlich von dem Verhalten Preußens abhänge. Konnte Graf v. d. Goltz, offen gesagt, Anderes erwarten? Hier glaubt dies Niemand.“ Auch an anderen ähnlichen Demonstrationen fehlt es nicht, und so sagte der Senator Baron Dupin am Grabe des Generals Poncelet Folgendes: „Der General Johann Viktor Poncelet wurde 1788 am Vorabende unserer großen politischen Stürme in jener Stadt Metz geboren, wo Alles zugleich Wissenschaft und Krieg athmet, einem der Hauptpunkte unserer Vertheidigungsmacht, gegen die sich einst die Bemühungen Karls V. zersplitterten und gegen die auch noch die Bemühungen irgend eines improvisirten Kaisers an den Ufern des Rheins und der Mosel zerschellen würden, wenn die großen Kämpfe des 16. Jahrhunderts sich in unseren Tagen erneuern sollten.“

In der Notredame-Kirche predigt P. Hyacinthe sehr kriegerisch. Am 5. d. rief der Erzbischof von Paris nach einer Predigt des Paters in einer Improvisation den Segen des Himmels auf die Waffen Frankreichs herab. Neben diesen Kundgebungen sind übrigens die fortdauernden Arbeiten in den Grenzfestungen im Norden und Osten zu erwähnen. So erhält das Fort des Rousses im Jura hundert Kanonen von neuem Kaliber. Ueber diese Festung macht ein schweizerischer Offizier in einem Baseler Blatte für die Schweiz und Süddeutschland bemerkenswerthe Mittheilungen. Seiner Ansicht nach hätte die Anhäufung von Kriegsmaterial in Les Rousses als Defensiv-Maßregel keinen Sinn. Es kann sich nur um die Etablirung einer starken Offensivbasis, d. h. um die Vorbereitungen zu einem Angriff handeln. Der Schweizer Offizier mahnt zur Wachsamkeit, und sollte die Schweiz je zum Kampfe für ihre Neutralität gezwungen werden, so empfiehlt er die Wiedergewinnung des Faucigny und Chablais, ohne welche die Schweiz keine Grenze habe, die vertheidigt werden kann.

— [Angst über das Armeegesetz.] Der „Köln. Ztg.“ schreibt man: „Die beiden letzten Wahlen haben den Deputirten der Mehrheit einen solchen Schreck gemacht, daß sie Rouher ersuchten, das Armeegesetz zurückzuziehen und auf die große Unpopularität desselben hindeuteten. Das wird nun nicht geschehen, aber die Minister haben noch gestern darüber berathschlagt. Auch ist man überzeugt, daß eine sehr bedeutende Minorität sich gegen die Annahme des Gesammtgesetzes aussprechen werde, da viele Deputirten fürchten, daß kein Mitglied des gesetzgebenden Körpers, das für dieses Gesetz gestimmt haben wird, wiedergewählt werden wird. Die Regierung ist sehr ängstlich geworden und man spricht seit einiger Zeit vielfach von Dingen, die sonst mit Hohn zurückgewiesen zu werden pflegten.

Italien. [Das neue Ministerium.] Die „France“ will wissen, daß Cabinet Menabrea habe Aussicht auf eine Majorität von 35 Stimmen. Caderna, der neue Minister des Innern, bringe ein Dutzend Stimmen mit, die früher nicht für das Cabinet gestimmt hätten; auch die aus einem Dutzend Stimmen bestehende klerikale Fraktion würde für Menabrea stimmen, und endlich hoffe das Cabinet auf eine Anzahl von solchen, denen über Rattazzi die Augen durch die neuesten Aktenstücke aufgegangen seien.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$63\frac{1}{8}$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$48\frac{1}{4}$ P. 48 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$40\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	$88\frac{3}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{7}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{7}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$86\frac{3}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$83\frac{3}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	78 P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$76\frac{7}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	664 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$181\frac{1}{2}$—82 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$90\frac{1}{4}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$238\frac{1}{2}$—58 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$114\frac{1}{4}$ P. 114 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{1}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{3}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 . G.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	42 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	119 P. $118\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98—$\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$97\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$125\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{7}{8}$ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$124\frac{1}{2}$ P. 124 G.
„ do. v. 1864	76 P. $75\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Prän.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$19\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	$41\frac{1}{4}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$11\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 10. Januar. Die Börse ist zwar in entschieden friedlicher Stimmung. Trotzdem ist das Vertrauen noch nicht so erstarkt, daß man zu größeren Engagements aufgelegt wäre. Die Stimmung für österr. Spekulationseffekten war, unterstützt durch hohe Wiener Frühcourse, sehr fest, die Umsätze jedoch nicht entsprechend. Anlagepapiere, besonders engl. Metalliques, waren eher etwas matter. Auch die gute Meinung für Süddeutsche hat wieder etwas nachgelassen. Dieselben zeigten weniger Leben und niedrigere Notirungen, besonders die Loosgattungen. Amerikaner verloren auf die wieder höher gemeldete Goldnotirung $\frac{1}{2}$ pCt. In Prioritäten, Aktien und Eisenbahnen wenig Geschäft. Von Wechseln Wien etwas fester. Die Zeichnungen auf die Thüringischen Eisenbahn-Stammaktien Lit. B haben ein dem Vernehmen nach gutes Resultat geliefert und sind höhere Summen gezeichnet worden, als man hier erwartet hatte. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

N[...] Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 12.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franko.	Sonntag, 12. Januar 1868.

Freiheitliche Gesetzgebung in unsern Nachbarländern.

Unsere Nachbarn rechts und links liefern schätzbares Material zu den Gesetzgebungsarbeiten des bayerischen Landtages. Die österr. Grundgesetze vom 21. Dezember sind gewiß in den Münchener Ministerialbureau's mit lebhafter Theilnahme gelesen worden. Das Gesetz über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger ist ein gewaltiger Schritt vorwärts auf diesem Gebiet; es holt die bayerische Gesetzgebung ein und überholt sie in manchem Punkt. Die beiden Gesetze über die richterliche Gewalt und die Bildung eines Reichsgerichtes sind besonders lehrreich im Zusammenhalt mit dem bayerischen Verwaltungsgerichtshofs-Projekt. Für die Länder diesseits der Leitha wird künftig ein gemeinsames Reichsgericht und daneben eine Anzahl von Verwaltungsgerichtshöfen bestehen. Das erstere entscheidet 1) über Kompetenzkonflikte, 2) über Streitigkeiten zwischen den einzelnen im westösterreichischen Reichsrathe vertretenen Ländern, 3) über Beschwerden der Staatsbürger wegen Verletzung ihrer politischen Rechte durch die Verwaltungsbehörden. Wer sich sonst in seinen Rechten durch Verfügungen oder Entscheidungen dieser Behörden gekränkt findet, kann bei den Verwaltungsgerichtshöfen im mündlichen Verfahren Abhülfe suchen. Die österr. Gesetzgebung hat hiemit im Interesse der bürgerlichen und politischen Freiheit einen Grundsatz sanktionirt, der in den Motiven des bayerischen Entwurfes als gräuliche Ketzerei verdammt wird. Aber noch nicht genug: die Mitglieder des Reichsgerichtes, das über den politischen Rechten der Staatsbürger zu wachen hat, werden von der Reichsvertretung dem Kaiser präsentirt. Hinsichtlich der Verwaltungsgerichtshöfe ist alles Weitere einem späteren Gesetz vorbehalten; allein es unterliegt schon jetzt keinem Zweifel, daß man hier den Landesvertretungen dasselbe Präsentationsrecht einräumen wird, das dort der westlichen Reichsvertretung zusteht.

Werfen wir nun einen Blick auf die andere Seite: nach dem Königreich Württemberg. Ein am 22. Dezember eingebrachter Gesetzentwurf will den Grundsatz der Selbstverwaltung in die Behördenorganisation einführen. Von den Bürgern der in einem Amtsbezirk vereinigten Gemeinden wird die Bezirksversammlung gewählt, deren Wirkungskreis jenem der bayerischen Distriktsräthe ähnlich ist. Zugleich aber hat ein Ausschuß dieser Versammlung, der Bezirksrath, unter Vorsitz des Oberamtmanns, die Entscheidung I. Instanz in bestimmten Verwaltungs-, namentlich Gemeindesachen und wirkt bei Aburtheilung der Polizeistraffälle, sowie bei der Verwaltungsrechtspflege mit. Die Kreisregierungen werden aufgehoben; dagegen sollen je 7—9 Amtsbezirke einen Kreisverband bilden. Organe desselben sind 1) die Kreisversammlung, die von den Mitgliedern der Bezirksversammlungen gewählt wird und eine ähnliche Stellung wie der bayerische Landrath einnimmt, 2) das Kreisamt, bestehend aus einem vom König ernannten Kreishauptmann und besoldeten Rath, dann aus den von der Kreisversammlung gewählten Kreisräthen. Dieses Kollegium ist Berufungsinstanz für die Beschlüsse des Bezirksrathes, der Bezirksversammlung und des Oberamtes, soweit für die letzteren bisher die Kreisregierung oberste Instanz war. Es fungirt ferner in bestimmten Polizeistraffällen, Gemeinde- und anderen Verwaltungssachen als erste Instanz. Die Kreis-Verwaltungsgerichte, die über Verwaltungsjustizsachen zum Theil in erster, zum Theil in zweiter Instanz erkennen, sind aus vier Verwaltungs- und Justizbeamten und zwei bürgerlichen Mitgliedern des Kreisrathes zusammengesetzt. Die oberste Instanz in Verwaltungsjustizsachen soll ein Verwaltungsgerichtshof bilden, doch werden die näheren Bestimmungen in dieser Hinsicht einer besonderen Gesetzvorlage vorbehalten. Bei den Ministerien endlich sollen zur Berathung über wichtigere Verwaltungsfragen Abgeordnete der Kreisversammlungen zugezogen werden.

Man sieht, daß der württembergische Entwurf nichts geringeres beabsichtigt, als einen neuen Aufbau der ganzen inneren Verwaltung und daß dabei den gewählten Vertrauensmännern der Bevölkerung eine Wirksamkeit zugedacht ist, wie sie in solchem Umfang keine andere deutsche Gesetzgebung, selbst nicht die badische kennt. Auch dieser Vorgang könnte den bayerischen Staatsmännern, die bis jetzt einer durchgreifenden Reform der Verwaltungsorganisation standhaft widerstrebt haben, zu denken geben. Die Nachbarn rechts und links sind im Begriff, Bayern zu überflügeln. (E. C.)

Bayerischer Landtag.

Erste Plenarberathung der Reichsräthe über das Wehrgesetz.

München, 10. Januar.

Unter den bei der gestrigen Reichsrathssitzung anwesenden 43 Reichsräthen befinden sich J. J. k. k. Hoheiten die Prinzen Otto, Luitpold, Leopold, Adalbert und die Herzoge Ludwig, Karl Theodor und Max Emanuel. Präsidialurlaub erhielt Prinz Ludwig. Unter den Reichsräthen, welche sich für die heutige Sitzung entschuldigt haben, befindet sich Graf Rechberg, der sich einen Arm ausgefallen hat.

Industrie und Schule.

Die birminghamer Handelskammer hat in einer interessanten Sitzung, von welcher die Engl. Korresp. berichtet, über das Verhältniß der englischen und der ausländischen Industrie verhandelt. Als Hauptredner trat vor den zahlreich vertretenen Fabrikanten Herr Mundella, der Präsident der Handelskammer von Nottingham, auf. Er deutete darauf hin, daß in den letzten Jahren das Ausland sich Englands bester Erfindungen bemächtigt und mit diesen Maschinen bessere Resultate erzielt habe, als England selbst, und das aus dem einfachen Grunde, weil auf dem Continent aus den Gewerbeschulen ein Arbeiter hervorgehe, der die neuen Vortheile auszubeuten wisse. In England existire nichts der Art, und selbst wenn man ähnliche Anstalten einrichte, so müsse erst die große Masse des Volkes ihrer Ignoranz entrissen und dann eine Art unmerklichen Ueberganges wie in Sachsen und Preußen zwischen Elementar- und gewerblichem Unterricht hergestellt werden. Er habe selbst in Sachsen sich umgesehen und kein Kind über 10 Jahre gefunden, das nicht gut lesen und schreiben gekonnt hätte.

Redner beschrieb alsdann die Volksschule in Chemnitz, wo er Kinder von Arbeitern barfuß, aber in vielen Gegenständen besser unterrichtet gefunden, als die wohlhabende Mittelklasse in England. Außer allgemeinen Elementarfächern seien dieselben in Geographie und Arithmetik ungemein bewandert und im Stande gewesen, ihre eigenen Münzsorten in englisches, amerikanisches und anderes Geld mit Leichtigkeit umzurechnen. Deutschland sei ein junger Riese noch in der Wiege. Verglichen mit der deutschen Konkurrenz, fürchte er von Frankreich gar nichts. Allerdings besitze der Franzose einen ausgezeichneten, natürlichen Geschmack, und habe in den Wissenschaften große Fortschritte gemacht, aber in der Schulbildung seien die unteren Klassen mit den deutschen nicht auf derselben Stufe. Er zweifle selbst, ob Frankreich England in diesem Punkte überrage, es besitze vor Allem nicht die gelehrige, zähe Bevölkerung wie Deutschland, und Deutschland werde Englands größter und Hauptkonkurrent für die Zukunft sein.

Im weiteren Verlaufe der Rede schilderte Herr Mundella, was er in deutschen Fabriken und anderen Etablissements und an einem deutschen Polytechnikum gesehen, und baute auf diese Anschauungen den Ausspruch, England behaupte gegenwärtig nur das Feld mit seinem mächtigen Kapital und seinem alten industriellen Ansehen, aber es ruhe auf seinen Lorbeern und verliere täglich mehr Boden, indessen Deutschland in kräftiger Entwickelung emporwachse. Man müsse die Gleichgültigkeit des Landes und die Vorurtheile der Ignoranz überwinden, wenn nicht die englische Industrie den Todesstoß erleiden solle, und nur ein tüchtiges, gesundes System der Volksbildung könne Heil und Rettung bringen.

Gegenstand der Berathung war der Gesetzentwurf, die Wehrverfassung betr., worüber Frhr. v. Schrenk Vortrag erstattete. Derselbe bevorwortete im Allgemeinen den Gesetzentwurf, durch welchen die Wehrkraft des Landes erhöht wird. Graf v. Bothmer äußerte sich zu Gunsten des dem Gesetzentwurfe zu Grunde liegenden Systems, das sich bewährt habe, und gegen das Milizsystem, welches im amerikanischen Kriege seine großen Nachtheile gezeigt habe. Amerika hatte 3 Millionen Milizsoldaten, die sich verpflichtet hatten, 3 Monate Dienste zu thun; allein schon beim Beginne des Krieges sah sich die nordamerikanische Regierung genöthigt, Freiwillige aufzunehmen und als auch das nicht genügte, zur Konskription ihre Zuflucht zu nehmen. Die Ausgabe für Freiwillige betrug 1600 Millionen Gulden, der Krieg selbst kostete über 10 Milliarden und über 1/2 Million Menschenleben. Besser sei allerdings das Schweizer Milizsystem, allein dieses eigne sich nur für die Schweiz, welche fast bei keinem Kriege so auf dem Wege liegt, wie Bayern. Die Donau- und die Mainstraße sind natürliche Heerstraßen. Uns bleibe nichts Anderes übrig, als in der Art der Organisation unseres Heeres uns auf den Fuß der Großstaaten zu stellen. Bei uns handle es sich auch darum, für die eigene Existenz und für die eigene Würde möglichst zu sorgen. Bayern werde in Zukunft 4 Armeekorps aufzustellen im Stande sein, eine Macht, die schon von Gewicht sei, so daß es keiner Großmacht gleichgiltig sein könne, ob Bayern auf dieser oder jener Seite steht. Nun frage es sich, welche Großmacht sollen wir uns bei unserer Heeresorganisation zum Muster nehmen. Es könnten nur Frankreich und Preußen in Betracht kommen. Das französische System, welches eine 8jährige Dienstleistung feststellt, werde das bayerische Volk nicht Lust haben anzunehmen; es bleibe also nur das preußische System übrig, zu welchem Preußen durch ein außerordentliches nationales Unglück gedrängt worden und welches sich bewährt habe. In den Kriegen der Neuzeit vertheile sich die Arbeit auf jeden Einzelnen, deßhalb müsse der Soldat gewöhnt und gebildet werden, er müsse sich seinen Führern und Kameraden vertrauen lernen. Gerade bei dem vorgeschlagenen Systeme sei es nothwendig, die Dienstzeit im Frieden vollständig auszunützen, um den nothwendigen militärischen Geist heranzubilden, die militärische Ausbildung zu erzielen. Vor dem letzten Kriege sei die bayerische Armee nicht so beschaffen gewesen, daß sie hätte im Kriege tüchtig auftreten können; wenn man aber den damaligen Zustand der Armee berücksichtigt, dann müsse man auch zugeben, daß sie ihre Schuldigkeit gethan hat. Wer am letzten Tage vor Würzburg unsere Armee beobachtet hat, der habe sich über ihre Leistungen nur freuen können; jeder Sachkundige sei aus dem Treffen gegangen mit der festen Ueberzeugung, daß eine so brave Armee verdient, ihr eine tüchtige Organisation zu geben. Dazu diene der vorliegende Gesetzentwurf; allerdings müßten das Volk und seine Vertreter auch die nöthigen Geldopfer, welche die Organisation erheischt, bringen. Redner zweifelt nicht daran, daß das Land auch zu diesen Opfern bereit sein werde, denn in der Organisation seiner Wehrkraft spiegelten sich die intellektuellen und moralischen Kräfte eines Volkes, seine Einsicht, sein Muth, seine staatliche Reife; das bayerische Volk werde sich in dieser Beziehung kein Armuthszeugniß ausstellen. Allerdings seien es große und schmerzliche Opfer, welche die gesteigerte Wehrkraft erfordert, allein Bayern könne nicht zurückbleiben gerade im gegenwärtigen Augenblicke; alle Stände würden gewiß gern bereit sein, Gut und Blut für König und Vaterland einzusetzen. Dagegen, daß diese Opfer jetzt nicht zu bringen seien, müßte Redner Verwahrung einlegen, denn die Bereitstellung eines schlagfertigen Heeres erfordere eine lange Vorbereitung; Armeen könne man nicht aus dem Boden stampfen; jede Verzögerung erscheine gefahrvoll, weßhalb man sich beeilen solle, eine Einigung über die Grundlagen der Heeresorganisation zu erzielen.

v. Harleß bemerkte u. A.: Für die Zollvereinsverträge habe er gestimmt zum Zweck der Erhaltung eines unbestreitbaren materiellen Gutes, heute sei das insoferne nicht der Fall, als Redner sich gestehen müsse, er stimme nicht blos für die Erhaltung, sondern für die Vergrößerung einer materiellen Last. Gesunde politische Zustände können die nicht sein, welche die Völker und die Regierungen Deutschlands in die Nothwendigkeit versetzen, Maßregeln zu ergreifen, welche die Folge haben können, die Völker im Frieden zu ruiniren. Wenn nun Redner auch das, was die jetzigen Zustände veranlaßt hat, nicht billigen kann, so muß er doch den einmal vorhandenen Zuständen Rechnung tragen. Die Organisation unseres Heeres bedarf einer Besserung, das sei die Ueberzeugung der großen Majorität des Volkes. Es sei nicht zu verstehen, wie man für die Erhaltung der größten Selbständigkeit Bayerns sprechen, gleichzeitig aber auch die Lahmlegung derjenigen Macht bevorworten kann, die zum Schutz dieser Selbständigkeit dienen muß. Während eine andere deutsche Kammer für die Mehrung jener Lasten stimmte, welche die gebotene und nothwendige Machtrüstung fordert, habe man auswärts von einem Qualm gesprochen, der aus den deutschen Bierstuben aufsteige. Darauf müsse erwidert werden, daß das deutsche Volk keinen Angriff nach Außen will, daß es aber entschlossen ist, sich alle aggressiven Gelüste von Außen zu verbitten.

Frhr. v. Aretin spricht sich gegen den Gesetzentwurf aus und glaubt, daß er im Sinne der bei Weitem größeren Majorität des bayerischen Volkes spreche. Neben der größeren pecuniären Belastung finde die Aufhebung des Instituts der Ersatzmannstellung im Volke wenig Anklang. Redner verkennt nicht, daß das gegenwärtige System Mängel hat, aber auch das preußische System werde von Sachkundigen sehr getadelt. Freilich sage man, dieses System habe sich erprobt, allein Redner glaubt, daß bei den preußischen Siegen ganz andere Faktoren mitgewirkt haben, als das preußische Militärsystem. Der bayerische Patriotismus, die Anhänglichkeit an das engere Vaterland habe sich leider in der letzten Zeit nicht mehr so

---

Ein vielversprechendes Brüderpaar.

Die „Wes. Ztg." schreibt von Bremen, 6. Januar: Ein eigenthümlicher Vorfall, der sich hier zugetragen hat, machte in den letzten Tagen viel von sich reden. Man sollte sich in die Zeit zurückversetzt glauben, wo nicht selten Knaben, die sich in die Lektüre von Schillers Räubern, oder von „Rinaldo Rinaldini, der große Räuberhauptmann" vertieft hatten, in toller Exaltation den Versuch machten, auch einmal Räuber zu werden. Ein hiesiger Pfandverleiher, früher Goldschmied, B., hat zwei Söhne, der eine ist 13, der andere 15 Jahre; jener geht noch in die Schule, während letzterer bereits als Bursche in einer hiesigen chemischen Fabrik eine Beschäftigung gefunden hatte. Am Dienstag waren beide Knaben auf dem Eise des Stadtgrabens und amüsirten sich mit Schlittschuhlaufen. Dabei führte Jeder einen Revolver bei sich, mit welchen sie in der Luft herumfuchtelten. An der Contrescarpe passirte gerade mit einem Handwagen ein Schlosserlehrling. Da schlägt plötzlich der eine jüngere der beiden Knaben so von ungefähr auf den armen Burschen an, der Schuß kracht und der Lehrling fällt getroffen zu Boden, er muß von der Stelle getragen werden und es ergibt sich, daß eine Kugel ihm ziemlich tief in die Wade gefahren ist. In der Bestürzung und Verwirrung, welche der Vorfall unter den zufällig Anwesenden oder Herbeieilenden verursachte, wußten die beiden Knaben zu entkommen. Vergeblich suchte man sie, sie hatten offenbar schon die Stadt verlassen. Am Sonnabend Morgen traf ein Bote aus Syke ein, der dem Vater der beiden Knaben melden sollte, daß seine Söhne in Syke sich befänden und zwar der eine durch Zufall schwer verwundet. Auch die Behörde erhielt von dem dortigen Gerichte eine Anzeige, welche dieses bestätigte. Es begab sich nun durch weitere Fragen und Nachforschungen Folgendes: Die Knaben hatten sich in einer hiesigen Handlung außerordentlich reichlich mit allerlei Schießmaterial (große Düten voll Pulver und Schachteln voll jener kleinen Geschosse, die für Revolver gebraucht werden) versorgt, hatten sich dann Abends am Ansgariithor in eine Droschke gesetzt und waren in der Richtung nach dem Buntenthor zu gefahren. Dort wurde ihnen bedeutet, daß sie am Zollbaum mit zollbaren Gegenständen nicht mehr würden passiren können, sie übernachteten denn also in der genannten Wirthschaft und fuhren am andern Morgen weiter nach Syke. Dort im Wirthshaus angekommen, lohnten sie den Droschkenkutscher mit 6 Thlr. ab, ließen sich Quartier und Essen geben und trieben sich dann in der Umgegend herum. Man will namentlich bemerkt haben, daß sie in dem bekannten Gehölz, welches bei Syke auf einem Hügel sich ausdehnt, sich aufgehalten und auch geschossen haben. Sie kehrten nach dem Wirthshaus zurück und der eine der Knaben ersuchte den Wirth bei dem Herausziehen eines verstopften Schusses aus seinem Revolver ihm behülflich zu sein. Der Wirth lehnte dies ab und wies die Burschen nach einem in der Nähe wohnenden Schlosser. Dorthin begaben sich nun die Knaben und trugen dem Meister ihr Anliegen vor. Die Waffe wird besehen und der jüngere der Knaben macht sich nun, während sein Bruder unglücklicherweise noch bei ihm steht, noch einmal mit dem Revolver zu schaffen. Da plötzlich fährt der Schuß heraus und der ältere Bruder stürzt schreiend zu Boden. Die Kugel — conisch etwa 1/2 Zoll — ang ist ihm in die Seite gefahren und mit Mühe wird der schwer Verletzte nach dem Wirthshause geschafft, während der Bruder eiligst das Weite sucht. Indessen der Wirth macht sofort Anzeige, und es gelingt der Behörde, den Knaben zu erwischen und zu verhaften. Bei der Durchsuchung, welcher er sich unterwerfen muß, findet sich in einer der Taschen ein ziemlich großes Stück Arsenik. Auch Dolche, eine Diebeslaterne, Pulver, Kugeln in ansehnlichen Quantitäten

gerегt, wie früher, mit diesem Gesetz werde der Patriotismus nicht gehoben.

Fürst v. Hohenlohe: Nirgends, und am allerwenigsten in diesem Hause, bestehe ein Zweifel, daß es nothwendig ist, die Wehrkraft Bayerns zu erhöhen. Gerade diese hohe Kammer sei zu allen Zeiten den Anforderungen der Regierung auf die bereitwilligste Weise entgegengekommen und sie vindizire sich mit Recht den Ruhm, keiner anderen Korporation an Bethätigung des Patriotismus nachzustehen. Eine Erhöhung unserer Wehrkraft sei nothwendig, wenn unsere Armee bei irgend einem Ereignisse den Erwartungen entsprechen soll, welche die moderne Kriegführung an jede Armee stellt, und wenn wir unsere staatliche Selbständigkeit bewahren wollen. Er (Redner) spreche von unserer Selbständigkeit, trotzdem daß der Vorredner derselben eine traurige Zukunft zu prognostiziren scheine. Wenn man freilich Selbständigkeit und Isolirung für gleichbedeutend hält, dann habe der Vorredner Recht; allein er (Redner) halte Selbständigkeit für gleichbedeutend mit der Erfüllung der nationalen Pflichten, und deßhalb spreche er auch noch immer von Selbständigkeit. Der Friede erscheine auf die Dauer nicht gesichert, zwar lägen keine bestimmten Thatsachen vor, die das Eintreten des Krieges für unabwendbar erscheinen lassen, allein es herrsche eine große Beunruhigung, eine Unsicherheit, ein Mangel an Vertrauen auf das Bestehende und es existiren eine Menge Fragen, die gelöst werden wollen und deren Lösung mit Blut geschrieben werden kann. Die zum Kriege drängenden Parteien, welche ihre Organe in der Presse vergiften, müßten bewältigt werden. Wollen wir hoffen, daß die angebahnte Consolidirung des österreich. Kaiserstaates zur Erhaltung des Friedens beitrage, allein gesichert erscheine der Friede nicht. Bayern werde bei europäischen Krisen nicht unberührt bleiben, deßhalb müsse es für alle Eventualitäten gerüstet dastehen, und daher entstehe die Frage, ob unser bisheriges Wehrsystem uns dazu befähigt, oder ob wir eine neue Organisation brauchen. Die Mehrzahl der Stimmen der Sachverständigen sei einverstanden, daß uns nur eine gründliche Heeresorganisation erübrige. Die preußische Wehrverfassung habe den Erfolg für sich und deßhalb sei ihre Einführung in Bayern vorgeschlagen. In der Erfüllung der Wehrpflicht erblickt Redner die Erfüllung einer Ehrenpflicht und gerade das preuß. System solle uns den Vortheil der Einführung eines Volksheeres gewähren, welches nicht die Nachtheile des Milizsystems an sich trägt. Die bayerische Armee könne nur dann die Stellung in den deutschen Truppen einnehmen, die ihr gebührt, wenn sie gleiche Ausbildung nachweist, wenn sie den Truppen der übrigen deutschen Staaten ebenbürtig ist. Damit geben wir unsere Selbständigkeit nicht preis. Unsere Selbständigkeit wird nicht gewahrt dadurch, daß wir das Gute eines anderen Staates zurückweisen, weil es dieser Staat hat, sondern dadurch, daß wir das Gute annehmen, wo wir es finden. Wer in Preußen einen Feind erblickt, der möge bedenken, daß man auch vom Feinde lernen soll. Die Anspannung der Wehrkraft, wie sie z. B. in Europa betrieben wird, diese epidemische Zunahme aller Rüstungen in Europa sei auf die Dauer nicht durchführbar: der Ruin der Staaten, die Verarmung des Volkes müßte die Folge sein. Es müsse ein Durchschlag zum Besseren kommen; wollen wir hoffen, daß in nicht zu ferner Zeit die bessere Einsicht den Sieg davon trägt, daß die öffentliche Meinung in Europa sich ermannen möge, um den unseligen Haß, der die Völker hinter einander hetzt, in die dunklen Höhlen zurückzudrängen, aus denen er gekommen ist. Uns bleibe zur Zeit, wenn ganz Europa rüstet, nichts Anderes übrig, als zu rüsten und eine Wehrverfassung zu schaffen, welche uns in die Lage setzt, mit möglichst geringen Opfern ein Heer aufzustellen, welches geeignet ist, die Ehre und Sicherheit Bayerns zu vertheidigen.

Frhr. v. Zu-Rhein: Man mag von den preußischen Zuständen denken, was man will, das müsse man anerkennen, daß das preußische Wehrsystem sich bewährt hat. Allerdings schlage die neue Organisation uns manche schmerzliche Wunde und lege sie uns schwere Opfer auf, allein wir könnten uns nicht auf den Isolirschemel stellen; ein Staat, der nicht waffentüchtig ist, gibt sich selbst preis; blieben wir ungerüstet, könnte unser Vaterland als Entschädigungs- und Vertheilungsobjekt betrachtet werden und das wünsche gewiß kein Patriot.

v. Bomhard bevorwortet gleichfalls den Gesetzentwurf. Wenn die Frühlingssonne über unsere jungen Saaten scheint, werde Europa bis an die Zähne gerüstet dastehen. Wir müssen Opfer bringen und manches Werk des Friedens auf lange Zeit hinausschieben; Redner beklagt dies, da es eine Folge sei von dem unseligen und unheilvollen Friedensbruche, der im Jahre 1866 den Krieg zwischen Deutschen entflammt hat und dessen Motto: „Macht geht vor Recht“ heute noch jedes rechtliche Besitzthum mit der Gefahr rechtswidriger Aneignung bedroht. Die Opfer für die Organisation seien jedoch eine Nothwendigkeit zur Erhaltung unserer Sicherheit und Selbstständigkeit nach jeder Richtung. Wir könnten diese Opfer um so leichter bringen, als wir einer ebenso umsichtigen als einsichtigen Kriegsverwaltung gegenüberstehen. Durch das neue System werde unserer Armee eine Summe von Intelligenz zugeführt, die in unsere Armee nicht demokratische Elemente, sondern aus dem Heere Sinn für Ordnung, moralischen Sinn und Denkweise in die bürgerlichen Klassen bringen wird.

Nachdem noch der Kriegsminister den Entwurf befürwortet hatte, wurde zur speziellen Diskussion übergegangen. Aus dieser haben wir bereits berichtet, daß Artikel 2 (Kontingentsgesetz) abgelehnt wurde. Die Berathung gedieh bis Art. 8. Morgen Fortsetzung.

Norddeutscher Bund.

Hamburg, 7. Jan. [Zum Anschluß an den Zollverein.] Der in dieser Stadt bestehende Verein für den Anschluß Hamburgs an den Zollverein läßt gegenwärtig eine autographische

---

und verschiedene andere verdächtige Gegenstände führten die Knaben bei sich. Hier in Bremen ist nun noch festgestellt worden, daß der ältere der beiden Brüder sich durch Unterschlagung von ca. 100 Thlr. das Geld zu dem für ihn so unglücklich beendigten Zug verschafft hat. Der am Donnerstag hier verwundete Schlosserlehrling liegt darnieder, die Kugel hat aber, da sie tief im Fleisch der Wade sitzt, nicht herausgezogen werden können. Der ältere durch seinen Bruder verwundete Knabe soll sich im Syker Wirthshaus in sehr bedenklichem Zustande befinden. Es scheint, daß zunächst die preußischen Gerichte sich mit dem eigenthümlichen Fall beschäftigen werden.

Wissenschaftlicher Beitrag zur Abhülfe des Nothstandes.

Im Angesicht der Bedrängniß der bedürftigen Bewohner Ostpreußens ist es vielleicht, so schreibt Justus v. Liebig in der „A. A. Ztg.“, nicht ohne Nutzen, die Aufmerksamkeit darauf zu lenken, daß das Korn durch seine Verwandlung in Mehl an seinem Nährwerth verliert, das Roggenkorn 10 Proc., das Weizenkorn 15 Proc. Ein Getreidekorn ist ähnlich dem Ei gestaltet; sowie in diesem der fettreiche, eiweißarme Dotter umgeben ist von einer Schicht Eiweiß, so ist in dem Getreidekorn der stärkmehlreiche Kern eingehüllt in eine Schicht eines eiweißreichen Körpers, der beim Mahlen zum Theil in die Kleie übergeht; für die Blutbildung ist dieser am wichtigsten. Durch Umgehung der Gährung in der Brodbereitung können ferner 2—3 pCt. Brod mehr gewonnen werden. Wenn es sich um die Ernährung einer ganzen Bevölkerung handelt, so ist von der richtigen Verwendung der zu ihrer Erhaltung erforderlichen Mittel das Leben von Tausenden abhängig, und die Beachtung wissenschaftlicher Grundsätze wohl an ihrem Platze. Mit Brod und Getreideschrot können auf je tausend Individuen einhundert und zwanzig mehr vor dem Hunger und seinen Folgen geschützt werden, als mit Brod und Mehl, von welchem die Kleie abgesondert ist, bei gleichem Kornverbrauch. Das ohne Gährung bereitete Kleienbrod (aus 2 Th. Roggen- und 1 Th. Weizenschrot) ist in meinem Hause täglich in Gebrauch, und wird von mir und meinen Angehörigen und Gästen mit Vorliebe gegessen. Wer es nicht kennt, der weiß nicht, welcher Wohlgeschmack im Brod und wie leicht verdaulich das Kleienbrod ist; von dem groben Aussehen weiß der Magen nichts, und seine unschätzbare Wirkung auf Personen mit träger Verdauung ist den Aerzten wohl bekannt. In Beziehung auf den größeren Nährwerth des Kleienbrodes, der sich wissenschaftlich leicht erklären läßt, dürfte die Thatsache genügen, daß in dem Krimmkriege die russischen Gefangenen, die daran gewöhnt waren, mit der Soldatenration von dem so gerühmten französischen Weizenbrod nicht auskamen, es mußte ihnen ein Supplement bewilligt werden. Die Mittel, um Brod ohne Gährung zu bereiten, sind bekannt und in England, namentlich auf Schiffen, sowie in Nordamerika allgemein im Gebrauche. Ein Pfund doppelkohlensaures Natron (welches 8—8½ kr. kostet, sowie ein Aequivalent Säure zu dessen Sättigung (arsenikfreie Salzsäure oder auch Weinstein) genügt für 100 Pfd. Mehl = 145 Pfd. Brod. Als ein Ersatzmittel des Fleisches ist seit langem schon der Weizenkleber vorgeschlagen, der als Nebenprodukt in der Fabrikation des Stärkemehls abfällt und bis jetzt keine Verwerthung gefunden hat. Ein Versuch zu seiner Anwendung wäre nicht blos für die Gegenwart von hoher Wichtigkeit. Mit gleichem Gewicht Mehl gemischt kann der Weizenkleber nach der Vorschrift von Veron leicht bearbeitet und gekörnt werden, und gibt in dieser Form, mit etwas Fett, Reis und Kartoffeln, grünem Gemüse rc., die in der Fleischbrühe weich gekocht, eine wohlschmeckende, sehr nahrhafte Suppe.

Correspondenz erscheinen. Es heißt in der vor uns liegenden Nummer: „Mit jedem Tage nimmt hier die Auswanderung des Geschäfts in deutschen Gütern größere Dimensionen an. Während ein Theil desselben nach Lübeck, Kiel, Itzehoe, Berlin, Leipzig und andere Orte definitiv übersiedelt oder seine Uebersiedelung vorbereitet, bleiben andere Firmen einstweilen mit einem Theil ihrer Lager noch hier und flüchten vorerst nur den andern Theil entweder nach dem benachbarten, innerhalb des Zollvereins belegenen, holsteinischen Dorfe Ottensen oder dem hannover'schen Harburg. Bereits sind es mehr als achtzig Firmen, welche in dieser Weise allein nach Ottensen emigrirt sind, und fortwährend nimmt ihre Zahl noch zu. Dabei verhehlen sich übrigens nur die Wenigsten von ihnen, daß diese theilweise Auswanderung nur ein provisorischer Nothbehelf ist und die Schwerfälligkeit und die Weitläufigkeiten, welche daraus für ihr Geschäft hervorgehen, auf die Dauer den Fortbetrieb unmöglich machen müssen. Noch halten sie jedoch an der Hoffnung fest, daß Hamburg in nicht allzu ferner Zeit denn doch von der Unhaltbarkeit seiner Freihafenstellung sich überzeugen und in den Zollverein eintreten werde, und glauben die Möglichkeit sich vorbehalten zu sollen, in diesem Falle sofort ihr volles Geschäft wieder am hiesigen Platze aufzunehmen. Die auswandernden Geschäfte gehören vor Allem der Manufaktur-, Eisen- und Kurzwaaren-Branche an."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Jan. [Finanzieller Ausgleich, Delegationen- und Reichsraths-Einberufung.] Gestern endlich ist das Reichsgesetzblatt mit den beiden Gesetzen, welche den finanziellen Theil des Ausgleichs mit Ungarn enthalten, erschienen. Nun, da diese Gesetze legal kundgemacht sind, dürfte auch unverweilt das Einberufungs-Patent für die Delegationen erscheinen. Einer neuen Version zufolge soll die Session dieser Körperschaften am 15. Januar eröffnet werden. Als Candidaten für die Präsidentschaft der cisleithanischen Delegation nennt man den Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün). Die Wiedereröffnung des Reichsrathes dagegen soll über den 29. Januar hinaus, bis wohin nur die Vertagung nach der Erklärung des Reichskanzlers in der letzten Sitzung vor Weihnachten hätte dauern sollen, verschoben werden.

— [Oesterreichs auswärtige Politik.] Das „Dresdener Journal" veröffentlichte jüngst Andeutungen über das Programm der auswärtigen Politik Oesterreichs, welche mit Recht die allgemeinste Sensation erregt haben. Die offizielle „Wiener Abendpost" hat die Richtigkeit dieser Andeutungen ausdrücklich anerkannt. Ein republikanisches Blatt, der Berner „Bund", veröffentlicht in Form einer Wiener Correspondenz Folgendes als Programm der Politik, welche das Wiener Cabinet einzuhalten gedenkt:

„Mit der Constituirung des cisleithanischen Ministeriums aus den entschiedensten Führern der Majorität des Reichsrathes ist zunächst in Oesterreich das Werk der staatlichen Organisation in beiden Reichshälften gekrönt. Die Schweiz und Belgien ausgenommen, ist derzeit kein einziger europäischer Staat auf einer so durch und durch freiheitlichen Verfassung begründet, wie Oesterreich und die ungarischen Länder. Die innere Fortentwicklung dieses eben vollendeten Baues erheischt aber vor Allem einen soliden, gesicherten Frieden und drängt vorläufig jede aktive äußere Politik in den Hintergrund. Oesterreich wird demnach Jeden aufrichtig als Freund begrüßen, in dessen Tendenzen es Bürgschaften für die Consolidirung des europäischen Friedens erkennen wird. Von diesem Standpunkte aus erscheinen auch die neuerlich mehrfach verbreiteten Gerüchte, denen zufolge Oesterreich Preußens Versuche einer freundschaftlichen Annäherung consequent zurückgewiesen habe, als müßige Erfindungen. Den Complicationen zwischen Rom und Italien gegenüber wird das kaiserliche Cabinet eine absolute Passivität beobachten. Zwischen Oesterreich und Frankreich besteht ein aufrichtig freundschaftliches Verhältniß, und des letzteren Bestreben nach Aufrechthaltung des europäischen Gleichgewichts wird stets der diplomatischen Unterstützung des Wiener Cabinetes sicher sein können. Sollte der allgemeine Friede im Orient bedroht werden, so wird Oesterreich sowohl im allgemeinen europäischen als auch in seinem eigenen Interesse Alles aufbieten, um die Gefahr zu beschwören."

Ausland.

Großbritannien. [Die Fenierbewegung] ist noch immer im vollen Gange, ja man vermuthet, daß sich die Fenier zu einem ganz regelmäßigen Feldzuge in Irland rüsten. Zwar ist die Jahreszeit solchen Unternehmungen nicht günstig denn in Irland gab es, wie in England, in den letzten Tagen tüchtige Schneefälle; trotzdem macht sich der Oberst-Commandirende daselbst, Lord Strathnairn, auf das Aeußerste gefaßt, ist selber nach Cork gegangen, ließ die Garnison daselbst verstärken und befahl, sämmtliche Pulvervorräthe aus den Martellothürmen in Sicherheit zu bringen. Aehnliche Vorsichtsmaßregeln sind in sämmtlichen Häfen getroffen, um die Schiffe vor Ueberfällen sicherzustellen und das Landen verdächtiger Boote zu verhindern.

Um das atlantische Kabel gegen die Möglichkeit einer muthwilligen Zerstörung zu schützen, hat die betreffende Gesellschaft es für zweckmäßig erachtet, ein paar Extrawächter anzustellen. Um die Regierungs-Etablissements in Woolwich (und auch anderwärts) gegen Brandlegungen zu schützen, sind die Posten verstärkt und sonstige Vorsichtsmaßregeln auf der Land- und Wasserseite angeordnet worden, haben sich sämmtliche Werften-Arsenal-Arbeiter, mit fast allen männlichen Bewohnern von Woolwich und dessen Umgebung, als Spezial-Constabler beeidigen lassen.

Uebrigens will der Pariser Correspondent des „Nord" wissen, daß das Hauptquartier der Fenier nicht in Dublin, Newyork oder London, sondern in Paris (!) existire, von wo die Befehle an die Untergebenen diesseits des Canals ertheilt werden. Wichtige fenische Schriftstücke, darunter Pläne zu neuen Schandthaten, wie z. B. einer Zerstörung der britischen Flotte (oho!), seien durch die kaiserliche Polizei in einem Hause des Faubourg du Temple aufgefunden und der englischen Regierung als Neujahrs-Angebinde übersendet worden.

Mexiko. [Kongreß.] Nachrichten der „New-Yorker Handelszeitung" aus Mexiko melden Folgendes über die Eröffnung des Congresses: „Am 8. d. Mts. wurde der mexikanische Congreß (Volksvertretung) eröffnet. Der Präsident Juarez verlas seine Botschaft, welche die Standhaftigkeit, die Opferfreudigkeit und den Heldenmuth der mexikanischen Nation der fremden Usurpation gegenüber belobt, die Handlungsweise des Staatsoberhauptes während des Krieges rechtfertigt, der Sympathie der südamerikanischen Republiken rühmend, des Beistandes der Vereinigten Staaten dankend Erwähnung thut. Der Vorsitzende des Congresses, Ezequiel Montes, betonte in seiner Antwort, daß die Republik der Anerkennung europäischer Mächte entbehren könne und jedenfalls nicht bettelnd hinter ihnen dreinlaufen werde. Auch er hob preisend das hervor, was Mexiko den Vereinigten Staaten verdankt. Eine große Taktlosigkeit war es, daß der amerikanische Gesandte, Hr. Plumb, dem wichtigen Akte nicht beiwohnte. Die englische Gesandtschaft hat mit Sack und Pack Mexiko verlassen, was jedenfalls den in Mexiko wohnhaften Engländern minder gleichgültig sein kann, als den Mexikanern. Was diese Demonstration bedeuten soll, ist schwer einzusehen, denn was in aller Welt hat Mexiko an England verschuldet?"

Nichtpolitische Zeitung.

[Das dritte deutsche Bundesschießen in Wien] wird zufolge Beschlusses des Centralcomite's am Sonntag den 26. Juli mit dem Festzuge eröffnet werden. Das Schießen beginnt unmittelbar am Montag darauf und wird, wie vorläufig bestimmt ist, durch zehn Tage fortgesetzt werden. Im Schießkomite sind die Einrichtungen in Bezug auf die Durchführung der Schießkontrole bei den verschiedenen Scheibengattungen im Prinzipe bereits festgestellt. Die Muster zu den Scheibenbildern sind in Originalgröße angefertigt und können gegen Vergütung der Anfertigungskosten durch das Centralbureau (Wien, innere Stadt, Sterngasse Nr. 4) bezogen werden. Das Finanzkomite hat das Programm zur Beschaffung eines Vorschusses von vorläufig 100,000 fl. im Prinzipe festgestellt, und sollen zurückzahlbare Antheilsscheine zunächst bis zu dem obigen Betrage im Wege der Subskription begeben werden. Das Festkomite beschäftigt sich schon eifrigst mit den Projekten zu Vergnügungszügen und gemeinschaftlichen Ausflügen in die näheren und entfernteren Umgebungen der Residenz. Die Anmeldungen zum Eintritte in den deutschen Schützenbund sind schon jetzt sehr zahlreich; so sind in den letzten Wochen über 300 neu eingetretene Schützen beim Central-Komite angemeldet, darunter namentlich viele aus Steiermark. Nach allen Anzeichen dürfte die Betheiligung aus der österreichischen Monarchie eine äußerst lebhafte werden und aus dieser allein schon auf fünf- bis sechstausend Schützen zu rechnen sein.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 13-14. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 14. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

Spezialdebatte des Wehrgesetzes in der Reichsrathskammer.

München, 13. Januar.

Wir haben aus der Spezialdebatte der Reichsräthe über das Wehrgesetz am letzten Freitag und Samstag noch manches Interessante nachzutragen, besonders die Diskussion über den vielbesprochenen Art. 2, wornach die Zahl der jährlich in die aktive Armee zur Herstellung des Formationsstandes Einzureihenden je für 2 Jahre durch Gesetz (Kontingentsgesetz) bestimmt werden soll; darüber sprach sich zunächst Frhr. v. Schrenk aus, der diese Bestimmung weder für nöthig, noch für zweckmäßig hält. — Graf v. Bothmer reproduzirte seinen schon im Ausschusse gestellten, dort aber verworfenen Antrag, welcher für die nächsten 4 Jahre die durchschnittliche Friedenspräsenzstärke auf $^3/_4$ Prozente der gegenwärtigen Bevölkerungszahl normirt, für die spätere Zeit aber im Wege der Gesetzgebung festgestellt wissen will. Graf v. Bothmer bemerkte u. A., daß er für ein Kontingentsgesetz sei, denn in anderen Staaten bestünde ein solches ebenfalls, allein alle 2 Jahre ein solches Gesetz festzustellen, dafür könne er sich nicht aussprechen. Die Kammern haben das Recht, das Budget festzustellen, und dem Kriegsministerium müsse über die Organisation und Leitung des Heeres freie Hand eingeräumt werden. Im Interesse einer Verständigung mit der Abgeordnetenkammer empfehle er die Annahme seines Antrages. — Graf v. Lerchenfeld sprach sich zunächst für den Beschluß der Abgeordnetenkammer und eventuell für den Bothmer'schen Vermittlungsvorschlag. — 2. Präsident Frhr. v. Thüngen für den Abstrich des Art. 2 und gegen die Modifikation des Grafen Bothmer aus, gegen die letztere deßhalb, weil sie dem Lande zu große Opfer auferlege. Redner hegt die Hoffnung, daß die dermaligen unsicheren politischen Zustände nicht noch 4 Jahre lang dauern. — v. Harleß ist auch gegen den Beschluß der Abgeordnetenkammer; für den Bothmer'schen Antrag würde er stimmen, wenn sich die Regierung äußere, ob etwa die aus den Berathungen der süddeutschen Militärkonferenz hervorgegangenen nun ratifizirten Beschlüsse eine Basis für den Prozentsatz der Kontingente enthalten. — Frhr. v. Zu-Rhein ist gegen Art. 2, weil durch denselben ein Kronrecht beeinträchtigt werde.

Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh: Das bayerische Heer müsse namentlich jetzt, wo es einer Reform entgegengeht, eine Stabilität haben in Form und Stärke. Diese Stabilität sei aber unmöglich bei einem Gesetze, welches von 2 zu 2 Jahren die Stärke des Heeres festsetzt. Bei einem Wehrgesetze, welches die allgemeine Wehrpflicht zur Grundlage hat, wäre eigentlich ein Kontingentsgesetz ausgeschlossen; ein solches lasse sich nur denken für die Einstellung einer gewissen Anzahl junger Leute in eine bestimmte Waffengattung. Redner ist ferner deßhalb gegen ein Kontingentsgesetz, weil auch die Kriegsverfassung des norddeutschen Bundes ein solches nicht kennt. Auch gegen die Modifikation des Grafen Bothmer sprach sich Hr. Minister aus, weil es sich frage, ob $^3/_4$ Prozent die richtige Zahl ist. Früher sei das Maaß nach der Bundesverfassung bestimmt gewesen, jetzt müßten wir es selbst bestimmen. Die Stuttgarter Verhandlungen hätten diesen Punkt sehr in's Auge gefaßt und sei in dem Beschlusse die fragliche Bestimmung der norddeutschen Bundeskriegsverfassung reproduzirt. — Bei der Abstimmung wurde sowohl Art. 2 als auch die Modifikation des Grafen Bothmer abgelehnt, ersterer mit allen gegen 5 Stimmen (Frhr. v. Frankenstein, Graf Holnstein, v. Faber, v. Cramer, Graf v. Lerchenfeld). — Art. 3 wurde ohne Diskussion in der Fassung der Kammer der Abgeordneten angenommen. — Bei Art. 4 reproduzirte Graf Bothmer eine Modifikation, wornach dieser Artikel lauten soll: „die Dienstzeit im stehenden Heere dauert 7 Jahre und zwar 3 Jahre in der aktiven Armee und 4 Jahre (der Ausschuß wollte auch da 3 Jahre) in der Reserve. Die den Berittenen Zugetheilten haben 4 Jahre in der aktiven Armee und 2 Jahre als Reservisten zu dienen." In dieser Fassung wurde Art. 4 auch nach kurzer Debatte angenommen. — Auch Kriegsminister Frhr. v. Pranckh sprach sich unbedingt für diese Fassung aus, weil er in einer 7jährigen Dienstzeit eine erhöhte Sicherheit in der Leistung der Armee sieht. — Zu Art. 5 wurde der vom Ausschusse beschlossene Zusatz „bei den berittenen Truppen 2 Jahre und sind diese letzteren von den Uebungen befreit, — Art. 7 (Beginn der Wehrpflicht mit dem 21. Jahre) und Art. 8 (Befreiung von der Wehrpflicht) wurden in der Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen.

Art. 9, wornach Einwanderer, die das 31. Lebensjahr noch nicht zurückgelegt haben, nach Erlangung des Indigenats in die aktive Armee einzureihen sind, wurde mit der Modifikation angenommen, daß statt „in die aktive Armee einzureihen" gesetzt wurde „zu den Ersatzverhandlungen beizuziehen." — In Art. 10, von der Auswanderung handelnd, wurde das Wort „solchen" gestrichen. — Art. 11 ist in folgender Fassung angenommen worden: „Von der Wehrpflicht sind befreit: 1) der einzig übrig gebliebene Sohn solcher Eltern, welche einen Sohn während des von ihm in der bewaffneten Macht Bayerns geleisteten Dienstes oder in Folge desselben verloren haben, 2) jeder Sohn von Eltern, welche auf die bemerkte Weise 2 Söhne verloren haben, 3) der geistliche Stand, und zwar bei den Katholiken diejenigen, welche eine der höheren Weihen erhalten, oder in inländischen Klöstern lebenslängliche Gelübde abgelegt haben, bei den Protestanten diejenigen,

---

Der Leibschneider oder die Jagd nach einem Orden.

Ein Jahr mag's her sein; ich lebte damals in einer großen deutschen Stadt und erinnere mich noch genau eines — wie sich gleich zeigen wird sehr folgenschweren — Theaterabends, an welchem „Kabale und Liebe" gegeben wurde, worin mich vor Allem der vortreffliche Darsteller des alten Musikus Miller aufs höchste amusirte. Das eigentliche echte Theater-Publikum, die Bevölkerung des Parterres und der Galerie, hatte in „Kabale und Liebe" stets einen doppelten Genuß, einen ästhetischen und einen politischen, die unmerklich in einander verschwammen. Wenn auf die Drohung des alten Miller, den schurkischen Präsidenten als ungehobelten Gast zu maulschelliren und vor die Thür zu setzen, ein wahrer Donner von Applaus sich entlud; wer konnte da sichten, welchen Antheil an dem Gewitter das Entzücken über des Künstlers Spiel habe, welchen die Befriedigung des demokratischen Zuges im Volkscharakter? „Ein verfluchter Kerl, der alte Miller", sagte an jenem Abende mein Nachbar zur Linken mit leuchtenden Augen und wohlgefälligem Lächeln, „der geigt ihm gehörig die Wahrheit". Aber als Miller, nach des Dichters Vorschrift „aus dumpfer Betäubung zu sich selbst kommend" ausrief: „Der Leibschneider — das hat mir Gott eingeblasen — der Leibschneider lernt die Flöte bei mir! Es kann mir nicht fehlen beim Herzog" da lächelte mein Nachbar mitleidig über die Beschränktheit des alten Mannes, — mein Nachbar zur Linken nämlich; — der Nachbar zur Rechten aber schien von den Worten eigenthümlich getroffen zu werden. Er blieb während des ganzen Abends nachdenklich und zerstreut, und als ich ihn vor der Thür des Theaters fragte: Wohin gehen wir denn nun? — antwortete er selbstvergessen: Zum Leibschneider.

Doch ich muß meinen Nachbar zur Rechten erst vorstellen, bevor ich die Folgen dieses Abends berichte. Mein Freund Dornbusch wird von den meisten Leuten für ein rechtes Glückskind gehalten, und in der That hat ihm das Schicksal viel gewährt, was andere vergebens ersehnen. Er ist ein leiblich hübscher Mensch in den besten Jahren, erbte nicht allein einen Namen, wie ihn nur ein Lustspiel-Liebhaber sich wünschen kann, sondern auch genug Vermögen, um bei mäßigen Ansprüchen müßig gehen zu dürfen; er gefällt sich selbst sehr gut und ist auch mit der Welt und den Menschen im Allgemeinen zufrieden. Ueber Verdauungs-Beschwerden hörte ich ihn niemals klagen. Was fehlt ihm also? Ja, wenn die Götter nicht wären, die alten und neuen Tragikern zufolge einen häßlichen Zug von Neid in ihrem Gemüthe haben, welchen die geschmeichelten Porträts in parischem Marmor freilich nicht ahnen lassen. Auch Dornbusch' stilles reines

die förmlich ordinirt sind, dann die vorschriftsmäßig angestellten Rabiner. Die Befreiung der Standesherrn und ihrer Familien bleibt vorbehalten.

Bei Art. 12 (zeitweise Befreiung von der Wehrpflicht) entspann sich eine längere Debatte, woran sich Referent Frhr. v. Schrenk, Graf Lerchenfeld, 2. Präsident Frhr. v. Thüngen, Graf Bothmer, v. Niethammer, v. Bomhard, v. Harleß, Graf Pappenheim, Frhr. v. Zu-Rhein, Minister Frhr. v. Pechmann und Bischof v. Dinkel betheiligten, insbesondere über die Frage, ob die Rabinatskandidaten, welche zurückgestellt werden wollen, mit einem Gymnasialabsolutorium versehen sein müssen oder nicht. Schließlich einigte man sich nach Verwerfung mehrerer eingebrachter Modifikationen dahin, daß Art. 12 mit einigen Modifikationen in folgender Fassung angenommen wurde: „Zeitweise sind von der Wehrpflicht befreit: 1) katholische und protestantische Studirende der Theologie, welche sich durch ein Zeugniß der Universität, des Lyceums, des Ordenslektorats oder des Vorstands einer Missionsanstalt, sowie mit dem Gymnasialabsolutorium versehene Rabinatskandidaten, welche sich durch ein Zeugniß eines im Königreiche angestellten Rabiners und der betreffenden Kultusgemeinde als solche ausweisen; 2) Schullehrer, Schulgehilfen und Kandidaten des Schulamts, welche in einer staatlichen oder dieser gleichstehenden Vorbereitungsanstalt sich befinden; 3) der Sohn einer Familie, welcher dieselbe durch seine Arbeit ernährt, so daß sie außerdem der Armenpflege zur Last fallen würde; 4) derjenige Sohn einer Familie, welche nur 2 Söhne hat, bei Zwillingen nur einer derselben, bis zu demjenigen Jahre, in welchem die Dienstpflicht des Bruders in der aktiven Armee endigt;" die 2 übrigen Absätze wurden nach der Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen. (Ziffer 4 ist vom 2. Präsidenten Frhrn. v. Thüngen im Interesse des Bauernstandes, welcher von dem neuen Wehrgesetze am schwersten betroffen werde, gestellt worden.)

Die Artikel 13, 14, 15, 16, 17 und 18 wurden ohne Debatte nach Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen. — Art. 19 ist bekanntlich von der Kammer der Abgeordneten eingeschaltet und lautet: „Die Bedingungen der Ernennung, Beförderung und Pensionirung von Offizieren, insbesondere auch die Voraussetzungen, unter welchen Unteroffiziere vorrücken, werden durch ein besonderes Gesetz geregelt." Der Ausschuß will, daß dieser Artikel gestrichen und folgende Modifikation des Grafen v. Bothmer angenommen werde: „Als Anhang zum Gesetzentwurfe sei der Wunsch auszudrücken: es möge der k. Staatsregierung gefallen, in Erwägung zu ziehen, in wie weit die Bedingungen der Ernennung, Beförderung und Pensionirung von Offizieren, insbesondere auch die Voraussetzungen, unter welchen Unteroffiziere zu Offiziersstellen vorrücken, auf gesetzlichem Wege geregelt werden könnten." — Frhr. v. Thüngen ist gegen den Artikel und gegen die Modifikation, weil die Leitung des Kriegsministeriums zu sehr erschwert würde. Graf Bothmer vertheidigte seinen Antrag: dem Kriegsminister selbst müsse es angenehm sein, bestimmte Normen in der erwähnten Richtung zu haben. — Frhr. v. Zu-Rhein hält den vorgeschlagenen Artikel und die Modifikation für überflüssig, weil in gegenwärtiger Zeit kein Träger der öffentlichen Gewalt gegen die öffentliche Meinung handeln könne, vielmehr müsse das wahre Verdienst immer anerkannt werden. Doch abgesehen davon, könne er auch, auf dem Boden der Verfassung stehend, weder dem Artikel noch dem Wunsche zustimmen. — Kriegsminister Frhr. v. Pranckh bemerkte, nachdem er mehrere formelle Bedenken gegen den Artikel geltend gemacht hatte, daß es ihm persönlich vom Standpunkt der Verantwortlichkeit nur erwünscht sein könne, wenn auch jeder Schein von Willkür bei Ernennung ꝛc. beseitigt ist. Uebrigens habe er sich die Gründe für und gegen ein solches Gesetz noch nicht so zurecht gelegt, daß er sagen könne, ein solches Gesetz sei zweckmäßig oder nicht. Möge die Kammer es der Erwägung der Regierung anheimstellen, ob, wann und wie sie ein solches Gesetz vorlegen will. — Bei der Abstimmung wurde sowohl der Artikel als der Wunsch, wie bereits gemeldet, abgelehnt.

Die Art. 20—23, von der Landwehr, und die Art. 24—40, von den Pflichten und Rechten der Angehörigen der bewaffneten Macht handelnd, wurden zum großen Theil ganz in der Fassung der Abgeordnetenkammer, theils mit Redaktionsänderungen angenommen.

Bei Art. 41, welcher feststellt, wie der Nachweis über die genossene höhere Bildung zum Eintritt als einjähriger Freiwilliger geliefert werden soll, beantragt der Ausschuß, die Ziff. 4 und 5 zu streichen, d. h. durch ein nach Absolvirung von 3 Kursen der k. Gewerbs-, Landwirthschafts- und Handelsschulen ausgestelltes Maturitätszeugniß und durch ein Jahresschlußzeugniß über den regelmäßigen Besuch der II. Klasse eines Gymnasiums oder Realgymnasiums mit mindestens der II. Note im Fortgange soll der Nachweis der höheren Bildung nicht geliefert werden können. v. Faber erklärt sich für die Beibehaltung der Ziff. 4 und 5; auch in Preußen werden junge Männer, welche jenen Grad von Bildung erlangt haben, den man durch den Besuch gedachter Anstalten erlangen kann, zum einjährigen Freiwilligendienst zugelassen, warum wollen wir sie in Bayern ausschließen." Dinkel ist für Beibehaltung der Ziff. 4 und 5, doch soll derjenige, welcher die Gewerbschule besucht hat, die I. Note besitzen. v. Bomhard unterstützt die Ansicht v. Fabers. Täglich gewähre man dem Volke mehr freiheitliche Rechte, diese könnten nur dann wohlthätig sein, wenn das Volk diese Rechte auch achten lerne. Frhr. v. Zu-Rhein sprach sich im gleichen Sinne aus, den technischen Anstalten würde der Todesstoß versetzt werden, wenn der Ausschußantrag angenommen würde. v. Niethammer, v. Harleß und Frhr. v. Schrenk erklärten sich gegen die Beibehaltung der Ziff. 4 und 5. Bei der Abstimmung wurde Ziff. 4 mit allen gegen 5 Stimmen, Ziff. 5 mit allen gegen 3 Stimmen abgelehnt. (Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 12. Jan. [Prozeß Twesten.] In der Kriminaluntersuchung wider den Abgeordneten Twesten wegen der Rede über die Justizverwaltung ist zur öffentlichen Verhandlung der Sache in zweiter Instanz vom Kriminalsenate des Kammergerichts der Termin auf den 27. Januar um 11 Uhr angesetzt. „Es ist dies insofern etwas auffällig," bemerkt die Berliner Aut. Korr., „als bisher bei den hiesigen Gerichten Termine in Untersuchungssachen wider Mitglieder des Abgeordnetenhauses nicht während der Kammersessionen angesetzt zu werden pflegten, und man hätte erwarten sollen, daß diese Regel im vorliegenden Falle um so mehr beobachtet wäre, da die Möglichkeit einer neuen Verfassungsbestimmung über die Redefreiheit der Abgeordneten in Aussicht steht, welche dann auch auf diesen Fall Anwendung finden würde. Es ist übrigens wahrscheinlich, daß das

---

Glück ärgerte sie, und raffinirt, wie sie schon sind, gaben sie sich die Miene, sein Glück noch zu vermehren, indem sie es untergruben. Sie legten in seine Seele das Streben nach einem höheren Ziele, und sprachen zugleich aus, daß er es niemals erreichen solle.

Noch als wir Studenten hießen, aber selten Zeit zum Besuch der Collegien-Uebung hatten, unterhielten wir uns einmal mit dem beliebten Spiele, Pläne zu entwerfen für den schönsten Fall, den Fall eines großen Treffers in unseren Schooß. Als ich mein System, das Geld am schnellsten und genußreichsten anzubringen, entwickelt hatte, wurde Dornbusch melancholisch; Alles das mache den Menschen ja doch nicht glücklich, wenigstens ihn nicht. Und nach langen Umschreibungen und unter heftigem Erröthen gestand er endlich, daß das Recht, ein farbiges Band an den Rock zu heften, ihm vor Allem begehrenswerth erscheine. Das schreibe sich aus seinen Knabenjahren her. Sein Vater habe einen dekorirten Freund gehabt, und so oft dieser zu ihnen gekommen, sei es meinem Freunde gewesen, als ob ein verklärender Schein sich über alle Insassen des Hauses verbreite; — allerdings nur, um nachher die sternlose Nacht umso trostloser erscheinen zu lassen. Seitdem lasse ihm die Sehnsucht keine Ruhe mehr und nie habe er heißere Thränen vergossen, als da sein Vater ihm verbat, die mit saurem Schweiß verdiente Schulmedaille für Fleiß und gute Sitten an seinem Rocke zu tragen.

Ich tröstete ihn, so gut ich konnte. Es werde ihm ja leicht werden, sich auf irgend eine Art auszuzeichnen, heutzutage brauche man nicht gerade eine Schlacht zu verlieren oder „einen Großen fahren zu lassen," oft komme auch der Zufall freundlich zu Hülfe und man habe ihn nur festzuhalten. Meine Worte thaten ihm sichtlich wohl und er versprach, sie zu beherzigen.

Jahr und Tag waren vergangen, ohne daß ich weiter an jenes Gespräch gedacht hätte. Eines Mittags stürzte Dornbusch mit strahlendem Gesicht und dem Ausruf: „Jetzt hab' ich ihn!" in mein Zimmer.

„Wen hast Du?" — „Laß mich nur verschnaufen, dann sollst Du Alles erfahren."

Und er beichtete. Jenes Gespräch hatte ihn unablässig beschäftigt. „Thue etwas Großes," das lasse sich wohl leicht sagen, aber schwerer ausführen. Mehr habe ihm meine Bemerkung über die Gelegenheit, die man beim Schopfe erfassen müsse, eingeleuchtet. Ihm fiel ein, daß er sich ja Medicinstudirens halber an der Hochschule aufgehalten hatte; wie wär's, wenn seine Wissenschaft, die er übrigens nie viel molestirt hatte, ihm hier einen Dienst leistete! Er besuchte, ein elegantes Besteck in der Tasche, jede Feierlichkeit, welcher hohe und höchste Personen beiwohnten, fehlte bei keiner Truppenrevue, ließ

Kammergericht noch gar nicht selbst in der Sache entscheiden, sondern dieselbe nochmals in die erste Instanz zurückverweisen wird, weil das hiesige Kriminalgericht in seinen kurzen Erkenntnißgründen die Twesten'sche Rede in Bausch und Bogen für verleumderisch und beleidigend erklärt, aber nicht die einzelnen für strafbar erachteten Stellen der Rede bezeichnet hat und weil dieser Mangel einer thatsächlichen Feststellung das ganze Erkenntniß als nichtig erscheinen läßt. Twesten hat in seiner Appellation lediglich den Einwand der Inkompetenz der Gerichte auf Grund des Verfassungsartikels 84 wiederholt und sich auf die Anklage selbst nicht weiter eingelassen."

Ausland.

Frankreich. [Militärgesetz und Kriegsbesorgnisse.] Der französische gesetzgebende Körper hat die Diskussion des Militärgesetzes beendigt, und nun wird dasselbe noch den Senat zu passiren haben, um dann im „Moniteur" kundgemacht zu werden. In Paris dauern übrigens die Kriegsbesorgnisse fort, so sehr auch der Kaiser Alles sorgfältig vermeidet, was eine mißliche Deutung erfahren könnte. Wie soll auch die Beruhigung einkehren, wenn das offiziöse „Pays" abwechselnd gegen Preußen und Belgien hetzt und namentlich über die Haltung der Regierungskreise in Brüssel schimpft? Nur der Curiosität wegen führen wir aus dem Artikel des „Pays" die folgende Stelle an: „Man sagt ganz laut in den Brüsseler Salons, daß das Glück dem Kaiserreiche untreu werde, man prophezeit Revolutionen und Kriege, man beklagt sich, einem verhaßten Gouvernement ein freundliches Gesicht machen zu müssen, welches, nachdem es Zwietracht gesäet habe, nur noch die Coalition ernten könne. Gleichzeitig trägt man am Hofe von Brüssel die lebhaftesten Sympathien für das Haus der Orleans zur Schau, dessen Wiederherstellung ganz Frankreich mit Ungeduld entgegenharre. Wie ganz anders ist der Geist der Bevölkerungen (in Belgien im Gegensatz zu den Regierungskreisen), welche uns um unsere demokratischen Einrichtungen beneiden und nicht vergessen haben (d. h. die Franzosen), daß sie unter den Fittigen des kaiserl. Adlers den Ruhm Frankreichs theilten."

Großbritannien. [Die Fenier. Ein Dementi Garibaldi's.] In Dublin ist ein sehr wichtiger Fang gemacht worden; wenigstens glaubt die Polizei, den Anführer der Fenierschaaren zu haben, die bei dem vorigen Märzaufruhr von Dublin nach den Höhen von Tallaght auszogen. Er heißt Lennon; schon lange war nach ihm gefahndet und auch ein Preis auf seine Beibringung gesetzt worden. Als man seiner jetzt habhaft wurde, trug er einen sechsläufigen Revolver bei sich. Er wird unter die Anklage des Hochverraths gestellt werden. Außerdem wurden noch zwei Brüder M'Kenna, Telegraphisten, und ein Eisenbahnbeamter James Welton im Theater zu Belfast verhaftet.

In Cork kam ein befremdendes Ereigniß vor. Zwei Männer gingen zusammen über die Straße, als in der Tasche des Einen eine Flasche mit griechischem Feuer explodirte. Er warf sofort den Rock ab und rannte mit seinem Gefährten davon. Ein Dritter hob den Rock auf, als darin eine zweite Flasche explodirte; das Kleidungsstück selbst und Dokumente, die sich in demselben befanden, waren vernichtet, ehe die Polizei an Ort und Stelle kam, welche daselbst einen Mann und eine Frau verhaftete.

Einer angeblichen Adresse Garibaldi's an die Fenier wird im Auftrage des Helden von Caprera „von einer Dame" in der Presse die Echtheit streitig gemacht: der General wünsche es allgemein bekannt gemacht zu wissen, daß er nie an die Brüderschaft geschrieben habe. Es sei ihm allerdings von jener Seite her eine Adresse zugegangen, die er indessen keiner Antwort gewürdigt. Im Gegentheile er stehe in dieser Angelegenheit ganz auf Seiten der Regierung.

— [Die internationale Friedens- und Freiheitsliga] hat in London ein neues Reis getrieben, das sich als Zweigverein der großen Genossenschaft ankündigt. Der neue Verein veröffentlicht eine Adresse, die von Beales, dem Präsidenten der Reformliga, unterzeichnet ist, und mit einem Rückblicke auf die Versammlung in Genf es als eine Schmach für Christenthum und Civilisation beklagt, daß Angesichts des Widerwillens der Nationen gegen den Krieg allenthalben so ungeheure Heere in Waffen stehen. Englands wird dabei auch gedacht und aufgeführt, daß die Armee, die unter Wellington nur 15,000,000 L. jährlich kostete, jetzt 28,000,000 L. verschlinge, während Tausende von Menschen dem Hungertode nahe seien.

Italien. [Nachträgliche Enthüllungen über den römischen Einfall.] Man glaubt in der That zu träumen, wenn man die jetzt publizirten Nachträge zu dem italienischen Grünbuch (dem Wortlaut nach reproduzirt in der „Köln. Ztg.") durchgeht. Darnach ist kein Zweifel mehr an der Mitwissenschaft des Kabinets Ratazzi an dem Garibaldischen Unternehmen und es erklärt sich auch recht gut, warum Ratazzi selbst die Publikation dieser Depesche verlangt hat; er hat sich damit vor dem Lande selbst vollkommen rehabilitirt, wenn auch sein doppeltes Spiel außer allem Zweifel ist. Man höre. Unterm 20. September richtet Ratazzi an den Präfekten von Ancona eine Depesche, welche diesen anweist, dem Major Ghirelli, der eine römische Legion als Succurs für Garibaldi organisiren solle, 6000 Frcs. zu behändigen. Unterm 10. Oktober geht folgende Depesche von dem Polizeipräfekten von Genua an den Minister des Innern: „Capitän Fontana wünscht 300 Carabiner an die Grenze zu schicken, Alles unter größtem Geheimniß. Er wünscht auch die Zurückerstattung von 100 Gewehren, die ich ihm habe saisiren lassen und die noch in meiner Verwahrung sind. Ich verlange Instruktionen." Man liest nun am Rande der Depesche: „Florenz, 10. Okt. 1867. Lassen Sie die 300 Gewehre abgeben, geben Sie die saisirten zurück, Alles unter größtem Geheimniß. Ratazzi." Ferner: „Der Generaldirektor der öffentlichen Sicherheit an den Polizeipräfekten von Genua. Florenz, 15. Okt. 1867. Ich bitte Sie, sofort allen den Personen, die durch den Advokaten Brusco und den Capitän Fontana präsentirt werden, freie Passage auf den Eisenbahnen zu geben für die Bestimmung, die angegeben werden wird. 600 Plätze dritter Classe sind von Genua nach Terni verabfolgt worden." Der Präfekt von Cuneo meldet in Florenz das Verschwinden von 20 römischen Emigranten die in Saluzzo internirt waren und fügt hinzu, daß er Befehl ertheilt hat, sie festzunehmen. Der Generalsekretär Ratazzi's antwortet: „Florenz, 17. Okt. Nehmen Sie den Verhaftsbefehl zurück, den Sie in Ihrer gestrigen Depesche gemeldet haben. Monzani."

Selbstverständlich, daß alle diese Depeschen jetzt von den Organen des Ministeriums Menabrea desavouirt werden. So spricht sich die offiziöse „Italienische Korrespondenz" in dieser Richtung aus und wagt es nicht, sie anders als in flüchtiger Analyse mitzutheilen. In einer dieser Depeschen, welche jedoch von der „Corr. italienne" einer

---

sich bei Prozessionen drängen, stoßen und schmähen, um immer bei der Hand zu sein, falls eine Ohnmacht, ein Fehltritt, ein Sturz mit dem Pferde ärztliche Hilfeleistung nöthig machen sollte. Unermüdlich lief und fuhr er umher: nichts wollte sich ereignen und schon sank ihm der Muth. Da, nachdem er wieder einmal zwei Stunden in brennender Sonnenhitze auf der Schmelz gestanden hatte, platzte der Sattelgurt eines hohen Offiziers, der Reiter glitt vom Pferde; wie der Blitz war Dornbusch zur Stelle: Triumph, der Verunglückte verdankte seine hohe Stellung in der Welt nicht blos seinem militärischen Range! Trotz aller Versicherungen, daß nichts geschehen sei, bemächtigte sich mein Freund der Hand, auf welche der Reiter gestürzt war, brachte mit Zuhilfenahme seines Taschentuchs einen Verband an, schrie um einen Wagen und ruhte nicht eher, als bis der hohe Herr sich nach Hause fahren ließ. Natürlich nahm er selbst ebenfalls in dem Wagen Platz, denn „der Fall war so ernst, daß er es für seine Pflicht erachtete, den Patienten nicht aus den Augen zu lassen". Er kam mit ins Palais, mit die Stiege hinauf, mit ins Vorzimmer; aber dann schloß sich die Thür vor seiner Nase und ein Kammerdiener bedeutete ihm höflich, seine Mission sei zu Ende, der Leibarzt werde schon das Weitere verfügen. Dabei wollte der höfliche Mann Etwas, was sich wie Banknoten anfühlte, in meines Freundes Hand gleiten lassen. Verletzt trat dieser einen Schritt zurück; nicht um Geld habe er seinen Beistand geleistet, höher bezahle ihn sein Bewußtsein — übrigens sei hier seine Karte, falls man ihn noch brauchen sollte.

Nun, schloß er seine Erzählung, nun kann mirs doch nicht fehlen. Und auch mir schien seine Berechnung richtig. Aber ach, sie war falsch. Man brauchte ihn nicht, man fragte nicht nach ihm, unter der Hand verlautete nur, der Leibarzt habe sich ganz unkollegialisch geäußert über den Anleger eines Verbandes, wo nichts zu verbinden gewesen. „Brodneid!" knirschte Dornbusch; „aber ich will ihre Kabalen durchkreuzen!" Und er machte eine förmliche Eingabe, an dem ihm unvergeßlichen Vormittage sei er so glücklich gewesen, eines von seinen Taschentüchern um eine hochverehrte Hand winden zu dürfen. Diese Berührung (ach, daß er nichts von theurem Blute einfließen lassen konnte!) mache ihm und seiner einstigen Familie jenes Tuch zu dem kostbarsten Besitzthum und erbitte sich dasselbe hiemit ganz gehorsamst zurück. Nach einigen Tagen erschien ein sehr gutmüthig ausschauender junger Lakai bei ihm und zog ein buntes baumwollenes Tuch hervor und fragte, ob dies vielleicht dem Herrn Doktor gehöre? Die ganze Dienerschaft sei allarmirt worden, aber kein Tuch habe sich gefunden, außer diesem hier — unter der Wäsche des Ueberbringers.

(Schluß folgt.)

besonderen Erwähnung gewürdigt wird, stellt Crispi von der Grenze aus das Verlangen an Ratazzi, ohne Bedenken Garibaldi in Freiheit zu setzen und das Ueberschreiten der Grenze und die Besetzung von Civitavecchia anzuordnen. Ein subalterner Polizeibeamter hatte sich im Mittelpunkt der Aktion festgesetzt, und berichtet über die Nothwendigkeit einer einzigen Oberleitung in allen päpstlichen Provinzen. Ohne diese Oberleitung sei es unmöglich, die Bewegung in Rom selbst zum Ausbruch zu bringen. Durch denselben Agenten ließ auch Menotti Garibaldi den Unterpräfekten von Rieti um die Zusendung von 12,000 Fr. angehen.

Griechenland. [Zur kretischen Angelegenheit.] Der athenische Korrespondent der „Times" spricht von einer angeblich überreichten identischen Note, in welcher England und Frankreich der griechischen Regierung den Rath geben, sich fernerhin der Neutralitätsverletzungen zur Unterstützung des kretischen Aufstandes zu enthalten. Daß die Note wirklich existire, will der Korrespondent nicht verbürgen (der Berliner + Korrespondent der „Köln. Ztg." bezeichnet die Existenz dieser Note als „unbestreitbar"), bemerkt aber dazu, daß, wenn die englische Regierung einen solchen Schritt gethan habe oder thun wolle, die Veröffentlichung der Note der einzige Weg sei, sie für Griechenland nützlich zu machen. Der Rath, über die durch die aggressive Politik der griechischen Regierung geschaffene Lage ruhig nachzudenken, würde der gemäßigten Partei die Gelegenheit gegeben haben, die Gefahren eines Krieges mit der Türkei, der Vertreibung griechischer Unterthanen aus den Handelsstädten des ottomanischen Reiches, des finanziellen Ruins, der Griechenland bedrohe, der Schwächung des hellenischen und der Stärkung des slawischen Elements zur Sprache zu bringen. Offenbar richte die Verlängerung der Feindseligkeiten auf Kreta die Insel zu Grunde, entsittliche die öffentliche Verwaltung in Griechenland durch die Nothwendigkeit, zu der geheimen Thätigkeit der Beamten und Offiziere das Auge zuzudrücken. Andererseits aber sei diplomatische Einmischung immer ein heikler Schritt; denn in demokratischen Staaten sei es stets volksthümlich, über ausländischen Einfluß Zeter zu rufen.

Frankfurter Börse (6. bis 11. Januar.)

11. Januar. Wenn wir vor acht Tagen konstatiren konnten, dass das neue Jahr den Kursen einige Besserung gebracht habe, so hat es auch die zweite Woche nicht an gutem Willen fehlen lassen, auf dem begonnenen Wege fortzuschreiten. Der Impuls kam zum grossen Theil aus Wien, wo die Börse zu dem neuen konstitutionellen Ministerium Vertrauen zu zeigen sich bemüht und die Zirkulare der beiden Finanzchefs gut aufgenommen hat. Oesterr. Fonds zeigten feste Haltung, 1860 und 1864er Loose haben eine weitere Kursbesserung aufzuweisen, erstere bis 70, letztere bis 76.

Süddeutsche Fonds verharren in Folge fortgesetzter Geldanlagen in fester Haltung, Badische Thlr. 100 Loose, in Erwartung der definitiven Stücke, auf 97 1/4 gestiegen, empfehlen sich jetzt zu vortheilhaftem Tausch gegen die bayer. Loose à 100. Beide Effekten sind so in jeder Beziehung gleichartig, dass eine Kursdifferenz nicht gerechtfertigt ist, für die badischen spricht noch eher der halbjährige Zinscoupon und das kleinere Kapital. Von fremden Staatspapieren ging Einiges um in 5pCt. Russen von 1862 und in 4 1/2 pCt. schwedischen Pfandbriefen. Amerikaner unter Einwirkung des hohen Goldagios und der Konvertirungsprojekte, die selbst im Senat grossen Anklang zu finden scheinen, matt und um 1/4 pCt. rückgängig. Der Senat will von einer Papierzahlung der Repudiatoren zwar nichts wissen, aber er möchte doch mit der „Streitfrage, ob Papier oder Gold?" eine Handhabe sich schaffen, die Staatsgläubiger einzuschüchtern, er sagt ihnen: „der Wortlaut des Gesetzes gestattete uns eigentlich, auch die 5/20er in Papier zu zahlen, wir wollen es aber nicht, wenn ihr anders ein Wort mit euch reden und euch billig finden lasst, d. h. wenn ihr euch statt mit 6 mit 5 pCt. begnügt." Eine eigene Art von Ehrlichkeit.

Oesterr. Kreditaktien haben wieder einmal den 180er erreicht und überschritten, sie sind aber so oft zurückgeworfen worden, dass man diese Errungenschaft nicht voreilig preisen darf. In Wien besteht eine starke Hausseparteí für das Effekt, die zu weiteren Anstrengungen gerüstet scheint. Oesterr. Nationalbank hat ihren Aufschwung nicht behaupten können, der letzte Jahresbericht lautet auch wenig ermuthigend und die Reformen des Instituts sind noch sehr prekärer Natur.

In E.-B.-Aktien waren die Transaktionen diese Woche etwas lebhafter als gewöhnlich, mehrere Kaufordres auf pfälzische Bahnen steigerten den Kurs und sind zumal für Bexbacher Abgeber selten. In Berlin soll sich ein spekulatives Konsortium unter Leitung eines bekannten Börsenmannes, zugleich einer Spezialität für E.-B.-Aktien, gebildet haben, um bayer. Ostbahnen dort einzuführen. Der Plan ist so übel nicht und beweist leider jedenfalls die Superiorität Berlins über unsern Platz. Taunusbahn zu 330 gesucht.

Diskonto sehr begehrt und in jedem Posten 1 pCt. unter Bankrate anzubringen. In fremden Wechseln viel Umsatz zu unveränderten Kursen. Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 10. Januar dokumentirt die herrschende Geschäftsstille.

	6.		11.			6.		11.	
5% Oestr. National	53½		53½		3½% Badische Obl.	—		82⅝	
5% do. Metal. (1859)	60		60	B	4% Darmstädt. do.	90½	B	90½	B
do. (steuerfr.)	48		48¾	B	4½% Nassauer do.	95¼	B	95	B
5% do. Lose (1860)	70⅝		70		4% do. do.	85¾	B	86¼	B
— do. do. (1864)	74⅞	B	76	B	3½% do. do.	81⅜	B	81⅜	B
Oestr. Kreditl. (58)	123⅝		123¾		4% Kurhess. do.	90¼	B	90¼	B
5% Bayer. Obligat.	101½	B	101⅝	B	3½% Frankf. do.	81⅜	B	82¼	B
4½% do. do.	94⅛	B	93⅝	B	3% do. do.	—		—	
4% do. do.	88⅛	B	88⅝		6% Amerik. (1882)	76⅛		75⅞	
4% do. 100Thl.-L.	98¾	B	100	B	Oestr. Kredit.	182⅛		180⅛	
4½% Würtemb. Obl.	93¾	B	94¼	B	Oestr. Nat.-Bank	668		666	B
3½% do. do.	81⅛	B	81⅛	B	Frankfurter do.	126		125½	
4½% Badische do.	93¾	B	93⅞	B	Bexbacher E.-B.	156¼		157	
4% do. do.	86	B	85¾		Bayer. Ostbahnen	119⅛		116⅞	

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 1/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 3/4 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	48 1/8 P. 47 7/8 G.
"	4 1/2 pCt.	40 3/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 7/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 7/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 7/8—3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 3/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. dto.	81 3/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/8 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	83 3/4 G.
NAmerika	6pCt. à 100r. 1881 D. 2 1/2	77 2/3 P.
"	6pCt. ditto v. 1882	75 7/8—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	676 P. 674 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183 1/2—83 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 5/8 P. 3/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 1/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . . .	108 1/4 G.
Oest. F. St. Elsb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238—39 1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 1/2 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/2 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 1/4 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	98 1/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	127 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 1/4 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4 P.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	125 1/2 P. 125 G.
" do. v. 1864	75 3/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/2 P. 1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 1/4 G.
" fl. 25 do.	40 5/8 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37 1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. H.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 13. Januar. Von Spekulationseffekten war die Meinung besonders für österr. Creditaktien sehr günstig und erhöhten dieselben ihren Cours abermals gegen die Notirung der gestrigen Effektensocietät um 2 fl. Staatsbahnaktien gewannen nicht in demselben Maße. Oesterr. Anlagepapiere und süddeutsche Werthe hielten sich bei nicht bedeutenden Umsätzen ziemlich stabil wie am Schluß der Vorwoche. 1882 Amerikaner bewahrten bei lebhaftem Geschäft ebenfalls eine sehr feste Haltung und gewannen 1/8 pCt. im Laufe des Geschäfts. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 15.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 15. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

Spezialdebatte des Wehrgesetzes in der Reichsrathskammer.

(Schluß.)

München, 13. Januar.

Die Art. 42, 44—49 und 50—65 wurden ohne wesentliche Modifikationen in der Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen. — Bei Art. 43 wurde beschlossen, daß in Städten, wo sich eine Universität oder eine derselben gleichstehende höhere Lehranstalt befindet, die als Freiwillige eintretenden Studirenden unbeschränkt aufzunehmen sind, jedoch nur im Falle ihrer Tauglichkeit zu der im Studienorte garnisonirenden Waffengattung. Diese Modifikation war von Sr. k. H. dem Prinzen Luitpold eingebracht worden zu dem Zweck, um in Städten, wo sich eine Universität oder eine derselben gleichstehende höhere Lehranstalt befindet, eine Ueberbürdung einzelner Waffengattungen mit einjährigen Freiwilligen zu verhindern, wenn den Studirenden die Wahl der Waffengattung ganz frei stünde. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh hat sich mit der Modifikation vollkommen einverstanden erklärt.

Art. 46 Abs. 1 wurde in folgender Fassung angenommen: „Alle mit dem 1. Januar eines Jahres wehrpflichtig gewordenen Jünglinge sind verpflichtet, sich vor dem darauffolgenden 15. Januar bei der Gemeindebehörde ihrer Heimath oder ihres Aufenthaltsortes, falls sie sich im Auslande befinden, bei ersterer persönlich oder schriftlich, oder durch Stellvertreter, welche hiezu einer besonderen Vollmacht nicht bedürfen, anzumelden." — Bei Art. 49, welcher bestimmt, daß den Distriktsverwaltungsbehörden die erstinstanzielle Entscheidung über die Einsprüche gegen die Urlisten zustehe, daß die Berufung gegen deren Bescheide aber an die Ersatzkommissionen zu richten sei, und daß diesen letzteren die Bescheidung aller Ansprüche auf Befreiung von der Wehrpflicht und Zurückstellung übertragen werden soll, — bemerkte Hr. Minister Frhr. v. Pechmann, daß die Regierung den Verwaltungsbehörden in dieser Beziehung eine erweiterte Kompetenz zugedacht hatte, daß aber die Kammer der Abgeordneten darauf nicht eingegangen sei. Redner gibt seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß sich beim Vollzuge dieser Bestimmungen, wie sie von der Abgeordnetenkammer festgestellt wurden, Mißstände ergeben werden, welche die Urheber dieser Bestimmungen zur Zeit nicht ahnen. Um jedoch die Vereinbarung über das Gesetz nicht zu verzögern, empfehle er der hohen Kammer die Annahme des Artikels nach der Fassung der Abgeordnetenkammer. — Abs. 3 des Art. 56 wurde mit der vom Grafen Bothmer vorgeschlagenen Modifikation angenommen, daß zur Bescheidung der Berufungen gegen Beschlüsse der Ersatzkommission von Seite der Kreisregierungen auch ein Stabsoffizier zuzuziehen sei.

Art. 74 erhielt nachstehende Fassung: „Keinem Wehrpflichtigen ist von dem Zeitpunkt des Beginnes seiner Wehrpflicht (Art. 7) an die Auswanderung gestattet, bevor er entweder in die aktive Armee einschließlich der Ersatzmannschaft eingereiht oder von der Erfüllung der Wehrpflicht endgiltig freigesprochen ist. (Der vorstehende Absatz ist neu.) Die Angehörigen der aktiven Armee einschließlich der Ersatzmannschaft dürfen nur mit militärdienstlicher Bewilligung auswandern. Die Reservisten und Landwehrmänner sind an der Auswanderung nicht gehindert." — Zu Art. 84, welcher von den Militärentlaßscheinen handelt und u. A. bestimmt, daß den Wehrpflichtigen, welche nicht zur Dienstleistung gelangen, ein durch ein besonderes Gesetz festzustellender Beitrag zur Staatskasse auferlegt werden soll, wurde folgender vom 1. Präsidenten Frhrn. v. Stauffenberg vorgeschlagener Wunsch angefügt: „Es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu stellen, in dem über die Reluitionspflicht der nicht zur Dienstleistung gelangenden Wehrpflichtigen und über die Verwendung des Ertrages der Reluitionsbeiträge zu erlassenden Gesetze der Stellung der Unteroffiziere besondere Berücksichtigung allergnädigst zuwenden lassen zu wollen." — Nach Art. 42 wurde auf Antrag des Frhrn. v. Schrenk folgender neue Artikel eingestellt: „Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Bestimmungen des Heerergänzungsgesetzes von 1828, welche erst nach Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes zur Aburtheilung kommen, sind nach Vorschrift des Gesetzes von 1828 zu bestrafen."

Der letzte Absatz des Art. 95, welcher lautet: „Mit dem 1. Januar 1869 tritt die bisherige Landwehr außer Wirksamkeit; ihre definitive Auflösung erfolgt durch Gesetz" — wurde als überflüssig gestrichen, da durch Art. 96 die Bestimmungen der Verfassungsurkunde, auf deren Grund die Landwehr besteht, ausdrücklich aufgehoben werden. — Bevor zur definitiven Abstimmung geschritten wurde, richtete von Bomhard an das Kriegsministerium die Bitte, es möge für die

Der Leibschneider oder die Jagd nach einem Orden.

(Schluß.)

Da mein Freund das baumwollene Schnupftuch doch nicht ins Knopfloch stecken konnte, lehnte er es dankend ab und gab die Hoffnung auf, durch einen Zufall an sein Ziel gebracht zu werden.

Ein zweites Mittel wurde versucht. Er kaufte ein „Album der deutschen Lyrik", schloß sich mit demselben vier Wochen lang in sein Zimmer ein, und kam nach Ablauf dieser Frist mit einem zierlich geschriebenen Manuskript wieder zum Vorschein: „Gedichte von Max Dornbusch." Bald hatte auch das Manuskript sich in ein elegant gedrucktes Bändchen verwandelt, welches in goldgepreßter Hülle nach allen Himmelsgegenden versendet wurde. Jeder Fürst, der im Verdachte eines Hausordens stand, erhielt sein Exemplar. Die nächsten Monate verlebte der Dichter um eines Ordens willen in furchtbarster Aufregung, himmelhoch jauchzend, so oft der Briefträger ein Schreiben oder Paket mit dem Poststempel irgend einer Residenz überbrachte, zum Tode betrübt, wenn sich beim Oeffnen nur ein verbindlicher Dank, meistens von den Gedichten selbst wieder begleitet, vorfand.

In die Zeit seiner tiefsten Niedergeschlagenheit über das abermalige Mißlingen, das durch herzlose Kritiken seiner dichterischen Erstlinge in einigen Blättern nicht eben versüßt wurde, fiel der erwähnte Theaterbesuch. Einige Monate später zeigte er mir seinen Wohnungswechsel an: früher Maximiliansstraße 10 Parterre, jetzt Fingergäßl 13 und noch dazu im vierten Stock. Was in aller Welt konnte ihn zu diesem Tausche bewegen haben? „Gabriel Bierdimpfel, bürgerlicher und realer Herrnkleidermacher für Civil und Militär" stand an der bezeichneten Thür, der Dienstbote rief in das Familienzimmer des Herrn Bierdimpfel hinein und Max Dornbusch kam eilfertig und etwas verlegen heraus, um mich in „sein Zimmer" zu führen, welches nach der Hofseite lag und selbst in der Sprache der Zimmervermiether höchstens ein „Kammer" genannt werden dürfte. Er beantwortete meinen fragenden Blick mit der Erklärung, daß ihn ein Zufall mit der sehr anständigen und recht gebildeten Familie bekannt gemacht habe, in deren Kreis er jetzt eine Art Häuslichkeit genieße. Eine Tochter? Ja, es ist eine Tochter da, aber durchaus nicht hübsch. O nein, eine Liebschaft ist nicht im Spiele. Ich empfinde nur das Bedürfniß nach einem stillen, zurückgezogenen Leben, Verkehr mit einer Familie. . . . Nun, das Bedürfniß macht sich bei Jedem einmal geltend, warum sollte Max Dornbusch es nicht Fingergäßl im vierten Stock befriedigen? Ich verließ ihn mit meinem Segen.

Und richtig war er im nächsten Winter Bräutigam, im Fasching Ehemann. Seine Braut war in der That „durchaus nicht hübsch" und was die gerühmte Liebenswürdigkeit und Bildung anbetraf, so wußte sie dieselben wenigstens vor Fremden geschickt zu verbergen. Indessen Max war glücklich. Nach der Trauung nahm ihn der Schwiegervater beiseite, redete leise und mit lebhaften Gestikulationen in ihn hinein, und es mußte etwas Furchtbares sein, was er ihm mittheilte. Denn während Herr Gabriel Bierdimpfel von einem Ohr bis zum andern lächelte, wendete Herr Max Dornbusch sich mit so verzerrten Zügen und so todtenbleich ab, daß sämmtliche Gäste bestürzt auf ihn zueilten. Er stöhnte: „Schwindel! Schwindel!" — nahm meinen Arm und verlangte, nur einige Minuten mit mir allein zu sein, er werde sich bald erholen.

einjährigen Freiwilligen, so lange sie in den Kasernen anwesend sein müssen, besondere Lokalitäten einräumen, wo sie ihre Studien ungestört fortsetzen können. — Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh erwiderte, daß man in Kürze Gelegenheit haben werde, aus den bereits ausgearbeiteten Verordnungen sich zu überzeugen, daß die einjährigen Freiwilligen mit aller Rücksicht auf ihre Bildung, ihre Studien rc. behandelt werden sollen. Vorerst werden diese Freiwilligen 6 Wochen in den Kasernen wohnen müssen; dann wird ihnen das Wohnen außerhalb der Kasernen gestattet. Auch in Betreff der Wohnungsräume in den Kasernen wird alle Rücksicht auf sie genommen werden. Auf eine Anfrage des Grafen **Bothmer** erklärte Hr. **Kriegsminister**, daß ein 4. Dienstjahr, beim höheren Alter angereiht, auf das 19. Jahr vorgerückt worden sei. — Das Resultat der Annahme des ganzen Gesetzes haben wir bereits gemeldet.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Ministerverantwortlichkeitsgesetz.] Nachdem die großh. Regierung der ersten Kammer am 30. August v. J. eine Vorlage über Abänderung des §. 67 der Verfassungsurkunde, die Verantwortlichkeit der Minister betreffend, übergeben und die genannte Körperschaft einige Abänderungen an der Vorlage anbrachte, letztere auch nicht mit den früheren Beschlüssen der zweiten Kammer in erheblichen Punkten in Harmonie gebracht wurde, hat sich in weiterer Berücksichtigung des Umstandes, daß die jetzige zweite Kammer und die staatsrechtliche Kommission selbst zum großen Theile aus Mitgliedern besteht, welche an den früheren Verhandlungen des Landtags über die Ministerverantwortlichkeit nicht Theil genommen haben, die Kommission für verpflichtet gehalten, auf eine neue und selbständige Berathung der ganzen Gesetzesvorlage einzugehen. Sie hat jedoch dabei die ausführlichen und gründlichen Vorarbeiten, welche die Geschichte der badischen Verfassung von ihrer Entstehung bis heute geliefert hat, in Berücksichtigung gezogen. Berichterstatter ist der Abgeordnete Kusel.

Nach dem nunmehr vollendeten Bericht steht das Recht der Anklage wegen Verfassungsverletzung der zweiten Kammer allein zu. Beschwerden wegen Verletzung der verfassungsmäßigen Rechte der ersten Kammer stehen letzterer zu. Jede der beiden Kammern ist übrigens berechtigt, Vorstellungen an die großh. Regierung zu richten. Da die Kammern das Recht des Gesetzesvorschlags zur Zeit noch nicht haben, so sollen diejenigen Vorstellungen, welche auf Vorlage eines Gesetzes gerichtet sind, vorerst nur von beiden Kammern beschlossen werden können. Der Staatsgerichtshof, vor welchem die Anklage verhandelt wird, ist zusammengesetzt aus 13 Mitgliedern der ersten Kammer, dem Präsidenten des obersten Gerichtshofs und 5 weiteren Kollegialrichtern. Dem Ankläger und dem Angeklagten steht das Recht der in den Staatsgerichtshof berufenen Mitglieder der ersten Kammer zu. Die Anklage soll weder ganz allgemein wegen „Mißregierung“, noch wegen „gemeiner“ Verbrechen erfolgen, sondern wegen „wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangener schwerer Gefährdung der Sicherheit des Staates (§ 4 des Reichsgesetzes von 1849). Durch freiwillige Entfernung, Pensionirung oder zeitweise andere Verwendung des angeklagten Ministers erlischt das Anklagerecht nicht. Auf erhobene Anklage ist der Angeklagte kraft des Gesetzes der Führung seines Amtes einstweilen enthoben. Eine Unterscheidung zwischen schweren und leichten Vergehen findet nicht statt. Das **Begnadigungsrecht des Landesherrn ist ausgeschlossen.** Die Strafe und deren Folgen wirken so lange fort, bis von Seiten der Stände die Billigkeit und Zweckmäßigkeit einer gänzlichen oder theilweisen Aufhebung anerkannt wird. Ist die Verfassungsverletzung festgestellt, aber die Handlungsweise entschuldigt, soll der Angeklagte einfach freigesprochen werden. Der Anklage soll die Durchführung trotz einer etwaigen Kammerauflösung gesichert sein. Erfolgt eine abermalige Auflösung, so bleibt die von der zweiten Kammer gewählte Kommission zur Vertretung der Anklage ermächtigt und der Präsident, sowie die übrigen Mitglieder der ersten Kammer zum Richteramte im Staatsgerichtshofe berufen. Das Recht der Anklage erlischt fünf Jahre von dem Zeitpunkte, wo die verletzende Handlung zur Kenntniß des Landtages gekommen ist, wenn die zweite Kammer jenes Recht nicht wenigstens durch den Beschluß, den Antrag auf Erhebung einer Anklage in Betracht zu ziehen, gewahrt hat. Die Anklage kann ferner nicht mehr erhoben werden, wenn die Mehrheit der zweiten Kammer jene Handlung ausdrücklich gebilligt hat. Dies der Vorschlag der Kommission der zweiten Kammer, der durch wechselseitige Zugeständnisse und Kompromisse wohl in untergeordneten Punkten Aenderungen erleiden wird, in wichtigen Punkten aber von der Regierung nur betreffs der einstweiligen Amtsenthebung des Angeklagten lebhaften Widerspruch erfahren wird, wie frühere Verhandlungen zeigten.

Ausland.

Frankreich. [Ueberseeische Pläne.] Aus Paris wird die ganz unglaubliche Nachricht gemeldet, daß die Tuilerien-Regierung schon wieder eine überseeische Expedition im Schilde führe, obwohl die öffentliche Meinung sich so entschieden gegen die Fortsetzung dieser Abenteuerzüge ausgesprochen hat, die dem Lande schon so viel Gut und Blut gekostet haben, ohne, die wenig werthvolle Eroberung in Cochinchina abgerechnet, irgend etwas Anderes als eine namhafte Vermehrung der Staatsschulden und der Feldzugs-Medaillen der alten Troupiers einzubringen. Diesmal will man in **Japan** interveniren. Dort wird der den Fremden und dem Fortschritte freundliche weltliche Herrscher, der Taikun, von der „reaktionären“ Partei der Feudalfürsten, der „Daimios“, welche die hermetische Abschließung ihres Vaterlandes von den Fremden wieder hergestellt wissen und gleichzeitig gegenüber den centralistischen Gelüsten des Taikun ihre bisherige Selbständigkeit erhalten möchten, bedroht. Eine Consequenz dieser Fehde ist, daß die Daimios die vielen Zugeständnisse, welche der

---

„Schwindel! Schwindel!“ waren abermals die Worte, mit welchen er sein Herz gegen mich auszuschütten begann. Es war freilich eine klägliche Geschichte. Das Wort Leibschneider in des alten Miller Munde hatte es ihm angethan, das Fundament eines kühnen Planes gebildet. Bierdimpfel arbeitete für einen einflußreichen hohen Herrn: konnte es ihm so schwer fallen, ein Wort für den armen Ordensjäger einzulegen? Nur darauf kam es an, den Schneider für die Person seines Miethers zu interessiren. Man verständigte sich bald. Um seiner Tochter einen Mann zu verschaffen, hätte Papa Bierdimpfel auch Schwereres unternommen, und bald konnte er berichten, daß Alles gut gehe. Am Hochzeitstage wollte er den Eidam überraschen. Und in wohlgesetzter Rede eröffnete er demselben, es habe ihn wohl gekränkt, daß er ohne Dekoration dem Herrn Dornbusch nicht gut genug gewesen sei, aber Vaterliebe überwinde jedes andere Gefühl. Ich habe mein Wort gehalten, ich habe es, morgen werden Sie's in der Zeitung lesen, schloß er seinen Vortrag. „Was haben Sie?“ fragte Max, in dem eine furchtbare Ahnung aufstieg. „Die silberne Medaille“, antwortete Herr Bierdimpfel wohlgefällig. O, unerhört betrogen, unseliges Mißverständniß! Max Dornbusch hatte die Frau, der Schwiegervater die Dekoration.

Ueber das Glück der unter solchen Auspizien geschlossenen Ehe wollen meine Leser mich nicht fragen. Und doch war dieser noch nicht der empfindlichste Schlag, den die obenerwähnten Götter meinem armen Freunde zugedacht hatten. Aus seiner tiefen Betäubung rüttelte ihn die Zeitungsnotiz, daß Sidi Sadok, Bey von Tunis, mehreren Europäern den Nischani Iftikhar, den Orden des Ruhmes, verliehen habe. Dem Bey von Tunis hatte gewiß noch kein deutscher Dichter seine Lyrallänge gewidmet, für den mußte solche Ehre noch den Reiz der Neuheit haben, dem Manne konnte geholfen werden, es waren ja noch Exemplare genug vorhanden! Ein armer Teufel von „Professeur“ verfaßte das französische Begleitschreiben, in welchem der Bey als Freund und Beschützer der Poesie im Allgemeinen und der deutschen im besonderen gefeiert wurde, und die Sendung ging ab. Die Spannung war diesmal nicht mehr so groß; wenn ich meinen Freund neckte, er werde einen Ehrenkaftan als Gegengabe erhalten, so lächelte er mild und wehmuthsvoll, endlich schien er selbst nicht mehr an den einstigen Raubstaat und dessen Beherrscher zu denken.

Ich war unterdessen aus der Stadt, wo mein Freund Dornbusch wohnte, fortgekommen und dachte kaum mehr an ihn. Da bekomme ich vor einigen Tagen einen Brief von einem andern Bekannten, worin ich folgende überraschende, leider zugleich betrübende Nachricht lese: „Freund Dornbusch hat Antwort erhalten, wirklich und wahrhaftig Antwort aus Tunis und damit zugleich — — den Nischani Iftikhar! Die erste Liebe soll beglücken? Hättest Du unsern Max in jenen Tagen gesehen, Du würdest begreifen, daß es etwas Höheres gibt. Er ging nicht mehr, er schwebte, seine Augen blitzten, daß sein Schwiegervater sich schnell in eine Feuerversicherung einkaufte, und wenn er die gleichgiltigsten Dinge sprach, glaubte man eitel Musik zu hören. Daß diese Glückseligkeit Dauer gehabt hätte! Doch als er um die Erlaubniß, den Orden annehmen und tragen zu dürfen, einkam, erhielt er den Bescheid: annehmen, als Andenken, ja; tragen, quod non, denn der Bey von Tunis ist kein Souverän. — — — Diese Antwort warf den Unglücklichen aufs Krankenlager.“

Hoffentlich wird er sich von demselben doppelt geheilt erheben.

Taikun den Europäern und Amerikanern gemacht hat, nicht anerkennen wollen und ihren Handel in den neugeöffneten Häfen stören; dadurch entstanden schon seit anderthalb Jahren Conflikte aller Art, bei denen die Engländer durch Züchtigung einzelner, besonders widerhaariger Dynasten sich nur vorübergehend Ruhe verschaffen konnten. Jetzt soll, wenn die betreffende Pariser Nachricht sich bestätigt, eine combinirte Expedition der Westmächte diese Repressalien in großem Style und gemeinsam mit dem Taikun erneuern. Die französischen Offiziere werden in dem reichen Lande eine noch ausgiebigere Beute machen, als bei der Plünderung des Kaiserpalastes von Peking; das ist aber auch Alles, was sich die französische Nation von der japanischen Expedition versprechen dürfte.

Während Frankreich im fernsten Ost-Asien gemeinsam mit England operiren will, intriguirt es gewaltig gegen dessen abessinische Pläne, welche den französischen Einfluß auf Egypten vollständig zu paralysiren drohen. Setzt sich England — und nachgerade wird das immer wahrscheinlicher — dauernd in Abessinien fest, so beherrscht es von dort aus einerseits das Rothe Meer und den Suezkanal, wenn dieser jemals der Oberherrschaft sich verlohnen sollte, und andererseits das obere Nilgebiet und Egypten. Das möchte Frankreich, welches auf den Gedanken, von Nordafrika aus das ganze Mittelmeerbecken zu beherrschen, noch immer nicht verzichtet hat, hintertreiben. Direkt gegen die britische Regierung will man aber in Paris nicht vorgehen und hat sich deshalb Ismael Pascha zum Werkzeuge auserſehen, der sich nun ebenfalls von Dongola aus in die abessinischen Wirren mengt und mit einem der gegen Theodorus rebellirenden Herzoge durch eine besondere Gesandtschaft, trotz aller englischen Abmahnungen, Unterhandlungen angeknüpft hat.

— [Eine kriegerische Rede.] Man spricht in Paris viel von einem Schreiben, welches der Kaiser an den Senator Larabit gerichtet hat. Der Letztere hat nämlich bei Gelegenheit der Enthüllung der Statue des Marschalls Davoust in Auxerre (der nämlichen Stadt, wo der Kaiser seinen bekannten Bannfluch gegen die Verträge von 1815 schleuderte) eine Rede gehalten, über die er sich selbst in einem Briefe an den Marschall Canrobert folgendermaßen ausspricht: „Ich habe Sr. Majestät schriftlich mitgetheilt, daß ich in Auxerre eine Rede halten werde, um diejenigen zu tadeln, welche den Frieden verlangen, wenn man den Degen ziehen muß.“ Die Antwort des Kaisers an Herrn Larabit, welche gerade mit den Vorbereitungen zur Militärdebatte zusammenfiel, lautet:

Palast Saint Cloud, 2. Dezember 1867. Mein lieber Herr Larabit! Ich habe mit vielem Interesse die Rede gelesen, welche Sie in Auxerre bei Gelegenheit der Einweihung der Statue des Marschalls Davoust gehalten haben; die Sprache, welche Sie haben hören lassen, athmet den erhabensten Patriotismus. Ich bin nicht erstaunt, in Ihren Worten die edlen Gesinnungen wiederzufinden, von denen Sie, wie ich weiß, für Frankreich und meine Familie beseelt sind. Empfangen Sie mit meinen Danksagungen und Glückwünschen die Versicherung meiner Gefühle. Napoleon.

Griechenland. [Die Lage der kretensischen Flüchtlinge.] Aus Athen schreibt man der „Presse“: „Nichts charakterisirt wohl das schamlose, freche Spiel, welches die griechische Aktionspartei mit der kandiotischen Frage treibt, besser, als die wahrhaft bedauernswerthe Lage, in welcher sich die mit allen nur erdenklichen Mitteln aus ihrer Heimath weggelockten „kretensischen“ Flüchtlinge befinden. Wir haben von diesen unglückseligen Opfern einer rücksichtslosen russisch-griechischen Propaganda nahe an Dreißigtausend hier. Und in welchem Zustande befinden sich dieselben? Man muß wahrhaftig, wenn man an die Schilderung der Lage dieser Unglücklichen geht, besorgen, schon der Uebertreibung geziehen zu werden, wenn man nichts als die nackten, leider unbestreitbaren Thatsachen anführt. Zunächst ist hervorzuheben, daß unter diesen 30,000 Flüchtlingen die Weiber, Kinder und Greise das größte Kontingent stellen; unfähig, sich selbst einen Erwerb zu verschaffen, waren diese bisher zumeist auf die Privatwohlthätigkeit der im Auslande lebenden Griechen, an welche ohnedies schon sehr bedeutende Anforderungen gestellt wurden, angewiesen. Diese Quellen, welche früher auch nur sehr spärlich flossen, beginnen nunmehr gänzlich zu versiegen. Und doch waren diese Spenden der einzige Lichtblick, der in die Nacht des Elends, in welches die griechische Partei und, sagen wir es offen, die griechische Regierung diese Flüchtlinge gestürzt hat, drang! Man wird den Umfang dieses materiellen Elends erst dann zu würdigen wissen, wenn man sich die offene Erklärung der griechischen Regierung, sie vermöge kaum mehr die ungeheuren Kosten für den Unterhalt der Flüchtlinge zu ertragen, vor Augen hält.

Doch nicht nur die materielle Noth durch schlechte, unzureichende, ja manchen Tag gänzlich mangelnde Nahrung, Entblößung, Mangel an Raum und in Folge dessen grassirende ansteckende Krankheiten allein sind es, welche die Lage dieser Flüchtlinge zu einer wahrhaft bejammernswerthen gestalten, sondern es beginnt auch schon eine verderbliche Demoralisation einzureißen, welche das Familienleben dieser Unglücklichen zu vernichten droht. Mit besonderer Vorliebe wurde nämlich dafür Sorge getragen, daß namentlich Frauen und Mädchen in Kasernen untergebracht wurden; in diesen eingepfercht, sind diese armen weiblichen Geschöpfe schutzlos den Lüsten einer zügellosen Soldateska preisgegeben. Die Prostitution frißt sich immer tiefer ein und die bedauernswerthen Männer und Väter, welche auf Creta die Waffen für die Vertheidigung ihres häuslichen Herdes zu führen glaubten, sehen ihre Weiber und Töchter von „befreundeter“ Seite jenen Gefahren unterliegen, gegen welche sie dieselben vor den ottomanischen Truppen schützen zu müssen glaubten. Das Traurigste an der Sache ist jedoch, daß nicht einmal die Möglichkeit, diesen Unglücklichen beizuspringen, geboten ist, da man nämlich griechischerseits den Flüchtlingen jeden Verkehr nach Außen abgeschnitten hat und dieselben eifersüchtig bewacht. Muß man ja eine solche Kolonie von „Flüchtlingen vor den türkischen Horden“ immer parat haben, um an ihr die Existenz eines kretensischen Aufstandes zu demonstriren!“

Amerika. [Zustände in den Südstaaten.] Die „K. Z.“ bringt von Friedrich Gerstäcker Reisebriefe aus Amerika, die, wie Alles aus des viel gereisten Mannes Feder, frisch und unterhaltend geschrieben sind. Die letzten Briefe sind aus den Südstaaten und Gerstäcker entwirft über die Verhältnisse derselben ein ziemlich trübes Bild. Einige Maßregeln der Unionsregierung findet er unbegreiflich, wie die Verleihung des Stimmrechts an die Neger, die Besteuerung der Baumwolle mit $2^1/_2$ Cent per Pfund, was bei den ungewöhnlich niedrigen Preisen zur Folge hat, daß Viele ihre Baumwolle auf dem Felde verfaulen lassen. Besonders interessant ist folgende Bemerkung: „Nie hätte ich es früher für möglich gehalten, daß in den Vereinigten Staaten der Gedanke einer Monarchie so ernstlich besprochen werden könne, aber in den verschiedensten Schichten der Gesellschaft begegnete ich ihm jetzt. Man sieht das ganze Land durch eine plötzlich entstandene Willkürherrschaft in Gefahr und nicht allein der Süden erklärt offen und unverhohlen, daß nur eine Monarchie den zerrütteten Staat wieder herstellen kann, nein, selbst im Norden fangen hie und da die Leute an, diesen Zustand, der das Land mit einem Heere betrügerischer Beamten überschwemmte, satt zu bekommen und meinen: „es könne wenigstens nicht schaden, es einmal mit einem „wählbaren Könige“ zu versuchen, der doch wenigstens die nichtsnutzige Beamtenbande im Zaume halten könnte.“ Wie dem auch sei und ob solche Wünsche der großen Masse des amerikanischen Volkes noch vollkommen ferne liegen, so ist es doch immer ein Zeichen der Zeit, solche Gedanken auch nur ausgesprochen zu finden. So viel weiß ich übrigens, ich möchte nicht der erste amerikanische Kaiser sein, denn seines Lebens wäre er keinen Augenblick sicher.“

Nichtpolitische Zeitung.

[Geschichte der Posten.] Von Eugen Hartmann ist uns soeben ein sehr interessantes, mit großem Fleiße ausgearbeitetes Werk zu Gesichte gekommen unter den Titel: Entwicklungsgeschichte der Posten von den ältesten Zeiten bis zur Gegenwart, mit besonderer Beziehung auf Deutschland. 1868. Leipzig, bei Franz Wagner. Wer die Schwierigkeiten einer solchen Arbeit nur im Entferntesten kennt, wird begreifen, welches langjährige Studium bei verhältnißmäßig geringem Material zur Abfassung dieses Werkes nöthig gewesen. Der Verfasser hat die ihm gestellte Aufgabe in umfassender Weise glücklich gelöst und verdient dafür nicht allein den Dank seiner Fachgenossen, sondern auch der Gebildeten aller Stände. Interessant war es uns unter Anderem, zu erfahren, daß Bayern an der neueren und neuesten Entwicklung des Postvereins einen hervorragenden Antheil genommen und ihm unter der Direktion des Generaldirektors Frhrn. v. Brück das hohe Verdienst zufällt, die erste der deutschen Postverwaltungen gewesen zu sein, welche dem von Oesterreich und Preußen abgeschlossenen deutschen Postvereinsvertrage und zwar gleich an demselben Tage beitrat, an welchem derselbe zu Stande kam (6. April 1850). Der rasche Anschluß Bayerns an den deutschen Postverein war für den Bestand und die Ausbreitung desselben über alle deutschen Länder von der größten Wichtigkeit, da in Folge seines entschlossenen und unbedingten Beitritts die übrigen Staaten nicht mehr zögern

konnten und die angebahnte Spaltung in zwei oder mehrere Postverbände verhindert wurde.

[Der erste Tuilerienball dieser Saison] war nach den Berichten Pariser Blätter auffallend leer. Von 4600 Personen, welche geladen waren, hatten sich nur ungefähr 15—1600 eingefunden. Die Leere war um so auffallender, als die Räumlichkeiten größer waren als früher, indem man die neuen Gemächer, die kürzlich fertig geworden sind, geöffnet hatte. Die Säle waren äußerst glänzend ausgeschmückt, aber das Ganze sah um so kälter aus, als man auf diesen Bällen an die „Foule“ gewöhnt ist. Daß die Abwesenden geradezu demonstriren wollten, läßt sich wohl nicht behaupten, doch selbstverständlich blieben eben alle diejenigen vom Balle weg, welche mit dem jetzigen Regime nicht mehr sympathisiren, obwohl sie früher nie verfehlten, sich nach den Tuilerien zu drängen. Dazu gehören vor Allem die großen Fabrikanten und Kaufleute, welche der Regierung wegen ihrer Politik, welche den Geschäften keineswegs günstig ist, grollen. Dazu kommt dann noch, daß viele in Folge der schlechten Zeiten die großen Ausgaben, die ein solcher Ball mit sich bringt, scheuen. Das diplomatische Corps, viele Deputirte, Marschälle, Generale und eine große Anzahl von Zöglingen der beiden Militärschulen waren erschienen, was ein ziemlich kriegerisches Ensemble abgab, zumal sich unter den Deputirten sämmtliche Mitglieder der Militärkommission befanden. Der Löwe des Abends war ein indischer Parsi (Feueranbeter), Manockjee-Cursetjee aus Bombay, welcher der Gründer einer großen Erziehungsanstalt für indische junge Mädchen sein soll. Sollte der Ruf des Herrn Duruy diesen indischen Fortschrittsmann nach Paris geführt haben? Der Kaiser unterhielt sich viel mit den diplomatischen Vertretern Englands, Oesterreichs, Italiens und Nordamerikas, dann mit den anwesenden Marschällen. Der Ball dauerte nicht lange über Mitternacht, so daß das Vergnügen am Hofe zu einer Stunde schloß, wo es anderwärts erst anfängt.

In Paris wurden gelungene Versuche mit einer neuen Straßenbeleuchtung gemacht. Die neue Beleuchtung unterscheidet sich vom Gas, wie das Gas vom rauchenden Oellämpchen. Das betr. Verfahren besteht in der vollständigen Verbrennung des gewöhnlichen Beleuchtungsgases durch Hinzutretung von Sauerstoff. Ein kleiner Magnesium-Cylinder, auf welchen die Gasströme geleitet werden, wird dadurch leuchtend gemacht, und liefert eine Lichtmenge, welche das Photometer als 60mal so stark nachweist als das Licht, welches dasselbe Gas in der gewöhnlichen Weise verbrannt liefern würde. Die Art und Weise wie die Erfinder dieser neuen Beleuchtung das Sauerstoffgas darstellen, macht es ihnen möglich, dasselbe für 52 Cent. per Kubikmeter herstellig zu machen. Wenn man der Unvollkommenheit Rechnung trägt, welche natürlich die ersten Apparate noch an sich haben müssen, so darf man ohne Uebertreibung der Hoffnung Raum geben, daß später bei halben Beleuchtungskosten ein drei- bis viermal helleres Licht die Straßen beleuchten wird.

[Deutsches Weihnachtsfest in Rom.] Der „Köln. Bl.“ schreibt man aus Rom vom 2. Januar: Gestern Abend wurde auf der deutschen Oase in Rom, in der Anima, ein freundliches deutsches Christ- und Neujahrsfest gefeiert. Das gewöhnliche Schulzimmer war in ein Haustheater mit Bühne und Zuschauerparterre umgestaltet. Das Festprogramm war keineswegs dürftig: Pianopräludium, Weihnachts-Männerchor, Deklamationen, Christbaum, Festlotterie und ein einaktiger dramatischer Jux: „Nach Cayenne!“ betitelt. Wer „Frohsinn und Scherz“ der Gesellenvereine aus eigener Erfahrung kennt, wird mir auf's Wort glauben, daß sich das deutsche Publikum bei diesen verschiedenartigen Produktionen keineswegs langweilte. Selbst die Zouaven-Uniform zog über die Bühne und that ihre Wirkung. Die vaterländische Tanne des Weihnachtsbaumes war durch einen veritabeln Lorbeerbaum ersetzt. Als Theaterdichter und Theatermusikus hatten ein Kölner und ein Passauer Diöcesanpriester Wirksames geleistet. Das kleine Häuflein der hiesigen Gesellenvereins-Filiale leistete ebenso Anerkennenswerthes auf der improvisirten Bühne wie als aufmerksame Wirthe. Unter seinen Gästen zählte der Gesellenverein dies Mal zwar keine Eminenzen, wohl aber Monsignori, Fürsten, Grafen, Barone, Künstler und so fort bis zu dem Schreiberlein dieser Zeilen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 7/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59 6/8—5/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 5/8—3/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48—47 7/8 G.
„	4 1/2pCt.	40 3/4 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P. 94 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. A. S.-R. dto.	88 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 3/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/8 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau.	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch.-P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	76 7/8—1/2 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	669 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	181 1/2—82 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. „	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 1/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P. 331 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	103 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238—1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29 3/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 7/8 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 1/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4—1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 3/8 P. 98 1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	98 1/4 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	127 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	69 P. 68 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/8 P. 69 5/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	124 1/2 P. 124 G.
„ do. v. 1864	75 1/2 P. 1/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19 1/4 P.
Badische fl. 35	51 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 3/4 P. 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P.
„ fl. 25 do.	41 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 14. Januar. Das Hauptinteresse des Tages war auf Amerikaner gerichtet. Nach dem raschen Steigen des Goldagios, das heute Morgen in Intervallen von New-York zuerst 139 1/2 und dann als Schlußcours 140 1/2 gemeldet wurde, hatte man ein heftigeres Fallen der hiesigen Preise für 1882er Bonds erwartet. Dem war aber keineswegs so. Die Arbitrage war nicht Verkäufer für Amerika und dasselbe bewahrte eine sehr feste Haltung, die sich sogar im Verlaufe der Börse noch konsolidirte. Amerikaner schlossen 1/8 pCt. höher, als sie eröffnet hatten und blieben somit nur 1/2 pCt. unter dem gestrigen Mittagscours. Das Geschäft in 1882er war sehr rege, während österr. Werthe sehr still und träge verkehrten. Die Course derselben, sowie die der süddeutschen Effekten, weisen nur unbedeutende Veränderungen auf. Auch Eisenbahnen, Prioritäten und Wechsel ohne bemerkenswerthe Bewegung. Wechsel auf London etwas besser. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 16. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 16. Januar 1868.

Der Schwerpunkt der Friedenshoffnungen.

Von allen Seiten ertönen die Versicherungen einer friedlicheren Gestaltung der Verhältnisse, und aufmerksam lauscht alle Welt diesen Versicherungen, um zu erforschen, ob man ihnen glauben darf; denn wir brauchen nicht nur den Frieden, sondern auch die Gewißheit des Friedens, damit der Handel und Verkehr von Neuem den Aufschwung nehmen kann, der für das Wohlergehen unseres Volkes nothwendig ist. Es erscheint daher gewiß nicht überflüssig, zu untersuchen, in wie weit man den friedlichen Worten Glauben schenken darf, wenigstens so weit sie die Verhältnisse in Mittel- und West-Europa betreffen, gegenüber den Rüstungen, welche noch fortdauernd die Welt in Unruhe versetzen. Man versichert uns, um den friedlichen Worten, welche der Kaiser Napoleon am Neujahrstage gesprochen hat, mehr Nachdruck zu geben, daß derselbe alt sei, daß er keinen anderen Gedanken habe, als die Ruhe in Frankreich zu erhalten und dafür zu sorgen, daß sein Sohn ihm ohne Störung nachfolgen könne. Wir wollen selbst zugeben, daß diese Ansicht richtig ist, daß Napoleon am liebsten in Ruhe und Frieden leben möchte, so bezweifeln wir doch, ob er im Stande ist, diesen Vorsatz auszuführen, ob er nicht vielleicht einst zur Sicherheit seines Thrones die Armee an die Grenze schicken muß, um die Aufmerksamkeit der Franzosen von den inneren Schäden auf äußere Verwicklungen abzulenken. Daß ein solcher Fall eintreten kann, das weiß Louis Napoleon selbst sehr genau, und er hat ganz unzweifelhaft seine Maßregeln für einen solchen Fall getroffen, und zwar ist er dabei von der richtigen Ansicht ausgegangen, daß die Grenze, deren Erweiterung vorzugsweise der Eigenliebe der Franzosen schmeicheln würde, die Ostgrenze ist, daß das Ziel eines populären Krieges die Herstellung der Rheingrenze sein müsse.

Das bedeutet: Krieg mit Preußen, und für einen solchen Krieg hat Louis Napoleon seine Vorbereitungen getroffen, dabei den Lehren folgend, welche ihm der preußisch-österreichische Krieg im Jahre 1866 gegeben hat.

Damals hat Preußen durch ein Bündniß mit Italien Oesterreich gezwungen, seine Armee zu theilen, und ein gleiches müßte Frankreich fürchten, da Italien offenbar lieber mit Preußen, welches für seine Hülfe keinen Lohn fordert, gehen wird, als mit Frankreich, welches als Nachbar gern noch ein Stückchen Land sich aneignen möchte. Louis Napoleon sucht daher und wie es scheint, mit großem Erfolge, Italien so lahm zu legen, daß er von demselben nichts zu fürchten hat, daß dasselbe bei einem etwa ausbrechenden Kriege zur Passivität gezwungen ist. Wenn sich aber Louis Napoleon nach dieser Richtung hin mit Erfolg sicher stellt, so scheint er doch nicht der Ansicht zu sein, daß bei einem Einzelkriege zwischen Frankreich und Preußen die Ueberlegenheit der französischen Waffen unzweifelhaft ist, und er strebt daher danach, für den Fall eines solchen Krieges Preußen zu zwingen, seine Kraft zu theilen. Es kann dies mit Erfolg nur durch ein Bündniß mit Oesterreich geschehen, und seit einem halben Jahre ist das österreichisch-französische Bündniß die dunkelste Wolke an dem politischen Horizont. Es galt und gilt vielfach als ausgemacht, daß ein solches Bündniß in Salzburg abgeschlossen worden ist, und man muß gestehen, daß die innere Wahrscheinlichkeit für die Richtigkeit einer solchen Annahme spricht, da Frankreich die Bundesgenossenschaft Oesterreichs, mag dieses auch noch so sehr geschwächt sein, für den Fall eines Krieges mit Preußen, zur Theilung der preußischen Armee braucht, und da Oesterreich, d. h. seine leitenden Staatsmänner, wohl unzweifelhaft den Wunsch hegen, die Scharte von 1866 wieder auszuwetzen.

Aber seit der Salzburger Zusammenkunft ist in Oesterreich eine gewaltige Veränderung vorgegangen. Der Kaiserstaat ist auf Grund einer Reihe von dem liberalsten Geiste beseelter Gesetze reorganisirt worden, und an der Spitze der Verwaltung steht in Wien ein Ministerium, dessen Mitglieder nicht in einer gewonnenen Schlacht, sondern in der Hebung der allgemeinen Wohlfahrt ihre Aufgabe sehen. Demgemäß denkt man jetzt in Wien auch ernstlich daran, den Weg einzuschlagen, welcher allein zur Besserung der zerrütteten Finanzzustände führen kann, nämlich die Ausgaben für das Militär zu vermindern. Führt man diesen Plan wirklich aus, reduzirt man in Oesterreich, unbekümmert um das, was die andern Staaten thun, die Armee, so bricht man damit den etwa in Salzburg getroffenen Vereinbarungen die Spitze ab und Frankreich steht wiederum vor der Alternative, bei einem Kriege mit Preußen die ganze Macht Norddeutschlands gegen sich gekehrt zu sehen.

Wird Louis Napoleon, im Vertrauen auf die Chassepots, die Mitrailleuses und die Amusettes, es wagen, sich auf einen solchen

Das Tagebuch der Königin Victoria von England.

„Leaves from the Journal of our Life in the Highlands from 1848 to 1861.“ Ed. by Arthur Helps. London: Smith, Elder and Co. 1868.

Der Titel sagt zur Genüge, was der Leser von diesem nun veröffentlichten Buch der Königin erwarten darf. Es ist eine Sammlung loser Tagebuchblätter aus der glücklichen Zeit ihrer Ehe, eine einfache Schilderung ihres häuslichen Lebens und ihrer Reise nach Irland, zumeist aber ihrer glücklichen Tage in den schottischen Hochlanden, inmitten ihrer Kinder, Freunde und Diener und an der Seite des geliebten Mannes, der jederzeit die Hauptfigur der vorliegenden Aufzeichnungen ist. Politische Enthüllungen finden sich in diesem Buch nicht, und politische Betrachtungen äußerst selten, dafür kann jeder, den es interessirt, mittelst desselben einen Blick in die schöne Häuslichkeit einer königlichen Familie thun, wie es in solcher Weise dem Historiker noch nie vergönnt gewesen ist.

Daß das Buch in dieser Form erschien, verdankt man dem Herausgeber Hrn. Arthur Helps (Sekretär des Geheimraths). Ihm hatte die Königin ihre Absicht mitgetheilt, eine Auswahl aus ihren Tagebuchblättern für ihre Familienmitglieder und nächsten Freunde drucken zu lassen, und erst in Folge seiner, gewiß richtigen, Bemerkung daß in einem solchen Fall, trotz aller anempfohlenen Discretion, dennoch einzelne Partien, aus dem Zusammenhang gerissen, oder arg verstümmelt, in die Oeffentlichkeit gelangen, und zu unliebsamen Mißverständnissen Anlaß geben dürften, entschloß sich die hohe Frau, dem ganzen Publikum mitzutheilen, was sie anfangs bloß einem engern Kreis anzuvertrauen willens war.

Das steife Wort „Wir“*) gebraucht die Königin in diesem Buch nie, wenn sie von ihrer eigenen Person spricht. Wo sie „Wir“ sagt, meint sie damit sich und den Prinzen, mit oder ohne Zugabe der Kinder und des Haushalts. Der Prinz von Wales figurirt in diesen Aufzeichnungen als „Berthie“ (Abkürzung für Albert), die Prinzeß Royal als „Vicky“ (abgekürzt für Viktoria), und beinahe respektwidrig klingt es, wenn die Königin erzählt, daß poor Vicky sich bei einem Ausflug von Balmoral, auf ein Wespennest gesetzt und jämmerlich zugerichtet habe.

Der erste Abschnitt des Buchs dürfte wohl der interessanteste sein, denn er zeigt uns die junge Frau im Vollgenuß ihres häuslichen Glücks in den herrlichen Hochlanden, deren Reize zu schildern sie nie müde wird. Die Schotten gefallen ihr, das ungezwungene Leben und die ländliche Ruhe, fern vom Treiben und dem Ceremoniell der Hauptstadt, sagen ihren Neigungen zu, sie interessirt sich für die Erziehung ihrer Kinder, den Bau des neuen Hauses, die neuen Anlagen, die Gutsleute, das Gesinde, die Erziehung ihrer jungen Kinder; mehr aber als für alles dieß für ihren geliebten Gatten, was er treibt und schreibt, liest und schießt. Den Höhepunkt ihres Glücks bildeten dazumal die kleinen Ausflüge, die sie zuweilen mit ihm und wenigen Begleitern ganz im Stillen unternahm. Wie sie auf solchen Bergpartien, die oft mehrere Tage währten, mit mancherlei kleinen Beschwerden zu kämpfen hatten, ländliche Bekanntschaften machten, in schlichten Wirthshäusern übernachteten und sich die einfache Kost, die

*) Wir als pluralis majestaticus ist überhaupt in England nicht so üblich, wie auf dem Kontinent.

Kampf einzulassen? Bis jetzt hat er noch keine Lust dazu gezeigt, und wir möchten es auch sehr bezweifeln, denn er ist im Allgemeinen ein gar vorsichtiger Mann, welcher nicht gern einer Gefahr gegenüber tritt, ohne sich nach allen Seiten hin gedeckt zu haben. Wenn wir aber annehmen, daß Louis Napoleon wirklich zögert, ohne einen solchen Bundesgenossen, welcher Preußen, resp. Deutschland, zur Theilung seiner Kräfte zwingt, einen Krieg mit Preußen anzufangen, so folgt daraus, daß die Entscheidung über Krieg oder Frieden in Wahrheit in Wien liegt. Gelingt es dem jetzigen Ministerium in Wien, sich zu befestigen, gelingt es ihm, zur Herstellung des Gleichgewichts im Budget umfassende Reduktionen in der Armee durchzusetzen, so erscheint der Frieden in Westeuropa wiederum auf eine Reihe von Jahren gesichert. (Daß auch die orientalische Frage wieder in friedliche Bahnen gelenkt ist, darüber s. unter „Frankreich“.) (L. Corr.)

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 14. Jan. [Festung Ulm. Preßprozesse und Schwurgericht.] In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten beantwortete der Minister Freiherr v. Varnbüler die Interpellation Wolbachs wegen der Festungsverhältnisse von Ulm. Ein Abschluß der zwischen den Regierungen von Württemberg und Bayern schwebenden Verhandlungen sei noch nicht erfolgt und demgemäß könne eine Mittheilung an die Stände über diese Angelegenheit nicht erfolgen. Im Interesse der Festung selbst müsse es vorerst bis zur definitiven Regelung der Sache bei den provisorischen Abmachungen bleiben, wie sie gegenwärtig in Ulm gelten.

Hierauf ging die Kammer zur Debatte über die Strafprozeßordnung über. Dem von der Kommission in den Art. 19 aufgenommenen Antrage des Abg. Mohl, betreffend die Preßvergehen wider Regenten, Regierungen, Gesandte oder Behörden fremder Staaten, hat das Justizministerium nicht zugestimmt, vielmehr in einem Schreiben an den Vorstand der Kommission, v. Geßler, die Beschlußfassung der Kammer über jenen Antrag verlangt. Die Kommission beantragt eine solche Beschlußfassung und die Kammer tritt in die Debatte darüber ein. Staatsrath v. Mittnacht: Zwischen der Regierung und der Kommission bestehe überall Einverständniß: allein dem Antrag Mohls könne er seine Zustimmung nicht geben. Dieser Antrag sei gestellt worden zu einer Zeit, da die Abtheilung der Kommission für Strafprozeßordnung die Berathung über Art. 19 längst vollendet hatte, ohne daß die Mitglieder Becher, Fetzer, Tafel ein solches Bedürfniß, wie es bei dem Antrag Mohls vorausgesetzt werde, auch nur erwähnt hätten. Die Annahme des fraglichen Antrags werde allgemein den Eindruck machen: deßhalb, weil von einem aus lauter rechtsgelehrten Richtern zusammengesetzten Gerichte ein Urtheil gefällt worden sei, das vielleicht vom Schwurgerichte nicht erfolgt wäre (das Urtheil gegen den „Beobachter“ wegen Beleidigung des Königs von Preußen), ändere man jetzt die Gesetzgebung. Einer Maßnahme aber, welche als eine Mißbilligung eines bestimmten Gerichtsurtheils aufgefaßt werden könnte, werde das Justizministerium seine Zustimmung nicht geben. Er, der Herr Departementschef, sei kein Freund davon, aus Spezialfällen Anlaß zur Abänderung von Gesetzesbestimmungen zu nehmen. Daß der Antrag Mohl's von keiner Seite begründet worden sei, auch nicht von der Kommission, konnte die Gründe gegen den Antrag blos verstärken. Der Regierungsentwurf wollte anfänglich der Gerichtsbarkeit der Schwurgerichte einige Prozesse noch entziehen, z. B. diejenigen über Majestätsbeleidigung und die Beleidigung der k. Staatsregierung. Die Mehrheit der Kommission ging nicht darauf ein, und das Justizministerium fügte sich dem Kommissionsbeschlusse. Allein die Kompetenz der Schwurgerichte gegen das Schwurgerichtsgesetz von 1849 noch zu erweitern, dazu kann sich das Justizministerium nicht entschließen. Wer mittelst der Presse einen fremden Regenten, Gesandten u. s. w. verläumdet oder beschimpft mit Rücksicht auf deren politische Handlungen, der begeht ein Privatvergehen aus politischen Motiven. Wollte man eine solche Handlung für ein politisches Vergehen erklären, so müßte man es auch für ein politisches Vergehen erklären, wenn zum Beispiel der Vorstand eines politischen Vereins durch die Presse, durch eine Rede in einer Parteiversammlung oder im Wirthshaus u. s. w. beschimpft würde. Diese Konsequenz habe die Kommission nicht gezogen. Man möge sich hüten, den Hintergedanken zu hegen, als ob ein Gericht im Stande sein sollte, aus sogenannten rein politischen Gründen die Klage einer Regierung A abzuweisen, wenn sie auch an sich noch so berechtigt sei, während die Klage einer Regierung B Erfolg habe. Der Antrag Mohl's wurde hierauf (wie bereits mitgetheilt) mit 45 gegen 38 Stimmen angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin. [Zum Nothstand in Ostpreußen.] Berliner Blätter enthalten den Aufruf eines Lokalkomite's im Staneitschen (bei Gumbinnen) an die Berliner Arbeiter zur Beihilfe für den Nothstand. In demselben heißt es: „Durch fast drei Jahre haben wir Mißernten, wovon die letzte am größten war; es hat sich daher das bitterste Leiden unter den hiesigen Arbeitern eingestellt. Die Hungersnoth, die im verheerenden Maße um sich greift, nimmt eine hier noch nie gekannte Höhe an. Schaarenweis ziehen die kräftigst gewesenen Menschen, jetzt den Leichen gleich, um Nahrung bittend, umher. Die Wohnungen dieser Armen, von allem Nothdürftigen entblößt, sind kalt, daß einem das Blut erstarrt, ganze Familien sind bereits unter freiem Himmel verhungert und erfroren gefunden worden, die sonst unentbehrlichsten Wirthschaftssachen werden für ein wenig Brod feilgeboten, um für kurze Zeit den Hunger zu stillen. Die Hilfe, die schon so lange erwartet wird, wird zu spät kommen, wenn man sich nicht beeilt; es werden von der Regierung mehrfache Gelegenheiten geboten, wo diese Armen an öffentlichen Arbeiten sich betheiligen können, jedoch macht die Kälte, welche eine Höhe von 29 Grad erreicht hat, diesen kraftlosen Leuten, die auch keine Kleidung haben, um im Freien aushalten zu können, das Arbeiten fast unmöglich, denn seit drei Wochen haben wir Schneestürme, die fast alle Passage hemmen, viele Tausende warten daher bangend auf Hilfe von Berlin.“

Die „Lib. Korr.“ schreibt: „Die ersten Nachrichten über einen uns bedrohenden Nothstand sind in der That, wie wir hören, nicht aus dem landwirthschaftlichen Ministerium oder aus dem Ministerium

---

ihnen geboten wurde, vortrefflich schmecken ließen, dieß und ähnliches wird oft schmucklos und liebenswürdig geschildert.

Am 17. Dez. 1852 tritt plötzlich eine mehrwöchentliche Lücke im königl. Tagebuch ein, am 16. war nämlich das Gerücht vom Tode des Herzogs v. Wellington nach Balmoral gedrungen, dem wenige Stunden später die Bestätigung folgte. Die Königin schreibt darüber in ihrem Tagebuch: „Ich hatte mich eben niedergesetzt, um zu skizziren, als Mackenzie (einer der Diener) mit der Meldung zurückkam, daß meine Uhr zu Hause sei. (Ich hatte sie bei meinem Spaziergang im Gehölz vermißt.) Er brachte Briefe, unter denen sich einer von Lord Derby befand. Ich riß ihn schnell auf, und ach! er enthielt die Bestätigung der traurigen Nachricht, daß Englands, oder richtiger gesagt, Britanniens Stolz und Ruhm, sein Held, der größte Mann, den es je erzeugt hat, nicht mehr war! Trauriger Tag! großer, unersetzlicher nationaler Verlust!“ Besonders bemerkt die Königin noch hiezu: er habe gegen „Albert“ die „größte Freundlichkeit und das größte Zutrauen“ gezeigt.

Ueber ein anderes großes Ereigniß, die Eroberung von Sebastopol, lesen wir in diesem Tagebuch vom 10. September 1855: „Weitere telegraphische Depeschen wurden mit fortwährender Spannung erwartet. Um halb 11 Uhr kamen ihrer zwei, eine für mich und eine für Lord Granville. Ich hatte eben begonnen, die meinige zu lesen, die von Lord Clarendon kam und Einzelheiten über die weitere Zerstörung der russischen Schiffe von Marschall Pelissier enthielt, als Lord Granville sagte: „Ich habe bessere Nachrichten. General Simson meldet: Sebastopol ist in den Händen der Alliirten.“ Gott sei dafür gelobt! Unsere Freude war groß, doch konnten wir die gute Nachricht kaum glauben, und nachdem wir sie so lange und sehnsüchtig erwartet hatten, vermochten wir uns in die Wirklichkeit kaum hineinzufinden. Albert sagte: sie wollten gleich das Freudenfeuer anzünden, das im vorigen Jahr beim Eintreffen der falschen Nachricht vom Falle der Stadt vorbereitet und seitdem unberührt geblieben war.“ Und nun wird ausführlich erzählt, wie der Gatte mit den übrigen Gentlemen und dem Gesinde des Hauses den Berg erklommen, das Freudenfeuer anzündete, und wie sie allesammt von Herzen vergnügt waren.

Ungefähr vierzehn Tage später war der Königin das Glück beschieden, abermals ein erfreuliches Ereigniß in ihr Tagebuch eintragen zu können, nämlich die Verlobung ihrer ältesten Tochter, der Princeß Royal, die sie von da an nicht mehr Vicky, sondern Viktoria nennt. Sie schreibt: „Unsere liebe Viktoria ist heute mit dem Prinzen Friedrich Wilhelm von Preußen verlobt worden, der seit dem 14. bei uns zum Besuch ist. Uns hatte er schon am 20. seine Wünsche mitgetheilt, aber ihrer gar zu großen Jugend wegen schwankten wir, ob er selber mit ihr sprechen, oder warten solle, bis er wieder käme. Wir fühlten indessen, es sei besser, daß er es gleich thue, und, während

des Innern, sondern aus dem Kriegsministerium in die höheren Regierungskreise gekommen. Als die Beamten dieses Ministeriums ihre Ankäufe von Cerealien und Nahrungsmitteln überhaupt machen, resp. Kontrakte für Lieferung derselben im Herbste in gewohnter Weise abschließen wollten, wurde es ihnen in den Verhandlungen bald klar, daß die Vorräthe sehr mangelhaft seien, daß die Ernte dem Bedürfnisse durchaus nicht genüge und daß man somit einem Nothstande entgegengehe. Auf diesem Wege soll die Sache zuerst zur Sprache gekommen sein. Wir wissen nur nicht, ob sich das Kriegsministerium in Folge dieser Ermittlung vollständig vorgesehen und seinerseits das gethan hat, was bei rechtzeitiger Kenntniß des Ernteertrages überhaupt hätte geschehen müssen, nämlich, ob es sein Bedürfniß durch Ankäufe im Auslande befriedigt hat."

Der Bergassessor Mocke aus Schlesien ist hieher beschieden worden, um nach Ostpreußen weiter zu reisen und Vorkehrungen zur Uebersiedlung ostpreußischer Arbeiter nach dem oberschlesischen Berg- und Hüttenbezirk zu treffen. Dadurch soll die nothleidende Bevölkerung in Ostpreußen verringert und der herrschende Arbeitermangel in Oberschlesien abgestellt werden. Man beabsichtigt, auch die Familien der Arbeiter hinüberzuziehen, da bei den Berg- und Hüttenwerken des Staates allein 3—400 Arbeiter beschäftigt werden können.

Die „Volksztg." schreibt: „Wegen einiger Bemerkungen über den Nothstand wurden konfiszirt: in Berlin der „Kladderadatsch", in Köln die „Rhein. Ztg.", in Düsseldorf das „Bürgermeistereiblatt." Ferner wurde die „Düsseldorfer Ztg." wegen einer Anzeige konfiszirt."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Januar. [Maximilians Begräbniß.] Gestern erschien folgende Hofansage: Samstag den 18. Januar vor 3 Uhr Nachmittags haben die k. k. Geheimräthe, Kämmerer und Truchsessen in der Kapuziner-Hofkirche zum feierlichen Begräbniß weiland Sr. Maj. Maximilian Kaiser von Mexiko, Erzherzogs von Oesterreich, in der Hoftrauer zu erscheinen.

Wien, 13. Januar. [Neue Gesetze.] Die „Presse" meldet, das Ministerium werde demnächst als erste gesetzgeberische Akte erlassen: 1) Eine Verordnung wegen Beeidigung der Staatsbeamten auf die Verfassung; 2) eine Verordnung, welche die Bestimmungen der Verfassung über die Gegenzeichnung sämmtlicher allerhöchsten Verfügungen durch das verantwortliche Ministerium regelt; 3) einen Erlaß, wodurch die Beschränkungen der Juden in Erwerbung von Grundeigenthum in Galizien als durch die Verfassung beseitigt erklärt werden.

Ausland.

Schweiz. Bern, 13. Jan. [Die Auswechslung der Ratifikationen] des neuen Schiffahrts- und Hafen-Ordnungsvertrags für den Bodensee wird demnächst in Wien stattfinden.

Frankreich. [Friedliches über die orientalische Frage.] Ein in diplomatischen Angelegenheiten immer genau unterrichteter Pariser Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt: Wenn es auch unbegründet ist, was von Paris aus verbreitet worden, daß Graf Goltz dem Kaiser Napoleon ein eigenhändiges Schreiben des Königs von Preußen überbracht, so ist es nichts desto weniger richtig, wenn man die diplomatischen Beziehungen, die gegenwärtig zwischen Berlin und Paris herrschen, als von der freundschaftlichsten Art bezeichnet. Die Unruhe, die man hier eine Zeitlang über die Haltung Preußens in der orientalischen Frage gehegt, war zum großen Theil schon vor der Rückkunft des preußischen Botschafters durch detaillirte Berichte Benedetti's (des französ. Gesandten in Berlin) behoben, so daß die Versicherungen, zu denen Graf Goltz formell ermächtigt gewesen zu sein scheint, bezüglich der Auffassung, die man in Berlin den russischen Bestrebungen im Orient zu Theil werden läßt, nur dazu dienen konnten, das in Paris herrschende Gefühl der Sicherheit zu erhöhen. In der That scheinen vor nicht allzu langer Zeit von Petersburg aus direkte Schritte beim Berliner Kabinet gemacht worden zu sein, die, wenn sie vielleicht auch noch kein „gemeinsames Vorgehen" zum sichtbaren Ausgangspunkte hatten, dennoch dazu bestimmt gewesen sein mögen, eine Gemeinsamkeit der Anschauungsweise zu konstatiren, die, wie sich zuletzt für die russischen Diplomaten ergab, schlechterdings nicht festzustellen war. Die Ziele der preußischen Politik, dieses soll sich bei diesem Anlasse bis zur Evidenz erwiesen haben, sind durchaus nicht auf ein Bündniß mit Rußland gerichtet, um dessen Tendenzen im Orient Vorschub zu leisten und so eine Gegen-Coalition Frankreichs, Oesterreichs und Englands hervorzurufen, deren Interessen nach wie vor denen Rußlands im Orient diametral entgegengesetzt sind. Es ist möglich, daß die russischen Staatsmänner versucht haben, mit England zu unterhandeln und Anerbietungen zu machen; aber es scheint auch, daß das französische auswärtige Amt alle Ursache hat, mit dem Endergebnisse dieser russischen Experimente zufrieden zu sein, weil dasselbe nur dazu gedient hat, noch einmal uns wiederholt darzuthun, wie das Ziel der aktiven auswärtigen Politik Englands unverrückt im Orient festgehalten wird und daß von dieser Seite an ein einseitiges Vorgehen mit Rußland zur Stunde unter keinen Umständen zu denken ist. Je fester aber England an seinem alten orientalischen Programme hält, je enger sich ihm Frankreich in dieser Zuversicht anschließt und je mehr sich Preußen von der nordischen Großmacht abwendet, um Oesterreichs „Mission nach Osten zu" (s. hierüber unsern Leitartikel: „Wolken im Osten", in Nr. 359 des vorigen Jahrgangs) anzuerkennen, desto entfernter zeigt sich auch die Gefahr einer von Rußland in der Türkei heraufzubeschwörenden Conflagration, die man vor vier Wochen etwa, als sich die gegenseitigen Stellungen noch bei Weitem nicht in so klaren Umrissen abzeichneten, ein Recht hatte, ziemlich nahe zu glauben.

Die so konstatirte Isolirung Rußlands ist also auch die sicherste Bürgschaft für die Consolidirung des europäischen Friedens, da die anderen noch obschwebenden europäischen Fragen durchaus jenen brennenden Charakter verloren haben (s. heutigen Leitartikel), der sonst eine Lösung durch das Schwert als unausbleiblich vorhersehen ließ.

— [Expropriation der Todten.] Im französischen Senate kam kürzlich eine den Kirchhof Montmartre betreffende Petition zur Berathung. Der Seine-Präfekt Haußmann hat nämlich den Plan, das jenseit des Montmartre liegende neue Stadtviertel mit dem

---

wir heute Nachmittags den Craig-na-ban hinaufritten, pflückte er ein Stückchen weißes Haidekraut — das Sinnbild von „Gut Glück" — das gab er ihr, und dabei hatte er Gelegenheit, als sie den Glen Girnoch hinabritten, ihr gegenüber eine Anspielung auf seine Hoffnungen und Wünsche zu machen, woraus sich dieser glückliche Abschluß entwickelte." Der Besuch, welchen das königliche Paar in Irland abstattete, wird ebenfalls ausführlich geschildert, aber da er zum Theil eine Staatsvisite war — die Königin stand einmal in Dublin mehr als vier Stunden vor dem Thron aufrecht, um über 3000 Besucher an sich vorbeidefiliren zu lassen — bot er der stillen Freuden nicht so viele wie der Aufenthalt in den schottischen Hochlanden, obwohl die Irländer in ihren loyalen Demonstrationen das äußerste aufboten.

Wer sich für die innere Häuslichkeit der Königin interessirt, die Tageseintheilung, die Kinder, deren Erziehung, das Gesinde u. s. w. (auch von John Brown, der zu so vielen abgeschmackten und unwürdigen Gerüchten Veranlassung gab, ist die Rede*) wird in diesem Buch hinreichenden Stoff zur Befriedigung seiner Neu- und Wißbegierde finden. Auf alle Fälle ist es ein Unikum in seiner Art, das sich schon durch die Anspruchslosigkeit seiner Darstellung und die Motive, die es ins Leben riefen, einer streng eingehenden Kritik entzieht.

(Engl. Corr.)

*) Böse Zungen verschonen natürlich auch den k. Hof nicht, wie anerkannt dessen Sittenreinheit, was die Königin und ihre unmittelbare Umgebung betrifft, auch sein mag. Besonderen Anlaß zu übler Nachrede gab unschuldiger Weise ein Diener, Namens John Brown, der angeblich dem Prinzen Albert sehr ähnlich sein sollte. Am besten werden alle Verleumdungen widerlegt durch Anführung der Stelle aus dem Tagebuche, in welcher die Königin sich selbst über diesen Diener ausspricht, wie denn auch die kleinsten Ereignisse und die geringfügigsten Persönlichkeiten ihren Platz in den Aufzeichnungen gefunden haben. Bei Erwähnung eines Ausfluges nach Loch Muich wird Brown zuerst eingeführt und die Bemerkung dazu gemacht:

„Es ist derselbe, der von 1858 an mein mir regelmäßig folgender Diener war, wenn ich in den Hochlanden ausging; der 1849 als Reitknecht anfing und von Albert und mir ausgewählt wurde, meinen Wagen zu begleiten. 1861 trat er definitiv in unsere Dienste ein, führte mein Reitpferd und stieg Stufe um Stufe durch seine gute Aufführung und seine Einsicht. Seine Aufmerksamkeit, Vorsicht und Treue ist nicht zu übertreffen; und meine in den letzten Jahren sehr geschwächte Gesundheit macht solche Eigenschaften sehr schätzenswerth. Er ist daher verdienter Maßen zum Oberdiener und zu meinem persönlichen Begleiter ernannt worden. (Dez. 1865.) Er hat die den Hochländern eigenthümliche Unabhängigkeit und ist merkwürdig aufrichtig, selbstlos, gutmüthig und bescheiden. Er ist jetzt 40 Jahre alt. Sein Vater war ein kleiner Pächter, der Balmoral gegenüber wohnte. Einer seiner Brüder, Archibald, ist der Bediente Leopolds und ein vortrefflicher, vertrauenswerther junger Mann."

Wenn die oben erwähnten Gerüchte nur ein Körnchen Wahrheit hätten, so würde die Königin sich schwerlich so offen und ungezwungen über den Diener John Brown ausgesprochen haben.

neuen Paris durch eine breite und gerade Straße in Verbindung zu bringen, und da dies wegen des bergigen Terrains nur dann möglich ist, wenn man den Kirchhof durchschneidet, so hat er die Entweihung desselben vom Kaiser dekretiren lassen. In Paris hat man aber eine große Verehrung für die Todten und will lieber den neuen Boulevard des Herrn Haußmann etwas gegen die gerade Linie verstoßen lassen. Es entspann sich in Folge dessen eine sehr stürmische Diskussion. Ein Senator, der gegen Hrn. Haußmann stimmte, hat sein Votum motivirt: „Ich frage noch nicht, was das Gesetz in diesem Falle erlaubt oder nicht, aber ich habe auf dem Kirchhofe Montmartre eine Tochter begraben und will nicht, daß ihre Todtenruhe gestört werde."

Italien. [Die Gesinnung des neuen Ministeriums.] Der ausführliche Bericht über die erste Sitzung des italienischen Parlaments (am 11. ds.) nach seiner Wiedereröffnung liegt nun vor. Die Rede, mit welcher Menabrea das neue Ministerium im Parlamente einführte, enthält unter Anderem die förmliche und feierliche Versicherung, daß die Regierung nicht an fortschrittsfeindliche Maßregeln denke und der Reaktion, die allerwärts kühn das Haupt erhebe, um die Freiheit und Unabhängigkeit Italiens zu gefährden, gemeinsam mit dem Parlamente auf das entschiedenste entgegentreten werde. Die Erklärung des Ministerpräsidenten wurde von der Kammer nicht ungünstig aufgenommen. In ähnlichem Sinne wie Menabrea äußert sich der neue Minister des Innern, Cadorna, in einem Rundschreiben an die Präfekten. In diesem Cirkular wird aber auch betont, daß die erste Bedingung der Freiheit die Achtung vor dem Gesetze sei. In einem Staate, sagt er, in welchem es einer geringen oder großen Anzahl gestattet wäre, sich über das Gesetz, über das Parlament und über die Regierung zu stellen, gibt es nur noch die Freiheit für Einige, alle Anderen ihrer Freiheit zu berauben, was schließlich auf die Negation jeder Freiheit hinausläuft. Italien hat seine wunderbare und friedliche Revolution nicht vollzogen, um solche Früchte zu ernten; es verlange nach Ruhe, um jene innere Sicherheit befestigen zu können, welche es allein stark, glücklich und geehrt mache. Es ist mit Recht stolz und eifersüchtig auf seine Einheit und Freiheit, aber eben darum müsse es alle ungesetzlichen Schritte von sich weisen, welche die Freiheit und die Einheit kompromittiren.

Nichtpolitische Zeitung.

[Universitätsnachricht.] Die Universität München hat so eben eine neue tüchtige Lehrkraft in einem jüngeren Gelehrten gewonnen, dessen Name in der wissenschaftlichen Welt bereits mit Achtung genannt wird. Dr. v. Inama-Sternegg hat nämlich die königl. Genehmigung für seinen Eintritt in die staatswirthschaftliche Fakultät in der Eigenschaft als Privatdocent erhalten. Derselbe hat durch mehrere hervorragende Arbeiten Beweise seines strebsamen Talents und eines auf soliden Studien beruhenden reichen Wissens gegeben. Ich erinnere nur an seine größeren Abhandlungen in „Raumers historischem Taschenbuch" (die volkswirthschaftlichen Folgen des dreißigjährigen Kriegs), in der „Zeitschrift für die gesammten Staatswissenschaften" (der Accise-Streit deutscher Finanztheoretiker) und in der „Deutschen Vierteljahrschrift" (über Inhalt und Gränzen des Staatslebens und über Landwirthschaftspolitik). Alle diese Arbeiten zeugen von Schärfe der Beobachtung und Auffassung der Verhältnisse, Klarheit des Urtheils und Gewandtheit der Darstellung. Sie sind sein bester Empfehlungsbrief für die von ihm erkorene Laufbahn des Lehramts, indem sie seinen Beruf dazu bekunden, und berechtigen auch zu schönen Erwartungen für die Zukunft.

[Hinrichtung in der Schweiz.] Am 10. ds. Mts. hat in Moudon, Kantons Waadt, die Hinrichtung eines Giftmörders, Freymond, stattgefunden, welcher seine Frau vergiftet hatte, um deren Schwester zu ehelichen und in den Besitz des ganzen Vermögens seiner Schwiegereltern zu kommen. Er versuchte daher auch den Bräutigam seiner Schwägerin zu tödten, und hat sich nun selbst auf das Schafot gebracht. Ungeachtet der schweren Verbrechen dieses Unglücklichen trug doch die Mehrheit der Kommission auf Begnadigung an; allein im großen Rathe wurde sie mit 124 gegen 69 Stimmen verweigert.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Op. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 7/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59 3/4 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	48 P. 47 7/8 G.
"	4 1/2 pCt.	40 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 3/8 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/8 P. 94 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P. 88 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	84 3/8 P.
Spanien	3pCt. inn. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/8 G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 5/8 P.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	75 1/4—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	674 P. 72 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	181 1/2—82 1/4 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	99 5/8 P. 3/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	204 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	352 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	105 1/4 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 3/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 [illegible] P.
3 pCt. Südl.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 P. 119 3/4 G.
Bayer. Ostbahn mit 30 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8 G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 3/8 P. 98 1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	98 3/8 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	127 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	59 P. 58 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	125 1/4 P.
„ do. v. 1864	75 1/2 P. 1/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19 3/4 P.
Badische fl. 35	51 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 5/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P.
„ fl. 25 do.	41 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/4 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 15. Januar. Die Börse ist incommensurabel wie eine Frau. Während man allgemein dem gestrigen fast panikartigen Aufschwellen des Goldagios in New-York gegenüber eine entsprechende Preisherabsetzung der 1882er Bonds erwartet hatte, standen dieselben wie gemauert. Die Arbitrage trat nicht nur nicht als Verkäufer, sondern sogar als Käufer auf und scheint man aus der am Schlusse der gestrigen New-Yorker Börse um 3/8 pCt. gemeldeten Goldnotirung wieder auf eine retrograde Bewegung des Agios zu schließen. Kurzum, Amerika eröffnete nicht nur zu gestrigen Mittagscoursen, sondern gewann im Laufe der Börse noch 3/8 pCt. Von österreichischen Effekten waren nur die Spekulationsobjekte Mobilier und Staatsbahn durch Deckungsbedürfnisse etwas getrieben. Staatspapiere dagegen waren eher matter, besonders engl. Metalliques und 1860er Loose, für die ein erstes Bankhaus anhaltend als Verkäufer auftritt. Süddeutsche Werthe waren auf die neue preußische Anleihe matter. Die Liquidation wickelte sich bei gutem Geldstand leicht ab. Das Geschäft war besonders in Amerikanern sehr umfangreich. Im Coursblatt sind heute auch die neuen 4proc. Thüringer notirt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 17. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 17. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

Abänderung des Strafgesetzbuches. Ablösung der Ehehaften.

München, 16. Januar.

In der gestrigen 56. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde nach Verlesung des Protokolls über die letzte Sitzung die Berathung über die Anträge Stengleins und Genossen, die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches betreffend, fortgesetzt.

Ohne Debatte] wurde folgende Fassung des Art. 235 beschlossen: „Wurde die Mißhandlung oder Beschädigung ohne überlegten Entschluß verübt, so ist im Falle des Art. 234 Ziff. 1 auf Zuchthaus bis zu 8 Jahren und in leichteren Fällen auf Gefängniß nicht unter 2 Jahren, im Falle des Art. 234 Ziff. 2 auf Gefängniß bis zu 4 Jahren oder auf Geldstrafe bis zu 500 fl. zu erkennen.“ — Der zu Art. 276 eingebrachte Antrag bezweckt eine Milderung der Rückfallsbestimmungen bei Raub, Diebstahl und Hehlerei, sowie die Einführung einer Verjährungsfrist von 10 Jahren für die Folgen der früheren Bestrafung. Ministerialkommissär Dr. Weis sprach sich gegen die vorgeschlagenen Aenderungen aus, weil auch bei uns die sehr gefährlichen Diebstähle, z. B. in den Eisenbahnwaggons an Reisenden, bedeutend überhand nähmen und weil zur Milderung der Strafen für rückfällige Diebe kein Bedürfniß vorhanden sei. Referent Dr. Streit, Stenglein und Dr. Völk bevorworteten die vorgeschlagenen Aenderungen. Völk bemerkte u. A., daß im Allgemeinen die Verbrechen zunehmen, könne nicht zugegeben werden; wenn früher weniger Diebstähle auf Eisenbahnen vorkamen, so müsse man bedenken, daß es eben früher nicht so viele Eisenbahnen gegeben hat, als jetzt. Die Kammer entschied sich für die Vorschläge des Ausschusses, wonach dann Art. 276, wie folgt, zu lauten hat: „Wer wegen Diebstahls, Raubes oder Hehlerei bereits einmal zu einer Verbrechens- oder zweimal zu Gefängnißstrafe, jedesmal von wenigstens einem Jahre, verurtheilt worden ist, und sich neuerdings, ehe vom Tage der erstandenen Strafe oder erlangten Begnadigung zehn Jahre verflossen sind, eines Diebstahls schuldig macht, wird: 1) wenn dieser Diebstahl nach Art. 282 Ziff. 1 strafbar wäre, mit Gefängniß nicht unter 2 Jahren, 2) wenn derselbe nach Art. 282 Ziff. 2 strafbar wäre, mit Zuchthaus bis zu 12 Jahren und 3) wenn er nach Art. 274 oder 275 strafbar wäre, mit Zuchthaus von 8 bis 20 Jahren bestraft.“

Ziff. 3 des Art. 282 erhielt folgende Fassung: „Der Diebstahl, welcher nicht unter die Bestimmungen der Art. 274—276 und 284—287 fällt, ist mit Gefängniß nicht unter einem Monate zu bestrafen: 3) wenn der Dieb bereits früher wegen eines als Verbrechen, Vergehen oder nach Art. 283 als Uebertretung strafbaren Diebstahls verurtheilt worden ist und sich neuerdings, ehe vom Tage der erstandenen Strafe oder erlangten Begnadigung fünf Jahre verflossen sind, eines Diebstahls schuldig macht.“

Art. 284 und 286 wurden auf Vorschlag des Abg. Alwens dahin abgeändert, daß die Strafe für denjenigen, der herabgefallenes Obst stiehlt, herabgesetzt und das bisherige Strafminimum von zwei Monaten für den Rückfall in solchen Fällen gestrichen wurde. Bei Art. 301 (Rückfall bei Raub) wurde beschlossen, die Bestrafung des Raubes im Rückfalle an den Nichtablauf eines 5jährigen Zeitraumes zu knüpfen. Bei Art. 309 (Hehlerei) wurde eine 5jährige Verjährungsfrist eingestellt. Auch bei Art. 315 (Betrug) ist eine 5jährige Verjährungsfrist für die höhere Strafbarkeit des Rückfalles angenommen worden.

Art. 319 erhielt folgende Fassung: „Wer wegen Betrugs oder Fälschung bereits einmal zu einer Verbrechens- oder zweimal zu Gefängnißstrafe, jedesmal von wenigstens einem Jahre, verurtheilt worden ist und sich neuerdings, ehe vom Tage der erstandenen Strafe oder erlangten Begnadigung 5 Jahre verflossen sind, eines Betruges schuldig macht, soll, wenn dieser neuerdings verübte Betrug mit Zuchthausstrafe bedroht ist, mit Zuchthaus von 8 bis 16 Jahren, wenn er aber wegen eines die Summe von 10 fl. übersteigenden Schadens (Art. 315 Ziff. 2) oder in Gemäßheit des Art. 316 mit Gefängnißstrafe bedroht ist, mit Zuchthaus bis zu 8 Jahren bestraft werden.

Art. 346 wurde dahin abgeändert, daß der Felddiebstahl von den Realen, welche nur auf Antrag des Beschädigten oder seines gesetzlichen Vertreters gerichtlich verfolgt werden, ausgenommen ist.

Schließlich wurde der Schlußsatz des Gesammtantrags in folgender Fassung: „Vorstehende Abänderungen des Strafgesetzbuchs und Polizei-Strafgesetzbuches treten mit dem 1. Juli 1868 in Kraft und findet hiebei Art. 25 des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch und Polizei-Strafgesetzbuch analoge Anwendung,“ und der Gesammtantrag bei namentlicher Abstimmung mit allen gegen 22 Stimmen angenommen.

Nächster Gegenstand der Berathung war der Gesetzentwurf, die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden oder mit einer Gewerbsrealität verbundenen Ehehaftsverhältnisse betr. Re-

Zambo und Martha.

Die beiden Namen über diesen Zeilen gehören zwei typischen Charaktern an, die in Nordamerika häufiger vorkommen, als der großen Mehrheit der Bevölkerung lieb ist. Wir zeichnen beide aus einem liebenswürdigen Buche ab, das wir unsern Lesern zugleich empfehlend vorstellen. Das Buch hat in Frankreich siebzehn Auflagen erlebt und ist ins Deutsche übersetzt worden. (Paris in Amerika, von E. Laboulaye. Berlin, R. Lesser.) Zambo ist ein frei gewordener Neger, Martha eine fromme Köchin. Zambo hat sich herabgelassen, eine Bedientenstelle anzunehmen, und dabei sich selbst gelobt, nicht zu arbeiten. Er ist übrigens eine Negerschönheit und hat Zähne wie Klaviertasten und ungeheuere rothe Lippen, die ihm Nase und Kinn bedecken. Sein Herr schellt am Morgen und will Feuer im Kamin haben. „Massa hat Zündhölzchen“, sagt Zambo. „Kann sich denn Massa nicht bücken?“ Lässig und verdrossen macht er Feuer. „Guter Gott“, sagt er beim Hinausgehen, „ist es erlaubt, einen armen Neger, der sich sonnt, so zu stören?“ Nachdem der Herr sich gewärmt hat, will er sich ankleiden. Auf einem Mahagoni-Tischchen findet er alles Mögliche, messingene Schwanenköpfe und andere geschmacklose Zierrathen, englisches Geschirr, Bürsten, Schwämme, Seifenstücke, Essigfläschchen, Pomadentöpfchen, aber keinen Tropfen Wasser. Er schellt also und Zambo erscheint mit sehr mürrischem Gesicht. „Warmes und kaltes Wasser zum Waschen.“ „Das ist doch zu arg“, ruft Zambo. „Kann denn Massa nicht den Hahn für kaltes Wasser und den Hahn für warmes Wasser umdrehen, die sich da in der Ecke befinden? Auf meine Ehre, das ist zum Davonlaufen. Ich kann nicht fortfahren, einem Herrn zu dienen, der nicht sieht.“ Ehe der Herr ausgeht, wünscht er ein Bad zu nehmen. Zambo wird mit der Glocke gerufen und gefragt, wo es in der Stadt eine Badeanstalt gebe? „Massa will ein Bad nehmen?“ fragt Zambo mit einem Gemisch von Verwunderung und Schrecken. „Darum läßt Massa mich von zuhinterst aus dem Garten kommen?“ „Nun ja.“ „Das ist doch zuviel,“ schreit der Neger, indem er sich einen Büschel Haare ausrauft. „Wie! Es ist ein Badezimmer neben jedem Schlafzimmer und Massa läßt Zambo hinaufkommen, um ihn zu fragen, wo man baden kann. So spottet man eines Amerikaners nicht.“ Er geht und streckt die Zunge gegen den Herrn heraus.

Martha hat sich bisher vortrefflich bewährt, aber sie wartet blos ihre Zeit ab. Am ersten Sonntag wird man sie kennen lernen. Der erste Sonntag kommt, d. h. der Sabbath, der mit dem Samstag Abend beginnt. Alle Straßen und Plätze sind öde und über die Straßen sind lange Ketten gezogen, um das Fahren zu verhindern. Die Fenster bieten ein sonderbares Schauspiel dar. Man sieht an allen Geländern Stiefel in Reih und Glied aufgestellt, mit den Sohlen nach der Straße. Verfolgt man ein solches Stiefelpaar mit den Augen, so entdeckt man endlich menschliche Beine, dann einen zurückgelehnten Körper und endlich eine Cigarre, deren bläulicher Dampf zum Himmel aufsteigt. Jeden Samstags-Abend versucht der Yankee,

ferent Stenglein, welcher die Debatte einleitete, bemerkte u. A., daß ein Bedürfniß nach einem derartigen Gesetze besteht, und empfahl daher den Entwurf im Allgemeinen zur Annahme.

Da sich bei der allgemeinen Debatte Niemand zum Wort meldete, wurde sofort zur speziellen Diskussion übergegangen. Art. 1, welcher die Ablösbarkeit der Ehehaftsverhältnisse im Prinzip ausspricht, Art. 2, der das gütliche Uebereinkommen der Betheiligten als primär für die Ablösung maßgebend erklärt, Art. 3, worin das Prinzip festgestellt wird, daß in Ermangelung eines gütlichen Uebereinkommens die Feststellung des Werthes der Reichnisse durch Schätzung und amtliche Feststellung zu erfolgen hat, wurden in der Fassung des Regierungsentwurfs, Art. 4, der die Zuständigkeit der Verwaltungsbehörden feststellt und die Liquidation der Reichnisse und Gegenreichnisse in einer von der Verwaltungsbehörde anzuberaumenden Tagsfahrt vorsieht, und Art. 5, wornach das Verfahren protokollarisch mündlich stattfinden muß, mit unwesentlichen Modifikationen angenommen. — Art. 6 bestimmt, daß die Schätzleute der liquidirten Reichnisse und Gegenleistungen nach ihrem den örtlichen Verhältnissen angemessenen gegenwärtigen Werthe zu schätzen haben; nach Art. 7 steht gegen das Resultat der Schätzung den Parteien eine Berufung nicht zu; Art. 8 gestattet gegen den Beschluß der Distriktsverwaltungs-Behörde binnen 14 Tagen die Berufung an die Kreisregierung; nach Art. 9 sind die Verhandlungen über Ablösung der Ehehaftsverhältnisse in erster Instanz tax- und stempelfrei, in zweiter Instanz aber der Tax- und Stempelpflicht unterworfen, wenn die Berufung als unbegründet verworfen wird; — in Art. 10 wird die Zuständigkeit der Gerichte vorbehalten, wenn der Bestand des Rechtes, dessen Natur oder der Umfang der Ansprüche aus einer gewerblichen Ehehaft bestritten ist; — Art. 11, welcher u. A. vorsieht, daß die Ablösungssumme mit Schluß des Jahres zu zahlen ist, in welchem der rechtskräftige, die Ablösungssumme feststellende Beschluß gefaßt worden ist, wurde in 2 Artikel zerlegt; die beiden ersten Absätze bilden den Art. 11, die übrigen Absätze, worin ausgesprochen ist, daß der Berechtigte die Eintragung der Ablösungssumme als Reallast verlangen kann, den Art. 12. Der Art. 12 des Regierungsentwurfs, nun Art. 13, behandelt die Sicherung der Gläubiger des aus der Ehehaft Berechtigten. Alle diese Artikel wurden ohne Debatte mit einigen Modifikationen angenommen.

Als Art. 14 wurde ein neuer Artikel eingestellt, welcher bestimmt, „daß dauernde Lasten, welche auf Ehehaftsreichnissen ruhen, nach den Grundsätzen des Art. 13 (bisher 12) zu behandeln sind." Der Schlußartikel stellt fest, daß dieses Gesetz auf die 7 diesrheinischen Regierungsbezirke beschränkt bleibt und mit dem Tage seiner Verkündigung durch das Gesetzblatt in Wirksamkeit tritt. — Bei der namentlichen Abstimmung wurde der ganze Entwurf einstimmig angenommen.

Süddeutschland.

Bayern. h. München, 16. Januar. [Wahlprogramm der Centrums-Partei.] Das aus mehr als 60 Mitgliedern bestehende Centrum der Abgeordnetenkammer hat aus Anlaß der Zollparlamentswahlen das bereits festgestellte Programm neuerlich anerkannt, wenn auch von einer Veröffentlichung desselben Umgang genommen wurde. Es lautet: „1) Wir betrachten es als selbstverständlich, daß Bayern das Schutz- und Trutzbündniß mit Preußen treu und aufrichtig durchführe und daher auch seine Wehrverfassung in der Art einrichte, daß es jederzeit gerüstet ist, die Interessen und die Ehre Deutschlands in Verbindung mit seinen Stammesgenossen gegen jeden Angriff zu wahren. Dagegen betrachten wir den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund, wie er dermalen gestaltet ist, weder für nothwendig, noch für wünschenswerth. 2) Wir sehen die durch den Vertrag vom 8. Juli 1867 gegründete Einheit im Gesammtgebiete der materiellen Interessen als eine sowohl aus politischen als aus wirthschaftlichen Gründen anzuerkennende Grundlage unserer weiteren nationalen Entwicklung an, zu deren gewissenhafter Ausführung Jeder nach Kräften beizutragen hat. Wir erachten es aber nicht für zweckmäßig, schon jetzt im Zollparlamente auf eine wesentliche Umgestaltung der Zollvereinsverfassung hinzuwirken." Wurde dem Centrum der Abgeordnetenkammer bisher der Vorwurf gemacht, daß eine Uebereinstimmung der Ansichten zwischen den Mitgliedern dieser Fraktion nicht bestehe und daß das Centrum kein bestimmtes politisches Programm aufgestellt habe, so finden durch Anerkennung dieses Programms alle jene Nachrichten von selbst ihre Widerlegung.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 15. Jan. [Der Nothstand und das Ministerium.] In der gestrigen Abgeordnetensitzung ging der Abg. Virchow zu einem allgemeineren Angriff auf die Verwaltung des Grafen Eulenburg über, wobei er insbesondere die Nothstände in Ostpreußen heranzog. Er meinte, es wäre angemessener gewesen, wenn höchste Beamte nicht Privatwohlthätigkeit angerufen, sondern den Minister zeitig um Abhilfe angegangen wären; das Heranwachsen der Uebelstände sei der Organisation zum Vorwurfe zu machen. Warum habe der Minister nicht selbst Erkundigungen einziehen lassen, warum sei er selbst nicht nach Ostpreußen gegangen? „Es ist der Nothstand wie ein Krieg, da muß der General selbst am Platze sein; je eher man hilft, desto besser hilft man." Graf Eulenburg entgegnete, die Behörden in Ostpreußen hätten ihre Pflicht nach Kräften erfüllt, und ebenso die Centralbehörden; in manchen Hilferufen finden sich, aus verschiedenen Tendenzen hervorgehend, Uebertreibungen vor; persönlich in die Provinz zu reisen, sei ihm abgerathen, aber er lasse sich wöchentlich über alle Details berichten. Nachdem noch andere Redner sich betheiligt haben, bestreitet der Abg. v. Saucken-Tarputschen, daß die Nothstandsberichte in den Hilferufen wesentlich übertrieben seien, und gibt dann selbst eine Schilderung der Zustände. Der Minister Graf Eulenburg gibt darauf noch einige Erläuterungen über das Verfahren der Regierung in Ostpreußen, und der Abg. v. Hennig erkennt an, daß die heftigen Anklagen speziell gegen Nachlässigkeit des Ministers in dieser Nothstandsfrage viel weniger begründet seien, als gegen die mangelhaften Institutionen.

---

sich einen Schlaganfall zuzuziehen, und zuweilen gelingt es ihm. Da Zambo heute nicht arbeiten soll, so zerschlägt er in einer Ecke des Gartens Sandstein, um die Messer zu putzen. Wie eine Spinne, die über eine Fliege herfällt, stürzt Martha aus der Küche hervor. „Du Sohn Hams", fährt sie ihn an, „was machst Du denn da?" „Sie sehen, Jungfer Martha, ich zerschlage Steine." „Elender!" ruft sie aus, „Du entweihst den Sabbath!" Zambo läuft mit kläglicher Miene davon und sieht die Katze, die eine Maus gefangen hat. In singendem Tone sagt er zu ihr: „Nimm Dich in Acht, Pascha. Wenn Du am Sabbath Mäuse fängst, so hängt Dich Martha dafür." Martha hat nicht Zeit, zu antworten, da sie Besuch bekommt. Der liebenswürdige Seth, ein Quäker, tritt in den Garten und setzt sich mit ihr auf eine Bank. Er will die Einsamkeit, den Sabbath und den Abend benutzen, um der schönen Martha eine Predigt zu halten. Nach tausend Umschweifen findet der verliebte Quäker das Wort, das die Köchin ohne Zweifel lange erwartet hat. „Martha", sagt er mit einem langen Seufzer, „Martha, liebst Du mich?" „Seth," antwortet die gute Christin, „ist uns nicht befohlen, Einer den Andern zu lieben?" „Ja, Martha, aber was ich Dich frage, ist, ob Du für mich etwas von jenem spezifischen Gefühl empfindest, welches die Welt Liebe nennt?" „Ich weiß nicht, was ich antworten soll," stammelt das schüchterne Täubchen; „ich habe stets versucht, alle meine Brüder gleich zu lieben, aber, wenn ich es Dir denn gestehen soll, Seth, so habe ich, wenn ich mich selbst prüfte, oft gedacht, daß Du von dieser allgemeinen Liebe mehr als Deinen gehörigen Antheil bekommst." Nach einer solchen Erklärung pflegt der erste Liebeskuß gewechselt zu werden. Dießmal folgt dem süßen Geständniß ein fürchterlicher Schrei von denselben jungfräulichen Lippen und ein verzweifelter Sprung Martha's auf die Gartenbank. Ein ungeheurer Neufundländer Hund ist unerwartet zwischen die beiden Liebenden gestürzt. Da im Schatten Zambo's weiße Zähne leuchten und der Kerl lacht, so weiß man, daß er aus Rache gegen Martha die Hausthür geöffnet und den lästigen Dritten losgelassen hat, der die liebevolle Christin so erschreckt hat.

Der Quäker nimmt die Störung mit Ruhe und Milde hin. Er ruft den Hund zu sich, gibt ihm ein Stück Zucker und sagt mit scheinheiliger Miene zu ihm: „Du hast mich im süßesten Augenblick meines Lebens gestört, aber jetzt will ich Dir den Unterschied zwischen einem Quäker und einem gewöhnlichen Menschen zeigen. Ein Anderer würde Dich tödten, ich gebe Dir blos einen übelklingenden Namen." Damit führt er den Hund, der ihm in Erwartung eines zweiten Stückes Zucker nachspringt, höflichst zur Gartenthür hinaus, schließt sie und ruft aus vollem Halse: „Ein toller Hund, ein toller Hund!" Im Nu sind alle Stiefeln aus den Fenstern verschwunden und Köpfe erscheinen an ihrer Stelle. Steine, Stöcke, Möbeln regnen auf den armen Hund, den ein Schuß erlegt, ehe er das Ende der Straße erreicht hat. Martha geht in die Küche zurück und sagt schluchzend: „Mein Gott, ich that ja nichts Böses; ich suchte einen Schwiegersohn für meine Mutter."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Jan. [Reorganisation der Polizei.] Der Gemeinderath von Wien ist in voller Berathung über die Reorganisation des Polizeiwesens, und es wird in erster Reihe die Uebernahme der ganzen Lokalpolizei in die Hände der Gemeinde angestrebt werden, um dieselbe alsdann nach dem Muster der Londoner Polizei in Stehposten und Detectives (Geheimpolizisten) zu organisiren. Gegenwärtig bildet die streng militärisch organisirte Polizei in Wien eine von einem Stabsoffizier kommandirte Armee von im Ganzen 1512 Mann und ist die Exekutivmacht einer Polizeidirektion mit einem Personalstand von 280 Köpfen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 15. Jan. [Zur Expropriation der Todten.] Das „Journ. des Déb." bespricht in satirischer Weise dieses neueste Projekt des Hrn. Haußmann (s. gestr. Nummer d. Bl.): Eine namhafte Anzahl von Parisern, die klagen, daß sie bereits Nomaden wider Willen geworden, sind in der That in Erstaunen gerathen, daß sie mit Augen sehen müssen, wie sie kraft der von dem Hrn. Seine-Präfekten angezogenen Gesetze und Dekrete stark in Gefahr sind, auch nach ihrem Tode so oft, wie bei Lebzeiten, von der Stelle bewegt zu werden. Ihre Särge sind dem ausgesetzt, daß sie von Kirchhöfen zu Kirchhöfen in Folge der Zukunfts-Boulevards gehetzt werden, wie ihre Betten jetzt von Haus zu Haus durch die Boulevards der Jetztzeit gejagt werden. Es wird fortan nicht mehr statthaft sein, von der „Ruhe des Grabes" zu reden und wir werden in Prosa sich den Vers der deutschen Ballade verwirklichen sehen: „Hurrah! die Todten reiten schnell!" Freilich ist es wahr, daß uns versichert wird, daß wir in gewöhnlichen Zeiten für unsere Gräber auf eine Frist von mindestens fünf Jahren zählen dürfen, nach welchen man noch zehn andere Jahre vergehen lassen muß, bis auf den Kirchhöfen, auf welchen wir unseren letzten Schlaf begonnen, gebaut werden darf; aber das Gesetz setzt eilends hinzu: „dafern wenigstens nicht anders verfügt wird." Wenn das, so sehen wir nicht ein, weßhalb die Frist von zehn Jahren gestattet wurde. Was würde man von einem Hauseigenthümer sagen, der seine Wohnungen Jemandem auf drei, sechs oder neun Jahre vermiethen wollte, vorausgesetzt, wenn es ihm nicht etwa gefiele, ihn in jedem beliebigen anderen Augenblicke an die Luft zu setzen? Es ist in der That Grund vorhanden, daß alle diejenigen nachdenklich werden, die auf Frankreichs Kirchhöfen ein Grab besitzen, wohin sie zu gehen pflegen, um zu weinen und früherer Zeiten zu gedenken."

— [Die Schutzzöllner-Agitation] macht in Paris viel von sich reden. In einer Zeit, wo fast alle Bedürfnisse theurer und die Schwierigkeit, sich durchzuschlagen, größer geworden, zumal für die auf festes Gehalt angewiesenen Familien, erhebt sich eine Schaar von Fabrikanten, welche auf neue Abgaben dringt, um Alles noch theurer zu machen; die Regierung wird namentlich bestürmt, den Handelsvertrag mit England zu kündigen, und zwar „ihn in nützlicher Zeit zu kündigen," wie es in mehreren Petitionen geradezu verlangt wird; der Vertrag sei durch die Erfahrung gerichtet, und man müsse zu Prohibitionen oder mindestens zu sehr hohen Schutzzöllen umkehren; die Regierung wird beschworen, in sich zu gehen und das Freihandelssystem feierlich zu verläugnen. Das „Journal des Debats" weist das Gefährliche und Unsinnige dieser ganzen Agitation nach. Die Gründe sind so schlagend, wie möglich; die „Debats" rufen schließlich diesen Rückschrittswühlern zu: „Suchet eure Kraft in der Freiheit zu stählen, hört auf, das Privilegium anzurufen!" Wenige Monate nach der Weltausstellung eine solche Agitation — es ist höchst belehrend für das Ausland.

— [Keine überseeischen Pläne.] Die gestern mitgetheilte Nachricht über kriegerische Vorbereitungen Frankreichs und Englands gegen Japan löst der „Constitutionnel" heute in eine sehr harmlose Thatsache auf. Die Fregatte „la Guerriere" hat nämlich in der französischen Colonie Saigun eine Compagnie Marine-Soldaten an Bord genommen, um entsprechende Mannschaft in dem japanischen Hafen von Yokohama abzulösen, welcher dort seit mehreren Jahren die Bewachung des Hospitals für die französische Marine-Abtheilung und des Hotels der französischen Gesandtschaft oblag. England hält zu ähnlichem Zwecke und seit derselben Zeit dort ein Regiment von 800 Mann in Garnison.

Großbritannien. [Englische Preßfreiheit.] Da ein Preßprozeß der Art, wie die englische Regierung ihn jetzt gegen den Herausgeber des „Irishman" in Dublin angestrengt hat, in England zu den außerordentlichsten Ereignissen gehört, so haben sich die englischen Zeitungen mit Vorliebe des Stoffes bemächtigt. In obiger angeklagten Zeitung bietet u. A. ein dem in Newyork erscheinenden „Irish People" entlehnter Artikel: „Ireland's Opportunity" (Englands Schwierigkeit ist Irlands Gelegenheit" ist unter den Feniern schon zum Sprichworte geworden), Stellen genug dar, welche auf dem Continente jedenfalls nicht nur einen Hochverrathsprozeß, sondern sicher auch die Verurtheilung nach sich ziehen würden. Es heißt darin: „Die beste Gelegenheit böte sich, wenn England mit Amerika, Frankreich, Rußland oder irgend einer der Großmächte in Krieg verwickelt wäre, oder wenn früher oder später eine große europäische Umwälzung, gleich der von 1848, einträte, oder wenn in Großbritannien selber, entweder durch Noth in den Geschäften oder durch die demokratische Propaganda, eine Volksbewegung entstände. Die größte und zuverlässigste Gelegenheit könnte aber von den Irländern in Amerika selber geboten werden, wenn sie 5000 bis 20,000 bewaffnete, gut geschulte und tüchtig geführte Leute, mit Waffen und Schiffsbedarf für andere 50,000 oder 100,000, von Amerika nach Irland schickten. Das hieße die Gelegenheit selber schaffen. Unter günstigen Gelegenheiten ließe sich sogar mit weniger denn 5000 Mann für den Anfang schon etwas ausrichten, aber nachdem die letzten Unternehmungen fehlgeschlagen und die Leute dadurch entmuthigt worden sind, wäre dies, unserer Schätzung nach, die geringste Zahl, um jetzt eine Gelegenheit ins Leben zu rufen."

Der Sinn dieser Zeilen ist unmöglich mißzuverstehen, die Vertheidigung machte vorerst auch nur darauf aufmerksam, daß nicht minder scharfe Artikel, wie das Feniermanifest selber, in englischen Blättern gestanden hätten. Und nicht nur ist dieser Einwurf richtig, sondern es drucken die englischen Blätter gerade jetzt alle die inkriminirten Stellen aus dem „Irishman" ab und machen sich also förmlich des gleichen Verbrechens schuldig. Aber es liegt eine andere Absicht zu Grunde, und was der Hauptpunkt, der Leserkreis dieser Blätter ist ein solcher, daß der Abdruck der „aufrührerischen Schmähschriften" — seditious libels ist die gesetzliche Bezeichnung — auf ihn gerade die entgegengesetzte Wirkung (d. h. Abscheu vor dem fenischen Treiber.) hervorbringen muß, als es bei dem Publikum des irischen Fenierblattes der Fall ist. Der Herausgeber, Richard Pigott, ist vom Polizeirichter bekanntlich vor die nächste Assisensitzung verwiesen und unterdessen gegen eine Bürgschaft von 500 L. auf freiem Fuße belassen worden. Daß die englische Regierung andere Preßprozesse als wegen Aufruhrs und Hochverraths anstrengen sollte, ist geradezu undenkbar.

Die „Köln. Ztg." bemerkt zu diesem Ereigniß mit einem Seufzer: Glückliches Land, wo seit Jahren ein einziger Preßprozeß vorkommt, und dieser nur in einer Gegend, wo bei uns längst der Belagerungszustand erklärt und alle Aufruhr predigenden Blätter unterdrückt wären! Wir brauchen kaum zu bemerken, daß polizeiliche Beschlagnahmen von Zeitungen und Büchern in dem vereinigten Königreiche Großbritannien so unbekannt sind wie Wölfe und Bären, wie denn ja offenbar auch nur erwachsene Kinder sich einbilden können, daß eine wirkliche und wahre Preßfreiheit, etwas, das diesem edlen Gute auch nur von Weitem ähnlich sieht, mit dem ganz unbeschränkten Rechte der Confiscation neben einander irgendwie bestehen könne. Wann werden wir in dieser Angelegenheit vom Lande der Erbweisheit lernen?

— Um über noch einen andern, eben auf der Tagesordnung befindlichen Preßprozeß in England das Neueste zu berichten, schließen wir gleich Folgendes an. Unseren Lesern wird der interessante, in unserer Zeitung erörterte Rechtsfall Wason contra „Times" noch in Erinnerung sein und mit ihm die wichtige Entscheidung über das Recht der Veröffentlichung parlamentarischer Debatten. Kurz zu rekapituliren: Wason hatte im vorigen Jahre eine Petition an das Oberhaus gerichtet, in welcher er den zum obersten Richter des Schatzkammergerichtes ernannten Sir F. Kelly als einen dieses Amtes unwürdigen Menschen bezeichnete. Es erfolgte eine Debatte im Oberhause, in welcher Wasons Petition und Charakter mit scharfen Worten kritisirt wurde. Diese Debatte wurde natürlich von der „Times" (wie von allen andern Blättern) am folgenden Morgen wiedergegeben. Wason klagte deßhalb gegen die „Times" wegen Veröffentlichung einer, Injurien gegen ihn enthaltenden Parlaments-Verhandlung (untergeordnete Punkte der Klage bezogen sich auf Leitartikel, welche die „Times" über die Sache geschrieben). Nachdem aber der Lord Chief Justice (Lord-Oberrichter) der Queens Bench in seinem Resumé erklärt hatte, daß wahrheitsgetreue Berichte über Parlaments-Debatten privilegirt seien, wies die Jury die Klage ab.

Rigby Wason aber hat sich dabei nicht beruhigt; er legte gegen die Erklärung des Lord Chief Justice Protest ein und hat am 13. d. bei der Queens Bench um die Ermächtigung zu einem neuen

Prozesse nachgesucht. Dieselbe wurde natürlich gewährt, wobei der Lord Chief Justice selbst bemerkte, daß es in einer so bedeutsamen Frage nur wünschenswerth sein könne, die Entscheidung der höchsten Instanz zu erhalten. Auch die „Times" ist großmüthig genug, Herrn Rigby Wason es nicht zu verübeln, daß er sie zum corpus vile einer so interessanten Forschung macht, zumal da sie die Ueberzeugung hat, „daß, während der Buchstabe des Gesetzes nicht gegen das bestrittene Vorrecht ist, der Geist des Gesetzes nur zu dessen Gunsten spricht".

Italien. [Ausgleich.] In Florenz ist in einer Versammlung, bei der alle Parteien vertreten waren, beschlossen worden, Menabrea zu unterstützen. Auch wegen der päpstlichen Zinsquote soll ein Ausgleich reif sein: Italien soll die Zinsen zahlen und Frankreich gestatten, daß Italien auf dem Platze Paris eine Anleihe emittirt. So wenigstens erzählt die „Liberté", doch wird Näheres aus Italien selbst abzuwarten sein.

— [Defizit.] Der Korrespondent des „Temps" gibt folgende Andeutungen über das, was der Bericht des neuen italienischen Finanzministers, welcher dieser Tage erscheinen soll, sein wird. Derselbe gibt das nicht konsolidirte Defizit, also die schwebende Schuld, für Ende 1867 folgendermaßen an: Defizit von 1866 175 Mill., Defizit von 1867 217, rückständige Steuern 100, Schuld der Eisenbahnen an den Senat 86, Summe, welche auf die Zwangsanleihe nicht reallisirt wurde, 35 Mill., zusammen 613 Millionen. Dazu kommt das Defizit, welches für das Jahr 1868 vorgesehen ist; Rattazzi schätzte es auf 191 Millionen, der neue Finanzminister aber in Folge der letzten Ereignisse auf 203, die, zu den 613 Millionen hinzugefügt, Ende 1868 eine schwebende Schuld von 816 Millionen ergeben werden. Zur Deckung dieses Defizits rechnet man auf den Verkauf der geistlichen Güter, deren Betrag aber schwerlich die ganze Summe, und jedenfalls erst nach einer langen Reihe von Jahren decken wird. Um späteren Ausfällen im Budget zuvorzukommen, hat man die Absicht, Ersparnisse zu machen und von 1869 an neue Hülfsquellen zu schaffen. Diese neuen Hilfsquellen sollen auf dem Wege neuer Steuern aufgebracht werden, welche man auf 200 Mill. schätzt. Man ist jedoch noch getheilter Ansicht über die Art und Weise, wie man sie aufbringen soll.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Noth in den östlichen Bezirken Londons] fängt in der strengen Witterung an, sich besonders fühlbar zu machen. Die Unterstützungen aus Kommunalmitteln sind trotz der hohen Abgaben bei der ungemein großen Zahl der Dürftigen keineswegs hinreichend, und außerdem kommt noch manches Andere hinzu, wodurch gerade die besseren Elemente unter den Nothleidenden abgeschreckt werden, dort Hülfe zu suchen, und ganz leer ausgehen. Bisher war ein Tag in der Woche angesetzt, wo die Unterstützungsbedürftigen bei der Distriktsarmenkommission sich zu melden hatten. Bei dieser Gelegenheit strömen die Beschäftigungs- und Brodlosen schaarenweise herbei und es sind vor einen einzigen dieser Beamten schon 3000 Fälle an einem Tage gekommen. Langer Aufenthalt ist dabei nicht zu vermeiden. Es kommt zu Ansammlungen vor den betreffenden Gebäuden, die einander anziehenden schlechten Elemente vereinigen sich und üben einen widerwärtigen Terrorismus aus. Das arbeitsscheue Gesindel regiert, drängt sich vor, empfängt sein Brod, verkauft es vor der Thür wieder, streitet, schimpft und flucht und schließlich kommt es zu großer Schlägerei, die mit Hülfe der Polizei unterdrückt werden muß. Daß unter solchen Verhältnissen mancher ehrliche Arbeiter lieber hungert, als sich unter diese Menge zu mischen, ist leicht erklärlich. Selbst die Armenpfleger haben einen harten Stand, und als in dem Bezirke Hackney, der allein 5373 Arme unterstützt, zu Weihnachten angekündigt wurde, es solle statt der gewöhnlichen Spende von 1 Sh. noch ein weiteres Laib Brod vertheilt werden, da brach der Haufen in offene Rebellion aus. Um derartigen Uebelständen abzuhelfen, werden jetzt zwei Tage in der Woche zur Hörung von Unterstützungsgesuchen angesetzt und in einzelnen Bezirken hat man das auch auf dem Continente stellenweise bestehende System eingeführt, Anweisungskarten auf Lebensmittel auszugeben, statt dem Hilfsbeamten die Vertheilung der Victualien in natura aufzubürden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 7/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59 5/8 P. 1/2 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 3/8 P. 1/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48 P. 47 7/8 G.
„	4 1/2pCt.	40 5/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	87 7/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/2 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P. 89 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/2 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 1/2 P. 3/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 5/8 P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	676 P. 73 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	182—83 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	89 5/8 P. 3/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/4 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	237 1/2—38 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 1/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 5/8—3/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	245 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d'. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	98 1/2 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	127 1/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/4 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	125 5/8 P.
„ do. v. 1864	75 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 5/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 5/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P.
„ fl. 25 do.	41 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/4 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/4 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 5/8 P.

Frankfurt, 16. Januar. Die Stimmung für österreich. Werthe ist in letzter Zeit entschieden günstig. Trotzdem bringen es die Anlagepapiere und Staatsfonds zu keinem durchgreifenden Fortschritt und die gute Meinung, die man von der Neugestaltung des Kaiserstaats hat, äußert ihre Wirkung zunächst immer erst auf die Spekulationseffekten. Selbst die Nachricht von einer bevorstehenden Armeereduktion führte zu keiner Steigerung der Staatspapiere. Dieselben verkehrten sogar etwas matter. Creditaktien dagegen erhöhten ihren Cours eine Kleinigkeit, Staatsbahn dagegen nicht. Das Geschäft war lebhaft in ersteren. Für Amerikaner war das wieder niedrigere Goldagio schon gestern eskomptirt und erfahren dieselben daher unter Wahrung einer sehr beliebten Haltung nur eine kleine Steigerung. Die Arbitrage trat nicht als Verkäufer, das Privatpublikum dagegen als Käufer an den Markt. Süddeutsche ziemlich offerirt und matt. Nur badische Loose etwas besser. Von Eisenbahnen war Ostbahn höher und etwas Geschäft in neuen Thüringern. Von Wechseln London und Paris matt. Von Prioritäten Livorneser niedriger. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 18. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 18. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

I.

Abgeordnetensitzung über das Wehrgesetz.

München, 17. Januar.

In der gestrigen 57. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten war Gegenstand der Berathung die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs, die Wehrverfassung betreffend. Die Kammer der Abgeordneten hat bekanntlich als Art. 2 in den Entwurf eingestellt: „Die Zahl der jährlich in die aktive Armee zur Herstellung des Formationsstandes Einzureihenden wird je für die Dauer von 2 Jahren durch Gesetz (Kontingentsgesetz) bestimmt.“ Die Kammer der Reichsräthe hat diesen Artikel wieder gestrichen und der Ausschuß der Abgeordnetenkammer schlägt vor, auf Art. 2 zu beharren, weil, wie Referent Frhr. v. Stauffenberg bemerkte, es sich hier darum handle, einer ebenso gerechten als maßvollen Forderung des Volkes Ausdruck zu geben. Redner verwies auch auf Württemberg, wo ein Kontingentsgesetz demnächst zu Stande kommen werde, und auf Oesterreich, wo das Reichsgrundgesetz u. A. bestimmt, daß alle Angelegenheiten, die sich auf die Art und Weise der Bildung der Armee, insbesondere die jährliche Bewilligung der Zahl der auszuhebenden Mannschaft, der Regelung von Seite der Volksvertretung vorbehalten seien.

Feustel gab im Namen seiner politischen Freunde folgende Erklärung ab: Wir stimmten für das Wehrgesetz, weil wir es für eine politische Nothwendigkeit und für eine nationale Pflicht hielten; wir stimmten dafür in dem Bewußtsein, daß es dem Lande neue große Opfer aufbürdet. In dem Art. 2 liegt aber die Beruhigung, daß, wenn die gegenwärtige unsichere politische Lage Europas ihr Ende erreicht hat, die Last, welche dem Lande jetzt aufgebürdet wird, gemindert werden kann. Die Völker können die dermaligen Zustände unmöglich lange ertragen; fällt der Art. 2, so fällt für uns auch die beruhigende Gewißheit der Befreiung von der Last. Kömmt das Gesetz mit dem Art. 2 nicht zu Stande, so werden wir ihm nicht nachweinen. Bricht der Krieg bald aus, so wäre, wenn das Gesetz auch zu Stande kömmt, die Organisation der Armee nur angebahnt; kömmt das Gesetz nicht zu Stande und bricht ein Krieg nicht aus, so kann später eine Einigung erzielt werden, und dann wird das Beispiel Oesterreichs mit der Einführung der einjährigen Präsenzzeit bei uns sicher nicht ohne Wirkung sein. Oesterreich wird sich den Dank Europas erwerben, wenn es diese Organisation durchgeführt und wenn diese von Sachverständigen als lebensfähig anerkannt wird. Was die Kronrechte betrifft, welche durch diesen Art. 2 beeinträchtigt werden sollen, habe ich zu bemerken: wir haben unbestreitbar das Recht der Geldbewilligung, und wenn wir eine Forderung der Staatsregierung nicht so bewilligen, wie diese es wünscht, so wird Niemand behaupten, daß wir damit einem Kronrechte zu nahe treten. Art. 2 will nur eine nähere Präzisirung unseres Geldbewilligungsrechtes und keine Beeinträchtigung eines Kronrechtes. Deßhalb werden meine politischen Freunde und ich nur unter der Bedingung für das Gesetz stimmen, daß der Art. 2 beibehalten wird.

Kriegsminister Frhr. v. Pranckh: Es handle sich hier um die Stabilität der Armee, welche heute nöthiger sei, als jemals; er bitte daher wiederholt, die Kammer möge den Art. 2 nicht annehmen. Die Abstimmung ergab jedoch das Resultat, daß Art. 2 mit allen gegen eine Stimme (Frhr. v. Ow) angenommen wurde. — Bei Art. 4 hat die Kammer der Reichsräthe ein viertes Reservejahr und ein viertes Dienstjahr der Kavallerie beschlossen. Der Ausschuß schlägt vor, bei dem früheren Beschluß (3 Jahre Reserve und 3 Dienstjahre für die Kavallerie) zu beharren. Obgleich Hr. Kriegsminister geltend machte, daß das 4. Reservejahr die Stärke der Armee sichere und daß das 4. Dienstjahr der Kavallerie für diese eine Lebensfrage sei, beschloß die Kammer einstimmig, auf ihrem früheren Beschluß zu beharren.

In nothwendiger Konsequenz zu diesem Beschlusse wurden auch die Art. 5 und 8 unverändert beibehalten. Die Modifikation der Kammer der Reichsräthe zu Art. 9, 10, 12 und 14 statt „in die aktive Armee einzureihen“ zu setzen: „zu den Ersatzverhandlungen beizuziehen,“ wurde abgelehnt, dem Art. 11 aber, welcher bestimmt, wer von der Wehrpflicht befreit ist, in der Fassung der Kammer der Reichsräthe zugestimmt; ebenso der modifizirten Fassung des Abs. 1 in Art. 12 (von der zeitweisen Befreiung von der Wehrpflicht handelnd). Die von der Kammer der Reichsräthe neu eingeschaltete Ziff. 4 ist in folgender Fassung angenommen worden: „Zeitweise ist von der Wehrpflicht befreit 4) der jüngere von 2 Söhnen bis zu dem Kalenderjahre, in welchem die Dienstpflicht des nach Art. 7 eingereihten Bruders in der aktiven Armee mit Ausnahme der Ersatzmannschaft endigt.“ Hier sind nach „2 Söhnen“ die Worte „bei Zwillingen einer derselben“ auf Antrag v. Neumayr's gestrichen worden, weil sonst ohne jede weitere Erläuterung eine Bestimmung

Schreckliches Grubenunglück in Westphalen.

Aus Marten, 15. Jan., wird der „Elf. Z.“ geschrieben: Heute fand auf der in der Gemeinde Langendreer, Revier Dortmund gelegenen Steinkohlenzeche Neu-Iserlohn eine Explosion schlagender Wetter statt, welche das größte beim preußischen Bergbau jemals vorgekommene Unglück zur Folge hatte. Die Katastrophe erfolgte früh Morgens, kurz nach 5 Uhr, also gleich nach Beginn der Frühschicht, als erst ein Theil der circa 210 Mann starken Belegschaft für die Frühschicht angefahren war. Etwa 100 Mann befanden sich noch über Tage. Diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß das Unglück nicht noch bedeutender geworden ist.

75 Mann waren gestern Nachmittag um 3 Uhr als todt herausgefördert; die Verletzungen der 21 Verwundeten sind zum größten Theil nur leichte. Einige der schwerer Verletzten sind indeß bereits auf dem Transport nach den Krankenhäusern zu Witten und Dortmund gestorben. Da noch etwa 4—5 Mann nicht aufzufinden waren, so liegt Grund vor, auch diese als todt anzunehmen, so daß sich die Gesammtzahl der Getödteten und nachträglich Gestorbenen immerhin auf einige 80 belaufen wird.

Die Zeche Neu-Iserlohn baut die hangenden Flötze der Fettkohlenpartie bei einem Fallwinkel von im Durchschnitt 15—20 Grad. Außer dem Förderschacht ist ein Wetterschacht vorhanden, der durch einen auf der Wettersohle befindlichen Wetterofen geheizt wird. Die Mergelauflagerung hat nur eine Mächtigkeit von 6 Lachtern am Schachte. Die Zeche hat aber stets mit schlagenden Wettern zu kämpfen gehabt und sind kleinere Explosionen in letzter Zeit ziemlich häufig gewesen. Es war somit Aufgabe der Betriebsbeamten, der Wetterführung eine besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden, was auch, so viel uns bekannt, immer mit Gewissenhaftigkeit geschehen ist. Auch am Tage der Explosion waren die zur Wetterführung dienenden Einrichtungen vollständig in Ordnung. Dies geht mit Bestimmtheit daraus hervor, daß kurz nach der Explosion der Wetterzug sofort wieder hergestellt war. Schon um 7 Uhr überzeugten sich die unterdeß herbeigeeilten einfahrenden Beamten der Zeche Germania, daß auf der Wettersohle und Bausohle die Vorrichtung zur Wetterführung, Wetterthüren rc. in gutem Zustande waren und daß der Wetterzug eine große Lebhaftigkeit hatte. Um 8 Uhr waren die entlegensten Betriebspunkte wieder fahrbar geworden, obgleich sich die Nachschwaden noch immer in erheblicher Menge bemerkbar machten.

Die Beamten und Arbeiter der Zeche Neu-Iserlohn selbst konnten kurz nach der Explosion schon etwa 200 Lachter weit im Querschlag der unteren Sohle bis zum Flötz Nr. 3 vordringen und von dort die Verwundeten und Todten zu Tage schaffen.

Der Ort der Explosion ist nach Ansicht aller Sachverständigen in dem 2. obern Bremsberge des Flötzes Nr. 5 zu suchen, in dessen oberen östlichen Oertern die Entzündung Statt gefunden haben muß. Hier waren die Spuren der Explosion und Verbrennung am inten-

in das Gesetz käme, welche gar nicht angewendet werden könnte, wenn z. B. zwischen den Zwillingsbrüdern ein Streit entsteht, wer in die Armee eintreten soll. Soweit seine (des Redners) Kenntnisse in der Naturgeschichte reichen, würden Zwillinge nie zu gleicher Zeit geboren, vielmehr käme einer nach dem andern zur Welt. (Heiterkeit.) Es müßte also, wenn die Worte „bei Zwillingsbrüdern einer derselben" stehen blieben, ein Zusatz gemacht werden, daß bei der Geburt genau zu bestimmen sei, welcher von den Zwillingen zuerst zur Welt kam. Diese Worte seien auch unnöthig, die Worte „der jüngere von 2 Brüdern" genügten.

Der Art. 19: „die Bedingungen der Ernennung, Beförderung und Pensionirung von Offizieren, insbesondere auch die Voraussetzungen, unter welchen Unteroffiziere in Offiziersstellen vorrücken, wird durch ein besonderes Gesetz geregelt" ist von der Kammer der Reichsräthe gestrichen werden. Der Ausschuß schlägt vor, den Artikel beizubehalten. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh bemerkte: man möge es der Erwägung der Regierung anheimstellen, ob und wann sie ein solches Gesetz einzubringen für gut finde. Die Kammer beharrte aber auf der Beibehaltung des Artikels.

Den Modifikationen der Kammer der Reichsräthe zu Art. 22, wornach der erste Absatz zu lauten habe „die Offiziere der Landwehr werden aus den hiezu befähigten einjährigen Freiwilligen und Landwehrmännern entnommen, dann zu Art. 27, die Worte „in ihrem Heimathsbezirke" durch „im Bezirke ihres Wohnorts" zu ersetzen, wurde zugestimmt; ebenso der Modifikation zu Art. 37, jedoch in folgender Fassung: „Die zum einjährigen Heeresdienste als Freiwillige Zugelassenen dürfen im Frieden ihren Dienstantritt bis zum 1. Okt. des Jahres aussetzen, in welchem sie das 24., falls sie Candidaten der Medicin oder Thierheilkunde sind, das 25. Lebensjahr vollenden."

Eine längere Debatte entspann sich über Art. 41, vom Nachweis der höheren Bildung für den einjährigen Freiwilligendienst. Hier hatte die Kammer der Abgeordneten beschlossen, daß dieser Nachweis auch geliefert werden kann 4) durch ein nach Absolvirung von 3 Cursen der k. Gewerbs-, Landwirthschafts- und Handelsschulen ausgestelltes Maturitätszeugniß, 5) durch ein Jahresschluß-Zeugniß über den regelmäßigen Besuch der 2. Klasse eines Gymnasiums oder Realgymnasiums mit mindestens II. Note im Fortgang. Die Kammer der Reichsräthe hat diese beiden Ziffern gestrichen und der Ausschuß der Kammer der Abgeordneten will, daß nur dem Abstrich von Ziff. 5 zugestimmt, auf Ziff. 4 aber beharrt werde. v. Grafenstein glaubt, daß unseren humanistischen Anstalten ein Armuthszeugniß ausgestellt werde, daß diese Anstalten entvölkert würden, wenn die Ziff. 5 nicht beibehalten werde, und stellt an die Regierung die Bitte, sie möge, wenn Ziff. 4 beibehalten werde, die Gewerbsschulen, welche vieles zu wünschen übrig ließen, so organisiren, daß sie den Anforderungen der Gegenwart entsprechen. Graf Rambaldi nahm die Gewerbschulen in Schutz: wenn sie etwas zu wünschen übrig lassen, in diesem Punkte lassen sie nichts zu wünschen übrig. Ein junger Mann, welcher die Gewerbschule absolvirt hat, habe dort so vieles und so verschiedenartiges gelernt, daß er sich ganz besonders zum einjährigen Freiwilligendienst und dann zum Offizier qualifizire. Stenglein, Frhr. v. Pfetten und Föckerer sind für den Ausschußvorschlag. Letzterer meint: viele Eltern werden in Zukunft ihre Söhne viel lieber die Gewerbschule als ein Gymnasium besuchen lassen, wenn Ziff. 4 beibehalten werde; was es heißt, sich bis zur II. Gymnasialklasse fortschleppen, davon könne er selbst erzählen. (Heiterkeit.) Nachdem noch Dr. Edel sich dahin ausgesprochen hatte, daß es unbillig wäre, wenn man die Gymnasiasten, welche die II. Klasse absolvirt haben, mit denjenigen, welche drei Klassen der Gewerbschule besucht haben, nicht gleichstellte, und daß man daher entweder beide Ziffern streichen oder beide beibehalten solle, beschloß die Kammer die Beibehaltung beider Ziffern.

Den von der Kammer der Reichsräthe zu Art. 43 und 46 beschlossenen Modifikationen, nämlich in Art. 43 Abs. 1 sei zwischen den Worten: „der freiwillig Eintretende hat," und: „die Wahl der Waffengattung," einzuschalten: „vorbehaltlich seiner Tauglichkeit." Der Abs. 2 habe zu lauten: „In Städten, woselbst sich eine Universität oder eine derselben gleichstehende höhere Lehranstalt befindet, sind die gemäß Art. 37 oder 38 als Freiwillige eintretenden Studirenden im Falle ihrer Tauglichkeit für die treffende Waffengattung unbeschränkt aufzunehmen;" dann Art. 46 habe im Abs. 1 zu lauten: „Alle mit dem 1. Januar eines Jahres wehrpflichtig gewordenen Jünglinge sind verpflichtet, sich vor dem darauffolgenden 15. Januar bei der Gemeindebehörde ihrer Heimath oder ihres Aufenthaltsortes, falls sie sich im Auslande befinden, bei ersterer, persönlich oder schriftlich, oder durch Stellvertreter, welche hiezu einer besonderen Vollmacht nicht bedürfen, anzumelden," wurde zugestimmt.

Bei Art. 49 hat die Kammer der Reichsräthe beschlossen, es sei zwischen Ziff. 2 und 3 eine neue Ziffer einzuschalten, des Inhalts: „Die auf Art. 11 und 12 Ziff. 1 und 2 gegründeten Ansprüche auf gänzliche oder zeitweise Befreiung von der Wehrpflicht, sowie" die Absätze 2 und 3 haben zu lauten: „Die auf erhobene Ansprüche und auf die Einsprüche gegen die Urlisten ergangenen Bescheide sind längstens bis zum 15. März den Betheiligten zu Protokoll zu eröffnen." Letzteren steht die spätestens am Tage nach Eröffnung des Bescheides bei der Verwaltungsbehörde auszuführende Berufung an die kgl. Kreisregierung K. d. J. zu, welche hierüber binnen einer Frist von acht Tagen Beschluß zu fassen hat." Hier bemerkte Herr Minister Frhr. v. Pechmann: Die gegenwärtige Sachlage gestatte ihm natürlich nicht, auf die Gesammtheit jener Zuständigkeiten zurückzukommen, welche er bei der erstmaligen Berathung dieses Gesetzes für die Verwaltungsbehörden in Anspruch genommen habe; er nehme aber auch keinen Anstand, zu erklären, daß er keinen Werth darauf lege, jenen Bruchtheil von Zuständigkeit, welchen die Kammer der Reichsräthe den Verwaltungsbehörden vorbehalten zu sollen geglaubt hat, für die Verwaltungsbehörden zu retten. Kann die Ersatzkommission die Bescheidung der Befreiungsfälle nach Art. 8, dann nach Art. 12 Ziff. 3 bewältigen, so könne sie mit den ungleich summarischer zu behandelnden Fällen des Art. 11 und 12 Ziff. 1 und 2 ebenso leicht fertig werden. Durch Vereinigung aller Entscheidungskompetenz in einer Hand werde das Gesetz vereinfacht und seine Anwendung erleichtert. Eben deßhalb aber sei zu wünschen, wenn die Kammer den bezüglichen Beschluß der Kammer der Reichsräthe ablehne, doch zugleich mit der völlig isolirten bezirksamtlichen Competenz bei Art. 49

---

stoßen. Indeß ist es bei der guten Ventilirung auch dieses Bremsberges absolut nicht denkbar, daß sich hier ein Quantum Wetter ansammeln konnte, groß genug, um eine so kolossale Zerstörung anzurichten. Es muß daher angenommen werden, daß bei dem bedeutend gefallenen Barometerstande und der plötzlich gestiegenen Temperatur, die in den alten Bauen über der ersten Sohle stehenden Wetter in die Betriebe des Flötzes Nr. 5 hinabgestiegen sind und sich dort entzündet haben. Hiefür spricht noch der Umstand, daß Tags vorher in allen Oertern des Bremsberges gearbeitet wurde, ohne daß eine erhebliche Spur von schlagenden Wettern bemerklich war.

Die Explosion verbreitete sich zunächst in sämmtliche Oerter des Flötzes Nr. 5, in denen die gefundenen Todten noch fast alle verbrannt waren, verfolgte dann ihren Weg nach unten in den Hauptquerschlag der unteren Sohle nach dem Schachte zu und machte sich noch bis über Tage durch eine Wolke von Staub und eine Detonation bemerkbar. Es wurde das Glockenthürmchen vom Schachtthurme abgehoben.

Die sämmtlichen in dem weiter vom Schacht entfernten Flötze Nr. 3 beschäftigten Arbeiter blieben unversehrt, eben so die Arbeiter vor den Querschlägen der oberen Sohlen. Dagegen wurden die in den Flötzen Nr. 6 und 7 beschäftigten Arbeiter sämmtlich erstickt. Spuren der Flamme ließen sich noch bis 70 Lachter circa vom Schacht wahrnehmen, wo eins der dort gefallenen Pferde im Querschlag noch Brandwunden zeigte. Von da ab bis zum Schacht litten die Arbeiter nur durch die Nachschwaden und den Druck, und hier allein wurden die nur Verletzten gefunden, während an den übrigen Punkten die Leute sämmtlich getödtet waren.

Die durch die Explosion hervorgebrachten Zerstörungen waren gewaltig. Die mit Bergen gefüllten Förderwagen dreier im Querschlage stehenden Wagenzüge waren umgeworfen, über einander gethürmt und wie Papier zerknittert. In den beiden Bremsbergen des Flötzes Nr. 5 und in den Oertern dieses Flötzes wurden fast sämmtliche Schienen aufgerissen, Bremskörbe und Bremsmaschinen total zerstört. Alles war mit fast zollhohem feinem Kohlenstaube bedeckt. In den oberen östlichen Oertern war die Kohle an den Stößen förmlich verkokt, die Stempel verkohlt und die Kleider der Leute verbrannt. Ein Todter wurde noch brennend aufgefunden.

Den Beamten und Arbeitern der Zeche Neu-Iserlohn gebührt für ihren Muth und ihre Ausdauer bei Rettung der Verwundeten und Herausschaffung die höchste Anerkennung. Der Direktor und der Obersteiger mußten mehrmals ohnmächtig zu Tage gefördert werden, waren aber nicht zu bewegen, den Schauplatz der Katastrophe eher zu verlassen, als bis das letzte Opfer ans Tageslicht geschafft war.

Die opferfreudige Bereitwilligkeit und wirksame Hülfe der Beamten und Arbeiter der benachbarten Zechen Germania und Borussia ist über jedes Lob erhaben.

Ziff. 3 aufzuräumen. Es sind das meistens Fälle, welche ihre ganz einfache Erledigung in der Anwendung der Ziff. 1 des Art. 49 zu erlangen haben. Kommt aber künftig der Fall vor, daß Einsprache erhoben wird, darum, daß ein zeitlich befreiter Wehrpflichtiger nach Wegfall des Befreiungsgrundes nicht sofort in die Liste aufgenommen wird, oder daß er vor Wegfall der Befreiungsgründe in dieselbe eingestellt worden ist, so sehe er (Redner) nicht ein, warum die Entscheidung hierüber in eine andere Hand gelegt sein soll, als in diejenige, welche kompetent ist für jede sonstige Entscheidung. Vereinige die Kammer diese Competenz in einer Hand, so glaube er, daß mit der Kammer der Reichsräthe über diesen Punkt Einigung erzielt werden könne, und es würden dann wenigstens nicht mehr die unglückseligen Art. 49 und 56 das Zustandekommen des Gesetzes in Gefahr bringen. Redner stellte daher schließlich den Antrag, zu Art. 49 in Abs. 2 die Ziff. 3 zu streichen, folgerichtig die Ziff. 3 und 4 des Art. 49 ebenfalls zu streichen; dagegen in Consequenz dieses Antrags im Art. 55 die Ziff. 2 dahin zu fassen: „Die Competenz in der Bescheidung der gemäß Art. 48 erhobenen Einsprüche." Dadurch würde eine wesentliche Vereinfachung des Gesetzes erzielt und eine anomale Rekursinstanz beseitigt. — Die Kammer beharrte, nachdem sich Referent Frhr. v. Stauffenberg gegen die Modifikation des Hrn. Ministers ausgesprochen hatte, auf ihrem früheren Beschlusse.

Die von der Kammer der Reichsräthe zu den Art. 24, 50, 51, 55, 56, 65 und 88 beschlossenen Aenderungen wurden sämmtlich verworfen, dagegen die Modifikationen zu Art. 59 Abs. 2, Art. 63, Art. 74 und 77 Abs. 2, Art. 92 und 93 angenommen.

Bei Art. 74 wurde heute auch beschlossen, daß die zu militärischen Arbeiten in Bereitschaft gehaltenen unwürdigen Wehrpflichtigen in der Auswanderung ebenfalls beschränkt sein sollen. — Der von der Kammer der Reichsräthe eingestellte neue Artikel: „Ungehorsam und Widerspenstigkeit gegen die Bestimmungen des Heeresergänzungsgesetzes von 1828, welche erst nach Verkündigung des gegenwärtigen Gesetzes zur Aburtheilung kommen, sind nach Vorschrift des Gesetzes von 1828 zu bestrafen" u. s. w., wurde, da er unzweifelhaft eine Lücke des Gesetzes ergänzt, angenommen.

Art. 95 nach Vorschlag der Kammer der Abgeordneten bestimmt bekanntlich u. A.: „zur Mitwirkung bei Erhaltung der inneren Sicherheit soll für diejenigen Orte, an welchen hiezu ein Bedürfniß besteht, eine Bürgerwehr gebildet werden und soll hierüber ein besonderes Gesetz ergehen" und „die definitive Auflösung der Landwehr erfolgt durch ein Gesetz". Die K. der Reichsräthe beschloß, die Worte „und soll hierüber ein besonderes Gesetz ergehen", sowie „die Auflösung der Landwehr erfolgt durch ein Gesetz" zu streichen. Der Ausschuß beantragt, nur dem letzten Abstrich beizutreten, auf der Fassung des ersten Absatzes aber zu beharren, weil es sonst den Anschein habe, die Regierung könne eine Bürgerwehr auf dem Verordnungswege einführen. Referent v. Stauffenberg bemerkte noch: schon früher wurde hier der Wunsch ausgesprochen, daß für die Landwehr während des noch einzigen Jahres ihres Bestehens Erleichterungen im Landwehrdienste gewährt werden wollen. Nach den Erklärungen des Herrn Ministers des Innern seien auch bereits vom Ministerium solche Erleichterungen angeordnet worden, allein sie seien unten auf dem Papier stehen geblieben und nicht in Vollzug gesetzt. An manchen Orten werde jetzt die Landwehr gerade so wie früher auf den Exerzierplatz geführt. Diese zwecklose Belästigung der Landwehr sollte bald ein Ende nehmen, weshalb er die Regierung bitte, die nöthigen Maßnahmen zu treffen. Dr. Völk konstatirt, daß sehr viele Klagen und Befürchtungen obwalten in Beziehung auf das, was die Landwehr in diesem Jahre noch zu leiden haben werde. Wer sich jetzt ansäßig mache, brauche wohl keine Uniform, aber ein Gewehr müsse er doch haben und exerziren müsse er auch. Möge die Regierung die Sterbeseufzer der Landwehr abkürzen und das Institut in Ruhe verscheiden lassen. — Föderer stellte noch die Bitte an die Regierung, daß in Beziehung auf die in diesem Jahre noch anfallenden Reluitionsgelder passende Bestimmungen getroffen werden wollen. Sedlmayr ist dafür, daß die Landwehr mit unnöthigen Belästigungen verschont werde, doch sollte man nicht Alles außer Rand und Band setzen, bis etwas Anderes an die Stelle der Landwehr getreten ist, namentlich sollte man das in Orten berücksichtigen, wo die Landwehr nothwendig ist und wo sie etwas leistet. Hr. Minister Frhr. v. Pechmann: Er sei seit seiner letzten Erklärung in diesem Hause auf eine Anfrage des Abg. Föderer auch in dieser Beziehung nicht unthätig geblieben, jede denkbare Erleichterung, die im Laufe dieses Jahres der Landwehr zu Theil werden konnte, ist eingetreten; es gilt dies auch bezüglich der Reluitionsgelder. Ein successives Versiechenlassen der Landwehr liegt nicht in der Absicht der Regierung, denn die Bestandtheile der jetzigen Landwehr haben die Bestandtheile der künftigen Bürgerwehr zu bilden. Wenn auch jetzt die Uniformirung erlassen ist, so müsse der neuzugehende Landwehrmann doch das Gewehr anschaffen, denn dieses wird er auch künftig brauchen. — Schließlich wurde auch dem Wunsche, daß in dem über die Reluitionspflicht der nicht zur Dienstleistung gelangenden Wehrpflichtigen und über die Verwendung des Ertrages der Reluitionsbeiträge zu erlassenden Gesetze der Stellung der Unteroffiziere besondere Berücksichtigung allerhöchst zugewendet werden wolle, zugestimmt.

II.

Reichsrathsitzung über das Gewerbegesetz.

München, 17. Januar.

In der gestrigen Sitzung der Kammer der Reichsräthe wurde vorerst die Vorstellung des Generalkomites des landwirthschaftlichen Vereins, daß die Steuererhöhung, falls eine solche nothwendig sein sollte, gleichmäßig auf alle Steuergattungen vertheilt werde, dem II. Ausschuß überwiesen. Sodann erstattet Reichsrath v. Faber Bericht über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des Gewerbegesetzentwurfs. Die Kammer der Abgeordneten wünscht bekanntlich, daß der Handel mit literarischen und artistischen Erzeugnissen von einer Konzession nicht abhängig gemacht werde, während die Kammer der Reichsräthe hier die Konzessionspflicht aufrecht erhalten wissen wollte. Der Referent erklärt unter Anderem, die Staatsregierung habe sich dahin ausgesprochen, daß sie zur Erzielung einer Uebereinstimmung der beiden Kammern über das Gesetz nicht länger auf Aufnahme der fraglichen Bestimmung in das Gesetz bestehe. Bischof v. Dinkel bittet das hohe Haus, auf dem ersten Beschlusse zu beharren. Frhr. v. Thüngen räth zum Nachgeben und glaubt, daß in der Hauptsache die Bestimmungen des Strafgesetzbuches ausreichend seien. Frhr. v. Schrenk: Wenn die Polizeibehörden ihre Aufmerksamkeit verdoppeln, wird es möglich sein, Unheil zu verhüten. Die Tagespresse werde durch den fraglichen Artikel ohnedies nicht betroffen. Die Kammer beharrt mit 22 gegen 19 Stimmen auf ihrem früheren Beschlusse.

Einer Modifikation bezüglich der Bestimmungen über die Wirthschaftsgewerbe hat die Kammer der Abgeordneten folgende Fassung gegeben: „Der Ausschank des eigenen Erzeugnisses bleibt den Bräuern in einem hiefür bezeichneten Lokale und auf ihren Lagerkellern, desgleichen nach Maßgabe des örtlichen Herkommens und der ortspolizeilichen Vorschriften den schenkberechtigten Kommunalbräuern und Weinbauern gestattet. Sämmtliche genannte Gewerbtreibende unterliegen hiebei den durch Gesetz und Verordnungen festgestellten Verpflichtungen der Inhaber von Wirthschaftsgewerben." Die Kammer der Reichsräthe gibt dieser Fassung ihre Zustimmung.

Bezüglich des von der Kammer der Reichsräthe beschlossenen Art. 29 und der Ziff. 3 des Art. 12 wurde auf dem früheren Beschlusse beharrt mit der Abänderung, daß der selbständige Gewerbsbetrieb im Falle des Mißbrauchs nur auf eine bestimmte Zeit und nicht auf immer untersagt werden könne. Der 3. Absatz des Art. 29, lautend: „die mit Spezialgesetzen vorgesehene Einstellung oder Einziehung von Gewerben bleibt vorbehalten," wurde gestrichen.

Süddeutschland.

Großh. Hessen. Darmstadt, 17. Jan. [Gesetzesvorlagen] Nach fünfmonatlicher Pause trat gestern unsere zweite Kammer wieder zusammen. Unter den neuen Eingaben ist vor Allem, als Folge der politischen Neugestaltungen, ein Gesetzentwurf, welcher die Einkommensteuer einführen soll, zu verzeichnen; sodann ein Entwurf zur Ausgleichung der Kriegsschäden, eine Vorlage des Kriegsministeriums, die Einführung sämmtlicher preußischer Militärgesetze betr. und der Gesetzentwurf, die Wahlen zum Zollparlament betreffend.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 16. Jan. [Zum Nothstand.] General-Lieutenant a. D. v. Troschke, welcher von dem Vaterländischen Frauenverein nach Ostpreußen geschickt worden war, um an Ort und Stelle von dem dort herrschenden Nothstande sich nähere Kenntniß zu verschaffen und eine Verbindung des Berliner Frauenvereins mit den Zweigvereinen herzustellen, ist zurückgekehrt, ohne daß ihm letzteres geglückt wäre. Der Grund davon ist, daß in den Vorstand des Berliner Vereins fast ausschließlich Persönlichkeiten von reactionärer Richtung gewählt sind. Auf Veranlassung der Königin ist nun der Direktor der Berliner Charité, Geheimrath Dr. Esse, nach Ostpreußen abgereist, um möglichst in jedem Dorfe Suppen-Anstalten einzurichten und überhaupt mit den Vorständen der dortigen Zweigvereine wegen

Beschaffung von Nahrungsmitteln, Herstellung von Küchen-Einrichtungen und Unterbringung von Kranken eine Verständigung zu treffen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 16. Jan. [Gegen das Armeegesetz.] Emil Girardin ruft in seiner „Liberté": „Das Gesetz für eine neunjährige Dienstzeit in der aktiven Armee, sowie für eine fünfjährige in der Mobilgarde, wodurch die alte Nationalgarde keineswegs wegfällt, ist mit einer Majorität von 200 gegen 60 Stimmen angenommen worden. Franzosen, die ihr 1848 geboren und nicht durch einen der Exemptionsfälle begünstigt seid, ihr wandert alle unter die Fahne, sei es unter dem Namen Soldat oder Mobilgardist! Franzosen, die ihr geboren wurdet, als Frankreich die Republik wieder herstellte; es würde euch nicht widerfahren, was ihr jetzt erlebt, wenn befolgt worden wäre, was wir bald nach dem 24. Februar sagten!" Girardin druckt diese geflügelten Worte ab; sie tragen das Datum vom 28. Februar, 4. und 9. März 1848. Damals rief er seinen Mitbürgern zu: „Lasset uns offene Politik machen, Politik am hellen Tage der Oeffentlichkeit. Jede unterirdische Politik trägt den Stempel der Schwäche oder des Doppelsinnes. Also keines von beiden. Warum sollen wir den Fürsten verbergen, daß Frankreich alle Völker glücklich und frei sehen will! Wenden wir uns ans Ohr der Völker, diese auswärtige Politik wird uns Friede und Ehre bringen! .... Vergraben wir nicht thöricht ungeheuere Summen zu übermäßigen Heeren und Flotten. Unsere Unabhängigkeit ist ja von Niemanden bedroht. Verbessern wir statt unserer Kriegsmaschinen unsere Straßen, Kanäle und Eisenbahnen, welche den Arbeiter umsonst nach jedem Punkte fahren sollen, wo Arbeit gesucht ist. Warum soll ein europäischer Congreß, der, früher oder später, über die wichtigen Fragen der Arbeit berathen wird, nicht auch beschließen, daß die Zeit gekommen ist, wo alle Nationen die stehenden Heere entlassen und nicht mehr Truppen halten, als die Erhaltung der Ordnung im Lande und die Einübung, je nach der Seelenzahl jedes Landes, erheischt?" .... Girardin verfocht damals wie jetzt die Reduktion von Armee und Flotte in ganz Europa nach fest vereinbarten allgemeinen Abrüstungsfristen. Hätte Frankreich damals abgerüstet, hätte es die „Militär-Leibeigenschaft," die „Menschen-Lotterie," die „Stellvertreter-Wirthschaft," diesen „Weißen-Sklavenhandel" abgeschafft, so brauchte es das Dekret wegen der 45 Zuschlags-Centimes nicht und es würde nicht in der jetzigen Knechtschaft schmachten. Dies ist Girardin's Ansicht, und es ist nicht zu läugnen, daß viele Franzosen denken wie er und den Rückfall in die Napoleonische Militär-Diktatur jetzt doppelt tief empfinden. Die Debatte des Armeegesetzes dauerte vom 19. Dez. 1867 bis 14. Jan. 1868. Bei der Schlußabstimmung fiel die Urne mit den weißen Stimmzetteln auf den Teppich und die Zettel mußten von den Stufen der Tribune wieder aufgelesen werden. Ein schlimmes Vorzeichen!

Nichtpolitische Zeitung.

[Münchner Zeitung für Feuerlöschwesen.] Ueber dieses von uns bereits kurz erwähnte Organ geht uns von sachverständiger Seite Folgendes zu: Die Brandschäden unserer bayerischen Immobilienversicherungsanstalt haben im letzten Jahre 2,053,144 fl. betragen; wenn man die Feuerschäden an unversicherten Gebäuden, an Mobilien sowie die Verluste durch Stillstehen der Geschäfte dazu rechnet, so wird man zu dem Schluß kommen, daß von dem raubgierigen Elemente alle Jahre ungeheure Summen verschlungen werden. Bei allen diesen unläugbaren Thatsachen ist doch das Feuerlöschwesen immer noch das Stiefkind der meisten Gemeinden. Um auf diesem wichtigen Gebiete eine dringend nöthige Verbesserung anzustreben, geben seit dem 1. Januar d. Js. Mitglieder der Münchener Feuerwehr eine „Zeitung für Feuerlöschwesen" heraus, die von mehreren Regierungen angelegentlich empfohlen worden ist. Auch wir wollen auf diese gemeinnützige Zeitschrift, die vierteljährlich bei allen Posten nur 27 kr. kostet, aufmerksam machen und sie allen Gemeinden bestens empfehlen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 7/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59 7/8 P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48—1/8 G.
„	4 1/2pCt.	40 3/4 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 3/8 P. 1/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/4 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/2 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	—
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76 1/2—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	675 P. 73 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183 1/2—83 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	89 3/8 P. 1/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	205 1/2 P. 4 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/4 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	238 1/2 P. 37 7/8 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P. 1/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/8 P. 52 1/4 G
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 5/8 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	244 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/2 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 7/8 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8—1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98 1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	98 1/4 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	127 1/4 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	69 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 3/8 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	125 P. 124 3/4 G.
„ do. v. 1864	76 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/2 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 5/8 P.
Badische fl. 35	51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P.
„ fl. 25 do.	41 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	11 1/2 P.

Frankfurt, 17. Januar. Man verkehrte in sehr günstiger Stimmung für alle Effekten. In erster Linie rangiren Amerikaner. Dieselben bewähren eine unerschütterliche Festigkeit und überschritten heute wieder den 76er. Zu dieser wider alles Erwarten so rasch eingetretenen Steigerung gaben einestheils die ganz bedeutenden Prämiengeschäfte Veranlassung, andererseits das feste Vertrauen des Privatpublikums, das stets bei niedrigeren Coursen als Käufer an den Markt tritt. Das schon wieder erloschene Flackerfeuer des vorübergehend hinaufgetriebenen Geldagios hat diesmal nicht sehr beunruhigt, da man es weniger politischen Motiven, als der starken Goldausfuhr zuschrieb. Auch für österreichische Spekulationseffekten, die von Wien und Berlin hoch gemeldet wurden, war sehr gute Tendenz, nicht in gleichem Maße jedoch für Staatspapiere, auf die der Umstand, daß das erste Bankhaus konstant starker Abgeber für 1860er Loose ist, lähmend wirkt. Süddeutsche lebhafter als gestern und fest, besonders badische Loose. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 19. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 19. Januar 1868.

Oesterreichs Friedensvermittlung.

Würzburg, 19. Januar.

Während in Preußen von offiziöser Seite über die Aufhebung des mecklenburgisch-französischen Vertrages noch nichts berichtet worden ist, bestätigt eine Wiener Korrespondenz der Augsb. „Allg. Zeitung" die Meldung des Pariser „Etendard" und schreibt das endliche Gelingen vor Allem der wohlwollenden Vermittelung Oesterreichs zu. Herr v. Beust habe sich ein neues Verdienst im Interesse des europäischen Friedens, dem alle seine Bestrebungen gewidmet seien, erworben, indem es ihm gelungen sei, nicht bloß den Kaiser der Franzosen zu einem entgegenkommenden Schritt an Preußen zu bewegen, sondern auch diesem eine Konzession zu machen, welche dafür Bürge sein dürfte, daß Frankreich sich allen solchen Konsequenzen, welche sich als absolut nothwendig aus der neuen politischen Stellung Preußens ergeben, nicht gewaltsam widersetzen wird." Es heißt darüber weiter:

Die mit Frankreich direkt geführten Unterhandlungen scheiterten formell an der Weigerung Preußens, der Verkehrsfreiheit die Opfer zu bringen, welche Frankreich für seine Einwilligung in die Aufhebung des Vertrags forderte. Für die Nichtgewährung der Herabsetzung des Weinzolles auf 2 Thlr. für den Centner verlangte Frankreich als Ausgleich eine entsprechende Herabsetzung des Zolles auf façonnirtes Eisen und gemischte Gewebe ꝛc., welche vom Grafen Bismarck kategorisch abgelehnt wurde. In Berlin scheint man sich — gleichviel mit welchem Recht — mit der Ansicht zu tragen, daß die Tuilerien nicht bloß für das Freihandelsprinzip Konzessionen beanspruchten, sondern daß es ihnen darum zu thun sei, die Ausdehnung des Zollvereins auf das ganze außerösterreichische Deutschland zu verhindern.

Oesterreich hatte nicht bloß ein direktes wirthschaftliches Interesse, eine Verständigung zwischen Frankreich und Preußen zu wünschen, sondern ein noch höheres politisches. Seit Oesterreich durch Abschluß einer Reihe von Handelsverträgen auf der Basis „der meist begünstigten Nationen" auch seinerseits mit der alten schutzzöllnerischen Handelspolitik gebrochen hat und die allgemeine Verkehrsfreiheit zu erstreben sucht, kann es keine Zollherabsetzung einem Staate gewähren, ohne daß sie nicht allen handelsverbündeten Staaten zu Theil wird, und ebensowenig eine solche Begünstigung ausschließlich empfangen. Die Verhandlungen mit Preußen über eine neue Regelung des Vertrages zwischen Oesterreich und dem rekonstruirten Zollverein stockten daher, weil Preußen Oesterreich nichts zugestehen konnte, was nicht dadurch gleichzeitig Frankreich gewährt worden wäre, welchem es nur Konzessionen machen wollte, wenn dieses dafür als Gegenleistung von dem Vertrage mit Mecklenburg zurücktreten würde. Oesterreich sah also jede weitere Ermäßigung der Zollvereinszölle an eine Lösung der Mecklenburger Vertragsfrage geknüpft.

Viel größer noch war aber das politische Interesse Oesterreichs an der Lösung desselben. Eben in der Unfertigkeit der wirthschaftlichen und politischen Stellung Preußens liegt die große und dauernde Kriegsgefahr. Ein so energischer und rücksichtsloser Staatsmann, wie Graf Bismarck wird sich durch keinen Vertrag abhalten lassen, ein bestimmt erwähltes Ziel zu erstreben, sobald er nur denselben mit Aussicht auf Erfolg brechen kann. Die Erfahrungen von 1866 lassen darüber keinen Zweifel. Die Mißachtung der Prager Verträge im Augenblick, wo sie geschlossen, die unausgesetzten Rüstungen seitdem, die Abmachungen mit Rußland, die kriegerischen Vorbereitungen dort, und viele andere der Oeffentlichkeit weit weniger bekannte Thatsachen lassen keinen Zweifel darüber, daß Herr v. Bismarck gewissen Zielen auf jede Gefahr hin zustrebt. Es ist klar, daß dies nur Ziele sein können, für welche das bis jetzt von Preußen Errungene und von den übrigen Staaten Zugestandene eine Berechtigung bietet.

Als ein solches Ziel, und zwar als das nächst berechtigte, sieht die österreichische Regierung die vollständige wirthschaftliche Einigung des außerösterreichischen Deutschlands unter preußischer Führung an, das heißt die Centralisation des Zollvereins mit preußischer Spitze und den Eintritt Mecklenburgs in denselben. Indem sie den Kaiser der Franzosen vermochte, in die Aufhebung des Vertrags mit Mecklenburg auf die von Preußen gestellten Bedingungen hin zu willigen, erhielt sie zugleich von Frankreich die stillschweigende Zustimmung zum Gewährenlassen Preußens bei jenen Bestrebungen, welche sie als unvermeidliche Konsequenzen der preußischen Siege, der Vernichtung des deutschen Bundes und der Errichtung des norddeutschen Bundes ansieht.

Der Rücktritt Frankreichs von dem Vertrage mit Mecklenburg

Ein Nachtstück nach der Natur gezeichnet.

Am Ende eines Dorfes in Ostpreußen steht ein kleines, niedriges, einsames Haus aus Holz, wie es die Losleute fast immer bewohnen, wie überhaupt die mehrsten Bauernhäuser wenig anders gebaut sind. Vier Zimmer mit einem kleinen Fenster und je einer fast dunkeln Kammer daran, in der Mitte des Hauses der weite Schornstein mit Durchgang, zwei kleine Hausflure mit Leitern nach dem Boden, das ist der ganze Grundriß des Hauses, mit getrennten Wohnungen für vier und mehr Familien; denn selten bewohnt Eine ein Zimmer mit Kammer allein. Nur besonders Glückliche können die Miethe von 7—10 Thalern für eine solche Wohnung allein erschwingen. Der Stakelszaun vor dem Häuschen, der im Sommer das winzig kleine Gärtchen schützte, ist längst verbrannt. Wir arbeiten uns durch den hohen, losen Schnee. Die eingeklinkte Hausthür öffnet sich schwer, da eingestürmte Schneemassen ein Hinderniß bieten. Leise treten wir in die Stube rechts, die eine bis zum Herbste gutgestellte Losmannsfamilie allein bewohnt. Ein Schneestreifen hat noch durch die Ritzen der Stubenthür den Eingang gefunden, und zeichnet auf dem Lehmestrich einen weißen Strich. Die geweißten Wände sind mit Eis-Krystallen bedeckt, das Fenster so dicht befroren, daß im Zimmerchen nur ein Halbdunkel herrscht. Der Kamin zum Kochen an der Wand am Schornstein hat keine Thüren mehr: sie sind verbrannt. Lange nicht benutzt, ist er voll Stroh gestopft, um dem Winde und dem Schnee den Eingang zu wehren. Am Tische rechts in der Ecke sitzt ein junges, eingehülltes Weib, gedankenlos, mit den Händen einen Zipfel ihres Tuches über ein kleines Mädchen deckend, welches, die Füßchen auf die Klumpen gestellt, sich in ihren Schooß geworfen. Auf der Ofenbank, am eiskalten Ofen, liegt aus Gewohnheit ein schlafender Knabe, mit einem zerrissenen Sacke bedeckt. Von dem dürftigen Bette links in der Ecke, welches die ganze Familie aufnehmen muß, wollen wir schweigen. Es ist nicht in Ordnung gebracht. Wahrscheinlich hat das kleine Mädchen, die Wärme in demselben suchend, es nur eben verlassen, um von der Mutter Brod zu verlangen. Unter dem Bette gähnt schwarz ein viereckiges tiefes Loch. Zur Aufnahme von Kartoffeln bestimmt, blieb es dieses Jahr leer, und der Holzdeckel desselben ist längst verbrannt. Die kleine Blechlampe auf dem Ofen ist bestäubt und befroren, da lange schon kein Oel da war, die Abende zu erhellen. Eine peinliche Stille herrscht in dem Zimmer, nur von dem leisen Weinen des kleinen, hungrigen Mädchens unterbrochen, von dem Knistern der Scheiben, die der Frost sprengt.

Unter schweren, langsamen Schritten hört man draußen den Schnee knarren. Die Frau lauscht.

„Maricke, weine nicht, der Vater kommt; er bringt Geld und Brod, er war ja schon acht Tage auf Arbeit aus."

Der Vater tritt ein, eine große, kräftige, aber von Elend und Ermüdung gebeugte Gestalt. Die Klumpen, ja die über die Beinkleider gezogenen wollenen Socken voll Schnee, den langen Stock mit der Eisenspitze in der Hand, den Reise- oder jetzt besser Bettelsack auf dem Rücken, die Pelzmütze mit einem Tuche gegen den Schneesturm festgebunden. Die Augen der Frau sind fragend auf ihn gerichtet. Stumm nickt er mit dem Kopfe und legt eine Krähe und einige kleine Vögel auf den Tisch.

„Sie sind erfroren, koche sie."

hat, wie man sieht, eine prinzipielle Bedeutung, welche weit über seine wirthschaftliche hinausgeht, und sichert vor einem Zusammenstoß zwischen Frankreich und Preußen wenigstens für längere Zeit.

Es scheint, daß, wie Frankreich in die Umbildung des gesammten außerösterreichischen Deutschlands in einen wirthschaftlichen Einheitsstaat willigt, es auch in der Umbildung des gesammten Norddeutschlands in einen militärischen Einheitsstaat ein berechtigtes Ziel Preußens sieht, dem es sich nicht widersetzen wird. Ob, wenn Herr v. Bismarck darüber hinausgeht, wieder die Kriegsgefahr auftreten wird, ist eine Frage, welche wir nicht zu beantworten wagen; gewiß ist, daß es für jetzt dem Einfluß Oesterreichs gelungen ist, dieselbe zu beschwören.

Süddeutschland.

Bayern. p. München, 17. Jan. [Zum Zollparlaments-Wahlgesetz.] Hr. Abg. Dr. Völk hat folgende Interpellation an die Staatsregierung gestellt: „Das Gesetz, die Wahlen zum Zollparlament betr., enthält eine ausdrückliche Bestimmung darüber, ob auch gedruckte, autographirte und lithographirte Wahlzettel bei diesen Wahlen gebraucht werden dürfen, nicht, jedenfalls aber kein Verb.t solcher Wahlzettel. Die von der bayer. Staatsregierung erlassene Wahlinstruktion spricht sich ebenfalls darüber nicht aus, und besagt nur, daß die Wahlzettel außerhalb des Wahllokales auszufüllen seien. Da nun aber gerade diese Ausdrucksweise wenigstens die Deutung möglich macht, daß die Wahlzettel durch Handschrift auszufüllen seien und deßwegen Anstände möglich sind, da ferner die Gefahr nahe liegt, daß bei handschriftlicher Ausfüllung Undeutlichkeiten mitunterlaufen und die Person des Gewählten nicht zweifellos bezeichnet werde, so möchte ich mir die Anfrage an das Gesammtministerium erlauben: „Ist dasselbe geneigt, zu erklären, daß bei den Wahlen zum Zollparlament auch gedruckte, autographirte und lithographirte Wahlzettel angewendet werden können und bejahenden Falls eine Bekanntmachung hierüber zu erlassen?“

h München, 17. Jan. [Zur Neumarkter Wahl.] Bei der aus Anlaß der Beförderung des Abg. v. Hohenadel zu Neumarkt in der Oberpfalz am 4. ds. Mts. stattgefundenen Neuwahl betheiligten sich, wie der Vortrag des I. Secretärs der Kammer der Abgeordneten Hirschberger über diesen Wahlakt entnehmen läßt, 124 Wahlmänner. Von den 175 Wahlmännern, welche dieser Wahlbezirk i. J. 1863 bei der Hauptwahl zählte, sind unterdessen 17 gestorben, von den noch vorhandenen 158 Wahlmännern waren 24 nicht erschienen. Die Wahl selbst fand mittelst Stimmzetteln statt, auf welchen die unterschriebenen Wahlmänner die obenan gedruckte Frage: „ob der Abg. Hohenadel, welcher die Beförderung zum Oberstaatsanwalt angenommen hat, dessenungeachtet die Stelle eines Abgeordneten des Wahlbezirkes Neumarkt fortzubekleiden habe, mit „Ja“ oder „Nein“ zu beantworten hatten. Nach dem gewonnenen Wahlergebniß stimmten 35 Wahlmänner mit Ja, und 89 mit Nein, wonach Hohenadel als nicht wieder gewählt, und sohin zur Fortsetzung seines Sitzes in der Kammer nicht mehr legitimirt erscheint. Da sowohl in dem Hauptwahl-Protocolle, als auch in einer der geführten Controllisten nicht blos die Nummern der Stimmzettel und das abgegebene Votum enthalten, sondern zugleich auch die Namen sämmtlicher Wahlmänner aufgeführt sind, und da nach dem Inhalte des Protokolls dieses mit den Wahlverzeichnissen verlesen wurde, so erblickt hierin Hirschberger eine Verletzung des Prinzips der geheimen Stimmabgabe, welches den Wahlen mit Wahlzetteln zu Grunde liegt. Nach diesem Prinzip hat der Wahlkommissär den Namen des Wählers ganz zu verschweigen und nicht einmal dem Wahlausschuß bekannt zu geben. Das Bestehen der Kammer der Abgeordneten auf Aufrechterhaltung dieses auch von der Staatsregierung stets anerkannten Prinzipes wurde erst in der allerjüngsten Zeit, bei Verbescheidung der Reklamation gegen die Neuwahl des Abg. Jörg, auf das Bestimmteste kundgegeben, und aus Anlaß einer damals an die Staatsregierung gerichteten Bitte hat das kgl. Staatsministerium des Innern bereits unterm 2. November v. J. an sämmtliche Kreisregierungen eine instruktive Entschließung erlassen, welche ganz dem Antrage der Kammer entspricht. Aus dem Inhalte des Wahlprotocolls geht auch hervor, daß der die Wahl in Neumarkt leitende Wahlkommissär diese instruktive Anordnung kannte, indem derselben sogar ausdrücklich Erwähnung geschieht. Wie den klaren Bestimmungen und Anordnungen gegenüber trotzdem hier ein so ganz abweichendes Verfahren durch die Bekanntgabe der Namen der Wahlmänner mit ihren Stimmen stattfinden konnte, findet Hirschberger geradezu schwer erklärlich, doch will er hieraus eine Nichtigkeit des Wahlaktes selbst nicht ableiten, da die Uebung eines Einflusses auf das Wahlergebniß in Folge des beobachteten Verfahrens nicht angenommen werden kann, weil die Aufnahme der Namen der Wahlmännern mit ihren Stimmen in das Wahlprotokoll und in die eine Controlliste erst nach stattgefundener Abgabe sämmtlicher Stimmzettel geschehen ist. Dennoch, meint Hirschberger, dürfe ein solches Verfahren nicht ungerügt bleiben, weßhalb er beantragt: „es sei die bei der vorgenommenen Neuwahl im oberpfälzischen Wahlbezirke Neumarkt am 4. Januar l. Js. stattgefundene Verletzung des Prinzipes der geheimen Stimmabgabe zu mißbilligen.“

München, 16. Jan. [Ministerkrisis und Zukunftsmusik.] Ein Korrespondent der „N. fr. Pr.“ schreibt: In einzelnen auswärtigen Blättern lese ich von einer Ministerkrise, die durch Wühlereien der Zukunftsmusiker gegen das Ministerium hervorgerufen sein soll, und zwar soll den Anstoß die Ausweisung Richard Wagner's aus dem Feuilleton der „Süddeutschen Presse“ gegeben haben. Dem gegenüber die Bemerkung, daß Wagner seit seiner Rückkunft mit festester Consequenz sich von aller Politik fernhält und daß die Inhibirung des Weiterabdruckes der Wagner'schen Artikel über deutsche Kunst und deutsche Politik nicht vom Ministerium, sondern von der Redaktion angeordnet war. Auffällig ist übrigens, daß jetzt ein Theil

---

„Womit? ich habe kein Holz, an Salz nicht zu denken.“

„Borge bei den Nachbarn.“

„Hat keiner. Die Nachbarn auf der anderen Seite sind seit Tagen fort betteln; der Nachbar nebenan erkrankte in der Stadt und starb im Lazareth.“

„Es ist hier so kalt als draußen; holtest du oder der Junge kein Sprock?“

„Der Schnee ist zu tief; wir kamen seit Tagen nicht mehr durch. Beim letzten Gange hat sich Karl, dort liegt er, die Füße abgefroren.“ —

Eine traurige Pause trat ein, dann fragte die Frau: „Vater, du warst auf Arbeit an der Eisenbahn; bringst du kein Geld mit?“ —

„Man schickte mich von der Stadt auf die nächste Station; ein schwerer Marsch mit hungrigem Magen; und von da — nach Hause, da keine Karren da wären.“ —

„Und gingst du nicht zur Narve-Entwässerung, Vater?“

„Da habe ich gearbeitet, schwer gearbeitet, und erhielt 5 Sgr. den Tag. Davon wurde ich allein bei den theueren Preisen nicht satt; vielweniger war für Euch beizulegen. Da ging ich fort und — bettelte mich nach Hause.“

„Vater, wir — mußten es auch, um nicht zu verhungern; jetzt ist der Schnee zu tief, wir zu schwach. Seit zwei Tagen kommen wir nicht mehr fort. Jetzt — hungern wir. Suchtest du aber nicht bei Bauern zu dreschen? Die hätten dir doch das Essen und für uns 1 Sgr. und 4 Pf. gegeben?“ —

„Habe versucht, Mutter; aber es hat beinahe keiner mehr zu dreschen, die Scheunen sind leer.“ —

„Vater, der Exekutor war hier, wegen rückständiger Klassensteuer. Er fand nichts zu nehmen. Vater, was thun wir, damit die Kinder und wir nicht verhungern? — Ich hörte einmal von 600,000 fl. Unterstützungsgeldern, die bei der Regierung liegen sollen.“ —

„Mutter, ich hörte auch, aber jetzt ist's stille davon. Wenns das Wetter erlaubt, gehen wir Alle betteln. Die Kraft ist erschöpft; arbeiten kann ich auch nicht mehr, wenn's selbst Arbeit gäbe.“

„Vater, ehe es dahin kommen muß, — warst du bei dem großen benachbarten Grundbesitzer nach Arbeit?“

„Ach Gott, ja, aber er hat ja keine; kaum Getreide genug, um seinen eigenen Leuten Deputat geben zu können. Da bekam ich das Brod“ — er nimmt es aus dem Bettelsack — „es ist gefroren, aber eßt; ich aß dort warme Suppe, ich halte schon eine Weile aus. — Der Bettelstab ist eine schwere Arbeit. — Und nur auf den Gütern gibts noch Essen und Brod. Die Bauern haben selbst nichts. Sie haben die Höfe geschlossen, um nicht die Nothleidenden mit Worten abweisen zu müssen.“ —

Die Familie versank in düsteres Schweigen, in Gedanken an den Bettelstab.

Persischer Fanatismus.

Der Reisende Vambery erzählt, daß er in den persischen Städten bei der Mehrzahl der Bewohner mehr Bildung angetroffen habe, als er erwartet. Er kannte in Ispahan Handwerker, die hunderte von Versen der berühmten Nationaldichter auswendig kannten, im Verkehr eine überraschende Geistesgegenwart und die Kunst schlagender Antworten zeigten. Die höheren Stände lassen sich gern von

der Blätter, welche einst die ultramontanen Wuthausbrüche gegen Wagner und den Haß des Autochthonenthums gegen den „Ausländer" bekämpften, sich jetzt feindlich der zukunftsmusikalischen Partei entgegenstellt. Nichts zeigt die Trostlosigkeit unserer Zustände besser, als daß dergleichen Quängeleien immer noch größeren Einfluß üben, als die höchsten politischen Prinzipien.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. Jan. [Postvertrag mit der Schweiz.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: In naher Zukunft werden hoffentlich die berechtigten Wünsche, welche vielseitig für die Herstellung eines billigeren Postverkehrs zwischen Deutschland und der Schweiz laut geworden sind, ihrer Erfüllung entgegengeführt werden. Es sind von hier aus bereits Einleitungen getroffen, um die Unterhandlungen mit der Eidgenossenschaft über den Abschluß neuer Postvereinbarungen binnen Kurzem in wirksamer Weise wieder aufzunehmen. Zunächst sind die Regierungen von Bayern, Württemberg und Baden durch das Bundespräsidium aufgefordert worden, Bevollmächtigte ad hoc hieher zu senden, um in Gemeinschaft mit Kommissarien der Bundes-Postverwaltung die Grundlagen für die Neugestaltung der Postverbindung zwischen Deutschland und der Schweiz festzustellen. An der Bereitwilligkeit der genannten Regierungen ist um so weniger zu zweifeln, als die süddeutschen Staaten bei der beabsichtigten Erleichterung des Verkehrs mit dem schweizerischen Gebiete in erster Linie betheiligt sind. An die eben erwähnten Berathungen, welche voraussichtlich nur kurze Zeit in Anspruch nehmen werden, sollen dann die Unterhandlungen mit der Eidgenossenschaft sich unverzüglich anschließen. Mit der Regierung von Schweden und Norwegen sind die Verhandlungen wegen eines neuen Postvertrags bereits hier im Gange.

— [Zum Nothstand.] Der jüngste „Kirchliche Anzeiger" der Kölner Diöcese bringt in Bezug auf den Nothstand in Ostpreußen folgenden Erlaß: Der gegenwärtige Nothstand in der großen Provinz Preußen, welcher bereits Sammlungen freiwilliger Gaben zur Linderung der Noth fast in allen Provinzen, und namentlich auch an mehreren Orten der Rheinprovinz veranlaßt hat, ist, wie Wir aus ganz zuverlässigen Mittheilungen Uns überzeugt haben, in der That ein so großer und ausgedehnter, daß wirklich die Hülfe des ganzen Landes in Anspruch genommen werden muß, um der großen Zahl der dort Hunger und Noth Leidenden auch nur einiger Maßen die nothdürftigste Unterstützung beschaffen zu können, zumal da in der gegenwärtigen rauhen Jahreszeit die Kälte in jenen Gegenden einen außergewöhnlich hohen Grad erreicht hat und nicht bloß an Lebensmitteln, sondern auch an Feuerungsmitteln daselbst ein allgemeiner und entsetzlicher Mangel herrscht. Mit Rücksicht auf einige in jüngster Zeit von verschiedenen Seiten her verbreitete Nachrichten, nach welchen der Nothstand in Preußen nicht so sehr bedeutend zu sein schien, haben Wir Uns gedrungen gefühlt, Obiges zur öffentlichen Kenntniß zu bringen und die Herren Pfarrer hiedurch zu ersuchen, die Gläubigen davon zu benachrichtigen und ihre oft bewährte christliche Nächstenliebe zur Beisteuer milder Gaben für die nothleidenden Einwohner der Provinz Preußen angelegentlich einzuladen mit dem Bemerken, daß dieselben von Unserem General-Vicariate bereitwilligst entgegengenommen und zur geeigneten Verwendung für die Nothleidenden in Ostpreußen befördert werden. Köln, 9. Januar 1868. Der Erzbischof von Köln † Paulus.

Aus Köthen berichtet die „Anhalt. Ztg.": „Wie uns mitgetheilt wird, ist die von dem hiesigen Komite zur Unterstützung der Ostpreußen bei der Regierung zu Dessau nachgesuchte Erlaubniß zur Veranstaltung öffentlicher Sammlungen nicht ertheilt worden, vielmehr der Bescheid gegeben, daß derartige Sammlungen grundsätzlich nur gestattet würden, wenn es sich um Nothstände innerhalb der Landesgränzen handle!! Glücklicher Weise hat dieses Verfahren nicht zu verhindern vermocht, daß das Komite durch die von ihm in Freundeskreisen veranstaltete Sammlung, zu der es einer Erlaubniß nicht bedarf, schon jetzt eine Summe zusammengebracht hat, welche den Wohlthätigkeitssinn unserer Stadt wieder auf das glänzendste beweist." (Wir bemerken hiebei, daß die Sammlung in Bayern gestattet ist und daß unsere Expedition Beiträge zur Linderung der Noth gerne entgegennimmt und veröffentlicht. Red. d. N. W. Z.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 17. Januar. [Die Delegationen und der ungarische Eigensinn.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: „Die Delegationen sind auf Sonntag den 19. Jan. einberufen. Am Sonntage werden sich dieselben konstituiren, und am Montage ihre einzelnen Glieder, im Beisein des Reichsministeriums, von den beiden Landes-Ministerpräsidenten dem Kaiser vorgestellt werden. Die cisleithanischen Minister Giskra, Herbst, Plener und Brestel haben ihr Delegationsmandat niedergelegt; Berger dagegen bleibt in der Delegation, weil Niederösterreich für zwei ausscheidende Mitglieder nur einen Ersatzmann stellen könnte. Man wird mit den Delegationen und speziell mit ihrer ungarischen Hälfte, wie es scheint, seine Noth haben. Was materiell jenseits der Leitha gebraut worden, darüber existiren freilich nur erst Andeutungen; voraussichtlich wird man aber vor allen Dingen gegen das Kriegsbudget Sturm laufen, vielleicht um unmittelbar hinter der Bresche die ungarische „Nationalarmee" in Szene zu setzen. Aber selbst formell häuft man Schwierigkeit auf Schwierigkeit, alles in majorem gloriam der Länder der ungarischen Krone.

Wenn sonst zwei Leute ein Geschäft mit einander haben, so freut man sich, wenn man mit dem Geschäftsfreunde sich direkt verständigen kann; man wählt für das Geschäft die Sprache, welche beide Theile sprechen. Anders die Herrn Ungarn; sie verhandeln nur in der Sprache — der ungarischen — welche sie selbst meist schlechter sprechen, als die Sprache des Geschäftsfreundes — die deutsche — und welche der Geschäftsfreund gar nicht spricht und versteht. Freilich haben sie sich schon zu einer kleinen Konzession bereit finden lassen; die Reichsminister sollen nur in den Plenarsitzungen ungarisch

---

den Culturfortschritten des Westens erzählen, bewundern Eisenbahnen, Telegraphen, Dampfschiffe und Maschinen, pflegen aber dann etwa zu sagen: „Welch' Wunder, daß diese Menschen des Westens trotz all' ihrem Scharfsinn den wahren Glanz unserer Religion nicht einsehen; welch' Wunder, daß sie nicht Muselmänner werden!" Eine große Masse von Persern, namentlich der höheren Stände, haben unter sich die strenge Religiosität längst abgethan, aber im öffentlichen Verkehr, zumal mit Fremden tragen sie Alle religiösen Fanatismus zur Schau. Sie lieben die Gespräche über den rechten Glauben und gerathen dabei in den heftigsten Eifer. Der eine schimpft auf Omar, der andere auf Osman und Abu Beker, der dritte spricht in den gemeinsten Ausdrücken von Aijeschah, der Frau des Propheten Muhamed, der vierte in verzückten Redensarten von Ali. Vambery gerieth so oft mit seinen Reisegefährten in den wildesten Wortwechsel, daß er froh war, als endlich ein Vertrag dahin geschlossen wurde, daß nur einmal täglich über Religion gesprochen werden sollte; wer es sonst noch thue, müsse eine Melone als Strafe geben. Ein alter Perser aber aus Schiras, der aus Haß gegen Omar sich dessen Namen auf die inneren Fußsohlen geschrieben hatte, um den ganzen Tag auf Omar herumtreten zu können, rief: „Und sollte ich 100 Ivehacker Melonen zahlen müssen, so höre ich doch nicht auf, über Omar, diesen räudigen Hund, zu schimpfen."

Ganz fromme Leute bestimmen, daß ihre Körper nach dem Tode nach Kerbela gebracht werden, weil dort der gefeierte Märtyrer Hussein begraben liegt; sie sind dann bei der Auferstehung gleich in seiner Nähe und werden von ihm in das Paradies eingeführt. Es gibt eigene Todten-Karawanen, welche die Leichen nach Kerbela bringen. In ähnlicher Weise ist Kum der Begräbnißort für die fromme Damenwelt, weil dort die gefeierte Fatime starb und in Gesellschaft von 444 Heiligen begraben liegt. Auch Wallfahrten werden dahin gemacht, und der Ort ist ein Asyl für verfolgte Verbrecher, zugleich durch Dieberei verrufen. Neben einem Friedhof von ungeheurer Ausdehnung befindet sich dort das heilige Grab Fatimens, von zahlreichen Aufsehern bewacht. In einem weiten Hofraume erhebt sich eine mit prachtvoller Kuppel versehene Kapelle, ein kleines Prachtgebäude von fabelhaftem Werthe: die Kuppel ist mit einem Ueberzug von Dukatengold versehen. Sechszehn Marmorstiegen führen zur Thür, die mit einer dicken Silberplatte überzogen ist. Das Innere ist ebenfalls mit den kostbarsten Dingen ausgeschmückt, aber sehr überladen. Drinnen treiben sich die frommen Besucher umher, lesen Gebete und Koranstellen, welche überall angeschlagen sind, weinen, singen, schreien, während die Aufseher in unverschämtem Tone Trinkgelder verlangen. An den Wänden und an allen Spitzen des Silbergitters, welches den Sarg umgibt, hangen Kleinodien, oft von hohem Werthe, die der heiligen Fatime dargebracht sind. In der Nähe liegen auch viele persische Große begraben, wenn sie eine solche Auszeichnung durch den Frauen dargebrachte Huldigungen verdient haben. Unter diesen Auserwählten befindet sich auch einer der Herrscher Persiens, Feth Ali Schah, der ein recht schlechter Fürst war, aber bei seinem Volke den Ruhm genießt, den längsten Bart gehabt zu haben, der eleganteste Mann und der größeste Damenfreund gewesen zu sein. Die frommen Perser haben die Schlechtigkeit seiner Regierung vergessen, aber jene Eigenschaften heben sie rühmend hervor.

sprechen müssen, dagegen in den Ausschußsitzungen deutsch sprechen dürfen, und ein findiger Kopf hat auf der Grundlage dieses Zugeständnisses bereits die Aushülfsprozedur aufgebaut, nach bekanntem englischen Muster die Delegationen regelmäßig als „Ausschuß des ganzen Hauses“ sich konstituiren zu lassen.“

Ausland.

Großbritannien. [Aus Abessinien. Fenier.] Aus Aden vom 4. d. M. telegraphirt man, daß es nach den aus Abessinien eintreffenden Berichten unumgänglich nothwendig erscheine, zur Befreiung der Gefangenen Gewalt anzuwenden. Das klingt recht naiv, wenn britische Truppen schon seit einem Monate auf wirklichem abessinischen Gebiete stehen. Magdala ist eine königlich abessinische Festung, von kgl. abessinischen Truppen besetzt, und sintemal Theodorus sich nichts weniger als nachgiebig erwiesen hat, ist kein Grund anzunehmen, warum seine Festungen den Engländern ohne Widerstand ihre Thore öffnen sollten. Menilek, der König von Schoa, schwärmt nun schon so lange in der Nähe von Magdala herum, ohne einen Angriff zu wagen, daß die Engländer auf dessen Mitwirkung besser keine Hoffnung bauen. Da im Auslande nach an manchen Stellen der Glaube herrscht, daß England nach beendigtem Feldzuge sich für seine Mühen mit einem Stücke abessinischen Gebiets entschädigen würde, so legt die „Times“ nochmals Protest gegen einen solchen Verdacht ein und bemerkt u. A., wenn alle Reize und Vortheile Abessiniens geschildert worden seien, um das Verlangen nach seinem Besitze rege zu machen, so bleibe immerhin eine genügende Antwort: innerhalb der gegenwärtigen Gränzen des britischen Reiches gibt es noch eben so angenehme und für Ansiedlungen geeignete Landstriche, und wenn diese einmal alle bebaut sind, so ist es noch früh genug, das Gebiet des Königs Theodorus und seiner Vasallen zum allgemeinen Besten des menschlichen Geschlechts zu konfisziren.

Die in Südwales aufgegriffenen Fenier, eilf an der Zahl, standen am 14. ds. vor dem Polizeigerichte von Merthyr-Tydfil, wohin sie unter starker Bedeckung aus dem Gefängnisse von Cardiff gebracht worden waren. Der Angeber Coffee war wieder Hauptzeuge und berichtete von fenischen Exercir-Uebungen, Rathsversammlungen, Eidesleistungen u. dgl. Doran, der vornehmste der ganzen Schaar, hielt dagegen eine phrasenreiche Rede, in welcher er gerade den Zeugen Coffee beschuldigte, das Feniertum in den Bezirk eingeführt zu haben. Schließlich wurden von den eilfen zehn vor die Assisen verwiesen.

— [Die irische Frage.] Das englische Parlament wird sich gleich nach seinem Zusammentritt im Februar mit der irischen Frage beschäftigen. Wie es heißt, wird das Ministerium die Ernennung zweier Kommissionen beantragen, von denen die eine die Stellung der Kirche in Irland, die andere das Verhältniß der Pächter zu den Grundeigenthümern untersuchen soll. Beides bekanntlich die brennendsten Punkte unter den von irischer Seite erhobenen Klagen. Die beiden Kommissionen, welche aus den angesehensten Vertretern aller Parteien gebildet werden, sollen unter sorgfältiger Darlegung des Sachverhaltes ihre Reformvorschläge einbringen. Die definitive Beschlußnahme über dieselben würde dann dem Parlamente von 1869 obliegen, dem ersten nach dem neuen Reformgesetze gewählten. Inzwischen hofft die Regierung mit dem gesetzwidrigen Treiben des Fenianismus gründlich fertig zu werden.

Italien. [Agitationen.] Aus Rom wird der „Correspondance Havas-Bullier“ berichtet: „Die spanische Regierung hat dem Papste auch eine Legion angeboten, aber Cardinal Antonelli hat für den Augenblick das Anerbieten abgelehnt und behält sich dasselbe für später vor. Man unterzeichnet in Spanien eine Adresse an den hl. Vater, die bereits zwei Millionen Unterschriften zählen soll. Der Erzbischof von Valladolid wird ganz gewiß beim nächsten Consistorium den Cardinalshut erhalten. — Die römische Polizei hat bei den Photographen Sommer und Bolles zahlreiche photographische Reproduktionen eines Kupferstiches mit Beschlag belegt, welcher das den Rhein gegen Frankreich vertheidigende Deutschland darstellt. Das Insurrektions-Komite in Rom hatte diesen Kupferstich am Neujahrstage Hrn. v. Sartiges zugesandt. — In Viterbo hat man einen reichen Grundbesitzer, Herrn Leali, verhaftet, der eine Bande von mehr als 150 Garibaldianern rekrutirt hatte, die bereits auf italienischem Gebiete ganz nahe an der römischen Gränze zusammengetreten war. In vielen Städten Italiens, namentlich in Neapel, werden rothe Hemden für die neue römische Expedition angefertigt. Alle tragen auf der Brust ein Kreuz und ein V (Vendetta), d. h. Rache für Mentana. Auf der anderen Seite ist in den Reihen der Zuaven nur die Rede von der „Wiedereroberung Umbriens, der Marken und der Romagna“, und die Befehlshaber bestärken diese gefährlichen Illusionen unter den Soldaten. — Man sieht in jüngster Zeit neue Silbermünzen von 1 Fr. und 5 Fr. Werth, die auf der einen Seite das Bild Franz' II., auf der anderen die Inschrift Confederazione Italiana tragen. Der Besuch, den der Graf v. Sartiges am Neujahrstage dem Könige von Neapel gemacht, hat großes Aufsehen erregt.“

Ein Korrespondent der „Allg. Ztg.“ schreibt aus Neapel: Es kann leider nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß die Reaktion in den südlichen Provinzen, in Folge der jüngsten Ereignisse und durch fast anarchische Zustände, mächtig an Terrain gewonnen hat. Das Brigantenwesen hat in den letzten zwei Monaten um vielleicht das Dreifache zugenommen, und ein großer Theil der Bevölkerung hat bourbonistischen Einflüsterungen Gehör gegeben. Es ist eine traurige Thatsache, daß die Hoffnungen auf die Erfolge der Einigung Italiens einem bedenklichen Pessimismus Platz gemacht haben, der sich in Verwünschungen gegen die Regierung Luft macht. Wenn es in Neapel und Palermo immer Autonomisten gegeben hat, so ist es jetzt ein nicht unbeträchtlicher Theil der Bevölkerung, der offen auf die Wiederherstellung einer Dynastie in dem vereinigten Königreich hofft. In Florenz kennt man diese Stimmung, und die Garnisonen erhalten davon täglich mehr als deutliche Beweise; die Regierung muß jetzt diesen Provinzen mit ebenso großer Klugheit als Mäßigung entgegenkommen, wenn nicht das Schlimmste geschehen soll.

Nichtpolitische Zeitung.

[Fanny Janauscheck in Amerika.] Nachdem Fräulein Janauscheck am 30. November ihr Gastspiel in Newyork beendet, ist sie am 10. Dezember zum ersten Male in Baltimore aufgetreten. Ueber ihr Gastspiel in Newyork bringt die dortige „Neue Musikztg.“ einen ausführlichen Bericht, dem wir Folgendes entnehmen: Die Künstlerin trat in 20 Abendvorstellungen und 3 Matineen in 18 verschiedenen Rollen auf und zwar als Klärchen (Egmont) 1, Julia (Romeo und Julie) 1, Lady Macbeth 1, Marianne 3, Medea 3, Thusnelda (Fechter von Ravenna) 3, Franziska (Karlsschüler) 1, Eboli (Don Carlos) 2, Lady Milford (Kabale und Liebe) 1, Deborah 3, Emilia Galotti 2, Brunhilde 1, Maria Stuart 3 Mal. Ihre Antrittsrolle war Medea, in der kurz vorher auch Frau Ristori aufgetreten war. Die „Musikztg.“ reicht der deutschen Künstlerin die Palme, indem sie schreibt: Frl. Janauscheck kam und siegte. Von der Natur freigebig mit Allem ausgestattet, was die Repräsentation der großen Gestalten des Alterthums erfordert, mit einer mächtigen, sonoren und doch der größten Biegsamkeit fähigen Stimme und einer herrlichen Gestalt verbindet sie das größte Verständniß der von ihr gewählten Partien und malt sie bis ins kleinste Detail zu lebenswahrer Natürlichkeit aus. Das Publikum war enthusiasmirt, begeistert, hingerissen.

Auch die amerikanischen Blätter, so vor Allem der „World“, pflichten diesem Urtheil bei. Das Kunststück, an einem Abend die Emilia und die Gräfin Orsina in „Emilia Galotti“ zu spielen, will jedoch der „Musikztg.“ nicht gefallen, und sie meint mit Recht, derartige Versuche blieben füglich Sternen dritten und vierten Ranges überlassen. (Den Karl und Franz Moor in gleicher Weise an einem Abend zu spielen, haben Schauspieler-Charlatane auch schon in Deutschland versucht.) Mit der Darstellung Juliens und Klärchens in „Romeo und Julie“ und „Egmont“ hat sich nach der Ansicht desselben Blattes die Künstlerin auf ein Gebiet begeben, das außerhalb ihrer Sphäre liegt. Die „Musikztg.“ schließt ihren Bericht: Uns Deutschen hat die scheidende Künstlerin einen geistigen Genuß geboten, wie vor ihr nur Dawison. Die Anerkennung aber, die sie dem Amerikanerthum abgezwungen hat, steht für uns noch höher und namentlich in dieser Beziehung darf das Gastspiel der Künstlerin nicht unterschätzt werden. Auch in Baltimore, wo sie ihr Gastspiel mit der Medea eröffnete, war ihr Erfolg ein durchschlagender. Der „Tägl. Balt. Wecker“ schreibt darüber: Selbst Dawison hat, trotzdem er der erste Genius war, der hier in deutscher Sprache spielte, keinen enthusiastischeren Beifall erhalten als Frl. Janauscheck, die sich ihm im tragischen Fach als völlig ebenbürtig bewiesen hat. Was soll man mehr bewundern, die vollendete plastische Schönheit jeder einzelnen Stellung und Bewegung, oder die selbst im größten Affekt so wunderschöne Modulation der prächtigen Altstimme, oder die heroische Kraft der ganzen Darstellung, die dennoch selbst in der höchsten Leidenschaft der Rache und Wuth nie das Maß des Schönen und Wahren überschreitet, sondern selbst das Gräßlichste und Furchtbarste noch durch die mit herzergreifender Wahrheit und Natürlichkeit wiedergegebene verletzte Mutterliebe menschlich erklärt und mildert?

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 20-21.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 21. Januar 1868.

Der bayerische Militärkonflikt.

Erlangen, 18. Januar.

Kaum ist die Zollvereins-Krisis vorüber, so zieht sich schon wieder neues Gewölk am Himmel zusammen. Die Kammer der Reichsräthe sträubt sich, das Wehrgesetz in der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Fassung zu genehmigen. Und warum? Etwa deßhalb, weil dieses Gesetz die Kräfte des Landes so bedeutend in Anspruch nimmt, daß gewissenhafte Männer nur mit schwerer Selbstüberwindung und nur in der Erkenntniß einer zwingenden politischen Nothwendigkeit zu dem Entschlusse gelangen konnten, ihr Ja auszusprechen? Ganz im Gegentheil: die Adelskammer droht das Gesetz zu verwerfen, weil von der Abgeordnetenkammer ein Satz hinzugefügt ist, durch welchen der Volksvertretung das Recht gewahrt wird, bei Feststellung der Heeresstärke mitzuwirken und jene Last, sobald und soweit die Zeitverhältnisse es gestatten, dem Volke zu erleichtern.

Es muß sich bald zeigen, ob wirklich an diesem Widerspruche das Gesetz scheitern soll. Die Kammer der Abgeordneten hat ihren Beschluß mit allen gegen eine Stimme aufrecht erhalten; die Reichsrathskammer — sagt man — wird im entscheidenden Augenblick ihren Rückzug antreten, wie sie es noch immer gethan hat. Zwar ist die Sachlage eine andere, als zur Zeit der Entscheidung über die Zollverträge. Die Kammer wird dießmal nicht mit telegraphischen Adressen und Deputationen bestürmt werden, sie hat überdieß nicht wie damals Regierung und Volksvertretung zugleich gegen sich; die Regierung widerstrebte bis jetzt so hartnäckig wie sie selbst der Aufnahme des Art. 2. Allein das Ministerium kann seine bisherige Stellung zu der Frage unmöglich noch länger behaupten; es kann sich nicht darüber täuschen, daß das Fallen des Gesetzes seinen eigenen Fall nach sich ziehen würde. Die Abgeordnetenkammer steht vor der Budgetberathung; wird sie geneigt sein, einer Regierung, die dem gerechtesten, einstimmig ausgesprochenen Verlangen in den Weg tritt, mehr zu bewilligen, als das zur Fristung des Staatshaushaltes absolut Unentbehrliche? Wird sie nicht im Etat der Militärverwaltung jede Reduktion vornehmen, die für den Augenblick irgendwie zulässig erscheint? Wird sie nicht durch diese Beschlüsse das Ministerium vor die Wahl stellen, entweder zurückzutreten, oder eine Auflösung vorzunehmen, deren Erfolg außer Zweifel wäre?

Mit der Ablehnung des Kontingentsgesetzes weist man die Volksvertretung auf den rücksichtslosesten Gebrauch ihres Budgetrechtes hin, gewinnt also thatsächlich nicht das mindeste für die „Stabilität der Armee", die Herr v. Pranckh so nachdrücklich betont. Ein Minister, der demungeachtet die Gutheißung des Artikels 2 vor seinem politischen Gewissen nicht verantworten kann, wird unter den angedeuteten Verhältnissen vom Amte zurücktreten. Ein Minister dagegen von unbefangenem Blick, wie Fürst Hohenlohe, wird, nachdem er gesehen hat, daß die Volksvertretung auf Artikel 2 nicht verzichtet, seinem Widerstand entsagen und die königliche Zustimmung zur Kabinetsfrage machen. Er wird dem König zu zeigen suchen, daß die schlechtesten Diener der Krone jene fanatischen Vorkämpfer der „Kronrechte" sind, die so eifrig den Glauben an einen schroffen Gegensatz zwischen dem Recht des Fürsten und den Interessen des Volkes verbreiten.

Erklärt sich das Ministerium unter Gutheißung des Königs für den bestrittenen Artikel 2, so wird auch dießmal die Adelskammer ihr abweisendes Votum verschlucken; siegt aber im Rathe des Königs die reaktionäre Richtung, die mit der antinationalen eng verbunden ist, so kommt es zum Ausbruch einer ernsten Krisis. Das eine Ergebniß steht jetzt schon fest, daß die Adelskammer einen neuen Nagel in ihren Sarg geschlagen hat. (E. C.)

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 19. Jan. [Der Widerstand gegen das neue Kriegsdienstgesetz] war auch gestern in der zweiten Kammer ein sehr energischer, wie die kleine Majorität für das Gesetz beweist, was wir bereits im vorgestrigen Anzeiger kurz berichtet haben. Es dürfte daraus hervorgehen, wie sehr die demokratische Presse und die Vereine es verstanden haben, das Volk dagegen einzunehmen, denn selbst solche Abgeordnete, die sonst nicht absolut zur Opposition gehören, haben für den Antrag der Minderheit der Commission gestimmt: nicht auf die Einzelberathung des Gesetzes einzugehen. Und doch hatte der Kriegsdepartementschef, Generalmajor v. Wagner, schon zu Anfang der Sitzung Namens der Regierung erklärt: daß die Regierung dem nicht entgegen sei, daß in das gegenwärtige Gesetz eine Bestimmung aufgenommen werde, des Inhalts: daß, mit Ausnahme der Unteroffiziere und der Reiterei, die Dauer der Präsenz bei der Fahne zwei Jahre nicht überschreiten soll. Oesterlen warnte insbesondere die Minister vor der Bundesgenossenschaft der HH. Hölder und Römer, und meinte: das Gesetz werde beim Volke die größte Erbitterung hervorrufen und Württemberg der Annexion zutreiben; Hölder verwahrte sich gegen

Der todte Kaiser Max in Triest.

(Nach der „Presse.")

Triest, 16. Januar.

Ruhig und stille ist die „Novara" mit der Leiche des todten Kaisers an Bord im Hafen eingelaufen. Es war finstere Nacht und man merkte es kaum, als sie kam.

Die Triester waren schon seit Mittag auf den Beinen und in allen Straßen, auf allen Plätzen, besonders am Hafen und am Molo herrschte die lebhafteste Bewegung. Wo man durch die Straßen zog, bemerkte man Vorbereitungen für den Empfang, oder sonst irgend ein Zeichen, das mit der Trauerfeierlichkeit, die heute die Herzen aller Triester und wohl auch aller Oesterreicher bewegt, im Zusammenhange steht. Da schreien kleine Jungen mit tüchtiger Kehle eine Denkschrift aus mit dem bombastischem Titel: „Ricordo del 16 Gennajo 1868, giorno in cui Trieste ammantata a lutto rendeva l'ultimo tributo d'affetto all' Augusta Salma Ferdinando Massimiliano Imperatore del Messico" (Andenken an den 16. Januar 1868, an den Tag, an welchem Triest, in den Mantel der Trauer gehüllt, den letzten Tribut der Anhänglichkeit zahlt der hohen Leiche Maximilians, des Kaisers von Mexiko). Die Denkschrift findet rasenden Absatz. Ein Jeder drängt sich hinzu und will sie lesen. Nicht minder zahlreiche Abnehmer findet eine zweite Broschüre unter dem Titel: „Der Verrath des infamen Lopez." Wenn nun gar eine Photographie oder ein Bild des Kaisers Max irgendwo zu sehen ist, da steht sicherlich eine Gruppe von Menschen, meist Leute des niedersten Schlages rings herum, die theilnahmsvoll das traurige Geschick des Todten besprechen. Photographien des Kaisers, der Kaiserin Charlotte und Aufnahmen von Miramar wurden in den letzten Tagen zu Tausenden und Tausenden abgesetzt.

Das Gewoge auf dem Molo und im Hafen wird immer größer, man kann sich kaum noch durch das Gedränge winden, so viele Menschen sind auf dem kleinen Platze versammelt. Die Leute warten indeß vergebens auf die Ankunft der „Novara." Es ist 5 Uhr und noch nicht einmal ein Signal auf dem Leuchtthurme zu sehen. Die Sonne geht unter, die Nacht bricht herein, es wird finster und so verliert sich denn der größte Theil der Anwesenden.

Da plötzlich taucht weit unten von Muggia her ein kleines Licht auf dem Meere auf. Gleich darauf bemerkt man auf dem Leuchtthurme ein Zeichen, und von der Fregatte „Schwarzenberg," die schon mehrere Wochen hier vor Anker liegt, steigt eine Rakete auf. Kurz nachher erscheint ein neues Licht am fernen Horizonte, dann wieder eines und so mehrere hintereinander. Die Zeichen wiederholen sich und die Laternen kommen immer näher, bis sie sich endlich um den „Schwarzenberg" herum im Bogen gruppiren. Die gesammte österreichische Kriegsflotte ist in den Hafen eingelaufen. Auf der Rhede lagen schon vorher fünf Kriegsschiffe und es ist wahrhaft merkwürdig, wie diese vielen großen Dampfer in der finstern Nacht sich in der vorgeschriebenen Weise gruppirten, ohne daß man, mit Ausnahme der

die Unterstellung, als hege er Annexionsbestrebungen. Römer bemerkt: umgekehrt würde man durch Nichtannahme des Gesetzes und durch Befolgen der Grundsätze der Demokratie der Annexion zusteuern. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Commissionsminderheit: auf die Einzelberathungen des Gesetzentwurfs nicht einzugehen und denselben im ganzen abzulehnen, mit 47 gegen 41 Stimmen abgelehnt. — Prälat v. Mehring, Geigle, Steinbuch und einige andere, welche für das Gesetz gestimmt haben, erklären in einer schriftlich überreichten Motivirung, dieß nur in der Erwartung gethan zu haben, daß bei der Einzelberathung noch weitere Ermäßigungen eintreten werden. Die Einzelberathung beginnt am Montag.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 19. Jan. [Zur Abhülfe des Nothstandes.] In der gestrigen Abendsitzung des Abgeordnetenhauses wurde die Spezial-Diskussion über den Gesetzentwurf, betreffend die Eisenbahn-Anleihe von 40 Millionen erledigt. Die einzelnen Bestimmungen wurden nach den Vorschlägen der Kommission fast einstimmig genehmigt. Angenommen wurde ferner der Antrag des Abg. Wehr: „Mit der Inangriffnahme der Eisenbahn Schneidemühl-Dirschau so früh wie möglich zu beginnen und die Erdarbeiten an mehreren Orten in Angriff zu nehmen, um dadurch der dortigen arbeitslosen Bevölkerung Verdienst und Unterstützung zu schaffen.“ — In Betreff der Bahn Thorn-Insterburg hatte die Regierung dies schon früher zugesagt.

Ein in Beziehung auf den Nothstand in Ostpreußen von den Abgeordneten v. Hoverbeck und v. Saucken-Julienfelde eingebrachter Gesetzentwurf enthält folgende Bestimmungen:

Den Einwohnern der Regierungsbezirke Königsberg und Gumbinnen, welche den drei untersten Stufen der Klassensteuer angehören, wird diese Steuer für das erste halbe Jahr 1868 erlassen. § 2. Denjenigen Grundbesitzern in den Regierungsbezirken Königsberg und Gumbinnen, welche nicht mehr als 10 Sgr. monatliche Grundsteuer zu zahlen haben, wird diese Steuer für das erste halbe Jahr 1868 erlassen. § 3. Die Reste an den bezeichneten Steuern aus dem Jahre 1867, welche von Personen der benannten Steuerklassen einzuziehen sind, werden niedergeschlagen.

Der Antrag ist von einer Anzahl von Mitgliedern der Fortschrittspartei, des linken Centrums und der national-liberalen Partei unterstützt.

Ausland.

Frankreich. **Paris**, 19. Januar. [Freiheitliches und friedliches Morgenroth?] Fast alle großen Journale bringen einen Brief des „Herzogs“ von Persigny, in welchem dieser große Phrasendrechsler ihnen vordemonstrirt, daß der Preßfreiheit eigentlich noch zu viel in Frankreich sei („der Zustand der Freiheit ist nicht im Stande, die Anschauungen des Kaisers zu verwirklichen“), und daß Beleidigungen gegen Privatpersonen durch den — Staatsanwalt verfolgt werden sollten!

Die unabhängigen Blätter besprechen den Brief des Herzogs von Persigny nicht in belobender Weise. Die meisten sind der Ansicht, daß er sich vor der Freiheit fürchte. Nicht ohne Bedeutung sind die Worte, welche das „Pays“ am Schlusse seines Artikels bringt, da sie beweisen, wie besorgt man höchsten Ortes sein muß. Dasselbe sagt: „Hr. v. Persigny möge sich nicht täuschen; der Augenblick ist ernst und feierlich; die Institutionen, welche man gründen wird, sind die, welche Napoleon IV. auf den Thron Napoleon's III und Napoleon's I. setzen und erhalten sollen. Er möge noch ein wenig warten; die Nebel, welche dieses liberale Morgenroth umhüllen, werden sich bald lichten, und man wird beim ersten Sonnenstrahle erblicken, was wir schon seit langer Zeit sehen: die ganze Armee der Opposition ihre Waffen wechseln, während wir Anderen uns in unseren Zelten über Parlamentarismus herumstreiten.“

Die auffallend friedliche Sprache, welche unsere offiziösen Blätter in den letzten Tagen geführt haben, erklärt sich jetzt zum Theil daraus, daß die neue Renten-Emission nunmehr fest beschlossen ist und in einem Umfange von 4—500 Millionen Franks an Kapitalwerth bestehen wird. Man sagt, die Emission werde von einer friedlichen Kundgebung seitens des Kaisers selbst begleitet sein. Zweitens stellt sich nun heraus, daß die in spanischen, italienischen, österreichischen und belgischen Fabriken gearbeiteten Chassepotgewehre sich bis auf 1200 als den an sie gemachten Anforderungen keineswegs entsprechend erwiesen haben. — Ueber das Preßgesetz wird die ganze Opposition sprechen. Herr Thiers wird eine seiner großen Reden halten. Man sieht die Annahme aller Paragraphen des Gesetzes als ziemlich gesichert an.

— [Offene Sprache.] Die französischen Oppositionsblätter in der Provinz gehen der Regierung und dem System der Willkühr, das seit 1852 besteht, scharf zu Leibe. Diese Energie und Offenheit der Journale hebt sich gewaltig ab gegen die Zahmheit derselben in den früheren Jahren. Als Beispiel der Sprache, welche diese Blätter führen, diene nachstehender Artikel aus dem „Indépendant de la Charente inférieure.“ Dort heißt es: „Siebenzehn zu gleicher Zeit wegen Berichterstattung über die Kammersitzungen verfolgte Journale; ein neuer Preßprozeß gegen den „Courrier Français“, der schon ein Dutzend gehabt, zu Tausenden von Francs Strafe verurtheilt worden ist und zwei seiner Redakteure im Gefängnisse hat; ein von der Polizei im Theater so zu sagen erwürgter Mann, weil derselbe talentloses Zeug und Immoralitäten ausgepfiffen, was das Recht eines jeden Zuschauers ist; ein anderer Zuschauer von einem Polizeidiener geohrfeigt und mit dem Degen bedroht, weil er denselben in gerechter Weise Lügen gestraft; Ruy Blas (von Viktor Hugo) in Paris verboten und in Brüssel gespielt, aber Zoten und halbnackte Frauenzimmer in den Theatern autorisirt; die „France“, das der Regierung so ergebene Senatoren-Journal energisch gegen diese Skandale protestirend; das nämliche Journal den Weg mit tiefer Trauer beklagend, zu welchem die Politik des Herrn Pinard (des Ministers des Innern) Frankreich hinführt; die Regierung in zwei ländlichen Wahldistrikten, wo es keine Oppositions-Journale gibt, geschlagen; der öffentliche Geist überall um so schneller aufwachend, je länger er geschlummert hat. Inmitten dieses das Militärgesetz, welches man votiren wird, die Festungen, welche man in Vertheidigungszustand setzt und die kriegerischen Gerüchte, welche nicht verschwinden. So ist das Resumé der jetzigen Lage.“

— [Wiederherstellung des römischen Kaiserreichs.] In der Sitzung des französischen Senats vom 17. d. kam eine Petition zur Diskussion, welche verlangt, daß das römische Kaiserreich wieder hergestellt und dessen Regierung dem Könige von Italien anvertraut werde. Der Papst und die Kardinäle sollen dem Bittsteller zufolge Rom verlassen, die Reliquien, heiligen Gefäße, Kunstgegenstände, Bibliotheken, Museen ꝛc. mit sich nehmen und auf der Insel Sardinien oder in der ehemaligen Grafschaft Venaissin, von denen das

---

vorerwähnten Zeichen am nahen Molo, irgend ein Mittel der Verständigung bemerkt hätte. Für Jedermann, der einmal zu beobachten Gelegenheit hatte, welches Geräusch und welcher Aufwand von Commandorufen nöthig ist, wenn ein Bataillon Soldaten seine Front verändern soll, bleibt diese Erscheinung höchst räthselhaft und staunenswerth.

So waren die Kriegsdampfer aufgestellt und wir auf dem Molo wußten kaum, ob auch die „Novara“ darunter sei oder nicht, bis einige Marineoffiziere vom Seebezirks-Commando daher kamen und uns eines der vorgelegten Schiffe als die „Novara“ bezeichneten.

Die „Novara“, die hier in der Rhede liegt, ist dieselbe Fregatte, welche der Erzherzog einst für eine im Dienste der Wissenschaft unternommene Fahrt um die Welt ausrüstete, dasselbe Fahrzeug, das am 14. April 1864 segelfertig vor Miramar lag, um Se. Majestät Kaiser Maximilian von Mexiko, damals „Kaiser von vier Tagen“, in sein neues Reich zu bringen.

Dieselbe Fregatte, die ihn damals entführte, bringt ihn heute zurück. Aber ach, welch ein Wiedersehen! Da werden keine Tücher geschwenkt, keine Evviva, keine Hurrah werden gerufen, in stiller Nacht, ernst und düster geschieht die Rückkehr, wo der Auszug so licht und freudenvoll geschienen.

Unter den Marineoffizieren verbreitet sich's wie ein Lauffeuer: „Die „Novara“ ist angekommen, der Admiral ist da — und von Zeit zu Zeit stoßen Boote vom Molo ab, welche den Verkehr mit der „Novara“ vermitteln. Viceadmiral Tegetthoff bleibt die Nacht über an Bord, er verläßt das Schiff nicht.

Auf der „Novara“ ist es ruhig und düster. Nichts stört die allgemeine Stille, als höchstens, wenn von Zeit zu Zeit einmal Fremde herüberkommen, und von alten Bekannten freudig und laut begrüßt werden. Der Sarg selbst befindet sich in der Batterie, das ist jener Raum, der unmittelbar unter dem Verdeck liegt, und welcher den größten Theil der Geschütze enthält. Er ist dort im rückwärtigen Theil des Schiffes — „Achter“ würde ein Seemann sagen — in jenem Raume untergebracht, wo sich gewöhnlich die Appartements für den Commandanten befinden. Vor der kleinen Thüre stehen zwei Mann Ehrenposten mit gezücktem Säbel als Wache.

Die Thür öffnet sich — ein Schauer durchzuckt die Glieder der Eintretenden — vor mir steht der Sarg mit dem Leichnam des Kaisers Max.

Keiner der Eingetretenen wagt es, ein Wort zu sprechen; man betrachtet kaum die Seitenwände der kleinen Capelle, die ringsum schwarz drapirt ist, und auf denen die mexikanischen Wappen ange-

eine oder andere dem heil. Stuhle als Eigenthum zuerkannt würde, ihren Sitz nehmen. Die Kommission hatte beantragt, über diese Petition zur Tagesordnung überzugehen, da dieselbe in sehr gemäßigten Ausdrücken abgefaßt sei und den Stempel einer guten Gesinnung an sich trage. Die Klerikalen, wie Baron Dupin, Graf Ségur d'Aguesseau und Andere erhoben sich dagegen. Die Kommission vertheidigte ihren Antrag nur sehr schwach, und der Senat beseitigte die Petition durch die Vorfrage.

Türkei. [Sultanische Reformpläne.] Wenn Jemand eine Reise thut, so kann er nicht bloß was erzählen, sondern auch viel lernen. Der Beherrscher der Gläubigen beweist das. Aus **Konstantinopel** vom 4. Januar berichtet der Korrespondent der „Times“ über die Eindrücke, welche der Sultan von seiner europäischen Reise mit nach Hause gebracht, und über manche Einrichtungen, die diesen Eindrücken ihr Dasein verdanken. Unter Anderen soll der Sultan sich auch mit dem Plane tragen, das bisheran in der Türkei bestehende Thronfolgerecht völlig umzustoßen. (Es ist bekanntlich nicht der älteste Sohn jedesmaliger Thronfolger, sondern das älteste Familienglied.) Schon seit Jahren trage sich der Sultan mit dieser Idee, und daß er sie zum Gegenstande einer eingehenden Betrachtung gemacht, zeige sein Verhalten seinem präsumtiven Thronfolger, seinem Neffen, gegenüber, den er nicht nur auf allen seinen Schritten und Tritten bewachen lasse, sondern auch jeder Möglichkeit, sich europäische Bildung zu verschaffen, beraube, während er seinem Sohne eine europäische Erziehung und wissenschaftliche Bildung geben lasse. Daß letzterer hiedurch seinen Vettern gegenüber, deren ihm noch vier bis fünf voranstehen, einen bedeutenden Vorzug habe, unterliege keinem Zweifel. Ein Schritt zur Verwirklichung dieser für den ganzen Orient bedeutungsvollen Idee sei schon gethan, indem für den Vicekönig von Aegypten bereits die direkte Thronfolge gelte. Daß der jetzige Sultan der Mann sei, sie durchzuführen, zeige sich an einem Ereignisse während seines Aufenthaltes in Paris. Bei einem Besuche des kais. Prinzen in St. Cloud nämlich habe sich Murad Efendi, der türkische Thronfolger, mit dem kaiserl. Prinzen sehr lebhaft unterhalten, bei welcher Gelegenheit Napoleon bemerkte, daß diese beiden jungen Leute späterhin eine schwere Bürde zu tragen haben würden. Darüber sei der Sultan bei seiner Nachhausekunft in einen der bei ihm nicht seltenen Wuthausbrüche gerathen, der sich diesmal ausschließlich gegen seinen Neffen wandte.

Nichtpolitische Zeitung.

[Das letzte Dokument der Taxis'schen Post.] Fürst Maximilian Karl v. Thurn und Taxis hat in den letzten Tagen folgendes, „Regensburg, am 31. Dezember 1867“ datirtes Schreiben an den fürstlich Thurn und Taxis'schen Vertreter bei der Post-Ablösungskommission in Frankfurt erlassen: „Es ist zu Unserer Kenntniß gebracht worden, daß zufolge einer Entschließung der kgl. preußischen Staatsregierung diejenigen Unserer ehemaligen Postbeamten, welche bisher bei der Post-Ablösungskommission beschäftigt waren, unter Vorbehalt der Aufarbeit noch übrig gebliebener Reste definitiv in den Ruhestand treten sollen. Es ist Unserm Herzen ein Bedürfniß, bei dieser Gelegenheit diesen treuen Beamten, welchen es gestattet war, bei der durch die Zeitverhältnisse gewaltig und unaufhaltsam herbeigeführten Auflösung Unseres durch sein Alter und seine nicht zu leugnende Verdienste immer ehrwürdig bleibenden Postinstituts demselben bis zuletzt ihre Dienste zu widmen, Unsere Anerkennung auszusprechen, welche in gleicher Weise allen Unseren ehemaligen, inzwischen bereits in den Ruhestand getretenen Beamten gilt; hiermit verbinden Wir für sie und überhaupt für alle, welche mit dem Aufhören Unserer Postadministration dem erwählten Beruf zu entsagen hatten, den aufrichtigsten Wunsch, daß die Ereignisse, unter denen Unser fürstl. Haus so schwer gelitten hat, ihnen in ihrem ferneren Leben möglichst wenig fühlbar sein mögen, und es ihnen wohl ergehe.“

[Ueber den Tunnelbau am Mont-Cenis.] Im Stuttgarter Gewerbeverein hielten vor einigen Tagen, wie der „Schwäb. Merkur“ berichtet, Prof. Dr. Fraas und Baurath Binder ebenso interessante als belehrende Vorträge über den Tunnelbau am Mont-Cenis, den beide Herren im September v. J. besucht hatten. Prof. Dr. Fraas, welcher den geognostischen Theil der Aufgabe übernommen hatte, bemerkte einleitend, daß, während die Bahn über den Brenner eine Höhe von 4156 Fuß erreicht, ein Schienenweg über den Mont-Cenis 6159 Fuß ansteigen müßte und schon deßhalb nicht befahren werden könnte, weil bei einer solchen Höhe nach genauen meteorologischen Beobachtungen von Anfang Oktober bis Ende April 40 bis 60 Fuß Schnee fällt. Dies der Grund, warum man von vornherein den Gedanken faßte, den Berg zu durchbohren, wozu man ursprünglich eine Zeit von 35 Jahren in Aussicht nahm. Durch diesen Riesenbau wurde uns das Innere der Alpenwelt erschlossen. Wir stoßen hier nicht, wie bei uns, auf horizontal über einander gelagerte Schichten, sondern hier stehen sie aufrecht hinter einander, mehr oder weniger sich gegen den Hauptgebirgsstock hin- oder von demselben abneigend; aber wir treffen hier nicht fremdes, uns unbekanntes Gestein, sondern erblicken auch hier unsere einheimischen bekannten Schichten wieder, nur in anderen, für uns neuen Verhältnissen.

Baurath Binder erläuterte hierauf die technischen Vorkehrungen, um den gewaltigen Tunnel in einer Länge von 12,220, einer Weite von 8 und einer Höhe von 6 Metern durch den Berg zu treiben, eine Riesenarbeit, die zu 19 Mill. Fr. veranschlagt wurde. Da keine Schächte in das Innere des Berges niedergetrieben werden können, so kann das Werk nur von den beiden Eingangspunkten aus betrieben werden. Große Schlagbohrsteine treiben zuerst einen Vorstollen hinein, von dem aus der eigentliche Tunnel durch Menschenhand vollends hergestellt und zur größten Sicherheit ausgemauert wird. Anfänglich wurden diese Bohrmaschinen, deren 8 bis 12 unausgesetzt in Thätigkeit sind, durch gewaltige Wasserräder in Bewegung gesetzt, später fand man es für zweckmäßiger, komprimirte Luft als bewegende Kraft anzuwenden, die am Eingange in den Tunnel in besonderen Maschinenhäusern durch 6 Maschinen erzeugt wird. Durch sie getrieben, geben die riesigen Bohrer in der Minute 180 bis 300 Stöße ab; außerdem führen diese Maschinen stets frische Luft für die Arbeiter zu und treiben nach den Sprengungen den Pulverdampf aus. Solche Sprengungen, bei welchen die Maschinen zurückgeführt und durch Thore von dem Sprengraum abgeschlossen werden, werden täglich drei ausgeführt, wodurch man alle 24 Stunden um 3 bis 4 Meter weiter vorrückt, so daß zu hoffen steht, daß das Riesenwerk 1872 vollendet werde. Ein eigener Telegraph verbindet die Arbeitsstelle mit den außen gelegenen Maschinenhäusern und mit dem Baubureau, so daß man hier stets über jedes Vorkommniß im Innern des Berges unterrichtet ist. Die eingehende, höchst interessante nähere Beschreibung der Bohrmaschinen und der Maschinen zur Comprimirung der Luft machte der Redner noch durch Zeich-

---

bracht sind; man hat kein Auge für all die anderen Embleme und Ausschmückungen, die gewiß geeignet sind, das Düstere und Feierliche der Stimmung nur noch zu erhöhen; das Auge heftet sich unverwandt auf den Sarg und kann nicht glauben, daß das große Herz des edlen Mannes in dem engen Raume Platz gefunden.

Der Sarg ist dem todten Kaiser von der Republik Mexiko mitgegeben worden*); er ist ein wahres Prachtstück. Aus dem edelsten Rosenholze gefertigt, zeigt er auf seiner Außenseite die feinsten Schnitzereien; auch die Stützen sind reich und prächtig geschmückt. Er ruht auf einem einfachen Postamente, auf dessen Vorderseite ein eben so einfaches weißes Kreuz steht. Zu beiden Seiten sind je drei Wachsfackeln und zwei stehen zu Häupten. Am Kopfende des Sarges liegt ein schwarzes Sammtkissen, auf dem die mexikanische Kaiserkrone und der österreichische Erzherzogshut zu sehen; auf einem zweiten Kissen am unteren Ende liegt das goldene Vließ und das Großkreuz des St. Stephansordens. Drei große Kränze schmückten den Sarg; der eine kommt von der Marine zu Pola, der zweite von dem Gouverneur von Teneriffa und der dritte endlich von — der mexikanischen Garnison zu Queretaro. Den Feind hatten sie getödtet, dem edlen Menschen wollten sie die Ehrfurcht nicht versagen.

Im Laufe des Abends waren die Erzherzoge Leopold und Ernst eingetroffen, und um halb 10 Uhr kamen mit dem Wiener Schnellzug die Erzherzoge Karl Ludwig und Ludwig Victor.

Auf einem Boote, das im Hafen bereit stand, machten die beiden Erzherzoge in Begleitung des Capitäns Radonnetz die Fahrt nach dem „Schwarzenberg“. Erzherzog Karl Ludwig hielt einen großen Kranz in Händen, der auf seinen Wunsch im Garten von Miramar gewunden worden und zwar aus jener kleinen Gruppe von Lorbeersträuchen, die Erzherzog Ferdinand Max selbst angelegt und mit Vorliebe gepflegt hatte. Auf drei breiten Bändern des Kranzes stehen mit Goldbuchstaben die Worte: „Dem unvergeßlichen Bruder“ — „dem edlen Helden“ — „dem echten Christen“.

Es dauerte lange, bis die Erzherzoge von der „Novara“ zurückkamen . . . .

Später stieß kein Boot mehr vom Hafen ab, am Molo und am Ufer erstarb alles Leben und das Pfeifen der Wachposten beim Ablösen war Alles, was von der „Novara“ an's Land herüberdrang.

(Schluß folgt.)

*) Der Kupfersarg, welcher von Wien nach Pola geschickt worden und der den Holzsarg hätte umhüllen sollen, erwies sich als viel zu kurz.

nungen anschaulich. (Auf der Pariser Ausstellung waren Bohrmaschinen, wie sie am Mont-Cenis im Gebrauch sind, ausgestellt.)

Frankfurter Börse (13. bis 18. Januar.)

18. Januar. In dieser Woche lautete die allgemeine Parole wieder einmal: abwiegeln, trotzdem die französische Kammer dem sicherlich nicht zu Ehren des Friedens entworfenen Armeegesetz die Schlusstaufe ertheilte. Aber mögen auch die Thatsachen nicht zu den Worten stimmen, so braucht man doch vorläufig die letzteren, um die Welt zu beruhigen und auf das bevorstehende grosse Friedensanlehen vorzubereiten. Die Börse darf daher wohl für die nächste Zeit auf Waffenstillstand in der Politik rechnen; sie und das Kapital werden gut thun, in ihrer bisherigen Reserve zu beharren. Denn die politischen und sozialen Verhältnisse sind leider, namentlich in Frankreich in einen so gereizten Zustand gerathen, dass über kurz oder lang der Ausbruch einer Krisis zu befürchten bleibt.

Eine angekündigte Armeereduktion in Oesterreich blieb auf die Kurse der Staatspapiere sehr eindruckslos, eine vollzogene würde kräftiger wirken. Die konstitutionelle Neugestaltung des Kaiserstaates beseitigt noch nicht die Gefahren der Kompetenzstreitigkeiten zwischen drei Finanzministern, welche die Staatsgläubiger fürchten — und mit Recht. 1860er Loose, wofür ein erstes Haus als Verkäufer auftritt, viel am Markt.

Süddeutsche Fonds liessen diese Woche eher etwas nach, wenn schon das Geschäft darin ziemlich belebt bleibt, sie leiden unter dem Druck bevorstehender neuer Emissionen, womit die bayer. Regierung unter der Hand schon beginnt. Anderseits sollte die preuss. Anleihe, wovon 12 Millionen zur öffentlichen Zeichnung gelangen, bei einem Emissionskurs von 95 die $4\frac{1}{2}$pCt. Bayern, Württemberger und Genossen nach sich ziehen. Aber freilich, die alten guten Tage sind vorüber und ein Finanzminister in Stuttgart und München kann dem Kapital nicht mehr sein „Quos ego" entgegenschleudern. Badische 100 Thlr. Loose sind noch immer um $2\frac{1}{2}$pCt. gegen bayerische zurück, es liegt noch viel in erster Hand, die auf weiteres Steigen wartet, ehe sie losschlägt.

In Amerikanern grosse Umsätze, der Telegraph brachte am Montag eine Steigerung des Goldagio's um 3 pCt. und unterbrach sehr unangenehm die Erwartungen derer, welche auf einen konstanten Rückgang gerechnet hatten, doch parirte die Arbitrage den Stoss und die Kapitalanlage liess sich auch nicht einschüchtern. Zu dem um $\frac{7}{8}$ pCt. (bis $75\frac{1}{4}$) gewichenen Kurse gingen zahlreiche Kaufordres ein und das Prämiengeschäft war überaus belebt, so dass wir heute zu $76\frac{1}{4}$ gegen 76 vor 8 Tagen schliessen.

Oesterr. Kreditaktien zwar sehr fest, sollten aber bei den günstigen Resultaten des abgelaufenen Jahres und den günstigen Aspekten in die Zukunft, welche wenigstens von Wien aus übereinstimmend gemeldet werden, einen ungleich höheren Kurs einnehmen. Man schätzt die Superdividende auf fr. 6, mit den Zinsen also die Gesammtrente auf 8pCt., was selbst nach österr. Werthmesser doch Pari verdiente. Bei Darmstadt wird auf $6\frac{1}{2}$pCt Dividende gerechnet, wozu ein Kurs von 80 pCt. gleichfalls nicht recht stimmt. Oesterr. Nationalbank hat sich wieder ein paar Gulden gebessert, desgleichen für Frankfurter Bank nicht unter 126 anzukommen.

In E.-B.-Aktien geringe Veränderung, bayer. Ostbahnen gewannen $\frac{3}{4}$ pCt., die auch in das neue Jahr hinüberreichenden Mehreinnahmen der Staatsbahn erhalten die Spekulation à la hausse. Die hessische Ludwigsbahn hat auf den 12 Februar eine ausserordentliche Generalversammlung ausgeschrieben, in welcher die neuen Erweiterungsprojekte den Aktionären zur Genehmigung vorgelegt werden sollen. Der Dezember-Ausweis brachte derselben ein Plus von fl. 39,057 oder über 15 pCt. gegen den gleichen Monat des Vorjahrs; es fällt hauptsächlich auf Rechnung des Güterverkehrs, der 21 pCt. mehr ergab, obgleich die beförderte Zentnerzahl nur um $2\frac{1}{2}$ pCt. stieg; die Güter haben daher grössere Strecken auf der Bahn durchlaufen. Das Jahreserträgniss pro 1867 zeigt ein Plus von fl. 246,159 oder $8\frac{1}{2}$ pCt. gegen 1866. Auch die Frankfurt-Hanauer E.-B. schliesst sowohl den letzten Monat des Vorjahrs als das ganze Jahr mit Mehrerträgen; für letzteres stellt sich das Plus auf 6 pCt. — Von E.-B.-Prioritäten Staatsbahnen höher, italienische vernachlässigt.

Geldstand, Wechsel und Sorten ohne erhebliche Veränderung. Wien bis $98\frac{5}{8}$ bezahlt.

	13.	18.		13.	18.
5% Oestr. National	$53\frac{1}{4}$	$53\frac{5}{8}$	$3\frac{1}{2}$% Badische Obl.	$82\frac{1}{2}$ B	82 B
5% do. Metal. (1859)	60 B	$59\frac{5}{8}$	4% Darmstädt. do.	$90\frac{1}{2}$ B	—
do. (steuerfr.)	$47\frac{7}{8}$	$48\frac{1}{8}$	$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	95 B	$94\frac{7}{8}$ B
5% do. Lose (1860)	$70\frac{7}{8}$ B	$70\frac{7}{8}$	4% do. do.	$86\frac{1}{2}$ B	$86\frac{1}{2}$ B
— do. do. (1864)	$75\frac{3}{4}$ B	$76\frac{1}{8}$ B	$3\frac{1}{2}$% do. do.	$81\frac{1}{2}$ B	82 B
Oestr. Kreditl. (58)	125	$125\frac{7}{8}$ B	4% Kurhess. do.	$90\frac{1}{2}$ B	$90\frac{3}{4}$ B
5% Bayer. Obligat.	$100\frac{3}{4}$ B	101	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	$82\frac{1}{4}$ B	82 B
$4\frac{1}{2}$% do. do.	$94\frac{7}{8}$	$94\frac{1}{2}$ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	$88\frac{7}{8}$ B	$88\frac{5}{8}$	6% Amerik. (1882)	76	$76\frac{7}{8}$
4% do. 100 Thl.-L.	$99\frac{1}{2}$ B	$99\frac{5}{8}$ B	Oestr. Kredit.	183	184
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$93\frac{1}{2}$ B	94 B	Oestr. Nat.-Bank	674	669 B
$3\frac{1}{2}$% do. do.	$81\frac{1}{2}$ B	$81\frac{1}{2}$	Frankfurter do.	$126\frac{1}{2}$ B	$126\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	$93\frac{1}{4}$ B	$93\frac{1}{2}$ B	Bexbacher E.-B.	$158\frac{1}{2}$ B	$157\frac{7}{8}$
4% do. do.	$85\frac{3}{4}$	$86\frac{1}{8}$ B	Bayer. Ostbahnen	$119\frac{1}{4}$ B	$119\frac{3}{4}$
					(Akt.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. d. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 34	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$64\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{3}{8}$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$48\frac{1}{4}$ P. 48 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{4}$ P. 101 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$83\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	$76\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	660 G. exD.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$184\frac{1}{2}$ P. 84 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$206\frac{1}{2}$ P. $5\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$89\frac{3}{4}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Elsb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	241—42 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$115\frac{1}{4}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157\frac{3}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{2}$—52 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P. $74\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	120 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	$97\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$99\frac{1}{4}$ P. 99 G.
do. in öst. W. l. S.	$98\frac{7}{8}$—99 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$128\frac{3}{8}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$60\frac{1}{2}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{2}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$125\frac{7}{8}$ P.
" do. v. 1864	$76\frac{1}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26\frac{1}{4}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$31\frac{1}{4}$ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 P.

Frankfurt, 20. Januar. Die Woche eröffnet in ausgesprochen günstiger Stimmung für österr. Werthe, soweit man damit die österr. Spekulazionseffekten bezeichnen darf. Anregung hierzu gaben die höheren Wiener Course, besonders die ansehnliche Valutabesserung, die in den letzten Tagen stattgefunden hat. Staatsbahn lief heute den Creditaktien, die gegen erstere etwas vernachlässigt waren, den Rang ab. Auch 1860er Loose waren gesuchter, als seither. Oesterr. Staatspapiere waren unverändert und ohne Leben. Das ziemlich starke Geschäft concentrirt sich besonders auf Speculations-Effekten. Für Amerikaner war die Stimmung trotz besseren Goldagios und höherer Newyorker Bondscourse matt, besonders gegen den Schluß. Süddeutsche fest, badische Loose gefragt und höher. Von Prioritäten Livorno gesuchter. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 22.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 22. Januar 1868.

Telegraphischer Bericht der N. Würzb. Ztg.*)

b München, 21. Jan., Mittags 12 Uhr. Der Ausgleichsvorschlag des Kriegsministers bezüglich des zweiten Wehrgesetzartikels (Contingentsgesetz) ist soeben mit allen gegen 10 Stimmen von der Reichsrathskammer angenommen.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Nachmittag durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Bayerischer Landtag.

Kammer der Reichsräthe: Vorlage eines Vermarkungsgesetzes. Drei mit der Abgeordnetenkammer übereinstimmende Gesammtbeschlüsse.

München, 21. Januar.

In der gestrigen 30. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe legte Minister v. Schlör einen Gesetzentwurf, die Vermarkung der Grundstücke betr., vor und fügte bei, daß mit dieser Vorlage einem von beiden Kammern ausgesprochenen Wunsche entsprochen werde. Die Regierung habe die Sache dahin auffassen zu sollen geglaubt, daß sie versuchte, Normen aufzustellen, unter welchen einem Grundbesitzer es ermöglicht wird, unter Zuziehung des Nachbars die Festsetzung der Grenzen seines Grundstückes zu bestimmen. Um diese Feststellung in beweiskräftiger Weise und möglichst genau zu bestimmen, habe die Regierung an ein schon bestehendes Institut angeknüpft, welches aus dem Bedürfnisse entstanden und da, wo es besteht, im Bewußtsein des Volkes anerkannt ist.

Reichsrath v. Bomhard erstattete Vortrag über den Antrag der Kammer der Abgeordneten, das Ungehorsamsverfahren in den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Straffällen betr. Danach wolle im Landtagsabschiede mit Gesetzeskraft ausgesprochen werden, daß die Wahl zwischen dem Einspruche und der Nichtigkeitsbeschwerde oder der Berufung in den zu diesen geeigneten Fällen dem Verurtheilten freistehe und das Rechtsmittel des Einspruches durch die Einlegung der Nichtigkeitsbeschwerde oder der Berufung ausgeschlossen werde. Referent empfahl diese höchst zweckmäßige Bestimmung zur Annahme und die hohe Kammer erklärte sich ohne Debatte einstimmig damit einverstanden, so daß Gesammtbeschluß erzielt ist.

Die Kammer der Abgeordneten hat bekanntlich am 6. Nov. den Antrag angenommen, „es sei an Se. den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, dem Landtage einen Gesetzentwurf über die Revision des Verfahrens in Strafsachen sobald als thunlich vorlegen zu lassen.“ Referent v. Bomhard empfahl auch diesen Antrag zur Annahme, da die Revision unseres Strafverfahrens ein Bedürfniß sei aus innern und äußern Gründen, und die Regierung selbst dieses Bedürfniß anerkannt habe.

Frhr. v. Zu-Rhein reproduzirte folgenden, vom Ausschusse abgelehnten Antrag: „es wolle an obigen Antrag noch folgender Zusatz angereiht werden: Zugleich aber auch die weitere allerunterthänigste Bitte damit zu verbinden, für den Fall, daß bei dem gegenwärtigen Landtage der oben erwähnte Gesetzentwurf nicht mehr eingebracht und beschieden werden sollte, in dem zu erlassenden Landtagsabschiede mit rückwirkender Gesetzeskraft auszusprechen, daß der Verurtheilte, er habe die Strafe bereits angetreten oder schon überstanden, ingleichen dessen Erben und jeder Dritte an seiner Statt berechtigt sei, die Wiederaufnahme der Untersuchung zum Vortheile des Verurtheilten zu verlangen, soferne neue, in den Akten noch nicht vorgekommene Beweismittel angegeben werden, womit die Grundlosigkeit des Anschuldigungsbeweises oder die gänzliche Unschuld dargethan werden kann.“ Frhr. v. Zu-Rhein bemerkte u. A.: Veranlassung zu dieser Modifikation bilde die Sache des L. Sachenbacher aus München und des G. Megner in Würzburg. Beide glaubten, daß ihnen Unrecht geschehen sei und daß sie durch neue Gründe ihre Unschuld darlegen könnten. Redner ist der Ansicht, es sei ein unabweisbares Erforderniß, daß ein Verurtheilter das Recht habe, die Wiederaufnahme der Untersuchung zu erlangen, wenn er neue in den Akten noch nicht vorgekommene Beweise produziren kann. „Humanität und das staatliche allgemeine Interesse gebieten, daß wir diesem Verlangen in möglichster Kürze gerecht werden.“ Referent v. Bomhard sprach sich gegen diese Modifikation aus, da in den beiden erwähnten Fällen eine Aenderung der thatsächlichen Grundlage kaum zu erwarten sei und weil, wenn bezüglich der Wiederaufnahme von Untersuchungen zu laxe Bestimmungen Platz greifen, die Gerichte mit solchen Gesuchen um Wiederaufnahme der Untersuchung überschwemmt und die Rechtssicherheit, wie das Ansehen der Gerichte gefährdet würden. — Frhr. v. Zu-Rhein: So wenig es Aufgabe der Kammern sei, in die Judikatur der Gerichte einzugreifen, ebenso wenig stehe es dem Referenten zu, zu prognosticiren, welchen Erfolg in den gebachten 2 Fällen die Wiederaufnahme der Untersuchung haben werde. So wenig ein Gericht der unteren Instanzen an Ansehen verliert, wenn eine höhere Instanz ein ganz anderes Urtheil fällt, ebenso wenig werde

Der todte Kaiser Max in Triest.

(Nach der „Presse.“)

(Schluß.)

Triest, 16. Januar.

Bei Anbruch des Tages begann die Begrüßung der „Novara,“ die gestern — da sie erst nach Sonnenuntergang eingelaufen — unterblieben war. Die Fregatte „Schwarzenberg“ löste den ersten Schuß; dann folgt in Minuten-Intervallen die „Elisabeth,“ die „Saida,“ die „Adria,“ die „Minerva“ ꝛc. ꝛc. Jeder Schuß schlägt gleichsam in das Meer ein und die Rauchwolken wälzen sich noch streckenlang auf der Oberfläche des Wassers weiter. Es ist ein höchst malerischer Anblick. Dabei bricht sich jeder Knall an den Küstengebirgen und hallt von dort zehnfach wieder. Die Todtensalven der Kriegsschiffe werden von der Leuchtthurm-Batterie, von dem Castell und von allen Forts an der Küste erwidert. In diesem Momente fangen sämmtliche Glocken der Stadt zu läuten an, und alle Schiffe im Hafen ziehen ihre Flaggen und hissen sie zum Zeichen der Trauer halbtopp auf. So wird die „Novara“ im heimischen Hafen begrüßt.

Mittlerweile ist es hell geworden, und ob zwar die Sonne aus dem Gewölke noch nicht hervorgebrochen und der Nebel ziemlich dicht auf dem Meere ruht, übersieht man doch mit einiger Deutlichkeit den ganzen Plan. Die Kriegsschiffe sind, wie schon erwähnt, im Halbkreise aufgestellt und haben die „Novara“ in ihrer Mitte, so daß diese dem Molo San Carlo gerade gegenüber liegt. Dicht an der „Novara“ liegt das Trauerboot, oder, wie man es hier nennt, die „Galleggiante,“ welche den Sarg vom Bord der „Novara“ bis zum Molo bringen soll. Diese „Galleggiante“ überragt an düsterer Pracht Alles, was wir bisher Aehnliches gesehen. Die Detailbeschreibung könnte kaum ein hinreichendes Bild von der malerischen Dekorirung des Bootes geben. Im Ganzen gleicht es aus der Ferne einem großen Thronhimmel, der oben in eine riesige Krone zusammengefaßt ist.

Die „Novara“ hat einen Trauerflor aufgezogen und die Flagge halbtopp gehißt, ebenso alle anderen Schiffe im Hafen. Wer das See- und Schiffleben nicht kennt, macht sich kaum einen Begriff davon, was das heißt, „halbtopp hissen,“ und welch ein Ausdruck der Trauer darin liegt. Sonst tragen die Schiffe Flaggen und Fahnen an der Spitze des Mastes. Wenn der Wind ein wenig weht, ist es ein heiterer Anblick, dem lustigen Spiele des Windes mit den Wimpeln zuzusehen. Wird die Flagge „halbtopp“ gehißt, so wird sie beiläufig nur bis zur Hälfte der Masthöhe aufgezogen und hängt lässig am Mast herunter. Auf einen Seemann macht das den trübsten Eindruck. Wenn er auf offenem Meere ein Schiff mit der Flagge „halbtopp“ erblickt, so ist das für ihn ein Zeichen, daß sich das Schiff in größter Gefahr befindet. Entweder es ist Meuterei an Bord ausgebrochen oder das Schiff ist in Brand gerathen, oder es ist ihm sonst irgend ein großes Unglück zugestoßen.

Als die Zeit der Ausschiffung nahe war, lei sich vom Molo

das Ansehen jenes Gerichts Schaden leiden, dessen Erkenntniß nach Wiederaufnahme der Untersuchung geändert oder ganz außer Kraft gesetzt wird. — v. Maurer sprach sich gegen die Modifikation aus, weil durch dieselbe ein ganz neues System (das der Schriftlichkeit) in unser Strafverfahren eingeschmuggelt wird und weil die Folge nur die wäre, daß bald jeder Verurtheilter, namentlich die schweren Verbrecher, Wiederaufnahme der Untersuchung verlangte. Nachdem v. Bomhard noch bemerkt hatte, daß er die beiden Fälle nur deßhalb erwähnt habe, weil er die ganze Actenlage kenne, wurde der Antrag der Abgeordnetenkammer einstimmig angenommen, die Modifikation des Frhrn. v. Zu-Rhein aber mit allen gegen 3 Stimmen (Graf Deroy, Frhr. v. Zu-Rhein und Graf v. Seinsheim) abgelehnt.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag der Kammer der Abgeordneten: es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, Allerhöchstderselbe geruhe, baldmöglichst den Kammern einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wornach der Art. 22 des Gesetzes vom 4. Juni 1848, die Grundlagen der Gerichtsverfassung betr., wieder hergestellt und zugleich mit Normen umgeben werde, welche die Unabhängigkeit des Richterstandes, sowie die Interessen der Rechtspflege bei der Durchführung sicher zu stellen geeignet sind." Referent Frhr. v. Frankenstein empfahl diesen Antrag zur Annahme, weil es wünschenswerth sei, daß die Richter gegen die Möglichkeit willkürlicher Enthebungen und Versetzungen sicher gestellt werden, wobei es jedoch nothwendig sei, durch ein Disziplinargesetz die nach Ansicht von Fachmännern nicht ausreichenden Bestimmungen des Staatsdiener-Edikts zu ergänzen. v. Bomhard: der Grundsatz der Unentfernbarkeit der Richter könne nur in Verbindung mit einem gerechten aber strengen Disziplinargesetz Aufnahme in das Gesetz finden. Unter dieser Bedingung stimme er für den Antrag. Würden die Ausnahmsfälle nicht auch durch ein Gesetz bestimmt, in welchen Enthebungen und Versetzungen von Richtern wider ihren Willen zulässig sind, dann wäre die Justizverwaltung in die üble Lage versetzt, entweder die Hände in den Schooß zu legen und alle Einschreitung beim Einreißen von Mißbräuchen zu unterlassen, — was 1464 richterlichen Beamten gegenüber doch zu bedenklich wäre — oder ernste Maßregeln zu ergreifen, und sich damit eine große Anzahl von Feinden zuzuziehen, die mit aller Gehässigkeit ihre Maßregeln angreifen und es dahin bringen, daß die Thätigkeit der Justizverwaltung diskreditirt wird. Auch das Pensionsverhältniß müsse hier berücksichtigt werden. In 6 Jahren von 1862 an traten nach § 22 des Edikts freiwillig in Pension 204 Richter und zwar 1862 14, 1863 25, 1864 26, 1865 49, 1866 41, 1867 50. Daraus ersehe man, daß mit dem Steigen der Anforderungen des Dienstes auch die freiwilligen Pensionirungen stiegen. Dagegen sind nach § 19 pensionirt worden: 1862 22, 1863 10, 1864 2, 1865 9, 1866 8, 1867 11, also im Ganzen 62 und davon in den letzten vier Jahren 2 weniger als in den beiden vorhergegangenen Jahren. Der Antrag wurde sodann mit allen gegen 5 Stimmen (die Prinzen Luitpold, Leopold, Adalbert, Frhr. v. Ponikau, Frhr. C. M. von Aretin) angenommen, so daß heute 3 Gesammtbeschlüsse erzielt wurden.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Die Spielbankfrage in der Kammer.] Wie in der preußischen wurde diese Frage auch kürzlich in der badischen Kammer verhandelt. In der Sitzung vom 18. ds. sprach Mühlhäuser für Aufhebung der Spielbank wo möglich vor 1870. Mit tiefer Entrüstung habe man in Pariser Zeitungen gelesen, daß ein Ort bestehe, wo es noch ärger hergehe, als in Paris, nämlich in Baden. Ministerpräsident Dr. Jolly bemerkt, die Fortdauer des Vertrags bis 1870 sei von diesem Hause genehmigt worden. Die Aufhebung vor diesem Zeitpunkt sei unter der einzigen Bedingung möglich, daß auch die Spielbanken im norddeutschen Bund vorher aufgehoben würden. Roßhirt fürchtet, man werde 1870 sich wieder auf demselben Standpunkt befinden, wie heute, wenn man nicht energisch das in die Hand nehme, was die Stadt Baden als Ersatz für das Spiel erhalten solle. Auf die Anfrage Mundt's (von Heidelberg), ob die Regierung noch gesonnen sei, das Spiel nicht über 1870 hinaus zu verlängern, erklärt Ministerpräsident Jolly, er glaube sich zu erinnern, daß seine Aeußerung in dieser Beziehung sich nur auf die Frage bezogen habe, ob der Spielpacht bis 1870 verlängert werden solle oder nicht; darüber, was später geschehen solle, sei damals nichts gesagt worden. Wenn man sich jetzt durch einen Ausspruch binde, so entziehe man sich den Boden zu einem Vertrag mit dem norddeutschen Bund über gemeinschaftliche Aufhebung. Im Jahre 1870 müsse das Haus nothwendig einen Beschluß fassen, dem solle die Kammer jetzt nicht vorgreifen. In gleichem Sinne äußert sich Kießner Namens der Kommission. Moll will, die Kammer solle heute einen Wunsch zu Protokoll geben, daß sie die Verlängerung der Spielpacht über 1870 hinaus nicht wünsche. Beck ist nicht dafür, daß man der Regierung bis zum letzten Zeitpunkt hinaus vorschreibe, was sie in der Frage der Spielbank thun solle; es bereite ihr dies keinen günstigen Stand bei Unterhandlungen mit der großh. Regierung. Dagegen möchte er der Regierung ganz besonders den Wunsch aus Herz legen, daß die Polizei in Baden strenger sein und namentlich die Bacchanalien eines gewissen Klubs ferner nicht dulden möge. Den Abg. Nikolai genirt es wenig, wenn Leute ihr Geld auf ganz unverantwortliche Weise vergeuden und will auf den Wunsch Molls nicht eingehen, um der Zukunft nicht vorzugreifen. Damit wird ohne Beschlußfassung (!) der Gegenstand verlassen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Jan. [Bestattung der Kaiserleiche.] Diese fand gestern statt und wir entnehmen darüber der „N. fr. Pr." Folgendes: Bereits um 1 Uhr Nachmittag waren alle Straßen und Plätze, welche der Leichenzug und der Hof passiren sollten, mit Menschenmassen erfüllt. Nothtribünen waren an allen Orten in Eile errichtet und die Passage nicht nur für Wagen, sondern auch für einzelne Passanten nahezu unmöglich geworden. Nur mit Mühe konnten sich die ersten Truppenabtheilungen durch die enggeschlossenen Menschenmassen Bahn brechen, um an ihre Aufstellungsorte zu gelangen.

Die Kapuzinerkirche war ganz schwarz drapirt, die gewöhnlichen Bänke weggeräumt und der Fußboden mit schwarzem Tuche über-

---

aus dem Auge ein prachtvolles Panorama dar. Wenn man ungefähr am Ende des Molo stand, hatte man unmittelbar vor sich die ganze Kriegsmarine mit der „Novara" und der „Galleggiante" in der Mitte, zur linken Seite übersah man das ganze Ufer, das dicht mit Menschen besetzt war, bis in die Straßen hinein, mit den Tribünen und schwarzdekorirten Häusern, deren Dächer noch als Schaugerüste benützt wurden. Auf der rechten Seite des Molo endlich lagen zahlreiche Handelsschiffe, die auf dem Verdeck improvisirte Tribünen errichtet und zahlreiche Zuschauer aufgenommen hatten. Ja, selbst die Masten, die Raaen und Taue wimmelten von kühnen Neugierigen.

Jetzt schlägt es vom nahen Thurm halb zehn Uhr. Von der Stadt her kommt der riesige Todtenwagen mit sechs prächtigen Rappen und stellt sich unmittelbar vor dem Gerüste auf. Die Pferde haben schwarze Reiherbüsche auf der Stirne

Bald kommt auch die Geistlichkeit mit dem Bischof an der Spitze und endlich die anwesenden Erzherzoge Leopold, Ernst, Ludwig Viktor und Karl Ludwig; die Erzherzoge in Generals-Uniform.

Ringsum herrscht feierliche Stille; man hört nichts herüber, als das Gesumme der wogenden Menschenmenge. In diesem Augenblicke wird der Sarg mit dem Leichnam des Kaisers von Bord der „Novara" auf die „Galleggiante" gebracht und der Leichenzug auf dem Meere setzte sich in Bewegung. Es war dies der feierlichste Moment der ganzen Ceremonie.

Voran fährt eine Dampfbarkasse, welche das Trauerboot schleppt, dann das Trauerboot selbst, auf dem nun schon der Sarg ruht.

„In diesem Sarge liegt er, der todte Kaiser", flüstert Einer dem Andern zu und eine tiefe Bewegung zieht durch die ganze Menge.

In ruhig gemessenem Tempo kommt das Boot immer näher und man hört nun schon das Beten des Schiffskaplans, der am vorderen Ende des Fahrzeuges steht. Zu beiden Seiten des Sarges stehen See-Offiziere mit gezücktem Säbel als Ehrenwache. Am Vordertende trägt das Boot die umflorte, auf halbem Topp gehißte österreichische Flagge.

Der „Galleggiante" reihen sich in langem Bogen noch die Boote der Escadre, der Lloyd-Gesellschaft und der Handelsschiffe an, und zu beiden Seiten des Zuges in respektabler Entfernung davon fahren gleichfalls viele Boote, Dampfbarkassen und sonstige Fahrzeuge.

Noch herrscht die feierlichste Stille. In der tiefsten Ruhe legt die „Galleggiante" ihren Weg zurück; doch wie sie ungefähr auf Schußweite von der „Novara" entfernt ist, feuert diese den ersten Salutschuß ab; die anderen Kriegsschiffe, Kastell, Leuchtthurm und die Forts an der Küste antworten, und unter Kanonendonner und Glockengeläute wird der Sarg mit der Leiche des Kaisers ans Land gesetzt. In diesem Momente bricht die Sonne aus den Wolken hervor und erhellt mit ihren Strahlen die ganze düstere Scene, die sich nun auf dem Molo abspielt.

Sechsunddreißig Unteroffiziere vom Matrosenkorps sind bei der

zogen. An den Wänden waren mexikanische Kaiserwappen befestigt. In der Mitte der Kirche vor dem Hauptaltare war eine schwarze, niedrige Balustrade zur Aufstellung des Sarges errichtet. Um 3 Uhr begann das Geläute der Glocken sämmtlicher Kirchen Wiens, und der Zug setzte sich in folgender Ordnung in Bewegung: Zuerst die Knaben und Mädchen des Waisenhauses in der Roßau, hierauf die Pfründner und Pfründnerinnen des Wiener Versorgungshauses und des Bürgerspitals und endlich die städtischen Waisenknaben und Mädchen, alle unter der Vortragung von mit Flor umhüllten Kreuzen.

Diesen folgten Barmherzige Brüder, Franziskaner, Dominikaner, ferner die Geistlichkeit aller Pfarren Wiens, ebenfalls unter Vorantragung von Kreuzen. Nach diesen kam der ganze Gemeinderath und zum Schlusse der Bürgermeister Dr. Zelinka. Dem nun folgenden zweispännigen Wagen, in welchem ein Hoffourier saß, ritt ein Hof-Einspänner vor. Hierauf folgte eine Eskadron Husaren, ein Vorreiter, ein Hoffourier zu Pferd und der erste Oberhofmeister Sr. Majestät des Kaisers, Fürst Hohenlohe, in einem sechsspännigen, mit Läufern umgebenen Hof-Galawagen. Vor dem Leichenwagen kamen nun noch die Hofdienerschaft, die Matrosen- und Marine-Infanterie-Kompagnie und endlich zwei Hoffouriere zu Fuß. Der Sarg befand sich auf dem mit 6 Schimmeln bespannten Trauerwagen. Zu beiden Seiten der Pferde schritten Läufer, zu beiden Seiten des Leichenwagens fackeltragende Edelknaben, Arcierengarden, Marine-Offiziere, Hofgendarmen und Matrosen mit gezogenen Säbeln, sowie einige Hofbeamte. Auf dem Sarg lagen einige aus frischen Blumen gebundene Kränze. Unmittelbar hinter dem Sarge schritten die Admirale Tegetthoff, Fautz, die zwei k. k. Kämmerer, zahlreiche Marine-Stabs- und Ober-Offiziere, die Deputation des achten Uhlanen-Regiments, welches den Namen weiland Kaiser Max führt, sowie einige mexikanische Offiziere in den buntesten Uniformen. Sämmtliche neben und hinter dem Sarge gehenden Offiziere trugen Florschärpen. Kurz nach 1/4 4 Uhr war der Leichenwagen bei dem Portale der Kapuzinerkirche angelangt. Der Sarg wurde durch die Matrosen vom Wagen heruntergehoben, in die Kirche getragen und hier auf die Balustrade gestellt. In der Kirche hatten sich mittlerweile der Hof, sowie die fremden Gesandtschaften und sonstigen Gäste versammelt.

Nachdem der Sarg auf die Balustrade gehoben worden, wurde von der Hofkapelle das Libera gesungen und von dem Kardinal Rauscher die letzte Einsegnung vorgenommen. Nach derselben wurde der Sarg von den Kapuzinern unter Beihülfe der Marine-Unteroffiziere gehoben und unter Trauergebeten und Fackelbegleitung in die Gruft hinabgetragen. Der Kaiser mit den Erzherzogen, der erste Obersthofmeister, der Vice-Admiral v. Tegetthoff und zwei Kämmerer folgten dem Sarge. Nach Beendigung der Gebete übergab der erste Obersthofmeister dem Guardian der P. P. Kapuziner den Sarg, empfahl die Leiche seiner Obhut und händigte ihm einen der beiden Sargschlüssel ein; den zweiten Schlüssel übergab er dem anwesenden Ceremoniel-Protokollsführer zur Hinterlegung in der k. k. Schatzkammer, worauf alles die Gruft und die Kirche verließ. Die ganze Feierlichkeit war um dreiviertel auf vier Uhr vorbei; einige Minuten später war der Kaiser in die Hofburg zurückgekehrt; die Massen des Publikums füllten die Straßen, um heimzukehren; es währte aber einige Stunden, bis die Stadt und das Treiben in den Straßen und auf den Plätzen derselben die gewöhnliche Physiognomie erhalten hatten. Die ältesten Personen Wiens erinnern sich nicht, einen ähnlichen Zusammenfluß von Menschen gesehen zu haben.

— [Kaiserin Charlotte.] Wie die „France" aus Brüssel vernimmt, ist die Kaiserin Charlotte vor vier Tagen durch den König und die Königin der Belgier von der Katastrophe von Queretaro unterrichtet worden. Die erste Bewegung der Kaiserin war ein schmerzlicher Schrei, dem bald reichliche Thränen folgten. Dann gewann sie die ganze Festigkeit ihres Charakters wieder und sagte übrigens, daß sie schon seit einiger Zeit ein großes Unglück vermuthet hätte. Sie verlangte hierauf sofort ihre Trauerkleider. Seitdem hat die Königin der Belgier ihre Schwägerin, deren Gesundheitszustand sich unter dieser großen Prüfung nicht verschlimmerte, noch nicht verlassen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 19. Jan. [Jahrestag der „Krönung des Gebäudes".] Ein Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt: Heute vor einem Jahre wurde die sogenannte „Krönung des Gebäudes" durch das bekannte kaiserliche Handschreiben als constitutioneller Decorationswechsel feierlich in Scene gesetzt und heute noch entbehrt das französische Volk der gesetzlichen Feststellung aller der schönen Dinge und neuen Freiheiten, die dem mit solchen politischen Prämien bedachten französischen Volke damals von den Tuilerien aus zugedacht wurden. In einzelnen Fällen freilich ist die Praxis, namentlich in Bezug auf Autorisirung von Zeitungen ꝛc., milder geworden, aber die andauernde Abwesenheit bestimmt festgesetzter Gesetze und Rechte läßt die Betheiligten nicht selten nach den schönen Fleischtöpfen des Willkürverfahrens sich zurücksehnen, da dieses mehr väterlich durch Verwarnungen, als strafrichterlich durch Gefängniß und Cautionsverluste heimzusuchen pflegte. Die Ergebnisse des angeblich liberalen Fortschrittes vom 19. Januar sind allerseits nur sehr spärlich zu entdecken, und wo sie wirklich bemerkenswerth gefunden, fielen sie keineswegs zum Vortheil der neu eingeschlagenen Bahnen aus. Die „Erziehung Frankreichs zur Freiheit" ist allem Anscheine nach in des Kaisers oder doch seiner berathenden Umgebung Augen noch nicht beendet und es gibt eine ganze Partei, die sich nichts eifriger angelegen sein lassen mag, als das Kaiserwort zu drehen und zu deuteln, um der Nation das kleine Maß des feierlich Zugesagten noch mehr zu verkümmern. Der Brief Persigny's über die Preßverhältnisse ist ein beredter Fingerzeig, und man kann ihn kaum besser charakterisiren, als mit den Worten eines geistreichen hier lebenden deutschen Staatsmannes, der meinte, der Brief des Herzogs erinnere ihn an einzelne Scenen aus der Revolutionszeit von 1848, da einzelne Haufen in einer kleinen deutschen Residenz nicht müde wurden, zu rufen: „Wir wollen Alles haben, Preßfreiheit und Censur!"

— [Finanzielle Verlegenheiten.] Der Kaiser Napoleon hat die in den Leihhäusern von Arbeitern versetzten Betten und Kleidungsstücke einlösen und den Eigenthümern wieder

---

Ausschiffung behülflich. Sie nehmen das Bahrtuch herunter und man sieht nun den Sarg ganz frei.

Während die Matrosen damit beschäftigt sind, den Sarg von dem Gerüste herabzulassen, verlassen Vice-Admiral Tegetthoff, der Leibarzt des verstorbenen Kaisers, Dr. Basch, und alle übrigen Theilnehmer des Zuges, die auf Booten der Escadre, des Lloyd oder der Handelsschiffe hieher gefahren waren, ihre Fahrzeuge. Die Anwesenden bilden Spalier, wie Tegetthoff kommt, und grüßen ihn ehrfurchtsvoll.

Nun wird der Sarg vom Bischof unter Assistenz sämmtlicher Priester der Diözese eingesegnet und dann von den Matrosen auf den Todtenwagen gehoben. Das Bahrtuch deckt ihn nun wieder und auf demselben liegt der große Kranz, der von den Brüdern des Verstorbenen gespendet worden. Während der Einsegnung sieht man manches Auge feucht und auch die Brüder des Verstorbenen werden von Rührung übermannt und verhüllen das Gesicht mit dem Tuche.

Der Zug setzte sich genau nach dem vorgeschriebenen Programme in Bewegung. Voran ein Infanterie-Regiment mit der Musik, hierauf eine Kompagnie Marine-Infanterie, dann die Musik des Küsten-Infanterie-Regiments und die Kreuzträger. Unmittelbar vor dem Todtenwagen geht die Geistlichkeit, an ihrer Spitze die Kapuziner des Klosters. Dem Trauerwagen zur Seite sind Unteroffiziere vom Matrosenkorps; an den vier Ecken desselben gehen die Kammerdiener weiland Sr. Majestät des Kaisers von Mexiko, welche auf schwarzen Sammtkissen die mexikanische Kaiserkrone, die kaiserl. österr. Prinzenkrone, den Erzherzogshut, dann die Insignien des Toisons, des königl. ungarischen Stephan-Ordens, des kaiserl. mexikanischen Adler- und des Guadeloupe-Ordens tragen.

Unmittelbar hinter dem Sarge gehen die Brüder des Todten, dann die übrigen Erzherzoge, Vice-Admiral Tegetthoff, alle Militär- und Civilbehörden, fremde Offiziere, Deputationen des Konsularkorps, Gemeinderath, Handelskammer, Verwaltungsrath des Lloyd und die auswärtigen Deputationen. Der Zug wird geschlossen durch eine Kompagnie des Matrosenkorps, die Divisions-Schule und zwei Bataillone Infanterie.

Vor der Bahnhalle angelangt, wurde der Leichnam wieder eingesegnet, dann vom Wagen gehoben und durch die schwarz drapirte Halle in ein Trauerzelt unmittelbar vor die Waggons gebracht. Hier fand die letzte Einsegnung statt und die Matrosen hoben dann den Sarg in den zur Abfahrt bereiten Waggon.

Die Erzherzoge verabschieden sich vom Vice-Admiral Tegetthoff und verlassen den Bahnhof; die übrige Begleitung aber setzt sich gleich in den Feierkleidern in die bereiten Waggons und — fort braust der Zug.

Der todte Kaiser macht die letzte, allerletzte Reise. . . .

zustellen lassen. — Die finanziellen Verlegenheiten, welche gegenwärtig die Staatskasse, sowie Industrie und Handel so schwer bedrängen, dehnen sich auch auf die kaiserliche Civilliste aus. Die beträchtlichen, während der Ausstellung gemachten Ausgaben, der nothwendige Aufwand, noch gesteigert durch die wachsende Prachtliebe der Kaiserin — die so eben beendigte Ausschmückung und Möblirung des restaurirten Speisesaales in den Tuilerien hat 800,000 Fr. gekostet — haben die Mittel erschöpft, und hieraus erklärt sich zur Genüge das Unterbleiben der gewöhnlichen Festlichkeiten, Hofjagden und Einladungsserien in Compiègne. Man spricht sogar von einer schwebenden Schuld der Civilliste von ganz ansehnlicher Höhe und sie wird um so drückender empfunden, weil der allgemeine Nothstand sonst angemessene Gelegenheit geboten hätte, namentlich mit Rücksicht auf die bevorstehenden Wahlen, die kaiserliche Fürsorge für das öffentliche Wohl in hellstes Licht zu stellen. Auch die Gesundheit des kaiserlichen Prinzen bedarf fortwährend der größten Schonung. Wie man erfährt, bleibt der Unterricht größtentheils ausgesetzt, und die körperlichen Uebungen sind ärztlich streng untersagt. Auf den Kaiser selbst wirkt dies anhaltende Leiden des Thronerben in hohem Grade verstimmend.

Die dermaligen Dienstes- und Gehaltsverhältnisse der Postexpeditoren.

* Die Presse hat in der letzten Zeit so manche Wünsche in den Einrichtungen der bayerischen Verkehrsanstalten besprochen, die vom unparteiischen Standpunkte aus nicht als unbegründet erkannt werden konnten und wohl auch Erhörung finden werden. Gestatten Sie nun auch in Ihren Spalten an die Reihe dieser Bemerkungen eine Besprechung über die dermaligen Dienstes- und Gehaltsverhältnisse der Postexpeditoren, damit auch in dieser Richtung ein ebenso gerechter als nothwendiger Schritt nicht gar zu lange mehr auf sich warten lasse.

Wer mit dem Verkehrsleben nur einigermaßen vertraut ist, wird anerkennen müssen, daß die täglich bemerkbare Zunahme des Postverkehrs auch die Arbeiten der postdienstlichen Organe und somit der Postexpeditoren vermehrt, und daß insbesondere deren Thätigkeit durch die vor nicht langer Zeit erfolgte Einführung der Postanweisungen eine sehr erhöhte Bedeutung gewonnen hat; die Vereinnahmung und Verausgabung der baaren Gelder, deren Zahl und Summe schon jetzt bis zu einer vorher nie geahnten Größe sich emporgeschwungen und täglich sich noch mehr erhöht, erfordert doch gewiß weit mehr Mühe und Sorgfalt, als die frühere einfache Annahme und Abgabe der nur verpackt durch die Post spedirten Gelder, wie damit auch die Haftung und Verantwortlichkeit eine weit größere werden mußte.

Nun hätte man wohl mit Recht gleich bei Einführung dieser erhöhten Dienstesaufgabe erwarten dürfen, daß den Expeditoren, welche nicht blos in bestimmten Tagesstunden zu arbeiten verpflichtet sind, sondern denen die ganze Last des Dienstes, wie er am betreffenden Orte vorkommt, obliegt, in Beachtung dieser Verhältnisse auch eine billige Entschädigung dafür zu Theil werde, statt dessen hat man aber sogar noch deren frühere Bezüge verkürzt insoferne, als die Expeditoren die Scheingebühren für die früher verpackt übergebenen Gelder als Nebenbezüge bezogen, jetzt aber durch den Wegfall dieser Scheingebühren bei Baar-Einzahlungen auch noch diese Nebenbezüge entbehren müssen. Man hat sohin die Arbeiten der Expeditoren vermehrt, deren Haftung und Verantwortlichkeit erhöht, dagegen zu gleicher Zeit deren Einnahme geschmälert, welches Mißverhältniß bei größeren Expeditionen um so mehr in die Waagschale fällt, als hier meistens fremde Beihülfe durch Privatgehülfen nothwendig wird, die durch die erhöhte Bedeutung des Dienstes gegen früher auch eine bessere Qualifikation und besonders größere Gewandtheit im Cassawesen bedingen und deren Unterhaltung somit mit höheren Ansprüchen und viel mehr Haftungsverbindlichkeit begleitet ist. So sehr die Einführung der Postanweisungen von allen Seiten als zeitgemäß nur mit Freuden begrüßt werden mußte, so wenig kann es der Gerechtigkeit und Billigkeit entsprechen, dieses schöne Institut nur auf Kosten der eigenen Dienstes-Organe eingeführt zu sehen und ebenso wenig kann es der Einrichtung selbst förderlich sein, wenn die Expeditoren dadurch nur mit Mißvergnügen sich ihrer Aufgabe fügen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 3/4 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 1/4 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 P. 53 5/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	48 3/8—1/2 G.
"	4 1/2pCt.	41 3/4 P. 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 5/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P. 3/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/2 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	98 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	83 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/2 P.
"	6pCt. ditto r. 1882 "	76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	665 G. exD.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185—84 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 5/8 P. 1/2 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 P. 7 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	332 P. 31 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/4 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	243 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 P. 115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106P. 105 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P. 74 3/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	130 1/4 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 1/2 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71—70 3/4 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	125 7/8 P.
" do. v. 1864	76 7/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 7/8 P. 3/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/4 P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/4 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99 1/2 P. 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	98 7/8—99 G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 21. Januar. Die Börse verkehrte auch heute in sehr günstiger und fester Stimmung. Kein Wölkchen steht am politischen Horizonte, wenigstens ist keines sichtbar, — die auswärtigen Plätze senden hohe Course. Creditaktien und Staatsbahn erhöhten abermals ihren Cours und erzielten lebhafte Umsätze. 1860er und 1864er Loose waren beliebt und höher. Selbst österr. Staatspapiere folgten heute der vorschreitenden Bewegung, wenn auch noch mit viel Zurückhaltung. Süddeutsche waren ebenfalls in guter Nachfrage und hielten ihren Cours. Amerikaner dagegen verkehrten in matter Haltung, da Goldagio von New-York weit höher gekommen ist. Von Prioritäten waren Livorneser wiederum höher, von Wechseln Wien. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 23. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 23. Januar 1868.

Auf die **„Neue Würzburger Zeitung“** kann für die Monate **Februar** und **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Zerstreuung der Wolken im Osten.

Würzburg, 23. Januar.

Am Ende des vorigen Jahres haben wir in einem längeren Artikel auf die Wolken hingewiesen, welche sich im Osten aufthürmten und welche die Befürchtung des Ausbruches eines Kriegsgewitters von dort aus erregten. Es ist uns eine besonders angenehme Aufgabe, heute unsern Lesern die Zerstreuung dieser Gewitterwolken berichten und zwischen denselben durch wenigstens ein vorläufig kleines Fleckchen klaren, friedlichen Horizontes zeigen zu können.

Der Fürst von Serbien, den wir im oben erwähnten Artikel ausführlich charakterisirt haben, war es, welcher als russisches Werkzeug durch Renommagen und Kriegsrüstungen gleichsam die Lunte in die Hand genommen hatte, um das orientalische Pulverfaß anzuzünden. Man glaubte ferner, daß auch Preußen, im Einverständniß mit Rußland, in den Donauländern durch den Fürsten Karl von Rumänien den Krieg vorbereitet. Nun ist aber neuestens nicht nur dem letzteren von Berlin aus bedeutet worden, sich mit Oesterreich auf freundschaftlichen Fuß zu setzen, sondern Preußen hat sich auch, wie gestern von Wien aus offiziös der „Allg. Ztg.“ berichtet wurde, den drei andern Mächten, Oesterreich, England und Frankreich, angeschlossen gegen die Rüstungen des serbischen Fürsten.

Ein sicheres Zeichen, daß man in diesem Schritte Preußens dessen gänzliche Lossagung von Rußland und damit eine Garantie ungestörten Friedens erblickt, ist die Haltung der englischen Börse. England hat unter allen Ländern das größte Interesse, jegliches Vordringen Rußlands im Orient zu verhindern, da ein solches immer eine direkte empfindliche Gefahr für England wäre; deßwegen war und ist England in der sogenannten orientalischen Frage immer am ängstlichsten. Diese Angst ist heute fast ganz beschwichtigt, die Haltung der Börse vertrauensvoll, ruhig und fest, immer eine — man möchte sagen — photographische Illustration der allgemeinen Stimmung. Allerdings sind die Nachrichten aus Kreta noch keineswegs sehr günstiger Natur und sprechen von langsamen Fortschritten Seitens der Türken, von unzureichender Blokade und starken russischen Einflüssen, die in mancher Beziehung die türkischen Bestrebungen lahm legen, aber die Gefahr eines großen Krieges wird als beseitigt betrachtet und die Londoner Blätter wenden sich mit ruhigerem Blick einer Betrachtung der gegenwärtigen Lage zu. Die „Morning Post“ meint, es sei das Einfachste, den kleinen Potentaten an der unteren Donau keine Kapitalien in die Hände zu geben und sie ihren Eisenbahn- und anderen Verlegenheiten allein zu überlassen, und sieht mit Befriedigung, daß Rußland für den Augenblick alle Vergrößerungsgelüste in Abrede stelle. Die Zärtlichkeit, welche letzteres stets für die christlichen Unterthanen der Pforte an den Tag lege, sei abgebrauchte Rodomontade. Die Christen in der Türkei überlasse man am besten ihrer traditionellen Politik, die sie ohne fremde Eingriffe schon zur Vernunft bringen werde. Im Uebrigen habe Frankreich augenscheinlich kein Verlangen nach Krieg. Oesterreich finde im Innern so viel zu thun, daß man nicht den zehnten Theil so viel an Militärangelegenheiten denke wie früher, und im norddeutschen Bunde sei zur vollständigen Einigung noch viel zu thun übrig. Durch einen Krieg könne dieselbe nur gefährdet werden, und man dürfe nur wünschen, daß Hr. v. Bismarck allen Ereignissen, die die Kampflust der tapferen und zähen deutschen Nation erwecken könne, sorgsam aus dem Wege gehe. Es bleibe nur zu beklagen, daß unter solchen Verhältnissen keine allgemeine Entwaffnung zu erzielen sei; denn wenn nur Preußen seine neuen Ehren mit etwas mehr Bescheidenheit trage, so könne es kaum Feindschaft oder auch nur böses Blut zwischen ihm und Frankreich geben.

Bayerischer Landtag.

Reichsrath: Anbahnung der Verständigung über das Wehrgesetz.

München, 22. Januar.

In der gestrigen 31. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe bemerkte Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh u. A.: Die entgegengesetzten wiederholten Beschlüsse beider Kammern über Art. 2 ließen keinen Zweifel, daß das Gesetz nicht zu Stande käme, wenn nicht eine Vereinbarung auf anderer Grundlage ermöglicht würde. In sachlicher Beziehung würde Redner das Land bedauern, wenn das Gesetz nicht zu Stande käme, denn die neue Organisation der Armee sei, wenn sie auch erst später zur vollen Durchführung gelange, für die nächste Zeit schon von wesentlicher Bedeutung, weil durch dieses

---

Aus dem Wiener Leben.

Wir entnehmen folgende pikante Schilderung der neuen Aera in Oesterreich einer Korrespondenz der „A. Z.“, deren Redaktion dazu bemerkt, der Aufsatz klinge etwas pessimistisch; indessen: „Von allen Geistern die verneinen, ist uns der Schalk am wenigsten zur Last.“ „Dr. Berger ist Minister ohne Portefeuille, Dr. Brestel Minister — ohne Portemonnaie.“ Mit diesem Witz begrüßte Wien das neue Ministerium. Eigentlich hat der Scherz eine falsche Pointe. Dr. Brestel besitzt allerdings ein Portemonnaie, aber es ist leer. Ob ihm gelingen wird es zu füllen, ferner ob sich Reichs- und Landesfinanzminister mit einander vertragen werden, das sind die beiden Fragen, von deren Lösung unsere wirthschaftliche Zukunft abhängt. Vorläufig erklärt man das Verhältniß zwischen Brestel und Frhrn. v. Becke hier so: der Landesfinanzminister schafft das Geld herbei, der Reichsfinanzminister gibt es aus. Oesterreich hat wenig Geld, aber immer noch Credit; Ungarn kein Geld und keinen Kredit. Es ist eine scharfe Lehre für die Magyaren, daß die ungarische Anleihe so schmählich scheiterte. Sie wollten versuchen, wie groß das Vertrauen in ihre Kraft sei, sie wandten sich mit Umgehung Wiens an den europäischen Geldmarkt, und bekamen — nichts. Wo Hr. v. Lonyay auch anklopfen mochte, überall stieß er auf bedenkliches Achselzucken und kühle Ausreden; die öffentliche Subskription mußte ebenfalls verschoben werden, weil die Nation selbst eine bedauerliche Abneigung gegen die Betheiligung zeigte. Es geht den Ungarn in finanziellen Dingen gerade wie uns: sie trauen sich selbst nicht. Aber uns gereicht es zu nicht geringer Befriedigung, daß wir doch noch mehr Credit haben als die Söhne Arpads.

Von den neuen Ministern wird im ganzen wenig gesprochen. Wenn wir in norddeutschen und englischen Blättern die Glückwünsche lesen, die uns Oesterreichern wegen des letzten Umschwungs gespendet werden, so verwundern wir uns. Wir gleichen dem Manne, von dem die Zeitungen melden: er habe das große Loos gewonnen. Nun drängen sich Freunde und Verwandte herbei, die Fremden auf der Straße bleiben stehen, wenn der angebliche Glückliche vorübergeht, und die Mägde am Brunnen zeigen auf ihn, und schwatzen von der Seligkeit, so viel Geld zu besitzen. Vergebens erklärt das arme Opfer all dieser Freundschafts- und Ehrenbezeugungen: er habe den Haupttreffer gar nicht gemacht, es sei ein Irrthum — man glaubt ihm nicht, und beglückwünscht ihn weiter. So geht es uns. Wir haben das große Loos nicht gewonnen, aber die Welt meint es, und der kleine Treffer, den wir vielleicht gezogen, vergrößert sich durch die Entfernung. Wir haben ein Grafenministerium gegen ein Advokatenministerium umgetauscht, eine Kaste hat die andere verdrängt, das Volk steht abseits und schweigt.

Durch die liberalen Blätter Wiens freilich geht ein fröhliches Rauschen, sie rufen: Hosiannah! und streuen Weihrauch, ehe sie wissen wofür. Sie waren die Lobredner jener Abgeordneten, die heute Minister sind, sie dürfen ihre Leute nicht im Stich lassen, sie hiengen

Gesetz gefordert werde, daß die Organisation unserer künftigen Reserve sofort in Angriff genommen werde und daß diese Reserve zum Krieg beigezogen werden könne. Das habe zur Einbringung des neuen Artikels Anlaß gegeben und ausdrücklich bemerke er (Redner), daß dieser Artikel mit Ermächtigung und Genehmigung Sr. Maj. des Königs eingebracht wurde. Wird derselbe angenommen, so werde die bayerische Armee in den ersten sechs Jahrgängen 86,000 Mann im Frieden stark sein und das stehe im Einklang mit den Bestimmungen der norddeutschen Bundesverfassung. Der zweite Absatz entspreche dem schon bisher beobachteten Usus, daß die Rekrutenquote bei der Budgetberathung zu Grunde gelegt wurde.

Graf v. Bothmer schilderte die Nachtheile des bisherigen Einstandswesens und die ungeheuren Kosten, welche durch dasselbe der Landwirthschaft und Industrie entzogen wurden, hob die Vortheile des neuen Systems hervor und sprach schließlich aus, daß gerade jetzt die beste Zeit für die Organisation sei, weil auch Frankreich sein Heer eben organisirt. Im Interesse der Verständigung gehe er daher bis zur äußersten Gränze der Nachgiebigkeit.

Frhr. v. Zu-Rhein: er sei noch nicht so weit politisch fortgeschritten, daß er ein Kronrecht als einen überwundenen Standpunkt betrachte; er glaube, das Gesetz könne auch ohne den Artikel 2 in Kraft treten, dennoch werde er für den neuen Art. 2 stimmen, wenn ihm von Seite der Regierung die Aufklärung gegeben werde, daß dem Volke insbesondere bezüglich der Beiziehung der Reservisten keine zu große Last auferlegt werde. — Nachdem Hr. Kriegsminister dargelegt hatte, daß die Last nicht erhöht und daß es auch bezüglich der Geldbewilligung wie bisher bleibt, wurde der neue Artikel, wie bekannt, mit 32 gegen 10 Stimmen angenommen.

Bei Art. 19 (Avancementsgesetz) gab Graf v. Bothmer den Inhalt des französ. Avancementsgesetzes bekannt, fügte bei, daß auch in Bayern schon 1811 die Mißstände bei dem Beförderungswesen gefühlt worden seien, verlas einen Brief Sr. Maj. des Königs Ludwig I. aus dem Jahre 1837 an den damaligen Kriegsminister, worin die Nothwendigkeit der Regelung der Avancementsverhältnisse betont ist, und schloß daraus, daß unsere erhabenen Monarchen stets die Wichtigkeit der Frage anerkannt haben. Daß die vorliegende Frage auf dem Verordnungswege ebenso gut gelöst werden könne, wie auf gesetzlichem Wege, glaubt Redner auch, allein er fürchtet, daß es schon zu spät sei und daß die andere Kammer nicht mehr auf die Regelung auf dem Verordnungswege eingeht. Das weitere Schicksal des Art. 19 ist bekannt.

Bei Art. 41 wurde der Beibehaltung der Ziff 4 u. 5, wornach die Wehrpflichtigen, welche 3 Kurse einer Gewerbs-, Landwirthschafts- oder Handelsschule absolvirt oder die 2. Klasse eines humanistischen oder Realgymnasiums mit der II. Note zurückgelegt haben, zum einjährigen Freiwilligendienst zugelassen werden sollen, zugestimmt, jedoch mit der von Hrn. v. Harleß beantragten Modifikation, daß in Ziff. 5 statt der Worte „mit mindestens der II. Note im Fortgang“ gesetzt werde: „und die hiedurch erlangte Befähigung in die nächst höhere Klasse.“

Im Schlußartikel wurde ausgesprochen, daß dieses Gesetz am 1. Februar in Wirksamkeit zu treten habe.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Kontingentsgesetz.] Ueber diese in unserer bayerischen Kammer noch immer wenigstens glimmende Frage ist es interessant, die Behandlung derselben in Baden zu betrachten. Die badischen Kammern und Regierung sind auf ein Kontingentsgesetz eingegangen und der Entwurf dazu wurde am 20. der zweiten Kammer vorgelegt und von derselben berathen. In derselben zeigt Harting an, sein Bericht über die Kriegskosten-Ausgleichung sei fertig, und vom Sekretariat wird der Einlauf einer Bitte aus Pfullendorf betreffs der Eisenbahnlinie Stockach-Pfullendorf mitgetheilt. Die Tagesordnung führt auf die Berathung des Lamey'schen Berichts über den Entwurf des Kontingentsgesetzes. In der Generaldebatte darüber sprachen Moll, Reßhirt und Beck für eine Friedensstärke von $^3/_4$ pCt., eine Kriegsstärke von $1^1/_2$ pCt. und zweijährige Präsenzzeit. Von der Regierungsbank tritt zuerst General Ludwig auf. Er gibt Namens der Staatsregierung folgende Erklärung ab: daß diese den Anträgen der Kommission im Großen und Ganzen beistimmen könne, denn dieselben bezeugten wahrhaft patriotische Gesinnungen. Die Regierung werde die Opferwilligkeit zu schätzen wissen, und hoffe aus dem vorliegenden Gesetze Nutzen für das Vaterland zu ziehen. Dessenungeachtet werde es bei der Einzelberathung der Regierung angenehm sein, wenn z. B. der Artikel bezüglich der Rekrutenzahl in einer dem Regierungsentwurfe sich mehr nähernden Weise geändert werde. (Die Regierung will jährlich 5568 Mann ausheben, die Kommission aber nur 4700 Mann verwilligen.) Bezüglich der süddeutschen Militär-Konferenzen in Stuttgart und München bemerkte er, daß die Vereinbarungen von München jetzt ratifizirt seien und er trage kein Bedenken, den § 1 mitzutheilen, der lautet: „Die Versammelten (Kriegsminister) erkennen es als sehr wünschenswerth, jetzt im Einklange mit der norddeutschen Bundeskriegsverfassung die Maximalzahl von zwei Prozent für die Kriegsformation und ein Prozent für den Friedenspräsenzstand des Heeres soweit als thunlich anzustreben, um hiemit die dreijährige Präsenz zu erreichen.“

Für die Kommissionsanträge tritt der Abgeordnete Kiefer in einem längeren Vortrag und Ministerialpräsident Jolly auf. Letzterer appellirt hauptsächlich an die bisherige Haltung der zweiten Kammer. Wollte diese das Kontingentsgesetz ablehnen, so würde der Glauben der Welt an den Ernst der badischen Kammerbestrebungen gewaltig erschüttert werden. Ob dies zur Erhaltung des Friedens oder zur Wohlfahrt des Vaterlandes beitragen würde, das zu entscheiden überlasse er dem Urtheil der Kammer. Der jetzige Zustand in Europa könne nicht mehr lange dauern und deßwegen würde das vorliegende Gesetz keine lange Dauer haben. Die Regierung werde übrigens mildern, wo nur zu mildern sei. Aus diesem Saale seien in den 40er Jahren zum ersten Male die stolzen Worte von einem einigen

---

und hängen durch tausend, wenn auch nicht immer zarte, Bande mit ihnen zusammen. Die Freiheit feiert in Oesterreich keine Triumphe, o nein! mißbrauchen wir das Wort nicht, sondern sagen wir: der Liberalismus macht gute Geschäfte. Er tanzt auf dem gespannten Seil, in der Hand die große Balancirstange mit den zwei Gewichten Loyalität und Popularität, und die Bourgeois sehen vergnügt zu, klatschen und werfen Kupfermünzen. Die liberalen Blätter erzählen uns: die Vorstellung finde auch in den Augen des Monarchen Beifall. Der Kaiser, sagen sie, sei nie so heiter und vergnügt gewesen wie jetzt, er freue sich, daß der langwierige Verfassungskonflikt durch die Ernennung eines bürgerlichen Ministeriums beendigt ist. Möglich, daß sie die Wahrheit sprechen. In diesem Fall bewundere ich den Kaiser Franz Joseph aufrichtig, denn das neue Ministerium widerspricht schon durch die bürgerliche Abkunft der meisten seiner Mitglieder den Ueberlieferungen des österreichischen Hofs. Aber es ist sehr gut, wenn der Kaiser sich der neuen Räthe freut, sonst werden sich ihrer doch nicht viele freuen. Wer nur ein wenig das Spiel hinter den Coulissen kennt, die Verhandlungen und Streitigkeiten, die der Ernennung des jetzigen Cabinets vorausgingen, die Reibungen zwischen den einzelnen Bewerbern, der bringt ein Wort nicht aus dem Kopf, welches vor manchen Jahren ein Verbannter gesprochen. Es ist ein böses Wort, nicht angenehm zu hören, und der Name des Mannes, von dem es ausgegangen klingt, gefährlich, aber widerlegt hat es bis heute niemand, und die Geschichte der im Jahr 1866 von Preußen verschlungenen deutschen Kleinstaaten hat es bestätigt. Das Wort ist von Mazzini und lautet: „Die konstitutionelle Monarchie ist die unsittlichste Regierungsform.

Den modernen Liberalen, die von der Phrase leben und sich mit einer Phrase begraben lassen, darf man freilich nicht mit solchen grellen Pechfackeln in ihr System hineinleuchten. Mag der Wiener Bourgeois jetzt glücklich sein, wenn er es kann, wenn ihn die schwarze Wolke nicht stört, die über seinem Haupte steht und Arbeiterbewegung heißt. Bisher kannte man sie in Oesterreich kaum dem Namen nach, Lassalle war ein Mythus, mit dem sich Niemand befaßte. Nun sucht der Geist des Todten Oesterreich heim. Plötzlich ist in die Arbeiter Leben und Aufregung gekommen, Arbeiterversammlungen und Arbeitertage folgen rasch nach einander, leidenschaftliche Reden werden gehalten, und die Mehrzahl der Wiener Arbeiter neigt offenbar dem verlockenden Phantom der Staatshülfe zu. Hier, wo das Genossenschaftswesen noch in der Kindheit liegt und die Noth unter den Arbeitern ziemlich groß ist, hat das Wort einen doppelt reizenden Klang. Die Regierung sieht der Bewegung bis jetzt sehr ruhig zu, und hütet sich, durch irgendeine Maßregel aufzuregen; einige Zeitungen aber, natürlich die zahmliberalen voran, nehmen sich die Sache sehr zu Herzen, und schreiben Artikel darüber, so ängstlich, als ob wir am Vorabend einer sozialen Revolution stünden. Wenn es sich um das Concordat handelt, da haben die Leute ein großes Maul, als ob die ganze Welt dem Flügelschlag ihrer Seele zu wenig Raum böte, kommen aber ihre Geldinteressen auch nur ein wenig in Frage, dann schreien sie nach der Polizei. Dieses Jahrhundert hat nur einen Gott: das Gold; nur einen Gedanken: es zu erwerben. Alles andere scheint der Masse heute überflüssig, nebensächlich, veraltet.

Deutschland erklungen. Jetzt gelte es, das Facit aus 20jährigen Bestrebungen dieses Hauses zu ziehen ꝛc.

Die Gegner des vorliegenden Gesetzes traten im Ganzen schlecht gerüstet in den parlamentarischen Kampf ein; es war ein Markten ohne allen positiven Hintergrund, und was sie vorbrachten, stützte sich darauf, daß sie meinten: so und so viel wäre auch genug und in Württemberg ists ja auch genug. Nicht unmöglich ist, daß das Gefecht für die Oponenten eine günstigere Wendung bekommt, indem sich v. Feder noch unter denen befindet, welche gegen das Gesetz eingeschrieben sind.

Ausland.

Großbritannien. [Soziales.] Der Schulzwang, eine der Hauptfragen des Tages, hat einen zweiten Tag der Schulkonferenz in Manchester in Anspruch genommen, und so eingewurzelt zeigte sich hier die Abneigung eines großen Theils der Bevölkerung gegen Gewaltanwendung, daß selbst Männer, welche es vollkommen anerkannten, daß man die Erziehung der Jugend nicht dem Belieben eines jeden Vaters anheimgeben könne, dennoch Anstand nahmen, der Gesetzgebung Zwangsmaßregeln empfehlen zu wollen. Bruce, ehemaliger Unterstaatssekretär des Innern und Präsident des Unterrichtsrathes, versicherte, man liefe Gefahr, 50 Prozent der Bevölkerung zwingen zu müssen. Man einigte sich endlich dahin, daß in der nächsten Parlamentssession ein Gesetzvorschlag gemacht werden solle, der durch möglichst praktische Bestimmungen der Vernachlässigung des Schulunterrichts entgegenzuwirken habe.

Brod und Bildung für die untern Volksklassen sind die beiden Gegenstände, welche das Hauptthema in den allgemeinen Meetings wie in den Versammlungen der humanitären Gesellschaften abgeben. Zur Förderung der politischen Bildung unter den arbeitenden Klassen werden in London nun jeden Mittwoch Vorlesungen über die römische Geschichte und jeden Sonntag Vorträge über den Zusammenhang zwischen Religion und Politik für die Arbeiter stattfinden. Ein Geistlicher, Herr H. Solly, hat sich dazu erboten. J. Stuart, Mill Layard und andere bedeutende Persönlichkeiten unterstützen dies Streben. — Um den kleinen Leuten den Haushalt zu erleichtern, Ersparniß an Feuerung und Zeitaufwand zu ermöglichen, wurde in der Gesellschaft zur Förderung der Künste der Vorschlag gemacht, Kochhäuser zu errichten, wo für 8 d ein vollständiges Mittagbrod, bestehend aus Fleisch, Kartoffeln, Gemüse und Pudding, gegeben und warm in's Haus zugestellt werden solle. Zu diesem Zwecke wäre ein Glashaus zu errichten, die Speisen wären in großen Quantitäten vermittelst Sparapparate zu kochen, mit eigenen Vorrichtungen zu schneiden, dann abzuwägen und in zinnernen Büchsen zu verschließen, die sodann in eigens dazu konstruirten Kasten versendet werden sollen. Die Abfälle können an die Suppenküchen für Arme überlassen werden. Der Vorschlag scheitert jedoch in London an der allzugroßen Ausdehnung der Stadt und an den großen Entfernungen der einzelnen Parteien, selbst in denselben Vierteln, so daß die Speisen nicht leicht im warmen Zustande an alle ihre Bestimmungsorte ankommen können.

— [Leichtsinn des englischen Thronfolgers.] Die „London Review", ein anständiges und gemäßigtes liberales Blatt, berührt einen wunden Fleck mit den Worten: „Vieles, was frivol und selbst schlimmer ist als frivol, kann man der Jugend verzeihen. Aber es läßt sich nicht verhehlen, daß sich im Volke immer ernster und allgemeiner der Wunsch ausspricht, seinen zukünftigen König mit Beschäftigungen und Bestrebungen identifizirt zu sehen, die ihm Achtung gebieten. Wo nicht, so werden die republikanischen Gesinnungen, die ein Theil der Arbeiterklasse jetzt nur seiner Hochachtung vor der Person der Königin unterordnet, an Stärke und Ausdehnung gewinnen. Wir würden dies beklagen, aber es kann nicht ausbleiben, wenn der Prinz nicht bald seine Pflichten erkennt und übt."

Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." bemerkt dazu: „Die liberale Partei hier und in Irland wünscht, daß der Prinz von Wales seine Residenz in Irland aufschlage, nicht nur, um ihn seinen Junker-Associationen und unpopulären Liebhabereien zu entziehen, sondern auch, weil sie glaubt, daß die Anwesenheit des Thronfolgers unter den Irländern viel dazu beitragen würde, die wankende Treue der irischen Nation zu befestigen und den Weg zur Lösung der „großen Schwierigkeit" zu bahnen. Das Gerücht will nun wissen, daß die Königin diesen Wunsch theile, aber bei ihrem Sohne auf Schwierigkeiten stoße. Es sind nicht die erprobten Freunde seines Vaters, die sich der Prinz zu Genossen und Rathgebern gewählt hat, und am Hofe seiner Mutter ist er fast ein Fremdling. Der Kontrast zwischen Vater und Sohn ist frappant und berührt den gewöhnlichen John Bull unangenehm. Prinz Albert, ein vortrefflicher Wirthschafter, hatte dem Prinzen von Wales bis zu seiner Mündigkeits-Erklärung ein bedeutendes Vermögen zusammengespart, — eine Jahres-Revenue, wie sie kein englischer Thronerbe vor ihm besessen. Es ist kein Geheimniß, daß diese günstige Finanzlage jetzt schon einer schweren Verschuldung Platz gemacht." (Der Leser erinnert sich wohl noch der nicht widersprochenen Gerüchte über das skandalöse Betragen des Prinzen von Wales während seines Pariser Aufenthalts im heurigen Sommer.)

Nichtpolitische Zeitung.

[Ueber Livingstones Schicksal.] Mit dem am 19. ds. Nachmittag in London angekommenen afrikanischen Postdampfer Celt sind mehrere Mitglieder der zur Aufsuchung der Spuren Livingstone's abgegangenen Expedition, so Hr. Young, der Führer, und der Capitän Faulkner, nach England zurückgekehrt. Wir haben vorerst nur telegraphische Berichte aus Plymouth über die von ihnen erzielten Resultate, und der Einblick ist daher noch nicht ganz klar. Die Herren sind jedoch überzeugt, daß Livingstone nicht ermordet worden ist. Der Reisende hatte nicht den angenommenen Weg vom Ruvuma-Flusse nach der Nordküste des Nyassa eingeschlagen, sondern sich in die entgegengesetzte Richtung gewandt und unter 14° 28' s. Br. den See am südlichen Ende umgangen. Von dort wanderte er nach Nordwesten, um entweder direkt oder nach Erforschung der Westküste des Nyassa und Bestimmung seiner nördlichen Ausdehnung den Weg zum Tanganyika-See zu nehmen und dann den Nil hinab heimzukehren. Die Expedition

---

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

II. Sitzung am 11. Januar 1868.

I. Hr. v. Linhart sprach zuerst über einen Fall von Luxation des os scaphoides (Kahnbeins) mit völliger Umdrehung und Dislocation des Knochens mit Demonstration des Präparates. Nach Vorausschickung einer anatomischen Betrachtung des Fußskeletes und seiner Befestigungen (wobei an frischen Präparaten die Gelenkverbindungen und die Bänder demonstrirt wurden) gab L. eine übersichtliche Darstellung der Luxationen an den Tarsusknochen, die in 2 Formen vorkamen.

1) Luxationen, bei denen ein Fußwurzelknochen mit einem oder einigen anderen Knochen in Verbindung bleibt und nur in einem gewissen Gelenke luxirt.

2) Luxationen, bei denen ein einzelner Knochen aus allen seinen Verbindungen herausgerissen und gestoßen wird.

Zur letzteren Abtheilung gehört die vom Vortragenden demonstrirte Luxation.

Ein Eisenbahnarbeiter fiel neben den Schienen nieder und das Rad eines Waggons ging mit der vorspringenden Kante schräg über den inneren Fußrand, wobei das Kahnbein, aus allen seinen Verbindungen getrennt, so auf den Fußrücken hinaus geschleudert wurde, daß es unter der Sehne des M. extens. dig. comm. longus im sinus tarsi lag. Der Knochen war noch so um seine kurze (von vorn nach hinten gehende) Achse gedreht, daß der Höker (Tuberositas) gegen den äußeren Fußrand gekehrt war. Die Dorsal-Ligamente, sowie die lgg. interossea der Torso-metatarsal-Gelenke waren ebenfalls zerrissen.

In Folge der ungeheueren Quetschungen trat Brand ein, es mußte der Oberschenkel amputirt werden und Patient starb an Pyämie. Herr v. Linhart sprach noch weiters über die Gefahren, welche bei derlei Luxationen in Folge der nothwendig mit ihnen verbundenen heftigen Quetschungen stets vorkommen.

II. Anknüpfend an ein eben vorhandenes Weingeist-Präparat von einem Pes valgus eines Erwachsenen sprach Redner über den Pes valgus dolorosus, in neuerer Zeit von Gosselin Tarsalgie des adolés-cents genannt. Nachdem L. die verschiedenen Ansichten über das anatomisch-physiologische Wesen, die Aetiologie, den Verlauf und die Therapie kritisch beleuchtet hat, stimmt er schließlich der Auffassung Gosselin's bei, daß das in Frage stehende Leiden ein Gelenkleiden eines oder mehrerer Tarsalgelenke ist und daß die Contractur der vom nerv. peron. versehenen Muskel sekundär ist. *)

In Folge dieser Auffassung ist L. natürlich bei der Therapie kein Anhänger der subcutanen Tenotomie.

*) Linhart erzählt einen Fall, der ihm vor Kurzem vorkam; ein Knabe von 12 Jahren, der eine solche Tarsalgie ersten Grades (d. h. ohne Contractur) hatte, bekam einen Tumor albus im Chopart'schen Gelenke. Eine Muskel-Contractur trat gar nicht ein.

folgte den Spuren Livingstone's bis innerhalb weniger Meilen von der Stelle, wo er nach der Aussage der Johanna-Insulaner den Tod gefunden haben sollte. Dort aber erfuhren sie, daß der Reisende mit seinen Begleitern sich bei Marenga über einen sumpfigen See hatte übersetzen lassen, während die Johanna-Leute unter ihrem Führer Musa einen Umweg um dieses Gewässer machten und Tags darauf nach Marenga zurückkehrten. Sie erklärten, dort Livingstone verlassen zu haben und nach der Küste zurückkehren zu wollen, weil es sie nicht gelüste, sich den mörderischen Mafiten (einem Kaffernstamme) preiszugeben. Die Expedition hatte auch Unterredungen mit den eingebornen Lastträgern, die Livingstone's Gepäck fünf Tagereisen weiter nach Pasembe gebracht hatten. Sir Roderick Murchison spricht in Folge dieser Nachrichten die unumstößliche Ueberzeugung aus, daß der an der Westküste des Tanganyika-See's gesehene weiße Reisende Livingstone gewesen sei.

Königreich Ungarn.

Ausgabe von 709,380 Obligationen

kraft des von den beiden Kammern des nationalen Landtages und von Sr. Maj. dem Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn, genehmigten Gesetzes vom 18. Okt. 1867.

Der Ertrag dieser Obligationenausgabe wird ausschließlich auf den Bau von Eisenbahnen und Kanälen verwendet werden, und es wird über die Verwendung der Summen und den jeweiligen Stand der Arbeiten alljährlich durch den Finanzminister dem Landtag Rechenschaft abgelegt werden.

Die Obligationen werden garantirt:

1) Durch eine erste Spezialhypotheke auf alle Eisenbahnen und Kanäle, die vermittelst der durch das Anleihen beschafften Gelder erbaut werden. Besagte Hypotheke wird kostenfrei zum gemeinsamen Vortheil der Obligationen-Inhaber eingetragen werden.

2) Durch die Gesammteinkünfte des Königreichs Ungarn.

Die Obligationen werden zum Preise von 215 Fr., mit Zinsengenuß vom 1. Jan. 1868 ab, ausgegeben werden.

Sie tragen einen jährlichen Zins von 15 Fr., halbjährig zahlbar, ohne irgend eine Belastung oder irgend einen Abzug, je am 1. Januar und am 1. Juli zu Paris, London, Frankfurt a/M. Amsterdam, Wien und Ofen-Pesth.

Sie sind rückzahlbar zu 300 Fr., innerhalb 50 Jahre in halbjährigen Ziehungen vom 1. Juli 1868 ab.

Sie lauten au porteur und werden an der Börse von Paris und an den Hauptgeldplätzen Europa's notirt.

Die Zeichnungen werden eröffnet Dienstag den 28., Mittwoch den 29. und Donnerstag den 30. Januar von 10 Uhr Morgens bis 4 Uhr Abends

zu Paris

am Sitze der Société générale, 68, Rue de Province, und in den Bureau's der einzelnen Stadttheile,

in den Departements

auf den Agenturen der Société générale.

Gleichzeitig werden in Ofen-Pesth, Wien, Frankfurt a/M., Amsterdam und London die Zeichnungen eröffnet werden.

Im Falle, daß dieselben die Zahl von 709,380 Obligationen überschreiten sollten, werden sie einer verhältnißmäßigen Reduktion unterzogen, die in Ungarn selbst vorgenommenen Zeichnungen ausgenommen, die in keiner Weise unter den vierten Theil des Betrags des Anleihens reduzirt werden dürfen.

Eingezahlt werden:

Bei der Zeichnung	Fr. 30.
Bei der Vertheilung	Fr. 50.
Vom 1. bis zum 15. März	Fr. 50.
Vom 10. bis zum 15. Mai	Fr. 50.
Vom 25. Juni bis zum 1. Juli, nach Abzug des Coupons von 7 Fr. 50 C.	Fr. 27. 50.
Im Ganzen:	207. 50.

Bei der zweiten Einzahlung werden gegen die auf den Namen lautenden Quittungen provisorische Scheine au porteur verabfolgt werden.

Die noch nicht fälligen Einzahlungen können gegen eine Vergütung von 5 pCt. escomptirt werden.

Von jetzt an schon kann brieflich, durch Einsendung von 30 Fr. per Obligation, gezeichnet werden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65 1/2 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60 1/4 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 1/8 P. 53 7/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	48 3/8 P. 1/4 G.
"	4 1/2 pCt.	41 5/8 P. 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 7/8 P. 3/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 3/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	83 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 1/4 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 P. 85 3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 3/4 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/2 P. 84 7/8 G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 3/4 P.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	75 7/8—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 3/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	666 G. exD.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	184 1/2—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 5/8 P. 1/2 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	208 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P. 31 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	107 1/2 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	243 1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116 P. 115 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 P. 105 7/8 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 7/8 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 P. 119 7/8 G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	131 1/4 P. 131 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71—1/4 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	126 1/4 P.
" do. v. 1864	76 3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 7/8—3/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 5/8 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 7/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	142 3/4 P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/2 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P. 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	98 1/8—1/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 22. Januar. Das Geschäft war zwar nicht sehr bedeutend, doch die Tendenz eine anhaltend günstige. Creditaktien und Staatsbahn wurden wie gestern, 1860er Loose dagegen höher bezahlt. Oesterr. Staatspapiere konnten es zu keinem weiteren Aufschwung bringen. Süddeutsche wurden ebenfalls durchschnittlich zu gestrigen Preisen gehandelt. Amerikaner verkehrten in stiller und matter Haltung. In Eisenbahnen und Prioritäten kein Leben. Von Bankaktien Darmstädter, die in den letzten Tagen zu steigenden Coursen gesucht, abermals höher. Von Wechseln Paris etwas höher, Wien etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 24. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 24. Januar 1868.

Da fehlt's noch weit!

Würzburg, 24. Januar.

Man kann den norddeutschen Bund als den Grundstock einer endlichen thatsächlichen und ersprießlichen Einigung Deutschlands anerkennen, ohne daran zu denken, die politische Verfassung desselben gut zu heißen, oder gar dieselbe als auch von uns ohne Weiteres für annehmbar und wünschenswerth zu halten. Daß dieselbe noch sehr weit entfernt davon ist, die für die wahre Freiheit und Wohlfahrt des Volkes nöthigen Garantien zu bieten und nur als provisorisches, sehr mangelhaftes Noth-Schutzdach betrachtet werden kann, welches die Unterstehenden fast vom Regen in die Traufe gebracht hat und bringen würde, möchte schwer zu bestreiten sein. Um so auffallender klingt uns der Tusch einer Lobposaune in die Ohren, geblasen von einem Republikaner, zu Ehren dieser doch gewiß nichts weniger als republikanischen Verfassung.

Mr. Bancroft, der amerikanische Gesandte in Berlin, hat dem Staatssekretär Seward einen diplomatischen Bericht über die jetzige Gestaltung Deutschlands eingeschickt. Der Bericht zieht einen Vergleich zwischen der Union und dem Nordbunde und findet zwischen beiden so viel Aehnlichkeit, daß man im Interesse des Herrn Bancroft annehmen muß, er habe seiner Skizze über die Neugestaltung Deutschlands ein satyrisches Gepräge geben wollen und hat fast alles ironisch gemeint, was ernst gesagt scheint.

Mr. Bancroft bemerkt unter Andern Folgendes: „Die Konstitution von Norddeutschland entspricht in so vielen Dingen der nordamerikanischen, daß sie nach dem genauesten Studium derselben gebildet sein muß.

Wir wollen einmal sehen, wie tief und genau die Studien Bismarck's betreffs der Charte der Union vom 17. September 1787 gewesen sein mögen. Nach Art. 6 dieser vortrefflichen Verfassung erhalten in Nordamerika die Senatoren und Repräsentanten eine Geldentschädigung, während die Charte des Nordbundes die Diäten verbietet, um ja die Unabhängigkeit der Vertretung zu schmälern und dem konservativen Geldprotzenthum die Wege zum norddeutschen Reichstage zu ebnen.

Natürlich ist die größte Redefreiheit im Kongreß gewährleistet, während man in Berlin muthigen Rednern von der Art Twestens das Gefängniß als Erholungsort anweisen läßt.

Der nordamerikanische Kongreß hat das Recht, den Krieg zu erklären, während der norddeutsche Reichstag nur das Recht hat, Anleihen für die Kriege zu bewilligen, welche der König von Preußen — ohne das Volk zu befragen — führen will.

Man denke an die volle persönliche Freiheit in der Union und an die kleinlich rachsüchtige Verfolgungssucht der preußischen Polizei, die sich gegen jeden freisinnigen Mann kehrt.

Bancroft sagt in seinem Berichte: „Präsident der deutschen vereinigten Staaten ist der König von Preußen. Seine Machtbefugnisse sind denjenigen des nordamerikanischen Präsidenten sehr ähnlich, nur mit dem Unterschiede, daß sie lebenslänglich und erblich sind.“

Nun der Unterschiede zwischen beiden gibt es noch mehrere. Der König von Preußen würde es als die unerträglichste Majestätsbeleidigung hinnehmen, wenn ihm der Reichstag — wie der Kongreß in Nordamerika dem Präsidenten der Union — nur einen Jahresgehalt von 25,000 Thalern als Civilliste anweisen wollte. Se. Majestät kommt mit vier Millionen Thalern schwer aus, wie dann erst mit einem solchen republikanischen Bettel!

Der König von Preußen würde es auch nicht dulden, wenn er durch die Verfassung des Nordbundes ebenso wie der Präsident der Union genöthigt wäre, Gesetzen, die zum ersten Male von ihm nicht sanktionirt werden, nach der zweiten Annahme durch die Volksvertretung — auch gegen seinen Willen genehmigen zu müssen.

Auch die neun Grundrechtartikel der amerikanischen Charte suchen wir vergeblich in der Verfassungsurkunde des norddeutschen Bundes.

Nur in einigen Punkten seines Berichtes hat Herr Bancroft nicht gescherzt. Er sagt: „Sollte sich irgend eine deutsche Regierung widerspenstig zeigen, so hat die allgemeine Regierung die ausgedehnteste Gewalt, sie zu zwingen, in Kriegszeiten direkt durch den obersten Bundesfeldherrn, im Frieden nach stattgehabter Berathung mit dem Bundesrathe. Und es kann sich dieser Zwang sogar bis auf Sequestration des betreffenden Landes und seiner lokalen Regierung ausdehnen.“

Vielleicht wird diese Zwangsherrschaft in der Zukunft gute Folge haben, aber an sich verdient sie kein Lob.

Wahr ist es auch, wenn Mr. Bancroft am Schlusse seiner politischen Betrachtung sagt: „So viel auch geleistet worden ist, bleibt doch noch viel mehr zu thun übrig, bevor die deutschen vereinigten Staaten ihre Organisation vollendet haben werden.“

Der unpolitische Sänger.

Wer in Deutschland auf ein mit Bewußtsein durchlebtes Vierteljahrhundert zurückblicken kann, in dessen Erinnerungen taucht ganz gewiß auch die Gestalt eines „alten Burschen“ auf, der, eine zerknüllte Reisekappe auf dem flatternden Haare, Wohlwollen und Selbstzufriedenheit in dem bartumwallten Gesichte, einen derben Knüttel in der Faust, in sich und seinem Gott vergnügt das Land durchpilgerte, überall von den Liberalen begossen, von den Studenten oder Liederkränzen angesungen, jedes Hoch und jedes Compliment mit einem Liede „nach bekannter Melodie“ beantwortend, und zum Schlusse gewöhnlich von der Ortsbehörde höflich ersucht, seinen Stab weiterzusetzen. Die anderen Leute bekamen dieses sein Wanderleben viel eher satt, als er selbst. Er genirte sich nicht, aber Andere. Er beherzigte weder das

„Bist Du wo gut aufgenommen,
Mußt Du so bald nicht wiederkommen,“

noch die Verse Heine's an Herwegh, welche ebenso gut auf ihn gemünzt sein konnten:

„. . . Du siehst betroffen
Das Volk so katzenjämmerlich,
Das gestern noch so schön besoffen.“

Ein Zweckessen, ein Anklingen auf bessere Zeiten, ein Trinkspruch auf die „Freiheit, die ich meine“, und dann nach Hause gehen mit dem schönen Bewußtsein, den Tyrannen einen heilsamen Schreck eingejagt zu haben, das waren gar schöne Dinge, die gern der gute Bürger mitmachte und deßhalb doch ein guter Bürger, Stadtverordneter, Professor oder Justizrath bleiben konnte. Aber ganz sich verfeinden mit den Tyrannen wollte man doch nicht, auch nach der patriotischen Aufregung wieder seine Ruhe haben; und der Hoffmann von Fallersleben fand und gab nie Ruhe, nahm jedes höfliche Wort für baare Münze, gab wohl gar zu verstehen, daß „das deutsche Volk“ nun auch einmal wirklich baare Münze statt der höflichen Worte für den abgesetzten Professor beisteuern könne. Da fand er bald lange und kalte Gesichter und verschlossene Thüren, seine Gedichte blieben unverkauft und hätten ihm nicht mecklenburg'sche Gutsbesitzer Gastfreundschaft geboten, er hätte, da keine deutsche Regierung daran dachte, daran denken durfte, ihn anzustellen, in aller Bequemlichkeit verhungern können — der „populärste Mann in Deutschland.“ Da ließ er denn die Politik Politik sein, wendete sich wieder den germanistischen Studien zu, erhielt 1848 von Preußen wenigstens eine Pension, und sitzt nun seit einer Reihe von Jahren in der Nähe seiner Heimath, in Corvey, als Bibliothekar des Fürsten Hohenlohe-Schillingsfürst.

Seitdem ist der Mann ein Siebziger geworden, aber alt trotzdem nicht; in der Autobiographie, von welcher er bis jetzt *) vier Bände veröffentlicht hat, begegnet uns noch überall der „alte Bursche“, der er schon vor fünfundzwanzig Jahren war. Mit einer Redselig-

*) Hannover, bei Rümpler.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 21. Januar. [Nothstand und Staatsschatz.] In Berlin hat man eine Agitation gegen den Staatsschatz zuwege gebracht; eine am 17. ds. Mts. im vierten Wahlkreise abgehaltene Volksversammlung, der auch die Abgeordneten Duncker und Eberty beiwohnten, hat eine Petition an das Abgeordnetenhaus beschlossen, Inhalts deren dieses die Regierung auffordern soll, eine nicht näher bezeichnete Summe Geldes für die Nothleidenden in Ostpreußen aus dem Staatsschatze herzugeben. Ein Arbeiter gerieth dabei auf den praktischen Einfall, daß, wenn man nun doch einmal an's Fordern gehe, man lieber gleich den Staatsschatz für das ganze Land in Anspruch nehmen solle, da überall Noth herrsche. Dem Abgeordneten Duncker glückte es indeß, mit dem Bemerken, daß dazu der Staatsschatz nicht groß genug sei, den Antrag zu Fall zu bringen und dadurch von dem Staatsschatze die Gefahr der vollständigen Ausbeutelung abzuwenden. Uebrigens ist es nicht sehr wahrscheinlich, daß es den Sturmläufern gelingen wird, Bresche in den Staatsschatz zu legen. Die ministeriellen Blätter sprechen sich bereits sehr entschieden gegen dieses „verwerfliche“ Treiben aus.

Uebrigens kann die Vertheidigung des Staatsschatzes und der Staatsbehörden gegen die Angriffe der Opposition kaum schlechter geführt werden, als es in der ministeriellen und regierungsfreundlichen Presse geschieht. Wenn die „Kreuzztg.“ z. B. behauptet, daß die Regierung sich beeilt habe, bei der Landesvertretung die Bewilligung ansehnlicher Geldmittel zu wirksamen Abhilfemaßnahmen zu beantragen, so steht das mit der Wirklichkeit nicht im Einklange. Hätte die Regierung das gethan, wie ihr im vorigen Herbste von den achtbarsten Männern aus Ostpreußen angerathen worden war, so würde der Nothstand schwerlich die grauenhafte Höhe erreicht haben, vor der man jetzt fast rathlos dasteht. Die Unterlassungssünde werfen alle Verständigen der Regierung allerdings vor, nicht aber „die Schuld an dem durch Mißerndte und Ungunst der Witterung herbeigeführten Nothstand.“ Die „Kreuzztg.“ nennt es außerdem eine „sonderbare Erscheinung,“ daß gerade von denen, welche bisher in allen Beziehungen die Selbsthilfe als Losung hingestellt haben, für den Nothstand in Ostpreußen die Staatshilfe als fast ausschließliches Erforderniß bezeichnet werde. Wollte die „Kreuzztg.“ der Wahrheit die Ehre geben, so würde sie diese Erscheinung nicht „sonderbar,“ sondern ganz natürlich finden müssen, da den 23 vom Nothstande heimgesuchten Kreisen die Mittel zur Selbsthilfe fehlen.

Ungleich sonderbarer ist dagegen jedenfalls die Erscheinung, daß gerade von der Seite, die bisher für die Lehre von der Selbstverwaltung und Selbsthilfe ein so geringes Verständniß bekundet und stets für die patriarchalische Regierungsform geschwärmt hat, heute der bedrängten Provinz die Selbsthilfe aufzudrängen versucht wird, während alle Welt weiß, daß sie dazu nicht im Stande ist. Zahllose Briefe aus Ostpreußen, Schilderungen von Augenzeugen, Berichte einzelner Landräthe und glaubwürdiger Privatpersonen, öffentliche Aufrufe zur Mildthätigkeit, unterzeichnet von den höchsten Beamten der Provinz Preußen und der Monarchie, sowie die Vorlagen, welche die Staatsregierung an den Landtag hat gelangen lassen, beglaubigen diesen traurigen Stand der Dinge. Auch das sehr konservative Familienblatt „Daheim,“ welches sich bekanntlich der Protektion der höchsten Staatsbehörden erfreut, erklärt, daß der außerordentliche Nothstand in Ostpreußen außerordentliche Hilfsmittel erfordere, daß es lächerlich und frivol sei, hier von Selbsthilfe zu reden, und daß dieser unverschuldeten Noth, diesem unverdienten Elende gegenüber Staatshilfe eintreten muß.

Berlin, 22. Januar. [Im Abgeordnetenhause] fand gestern die Berathung über den Etat des Ministeriums des Innern statt. Für die zu geheimen Ausgaben bestimmten Fonds des Polizeidepartements wurden 40,000 Thlr. bewilligt.

— [Zur Linderung des Nothstandes in Ostpreußen] sollen dortige Arbeiter nach den schlesischen Steinkohlenbergwerken übersiedelt werden. Der Minister des Innern hat nämlich dem Ober-Präsidenten der Provinz Preußen mitgetheilt, daß in oberschlesischen Bergwerkskreisen „ein Arbeitermangel wie nie zuvor“ herrsche. Die „zeitweise“ Uebersiedelung würde man durch einen Lohnvorschuß, welcher der Familie des Arbeiters bei dessen Abreise zu behändigen wäre, sofort möglich machen können. Der Landrath Dobillet in Insterburg erläßt mit Bezug hierauf eine Bekanntmachung, wonach die Bedingungen folgende sind: Freie Fahrt einschließlich der Verpflegung bis zum Bestimmungsorte; für die zurückbleibende Familie wird eine einmalige Unterstützung von 3 Thlrn. gewährt. Der Lohnsatz beträgt 10—12 Sgr. täglich; später bei erlangter Uebung werden etwa 15 Sgr. gewährt. Davon wird ungefähr der vierte Theil einbehalten und der Familie überschickt. Wohnung erhält der Arbeiter in guten Schlafsälen für 6 Pfennige für den Tag. Die „K. H. Z.“ beklagt den Verlust von rüstigen Arbeitern, den die Provinz hiedurch erleiden würde.

Der „vaterländische Frauenverein“ in Berlin hatte nach einer Bekanntmachung vom 16. Januar bis dahin für die Nothleidenden in Ostpreußen die verhältnißmäßig nicht bedeutende Summe von 58,000 Thlr. aufgebracht. Das Zentralkomite zur Vertheilung der Gaben im Re-

---

keit, als ob er noch zu einer Tafelrunde spräche, welche auf jedes Wort von den Lippen des Dichters der „Unpolitischen Lieder“ wie auf eine Offenbarung lauschte, legt er eine förmliche Generalbeichte ab. Keine Gemüthsbewegung und kein Lied, keine Freundlichkeit und keine Unfreundlichkeit, die ihm erwiesen worden, kein Glas Wein und kein Spruch dazu wird dem Leser vorenthalten. Und in Einem Athem geht die Erzählung an der Hand der Tagebücher fort; die einzigen Einschnitte macht die Eintheilung des Manuskripts in Bände, von irgend einer auch nur äußerlichen Gruppirung des Stoffes ist keine Rede. Wir bezweifeln deshalb auch, daß diese Memoiren viele Leser finden werden, und doch ist die Ausbeute gar nicht gering.

August Heinrich Hoffmann ist 1798 in Fallersleben im Hannover'schen geboren. Als Knabe erlebte er die „Franzosenzeit“ und weiß manches Interessante und Curiose aus derselben zu erzählen. Als 1803 der Krieg zwischen England und Frankreich wieder ausgebrochen war, mußte auch der Kurstaat Hannover nothgedrungen rüsten. Ein Erlaß forderte alle Unterthanen auf, sich zur Vertheidigung des Vaterlandes der Regierung zur Verfügung zu stellen, „eine bis dahin in Hannover nie gekannte Maßregel“. Der Eifer scheint denn auch nicht groß gewesen zu sein, da man nöthig fand, die jungen Bauern Nachts aus den Betten zu holen und, wenn sie nicht freiwillig Rekruten werden wollten, mit Gewalt fortschleppte. Als das Contingent aus Hoffmann's Geburtsorte die Hauptstadt beinahe erreicht hatte, wurde es durch die Freudenbotschaft empfangen: „Et is to late, gan se man wedder na Hus, de Herzog flüchtet eben tom Dore henut!“ (Es ist zu spät, gehen Sie nur wieder nach Haus, der Herzog flüchtet soeben zum Thore hinaus.) Natürlich ließen sich die Vaterlands-Vertheidiger sich das nicht zweimal rathen. Bald darauf rückten die Franzosen ein, mit denen man sich sehr gut vertrug; namentlich fiel es auf, daß die feindlichen Soldaten viel besser behandelt wurden als die deutschen, und daß daher die Armee auch nicht als Strafanstalt zu betrachten war. Im nächsten Jahre folgten Preußen, Russen, Schweden einander als Besatzung; 1806 nahm Preußen das Land in Beschlag und schon damals ließen die Hannoveraner ihren Aerger aus über preußische Pfiffe und über den Kukuk, der also keine Erfindung von 1866 ist. Dann sah man den Ausbruch der Bedränger zum Kriege mit Frankreich und den furchtbaren Rückzug nach der Schlacht bei Jena. Von dem ersteren erzählt Hoffmann folgende ergötzliche Episode: Eines Morgens wird Generalmarsch geschlagen; die Leute aus dem Orte berichten den Trommlern, daß schon längst Alles abmarschirt sei; sie werfen ihre Trommeln auf den Rücken und trollen sich hinterdrein. Nach einer Weile kommt auch der alte General dahergeritten: „Wo ist mein Regiment hinmarschirt?“

Nun war Hannover wieder französisch, 1810 wurde es königlich westphälisch, Hoffmann's Vater ward Canton-Maire. Der geistige Druck war groß, die Continentalsperre hemmte Handel und Verkehr, die Abgaben erschienen unerschwinglich, das Conscriptions-System unerträglich grausam. Aber die Hannoveraner lernten auch die Vorzüge des neuen Regimes kennen und schätzen, Gleichheit vor dem Gesetz und Gleichheit in den Leistungen an den Staat, öffentliches und rasches Verfahren, Glaubensfreiheit, anständigen Ton in den Bureaux u. s. w. Mit all dem Unfug wurde natürlich gründlichst aufgeräumt, als das Land wieder „befreit“ war. Der Adel kehrte zurück mit all seinen Abstufungen und Titulaturen und Privilegien. „Alle höheren Staatsstellen wurden mit Adeligen besetzt, in der Cavallerie gab es bald nur noch adelige Offiziere, die adeligen Amtmänner hießen Drosten, die adeligen reitenden Förster Forstmeister, die adeligen Förster trugen goldene, die bürgerlichen silberne Epauletten, die Adeligen hatten ihre eigenen besseren Plätze im Theater, sogar in den Göttinger Hörsälen und ihre Todten standen in den hannover'schen Anzeigen unter der Abtheilung „Charakterisirte Personen“. — Das war dort und fast überall der Lohn für die Opfer des Volkes an Gut und Blut, und je kleiner die Verhältnisse, desto mehr machte sich das Junker-Regiment unmittelbar fühlbar. Aus jener Zeit der Restauration datirt Hoffmann's Entschluß, seinem „engeren Vaterlande“ Valet zu sagen.

(Schluß folgt.)

gierungsbezirk Gumbinnen hat bis jetzt 21,141 Thlr. vertheilen können. Die Regierung hat ungefähr 400,000 Thlr. an Vorschüssen zu Chausseebauten und dgl. gespendet.

Oesterreichische Monarchie.

Prag, 21. Januar. [Czechische Demonstration.] Die gestrigen czechischen Blätter stellen die Vorgänge vom vorgestrigen Abend als durch das Gerücht erzeugt dar, daß ein Fackelzug zu Ehren Herbsts (bisher Professor an der Prager Universität, wo er das Deutschthum gegen das Slaventhum vertrat; jetzt bekanntlich Minister) beabsichtigt sei, und legen dabei das Bekenntniß ab: Was wäre erst entstanden, wenn wirklich ein Fackelzug stattgefunden hätte?

Der „Pr." wird berichtet: Gestern Abend gegen 7 Uhr rottete sich eine große Menschenmasse in der Casinogasse zusammen, die unter Anstimmung einer Katzenmusik und Schimpfworten gegen Beust Steine gegen die Casinofenster warf. Die Communal-Wachmannschaft, Gendarmerie und die Staats-Polizei-Organe erschienen und forderten die Rotten auf, auseinanderzugehen. Des Bürgermeister Klaudys Rede, sowie Hulesch' Bemühungen, zu besänftigen, blieben anfangs fruchtlos; endlich zog die Menge unter Slavarufen und Hej Slované singend vor die czechische Beseda am Graben. Dr. Klaudy suchte die „Kein Fackelzug"-Rufer abermals zu beruhigen, aber vergebens. Der Massenzug ging nun auf den Roßmarkt zur Wenzelsstatue, wo das „Svaty Vaclave" und „Hospodine pomiluj" gesungen wurde. Auf die Worte: „Zweck erreicht, auseinandergehen", erfolgte sodann die Auflösung der Menge. Einzelne Arretirte wurden durch den Proletariats-Andrang befreit. Um 10 Uhr herrschte wieder Ruhe. Die czechischen Techniker hatten durch gedruckte Plakate eine Aufforderung zur Demonstrations-Theilnahme erhalten.

Ausland.

Frankreich. Paris, 21. Jan. [Ein verhängnißvolles Citat.] In dem Prozesse gegen die 11 Journale erregte gestern Jules Duvals kurzes Plaidoyer für die „Debats" ungemeines Aufsehen. „Meine Herren," sagte der Advokat, „ich bin sehr betrübt, vor Ihnen als Vertheidiger des „Journal des Debats" auftreten zu müssen, das sich ja stets durch seine maßvolle Sprache und gerechte Würdigung aller Verhältnisse so sehr ausgezeichnet hat. Dieses Blatt erschien überhaupt nur zweimal vor Gericht. Heute ist es das zweite Mal. Das erste Mal ereignete sich im Jahre 1829 (vor der Julirevolution) wegen eines Artikels, dessen Schlußworte lauteten: „Unglücklicher König! Unglückliches Land!" Duval setzte sich und Jedermann blieb unter dem gewaltigen Eindrucke dieses kurzen Citats.

— [Die polnischen Emigranten], deren größter Theil bekanntlich in Paris lebt, sind gegenwärtig wieder in lebhaftester Agitation. Sie bieten Alles auf, damit der Nationalgeist in Polen nicht untergehe und man sich dort bereit halte für den Fall, daß die europäischen Angelegenheiten eine solche Wendung nehmen, daß ein neuer Aufstandsversuch mit Aussicht auf Erfolg unternommen werden kann. Eine Unzahl Proklamationen und anderer Schriften gehen in Folge dessen fortwährend nach Polen ab, wo sie von den Agenten der polnischen Komité's, die nach wie vor äußerst zahlreich sind, verbreitet werden. In einer dieser Proklamationen, die nach Neujahr in Polen in Umlauf gesetzt wurde, heißt es u. A.:

Polen! Die Zeit des Friedens ist nur kurz zugemessen, und ihr müßt euch von Neuem vorbereiten, um gegen die Mörder unseres Vaterlandes als Avantgarde zu dienen. Diesmal wird ganz Europa für euch sein, denn es hat begriffen, daß der europäische Friede ohne die Wiederherstellung Polens nur eine Chimäre ist. Euch, welche ihr uns im Geheimen in dem von dem Unterdrücker niedergetretenen Vaterlande leset, erinnern wir daran, daß ihr den Muth nicht verlieren dürft, daß ihr aber bereit sein müßt für die große Stunde, welche für unsere Befreiung schlagen wird. Betrachtet Italien, Ungarn und selbst Deutschland, und ihr werdet einsehen, daß jedes Volk, welches mit eisernem Willen die nationale Größe und Unabhängigkeit verfolgt, endlich zum Ziele gelangen muß. Und wir, Polen, welche wir auf allen Schlachtfeldern der europäischen Freiheit die Ersten und Heldenmüthigsten waren, sollten wir nicht für uns selbst die Freiheit erkämpfen können? Polen! Laßt ab von allen Parteistreitigkeiten und jedem inneren Kampfe, woraus unsere Unterdrücker allein Vortheil ziehen; konzentrirt eure ganze Thätigkeit und eure ganze Absicht auf den nämlichen Zweck, auf den Weg der Ehre, der jeden Polen zur Unabhängigkeit, zur Freiheit und Größe hinführen muß! Derjenige, welcher kühn und ohne Zaudern vorwärts geht, wird zum Ziele gelangen. Es lebe Polen! Nieder mit unseren Unterdrückern!

Großbritannien. [Die abyssinische Expedition] hat fortwährend mit allen möglichen Hindernissen zu kämpfen. Sie kann sich beim Vorrücken in das Innere nicht auf die Hülfsquellen des Landes verlassen, da die Ernte in Folge der Dürre und der Heuschreckenplage sehr mangelhaft ist. Den Reitern flogen nicht selten dichte Wolken dieser Insekten über die Köpfe hinweg, und wo sie sich niederließen, war in wenigen Minuten die ehedem grüne Fläche gelb geworden. Die Einwohner suchen sie durch Anzünden großer Feuer zu verscheuchen, doch mit geringem Erfolge. Die Gegend würde von dieser Landplage bald in eine Wüstenei verwandelt] werden, wenn nicht gewisse Gattungen Vögel und mehr noch die Affen unter diesen Thieren aufräumten. Die Einwohner bedienen sich ihrer als Nahrungsmittel. Sie machen ein Loch in die Erde, bekleiden die Höhlung mit Thon und zünden dann ein Feuer darin an. Hat dasselbe ausgebrannt, so wird die Asche herausgenommen und werden Heuschrecken in die Grube geschüttet, die dann wieder mit Lehm zugedeckt wird. Sind die Insekten in der heißen Erde genügend geröstet, so werden sie herausgenommen und zu feinem Pulver zerstoßen, das mit Mehl vermengt und genossen wird.

Ueber den inneren Zustand des Landes trafen fortwährend die widersprechendsten Nachrichten ein. Des Kaisers Ansehen scheint jedoch noch lange nicht gebrochen, ja, es herrscht eine gewisse abergläubische Furcht vor ihm im Lande. Er schläft nie länger als eine halbe Stunde ununterbrochen, dann steht er auf und inspizirt die Wachen seines Zeltes, immer zwei geladene Pistolen bei sich führend, eine für seinen Feind, die andere für sich selbst, wenn ihm sonst kein Ausweg bleibt. In Magdala hat er drei Befehlshaber mit ziemlich gleichen Vollmachten ernannt, die einer über den anderen wachen und ihn dadurch gegen Verrath sicher stellen. Seine Spione wagen sich bis ins englische Lager. Einem derselben, der dazu bestimmt schien, über die Stärke und Lage des Heeres zu berichten, gaben die Engländer ein Exemplar der Proklamation Napiers mit und bedeuteten ihm, den Häuptlingen kund zu thun, daß die Engländer bereit seien, zu kämpfen, wiewohl sie den Frieden vorzögen; von den Abyssiniern hange es ab, zu wählen, was sie wollen. Der Fürst von Tigre hat die Bezeigungen seiner Freundschaft und Anhänglichkeit wiederholt und zu diesem Zwecke einen Abgesandten an Sir R. Napier geschickt, einen Abyssinier armenischen Ursprunges, im Missions-Institute zu Bombay erzogen. Dieser war es vornehmlich, dessen Rath den Häuptling veranlaßte, sich den Engländern inniger anzuschließen. Dennoch ist weder dem Fürsten noch überhaupt den Eingebornen zu trauen.

Italien. [Vom heiligen Stuhl.] Dem „Monde" wird aus Rom vom 17. Januar geschrieben, daß im nächsten März der Papst ein Konsistorium halten und zahlreiche Kardinäle promoviren werde. Die zur Promotion jetzt schon bestimmt Designirten sind Msgr. Lucian Bonaparte, Msgr. Barili, Erzbischof von Thyana i. p. und Nuntius in Madrid, Msgr. Ferrieri, Erzbischof von Sidon i. p., Nuntius zu Lissabon; Msgr. Ignazio Moreno, Erzbischof von Valladolid; Msgr. Ledochowski, Erzbischof von Gnesen und Posen; Msgr. Gonella, Erzbischof von Viterbo und Toscanella und vormals Nuntius zu Brüssel; Msgr. Capalti, Sekretär der Propaganda; Msgr. Monaco la Valetta, Assessor des Sant-Ufficio; Msgn. Borromeo, Mayordomus Sr. Heiligkeit. Der Papst hat vor einigen Tagen zum ersten Male den Kardinal d'Andrea empfangen, welcher bei diesem Besuche von den Kardinälen Patrizi und Antonelli begleitet war. Die verschiedenen Konsulten zur Vorbereitung des Konzils sind in lebhaftester Thätigkeit. Verschiedene auswärtige Konsultatoren sind schon nach Rom berufen und mehrere andere sollen noch berufen werden. Der Papst beabsichtigt, zu einer so wichtigen Angelegenheit die berühmtesten Theologen und Kanonisten aus allen Ländern der katholischen Christenheit in Rom zu versammeln.

Nordamerika. [Schlimme Zustände.] In einem Briefe aus Baltimore vom 7. ds. Mts. heißt es: Von Tag zu Tag ertönt der Nothschrei aus allen Staaten des ruinirten Südens kläglicher an das Ohr unserer radikalen Kongreßherren und mit demselben trifft die Klage der arbeitenden Klasse des Nordens zusammen. Die Baumwollernte ist sehr schlecht ausgefallen und die Nahrungsmittel werden Tag für Tag theurer. All die schönen Hoffnungen, von denen ich vor Monaten schrieb, sind zu Schanden geworden. In Richmond ward bereits der Anfang mit Austheilung von Lebensmitteln an die Hilfsbedürftigen gemacht. Im Staate Louisiana sind zwei Drittheile der Bevölkerung arm und hülfsbedürftig. In Alabama ziehen bewaffnete Negerbanden durch das Land, überfallen die Farmen, tödten das Vieh und leben von ihrem Raube. Der ärgste Nothschrei ertönt jedoch aus Mississippi. Durch zwei aufeinander folgende Mißernten sind die Pflanzer ruinirt und besitzen kaum so viel, um von sich und ihren Familien den Hunger fern zu halten. Selbst jene Neger, welche

arbeiten wollen, können keine Beschäftigung finden und es bleibt ihnen nur die Wahl, entweder dem Hunger zu unterliegen oder mit den vielen Tausenden ihrer Brüder plündernd und raubend den Staat zu durchziehen. Der Gouverneur von Missouri hat dieselben ermahnt, Ruhe zu halten, widrigenfalls er die bewaffnete Macht gegen sie senden werde. Von unseren Zuständen werden Sie sich eine Vorstellung, wenn auch noch lange nicht der Wirklichkeit entsprechend, machen können, wenn Sie hören, daß z. B. innerhalb acht Tagen drei Bank- resp. Versicherungsbeamte mit 60,000 Dollars durchgebrannt, resp. wegen Betrug und Erpressung in Anklagestand versetzt sind; daß das Kongreßmitglied Hamilton von seinem eigenen Sohne, der Oberrichter Steugh vom Senator Rynerson ermordet worden ist u. s. w.

Nichtpolitische Zeitung.

[„Die Justizmorde der Neuzeit] aus allen Ländern, von Dr. K. Löffler“ (Leipzig, Verlag von K. Minde). Es ist ein trauriges Kapitel aus der Geschichte der Menschheit, welches uns hier aufgeschlagen wird, zugleich aber auch ein lehrreiches, insofern die Irrthümer und Fehlgriffe der Vergangenheit dazu dienen, zu größerer Vorsicht für die Zukunft aufzufordern. In diesem Geist aufgefaßt, ist es gewiß ein lobenswerthes Unternehmen, an einer Reihe der hervorragendsten Fälle zu zeigen, wie oft schon, und leider mitunter auch wie leicht, die menschliche Gerechtigkeit sich auf eine falsche Spur hat leiten und das Verbrechen den hat büßen lassen, der es nicht begangen hatte. In diesem Sinne scheint uns, soweit wir nach den vorliegenden zwei ersten Heften des oben genannten Werkes urtheilen können, der Herausgeber seine Aufgabe erfaßt zu haben, und somit dürfte dasselbe dem Publikum zur Beachtung wohl zu empfehlen sein. Das Buch soll in zwei bis drei Serien erscheinen, deren jede 20 Lieferungen (zu je 4 Sgr.) umfaßt. Die Subscribenten sind aber nach dem Prospekt nur zur Abnahme einer Serie verpflichtet.

[Dr. Demme und Flora Trümpy.] Das auch im Auslande verbreitete Gerücht, der von dem bekannten Vergiftungsprozesse her bekannte Dr. Demme lebe als Arzt in Mexiko, seine und Flora Trümpy's Vergiftung in Nervi bei Genua sei eine mit guten Freunden arrangirte Komödie gewesen, welches Gerücht nicht nur bei dem großen Publikum, sondern auch bei mit jenem Prozesse wohl vertrauten Juristen Glauben fand, hat seit etlichen Tagen neue Nahrung gefunden. Seit einiger Zeit treffen nämlich fast täglich entlassene Militärs von der aus Mexiko nach Algier zurückgekehrten Fremdenlegion in Bern ein. Von diesen äußerte einer bei Erzählung seiner Erlebnisse in Mexiko, er sei dort an der Cholera erkrankt und von einem Dr. Demme behandelt worden, der ein geborner Berner sei. Als er hierauf von einigen ihm zuhörenden Bürgern befragt wurde, ob er dies gerichtlich bestätigen könne, versicherte er wiederholt, seine Aussage sei die reine Wahrheit, der er auch, zu dem Regierungsstatthalter geführt, treu blieb. Laut der „Berner Ztg.“ soll der Mann sogar in dem mit ihm angestellten Verhöre ausgesagt haben, der in Mexiko eingetroffene Dr. Demme habe ihm einen Brief an seinen Bruder in Bern mitgegeben, bei dessen Abgabe er 2 Fr. Trinkgeld erhalten habe. Ebenso soll seine Beschreibung der Person des Dr. Demme in Mexiko mit dem Signalement des Berner Doktors vollständig übereinstimmen. Ob diese Angaben der „Berner Ztg.“ richtig sind, bleibe dahingestellt, dagegen ist es wirklich Thatsache, daß ein aus Mexiko zurückgekehrter Militär wegen der oben angegebenen Aeußerungen auf dem Regierungs-Statthalteramte verhört und sogar in Gewahrsam genommen worden ist.

[Nachspiel zum Prozeß Schumacher.] In Folge des traurigen Aufsehens, welches der Prozeß Schumacher in Paris erregt hatte, war der 11jährige Sohn oder Adoptivsohn der fraglichen Marquise aus dem College St. Barbe (vorbereitende Abtheilung) ausgewiesen worden. Diese Maßregel war vielfach angegriffen und dann von der Direktion dieser Anstalt dahin erklärt worden, daß man mit der größten Schonung und im Interesse des betreffenden Zöglings selbst gehandelt habe. Nun hat diese Angelegenheit mit einem Male eine ernstere Wendung genommen. Die Zeitungen veröffentlichen einen Brief, in dem sämmtliche Zöglinge von St. Barbe im Namen der freisinnigen Ueberlieferungen, welche bisher die Ehre dieser Anstalt gebildet hätten, energisch gegen die von der Administration ausgegangene Maßregel protestiren. Die ersten Schüler jedes Saales wurden zu der Direktion berufen und zu einem Widerruf aufgefordert. Eine allgemeine Versammlung der Schüler verweigerte dies mit großer Mehrheit, und es ist in Folge dieser Weigerung eine Abtheilung (nach der „Köln. Ztg.“ 250 Schüler) aus der Anstalt ausgewiesen worden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65¼ P. 65 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60¼ P.
"	5pCt Nationalanl. v. 1854	53¾—⅝ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	48⅛—½ G.
"	4½pCt.	41⅜ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅜ P. ¼ G.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94¼ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅞ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅛ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	81½ G.
Baden	4½pCt. Obl.	93¾ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	83¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86⅝ P.
"	4½pCt. Obl. dto.	82⅜ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82⅛ P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P. 84⅞ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77¾ P. ½ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	76—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	126¾ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	664 G. exD.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	183½—83 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Stebs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	210 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89¾ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108¼ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	242½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115½ P. 114¾ G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89⅝ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106 P. 105¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 P. 51⅞ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P. 74¾ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¾ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120 G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛—¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Tolr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MF. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¾ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99⅜ P.
do. in öst. W. l. S.	99¼ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	131¼ G.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60⅛ P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	71—70⅞ G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	126½ P.
"	do. v. 1864	77⅛ P.
4 pCt. Bayer. Prām.-Anl.		99¾—⅞ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10½ P.
Badische fl. 35		51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		53¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		142½ P. ⅝ G.
" fl. 25 do.		—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		26½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.		31½ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		12 G.

Frankfurt, 23. Januar. Die gute Stimmung für österr. Effekten scheint fast ihren Höhepunkt schon wieder erreicht zu haben. Wenigstens erlahmte man seit gestern sichtlich. Creditaktien verloren gegen die gestrige Mittagsbörse 1½ fl., Staatsbahn 1 fl. Dabei war das Geschäft sehr still. Auch österr. Staatsfonds gaben wieder etwas nach. Süddeutsche Werthe waren ebenfalls etwas mehr offerirt und fanden keine nennenswerthen Umsätze statt. Amerikaner dagegen, die in den letzten Tagen etwas träge und matt verkehrt hatten, befestigten ihren Cours wieder mehr und waren zu höheren Preisen beliebt. Von Banken Darmstädter, auf deren bevorstehende Steigerung wir schon seit lange aufmerksam gemacht haben, abermals höher. Auf die neue preußische 4½ proz. Anleihe sollen die Zeichnungen ziemlich lebhaft von Statten gehen. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 25.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 25. Januar 1868.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.*)

• **München**, 24. Januar. Der Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer erklärt einstimmig die Anbahnung einer durchgreifenden Beamtenverminderung, ein Pensionsgesetz und ein gerechtes, jede Willkür ausschließendes Disziplinargesetz als die unerläßlichen Voraussetzungen einer systematischen Besoldungserhöhung der Beamten.

Die Abgeordnetenkammer hat das Gewerbsgesetz und Wehrgesetz ganz nach den Ausschußbeschlüssen (s. Würzb. Anzeiger Nr. 24) angenommen.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Nachmittag durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Was die Intimen Napoleons III. unter „Preßfreiheit" verstehen.

Würzburg, 25. Januar.

Wir haben in unserer Zeitung vom 21. ds. unter Frankreich und dem Titel: „Freiheitliches und friedliches Morgenroth?" einen Brief des Herzogs von Persigny über Preßfreiheit erwähnt und den Schluß eines Artikels aus dem „Pays" über diesen herzogl. Brief mitgetheilt. Daß wir Recht gehabt haben, den wohllautenden Titel unseres damaligen Artikels mit einem Fragezeichen zu versehen, beweist die neueste Nummer des „Pays".

Der Herzog von Persigny hat an dasselbe, welches unter der Unterschrift des so verschrieenen Paul de Cassagnac den Brief des intimen Freundes Napoleons III. über die Presse commentirt und diesem — um es nochmal zu wiederholen — vorgeworfen hat, die Gefahren zu übersehen, welche das Kaiserreich bedrohen, ein Schreiben gerichtet, aus dem ganz einfach hervorgeht, daß der gute Herzog nur deßhalb seine Vorschläge gemacht, um das neue Preßgesetz noch zu verschärfen. Das Schreiben ist deßhalb von Interesse und verdient sogar hohe Beachtung, da der Herzog heute offen sagt, daß er ungefähr so denkt, wie Herr Paul de Cassagnac, also das Kaiserreich noch fortwährend von großen Gefahren bedroht glaube, die größer sind, als die, welche 1852 bestanden. Das Schreiben lautet, wie folgt:

Chamarade, 20. Januar 1868.

Herr Redakteur! In Ihrer gestrigen Nummer (es ist der Artikel, welchen die „N. Wrzb. Ztg." in ihrer Nummer vom 21. erwähnte) betrachten Sie die Ideen, welche ich über die Preßfreiheit entwickelt habe, als eine Unklugheit, und Sie erstaunen über meine Blindheit vor den Gefahren, welche Ihnen zufolge das Kaiserreich bedrohen. Beruhigen Sie sich. Ich kenne die Gefahren, auf welche Sie anspielen, und ihre Ursachen sind mir bekannt. Ich habe gesagt, daß ich die Diskussionsfreiheit, wohlverstanden unter der Herrschaft der Gesetze, nicht befürchte, und Sie machen die Voraussetzung, daß ich an die Versöhnung aller politischen und sozialen Elemente glaube, die sich einander gegenüberstehen. Ich habe wiederholt, was ich 1852 sagte, indem ich die Zeit Heinrichs IV. mit der unsrigen verglich und mich derselben Argumente bediente, nämlich daß die heute von allen angenommenen Ideen der Revolution nicht mehr die Macht haben, die Bürger gegen einander zu bewaffnen, und Sie lassen mich sagen, daß die Parteien sich geeinigt, daß der Haß erloschen und die Zeit gekommen ist, wo sich das Kaiserreich der Befriedigung aller Utopien überlassen kann. Treu ergeben dem Kaiser, habe ich keinen Anstand genommen, ihm auf das Gebiet des Liberalismus zu folgen, auf das er sich begeben hat, und Sie machen mich verantwortlich für ein Projekt, welches nicht mein Werk ist, an dem ich nicht den geringsten Antheil habe, und welches den Kammern durch Andere als durch mich vorgelegt worden ist. Endlich will ich die Garantien der öffentlichen Ordnung vermehren, die mir das Projekt nicht genugsam zu sichern scheint, und Sie klagen mich an, ich thäte Abbitte vor der Opposition. Was auch der Gedanke sein mag, welcher den jungen und ehrenwerthen Schriftsteller des „Pays" inspirirte, erlauben Sie mir, die Hellung abzulehnen, welche dieser Gedanke mir verleiht, und den deßfallsigen Vorwurf an seine wahre Adresse zu verweisen. Ich erwarte von Ihrer Loyalität, daß Sie diesen Brief in einer Ihrer nächsten Nummern aufnehmen werden.

Empfangen Sie u. s. w. Persigny.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Kontingentsgesetz.] In der Abgeordnetenkammer wurde die am 20. begonnene Debatte (s. d. vorgestrige Nummer unserer Ztg.) über das Kontingentsgesetz fortgesetzt und in der Abendsitzung beendigt. Dieselbe drehte sich im wesentlichen um die nämlichen Punkte, wie am ersten Tag, auch wurden keine neuen Argumente von Belang für und wider vorgebracht, weßhalb wir davon Umgang nehmen, auf die einzelnen Reden besonders einzugehen, und nur Einiges hervorheben, was eben noch bemerkenswerth darin

Der unpolitische Sänger.
(Schluß.)

Er studirte in Göttingen und Bonn, erlebte an ersterem Orte den berühmten Studentenauszug mit und ließ in letzterem sein erstes wissenschaftliches Buch drucken. Im Jänner 1821 hatte Hoffmann in der Bonner Universitäts-Bibliothek auf dem Innern der Holzdecken, welche den schlechten Papierhandschriften der Summa Theologiae des Thomas von Aquino als Einband dienten, schön geschriebene Pergamentblätter aus Otfried's Evangelienbuche entdeckt und diese gab der junge Gelehrte zusammen mit Auszügen aus einer Trierer Handschrift: Interlinear-Version der Psalme aus dem zwölften Jahrhundert, und einem Bruchstück aus dem mittelniederländischen Romane Renout von Montalbaen heraus. Den Verlag übernahm ein seit Kurzem dort etablirter Buchhändler Karl vom Bruck. „Ich war," erzählt der Verfasser, „öfter bei vom Bruck. Wir unterhielten uns viel über Buchhandel und Schriftstellerei, und erzählten uns auch wohl allerlei lustige Geschichten. Vom Bruck erschien mir als ein gemüthlicher Gesellschafter und ein ruhiger, verständiger Geschäftsmann. Ob er große buchhändlerische Pläne hatte, trug er wenigstens nicht zur Schau; seine buchhändlerischen Geschäftskenntnisse schienen mir auch nicht absonderlicher Art zu sein; auch merkte ich nie, daß er wohl noch dereinst zu einer großen staatsmännischen Laufbahn bestimmt sein könne. Ich müßte sehr unwahr sein, wenn ich heute behauptete, daß ich damals an vom Bruck Tiefe des Gemüths, Schärfe des Verstandes, ein grübelndes bedächtiges Wesen, eine gewisse Unbefriedigtheit und Unruhe in seinen kleinen Verhältnissen und dergleichen verspürt hätte. Freilich suchen Andere einen natürlichen Uebergang vom kleinen Buchhändler und Leihbibliothekar in Bonn zum Begründer und Direktor des Lloyd in Triest*) und sagen dann wie das kleine Brockhaus'sche Conversations-Lexikon: er benutzte seinen Aufenthalt in Bonn, um staatswissenschaftliche Collegia zu besuchen. Alles nicht wahr. Er dachte an keine Collegia, sondern war froh, wenn er Abends seine Geschäfte beendet hatte und seinen Laden schließen konnte. Und es war gewiß seine Herzensmeinung, wenn er mir auf ein Stammbuchblatt schrieb:

„Das größte Glück im Leben
und der reichste Gewinn
ist ein guter leichter Sinn."

Später mag ihn die Unzulänglichkeit seiner Mittel und buchhändlerischen Kenntnisse, der bisher schlechte Erfolg und die bedeutende Concurrenz in seinem Geschäfte verstimmt haben, so daß er eines Tages den Entschluß faßte und ausführte, Alles aufzugeben. Bald hörte ich: „vom Bruck ist verschwunden."

Im folgenden Jahre kam Hoffmann als Custos an die Universitäts-Bibliothek in Breslau, wo er es unter steten Scherereien und Kämpfen mit seinen Vorgesetzten und Kollegen binnen zwanzig Jahren glücklich zum ordentlichen Professor brachte, um bald darauf abgesetzt

*) Beruht wohl auf einer Personen-Verwechslung, da sich Bruck, der nachmalige Finanzminister, im Jahre 1821 schon in Triest befand.

erscheint. Die Opposition bildete sich wesentlich aus den demokratischen und ultramontanen Elementen der Kammer, in der Debatte repräsentirt durch die Abgg. v. Feder und Lindau.

Auf eine Bemerkung des Abg. Eckhard, welcher glaubt, daß auf den Stuttgarter und Münchener Konferenzen eigentlich doch nichts vereinbart worden sei, und ihnen deßhalb jede Bedeutung abspricht, entgegnete der Kriegsminister Generallieutenant Ludwig, auf diesen Konferenzen seien allerdings Vereinbarungen getroffen worden, Vereinbarungen über sehr wesentliche Dinge; die wichtigste Waffe, die Infanterie, sei gleichmäßig organisirt, und zwar ganz genau nach preußischem System. Ebenso seien die Batterien gleichmäßig organisirt. Die Geschütze seien vollkommen gleich. Bayern lege den vollen Satz von 2 Prozent (Kriegsstärke) seinem Budget zu Grund, wie Baden. Nach diesen Vereinbarungen erhalte Süddeutschland 160,000 Mann Soldaten, 50,000 Mann Reserve und eben so viel Landwehr; 260000 Mann geübte und gut bewaffnete Mann seien aber schon ein tüchtiges Heer, und deßwegen die Konferenzen nicht als werthlose zu bezeichnen. Eine eingehende Erörterung der Erwägungen, auf deren Grund die Kriegsverwaltung zum Entwurf des Gesetzes gelangt sei, führt ihn zu dem Ergebniß, daß weder an der Kriegs- noch Friedensstärke etwas geändert werden könne, ohne dem Ganzen zu schaden. Er könne daher in keiner Weise ein Zugeständniß machen (Eckhard hatte nämlich angefragt, ob sich die Last der dreijährigen Präsenz nicht erleichtern lasse). In der Abendsitzung verzichtete Abg. Wundt (von Heidelberg) darauf einen von mehreren Seiten angeregten Antrag zu stellen, durch welchen die Frage der jährlich vorzunehmenden Beurlaubungen in das Gesetz aufgenommen werden sollte, und wünscht, daß der Kommissionsantrag eine recht große Majorität gewinne. Abg. Kirsner beantragte dagegen einen Wunsch zu Protokoll: die großh. Regierung möge die Uebungszeit des einzelnen Mannes möglichst abkürzen und dadurch auf Ersparnisse im Budget hinwirken. Ein Antrag des Abgeordneten Moll auf Annahme des 3/4-Prozentsatzes wurde von den Abgg. Beck und Kayser unterstützt, von den Abgg. Kiefer, Nicolai und dem Berichterstatter bekämpft, und schließlich mit allen gegen 8 Stimmen abgelehnt. Kirsners Antrag wurde einstimmig angenommen, ebenso ein Antrag von Kusel, der die Dauer der Giltigkeit des Kontingentsgesetzes auf die Zeit bis 31. Dez. 1869 einschränkt (statt bis Ende 1870). Schließlich wurde das ganze Gesetz (1 Prozent Friedensstärke) mit allen gegen 8 Stimmen angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. Jan. [**Polizeiwirthschaft und Unsicherheit in Berlin.**] Bei Gelegenheit der Berathung des Etats des Ministeriums des Innern im Abg.-Haus führten die Nationalliberalen und die Fortschrittspartei laute Klage über die Eingriffe des Polizeipräsidiums in die städtische Verwaltung von Berlin, über die zunehmende Unsicherheit in Berlin, wo die Vermehrung von Verbrechen gegen Person und Eigenthum in keinem Verhältniß mehr stehe zu der Vermehrung der Bevölkerung.

Abg. v. **Kirchmann** konstatirte, daß anständige Frauen ohne männliche Begleitung bei einbrechender Dunkelheit sich nicht mehr auf die Straße wagen können, ohne Gefahr zu laufen, sich der insolentesten Behandlung auszusetzen. Der Grund davon liege in der Trennung der Revier- von der Kriminalpolizei. Er weist das an der Hand der an Gregy und Arny begangenen Mordthaten nach. Im erstern Fall hatte eine junge Person bereits 14 Tage vor Entdeckung der Mörder auf der Revierpolizei eine Anzeige gemacht, welche für die Ermittlung der Thäter von höchster Wichtigkeit war. Erst als diese Anzeige dem Kriminalkommissär wiederholt wurde, erfolgte die Entdeckung. Die Ermordung Arny's, eines Bäckerlehrlings, welche auf offenem Platz unter schauderhaften Umständen erfolgte, wurde eines Morgens um 10 Uhr entdeckt, und erst gegen Mittag des nächsten Tags wurden die ersten Lokalnachforschungen angestellt. Der Thäter selbst blieb bis heute unentdeckt. Man tadelte die laue Ueberwachung der unter Polizeiaufsicht stehenden Subjekte, der Diebe, der öffentlichen Dirnen und der sog. „Loris", jenes verkommenen Gesindels, das von den öffentlichen Dirnen unterhalten wird, und den schlimmsten Theil der Verbrecherwelt bildet. Solche Uebelstände wurden zum Theil dadurch verschuldet, daß man die Polizei **zu sehr zur Niederdrückung der liberalen Partei** verwandte, theils dadurch, daß die **Polizeibeamten einen Antheil an den Strafgeldern denunciirter Kutscher** (!) erhielten, und dadurch zu sehr zum „Aufschreiben" verleitet wurden.

Die Fortschrittspartei wendete sich außerdem noch gegen die **geheimen Polizeifonds**, welche sie nicht genehmigen will, weil ihre Bewilligung einem Vertrauensvotum gleichkomme. Die Polen erklärten sich gegen eine Bewilligung derselben, weil sie zur Hervorrufung von Hochverrathsprozessen, Fälschung von Papieren u. s. w. gebraucht würden. Der Minister war nicht in der Lage, die Beschwerden der Opposition widerlegen zu können. Wenn die Sicherheit besser werden solle, müsse das Publikum selbst mehr Selbsthülfe anwenden. Ungebührlichkeiten auf der Straße und Excesse während der Sylvesternacht, welche die Verwunderung aller Fremden erregten, könne man nicht verhindern. Das Ministerium sei allerdings aus der konservativen Partei hervorgegangen, gehöre aber keiner schroffen Richtung an, und verkenne nicht die Ansprüche, welche die liberale Partei machen könne. Schließlich wurde der Fonds ohne Abzug bewilligt.

Frankfurt. [**Zur Zollparlaments-Kompetenz.**] Auf das vom Ausschuß des deutschen Handelstags ergangene Rundschreiben, wodurch die in demselben vertretenen Körperschaften aufgefordert werden, sich den Anträgen auf Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments auf die im Art. 4 der norddeutschen Bundesverfassung angeführten Gegenstände anzuschließen, hat der Vorstand des hiesigen Handelsvereins geantwortet, daß er allerdings die Regelung der wichtigsten Fragen auf wirthschaftlichem Gebiet durch Gesetze, welche für das ganze Deutschland Gültigkeit haben, als höchst wünschenswerth betrachte, dagegen den Erfolg einer **Agitation des Handelsstandes auf Erweiterung der Kompetenz des Zollparlaments für jetzt bezweifele.** Der Vorstand halte es für zweckentsprechender, wenn der Ausschuß des deutschen Handelstages an das Bundeskanzleramt die Vorstellung richte: es möchten Vereinbarungen mit den süddeutschen Staaten über Grundprinzipien zur Regulirung der vorstehenden Fragen getroffen werden. Insbesondere

---

zu werden. Gutzkow, der es nie leiden konnte, wenn auch von anderen Schriftstellern gesprochen wurde, war damals sehr ungehalten über das Aufheben, welches in Deutschland von den „Unpolitischen Liedern" gemacht wurde, und meinte, ein Professor, der bisher nur unter Maikäfern liberal gewesen sei, mache jetzt plötzlich die Mode mit u. s. w. Aus diesen Denkwürdigkeiten kann er nun ersehen, daß Hoffmann sich stets zur freisinnigen Partei gezählt und auch schon politische Gedichte gemacht hat zu einer Zeit, als Gutzkow noch kaum schreiben konnte. Köstlich ist aber, daß Letzterer, von Hoffmann angesprochen, weßhalb er denn so grimmig gegen ihn gewesen sei, sich ausredete, sein Verleger Julius Campe habe es verlangt. Campe in Hamburg war nämlich auch der Verleger der „Unpolitischen Lieder" und war bemüht, des Dichters Meinung von diesem Opus herabzudrücken, damit er nicht zu hohe Honorar-Forderungen stelle! Aus Heine's Briefen ist bekannt, wie Campe ihn am „langsamen Feuer rösten ließ, weil er wußte, daß der Poet in Paris stets in Geldverlegenheit war und im äußersten Momente wieder ein Buch um jeden Preis hergeben werde. Hoffmann war gesund und beweglich, und kam seinem edlen Verleger schnell auf die Schliche, entdeckte zum Beispiel, daß Campe eine ganze Auflage heimlich gedruckt hatte, um das Honorar zu ersparen. Die vielen noch lebenden Schriftsteller, welche mit Hoffmann und Campe in Geschäftsverbindung gestanden haben, sollten sich ernstlich zusammenthun, um eine Biographie dieses merkwürdigen Menschen zu schreiben, in dem sich großartiger Geschäftsgeist, schmutzigste Knickerei, politischer Freisinn und Sklavenhändler-Launen aufs Originellste vermischten.

Für die deutschen Preßzustände in den Vierziger-Jahren sind Hoffmann's Aufzeichnungen im höchsten Grade charakteristisch. 1841, also bald nachdem der König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen freie Meinungsäußerung in seinem Lande proklamirt hatte, änderte der Breslauer Censor in einem Neujahrsgedichte die Worte:

„In jeder (Zeit) lebet fort
Gefühl für Wahrheit, Ehr' und Recht
Und für ein freies Wort"

folgendermaßen ab:

„Gefühl für Freundschaft, Lieb' und Recht
Und für ein traulich Wort."

Ein Brandmal für das Ministerium Eichhorn aber bleibt der motivirte Erlaß, durch welchen Hoffmann als Verfasser der „Unpolitischen Lieder" seiner Professur enthoben wird. Ein Erschwerungsgrund war, daß die Lieder größtentheils im Versmaße bekannter Volks- oder Studentenlieder gedichtet waren, und in hundert Fällen macht sich erst der Minister der Majestätsbeleidigung und der Erregung von Mißvergnügen schuldig, indem er hinter jeder harmlosen Aeußerung eine politische Anspielung wittert. So wird z. B. in dem „Paradies der Diener und Soldaten, dem Jagdrevier der Potentaten," in dem Lande, dessen Wege nur gebessert werden, wenn die Fürsten reisen, in welchem es erlaubt ist, „Alles zu verschnapsen," in welchem

sei die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichts-Systems, sowie Feststellung der Grundsätze über Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde als dringlich hervorzuheben. Auf diesem Wege würden die Wünsche des Handelsstandes eher gefördert werden, als durch Stellung von Anträgen auf Erweiterung der Zollparlaments-kompetenz, die, nach langen Kämpfen nun einmal normirt, nicht so kurzer Hand abgeändert werden dürfte.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 23. Jan. [Der Personenwechsel im Reichskriegsministerium] wird von den Blättern zum Gegenstand längerer Artikel gemacht, die sich indessen in ganz allgemeinen Betrachtungen über die Schwierigkeit der „Wehrfrage" bewegen. „Was der Ministerwechsel bedeutet, darauf, sagt die „N. Fr. Pr.", wird Niemand eine präzise Antwort zu geben vermögen: wir glauben selbst der abgetretene Kriegsminister Frhr. v. John oder der denselben ersetzende Frhr. v. Kuhn nicht. Aber was auch die wahrhafte Ursache des Rücktrittes des Frhrn. v. John von seinem Kriegsministerposten gewesen sein mag, wir können in der Ernennung des Frhrn. v. Kuhn kaum mehr als einen Personenwechsel erblicken. Denn die Programmfrage liegt für uns in der Wehrfrage. Worin unterscheiden sich nun die Ideen des neuen Kriegsministers von jenen des früheren? Frhr. v. John war für die unbedingte allgemeine Wehrpflicht; sein Programm kannten wir, denn er hatte es in ausgearbeiteten Entwürfen, die zum Theil schon ins wirkliche Leben übergegangen waren, der Oeffentlichkeit vorgelegt. Ist Frhr. v. Kuhn gegen die allgemeine Wehrpflicht und für das System der Stellvertretung und des Loskaufes? Frhr. v. John war ein Verfechter der Einheit des cis- und transleithanischen Heeres; ist es Frhr. v. Kuhn weniger? Niemand weiß darauf eine bestimmte Antwort zu geben. Der Wechsel in dem Ministerium spitzt sich nirgends zu einer Programmfrage zu, und erst die Wirksamkeit des neuen Ministers muß uns lehren, was denn der Wechsel bedeutet, wenn er nicht ein rein alphabetischer sein soll."

— [Arbeiterbewegung.] Die seit Kurzem bestehende Arbeiterbewegung in Wien hat die Aufmerksamkeit der Regierung erregt; und wie die alte „Presse" offiziös anzeigt, bereiten die Minister des Handels, des Innern und der Justiz über die Gründung von sozialen Vereinen und Erwerbsgenossenschaften einen Gesetzentwurf vor, welcher dem Reichsrathe gleich bei seinem Zusammentritt zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt werden soll.

Prag, 21. Jan. [Die czechischen Demonstrationen.] Die Straßen-Demonstration vom Sonntag wiederholte sich gestern Abends in einer Weise, die so bedeutende Dimensionen annahm, daß man dem Verlaufe nur schwer folgen konnte. Schon vor 6 Uhr Nachmittags promenirten viele Hunderte, mitunter Neugierige, auf den Trottoirs der Breiten Gasse. Als wir, erzählt der Berichterstatter der „Bohemia," um halb sieben Uhr daselbst ankamen, war die Straße schon ziemlich gefüllt, so daß der Verkehr allmälig erschwert wurde. Die Sicherheitsbehörde hatte ihre Vorkehrungen getroffen; sehr starke Patrouillen der Communalwache, Gendarmerie-Patrouillen von je zwei Mann schritten zu beiden Seiten der Gasse, die Mitte der Straße hielten berittene Gendarmen möglichst frei. Vor dem Thore des deutschen Casino standen vier Gendarmen, ebenso waren die Einmündungen der Seitengassen theils durch Communal-Polizei, theils durch Gendarmen besetzt.

Die „Bohemia" verfolgt sodann in Berichten von Viertelstunde zu Viertelstunde den Aufruhr. Am stärksten scheint derselbe um $^{1}/_{4}$10 Uhr gewesen zu sein, wo es heißt: Die Vorstellung im deutschen Theater wird auf eine bedauerliche Weise gestört. Eine Rotte tobender Excedenten schlägt eine Anzahl Scheiben der Fenster des Theaters ein. Der Lärm ist so groß, daß er im Theater gehört wird. Mit dem Rufe: „Die Czechen wollen das Theater stürmen!" stürzen einige Besucher der Vorstellung aus dem Parterre hinaus. Draußen sehen sie, wie eine Abtheilung Infanterie den Pöbelhaufen, welcher nach den Fenstern des Theaters mit Steinen geworfen, vor sich hertreibt. Ein Communalwachmann wird von den Excedenten thätlich insultirt. Er flüchtet sich in eine Delicatessen-Handlung. Der Pöbelhaufe verfolgt ihn und zertrümmert die werthvollen Auslegekästen der Delikatessen-Handlung. Durch die Steine, welche sie hineinwerfen, werden nicht nur die großen Fensterscheiben des Kaufladens zersplittert, sondern auch die hinter den Scheiben ausgestellten Flaschen und übrigen Gefäße arg beschädigt. Deren Inhalt, Wein und Champagner von jeder möglichen Sorte, ergießt sich auf andere Delicatessen und verdirbt die ganze Auslage. Der hiedurch dem Besitzer erwachsene Schaden beträgt gegen 100 fl. Die Pöbelmasse, welche diesen Schaden verursachte, zertrümmert bei der Flucht in die Zeltnergasse noch zwei Fensterscheiben des Café Tempel. Der Stein fliegt in den Café-Salon. Ein wahres Glück, daß gerade heute keine Musikbande im Kaffeehause spielt. Der Stein hätte unfehlbar einen von den Musikern getroffen, denn gerade bei diesem Fenster pflegt die Musikkapelle an anderen Abenden zu spielen. Der Besitzer des Café Tempel schließt schleunigst die Fensterläden, um nicht weiteren Schaden zu erleiden. Uebrigens zerstreuen sich in dieser Gegend die Excedenten vor dem anrückenden Militär, ohne zu weiteren Ausschreitungen Zeit zu gewinnen. Erst um $^{3}/_{4}$12 Uhr war die Stadt ruhig.

Ausland.

Frankreich. [Friedliche Manifeste und kriegerische Rüstungen.] Der „Kölnischen Ztg." schreibt man aus Paris: „Außer dem Rundschreiben des Ministers des Innern an die Präfekten, das heute von der „France" bestätigt wird, ist nunmehr auch das friedliche Manifest des Kaisers, angeblich in Gestalt eines Briefes an den Staatsminister, heute an die hohen Würdenträger des Reiches vertheilt worden. In einigem Widerspruche zu diesen Kundgebungen steht leider die Hast und der Eifer, mit welchem die militärischen Rüstungen fortgesetzt werden. Auf der Ostbahn macht man jetzt Versuche mit der Organisation von Eisenbahnzügen für die Verwundeten, um dieselben in einem demnächstigen Kriege praktisch anzuwenden. Ebenso geht man mit äußerster Schnelligkeit mit der Organisation der mobilen Nationalgarde zu Werke, obwohl doch das betreffende Gesetz noch gar nicht von dem Senate votirt worden ist. Ende Februar sollen die Cadres schon aufgestellt und die Kontingentszahl auf die einzelnen Kantone vertheilt sein. Im nächsten Mai bereits denkt man zum ersten Male die vierzehntägige Uebung der neuen

---

nur der Vogel frei singen darf u. s. w., u. s. w., „unzweideutige Beziehung auf Preußen" erkannt!

Die ersten vier Bände der „Denkwürdigkeiten" schließen mit dem Jahre 1847 und zugleich mit der bewegtesten Periode in Hoffmann's Leben ab. An der Bewegung von 1848 hat er sich nicht betheiligt.

Shakespeare's dramatische Werke und Sonette

in neuen Original-Uebersetzungen von Dingelstedt, Jordan, Seeger, Simrock, Viehoff und Gelbcke in zehn Bänden (Hildburghausen, Bibliographisches Institut).

Es ist schwer, wo nicht unmöglich, die wohlbegründete Popularität der Schlegel'schen Uebertragungen zu erschüttern. Gleichwohl müssen wir, gerade der Schwierigkeit des Unternehmens halber, jeden Versuch willkommen heißen, der alten eingebürgerten, dem Herzen und Gedächtnisse der Literaturfreunde vertrauten Uebertragung den Rang abzulaufen. Nur glauben wir, daß diese Bestrebungen ihre Würdigung immer nur in den engeren Kreisen der Kenner finden werden, während das große Publikum der von Jugend auf liebgewordenen Uebersetzung treu bleiben wird.

Uebrigens ist durchaus nicht zu verkennen, daß die neuen Uebertragungen das Schlegel'sche Werk im Allgemeinen an Flüssigkeit der Form übertreffen, wie denn auch manches Mißverständniß Schlegels in den neuen Bearbeitungen beseitigt ist. Dagegen wird man auch so gediegenen und feinfühlenden Uebersetzern gegenüber wie Dingelstedt, Jordan, Seeger und vor Allen Simrock, auch ihnen gegenüber wird man dem Urtheile Ulricis beistimmen müssen, daß Niemand bisher den Geist und Charakter der Shakespeare'schen Dichtung überhaupt, wie Zeichnung und Colorit der einzelnen Dramen insbesondere, kurz den Styl Shakespeare's mit der Meisterschaft nachzubilden vermocht habe, wie Schlegel.

Das Hildburghausener Unternehmen rückt inzwischen mit verhältnißmäßig großer Geschwindigkeit vor, und wird das Interregnum, das bis zum vollständigen Erscheinen der von der deutschen Shakespeare-Gesellschaft besorgten Schlegel-Tieck'schen Ausgabe eingetreten ist, nach Kräften auszubeuten wissen. Und wir wünschen demselben, trotz unserer oben geäußerten Ansicht, dazu aufrichtig Glück, da das löbliche Bestreben der Uebersetzer einen ausgiebigen Erfolg verdient und bemittelten Literaturfreunden die Anschaffung verschiedener Uebersetzungen nur dringend anzuempfehlen ist.

Bisher sind erschienen Bd. 1, 2, 6, 7, 8, 9 und werden die noch fehlenden Bände baldigst versprochen. Nur der zehnte Band, welcher die Sonnette (übersetzt von Gelbcke) und als Schluß des Ganzen eine umfassende, volksthümlich gehaltene Biographie Shakespeare's und literarhistorische Einleitung zu seinen Werken von Fr. Dingelstedt enthalten wird, dürfte erst nach einer größeren Pause erscheinen.

Corps vorzunehmen. Dabei lauten die Berichte aus dem Innern des Landes noch immer düster genug. Die Arbeitslosigkeit nimmt zu. In der Gegend von Lyon haben abermals mehrere Hunderte von Seidenwebstühlen ihre Arbeit einstellen müssen. Die Garonne droht mit Ueberschwemmung. Am Mittwoch Abend war sie in Agen schon um sechs Meter über ihren mittleren Stand gestiegen, und das Wasser wächst noch beständig."

— [Die Mißstimmung in Paris] gibt sich auch sogar in der sonst so regierungsfreundlichen „Revue Contemporaine" kund. Dieselbe sagt in ihrer letzten Nummer: „In Frankreich gibt es nur noch zwei Rufe, welche die Lage klar und deutlich resumiren: Entweder Freiheit oder Krieg! Wenn wir nicht die Freiheit erhalten, so müssen wir uns auf den Krieg gefaßt machen. Es gibt noch eine dritte Alternative, welche wir zurückweisen und der sich vielleicht im Geheimen schon Viele anschließen. Unser Land hat genug Versuche gemacht; wir wünschen ihm nicht, daß man es mit Neuem heimsuche, und unsere Opposition beschränkt sich darauf, vom Kaiserreiche zu verlangen, eine solidere Basis zu suchen, als die ist, welche es gefunden zu haben glaubt. Da es glaubt, die Wahl zwischen der Freiheit und dem Kriege zu haben, so muß es sich aussprechen, ohne jedoch dabei zu vergessen, daß die Freiheit belebt und der Krieg unglückliche Zufälle mit sich führt, die zuweilen die Völker und die Dynastien zum Untergange führen." In ihrer finanziellen Chronik sagt die „Revue": „Wenn man von einem unglücklichen Jahre zu sprechen haben wird, so wird man in Zukunft das Jahr der allgemeinen Ausstellung citiren." — Ueber die Maßregeln, welche man am Todestage Proudhon's (des bekannten Socialdemokraten, von dem das geflügelte Wort herrührt: „Eigenthum ist Diebstahl!") ergriffen, sagt der „Courrier Français": „Das „Journal de Paris" berichtet, daß am Sonntage, bei Gelegenheit des Jahrestages des Todes Proudhon's, zwanzig Agenten mit einem Offizier de Paix auf dem Place du Roi de Rome aufgestellt waren; dies ist aber nicht Alles; die Polizei hatte auch die Kaserne der Feuerwehrmänner, welche dem Thore des Kirchhofes von Passy gegenüberliegt, besetzt; es befanden sich dort wenigstens 200 Polizeidiener. In welcher Zeit leben wir denn, daß die Regierung sich in die Defensive setzt und durch die einfachsten Dinge in Unruhe versetzt wird?"

Nichtpolitische Zeitung.

[Eisenbahn Nürnberg-Bayreuth.] Bei der am 19. Jan. Nachmittag im Gasthause zur Post in Streitberg unter Vorsitz des Hrn. Bezirksamtmanns Zametzer von Ebermannstadt stattgehabten Versammlung wegen Führung der Eisenbahnlinie Nürnberg-Bayreuth durch die fränkische Schweiz wurde nach ziemlich lebhafter Diskussion (an der sich namentlich die Herren Bezirksamtmann Zametzer, Assessor Remer und Pfarrer Mahr von Ebermannstadt, Magistratsräthe Dumbert und Schneider und Assessor Thelemann von Forchheim, Pfarrer Hörath von Heiligenstadt und Posthalter Schmitt von Pretzfeld betheiligten), die Wahl eines aus 14 Mitgliedern bestehenden Comite's beschlossen und sofort bethätigt. Zugleich wurde dem Comite die weitere Betreibung der Sache übertragen. Das gewählte Comite trat zusammen, wählte aus seiner Mitte einen Vorstand, Sekretär und Kassier und berieth sich dann sofort darüber, was zunächst in der Sache weiter geschehen solle. Man einigte sich zur Annahme folgender Beschlüsse: 1) Soll eine Adresse ausgearbeitet und sowohl dem königl. Staatsministerium als auch der Kammer übersendet werden. 2) Soll hiezu die Einwilligung, beziehungsweise Genehmigung sämmtlicher betheiligten Gemeinden eingeholt werden. 3) Die Abfassung der Denkschrift, sowie die Einholung der Genehmigung wird dem Comite überlassen. 4) Zur energischen Vertretung und Empfehlung soll eine Deputation zur geeigneten Zeit nach München abgesendet werden. 5) Was den Kostenpunkt betrifft, so soll zunächst der noch vorhandene Kassenbestand von 60 fl. verwendet und nöthigenfalls das Fehlende aus den noch unerhobenen im Jahre 1862/63 gezeichneten Beiträgen genommen werden. 6) Das Comite wird ermächtigt, Vertrauensmänner aus den betheiligten Bezirken beizuziehen, wenn hiezu Veranlassung gegeben sein sollte. 7) Wird das Comite bevollmächtigt, überhaupt alle weiteren Schritte, welche noch für nothwendig befunden werden, zu thun. Hierüber wurde ein Protokoll angenommen und von den Beschlüssen der Versammlung Kenntniß gegeben, worauf dieselben einhellig durch Unterschrift genehmigt wurden. Es ergab sich hiebei, daß 45 Gemeinden durch mehr als 200 Theilnehmer bei der Versammlung vertreten waren.

[Die Skandalgeschichte Schuhmacher d'Orvault] scheint noch nicht enden zu wollen, denn sie gibt jetzt zu einem neuen Prozesse Anlaß. Der alte Marquis d'Orvault hat nämlich bei den Gerichten auf seine Scheidung von der Katharina Schuhmacher angetragen. Er stützt sich darauf, daß die Heirath in Frankreich nicht gültig, da sie im Auslande (in Luxemburg) ohne Beobachtung der Vorschriften, welche das französ. Gesetz erheischt, vollzogen worden ist.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{3}{8}$ P. 66 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60[illegible]/8 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$48\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$83\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto	$86\frac{3}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{5}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{3}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85[illegible] P. $84\frac{7}{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100er. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{8}$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	664 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$182\frac{1}{2}$—83 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$211\frac{1}{2}$P. $10\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$89\frac{3}{4}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$240\frac{1}{2}$—$41\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$115\frac{1}{2}$ P. $114\frac{3}{4}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 P.
dto. dto. Priot. à 4 pCt.	$89\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106P. $105\frac{7}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5[illegible]$\frac{7}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. l. d. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brussel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{7}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$—95 G.
Petersburg 60 S. R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$98\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$98\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$132\frac{1}{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$69\frac{1}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{7}{8}$—71 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$127\frac{1}{4}$ G.
" do. v. 1864	$77\frac{1}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{7}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{3}{4}$ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$37\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26\frac{1}{8}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$31\frac{1}{8}$ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 G.

Frankfurt, 24. Januar. Die Börse verkehrte in fester Haltung, erlahmte jedoch im Laufe des Geschäftes etwas. Die Notirungen für österr. Spekulationspapiere sind etwas besser als gestern Abend und etwas flauer als gestern Mittag. 1882er Amerikaner verkehrten in sehr fester Haltung, obwohl Goldagio höher gekommen war. Süddeutsche Effekten, Prioritäten und Eisenbahnen still. Von Wechseln Wien matter. Das Geschäft war im Ganzen nicht sehr lebhaft. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 26.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 26. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

München, 25. Januar.

I.

Verlängerung des Landtags. Verzicht Hohenadels. Amortisation von Inhaber- (au porteur) Staatspapieren. Gesetzentwürfe über Genossenschaften, Aktiengesellschaften und Nothcivilehe. Gewerbe- und Wehrgesetz.

In der gestrigen 39. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlas zuerst Präsident v. Pözl die Allerhöchste k. Entschließung, die Verlängerung des Landtages betr., und theilte dann mit, daß Abg. von Hohenadel auf eine Wiederwahl verzichtet, und daß das Direktorium den Ersatzmann, dessen Legitimation keinen Anlaß zur Beanstandung bietet, einberufen hat.

Hr. Handelsminister von Schlör beantwortete die von Dr. Völk am 18. d. gestellte Interpellation, den Gebrauch gedruckter, autographirter oder lithographirter Wahlzettel bei den Wahlen zum Zollparlament betr. und bemerkte u. A.: § 12 der Wahlinstruktion schreibt vor, wie die Stimmzettel beschaffen sein sollen und nach dem folgenden Artikel ist die Ausfüllung der Wahlzettel den Wählern anheimgegeben. Die handschriftliche Ausfüllung ist ohne Werth, weil die Wahlzettel die Unterschrift des Wählers auch nicht enthält. Der Gebrauch gedruckter, autographirter oder lithographirter Wahlzettel ist nicht ausgeschlossen, doch beabsichtiget die Regierung nicht, deßhalb eine besondere Bekanntmachung zu erlassen, da Art 13 die Art der Ausfüllung der Wahlzettel den Wählern anheimstellt, und um nicht zu einem Verfahren förmlich einzuladen, welches zu Zweifeln über den Stand der Schulbildung der bayerischen Wähler zum Zollparlament Anlaß geben könnte. (Allgemeine Heiterkeit!)

Neuffer verlas eine die Amortisation von zu Verlust gegangenen Inhaberpapieren betreffende Interpellation, worin er betonte, daß schon im Landtagsabschiede von 1865 zugesichert worden sei, daß der Gegenstand neuerlich in sorgfältige Erwägung gezogen werde, was aber bis zur Stunde nicht geschehen sei. Obligationen auf Inhaber, Aktien, Prämienscheine könnten sonach im Falle des Verlustes erst nach Umfluß einer 30jährigen Frist zur Amortisation gelangen, hiedurch aber die bravsten Familien an den Rand des Verderbens gebracht werden. Da dieser Zustand die größte Beachtung verdiene und bei dem Anwachsen von derlei Papieren immer beunruhigender und gefährlicher werde, da ferner auch in Württemberg in der erwähnten Richtung auf gesetzlichem Wege Vorsorge schon getroffen sei, stelle er an das Justizministerium die Anfrage: „ob dasselbe den mehrbesagten Gegenstand wirklich bereits einer sorgfältigen Erwägung unterzogen habe und ob hierüber bei dem gegenwärtigen Landtage eine Vorlage zu gewärtigen sei?

Hr. Justizminister v. Lutz erklärte, daß er diese Interpellation in einer der nächsten Sitzungen beantworten werde, und legte sodann 3 Gesetzentwürfe vor. Es dürfe, bemerkte Redner u. A., als unbestritten betrachtet werden, daß die Bestimmungen unseres Civilrechtes über den Abschluß von Rechtsgeschäften mehrerer Personen dem Bedürfnisse unserer Zeit nicht mehr genügen. Um diesem Mangel abzuhelfen, habe die Staatsregierung 2 Gesetzentwürfe ausarbeiten lassen, die er zur verfassungsmäßigen Zustimmung der Kammern hiemit vorzulegen die Ehre habe. Der eine dieser Gesetzentwürfe betrifft die Privatrechtsverhältnisse der Genossenschaften und bezielt die Aufstellung von Normen darüber, unter welchen Voraussetzungen und in welcher Weise die Genossenschaften die Eigenschaften von Rechtssubjekten erlangen können, läßt aber den Verbindungen vollständige Freiheit bezüglich der Ordnung ihrer Rechtsverhältnisse. Der zweite Gesetzentwurf beschäftigt sich mit einer besonderen Gattung der Genossenschaften, mit den Aktiengesellschaften. Dieser Gesetzentwurf sei nöthig geworden, weil das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch den Begriff der Handelsgesellschaften in einer Weise festsetze, daß der Ausschluß gewisser Gesellschaften nöthig wird, doch lehne sich der Entwurf an die Bestimmungen des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches an — Der dritte Gesetzentwurf, welcher vorgelegt wurde, betrifft die Schließung und Trennung der Ehen der keiner der anerkannten Religionsgenossenschaften angehörenden Personen. Mit diesem Gesetzentwurfe wird einem von beiden Kammern ausgesprochenen Wunsche und einer ministeriellen Zusage entsprochen, er hält sich in denjenigen Schranken, welche in dem erwähnten Wunsche gezogen wurden.

Folgte nun die Verlesung der Gesammtbeschlüsse über die Anträge: a) das Ungehorsamsverfahren in den zur Zuständigkeit der Bezirksgerichte gehörigen Straffällen, b) die Erwirkung eines Gesetzes über die Unentfernbarkeit der Richter betr.

Hieran reihte sich die Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs, das Gewerbswesen betr. Nachdem Referent v Münch die deßfallsigen von uns bereits erwähnten Ausschußvorschläge im Allgemeinen zur Annahme empfohlen hatte, wurde ohne Debatte beschlossen, auf Freigabe des Handels mit literarischen und artistischen Erzeugnissen (Art. 8) zu bestehen. — Art. 29 schlägt der Ausschuß in folgender Fassung zur Annahme vor: „Wird eines der im Art 8 benannten Gewerbe zu einer Handlung mißbraucht, welche als Verbrechen oder Vergehen strafbar ist, so sind die Strafgerichte befugt, neben der gesetzlichen Strafe auszusprechen, daß dem Verurtheilten die Berechtigung zum selbstständigen Betriebe des betreffenden Gewerbes entzogen werden kann. Liegt ein solcher Ausspruch vor, so kann die zuständige Gewerbspoli-

---

Der zweite Tuilerienball zu Paris

am letzten Mittwoch wird von einem Corresp. der „K. Ztg.“ folgendermaßen beschrieben:

Von den 4600, denen die Ehre der Einladung zu Theil geworden, waren 2150 erschienen, während das letzte Mal nur etwas über 1000 kamen. Unter den Anwesenden bemerkte man aber eine ungewöhnlich große Anzahl junger Offiziere der Armee und auch viele Nationalgarden-Offiziere mit ihren Frauen, für welche alle die Einladung mehr ein Befehl als eine Einladung war. Der Kaiser richtete an viele Personen, als er, mit der Kaiserin im Arm, die Säle durchschritt, höchst freundliche Worte. Die Kaiserin war, wie immer, höchst graziös, wenn auch in der letzten Zeit ihre Züge etwas gealtert sind. Sie trug wieder ein weißes Kleid, das aber, nicht schön, mit gelben Akazienblüthen geschmückt war. Auch die Kaiserin unterhielt sich mit vielen Personen, u. A. auch mit dem Deputirten Mathieu, dem bekannten Feinde der „Presse“, der sich bei der gestrigen Vertheidigung der „France“ als ein so wenig loyaler Advokat zeigte. Man hörte nur die Worte: „Venez demain à une heure aux Tuileries.“ Die Prinzessin Mathilde und die Fürstin Metternich und viele andere hohe Damen waren alle in Weiß gekleidet, was heute die Modefarbe zu sein scheint. Der Anzug der Fürstin Metternich zeichnete sich durch seine geschmackvolle Einfachheit aus; sie scheint jetzt das Gegentheil von dem sein zu wollen, was sie früher war. Fürst Metternich sieht etwas gealtert aus, und er sticht jetzt nicht mehr so sehr gegen die übrigen Botschafter und Gesandten ab, die sonst alle alte Herren sind. Der Kaiser und die Kaiserin blieben nicht lange. Sie zogen sich bereits um 12 Uhr zurück, um zu soupiren. Das Buffet war höchst reich ausgestattet und die jungen französischen Offiziere hieben mit einem solchen Eifer auf dasselbe ein, daß man glauben konnte, sie hätten Preußen vor sich. Der Ton, welcher Anfangs auf dem Balle herrschte, war sehr steif; später wurde es aber ganz gemüthlich; man tanzte bis nach 3 Uhr Morgens. Im Ganzen wurde von Politik nur wenig gesprochen. Zu bemerken ist noch, daß der Prinz und die Prinzessin Napoleon nicht auf dem Balle waren. Der Prinz scheint also immer noch zu schmollen, da keine Modifikation der italienischen Politik in Aussicht steht.

Noth und Schuld.

Für ein Concert, das zum Besten der in der Umgegend Stettins Nothleidenden in jener Stadt gegeben werden sollte, hatte Robert Prutz einen Prolog gedichtet, gegen dessen poetische Tüchtigkeit das betreffende Comite zwar nichts einzuwenden hatte, wohl aber gegen seine politi-

zeibehörde innerhalb dreier Monate nach eingetretener Rechtskraft des Strafurtheils den selbstständigen Gewerbsbetrieb auf die Dauer von höchstens 3 Jahren untersagen." Dr. Edel glaubte, daß sich aus dieser Redaktion Anstände ergeben könnten, und beantragte deßhalb noch einen Zusatz, zog denselben aber wieder zurück, nachdem Dr. Brater und Staatsminister v. Schlör dargelegt hatten, daß der Zusatz nicht nothwendig ist. v. Schlör fügte noch bei: Die Regierung wünsche nicht, daß dieser Artikel die Ursache des Nichtzustandekommens des Gesetzes werde. Die Nothwendigkeit, unsere Gewerbsverhältnisse in einer anderen als der bisherigen Weise zu regeln, sei so dringend, daß die Regierung das Zustandekommen dieses Gesetzes von Art. 29 nicht abhängig mache. — Der Vorschlag des Ausschusses wurde dann angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung war die Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Gesetzentwurfs, die Wehrverfassung betr. Referent Frhr. v. Stauffenberg empfahl, den Art. 2 in der bekannten von der Regierung vorgeschlagenen und von der Kammer der Reichsräthe adoptirten Fassung anzunehmen, und fügte u. A. bei: Abs. 1 des neu vorgeschlagenen Art. 2 setzt den Formationsstand fest, auf Grund dessen die Einreihung der Wehrpflichtigen der betreffenden 3 Altersklassen erfolgen soll. Rechnet man die zum stehenden Heere zählenden 3 Jahrgänge Reserven hinzu, so ergibt sich der budgetmäßige Formationsstand von 83,747 Mann, mit Einrechnung der Offiziere und Militärbeamten 86,221 Mann. Bayern wird nach dem Budget 2 Armeekorps aufstellen, die so formirt und organisirt sind, wie die Armeekorps der übrigen deutschen Staaten. In Preußen zählt ein Armeekorps faktisch 37—38,000 Mann und die beiden bayerischen Armeekorps werden ungefähr 76,000 Mann stark sein, da die übrige Mannschaft zu den Depots, zum Festungsdienst ꝛc. verwendet werden muß. Der Ausschuß hat in seiner Majorität gegen einen Formationsstand von 86,000 Mann kein Bedenken, weil durch die neue Organisation der Formationsstand nicht erweitert, vielmehr um etwa 13,000 Mann vermindert wird. Durch Abs. 1 wird also nur die Zahl der jährlich Einzureihenden für 4 Jahre festgesetzt und bestimmt, daß der Organisation der einzelnen Truppenkörper der festgesetzte Formationsstand zu Grunde liegen soll; die definitive Organisation, d. h. die Aufstellung von Cadres für eine bestimmte Bataillenszahl ꝛc. wird aber erst nach der Budgetbewilligung erfolgen können. Ferner muß festgehalten werden, daß durch Absatz 1 der Friedenspräsenzstand, d. h. die Zahl der jährlich im Durchschnitt unter der Fahne zu haltenden Mannschaft in keiner Weise berührt wird. Die Einreihung der auszuhebenden Mannschaft veranlaßt noch keine Kosten, wohl aber die Unterhaltung der einberufenen und unter der Fahne stehenden Truppen. Die Kriegsverwaltung glaubt, um die Organisation vornehmen zu können, 4 Jahre nöthig zu haben und auch damit ist der Ausschuß einverstanden. Da an der Annahme oder Nichtannahme der Modifikation der Bestand oder Nichtbestand des ganzen Gesetzes hängt, möge die Kammer zustimmen, zumal durch die neue Fassung des Abs. 2 zweifelloser als bisher ausgedrückt ist, daß bei dieser Feststellung die für das Budget maßgebenden Grundsätze gelten und die Lückentheorie weniger Platz greifen kann.

Feustel, welcher im Ausschuß gegen diesen Art. 2 gestimmt hat, bemerkte, daß sein Hauptbedenken darin bestand, daß 1 pCt. über das Maß dessen hinausgehe, was dem Budget zu Grunde liegt. Nachdem er sich aber unterdessen überzeugt hat, daß wir bezüglich des Budgets ganz auf demselben Boden bleiben wie bisher, und da in Abs. 2 das Willigungsrecht der Kammern eine werthvolle Garantie erhält, stimmt er nun für den Ausschußantrag.

Kolb ist gegen den vorgeschlagenen Artikel, weil er glaubt, daß damit über das hinausgegangen wird, was man sogar von den Angehörigen des norddeutschen Bundes nicht fordert, weil er fürchtet, daß dem Budgetrecht der künftigen Kammer vorgegriffen wird, und daß das Land die Last 4 Jahre lang nicht tragen kann. Den friedlich lautenden Nachrichten schenkt Redner keinen Glauben. Nach dem Verhältniß der Bevölkerungszahl Bayerns zu der Oesterreichs sollte unser Militärbudget 10 Millionen betragen und doch würden 16 Millionen verlangt. So lange dieser Saal zu seinem gegenwärtigen Zweck dient, sei nie ein Gesetz berathen worden, welches so schwer auf dem Volke lastet, als dieses.

Frhr. v. Stauffenberg legte wiederholt dar, daß der Friedenspräsenzstand etwas von dem Formationsstand wesentlich Verschiedenes ist und fügte bei: die Majorität des Ausschusses wußte, daß mit diesem Gesetz dem Lande eine große Last auferlegt wird, aber sie wußte auch, daß sie damit eine patriotische Pflicht erfüllt und daß, wenn dieses Opfer jetzt nicht gebracht wird, es später in noch viel größerem Maße gebracht werden muß.

Kriegsminister Frhr. v. Pranckh konstatirte, daß die Darlegungen des Referenten und Feustel's vollkommen richtig sind und versichert, daß unter diesem Art. 2 nichts verborgen ist: er wurde von der Regierung mit derselben Loyalität eingebracht, welche die Kammer bei allen Regierungsvorlagen finden wird. Da Kolb die Beschlüsse der Kriegsminister der süddeutschen Staaten erwähnte, so bemerkte Redner, daß von den Kriegsministern allerdings auch der Beschluß gefaßt wurde, daß die versammelten Kriegsminister es für wünschenswerth halten, die dreijährige Präsenzzeit durchzuführen. Einen solchen Wunsch könne man ihm als Kriegsminister gewiß nicht verübeln, aber er frage, „ob er diesen Wunsch ohne die Zustimmung der Kammer ausführen könne?"

Art. 2 wurde sodann in der Fassung der Kammer der Reichsräthe angenommen. — In Art. 4 schlägt bekanntlich die Kammer der Reichsräthe 4jährige Dienstzeit der Cavallerie vor, während die K. der Abgeordneten nur eine 3jährige Dienstzeit will. Kriegsminister Frhr v. Pranckh betonte wiederholt die Nothwendigkeit eines vierten Dienstjahres für die Cavallerie, allein die Kammer beharrte bei ihrem früheren Beschluß. In Consequenz dieses Beschlusses wurde dann auch auf den Beschlüssen zu Art. 5, 6 und 88 beharrt. — Statt des früher beschlossenen Art. 19 (Avancementsgesetz) wurde der von der K. der Reichsräthe vorgeschlagene Wunsch in folgender modifizirter Fassung angenommen: „es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten, dem Landtag ein Gesetz über das Beförderungs- und Pensionirungswesen im Heere allergnädigst vorlegen zu lassen." — Allen übrigen Beschlüssen der K. der Reichsräthe wurde zugestimmt. — Präsident Pözl schloß die Sitzung um 12 Uhr mit dem Beifügen, daß die nächste Sitzung am 25. Vormittags 9 Uhr stattfindet.

---

sche. „Fragt nicht, was Noth ist und was Schuld!" sagte derselbe und fuhr dann fort: Auch diese Noth — „auch sie

Ist nicht die Schuld des Einzelnen, ist auch nicht
Ein Geißelschlag aus Götterhänden blos,
Nein, langsam wuchs sie, unabwendbar, aus
Dem Schooß der kranken Zeit, in der wir leben,
Und ihrem unversöhnten Widerspruch.
Zu so viel Lorbeern so viel off'ne Wunden,
Zu solchem Lichte solche Dunkelheit,
So vieler Glanz und ach, so viele Schmach! . . .
Laßt, wie die Schuld, denn auch die Sühne jetzt
Gemeinsam sein! Nur an der Freiheit Sonne
Erschließt des Wohlstands gold'ne Knospe sich,
Nur Einheit macht die Völker groß und reich.
Und nur der Felsen der Gerechtigkeit
Trägt stark und fest des Staates sichern Bau."

Die rasche Wendung, die der Dichter zur Versöhnung nimmt, hat ihn nicht gerettet, man wollte bei den Wunden nicht an die Lorbeern, bei den Lorbeern nicht an die Wunden erinnert sein und schickte das Gedicht zurück.

Doré's Bibel.

(„Die Heilige Schrift des Alten und Neuen Testamentes." Prachtausgabe, mit zweihundertunddreißig großen Bildern illustrirt von Gustav Doré. Stuttgart, Druck und Verlag von Eduard Hallberger.)

Gustav Doré ist ein genialer Tausendkünstler. Man weiß kaum, was man mehr an seinen Schöpfungen bewundern soll: die erstaunliche Zahl oder die Virtuosität derselben. Der Künstler, der ein junger Mann in den Dreißigen ist, hat bis heute schon mehrere tausend Zeichnungen geliefert, er hat, um hier nur einige seiner bedeutendsten Arbeiten zu nennen, nacheinander die Fabeln Lafontaine's, die Abenteuer Münchhausens, Tennysons epische Gedichte, Dante's „Inferno", den Don Quixote, die Märchen Perrault's und die Bibel illustrirt; er gibt eben jetzt eine große Reihe historischer Zeichnungen heraus, eine fortlaufende Geschichte in Bildern vom ersten Jahrhundert der christlichen Zeitrechnung bis zur Gegenwart, die er in seinem sechzehnten und siebzehnten Jahre entworfen, die indeß den besten seiner späteren Werke gleichstehen. Dazwischen malt er, wie es scheint zur Erholung von den zahllosen Zeichnungen, große Oelbilder für den Pariser Salon; kurz, er ist der Tintoretto des 19 Jahrhunderts.

Lieblich in den Zeichnungen zu Perrault's Märchen, voll beißenden Humors in den Illustrationen zu Cervantes' Meisterwerk, hat es Doré merkwürdig gut verstanden, in seine Bibelbilder einen würdigen

II.

Der Finanzausschuß in der Abgeordnetenkammer über die Gehaltserhöhung der Beamten.

In jener Sitzung des Finanzausschusses der Kammer der Abgeordneten, in welcher die Gehaltsaufbesserung der Beamten und Offiziere den Gegenstand der Berathung bildete, berührte der Referent Abg. Feußel im Allgemeinen die finanzielle Lage des Landes, die bei der geringsten politischen Trübung eine sehr beträchtliche Anspannung der Steuerkraft befürchten lasse und hob insbesondere die zu Tage getretene Gewißheit hervor, daß der Mehraufwand, welchen die von der kgl. Staatsregierung proponirte neue Gehaltsregulirung erheische, nur mittels Steuererhöhung gewonnen werden könne; betonte ferner die von allen Seiten längst als nothwendig erkannte Anbahnung einer durchgreifenden Verminderung der Beamten als unerläßliche Voraussetzung einer systematischen Erhöhung der Besoldungen; führte sodann noch weiter aus, daß Angesichts der sich immer drückender gestaltenden Pensionslast die vorliegende Frage einer neuen Gehaltsnormirung ihre organisatorische Lösung in gedeihlicher Weise und Hand in Hand mit einem zu erlassenden gerechten, jede Willkür ausschließenden Disziplinar-Gesetze, sowie mit einem Pensionsgesetze finden könne, und hielt den in seinem Referate gestellten präjudiziellen Antrag aufrecht, dahin gehend:

„Es sei auf eine Erhöhung der Gehalte, wie sie von der Staatsregierung der Budgetvorlage zu Grunde gelegt ist, dermalen nicht einzugehen."

Sämmtliche Mitglieder des Ausschusses und ebenso der erste Kammerpräsident sprachen sich im Sinne des Referenten aus, während die Staatsminister der Finanzen, dann des Handels und der öffentlichen Arbeiten und der Kriegsminister die dem Budget zu Grunde gelegte Gehaltsnormirung in eingehenden Erörterungen vertreten haben. Als hierauf zur Abstimmung geschritten wurde, ergab sich die einstimmige Annahme des vom Referenten gestellten Antrages. Zugleich hat sich der Ausschuß auf weiteren Antrag des Referenten auch einstimmig dahin schlüssig gemacht, daß durch die Ablehnung der von Seite der Staatsregierung projektirten Gehaltserhöhung keineswegs die Freiheit des Ausschusses beschränkt sein solle, bei Prüfung einzelner Budgetpositionen, und insbesondere bei den am allerniedrigsten besoldeten Dienstezweigen, sowie bei jenen Kategorien, welche bei den zuletzt erfolgten Gehaltsaufbesserungen gänzlich übergangen wurden, je nach Umständen eine angemessene Erhöhung der Bezüge eintreten zu lassen. Bezüglich des Umfanges sowie der Form solcher Zulagen will sich aber der Ausschuß durch vorstehenden Beschluß vorerst in gar keiner Weise gebunden haben. Der Ausschuß hat sich ferner auch dahin geeinigt, daß die heute erzielte Beschlußfassung nicht als gesonderter Berathungsgegenstand an die Kammer gebracht, sondern zunächst nur als Direktive und Grundlage für die Budgetberathung im Ausschusse dienen soll. Schließlich wurde konstatirt, daß gegen das den Regierungspropositionen zu Grunde liegende System der Altersklassen von keiner Seite ein prinzipieller Widerspruch erhoben wurde. —

Norddeutscher Bund.

— [Reform der norddeutschen Reichsverfassung.] Die Grazer „Tagespost," ein sonst fast fanatisch antipreußisches Blatt bringt unter nebenstehender Aufschrift folgenden merkwürdigen Artikel:

Eine interessante Nachricht ist aus Berlin eingetroffen: Die preußische Regierung kehrt um. Die herrschende Partei hat endlich erkannt, daß der seit dem Prager Frieden eingeschlagene Weg nicht der richtige war, um moralische Eroberungen in Deutschland zu machen. Nachdem das Junkerthum lange genug in Siegestrunkenheit geschwelgt, nachdem das konservative Element sich mit unerhörter Frechheit breitgemacht und bis zur offenen Verhöhnung aller Volksfreiheit entwürdigt hat, nachdem servile Männer es sogar gewagt hatten, in offener Kammersitzung den furchtbaren Schrei des Hungers zu verspotten, der immer lauter, gellender und drohender aus Ostpreußen herüberklingt, tritt die Wahrheit in schrecklicher Gestalt vor das Angesicht der trunkenen Sippe, und die stolzen, volksverachtenden Herren, sie stutzen und machen Halt, sie erschrecken und — kehren um. Die Reichsverfassung, die in Süddeutschland so wenig Sympathien finden konnte, soll nun einem Telegramme zufolge verbessert werden.

Graf Bismarck ist ein zu schlauer Mann, als daß er freiwillig die glänzenden äußeren Erfolge seiner Politik durch innere Fehler auf das Spiel setzen möchte. Er kennt auch den eisernen Starrsinn, mit dem sein königlicher Herr bei einer einmal gefaßten „eigensten Idee" zu beharren pflegte, und mußte es der Zeit und Gelegenheit überlassen, daran etwas zu ändern. Wer das mehr als strenggläubige Gemüth des Königs Wilhelm kennt, der begreift, daß Ereignisse, wie sie sich jetzt in Ostpreußen abspinnen, darauf einen ganz absonderlichen Eindruck machen mußten. Bigotte Seelen sind leicht geneigt, „Heimsuchungen," ja „Strafgerichte" in Dem zu vermuthen, was unbefangenere Geister als die natürliche Wirkung natürlicher Ursachen erkennen. Und wer wollte ermessen, wie Graf Bismarck das gläubige Gemüth seines Königs bearbeitet hat?

Ihm konnte es nicht entgangen sein, welch' tiefen Eindruck die in Oesterreich vollzogenen großartigen Reformen auf die liberale Bevölkerung Deutschlands hervorbrachten und wie sehr die Vorgänge in Preußen geeignet waren, die noch immer klaffende Schlucht der „Mainlinie" zum unüberschreitbaren Abgrunde zu machen. Und Graf Bismarck ist weder in Standes- noch Prinzipienfragen der Mann pedantischer Skrupel; er nimmt — sowie das Geld — auch die nützliche Idee, wo er sie findet; — er ist über die bornirte Tendenz des Junkerthums schon lange hinaus.

So wird denn der auf militärischem Gebiete bereits ausgetragene Zweikampf Oesterreichs und Preußens nun auch in letzter Instanz auf innerpolitischem Gebiete durchgeführt werden. Die Völker können bei solchem Rivalisiren der Regierungen nur gewinnen.

Berlin, 24. Januar. [Zollparlamentarisches.] Nach heutigen Angaben aus zuverlässiger Quelle ist der Zusammentritt des Zollparlamentes vor der zweiten Hälfte des März nicht zu erwarten und würden sich die Vorlagen auf den Vertrag mit Oesterreich und die Abänderung der Tarife beschränken, so daß nur eine kurze Session zu erwarten wäre. — Das Centralbureau des deutschen Handelstages hat jetzt eine sehr große Thätigkeit zu entfalten durch den Eingang der Gutachten der verschiedenen deutschen Handelskammern, betreffend die Abänderung des Zolltarifs. Dem Vernehmen nach sind die Handelskammern aus dem östlichen Deutschland einhellig für Beseitigung der

---

und weihevollen Styl zu bringen. Das Pariser Weltkind, der echte Sohn seiner Zeit, zeichnet zwar nicht gläubig, aber pietätvoll. Manchmal, z. B. in der Erschaffung der Eva, überkommt ihn der orientalische Zauber des Stoffes, und die jüdische Kosmogonie verwandelt sich unter seinen Händen in einen Märchentraum. Vielleicht sind das seine reizendsten Bilder. Manchmal wird er dagegen wahrhaft großartig, kein Illustrator im gewöhnlichen Sinne mehr, sondern ein gewaltiger Zeichner, der, den Worten des Textes nachdichtend, erschütternde Tragödien entwirft. Dahin gehört die Schlußscene der Sündfluth: „der Untergang alles Fleisches". Auf der höchsten, noch über die anstürmenden Wogen aufragenden Felsenspitze, die ein schwimmendes Paar vergeblich zu erklimmen sucht, sitzt ein Tiger, eines seiner Jungen im Maul. Das Bild ist wunderbar gedacht und ausgeführt. Daß auch ein gläubiger Sinn an Doré's Zeichnungen sich erbauen kann, bezeugt das bischöfliche Ordinariat zu Augsburg ausdrücklich mit den Worten: „die Bibel sei ihres erhabenen Inhaltes würdig illustrirt".

Eduard Hallberger verdient für das Unternehmen, Doré's Bibelzeichnungen in Deutschland einzubürgern, alles Lob. Seine Ausgabe, Folio mit zweispaltigem Druck, reich und elegant ausgestattet, hat vor der französischen einen großen Vorzug, ihre Billigkeit. Die Pariser Original-Ausgabe der Doré'schen Bibel kommt auf circa 150 Gulden Papier zu stehen; die Hallberger'sche Ausgabe dagegen wird komplett nur 24 Thaler = 42 Gulden rhein. Silber kosten. Sie erscheint in sechzig Lieferungen und wird bis Weihnachten 1869 vollendet sein. Die Ausgabe in Heften ermöglicht dadurch, daß sie nur alle 14 Tage eine Auslage von 42 Kreuzern nöthig macht, vielen Familien die Anschaffung dieser prächtigen Bibel, die einen werthvollen Hausschatz bildet.

Doré's Bibel erscheint bei Hallberger gleichzeitig in katholischer und protestantischer Ausgabe — eine Verleger-Parität, die uns ungemein wohlgefällt. Für die katholische Ausgabe hat die Verlagshandlung die bekannte Uebersetzung von Franz Allioli erworben, die von einer Menge aus dem größeren Bibelwerke Allioli's ausgewählter Anmerkungen begleitet ist.

Die Holzschnitte selbst sind meist vortrefflich ausgeführt und geben ein sprechendes Zeugniß von den mächtigen Fortschritten dieser alten, mit Unrecht durch zwei Jahrhunderte vernachlässigten Kunst. Hie und da ist der Ton zu licht und dann entsteht durch die schwachen Schatten Undeutlichkeit, so in dem Bilde: „Isaak empfängt Rebekka." Indeß ist dieser Fehler möglicherweise nur in den zuletzt abgezogenen Exemplaren störend. Im Ganzen sind die Bilder, von Pisan, Pannemaker, Piaud, Bertrand und Anderen geschnitten, eine erfreuliche Augenweide und jeder Bibliothek eine Zierde, der es nicht an großer und verdienter Verbreitung fehlen kann.

Eisenzölle, während die Gutachten aus den inneren Landestheilen vielfältig die Nothwendigkeit betonen, in Tarif-Reformen zurückhaltend zu sein und die für die Industrie nothwendige Stabilität der Tarife nicht zu erschüttern. Die Frage, ob der Handelstag vor oder nach dem Zollparlamente berufen werden soll, ist noch nicht entschieden; es gewinnt jedoch anscheinend die Ansicht der späteren Berufung die Oberhand, zumal Angesichts des, wie gesagt, nicht umfassenden Umfangs der Vorlagen für das Zollparlament. Die Leitung des Central-Bureau's des Handelstages hat der Abgeordnete Alexander v. Sybel übernommen.

— [Norddeutsches Schulwesen.] In Betreff der Konferenzen norddeutscher Schulmänner schreibt die „Provincial Korrespondenz": „In Folge der Bestimmungen, welche die Verfassung des norddeutschen Bundes einestheils über die Heereseinrichtungen, andererseits über die Wirkungen des gemeinsamen Indigenats für die Angehörigen aller Bundesstaaten enthält, ist eine Verständigung unter den verbündeten Staaten hinsichtlich der Schulbildung und der Schulzeugnisse nöthig geworden, von welchen für das gesammte Bundesgebiet der Eintritt in verschiedene Berufsarten und die Zulassung zu bestimmten Prüfungen oder der Erlaß von Prüfungen abhängig zu machen ist. Zu solchem Zwecke werden am 28. Januar Konferenzen von Vertretern der Schulverwaltungen der verbündeten Staaten unter dem Vorsitze des Geh. Oberregierungsrathes D. Wiese in Berlin zusammentreten. Die Schulen, welche dabei vorzugsweise in Betracht kommen, sind die Gymnasien, die Progymnasien und die Real-Lehranstalten. Die Berathungen werden vor Allem darauf gerichtet sein, unter den norddeutschen Anstalten gleicher Stufe, ohne im Uebrigen die Freiheit ihrer Einrichtungen zu beschränken, diejenige Uebereinstimmung der Bildungsziele auf den betreffenden Klassenabstufungen herbeizuführen, welche erforderlich ist, um den über die Erreichung dieser Ziele auszustellenden Zeugnissen gleichen Werth zu sichern und dem Anspruche auf gleiche Rechte somit auch die Grundlage gleicher Pflichten zu geben."

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Ueber die Kaiserin Charlotte] wird der „N. Fr. Pr." von wohlunterrichteter Seite geschrieben: „Nicht der König und die Königin haben der unglücklichen Fürstin die Trauerbotschaft überbracht, sondern der Kardinal-Erzbischof von Mecheln war mit der Mission betraut worden, der Kaiserin Charlotte den erfolgten Tod ihres Gemahls mitzutheilen, ohne jedoch der Todesart oder der darauf Bezug habenden Umstände zu erwähnen. Als die Kaiserin die Trauerbotschaft vernommen, sank sie wie gebrochen zusammen und ein reicher Thränenstrom entquoll ihren Augen. Nach einer Weile richtete sie sich empor und rief aus: „Ich wußte es ja, daß mein Maximilian nicht zu lange ohne mich werde leben können!" Das physische Befinden der Kaiserin wurde durch die Trauerbotschaft nicht alterirt — ein Umstand, welcher für den Zustand derselben ein trauriges Zeugniß gibt."

Ausland.

Frankreich. Paris, 24. Jan. [Ein kaiserl. Zeitungsartikel. Kaiserliche Heiterkeit als Garantie friedlicher Aussichten.] Die „Patrie" erklärt ausdrücklich, daß die in den Blättern veröffentlichte Auseinandersetzung der neuen Armee-Organisation aus der Feder des Kaisers herrühre. Für Europa hat diese Meinungsäußerung nur in so fern Wichtigkeit, als am Schlusse der Versicherung enthalten ist, Frankreich habe die Umgestaltung seiner bisherigen Armee-Organisation nicht in kriegerischer Absicht unternommen, sondern weil diese Einrichtungen nicht der Macht dieses Landes entsprechen. Der kaiserliche Schreiber fügt hinzu, daß ohne die Ereignisse von 1866 die öffentliche Meinung das neue Armeegesetz zurückgewiesen haben würde. Die Wahrheit aber ist, daß die neue Organisation dem Gefühle des Landes in dem Maße zuwider ist, daß die Regierung noch immer nicht ganz beruhigt ist — wohl mit Unrecht — über das Schicksal, welches das betreffende Gesetz im Schooße des Senates erwartet. Die Verhandlungen beginnen Samstag

Ein Korresp. der „K. Z." bestätigt mit großer Befriedigung, daß die Friedenskundgebungen in den halbamtlichen Blättern fortdauern und täglich an Nachdruck gewinnen. Auch im Publikum fängt das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens an, größer zu werden; allein es bedürfte sehr energischer Thatsachen und sprechender Beweise, um die Franzosen ganz vertrauensfest zu machen. — Zwischen Florenz und Paris ist das Verhältniß noch immer schlecht genug.

Der Kaiser ist seit einigen Tagen wieder heiterer gestimmt, was man mit der friedlicheren Gestaltung der Aussichten in Verbindung bringt. Der gestrige Tuilerieenball ist sehr glänzend gewesen, es waren an 4000 Personen zu classen. Der Kaiser hat sich mit einem Tscherkessen-Führer lange unterhalten und den Inhalt seiner Patrontasche mit großem Interesse geprüft. Gestern Nachmittag war der Kaiser auf dem Montmartre, um sich über den künftigen Boulevard Rechenschaft geben zu lassen, und heute ist er nach Compiègne. Der Herzog von Persigny erhielt viele Glückwünsche wegen seines Briefes über die „Presse."

Großbritannien. [Der Prinz von Wales und seine Mutter] Es ist bekannt, daß der Prinz von Wales nur selten am Hofe seiner königlichen Mutter erscheint. Noch seltener aber läßt sich die Königin bei ihrem ältesten Sohne sehen, nämlich gar nicht. Bezeichnend ist für dieses Verhältniß folgende Notiz der „Pall Mall Gazette": „Wir sind gebeten, zu bemerken, daß die von einer Zeitung gebrachte Angabe, die Königin wolle im April einen Besuch in Sandringham (dem Landsitze des Prinzen) machen, jeder Begründung entbehrt. Sie ist nur in so weit richtig, als Ihre Majestät während der letzten vier Jahre den Wunsch gehegt hat, den Prinzen von Wales in Sandringham zu besuchen; doch ist dafür noch nie ein Zeitpunkt festgesetzt worden." An Zeit und Gelegenheit hat es zu der kleinen Reise von Windsor nach Sandringham gewiß nicht gefehlt; es müssen also andere Gründe obwalten, und die Andeutungen, welche die „London Review" kürzlich (s. unsere Nummer vom 23. ds.) über des Prinzen Privatleben gab, mögen wohl in diese Kategorie hineingehören.

Rußland. [Ein Vorfall in Adrianopel.] Der „Südd. Presse" schreibt man aus Petersburg: Wir haben bereits einen Vorläufer von Fürst Menschikoff in unserem Konsul zu Adrianopel, Hrn. Zolotareff, gefunden. Ein Offizier der türkischen Kosaken, ein geborner Pole, Terlezki, hatte diesen auf offener Straße beleidigt und ihm am folgenden Tage seinen Handschuh auf der Promenade hingeworfen. Zolotareff that dem Gouverneur von Adrianopel zu wissen, wenn der kommandirende General, auch ein Pole, nicht in voller Uniform bis 12 Uhr bei ihm erschienen sein würde, um sich zu entschuldigen, so werde er die Flagge einziehen lassen und sich mit seinem ganzen Personale nach Konstantinopel begeben. Punkt 12 Uhr war der Pascha nicht erschienen, und es wurde wirklich die russische Flagge niedergelassen. Da kam der Pascha denn doch und drückte sein Bedauern über den Vorfall aus. Die Polen in der türkischen Armee geben sich alle Mühe, um die Türken gegen die Russen aufzureizen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Ueberschwemmungen in England.] Die Stürme und Regengüsse der vergangenen Tage werden allmälig in ihrer zerstörenden Wirkung und Ausdehnung durch häufige Unglücksberichte bekannt. Aus Wales sowohl wie aus Berkshire und Oxfordshire werden Ueberschwemmungen der wasserreichen Thäler berichtet und von den verschiedenen Küstenpunkten theilt man Schiffsunfälle in Menge mit. An der Küste von Cornwall kam die französische Barke „Duquesne" zuerst mit der ebenfalls französischen Brigg „Avenir" und sodann mit der preußischen Brigg „Helene" in Collision. Letztere trug einen Leck davon und alle drei Schiffe wurden bedeutend beschädigt. Eine traurige Geschichte hatte das eben in Shields eingelaufene Schiff „Admiral Lyons" mit einer Ladung Bauholz, 64 Tage von Quebec unterwegs, zu erzählen. In einem wüthenden Orkan in dem St. Lorenzbusen büßte es sein Steuerruder ein, die Wogen schlugen über dem nun unlenkbaren Fahrzeuge zusammen. Dabei herrschte scharfe Kälte; das ins Schiff gedrungene Wasser bedeckte sich mit sechs Zoll dickem Eise und die Mannschaft trug böse Frostschäden davon. Nichts desto weniger hielten die Leute sich wacker, stellten unter dem Sturme der Wellen ein Nothsteuer her, das ebenfalls brach, aber durch ein zweites, drittes und viertes ersetzt wurde, bis es endlich, nachdem man die Deckladung über Bord geworfen, und nachdem ein Mann durch einen Beinbruch, ein Anderer durch eine sonstige Verletzung ganz arbeitsunfähig geworden, der durch halbe Rationen geschwächten Mannschaft noch gelang, das Schiff auf seinen Cours zurück und nach Shields zu bringen.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 27-28. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 28. Januar 1868.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.*)

h. München, 27. Jan., Nachmittags 1½ Uhr. Endlich ist ein Gesammtbeschluß beider Kammern über das Wehrverfassungs- und Gewerbegesetz erzielt. Die Reichsrathskammer hat in ihrer heutigen Sitzung den Beschlüssen der Abgeordneten in allen Punkten zugestimmt, auch bezüglich der dreijährigen Cavaleriedienstzeit und der Nichtkonzessionspflicht der Preßgewerbe.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Nachmittag durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Staatsbahnen oder Privatbahnen?

Würzburg, 28. Januar.

Für den größtentheils aus Arbeitslosigkeit entstandenen Nothstand in Ostpreußen will die preußische Regierung Hilfe schaffen dadurch, daß sie durch die beschleunigtere Inangriffnahme projektirter Eisenbahnlinien einer großen Menge Arbeit und Brod verschafft. Zu dem Zwecke wurde von der Kammer ein Kredit von 40 Millionen verlangt und es kam bei der Debatte darüber im preußischen Abgeordnetenhause (am 17. ds. Mts.) zu lebhaften Erörterungen, welche so viele interessante Momente boten, daß es sich schon lohnt, etwas näher darauf einzugehen.

Im Vordergrunde stand die Frage: ob Staats- oder Privatbahnen? Mehrere Redner erklärten sich gegen Staatsbahnen und gewiß mit vollem Rechte, denn es kann niemals die Aufgabe des Staates sein, selbst Industrie zu treiben und sich den Fährlichkeiten und Schwankungen derselben auszusetzen. Durch die Masse der Beamten erlangt die Regierung einen Einfluß, welcher unter gewissen Verhältnissen bedenklich, ja sogar gefährlich ist. Die mit dem Baue von Staatsbahnen dem Staate zur Last fallenden finanziellen Verpflichtungen würden erst im Falle einer politischen Krisis, dann aber um so schlimmer, ihre Konsequenzen haben.

Diese Momente sprechen gegen den Bau von Staatsbahnen überhaupt, abgesehen davon, daß die Staatsregierung in eine schiefe Stellung kommt, weil sie als Oberaufsichtsbehörde aller Eisenbahnen Partei und Richter in einer Person wird. Als Besitzer und Verwalter der Staatsbahnen ist sie Partei, als Oberaufsichtsbehörde zugleich Richter.

Das Abgeordnetenhaus hat unseres Wissens sich früher, diese Momente würdigend, mit großer Entschiedenheit gegen den Bau von Staatseisenbahnen ausgesprochen.

Der Handelsminister vertheidigte das in Preußen bestehende gemischte System von Staats- und Gesellschaftsbahnen, welches sich bisher durchaus bewährt habe. Durch dasselbe sei der Ausbau des Eisenbahnetzes in einem den Bedürfnissen entsprechenden Umfange gefördert worden, und der Minister hat Recht. Die Privat-Industrie hat sich, nachdem die Hauptstraßen fertig gestellt waren, von dem Bau der Eisenbahnen mehr und mehr zurückgezogen. Die in den letzten Jahren gebauten Eisenstraßen wurden in der Mehrzahl von älteren Gesellschaften ausgeführt, weil diese entweder ihren Vortheil für die älteren Linien anerkannten oder sich in der Nothwendigkeit befanden, durch die Uebernahme neuer Bauten die Konkurrenz abzuwehren.

Sehen wir von diesen Fällen und von den mit staatlicher Zinsgarantie ausgestatteten Unternehmungen, also von allen Bauten ab, für deren Ausführung der Staat oder ältere Gesellschaften mit ihrem Kredite eintreten mußten, dann finden wir, daß die selbstständige Betheiligung des Privatkapitals an dem Ausbaue des preußischen Eisenbahnnetzes auf ein Minimum beschränkt geblieben ist, besonders in den Provinzen, in welchen der Ausbau des Eisenbahnnetzes am meisten zurückgeblieben war, in denen er sich deßhalb zu einer unabweisbaren Nothwendigkeit gestaltet hatte.

Wenn wir uns nun auch prinzipiell gegen den Bau von Staatsbahnen erklären, so erkennen wir doch um so mehr außerordentliche Rücksichten an, weil die Verletzung des Prinzips älteren Datums ist und es eine Ungerechtigkeit wäre, die strikte Aufrechthaltung desselben in einem Augenblicke zu proklamiren, in welchem mehrere Provinzen im Besitze von Staatsbahnen sind und die Anlage solcher für eine vom Nothstande heimgesuchte Provinz gefordert wird, ja noch mehr, in welcher der Mangel von Eisenstraßen eine derjenigen Ursachen ist, welche den Nothstand mit veranlaßt haben.

Diese Erwägungen waren ohne Zweifel mit entscheidend für das schließlich für diesmal der Regierung zustimmende Votum des Abgeordnetenhauses, aber sie reichen für die nicht aus, welche dem

Schriftsteller-Leiden.

Ueber das Leben und die Leiden des Schriftstellers Regnault entnehmen wir einem Pariser Berichte der „Neuen Freien Presse“: Vor einigen Tagen wurde in Paris Elias Regnault zu Grabe getragen. Bei der Beerdigung des armen Schriftstellers fand sich eine ziemliche Menge angesehener Freunde ein, die ihm auf seinem Lebensgange gefehlt haben. Er hat viel gearbeitet, viel entbehrt, viel gelitten, der wackere Regnault; wie er aber auch gerungen haben mag, die Göttin mit dem Füllhorn, launenhaft und hartherzig wie sie ist, ließ sich nicht rühren von dem Schweiß des Kämpfenden. Einmal hat sie ihm vorübergehend gelächelt, doch nur um ihn ihre nachfolgende Ungunst desto härter empfinden zu lassen. Im Jahre 1848 war er Kanzleivorsteher (chef de bureau) bei dem Minister Ledru-Rollin. Man weiß, wie kurz die Herrlichkeit dauerte, als würdige Einleitung zu dem Sturze der zweiten französischen Republik wurde Ledru flüchtig und zog in die Verbannung, und der arme Elias war von Neuem auf den Ertrag seiner Feder angewiesen, und er fing wieder an, nach Brod zu gehen. Denn dem Bonapartismus hat er trotz aller Noth sich nicht verkaufen wollen. Er blieb ein würdiger Mann bis an sein Lebensende. Ohne Neid hörte er das Klingen der Goldstücke, für welche der ausgelassene Schwarm von Abtrünnigen ihre Seelen und Ueberzeugungen dem Zertreter der Landesgesetze hingab. Er gefiel sich in seiner Armuth, obgleich sie oft sehr drückend sein mußte: der Schreiber dieser Zeilen ist mit dem würdigen Manne oft zusammengetroffen in den Redaktions-Gemächern des „Kourrier du Dimanche“ und auch in den elysäischen Feldern nahe bei dem Triumphbogen, wenn der Greis nach mühevollem Tagewerk in freier Luft einige Athemzüge zu thun kam. Die braune Perrücke, welche sein Haupt bedeckte, war sehr abgenützt, der braune Rock und die schwarzen Beinkleider waren verschossen, der Hut war rings um den Rand wie mit einer Lage von Pech überzogen. Aus allen Nähten schrie die Dürftigkeit. Ueber das fahle abgemagerte Gesicht waren Furchen gezogen, die keineswegs so aussahen, als rührten sie vom Alter her. So oft ich den alten Mann sah, hatte ich das Gefühl, daß er an dem Nöthigsten Mangel litt, daß er hungerte.

Ich theilte den Eindruck einigen gemeinschaftlichen Freunden mit, da jedoch nie eine laute Klage über die Lippen Regnault's kam, hielten sie meine Wahrnehmung für übertrieben. „Und wenn es auch so wäre, wie Sie vermuthen,“ meinten sie in ihrer französischen Weise, „die Sache ist zu zarter Natur, als daß man sie dem zurückhaltenden Manne gegenüber berühren könnte“, und so wurde die Angelegenheit abgefertigt. Nachdem sie durch dieses Bedenken das Gewissen gegen jede Anfechtung sichergestellt, überließen die Freunde und Bekannten mit aller Seelenruhe den ehrlichen Mann seinem traurigen Schicksale. Jetzt erst, seitdem Elias Regnault im Grabe ruht, erfährt man, wie sauer ihm das Bischen Leben geworden. Man weiß, daß er aus den drückendsten Verhältnissen gar nicht herausgekommen ist. Als Neujahrsbescheerung erhielt er am 31. Dezember 1867 die Aufforderung des Hauseigenthümers, die von ihm eingenommene Wohnung zu räumen, daß er mehrere Miethen schuldig geblieben war.

Und E. Regnault war ein Mann von Geist, Talent und Wissen; er hat Geschichtsbücher veröffentlicht, denen ein wirkliches Verdienst nicht abzusprechen ist. Wir wollen nur die Geschichte von England, die Geschichte der acht Jahre, die Geschichte der provisorischen

Ausspruche des Handelsministers zustimmen möchten, daß Staatsbahnen überhaupt besser als Privatbahnen sind. Der Minister motivirte diesen Ausspruch in einer Weise, die ganz geeignet ist, jede Privattheilnahme für den Bau eines Eisenbahnnetzes zu ertödten. Er machte sich zum Ankläger der Privatverwaltungen, weil sie „das Interesse der Gesellschaft" höher als das „allgemeine" stellen. Und doch hat die Erfahrung gerade im Eisenbahnverkehre gelehrt, daß das Interesse der Aktienvereine dem öffentlichen Interesse nicht feindlich gegenüberstehen darf, daß vielmehr die Wahrung desselben den Aktienvereinen lediglich dienlich und ersprießlich ist. Aber man darf auch nicht fordern, daß die Verwaltungen das öffentliche Interesse für ausschließlich entscheidend betrachten sollen, denn sie sind recht eigentlich Verwalter fremden Eigenthums und haben als solche Pflichten, deren Beachtung und Erfüllung sowohl nach rechtlichen als auch nach moralischen Grundsätzen als bindend erscheint.

Der Minister bemerkte weiter: „Wenn nun schlimme Zeiten kommen, dann hat es der Handelsminister in der Hand, mit den Transportsätzen bei den Staatsbahnen sofort herunterzugehen; das darf er bei Gesellschaftsbahnen nicht, da muß er erst verhandeln und erreicht vielleicht nach langen Verhandlungen erst die Hälfte." Ferner bemerkte der Minister: „Es liegt in der Natur der Sache, daß eine Aktiengesellschaft zunächst ihr Interesse und das ihrer Aktionäre im Auge hat, und daß sie zur Berücksichtigung der allgemeinen Interessen von dem Handelsminister, so weit er kann, mehr oder weniger gezwungen werden muß."

Betrachten wir diese Grundsätze etwas näher, so finden wir, daß der Minister Staatsbahnen und Privatbahnen mit gleichem Maße mißt, ohne der eingreifenden Verschiedenheit auch nur im Geringsten gerecht zu werden. Die Staatsbahnen zahlen keine Eisenbahnsteuer, wie die Privatbahnen. Sie genießen noch eine Reihe anderer Vortheile. Sie setzen keinen Erneuerungsfonds ab und haben unseres Wissens bis vor Kurzem die Erneuerungsausgaben theilweise durch neue Anleihen gedeckt. Hierin liegt aber eine Verschiedenheit, welche die vom Minister gezogene Parallele abweist. Aber noch mehr — wenn die Staatsbahnen in „schlimmen Zeiten" außerordentliche Zugeständnisse machen, so geschieht das für Rechnung der Staatskasse, der Steuerempfängerin, während die Privatbahnen Steuerzahlvereine sind. Die „schlimmen Zeiten" lasten oft auf dem ganzen Lande, aber nur einzelne Landestheile oder einzelne Klassen der Bevölkerung bedürfen der Hilfe. Es steht also dann nicht das allgemeine, sondern ein besonderes Interesse in Frage, für welches man den mit Privatkapitalien gebauten Bahnen kein Opfer auferlegen, sie am wenigsten zu einem solchen zwingen kann. Geschehe das wirklich, dann käme das einer von ihnen erhobenen neuen Steuer gleich, für welche es keinen Rechtstitel gibt.

Die vom Minister proklamirten Ansichten sind für das Ohr vieler, welche von abstrakten Humanitätsrücksichten beherrscht werden, sehr verfänglich, sie tragen aber nichtsdestoweniger eine Gefahr in sich die sofort hervortritt, sobald man die Folgerungen zieht. Die Gefahr liegt in erster Linie in der Wirkung auf das Privatkapital, dessen Betheiligung am Eisenbahnbau desto schwieriger wird, je mehr sich die Privatbahnen dem „öffentlichen Interesse" in dem Sinne unterordnen müssen, welchen der preußische Handelsminister vertritt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. Jan. [Preußisches Schulwesen.] Das preußische Abgeordnetenhaus hat gestern und vorgestern die Berathung über den Etat des Cultus- und Unterrichtsministeriums fortgesetzt. Das Hauptinteresse daran koncentrirt sich auf die Diskussion, welche sich an die Ausgaben für das Elementarschulwesen knüpfte. Die statistischen Streiflichter, welche der Abgeordnete Harkort auf den Stand des Volksunterrichts warf, beweisen, was der greise Volksfreund behauptete: „Die preußische Volksschule ist krank." Daß für die Schule im Jahre 1868 weniger ausgesetzt ist als im Jahre 1867, daß das Militärbudget von 1853—65 um 17 Millionen gewachsen, das Budget für die Volksschule in derselben Zeit nur um 73,000 Thlr. gesteigert ist, daß im Danziger Regierungsbezirk von 100 Rekruten im Jahre 1848 nur 8 pCt., jetzt 16 pCt. ohne Schulunterricht waren, daß für Strafanstalten $2^1/_2$ Mill., für Criminalkosten $1^1/_2$ Mill., für die Schule dagegen nur 382,000 Thlr. verausgabt werden, — das sind Contraste, die ihres Eindrucks nicht verfehlen können. Und fast noch eindringlicher als diese allgemeinen Sätze redet die Notiz des Grafen Renard, daß im schlesischen Regierungsbezirk Oppeln nahezu 300 Lehrer fehlen, und also etwa 30,000 Kinder des Schulunterrichts entbehren. Sogar die „Köln. Ztg." findet, daß das andauernde Zurückbleiben des preußischen Schulwesens gegen das in andern deutschen Ländern, z. B. auch in Bayern und namentlich Württemberg und Baden auf die gesammten liberalen Parteien einen „peinlichen Eindruck" mache, und findet sich veranlaßt, das Resultat der statistischen Vergleichung der Zahl der Schulen mit der Bevölkerungsziffer in Preußen und Bayern — wonach in Preußen auf 10,000 Seelen 13, in Bayern auf 10,000 Seelen 18 Schulstellen kommen — hervorzuheben.

— [Zur Abänderung des Zolltarifs.] Das Centralbureau des deutschen Handelstages hat, so wird der „H. B.-Z." von Berlin geschrieben, jetzt eine sehr große Thätigkeit zu entfalten durch den Eingang der Gutachten der verschiedenen deutschen Handelskammern, betreffend die Abänderung des Zolltarifs. Dem Vernehmen nach sind die Handelskammern aus dem östlichen Deutschland einhellig für Beseitigung der Eisenzölle, während die Gutachten aus den inneren Landestheilen vielfältig die Nothwendigkeit betonen, in Tarif-Reformen zurückhaltend zu sein und die für die Industrie nothwendige Stabilität der Tarife nicht zu erschüttern. Die Frage, ob der Handelstag vor oder nach dem Zollparlamente berufen werden

---

Regierung anführen. Was half ihm aller Fleiß, was half ihm alle Mühe? Es war wie ein Fluch, der auf jedem seiner Werke lastete. Von Kennern waren sie geschätzt; allein das kaufende Publikum wendete sich mit Gleichgiltigkeit von den Schriften, die eben nichts enthalten, das die Menge anzuziehen vermag. Mit journalistischer Thätigkeit ging es Regnault nicht besser als mit der historischen. Seine Aufsätze waren klar, verständig. Sie zeugten von gründlicher Kenntniß der inneren und äußeren Verhältnisse; sie gefielen als tüchtige Arbeit den Leitern und den Mitarbeitern der Blätter. Allein das Unerklärliche, das bombenhaft durch die Massen dringt, das in die Köpfe oder Herzen schlägt oder wenigstens in die Augen fällt, Das blieb der Feder des strebsamen Mannes versagt.

Möge die Erde ihm leichter sein, als das Leben ihm gewesen.

Wie alt das Handwerk ist.

Der Gewerbeverein in Breslau feierte vor einigen Tagen sein 40jähriges Stiftungsfest, bei welchem, wie alljährlich, die schlesische Gemüthlichkeit vorherrschte. Den Glanzpunkt des Festes bildete ein von den Theilnehmern gesungenes Festlied, in welchem der Dichter den Beweis liefert, daß das Handwerk schon so alt ist wie die Erschaffung des Menschengeschlechts. Wir können es uns nicht versagen, einige Verse dieses mit geistreichem Humor gewürzten Liedes folgen zu lassen:

Es gibt noch Bösewichte, die
  Das Handwerk unterschätzen,
Es unter andere Parvenus
  Der neuen Aera setzen:
Den Spöttern geben wir einmal
  Es schwarz auf weiß zu lesen:
Daß seit dem ersten Sonnenstrahl
  Das Handwerk dagewesen.

Das erste Paar war solo noch,
  Da wurde Adam Schneider
Und maß für Eva simple, doch
  Nicht unmoderne Kleider;
Denn unsern Schneidern von Paris,
  Die heute Ton angeben,
Scheint Evas Kleid im Paradies
  Als Muster vorzuschweben.

Herr Noah war ein Practicus,
  Ein viel zur See gereister,
Das Beil zu führen, war Genuß
  Dem biedern Zimmermeister:
Mit einem Oelblatt kam zurück
  Das trockne Land, die Reben,
Er baut sich eine Oelfabrik
  Und Weinhandlung daneben.

Zu Sodom und Gomorrha, als
  Der Schwefel fiel in Flammen,
Ward Madam Loth zu Natronsalz,
  Das lief und schmolz zusammen.
Da wurde Soda fabricirt
  Und Schwefelsäure fertig,
Petroleum dreifach raffinirt
  Gibts dort noch gegenwärtig.

Und Moses führt den Zug, voran
  Ging eine Raucheswolke:
Er hatte die Saharabahn
  Eröffnet seinem Volke;
Und als die durstigen Führer ihn
  Um frisches Wasser stürmten,
Sprengt er mit Nitroglycerin
  Die Felsen, die sich thürmten. u. s. w.

soll, ist noch nicht entschieden; es gewinnt jedoch anscheinend die Ansicht der späteren Berufung die Oberhand, zumal Angesichts des nicht umfassenden Umfanges der Vorlagen für das Zollparlament. Der Zusammentritt des letzteren soll nicht vor der zweiten Hälfte des März zu erwarten sein und die Vorlagen würden sich auf den Vertrag mit Oesterreich und die Abänderung der Tarife beschränken, so daß nur eine kurze Session zu erwarten wäre. — Die Leitung des Central-Bureau's des Handelstages hat der Abgeordnete Alexander v. Sybel übernommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Jan. [Das kaiserliche Militär unter dem „deutschen Hut".] Wie der „Kamerad" berichtet, hat sich die Adjustirungs-Kommission in Wien dahin geeinigt, daß der „Deutsche Hut" als die zweckmäßigste Kopfbedeckung für die Linientruppen, die Artillerie und Kavallerie der österr. Armee zu adoptiren wäre. Das Material des (von dem Hof-Hutfabrikanten Skrivan gefertigten) Hutes besitzt neben der erforderlichen Festigkeit die nöthige Elastizität, so daß derselbe keiner Einlage von Eisendraht bedarf. Ein Futter klebt fest an dem Filz und macht den Hut vollends wasserdicht. Eine an der Seite des Hutes angebrachte Oeffnung läßt die Ausdünstung des Kopfes entweichen. Die Einfassung der Krämpe und das Hutband sind aus schwarz lackirtem Leder. Die Offiziere erhalten ein Hutband von Goldschnur mit Eicheln. Ein kleiner metallener Doppel-Adler dient zur Befestigung der Hahnenfedern, die sich aus demselben nach rückwärts legen. Die Jäger erhalten als Emblem ein Jägerhorn mit Hahnenfedern, die Artillerie erhält statt der Hahnenfedern Roßbüsche. Die Hüte der Kavallerie werden mit breiteren Krämpen versehen und durch wallende Roßbüsche verziert. Das Gewicht des neuen Hutes beträgt 15 (bei Offizieren nur 6½) Loth, während das Gewicht des alten Jägerhutes 28 Loth betrug. Ein vollständig adjustirter Mannschaftshut soll für den Preis von etwas über 3 Gulden, ein adjustirter Offiziershut für den von 8—10 Gulden hergestellt und geliefert werden.

Ausland.

Frankreich. Paris, 26. Jan. [Preßprozeß-Urtheil.] Der „K. Z." schreibt man: Gestern urtheilte das Zuchtpolizeigericht in der Sache der zehn Journale, welche angeklagt waren, unerlaubte Berichte über die Sitzung des gesetzgebenden Körpers veröffentlicht zu haben. Der Gerichtshof brachte den Art. 14 der Verfassung von 1852 in Anwendung und verurtheilte die Geranten Bosselet („Glaneur"), Weiß („Journal de Paris"), Bouchard („Intérêt Public"), Laurentie („Union"), Bertin („Journal des Debats"), Jenty („France"), Peyrat („Avenir National") Hebrard („Temps"), Saugère („Siècle") und Fouray („Opinion Nationale") zu tausend Franken Geldstrafe und die Unkosten. Obgleich man bei der Zusammensetzung der Sechsten Kammer des Zuchtpolizeigerichts, vor welcher der Prozeß verhandelt wurde, kaum einen anderen Ausgang erwarten konnte, so macht die Verurtheilung der Journale doch überall einen höchst peinlichen Eindruck. Nach dem Urtheile der Sechsten Kammer und besonders, wenn die höhere Gerichtsbarkeit dasselbe bestätigt, wird es mit der Discussions-Freiheit in Frankreich vollständig sein Ende haben. Die Journale werden besonders bei den bevorstehenden wichtigen Discussionen über die Presse, das Vereinsrecht, die neue Anleihe, das Rekrutirungs-Gesetz und das Budget sich ganz ruhig verhalten müssen, wenn sie nicht, sobald sie sich offen aussprechen, wieder vor dem Zuchtpolizeigerichte erscheinen wollen. Die Regierung hat daher wohl den Zweck erreicht, welchen sie bei dem Prozesse verfolgte, aber es ist noch sehr die Frage, ob dies nicht mehr Schaden als Vortheil bringen wird.

Paris, 25. Jan. [Furcht und Hoffnung.] Der „Frkf. Ztg." schreibt man: Die Pariser Polizei hat unter der Form von Regenschirmstielen Flintenläufe entdeckt; der Minister des Innern gab daher strenge Ordre, die Einfuhr von Regenschirmen an der Grenze auf das strengste zu überwachen. Ist es nicht charakteristisch für das Kaiserreich, daß es sogar Regenschirme fürchten muß, die bisher neben den baumwollenen Zipfelmützen wohl des friedfertigsten Rufes genossen? Das deutsche Lied hat Recht und abermals Recht, der Wind im Hain, das Laub am Baum saust ihm Entsetzen zu; das Laub am Baum beunruhigt den Kaiser, wenn auch nicht das vertrocknete, so doch das sprossende. Was soll man von einer Regierung denken, die auch die kleinsten Mittel, sich bei den Massen ein Prestige zu sichern, mit ängstlicher Sorgfalt wahrzunehmen gezwungen ist. Sie kennen den Aberglauben, der sich an den Kastanienbaum des 20. März knüpft; jährlich am Tage der Einschiffung von der Insel Elba muß er knospen, wenn es mit dem Kaiserreiche gut stehen soll. Aus den Enthüllungen eines Journals geht unzweifelhaft hervor, daß von Seiten der Regierung künstliche Mittel angewendet worden, um diese vorzeitigen Lebenszeichen herbeizuführen. Wie lange kann ein Regiment bestehen, das sich vor Worten und Regenschirmen fürchten, das zu Taschenspielerkünsten greifen muß, um sich die Sympathien der Massen zu sichern?

Großbritannien. [Die Reform des Volksunterrichts] ist gegenwärtig in England die am meisten besprochene und beschriebene Tagesfrage. Von den unzähligen Reden und Broschüren darüber, die sich meist nur auf tausendmal schon gesagten Gemeinplätzen bewegen, ist nur das von Lowe Gesagte interessant. Er will: Statt Griechisch und Lateinisch, moderne Sprachen, vor Allem die Muttersprache, dann französisch und Deutsch; statt des Livius und Tacitus moderne anregende Lekture; statt Logik Mathematik; statt griechischer und lateinischer Versemacherei Studium der Naturwissenschaften. Dies ungefähr ist sein Programm, damit hofft er zu erzielen, daß der junge Staatsbürger praktisch denken lerne, statt daß er Geschriebenes in seinen Hirnschädel einkapsele, daß er dem Wahren selbstthätig nachforsche, statt das von Andern Gesagte gedankenlos in sich aufzunehmen, oder das für wahr zu halten, was seiner Oberflächlichkeit und seiner Voreingenommenheit als die passendste Wahrheit erscheint. Auch Lowe stellt Manches als Theorie hin, wogegen Theorie sowohl wie Praxis Manches einzuwenden haben wird. Was ihn aber werth macht, ist die Unabhängigkeit und Unerschrockenheit seines ganzen Wesens. Er, der sich in liberalen politischen Ueberzeugungen mit den Radikalsten aller sogenannten englisch Radikalen messen kann, scheute, als der Reformkessel bis zum Ueberkochen schäumte, sich nicht im geringsten, die Ueberzeugung zu vertreten, daß der englische Arbeiter auf seiner jetzigen Bildungsstufe nicht die Creatur sei, der er die Geschicke Englands anvertrauen möchte. Und wieder war er, der gelehrte Kenner alles dessen, was uns die alte klassische Zeit hinterlassen hat, einer der Ersten, die sich erkühnen, mit dem Rathe hervorzutreten, die lateinische und griechische Grammatik in den Hintergrund zu drängen, um andern Studien von praktisch eingreifender Bedeutung Platz zu machen. Daß er zu sagen wagt, was Andere an seiner Stelle lange nicht auszusprechen sich getraut haben (jetzt folgen ihm Viele), das ist es mehr noch als die anziehende Art seines Vortrages, weshalb man ihm Beachtung und Anerkennung nicht versagen darf.

Italien. [Revolte der französischen Truppen.] Aus Rom, 16. Jan., wird über die Revolte in Civita-Vecchia folgendes Nähere berichtet: „In Civitavecchia ist es zu einer wirklichen Revolte unter den Truppen des französischen Expeditionskorps gekommen. Auf feuchtkaltem Lagergrund campirend, vom römischen (Campagna-) Fieber und den Blattern decimirt, revoltirten die Soldaten schließlich, ergingen sich in den heftigsten Schmähreden gegen den Papst und den „Empereur" und schrieen: „dieser möge selber kommen, um den Vatican zu schützen." Die Sache nahm eine Gestalt an, daß sich General de Failly veranlaßt sah, an den Kriegsminister zu telegraphiren, um bestimmte Befehle vom Kaiser zu erwirken. Die Antwort lautete dahin, daß er eine Anzahl Truppen nach Viterbo in die Winterquartiere führen solle."

Amerika. [Zur Münzeinheit.] Die nordamerikanische Union gedenkt die Münzeinheit mit den europäischen Staaten anzubahnen. Der goldene halbe Eagle (5 Doll.) soll zu diesem Zwecke mit dem neuen franz. Versuchsstück von 25 Fr. auf gleichen Werth gesetzt, d. h. auf 4 Doll. 28½ Ct. reducirt werden. Falls sich England der neuen Convention anschlösse, würde das Goldstück die Aufschrift erhalten: „5 Doll., 25 Fr., 1 L.". — Auch die mexikanische Regierung hat einen Schritt zur Münzeinheit gethan; das Dezimalsystem bildet inskünftige die Münzgrundlage; der Dollar stellt die Einheit dar und erhält 100 in Kupfer geprägte Centavos; außerdem werden Silberstücke zu 25, 10 und 5 Centavos und Goldmünzen zu 20, 10, 5, 2½ und 1 Doll. geprägt.

Nichtpolitische Zeitung.

[Schauspieler Kean †.] Der am 23. in London verstorbene Charles Kean war erst 57 Jahre alt (er sah viel älter aus) und zweitgeborener Sohn des berühmten Tragöden Edmond Kean, mit dem er zuletzt im Jahre 1833 in Shakespeare's „Othello" aufgetreten war. Die Londoner Bühne hatte er schon im Jahre 1827, somit im Alter von 16 Jahren, betreten. Berühmt wurde er aber erst nach dem Jahre 1830, bei seiner Heimkehr von Amerika und seine größte Blüthezeit begann im Jahre 1838 mit seiner Darstellung des Hamlet. Vor 5 Jahren machte er mit seiner Frau, welche ebenfalls Schauspielerin ist, eine große Kunstreise durch Kanada, die Vereinigten Staaten, die westindischen Inseln und Australien, die

ihm einen Reingewinn von 12,000 L. eingebracht haben soll, doch hat er sich von den Strapazen dieser Reise nie wieder erholt.

[See-Unglücksfälle.] Unter den durch den Sturm der vergangenen Woche in den Hafen von Plymouth getriebenen Schiffen befand sich die Barke „Flora“, Kapitän Scham, Hamburger Schiff von den Philippinen mit einer Ladung Zucker unterwegs, der holländische Schooner „Time is Money“, Kapitän Balsters mit Weizen von Triest, der Schooner „Aeolus“ von Hamburg nach Oporto mit beschädigtem Kargo. — Telegraphisch trifft von Penzance (Küste von Cornwall) die Meldung ein, daß die preußische Brigg „Die Sonne“ 9 Meilen von dort auf den Sandbänken (Prace Sands) zu Grunde gegangen ist. Ehe das Rettungsboot zur Stelle war, zerschellte das Fahrzeug und die 9 Mann zählende Bemannung ertrank. — Der am 7. Januar nach New-York abgegangene Dampfer „Minnesota“ kehrte in verwichener Nacht mit gebrochener Schraube nach Queenstown zurück, wird sich aber voraussichtlich morgen schon wieder auf den Weg machen.

[Nothstand in Tunis.] Auch in Tunis ist, wie man der „Italie“ berichtet, der Nothstand ein gräßlicher. Am 7. Januar sollen in der Stadt Tunis allein 230 Menschen (?) Hungers gestorben sein. Noch größer ist das Elend im Innern des Landes. Man sieht Mütter, welche ihre fünf- bis sechsjährigen Kinder für einige wenige Franken verkaufen. Maltesische Schiffskapitäne haben schon verschiedene dieser armen Wesen angekauft und nach Malta gebracht, wo sie getauft und erzogen werden.

Frankfurter Börse (20. bis 25. Januar.)

25. Januar. Die Börse zeigte die Woche über eine im Ganzen feste Haltung, die namentlich den österr. Fonds zu Gute kam. Die gestrige Reaktion wurde heute ziemlich eingebracht. Sämmtliche Looseffekten gefragt und für Wiener Rechnung gekauft. 1860er haben 1 pCt. gewonnen, nachdem die in jüngster Zeit stattgehabten grossen Verkäufe aufgehört. — Süddeutsche Fonds gut behauptet und für solide Anlagen Posten aller Gattungen vom Markt genommen. Badische Loose sehr beliebt zu 98, bayerische bewegen sich um Pari. Der Subskription auf die neue 4½pCt. preussische Anleihe war die anhaltende Geldabundanz natürlich sehr förderlich; wie wir vernehmen, hat Ueberzeichnung stattgefunden, so dass eine Reduktion eintreten muss.

Das nach kurzer Reaktion neu ins Steigen gerathene Goldagio, welches weit tiefere in der durch und durch zerrütteten Nationalwirthschaft liegende Gründe hat, als das ausschweifende Spiel einer „verruchten Goldclique“, über die sich ein New-Yorker Handelsblatt schon seit Jahren die Stimme heiser schreit, liess eine Kurs-Aufbesserung der Amerikaner nicht zu. Es verdient Erwägung, ob ein Tausch von 5 20ern gegen gute in Gold zahlbare E.-B.-Obligationen nicht räthlich erscheine.

Der russische Bodenkreditverein emittirt jetzt durch Vermittlung der Rothschild'schen Bankhäuser in Frankfurt und Paris eine Serie von 100,000 Stück 5 pCt. Pfandbriefe im Nominalbetrag von 10 Mill. Rubel in klingender Münze, deren Zins- und Kapital-Rückzahlung in Frankfurt, Paris, London, Berlin, Amsterdam und Brüssel zu festem Metallkurs domizilirt ist. Von dieser Serie gelangen jetzt 5 Millionen zur öffentlichen Subskription. Bei den dem Verein von der russischen Regierung zugesicherten Subventionen haben die neuen Pfandbriefe ausser der Sicherheit, welche die verpfändeten Grundstücke gewähren, gewissermassen die Qualität eines russischen Staatspapiers und empfehlen sich bei dem niedrigen Emissionskurs (76½ pCt.) und der raschen Pari-Auslosung mit einer Prämie von 25 pCt. als eine gewinnversprechende Kapitalanlage.

Von Kreditaktien bleiben österreichische im Vordergrund des Geschäfts, die Spekulation hält fest daran und sie behaupten sich daher in der gewonnenen Avance. Auch für Darmstädter war seit längerer Zeit wieder regere Nachfrage und sie steigerten ihren Kurs von 205 auf 212 bei wenig Abgebern. Die Anstalt bereitet einige grössere Geschäfte vor, zunächst mit der hessischen Ludwigsbahn.

Von E.-B.-Aktien standen Staatsbahnen im Vordergrund des Geschäfts und verkehrten in steigender Tendenz, welche ihnen bei den auch im neuen Jahr fortdauernden bedeutenden Mehreinnahmen gebührt; einige Gewinnrealisirungen drückten in den letzten Tagen den Kurs etwas zurück. Bayer. Ostbahnen bis 120 bezahlt. Pfälzische Linien unverändert bei wenig Geschäft; der Ausweis der Bexbacher E.-B. konstatirt für das verflossene Jahr das Mehr der Bruttoeinnahme von 12,6 pCt. Das Plus der Neustadt-Weissenburger für das ganze Jahr stellt sich auf 14 pCt. — Von Prioritäts-Obligationen Livorneser eine Kleinigkeit besser.

Goldstand und Wechselmarkt unverändert. Wien bereits bis 99⅜ gestiegen, hat wieder ⅛ pCt. nachgegeben, Paris in Posten zu 95 gemacht.

	20.	25.		20.	25.
5% Oestr. National	53⅝ B	53½	3½% Badische Obl.	83½	82¾
5% do. Metal. (1859)	60 B	60⅛ B	4% Darmstädt. do.	90⅛ B	—
do. (steuerfr.)	48	48¼	4½% Nassauer do.	94½	94½ B
5% do. Lose (1860)	70⅝	71½	4% do. do.	86⅛ B	86⅛ B
— do. do. (1864)	76¾ B	77½	3½% do. do.	82	82⅝ B
Oestr. Kreditl. (58)	125⅝ B	127½ B	4% Kurhess. do.	90⅛ B	90⅛ B
5% Bayer. Obligat.	101	101½	3½% Frankf. do.	82¼ B	82½ B
4½% do. do.	94½ B	93⅞ B	5% do. do.	—	—
4% do. do.	88⅝ B	88¾	6% Amerik. (1882)	76	76½
4% do. 100Thl.-L.	99¾ B	100 B	Oestr. Kredit. . .	184	184½
4½% Würtemb. Obl.	94 B	94 B	Oestr. Nat.-Bank	660	662 B
3½% do. do.	81⅛ B	81⅝ B	Frankfurter do.	127 B	127
4½% Badische do.	93 B	93⅛ B	Bexbacher E.-B.	157¾ B	157 B
4% do. do.	86⅛ B	—	Bayer. Ostbahnen	120 B	119¾ B (Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65⅝ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	59¼—60 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54⅛ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48⅛—¾ G.
„	4½pCt.	41⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅝ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 P. 88¾ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	93⅝—¾ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¾ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82⅝ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. z. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85¼ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77¾ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	76—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126⅞ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	665 P. 62 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185½—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	212 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89¾ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P. 332 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	244 P. 43 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	115¼ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89⅜ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119¾ G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	134 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71⅜—½ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	127¼ G.
„ do. v. 1864	79 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¾ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143¼ P.
„ fl. 25 do.	42½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37½ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33½ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅜ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	99⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 27. Januar. Gegenüber den hohen Wiener Morgen-Notirungen weisen die Course der österr. Spekulations- und Anlagepapiere keine verhältnißmäßigen Steigerungen auf. Es fanden namhafte Realisationen in österr. Papieren statt, 5 pCt. österreich. Metalliques wurden von der günstigen Tendenz gar nicht, steuerfreie Metalliques, National und 4½ pCt. Metall. nur wenig berührt. 1882er Amerikaner beliebt und à 76 in Posten bezahlt. Von süddeutschen Papieren waren 4 proc. badische Loose in Nachfrage und ¼ pCt. besser. Eisenbahnaktien u. Prioritäten fest, aber ohne Leben. In Devisen bedeutendes Geschäft. London und Paris notiren etwas höher. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Ne.t!

№ 29.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 29. Januar 1868.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für die Monate Februar und März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.*)

h. **München**, 28. Januar. In der heutigen Abgeordnetensitzung wurde das neue Eisenbahngesetz vorgelegt. Zur Vervollständigung des Eisenbahnnetzes sollen unter anderen gebaut werden: die Linie von Gemünden über Burgsinn bis zur Grenze, dann die Linien Aschaffenburg-Miltenberg und Schweinfurt-Gemünden, sowie eine Verbindungsbahn zwischen der Nürnberg-Würzburger und Ansbacher Bahn in der Richtung gegen Marktbreit. Die projektirten Linien sind 290 Stunden lang und kosten 146 Millionen. Sofort sollen 7 Linien in Angriff genommen werden, darunter die Linien Gemünden-Obersinn und Aschaffenburg-Miltenberg, jede vierthalb Millionen kostend. Gegenwärtiges Creditverlangen beträgt 66 Millionen.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Nachmittag durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Zur allgemeinen Lage.

Würzburg, 29. Januar.

Allen denen, die unter der Angst eines bevorstehenden Krieges leiden, sei eine Rede, die der Engländer Roebuck am letzten Samstag vor seinen Wählern in Sheffield hielt, zur Beruhigung ihres Gemüthes bestens empfohlen. Er versicherte seinen Zuhörern: „Ihr seid alle erschrocken und wißt selber nicht recht, weshalb. Ihr habt Angst vor einem nahen Kriege. Ich aber bin gewiß — und aus mir spricht die Erfahrung einer vierzigjährigen politischen Laufbahn — daß gegenwärtig kein Krieg im Anzug ist. (Hört, hört!) Napoleon I., in seiner wunderbaren Selbstüberschätzung, nannte die englische Nation einmal ein Krämervolk. Wir waren nie Krämer, wohl aber ist die französische Nation ein Krämervolk geworden (hört, hört!), und als solches fürchtet sie einen Krieg. Preußen andererseits wünscht das, was es gewonnen, zu konsolidiren. Das kann allein im Frieden geschehen, und Bismarck, der wohl weiß, wie viel die Glocke geschlagen hat, wird, verlaßt Euch darauf, keinen Krieg mit Frankreich anfangen. Rußland will und kann sich in keinen Krieg einlassen. Folglich, liebe Landsleute! habt Courage und geht mit Vertrauen Euren Geschäften nach."

Ferner glaubt ein Berliner Korrespondent der immer am ehesten und besten unterrichteten „Köln. Zeitung" bestimmt zu wissen, daß das neueste Cirkular des französischen Ministers des Innern, Pinard, an die Präfekten, über eine friedlichere Haltung der gouvernementalen Provinzpresse, Anlaß zu einem preußischen diplomatischen Rundschreiben gegeben hat, welches diesen Schritt der französischen Regierung als ein Symptom kennzeichnet, das durchaus geeignet sei, die Beziehungen der beiden Mächte immer freundlicher zu gestalten.

Endlich glaubt auch ein Pariser Korrespondent desselben Blattes, es sei nicht oft genug hervorzuheben, daß erfichtlich die friedliche Wendung der Politik Napoleons III. vom 31. Dezember, das heißt vom Tage des Empfanges des Grafen v. d. Goltz als Vertreters des Norddeutschen Bundes an datirt, welche Gelegenheit der Kaiser hatte benutzen wollen, um in feierlicher Weise seinen Wunsch zu dokumentiren, mit Norddeutschland im besten Einvernehmen bleiben zu wollen. Daß trotz alledem die Alarmisten nicht müde werden, wo und wie sie nur können, Unruhe auszustreuen, darf bei dem engen Zusammenhange der Alarm-Nachrichten mit Baissespekulationen nicht länger befremden. Da von Preußen aus nichts Herausforderndes mehr berichtet werden kann, so erfindet man derartige Dinge und verlegt sie nach Rußland. Zu dem Ende hält man die Ente von einer angeblichen Stanley'schen Depesche an Gortschakoff in der Orientfrage aufrecht und behauptet, Rußland habe geantwortet, wenn die Westmächte nicht über das Schicksal der Christen in der Türkei wachen wollten, so würde sich die russische Regierung dieser Verpflichtung allein unterziehen. Es versteht sich von selbst, daß weder Depesche noch Antwortnote existiren. Zuverlässige Berichte aus Petersburg bestätigen vielmehr auf's Neue, daß Gortschakoff fester steht, als je, und die Intriguen, welche nach einander Ignatiew und Budberg an die Staatskanzlerstelle setzen wollten, ein für alle Mal als gescheitert zu

Die Ehre und das Duell.
Auch eine Enthüllung aus Mexiko.

Ueber einen in jüngster Zeit viel besprochenen Pariser Skandal schreibt man der „N. Fr. Pr." von dort unterm 22. ds.:

Von Constantine ist kürzlich ein Offizier, der Hauptmann Perin, hier angekommen, dessen Name seit Kurzem viel genannt wird. Weder hatte der Hauptmann bei der Kriegsverwaltung etwas zu suchen, noch galt seine Reise Freunden oder Verwandten, nach deren Befinden zu sehen ihm ein Bedürfniß gewesen; noch waren es endlich die Zerstreuungen der Pariser Boulevards, welche den Offizier hierhergelockt. Er machte den weiten Weg übers Meer, um Genugthuung für einen erlittenen Schimpf zu fordern und eine hervorragende Rolle in einem Drama zu übernehmen, das, voll ergreifender Momente, nicht nur die Pariser Gesellschaft beschäftigt, sondern das lebhafteste Interesse der civilisirten Welt dadurch in Anspruch nimmt, daß es Fragen beleuchtet, deren Lösung den Gegenstand eines ebenso langen als heftigen Meinungsstreites bildet.

Der geeignete Titel für dieses Drama wäre: „Die Ehre und das Duell". Hier die Handlung:

Der gemeine Soldat Léon Mirès, der außerdem, daß er es versteht, todtzuschießen und sich todtschießen zu lassen, im Stande ist, seine Gedanken zu ordnen und in passender Form vorzutragen, für den es noch weit höhere, heiligere Gesetze gibt, als die Disciplin, hat im „Courrier Français" den Franzosen erzählt, wie es in ihrem Heere bei dem mexikanischen Feldzug zugegangen, welche Behandlung dort in dem fernen Lande der gemeine Soldat von dem Offizier zu erdulden hatte. Unter anderen empörenden Auftritten erzählte der Augenzeuge, wie ein Hauptmann P. — er schrieb nicht den ganzen Namen — den einen oder den anderen Untergebenen zur Strafe für Aeußerungen der Unzufriedenheit oder leichte Vergehen an die Schwänze ihrer Pferde binden und fortschleifen ließ oder besserenfalls mit der liebreichen Maßregel bedrohte. „Vier Brigadiers", erzählte ferner Herr Léon Mirès, „wurden von dem Hauptmann zum Silo verurtheilt. Man weiß, daß der Silo ein sieben bis acht Metres tiefes Loch in der Erde ist, dessen Oeffnung, oben eng, sich nach unten immer mehr erweitert. Die Idee stammt von den Arabern; bei diesen jedoch war der Silo zur Aufbewahrung von Getreide bestimmt, das sie vor unseren Nachsuchungen verbergen wollten. Unser Erfindungsgeist hat uns dazu gebracht, aus demselben eine Stelle der Züchtigung zu machen, ganz besonders für die Tollköpfe der Disciplinar-Compagnien. In Mexiko wendete man ihn auf das ganze Heer an. Die vier unglücklichen Brigadiers wurden mittelst Strängen, die man um ihre Arme wand, in den Silo hinabgelassen, dessen Grund eine scheußliche Pfütze war. Sie blieben darin vierundzwanzig Stunden. Sie waren zu spät zum Läuten gekommen in der Woche, da sie den Dienst hatten." Es läßt sich denken, mit welchen Gefühlen diese erbaulichen Berichte von der öffentlichen Meinung in Paris, in Frankreich aufgenommen wurden, wo man sich gewöhnt, mit dem Ausdrucke „Französisch" das Vollendetste zu bezeichnen und unter einem französischen Soldaten sich einen Menschen vorzustellen, der nach einer berühmt gewordenen Redensart den Marschallsstab im Tornister trägt und mit so viel Rücksicht behandelt wird, als sie einem Krieger von so glänzender Aussicht gebührt und als sie sich mit den nothwendigen Eigenschaften einer Heereseinrichtung nur immer verträgt.

betrachten sind. (Die im friedlichsten Sinne abwiegelnden Kundgebungen aus Rußland haben wir wiederholt mitgetheilt.)

Trotz alledem tritt noch keine allgemeine Beruhigung, kein Vertrauen, kein Aufschwung der schwer darniederliegenden Geschäftsthätigkeit ein. Woher dies? Die Antwort darauf ist in dem unseligen Zustande des Halbkrieges, worin sich zur Zeit fast ganz Europa befindet, zu suchen. Die „Frankf. Ztg." trifft den Nagel auf den Kopf, wenn sie sagt: Der Bericht des französischen Finanzministers ist erschienen und die vielfach bestrittene Creditforderung der Regierung eine Thatsache. Vierhundert und vierzig Millionen verlangt der Kaiser, um allen kommenden Eventualitäten gerüstet entgegentreten zu können. Daß der Finanzminister in einem Augenblicke, wo er mit einer derartigen Forderung vor das Land tritt, kein düsteres Bild der Zukunft entwerfen wird, ist selbstverständlich, man darf sich daher höchstens über den Schwall inhaltloser Phrasen wundern, in denen auf bessere Zustände hingewiesen wird, zu deren Anbahnung die Anleihe bestimmt sein soll. Kaum lohnt es der Mühe, diese hohlen Worte noch einmal zu widerlegen. Man bewaffnet sich nach Herrn Magne eben nur, um einen dauernden Frieden zu gewinnen, der auf dem Bewußtsein der Kraft beruhe; nicht jenen unruhigen Frieden, während dessen die durch die Furcht vor Conflikten mißtrauisch gemachten Nationen ihre eigene Prosperität und ihren Credit zu Grunde richten, sondern jene sichere und befruchtende Ruhe, die auf allgemeiner Verständigung und gegenseitiger Achtung beruhe, jenen Frieden, den der Kaiser mit seinen Wünschen und seinen Bemühungen herbeizuführen suche. Mit dieser an die Apocalypse erinnernden Beschreibung des von Napoleon III. herbeizuführenden tausendjährigen Reiches schließt der Magne'sche Finanzbericht. Es hieße, wie wir schon sagten, Eulen nach Athen tragen, wenn man immer und immer wieder darauf hindeuten wollte, daß ein Friede, der durch nichts als durch den wirthschaftlich zu Grunde richtenden Zustand des Halbkrieges aufrechtzu erhalten ist, nur geringen Werth hat. Wohin Frankreich durch denselben gelangt ist, davon geben die Zahlen des Berichtes selbst ein treues Bild. Des Lebens wegen alle Lebensbedingungen in die Schanze schlagen, ist immer eine Politik der Verzweiflung. Für die allgemeine Lag ist die in Frankreich eingetretene Entscheidung von durchgreifender Bedeutung; erst nachdem die Anleihe votirt ist, wird man in der Lage sein, ein präzises Urtheil über die nächste und bevorstehende Zukunft zu gewinnen.

Bayerischer Landtag.

I.

Reichsrathskammer: Letzter Beschluß über das Wehr- und Gewerbegesetz.

München, 28. Januar.

In der gestrigen 32. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe erstattete Reichsrath v. Faber Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des Gesetzentwurfs, das Gewerbswesen betreffend. Die einzige Differenz, welche noch bestand, war die, daß die Kammer der Abgeordneten Ziffer 3 des Art. 8 gestrichen, d. h. den Handel mit literarischen und artistischen Erzeugnissen, dann Leihbibliotheken und Lesekabinete von den konzessionspflichtigen Gewerben ausgenommen wissen will. v. Faber beantragte Namens des Ausschusses Zustimmung zu dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer. Frhr. v. Frankenstein stellte den Antrag, die Ziffer 3 beizubehalten, darin aber die Worte: „dann Leihbibliotheken und Lesekabinete" zu streichen. Nachdem jedoch Frhr. v. Thüngen bemerkt hatte, daß von der Zustimmung zu dem erwähnten Beschlusse der Abgeordnetenkammer das Zustandekommen des Gesetzes abhängt und daß die Bestimmungen des Strafgesetzbuches zur Ueberwachung der Preßgewerbe ausreichen, wurde mit allen gegen 10 Stimmen (v. Scherr, v. Deinlein, v. Dinkel, Graf Arco-Valley, Graf Montgelas, Frhr. v. Frankenstein, Frhr. v. Ponikau, Graf Seinsheim, beide Frhrn. v. Aretin) beschlossen, dem Beschluße der Kammer der Abgeordneten beizutreten, womit der Antrag des Frhrn. v. Frankenstein wegfiel. — In Konsequenz dieses Beschlusses wurde ohne Debatte mit allen gegen eine Stimme (Graf Quadt) auch die Streichung der litt. a im Art. 9 zugestimmt, so daß nun Gesammtbeschluß erzielt ist.

Hieran reihte sich die Berathung über die Rückäußerung der Kammer der Abgeordneten bezüglich des Gesetzentwurfes, die Wehrverfassung betreffend. Referent Frhr. v. Schrenk bemerkte, daß die einzige noch vorhandene Differenz darin besteht, daß die Kammer der Abgeordneten in Art. 4 die Dienstzeit der berittenen Truppen auf 3 Jahre, die Kammer der Reichsräthe aber auf 4 Jahre festgestellt wissen will. So unzweifelhaft es sei, daß eine längere Dauer der Dienstzeit der berittenen Truppen für diese von Vortheil ist, beantrage doch der Ausschuß Zustimmung zu dem Beschlusse der Abgeordnetenkammer, da durch den Art. 88 des Gesetzes für einen Zeitraum von 5 Jahren die 4jährige Präsenzpflicht der Angehörigen der berittenen Waffen festgestellt ist und in dem Falle, als nach Ablauf der durch diese Uebergangsbestimmung eingeräumten Frist der 4jährigen Präsenzpflicht der berittenen Truppen sich die Unthunlichkeit des Zurückgehens auf die dreijährige Präsenzpflicht erweisen sollte, neuerdings Antrag auf Modifikation des Art. 4 gestellt werden kann.

Präsident Frhr. v. Thüngen: Obwohl ernste Bedenken gegen Herabsetzung der Präsenzzeit der berittenen Truppen bestehen, müsse jetzt doch dem jenseitigen Beschlusse zugestimmt werden; die Kammer stehe jetzt an der Entscheidung: es frage sich jetzt, ob das Gesetz so viele und so große Mängel hat, daß seine Verwerfung gerechtfertigt wäre, oder ob es im Großen und Ganzen solche Vorzüge hat, daß man es auch mit der erwähnten Modifikation der Kammer der Abgeordneten annehmen solle. Die Vorzüge des Gesetzes bestünden darin, daß die Stellvertretung wegfällt, daß dem Heere mehr Intelligenz zugeführt wird und daß eine Mobilmachung weniger Kosten verursacht. Die Nachtheile seien die so schwere Landwehrpflicht und der hohe Prozentsatz der Rekrutenquote. Da aber hierin eine Erleichterung eintreten könne und müsse, sobald die politischen Verhältnisse andere sind, da ferner die Vortheile des Gesetzes für die Armee und für die politische Stellung Bayerns überwiegend seien, stimme er für die Annahme des Art. 4 nach dem Vorschlage der Abgeordnetenkammer.

Graf Pappenheim stellte die Bitte an das Kriegsministerium,

Die armen Franzosen! Wenn ihnen die Vorzüglichkeit der englischen Staatseinrichtung gar zu lebhaft gepriesen wurde und sie durch den Vergleich zwischen Großbritannien und dem zweiten Kaiserreiche sich gar zu sehr beschämt und in die Enge getrieben fühlten, dann machten sie einen Ausfall, indem sie auf ihre eigene Gleichheit und auf die Prügelstrafe hinwiesen, welcher die englischen Soldaten und Matrosen bis vor Kurzem ausgesetzt gewesen. Wie gern sie über die Knute in Rußland, über den Stock und die Ruthe in Oesterreich sich lustig machten, beweisen die Zerrbilder, mit welchen die Lachblätter und Bühnen während des morgenländischen und des italienischen Krieges das Publikum bewirtheten. Nun hat Großbritannien den unmenschlichen Gebrauch abgeschafft, und die Franzosen müssen erfahren, daß in ihrem ruhmreichen Heere die Barbarei weit über den Prügelstock und die Ruthe hinaus getrieben wird. Der Vorgang ist zu demüthigend für das nationale Bewußtsein, als daß er nicht eine lebhafte Aufregung in allen Theilen der Gesellschaft hätte hervorrufen sollen. Da die Regierung durch ihr unbeschränktes Eingreifen in alle Angelegenheiten und durch die Sorgfalt, mit welcher sie die Vorkommnisse der Verwaltung der öffentlichen Wachsamkeit und Auseinandersetzung entzieht, den Kreis ihrer Verantwortlichkeit bis ins Unendliche erweitert, empfindet sie selbst aufs lebhafteste jeden Streich, der nach dem letzten Agenten in den amtlichen Abstufungen geführt wird, fällt ihr jede Anklage zur Last, die gegen Ausschreitungen des, ersten besten mit irgend einer öffentlichen Würde Bekleideten erhoben wird. Ist es nicht erstaunlich und der schlagendste Beweis für die Fehlerhaftigkeit des vorherrschenden Systems, daß, wenn ein roher Gendarm in übelverstandenem Diensteifer einen pfeifenden Theaterbesucher bei der Gurgel faßt, das Gehässige der Unthat auf die Regierung zurückfällt, oder daß die Schuld an dem abscheulichen Uebergriff eines französischen Offiziers in dem fernen Mexiko dem Oberbefehlshaber der Armee zur Last gelegt wird?

In den Kanzleien des Kriegsministeriums herrschte Niedergeschlagenheit in Folge der gedruckten Darstellungen aus der Feder des gemeinen Soldaten Léon Mirds. Die Marschälle und Generale und sonstige Befehlshaber der Regimenter steckten die Köpfe zusammen, wie die Schafe beim Gewitter. Jeder von ihnen fühlte sich ein wenig angegriffen durch die unwillkommenen Enthüllungen. Man konnte die Sache nicht so liegen lassen, und aller Wahrscheinlichkeit nach wurde Hauptmann Perin, den man leicht durch die vorgebrachten Beschuldigungen errathen mochte, von Oben herab veranlaßt, die Anklage von sich abzuwälzen. Wie? — wie anders als durch ein Duell — für Unrecht und Gewaltsamkeit gibt es kein besseres Argument als den Säbel. Wunderliche Logik, vermöge welcher ein versetzter oder empfangener Degenstoß die Freisprechung von dem schlimmsten Vergehen nach sich zieht! Und doch ist diese Uebertreibung des mittelalterlichen Gottesgerichtes, das doch nur dem Sieger die Schuldlosigkeit zuerkannte, in Frankreich eine angenommene Sache. Also Herr Perin kam nach Paris und hatte nichts Eiligeres zu thun, als Herrn Vermorel, den Herausgeber des „Courrier Français", vermittelst zweier Zeugen zum Zweikampfe zu fordern. (Schluß folgt.)

es möge Alles aufgeboten werden, damit der Schaden, welcher der Kavallerie zugefügt wird, paralysirt werde. Nachdem Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh bemerkt hatte, daß das Kriegsministerium Alles aufbieten werde, um die Kavallerie in ihrer Qualität zu sichern, wurde dem Beschlusse der Kammer der Abgeordneten zu Art. 4 und in Konsequenz dessen zu den Art. 5, 6 und 88 mit allen gegen 5 Stimmen (Prinz Adalbert, Herzog Ludwig, Fürst Wrede, Fürst Taxis und Frhr. C. M. v. Aretin) zugestimmt, so daß also auch bezüglich des Wehrgesetzes Gesammtbeschluß erzielt ist.

Der Wunsch, welcher statt des Art. 19 bezüglich der gesetzlichen Regelung der Avancements- und Pensionirungsverhältnisse dem Gesetze angereiht werden soll, ist von der Kammer der Abgeordneten anders gefaßt worden. Der Beschluß der Abgeordnetenkammer geht nämlich insoferne weiter, als er die Zulässigkeit der Frage, ob ein Gesetz in erwähntem Betreffe erlassen werden soll, in vollem Umfange voraussetzt, während diese Vorfrage nach dem Beschlusse der Kammer der Reichsräthe erst noch näherer Erwägung vorbehalten bleiben soll. Der Ausschuß beantragt, der Fassung der Abgeordnetenkammer beizustimmen und Frhr. v. Thüngen ist gegen den Wunsch, weil damit der erste Schritt zum Aufgeben des Prinzips gethan werde, denn alsbald würde das Verlangen nach einem Beförderungsgesetz für die Civilstaatsdiener nachfolgen. Die Annahme eines solchen Prinzips wäre aber gefährlich. Man könne wohl sagen, die Regierung sei ja nicht gezwungen, ein Gesetz vorzulegen, allein in einem von beiden Kammern ausgesprochenen Wunsche liegt doch ein moralischer Druck für die Regierung. Auf das Zustandekommen des Gesetzes habe die Annahme oder Nichtannahme des Wunsches keinen Einfluß. v. Harleß ist für den Wunsch in der Fassung der Abgeordnetenkammer; die gesetzliche Regelung des Pensionirungswesens habe ihren unbestrittenen Vortheil und auch die gesetzliche Regelung der Avancementsverhältnisse sei im Interesse der Regierung und der Armee, in Oesterreich und Frankreich bestünden schon solche Gesetze; war dort die gesetzliche Regelung der erwähnten Verhältnisse möglich, werde sie wohl auch in Bayern möglich sein. — Bei der Abstimmung wurde der Wunsch in der Fassung der Abgeordnetenkammer mit 28 Stimmen abgelehnt, in der Fassung der Kammer der Reichsräthe aber mit allen gegen 16 Stimmen beibehalten.

Schließlich wurde eine Eingabe von den Professoren Thirsch in München und Scheuerl in Erlangen, die Revision des Art. 220 des Strafgesetzbuches und des Art. 97 des Polizeistrafgesetzbuches betr., dem Fachausschusse zur näheren Prüfung überwiesen.

II.

Neue Gesetzesvorlagen der Regierung an den Landtag über a) Aktiengesellschaften ohne Handelsgeschäfte und b) Nothcivilehe.

Nachdem die Verhältnisse derjenigen Aktiengesellschaften, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens in Handelsgeschäften besteht, durch das allgemeine deutsche Handelsgesetzbuch geregelt sind, machte sich das Bedürfniß nach einer gesetzlichen Regelung der Verhältnisse auch solcher Aktiengesellschaften geltend, bei welchen der Gegenstand des Unternehmens nicht in Handelsgeschäften besteht, welche mithin keine Handelsgesellschaften sind und daher auch nicht unter die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches fallen. Diesem Bedürfnisse hat die Staatsregierung durch den Entwurf eines darauf bezüglichen Gesetzes abgeholfen, welcher der Kammer der Abgeordneten vorgelegt worden ist. Es sind in diesem Entwurfe die Bestimmungen des Handelsgesetzbuches über Aktiengesellschaften als Grundlage beibehalten und nur jene Aenderungen vorgenommen, welche sich deßhalb als nothwendig oder zweckmäßig darstellen, weil diese Gesellschaften keine Handels-, sondern nach dem Gegenstande des Unternehmens gewöhnliche civilrechtliche Gesellschaften sind. Dieselben sollen deßhalb auch nicht unter die Zuständigkeit der Handelsgerichte, sondern der Bezirksgerichte gestellt und die betreffenden Register durch diese geführt werden. Jede Aenderung der Mitglieder des Vorstandes muß zur Eintragung in das Register angemeldet werden. Der Vorstand ist verpflichtet, Sorge zu tragen, daß die zur Uebersicht der Vermögenslage der Gesellschaft erforderlichen Bücher geführt werden. Er muß den Aktionären spätestens in den ersten sechs Monaten jedes Geschäftsjahres eine Bilanz des verflossenen Geschäftsjahres vorlegen. Die Bücher der Gesellschaft sind während zehn Jahren, von dem Tage der in dieselben geschehenen letzten Eintragung an gerechnet, aufzubewahren. Dasselbe geschieht in Ansehung der Geschäftsbriefe, sowie in Ansehung der Inventare und Bilanzen. Die aus den Büchern der Gesellschaft ersichtlichen oder in anderer Weise bekannten Gläubiger sind durch besondere Erlasse aufzufordern, sich zu melden; unterlassen sie dies, so ist der Betrag ihrer Forderungen gerichtlich zu hinterlegen. Die Bücher der aufgelösten Gesellschaft sind an einem von dem Bezirksgerichte zu bestimmenden sicheren Ort zur Aufbewahrung auf die Dauer von zehn Jahren zu hinterlegen. Die Gant der Aktiengesellschaft bildet ein selbständiges Verfahren zur Befriedigung der Gesellschaftsgläubiger aus dem Gesellschaftsvermögen. Sie kann auch nach Auflösung der Gesellschaft eröffnet werden, soferne die Liquidation und Vertheilung des Gesellschaftsvermögens noch nicht erfolgt ist.

Der der Abgeordnetenkammer vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über Schließung und Trennung der Ehen solcher Personen, welche keiner anerkannten Religionsgenossenschaft angehören, bezweckt, denselben überhaupt die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe als Ausübung eines vom religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängigen Rechtes zu ermöglichen, wobei die Ehe zunächst nur in ihrer Eigenschaft und Bedeutung als Rechtsinstitut in Betracht gezogen werden, die religiösen Beziehungen dagegen dem Gebiete des inneren kirchlichen Lebens und dem Gewissen der Betheiligten anheim gestellt bleiben sollen. Die Zuständigkeit zum Abschlusse solcher ehelichen Verbindungen soll an die Gerichte übertragen werden, weil zur Zeit in den Landestheilen diesseits des Rheines keine andere Klasse von Behörden des Staates oder der Gemeinden zur Vornahme ähnlicher Akte gesetzlich berufen ist, und weil diese Eheschließungen mit anderen Gegenständen, welche nach Art. 18 Ziff. 4 des Gesetzes über die Gerichtsverfassung vom 10. Nov. 1861 zur Zuständigkeit der Gerichte gehören, Vieles gemein haben. Die Eheschließung mittelst gerichtlicher Verhandlung soll indessen als Aushilfsmaßregel eingeführt werden, welche überflüssig wird, wenn der Zweck bereits auf andere rechtsgiltige Weise erreicht ist. Auch über die civilrechtlichen Voraussetzungen der Eheschließung und über die Ehehindernisse sind in dem Gesetzentwurf Bestimmungen aufgenommen worden, um in diesen Beziehungen den Ehen der zu keiner staatlich anerkannten Religionsgesellschaft gehörigen Personen die erforderliche rechtliche Regelung zu verleihen, nachdem für die Landestheile Bayerns diesseits des Rheines zur Zeit kein allgemeines bürgerliches Gesetz über die eherechtlichen Verhältnisse besteht.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Jan. [Militärischer Preßprozeß.] Der „Frankf. Ztg." schreibt man: Die „Sonntags-Zeitung" ist gestern verurtheilt worden, trotz ihrer Berufung auf den Grundrechtsparagraphen, welcher die Verweisung aller Preßprozesse vor die Geschwornengerichte bestimmt. Jenes Blatt hatte sich einige scharfe Bemerkungen über die Grundsätze erlaubt, welche bei der Ernennung und Beförderung besonders der höheren Offiziere maßgebend sind; als illustrirendes Beispiel war der bekannte Generalmajor Graf Gondrecourt angeführt, der zu Weihnachten 1863 in Hamburg „dreinschießen" zu lassen drohte, wenn die Turner „mucksen" würden, und über dessen brutale Manieren seine eigenen Adjutanten Beschwerde führten. Nachdem ihn der Kaiser zum Gouverneur des Kronprinzen Rudolph ernannt hatte, stellte sich seine Unfähigkeit für diese Funktion bald so evident heraus, daß er quiescirt wurde. Von seinen kriegerischen Leistungen im Feldzuge von 1866 schweigt die Geschichte, dagegen erzählt die Fama, Graf Gondrecourt habe in Berserkerwuth einem Feldkaplan seiner Brigade das linke Ohr abgehauen. In kriegsgerichtliche Untersuchung gezogen, verschwand der edle Graf für einige Zeit, wurde aber schließlich wieder bei der Reglementskommission angestellt. Bei der gestrigen Verhandlung bezog der Richter das klassische Citat des Vertheidigers

„'s war Einer, dem's zu Herzen ging,
Daß ihm der Zopf so hinten hing,"

auf den abgetretenen Kriegsminister v. John, und erklärte diese Anzüglichkeit für „unanständig". Leider ziert noch ein sehr anständiger Zopf manche alte Autorität im neuen Oesterreich.

Das österreich. Kriegsministerium sucht seine Ochsen, d. h. die nach der Schlacht bei Königgrätz verloren gegangenen. Da seit dem 3. Juli 1866 schon eine geraume Zeit verflossen ist, so werden die Gemeindevorstände der auf der Rückzugslinie gelegenen Ortschaften jetzt aufgefordert, „sogleich" die nöthigen Nachforschungen über die abhanden gekommenen Vierfüßler anzustellen.

Aus Böhmen. [Tschechische Arroganz.] Wenn man die Zuversicht ansieht, womit die tschechischen Ultras für ihre Ansprüche sich auf das „böhmische Staatsrecht" zu berufen pflegen, so sollte man glauben, sie hätten alles verbrieft und versiegelt in der Tasche. Dem ist jedoch nicht so. Was sie als „böhmisches Staatsrecht" anrufen, das ist nicht vorweisbar, weder auf Papier noch auf Pergament, weder geschrieben noch gedruckt, entzieht sich jeder Beglaubigung, und stellt in letzter Instanz ein Ding vor, das nicht ist, sondern erst gewünscht wird. Allein es ist da gewesen, sagen die Tschechen. Was

sie damit im Auge haben, zeigt unter anderm die jährliche Trauerdemonstration über den Verlust der Schlacht am weißen Berge. Entweder haben diese Demonstrationen keinen Sinn, oder sie besagen, daß man sich hinter jene Schlacht zurückwünscht, d. h. die Zustände, denen sie ein Ende machte, lieber erneuert sehe. Nun damals hatte sich Böhmen von Oesterreich losgesagt und einen Kurfürsten von der Pfalz zum Könige erwählt. Daß sich die Sache ein Jahr lang hielt, ehe sie wieder verschwand, ist eine historische Erinnerung, aber ein Recht auf Wiederholung erwächst daraus nicht. Ebenso gut könnte man sagen, tschechische Patrioten hätten das Recht, alljährlich zwei geheime Räthe und einen Sekretarius aus dem Fenster zu werfen, weil solches am 23. Mai 1618 einmal geschehen ist. (Die Thäter selbst beriefen sich in ihrer Vertheidigungsschrift wirklich auf ein böhmisches Herkommen: „nach altem Gebrauche und Exempel, so in dieser Krone Böheimb und Prager Städten mehr zu finden.") Vor dem gesunden Menschenverstande sind derartige Ansprüche so viel werth als z. B. ein Prätentionsfeld für das Königreich Jerusalem in einem Wappen. Indeß, wenn man auch die Schwäche des Argumentes selber einsah, man konnte desselben nicht entbehren; die Berufung auf ein angeblich historisches Recht war ein Nothbehelf, weil das Prinzip der Nationalität seinen Dienst versagte. Letzteres hätte den Deutsch-Böhmen ja dieselbe Freiheit zugesprochen wie den Tschechen auch, und das eben wollte man nicht. Das Prinzip der Nationalität ist für die tschechischen Ansprüche unbrauchbar. Was man will, das widerspricht ihm sogar. Denn man will erstens eine Vereinigung Mährens und Schlesiens mit Böhmen; das ist die „tschechische Krone;" und alsdann will man zweitens eine solche Absonderung dieses Complexes von dem österreichischen Mittelpunkt, daß man innerhalb des abgesonderten Theils die Deutschen als eine Minorität zu unterjochen und das Prinzip der Nationalität mit Füßen zu treten vermöchte: das ist das „böhmische Staatsrecht." In welcher Art man das Werk durchführen würde, davon geben von Zeit zu Zeit Prager Excesse ein Müsterchen ab. Im Schatten der „tschechischen Krone" würden die Deutschen jenes Complexes politische Sklaven der Tschechen sein, denen ihrerseits wieder das Russenthum über den Kopf wüchse; die ersteren also würden eine doppelte Knute über sich haben. Ein „böhmisches Staatsrecht" in diesem Sinn wäre ein Rückfall in die Barbarei!

Literarisches.

[Ein Festgruß der Illustrirten Zeitung] erinnert uns mit dem Erscheinen des neuen Jahrganges an ihr 25jähriges ehrenvolles Bestehen. Im Jahre 1843 gegründet, stellte man derselben in der begonnenen Ausdehnung ein schlimmes Horoscop; das Verlangen nach Belehrung war nämlich vor einem Vierteljahrhundert noch keineswegs so allgemein wie heute, der Einfluß der periodischen Presse beschränkter, die Zahl ihrer Abonnenten geringer; die „Illustrirte Zeitung" stieß daher auf große Schwierigkeiten und konnte sich erst nach großen Opfern Bahn brechen. Die Anschaulichkeit, in welcher sie die Ereignisse in Wort und Bild wiederzugeben verstand, rückte dieselben dem Verständniß näher und regte die Lust allgemeiner an, sich darüber zu unterrichten; so bildete sie in der periodischen Presse einen neuen Zweig — die illustrirte Literatur — und gab den Impuls zum Entstehen der vielen nun erscheinenden Zeitschriften ähnlicher Art. Was sie im Jahre 1843 versprochen, hat sie nicht allein treulich gehalten, sondern weit übertroffen, indem sie stets bemüht gewesen, an der Spitze der Entwicklung in literarischer und der Vervollkommnung in künstlerischer Hinsicht zu bleiben. Da wo eingehende Besprechungen nöthig erscheinen, bringt sie dieselben in unpartheiischster Weise; weniger wichtige Ereignisse dagegen in ihrem Kern und zwar in kurzer aber verständlicher Weise. So verschaffte sie sich in allen Klassen und Ständen der Gesellschaft dauernde Zuneigung; der Gelehrte, der Kaufmann, der Industrielle, der Landwirth — alle empfingen durch sie Anregung, Unterhaltung, Belehrung und da die „Illustrirte Zeitung" ein übersichtliches Sammelwerk ist, so bietet es Allen eine, die Erinnerung an tausend zum Theil schon halb der Vergessenheit verfallene Ereignisse und Begebenheiten erneuernde Zeitchronik.

Die der „Illustrirten Zeitung" beigegebenen Xylographien stehen auf dem Höhepunkte der Holzschneidekunst, sie machen die Kenntniß der Dinge klar und bleibend in der Vorstellung und Erinnerung; werden ja selbst die eingehendsten Schilderungen nur halb verstanden, ohne das Bild der Oertlichkeit, wo sie sich zugetragen u. s. w., vor Augen zu haben.

Die neueste Nummer dieser Zeitschrift, deren Verleger sich den Dank der deutschen Nation erwerben, bringt wieder sehr viel Interessantes und prächtige Illustrationen, unter ihnen die Porträts von König Ludwig I. von Bayern, von Wolfgang von Königswinter, dann ein Bild der Zerstörung durch das Explosionsattentat der Fenier zu Clerkenwell in London am 13. Dez. 1867, eine Ansicht des Domes zu Konstanz, insbesondere aber eine Riesen-Xylographie des Gemäldes von Anton Wiertz „die letzte Kanone". Am Schlusse bringt sie einen von Konewka in origineller Weise illustrirten Festmarsch zur Eröffnung ihres 50. Bandes, in den wir mit einem freudigen „Glück zu" auf den ferneren Bestand der „Illustrirten Zeitung" einstimmen, dieselbe allen gebildeten Lesern zur Anschaffung wiederholt empfehlend.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{3}{4}$ P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{1}{8}$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 60	$48\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ G.
„	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	89 P. $88\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{8}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$90\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{3}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{1}{2}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	$76\frac{1}{8}$P. $75\frac{7}{8}$G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	663 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$185\frac{1}{2}$—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$213\frac{1}{2}$P. $12\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$89\frac{3}{4}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$333\frac{1}{2}$ P. $32\frac{1}{2}$G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$243\frac{1}{2}$P. $42\frac{1}{2}$G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$115\frac{1}{4}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 5/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{2}$ G.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	$89\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	120 P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{5}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99—$96\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$99\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$133\frac{1}{2}$ P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60 G.
„	fl. 500 v. 1860 5/7	$71\frac{1}{4}$ P. 71 G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	127 G.
„	do. v. 1864	$78\frac{1}{2}$ P. 78 G
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$19\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35		$51\frac{1}{4}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{3}{8}$ P.
„ fl. 25 do.	$42\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$38\frac{1}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{2}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{5}{8}$ P.

Frankfurt, 28. Januar. Die Haltung der Börse war für österreichische Spekulationspapiere heute ziemlich indifferent und still. Wien sandte niedrigere Course, da die dortige Spekulation die Liebhaberposition momentan zu verlassen und stark zu realisiren scheint. Creditaktien und Staatsbahn waren zu etwas billigeren Preisen erhältlich als gestern. Oesterreichische Staatspapiere verkehrten zu fast unveränderten Coursen, nur Steuerfreie waren $\frac{1}{4}$ pCt. niederer. 1882er Amerikaner hielten sich im Verhältnisse zu dem wieder höher von New-York gemeldeten Goldagio sehr fest und verloren gegen gestern $\frac{1}{8}$ pCt. In Süddeutschen, Eisenbahnen und Prioritäten herrschte kein bemerkenswerthes Leben. Auf die neue ungarische Anleihe laufen nach eingetroffenen telegraphischen Meldungen in Pesth und Wien zahlreiche Zeichnungen ein und auch am hiesigen Platz, wo das Bankhaus B. H. Goldschmitt Subskriptionen entgegennimmt, zeigt sich dem Vernehmen nach Interesse dafür. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 30.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 30. Januar 1868.

Bayerischer Landtag.

Rede des Hrn. Handelsministers Schlör bei Vorlage des Gesetzentwurfes über das bayerische Eisenbahnnetz.

München, 29. Januar.

Am Beginn des vorigen Jahres — sagte Hr. v. Schlör — sei der Wunsch laut geworden, die Regierung möge eine systematisch geordnete Vorlage über Erweiterung der Staatseisenbahnen einbringen. Bei der ersten Zurhandnahme der Sache habe sich gezeigt, daß die Ausarbeitung eines Eisenbahnnetzes unmöglich sei ohne die genauesten Anhaltspunkte über die Ausführung der verschiedenen Linien. Im Mai sei der Auftrag gegeben worden, alle jene Linien, die in Frage kommen könnten, technisch zu erheben und generelle Kostenvoranschläge vorzulegen. Am 4. November sei die letzte deßfallsige Arbeit in des Redners Hände gelangt.

Wenn man berücksichtige, daß die technische Untersuchung sich auf 430 Stunden Eisenbahnlinien mit einem Kostenvoranschlag von 209,000,000 fl. erstreckte, werde man zugeben müssen, daß diese Arbeit einen außerordentlichen Umfang erlangt hat, und daß deren Bewältigung nur mit einem außerordentlichen Kräfteaufwand gelang. Mit Vergnügen benütze er (Redner) den heutigen Anlaß, allen denjenigen, welche bei dieser Arbeit betheiligt waren und insbesondere demjenigen, welcher sie geleitet hat, seinen innigsten Dank auszusprechen. Allen Wünschen durch diese Vorlage gerecht zu werden, sei unmöglich gewesen; daß Tadel und Mißverständnisse zu Tage treten werden, darüber habe kein Zweifel bestanden, allein der Versuch, ein Eisenbahnnetz auszuarbeiten, habe einmal gemacht werden müssen. Die Regierung sei bestrebt gewesen, rein objektiv durch diese Vorlage die Interessen des Landes zu wahren.

Die erste Voraussetzung für eine solche Arbeit sei die gewesen, die Grundsätze klar zu machen, nach welchen die Erweiterung des Eisenbahnnetzes zur Ausführung kommen soll. Die massenhaften Projekte, welche in den letzten Jahren auftauchten, konnten nicht als Ausgangspunkt genommen werden; es mußten vielmehr jene Bahnen ermittelt werden, welche den großen Verkehr in Bayern vermitteln, dann jene Bahnen, welche den internationalen Verkehr entweder festzuhalten oder zurückzuführen die Aufgabe haben, endlich jene Bahnen, welche die im dermaligen Eisenbahnnetz bestehenden großen Lücken und Fehler auszufüllen, resp. zu verbessern geeignet sind.

Aus der postulirten Summe werde die Kammer ersehen, wohin es geführt haben würde, wenn die Regierung sich nicht auf diesen Standpunkt beschränkt hätte. Die in der Vorlage enthaltenen, zur Vervollständigung des bayerischen Eisenbahnnetzes nothwendigen Linien umfassen 290 Stunden mit einem Gesammtaufwand von 146 Mill.; und davon würden einige Linien mit einem Aufwand von 60 Mill. zunächst zur Ausführung kommen. Trotz dieser Beschränkung sei die Frage nahe gelegen, ob es unter den gegenwärtigen Verhältnissen gerechtfertigt erscheine, eine so große Summe zu postuliren und den Eisenbahnbau in eine Bahn zu lenken, die später noch größere Summen in Anspruch nehmen muß; es sei auch die Frage nahe gelegen, ob nicht die weitere Entwicklung des Eisenbahnnetzes der Privatindustrie überlassen werden solle. Redner will sich nicht auf eine nähere Erörterung hierüber einlassen, allein das stehe fest, daß im Eisenbahnnetz nicht die wichtigsten Bahnen der Privatindustrie überlassen und nur ein Theil der Bahnen dem Staate vorbehalten werden kann; das hieße sich selbst die Lebensluft abschneiden. Andrerseits sei unbestritten, daß es für einen Staat von mittlerer Größe räthlich ist, daß er auf die Eisenbahnen einen großen und nachhaltigen Einfluß übe. Der Staat werde dadurch keine Schwächung, sondern eine Kraft finden, auch die Privateisenbahnunternehmungen würden nur gedeihen können, wenn der Staat die Zinsengarantie übernimmt.

Was den Bau der Bahnen betrifft, so sei es ziemlich gleich, ob der Staat oder eine Privatgesellschaft baut, allein was den Betrieb betrifft, so sollen da nur Beamte verwendet werden (s. dagegen unsern vorgestrigen Leitartikel. Red.). Deßhalb habe die Regierung keinen Anstand genommen, ein größeres Postulat an die Kammer zu stellen, zumal die Summe nur dazu verwendet werden soll, um das auf den Eisenbahnen bereits angelegte Kapital rentirlicher zu machen, dann um auf das Gebiet der materiellen Wohlfahrt überhaupt einen großen Einfluß zu üben. Wenn man die Linien, welche vorgeschlagen sind, mit den zahlreichen Projekten, die auftauchten, vergleicht, so werde man sagen, daß den Wünschen der Bevölkerung bei Weitem nicht entsprochen ist; allein es gibt lokale Interessen von großer Wichtigkeit

---

Die Ehre und das Duell.

Auch eine Enthüllung aus Mexiko.

(Schluß.)

Glücklicherweise hatte Herr Vermorel sich vor Kurzem mit einem Journalisten vom Siècle, Herrn Anatole de la Forges, geschlagen und bei dieser Gelegenheit sogar Proben von außergewöhnlicher Unerschrockenheit abgelegt. Er konnte der Herausforderung des Herrn Perin gegenüber sich mit größerer Freiheit benehmen, ohne der Gesellschaft Mißtrauen gegen seine Herzhaftigkeit einzuflößen, was hierzulande die Klugheit immerhin zu vermeiden räth.

Da Herr Vermorel außerdem nicht der Mann ist, sich vom Herkommen beherrschen zu lassen und blindlings der Menge nachzutreten, folgte er in der Sache mit einer Selbstständigkeit, die ihm Ehre macht, den Eingebungen des gesunden Menschenverstandes. An die Zeugen des Hauptmannes richtete er vor Allem die Frage, ob sie die Richtigkeit der Angaben bestreiten? Und auf ihre Erklärung hin, daß sie auf keine Erörterung sich einlassen, daß sie lediglich die Beleidigung vor Augen haben, wies Herr Vermorel die Herausforderung zurück. Ein ächter Bürger des neunzehnten Jahrhunderts unterbreitete der Journalist den ganzen Streitfall dem Urtheile der Oeffentlichkeit. „Der Ausgang eines Duells beweist weder für noch gegen die Grundhältigkeit der angeführten Thatsachen, und um die Herstellung dieses Beweises handelt es sich vor Allem,“ ruft Herr Vermorel seinen Landsleuten zu, und, o Wunder! die öffentliche Meinung hält zu der klaren Betrachtung gegen die Entscheidung durch die Fechtkunst. Die empfindlichste Stelle der ganzen Angelegenheit entblößt der unerschütterliche Journalist, indem er die Frage aufwirft, warum Herr Hauptmann Perin nicht den Soldaten Léon Mirès, den eigentlichen Urheber der gewichtigen Enthüllungen, zum Zweikampfe herausfordert?

„Es ist genug“, ruft der Unerbittliche, „daß der Soldat kein Bürger mehr ist; es fehlt nichts mehr, als daß er auch kein Mann mehr sei, sondern ein Leibeigener, und daß, was in all den alten Adelsvorrechten des Unerträglichsten, des Scheußlichsten sich findet, zu Gunsten der Offiziere wieder ins Leben gerufen werde.“

Mehr vielleicht als die unumstößliche Folgerichtigkeit der Auseinandersetzungen, mit denen Herr Vermorel ins Feld rückte, überführte das Zeugniß des Generals Cluseret die öffentliche Meinung, durch welches das Benehmen des Journalisten gebilligt, als tadellos anerkannt wird. Wer ist General Cluseret? Die Organe der Gewalt glauben dem Ansehen dieser in dem obengenannten Drama auftretenden Heldenfigur Abbruch zu thun, wenn sie versichern, daß Herr Cluseret kein général français (französischer General) sei; indeß ist diese nationale Anmaßung seit einiger Zeit ein wenig lächerlich geworden. Der Krieger hat eine Geschichte, um die ihn weitab die meisten der französischen Marschälle beneiden können. Als Capitän machte sich Herr Cluseret in der französischen Armee durch Tapferkeit ebenso wie durch Kenntnisse und Bildung bemerkbar. Er nahm Theil an dem Krimfeldzuge und war in Folge der Expedition gegen Kabylien zum Offizier der Ehrenlegion vorgeschlagen, als er aus Abneigung gegen die bonapartistische Obergewalt seinen Abschied nahm. In der Absicht, für die Freiheit zu kämpfen, nahm er in Italien Dienste; er focht mit Auszeichnung gegen die Oesterreicher, wurde bei der Belagerung von Capua verwundet und zum Oberstlieutenant befördert.

und doch können sie nicht immer berücksichtigt werden. Der Entwurf habe daher den Standpunkt festgehalten, daß nur jene Zweigbahnen eine Berechtigung auf Schaffung haben sollen, für welche die betheiligten Kreise mindestens ebenso viel leisten, als sie für eine Vicinalstraße zu leisten gezwungen werden können. Alle diese Vicinaleisenbahnen könnte die Regierung der Privatindustrie überlassen, allein diese werde sich der Aufgabe nicht unterziehen, weil das Risiko zu groß ist und weil die Schaffung so kleiner Bahnen mit vielen Schwierigkeiten technischer, administrativer, juristischer und merkantiler Natur zu kämpfen hat. Deßhalb habe die Regierung derartige kleine Bahnen unterstützen zu sollen geglaubt und zwar aus den Ueberschüssen der Rente der Staatsbahnen und den Ertragsantheilen der Staatskasse an den Ueberschüssen der Ostbahnen.

Dann machte Redner noch auf den Umstand aufmerksam, daß der Gesetzentwurf sich nur auf jene Linien beschränken konnte, die innerhalb des Rayons der Staatsbahnen gelegen sind, doch habe dabei auch die Ausdehnung der Privatbahnen mit in Erwägung gezogen werden müssen. Jetzt handle es sich darum, die Grundlage zu finden, auf welcher die Eisenbahnen in Bayern fortentwickelt werden sollen. Wenn dieses Gesetz verbeschieden ist dann erst werde es die Aufgabe der Regierung sein, auch dem Theile Bayerns, der nicht von Staatsbahnen durchzogen ist, gerecht zu werden. Es wäre auch unrecht gewesen, hier den Verhandlungen zu anticipiren und der Entscheidung des Hauses zu präjudiciren. Ebensowenig erstrecke sich der Gesetzentwurf auf die Eisenbahnen in der Pfalz. Die Entwicklung des Eisenbahnwesens in der Pfalz sei nicht so rasch erfolgt, als man glaubte, und habe ihren Weg genommen ganz unabhängig von den diesseitigen Zuständen. Damit solle aber nicht gesagt sein, daß die Regierung sich der Verpflichtung entziehen wolle, den in der Pfalz bestehenden Bedürfnissen die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden.

Die Art der Behandlung des Gesetzentwurfs empfiehlt Redner der billigen Beurtheilung der Kammer: das Material, welches zu bearbeiten war, sei so umfangreich gewesen, daß eine mehr skizzenhafte Behandlung im Entwurfe nothwendig war; um was er aber die Kammer bitte, sei das: sie möge diese Vorlage mit aller Genauigkeit und Strenge prüfen: wie auch der Entschluß der Kammer ausfallen werde, immerhin werde an dem Verfasser der Vorlage eine Verantwortung haften bleiben, allein letztere werde sich in dem Maße mindern, als das Urtheil des Hauses streng ist. Es werde einen langen Kampf geben, aber die Kammer werde diesem Kampf so wenig ausweichen wollen, als die Regierung. Je rascher und bestimmter die Entscheidung kommen werde, desto mehr würden sich die Gemüther beruhigen, desto mehr werde sich die Hoffnung auf unsere Zukunft stärken.

Nochmals empfahl Redner schließlich die rückhaltsloseste Prüfung der Vorlage und die rascheste Entscheidung.

Präsident Pözl bemerkte, daß die Frage, ob zur Prüfung der Vorlage ein besonderer Ausschuß niedergesetzt werden soll, in der nächsten Sitzung erledigt werde.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 28. Jan. [Bezüglich der neuen Anleihe] erfährt man, daß bedeutende Ueberzeichnungen (statt 12 Mill. 23½ Millionen) stattgefunden haben (ein Zeichen, daß ein preuß. Staatsbankerott, der von gewisser Seite kürzlich in allem Ernst prophezeit wurde, vorläufig wohl noch nicht zu befürchten ist), so daß die Zeichner etwa 50 pCt. erhalten werden. Unter den Zeichnern befinden sich: Frankfurt mit 1¼ Million, Kassel mit ¼ Million Thaler, wie denn überhaupt im westlichen Theile der Monarchie die Zeichnungen am bedeutendsten sind, natürlich Berlin ausgenommen, wo sich alle ausländischen Zeichnungen konzentriren. Die Zeichnungen in Ost- und Westpreußen sind sehr gering, ein deutliches Zeichen des dort herrschenden Nothstandes. Wenn übrigens verschiedentlich die Ausgabe dieser Anleihe mit Rüstungen in Verbindung gebracht ist, so beruht dies entschieden auf einem Irrthum; die Regierung nimmt jetzt das Geld auf, um, sobald die Witterung es erlaubt, die verschiedenen projektirten Bahnbauten, und zwar einige davon an mehreren Orten gleichzeitig, in Angriff nehmen zu können.

Berlin, 28. Jan. [Prozeß Twesten.] Zu der gestrigen kurzen Notiz (im Anzeiger) über den Ausgang desselben in zweiter Instanz tragen wir folgendes Ausführlichere nach: Vor der dritten Abtheilung des Kammergerichts wurde am 27. d. in der bekannten Anklagesache gegen den Stadtgerichtsrath Twesten verhandelt, der in erster Instanz vom hiesigen Stadtgerichte wegen Beleidigung der Justizbehörden durch Behauptung unwahrer Thatsachen in einer Rede in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 20. Mai 1865 zu zwei Jahren Gefängniß verurtheilt worden ist. Der Angeklagte hatte gegen dieses Erkenntniß appellirt und in der Appellations-Rechtfertigungsschrift prinzipiell die Kompetenz des Gerichtshofes bestritten, eventuell sich den Beweis der Wahrheit vorbehalten. Im Audienztermine selber war der Angeklagte nicht erschienen, weßhalb in contumaciam

---

Da ihm jedoch die Wendung der Dinge auf der Halbinsel nicht recht gefallen wollte, schiffte er über den Atlantischen Ocean, um in den Reihen der Nordamerikaner für eine große Idee der Befreiung sein Leben einzusetzen. In dem Feldzuge von Shenandoah wurde er zum General ernannt. Von dem großen Freistaat drüben hat der Krieger Anschauungen und Gedanken mitgebracht, die allerdings nicht „französisch" sind und schlecht zu der militärischen Moral eines Canrobert, eines Bazaine, eines Montauban passen. Darin haben die Regierungsblätter Recht; zu wessen Gunsten aber der Unterschied ausschlägt, ist nun freilich eine andere Frage, deren Beantwortung wohl Niemand in den Spalten der „Patrie" oder des „Pays" sich holen mag.

Genug, General Cluseret sprach sich offen und entschieden gegen Annahme der Herausforderung aus, durch welche Hauptmann Perin sich reinzuwaschen gedachte. Und in Paris gibt es nur Eine Stimme darüber, daß Vermorel durch die Weigerung, sich zu schlagen, der Vernunft genug gethan, ohne der Ehre etwas zu vergeben. Hätte Hauptmann Perin für sich allein zu handeln gehabt, vermuthlich wäre er so klug gewesen, mit der Zurückweisung des Duells die Sache als abgeschlossen zu betrachten. Er hätte sich wohl gesagt, und mit Recht: Meiner Ehre widerfährt dieselbe Genugthuung, wenn ich zum Zweikampf herausfordere und mich stelle, als wenn ich wirklich fechte oder schieße. Der das Duell ausgeschlagen, hat mich eben der Mühe, zu kämpfen, überhoben. Ruhig, mit dem Bewußtsein eines Mannes, der seine Absicht erreicht hat, wäre er zu seinem Regimente nach Constantine zurückgekehrt. Allein hinter dem Offizier und mit ihm solidarisch stand die Gewalt, welche sich veranlaßt fühlte, den Handschuh aufzuheben, der den rohen Uebergriffen der französischen Offiziere hingeworfen wurde. In dem „Moniteur de l'Armée" wurde die Sache des Herrn Perin und Consorten mit leeren Redensarten vertreten. So führte z. B. das amtliche Organ des Heeres an, daß Perin im Jahre 1842 die Medaille „für Muth und Menschlichkeit" erhielt, worauf Vermorel ganz einfach erwiderte: „Ein Mensch kann sehr gut als Bürger in einem gegebenen Augenblicke sich der Gefahr aussetzen, um seinen Nebenmenschen zu retten, und den Tag darauf, nachdem er Soldat geworden, im Namen der Disciplin den Geretteten eine unmenschliche Behandlung empfinden lassen." Mit noch größerer Leichtigkeit wurden die anderen Beweise zu Gunsten des Herrn Perin auf ihre Nichtigkeit zurückgeführt.

Der Hauptmann durfte sich nicht mit der Herausforderung begnügen, weil die Regierung die Sache auf diesem Punkte zu belassen sich nicht entschließen konnte. Weil sie das Bedürfniß der Verfolgung fühlte, mußte der Hauptmann sich herbeilassen, nachdem er sich selbst Genugthuung zu verschaffen gesucht, den Beistand des Gerichtes anzurufen, nicht nur gegen den „Courrier Français", sondern auch gegen Léon Mirès — ein Schritt, der dem Offizier um so übler gedeutet wird, als durch denselben wohl die sichere Verurtheilung der Gegner, aber nicht die geringste Klarheit in der Sache zu erzielen ist, da das französische Gesetz die Begründung einer ehrenrührigen Angabe (diffamation) nicht zuläßt. Wenn es dem Hauptmann Perin darum zu thun ist — sagt man — daß die Herren Vermorel und Léon Mirès bestraft werden, so wird er auf dem eingeschlagenen Wege seine Absicht erreichen; wenn es ihm aber darum zu thun wäre, den Vorwurf zu entkräften, daß er die Soldaten in den Silo werfen und an die Schwänze ihrer Pferde binden ließ, hätte er müssen andere Mittel anwenden, als die ihm das geschriebene Gesetz in die Hände gibt.

Diese Mittel bot dem Hauptmann der Herausgeber des „Courr. Français", indem er ihm ein Ehrengericht vorschlug, das, aus Abgeordneten der beiden Theile bestehend, eine gründliche Untersuchung der Streitfrage vornehmen und über Recht oder Unrecht der Ankläger oder des Angeklagten entscheiden würde. Wie hätte der Offizier die Einsetzung eines solchen Untersuchungs-Ausschusses annehmen sollen, wenn er weiß, daß es mit Allem, was der Soldat Léon Mirès mittheilt, vollkommen seine Richtigkeit hat! Ein Gericht ohne Zulassung der Beweise, wenn nicht das Würfelspiel mit den Waffen, das ist Alles, worauf die Unschuld des Hauptmanns sich einlassen konnte.

Vermorel und Léon Mirès werden also von der Zuchtpolizei gerichtet und bestraft werden. Das Tribunal der öffentlichen Meinung jedoch spricht sie frei und verurtheilt den Hauptmann und die Gewalt.

gegen ihn verhandelt werden mußte. Der Gerichtshof hatte neue Beweisaufnahme angeordnet und ließ zu diesem Zwecke das Protokoll in der Voruntersuchung und den stenographischen Sitzungsbericht, d. h. die Twesten'sche Rede und die darauf Bezug habenden Umstände, verlesen, um so ein klares Bild von der ganzen Sache zu gewinnen. Hierauf plaidirte der Staatsanwalt Frhr. v. Plotho. Derselbe äußerte u. A.: „Ich würde nun nach der Tendenz, die Hr. Twesten den Staatsanwalten unterschiebt, nichts weiter zu thun haben, als das Unzutreffende seiner Rechtfertigungsgründe darzuthun und die Bestätigung des ersten Erkenntnisses zu beantragen. Aber ich stehe auf einem höheren Standpunkte, der es mir zur Pflicht macht, die Sache nach allen Seiten hin zu beleuchten." In Bezug hierauf führt der Staatsanwalt aus, daß der Gerichtshof erster Instanz den Formen der Gerichtsordnung nicht vollständig Rechnung getragen habe, weil er die thatsächliche Feststellung des Vergehens gegen die §§ 102 und 156 des Strafgesetzbuches nicht auf die eigene Beweisaufnahme, sondern auf die frühere thatsächliche Feststellung in beiden Instanzen begründet habe. „Um dieses Manco nachzuholen, würde ich selber die Wiederholung der Beweisaufnahme beantragt haben, die ich unter der Annahme acceptire, daß Sie weder die Rechtsfrage, noch die Thatfrage, sondern allein die Frage nach dem Strafmaße daraus ableiten werden." Der Gerichtshof entschied nach einstündiger Berathung dahin, daß das Erkenntniß erster Instanz zu vernichten sei, daß der Gerichtshof aber selbstständig erkannt und den Angeklagten der Beleidigung verschiedener Behörden für schuldig erachtet habe. Es seien dagegen mildernde Umstände angenommen worden und der Angeklagte zu einer Geldbuße von 300 Thlr. event. vier Monaten Gefängniß verurtheilt. In den Gründen wurde ausgeführt, daß die incriminirte Rede Beleidigungen enthalte, und daß der § 154 des Strafgesetzbuches dabei dem Angeklagten nicht zu Gute kommen könne, weil die Angriffe durch ihre Form die Absicht der Beleidigung erkennen ließen. Mildernde Umstände seien angenommen worden, weil das Ober-Tribunal die Anwendbarkeit des Art. 84 der Verfassung auf solche Fälle früher selbst anerkannt habe. Das Kammergericht müsse übrigens auch jetzt bei seiner Ansicht über die Anwendbarkeit des Art. 84 beharren, es habe nur auf Grund der Entscheidung des höchsten Gerichtshofes erkennen müssen.

— [Norddeutsche Freizügigkeit.] Das „Freizügigkeitsgesetz" ist bekanntlich das Leibroß, welches die Einheitsschwärmer am liebsten tummeln. Daß es mit dem bloßen Gesetze aber nicht abgemacht ist, daß außer demselben auch noch Behörden da sein müssen, die dem Gesetze Ordre pariren, beweist nachstehender Brief von dem dramatischen Dichter Arthur Müller, den die „Vossische Zeitung" mittheilt. Derselbe ist datirt aus Kronbach a. d. Nahe und lautet: „Seit ungefähr acht Wochen bei einer mir befreundeten Familie zum Besuch hier anwesend, mit dem Zwecke, Studien über die Geschichte, das Volksleben, die Sitten und Gebräuche des Nahethales zu machen und dieselben für meine dramaturgische Thätigkeit zu verwerthen, erhalte ich, nachdem ich der zustehenden Polizeibehörde schon längst ordnungsmäßig als hier anwesend gemeldet war, auch meine Personalien bei der Volkszählung genau niedergelegt hatte, und ein Zweifel über die Identität meiner Person in keiner Weise bestehen konnte, heute von dem betreffenden Bürgermeister vermittelst eines Gendarmen die Aufforderung, meinen Paß vorzuzeigen, und bei meiner Weigerung, auf dieses seit dem 1. Januar a. c. unbegründete Verlangen einzugehen, einen Ausweisungsbefehl, mit der Weisung, demselben binnen drei Tagen nachzukommen. Auf meine Frage, wie der Bürgermeister dazu komme, zu einer ebenso ungesetzlichen wie ungeheuerlichen Maßregel zu schreiten, eröffnete mir der betreffende Gendarm höchst naiv, es geschehe deßhalb, weil ich über die hiesigen Postbeamten bei ihrer vorgesetzten Behörde zu Trier wegen ihrer zu liebevollen Protektion eines frei umherwandelnden Hofhundes, der mich bereits dreimal vom Schalter weggebissen hatte, Beschwerde geführt hätte! Selbstverständlich erklärte ich dem Gendarmen, ich würde nur der Gewalt weichen. Ich veröffentliche diesen Verfall, um den Angehörigen des norddeutschen Bundes zu zeigen, wie die Gesetzgebung desselben, wenn es einem kleinen oldenburgischen Dorfbürgermeister gefällt, noch gänzlich illusorisch ist. Zu gleicher Zeit erlaube ich mir hiermit als preuß. Unterthan die ergebene Anfrage an ein hohes Bundeskanzleramt, ob dasselbe gesonnen ist, in seiner Kompetenz eine so alles Maß überschreitende Verhöhnung seiner Macht und seines Willens zu dulden und seine Angehörigen einer derartigen Willkür überantwortet zu lassen? Der liebere Bürgermeister heißt Röll und regiert die Gemeinde Nieder-Brombach in der oldenburgischen Enclave Birkenfeld. Die Verantwortung über diese Mittheilung nehme ich gänzlich auf mich und bin auch bereit, über jeden Punkt Zeugen zu stellen."

Köln, 28. Jan. [Papstadresse.] Die in der gestrigen Katholiken-Versammlung beschlossene Adresse an den Papst lautet nach der „Köln. Ztg.", wie folgt:

„Heiliger Vater! Wie seit dem Beginne der frevelhaften Angriffe, welche in den letzten Jahrzehnten gegen die weltliche Herrschaft des apostolischen Stuhles gerichtet worden und, die Katholiken Deutschlands im Vereine mit denen der andern Nationen durch Gebet und Opfergaben, wie durch Hingabe ihres Blutes dir, heil. Vater, mit Kindesliebe und nach Kindespflicht zu Hülfe zu kommen nicht nachgelassen: so haben sie in den letzten Tagen, wo die Frechheit der Feinde und die Gefahren der Kirche sich verdoppelten, nicht minder ihr Gebet und ihre Gaben verdoppeln zu müssen geglaubt. Damit nicht zufrieden, haben sie auch von ihren politischen Rechten zu Gunsten der gefährdeten kirchlichen Rechte Gebrauch gemacht; nach dem Vorgange von Köln sind zunächst im Königreich Preußen aus Stadt und Land zahlreiche von vielen Tausenden katholischer Männer unterschriebene Adressen an des Königs von Preußen Majestät, dann auch in andern deutschen Landen an die dortigen Landesherren gerichtet worden, worin diese katholischen Bürger die Sicherstellung deines geheiligten Erbes, welches das Erbe eines jeden Katholiken ist, und Schutz für ihre in deiner Befeindung verletzten und gefährdeten religiösen Rechte forderten. In allen deutschen Gauen sind ferner in den Städten und in den Dörfern, selbst unter freiem Himmel, wo die Menge der zusammengeströmten treuen Söhne der Kirche eine zu große war, zahreiche Volksversammlungen gehalten worden, um gegenüber den gewaltsamen Angriffen, welche an dem ältesten Throne der Welt und dem Erbgute der Kirche vor unseren Augen verübt worden sind und von Neuem vorbereitet werden, feierliche Verwahrung einzulegen und zu gleicher Zeit den Eifer für die Sache des apostolischen Stuhles, welche die Sache der ganzen Kirche ist, zu frischerer That zu beleben. In denselben Gesinnungen sind heute in dem alten Köln viele Tausende deutscher Männer aus Nah' und Fern zusammengetreten, besonders auch in der Absicht, um, so viel an uns ist, der begeisterten Opferwilligkeit eine Gestalt, ebenso dauernd, wie die drohenden Gefahren, zu geben: und da ist denn unsere erste und theuerste Pflicht, der ehrfurchtsvollsten Hingebung und der treuen Liebe Ausdruck zu verleihen, mit welcher wir dir, unserem heiligen, gütigen Vater, zugethan und unterworfen sind. In dem Ernste der gegenwärtigen Zeiten dürfen wir uns aber nicht mit der Kundgebung unserer kindlichen Liebe begnügen: wir erklären zugleich feierlich vor dir, h. Vater, wie sehr wir es als unsere heilige Pflicht erkennen, mit männlichem Muthe dafür zu wirken, daß dir deine Souveränetät bewahrt, und der Kirchenstaat, welchen Gottes Vorsehung und der katholischen Völker Muth und Blut im Interesse aller Katholiken dem apostolischen Stuhle übergeben hat, deinem milden Scepter erhalten bleibe. Wir halten dies für unsere Pflicht, nicht nur, weil wir nicht wollen, daß du einer Stellung, wie sie sich für das geistliche Oberhaupt von zweihundert Millionen Katholiken geziemt, und eines tausendjährigen Besitzstandes beraubt werdest; nicht nur, weil wir mit Entsetzen voraussehen, welche gewaltige Erschütterung jedes Recht der Fürsten und Völker, der Staaten und der einzelnen Bürger erfahren wird, wenn es roher Gewalt und verschmitzter Hinterlist im Bunde mit politischer Kurzsichtigkeit und engherziger Feigheit gelingen sollte, den begonnenen Raub zu vollenden: sondern noch weit mehr im Interesse unserer eigenen religiösen Rechte. Wir wollen, daß du Fürst seiest, damit die religiöse Freiheit des Gewissens in der ganzen Welt an dir einen unabhängigen Beschützer habe. Wir wollen nicht, daß du Unterthan eines fremden Herrschers seiest, damit die Katholiken aller Länder, Völker und Zonen mit gleichem Vertrauen zu dir emporschauen, in gleicher Weise sich als deine Kinder betrachten können. Wir wollen, daß du Souverain seist damit dein Mund stets frei sei, uns zu lehren, deine Hand stets frei, uns zu führen und das Schiff der Kirche durch die Wogen und Klippen der Zeiten zu steuern. So sind deine Rechte, h. Vater, auch unsere Rechte! Und damit wir für sie, unbekümmert um Lob oder Tadel der Welt, als treue Söhne der streitenden Kirche einstehen, dazu gib uns, heiliger Vater, den apostolischen Segen."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Jan. [Das Extraordinarium im Militärbudget] Darüber gehen der „Südd. Pr." folgende Details zu: Das Extraordinarium zerfällt in zwei Theile, erstens in ein einmaliges Erforderniß für Mittel zur Bewaffnung und Ausrüstung und zweitens in ein „vorübergehendes" Erforderniß für supernumeräre (überzählige) Offiziere aus Unterparteien vom Hauptmanne abwärts. In die erste Rubrik gehören Neubewaffnung der Armee mit Hinterladern 21,700,000 fl. (acht Millionen sind hiefür bereits im Jahre 1867 ausgegeben worden); einzelne Monturs- und Rüstungs-

gegenstände, z. B. Patrontaschen und Kriegsaugmentationsvorräthe 2,700,000 fl.; komplete Kriegsausrüstung mit Armeetrain und Zugsgeschirr 685,000 fl.; Artilleriereorganisirung, deßhalb ein größerer Stand in dieser Truppe und mehr Remonten 126,000; vollständige Ausrüstung der Feldsanitätsanstalten 75,000 fl.; Neubauten von Festungswerken und Militärbequartirungen 1,800,000 fl., zusammen 17,086,000 fl.

In die zweite Rubrik „transitorisch" gehören die Gebühren für die Supernumeräre des Jahres 1866 vom Hauptmanne abwärts aus Unterparteien mit 5100 Köpfen 3,600,000 fl. (die Chargen vom Hauptmanne aufwärts stehen demnach im Erforderniſſe). Für die Kriegsmarine wird unter dem Titel „Land- und Wasserbauten, Materialanschaffung" rund eine Million begehrt.

Dieses ganze Extraordinarium ist eine letzte schwere Last, die uns der Krieg gegen Preußen aufgebürdet hat. Würde sich unser an und für sich vortreffliches Perkussionsgewehr gegenüber dem Zündnadelgewehr behauptet haben, so ersparten wir 30 Millionen Gulden (für neue Gewehre). Die andern Summen, mit Ausnahme der für Festungsbauten geforderten, zeigen, wie groß die Materialverluste auf den Schlachtfeldern von Skalitz, Trautenau, Nachod, Königgrätz u. s. w. gewesen sein müssen. Speziell die Post von 3,600,000 fl. für Supernumeräre gibt ein Bild der Mehrbelastung, welche uns durch die Vermehrung des Truppenstandes für mehrere Jahre erwächst.

Ausland.

Frankreich. Paris, 27. Jan. [Preßgesetzliche Mäusefalle. Ein 440-Millionen-Tropfen auf einen heißen Stein.] Seit dem Staatsstreiche ist niemals in Frankreich ein Richterspruch so scharf von den großen Blättern besprochen worden, als das Urtheil gegen die „Zehn." Selbst die „France" erhebt sich heute noch einmal gegen die Mäusefalle, in welcher man die Presse durch unklare Gesetzes-Paragraphen zu fangen sucht. Jedes Repressivgesetz muß vor Allem klar und bestimmt abgefaßt sein; dies ist hier aber so wenig der Fall, daß die Blätter sich nothwendig Schweigen auferlegen müssen, wenn sie nicht ewig in Geldbußen verurtheilt sein wollen; aber dieses Stillschweigen wäre denn doch auf die Januar-Konzessionen die himmelschreiendste Ironie. Sollten dies die Minister des Innern und der Justiz wirklich nicht begreifen? Daß Rouher die Presse haßt, hat er oft genug bewiesen, aber wäre ihm wirklich damit gedient, wenn von den Kammer-Debatten fortan nur noch die Moniteurs und Präfekturalblätter sprächen? Die Blätter gewinnen alsdann desto mehr Raum für Lokalsachen und Finanzstudien die beide jetzt gleich wichtig sind. Hat doch Magne mit kaltem Blute dem Lande in seinem Berichte erklärt: Die Anleihe von 440 Millionen sei nur ein Tropfen auf einen heißen Stein (pour pourvoir aux besoins du moment), „man würde sich jedoch Illusionen machen, wenn man hoffte, daß mit der Verwendung dieser Hülfsmittel Alles abgemacht wäre." Das heißt wenigstens unumwunden den Geldbeutel umkehren und den Abgeordneten auf den Tisch legen. Magne hat allerdings die Entschuldigung, daß nicht er, sondern „Er" die jetzige Bodenlosigkeit gemacht hat und daß dieses Loch eben jetzt durch die römische Expedition, durch die Hungersnoth in Algerien, durch die Geschäftsstockung, die neuen Rüstungen ꝛc. noch weiter geworden ist.

Italien. [Bourbonische Agitation.] Die „Patrie" gibt folgende Erklärung über die bourbonistischen Umtriebe im ehemaligen Königreiche Neapel: Briefe aus Florenz melden von Anstrengungen, welche in einigen Gegenden des ehemaligen Königreiches beider Sizilien zu Gunsten des Exkönigs Franz II. gemacht werden. Die bisher ohnmächtige bourbonische Reaktion scheint, Dank der durch die letztern politischen Ereignisse verursachten Aufregung, Boden zu gewinnen, und im Augenblicke, wo alle Hoffnung für sie verschwunden schien, sollen von Rom hergekommene Ermunterungen in Neapel den Eifer der Anhänger der gestürzten Dynastie neu belebt haben. Man bleibt in Florenz ziemlich unberührt von diesen Umtrieben, aber man folgt ihnen und ist vollständig bereit, den Bewegungen, welche gegen die italienische Autorität versucht werden könnten, durch energische Maßregeln Einhalt zu thun. Die Regierung des Königs Viktor Emanuel hegt keinen Zweifel über die Gesinnungen des Tuilerienkabinets; sie weiß, daß die kaiserliche Regierung keinen Augenblick anstehen wird, in Rom Vorstellungen zu machen bezüglich der moralischen Unterstützung, welche die neapolitanischen Agitatoren bei Franz II. finden könnten. Man glaubt übrigens in Florenz, daß man im Vatikan vermeiden wird, die jetzige Situation zu alteriren oder sich auch nur einem solchen Scheine auszusetzen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	65¾ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60⅝ P.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53⅜—⅝ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48⅝—½ G.
„	4½pCt.	41¾ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94¼ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81⅜ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅞ P. ⅝ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82½ P. 82 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82⅝ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85⅜ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77⅝ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	76—75⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	666 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	184½—84½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	213½ P. 12½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	89¾ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P. 31 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	242—41½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116½ P. 116 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156⅞ G.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	89 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¼ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42½ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119⅞ P. [illegible] G.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Thlr. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅝ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98¾ G.
do. in öst. W. l. S.	93¼—½ G.
Disconto	2 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	133½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	60½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70⅝ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	127 G.
„ do. v. 1864	77⅝ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	101¼ P.
Badische fl. 35	51¾ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	148½ P.
„ fl. 25 do.	42¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	37¾ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33¼ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¾ G.

Frankfurt, 29. Januar. Die Friedenshymnen, welche von allen Seiten erklingen, vermögen der Spekulation keinen Unternehmungsgeist mehr einzuhauchen. Nach einem kurzen Hausse-Anlauf ruht sie sich immer wieder längere Zeit auf ihren Lorbeeren aus und verfällt in Apathie. So im Augenblick wieder, wo das Geschäft sich in den engsten Grenzen bewegt. Auf niedriger gemeldete Wiener Anfangskurse gaben die Spekulationseffekten, Mobilier, Staatsbahn und 1800er Loose Bruchtheile von ihrem gestrigen Cours ab. Oesterreichische Staatspapiere verkehrten in unveränderter Haltung. Süddeutsche Effekten waren eher etwas matter. (Sönd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 31.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 31. Januar 1868.

Die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen.

München, 30. Januar.

Aus der Einleitung zu den Motiven des Gesetzentwurfs über „die Ausdehnung und Vervollständigung der bayer. Staatseisenbahnen“ heben wir Folgendes hervor:

Bei Beginn des Eisenbahnbaues in Bayern war die Bedeutung des neuen Verkehrsmittels noch nicht genugsam erkannt, um schon damals den Einfluß zu bemessen, den es auf die wirthschaftlichen Interessen des Landes, den Austausch der Güter im Innern und im internationalen Verkehr üben werde. Und doch nur unter dieser Voraussetzung wäre es möglich gewesen, die Prinzipien festzustellen, welche bei der Anlage der in einem Lande zu bauenden Eisenbahnlinien maßgebend sind.

Zuerst war es die Privatindustrie, welche die Schaffung der Eisenbahnen in Angriff nahm. Allein bald zeigte sich, daß die hiefür nöthigen Kapitalien nicht ohne Beihilfe des Staates zu beschaffen seien, und die von 1843 in Bayern angesammelten Erübrigungen der Staatskasse gaben den Anstoß zum Staatseisenbahnbau. — In richtiger Würdigung der Verkehrsbedürfnisse Bayerns wurde zunächst die Linie Lindau-Hof in Aussicht genommen, was auch mit Rücksicht darauf, daß an dem letztgenannten Punkte zuerst ein Anschluß an eine Bahn des Nachbarlandes gewonnen werden konnte, gerechtfertigt war. Der damals bestehende internationale Güterumsatz auf jener Linie konnte selbstverständlich eine Rentabilität der Bahn nicht in Aussicht stellen. Es erklärt sich hiedurch das Bestreben, die in jener Richtung erreichbaren Städte mit einigermaßen erheblicher Volkszahl in die Bahnlinie einzubeziehen, um den Lokalverkehr der Bahn zu sichern. Deshalb hauptsächlich wurde jene Linie so sehr gegen den Westen vorgedrängt, so daß sie nur auf weiten Umwegen ihr Endziel erreichen konnte.

Da die Städte München und Augsburg bereits durch eine Privatbahn verbunden waren, die übrigens bald in die Hände des Staates überging, so war es natürlich, von der Südnordbahn abzweigend die Fortsetzung nach Westen zu suchen, wie denn auch nach Erlangung der Anschlüsse bei Ulm und Aschaffenburg die Bahnen Augsburg-Ulm und Bamberg-Aschaffenburg in Angriff genommen und der Vollendung zugeführt wurden. — Aber auch für einen Anschluß nach Osten waren bereits im J. 1851 alle Modalitäten festgesetzt. Da sich jedoch für die Ausführung der damals festgesetzten Linien auf österreichischem Gebiete Schwierigkeiten ergaben, so blieb der Vollzug der Vereinbarungen von 1851 bis 1856 in der Schwebe, um welche Zeit durch Gewinnung neuer Grundlagen für die München-Salzburger Bahn die Ausführung gesichert ward.

Gleichzeitig hatte sich aber auch das Bedürfniß der östlichen Gebietstheile Bayerns, in das Eisenbahnnetz gezogen zu werden, Anerkennung verschafft, zu dessen Befriedigung die Ostbahnen ins Leben gerufen wurden, mit deren im Jahre 1861 beschlossenen Erweiterung das bayerische Bahnnetz in seinen Grundzügen zu einem gewissen Abschlusse gebracht war. Durch die bis dahin festgesetzten Linien waren wenigstens die Hauptverkehrsrichtungen in und durch Bayern mit Schienen belegt, und alle großen Städte ins Bahnnetz gezogen.

Allein das bis dahin Geschaffene genügte den inzwischen gesteigerten Anforderungen nicht mehr. Der Waarenumsatz im Allgemeinen hatte sich vervielfältigt, der Absatzkreis eines jeden Produktes hatte sich erweitert, die Rückwirkung des erleichterten Verkehres auf die betheiligten Landstriche fühlbar gemacht, und schon hatte die Konkurrenz auswärtiger Linien die bei den ersten Anlagen in Bayern gewählten Umwege als eine Gefahr für die Betheiligung der bayer. Schienenwege an dem internationalen Verkehr bloßgelegt, welche nur durch die Korrektur jener Umwege beseitigt werden konnte. Diesen Momenten verdanken alle die seit 1861 geschaffenen Linien ihre Entstehung: die Linie Nürnberg-Würzburg für den Verkehr von der Donau nach dem Rhein; die Linie München-Gunzenhausen-Würzburg für den Verkehr vom Süden nach dem Rhein; die Linie München-Pleinfeld-Nürnberg für den Verkehr nach dem Norden; die Linie Braunau-München für den Verkehr von Osten nach der Schweiz und nach Frankreich. — Die naturgemäße Erweiterung und Ausdehnung

---

Gedichte von Hermann Lingg.

2. Band, Cotta's Verlag, 1868.

I.

„Hermann Lingg ist ein Dichter seiner Nation, seiner Zeit und ihrer Bedürfnisse, aber er ist keiner, der ihr bloß für eine Schellenkappe sorgt, damit sie sich geistreich über sich selbst lustig machen kann — er steht prophetisch, verheißungsvoll in ihr und ihn kennzeichnet vor Allem jene schöne Eigenthümlichkeit einer wahren Dichternatur, vermöge welcher der Genius die nächsten und fernsten Wirkungen überschaut und rasch verknüpft und durch ein Wort, einen Blitz des Gedankens in der Aufeinanderfolge großer Begebenheiten den Nerv alles Lebens: „Das ewige Walten sittlicher Mächte“ bloßzulegen vermag.“

Haben wir mit diesen Worten eines bewährten Kritikers Lingg's Dichternatur mehr angedeutet als erschöpfend beleuchtet, so können wir nun mit freudiger Genugthuung behaupten, daß wir in dem eben erschienenen 2. Bande seiner Gedichte keine Abnahme seiner titanischen Kraft wahrgenommen haben, wenn auch sein Lied, das vor dreizehn Jahren wie ein Bergstrom über uns kam, nun mit majestätischem Wellenschlag in breiteren Bahnen dahinzieht. Der zweite Band seiner Gedichte steht dem ersten ebenbürtig zur Seite, und nicht Lingg's Schuld darf es sein, wenn wir an den zweiten Band wie an eine uns schon bekannte Größe herantreten! Daß er unsere Erwartung nicht täuscht, ist und muß des großen Dichters schönster Lohn sein. Der Anblick des Meeres, eines Riesendomes, einer Hochgebirgslandschaft, wird auf uns nur das erste Mal jenen vollen überwältigenden Zauber üben, den wir Alle kennen. Sollen wir, wenn wir ihn ein zweites oder drittes Mal nicht in gleicher Begeisterung empfinden, das Meer, das Hochgebirge, den Münster anklagen, die nichts von ihrer Erhabenheit und Größe eingebüßt oder nicht vielmehr unsere eigenen stumpfen Nerven, welche uns den ursprünglichen Genuß versagen? Damit wollen wir aussprechen, daß dem zweiten Bande gegen den ersten der Reiz der Neuheit, aber auch nur dieser fehle, daß der Dichter in seinem spätern Werke doch nur sich selbst geben konnte, daß wir jedoch nichts von seiner Tiefe, seiner Gestaltungskraft, der Gluth seines Colorits, der deutschen Innigkeit im einfachen Liede, kurz nichts von Allem vermissen, was Lingg zum gefeierten Liebling seiner Nation gemacht hat.

Den Reigen der Gedichte des zweiten Bandes beginnen „Mythus und Geschichte“. Mit diesem 1. Abschnitte erschließt sich uns das eigentlichste Feld Hermann Lingg's, das er uns zuerst erobert hat und unumschränkt beherrscht. Es hält schwer, aus den dreißig und einigen meist großartigen Bildern und Gestalten dieses Abschnittes eine Auswahl zu treffen; doch haben unsere subjektiven Gefühle außer den nachfolgenden Proben noch die Gedichte: „Niobe“ — „Cyklopen-Mauern“ — „Des Kaiserheeres Romfahrt“ — „Herodias“ — „Catania“ — „Die Bastille“ am meisten zugesagt.

Wie das Geschichtsbild sich in Lingg's Geiste reflektirt, wie es ihm seine geheimste Seele enthüllt, wie der Dichter es aber auch nun in der eigensten Sprache der Zeit, die er schildern will, reden läßt, lehrt uns das Gedicht:

Bauernkrieg.

Acht und Bann
Ueber den Bauersmann,
Sprachen die Herren im Land herum,
Schickten zu allen Burgen und Höfen,
Allen Fürsten und Bischöfen, —
Hilf uns Evangelium!

Krieg denn, Krieg!
Rother Hahn flieg!

des bayerischen Bahnnetzes wurde jedoch noch überholt durch die allgemein sich geltend machende Ueberzeugung, daß die materiellen Interessen der Bevölkerung durch den Bahnverkehr wesentlich gefördert werden. Während bei Beginn des Bahnbaues nicht wenige Orte durch die Berührung der Bahn Schädigungen erleiden zu müssen glaubten, wird heute kaum mehr ein größerer Ort zu finden sein, der nicht in der lebhaftesten Weise an dem Streben nach Erlangung einer Eisenbahn sich betheiligte. Zeuge hievon sind die zahlreichen Projekte, die allenthalben auftauchen, die Anträge und Petitionen, welche an die Staatsregierung und den Landtag wegen dieser Projekte gelangen. Sie waren wohl auch die hauptsächlichste Veranlassung des Wunsches um Vorlage eines Eisenbahnnetzes, da die einzelnen Projekte, soferne sie nicht ausschließend durch lokale Interessen hervorgerufen sind, kaum anders, als im Zusammenhang mit allen bereits bestehenden und künftigen Linien gewürdigt werden können.

Die Staatsregierung durfte sich nicht verhehlen, daß die Vorlage eines Eisenbahnnetzes große Bedenken gegen sich habe. Die erste und erheblichste Schwierigkeit ist wohl die, daß die Aufstellung eines solchen Netzes der Entwicklung des Verkehrs in gewisser Beziehung voraneilen muß. Es kann nicht mit Bestimmtheit vorausgesehen werden, ob nicht im Verlaufe von 5 bis 10 Jahren eine Verkehrsrichtung in den Vordergrund tritt, welche heute noch in zweiter oder dritter Linie steht. Eine andere Linie, welche zur Zeit die hervorragendste Stelle im Welthandel einzunehmen berechtigt ist, mag in derselben Zeit auf eine blos lokale Bedeutung herabgedrückt werden. Diese Schwierigkeit ist um so größer, weil die Rücksicht auf die verfügbaren Arbeitskräfte und die finanziellen Interessen des Staates der Ausführung eines Bahnnetzes ganz unüberschreitbare Schranken vorzeichnen. Nur eine allseitige Prüfung der zahlreichen Vorschläge und die Beschränkung auf das absolut Nothwendige kann einigermaßen die bezeichneten Gefahren mindern. — Eine weitere Schwierigkeit für die Aufstellung eines Netzes liegt in dem Umstande, daß zur Zeit nur die im Umfange der Staatsbahnen gelegenen Linien direkt berücksichtigt werden können, weil alle Vorbereitungen fehlen, um über jene Grenze hinauszugehen. Auf der anderen Seite wird sich nicht vermeiden lassen, auch die Bedürfnisse des Verkehrs der übrigen Landestheile zu berühren, wenn auch vermieden werden muß, irgend der natürlichen Entwicklung vorzugreifen, um nicht die finanziellen Interessen des Staates und die Verkehrsinteressen der Betheiligten zu schädigen. Was insbesondere die Verhältnisse der Pfalz betrifft, so können diese hier nicht zur Sprache kommen, indem die Entwickelung des Eisenbahnwesens dort ganz unabhängig von den diesseitigen Zuständen ihren Weg genommen hat und nehmen mußte. Damit soll aber nicht gesagt sein, daß die Staatsregierung sich der Verpflichtung entziehen wolle, den dort bestehenden Bedürfnissen die vollste Aufmerksamkeit zuzuwenden, wenn auch nicht verkannt werden darf, daß ihr gerade bei Lösung dieser Aufgabe größere Schwierigkeiten in den Weg treten werden, als in den diesseitigen Landestheilen.

Wenn trotz dieser Bedenken die Staatsregierung zu dem Entschlusse kam, ein Bahnnetz zu entwerfen, so wird ihre Rechtfertigung in dem Umstande gefunden werden, daß nur auf diesem Wege die Möglichkeit geboten ist, die Berechtigung der zahllos vorgeschlagenen Linien zu prüfen, bezüglich ihrer Priorität sich schlüssig zu machen, überhaupt für die Beurtheilung der von Jahr zu Jahr sich mehrenden Anträge sichere Anhaltspunkte zu gewinnen. Aber auch die durch das Gesetz vom 3. Oktober 1863 für Vervollständigung und den weiteren Ausbau der bayerischen Staatseisenbahnen festgesetzten Credite sind mit Ausnahme der für die Bodenseegürtelbahn bestimmten Summe in der Verwendung begriffen und werden in den beiden folgenden Jahren nahezu absorbirt werden.

Soll nicht eine Stockung im Eisenbahnbau eintreten, so muß jetzt schon über die weiter in Angriff zu nehmenden Linien Beschluß gefaßt werden, um die nach Vollendung der jetzt in Ausführung begriffenen Linien verfügbar werdenden technischen Kräfte sofort nutzbar zu machen. Da nun die Frage, ob überhaupt weitere Bahnen zu bauen seien, kaum sofort zu verneinen ist, so mußte die Staatsregierung mit ihren Vorschlägen hervortreten und die für deren Beurtheilung nöthigen Anhaltspunkte sich verschaffen.

Um aber an die Aufstellung eines Netzes gehen zu können, durfte man sich nicht darauf beschränken, lediglich die Möglichkeit eines Bahnbaues in den verschiedenen Richtungen zu konstatiren; vielmehr war es geboten, alle jene Linien, welche nach Ansicht der Staatsregierung bei Aufstellung eines Bahnnetzes überhaupt in Betracht kommen konnten, nach ihrer Richtung, ihrer Betriebsfähigkeit und ihren Herstellungskosten genau untersuchen zu lassen, um für die Beurtheilung einer jeden einzelnen vollkommen verlässige Anhaltspunkte zu gewinnen. Die Resultate dieser Voruntersuchung, welche sich auf 429 Stunden erstreckten, und tabellarisch zusammengefaßt als Beilage zum Gesetze gleichfalls vorgelegt sind, geben einen Ueberblick über den Umfang und die Genauigkeit der Arbeit, welche nur durch die äußerste Anstrengung der zu Gebote stehenden technischen Kräfte in der gegebenen Zeit bewältigt werden konnte. Ueber die

---

Flieg über die Schlösser all'!
Schwing' die Flügel und krähe!
Niemand ackere, Niemand säe,
Oed sei Scheuer, Hof und Stall.
— — — — — — —
Der euch sät,
Den habt ihr verschmäht,
Ihr Herren und Fürsten überreich.
Aufruhr trägt darum die Erde,
Auf daß alles wieder werde,
Ihr, der armen Erde, gleich!

Aus dem Gedichte: „Die Erwartung des Weltgerichtes“, das an Großartigkeit dem „schwarzen Tode“ zur Seite steht, mögen folgende Strophen hier einen Platz finden:

Ihr langes Goldhaar opfert die bleiche Buhlerin:
„Mein Haar in langen Flechten, ich hab es nicht Gewinn.
Mein Hals war blos und prächtig mein Schmuck und mein Geschmeid,
Erhör' mein Fleh'n, o Himmel, gib mir ein weißes Kleid!

Saht ihr es, wie der Blitzstrahl die Wolkennacht zerriß?
Der Antichrist ist nahe, sein Reich die Finsterniß.
Er blendet Aller Augen, er rühret Aller Mund;
Die Hölle wird ihn krönen und dienen seinem Bund!“

Und stündlich rufen Glocken und ruft der Bußgesang:
Bereite dich zum Ende, o Welt, zum Untergang!
Der Kaiser und die Fürsten umknie'n den Altarschrein,
Den Purpur von den Schultern, die Kronen auf dem Stein.

Vom hohen Berge blicket ein Weiser himmelan,
Er sinnet vor sich nieder und mißt der Sterne Bahn.
„Die ewigen Gesetze, Allmächtiger, leuchten klar
Aus deinem Buch am Himmel, erneuernd Jahr um Jahr.

„Und wie sie dort erstrahlen, so leuchten wieder hier
Der Frühling und die Menschen, Erbarmender, vor dir,
Und wieder blüh'n wird Hoffnung dem menschlichen Geschlecht,
Und werden grünen Saaten und walten im Land das Recht!“

Auf Blumen eingeschlafen in eines Thales Hain
Ruh'n engelgleich zwei Kinder in Gottes Schutz allein,
Auf ihrer Unschuld Wangen blüht zart das Himmelslicht, —
Vorüber rollt der Donner, vorüber das Weltgericht!

Voll des köstlichsten Humors ist in diesem Abschnitte: „Ein alter Gerichtssaal“, in welchem ein Holzschnitt der guten alten Schule Leben und Farbe zu gewinnen scheint:

Die Hochwohlgeboren, der Rechte Doktoren
In stattlicher Zahl,
Die Prokuratoren
Und Richter zumal,
Sind Alle versammelt im herrlichen Saal.
Sie essen bei Späßen
Die Delikatessen
Mit fröhlichem Muth.
Vergessen Promesse, Concesse, Regresse,
Und nur die Verdauungsprozesse
Sind das, worauf Alles beruht, und diese sind gut!

Es sitzen und tagen die stattlichen Herren
Nach allen den Klagen jetzt doppelt gern.
Sie ordnen die Krausen und streichen den Bart
Und zechen und schmausen und reden mit Art:
„Gesetz und Rechte sind heiliges Gut
Dem Menschengeschlechte. Der Redliche ruht,
Geschützt mit den Seinen, in ihrer Hut
Vor Uebermuth und vor dem Gemeinen!
Streng wehren mit Strafen
Die Paragraphen
Des hochnothpeinlichen Halsgerichts.
Ins alte Nichts
Ins Chaos zurücke
Zerstöbe die Welt,
Nur daß zum Glücke
Der Galgen noch hält!
So reden sie drinnen mit hohem Gemüth,
Indeß an den Zinnen der Tag verglüht,
Und endlich erschließet die Herzen der Wein,
In Reden ergießet sich Jeder allein.
„Jeus schütze die Hüter der heiligsten Güter
Des Menschengeschlechts.
Wie bunt man's treibe,
Der Codex bleibe
Die Quelle des Rechts.
Geheimes Verfahren
Mit Strenge zu wahren
Ist heilige Pflicht.
Ob Alles auch schwanke,
Doch nimmermehr wanke
Das hochnothpeinliche Halsgericht! . . .

Grundsätze, welche jenen technischen Ausarbeitungen als Fundament dienen, gibt eine fernere Gesetzesbeilage den nöthigen Aufschluß.

Bei der Auswahl der in's Bahnnetz aufzunehmenden Linien mußte zunächst die Frage entschieden werden: welche Verbindungsbahnen mangeln dem bayerischen Bahnnetz in seinen Hauptrichtungen, da diesen offenbar der Vorzug vor allen übrigen gebührt. In zweiter Linie wurden jene Bahnen in Betracht gezogen, welche geeignet sind, die den Betrieb am Meisten schädigenden Schwierigkeiten zu beseitigen, um hiedurch den internen Verkehr zu heben und dem internationalen Güterumsatze einen größeren Aufschwung zu geben; zugleich aber auch wirkliche oder drohende Concurrenzen zu beseitigen.

Bei all' diesen Erwägungen durfte selbstverständlich die lokale Bedeutung einer Bahn nicht aus dem Auge gelassen werden, aber noch weniger konnte den lokalen Verhältnissen allein die Entscheidung anheim gegeben werden, ob eine Bahn in das Staatsbahnnetz aufzunehmen sei oder nicht. Würden die lokalen Interessen hier in den Vordergrund gestellt, so wäre nicht nur die Zahl der in's Bahnnetz aufzunehmenden Linien unzulässig vermehrt worden, sondern es würde auch der Staatsregierung jeder Maßstab für die größere oder geringere Berechtigung der Linien gegeneinander, noch viel mehr aber jeder Anhaltspunkt für die Beurtheilung der Priorität gemangelt haben. — Wenn in einem Bahnnetze nur jene Linien Aufnahme finden können, welche für den Verkehr im Lande selber und des Inlandes mit dem Auslande zur Zeit eine Bedeutung haben, rein lokale Bahnen aber ausgeschlossen bleiben müssen, so versteht es sich wohl von selbst, daß bei dessen Aufstellung oder von denjenigen Anhaltspunkten ausgegangen werden kann, welche heute vorliegen. So wenig ein Bahnnetz neu eintretenden thatsächlichen Verhältnissen im Verkehrsleben präjudiciren kann und darf, vielmehr der Befriedigung derartiger Bedürfnisse stets Rechnung getragen werden muß, ebenso wenig wäre es zulässig, würde die Staatsregierung der zu erwartenden Entwicklung des Verkehrs durch Aufnahme von Linien vorgreifen, welche vom Standpunkte der allgemeinen Landesinteressen nicht gerechtfertigt werden könnten, deren Ausführung daher die Staatskasse belasten und überdies bei den zur Verfügung stehenden Mitteln erst in sehr ferner Zeit realisirt werden könnte.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 28. Jan. [Nothstand.] Die „Volks-Zeitung" schreibt: „Die „Nordd. Allg. Ztg." schreibt auf ihrer ersten Seite (mit Hinweis auf die Nothstandsberichte der „Volks-Ztg."): „Die demokratische Presse fährt noch immer in ihren Uebertreibungen fort." Auf der dritten Seite druckt sie den Bericht des von der Königin nach Ostpreußen gesendeten Herrn Esse vollständig ab, nur den Satz, in welchem Herr Esse erklärt: „Die in den öffentlichen Blättern enthaltenen Schilderungen des Nothstandes könne er im Allgemeinen nicht für übertrieben erachten; die Noth selbst sei wirklich entsetzlich groß, und wer dieselbe abzuläugnen sich bestrebe, sei entweder nicht genügend informirt oder von irgend welchen Einflüssen hierbei geleitet", unterschlägt die „Nordd. Allg. Ztg." Eine herrliche Probe von — Gutgesinntheit."

Der „Bürger- und Bauernfreund" meldet: „Vor mehreren Wochen arbeitete der Losmann Falltien aus Kulligkehmen, der zu Hause eine kranke Frau und vier Kinder hat, für einen Taglohn von 6 Sgr., die er natürlich zur Unterhaltung der Familie nach Hause brachte. Am Sonnabend den 11. d. M. stellte der Landrathsamts-Executor Stöple dem Arbeitgeber das Verlangen, dem rc. Falltien $7\frac{1}{2}$ Sgr. einzuhalten, die er noch an Klassensteuer schulde. Auf den Bescheid, daß F. nur noch $2\frac{1}{2}$ Sgr. gut habe, verlangte er, daß wenigstens diese eingehalten werden sollten, da die Regierung die höchste Strenge angeordnet. Die $2\frac{1}{4}$ Sgr. wurden natürlich dem fleißigen Arbeiter ausgezahlt." — Die „Berliner Reform" vom letzten Sonnabend ist confiscirt worden, wie es scheint, wegen eines Nothstandsartikels.

Köln, 29. Jan. [Confiscation.] Die „Köln. Ztg." ist gestern beschlagnahmt worden wegen eines Artikels aus Wien über Hrn. v. Werther, den dortigen preußischen Gesandten. Sie bringt heute einen eigenen Leitartikel über diese Confiscation, der mit den — in der „Kölnischen Zeitung" (!) doppelt beachtenswerthen Worten schließt: In Oesterreich ist jetzt die Presse ihrem natürlichen Forum, den Geschworenen, zurückgegeben, und eins der ersten Gesetze, welche der neue Justizminister Dr. Herbst ausarbeitet, soll das betreffende Ausführungsgesetz sein. Sollte es nicht auch bei uns an der Zeit sein, an die Reform der Preßgesetzgebung zu denken? Sonst müssen wir in dem volksthümlichen Liede:

Immer langsam voran, immer langsam voran,
Daß die „österreichische" Landwehr auch nachkommen kann!

eine kleine Aenderung des Textes vornehmen.

Wiesbaden, 28. Januar. [Zeitungsstempel. Zur Spielbankfrage.] Folgende Petition ist heute von den hiesigen Zeitungseigenthümern an das Abgeordnetenhaus gerichtet worden:

„Hohes Abgeordnetenhaus! Die unterzeichneten Eigenthümer von Wiesbadener Zeitungen und Tagblättern richten an das hohe Abge-

---

Gleich gesunden Humor athmet das Gedichte: „Ein Schlittschuhfahren aus alter Zeit", welchem wir in der ganzen deutschen Literatur nichts Aehnliches an die Seite zu setzen vermögen.

„Eine Idylle in Liedern" heißt der 2. Abschnitt des Bandes, in welchem wir mit Freude finden, daß der Rolandsrecke, der durch das Blut und Grausen ferner Jahrhunderte schritt, statt des Schwertes und Hüonhornes auch die Laute zu handhaben weiß, wie irgend ein Troubadour, daß ihm das schlichte, herzinnige deutsche Lied in reichem Maße verliehen ward. Mögen die Gedichte, die wir folgen lassen, für den ganzen Abschnitt sprechen:

Julinacht.

Schwüle, schwüle Julinacht —
Südwind küßt die Zweige,
Was dich so stolz und elend macht,
Schweige mein Herz, verschweige!

Ueber den See, der stille ruht,
Wehen die Wolkenschatten,
Ueber die stille schlafende Fluth,
Ueber die schimmernden Matten!

Hörst du's, wie zur Hochzeitnacht
Flöte tönt und Geige?
Was dich so stolz und elend macht,
Schweige, mein Herz, verschweige!

Vergessen und verlassen.

Nur deine Locken küßt der Wind —
Sonst ist es ringsum stille Nacht,
Ein Mainachtregen rauscht gelind,
Kein Licht erglänzt, kein Stern erwacht,
Nur deine Locken küßt der Wind.

Was blickst du einsam in die Nacht,
Du armes, allverlass'nes Kind?
Dein Lächeln hat mir einst gelacht.
Kein Licht erglänzt, kein Stern erwacht,
Nur deine Locken küßt der Wind.

Kunkelstube.

Wie still die Mädchen da sitzen und spinnen
Voll Ernst und Ruh,
In großer Stube sitzen sie und sinnen,
Während sie spinnen,
Aber auch nicht Eine singt dazu.

Du, wenn du wärst, könntest singen,
Du, ja du!
Du würdest in dies Leben Freude bringen,
Du würdest singen,
Singen und scherzen und küssen dazu.

Kämst du jetzt plötzlich hereingeschritten,
Sage, wohin
Würden wir dich zu sitzen bitten?
Liebliche! mitten
Zwischen Violen und Rosmarin!

Wolkenbilder.

In goldnen Wolken wallten
Am Abendhimmel hin
Der Jugend hohe Gestalten;
Ich sah sie flieh'n und flieh'n
Unaufgehalten
Hinüber ging ihr Lauf
Und dunklere folgten darauf.

Ich glaube in ihnen zu schauen
Sinnbilder der Menschenbrust.
Wohin, du hohes Vertrauen,
Du reine Seelenlust?
Es stürmen die rauhen
Begierden, ein dunkles Gewühl,
Verdüsternd das bess're Gefühl.

Wohl dem, dem spät im Leben,
Wenn alles untersinkt,
Noch aus dem frühen Streben
Ein Strahl herüberblinkt.
Hell über ihm schweben
Die Geister der guten That
Im Leuchten der Sternensaat!

---

ordnetenhaus die ergebene Bitte: dasselbe wolle bei der k. Regierung den Antrag auf Aufhebung des Zeitungsstempels stellen und seine Zustimmung keiner anderen zum Ersatz des Stempels etwa beabsichtigten Zeitungssteuer geben. Eine Motivirung dieser Bitte scheint uns dem hohen Hause gegenüber überflüssig, dasselbe wird das Gerechtfertigte und Dringende unseres Wunsches ermessen, wenn wir von dieser längst und allgemein verurtheilten Steuer sagen, daß sie uns als Zeitungseigenthümer zwingt, einzig und allein für den Staat zu arbeiten, ohne daß man uns die Mittel beläßt — zu existiren. Der ganze Verdienst unserer Geschäfte — und noch mehr — wird uns von dem Stempel hinweggenommen. Indem wir hoffen, daß das hohe Haus diese unsere Bitte freundlich aufnehmen werde, zeichnen wir ergebenst: Die Eigenthümer. Wiesbaden, am Tage des Stempels des 1. Quartals."

Die „Mittelrh. Ztg." erklärt die Mittheilung des „Frankfurter Journals", daß die Möglichkeit des Fortbestandes des öffentlichen Spieles „abhänge von dem Erlaß eines Gesetzes, welches die §§ 266 und 267 des Strafgesetzbuches für die Spielsäle in Wiesbaden, Ems und Homburg auf eine Reihe von Jahren außer Kraft setze", für irrig. Die Sache verhalte sich umgekehrt so: Bei der Publikation des preußischen Strafgesetzbuches für die neuerworbenen Landestheile ist durch Artikel 5 der Einführungsverordnung die Anwendung der §§ 266, 267 und 340 pos. 11 jenes Gesetzes auf die genannten öffentlichen Spielbanken „bis auf weitere Bestimmungen ausgesetzt" worden. (Jene Paragraphen enthalten nämlich das Verbot des öffentlichen Hazardspiels.) Das Gesetz, welches im Falle andauernder Weigerung der betr. Spielpächter oder Spielgesellschaften zu erwarten ist, wäre also ein solches, durch welches jenen suspendirten Artikeln für ehemals Nassau und Hessen-Homburg Wirksamkeit beigelegt würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. Jan. [„Die Uebrigen."] Der „Südd. Pr." schreibt man: Wir diesseits der Leitha sind also jetzt einfach „die übrigen Länder Sr. Majestät": so will es die ungarische Delegation. Sie hat dekretirt, daß sie nur zwei Delegationen kennt, die Delegation der Länder der ungarischen Krone und dann nicht die Delegation der im Reichsrath vertretenen Länder, sondern eben „der übrigen Länder". Ungarn der Grundstock, die „übrigen" Länder ein Stück Anhängsel, das freilich von 100 pCt. 70 zahlen darf, sonst aber nur so nebenher läuft. Der Becher des ungarischen Selbstbewußtseins ist offenbar bereits stark im Ueberschäumen, und allerdings hat er auch nach anderen Richtungen hin die Berechtigung dazu.

Ausland.

Schweiz. [Kaiserin und Prinz von Frankreich erwartet.] Laut der „Thurgauer Volksztg." wird nächsten Sommer die Kaiserin Eugenie mit ihrem Sohne auf dem Schlosse Arenenberg erwartet. Dasselbe wird auf's Schönste ausgestattet und große Neubauten müssen bis nächsten Mai hergestellt werden. Vom Kaiser soll befohlen sein, daß nur Arbeitsleute von Salenstein jene Bauten auszuführen haben.

Bern, 27. Januar. [Verfassungsrevision.] Eine so totale Niederlage einer Partei, wie die der Regierungspartei im Kanton Zürich am gestrigen Tage bei der Abstimmung über die Revision der Verfassung, ist in den Parteikämpfen der Schweiz seit lange nicht vorgekommen. Von den 50,027 Aktivbürgern (im Ganzen zählt der Kanton Zürich deren 65,534) stimmten nicht weniger als 50,689 für und nur 7376 gegen die Revision und 47,776 für ihre Vornahme durch einen zu diesem Zwecke zu wählenden Verfassungsrath, während, was ein Beweis des geringen Vertrauens ist, welches die dortige Bevölkerung für die bestehenden Behörden hegt, nur 16,057 den seitherigen Großen Rath mit diesem Geschäfte beauftragt wissen wollten. Daraus läßt sich schließen, daß außer den Mitgliedern seiner Minorität nicht viele der seitherigen Volksrepräsentanten in der neuen Constituante sitzen werden, und daß somit wahrscheinlich auch das Programm der Bewegungspartei auf Annahme rechnen kann. Der Kanton Zürich ginge dann einem rein demokratischen Regimente entgegen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60¼ P.
„	5pCt Nationalanl. v. 1854	63¾ P. ½ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	48¾ G.
„	4½pCt.	41⅝ P. ⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¾ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¾ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	4½pCt. Obl.	93¾ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅛ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	82½ P. 82 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	84⅜ P.
Spanien	3pCt. inn. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77⅛ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	662 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	185—⅛ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	213½—14 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	243—½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	116¼ P. ½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	158⅞ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¼ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74¾ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¼ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119⅞ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld'. k. S.	97½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝—½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	98⅞—99 G.
do. in öst. W. l. S.	98⅝—⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	133½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	70⅞—71 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	127 G.
„ do. v. 1864	79 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅞ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143½ P.
„ fl. 25 do.	49⅞ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33½ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ G.

Frankfurt, 30. Januar. Die starke Ultimoliquidation dieses Monats wickelte sich bei sehr günstigem Geldstande leicht und flott ab. Sowohl in österr. Spekulationspapieren, als in amerikanischen Bonds waren Stücke zu billigem Zinsfuße bequem zu placiren. Das Geschäft war meist auf die durch die Liquidation bedingten Umsätze beschränkt und trugen dieselben im Vereine mit besseren Wiener Coursen wesentlich zur Befestigung der Notirungen bei. Die Spekulationseffekten verkehrten daher zu höheren, die Staatspapiere eher zu etwas matteren Coursen als gestern. Amerikaner verkehrten ebenfalls zu sehr festen und gegen den Schluß hin steigenden Coursen. Von Süddeutschen badische Loose sehr gesucht und höher. Von Wechseln Wien besser bezahlt. Von Bankaktien Darmstädter wiederum höher. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 32. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 1. Februar 1868.

Die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen.

II.

Donaulinie Regensburg-Offingen. — Linie Rosenheim-München mit Umgehung der Vorberge. — Linie München-Buchloe-Memmingen oder Peissenberg-Biessenhofen. — Die Gebirgsgürtelbahn. — Linie Augsburg-Ingolstadt. — Die niederbayerische Bahnlinie zwischen Inn, Isar und Donau.

Bei dem allgemeinen Interesse, welches sich an die Vervollständigung und Erweiterung unseres bayerischen Eisenbahnnetzes knüpft, — heben wir aus den Motiven des betreffenden Gesetzentwurfes folgendes Weitere hervor:

Wenn man das dermalen in Bayern bestehende Eisenbahnsystem mit Einschluß der in Ausführung begriffenen Linien betrachtet, so muß zunächst in die Augen fallen, daß die Verkehrslinie, welche durch den Hauptstrom Bayerns vorgezeichnet ist, die Donaulinie, nur theilweise durch eine Schienenverbindung berücksichtigt ist. Die bestehende Lücke ist zwar nothdürftig durch die Donaudampfschifffahrt ausgefüllt; allein Niemand wird behaupten wollen, daß eine Schifffahrtsverbindung auf einem Fahrwasser, wie es die Donau von Regensburg aufwärts darbietet, eine Eisenbahn zu ersetzen vermöge. Es wird daher keiner näheren Rechtfertigung bedürfen, wenn die Linie zwischen Regensburg und Offingen in das Bahnnetz aufgenommen wurde.

Der heute zwischen Salzburg und München sich bewegende Verkehr wird zum großen Theile von der Braunauer Bahn angezogen werden. Es darf jedoch erwartet werden, daß dieser Entgang durch den vom Brenner her zu erwartenden Zufluß ersetzt werden wird. Wenn nun diese Voraussetzung im Laufe der Zeit sich bewahrheitet, so muß es als Pflicht der Staatsregierung bezeichnet werden, die Betriebsschwierigkeiten auf der Linie Rosenheim-München zu beseitigen, da dieselben so groß sind, daß sie schon unter den heutigen Verhältnissen zuweilen, insbesondere bei großen Getreidekonjunkturen, der Transportfähigkeit jener Linie zu enge Grenzen ziehen. Dieser Zweck kann aber nur erreicht werden durch eine Bahnführung von Rosenheim nach München mit Umgehung der Vorberge der Alpen, welche nach den vorliegenden Terrainaufnahmen den Weg zwischen Rosenheim und München kürzen, ganz normale Steigungsverhältnisse bieten und einen verhältnißmäßig niedrigen Kostenaufwand verursachen wird, da keine irgend nennenswerthen Terrainschwierigkeiten zu überwinden sind. — Die direkte Bahnführung Rosenheim-München veranlaßt aber nothwendig die Erörterung der Frage über die Fortsetzung der Kufstein-Rosenheimer Bahn in direkt nördlicher Richtung. Für die Route sind mehrere Alternativlinien in Aussicht genommen worden. Zunächst würde die Rosenheim-Münchener Bahn, wenn sie von Kirchseeon aus über Schwaben und Erding bis Landshut fortgesetzt würde, das nächstliegende Auskunftsmittel bieten. Neben dieser Linie wurde eine zweite untersucht, welche von Rosenheim abzweigend über Wasserburg, Haag und Dorfen die Station Landshut zu erreichen hätte. Endlich wurde auch eine Bahnführung von Rosenheim über Wasserburg nach Mühldorf und von da nach Frontenhausen untersucht. Von Frontenhausen aus könnte der Weg über Dingolfing nach Geiselhöring oder über Landau nach Straubing zum Anschluß an die Ostbahnen eingeschlagen werden. — Abgesehen von der Linie Rosenheim-Mühldorf, welche für sich selbst volle Berechtigung für die Aufnahme in ein Bahnnetz hat, indem sie nicht nur Niederbayern mit dem Süden in Verbindung setzt, sondern in Verbindung mit der Braunau-Neumarkter Bahn selbst gegenüber der Linie Wels-Salzburg-Rosenheim wesentliche Vortheile bietet, so würde die Fortsetzung der Rosenheim-Münchener Bahn von Kirchseeon aus nach Landshut allerdings den Weg für den Verkehr von Süden nach Norden wesentlich kürzen. Allein für den Verkehr im Lande könnte diese Linie, welche ganz nahe der Linie von Holzkirchen bis Landshut zu liegen käme, mit welcher sie in Landshut in einem spitzen Dreieck sich vereinen würde, keine hervorragende Bedeutung in Anspruch nehmen. Da über die übrigen Alternativlinien erst später gesprochen werden kann, so wird es genügen, hier zu konstatiren, daß für den Verkehr aus dem Süden nach dem Norden auch jetzt schon die Linie über München die kürzeste ist und wohl noch für geraume Zeit bleiben wird, sodann, daß der zur Zeit vom Brenner her kommende Güterumsatz nach jener Richtung den Bau einer Bahn, welche lediglich hiefür in's Leben zu rufen wäre, nicht zu rechtfertigen vermöchte. Es wurde aus diesen Gründen auch die Fortsetzung der Rosenheim-Münchener Bahn nach Landshut aus dem Bahnnetze weggelassen, und wird dies um so mehr zu billigen sein, da nicht bestimmt werden kann, ob nicht vielleicht eine Fortsetzung jener Bahn über Erding und Freising nach Pfaffenhofen zum Anschlusse an die Südnordbahn des Staates für die Interessen der Staatsbahnen sich als ein dringendes und unabweisbares Bedürfniß bei dem Anwachsen des Brenner-Ver-

---

Richard Wagner.

Aus einem Vortrag des bekannten Musikschriftstellers Dr. L. Nohl, gehalten in München am 23. Januar, bringt die Hoffm. Corr. folgenden Auszug, der unsern Lesern nicht ohne Interesse sein dürfte.

Richard Wagner hatte von Natur jene allseitige geistige und künstlerische Begabung, die den Dichter macht. Von Jugend an mit allen Resultaten der modernen Bildung versehen, griff sein lebhafter Geist von vorneherein nach sämmtlichen Interessen unseres Lebens, und es war nur das Bedürfniß seiner poesiebegabten Natur, daß er die Quellen dieses geistigen Lebens da suchte, wo sie einzig wahrhaft fließen, in der Kunst, und daß es ihn drängte, das, was sich seiner Anschauung von geistigen Dingen offenbart hatte und was an Idee fruchtbar in ihm lebte, im Bilde des Schönen zu sehen und zu zeigen. Schon im 13. Jahre seines Lebens verfaßte er, durch Shakespeare angeregt, ein großes Trauerspiel, und das Bestreben dazu, gleich der Egmont-Musik Beethovens, Musik zu haben, führte ihn zuerst selbständig auf die Bahn auch dieser Kunst. Nach einigen vergeblichen Anläufen, sich ihre Sprache anzueignen, fand er endlich einen Lehrer, der es verstand, ihm das Wesen derselben völlig zu erschließen, und er lernte sie, vor allem an der Hand Beethovens, dessen Partituren der 16jährige Jüngling sich großentheils eigenhändig abgeschrieben hatte, bald ebenfalls als seine eigene Sprache sprechen. Musikdramatische Jugendversuche wie das „Liebesverbot" und „die Feen" überzeugten ihn wie seine Umgebung von seiner entscheidenden Begabung auf diesem Gebiete.

Er ward Musiker und lernte als Kapellmeister verschiedener Theater alle Opernrüstungen der Zeit praktisch kennen. Die Erfolge der Italiener und Franzosen führten ihn zunächst von der deutschen Musik, die er in Mozart, Beethoven und Weber verehrt hatte, wieder ab; seine Oper „Rienzi" war der Tribut, den er der damaligen großen französischen Oper, namentlich Spontini und Meyerbeer, zahlte. Auf einer Fahrt durch die Norwegischen Scheeren aber hatte er einen Sagenstoff kennen gelernt, der seine suchende Seele zu den Spuren ihres eigenen Wesens wie der ächten Kunst zurückleitete, und ein zweijähriger Aufenthalt in Paris ließ ihn völlig davon durchdrungen werden, daß nur auf den Bahnen der deutschen Kunst das Rechte zu erreichen sei. Der „fliegende Holländer" war jenes erste Werk seines Genius, in welchem die Musik so recht aus dem poetischen Kernpunkt des Stoffes selbst hervorwuchs, und bald erkannte er, daß einzig im Gebiet der Sage, und vor allem der deutschen, die Elemente liegen, die ihrer empfindungsvollen stimmungsreichen Natur

kehrs darstellen wird, mehr als die Bahnführung Rosenheim-Landshut.

Der Transitverkehr durch Südbayern befruchtet bekanntlich in hervorragendem Maße die Bahnlinie nach der Schweiz. Nicht minder bekannt ist, daß dieser Verkehr den Umweg über Augsburg zu machen hat und von dort aus durch eine Bahn nach Lindau geschafft werden muß, die sich von Biessenhofen aus in großen Krümmungen und mit nicht minder erheblichen Steigungen durch das Gebirge mühevoll durchzuwinden hat. Um den sehr erheblichen österr.-schweizerischen Verkehr den bayer. Bahnlinien zu erhalten, sind nicht unerhebliche Opfer zu bringen, welche durch Abkürzung des Weges wenigstens vermindert werden können. Für eine solche Abkürzung bietet sich die Alternative einer Bahn von München nach Buchloe, deren Fortsetzung über Memmingen zum Anschluß an die württembergischen Bahnen nur mehr eine Frage der Zeit wäre; sodann einer Bahn von Peissenberg nach Biessenhofen. Jede dieser beiden Linien hat sowohl vom Standpunkte des internen als des lokalen Verkehrs ihre Berechtigung, die Bahn von Peissenberg nach Biessenhofen insbesondere mit Rücksicht auf eine etwaige Fortsetzung der München-Starnberg-Weilheimer Bahn nach Tyrol, so daß die Aufnahme der beiden Linien ins Bahnnetz als zweckmäßig befunden wurde. Gerade die Fortsetzung der München-Peissenberger Bahn gegen Süden über Partenkirchen nach der bayerischen Grenze bei Mittenwald zum Anschluß an eine von Innsbruck dahin führende Bahn würde für den Verkehr aus Italien nach dem Oberrhein eine hervorragende Bedeutung haben, ebenso wie eine Bahnverbindung von Biessenhofen aus über Füssen zur Landesgrenze zum Anschluß an eine von Innsbruck her nach jener Richtung zuführende Bahn. Wenn nun auch die eine dieser Linien die andere ausschließt, und zugleich die Ausführung jeder derselben einen Bahnbau von Innsbruck aus in nordwestlicher Richtung voraussetzt, wofür zur Zeit keine Aussicht besteht, so konnten doch die beiden Linien bei Aufstellung eines Bahnnetzes nicht außer Acht gelassen werden.

Da die Bahnführung von Holzkirchen über Tölz zum Anschluß an eine Bahn von Unterpeissenberg nach Biessenhofen (die sogenannte Gebirgsgürtelbahn) vielfach Gegenstand der Erörterung war, so konnte sich die Staatsregierung der Verpflichtung nicht entziehen, nähere Erhebungen über diese Linie pflegen zu lassen, um zu untersuchen, ob nicht wenigstens für den Verkehr nach der Schweiz die Durchführung einer Bahn am Fuße der Alpen einige Berechtigung habe, wenn sie sich auch nicht verhehlen durfte, daß durch die Ablenkung des österreichischen Verkehres auf die Braunauer Linie die Alpenbahn den größeren Theil ihrer Bedeutung verloren habe. Allein die desfallsigen Untersuchungen haben ergeben, daß keine der möglichen vier Alternativlinien auszuführen ist ohne Steigungen von 1 : 100 auf sehr langen Strecken und ohne Ueberschreitung von namhaften Höhen. Die ganze Linie von Rosenheim über Holzkirchen, Tölz, Penzberg, Weilheim, Schongau, Biessenhofen bis nach Lindau würde eine Gebirgsbahn werden, mit einer höchst ungünstigen vertikalen und horizontalen Projektion, von der nahezu zwei Drittel der ganzen Länge in einer Steigung von $^1/_{100}$ zu liegen käme, mit Curven von 1500 Fuß. Solche Linien zu bauen für den großen Verkehr könnte nur kann gerechtfertigt werden, wenn überhaupt eine andere Wahl nicht gegeben ist. Da jedoch der Weg zwischen Rosenheim und Biessenhofen über München bei Herstellung der direkten Linie München-Rosenheim auf einer 43,1 Stunden langen Bahn mit sehr günstigen Steigungsverhältnissen zurückgelegt werden kann, während die Bahn zwischen den beiden Orten über Weilheim eine Längenerstreckung von 38,6 Stunden unter den ungünstigsten Steigungsverhältnissen erreichen würde, so ist hiedurch von selbst die Möglichkeit eines Bahnbaues von Holzkirchen nach Weilheim für den großen Verkehr ausgeschlossen.

Im südwestlichen Bayern sind es noch zwei Linien, welche eine den Lokalverkehr überragende Bedeutung haben, die Bahn von Augsburg nach Ingolstadt durchs Paarthal und eine Bahn von Landshut aus in nordwestlicher Richtung zum Anschluß an die München-Ingolstädter Bahn. Die letztere wird überhaupt erst dann in Frage kommen können, wenn entschieden sein wird, in welcher Weise eine Abkürzung der östlich gelegenen bayerischen Süd-Nordbahn durchgeführt werden soll, während die Augsburg-Ingolstädter Bahn für die Verbindung zwischen Böhmen und der Schweiz eine hervorragende Bedeutung erlangen wird.

Endlich erübrigt noch in den Gebietstheilen diesseits der Donau jener reiche, fruchtbare und ausgedehnte Landstrich, der von der Isar, der Donau, dem Inn und der künftigen Braunauer Bahn begrenzt wird. Das Verlangen nach einer entsprechenden Bahnverbindung von Seite der Bewohner dieses großen Gebietes wird um so lauter, als die Hoffnung auf eine Bahnführung durchs Rotthal scheiterte, indem die Braunauer Bahn den Kreis Niederbayern nur im tiefsten Süden auf eine ganz kurze Strecke berührt. Dieses Verlangen wird aber um so berechtigter erscheinen, als Niederbayern bisher den geringsten Antheil an den in Bayern bestehenden Bahnen zugemessen erhielt. Die Staatsregierung mußte in diesen Thatsachen die dringende Aufforderung erblicken, sich über die maßgebenden Verhältnisse vollkommen verlässige Anhaltspunkte zu verschaffen, um auf Grund derselben die Frage des Bahnbaues in Niederbayern der Lösung entgegenzuführen. — Wie schon oben angeführt, sind für die Abkürzung der östlich gelegenen bayerischen Südnordbahn vier verschiedene Linien untersucht worden. Sowohl die Linie von Rosenheim über Schwaben und Erding nach Landshut als die über Wasserburg und Haag nach Landshut würden Niederbayern in derselben Weise berühren, wie die Braunauer Linie auch, d. h. an einem der äußersten Punkte. Wenn daher eine Abkürzung der bezeichneten Südnordbahn außer dem großen Verkehr auch dem internen Verkehr gerecht werden soll, wenn insbesondere Niederbayern einen Gewinn aus dieser Abkürzung ziehen soll, so würde sich nur eine Linie von Rosenheim über Mühldorf nach Geiselhöring oder Straubing empfehlen. Es versteht sich nun wohl von selbst, daß dieser Frage von der Staatsregierung nicht präjudizirt werden kann, indem durch dieselbe die Interessen einer Anstalt sehr wesentlich berührt werden, an deren finanziellem Gedeihen der Staat und das Land wesentlich betheiligt sind. Auch dürfte die einzuschlagende Richtung davon abhängen, in welcher Zeit und unter welchen Voraussetzungen die Bahn von Cham nach Straubing zur Ausführung kommen wird. Alle diese Gesichtspunkte in der zu Gebote stehenden Zeit zu erörtern, war

---

nach zu dem klaren Wort des ausdruckgebenden Tons wirklich bedürfen.

Der „Tannhäuser“ enthält davon die eigentlich dramatische Kraft der deutschen Sage und zeigt zugleich die ganze Fähigkeit der Musik zur inneren Charakterisirung der handelnden Personen. Der idealere Gehalt des Lohengrinmythus jedoch gibt auch der reinen Musik erst ihre höhere Aufgabe, dem Ganzen die verklärende Gesammtstimmung zu verleihen und die Motivirung des Einzelnen stets in deutlicher Anschauung des Zuhörers zu erhalten. Erst hier zeigt sich die tondichterische Begabung Wagners in voller Kraft und sein Prinzip in voller Klarheit; den Grundgehalt des Ganzen legt die Dichtung und hier obendrein in einer vollendet ausgebildeten Tragödie dar, die Musik aber ist es, die demselben concretes Leben, Wärme und volle Gegenwärtigkeit für unsere innere Empfindung verleiht.

„Tristan und Isolde“ concentrirt die künstlerische Kraft und verklärt die Mittel der Kunst, indem sie den poetischen Vorwurf und seinen tondichterischen Gehalt in noch höherem Grade als im Lohengrin vereinfacht: aber es ist das ewige Lied der Liebe, was hier gesungen wird, und seinen innersten Gehalt spricht nur der Ton vollgiltig aus. Im „Ring der Nibelungen“ wird uns gewissermaßen der Sinn der Weltgeschichte sinnbildlich aufgeschlossen; hier geht der Dichter auf die tiefsten Quellen unseres gesammtnationalen Denkens und Fühlens zurück, um uns die Grundmotive unseres Thuns und Lassens im Lauf der Jahrhunderte, die Urtypen der Wirkungsmächte unseres Lebens und Handelns vor Augen zu führen. Hier ist denn auch bruchlos und rein die ganze Idee des Musikdramas zur Ausführung gebracht.

Die „Meistersinger von Nürnberg“ endlich geben ein heiter schalkhaftes Bild der Kämpfe, die der Genius der Kunst, zumal der deutsche, von je gegen Beschränktheit, Zopf- und Philisterthum zu kämpfen hatte, und die Menge der durch einander wogenden und gegen einander streitenden Kräfte enthüllt auch in besonderer Weise erst jene besondere Fähigkeit der Musik, Viele auf einmal reden zu lassen, ohne daß einer den anderen stört. Hier bekundet der Meister im freiesten Spiel des Geistes zugleich den freien, heiteren, sicheren Lebensblick des Dichters wie die spielende Beherrschung sämmtlicher, auch der schwierigsten Mittel der Tonkunst, hier ist kontrapunktisch polyphones Leben an allen Ecken und Enden. — Indem Wagner so nach allen Seiten hin uns sowohl den tiefsinnigen Gehalt unserer eignen fernsten Vergangenheit wie den poetischen Kern der eigenen lebendigsten Gegenwart enthüllt, ist er der eigentliche Dichter dieser Gegenwart und unseres tiefsten nationalen Bewußtseins, und wenn die edelsten Namen der Deutschen genannt werden, wenn Göthe und Mozart, Schiller und Beethoven ertönen, wird der Name Richard Wagners nicht fehlen.

---

um so weniger zulässig, als erst nach Vollendung der deßfallsigen Projekte der Staatsregierung die Möglichkeit offen gestanden wäre, die für eine entsprechende Lösung der Frage unerläßlichen Verhandlungen zu veranlassen. Diese Andeutungen werden genügen, um den Standpunkt der Staatsregierung zu rechtfertigen, vermöge dessen sie sich als genöthigt erachtet, zur Zeit auf eine Einstellung irgend einer der mehrerwähnten Alternativ-Linien nordwärts der Braunauer Bahn in das Netz zu verzichten unter dem Vorbehalte, die für Befriedigung des unstreitig vorliegenden Bedürfnisses nöthigen Schritte baldthunlichst einzuleiten. — Allein selbst nach Herstellung einer der beiden zuletzt genannten Verbindungslinien wird noch ein erheblicher Theil Niederbayerns, insbesondere das reiche und bevölkerte Rotthal, außer aller Bahnverbindung bleiben, und nicht nur die betheiligten Landstriche, auch der ganze Verkehr von der Donau und dem bayer. Walde nach Italien würde auf große Umwege hingewiesen sein. Die einzige Möglichkeit einer Abhilfe kann hier eine Bahnverbindung zwischen Mühldorf und der Donau in nordöstlicher Richtung bieten, und die deßfalls gepflogenen Recherchen haben ergeben, daß eine Linie von Mühldorf über Eggenfelden und Pfarrkirchen nach Vilshofen, wenn auch nicht ohne erhebliche Schwierigkeiten vollständig betriebsfähig ausführbar ist. Die Staatsregierung konnte aber um so weniger Anstand nehmen, diese Bahnlinie in das Netz aufzunehmen, als sie nicht bloß eine lokale Bedeutung hat, sondern einerseits durch die Fortsetzung nach München und der Schweiz, andererseits durch die unausbleibliche Fortsetzung von Mühldorf Inn-aufwärts nach Rosenheim und Italien bestimmt ist, sich an dem Exporthandel Bayerns wesentlich zu betheiligen. Zwar wird einer solchen Bahnführung der Vorwurf nicht erspart werden, daß sie einen Theil des Verkehrs an sich ziehen werde, den heute die Ostbahnlinie durch Niederbayern vermittelt. Allein derselbe Vorwurf hätte auch seiner Zeit einer Bahnführung von München aus durchs Isar- und Rotthal gemacht werden können, ohne daß deßhalb mit Grund gegen die Führung der Bahn in der bezeichneten Richtung irgend Einsprache erhoben werden konnte, wie denn überhaupt nach den bereits im Eingange ausgesprochenen Bemerkungen heute in Bayern keine Bahn mehr gebaut werden kann, welche nicht wenigstens einen Theil des Verkehrs einer bereits bestehenden Linie an sich zieht.

Ausland.

Frankreich. [Annahme des Militärgesetzes im Senate.] Die Diskussion über das Militärgesetz ist nun auch im Senate (erster Kammer) geschlossen. Es wurde einstimmig angenommen: nur Michel Chevalier stimmte gegen dasselbe. Er war es auch allein, welcher dagegen sprach; alle anderen Redner hießen das Gesetz gut oder fanden es noch nicht scharf genug.

Da kein Verstand der Verständigen sieht, wo die den Blättern in Bezug auf Mittheilungen aus den Kammerverhandlungen durch die jüngste Verurtheilung der „Zehn" gesteckten Grenzen aufhören, so haben die betroffenen Blätter beschlossen, die Kammern links liegen zu lassen. Diese „Enthaltsamkeit" wird der „France" jedoch besonders sauer, da sie heute, wo sie dies ihrerseits ankündigt, von der Senatsdebatte zu berichten hätte, von welcher der „Moniteur" bezeuge, „daß der ganze Senat unter dem beredten Worte des Admirals Bouet-Willaumez tief ergriffen war." Dieser alte Wehrwolf stieß nämlich ein sehr rauhes chauvinistisches Geheul aus, das ihm allgemeine Glückwünsche eintrug; desgleichen hatte Niel wieder einen großen Tag. Ueber diese Triumphe ihrer Herzenspolitik muß die „France" schweigen: aber sie beklagt dies noch mehr um ihrer selbst willen als „wegen des Ansehens und Zaubers der öffentlichen Gewalten." Die übrigen Blätter werden wahrscheinlich eine würdigere Haltung mit ihrer „Enthaltung" verbinden, denn sonst wird der Eindruck auf das In- und Ausland nichts weniger als würdig sein. Der Majorität aber könnte dieses Schweigen sehr zu Hilfe kommen, um das Preßgesetz in möglichst reaktionärem Sinne zu reformiren, wenigstens wird dies bis jetzt befürchtet.

Großbritannien. London, 29. Januar. [Fenier-Enthüllungen.] Die Untersuchung gegen die vor das Polizeigericht von Bow Street gestellten zehn Fenier ist durch einen unerwarteten Zwischenfall unterbrochen worden, der die Verhandlungen vielleicht bedeutend erleichtern und abkürzen wird. John Patrick Mullany hat sich als Kronzeugen gemeldet und legt also gegen seine Mitgefangenen Zeugniß ab. Als er zu diesem Behufe aufgerufen wurde, trat er zitternd und scheue Blicke auf die Anklagebank werfend, vor. Kein Wunder, da er von seinen früheren Spießgesellen oft von dem Plane gehört hatte, den Fenier Corydon, der gleich ihm zum Verräther geworden war, zu erschießen. Er sagte aus, daß er seit März zu der fenischen Verbrüderung gehöre und zum Centrum aufgerückt sei; er kannte die fenischen Generale und Obersten Halpin, Healy, Burke u. A. persönlich. Mit English, Desmond, Barrett war er viel in Berührung gekommen und erzählte, wie diese gegen Ende November Pulvervorräthe zusammengeschleppt und in ein Faß gefüllt und darauf sich einen Handkarren verschafft hätten. Am Abend des 12. Dez. theilten sie ihm mit, daß eben ein Explosionsversuch mißglückt sei; Tags darauf, als die Clerkenweller Gefängnißmauer nebst den gegenüberliegenden Häusern zertrümmert worden, rühmte sich Barrett in des Zeugen Gegenwart, die Lunte an das Pulverfaß gelegt zu haben. Nachdem Mullany noch Einiges über die Anfertigung des griechischen Feuers mitgetheilt, wurde sein Verhör vom Richter abgebrochen und die Aussage, daß er noch eingehendere Enthüllungen zu machen habe, vorläufig ins Protokoll aufgenommen. Es kamen noch mehrere Zeugen zur Vernehmung, ehe der Gerichtshof sich vertagte; doch waren die weiteren Ergebnisse von untergeordneter Bedeutung.

— [Ein hannover'scher Prozeß.] In den heutigen Londoner Polizeiberichten findet sich der für Deutschland nicht uninteressante Fall, daß der frühere hannover'sche Geschäftsträger, Graf Blome, gleichzeitig mit Herrn Riek von der hiesigen preußischen Gesandtschaft gegen einen gewissen Gustav Viktor klagbar wurde. Ersterer, weil er durch genannten Viktor bei der preußischen Gesandtschaft als Verschwörer gegen das Leben des Königs von Preußen verdächtigt, letzterer, weil er durch denselben Viktor um Geld geprellt worden war. Dergleichen Scandalosa kommen hier mehr vor, als das Publikum sich träumen läßt, denn nur ein kleiner Theil gelangt an die Oeffentlichkeit. Weiteres über den vorliegenden Casus werden wir später erfahren, da besagter Viktor vor die Assisen gewiesen worden ist. Doch läßt sich wohl vorerst die Doppelbehauptung aussprechen, daß Graf Blome über den Verdacht, dem Könige von Preußen Mörder ins Haus zu schicken, erhaben ist, und daß der „Bund treuer Hannoveraner", der noch immer regelmäßige Versammlungen in einer hiesigen Kneipe hält, besser thäte, sich durch ehrliche Arbeit die Gegenwart erträglicher zu machen, als durch wahnwitzige Kannegießereien die Zukunft zu versüßen.

Italien. [Agitationen.] Eine römische Correspondenz des „Monde", bei der man gewiß keine antipäpstlichen Tendenzen vermuthen darf, berichtet von allerlei beunruhigenden Gerüchten, welche in Rom cirkulirten, darunter auch das von einem bevorstehenden Rückzuge der Franzosen und einer Verständigung zwischen den Cabinetten von Paris und Florenz. Der Correspondent erklärt dieses Gerücht für unbegründet, und wohl mit Recht, da noch vor wenigen Tagen erst eine neue Sendung von Kriegsmaterial in Civita-Vechia gelandet wurde. Wichtiger ist, was derselbe Korrespondent von häufigen Desertionen aus den Reihen der päpstlichen Zuaven meldet, die er sehr ausführlich geschilderten Machinationen der europäischen Revolutions-Partei zuschreibt. Auch unter die Freiwilligen, welche sich zum Dienste für das Papstthum aus allen Ländern einfinden, soll es den geheimen Gesellschaften gelungen sein, schlimme Elemente zu mischen, „um den glorreichen Ruf dieses Elitekorps zu schwächen und die Keime der Insubordination und Desorganisation in dasselbe zu pflanzen. Man hat sich vor vierzehn Tagen in die Nothwendigkeit versetzt gesehen, einige dreißig Irländer sofort in ihre Heimath zurückzusenden, von welchen 27 dem Fenierbunde angehörten. Ihre Reisekosten waren von den englischen Revolutionären bezahlt worden. Man darf diese Thatsache für wahr halten. Verschiedene andere verdiente Ausstoßungen haben gleichfalls Statt gefunden."

Türkei. [Jungtürkische Zeitung. Reformen.] Das reformatorische Jungtürkenthum, welches seinen finanziellen Stützpunkt in Mustapha Pascha hat und als dessen Hauptorgan der in London (in französischer Sprache) erscheinende „Mukhbir" zu betrachten ist, hat es mit diesem Blatte so weit gebracht, wie einst Alexander Herzen mit seinem „Kolokol." Der Sultan liest es jetzt, die Verschnittenen schmuggeln es in die Harems der Großen, und die kleinen Klatschgeschichten, die es enthält, werden mit Wohlgefallen gelesen. So wird aus Konstantinopel berichtet. Das ist ganz erfreulich, vorausgesetzt, daß es etwas nütze. Aufgemuntert durch diesen Erfolg, will der „Mukhbir" sein Format vergrößern und ist darauf bedacht, neue Nachrichtenquellen anzubohren.

Wie es heißt, wird Aali Pascha noch einige Zeit auf Kreta bleiben, um ein noch liberaleres Verwaltungssystem, als das erste, einzuführen. Das Weichbild Konstantinopels soll in Dörfer eingetheilt und viele Christen zu Beamten, Subly Bey aber zum Gouverneur ernannt werden.

Zum Sprach- und Sprechunterricht.

Ein neues Werkchen liegt vor uns, dessen Titel: Neues System zur Erlernung der deutschen Aussprache nebst

neuer Eintheilung des ABC von Friedrich Schmitz, Gesanglehrer (Preis 54 kr., München bei E. H. Gummi). Jeden, der deutschen Sprachunterricht ertheilt, veranlassen wird, dasselbe in die Hand zu nehmen; denn hier handelt es sich um eine zwar neue, aber doch schon seit Jahren erprobte Methode, richtig und deutlich, aber doch mit möglichster Schonung des Stimmorgans sprechen zu lernen und es Andern zu lehren. — Das Manuskript dieses Werkchens hat bereits dem k. bayerischen Staatsministerium des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten zur Würdigung vorgelegen, und sind wohl selten von den verschiedensten Autoritäten über ein solches Werkchen so übereinstimmend günstige Gutachten erfolgt, wie es hier der Fall ist. Diese zum Theile im Prospekte abgedruckten Gutachten machen jede weitere Beurtheilung überflüssig, denn man müßte höchstens mit andern Worten dasselbe sagen, als hier bereits ausgesprochen ist. Das genannte Ministerium hat auch bereits verfügt, daß dieses Werkchen an den bayerischen Lehrerbildungsanstalten angeschafft und erprobt werden soll. Die guten Früchte dieses neuen Systems müssen also zuerst in Bayern zu Tag kommen, doch wird, wie wir sicher hoffen, dasselbe bald auch in den andern deutschen Ländern Eingang finden.

Regeln und Wörterverzeichniß für die deutsche Rechtschreibung. Zur Anbahnung einer gleichmäßigen Schreibweise an den k. bayerischen Lehranstalten, bearbeitet von Dr. Friedr. List, Gymnasialprofessor an den k. bayerischen Militärbildungsanstalten. 5 Bog. kartonnirt, 2 Auflage. München, bei Gummi. Preis 20 kr.

Welcher bayerische Lehrer, der dieses Büchlein in die Hand nimmt, wird nicht erfreut sein, daß man endlich auch bei uns daran denkt, eine gleichmäßige Orthographie auf die passendste Weise einzuführen. Es gibt ähnliche Büchlein in Sachsen und in Württemberg, aber keines darf sich in Bezug auf Gründlichkeit und Consequenz in der Durchführung mit der List'schen Arbeit messen. — Es wäre sehr zu wünschen, daß dasselbe noch in diesem Schuljahre nicht blos an den Latein-, Gewerb- und Präparandenschulen, sondern auch an den höheren Coursen der Volksschule in Bayern allgemein zur Einführung käme! An der äußeren Ausstattung des Büchleins ist noch der gute, deutliche Druck, schönes Papier und der zweckmäßige Einband zu loben. — Die erste Auflage ist nur für die k. b. Militärbildungs-Anstalten gedruckt worden.

Eine Brochüre über „das Studium der neueren Sprachen an den bayerischen Gelehrtenschulen" (Würzburg bei Stuber) verdient in mehrfacher Hinsicht einer allgemeinen Aufmerksamkeit gewürdigt zu werden. Ist es schon die Wichtigkeit des behandelten Thema's, welches in gegenwärtiger Zeit in der That zu den Hauptfragen gehört, die unsere höheren Bildungsanstalten in Betracht zu ziehen haben, so muß dieselbe sich noch mehr wegen ihres gediegenen Inhaltes den betreffenden Kreisen empfehlen.

In ruhiger, gemessener Sprache und mit klarer Sachkenntniß, die den gründlichen Schulmann verräth, wird der Stoff nach seinen Hauptseiten zergliedert dem Leser vorgeführt.

Möge diese Arbeit nicht nur als ein erfreuliches Zeichen gelten, daß auch auf diesem Gebiete sich ein entschiedener Fortschritt zum Bessern Bahn bricht, sondern auch die ihr zu Grunde liegende Absicht möglichst Verwirklichung finden. Zu diesem Zwecke wünschen wir der Abhandlung eine recht vielseitige Beachtung. — β.

Literarisches.

Das Goethe'sche Wort: „Wer Vieles bringt, wird Jedem Etwas bringen," hat sich die bei Eduard Hallberger in Stuttgart erscheinende **„Illustrirte Welt"** zur leitenden Richtschnur genommen, und hauptsächlich der mit Umsicht, Geschmack und richtigem Gefühle für die Bildungsbedürfnisse des Volkes ausgewählten Mannigfaltigkeit des Dargebotenen in Wort und Bild verdankt diese Zeitschrift die enorme Zahl ihrer Leser, die sich von Jahr zu Jahr noch steigert. Werfen wir z. B. einen Blick in das dritte und vierte vor uns liegende Heft, so überrascht uns nicht nur der Reichthum des Inhalts: unter den Mitarbeitern sind auch die besten Namen der deutschen Schriftsteller vertreten. Friedrich Gerstäcker hat eine farbenreiche nordaustralische Skizze „Nach dem Schiffbruche" und eine Szene aus dem amerikanischen Volksleben, „Ein Boxerkampf in Cincinnati," beigesteuert, Edmund Hahn eine spannende Novelle, „Die falsche Gräfin," Gustav Nieritz eine rührende Geschichte aus der Arbeiterklasse, Bernd von Guseck, Cornelius Born und Andere, reizende Erzählungen u. s. w. Die „Bilder von der Pariser Weltausstellung" bieten besonders unsern Industriellen des Bemerkenswerthen vieles dar; eine Beschreibung der Brennerbahn macht uns mit dem imposantesten Werk des modernen Eisenbahnbaues bekannt, während der Artikel „Eine Buchdruckerei aus dem fünfzehnten Jahrhundert" uns einen lehrreichen Vergleich ziehen läßt zwischen den neuesten Fortschritten der Typographie mit der Zeit unmittelbar nach ihrer Erfindung. Aus dem Gebiete der Biographie treten uns F. Schmidt, Rod. Benedix, Richard Wagner und Wilh. v. Kaulbach in warmer und wahrer Zeichnung entgegen. Außerdem finden wir in den beiden Heften noch eine Menge Artikel: landschaftliche Schilderungen, sittengeschichtliche Skizzen, Genrebilder u. s. w. Unter den Illustrationen fallen besonders lieblich diejenigen deutscher Lieder in die Augen; hiezu sind hier „Der Schmied" von August Silberstein und „Das verlassene Mägdelein" von Eduard Mörike gewählt worden; ferner die Illustrationen zu „Reinecke Fuchs" von W. v. Kaulbach. (In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{8}$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$60\frac{1}{8}$ P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 P. $53\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$48\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$41\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$98\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 P. $88\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	89 P. $88\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$98\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P. 82 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{7}{8}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	$76\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	686 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$185\frac{1}{2}$—85 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P. $89\frac{3}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	215—$\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$332\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$244\frac{1}{2}$ P.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$115\frac{1}{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 P. $51\frac{3}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{7}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$183\frac{1}{2}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{1}{4}$ P. 71 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	128 G.
" do. v. 1864	$79\frac{3}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{3}{8}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$63\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{1}{2}$ P.
" fl. 25 do.	$49\frac{7}{8}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38—$\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$33\frac{1}{2}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{1}{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$99\frac{1}{4}$ P. 98 G.
do. in öst. W. l. S.	$99\frac{1}{8}$ P. $98\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 31. Januar. An der Börse herrschte eine große Geschäftslosigkeit und fehlte es selbst den sonst beschäftigtsten Maklern an reellen Aufträgen. Die Stimmung war in Folge dieser Stille auch eine sehr apathische und matte. Fast alle Effekten, sowohl die Spekulations- als Anlagepapiere, waren offerirt und wurden zu billigeren Preisen abgegeben. Nur die süddeutschen Loosgattungen machten eine Ausnahme und erzielten bessere Preise. Von Bankaktien Darmstädter abermals höher. Die Zeichnungen auf die ungarische Anleihe bei B. H. Goldschmidt dahier sind geschlossen. Es fanden heute einige Umsätze darin ungefähr zum Emissionskours statt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 33. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 2. Februar 1868.

Die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen.

III.

Direkte Linien: a. Nichtbefürwortete: Cham-Straubing; Ingolstadt-Nürnberg; Regensburg-Nürnberg. b. Zur Ausführung vorgeschlagene: Regensburg-Nürnberg; Donauwörth-Treuchtlingen; Nürnberg-Ansbach-Crailsheim; Nürnberg-Hersbruck-Bayreuth. Nordwestliche Bahnen: Schweinfurt-Oerlenbach-Meiningen; Gemünden-Schlüchtern-Fulda; Aschaffenburg-Miltenberg, aber keine Fortsetzung bis Würzburg.

Auch in den Gebieten jenseits der Donau können nur jene Linien hier Berücksichtigung finden, welche innerhalb des von den Staatsbahnen durchzogenen Gebietes zu ziehen wären. Es bedarf keiner Erörterung, daß für den Verkehr aus Böhmen die Abkürzung des Weges zwischen Cham und Straubing oder Geiselhöring eine zwingende Nothwendigkeit werden wird, sobald jener Verkehr die Entwicklung erreicht, welche, neben anderen thatsächlichen Verhältnissen, in den böhmischen Kohlenlagern, deren Aufschlüsse zur Zeit noch sehr mangelhaft sind, ihre sicherste Grundlage gefunden hat. Der von einer Cham-Straubinger Linie südöstlich gelegene Theil des bayerischen Waldes muß zur Zeit als ein für den großen Verkehr noch unzugängliches Terrain bezeichnet werden. Einestheils sind es die eigenthümlichen Terrainverhältnisse jener Gebirgsgegend, welche nicht etwa durch ein großes Flußthal einen Zugang offen halten. Die den dortigen Urgebirgen entstammenden Gewässer strömen in einer großen Anzahl kleinerer Flüsse und Bäche der Donauebene in enggewundenen stark abfallenden und tiefeingerissenen Thalschluchten zu, welche dem Eisenbahnbau, wie er für große Verkehrsverhältnisse Anforderungen zu stellen genöthigt ist, unüberwindliche Schwierigkeiten in den Weg legen. Auf der anderen Seite haben die obenerwähnten Terrainverhältnisse auch in der Zeit vor den Eisenbahnen die großen Verkehrsstraßen verhindert, in den bayerischen Wald einzudringen. Dieselben sind vielmehr im Süden dem Donauthale gefolgt, und haben mehr nordwärts die tiefste Einsattelung zwischen dem Böhmerwalde und dem bayerischen Walde durchbrochen, ohngefähr in der Richtung, welche auch heute schon die nach Böhmen führende Bahn verfolgt. Die dem bayerischen Walde wünschenswerthen und nothwendigen Bahnverbindungen können deßhalb in dem hier aufzustellenden Bahnnetz keinen Platz finden und wird deren Schaffung auf einem anderen Wege angestrebt werden müssen.

Wie östlich von der Cham-Straubinger Linie erübrigt westlich von der Regensburg-Schwandorfer Bahn ein großer abgerundeter Landstrich, der jeder Bahnverbindung entbehrt. Es sind die direkte Ingolstadt-Nürnberger und die direkte Regensburg-Nürnberger Bahn, welche hier ihre Stelle zu finden hätten. Was zunächst eine direkte Bahnführung von Ingolstadt nach Nürnberg anlangt, so würde dieselbe nach der vorgenommenen allgemeinen Recognoscirung von Ingolstadt aus nach Kipfenberg in das Altmühlthal mit großen Schwierigkeiten hinüber zu führen sein, müßte von Kinding aus das Flußthal der hinteren Schwarzach verfolgen, und würde fast parallel mit der bereits bestehenden Bahn Pleinfeld-Nürnberg am letzten Orte wieder mit derselben sich vereinigen, nachdem sie außer Kipfenberg, Grading und Freistadt kaum einen Ort von Bedeutung berührt hätte. Die Längenausdehnung dieser Linie würde mindestens 28 Stunden betragen, und könnte dieselbe nur durch Bewältigung großer Schwierigkeiten mit sehr langandauernden Steigungen von 1 : 200 ausgeführt werden. Da die Bahn von Ingolstadt über Pleinfeld nur 33 Stunden lang wird und durchweg günstige Steigungsverhältnisse hat, so würde zur Kürzung des Weges nach Nürnberg um 4 bis 5 Stunden ein Kapital von etwa 14 Millionen aufgewendet werden müssen, was sich offenbar nicht rechtfertigen würde, da der Lokalverkehr der betheiligten Gegenden, wie sich später ergeben wird, durch eine anderweitig nothwendige Bahn in genügender Weise Berücksichtigung finden kann.

Ein ähnliches Verhältniß waltet ob bezüglich einer Bahnführung von Ingolstadt nach Hersbruck und von da durch's Pegnitzthal nach Bayreuth. Durch eine solche Bahnführung würde zwar die Entfernung zwischen München einer- und Bayreuth und Hof andererseits um etwa weitere 6 Stunden gekürzt. Für Nürnberg hätte diese Bahn selbstverständlich keinerlei Bedeutung, vielmehr würde der Verkehr nach dem Norden von Nürnberg abgelenkt, es würden zwei neue Knotenpunkte für den Betrieb an völlig ungeeigneten Orten geschaffen und dadurch die Vortheile der Wegkürzung — abgesehen selbst von dem großen Kapitalaufwande — vollständig absorbirt. O[b] seiner Zeit der Verkehr solche Dimensionen annehmen wird, um [d]ie hier niedergelegten Bedenken gegen eine solche Bahnführung zu bes-

Das Choleraschiff.

Ueber das Wüthen der Cholera am Bord des Hamburger Auswandererschiffes „Leibnitz", worüber wir in der letzten „Mnemosyne" einen kurzen Bericht gebracht haben, entnehmen wir der „New-Yorker Staatszeitung" vom 14. und 15. Januar folgendes Nähere: Das Schiff ging am 12. November von Hamburg nach hier ab, mit 9 Cajüten- und 433 Zwischendecks-Passagieren und einer Bemannung von 23 Köpfen. Es waren somit 465 Menschen an Bord, welche während der Fahrt durch 8 Geburten auf 473 vermehrt wurden. Am 21. Tag der Reise wurde ein junges Frauenzimmer aus Mecklenburg von unzweideutigen Symptomen der Cholera ergriffen und sie starb nach wenigen Stunden, aber furchtbaren Leiden. Dies war der erste Fall von wirklicher Cholera, obwohl eine Anzahl Auswanderer beider Geschlechter schon zuvor an heftiger Ruhr erkrankt waren und eine alte Frau, welche sich unter jenen befand, an demselben Tage, wie die Cholera-Kranke (23. November) starb. Die Krankheit zeigte sich zuerst unter den mecklenburgischen Auswanderern, in deren Heimath sie bei ihrer Abreise wüthete. Sie griff von Tag zu Tag auf dem Schiffe um sich und wüthete 4 Wochen ohne Unterbrechung. Ein Arzt war nicht an Bord. Die Schiffsoffiziere sorgten, so gut sie konnten, für die Passagiere, aber die große Mehrheit der von der Krankheit Ergriffenen erlagen derselben (von 145 105). Das Wetter war während dieser schrecklichen Zeit ungewöhnlich warm; am 27. Dezember wurde es endlich kälter und sofort ließ die Epidemie nach. Am 6. Januar wurde das letzte Opfer in das Wellen-Grab versenkt und seither fand keine neue Erkrankung statt. Bei der Ankunft des Schiffes in der Quarantäne waren nur noch 6 oder 8 Kranke an Bord. Diese wurden sofort auf das Hospital-Schiff „Illinois" gebracht und die gesunden Passagiere auf ein anderes Schiff, worauf die „Leibnitz" nach der unteren Quarantäne zurückgeschickt wurde, um dort einen Reinigungsprozeß durchzumachen.

Es ist über 5 Wochen, daß das derselben Linie (Sloman und Edye) angehörige Schiff „Lord Brougham" hier ankam, welches 75 Passagiere durch die Cholera verlor. Die Hamburger Absender der „Leibnitz" mußten daher gewarnt sein. Gleichwohl ließen sie dieselbe wieder ohne Arzt abgehen. Ohne Zweifel ist dies [...] die einzige Ursache der furchtbaren Sterblichkeit gewesen, welch[e ...] Rhedern zur Last fällt. Allerdings hat im Falle des „Lord Brougham" der Inspektor der hiesigen Auswanderungs-Commissäre nichts gefunden, was den Rhedern zur Last zu legen gewesen, ja er hat so[gar] den Mangel eines Arztes mit Stillschweigen übergangen, aber gerade dadurch am besten gezeigt, was sein Bericht werth war. Die Auswanderungs-Commissäre haben es nicht für erforderlich erachtet, von der Sache weitere Notiz zu nehmen, wie sie auch frühere ähnliche Untersuchungen im Sande verlaufen ließen. Ob dies ihnen ferner möglich sein wird? Ob namentlich die beiden deutschen Mitglieder der Auswanderungs-Commission nicht endlich ein ernstes Wort sprechen werden, um dieser scheußlichen Menschenschlächterei ein Ende zu machen?

Herr Charles G. Sprague, der Beamte des Gesundheitsrathes an der Quarantäne, berichtet, daß auf dem Schiff „Leibnitz" keine neuen Krankheitsfälle vorgekommen sind. Sonntag Abend starb ein neun Monate altes Kind, Albert Schilfin, und gestern früh um 7 Uhr Johann Stephan, 46 Jahre alt. Folgende Patienten sind von

ligen, mag dahin gestellt bleiben. Bei den heutigen Verhältnissen würde es als ein ganz unmotivirter Vorgriff bezeichnet werden müssen, wollte man die Existenz der ersten Handels- und Fabrikstadt Bayerns völlig ignoriren.

Anders gestalten sich die Verhältnisse bezüglich der Bahnführung von Regensburg nach Nürnberg. Diese wird zunächst die lokalen Bedürfnisse jener Gegenden in gleichem Maße befriedigen, wie die Bahn Nürnberg-Ingolstadt oder Hersbruck-Ingolstadt es zu thun vermöchten. Sie wird aber bald für die bayerische Ostbahn eine Nothwendigkeit werden, wenn sie den ihr gebührenden Antheil an dem Verkehre aus Oesterreich an den Mittel- und Niederrhein sichern will. Schon jetzt drängt die Konkurrenz der mitteldeutschen Linie über Bodenbach gegen den Mittelrhein herauf. Eine Bahnführung von Wien nach Pilsen und Eger in gleichem Maße wie eine Bahn von Prag nach Eger werden jene Konkurrenz noch verstärken, und überdies könnte die Donaubahn mit ihrer Fortsetzung über Nördlingen nach dem Westen zu Kombinationen führen, welche die Interessen der bayerischen Ostbahnen hart berühren möchten. Deßhalb wird die durch eine direkte Bahnführung von Regensburg nach Nürnberg zu erzielende Abkürzung zu einer Nothwendigkeit sich gestalten, und wenn diese Linie nicht hier ihren Platz finden kann, so wird dies mit Rücksicht auf den Umstand gerechtfertigt erscheinen, daß sie einen Ersatz der bereits in den Händen der Gesellschaft sich befindlichen Strecke Regensburg-Amberg-Nürnberg bildet, und ihr deßhalb bei einer loyalen Interpretation der allerh. Konzessions-Urkunde von 12. April 1856 nicht wird entzogen werden können. Daß Verbindungslinien zwischen einzelnen Punkten der Ostbahn selber, z. B. zwischen der Weiden-Bayreuther und Amberg-Nürnberger Bahn hier nicht zur Erörterung kommen, dürfte sich von selbst verstehen.

Weiter westlich von den soeben besprochenen Linien fällt die Lücke in die Augen, welche nach Vollendung der Ingolstadt-Pleinfeld resp. Gunzenhausener Bahn zwischen Donauwörth und Treuchtlingen offen bleiben wird. Im Interesse des Betriebes dürfte diese Bahn nicht weniger als im Interesse des Verkehrs zu schaffen sein, da sie eine sehr wesentliche Abkürzung für den Handelsweg von Augsburg und der Schweiz her nach dem Norden bieten wird.

Weiter nördlich ist es die Bahn von Nürnberg über Ansbach zum Anschlusse an die Württembergischen Bahnen bei Crailsheim, deren Aufnahme in das Bahnnetz wohl kaum einer Rechtfertigung bedarf. — Für den Verkehr nach dem Norden ist eine Abkürzung des Weges zwischen Nürnberg und Hof von besonderer Wichtigkeit. In dieser Richtung wurden sorgfältige Studien gemacht mit dem Resultate, daß eine Bahn von Nürnberg über Hersbruck und von da durch's Pegnitzthal und das Thal des rothen Maines allein sich empfehlen dürfte, einmal der günstigen Betriebsverhältnisse wegen, dann auch wegen der hiedurch geförderten lokalen Interessen. Aus diesen Gründen fand die Bahn Nürnberg-Hersbruck-Bayreuth eine Aufnahme in's Bahnnetz.

Es erübrigt nun noch, den Blick zu werfen auf den nordwestlichen Theil des diesrheinischen Bayerns, für welchen die Gewinnung neuer Anschlußpunkte an die Bahnen der Nachbarländer von besonderer Bedeutung ist, weil hiedurch allein die dort Bayern einschließenden Bahnen unserm Verkehr zugänglich gemacht werden können. Es ist zunächst die Fortsetzung der Bahn von Schweinfurt nach Oerlenbach in der Richtung gegen Meiningen, bezüglich welcher Verhandlungen mit der Nachbarregierung im Gange sind, deren Abschluß ohnehin eine eigene Vorlage im Gefolge haben wird. — Neben dieser ist es die Bahn von Gemünden ab in der Richtung nach Schlüchtern, welche die Verbindung der bayerischen Bahnen mit der im Bau begriffenen Bahn Hanau-Fulda herstellen soll, und gewiß geeignet sein dürfte, eine Fortsetzung nach Gießen herbeizuführen, und welche von sehr hervorragender Bedeutung für die Frequenz der bayerischen Staatsbahnen im Allgemeinen werden wird. Die näheren Verhältnisse bezüglich dieses Bahnbaues werden später zu einer eingehenden Darlegung Veranlassung geben.

Endlich erübrigt noch die schon seit lange angestrebte Bahn von Aschaffenburg aufwärts durchs Mainthal bis Miltenberg eventuell Kreuzwertheim. Daß diese Bahnführung an sich eine Berechtigung habe, steht unzweifelhaft fest. Es mußte sich aber die Frage aufdrängen, ob nicht deren Fortsetzung bis Würzburg im Interesse der Verkehrsanstalten selbst läge. Allein die desfalls gepflogenen Erhebungen haben gezeigt, daß hiedurch eine Abkürzung der Verbindung zwischen Aschaffenburg und Würzburg nicht erzielt werden könnte, daß aber überdies die Durchschneidung des großen Bogens, den der Main zwischen Würzburg und Kreuzwertheim beschreibt, dem Bahnbaue wesentliche Hindernisse entgegenstellen und dem Betriebswerthe der Bahn großen Eintrag thun würde. Da auch die lokalen Verhältnisse den großen Aufwand für eine solche Bahn in keiner Weise rechtfertigen könnten, so beschränkte sich die Staatsregierung vorläufig darauf, die Bahn von Aschaffenburg nach Miltenberg ins Bahnnetz aufzunehmen. In welcher Weise die Fortsetzung von hier ab gegen Kreuzwertheim zum Anschluß an die badischen Bahnen zu bewerkstelligen wäre, kann vor Abschluß der desfalls einzuleitenden Verhandlungen hier nicht Gegenstand der Erörterung sein.

Hiemit sind alle jene Bahnlinien erschöpft, von denen die Staatsregierung glaubt, daß sie nach dem heutigen Stand der Verkehrsverhältnisse in einem Netz für die bayerischen Staatsbahnen einen Platz zu finden hätten. Es wird sich nun vor Allem darum fragen, ob mit Rücksicht auf die finanzielle Lage des Landes der Bau all dieser Linien auf Staatskosten in Aussicht genommen werden kann, und ob eventuell der hiedurch veranlaßte Aufwand auch durch die bisherigen Ergebnisse des Betriebes zu rechtfertigen ist. Eine Zusammenstellung der hier maßgebenden Ziffern wird einen Ueberblick gewähren sowohl bezüglich der Ausdehnung der Bahnen, als ihrer Bauwürdigkeit, als auch endlich über den für dieselben erforderlichen Bauaufwand. Die Linien des nunmehr entwickelten Bahnnetzes sind folgende:

---

vom Choleraschiff auf dem Hospitalschiff am 12. d. Mts. aufgenommen werden.

Frederike Hanzi 53 J., Maria Proff 28 J., Wilhelm Proff 5 J., Dorothea Baentz 30 J., Carolina Baentz 15 J., Adolphine Matz 11 M., Anna Hahn 6 M., John Stephan 16 J.; und am 13.: Carl Stahr 22 J., Carl Janssen 17 J., Mina Eggert 22 J., Sophie Kephin 28 J.

Es ist Hoffnung vorhanden, daß alle diese Kranke erhalten werden können, obgleich die Gefahr bei Zweien noch nicht ganz vorüber ist.

Das wiederholte Vorkommen einer so furchtbaren Calamität auf dieser Auswandererlinie innerhalb weniger Wochen ist natürlich sehr geeignet, dieselbe in Verruf zu bringen und obwohl dies ein, mindestens zum Theil, selbstbereitetes Schicksal wäre, geschähe dieser Linie doch insofern Unrecht, wenn man jene Calamität dem Umstand zuschriebe, daß auf dieser Linie weniger geschehe, um die armen Einwanderer vor solchem Unglück zu bewahren, als auf anderen Linien. Wir sagen, dies ist leider nicht so. Aus einer mit dem Einwanderungswesen sehr vertrauten Quelle geht uns vielmehr die Versicherung zu, daß derselbe Haupttadel, welchen wir bereits gegen die Absender des „Leibnitz" und „Lord Brougham" aussprachen, daß kein Arzt an Bord war, auf alle deutschen Auswandererschiffe (Segel) Anwendung findet. Ein engagirter Schiffsarzt existirt auf keinem derselben und wenn sich ein Arzt unter den Passagieren befindet, so haben die Letzteren diesen Umstand eben dem Zufall und nicht den Rhedern zu danken. Dies ist in der That ganz abscheulich. Unser Passagiergesetz wird dadurch jedenfalls verletzt und dies dürfte wohl genügen, um die Rheder zur Abhülfe dieses Uebelstandes zu veranlassen, wenn uns auch die deutschen Behörden nicht die Hand dazu bieten sollten. Es ist traurig, daß es solcher Opfer bedurfte, wie sie der „Leibnitz" und „Lord Brougham" lieferten, um unseren Behörden wieder einmal die Nase auf gewisse Uebelstände zu stoßen, welche sich wie eine ewige Krankheit forterben.

Sloman und Edye können natürlich keine Rechtfertigung jenes Versäumnisses versuchen, welchem ohne allen Zweifel eine große Anzahl ihrer Mitmenschen auf eine entsetzliche Weise zum Opfer fielen. Sie werden sich vergeblich auf den ihnen sonst zugestandenen vortrefflichen Namen ihres Hauses und ihrer Linie berufen. Sie machen namentlich geltend, daß zwischen den zwei Unglücksschiffen drei andere, von denen jedes mehrere hundert Passagiere brachte, ankamen, ohne einen einzigen zu verlieren, und daß der „Leibnitz" schon in Hamburg abgegangen war, als der „Lord Brougham" hier ankam und dessen Unglück bekannt wurde, unter welchen Umständen allerdings der Vorwurf ungerecht ist, daß sie aus dem Schicksal des „Lord Brougham" eine besondere Lehre für den „Leibnitz" hätten ziehen sollen. Wenn es ein Trost eines Schuldigen ist, Mitschuldige zu haben, so hat jene große Hamburger Firma diesen Trost allerdings; denn wir wollen gerne zugeben, daß sie nicht schlimm, ja vielleicht noch in vieler Hinsicht besser ist, als alle andern Auswanderer-Linien. Sie weis't mit Stolz auf 100,000 Auswanderer hin, welche sie schon befördert hat, und die jetzt in diesem Lande ebenso viel günstige Zeugen für den Betrieb ihres Geschäftes sind. Dies sind allerdings Milderungs- aber keine Rechtfertigungs-Gründe. Die Firma sollte sich an das „Noblesse oblige" erinnern. Je höher ihr Name in der kaufmännischen Welt steht, desto eifersüchtiger sollte sie diesen Namen behüten und dafür sorgen, daß er nicht durch solche Vorkommnisse geschändet

	Stund.	Max.-St.	Bauaufwand
1) Regensb.-Ingolst.-Donauw.-Offingen	44,97	1/100	22,000,000 fl.
2) Rosenheim-München	17,63	1/100	5,500,000 fl.
3) Rosenheim-Mühldorf	16,05	1/100	8,500,000 fl.
4) München-Buchloe-Memmingen-Grenze	33,81	1/100	13,590,000 fl.
5) Weissenberg-Biessenhofen	12,81	1/100	7,500,000 fl.
6) Weilheim-Partenkirchen-Grenze	16,41	1/50	12,106,000 fl.
7) Biessenhofen-Füssen-Grenze	9,56	1/200	4,373,000 fl.
8) Augsburg-Ingolstadt	16,25	1/200	5,930,000 fl.
9) Landshut-Ingolstadt	16,05	1/200	9,146,000 fl.
10) Mühldorf-Vilshofen	20,30	1/200	9,500,000 fl.
11) Donauwörth-Treuchtlingen	10,70	1/150	6,500,000 fl.
12) Nürnberg-Ansbach-Grenze	22,71	1/150	12,500,000 fl.
13) Nürnberg-Bayreuth	26,22	1/200	15,730,000 fl.
14) Oerlenbach-Neustadt-Grenze	12,11	1/100	6,435,000 fl.
15) Gemünden-Grenze	5,50	1/100	3,422,000 fl.
16) Aschaffenburg-Miltenberg	9,40	1/250	3,570,000 fl.
	290,22		146,302,000 fl.

Süddeutschland.

Großh. Baden, 31. Jan. [Zum Kirchen- und Schulstreit.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: „Unsere zweite Kammer verhandelte gestern über einen Gegenstand, der eine Zeitlang unsern leidigen Kirchen- und Schulstreit von neuem zu entflammen drohte, und der über den unversöhnten Widerstreit scharfer Gegensätze ein eigenthümliches Licht wirft. Die Oberschulbehörde hatte vor einiger Zeit ein Lesebuch zur Einführung in den Volksschulen empfohlen. Gegen den Inhalt des an sich ganz schuldlosen Büchleins war nichts zu erinnern; dagegen trat die erzbischöfliche Kurie in Freiburg mit der Behauptung auf: daß ohne ihre Approbation ein solches Buch nicht in den Schulen gebraucht werden dürfe. Zugleich gab sie ihren Geistlichen die Weisung, von der Kanzel und sonst in aller Weise gegen das Büchlein zu Felde zu ziehen, was an manchen Orten zu Szenen führte, worüber gerichtliche Untersuchungen eingeleitet sind. Die Sache gab gestern in der Kammer Anlaß zu längeren, zum Theil erregten Debatten, wobei die Regierung aufgefordert wurde, gegen die Urheber einer solchen Agitation mit größerer Strenge vorzugehen, zugleich aber auch durch obligatorisch allgemeine Einführung eines geeigneten Lesebuches in sämmtlichen Volksschulen die Autorität des Staates auf seinem Gebiete aufrecht zu erhalten.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 30. Januar. [Zur Düsseldorfer Gallerie-Frage] Im Abgeordnetenhause stellte gestern der Abg v. Sybel die Frage: ob die jetzt in München befindliche Düsseldorfer Gallerie wieder in preußischen Besitz gelangen werde. Der Regierungskommissär erwiderte: daß die Düsseldorfer Regierung mit der sehr mühsamen Arbeit beschäftigt sei, das zur Substantiirung der Frage erforderliche Material zu beschaffen, daß der Erfolg bei solchen Fragen jedoch zweifelhaft sei.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 30. Jan. [Die Berathungen über die Militärreorganisation] haben begonnen. Die letzte Hoffnung Oesterreichs, dem Staatsbankerotte zu entgehen, ist ein mit fester Hand geführter Abstrich vom Militärbudget. Die „Neue Fr. Pr." schreibt darüber: „Die ungarischen Delegirten sollen die Ziffer von 55 Millionen als das Maximum ihrer Konzessionen für das Armee-Budget hingestellt haben. Wir halten diese Ziffer — für den nächsten Augenblick wenigstens — für zu tief gegriffen. Aber wir hätten nicht den Muth, für die unbedingte Nothwendigkeit einer höheren Ziffer als 60 Millionen zu plaidiren; und in der Lage, in welcher wir sind, muß man sich eben auf das unbedingt Nothwendige beschränken." In Oesterreich, wie anderswo, hat man für die Armee immer zumeist gefragt, was sein muß, und erst hinterher, was sein kann. Durch furchtbare Erfahrungen ist man jetzt endlich dahinter gekommen, daß dieses System sich auf die Dauer nicht durchführen läßt, und das oberste Muß für einen Staat ist, selbst für die Armee nicht mehr auszugeben, als man ausgeben kann, als die Einnahmen erlauben. Je früher ein Staat zu diesem Grundsatze einlenkt, desto besser für ihn.

Ausland.

Frankreich. Paris, 29. Jan. [Französische Sobbe-Putzki-Affaire.] Seit einiger Zeit concentrirt sich das Tagesinteresse auf Gerichtsverhandlungen mit politischem oder politisch-socialem Hintergrund. Das freie Wort, das auf der parlamentarischen Tribüne kein offenes Asyl hat, flüchtet sich in den Gerichtssaal; dort führen die Sprecher der Opposition ihren Krieg gegen das bestehende System mit ebenso viel Verve und mit mehr Glück als in der Kammer, da bisher noch kein Gesetz den Journalen besondere einschränkende Normen für die Berichterstattung über Gerichtsverhandlungen vorschreibt und ihnen einen erträglich weiten Spielraum zur Unterstützung des Barreau gestattet. Noch sind die Commentare über den Prozeß der 10 Zeitungen, der sogar dem sonst allezeit getreuen Laguéronnière ein scharfes Tadelsvotum gegen die Ungeschicklichkeit der Behörden entriß, nicht abgeschlossen, und bereits taucht wieder ein neuer Scandal auf, ein Prozeß, ähnlich wie derjenige gegen den Pächter Hautefeuille; diesmal handelt es sich um einen argen Exceß hoher Offiziere der Garnison von Versailles. Der Sachverhalt ist kurz folgender: Am 1. August v. J. trat ein sternhagelvoll betrunkener Zuave in die Restauration Theverot zu Versailles und begann, da man ihm keinen Wein verabfolgen wollte, Streit mit der Wirthin, die er wörtlich und thätlich beschimpfte; hierauf wiederholte sich dieselbe Scene mit dem Wirthe und einem Kellner, der endlich die Geduld verlor und den Soldaten an die Luft setzte. Bei dieser Balgerei verlor der betrunkene Zuave das Gleichgewicht, fiel und verletzte sich. Das sahen drei vorübergehende Offiziere, der Cürassier-Oberst de la Tolade, der Oberstlieutenant Archambaud de Beaune und der Escadrons-Chef Täscher

---

werde, wie der Tod jener 180 Passagiere und die Leiden ihrer Gefährten. Eine Firma, wie Sloman und Edye sollte vor Allem einen Ruhm darin setzen, dem alten Unwesen ein Ende zu machen und dem erwähnten unverzeihlichen Uebelstand auf ihren Schiffen zu steuern. Eine solche Firma kann mehr, als alle Gesetze und Behörden, thun, um die allgemeine Beseitigung jenes Uebelstandes zu erzwingen. Wenn sie durch die jüngsten schrecklichen Erfahrungen wenigstens zu diesem Entschlusse gelangt, so werden jene Opfer nicht vergeblich gebracht worden sein, und obwohl es traurig genug bleibt, daß es derselben bedurfte, um die Firma zur Erkenntniß und Erfüllung ihrer Pflicht zu bringen, wird man dann jene im Wellengrab schlummernden Opfer vielleicht vergessen und die kommenden Schaaren von Auswanderern werden den Namen jener Firma segnen.

Ein Bruder der vergifteten Gräfin Chorinsky.

(Aus dem Tagebuche eines Provinz-Schauspielers.)

Die Wintersaison 1865—1866 war ich in Klagenfurt an der dortigen kleinen, sich jedoch pompös „landständisches Theater" nennenden Bühne engagirt. Der Direktor hatte mit seinen Engagements, d. h. Seeleneinkäufen Glück gehabt und die Agenten waren diesmal ausnahmsweise ziemlich gewissenhaft zu Werke gegangen. Publikum und Direktion waren mit der zusammengewürfelten Gesellschaft zufrieden. In dem „jugendlichen Liebhaber und Heldendarsteller", einem bildschönen, blonden und hochaufgeschossenen jungen Manne, erkannte ich zu meinem großen Erstaunen einen Schauspieler, den ich vor wenigen Jahren als Gast am Hoftheater zu Hannover, freilich mit zweifelhaftem Erfolge, hatte spielen sehen. Aber mit dem jungen Manne war eine enorme Veränderung vor sich gegangen. Früher mit raffinirtem Luxus gekleidet, ging er jetzt höchst ärmlich einher, fast nur nothdürftig seine Blößen bedeckend, und seine alte Fröhlichkeit hatte einem scheuen und mißmuthigen Wesen Platz gemacht. Wie war das Alles so rasch gekommen? Die nächsten Tage sollten mich hierüber schon aufklären.

Es war eine Probe von Laubes „Essex" angesetzt und wir bemerkten eine so große Unsicherheit im Anfassen, Umarmen ꝛc., daß dieselbe nur in einer enormen, an Blindheit grenzenden Kurzsichtigkeit ihren Grund haben konnte. Und dem war auch leider wirklich so. Am folgenden Abende wurde „Essex" gegeben und ein Murmeln des Beifalls begleitete das erste Auftreten des jungen Mimen; doch kaum hatte er der holden Rutland den obligaten Kuß auf den Chignon, statt auf die Wangen applicirt, als die Leute zu lachen anfingen, und nun, je tragischer die Situation wurde, eine um so fröhlichere Heiterkeit das ganze Haus schüttelte. Unter verschiedenfachen Versehen, der Mitnahme einiger Coulissen, dem Umwerfen mehrerer Stühle, wurde das Stück zu Ende gelacht, und unser armer Freund am folgenden Tage auf das Schonungsloseste von der „Kritik" zerrissen. So kamen „Die Räuber", „Bürgerlich und romantisch," „Egmont" ꝛc. an die Reihe und in jedem Stück ereignete sich ein unglückliches Versehen, das den ernstesten Zuschauer zum Lachen reizen mußte. Der arme kurzsichtige Urheber all' des Unglücks schien das gar nicht zu merken, ging ruhig und in sich gekehrt seinen Weg ganz allein, ohne an unseren geselligen Zusammenkünften theilzunehmen, auch kümmerte sich Niemand um ihn, da er als Norddeutscher unter lauter österreichischen Schauspielern nicht gern gesehen war.

Da wurde „Philippine Welser" gegeben. Schon im ersten Akte konnte der Unglückliche als Erzherzog Ferdinand die Rose in dem Ge-

de la Pagerie. Die drei Herren haranguirten nun die auf dem Platze anwesenden Soldaten, forderten sie auf, ihren Kameraden zu rächen und sich keine weichliche Schwäche zu Schulden kommen zu lassen und stellten sich schließlich selbst an die Spitze eines Haufens, welcher die Restauration stürmte und in derselben Alles kurz und klein schlug. Der Wirth Thevenot wurde widerrechtlich arretirt und eine Stunde lang auf der Wache festgehalten. Derselbe strengte nun einen Prozeß an, der dieser Tage in Versailles zur Verhandlung kam und in welchem er einerseits Schadenersatz für seine zertrümmerten Mobilien im Werthe von 20,000 Francs und andererseits Satisfaction für sein verletztes Hausrecht und die Verletzung seiner persönlichen Freiheit verlangte. Dieser Prozeß, in welchem Jules Favre für die Eheleute Thevenot plaidirte, blieb aber erfolglos, da der Kriegsminister jede Beihilfe zur Untersuchung des Sachverhaltes verweigern ließ und die Offiziere und Soldaten mit der Immunität der Militär-Gerichtsbarkeit deckte. Das Versailler Tribunal wies, obwohl es die von der klagenden Partei vorgebrachten Thatsachen nicht entkräften konnte, die Klage zurück und verurtheilte Thevenot in die Kosten. Dieser Ausgang des Prozesses gibt nun zur bittersten Kritik gegen die Regierung Anlaß und dem glänzenden Plaidoyer Jules Favre's erst das rechte Relief.

Favre sagte unter Anderem, an eine Aeußerung des Grafen Tascher de la Pagerie anknüpfend, „in Afrika wäre das ganze Haus zerstört worden", mit gerechter Entrüstung: „Es ist nöthig, daß man in Afrika wie in Frankreich wisse, göttliche und menschliche Gesetze seien für uns Alle in gleicher Weise da und verlangten eine andere Aufführung. Wir haben nun die Aufklärung der schrecklichen Schwierigkeiten, welche unserer Colonisation in einem Lande entgegenstehen, wo derartige Dinge geschehen konnten." Jules Favre erhob sich mit großer Kraft gegen diese Attentate, welche das Heimwesen, die Würde und die Freiheit der Bürger der Laune von betrunkenen Soldaten und rohen Offizieren preisgeben. Wie ist es angesichts derartiger Anschuldigungen zu verstehen, daß französische Offiziere sich weigern, die Probe zu bestehen, welche geeignet wäre, sie in's Klare zu stellen? Aber diese Dinge begründet die Verletzung aller das Eigenthum und die Familie schützenden Gesetze; und sie werden Männern zur Last gelegt, welche die Epauletten tragen, welche das Recht haben, zu befehlen, und denen gerade deshalb mehr als allen Anderen Mäßigung geboten ist; wenn die Sache sich bestätigt, so darf die Justiz ähnliche Ausschreitungen nicht unter den Scheffel stellen; das gesellschaftliche wie das Privat-Interesse, die öffentliche Ruhe, die Majestät der Gesetze begehren, daß diese Dinge untersucht werden. Die Justiz wird so sagen, wenn derartige Ungeheuerlichkeiten möglich sind, wenn Oberoffiziere das Recht der Injurie haben, wenn unsere Häuser, wenn unsere Wohnungen ihnen angehören, „wenn all das die Frucht der Bildung und der militärischen Sitten ist, wenn wir uns beugen müssen. Was mich anbelangt," ruft Jules Favre aus, „so erkläre ich, wenn ähnliche Dinge in meiner Wohnung vorgefallen wären, ich hätte mit blutiger Heftigkeit darauf geantwortet, und ich würde geglaubt haben, nichts weiter als mein Recht auszuüben."

Nichtpolitische Zeitung.

[Noth in Finnland.] Nicht allein in Ostpreußen und Norrland hat der gegenwärtige Winter schwere Nothstände gebracht, auch in Finnland hat das Elend einen hohen Grad erreicht. Einem Kopenhagener Blatte wird darüber aus Abo Folgendes geschrieben: „Finnland ist seit einer Reihe von Jahren von Mißwachs heimgesucht gewesen, aber nie so furchtbar, wie in diesem Jahre. Viele in verschiedenen Gegenden des Landes ansässige Familien haben Haus und Hof verlassen müssen, um mit dem Bettelsack auf dem Rücken sich die Nothdurft des Lebens zu verschaffen, und es ist ein trostloser Anblick, diese von Kälte und Hunger abgemagerten Unglücklichen in ganzen Schaaren nach Kopenhagen kommen zu sehen, um Arbeit und Hülfe zu suchen, leider meistens, ohne dieselbe erhalten zu können. Der Hunger treibt diese Menschen, Alles zu essen, Küchenabfälle, Rinde und Moos, und gibt man ihnen einmal ein Stück Brod, so brechen sie in endlose Danksagungen aus. Hier in der Stadt ist das Möglichste gethan worden, um die Noth zu lindern, jetzt sind aber alle Hülfsquellen erschöpft, und wir würden selbst in eine solche Lage kommen, wenn wir unsere geringen Vorräthe nicht zu Rathe hielten. In Schweden hat man genug zu thun, den Norrländern zu helfen, und in Rußland kümmert man sich nicht um uns. Was das Elend noch erhöht, ist der hiesige strenge Winter; wir hatten in der letzteren Zeit 30 bis 35 Grad Kälte und viel Schnee, so daß viele der unglücklichen Landbewohner umgekommen sind. Eine jede, auch die kleinste Hülfe würde uns lieb sein."

sträuche nicht finden, die er Philippinen zu geben hat, und als er sie nach peinlich langem Herumtappen in der Hand hatte, überreichte er sie der Begleiterin statt Philippinen. Der Anfang der Lustigkeit war schon gemacht, und als im dritten Akte Ferdinand seinen Vater anfleht, ihm die Welserin zum Weibe zu geben, umfaßte der Aermste statt der Knie seines Vaters, die Beine des Sessels, auf welchem dieser saß. Im Abgehen warf er noch ein Paar Stühle um und verirrte sich, statt zur Thüre, zu einem Fenster, durch das er seinen Abgang nehmen wollte. Jetzt war aber die Geduld des Publikums erschöpft, in das nicht mehr zu haltende Lachen mischte sich Zischen und Pfeifen. Still und ruhig wie immer kleidete er sich nach dieser schlimmen Affaire aus und an, sprach mit Niemanden ein Wort und ging seines Weges. Ich wohnte im selben Hause mit ihm, und als ich gegen 11 Uhr Abends nach Hause kam, sah ich noch Licht an seinem Fenster und dachte so bei mir: wie wird's denn Dem zu Muthe sein? Trost ihm einsprechen konnte ich nicht, denn jede Annäherung hatte er fest zurückgewiesen. Ich legte mich ruhig zu Bette, da wurde ich plötzlich aus dem ersten Schlafe durch einen in der Nähe fallenden Schuß aufgeschreckt, springe auf und meinem ersten Gedanken nach eilte ich in das Zimmer des kurzsichtigen Mimen. Da liegt der Unglückliche, die Brust von dem tödtlichen Blei getroffen, in seinem Blute, die Pistole neben ihm. Rasch hatte sich der Todesengel herabgesenkt und das junge Leben war entflohen. — — —

Drei Tage später begruben wir ihn unter sichtlicher Theilnahme der Bevölkerung, und die echt christlichen Worte des begleitenden protestantischen Pfarrers haben manchem Auge Thränen der Rührung und des Mitleids entlockt.

Seine Hinterlassenschaft bestand aus wenigen Kleidungsstücken ohne jeglichen Werth, und da keine Verwandten sich meldeten, so erfüllten wir die letzte kollegiale Pflicht und sorgten für ein würdiges Begräbniß. Später schrieb eine Schwester aus Wien, dankte für die Theilnahme und erbot sich, allenfallsige Schulden zu decken. Dieser Brief war unterschrieben — Mathilde Rueff, die nachherige Gräfin Chorinsky, welche ebenfalls eines gewaltsamen Todes gestorben, nur daß sie von der Hand eines Anderen den Giftbecher erhält, während ihr armer Bruder selbst seinem Leben ein Ende gemacht hat.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 34-35.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 4. Februar 1868.

Die strategischen Gesichtspunkte des neuen bayerischen Eisenbahnnetzes.

München, 2. Februar.

Bei Feststellung des bayerischen Eisenbahnnetzes mußte neben den wirthschaftlichen Interessen auch die Vertheidigung des Landes beachtet werden. Wenn auch an der Hand der bisherigen Erfahrung behauptet werden darf, daß die großen Verkehrswege des Handels auch den strategischen Anforderungen entsprachen, und allenthalben die Handels- und Heerstraßen beiden Zwecken dienten, so ist doch zu beachten, daß die Eisenbahnen ein neues Moment auch in der Strategie bilden und die Eigenthümlichkeiten und Schwierigkeiten der Massentransporte mit Eisenbahnen stellen gewisse Anforderungen an die Tracirung der einzelnen Linien, an die Einrichtungen der Bahnhöfe und des Transportmaterials, welche einen bestimmenden Einfluß üben müssen. Fällt auch ein großer Theil der hier angedeuteten Gesichtspunkte der Ausführung anheim, so wird sich doch die Nothwendigkeit nicht in Abrede stellen lassen, daß wenigstens bei der Richtung der einzelnen Bahnlinien und bei Bestimmung ihrer Priorität die militärischen Bedürfnisse von Einfluß sein müssen. Vom militärischen Standpunkte aus wird ein großes Gewicht gelegt werden müssen auf die Herstellung der sogenannten Wernlinie, einer Bahn von Schweinfurt nach Gemünden. Sie wird nicht nur die Linie Bamberg-Aschaffenburg um ca. 8 Stunden kürzen, sondern zugleich eine Verbindung zwischen Nürnberg-Bayreuth und Bamberg mit Aschaffenburg und dem Rheine herstellen, welche für etwaige Aufstellung an dem Rheine von der größten Bedeutung ist.

Nicht minder würde eine solche Linie für die rein westliche Richtung von Hof und beziehungsweise Eger und Prag nach Frankfurt und den Mittelrhein bedeutsam werden, und die Schwierigkeiten des Knotenpunktes Würzburg für den Betrieb wesentlich mindern. Es konnten jedoch die für Aufnahme dieser Linien nöthigen Vorarbeiten nicht mehr beschafft werden, weßhalb sich zur Zeit darauf beschränkt werden muß, dieselbe in das Bahnnetz unter dem Vorbehalte einzustellen, die Ausführung derselben, sobald dies die Umstände gestatten, in geeigneter Weise anzustreben. Diese Einstellung ist um so bedenklicher, als die Ausführbarkeit der Linie konstatirt ist, wenn auch verlässige Anhaltspunkte über den muthmaßlichen Kostenbetrag zur Zeit noch gänzlich fehlen.

In gleicher Weise dringlich ist die Verbindung der Nürnberg-Würzburger und Ansbach-Würzburger Bahn etwa in der Richtung von Seehof nach Marktbreit oder Mainbernheim und Obernbreit. Durch eine solche Verbindung würde eine neue Linie zwischen Nürnberg und Heidelberg gewonnen, der Bahnhof Würzburg entlastet und eine Transversale Schweinfurt-Ansbach geschaffen, welche den Weg nach Meiningen kürzen würde. Aber auch für den Güterverkehr zwischen Würzburg und Nürnberg würde eine derartige Verbindungsbahn von hervorragender Bedeutung, indem sie es zuließe, die täglich sich mehrenden Massentransporte in jener Richtung von der mit höchst nachtheiligen Steigungen beschwerten Linie Kitzingen-Würzburg wegzuleiten. Auch bezüglich dieser Verbindungsbahn sind die nothwendigen technischen Erhebungen noch zu machen.

Schließlich muß noch der Verbindung des Lechfeldes mit dem Bahnnetze Erwähnung geschehen. Da letzteres nicht nur schon jetzt die Bedeutung eines großartigen Artillerieetablissements erreicht hat, sondern voraussichtlich bleibend einen Konzentrirungspunkt des bayerischen Heeres oder größerer Korps desselben sowohl zu den jährlichen ausgedehnten Truppenübungen als auch und insbesondere in Kriegszeiten bilden wird, demselben aber zur Zeit noch jede direkte Bahnverbindung mangelt, und die nächstgelegenen Stationen für größere Transporte nicht eingerichtet sind, so ist nicht nur die Art der Verbindung dieses Platzes mit den nahen Bahnlinien Augsburg-Lindau und München-Buchloe zur Lösung zu bringen; es sind auch die hiedurch bedingten Einrichtungen an bereits bestehenden Bahnen und an solchen, welche demnächst zur Ausführung gebracht werden sollen, in's Auge zu fassen. Es wurde deßhalb auch diese Bahnverbindung in's Eisenbahnnetz aufgenommen, vorbehaltlich der weiteren Feststellungen über den Kostenbetrag und muß sich die Staatsregierung vorbehalten, bezüglich der drei letztgenannten Bahnverbindungen gesonderte Vorschläge der verfassungsmäßigen Mitwirkung des Landtages zu unterbreiten, sobald hiefür die unerläßlichen Voraussetzungen erfüllt sein werden.

Adalbert Stifter.

Adalbert Stifter ist todt.

Durch den verschneiten Hochwald rauscht leises Klagen um den gestorbenen Dichter; er kannte und liebte den Wald wie Wenige. Jeder Baum, jeder Strauch, jedes Kreut am Wege waren ihm gute Freunde, mit denen er in einsamen Stunden unhörbare Gespräche führte, um dann den Menschen draußen in der großen lärmenden Welt, in den staubigen Stra en der Städte, wo kein kühlender Buchenschatten den Wanderer umfängt und keine stolze Tanne ihre harzduftenden Nadeln auf den Pfad streut, von der lieblichen Stille, den verborgenen Schönheiten des Waldes zu erzählen. Wäre er im Frühlinge gestorben, Waldblumen hätte man auf seinen Sarg streuen müssen, Boten von den Höhen, letzte Grüße seines Lieblings.

Wer den Wald und die Einsamkeit liebt, wird leicht scheu und schüchtern. Adalbert Stifter war eine durchaus zaghafte Natur. In seiner Jugend hatte er viele Gedichte geschrieben, die niemals gedruckt wurden; auch mit den Blüthen seiner Mannesjahre wagte er sich nur langsam und von Freunden gedrängt hervor. Als die ersten Erzählungen aus seiner Feder erschienen, überschüttete man ihn mit Beifall. Sie waren auch wunderbar fein und liebenswürdig gearbeitet, diese bescheiden von ihm so genannten „Studien"! In edler Sprache brachten sie die liebevollsten Detail-Schilderungen der Natur, die man bisher gelesen; der Maler und der Dichter reichten sich in Stifter die Hand, um harmonische Bilder zu entwerfen. Er war ein Landschaftsmaler mit der Feder.

Dunkel erinnere ich mich noch aus meiner Knabenzeit, mit welcher Andacht ich, in einem stillen Winkel verborgen, die „Studien" las, von denen alle Menschen sprachen, die in unserem Hause aus- und eingingen. Manches verstand ich wohl nicht recht, aber der Eindruck war so tief und nachhaltig, daß ich mir ihn heute noch vergegenwärtigen kann. Was ich las, das sah ich. Der „Hochwald" stieg vor meinem Blicke auf, daß ich die Bäume zählen zu können meinte, ich zitterte und fühlte Schwindel, als der „Condor" immer höher und höher schwebte und die Erde weiter und weiter zurückwich; ich fürchtete mich vor den Bewohnern der „Narrenburg" und weinte über den unglücklichen „Abdias", am meisten darüber, daß er seinen treuen Hund erschießt. Aber nicht nur der Seele des Knaben prägten sich diese Bilder unauslöschlich ein, alle Welt war von Stifter hingerissen und pries seine Vorzüge; seine „Studien" lagen auf jedem Tische, sie bildeten den Unterhaltungsstoff der geistig hervorragenden Kreise.

Als Stifter auftrat, war er ohne Frage der erste Novellist in Oesterreich. Selbst heute, nach fünfundzwanzig Jahren, können wir wohl Einige an seine Seite, kaum Einen über ihn stellen. Dennoch hat man ihn vielleicht überschätzt, mußte ihn beinahe überschätzen. Bedenken wir das Leben, die Verhältnisse in jenem alten Oesterreich, von denen uns Jüngere eine breite Kluft trennt. Der Geist war polizeiwidrig; ein scharfer Kopf das größte Hinderniß, Carrière zu machen, ja ein Unglück, dessen Folgen der Eigenthümer meist durch Auswanderung zuvorkam. Die fürsorgliche Gartenwirthschaft Metternich's duldete keine andere Blume, als höchstens die Poesie, und diese nur, wenn sie nicht gefährlich war. Politisch lebte man nicht, man konnte nur literarisch leben, nur in der Poesie beweisen, daß der deutsche Geist in Oesterreich nicht gestorben sei. Daher jener starke Idealismus, jene Gleichgiltigkeit gegen das wirkliche Leben bei unseren

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 1. Februar. [Preßprozeß.] Gestern fand auf dem hiesigen Rathhause öffentliche Verhandlung vor dem k. Kriminalgericht Stuttgart in der Klagsache der HH. O. Elben, Lang und Rommel, Redakteure des „Schwäb. Merkur“, gegen den Redakteur des „Beobachters“, Herrn Mayer, wegen mittelst der Presse (Beob. vom 10. Okt. 1867) verübter Ehrenkränkung statt. Die Kläger waren vertreten durch R. C. Steiner, der Beklagte war, von R. C. Becher begleitet, erschienen. Heute erfolgte die Eröffnung des Urtheils, durch welches Herr Mayer zu 8 Tagen Gefängniß, 30 fl. Geldbuße und in sämmtliche Kosten verurtheilt wurde.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 1. Februar. [Häuslicher Zwist unter den Feudalen.] Zur Abwechslung haben wir auch einmal von einem häuslichen Zwist im feudalen Lager zu berichten. Die „Zeidler'sche Korrespondenz,“ dasselbe offiziöse Blatt, das die ostpreußische Noth für eine Erfindung der Pferdehändler erklärte, ist ungehalten über die Herrenhäusler, die nicht da sind, und hält in ihrem Unwillen dem ganzen deutschen Adel eine donnernde Philippika. Sie schreibt Folgendes: „Der kürzlich ausgegebene Bericht der Matrikelkommission des Herrenhauses konstatirt die interessante Thatsache, daß von den sogenannten Reichsunmittelbaren, welche Mitglieder des Herrenhauses sind, nicht allein eine große Zahl durch ihre stete Abwesenheit glänzt, sondern daß auch einige, z. B. der Fürst zu Solms-Braunfels, der Fürst zu Thurn und Taxis und der Herzog Eugen von Württemberg, es noch gar nicht der Mühe für werth gehalten haben, ihren Platz im Herrenhause, welcher uns eine große Ehre zu sein scheint, überhaupt einzunehmen. Es ist dies ein neuer Beleg für die leider nur zu oft verkannte tiefgehende Differenz zwischen dem englischen und deutschen Adel, und ein schlagender Beweis, wie sehr sich diejenigen in Illusionen bringen, welche von einem aus derartigen Elementen zusammengesetzten norddeutschen Oberhause eine Kräftigung der norddeutschen Verfassung erwarten. Während der englische Adel seit undenklichen Zeiten seine Stellung hauptsächlich als ein öffentliches Amt betrachtet und behandelt und sein Vermögen, sowie seine persönliche Tüchtigkeit und Thätigkeit fast ausschließlich im öffentlichen Dienste verwendet hat, ist der hohe Adel Deutschlands in der Mehrzahl seiner Glieder dahin gelangt, in seiner Stellung nichts als eine politische Reminiscenz und Sinekure, ja vielfach sogar als einen Vorwand zu sehen, sich allen Staatspflichten so weit wie möglich zu entziehen. Ein solcher hoher Adel gehört aber nicht in ein norddeutsches Oberhaus, sondern in eine altdeutsche Rumpelkammer.“ Welch' eine Erleuchtung — ruft die „Frkf. Ztg.“ aus — ist plötzlich über Zeidler gekommen! Vielleicht kommt ihm noch einmal die Erleuchtung, wohin er selber eigentlich gehört!

Berlin, 1. Februar. [Entschädigung der depossedirten Fürsten.] Die „Köln. Ztg.“ schreibt: „Die heutige Annahme der Vorlage, betreffend die Entschädigung der depossedirten Fürsten, war vorausgesehen — aber sie erfolgte mit einer Majorität (254—113) welche die Vorberechnung überstieg. Das „Ja“ der gesammten Rechten, des altliberalen Centrums und aller hannoverischen, sowie auch einiger altpreußischen Mitglieder der nationalliberalen Fraktion war vorausgesehen, und damit schon wäre die Majorität eine nicht ganz geringe gewesen. Bei der heutigen Abstimmung aber stimmte, mit nur sehr wenigen Ausnahmen, die ganze Fraktion der Nationalliberalen für die Annahme. Aus der Ueberzeugungskraft der anderweiten, vom Ministertische vorgebrachten Gründe wird diese Abstimmung schwerlich erklärt werden können; nach den Schlußsätzen der Rede Twesten's könnte es scheinen, daß die vom Grafen Bismarck gestellte Kabinetsfrage*) für einen Theil der Mitglieder den Ausschlag gegeben habe. Wie dem nun auch sein möge, die sachlich besseren Gründe waren diesmal gewiß nicht auf der Seite der Majorität und die nationalliberale Fraktion mag sich freuen, daß die Neuwahlen noch so weit entfernt sind! Die Fraktion wird sich sehr zusammenzunehmen haben, wenn sie noch verhüten will, daß es am Schlusse der gegenwärtigen Legislatur-Periode ihr so ergehe, wie den Altliberalen nach der Auflösung von 1862.

Ueber diese Abstimmung kann sich sogar der + Korrespondent nicht enthalten, zu sagen: „Vielleicht hätte Graf Bismarck, um die Annahme zu bewirken, nicht einmal eine Kabinetsfrage zu stellen gebraucht. Die Kammer stand, wie Twesten sagte, unter dem Drucke der vollendeten Thatsache, aber daß diese in solchen Verhältnissen geschaffen werden konnte, beweist, wie unsere konstitutionelle Entwicklung noch manche Kämpfe zu bestehen haben wird, bis sie dem Geiste der Verfassung entspricht. Insofern war sogar manches Wort, das von den Reihen der äußersten Linken her vernommen wurde, sicherlich nicht unbegründet. Die Fortschrittspartei hatte in dieser Frage eine günstige Stellung, die sie zu verwerthen wußte.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Febr. [Die Minister und die Preßfreiheit.] Ueber den Besuch des Vorstandes des Wiener Journalisten-Schriftstellervereins bei den Ministern berichten die Blätter noch einige nicht uninteressante Einzelheiten.

Frhr. v. Beust äußerte u. A.: Wir haben endlich eine Basis gefunden, von der ich glaube, daß sie Alle vereinen und zu dem ersehnten Ziele führen wird. Ich für meinen Theil, seien Sie überzeugt, werde dem betretenen Wege treu bleiben. Der Freiheit der Presse, deren Schutz sie mir empfehlen, bin ich aufrichtig zugethan, nicht wie Jene, welche sie dermalen eben nur für unvermeidlich hal-

*) Bismarck sagte: „Will das Haus die Verträge verwerfen, so thue es dies offen: es werde die Minister konstitutioneller finden, als es vielleicht glaubt“ — d. h. die Minister werden abtreten. — Der Zudrang zu dieser Kammerberathung soll ungeheuer gewesen sein. Der Bericht darüber füllt neun enggedruckte Spalten der „Köln. Ztg.“

Poeten und der kleinen Anzahl Derer, die sie verstanden und würdigten, daher die begeisterte Aufnahme der „Studien“. Stifter begnügte sich nicht, ideale Menschen im wirklichen Leben zu schildern, nein, er schuf für alle seine Gestalten ein ideales, ausnahmsweises, seltsames Leben, ein Dasein, wie es nicht vorkommt, nicht vorkommen kann. Nicht nur weil er meisterhaft zu schildern wußte, sondern auch weil die Art seiner Schilderungen einer bestimmten Richtung der Gemüther entgegenkam, ward er gepriesen und gelobt. Den eigentlichen Grund dieses übertriebenen Idealismus sah man nicht. Er lag in den „Studien“ zwar noch als verborgener Keim, aber er war schon da. Wenn man sie prüfend wieder liest, fühlt man deutlich, wie Stifter schon damals die Natur in erster Linie liebte und behandelte, wie er die Menschen allmälig zur Staffage herabdrängte und von Erzählung zu Erzählung kälter, leidenschaftsloser und blutleerer gestaltete. Nach und nach bildete sich bei ihm der Gedanke aus, der Mensch in seiner sterblichen Natürlichkeit, mit seinen Fehlern und Leidenschaften sei künstlerisch nicht verwendbar, er sei unschön und unanständig. Ein einzigesmal zeichnete er starke Empfindungen, heftige Gefühle, aber die Menschen, in denen sie leben, wohnen — in der „Narrenburg“. Sonst saß er, wie Göthe's Fischer, „kühl bis ans Herz hinan“, am Ufer des Lebensstromes, und die schöne Meerfrau stieg nicht empor, um ihn zu umfassen und in die Tiefe zu ziehen.

Die Meerfrau! Liegt hier nicht die Ursache, warum Stifter in seinen späteren Werken so sonderbare Kunstmenschen erfand? Schon in den „Studien“ sind die Frauen unsicher und seltsam gezeichnet, die schwächste Seite der Erzählungen. Stifter war eine ruhige, leidenschaftslose Natur, er hat die Frauen schwerlich genau gekannt. „Die Weiber sind nicht für den Himmel geschaffen,“ sagt im „Condor“ der alte Luftschiffer zu der Dame, als sie bebend in die Tiefe blickt. Das Wort ist nicht blos buchstäblich zu nehmen, es hatte in Stifter's Mund einen weiteren Sinn. Er zeichnete nur Frauen von fader, langweiliger Tugend oder hinfälliger Schwäche, so kannte, so beurtheilte er sie, und darum sagte er, sie seien nicht für den Himmel geschaffen. Ich meine, den Himmel habe der erste glücklich Liebende erfunden, als er das Weib seiner Wahl umarmte, und sein verschmähter Nebenbuhler ersann im gleichen Augenblicke die Hölle; die Liebe dachte den Dualismus der Geisterwelt aus.

Stifter nahm das Leben gelassener und gestaltete seine Menschen, je älter er ward, immer mehr den Bäumen ähnlich. Freundlich, mild und schattenspendend wie diese sollten sie sein, den Thau der Wolken trinken, blühen und Frucht tragen, aber wie sie keine Sehnsucht, keinen Schmerz und keine Leidenschaft kennen. Er vollzog an seinen edlen und guten Männern und Frauen eine poetische Transfusion, ließ ihr heißes Lebensblut ausströmen und flößte ihnen Birkensaft, frisch vom Walde geholt, in die Adern. Wie viel zu dieser Operation die eigenthümliche Anlage seines Charakters beitrug, wie viel man auf Rechnung eines bewußten, absichtlichen Widerstandes gegen die moderne französische Literatur und ihren sinnlichen Grundzug setzen darf, ist heute schwer zu sagen. Aber ich weiß, daß Stifter wiederholt gegen Freunde und Bekannte den Grundsatz vertheidigte, es sei eine Pflicht des deutschen Schriftstellers, dem verderblichen Einflusse der französischen Literatur durch reine, sittliche Werke entgegenzuwirken.

(Schluß folgt.)

ten, sondern aus innerer Sympathie und weil ich ja früher in Dresden selber zuweilen ein wenig in dieser Richtung thätig war. Minister Dr. Herbst: In der Praxis der Preßgesetzgebung seien große Fehler begangen worden, die er nicht zu verantworten habe. Nun sei der Zeitpunkt eingetreten, in welchem für die Freiheit der Presse eine feste Basis geschaffen werden müsse, und dazu führe nicht ein neues Preßgesetz allein, sondern auch die Reform des Strafrechts und der Strafprozeßordnung sei dazu nothwendig. Für seinen Theil könne er nur versichern, daß er seine ganze Kraft und seinen ganzen Einfluß anwenden werde, um jene Reformen überhaupt, speziell aber die Reform der gesetzlichen Preßverhältnisse rasch und energisch durchzuführen. Er habe das Prinzip der Preßfreiheit stets hochgehalten und seine Anschauungen in dieser Richtung seien stets die nämlichen geblieben. So lange er an der Spitze des Justizministeriums stehe, werde darum auch niemals und unter keinerlei Umständen ein tendenziöses Vorgehen gegen die Presse erfolgen. Den Minister Dr. Berger traf der Vorstand der Concordia zufällig im Wartesaale des auswärtigen Amts; derselbe nahm ohne weitere Förmlichkeit hier die Begrüßung der Vertreter der Journalisten entgegen, bei denen er sich als alter Bekannter jede weitere Strapaze im Frack verbat. Auch die Minister Graf Taaffe und Graf Potocki nahmen heute die Begrüßung des Journalistenvereins entgegen. Ersterer erwiderte mit dem Ausdrucke der Hoffnung, daß nun endlich die Basis gefunden sei, die man 20 Jahre lang gesucht habe, und mit der Versicherung, daß das Ministerium streng konstitutionell vorgehen und die Freiheit der Presse, auf deren Unterstützung das konstitutionelle Ministerium zähle, achten werde. Beim Ministerpräsidenten Fürst Auersperg, welchen der Vorstand nicht in seinem Hotel traf, wurden die Karten abgegeben.

—[„Gemeinsamer Minister."] Die Herren Magyaren sind kuriose Käuze und stellen die Geduld der übrigen Oesterreicher auf eine harte Probe. So stoßen sie sich jetzt an dem Titel „Reichsminister" für die Minister der den österreichischen Ländern diesseits und jenseits der Leitha gemeinsamen Angelegenheiten! Sie wollen dafür „gemeinsamer Minister" gesetzt wissen. Nicht übel bemerkt zu dieser neuesten ungarischen Kinderei ein Korresp. der „A. Z.":

Ein „gemeinsamer Minister!" Es ist etwas ungeschicktes an dem Ausdruck; denke man sich nur beispielsweise die Form: „Ich ernenne Sie zu meinem gemeinsamen Minister," und man wird es herausfühlen. Auch die Bezeichnung: „Minister für die gemeinsamen Angelegenheiten" klappt nicht recht; denn am Ende sind die ungarischen Minister ebenfalls Minister für gemeinsame Angelegenheiten, nämlich für die Ungarns, und ganz ebenso versehen diesseitige Minister das Gemeinsame der verschiedenen Länder des Reichsraths. Streng genommen also müßte es heißen: „Minister für die gemeinsamen Angelegenheiten der unter dem Scepter Sr. k. k. apostol. Majestät stehenden Länder dies- und jenseits der Leitha;" allein das wäre eine etwas zu lange Schleppe für den alltäglichen Gebrauch. Und warum sollte der bezeichnete Länderkomplex nicht ein „Reich" sein? Groß und stark genug ist er dazu; an den gesetzlich festgestellten Verhältnissen der Theile unter einander ändert ein Name nichts; „Reich" ist sogar vorzugsweise eine Benennung für ein verschiedenartig zusammengesetztes Ganzes. Man könnte die ungarischen Minister königlich, die für die Länder des Reichsraths kaiserlich, und die „gemeinsamen" Minister kaiserlich-königlich nennen; allein die Bezeichnung „k. k." ist schon längst in viel weiterem Umfang gebräuchlich. Auch liegt für das, was man königlich heißt, lediglich kein Beweggrund vor, sich an dem, was man kaiserlich nennt darum zu stoßen; der ungarische Theil der Firma hat lediglich kein Interesse, sich einen Compagnon wegzuwünschen, der für die gemeinsamen Lasten jährlich 70 Prozent einzahlt, und dabei nur 50 Prozent an Rechten genießt. Zu was also solche Silbenstechereien?

Ausland.

Frankreich. [Preßzustände.] Der „Frankf. Ztg." wird aus Paris geschrieben: Dem kaiserlichen Regime war es vorbehalten, einer Discussion über die Nützlichkeit der Preßfreiheit noch die Aufmerksamkeit des Publikums zuzuwenden. Neue Gründe waren freilich dafür nicht vorzubringen; den Reiz der Neuheit hat das Gesetz nur dadurch, daß es unter dem falschen Vorwand, die Preßfreiheit zu erweitern, die dabei zunächst Betheiligten zum Hüter gegen jeden unvorsichtigen Ausdruck bestellt, indem es die Drucker und Verleger mit unerschwinglichen Geldstrafen bedroht; was sie später zu erwarten haben, sollte der neueste Prozeß ihnen anschaulich machen. — Die „France" spielt in Bezug auf ihre Verurtheilung noch immer die Gekränkte; sie bemerkt heute, es werde ihr wohl erlaubt sein, zu konstatiren, daß die Discussion über das Preßgesetz begonnen und sie werde auch wohl hinzufügen dürfen, daß bisher nur Vertheidiger der Preßfreiheit aufgetreten; sie würde denselben gern ihren Dank aussprechen, wenn dies nicht gefährlich wäre. — Der „Temps" erklärt, daß er in Uebereinstimmung mit seinen Kollegen beschlossen habe, über die Kammerdebatten kein Wort mehr zu sagen; er gehorche damit einem Gebot der Nothwendigkeit, da er in einem Monat um hunderttausend Franken gestraft werden könnte, so daß er zu seinem Bedauern seine Pflicht als Publicist nicht erfüllen könne. Das „Journal de Paris" beschränkt sich auf den Abdruck des in Londoner Zeitungen enthaltenen Telegramms über die Kammerverhandlungen. Die „Debats" halten eine neue gesetzliche Bestimmung für nothwendig, daß es der französischen Presse gestattet sein solle, diejenigen Reden im Senat und gesetzgebenden Körper zu analysiren, welche Gegenstand der Diskussion in fremden Blättern geworden sind. Auch die Telegraphenbureaux sind durch das neuliche Urtheil eingeschüchtert und senden kein Resumé mehr nach den Departements. — Bei Gelegenheit der Debatte über das Preßgesetz bemerkt die „Liberté", daß mit Ausnahme des „Siècle", der seine Annoncen für 550,000 Fr. jährlich verpachtet habe und den „Debats", die 80 Fr. kosten, alle andere Zeitungen nur kümmerlich ihre Existenz fristen, und die „Liberté", obschon sie an Abonnentenzahl nur dem „Siècle" nachstehe und voriges Jahr 283,771 Fr. für Annoncen eingenommen, noch keineswegs ihre Ausgaben decke; sie fordert den Berichterstatter des gesetzgebenden Körpers auf, ihre Bücher einzusehen, um sich von der Wahrheit ihrer Angaben zu überzeugen.

Paris, 2. Febr. [Die Verhandlungen über das Preßgesetz] im gesetzgebenden Körper bieten, abgesehen von den allgemeinen politischen Gesichtspunkten, denen Thiers in glänzender Weise Stimme geliehen, die eigenthümliche Erscheinung, daß sich von zwei Seiten Widerspruch gegen den Entwurf der Regierung erhebt, während im Cabinette selbst nicht minder diese zwei Richtungen vertreten sind. Vorgestern stellte sich diese Sachlage recht schlagend heraus. Jules Favre rühmte zuerst den tapferen Widerstand der großen Blätter gegen eine Wirthschaft, welche Frankreich zu der Rolle einer Macht dritten Ranges gebracht habe. Diese Uebertreibung rief selbstverständlich einen jener Stürme hervor, zu denen sich von Zeit zu Zeit die satte Majorität zu erhitzen pflegt. Hierauf sprach Granier aus Cassagnac, der seine journalistische Laufbahn als Preßanwalt der Pflanzer auf den französischen Antillen begonnen und seitdem in den Phrasen eines fanatischen Gascogners fast das Unmögliche geleistet hat. Dieser Parteigänger der Gewalt findet den vorliegenden Entwurf unnütz, unzeitgemäß, ja, gefährlich und hält es für Pflicht, der Regierung über ihr thörichtes Beginnen den Kopf zurechtzusetzen: sie soll wenigstens warten, bis die Parteien sich beruhigt und abgerüstet haben, dann möge man das englische oder amerikanische System einführen, aber auch nur dann. Die äußerste Rechte und selbst ein Theil des rechten Centrums fand diese Ansichten so ausgezeichnet, daß wiederholt dem Redner stürmischer Beifall gezollt wurde. Dies wird allerdings diese Leute, denen des Kaisers Wille Befehl ist, nicht abhalten, schließlich für den Gesetzentwurf zu stimmen.

— [Ein Brief Viktor Hugo's an Garibaldi.] Viktor Hugo hat an Garibaldi, der ihn kürzlich in französischen Versen angesungen, folgenden auf hundert Meilen seinen Urheber verrathenden Brief gerichtet:

Hauteville-House, 23. Jan. 1868. Bürger Garibaldi! In dem Zelte des Achilles fand sich eine Leier, und eine Harfe in dem Zelte des Judas Makkabäus; Roland schrieb in Versen an Karl den Großen (!); Friedrich II. richtete Oden an Voltaire. Die Helden sind Dichter. Auch Sie beweisen das. Ich habe mit tiefer Erschütterung den herrlichen lyrischen Brief gelesen, welchen Sie mir schreiben, und in dem Sie der Seele Italiens die Sprache Frankreichs leihen. Derselbe Hauch der Gerechtigkeit und Freiheit, welcher Ihnen die großen Thaten eingibt, gibt Ihnen auch die großen Gedanken ein. Auf nächstens, berühmter Freund! Viktor Hugo.

Frankfurter Börse (26. Januar bis 1. Februar.)

1. Februar. Zwei Worte sind es „inhaltsschwer, sie gehen von Munde zu Munde", sie sind der ganze Text der Sirenengesänge, denen die Börse nicht widerstehen kann, und sie lauten: Friede und Geldüberfluss. Lange kämpfte das Misstrauen und vorsichtig setzte die Spekulation den Fuss ins Freie, aber endlich haben die zwei Worte Glauben gefunden und wir leben in Saus und Braus. Die gezogenen Kanonen werden von den Laffetten genommen und auf den vollen Geldbeutel hin werden Gelder nach Millionen ge- und verborgt. Die neuen Emissionen überstürzen sich förmlich und werden mit offenen

Armen aufgenommen. Die gleiche Strömung wird auch von London und Paris, von Berlin und Wien berichtet, sie gewinnt dadurch grössere Bedeutung, als wennwir allein uns auf eigene Faust vergnügen wollten. Unter den neuen Ankömmlingen wird die bevorstehende Emission der oberhessischen E.-B.-Aktien, die mit $3^1/_2$ pCt. garantirt sind, eine hervorragende Stellung beanspruchen. Auch soll eine finländische 6pCt. Anleihe zum Bau der Eisenbahn Helsingfors-Petersburg abgeschlossen sein. Wir gönnen den Hrn. Emittenten und dem Publikum, welches die neue Waare nimmt, ihre jetzige vertrauensvolle Zuversicht, möchten aber doch aufmerksam machen, dass Masshalten zu keiner Zeit eine schönere Tugend war als dermalen und dass es nicht das erste Mal ist, wo vereinzelte Sonnenblicke die Wetterpropheten irre führten. Die französische Anleihe trägt ein doppeltes Gesicht und dass Kriegsminister und Marschälle ihre wärmsten Fürsprecher sind, macht ihre Unschuld doch etwas verdächtig. Wir wünschen übrigens nichts lieber, als dass wir mit unsern Zweifeln entschiedenes Unrecht finden.

Die Börse beharrte auch in der abgelaufenen Woche in der seit Anfang des Jahres angenommenen festen Haltung. Die starke Ultimo-Liquidation (am 30.) ging bei sehr günstigem Geldstande leicht und flott von Statten; für Amerikaner und Kreditaktien zeigte sich einiger Stückmangel, während Staatsbahn und 1860er Loose zu besseren Bedingungen zu haben waren. — Oesterr. Fonds holten die Kurseinbusse, die sie gestern erlitten, heute wieder ein und schliessen eine Kleinigkeit über vorwöchentlicher Notiz; wesentlich höher sind auch 1864er Loose gegangen. Bei allem guten Willen, den man in Wien haben mag, ist die Aufgabe des cisleithanischen Finanzministers sicherlich keine beneidenswerthe; ihm liegt die Hauptsorge für den Dienst der österr. Staatsschuld ob und seine Herren Kollegen werden ihm deren Erfüllung nicht erleichtern. — In der neuen ungarischen E.-B.-Anleihe fanden heute hier Umsätze à $71^1/_2$ pCt. (in Franken à 28 kr.) statt. — Die Zeichnung auf die russischen Pfandbriefe ist brillant ausgefallen und an den meisten Orten der dafür bestimmte Betrag überzeichnet worden. In süddeutschen Fonds wenige Veränderung, badische Loose zu $98^1/_4$ vom Markt genommen, bis zur Ziehung (1. April) werden sie aller Wahrscheinlichkeit nach Pari erreicht haben.

Die Amerikaner, sonst das Lieblingskind, sind jetzt nicht mehr verhätschelt. Wer sie besitzt, dem ist es zu Muthe, als wenn Einer ein böses Gewissen hat, immer in Angst, dass so eine fatale Kabeldepesche wieder einen neuen Angriff auf Leben und Eigenthum bringe. So lange man sich drüben nicht entschliesst, rund heraus klar und bündig zu erklären, dass die Goldzahlung gesichert ist, so lange wird das alte Vertrauen nicht wiederkehren. Uebrigens ist nicht zu übersehen, dass das Goldagio in diesem Lande mit unermesslichen Hülfsquellen und Mitteln 40 pCt. Prämie ist, während es in Russland 15pCt., in Italien 22 pCt. und in Oesterreich nur 18 pCt. steht. Das alles auf den Rücken einer Goldclique abzuladen, wie es einige deutsch-amerikanische Blätter fortdauernd versuchen, heisst uns doch hier in Europa etwas über die Gebühr zum Besten haben. Der durchschnittliche Kurs hat Mühe gehabt, sich die Woche über auf 76 zu erhalten.

Der feste Ton für österr. Kreditaktien erhält und steigert sich, sie haben heute mit $187^1/_2$ den höchsten Kurs erreicht, den sie im vorigen Jahr an einem Tage (24. Juni) streiften. Auch von den Darmstädtern ist der Bann gewichen und wir begrüssen sie auf einem lang entbehrten Stand (218), der hoffentlich nur die Etappe zu einem höheren Ziele ist.

Von E.-B.-Aktien sind nur Staatsbahnen in spekulativem Verkehr und bleiben à la hausse, die übrigen stagnirend zu unveränderten Kursen; nur hessische Ludwigsbahn auf Berliner Impuls bis 2 pCt. höher. Der Dezemberausweis der bayer. Ostbahnen zeigt ein Plus von $14_{,7}$ pCt. gegen den gleichen Monat des Vorjahrs; dasselbe fällt fast ganz auf den Güterverkehr. Im ganzen Jahre stellt sich die Bruttoeinnahme um $13_{,8}$ pCt. höher als in 1866. Welcher Antheil bei Vervollständigung des bayer. Bahnnetzes auf die Ostbahnen treffen wird, steht noch nicht fest, hoffen wir, dass es kein unproduktiver sein werde. — Von Prioritäten die neuesten österr. Silberemissionen gefragt und etwas besser, italienische matt, eine kleine Steigerung von Livornesern brachte sofort Waare an Markt.

Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 31. Januar zeigt einen andauernden Rückgang des Geschäftsverkehrs. Von fremden Devisen behaupten sich London und Paris auf ihrem hohen Kurs; Wien bis $99^5/_8$ gegangen.

	27.	1.		27.	1.
5% Oestr. National	$53\frac{1}{4}$	$54\frac{3}{4}$	$3^1/_2$% Badische Obl.	$82\frac{7}{8}$ B	$83\frac{1}{4}$ B
5% do. Metal. (1859)	60	$60\frac{1}{2}$ B	4% Darmstädt. do.	$90\frac{1}{2}$ B	$90\frac{1}{2}$ B
do. (steuerfr.)	$48\frac{3}{4}$	$48\frac{1}{2}$	$4^1/_2$% Nassauer do.	$94\frac{1}{4}$ B	$94\frac{1}{4}$ B
5% do. Lose (1860)	$70\frac{1}{2}$	—	4% do. do.	$86\frac{1}{2}$ B	$86\frac{1}{2}$ B
— do. do. (1864)	79 B	80	$3^1/_2$% do. do.	$81\frac{1}{2}$	82 B
Oestr. Kreditl. (58)	$127\frac{1}{2}$	$128\frac{1}{2}$	4% Kurhess. do.	$90\frac{1}{2}$ B	$89\frac{3}{4}$ B
5% Bayer. Obligat.	$101\frac{1}{2}$ B	$101\frac{3}{4}$ B	$3^1/_2$% Frankf. do.	$82\frac{1}{2}$ B	$82\frac{1}{2}$ B
$4^1/_2$% do. do.	$94\frac{1}{2}$ B	$94\frac{1}{2}$ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	$88\frac{1}{2}$	—	6% Amerik. (1882)	$76\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{4}$
4% do. 100Thl.-L.	$99\frac{1}{2}$	100 B	Oestr. Kredit.	185	$186\frac{1}{2}$
$4^1/_2$% Würtemb. Obl.	94 B	$93\frac{1}{2}$ B	Oestr. Nat.-Bank	682	687
$3^1/_2$% do. do.	$81\frac{1}{2}$ B	82 B	Frankfurter do.	$126\frac{1}{2}$ B	$127\frac{1}{4}$ B
$4^1/_2$% Badische do.	$93\frac{1}{2}$ B	94 B	Bexbacher E.-B.	$157\frac{1}{2}$ B	157
4% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	$119\frac{1}{2}$ B	$119\frac{1}{2}$ B (Akt.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66^1/_4$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$6[illegible]-^1/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^3/_4$ P. $^1/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49^1/_4$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$41^1/_4$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^4/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jährl. dto.	94 P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$94^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	$85^5/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. $93^7/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	94 G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^7/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$85^3/_4$ P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	83 P. $82^3/_4$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$82^1/_2$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. z. 26	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^1/_2$ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	$77^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76 $^1/_8$—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$127^1/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	670 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	188—$87^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^1/_4$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	220—22 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitt-Deutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$332^1/_2$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	247—$46^1/_2$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$116^1/_4$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$99^1/_2$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^1/_2$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74^1/_4$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42^1/_4$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$119^7/_8$ P.
Bayer. Ostbahn mit 80 pCt. Einz.	—

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^5/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^3/_8$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^3/_8$ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$99^3/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$99^1/_4$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	133 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$61^1/_2$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	—
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$129^3/_4$ P.
„ do. v. 1864	$80^1/_2$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^3/_8$ P. $^5/_8$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_2$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_8$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53^1/_2$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
„ fl. 25 do.	$42^3/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38—$^1/_4$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$33^1/_8$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^1/_4$ G.

Frankfurt, 3. Februar. Der steigenden Tendenz wurde an heutiger Börse ein Halt geboten, da die Spekulation bedeutend realisirte. Oesterr. Creditaktien und Staatsbahnaktien wurden zu gestrigen Coursen gehandelt, englische Metalliques waren etwas matter. Das einzige Effekt, das höher bezahlt wurde, waren Steuerfreie, da die Creditanstalt den Rest, welchen das Consortium in Option hatte und nicht acceptirte, fest übernommen haben soll. Von deutschen Papieren waren Loose unverändert, $4^1/_2$ pCt. bayerische matter, da die Emission einer neuen Anleihe nicht mehr weit entfernt ist. Neue $4^1/_2$proc. Preußische wurden $95^3/_8$ bezahlt. Livorneser Prioritäten mehr gefragt. Amerikaner $^1/_8$ billiger abgegeben, ohne daß ein bestimmter Grund dafür anzugeben ist. Wechsel auf London, Paris und Wien gesucht und zu höheren Preisen vom Markte genommen. Von Bankaktien Darmstädter wiederum wesentlich höher. Ungarische Anleihe zu $71^1/_2$, russische Pfandbriefe zu 77 umgesetzt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 36. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Mittwoch, 5. Februar 1868.

Preßfreiheit.

Würzburg, 5. Februar.

Wir haben gestern kurz angedeutet, wie viel Pein das neu zu berathende Preßgesetz der französischen Regierung mache; sie muß über ihren Entwurf bittere und gefährliche Worte hören. In der alle vierzehn Tage erscheinenden „Plauderei“ des „Journal des Debats“ drückt sich Horace de Lagardie (Pseudonym einer geistreichen Schriftstellerin) folgendermaßen über die Preßfreiheit aus:

„. . . . Ihr greift die bildende und sittlichende Großmacht par excellence an, die man in einem freien Lande — dem von Euch bis zum Ueberdrusse citirten und gar nicht gekannten England — die vierte Staatsgewalt nennt. Nichts Geringeres als die Stimme der öffentlichen Meinung wollt Ihr ersticken, denn diese Federn, die Ihr mit Hindernissen beschwert, schreiben unter dem Dictat des allgemeinen Gewissens, die Schriftsteller, die Ihr unter steter Drohung beugt, sind die Sekretäre der Nation und tragen schließlich nur deren Urtheilsspruch in die Akten ein: sie würden es wenigstens, wenn Freiheit bestände. Vor der Freiheit — nicht vor einem schnell verschwindenden Freiheitsversuche, sondern vor der beständigen, ausdauernden Freiheit — würden alle jene kleinen Uebelstände, die Ihr allein seht, Ihr kurzsichtigen Politiker, verschwinden, und die französische Presse würde, wie die englische, ihre Rolle auszufüllen wissen. Ihre Rolle besteht nicht darin, Eure Rathschläge und Verwarnungen entgegenzunehmen, sondern ihre eigenen Euch zu ertheilen, Euch betreffenden Falls die Unterschleife, die Ränke, die Unfähigkeit anzuzeigen, die Ungeschicklichkeiten und die Gefahren Eurer Politik, wenn nöthig, Euch zu enthüllen, Eure Rechnungsablage zu verlangen und zu prüfen, im Namen des guten Geschmacks und der Sprache Eure anspruchsvollen oder geradezu lächerlichen Reden zu verhöhnen, Euch an Eure Verpflichtungen zu erinnern, Euch aufzumuntern, wenn Ihr Recht thut, Euch zu mahnen, wenn Ihr Euch verirrt: kurz, über Euch jene unausgesetzte strenge Controle auszuüben, die Ihr fortwährend über sie ausübt. Man ist nicht mehr in der Zeit, sich Komplimente zu machen, nicht wahr? Jetzt heißt es gerade heraus reden. Dies ist die Rolle der Presse in dem civilisirten Lande der Gegenwart, und die, welche solches nicht verstehen wollten, haben sich an der Presse zerschellt. Leset nur unsere Geschichte nach! Es gibt bei uns noch viele nicht sehr alte Leute, die eine tausendjährige Monarchie vor dem Rufe: „Es lebe die Preßfreiheit!“ in Trümmer stürzen sahen. Ihre Söhne sahen in wenigen Stunden ein Königthum verschwinden, weil es das Versammlungsrecht läugnete.“

Es bleibt eine denkwürdige Erscheinung, daß die großen Pariser Blätter gerade in demselben Augenblicke, wo es sich um ihr eigenes Wohl und Wehe, auf eine Reihe von Jahren vielleicht, handelt, über die Kammerverhandlungen zum Schweigen verurtheilt sind, da sie nicht täglich Gefahr laufen wollen, als „Parasiten“ zuchtpolizeilich behandelt zu werden. Doch entschädigen sich die Blätter reichlich dafür, indem sie ihr Augenmerk ganz aufs Land richten und demselben entwickeln, daß die Sache der Presse recht eigentlich eine Volkssache ist. „Was wir an Freiheit gewinnen, das wird das Land gewinnen; was wir verlieren, wird es verlieren!“ sagt das „Siecle“, um dann zu entwickeln, daß das Schweigen der Blätter kein bloßes Schmollen und kein Manöver sei, sondern durch die Rücksicht auf die Würde und Sicherheit der Journalistik geboten werde.

Das „Journal des Debats“ lenkt ferner die Aufmerksamkeit seiner Leser auf folgende Nachricht aus Wien: „Der General-Prokurator Hr Schmeidel hat kürzlich bei dem Justizminister angefragt, ob er eine Verfolgung gegen die Sonntags-Zeitung einleiten solle wegen eines sehr beleidigenden Artikels gegen den Minister selbst. Hr. Herbst hat geantwortet, daß, weil der Artikel gegen ihn persönlich gerichtet wäre, man denselben nicht verfolgen müsse.“ Sehr löblich, daß ein Minister gegen Angriffe der Presse sich unempfindlich zeigt. Das fühlt namentlich auch Graf Bismarck, der zu versichern pflegt, er sei gegen Druckerschwärze gefeit! Den besten Beweis dieser seiner Gesinnung würde er übrigens geben, wenn er consequenter Weise seinen Kollegen, den Justizminister, in Kenntniß setzte, wie es durchaus nicht seinen Ansichten und Wünschen entspreche, daß jährlich die Staatsanwaltschaft einige Hundert Preßprozesse anstrenge wegen angeblicher Beleidigung des Grafen Bismarck.

Süddeutschland.

Bayern. München, 3. Febr. [Verwaltungsgerichtshof.] Die „Hoffm. Korr.“ schreibt: Mit gespannter Aufmerksamkeit sieht man der Fortsetzung der Ausschußberathungen über den Verwaltungsgerichtshof

---

Adalbert Stifter.

(Schluß.)

In den „Studien“ waren alle diese Schwächen nur in leisen Spuren angedeutet; der Dichter war noch jung und die Jugend wollte ihr Recht. In den „Bunten Steinen“ traten sie deutlicher und störender hervor. Prachtvolle Naturschilderungen, manchmal selbst jene der „Studien“ übertreffend, wahre Muster der poetischen Landschaftsbeschreibung, die oft siegreich mit Jean Paul wetteiferten, bot der Dichter allerdings, aber die Menschen, die doch seine Hauptaufgabe sein sollten, verschwanden beinahe, sie waren ihm Nebensache geworden. Der Zeit dagegen galt der Mensch und sein Recht Alles, sie hatte sich in wenigen Jahren furchtbar verändert. Stifter verstand sie nicht, wollte sie nicht verstehen. Er ging still und ungestört seines Weges, aber die Leser folgten nicht mehr willig. Ein neues Geschlecht drängte sich heran, kampfbereit, mit scharfgeschliffenen, nicht selten vergifteten Waffen, hastig vorwärtsstürmend, unbekümmert um die Vergangenheit. Stifter spann seine Wald-Idylle fort, während draußen der Sturm über die Erde fegte und der Welt eine andere Gestalt gab. Als Stifter wieder einmal heraustrat, fand er sie fremd und verwandelt, ein literarischer Epimenides. Und die Menge, die ihn früher hoch verehrt, wollte kaum mehr auf ihn hören, sie ward ungerecht, wie sie gegen Alles ist, was nicht mit dem Zeitstrome schwimmt.

In diese Stimmung, in eine Periode, wo Stifter's wohlverdienter Ruhm bereits arg angefeindet ward, fiel sein „Nachsommer“. Hatte der Dichter, als er diesen Titel wählte, eine dunkle Ahnung, daß er dadurch das Verhältniß seines neuen Buches zu den „Studien“ wunderbar charakterisirte? Es war der erste größere Roman, den er schrieb, aber leider vollständiger Nachsommer. In seinen Novellen grünte und rauschte der Wald, murmelten die Quellen, sangen die Vögel, die Natur war frisch und maienhaft; der Roman glich einer Herbstlandschaft mit trauernden Bäumen, die das welkende Laub zur Erde schütteln, mit matten Sonnenstrahlen, die auf den abgemähten blumenlosen Wiesen nur noch die Zeitlose hervorlocken. Stifter versuchte es zwar, ein neues Feld zu betreten, er übertrug die Miniatur-Malerei der Natur, die ihm so trefflich geglückt, auf die Menschen, aber nicht auf ihre Seele, sondern ihre Aeußerlichkeiten. Wenn nur die kleinen Details der Menschen so anziehend wären, wie jene der Natur! Sie können es sein, wenn der Humor sein strahlenbrechendes Prisma zwischen die Dinge und den Leser schiebt und den unscheinbarsten Lichtblick in den sieben Farben des Regenbogens schillern läßt. Aber Stifter besaß keinen Humor, er behandelte die Kleinigkeiten seiner Figuren mit bitterem Ernste und ward kleinlich, weil er nicht in die Seele des Menschen hinabstieg, sondern blos über die Oberfläche streifte. Er fürchtete sich vor den Tiefen des Menschenherzens, weil es da nicht fein glatt und säuberlich aussieht.

Jahre vergingen. Man hörte wenig von Stifter, sprach auch nicht mehr viel von ihm, und die „Studien“ wurden nur noch von einzelnen Liebhabern gelesen, die ihren hohen Werth zu würdigen wußten. Fragte man nach Stifter, so hieß es, er sammle sich, er wolle seine ganze Kraft zu einem großen Roman aufbieten und mache fleißige Studien über altböhmische Culturgeschichte. Ein altes Blumenmärchen erzählt, daß die Pflanzen, die aus fernen Gegenden stammen, sich vor dem Verwelken gegen ihre Heimath wenden. Auch die

entgegen, denn es wird sich nunmehr bald zeigen, ob eine Verständigung zwischen Ausschuß und Regierung zu Stande kommt. Zur Zeit ist der Kardinal-Differenzpunkt über die Kompetenzsphäre noch nicht ausgeglichen, indem bekanntlich die Regierung dem Gerichtshofe nur Beschwerden gegen Entscheidungen der Verwaltungsbehörden zuweisen will, während der Ausschuß demselben auch Beschwerden gegen Anordnungen und Verfügungen der Administrativorgane wegen Verfassungs- und anderer Gesetzesverletzungen zur Entscheidung anheimzugeben beabsichtigt. Sind wir recht unterrichtet, so wird die Regierung an ihrem Standpunkte festhalten und wir müssen uns aus sachlichen Gründen mit dieser Auffassung einverstanden erklären. Die Regierungsgewalt hat dieselbe Berechtigung zu einer ungeschmälerten Existenz, wie die Jurisdiktion der Gerichte, sie muß bezüglich ihrer anordnenden und vollziehenden Thätigkeit innerhalb der gesetzlichen Schranken freien Spielraum haben, wenn sie die ihr gesetzte Aufgabe — nämlich Sicherung und Beförderung des allgemeinen Wohles — lösen soll. Jede Beschränkung in dieser Richtung wird nicht verfehlen, eine Lähmung jener Thätigkeit herbeizuführen. Das aber wollen wir nicht. Denn wir wollen ebenso eine gerechte, als eine starke Regierung!

Wer freilich das Wort „Verwaltung“ gleichbedeutend mit „Willkühr“ hinstellt, wer der Verwaltung die Tendenz, Gutes zu wirken, abspricht, wie dies einem Korrespondenten der „Augsburger Postzeitung“ aus Unterfranken beliebt, mit dem ist vernünftigerweise nicht zu streiten. Und eigenthümlicherweise plaidirt gerade dieser Korrespondent trotz seiner Extravaganzen und wider seinen eigenen Willen für unsere Anschauung. Er bemerkt nämlich, daß, wie man der ehemaligen Polizei-Willkühr durch das Polizeistrafgesetzbuch gebührende Schranken gezogen habe, man nunmehr auch die Verwaltungswillkühr beschränken solle. Man hat ja den Polizeibehörden lediglich die Entscheidung über Polizeiübertretungen abgenommen und ihnen die gesammte polizeiliche Thätigkeit belassen. Dasselbe bezielt jetzt auf dem Gebiete der übrigen Verwaltung die Staatsregierung selbst. Alle Entscheidungen in Verwaltungssachen will sie in letzter Instanz der Judikatur eines eigenen Gerichtshofes überweisen, dagegen soll den Administrativbehörden die reine Verwaltungsthätigkeit ungeschmälert verbleiben.

Was aber die vielfach behauptete Willkühr der Verwaltungsbehörden anlangt, so möchten wir doch einige Fragen aufwerfen: „Sind denn die Verwaltungsbehörden nicht gerade so, wie die Gerichte, an die bestehenden Gesetze und sonstige Normen gebunden? Steht nicht dort wie hier dem Betheiligten in jedem Falle das Recht der Beschwerdeführung an die vorgesetzten Stellen offen? und ist denn in der That, wie man meinen sollte, Bayern das Land, wo jede gegründete Beschwerde an dem volksfeindlichen Absolutismus der Oberen abprallt, so daß man zu dem noch in keinem andern Lande versuchten extremen Mittel schreiten müßte, die Regierung unter eine besondere Judikatur zu stellen? Was berechtigt denn vollends zu der Annahme, daß bei einem unverantwortlichen Verwaltungsgerichtshofe, der unter dem Ministerium steht, eine größere Garantie für die Wahrung der Volksrechte zu suchen wäre, als in der konstitutionellen Verantwortlichkeit der Minister und der eventuellen Beschwerde beim Staatsrathe? Wir leben doch auch im Volke und verschließen unsere Augen den berechtigten Bedürfnissen der Zeit nicht. Aber ein Bedürfniß, die Verwaltung in der oben angedeuteten Weise unter die Kontrole eines Gerichtshofes zu stellen, vermögen wir nicht zu erkennen; wir würden diese Maßnahme sogar für schädlich halten und schließen mit ähnlichen Worten, wie der Korrespondent der „Postzeitung,“ nur im entgegengesetzten Sinne: „Lieber keinen Verwaltungsgerichtshof, als einen solchen, der die Verwaltungsthätigkeit in unberechtigter Weise lahm legt!“

Großherzoglh. Baden. Karlsruhe, 3. Februar. [Zur Zollparlamentswahl.] Dem „Frkf. Journ.“ schreibt man: Gestern fand dahier unter dem Vorsitze des Oberbürgermeisters Malsch eine allgemeine Versammlung wegen der Wahl zum Zollparlament statt. Nachdem für den Wahlkreis Karlsruhe (Stadt und Amt)-Bruchsal schon mehre Vorbesprechungen stattgefunden, handelte es sich heute um Aufstellung eines bestimmten Candidaten jener Partei, welche der Mehrheit der zweiten badischen Kammer entspricht. Als solcher wurde denn auch in erster Linie Bankier Eduard Kölle von hier, Abgeordneter für Karlsruhe zur zweiten Kammer, ernannt. Herr Kölle hatte zuvor schon seine Bereitwilligkeit zur Annahme einer Wahl ausgedrückt und zur Feststellung seines Standpunktes in politischer und volkswirthschaftlicher Beziehung auf sein Verhalten als Abgeordneter in der zweiten Kammer kurz hingewiesen. Die Abgeordneten Kusel und Kiefer unterstützten die Bewerbung Kölle's. Ersterer machte Namens desselben die Mittheilung, er werde im Zollparlament für Erweiterung der Competenz zunächst auf wirthschaftlichem Gebiete, sodann für thunlichste Herabsetzung der Salzsteuer und endlich, wenn je die Frage der Einführung einer Tabaksteuer zur Verhandlung käme, für eine solche Höhe und Erhebungsweise zu wirken suchen, welche die volkswirthschaftlichen mit den finanziellen Interessen möglichst in Einklang bringen würde. Schließlich wird eine kräftige Agitation für Herrn Kölle beschlossen, der nun definitiv als Bewerber angenommen wird.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 2. Febr. [Zur Depossedirten-Entschädigung] schreibt die Lib. Corr.: Die erste Rede, mit welcher gestern Graf Bismarck die Annahme der Verträge mit den Depossedirten empfahl, war ein glänzendes Schaustück, doch leider nicht dazu gemacht, eine strenge Kritik zu ertragen. Wer hat wohl jemals daran gezweifelt, daß Preußen mit dem Herzog Adolph und dem König Georg noch viel ungünstigere Verträge hätte abschließen können? Ja, wir glauben dem Ministerpräsidenten recht wohl, daß nach dem Nikolsburger Waffenstillstand einen Augenblick die Rede davon war, dem König Georg die Grafschaft Kahlenberg oder Ostfriesland und Osnabrück zu geben, dem Herzog Adolph das südliche Nassau zu lassen und den Kurfürsten von Hessen für den Verlust seines ganzen Landes mit der

---

Dichter zieht, wenn der Abend anbricht, häufig ein tiefes Sehnen nach der Stätte der Geburt, nach dem Städtchen, in dessen Gassen sie als Knaben gespielt, nach der grünen Höhe, von der sie den ersten Blick in die Ferne gethan. Der alternde, kränkelnde Dichter der „Studien“ wendete sich seiner Heimath zu; er wollte von den alten Tagen des Böhmerwaldes erzählen, von den muthigen deutschen Ansiedlern, die in die tiefen Forste eindrangen und im Dunkel des Waldes ein streitbares Geschlecht gründeten. Der Plan war schön, es konnte ein trefflicher historischer Roman werden; aber als der erste Band des „Witiko“ im Frühlinge 1865 erschien, ging durch alle Kreise, die Stifter liebten und schätzten, ein Gefühl bitterer Enttäuschung.

Da standen sie in ganzen Reihen, die richtigen Baummenschen; Geschöpfe mit regelmäßigem Räderwerke, ohne Leidenschaft, ohne Sinnlichkeit, beinahe ohne Geschlecht. Sie waren lauter Güte, Rechtlichkeit und Tugend, unfähig zu sündigen und darum unwahr. Man hätte sich gefreut, irgend einer Niederträchtigkeit zu begegnen — es wäre doch eine Abwechslung gewesen. Aber sie blieb aus, auch jeder Ausbruch des Gefühles blieb aus; sachte und gleichmäßig, wie der Schlag eines Pendels, tickte die Handlung durch drei Bände fort. Selbst die meisterhafteste Form hätte nicht mit diesen schattenhaften Gestalten versöhnen können, die eine wie die andere sprechen und handeln; aber Stifter verzichtete absichtlich auf jede Schönheit der Darstellung. Er, der die Sprache in den „Studien“ so gewandt und fein zu handhaben wußte, den norddeutsche Kritiker als Muster eines österreichischen Prosaisten aufgestellt hatten, er verfiel, in der Meinung, dadurch den alterthümlichen Ton zu treffen, in eine Schreibweise, die an jene Ritter-Romane erinnert, welche heute in den Leihbibliotheken das hinterste Fach einnehmen und kaum noch von alten Jungfrauen gelesen werden.

Es ist schlimm für Stifter, daß er seine Laufbahn mit dem „Witiko“ beschloß. Gerne hätten wir ein besseres Vermächtniß, ein schöneres Andenken in unseren Händen. Möglich, daß sich noch Einiges in seinem Nachlasse vorfindet, darunter vielleicht ein Bruchstück jenes Romanes, den er 1865, gerade als der erste Band des „Witiko“ erschienen war, für den „Botschafter“ *) schreiben sollte. Den Plan desselben hatte er fertig und setzte ihn in einem Briefe an den Redacteur des genannten Blattes weitläufig auseinander. Es sollte ein Familien-Roman werden und alle auftretenden Personen durch irgend eine sonderbare Eigenschaft, eine Liebhaberei oder Marotte ausgezeichnet sein. Das war ein trefflicher Vorwurf für einen Humoristen. Ob Stifter daraus ein gelungenes Bild geschaffen hätte, ist freilich sehr zweifelhaft. Der Roman blieb ungeschrieben, weil der „Botschafter“ einging; mit dem Plane trug sich Stifter indeß, so viel ich weiß, auch noch später. Jetzt ist Alles vorüber, Stifter todt, und die „Studien“ sind sein Grabstein. Die Trauer um ihn würde größer sein, wenn er nicht unmittelbar nach dem „Witiko“ gestorben wäre. So aber wissen Manche nicht, oder wollen es nicht eingestehen, wie viel wir an ihm verloren haben.

Karl v. Thaler.

(In der „N. Fr. Presse“.)

*) Diesen gab bekanntlich dortmals in Wien Julius Fröbel heraus. A. d. R.

Grafschaft Hanau zu entschädigen; aber er ist uns den Beweis schuldig geblieben, daß damals eine Nothwendigkeit vorhanden war, unter den genannten ungünstigen Bedingungen Frieden zu schließen, so daß die bloße Zahlung von 8 resp. 16 Millionen als ein Gewinn, als ein Resultat von mit besonderem Geschick geführten Verhandlungen erscheinen würde. So lange Graf Bismarck diesen Beweis schuldig bleibt, so lange können wir die Nothwendigkeit einer so hohen Entschädigungssumme nicht einsehen, um so weniger, als Graf Bismarck nicht einmal die geringste Enthüllung gemacht hat über die Nothwendigkeit, die Verträge so schnell abzuschließen, als dies geschehen ist. Wenn Graf Bismarck an frühere Entschädigungen an depossedirte deutsche Fürsten erinnert, so liegt darin, wenn man die angeführten Fälle wirklich dem jetzt vorliegenden analog erachtet, allerdings eine Rechtfertigung der Verträge, aber eine solche, die der Ministerpräsident selbst schwerlich als zutreffend anerkennen wird, denn sie würde beweisen, daß die 24½ Millionen wirklich zur Vertheidigung, resp. zum Schutz des Staates ausgegeben sind. Heinrich der Löwe war auch noch nach seiner Niederlage eine Macht, welche der Kaiser von Deutschland fürchten mußte, und hinter dem Kurfürsten von Sachsen stand das ganze protestantische Deutschland, welches dem Kaiser Karl schon manchesmal soviel Sorge gemacht hatte, daß er sich mit dem Gedanken trug, selbst zum Protestantismus überzutreten. Unter solchen Umständen handelte es sich darum, die Besiegten nicht zum Aeußersten zu bringen, sie nicht zu einer Kraftanstrengung anzureizen, welche leicht das Verhältniß umkehren, den Sieger in den Besiegten verwandeln konnte! Lagen die Verhältnisse nach dem Siege von Königgrätz auch nur annähernd ähnlich? Wir glauben nicht, daß irgend Jemand dies behaupten wird, und damit fällt die ganze Deduktion, welche Graf Bismarck auf jenen historischen Vorgängen aufgebaut hat. Was aber in Bezug auf diese Rede des Grafen Bismarck am bemerkenswerthesten ist, das ist die geringe Sensation, welche die Andeutung seiner Demission gemacht hat. Theils glaubt man nicht, daß eine solche, falls er einmal durch eine Niederlage im Abgeordnetenhause dazu gezwungen werden sollte, angenommen werden würde, theils aber braucht man die Sache nicht für so bedenklich in Bezug auf die deutschen Angelegenheiten anzusehen, wie dieß Lasker that, welcher eine vierwöchentliche Verwirrung prophezeihte. Wenn Graf Bismarck, bestimmt durch ein Votum des preußischen Abgeordnetenhauses, seine Entlassung als preußischer Minister gibt, so bleibt er doch noch immer — Bundeskanzler.

Ironisch fügt die Korrespondenz in Bezug auf die Debatten hinzu: Merkwürdig bleibt es uns, daß in der Debatte Niemand auf die Kosten hingewiesen hat, welche als Consequenz dieser Verträge dem Staat einst in späterer Zeit entstehen können, wenn es sich um Entschädigung von Fürsten handelt, deren Depossedirung ja nach den Träumen so mancher National-Liberalen nur eine Frage der Zeit ist. Wenn man an die Möglichkeit glaubt, daß eine solche Eventualität nahe bevorsteht, so hätte man gewiß den Versuch machen müssen, die bewilligten Summen auf die Hälfte oder auf ein Drittel zu verringern, da sonst die Entschädigungen an depossedirte Fürsten einst so hoch anwachsen können, daß die Einheit doch manchem als ein zu theuer erkauftes Gut erscheinen möchte.

Sachsen. Dresden, 2. Febr. [Aufhebung der Todesstrafe.] Die „Constitutionelle Zeitung" schreibt: „Sicherem Vernehmen nach wird in den nächsten Tagen ein königliches Dekret an die Stände gelangen, welches die schon seit Jahrzehnten von uns empfohlene Aufhebung der Todesstrafe ausspricht. Nicht auch der Prügelstrafe?"

Weimar, 2. Febr. Der Landtag lehnte in seiner gestrigen Sitzung den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechts mit 17 gegen 13 Stimmen ab.

Ausland.

Großbritannien. [Ein politischer Reiseprediger in Irland.] An George Francis Train hat Irland eine wenig beneidenswerthe Acquisition gemacht. Leichtsinnig, wie dieser Patron nun einmal in Allem ist, was er anfängt, spielt er jetzt mit dem leichtgläubigen Paddy und erzählt ihm in öffentlichen Vorlesungen von der glorreichen Zukunft Irlands durch französische und amerikanische Hülfstruppen, von der physischen und moralischen Verkommenheit Englands, und wie er selber im Namen der amerikanischen Republik bereit sei, der englischen Regierung 150 Mill. Doll. für den Verkauf Irlands anzubieten. „150 Millionen in Gold", setzte Hr. Train ausdrücklich dazu, um zu zeigen, daß es ihm Ernst sei, und daß seine Instruktionen präcise seien. Gegen Greenbacks konnte Disraeli ja möglicher Weise Abneigung haben, zumal bei dem hohen A to. Das leichtgläubige irische Volk (anständige Leute hielten sich von seinen Vorlesungen in Cork bisher fern) schwört wahrscheinlich jetzt, daß er als Agent Johnsons und Sewards herübergekommen sei und vernachlässigt sein Kartoffelfeld, in Erwartung der goldenen Zeiten, die ihm durch Train und Frankreich verheißen worden. Was sind auch 150 Millionen, nachdem Amerika eben erst eine Million für einen Vulkan gezahlt hat! So bedeutete Train seine Zuhörer. Mit dem Vulkan war St. Thomas gemeint, die Insel, welche kürzlich Amerika um diesen Preis gekauft hat und auf welcher kurz darauf das schreckliche Erdbeben stattfand. Das Auditorium klatschte freudig Beifall, wie zu Allem, was ihm Herr Train mit viel Witz und noch mehr Unverschämtheit vordeklamirte. Am Schluß kamen vier Mädchen und überreichten dem edlen Vorleser einen Lorbeerkranz und eine gestickte Mütze. Sie setzten ihm Beides auf, den Kranz zuerst und die gestickte Mütze darauf. Das verräth an und für sich wenig Geschmack, aber zum Unglücke waren beide Kopfbedeckungen obendrein zu eng für sein Haupt. Jeden andern Lorbeer-Kandidaten hätte solch komische Investitur in Verlegenheit gebracht. Nicht so unsern Train. Mit gewohnter Schlagfertigkeit sprach er zu seinem Auditorium wie folgt: „Amerika ist ein großes Land, und es wundert mich nicht, daß es in Irland gewürdigt wird. Desto mehr überrascht es mich, daß Irland meine Person nicht würdigt und gar nicht gewußt hat, daß ich einen so großen Schädel habe." Darüber wurde abermals gejubelt und aus dem wenigen hier Mitgetheilten läßt sich der

---

Die Londoner Polizei

ist — so schreibt die „Engl. Corresp." — durch die letzten Verhaftungen, welche die Haupträdelsführer des clerkenweller Complottes in ihre Hände geliefert zu haben scheinen, in den Augen des Publikums wieder zu Ehren gelangt, nachdem in letzter Zeit manch hartes Urtheil gegen sie laut geworden. Zum großen Theil mit Unrecht, wenn man bedenkt, daß die englische Polizeimannschaft bisher in keiner Weise als Spürhunde für politische Verbrecher organisirt war, und ihrer Zahl nach in keinem Verhältnisse zu der stets wachsenden Bevölkerung steht. Die gesammte Polizeimannschaft Londons zählt heute nicht mehr als 778[illegible] Köpfe, und durch diese kleine, bisher unbewaffnete Macht soll eine Stadtbevölkerung von nahezu 3½ Million Einwohner bewacht werden, die sich seit 1850 innerhalb des hauptstädtischen Polizeibezirks 4113 neue Straßen und 177,4[illegible]0 neue Häuser gebaut hat. Auf [illegible] Menschen in London (von der City ist bei diesen Angaben nicht die Rede) kommt ein einziger Polizist, und wenn man überdies noch erwähnt, daß in Folge von Krankheiten, Beurlaubungen und speziellen Dienstangelegenheiten jeder Zeit kaum [illegible] der Mannschaft, somit etwas über 5[illegible]0 Mann für den aktiven Dienst verwendbar sind, so ist es in der That auffallend, daß nicht alle Juwelierläden, Banken und Silberschränke Londons längst ausgeplündert sind und das zahllose Diebs- und Raubgesindel sich nicht längst zum Alleinherrscher der Stadt gemacht hat. Die stets wachsende Bevölkerung an und für sich erschwert den Dienst der Polizei nicht so sehr als die fortschreitende Ausdehnung der ohnedies schon riesigen Stadt. Schon umfaßt ihr Polizeibezirk eine Fläche von 700 englischen, also nahezu 30 deutschen Quadratmeilen; denn er bedeckt seit 1839 einen Kreis, dessen Radius (vom Mittelpunkte Charingcroß) 15 englische Meilen beträgt. Er ist in 21 Polizeidistrikte getheilt, von denen einem ausschließlich die Strombewachung anheimfällt und deren jeder wieder in Unterbezirke und Sektionen zerfällt. Sämmtliche Bezirke stehen in telegraphischer Verbindung mit dem Hauptpolizeiamt in Scotlandyard, und dieses seinerseits mit den bedeutendsten Feuerlöschstationen. Der Dienst ist ein sehr anstrengender. Jeder Polizist hat während 8 Monate im Jahre in der Regel 8 Stunden Nachtdienst, und während 4 Monate im Jahre 10 Stunden täglich Tagdienst zu verrichten. Dafür bekommt der gemeine Mann 19 Shill. wöchentlich, 20 bis [illegible] Pfd. Kohlen und seine Uniform. Das ist aber auch Alles, denn sogar Miethe muß er selber bezahlen. Im günstigsten Falle kann er es auf 25 Shill. wöchentlich bringen. Und doch muß jeder Candidat für diese erbärmlich bezahlte Stelle geläufig lesen, schreiben und rechnen können, sich mit guten Zeugnissen über seinen Charakter ausweisen, nicht über 35 Jahre alt und darf, wenn er verheirathet ist, mit höchstens 2 Kindern gesegnet sein. Daß dieses geplagte Corps, welches sich, seltene Ausnahmen abgerechnet, durch Tüchtigkeit und bescheidenes Auftreten sehr vortheilhaft vor den ihm verwandten Instituten des Continentes ausgezeichnet, jetzt einen Zuwachs von 1000 Mann bekommt, dankt es lediglich dem Fenierthume, und ferner wird es diesem zu danken haben, wenn ihm sein wöchentlicher Sold demnächst um ein Paar Schillinge erhöht werden sollte.

Charakter des Herrn Train und seines irischen Auditoriums schon einiger Maßen erkennen. Scandal ist und bleibt seine Losung und Scandal wird er noch viel machen, vorausgesetzt, daß er Geld genug mitgebracht hat, um sich ungezwungen frei bewegen zu können.

Wie kann dem Gläubiger bei Zahlungssuspensionen genügender Rechtsschutz gewährt werden?

Diese Frage, welche seit Jahren in allen Ländern von Kaufleuten und Rechtsgelehrten in Betracht gezogen wurde, wird jetzt vom Handelsstande in Liverpool mit besonderer Aufmerksamkeit behandelt. Die jüngste Krisis im großen englischen Emporium hat zur leidigen Entdeckung geführt, daß selbst Individuen und Firmen, deren Stellung Gewähr gegen jede Abweichung vom Pfade des Rechtes zu bieten schien, vom Schwindel nicht frei geblieben sind, und die Liverpooler Handelskammer sucht, wie die Gesetze über Bankerott und Credit wirksamer gestaltet werden können. Eine Versammlung von etwa 52 der ersten Bankiers, Kaufleute und Rheder hat stattgefunden und zu diesem Zwecke eine Kommission aus Geschäftsmännern und Rechtsgelehrten niedergesetzt, welche die tauglichsten Mittel auffinden soll, dem Uebel zu begegnen.

Es soll das Prinzip zur Geltung gebracht werden, daß Schulden nicht bezahlen ein verbrecherischer Akt sei, demnach derjenige, welcher sich desselben schuldig mache, die Pflicht habe, sich zu rechtfertigen und daß, von diesem Punkte ausgehend, die Verfolgung von Staatswegen stattfinden solle. Die Kammer sieht dies als eine Nothwendigkeit an, die Moral des Volkes zu fördern, das es seltsam findet, wenn ein Hungriger, der einen Laib Brod stiehlt, bestraft wird, während derjenige, der ganze Familien in's Verderben bringt und sie um Hunderttausende beschwindelt, frei ausgeht.

Der Schwindel war eine unselige Beigabe der in den letzten zwanzig Jahren stattgehabten Entwicklung. Die neuentdeckten Goldlager, die Eisenbahnen, die Telegraphen haben den Verkehr gehoben, den Wohlstand gefördert, die Löhne erhöht, den Verdienst, aber auch die Gewinnsucht und Spekulation gemehrt. Wird nun der Sinn für Gesetzlichkeit und Recht durch Nachsicht gegen Unredlichkeit, gegen waghalsiges Spiel, gegen liederliche Gebahrung untergraben, so werden alle die vorgenannten Vortheile, anstatt zum Segen, zum Ruin des Landes werden und den Credit Großbritanniens untergraben. Diesem Unglücke wollen die Männer in Liverpool durch Förderung guter Gesetze über den Credit und eine strenge Handhabung derselben entgegenarbeiten.

Zu verurtheilen wären daher, ihrer Meinung nach, die sogenannten Accomodationswechsel, die Wechselreiterei. Derjenige, welcher Wechsel, von deren Unwerth er überzeugt ist, an Zahlungsstatt gibt, solle als Betrüger behandelt werden. Zu verdammen wären nicht minder alle Schwindelkompagnien, bei denen die Gründer sich eiligst Gewinn sichern und andere minder scharfsichtige und erfahrene Leute nicht nur zu Schaden bringen, sondern ihnen auch neue Verbindlichkeiten aufladen, von denen sie sich geschickt zu befreien wissen. Zu bestrafen endlich wäre auch jeder Mißbrauch des Vertrauens, jeder Treubruch und jede unredliche Geldverwendung.

Als Mittel gegen unsolide unrechtliche Gebahrung wird vorgeschlagen: ein vermehrter Grad der Haftung bei Kompagniegeschäften, verlängerte Haftbarkeit des Schuldners bei Zahlungseinstellungen, eine Nachahmung der französischen Konkursordnung, welche das ganze Vermögen des Falliten den Gläubigern zur Verfügung stellt, endlich der Ausschluß eines jeden andern Ausgleiches als des durch den Gerichtshof. Die Privatvergleiche, wodurch der Bankbruch, ohne gut gemacht zu werden, beseitigt wird, sollen aufhören und kein Uebereinkommen gültig sein, wenn es nicht in der „London Gazette" bekannt gegeben wird. Alle Strenge aber, gestehen die Liverpooler Bankiers ein, wird nutzlos, wenn nicht der moralische Sinn des Volkes, wenn nicht das Rechtsgefühl der Kaufleute der Unredlichkeit einen Damm setzt.

Literarisches.

Das dritte und vierte Heft der so überaus billigen illustrirten Zeitschrift **„Zu Hause"** (Stuttgart, Verlag von Eduard Hallberger) bringen wieder reichen, umsichtig gewählten und tüchtig bearbeiteten Stoff, der in den weitesten Kreisen nützliche Belehrung verbreiten und in Verbindung mit schönen Illustrationen edle Unterhaltung gewähren wird. Unter dem Titel „Die Schreckensnacht von Glarus" bringt der schweizerische Schriftsteller A. Feierabend den Anfang einer geschichtlichen Erzählung, welche den erschütternden Brand von Glarus zu ihrem Gegenstande hat; „Erinnerungen aus dem amerikanischen Kriegsleben" von Richard Michaelis schildern in spannender Weise mehrere interessante Episoden aus dem großen Bürgerkrieg der letzten Jahre; die Fortsetzung des größern Romans „Ein vererbter Fluch" läßt in ergreifender Darstellung die dunklen Geschicke eines seltsamen Familienlebens an unserem Auge vorüberziehen. Unter den vielen übrigen Artikeln dürften namentlich die „Weltausstellungsbilder" und „Papst Pius IX." ein hervorragendes zeitgeschichtliches Interesse haben. Die naturgeschichtlichen und ethnographischen Artikel, Sittenbilder und Schilderungen, die sich an passende Zeiten des Jahres und Ereignisse anknüpfen, werden in „Zu Hause" überall mit vielem Genusse und hoher Freude gelesen werden. Die Bilder, wie z. B. „Duncan Gray," „Die versunkene Krone," „Ein Robbenkampf" und dasjenige aus Auerbach's „Joseph im Schnee," sind ebenso meisterhaft im Entwurfe wie in der Ausführung. Außerdem fehlt es in diesen beiden Heften an Stoff zu allerlei Kurzweil in Wort und Bild keineswegs. (In Würzburg zu beziehen durch die Stabel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 1/4 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	6: 1/2 P.
„	5pCt Nationalanl. v. 1854	54 1/4—3/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 49 7/8 G.
„	4 1/2 pCt.	42 1/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 3/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 P. 7/8 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. AB.-R. dto.	88 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	85 1/4 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P. 82 3/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 1/4 G.
Spanien	3pCt. inn. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 P. 1/2 G.
NAmerika	6pCt. à 100dr. 1881 D. 2 1/2	76 7/8 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75 1/4—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	875 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	188—87 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/4 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	227—4 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 1/2 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 . P. 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	247—46 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 1/2—118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	59 1/2 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	84 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 3/8 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/2 P. 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	99 3/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	133 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71 3/8 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	129 G.
„ do. v. 1864	81 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Prām.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	51 1/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/4 P.
„ fl. 25 do.	42 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38—1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	33 7/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/4 G.

Frankfurt, 4. Febr. Die Hausse hat heute alle Positionen der Börse erobert. Oesterr. Spekulationspapiere sowohl, als Staatspapiere und Loose waren höher, Creditaktien und Staatsbahn ca. 1 fl., Steuerfreie, engl. Metall. und 1860er Loose je 1/2 pCt., 1864er und 1858er Loose 1 1/2 fl. (Ernd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stabel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 37.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 6. Februar 1868.

Bayerischer Landtag.

Einführung des neuen Abg. Buchner. Referentenwahl. Eisenbahn-Ausschuß. Grundrentenablösungskosten 1863/66. Abänderung des Art. 30 des Forstgesetzes.

München, 5. Februar.

In der gestrigen 62. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde der für den ausgeschiedenen Abg. Hohenadel einberufene Ersatzmann Notar Buchner beeidigt, worauf Präsident Pözl mittheilte, daß vom 1. Ausschuß der Abg. Dr. M. Barth zum Referenten über den Gesetzentwurf, die Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörenden Personen betr., und der Abg. Behringer zum Referenten über die Eingabe der Vertreter der Stadt Ingolstadt, die Freigabe der Advokatenpraxis betr., gewählt worden ist.

Der Vorstand des Gesetzgebungsausschusses hat an das Präsidium ein Schreiben gerichtet, worin er anzeigt, daß dieser Ausschuß in Folge eines vom Gesetzgebungsausschuß der K. d. R. ausgesprochenen Wunsches beschlossen hat, sofort in die zweite Lesung des ersten Buches des zu berathenden Entwurfs eines Civilgesetzbuches einzutreten, daß die desfallsige Berathung am Mittwoch den 12. Februar Nachmittags 5 Uhr beginnt und jeden folgenden Montag, Mittwoch und Freitag Nachmittag 5 Uhr fortgesetzt wird.

Dem Antrage des Abg Frhrn. v. Stauffenberg, als besonderen Ausschuß zur Berathung des Gesetzentwurfs, die Ausdehnung und Vervollständigung der bayerischen Staatseisenbahnen betr., den zweiten und dritten Ausschuß zu combiniren, wurde ohne Discussion zugestimmt, worauf Präsident Pözl die diesen Ausschüssen angehörenden Herren einlud, nach der Sitzung sich zu versammeln, um sich zu constituiren und den oder die Referenten zu wählen.

v. Schulthes erstattete Vortrag über die Rechnungsnachweisungen der Grundrenten-Ablösungskassa für die Jahre 1863/66 und beantragte Namens des 2. Ausschusses, diesen Nachweisungen die Anerkennung zu ertheilen. Ohne weitere Debatte wurde auch dieser Antrag angenommen.

Letzter Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag der Forstberechtigten des Marktes Zwiesel, die Abänderung des Art. 30 des Forstgesetzes vom 26. März 1862 betr. Dieser Antrag will an die Stelle des bisherigen die Ablösung von Forstberechtigungen behandelnden Art. 30 folgende Bestimmung gesetzt wissen: „Die nicht in jährliche Geldleistungen umgewandelten Forstberechtigungen müssen auf Antrag der Berechtigten sowohl als auch der Verpflichteten abgelöst werden. Durch die von Seite der Verpflichteten zu leistende volle Entschädigung mittels Abtretung eines von Rechten Dritter freien Theils des belasteten Waldes, wenn der abzutretende Waldtheils nach Lage und Größe eines forstwirthschaftlichen Betriebes fähig bleibt und der Bedarf der bisherigen Holzberechtigung nachhaltig gedeckt ist.“ Referent Behringer führte aus, daß durch Billigung dieses Antrages ein folgenschwerer Eingriff in die bestehenden Rechts- und Wirthschaftsverhältnisse gemacht würde, daß dem Antrag jeder rechtliche Stützpunkt fehle und daß er weder vom staats- oder volkswirthschaftlichen noch vom privatwirthschaftlichen Standpunkte aus Unterstützung und Billigung finden könne. Im Markte Zwiesel beständen allerdings besondere Verhältnisse, doch seien alle etwa von Seite des niederen Forstpersonals vorgekommenen Ungehörigkeiten von der Forstverwaltung schleunigst abgestellt worden. Uebrigens seien auch von Seite der Berechtigten mitunter unangemessene Forderungen gestellt werden. Redner empfahl daher schließlich den Beschluß des Ausschusses, dem Antrag eine weitere Folge nicht zu geben, zur Annahme.

Janka, der sich den Antrag der Forstberechtigten in Zwiesel angeeignet hat, ersuchte die Kammer, diesem Antrag zuzustimmen und den Antrag des Ausschusses abzulehnen. In der fraglichen Gegend hätten viele Forstberechtigte ihre Forstberechtigungen gegen Entschädigung an Geld an den Staat abgetreten, allein eine solche Entäußerung des Forstrechts sei einer Entwerthung des Gutes gleich und habe noch in keinem Falle gute Folgen gehabt. Es liege die materielle Hebung der Landwirthschaft nur in Ablösung der Forstrechte durch Abtretung kulturfähiger Waldtheile an die Berechtigten und sei daher nothwendig, daß in dieser Beziehung den Berechtigten größere Rechte eingeräumt werden, als denselben nach dem Forstgesetze zustehen.

Brandenburg sprach den Wunsch aus, daß die Forstwartei Streitberg aufgelöst und die dortige Waldfläche gegen Entschädigung der Gemeinde überlassen werde. Regierungskommissär v. Waldmann bemerkte u. A.: In den übrigen Staaten Deutschlands und auch in

Authentische Enthüllungen über die letzten Ereignisse in Mexico.

Die Leiche des unglücklichen Opfers der französischen Intervention in Mexico ruht endlich in heimathlicher Gruft in Frieden; nun ist auch sein politisches Testament erschienen. Wohl nie ist in unserem Jahrhundert ein solches Schaudergemälde zur Oeffentlichkeit gelangt, als es die

„Authentischen Enthüllungen über die letzten Ereignisse in Mexico, auf Befehl weiland Sr. Majestät des Kaisers Maximilian nach Dokumenten bearbeitet von Wilhelm v. Montlong, k. mexic. Generalstabs-Major, gew. Cabinets-Offizier des Kaisers, Offizier und Ritter mehrerer Orden“ (Stuttgart bei Hoffmann),

vor Augen legen. Auch wenn man längst durch Studien und Zeitungsberichte auf starke Dinge vorbereitet war und jüngst erst in Keratry's Buche: „L'empereur Maximilien, son élevation et sa chute,“ über die Franzosenwirthschaft in dem unglücklichen Lande das Schlimmste gelesen hat, traut man doch seinen Augen kaum und blickt zurück auf das Vorwort, in welchem der Herausgeber den Cabinetsbefehl vom 3. Febr. 1867 mittheilt, wodurch Montlong den Auftrag erhielt, „von der Haltung, welche die französischen Truppen während ihrer Anwesenheit in diesem Lande beobachtet, eine genaue und deutliche Schilderung zu entwerfen“, und dem er das Schreiben des Ministers des Innern, Vizcayno, beigefügt hat, in welchem dem Herausgeber die erforderlichen Aktenstücke zur Verfügung gestellt werden. Es ist so, es ist keine Parteischrift im gewöhnlichen Sinne des Wortes, es ist ein Anklageakt gegen den Hof der Tuilerieen und ein vernichtendes Zeugenverhör über den Bazaine'schen „Verrath“. Dieser Mann, der hier als eines der Scheusale der Weltgeschichte hingestellt wird, ist Marschall von Frankreich und reaktivirter Inhaber eines französischen Ober-Commando's! In Frankreich würde dieses Testament des Kaisers Max ungeheures Aufsehen machen, wenn es zur öffentlichen Kenntniß käme; doch welches französische Blatt wird es wagen, auch nur den Versuch zu machen, von diesen Dingen zu reden.

Der Verrath, oder milder gesagt: die Täuschung begann schon bei der Geburt des Kaiserthums, und beide Kaiser, Napoleon und Maximilian, mochten erst, als es zu spät war, erfahren haben, wie das suffrage universel in Mexico gehandhabt worden war. Hier eine Probe über die Kaiserwahl: „General Jeanningros ließ die Angesehensten von Monterey zu sich rufen und redete sie folgender Maßen an: „Der Kaiser der Franzosen, stets um die Wohlfahrt aller unglücklichen Völker besorgt, hat im Interesse eures Glückes beschlossen, die mexikanische Republik in ein reiches und blühendes Kaiserreich umzugestalten und euch den liberalsten und aufgeklärtesten Fürsten Europa's, Erzherzog Maximilian von Oesterreich, zum Kaiser bestimmt. Napoleon aber will, daß Maximilian durch allgemeine Abstimmung der Nation erwählt werde. Ich habe euch somit hierher berufen, um eure Abstimmung zu empfangen.“ Als General Jeanningros diese Rede, die in allen Städten dieselbe war, beendet hatte, schritt er mit drohender Miene auf die Anwesenden zu, mit den Worten: „Nicht wahr, meine Herren, Ihr nehmt den Fürsten an, welchen Euch Kaiser Napoleon sendet?“ Die Befragten, eingeschüchtert durch die hinter dem General postirten Soldaten, stimmten mit „Ja!“, worauf Jeanningros an den Generalstabs-Offizier, der die Abstimmungs-Protokolle sammelte, die Worte richtete: „Schreiben Sie, mein

Frankreich habe man die Forstrechte nur in Geld abgelöst und die Folge sei gewesen, daß diese Staaten ihre Waldungen erhalten haben, sowie daß durch die Ablösung der Streurechte das Verderben der Waldungen beseitigt worden ist. Namentlich in Sachsen hätten die Forstberechtigten in Folge der Ablösung ihrer Rechte in Geld ihre Wirthschaften so sehr gehoben, daß sie jetzt als Musterwirthschaften gelten. Dort habe sich zur Evidenz herausgestellt, daß die Waldstreuberechtigung nur ein Hemmschuh am Fortschritt der Landwirthschaft war. In Bayern sei man loyaler zu Werke gegangen; wenn der Berechtigte in Geld ablösen wollte, sei ihm die Regierung entgegengekommen; wollte er mit Grundflächen ablösen, so sei die Regierung ebenfalls bereit gewesen, wenn die Waldfläche, welche der Berechtigte beanspruchte, im Besitze des Berechtigten höhere Erträge bei der Kultur zu Wiesen und Feldern gewährte und die Arrondirung der Staatswaldungen nicht gestört wurde. Die Fläche, welche durch Waldgrund abgelöst worden ist, sei keine unbeträchtliche; leider hätten aber viele Grundbesitzer das Holz auf der kaum erhaltenen Waldfläche abgeschlagen, die Fläche dann verkauft und den Erlös verbraucht, während die Ablösung durch Geld viele Berechtigte in die Lage versetzt habe, ihre Schulden zu zahlen. Deshalb habe man vorzugsweise in Geld abgelöst und daß das zum Besten der Berechtigten war, beweise die Thatsache, daß so viele Anträge auf Ablösung in Geld einliefen, daß die Mittel zur Ablösung nicht mehr ausreichten. Was speziell den Markt Zwiesel betrifft, so habe es sich um die Abtretung eines Waldes von 5000 Tagwerk gehandelt. Hätte die Regierung dem Wunsch auf Ablösung nachgegeben, so wäre der ganze Wald schon verschwunden, denn ein Advokat in jener Gegend habe bereits einen Credit von 300,000 fl. gehabt, um das Holz abzuschlagen und an einen Händler am Rhein abliefern zu lassen. Es sei nur zum Besten des Marktes, daß der Wald noch da ist, denn die Gemeinde könne ihre Bedürfnisse befriedigen und viele ihrer Angehörigen hätten guten Verdienst. Die Gemeinde Streilberg habe ein Forstrecht und wünsche den betreffenden Wald; auch sei richtig, daß das Forstrecht fast den ganzen Ertrag des Waldes in Anspruch nimmt. Die Sache sei noch in Unterhandlung und wäre wohl die Ablösung schon durchgeführt, wenn die Regierung rücksichtslos vorgegangen wäre. Die Besorgniß, daß die Waldung, wenn sie — was beabsichtigt ist — vertheilt wird, verschwinden werde, habe die Regierung veranlaßt, auf die Ablösung noch nicht einzugehen. Uebrigens seien neue Erhebungen gepflogen worden. — Die Kammer beschloß sodann, dem Antrag der Forstberechtigten in Zwiesel keine Folge zu geben. — Abg. v. Morett zeigte noch an, daß der besondere Ausschuß zur Berathung des Gesetzentwurfs, den Malzaufschlag betr., sich Vortrag erstatten ließ und Beschluß gefaßt hat, womit die Sitzung schloß. — Die nächste wird besonders anberaumt werden.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 2. Febr. [Postverträge.] Die seit einiger Zeit in Aussicht gestellten Unterhandlungen wegen Abschlusses eines Postvertrages zwischen dem norddeutschen Bunde und Belgien werden binnen Kurzem in Angriff genommen werden. Es wird der oberste Leiter des belgischen Postwesens als Bevollmächtigter seiner Regierung in nächster Woche hier erwartet, um die Verhandlungen zu führen. Bei den bevorstehenden Konferenzen handelt es sich um eine vollständige Revision der bisher geltenden Bestimmungen, und die neuen Vereinbarungen sollen sich eben sowohl auf den Fahrpostverkehr, wie auf die Briefbeförderung erstrecken. Dem Vertragsabschlusse mit Belgien werden unmittelbar ähnliche Unterhandlungen folgen, zunächst mit der Schweiz, dann mit Dänemark und Schweden, ferner mit Rußland und anderen Staaten. Alle diese Unterhandlungen sind schon durch die Nothwendigkeit bedingt, die gesammten auswärtigen Postbeziehungen des norddeutschen Bundes zu realisiren und das durch die Verträge vom 23. November angenommene Portosystem in seinen Konsequenzen auch auf dem internationalen Gebiete zu verfolgen. Selbstverständlich wird aber die Revision der auswärtigen Postverträge auch anderen Verkehrs-Interessen zu Gute kommen.

Berlin, 3. Februar. [Expropriationsvorschlag zur Milderung der Noth.] Unter Bezug auf den herrschenden Nothstand brachte die „N. A. Z.“ vor einigen Tagen die Frage in Anregung, ob nicht eine Expropriation angehäufter Getreidevorräthe eine dienliche Maßregel sei. Es wurde dies mehrfach für eine offiziöse Ansicht gehalten, dagegen verwahrt sich heute die genannte Zeitung und erklärt, die Nachricht stamme von einem rechtskundigen Privatmann und sollte nur dazu dienen, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diesen wichtigen Gegenstand zu lenken. Zur weiteren Beleuchtung der Frage führt sie das Urtheil des neuesten Schriftstellers über Expropriation, des Appellationsgerichtsraths Adolar Thiel zu Insterburg (das Expropriationsrecht rc. Berlin 1866) an. Derselbe sagt: „Der neue Entwurf des Expropriationsgesetzes (Justizministerialblatt pro 1864) will die Expropriationsbefugniß des Staats auf unbewegliches Eigenthum beschränkt wissen, indem er zugleich das Gebiet der Agrar-, Berg- und Wassergesetzgebung, als durch besondere Gesetze geregelt, ebenso wie das der Landes-, Kriegs- und Mobilmachungslasten von seinen Dispositionen ausschließt, und zwar die letzteren, weil sie durch ältere Spezialgesetze 1853 ihre Erledigung gefunden haben. Als Grund für die Restriktion wird in den Motiven angegeben, daß der landrechtliche „Zwangsverkauf“ von Getreidevorräthen „unpraktisch“ sei. Wir vermögen uns dieser Ansicht nicht anzuschließen, glauben vielmehr, daß, wenn dem Staate einmal das Expropriationsrecht eingeräumt werden soll, dasselbe eben so sehr auf bewegliches, als auf unbewegliches Eigenthum ausgedehnt werden muß, und zwar zunächst im Interesse der Gleichheit vor dem Gesetz,

---

Herr, daß diese Stadt einstimmig für das Kaiserreich votirte, und lassen Sie es sodann diese Herren unterzeichnen!“ Als aber in San Luis Potosi die ersten Bürger eine derartige Abstimmung verweigerten, ließ besagter General sie unverzüglich ins Gefängniß werfen, den Pfarrer voran, und behielt sie daselbst durch 38 Stunden ohne jegliche Nahrung, bis die Widerspänstigen, durch Hunger mürbe gemacht, nach Befehl votirten, worauf sie ihre Freiheit wieder erhielten.“ Noch lehrreicher ist jedoch die Art, wie die Franzosen sich vor dem Feinde benahmen; bei dem Berichte über den Fall von Matamoros bemerkt der Herausgeber: „Auch hier, wie in so manchen anderen Gefechten, wurden die tapferen Oesterreicher von den Franzosen elend im Stiche gelassen und geopfert.“ Es versteht sich, daß wir solchen Angaben nicht ohne Weiteres Glauben schenken dürfen. Bazaine that, was er wollte, und als der Kaiser Castelnau schickte, nahm dieser sein Absteigequartier bei Bazaine: „er war somit als Subordinirter und Gast Bazaine's an jeder freien Aktion gehindert.“ Als der Kaiser von Mexiko abgereist war, ließ Bazaine, ganz wie gewisse Leute jetzt so oft von der Theilung Italiens sprechen, sich durch sein Organ, die „Estafette“, als Reichsstatthalter bezeichnen, und es wurde verbreitet, daß Napoleon die Theilung Mexiko's beschlossen habe, die Union solle den Norden, Frankreich das Centrum (wie Rom in Italien!), England Yucatan erhalten. Noch mehr: „Nach des Kaisers Abreise passirte auch wirklich Marschall Bazaine in Begleitung eines Ordonnanz-Offiziers die Front des kaiserlichen Palastes, diesen beständig fixirend, französische Offiziere, an der Ecke postirt, sangen im einstimmigen Chor: „Tu ne l'habiteras pas, Nicolas!“ u. s. w.“ Der Herausgeber wirft Bazaine nicht bloß vor, daß er durch falsche Berichte seinen Kaiser fortwährend getäuscht, sondern auch das Oktober-Gesetz dem Kaiser Max „abgerungen“ und dann „eigenmächtig erweitert“ hat. Der betreffende Offiziers-Befehl des Marschalls liefert den aktenmäßigen Beweis. Der Abschnitt über Bazaine beginnt mit den Worten: „Längst schon war dieser Marschall, der nach seiner Verheirathung mit der Tochter eines der liberalen Häupter und Verwandtin des Lopez nur noch den Zweck verfolgte, den Kaiser zur Abdankung zu zwingen, um sich sodann selbst des Präsidentenstuhles zu bemächtigen, ein Verräther am Kaiserreiche, wie nicht minder an der französischen Waffenehre. Schlau wußte er sich mehrere Chefs zu seinen willigen Creaturen heranzubilden. Nur einige Thatsachen wollen wir anführen, die der Welt den wahren Charakter dieses von seinen Offizieren spottweise „le palefrenier manqué“ genannten Marschalls zeigen sollen. a) Schon im Jahre 1864 setzte General Brincourt einen kaiserlich mexikanischen Oberst in's Gefängniß und ließ ihn durch zwei Stunden täglich die Straßen kehren. Als die Damen der Stadt dies sahen, brachten sie ihm, während er kehrte, Blumensträuße. General Brincourt, dem diese Demonstrationen zu Gunsten des Obersten gemeldet wurden, ließ hierauf durch Plakate verkünden, daß jede Dame, welchen Standes sie auch sei, die dem Obersten wieder Blumen spende, gleichfalls zum Straßenkehren werde verurtheilt werden. Natürlich wurde die ganze Bevölkerung von Chihuahua durch diese unwürdige Drohung empört und gegen das durch die französische Intervention der Nation aufgedrungene Kaiserreich im höchsten Grade eingenommen. Nachdem General Brincourt auf so demüthigende Art den Oberst durch zehn Tage gepeinigt hatte, ließ er ihn zu sich rufen und bedeutete ihm: „Ich überlasse es nun ganz Ihrem Willen, zu den Liberalen überzugehen; ich schere mich den Teufel darum!“ Natürlich that dies der Oberst sofort, und mehrere andere Offiziere schlossen sich ihm an. b) Capitän Charrier von der Fremdenlegion befahl als Commandant zu San Luis de la Paz dem politischen Präfekten einer kleinen Stadt, das Todesurtheil seines Bruders, dessen ganzes Verbrechen in liberaler Gesinnung bestand, zu

weil der Eigenthümer einer beweglichen Sache kein Privilegium vor dem einer unbeweglichen voraus haben darf. Mag das Expropriationsrecht in Beziehung auf bewegliche Sachen, namentlich in Beziehung auf Getreide, bisher nicht zur Anwendung gebracht sein, so darf der Regierung das Recht nicht verschränkt werden, davon Gebrauch zu machen, zumal in einem neueren Falle die Erfahrung gelehrt hat, daß die bloße Androhung einer Regierung genügt hat, eine Revision der Kornböden zur Zeit einer künstlich erzeugten Theuerung zu veranlassen, um das zurückgehaltene Getreide auf den Markt zu bringen und damit die freie Cirkulation dieses unentbehrlichen Nahrungsmittels wieder herzustellen. Die in der angeführten Stelle des Landrechts in das Ermessen der Regierung gestellte Maßregel kann überdieß nur als eine Nöthigung der mildesten Art angesehen werden. Durch das Gesetz über das Maximum wurde während der französischen Revolution der Zwang zur Entäußerung des Getreides unter den härtesten Strafen gehandhabt. Viel weiser und menschlicher befiehlt das Landrecht, daß in den Zeiten der Hungersnoth das Getreide nur auf den Markt gebracht werden soll. Nach richtigen, national-ökonomischen Grundsätzen wird der angemessene Preis durch die Konkurrenz von selbst sich herausstellen, sobald das dem Eigenthümer überflüssige Getreide — denn seinen eigenen Bedarf behält er zurück — erst auf dem Markt ist.

Als weiteren Beleg für ihre Ansicht, daß die Sache doch nicht so ganz „unpraktisch" sei, verweist die „N. A. Z." auf das bekannte Brennereiverbot aus dem Nothstandsjahr 1847. Vor diesem Verbot, welches sich praktisch durchgehend bewährte, habe die angeregte Maßregel jedenfalls den gesetzlichen Boden voraus.

Ausland.

Großbritannien. [Schauderhafte Hungersnothfälle.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: „Die Nahrungsfrage ist eine der brennendsten Fragen unserer Zeit geworden. Die Geschichte des Hungers hat in diesem Jahre ein neues Blatt beschrieben, hat in den verschiedensten Staaten der Welt schreckliche Opfer gefordert. In Peking, Tunis, Algier, Finnland, Ostpreußen, an der Nordküste von Afrika, im Süden von Nordamerika, ja sogar in England, starben die Menschen am Hungertode. Wenn wir diese Zusammenstellung hungernder Menschen überschauen, so ist unter allen der Zustand in England am unbegreiflichsten und der spezielle Fall einer der schrecklichsten. In diesen Tagen wurde nämlich aus Oxford ein in seinen Einzelheiten schauderhafter Todesfall berichtet, der durch Kälte und Hunger herbeigeführt ward. Eine alte Frau von 64 Jahren, Wittwe eines Bauunternehmers, die zu Lebzeiten ihres Gatten in angenehmen Verhältnissen gelebt, wurde am ersten Weihnachtsfeiertage todt und gänzlich erstarrt in ihrer Kammer vorgefunden. Seit dem Tode ihres Mannes war sie in die dürftigsten Verhältnisse gerathen und mußte sich durch Betteln, Lumpensammeln auf den Straßen rc. kümmerlich nähren. Am Weihnachtsabende war sie genöthigt, trotz der bittern Kälte, ihre letzten beiden Unterröcke für einen Penny zu verkaufen, um sich dafür einen Bissen Brod verschaffen zu können. Der Leichenbeschauer fand die alte arme Frau nackt auf dem Fußboden der kalten elenden Kammer liegen, deren einziges Mobiliar aus einem zerbrochenen hölzernen Schemel bestand. Die einzige Bekleidung bildete ein schmutziger Lumpen, der um den Hals geschlungen war und ein Strumpf an einem Fuße. Die Arme der Unglücklichen waren um die Beine des alten Schemels geschlungen und die Fingernägel hatten sich in das wurmstichige Holz desselben, wahrscheinlich im Todeskampfe, hineingebohrt. Nicht minder schrecklich ist der nachstehende Fall. „Gestern Abends wurde vom Coroner in Devens Road in Bromlay, unweit London, die Leichenschau über Georg Henry Pritchard, 43 Jahre alt, abgehalten. Derselbe hatte früher in guten Verhältnissen gelebt, war jedoch allmählich der bittersten Noth anheimgefallen, ebenso wie seine aus Frau und fünf Kindern bestehende Familie. Sie lebten eine Zeitlang nur von altem Brode. Am vergangenen Sonntage fiel der Vater plötzlich vornüber auf die Diele und blieb so 24 Stunden bis am Montag liegen, da kein Mitglied seiner Familie aus völliger durch Nahrungslosigkeit herbeigeführter Entkräftung im Stande war, den sterbenden Vater aufzuheben. In derselben Lage fand ihn noch am Montag ein Nachbar — aber kalt und todt in der öden ungeheizten Stube, umgeben von seiner verschmachtenden Familie! Das älteste Kind ist 13 Jahre alt, das jüngste ein Säugling. Der Nachbar sah in der Mitte der Stube noch ein Bündel liegen, und ging näher, als der kleine Knabe ausrief: „Das ist Mutter!" Sie hatte schon das Bewußtsein verloren. Nicht ein Stück Möbel, nicht ein Flämmchen im Kamin, kein Bissen Brod für die ganze Familie vorhanden. Nur dem schleunigen Beistand des Nachbars ist es zuzuschreiben, daß die Mutter ins Leben zurückgerufen ward. Eines der kleinen Mädchen lag im Hungerdelirium, und stieß nur von Zeit zu Zeit Jammerlaute über das Elend aus: „Kein Bissen Brod! kein Bissen Brod! in markerschütternder Eintönigkeit, oder das ist der letzte Bissen, o! hebt es für das kleinste auf!" In den Fabrikstädten brachen Tumulte aus, die zum Theil einen so bedeutenden Charakter annahmen, daß das aufgebotene Militär von seinen Waffen Gebrauch machen mußte, um die Ruhe wiederherzustellen.

Rußland. [Der Nothstand in Rußland] ist in stetem Wachsen begriffen und umschließt mit seinen erbarmungslosen Armen immer weitere Kreise. So wird der „B.-Z." aus Wiborg geschrieben, daß die Armuth mit jedem Tage steige, daß ganze Familien aus dem Norden Finnlands um Arbeit zu bitten kommen, aber keine Arbeit finden können. Aus Helsingfors wird gemeldet, daß der Typhus daselbst epidemisch geworden ist und immer bedrohlichere Verhältnisse

---

unterzeichnen. Als der Präfekt eine solche Unterschrift verweigerte, drohte Charrier auch ihm mit dem Tode des Erschießens, bis jener endlich doch unterschrieb. c) Als General Mangin das liberal gesinnte Dorf Montealto besetzt hatte und sah, daß die Einwohner bösen Willen gegen die französischen Behörden zu erkennen gaben, ließ er in einer Nacht 46 Mexikaner, die ihm als sehr liberal geschildert waren, einfangen und mit dem Pfarrer ohne Verhör noch Urtheil erschießen. Auf dem Wege zur Richtstätte rief der das Crucifix in der Hand haltende Pfarrer, in der Meinung, daß es nur auf Einschüchterung abgesehen sei: „Ich werde beim Kaiser und der Kaiserin der Franzosen reklamiren!" Zu spät!" — „Bekanntlich hatte Marschall Bazaine eine Inspektionsreise nach San Luis Potosi gemacht und in den Journalen hieß es prahlerisch: „Mr. le Maréchal Bazaine a quitté Mexico le 2 juillet (1866) avec son Etat-Major particulier, pour se porter à San Luis-de-Potosi et diriger de plus près les opérations dans le Nord." Mit fliegender Marschallsfahne und dem unentbehrlichen Couvrenuque (Nackenschutz über die Mütze) zog Bazaine aus Mexiko ab, um diese famose Expedition, welche nur $1^1/_2$ Million Franks kostete, zu unternehmen. Als er seinen Einzug in Potosi hielt und seine Armee auf dem Platze um sich versammelt sah, hoffte er stets auf eine Demonstration zu seinen Gunsten. Doch alle Straßen waren leer, alle Fenster geschlossen, und mißvergnügt begab er sich, die Truppen noch salutirend, in sein Hotel. Seine eigenen Offiziere bemerkten spöttisch: „il a salué la troupe en faisant des grimaces qui lui rendaient la figure comme une brioche mal faite." Der „geheime" Zweck dieser Expedition war, die reiche Hacienda von Bocas zu besuchen, welche einer bejahrten Tante seiner Frau gehört, die ihm selbe eines Tages vermachen soll. Die Liberalen hatten jener Tante eine Kontribution von 10,000 Piastern auferlegt und gedroht, daß sie bei Nichtbezahlung die Hacienda niederbrennen; seitdem jedoch der Marschall den Meierhof mit seiner noblen Gegenwart geheiligt hatte, verzichteten seine Freunde, die Chinacos (Spottname der Liberalen), auf Contribution und Drohung." — „Während der Marschall sich in Matehuala aufhielt (August 1866), gaben ihm die kaiserlichen Autoritäten daselbst ein Diner. Beim Nachtisch hielt er an sie folgende Rede: „Meine Herren! Sprechen wir frei und offen! Frankreich will das Land nicht zwingen, das kaiserliche Regime beizubehalten. Napoleon wollte nur Euer Glück, als er Maximilian auf den Thron Mexiko's setzte; er hat jedoch sich überzeugt, daß er sich in vielen Hinsichten getäuscht. Ihr wollt die Republik? Bezeichnet mir den Präsidenten; Ihr habt mir nur Ein Wort zu sagen, und ich werde Euch mit meinem ganzen Einflusse unterstützen. Frankreich wird Eurem Wunsche gerecht werden und Eure Stimme in die Wagschale legen." Die kaiserlichen Autoritäten, wie jene zu Potosi, darauf vorbereitet, daß der Marschall sich gern zum Präsidenten proklamirt sehen möchte, und sei es auch nur von einer Tribus des Apachenstammes, um die Maske abnehmen und sich zum Vollstrecker des nationalen Willens aufwerfen zu können, schwiegen und verschwanden."

Dies nur einige Stellen aus der Anklage gegen diesen Marschall, der das Vertrauen seines Kaisers auf eine Weise mißbraucht hat, wie es wenige Beispiele in der neueren Geschichte gibt, selbst wenn eine Anklagegeschichte, wie diese, in einzelnen Punkten mag widerlegt werden können. Wir verweisen besonders auf den zweiten Theil, der die Belege mit 45 Original-Schriftstücken enthält. Das Schlimmste und Unvergeßlichste ist, daß Bazaine befahl, in dem „Kriege der Civilisation gegen die Barbarei" keine Gefangene zu machen, sondern Alles ohne Unterschied niederzumetzeln.

annimmt. Die drei neuerbauten Typhus-Hospitäler sind bereits nicht mehr ausreichend zur Unterbringung der Kranken. Es ist ein Sanitätscomite gebildet worden, welches die geeigneten Maßregeln ergreifen soll, um der weiteren Entwicklung der Epidemie entgegenzutreten. Außerdem herrschen besonders unter den Kindern gefährliche Halskrankheiten. Trotz dieser schlimmen Lage erwartet man für die Zukunft noch Schlimmeres, da der Genuß aller möglichen Brodsurrogate bei ihrer Unverdaulichkeit bei Vielen Wassersucht erzeugt, die in den meisten Fällen mit dem Tode endet. Der „Golos" theilt aus den jenseit Moskau's belegenen Gouvernements auch keine erfreulichen Nachrichten mit. Im Gouvernement Rjäsan haben die Bauern fast alle ihre Pferde zu fabelhaft billigen Preisen, d. h. zu 5, ja zu 3 Rubeln, losschlagen müssen, weil das Stroh der Dächer nicht einmal zur Fütterung hinreicht. Alle Lebensmittel sind entsetzlich theuer und die Vorrathsmagazine leer. Aehnliche Nachrichten kommen noch aus vielen Bezirken.

Nordamerika. [Präsidentschaftskandidat Grant.] Die „N. P. Z." gibt über den schweigsamen Grant folgende Mittheilung: Die sogenannte Grant-Bewegung, d. h. die Agitation für und gegen dessen Präsidentschafts-Nomination, nimmt immer stärkere Dimensionen an, obgleich Grant noch immer schweigt, sich weder über seine politischen Ansichten, noch darüber ausspricht, ob er eine etwaige Nomination (Aufstellung als Kandidat) annehmen würde. In letzterer Beziehung scheint aber Grants Vater aushelfen zu sollen. Letzterer, nach dem „Lewiston Journal" ein sehr gemüthlicher, umgänglicher, anspruchsloser alter Herr, ist in seinem väterlichen Stolze, seiner Lust an seinem Sohne, nicht so kurz an Worten und muß daher mit Erzählungen wenigstens aus der Vergangenheit des Sohnes herhalten. Auf diese Weise erfahren wir, daß Grant, nachdem er die Armee verlassen, als Gehilfe im Laden seines Vaters fungirte. Als er eines Morgens aus den Zeitungen den Angriff auf Fort Sumter erfuhr, zog er sofort seinen Rock an und sagte in seiner ruhigen überlegten Art: „Jungens, ich verdanke Uncle Sam meine Erziehung, und obgleich ich 11 Jahre in der Armee gedient, fühle ich doch, daß ich noch in seiner Schuld bin, und ich gehe ihm meine Dienste anzubieten." Ferner erfahren wir, welche Noth Gouverneur Yates von Illinois mit Grant hatte, um ihn zur Annahme einer höheren Kommission in der Armee zu bewegen. Yates klagte diese seine Noth einem alten Bekannten von Grants Vater, der ihm entgegnete: „Wenn Sie Grants Dienste wünschen, so müssen Sie ihn ohne ihn vorher zu befragen anstellen." Gesagt, gethan! Yates ernannte Grant zum Oberst des ersten Regiments, das zur Einmusterung bereit war, und setzte ihn, der gerade auf Besuch in seiner Heimath war, telegraphisch davon in Kenntniß. Grant kehrte sogleich zurück, nahm ruhig seine Anstellung an und unterzog sich derselben mit militärischer Gewissenhaftigkeit. Jetzt wissen die, welche ihn zum Präsidenten nominiren wollen, genau, wie sie mit ihm umzuspringen haben. Frisch nominirt und telegraphisch avertirt! General Grant wird sofort seine Cigarre bei Seite legen, seinen Militärrock aus- und den Civilrock anziehen und dann sagen: „Jungens, ich schulde Uncle Sam meine Erziehung, ich fühle mich noch in seiner Schuld und gehe, seine neue Anstellung anzutreten."

Literarisches.

Die uns vorliegenden Nummern 6—13 des zehnten Jahrgangs der allgemeinen illustrirten Zeitung **„Ueber Land und Meer"** von F. W. Hackländer (Stuttgart, E. Hallberger) legen wieder neuerdings von dem umsichtigen Bestreben der Verlagsbuchhandlung Zeugniß ab, die besten schriftstellerischen und künstlerischen Kräfte für dieses Weltblatt zu erhalten und zu gewinnen, um demselben in der illustrirten Unterhaltungsliteratur die erste Stelle unbestritten zu sichern. In seinem novellistischen Theile finden wir Beiträge von Paul Heyse, Julius Grosse und F. W. Hackländer — Namen, die an und für sich schon die Bürgschaft für den poetischen Werth des Dargebotenen enthalten. Es ist hier unmöglich, den Reichthum der übrigen Beiträge auch nur oberflächlich nambaft zu machen. Wir heben auf's Gerathewohl blos einige Artikel hervor. „Die Bewohner der westlichen Prärieen," „St. Louis," Skizzen von dem gegenwärtig in Amerika weilenden Gerstäcker, „Der Amazonenstrom" von Dr. Richard Andree, „Schilderungen aus Bayern" von Max Haushofer, die Biographieen von Justus v. Liebig, Philipp Galen (Dr. Lange), der Präsidenten des Abgeordnetenhauses im österreichischen Reichsrathe, die Bilder von der Weltausstellung in Paris, „Aus dem Lager von Chalons," „Suhl und seine Waffenfabrikation," „Dornstücke aus dem Leben eines Theater-Rezensenten" u. s. w. u. s. w. In den meisten Artikeln wird vorzugsweise der Zeitgeschichte nach Gebühr Rechnung getragen, namentlich in den Korrespondenzen aus den Hauptstädten Deutschlands. Ueber fünfzig Illustrationen, worunter vortreffliche Porträte, wundervolle Illustrationen aus Doré's Prachtbibel, brillante Landschaftsbilder, Architekturstücke, Genrebilder, humoristische Skizzen u. s. w. fesseln den Blick des Beschauers, der nicht müde wird, in dieser prächtigen Zeitschrift die schönste Unterhaltung zu suchen. (In Würzburg zu beziehen durch die Stahel'sche Buch- und Kunsthandlung.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	6[illegible]$\frac{3}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P. 54$\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	49$\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
"	4½pCt.	42$\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101$\frac{3}{4}$ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94$\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88$\frac{1}{4}$ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94$\frac{3}{4}$ P.
"	4½pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82$\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90$\frac{1}{2}$ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85$\frac{3}{4}$ P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94$\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86$\frac{1}{4}$ P.
"	4½pCt. Obl. dto.	83 P. 82$\frac{3}{4}$ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82$\frac{1}{2}$ G.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85$\frac{1}{2}$ P.
NAmerika	6pCt. a 1000r. 1881 D. 2½	77 G.
"	6pCt. ditto v. 1882	75$\frac{7}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127$\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	680 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	187—86$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90$\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	224—23$\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332$\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109$\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	246$\frac{1}{2}$—45$\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117$\frac{1}{2}$ P. 117 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	59$\frac{1}{2}$ G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157$\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	84 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107$\frac{1}{4}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131$\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52—$\frac{3}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74$\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P. 41$\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42$\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119$\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97$\frac{3}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$\frac{5}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94$\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99 [illegible] G.
do. in öst. W. l. S.	99$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	138$\frac{1}{2}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62$\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71—70$\frac{3}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	130$\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864	80$\frac{1}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99$\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19$\frac{1}{8}$ P.
Badische fl. 35	51$\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 G.
" fl. 25 do.	42$\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38—$\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26$\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12$\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 5. Februar. Die Börse verkehrte in beruhigter, aber nicht sehr animirter Haltung. Das Pacificationswerk ist durch consequente Friedensbetheuerungen der Mächte zwar gelungen, aber man baut doch nicht gerne Häuser auf diese Versicherungen. Pariser Schlußcourse von gestern und Wiener Vorbörse waren etwas matter gekommen und in Folge dessen waren auch hier sowohl die österreich. Speculations-, als die Anlageeffekten um Bruchtheile billiger erhältlich. Auch süddeutsche Werthe, wie z. B. badische Loose waren offerirter und billiger zu haben. Amerikaner waren trotz des höheren Goldagios ziemlich fest. Darmstädter Bankaktien unterlagen mehrfachen Schwankungen und schließen etwas matter als gestern. Von Wechseln Thalerwechsel gesucht und neue russische Pfandbriefe wurden zu 77 gemacht. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 38. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 7. Februar 1868.

Der alte Handelsweg und die Donauthalbahn.

München, 6. Februar.

Die zur Zeit größte Lücke im bayerischen Eisenbahnnetze hat die Donaulinie auszufüllen, welcher deßhalb auch die Priorität vor allen anderen Linien eingeräumt werden soll. Sie hat den alten Handelsweg wieder herzustellen, der in andere Richtungen gedrängt wurde, und die von Regensburg aufwärts ungenügende Donaudampfschifffahrt zu ersetzen. Ihre Bedeutung für die Landesfestung Ingolstadt bedarf ebenso wenig einer näheren Auseinandersetzung, als ihr Werth für die betheiligten Landstriche Niederbayerns und selbst für den Donau-Mainkanal.

Die Donaubahn zerfällt in drei Theile, in die Strecke Regensburg-Ingolstadt, Ingolstadt-Donauwörth und Donauwörth-Offingen, an welch' letzterem Orte sie mit der Augsburg-Ulmer Bahn zusammenfällt. Die Strecke Regensburg-Ingolstadt verläßt in rein westlicher Richtung den Bahnhof Regensburg, wo sie mit der Ostbahnlinie zusammentrifft, biegt in einer Kurve über Prüfening in günstigem Terraine gegen die Donau ein, die sie zwischen Alkofen, Mading und Kapfelsberg zur Vermeidung großer Umwege und Felsenarbeiten zweimal überschreitet, berührt die Orte Kelheim und Weltenburg, die dortigen Felsenpartien mit 2 Tunnels in einer Gesammtlänge von 3210 Fuß durchfahrend und geht parallel mit dem Donaustrom auf dem Hochgestade des letzteren in den außerhalb des Festungsrayons und außerhalb des Ueberschwemmungsgebietes der Donau vorgesehenen Bahnhof, in welchem alle bei Ingolstadt sich kreuzenden Bahnen behufs der Rangirung des Fahrdienstes zusammengeführt werden müssen. Die Gesammtlänge der Traçe beträgt 18,72 Stunden (gegen die 15,58 Stunden betragende Luftlinie) zwischen den beiden Punkten. Die Höhendifferenz der beiden Endpunkte beträgt 102,82 Fuß, die Gesammtsteigungen 304,32 Fuß, so daß eine verlorene Steigung von 201,50 Fuß sich ergibt. Das Steigungsmaximum von 1 : 200 kommt nur auf einer Länge von 28,344 Fuß zur Anwendung und nur einmal ein Kurvenradius von 1500 Fuß auf eine Länge von 1350 Fuß, so daß diese Linie bezüglich der vertikalen und horizontalen Projektion zu den für den Betrieb günstigen Flachlandbahnen zu zählen ist. Der Kostenaufwand stellt sich inkl. der Bahnhofanlagen in Regensburg und Ingolstadt auf 9,700,000 fl.

Die hieran sich schließende Strecke Ingolstadt-Donauwörth macht eine Verlegung der Wechselstation in Donauwörth auf das rechte Donauufer absolut nothwendig. Die Räumlichkeiten in der jetzigen Station Donauwörth, die als Lokalstation fortzubestehen hätte, gestatten eine Erweiterung nicht und würden bei der ganz abnormen Anlage des dortigen Schienennetzes, dessen Kurven bis auf einen Radius von 650 Fuß heruntergehen, geradezu gefährlich für die Sicherheit. Die Bahn führt von Donauwörth abwärts in gerader Linie nach Rain, überschreitet den Lech und durchschneidet den Kalkschieferrücken bei Oberhausen, um Neuburg a. d. Donau sich zu nähern. Von da fällt sie bis Zuchering, welches nach den Anforderungen der fortifikatorischen Verhältnisse Ingolstadts umgangen werden muß und mündet dann in südlicher Richtung in die Wechselstation Ingolstadt, um eine Kopfstation für die Fortsetzung der Bahn nach Regensburg zu vermeiden. Diese Linie hat eine Ausdehnung von nur 1425 Stunden (gegenüber der Luftlinie zu 1310 Stunden), keine Kurven unter 2000 Fuß und eine Maximalsteigung von $^1/_{200}$, welche nur auf einer Strecke von 36,500 Fuß zur Anwendung kommen wird. Bei einer Höhendifferenz der Endpunkte von 114,4 Fuß beträgt die Gesammtsteigung 210,15 Fuß, daher die verlorene Steigung 95,75 Fuß. Sie ist deßhalb für den Betrieb als eine der günstigsten Linien zu bezeichnen. Die Kosten berechnen sich inkl. des Antheils an den Bahnhöfen bei Ingolstadt und Donauwörth auf 6,250,000 fl.

Endlich der letzte Theil der Donaubahn — die Strecke Donauwörth-Offingen, — würde nach der Ueberschreitung der Donau außerhalb des Tunnels in Donauwörth die Nürnberger Traçe verlassen, die Wörnitz überschreiten und sich zur hochwasserfreien Hochebene am linken Donauufer erheben, dasselbe verfolgend den Brunnenbach bei Höchstädt, die Egau bei Steinheim, die Berenz bei Gundelfingen und die Donau bei Offingen überschreiten, um sich am letzten Orte mit der Augsburg-Ulmer Bahn zu vereinigen. Die Kosten sind inkl. der Bahnhofsantheile in Donauwörth und Offingen auf 4,400,000 fl. veranschlagt, die Kosten einer eventuellen Doppelbahn von Offingen bis Ulm auf 1,650,000 fl. Die Maximalsteigung von $^1/_{200}$ ist nicht überschritten, der kleinste Kurvenradius mißt 2500 Fuß, so daß die Bahn für den Betrieb äußerst günstig tracirt ist.

Wenn nun auch die Bahn von Regensburg bis Donauwörth als eine absolut dringliche bezeichnet werden muß, deren Ausführung vom Standpunkte des großen Verkehres wie der Landesinteressen von der Staatsregierung zu postuliren ist, so tritt bezüglich der Verbindung zwischen Donauwörth und Offingen doch ein ganz anderes Verhältniß ein. Die rein westliche Fortsetzung der Bahn ist ohnehin schon gegeben durch die Bahn von Donauwörth nach

Entlarvung des Schwindelprofessors Davis.

Der hier in Würzburg noch im Andenken stehende Schwindler, der sich kürzlich auch in Berlin für einen Professor der Universität Petersburg ausgegeben und Vorlesungen über angeblich von ihm gemachte Reisen hielt, ist dort auf eine ergötzliche Weise entlarvt worden. Die „Vossische Ztg." bringt darüber folgende interessante Einzelheiten:

Am Dinstag Abend 8 Uhr sollte der große Akt der Vorlesung in Scene gehen. Etwa 14 Tage zuvor hatte der sogenannte Herr Professor eine literarische Abendunterhaltung veranstaltet, die zum Ergötzen der circa 40 Anwesenden ihren Höhepunkt in der Deklamation des Uhland'schen Gedichtes „Des Sängers Fluch" erreichte, welches Gedicht der Deklamator unter sorgsamer Beobachtung der Strophenabschnitte abscandirte und herleierte. Durch briefliche Anfrage in Petersburg war inzwischen festgestellt worden, daß an der Universität daselbst ein Professor Davis nie existirt hatte. Die Neugier war deßhalb groß, ob der pseudonyme Asienreisende dennoch auftreten oder es vorziehen werde, wie in Nürnberg (aber nicht, wie die „Voss. Z." meint, im Jahre 1866, sondern erst vor etwa 6 Wochen) mit den eingenommenen Tagesgeldern friedlich von dannen zu ziehen.

Etwa hundert Personen der besten Stände hatten sich zu dem Zwecke in Arnims Saal eingefunden, unter ihnen viele Professoren und Gelehrte Berlins, die seinerseits mit Billets bereist worden waren. Sie wollten für ihr Geld wenigstens das Ende der Komödie miterleben. Und Herr Davis kam. Sein Entrée glich etwa dem einer Hyäne in dem Käfig eines Thierbändigers, so scheue Blicke warf der schon etwas gedemüthigte Reisende auf die Versammlung. Nach einer längeren Kunstpause, während welcher er noch einmal verschwand, begann er seinen Vortrag, eine monotone Herlesung einförmiger Reisenotizen, wie sie sich jeder selbst aus Reisebeschreibungen extrahiren kann. Nichts von eigenthümlichen Erlebnissen, lebhaften Terrainschilderungen, wie sie eigene Anschauung mit sich bringt. Bald wurde es zur Evidenz klar, daß der kühne Reisende einen Auszug aus der 1862 von dem Ungar Vámbéry gemachten gleichnamigen Reise vorlas, der manchmal wörtlich gleich mit dem Original lautete. Noch bedenklicher wurde die Sache, als der Vortragende an türkische und arabische Wörter kam, die er harmlos las, wie sie geschrieben werden. Selbst solche Wörter, deren richtige Aussprache zur allgemeinen Bildung gehört, machten davon keine Ausnahme: Reis-Efendi statt Reis-Efendi, Kóran statt Korán, Aráber statt Araber, sogar Turanír statt Turanier. Eine arabische Grußformel entfloh vollständig verstümmelt dem Gehege seiner Zähne und Jemischteppe, wie er den Namen der Stadt Jemischteppé aussprach, war ebenso unsinnig nach Aussage der Sprachverständigen. Dazwischen erfreute die anwesenden Geographen auch ein kleiner geographischer Schnitzer, indem aus der russischen Insel Aschura eine Halbinsel und Landzunge wurde. Rechnet man die deutschen grammatikalischen Böcke hinzu: „Er ersuchte mir", „man achtete so wenig auf der Nachforschung", endlich die buchstäbliche Aus-

Nördlingen und deren Fortsetzung die Remsthalbahn. Die Linie Donauwörth und Offingen würde dagegen den Verkehr zwischen der Donau und der Schweiz, damit zugleich einen sehr erheblichen Theil des ungarisch-schweizerischen Verkehres von den bayerischen Linien ab und auf die Ulm-Friedrichshafner Bahn lenken, oder zur Erhaltung dieses Verkehrs ganz außerordentliche Opfer erfordern. Erst wenn die Bahn Ingolstadt-Augsburg gebaut sein wird, wäre diese Beschädigung vermieden, und da, wie später gezeigt werden wird, auch diese letzte Linie jetzt noch nicht in Angriff zu nehmen ist, so muß auch die Ausführung der ersteren (Donauwörth-Offingen) ausgesetzt bleiben. Selbst die vom militärischen Standpunkte aus für die Beschaffung dieser Linie in erster Reihe geltend zu machenden Gründe mußten bei der für die Rentabilität der übrigen Staatsbahnen hiedurch entstehenden Gefahr zur Zeit noch in den Hintergrund treten.

Süddeutschland.

Bayern. [Zum Zollparlament.] Den Standpunkt der Mittelpartei (Centrum der Abgeordnetenkammer) faßt der „Nürnb. Korresp.“ dahin zusammen: „Die Mittelpartei erkennt das Recht des neuen Bundes an und ist bereit, mit ihm die nationale Verbindung einzugehen, welche schon der Prager Frieden in Aussicht genommen hat, aber sie hält seine Verfassung nicht für darauf berechnet, sich über ganz Deutschland auszudehnen, sondern sucht für jene Verbindung andere Grundlagen zu gewinnen, als sie das Uebergewicht Preußens im Norden unvermeidlich machte, und glaubt deßwegen, diese Verbindung auf das Feld beschränken zu müssen, auf dem die Einigung schon angebahnt ist, das der militärischen Bündnisse und des Zollvereins, und hier ist sie bereit, je nachdem die Verhältnisse es wünschenswerth machen, die Kompetenz des Zollparlaments zu erweitern, aber sie thut es nicht, um dadurch desto schneller die preußische Spitze herbeizuführen, sondern um durch den Fortschritt auf föderativem Boden dem Aufgehen in Preußen vorzubeugen.“

Ueber die Gründe, welche den Grafen Taufkirchen bewogen haben, die ihm angetragene Kandidatur zum Zollparlament abzulehnen, bringt die „Allg. Z.“ folgende offiziöse Mittheilung:

„Die Wahlbewegung zu Gunsten des Grafen Taufkirchen hat durch dessen unter Hinweisung auf dienstliche Hindernisse erfolgte Ablehnung ihren Abschluß gefunden. Wenn wir auch bedauern, daß damit ein durch Charakter und Talent ausgezeichnetes Mitglied des bayerischen Beamtenstandes von der Theilnahme an den Berathungen des Zollparlaments ausgeschlossen bleibt, so können wir doch ebenso wohl die Ablehnung des Grafen Taufkirchen begreifen, als auch, daß sie erst jetzt stattgefunden hat. An sich würde die Wahl eines k. Gesandten zum Mitglied des Zollparlaments keinem aus dienstlichen Rücksichten hergeleiteten Bedenken unterliegen. Die Theilnahme der diplomatischen Vertreter an den Verhandlungen parlamentarischer Körperschaften hat von jeher stattgefunden, und die Kammer der Reichsräthe besaß zu allen Zeiten Mitglieder, welche gleichzeitig größere Gesandtschaftsposten inne hatten. Auch die Thätigkeit eines Abgeordneten zum Zollparlament ist in keiner Weise mit dem Beruf des Gesandten unvereinbar. Wenn also anfangs der Gedanke einer Wahl des Grafen Taufkirchen zum Zollparlament von ihm und seinen Freunden nicht zurückgewiesen wurde, so war dies nach der damaligen Sachlage vollkommen gerechtfertigt. Im Verlaufe der Vorbesprechungen gestalteten sich indessen die Wahlverhandlungen in der Hauptstadt derart, daß sich eine höchst stürmische Wahl überhaupt voraussehen ließ. Die Gegensätze der Parteien treten von Tag zu Tag einander schroffer gegenüber, und es war vorauszusehen, daß schließlich Graf Taufkirchen in die scharf ausgeprägte Stellung eines Parteimannes gedrängt worden wäre. Eine solche Stellung war mit den Pflichten eines diplomatischen Vertreters der Staatsregierung im Auslande nicht vereinbar. Indem Graf Taufkirchen, als ihm diese Sachlage bekannt geworden war, die Wahl ablehnte, hat er offenbar in richtiger Würdigung der eingetretenen Lage gehandelt.“

Großh. Baden. Karlsruhe, 5. Febr. [Staatsminister Mathy †.] Dem „Frkf. J.“ schreibt man: Das Ereigniß des Tages ist der Tod des Staatsministers Karl Mathy. Mit Rücksicht auf die bedeutende Rolle, welche der Verstorbene im badischen Staatsleben inne hatte, wird nachstehende biographische Skizze von Interesse sein. Karl Mathy ist im März 1803 zu Mannheim geboren. Im Jahre 1833 trat er in den Staatsdienst, wurde aber in Folge eines Steckbriefes der Centraluntersuchungskommission zu Frankfurt, den die badische Regierung genehmigt hatte, schon 1835 landesflüchtig. Zuerst hielt er sich im Elsaß auf, dann in der Schweiz. Aus beiden Asylen vertrieb ihn der Verdacht, er sei hervorragendes Mitglied des jungen Deutschlands. Nach einer befriedigenden Erklärung Mathy's nahm die schweizerische Polizeibehörde den Ausweisungsbefehl zurück, Mathy erhielt das Bürgerrecht von Grenchen, Canton Solothurn, und eine Lehrstelle an der dortigen Secundarschule. Sein Plan, eine eigene Lehranstalt zu gründen, kam nicht zur Ausführung. Zu Anfang der 40er Jahre kehrte Mathy in die Heimath zurück. 1842 beriefen ihn die Wähler der Stadt Constanz in die badische zweite Kammer und er nahm als Mitglied der damaligen Opposition an dem Verfassungskampfe gegen das damalige Ministerium theil. Das Jahr 1848 sah ihn jedoch als Stütze der Regierung gegenüber der Revolution und als Staatsrath im großherzogl. Staatsministerium. Die Reaktion vertrieb ihn von seinem Posten aufs neue in die Fremde, wo sein Talent und seine Energie ihm jedoch hervorragende Stellungen sicherten (Gotha, Berlin, Leipzig). Als leitende Persönlichkeit gehört Mathy dem badischen Staate seit 1862 wieder an, wo er zuerst Direktor der Hofdomänenkammer, dann (30. Januar 1864) Präsident des Handelsministeriums wurde. Im Jahre 1866 trat er in Folge der politischen Ereignisse vorübergehend (5. — 27. Juli) in Ruhestand, befand sich aber bald wieder an der Spitze der Geschäfte als Staatsminister der Finanzen und Präsident des Staatsministeriums. Aus dieser Stellung rief ihn in vergangener Nacht der Tod ab. Er starb an einer Brustfellentzündung und hinterläßt eine Wittwe; die Kinder sind ihm vorangegangen. Die zweite Kammer ehrte das Andenken des Verstorbenen dadurch, daß unmittelbar nach einer passenden Ansprache des Präsidenten die Sitzung geschlossen und auf morgen vertagt wurde. — Dem Vernehmen

---

sprache von Manchester, Birmingham, fashionable und — hörten wir bei dem undeutlichen Gemurmel des Vortragenden recht — Individium statt Individuum, so ergibt sich außer dem Resultat, daß der Herr Pseudonymus die Reise nicht gemacht, ein für einen Universitätsprofessor, ja sogar für einen Gymnasial-Secundaner bedenkliches Maß von Unwissenheit. Der Vortragende hatte aber so wenig zur Verdeckung seines Plagiats gethan, daß er nicht einmal sich die Mühe gegeben hatte, die Namen der Reisebegleiter Vámbéry's zu ändern, die seinigen hießen genau ebenso. Das Ende vom Liede war, daß Professor Kiepert den auf dem Rückzuge von seiner glänzenden Bataille Befindlichen um Mittheilung ersuchte, in welchem Jahre er seine angebliche Reise gemacht habe? „1864“, lautete die kahle Antwort und er war verschwunden, so daß nur die ersten Worte des Kiepert'schen Zweifels sein Ohr trafen: „Ich glaube, 1862 ist die Reise gemacht worden und nicht von Ihnen, sondern von einem Andern.“ Das Auditorium gruppirte sich nun um den Interpellanten, wobei mannigfache neue Nachrichten über den Entschwundenen zu Tage kamen.

Vom brasilianischen Kriegsschauplatz.

Die Kriegsereignisse am Zusammenflusse des Paraguay und Parana bieten dem entfernteren Zuschauer ein höchst einförmiges Bild. Die Operationen sind so schneckenartig langsam, daß regelmäßige Nachrichten vom dortigen Kriegsschauplatze nur langweilig und interesselos sein würden. Daß aber der unmittelbar Betheiligte dem Feldzuge doch ein großes Interesse abgewinnen kann, beweist eine an die „Deutsche Zeitung“ in Porto Alegre gerichtete, sehr gut geschriebene Correspondenz, unterzeichnet: O. St. Da sie sowohl das Lagerleben der brasilianischen Armee und einzelne Kampfscenen, als auch die südamerikanische Landschaft recht anschaulich schildert, so entnehmen wir ihr folgende Auszüge:

Unsere Armee hat ihre Avantgarde bis zur Estancia S. Solano, Lopez' Lieblingsaufenthalt und Privateigenthum, vorgerückt, während das Gros und das General-Quartier in Tuyu-Cué liegen blieb. S. Solano bildet mithin den rechten Flügel der Armee. Gar lieblich liegt ein Complex einfach gebauter, freundlicher Häuser in einem schattigen Orangenwäldchen, das zum Theil die niedrigen Ufer einer ziemlich großen Lagune bedeckt und an dessen Seite große, ahornähnliche Bäume ihre Zweige ins Wasser hangen lassen; hübsche, malerisch vertheilte Wäldchen, zwischen denen wieder kleinere Weiher, mit blühenden Wasserpflanzen geschmückt, sich ausbreiten, ziehen sich näher und ferner hin, das ganze Bild durch zahllose Vogelschaaren belebt; das ist S. Solano, hinter dem nordwestlich in Entfernung von ungefähr zwei Stunden sich hinter einem Waldsaume die drei Thürme Humaita's erheben, der stolzen, so viel besprochenen Feste, die mir mehr ein Zwing-Paraguay scheint, als ein Bollwerk gegen eindringende Feinde. Unsere Truppen hatten hier ihr Lager nur schwach mit einigen Erdwerken umgeben, die rechte Seite aber mit einer achteckigen Sternschanze befestigt.

nach hat der Großherzog den Vorsitz im Staatsministerium selbst übernommen, die interimistische Leitung des Finanzministeriums dem Präsidenten Dr. Jolly, die des Handelsministeriums dem Präsidenten v. Freydorf übertragen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 4. Febr. [Die Spielbanken.] Dem „Schw. Merkur“ wird offiziös geschrieben: „Nachdem die am vorgestrigen Tage eingegangene Nachricht, daß die Verhandlungen, welche in Wiesbaden mit den Spielpächtern geführt wurden, wegen Ablehnung der preußischen Bedingungen abgebrochen seien, sich als irrig herausgestellt, meldet eine neuere Nachricht, daß auf Grund der preußischen Vorschläge ein Abkommen erzielt sei. Und so verhält es sich denn auch wirklich, jedoch bezieht sich dieses Abkommen zunächst nur auf die Banken in Wiesbaden und Ems, welche derselben Gesellschaft gehören. Bekanntlich sind die Verhandlungen mit Homburg von Anfang an am meisten erfolglos gewesen; drohte doch der Spielpächter Blanc im vorigen Jahre einmal komischerweise sogar mit einer Berufung an den französischen Kaiser zum Schutze seines Privilegiums! Indessen steht jetzt doch zu erwarten, daß die Interessenten, vor die Wahl gestellt, entweder nachzugeben oder ein gesetzgeberisches Verbot des Spiels zu erhalten, schließlich auf das Ultimatum der Regierung eingehen werden. Interessant bleibt dann noch die Frage, was die hessen-darmstädtische Regierung hinsichtlich der Spielbank in Nauheim, dem im norddeutschen Bundesgebiet gelegenen Badeorte, zu thun gedenkt.

Wiesbaden, 5. Febr. [Der Arbeiterbildungsverein] hat am vorigen Sonntag seinen Anschluß an den „Vereinstag deutscher Arbeitervereine“ mit großer Majorität erklärt. Die Anhänger Lassalle's, welche sich in dem Arbeiterbildungsverein vorfinden und in jüngster Zeit viele selbständige Versammlungen abhalten, suchten diesen Beschluß vergeblich zu verhindern, erklärten denselben aber schließlich eben doch für einen großen Fortschritt, indem sie darin den Uebergang des Arbeiterbildungsvereins aus der socialen Apathie zur politischen Aktion erkennen wollen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Februar. [Zur Ersparung im Militärbudget.] Alle österreichischen Blätter bringen gegenwärtig über dies Thema lange Artikel. Wir stellen daraus Folgendes zusammen:

Von Ersparungen durch Einstellen des Avancements halten wir nicht viel. Vom Hauptmanne abwärts ist das Avancement ohnehin schon eingestellt, und die nunmehrige Feststellung eines „Maximalalters“ macht es zur leidigen Nothwendigkeit, immer wieder neue Stabsoffiziere und Generäle zu ernennen. Eine fühlbare Ersparung läßt sich unseres Erachtens nur durch eine Beschränkung der Gebühren erzielen, welche sich für die militärischen Würdenträger bereits zu einer erstaunlichen Höhe gehäuft haben. Während der niedere Staatsbedienstete sich mit einer unverhältnißmäßig knapp bemessenen Gage begnügen muß, finden wir für Generale und Stabsoffiziere, dann für einzelne Spezialwaffen eine Menge von Gebühren verzeichnet, welche zusammen der eigentlichen Gage gleich kommen. Schon die erste Seite des Gebührenreglements zählt uns fünfzehn Gattungen von Gebühren auf, welche außer der Gage ein Militär bezieht, welcher das Glück hat, den goldenen Kragen zu tragen. Mit der Fourage, welche meist in Relutum bezogen wird, treibt man eine Verschwendung, als ob sie nichts koste, ebenso wird mit den Funktions- und Dienteszulagen entsetzlich gewirthschaftet. Mit Ausnahme der Infanterie und Feldartillerie finden wir für jede Spezialwaffe Zulagen, welche die Glieder derselben beziehen, sobald sie nur irgend einen Dienst verrichten; die eigentliche Gage erscheint nur gleichsam als Taschengeld. Man sieht, daß bei Verfassung des Gebührenreglements jede einzelne dieser Spezialwaffen-Gattung tüchtig vertreten war, um herauszuschlagen, was möglich. Das fortwährende Reisen und Inspiciren der Würdenträger verschlingt Massen von Geld, denn da gibt es Diäten, Reisezulagen, Fiaker u. s. w. u. s. w.; ein fixirtes Reisepauschale, ähnlich wie bei den politischen Behörden, würde der Wirthschaft ein Ende machen. Fast zehn Prozent der ganzen Armee wird zum Schreib- und Ordonnanzdienst, dann zur Bedienung der Offiziere verwendet. Jeder Stabsoffizier hat zwei Diener; allerdings soll er nur einen haben; aber der gewissenhafteste macht sich ungeachtet der bestehenden strengsten Verbote keinen Kummer daraus, auch einen Pferdewärter über die Gebühr zu halten, — er braucht ihn ja für den Dienst. — Mehr als die gesuchten 15 Millionen absorbirt die Bedienung der Offiziere und Parteien. Was braucht man endlich bei der Kavallerie und Artillerie die theueren Musikbanden? Der in der Kantonnirung beim Bauer untergebrachte Soldat hört ja ohnehin nichts von der in der Stabsstation liegenden Musik.

Ausland.

Frankreich. Paris, 3. Febr. [Die Debatte über das Preßgesetz] — schreibt man der „Frkft. Ztg.“ — hat den bleibenden Vortheil, daß sie das Treiben der Hofleute Jedermann klar vor Augen stellt, und damit den Beweis liefert, daß der nach drei Revolutionen wieder hergestellte Despotismus sich auch darin von dem des alten Regime nicht unterscheidet. Die Deputirten sollen bei ihrer Abstimmung namentlich dadurch bestimmt werden, daß sie, wie die einen vorgeben, dem Kaiser einen Dienst erweisen, wenn sie ihn von einem übereilt gegebenen Versprechen befreien, während Andere behaupten, der Kaiser denke heute noch darüber, wie im Januar v. J., und halte es nicht in seinem Interesse, zu dem früheren Preßzwang zurückzukehren; weder die Rechte des Volkes, noch die Interessen des Landes, kommen dabei in Betracht. Von den Ministern hat Baroche in öffentlicher Rede, Rouher in Privatgesprächen mit den Deputirten der Majorität sich für das Gesetz ausgesprochen und es soll ihnen denn auch gelungen sein, die Zahl der rabiaten Feinde der Preßfreiheit auf 50 zu reduciren. Daß diese letzteren bei ihrem Widerstand einem Winke der Kaiserin folgen, ist außer Zweifel, und die Spanierin hat alle Aussicht, dieselbe Neigung sich zu erwerben, wie einst die „Oesterreicherin“ (Marie Antoinette); mit solchen Namen, die Alles in ein Wort zusammenfassen, ist in diesem Lande nicht zu spassen. — Der „Temps“ bemerkt, bei allen Anklagen, welche gegen die Freiheit der Presse

---

Die Sonne des 20. ging für S. Solano in glühender Farbenpracht unter, die brennende Abendröthe spiegelte sich im stillen Wasser des See's wieder, sie schimmerte auf blanken Lanzenspitzen und stählernen Säbelscheiden und hüllte die Abendlandschaft in einen röthlichen, zauberhaften Schein. In S. Solano war Ball, ein großes Fest zur Feier des am 3. errungenen Sieges. Ein großer Galpon des Gehöftes war mit Laub, weißem und rothem Zeuge, alles, was an Band, Flaggen und bunten Lappen aufzutreiben war, auf das herrlichste ausgeschmückt, und die rothe Futterseite der Poncho's unserer Cavalleristen gab bei diesen Dekorationen eine originelle Draperie ab; zwischendurch waren sehr geschmackvolle Rosetten, aus allerlei Waffen gebildet, angebracht, und zahlreiche Lichter glänzten auf improvisirten Armleuchtern. Eine ungeheure Menge von Offizieren aller Waffen und Grade drängte sich schon frühzeitig zum Tanzlokale, am Arme die möglichst bunt, möglichst elegant gekleideten Chinas führend. Der Luxus war in der That staunenerregend: weißer, schwerer Atlaß, mit Goldflitter, Seidenbändern und Edelsteinen, echten und unechten, reichlich besetzt, spielte eine Hauptrolle, ein Collier aus grünen Smaragden und Perlen, sehr geschmackvoll gefaßt und auf dem kupferfarbigen Nacken eines ziemlich reizenden Gesichtes angenehm abstechend, erregte ganz besonders meine Bewunderung. Im besten Waffenrocke, mit Sternen und Orden, mit ungeheuer viel Begeisterung, mit viel geäußerter Kampflust schwangen die Herren Offiziere ihre feurigen dunklen Freundinnen (Phrynen des Lagers) im rasenden Tempo, bis um 1 Uhr der Oberst Nery, als Präsident des Festes, das Auskehrzeichen gab, und Alles nach Hause, d. h. nach den engen Zelten, sich begab, um eine kurze Zeit von Hitze und Staub sich zu erholen.

Früh gegen Morgen stieg der Mond herauf; mit ihm erwachte das Leben zu warmem Tageswerk; Ordonnanzen jagten nach allen Richtungen hin und her. Cavallerie-Schwadronen zogen nach der Front hin vorbei. Pferde wieherten da und dort; hier wurde dem Gaul, auf dessen Tüchtigkeit heute Alles ankommen sollte, doppelte Ration Mais vorgeschüttet, dort flickte der Soldat noch am Reitzeuge umher, ein anderer setzte seine Waffen in Stand, wieder andere hockten noch am Feuer umher, denn der Morgen war frisch und kalt; die starken, großen, ausgezeichneten Pferde zeigten ihr Feuer und ihren Muth in graziösen Halsbeugungen und leichtem Tänzeln oder stampften den Boden ungeduldig, das Gebiß zwischen den Zähnen spielend. Es war ein schöner Anblick. Am Abende vorher waren unsere Pikets zurückgezogen worden, um den Feind weiter weg von seinen Festungswerken zu locken, eine Kriegslist, die vollkommen ihren Zweck erreichte, denn am nächsten Morgen streifte feindliche Reiterei bis zum Rande eines großen Sumpfes und selbst noch weiter zu uns herüber, so daß das am 3. von uns okkupirte Terrain wieder von ihnen besetzt wurde, und als ich früh des Morgens, noch ehe die Schwadronen aufgesessen waren, mit dem Flügel-Adjutanten des alten Fernandez, Premier-Lieutenant Hermann Haßlocher, hinaustritt, sah man feindliche Vedetten auf etwa 1000 Meter vor der S. Solaner Sternschanze postirt.

(Schluß folgt.)

geschleudert werden, könne doch Niemand sie beschuldigen für irgend etwas, was seit 1852 geschehen, verantwortlich zu sein."

— [Militärexzesse.] In der letzten Zeit hat man oft von den Exzessen gesprochen, welche sich die französischen Militärs haben zu Schulden kommen lassen. Der „Courrier Français" theilt die verschiedenen Fälle mit, welche ihm seit den letzten Monaten zu Ohren gekommen sind. Der „Courrier" berichtet, wie folgt:

16. August 1867: Im Tuilerieen-Garten stürzt ein Garde-Grenadier mit gezogenem Säbel über Herrn Audineau aus Nantes her, der sich nur durch schnelle Flucht dem Wüthenden entziehen kann. — 16. September 1867: Der „Moniteur" zeigt an, daß dem Lastträger Weber eine Medaille zu Theil geworden ist, weil er schwer verwundet wurde, als er einen betrunkenen Militär entwaffnete. — 10. Oktober 1867: Ein Trompeter zieht in der Rue Fontaine Molière zu Paris den Degen. — 20. Oktober 1867: In Lille ziehen sieben Soldaten, die wegen der Zahlung ihrer Zeche einen Streit mit dem Wirthe haben, ihre Säbel. — Am nämlichen Tage und in der nämlichen Stadt verfolgt ein Tambour mit seinem Säbel die Passanten in der Straße des Tanneurs. — 24. Okt. 1867: In Marseille, Boulevard de la Corderie, zieht ein Soldat vom 22. Regimente seinen Säbel und bedroht die Passanten. — 5. November 1867: In Arras erhielt ein Schriftsetzer von einem Jäger zu Fuß einen heftigen Hieb über den Kopf. — 8. November 1867: Herr Paul Belespy, Schriftsetzer, in Pecq bei Paris wohnend, wird zu Rueil von einem Cuirassier angegriffen, der dessen Schwiegermutter, eine Frau von 70 Jahren, prügelt. — 14. November 1867: Ein Garde-Voltigeur zieht in einer Weinwirthschaft seinen Säbel gegen den Wirth. — 24. Nov. 1867: Der Sohn des Dr. S. in Marseille wird von einem Unteroffizier, der ihm auf der Straße Geld abverlangt hatte, mit dem Säbel in der Hand verfolgt. — 28. Nov. 1867: Ein Militär zieht in der Rue Dauphine zu Paris seinen Säbel; ohne die Intervention von drei Polizeidienern wäre es ihm aber schlecht ergangen. — 2. Dezember 1867: In Bordeaux zieht ein Soldat den Säbel gegen einen Mann und eine Frau. — 1. Januar 1868: Ein Soldat zieht seinen Degen am Eingange eines Scheibenschießens zu Marseille.

Daß irgend eine Untersuchung über diese Thatsachen vom Kriegs-Minister eingeleitet worden ist, davon hat man nichts gehört.

Nichtpolitische Zeitung.

[Lachner pensionirt.] Die „Südd. Pr." schreibt: „Se. Maj. der König hat dem wiederholten Ansuchen des General-Musikdirektors Franz Lachner endlich Folge gegeben und denselben unter gleichzeitiger Verleihung des Komthurkreuzes des Verdienstordens vom hl. Michael auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt. Gleichzeitig ist an Lachner ein sehr anerkennendes allerhöchstes Handschreiben ergangen, in welchem dessen aus Krankheitsverhältnissen gebetener Uebertritt in die Quieszenz in herzlichster Weise von Seiner Majestät bedauert wird.

[Professor Curtius in Göttingen] soll den Ruf nach Berlin, jedoch erst zu Michaelis, angenommen haben. Wie es heißt, werden viele Philologen mit ihm ziehen. — Ueber den Nothstand in den Moorcolonien enthält die „Ztg. f. Nordd." sehr traurige Schilderungen.

[Die Bettler in Rom.] Zu den lästigsten Beigaben des römischen Lebens gehört die Bettelei, obgleich keine Stadt der Welt so riesengroße Spitäler, Armenhäuser und Versorgungsanstalten hat als Rom. Vor einigen Jahren hatte die Regierung die Bettelei so ziemlich beseitigt, indem man die Arbeitsfähigen beschäftigte, und die Kranken in die betreffenden Anstalten brachte; jetzt aber steht dieses Unwesen wieder in voller Blüthe. Einheimische und Fremde werden davon in gleicher Weise belästigt. Der Spaziergang auf dem Monte Pincio, als Sammelplatz der eleganten Welt, wird von diesen Leuten besonders heimgesucht. Blinde Männer und Frauen, von Kindern geführt, klappern unaufhörlich mit ihren Blechbüchsen, lahme Krückengänger entfalten eine besondere Geschicklichkeit, den Lustwandelnden gerade in den Weg zu treten; unter einem kahlen Baume liegt eine zerlumpte Figur mit verkrüppelten Füßen und fleht lautschreiend um eine Gabe, während sie in den kalten Wintertagen ihre Hände an einem Kohlenbecken wärmt. An der Piazza del Popolo lauert ein großer, starker Mann besonders den Damen auf und hält ihnen seinen verdorrten, abgestorbenen rechten Arm unversehens entgegen. Das Letztere geschieht täglich unter den Augen der wenige Schritte entfernten Polizeiwache. Vor der Porta St. Sebastiano, auf dem Wege nach der Cecilia Metella treibt sich ein schwarzes Scheusal herum, das vielleicht vom Schlage gerührt oder halb blödsinnig mit unartikulirtem Gebrüll und grauenhaft verdrehten Augen die Wagen und Fußgänger anfällt. Am widerlichsten erscheint die Bettelei an den Kirchthüren. Die beiden letzten Festtage wurden dadurch den Besuchern vergällt; die Thierweihe bei St. Antonio Abbate und die Lämmerweihe in St. Agnese fuori le mura zeigten die ekelhafteste Schaustellung von wahrem und verstelltem menschlichen Elend.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	66 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/4—1/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P. 54 7/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 P. 49 7/8 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 P. 3/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/4 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/4 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 3/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 5/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 1/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 3/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. dto.	83 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	83 1/2 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 106 Thlr.	85 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	75 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	127 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	688—90 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186 1/2—87 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	95 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 1/2—21 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 1/2 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 1/4 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	244 1/2—45 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	117 1/2 P. 117G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	59 1/2 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	84 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 3/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 ./8 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 1/2 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 5/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	119 3/4 P. 1/4 G

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8—1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97 5/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	82 G.
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95—1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	99 ./4 G.
do. in öst. W. l. S.	99 5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	134 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 3/4 P. 1/2 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/2 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	130 G.
" do. v. 1864	80 5/8 P. 3/8 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P. 99 7/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	81 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 G.
" fl. 25 do.	42 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38—1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/4 G.

Frankfurt, 6. Februar. Man war gestern Abend der Wiener Börse mit österreichischen Werthen im Course vorausgeeilt. Nachdem die heutigen Wiener Frühcourse erwiesen, daß die gestrigen besseren Rentennotirungen in Wien wenig Eindruck gemacht, trat auch hier eine gedrückte Stimmung ein. Dazu kam, daß die etwas erregte Sprache, welche die französischen Zeitungen gestern in Betreff der Donaustaaten führen, hier auffiel. Oesterr. Spekulationspapiere gaben sämmtlich nach, Credit verloren gegen gestern Abend 2 fl., Staatsbahn 1 fl. Oesterr. Nationalbank dagegen war in Folge des bevorstehenden und wie man hofft, günstigen Arrangements mit dem Staate wiederum sehr gesucht und über 680 bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 39. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 8. Februar 1868.

Ein neuer Gedenktag in der französischen Geschichte.

Würzburg, 8. Februar.

Wir haben bereits im vorgestrigen „Anzeiger" den Wortlaut und die Annahme im gesetzgebenden Körper des Art. 1 des neuen französischen Preßgesetzes berichtet und bemerkte, daß damit eine neue Periode des zweiten Kaiserreiches beginne, denn wie bei jeder Zangengeburt ist mit dem Erscheinen des Kopfes (Art. 1) das Schicksal des ganzen Körpers (der übrigen Artikel) gesichert. Der 4. Februar, an dem dies geschah, zählt hinfort als Gedenktag in der Geschichte Frankreichs, sogar die „France", das Hofjournal, ruft enthusiastisch aus: „Das liberale Kaiserthum ist gegründet und alle Verheißungen vom 19. Januar (1867: „Krönung des Gebäudes") gehen in Erfüllung." Es wird nun allerdings schon gefergt werden, daß die Bäume nicht in den Himmel wachsen, allein man darf wohl hoffen, daß, je schwerer dem Kaiser die Selbstüberwindung geworden, er desto zäher an dem nun einmal gefaßten Muthe zum Fortschritt, wenn auch zum langsamen, festhalten werde.

Es ist interessant, die Schicksale des Preßgesetzes in den letzten Tagen zu verfolgen. Der Kaiser wollte es zurückziehen, vielleicht weil es ihm noch zu liberal war, weil er die Konsequenzen fürchtete, vielleicht auch war er stutzig geworden durch den Beifall, welchen die gegen dasselbe gerichtete Rede Granier de Cassagnac's bei den Mitgliedern der Majorität gefunden. In einem Ministerrathe, der sich um 9 Uhr am Abende des Samstags in den Tuilerien versammelte, verkündete der Kaiser seine Absicht, das Preßgesetz zurückzuziehen.

Das Erstaunen der Minister war kein geringes, namentlich seitens der Herren Pinard und Baroche, die für ihre oratorische Tapferkeit, womit sie bereits für das Gesetz gekämpft hatten, auf einen besseren Lohn gehofft hatten. Rouher war männlich genug, zu erklären, daß er in diesem Falle sein Portefeuille nicht länger behalten könne. Er erinnerte daran, daß er es niedergelegt, als der Kaiser selbst ein liberaleres Regime dem Lande versprochen, und es dann nur auf des Souveräns eigenes Verlangen wieder übernommen habe, mit dem festen Vorsatze, sich vollkommen mit dem neuen liberalen Programm zu identifiziren. Ein Aufgeben dieses letzteren müsse ihn nothgedrungen zu einem Ausscheiden aus dem Kabinet bringen. Pinard und Baroche, die — wie gesagt — bereits vor der Kammer für das Preßgesetz gesprochen, schlossen sich dieser Erklärung des Staatsministers an, ja der erstere zeigte sich sogar so konstitutionell, daß er ankündigte: er werde um seine Entlassung selbst dann bitten, wenn das Gesetz, ohne von der Regierung zurückgenommen zu sein, von der Kammer verworfen würde. Der Kaiser lenkte ein und meinte nur, die vorgängige ministerielle Ermächtigung zur Begründung eines neuen Blattes ließe sich vielleicht beibehalten, ließ sich aber von Herrn Rouher belehren, daß mit dem Einlenken in gesetzliche Bahnen das Urtheil hierüber unwiderruflich gesprochen sei.

Diese Ministerraths-Sitzung soll bis Morgens um 2 Uhr gedauert haben, der Kaiser schien wohl halb und halb von Rouher überzeugt, aber er sprach, seiner Gewohnheit gemäß, noch keineswegs seine endgültige Meinung aus. Ja sogar am 4. Februar Morgens noch galt der Eintritt Persigny's, des Verfassers jenes famosen Briefes über die Presse (s. Nr. 24 und 25 der „N. W. Ztg.") an die Spitze des Ministeriums an Rouher's Stelle und damit der Sieg der rothesten Reaktion für sicher. Die Aufregung in Paris war sehr groß. Erst Nachmittags 1 Uhr, kurz vor der Sitzung, welche die Entscheidung brachte, ließ der Kaiser Rouher rufen, um ihm freie Hand zu geben, an Persigny aber schrieb er einen Brief, worin er diesem anzeigte, er (der Kaiser) wolle die Versprechungen des 19. Jan. heilig halten.

Uebrigens wird bestimmt versichert, daß dieser Entschluß des Kaisers erst nach einer Unterredung mit dem Pariser Polizeipräfekten gefaßt worden sei. Dieser referirte über die aufgeregte Stimmung in Paris und veranlaßte den Kaiser, sich zu Pferde am Vormittag des 4. Februar in den Volksvierteln zu zeigen. Der Empfang war äußerst kalt. Dagegen jubelte ihm am Abend desselben Tages nach der Entscheidung bei einem Besuche im Theatre français Alles wieder zu.

In der denkwürdigen Sitzung des gesetzgebenden Körpers sprach zuerst Herr Benoist von der Rechten gegen das Gesetz, und erregte, häufig unterbrochen von Thiers und anderen Mitgliedern der Linken, einen unbeschreiblichen Tumult. Rouher, beruhigt durch die inzwischen in seinem Sinne erfolgte Entscheidung des Kaisers und mit der Vertheidigung der Vorlage vom Kaiser Napoleon direkt betraut, sprach in wahrhaft beredter Weise, so daß er selbst die Mamelukken und

Der deutsche Rechtsschutzverein in London und der norddeutsche Bundesrath.

Vom Vorstande des Londoner deutschen Rechtsschutzvereines, Hrn. C. Trübner, geht uns nachstehende Korrespondenz, welche eines weitern Kommentars nicht bedarf, zur Veröffentlichung zu:

London, 4. November 1867.

Exzellenz.

Einem Briefe des Herrn Dr. Meyer, Berichterstatters der Petitionskommission des norddeutschen Reichstages, verdankt der Londoner Rechtsschutzverein die erfreuliche Mittheilung, daß seine durch die englischen Verhältnisse bedungene Thätigkeit selbst im Schooße des norddeutschen Parlamentes eine ehrende Anerkennung gefunden habe, und daß seine Bitte um Hilfe in Folge einer Petition der Handelskammer in Wesel an Ew. Exzellenz zur Prüfung und Berücksichtigung übergeben worden sei.

Ueberzeugt, daß Ew. Exzellenz jeder Thätigkeit, möge sie auf heimischem Boden, oder in der Fremde zur Hebung vaterländischer Interessen beitragen, kräftigen Schutz und aufmunternde Hilfe gewähren, wagt es der unterzeichnete Vorsitzende des Vereins, in besonderer Berücksichtigung der hilfsbedürftigen und der um Rath und Schutz bittenden Deutschen, die Petition der Handelskammer in Wesel dadurch zu unterstützen, daß er die Statuten und Thätigkeitsberichte des Vereines Ew. Exzellenz zur geneigten Beurtheilung unterbreitet.

Der Verein wurde, wie Ew. Exzellenz wohl bekannt sein dürfte, nicht nur durch die Riesenverhältnisse Londons, sondern mehr durch die Eigenthümlichkeiten des englischen Kriminal- und Civilprozesses in's Leben gerufen. Nur der Besitzende, der durch gesellschaftliche und geschäftliche Beziehungen Empfohlene erfreut sich des vollen Rechtsschutzes, während der Arme, der der Sprache und der Verhältnisse Unkundige, häufig dem Vorurtheile oder den gegen ihn zeugenden und nicht gesichteten Umständen geopfert wird.

Obgleich der Verein den Rechtsspruch englischer Richter nicht zu verdächtigen wagt, so erinnert er doch an die zweideutigen Mittel und Wege, durch welche und auf welchen der Schutzlose, oft nur zum Zwecke der raschen Beseitigung eines Falles, seine persönliche Freiheit oder seine letzte Habe verlieren kann.

Dankbar erkennt es der Verein daher an, daß der Berichterstatter der Petitionskommission, Dr. Meyer, auf diese Mängel des englischen Rechtslebens hinzuweisen und zugleich an den „Kapitalfall wider Müller" erinnert hat. Nicht nur Europa nahm an dem Verlaufe dieses denkwürdigen Falles den lebhaftesten Antheil, auch in den Fernen der Welt sah man mit Spannung der richterlichen Entscheidung und den Anstrengungen des zu damaliger Zeit kaum entstandenen Rechtsschutzvereines entgegen. Selbst Se. Maj. der König von Preußen richtete sein fürstliches Wort um Aufschub der Hinrichtung an Ihre Majestät, die Königin Großbritanniens.

Tief würde sich der Verein verpflichtet fühlen, wenn Ew. Exzellenz den Jahresbericht nicht nur als ein statistisches Zeugniß, sondern auch als eine Illustration seiner umfassenden Thätigkeit, mit rücksichtsvoller Erwägung der zahllosen Schwierigkeiten, einer geneigten Einsicht unterwerfen wollten.

Das Wohl und Wehe Tausender von Deutschen, die ein ungünstiges Geschick oder die Sehnsucht nach der Fremde auf den englischen Boden geworfen; das geschäftliche Interesse der vielen Deutschen

Arcadier (zwei stockreaktionäre Fraktionen) mit sich fortriß und es zuwege brachte, daß die autorisation préalable (die vorgängige ministerielle Ermächtigung zur Begründung eines neuen Blattes) mit 223 Stimmen gegen nur 7 abgeschafft wurde. Es ist dies ein großer Triumph des Staatsministers, der diesmal sich zum Vertheidiger des einzigen wirklich liberalen Prinzips innerhalb des neuen Preßgesetzes aufgeworfen. Die Intrigue, welche die Herren Persigny und Fleury gegen das Preßgesetz angezettelt und in deren Interesse sie sich mit dem Senator Laguerronnière verbündet hatten, um ihrem Widerstande einen einigermaßen liberalen Anstrich zu geben, darf nun als gescheitert betrachtet werden.

Aber noch einmal hat der Kaiser gezeigt, daß er jetzt von einem Geiste der Unschlüssigkeit beherrscht wird, der das Ansehen, welches er bei den Franzosen genießt, keineswegs zu heben vermag.

Süddeutschland.

Bayern. b. München, 6. Februar. [Der Sozialgesetzgebungsausschuß] hat in seiner gestrigen Sitzung die Vorschläge der Subkommission bezüglich des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt berathen und in allen Hauptpunkten angenommen, so daß dieses Gesetz wahrscheinlich in einer der nächsten Sitzungen der Kammer der Abgeordneten verhandelt werden wird. Die Bestimmungen desselben werden für den ganzen Umfang des Königreiches gelten, jedoch in der Weise, daß für die Pfalz einige Modifikationen bestehen, welche sich an das bisherige Pfälzer Recht vollständig anschließen. Hienach findet das Heimathsgesetz in seinem vollen Umfange in der Pfalz nur dann Anwendung, wenn ein Angehöriger der Landestheile diesseits des Rheines oder ein Ausländer in einer Pfälzer Gemeinde die Heimath erwerben will. Für Angehörige der Pfalz, welche in einer dortigen Gemeinde die Heimath erwerben, sind dagegen sowohl bezüglich der Modalitäten des Heimatherwerbes als bezüglich der Heimathsgebühren besondere Artikel eingestellt. Die Heimathsgebühr wird in der Pfalz nach dem vorhandenen Gemeindevermögen berechnet und zwar ohne Unterschied, ob dasselbe rein für öffentliche Zwecke oder für Privatvortheile der Gemeindeangehörigen dient. Die treffende Gebühr darf jedoch den zehnfachen Betrag an Jahresnutzung und in keinem Falle 100 fl. übersteigen. Was den Heimathserwerb betrifft, so steht solcher einem jeden Pfälzer in derjenigen Gemeinde zu, in der er sich niedergelassen hat. Es bedarf hiezu nur einer Anzeige bei dem Bürgermeisteramte der früheren und der neuen Heimathsgemeinde und der Bezahlung der Heimathsgebühr. Wenn jedoch innerhalb eines Jahres eine Armenunterstützung für den Neuanziehenden nothwendig wird, so kann die neue Heimathgemeinde das erworbene Heimathrecht wieder aufheben und es tritt alsdann die frühere Heimath wieder ein. Die Bestimmungen über Ausstellung eines Verehelichungszeugnisses und über die Einspruchsrechte der Gemeinden finden in der Pfalz keine Anwendung, so daß also die bisherige Ehegesetzgebung der Pfalz völlig unberührt bleibt, dagegen wurde ein neuer Artikel für diejenigen Fälle formulirt, in denen ein Pfälzer in den Landestheilen diesseits des Rheines oder ein Angehöriger dieser Landestheile in der Pfalz eine Ehe schließen will. — Die Bestimmungen über den Aufenthalt finden in der Pfalz ebenso wie in den Landestheilen diesseits des Rheines Anwendung. Der Ausschuß hat im Wesentlichen die Anträge der Pfälzer Abgeordneten und des Regierungsvertreters akzeptirt. — Was die Anträge des Abgeordneten v. Steinsdorf bezüglich der Verhältnisse der Stadt München betrifft, so wurde hier in Uebereinstimmung mit der Regierung festgesetzt, daß die Polizeidirektion zur Entscheidung der Heimathsstreitigkeiten, sowie zum Erlasse der Ausweisungsbeschlüsse allein zuständig und zugleich verbunden sei, dem Magistrate München von den einlangenden Aufenthaltsanzeigen Mittheilung zu machen, wogegen der übrige Gesetzesvollzug in die Kompetenz des Magistrates fällt. — Morgen wird sich der Ausschuß mit der II. Lesung der Materie über das Bürgerrecht befassen, in welcher Hinsicht für die Pfalz gleichfalls einige Sonderbestimmungen getroffen sind.

— Der IV. Ausschuß hat heute die Berathung über den Gesetzentwurf, „den Verwaltungsgerichtshof betr.", fortgesetzt und die Bestimmungen über die Zuständigkeit desselben zu Ende gebracht. Die prinzipielle Differenz zwischen Regierung und Ausschuß wurde durch diese Berathung nicht ausgeglichen und vom Ausschusse wurden unter Protest seitens des Staatsministers des Innern, Frhrn. v. Pechmann, vorläufig mehrere Kompetenzen eingestellt, welche sich nach den dem Regierungsentwurfe zu Grunde liegenden Prinzipien zur Aufnahme in's Gesetz nicht eignen. In der nächsten Sitzung werden die übrigen Bestimmungen des Entwurfs zur Berathung kommen, bezüglich deren eine wesentliche Verschiedenheit der Ansichten zwischen dem Ausschusse und der Staatsregierung nicht besteht. — In dem Befinden Ihrer Majestät der Königin-Mutter ist einige Besserung eingetreten. Das heute Morgens erschienene Bulletin lautet: Ihre Majestät hat durch 4 Stunden ruhig geschlafen; Fieber und die Schmerzen der Gelenke haben abgenommen. Dr. Gietl. Dr. Wolfsteiner.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 5. Febr. [Bismarcks liberale Drohungen.] Die Lib. Korr. schreibt: Graf Bismarck hat gestern aus der Annahme oder Ablehnung des Provinzialfonds für Hannover*) nicht eine Cabinetsfrage gemacht, wie man vielfach erwartet hatte, sondern er hat

*) Diese Frage, welche gegenwärtig so eifrig im preußischen Abgeordnetenhause diskutirt wird, betrifft die Ueberweisung von Beständen des vormalig exhannoverischen Domanial-Ablösungs- und Veräußerungsfonds a

---

im Mutterlande, die sich gleichsam unter dem Schutze des Vereines gegen die Umtriebe zweideutiger Geschäftsfirmen gestellt haben, gebieten eine gesicherte Begründung, und wir blicken daher mit um so größerem Vertrauen auf eine günstige Entscheidung Ew. Excellenz, als besonders die letztgenannte Thätigkeit des Vereines, sein unmittelbares Eintreten in das Volks- und Geschäftsleben, möglicherweise auch den Aufgaben der deutschen Regierungsvertretungen förderlich werden könnte.

Als Vorsitzender des Vereins zeichnet

Ew. Excellenz
gehorsamer Diener
(gez.) C. Trübner.

Sr. Excellenz
dem Bundeskanzler Grafen von Bismarck,
Berlin.

Berlin, 19. Dezember 1867.

Euer Wohlgeboren Vorstellung vom 4. d. Mts., in welcher Sie Namens des von Ihnen vertretenen deutschen Rechtsschutzvereines daselbst eine Unterstützung von Seiten des norddeutschen Bundes nachsuchen, ist nebst der denselben Zweck verfolgenden an den Reichstag gerichteten, von diesem dem Herrn Bundeskanzler zur Prüfung, eventuell Berücksichtigung, überwiesenen Petition der Handelskammer zu Wesel dem Bundesrathe vorgelegt worden.

Euer Wohlgeboren werden hiervon mit dem Hinzufügen in Kenntniß gesetzt, daß der Bundesrath sich nicht bewogen gefühlt hat, Ihrem Gesuche zu entsprechen.

Das Bundeskanzleramt.
(gez.) Delbrück.

An den verehrlichen Vorsitzenden des deutschen Rechtsschutzvereines,
Herrn C. Trübner, Wohlgeboren,
London.

Vom brasilianischen Kriegsschauplatz.

(Schluß.)

Um 8 Uhr Morgens hörte man in südwestlicher Richtung, nach Tuyu-Cué zu, einzelne Kanonenschüsse, die aber bald wieder ganz verstummten. Nun blies der Stabshornist zum „Aufgesessen". Eine interessante Erscheinung für einen Freund und mich, die wir uns der Division Fernandez anschlossen, war der alte Capitän Christoph Baum, der in diesem Augenblicke auf einem Schimmel herangesprengt kam, um sein Corps ins Treffen zu begleiten. Am 20. Sept., bei Villa Pillar, wurde der tapfere Reiterhauptmann buchstäblich durch und durchgeschossen, ohne jedoch an den edleren Theilen verletzt zu werden. Dank seiner eisernen Constitution, saß er nach drei Wochen wieder zu Pferde und brannte vor Begierde, die erhaltene Scharte am Feinde wieder auszuwetzen. Der Oberst Fernandez, das Urbild eines liebenswürdigen, braven, alten Haudegens, der mich ganz an die Schilderung des alten Marschalls Vorwärts erinnerte, stellte sich an die Spitze seiner Division, als um 11 Uhr die Trompete das lustige Signal zur „Attaque, Marsch! Marsch!" blies. . . . Diesmal hatten die Paraguiten ihre Vorsicht zu Hause gelassen, und dafür empfingen sie eine harte Lehre. Was mögen sie eigentlich von unseren Truppenbewegungen am Morgen gehalten haben? Sie hatten keinerlei Vorbereitungen zur Defensive gemacht. Als sie unsere zweite Division im Galopp ankommen sahen, ergriff die erste ihrer Schwadronen die Flucht, dadurch die anderen mit fortreißend und in Unordnung bringend. Sie hatten an dem großen Weiher zwei Regimenter Cavallerie und reitende Infanterie aufgestellt, ganz ohne Frage die Elite ihrer Armee, denn wir trafen nur kräftige, starke Männer im besten Alter, nicht Greise und Kinder, wie die Vertheidiger von Pillar. Kurz vor einem Wäldchen, wo die Anzahl der Sümpfe größer ist und die Passage schwierig, stand der größere Theil und vertheidigte sich mu-

die konservative Partei ernstlich haranguirt, ihr gleichsam drohend, er werde liberal werden, wenn sie ihm in dieser Frage Opposition mache. Es mögen diese Worte ein rechtes Labsal sein für Diejenigen, welche auch heute noch ihren Trost suchen in der Zweiseelentheorie (d. h. daß das preußische Ministerium „zwei Seelen": eine fortschrittliche in Bismarck und eine stockreaktionäre in Eulenburg, dem Minister des Innern, habe); weiter dürfte es keinen Zweck haben, denn Jemand anders wird schwerlich daran glauben, daß Graf Bismarck nun mit einem Mal, bloß um die konservative Partei für die Nichtannahme des hannover'schen Provinzialfonds zu strafen, liberal, d. h. wirklich und wahrhaft liberal regieren wird. Daran muß jeder ruhig Denkende ernstlich zweifeln, und wir glauben auch nicht, daß unter den National-Liberalen ernstlich Jemand daran glaubt, höchstens daß noch Einzelne meinen, er würde eventuell den Ministern des Innern, in dessen Ressort ja der Provinzialfonds gehört, opfern, und an seine Stelle einen Nachfolger in das Cabinet berufen, der an Liberalismus ungefähr auf gleicher Stufe steht wie der neue Justizminister, der noch immer die Welt darüber in Spannung hält, welches seine erste liberale Maßregel sein wird.

Die betr. Stelle in Bismarcks Rede lautet: „Ich möchte nun noch zurückkommen auf diejenigen Parteien in diesem Hause, die, als sie gewählt wurden, die Unterstützung der Regierung im Allgemeinen als ihr Programm aufstellten. Ich will von diesen Parteien nicht verlangen, daß sie der Regierung blindlings folgen sollen; aber erinnern will ich sie daran, daß die Regierung, wenn sie in großen Fragen, wie die vorliegende, auf eine Majorität nicht rechnen kann, Gefahr läuft, zu Coalitionselementen (d. h. zu Ministern aus den Reihen der Linken, deren Namen man sogar schon genannt haben soll) greifen zu müssen, was gerade für die konservative Partei den größten Schaden bringen müßte. Gerade die Herren von der konservativen Partei mache ich hierauf ganz besonders aufmerksam."

Auf die Bemerkung des konservativen Abg. v. Diest: „Wir wollen, die konservative Partei und ich, die Regierung unterstützen, wir haben es immer gethan, aber wir können es nicht in allen Fällen und wider unsere Ueberzeugung" — antwortete Bismarck: „Ein nur partielles Heben und Stützen kann mir nichts nützen, ich muß in der Gesammtheit und von der Gesammtheit gehoben und unterstützt werden."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 5. Febr. [Oesterreichs Stellung zu Süddeutschland] Aus dem „Rothbuch", einer Sammlung von diplomatischen Aktenstücken in einem roth eingebundenen Buche, welches der österreichischen Volksvertretung vorgelegt wurde, geht hervor, daß Europa im Frühjahre 1867 dem Kriege näher und das Verdienst des Baron Beust um die Erhaltung des Friedens entscheidender gewesen ist, als man bisher allgemein angenommen hat. Uns interessiren zumeist zwei Depeschen des Reichskanzlers von Beust an den österr. Gesandten Grafen Trautmannsdorff in München bei Gelegenheit des Programmes, das Fürst Hohenlohe durch den Grafen Bray in Wien hat mittheilen lassen. Die erste vom 6. April besagt im Wesentlichen:

„Man trägt sich in München mit dem Gedanken, zunächst die süddeutschen Staaten unter sich zu einem möglichst starken und festen Bunde zu vereinigen, dann aber zwischen den beiden Föderationen zur Wahrung der nationalen Interessen einen neuen Staatenbund zu errichten. Dieser neudeutsche Bund soll alsdann mit Oesterreich in eine völkerrechtliche Allianz treten, und es soll auf diese Weise für Deutschland der, wie es scheint, bisher vermißte Ersatz für die Garantien gefunden werden, welche in den älteren Bundesverträgen enthalten waren, durch die Ereignisse des vergangenen Jahres aber ihre Geltung verloren haben. Zuvörderst war es mir nicht möglich, dem k. Herrn Gesandten den Ausdruck meiner Verwunderung darüber zu ersparen, daß man sich von Deutschland aus so rasch wieder an jenes Oesterreich wende, welches man seiner deutschen Fragen so gründlich entledigt, ja dessen Ausscheiden aus dem Bunde man durch feierliche Verträge für die Hauptbedingung der künftigen Gestaltung Deutschlands erklärt habe. Was nun die Frage einer Allianz Oesterreichs mit einem von Preußen geleiteten deutschen Bunde anbelangt, so kann der Kaiserstaat sich in Verhältnisse, die uns Verbindlichkeiten und Lasten ohne die vollste Gegenleistung auflegen würden, selbst zu Gunsten seiner ehemaligen deutschen Bundesgenossen nicht mehr einlassen. Wir bedürfen sehr solider Garantien gegen Tendenzen, die uns nicht befreundet, sondern gefährlich sind, und man darf von uns keine Leistung verlangen, die nicht durch eine gleichgewichtige Gegenleistung vollständig compensirt wäre. Ich habe dem Herrn Grafen Bray nicht verschwiegen, daß solche Garantien und Gegenleistungen nach der Stellung, in welche die süddeutschen Staaten einmal zu Preußen getreten und worüber wir weit entfernt sind, mit ihnen zu rechten, uns nicht in München, sondern nur noch in Berlin geboten werden können." Bestimmter noch geht Baron Beust in der Depesche vom 15. Mai an den Grafen Trautmannsdorff — der letzten in der ersten Abtheilung des Rothbuches — mit der Sprache heraus. „Den Bestrebungen, welche Bayern im Interesse Gesammt-Deutschlands, wie in dem der eigenen Sicherheit verfolgt" — sagt der Reichskanzler hier — „stehen die Bestimmungen des Prager Friedensvertrages entgegen. Die Allianzverträge der süddeutschen Staaten mit Preußen haben diese Bestimmungen, noch ehe sie geschrieben waren, verletzt, und ich habe unmöglich verkennen und verschweigen können, daß das Projekt, welches die Unterschriften des Fürsten von Hohenlohe und des Freiherrn v. Varnbüler trägt, diesen Widerspruch noch bedeutend verschärfen und vollständiger zur Erscheinung bringen würde. Von

den provinzialständischen Verband der Provinz Hannover, d. h. also liberale Decentralisation, für welche Bismarck kräftig eingestanden ist. A. d. R.

---

thend, nur Wenige gaben Pardon; aber was half es, unsere Cavallerie durchbrach ihre Carrés und Alles wurde niedergemacht. Ein anderer Theil floh nach dem nahen Wäldchen, kam aber unterwegs in einen tiefen Sumpf und unterhielt von hier aus ein lebhaftes Feuer auf die Verfolger; aber obgleich gänzlich umzingelt und von unseren Offizieren aufgefordert, sich zu ergeben, erschell von ihnen immer das: „Wir haben hierzu keine Ordre!" Und als ihre Patronen naß geworden oder verschossen waren, bediente sich ein Theil derselben seiner Lanzen oder Gewehre und warf selbige in antiker Ritterweise nach den Unserigen, welche letzteren, hierauf nicht vorbereitet, hiedurch manchen Verwundeten mehr erhielten. Deßhalb konnte man es auch unseren Soldaten nicht verdenken, daß sie Alle unter dem Messer verschwinden machten. Wenige sind entkommen, denn ihre Pferde sind schrecklich mager und klein; die Verfolgung hörte erst am Waldsaume, dicht vor dem Festungsgraben, auf. Wer jemals ein Schlachtfeld gleich nach der Aktion besucht hat, kennt den entsetzlichen Eindruck, den ein solches auf den Beschauer macht. Erlauben Sie mir, Ihnen nur das Originelle und Fremdartige eines hiesigen Schlachtfeldes mitzutheilen: Zunächst fiel mir wiederum, wie bei den früheren Bataillen, die Nacktheit der Paraguiten auf, der gänzliche Mangel an Fußbekleidung sowohl der Offiziere wie Soldaten; die letzteren trugen weiter nichts, als ein grobes baumwollenes Hemd, die meisten noch nicht einmal eine Hose aus demselben Stoffe, meist mit einer dünnen, buntgestreiften Decke (Xeripá), nach Art der Weiber umwickelt. Zugleich vertritt dieselbe die Stelle eines Poncho; dazu kommt ein rohlederner, schlecht gearbeiteter Czako, mit blau-weiß-rother Oelfarbe angestrichen; von letzteren lag eine Unmenge auf dem Campo und in den Sümpfen umher. Ihre Waffen bestanden aus einem Percussionsgewehre, zu denen die Patronen sehr groß und mit schlechtem, groben, eckigem Pulver angefüllt waren, oder einer scharfen, 10 Zoll langen, mit gutem hölzernen Schafte versehenen Lanze, deren sie sich meisterhaft bedienen; ihre Cavalleriesäbel sind gerade wie die preußischen Pallasche, ihre Patrontaschen aber ältester Construktion. Die gefallenen Offiziere trugen rothe, wollene Blousen mit dunkelblauem Aufschlage und Kragen; einzelne trugen unter dem Xeripá auch Unterhosen, aber alle barfuß und so bewaffnet, wie die Gemeinen. Jeder Offizier, den wir untersuchten, hatte eine Art Gürtel, mit Salz gefüllt, um; daß selbiges dort sehr rar ist, wissen wir bereits, und nur die Offiziere bekommen noch welches geliefert. Mit rühmenswerther Bravour, Schnelligkeit und Begeisterung haben sich unsere Riograndenser geschlagen; unstreitig ist die Elite unserer Armee die Cavallerie; jeder einzelne Soldat schlägt sich mit Feuer, beispiellosem Muthe und Gewandtheit, er ist ein tüchtiger Reiter, ein geschickter Degenführer und ein Lanzenstecher par excellence. Dazu gefällt die anspruchslose Weise, mit welcher diese Tapfern über ihre Thaten sprechen, ohne eitle Uebertreibung und viel Renommiren, das sonst eben hier nicht fehlt; Herz und Kopf trägt der Riograndenser auf dem rechten Flecke; — aber wo viel Licht, da ist auch viel Schatten, — einige der gefallenen Paraguiten zeigten abgeschnittene Hälse; das warf mir einen trüben Fleck auf das hübsche Bild von Muth und Kühnheit, für mich war es ein Schauder. Aber kann unser Soldat die Schandthaten der Paraguiten vom 22. September (Curupaity) vergessen? Wie sitzt jener Anblick noch heute in den Gliedern, und deßhalb, obgleich ich es nicht billige, denke ich schon etwas weitherziger darüber; man lernt das hier.

---

einem süddeutschen Staatenvereine, wie er nach dem Prager Vertrage zwar in eine nationale Verbindung mit Norddeutschland eintreten, aber neben demselben in völkerrechtlicher Unabhängigkeit bestehen soll, ist in den bayerisch-württembergischen Punktationen keine Spur geblieben. Statt dessen stellen dieselben einen Organismus auf, in welchem — mit oder ohne gemeinsames Parlament — jede selbständige Regung der vereinzelten süddeutschen Staaten regelmäßig in dem Willen der norddeutschen Bundesmacht verschwinden muß. . . . . Das Verlangen, daß das kaiserliche Kabinet den Allianzverträgen, welche es bis jetzt stillschweigend hingenommen hat, und selbst noch weitergehenden Verletzungen des Prager Vertrages seine Zustimmung ertheilen solle, habe ich unumwunden als unerfüllbar bezeichnet und darauf hingewiesen, daß Oesterreich in seiner Lage vielmehr sich sorgfältig hüten müsse, irgendwie durch Wort oder That sich des Rechtes zu begeben, auf die Verfügungen des Prager Friedenstraktates zu gelegener Zeit sich zu berufen. . . . Wenn von einem dauernden Bundesverhältniß zwischen Oesterreich und dem neugestalteten Deutschland die Rede sein soll, so müßte man uns erstens von der Verpflichtung, uns an dieser Neugestaltung nicht zu betheiligen, feierlich zu dispensiren, und zweitens dürfte man nicht übersehen, daß eine Großmacht sich nicht einer anderen unterordnen kann. Ich zweifle, ob man in München in den Stand gesetzt sei, uns eine gleichberechtigte Stellung mit Preußen in einem neuen gesammtdeutschen Bunde zu bieten." Die Depesche schließt mit einer ernsten Mahnung an Süddeutschland, nicht durch noch weitere Abweichungen vom Prager Vertrage den kaum wieder gesicherten Frieden abermals zu gefährden.

Wien, 5. Febr. [Bevorstehende Entbindung der Kaiserin.] Der „Volksfr." meldet: „Zufolge Eröffnung des ersten k. k. Obersthofmeisters dürfte die Entbindung J. M. der Kaiserin Elisabeth in der ersten Hälfte des Monats April d. Jrs. zu gewärtigen sein. Der Herr Kardinal und Fürst-Erzbischof hat in Folge dessen die Verfügung getroffen, daß, vom 16. ds. anzufangen, bis zu der erfolgten Entbindung die sämmtliche Säkular- und Regular-Geistlichkeit der Erzdiözese bei der heiligen Messe an allen Tagen, an denen dies die kirchlichen Vorschriften zulassen, die Kollekte: „Deus refugium nostrum et virtus etc." mit der Intention pro felici partu (für eine glückliche Geburt) einlege und am Sonntage Quinquagesimä in allen Pfarr- und Klosterkirchen zur Zeit des nachmittägigen Gottesdienstes eine Betstunde abgehalten werde. Deßgleichen ist täglich nach der heiligen Segen- oder Pfarrmesse in der vorhin angedeuteten Zeit ein Gebet zu verrichten."

Ausland.

Großbritannien. [Bevorstehende Parlamentseröffnung.] Obwohl das Parlament schon Mitte kommender Woche zusammentritt, schweigen noch alle Gerüchte über das, womit die Regierung debutiren wird. Wenige Parlamentsmitglieder haben sich bis jetzt eingefunden, die Clubs sehen aus, als wollten sie sich noch lange nicht aus dem Winterschlafe aufraffen, es fehlt die Geschäftigkeit, die sonst kurz vor Beginn der Saison gewissermaßen in der Luft schwebt, und wenn sich aus diesen Vorzeichen auf die Wesenheit der Session ein Schluß ziehen ließe, müßte diese eine ungewöhnlich stille werden. Das wird aller Wahrscheinlichkeit nach auch der Fall sein, ja, es ließe sich dies heute schon mit Gewißheit vorhersagen, gäbe es nicht die irische Kirchenfrage, um Leben in das Phlegma der Situation zu bringen. Gelingt es jedoch der Regierung, auch diese zu vertagen, damit erst das im nächsten Jahre zusammentretende reformirte Parlament sich mit ihr befasse (wie Lord Stanley angedeutet hat), dann ist wahrlich nicht abzusehen, worüber die Herren sich erhitzen sollten. Die Lage der auswärtigen Politik ist nicht derart, um gerade hier aufregende Debatten anzuregen; das Fenierthum hat seine Schrecken größtentheils eingebüßt, und was sonst an Stoffen zu legislativer Thätigkeit vorliegt, als da sind: irische und schottische Reformbill, Verbesserung der Agrargesetze in Irland, Volkserziehung, Konkursgesetze und allenfalls Vereinswesen, Libellgesetz u. a. m., sind nicht der Art, um die Gemüther zu erhitzen, wofern die Tories sich, wie bisher, geschmeidiger Nachgiebigkeit befleißen. Zudem fällt es der Opposition nicht ein, das Ministerium schon jetzt aus dem Amte zu drängen, und somit fehlt das Hauptelement zu einer bewegten Session.

Desto lebhafter dürfte die Saison in socialer Beziehung werden. Die Geschäftsleute des Westendes glauben, hoffen dies wenigstens, wenn sie dafür vorerst auch keinen andern Grund anzugeben wissen, als daß die beiden letzten Saisons grundschlecht waren, eine Reaction somit in Aussicht stehe.

Italien. [Tumulte in Padua.] Von Florenz, 3. Febr., wurde telegraphisch gemeldet, von Rom aus sei an die italienischen Bischöfe Weisung ergangen, zum Gedächtniß an den päpstlichen Sieg bei Mentana ein Tedeum abzuhalten, wogegen die italienische Regierung ein Verbot erlassen habe. Dagegen wurde aus Rom, 4. Febr., telegraphirt, der „Osservatore" dementire, daß von Rom ein solcher Befehl an die italienischen Bischöfe ergangen sei. Dies ist zur Stunde der Thatbestand. Die neueste „Italie" vom 3. Febr. bringt ein Schreiben des Risorgimento aus Padua, 31. Jan., in welchem in der Einleitung ausdrücklich gesagt wird: „Ich beeile mich, Ihnen genau zu erzählen, was diesen Abend hier vorgefallen ist, damit der Vorfall nicht übertrieben dargestellt werde." Wir überlassen jedoch auch hier den genannten Blättern bis auf Weiteres die Verantwortlichkeit; immerhin kann die Geistlichkeit auch ohne Weisung von Rom aus gehandelt haben. Die genannten italienischen Blätter berichten aus Padua, daß daselbst am 31. Januar „ein Tedeum zu Ehren der Todten von Mentana gehalten werden sollte". Die Geistlichkeit traf die Vorbereitungen zur Feier; um Mittag veröffentlichten die Studenten eine Erklärung, „worin sie den Fluch gegen diejenigen verkündigten, welche sich des unschuldig vergossenen Blutes freuten." Gegen 4 Uhr versammelten sie sich in der Kathedrale, wo die Feier soeben beginnen sollte, und wandten sich gegen die Priester, welche den Anfang der Feier erwarteten; es kam zu Rufen und zu Getobe, so daß die Priester entflohen, die Kerzen wurden ausgelöscht und man stimmte die Garibaldi-Hymne an. Die Nationalgarde wurde zu den Waffen gerufen, erschien aber nicht. Der Rektor richtete an die jungen Leute eine patriotische Anrede, die gut aufgenommen wurde. Die Aufregung war jedoch zu groß und sie zogen in Masse nach San Francesco, Santa Lucia und anderen Kirchen. Im Seminar leisteten die Geistlichen mit Candelabern und anderen Gegenständen Widerstand und verwundeten mehrere junge Leute. Die Seminaristen gingen unter den Studenten umher und ihnen geschah nichts, „aber die Priester wurden ohne Erbarmen geschlagen; zum Glücke ist keine wirklich ernste Folge zu beklagen." Der Bericht schließt mit den Worten: „Aehnliche Vorgänge kamen gleichzeitig an fünf bis sechs Stellen vor; doch wurde kein Schmuck und kein Gegenstand aus den Kirchen entwendet, mit Ausnahme einer Kirchenthür, welche das Volk in der Stadt umhertrug. Wie es heißt, ist ein Schuß gefallen, aber ich habe ihn nicht gehört und ich weiß bestimmt, daß Niemand verwundet wurde." Solche Vorfälle sind in jeder Beziehung beklagenswerth.

Nichtpolitische Zeitung.

[Der Nekrolog wissenschaftlicher Berühmtheiten] ist um einen Namen vermehrt worden, dessen Träger in hohem Greisenalter eines gewaltsamen Todes gestorben ist. Es wird schwer sein, die an ihm verübte Mordthat durch gerichtliche Belangung des Thäters zu ahnden; denn derselbe hat sich gleich nach dem Verbrechen mit mehr als bloßer Windeseile auf und davon gemacht. Der Frevler war nämlich jener Orkan, der vor einigen Wochen die kanarischen Inseln heimsuchte; die wissenschaftliche Celebrität, die ihm zum Opfer fiel, war der riesenhafte Drachenbaum von Orotava auf Teneriffa, dessen Alter Humboldt auf sechstausend Jahre schätzte.

Würzburg, 8. Febr. Bis zum Schlusse unseres heutigen Blattes war uns der Frankfurter Cours noch nicht zugekommen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 40.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 9. Februar 1868.

Ein wichtiges Aktenstück zur neuesten deutschen Geschichte.

Würzburg, 9. Februar.

Zur Zeit, als die Luxemburger Frage am brennendsten war, im April vor. Js., kam plötzlich die Nachricht, daß der erst vor kurzem aus dem Münchener Stadtrichteramte ins bayerische Ministerium des Aeußern berufene Graf Taufffirchen eine geheimnißvolle diplomatische Reise nach Wien und Berlin gemacht haben. Ueber den Zweck und das Resultat dieser Reise wurde dazumal so viel gesprochen, geschrieben und vermuthet, daß es von höchstem Interesse ist, darüber jetzt endlich „authentische Enthüllungen" zu erhalten. Diese finden sich in einer dem mehrerwähnten österreichischen Rothbuche einverleibten Depesche des Freiherrn von Beust an den österreichischen Gesandten in Berlin, Grafen Wimpfen. Wir glauben unsern Lesern das interessante Aktenstück, mit erläuterndem Eingang auf Grund einiger anderen Depeschen, nicht vorenthalten zu sollen.

Es war im April vorigen Jahres, als Frankreich kurz nach dem Bekanntwerden der Schutz- und Trutzbündnisse zwischen Preußen und den süddeutschen Staaten seine Hände nach Luxemburg ausstreckte und ein Krieg zwischen Frankreich und Preußen drohte. Das österreichische Cabinet suchte zu vermitteln und den Frieden zu erhalten. Von München aus bemühte man sich, eine Versöhnung und eine Allianz zwischen Preußen und Oesterreich, eine Rekonstruktion des Föderativverhältnisses herzustellen; in Berlin dachte man an eine antifranzösische Coalition zwischen Rußland, Preußen und Oesterreich. Graf Bismarck machte dem Grafen Wimpfen in Berlin vertrauliche Eröffnungen, und ebensolche der preußische Gesandte in Wien, Herr von Werther, dem Freiherrn von Beust. Diese Eröffnungen gingen dahin, „daß dem preußischen Cabinete eine enge Allianz mit Oesterreich noch willkommener sein würde, als die guten Dienste, durch welche dasselbe Europa vor dem Unglücke eines neuen Krieges zu bewahren trachte;" ja Graf Bismarck gab zu verstehen, daß Oesterreich seine verlorene Stellung in Deutschland wieder gewinnen müsse. Herr von Beust bat sich darauf bestimmtere Erklärungen aus. In einer Depesche an den österreichischen Gesandten in Wien sagt er: „Euer Excellenz wissen, wie wir über diese folgenreiche Frage denken. Daß wir auf unsere Hilfe einen entsprechenden Preis setzen müßten, brauche ich nicht zu wiederholen, da Graf Bismarck selbst das nicht verkennt. Aber er ist auch gewiß unbefangen genug, um sich einzugestehen, daß wir nicht in der Lage sind, diesen Preis bezeichnen zu können, sondern daß uns derselbe angeboten werden müßte." Zugleich theilt er dem Grafen Wimpfen mit, daß er, Beust, den preußischen Gesandten in Wien gefragt habe: ob man denn in Berlin an eine Rückkehr zum alten Bunde denke?

Nun legt sich Bayern in's Mittel, Graf Taufffirchen wird mit der Mission betraut, in Wien weitere Andeutungen zu machen und namentlich den Preis zu bezeichnen, den Preußen für die gewünschte Allianz mit Oesterreich zahlen wolle. Am 18. April ward Graf Taufffirchen vom Freiherrn von Beust empfangen. Ueber das Resultat der Audienz berichtet der letztere in der nachstehenden an den Grafen Wimpfen in Berlin gerichteten Depesche:

„Wien, 19. April 1867.

Die politische Reise des Grafen Taufffirchen nach Berlin und Wien hat bereits vielseitige Aufmerksamkeit erregt, und sie wird voraussichtlich den Gegenstand noch mancher mehr oder weniger gewagter Commentare bilden. Ich halte umsomehr für nöthig, Euer ꝛc. ausführlich und genau von dem Verlaufe der Unterredungen zu benachrichtigen, welche ich mit dem genannten Vertrauensboten des Münchener Cabinets und aus Anlaß seiner Sendung mit dem kgl. preußischen Gesandten Frhrn. v. Werther gepflogen habe.

Graf Taufffirchen führte sich bei mir nicht nur als Beauftragter seiner Regierung, sondern auch als Ueberbringer wichtiger Vorschläge Preußens ein.

Als den Zweck seines Erscheinens in Berlin bezeichnete er den Wunsch des Fürsten Hohenlohe, über die Eventualitäten der luxemburgischen Frage in's Klare zu kommen, das Interesse des Friedens im Einverständnisse mit Preußen zu wahren, und in diesem Interesse namentlich auch zu versuchen, ob es der Einwirkung Bayerns gelingen könne, zu einer Annäherung zwischen Oesterreich und Preußen beizutragen. Was er bei dem Grafen Bismarck erreicht habe, sei von großer Tragweite. Er sei in den Stand gesetzt, den Abschluß einer Allianz zwischen den beiden Mächten zu bevorworten, einer Allianz, welche sich auf sämmtliche deutsche Staaten erstrecken würde. Die Erhaltung des Friedens werde durch einen solchen Bund gesichert. Man verkenne nicht in Berlin, daß Oesterreich berechtigt sei, für die Verpflichtungen, die es übernehmen würde, Compensationen zu verlangen, man sei aber auch bereit, hierin so weit zu gehen, als nur irgend möglich.

Was Graf Taufffirchen über diesen letzteren Punkt weiter verlauten ließ, war jedoch leider nicht der klarste Theil seiner Eröffnungen.

Die Domstraße in Würzburg.*)

Deutschland ist reich an schönen alten Städten, die dem Künstler Stoff zum Gemälde, dem Wort- oder Tondichter Stimmung zum Gesange, dem Historiker Neigung zum Forschen einflößen. Zu den interessantesten alterthümlichen Städten gehört Würzburg am lieder- und sagenreichen Main. Zu den belebtesten, buntesten Straßen, welche Bischofssitze aufzuweisen haben, muß die Domstraße der lieben Wein- und Universitätsstadt gerechnet werden.

Geht man, vom Kürschnerhofe oder der Plattnersgasse kommend, über die Domstraße nach der großen Mainbrücke, so erblickt man vor sich die alte stattliche Veste, welche den Marienberg krönt und bis gegen Ende des Jahres 1866 als Halbfestung in den Kriegen gedient hatte, in die Würzburg oft verwickelt war. Rechts präsentirt sich der St. Nikolausberg mit der Kapelle, vulgo Käppele, zu dem eine Allee von prachtvollen Akazien führt, die zur Blüthezeit ihre Düfte gleich poetischen Grüßen über den Strom senden. Auch Stationsgruppen, Meisterwerke des Hofbildhauers J. P. Wagner, schmücken den Pfad zu diesem Gotteshause, dem es nie an Besuchen gläubiger Waller fehlt.

Wer aber vom westlichen Theile der Stadt nach dem östlichen wandert, der sieht schon von der Brücke aus die ganze Domstraße vor sich liegen mit ihren alten, malerischen Häusern, aus deren Fenstern vor Jahrhunderten die Jungfrauen auf Ritter und Knappen geschaut haben, mit den seit wenig Jahren erbauten, die sich durch helle Farben und Spiegelfenster von ihren Nachbarn unterscheiden. Da spendet der schöne Brunnen aus vier Röhren sein helles Wasser, er dient am Tage den Dienstmännern, Abends den Mägden zum Sammelplatz; hier, links von der Brücke, bemerken wir das Rathhaus mit dem Thurme, welcher den Namen Graf Eckart führt, und oben, die Straße sperrend und gewissermaßen beherrschend, ruht auf festem Grunde in stiller Majestät der graue tausendjährige Dom, durch dessen Fenster bei Tag und Nacht der Strahl der ewigen Lampe leuchtet.

Der Dom zu Würzburg ist nächst dem zu Köln der größte in Deutschland.

Zu welcher Stunde man die Domstraße betreten mag, stets ist sie belebt, bietet sie ein neues Bild. Wie ihre Gebäude, so führen uns die Menschengruppen, welche wir auf dieser Straße betrachten, alte und neue Zeit vor die Augen.

Am frühen Morgen, wenn Läden und Werkstätten noch geschlossen sind, der Bäcker seine Fenster noch nicht geöffnet hat, wandelt der fromme Katholik mit seinem Andachtsbuche nach dem Dome, der ersten stillen Messe beizuwohnen. Die Gaslaternen der Straße, diese Erfindungen der Neuzeit, werden ausgelöscht, die geweihten Kerzen auf den Altären des Domes angezündet, von dem Manne, dessen Vorfahren schon vor Jahrhunderten diesen Kirchendienst verrichteten.

*) Aus der Hallberger'schen „Illustrirten Welt," wo auch eine hübsche Abbildung beigegeben ist.

Er sprach von einer Garantie unserer deutschen Besitzungen. Er gab zu verstehen, daß wohl auch für unsere nichtdeutschen Provinzen temporär uns jede wünschenswerthe Sicherheit gegen mögliche Gefährdungen geboten werden könnte. Er erwähnte Rußland als des Dritten im Bunde und meinte, in der Erneuerung eines Bundes der drei Mächte bestehe diese Sicherheit von selbst. Er wies endlich darauf hin — wie dies bereits früher von München aus geschehen war —, daß ein Freundschaftsbündniß Preußens mit Oesterreich den süddeutschen Staaten die Möglichkeit gewähre, ein größeres Maß von Selbstständigkeit zu behaupten, und daß eine völkerrechtliche Allianz Oesterreichs mit dem Nord- und Süddeutschen Bunde doch zuletzt den Uebergang bilden könnte zu bleibenden engeren Vertragsverhältnissen, welche mit Vortheil für Oesterreich wie für die deutsche Nation den früheren Staatenbund ersetzen könnten.

Ich glaube hiermit die Essenz der Anerbietungen des Grafen Taufkirchen wiedergegeben und sie durchaus nicht abgeschwächt zu haben.

Durch die Aeußerungen des Freiherrn v. Werther und durch eine vertrauliche Depesche, die er mir vorlas, wurde mir sodann bestätigt, daß Graf Bismarck den Abgesandten der kgl. bayer. Regierung allerdings legitimirt hatte, derartige Eröffnungen nach Wien zu bringen. Baron Werther unterstützte die Bemühungen des Grafen Taufkirchen, doch muß ich bemerken, daß die Aussprüche des Ersteren nicht von bindendem Charakter waren und daß wir daher den erwähnten Allianzvorschlägen immerhin nur auf die Gefahr hin hätten Gehör leihen können, sie in Berlin nicht im Voraus genehmigt zu wissen.

Ich werde mich nunmehr beehren, Euer &c. das Wesentliche meiner Erwiderungen mitzutheilen.

Wenn mehrere Interessenten über wichtige Gegenstände zu verhandeln haben, so kann es bisweilen nur nützen, die Rollen in Gedanken zu vertauschen, um zu einem unbefangenen und billigen Urtheile zu gelangen. Dies war meine erste Bemerkung gegenüber dem Grafen Taufkirchen. „Erlauben Sie," sagte ich ihm, „daß ich eine Combination erfinde, in welcher Sie nicht von Berlin nach Wien, sondern umgekehrt aus der österreichischen Hauptstadt in die preußische einen Allianzantrag zu bringen hätten. Unterstellen Sie den Fall, Oesterreich hätte nach dem Krimkriege ein Garnisonsrecht in einer moldauischen Festung — von der russischen Grenze so weit entfernt, wie Luxemburg von der französischen — behalten. Nehmen Sie weiter an, die kaiserliche Regierung hätte in Galizien eine Reihe von Maßregeln ergriffen, durch welche sie eine so große Aufregung in Rußland hervorgerufen hätte, wie Preußen in Frankreich durch seine Schritte seit den Nikolsburger Friedenspräliminarien. Rußland fände unsere Nachbarschaft in der Moldau gefährlich, ein Krieg stände in Aussicht, und Sie hätten in Berlin im Namen Bayerns und in unserem Namen eine Allianz anzubieten. Wenn Sie dort geltend machten, daß Oesterreich im Grunde doch deutsche Interessen gegen Rußland vertrete, daß der Wiener Hof ein Bündniß mit Preußen zeitgemäß finde, daß er Preußens deutsche Besitzungen zu garantiren bereit sei und daß Preußen im Bunde mit Oesterreich wohl auch für Posen vorerst nicht viel zu besorgen habe — glauben Sie, daß man in Berlin diese Motive genügend finden würde, um sich mit uns gegen Rußland zu verbinden?"

Ich wollte mich jedoch durch dies Gleichniß keineswegs der Aufforderung entziehen, mich offen über den heute wirklich vorliegenden Fall auszusprechen. Vielmehr lehnte ich es nicht ab in die freimüthigste Prüfung der Vorschläge des Grafen Taufkirchen einzugehen. Ich war dies schon den Gefühlen schuldig, welche der Gedanke an die natürliche Solidarität mit Deutschland jederzeit in uns erweckt.

„Sie versprechen sich," bemerkte ich, „von der Allianz Oesterreichs mit Preußen die Erhaltung des gefährdeten Friedens. Nehmen wir zunächst diese Rechnung als eine richtige an. Aber in welcher Lage würde Oesterreich, welches seinerseits jetzt gar nicht bedroht ist, in die neue Friedensepoche eintreten? Es hätte sie zu bezahlen durch die Feindschaft Frankreichs, die ihm doppelt gefährlich sein würde, weil sie zugleich in Deutschland eine so gut als unbedingte Abhängigkeit von dem guten Willen Preußens im Gefolge hätte. Wir bezweifeln diesen guten Willen nicht; aber können Sie leugnen, daß die Verhältnisse manchmal stärker sind, als die Intentionen der leitenden Männer, und daß Oesterreich, um angesichts der Einheitsbestrebungen in Deutschland und der noch immer möglichen Conflikte mit Italien den Haß Frankreichs auf sich zu laden, soliderer Garantieen bedürfte, als des Versprechens, daß es in seinem Besitze nicht — oder doch nicht zu frühe — gestört werden solle?"

Aber es sei auch nicht einmal bewiesen, fuhr ich fort, daß das beantragte Bündniß wirklich die Erhaltung des Friedens zu bedeuten haben würde.

Man sei bei uns belehrt, unsere Macht und die Furcht vor ihr nicht zu hoch zu schätzen und darum würde, wenigstens in der nächsten Zeit die Aussicht auf eine Theilnahme Oesterreichs am Kriege Frankreich nicht abhalten, den letzteren zu wagen, wenn es einmal den nöthigen Einsatz an materiellen und moralischen Mitteln aufwenden wolle, um ihn gegen Preußen und Deutschland zu unternehmen. Dagegen würde das Wort Coalition, jetzt nach Frankreich geworfen, weit weniger geeignet sein, die erwachten Leidenschaften zu dämpfen, als sie bis zum heftigsten Ausbruche zu entflammen. Selbst einer neuen nordischen Coalition gegenüber fühle sich Frankreich nicht vollkommen isolirt. Es habe dem Königreiche Italien noch Manches, es habe der Revolution in den Ländern seiner Gegner noch mehr zu versprechen, und es sei sich der wirklichen oder vermeintlichen Macht dieser Bundesgenossenschaft zu sehr bewußt, um nicht vielleicht heute oder morgen den Krieg einem den Nationalstolz verletzenden und für die Dynastie gefährlichen Zurückweichen vorzuziehen.

Nun aber vergegenwärtige man sich endlich die verschiedenen möglichen Ausgänge eines Krieges. „Sie werden mir zugeben, daß es kein erfreuliches Schicksal sein würde, gemeinsam mit Preußen zu unterliegen und am Rheine, unter den Alpen, am adriatischen Meere das Gesetz des Siegers annehmen zu müssen. Lassen wir aber diesen Fall als unwahrscheinlich beiseite, denken wir uns Frankreich als überwunden — können wir es darauf ankommen lassen, daß man uns alsdann das Prager Friedens-Instrument in die Hand drücke und uns für dessen erfolgreiche Vertheidigung danke? Ferne sei es von mir, die Erinnerungen des gemeinsamen Sieges über Dänemark wachzurufen, aber Sie begreifen, daß wir auch für jenen günstigsten der möglichen Fälle unsere Sicherheiten vorher nehmen müßten."

Eine Stunde später erscheinen die Bewohner der benachbarten Ortschaften, zu Wagen, zu Wasser, zu Fuß, um zu kaufen und zu verkaufen. Unzählige Wagen voll Getreide, Wildpret, Geflügel fahren über die Domstraße nach der Schrannenhalle und dem grünen Markte, Hunderte von kleinen Handwagen voll von edlem Obst, Weintrauben, Gemüsen und Blumen passiren die alte Straße. Hier schreitet der alte Bauer in seinem Tuchrocke einher, der nach demselben Schnitt gemacht ist, den sein Großvater liebte, neben ihm seine hübsche Tochter, durch das rothe, sechsmal um den Hals geschlungene Tuch eher entstellt als verschönt; da sehen wir den jungen Landmann in neuester Modetracht mit seiner Schwester, welche sich städtische Kleidung angelegt hat.

Von fernher ertönt ernster Gesang, eine Prozession tritt auf, die mit Gold gestickten Fahnen wehen, weißgekleidete Mädchen, mit Rosenkränzen geschmückt, tragen das silberne Muttergottesbild. Die Prozession wendet sich nach dem Dome. Eine Gruppe Studenten macht Platz, sie nehmen ihre orangefarbigen, weißen, grünen und blauen Mützen ab, obwohl sie Protestanten sind, größtentheils Norddeutsche, Mediziner, welche an Wunder nicht glauben, aber nicht Anstoß geben wollen. Kaum ist der Choralgesang verklungen, so ertönt kriegerisches Trompetengeschmetter: die reitende Artillerie zieht aus der Kaserne über die Domstraße nach dem Kugelfang.

Ein dicker Franziskaner in brauner Kutte und Sandalen springt rasch zur Seite, um nicht unter die Hufe der Rosse zu kommen; eine uralte Landfrau grüßt ihn ehrerbietig mit dem fast verklungenen Gruße „Gelobt sei Jesus Christus"; in demselben Augenblicke sagt der Photograph, welcher es auf den Dom abgesehen hatte, zu sich selbst: „Fertig"! Auf dem Bilde stehen neben dem lustigsten Studenten die Gestalten aus dem Mittelalter, der Mönch und die fromme Katholikin.

Dort geht, weder links noch rechts schauend, im schwarzen Gewande die ältliche Nonne, um ihrem Berufe nach Krankenbesuche zu machen. Hier weht der weiße Schleier, flattert das kornblumenblaue Tuch der protestantischen Diakonissin. Sie spricht über ihre Kranke mit einem der berühmtesten Heilkünstler, dessen Ruf auch außerhalb Deutschlands einen guten Klang hat.

Die Schulen sind aus. Da gehen die Polytechniker, kenntlich durch grünen Tuchkragen auf dem Rock, die Domstraße hinab der Brücke zu. Die Gymnasiasten, durch blauen Sammetkragen bezeichnet, stolziren auf und ab, denn sie tragen heute zum ersten Male das Zeichen ihrer Standeserhöhung, gestern waren sie noch Lateinschüler und mußten den Rock mit carmoisinfarbenem Sammetkragen anlegen.*)

*) Diese „Auszeichnungen" sind bekanntlich bei den Gymnasiasten und Lateinschülern seit kurzer Zeit abgeschafft.

Graf Tauffkirchen hat in der That sich nicht für vorbereitet erklären können, auf alle diese Fragen zu antworten, oder die ihm vor Augen gestellten Bedenken und Einwendungen zu entkräften. Er äußerte nur sein Bedauern, nach meinen Worten annehmen zu müssen, daß Oesterreich die von ihm aus Berlin mitgebrachten Vorschläge ablehne. Auch Frhr. v. Werther seinerseits wiederholte mir diesen Ausdruck. Ich warnte jedoch sehr vor demselben, und ich bat, nicht von einer Ablehnung preußischer Vorschläge durch Oesterreich zu sprechen, da die Erläuterungen, welche dies nöthig machen würde, nicht anders als nachtheilig wirken könnten, die Zukunft zu schonen sei und es Thatsache bleibe, daß Oesterreich stets den Wunsch hegen werde, zu einer Wiederannäherung an Preußen und Deutschland die Hand bieten zu können.

Ich zweifle nicht, daß, was ich hier in den Hauptzügen kurz wiederholt habe, dem königlich preußischen Cabinete durch die Berichte seines Gesandten vollständig zur Kenntniß gelangen werde. Es wird jedoch auch zu Ihrer Aufgabe gehören, dafür zu sorgen, daß in der Auffassung meiner Aeußerungen keine Abweichung stattfinden könne. Ja, es wird, wie ich glaube, der Aufrichtigkeit und Loyalität, die man bei uns stets finden wird, würdig, dem Interesse der Annäherung aber nicht abträglich sein, wenn ich Euer 2c. ermächtige, dem Herrn Grafen v. Bismarck den gegenwärtigen Erlaß vollständig vorzulesen.

Empfangen 2c. 2c."

Süddeutschland.

Bayern. [Die „Südd. Pr." über die Zollparlamentswahlen] In dem Leitartikel ihrer Dienstagsnummer beschäftigt sich die „Süddeutsche Presse" mit den Wahlen zum Zollparlament, macht darauf aufmerksam, daß bei diesen Wahlen alle Parteien den Willen haben, dem Wohle des Ganzen zu dienen und sagt dabei u. A.: „Wenn es irgend etwas gibt, was unter den herrschenden Umständen noch zur Erhaltung des Friedens beitragen kann, so ist es die zweifellose Klarheit der Thatsache, daß Bayern nicht widerwillig, sondern gern an dem vertragsmäßigen Verhältniß zu Norddeutschland festhält. Die, welche sich bemühen, das Gegentheil an den Tag zu legen, arbeiten mit an der Herbeiführung des Krieges, und wenn sie glauben, damit particularistischen Zwecken zu dienen, müssen sie sich täuschen, der Verlauf der Dinge sei welcher er wolle. Es ist eine allgemeine Wahrheit, daß jede große und herrschende Strömung der Zeit durch heftige Erschütterungen in ihren Erfolgen nur gefördert wird."

— [Zum neuen Schulgesetz.] Wie bereits erwähnt, beabsichtigt der Abg. Gelbert als Referent über den Schulgesetzentwurf, den Gemeinden eine Einwirkung auf die Wahl des Lehrers zu sichern. Er unterscheidet hierin zwischen den Gemeinden des diesrheinischen Bayern und jenen der Pfalz. In den Kreisen diesseits des Rheins sollen die Bewerbungen um erledigte Schuldienste bei der Kreisregierung anzubringen sein; von dieser werden der betr. Gemeinde aus der Zahl der Bewerber, oder beim Mangel geeigneter Bewerber aus der Zahl der übrigen vorhandenen Lehrindividuen mit Rücksicht auf Qualifikation und Beförderung drei Lehrkräfte vorgeschlagen, von welchen die Schulgemeindevertretung in gemeinsamer Sitzung mit der Ortsschulkommission Einen auszuwählen und der Kreisregierung zur Bestättigung anzuzeigen hat. — In der Pfalz soll die Bewerbung bei der Ortsschulkommission zu erfolgen haben, welche über die Bewerber ihr Gutachten an den Gemeinderath abgibt, der sodann Einen hievon zu wählen hat und der Kreisregierung anzuzeigen hat, welche die Wahl genehmigen oder verwerfen kann. Er begründet diese Vorschläge, wie folgt:

„Nach der übersichtlichen Zusammenstellung der Verhältnisse der Schul- und Lehrstellen, welche dem Gesetzesentwurf beigegeben ist, leisten die Gemeinden 1,119,849 fl. jährlich, die Kreisfonds nur 360,612 fl. zu den fassionsmäßigen Bezügen der Lehrstellen im ganzen Königreich Während somit nach dem Schuldotationsgesetz vom 10. November 1861 die Gemeinden pro 1865/66 eine mehr als dreifach größere Last zur Dotation der Lehrstellen zu übernehmen hatten als der Staat resp. die Kreisfonds, ist den Gemeinden in den diesrheinischen Kreisen, einige Städte ausgenommen, keinerlei Recht zur Mitwirkung bei der Verleihung der Lehrstellen eingeräumt. Bereits in der öffentlichen Sitzung vom 18. Oktober 1861 brachte der I. Sekretär Abg. Hirschberger bei der Kammer der Abgeordneten gelegentlich der Berathung über den Gesetzentwurf: „die Aufbringung des Bedarfs für die deutschen Schulen betr." den Antrag ein: „den Gemeinden steht bei Besetzung der Schulstellen das Recht der Mitwirkung zu. Umfang und Art dieser Mitwirkung wird durch ein besonderes Gesetz geregelt." Dieser Antrag erhielt zwar in dieser seiner Fassung nicht die Zustimmung der Kammer, wurde aber durch Mehrheitsbeschluß als Wunsch dem Gesetze angefügt: „Es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu stellen: „„Allerhöchstdieselben möchten geruhen, nachdem die deutschen Schulen gesetzlich als Gemeindeanstalten erklärt sind, und die Lehrer an denselben als Gemeindebedienstete erscheinen, auch die entsprechende Mitwirkung der Gemeinde bei Anstellung der Letzteren im Wege der Gesetzgebung allerhuldvollst regeln zu lassen."" Der den Eltern gesetzlich obliegenden allgemeinen Verpflichtung, ihre Kinder, wenn sie dieselben nicht anderweitig unterrichten zu lassen vermögen, der Volksschule resp. dem Lehrer anzuvertrauen, muß nicht nur die Berechtigung zur Benützung derselben entsprechen, sondern es hat auch die Familie und die Gemeinde ein hohes Interesse dabei, und das Recht in Anspruch zu nehmen, bei der Anstellung des Lehrers mitzuwirken, auf den sie einen großen Theil ihrer Familienrechte und Pflichten bezüglich der Erziehung und Bildung ihrer Kinder überträgt. Je mehr die Gemeinden hiezu berechtigt sind, eine um so regere und lebendigere Theilnahme derselben an dem Gedeihen der Schule wird sich kund geben, wie die anerkennenswerthe Bereitwilligkeit der meisten Städte des Königreichs und die verhältnißmäßig hohen Leistungen der pfälzischen Gemeinden beweisen. Die in den Motiven des Regierungsentwurfs ausgesprochene Befürchtung, „daß bei Ausübung des freien Wahlrechts häufig weniger die Thätigkeit und Würdigkeit der Bewerber, als Parteiintriguen, Familien- oder sonstige Nebenrücksichten den Ausschlag gäben" — ist nur ausnahmsweise begründet und auf seltene Vorkommnisse zu beschränken, bei denen leicht Abhilfe durch Nichtbestätigung des Gewählten seitens der k. Kreisregierung zur Hand ist. Was ferner die Annahme betrifft, daß die aus der freien Wahl der Gemeinden hervorgehenden Lehrer „„leicht in ein gewisses, ihrer dienstlichen Stellung keineswegs zuträgliches Abhängigkeitsverhältniß von

---

Langsamen Schrittes tritt paarweise ein Zug Schüler aus dem geistlichen Seminar auf. Sie beneiden vielleicht die Gymnasiasten, denn auf ihrem Spaziergange werden sie von einem geistlichen Herrn beaufsichtigt.

In den eleganten Läden der Domstraße wird viel gekauft, aber wie verschieden sind die Gegenstände, welche Käufer finden!

Dort bestellt eine reiche russische Dame oder eine elegante Würzburgerin beim Konditor selbst das Gefrorne zum Gesellschaftsabende, während hier das sehr altfränkische Gebäck: Nonnenkräpfle, gekauft wird. Die alte Bürgersfrau wählt den Rosenkranz mit silbernem Kreuz für ihr Enkelchen und sucht noch einige Heiligenbilder dazu aus; im benachbarten Laden handeln zwei schöne Mädchen um Ballkränze und Fächer, denn wo wird mehr getanzt, als in Würzburg?

Der junge Subdiakon betrachtet die geschmackvoll gestickte Stola am Schaufenster, er bedarf sie noch nicht, hofft aber auf baldige Beförderung; das lustige Mitglied des Sängervereins wählt das Kostüm zur Fastnachtsposse oder zum Fastnachtszuge. Der Greis aus dem Ochsenfurter Gau, kenntlich als reicher Bauer am schweren Tuchrock mit silbernen Knöpfen, bezahlt willig zwei Kronenthaler für die dicke Wachskerze, welche er seinem Schutzpatron St. Kilian widmen will; dort gehen zwei Brüder Arm in Arm, der eine Fuchs, der andere bereits Doctorandus, um in der Buchhandlung die Lichter zu kaufen, welche Scanzoni, Kölliker und andere Zierden der Universität für sie angezündet haben. Zur Zeit der drei Messen, zur Zeit des Maigebetes, wenn ein Hochzeitszug nach der Domkirche zieht oder ein Requiem trauernde Freunde in diesen Tempel führt, immer ist die Domstraße belebt bis in die Nacht hinein, wo der heimkehrende Student sein: „Frei ist der Bursch", mit voller Kehle singt.

Endlich schwebt der Geist über Allen. Jeder der vielen bedeutenden Männer, unter denen auch Künstler von Ruf und hoher Bedeutung zu nennen wären, jeder, der als Universitäts-, Gymasiallehrer oder in anderer Weise gewirkt hat, sei es längere Zeit oder nur für einige Jahre gewesen, hat Spuren seines Daseins hinterlassen, dem Samenkorn ähnlich, das endlich zum fruchttragenden Baume wird, von dem noch kommende Geschlechter ernten.

Die Domstiftskirche wurde zuerst von P. Arno im Jahr 862 erbaut, brannte 920 zum Theil ab und wurde im byzantinischen Styl wieder aufgeführt 923 von P. Dietho.

Das Rathhaus ist im Jahre 1316 entstanden unter der Oberleitung der Bürgermeister Arnold vom Sand und Eckart von Beer.

Der hohe Thurm, vulgo Grawenneckerthurm, ist schon dadurch merkwürdig, daß er der erste Thurm ist, der eine Uhr erhielt.

---

den Gemeinden gerathen,"" so ist eine solche Annahme nur begründet, insoferne und insoweit bei den Lehrern Charakterschwäche und Charakterlosigkeit, bei den Gemeinden Unterdrückungsgelüste und Herrschsucht in Wahrheit vorausgesetzt werden kann. Ohnehin dürften die Erfahrungen in der Pfalz gegen die Richtigkeit dieser Annahme sprechen. Es sollen und wollen auch wohl die Lehrer eben so wenig wie die Geistlichen Herrn und Gebieter der Gemeinde, vielmehr ihre Freunde, Gehilfen und Diener sein, berufen, geistige Bildung zu fördern und „die schöne Blume freier Sittlichkeit in den jugendlichen Gemüthern zu entfalten."" Intriguen und Parteibestrebungen in einer Gemeinde treten aber bei aller Vorsicht, die im Geheimen zu agiren sucht, weil Viele dabei betheiligt sind, weit schneller und offenkundiger zu Tag und sind deßhalb weit weniger bedenklich als Protektion und Begünstigung, die von Einzelnen oder Wenigen im Stillen erstrebt und geübt werden können. Schließlich ist es ein Anderes, solches Wahlrecht neu zu gewähren, was unter gegebenen Verhältnissen Bedenken zu erregen vermag; ein Anderes ist es dagegen, ein wohlerworbenes und längst in Uebung bestehendes Wahlrecht, von dem die Gemeinden der Pfalz fast ohne Ausnahme einen besonnenen Gebrauch zu machen wissen, diesen wiederum gänzlich entziehen oder wesentlich beschränken zu wollen. Solche Entziehung oder Beschränkung würde als eine unverdiente Rechtsschmälerung und reaktionäre Maßregel angesehen werden und gar leicht Aufregung erzeugen. Aus allen diesen Gründen beantragt der Referent diejenige Fassung dieser Artikel, welche den Gemeinden diesseits des Rheins das erstrebte Recht der Mitwirkung bei Verleihung der Lehrerstellen gewährt, den Gemeinden in dem linksrheinischen Gebiete das bis jetzt ihnen gesetzlich zustehende Wahlrecht beläßt, der Kreisverwaltungsstelle aber den Einfluß und die Befugniß wahrt, die ihr im Interesse der Sache gebühren.

München, 5. Febr. [Zur Quiescirung des Univ.-Prof. Dr. Sepp.] Der „A. Z." schreibt man offiziös: Die unterm 3. Dez. v. J. erfolgte Quiescirung des Universitätsprofessors Dr. Sepp, und die Anlässe, welche diese Maßregel hervorgerufen haben, sind Gegenstand lebhafter Besprechung in der Tagespresse geworden. Wenn vom Standpunkte der Staatsregierung bisher vermieden worden ist, über diese Quiescirung und ihre Anlässe Näheres kundzugeben, so lag diesem Verhalten sicherlich nicht eine übelwollende Absicht gegen den Betheiligten zu Grund; im Gegentheil darf aus diesem Schweigen gefolgert werden, daß man Hrn. Dr. Sepp jene Schonung zuwenden wollte, welche seine langjährigen Dienste im Lehramt beanspruchen konnten. Die Fassung des betreffenden Dekrets und die Art, in welcher dessen Inhalt Hrn. Dr. Sepp zur Eröffnung gebracht worden ist, können als Belege hiefür gelten. Nachdem aber nunmehr Hr. Dr. Sepp in diesen Blättern eine, wie er sagt, „abgedrungene" Erklärung veröffentlicht hat, in welcher dem bayerischen Unterrichtsministerium zum Vorwurf gemacht wird: seine Entfernung vom Lehramte tendentiös und ohne Antrag der Universitätsbehörde herbeigeführt zu haben, so begeht Ihr Berichterstatter keine Indiskretion, wenn er hier aus bester Quelle die Mittheilung macht: daß es durchaus nicht die Thätigkeit des Hrn. Professors Dr. Sepp im Universitäts-Lehramte, sondern lediglich sein Verhalten im bürgerlichen Leben gewesen ist, was seine Ruhestandsversetzung veranlaßt hat. Es widerstrebt uns, in die thatsächlichen Verhältnisse hier einzugehen, welche zwischen den beiden HH. Professoren Dr. Recht und Dr. Sepp obwalteten, die in einzelnen Beziehungen von der hiesigen Lokalpresse auch bereits verhandelt wurden, und bekanntlich auch Dr. Rechts Ausscheiden aus dem aktiven Dienste zur Folge hatten. Es genügt hier zu konstatiren, daß der k. akademische Senat der Universität München in seiner mit nachweisenden Dokumenten belegten ausführlichen Berichterstattung die Erklärung gegeben hat: daß er „das Benehmen des Dr. Sepp für die Ehre der Corporation und für das Ansehen und die Wirksamkeit des akademischen Lehramts höchst bedenklich finde. Nachdem auch noch von einer anderen mit der Erhebung des nähern Sachverhalts beauftragten k. Behörde gleichmäßige Bestätigung geliefert, und eine mit vorstehender Erklärung des akademischen Senats ganz übereinstimmende Aeußerung abgegeben worden war, blieb der Staatsregierung in dieser leidigen Sache keine Wahl. Durchaus grundlos ist die Annahme, daß die Thätigkeit und Richtung des Hrn. Prof. Dr. Sepp im Lehramt irgend Einfluß auf die fragliche Verfügung geübt haben; das Unterrichtsministerium achtet grundsätzlich die Freiheit der akademischen Wissenschaft und Lehre, es achtet aber nicht minder auch die Würde und das Ansehen der Hochschulen, und wenn im Interesse ihres korporativen Lebens das genannte Ministerium sich veranlaßt fand, die Quiescirung der beiden Professoren Dr. Recht und Dr. Sepp herbeizuführen, so hat dasselbe sicherlich nur das gethan, was ihm unter den gegebenen Umständen die Pflicht gebot.

— Se. Maj. der König werden der 400jährigen Gründungs-Säcularfeier der Dompfarrkirche zu Unserer lieben Frau am 9. Februar mit dem großen Cortege anwohnen.

— Der Bischof von Passau hat an Se. Maj. den König eine Adresse mit 40,000 Unterschriften wegen Erhaltung der weltlichen Macht des Papstes eingesandt.

— Se. Maj. der König haben geruht, das Protektorat des neu in's Leben gerufenen Thierschutzvereins zu übernehmen.

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

III. Sitzung am 26. Januar 1868.

1) Herr **Hasse** spricht über das Vorkommen einer Schnecke bei Fröschen. Während dieser Theil des Gehörapparates bei den höheren Thieren durch Ausstülpung aus der Wand des ursprünglichen Gehörbläschens im Laufe der Entwicklung sich differenzirt und beim Menschen spiralförmig sich windet, erhebt sich bei den Fröschen die Schnecke nicht aus dem Bereich des Bläschens, sondern tritt in seinem verschiedenen Theilen nur als Verdickung der Wandung auf. Die Beschreibung über die Lagerung der einzelnen Schneckentheile schließt sich der an, die Deiters in einer besonderen Abhandlung niedergelegt, doch weicht er darin von jenem Forscher ab, daß er in der Schneckenabtheilung, die sich an der dem foramen ovale zugekehrten Wandung des Gehörbläschens findet, eine der membrana basilaris ähnliche Bildung gefunden. Was die histologische Struktur der Epithelbekleidung der Schneckenabtheilungen anbetrifft, an die die Nervenfäden des acusticus sich begeben, so zeigt dieselbe eine vollkommene Uebereinstimmung mit den entsprechenden Theilen bei den Vögeln. Die Nervenfäden enden in Stäbchenzellen, die von einander durch zwischengelagerte Zahnzellen isolirt sind. Dem Nervenepithel lagert auch hier eine gallertartige Masse, das Analogon der membrana Corti auf. Die Corti'schen Fasern fehlen wie bei den Vögeln. Der Vortragende weist sodann die Uebereinstimmung der neusten Middendorf'schen Befunde in der Epithelbekleidung der menschlichen Schnecke mit den seinen bei den niederen Wirbelthieren gemachten nach und hielt auch für den Menschen eine Endigung der Nervenfasern in Stäbchenzellen für wahrscheinlich, trotz der Middendorf'schen Behauptung des Emporragens der Nervenfäserchen zwischen den Stäbchenzellen, welche derselbe als eigenthümlich veränderte Deiters'sche Zellen in Anspruch zu nehmen geneigt ist, jenen ganz ähnliche Bilder, die derselbe bei den Vögeln bekommen.

2) Herr **Roßbach** theilt zwei Fälle von hochgradiger Verengerung des Kehlkopfs durch Verwachsung der Taschen- und Stimmbänder mit.

Die eine dieser bis jetzt noch sehr selten beobachteten Verwachsungsstenosen war in Folge diphtheritischer Geschwüre entstanden und hatte durch fast vollständige Verwachsung der Taschen- und Stimmbänder hochgradige Athemnoth, Erstickungsanfälle und vollständigen Verlust der Stimme zur Folge. Bei der anderen im Verlauf einer sekundären Erkrankung eingetretenen hatte die Verwachsung von zwei Drittheilen der Stimmbänder, die vom vorderen Vereinigungswinkel bis zum Stimmfortsatz reichte, ebenfalls starke Heiserkeit und erschwerte Athmung nach sich gezogen. Besonders bei ersterem Falle war auch eine so hochgradige Schwellung des Kehlkopfinnern eingetreten, daß man jeden Augenblick auf eine künstliche Eröffnung der Trachea gefaßt sein mußte. Durch eine auf natürlichem Wege vorgenommene Operation wurde dies jedoch überflüssig und Respiration wie Stimme vollkommen wieder hergestellt. Es wurden unter Beleuchtung des Kehlkopfs durch den Tobold'schen Apparat kleine, gekrümmte, gedeckte und ungedeckte Messer durch die Mundrachenhöhle in das Innere des Kehlkopfs eingeführt und die Verwachsung mittelst kleiner Stiche und Risse im Laufe einiger Wochen bis zum vorderen Vereinigungswinkel getrennt. Die Wiederverwachsung wurde einerseits durch starke Respirations- und Intonationsversuche, andererseits dadurch verhindert, daß jeden Tag 3 bis 4 Mal die neugebildeten Verklebungen immer wieder mit obigen Instrumenten auseinander gerissen wurden. Die Blutung war dabei immer nur eine sehr geringe und rief nur so lange stärkere Athembeschwerden hervor, bis die Stimmritze hinlänglich erweitert war.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 41–42.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 11. Februar 1868.

Wahlresultat in der Stadt Würzburg.

Regierungspräsident Freiherr v. Zu-Rhein 1553 Stimmen. Fabrikant Dr. Abelmann 1077 Stimmen.

Sechzig Jahre Kampf der freien Arbeit gegen die Zunft.

Würzburg, 11. Februar.

Bei dem nun zur Einführung reifen neuen Gewerbegesetz für Bayern ist es wahrlich keine Phrase, wenn wir sagen, daß damit einem längst und tief gefühlten Bedürfnisse abgeholfen wird. Wie dieses Bedürfniß seit vielen Jahrzehnten immer wieder, immer dringender sich geltend machte und vergeblich durch alle möglichen Aushilfsmittel, Verordnungen u. s. w. zum Schweigen zu bringen gesucht wurde, bis Gefahr auf Verzug zu einer endlichen radikalen Abhilfe drängte. Das in kurzen Zügen in Erinnerung zu bringen und damit unsere Behauptung des „längst gefühlten Bedürfnisses“ historisch zu beweisen, ist der Zweck des folgenden Rückblicks.

Während in der Pfalz schon seit den letzten Jahrzehnten des vorigen Jahrhunderts die freieste Bewegung des Handels und der Gewerbe mit nur geringen Beschränkungen Jedem ohne Ausnahme, der die Fähigkeit in sich fühlte, alle Gelegenheit bot, emporzukommen und selbstständig zu werden, stand in dem diesrheinischen Bayern im Anfange dieses Jahrhunderts das einer längstvergangenen Zeit angehörige Zunftwesen in üppigster Blüthe. Geschützt und übermäßig genährt wucherte es immer weiter und weiter, so daß es jegliches freie und gesunde Aufblühen des Handels und der Industrie zu ersticken drohte.

Man sah das von Oben wohl ein und eine Menge von Verordnungen wurde in den Jahren 1802–1809 erlassen, um dem schädlichen Einflusse des starren Zunftzwanges entgegenzuwirken und frische Zugluft in die verstickte Atmosphäre des bayerischen Gewerbswesens zu bringen. Es war vergeblich, das Uebel saß zu tief, als daß es durch einzelne Ausschnitte hätte kurirt werden können. Man kam schon dortmals zur richtigen Erkenntniß, daß hier nur zu helfen sei, wenn man das ganze entartete Zunftgewächs mit der Wurzel ausreiße und bereits im Jahre 1809 dachte man ernstlich daran, die Zünfte aufzuheben und alle Gewerbe für jeden Staatsbürger frei zu geben. Leider vereitelten die folgenden Kriegsjahre, dann deren Nachwehen und die darauffolgenden Verfassungsarbeiten, die noch nöthigere Ausbildung und Ordnung des Gemeindewesens u. s. w. die Ausführung des dort schon sehr zeitgemäßen Gedankens, und man begnügte sich abermals, die dringendsten Wünsche und Bedürfnisse in dieser Richtung durch bloße Palliativmaßregeln zu beschwichtigen.

Die Klagen wurden aber immer lauter, drangen bis an die Ständeversammlung und bezweckten endlich doch eine etwas ausgedehntere und wirksamere Abhilfe durch das Gesetz vom 21. Septbr. 1825: „Die Gemeindebestimmungen für das Gewerbswesen.“ Man hatte noch nicht den Muth, volle unbeschränkte Gewerbefreiheit einzuführen, erzielte aber immerhin ein auf freiere, geregelte Bewegung innerhalb des Gewerbswesens basirtes, für die damalige Zeit ganz annehmbares Gesetz. Es kam aber mit seinen liberalen Prinzipien und eben wegen derselben nicht zur Geltung. Ein furchtbares Geschrei der Zünftler und ihres Anhangs erhob sich gegen dasselbe: gerade wie heute noch wurde damals schon der Ruin von ganz Bayern prophezeit, wenn auch einem Andern, als einem „realen bürgerlichen Schneidermeister“ ein paar Hosen zu machen erlaubt sein sollte. Klagen gegen das neue Gesetz wurden in solchem Uebermaße laut, daß es einem zu jener Zeit, wo die wenigen unbedeutenden Zeitungen und alle anderen Hilfsmittel der Oeffentlichkeit nur den Besitzenden dienstbar waren, nicht arg Wunder nehmen darf, wenn man oben stutzig wurde. Man glaubte die Hauptschuld der zum Gesetze erlassenen Vollzugsinstruktion vom 28. Dezember desselben Jahres zumessen zu müssen, hob diese auf und ersetzte sie am 1. Juli 1834 durch eine andere.

Diese verfiel, im unglücklichen Versuche Allen Rechnung zu tragen, auf die gewissenhafte Erwägung des Nahrungsstandes sowohl der Gewerbe, als auch der vorhandenen Gewerbsmeister, ohne den so sehr schwankenden Begriff „Nahrungsstand“ präzisiren zu können und führte somit nicht zum Bessern, sondern zum Schlechtern, da sie zwar das Großgewerbe durch demselben gewährte freiere Bewegung zum Aufblühen, dagegen die Kleingewerbe zum Verfall brachte. Und doch dauerte dieser Zustand 19 volle Jahre, in welchen eine Masse interpretirender Ministerialentschließungen erschienen, bis endlich mit der umfangreichen Instruktion vom 17. Dezbr. 1853 ein neuer Versuch zu helfen gemacht wurde, der ebenso mißlang, wie die früheren. Nach und nach wurde in den meisten an Bayern gränzenden Staaten Gewerbefreiheit eingeführt, selbst Oesterreich entschloß sich zu diesem Schritte; da drängte endlich auch in Bayern die Landesvertretung zu erneuter Thätigkeit im Sinne freierer Gestaltung der gewerblichen Verhältnisse. Noch immer wagte man nicht mit unbedingter Gewerbe-

Geister-Erscheinungen.*)

Es gab eine Zeit, da man Denjenigen nicht mehr unter die Klasse der Gebildeten rechnete, der sich zum Glauben an Geister-Erscheinungen bekannte. Auch heute noch rümpft Dieser und Jener unter den sogenannten Gebildeten die Nase und lächelt mitleidig dazu, wenn man auf dieses Gebiet zu sprechen kommt. Man wagt es höchstens noch im Freundeskreise, erlebte Thatsachen mitzutheilen, scheut sich aber, dieses öffentlich zu thun, um nicht in die traurige Lage zu kommen, ein Gegenstand des Mitleids oder der Verachtung zu werden.

An der Möglichkeit der Geister-Erscheinungen haben selbst große Geister, wie Lessing und Kant, nicht gezweifelt. Lessing meint, an keine Geister glauben, könne nur soviel heißen: in dieser Sache, in welcher sich fast ebensoviel dafür als dagegen sagen lasse, die nicht entschieden sei und nicht entschieden werden könne, habe die gegenwärtig herrschende Art zu denken den Gründen dawider das Uebergewicht gegeben. Ebenso stehe auch für Kant die Möglichkeit fest, daß abgeschiedene Geister erscheinen können.

Auch ein geistvoller Philosoph der Neuzeit, Schopenhauer, der vermöge seines Systems an eine individuelle Fortdauer nicht glaubt, neigt sich dem Geisterglauben zu.

In Deutschland sind die meisten Geister-Erscheinungen in Verbindung mit den Zuständen des magnetischen Schlafes und des Somnambulismus getreten, und Justinus Kerner hat bekanntlich alle guten und bösen Geister Schwabens in seinem Hause beherbergt. Die Seherin von Prevorst mit ihren Aussagen über das Geisterreich bildete lange das Thema der Gespräche auf Kathedern und in den Salons. Als David Strauß sie zum erstenmal sah, fand er ihr edles und zartes Gesicht von himmlischer Verklärung übergossen und ihre Erscheinung hat einen wunderbar tiefen Eindruck auf ihn gemacht. Wie mag der Verfasser des „Lebens Jesu“ überrascht gewesen sein, als ihm die Seherin weissagte, er werde nie zum Unglauben kommen!

Viele Thatsachen sind so wunderbarer Art, daß man an eine natürliche Erklärungsart gar nicht mehr denken kann. Man erlaube mir, der vorurtheilsfreien Prüfung meiner Leser einen merkwürdigen Fall von Geisterspuk aus dem Kreise einer mir befreundeten Familie vorzulegen, für dessen Wahrheit ich vollständig bürgen kann.

Im Hause des Herrn N. spukte nach allgemeiner Annahme der Geist einer Kindesmörderin. Thatsache ist, daß eine solche in einem der Zimmer des Hauses ihr Kind im Ofen ums Leben gebracht hat und die Bewohner des Hauses behaupteten, dieselbe bald zu sehen, bald aber ein Geschrei, wie von einem Kinde, insbesondere in jenem Zimmer, zu hören.

Um der Sache auf die Spur zu kommen, entschlossen sich zwei mir sehr nahestehende Männer, eine Nacht in jenem verhängnißvollen

*) Wir entnehmen das unter diesem Titel Gegebene einem längeren Aufsatz, welcher der Wiener „Presse“ aus Schwaben — dem klassischen Lande der Geistererscheinungen und Geisterseher — zugekommen ist.

freiheit hervorzutreten, doch that man einen glücklichen Griff mit der Gewerbeordnung vom 21. April 1862, welche die alten Schutzmauern niederwerfend und das unglückselige Berücksichtigen des Nahrungsstandes beseitigend, die vollständige Gewerbefreiheit anzubahnen suchte, was ihr auch vollständig gelang. So vorbereitet, konnte nun der Gesetzentwurf von 1867 hervortreten, ohne fürchten zu müssen, auf großen Widerstand zu stoßen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 9. Febr. [Bismarck'scher Konflikt.] Der „Magdeburger Zeitung" wird geschrieben: „Nach Ansicht konservativer Abgeordneten stehen wir nahe vor einem neuen Ministerwechsel, und zwar ist Graf zu Eulenburg die längste Zeit Minister des Innern gewesen. Der Ministerpräsident v. Bismarck hat den Grundsätzen, die durch den Grafen Eulenburg zu lange schon die innere Politik Preußens beherrschen, Valet gesagt und will sich fortan auf die große Mittelpartei stützen. Daß er dabei an entscheidender Stelle auf Widerstand stoßen sollte, ist um so weniger anzunehmen, als Bismarck's Einfluß eher gewachsen als gemindert ist. Er brachte den Grafen zur Lippe aus dem Amte und wird ebenso leicht für den Grafen Eulenburg einen neuen Minister des Innern durchsetzen. Wir folgen, wie gesagt, den Angaben konservativer Abgeordneten, die ihrer ganzen Stellung nach unterrichtet sein können. Ueberdies haben die Debatten der zwei letzten Tage innere Gründe in Hülle und Fülle für einen Ministerwechsel beigebracht. Die konservative Partei ist Bismarck entfremdet und umgekehrt wendet sich Bismarck von ihr ab, weil seine Meinung sich befestigt hat, daß mit einer Partei auf die Dauer nicht auszukommen ist, welche im Sturme und Drange der letzten Jahre Schiffbruch gelitten hat. Wir wissen, daß wir der offiziösen Presse Gelegenheit zu den beliebten Dementirungskünsten geben, welche sie auch beim Grafen zur Lippe in Anwendung brachte und die sie in Bezug auf den Grafen Eulenburg um so mehr in Szene setzen wird, als das Bureau der Inspiration vom Minister des Innern ressortirt. Die Koalition, welche Bismarck eingehen wird, leistet vielleicht der frei-konservativen Partei Vorschub, doch ist es ebenso möglich, daß der Ministerpräsident bis zur national-liberalen Partei avancirt. Als Bundeskanzler hat er schon Räthe aus dieser Fraktion um sich, und um das Regieren sich zu vereinfachen, um sich nicht über kurz oder lang neuen Fluktuationen auszusetzen, liegt es wohl nicht im Bereiche der Unmöglichkeit, daß Graf Eulenburg's Nachfolger ein Nationalliberaler sein wird. Ist erst für den Grafen zu Eulenburg ein Nachfolger bestellt, so wird sich leicht auch für Hrn. v. Mühler ein Ersatzmann finden lassen." (Die Preußen werden wohl thun, sich nicht zu rasch Hoffnungen zu überlassen, die nur zu oft getäuscht sind.)

Der + Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt über diese in allen norddeutschen Blättern vielbesprochene Angelegenheit: Der von dem Grafen Bismarck nachgesuchte und erhaltene Urlaub wird in allen politischen Kreisen, wie man sich denken kann, lebhaft besprochen. Von offiziöser und ministerieller Seite wird dieser Schritt, wie aus den Blättern ersichtlich, ausschließlich durch Gesundheitsrücksichten motivirt. Daß es an anderweitigen Kommentaren nicht fehlt, bedarf kaum der Erwähnung. Diese sind ziemlich verschiedener Natur, ohne daß indessen ein innerer Widerspruch bemerkbar wäre. Während die Einen an das etwas reizbare Temperament des Grafen Bismarck erinnern, der den Widerspruch schwer erträgt, am wenigsten von politischen Freunden, machen Andere darauf aufmerksam, daß der Ministerpräsident im Laufe der letzten Debatte wiederholentlich die Voraussetzungen und Erfordernisse einer konstitutionellen Regierung betont habe. Die Annahme des Kardorff'schen Amendements fand mit geringer Majorität statt. Graf Bismarck hatte aus der Angelegenheit keine Kabinetsfrage gemacht, aber genugsam gezeigt, welches Gewicht er auf die Annahme des Fonds legte. Sein Urlaub könnte danach immerhin konstitutionelle Gründe haben, und Herr v. Beust in Wien wäre auch auf diesem Gebiete einigermaßen überflügelt. (?) Daß eine Verstimmung gegen die konservative Partei mitgewirkt haben mag, wird zwar bestritten, aber von den konservativen Organen selbst indirekt wenigstens nicht ganz in Abrede gestellt. Rechnet man hinzu, daß Graf Bismarck die Regierung Hannover gegenüber als engagirt ansah und die Auffassung haben mochte, daß die Annahme des Fonds auch andere deutsche Staaten über ihre dereinstige prinzipielle und finanzielle Selbstständigkeit beruhigen könnte, erwägt man endlich, daß Graf Bismarck von dem Abgeordnetenhause seit einiger Zeit etwas ermüdet sein soll und seine Kräfte für das Zollparlament und den Reichstag aufsparen möchte, so würde das Zusammenwirken solcher verschiedenen Motive das zeitweilige Urlaubsgesuch sicherlich genugsam erklären.

— [Deutscher Handelstag.] Am 15. d., schreibt man der „K. Z.", tritt in Berlin der Ausschuß des deutschen Handelstages zusammen, um über den Zeitpunkt der Einberufung des Handelstages definitiv Beschluß zu fassen und zugleich in dieser Sitzung die Vorlagen über die Revision der Zollgesetzgebung, sowie über die gleichzeitige Abänderung der Zolltarife festzustellen. Behufs der Vorbereitung dieser Vorlagen wird die früher gewählte Subkommission schon am 11. d. M. zusammentreten. In den Berichten, welche von den Handelskammern an den Ausschuß erstattet worden, haben sich mehrere über die Revision der Zuckerzölle in umfassendster Weise ausgesprochen. Namentlich bestehen die Hansestädte auf einer Gleichstellung der Zuckerzölle und der Rübensteuer, und folgern daraus eine erhebliche Mehreinnahme des Staates, sowie eine Ausgleichung derjenigen Ausfälle, welche durch Herabsetzung oder Aufhebung anderer Zölle, z. B. auf Eisen, Chemikalien und Leinengarn, entstehen. Von kompetenter Seite wünschte man, daß bei der großen Bedeutung der Frage für die rheinische Zuckerindustrie die rheinischen Handelskammern, welche die Frage in ihren Berichten bisher gar nicht berührt haben, sich nachträglich darüber verbreiten möchten.

Ausland.

Frankreich. Paris, 8. Febr. [Die Diskussion über das Preßgesetz] ist seit Annahme des Art. 1 eine der würdigsten, welche diese Session gesehen hat: man arbeitet einmal wirklich und kommt voran. Die Herabsetzung der Stempelsteuer gewinnt an Aus-

---

Zimmer zuzubringen. Beide Männer von klarem Geist und Besonnenheit, hatten eine Abneigung gegen den Geisterglauben und waren der festen Ueberzeugung, es werde sich gewiß ein natürlicher Erklärungsgrund für jenes angebliche Geschrei finden lassen. Sie wachten beim Scheine einer Lampe in jenem Zimmer bis nach Mitternacht. Da hörten beide ein eigenthümliches Geräusch an der Wand, ohne das Geringste zu sehen. Bald darauf erhob sich in der Ecke des Zimmers ein Geschrei wie von einem Kinde. Der Eine von ihnen geht aus dem Bett heraus, nimmt seinen Stuhl und stößt ihn mit aller Kraft in jene Ecke, aus welcher das Geschrei gekommen war. Aber das Geschrei vermehrt sich und wird zuletzt so stark, daß beide Männer endlich bleich vor Schrecken das Zimmer verließen. Auch der Hausherr und mehrere andere Bewohner des Hauses hatten das Geschrei gehört, und waren nicht wenig erstaunt über die bleichen Gesichter jener beiden Männer und das Resultat ihrer nächtlichen Studien.

Der Leser schüttelt vielleicht mitleidig lächelnd den Kopf, und begreift nicht, warum diese beiden Männer, die doch keine Hasenfüße gewesen sind, mit einem Stuhlbein geschwind in die Ecke des Zimmers gestoßen haben, und dann, als das Geschrei stärker wurde, in jähem Schreck zum Tempel hinausliefen. Ein Kind, das todt ist, kann ja nicht schreien und ein Geist kann auch nicht schreien, weil es ein Geist ist. Hätten die Männer nur gleich an Ort und Stelle untersucht, so entgegnet man mir, hätten sie die Ausgänge des Hauses bewacht, Axt, Säge und Hammer herbeigeschafft, das Geschrei würde aufgehört haben, ehe der Morgen graute.

Und doch kann ich versichern, daß dies Alles geschehen ist.

Man hat nicht blos einmal, sondern oft und viel Ratten und Mäuse, Katzen und Marder, bis hinauf zur Krone der Schöpfung, den Menschen, in Anklagestand versetzt; man hat auch das melancholische Käuzchen nicht vergessen, das mit seinem eintönigen nächtlichen Rufe so oft die Sinne des Menschen bethört hat; auch fand sich nirgends ein verschmitzter Mensch, der das Haus in üblen Ruf bringen wollte, um es wohlfeiler kaufen zu können, denn als man es um einen Spottpreis verkaufen wollte, fand sich kein Käufer, bis man sich entschloß, dasselbe einzureißen. Jene beiden Männer aber haben sich nach dieser Erfahrung zu den Worten des Dichters bekannt, daß es zwischen Himmel und Erde mehr Dinge gebe, als unsere Schulweisheit sich träumen lasse.

Welches Urtheil wollen wir nun über diesen jedenfalls merkwürdigen Casus fällen? Da Alles geschehen ist, um die Sache auf natürliche Weise zu erklären, so muß die Behauptung zurückgewiesen werden, daß man bei genauerer Untersuchung der Sache auf den Grund gekommen wäre. Sollen wir nun sagen, es sei eine Geister-Erscheinung gewesen? Nicht blos unser modernes Bewußtsein, jede gesunde Natur wehrt sich gegen den trüben Geisterspuk; und doch, beweist dies etwas gegen die Wirklichkeit solcher Erscheinungen? Warum finden derartige Erscheinungen gerade so oft an solchen Orten statt, die eine schwarze That kennzeichnet? Wenn uns die That bekannt ist, so ist es freilich kein Wunder, wenn unser Nervensystem an einer solchen Stätte, die jedem empfindenden Men-

sicht, seit man im gesetzgebenden Körper sich wieder erinnert, daß Frankreich einst ein Kulturstaat und Gleichheit vor dem Gesetze sein Stolz war. Nachträglich erfahren wir denn auch, daß die Reaktion gar nicht so stark war, als sie that: eine ihrer Stützen nach der anderen betheuert wenigstens oder läßt in diesem und jenem Provinzialblatte betheuern, daß sie durchaus nicht gegen eine liberalere Politik eingenommen sei. So läßt Schneider (der Präsident des gesetzgebenden Körpers und großer Fabrikbesitzer) dem „Journal du Havre" berichten, er habe bei dem Kaiser „den Satz vertheidigt, die Regierung dürfe eine der Dynastie so treue Majorität nicht kompromittiren, indem sie dieselbe im reaktionären Sinne votiren ließe, während die Verwaltung liberale Tendenzen zeige." Votiren lassen! sagt der Präsident des Abgeordnetenhauses seinem Kaiser gegenüber: das ist der parlamentarische Verstand dieses Präsidenten! Auch Graf Welles de Lavalette läßt durch die „France" bekannt machen, er habe nicht gegen das Preßgesetz votirt, sei im Gegentheile stets für das liberale Programm vom 19. Januar gewesen. Der Graf gehört zu der Kommission, welche die Annahme des Versammlungsgesetzes befürwortet, so daß auch dieses jetzt ziemlich außer Gefahr ist, von der Majorität ersäuft zu werden, wie es bis zum 4. Februar stark den Anschein hatte. Vorläufig ist jetzt Alles liberal. Sogar einer der sieben Weisen aus Arkadien, Armand Noualhier, gab in der „Presse" eine liberale Erklärung ab: der Mann „denkt, man dürfe in der Politik durchaus weder Conservateur noch Innovateur sein". Diesem Gegner alles Neuen gefiel das jetzige Preßgesetz besonders deßhalb, weil es die Leute abhält, sich mit Dingen zu beschäftigen, „die sie von den moralischen und materiellen Interessen ablenken". Die Politik ist diesen Kammerknechten eine unmoralische Passion! Die sieben Arkadier haben auch bereits von einem Theile ihrer Wähler tadelnde Zuschriften erhalten. Herr v. Saint-Paul hat auch bereits seinem Votum eine Wendung gegeben, „die demselben jede reaktionäre Bedeutung benimmt", um mit der „France" zu reden.

— Am Montag soll das Gesetz über die neue Anleihe vorgelegt werden; die Kammer wird die Verhandlung über das Preßgesetz unterbrechen und sich unverzüglich mit der Anleihe beschäftigen. Ein Gesetz, welches das Kontingent für die Klasse von 1867 auf 100,000 Mann feststellt, ist der Kammer vorgelegt worden.

— Mit der Gesundheit des kaiserlichen Prinzen scheint es viel besser zu gehen; er kommt mehr als sonst in die Oeffentlichkeit und hat jetzt seinen eigenen Haushalt.

Großbritannien. [Aus Abessinien.] Die „Times" veröffentlicht ein langes Privatschreiben des in Magdala gefangen gehaltenen Missionärs Stern. Obwohl es bis zum 23. Dez. hinabreicht, bringt es doch wenige bemerkenswerthe Mittheilungen: von größerem Interesse ist ein kleines Begleitschreiben, welches General Merewether, durch dessen Hand der Brief ging, am 13. Jan. hinzugefügt hat: „Wir bieten Alles auf, um rasch vorzurücken; aber der unglückselige Mangel an Lebensmitteln, woran die Heuschreckenschwärme und die lange Dürre schuld sind, haben uns die Nothwendigkeit auferlegt, große Vorräthe anzusammeln, ehe wir den eigentlichen Feldzug beginnen können. Sind wir einmal so weit, so haben wir keinen weiteren Aufenthalt zu befürchten und werden bald in die Nähe von Magdala gelangen. Inzwischen hoffen wir, daß Gobazye, der Fürst von Waag, den König Theodorus in Schach halten und ihn verhindern wird, die Gefangenen eher zu erreichen, als wir." Nun hat Menilek von Schoa schon aus Furcht vor Theodorus den Rückzug angetreten und Gobazye kommt diesem weder an Stärke des Heergefolges, noch an persönlichem Muthe gleich, so daß es gar nicht zu verwundern wäre, wenn auch er bald die Lust verlöre, den König „in Schach zu halten". Entschließt Theodorus sich dann, seine schwerfällige Artillerie einfach auf der schlechten Straße stehen zu lassen und mit seinen 5000 Musketieren unbehindert vorzurücken, so kann er in eben so wenigen Tagen in Magdala eintreffen, wie er jetzt Wochen gebraucht. Auf die Geschütze und besonders auf einen ungeheuren Mörser setzt Theodor zum Glücke für die Gefangenen jedoch ein fast abergläubisches Vertrauen.

Nordamerika. [Präsident Johnson über Deutschland.] Am 21. Januar überreichte der preußische Gesandte in Washington, Baron Gerolt, dem Präsidenten Johnson sein neues Beglaubigungsschreiben als Gesandter des norddeutschen Bundes mit einer entsprechenden Rede. Die Antwort Johnsons lautete: „Baron Gerolt — Ein sonderbares Faktum in Preußens Geschichte verdient bei dieser Gelegenheit Beachtung. Es hieß, daß, nachdem Preußen im Jahre 1807 Frieden erlangt hatte, mit Verminderung seines Territoriums und Verlust seines politischen Einflusses, der König einen Lehrer des Volkes, Fichte, aufgefordert habe, ihm zu rathen, durch welche Mittel die preußische Regierung sein früheres Prestige wiederherstellen könne. Nach langer Ueberlegung erwiderte jener, daß der Tempel deutscher Unabhängigkeit jetzt von Grund aus wieder aufgebaut werden müsse, daß der alte Stamm der Freiheit verwittert von dem Orkan, der jüngst über ihren Häuptern getost habe, hinweggeschleudert worden sei, daß ein neues Wachsthum eintreten müsse, einer tieferen Wurzel entkeimend, beseelt von einem neuen Strome. Das Mittel, das er zu diesem Zwecke anführte, war die Errichtung einer Schule für höhere Bildung in Berlin, frei von den Mönchen der alten Universitäten, von wo aus, als dem geistigen Herzen des gesammten Volkes, ein Strom von Leben und Energie sich durch ganz Deutschland ergießen könnte. Der Rath wurde angenommen und seither stets praktisch befolgt. Sie, Baron, werden besser als ich, die Wahrheit in Bezug auf das eben erwähnte Ereigniß kennen. Sicherlich aber ist es nicht bloß die neue Etablirung des Königreichs Preußen auf festeren Grundlagen als bevor, was uns heute zusammenführt, sondern auch ein großer Fortschritt auf die Einigung des deutschen Volkes zu. Bei uns ist es immer ein Grundsatz gewesen, daß Intelligenz und strikte Beachtung des konstitutionellen Gesetzes für eine freie Regierung wesentlich sind, und in Deutschland hat es sich gezeigt, daß dort allgemeine Bildung ein Element der nationalen Einigung und Kräftigung ist. Ich wäre nicht im Stande, Ihnen ein „Willkommen" in Ihrer neuen und erhöhten Stellung als Gesandter der Norddeutschen Union zu versagen, ohne den Gefühlen des gesammten amerikanischen Volkes Gewalt anzuthun. Sie waren, wenn auch nicht der einzige, so doch der hervorragendste fremde Repräsentan

---

schen Grauen einflößt, in übernatürlicher Weise gesteigert ist. Wenn aber die Zeugen einer solchen Erscheinung nichts von dem Spuke gewußt haben, wenn sie zuverlässige Personen von unbefangenem Urtheil und guter Gesundheit sind, wenn sich trotz Anwendung aller kritischen Waffen kein natürlicher Erklärungsgrund hat finden lassen — wie ist es dann? Und doch, wenn es Geister-Erscheinungen geben sollte, wie erklären wir sie dann? Man beachte nur unbefangen die Geister-Erscheinungen. Wie verschieden sind da die Gestalten, die gesehen worden sind. Höchst selten gelingt die Beschreibung der Gesichtszüge. Bald klopft es an die Thüre, bald schlurft es auf Pantoffeln, und welche Vorstellungsreihen müssen wir vollends überspringen, wenn uns zugemuthet wird, die Geister uns in Schlafröcken und Perrücken zu denken! Wer daran glaubt, daß Justinus Kerner den Dämon des unglücklichen Lenau als „einen haarigen Kerl mit langem Wickelschwanz" gesehen, ist meiner Ansicht nach zu bedauern.

Da kommt uns nun in unserer Verlegenheit ein Philosoph zu Hilfe, der klarste von allen, Immanuel Kant. „Unseren Sinnen," meint der Königsberger Philosoph, „können die Geister niemals äußerlich gegenwärtig sein, aber wohl auf den Geist des Menschen einwirken, mit dem sie zu einer großen Republik gehören, so daß die Vorstellungen, welche sie in ihm erwecken, sich nach dem Gesetze seiner Phantasie in verwandte Bilder kleiden und ihnen als Gegenstande äußerlich erscheinen."

Wenn aber die Geister uns nicht äußerlich erscheinen können, woher wissen wir dann, ob die Bilder unserer Phantasie von uns selbst oder von Geistern zu Stande gekommen sind? Was Kant gesagt hat, ist nichts weiter, als ein Versuch, das Dunkel des Räthsels zu lösen.

Was ist nun endlich das Resultat unserer Untersuchung? Geister-Erscheinungen sind möglich, aber die Wirklichkeit derselben läßt sich nach dem heutigen Standpunkte der Wissenschaft und Erfahrung weder beweisen, noch vorstellig machen. Wer an Geister-Erscheinungen durchaus glauben will, der mag sich im Stillen darüber freuen, Autoritäten auf seiner Seite zu haben, die, wie Kant und Lessing, Männer von dem schärfsten kritischen Verstand gewesen sind. Wem es aber nicht so leicht wird, an Geister-Erscheinungen zu glauben, der tröste sich bei dem Dunklen und Räthselhaften so mancher Thatsachen damit, daß all unser Wissen eben ein Wissen bis auf Weiteres ist, und daß die Zukunft den dunklen Schleier, der noch über der Frage liegt, vielleicht lüften wird. Wir scheuen uns nicht, bei Fällen, wie der oben angeführte, wie dies David Strauß in einem ähnlichen Falle gethan hat, unser Non liquet auszusprechen. Einstweilen aber beneiden wir einen Philosophen Spinoza um die Ruhe und Klarheit, mit welcher er als echter Weiser und Naturforscher von Geister-Erscheinungen und Gespenstern als über menschliche Traumbilder spricht, und wünschen dem Leser, daß er zu keiner Stunde der Nacht von solchen Erscheinungen gepeinigt werden möge, zu welchen ihm der Schlüssel jeder natürlichen Erklärungsweise fehlt.

Dr. H. M—l.

hierselbst, dessen Wünsche, Rathschläge und Arbeiten beständig und ohne Furcht, während unseres Bürgerkrieges, der Sache der Verwaltung und der unzerstörbaren Einigkeit der Vereinigten Staaten von Amerika zu Gute kamen. Versichern Sie Ihren König und das Volk Deutschlands, daß sie stets auf die schätzenswerthe und sympathische Freundschaft von Regierung und Volk in den Vereinigten Staaten zählen können. Und Sie selbst, Baron, bleiben Sie versichert, daß die Hochschätzung, welche wir immer für Sie gehegt, nicht abnehmen wird. Wenn solch' ein Unglück sich ereignen sollte, würden wir versucht werden, an der Möglichkeit eines Vertrauens zwischen Staatsmännern und aufgeklärten Nationen zu verzweifeln."

Frankfurter Börse (3. bis 8. Februar.)

8. Februar. Die heissen Debatten während der abgelaufenen Woche in den Kammern zu Berlin und Paris liessen die Börsen ganz unberührt; es handelte sich nur um innere Angelegenheiten und um Prinzipien, welche die Spekulation auf dem Kurszettel nicht verwerthen kann. In der grossen Politik fehlte jede Anregung von Bedeutung; über das momentane Aufflackern der orientalischen Frage war man schnell wieder beruhigt, da vorläufig allenthalben noch die Friedensparole ausgegeben ist. Bei alledem will in das Geschäft kein rechter Zug kommen; die Boursiers möchten zwar gern arbeiten, aber nur nicht sich dauernd engagiren. Die Contremine hat in letzter Zeit zu starkes Lehrgeld bezahlt, für eine durchgreifende Hausse fehlt aber das Vertrauen und die erforderliche Unterstützung des soliden Kapitals. Den Börsenspielern bleibt daher nichts übrig, als im Kleinen zu arbeiten, namentlich an einem Platze wie dem unsrigen, der aller Initiative entbehrt und in letzter Zeit sein bisheriges Hauptspekulationseffekt, die Amerikaner, brach gelegt sieht. So kam es in abgelaufener Woche, dass man auf Berliner Impuls in Darmstädter Kredit, auf Wiener in Franz-Joseph-Aktien eine momentane Treibjagd in Scene setzt. Das ruhige Publikum wird gut thun, aus der Zuschauerrolle nicht herauszutreten.

Von österr. Staatspapieren waren Valuta-Metalliques und steuerfreie bevorzugt. Süddeutsche Fonds ohne besonderes Leben und eher einen Bruchtheil niedriger. Die Kapitalanlage verlangt nun einmal höhere Rente und untersucht nicht immer mikroskopisch die Sicherheit der neuen, damit verlockenden Papiere. Badische Thlr. 100 Loose um $^{3}/_{4}$ pCt auf $98\frac{1}{2}$ gewichen, da aus der ersten Hand grosse Begebungsordres jetzt erst an den Markt kommen. Bayer. Loose gut behauptet und nicht unter Pari erhältlich. Vorübergehende Beachtung fanden diese Woche auch einmal kurhessische Thlr. 40 und badische fl. 35 Loose. Auch die Lööschen in Frage als kurrenter Artikel für den Detailhandel.

Amerikaner hatten eine schlechte Woche, sie verloren $^{1}/_{2}$ pCt. Die konsequente Hausse des Goldagios und der dadurch derouttirte Markt in New-York fangen doch an, das Vertrauen zu untergraben und Private sagen sich von einem Besitz los, den sie nicht mehr als einen Sicherheitshafen betrachten können.

Von E.-B.-Aktien holten sich Staatsbahnen, deren grosse Mehreinnahmen fortdauern, weitere fl. 2 und sind bis 218 gestiegen. Sehr lebhaft ging es während einiger Tage in Franz-Joseph-E.-B.-Aktien zu, die am Donnerstag bis 166 getrieben wurden, und 160, nahezu fl. 10 über vorwöchentlichem Schlusskurs, blieben. So rapide Hausse ist wesentlich Börsenmanövern in Wien zuzuschreiben, wo man der Contremine die Schlinge zuzieht. Von pfälzischen Linien Bexbacher fest; die am 3. d. M. stattgehabte Generalversammlung der pfälzischen Nordbahn genehmigte die nunmehr definitiv ertheilte Konzession zum Bau der Alsenzbahn und die Erhöhung des Anlagekapitals um fl. 7,700,000, wofür die bayerische Regierung eine 25jährige 4pCt Zinsengarantie gewährt. Taunusbahn fest. Von Prioritäten Staatsbahnen und Franz-Joseph gefragt; die übrigen ohne regen Verkehr und nennenswerthe Veränderung.

Oesterr. Kredit ohne weiteren Fortschritt konservirten doch den Kurs, wozu sie vor 8 Tagen schlossen (187). Wien zieht nicht mehr, man fürchtet eine Vermögens- oder Einkommensteuer für Deckung des Defizits, welcher die Aktiengesellschaften am sichersten anheimfallen würden und berechnet den Betrag für die Kreditanstalt allein auf $^{1}/_{2}$ Million. Dann bereitet die anglo-österr. Bank der Anstalt im Bankgeschäft eine täglich fühlbarere Konkurrenz, endlich soll die Dividende geringer ausfallen, als man sie zu erwarten sich berechtigt glaubte. Für Darmstädter führten die unerwartet hohen Kurse der letzten Tage zahlreiche Verkaufsaufträge herbei, welche den Kurs von 224 auf 220 drückten.

Geldstand wenigstens nicht leichter, wenn man sich mit dieser Negative trösten kann. In auswärtigen Wechseln namhafter Umsatz, besonders London und Paris, letzteres bis 95¼, in Posten bezahlt. Wien erreichte $100\frac{1}{8}$. Von Geldsorten 20 Fr. Stücke unter 9. $30\frac{1}{2}$ nicht erhältlich. (Akt.)

	3.		8.			3.		8.	
5% Oestr. National	$54\frac{3}{4}$		$55\frac{1}{8}$		$3\frac{1}{2}$% Badische Obl.	$82\frac{7}{8}$	B	$83\frac{1}{4}$	B
5% do. Metal. (1859)	$61\frac{1}{4}$		$61\frac{1}{2}$	B	4% Darmstädt. do.	—		$90\frac{1}{4}$	B
do. (steuerfr.)	$49\frac{3}{8}$		$49\frac{3}{4}$		$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	$94\frac{1}{2}$	B	$94\frac{1}{2}$	B
5% do. Lose (1860)	$71\frac{1}{4}$	B	$70\frac{3}{4}$		4% do. do.	$86\frac{1}{4}$	B	$86\frac{1}{4}$	B
— do. do. (1864)	$80\frac{1}{4}$	B	$80\frac{1}{2}$		$3\frac{1}{2}$% do. do.	$82\frac{3}{4}$		83	B
Oestr. Kreditl. (58)	$129\frac{1}{4}$	B	130		4% Kurhess. do.	$89\frac{3}{4}$	B	$89\frac{3}{4}$	B
5% Bayer. Obligat.	$101\frac{3}{4}$	B	$101\frac{1}{2}$	B	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	$82\frac{1}{2}$	B	$82\frac{1}{2}$	B
$4\frac{1}{2}$% do. do.	$94\frac{1}{2}$	B	94	B	5% do. do.	—		—	
4% do. do.	—		—		6% Amerik. (1882)	76		$75\frac{5}{8}$	
4% do. 100 Thl.-L.	$99\frac{3}{4}$		$100\frac{1}{4}$	B	Oestr. Kredit. . .	$187\frac{1}{2}$		187	
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$93\frac{1}{2}$	B	$93\frac{3}{4}$	B	Oestr. Nat.-Bank	670		703	
$3\frac{1}{2}$% do. do.	82	B	82	B	Frankfurter do.	$127\frac{1}{2}$	B	$127\frac{1}{2}$	B
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	94		$93\frac{3}{4}$	B	Bexbacher E.-B.	$157\frac{1}{2}$		$157\frac{1}{2}$	
4% do. do.	$86\frac{1}{2}$	B	$86\frac{1}{2}$		Bayer. Ostbahnen	$119\frac{1}{2}$	B	$119\frac{3}{4}$	B

(Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$66\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62-\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{1}{8}-\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{1}{4}$ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{1}{4}-\frac{1}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$43\frac{1}{8}$P. $42\frac{7}{8}$G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	94 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. A.-S.-R. dto.	—
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	88 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$84\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$94\frac{1}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 P. $81\frac{3}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{5}{8}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{1}{2}$P. $\frac{1}{4}$G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	717 19 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$188\frac{1}{2}-89\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. L. K. .	$94\frac{1}{2}$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$220\frac{1}{2}$P. 220 G.
Weimarische bank à Thlr. 100 . .	—
Mitt-Deutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$330\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr	$253-3\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$129\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	94 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{4}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$119\frac{1}{4}$ G.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}-\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{7}{8}-\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 G.
do. in öst. W. l. S.	$100\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$136\frac{1}{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{1}{2}-\frac{1}{4}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$131\frac{1}{2}$P. 131 G.
" do. v. 1864	81 P. $89\frac{1}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{3}{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{2}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26\frac{1}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	32 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 10. Febr. Es schien zu Anfang der Börse, als solle eine kleine Reaktion in der Stimmung eintreten. Nachdem aber Wien höhere Anfangsnotirungen gesandt und besonders die österreichische Valuta wiederum eine so überraschende Besserung zeigte, ging man schnell dem erwünschten Impulse nach und setzte die Course der Spekulationseffekten wesentlich herauf. Auch die österreichischen Staatspapiere, sowie die süddeutschen Effekten blieben von der ausgezeichneten Stimmung nicht unberührt und gewannen alle mehr oder weniger. Oesterreichische Nationalbank war abermals beträchtlich höher. Nur Amerikaner verkehrten in stiller Haltung. Von Wechseln Wien wesentlich besser bezahlt. Die Umsätze waren lebhaft und die Tendenz der Börse sehr gesucht mit österr. Papieren. — In diesen Tagen kommen die Obligationen der californischen Centralpacificbahn, für die sich hier viel Interesse kundgibt, an den hiesigen Markt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland; für Wahrheit und Recht!

№ 43.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 12. Februar 1868.

Weitere Resultate der Zollparlamentswahlen aus Unterfranken (Original-Correspondenzen der „N. Würzb. Ztg.")*)

Würzburg, 11. Februar (Abends).

In **Brückenau** von 86 Stimmenden 85 Graf Luxburg.

In **Ebern** von 274 Stimmenden 255 Bürgerm. v. Schultes von Schweinfurt, 19 Vorsteher Weber von Hirschfeld.

In **Hammelburg** von 200 Stimmenden 130 Fabrikant König, 70 Frhr. v. Thüngen.

In **Euerdorf** alle Stimmen für Frhrn. v. Thüngen.

In **Karlstadt** wählten von 303 Stimmenden 290 Reichsrath Frhr. von Thüngen; die übrigen Fabrikant König.

In **Kitzingen** von 655 Stimmenden 534 Fabrikant Sattler, 100 Advokat Lenk, 1 Frhr. von Guttenberg.

In **Marktbreit** von 330 Stimmen 325 Fabrikant Sattler, 5 Frhr. von Guttenberg.

In **Marktsteft** alle 235 Stimmende Fabrikant Sattler.

In **Mainstockheim** von 217 Stimmenden 216 Fabrikant Sattler, 1 Advokat Lenk.

In **Obernbreit** und **Tiefenstockheim** von 230 Stimmenden 192 Fabr. Sattler, 38 Frhr. v. Guttenberg.

In **Königshofen** von 102 Stimmenden 94 Graf Luxburg, 6 Fabrikant Sattler, 2 zersplittert.

In **Lohr** von 309 Stimmenden 220 Fabrikant König, 88 Freiherr v. Thüngen, 1 Fürst Löwenstein.

In **Marktheidenfeld** von 243 Stimmenden 217 Fabrikant König, 16 Frhr. v. Thüngen, 6 Fürst Löwenstein, 3 zersplittert.

In **Miltenberg** von 264 Stimmenden 178 Fabrikant A. J. Dessauer, 79 Bez.-Ger.-Direktor Kurz.

In **Obernburg** von 190 Stimmenden 133 Bez.-G.-Direktor Kurz, 75 Fabrikant Dessauer.

In **Schweinfurt** von 1310 Stimmenden 1309 Bürgermeister von Schultes.

In **Sommerhausen** von 261 Stimmenden alle Fabrikant Sattler.

In **Wolfsmünster** und **Schmittfeld** wurde Frhr. v. Thüngen einstimmig gewählt.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abend durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Ein Bild aus der weiland deutschen Kleinstaaterei.

Würzburg, 12. Februar.

In einem Reiseberichte aus Deutschland an sein in St. Louis erscheinendes Organ („Westl. Post") erzählt der amerikanische General Karl Schurz: Wir erreichten Bremerhaven noch bei gutem Tageslichte. Der Hafenplatz sieht ziemlich lebendig und stattlich aus, wenn auch in kleinem Styl. „Wo sind denn die Hafenbefestigungen?" — Man zeigte mir einen runden, von rothen Ziegelsteinen erbauten und mit Schießlöchern versehenen Thurm. „Aber was soll denn das kleine Ding da nützen! Es liegt ja beinahe hinter dem Hafen." „Ja, das ist richtig," war die Antwort. „Hinter dem Hafen liegt es freilich. Sehen Sie, dieses Fort ist von der hannover'schen Regierung erbaut worden und soll auch gar nicht Bremerhaven beschützen, sondern den hannover'schen Hafenplatz Geestemünde, der dicht unterhalb Bremerhaven liegt. Deshalb hat die hannover'sche Regierung das Fort hinter den Hafen gesetzt, der Bremen gehört." „Aber, wenn die hannover'sche Regierung das Fort in Front von Bremerhaven gesetzt hätte, so würde es doch Geestemünde auch, und Bremerhaven zugleich beschützt haben." „Ja — war die Antwort — warum sollte denn die hannover'sche Regierung Bremerhaven beschützen, auch wenn es sie nichts kostete? Bremerhaven ging sie ja nichts an. Und wenn Bremerhaven zufällig einmal zu Schaden gekommen wäre und Geestemünde nicht, so hätte das ja Geestemünde genützt."

Das war nach der alten deutschen Bundeslogik so richtig und schlagend, daß ich nichts mehr zu sagen hatte und mich ergeben mußte. Nun mochten allerdings noch andere Gründe für die kritisirten Einrichtungen vorgelegen haben, obgleich die oben angeführten dem Geiste der ehemaligen hannover'schen Politik sehr ähnlich sehen; auch ist es wahrscheinlich, daß es Bremen gar nicht besonders um hannover'schen Schutz zu thun war. Aber solche Dinge zeigen doch, zu welch' lächerlichen Consequenzen die Zustände in Deutschland führen mußten, welchen die Ereignisse des letzten Jahres ein Ende gemacht haben.

So setzte denn auch der Mann, mit dem ich die Unterhaltung führte, wie tröstend hinzu: „Das wird jetzt Alles anders. Es sind dort draußen neue Befestigungsarbeiten angelegt worden, die unter dem Norddeutschen Bunde stehen. Wir werden nun auch noch Forts vor dem Hafen haben."

Skandalprozeß aus der Londoner vornehmen Welt.

Einer Londoner Korrespondenz der „Allg. Ztg." entnehmen wir Folgendes:

Daß die ohne Schulbildung aufwachsende Masse der Bevölkerung verwildert, ist zu natürlich, als daß die moralische Verantwortlichkeit für diesen beklagenswerthen Zustand der Dinge den zunächst Betroffenen allein aufgebürdet werden dürfte. Die Verwilderung ist weniger die Schuld als das Schicksal der ärmeren, bis jetzt noch von aller Einwirkung auf die Regierung des Landes ausgeschlossenen Gesellschaftsklassen. Was die Moralität der Mittelklasse anbetrifft, so haben wir noch dieser Tage Gelegenheit gehabt, auf eine Erklärung der Liverpooler Handelskammer gegen die fortschreitende Entsittlichung des Kaufmannsstandes hinzuweisen (s. den Schlußartikel in Nr. 36 der „N. Würzb. Ztg."), und die aus seiner Mitte hervorgegangene Agitation zur Hebung der sinkenden Sittlichkeit als zeitgemäß zu bezeichnen. Aber was sind solche vereinzelte Symptome der beginnenden und fortschreitenden Entsittlichung unter den mittlern und untern Ständen, verglichen mit der sittlichen Fäulniß, die als vollendete Thatsache in der obersten Gesellschaftsklasse herrscht und mit ihren ekelhaften Skandalen die zum Gedeihen einer Nation nothwendige reine Lebensluft verpestet!

Es muß schon sehr arg kommen, wenn ein solcher Skandal aus der vornehmen Welt, aus den exklusiven Regionen der Aristokratie, die gewisse Politiker und Staatsrechtslehrer für die nothwendigste Bedingung eines freien und mächtigen Staatswesens erklären, überhaupt noch Sensation im Publikum erregt, so arg wie der Prozeß der „Gräfin d'Alteyrac gegen Lord Willoughby d'Eresby," welcher eben in dem Gerichtshofe der Queen's Bench an's Licht getreten und auf den Rath des Lord Oberrichters noch vertuscht worden ist, ehe die schmutzigsten Einzelheiten mit der in englischen Gerichtshöfen üblichen Thatsächlichkeit und Umständlichkeit entwickelt werden konnten.

Die Willoughby d'Eresby sind eine der ältesten englischen Adelsfamilien, eine der wenigen, welche die Kämpfe der rothen und der weißen Rose überlebt haben. Die Peerage wurde 1313 gegründet und der gegenwärtige Lord ist der zwanzigste dieses Namens. Wenn daher die Geburtsaristokratie wirklich ein civilisirendes und bildendes Privilegium für diejenigen ist, welche vermittelst der Primogenitur unter ihren verklärenden Einfluß gebracht werden, so muß der gegenwärtige Lord Willoughby ein wahrer Ausbund von Bildung und Sittlichkeit sein, zumal da seine Jahreseinnahme 70,000 bis 80,000 Pfd. St. beträgt und er noch dazu erblicher Grand Chamberlain von England ist und als solcher in Hof- und Theaterangelegenheiten eine sittenrichterliche Autorität bildet.

Das dem Skandale zu Grunde liegende Thatsächliche läßt sich kurz zusammenfassen. Der gegenwärtige Lord, während Lebzeiten seines Vaters einfacher Hr. Willoughby, befand sich 1847 in Paris und machte dort die Bekanntschaft einer Gräfin d'Alteyrac, deren Gatte als französischer Flottenkapitän sich mit seinem Schiffe an den Küsten Amerikas befand. Hr. Willoughby überredete die Dame (wahrscheinlich bedurfte es keiner großen Ueberredung), ihren Gatten zu verlassen und mit ihm in England als seine Maitresse zu leben. Sie kam nach England, wurde hier „Frau Willoughby" genannt und pflegte ihren Liebhaber in verschiedenen Krankheiten! Das Verhältniß wurde innig. Sie lebten sehr glücklich zusammen, wie die

Süddeutschland.

Bayern. [Zum neuen Schulgesetz.] Der Referent über den Schulgesetzentwurf Abg. Gelbert beantragt, daß künftig nur das Schulgeld in den gesetzlichen Mindestgehalt der Lehrer eingerechnet werde, nicht aber das Einkommen aus einem mit dem Schuldienst verbundenen niedern Kirchendienste und aus den Casualien, und begleitet diesen Antrag mit folgenden Bemerkungen: „Die Funktion der Kantoren, Organisten und Chorregenten ist in der weitaus großen Mehrzahl der Pfarr- und Filialgemeinden nothwendig verbunden, und kann da, wo der Lehrer die einzige hiezu geeignete Persönlichkeit ist, nicht wohl davon getrennt werden. Dagegen ist die Verbindung der Meßner- und Küsterdienste mit der Schulstelle eine Folge des früheren Verhältnisses der Meßner- oder Küsterschule zu der Kirche, offenbar aber ein Zeichen eines in der Entwicklung zurückgebliebenen Schulwesens. Denn je mehr die Volksschule sich zu einer selbstständigen Stellung und Wirksamkeit gestaltete, wie z. B. in den meisten Städten, in ganzen Distrikten und Kirchen, um so mehr erscheinen die niederen Kirchendienste von dem Schuldienste getrennt. Unzweifelhaft ist die Cultusgemeinde, also der ganze Pfarr- oder Filialsprengel zunächst und allein gesetzlich verpflichtet, den Funktionsgehalt für alle niederen Kirchendienste aus Cultvermögen zu leisten. Eine Verbindung des niederen Kirchendienstes konfundirt daher nicht nur überhaupt das Vermögen der Cult- und der Schulgemeinde, sondern begünstigt noch obendrein die Pfarr- und Filialgemeinden, deren Lehrstellen Einkommen aus den niederen Kirchendiensten, also aus dem Cultvermögen beziehen, auf Kosten der übrigen Parochialgemeinden, die ihre Lehrgehalte ohne solches Nebeneinkommen aus Schulgemeindemitteln aufzubringen haben. Wo aber Lehrstellen mit dem Kirchendienste in der Art vereinigt sind, daß sie nur mit gleichem Gehalte versehen sind, wie andere, bei welchen jenes nicht der Fall ist, da erscheinen offenbar die Lehrer, die mit den Arbeiten und Mühen eines niederen Kirchendienstes belastet sind, benachtheiligt gegenüber denjenigen, denen solche nicht obliegen. Die Selbstständigkeit ebensosehr der Kirche als der Schule erheischen es gleichermaßen, die Lösung dieser Verbindung sobald als möglich zu bewerkstelligen. Jedenfalls darf kein Nebenverdienst den Lehrer daran hindern, seine ungetheilte Zeit, ungeschwächte Kraft und ununterbrochene Wirksamkeit seinem nächsten und eigentlichen Berufe zu widmen. Nimmt aber ein Lehrer einen niedern Kirchendienst freiwillig oder in Folge eingegangener Verpflichtung, oder durch die Verhältnisse genöthigt an, dann gebührt ihm für diese Dienstleistung eine besondere Entschädigung, die in den Minimalgehalt seines Schuldienstes nicht wohl eingerechnet werden kann. Allerdings wird durch die Anwendung den Schulgemeinden zur Ergänzung des Mindestgehaltes ein nicht unbedeutender Mehraufwand zugemuthet; deßhalb wird beantragt, daß dieser Mehraufwand auf die Dauer von 10 Jahren aus Kreisfonds zu ersetzen sei. Uebrigens findet in dieser Beziehung eine auffallende Ungleichheit statt zwischen den rechtsrheinischen Kreisen und dem linksrheinischen Gebietstheile. Während z. B. die Gemeinden in Oberbayern 105,044 fl., in Niederbayern nur 23,268 fl. jährlich zur Dotation der Lehrstellen beitragen, leisten die Gemeinden der Pfalz zu gleichem Zwecke jährlich 403,880 fl. Dagegen beziehen die Schulstellen des letztgenannten Kreises nur die verhältnißmäßig geringe Summe von 9,548 fl. aus dem Cantor- und Organistendienste, und 3,273 fl. aus dem Meßner- und Küsterdienste, zusammen also 12,821 fl. aus kirchlichem Vermögen. Durch Uebernahme des Mehrbedarfs zur Ergänzung des Minimallehrergehalts auf Gemeinde- und Kreisfonds, insofern die Scheidung des Einkommens aus niederen Kirchendiensten verwirklicht wird, werden die Gemeinde- und Kreisfonds eine unerschwingliche Belastung sich nicht aufbürden, wenn auch die Gesammtsumme der Einnahmen aus Kirchendiensten in den diesrheinischen Kreisen die allerdings nicht geringe Summe von etwa 600,000 fl. beträgt.

München, 10. Febr. [Jubiläumsfeier.] Gestern hat die 400jährige Feier der Grundsteinlegung zur hiesigen Domkirche stattgefunden. Das Innere der Kirche war mit Blumen, Kränzen und Bäumen, mit Fahnen und Standarten reichlich geschmückt und von den beiden Frauenthürmen wehten 4 riesige Flaggen, 2 blau-weiß, 2 schwarz-gelb. Um halb 11 Uhr zog eine Abtheilung Infanterie mit klingendem Spiele auf und nahm vor dem Portale Stellung. Um 11 Uhr erschien Se. Majestät der König. Allerhöchstderselbe wurde von dem Erzbischofe empfangen, begab sich in feierlichem Zuge, begleitet von den kgl. Prinzen, den Gesandten, der Generalität, den hohen Staatsbeamten etc. etc. nach dem Hochaltare und wohnte dem Pontifikalamte bei.

— Se. Maj. der König hat dem Erzbischofe von München-Freising das Großkomthurkreuz des Kronordens verliehen.

— Der außerordentliche Professor an der Universität Leipzig, Dr. W. H. **Hankel**, wurde als ordentlicher Professor an die Universität Erlangen berufen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 10. Febr. [Gährung der Parteien.] Die Fraktionsbildungen sind nicht blos auf der Rechten in Gährung gerathen. Namentlich herrscht auch in der national-liberalen Fraktion viel Verstimmung. Dieselbe ist ja auch — schreibt die „Köln'sche Zeitung" — im Grunde schon gar keine parlamentarische Partei mehr. Nicht in Nebenfragen, was nichts auf sich hätte, vielmehr auch in so entscheidenden Fragen, wie die Entschädigung der Depossedirten und der hannover'sche Provinzialfonds, ist die Fraktion bei der Abstimmung gänzlich auseinander gebrochen.

Die „Zukunft" bemerkt in ihrer gestrigen politischen Uebersicht, in welcher sie die einmüthige Abstimmung der Fortschrittspartei gegen den hannover'schen Provinzialfonds tadelt, zugleich, daß die Fortschrittspartei beschlossen habe, Johann Jacoby wegen seiner letzten Rede vor den Wählern zur Rechenschaft zu ziehen. Die „Volksztg." entgegnet darauf, Herr Jacoby solle nur um Auskunft ersucht werden. Si res intelligitur, minus laborandum est de nomine.

Gräfin behauptet, namentlich nachdem sie einen reizenden Landsitz, „Caen Lodge" bei Twickenham, genommen und glänzend ausmöblirt hatten. Die Klägerin behauptet, daß sie selbst das Geld zum Ankaufe des kostbaren, später für 8000 Pfd. St. verkauften Hausraths hergegeben habe und verlangt daher den Erlös als ihr Eigenthum zurück. Der Advokat des Angeklagten läugnet dies allerdings und versichert, daß die Gräfin keinen Pfennig besessen habe. Wie dem auch sein mag — die Liebenden führten in Caen Lodge ein glückliches, in allen Arten des Luxus schwelgendes Leben. Solche Dinge kommen leider auch in England alle Tage vor, obgleich es nicht gerade gewöhnlich ist, daß der „Gentleman" einem andern die Gattin wegnimmt, um sich eine Maitresse zu verschaffen. Neu für uns ist nur, daß die Dame von den Mitgliedern und Freunden der Willoughby besucht, als „liebe Tante" u. s. w. titulirt wurde, daß sie in der höheren Gesellschaft eine hervorragende Rolle spielte, obgleich Jedermann wußte, wer und was sie war. Das ist in England neu und liefert den Beleg für das Dasein einer Sittenlosigkeit und Schamlosigkeit, wie wir sie selbst im imperialistischen Frankreich nur selten treffen. Die Scheidungslinie zwischen Prostitution und Respektabilität scheint in der exklusiven Gesellschaft nicht mehr zu existiren!

Sie lebten sehr glücklich zusammen. Auch eine Tochter war vorhanden, die Hr. Willoughby zwar nicht immer als die seinige anerkennen wollte, die jedoch nach der Versicherung der Mutter Anspruch auf seine Vaterschaft hatte. Diese, die Mutter, hatte sich nur über einen Punkt, auf den sie übrigens kein sehr großes Gewicht zu legen schien, zu beschweren. Ihr Liebhaber wurde von den Reizen einer Kammerzofe dermaßen angezogen, daß es zu Szenen kam, welche die Gräfin für unverträglich mit der „Ehre ihres Hauses" erklärte. Der designirte Lord nahm daher die reizende Magd hinweg, miethete sie jedoch, wie die Gräfin beschwerend bemerkte, der Bequemlichkeit halber gleich in der Nachbarschaft ein. Sie lebten sehr glücklich; aber das Glück sollte nicht ewig dauern. Lord Willoughby starb; sein Sohn und Erbe wurde in dem Testamente seines Vaters angehalten, die Verbindung mit der Gräfin abzubrechen. Er ging um so williger darauf ein, als er ihrer längst überdrüssig geworden war. Diese reiste arglos nach Paris, um ihre Tochter aus einem Pensionate zu holen. Lord Willoughby begleitete sie zärtlich bis zur Eisenbahnstation. Sie hat ihn nie wieder gesehen.

Bei ihrer Rückkehr wurde ihr ein Arrangement, so und so viele tausend Pfd. St. und 1200 per Jahr, angeboten. Sie wollte es nicht annehmen, bequemte sich jedoch dazu, als sie sah, daß nichts anderes für sie übrig blieb. Aus Caen Lodge wurde sie halb gewaltsam geworfen, und ihre Nebenbuhlerin, die Kammerzofe, am nächsten Tage als Herrin in den reizenden Landsitz eingeführt. Von dem ausbedungenen Gelde erhielt sie nur 300 Pfd. St. und daher die Klage vor den Gerichten. Der saubere Prozeß wurde, wie gesagt, dadurch geendigt, daß beide Theile den Vorschlag eines Schiedsrichters annahmen. Die Gräfin wird Geld erhalten und Lord Willoughby nach wie vor als Erdengott in der aristokratischen Welt glänzen.

„Das also sind unsere erblichen Gesetzgeber," ruft der „Star," „die Pfeiler von Kirche und Staat!" Dasselbe Blatt erwartet:

Die „Bresl. Z." sagt, daß ihr der Widerstand, den die Rechte und Linke in sonderbarer Einigkeit dem Antrag v. Kardorff entgegensetzten, nicht recht verständlich sei. „Wir halten — meint dieses besonnen urtheilende Blatt der Fortschrittspartei — das Prinzip der Decentralisation, das mit dieser Institution wenigstens angebahnt wird, für so außerordentlich wichtig, daß wir alle übrigen Rücksichten dagegen schweigen lassen, zumal nach den Worten des Ministerpräsidenten ein einstimmiger, vom König bereits gebilligter Beschluß des Staatsministeriums vorliegt, den übrigen Provinzen ähnliche Fonds zur Selbstverwaltung zu bewilligen. Freilich hätten wir es lieber gesehen, wenn dieser Beschluß bereits zum Gesetze geworden wäre. . . . Gelingt es dem Grafen Bismarck, im Innern den Zustand zu beseitigen, „daß über jeden Zaun, über jede Brückenbohle durch fünf Instanzen bis nach Berlin gegangen wird", gelingt es ihm, es dahin zu bringen, „daß die Bezirks-Gendarmen und die geheimräthlichen Regionen im Ministerium nicht mehr die eigentlich entscheidenden Instanzen sind", so mögen ihm viele Sünden vergeben sein; es wäre das der größte Fortschritt, den wir seit Jahrzehenden in unserer Verwaltung gemacht und mehr werth, als die Verwirklichung nicht blos eines, sondern aller idyllischen Träume.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 9. Febr. [Das Rothbuch über die orientalische Frage.] Die Blätter fahren fort, sich mit dem Rothbuch zu beschäftigen, namentlich mit dem Depeschenwechsel über die orientalische Frage, die jetzt für Oesterreich die wichtigste geworden ist. Beust trat Anfangs sehr russenfreundlich auf. In seiner berüchtigten Depesche vom 1. Jan. 1867 ging er so weit, nicht nur Rußland aus den Fesseln des Pariser Friedens befreien, sondern auch über die Türkei ohne die Türkei verfügen zu wollen. Stimmten alle Mächte zu, dann bedürfe es blos einer Conferenz über die türkischen Angelegenheiten, um die Sache in's Reine zu bringen. Von dieser Conferenz solle aber die Türkei „in ihrem eigenen Interesse" ausgeschlossen werden. „Man muß", schrieb Baron Beust damals wörtlich, „der türkischen Regierung die Ueberzeugung beizubringen trachten, daß ihr eigener Vortheil, weit entfernt, durch ihre Abwesenheit von der Conferenz zu leiden, im Gegentheile fordert, daß sie den Arbeiten derselben fern bleibe." Die österreichischen Blätter sind sehr damit einverstanden, daß Herr v. Beust inzwischen eingesehen hat, wie sehr Oesterreich an der Erhaltung der Türkei betheiligt ist und den richtigen Standpunkt, welchen schon Gentz und Metternich richtig erkannt, wieder eingenommen hat.

Ausland.

Frankreich. [Die Stempelsteuer], oder vielmehr „die Besteuerung des Zeitungslesens", wie das „Siècle" diese Auflage heute sehr richtig bezeichnet, wird ermäßigt werden; es handelt sich nur noch um das Maß selbst. Ein Amendement der Opposition beantragt 3 Centimes für das Seine-Departement und 1 Centime für den Rest, ein zweites Gleichstellung aller täglich erscheinenden Blätter, gleichviel, ob sie politisch oder nicht politisch sind, ein drittes Befreiung der Wahlanschläge vom Stempel. Das „Siècle" stellt für den Fall der Annahme Preisermäßigung in Aussicht, „um die Blätter mehr zum Gemeingute für Jedermann zu machen"; aber gerade dieser Grund wird vielleicht bei der Regierung besonders abmahnend wirken; die großen Blätter würden wahrscheinlich klüger operiren, wenn sie auf innere, solidere Ausrüstung dächten, denn die französische Presse steht in Bezug auf auswärtige Korrespondenten und auf das, was die großen englischen und deutschen Blätter so bedeutend und freilich auch so erheblich kostspielig macht, sehr im Rückstande. Freilich kosten die großen Pariser Blätter, selbst wenn sie von 64 auf 44 Fr. herabgingen, wie das Siècle in Aussicht stellt, wenn der Stempel fiele, immer noch mehr, als die entsprechenden deutschen Blätter, die ungleich mehr leisten, während die „Times" runde 90 Fr. im Jahre an Ort und Stelle kostet. Es ist allerdings in einem demokratischen Lande des allgemeinen Stimmrechtes, wie das kaiserliche Frankreich sein will, ein himmelschreiender Mißbrauch, daß der Wähler, um sich politisch unterrichten zu können, eine hohe Besteuerung bezahlen muß und bisher nicht einmal ein Provinzialblatt haben konnte, wenn er sich nicht mit dem ausgedroschenen Stroh der Präfektur-Organe behelfen wollte. Die Presse ist den modernen Völkern, wie das „Siècle" sehr richtig sagt, dasselbe, was den alten Völkern das Forum und die Agora war; und dieses für jede große Nation unentbehrliche Lebenselement wird durch eine Stempelsteuer erschwert! Die sieben Weisen von Arkadien, welche diese Preßverhältnisse unverbesserlich, ausgezeichnet fanden, sind heute der Spott der ganzen französischen Presse und werden schonungslos dem Gelächter preisgegeben. Der alte gallische Witz hat einmal wieder eine frohe Stunde!

Italien. [Hohe Vermählung.] Es gehen der „Corr. Havas" aus Florenz unterm 6. Februar nähere Nachrichten über die Vorbereitungen zur Vermählung des Prinzen Humbert mit seiner Cousine, der Prinzessin Margheritta, zu. Ein Offizier des Civilhauses des Königs ist nach Rom gesandt worden, um den nöthigen Dispens für die religiöse Hochzeitsfeier einzuholen, da die Prinzessin bekanntlich eine Blutsverwandte ihres Bräutigams ist. Der Heirathsantrag ist vom Könige bei der Herzogin von Genua gemacht worden. Der König hat seiner zukünftigen Schwiegertochter ein äußerst kostbares Geschmeide mit Perlen und Diamanten, welches dem königlichen Hause von Savoyen gehörte, zum Geschenke gemacht. Wie es heißt, werden die Königin Pia von Portugal und die Prinzessin Clotilde Napoleon dem Hochzeitsfeste beiwohnen. Der Herzog von Aosta hat von Neapel aus nach Turin telegraphirt, daß er den Vorsitz oder die Leitung des Turniers, welches die Stadt zu Ehren der Neuvermählten zu geben gedenkt, annehme. Gleich nach diesen Festlichkeiten werden der Prinz und die Prinzessin von Piemont, der

---

Alex. Dumas, Vater oder Sohn, werde ich diesen englischen Novellenstoff nicht entschlüpfen lassen.

Naturwissenschaftliche Literatur.

Der Naturforscher. Wochenblatt zur Verbreitung der Fortschritte in den Naturwissenschaften. Für Gebildete aller Berufsklassen. Herausgegeben von Dr. Wilhelm Sklarek. Berlin, Ferdinand Dümmler's Verlagsbuchhandlung. Erster Jahrgang, 1. Heft, die vier Wochennummern des Monats Januar 1868 enthaltend.

Das hier angezeigte Unternehmen ist im höchsten Grade dankenswerth, und wir können dasselbe nicht warm genug empfehlen. Die Fortschritte unserer Kenntniß der Natur und unserer Einsicht in ihre Erscheinungen und Gesetze sind, Dank den rastlosen Arbeiten zahlreicher Forscher, so schnelle und reiche, daß auch die beste naturwissenschaftliche Bildung, mit der die Schule auszurüsten vermag, ohne fortlaufende Bekanntschaft mit den neuen Entdeckungen und Aufschlüssen für das Bedürfniß unseres gebildeten Lebens immer bald unzureichend wird.

Nicht der leichteste Theil der diesem Zwecke gewidmeten Arbeit besteht in der allgemeinen verständlichen Darstellung der Ergebnisse fortlaufender Forschungen. Eine solche Darstellung kann nicht von vorn anfangen. Sie ist ohne gewisse Voraussetzungen der wissenschaftlichen Bildung überhaupt nicht denkbar. Es ist schwer, damit die richtige Linie zu treffen. Es ist ebenso schwer, von da aus weiter die rechte Beschränkung auf das theoretisch wesentliche, das praktisch unentbehrliche, das kulturhistorisch bestimmende, das auch die sittliche Weltansicht wandelnde walten zu lassen, und zwischen flacher Allgemeinheit und bedeutungslosen Einzelnheiten hindurch zu steuern; — anderer Schwierigkeiten nicht zu gedenken.

Das Wochenblatt, von welchem wir hier die in ein Heft vereinten ersten vier Nummern anzeigen, führt in klarer Darstellung eine Auswahl von Gegenständen vor, in der sich in den angedeuteten Beziehungen das richtige Urtheil an den Tag legt. Kaum eine Nummer des Inhaltsverzeichnisses läßt sich anführen, die nicht den Blick in die physische, oft zugleich den in die sittliche Welt erweiterte. Wir wollen besonders aufmerksam machen auf die Artikel über die Geschwindigkeit der Sternschnuppen, über den Einfluß der Wärmekapazität verschiedener Bodenarten auf die Pflanzen, über die Temperatur hoher Luftregionen, über die Entwickelung der Insektengeschlechter, über das Meteoreisen von Lenarto, über die Bewegungen der Mimosa pudica u. a. — Welche aufklärende und aufräumende Wirkung muß es auf gewöhnliche Vorstellungen haben, zu erfahren, daß man mit Hilfe der Spektral-Analyse wissen kann, der Stern 2765 in der nördlichen Krone, welcher im Mai vorigen Jahres auf einmal groß und leuchtend geworden, dann wieder in seine Unscheinbarkeit versunken ist, habe vor so viel Jahren, als ein Lichtstrahl brauchen mag, von ihm zu uns zu gelangen, eine Eruption glühender Gase aus seinem Innern erlitten! —

Wir haben das Heft von Anfang bis zu Ende mit Interesse durchgelesen und können das Abonnement auf den „Naturforscher" mit voller Ueberzeugung empfehlen. Der Preis von vierteljährlich 1 Thlr. ist ein billiger.

Herzog und die Herzogin von Aosta, die Königin von Portugal und die Prinzessin Clotilde nach Florenz gehen, wo andere Festlichkeiten stattfinden sollen. In der vornehmen Welt ist bereits Alles in Bewegung und mit großem Eifer werden die Fragen der verschiedenen Empfänge in den Kreisen der Aristokratie diskutirt, alles Sachen, welche seit lange die hohe Damenwelt nicht so ernstlich beschäftigt hatten.

Rußland. [Gesundheits- und andere Zustände.] Aus Petersburg schreibt man der „Allg. Ztg.": „Seit Neujahr haben wir einen ungewöhnlich tiefen Thermometerstand, innerhalb der letzten zehn Tage zwischen 18° und 32° Kälte, der auf den allgemeinen Gesundheitszustand wesentlich influirt, so daß die Hospitäler ohne Ausnahme mit Kranken überfüllt sind. Erfrierungen und Frostschäden der verschiedensten Art und aller Grade sind natürlich an der Tagesordnung. Dabei fehlt es aber auch nicht an Entzündungen, namentlich der Athmungsorgane, an rasch verlaufenden Cholerafällen, die im ersten oder auch im zweiten Typhusstadium nicht allzu selten tödtlich verlaufen. Auch ungewöhnlich rasch erfolgende Sterbefälle durch Apoplexien und anderer Art kommen nebenbei vor, wohin auch der Tod des ehemaligen Kriegsministers Fürsten Dolgoruki zu zählen ist. Ein Arzt starb plötzlich im Schlitten während seiner täglichen Krankenbesuche. Noch wird der Tod eines die hiesigen Verhältnisse charakterisirenden Mannes gemeldet, der niemals Medizin studirt und niemals ein ärztliches Examen überstanden haben soll, dennoch aber es bis zum Staatsrath und zu einer höheren Militärarztstelle gebracht hatte, sowie auch seine Brust mit höheren Orden geziert war. Der Zufall hatte ihn, so berichtet man, in den Besitz der Zeugnisse wohlbestandener medizinischer Prüfung eines nahen Verwandten gebracht, und diese eröffneten ihm eine Laufbahn erst im Kaukasus, später in St. Petersburg. Der Behandlung der Kranken im Hospital, dem er angehörte, wußte er quovis modo sich zu entziehen. Als ein Oberarzt ihm einst mehrere Krankensäle übertragen wollte, bat er diesen, davon abzustehen, da er das Unglück habe, daß ihm fast alle Kranken sterben. Einmal als dienstthuender Arzt ließ er allen während der Dienstzeit aufgenommenen Kranken Ricinusöl (oleum ricini) reichen, dessen Wirkung bei den übrigen Hospitalärzten, die davon keine Kunde und keine Ahnung hatten, den Wahn hervorrief, daß ein plötzlicher Wechsel des Krankheitsgenius eingetreten. Er erreichte, daß ihm Kranke nicht weiter zur Behandlung übergeben wurden.

— [Polnische und russische Agitationen.] Der Plan der polnischen Nationalpartei, zur ausgedehnteren und energischeren Vertretung ihrer Sache zwei neue Preßorgane von europäischer Bedeutung und zwar ein deutsches in Wien und ein französisches in Paris, ins Leben zu rufen, ist in der That durch die Bemühungen und Geldopfer der Czartoriskyschen Partei zur Ausführung gebracht worden. Das in Wien gegründete deutsche Blatt führt den Titel „Der Osten", das in Paris gegründete französische „Correspondance du Nord-Est". Beide Blätter, welche in nahen Beziehungen zur französischen und österreichischen Regierung stehen sollen, haben sich die Aufgabe gestellt, einerseits das gute Einvernehmen zwischen Frankreich und Oesterreich zu fördern und eine europäische Coalition gegen Rußland zu Stande zu bringen, andererseits die Nothwendigkeit der Lösung der orientalischen Frage durch die Wiederherstellung Polens nachzuweisen.

Das offizielle Organ der russischen Regierung in Warschau, „Dziennik Warsz.", gibt sich alle Mühe, unter den der preußischen Herrschaft untergebenen Polen Sympathieen für Rußland zu wecken und wo möglich eine russische Partei in's Leben zu rufen. Zu diesem Zwecke hat dasselbe in letzter Zeit wiederholt aus Posen und Westpreußen datirte, aber offenbar in Warschau fabrizirte Correspondenz-Artikel gebracht, in denen die fortschreitende Germanisirung der genannten beiden preußischen Provinzen beklagt und den Polen als Rettungsanker für ihre Nationalität ziemlich unverblümt der Anschluß an Rußland angerathen wird.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67$^1/_4$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62$^1/_8$—$^1/_2$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55$^1/_4$—$^1/_2$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	47$^1/_4$ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50$^1/_4$ G.
"	4$^1/_2$pCt.	43—$^3/_8$ G.
Preussen	3$^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101[illegible] P.
"	4$^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
"	4$^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	93$^1/_4$—$^3/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88$^3/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	88$^7/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88$^3/_8$ G.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94$^1/_2$ P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	82$^3/_4$ G.
Baden	4$^1/_2$pCt. Obl.	94 P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4$^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90$^1/_8$ P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	83$^3/_4$ G.
Nassau	4$^1/_2$pCt. Obl. dto	94$^3/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86$^1/_4$ P.
"	3$^1/_2$pCt. Obl. dto.	83$^1/_4$ P.
Frankfurt	3$^1/_2$pCt. Obl.	82 P. 81$^1/_8$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2$^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	4$^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2$^1/_2$	76$^1/_2$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	75$^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720—14 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—89$^1/_2$ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	89$^3/_4$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94$^1/_2$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	219$^1/_2$ P. 18$^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330$^1/_2$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109$^3/_8$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr	255$^1/_2$—3 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122—$^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157$^7/_8$ P.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	84 P.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4$^1/_2$ pCt.	107$^3/_4$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52$^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75$^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42$^3/_4$ P. $^1/_4$ G.
Bayer. Ostbahn à 4$^1/_2$ pCt. volleinbez.	119$^1/_2$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^5/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94$^7/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97$^3/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94$^7/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^1/_4$—$^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$^1/_2$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101$^1/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	101—$^1/_8$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	137 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P. 62$^7/_8$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71$^1/_4$—71 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	131$^1/_2$ G.
" do. v. 1864	81$^1/_4$ P. 81 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P. 99$^3/_4$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10$^1/_4$ P.
Badische fl. 35	51$^3/_4$ P. 51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144$^1/_4$ P.
" fl. 25 do.	42 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26$^1/_2$ P.
St. Lüttich mit 2$^1/_2$ pCt. Z.	32 G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12$^1/_4$ G.

Frankfurt, 11. Februar. Die Börse spottet in der letzten Zeit konsequent aller Voraussetzungen und vorherigen Schätzungen. Während heute Jedermann erwartet hatte, daß Oesterreich, dem Zuge der letzten Tage folgend, hoch und Amerikaner, dem immer und immer wieder höheren Goldagio entsprechend, matter sein würde, hatte das Geschäft gerade den entgegengesetzten Verlauf. Amerikaner hielten sich trotz der schlechten New-Yorker Course sehr fest und wurden nur wenig niedriger als gestern abgegeben. Oesterreichische Spekulationseffekten aber, die anfänglich sehr fest und gesucht waren, ermatteten bald auf nicht entsprechend eingetroffene Wiener und Berliner Course, so daß Creditaktien im Verlaufe des Geschäfts 1 fl. und Staatsbahn 2 fl. verloren. Die österr. Anlagepapiere verkehrten ungefähr zu gestrigen Coursen. Auch süddeutsche Werthe weisen keine wesentlichen Veränderungen auf. Von Wechseln Wien gesucht und $^1/_8$ höher als gestern bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 44.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 13. Februar 1868.

Oesterreich und Preußen und der Friede.

Würzburg, 13. Februar.

Das Militärbudget in Oesterreich soll ganz bedeutend beschnitten werden. Selbst die Regierung bescheidet sich mit einer Friedensarmee von 226,000 Mann. Das stehende Heer Oesterreichs ist also geringer an Zahl, als das preußische, welches bei einer Bevölkerung Preußens von 23,580,701 Einwohnern zu 1 pCt. gerechnet, 235,000 Mann ausmacht, und Oesterreich hat doch noch immer eine weit stärkere Bevölkerung als Preußen, nämlich 32,530,002. Dieser Umstand dürfte wohl ein unzweifelhafter Beweis wenigstens des guten Willens des österreichischen Reichskanzlers sein, seinerseits den Frieden aufrecht zu erhalten.

Indessen unbedingt ist die Friedensliebe des österr. Reichskanzlers keinesfalls. Er selbst hat sich darüber im Rothbuche offen genug ausgesprochen. Er hat erklärt, daß nach Oesterreichs Auffassung Preußen hinsichtlich des Verhältnisses zu Süddeutschland allerdings die durch den Prager Frieden gezogenen Schranken überschritten, und daß Preußen noch unzweifelhafter den Art. V des Prager Friedens bis jetzt unausgeführt gelassen habe, obgleich es durch diese Nichtausführung nicht bloß Oesterreich, sondern auch Frankreich verletzte. Dem gegenüber, so äußert sich der österr. Minister, fände Oesterreich es bis jetzt nicht angemessen, aus seiner Zuschauerrolle herauszutreten, wahre sich aber ausdrücklich alle Rechte, die ihm nach dem Prager Frieden zustehen.

Hiezu bemerkt die „Köln. Ztg.“: „Die österr. Auffassung kann hinsichtlich Süddeutschlands bezweifelt und bestritten werden, ganz unzweifelhaft richtig ist sie aber hinsichtlich Schleswigs. Diese unselige schleswig'sche Angelegenheit wird von preußischen Federn manchmal mit einer wahrhaft unglaublichen Frivolität behandelt. Mußten wir doch neulich lesen, Preußen werde nächstens in Wien anzeigen, der Art. V lasse sich wegen überspannter Ansprüche Dänemarks nicht ausführen. Nun handelt es sich aber um die Garantiefrage, die von Preußen aufgeworfen ist, also gar nicht von dänischen Ansprüchen, sondern von preußischen, und zwar von solchen, von denen im Prager Frieden gar nichts steht, ja, die Preußen 1864 beim Abschlusse des Wiener Friedens ausdrücklich grundsätzlich verwarf, so daß in Folge dessen Schleswig ohne Garantien an die deutschen Mächte abgetreten ward, und ebenso die deutschen Mächte einige nordschleswig'sche Distrikte ohne Garantien an Dänemark zurückgaben. Doch gleichviel, wenn die Bedingungen, unter welchen Oesterreich auf sein Mitbesitzrecht in Schleswig verzichtete, sich nicht ausführen lassen, so würde daraus ja eben nur folgen, daß Art. V hinfällig sei und Oesterreichs Mitbesitzrecht für Schleswig-Holstein wieder hergestellt werde. Es ist eine wirklich arge Verblendung, anzunehmen, daß mit einer Anzeige, wie die obige, in Wien die ganze Angelegenheit erledigt sein würde. Nein, dann finge sie eben erst recht wieder an, wie sie denn ewig aufs Neue anfangen wird, so lange der unselige Nationalitätsstreit nicht nach Recht und Billigkeit auf Grund des Nationalitätsprinzips geschlichtet sein wird. Es ist nicht abzusehen, warum Preußen eines armseligen Landesfetzens wegen, von dem es bei der Stimmung seiner Bewohner nur geschwächt, nicht gestärkt würde, nicht bloß zwei Großmächte, und zwar unter Mißbilligung aller Regierungen Europa's, ins Gesicht, sondern auch seinen eigenen Ruf und seine Vertragstreue in die Schanze schlagen wollte. Es ist wahrlich nicht bloß Oesterreich, welches auf der Lauer steht.

„Die allgemeine Stimmung in Oesterreich ist jetzt einem guten Einvernehmen mit Preußen günstiger, wie seit lange, wie seit Menschenaltern. Die in Oesterreich lebenden Deutschen haben angefangen, in einem starken Deutschland unter Preußens Führung ihren natürlichsten Bundesgenossen zu erblicken. Dieses Gefühl verdiente wohl nicht bloß Rücksicht und Schonung, sondern aufmerksame Pflege. Preußen müßte seinerseits etwas thun, um das gute Einvernehmen mit Oesterreich zu fördern. Es ist immer besser, nicht bloß darüber zu grübeln, wo der Andere etwa gegen uns fehlen mag, sondern auch darüber nachzudenken, wo wir etwa selber fehlen mögen. Und so viel wird sich bei aufrichtiger Selbstschau doch wohl nicht läugnen lassen, daß die Belassung des Herrn v. Werther in Wien gegen alle Courtoisie ist und zur Förderung des guten Einvernehmens mit Oesterreich nicht beitragen kann.“

Süddeutschland.

Bayern. [Zum neuen Schulgesetz: Dienstalterszulagen der Lehrer.] Art. 65 des Gesetzentwurfs über das Volksschulwesen bestimmt, daß wirkliche Lehrer, welche in ein und derselben

Sechs Monate in mexicanischer Gefangenschaft*).

Nach mehr als dreijähriger Abwesenheit in die Heimath zurückgekehrt, drängt es mich, einen Rückblick auf die Ereignisse dieser Zeit zu werfen, welche sich wie ein schauerliches Märchen aus einem wunderlichen, dem Fremden unholden Lande in meiner Erinnerung aufrollen. Sie werden es mir wohl Dank wissen, wenn ich es unterlasse, Ihnen von den Hoffnungen, mit denen ich auszog, und den Enttäuschungen, welche ich als einziges schweres Reisegepäck mit zurückbringe, zu sprechen. Es ist immer die alte Geschichte von den Heimathmüden, die ein besseres Glück in der Fremde suchen, und es nur in den seltensten Fällen finden. Es genügt wohl die Bemerkung, daß es kaum jemals einer abenteuerlustigen Schaar so schlecht erging, wie uns „Mexicanern“, wie wir in Oesterreich genannt werden, während man uns in Mexico „Oesterreicher“ mit Beisätzen hieß, die für mein Vaterland zu wenig schmeichelhaft sind, als daß ich sie wiederholen sollte. Es können sich von uns wohl nur Wenige rühmen, über dem atlantischen Ocean auch nur ein paar frohe, oder gar glückliche Stunden genossen zu haben. So heiter der mexicanische Himmel ist: über uns Fremden hing er schwer und bleiern, stets mit dem Gewitter drohend, welches sich schließlich zum Verderben unserer Sache entlud. Doch, ich habe mir bereits die Ueberzeugung verschafft, daß man in Europa über des mexicanischen Kaiserreichs Glück und Ende hinlänglich unterrichtet ist. Was jedoch bisher nicht erzählt wurde, sind die Schicksale jener österreichischen Offiziere in der kaiserlich mexicanischen Armee, welche bei dem Kaiser bis zur Katastrophe von Queretaro aushielten, gefangen wurden, und erst mit der Leiche des Kaisers wieder ausgeliefert worden sind. Sie werden sich überzeugen, daß deren Erlebnisse einen würdigen Pendant bilden zu dem schrecklichen Ende, welches dem Kaiser Maximilian bereitet wurde.

Ich stand knapp hinter dem Kaiser, als derselbe am 15. Mai 1867 in die Hände seiner Feinde fiel. Es war um sechs Uhr Früh am Cerro von Queretaro. Ein Oberst der „Liberalen“ mit zwei anderen Offizieren kam, nachdem wir die weißen Fahnen bereits ausgesteckt hatten, auf uns zu und fragte, welcher der Kaiser sei. Nachdem ihm Maximilian gezeigt worden war, sprang er auf denselben los, faßte ihn mit der linken Hand im Rücken, hielt ihm mit der Rechten einen Revolver an die Brust und richtete an ihn die Frage: „Sind Sie Maximilian? Der Kaiser antwortete nach einer kurzen Pause: „Ich bin Ihr Kriegsgefangener.“ Nun ließ der Abgesandte Escobedo's seinen Gefangenen los und gebot ihm, mitzureiten, was auch geschah. Er ritt an des Kaisers rechter Seite, doch stets eine halbe Pferdelänge voran, und hielt seinen Revolver, dessen Hahn gespannt war, dem hohen Gefangenen an die Brust. Wir Uebrigen, die wir um den Kaiser gewesen waren, mußten folgen. Am nördlichen Abhange des Cerro fanden wir den General Escobedo, welcher den Kaiser ziemlich manierlich empfing und ihm seinen Säbel abnahm. Von da an sah ich unseren unglücklichen Kriegsherrn nicht wieder, denn Maximilian wurde abgeführt und die Reihe kam nunmehr an

*) Diese Mittheilungen aus der Wiener „Presse“ fließen aus der Feder eines Oesterreichers, der mit dem Freiwilligenkorps nach Mexico ging, daselbst Oberlieutenant in der kaiserlichen Armee wurde, bis zum Sturze des Kaiserreichs in Queretaro an der Seite des Kaisers aushielt, gefangen und zu mehreren Jahren Kerkers verurtheilt wurde, und in Folge der Mission Tegetthoff's am 20. Jänner nach Wien zurückgekehrt ist.

Gemeinde mit entsprechendem Erfolge wirken und deren religiös-sittliches Verhalten unbeanstandet ist, von 6 zu 6 Jahren Dienstalterszulagen erhalten und zwar in Gemeinden der 1. und 2. Klasse von je 25 fl., in Gemeinden der 3. und 4. Klasse von je 50 fl. bis zu dem Gesammtbetrage von 100, beziehungsweise 200 fl. Unter der gleichen Voraussetzung sollen auch ständige Schulverweser ohne Unterschied der Klassen der Gemeinden Personalzulagen von je 25 bis 100 fl. erhalten. — Referent Gelbert bemerkte hierüber in seinem Referate: Die Gewährung von Dienstalterszulagen ist eine der wohlwollendsten Anordnungen des ganzen Gesetzes, soll sie jedoch gleichmäßig für alle Lehrer wohlthuend wirken, so darf sie nicht gebunden sein an das Verbleiben derselben in ein und derselben Gemeinde, muß vielmehr auf Centralstaats- beziehungsweise Kreisfonds übernommen und wie bei anderen öffentlichen Dienerstellen von der ersten Anstellung an berechnet werden. Nur dadurch wird die nöthige Gleichmäßigkeit der Belastung Aller erzielt, die Ueberlastung der einzelnen Gemeinden sowie die auffallendste Ungleichheit in der Beförderung und in den Bezügen der Lehrer bei gleichem Dienstalter und gleicher Tüchtigkeit vermieden werden können, zugleich wird eine Härte gegen diejenigen Lehrer beseitigt, welche aus triftigen Gründen, z. B. aus Gesundheitsrücksichten, auf eine andere Stelle sich zu melden genöthigt sind, dies aber nicht thun können, weil sie befürchten müssen, ihre Dienstalterszulage einzubüßen. Nicht die Dienstzeit, die ein Lehrer in ein und derselben Gemeinde verbracht hat, sondern die Dienstzeit überhaupt, in welcher er mit entsprechendem Erfolge im Interesse der Jugendbildung gewirkt und sich um die Gesammtheit Verdienste erworben hat, soll maßgebend sein. Der allerdings nicht zu wünschende häufige Lehrerwechsel wird durch die Alterszulagen an sich schon seltener werden als bisher. Auf der andern Seite darf aber auch die Konkurrenz der Bewerbung um reichlicher dotirte Stellen in Städten, auf welche sich zu melden die Gelegenheit zur Ausbildung ihrer Kinder die besser qualifizirten und strebsameren Lehrer bestimmen muß, nicht allzusehr beschränkt werden. Eine solche Beschränkung müßte aber zum Nachtheile sowohl der Lehrer als der Gemeinden eintreten, wenn nur die in einer und derselben Gemeinde zugebrachte Dienstzeit Anspruch auf Alterszulagen begründen würde. Sollten die Gemeinden die Alterszulagen zu leisten verpflichtet werden, so würden sicherlich Reibereien gegen den Lehrer gar leicht hervorgerufen. Manche Gemeinden würden ihn wegzubringen suchen, sobald ihm diese Zulage gereicht werden sollte, um sich dieser unliebsamen Leistung zu entziehen, und gerade dadurch würde häufiger Lehrerwechsel als gegenwärtig bewirkt werden. Den ohne ihr Verschulden aus administrativen Erwägungen versetzten Lehrern müßten die gebührenden Alterszulagen ohnehin dann aus den Staats- oder Kreisfonds gewährt werden. Das Wirken eines Lehrers mit entsprechendem Erfolg schließt die weitere Bedingung des Art. 65 Abs. 1: „deren religiös-sittliches Verhalten," ohnehin in sich. Beide Voraussetzungen erscheinen aber hier überflüssig, weil sie zum Art. 75 des Regierungsentwurfs, Art. 73 des Referats und folgenden, welche von den Disziplinarstrafen handeln, gehören, und da elbst eine präzisere Bestimmung über Nichtgewährung von Alterszulagen eingestellt ist. Endlich erscheint es billig, den Gesammtbetrag der Alterszulagen überhaupt gleichmäßiger zu stellen und insbesondere bei Gemeinden der 1. und 2. Klasse auf den Gesammtbetrag von 150 fl. zu erhöhen und den günstigeren Ansätzen in Gemeinden der 3. und 4. Klasse anzunähern.

— [Die neuernannten Landwehr-Bezirks-Kommandanten] werden sich mit ihren Adjutanten am 16. ds. Mts. Morgens 10 Uhr im Kriegsministerium melden. In der Zeit vom 16.—22. werden dieselben über ihre künftige Geschäftsthätigkeit instruirt. Am 23. treffen sie am Sitze ihres Landwehrbezirks ein. Den Zeitraum vom 23. bis 29. ds. Mts. benützen die Kommandanten, sich über die Lokalverhältnisse ihres Bezirks zu orientiren, mit den treffenden Bezirksämtern und Magistraten in's Einvernehmen zu treten und sich für die provisorische Eintheilung ihres Bezirks in 4 Kompagniebezirke die nöthigen Anhaltspunkte zu verschaffen. Am 1. März haben die zu den Landwehr-Kompagnie-Bezirken bestimmten Individuen am Sitze des Landwehrbezirks-Kommandos einzutreffen. Die General-Kommandos beordern bis 1. März von jedem Infanterie-Regimente je 2 Hauptleute zu den 2 Landwehrbezirks-Kommandos, aus welchen das treffende Regiment der Hauptsache nach seinen Ersatz erhält. Die Wahl dieser Hauptleute bemißt sich nach folgender Rücksicht: Aus den 2 Ergänzungsbezirken eines jeden Infanterie-Regiments kann bei dem zur Zeit vorhandenen Stande an Landwehrmännern nur je 1 Landwehr-Bataillon im Mobilisirungsfalle formirt werden. Dieses Landwehr-Bataillon erhält 4 Kompagnien, und es sollen diejenigen 4 Hauptleute des Regiments zu dem eben bezeichneten Kommando gewählt werden, welche wahrscheinlicher Weise diese 4 Landwehr-Kompagnien im Mobilisirungsfalle zu übernehmen haben werden. Hiebei kommt zu bemerken, daß jedes Infanterie-Regiment außer diesem Landwehr-Bataillon noch 3 Linien- und 1 Ersatz-Bataillon zu je 4 Kompagnien im Mobilisirungsfalle aufzustellen haben wird. Diese den Landwehrbezirks-Kommandos zugetheilten Hauptleute sollen als Beihilfe und Unterstützung bei Einrichtung der Landwehr-Kompagnie-Bezirke dienen und zwar der Art, daß jeder Hauptmann 2 Kompagnie-Bezirke seines Regimentes zugewiesen erhält. Im Laufe des Monats März werden den Landwehr-Bezirks-Kommandos auch die Ersatzmannschaft 2. Klasse der Altersklasse 1846 und 1845 durch die treffenden Rekrutirungsbehörden überwiesen. Dieser Monat wird dazu verwendet, die Einrichtung der Landwehr-Kompagnie- und Landwehr-Bezirks-Kommandos zu vollenden und die Listen für die Landwehr der Art in Ordnung zu bringen, daß in den Tagen zwischen dem 29. März und 4. April allenthalben Kontrolversammlungen ab-

---

uns. Mit dieser Stunde begann für uns eine Leidensgeschichte, welche ich mit nichts, als mit den Schilderungen der Dante'schen „Hölle" vergleichen könnte.

Ich wurde mit vielen anderen gefangenen Offizieren in die Kirche zu Cruz gesperrt. Fortwährend kamen neue Zuzüge, so daß am anderen Tage bei Fünfhundert Stabs- und Ober-Offiziere der kaiserlichen Armee in der Kirche zusammengepfercht waren. Das Gedränge in dem engen Raume war so groß, daß Kanzel und Altäre uns als Belegräume dienen mußten. Am Abende dieses Tages, des 16. Mai, kam der Befehl, sämmtliche Subaltern-Offiziere in eine angrenzende Capelle zu schaffen.

Was wir im ersten Augenblicke als eine Erleichterung unseres Looses mit Freuden begrüßten, sollte zu einer schrecklichen Katastrophe führen. Die Capelle war vollständig finster und wir lagerten uns, so gut es eben ging. Die Mexicaner griffen zur unvermeidlichen Cigarre und begannen zu rauchen, als plötzlich eine Explosion erfolgte, welche sich mit furchtbarem Krachen ankündigte, die Capelle im Augenblicke in einen Feuerherd verwandelte, und deren Mauern theilweise einriß. Wie wir später erfuhren, war von einer Abtheilung unserer Artillerie eine bedeutende Masse Pulver in der Capelle aufgespeichert worden. Wir sahen davon nichts, da es Abend und vollkommen finster war, und so hätten wir uns durch das Feuer unserer Cigarren bald selbst ein furchtbares Grab bereitet. Als wir uns voll Entsetzen aufrafften, öffneten sich auch bereits die Thüren unseres Gefängnisses, doch nicht zu unserer Erlösung. Die Wache, welche glaubte, daß wir sie mit uns in die Luft sprengen gewollt, gab, ohne ein Commando abzuwarten, Feuer mitten in unsere dichtgedrängte Menge; der wachthabende Offizier stürzte auf uns zu, uns mit seinem Säbel auf Gesicht, Brust und Arme, wo er eben hintraf, Wunden schlagend. Die Wache hatte inzwischen zwei Geschütze vor der Capellenthüre aufgefahren, um uns mit Kartätschenschüssen zu bedienen. Bevor jedoch diese neue Art von Löschrequisiten in Anwendung gebracht werden konnte, erschien der feindliche General Rocha, erkundigte sich nach dem Vorgefallenen und gab, nachdem er von uns über den Sachverhalt aufgeklärt worden war, den Befehl, mit dem Feuern einzuhalten. Beim Fortgehen gab er uns jedoch die tröstliche Versicherung, daß es nach seiner Meinung nichts schaden könnte, uns zu decimiren. Während wir noch darüber nachdachten, daß diese Anschauung des Generals denn doch eine einseitige sei und das Feuer in der Capelle zu löschen suchten, erhielten wir den Befehl, anzutreten, der auch unter den reichlichsten Faust- und Kolbenschlägen von Seite unserer Wache ausgeführt wurde. Wir dachten nicht anders, als, nunmehr werde es kommen, jetzt werde die Decimirung erfolgen, und obschon wir Alle, besonders in der letzten Zeit, während der Belagerung Queretaros unzähligemale dem Tode ins Antlitz geschaut hatten und des Lebens müde waren, so graute uns doch vor dem scheußlichen Glücksspiel, welches nunmehr um unser Leben eröffnet werden sollte, und die Blicke liefen zagend unsere Reihen entlang, um zu erforschen, auf welche die unglückliche Zahl zehn fallen werde. Gleich darauf wurde jedoch wieder zum Abtreten kommandirt, und diese häßliche Comödie wiederholte sich im Laufe der Nacht öfter. Offenbar wurde sie absichtlich in Scene gesetzt, um uns die Todesqualen mehrmals empfinden zu lassen. Decimirt wurden wir jedoch nicht.

Durch zwei Tage, den 15. und 16. Mai, erhielten wir weder Speise noch Trank, nicht einmal Brod und Wasser. Erst am 17. Mai wurden uns einige Gerichte gereicht, welche nicht unsere Sieger, sondern mitleidige Bewohner Queretaros gespendet hatten. Unter namenlosen Entbehrungen und Leiden ging es so fort bis zum 8. Juni, an welchem Tage wir in vier Partien getheilt und nach den Bestimmungsorten Guanajuato, Morelia, Zakatecas und San Luis

gehalten werden können. Grundsätzlich wird festgehalten, daß für diese erste Kontrolversammlung lediglich nur die Mannschaften der Landwehr (Altersklasse 1840 mit 1836, sowie die gemäß der Art. 85 und 86 des Wehrverfassungsgesetzes hiefür bestimmten Wehrpflichtigen) in Betracht kommen. Der Monat April wird von den Landwehr-Bezirks-Kommandos zur Richtigstellung der Listen und Bücher für die Landwehr auf Grund der in Folge der Kontrolversammlungen gemachten Wahrnehmungen verwendet werden. Am 15. April finden durch die Heeresabtheilungen die Ueberweisungen der Reservisten statt und werden nun hiernach die Bücher und Listen bei den Landwehr-Behörden angelegt. Hiebei leisten die von den Infanterie-Regimentern kommandirten Hauptleute Beihilfe. Am 30. April werden dieselben jedoch bei ihren Regimentern wieder eingerückt sein. Auf Grund der bei diesen Kontrolversammlungen gemachten Wahrnehmungen erfolgt die definitive Bestimmung der Eintheilung der Kompagnie-Bezirke auf Antrag der Bezirks-Kommandos durch die treffenden Brigadiers. Letztere erstatten den vorgesetzten General-Kommandos und diese dem Kriegsministerium über die angeordnete Eintheilung Bericht. Die Ueberweisung der Beurlaubten und Ersatzmannschaften 1. Klasse der aktiven Armee in die Kontrole der Landwehrbehörden geschieht erst in der zweiten Hälfte des Monats Juni. Bei den im Herbste stattfindenden Kontrolversammlungen werden sodann sämmtliche, den Landwehrbehörden zur Kontrole überwiesenen Mannschaften beigezogen. Die Aushebung der Altersklasse 1846 erfolgt noch ohne Betheiligung der Landwehr-Bezirks-Kommandanten, dagegen werden dieselben bei der Aushebung der Altersklasse 1847 mitwirken.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 11. Febr. [Zur Erweiterung der Competenz des Zollparlaments] schreibt der + Korrespondent der „Köln. Ztg.“: „Die Nachricht einiger Zeitungen, Preußen habe auf die Beschwerde einer süddeutschen Regierung, daß die nationale Bewegung im Süden von Preußen begünstigt werde, dies in Abrede gestellt und bei dieser Gelegenheit bemerkt, Preußen erachte die Zeit für die Erweiterung der Befugnisse des Zollparlaments noch nicht gekommen, könne aber die nationale Bewegung, wenn sie die Kraft habe, sich zur Geltung zu bringen, nur sympathisch betrachten — diese Nachricht ist bekanntlich von ministerieller Seite dementirt worden. Das Dementi wurde alsdann, wie gewöhnlich in solchen Fällen, von verschiedenen Seiten für verschiedene Interessen verwerthet. Stand es aber von vornherein seit geraumer Zeit fest, daß Preußen sich den Wünschen auf Erweiterung der Befugnisse des Parlamentes gegenüber zuwartend verhalten und weder auf die süddeutschen Abgeordneten noch die Regierungen den leisesten Druck ausüben werde, so war in der fraglichen Nachricht nur das auffällig, daß Preußen schon jetzt auf diplomatischem Wege erklärt haben sollte, es erachte die Zeit für die Ausdehnung der Befugnisse des Zollparlaments noch nicht gekommen. Das entschiedene Dementi, welches die Nachricht hervorrief, hat aus diesem Grunde namentlich die Aufmerksamkeit erregt. Es wurde schon mehrfach bemerkt, daß das Zollparlament seine eigenen Befugnisse nicht wohl ausdehnen kann. Es kann nur **Wünsche äußern**. Geschieht dies in der geeigneten Weise und mit großer Majorität, so wird die Wirkung nicht ausbleiben. Alles wird deßwegen von den süddeutschen Wahlen abhangen, die nun auch in Württemberg offiziell angeordnet sind. Der nationalen Partei im Süden fällt eine große Aufgabe zu, und daß sie sich deren auch vollkommen bewußt ist, hat ja ihr Wahlaufruf in Württemberg bewiesen.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Das konstitutionelle Ministerium und die ultraliberale Presse.] Eine offiziöse Korrespondenz in der „Allg. Ztg.“ beklagt sich bitter über die unverständigen Anfeindungen und Anforderungen, welchen das neue Ministerium ausgesetzt sei, und zwar nicht etwa blos von der ultramontanen Presse — „diese walte in diesem Falle nur ihres Berufes“ —, sondern von einem Theil der liberalen Presse. Der Korrespondent fährt fort: Die Centre-Opposition ist, wie gesagt, in ihrem Recht, wenn sie das liberale Ministerium angreift und ebenso natürlich muß man es finden, daß die Organe der Linken auf rasches Vorschreiten drängen. Was wird man aber in England sagen, wenn ein Blatt dem Ministerium zum Vorwurf machte: es lasse zwei Gerichtskollegien, welche verschiedene von einander abweichende Gesetzesauslegungen befolgen, „in beiden Richtungen gewähren und sehe der Confusion gleichgültig zu?“ Das „liberale“ Ministerium wird also aufgefordert, in den geordneten Gang der Justiz und des Instanzenzugs einzugreifen, durch sein Gebot dem Richteramt Maß und Vorschrift zu geben! Noch mehr, in dem gleichen Artikel des ultraliberalen Blattes wird der Regierung zur Last gelegt, daß sie die Schuldhaft noch nicht abgeschafft habe: „trotzdem, daß dies im Verordnungsweg geschehen kann.“ Also im Verordnungsweg kann ein bestehendes Staatsgesetz abgeschafft werden. Kraft welcher Vollmacht wird man fragen. Jenes Blatt ist um die Antwort nicht verlegen: „Die Minister müssen machtvoll sein, wenn sie die reaktionäre Partei am Hof, in der Armee, im Klerus und im Adel, ja selbst im Bürgerstand sich unterthänig machen wollen.“ „Die Minister bedürfen einer Fülle der Macht, wie sie in der Regel nur die Revolution gibt, denn sie haben eine Umwälzung im Namen des Gesetzes zu vollziehen.“ Auf solchem Wege soll ein Rechtszustand, ein Rechtsstaat gegründet werden! Das Ministerium, das aus der Mitte der entschieden liberalen Majorität des Parlaments hervorging, wird sich allerdings durch solche Provokationen nicht von der Bahn des konstitutionellen Rechts ablenken lassen. Beklagen muß man aber, daß durch **allzu lange Uebung die Mißachtung des po-**

Potosi abgeführt wurden. Ich gehörte zu jener Abtheilung, welche für die Festung San Luis Potosi bestimmt war. Obschon wir in Folge der unglaublichen Strapazen der Belagerung und der Entbehrungen und Qualen der Gefangenschaft vor Entkräftung uns kaum auf den Füßen erhalten konnten, mußten wir dennoch täglich zehn bis vierzehn Stunden zu Fuß zurücklegen. Die sinkenden Kräfte wurden durch Faustschläge und Kolbenstöße aufgefrischt. In allen Orten, welche wir passirten, bewarfen uns die Bewohner mit Steinen, spuckten uns in das Gesicht und überhäuften uns mit Schimpfwörtern, wie sie nur in der Sprache der spanischen Creolen Mexicos vorkommen. Die Weiber wendeten uns den Rücken, um mit rückgewendetem Antlitz Einladungen der nicht eben appetitlichsten Art an uns zu richten. Als wir in San Luis Potosi ankamen, fühlten wir uns verhältnißmäßig glücklich, trotzdem unser neues Gefängniß noch viel schrecklicher war, als das von Queretaro. Unser Behagen mag dem eines Unglücklichen geglichen haben, der todesmüde an der Grenze eines elenden Daseins angelangt ist.

Wir wurden für die ersten sechs Wochen in einem Gefängniß untergebracht, in welches noch nie ein Strahl der Sonne gedrungen war, in einem feuchten Loche, welches von allerhand ekelhaftem Gethier wimmele. Unter anderm machten wir die intimste Bekanntschaft einer Gattung von Ratten, welche an Größe unsern Katzen wenig nachgeben. Unsere Lagerstätte war der feuchte Boden; Speise erhielten wir nur, wenn mitleidige Seelen der Bewohnerschaft uns welche sendeten; wenn nicht — nicht. Zwei unserer Mitgefangenen sind buchstäblich verhungert, mehrere andere wahnsinnig geworden. Wir litten Qualen, wie sie von der fruchtbarsten Phantasie nicht furchtbarer ersonnen werden könnten. Von Hunger, Krankheiten und Verzweiflung gepeinigt, lagen wir da auf nasser Erde, in verpesteter Luft, um uns nichts, als finstere Nacht, das Gestöhne der Sterbenden und das Toben der Wahnsinnigen, die wir noch beneiden mußten, weil ihnen das Bewußtsein unserer entsetzlichen Lage entschwunden war. Als es uns gelungen war, eine Bitte um Erlösung von unseren unerträglichen Leiden an den Festungs-Gouverneur Bustamante gelangen zu lassen, ertheilte dieser uns die Antwort, er habe wohl die Befugniß, uns Alle erschießen zu lassen, nicht aber das Recht, Gutes an uns zu thun.

Nach sechs Wochen begann man etwas menschlicher mit uns umzugehen. Man gestattete mindestens den Bewohnern der Stadt, zu denen die Kunde von unserem Elende gedrungen war, uns mit Wäsche und den Mitteln zu unserer Reinigung zu versehen und uns regelmäßig Speisen zu bringen. Von da an dauerte die Gefangenschaft noch über vier Monate, bis in Folge der Ankunft Tegetthoffs am 12. November die Thore des Gefängnisses sich öffneten, und den Fremden unter uns, Franzosen und Oesterreichern, die Mittel zur Heimreise gewährt wurden. Am Tage der Abreise von San Luis Potosi erhielten wir Oesterreicher von einem der dort accreditirten Konsuln, Herrn Bahnsen, welcher an dem Zustandekommen des Testaments des Kaisers Maximilian betheiligt sein will, die troströstreiche Versicherung, daß in der Heimath für unsere Zukunft gesorgt sein werde.

Dies unsere Schicksale nach der Katastrophe von Queretaro.

Ich habe dieselben schmucklos und ohne alle Uebertreibung geschildert. Wie es den Anschein hat, ist man gegenwärtig hier geneigt, die Haltung der Mexikaner ihren besiegten Feinden gegenüber etwas milder zu beurtheilen. Ob man nach den entsetzlichen Leiden, welche wehrlosen Gefangenen bereitet wurden, dazu berechtigt ist, kann ich getrost dem Urtheil Ihrer Leser anheimstellen.

---

sitiven Rechts nun offenbar bis in die Kreise gedrungen ist, welche sich zu volksthümlichen Auffassungen bekennen, und welche eine Regierung nicht verstehen, welche ein freiheitliches Recht, zwar mit aller Kraft, aber lediglich auf dem gesetzlichen, konstitutionellen Weg aufzustellen sich zur Aufgabe macht. Wie kann man aber von Volksblättern solche Kenntniß verlangen, wenn eines der „großen Blätter“, das sich den Anschein gibt, ebenfalls der liberalen Seite anzugehören, in Wahrheit aber seit Jahren ausschließlich ungarische Interessen vertritt, wenn ein altbegründetes hiesiges Journal bedenklich den Kopf schüttelt, daß der Entwurf des neuen Strafgesetzbuchs zwar in dem Ausschuß des Abgeordnetenhauses die erste Lesung bestanden habe, aber nicht bekannt sei, „ob die Sache auch im Herrenhaus schon in Angriff genommen worden ist.“ Das „große“ Blatt scheint also zu glauben, Gesetzentwürfe der Regierung könnten in beiden Häusern zugleich eingebracht, gleichzeitig in beiden berathen werden. . . . . „Geschieht das am grünen Holz.“ Doch vergessen wir nicht, daß bezeichnetes Blatt zwar das liberale ungarische Ministerium konsequent vertheidigt, dem geschwisterlichen liberalen cisleithanischen Ministerium wie der Majorität des österreichischen Abgeordnetenhauses mit wahrer Lust Prügel zwischen die Füße wirft.

Ungarn. [Beschimpfung der Ungarn durch General Neipperg.] Dem „Mainzer Journal“ schreibt man: „Graf Neipperg, der letzte österr. Festungskommandant in Mainz, hat die allgemeine Aufmerksamkeit erregt, indem er die Einladung des Preßburger Honved-Vereines zu einem von diesem veranstalteten Wohlthätigkeitsballe für sich und seine Offiziere ablehnte. Er sprach in seiner Antwort von „schmachvoller Vergangenheit“, „Rebellen“ und hat damit in den weitesten Kreisen ein höchst unangenehmes Aufsehen erregt, welches um so peinlicher berührt, als ohnedies wegen einzelner Lappalien die Stimmung in Ungarn gegen das Militär etwas erregt ist, und man sich sagen muß, daß derartige Aeußerungen eines hohen Generales die Arbeiten der ungarischen Delegirten gewiß nicht unterstützen. Man ist allorts sehr gespannt, was ferner in der Sache geschehen werde, denn daß sie nicht ungeahndet bleiben kann, sieht Jedermann ein. Wenn der Kaiser durch unbedingte Amnestie, durch Widmung der Krönungsdukaten für die Honveds, durch die freundliche Begrüßung eines Honved-Generals an den Stufen des Thrones das Vergessen und Vergeben ausgesprochen hat: so steht es einem seiner Generale nicht zu, in offizieller Weise den Monarchen gewissermaßen zu desavouiren, und dort Haß und Mißtrauen zu wecken, wo nur — nach allerhöchstem Willen und Beispiel — Liebe und Versöhnung herrschen soll. Bereits hat die Sache Folgen gehabt, indem aus vermeintlicher Revanche für die Beleidigung der Honveds durch den genannten Graf die Medizirer in Pesth das Erscheinen der Offiziere in Uniform auf dem von ihnen veranstalteten Balle sich verbaten, was zur Folge hatte, daß der Kaiser, welcher in Ungarn stets als Husarenobrist erscheint, seinen ganz sicher in Aussicht gestellten Besuch des erwähnten Balles alsogleich absagen ließ. Auf die Beziehungen zu Ungarn wird wohl dieser unangenehme Vorfall keinen Einfluß haben.

Ausland.

Italien. [Personalien.] An Msgr. de Wittens Stelle hat der Papst Negroni zu seinem Minister des Innern ernannt. General de Failly hat am 8. Februar den Befehl über die in Viterbo und Civita-Vecchia stehende französische Division dem General Dumont übergeben und sich von dem Papste verabschiedet. Das Transportschiff „Orénoque“ ist von Toulon nach Civita-Vecchia zurückgekehrt, um noch eine Eskadron Kavallerie nach Frankreich zurückzuführen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Ueber die große Kälte im Monat Dezember] veröffentlicht Professor Dove einen Artikel im Berliner „St.-A.“: Im mittleren und südlichen Deutschland fiel danach die größte Kälte auf den 9. und 10., in Pommern auf den 22., in Ostpreußen auf den 31., steigerte sich aber dort noch bis zum 1. oder 2. Januar 1868. Die Temperatur sank in Königsberg auf — 21,9 Grad R. (Januar — 23,7), in Tilsit auf — 22 Grad R., in Memel auf — 20 Grad R. (Januar — 20,5). Demnächst fand die größte Kälte in Württemberg Statt: Mergentheim — 19,6, Heilbronn — 19,5 Grad R. Das mittlere Deutschland wurde am wenigsten hart betroffen. Mit Berücksichtigung der geographischen Lage war die Kälte im westlichen Europa sehr bedeutend: 14 Grad unter dem Frostpunkte in Montpellier, 13 Grad in Lissabon gehört zu den größten Seltenheiten. Gewöhnlich fließen die unsere Witterungsverhältnisse beherrschenden Luftströme neben einander, ein milder Winter liegt dann neben einem auffallend strengen. Mitunter kämpfen sie aber dauernd mit einander um dasselbe Bett. Dies ist das Bezeichnende dieses Winters, daher die plötzlichen Wärmeänderungen, das Auf- und Abschwanken des Barometers, die heftigen Südwest-Stürme, die, oft lange die kalte polare Luft stauend, sie nach Süden vorzudringen verhindern. Nebel und Schneetreiben wechseln dann in schneller Aufeinanderfolge mit heiterer Luft.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^1/_4$—$^1/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^3/_4$ P. $^3/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$47^1/_2$ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50^1/_4$—$^1/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$42^7/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$94^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^1/_2$ G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^3/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^1/_4$ P. $^3/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^1/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	83 G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$94^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$83^3/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	84 P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^3/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$88^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	82 P. $81^3/_4$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$77^1/_4$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$75^1/_2$—$^3/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	712—15 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	189—$^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	$94^1/_2$ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$219^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$330^1/_2$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^3/_4$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$254^1/_2$—$3^1/_2$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	131—$1^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	84 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	107 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$133^1/_4$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^1/_2$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^3/_4$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	$42^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$119^1/_2$—$^3/_8$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^5/_8$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97^5/_8$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$—$^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119—$^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95^1/_8$—$^1/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^1/_2$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$137^1/_2$ P. 37 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$62^7/_8$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71—$^1/_8$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	81 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100^1/_4$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_4$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144^1/_2$ P.
„ fl. 25 do.	$42^1/_2$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26^1/_2$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$83^1/_2$ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^1/_4$ G.

Frankfurt, 12. Februar. Creditaktien gewannen gegen gestern Abend $^3/_4$ fl., Staatsbahn 1 fl. Von österr. Anlagepapieren waren engl. Metalliques höher, National und Steuerfreie unverändert. Oesterr. Bankaktien heute wieder besser. Von Süddeutschen badische Loose höher. Amerikaner wurden, da Goldagio von Newyork 1 pCt. besser eingetroffen war, hier $^1/_2$ pCt. besser als gestern bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 45.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 14. Februar 1868.

Zum neuen bayerischen Militärgesetz.

Würzburg, 14. Februar.

I.

Dienstverhältnisse der Landwehr und der Reservisten.

Aus den soeben veröffentlichten Bestimmungen hierüber theilen wir außer dem bereits im gestrigen „Anzeiger" Gebrachten folgendes Ausführlichere mit.

Die Landwehr-Bezirks-Commandanten haben alle zur Formirung der Landwehr-Bataillons erforderlichen Vorbereitungen zu treffen. Spätestens am Tage vor dem Zusammentritte des Bataillons übergibt der Landwehr-Bezirks-Commandant dem mit dem Landwehr-Bataillons-Commando beauftragten Offizier jene Ausrüstungsgegenstände, welche ihm zur Verwaltung überwiesen waren und zur Ausrüstung des Bataillons nothwendig sind. Die treffende Mannschaft des Landwehr-Bataillons wird im Stabsquartiere durch den Bezirks-Commandanten gesammelt, formirt und dem Bataillons-Commandanten übergeben, welcher von diesem Augenblicke an das Commando des Bataillons übernimmt und die Einkleidung und feldmäßige Ausrüstung der Mannschaften veranlaßt. Die militärische Controle der Mannschaften sämmtlicher Categorien von Wehrpflichtigen wird durch die Landwehrbehörden ausgeübt. Diese Mannschaften haben den Befehlen ihrer Vorgesetzten unbedingt Folge zu leisten. Die Mannschaften aller Waffen und Categorien, welche innerhalb eines Compagniebezirkes ihren Wohn- oder Aufenthaltsort haben, gehören zu diesem Compagniebezirk und müssen jede Veränderung ihres Wohnortes dem Bezirks-Feldwebel melden. Zur Unterstützung der Militärbehörden bei der Controle sind die Civilbehörden mit Instruktion versehen.

Jährlich zweimal, im März und Oktober, werden die Ersatzmannschaften, Reservisten und Landwehrmänner, sowie die Beurlaubten der Truppentheile zu Controlversammlungen berufen. Zweck der Controlversammlungen ist, die Anwesenheit der in den Listen verzeichneten Mannschaften im Compagniebezirke zu konstatiren, Anordnungen und Vorschriften bekannt zu machen, den Uebertritt in die Landwehr und die Entlassung aus derselben zu regeln ꝛc. In der Regel finden die Controlversammlungen am Compagniesitze und an Wochentagen statt. Bei großen Compagniebezirken sind aber auch noch andere Orte hiefür auszuwählen und zwar der Art, daß die Mannschaft von ihrem Wohnorte bis zum Controlplatz keinen weiteren Weg als höchstens 4 Poststunden zurückzulegen hat. Zu einer Controlversammlung sind in der Regel nicht mehr als 200 Mann zusammenzuberufen. Die Mannschaften, welche bei der Controlversammlung ohne genügende Entschuldigung gefehlt haben, sind zu einer beim Bezirksfeldwebel stattfindenden Nachcontrole zu beordern und dem Landwehr-Bezirks-Commandanten zur eventuellen Bestrafung zu melden.

Mit Ausnahme für die Ersatzmannschaften 2. Klasse tritt nur in ganz dringenden Fällen eine Dispensation von der Theilnahme an den Control-Versammlungen ein. In denjenigen Compagniebezirken, in welchen eigens ernannte Compagniecommandanten vorhanden sind, werden die Controlversammlungen durch diese abgehalten. In den übrigen Compagniebezirken sind die Controlversammlungen durch qualifizirte Landwehroffiziere abzuhalten, falls solche vorhanden sind und sich freiwillig zur Uebernahme dieser Dienstverrichtung verstehen. Andernfalls sind durch die Brigadiers von den im Brigadeverbande stehenden Infanterie-Regimentern zur Abhaltung der Controlversammlungen geeignete Offiziere aus der Zahl der Oberlieutenants oder jüngeren Hauptleute zu commandiren. Zur bestimmten Stunde läßt der Compagnie-Commandant oder dessen Stellvertreter die Mannschaften antreten. Die Mannschaften erscheinen hiebei in bürgerlicher Kleidung. Nachdem die Mannschaften verlesen und die Geschäfte der Versammlung erledigt sind, werden die Mannschaften entlassen.

Die Reservisten werden zu den Uebungen ihrer betreffenden Truppentheile beigezogen. Die Reservisten der Infanterie, Artillerie, Genietruppen und Sanitäts-Compagnien werden innerhalb der gesetzlich normirten Grenzen ihrer Uebungspflichtigkeit zur Erhöhung des Präsenzstandes während der Herbstwaffenübungen verwendet. Hiebei sollen die Reservisten in zwei auf einander folgenden Jahren nicht zu den Uebungen beigezogen werden, insoferne sie nicht von einer Uebung auf Nachsuchung befreit waren. Die Reservisten der Cavallerie und reitenden Artillerie können im Bedarfsfalle zur vorübergehenden Deckung eines allenfallsigen Ausfalles an dem Präsenzstande der aktiven Armee innerhalb ihrer gesetzlichen Verpflichtung Verwendung finden.

Die Landwehr-Infanterie übt in der Regel für sich entweder in einzelnen Compagnien oder formirten Bataillonen. Bei größeren

Das preußische Preßbureau und die offiziöse Presse.

In den Zeitungen liest man jetzt so viel und fast täglich von offiziösen Berliner Korrespondenten und Zeitungen, daß es unsere Leser interessiren wird, über die Handhabung der offiziösen Presse von Seite der preußischen Regierung Näheres zu erfahren.

Das Berliner Preßbureau ist im Jahre 1849 gegründet worden. Vor der Märzrevolution gab die preußische Regierung die Staatszeitung heraus, die an dem Fehler aller offiziellen und offiziösen Blätter litt: sie wurde nicht gelesen. Außerdem ließ sie sich durch Joel Jakobi, einen gesinnungslosen, aber sehr kenntnißreichen Mann, Briefe in preußisch ministerieller Tendenz an mehrere deutsche Zeitungen, so an die „Leipziger Allgemeine Ztg.", senden. Doch war dieser Versuch ein vereinzelter und konnte keine nennenswerthen Erfolge erzielen.

Nach dem Staatsstreiche vom November 1848 stand das Berliner Cabinet rathlos vor der Ungebundenheit der üppig aufgeschossenen oppositionellen Presse. Vergeblich war der Versuch gemacht worden, den Regierungsblättern durch werthvolle wissenschaftliche Beilagen Verbreitung zu geben; Niemand las ein Blatt, das seinen Ursprung aus Regierungskreisen nicht verleugnen konnte. Da machte ein Breslauer, der in Paris seine journalistische Schule durchlaufen hatte, Dr. Oelsner-Monmergé, Herrn v. Manteuffel den Vorschlag, durch eine Centralpreßstelle zunächst die loyalen und dann durch jesuitisches Einschleichen auch die liberalen Blätter mit tendenziösen, für die Regierung wirkenden Korrespondenzen zu versehen.

Manteuffel ging freudig auf den Vorschlag ein, dennoch zerschlug sich das Geschäft. Damals waren in Frankreich noch nicht die „unerschöpflichen", in Oesterreich noch nicht die „reichen" Hilfsquellen erfunden, und in Preußen gab es noch nicht „heidenmäßig viel Geld." Die Regierungen wirthschafteten ein kleines weniger leichtsinnig mit dem sauren Schweiße des Volkes, und während heute im Budget für gänzlich subalterne Naturen 4000 Thlr. Gehalt — die Nebeneinnahmen nicht mitgerechnet — gefordert werden, bot Manteuffel einem so feinen Kopfe, wie Oelsner, nur 1500 Thlr. jährlich. Oelsner verlachte den Minister und reiste ab. Mit Ausführung seiner Idee wurde ein Renegat, der ehemalige Redakteur des „Danziger Dampfbootes", Dr. Ryno Quehl, betraut.

Quehl gab dem Preßbureau die in ihren Grundzügen heute noch bestehende Organisation. Er engagirte gegen den Lohn von 15 bis 20 Thlrn. monatlich eine Schaar der unbedeutendsten Federn, denen er täglich einige tendenziöse Nachrichten dictirte. Fast wörtlich übereinstimmend, wurden dann die in Correspondenzform gebrachten Diktate an auswärtige Zeitungen versendet. In Frankfurt richtete Quehl eine Filiale des Preßbureaus ein, die von dem Regierungsrathe Zitelmann, der linken Hand Bismarcks, geleitet wurde.

Ryno Quehl wurde für seine Bemühungen mit dem Generalkonsulate in Kopenhagen, einer einträglichen Sinecure, belohnt. Mit Bismarcks Regierungssysteme wußte er sich nicht zu befreunden, deshalb plauderte er in einem Werke gar mancherlei Unangenehmes über die preußische Diplomatie aus. Er wurde abberufen und starb bald danach in Ungnade. Seine Nachfolger traten in seine Fußtapfen. Nach Bismarcks Amtsantritte wurde, trotzdem das Abgeordnetenhaus Jahr für Jahr die betreffenden Fonds im Budget strich, das Preßbureau ausgedehnt. Die Inspirationen aus dem Ministerium des

Truppenübungen können die Landwehrbataillons mit den Linienbataillons in die Brigaden eingestellt werden. Die Uebungen der Landwehrmannschaften aller übrigen Waffen finden jedoch im Anschluß an die betreffenden Linien-Truppentheile statt. Die an den Compagniesitzen stattfindenden kleineren Uebungen beschränken sich zunächst auf Wiederholungscurse im Schießunterrichte und in der Zugs- und Compagnieschule. Zu den Landwehrübungen werden unter Berücksichtigung der im Reserveverhältnisse mitgemachten Uebungen zunächst die jüngsten Mannschaften beigezogen.

Werden Landwehrbataillone oder Compagnien zu den Uebungen formirt, so werden die Bataillons- und Compagnie-Commandanten aus den entsprechenden Linien-Infanterie Regimentern durch die Generalcommando's commandirt und hiezu so weit jene Offiziere verwendet, welche die entsprechende Stelle, im Falle einer Mobilisirung erhalten werden. Wegen dringender häuslicher und gewerblicher Verhältnisse können Reservisten und Landwehrmänner von den Uebungen des laufenden Jahres dispensirt werden, aber es darf diese Begünstigung nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen in zwei aufeinander folgenden Jahren zugestanden werden. Ist ein Reservist oder Landwehrmann wegen Krankheit vom Einrücken zu einer Uebung verhindert, so hat er sich entweder im Landwehrbezirksquartiere zur ärztlichen Untersuchung zu stellen, oder, wenn dies unmöglich, ein Zeugniß des Bezirksarztes dem Bezirkscommando einzusenden.

Morgen werden wir aus den Bestimmungen über die Dienstverhältnisse der zum einjährigen **Freiwilligendienst** zugelassenen Wehrpflichtigen das Wichtigste mittheilen.

Bayerischer Landtag.

München, 13. Februar.

Zwei Gesammtbeschlüsse beider Kammern. Ueber Eisenbahnbau- und Postverhältnisse. — Revision des Distriktsraths-Gesetzes.

In der gestrigen 63. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde zuerst dem Abg. **Rösch** auf weitere 4 Wochen Urlaub ertheilt, worauf die Gesammtbeschlüsse a. in Betreff des Vertrags mit dem Großherzogthume Sachsen-Weimar wegen der Zoll- und Handelsverhältnisse ꝛc. ꝛc. in der Enklave Ostheim, b. über den Entwurf eines Gesetzes, die Ablösbarkeit der auf Grund und Boden haftenden oder mit einer Gewerbsrealität verbundenen Ehehaftsverhältnisse betreffend, verlesen wurden. — Frhr. v. **Stauffenberg** erstattete Vortrag über die Nachweisungen bezüglich des Eisenbahnbaues im Jahre 1865/66 und beantragte, denselben die Anerkennung zu ertheilen. Nur bezüglich der Position, welche die Herstellung zweiter Schienengeleise betrifft, wünscht Referent eine andere Form der Nachweisung, weil aus der gegenwärtigen Form sich nicht ersehen lasse, ob und welche Doppelgeleise hergestellt worden sind.

Lehmayr bemerkte u. A.: Für Erweiterung des Bahnhofes in Rosenheim, welchem jüngst in der preußischen Kammer mit Recht das Prognostikon gestellt worden sei, er werde die Drehscheibe von Mitteleuropa werden, seien 300,000 fl. genehmigt, die Bauten aber höchst mangelhaft und zweckwidrig hergestellt. Da die Akkordanten in Folge des Submissionssystems 80 pCt. abgeboten haben, hätten sie die Arbeiter nicht mehr bezahlen können, so daß am letzten Freitage ein förmlicher Arbeiterkrawall entstand. Die günstigste Bauzeit habe man verstreichen und das schlechteste Material verwenden lassen, so daß die Gewölbe sich gesenkt hätten, Risse entstanden wären und wahrscheinlich ein gänzlicher Umbau nothwendig werde. Den Hauptbau hätte man um einen Stock höher bauen und diesen zu Wohnungen für die Beamten verwenden, das Maschinenhaus und die Werkstätten verlegen und die Güterhalle parallel mit dem Geleise herstellen sollen. Den Abort habe man vor die Fenster des Wartsaales 1. Klasse gesetzt u. s. w. **Mandel** rügt, daß für den Bahnhof in Ansbach noch kein generelles Projekt hergestellt wurde und behält sich die Stellung eines Antrages vor.

Dr. **Edel** wünscht dringend, daß der kostspielige Bau des Würzburger Bahnhofes vollendet und dem dringendsten Bedürfniß, Herstellung einer Einsteighalle, baldigst entsprochen werde.

Minister v. **Schlör**: Der Realisirung des Wunsches bezüglich der Wohnungsherstellung stehe kein Hinderniß entgegen. Dadurch, daß man den Bahnhof in Rosenheim auf den Wunsch der Stadt in die Nähe derselben verlegt hat, sei der Bahnhof auf der einen Seite durch eine Straße, auf der andern durch die Mangfall eingeengt. Eine Erweiterung nach der Straße sei nicht möglich, weil dort die Curve beginnt. Da dort auch die Züge rangirt werden müssen, bestehe für Fußgänger ein großer Mißstand, der aber beseitigt werden wird. Die Erweiterung des Bahnhofes könne durch eine Brücke über die Mangfall ermöglicht und so angelegt werden, daß sie auch in Zukunft eine nochmalige Erweiterung zuläßt, wenn Rosenheim nach Vollendung der Braunauer Bahn den Uebergangspunkt für den Brennerverkehr bilden wird. Daß der Bau erst spät begonnen werden konnte, sei richtig, doch hätten die Akkordanten nicht 80, sondern 90 pCt. abgeboten. Die Leute haben sich verrechnet, konnten nicht mehr zahlen und haben den Bau verlassen; die Gebäude seien nicht so schlecht gebaut, daß ihr Einsturz zu befürchten wäre; sie wären höher gebaut werden, müßte nicht der bewilligte Kredit eingehalten werden. Die Situation der Aborte sei nicht ganz entsprechend, doch seien die Fenster des Wartsaales 1. Klasse auf einer andern Seite, als Lehmayr behauptet. Für die Lage der Güterhalle sei die jetzige Regierung nicht verantwortlich. Wenn die Bauten vollendet sind und die Erweiterung gegen die Mangfall durchgeführt ist, seien die größten Mängel beseitigt. Hr. Lehmayr habe zu schwarz gemalt und werde nach genauer Einsichtnahme zugeben, daß unter den gegebenen

---

Auswärtigen träufelten auf Dr. Hahn, die aus dem inneren Departement auf Dr. Metzler, welche beide die Diktate an die Correspondenten übernahmen. Letztere wurden längst nicht mehr besoldet, weil sie eine hinreichende Einnahme aus ihren Correspondenzen zogen. Denn die Zeitungen waren bald bereit gewesen, die ihnen anfangs unentgeltlich zugesandten Mittheilungen zu honoriren.

Nicht nur feudale, auch liberale, sogar demokratische Blätter nahmen und nehmen die offiziösen Berliner Correspondenzen auf. Die Zugeknöpftheit aller preußischen Behörden macht es einem unabhängigen Berliner Correspondenten beinahe unmöglich, eine interessante Nachricht aus Regierungskreisen zu erfahren. Die offiziösen Correspondenten, denen hin und wieder Mittheilungen über schwebende Fragen zugehen, und welche die Verwaltungsnachrichten früher erfahren als die untergeordneten Behörden, haben deßhalb einen großen Vorsprung vor den unabhängigen, welche mit ihren Betrachtungen stets hinter den Ereignissen herhinken.

Vor dem Kriege von 1866 blieb wenigstens die nichtpreußische Presse ziemlich von der Berliner offiziösen Wegelagerei verschont. Gezwungene Ausnahmen bildeten die „Augsburger“ und die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, deren Verbot für Preußen nur unter der Bedingung aufgehoben wurde, die ihnen vom Preßbureau gesandten Briefe unverkürzt abzudrucken. Außerdem verstand sich, nach wiederholten Zurückweisungen, die Hamburger Börsenhalle zur Aufnahme der ihr von dem, jetzt zum Direktor im Ministerium des Innern ernannten Dr. Küttge geschickten Correspondenzen. Nur die Frankfurter Filiale versorgte einige unabhängige nichtpreußische Blätter mit Nachrichten: Von ihr aus wurde im Beginne des Bismarck'schen Regiments den „Grenzboten“ das ziemlich genau eingehaltene Programm Bismarck's übermacht. Von dieser Filiale gingen auch die Correspondenzen aus, welche Ende 1862 eine „große Aktion“ ankündigten, die den Nationalverein zufriedenstellen und der Armeeorganisation den Beifall des preußischen Abgeordnetenhauses verschaffen sollte. Ein „unendliches Glanzgelächter“, wie Aeschylos es an den Meereswogen entdeckte, ging bei der Ankündigung der „großen Aktion“ durch ganz Deutschland, durch ganz Europa; der „Kladderadatsch“ dichtete einen seiner köstlichsten Leitartikel und die Feuilletonisten hatten für Wochen Vorrath an humoristischem Material. Nun, der Spott ist durch den deutschen Krieg reichlich heimgezahlt worden.

Der jetzige Leiter des Preßbureaus ist der bereits erwähnte geheime Regierungsrath Dr. Hahn, ein ehemaliger Hauslehrer bei Guizot. Im Jahre 1848 kam Hahn von Paris nach Breslau und geberdete sich als Musterkonstitutioneller. Hatte er doch die doktrinäre Weisheit aus bester Quelle geschöpft. Als der Wind umschlug, trat er in die Dienste der Feudalpartei und wurde literarischer Handlanger des Ministeriums Manteuffel. Unter der neuen Aera fiel er, wie Minister und Butterbrod, auf die fette Seite; er wurde in eine pommerische Schulrathsstelle exilirt. Bismarck berief ihn wieder zum Preßbureau.

Hahn erhält die intimsten Inspirationen. Die besten Nachrichten behält er für sich und verwendet sie unter dem bekannten + Zeichen für die „Kölnische Zeitung“ Den Rest gibt er an die Offiziösen zweiten Grades, welche die guten Brocken auslesen und sie für die „Hamburger Börsenhalle,“ die „Schlesische Zeitung“ und einige nichtdeutsche Blätter verwenden. Die vom Tische dieser Herren fallenden Brosamen werden von etwa zwanzig Offiziösen dritten Ranges aufgelesen und fast gleichlautend in drei Vierteln aller nichtösterreichischen deutschen Blätter veröffentlicht. Die Offiziösen werden streng kontrolirt. Jede journalistische Thätigkeit, die ohne Genehmigung der Vorgesetzten unternommen wird, jede wesentliche Abweichung von den Diktaten wird mit Entlassung bestraft.

Verhältnissen geschehen ist, was geschehen konnte. Die Vollendung des Würzburger Bahnhofes und die Herstellung eines generellen Projektes für den Ansbacher Bahnhof wurde vom Redner zugesichert. — Den Rechnungsnachweisungen wurde sodann die Anerkennung ertheilt.

Bei Prüfung der Rechnungen über die Postgefälle pro 1865/66 bezeichnete Referent Frhr. v. Stauffenberg als Mißstand, daß bei uns die Briefmarken erst mit der Scheere abgeschnitten werden müssen. Brandenburg und Leinbach tadeln die schlechte Beschaffenheit der Postomnibusse und den hohen Tarif derselben. Lehmayr glaubt, daß diese Klagen verstummen müßten, wenn die Regierung das Institut der Postomnibusse der freien Konkurrenz überließe; beklagt, daß im internen Verkehr die Taxe für kleinere Fahrpoststücke noch immer sehr hoch ist; wünscht für Fahrpoststücke zwei Rayons festgestellt und daß die Bezüge der Postboten erhöht werden. Thürmayer rügt, daß zwischen Aichach und Ingolstadt mit Eröffnung der Eisenbahn der Korrespondenz- und der Personenverkehr so sehr erschwert ist. Ministerialrath v. Sutner bemerkte u. A., daß im inneren Verkehr von Bayern alle Erleichterungen bestehen, welche die Postverträge zulassen. Die Kontrole bei Abgabe der Briefmarken wäre erschwert, wenn diese getrennt abgegeben würden. Die Postboten seien bei uns nicht schlechter gestellt, als in den Nachbarstaaten. Was die Postverbindung von Aichach nach Ingolstadt betrifft, so sei diese Sache beim Handelsministerium anhängig und werde geschehen, was geschehen könne.

Auch diesen Nachweisungen wurde die Anerkennung ertheilt, worauf die Anträge auf Abänderung des Gesetzes, die Distriktsräthe betreffend, zur Berathung gelangten. Referent v. Steinsdorf empfahl folgenden Antrag des Ausschusses zur Annahme: „es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, eine Revision des Distriktsrathsgesetzes anzuordnen, dabei aber namentlich auf eine angemessene Vertretung der Stadtgemeinden und der nicht zu den großen oder größeren Grundbesitzern gehörigen Höchstbesteuerten Rücksicht zu nehmen.“ Hr. Minister v. Pechmann ist der Ansicht, die Kammer werde das Bedürfniß einer gesetzlichen Regelung der vorliegenden Frage nicht so feststehend erachten, um die Regierung zur Einbringung eines abändernden Gesetzesvorschlages zu veranlassen, vielmehr dürfte genügen, wenn die Vorstellungen dem Ministerium zur Prüfung mitgetheilt werden. Wenn die Regierung Letzteres wünscht, so wolle sie damit der Prüfung der Sache durchaus nicht aus dem Wege gehen; es würden die genauesten Erhebungen gepflogen werden, und wenn sich hiebei in der That herausstellt, daß die industriellen Interessen in der Vertretung im Distriktsrathe Benachtheiligung haben, so werde die bessernde Hand nicht in den Schooß gelegt werden. — Die Kammer nahm den Ausschußantrag an, womit die Sitzung schloß.

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 11. Februar. [Zur Zollparlamentswahl.] Der „Südd. Pr.“ schreibt man: „Die Verordnung über die Wahlbezirke zum Zollparlament ist erschienen. Württemberg wählt nun doch bloß 17 Abgeordnete (nicht 18, wie neulich dem süddeutschen Korrespondenzbureau telegraphirt wurde), obgleich die Bevölkerung 1,752,000 Seelen beträgt. Dadurch werden die einzelnen Bezirke 103,000 Seelen stark. Zerrissen wurden von 64 Bezirken 12, nämlich Waldsee, Biberach, Blaubeuren, Geislingen, Göppingen, Nürtingen, Hall, Künzelsau, Maulbronn, Waiblingen, Leonberg, Herrenberg. — Die Wahlbewegung ist noch nicht recht im Flusse. Die Wahl des Herrn v. Varnbüler in Urach-Münsingen scheint sicher. — Die Redaktion des „Staatsanzeigers“ fordert diejenigen zu Berichten auf, welche entschlossen sind, für das „süddeutsche Programm“ zu wirken. In der That bestehe zwischen dem Programm der württembergischen Unabhängigkeitspartei und demjenigen des Centrums der bayerischen Abgeordneten durchaus keine Verschiedenheit. Die Anschlußpartei hat hier zu Lande wenig Hoffnung, ihre Kandidaten durchzubringen, während in Baden, wie man mir schreibt, auf 14 Abgeordnete vielleicht 11 dieser Partei gewählt werden dürften.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Oesterreich und die weltliche Macht des Papstes.] Die Vertreter Oesterreichs im Auslande sind angewiesen, die Mittheilungen des Rothbuchs über die Stellung der Wiener Regierung dahin zu vervollständigen, daß sie ausführen: weder das protestantische Bekenntniß des Hrn. v. Beust, noch die Haltung gewisser österreichischen Organe, noch das Vorgehen der Regierung in der Concordatsfrage dürfe an Oesterreichs ernstem Willen zweifeln lassen, zur Aufrechterhaltung der weltlichen Macht des Papstes beizutragen. Die Garantirung der Kirchengüter sei übrigens geeignet, dem heiligen Stuhl hinreichende Entschädigung und Bürgschaft zu geben, wenn aus Rücksicht auf Ungarn, auf die interkonfessionellen Verhältnisse und auf die Entwicklung der Reichsgesetze in Cisleithanien der vom Kaiser als absolutem Herrscher abgeschlossene Vertrag modificirt werden müsse.

— [Das Defizit] ist für den Dr. Brestl schon deutlich fühlbar geworden, er muß darauf bedacht sein, dessen Herr zu werden. Da endlich doch die Regulirung der Finanzfrage durchgeführt werden muß, so handelt es sich darum, über das Provisorium der vier oder fünf Jahre hinauszukommen, welche für die Steuerreform auf allen Gebieten, für die veränderte Gesetzgebung für das Verkehrs- und Zollwesen, endlich für die definitive Ordnung der Ausgabenetats in allen Ressorts nöthig ist. Einer Anleihe sind die Abgeordneten schon aus dem leicht begreiflichen Grunde abgeneigt, weil sie ihr erstes Vertrauensministerium kein Fiasko machen lassen wollen. Dann

---

Einzelne Organe, so die Berliner „National-Zeitung“ und die „Preußischen Jahrbücher,“ stehen nicht direkt mit dem Preßbureau in Beziehung. Sie werden nur zu außerordentlichen Diensten gebraucht und dann vom Geheimrath Duncker, dem Historiker und politischen Rathgeber des Kronprinzen, inspirirt.

Zur Unterstützung dieser Wirksamkeit wurden zahlreiche offiziöse Journale mit Staatsgeldern edirt, doch hat der Abonnentenmangel das Eingehen fast aller dieser Blätter bewirkt. Auch das bedeutendste offiziöse Organ, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung,“ hat es nur bis zu 3000 Abonnenten gebracht und fordert bedeutende Zuschüsse aus den geheimen Fonds. Redakteur der „Norddeutschen Allgemeinen“ ist, wie bekannt, August Braß. Letzterer schrieb vor 1848 zahlreiche unsittliche Romane, so die „Geheimnisse von Berlin.“ Sein Hauptwirkungsfeld war der „Beobachter“ an der Spree, eines jener Blätter vom Schlage der seligen Briefe Eipeldauers an seinen Vetter in Krakau. 1848 gehörte er zu den Rothesten der Rothen und spielte namentlich im demokratischen Landwehrklub — er war Landwehroffizier — als „Kamerad Braß“ eine hervorragende Rolle. Seine Thätigkeit fand nicht die erwünschte Anerkennung — das Volk hat meist einen wunderbar feinen Instinkt für Männer, denen es vertrauen kann, und für Gesinnungslose. Aber durch Zweierlei hat Braß sich unsterblich gemacht. Er führte die Bewaffnung der „Biermamselln“ (Kellnerinnen) mit Schleppsäbeln ein, welche letztere in manchen Lokalen das einzige Toilettenstück der Damen bildeten, und er dichtete die, damals viel gesungenen Barrikadenlieder. So sang er von der Guillotine:

Das ist der Völker einzig' Heil,
Das ist das wahre Friedensbeil,
Das Beil von Gottesgnaden.

Und in einem andern Liede heißt es:

Wir färben roth, wir färben gut,
Wir färben mit Tyrannenblut.

1849 ging er nach Baden, führte dort ein wichtiges militärisches Kommando mit Geschick und Eifer, trug bei Waghäusel manches zu dem anfänglichen Erfolge bei, rettete sich nach der Schweiz und verschwand dann für einige Zeit aus den Augen seiner Gesinnungs- und Leidensgenossen. Er soll in den Donaufürstenthümern gewesen sein. Was er dort getrieben, war nicht zu ermitteln. Er kehrte mit reichlichen Geldmitteln nach Genf zurück, wo er bald unter den deutschen Flüchtlingen in den Verdacht der Spionage gerieth. Car. Vogt kennzeichnete ihn öffentlich als Spion, und seitdem war ihm alle anständige Gesellschaft verschlossen.

Etwa Ende 1858 gab August Braß im österreichischen Solde die „Genfer Grenzpost“ heraus, sah sich 1861 durch vielfache Skandale, über die man, sintemal sie nicht sämmtlich aktenmäßig verbürgt sind, schweigte, zur Abreise von Genf gezwungen, ging nach Berlin, kaufte für 2000 Thaler die „Berliner Montagszeitung,“ verwandelte diese in ein „Norddeutsches Allgemeines Wochenblatt“ und später in die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung.“ Die Geldmittel des angeblich von Schleswig-Holsteinern für Schleswig-Holstein gegründeten Blattes flossen aus Wien, die Uebermittlung geschah durch den Rentner Jansen in Hamburg, den der Generalkonsul Merck bezahlte. Die Tendenz des Blattes war natürlich großdeutsch.

Es geschah aber, was unter Schmerling oft geschah: die österreichische Regierung hielt ihre Versprechungen nicht, stellte die Geldzahlungen für die in ihrem Auftrage gegründeten Blätter ein, ließ die in ihrem Dienste stehenden Redacteure schmählich im Stiche. Braß wußte sich zu helfen, er trug seine Dienste Bismarck an, und in Folge der offiziösen Mittheilungen stieg sein Blatt von 300 auf 3000 Abonnenten.

hätte die Aufnahme derselben — und sie müßte während dieser Uebergangszeit jährlich erneuert werden — eine wesentliche und dauernde Belastung unter dem Titel „Zinsen der Staatsschuld" zur Folge, die bekanntlich jetzt schon unerträglich geworden sind und den Mittelpunkt der österr. Finanzfrage bilden. Man wird also im Reichsrathe wahrscheinlich zu einer neuen Steuer, **Vermögenssteuer** dürfte sie heißen, greifen und damit auszukommen suchen. Die Vorlage darüber dürfte nicht lange auf sich warten lassen.

Ausland.

Rußland. [Polizeiwirthschaft.] Der „National-Ztg." schreibt man aus Petersburg: Viel von sich reden macht ein Konflikt, den dieser Tage die englische Botschaft mit unserer Polizeibehörde hatte; es handelte sich um einen wegen angeblicher Paßlosigkeit seit vier Monaten im Gefängniß gehaltenen Mechaniker britischer Nationalität. Der Mann hatte seinen Paß vor anderthalb Jahren bei einem Brande verloren; die Botschaft machte dem Ministerium des Innern davon Anzeige behufs der nöthigen Nachforschungen und versah den Mann einstweilen mit einem Aufenthaltsscheine; vor einigen Monaten nun kam der Mechanikus in's Spital, und da er nach der Genesung die Krankheitskosten nicht zahlen konnte, wurde ihm sein Schein zurückgehalten. Am Tage seines Austritts aus dem Krankenhause wurde er von der Polizei als paßlos aufgegriffen und erst nach vier Monaten erfuhr die englische Botschaft durch ihren Kaplan, welcher das Gefängniß besucht hatte, diesen Fall. Auf eine Anfrage bei der Polizei erfuhr man, daß diese den Verhafteten sofort, d. h. Ende Oktober (!) vor den Instruktionsrichter gewiesen habe; Letzterer aber wies nach, daß er schon am nächsten Tage der Polizei den Auftrag ertheilt hatte, den Mann frei zu lassen, da er sich auf das Konsulat berufen hatte; dieser Auftrag nun ist in den Polizeibureau's liegen und der Mann im Gefängnisse geblieben. Unser Oberpolizeimeister General Trepow hat während seiner zweijährigen Funktionen schon Vieles gebessert, was allgemein anerkannt wird, aber das Gebahren bezüglich der Polizeihaft und der Paßlosigkeit scheint der Reform noch sehr zu bedürfen. Der Bericht des englischen Konsuls, welcher den Gefangenen aufsuchte, soll, was die Gefängnißlokalitäten betrifft, die gräßlichsten Details enthalten, auf einem Raume von 2 Ellen Länge und etwa 1½ Ellen Breite soll er an dreißig Gefangene getroffen haben und nach den Aussagen derselben soll die Anzahl des Nachts oft auf das Doppelte steigen, so daß die Leute oft nur stehend schlafen können. Ueber die dort herrschende . . . Reinlichkeit lassen sich kaum Details geben; allerdings wurde am nächsten Tage schon eine Wand durchbrochen, auch sonstige Salubritätsmaßregeln ergriffen, da man voraus sah, daß in Folge des Berichtes des Konsuls eine behördliche Untersuchung nicht ausbleiben werde. Der Mechaniker ist natürlich frei gelassen worden; aber die englische Botschaft reklamirt eine Geldentschädigung und wird dieselbe wahrscheinlich auch erhalten. Wie viele andere Ausländer und Einheimische mögen sich aber in derselben Lage wie jener Techniker befinden! Hoffentlich wird General Trepow seine bekannte Energie und seinen unleugbaren guten Willen nunmehr auch diesem Gebiete zuwenden.

Donaufürstenthümer. [Ableugnung russischer Agitation.] Die Widersprüche der Blätter über die Existenz oder Nichtexistenz der serbischen Banden in Rumänien dauern fort. Den fortwährenden hartnäckigen Versicherungen der „Patrie", daß Rußland bei jenen angeblichen Agitationen in Rumänien seine Hand im Spiele habe, entgegnet der heutige „Nord", wie es scheint, mit gutem Grund, durch einen Hinweis auf die Unlauterkeit der Quellen, welchen das offiziöse Pariser Blatt dabei gefolgt sei. Die „Patrie" hatte sich nämlich, zur Aufrechterhaltung ihrer Behauptung gegenüber den bestimmten gegentheiligen Versicherungen der offiziösen Russischen Presse, auf eine Notiz bezogen, welche der in Paris erscheinenden „Correspondance du Nord-Est" aus Wien zugegangen war, und welche Rußland als Betheiligte bei der Bildung jener Banden darstellte. Der „Nord" weist nun darauf hin, daß jene „Correspondance" ein Organ der polnischen Emigration in Paris sei, und daß es ungefähr ebensoviel heiße, sich aus dieser Quelle über die Politik Rußlands zu informiren, als wenn man bei einer Beurtheilung der Handlungen der preußischen Regierung sich an die Mittheilungen der in Paris erscheinenden „Situation" halten wollte.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67½ P. ¼ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62⅝—⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅛ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	47½ G.
"	5 pCt. do. steuerfr. 66	50⅛—¼ G.
"	4½pCt.	37½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101[illegible] P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¾ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅛ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅜ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅞ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	83¼ P. ⅛ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅞ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	83¾ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82½ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 P. 81½ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 P.
NAmerika	6pCt. à 100fr. 1881 D. 2½	77¾ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	75⅞—76 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	718 P. 717 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	189½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94⅛ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	220 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109⅞ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	254½—55 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P. 121 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157½ P. ¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	84 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131½ P. 31 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¾ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42⅝ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	112¾ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119—⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛—¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅝ P. ⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅝ P. ⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	137 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71—¼ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	131½ G.
" do. v. 1864	82 P. 81½ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100¼ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
" fl. 25 do.	42½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ G.

Frankfurt, 13. Februar. Die Medio-Liquidation ging leicht von Statten, wie sich dies bei dem immer noch sehr flüssigen Geldstande nicht anders erwarten ließ. Das Geschäft war meist durch die zur Abwickelung der Liquidation nöthigen Umsätze bedingt. Amerikaner waren sehr willig und zu mäßigem Zinsfuß in Prolongation anzubringen. Stücke von österr. Spekulationspapieren waren gegen vorigen Ultimo leichter zu haben. Die Course für österr. Spekulationseffekten waren ziemlich unverändert bis auf Staatsbahn, die auf höhere Pariser Course sehr animirt waren. Von Staatspapieren wurden neue englische Metalliques besser bezahlt. Süddeutsche Werthe waren eher etwas offerirt. 1882 Bonds erreichten nicht den Cours, den man nach dem niedrigeren Goldagio und den durch die Liquidation erforderlichen Käufen prognosticirt hatte. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 46.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 15. Februar 1868.

Zum neuen bayerischen Militärgesetz.*)

Würzburg, 15. Februar.

II.

Dienstverhältnisse der zum einjährigen Freiwilligendienst zugelassenen Wehrpflichtigen.

Die zum einjährigen Freiwilligendienst zugelassenen Wehrpflichtigen werden zu Offizieren und Unteroffizieren der Reserve und Landwehr ausgebildet. Bei ihrer Einreihung werden sie zwar bei den Kompagnien, Eskadrons und Batterien eingetheilt, allein per Regiment oder Bataillon einem besonders hiezu erwählten Offizier zu ihrer Ausbildung überwiesen. Beträgt die Zahl der Freiwilligen mehr als 20, so werden hiefür 2 Offiziere bestimmt. Die erste Ausbildung im Exerziren, Reiten und in der Dienst- und Waffenkenntniß erhalten die Freiwilligen durch ihre Instruktionsoffiziere. Die Zeit der ersten Ausbildung soll sich nicht über 6 Wochen erstrecken. Darnach treten die Freiwilligen in die Kompagnien, Eskadronen und Batterien ein und verrichten zunächst den Dienst eines Gemeinen. Zum Garnisons-Wachtdienst werden sie nur so weit, als zur dienstlichen Ausbildung nothwendig ist, herbeigezogen, von allen Fatiquediensten sind sie befreit. Wer nach Verlauf der ersten Hälfte des Dienstjahres zu der Hoffnung berechtigt, daß ihm bei der Entlassung das Zeugniß der Befähigung zum Landwehroffizier ertheilt werden kann, verrichtet sodann Unteroffiziersdienst. In der ersten wie in der zweiten Hälfte ihrer Dienstzeit bleiben die Freiwilligen jedoch der besondern Aufsicht der Instruktionsoffiziere unterstellt.

Wer den Dienst vernachlässigt, nicht bestrebt ist, sich militärisch auszubilden, Disziplinarübertretungen sich zu Schulden kommen läßt rc. rc., wird zur Schlußprüfung nicht zugelassen und gleich den übrigen Soldaten zum Dienste herangezogen. Denjenigen Freiwilligen, welche den in Anbetracht ihres Bildungsgrades an sie zu stellenden höheren Anforderungen entsprechen, wird jede mit dem dienstlichen Interesse vereinbare Rücksicht gewährt. Sie können die Erlaubniß, außer dem Dienste Civilkleider tragen zu dürfen, nach Verlauf sechswöchentlicher Dienstzeit erhalten. Der Freiwillige ist jedoch, auch wenn er nicht in Uniform geht, Soldat, daher seiner militärischen Verpflichtungen nicht enthoben und hat seinen Vorgesetzten dieselbe Achtung zu erweisen, wie im Dienste. Der Freiwillige trägt als besonderes Abzeichen eine weiß- und blauwollene Doppelschnur auf der Achsel des Waffenrockes und Mantels. Außer Dienst kann er Monturstücke von feinerem Tuche tragen.

Die erforderliche militärische Bekleidung hat er sich aus eigenen Mitteln anzuschaffen und zu unterhalten. Nach den zur Zeit bestehenden Preisen wird sich bei der Infanterie der Kostenbetrag für die erste Einkleidung mit Ausschluß der Wäsche, aber mit Einschluß der Propretäts-Artikel auf circa 36 fl. berechnen. Helm, Tornister, Lederzeug, Waffen und Feldausrüstungsgegenstände erhalten die Freiwilligen von ihrem Truppentheile.

Die bei der Kavallerie und reitenden Artillerie eintretenden Freiwilligen werden mit Dienstpferden beritten gemacht und erhalten auch die hiezu gehörige vollständige Equipage nebst Pferds-Requisiten auf ärarische Rechnung, soferne sie nicht vorziehen, ein eigenes Pferd zum Dienste einzustellen und sich die nöthige Ausrüstung selbst zu beschaffen. In letzterem Falle hat der Freiwillige keinen Anspruch auf irgend welche Vergütung von Seite des Militärärars, wogegen ihm auch Pferd sammt Ausrüstung beim Dienstaustritt als Eigenthum verbleiben.

Während der einjährigen Dienstzeit darf selbst das eigene Pferd nur zum Dienste benützt und muß deßhalb mit den Dienstpferden in denselben Stallungen untergebracht werden. Die Fourage für das eigene oder das zur Berittenmachung des Freiwilligen verwendete Dienstpferd wird vom Militärärar beschafft. Der Freiwillige hat jedoch dafür den Vergütungspreis je am 1. im Voraus für den betreffenden Monat an die Lokalverpflegskommission baar zu entrichten. Ferner hat derselbe den etatmäßigen Satz für den vom Aerar zu besorgenden Hufbeschlag in gleicher Weise an die Regimentskasse zu bezahlen. Für die Krankenpflege des Pferdes, welche vom Aerar besorgt wird, hat der Freiwillige eine Vergütung nicht zu leisten.

Die zum einjährigen Dienste zugelassenen Freiwilligen müssen selbst für ihr Quartier sorgen, haben jedoch während ihrer ersten 6wöchentlichen Ausbildung zu kaserniren. Gestatten es die Kasernirungsverhältnisse, so kann der Regimentskommandant diesen Freiwilligen die Erlaubniß ertheilen, auch nach der ersten Ausbildungszeit in der Kaserne zu wohnen. Diese ertheilte Erlaubniß verpflichtet jedoch den Freiwilligen zur Kasernirung während seiner ganzen Dienstzeit, falls nicht ganz besondere Umstände eintreten. Bei Führung einer Korporalschaft rc. kann der Freiwillige ebenfalls zum Wohnen in der Kaserne angehalten werden. Außerdem kann das gewährte Vorrecht, außer der Kaserne zu wohnen, durch schlechte Aufführung, Nachlässigkeit im Dienste verwirkt werden und muß dann der Freiwillige längere oder kürzere Zeit in der Kaserne wohnen. Eine derartige Maßregel kann der Kompagnie- rc. Kommandant als Disziplinarbestrafung verfügen. Muß der Freiwillige in dieser Weise zur Strafe kaserniren, so hat er

*) Das Ausführliche dieser heute und gestern von uns in gedrängtem Auszuge gebrachten Bestimmungen findet man in der eben, in der Würzburger Volksausgabe erschienenen „Instruktion zum bayerischen Wehrgesetz“; Würzburg bei Stahel, Preis 18 kr.

Verhandlung des achtfachen Mörders Timm Thode.

Die Schauderthat in Groß-Campen, die dem Namen Timm Thode in der Kriminalgeschichte zu einer entsetzlichen Berühmtheit verholfen hat, kam am 31. v. M. vor dem Schwurgerichte in Itzehoe zum gerichtlichen Abschluß. Timm Thode, der im Jahre 1866 an Einem Tage seinen Vater, seine Mutter, seine 4 Brüder, seine Schwester und ein Dienstmädchen erschlagen und dann — um das Verbrechen zu verhüllen — das elterliche Haus angezündet hatte, ist erst 23 Jahre alt, und macht den Eindruck eines Bauers, wie man sie in den holsteinischen Marschen häufiger antrifft. Er sieht sehr wohl aus. Der untere Theil des Gesichtes springt etwas hervor, die Lippen sind wulstig aufgeworfen, die Augen spotten in ihrem glitzernden Leuchten, wenn er sich einmal dem Zuschauerraum zuwendet, der klassischen äußeren Unbefangenheit, welche er an den Tag legt.

Den Hergang des Verbrechens erzählt Timm Thode selbst, ohne dabei die geringste Erregtheit zu verrathen, folgendermaßen: Er habe mit seinen Brüdern Johann, Martin und Cornils auf unfreundlichem Fuße gestanden; auch das Verhältniß mit seinem Vater sei nicht günstig gewesen. Mit den Uebrigen meinte er, wäre es „gegangen“. Im Frühjahr 1866 faßte er den Entschluß, seine Familie zu tödten, um dem fortwährenden Streit ein Ende zu machen; dann den Hof, welcher ihm nach dem Tode seiner Angehörigen zufallen würde, zu verkaufen, und somit in alleinigen Besitz eines bedeutenden Vermögens zu gelangen. Am 6. August hatte er schon eine 5 Fuß lange Handspeiche bereit gelegt, um die Brüder zu erschlagen: „Een bi een woll ick se in de Schün locken, um se denn en na enander dodslagen!“ sagte er. Diese Absicht wurde nicht ausgeführt, da es ihm nicht gelingt, den Plan in gedachter Weise zu vollbringen. Am Dinstag, 7. August, fuhren die Eltern aus dem Hause, um einen Besuch bei Bekannten abzustatten. Timm Thode weiß es zu veranlassen, seinen mit der Arbeit beschäftigten Brüdern Martin, Cornils und Reimers einzeln nachzugehen, und erschlägt dann hinterrücks mit der 5 Fuß langen, am unteren Ende dicken „Handspake“ die Brüder nacheinander. Martin fällt zuerst unter des Bruders mörderischer Hand, dann Reimer und Cornils. Den Johann schlägt er über den Kopf. Dieser taumelt hin und her und ruft den Bruder an. Der Mörder schwingt aufs Neue die Handspeiche und schlägt ihn dann todt. Nun mußte der Vater, welcher inzwischen mit der Mutter heimgekommen war, beseitigt werden. Timm weiß ihn durch die Aussage: die Ochsen seien ausgebrochen, zu veranlassen, vor die Hausthür zu treten und „links“ vor der Hofstelle erschlägt er ihn. In einer Karre bringt er den Leichnam des Vaters nach Hause und vertilgt die er-

für die Kasernirung per Tag eine Vergütung von 6 kr. an die Lokalverpflegskommission zu entrichten. Auf Märschen, bei Manövers oder wenn die Abtheilung mobil gemacht ist, erhalten die Freiwilligen gleich den übrigen Soldaten freies Quartier.

Der zum einjährigen Freiwilligendienst zugelassene Wehrpflichtige erhält im Frieden und in Garnison weder Löhnung noch Verpflegung vom Militärärar. Auf Märschen und in Cantonnements bezieht derselbe gleich den übrigen Soldaten die regulativmäßige Naturalverpflegung, wofür derselbe den Betrag von 24 kr. für je eine Tagsverpflegung an die Regimentskasse zu bezahlen hat. Vom Tage der Mobilmachung an fallen die zu leistenden Vergütungen für alle bei den mobilen Truppen stehenden Freiwilligen weg, und erlangen dieselben vollen Anspruch auf Unterkunft, Verpflegung und Geldbezüge vom Militärärar gleich allen anderen Soldaten. Die zur Kategorie des Art. 37 des Wehrgesetzes gehörigen mittellosen Freiwilligen erhalten auf Ansuchen auch im Frieden die Geldgebühren ihrer Charge an Löhnung, Brodgeld, Menagezulage und Kasernengenuß. Diese Begünstigung erstreckt sich jedoch nicht auf Freiwillige der Cavallerie und reitenden Artillerie, welche sich stets selbst zu verpflegen haben, und wenn sie dies nicht können, an die zu Fuß dienenden Truppenabtheilungen zu verweisen sind. Die zum einjährigen Dienst zugelassenen Freiwilligen erhalten in der Regel während ihres Dienstjahres keinen, ausnahmsweise bis zu 14 Tagen Urlaub. Erscheint unter ganz dringenden Umständen ein längerer Urlaub geboten, so wird die der Art zugebrachte Zeit nicht in ihre Dienstzeit eingerechnet.

Erkrankte Freiwillige können sich entweder in ihrem Quartiere durch einen Privatarzt behandeln, oder gegen Vergütung eines fixen Satzes von 24 kr. täglich für Medikamente und Krankenverpflegskosten im Militärkrankenhause ihrer Garnison aufnehmen lassen, in welch' letzterem Falle die Behandlung durch den betreffenden Militärarzt unentgeltlich geschieht. Die zum einjährigen Dienst zugelassenen Freiwilligen unterliegen in Strafsachen den für die Militärpersonen überhaupt bestehenden gesetzlichen und verordnungsmäßigen Bestimmungen, und sie können mit allen Strafen belegt werden, welche für den Gemeinen, beziehungsweise Unteroffizier festgesetzt sind. Im Untersuchungs- und Garnisons-Strafarrest hat der Freiwillige für seine Bekleidung und Verköstigung selbst zu sorgen. Diejenigen, welchen die regulativmäßige Geld- und Naturalverpflegung zugestanden ist, beziehen während des Arrestes dieselben Gebühren, welche für andere Mannschaften im gleichen Falle festgesetzt sind. Eine Versetzung der zum einjährigen Dienst zugelassenen Freiwilligen kann nur stattfinden, wenn die Abtheilung, bei welcher der Freiwillige eingereiht ist, in eine andere Garnison verlegt wird und es die individuellen Verhältnisse desselben nothwendig erscheinen lassen, z. B. bei Studirenden, Anwesenheit der Eltern &c. Jedoch ist dieses Recht durch militärdienstliche Rücksichten begrenzt.

Die in die Reserve und Landwehr übergetretenen Freiwilligen werden im Falle einer Mobilmachung, bei Uebungen oder sonstigen Dienstleistungen, gleich den übrigen Reservisten und Landwehrmännern behandelt. Bei Beurtheilung der Qualifikation der zum einjährigen Dienste zugelassenen Freiwilligen zum Landwehroffizier wird einerseits deren sittliche und dienstliche Haltung im Allgemeinen, anderseits die nöthigen militärischen Kenntnisse in Betracht gezogen. Zu diesem Zwecke finden besondere Prüfungen statt. Die Resultate dieser theoretischen und praktischen Prüfung werden dem versammelten Offizierkorps vorgelegt und hiernach das Offizierkorps zur Abgabe eines bestimmten Urtheiles über die Befähigung oder Nichtbefähigung des treffenden Freiwilligen zum Landwehroffizier veranlaßt. Den in der Prüfung Bestandenen und als befähigt Erkannten ertheilt das Regiments- &c. Commando ein Zeugniß, in welchem die Qualifikation zum Landwehroffizier ausgesprochen ist.

Diejenigen Freiwilligen, welche das Landwehroffizier-Examen nicht gemacht oder nicht bestanden haben, werden zur Reserve entlassen und befinden sich nun in demselben Verhältnisse, wie Jeder, der 3 Jahre gedient hat. Diejenigen Freiwilligen, welche das Qualifikationszeugniß zum Landwehroffizier erlangt haben, sollen in der Regel noch eine vierwöchentliche Uebung bei der Linie mitgemacht haben, bevor sie zu Landwehroffizieren ernannt werden. Dieselben werden jedoch vor ihrem Uebertritte zur Reserve zu Corporälen befördert. In der Reserve verlieren die zum einjährigen Dienste zugelassen gewesenen Freiwilligen ihr Abzeichen.

Die zum einjährigen Dienste zugelassenen Freiwilligen können auf Avancement weiter dienen und capituliren. Im letzteren Falle wird ihnen ihr Dienstjahr für 3 Jahre gerechnet.

Die zum einjährigen freiwilligen Dienst als **Aerzte** zugelassenen Pflichtigen bleiben nach ihrer einjährigen Dienstzeit verpflichtet, während ihrer Gesammtdienstzeit, demnach weitere 8 Jahre, im Mobilisirungsfalle als Militärärzte bei den Truppen und in den Spitälern zu dienen. Bei bewiesener guter Haltung und Brauchbarkeit werden die freiwilligen Aerzte nach Ableistung des einjährigen Dienstes und vollständiger Erfüllung der zur Anstellung als Militärarzt gestellten Vorbedingungen zur Verleihung des Titels „Landwehrarzt", womit der Rang eines Oberlieutenants verbunden ist, in Vorschlag gebracht. Den freiwilligen Aerzten und veterinärärztlichen Praktikanten ist es gestattet, ihren Dienst in den Militärspitälern in bürgerlicher Kleidung zu verrichten. Die zur Ableistung des Freiwilligendienstes in Militärspitälern oder als veterinärärztliche Praktikanten berechtigten Candidaten der Medizin und der Thierheilkunde beziehen in der Regel keine Löhnung oder sonstige Gebühren und haben sich daher selbst zu verpflegen. Ausnahmsweise kann solchen Candidaten, wenn sie nachgewiesenermaßen die Mittel zu ihrer Subsistenz nicht besitzen, die regulativmäßige Geld- und Naturalverpflegung zugestanden werden.

Süddeutschland.

Bayern. [Zum Schulgesetz.] Nach den Bestimmungen des **Schulgesetzes** soll die örtliche **Aufsicht über die Volksschulen** durch die Ortsschulkommissionen besorgt werden. Während der von der Staatsregierung vorgelegte Entwurf den **Vorsitz dieser Commission** in Landschulgemeinden dem **Ortspfarrer** anweist und nur in Städten und Märkten dem Bürgermeister, macht der **Referent** den Vorschlag, daß auch in den Landgemeinden der **Ortsvorsteher** den Vorsitz führe und begründet diesen Antrag folgendermaßen: „Die Bildung der Ortsschulkommission ist im Prinzipe gleichmäßig für Land- und Stadtschulen anzuordnen, da ein zwingender Grund für ungleiche Anordnungen nicht vorliegt. Bisher schon führten in allen Städten mit Magistrat in den diesrheinischen Kreisen den bestehenden Verordnungen gemäß, sowie in der Pfalz die **Bürgermeister** oder deren Stellvertreter den Vorsitz in der Ortsschulkommission. „„Prinzipiell und im Allgemeinen muß die Leitung und Beaufsichtigung des Volksschulwesens der Staatsregierung gewahrt werden;"" — so spricht diese selbst ihren Standpunkt aus im Entwurf des Gesetzes. Folgerichtig muß ein Organ der Staatsregierung auch den Vorsitz in der Ortsschulbehörde führen, welcher die örtliche Aufsicht über die Volksschulen obliegt. Die allgemeinen Erläuterungen zum Entwurf besagen ferner: „„der Kirche als solcher kömmt nach ihrer Bestimmung nur die Leitung und Beaufsichtigung des reli-

---

waigen Blutspuren durch Ausgrabung der Erde, welche er mit auf die Karre wirft. Zwei wachsame Hunde sind auf dem Hofe des Joh. Thode. Diese könnten dem Mörder gefährlich werden; deßhalb muß er dieselben beseitigen. Die Hunde sind ihm zugethan. Er lockt sie an sich heran, schlingt einen Strick um den Hals des ersten und hängt diesen auf. Darauf ruft er den anderen Hund. Das Thier folgt dem Rufe. Mit seinem Rasirmesser sucht er demselben den Hals abzuschneiden. Es gelingt ihm nicht ganz, und heulend enteilt der Hund den Händen des Mörders. Die Mutter erscheint mit brennendem Licht an der Thür und fragt nach der Ursache des Lärmens. „Es ist nichts", behauptete Timm. Nun erfolgt die Erzählung des entsetzlichen Kampfes in der kleinen Stube zwischen Schwester und Bruder. Von einem Schlag der Axt betäubt, liegt die Mutter auf dem Boden. Die Schwester springt aus dem Bette, um die Mutter zu retten. Mit einem Messer sticht er auf die Schwester los und schlägt sie dann mit der Axt todt. Die Mutter „günste" noch; er erschlägt auch diese. Endlich eilt er in die Mädchenkammer, fühlt im Finstern nach dem Kopfende des Bettes, schlägt mit der Axt zweimal zu, und der letzte Mord ist geschehen. Lautlos stirbt das Mädchen. „Da har ick se All todt!" sind seine Worte. Dann steckte er die Scheune in Brand, um die That zu verdecken, und plazirt die Leichname derartig, daß dieselben beim Ausbruch der Feuersbrunst zerstört werden mußten. Hierauf legt er sich so lange abwartend auf das Bett, bis das Feuer den gewünschten Umfang genommen hatte.

Die Erzählung der Schauerthat aus des Mörders eigenem Munde macht auf die Zuhörer den entsetzlichsten Eindruck. Der Vertheidiger weiß nichts zu sagen, als sein innerstes Bedauern über die That auszusprechen. Der Gerichtshof beschloß darauf, ohne Hinzuziehung der Geschwornen, das Urtheil zu fällen. Nach demselben wird Timm Thode wegen des Verbrechens wiederholter Brandstiftung und achtfachen Mordes zum Tode verurtheilt. Der Angeklagte hört mit unerschütterlicher Ruhe sein Urtheil an, und auf die letzte Frage des Präsidenten, ob er noch irgend etwas zu bemerken habe, antwortete er in seinem Plattdeutsch: „Ne, — nix."

giösen Volksunterrichts und der religiösen Bildung zu."" Aus diesen ebenso richtigen als verfassungsmäßigen Bestimmungen folgt, daß der Ortspfarrer, welcher ein Organ seiner Kirche und nicht des Staates ist, nicht den Vorsitz der örtlichen Schulbehörde zu führen hat, und wenn dieses bisher in den Gemeinden ohne Magistrat in den diesrheinischen Kreisen verordnungsmäßig dennoch der Fall war, so beruhte dieß auf gegenseitigem Uebereinkommen und auf Gründen der Zweckmäßigkeit, welche letztere nicht mehr wirksam erscheinen, sobald dem Pfarrer die Lokalschulinspektion entzogen ist, wie dieß im gegenwärtigen Gesetzentwurf grundsätzlich geschieht. Außerdem ist die der Ortsschulkommission noch belassene Befugniß und Wirksamkeit, von welcher die Beaufsichtigung „der technischen Seite des Unterrichts ausgeschlossen"" wird, so eng begrenzt, und auch gerade für den Geistlichen so odioser Art, daß eines Theils auch die Ortsvorsteher (Bürgermeister) in Landgemeinden diesen rein äußerlichen Wirkungskreis vollständig zu überschauen vermögen, und anderen Theils den Geistlichen nicht sehr erwünscht sein kann, den Vorsitz einer Lokalbehörde zu führen, deren Aufgabe auch die ist, Strafe gegen verschuldete Schulversäumnisse auszusprechen." Während ferner (nach dem Regierungsentwurf der Ortspfarrer Mitglied der Ortsschulkommission sein soll, wünscht der Referent folgende Bestimmung aufgenommen: „der Ortspfarrer ist zwar nicht Mitglied der Ortsschulkommission, ist aber von den Sitzungen derselben in Kenntniß zu setzen und ist berechtigt, darin zu erscheinen, Anträge zu stellen und an deren Berathung Theil zu nehmen," und begründet diesen Antrag folgendermaßen: „Der Geistliche kann als solcher und als Organ seiner ihm vorgesetzten kirchlichen Behörde nicht wohl durch die Gemeinde oder Staatsbehörde zur Uebernahme einer gemeindlichen oder staatlichen Funktion verpflichtet oder gezwungen werden. Wohl aber ist er als amtlicher Vertreter der religiös-sittlichen und kirchlichen Interessen seiner Confession befugt und berechtigt, da, wo es sich um Bildung und Erziehung der seiner Confession angehörigen Jugend handelt, mitzureden und mitzuwirken. Daher wird der Geistliche als berechtigt, aber nicht als verpflichtet erklärt, an den Verhandlungen der Ortsschulkommission Theil zu nehmen. Auch bei dem Gesetze über öffentliche Armenpflege wurde die Bestimmung von dem Ausschusse aufgenommen, daß der Pfarrer zwar berechtigt, aber nicht verpflichtet sei, in die Armenpflegschaftskommission einzutreten."

— [Beamtengehalte.] Was die in verschiedenen Zeitungen enthaltene Nachricht betrifft, als sei zwischen der Staatsregierung und dem Finanzausschuß der Abgeordnetenkammer eine Einigung darüber erzielt, daß die Beamtengehalte bis zu 1600 fl. mit einem Mehraufwand von jährlich 300,000 fl. aufgebessert werden sollen, so liegt in dieser Hinsicht weder ein vom Ausschuß noch ein von dem betreffenden Referenten formulirter Antrag vor und ist bis jetzt nicht der kleinste Anhaltspunkt zur Aufstellung der bestimmten Ziffern 300,000 fl. und 1600 fl. gegeben. Zur Zeit läßt sich nichts weiter sagen, als daß der Ausschuß den Antrag zu stellen beabsichtigt, daß die Kammer die nöthigen Mittel gewähre, um die Gehalte der niederen Bedienstelen und Beamten jeder Kategorien einigermaßen aufzubessern.

Württemberg. [Zollparlamentswahlen.] Der „Südd. Presse" schreibt man aus Stuttgart: Mit den Vorbereitungen zu den Zollparlamentswahlen geht es langsam voran. Ein Hauptgrund ist neben der erst kürzlich erfolgten Abgrenzung der Wahlbezirke noch die Schüchternheit der Kandidaten, welche fürchten, dem „Beobachter" oder der schwäbischen „Volksztg.", den beiden gefürchtetsten Schimpfblättern,*) in die Hände zu fallen. Letzteres ist keine Kleinigkeit — schwerlich hat man irgendwo anders einen Begriff davon, wie unbarmherzig diese Blätter Persönlichkeiten in ihre Spalten hereinziehen. — Die „liberale" Partei — sie würde sich besser „süddeutsche" nennen — hat aus allen Theilen des Landes Beitrittserklärungen zu ihrem Programme für die Wahlen erhalten. Dieselbe hat Wahlvorschläge veröffentlicht, worunter die folgenden Namen am bekanntesten sind: Frhr. v. Varnbüler, Staatsrath Mittnacht, Gd. Elben, Kanzler v. Geßler, die Kommerzienräthe Knosp, Finckh und Rauch, Sarwey und Sick aus Stuttgart, Graf Zeppelin, Frhr. v. König, Buchhändler Hallberger u. a. — Die Wahl Varnbülers in Urach-Münsingen-Kirchheim scheint stark bekämpft werden zu wollen; der Gegenkandidat ist Fabrikant Otto von der Anschlußpartei. Mittnacht wird im Kreis Mergentheim-Crailsheim kaum bekämpft werden. Die übrigen 15 Bezirke sollen nach den Vorschlägen des liberalen Komite ihre Kandidaten aus den Vorgeschlagenen heraussuchen. — Am auffallendsten soll, wie uns mitgetheilt wird, der Kontrast der bayerischen Wahlbewegung und der württembergischen Schläfrigkeit an der bayerischen Grenze in Ulm hervortreten, wo zwischen Hrn. v. Aretin und Herrn Röck in Memmingen gekämpft wurde, während die Bezirke Ulm, Biberach u. s. w. noch nicht einmal nach Kandidaten sich umgesehen haben.

*) Die schwäbische „Volksztg." ist nicht minder fanatisch preußisch, als der „Beobachter" das Gegentheil. A. d. R.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 13. Febr. [Die handelspolitischen Verhandlungen mit Oesterreich] sollen — wie der †-Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt — einen günstigen Verlauf nehmen und den Abschluß in etwa 14 Tagen, vielleicht schon Ende nächster Woche, hoffen lassen. Es wird nicht als unwahrscheinlich angesehen, daß wegen einiger weiterer Positionen, wie es beispielsweise scheint wegen Roheisen, gegenseitige Zugeständnisse erzielt werden dürften.

— [Das norddeutsche Bundeswappen.] Ueber die Form des neuen Bundeswappens berichtet die „Weserztg.": Nach den an den Bundespost- und Telegraphenämtern angebrachten Schildern zu schließen, hat man jetzt als Bundeswappen einfach die drei übereinander liegenden schwarz-weiß-rothen Streifen angenommen, wobei als Schildhalter die von dem preußischen Wappen her bekannten beiden wilden Männer dienen. Dagegen sind die im Bundeskanzleramte geführten Siegel aus den Wappen sämmtlicher 22 Bundesstaaten zusammengesetzt. Sämmtliche Wappen sind auf dem Siegel in gleicher Größe dargestellt, in der Mitte das Wappen der Präsidialmacht, ein Schild mit dem preußischen Adler; um dieses befinden sich in einem engeren Kreise die 6 Wappen des Königreichs Sachsen, der Großherzoge beider Mecklenburg, von Weimar und Oldenburg und des Herzogs von Braunschweig; dann folgen in einem weiteren Kreise die Wappen der übrigen 14 Staaten (4 Herzogthümer, 7 Fürstenthümer, 3 freie Städte). Da die übrigen Wappenschilde Kronen haben, die der freien Städte nicht, so entstand hiedurch eine Lücke in dem äußeren Ringe, welche durch die Inschrift „Norddeutscher Bund" ausgefüllt ist. Das Siegel wird namentlich auch auf den für Bundesbeamte ausgefertigten königlichen Ernennungspatenten angewendet.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Febr. [Die Militärverwaltung in Civilhänden.] Dem Beschlusse der Delegation über das Kriegsbudget sollen Resolutionen angeschlossen werden, in denen Vorschläge zur Vereinfachung der Administration gemacht werden. Die Abgeordneten scheinen es für nothwendig befunden zu haben, die Armeeadministration in die Hände von Civilpersonen zu legen, um sich der angeordneten Ersparungen zu vergewissern. In diesem Sinne ist der gestern im Budgetausschuß gefaßte Beschluß zu deuten, welcher lautet: Es sei in Zukunft die Administration der Armee in die Hände von Nichtmilitärs zu legen.

Ausland.

Frankreich. [Die Skandalpresse des zweiten Kaiserreichs.] Mit bewußter Absicht schuf und unterstützte das zweite Kaiserthum die sogenannte „kleine Presse", um durch die Beschäftigung mit diesen angeblichen literarischen Erzeugnissen die große Masse des Volkes dem politischen Parteileben ferne zu halten. Dieser Hintergedanke rächte sich in der schwersten Weise. Die kleinen von dem Stempel und der Caution befreiten Blättchen schossen wie Giftpilze aus dem Boden und warfen sich sofort auf das Gebiet des Skandals; gegenwärtig bilden sie nicht nur einen Schandflecken der napoleonischen Aera, sondern eine direkte soziale Gefahr, welche die seltsamsten und unangemessensten Repressionsmaßregeln wach ruft. Bekanntlich war Persigny's Brief über das Preßgesetz lediglich durch seine Abneigung gegen die kleine Presse diktirt, von der er in seinem Privatleben auf das Empfindlichste zu leiden hatte. Ein dem gesetzgebenden Körper von Guilloutet vorgelegtes Amendement, welches verlangt, daß Angriffe auf das Privatleben mit einer Geldbuße von 500 bis 5000 Franken bestraft werden, ist von demselben in Erwägung gezogen worden. Was als Angriff auf das Privatleben zu betrachten sei, wird schwer zu formuliren sein und es wird in dieser Beziehung wieder alles dem leidigen „Ermessen" des Richters anheimgestellt bleiben. Girardin schreibt darüber in der „Liberté": „Es ist nicht Sache des Gesetzes und der Gerichte, die Freiheit des Gedankens, des Wortes der Feder und der Presse polizeilich zu beaufsichtigen, diese Aufgabe fällt der Wissenschaft und den Sitten zu. Wenn ein Journal auf den Skandal, die Verläumdung, die Injurie spekulirt, so mache sich der Käufer nicht zum Mitschuldigen des Händlers in Skandal, Verläumdung, Ehrabschneidung und Injurien! Abonnirt euch nicht auf das Journal, wenn ihr es nicht seid, und wenn ihr es seid, gebt euer Abonnement auf, indem ihr diese Aufgabe des Abonnements ge-

nügend motivirt. Es ist nicht das Journal, was den Leser bildet, es ist vielmehr der Leser, der den Charakter des Journals bestimmt. Sich gegen ein Journal entrüsten, an dessen Lektüre man sich ergötzt, dasjenige, was man auf das heftigste tadelt, mit Genuß einschlürfen, das ist Heuchelei, das ist nahezu Mitschuld. Wenn ihr gegen die Blätter schreit, lest sie nicht, und wenn ihr sie lest, schreit nicht dagegen. Es ist nicht zu fürchten, daß die Straflosigkeit der Presse als Erfolg Ausschreitungen der Verleumdung und der Injurie in den Journalen nach sich zieht, denn wenn die Censur derselben nicht mehr im Wege des Gesetzes stattfindet, wird sie sofort in der strengsten Weise von den Sitten gehandhabt werden. Lange Zeit hat man über die Frage gestritten, ob die Sitten die Gesetze, oder umgekehrt, ob die Gesetze die Sitten bestimmten. Man halte für sicher, daß wenigstens auf dem Gebiete der Preßfreiheit die Sitten durch das Gesetz verhindert werden, sich zu bilden, zu entwickeln und männlicher zu werden."

Großbritannien. [Die „Times" über die Rüstungen auf dem Continent.] Die „Times" bespricht heute die Rüstungen der kontinentalen Staaten und zeigt, wie sie sich mit dem Militärwesen abquälen, während die Lippen ihrer Minister von Friedensversicherungen überströmen. In Frankreich mangle es dem Ackerbau bereits an Händen. Nicht minder hart falle Deutschland die Last der neuen Militäreinrichtungen. Preußen werde in seinen östlichen Ländern von herzzerreißendem Nothstande heimgesucht. Aus Süd- und Mitteldeutschland höre man nichts Besseres. Aus den Häfen Italiens sehe man Auswandererschiffe die kräftigste Bevölkerung hinwegführen. Ueberall schmachte Land und Volk unter hoher Steuerlast. Allenthalben sehe man die Frauen bei der Feldarbeit, während junge Leute in Uniform in den Cafés Domino spielen oder in den Estaminets ihre Cigarre rauchen. Das große Resultat aller Erfindungen ist, daß die Völker einander das Messer an die Kehle setzen. Frankreich müsse 1¼ Mill. Soldaten haben, weil Italien 900,000 hat. Bismarck versichert, Deutschland könne nicht ruhig schlafen, so lange ein Paar hundert hannöver'sche Flüchtlinge für die Fremdenlegion in Straßburg gedrillt werden. Beust endlich behauptet, alle Anstrengungen seien gemacht worden, die Kriegsgefahr zu beseitigen, alle Hoffnung sei vorhanden, den Frieden zu erhalten, aber das Militärbudget könne er nicht verringern.

Mexico. [Abbé Fischer.] Dem „Schwäb. Merk." wird von einem Hrn H—r in Cst. (Cannstatt?) folgende Mittheilung: Es ist bei dem Bericht über die Katastrophe in Mexico viel die Rede von dem Privatsecretär des Kaisers Maximilian gewesen und von vielen Seiten wird behauptet: dieser Abbé Fischer habe einen entscheidenden Einfluß auf die Entschlüsse des Kaisers ausgeübt. Wer ist dieser Abbé Fischer? Im Jahr 1837 ward aus Ludwigsburg, von achtbaren Aeltern in die erst gegründete Rettungsanstalt in Lichtenstern ein Knabe eingeliefert, mit dem seine Aeltern nicht mehr fertig werden konnten. Nach kurzem Aufenthalt an einem Orte, wo doch mancherlei Unarten nichts seltenes waren, zeigte Fischer aber bald so verderbte Angewöhnungen, solche Verhärtung gegen alle Einwirkungen und eine solche Ueberlegenheit über die übrigen Kinder, die er zu Unarten mit fortriß, daß wir nach langer Geduld diesen Knaben im September desselben Jahres zu entlassen veranlaßt waren. Als der Unterzeichnete im Jahre 1840 über Holland nach Paris gieng, näherte sich ihm im Schiff unterhalb Köln ein junger Mensch, der mit einiger Scheu sich als den „Fischer" zu erkennen gab. Seine Aeltern wußten je länger, je weniger mit ihm anzufangen, und „so hätten sie ihn nach Amerika geschickt." Der junge Mensch schien etwas zutraulicher zu sein, und so gab ich ihm in Havre des guten Raths so viel mit, da ich doch einige Frucht davon hoffte. Er ließ noch besonders die Mutter grüßen. Drüben soll er nach einer Zeit schwerer Drangsal, und wie er denn sehr begabt war, später in zwei Counties als angesehener Advokat gelebt haben. Von da scheint er nach Mexico übergetreten zu sein; er wurde Katholik, Jesuit und kam als solcher einmal in einer Mission nach Rom, in der ganzen Haltung eines Priesterdiplomaten, auf der Durchreise nach Ludwigsburg. Er ward in Mexico gleichfalls zum Tode verurtheilt, gefangen gehalten und ist eben auf der Reise nach Europa.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	67½—⅝ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¼ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	47½ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅛—¼ G.
„	4½pCt.	37½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¾ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¾ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅜ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅝ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¾ P. ½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82¼ G.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅝ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86⅛ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	82½ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 P. 81½ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77½ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	75⅞—76⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713—16 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	188½—89½ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	220 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakt'en . . .	90 P.
Tarnes-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109½ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	256—57 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ P. 121 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107¼ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝—53 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¼ P. 75 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¾ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119¾—½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119—⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅞ P. ⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅝ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	137 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	61½ G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	70¾—71⅛ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132 P. 31½ G.
„	do. v. 1864	81¾ P. ½ G.
	4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
	Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
	Badische fl. 35	51¼ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
„ fl. 25 do.	42½ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅝ P. ⅜ G.

Frankfurt, 14. Februar. Das Geschäft concentrirte sich heute besonders auf Staatsbahnaktien, die in großen Posten zu rapid steigenden Coursen, zu denen von Frankreich aus das Signal gegeben ward, vom Markte genommen wurden. In Creditaktien, österr. Loosen und Steuerfreien war das Geschäft sehr gering. Auch die Anlagepapiere waren mit Ausnahme von neuen engl. Metalliques, die höher bezahlt wurden, vernachlässigt. Amerikaner entsprachen wiederum nicht den vor der Börse auf sie gesetzten Erwartungen. Obwohl Goldagio von New-York wiederum 1 Point niedriger gekommen war, konnten 1882er Bonds es zu keiner Courssteigerung bringen. Das neue amerikanische Papier, Californische Central-Pacific-Bahn, soll demnächst hier zur Auflage kommen. Das New-Yorker Publikum hat sich, wie die New-Yorker Zeitungen berichten, so stark an diesem Papiere betheiligt, daß dieselben in wenigen Tagen von 95 auf 100 gestiegen sind. Hiesige Bankhäuser haben einen mäßigen Betrag aus erster Hand erhalten, der hier zur Subskription aufgelegt wird. — Süddeutsche Werthe waren offerirt. In Eisenbahnen und Wechsel kein Leben.

(Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 47. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 16. Februar 1868.

Bayerischer Landtag.

Berathung des Gesetzes über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt.

München, 15. Februar.

In der gestrigen 64. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten war der Gegenstand der Berathung der Entwurf eines Gesetzes über Heimaht, Verehelichung und Aufenthalt. Dr. Ruland stellte den Präjudicialantrag, die Kammer wolle beschließen, daß die Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfs zur Zeit zu vertagen sei, weil die ganze Sozialgesetzgebung so innig zusammenhänge, daß es unmöglich sei, einen Theil ohne den anderen in gehörige Berathung zu nehmen. Das Gesetz über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt hänge innig zusammen mit der Gemeindeordnung und dem Armengesetze und letztere lägen noch nicht vor. Dann hat Redner Bedenken bezüglich der Abtheilung „Verehelichung", welche so gefaßt sei, daß die Civilehe und alles damit Zusammenhängende eingeführt werden könnte. Ferner berufe sich das vorliegende Gesetz auf das Gesetz über den Verwaltungsgerichtshof, das auch erst in Berathung gezogen werden sollte. Wenn einmal die sämmtlichen Gesetzentwürfe vorliegen, dann sei es möglich, sich ein bestimmtes Urtheil zu bilden. — Präsident Pözl machte darauf aufmerksam, daß der Entwurf des Armengesetzes und der Gemeindeordnung bereits in zweiter Lesung vorliegen. Referent Fischer erklärte sich gegen den Präjudicialantrag: der Gegenstand sei kein neuer; seit Jahren sei anerkannt, daß eine Verbesserung der Sozialgesetzgebung ein dringendes Bedürfniß sei, seit Jahren lägen die Gesetzentwürfe vor und während des ganzen vorigen Jahres habe sich der Ausschuß damit beschäftigt, die Entwürfe zu prüfen Wer bis heute sich nicht in der Lage befunden hat, sich ein klares Urtheil über den vorliegenden Gegenstand zu bilden, der werde auch in 6 oder 8 Wochen nicht sich in dieser Lage befinden. Wenn die Kammer sich auf den Standpunkt des Dr. Ruland stellen würde, dann könne gar nie ein Gesetz erledigt werden. Redner glaubt gerne, daß man von mancher Seite wünscht, jede Verbesserung auf sozialem Gebiete zu hindern und daß man versuchen will, eine Vertagung nicht blos auf 6 Wochen, sondern ad calendas graecas zu veranlassen; allein solchen Wünschen und Versuchen müsse man entschieden entgegentreten. Rulands Antrag wurde mit sehr großer Majorität abgelehnt und sofort zur Spezialberathung übergegangen, welcher der Entwurf, wie er in dritter Lesung vorliegt, im Einverständniß mit der Regierung zu Grunde gelegt wurde.

Titel I. „Von der Heimath." Art. 1, von der ursprünglichen Heimath handelnd, wurde ohne Debatte angenommen. — Zu Art. 2, welcher lautet: „Definitiv angestellte Beamte und Diener des Staates, der Kirche, der Gemeinde, einer öffentlichen Korporation oder Stiftung erwerben die Heimath in der Gemeinde ihrer Anstellung, Schullehrer in der Gemeinde des Schulsitzes, Offiziere und im Offiziersrange stehende Militärbeamte in der Gemeinde ihrer Garnison oder ihres Amtssitzes" — beantragte Dr v. Hoffmann als Zusatz: „aus dem Auslande berufene Beamte und öffentliche Diener erhalten durch die provisorische Anstellung die Heimath der Gemeinde, in welcher sie angestellt werden. Diese Heimath ist bei der definitiven Anstellung zu bestätigen." Referent Fischer und Ministerialkommissär Riedel sprachen sich gegen diesen Zusatz aus, während Dr. Edel beantragte, den Antrag Hoffmanns an den Ausschuß zur näheren Prüfung zu verweisen. Bei der Abstimmung wurde Art. 2 in der Fassung des Ausschusses angenommen, der Antrag Edels sowohl als der Hoffmanns abgelehnt.

Art. 3 wurde ohne, Art. 4 nach kurzer Debatte in der Fassung des Ausschusses angenommen, letzterer mit folgendem, von Dingler und Riedel vertretenen Zusatz: „War die Ehe von Seite der Frau in gutem Glauben eingegangen worden, so behält sie die Heimath, welche der Mann zur Zeit der Ungiltigkeitserklärung der Ehe besitzt." — Art. 5, „mit dem Bürgerrechte wird das Heimathsrecht in der Gemeinde erworben x. x.", Art. 6 und 7, worin normirt wird, unter welchen Voraussetzungen eine Person die Heimath einer bestimmten Gemeinde erwirbt, Art. 8, 9 und 10, die Erwerbung des Heimathsrechts in Bayern von Seite der Ausländer betreffend, Art. 11, welcher die Gemeinden zur Erhebung einer Heimathgebühr berechtigt, Art. 12, von der Tax- und Stempelpflicht, Art. 13, von den Wirkungen der Heimath, Art. 14, vom Verluste der Heimath handelnd, wurden ohne Debatte in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Zu Art. 15, welcher bestimmt, unter welchen Umständen eine Heimath angewiesen wird, brachte Dr. Edel die Modifikation ein, folgenden Satz als Absatz 3 beizufügen: „Von der Regierung aus dem Auslande berufene Beamte und öffentliche Diener behalten, so lange sie nicht eine wirkliche Heimath erworben haben, die Heimath der Gemeinde ihrer Anstellung." Nachdem auch v. Hoffmann sich für diese im Interesse der zu berufenden Professoren gestellte Modifikation ausgesprochen und Ministerialkommissär Riedel bemerkt hatte, daß von Seite der Regierung keine Erinnerung gegen dieselbe besteht,

Sonderbare Leute.

In einem neuerdings unter obigem Titel erschienenen Werke des Franzosen Loredan Larchey finden wir eine Anzahl neuerer, zum Theil komischer Beiträge für die Absonderlichkeiten gewisser in der Geschichte und Literatur bekannter Persönlichkeiten. Wir wollen einige davon mittheilen.

Der Marschall Castellane, vor noch nicht langer Zeit gestorben, war einer der rauhesten Haudegen der französischen Armee und in Lyon, wo er kommandirte, mehr gefürchtet, als geliebt. Seine Regimenter galten, als sie aus der Krim zurückkehrten, allgemein für die abgehärtetsten und geübtesten. Die Bevölkerung von Lyon und namentlich des Stadttheils Croix-Rousse ist eine sehr leicht erregbare und zu Thätlichkeiten geneigte. Als nun der Marschall verlangte, daß sämmtliche Offiziere stets in Uniform gehen sollten, machte man ihn darauf aufmerksam, wie gefährlich dies sei, falls ein Offizier gerade in jenem Stadttheil etwas zu thun habe. Am andern Tage durchstrich Castellane in voller Marschalls-Uniform ganz allein langsam die übelberufensten Straßen des Quartiers Croix-Rousse. Niemand that ihm etwas zu Leide und der Befehl blieb bestehen. — Ein andermal hinterbrachte man ihm, daß ein Barbier in Lyon zu einem seiner Kunden, den er rasirte, gesagt habe: „Ja, wenn ich Castellane so hätte, wie ich dich hier habe, so wär's um ihn geschehen!" Der Marschall begab sich sofort in den Laden des Barbiers, der ihn natürlich sehr genau kannte. „Rasiren Sie mich!" sagte er. „Schnell! Ich bin neugierig, zu erfahren, wie Sie mir den Hals abschneiden werden!" — Natürlich passirte ihm nichts weiter, als daß er ein wenig geschunden wurde, und auch das hatte der Barbier ohne Absicht gethan. Die Bälle, die der Marschall gab, waren sehr schön und sehr besucht, aber Punkt 12 Uhr mußten sie beendet sein. Darin war er unerbittlich und die Kronleuchter erloschen vor den Augen der tanzlustigen Herren und Damen. An die letzteren vertheilte er während des Balles kleine Foulards und Stangen fein präparirten Zuckers. Diese Stangen waren verschieden groß, je nach dem Rang, den die Männer der Damen in der offiziellen Rangliste einnahmen!

Malherbe, einer der bedeutendsten französischen Dichter aus dem siebenzehnten Jahrhundert, hatte immer kalte Füße und zog so viel wollene Strümpfe an, daß er zuletzt Spielmarken benutzen mußte, um sich nicht zu verzählen. Jedesmal, wenn er auf den linken Fuß einen Strumpf zog, legte er eine Marke in ein Näpfchen, bis der Fuß genug bestrumpft war; wenn er sich dann zum rechten wandte, nahm er nach jedem neuen Strumpf eine Marke heraus. Später ließ er jedes Paar nach dem Alphabet bezeichnen, A B C u. s. f. Er soll nach seiner eigenen Versicherung bis zu L, also bis zu eilf Paar Strümpfen gekommen sein, und bildete auf diese Weise ein wandelndes Thermometer, als man die quecksilbernen noch nicht kannte. „Es scheint heute kälter zu sein, wie gestern," sagte z. B. ein Cavalier Heinrichs IV. oder der Maria Medicis. „Nein," antwortete

nachdem von Seite der zunächst Betheiligten großes Gewicht darauf gelegt wird, wurde Art. 15 mit der Modifikation Edels angenommen. — Die Annahme der Art. 16 bis 27, Zuständigkeit und Verfahren betreffend, dann Art. 28—31, welche die besonderen Bestimmungen für die Pfalz enthalten, erfolgte ohne Debatte.

Titel II. „Von der Verehelichung." Art. 32—34 behandeln die Bedingungen, unter welchen Angehörige der diesseitigen Landestheile sich verehelichen können. (Die Verehelichung darf nur erfolgen auf Grund eines von der zuständigen Behörde ausgestellten Zeugnisses, daß gegen die beabsichtigte Eheschließung kein im gegenwärtigen Gesetze begründetes Hinderniß bestehe.) In Art. 34 sind die Vorbedingungen aufgezählt, die ein Bewerber um ein Verehelichungszeugniß zu erfüllen hat. Bei Art. 35, von den Einspruchsrechten gegen die Schließung einer Ehe handelnd, machte Urban das Bedenken geltend, daß die Einspruchsrechte der Eltern rc. rc. gegen unbedachte Verehelichungen der Kinder nicht gehörig geschützt seien, wogegen Referent Fischer bemerkte, daß Art. 35 gerade den Zweck hat, die Rechte der Eltern besser zu schützen, als sie bisher geschützt waren. Artikel 36 ist derjenige Artikel, der am meisten Interesse für diejenigen hat, die einen Werth darauf legen, daß die Rechte der Gemeinden gewahrt werden. Er gibt den Gemeinden die Befugniß, unter gewissen Voraussetzungen der Verehelichung eines Mannes ein Veto entgegenzusetzen. Es ist dies nicht mehr das bisherige Veto, denn davon mußte man abgehen, wohl aber mußten die Fälle, in welchen den Gemeinden ein Veto gewahrt werden muß, genau bezeichnet werden. Joseph Wagner beantragte, daß den Gemeinden auch ein Veto gegen die Verehelichung desjenigen zustehen soll, welcher arbeitsunfähig ist und sonst keine genügende Einnahmsquelle besitzt. Nachdem jedoch Referent Fischer dargelegt hatte, daß durch Annahme dieses Antrages das absolute Veto wieder hergestellt und den trefflichen Wirkungen, die wir von diesem Gesetze erwarten, die Spitze abgebrochen würde, und nachdem auch Min.-Comm. Riedel sich gegen den Antrag ausgesprochen hatte, wurde derselbe abgelehnt und Art. 36 und 37 gleich den vorausgehenden Artikeln nach Antrag des Ausschusses angenommen. — In Art. 38 wird Vorsorge getroffen, unter welchen Bedingungen ein Angehöriger der diesseitigen Landestheile in der Pfalz, und unter welchen ein Pfälzer diesseits eine Ehe schließen kann. Art. 39 betrifft die Verehelichung von Ausländern, Art. 40 das Beschwerderecht gegen die Beschlüsse der Distriktsverwaltungsbehörde; Art. 41 bestimmt die Strafen für Inländer, welche im Auslande eine Ehe ohne Erlaubniß abschließen; Art. 42 enthält die Strafbestimmungen für Geistliche, die eine Trauung vornehmen, ohne daß das vorgeschriebene Zeugniß beigebracht war. Auch diese 3 Artikel wurden nach Vorschlag des Ausschusses angenommen.

Titel III handelt vom „Aufenthalte", d. h. vom Rechte der Staatsangehörigen, sich den Aufenthalt frei zu wählen und von den Beschränkungen, unter welchen der Aufenthalt verwehrt werden kann. Ausländer sind wie Inländer zu behandeln (Art. 43). Nach Art. 44 muß der Aufenthalt in einer fremden Gemeinde binnen 8 Tagen nach der Ankunft der Ortspolizeibehörde angezeigt werden. Wer dies unterläßt, den trifft eine Strafe bis zu 10 fl. Die taxfreie Bescheinigung der Anzeige ist denen, welche zur Leistung von Krankenkassebeiträgen gesetzlich verpflichtet sind, erst dann zu behändigen, wenn die erstmalige Bezahlung des Beitrags nachgewiesen ist. Die Aufenthaltskarten sind abgeschafft. v. Steinsdorf konstatirte hier ausdrücklich, daß in allen den Fällen, in welchen die Polizeidirektion München nicht ausdrücklich im Gesetze genannt ist, der Magistrat München kompetent ist. Diese beiden Artikel wurden in der Fassung des Ausschusses gleichfalls angenommen.

Art. 45 regelt die Fälle, in welchen die Polizeibehörde ermächtigt sein soll, ausnahmsweise einer Person zu verbieten, sich an einem bestimmten Orte aufzuhalten. Ziff. 1—4 wurden ohne Debatte angenommen. Ziff. 5 beantragte der Ausschuß in folgender Fassung zur Annahme: „Personen, welche wegen eines der im Strafgesetzbuche Abth. II Hauptstück 6—8, 10—12, 15—20 und 23 benannten Verbrechen oder wegen eines Vergehens gegen die Sittlichkeit oder wegen Vergehens des Diebstahls, der Unterschlagung, des Betrugs, der Hehlerei oder der Fälschung, endlich Personen, welche wegen Arbeitsscheue, Landstreicherei, Bettels, Gaukelei oder gewerbsmäßiger Unzucht zu einer Freiheitsstrafe verurtheilt worden sind, können innerhalb zweier Jahre nach Beendigung des Strafvollzugs für die Dauer von zwei Jahren ausgewiesen werden." Min.-Comm. Riedel beantragt den Eingang, wie folgt, zu fassen: „Personen, welche wegen eines Verbrechens oder welche wegen eines Vergehens" u. s. w. Dr. Völk beantragte, dem Schlußsatz vom Worte „können" an folgende Fassung zu geben: „können in der Zeit von der Rechtskraft des Urtheils bis zum Ablauf von 2 Jahren nach Beendigung des Strafvollzugs, wobei jedoch die Zeit der Haft nicht einzurechnen ist, für die Dauer von 2 Jahren ausgewiesen werden." Dr. Edel erklärte sich gegen die Modifikation des Hrn. Ministerial-Commissärs, weil er glaubt, daß dadurch die Bestimmungen bezüglich der Ausweisung in allen Fällen verschärft würden. Diese Modifikation wurde abgelehnt und Ziff. 5 in der Fassung des Ausschusses mit der Völk'schen Modifikation angenommen. Ziff. 6 gleichfalls mit einer Modifikation des Dr. Völk in folgender Fassung: „Personen, welche wegen einer im Gemeindebezirke verübten strafbaren Handlung nach Art. 204 Abs. 1 des P.-St.-Ge.s-Buches oder nach Art. 333 Abs. 1 des St.-Ges.-Buches oder nach Art. 101 des P.-St.-Ges.-B. oder als Veranstalter eines verbotenen Spieles nach Art. 104 des P.-St.-Ges.-Buches, desgleichen Personen, welche binnen Jahresfrist wiederholt wegen einer im Gemeindebezirke verübten Uebertretung der Art. 95, 211, 212 oder 214 des P.-St.-Ges.-Buches verurtheilt worden sind, können in der Zeit von der Rechtskraft des Urtheils bis zum Ablauf von einem Jahr nach Beendigung des Strafvollzugs, wobei jedoch die Zeit der

---

ihm der Andere. „Malherbe trägt heute F, gestern trug er G." — Malherbe besaß keine eigene Wohnung. Mehr aus Absonderlichkeit als aus Geiz, wohnte er in einem möblirten Zimmer. Hatte er viel Besuch, waren die sieben oder acht Strohstühle besetzt und klopft es an die Thür, so rief er hinaus: „Warten Sie! Es ist kein Stuhl frei!" Er arbeitete schrecklich langsam. Zwei Tage lang überlegte er, ob ein einziges Wort passend sei oder nicht. Wenn man hundert Verse oder zwei Seiten „wahre Prosa" geschrieben habe, müsse man sich zehn Jahre ausruhen — das war seine Ansicht. Als dem Präsidenten von Verdun seine Frau gestorben war, richtete Malherbe eine Ode an sie. Er brauchte drei Jahre dazu. Inzwischen hatte der Präsident es eiliger gehabt und sich längst wieder verheirathet; die junge Frau empfing also die Lobrede ihrer Vorgängerin.

Fournier-Verneuil, ein Pariser Journalist, wohnte ums Jahr 1840 in einem ausrangirten Omnibus, und in diesem Omnibus befand sich zugleich das Redaktions-Bureau eines von ihm herausgegebenen Journals.

Der General Marey-Monge, erst vor einigen Jahren gestorben, besaß eine Liebhaberei für Hieb- und Stoßwaffen und eine glänzende Sammlung derselben. Auch verfertigte er fortdauernd neue Modelle, um die „blanke Waffe" auf den Gipfel nie geahnter Vollkommenheit zu erheben. Als er in der Bibel gelesen hatte, daß Joab einem Häuptling, während er ihn verrätherisch küßte, mit seinem Säbel den Bauch aufgeschlitzt, ohne den Arm zu bewegen, ruhte Marey nicht, bis er eine Waffe erfunden, mit der sich dasselbe Kunststück ausführen ließe, ohne daß der Betreffende, dessen Bart man nach orientalischer Weise mit der linken Hand vorher faßte, etwas von einer Bewegung des Verräthers merkte.

Der Marquis de St. Crica kam täglich zu Tortoni, um dort sein Eis zu nehmen, aber er that es auf sonderbare Weise. Er setzte sich vor das Café und bestellte ein Vanille- und ein Erdbeer-Eis. Dann zog er die Stiefel aus und goß ein wie alle Mal das Vanille-Eis in den rechten, das Erdbeer-Eis in den linken Stiefel. Hatte er sich zufällig daher geirrt, so schüttete er das Eis wieder aus dem Stiefel, bestellte zwei neue Portionen und wiederholte dieselbe Manipulation, aber in der richtigen Weise. Im Uebrigen war er leidlich vernünftig.

Der Sohn des großen Condé, des Siegers von Rocroy, gewöhnlich nur „der Prinz" genannt, wurde von der fixen Idee ergriffen, daß er todt sei. In Folge dessen verweigerte er jede Nahrung. Um ihn zu retten, gingen die Aerzte auf diesen Unsinn ein und erklärten ihn für vollkommen todt. Aber, sagten sie, es gäbe gewisse Todte, die dennoch äßen, und zu diesem Zwecke verschrieben sie ihm einige berühmte Todte, die mit ihm speisen sollten, seinen Großvater und den Marschall von Luxembourg. Die erste derartige Mahlzeit fand in einem Souterrain des prinzlichen Schlosses statt. Zwei Diener des Prinzen, Girard und Richard, stellten den Großvater und den Marschall vor. Ein dritter Diener spielte die Rolle des Marschalls Turenne, der ebenfalls als Schatten anwesend war. Aufwärter in Leichentüchern bedienten die Todten und der Doktor Finot, der dies seltsame Mahl belauscht und beschrieben hat, sagt, daß er beinahe geplatzt sei, denn die Gespräche der Todten seien über alle Maßen spaßhaft gewesen, und er habe sich nur mit der allergrößten Mühe des lauten Auflachens erwehren können.

Haft nicht eingerechnet werden darf, für die Dauer von 2 Jahren weggewiesen werden."

Ziff. 8, 9 10 des Art. 45, dann Art. 46, 47, 48 und 49, welch' letzterer jene Fälle ausscheidet, in welchen die Ausweisung nur auf Antrag der Gemeindeverwaltung erfolgen kann und in welchen sie erfolgen muß, wenn jener Antrag vorliegt, dann Art. 50, das Aufenthaltsrecht und die Ausweisung der Ausländer betr., Art. 51, welcher bestimmt, daß zur Erlassung eines Aufenthaltsverbots die Distriktspolizeibehörde zuständig ist, und Art. 52, das Beschwerderecht gegen die Beschlüsse erster Instanz betr., wurden in der Fassung des Ausschusses angenommen. Ein Antrag des Abg. **Louis**, welcher bezweckte, daß auch die Gemeindeverwaltungen zur Ausweisung competent sein sollen, wurde abgelehnt, nachdem sich **Fischer** und Min.-Commissär **Riedel** dagegen ausgesprochen hatten.

Titel IV enthält in einem einzigen Artikel (53) die Schlußbestimmungen. Nach dem Ausschußantrage soll **dieses Gesetz mit dem 1. Juli 1868 in Wirksamkeit treten**; mit diesem Tage sollen alle entgegenstehenden Gesetze und Verordnungen erlöschen. Ferner wird in diesem Artikel ausgesprochen, daß bei Anwendung der Art. 6 und 7 die vor dem 1. Juli 1868 zurückgelegte Aufenthaltszeit in einer Gemeinde (welche Anspruch auf Verleihung des Heimathsrechtes gibt) nicht in Berechnung gezogen wird. Ref. **Fischer** sprach den Wunsch aus, daß die Verhältnisse gestatten möchten, den 1. Juli als Einführungstermin einzuhalten. Die Regierung habe allerdings eine sehr große Aufgabe, bis dahin neben den übrigen Geschäften die zur Durchführung des Gesetzes nöthigen Instruktionen zu erlassen. Ministerialkommissär **Riedel** machte als Bedenken dagegen, den **1. Juli als Einführungstermin** zu bestimmen, nicht so sehr die Schwierigkeit, die nöthigen Instruktionen zu besorgen, als vielmehr die enge Verbindung geltend, welche zwischen diesem Gesetze und der Gemeindeordnung, sowie dem Armengesetz besteht. Möge daher die Kammer beschließen, daß dieses Gesetz mit der Gemeindeordnung, die doch auch in diesem Jahre noch zur Annahme gelangen werde, in Kraft treten soll. Dr. **Edel** bevorwortet den 1. Juli als Einführungstermin; damit werde eine Schraube angesetzt, daß man von allen Seiten recht eifrig arbeitet, um die Gemeindeordnung fertig zu bringen. Auch seien die Freizügigkeit und die Erleichterung der Verehelichung nothwendig bei der Durchführung des Gewerbsgesetzes. Ministerialkommissär **Riedel** ist damit ganz einverstanden; nachdem aber auf allen Seiten der beste Wille da ist, auch die Gemeindeordnung bald zu erledigen, so möge man den 1. Juli ausgesetzt sein lassen. Nachdem noch Referent **Fischer** dringend gerathen hatte, einen bestimmten Einführungstermin festzusetzen, sei es den 1. Juli oder 1. Oktober, um den Bemühungen derjenigen ein Ziel zu setzen, die uns um alle Früchte der Sozialgesetzgebung bringen möchten, wurde Art. 53 nach dem Ausschußvorschlage und bei namentlicher Abstimmung das ganze Gesetz mit allen gegen 2 Stimmen (Hörring und Dr. Ruland) angenommen. — In der nächsten Sitzung, welche in den ersten Tagen der kommenden Woche stattfindet, gelangt das **Armengesetz** zur Berathung.

Süddeutschland.

Großh. Baden. Karlsruhe, 14. Febr. [**Der Ministerwechsel**] oder richtiger: die Neubildung des Ministeriums, von der das amtliche Blatt gestern benachrichtigte, war — wie man dem „Frankf. Journal" schreibt — eine vollständige Ueberraschung, man sagt, selbst für die ausgetretenen Minister. Bekanntlich vertheidigte General Ludwig sein Budget gestern Morgen noch vor der zweiten Kammer. Als die erste Kunde von der Entschließung des Großherzogs in der Stadt umlief, begegnete sie selbst in angesehenen und sonst gut unterrichteten Kreisen nur ungläubigem Lächeln, und als dann die „Karlsruher Zeitung" vorlag und kein Zweifel mehr aufkommen konnte, gab sich je nach der Parteistellung freudiges Erstaunen oder Enttäuschung kund. Was die ausgeschiedenen Glieder des Ministeriums betrifft, also den Justizminister Stabel und den Präsidenten des Kriegsministeriums, Generallieutenant Ludwig, so waren dieselben lediglich Fachminister und für das leitende Regime von fast keiner Bedeutung. Ihr Ausscheiden bedeutet daher Ausmerzung jener Elemente, welche nicht vollständig der Politik Jolly-Mathy ergeben waren. Der zur Neubildung des Cabinets berufene und zum Staatsminister des Innern sowie zum Präsidenten des Staatsministeriums ernannte Dr. Jolly hat reinen Tisch gemacht. Ganz dem entspricht die Berufung der neuen Mitglieder des Ministeriums. Gottfried v. Dusch, der neue Minister des Handels, gilt für einen zugeknöpften Bureaukraten, aber für einen treuen Anhänger der Politik Jolly-Mathy, und der neue Finanzminister Moritz Ellstädter ist ein Staatsmann geradezu aus der Schule Mathy und von diesem persönlich für die Geschäfte herangebildet. Dr. Jolly vereinigt nunmehr folgende Portefeuilles in seinen Händen: Inneres, Krieg (provisorisch) und Staatsministerium. Daß er die Leitung des Kriegsministeriums und Herr v. Freydorf die des Justizministeriums provisorisch übernahm, zeigt an, daß über eine taugliche militärische und juridische Persönlichkeit noch verhandelt wird. Hr. v. Freydorf ist Minister des Auswärtigen und provisorischer Justizminister. Es ist ein merkwürdiger Zufall, daß nun **sämmtliche badische Minister Juristen** sind.]

In Nachfolgendem theilen wir einige biographische Daten über die neuen Minister mit. Hr. v. Dusch ist 1821 zu Karlsruhe geboren, 1842 Rechtspraktikant, 1846 Landamts-, 1847 Stadtamtsassessor, 1849 Amtmann, 1850 Assessor im Ministerium des Innern, 1851 Ministerialrath, zuletzt Vorsitzender der Ausgleichskommission. Moritz Ellstätter ist 1826 zu Karlsruhe geboren, 1850 Rechtspraktikant; von da an durch Mathy's Vermittlung mehrere Jahre an der Berliner Discontogesellschaft beschäftigt, wieder 1859 Rechtsanwalt in Durlach, 1863 in Karlsruhe, 1864 von Mathy als juristisches Mitglied in das Finanzministerium berufen und dort insbesondere mit Abschluß bedeutender Finanzoperationen beauftragt. Seine Vertrautheit mit Mathy's Ideen hat wohl den Ausschlag zu seiner Ernennung gegeben. Herr Ellstätter ist Israelite. — Die „Karlsr. Ztg." bringt das Programm über den feierlichen Schluß der Ständeversammlung am 15. d. M.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. Febr. [**Der Nothstand und die Offiziösen**.] Die neuesten offiziellen Berichte aus Ostpreußen, welche das amtliche Blatt abdruckt, sind nicht mehr in der Lage, die stetigen Fortschritte des Nothstands abzuleugnen zu können. So lesen wir heute im „Staatsanzeiger": „Die allgemeine Nothstandslage ist in so fern in ein neues Stadium getreten, als die Noth nunmehr auch bei den kleinen Besitzern und Handwerkern deutlich zu Tage tritt. Bei den ersteren schwinden die geringen Vorräthe mehr und mehr, und es dürfte die Zeit, in welcher auch sie der öffentlichen Armenpflege zum großen Theil zur Last fallen werden, nahe bevorstehen. Saatfrüchte sind bis jetzt bei ihnen so gut wie gar nicht vorhanden, und es tritt daher zur Vorbeugung eines sich fortpflanzenden Nothstandes die dringende Nothwendigkeit hervor, sowohl für ihre Erhaltung, als für die Beschaffung des Saatbedarfs unter allen Umständen und so schleunig als möglich Sorge zu tragen. Vielleicht noch ungünstiger ist der sogenannte kleine Handwerker gestellt, denn er befindet sich bei seinem geringen Verdienst und gänzlichen Mangel an Credit schon jetzt in der drückendsten Lage." Gleichzeitig klagt der amtliche Bericht über das Umsichgreifen eines moralischen Nothstandes, der Arbeitsscheu, indem durch diese kolossale Ausdehnung der Armenpflege mehr und mehr in der Arbeiterbevölkerung die Ueberzeugung von dem Rechte jedes Einzelnen auf die Staatshülfe einzureißen drohe. Daraus erkläre sich theilweise der in der Provinz herrschende Mangel an Arbeitskräften.

Den Schlüssel zu dieser bedauerlichen Erscheinung haben wir vielleicht in dem Umstande zu suchen, daß die traurigen Sozialverhältnisse in Ostpreußen von gewisser leicht zu errathender Seite dazu benutzt werden, **politisches Kapital** zu schlagen. Sehr beachtenswerth ist, was in dieser Beziehung unterm 9. ds. aus Insterburg der „Königsb. neuen Ztg." geschrieben wird: „Aus einer gewissen sehr dunklen Quelle her wird unter den Nothleidenden das Gerücht verbreitet, die für sie zur Verwendung gelangenden Gelder seien nicht durch Privatsammlungen aufgebracht, sondern kämen von höchster Stelle, und jeder Arme habe ein Recht auf dieselben. Wie derartige Gerüchte wirken, davon ein Beispiel: Gestern äußerte der Schuhmacher P. beim Empfange der in der Suppenanstalt bereiteten Speise folgendermaßen: Ist das ein Essen für den Handwerker? Wo bleibt das Geld, welches der König und der Kronprinz geschickt? Ich werde dieses Essen vom Arzte begutachten lassen u. s. w. Natürlich fand diese Auslassung von vielen Seiten den wärmsten Beifall und recht viele Almosenempfänger verließen in gereizter Stimmung die Anstalt. Die Verbreiter dieser, im Interesse ihrer Partei erfundenen Gerüchte mögen sich denn doch in Acht nehmen, es ist gefährlich mit Feuer zu spielen."

— [**Die Behandlung deutscher Auswanderer**] auf dem Hamburgischen Schiff „Leibnitz" (s. Feuilleton in Nr. 33 der „N. W. Ztg.") hat zu einer Interpellation (in der Hamburger Bürgerschaft) an den Senat Anlaß gegeben, der bis jetzt noch keine Hand

in der Sache gerührt zu haben scheint. Aber auch von Seiten des norddeutschen Bundes sind Schritte geschehen. Die „Kreuzzeitung“ schreibt: „Die verwerfliche Behandlung deutscher Auswanderer auf dem Hamburger Schiffe „Leibnitz“ ist in der Presse bereits zur Sprache gebracht worden. Das Kanzleramt des norddeutschen Bundes hat auf die erste Nachricht von diesem Vorfalle sogleich die durch die Bundesverfassung gebotenen Schritte gethan, um diejenigen Maßregeln herbeizuführen, welche die Wiederkehr ähnlicher Vergehen zu verhindern geeignet sind. Die dazu erforderlichen Verhandlungen sind seit einer Woche im Gange.“

Ausland.

Frankreich. Paris, 14. Febr. [Zwei politische Verurtheilungen.] Die sechste Kammer des Zuchtpolizeigerichts fällte gestern wieder zwei politische Urtheile. Diese Affairen hatten auf die Rufe: Es lebe Garibaldi! Bezug, die auf dem Platze des Hotel de Ville ausgestoßen wurden, als sich der Kaiser der Franzosen mit seinem Gaste, dem Kaiser von Oesterreich, zu dem Feste begab, das der Seine-Präfekt Haußmann zu Ehren des letzteren veranstaltet hatte. Die Verklagten, Breville und Humbert, die schon einmal, der erste zu fünfzehn Tagen, der andere zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden waren, hatten sich, obgleich sie gegen das Urtheil Opposition eingelegt hatten, wieder nicht gestellt und der Gerichtshof bestätigte einfach das erste Urtheil. Ein gewisser Couquet, der krankheitshalber früher nicht erschienen war, kam zwar, begab sich aber gleich bei Beginn der Sitzung wieder hinweg, um, wie er sagte, seine Würde sicher zu stellen. Der Gerichtshof verurtheilte ihn alsdann zu 15 Tagen Gefängniß. Die Handlungsweise der drei Beschuldigten ist dadurch zu erklären, daß sie sich von dem Präsidenten der sechsten Kammer, Delesvaux, der sie mit dem Schimpfnamen „Praillard“ belegt hatte, nicht richten lassen wollten. Sie waren darum eingekommen, daß der Präsident gewechselt werde, was man ihnen aber nicht bewilligte. Außerdem verurtheilte die sechste Kammer den Schriftsteller Belix Belly, der unter dem Titel: „A travers l'Amérique centrale“ (er hat sich eines Tages nach der Landenge von Panama begeben, um dieselbe zu durchstechen), ein Buch geschrieben. Er hatte darin die Minister der Republik von Nicaragua angegriffen, und der hiesige Vertreter derselben hatte eine Klage auf Verleumdung erhoben. Belly erhielt nur eine Geldstrafe von 25 Fr. Er war früher Redakteur am „Konstitutionnel.“

Italien. [Trübe Lage. Decentralisationsplan Cavours.] Die Schatten, welche über den Geschicken Italiens lagern, verdüstern sich von Tag zu Tag. Dumpfe Gerüchte, von allen Seiten genährt, bringen eine Unsicherheit der öffentlichen Meinung hervor, die nur dazu dienen kann, die herrschende Verwirrung zu steigern. Die Abdankung Viktor Emanuel's und die Reorganisation des Landes auf föderalistischer Grundlage bildeten in der letzten Zeit vielfach den Inhalt der absichtlich verbreiteten Sagen. Die beiden Prinzen, Humbert und Amadäus, sollen sich in die Halbinsel theilen. In Paris sieht man bereits Münzen mit dem Bildnisse von Umberto I, Rè del Norte d'Italia, auf der Rückseite Confederazione Italiana 1868. Eine höchst interessante Mittheilung, die vor Kurzem unter dem Titel: „Zur Frage des Föderalismus“ in der „Demokrat. Corr.“ veröffentlicht wurde, lieferte den Beweis, daß der größte Staatsmann Italiens, Cavour, die Centralisation, die provisorische Unification des Landes für die Zeit des Kampfes zur Erlangung der Unabhängigkeit und der Einigung nothwendig gehalten hat. Es lag, wie in der „Demokratischen Correspondenz“ von durchaus competenter Seite versichert wurde, in Bezug darauf ein vollständig ausgearbeiteter Plan vor, dessen erster Theil, wie gesagt, Italien für die Zeit der Uebergangskämpfe die nothwendige Concentration geben sollte, während der zweite Theil in dem vollkommensten Gegensatze zu jenem die genaue Vorschrift enthielt, wie die Centralisation wieder aufzulösen und jeder Provinz, wie sie Volkscharakter und Geschichte abgrenzte, ohne Rücksicht auf Größe, Ausdehnung und Einwohnerzahl, ihre Selbstbestimmung und Selbstregierung zurückzugeben sei. Leider lebte Cavour nicht lange genug, um mit seinem Plane vollständig hervortreten zu können; er muß es sich gefallen lassen, nach seinem Tode als annezionistischer Centralisator verschrieen zu werden. Vielleicht — meint die „Frkf. Ztg.“ — ruht ein ähnliches Memoire auch in dem Geheimpulte des zweiten europäischen Annezionsgrafen. Sollte nicht Cavour's Beispiel Veranlassung bieten, dasselbe noch bei Lebzeiten des Verfassers zur Kenntniß der Mitwelt zu bringen?

Rußland. [Russifizirung der deutschen Schulen.] Der „National-Ztg.“ schreibt man aus Petersburg: In unseren deutschen Kreisen beschäftigt man sich sehr viel mit der vor einigen Tagen von Moskauer Blättern veröffentlichten Nachricht, daß die zwei hiesigen deutschen Hauptschulen, die Petri- und die Annenschule, in Folge eines Befehls des Unterrichtsministers russifizirt werden sollen. Nach eben diesen Blättern wäre die Maßregel damit motivirt, daß diese beiden Privatanstalten als die vorzüglichsten der Hauptstadt anerkannt und ihren Zöglingen beim Austritte dieselben Rechte zuerkannt werden, wie den Schülern der Staatsgymnasien. Die Logik, mit der man hier verfährt, ist die sonderbarste, die sich nur ersinnen ließe: also weil die Schulen Vorzügliches leisten, muß man ihnen ihre jetzigen Lehrkräfte entziehen, als ob die Vorzüglichkeit der Schulen nicht in ihren Lehrkräften, sondern in den vier Wänden bestände. Würde man sich begnügen, den Zöglingen jener Anstalten die Vergünstigung der Gleichstellung mit den Staatsgymnasien zu entziehen, so ließe sich gegen diese allerdings unvernünftige Maßregel vom Standpunkte des strikten Rechtes nicht viel einwenden; wenn aber die Maßregel wirklich, so wie berichtet wird, ergriffen würde, dann müßte man Jenen Recht geben, die da behaupten, nur das Zerstören, das Herabdrücken des geistigen Niveau's sei unserer Verwaltung geläufig, nicht aber das Verbessern. Zu bemerken ist übrigens, daß in jenen Schulen die russische Sprache, wie es sich ja von selbst versteht, mit großem Fleiße kultivirt wird und auch zahlreiche russische Familien ihre Kinder daselbst erziehen lassen. Die hiesige „Deutsche Zeitung“ hat daher Recht, wenn sie die Richtigkeit jener Nachricht noch in Zweifel zieht.

Nordamerika. [Staatsmännische Geschichtsstudien über Deutschland.] Ueber den Empfang des seitherigen preußischen Gesandten v. Gerolt, als Vertreter des norddeutschen Bundes, durch den Präsidenten der Vereinigten Staaten, läßt sich die „Köln. Ztg.“ berichten. Für uns ist in dem Berichte nur das interessant, was über die Art und Weise gesagt wird, wie amerikanische Staatsmänner zu ihren geschichtlichen Anschauungen gelangen. Dem Verfasser der von Johnson an Hrn. v. Gerolt gehaltenen Ansprache (s. Nr. 41 der „N. W. Ztg.“), Seward, war die kleine Menschlichkeit passirt, daß er Fichte unter den berühmten Staatsmännern der Stein'schen Schule aufführte. Der Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ entschuldigt dies mit folgenden Worten: „Seward lernte eben erst die deutsche moderne Geschichte aus den Erzählungen der Frau Louise Mühlbach, die hier im Augenblicke die populärste und gelesenste Romanschreiberin ist und selbst die Engländer verdrängt zu haben scheint.“ Wenn der Leiter der auswärtigen Angelegenheiten der transatlantischen Republik seine historischen Kenntnisse aus den tendenziösen schiefen und oberflächlichen Darstellungen einer deutschen Romanfabrikantin schöpfen muß, so darf es am Ende nicht Wunder nehmen, daß der dienstlich unter ihm stehende Diplomat Bancroft sich diesen Anschauungen anbequemt wie es in jener Depesche über den Norddeutschen Bund (s. Leitartikel in Nr. 24 der „N. Würzb. Ztg.“) geschehen ist. Ueber Louise Mühlbach gingen die in derselben niedergelegten historischen Anschauungen sicher nicht hinaus.

Nichtpolitische Zeitung.

[Professor Sepp] erklärt in der „A. Allg. Ztg.“, der auch von uns gebrachte (s. Nr. 40 der „N. W. Ztg.“) offiziöse Artikel des Augsburger Blattes sei „unwillkürlich voll Unrichtigkeiten,“ die er in einer Denkschrift zu widerlegen verspricht. Nachdem man aus der Erklärung noch ersehen, daß Sepp Vater von neun Kindern ist, schließt diese originelle Stylübung: „Inzwischen hüte man sich, weitere Steine auf mich zu werfen. Als der Pappenheim in der Schlacht am weißen Berge scheintodt unter Todten lag und ein Croat ihm das Kleinod, den Fingerring, abbeißen wollte, erwachte er und gab dem Croaten empfindlich zu verstehen, daß er annoch am Leben sei. Wehe dem, der das Kleinod meiner Ehre, den Ruf meines bürgerlichen Lebens antastet und mir, als einem moralisch Todten, Fußtritte geben wollte; ich könnte leicht erwachen und ausholen zu einem Streich, daß einer purzelt (sic!), und wenn er noch so hoch gestellt wäre. Es gibt der Pappenheime mehr!“

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 48-49. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 18. Februar 1868.

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 16. Febr. [Die Festung Ulm.] In den letzten Kammersitzungen war der Kampf um die Festung Ulm von Interesse. Bis zum Aufhören des deutschen Bundestages wurde der Aufwand für diese Festung von diesem bestritten, mit Ausnahme der Kosten für das Gouvernement, welche Württemberg zur Last fielen. Jetzt soll Württemberg für seinen Antheil — der kleinere fällt bekanntlich auf Bayern — die ganze Last tragen. Abg. Wolbach begreift nicht, was es heißen soll, wenn 30,000 fl. exigirt werden, um „die Festung vor Verfall zu bewahren". Dahin gehe doch der Zweck der Festung nicht und das reime sich schlecht zu dem Ausspruche des Kriegsministers, daß der Krieg nicht ausbleiben könne. Wozu Beamte mit einem Aufwande von 23,000 fl. jährlich anstellen zu einem Werke, das keinen andern Zweck habe als den, vor Verfall bewahrt zu werden? Im Uebrigen wisse man ja, wie sehr Bayern bestrebt sei, auch den württembergischen Theil der Festung in seine Gewalt zu bekommen. Der derzeitige Zustand mache den Eindruck, als ob die Regierung selbst nicht recht wisse, was sie mit der Festung anfangen solle. — Trotzdem, daß die Festung durch den Minister des Aeußern und des Krieges wie des Letzteren Adjutanten sehr schwach vertheidigt wurde, erhielt der Regierungsantrag die Majorität.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 16. Februar. [Deutscher Handelstag.] Die Subkommission des Ausschusses des deutschen Handelstages setzte gestern ihre Berathung über Herabsetzungen der Zolltarif-Positionen fort, vertagte indessen die Abstimmung über Aenderung der Eisenzölle, weil der Referent v. Sybel im Abgeordnetenhause beschäftigt war, auf Montag. Beschlossen wurde gestern die Streichung der Zölle auf Zinn und Zinnwaaren, Zink und Zinkwaaren, Blei und Bleiwaaren aus dem Tarife. Bei der Position Leinengarn einigte man sich auf Beibehaltung des Satzes von 2 Thalern, jedoch mit der Maßgabe, daß diejenigen Garne, die einschließlich weniger als 76 Pfd. wiegen, auf 15 Sgr. gesetzt werden sollen, um so der Bedrängniß der schlesischen Weber zu Hilfe zu kommen. Ferner setzte man die Berathung des Zollgesetzes und der Zollordnung fort. Gestützt auf die Denkschrift des Vorsteheramtes der Kaufmannschaft zu Königsberg i. Pr., einigte man sich in der Aenderung der meisten Paragraphen im Sinne jener Denkschrift und fand Gelegenheit, die sonst laut gewordenen Wünsche des Handelsstandes auf Erleichterung und Vereinfachung der Bestimmungen fast vollständig zu berücksichtigen. Die Berathung über Ermäßigung der Zuckerzölle und Gleichstellung der Rübenzuckersteuer setzte die Kommission aus und wird erst am Dienstag diesen wichtigen Gegenstand der Tarifreform berathen.

— [Die Loyalität der Kreuzzeitungs-Junker.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: Die eigenthümliche Haltung, welche die Partei unserer Hochtories seit lange gegen den Thronfolger und seine Gemahlin einnimmt, verdient wohl in weiteren Kreisen beachtet zu werden. Man wird dabei an die Zeiten erinnert, in denen auch der Prinz von Preußen den Angriffen und Verdächtigungen einer Partei ausgesetzt war, welche sich selbst mit Emphase als vorzugsweise loyal zu bezeichnen liebt. Wie sehr aber die Herren auch Loyalität und Gehorsam gegen den persönlichen Willen ihres Souverains für sich in Anspruch nehmen, so ist heute auch an entscheidender Stelle wohl kein Zweifel mehr, was davon zu halten. Wenn der Träger der Krone und die Mitglieder des königlichen Hauses korrekt zu der „Kreuzztg." und deren Anhängern stehen, dann dürfen sie auf die loyale Gesinnung derselben rechnen; wenn nicht, so geben die Interessen der Partei vor, und Zorn und Abneigung treten sofort in besonders arroganter und gehässiger Weise hervor. Es ist bekannt genug, daß die kronprinzlichen Herrschaften den Anschauungen unserer Hochkonservativen wenig Geschmack abzugewinnen vermögen. Das ist ein Verbrechen, welches man nicht verzeihen kann. Der Kronprinz hat in öffentlichen Kundgebungen zu laut bekannt, daß er nicht gewillt ist, sich von den Ansichten und Wünschen der leitenden Partei bestimmen zu lassen, er hat bei Gründung der wohlthätigen Institute, welche seiner Initiative zu danken sind, bewiesen, daß er versteht, die tüchtigen Kräfte ohne Rücksicht auf politische Parteistellung zu patriotischer Arbeit heranzuziehen, und seine Bemühungen haben zum geheimen Mißbehagen unserer Junker einen kaum geahnten, herzerfreuenden Erfolg. Die Kronprinzessin aber fand bei unseren Junkern schon als „Englische Prinzessin," wie man sie in den betreffenden Kreisen bezeichnend genug zu nennen pflegt, von Anfang an wenig Sympathien. Sie mußte ja liberal sein als Tochter ihrer Eltern und eines Landes, in welchem

Ein bisher ungedrucktes Gedicht von Göthe.

Wir haben die ersten vier Lieferungen der vortrefflichen, von dem berühmten Literaturhistoriker Heinrich Kurz mit sorgfältigem Fleiß und feinem Geschmack besorgten Göthe-Ausgabe bei ihrem Erscheinen freudig begrüßt als die endliche Erfüllung eines lange gehegten Wunsches aller Göthe-Verehrer. Die unterdessen weiter erschienenen Lieferungen bringen den Schluß der Gedichte: Westöstlicher Divan, Balladen, Hermann und Dorothea und Reinecke Fuchs — Alles nach dem ursprünglichen Texte gereinigt und vervollständigt. Unter den Balladen finden wir (S. 264—268) endlich einmal und zum ersten Male vollständig gedruckt das berühmte (wollten wir als Puritaner sprechen, müßten wir sagen: berüchtigte) Gedicht Göthes: „Das Tagebuch". Da die Kurz'sche Ausgabe gegen ihre sonstige Gewohnheit bei diesem Gedicht in, wie es scheint, diskreter Zurückhaltung über die Quelle ꝛc. keine erläuternden Notizen gibt, so theilen wir mit, was uns aus früheren eigenen eingehenden Göthe-Forschungen darüber bekannt ist.

Der Dichter schrieb dieses pikante Produkt seiner Muse auf einer Reise nach Karlsbad im Jahre 1810, hielt es aber sorgfältig geheim und theilte es nur seinen intimsten Hausgenossen, Riemer und Eckermann mit. Des letzteren beiläufige Erwähnung in seinen bekannten „Gesprächen mit Göthe" bildete lange Zeit die einzige Kunde, die wir überhaupt von der Existenz dieses Göthe'schen Gedichtes hatten. Dieses selbst existirte, wie uns vor Jahren schon ein Eingeweihter mittheilte, nur in drei Abschriften. Wie es vor nun vier Jahren dem Wiener Schriftsteller Emil Kuh gelang, des Gedichtes habhaft zu werden, ist uns nicht bekannt (vielleicht durch den Enkel des Dichters, Wolfgang von Göthe, der dortmals als Diplomat in Wien lebte); Kuh veröffentlichte einzelne Strophen des „Tagebuches" unter dem Titel: „Ein verborgenes Juwel von Göthe" in der „österreichischen Wochenschrift für Kunst und Literatur". Zum ersten Male vollständig aber (nur eine halbe Verszeile ist durch Punkte ersetzt) theilt das vielbesprochene Gedicht erst die vorliegende Kurz'sche Göthe-Ausgabe mit. Den Inhalt deutet das Motto aus Tibull zur Genüge an: „Aliam tenui; sed jam quum gaudia adirem, admonuit dominae deseruitque Venus;" die Form sind wunderbar schöne und wohlklingende ottave rimi. Wir setzen als Probe die Schlußstrophe her:

Und weil zuletzt bei jeder Dichtungsweise
Moralien uns ernstlich fördern sollen,
So will auch ich in so beliebtem Gleise
Euch gern bekennen, was die Verse wollen:
Wir stolpern wohl auf unsrer Lebensreise,
Und doch vermögen in der Welt, der tollen,
Zwei Hebel viel aufs irdische Getriebe:
Sehr viel die Pflicht, unendlich mehr die Liebe.

Die Kurz'sche Göthe Ausgabe bildet, wie bekannt, eine Abtheilung der vom bibliographischen Institut in Hildburghausen herausgegebenen „Bibliothek der deutschen Nationalliteratur", welche unsere sämmtlichen Klassiker in sorgfältig redigirten Ausgaben zu verhältnißmäßig unglaublich billigem Preis (18 kr. die Lieferung) bringt. Unter allen derartigen, in neuester Zeit wie Pilze — in quantitativem wie qualitativem Sinne — emporschießenden Unternehmungen ist das des bibliographischen Instituts weitaus das vortrefflichste, und sei diese Bibliothek unsern Lesern wiederholt aufs wärmste empfohlen. R. G.

das widerwärtige parlamentarische Regiment heimisch ist; und es ist nicht zu läugnen, daß die Kronprinzessin ihrerseits konsequent bewiesen hat, daß diese Voraussetzung der Junker kein Irrthum war. Die Verstimmung der Partei über diese Haltung des Kronprinzen und seiner Gemahlin äußert sich charakteristisch in der „Kreuzztg." Die Mittheilung, welche das Blatt über die Entbindung der Kronprinzessin bringt, unterscheidet sich von der betreffenden Notiz in den demokratischen Blättern Berlins nur durch den falschen und abgeschmackten Zusatz, daß der englische Botschafter und der Minister des königlichen Hauses dabei gegenwärtig gewesen wären. Als im Herbst 1865 dem Prinzen Friedrich Karl ein Sohn geboren ward, begrüßte die „Kreuzzeitung" dieses Ereigniß in wärmster Weise als für das ganze Land hocherfreulich. Allerdings gilt der Prinz für einen eifrigen Förderer der Kreuzzeitungspartei und ihrer Lehren. Irren wir nicht, so wurde die Geburt des verstorbenen Sohnes des Kronprinzen, des Prinzen Sigismund, von der „Kreuzzeitung" überhaupt nicht der Erwähnung werth gefunden, oder doch in ähnlicher Weise von dem „Blatte des Hofes und der Junker" durch eine kurze Bemerkung abgefertigt. Das sind nur kleine Symptome, aber sie sind lehrreich. Jede Rücksichtslosigkeit und böswillige Unart, welche Mitglieder dieser Partei an derselben Stelle ausüben, wo sie nach ihrer eigenen Doktrin persönliche Devotion und Fügsamkeit in höheren Willen schuldig sind, glauben sie dadurch wegzuwischen, daß ihre Partei bei besonderen feierlichen Gelegenheiten eine geheimnißvolle und übermenschliche Weihe proklamirt, welche das Königthum den Souveränen ertheile und die die Unterthanen zu unbedingtem Gehorsam verpflichte. In Wahrheit aber fehlt der Partei nicht nur dieser Gehorsam, sondern, wie man sieht, auch viel von ritterlicher Courtoisie und inniger Zuneigung zu dem Hause ihrer Fürsten. (Eine Partei von der hier beschriebenen Sorte ist nicht allein in Preußen zu finden. In dieser Richtung gehen „Kreuzzeitung" und „Volksbote", so sehr sie sonst Antagonisten sein mögen, einträchtig Hand in Hand; wie ja wirklich vor einigen Wochen das Gerücht ging, der Mitredacteur des Münchener „Volksboten" sei gleichzeitig Correspondent der „Kreuzzeitung".)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. Febr. [Zur Angelegenheit der Paßausfertigung für die hannover'schen Emigranten in der Schweiz] schreibt man der „Frkf. Ztg.": Nachdem genauere Recherchen ergeben haben, daß die hiesige Polizei in der That bei der Ausfertigung von Pässen für hannover'sche Flüchtlinge sich erhebliche Unregelmäßigkeiten hat zu Schulden kommen lassen, hat Baron Beust keinen Anstand genommen, der preußischen Regierung über diese ohne sein Wissen vorgekommenen Ueberschreitungen ganz unumwundene Erklärungen zu geben. Es ist natürlich gleichzeitig Vorsorge getroffen worden, daß ähnliche Ueberschreitungen für die Zukunft nicht wieder vorkommen können, sowie daß diejenigen Beamten, welche sich in dieser Paßangelegenheit Uebertretungen haben zu Schulden kommen lassen, zur Verantwortung gezogen werden. Andererseits ist auch der Hof von Hietzing sowohl durch eine Note des Baron Beust, wie durch direkte Abgesandte des Kaisers nachdrücklich an die Bedingungen gemahnt worden, unter welchen dem Könige Georg das Gastrecht auf österreichischem Boden gewährt worden ist. Man ist in dieser Richtung sogar einen Schritt weiter gegangen, als vielleicht nöthig gewesen wäre. Um nämlich etwaigen Mißdeutungen vorzubeugen, hat der Kaiser befohlen, daß an den Festlichkeiten, welche zur Feier seiner silbernen Hochzeit vom Könige Georg veranstaltet werden, kein Mitglied der kaiserlichen Familie sich betheilige; andererseits ist das Ersuchen des Königs Georg, zu diesen Festlichkeiten die kaiserlichen Redoutensäle benutzen zu dürfen, abschlägig beschieden worden. Es wird also wohl mit vollem Rechte behauptet werden dürfen, daß die Regierung in dieser hannover'schen Angelegenheit Alles gethan hat, was sie den Rücksichten gegen Preußen irgend schuldig sein konnte. — Die Auslassungen der heutigen „Wiener Abendpost" beweisen, daß Baron Beust selbst nicht Anstand genommen hat, sobald konstatirt war, daß in den Paßangelegenheiten Unregelmäßigkeiten vorgekommen, das auch öffentlich erklären zu lassen — aber weiter wird man in dieser Affaire diesseits nicht gehen. Insbesondere werden Maßnahmen, um den König Georg zu veranlassen seinen Wohnsitz zu wechseln, nicht erfolgen.

— [Der gegenwärtige Stand der Konkordatsangelegenheit] ist, nach einer anscheinend gut unterrichteten Wiener Correspondenz des „Dresd. Journ." jetzt folgender. Nachdem Graf Crivelli eine Verhandlung in Betreff einer Modifikation des Konkordats beantragt und der Cardinal-Staatssekretär hierauf eine Präcisirung der österreichischen Wünsche, also die Aufstellung einer Basis für die beantragte Verhandlung als nothwendig bezeichnet hatte, formulirte das österreichische Cabinet seine Detailforderungen, welchen das Conkordat Artikel für Artikel zu Grunde gelegt ist. Unter beständigem Hinweis auf die österreichischen Grundgesetze und wegen des unlösbaren Widerspruchs, der sich zwischen jenen Stipulationen und diesen sanktionirten Gesetzen ergibt, wird namentlich bei 11 Artikeln, den wesentlichsten des Conkordats, theils Annullirung, theils Abänderung beantragt. Diese Detail-Anträge können, wie der Correspondent bemerkt, kaum noch zur Kenntniß des Cardinal-Staats-Sekretärs gelangt sein. Es hat also die betreffende, nach der Ansicht des Correspondenten selbst, trotz der in Aussicht gestellten französischen Vermittlung ziemlich hoffnungslose Verhandlung eben nur begonnen.

— Laut Briefen, die dem „Journal de Paris" aus Rom zugehen, wäre die Mission des Grafen Crivelli vollständig gescheitert. Der Hof von Rom hätte nicht einmal Kenntniß nehmen wollen von den Punkten, über welche das österreichische Cabinet eine Modifikation des Conkordats wünscht.

Ungarn. [Militär-Exceß in Preßburg.] Man schreibt der „Presse": In der Nacht vom 11. auf den 12. d. M. ereignete sich gegen 9 Uhr hier folgender Vorfall: Die hiesige städtische Polizeiwache wurde um die erwähnte Zeit benachrichtigt, daß in einem

Pariser Vergnügungen.

Einen bezeichnenden Beitrag zur Kenntniß der tiefen sittlichen Verwilderung, welche unter dem II. Kaiserreiche und begünstigt durch dasselbe in der Pariser Bevölkerung eingerissen ist, liefert folgende Erzählung eines Feuilletonisten aus Paris: Die Hauptstadt unterhält sich mit den „homerischen Kämpfen" in der Arène athlétique, als sei die Zeit der Cäsaren zurückgekehrt. Jeder Pariser, wenn er in die Arena tritt, ist ein kleiner Caligula; blasirt in seinen Genüssen, findet er ein kaum begreifliches Vergnügen an dem Ringkampfe nackter, massiver Glieder und jauchzt den Gladiatoren zu, ja sogar die Weiber mischen sich unter die Zuschauer, um das Muskelspiel dieser Riesenleiber zu beobachten, wie sie sich keuchend und ächzend auf dem Teppich zu ihren Füßen umherwälzen.

Man stelle sich eine kleine Arena vor, in welche, wie der Regisseur ankündigt, je zwei Ringer hereintreten und ihre Balgerei beginnen. Mit strenger Kritik wird jede ihrer Bewegungen verfolgt. Pas de jambes! schreit es von allen Seiten, wenn einer der Kämpfenden sich den Anschein gibt, als wolle er seinem Gegner ein Bein stellen, und mit ebenso scharfem Urtheile entscheidet das Publikum, ob der Sieger wirklich das Gesicht des Unterliegenden gesehen, oder ob der Kampf fortzusetzen sei, ein Kampf, der bei gleich starken Gegnern oft eine halbe Stunde währt. Aber das alles ist nur Vorspiel, in welchem es an komischen Momenten nicht fehlt, wenn der Regisseur einen „Amateur" anmeldet, und dieser verhöhnt die Arena verlassen muß.

Etwa eine Stunde nach Beginn sieht man plötzlich eine hohe Gestalt in schwarzem Mantel, mit einer schwarzen Kappe über den Kopf, hermetisch schwarz, wie ich sagen möchte, aus dem Amphitheater herabsteigen. Es ist derselbe „Geheimnißvolle," der immer bei solchen Gelegenheiten auftaucht. Bald ist er ein Herzog, bald ein Graf, ein Journalist. Nur der Direktor der Arena weiß wer er ist, er kannte seine Pariser, als er diesen Coup versuchte, und verklagte sogar den Direktor des Hippodrom, als auch dieser sich einen homme masqué spendirte. Indessen zog auch das bald nicht mehr. Die Zeitungen verkündeten also, daß an einem gewissen Abende zwei maskirte Männer erscheinen würden. Das war natürlich ein Festabend und die Arena bis auf den letzten Platz gefüllt. Wirklich erschien auch alsbald eine Gestalt, roth wie ein gekochter Hummer, mit rother Kappe, rothem Visir, rothem Mantel, eine Henkersgestalt, wie sie Dumas und Ponson du Terrail nicht schöner szeniren können. Und bald darauf erschien auf der entgegengesetzten Seite auch der schwarze Vermummte. Beide warfen ihre Mäntel ab, Beide standen mit ihren Kappen, mit schwarzrothen Schärpen, ganz in Tricot gehüllt, einander gegenüber, zwei Giganten mit rothem und schwarzem Haupte, das einem Kohlkopfe glich.

Der Kampf begann. Der Schwarze, der bisher jeden Gegner geworfen, mußte natürlich der Sieger bleiben, aber ich setze voraus, daß der Rothe ihn endlich doch besiegen und dann der Rothe als der Unüberwindliche auf das Programm gesetzt wird. Die Zeitungen nennen das bewundernd einen „homerischen Kampf," ich nenne es den brutalsten Anblick, den sich ein gesitteter Mensch bereiten kann, und die Weiber, die sich an demselben ergötzen, würde ich abfangen lassen und nach St. Lazare schicken, um ihnen Sittlichkeitsgefühl beizubringen, das sie freilich zuweilen hinter ihren Fächern affektiren, während sie in der andern Hand das Opernglas halten. Wo nehmen nur diese Weiber ihre Nerven her!

in der Nähe des Stadthauptmann-Amtes gelegenen Gäßchen excedirt werde. Sofort begab sich eine aus drei Mann bestehende Patrouille dahin, und arretirte den Haupt-Excedenten. Auf dem Rückwege in das Stadthauptmann-Amt begegnete die Escorte einer ebendahin kommandirten gleichfalls aus drei Mann bestehenden Militär-Patrouille, bei deren Anblick der Arrestant sich gegen seine Begleitung zu widersetzen begann, wobei er fortwährend ausrief, er wäre Urlauber und könne als solcher nur durch eine Militär-Patrouille arretirt werden. Kaum hatte der Führer der Militär-Patrouille dieß vernommen, als er auch den Inkulpaten für sich reklamirte; die städtische Polizeiwachmannschaft weigerte sich, den Arrestanten herauszugeben, da sie ihn auf frischer That ertappt habe, und das Resultat der Erhebung, ob er wirklich der Militär-Jurisdiktion angehöre, abgewartet werden müsse, und entfernte sich mit dem angeblichen Urlauber. Die Militär-Patrouille folgte, und auf dem Johannesplatze angelangt, donnerte der Führer derselben der ruhig fortmarschirenden Polizei-Mannschaft ein dreimaliges Halt nach, und ließ, als dies erfolglos geblieben war, Feuer geben. Zum Glück wurde nicht präcis geschossen, und erhielt nur Ein Polizei-Wachmann eine Streifwunde an der rechten Schulter. Der Excedent wurde nichtsdestoweniger der städtischen Gerichtsbarkeit zur Amtshandlung übergeben. So geschehen um 9 Uhr in der Nacht vom 11. auf den 12. Februar im Jahre des Herrn 1868, mitten im Weichbilde der kgl. Freistadt Preßburg."

Ausland.

Schweiz. [Erweiterung der Volksrechte.] Im liberalen Verein zu Bern wurde vor einer zahlreichen Zuhörerschaft das Thema der Erweiterung der Volksrechte behandelt. Gengel, Redakteur des „Bund", wies nach, daß die Demokratie die ursprüngliche und natürliche Verfassung aller Weltkulturvölker gewesen sei. Die repräsentative Verfassung sei im Grunde wenig verschieden von der konstitutionellen Monarchie; in beiden beschränkten sich die Rechte des Volkes wesentlich auf das Recht des Wählens. Wenn aber das Volk über die Verfassung abzustimmen habe, so müsse es um so viel mehr auch über seine Gesetze beschließen. Deßhalb führe die logische Entwickelung zur vollen Volkssouveränetät: Plattformsystem; Abberufungsrecht; Berichterstattung der Behörden an das Volk; Recht des Volkes, die Gesetze zu genehmigen oder zu verwerfen, die Abänderung der Gesetze, wie der Verfassung zu verlangen, Gesetze vorzuschlagen, gegen die Beschlüsse der Behörden Einspruch zu erheben. Auch Regierungsrath Weber sprach sich mit größter Entschiedenheit für Einführung des Referendums aus, welches fakultativ schon in der Berner Verfassung von 1846 enthalten sei; es sei das beste Mittel, das Volk politisch zu bilden und dem Veto, einem bloßen Recht der Negation und Agitation, weit vorzuziehen. Die demokratische Bewegung in der Schweiz werde ganz sicher ihren Weg machen und nicht eher ruhen, bis sie in allen Kantonen und zuletzt selbst am Bunde durchgedrungen sein werde. Generalprokurator Teuscher ließ sich in ähnlichem Sinne aus; eine Erweiterung der Volksrechte sei nach dem Gange der Berner Verfassungsentwickelung dringend geboten.

Frankreich. Paris, 15. Jan. [Zwei wichtige Nachrichten] drängen sich der Beachtung der politischen Kreise auf. In den südlichen Departements herrscht seit Monaten eine Trockenheit, eine Wassernoth, welche die Voraussetzung einer Mißernte begründet. Allerdings ist der dortige Körnerbau minder bedeutend als im übrigen Frankreich. Doch könnte eine Mißernte im Süden zur Folge haben, daß sich für ganz Frankreich abermals eine weniger als mittelmäßige Ernte herausstellt. Es wäre dies ein um so bedenklicheres Ereigniß, als bereits seit der vorjährigen Fehlernte alle Vorräthe aufgezehrt wurden, und nur eine außerordentlich gute Ernte den Theuerungspreisen Schranken setzen könnte. — Die Regierung hat den Beschluß gefaßt, die Zeitungen wegen unerlaubter Besprechung der Verfassung mit gerichtlicher Verfolgung zu bedrohen, wenn sie fortfahren, die Gerüchte zu verbreiten: der Kaiser beabsichtige eine gründliche Umkehr zum Parlamentarismus mit verantwortlichen Ministern, die aus der Kammer kommen und in die Kammer zurückkehren. Die liberalen Ueberschwänglichkeiten in den Zeitungsgerüchten sollen nicht länger geduldet werden. Viel glaubwürdiger ist es, daß der Kaiser sich den Gedanken des Staatsministers Rouher zu eigen gemacht: das Preßgesetz und das Versammlungsrecht ein Jahr lang zu experimentiren, und dann zurückzunehmen, wenn daraus zu viele Schwierigkeiten entstehen. Die daraus sich allenfalls ergebende Freiheit ist nur ein Provisorium; das Kaiserthum läßt sich durch liberale Schwindeleien nicht entwaffnen. (!!)

— [Die Bestimmungen des neuen Preßgesetzes] sind von einem Mitgliede der Majorität in Vers und Reim gebracht. Die „France" theilt das Gedicht mit und die „Köln. Ztg." hat sich die Kurzweil gemacht, folgende wortgetreue Verdeutschung anzufertigen.

Die Gebote der Presse.

1. Noch kaum geboren, mußt du schon
   Erlegen schwere Kautien.
2. Stempelgebühren Tag für Tag
   Nimmt gleich der Fiskus in Beschlag.
3. Niemals besprich mit dreistem Muth,
   Was wirklich die Regierung thut!
4. Die Kammern respektire sehr,
   Die Herrn Minister noch weit mehr!
5. Von einem Bürger überhaupt
   Sprich nur, wenn er es dir erlaubt!
6. Den parallelen Kammerbericht,
   Auch andre, publizire nicht!
7. Denn, wenn du fehlst, so tritt in Kraft
   Geldstrafe und Gefängnißhaft.
8. Geldstrafen jedesmal bedroh'n
   Ein Drittel deiner Kaution.
9. Der Wählerrechte obendrein
   Wirst du depossedirt sein.
10. Der Richter suspendirt dich gar
    Vorläufig auf ein halbes Jahr.
11. Er unterdrückt dich, wenn er will,
    Und macht dich dann für immer still.
12. Und stimmst du diesen Regeln bei,
    So kannst du Alles drucken frei.

Italien. [Die Lage.] Die Stellung des Ministeriums Menabrea ist keineswegs so gesichert, wie es dem Außenstehenden scheinen sollte. Das Cabinet steht vielmehr einer doppelten Opposition gegenüber. Die eine, offene, ist diejenige der Linken; sie ist für den Augenblick wenig gefährlich. Die andere, versteckte, geht von einem Theile der Rechten aus und hat zum Zwecke, den General Menabrea durch den General Lamarmora zu ersetzen. Diese Intrigue ist der Beachtung um so mehr werth, als sie mit der allgemeinen Politik Europa's in Verbindung steht. Der General Lamarmora ist der erklärte Anhänger der französischen Allianz und ein entschlossener Gegner Preußens, mit dem er seit den Ereignissen des Sommers 1866 auf gegenseitig gespanntem Fuße steht. Der General Menabrea ist gleichfalls ein Freund des Bündnisses mit Frankreich, aber mit Mäßigung und vielleicht mit heimlichen Absichten. Der König will nun durchaus den General Menabrea, und würde sich zu einem Ministerium Lamarmora nur im äußersten Nothfalle entschließen. Eher würde er noch vorziehen, zu Herrn Rattazzi und der Linken zurückzukehren. So ist die gegenwärtige Lage beschaffen. Das Ministerium hat scheinbar die Mehrheit, es läßt alles votiren, was es will, die Linke protestirt nur durch ihre Abwesenheit, und doch kann im Augenblicke, wo man es am wenigsten erwartet, ein Votum eintreten, welches das Ministerium stürzt; dieses Votum würde aus einer Coalition der Linken und der äußersten Rechten hervorgehen.

Die italienische Regierung scheint, — wie man der „K. Z." schreibt — obwohl sie sich keineswegs darüber äußert, sich auf baldige Ereignisse gefaßt zu machen. Man armirt die Flotte unter dem Vorwande einer Expedition nach Montevideo, an die man niemals ernstlich gedacht hat. Man ändert die Gewehre um und man vereinigt in der Nähe von Florenz fünf Divisionen, die auf vollem Kriegsfuße stehen. — Der „Liberté" berichtet man aus Florenz, daß der italienische Kriegsminister alle möglichen Vorbereitungen trifft, um, in den südlichen Provinzen des Königreichs für alle Fälle gerüstet zu sein. General Cialdini ist zum Commandeur der schon mobilisirten und in Florenz, Bologna, Parma, Perugia und Livorno stationirten fünf Divisionen ernannt worden. Außerdem sollen Divisionen in Turin, Alessandria, Verona und Padua mobil gemacht werden, um in jedem gegebenen Momente eine Streitmacht von 60- bis 75,000 Mann nach Neapel und Sicilien werfen und dort die bourbonische Bewegung, deren Ausbruch man befürchten zu müssen glaubt, unterdrücken zu können."

Nichtpolitische Zeitung.

[Professor Davis noch einmal.] Das Montagsblatt der „St. Petersburger Zeitung" vom 10. Februar erwähnt der in Berlin stattgefundenen Entlarvung des angeblichen Petersburger Prof. W. Davis und gibt weitere Auskunft über den Letzteren, dessen kurzer Aufenthalt in St. Petersburg dem genannten Blatt noch sehr erinnerlich ist, wie folgt: „Vor mehreren Jahren war dieser Herr Davis in Riga und kündigte nicht allein Vorlesungen über Göthes „Faust" an, sondern versuchte auch die erste dieser Vorlesungen zu

halten. Er wurde dort wegen vollständiger Ignoranz und Impotenz zum Saal hinausgelacht und kam dann — vielleicht im Vertrauen auf unsere mangelhafte Kenntniß Rigaer Erlebnisse — nach St. Petersburg. Hier kündigte er gleichfalls Vorlesungen über dasselbe Thema an. Die Redaktion dieses Blattes machte das Publikum auf die Rigaer Antecedentien des Herrn Davis — der sich Doktor der Heidelberger (sic!) Universität nannte — und auf dessen mangelhafte Kenntnisse der deutschen Grammatik aufmerksam, die ihn nicht zum Interpreten der Göthe'schen Dichtung tauglich erscheinen ließen. In Folge dessen kam die Vorlesung nicht zu Stande. Herr Davis schrieb darauf dem Redakteur unseres Journals einen allen Regeln der Orthographie Hohn sprechenden Brief, in welchem er persönliche Satisfaktion forderte und der natürlich „zu dem Uebrigen" gelegt wurde, und verschwand dann spurlos — hoffentlich für immer — aus unserer Stadt. Das ist der wahrheitsgetreue Verlauf seines Aufenthalts in St. Petersburg, von welchem seine eigenhändig vollzogene Creirung zum „Professor der St. Petersburger Universität" herrührt."

Frankfurter Börse (10. bis 15. Februar.)

15. Februar. Süddeutsche Fonds unterlagen keiner der Rede werthen Veränderung, badische 100 Thlr. Loose wieder fester. In 4½pCt. Preussen fanden Umsatz zum Emissionskurs à ¼ Agio statt. Oesterr. Fonds gut behauptet; in Nachfrage waren indess nur engl. Metalliques, die um 1 pCt. auf 62¾ gestiegen sind. Die Staatspapiere folgen der anhaltenden Besserung der österr. Valuta nur sehr langsam und widerstrebend. Das Kapital, zumal das auswärtige, verkauft zu steigenden Kursen doch mehr als es kauft, und es ist eher wahrscheinlich, dass das Steigen der österr. Fonds im Allgemeinen an Elastizität verlieren wird, zumal sich in der letzten Liquidation der grösste Theil der Contremine mit ansehnlichem Verluste gedeckt hat.

Ein wahres Glück, dass New-York etwas günstigere Goldkurse sendet, denn wir trauerten schon in Sack und Asche. So konnte der Kurs doch wieder auf 76 klimmen, aber klang- und farblos. So lange nicht alle Sorge wegen der Goldzahlung gehoben ist, wird man mit dem alten vollen Vertrauen Amerika nicht mehr entgegenkommen. Heute konnten, trotzdem Gold unverändert gemeldet wurde, 1882er den 76er nicht behaupten und verlassen die Woche zu 75¾. Von sonstigen auswärtigen Effekten ist der neuen 5pCt. russischen Bodenkredit-Pfandbriefe zu gedenken, welche in Posten zu 76¼—⅞ vom Markte genommen wurden.

Die österr. Kreditanstalt hat mit Uebernahme des Restes der steuerfreien Metalliques ein sehr lohnendes Geschäft gemacht, den Kurs von 190 konnten ihre Aktien aber doch nicht behaupten, weil grosse Realisationen den Weg verlegten. Bankaktien haben sich wieder hervorgethan. Die Regierung muss sich wegen der Verletzung der Privilegien verständigen und sie scheint es auch zu beabsichtigen. Das Steigen auf 715 zeigt, dass man grosse Rosinen im Sacke hat. Darmstädter ruhen auf ihren leichten Lorbeern aus und Frankfurter Bank ist auf 126 Br. festgenagelt.

Von E.-B.-Aktien unsere alten eingewohnten Devisen fast unverändert, sie wechseln selten Hände und sind kein Gegenstand spekulativen Umsatzes. Auf diesem Gebiete haben wir jetzt nur österr. Staatsbahn, welche von einer Hausse-Clique in Paris unter Führung eines bekannten Faiseur remorquirt werden, man will nicht eher ruhen, als bis 600 erreicht ist. Avis au lecteur! Auf hessische Ludwigsbahn haben die Beschlüsse der Generalversammlung, welche die Erweiterung des Netzes auf nahezu das Doppelte seines jetzigen Bestandes genehmigen, keinen sofortigen Eindruck geübt. Das süddeutsche Bahnnetz erhält übrigens von so verschiedenen Seiten her Zuwachs und Vervollständigung, dass man die Ertragsfähigkeit der einzelnen Linien nicht absolut, sondern in ihrem relativen Zusammenhang mit dem Ganzen abzuschätzen gut thun wird. Gutem Vernehmen nach dürfte die lang angestrebte Fusion der Hanauer Bahn mit der hess. Ludwigsbahn bald in Vollzug kommen, wenn schon ohne die Resultate, auf welche s. Z. das Projekt berechnet war. Der Bau einer Linie Offenbach-Hanau hat sich dazwischen gelegt und seitdem Bebra-Fulda-Hanau eine preussische Staatsbahn geworden, kommen dabei Faktoren zur Geltung, auf die früher nicht gerechnet war. Die Januareinnahme der Hanauer Bahn lautet günstig; gegen das Vorjahr beläuft sich das Plus auf fl. 7,238 oder 23 pCt.; es fällt lediglich auf Rechnung des Güterverkehrs. Prioritäten in guter Frage und zum Theil höher bezahlt, insbesondere Staatsbahnen. Die Coupons der italienischen Prioritäten sind dieser Tage mit Zahlungsprotest versehen nach Florenz abgegangen und darf man von Seiten des dort anwesenden Direktors der Darmstädter Bank nächstens ausführlichen Berichtes gewärtig sein.

Die Medio-Liquidation stand unter den Auspizien des anhaltend abundanten Geldstandes und theilweisen Stückmangels und gelangte zur leichten Erledigung. Wechsel bleiben unverändert fest und Wien bis 101 bezahlt. Napoleons viel begehrt.

	10.		15.			10.		15.	
5% Oestr. National	55⅜		55½		3½% Badische Obl.	83	B	83	B
5% do. Metal. (1859)	62⅛		62⅜		4% Darmstädt. do.	90½	B	90	B
do. (steuerfr.)	60⅛		60⅝	B	4½% Nassauer do.	94⅛	B	94¾	B
5% do. Lose (1860)	71¼	B	71¼		4% do. do.	86¼	B	86½	B
— do. do. (1864)	80¼	B	81		3½% do. do.	83¼	B	82½	B
Oestr. Kreditl. (58)	131		132		4% Kurhess. do.	89¾	B	89¾	B
5% Bayer. Obligat.	101⅛	B	101⅛	B	3½% Frankf. do.	81¼	B	82¼	B
4½% do. do.	94	B	94	B	3% do. do.	—		—	
4% do. do.	88¼	B	88¾		6% Amerik. (1882)	75¼		75¾	
4% do. 100Thl.-L.	99¾		100¼	B	Oestr. Kredit. . .	189⅛		188⅜	
4½% Würtemb Obl.	94¼	B	94¼	B	Oestr. Nat.-Bank	719		717	
3½% do. do.	81½	B	82½	B	Frankfurter do.	126½	B	126	B
4½% Badische do.	94¼	B	94⅛	B	Bexbacher E.-B.	157¾	B	157½	
4% do. do.	86⅛	B	87	B	Bayer. Ostbahnen	119¼		119¼	B

Cours der Staatspapiere.

Oestr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68¾ P. ½ G
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P. 62¾ G.
"	5pCt Nationalanl. v. 1854	55¼ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46½ G.
"	5 pCt. do. steuerfr. 66	50 " G.
"	4½pCt.	42¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93½ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¾ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¾ P ½ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4½pCt. Obl.	94¼ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88½ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	83 ⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82¾ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	83⅞ G.
NAmerika	6pCt. à 100dr. 1881 D. 2½	76⅝ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	75⅝—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720—721 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186—7½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	99¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94½ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P. 20 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Tarnow-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262½—4½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122½ P. 21½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157½ P. 57 G.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107½ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75¾ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42⅞ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛—¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G
Berlin Thl. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97½ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅜ G.
do. in öst. W. l. S.	100¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	137 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71½—¾ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132½ P. ⅛ G.
" do. v. 1864	81¾ P. ½ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅞ P. ⅜ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36¼ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32⅝ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅞ G.

Frankfurt, 17. Februar. Die Zeiten ändern sich und die Börse ist am Wenigsten beständig. Creditaktien, so lange die bête noire der Börse, sind zum Enfant chéri derselben geworden. Sie steigen mit einer Leichtigkeit und ohne von Schwindel befallen zu werden, der zu Pari führenden Leiter hinauf, als hätten sie sich immer in diesen höchsten Regionen bewegt. Schon gestern war auf die gemeldete Superdividende von 8 fl. eine rapide Hausse in Wien inscenirt und hier imitirt worden. Heute machte dieselbe weitere große Fortschritte auf abermals höhere Wiener Frühcourse. Staatsbahnaktien gingen in demselben Tempo mit. Sie hatten schon gestern den 60er überschritten. Credit stehen an den Pforten des 200ers. Auffallenderweise folgen die österr. Anlagepapiere dieser Hausse der Spielpapiere durchaus nicht nach. National, Steuerfreie und neue englische Metalliques waren ziemlich geschäftslos und zeigen fast keine Veränderung im Course, süddeutsche Sachen ebenso. Auch von Amerika war sehr wenig die Rede und verkehrte dasselbe in matter Haltung. Von Wechseln Wien höher.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 50. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Mittwoch, 19. Februar 1868.

Eine tumultuarische Kammersitzung.

Würzburg, 19. Februar.

Nicht im zahmen Deutschland ist eine solche vorgefallen, wo jetzt die Regierungen allenthalben sich der gehorsamsten Ja-Herren unter den Landesvertretern erfreuen und das beiderseitige Kriegsbeil „auf ewige Zeiten“ vergraben zu sein schiene, wenn nicht von Zeit zu Zeit ein oder der andere Heißsporn wenigstens den Versuch machte es auszuscharren — nicht von einer tumultuarischen Kammerscene in Deutschland wird die Rede sein, sondern von einer solchen im heißblütigeren Frankreich, wo die Sturmvögel zu fliegen beginnen, fast in derselben Weise, wie vor 1789, 1830 und 1848.

Das „Siècle“ spricht heute das große Wort gelassen aus: Jeder begreift, daß die Diktatur ihre Zeit gehabt hat, daß es ein Ding der Unmöglichkeit ist, auf die Praxis von 1852 zurückzugehen, und daß man fortan mit dem großen Verbannten rechnen muß, nämlich mit der Freiheit. Wer von dieser Ansicht durchdrungen ist, der läßt sich leicht einreden, daß die Regierung die Sache eben so beurtheile. Wir tragen aber Bedenken, ihr die gleiche Klarheit des Blickes zuzutrauen. Das Schauspiel, das uns die Diskussion über das Preßgesetz bietet, gestattet die Annahme nicht, daß man höheren Orts so sehr von der Nothwendigkeit durchdrungen sei, mit der alten Praxis der diskretionären Gewalt zu brechen und ein aufrichtig konstitutionelles System an deren Stelle treten zu lassen. Was wollen die liberalen Anläufe einer Regierung bedeuten, welche den einfachsten Bitten um Garantieen für die Rechtspflege bei politischen Vergehen in der Presse widerstrebt? Nachdem das „Siècle“ die betreffende Diskussion charakterisirt hat, zieht es daraus das Resultat: „Welches Vertrauen kann das Land nach solchen Vorgängen auf die Freisinnigkeit der Regierung haben?“

Diese Vorgänge im gesetzgebenden Körper, Sitzung vom 14. ds., sind so charakteristisch für die Lage der Parteien und der Regierung in Frankreich, daß wir unsere Leser nicht zu langweilen befürchten, wenn wir dieselben mit den nöthigen Erläuterungen ausführlicher mittheilen. Der Deputirte Berryer lieferte den Beweis, daß durch die Zusammensetzung der Kammern der verschiedenen Gerichtshöfe durch den General-Prokurator die Regierung nur den Zweck im Auge gehabt habe, eine ihrer Creaturen an die Spitze derjenigen Kammern zu bringen, welche über politische Processe zu entscheiden haben. Das Wort, welches Berryer in Anwendung gebracht: „Le procureur impérial désigne le juge!“, wird bleiben, und in Zukunft wird kein eines politischen Vergehens Beschuldigter mehr vor der sechsten Kammer erscheinen, ohne daß er im voraus weiß, daß von seiner Verurtheilung die Beförderung seiner Richter abhängig ist. Die Lobsprüche, welche der Justiz-Minister Baroche der Unabhängigkeit der französischen Richter zollte, haben das Urtheil der öffentlichen Meinung nicht geändert.

Berryer begründet die Vorlage seines Amendements (welches verlangt, daß die verschiedenen Kammern der Gerichtshöfe nicht mehr von dem Präsidenten, dem General-Prokurator und dem Justizminister zusammengesetzt werden, wie dies seit 1854 Mode ist, sondern daß man auf das alte, seit 1820 befolgte System zurückkomme und die Kammern durch das Loos bilde) dadurch, daß es nothwendig sei, alle nöthigen Garantieen für die Conzessionen zu bieten, welche man bewillige. Da man den früheren Strafmaßen aber neue Strafen hinzugefügt, da man die Schriftsteller sogar ihrer politischen Rechte berauben könne, so biete die Art und Weise, wie man heutzutage die Kammer des Zuchtpolizeigerichtes zusammensetze, nicht mehr die gehörige Bürgschaft dar; es falle ihm, Berryer, nicht ein, mit seinem Amendement der Achtung, die man dem Richterstande schulde, zu nahe treten zu wollen; dafür bürge seine ganze Vergangenheit. Um die wahre Lage der Dinge darzustellen, wirft nun Berryer einen Blick auf die letzten 60 Jahre und beweist, daß man bis zum Jahre 1859, also beinahe 40 Jahre, das Dekret von 1820 aufrecht erhielt, das dem ersten Präsidenten, den Präsidenten und den ältesten Räthen das Recht zugesprochen habe, die Zusammensetzung der Kammern vorzunehmen, während heute der erste Präsident und der dem Justizminister untergeordnete General-Prokurator allein diese Arbeit vornähmen. Berryer hebt nun hervor, daß man nach dem bis 1859 in Kraft gebliebenen Regime den General-Prokurator wohl konsultirt habe, daß derselbe aber nur eine berathende Stimme gehabt und seine Bemerkungen hätte machen dürfen. Der Cassationshof habe immer, wenn sich ein Gerichtshof von dieser Bestimmung entfernt, das Urtheil kassirt. Berryer geht nun auf das Dekret von 1859 über und thut dar, daß dasselbe nicht die geringsten Garantieen darböte. Der erste Präsident stelle die Liste mit dem Generalprokurator auf und der Justizminister heiße sie gut. Eine solche Lage sei trostlos und sie müsse zu Widerspruch Anlaß gegeben haben, denn sie sei nicht haltbar.

Der Justizminister Baroche bestreitet, daß man dagegen je protestirt habe.

Berryer: In allen Fällen kann man sicher sein, daß der Generalprokurator den Minister konsultirt hat.

Baroche: Niemals.

Berryer: Dann hat er sehr Unrecht gehabt, denn Sie hätten ihm vielleicht bessere Rathschläge gegeben, als die sind, welche er befolgt. Wie dem nun auch sein mag, es bleibt eine ungeheuerliche Sache aufrecht: Es ist der Generalprokurator, der mit der Verfolgung betraut ist, welche den Richter wählt. Der Richter wird von dem ernannt, der von ihm die Verurtheilung verlangen soll. Ich wiederhole es: Es ist der öffentliche Ankläger, welcher den Richter wählt. Ein solches System ist unerträglich und ich verlange, daß man ihm ein Ziel setzt. (Sehr gut! Sehr gut!) Nach einigen weiteren Bemerkungen kommt dann Berryer auf die alten Parteien zu sprechen. „Es gibt“, meint er, „Leute, die das Gute wollen; ich weiß es und ich ehre sie; ich thue es nicht, weil man mich zu den so mißachteten alten Parteien zählt. Nein! Sie haben alle gesucht, das Beste für das Land unter den verschiedenen Regierungen zu thun und ich verlange für sie eine patriotische Achtung. Ja! es gibt verschiedene Meinungen, man ist verschiedenen Regierungsformen zugethan, aber der gemeinschaftliche Zweck, der gemeinschaftliche Gedanke ist die Aufopferung für das Land gewesen. Und wenn man diese Männer in diesem gemeinschaftlichen Gedanken vereint sieht, so sagt man ihnen: Es sind Meinungen, die laut heulen, daß sie sich zusammenfinden.“ (Aufregung.) Nein, sie heulen nicht; sie setzen ihren Ruhm darein, den Zweck unter den gegebenen Bedingungen zu erreichen. Verabscheuungswürdig ist aber, wenn sich diese Widersprüche, diese verschiedenen Meinungen in einem und demselben Manne zusammenfinden und (hier blickt Redner auf Rouher, der sehr bleich und aufgeregt aussieht) dann wird die Achtung unmöglich und das Ansehen ist auf immer verloren.“ Berryer sagt nun noch einige Worte über die Unabsetzbarkeit der Richter, welche er durch das Dekret, das eine Altersgränze für dieselbe festsetzt, für verletzt hält. (Bekanntlich wurde 1852 das betreffende Dekret nur deßhalb erlassen, weil man die Gerichtshöfe, besonders den Cassationshof, von den orleanistischen Elementen purificiren wollte, welcher Zweck nach und nach auch so ziemlich erreicht worden ist.) Schließlich sagt Berryer, daß aus dem ganzen Ensemble die Nothwendigkeit hervorgehe, daß man die Lage der Dinge ändern müsse. „Die Ordnung ohne die Freiheit und Gerechtigkeit ist die Sklaverei, so sagte Fenelon, und die Ordnung hängt von der Unabhängigkeit der Richter ab. Was die intelligenten Geister und ehrenwerthen Herzen verletzt, ist die Ungerechtigkeit, besonders diejenige, welche in einem Gesetz unter dem Scheine der Gerechtigkeit verbreitet wird.“

So weit Berryer. Ihm antwortete der Justizminister Baroche. In seiner Rede sucht derselbe besonders darzuthun, daß das Amendement Berryer's mit dem neuen Gesetze, das nur die Presse betreffe, nichts zu thun habe. Er protestirt gegen die Anklage, daß die Regierung die Unabhängigkeit der Richter nicht wolle. Dann auf das Dekret übergehend, das eine Altersgränze für die Ausübung des Richteramtes aufstellt, sucht er darzuthun, daß man dieses nur ange-

kommen hätte, weil viele Richter selbst schon vor der festgesetzten Zeit altersschwach würden.

Pelletan unterbricht hier den Redner: Und der Senat! (Sturm.)

Baroche: Ich glaube, ich habe auf diesen Widerspruch im voraus geantwortet, indem ich von den Ausnahmen gesprochen, welche sich in dem gesetzgebenden Körper befinden.

Garnier-Pagès: Die Deputirten, sie werden vom Volke gewählt. (Neuer Sturm.)

Baroche: Sie sprechen vom Senate! Wollen Sie, daß ich im öffentlichen Interesse Vergleiche anstelle. (Nein, Nein!)

Präsident: Ich verlange, daß man auf die Unterbrechungen nicht antwortet. Wollte man dieses, so würde keine Diskussion zu Ende geführt werden können.

Rouher (Staatsminister): Man muß laut sagen, daß der Senat über solchen Angriffen erhaben steht.

Baroche: Ich füge der Protestation des Staatsministers nur noch ein Wort hinzu. Wenn die Kammer gewählt wird, so besteht der Senat aus den Berühmtheiten des Landes, und was Sie auch thun werden, so können ihn solche Insinuationen nicht berühren. Baroche sucht nun weiter die Nothwendigkeit der Modifikation im Dekrete von 1820 zu beweisen. Er führt dabei an, daß man, da ein Theil der Richter mehr mit dem Criminalrechte, der andere mit dem Civilrechte befaßt sei, Acht auf ihre Tauglichkeit haben müsse. (Pelletan unterbricht hier: Ja, sie müssen tauglich sein!) Dann einen Rückblick auf die letzten sechszig Jahre werfend, nimmt er kraft des Gesetzes von 1810 für die Regierung allein das Recht in Anspruch, zu bestimmen, auf welche Weise die Zusammensetzungen der Kammern vorgenommen werden sollen, und er begreift nicht, wie man bei Gelegenheit eines Preßgesetzes es wagen könne, die Modifikation der Justizverwaltung zu verlangen. Schließlich fordert er deßhalb die Kammer auf, sich energisch gegen den Berryer'schen Antrag auszusprechen.

Man hatte geglaubt, Thiers würde nun das Wort ergreifen, aber Berryer spricht nach Baroche sofort von seinem Platze aus: „Ich frage, ob bei Gelegenheit eines Gesetzes, welches den Zuchtpolizeigerichten die Aburtheilung von politischen und Preßprozessen überliefert, es nicht natürlich ist, sich nach Garantieen wegen der Zusammensetzung dieser Gerichte umzusehen? Ich setze der ablehnenden Antwort des Herrn Siegelbewahrers keine andere Erwiderung entgegen. Ich habe nicht geglaubt, daß mein Vorschlag für die Würde des Richterstandes verletzend sein könnte. Ich habe gefragt, weßhalb man das Reglement vom Jahre 1820 abgeändert habe, welches die nicht zu bestreitende Autorität einer vierzigjährigen Erfahrung für sich hatte und bis 1854 in Uebung war. Möge denn die Commission diesen Punkt in Berathung ziehen. Wollen Sie uns die Garantieen des Jahres 1820 zurückgeben? Dann werde ich mich zufrieden gestellt erklären. Der Angriff auf die Magistratur liegt in der Auswahl, welche der General-Prokurator trifft. Es ist das ein Skandal in der gesetzlichen Ordnung, widerstrebt allen Ideen einer gesunden Justiz. Es gibt keinen ernsthaften Grund, welcher eine solche Aenderung rechtfertigen könnte. Man spricht von Tauglichkeit; aber Sie sehen, daß gerade nach dem Reglement die Richter nicht länger als zwei Jahre in derselben Kammer bleiben sollen. Es sind dies nicht stichhaltende Gründe und weiter nichts. Ich bestehe darauf, daß die vom General-Prokurator getroffene Auswahl ein Angriff auf den Richterstand ist; ich will nicht noch weiter gehen. Meine Hochachtung vor dem Richterstande ist sehr groß, denn ich sage kein Wort über das, was Sie jedes Jahr thun, um die Natur der von Ihnen erwarteten Dienste zu belohnen." (Sturm, fürchterlicher Lärm.)

Baroche: Wenn Herr Berryer Thatsachen vorbringen kann, so bitte ich ihn, dieses sofort zu thun und sich näher zu erklären.

Berryer: Thatsachen will ich denn also anführen, ohne Namen zu nennen. Das pariser Polizeigericht besteht aus drei Kammern, aber es ist fast immer nur die sechste Kammer, welche die Preßprozesse aburtheilt. Der Richter, welcher dieser Kammer 1859 präsidirte, wurde 1860 zum Appellationsrathe ernannt; der Präsident dieser Kammer von 1860 wurde 1861 Appellationsrath, derjenige von 1861 wurde Rath im Jahre 1862, der von 1862 wurde es 1863, der von 1863 wurde es 1865, der von 1866 wurde es 1867. Wir sind des Geschickes gewärtig, welches den Richter erwartet, welcher heute dort präsidirt. (Hier bricht nun der Sturm furchtbar los. Die Majorität heult vor Wuth; die Opposition, die so gering an Zahl ist, zollt Beifall und gebraucht dabei ihre Papiermesser, um den Lärm der Majorität zu übertönen. Baroche und Rouher (die Minister!!), die in großer Aufregung sind, rufen in den Lärm hinein und schlagen mit den Fäusten auf ihre Pulte. Beide verlangen das Wort. Glais-Bizoin erhebt sich von seinem Platze und sagt einige Worte, die man nicht versteht. Der Präsident ruft, er habe das Wort nicht. Nach fünf Minuten ungeheuren Skandals gelingt es dem Präsidenten endlich, nach und nach die Ruhe herzustellen und Baroche das Wort zu ertheilen.) (Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. Febr. [Handelstag und Zollbundesrath.] Gestern ist bereits die Mehrzahl der Mitglieder des Ausschusses des Handelstages hier angekommen und heute wird das Plenum desselben seine Thätigkeit beginnen und bis zum 20. d. Mts. fortsetzen. Der Ausschuß wird zunächst die Arbeiten seiner Subkommission entgegennehmen und die Frage wegen Einberufung des Handelstages zum Austrage bringen. Ferner wird über den Antrag beschlossen werden, welcher sich auf Einführung einer gleichen „Lehre" für Bleche und Drähte aller Metalle bezieht und als Ergänzung zur Maß- und Gewichtsordnung dienen soll, welche zur Vorlage für das Zollparlament bestimmt ist. Es gilt als sicher, daß der Handelstag zunächst und vielleicht für immer nach Berlin berufen wird; in Bezug auf den nächsten Einberufungs-Termin neigen die meisten Ansichten dahin, daß es vortheilhafter sei, die Verhandlungen nach dem Schlusse des Zollparlamentes beginnen zu lassen. — Der Bundesrath des Zollvereins soll seine Berathungen heute über acht Tage beginnen,

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

IV. Sitzung am 1. Februar 1868.

1) Herr Semper sprach über Entstehung der Korallenriffe. Die bekannte ringförmige Gestalt der eine Lagune einschließenden Riffe — der Atolle — wurde früher so erklärt, daß man annahm, es hätten auf den Kraterrändern untermeerischer Vulkane die Polypen ihre Wohnungen, die Korallenstöcke, senkrecht in die Höhe gebaut, wodurch nothwendig ein äußerer Ring, ein Außenriff, entstehen mußte, welches den zum See gewordenen Krater gegen das äußere Meer abschließe. Man hatte dabei gar nicht an die verwandte Form der Barrenriffe — nämlich solcher Riffe, welche im See liegende hohe Inseln umsäumen — oder gar der in allen tropischen Meeren vorkommenden Küstenriffe gedacht. Darwin brachte durch seine Theorie die 3 Formen miteinander in Zusammenhang. Er glaubte nachweisen zu können, daß sich die Atolle und Barrenriffe nur durch Annahme einer allmäligen Senkung eines Kontinentes oder einer Insel, die Küstenriffe nur durch eine Hebung der Küsten erklären ließen. Wenngleich er selbst auf gewisse Schwierigkeiten schon aufmerksam machte, so glaubte er den Werth seiner Theorie solchen ungefügen Thatsachen gegenüber besonders dadurch stützen zu können, daß er nachwies, wie sich im Großen die Küstenriffe nur an jetzt in Hebung begriffenen Küsten, Atolle und Barrenriffe dagegen nur in solchen Meeresstrecken bildeten, in welchen der Mangel aller aktiven vulkanischen Thätigkeit auf eine Senkung hinweise.

Dennoch finden sich Fälle, die sich hiernach nicht erklären lassen. Abgesehen von den Philippinen, wo mehrere Atolle mitten zwischen in Hebung begriffenen Inseln gefunden worden, liefern die westlichsten Carolinen, die Pelewinseln, ein ganz eklatantes Beispiel solcher Vergesellschaftung extremer Formen. Im Norden der ungefähr N.-S. streichenden, etwa 60 Seemeilen langen Inselkette finden sich echte Atolle, im Centrum Barrenriffe, welche vulkanische Inseln umschließen und die im Süden allmälig in Küstenriffe übergehen, welche sich eng an bis zu 200 Fuß gehobene Korallenriffe anlehnen. Durch einen etwa 4 Seemeilen breiten Kanal getrennt, endigt die Inselgruppe in einer kleinen, gänzlich rifflosen Insel. Wollte man hierauf die Darwin'sche Theorie anwenden, so müßte man in dieser südlichsten Insel einen Ruhepunkt sehen, während der nördliche Theil durch Senkung die Bildung der Atolle ermöglicht hätte. Abgesehen von der Unwahrscheinlichkeit, daß ein aus dem tiefsten Meere, isolirt von allen andern Inselgruppen, aufsteigender Bergrücken von so geringer horizontaler Ausdehnung — 60 Seemeilen Länge auf 6—7 Seemeilen Breite — eine so große Verschiedenheit der vertikalen Bewegung besitzen sollte; sprechen auch noch direkt beobachtete Thatsachen gegen eine Senkung, ja machen sogar eine Hebung in jüngerer Zeit wahrscheinlich. Die nördlichen vulkanischen Inseln sind durch 2 verschiedene basaltische Eruptionen gebildet, deren eine die jetzigen und die älteren gehobenen Riffe des Südens trägt, während die zweite sie theilweise überlagert. Spuren einer trachytischen Eruption finden sich ebenfalls, aber wie es scheint, isolirt von der basaltischen größten Insel. Es gehörten also diese Inseln einer vergleichsweise sehr jungen geologischen Periode an; und die gehobenen Korallenriffe des Südens, theilweise in dichten

doch könnte leicht noch eine kurze Verzögerung dieses Termins erfolgen. Der Beginn des Zollparlamentes hängt nach wie vor von dem Stande des Vertrages mit Oesterreich ab. Es soll eine Zeit lang die Absicht gewesen sein, Zollparlament und Reichstag so zusammenarbeiten zu lassen, daß an einem Tage das Zollparlament, am anderen der Reichstag Sitzung hielte, doch ist man davon jetzt zurückgekommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Febr. [Das außerordentliche Budget für die Armee.] Gestern wurde die Regierungsvorlage, betreffend das außerordentliche Erforderniß der Landarmee und der Kriegsmarine für 1868, an die Delegirten vertheilt. Für die Landarmee werden als einmaliges Erforderniß 27,086,000 fl., als transitorisches Erforderniß 3,600,000 fl., zusammen also für die Landarmee 30,686,000 Gulden verlangt. Für die Kriegsmarine wird ein außerordentliches Erforderniß von 1,200,000 fl. beansprucht. Der detaillirten Begründung dieser Voranschläge geht folgende Bemerkung des Reichsministeriums voraus: „Ehe man in die Begründung im einzelnen übergeht, erlaubt sich das Ministerium im Allgemeinen die Versicherung vorauszuschicken, daß es dabei in genauer Würdigung der schwierigen finanziellen Lage der Monarchie und im vollen Bewußtsein der Größe der den gemeinschaftlichen Kräften angesonnenen Last voranging, und daß es, von der Erkenntniß einer gebieterischen Pflicht und einer unausweichlichen Nothwendigkeit geleitet, die Anforderungen auf das Maß des strengsten Bedarfes eingeengt und alles Entbehrliche oder nicht Unaufschiebliche im vorhinein sorglich ausgeschieden hat.“

Die Grazer „Tagespost“ bemerkt zu diesem Budget: Mit der Auflassung der überflüssigen Commanden, Direktionen, Inspektionen und Militärbildungsanstalten ist allerdings Einiges gethan. Es gilt jedoch ein Radikalmittel vorzuschlagen, welches die kranken Staatsfinanzen genesen machen kann. Wenn 112 Millionen Steuergulden für Kriegszwecke allein verausgabt werden, so ist ein Ende der finanzwirthschaftlichen Krisen in Oesterreich nicht abzusehen. Die bisherigen Riesenausgaben für das Heer haben den Bankerott des Absolutismus herbeigeführt; das ist ganz in der Ordnung gewesen. Doch den Bankerott des Staates darf man bei Fortsetzung dieser unproduktivsten aller Ausgaben nicht hereinbrechen lassen. Es braucht nur ein unfruchtbares Jahr zu kommen, die ohnehin geringe Bodenrente unter Null zu sinken, die Industrie durch irgend einen unvorhergesehenen Schlag gelähmt zu sein, der Handel zu stocken, so treten die Zahlungsunfähigkeit der Besteuerten und der Hunger als traurige politische Wühler auf, die es auch dem starrsten feudalen Querkopf klar machen, daß ein großes stehendes Heer den Staat und die Staatsbürger wirthschaftlich gänzlich ruinirt. Die Frage der Heeresorganisation ist nachgerade eine Existenzfrage für Oesterreich geworden. Wer weiß es nicht, daß die Steuern bereits weit über das statthafte Maß hinausgehen; — zumal die den Boden belastenden Steuern, die vom Staate, dem Lande, der Bezirksvertretung und der Gemeinde gefordert werden, sind von einer unerschwinglichen Höhe. Und noch immer reichen die Steuern, unter deren Wucht das Volk fast zusammenbricht, nicht hin, um den unersättlichen Appetit des Reichskriegsbudgets zu befriedigen. Bei gewöhnlichem Hunger verschlingt das Kriegsbudget über 80 Millionen und heuer verzehren die außergewöhnlichen Bedürfnisse über 31 Millionen Gulden.

Ausland.

Schweiz. [Spielbank-Petition.] Wie der „A. Z.“ berichtet wird, haben sich die Spielpächter von Wiesbaden und Homburg, deren Tage ihres sauberen Treibens in diesen deutschen Städten gezählt sind, an den Verwaltungsrath von Genf gewandt, um die Konzession zur Errichtung eines Spielhauses in Genf zu erhalten. Sie sollen sich anheischig gemacht haben, die Schulden der Stadt zu zahlen, den Bau des Quai du Leman zu vollenden ꝛc. Die Antwort wird jedenfalls abschläglich ausfallen.

Frankreich. [„Ein Wort über Sadowa,“] unterzeichnet von Buloz, in der „Revue des deux Mondes“ macht viel von sich sprechen. Die Ursachen der preußischen Erfolge und der österreichischen Niederlagen sind in diesem Aufsatz offenbar von einem militärischen Fachmann erwogen. Was die Folgen des böhmischen Feldzugs für Frankreich angeht, so findet der Verfasser, daß Preußen, trotz der Erfolge, die es außerordentlichen Umständen verdanke, weder an Bevölkerung, noch an jeder Art von Hülfsmitteln Frankreich gleich komme. „Preußen verfügt noch nicht über die ungeheuren Aktionsmittel, die uns unsere Flotte bietet, und selbst zu Land hat, wie es scheint, der französische Soldat unserer Tage nicht gezeigt, daß er ein entarteter Sprößling seiner Vorfahren sei.“ Der Verfasser zeigt dann, daß nur die Furcht vor dem gegenwärtigen Frankreich die friedlichen Bewohner des übrigen Deutschlands antreibe, die preußische Uniform anzuziehen, und sich die Ansprüche der Berliner Bureaukratie gefallen zu lassen.

Großbritannien. [Fenier.] Der dreifache Prozeß gegen Patrick Lennon in Dublin ist zu Ende. Er stand bekanntlich unter den Anklagen, 1) an den Fenier-Aufständen im März hervorragenden Antheil genommen, 2) auf den Polizisten Kelly einen Mordversuch gemacht, 3) den Polizisten Kenna erschossen zu haben. Den letzten Punkt hat der Gerichtshof nun fallen lassen, weil die Geschworenen in Betreff des zweiten Punktes die Frage verneint hatten und es hinreichend feststeht, daß in beiden Fällen der Thäter eine und dieselbe Person gewesen ist; und da somit die Untersuchung geschlossen ist, hat der Gerichtshof das vorher aufgeschobene Strafurtheil in Bezug auf den ersten, mit Schuldig beantworteten Punkt jetzt gefällt. Es lautet auf fünfzehn Jahre Zuchthaus. In ungebeugter Haltung machte der Verurtheilte darauf die Bemerkung, wenn er seine Freiheit zurückerlange, werde er wieder gerade so handeln, wie er es gethan habe; überdies hege er die Zuversicht, daß die Regierung noch vor Ablauf der fünfzehn Jahre gestürzt sein würde. — In Cork herrschen fortwährend traurige Zustände. Die Stadt macht den Eindruck, als sei der Belagerungszustand über sie verhängt. Der Commandant der Besatzung läßt die Truppen, besonders auch die Artillerie, häufig ausmarschiren, um dem übelgesinnten Theile der Einwohnerschaft recht zum Bewußtsein zu bringen, daß die Polizei für den Nothfall noch

---

Korallenkalk umgewandelt, an andern Stellen zu Kreide zerfallen, gehen direkt über in die jetzt lebenden Riffe. Es muß also die Inselgruppe in der jüngsten Zeit gehoben worden sein. Gegen eine Senkung spricht ferner die Beschaffenheit der untermeerischen Fläche im Innern des Lagunenkanals. Während sich im Norden ein tiefer und oft sehr breiter Kanal findet, welcher das Außenriff von der Inselküste scheidet, sind die zahlreichen kleinen gehobenen Korallenkalkinseln des Südens durch eine über viele Meilen sich erstreckende, nahezu horizontal kaum 4—6 Faden unter der Meeresfläche dahin ziehende Fläche verbunden, welche man bei ruhigem Wasser zur Zeit der Springfluthen direkt aus dem Meere in die übermeerischen Klippen und Inseln verfolgen kann. Eine so kolossale Dimensionen erreichende horizontale Fläche könnte unmöglich bei einer stattfindenden Senkung gebildet werden, welche wenige Meilen weiter nach Norden einen bis zu 70 Faden tiefen Kanal hervorgebracht haben sollte.

Der Vortragende sieht vielmehr in den äußeren physikalischen Einflüssen, hauptsächlich in den inneren durch die Regen bedingten, und den äußeren direkten und abgelenkten Meeresströmungen die Ursachen, welche im Norden die Atolle, im Süden die Küstenriffe bei gleichzeitiger Hebung oder Ruhe gebildet haben. Während hier die ziemlich tiefgehende abfressende Wirkung des Wogenschlages oder des Seeganges den dichten und festen Korallenkalk allmälig zu einer fast horizontalen Fläche abgeschliffen hat, die ungefähr so tief liegt, wie etwa der Seegang noch zu wirken vermag; haben im Norden die von den Bergen herabkommenden Bäche, verbunden mit dem Seegange und den Meeresströmungen, den ungemein weichen, leicht zersetzbaren Trachyt und Basalt des Westens viel stärker zerstört, als dies im Süden beim Kalk der Fall war, und so die tiefen Lagunnenkanäle ausgefressen, welche sich an einzelnen Stellen in meilenweiter Breite zwischen dem Festlande und dem Außenriffe ausdehnen.

Die weitere Ausführung dieser kurzen Skizze, welche im Wesentlichen die Abkürzung einer bereits früher gelieferten Schilderung der Korallenriffe der Pelew-Inseln ist (Zeitschrift für wissenschaftliche Zoologie 1863) bleibt einer späteren günstigeren Zeit vorbehalten.

2) Herr v. Linhardt sprach zuerst über ringförmige Einschnürungen verschiedener Körpertheile, welche absichtlich von Menschen ausgeführt werden.

Hierauf sprach Hr. v. Linhart über das Eindringen von Nadeln in den Körper und deren weitere Schicksale.

Sehr interessant waren 4 Fälle von großen Vorstecknadeln, von denen 3 verschluckt wurden und eine in die Luftröhre gekommen war. Alle 4 Nadeln wurden von selbst ausgestoßen, zwei von den verschluckten durch Erbrechen, die dritte ging ohne Nachtheil für die Kranke am fünften Tage mit dem Stuhlgange ab, die in dem rechten Luftröhrenast befindliche wurde bei einem heftigen Hustenanfall nach 5 Monaten ausgestoßen. Endlich erzählte Linhart einen Fall von Harnblasenstein, den er durch den Steinschnitt entfernte. Im Innern des Steines, der vorgezeigt wurde, war eine kurze dicke messingene Stecknadel als Kern, die sich der jetzt 20jährige Patient als Knabe von 3—4 Jahren beim Wälzen am Boden in den Unterleib einstieß, die Nadel wanderte in der Form von dieser in die Harnblase und incrustirte innerhalb vieler Jahre zu einem hühnereigroßen Steine.

einen kräftigen Hinterhalt habe; überdies sind die Schildwachen verdoppelt und, wie die Polizei-Patrouillen, mit geladenen Gewehren versehen. Geheime Polizisten sind nie vorher in solcher Zahl zur Verwendung gekommen. Die Gesinnung der niederen Volksklasse charakterisirt ein Ausruf, den man oft genug hören kann, wenn ein Polizist vorbeigeht: „Seht da, wieder einer von den Bluthunden!" Die armen Diener der öffentlichen Sicherheit sind jedoch eher selber die Gehetzten als die Hetzer, was die zahlreichen Mordversuche gegen sie nur zu sehr bezeugen.

— [Die neuesten Nachrichten aus Abessinien] sind keineswegs erfreulicher Art, ausgenommen etwa der Umstand, daß General Napier, den Marsch beschleunigend, im Begriffe ist, von Sanafeh nach Antalo aufzubrechen, und daß der angebliche Zusammenstoß der Vorhut mit abessinischen Freibeutern, wie anzunehmen war, ein leeres Gerücht war. Mit großer Spannung aber erwartet man in London, in wie fern sich die Nachricht bestätigen werde, daß Theodorus schon in Magdala eingetroffen sei und jetzt also alle europäischen Gefangenen wieder in seiner Gewalt habe, so wie daß der den Engländern wohlgesinnte König Menilek von Schoa sich geschlagen nach seiner Hauptstadt Ankobar zurückgezogen habe. Vielleicht, daß diese Angaben gleicher Entstehung mit dem Gerüchte von jenem Scharmützel vor Antalo sind. Unangenehm berührt es auch, daß die ägyptischen Truppen wieder ohne Einvernehmen mit dem britischen Commando in Anneslay-Bai vorzurücken anfangen. Nach einem Telegramm aus Bombay sind für Zwecke der abessinischen Expedition nicht weniger als 238 Schiffe in Thätigkeit; die Frachtkosten sollen sich ausschließlich der Kohlen auf monatlich 392,000 Pf. St. belaufen.

Italien. [Das französische Okkupationskorps. Zu den Tedeums-Skandalen.] Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." schreibt aus Rom: Schon am 7. Februar warf die Fregatte „Orinoque" wieder vor Civitavecchia Anker, um noch eine Schwadron reitender Jäger und Artillerie mit Train einzunehmen. Sie fuhr vorgestern damit nach Toulon zurück. Mit diesen Transporten wird fortgefahren, bis das Okkupationskorps auf eine einzige Division unter zwei Brigade-Kommandos gebracht sein wird. Hier sehen die Klerikalen auf diese sich wiederholenden Abzüge nicht ohne einige Besorgniß hin. Der Kaiser der Franzosen habe wohl mit der italienischen Regierung eine neue Sicherstellung der Grenzen des römischen Gebietes abgemacht, aber nicht auch mit Italien; die Verminderung des Okkupationskorps sei zu früh gekommen. Doch ist man der Ansicht: er werde sich diesmal besser vorgesehen haben, als mit der September-Konvention. Vergesse man dabei den in fast allen katholischen Ländern für die Erhaltung des Papstthums von heut erwachten religiösen Eifer nicht, so sei es unnütz, sich durch liberale Gespenster noch beunruhigen zu lassen. Der suffragio universale der katholischen Nationen für den Papst seien die herfließenden Gaben an Geld und Kostbarkeiten, mehr noch das Menschenblut, die Kreuzritter dieses Jahrhunderts, wider deren Phalanx die wilden Horden der Demokratie vergeblich anstürmen würden. Eine weise Lehre bleibt es immer für Jedermann, also auch für den italienischen Klerus: „Ueberhebe dich nicht deines Glücks; Unvorsicht und Uebermuth sind des Untergangs gewöhnliche Vorboten." Die Vorgänge in Venedig, Udine, Padua (wo es wegen einer anbefohlenen Absingung eines Tedeums über den Sieg bei Mentana zu argen Skandalen kam) und wohl auch noch anderswo zeugen von einer großen Unkenntniß des menschlichen Herzens, einer noch größeren des italienischen Charakters. Das Absingen eines Tedeums in der Kirche wegen eines erfochtenen Sieges ist überhaupt ein Artikel, welcher die letzte Analyse auf dem Grunde der christlichen Moral noch erwartet. Der blinde Heide Homer fühlte jedenfalls menschlich zarter, wenn er den Odysseus die über den bestraften Frevel der Freier frohlockende Eurikleia mit den bedeutsamen Worten tadeln läßt: „Οὐχ ὁσίη κταμένοισιν ἐπ' ἀνδράσιν εὐχετάασθαι (Sünde, ja, ist's, sich stolz erschlagener Menschen zu rühmen, Od. 22, 412)" — und, wie gesagt, wir Christen singen ein Tedeum.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63—62⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55½ P. ¼ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	48½ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅛—⅜ G.
"	4½pCt.	42¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅝ G.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⅜ P. ⅛ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅞ P. ⅝ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4½pCt. Obl.	94½ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82½ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅛ P. ⅜ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	85⅞ P. ¾ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	83⅞ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84¼ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	76⅝ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	75½—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 P. 719 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196½—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 P. 21½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263½—4 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107¼ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	54 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75⅝ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	48 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	137¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65½ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71⅞—¾ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132½ P. ¼ G.
" do. v. 1864	81¾—82 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101⅛ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅛ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	78 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97½ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜—⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101¼—⅜ G.
do. in öst. W. l. S.	100¼—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 18. Februar. Auf die gestrige Hausse in Creditactien und Staatsbahn folgte heute schon ein Rückschlag. Gewinnstrealisationen mögen die Hauptveranlassung desselben gewesen sein, da die Course am Schlusse der Börse höher bleiben als am Anfange. Dem von der Spekulation gegebenen Signale folgten heute auch, freilich noch in sehr bescheidenem Maßstab, 1860er und 1864er Loose und die österr. Staatsfonds. Neue engl. Metalliques, National und Steuerfreie gewannen Bruchtheile, Letztere dürften noch eine merkliche Preissteigerung erfahren, sobald sie nicht mehr aus erster Hand abgegeben werden. Von süddeutschen Werthen waren bayerische Loose besser, badische etwas mehr am Markte. Während in österr. Spekulations- und Anlagepapieren großes Geschäft war, herrschte in 1882er Bonds große Stille. Von Wechseln Paris sehr gefragt. Auf die schon früher erwähnten 6 pCt. Bonds der kalifornischen Central-Pacific-Eisenbahn, deren Zinsen und Rückzahlung in Gold garantirt sind, nehmen die Bankhäuser Jacob S. H. Stern und L. Speyer-Ellissen am 20., 21. und 22. d. M. Zeichnungen entgegen. Der Subskriptionspreis ist 68 pCt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 51.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 20. Februar 1868.

Eine tumultuarische Kammersitzung.

(Schluß.)

Würzburg, 19. Februar.

Baroche: Die ehrenwerthen Richter, welche Berryer nicht genannt, aber genau genug bezeichnet hat, waren fast alle Präsidenten der sechsten Kammer vor dem Dekret vom 19. Jan. 1867, d. h. zu einer Zeit, wo das Zuchtpolizeigericht nur über wenige seltene Preßprozesse zu richten hatte.

Pelletan: Sie haben neulich in Ihrer Statistik das Gegentheil gesagt. (Lärm.)

Baroche: Und deßhalb konnten sie nicht durch schmachvolle Dienste ihre Beförderung verdienen. Es sind ihre persönlichen Dienstleistungen. (Eine Stimme: Ja wohl, ihre Dienstleistungen!), ihren früheren Dienstleistungen (neue Unterbrechungen) verdanken sie ihre Beförderung. Und dann erlaube ich mir, Herrn Berryer zu bemerken, daß es sich nicht geziemt, diejenigen, welche man nicht nennen will, zu bezeichnen. (Neue Unterbrechungen)

Glais-Bizoin: Sie haben es verlangt!

Baroche (sich gegen die Linke wendend): Sie hätten gerade so gehandelt, wie ich, und Sie hätten nicht einen gehässigen Verdacht auf ehrenwerthen Richtern haften lassen, und verlangt, daß er sie nenne.

Zahlreiche Stimmen: Ja! Ja!

Glais-Bizoin: Wollen Sie die Namen haben? Ich kann sie Ihnen mittheilen.

Baroche: Thut Sie es.

Staatsminister Rouher: Geben Sie dieselben. Ehrenwerthe Leute in einer öffentlichen Versammlung brandmarken, ist schändlich. (Das ist wahr! Sehr gut!)

Baroche: Geben Sie die Namen, und mein Gedächtniß wird ausreichen, um Ihnen zu antworten; ich scheue mich nicht, zu behaupten, indem ich denjenigen, die das Gegentheil sagen, das förmlichste Dementi entgegensetze, daß alle diese Richter ihre Beförderung durch langjährige Dienste verdient hatten. (Lärmende Unterbrechung links. Lebhafter Beifall auf anderen Bänken.) Lassen Sie mich antworten, nicht meinetwegen, sondern für die Schützlinge, wie ich sie gestern nannte, für die Schützlinge, auf die ich stolz bin, für jenen französischen Richterstand, der, ich kann es nicht genug wiederholen, zu allen Zeiten dem Lande zur Ehre gereichte. (Ja! Ja! Bravo und Beifall auf einer großen Anzahl von Bänken.) Wahrhaftig, man muß in eine französische Kammer treten, um den französischen Richterstand verunglimpfen zu hören. (Neuer Beifall.) Ueberall anderwärts spricht man von ihm mit Achtung. Ueberall anderwärts begreift man, daß, wenn man Männern eine Anklage vorhält, man die Anklage wenigstens muß beweisen können. (Sehr wahr! Sehr gut!) Ich habe Ihnen bereits gesagt, daß die Richter, welche Sie bezeichnet haben, zu einer Zeit präsidirten, wo das Zuchtpolizeigericht jährlich kaum einige wenige Preßprozesse abzuurtheilen hatte. Es ist unrichtig, zu sagen, daß es nur eine einzige Zuchtpolizeikammer für Preßvergehen gebe. (Unterbrechung.)

Pelletan spricht einige Worte, die man nicht versteht.

Baroche: Sie wissen wohl, daß die siebente Kammer von Zeit zu Zeit auch mit politischen Prozessen zu thun hat.

Jules Favre: Und der Prozeß der Dreizehn! (Die sechste Kammer verurtheilte damals 13 Personen — bei Gelegenheit der allgemeinen Wahlen — wegen unerlaubter Wahlverbindung; nach dem Gesetze ist eine Verbindung nur dann nicht erlaubt, wenn dieselbe aus mehr als 20 Personen besteht. Die gefällige sechste Kammer, deren Präsident auch zum Rathe ernannt wurde, suchte sich aber dadurch zu helfen, daß sie die Correspondenten des Wahlkomite's, zu dem die 13 Personen gehörten, als zu demselben gehörig betrachtete und den Grundsatz aufstellte, daß die Gerichte nicht alle Schuldigen zu verfolgen brauchten, wenn es ihnen auch freistände, durch die nicht verfolgten Mitschuldigen die verhängnißvolle Zahl von 21 zu vervollständigen.) Der Präsident wurde drei Monate später zum Rathe ernannt! (Furchtbarer Sturm. Zur Ordnung! Zur Ordnung!)

Präsident: Ich werde genöthigt sein, die, welche unterbrechen, zur Ordnung zu rufen. Bei Fragen dieser Art muß der Anstand besonders gewahrt werden, und ich rufe Sie zu Ihrer eigenen Würde.

Pelletan: Lassen Sie es doch gut sein! Sie sind nicht Richter über unsere Würde. (Ja! Ja! Lärm.)

Präsident: Herr Pelletan! Ich rufe Sie zur Ordnung, da Sie die Bemerkung des Präsidenten auf solche Weise aufnehmen. (Pelletan sagt inmitten des gewaltigen Getöses einige Worte, die man nicht versteht.)

Baroche: Und Sie mögen schreien, so viel Sie wollen, die Stimme Frankreichs, die Europa's wird die Ihrige decken und Ihnen sagen, daß es kein Land gibt (da irrt er sich doch sehr), das nicht glücklich sein würde, einen Richterstand zu haben, wie den französischen. (Vielfacher Beifall.) Uebrigens hoffe ich, daß nach diesem Zwischenfalle, der mich aufs schmerzlichste berührt hat . . .

Zahlreiche Stimmen: Ja! Ja!

Granier de Cassagnac: Sie haben Recht; es ist schändlich. (Lärm auf der Linken.)

Baroche: Ich hoffe, daß nach diesem Zwischenfalle, der, ich wiederhole es, mich schmerzlich berührt hat, kein Zweifel über das Motiv dieses Amendements mehr übrig bleibt. (Die Linke schreit laut auf.) Sie begreifen jetzt, meine Herren, was dessen Absicht ist: man sagte es so eben, und die, wenn auch spät gekommene Aufklärung wird Ihnen nicht weniger erfaßlich gewesen sein. Man möchte einen Richterstand, dem man nicht traut, den man zu verdächtigen sucht, von den ersten Präsidenten und den General-Prokuratoren bis zum letzten Richter herab durch das Ihnen vorgeschlagene Amendement treffen. Sie würden dieses Amendement auch ohne weitere Aufklärung verworfen haben; ich bin innigst überzeugt, daß Sie nach dem, was Sie gehört haben, nicht einen Augenblick zögern werden, es zu thun. (Lebhafter, zahlreicher Beifall, Bravo's und lang anhaltendes Händeklatschen.)

Garnier-Pagès: Ich verlange das Wort!

Zahlreiche Stimmen: Genug! Genug! Schluß der Debatte!

Präsident Schneider (sehr eilig): Der Schluß der Debatte ist verlangt. (Ja! Ja!) Ich werde die Kammer konsultiren. Die, welche den Schluß wollen, mögen sich erheben.

Thiers: Ich verlange das Wort, Herr Präsident.

Zahlreiche Stimmen: Die Abstimmung hat begonnen.

Präsident: Man spricht nicht während der Abstimmung. — Der Präsident spricht alsdann den Schluß der Debatte aus.

Ein Mitglied der Linken: Dies ist eine Ueberrumpelung. (Lärm.)

Präsident: Ich kann nicht gestatten, daß man von „Ueberrumpelung" spricht. Ich habe genug Beweise von meiner Unparteilichkeit abgelegt!

Man schreitet nun zur Abstimmung über das Berryer'sche Amendement. 175 Mitglieder sprechen sich gegen und 48 für dasselbe aus. Die Zusammensetzung der Kammern der Gerichtshöfe wird also in den Händen der Regierung bleiben, und man wird außer der „autorisation préalable" durch das neue Gesetz nichts erreicht haben, als ein strengeres Gesetz, das statt wie bisher von den Beamten des Ministeriums, von solchen Richtern gehandhabt werden wird, welche die Regierung dazu ernennt.

Bayerischer Landtag.

München, 19. Februar.

Berggesetz. Amortisation verlorner Staatspapiere. Veteranen-Unterstützung. Abänderung des Strafgesetzbuches nebst Intermezzo über die jüngsten Wahlagitationen. Armengesetz.

Bei der Vorlage des Berggesetzes in gestriger Kammersitzung sprach Hr. Finanzminister v. Pfretzschner: Der Entwurf er-

streckt sich auf das ganze Königreich und beabsichtiget, nicht nur alle im diesseitigen Bayern geltenden Partikularberggesetze, sondern auch das in der Pfalz geltende französische Berggesetz zu beseitigen. Es handelt sich darum, die anerkannten Vorzüge der französischen Gesetzgebung mit den bewährten Grundsätzen der deutschen Gesetzgebung in dieser Beziehung zu verschmelzen und einen neuen Bau aufzuführen. Von dem vielfach angefochtenen Begriff des Bergregals ist im Gesetzentwurfe vollständig abgesehen. Im Zusammenhange mit der allgemeinen Bergbaufreiheit ist der Betriebszwang nur insoferne beibehalten, als dem Einstellen des Betriebs die Interessen des öffentlichen Wohles entgegenstehen. Im Uebrigen soll dem Betriebe volle Freiheit gewährt werden. Von der Vorschrift des älteren Rechts, wornach die Behörden den Raubbau verhüten sollen, ist Umgang genommen, das deutsche Knappschaftswesen beibehalten.

Präsident Pözl theilte mit, daß der Abg. Crämer zum Referenten gewählt wurde über den Gesetzentwurf, die Erweiterung und Vervollständigung der bayerischen Staatsbahnen betreffend, mit Ausnahme des Abschnittes, welcher von den Vicinaleisenbahnen handelt; hiefür ist der Abg. v. Schultes gewählt worden.

Hr. Justizminister v. Lutz antwortete auf die bekannte Interpellation des Abg. Reuffer, ob das Ministerium der Justiz die Frage wegen Vorlage eines Gesetzes über Amortisation der zu Verlust gegangenen öffentlichen Werthpapiere in weitere Erwägung gezogen habe und ob noch während des gegenwärtigen Landtages eine deßfallsige Vorlage zu erwarten sei, Folgendes: Die Regierung verkenne nicht, daß durch den Verlust gedachter Werthpapiere den Inhabern empfindlicher Verlust zugefügt werden kann, allein es handle sich bei der vorliegenden Sache um die Wahl zwischen mehreren Uebeln, d. i. um die Verluste, welche die früheren Inhaber der Werthpapiere treffen, und um die Nachtheile, welchen die neuen Erwerber der Papiere ausgesetzt sind. Nachdem die Benachtheiligungen der zuletzt erwähnten Art auch den Kredit der fraglichen Papiere gefährden, habe die Regierung geglaubt, eben diese letzterwähnten Nachtheile für die überwiegenden zu erachten und bei der bisherigen Gesetzgebung es zu belassen. — In dieser Ansicht werde die Regierung von bewährten Autoritäten unterstützt. Die in Leipzig versammelt gewesene Kommission für deutsche Civilgesetzgebung und das k. Oberappellationsgericht haben sich gegen die Amortisation von Inhaberpapieren ausgesprochen. Auch stehe der Art. 307 des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuches entgegen. Demzufolge habe sich die Regierung bis jetzt nicht entschließen können, einen Gesetzentwurf über Amortisation der Werthpapiere ausarbeiten zu lassen; auch gedenke sie nicht, dem gegenwärtigen Landtage eine deßfallsige Vorlage zu machen, doch werde sie, wenn die Erfahrungen in anderen Ländern Ermunterung geben, die geeigneten Vorlagen vorbereiten.

Erster Gegenstand der Berathung war der Antrag des Abgeordneten v. Schultes und Genossen: „Es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu stellen, die weitere Auszahlung der bereits bewilligten Unterstützungen der Kriegsveteranen aus der Pensions-Amortisationskasse bis zur gesetzlichen Feststellung als Vorschußzahlung à Conto der im Budgetentwurfe hiefür in Vorschlag gebrachten Deckungsmittel allergnädigst anzuordnen.“ Dieser Antrag wurde nach kurzer Debatte auch angenommen. Auf den von Breidenbach ausgesprochenen Wunsch, die Unterstützungen an die Veteranen sollten in reichlicherem Maße gewährt werden, bemerkte Herr Minister v. Pfretzschner, daß jede Mehrleistung im Budget festgestellt werden müsse; heute sei die bisherige finanzielle Ermächtigung im Auge zu behalten. Frhr. v. Pfetten bevorwortete die baldmöglichste Erledigung des Budgets, worauf Hänle erklärte, daß der 2. Ausschuß bisher die größte Thätigkeit entwickelt habe, mit dem besten Willen aber nicht weiter kommen konnte.

Dr. Streit erstattete nun Vortrag über die Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich der Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches und beantragte, den abändernden Beschlüssen der Kammer der Reichsräthe zu Art. 221 des St.-G.-B. zuzustimmen, statt „Polizeibehörde“ aber zu setzen „Distriktspolizeibehörde“.

Dr. Völk hielt, da gerade seine Person mit der vorliegenden Frage öffentlich und privatim zu gewissen Zwecken in Verbindung gebracht worden ist, eine längere Rede. Er sei im Jahre 1858 Referent des Gesetzgebungs-Ausschusses über den Entwurf des St.-G.-B. gewesen, und damals habe der Entwurf den Passus enthalten, wie er von der Kammer der Reichsräthe jetzt vorgeschlagen wird. Die Kuppelei sei nur als Polizei-Uebertretung aufgenommen gewesen, er aber habe, die furchtbare Schädlichkeit der Kuppelei hervorhebend, beantragt, sie als Vergehen zu strafen. Im J. 1865 auch habe diese Kammer denselben Vorschlag der Kammer der Reichsräthe abgelehnt und heuer habe er (Redner) mit noch mehreren Abgeordneten die Duldung gewisser Häuser beantragt, in dem sicheren Vertrauen zu der Regierung, daß sie von dieser Ermächtigung nur im äußersten Falle und nur in größeren Städten, wo das Bedürfniß nachgewiesen sei, Gebrauch machen werde. Nach dem Antrag der Kammer der Reichsräthe aber läge keine Ausnahme mehr vor, vielmehr solle im ganzen Lande Regel sein, daß die Prostitution und die Kuppelei nicht strafbar seien. Dem müsse er (Redner) im Interesse der Sittlichkeit sowohl als im Interesse der betreffenden Beamten entschieden entgegentreten, und deßhalb werde er gegen den Antrag der Kammer der Reichsräthe stimmen. Das sei der Antheil, den er an der fraglichen Gesetzgebung genommen und dennoch habe man sich nicht gescheut, in der Presse und in Versammlungen seinen Namen mit dem vorliegenden Gegenstand in Verbindung zu bringen. Absichtlich und zu bestimmten Parteizwecken habe man behauptet, daß er (Redner) und seine Freunde sich mit Vorliebe damit beschäftigten, dem Lande die öffentlichen Häuser zu verschaffen! Welche Summe von Niederträchtigkeit müsse bei einer Parteirichtung vorhanden sein, welche zu solchen Mitteln ihre Zuflucht nimmt? Wenn noch dazu der Beruf und die Stellung die Verpflichtung auferlegt, sich erst zu erkundigen, ob das wirklich wahr ist, was man behaupten will, dann werde die Sache noch ärger. Wenn aber dennoch mit Verletzung der Stellung des Berufes und des Amtes so vorgegangen werde, dann müsse man auch sagen dürfen, daß eine gewisse Partei in Schmutz und Schlamm, in Koth und Unrath sich wälzt!

Frhr. v. Stauffenberg hat bei einer Wahlversammlung von einem k. Bezirksamtmann, welcher in seiner Eigenschaft als Beamter anwesend war, die Aeußerung vernommen, daß diese fortschrittliche Kammer jetzt auch noch die Prostitutionshäuser schaffe. Redner ist überzeugt, daß die Regierung anderer Ansicht ist, als der betreffende Beamte, dennoch sei die Aeußerung des Beamten bis jetzt nicht desavouirt worden, obwohl dies nothwendig sei, weil man auf dem Lande gar gern alles für Wahrheit halte, was ein Beamter sagt.

Dr. Ruland: Was Dr. Völk bezüglich der Prostitution gesagt, sei vollkommen wahr; was das Andere betrifft, den Unrath und Schlamm, so habe er sich nicht zu vertheidigen, weil er allen Agitationen fernstehe. Bezüglich der Agitationsmittel könne keine Partei der anderen etwas vorwerfen: die gegenseitigen Beschuldigungen heben sich auf. Was die Sache selbst betrifft, so habe er die Ueberzeugung, daß der bei weitem größte Theil des Volkes einen solchen Gräuel nicht legalisiren wolle. Redner erinnert an den Schwurgerichtsfall „Schwarz und Bauder“, wo das Volk, empört über das, was in sog. geduldeten Häusern vorkommt, die sogenannte „Mutter“ steinigen wollte. Sanktionire man also nie, was mit der Moral und mit dem Rechtsgefühl des Volkes in direktem Widerspruch steht.

Rebay bestätigte, daß der Bezirksamtmann von Dillingen (Girisch) in einer Versammlung, bei welcher Rebay den Vorsitz führte, eine Rede gehalten, alle neueren Gesetze in den Koth herabgezogen und behauptet habe, daß diese Gesetze zum Ruine aller sittlichen und finanziellen Zustände führen und daß all' das der liberalen Fortschrittspartei zu danken sei. Die Rede sollte gedruckt erscheinen, der Bezirksamtmann habe aber die gedruckten Exemplare wieder zurückgezogen. Veröffentlicht er die Rede trotz der an ihn ergangenen Aufforderung nicht, dann werden es die Gegner thun. Föckerer erklärt auch, daß er weit entfernt sei, die Hand dazu zu bieten, daß im ganzen Lande öffentliche Häuser eingeführt werden; die Ultramontanen hätten die Abgeordneten mit ihren Familienangehörigen in Zwiespalt zu bringen gesucht; in Niederbayern hätte man die ärgsten Beleidigungen gegen diese Kammer gehört. Hierauf erzählt Föckerer den Vilsbiburger Fall, woran sich die bereits gestern mitgetheilte Debatte knüpft.

Hieran reihte sich die Berathung über den Entwurf eines Gesetzes, die öffentliche Armen- und Krankenpflege betr. Referent Fischer, welcher die allgemeine Debatte einleitete, empfahl den Entwurf zur Annahme, wenn er auch nichts wesentlich Neues schaffe. Der Entwurf halte fest an der gesetzlichen Zwangsarmenpflege, aber nur subsidiär. Die gesetzliche Armenpflege habe erst dann einzugreifen, wenn von keiner andern Seite Hilfe zu erwarten sei. Die Entfaltung der freiwilligen Armenpflege solle in keiner Weise gehemmt, vielmehr möglichst gefördert werden.

Dr. Ruland erklärte sich gegen das Gesetz. Durch das neue Gesetz über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt habe man den Einfluß der Gemeinden auf das Minimum reduzirt, ja ganz aufgehoben, die Verpflichtung aber, welche aus der unbedingten Aufnahme in die Gemeinde hervorgehen muß, dennoch alle Unterstützung zu bieten, aufrecht erhalten. Wenn das, was die Vorzeit bot, besser war, so lehnt Redner ab, was die Neuzeit bietet, wenn es schlechter ist.

In Franken stamme der Armenfond hauptsächlich von gläubigen Christen und Geistlichen her und deßhalb säßen immer die Pfarrer im Armenpflegschaftsrath. Bei der Armenpflege handle es sich auch darum, die Moralität zu heben, allein gerade bei uns habe man so vieles geschaffen, was zur Verarmung führe und was nicht durch dieses Gesetz abgeschnitten werden könne, wenn man nicht andere Korrektiven schaffe. Als hauptsächliche Quellen der Verarmung bezeichnet Redner 1) die große Ausdehnung der Wechselordnung, 2) das Notariat, 3) die Taxordnung, 4) das neue Militärgesetz. Diese 4 Institute zehrten am Mark des Volkes und auch das neue Armengesetz trete der Verarmung nicht entgegen, zehre vielmehr am Wohlstande der Gemeinde furchtbar.

Dr. v. Hoffmann ist auch gegen das Gesetz, sowohl in seinen Einzelheiten, als im Allgemeinen, weil dasselbe auf keinem einheitlichen Gedanken beruhe und weil es seiner Aufgabe nicht genüge. Hauptaufgabe der Armenpflege sei die, daß denjenigen Armen, welche es wollen, die Möglichkeit gewährt werde, sich aus einem entsittlichenden Zustand zu erheben. Die Armuth sei eine Association, eine einheitliche Macht geworden, die dem Staate in seiner ganzen Zukunft entgegentrete; wenn der Staat die Armuth nicht hebe, so werde das Schlimmste, was dem Staat begegnen kann, nicht ausbleiben. Wozu brauchten wir auch das Gesetz, wenn es nichts Neues schafft?

Jörg kann das vorliegende Armengesetz weder mit seiner sozialen Logik, noch mit seinen Rechtsgrundsätzen vereinbaren; es erscheine ihm wie ein Rock, dessen eine Hälfte neu, dessen andere Hälfte 50 Jahre alt ist. Die wesentlichste Vorbedingung der geschlossenen Gemeinde sei die Befugniß der Gemeinde, darüber zu entscheiden, wer ihrem Verbande angehören soll oder nicht; so lange dieses Recht bestand, sei die obligatorische Armenpflege am Platze gewesen; nachdem aber dieses Recht nicht mehr besteht, müsse auch die obligatorische Armenpflege fallen, die ohnehin nur ein Druck des Zwanges sei. Nehme man diesen Druck hinweg und die freiwillige Armenpflege werde Wunder thun.

Nachdem noch v. Grafenstein sich gegen den Entwurf ausgesprochen hatte, weil die gesetzliche Armenpflege die Gemeinden zu sehr überbürde, trat Krämer als Vertheidiger des Entwurfs auf. Die staatliche Armenpflege sei allerdings das nicht, was sie sein soll, allein sie könne zur Zeit nicht entbehrt werden. Durch das Gesetz sollen die Gemeinden auf ihre Pflicht aufmerksam gemacht und soll das Gespenst der Furcht, als ob durch die Sozialgesetze die Verarmung befördert werde, verscheucht werden. Das neue Gesetz hindere uns nicht, aus dem jetzigen Zustand hinauszukommen; nehmen wir es an, um zu beweisen, daß es uns Ernst ist, daß geholfen werde. — Nachdem noch Ministerialassessor Riedel und Ref. Fischer den Entwurf sehr treffend vertheidigt hatten (wir werden noch Einiges morgen nachtragen), wurde die Sitzung geschlossen und die spezielle Berathung auf morgen Mittwoch Vorm. 9 Uhr anberaumt.

Süddeutschland.

Bayern. München, 18. Februar. [Die Süddeutsche Presse] erklärt in ihrem heutigen Hauptblatt: „Um irrigen Auffassungen zu begegnen, erklären wir, daß der die Wahlergebnisse betreffende Leitartikel in unserer letzten Sonntagsnummer weder die Ansichten der Regierung als einer Gesammtheit, noch die eines einzelnen Mitgliedes derselben auszudrücken bestimmt gewesen ist. Der bezeichnete Aufsatz hat lediglich unsere eigenen Urtheile aussprechen sollen, wie denn überhaupt bisher noch keiner unserer Leitartikel eine andere als die Meinung der Redaktion zu vertreten gehabt hat, keiner vor dem Drucke Jemand Anderem, als dem Verfasser, dem Setzer und dem Korrektor bekannt geworden ist.

Dazu bemerkt die Hoffm. Corr.: „Wir erachten diese Erklärung einerseits für nothwendig, andrerseits für beruhigend. Für nothwendig, weil der fragliche Artikel sofort mit Rücksicht auf die Zollparlamentswahlen von den extremen Parteien tendenziös ausgebeutet wurde; für beruhigend, weil festgestellt ist, daß nicht die Anschauung der Staatsregierung durch den in Rede stehenden Aufsatz zum Ausdruck gelangt ist, sondern daß derselbe lediglich als ein Produkt der subjektiven Ansicht des Herausgebers zu erachten ist.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. Febr. [Volkswirthschaftlicher Congreß.] Gestern und vorgestern tagte hier die ständige Deputation des volkswirthschaftlichen Congresses: es waren folgende Mitglieder erschienen: Präsident Dr. Lette, Dr. Braun (Wiesbaden), Otto Michaelis, Prince-Smith, Dr. Wolff (Stettin), Dr. Soetbeer (Hamburg), Schulze-Delitzsch, Dr. Faucher, Grumbrecht (Hamburg), Dr. Alexander Meyer (Breslau) und Prof. Emminghaus (Karlsruhe). Die württembergischen und bayerischen Mitglieder hatten angezeigt, daß sie durch die schwebende Zollparlamentswahl verhindert seien, zu erscheinen. Als Versammlungsort wurden vorgeschlagen: Breslau, Kassel, Augsburg, München und Düsseldorf. Nach längerer Debatte siegte Breslau. Bisher sind alle Congresse in Westdeutschland, westlich von der Elbe, abgehalten worden; es empfahl sich daher, nun auch einmal den Osten aufzusuchen und namentlich die so industrie- und gewerbreiche Provinz Schlesien. Als Gegenstände der Berathung wurden, vorbehaltlich demnächstiger definitiver Festsetzung, in Aussicht genommen: 1) Verbesserung des Hypothekenwesens und des Realkredits; 2) Reform des Bankwesens; 3) Vereinfachung der Zolltarife durch Feststellung derjenigen Gegenstände, welche einem Eingangszolle schon jetzt überhaupt nicht mehr zu unterwerfen sind, und Berathung der Mittel, wodurch diesem Vereinfachungsprinzipe in sämmtlichen europäischen Staaten internationale Geltung zu verschaffen sei; 4) die Eisenzölle; 5) die Gränzen der Verpflichtung zur Aushülfe bei außergewöhnlichem lokalem Nothstande; 6) das Prinzip für Regelung der Gehalte der öffentlichen Beamten; 7) Staatsaufsicht über Waldwirthschaft. Der Congreß wird in der letzten Woche des August stattfinden; Breslau hat sich mit Vergnügen zu dessen Aufnahme bereit gestellt.

Oesterreichische Monarchie.

Prag, 16. Febr. [Hannoveranischer Festzug.] In der Zwischenzeit von ungefähr einer Stunde hielten gestern Abends zwei Extrazüge im Bahnhof kurze Zeit hier an, deren jeder mit ungefähr 500 Hannoveranern besetzt war, die sich zum Hochzeitsjubiläum des Königs Georg nach Hietzing begeben. Nebst vielen Militärs, meist Unteroffizieren, alle mit der Erinnerungsmedaille an die Schlacht von Langensalza geschmückt, befanden sich in den Wagen Männer aus allen Ständen, die sämmtlich sehr wohlhabend aussahen und von zahlreichen Damen und Kindern begleitet waren. Auch einige Musikkorps befanden sich in den beiden Wagenzügen, deren Insassen sämmtlich sehr heiter gestimmt waren, und auch von dem zahlreich im Bahnhof versammelten Publikum freundlich begrüßt wurden. Unter den Hunderten von Festgaben für die königliche Familie, welche diese Reisenden mitführten, waren sehr werthvolle Sendungen von Vereinen und Gemeindekorporationen ihres Landes gespendet. Wie die Leute erzählten, mußte auf Verlangen des preußischen Gesandten der Aufenthalt im Dresdener Bahnhof sehr abgekürzt, und das dort bestimmt gewesene Mittagsmahl bis zur Ankunft in Bodenbach verschoben werden. Einzelne kleinere Kreise hannoverischer Landesangehörigen aus den höheren Ständen passirten bereits seit mehreren Tagen auf der Reise nach Hietzing unsere Stadt.

Ausland.

Großbritannien. [Parlament] Der wichtigste Gegenstand, mit welchem sich das Parlament bei seinem Zusammentritt am 13. ds. Mts. beschäftigt hat, ist der vom Schatzkanzler, Herrn Disraeli, eingebrachte Antrag auf Errichtung eines Tribunals von drei Mitgliedern zur Prüfung der Fälle von Wahlbestechung. Man erinnert sich, daß das Parlament selbst eine Kommission zur Prüfung der eklatanten Fälle von derartigen Bestechungen in jüngster Zeit eingesetzt hatte. Inzwischen ist das Verfahren solcher Kommissionen stets schleppend, umständlich und mit vielen Kosten verbunden gewesen, und die Regierung scheint durch ihren Antrag ein rascheres und energischeres Heilmittel gegen jenen großen Schaden des englischen Konstitutionalismus einführen zu wollen. Das Parlament, eifersüchtig auf seine Prärogative, hat indessen den Regierungsantrag sehr kalt aufgenommen. Auch die „Times“ findet das neue Heilmittel sehr gewagt und zweifelt an seiner Annahme.

Rußland. [Ausdehnung des Nothstandes.] Eine Karte, auf welcher die von der Hungersnoth heimgesuchten Gegenden Rußlands mit einer dunklen Farbe bezeichnet wären, würde nach dem „Golos“ folgendes Bild gewähren. Der ganze nördliche Uferstrich des europäischen Rußlands, das Gouvernement Archangelsk und das Petschoraland umfassend, wäre dunkel gefärbt. Im Osten würde sich der dunkle Gürtel über einen Theil des Gouv. Perm und im Westen von der lappländischen Grenze über das ganze Gouv. Olonez, den östlichen Theil des Gouv. Petersburg und die Gouvernements Nowgorod und Pskow ziehen, dann sich südöstlich durch die Gouvernements Mohilew und Smolensk und zuletzt östlich bis zu den Gouvernements Twer und Rjasan wenden. Ein Blick auf eine solche Karte, bemerkt

der „Golos", würde hinreichen, um die Massenhaftigkeit der Mittel zu erkennen, die zur Abwehr der Noth und zur Ermöglichung einer Bestellung der Felder nothwendig sind. Die Beiträge zum Besten der Nothleidenden, welche bis jetzt der Kanzlei J. k. H. der Großfürstin Cesarewna eingereicht worden sind, belaufen sich auf 204,043 R. $40^{1}/_{2}$ K. — Das Jahr läßt sich überhaupt in Rußland nicht sehr erfreulich an. In der Hauptstadt tritt der Typhus und die Cholera auf und zwar so heftig, daß von den an letzterer Erkrankten 50 pCt. weggerafft werden. Die Kälte, welche in Petersburg während einiger Tage 30 Grad erreichte, stieg laut Berichten von Archangel und Morschansk daselbst respective auf 40 und 35 Grad; der Spiritus-Thermometer mußte aushelfen, da in den Quecksilber-Thermometern das Quecksilber gefroren war. Man denke sich dabei in Archangel die Noth in Folge des Brodmangels und man wird sich einen Begriff von den Leiden derer machen können, die von den beiden Plagen zugleich angegriffen wurden. Die Bewegung der Passagier- und Waarentransporte wurde gehemmt; einige Bahnen sistirten das Ablassen der Züge. Viele Menschen sind erfroren, namentlich solche, welche beim Eintritt der ungewöhnlichen Kälte sich auf der Reise befanden.

Nordamerika. [Der Präsidentschafts-Candidat.] Von der liebenswürdigen Behandlung, die in Amerika ein Mann erfahren muß, sobald er für einen hohen Posten, zumal für den Präsidentenstuhl, als Candidat erscheint, bleibt gegenwärtig auch General Grant nicht verschont. Er sei von einem Minister ein Lügner und Schleicher genannt worden und sei fast beständig betrunken, sind Behauptungen, die man in einer Menge von Journalen finden kann. Uebrigens ist die Beschuldigung der Trunksucht gegen Grant schon von älterem Datum. Während des Krieges machte sich eine Deputation von den Frommen im Lande auf und erschien in Washington vor Lincoln mit der Bitte, den „Säufer" seines Commando's zu entheben. Die frommen Mäßigkeitsfreunde kamen zu ungelegener Zeit, Grant hatte gerade die Schlacht bei Shiloh gewonnen, und der Präsident hörte die lange, salbungsvolle Ansprache geduldig an, antwortete dann aber folgendermaßen: „Meine Herren, wenn Sie mir sagen können, wo General Grant seinen Whisky her bezieht und was seine Lieblingssorte ist, so werde ich sämmtlichen Generalen, die vor dem Feinde stehen, ein Faß davon zuschicken und hoffe, daß der Geist sich in derselben Weise äußert, wie bei Grant."

Nichtpolitische Zeitung.

[Ist „Garibaldi" ein Schimpfname.] Dem „Frkf. Journ." schreibt man: Vor einigen Tagen lag dem Kreisgerichte Baden die Frage zur Entscheidung vor, ob die Bezeichnung „Garibaldi" als eine Beschimpfung zu betrachten sei oder nicht. Der Angeklagte U. hatte nämlich den Bürgermeister B. in Selbach mit mehreren ehrenrührigen Bezüchten belegt, wogegen ihn der B. einen „Garibaldi" nannte. Am 14. ds. nun stand U. vor der Strafkammer des Kreisgerichts Baden, um den Wahrheitsbeweis bezüglich der gegen den Bürgermeister vorgebrachten Bezüchte zu führen und sodann darzuthun, daß die von ihm gebrauchten Beschimpfungen durch die vom Ankläger ihm beigelegte Bezeichnung „Garibaldi" hinlänglich aufgewogen seien. Der Anwalt des Beklagten berief sich deßhalb auf die von General Garibaldi auf dem Genfer Friedenskongreß öffentlich ausgesprochenen Tendenzen, welche ihn als Feind der römisch-katholischen Kirche und des Papstthums darstellen, und suchte, unter Berufung auf die Kirchenväter, den Nachweis zu liefern, daß der Name „Garibaldi" für einen Katholiken gleichbedeutend mit „Verbrecher" sei. Das hierüber erhobene Gutachten des katholischen Pfarramts Selbach sprach sich jedoch dahin aus, daß die Beilegung des Namens „Garibaldi" an und für sich nicht als Beschimpfung aufzufassen sei; im einzelnen Falle komme es freilich auf den religiös-politischen Standpunkt an, den der Betreffende einnehme, von der Landbevölkerung in Selbach sei jedoch anzunehmen, daß ihr das Wirken und die Zwecke Garibaldis nicht bekannt seien, wenn auch vom katholischen Standpunkte aus der Name „Garibaldi" nicht gerade als eine Ehrenbezeichnung gelte. Der Gerichtshof hielt den Ausdruck „Garibaldi" gleichfalls nicht für einen Schimpfnamen, sondern nahm an, daß der Ankläger damit nur einen „gewaltthätigen" Mann habe bezeichnen wollen, nachdem auch die darüber befragten Zeugen über die Bedeutung des Wortes „Garibaldi" keinerlei Auskunft hatten geben können. Der versuchte Wahrheitsbeweis erschien überdieß als mißlungen und erfolgte die Verurtheilung des Angeklagten zu der vom Ankläger beantragten Amtsgefängnißstrafe von 14 Tagen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Op. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63—$^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	$48^{1}/_{2}$ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$42^{3}/_{4}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101[illegible] P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jährs dto.	94 P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	89 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$81^{3}/_{4}$ P.
Württemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{1}/_{4}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$81^{3}/_{4}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$94^{1}/_{2}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{2}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$83^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{1}/_{2}$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$76^{1}/_{2}$ G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$75^{5}/_{8}$—$^{3}/_{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126^{1}/_{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 P. 719 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89^{3}/_{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$221^{1}/_{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$330^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109^{7}/_{8}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$262^{1}/_{2}$—3 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$121^{1}/_{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157^{1}/_{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$107^{1}/_{2}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$58^{3}/_{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^{5}/_{8}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	120 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{1}/_{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{7}/_{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97^{3}/_{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{8}$—$^{3}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^{1}/_{2}$ P.
do. in öst. W. l. S.	$101^{3}/_{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$138^{1}/_{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63^{1}/_{8}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$71^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P.
„ do. v. 1864	83 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100^{1}/_{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^{1}/_{4}$ P.
Badische fl. 35	$51^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26^{1}/_{2}$ P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	$82^{3}/_{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 19. Februar. Die gestern Abend im Privatverkehre eingetretene Mattigkeit machte heute wieder einer größeren Festigkeit Platz. Die Börse verkehrte sowohl für österreichische Spekulationseffekten als für Anlagepapiere in ruhiger und sicherer Haltung. Neue englische Metalliques sowie 1864er Loose gewannen wiederum Bruchtheile. Auch Amerikaner bewahrten bei stillem Geschäfte gute Tendenz. Viel Geschäft war in den hier zur Auflage kommenden Central-Pacific-Aktien, deren Zinsen und Capitalrückzahlung in Gold die Gesellschaft garantirt. Auf die Aktien wurde auf 4 Wochen 1 pCt. Prämie geboten. In Süddeutschen, Eisenbahnen und Wechseln fanden keine bemerkenswerthen Variationen statt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 52.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 21. Februar 1868.

Auf die „**Neue Würzburger Zeitung**" kann für den Monat **März** sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Bayerischer Landtag.

Schluß der Berathung und Annahme des Armengesetzes.

München, 20. Februar.

Aus der vorgestrigen Kammersitzung tragen wir noch Folgendes nach:

Abg. Crämer bemerkte zur Vertheidigung des Entwurfs eines Gesetzes über öffentliche Armen- und Krankenpflege auch, daß die gegenwärtige Armenpflege zwar eine Zwangsanstalt sei, daß das Almosen mit Zwang gereicht und ohne Vergeltsgott genommen werde, daß man aber nicht außer Acht lassen dürfe, wie sich dieser Zustand geschaffen habe und daß wir den Mangel einer besseren Armenpflege zur Zeit nicht ergänzen können. v. Hoffmann habe alle möglichen Mängel des Gesetzentwurfs hervorgehoben, nicht aber gesagt, was man Besseres an seine Stelle setzen kann; gerade da, wo man Hoffmann's Vorschläge erwartete, habe er zu sprechen aufgehört; (Heiterkeit!) und Ruland habe sich in das 17. Jahrhundert nach Unterfranken versetzt, ohne zu berücksichtigen, daß wir im Jahre 1868 leben. Man spreche immer von der christlichen Nächstenliebe, allein wie lasse sich der Begriff „christliche Nächstenliebe" in einem Gesetzesartikel formuliren? Der Ausschuß habe es nicht gekonnt und v. Hoffmann könne es wahrscheinlich auch nicht, sonst würde er es gethan haben. Art. 2 des Entwurfs bestimme, daß der Armuth entgegengewirkt werden solle; wie? sei allerdings nicht gesagt, allein das lasse sich auch in einem Gesetze nicht sagen. Die Armenpflege dürfe nicht so aufgefaßt werden, daß sie ein Kampf der einen Partei gegen die andere wird; in die Armenpflege müsse der rechte Geist kommen, an allen Orten müsse verkündet werden, daß die christliche Liebe wieder überall einkehre, dann werde es besser werden.

Ministerialkommissär Riedel: In der Presse einer gewissen Richtung habe man das Gesetz angegriffen, weil es gefährliche Neuerungen bringe, heute werde es angegriffen, weil es keine Neuerungen bringe. Beides sei unrichtig. Das Prinzip, auf welchem das Gesetz beruht, sei so alt, als das Bedürfniß selbst. Die Instruktion des Fürstbischofs Franz Ludwig sei der Regierung wohl bekannt gewesen und diesem Entwurf zu Grunde gelegt. Diese Instruktion enthalte aber auch den Satz: „es hat jeder Ort die Verbindlichkeit, seine Armen zu erhalten," sowie den Satz: „daß in jeder Gemeinde eine weltliche Armenkommission bestehen müsse." Darauf beruhe auch der Entwurf, der allerdings auch etwas Neues enthalte, indem die früheren Bestimmungen in der Form von Instruktionen gegeben waren, während die jetzigen Bestimmungen gesetzliche Kraft erhalten und nach oben und unten geschützt werden sollen. Die mißgünstige Beurtheilung des Gesetzentwurfs sei darauf zurückzuführen, daß man sich nicht klar gemacht habe, welche Aufgabe das Gesetz hat. Es sei zu unterscheiden zwischen den Rechten und Verbindlichkeiten der Gemeinden und der Einzelnen; die bureaukratische Bevormundung solle beseitigt werden. Wenn die Vorschläge, wie der Verarmung entgegenzuwirken sei, im Gesetze nicht ausgesprochen sind, so sei es deßhalb geschehen, weil sie sich in ein Gesetz nicht formuliren lassen. Gegenvorschläge habe man keine gehört, außer den von Jörg: gebt die gesetzliche Armenpflege auf und nehmt die freiwillige. Allein der Staat muß sich um die Armenpflege annehmen zunächst wegen der öffentlichen Sicherheit. Niemand könne bestreiten, daß diese höchst gefährdet ist, wenn der Bettel überhand nimmt und die Noth zur Verzweiflung führt; noch schlimmer sei das Gift, das im Bettel liegt; Bestrafung allein helfe nicht, der Bettler müsse wissen, daß das Gesetz in der äußersten Bedrängniß ihn unterstützt. Die öffentliche Armenpflege habe sich auf das Unentbehrliche zu beschränken, sie müsse die Mittel im Voraus bereit stellen, sei aber zur größten Sparsamkeit verpflichtet. Das sei Alles bei der freiwilligen Armenpflege anders: sie ist nicht verantwortlich, sie kennt keinen Zwang, handelt nach den inneren Regungen des Augenblicks und hat keine Mittel bereit zu halten. Die freiwillige Armenpflege werde die öffentliche unterstützen, sie aber nie vollkommen ersetzen. Wenn man sich dieser Anschauung von der freiwilligen Armenpflege nicht verschließt, dann unterschätzt man auch die freiwillige Armenpflege nicht: der Gesetzentwurf läßt ihr freie Bahn. Schon jetzt bestehen viele Wohlthätigkeitsvereine in Bayern und noch nie sei ein Nothschrei ungehört verhallt; es gebe aber noch viele Gemeinden in Bayern, die heute noch unter der Regellosigkeit der früheren Jahrhunderte seufzen. Redner führte nun aus, daß die freiwillige Armenpflege nicht billiger ist als die öffentliche, daß die Abschaffung der öffentlichen Armenpflege ein sehr gewagtes Experiment wäre und führt Irland als Beispiel an, wo die freiwillige Armenpflege durch die öffentliche ersetzt wurde zur größten Wohlthat des Landes. Auch in allen deutschen Staaten bestehe die gesetzliche Armenpflege. Die Gewerbefreiheit und die anderen Sozialgesetze bedingten keine Vermehrung der Armen; ja gerade dadurch, daß man die individuelle Kraft vollkommen frei sich entwickeln läßt, werde die Armuth vermindert. Demnach könne mit Ernst dem Entwurf der Vorwurf

Die Reichsburg zu Nürnberg und ihre Besitzer.

Vor einiger Zeit war in München das Gerücht verbreitet, und fand dann Eingang in die bayerischen Blätter: die alte Reichsburg zu Nürnberg sei durch einen geheimen Artikel des Nikolsburger Friedens Eigenthum des Königs von Preußen geworden. Den Beweis dafür sucht man in dem „auffallenden, aber noch nicht aufgeklärten" Umstande, daß während der Anwesenheit des preußischen Königspaars (und des Kronprinzen im Oktober des vergangenen Jahres auf dem ältesten Gebäude der Burg, dem sogenannten Heidenthurm, die preußische Fahne geweht habe, wie dieß während der preußischen Okkupation 1866 der Fall war. Weiter kommt aus Berlin aus zuverlässiger Quelle die Zeitungsnachricht, daß der König von Bayern dem König von Preußen damals den Mitbesitz der Burg seiner Ahnen angeboten und dieser solches angenommen habe. Dieß wird von München aus denn auch nicht in Abrede gestellt, bedingt auch offiziös bestätigt. Die im Oktober vorigen Jahres auf der Burg aufgesteckte Fahne war die Hausfahne der Hohenzollern mit dem Kreuz, und neben ihr flatterte die bayerische Nationalfahne. Einige Tage vor der Ankunft des Königs von Preußen war auf der Burg ein Hofbeamter desselben erschienen, der dem mit der Beaufsichtigung betrauten Castellan eröffnete: da der König von Preußen den Titel führe „Burggraf von Nürnberg", so habe er das Recht, während seiner Anwesenheit in Nürnberg auf der Burg seine Fahne aufziehen zu lassen. Auf telegraphische Anfrage in München wegen des Verhaltens kam die Weisung, die angebotene Fahne dankend abzulehnen, da die entsprechende Fahne bayerischerseits besorgt werde. Am Tage vor der Ankunft des Königs von Preußen wurde denn auch eine eigens gefertigte sehr schöne Hohenzollernfahne behändigt, die man am folgenden Morgen neben der bayerischen aufsteckte, als der König mit dem Kronprinzen zuerst vor allen andern Sehenswürdigkeiten der Stadt die Burg besuchte. Kurz nach der preußischen Okkupation residirte König Ludwig II. über acht Tage auf der Reichsburg, und dessen Oheim letzten Sommer gelegentlich der Durchreise des Sultans einige Tage; in Aussicht auf das Annehmen der Einladung des bayerischen Hofs: der König von Preußen möge auf der alten Reichsburg bei seinem Besuche wohnen, hatte man voriges Jahr eigens die noch nöthigen Möbel von München dahin geschafft. Der König von Preußen dankte, und nahm sein Absteigquartier unten in der Stadt.

Die Könige von Preußen stammen in gerader Linie von dem dritten Kurfürsten von Brandenburg Johann ab, der als guter Sprecher den Beinamen Cicero erhalten hat; er war der einzige Sohn aus erster Ehe des Kurfürsten Albrecht Achilles. Obwohl in den

nicht gemacht werden, daß er mit Experimenten sich befasse; die Interessen der Gemeinden seien möglichst gewahrt, allein die Beseitigung der obligatorischen Armenpflege erschien der Regierung nicht möglich; dann bleibe die Gemeinde doch immer die nächstberührte; sie müsse vor Allem helfen, auch wenn die Armenpflege nicht gesetzlich ist. Was im Entwurfe neu ist, das diene den Interessen der Gemeinden, und was nicht neu ist, würde bestehen bleiben, auch wenn die Kammer den Entwurf ablehnte. (Vielseitiges lautes Bravo!)

Referent Fischer empfahl den Gesetzentwurf gleichfalls sehr warm. Er wolle der Kirche und ihren Dienern nie absprechen, auf dem Gebiete der Armenpflege thätig zu sein, allein er könne keiner Kirche, keinem Diener irgend einer Kirche den vorzugsweisen Beruf zuerkennen, auf dem Gebiete der Armenpflege thätig zu sein. Den Geist der christlichen Liebe finde man überall. Auch die Verdienste des Klerus um die Stiftungen will Redner nicht verkennen, er könne aber auch nicht verschweigen, daß der Klerus seinen Einfluß auch schon dazu gebraucht hat, außer den Stiftungen noch andere Vortheile zu erzielen. Gebe man dem Volke eine bessere Bildung, und das Ziel, welches im Art. 2 des Entwurfs vorgezeichnet wird (Verminderung der Verarmung), sei erreicht. Möge die Kammer getrost den Versuch machen, in die spezielle Diskussion einzutreten.

Diese wurde in der gestrigen Sitzung geführt. I. Abtheilung, Art. 1—6, allgemeine Bestimmungen enthaltend, wurden nach kurzer Debatte und nachdem eine von Bauer beantragte Modifikation zu Art. 4 abgelehnt war, in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung angenommen. — Art. 7 lautet: „Alle auf die öffentliche Armenpflege bezüglichen Verhandlungen sind von der Tax- und Stempelpflicht befreit. Rechtsanwälte, welche eine Armenpflege vertreten, haben hiefür keine Gebühren anzusprechen, wenn die Armenpflege letztere zu bezahlen hätte. Notare können gegenüber den Armenpflegen für Beurkundung von Alimentationsverträgen, von Vollmachten und anderen einseitigen Erklärungen, für Ausstellung von Zeugnissen oder für Vornahme von Beglaubigungen keine Gebühren beanspruchen."

Dr. Streit beantragte, dem Art. 7 folgende Fassung zu geben: „Alle auf die öffentliche Armenpflege bezüglichen Angelegenheiten sind tax- und stempelfrei zu behandeln. Die Armenpflegen sind für Rechtsstreitigkeiten kraft des Gesetzes zum Armenrechte zugelassen. Die Notare können gegenüber den Armenpflegen für Beurkundung von Alimentationsverträgen, Vollmachten und anderen einseitigen Erklärungen, für Ausstellung von Zeugnissen und für Vornahme von Beglaubigungen keine Gebühren beanspruchen." Dr. Schneider schlägt vor, den Abs. 3 des Art. 7 wie folgt zu fassen: „Notare können gegenüber den Armenpflegen und öffentlichen Armenfonds für Beurkundung von Schuldbekenntnissen und Bürgschaften bei unverzinslichen Darlehen aus Armenfonds oder Wohlthätigkeitsstiftungen, von Alimentationsverträgen, von Vollmachten und anderen einseitigen Erklärungen, für Ausstellung von Zeugnissen oder für Vornahme von Beglaubigungen keine Gebühr beanspruchen." Leimbach beantragte noch: „Geistliche haben für Beerdigung von konskribirten Armen keine Gebühren zu beanspruchen." — Nachdem Abg. Völk erklärt hatte, daß in seinem Bezirke für Beerdigung der Armen nie eine Gebühr verlangt wurde, nachdem ferner Ministerial-Commissär Riedel bemerkt hatte, daß von Seite der Regierung gegen die von Streit und Schneider beantragten Modifikationen keine Erinnerung besteht, und daß die Modifikation Leimbachs zu Art. 9 oder Art. 11 gehört, wurde Leimbachs Modifikation einstweilen zurückgezogen und Art. 7 mit den Modifikationen Streits und Schneiders angenommen. — Die Annahme des Art. 8, „für den Bezirk jeder politischen Gemeinde besteht eine örtliche Armenpflege, deren Geschäfte durch den Armenpflegschaftsrath besorgt werden," erfolgte ohne Debatte.

Der 1. Abschnitt der 2. Abtheilung handelt von den Verbindlichkeiten und Ersatzansprüchen der Gemeinden. Bei Art. 9 bemerkte Gelbert, daß manchmal die Geistlichen schon sehr kostspielige Rechnungen über Beerdigung von Armen den Armenpflegen gestellt haben. Das sei eines Geistlichen nicht würdig und deßhalb möge ausgesprochen werden, daß der Armenpflegschaftsrath nicht verpflichtet sei, Beerdigungskosten für konskribirte Arme zu zahlen. — Auf eine bezügliche Anfrage Münch's erwiderte Ministerial-Commissär Riedel, daß die Kosten für Bekleidung von Gefangenen, bevor sie verurtheilt sind, auf das Finanzärar übernommen werden. Dr. Ruland glaubt nie, daß ein Pfarrer von konskribirten Armen Beerdigungsgebühren verlangt; es gebe aber Stiftungen, aus welchen solche Gebühren zu zahlen sind und in solchen Fällen sei der Pfarrer verpflichtet, die Gebühren anzusprechen. Uebrigens kenne er eine Kreishauptstadt, in welcher nie ein Pfarrer in die Lage kommt, einen konskribirten Armen zu beerdigen, weil alle Leichen solcher Armen in die Anatomie geschickt werden. Ministerial-Commissär Riedel bemerkte, daß die Regierung hierüber deßhalb keine Bestimmung aufgenommen habe, weil die Fälle selten vorkommen und der Stand der Geistlichen verletzt werden könnte. Nachdem noch Referent Fischer dargelegt hatte, daß die Modifikation Leimbachs nichts ändert, wenn Stiftungen oder Vereine bestehen, welche die Beerdigungskosten für konskribirte Arme bezahlen, — wurde Art. 9 in der Fassung des Ausschusses mit dem Zusatz Leimbachs angenommen. In Art. 11 wurde gleichfalls ausgesprochen, daß für einfache Beerdigung der im Gemeindebezirk verstorbenen mittellosen Fremden und aufgefundenen Leichen keine Stolgebühren zu entrichten sind. Die Art. 10., 12 16 wurden unverändert angenommen. (Schluß folgt.)

Süddeutschland.

Bayern. München, 19. Febr. [Der Partikularismus.] Die „Südd. Pr." sagt in ihrem heutigen Leitartikel, worin sie wiederholt und in ausführlicher Weise auf die gänzliche Unabhängigkeit ihres neulichen Artikels zu sprechen kommt, u. A. Folgendes:

„Unter Partikularisten verstehen wir nicht die Vertreter einer zur Erhaltung Bayerns geeigneten Politik, sondern jene Elemente, welche durch einen engherzigen Widerstand gegen berechtigte nationale Forderungen und gegen weise Versuche, dem Unheile der Zeit zuvorzukommen, die Dinge der Katastrophe von 1866 entgegengetrieben haben: — jene Elemente, welche zwar die Vereinigung der Mittel- und Kleinstaaten und die sogenannte deutsche Trias im Munde führten, aber jedem Schritte zur Ausführung dieser Ideen die Kraft der Trägheit und des konservativen Unverstandes entgegenstellten: — jene Elemente, denen selbst die vom Grafen Rechberg in Wien ausgehenden Bundes-

---

Norden Deutschlands versetzt, bewahrte er doch seine Anhänglichkeit dem Stammlande der fränkischen Zollern, und besuchte mehreremal das Burggrafenhaus zu Klosterheilsbronn, wo die Angehörigen seines Hauses ihre letzte Ruhestätte fanden. Die fränkische oder burggräflich Nürnbergische Linie der Hohenzollern erscheint zuerst in Urkunden 1192 mit Friedrich von Zolre als Burggraf von Nürnberg, er hat die Gräfin Sophie von Rätz (Ragz), Erbburggräfin von Nürnberg, geheirathet. Er nennt sich bald Graf von Zollern, bald Burggraf von Nürnberg. Nürnberg bildete eine eigene Burggrafschaft, und war untergeben einem Burggrafen als oberstem Militär- und Civilstatthalter; die Stadt hatte ihm Frohndienste zu leisten, zwei Drittheile der Gerichtsgebühren kamen ihm zu, und er bezog noch andere Gefälle. Neben ihm war zur Verwaltung des Reichsgutes unter den Hohenstaufen der Butigler (buticularius) als Reichskastner oder Finanzintendant, der Reichsschultheiß als Oberrichter und der Reichsforstmeister, von 1309 an Lehen der Familie Coler, aufgestellt. Die Burggrafen wurden nur aus dem hohen Adel genommen, der erste, den man in Urkunden 1105 bis 1138 findet, war ein Hohenlohe. Die deutschen Kaiser legten wohl einen großen Werth auf die Stadt Nürnberg, weil sie dieser Burggrafen gaben, und die Selbstständigkeit derselben wurde gewiß gefördert, indem kein Fürstbischof da seinen Wohnsitz genommen.

Die Burggrafen von Nürnberg aus dem Hause von Zollern wohnten seit 1190 meistens auf der drei Stunden entfernten Kadolzburg, besuchten aber auch mit Vorliebe das offene Burggrafenhaus zu Klosterheilsbronn, ein wahres Absteigquartier für Fürsten und Herren, für deren kostspielige Unterhaltung die reichen Klosterherren zu sorgen hatten. Der Aufenthalt des Kaisers Ludwig des Bayern verursachte z. B. 1347 dem Kloster so große Kosten, daß der Bursarius zur Deckung des großen Deficits von den Klosterunterthanen einen außerordentlichen Steuerbeischlag von 693 Talenten erheben mußte, und die noch vorhandenen lateinisch geschriebenen Computationen*) wissen davon zu erzählen, was es dem Kloster kostete, wenn dem Abt die Ehre zu Theil geworden ist, Pathe eines Sprößlings des burggräflichen Hauses, der in dem schönen Münster die letzte Ruhestätte hatte, zu werden.

Die Burggrafen von Nürnberg wohnten nicht in der Reichsburg, sondern sie hatten außerhalb derselben an der Ostseite ein besonderes Schloß; seit 1273 gehörte ihnen auch die Burghut neben dem Vestnerthore gegen das Land hinaus. Innerhalb des Raumes seiner Burg wohnte in dem noch erhaltenen Gebäude der Amtmann, zu wel-

*) Unter anderm theilen diese mit: „In dem theuren Jahre 1497 auf der Hirschjagd zu Neuhof in 4 Nächten konsumirt: 45 Simri Haber, 38 Sr. Roggen, Weißbrod für 28 Talente, 74 Eimer Wein. O Gott, schau an unsere Bedrückungen! Alles dieß wurde in einem unordentlichen Leben und größtentheils von leichtfertigen Leuten verzehrt!"

reformideen zu revolutionär (!) waren: — jene Elemente, welche den günstigen Augenblick des Ministeriums Edelsheim in Karlsruhe ungenutzt vorübergehen ließen: — jene Elemente, deren Gesinnungsgenossen in Hietzing, Rom und Neapel leben und die ihre Anschauungen und Projekte im Univers ausgeplaudert haben. Wir verstehen unter dem Partikularismus nicht die Treue und Anhänglichkeit an das engere Vaterland, an seine Dynastie, an seine Gesetze, Einrichtungen, Anschauungen und Zustände; — wir verstehen darunter jene Koalition aller dem Zeitgeiste widerstrebenden Kräfte, welche einer vaterlandslosen Reaktion angehören und denen die naiven Gefühle und unzulänglichen Anschauungen bethörter Lokalbevölkerungen nur als Mittel dienen. Immer seitdem das deutsche Nationalgefühl nach langem Schlafe wieder erwacht ist, hat man unter dem deutschen Partikularismus nur diesen reaktionären Widerstand gegen jeden, auch den gemäßigtesten Bundesreformversuch verstanden, — einen Widerstand, der allein das Schicksal Hannovers und Kurhessens, gleichviel ob wir es beklagen oder rühmen, veranlaßt hat und nun mit den Wirkungen seiner Unverbesserlichkeit auch Süddeutschland bedroht. Nicht als Parteigänger des unitarischen Centralismus, sondern als dessen Gegner müssen wir auch einen Partikularismus bekämpfen, in dessen Gefolge wir die größten aller Gefahren sehen, welche der für uns noch möglichen Selbstständigkeit drohen."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 18. Febr. [Handelstag.] Der Ausschuß des deutschen Handelstages hielt heute seine dritte Sitzung und beendete die Berathung über die Zollordnung, die Reglements, das Strafverfahren rc. in den bisherigen, gestern näher angedeuteten Tendenzen. Beschlossen wurde u. A., darauf anzutragen, daß der Weinzoll-Rabatt, welcher bisher den Weingroßhändlern gewährt wurde, abgeschafft werden sollte. Man ging darauf zur Berathung des Zolltarifs über, ohne daß die eingehenden Erörterungen heute schon zu mittheilenswerthen positiven Beschlüssen führten. Der Referent v. Sybel verbreitete sich über einige allgemeine Gesichtspunkte, an welche sich das Für und Gegen der folgenden Debatte anlehnte, so über die Connexität der Frachttarif- mit der Zolltarif-Frage, über die Reciprocität in der internationalen Verkehrserleichterung rc. Zu eingehenden Erörterungen führte endlich auch der von dem Referenten betonte Gegensatz des Stabilitätsprinzips in Tariffragen zu den Reformbewegungen. Die Berathung wird morgen, übermorgen und wohl auch noch Freitag fortgesetzt. Es wird vielfach bedauert, daß die Ausschußmitglieder, wenn sich ihre Zahl auch bereits vermehrt hat, nicht zahlreicher erschienen sind, und namentlich Süddeutschland, theils durch die Landtage, theils durch die Zollparlamentswahlen unvollständig vertreten ist.

— [Weinaccise und Weinzoll.] Der Abg. Dr. Braun hat als Vertreter der rheingauer Weinproduzenten, welche gegen die Herabsetzung des Weinzolles Beschwerden erheben, ein Schreiben an den Präsidenten des Bundeskanzleramtes gerichtet, worin es unter Anderem heißt:

Ich finde, daß wenigstens in einem Stücke diese Beschwerden begründet sind. In dem gegenwärtig den größeren Theil des Regierungsbezirks Wiesbaden bildenden vormaligen Herzogthume Nassau besteht nämlich nicht nur in den Städten, sondern auch in einer Anzahl Landgemeinden eine kommunale Verbrauchssteuer von Wein, welche Accis-Abgabe genannt wird und hin und wieder sehr hoch ist. Da nun die Zoll- und Handelsverträge ausdrücklich verbieten, daß der in den Zollverein importirte Wein einer Kommunalsteuer unterworfen werde, so trifft jene Accis-Abgabe nur den einheimischen und nicht den fremden Wein, und zwar ist der Accis in manchen Gemeinden höher, als der Zoll. Es würde sehr zur Beruhigung unserer Weinproduzenten dienen, wenn dieselben in dem Augenblicke, wo die Berathung über die Reduktion des Eingangszolles auf ausländische Weine beginnt, auch schon die Gewißheit hätten, daß gleichzeitig mit Einführung des neuen Tarifs jene Accis-Abgabe auf Wein in Wegfall käme, welche, wenn sie fortbesteht, es unserem geringen Weine unmöglich macht, mit dem Auslande auf dem lokalen Markte — und nur da findet der geringe Wein Absatz — zu konkurriren."

Die Minister der Finanzen und des Innern haben die Sache bereits in die Hand genommen, und es steht zu hoffen, daß dieser gegen das einheimische Produkt gerichtete Schutzzoll beseitigt werde.

Ausland.

Frankreich. Paris, 18. Februar. [Sturmvögel.] Die freiheitliche Bewegung in Frankreich greift offenbar gewaltig um sich, und das jetzige System ist kaum noch im Stande, sich gegen die hereinbrechende Flut aufrecht zu erhalten. Eine Demonstration der Studenten gestern im Odeon-Theater macht durch ihre Einstimmigkeit und ihre Feindseligkeit gegen die Regierung Aufsehen. Als von der käuflichen Presse die Rede war, rief man von allen Seiten: „Nieder mit Cassagnac!" Bei der Stelle: „Die Freiheiten, Ihr habt sie!" hörte man rufen: „Noch nicht; aber wir werden sie uns verschaffen!" Bei einer andern Stelle, wo von der Allmacht der Fürsten die Rede war, wurde lebhaft gepfiffen. Das Stück selbst hat kalt gelassen, der fünfte Akt ist sogar ausgezischt worden. Der Lärm dauerte noch nach Beendigung der Vorstellung auf der Straße fort. Bemerkenswerth ist es, daß an demselben Abend noch eine heftige Demonstration gegen die Polizei im Faubourg-Theater Ambigu-Comique stattfand.

— [Kammer-Anekdoten.] Die „France" erzählt in vollem Ernste folgende rhetorische Münchhauseniade vom Staatsminister Rouher: „Eines Tages, während Herr Jules Favre redete, war Hr. Rouher eingeschlafen. Als der beredte Tribun der Linken seine Rede beendete, weckte Hr. Buitry Hrn. Rouher und sagte ihm: „Sie müssen sprechen!" „Worüber?" antwortete Hr. Rouher. Hr. Buitry erklärte ihm mit wenigen Worten den Gegenstand der Verhandlung; Hr. Rouher steigt auf die Tribune, redet drei Viertelstunden lang, widerlegt alle Argumente des Hrn. Favre und kehrt auf seinen Platz zurück unter den Beifallsbezeigungen der Kammer. Hr. Buitry glaubte wenigstens auf einen Dank Anspruch zu haben; durchaus nicht: Hr. Rouher macht ihm scherzend Vorwürfe, weil er ihn geweckt hätte." Die „France" berichtet ferner: „Man erzählt eine hübsche Antwort von Hrn. Berryer, welche beweist, daß die Reden, die er hält, für ihn selbst keine weitere Wichtigkeit haben, als die, welche sein eigener Charakter und der Werth der Ideen, die er entwickelt, ihnen geben

---

cher Würde die Burggrafen mitunter auch Adelige aus den Nürnberger Geschlechtern erwählten, wie 1326 ein Erkenbrecht Coler, und in einer Urkunde von 1397 ein Hermann Schütz vorkommt. Die burggräfliche Burg stand (Urkunde vom 2. Sept. 1391 Mon. Zoll. V. n. 279) zwischen dem 1367 vom Nürnberger Rath erbauten Thurm „Luginsland" und dem sogenannten fünfeckigen Thurm (Alt-Nürnberg). Zu dieser Hofrait gehörte auch die neuerdings wieder eingerichtete St. Ottmars- oder Walpurgis-Capelle, und der große Raum der beiden „Freiungen" auf der Nordseite dicht an der ehemaligen Burggrafenwohnung gegen das Land hinaus und auf der Südseite gegen die Stadt, von der man eine überraschende Umsicht über die Stadt bis auf eine weite Ferne genießt. Von dieser Freiung aus führt ein Thor in den Vorhof zur alten Kaiserburg, der runde Thurm dicht an demselben gehört schon zu dieser. Die Burghut dort bewacht den Eingang von der Stadt herauf, das Thor nennt man das „Himmelsthor" und den Weg „Himmelsweg", ohne Zweifel wegen seiner Steilheit. Etliche für die Territorialrechte der markgräflichen Linie in Franken auftretende Historiker behaupteten: das Kaiserschloß sei Eigenthum des Burggrafen gewesen, und stützen sich dabei vornehmlich auf die burggräfliche Klagschrift von 1362: „sintemal wir des Reichs Burggrafen sind und führen unsern Namen von der Burg ob Nürnberg." Nach dem Diplom vom gleichen Jahr Nürnbergenses Burggravii ab antiquo tempore illustribus Principibus purificati. Solcher Behauptung widerspricht außer anderen Beweisen das am 11. Juni 1313 unter goldener Bulle vom Kaiser Heinrich VII. zu Pisa den Nürnbergern gegebene Recht: daß „die Burg und der Thurm in ihrer Mitte durchaus nicht von der Stadt entfremdet werden sollen, sondern vielmehr der Burgvogt den Bürgern selbst dafür Gewähr leisten müsse, daß bei Abgang eines römischen Kaisers oder Königs Burg und Thurm bis zur Wahl eines künftigen Königs ihnen übergeben werde." Der Nürnberger Rath hatte, wenn ein Kaiser oben auf dem „Schloß," wie man die Reichsburg gewöhnlich benannte, residirte, für die meisten Bedürfnisse des Hofes zu sorgen und die Instandhaltung der verschiedenen Gebäude zu überwachen, wie denn auch hie und da in den Rechnungen Reparaturen an denselben aufgezeichnet sind. Als im Herbst 1806 Nürnberg an die Krone Bayern kam, und von eigens dazu beorderten Commissarien „das Entbehrliche" der Einrichtung zum Nutzen des Staates von diesen verkauft wurde, veräußerte man unter anderm nicht allein das Kissen, welches den Kaiserstuhl auf dem Rathhause zierte, sondern am 3. Nov. auf der Reichsburg 36 Betten, eines um 75 fl., und diese fanden Liebhaber bloß wegen ihres Alterthums, weil sich der Kaiser und sein Gefolg derselben bedient hatten!

(Fortsetzung folgt.)

Hr. Berryer, wenig besorgt um ihre Form, sieht niemals die stenographischen Aufzeichnungen nach, wie dies verschiedene seiner Kollegen zu thun pflegen. Indessen hielt der Chef des stenographischen Bureau's es doch für nöthig, ihm nach seiner schönen Rede vom letzten Freitage vorzuschlagen, die Korrektur des stenographischen Berichtes einzusehen. „Meine Rede nachlesen, nachdem ich sie einmal gehalten habe?!“ rief Hr. Berryer, „das ist gerade, als ob Sie mir die Suppe nach dem Kaffee anbieten wollten.“ Im Gegensatze zu Hrn. Berryer liest Hr. Thiers sich sorgfältigst nach. Nach jeder seiner großen Reden bringt er die Nacht beim „Moniteur“ zu, in einem Kabinete, welches Hr. Dalloz zu seiner Verfügung hält. Er sieht seine Worte Zeile für Zeile nach und erhält seine Kräfte bei dieser schweren Arbeit durch einige Tassen Chocolade. Hr. Ollivier folgt ebenfalls diesem Beispiele. Hr. Jules Favre liest seine Reden hingegen niemals nach; der Staatsminister Rouher läßt die seinen von seinen Sekretären revidiren.“

Paris, 19. Febr. [Ein geheimnißvoller Vorfall.] Der „N. Z.“ schreibt man: Am 15. d. ereignete sich in den Tuilerien ein höchst eigenthümlicher, noch in tiefes Geheimniß gehüllter Vorfall. Gegen 1 Uhr Nachmittags kletterte plötzlich ein ganz fein gekleideter Herr mit wahrer Affenbehendigkeit (so erzählen die Leute aus dem Schlosse) an der Stelle, wo gewöhnlich die Hofwagen für den Kaiser aufgestellt sind, über das hohe Gitter, das den Tuilerienhof vom Place du Carouffel trennt. Von dort lief er mit Windeseile auf den Pavillon de l'Horloge zu, warf die, welche sich ihm entgegenstellten, zur Seite und gewann die Appartements des Kaisers. Er drang bis zum Vorzimmer, das unmittelbar vor dessen Arbeitszimmer liegt. Den dort anwesenden Adjutanten und Dienern gelang es aber, ihn festzunehmen. Als man ihn dann nach den Bureaux des Polizeikommissärs der Tuilerien, die nach dem Quai hin liegen, brachte, stieß er nur die Worte aus: „J'en veux à ses dames.“ In dem Bureau des Polizeikommissärs angekommen, verhielt sich der noch ziemlich junge Mann zuerst ganz ruhig, sprang aber, als er sich einen Augenblick unbeobachtet sah, zum Fenster hin und stürzte sich zu demselben hinaus. Ob er die Absicht hatte, sich aus dem Staube zu machen, oder aber sich das Leben nehmen wollte, weiß man nicht. Er wurde jedoch alsbald wieder festgenommen, da er in den Graben gefallen war, der die Tuilerien von den Quais trennt, und sich stark beschädigt hatte. Er hatte nämlich den linken Arm am Handgelenke gebrochen, eine starke Verletzung am Kopfe erhalten und sich die Nase zerschmettert. Er wurde sofort nach der Charité gebracht. Sein Zustand ist nicht lebensgefährlich, aber verhindert doch, daß man ihn bis jetzt verhören konnte, und man weiß daher noch nicht, ob man es mit einem Wahnsinnigen oder mit einem Verbrecher zu thun hat. Nach den Worten, die er bei seiner Verhaftung ausstieß, könnte man beinahe annehmen, daß er es auf die Kaiserin abgesehen hatte. Der Kaiser soll durch diesen Vorfall sehr unangenehm berührt worden sein.

Italien. [Dementi in Bezug auf die Tedeums-Angelegenheit.] Die römische „Curie“ hat durch ihr offiziöses Organ in Abrede gestellt, daß sie den italienischen Bischöfen die Abhaltung feierlicher Danksagungen für die Siege der päpstlichen Waffen anbefohlen habe. In der That wird denn auch von glaubwürdiger Seite versichert, daß das Tedeum, welches in Padua zu so bedauerlichen Ruhestörungen Anlaß gegeben, in Ausführung einer päpstlichen Encyklica von 27. Okt. (nicht vom 17. Okt., wie eine uns zugekommene Einsendung meint), also 7 Tage vor der Schlacht von Mentana erlassen, und zwar zur Anflehung des göttlichen Schutzes für die bedrängte Kirche, abgehalten worden sei; also nicht für den blutigen Sieg. Hiernach ist die aus einem homerischen Citat gezogene Schlußfolgerung einer aus der „Allg. Ztg.“ in unser vorgestriges Blatt übergegangenen römischen Correspondenz, auf diesen speziellen Fall wenigstens, nicht anwendbar.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

p. **München**, 21. Februar. Bei der gestrigen engeren Wahl zwischen Minister Schlör und Advokat Ruhwandl erhielt Schlör 5034 Stimmen, Ruhwandl nur 3668.

Nizza, 20. Febr. Der Zustand König Ludwigs I. ist weniger beunruhigend; es ist sogar baldige Besserung zu hoffen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$71-\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$64\frac{7}{8}-65\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{7}{8}-56$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{3}{4}-51$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{3}{4}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	89 P.
"	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{8}$ P. $93\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P. $85\frac{3}{4}$ G
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{1}{2}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	$75\frac{7}{8}-76$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	719 P. 717 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$196-95\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$330\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{7}{8}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$265-4\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$157\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{7}{8}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$130\frac{3}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	120 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{3}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{8}-\frac{1}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{1}{2}-\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$139\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{3}{8}-\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$133\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864	$82\frac{5}{8}-83$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100\frac{3}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{3}{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{8}$ G.

Frankfurt, 20. Februar. Schon gestern Abend im Privatverkehr herrschte eine überaus günstige Stimmung für österr. Staatsfonds. Dieselben folgen endlich entschieden dem von den Spekulationseffekten schon längst gegebenen Impulse. Auch heute herrschte bei sehr lebhaftem Geschäft eine ausgezeichnete Tendenz für österr. Anlagepapiere, während es in den Spekulationsobjekten, Mobilier und Staatsbahn, verhältnißmäßig still war. Besonders neue engl. Metalliques gewannen seit gestern Mittag 2 pCt., eine Erscheinung, die von einer zur andern Börse lange Zeit nicht da war. Auch National, Steuerfreie und 1860er Loose gewannen ca. 1 pCt. 1882er Bonds verkehrten bei stillem Geschäft zu ¼ pCt. höheren Coursen als gestern. Auch in Central-Pacific-Bonds wurde heute hier viel umgesetzt und liefen auch von außerhalb viele Aufträge ein. Durch den Tausch derselben gegen 1881er und 1885er waren letztere mehr am Markte. Süddeutsche unverändert. Von Wechseln Paris höher. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 53. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 22. Februar 1868.

Bayerischer Landtag.

Schluß der Berathung und Annahme des Armengesetzes.

(Schluß.)

München, 20. Februar.

Der 2. Abschnitt handelt von den Hilfsquellen der örtlichen Armenpflege und umfaßt die Art. 17 und 18. Hier beantragte Föckerer, daß die Mittel zur Bestreitung des Bedarfs u. A. zu schöpfen sind aus den zu Gunsten der Armenkasse in der Gemeinde herkömmlichen oder von der Gemeindeverwaltung mit Genehmigung der Behörden einzuführenden Abgaben für Hunde, für Hausirbewilligungen, für Veranstaltung öffentlicher Festlichkeiten, Lustbarkeiten, Umzüge, Pferderennen, Musikproduktionen, Tanzunterhaltungen, Theatervorstellungen, Schaustellungen aller Art u. dergl. Mederer wünschte als Zusatz, daß bei allen Verehelichungen die Brautleute einen vom Armenpflegschaftsrathe zu bestimmenden, den Betrag von 10 fl. nicht übersteigenden Beitrag zur Armenkasse zu leisten hätten. Die Kammer verwarf aber beide Anträge und nahm Art. 17 und 18 unverändert an. Fischer konstatirte ausdrücklich, daß unter „Gemeindeausschuß" in der Pfalz der „Gemeinderath" zu verstehen ist.

Der 3. Abschnitt (Art. 19 und 20), von den Krankenkassen und Krankenkassebeiträgen handelnd, wurde ohne Debatte angenommen.

Eine längere Debatte entspann sich beim 4. Abschnitt, vom Armenpflegschaftsrathe handelnd, über die Bestellung des Armenpflegschaftsrathes (Art. 21). Bisher waren in den Landgemeinden diesseits die Pfarrer die Vorstände des Armenpflegschaftsrathes; der Ausschuß beschloß aber, daß diese Vorstandschaft künftig in allen Gemeinden der Bürgermeister haben soll. Dr. Ruland dankt dem Ausschusse, daß er durch seinen liebevollen Beschluß die Pfarrer von diesem odiosen Geschäfte befreit hat, fügt aber auch bei, daß in diesem Ausschußbeschlusse ein großer Undank liege gegenüber einer Wirksamkeit, die durch Jahrhunderte gedauert hat. Auch werde den Gemeindevorstehern zuviel zugemuthet, zum Schaden der Gemeinden. Krausold (protestantischer Pfarrer) unterwirft sich gerne der Bestimmung dieses Artikels und hält sich überzeugt, daß der Pfarrer, wenn er auch nicht mehr Vorstand ist, den Bürgermeister bei Uebung seines Amtes in der Armenpflege in jeder Weise unterstützen werde. Kolb empfahl die Annahme dieses Artikels im Interesse des Friedens und der Ruhe der Gemeinde. In der Pfalz sei überall, auch in den Landgemeinden der Bürgermeister Vorstand der Armenpflege und die Pfarrer, welche ihre Pflicht kennen, thun, was sie thun können. Pfarrer Wölk beantragte, daß die Geistlichen vom Armenpflegschaftsrathe ganz ausgeschlossen werden sollen, damit sie ihre Kraft hauptsächlich der freiwilligen Armenpflege zuwenden können. Krausold will, daß auch die praktischen Aerzte zum Armenpflegschaftsrathe beigezogen werden. Ministerialkommissär Riedel sprach sich gegen beide Anträge aus: die Geistlichen seien zwar nicht verpflichtet, in den Armenpflegschaftsrath einzutreten, doch solle durch das Gesetz denjenigen Geistlichen, welche sich mit der öffentlichen Armenpflege befassen wollen, die Möglichkeit gewährt werden, eine segensreiche Thätigkeit für das Wohl der Gemeinden zu entfalten; Aerzte seien nicht absolut nothwendig im Armenpflegschaftsrathe. — Art. 21 wurde dann in der Fassung des Ausschusses angenommen, — der Antrag Völk's und Krausold's aber abgelehnt. — Die Art. 22 bis 36 wurden nach Verwerfung mehrerer von Breidenbach und Croissant beantragten Modifikationen, worauf wir morgen zurückkommen werden, in der Fassung des Ausschusses angenommen.

Bei der III. Abtheilung (Art. 37 bis 39), von der Distriktsarmenpflege handelnd, beantragte Dr. Völk als Zusatz zu Art. 38: „Das Urtheil darüber, ob eine Gemeinde mit Armenlasten überbürdet sei und deßhalb die Unterstützung des Distrikts nach Art. 37 Ziffer 1 in Anspruch nehmen könne, kommt zunächst dem Distriktsrathe zu, gegen dessen Beschluß aber die um Unterstützung nachsuchende Gemeinde Beschwerde erheben kann, welche vom Landrathe des betreffenden Regierungsbezirkes geprüft und endgültig beschieden wird." Brater und Fischer haben gegen den Antrag nichts zu erinnern, v. Steinsdorf aber und Ministerialkommissär Riedel bekämpften denselben, weil dadurch die Kompetenz des Landrathes erweitert und das Prinzip, auf welchem das Landrathsgesetz beruht, verletzt würde. Wird das Landrathsgesetz bald geändert, dann hat es keine Gefahr, wenn der Art. 38 in der Fassung des Ausschusses angenommen wird, erfolgt aber die Abänderung des Landrathsgesetzes spät, dann schaffen wir sehr bedenkliche Mißstände. — Dr. Völk's Antrag wurde auch abgelehnt und dem Ausschußantrag zugestimmt. — Zu Art. 40, welcher von der Kreisarmenpflege handelt, wurde folgender Antrag des Abg. Dr. Völk, womit sich die Regierung vollkommen einverstanden erklärte, als Abs. 3 angenommen: „Der Landrath hat bei jeder seiner ordentlichen Jahresversammlungen (vergl. Art. 19 des Landrathsgesetzes vom 28. Mai 1852) darüber zu berathen und zu beschließen, ob und in welchem Umfange einzelne Distriktsgemeinden des Kreises als mit Armenlasten überbürdet erscheinen und deßhalb einer Kreisunterstützung bedürfen." — Die Art. 41 und 42, welche die Bestimmungen bezüglich des Aufsichtsrechtes und der Zuständigkeit der Staatsbehörden enthalten, fanden keine Beanstandung. — Die 6. Abtheilung (Art. 43), welche die Strafbestimmungen enthält, wurde von Croissant, Umbscheiden und Gelbert bekämpft. Croissant glaubt, daß diese Bestimmungen mit dem Strafgesetzbuche im

Die Reichsburg zu Nürnberg und ihre Besitzer.

(Fortsetzung.)

Nürnberg, das schon 1219 sein erstes großes Privilegium für Unabhängigkeit und besondere Rechte unter den Hohenstaufen erlangt, blühte rasch empor, es wurde der Lieblingsaufenthalt der deutschen Kaiser, und zahlte schon 1347 2000 Pf. Heller Reichssteuer auf des Kaisers Geheiß an den Burggrafen als Abschlag von den 28,000 Pf., die dieser ihm schuldig geworden war. Die Burggrafen traten wohl der Stadt gegenüber besonnen auf, das Verhältniß derselben zu ihnen war zwar geordnet, aber doch mögen manche Reibereien dieses für längere Zeit manchmal gespannt gehalten haben, zumal nach dem Absterben der Hohenstaufen die Stadt die Reichsunmittelbarkeit wieder erlangt hatte. Die Burggrafen trachteten, da sie der mächtig gewordenen Stadt nach den damaligen Verhältnissen nicht Herr werden konnten, auswärts nach Vergrößerung ihrer Macht und waren darin besonders glücklich. Kaiser Rudolf machte 1273 zu Aachen das Burggrafenthum zu einem Reichslehen (mit der Comitia Burggraviæ in Nürnberg et Castro, quod tenet ibidem), bedauernd in einem Handschreiben, daß er zur Zeit für den Herrn Burggrafen nicht mehr zu thun Gelegenheit habe, und doch wurden dem Burggrafen darin förmliche fürstliche Rechte (Besetzung des Burgthores, Häusersteuer, Frohndienste, der Wildbann, der dritte Baum 2c.) eingeräumt, damit war auch vielfache Ursache zu Zwisten zwischen den Burggrafen und der Stadt gegeben, wiewohl die ersteren sich hüteten, sich an der letzteren zu vergreifen und sie gerne die Hand zum Vergleich boten. So kam 1294 Burggraf Friedrich eigens von seiner „pfleglichen Wohnung" Kadolzburg herein, um das Waldrecht zwischen den Bürgern und ihm festzustellen, und als der Rath, um die Stadt vor dem Muthwillen des burggräflichen Gesindes zu schützen, eine Mauer und den schon erwähnten Thurm Luginsland an und um des Burggrafen Burg hatte bauen lassen, gegen die Stadt zu mit einem Thore, das man des Nachts verschloß, wendete sich der Burggraf zwar klagend an den Kaiser wegen dieser Bauten, ließ sich aber mit 5000 fl. abfinden, unter der Bedingung, daß man das halbe Thor ungeschlossen und unvermacht bleiben lasse. In demselben Jahr kaufte die Stadt den schon erwähnten Coler ihre Rechte auf den Wald ab.

Die heftigen Kämpfe in der Mitte des 14. Jahrhunderts, welche zwischen Fürsten und Städten Deutschlands bis 1388 währten, endeten, nachdem in Schwaben allein an 1200 Orte in Asche gelegt worden sein sollen, mit der Unterordnung der reichsstädtischen Freiheit unter die fürstliche Macht. Nürnberg, obwohl den Fürsten feindlich gegenüber stehend, war glücklich, seine Bürger wahrten ihre

Widerspruche stehen und daß dadurch eine neue Art von Sklaverei geschaffen würde. **Gelbert** hält die Strafbestimmungen für unnöthig, weil derjenige, welcher Barmherzigkeit übt, auch Verzeihung üben kann. Nachdem jedoch Ref. **Fischer** nachgewiesen hatte, daß ohne diese Bestimmungen der Armenpflegschaftsrath schutzlos wäre, daß der Art. 87 des Polizeistrafgesetzbuches zur Bestrafung der Arbeitsscheue nicht ausreiche, daß daher mit dem Art. 43 dieses Gesetzes eine Lücke ausgefüllt, eine Verbesserung des bisherigen Zustandes herbeigeführt werde, wurde Art. 43 in der Fassung des Ausschusses angenommen. Die Fassung des Schlußartikels und die Abstimmung haben wir bereits gestern mitgetheilt.

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 20. Febr. [Geringe Steuererhöhung. Zollparlamentswahlen.] Dem „Frkf. Journ." schreibt man: Der günstige Stand der Restverwaltung, von welcher etwa 3,300,000 fl. für Deckung des laufenden Deficits abgegeben werden konnten, hat es möglich gemacht, daß Regierung und Kammer im Verein sich mit einer Erhöhung der direkten und indirekten Steuern um 6 Kreuzer per Gulden, also mit 10 pCt. begnügen konnten, während früher zum Theil Erhöhungen um 16²/₃, 20, 25 und bis zu 50 pCt. vorgesehen waren. Es ist dieß ein über alle Erwartung günstiges Ergebniß; auch versäumte der Finanzminister nicht, zu bemerken, daß wir darin weit besser als Baden, Bayern und alle unsre Nachbarstaaten daran sind. Heute Abend wurde der Landtag mit einer Thronrede geschlossen. — Der Ausfall der Zollparlamentswahlen in Bayern soll die meisten unserer Demokraten veranlaßt haben, sich nun doch bei den diesseitigen Wahlen zu betheiligen, um auch aus Württemberg ein verhältnißmäßig gleich starkes Contingent von Oppositionsmännern in das Zollparlament nach Berlin zu bringen. Die ultramontane Partei hatte dieß schon längst befürwortet.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 19. Febr. [Die Nothstands-Kommission] beendete gestern Abend ihre Berathung. Die Regierungsvorlage wurde einfach angenommen, nachdem der Finanzminister erklärt hatte, daß er erforderlichen Falles die Summe von drei Millionen Thaler zur Gewährung von Hilfsmitteln überschreiten würde. Ferner wurde die Instruktion über Ausführung des Gesetzes festgestellt. Dieselbe wird vom Ministerium erlassen werden, aber in allen Hauptpunkten die Vorschläge der Kommission acceptiren. Danach soll das Geld an die Kreise gehen und in denselben durch ein Komite mit einem Beamten — wohl dem Landrathe — an der Spitze und aus vier Kreistags-Mitgliedern bestehend vertheilt werden. Die Rekurs-Instanz bildet eine Kommission aus Provinzial-Landtags-Mitgliedern, welcher auch die Kontrole obliegt. Ferner wird das Geld in erster Reihe zur Beschaffung der Saaten, dann aber auch an Armenverbände zu Unterstützungen gegeben werden. In allen Fällen ist die Rückzahlung bedingt, bei den Grundbesitzern durch hypothekarische Sicherheit, sonst gegen Schuldschein mit langen Fristen. Der Antrag Kosch auf Gewährung von einer Million Darlehns-Kassenscheine für Gewerbetreibende ꝛc. wurde abgelehnt, nachdem die Regierung versichert hatte, daß die Bank bereit sei, allen Anforderungen zu genügen, denen die Darlehns-Kassen entsprechen sollten und bei Beleihungen noch unter den Minimalsatz von 50 Thalern herabgehen würden.

Seit einigen Tagen verweilt in Berlin eine Deputation aus Ostpreußen, bestehend aus großen Grundbesitzern, Vorständen von Hilfskomite's ꝛc., theils um direkte Mittheilungen über den Nothstand zu machen, theils um auf die Höhe der Staatshilfe einzuwirken.

— [Der Zollbundesrath] tritt nächste Woche zusammen. Sämmtliche preußische Mitglieder des Bundesrathes sind in den Zollbundesrath berufen. Das Zollparlament aber wird voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Monats März zusammentreten. Es ist in der Person des Geh. Regierungsraths Graf Eulenburg ein neues Mitglied des Bundesrathes ernannt worden, der erste Bevollmächtigte Preußens aus dem Ministerium des Innern, welches bisher im Bundesrathe nicht vertreten war.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Zur Hietzinger Wallfahrt.] Einer längeren Correspondenz darüber in der „Südd. Pr." *) entnehmen wir folgendes: Die Wallfahrt ist eine Erscheinung der merkwürdigsten Art, denn es ist zweifellos, daß wenig Fürsten in der Gegenwart wie in der Vergangenheit jemals so bemüht gewesen, die Liebe ihres Volkes zu verscherzen, wie dieß König Georg von Hannover gethan. Es ist heute nicht der Tag, all die Unbill, die Gesetzwidrigkeiten aufzuzählen, welche sich König Georg hat zu Schulden kommen lassen. Der Mangel des Sehvermögens mag viel dabei verschuldet haben, aber sicher nicht alles. In keinem deutschen Lande dürften die Rechtsverletzungen tiefer empfunden worden sein, als gerade in Hannover; gleichwohl hat man sie vergessen, da das Unglück über den König kam. Die Erklärung für diese Erscheinung ist wohl in der großen Neigung für die föderative Gliederung Deutschlands zu finden. Die Anhänglichkeit an die gewohnten Zustände geht sicher tiefer und es ist allgemeiner in Deutschland als bei irgend einem anderen Volke, und ist nirgend so heraus-

*) Wenn der Korrespondent der „Südd. Presse" u. A. meint, die Hietzinger Wallfahrer hätten mehr Opfer an Geld und Zeit gebracht, als bisher zu irgend einer politischen Demonstration in Deutschland verwendet worden seien, so darf dem gegenüber nicht verschwiegen werden, was der „N. A. Ztg." aus Hannover mitgetheilt wird: „Vor einigen Tagen erzählte ein sehr achtbarer hiesiger Industrieller (dessen Name vorliegt), daß, als in voriger Woche mehrere seiner Arbeiter zu ihm gekommen wären und ihn um Urlaub für die Reise nach Wien zum Feste des Exkönigs Georg gebeten hätten, er diesen Arbeitern bemerkt hätte, sie möchten lieber ihr sauer verdientes Geld sparen, als eine so unnütze Reise machen, worauf die Arbeiter erwiderten: „Wenn der Herr meint, daß wir unser Geld unnütz ausgeben, so müssen wir ihm sagen, daß wir bestimmt wissen, daß uns sofort nach Ankunft in Wien 25 Thaler, sämmtlich Stücke von 1868 mit dem Bild des Königs Georg, ausbezahlt werden und wir dort ganz freie Station haben. Rechnet der Herr also, daß die Reise nach Wien und zurück 15 Thlr. kostet, so verdienen wir in den wenigen Tagen 10 Thaler, was wir doch in der Fabrik so schnell nicht verdienen können."

Selbständigkeit, die Stadt kam ungefährdet durch, man scheint sich verständigt zu haben. Diese Burggrafen hatten durch ihre großen Besitzungen zu Ansbach (gekauft von Graf Ludwig v. Oettingen 1331 um 23,000 Pf. Heller) und Bayreuth allmälig eine fürstliche Macht erlangt, schon 1363 waren sie von Karl IV. als wirkliche Reichsfürsten erklärt und anerkannt worden. Zerwürfnisse verschiedener Ursachen halber, die sich in jener kläglichen Zeit leicht fanden, kamen zwar auch in dem traurigen 14. Jahrhundert öfters vor, theils über das Geleitsrecht, theils über die Rechte des Burggrafen an dem Schultheißenamt und Zoll zu Nürnberg, aber man verglich sich immer wieder, zumal die Politik der Burggrafen ihr Terrain mehr und mehr im Norden von Deutschland suchte. Wie die hohenzollern'schen Burggrafen von Nürnberg zu Markgrafen und Kurfürsten von Brandenburg emporstiegen, kann hier, wo es sich um Berichtigung einer falschen Auffassung über den Besitz derselben und ihre Burg zu Nürnberg zunächst handelt, nicht in Anbetracht kommen. Es erübrigt nun noch, anzuführen, welche besonderen Ursachen diese bewogen haben, das Stammhaus und ihre Rechte in Nürnberg aufzugeben. Während der zum Kurfürsten auf dem Konstanzer Konzilium erhobene Burggraf Friedrich in seinem (1417) neuerworbenen Markgrafenthum die frechen Junker zur Anerkennung und Unterwerfung zwang, glaubten seine feindlichen Verwandten, dieß sei eine günstige Gelegenheit zum Einfall in dessen fränkische Besitzungen. Die Gemahlin Friedrichs, „die schöne Else", eine Prinzessin von Bayern-Landshut, führte die Zügel der Regierung zwei Jahre in Abwesenheit ihres Eheherrn, der in Folge der Ereignisse, schneller als es thunlich war, nach Franken zurückkehrte, denn er war schon im September 1421 wieder im Burggrafenhause zu Heilsbronn. Eine schmerzliche Kunde rief ihn zurück. Am 27. Okt. 1420 hatte der bayerische Pfleger zu Lauf, Christoph Leininger, Nachts auf Befehl des Herzogs Ludwig von Bayern-Ingolstadt, mit welchem der Burggraf grobe Schriften gewechselt, in einer Sprache, wie sie selbst damals ungewohnt war, das Burggrafenschloß Nachts überrumpelt und angezündet. Chroniken erzählen: der Hauptmann Leininger, der auch den Nürnbergern viel Schaden anrichtete, habe damals diesen entbieten lassen, sie sollten still sitzen, er wolle gemeldte Nacht ohne ihren Schaden seinen Feind heimsuchen, und weiter nicht greifen. Spätere markgräfliche Historiker führen, wohl nur aus Gehässigkeit, an: der Rath habe in dieser Nacht einen Tanz auf dem Rathhause veranstaltet und den Bürgern verboten, das Feuer zu löschen, vielmehr selbst auf der Hut zu sein. Burggraf Johann soll sich dieß sehr zu Herzen genommen haben, denn er starb nach Nürnberger Chroniken am Erichstag vor St. Veit aus Betrübniß wegen der „verbrunnenen Burg." Der Schaden, den diese erlitten, muß bedeutend gewesen sein, denn 1424 wohnte die kurfürstliche Familie bei einem Besuch in der Stadt nicht auf der Burg, sondern im Heilsbronner Hofe (dem Absteigquartier der Aebte in Nürnberg, es steht jetzt die Bank da).

Der Entschluß, die Burg mit allem Zubehör an Rechten, Gütern und Zoll nebst den Wäldern bei Nürnberg an diese Stadt zu verkaufen, wurde vielleicht damals schon gefaßt, kam aber erst 1427

gebildet in unserem weiten Vaterlande als bei den Niedersachsen, wohl nirgend ist die eigenthümliche Stammesweise so erhalten, so ausgesprochen als bei ihnen. Die neuen Zustände bieten manche Vortheile, welche in der Vergangenheit begehrenswerth erschienen, und von sehr vielen nicht bloß gewünscht, sondern kräftigst erstrebt wurden; die früheren Zustände litten an Nachtheilen, die man um so schwerer empfand, daß man gerne in jedes Mittel gewilligt hätte, um sie zu beseitigen; aber eben dieses zähe Festhalten am Alten, so weit man es für bewährt hält, erfordert für die Niedersachsen besondere Vorsicht im Vorgehen mit Veränderungen. Nur wenige unter den Wallfahrern aus Hannover glauben, daß jemals wieder die alten Zustände zurückkehren werden; sie haben zumeist zu schwer darunter gelitten, um es auch nur zu wünschen. Aber eben deßwegen sollte die preußische Regierung sich die Hietzinger Wallfahrt nicht falsch auslegen, sondern es vorziehen, das Gute daraus zum Nutzen anzuwenden. Kein deutscher Stamm hat ein so zähes Gedächtniß für Recht und Pflicht, für Wohlthat und Unbill wie der niedersächsische, in ihm ist eine Widerstandskraft, eine Ausdauer, welche von manchem in Berlin wahrscheinlich unterschätzt wird. Vieles kann geschehen, um die erbitterten Gemüther in Hannover zu beruhigen, und es wäre gut, sehr gut, wenn dieß bald geschähe. Es wird dieß vielleicht von niemand mehr gewünscht als von dem österreichischen Reichskanzler. Das mag man in Berlin bezweifeln, aber man muß Hrn. v. Beust sehr unterschätzen, um zu glauben, daß er anders denkt.

Ausland.

Frankreich. Paris, 19. Febr. (Unruhen und Demonstrationen.) Der „Köln. Ztg." schreibt man: Die Regierung sorgt dafür, daß die Demonstrationen, deren Schauplatz das Odéon-Theater gewesen ist, nicht so bald zur Ruhe kommen. Schon am vorgestrigen Abende hatten Verhaftungen auf dem Platze vor dem Theater stattgefunden; gestern Abend aber hatte die Polizei es offenbar auf eine Provokation abgesehen. Der Platz des Odéon, der Boulevard Saint-Michel, die Rue Dauphine und der Pont-Neuf waren mit wenigstens tausend Stadtsergeanten besetzt. Freilich waren auch alle Straßen um das Theater mit einer ungeheuren Menschenmenge bedeckt. Als die Vorstellung zu Ende war und eben die Leute aus dem Theater hervorkamen, ehe irgend ein aufrührischer Schrei ausgestoßen war, ertönte plötzlich die Reihen der Polizeiagenten entlang der Ruf: „Poussez, poussez!" Und nun drängten dieselben von allen Seiten mit äußerster Brutalität, mit Schlägen und Tritten auf das Publikum ein, das sich um so weniger zu helfen wußte, als ihm der Ausgang über den Pont-Neuf abgeschnitten war. Die Polizei hatte die Schlüssel zu mehreren Häusern der Rue Dauphine; sie öffnete die Thüren, drängte eine Anzahl Menschen in den Gang und schloß dieselben darauf ein. Auch sonst wurden mehrfache Verhaftungen vorgenommen; die Meisten hat man freilich im Laufe der Nacht und des Morgens wieder losgelassen. Heute Abend aber sollen sich die Demonstrationen absichtlich in großem Maßstabe wiederholen. Ueberall ist die oppositionelle Stimmung im Steigen begriffen. Die Abgeordneten der Linken haben zahlreiche Briefe erhalten, in welchen sie des Verraths an der Sache der Freiheit und besonders einer zu großen Schonung gegen die Dynastie beschuldigt werden. Man schreibt diesem Umstande die größere Heftigkeit zu, die sich in den letzten Tagen in den Reden Jules Favre's, Emile Ollivier's und anderer Mitglieder der Linken bemerklich macht. In den höchsten Kreisen steht man einstweilen der wachsenden Bewegung ziemlich rathlos gegenüber. Der Kaiser ist stumm; er beräth zwar mit seinen Ministern die vorliegenden Geschäfte, aber er äußert sich nicht über die großen prinzipiellen Fragen und über die Entschließungen, welche er in Bezug auf dieselben gefaßt.

Italien. [Groß in Schulden.] „Italien ist groß — in Schulden," ruft die „Unità Italiana," und findet leider einen mehr als hinreichenden Beleg in folgenden Ziffern des passiven Budgets: Fünfprozentige consolidirte Rente im großen Buch eingetragen 248,399,870 Lire, drei- und fünfprozentige Rente 17,935,352 L., rückkäufliche Schuld 66,401,634 L., Schulden, welche nicht im großen Buch eingetragen sind, 27,942,339 L., ordentliche Pensionen 49,000,000 L., außerordentliche Pensionen 3,580,000 L., Eisenbahn-Garantien 55,305,125 L., Interessen, Schatzbons 13,750,000 L. Aus diesen und einigen kleineren passiven Posten entziffert sich die Gesammtsumme von 631,363,409 Lire. Diese Last muß Italien immer mit sich schleppen, so lange es seinen Verpflichtungen gegen das Ausland nachkommen will, und in Folge des Defizits nimmt die Zinsenlast jährlich noch um etwa 30 Millionen zu. Neben diesem Etat des Finanzministeriums stehen noch acht andere, darunter die ungeheuren Summen des Kriegs- und Marinebudgets. Und trotzdem denkt man so wenig an wirkliche Ersparnisse, daß man die Pensionen wieder um mehr als $2\frac{1}{2}$ Millionen erhöht hat. Kann man aber eine Steigerung der Ausgaben nicht vermeiden, so sollte man doch wenigstens gleichzeitig auf eine Hebung der Einnahmen bedacht sein. Nach Aufhebung der Monopole könnte Italien ganz Europa mit Tabak und Salz versehen und Sicilien würde die beste Baumwolle liefern, unermeßliche Schätze von Mineralien wären zu heben, wenn Volk und Regierung einen praktischen industriellen Sinn hätten.

Rußland. [Ein 40jähriger Prozeß ohne Resultat.] Wenn man die Justizreform, welche Kaiser Alexander I. in Rußland endlich durchgesetzt hat, würdigen will, so vergegenwärtige man sich folgenden von der Wolhynischen „Gouv.-Ztg." mitgetheilten Rechtsfall aus früherer Zeit: Die wolhynische Stadt Starokonstantinow mit den dazu gehörigen Dörfern war 1800 von der Fürstin Isabella Lubomirski ihrer an den Grafen Rzewuski verheiratheten Tochter Constanze, Staatsdame der Kaiserin von Oesterreich, übergeben worden. Die Gräfin Rzewuski, die außerdem noch andere Besitzungen in den Gouvernements Wolhynien und Podolien und in Galizien hatte, kontrahirte im Laufe der Zeit die ungeheure Schuldenmasse von 2,398,000 R. Im Jahre 1821 bat sie Kaiser Alexander I., eine Commission zu ernennen, welche ihre Angelegenheit regelte und die Gläubiger befriedigte. Diese Commission wurde auch durch einen allerhöchsten Befehl vom 18. Juli 1821 ernannt und bestand aus einem Präses,

---

zur Reise. Der Kurfürst brauchte zu seinen Kämpfen in den neu erworbenen Ländern wohl Geld, und so kam denn am Freitag nach St. Johannis des Täufers Tag ein Verkauf zu Stande, wonach der Burggraf von Nürnberg die demolirte Burg daselbst mit ihren Zubehörungen und den benachbarten Dörfern, seinen Rechten auf die Wälder bei Nürnberg, seinen Antheil am Schultheißenamt und am Zoll an die Stadt um die Summe von 120,000 Gulden abtrat. Diese Summe sollte bis Samstag vor Matthiä (21. Febr.) ganz abgetragen werden. Am 30. Juni kündigten zwei adelige Kommissäre die Veränderung der Oberhoheit in den Dörfern an; der burggräfliche Amtmann, Otto Haid, übergab die Schlüssel zu Burg und Thor, der Kaiser belehnte die Stadt mit den vom Burggrafen abgetretenen Rechten. Der Senat besetzte sogleich die Stelle eines Burgamtmanns, der zugleich Richter in der Vorstadt Wöhrd war, welche Würde bis zu Anfang des Jahrhunderts sich erhielt. Der letzte, das alte Burgamtmannsgebäude bewohnende Amtmann war ein Imhof. Die Nürnberger arbeiteten nach Besitzergreifung der Burg eifrigst an der Befestigung der Stadt nach außen, jeder Bürger mußte Hand anlegen oder seinen Mann stellen. Der Taglohn war 10 Pf. Damals vereinigte man oben bei der Burg den tiefen, aber erst 1446 vollendeten Stadtgraben, 1428 wurde die auf der Freiung stehende alte Ottmars-Kapelle, welche bei dem Brande 1420 gelitten, umgebaut und der St. Walpurgis geweiht. Diese Kapelle (in castro Nürenberg in nostra Residentia) übergab 1267 Burggraf Friedrich und seine Gemahlin Elisabeth dem Kloster St. Aegidien zum Gebrauch, während Kaiser Friedrich II. 1216 die Margarethen-Kapelle in der Reichsburg, welche mit der sogen. Kaiserkapelle eine Doppelkapelle bildet, den deutschen Herren zur Besorgung übertragen hat. Diese hielten ihr Recht auch noch nach Einführung der Reformation in Nürnberg aufrecht, und 1609 wurde eine ordentliche Predigt von einem dazu beorderten Kaplan in der Kapelle auf dem Schloß angeordnet, „dieweil nach der uralten Stiftung diese allzeit mit einem Kaplan zu St. Jakob (dem Eigenthum der deutschen Herren) versehen werden muß." Als Kaiser Friedrich III. 1485 seine Schätze in die Margarethen-Kapelle bringen und diese absperren ließ, erlaubte der Rath den deutschen Herren, ihren Kirchweihtag St. Margareth in der „Kapelle im Schlosse" zu begehen. Diese, mit 4 schlanken Marmorsäulen geziert, diente für den Privatgottesdienst der Kaiser, wenn sie auf der Burg wohnten; in darauf bezüglichen Rathserlassen von 1488, 1489 und 1490 wird sie stets nur als die „Kapelle im Schlosse" bezeichnet. Am St. Linhardstag (6. Nov.) 1494 wurde auf der Brandstätte der Burggrafenburg das noch stehende Kornhaus gebaut, dasselbe ist jetzt in eine Kaserne umgewandelt; den Namen Kaiserstallung erhielt das große Gebäude erst im vorigen Jahrhundert. Von der Zerstörung der Burg 1427 bis zur Erbauung dieses Kornhauses hieß man die Stätte auch die „alte" (ehemalige) Burg, wie sie Konrad Gürtler, Anschicker in der Prunt (städtisches Bauamt), in seinem 1460 angefertigten Verzeichniß allen auf Mauern und Thürmen aufbewahrten Kriegsgeräthes bezeichnet.

(Schluß folgt.)

mehreren Mitgliedern und einer Kanzlei. Die Commission bestand fast 40 Jahre, ging, ohne ihre Geschäfte beendigt zu haben, an den wolhynischen Gerichtshof über. Die Güter der Gräfin Rzewuski waren auf 2,300,000 R. abgeschätzt. Von den Einnahmen, welche die Commission seit ihrer Einsetzung bis 1851 im Betrage von mehr als 2,300,000 R. von denselben erhalten hatte, waren nur 95,000 R. zur Befriedigung der Gläubiger, von denen viele bereits gestorben, andere an den Bettelstab gekommen waren, verwendet worden; alles Uebrige hatte zur Unterhaltung der Commission, der Gräfin Rzewuski und zur Bestreitung anderer Ausgaben für die Verwaltung des Besitzes dienen müssen. Wie die Gräfin Rzewuski dabei bedacht worden war, geht daraus hervor, daß sie in den vierziger Jahren in Armuth und Elend in Kamenez starb. Die Schuldenmasse hatte sich in Folge solcher Verwaltung verdoppelt und ein großer Theil der Güter blieb für unbedeutende Summen in den Händen einiger reicheren Gläubiger. So hatte der Gutsbesitzer Gruchelski die Stadt Starokonstantinow, die eine Einnahme von 16,000 R. brachte, für eine Schuld von 45,000 Rubeln in Beschlag genommen. Im Jahre 1839 war das Gutachten des Reichsraths allerhöchst bestätigt worden, laut dessen das Verzeichniß der Schulden der Gräfin zur Bestätigung vorgelegt, dann alle Güter der Gräfin öffentlich verkauft und die Gläubiger befriedigt werden sollten. 1840 wurde das Verzeichniß der Schulden von der Commission dem dirigirenden Senat eingereicht, 1842 und 1843 die Inventarisirung und 1848 und 1849 die Rechenschafts-Ablegung der Commission über ihre Thätigkeit. 1851 sandte der dirigirende Senat diese Rechenschaftsberichte an den General-Gouverneur mit dem Auftrage, dieselben an Ort und Stelle durch zuverlässige Beamte revidiren zu lassen. Diese Arbeit dauerte ebenfalls mehrere Jahre. Um diesem langwierigen Concurse ein Ende zu machen, erfolgte der Allerhöchste Befehl, die Güter öffentlich zu verkaufen und die Gläubiger zu befriedigen. Im Jahre 1857 fand dann auch wirklich der Verkauf Statt und Starokonstantinow kam für 259,260 R. an den Gutsbesitzer Trzeciak, gegen den übrigens der Gutsbesitzer Sobieszczanski dieses Besitzes wegen einen Proceß anstrengte, der an den dirigirenden Senat ging, so daß gegenwärtig die Stadt ohne eigentlichen Eigenthümer ist."

Türkei. [Eine neue brennende Frage.] Der Pforte, deren politischer Horizont schon ohnehin verdüstert genug erscheint, droht eine neue Wolke durch einen Conflikt mit Persien, welcher, wenn er zum Kriege mit dem asiatischen Nachbar führen sollte, die ottomanische Regierung zu einer Theilung ihrer Streitkräfte nöthigen und die ihr von Seiten der einheimischen Rebellen drohende Gefahr wesentlich potenziren würde. Schon dieser Umstand läßt darauf schließen, daß es hier wie in Griechenland, Serbien, Kreta, Bulgarien der russische Einfluß ist, der ein neues Agitationsmittel gegen den kranken Mann in Szene setzen will. Das Gouvernement in Teheran erhält in jüngster Zeit seine Parole ebenso von St. Petersburg, wie einst Polen in den Tagen Stanislaw August's oder in der unserigen das Gouvernement zu Athen. Als Grund der Verwicklung bezeichnet ein persisches Memorandum, welches den europäischen Gesandten in Konstantinopel überreicht worden ist, mehrfache Gebietsverletzungen und Attentate gegen persische Unterthanen, deren der Pascha von Bagdad, Namik, beschuldigt wird. Die persische Regierung, die dafür eine eklatante Genugthuung fordert, hat die Vermittlung der europäischen Mächte nachgesucht. Es steht also zu den mancherlei schwebenden Fragen auch noch die persische in Aussicht.

Nichtpolitische Zeitung.

[Bahnhof-Brand.] Aus London, 18. Februar, wird der „Köln. Zeitung" geschrieben: Im Bahnhofe von Charing Cross hat es heute Nachmittag ein paar Stunden lang gebrannt. Von der Glasbedachung der Halle schmolz das Glas und Blei theilweise in die Tiefe, so daß das Löschen schwierig war. Doch ist zur Stunde der Brand vollständig gedämpft, der Schaden scheint kein besonders großer zu sein und bis der deutsche Postzug heute Abend hereinkommt, sind die Schienenwege wohl wieder in so weit gesäubert, als zur Wiederaufnahme des Verkehrs erforderlich ist.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	70⅝ P. ⅜ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	65½—⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅞—56⅛ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	51⅛—¼ G.
"	4½pCt.	43⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅛ G.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	91 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¼ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88½ P. ⅜ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	81⅜ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94⅛ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅛ P. 93⅞ G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P. 85½ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	83⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 24	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	76⅜ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	75⅜—⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 P. 719 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196—95½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90¼ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakt'en . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P. 329 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109⅞ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	265—4½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130⅞ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75⅝ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43⅜ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	97¼ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅜ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛—¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅜—⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	101½—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 P. 141 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¼ P. ½ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	73⅛—⅜ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134¾ P. ¼ G.
" do. v. 1864	83⅝—⅞ G.
4 pCt. Bayer. Prän.-Anl.	100¼ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅞ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144¼ P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅜ G.

Frankfurt, 21. Februar. Die gute Meinung für österr. Sachen, welche in den letzten Tagen zum Durchbruch kam, machte heute weitere Fortschritte. Wieder im Vordergrund des Geschäfts standen österr. Anlagepapiere, die abermals bedeutend in die Höhe gingen, besonders neue engl. Metalliques. Dieselben gewannen gegen gestern 1 pCt. Auch Steuerfreie und National wurden besser bezahlt. Von österr. Loosen erhöhten 1860er und 1864er ihren Cours, letztere um 2 fl. gegen gestern Mittag. Spekulations-Effekten verkehrten zu unveränderten Coursen. Süddeutsche Werthe waren ebenfalls etwas fester. 1882er Amerikaner verkehrten in guter Haltung zu gestrigen Preisen. Devisen gesucht, besonders Paris und Wien. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 54.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 23. Februar 1868.

Bayerischer Landtag.

Donaukorrektions-Gesetz. — Abänderungen im pfälzischen Civilgesetzbuch. — Anträge und Petitionen.

München, 22. Februar.

In der gestrigen 67. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten legte Hr. Handelsminister v. Schlör einen Gesetzentwurf vor, die Vollendung der Donaukorrektion im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg betreffend. Dieser Gesetzentwurf hat weniger die Absicht, die finanzielle Frage der Donaukorrektion zu erledigen, als vielmehr die, eine Rechtsfrage zum Austrage zu bringen. Die obere Donau berührt eine Fläche von 60,000 Tagwerken und verursacht durch ihr starkes Gefäll arge Zerstörungen. Seit dem Bestehen des Gesetzes über Uferschutz haben sich zwischen der Staatsregierung und dem Kreise vielfache Anstände ergeben, wer die Lasten zu tragen habe. Man beschränkte sich auf die Vornahme der allernothwendigsten Korrektionen, dennoch sind eine Menge von Ansprüchen entstanden, die nur auf dem Wege der Gesetzgebung ihre Erledigung finden können. Redner empfahl schließlich den Gesetzentwurf, durch welchen jedenfalls ein großer Mißstand beseitigt und vielen Beschwerden abgeholfen wird, einer billigen Beurtheilung.

Umbscheiden erstattete nun Vortrag über den Gesetzentwurf, die Abänderung einiger Bestimmungen des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches über Privilegien und Hypotheken betreffend, welcher nach kurzer Debatte in der nachstehenden, vom Ausschuß im Einverständniß mit der k. Staatsregierung vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen wurde:

„Art. 1. In den Fällen, in welchen eine Ehefrau die ihr nach Art. 2121 und 2135 Ziff. 2 des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches auf die Güter ihres Ehemannes zustehende Hypotheke auf Andere übertragen oder auf dieselbe zu Gunsten eines Dritten verzichten kann, muß der Uebertrag oder Verzicht in Zukunft unter Strafe der Nichtigkeit durch authentische Urkunde geschehen. Dritten Personen gegenüber gelangt der Erwerber einer solchen Hypothek in deren Besitz nur durch die zu seinen Gunsten im Hypothekenbuche genommene Einschreibung oder — wenn zu Gunsten der Ehefrau bereits Einschreibung genommen ist, durch die am Rande dieser Einschreibung zu machende Vormerkung von der Uebertragung der Hypotheke auf den Erwerber oder von der zu seinen Gunsten erfolgten Verzichtleistung. Sind mehrere Gläubiger in der vorbezeichneten Weise in die gesetzliche Hypotheke der Ehefrau subrogirt worden, so bestimmt das Datum der zu Gunsten dieser Gläubiger genommenen Einschreibungen oder Vormerkungen die Reihenfolge, in welcher sie die Hypothekarrechte der Frau auszuüben befugt sind. Bezüglich der in den Händen eines Drittbesitzers befindlichen Liegenschaften kann, wenn die Veräußerung unter Mitwirkung der Frau stattgefunden hat, der in deren Hypothekarrechte subrogirte Gläubiger diese Rechte auch nach Erfüllung der in Abs. 1 und 2 bestimmten Förmlichkeiten nur in dem Falle ausüben, daß die Subrogation schon vor der Veräußerung der betreffenden Liegenschaft erfolgt und die nach Abs. 2 erforderliche Einschreibung oder Vormerkung vor der Transkription der Erwerbsurkunde des Drittbesitzers oder doch spätestens innerhalb der auf die Transkription folgenden 15 Tage vorgenommen worden ist."

„Art. 2. Die im vorhergehenden Artikel geforderten Hypothekareinschreibungen oder Vormerkungen sollen Vor- und Zunamen, Stand oder Gewerbe und Wohnort des subrogirten Gläubigers und der betheiligten Eheleute, den Betrag der Forderung an Haupt- und Nebensache und die Zeit der Zahlbarkeit, endlich die Erwählung eines Domizils im betreffenden Bezirke enthalten. Ist die Uebertragung der ehefraulichen Hypothek auf bestimmte Liegenschaften beschränkt, so soll die Einschreibung oder Vormerkung auch die Art und die Lage des Gutes bezeichnen, auf welche das Hypothekarrecht sich erstreckt."

„Art. 3. Uebertragungen und Verzichtleistungen der in Art. 1 bezeichneten Art, welche an dem in Art. 5 bestimmten Tage bereits mit sicherem Datum erworben waren, bleiben in der ihnen gebührenden Wirksamkeit. Sie verlieren diese Wirksamkeit, wenn sie nicht binnen Jahresfrist seit der Gesetzesverkündung in die Hypothekenbücher eingetragen und beziehungsweise vorgemerkt sind. Die Eintragung oder Vormerkung hat, wenn der die Uebertragung begründende Akt ein Privatakt ist, außer den in Art. 2 enthaltenen Erfordernissen noch genau anzuführen, an welchem Tage und in welcher Art der Akt sicheres Datum erlangt hat."

„Art. 4. Statt des dritten Absatzes des Art. 2180 des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches wird Folgendes bestimmt: Bezüglich jener Liegenschaften, welche sich in den Händen eines Drittbesitzers befinden, tritt die Verjährung durch Ablauf von 30 Jahren vom Tage der Erwerbung an gerechnet ein."

„Art. 9. Gegenwärtiges Gesetz tritt an dem auf die Verkündung im Amtsblatte der Pfalz folgenden Tage für diesen Regierungsbezirk in Wirksamkeit."

Aus der Debatte erwähnen wir nur, daß der Regierungsentwurf ursprünglich weiter ging, daß er aber auf Widerstand stieß, und daß die Regierung dann den Vorschlägen des Ausschusses zustimmte. Beanstandung fand lediglich der Art. 4 von Seite Croissants. Derselbe glaubt, daß durch diesen Artikel die Materie des französischen Gesetzes geändert, daß der Hypothekarkredit und damit die Sicherheit des Eigenthums gefährdet werde, daß ein Bedürfniß nach einer sol-

Die Reichsburg zu Nürnberg und ihre Besitzer.

(Schluß.)

Die Burggrafen von Nürnberg behielten nicht nur ihren alten Titel, sondern reservirten sich auch beim Verkaufe das lehenherrliche Recht auf Besitz innerhalb und außerhalb der Stadt Nürnberg, daher mehrere Häuser in dieser und Gärten der nächsten Umgegend markgräfliche Lehen blieben bis in die neuere Zeit, wie dies die noch vorhandenen Lehensbriefe bezeugen. Als 1525 in dem Karthäuser-Kloster (jetzt Sitz des Germanischen Museums) der ob seines Freimuths viel verfolgte Pater Blasius Stöckel in seinen Predigten, wie er selbst sagte, den Sack aufzutrennen angefangen, worin die Mönche bisher ihre guten Werke aufgehäuft und Gott nach der Elle zugeschnitten hatten, wurde auch dieses Kloster den Pflegern des großen Almosens übergeben. Solchen Eingriffen des Raths gegenüber legten Betheiligte Protest ein: „sie hätten dies zu thun kein Recht, denn das Kloster stehe auf markgräflichem Grund und Boden." Durch den Erwerb der burggräflichen Burg und der Gerechtsame der Besitzer erhielt aber die Stadt nicht den gehofften Vortheil, sondern die auseinander gehenden Ansichten der Nürnberger Herren und der benachbarten Markgrafen führten mannigfache Verwicklungen, Krieg und endlose Prozesse vor dem berühmt gewordenen kaiserl. Kammergericht herbei, dessen Erkenntnissen meistens die Vollziehbarkeitsklausel gefehlt haben mag, vorsorglich wegen der eigenen Ohnmacht hat man solche beizusetzen meistens vergessen. Die Gehässigkeit der Ansbacher Herrscher sprach sich nicht allein in mancherlei Schriften gegen Nürnberg aus, deren Verfechter als Johannes ab Indagine Falkenstein war*), sondern man wandte auch Gewalt an mit Errichtung von lästigen Zollstöcken an den Landesgränzen und mit anderen Plackereien. Zum Mißbrauch der Gewalt gesellte sich auch noch der Hohn. 1711 ließ der Markgraf einen der sieben Aelteren des Raths, Christoph Fürer, in der Nähe von Nürnberg aufheben und nach Gunzenhausen führen, „wo sie ihn nicht nur gedutzt, sondern auch in einer liederlichen Herberge ein Bündel Stroh hingeworfen, darauf er schlafen sollte." Der Markgraf sollte sich nach einem Mandatum sine clausula wegen dieses Frevels innerhalb zwei Monaten bei kaiserlicher Majestät verantworten oder 2000 Mark löthigen Goldes zahlen, nichtsdestoweniger wurden noch mehrere Streiche des Uebermuths verübt. So zog 1717

*) Der Verfasser der Deliciae topogeographicae Norimbergenses (ein mit Karten versehenes Werk) gesteht in der Ausgabe von 1733: „Wofern ein Buchhändler diese unsere Delicias in Nürnberg zum Verkaufe feilhaben sollte, so wissen wir zum voraus, daß es ihm nicht allein würde verboten, sondern auch wohl noch darzu gestraft werden."

chen Aenderung in der Pfalz nicht bestehe und daß die Mehrheit der Pfälzer Juristen gegen den Vorschlag sei. Louis, Umbscheiden und Dr. Weis bekämpften diese Ansicht und wiesen insbesondere nach, daß gerade durch Art. 4 ein Hinderniß beseitigt werde, welches dem Credit der ländlichen Bevölkerung schadet. Die Pfälzer Juristen, welche in der Kammer sitzen, sind alle bis auf Croissant für den Vorschlag und in der Pfalz hat keine Abstimmung der Juristen stattgefunden.

Nun folgte Vortrag des 6. Ausschusses über einige an die Kammer gelangte Anträge. Die Petition des Magistrats Staffelstein, die Abänderung des Art. 10 des Einquartirungsgesetzes betr., die Vorstellung der Vorstände der thierärztlichen Vereine in den sieben Kreisen diesseits des Rheins, Einführung einer Hundesteuer, strengere Controle bei den Hundevisitationen und Erhöhung der Gebühren der Thierärzte betr., dann die Petition der Gemeindeverwaltung Gabelbach und Genossen, Abänderung des Jagdgesetzes betr., wurden den Fachausschüssen zur näheren Prüfung überwiesen. — Die Bitte des Gemeinderaths von Queichheim, die Regelung der Rayonsgrenze der Festung Landau betreffend, ist dem Kriegsministerium zur geeigneten Berücksichtigung empfehlend hinübergegeben worden. — Die Vorstellungen der Vereine der Schneidermeister zu München, Würzburg, Bayreuth, Landshut, Ansbach und Augsburg, worin behauptet wird, daß in den Strafanstalten 400 Individuen mit der Anfertigung von Civilkleidern beschäftigt sind, daß diese Kleider an Großhändler verkauft und daß dadurch die Schneidermeister wie die Gesellen sehr beeinträchtigt werden, wollte Föckerer dem Ministerium zur Würdigung übergeben wissen, zumal auch der Gewerbeverein in Neustadt in der Pfalz, wo doch die Gewerbefreiheit besteht, durch die Konkurrenz des Staates sich beeinträchtigt hält. Allein die Kammer beschloß, wie gestern bereits mitgetheilt. Die am Schlusse der Sitzung eingebrachte Interpellation wegen des Schulgesetzes ist unsern Lesern gleichfalls schon aus dem gestrigen „Anzeiger" bekannt.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Ergebnisse der Zollparlamentswahlen.] Folgende Wahlen werden als gesichert bezeichnet: Bluntschli, Dennig, Diffene, Herth, definitiv Fauler (sämmtlich national). Von der Gegenpartei: Roßhirt, Göler, beide gemäßigt. Lindau voraussichtlich im Odenwald gewählt. Roggenbach in Lörrach-Breisach. Faller und Kirsner offenbar schwankend gegen Stotzingen und Fürstenberg. Ganz außerordentliche Wahlbetheiligung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Febr. [Ein Ministerialerlaß gegen die klerikale Agitation.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Die klerikale Agitation gegen die Verfassungsgesetze, soweit dieselben in das Gebiet der Kirche und Schule eingreifen, droht in einzelnen Kronländern Dimensionen anzunehmen, welche es dem Minister des Innern haben angezeigt erscheinen lassen, speziell die Aufmerksamkeit der Statthalter von Steiermark und Oberösterreich auf diese Bewegung zu lenken, und sie anzuweisen, jede solche „regierungs- und verfassungsfeindliche Ausschreitung ungesäumt den Gerichten zur strafgerichtlichen Amtshandlung zu übergeben," vor allen Dingen aber, „ohne den Eintritt so bedauerlicher Ereignisse abzuwarten" und damit „auch in den Beziehungen zur Geistlichkeit, wenn möglich, der Friede erhalten bleibe," Alles zu thun, um „den Klerus rechtzeitig vor Umtrieben zu warnen, welche einzelne Fanatiker anzustiften versuchen." „Ich bin — heißt es in dem betreffenden Erlaß des Ministers weiter — weit entfernt davon, dem Klerus eine Verläugnung seiner geistlichen Ueberzeugung anzusinnen oder denselben in der Ausübung des geistlichen Amtes beirren zu wollen; was ich aber im Namen der kaiserlichen Regierung auch von ihm mit Recht fordere, das ist: nie zu vergessen, daß auch der geistliche Funktionär Staatsbürger ist, und sich nur innerhalb der Gesetze des Staats bewegen, nie sich über dieselben erhaben dünken darf.... Es ist nicht die Regierung Sr. Majestät, welche Zwietracht säen will, sondern ihr gerade liegt daran, daß der Friede im Lande gewahrt werde; nöthigt man sie aber dazu, so kann sie nicht zaudern, den Friedensstörer den Gesetzen zu überweisen, selbst dann, wenn es Personen trifft, die ihr hoher und heiliger Beruf dem Arme der Gerechtigkeit stets fern halten sollte."

— [Schreiben des Papstes an die österreich. Bischöfe.] Der „Volksfr." theilt das Schreiben mit, in welchem sich der heilige Vater über die bekannte Adresse der österreichischen Bischöfe an den Kaiser ausgesprochen hat. Von der „N. Fr. Pr." wird dabei an das Handschreiben erinnert, mit welchem Se. Majestät im Oktober v. J. die Bischofsadresse beantwortete, und worin derselbe hervorhob, daß er als constitutioneller Fürst an die Gesetze des Landes gebunden sei. Beachtenswerth ist daher, daß das päpstliche Schreiben vom 1. November datirt. In demselben wird die Wahrnehmung als der größte Schmerz bezeichnet, „daß die Verächter Gottes und die Feinde der Menschen überall, sowohl hauptsächlich in dem jetzt so unglücklichen Italien als auch hier, gegen die katholische Kirche auf alle Weise wüthen, damit alles in Bewegung gesetzt und versucht werde, daß die von uns mit unserem in Christo geliebten Sohn Franz Joseph, Kaiser von Oesterreich und apostolischem König, abgeschlossene Uebereinkunft aufgehoben werde." In diesem großen Schmerz gereichte dem Papst aber die dem Kaiser am 30. Septbr. übergebene Adresse der Bischöfe zum nicht geringen Troste. Nachdem den Bischöfen Glück zu diesem Schritte gewünscht und das höchste Lob gezollt worden, heißt es weiter: „Wie wir aber versichert sind, daß ihr und die gedachten ehrwürdigen Brüder, vertrauend auf die göttliche Hülfe in dem zu kämpfenden guten Kampf, immer mehr erstarken werden, mit der nämlichen Hoffnung halten wir daran fest, daß dieser Kaiser unseren und eueren gerechten Forderungen für seine Religion entsprechen und so sein und seines Reiches Bestes wahren werde."

— [Auswärtige Politik Oesterreichs.] Herr v. Beust hat die Absicht, demnächst im Plenum der Delegationen eine Darlegung über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten zu geben, welcher man mit Spannung entgegensieht, weil man hofft, daß bei dieser Gelegenheit diejenigen Fragen zur Sprache kommen werden, über welche das Rothbuch keine Aufklärungen enthält. Abgesehen

---

am 25. Juli der Markgraf Georg Wilhelm Nachts mit 400 Soldaten, vielen Jägern und Bauern von Erlangen quer über die Felder bis an die schlecht bewachten Schanzen an der Nordseite der Stadt. Diese wurden erstürmt, und dann ließ man in Säcken mitgebrachte Hasen laufen, auf die man nun, um sein angebliches Jagdrecht bis an die Thore der Stadt zu beweisen, auf den nahen Feldern Jagd hielt. Einige Jahre vorher hatte der Markgraf, als er bei Fürth ein Lager mit Zelten und Barracken aufgeschlagen, einen Affen bei sich, welcher wie ein Nürnberger Rathsherr mit gefaltetem Rock, Kragen und Barret bekleidet war und mit dem viel Spott getrieben wurde.

Wir glauben durch obige Darlegungen die Thatsache, daß die Reichsburg, welche noch eine Zierde Nürnbergs bildet, und die ehemalige burggräfliche zwei verschiedene Gebäude waren, obwohl dieß von markgräflichen Historikern widersprochen worden ist, weil in den bekannten kaiserlichen Urkunden von zwei Castris nie die Rede war. Sie behaupten, daß in allen Städten, wo Burggrafen befahlen, die Hauptbefestigung des Ortes ihnen zu Gebote stehen mußte, in der sie nur den ankommenden Kaisern, wenn sie es verlangten, Raum und Unterkunft zu geben hatten. Beweis dafür sei für Nürnberg, daß die Kaiser dort nicht immer auf der Burg wohnten, wenn sie daselbst sich aufhielten, sondern auch in großen Privathäusern, wenn sie es nicht vorzogen, die Gäste der Burggrafen in deren Schloß zu Kadolzburg oder im Burggrafenhaus zu Klosterheilsbronn zu sein. Dieß zu widerlegen, ist wohl unnöthig. Urkundlich nachgewiesen residirten folgende deutsche Kaiser auf der Reichsburg zu Nürnberg: Heinrich III., Heinrich IV., Heinrich V., Konrad III., Friedrich I. Barbarossa, Heinrich VI., Philipp von Schwaben, Otto IV., Friedrich II., König Heinrich, Konrad IV., Rudolf, Adolf von Nassau, Albrecht I., Heinrich VII., Ludwig IV. der Bayer, Karl IV., Wenzel, Rupprecht von der Pfalz, Sigismund, Albrecht II., Friedrich III., Maximilian I., Karl V., Ferdinand I., Maximilian II., Matthias, Leopold I. und Joseph I. Die späteren Kaiser nahmen ihr Absteigquartier im Rathhause, dessen obere Räume zu Gastzimmern eingerichtet waren. Als 1745 die Kaiserin Maria Theresia auf ihrer Reise zur Kaiserkrönung ihres Gemahls auf dem Rathhause übernachtete, sollen manche Mißgriffe vorgekommen und derselben auch eine Rechnung überreicht worden sein. Ein satyrisches Pamphlet jener Zeit spottet in biblischem Tone darüber u. a.: „Da brachten die Männer hervor einen Zettul, darauf geschrieben stunde, was verzehret hatte die Königin. Und die Männer sprachen: Haben wir Gnade funden vor deinen Augen, so bezahle uns, was auf diesem Zettul stehet, ehe denn du von hinnen ziehest. Du entbrannte die Königin in ihrem Zorne, gab's und fuhr fort auf ihrem Wagen mit allen denen so mit ihr waren, und mag nicht mehr hören von der Nürnberger Witz bis auf den heutigen Tag!"

Als Nürnberg 1806 an die bayerische Krone kam, wurde mit der Auflösung des heil. römischen Reichs auch die „Reichsburg auf der Veste" deren Eigenthum. Das alte Gebäude wurde zu der

davon ist es aber namentlich im Hinblick auf die vielen Widersprüche, welche die Beust'sche Politik in neuester Zeit enthält, begreiflich, daß man eine klare Darlegung der Politik der Zukunft wünscht. Wie es heißt, würden die orientalische Frage und unsere Beziehungen zu Preußen das Thema der zu erwartenden Enthüllungen sein.

Ausland.

Frankreich. [Keine Reformen.] Der „K. Z." schreibt man aus Paris: Die verschiedenen Gerüchte über Cabinetsveränderungen und Einführung der Ministerverantwortlichkeit, die eines jähen Todes verblichen sind, nachdem es ruchtbar geworden, daß man in den Tuilerieen eher an alles Andere, als an ihre Verwirklichung dachte, sind auf den Ministerrath zurückzuführen, der am Abende des 2. Febr., Sonntags, im Beisein der Mitglieder des geheimen Rathes abgehalten worden. Damals war es Lavalette, der entweder einer inneren Stimme oder der Hoffnung folgend, eine Idee Napoleon's III. zu errathen, „Sire, Sie müssen bis ans Ende gehen und furchtlos die Ministerverantwortlichkeit gewähren", sagte. Zu spät erst bemerkte der sonst so instinktreiche Hofmann, daß er über das Ziel hinausgeschossen, als ihm der Souverän erklärte, er wisse, daß in Frankreich sein „Prestige" hin sei von dem Momente, wo er nur regiere, aber nicht herrsche und seine Person zu nichts mehr diene, als Unterschriften auszufertigen. Lavallette, der seine Partie nicht sogleich aufgeben wollte, weil er sie einmal ergriffen, brachte dieselbe Idee noch verschiedene Male zur Besprechung, bis ihm endlich der Kaiser erklärte, nachdem er zugestanden, daß er wohl die Controle und die gesetzgeberische Mitwirkung des Abgeordnetenhauses erhöhen könne, daß er aber nie darein willigen werde, seine eigenen Machtvollkommenheiten zu beschneiden und durch Schaffung eines verantwortlichen Cabinets, das vor einem Votum der Kammer fallen könne, die kompakte dynastische Majorität zu desorganisiren, über welche er jetzt im gesetzgebenden Körper verfüge. Ja, schließlich spitzte sich der Widerstand des Kaisers zu dem Ausrufe zu: „Eher wollte ich die Faust verlieren, als die Ministerverantwortlichkeit einführen." Es erhellt überdies aus einer Reihe von Mittheilungen aus wohlunterrichteten Kreisen, daß der Kaiser momentan einen offenen Widerwillen zur Schau trägt gegen jede Verfassungsänderung, die einen Appell an das suffrage universel nach sich ziehen müßte. Deßhalb sind es auch reine Fabeln, die erzählt werden, wenn man von einer Umgestaltung des Senats nach Art des nordamerikanischen spricht.

Gegenüber all den verschiedenen Projekten aber, die man in letzter Zeit dem Kaiser zugeschrieben, ist es nicht uninteressant, zu erfahren, daß dieser studieneifrige Mann sich neuerdings mit einem ganz anderen Plane getragen, der in ihm aus dem eifrigen Brüten über dem Leben Cäsar's aufgedämmert zu sein scheint. Gleich seinem Vorbilde, wollte er nämlich Frankreich in 6 bis 8 große Statthaltereien, Proconsulate, theilen und diese Theilung der Regierungsarbeit galt ihm einen Moment lang als die Panacée, welche sicher die größte staatliche Glückseligkeit in sich bergen müsse. Und nach langen Debatten soll es gelungen sein, die üppig wuchernde Saat zu ersticken, welche diese Idee im Innern des Monarchen hatte aufschießen lassen, der sie jetzt freilich als unpraktisch bei Seite gelegt.

— [Der vierte und letzte Tuilerieenball], welcher am 19. Febr. gegeben wurde, war ziemlich stark besucht. Doch waren die Uniformen der kaiserlichen Garde und der pariser Armee und die der Nationalgarde wieder äußerst stark vertreten. Die pariser Notabilitäten waren nur in geringer Anzahl anwesend, wenn auch schon nur wenige Mitglieder vom diplomatischen Corps fehlten. Der Held des Abends war natürlich Graf v. d. Goltz, der preußische Botschafter, der nach seiner schweren Krankheit zum ersten Male bei einem Feste erschien. Der Kaiser und die Kaiserin unterhielten sich längere Zeit mit ihm. Die Kaiserin war wieder weiß gekleidet. In der neuesten Zeit scheint sie diese Farbe zu lieben. Der Kaiser und die Kaiserin blieben nur bis gegen Mitternacht. Ersterer sah etwas düster aus, während letztere sich ganz gut zu amusiren schien.

Belgien. [Verwirrung der Parteien.] Die allgemeine Berathung über das Militärgesetz in der Repräsentantenkammer, welche nun schon vier Wochen fortgesponnen wird, scheint eine vollständige Verwirrung und Auflösung in die alten Parteien zu bringen. Wie ein liberales Mitglied, Herr Couvreur, sich mit großer Lebhaftigkeit gegen das Ministerium aussprach, so sprach sich ein sonst sehr heftiges Mitglied der klerikalen Partei, Hr. Dumortier, für den Gesetzesvorschlag der Regierung aus und redete gewissermaßen zu Gunsten des Ministeriums, welchem sonst doch die klerikale Partei alles Böse nachzusagen pflegt. Hervorgerufen war dieses durch eine lange Rede des Hrn. Coomans, welche durch zwei Sitzungen dauerte, und in welcher dieser Redner, wie gewöhnlich nach allen Seiten abschweifend, die sog. konservative Partei wegen ihrer starren Unbeweglichkeit tadelte. Er bezeichnete sich und seine Freunde als reformatorische Katholiken, worauf ihm Hr. Dumortier antwortete: „Sie sind kein Katholik mehr, Sie sind ein Radicaler von der schlimmsten Sorte." Gegen Hrn. Dumortier trat sodann wieder Hr. Nothomb auf, welcher dagegen protestirte, daß die konservative Partei unbeweglich sei und die Freiheit nicht wolle. Wenn somit die bisherige geschlossene Partei der Klerikalen sich spaltet, so ist andererseits eine Coalition eines Theiles derselben mit den vorgeschrittenen Liberalen, den sogenannten Radicalen, im Werke, wie es sich bei der großen Volksversammlung am 9. Febr. zu Lüttich und bei der Demonstration an demselben Tage zu Antwerpen, beide gegen das Militärgesetz und überhaupt gegen das ganze bestehende Militärsystem gerichtet, gezeigt hat.

Großbritannien. [Alte Eidesformeln.] Das Haus der Lords hat zwar, wie auch die geborenen Gesetzgeber in anderen Ländern, den ererbten Beruf, als Hemmschuh an dem Staatswagen zu dienen, wenn die gewählten Vertreter des Volkes den Rossen zu sehr die Zügel schießen lassen; es sieht seine Aufgabe darin, das Bestehende zu erhalten, eben weil es besteht. Doch erlaubt es sich hin und wieder auch einmal aus eigenem Antriebe eine reformatorische Thätigkeit; so in der letzten Sitzung, in welcher der Lordkanzler einen Antrag auf Abschaffung eines ganzen Aktenstoßes veralteter Eidesformeln begründete. Diese Formeln füllen einen Band, der nicht weniger als 300 Oktavseiten stark ist; meistens Eide, an deren Erfüllung schon allein zu denken lächerlich wäre, und die noch immer geleistet werden. Der richtige Name wäre eigentlich Meineidsformeln. Der Lordkanzler erregte große Heiterkeit in der sonst so fischblütigen Ver-

---

schiedenen Zwecken ausersehen, sogar eine Gendarmerie-Caserne wollte daraus gemacht werden; 1819 brachte man in den Sälen eine Sammlung von Gemälden aus verschiedenen Städten unter. Ihre Erhaltung verdankt die Burg dem kunstsinnigen König Ludwig I., der am 27. Dez. 1809 als Kronprinz nach Nürnberg kam, und vier Tage verweilte. Man hatte damals auf der Reichsburg in aller Eile eine Art Kunstausstellung veranstaltet, und der Kronprinz nahm die Gelegenheit wahr, sich sehr bestimmt gegen jede Profanirung der ehrwürdigen Reliquie aus der alten Reichsherrlichkeit auszusprechen. Im Jahr 1833 sah die Burg wieder ein Hoflager, indem König Ludwig mit seiner Gemahlin mehrere Tage darin verweilte, nachdem sie in Eile möglichst wohnlich eingerichtet und mit einem neuen Treppenhaus versehen worden war. 1852 wurde auf Befehl des Königs Max II. die Burg im Innern nach Planen Münchener Oberbauräthe restaurirt; 1855 verweilte der König mit der Königin Marie mehrere Wochen in derselben, und das hohe Königspaar erfreute sich jeden Tag an der herrlichen Aussicht, welche man von den Zimmern nach allen Seiten hin genießt.

Vor etlichen Jahren wurde die Wetterseite der Burg, die aus Steinbrocken und Mörtel erbaut, Jahrhunderten getrotzt hat, baufällig und man sah sich, als man mit der Reparatur begann, genöthigt, diese umfassender vorzunehmen. Freilich wählte man, um einen Söller da zu haben, wo in alten Zeiten ein solcher in der Burg selbst war als offener Raum gegen Abend, als Auskunftsmittel einen Anbau, der zu dem alten Gebäude paßt, wie der sogenannte Frankfurter moderne Stil zum altdeutschen. De gustibus non est disputandum, aber die berechtigte Kritik tritt ein, wo es sich darum handelt, in der Geschichte das Wahre vom Gemachten zu sondern. Die von den vielen Residenzen der alten deutschen Kaiser übrig gebliebene Burg zu Nürnberg war nie Eigenthum der Stadt, sondern gehörte zu dem Reiche; der etwas tiefer liegende Theil gegen Osten war Eigenthum der Burggrafen von Nürnberg, und diesen haben sie an die Reichsstadt verkauft. Die Burg der Kaiser wurde 1806 der königl. bayerischen Baubehörde in Nürnberg zugewiesen, während der ehemals burggräfliche Theil Eigenthum der Stadt verblieb bis 1856, wo sämmtliche Gebäude desselben, auch die beiden Thürme Luginsland und Altnürnberg, an das königliche Militärärar um die Summe von 20,000 fl. vom Stadtmagistrat verkauft wurden. Wann beide Burgen, die dem Reich und die den Burggrafen gehörige, erbaut worden sind, darüber fehlen alle und jede Anhaltspunkte, wie auch über die Gründung der Stadt selbst, und ob jene älter wären als diese, wenn man nicht allenfalls die Angabe des 1664 im Spital zu Nürnberg gestorbenen Astrologen Andreas Goldmayr aus Gunzenhausen gelten lassen will, der aus dem Stande der Gestirne herausgelesen hat, daß das Kaiserschloß 14 Jahre v. Chr. Geb. am 9. April an einem Dinstag um 8 Uhr Vormittags, und die Stadt erst 26 Jahre nach Chr. Geb. am 3. April 8 Uhr 57 Minuten Vormittags, gleichfalls an einem Dinstag, zu bauen angefangen worden ist. (A. Z.

sammlung der Peers, als er verschiedene derselben vorlas. So muß der Gentleman-at-Arms u. A. schwören, daß er, „wenn von Ihrer Majestät so befohlen, in solchem Harnisch und anderer Kriegsgewandung und auf solchen Pferden erscheinen soll, die ihm selber und keinem anderen Manne gehören." Das geht noch, denn Ihre Majestät wird ihn schwerlich hierzu commandiren; aber ein anderer Theil des Eides ist nicht zu umgehen, da er ausdrücklich vorschreibt, daß er „stets doppelte Rosse und Mannen bereit halten soll, und daß er selber und seine Mannen stets wohl mit Harnischen versehen sein müssen, um Ihrer Majestät im Falle der Noth zu dienen." Ein anderes Exempel ist der Schwur, den der Büttel der Stadt Wilton noch immer beim Antritte seines Amtes leisten muß: „pflichtgemäß und getreulich alle solche Schweineferkel (swine piggs in der alten Ausdrucksweise und Rechtschreibung) abzufassen, die ich in diesem Orte auf- und abgehend etwa erblicke, entweder zur Zeit der Märkte oder der Kirchweihfeste, oder zu irgend einer anderen Zeit, oder was auch immer für Zeiten, und selbige zu behalten und einzustecken, bis deren Eigner die herkömmliche Strafe und Buße erleget und gezahlet haben; und wenn irgendwie Widerstand geleistet oder ein Befreiungsversuch gemacht wird, selbiges dem Bürgermeister dieses Ortes pflichtgemäß vorzustellen, auf daß Abhülfe (reformation) darin geschehe. So helfe mir Gott." Der Lordkanzler erklärte, nicht recht zu wissen, sollte die „Reformation" sich auf die Eigenthümer oder auf die Schweineferkel erstrecken.

Dieselbe wohllöbliche Stadt, im Einklange mit ihrem Ruhme wegen vorzüglichen Speckes und Bieres besitzt auch einen Bierprüfer, der natürlich auch seinen besonderen Amtseid hat und zusehen muß, daß „alle Brauer, Gastwirthe und Bierverschenker innerhalb dieses Ortes gutes und gesundes Ale und Bier für der Menschen Leiber brauen und selbiges nach dieses Reiches Gesetzen verkaufen." Dies einige Musterbilder der Hunderte dieser mit der Zeit zum Blödsinne herabgesunkenen Eidesformeln, bei welchen es wahrhaft Wunder nimmt, daß sie jetzt noch existiren können. Sie sind ein Beweis für das conservative Element, welches dem freiesten Lande Europa's noch reichlich innewohnt; ein Element aber, welches nicht verhindern konnte, daß die politische Freiheit, wo sie wirklichen praktischen Werth besitzt, sich nach und nach so glänzend emporgearbeitet hat. Denn zu der Kategorie jener Eidesformeln, die zwar jeder Bedeutung bar, aber doch noch nicht formel aufgehoben sind, gehört noch eine Menge alter Gesetze und Vorschriften, deren Körper zwar noch nicht begraben ist, deren Geist sich aber längst verflüchtigt hat; darunter auch — mit Erlaubniß eines hochstehenden deutschen Politikers — die in früheren Jahrhunderten gehandhabten Beschränkungen der wahren Preßfreiheit. Um aber auf den Antrag des Lordkanzlers zurückzukommen, so schlägt derselbe, unter Aufhebung der großen Mehrzahl, die Beibehaltung weniger Classen der Eidesformeln vor: den Unterthaneneid (bei dem Antritte gewisser hoher Aemter), den Eid der Richter, der Minister, der Truppen, der Polizei; dazu einige durch besondere Akte vorgeschriebene, wie geistliche und parlamentarische Eide. Der Antrag fand, abgesehen von untergeordneten Bemängelungen, allseitige Zustimmung und wurde zur Vervollständigung einem Sonderausschusse überwiesen.

— [Das Verhältniß von Staat und Kirche,] seit langer Zeit in England Gegenstand heftiger Parteikämpfe, war an einem der letzten Abende im Sion College Gegenstand einer interessanten Diskussion, an der sich Männer verschiedener Glaubensrichtung, alle zur besten Klasse der Gesellschaft und zu den bedeutendsten Kapazitäten gehörig, betheiligten. Der Bischof von London, welcher erst neulich in der Angelegenheit des Bischofs Colenso dem Fanatismus seiner Amtsgenossen wirksam entgegengetreten war, und der freisinnige Dechant Stanley von Westminster vertraten, allerdings in einer originellen und sehr liberalen Auffassung, die Verbindung der beiden Potenzen, während mehrere hervorragende Nonkonformisten und Männer der Hofkirche von ihren Standpunkten aus die Trennung derselben vertheidigten. Auch eine Anzahl alter Frauen war anwesend; es wurde Thee und Kaffee herumgereicht; dann die Debatte in der mildesten Form und dem ruhigsten Tone geführt. Wir heben Folgendes hervor:

Der Bischof von London sieht im Staate wie in der Kirche Entwickelungen der Familie. Auch in dieser müsse eine Ordnung, daher die Kirche Gesetze haben. Ohne Verbindung mit dem Staate würde die Kirche in Italien die Quelle endloser Anarchie sein, und in Amerika hat die Freidenkerei und die höchste Kultur vom Christenthume hinweg zum Unitarierthume geführt. Aehnliches könnte in England stattfinden, wenn die Verbindung zwischen Kirche und Staat gelöst werden sollte.

Hingegen meinte der Nonconformist Miall, die Staatskirche sei deshalb verderblich, weil sie dem Cäsar gebe, was Gott gehört; Religion, als der Ausdruck eines innern geistigen Prinzips, müsse von jeder Anwendung physischer Gewaltmittel fern gehalten werden, und die englische Kirche würde ihr Interesse besser wahren und wirksamer im Geiste Christi sein, wenn sie ihrem rein geistlichen Charakter treu bliebe.

Andere Redner im hochkirchlichen Sinne erklärten, daß ohne Freiheit der Kirche von staatlicher Kontrole ein Bruch in der Kirche selbst unvermeidlich sei, während wiederum liberale Männer das Institut einer Staatskirche als etwas Abgethanes, dem Geiste der Zeit Widersprechendes bezeichneten.

Italien. [Die päpstliche Armee.] Es gehen der „Agence Havas-Bullier" Nachrichten aus **Rom** vom 15. d. Mts. zu. Am 13. hat eine große Revue der päpstlichen Armee bei der Villa Borghese stattgefunden, bei welcher Gelegenheit General Kanzler an diejenigen Militärs, die sich im letzten Feldzuge gegen die Garibaldiner ausgezeichnet hatten, Dekorationen vertheilte. Eine große Menschenmenge, unter der man besonders viele Fremden gewahrte, wohnte dieser Revue bei. Unter den einheimischen Offizieren und Soldaten herrscht indessen ein lebhafter Unwille. Sie beklagen sich laut über die Parteilichkeit, mit welcher man bei jeder Gelegenheit den Fremden den Vorzug gebe vor den italienischen Militärs und letzteren das Avancement weigert. Außerdem ist im Waffen-Ministerium eine Art von Untersuchungskommission niedergesetzt worden, um die Reihen der päpstlichen Armee zu reinigen und alle diejenigen auszuschließen, auf denen ein Verdacht von Sympathie für Italien oder von liberalen Ansichten lastet. Ein Circular des Waffenministers an die Corps-Chefs verbietet, einheimische Freiwillige aufzunehmen, die nicht mit einem Atteste der römischen Polizei versehen sind, und verfügt, daß Freiwillige aus dem Königreiche Italien nur dann aufgenommen werden können, wenn sie ganz besondere Garantieen zu liefern vermögen. Mißvergnügt über das Verfahren der Behörden gegen die Einheimischen haben viele italienische Offiziere ihre Entlassung eingereicht. Man meint, die Zeit sei nicht mehr fern, wo fast alle Italiener den Dienst des heiligen Stuhles verlassen und nur Fremde in demselben bleiben werden.

Nichtpolitische Zeitung.

[Statistik der deutschen Bühnen.] Werden die Angaben in den beiden in Berlin erscheinenden Theateralmanachen für das Jahr 1868 von Ferd. Röder und A. Entsch zusammengestellt, so ergibt sich, daß es in Europa und Amerika im Ganzen 304 Städte gibt, welche deutsche Bühnen besitzen. In Amerika haben nach Entsch (dessen „deutscher Bühnenalmanach" wie im Allgemeinen, so auch in dieser Beziehung vollständiger ist als Röder's „Theaterkalender") deutsche Theater die Städte Baltimore, Cincinati und Newyork, letztere Stadt sogar zwei deutsche Bühnen. Von jenen 304 Städten besitzen 22 mehr als ein Theater, nämlich 18 Städte haben je 2, eine Stadt 3, eine andere 7, und 2 je 9 Theater, so daß es also im Ganzen 346 deutsche Bühnen gibt. Selbstverständlich finden nicht auf allen diesen Theatern regelmäßig Vorstellungen statt, sondern manche davon sind nur Sommerbühnen, auf anderen wird nur zeitweise gespielt, wenn z. B. gerade eine Schauspielergesellschaft dorthin kommt u. dgl. mehr. Wien und Berlin hat je 9, Hamburg 7 und Lübeck 3 Theater. In 2 Theater — entweder neben einander selbstständig bestehend, oder getrennte Sommer- und Winterbühnen mit demselben oder mit verschiedenem Personal u. s. w. finden sich in den Städten: Amsterdam, Breslau, Bromberg, Chemnitz, Köln, Danzig, Dresden, Erfurt, Flensburg, Hannover, München, New-York, Oldenburg, Posen, Rostock, Schwerin, Stettin, Würzburg. Röder's „Theaterkalender" führt 10 ambulante Theatergesellschaften auf, darunter auch eine, die für Bayern konzessionirt ist, nämlich die Gesellschaft J. C. Schubert, welche den Städten Rothenburg a/T., Gunzenhausen, Kitzingen und Neustadt a/Aisch die Winterabende zu verkürzen sucht. An sämmtlichen 346 deutschen Bühnen waren im verflossenen Jahre ungefähr 6730 Personen als Intendanten, Direktoren oder als Kapellmeister, Musikdirektoren, Schauspieler oder Schauspielerinnen, Sänger oder Sängerinnen, Tänzer oder Tänzerinnen oder endlich als Souffleure thätig.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Rec t!

№ 55–56.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 25. Februar 1868.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

h. **München**, 24. Februar, Abends. Der Staatsminister des Innern Freiherr v. Pechmann ist heute Nachmittag 2 Uhr verschieden.

Süddeutschland.

Bayern. [Hrn. v. Schlörs Programm.] Ein an das Münchener Comite der liberalen Mittelpartei gerichteter Brief des Hrn. Staatsministers v. Schlör bezeichnet die Richtpunkte, nach welchen zu streben seine Aufgabe als Abgeordneter zum Zollparlamente sein wird. Derselbe erklärt, daß er nie als Kandidat aufgetreten sei und diesmal, wie früher, nur die Bereitwilligkeit zur Annahme einer Kandidatur ausgesprochen habe. Der politische Boden sei, als er am 1. August 1866 in's Amt trat, tief erschüttert gewesen. Das Bündniß mit Preußen sei ihm damals als eine nationale Pflicht erschienen und als die einzige mögliche Garantie der Selbstständigkeit und Existenz Bayerns. Der Vertrag vom 8. Juli 1867 habe dieses Bündniß bestärkt durch eine feste Organisation des Zollvereines, gestützt auf Bundesrath und Zollparlament. Dieser Vertrag verbürge dessen Fortbauer und zeichne den Weg vor für die fernere organische Entwicklung dieses starken nationalen Bundes; daß die bayerische Regierung mit den eben erwähnten Institutionen ihr Streben noch nicht erfüllt erachtet, habe sie wiederholt ausgesprochen. Es würde ein Verlassen des oben bezeichneten Weges uns dem Ziele nicht näher führen, sondern das allgemeine Mißtrauen erhöhen, vielleicht die Existenz Bayerns geradezu gefährden, ohne dem Ganzen zu nützen. Das, was zu geschehen habe, in ein Programm zusammen zu fassen, halte er geradezu für unmöglich. Wenn von gewisser Seite die Erweiterung der Kompetenz des Zollparlamentes auf wirthschaftlichem Gebiete gefordert werde, so scheine ihm dies kein Programm zu sein. Das wirthschaftliche Gebiet sei nahezu unbegrenzt, es durchdringe alle Beziehungen des öffentlichen Lebens. Mit Nennung einiger selbstverständlicher Dinge als: Maß, Gewicht, Münze u. s. w. erschöpfe man weder die Aufgabe des Zollparlaments, noch begrenze man sie damit. Beim heutigen Zustande könne man nur Eines mit Bestimmtheit zusichern. Er werde das thun, was nach seinem besten Ermessen zum Heile Bayerns und zum Heile Deutschlands, deren Geschicke untrennbar verbunden seien, nothwendig und nützlich erscheine. Der einen Partei sei bei Regelung des gegenwärtigen Zustandes zu wenig, der andern zu viel geschehen. Deßhalb wage er der Meinung zu sein, daß gerade das geschehen sei, was sowohl im Interesse Deutschlands wie Bayerns nöthig und unabweisbar ist. Auf materiellem Gebiete habe Bayern eine bessere Stellung errungen, als die Bundesversammlung sie ihm auf politischem Gebiete angewiesen hatte.

— Ein Münchner Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt in einem längeren Artikel über den Ausfall der Zollparlamentswahlen u. A.: „So ist es nicht ganz unwahrscheinlich, daß sich die süddeutschen Abgeordneten im Zollparlamente in zwei fast gleiche Hälften spalten werden, von denen die eine allerdings dem Norden entschieden die Hand zu reichen gewillt ist und auf der bereits erworbenen Grundlage weiter zu arbeiten wünscht, die andere dagegen die Schutz- und Trutzbündnisse und die Zollvereinsverträge selbst lediglich als Ergebnisse des Zwanges ansieht und wenn es möglich wäre, die einen wie die anderen lieber heute als morgen wieder über Bord werfen würde. Da nun Preußen unter den obwaltenden Umständen es für angemessen erachtet, sich seinerseits jedes direkten oder indirekten Zwanges zu enthalten und die Initiative für jeden weiteren Schritt auf der Bahn zur nationalen Einheit den Süddeutschen selbst zu überlassen, und der norddeutsche Reichstag seinerseits nicht umhin können wird, die Richtigkeit dieser Politik anzuerkennen und darum auch zu der seinigen zu machen, so halte ich es für wahrscheinlich, daß das Zollparlament zunächst auf eine Demonstration oder Anregung behufs Ausdehnung seiner Kompetenz verzichten und sich auf die Erledigung der ihm vom verstärkten Bundesrathe zu machenden Vorlagen beschränken wird. Wenigstens muß ich offen

---

Der Metzgersprung in München.

Der Fischbrunnen auf dem Marienplatze, wo dieses Volksfest in Glanz und Schall jeden Faschingsmontag vor sich geht, ward unlängst restaurirt und erhielt dabei an Stelle seiner bisherigen Mittelsäule von Marmor ein prächtiges Erzmonument; auf den Absätzen desselben führen lebensgroße Figuren das Spiel sowie Motive aus dessen Entstehungssage dem Beschauer vor. Die ursprüngliche Bedeutung und Herkunft des Gebrauchs ist jedoch streitig; vielleicht ist ein Versuch, diese Frage von einem neuen Gesichtspunkte anzufassen und wo möglich definitiv abzumachen, gerade in Hinblick auf jene Schöpfung Knolls vielen Lesern erwünscht.

Der Sage zufolge wäre das Brunnenspringen der Münchener Metzger nach einer großen Pest aufgekommen; die Zünftler, wird erzählt, hätten solche Scherze aufgeführt, um den gebrochenen Lebensmuth der Stadt wieder emporzurichten. Diese Ueberlieferung, die von der Kunst mit vollem Recht verwerthet wurde, läßt sich geschichtlich nicht begründen. Sodann pflegt man eine Anekdote immer wieder abzuschreiben: Kaiser Ludwig der Bayer habe um das Jahr 1346 jene Feierlichkeit den Nürnberger Fleischern als Privilegium verliehen, zum Dank daß zwei Lehrlinge dieser Zunft, im Wasser eines Brunnens versteckt, eine Verschwörung gegen den Kaiser belauscht und an den Tag gebracht — eine völlig unhaltbare Erdichtung, worauf hier einzugehen der Raum verbietet. Es bleibt nur noch übrig die Sittenvergleichung zu Hilfe zu ziehen.

Da wollte denn ein Gelehrter den Münchner Gebrauch von den Fontinalien der alten Römer ableiten. Ein zweiter, sehr berühmter Autor äußerte die Vermuthung: der Metzgersprung beziehe sich auf die mit Aschermittwoch beginnende, 40tägige Enthaltung vom Fleisch, indem er auf die Fische verweiset, welche an diesem Brunnen feilgehalten werden. Wieder andere sahen darin ein Ueberbleibsel der alten Frühlingsspiele, zunächst des bekannten bayerisch-schwäbischen „Wasservogel"-Gebrauchs.

Die Wahrheit dürfte indeß anderswo liegen. Der Metzgersprung hat wohl nie eine andere Bedeutung als die einer neuen Taufe gehabt, wie letztere aus dem jetzigen Freisagespruch von selbst sich ergibt. Der Gebrauch, die Lehrlinge durch eine scherzhafte Taufe in den Stand der Gesellen aufzunehmen, gehört nämlich weder, wie man gewöhnlich glaubt, der Stadt München, noch auch dem Schlächterhandwerk ausschließlich an; denn er war in früheren Jahrhunderten durch einen großen Theil von Deutschland und bei zahlreichen Zünften, z. B. auch bei den Schmieden, Böttchern, Tischlern und Säcklern heimisch. Auch in der Schule der Meistersinger wurde man durch eine solche Taufe „Gesell". Der Lehrling pflegte sich hiezu einen Gesellen als Pathen zu wählen; ähnlich bitten auch in München die Metzgerjungen jeder das Söhnchen eines der Meister sich zum „Gevattersmann" aus; diese Kleinen reiten alterthümlich geputzt mit in dem feierlichen Zug, und hängen zum Schluß des Aktes den Getauften ein Band mit silbernen Schaumünzen gleichsam als Pathengeschenk über.

Wenn es in dem Spruch der Münchener Metzger heißt: „Nein, nein, das Taufen kann dir niemand wehren; aber dein Namen und Stammen muß verändert werden: du sollst hinfüro heißen Johann Georg Gut, der viel verdient und wenig verthut!" — worauf die Lehrlinge in den Brunnen hinabspringen und einander aus Kübeln mit Wasser begießen — so stimmt dies ganz zur Art der übrigen uns erhaltenen Taufsprüche; man vergleiche z. B. folgende Stelle aus einer von Frisius überlieferten Formel der Böttcher: „So ist es hier und anderswo mehr Handwerksgebrauch, daß du mußt einen andern Namen haben; wie wiltu heißen 1) Hans Springins-

gestehen, daß ich nicht einzusehen vermag, welchen Nutzen eine solche Demonstration haben könnte, wenn sie nicht von den süddeutschen Abgeordneten selbst ausgeht und wenn nicht zum voraus die entschiedene Mehrheit derselben dafür gewonnen wäre."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. Febr. [Preß-Chikanen.] Die Lib. Corr. schreibt: Unsere Presse befindet sich in einer sehr schlimmen Lage: nicht nur, daß sie unter der Strenge des Preßgesetzes zu leiden hat, sie muß auch so manches Mal die Folgen irrthümlicher Rechtsanschauungen tragen, welche man kaum für möglich halten sollte. Einen recht drastischen Beweis liefert der folgende Fall. Ein Buchdrucker in einer kleinen Stadt hatte während der Wahlen ein Flugblatt gedruckt und sich darauf als Drucker und Verleger genannt. Das Blatt wurde konfiszirt, und der Drucker gab bei seiner Vernehmung wahrheitsgetreu den Verfasser an. Jetzt wurde er angeklagt und auch verurtheilt, weil er sich fälschlich als Verleger genannt habe, denn es stehe ja nach seiner eigenen Aussage fest, daß er das Blatt nicht verfaßt habe, also auch nicht der wahre Verleger sei. Natürlich wird das Urtheil in der zweiten Instanz aufgehoben werden, aber es scheint uns nicht richtig gewesen zu sein, dasselbe in erster Instanz zu fällen. Einen anderen Beitrag zur Geschichte der Leiden unserer Presse bildet die Verurtheilung des Redakteurs eines kleinen Provinzialblattes wegen eines im Frühjahr 1866 begangenen Preßvergehens, und der Umstand, daß derselbe trotz der inzwischen ergangenen Amnestie nicht begnadigt worden ist. Wie wir hören, hat sich derselbe jetzt noch einmal mit einem Gnadengesuch an den König gewandt, und steht zu hoffen, daß auf den Bericht des neuen Justizministers die Begnadigung nun noch nachträglich erfolgen wird. Es würde wenigstens sehr bedauerlich sein, wenn einzelne Ausnahmen den Glauben an die umfassendste Wirkung der Amnestie erschüttern sollten.

Berlin, 22. Febr. [Ueber die bayerischen Zollparlamentswahlen] schreibt eine offiziöse, aus dem preußischen Preßbureau stammende Korrespondenz der „A. Abendztg.": Die bayerischen Wahlen zum Zollparlament sind zwar der Mehrheit nach nicht im nationalen Sinne ausgefallen, es ist aber nicht anzunehmen, daß daraus eine Gefahr für die weitere Entwickelung der deutschen Angelegenheiten hervorgehen werde. Wenn die Ultramontanen, die in großer Mehrzahl gewählt sind, nach Berlin kommen und das preußische Wesen genauer kennen lernen, werden sie die Wahrnehmung machen, daß die Preußen nicht so schlimme Leute sind, wie sie in den süddeutschen ultramontanen und demokratischen Blättern dargestellt werden, und dabei hausen in der That keine Bären und Wölfe in Berlin mehr. Die Herren aus dem südlichen Bayern, die vielleicht noch nicht Gelegenheit gehabt haben, Norddeutschland kennen zu lernen, werden in Berlin mit der größten Höflichkeit und Freundlichkeit empfangen werden. Sie werden auch finden, daß die katholische Bevölkerung in Preußen und speziell in der Hauptstadt Berlins sich recht wohl befindet und daß die kirchliche Bewegung derselben in keiner Weise gehemmt ist, sondern daß hier in letzter Zeit eine große Anzahl katholischer Kirchen, Erziehungsanstalten, Krankenhäuser u. s. w. entstanden ist. Da man hier auch nicht damit umgeht, den Prärogativen ihrer Regierung zu nahe zu treten, so werden die Ultramontanen sicher mit anderen Anschauungen über Berlin und Norddeutschland in ihre Heimath zurückkehren, was jedenfalls zur Einigung Deutschlands wesentlich beitragen wird.

— [Bismarck und Deutschösterreich.] Der „Zukunft" schreibt man aus Frankfurt: „Ueber seine Unterhaltung mit Bismarck hat Schurz auch hier vielfach, aber nur in Privatgesprächen Mittheilung gemacht; ich nehme daher billig Anstand, Ihnen das zu berichten, was mir darüber zu Ohren gekommen ist. Nur das glaube ich ohne Indiskretion mittheilen zu können, daß Bismarck die Betheiligung Deutschösterreichs an der nationalen Gestaltung Gesammtdeutschlands für unbedingt nothwendig erklärt hat. Ueberhaupt deuteten die Aeußerungen Bismarcks auf weitgehende Pläne, die freilich ein zu individuelles Gepräge tragen, als daß man ihnen Aussicht auf Realisirung zusprechen könnte. Das Böse und das Gute, das sie bergen, steht auf zwei Augen."

Ausland.

Frankreich. [Die orientalische Frage und Preußen.] Ein sehr bemerkenswerther Artikel der „Opinione nationale" spricht sich über die Rolle aus, welche Preußen in der orientalischen Frage einzunehmen habe: Herr Guéroult, der Verfasser des Artikels, ist der Ansicht, daß Preußen in seiner heutigen Stellung die fernere Vergrößerung Rußlands nicht wünschen könne. „Wir wissen nicht", sagt er, „ob Preußen sich glücklich schätzt, Rußland in Warschau zum Nachbar zu haben, allein es wäre schwer zu begreifen, daß Preußen selber die Hand dazu bieten sollte, um Rußland nach Prag zu führen. Preußen kann nicht wollen, daß Rußland in der Ostsee sich noch mehr ausdehne; es muß ihm selbst die üble Behandlung verargen, welche die panslavistische Propaganda der germanischen Bevölkerung der russischen Ostseeprovinzen zu Theil werden läßt. Preußen, das bereits zu drei Vierteln seinen großen germanischen Einheitstraum verwirklicht hat, kann nicht wollen, daß die Schlüssel des Donauthals, dieser großen Handelsstraße Süddeutschlands, in die Hände Rußlands fallen. Durch derartige Gefälligkeiten würde seine eigene Popularität und Sicherheit allzu gefährdet. Preußen ist also offenbar dazu bestimmt, beim Ausbruch der orientalischen Frage einer der ge-

---

feld oder 2) Hans Saufaus oder 3) Hans Seltenfröhlich oder 4) Hans Machnleimwarm?"

Als jährlichen Zeitpunkt dieser Gebräuche treffen wir schon im 17. Jahrhundert an manchen Orten den Karneval wie noch gegenwärtig zu München.

Der Metzgersprung ist also der vereinzelte Ueberrest einer weiland allgemeinen deutschen sinnigen Zunftsitte. (Südd. Pr.)

Nordamerikanische Zustände.

In seinen Reisebriefen aus Amerika an die „Köln. Ztg." entwirft F. Gerstäcker folgendes, nicht eben freundliche und einladende Bild von den dortigen Zuständen.

Die Demoralisation ist in den Vereinigten Staaten zu einem Grade gediehen, der kaum mehr übertroffen werden kann, und sie wird nur durch die Frechheit überboten, mit der man jede Art von Schurkereien und öffentlichen Betrügereien betreibt.

Die Ursache ist allbekannt und liegt in dem republikanischen Wechselsystem, das den Beamten und glücklichen Stellenjägern nur vier Jahre Frist verstattet, um reiche Leute zu werden — eine fast zu kurze Zeit, wenn man sie nicht unverschämt benutzen will. Aber weßhalb auch nicht? — es hat sich ja Keiner vor dem Andern zu schämen, und so greift man eben einfach zu.

Die besser Gesinnten sehen das freilich ein, und schon oft ist der Vorschlag gemacht worden — ja, Jefferson Davis hatte ihn im Süden selber in Aussicht gestellt —, die gewählten Beamten für Lebenszeit einzusetzen und damit ihre Zukunft zu sichern. Dadurch würde der Boden nicht allein den Stellenjägern unter den Füßen weggezogen werden, nein, auch die Beamten selber würden sich, wie das in Monarchien der Fall ist, doch wohl zweimal besinnen, ob sie um den Gewinn einiger Tausend durch Bestechung ihre ganze Lebensstellung in Frage stellen wollten. Aber die Maßregel findet zu vielen Widerstand; denn der Reiz, in wenigen Jahren ein reicher Mann zu werden, ist ein zu großer, und es gibt außerdem in Amerika der Hülfsmittel zu viele, „sein Leben zu machen". Und was ist davon die Folge? — daß man in der größten und freiesten Republik der Welt schon die Frage zu erörtern anfängt, ob eine Monarchie nicht doch vorzuziehen sei, natürlich auf allerbreitester demokratischer Grundlage, wie wir in Deutschland sagen würden.

Ich schildere Ihnen die Verhältnisse nur, wie ich sie selber gefunden habe, gestehe Ihnen aber offen, daß ich nicht der erste König oder Kaiser in den jetzigen Vereinigten Staaten sein möchte, und wenn man mir den Ertrag sämmtlicher kalifornischen Minen garantirte.

So groß aber auch der Unterschied sein mag, der zwischen dem Norden und Süden herrscht, soweit es den Fortschritt in den letzten Jahren betrifft, so gleich sind sich beide Hälften in Hinsicht der jetzigen Geschäfte, die gleich viel im Norden wie im Süden darnieder liegen. Die Baumwolle hat jetzt einen so niedrigen Preis, daß man es in einigen Theilen des Westens nicht einmal der Mühe werth hält, die Aernte zu pflücken, weil sie die Arbeit nicht bezahlen würde, und doch hoffen noch new-orleanser Geschäftshäuser auf einen niedrigeren Stand und zahlreiche Schiffe liegen an den Werften, umsonst auf eine endliche Ladung harrend.

Im Norden klagt man dagegen eben so, denn nicht allein im Lande, sondern auch nach außen fehlt das Vertrauen zu den hiesigen Verhältnissen. Wie lange das dauern mag, kann natürlich Niemand sagen, aber man erinnert sich nicht, je einen so trüben Herbst erlebt zu haben. Die Läden in der Stadt stehen fast leer; die zahlreichen, an der ganzen Levée hin zerstreuten Baumwollenpressen arbeiten nicht, mit Ausnahme von einigen wenigen, selbst die Schleppdampfer klagen darüber, daß sie keine Beschäftigung haben, und nur die Bierhäuser

waltigsten Gegner Rußlands zu werden. Was aber hindert es, offen diese Rolle zu übernehmen und sich darauf vorzubereiten? Nur eines: die Furcht vor Frankreich. Frankreich hat sich noch nicht hinlänglich in die Vergrößerung Preußens hineinfinden können. Die französische Regierung grollt ihm noch ob ihres eigenen Mangels an Umsicht bei den Ereignissen von 1866. Das französische Volk selbst würde sich vielleicht, im Angedenken an die alte Nebenbuhlerschaft, nicht unschwer zu einem Krieg gegen Preußen aufreizen lassen. In unseren politischen Versammlungen rühren Männer von größerer Beredtsamkeit als Ueberlegung die Leidenschaften auf, welche sie im Grunde genommen untröstlich wären entfesselt zu haben, die sie sich aber doch nicht scheuen anzurufen.

So kommt es in der That, daß, wiewohl Frankreichs Sinnen und Trachten keineswegs auf den Krieg geht, Preußen, dessen Königspaar durch langjährige Verwandtschaftsbande mit der russischen Kaiserfamilie verknüpft ist, sehr vernünftiger Weise Bedenken trägt, eine vielleicht gefährliche, aber zuverlässige Allianz gegen eine andere weit vortheilhaftere aufzugeben, auf die es sich nicht verlassen kann. Wenn das französische Cabinet Mittel fände um Preußen zu beruhigen, um es zu überzeugen, daß Frankreich keine Eroberungsplane im Schilde führt, und mit Oesterreich keine Aggressivallianz vorbereitet, so wäre das Zustandekommen eines auf den Orient bezüglichen Einverständnisses zwischen den vier Großmächten unzweifelhaft möglich. Oder vielmehr, wenn Rußland in der Türkei fortfährt Aufstände vorzubereiten, so wird eine direkte Verständigung über die orientalischen Angelegenheiten das beste Mittel sein, dem schleichenden unbestimmten Mißtrauen, das mehr aus wirklich gekränkter Eigenliebe, als aus bestimmten Planen und Entwürfen hervorgeht, ein Ende zu machen. Eine Allianz zwischen Frankreich, England, Preußen und Oesterreich wäre nicht allein eine Beschwichtigung der auf den Gemüthern lastenden Besorgnisse, sondern sie wäre auch die Möglichkeit einer Abrüstung, die, in der gegenwärtigen Sachlage, ebenso unerläßlich wie gleichzeitig unmöglich ist. Was muß dafür geschehen? Es muß ein Staatsmann von hellem Blick und festem Sinn das civilisirte Europa für einen Plan gewinnen, dessen Programm wäre: Emanzipation der christlichen Racen und absolutes Veto gegen jedes Eingreifen Rußlands. Soll dies unmöglich sein? Die Unbedachtsamkeit, die Geistesträgheit, die Routine sagen Ja. Der wahre politische Kopf aber wird, so schwer ihm auch das Werk erscheint, es frisch in Angriff nehmen; denn es ist das einzige Mittel, um einem allgemeinen Krieg, dessen Folgen unabsehbar sind, zu entgehen."

Paris, 22. Febr. [Abermals eine tumultuarische Kammersitzung.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war wiederum eine von denen, in welchen die Geister scharf auseinander platzen. Thiers, der alte Meister des Wortes, vertheidigte das Recht der Presse, Besprechungen der Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers nach freiem Belieben und unbeeinflußtem Urtheil veröffentlichen zu dürfen, mit so feinem Atticismus, mit solch selbstbewußter bescheidener Ueberlegenheit, namentlich gegenüber den Eingriffen des auf dem Präsidentenstuhl diesmal fungirenden Herrn Jerome David, daß es wirklich des Mannes mit der eisernen Stirn, daß es Granier de Cassagnac's bedurfte, um das Wagniß zu bestehen, nach solcher Rede gegen die Beweisgründe Thiers' das Wort zu ergreifen. Der sündige Gascogner war diesmal nicht eben glücklich in der Wahl seiner taktisch-rhetorischen Hülfsmittel, und der Sturm, welchen er gegen sich heraufbeschwor, war ein so sehr verdienter, daß selbst sonst sehr stimmfeste Mitglieder der Majorität sich von ihm abwandten, als nacheinander Ollivier, Picard und Favre das Wort ergriffen, um den Unverschämten wie einen Knaben mit Ruthenstreichen zu züchtigen. Der ausführliche „Moniteur"-Bericht gibt nur ein schwaches Bild von der allgemeinen Aufregung und Verwirrung, inmitten deren die Regierung sich vorsichtig zurückhielt, da auch in ihr die Meinung aufdämmerte, es heiße sich compromittiren, wenn man die Art der Vertheidigung eines Granier de Cassagnac auch nur mit einem Wort billige. Rouher wird darum erst heute in längerer Rede Thiers zu widerlegen suchen. Heute Morgen hatte Herr Granier de Cassagnac nichts Eiligeres zu thun, als den Herren Ollivier, Picard und Favre seine Zeugen zuzusenden; als ob durch ein Duell seiner Sache abzuhelfen wäre! Gleichzeitig und wie es scheint, wie auf Verabredung erklärten jedoch die 3 Provocirten, daß sie mit ihren Auslassungen im gesetzgebenden Körper stricte in den Gränzen ihres Rechtes als Volksvertreter geblieben seien und ihnen mithin die Absicht, Herrn Granier de Cassagnac persönlich haben beleidigen zu wollen, nicht untergeschoben werden dürfe.

Nichtpolitische Zeitung.

[Der zweite Theil von Goethes Faust.] In Frankfurt beschloß am letzten Montag Dr. M. Bernays seine literarhistorischen Vorträge mit der Betrachtung des zweiten Theils von Goethes Faust. Die Chronologie desselben ergibt, daß die Szene mit Helena bereits 1800, der Schluß bereits 1815 vollendet vorlag, und die übrigen Szenen bis zum letzten Geburtstag Goethes, zuletzt die des 4. und 5. Aktes gedichtet sind. Die Fortsetzung des ersten Theils ist zugleich der Gegensatz desselben, der Gegensatz von Genuß und That. Das Stück verfolgt drei Zwecke: 1) die Charakterentwicklung des Faust, 2) die Lebenserfahrungen des Dichters und 3) die Geschichte der deutschen Nationalentwicklung darzustellen, die letzten beiden besonders in der klassischen Walpurgisnacht. Der Gegensatz zwischen beiden Theilen des Faust zeigt sich auch darin, daß jener im Reformationszeitalter spielt und größtentheils in Haus

---

und Schenkstände floriren, denn solche sind in den schlechtesten Zeiten auch am allerstärksten besucht.

Wer kann sagen, wie lange dieser Zustand dauern wird? Für jetzt scheint aber wenig Aussicht für eine Aenderung vorhanden, und besonders sollten es sich junge Kaufleute, ehe sie hieher auswandern, zweimal überlegen, da es gegenwärtig besonders schwer für sie ist, eine Stellung zu erlangen. Aber die Neger floriren, und es ist wirklich komisch, die Würde zu betrachten, mit der besonders alte dicke Negerweiber in den Straßen umherrauschen und einander mit der größten Hochachtung behandeln. Man hört auch jetzt wirklich nie mehr die frühere Anrede unter einander: „Boys!", und nur: „Gentlemen, Ladies, Miß Lucy, wie befinden Sie Sich, wie geht es Ihnen, Mister Jefferson?" In die gesellschaftliche Gleichberechtigung sind sie ebenfalls aufgenommen oder haben sich doch hineingedrängt, wo es nicht gut vermieden werden konnte. Der zerlumpteste, widrigste Neger, mit einer Ausdünstung, die eine Nachbarschaft verpesten könnte, sitzt für seine 5 Cents in den Streetcars (oder Pferde-Eisenbahnen der Stadt) neben der geputztesten und feinsten Dame, und selbst zu Zeitungsjungen, unter denen sie früher nie geduldet wurden, hat sich die Jugend aufgeschwungen. Im Ganzen weicht man ihnen aber doch aus. Auf den Eisenbahnen kommen sie nach stillschweigendem Uebereinkommen in den ersten Wagen; in den Kajüten der Dampfboote werden sie, trotz ihres Stimmrechts, nicht geduldet und, selbst die weißen Feuerleute und Deckhands an Bord der Mississippi-Dampfer sichern sich zu Mittag ihren eigenen Baumwollenballen, an dem sie ihre Mahlzeit halten.

Im Ganzen muß man übrigens den Negern nachsagen, daß sie sich den Weißen gegenüber noch in einer sehr bescheidenen Stellung halten. Es gibt allerdings Ausnahmen; so wollten sich auf einem Dampfboot ein paar Coloured Ladies den Zutritt in die Kajüte erzwingen und wurden, als sie der Kapitän zurückwies, klagbar, jedoch abgewiesen, da der Richter entschied, daß es einem jeden Bürger freistehe, einem andern den Zutritt in sein Haus oder sein Boot zu verweigern. Das Nämliche geschah in New-Orleans in einem Kaffeehause. Das sind aber doch nur einzelne Fälle, und die Neger haben fast überall ihre eigenen Lokale, die sie besuchen.

Die südlichen Staaten stehen jetzt noch unter militärischer Besatzung, die man sich aber nicht wie bei uns in Europa denken darf, wo das Land bei solchen Gelegenheiten mit Militär überschwemmt wird (was man Strafbayern nennt). Nur hie und da liegen kleine Trupps in den verschiedenen Stationen oder auch unter Zelten, und jede unnöthige Demonstration ist dabei absichtlich vermieden. Wozu dient auch eine sol e? Das Volk weiß doch, daß Onkel Sam die Macht hat und es ihm wenig helfen würde, sich seinen Befehlen zu widersetzen. An einen neuen Krieg denkt aber der Süden nicht, denn er fühlt gut genug seine Kraft vollständig gebrochen, seine Mittel erschöpft und das Hoffnungslose eines solchen Unternehmens. Er hofft allerdings, daß die Zeit der Rache kommen werde, denn er beugt seinen Nacken jetzt nur gezwungen der Gewalt, aber er glaubt selber den Zeitpunkt nicht so nahe.

Sonderbar ist es dabei, daß sich manche der befreiten Neger wieder in das alte Joch zurücksehnen, weil sie eben nicht gewohnt sind, selbstständig für sich zu handeln und zu arbeiten. Gedankenloses Volk gibt es ja aber überall, weßhalb nicht auch unter den bis jetzt nur wie Vieh behandelten und betrachteten Schwarzen, und es wäre unnatürlich, wenn man von ihnen verlangen wollte, sich so rasch zu wirklichen Menschen emporzuarbeiten. Daß ihnen das Gesetz aber oder die Militärgewalt dennoch das Recht gewährt, zu stimmen und öffentliche Aemter zu bekleiden, zeigt eben, wie wenig der Norden den Süden kennt, und kann gar nicht ohne schlimme Folgen für das Land selber bleiben.

Sachs'schen Reimpaaren verfaßt ist, dieser durchaus keine Zeit- oder Ortsbestimmung zuläßt und in antiken Rythmen sich bewegt. Die Neigung zur Symbolik, welche Goethe in jedem Alter hegte, wie seine Jugendwerke Prometheus und Ahasver bezeugen, war natürlich durch das hohe Alter Goethes vermehrt. Auf diese allgemeine Charakteristik folgte eine Darlegung der leitenden Ideen des Dramas im Einzelnen. Es war ein würdiger Schluß des anregenden, mit immer wachsender Theilnahme begleiteten Cyklus, welcher jedem Hörer dauernden Gewinn gebracht hat.

Frankfurter Börse (17. bis 22. Februar.)

22. Februar. Oesterreich ist die wiederbeglückte Schöne, zu deren Huldigung die getreuen Freunde reumüthig umkehren. Und nicht seine Spekulationspapiere, seine Bank-, Kredit- und E.-B.-Aktien, nein, seine bereits als bankerotte Makulatur verschrieenen Staatseffekten sind es, zu denen sich trotz drohender Vermögens- und Couponssteuer das Publikum herandrängt und wobei natürlich die geschäftliche Spekulation der Börsenleute ihre besondere Rechnung findet. Es ist ein unverkennbarer Umschwung eingetreten und die Wallfahrt des Kapitals über den Ozean gestaut; die hohen Zinsen, der niedrige Kurs sind die verlockenden Sirenentöne, denen heutzutage jeder Kapitalist gern seine Ohren leiht, weil die Anforderungen des Lebens ihn dazu nöthigen und freiwillig Niemand entbehren will. 4pCt. bei Solidität und Sicherheit sind nur ein schmales Einkommen, das Risiko bei 8 pCt. aber wird übersehen, denn es liegt in der Natur des Menschen, mit dem Schicksale zu spielen und auf sein gutes Glück zu hoffen. Wer heutzutage Geld hat, dem ist leider eine reiche Auswahl gegeben, wo er es verlieren kann.

Oesterr. Staatspapiere haben sich endlich von ihrer Erstarrung aufgerafft und in Fluss gesetzt, heute war ein förmlicher Haussesturm; allen voran engl. Metalliques, welche die Londoner Börse zu Gnaden aufgenommen hat. Die Arbitrage hat viel Material hinübergeschafft und beträgt der Kursaufschwung seit 8 Tagen volle 5½ pCt., wovon auf die heutige Börse allein 2½ pCt. kommen. Ist diese Theilnahme des englischen Publikums an österr. Werthen keine vorübergehende und vereinzelte, so könnte sie für die Zukunft derselben von grosser Bedeutung werden und eine entschiedene Wendung zum Bessern, woran man bereits verzweifelt, hervorbringen. Nächst den engl. Metalliques waren steuerfreie und Loose beliebt und beträchtlich höher, 1860er Loose gegen die Vorwoche um 4½ pCt., 1864er um 5½ fl. Eine spekulative Geldanlage, wofern es ihr nicht an Vertrauen fehlt, hat hier noch ein weites Feld vor sich. Seit Anfang des laufenden Jahres beträgt die Kursbesserung bei neuen 5pCt. engl. Metalliques 8 pCt., National 6 pCt., neuen steuerfreien 5 pCt., 4½ Valuta-Metalliques 6½pCt., 1860er Loosen 7 pCt., 1864er Loosen fl. 13, Kreditaktien fl. 20, Nationalbank nahezu fl. 50, für Staatsbahnen über fl. 30.

Süddeutsche Fonds stationär und ohne Trieb, die verschiedenen Emissionen, welcher man in nächster Zeit, wenn schon zu produktiven Zwecken, insbesondere Eisenbahnen, gewärtig ist, halten die Käufer ab, sich allzuweit vorwärts zu wagen. Badische 100 Thlr. Loose fangen an sich zu klassiren und könnten nach der Ziehung der bayerischen leicht bis Pari gehen. Amerikaner vegetiren und schwankten zwischen ¼ bis ¾ auf und abwärts. Wenn in Europa Ruhe bleibt und die Friedenshoffnungen sich verwirklichen, so werden sie ihre guten Tage gesehen haben. Krieg oder Revolution bei uns sind noch ihre beste Anwartschaft zum Steigen, seitdem man im Mutterland angefangen hat an der Rechtsfrage zu rütteln und zu deuteln. Diese Woche erschienen die 6 pCt. Goldbonds der Central-Pacific-E.-B und wurden zumal auf auswärtige Ordres namhafte Posten zu 68 vom Markt genommen, auch in Tausch gegen 6 pCt. Verein. Staaten-Obligat. ging Mehres um. Die Opposition, welche eine Anzahl Stücke von den in Amerika emittirten Bonds unter dem Emissionskurs ausbot, war bald erschöpft.

Von E.-B.-Aktien sind nur Staatsbahnen hervorzuheben, für welche die alte Leidenschaft des Spiels zurükgekehrt scheint, innerhalb zwei Tagen stiegen sie um fl. 7 bis 265; nach einer Reaktion bis 263 gingen sie heute bis 266; der letzte Wochenausweis ist wieder ausserordentlich günstig, das Plus beträgt fl. 289,000. In den übrigen Devisen wenig Verkehr. Von Prioritäten die älteren österreich. Silber-Emissionen gefragt, auch Staatsbahnen im Verkehr. Italienische ausgeboten und selbst zu niedrigstem Kurs schwer anzubringen.

Oesterr. Kredit nähern sich dem langentbehrten Parikurs, und wenn dies Ziel nicht erreicht wird, so trägt die Wiener Hausseparte keine Schuld daran, denn an Anstrengungen lässt sie es nicht fehlen, und versteht wirksame Hebel anzusetzen. Wiener Bankaktien erhalten sich hoch, obschon es uns bedünken will, dass man die möglichen Vortheile eines neuen Arrangements über Genüge eskomptirt; man weiss noch immer nicht, wie sich Ungarn zu einer österr. Nationalbank stellen wird, nach bekannten andern Vorgängen zu urtheilen, gewiss nicht zu Gunsten eines Privilegiums, wobei sein Interesse hintangesetzt wird. Die Dividende der Frankfurter Bank soll fl. 29 oder 5⅔ pCt. (also um 2 pCt. weniger als im Vorjahr) betragen; in den Reservefond würden fl. 139,000 gelangen. — Die heut stattgefundene Gen.-Vers. der Frankfurter Hypotheken-Bank setzte die Dividende auf 5 pCt. fest und ermächtigte den Verwaltungsrath, bei der Regierung die Erlaubniss zur Herausgabe von Hypothekenscheinen in Thalerwährung à Thlr. 100 und 200 nachzusuchen.

	17.	22.		17.	22.
5% Oestr. National	55⅛	58	3½% Badische Obl.	83 B	83 B
5% do. Metal. (1859)	62⅜	68⅝	4% Darmstädt. do.	90 B	89¾ B
do. (steuerfr.)	50⅛	52½	4½% Nassauer do.	94⅜ B	94⅝ B
5% do. Lose (1860)	71⅝	75⅝	4% do. do.	85⅝	86¼ B
— do. do. (1864)	81½	86⅜	3½% do. do.	83¼ B	83½ B
Oestr. Kreditl. (58)	132⅛	134	4% Kurhess. do.	89¾ B	89¾ B
5% Bayer. Obligat.	101⅛ B	101½ B	3½% Frankf. do.	82¼ B	82 B
4½% do. do.	94 B	94 B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88⅝	88½ B	6% Amerik. (1882)	75¾	75⅝
4% do. 100Thl.-L.	99⅝	100½ B	Oestr. Kredit.	197⅛	197⅛
4½% Würtemb. Obl.	94⅝	93¾	Oestr. Nat.-Bank	721	729
3½% do. do.	82	82	Frankfurter do.	126 B	126½ B
4½% Badische do.	94½ B	94⅝ B	Bexbacher E.-B.	157	157½
4% do. do.	86½ B	86¾ B	Bayer. Ostbahnen	120 B	120½ B (Akt)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lemb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	72¼ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	67¼—66⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	57⅛—56⅞ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 pCt. do. steuerfr. 66	51¾ G.
"	4½pCt.	45¼P. 44¾G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¾ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¾ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¼ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¾ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¾ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88½ P. ¼ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	81¾ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅛ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82⅝ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93½ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76¼ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	75⅛—¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	737—735 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—4½ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	90⅛ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109¾ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 26 kr.	262½—3½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	157½ P.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107½ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76½ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120½ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97¾ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102¼—102 G.
do. in öst. W. l. S.	102—101⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	74½—⅝ G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134¼ G.
"	do. v. 1864	86 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		100⅛ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10⅛ P.
Badische fl. 35		51 G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¾ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅝ G.

Frankfurt, 24. Februar. Die Hausse hatte schon gestern im Privatverkehr einen Riß bekommen, da die Spekulation sowohl ihren Gewinn zu realisiren begann, als auch anderseits viele Capitalisten den Zeitpunkt für geeignet hielten, sich ihrer österr. Papiere mit einem blauen Auge zu entledigen. So sehr ein Rückschlag nach der rapiden Hausse der letzten drei Tage natürlich war, so günstig ist es zu deuten, daß die Course sich dennoch rasch wieder setzten und dem weiteren Rückgang vorläufig Halt geboten scheint. (Sznd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 57.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 26. Februar 1868.

Zum neuen Militärgesetz.

Die ärztliche Untersuchung der Wehrpflichtigen.*)

Die ärztliche Untersuchung der Wehrpflichtigen soll gemäß der von den Ministern des Innern und des Krieges unterm 20. Februar erlassenen Instruktion mit der größten Gewissenhaftigkeit, Sorgfalt und Umsicht vorgenommen werden. Es sollen nur solche Leute zur Ergänzung des Heeres ausgewählt werden, deren Gesundheit und Leibeskonstitution die erforderliche Ausdauer bei den Anstrengungen des Dienstes zuversichtlich hoffen läßt, andererseits sollen kleine Abweichungen von dem regelmäßigen Bau des Körpers und seiner einzelnen Theile, und solche Uebel, welche auf die Gesundheit keinen nachtheiligen Einfluß haben, und weder die Kraftäußerung des Körpers noch die freie Bewegung hindern, vom Dienste im Heere nicht ausschließen, und zwar um so weniger, als manche dieser körperlichen Uebel bei der einen oder anderen Waffe oder Dienstleistung gar nicht in Betracht kommen. Da von allen Waffengattungen der Dienst des Infanteristen der beschwerlichste ist, so müssen die hiefür auszuwählenden Leute kraftvoll und gesund sein, einen starken Nacken, breite Schultern, eine gut gewölbte Brust, gelenkige Arme und Hände und gesunde Füße haben. Jäger müssen kräftige Leute, wegen des zerstreuten Gefechtes körperlich und geistig gewandt und dürfen nicht kurzsichtig sein.

Für die Kavallerie sind Jünglinge von schlankem Wuchse auszuwählen. Mancher Wehrpflichtige, welcher sich wegen geringer körperlicher Fehler für den Infanteriedienst nicht eignet, wird als brauchbar für die Kavallerie bestimmt werden können, wenn er nur Kraft und Gewandtheit genug hat, das Seitengewehr mit Nachdruck führen zu können. Hiezu, sowie zur gehörigen Führung des Pferdes, bedarf er fehlerfreier Arme und Hände, und es darf ihm an keiner Hand ein Finger fehlen. Kurzsichtige sind zur Einstellung bei der Kavallerie nicht geeignet. Zu Kürassieren dürfen nur breitschulterige, stämmige, gut aus den Hüften gewachsene Leute genommen werden.

Für die Artillerie sind Leute von starker Brust und ebenso kräftigem Körper, wie für die Infanterie, mit fehlerfreien Händen und Fingern auszuwählen. Mäßige Kurzsichtigkeit schließt nicht aus.

Bei dem anstrengenden Dienste der Geniesoldaten sind hiefür nur Leute von robustem Körperbau mit den übrigens für den Infanteristen erforderlichen Eigenschaften sund mit Rücksicht auf die entsprechenden Professionen auszuwählen.

Das Minimalmaß für die Linieninfanterie ist 5′ 4″, für die Jäger 5′ 5″, das Maß für die leichte Kavallerie 5′ 7″ bis 5′ 10″, für die schwere Kavallerie und für die Feldartillerie 5′ 10″ bis 6′ 0″, für die reitende Artillerie 5′ 10″ bis 11″, das Minimalmaß für die Festungsartillerie 5′ 11″, für die Ouvriers 5′ 4″, für das Fuhrwesen 5′ 7″.

Da der Dienst derjenigen, welche den Eintritt in den einjährigen Freiwilligendienst zur Ableistung ihrer Dienstpflicht in der aktiven Armee in Anspruch nehmen, in der Regel manche Schonung zuläßt, so wird mit Rücksicht hierauf, zur Anerkennung ihrer Diensttauglichkeit, nicht ganz der kräftige Körperbau, wie bei den Soldaten erfordert, wenn nur die Organisation sonst gesund und der Bau nicht allzuschwach und unentwickelt ist. Ebenso ist bei ihnen auch über solche körperliche Fehler hinwegzusehen, welche sie nicht hindern, ihrer späteren eventuellen Bestimmung als Offizier, Arzt oder Veterinär ꝛc. ꝛc. zu genügen.

Die Krankheiten und Gebrechen, welche bei der ärztlichen Untersuchung der Wehrpflichtigen in Betracht kommen, zerfallen in solche, welche 1) zu allen Waffen- und Dienstesgattungen für immer untauglich machen, 2) für sich allein und beim Vorhandensein der übrigen erforderlichen körperlichen Eigenschaften von keiner Waffen- oder Dienstesgattung ausschließen, 3) die Einstellung nur bei der einen oder andern Waffen- oder Dienstesgattung gestatten, 4) nur zur Zeit untauglich machen.

Die ärztlichen Mitglieder der Ersatzkommissionen sind: 1) der Bezirksarzt oder ein statt seiner beigezogener öffentlicher oder praktischer Arzt; 2) zwei hiezu kommandirte Militärärzte. Soweit die Untersuchung der Pflichtigen lediglich ein Gegenstand der Kunstkenntniß und arzneiwissenschaftlichen Beurtheilung ist, sind diese Aerzte in ihrem Verfahren durchaus unabhängig. Sie können wegen ihrer Ansprüche auf dem dienstlichen Wege nur dann zur Rechenschaft gezogen werden,

*) Die hier nur auszugsweise mitgetheilten Bestimmungen finden die Leser in der Würzburger Volksausgabe bayerischer Gesetze in der eben (Würzburg bei Stahel; Preis 6 kr.) erschienenen 4. Abtheilung des bayer. Wehrverfassungsgesetzes.

Fastnachtsochsenzug in Paris.

Ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg.“ schreibt unterm 23. d.:

Ganz Paris läuft heute den vier fetten Ochsen nach, welche der berühmte Metzger Sr. Maj. des Kaisers, Herr Duval, durch seine Bouillon- und Eßanstalten bekannt in den Straßen von Paris spazieren fahren läßt. Ihr Correspondent bekam den Zug auf dem Boulevard Montmartre zu Gesicht. Man muß gestehen, daß Duval sich dieses Jahr angestrengt hat, denn die Escorte seiner Ochsen ist eine glänzende. Er fuhr selbst mit. Den Zug eröffneten Munizipalgardisten zu Pferde; sie vertraten die physische Gewalt. Dann kamen Musikanten, Tambours und Soldaten zu Fuß und zu Pferde, gekleidet in die Uniformen des ersten Kaiserreiches, das „Empire“, das bekanntlich an der Spitze der Civilisation marschiren will, repräsentirend. Ihm folgte der größte der vier Ochsen und dann der Thronwagen: ich nenne ihn so, weil er den Glanzpunkt des Zuges bildete. Auf ihm befanden sich alte abgelebte Männer und hübsche junge Hetären.

Der Lenker des Thronwagens selbst war ein dem Greisenalter nahe stehender Mann, der aber ein so trotziges Gesicht machte, daß man glauben konnte, er meine, er sei erst zwanzig Jahre alt. Ihm folgte nun auf würdige Weise das ackerbautreibende Frankreich, das Herr Duval, der in seiner Stellung eines Metzgers wohl viel auf das Landvolk halten muß, neben den Soldaten des alten Kaiserreichs als die einzigen Repräsentanten Frankreichs auftreten ließ. Den geheimen Bestrebungen des zweiten Kaiserreichs schenkte Herr Duval, der ein geistreicher Mann zu sein scheint, übrigens auch Beachtung, denn er hatte unter die ackerbautreibenden Franzosen „Römer“ gemischt, die an Cäsar und die Imperatorenkrone erinnerten, und „Gallier“. Nachdem Duval so das kaiserl. Frankreich seinen zahlreichen Zuschauern vorgeführt, ließ er die übrigen civilisirten Nationen des Weltalls nachfolgen. Zuerst kamen die Chinesen — er dachte wohl dabei an die chinesische Mauer, welche Frankreich gegen die europäischen Journale, ich hätte beinahe gesagt: die europäische Civilisation, errichtet hat. Ihnen folgten Kalmuken, die wohl an die Krim erinnern sollten.

Darauf folgten dann weiter Perser, Indier und Araber, theils zu Fuß, theils zu Wagen. Sie hatten sich, wie auch der ackerbautreibende Theil der französischen Nation, innig an ihre Ochsen angeschlossen, in denen sie das Ideal zu verehren schienen, das sich schon die alten Aegyptier, die auch zahlreich vertreten waren, erkoren hatten. Dann kamen die Mexikaner. Als alle diese wilden Völkerschaften, unter denen sich auch Indianer befanden, vorbeigezogen waren, glaubte ich Anfangs, daß nun die civilisirte Welt folgen würde. Dem war nicht so; es kamen nur Munizipalgardisten, die den Zug schlossen. Umsonst sah ich mich nach den Repräsentanten der Civilisation um. Im Zuge erblickte ich keine. Die Menge selbst war jedoch der heitersten Laune. Sie war entzückt über das glänzende Schauspiel, das ihnen der Schlächter Duval darbot, und dachte nicht im Geringsten daran, daß ihre Freiheiten in der Kammer gerade das nämliche Schicksal gehabt haben, das der Hofschlächter Duval seinen vier Ochsen vorbehalten hat.

Die Ochsen, und dies kann man wohl sagen, ohne sich für einen Propheten zu halten, werden sich wohl Alles ruhig gefallen lassen, und darin dem Beispiele folgen, welches ihnen die Pariser seit Jahren gegeben haben.

wenn sie aus unlauteren Motiven diensttaugliche Pflichtige für definitiv oder temporär untauglich oder nur beschränkt tauglich erklärt haben. Würden dagegen Pflichtige, bei denen sich nach ihrer Einreihung der Beweis einer schon bestandenen Untauglichkeit ergibt, für tauglich erklärt, so tritt eine Verantwortlichkeit der Aerzte ihren vorgesetzten Stellen gegenüber nicht ein. Der Ausspruch über die Tauglichkeit oder Untauglichkeit des einzelnen Pflichtigen, dann die Bestimmung, zu welcher Waffengattung derselbe geeignet erscheint, ist Sache der gesammten Ersatzkommission, welche jedoch bei ihren Beschlüssen die Ergebnisse des ärztlichen Befundes, ob ein Pflichtiger zu dieser oder jener Waffengattung qualificirt sei oder nicht, geeignet zu würdigen hat. Die untersuchenden Aerzte dürfen von Niemandem weder für noch gegen den zu Untersuchenden eingenommen, auch bei ihrem Geschäfte nicht übereilt werden.

Bei den heilbaren Krankheiten werden folgende Grundsätze beobachtet: 1) Kein Pflichtiger kann angehalten werden, sich behufs seiner Herstellung einer chirurgischen Operation zu unterwerfen. Ist daher ein Gebrechen der Art, daß es ohne diese Hülfe nicht beseitigt werden kann, so ist der Betheiligte nach Umständen für gänzlich oder für zeitlich untauglich zu erklären. 2) Bei Gebrechen, die durch eine innerliche oder äußerliche Kur geheilt werden können, ist zu unterscheiden: a) kann die Heilung in kurzer Zeit und mit geringem Kostenaufwande erwartet werden, so kann die Tauglichkeit unbedenklich angenommen werden; b) im entgegengesetzten Falle ist die einstweilige Zurückstellung und Vormerkung des Pflichtigen für den nächsten Jahrgang zu beantragen. Zur Bestätigung solcher von den Pflichtigen angegebenen Gebrechen und Krankheiten, welche durch die Sinne nicht entdeckt werden können, und wobei die übrige körperliche Beschaffenheit des Subjektes nicht vermuthen läßt oder zweifelhaft macht, daß die Angabe wirklich Grund habe, sind glaubhafte Zeugnisse der den Pflichtigen genau kennenden Ortsnachbarn, Familienväter, Lehrer, Pfarrer und des behandelnden Arztes in Vorlage zu bringen. Bleibt das Bestehen angeblicher Krankheiten und Gebrechen ungeachtet der gehörig beigebrachten Zeugnisse zweifelhaft, so ist zu beantragen, daß der Pflichtige „zur Beobachtung“ eingereiht werde. Sind die vorgelegten Zeugnisse vollständig oder ungenügend, so ist der Betreffende als tauglich zu erklären. Pflichtige lediglich auf Grund vorhandener Atteste und ohne ihre persönliche Stellung als untauglich zu erklären, ist nicht gestattet. Es ist zwar Pflicht der Aerzte, sich durch die bewährtesten Mittel der Kunst über das wirkliche Bestehen angeblicher Gebrechen möglichste Gewißheit zu verschaffen, jedoch sind alle Maßregeln zu vermeiden, welche auf den Gesundheitszustand des wirklichen oder vermeintlichen Simulanten nachtheilig einwirken könnten. Können die Aerzte auf diesem Wege und mit Berücksichtigung des Aussehens und der mehr oder weniger alterirten Körperlichkeit des Betreffenden keine überzeugenden Merkmale für das Bestehen angeblicher Gebrechen gewinnen, so sind solche Pflichtige zur Einreihung „auf Beobachtung,“ eventuell zur Aufnahme in ein Militärspital behufs Beobachtung geeignet zu beantragen.

Würde sich bei der Visitation entdecken, daß sich ein Pflichtiger wirklich durch eine absichtliche Verstümmelung oder irgend eine Handlung, von welcher Art diese sein mag, muthwillig zum Militärdienste untauglich zu machen beabsichtiget habe, so muß solches mit allen zum Thatbestande dienenden Umständen der weiteren Verfügung wegen sogleich dem Kommissionsvorstande angezeigt werden. Hinsichtlich der Tauglichkeit oder Untauglichkeit aber ist wie bei den übrigen Pflichtigen zu verfahren. Wenn die Aerzte über die Brauchbarkeit eines Pflichtigen kein bestimmtes Urtheil abgeben zu können glauben, oder sich in ihren Ansichten nicht vereinigen können, so ist der Pflichtige als tauglich zu erklären. Dem dissentirenden Arzte bleibt es jedoch unbenommen, seine abweichende Ansicht kurz zu Protokoll zu geben.

Das Resultat der körperlichen Untersuchung wird dem Pflichtigen sofort eröffnet. Von den Untersuchungsprotokollen darf nur jener Gebrauch gemacht werden, welcher in Beziehung auf das Wehrverfassungsgesetz allein nothwendig ist. Es wird daher von sämmtlichen Mitgliedern der Ersatzkommissionen und von allen denjenigen, zu deren Einsicht und Kenntniß diese Protokolle gelangen müssen, die strengste Verschwiegenheit unter persönlicher Verantwortung der dagegen Handelnden erwartet.

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 24. Februar. [Die Volkspartei und die Zollparlamentswahlen] Der gestrige „Beobachter“ bringt einen Aufsatz Oesterlens, welcher in klarer Weise die Gründe entwickelt, aus denen sich Oesterlen und seine näheren politischen Freunde — trotz des entgegenstehenden Beschlusses der Landesversammlung zur Theilnahme an der Wahl zum Zollparlament entschlossen haben. Im Eingang wird ausgeführt, wie die Frage: Wählen oder Nichtwählen keine Prinzipienfrage sei. Die ganze Volkspartei halte einmüthig den nationalen Standpunkt fest und weise den Gedanken der Lostrennung des Südens von dem übrigen Deutschland zurück. Die Volkspartei selbst erkenne die Rechtsgiltigkeit des Zollvereinsvertrags an; ihre Betheiligung an den Wahlen zum Zollparlament sanktionire daher nicht erst diese Schöpfung der preußischen Politik, so wenig, als ihre Wahlenthaltung sie hinfällig machen könne; ja diese verhindere nicht einmal, daß auch in Württemberg gewählt werde. Nachdem noch betont ist, daß eine Wahlenthaltung den Plänen des Grafen Bismarck keinen Widerstand, sondern Vorschub leisten würde, heißt es wörtlich:

„Die entschiedensten Gegner der Verpreußung in Süddeutschland haben sich für die Theilnahme an den Zollparlamentswahlen erklärt; die Erfolge derselben in Bayern sind auch uns günstig, legen uns aber die wichtige Sorge dafür nahe, daß die Abgeordneten Süddeutschlands in Berlin den großpreußischen Tendenzen nicht blos vom par-

---

Friedrich Halm und Heinrich Laube.

Als im vorigen Jahre Heinrich Laube in Folge der Berufung des Freiherrn v. Münch (Friedrich Halm) an die Spitze der Verwaltung des Wiener Hofburgtheaters von seiner Stelle als Direktor dieser Kunstanstalt zurücktrat, gab sich von vielen Seiten die Besorgniß kund, der Schritt dürfte der von ihm 17 Jahre hindurch mit Glück und Geschick geleiteten Bühne empfindliche Nachtheile zuziehen, und was seit Laubes Abgang bisher an der Hofburg geschehen ist, hat diese Besorgniß nicht ganz widerlegt. Allerdings behandelte Heinrich Laube das moderne französische Drama mit unverkennbarer Vorliebe, aber er war leider nur allzu befugt, zu seiner Rechtfertigung auf die Unfruchtbarkeit an deutschen bühnenfähigen Produkten hinzuweisen, während er den Vertretern des modernen deutschen Drama's, wie Friedrich Hebbel, Gustav Freytag, Sonnenthal, nebst den neuern specifisch österreichischen Dichtern, Friedrich Halm oben an, immerhin noch mehr entgegenkam, als die meisten Leiter der anderen großen Hofbühnen. Heinrich Laube hat sich, was man auch sonst an ihm aussetzen mag, unbestritten als tüchtiger Dramaturg und Regisseur bewährt, sowie es ihm als kein geringes Verdienst angerechnet werden muß, an diesem ersten Kunstinstitut Deutschlands, so weit es möglich war, die liberalen Ideen gegen die traditionellen Vorurtheile, welche gegen jede neue Erscheinung tausenderlei Bedenken geltend machten, vertreten zu haben. Ob dem bescheidenen Liberalismus Laube's unter dem für das spanische Drama schwärmenden Freiherrn von Münch Rechnung getragen werden sollte, steht nach dem bis jetzt von ihm Geleisteten um so mehr zu bezweifeln, als der ihm untergeordnete technische Direktor Wolff aus Mannheim kaum einen bemerklichen Einfluß auf ihn ausüben dürfte.

Leicht erregbar, empfindlich und schroff, wie Heinrich Laube ist, vermochte er die erfahrene Zurücksetzung nicht zu verschmerzen, sondern ließ seinen Unmuth sofort in einer Reihe von Artikeln aus, von denen außer gelegentlichen „dramaturgischen Berichten“, d. h. Theater-Recensionen, unter dem Titel „Das Burgtheater von 1848 bis 1867“ in der „Neuen Freien Presse“ bis jetzt 17 erschienen sind. Daß der bisherige Direktor von seiner Wirksamkeit am Hofburgtheater öffentlich Rechenschaft abzulegen wünschte, fand man natürlich; aber es erschien nicht ganz taktvoll, in diesem Rechenschaftsbericht Zustände und Persönlichkeiten des Hofburgtheaters die kritische Revue passiren zu lassen, zu denen er kurz vorher theils als Bühnenvorstand, theils als Lehrer in den nächsten Beziehungen gestanden hatte.

Abgesehen von diesem Einwande bieten sowohl der historische, als die als Referate erscheinenden dramaturgischen Berichte ein reichhaltiges Material instruktiver Bemerkungen und Beobachtungen, in denen sich der Verfasser zugleich als praktischer Dramaturg und als außerordentlich strenger Kritiker bekundet. So ist es höchst ergötzlich, welche Kunststücke Laube anwenden mußte, um bei seinem Vorgesetzten, Grafen Lanckoronski, die Aufführung dieses oder jenes Stückes, welches bald politische, bald religiöse, bald persönliche Bedenken erregte, durchzusetzen, während die Schilderungen einzelner Schriftsteller und Schauspieler, wie Friedrich Hebbel, Gustav Freytag, Sonnenthal, Friedrich Halm, Dawison, Julie Rettich, Marie Seebach u. s. w. bisweilen ganz neue Aufschlüsse geben. Von Dawison ist Laube eben so wenig, wie von der Seebach eingenommen, und der verstorbenen Rettich spricht er zwar nicht Geist, aber alles Darstellungstalent ab. Ueber Dawison bemerkt er unter Anderm: „Als ich Dawison das erste Mal sah, fand ich ihn ungemein begabt für die Schauspielkunst, aber er gefiel mir eigentlich nicht. Als ich ihn das letzte Mal sah vor einigen Jahren in Dresden — mißfiel er mir ganz. Ich fand,

tikularistischen und ultramontanen, sondern auch vom deutschen und demokratischen Standpunkte entgegentreten.

„Wenn es sich um die Ausdehnung der Competenz des Zollparlaments handelt, so fällt auch die süddeutsche Minorität ins Gewicht und im Kampfe gegen die Einführung der Tabaks- und anderer indirekten Steuern, sowie gegen die Preisgebung unserer industriellen Interessen dem Auslande gegenüber — der großpreußischen Politik zulieb — finden wir auch jenseits des Mains Bundesgenossen.

Ob aber auch die Vertreter der Volkspartei im Zollparlament in nutzlosem Kampfe sich abmühen und abnutzen, wozu sollen sie sich aufsparen? sie thun ihre Schuldigkeit, heute auf diesem Boden und in dieser Weise, andere nach ihnen werden sie auf anderem Boden und in anderer Weise thun, um so früher und um so erfolgreicher, je größer die geistige Vorarbeit unserer Volksvertreter im parlamentarischen Kampfe war."

Oesterlen theilt dann mit, daß sich die demokratische Opposition der Kammer fast ausnahmslos gegen die prinzipielle Wahlenthaltung erklärt habe und daß hervorragende Mitglieder derselben zur Annahme der Wahl bereit seien.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 24. Febr. [Bevorstehender Landtagsschluß.] Die „K. Z." schreibt: Die Session wird diese Woche zum Schlusse gebracht werden, wenngleich das Zollparlament keinesfalls vor dem 24. nächsten Monats zusammentreten kann. Das Nothstandsgesetz wird übermorgen im Herrenhause unzweifelhaft angenommen werden. Die gestrige Nachgiebigkeit der einzelnen Antragsteller, so wie die Zusagen Seitens der Regierung waren wesentlich den Bemühungen des Präsidenten v. Forckenbeck zu danken, der nach allen Seiten hin vermittelnd zu wirken verstanden hat. Hoffen wir jetzt, daß der Erfolg den Erwartungen der Regierung und des Herrn v. Forckenbeck entsprechen möge. Inzwischen sind die jüngsten Vorlagen in Bezug auf die Wahlen zum Abgeordnetenhause heute gedruckt erschienen und es soll nun morgen über die geschäftliche Behandlung beschlossen werden, wobei natürlich nicht daran zu denken ist, daß auch nur eine der Vorlagen noch in dieser Session ihre Erledigung findet. Der Schluß der Session wird an einem der letzten drei Tage der Woche, resp. dieses Monats, d. h. frühestens am Donnerstag und spätestens am Samstag erfolgen, und es finden darüber noch Verhandlungen zwischen den Präsidenten der beiden Häuser und der Regierung Statt.

Berlin, 23. Febr. [Deutscher Handelstag] Der Ausschuß des deutschen Handelstages hielt gestern seine letzte Sitzung. In derselben wurde zunächst die Denkschrift über die Verhandlungen festgestellt. Alle Gesichtspunkte der einzelnen Handelskammern in Bezug auf den Zolltarif, so wie alle präcisirten Anträge, gleichviel, ob sie Annahme gefunden oder nicht, sind darin aufgenommen. Die Denkschrift wird sehr werthvolles Material liefern, da von allen Spezialreferenten sehr gründliche Berichte eingegangen sind. Von generellen Gesichtspunkten sollen vorzugsweise die Eisenbahntarif-Ermäßigung im Sinne der Bundesverfassung und die Benutzung der diesseitigen Zolltarif-Ermäßigung und die Tarif-Herabsetzung des Auslandes hervorgehoben werden. Im Laufe der Berathungen waren Anträge an das Bundeskanzler-Amt auf Ermäßigung der österreichischen Zölle auf Eisen und Gummiwaaren gestellt worden. Aus dem Antwortschreiben des Bundeskanzleramtes ging hervor, daß die Anträge Gegenstand der Verhandlung mit Oesterreich bilden. Der Ausschuß genehmigte sodann die von Herrn v. Sybel vorgelegte Petition an den Bundeskanzler und die süddeutschen Regierungen betreffend die Erweiterung der Competenz des Zollparlaments in Uebereinstimmung mit fast sämmtlichen Handelskammern. Beschlossen wurde ferner die Beantragung der Aufhebung des Meßzolles von $2^1/_2$ Sgr. in Frankfurt a. d. O. und Leipzig, so wie darauf hinzuwirken, daß Mecklenburg und Luxemburg eine Vertretung in dem Handelstage finden. Eine von Dr. Alexander Meyer (Breslau) verfaßte Denkschrift, betreffend die Reform der Konkursordnung, soll dem Druck übergeben und den Handelskammern zugesandt werden. Endlich wurde auf Anregung der Herren Meyer (Breslau), Stephan (Königsberg) und Stahlberg (Stettin) die Lückenhaftigkeit des Titels des deutschen Handelsgesetzbuches über das Frachtgeschäft allgemein anerkannt und zur Formulirung betreffender Anträge auf Ausfüllung der Lücken eine Commission niedergesetzt, bestehend aus den Vertretern der Handelsplätze Berlin, Breslau, Königsberg, Stettin, Magdeburg. Mit Abwicklung der laufenden Geschäfte schloß der Ausschuß seine Thätigkeit.

Ausland.

Frankreich. [Aufgeregte Debatten im gesetzgebenden Körper.] Napoleon selbst hat die überaus heftigen Scenen der letzten vierzehn Tage im gesetzgebenden Körper mit ähnlichen Vorgängen unter der Restauration und dem Julikönigthum verglichen. Wir glauben deshalb bei dieser Lage in den Berichten darüber etwas ausführlicher sein zu dürfen. In der gestern bereits erwähnten Sitzung vom 21. ds. nahm nach der Rede des Hrn. Thiers zu Gunsten der freien Berichterstattung über die Kammerverhandlungen Hr. Granier de Cassagnac das Wort. Derselbe ist für die Beibehaltung des Bestehenden; er findet, daß zwischen der Besprechung einer Kammersitzung, wie sie jeder von jeher ungehindert ausgeübt habe und stets noch ausüben könne, und der Berichterstattung, die eine andere als die offiziell abgefaßte sei, ein Abgrund liege. Das Verbot der letzteren beschränke aber in keiner Weise die erstere. Der Redner weist dies in seiner Manier nach, indem er dabei seine Anschauung zu Grunde legt, daß seit 16 Jahren die französische Presse die volle Freiheit genieße, alle nur denkbaren inneren und auswärtigen Fragen zu diskutiren. Zum Beweise, wie man früher die Berichterstattung zu persönlichen Zwecken und zur Entstellung der Wahrheit, im Interesse der Zwecke einer Partei, mißbraucht habe, verliest Granier einige Kraftstellen aus der

---

daß seine Begabung über die Kunst zum Handwerk ausgebildet worden — dies ist das Kennzeichen des Virtuosenthums, und daß mir auch das mißfällig geworden, was er gut machte. Er machte es eben." Laube findet Dawison „unelegant, unruhig, hastig, in den Bewegungen oft ungraziös", stimmt Lederer bei, welcher meinte, „er mauschele mit den Beinen", und ist der Meinung, „die überraschende Beweglichkeit seines Gestaltens verdanke er offenbar seiner Abstammung". Julie Rettich, versichert Laube, war ganz in der Halm'schen Richtung ausgebildet worden und „hatte viel mehr Geist als Talent" und den Nachtheil, daß für die Bewegungen ihres Körpers die Grazien ausgeblieben waren, während er der Seebach außer anderen erheblichen Fehlern die „peinliche Vortragsweise", welche sich im „Raunzen" oder „Flennen" dokumentiren soll, zum Vorwurf macht. Es konnte nicht fehlen, daß sowohl der Rechenschaftsbericht, in welchem Friedrich Halm wegen seines passiven Verhaltens bei dem Bacherl-Skandal wegen des „Fechters von Ravenna" keine beneidenswerthe Rolle spielt und auch sonst zahlreiche polemische Bemerkungen hinnehmen muß, als auch die Theater-Referate über die Aufführungen des Hofburg-Theaters die Empfindlichkeit des jetzigen General-Intendanten in hohem Grade aufregten und endlich zu einer Katastrophe führten, welche in der Theaterwelt bereits großes Aufsehen erregt hat.

Heinrich Laube hatte nämlich dem Hofburgtheater sein neues Stück „Böse Zungen" zur Aufführung eingesandt und erhielt dasselbe nach längerer Zeit mit folgender Antwort zurück:

„Nachdem Euer Wohlgeboren bereits durch den Sektionsrath Gentz von den Modifikationen in Kenntniß gesetzt sind, unter welchen die oberste Censurbehörde das von Ihnen eingereichte Stück: „Böse Zungen" als statthaft zu erkennen erklärt hat, erübrigt mir, Ihnen zu eröffnen, daß ich nach reiflicher und ruhiger Erwägung beschlossen habe, dieses Stück weder in der bisherigen, noch in der eventuellen veränderten Fassung zur Aufführung auf dem k. k. Hofburg-Theater zu bringen.

„Gerade und offen in allen Dingen, will ich auch hier die Gründe meines Verhaltens Ew. Wohlgeboren nicht vorenthalten.

„Ich finde es der Stellung und Würde des k. k. Hofburg-Theaters nicht angemessen, seine Bretter einem offenkundigen und übelwollenden Gegner als Feld für dessen Wirksamkeit, vielleicht gar als Arena für Parteiumtriebe einzuräumen. Auch muß ich annehmen, daß Euer Wohlgeboren selbst keinen Werth darauf legen, Ihr Stück auf einem Theater dargestellt zu sehen, auf dem Sie die Kunst zum Handwerk herabgesunken finden und dessen Zustände Sie verwirrt und dem Verfalle sich zuneigend zu nennen oder nennen zu lassen belieben.

„Somit komme ich am Ende nur Ihrem eigenen Wunsche entgegen, wenn ich meine Annahme Ihres neuen Stückes zurückziehe.

Mit vorzüglicher Hochachtung Euer Wohlgeboren ergebenster

Frhr. v. Münch m. p.

Wien, den 8. Febr. 1868. General-Intend. der k. k. Hoftheater."

Man mag Laube's Auftreten gegen die jetzige Leitung des Hofburg-Theaters beurtheilen, wie man will, so kann man doch nimmermehr die Art und Weise, wie sich Frhr. v. Münch, selbst ein dramatischer Schriftsteller, Genugthuung verschafft, billigen. Schon daß das Stück so gut wie angenommen war, verurtheilt die Zurückweisung entweder als einen Akt der Rache oder der Geringschätzung, dessen sich Friedrich Halm gegen einen Schriftsteller wie Laube am allerwenigsten schuldig machen durfte, ganz abgesehen davon, daß die Bühne der Hofburg eine öffentliche Staatsanstalt ist.

Zeit des Julikönigthums, die übrigens dem, was sich heute das „Pays“ jeden Tag gegen die Mitglieder der Opposition ungestraft herausnimmt, noch lange nicht gleichkommen. Auf der anderen Seite will der Redner darthun, daß, vor wie nach der Verurtheilung der zehn Journale, das Diskussionsrecht der Kammersitzungen in der Presse ungehindert gehandhabt worden ist. — Im Namen der Freiheit der Diskussion also, welche die Wahrheit ist, verlangt schließlich der Redner, ersuche ich Sie, die Wiederherstellung des früheren Systems der Berichterstattung, welche die Schmähung und die Lüge ist, zurückzuweisen.

Nach der Rede Cassagnac's, welche, wie der „Moniteur“ bezeugt, verschiedenartige Bewegung hervorruft, eilt Emil Ollivier in großer Aufregung auf die Tribüne. Er hält ein Zeitungsblatt in der Hand, das er mit einer gewissen Heftigkeit auf die Marmorplatte aufschlägt. Baron Jerome David, der in dieser Sitzung präsidirt, glaubt ihn darum, ehe er kaum noch gesprochen, zur Ruhe ermahnen zu müssen. Ollivier beginnt damit, dem Mitglied, das vor ihm die Tribüne verlassen, dessen eigene Worte in's Gedächtniß zurückzurufen: daß man seine Worte dem Stoff über den, sowie die Personen, mit denen man spricht, anpassen müsse. Darum will er auch selbst den Dreistigkeiten, die man eben vernommen, nicht mit einer Diskussion entgegentreten, sondern ihnen einfach die gebührende Abfertigung zu Theil werden lassen. Ollivier beschränkt sich darum, einen von Paul de Cassagnac unterzeichneten Artikel des „Pays“ vom 21. d. M. vorzulesen, in dem J. Favre und Picard mit dem unwürdigsten Hohne überschüttet worden. Aus allen Theilen des Saales geben sich an gewissen Stellen die entschiedensten Zeichen der Mißbilligung und der Entrüstung kund. „Dies, meine Herren, fügt Ollivier nach beendigter Vorlesung bei, „ist die Sprache der Männer, welche hier auftreten....“ Cassagnac: Bitte, wer ist der Unterzeichner des Artikels? — Ollivier: Es ist Paul de Cassagnac (Sohn des vorhergehenden Redners Cassagnac). — Cassagnac: Hat denn Hr. P. de Cassagnac die Ehre, in dieser Kammer zu sitzen? — J. Favre: Er desavouirt seinen eigenen Sohn! — Cassagnac: Nein, gewiß nicht. — Ollivier: Ich will mich in keine Persönlichkeiten einlassen und bemerke einfach: Sie sind der Chefredacteur des Blattes. — Dies also, meine Herren, sind die erlaubten Besprechungen, dies die gewissen Personen wohlgefälligen Beurtheilungen! Gewiß sind diese Späße und diese Angriffe, die ich nicht näher bezeichnen will, unschädlicher Natur, und die bedeutenden Männer, auf die sie sich beziehen, haben wohl das Recht, sie zu verschmähen und zu verachten. (Lebhafte Zustimmung auf verschiedenen Bänken; Unruhe.) Nur wenn man als Chefredacteur eines Journals, das derartige Artikel enthält, hierher kommt, um auf die Nothwendigkeit der gesellschaftlichen Ordnung, auf die Vorschriften der Mäßigung und des Anstandes in der Diskussion hinzuweisen, so gibt man seinen Gegnern das Recht, das zu thun, was ich jetzt thue, nämlich von der Tribüne herabzusteigen, ohne zu antworten. (Lebhafte Zustimmung und Beifall auf einer gewissen Zahl von Bänken.)

Cassagnac bittet ums Wort, um zu erklären, daß er als Deputirter und nicht als Chefredakteur in der Kammer sitzt und deßhalb keine Erklärungen über einen auf der Tribüne verlesenen Artikel abzugeben hat. Der betreffende Artikel bezieht sich übrigens auf Advokaten, die in Bezug auf die Ausübung ihres Berufs beurtheilt worden. J. Favre fällt hier ein: Das ist nicht wahr, das ist unrichtig. Präsident David: Hr. J. Favre, ich rufe Sie zur Ordnung! Der Präsident motivirt den Ordnungsruf durch ein einem Mitgliede in heftiger Weise ertheiltes Dementi, und fügt bei, daß die Diskussion eine sehr traurige Wendung nehme. E. Picard wünscht ebenfalls, daß diesem Zwischenfalle ein Ende gemacht werde. Das Land werde sich schon ein richtiges Urtheil zu bilden wissen. Er verlangt Erklärungen von Seiten der Regierung. Die Minister sollen sagen, was sie von diesen Ungleichheiten der Handhabung des Rechts denken, und ob sie die zu vertheidigen gedenken, die in ihrem Namen sprechen. Die Ehrlichkeit des politischen Systems werde dadurch in Zweifel gezogen. Man müsse beinahe voraussetzen, die Regierung beseitige mit der einen Hand ihren Gegner, und mit der anderen reize sie zu verstärkten Schmähungen auf. Staatsminister Rouher weist diese Verbindungen mit Entrüstung zurück; die Regierung sei keineswegs verantwortlich für gewisse Artikel, und ihre Redlichkeit stehe über den Angriffen der Opposition erhaben da.

In der Sitzung vom 22. untersuchte Hr. Rouher die Frage, welches das System der Berichterstattung über parlamentarische Verhandlungen vor 1852 gewesen, und was die damals eingeführte Gesetzgebung bezweckte. Es soll dargelegt werden, ob das neue Gesetz einen vermittelnden Ausweg zwischen dem Verbot der nicht offiziellen Berichterstattung und dem Recht der freien Diskussion der Verhandlungen eröffnet, und ob, wenn dies der Fall nicht ist, irgend eine Anwendung getroffen werden muß. Daran reiht sich die letzte Frage, ob überhaupt der gesetzgebende Körper kompetent ist, diese Aenderung vorzunehmen.

Bei der Abstimmung wurde das Amendement: „Die Gestattung einer Besprechung der Kammerdebatten in dem Falle, wenn gleichzeitig der amtliche Kammerbericht abgedruckt wird,“ dennoch abgelehnt. Es kommt einem vor, als ob auf die französische Regierungspartei bereits der alte Spruch anwendbar sei: „Wen Gott verderben will, dem nimmt er zuerst den Verstand!“

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	72 1/4 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	66 7/8—67 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 7/8 P. 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	5?3/4—7/8 G.
„	4 1/2 pCt.	44 1/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jährs dto.	93 5/8—3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 P. 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P. 1/4 G
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 3/4 P.
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	96 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 7/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 3/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	76 1/8 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 . .	75 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	732 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	90 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 ? G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264—65 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 5/8 P. 1/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/4 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 1/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8—6/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 3/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 3/8 P. 1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102—1/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/2 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74 1/2 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	155P.
„ do. v. 1864	88 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 1/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	51 1/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/4 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/4 G.

Frankfurt, 25. Februar. Heute herrschte lebhaftes und animirtes Geschäft, nicht nur wie bisher in österreichischen Werthen, sondern auch wieder in Amerikanern. Die letzteren bewahrten dem hohen Goldagio und den per Kabel gemeldeten politischen Nachrichten aus Washington gegenüber (Johnson's Inanklagesetzung durch den Congreß, die jedoch erst rechtskräftig wird, wenn zwei Drittel des Senats sie aussprechen) große Festigkeit. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Rec!!

№ 58.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 27. Februar 1868.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die Geschichte des Malzaufschlags.

Der Vortrag des Abgeordneten v. Morett als Referenten des für die Berathung des Malzaufschlags-Gesetzes gewählten besonderen Ausschusses enthält in seiner Einleitung folgende, nicht uninteressante Geschichte dieses Gefälls.

Schon vor Jahrhunderten mußte die Getränksteuer, namentlich die Besteuerung des Bieres die Mittel schaffen, um Bayern von Schulden zu entlasten, welche durch Kriegskosten entstanden waren. Die Churfürsten Ludwig V. und Friedrich II. von der Pfalz wollten im Jahre 1527 in der Oberpfalz den Bieraufschlag zur Tilgung der Landshuter Erbfolgekriegs-Schulden einführen; allein auf dem Landtage zu Neumarkt waren die Städte dagegen. Bei Gelegenheit des Türkenkrieges drangen aber die Churfürsten durch und so wurde das Umgeld, 36 Kreuzer für jede Sude eingeführt. Durch einen kaiserlichen Freiheitsbrief vom 19. Dez. 1513 wurde den Ständen des Herzogthums Bayern der Bieraufschlag zu 2 Kreuzer vom Münchener Eimer bis zur Ablösung der vom Türkenkriege stammenden Schuld zu 600,000 fl. zugestanden.

Herzog Wilhelm erwirkte im Jahre 1546 einen Freiheitsbrief vom Kaiser Karl V., welcher den Aufschlag ihm zugestand. Im Jahre 1612 erschien eine bayerische Bieraufschlag-Instruktion, nach welcher vom Eimer Bier 17 Kreuzer 1 Heller Aufschlag entrichtet werden mußten. Nach Inhalt dieser Instruktion sollten zu einer Sud Bier 5 Münchener Schäffel eingesprengten Gerstenmalzes genommen und daraus 16 Eimer gebraut werden. Im Jahre 1620 wurde durch ein Generalmandat die Erhebung dieses Gefälles mittelst der von den Bräuern zu zahlenden Kompositionen, bestimmte von denselben abzuliefernde Summen, eingeführt, aber durch Ausschreiben vom 15. Dez. 1535 wieder aufgehoben. Gemäß Generalmandats vom 16. Juli 1723 wurde den Bräuern zugestanden, aus 5 Schäffel eingesprengten Gerstenmalzes 24 Eimer Winter- und 22 Eimer Sommerbier zu brauen, wobei der Aufschlag auf 53 Kreuzer 4 Heller per Eimer regulirt wurde. Den Wirthen war zugestanden, die Maß Bier um 2 Pfennige höher verleitzugeben. Durch Mandate vom 3. August und 17. Oktober 1750 wurde erlaubt, zu einer Sude 6 Schäffel eingesprengten Malzes zu verwenden und daraus 26 Eimer Winter- und 24 Eimer Sommerbier zu erzeugen, zugleich wurde der Aufschlag auf 15 Gulden per Sud herabgesetzt. Gemäß Mandates vom 3. Februar 1751 ist die Landesregierung, um die unverkürzte Einnahme des Gefälles und den Zufluß der Mittel zur Tilgung der Staatsschulden mehr zu sichern, auf das System der Aufschlagserhebung nach dem Maße des zur Mühle gebrachten eingesprengten Malzes übergegangen, hat das Gefäll auf 27 Kreuzer per Metze festgesetzt, die Erholung der Maltpoletten, Visitationen der landschaftlichen Aufschläger u. den Mühlen und gemeinsam mit der Obrigkeit in den Bräuhäusern und Kellern angeordnet, für die Müller wegen unterlassenen Messens des Malzes oder Nichtangabe eines Uebermaßes eine Strafe von 12 bis 50 Reichsthaler, für die Bräuer bei Defraudationen eine solche von 50 bis 300 Reichsthaler festgesetzt und befohlen, geringes Bier um 1 bis 4 Pfennige herabzusetzen, gesundheitschädliches auf öffentlichem Platze auslaufen zu lassen. Ein Biersatz wurde regulirt und zugleich eine Strafe für dessen Ueberschreitung ausgesprochen.

In diesem Mandat ist das System der Malzsteuer angenommen, welches später dem Mandate vom 28. Juli 1807, das bis zum heutigen Tage seine Geltung erhalten hat, zu Grunde gelegt wurde. Durch das Mandat vom Jahre 1807, in welches die kurz vorausgegangene Verordnung vom 24. Sept. 1806 aufgenommen ist, ferner durch die Verordnung vom 27. Jan. 1809, die Aufstellung verpflichteter Mühlknechte betreffend, und durch die Verordnung vom 11. Februar 1811, welche den Aufschlag auf 50 Kreuzer per Metzen feststellt, wurden die Normen zum Theil aus den früheren Verordnungen gesammelt, zum Theil neu geschaffen, welche seit dieser langen Reihe von Jahren die Grundlagen für die Erhebung des für Bayern so einträglichen Gefälles bilden.

Der Malzaufschlag wurde mit dem Mandate vom 28. Juli 1807 auch in den übrigen damaligen Bestandtheilen Bayerns, in

---

Ein Brief aus Abyssinien.

Bei der Zweifelsfrage: ob es der mit großen Opfern unternommenen englischen Expedition nach Abyssinien gelingen wird, den Hauptzweck des Kriegs, die Befreiung der Gefangenen, zu erreichen, dürfte nicht uninteressant sein, was Hr. Cameron selbst (der in Magdala von Kaiser Theodor gefangen gehaltene englische Konsul) in einem kürzlich eingetroffenen und eben von der „Koburger Zeitung" veröffentlichten Brief an Fürst Hermann zu Hohenlohe-Langenburg vom November vor. Jrs. schreibt. Der Fürst war seiner Zeit ein Reisegefährte des Herzogs von Koburg bei dessen Ausflug nach Mittelafrika gewesen, auf welchem sie in Begleitung des Hrn. Cameron auch die abyssinische Grenze überschritten hatten. In Folge dessen hatte damals der Herzog durch Hrn. Cameron dem Kaiser den herzoglichen Hausorden überreichen lassen, wofür sich letzterer in einem seiner Zeit veröffentlichten originellen Schreiben bedankte. Als nun der Herzog später die Gefangenhaltung Camerons erfuhr, wollte auch er eine Diversion zu Gunsten desselben durch ein Privatschreiben an den Kaiser nicht unversucht lassen, und merkwürdig ist es immerhin, daß dieses Schreiben von Aegypten aus, auf Kreuz- und Querwegen durch Innerafrika richtig an seine Adresse gelangt ist. Der Brief des Hrn. Cameron an Fürst Hohenlohe lautet in Uebersetzung:

„Magdala, Abyssinien, im Gefängniß, 6. Nov. 1867. Lieber Fürst Hohenlohe! Sie werden von meiner schnellen Beförderung in der diplomatischen Laufbahn gehört haben, und wie ich, nachdem ich zwei Jahre attaché (par les jambes) war, mich nun als chargé des fers betrachten kann, wenn 20 Pfund Eisen an meinen Füßen mich zu dieser Auszeichnung berechtigen. Ernstlich, ich habe eigenthümliche Dinge erlebt, seit wir uns zuletzt gesehen; aber ich denke, Sie kennen die schlimmsten Details aus einer oder der andern Quelle. England hat gewiß alles gethan, um unsern königlichen Freund zu versöhnen. Wir warten jetzt ruhig, bis Truppen kommen, uns zu befreien. Ich zweifle nicht an dem Erfolge, so lange die Bewegungen rasch sind. Weder der König noch sein Volk haben je wirkliche Gefahren zu bestehen gehabt, und ich bezweifle nicht, daß eine kleine Zahl unserer Leute hinreichen wird, ihnen die Einbildung von ihrer Macht zu benehmen, wenn sie rasch in das Herz des Landes vorrückt. Noch manches andere ist uns günstig, z. B. die Lage Magdala's. Allerdings könnten wir in Gefahr sein, von den hiesigen Soldaten in einer Panik getödtet zu werden; sie haben aber keinen Zufluchtsort, weil sie von Feinden umgeben sind, die ihnen nie erlauben würden, weder sich mit dem König zu vereinigen, noch um unsertwegen Rebellen zu werden. Wir zählen darauf, daß Mitte Januars die Sache zum Guten oder Schlimmen entschieden sein wird, und am Ende sind zwei Monate nicht lange nach vier Jahren in Ketten. Ich höre, daß die abyssinische Angelegenheit in England viel tadelnd besprochen wurde, und so viel ich theilen kann, haben böswillige Leute entweder im Land oder in Aegypten zu beweisen gesucht, daß ich an allem schuld sei. Nichts kann unwahrer sein! Ich kam mit König Theodors Erlaubniß zum zweitenmal nach Abyssinien, und obgleich ich mit der größten Vo.sicht einem Streit mit ihm aus dem Wege ging, da er schon drei Monate zuvor durch die Bastonnade des Rev. Dr. Sterne mit Europa gebrochen hatte, so wurde ich doch am Ende vom Krankenbett aus in Ketten gelegt, weil ich ihm einen sehr respektvollen Brief schrieb, mit der Bitte, mir zu erlauben, auf meinen Posten

welchen bis dahin andere auf Getränke gelegte Konsumtionsabgaben erhoben wurden, dann durch Verordnung vom 14. Sept. 1810 im Fürstenthum Regensburg, durch Verordnung vom 21. Sept. 1810 in der Provinz Bayreuth und in Folge des Gesetzes vom 13. März 1818 auch im Untermainkreise eingeführt.

Süddeutschland.

Bayern. München, 25. Februar. [Eine angebliche „Leidensgeschichte."] In verschiedene norddeutsche Blätter hat unlängst als ein „Hohn auf deutsche Einheit und Freizügigkeit in Bayern" eine „angebliche Leidensgeschichte eines Handwerksburschen", des Satllers Georg Waßmus aus Braunschweig, Eingang gefunden, wonach der Genannte in München von einem Gendarmen als fremder Handwerksbursche erkannt und arretirt, wegen Mangels an Reisegeld eingesteckt, am nächsten Tage wegen Landstreicherei zu 3 Tagen Gefängniß verurtheilt und „sofort" abgeführt worden sei; nach Ablauf der 3 Tage sei er in Kenntniß gesetzt worden, daß er per Schub an die Grenze gebracht werden solle, und am folgenden Morgen zusammen geschlossen mit zwei Verbrechern, wovon „der eine ein Frauenzimmer", nach Gunzenhausen und über Nürnberg und Lichtenfels transportirt worden. In München erhielt, wie der Bericht am Schluß klagt, Waßmus zwar einige Kleidungsstücke, dagegen „nur alle 24 Stunden eine Portion Essen".

Die angezogene Moral dieser „Leidensgeschichte", läßt es der „Südd. Presse", und zwar zunächst zur Information der norddeutschen Leser, nicht überflüssig erscheinen, die zu Grunde liegenden Thatsachen mit folgendem zu konstatiren: Der bezeichnete Handwerksbursche wurde am 5. v. M. in den Straßen hiesiger Stadt als Vagabund in der vollsten Bedeutung des Wortes umherlungernd getroffen, arretirt, nach gesetzlicher Vorschrift innerhalb 24 Stunden dem Stadtgericht vorgeführt, und hier in öffentlicher Sitzung am 6. vor. Mts. wegen Landstreicherei (Art. 88 des bayerischen Polizeistrafgesetzes setzt bekanntlich voraus, daß ein als Landstreicher zu qualifizirendes Individuum nicht bloß ohne Subsistenzmittel arbeitslos umherzieht, sondern auch keine Gelegenheit zu redlichem Unterhalte aufsucht) zu 3tägigem Arrest verurtheilt. Da Waßmus auf sein Berufungsrecht gegen dieses Urtheil ausdrücklich verzichtete, so wurde er natürlich sofort zur Verbüßung der Strafe angehalten und erklärlicher Weise (er wäre ja, freigelassen, überall wieder als Vagant arretirt worden) nach der Landesgrenze in der Richtung seiner Heimath auf den Schub gesetzt. Die Fabel bezüglich des Zusammenschließens mit zwei Verbrechern bedarf schon in Betracht der Transportweise per Eisenbahn keiner Widerlegung. Daß der Arrestant nur alle 24 Stunden eine Mahlzeit bekam (die, wie sich jedermann leicht überzeugen kann, aus Suppe, Fleisch und Gemüse und einer auch für den Abend reichenden Portion guten, nahrhaften Brodes besteht) scheint ebenfalls und um so weniger einer Rechtfertigung zu bedürfen, als nirgendwo eine andere Praxis besteht. Noch sei bemerkt, daß, wenn der sich beklagende Bursche, wie die „Nordhäuser Ztg." anführt, sich ihr anständig aussehend präsentirte, er dieses Aussehen wohl der Kleidung verdankt, die ihm in München zum Ersatze der Fetzen, die er bei seiner Einlieferung am Leibe trug, von Amtswegen angeschafft wurde, und wofür, wie eine neuerliche Mittheilung der Heimathsbehörde desselben besagt, ein Kostenersatz nicht beigetrieben werden kann! Unter diesen Umständen können wir der Warnung vor Wanderschaft in Bayern, welche das bezeichnete Journal an diese „Leidensgeschichte" knüpft, in der That nur den Erfolg wünschen, daß sie uns Bursche von dem Schlage des 2c. Waßmus vom Leibe halten möge.

— [Frhr. J. N. v. Pechmann] war geboren am 7. Jan. 1809 zu Vilsbiburg; seine erste Anstellung erhielt er am 12. Mai 1838 als Aktuar am kgl. bayer. Landgericht Untergünzburg, am 30. Sept. desselben Jahres wurde er zum II. Assesser an demselben Gericht ernannt, am 16. Aug. 1839 zum I. Assesser am Landg. Donauwörth. Unterm 4. Nov. 1845 wurde er zum Landrichter in Berchtesgaden befördert, von da aber schon am 19. August 1846 zur Verwesung der erledigten Stelle des Vorstandes der Polizeidirektion München berufen. Am 19. Dez. 1846 wurde er zum Landrichter in Landshut, aber schon am 17. März 1848 wieder nach München berufen, um die Vorstandschaft der Polizeidirektion zu übernehmen. In dieser Stellung verblieb er bis zum 1. Juni 1850, unter welchem Datum er zum Rath an der Kreisregierung von Niederbayern, K. d. J., ernannt wurde. Am 16. Januar 1858 wurde er zum Direktor der Kreisregierung von Oberfranken, K. d. J., und am 1. Mai 1863 zum Präsidenten der Kreisregierung von Mittelfranken befördert, welche Stelle er bis zum 30. Juli 1866 bekleidete, wo das Vertrauen Sr. Maj. des Königs ihn an die Spitze des Staatsministeriums des Innern berief. Die Brust des Dahingeschiedenen zierte das Komthurkreuz des Verdienstordens vom heil. Michael und das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayerischen Krone.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 24. Febr. [Die Aussöhnung des Grafen Bismarck mit der konservativen Fraktion] scheint trotz Allem noch keine ganz vollständige zu sein. Wenigstens wird der „H. B.-H." offiziös geschrieben:

„Die konservative Fraktion des Abgeordnetenhauses hat in diesen Tagen die Ausgleichung ihrer inneren Spaltungen durch ein Festmahl gefeiert, bei welchem ein begeistertes Hoch auf den Grafen Bismarck ausgebracht wurde. Schon hierdurch ist die Richtung, in welcher jene Ausgleichung sich vollzogen hat, bezeichnet; sie bezieht sich auf die Nothwendigkeit einer treuen Unterstützung der Bismarck'schen Politik. Gleichwohl scheint es, als ob der Ministerpräsident auf einem sprechenderen Pfande der Versöhnung bestehen wollte, indem er nicht glaubt, auf die Unterstützung der Partei mit Sicherheit rechnen zu dürfen, so lange dieselbe der Führung des ehemaligen Finanzministers v. Bodelschwingh folgt. Wie man sagt, besteht er darauf, daß dieser aus dem Vorstande der Fraktion ausscheide."

---

zurückzukehren, wie mir befohlen worden sei. Ich denke übrigens, die Wahrheit wird unterdessen an den Tag gekommen sein, obgleich ich selbst nicht viel geschrieben habe. Haben Sie den gütigen Brief des Herzogs von Sachsen-Koburg gelesen, den er an König Theodor meinetwegen schrieb? Es ist unmöglich, ihm genug dafür zu danken. Er wird sich freuen, zu hören, daß der arme Schiller und seine Gefährten von ihren Handeisen befreit sind. Der König läßt sie für ihn arbeiten, jedoch in Fußeisen. Mit meinen herzlichsten respektvollsten Empfehlungen an den Herzog, die Herzogin und Prinz Leiningen bin ich 2c. C. Duncan Cameron."

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

V. Sitzung am 15. Februar 1868.

1) Herr A. Geigel hielt einen Vortrag über die beim Pulsiren des Herzens durch das Hörrohr wahrnehmbaren Herztöne, besprach die Ursachen ihrer Entstehung im Allgemeinen und ging näher auf eine besondere Modifikation derselben, die sogenannten gespaltenen Töne ein. Auf eine Reihe von Beobachtungen sich stützend, suchte er nachzuweisen, daß dieses Symptom in einer bestimmten Anzahl von Fällen auf das Engste mit einem gewissen Klappenfehler und den hiedurch bedingten abnormen Funktionen des Herzens zusammenhänge.

2) Herr Grenacher berichtet über die Resultate seiner Untersuchungen, die er an einer philippinischen Art der Gattung Gordius sowie an einheimischen angestellt hat.

Dem von Meißner Bauchstrang genannten Organe, das in der neuesten Zeit von Schneider als morphologisches Aequivalent für einen fehlenden Oesophagus aufgefaßt wurde, weist der Vortragende die Stelle eines Homologen der Bauchlinie der Nematoden zu, die es dadurch verdient, daß es in seiner ganzen Erstreckung durch eine schmale Längsspalte des Muskelschlauchs mit der Subcutanschicht der Haut zusammenhängt. — Als Darmkanal erkannte der Vortragende das von Meißner als Excretionsorgan beschriebene Rohr; im Gegensatze zu frühern Forschern fand er eine hintere Oeffnung desselben, die zwar nicht direkt in's Freie, sondern bei beiden Geschlechtern in die Ausführungsgänge der Geschlechtsorgane führt. Beim Weibchen fand sich auf Querschnitten, die von hinten nach vorn zu gewonnen wurden, folgendes: Zuerst liegt der Darm auf der Dorsalseite des viel weiteren Uterus, dessen Wand er dicht vor der Mündung desselben durchsetzt. Weiter nach vorn theilt sich der Uterus in 3 Canäle: 2 seitliche Ovidukte und ein medianes Receptaculum seminis, über welchem der Darm nach vorn zieht. Das Receptaculum wurde auch mit Sperma gefüllt gesehen, in welchem Zustande es den Leibesraum der Dicke nach fast völlig ausfüllte. Nach vorn zu tritt der Darm seitlich von demselben nach unten, bis er zwischen den Bauchstrang und das Receptaculum gelangt, worauf das letztere blind endigt. Neben den als fast verticale Spalten nach vorn ziehenden Oviduktem treten die Ovarien als laterale, solide Zellenstränge auf, mit einem longitudinalen Hilus versehen, in dem der untere Rand der Ovidukte sich verliert. Bei der Reifung der Eier entwickelt sich auf Unkosten der Ovarien das Lumen der Ovidukte; die mit Eiern erfüllten Eileiter wurden von Meißner als Ovarien beschrieben. Die Ovarien und Eileiter reichen bis fast zum Vorderende.

Auch die „Kreuzzeitung" findet es noch für nöthig, die „ängstlichen Gemüther" durch einen höchst drastischen Ausfall auf die Nationalliberalen aufzurichten, welcher die Konservativen überzeugen soll, daß sie allein die Säulen des preußischen Staates sind und bleiben müssen bis an's Ende der Dinge.

— [Zollparlament und Reichstag.] Nach dem + Correspondenten wird das Zollparlament, wie schon aus dem ziemlich spät angesetzten Termine für die Wahlen in Hessen-Darmstadt hervorgehe, wirklich kaum vor dem 24. März zusammentreten können. Bringt man die Schwierigkeit der raschen Constituirung einer neugewählten Körperschaft in Rechnung, so ist nicht wohl anzunehmen, daß das Zollparlament bis Ostern seine Arbeiten vollendet haben werde. Der Reichstag wird danach wohl erst Ende April oder Anfangs Mai sich versammeln und möglicher Weise schon wegen des umfangreichen Gewerbegesetzes bis in den Juni hinein tagen.

— [Zollparlaments-Almanach.] Der bereits in sechster Auflage erschienene „Parlaments-Almanach" von Dr. Georg Hirth in Berlin wird in der so eben vorbereiteten neuen Ausgabe die Zwecke des Zollparlaments speziell im Auge haben, und außer einer Reihe von statistischen Zusammenstellungen, Gesetzen, Aktenstücke ꝛc. biographische Notizen über sämmtliche Mitglieder des Zollparlaments enthalten, wie solche der Almanach bezüglich der Mitglieder des norddeutschen Reichstags, welche bekanntlich zugleich Mitglieder des Zollparlaments sind, gebracht hat. An die in Bayern gewählten Zollparlamentsmitglieder ist bereits vom Verfasser die Einladung ergangen, ihm die benöthigten Personalnotizen mitzutheilen, welchem Ansuchen, wie so eben der Herausgeber der „A. Z." mittheilt, auch schon von vielen Abgeordneten entsprochen worden ist.

Es möchte nicht unpassend sein, im Augenblick, wo alsbald die Abgeordneten der süddeutschen Staaten mit den Mitgliedern des Norddeutschen Bundes als Zollparlament zusammentreten, die Stärke der Fraktionen des Norddeutschen Bundes kennen zu lernen. Dr. Hirth gibt in dieser Beziehung in seinem Almanach folgende Zahlen an: die 293 im ersten ordentlichen Reichstag anwesenden Mitglieder (die gesetzmäßige Mitgliederzahl ist 297) vertheilten sich in der Art, daß die konservative Fraktion 63, die freie konservative Vereinigung 33, die Fraktion des Centrums 13, der bundesstaatlich-konstitutionelle Verein 21, die national-liberale Fraktion 77, die freie Vereinigung 13, die deutsche Fortschrittspartei 29, die Polen 11 Mitglieder zählten; keiner Fraktion gehörten 33 Mitglieder an. An Fraktionen zur Auswahl fehlt es also den süddeutschen Abgeordneten nicht.

Das erste Heft der von demselben Dr. Hirth unter Benützung amtlicher Materialien und unter Mitwirkung von zahlreichen Mitarbeitern herausgegebenen „Annalen des Norddeutschen Bundes und des deutschen Zollvereins für Gesetzgebung, Verwaltung und Statistik" wird umfassende Materialien zu den Berathungen des Zollparlaments bringen und in etwa 14 Tagen erscheinen; unter anderem alle ergänzenden Gesetze und Bestimmungen zum Zollvereinsvertrag vom 8. Juli vor. J.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Februar. [Ein merkwürdiger Militär-Erlaß], der in diesem Augenblicke das Tagesgespräch des Offizierkorps bildet, wird vom „N. Fdbl." mitgetheilt. Der erwähnte Erlaß des Generalkommandos konstatirt vor Allem im Auftrage des Reichskriegsministeriums die Thatsache, daß kürzlich auf der Ringstraße ein junger Kavallerie-Oberlieutenant dem promenirenden Publikum zu allerlei Glossen Veranlassung gab, weil derselbe eine stadtbekannte und noch dazu auffallend keck geputzte Dirne Arm in Arm fast im Triumphe unter die Leute führte. In letzterer Zeit, sagt der Erlaß weiter, ist es bon ton bei einigen Offizieren, bei den notorischesten und ausgelassensten Dirnen als „stete Begleiter" zu fungiren. Der Erlaß präzisirt dieses „stete Begleiter" mit einem Ausdrucke, den wiederzugeben wir unterlassen wollen, der aber in unseren Vorstädten sehr geläufig ist. In gewissen Tanzschulen — dieselben werden namentlich aufgeführt — werden die „gewissen Dirnen" — der Erlaß gebraucht einen viel kräftigeren Ausdruck — rekrutirt, in alle öffentlichen Unterhaltungsorte mit Ostentation eingeführt und zu den obligatorischen Orgien gedungen. Der Erlaß bringt ein vollständiges Verzeichniß „der frechsten unter diesen Dirnen". Der Erlaß erzählt ferner von zwei Dämchen, daß sie sich ausschließlich mit Infanterie abgeben. Vor einigen Tagen seien zwei solche Damen, von zwölf Infanterie-Offizieren begleitet, in einem Gasthause auf der Wieden gewesen und hätten sich so entsetzlich (wir gebrauchen abermals einen milderen Ausdruck) benommen, daß alle Stammgäste davonliefen u. s. w. u. s. w.

Ausland.

Frankreich. [Revolutionäre Erinnerungen] Am 24. Februar, dem einstigen Geburtstag der französischen Republik, brachte der „Courrier français" folgenden Artikel: „Heute sind es zwanzig Jahre, daß eine Revolution die Monarchie in Frankreich zum Falle brachte. Hinsichtlich der Geschäfte befand sich das Land damals in einem blühenden Zustande, den nur die Brodtheuerung von 1847 etwas gestört hatte. Der König war von der Bourgeoisie geliebt; die Königin von den Armen verehrt; die Prinzen waren in dem öffentlichen Colleg erzogen, hatten alle Grade in der Armee und der Marine durchgemacht, ehe ihnen höhere Kommando's anvertraut wurden, sie hatten als wackere Soldaten das Kriegshandwerk gelernt und konnten auf große Ergebenheit rechnen. Die Dynastie war fest begründet. In Aussicht hatte man einen Minderjährigen als König — aber es war der Sohn jenes Herzogs von Orleans, dessen Tod eine nationale Trauer hervorrief, als Regentin war eine Prinzessin bestimmt, die des besten Rufes genoß, einsichtig, gebildet und, was mehr bedeuten wollte, protestantisch war, was in den Augen der Liberalen eine Gewähr gegen den klerikalen Einfluß bot. In Paris befanden sich die aus Afrika zurückgekehrten Regimenter, die den Prinzen um so mehr zugethan waren, als sie dieselben im Feuer gesehen hatten. Das Kommando über die Truppen führte einer der größten Kriegsmänner jener Zeit, der Marschall Bugeaud. Die Kammer der Deputirten

---

Beim Männchen führt die dicht vor dem gespaltenen Hinterende auf der Bauchseite liegende Geschlechtsöffnung in eine umgekehrt flaschenförmige, senkrecht zur Längsaxe stehende, von radiären Muskeln eingefaßte Cloake. Die Vorderwand derselben ist 3fach durchbohrt; in der Mitte vom Darm, seitlich von den beiden vasa deferentia, welche 3 Canäle parallel nach vorn verlaufen.

Eine Mundöffnung ließ sich an solchen Exemplaren, die aus Insekten genommen waren, fast immer mit Leichtigkeit nachweisen, ebenso ein Zusammenhang derselben mit dem Darm; wogegen eine Mundöffnung bei im Freien gesammelten Thieren, namentlich aber ein Uebergang derselben in den Darm, selbst beim günstigsten Erhaltungszustand, regelmäßig vermißt wurde. Der Vortragende glaubt aus diesen Beobachtungen auf Atrophie des Vorderdarms, und mehr weniger vollständige Obliteration der Mundöffnung ungefähr um die Zeit der Auswanderung schließen zu dürfen, was die Widersprüche, die in Bezug auf Mund und Darm in den Angaben der Forscher herrschen, auf's Einfachste erklären würde.

Schließlich hält derselbe die Abweichungen in der Organisation für genügend, um die Gattung Gordius von Mermis völlig zu trennen, und die letztere, trotz mannigfacher Besonderheiten, den eigentlichen Nematoden zuzuweisen, während für die Gattung Gordius eine eigene Unterordnung zu errichten wäre.

3) Herr v. Linhart führte einen jungen Mann vor, der vor 2 Jahren beim Herabstürzen vom Dache eines Brauhauses eine Luxation des Humerus nach rückwärts erlitt. Dieselbe wurde sogleich und leicht eingerichtet; allein es erfolgte keine Heilung des Kapselrisses und es blieb eine sogenannte habituelle Luxation zurück.

Wenn man die Schulter bei frei herabhängendem Arme untersuchte, so fiel sogleich eine Atrophie des Delta-Muskels auf, der Oberarmkopf sank im Schultergelenke allmälig herab, so, daß das Acromion stark vorragte und man im Stande war, zwischen Acromion und Oberarmkopf eine Distanz von mehr als 1 Zoll abzugrenzen. Wenn der Kranke seine kurzen Schulterblattmuskeln anstrengte, wobei er auch das Schulterblatt hob, konnte er den Kopf des Humerus in der Pfanne an seiner normalen Stelle erhalten, so wie aber diese Muskel-Anstrengung nachließ, sank der Humerus herab.

Das Interessanteste an dem Falle war aber das, daß der Kranke die Luxation des Humerus, wenn er wollte, erzeugen konnte. Wenn er den Oberarm mit einem plötzlichen Ruck einwärts rollte und erhob, war die Luxation gemacht. Der Kopf des Humerus stand unter dem Acromion an der Hinterseite des Collum Scapulis, nicht in der fossa infraspinata. Die Gegend der Gelenkpfanne erschien leer, Processus coracoideus ragte sehr hervor und zwischen ihm und dem Humerus-Kopfe war eine tiefe Rinne im Delta-Muskel zu bemerken.

Durch ein einfaches Hängenlassen des Armes richtete sich die Luxation von selbst.

Linhart knüpfte an diese Erscheinung mehrere interessante anatomische und chirurgische Bemerkungen; unter den letzteren erwähnen wir bloß, daß die in Rede stehende Luxation ungemein selten ist und Linhart in den 26 Jahren seiner chirurgischen Studien keinen solchen Fall sah.

---

war — war — nun die Kammer der Deputirten. Einige intelligente und geschickte Köpfe — der Rest Dickbäuche und Dummköpfe. Guizot war erster Minister; er zuckte verächtlich mit den Schultern. Zwei und zwanzig Deputirte, gestützt auf eine Coterie der Bourgeoisie, die eine Erweiterung des Census wünschte, verlangten eine kleine Reform. Guizot zuckte verächtlich mit den Schultern. Dann wollte man ein Bankett halten. Guizot zuckte verächtlich mit den Schultern. Die k. Familie im Schlosse war nachdenklich, aber Guizot, der erste Minister, verachtete und die Vertrauten des Hofes verlachten diese Agitation des Philisterthums; man machte Wortspiele und Calembourgs, der Held von Afrika verlangte die Erlaubniß, mit vier Mann und einem Unteroffizier auszurücken, um die Ordnung wieder herzustellen. Wie das Weitere kam, weiß Niemand. Nur diejenigen, welche eine französische Revolution gesehen haben, sind im Stande, zu bezeugen, daß in jenen Tagen etwas in der Luft lag, das die Eisengitter zerschmetterte, die Steine spaltete und die Menschen tausendweise vernichtete! Zwei Tage nachher war das Haus Orleans gestürzt. Die Republik war proklamirt, auf den Trümmern stand ein Mann und rief: Ich habe das Gericht des Volkes um vierundzwanzig Stunden überholt. Es war Baroche, heute Minister der Justiz und Vertheidiger des Gesetzes gegen die Presse, ein Mann, der nicht an Revolutionen glaubt. Heute sind es zwanzig Jahre! O, Lehren der Geschichte!"

Italien. [Ernste Befürchtungen.] Die Nachrichten aus Italien melden neuerdings von wachsender Agitation auf Sizilien und die Blätter erwähnen das Gerücht, daß sich auf Malta ein Corps im Solde Franz' II. für einen bevorstehenden Feldzug bilde. — Der Florentiner Korrespondent des „Schwäb. Merk." äußert über diese Verhältnisse: „Trotz der beruhigenden Versicherungen der offiziellen Zeitung sieht man hier (Florenz) die Lage der Dinge in Sizilien sehr ernst an. Alle Nachrichten und Privatbriefe sprechen von einer dumpfschwülen Stimmung der Gemüther und von einer allgemeinen Bangigkeit, welche über der gesammten Bevölkerung lagert, wie sie den Schreckenstagen des Septembers 1866 vorangingen. Selbst die „Perseveranza" muß sich von ihrem Palermitaner Korrespondenten schreiben lassen, „daß die Einheit in Sizilien große Gefahr läuft."

Derselbe Berichterstatter bekräftigt noch seine Ansicht mit folgenden leicht verständlichen Worten: „Sie finden hier keinen unparteiischen Menschen, welcher das Land kennt, der Ihnen nicht Nachrichten mittheilte, die Sie mit Schrecken erfüllten. Erstmals handelte es sich um das Uebergewicht dieser oder jener Partei, heute handelt es sich um ganz Anderes; Crispi oder Menabrea bedeuten hier dasselbe. Bis jetzt war man gewohnt, zu sagen, das Uebel erstrecke sich blos auf Palermo und die anstoßende Provinz. Leider ist dies nicht mehr wahr, heute erstreckt sich das Uebel auf die gesammte Insel. Würde ein Todtschweigen genügen, so würde ich nicht sprechen und auch Anderen anrathen, zu schweigen; allein es ist so weit gekommen, daß es zur Bürgerpflicht geworden ist, Regierung und Parlament auf diesen Stand der Dinge aufmerksam zu machen."

Im Neapolitanischen steht es wenig besser. Dort treten die reich mit Geld versehenen bourbonischen Agenten ganz offen auf und künden den allgemeinen Aufstand auf den künftigen Monat Mai an mit der bestimmten Versicherung, daß sich der Bruder des Exkönigs Franz II., Graf von Trani, selbst an die Spitze des Unternehmens stellen werde. In der Stadt Neapel laufen die beleidigendsten Schmähschriften gegen die Piemontesen und die Dynastie Savoyen um. Das Volk wird zu allgemeiner Erhebung und zu blutiger Rache aufgefordert und die Wiederherstellung der neapolitanischen Selbständigkeit und Unabhängigkeit unter Franz II. in Aussicht gestellt. — Die italienische Regierung wird daher vom Parlamente die Genehmigung der Verhängung des Belagerungszustandes über Süditalien verlangen und, wie man wissen will, auch erhalten. Die Generale Fumel oder Govone werden das Commando über die Truppen erhalten, welche dort zusammengezogen werden.

In Palermo wurden an Bord eines Dampfers 38 Säcke neue bourbonische Kupfermünzen weggenommen, die an verschiedene Geschäftsleute adressirt waren. Einige Verhaftungen wurden vorgenommen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Julie Burow †.] Die „N. Bromberger Ztg." berichtet, daß die besonders bei jungen Leserinnen in gutem Ansehen stehende Frau Julie Burow (verwittwete Pfannenschmidt) am 19. d. im Theater vom Schlage gerührt worden und wenige Stunden darauf gestorben ist.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	76 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	67 1/2—1/4 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56 3/8—1/2 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	52 3/4—5/8 G.
„	4 1/2 pCt.	44 3/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 P, 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 3/4 P.
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85 1/4 P. 85 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 P.
NAmerika	6pCt. à 100fr. 1881 D. 2 1/2	76 1/2 P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75—1/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	733 P. 31 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2 P. 94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89 3/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	224 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakt'en . . .	91 3/4 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 3/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 1/2 P. 22 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	67 1/2 P. 67 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 1/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 3/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d'. k. S.	97 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/2 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 3/8 P. 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/4 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74 3/4—1/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137 P. 136 G.
„ do. v. 1864	86 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19 1/4 P.
Badische fl. 35	51 3/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/4 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/2 G.

Frankfurt, 26. Februar. Die Börse hat den stürmischen Charakter der jüngstvergangenen Tage wieder verloren und ist in das Bett des ruhigen Dahinströmens zurückgekehrt. An die Stelle der Variationen um ganze Procente sind wieder die Bruchziffern getreten. In Folge dessen ist das Geschäft auch wieder stiller geworden. Auch heute sind die Veränderungen nicht bedeutend. Von österr. Anlagepapieren wurden nur englische Metalliques etwas besser bezahlt. National und Steuerfreie dagegen waren zu gestrigen Preisen im Umsatz. Von Bankaktien österreichische wie gestern bezahlt, Darmstädter etwas höher. Süddeutsche Effekten eher etwas offerirter. 1882er Bonds bewahrten den Kabeldepeschen gegenüber, wonach die Anlage Johnson's sehr energisch betrieben wird, große Festigkeit. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 59. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 28. Februar 1868.

Zur Politik des bösen Gewissens.

Die sprichwörtlich gewordene nervöse Aengstlichkeit des Dezemberregiments tritt nirgends deutlicher zu Tage, als in dem Verhalten der französischen Regierung gegen die ausländische Presse, in der Summe jener gewaltthätigen Maßregelungen, gegen welche die Petition der Wiener „Concordia" an den gesetzgebenden Körper von Frankreich gerichtet ist:

Es liegt im Wesen und Begriffe jeder absolutistischen Regierung, daß sie vor rechtlich geordneten Verhältnissen einen großen Abscheu hat. Dieser Abscheu tritt namentlich in dem Verhalten der französ. Regierung gegenüber der Presse an den Tag, der inländischen sowohl als der ausländischen. Beide sind in Frankreich im Ganzen nur geduldet und nahezu rechtlos, die letztere noch mehr als die erstere. Während die in Frankreich erscheinenden Blätter, sobald sie sich gewissen harten Bedingungen fügen, mindestens nicht zu befürchten haben, daß man ihnen über Nacht das Lebenslicht ausblase, sind die aus dem Auslande nach Frankreich eingeführten Blätter fast vogelfrei. Sie haben eigentlich kein Recht, in Frankreich zu cirkuliren, so ferne sie nicht eine spezielle Ermächtigung von Seite der Regierung erhalten; bemühen sie sich nicht um eine solche, so ergeht es ihnen wie in früherer Zeit den für vogelfrei Erklärten, d. h. sie werden ausgerottet, sobald die französische Regierung von irgend einer böswilligen Laune befallen wird.

Dieser gänzlich rathlose Zustand führt mitunter zu Vorkommnissen, bei denen man sich fragen muß, ob sie in höherem Grade komisch oder erbärmlich sind. Die französische Polizei, welche ihre Launen hat wie irgend eine andere, läßt z. B. heute ein deutsches Blatt passiren, obwohl dasselbe in einem von der Behörde nicht gelesenen oder nicht verstandenen Leitartikel die That vom 2. Dezember ein Verbrechen nennt. Morgen aber wird dasselbe deutsche Blatt, weil es eine Pariser Korrespondenz bringt, in welcher vielleicht gewisse persönliche Verhältnisse unangenehmer Natur angedeutet werden, mit Eclat confiscirt. Oder es geschieht sogar, daß Artikel in den von auswärts kommenden Blättern beanstandet werden, welche aus französischen Blättern genommen und ihrer Zeit in diesen ohne allen Anstand erschienen sind. Entweder erscheint der ursprüngliche Artikel in einem großen einflußreichen Blatte, welches die französische Behörde zu verfolgen nicht den Muth hat, — oder er ist in einer Weise abgefaßt, daß selbst vor einem französischen Gerichtshofe eine Verurtheilung nur schwer zu erwirken oder daß selbst im Falle einer Verurtheilung das mit dem Prozesse verbundene Aufsehen der Regierung mehr schaden würde, als selbst der beanstandete Artikel. Das Pariser Blatt schlüpft da durch, das deutsche oder belgische Blatt aber, welches den anstößigen Aufsatz nachdruckt, wird an der französischen Grenze rücksichtslos unterdrückt. Die französische Polizei macht in ihrem ganzen Verhalten gegen die auswärtige Presse den Eindruck eines Mannes, welcher den Kopf total verloren hat.

Man sagt, mit dieser maßlosen Strenge sei es vorzüglich auf die belgischen Journale abgesehen, denn der Napoleonismus wolle verhüten, daß die französische Opposition ihre Thätigkeit in diese Journale verlege und durch dieselben, da sie meist französisch geschrieben sind, auf die Bevölkerung Frankreichs wirke. Aber das Regime des 2. Dezember wird durch so kleinliche Mittel die Unzufriedenheit in Frankreich so wenig vermindern können, als es dies durch die Strenge gegen die einheimische Presse im Stande ist. So wenig es der Opposition in der französischen Kammer schadet, daß ihre Reden vor ihrer Veröffentlichung die offizielle Censur des „Moniteur" passiren müßen, so wenig wird es der großen französischen Oppositionspartei schaden, wenn ihr in der Presse der Mund gesperrt wird. Die Unzufriedenheit wird unter der Decke fort und fort glimmen und die Regierung wird nur den Nachtheil haben, daß ihre peinliche Angst vor der Opposition mehr und mehr weltkundig wird.

Wenn der Imperialismus sich nicht bald zu einer freien, festen und würdigen Haltung aufrafft, wenn er nicht zeigt, daß er noch eine Kraft besitzt, die Kraft des Kampfes und des Widerstandes, so kann es geschehen, daß er an einer Krankheit zu Grunde geht, von welcher man bisher weder in der Medizin noch in der Politik etwas wußte — an dem bösen Gewissen!

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. Februar. [**Vertrag mit Nordamerika.**] Die wesentlichen Bestimmungen des am 22. Februar, dem 136. Geburtstage Washington's, in Berlin abgeschlossenen amerikanischen Vertrages haben wir bereits kurz im vorgestrigen „Anzeiger" mitge-

Das Londoner General-Postamt.

Von der großen Masse Derjenigen, welche täglich das große Postamt in St. Martin's-le Grand passiren, kennen wohl nur Wenige das innere Getriebe der riesigen Anstalt, welche Kummer oder Freude den Menschen bringt und für eine kurze Zeit der Bewahrer der Geheimnisse der Correspondenz von Unzähligen ist. Es wird deshalb für Viele nicht uninteressant sein, wenn wir in Folgendem — nach dem in London erscheinenden deutschen Wochenblatt: „Hermann" — eine kurze Geschichte dieses Departements geben, und wählen wir hierfür die Periode seit der Einführung des Pennystempels durch Sir Rowland Hill im Jahre 1840, wodurch die Zahl der Briefe, welche im Jahre 1839 sich auf 75,907,572 belief, schon in dem ersten Jahre nach Einführung der Penny-Briefe auf 168,768,344 stieg, und bis jetzt in einem größeren Verhältniß als die Zunahme der Bevölkerung sich vermehrt hat. Im Jahre 1865 belief sich die Zahl der Briefe auf 724,460,000, die der Zeitungen und Bücher auf 97,250,000, der Muster und Proben auf 280,990,000, oder ein Total von 818,990,000 Gegenständen, welche innerhalb eines Jahres durch das Postamt befördert worden sind, eine Zahl, welche wahrscheinlich am Schlusse des letzten Jahres (dessen Statistik noch nicht veröffentlicht worden ist) auf 100 Millionen gestiegen ist.

Daß die Einrichtung, wodurch es ermöglicht worden ist, diese Myriaden von Briefen pünktlich zu besorgen, eine sehr vollkommene sein muß, läßt sich leicht denken, da sonst die ganze Correspondenz des Landes in die unentwirrbarste Confusion gestürzt werden würde.

Einen höchst merkwürdigen Anblick bietet das Sortir-Zimmer des General-Postamts an einem Freitag-Abend, ehe die Abendpost abgeschickt ist. Um 5 Uhr sind die Brief-Sortirer an ihrem Platze und beginnen die Vertheilung nach den verschiedenen Straßen und Distrikten. Mit erstaunenswerther Schnelligkeit werden diese in die verschiedenen dafür bestimmten Fächer gelegt und abgestempelt. Die gestempelten Briefe sowohl wie die Packete werden in Säcke gethan, versiegelt und um 8 Uhr nach den verschiedenen Eisenbahn-Stationen gesendet. Die Sortirer wissen aber nie, wie viele Arbeit sie im Durchschnitt zu thun haben, da zuweilen Massen von Cirkulairen und kleinen Packeten zur Beförderung gelangen. So z. B. versendete in 1859 die Sacred Harmonic Society und die Crystall-Palastkompagnie in einem einzigen Tage 400,000 Cirkulaire! Die gefürchtetsten Tage sind jedoch der 13. und 14. Februar — St. Valentins Tag. Im Jahre 1866 passirten durch die Generalpost an diesen beiden Tagen allein 897,900 Valentines und im letzten Jahre erreichten dieselben die enorme Höhe von 1,199,142, was der Post eine Revenue von 11,212 Pfd. St. einbrachte.

Für alle diejenigen Briefe, welche nicht zeitig genug sortirt werden können, sowie für diejenigen, welche auf der Route zur Weiterbeförderung mitgenommen werden, sind einige Waggons eingerichtet, in denen das Sortiren geschieht. Dieses „fahrende Postamt" hält zwar nur in längeren Zwischenräumen an, empfängt jedoch und liefert Briefbeutel an alle Stationen, die es passirt, und zwar vermittelst eines eigens von einem Postbeamten dafür erfundenen sinnreichen Apparats.

Rekommandirte Briefe werden immer in einem besonderen grünen Briefsack versendet, und jede Person, welche denselben zur Weiterbeförderung erhält, muß einen Schein dafür ausstellen, wodurch die

theilt. Genaueres über diesen wichtigen Vertrag berichtet heute der +-Korrespondent der „Köln. Ztg.“: Die wichtigste Bestimmung ist, daß jeder in Amerika naturalisirte Norddeutsche, nachdem er sich fünf Jahre in Amerika aufgehalten, von den Regierungen des norddeutschen Bundes als amerikanischer Bürger angesehen wird. Ausgenommen sind, die ein Verbrechen vor ihrer Auswanderung begangen haben, und die fahnenflüchtigen Deserteure. Ein in Amerika naturalisirter Norddeutscher, der nach Norddeutschland zurückkehrt ohne die Absicht, wieder nach Amerika zurückzukehren, wird als auf die Rechte der amerikanischen Naturalisation verzichtend angesehen, und ein längerer Aufenthalt als zwei Jahre in Norddeutschland kann diese Wirkung haben (welcher eine gegentheilige, rechtzeitige Erklärung des Naturalisirten selbstverständlich vorbeugen würde. Diese Bestimmung des esprit de retour oder sans esprit de retour ist augenscheinlich dem Art. 17 des Code Napoleon entnommen). Sämmtliche Bestimmungen sind gegenseitig und unter denselben Bedingungen auf die in Norddeutschland naturalisirten Amerikaner anwendbar. Der Vertrag wegen Auslieferung der Verbrecher zwischen Preußen und Amerika, vom 16. Juni 1852, ist durch den gegenwärtigen Vertrag auf sämmtliche Staaten des norddeutschen Bundes ausgedehnt. Der Vertrag ist auf zehn Jahre abgeschlossen. Für die Ratifikation ist eine Frist von sechs Monaten festgesetzt. Diese wird aber wahrscheinlich schon früher, etwa binnen zwei Monaten, stattfinden. Die Zustimmung des amerikanischen Senates und Repräsentantenhauses, die wahrscheinlich eine einstimmige sein wird, unterliegt so wenig einem Zweifel, wie die des norddeutschen Reichstages. Die ersten Besprechungen wegen des Vertrages sollen übrigens in den vorigen Herbst hinaufreichen. Der Akt wird in allen politischen Kreisen als bedeutsam angesehen und als ein Beweis der guten Beziehungen zwischen dem norddeutschen Bunde und den Vereinigten Staaten.

— Der +-Korrespondent kündigt ferner ein Werk aus seiner eignen Feder mit folgenden Worten an: Heute ist hier eine interessante Schrift ausgegeben worden: „Zwei Jahre preußisch-deutsche Politik 1866—1867. Sammlung amtlicher Kundgebungen und halbamtlicher Aeußerungen, von der schleswig-holsteinischen Krisis bis zur Gründung des Zollparlaments, herausgegeben von Dr. Ludwig Hahn.“ Der Inhalt des Buches ist durch den Titel angezeigt. Alles ist darin sehr übersichtlich geordnet, und diese Materialien umfassen ein so ereignißreiches Stück Geschichte, daß sie in der sorgsamen Zusammenstellung der Aktenstücke, Depeschen, Thron- und Kammerreden sowie der wichtigsten halbamtlichen Artikel ein dramatisches Interesse in Anspruch nehmen und sicherlich viele Leser finden werden. (Dr. L. Hahn ist der Leiter des preußischen Regierungs-Preßbureaus — s. das Feuilleton in Nro. 45 der „N. W. Ztg.“ — und ein Buch von diesem Eingeweihten in die Geheimnisse der Politik mag allerdings sehr interessant sein.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Febr. [Finanzielle Missionsreise.] An die Reise in's Ausland, welche Ministerialrath v. Moser angetreten hat, knüpft man in finanziellen Kreisen allerlei Vermuthungen. Sicheres ist darüber nicht bekannt, doch stimmen die Annahmen keineswegs darin überein, daß dem abgesendeten Ministerialrath die Inscenirung einer neuen, der ersten cisleithanischen Anleihe aufgegeben sei. Im Gegentheile wollen Manche Grund zur Vermuthung haben, daß nicht Dr. Brestel, sondern Frhr. v. Becke, der Reichs-Finanzminister, den genannten Beamten entsendet habe und beigefügt wird, daß Herrn v. Moser's Mission darin bestehe, sich in Betreff der Stimmung zu orientiren, welche im Auslande, zumal dort, wo größere Massen österreichischer Werthpapiere placirt sind, in Betreff des Projektes einer Unification der österreichischen Staatsschuld vorherrsche, denn der 1. Mai ist bekanntlich als der Termin zur Vorlage des Unifications-Planes gesetzlich normirt. Möglich übrigens, daß bei der Mission Moser doch auch das Nothwendige mit dem Nützlichen verbunden ist. Lange kann es auch bis zur Aufhellung dieses Dunkels nicht mehr währen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 25. Februar. [Eine unheimliche Kammersitzung.] Der „Köln. Ztg.“ schreibt man: Die gestrige Sitzung des gesetzgebenden Körpers war eine der unheimlichsten, die wohl jemals in einer parlamentarischen Versammlung stattgehabt. Schon am Morgen war ein bekanntes Mitglied der Majorität, der Abgeordnete Henri Didier, Vertreter des Departements des Arriège, in abenteuerlich-orientalischem Costume zum Staatsminister gekommen, um ihm eine Rede vorzulesen, in der er „der Linken“ einmal die Wahrheit sagen wolle. Rouher ließ die Vorlesung eines ganz uncohärenten Machwerkes über sich ergehen, da er bald erkannte, daß der Vortragende alle Gewalt über sich verloren hatte, und um ihn nicht noch mehr zu exaltiren, gab er seine Befriedigung mit der Rede zu erkennen, eilte aber sofort selbst nach dem Palais Bourbon, um die Linke, Favre, Picard, Simon, Pelletan rc. sofort in Kenntniß zu setzen und sie zu bitten, dem Redner weder zu antworten, noch ihn zu unterbrechen, da es leider keinem Zweifel mehr unterliege, daß man es mit einem wahnsinnig Gewordenen zu thun habe. Bald darauf bestieg auch Didier die Tribune unter dem Zeichen des Kreuzes und überließ sich sodann in der heftigsten, aber unzusammenhängendsten Weise seinen Wuthausbrüchen, so daß die Kammer Mühe genug hatte, „durch Geräusch aller Art“ die Stimme des Redners zu

---

Controle derselben sehr erleichtert wird. Im Jahre 1866 wurden 2,232,000 registrirte Briefe befördert. Die Arbeit der Londoner Briefträger wird durch die absurde Wiederholung der Straßennamen sehr erschwert; als Beispiel diene nur, daß es 50 King-Streets, ebenso viele Queen-Streets, 60 John-Streets, 60 Williams-Streets, mehr als 40 New-Streets u. s. w. gibt.

Die unbestellbaren Briefe vom ganzen Königreiche werden in ein eigends dafür eingerichtetes Departement (der Generalpost gegenüber) abgeliefert, und die Leser werden staunen, wenn sie erfahren, daß dieselben sich im Jahre 1865 auf 3 5 8,000 beliefen. Der Ursachen hiervon gibt es viele, und es erscheint kaum glaublich, daß z. B. im Jahre 1865 12,000 Briefe ohne Adresse zur Post gebracht wurden, und daß diese Briefe Werthgegenstände, wie Cheques, Kassenscheine und Geld, zum Belaufe von 3700 Lstr. enthielten. Ja, einmal wurde die Summe von 5000 Lstr. in Kassenanweisungen in einem an den beiden Enden offenen Packete gesendet, obendrein unrichtig adressirt! Die Naivetät einzelner Adressaten setzt zuweilen selbst die sog. „blinden Leute“ (blind men, eigends dafür angestellte Leute Adressen zu entziffern) in Verlegenheit, denn wie konnten sie wohl den Adressaten ausfindig machen, an den ein Brief, mit einer Brille darin, gerichtet war, der die Aufschrift trug: „Meinem theuren Vater in Yorkshire, in dem weißen Häuschen mit dem grünen Geländer.“

Schlechte Kalligraphie und Orthographie verhindern sehr oft das richtige Bestellen der Briefe. Personen ohne Erziehung machen die Adresse auf einem Briefe oft in einer Zeile, ohne irgend eine Interpunktion, oder sie lassen die Hälfte der Adresse aus, oder kritzeln etwas darauf, was mehr Hieroglyphen als Schrift ähnlich sieht.

Viele unwissende und abergläubische Personen haben eine sonderbare Idee von demjenigen Departement der Generalpost, in welchem die unbestellbaren Briefe abgeliefert werden und das den Namen „Dead Letter Office“ (todte Briefe-Bureau) führt. Sehr häufig kommen Briefe an den Sekretär dieses Departements, mit der Bitte, man möge den Schreibern doch keine Briefe aus dem „Dead Letter Office“ wieder zurücksenden, da dieselben den Tod in das Haus brächten. Eine Person, die sich beklagt hatte, daß 24 Personen in der Nachbarschaft gestorben seien, seitdem ein solcher Brief ihr zurückerstattet worden, bittet den Sekretär, daß er in Zukunft alle derartigen Briefe verbrennen lassen möge, anstatt sie ihr zurückzusenden. Wie es scheint glauben diese Leute, daß der Chef dieses Departements mit Gevatter Tod in unmittelbarer Verbindung steht und Briefe von und für ihn versendet.

Alle unbestellbaren Briefe werden, nachdem sie eine Zeitlang in dem Postamte behalten worden sind, um den Adressaten Zeit zu geben, dieselben zu reklamiren, von den Behörden geöffnet und, wenn dies möglich, den Absendern wieder zugeschickt. Von den 300,000,000 Briefen, welche jährlich durch die Generalpost befördert werden, gelangen nur 3,000,000 nicht an ihre Adresse, oder in anderen Worten, nicht mehr als 1 Brief in 200, oder ein halbes Prozent.

Unbestellbare Briefe, welche Werthgegenstände enthalten, sowie Bücher, werden zwei Jahre lang aufbewahrt, und, wenn nicht reklamirt, in öffentlicher Auktion versteigert. Der Erlös fällt der Lebensversicherungsanstalt für Postbeamte anheim.

Die Revenüen der Post sind jährlich im Steigen begriffen. Nach dem letzten amtlichen Bericht, welcher vom Jahre 1865 datirt, belief sich die Netto-Einnahme auf Lstr. 1,482,522. Der Reingewinn kann jetzt, nach der bisherigen Ratio der Einnahme zu ertheilen, nicht weniger als Lstr. 2,000,000 sein, und der ehemalige General-Postmeister, Lord Stanley of Alderslez, ist der Meinung, daß in wenigen Jahren die Post ebenso viel einbringen wird, als die Einkommensteuer.

übertönen. In der Hitze der Exaltation zerschlug Didier mehrere Bretter der Tribune und mußte schließlich, als er erschöpft zusammensank, aus dem Sitzungssaale getragen werden. Stiller Uebereinkunft gemäß sollte weder der analytische, noch der vollständige Kammerbericht des „Moniteurs“ des Zwischenfalls Erwähnung thun. Da erschien plötzlich Nachts gegen 12 Uhr Herr Didier, mit zwei Revolvern bewaffnet, in den Burcaux des Herrn Dalloz vom „Moniteur“ und verlangte, die Korrektur-Abzüge seiner Rede durchzusehen. Da diese nicht vorhanden waren, und um den Tobenden zu beruhigen, mußte einer der anwesenden Redakteure des stenographischen Sitzungsberichtes einige Phrasen aus dem Gedächtnisse auf das Papier werfen, die Herrn Didier dann alsbald in Korrekturabzügen vor Augen gelegt wurden. Noch in der Nacht aber setzte man die Mitglieder der Linken in Kenntniß von dem, was man dem Protokolle des Moniteurberichtes hatte zufügen müssen, mit der Bitte, den Gegenstand nicht zur Besprechung zu bringen.

Nachdem der Didier'sche Zwischenfall erledigt, verlangte am Schlusse der Sitzung Havin das Wort, um der Kammer das Verdikt des Ehrengerichtes in der Kerveguen'schen Verleumdungssache vorzulesen. Kaum aber hatte Havin begonnen, als sich die Bänke der Majorität der Art zu leeren anfingen, daß der Präsident Jerome David, Angesichts dieser Desertionen, es für gut fand, sich zu bedecken und die Sitzung aufzuheben. Trotzdem blieben die Linke und das linke Centrum auf ihren Plätzen. Auch die Tribünen waren noch gefüllt. Nach Davids Weggang suchte man, jedoch vergebens, nach dem dritten Vicepräsidenten, Dumiral. Da schlug Pelletan vor, aus der Mitte der noch Versammelten einen Präsidenten zu erwählen, ein Vorschlag, der von den Tribünen aus mit dem Rufe: „Es lebe die Republik!“ begrüßt wurde. Kaum aber war dies geschehen, als plötzlich das Gas des Berathungssaales ausgelöscht ward und man das Publikum zwang, die Tribünen zu räumen. Vor dem Palaste des gesetzgebenden Körpers aber sammelten sich Gruppen allerlei Volkes, welche die nach Hause eilenden Mitglieder der Rechten mit lautem Zischen und dem Rufe: „Vive la gauche, vive l'opposition!“ bis hinter das Palais Royal verfolgten. Das war die Bilanz des 24. Februars im Jahre 1868. Die von der Polizei an der Bastille erwarteten Demonstrationen waren ausgeblieben und die in einem Waarenschuppen postirt gewesenen 200 Stadtsergeanten konnten ruhig nach Hause gehen.

Großbritannien. [Der Prinz von Wales] in Osborne bei der Königin zu Besuch! Diese kleine Notiz im Hof-Journal wird Stoff zu Bemerkungen geben, am allermeisten denjenigen, die nicht das Geringste über das wissen, was bei Hofe vorgeht, und nicht die geringste Veranlassung zum Diskretsein haben. Es war jedenfalls recht vernünftig von der Königin, daß sie den Sohn einlud; denn ohne Aufforderung konnte er nicht gut kommen, und daß er von allen seinen Geschwistern am seltensten bei der Mutter gesehen wird, gibt zu Gerede Anlaß, das vermieden werden sollte. Daß die Spannung zwischen Mutter und Sohn nicht erst von neuester Zeit datirt, weiß übrigens Jedermann. Theils wurde sie durch die politische Meinungsverschiedenheit veranlaßt, welche während des schleswig-holsteinischen Kriegs das halbdänische Thronfolgerpaar der deutschgesinnten Königin entfremdete, theils durch häusliche Momente, die bis zu den Lebzeiten des Prinzen Albert zurückreichen und als Familienangelegenheiten sich nicht für öffentliche Besprechung eignen. Wie der Prinz mit seiner Frau lebt und nicht lebt, was er und was ihn treibt, ob er Schulden hat und wie viele, darüber wird allerdings viel gesprochen. Als Privatmann hat er das Recht, zu fordern, daß seine häuslichen Verhältnisse so wenig, wie die eines anderen Privatmannes, in der Presse erörtert werden, als muthmaßlicher Thronfolger aber darf er es nicht übel nehmen, wenn Alle, die ihm wohl wollen, von Herzen den Wunsch aussprechen, daß er sich ernsteren Beschäftigungen und Hausgenossen zuwende, als er bisher gethan. So viel über diesen leidigen Gegenstand zu sagen, muß erlaubt sein, und mehr soll auch darüber nicht gesagt werden.

Nichtpolitische Zeitung.

[Verkehr auf den k. bayerischen Eisenbahnen im Monat Januar 1868]: 300,388 Personen, 253,194 fl. Einnahme; — 3,205,482 Ctr. Frachtgüter, Einnahme hiefür 1,052,703 fl.; — für Bagagen, Equipagen, Thiere 2c. 2c. 31,860 fl. Einnahme; — Gesammteinnahme 1,337,758 fl. — Im entsprechenden Monat des Vorjahres: 325,900 Personen, Einnahme 251,282 fl.; — 2,703,079 Ctr. Frachtgüter, und 901,777 fl. Einnahme; — für Bagagen, Equipagen; Thiere 2c. 2c. war die Einnahme 42,690 fl.; — die Gesammteinnahme 1,195,750 fl. — Sohin heuer weniger 25,512 Personen, mehr 1,911 fl. Einnahme, mehr 502,403 Ctr. Frachtgüter, 150,926 fl. Einnahme, weniger 10,830 fl. Einnahme für Bagagen, Equipagen, Thiere 2c. 2c., Gesammtsumme der Mehreinnahmen 142,007 fl.

Der neue Berggesetz-Entwurf.

München, 27. Februar.

Das der Abgeordnetenkammer vorgelegte Berggesetz erstreckt sich auf das gesammte Gebiet des Königreichs und beabsichtigt demnach, nicht blos sämmtliche Partikularberggesetze diesseits des Rheines, sondern auch das in der Pfalz geltende französische Gesetz vom 21. April 1810 über die Bergwerke, Gräbereien und Steinbrüche zu beseitigen. Es handelt sich hiebei darum, die anerkannten Vorzüge des französischen Bergrechtes mit den bewährten Grundsätzen des deutschen Bergrechtes zu verschmelzen und auf Grundlage der einen wie der anderen Berggesetzgebung ein den Bedürfnissen entsprechendes, neues Gebäude aufzurichten. Der seit dem ersten Erblühen des deutschen Bergbaues herrschende Grundsatz, nach welchem das Eigenthum an Grund und Boden kein Recht über die durch Bergbau zu gewinnenden Mineralien gibt und Jeder auf diese Mineralien vor erfolgter Verleihung einschlagen und schürfen kann, findet in der deutschrecht-

Warnung!

Von der „deutschen Gesellschaft der Stadt New-York“ geht uns folgendes Schreiben zur Veröffentlichung zu:

Wir haben schon früher in unsern Jahresberichten auf die große Sterblichkeit hingewiesen, welche häufig auf den in New-York von Hamburg und Antwerpen ankommenden Segelschiffen sich ereigneten. Wir hatten gehofft, daß die Eigenthümer dieser Schiffe dadurch veranlaßt werden würden, künftig dieselben mit gutem Wasser, Proviant und Medikamenten in solchen Quantitäten zu versehen, daß selbst auf verzögerten Reisen kein Mangel an denselben entstehen könnte. Wir glaubten, daß eine Hindeutung von unserer Seite auf verschiedene andere bestehende Uebel, z. B. die Abwesenheit eines erfahrenen Arztes, die Ueberfüllung der vorhandenen Räume, die schlechte Ventilation und die ungenügende Reinigung derselben, hinreichen würden, dieselben zu beseitigen.

Wir haben uns leider in diesen Erwartungen getäuscht. Die Ankunft im vorigen Sommer des von A. Strauß und Comp. in Antwerpen expedirten Schiffes „Giuseppe Baccarich“ mit 18 Todesfällen, sowie die des vor einigen Wochen eingetroffenen, von R. M. Sloman in Hamburg beförderten Schiffes „Leibnitz“ mit 105 Todesfällen, der Zustand, in welchem die Ueberlebenden hier ankamen, und die Berichte, welche dieselben über ihre Leiden und Entbehrung während der Reise erstatteten, haben uns die Ueberzeugung aufgezwungen, daß es vergeblich ist, an die Menschlichkeit dieser beiden Firmen zu appelliren.

Uns bleibt nur ein Mittel übrig, um, soweit es in unsern Kräften liegt, für die Zukunft solche Leiden und Verluste von Menschenleben zu verhindern, und ergreifen wir dasselbe hiermit, indem wir die deutschen Auswanderer ernstlich warnen, für ihre Reise nach den Vereinigten Staaten sich den Schiffen des Hrn. R. M. Sloman in Hamburg anzuvertrauen.

Es ist höchst wahrscheinlich, daß diese Leute künftig ihre Schiffe durch Mäkler und Agenten anempfehlen lassen, ohne daß ihre Namen dabei genannt werden.

So viel hier bekannt ist, kontrollirt R. M. Sloman alle von Hamburg nach hier abgehenden Segelschiffe, und empfehlen wir deßhalb Auswanderern, so lange dies der Fall ist, nicht mit Segelschiffen von Hamburg aus zu reisen, und wenn sie über Antwerpen gehen wollen, alle Segelschiffe und Dampfer zu vermeiden, mit welchen A. Strauß und Komp. irgend etwas zu thun haben.

Wir machen wiederholt darauf aufmerksam, daß Auswanderer, wenn es ihnen nur irgend möglich ist, besser thun, mit Dampfschiffen zu reisen. Was sie bei Segelschiffen an Geld ersparen, geht durch die längere Zeit, welche die Reise erfordert, durch die größeren Gefahren, welchen sie sich aussetzen, und durch die Leiden und Entbehrungen, welche sie gewöhnlich erdulden müssen, mehr als verloren.

Schließlich wiederholen wir den oft ertheilten Rath an Auswanderer, sich keine amerikanische Eisenbahnbillets in Europa zu kaufen; besonders warnen wir deutsche Auswanderer gegen J. N. Faas in Havre und dessen Unteragenten in Süddeutschland.

Wir hoffen, daß die deutsche Presse Obigem die größte Verbreitung geben wird.

Philipp Bissinger, Präsident.

W. Wallach, Sekretär.

lichen Bergbaufreiheit seine Begründung und ist in dem Gesetzentwurfe ebenso, wie das Finderrecht beibehalten.

Von dem vielfach angefochtenen, manche Unklarheit erzeugenden und dem französischen Bergrechte durchaus fremden Begriffe des Bergregales ist in dem Gesetzentwurfe vollständig abgesehen, da die daraus für die Staatsgewalt abgeleiteten Befugnisse, soweit deren Aufrechthaltung dermalen noch nothwendig erscheint, eine ausreichende Grundlage in den allgemeinen Hoheitsrechten finden. Im Zusammenhange mit der allgemeinen Bergbaufreiheit ist der bisher schon bestandene gesetzliche Betriebszwang in dem Gesetzentwurfe nur insoweit beibehalten worden, daß der Bergwerkseigenthümer lediglich dann zum Betriebe verpflichtet sein soll, wenn dem Nichtbetriebe nach der Entscheidung der Bergbehörden überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles entgegenstehen und wenn deßhalb von den Bergbehörden eine entsprechende Aufforderung erlassen ist.

Im Uebrigen soll der Bergbauindustrie volle Selbständigkeit im Betriebe und in der Wahrnehmung ihrer Privatinteressen gewährt und die Thätigkeit der Bergbehörden auf die Ueberwachung der mitberührten öffentlichen Interessen beschränkt werden. Für den Erwerb des Bergwerkseigenthumes schlägt der Entwurf vor, den Weg der deutschrechtlichen Muthung und Verleihung beizubehalten und das Verfahren dadurch zu vereinfachen, daß von dem Nachweise der Bauwürdigkeit und Verbreitung des gemutheten Mineralvorkommens, desgleichen von dem Ermessen der Bergbehörden bei Feststellung der Feldesgröße und Feldesgrenzen abgesehen, auch unter Aufhebung der bisherigen verschiedenartigen Feldesverleihung nach Längen- und Geviertfeld nur eine einzige Art der Feldesbegrenzung durch gerade Linien auf der Oberfläche und durch senkrechte Ebenen in die ewige Teufe zugelassen werden soll. Das verliehene Bergwerkseigenthum soll durch ein einfaches Publikations- und Präklusionsverfahren unmittelbar nach Ausfertigung der Verleihungsurkunde vor künftigen Ansprüchen angeblich besser Berechtigter gesichert und dadurch in seinem Werthe gehoben werden. Der Entwurf schlägt ferner vor, das Bergwerkseigenthum durch besseren Schutz der Hypothekgläubiger bei Vereinigung mehrerer Gruben, durch Entlastung von Mitbaurecht und Freikuxen, durch Ausschließung der Verleihung von Erbstollenrechten und durch Beschränkung der Entziehung des Bergwerkseigenthums auf den Fall des gesetzwidrigen Nichtbetriebes dem civilrechtlichen Eigenthum bezüglich der Sicherheit und Creditfähigkeit gleich zu stellen.

Für das Rechtsverhältniß der Mitbetheiligten eines Bergwerkes ist die Form der Gewerkschaft in erster Reihe aufrecht zu erhalten empfohlen, jedoch der Selbstbestimmung der Betheiligten auch die Annahme jeder anderen Gesellschaftsform freigelassen und durch die Mobilisirung der Kuxe Erleichterung des Verkehrs und Verbesserung des Realkredites der Bergwerke angestrebt. In dem Verhältnisse des Bergbaues zum Grundeigenthume hat sich der Gesetzentwurf die Aufgabe gestellt, beiden Theilen mehr gerecht zu werden, als dies die frühere Gesetzgebung gethan, und die Interessen des Grundbesitzers gegenüber dem Bergbaue auf der Grundlage der auch für sonstige Verhältnisse bestehenden Grundsätze des bürgerlichen Rechtes besser zu wahren. Von der Vorschrift des älteren Rechtes, nach welcher die Bergbehörde von Amtswegen auch die Nachhaltigkeit des Bergbaues wahren und den sogenannten Raubbau hindern soll, hat der Gesetzentwurf Umgang genommen.

Zu allen Zeiten wurde anerkannt, wie wesentlich der Staat dabei betheiligt sei, daß dem Bergmann bei seinem schweren und gefahrvollen Berufe die Aussicht auf Erleichterung seines Looses in Krankheit und Alter für sich selbst sowohl, als für die Seinigen gewährt werde. Der Gesetzentwurf behält daher das deutschrechtliche Knappschaftswesen bei, überträgt es auf die Pfalz und sucht es dadurch weiter auszubilden, daß den Knappschaftsvereinen größere Selbständigkeit eingeräumt und das Aufsichtsrecht der Bergbehörden auf das wirkliche Bedürfniß beschränkt wird.

Im Gebiete der Bergpolizei hat der Entwurf die Befugniß zum Erlaß bergpolizeilicher Anordnungen, sowie deren Vollzug im Allgemeinen geregelt.

Um die Rechtsverhältnisse des bereits bestehenden Bergbaues unbeschadet wohlerworbener Rechte allmälig mit den neuen Grundsätzen des Entwurfes in Uebereinstimmung zu bringen und die Grenzen der Anwendbarkeit der alten und neuen Vorschriften auf gewisse Gegenstände festzustellen, sind die erforderlichen Uebergangsbestimmungen aufgenommen worden.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

Nizza, 27. Februar, Nachmittags. Befinden Königs Ludwig I.: Nachts Schlaf öfters unterbrochen, weder allgemeine noch örtliche Besserung. Zustand bleibt fortwährend sehr ernst.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	79 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$67\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$56\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$44\frac{1}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{7}{8}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. In. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	$75\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	732—31 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—$94\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{7}{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. K. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakten . . .	$91\frac{7}{8}$ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{7}{8}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264—63 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$122\frac{1}{2}$ P. 22 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$67\frac{1}{2}$ P. 67 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$76\frac{1}{2}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$120\frac{5}{8}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{7}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{1}{4}$ P.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{4}$ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839 .	$144\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$75\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$186\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864	$85\frac{3}{4}$—$\frac{1}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{7}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	141 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$36\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$26\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$82\frac{3}{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 27. Februar. Die Ultimo-Liquidation wickelte sich bei sehr flottem Geldstande leicht ab. In Creditaktien fehlten Stücke, Amerikaner waren zu billigem Zinsfuß leicht zu placiren. Obwohl Mobilier in Prolongation gesucht waren, wurden sie doch auf schlechtere Wiener Course auf Ultimo billiger abgegeben. Auch Staatsbahn, Loose und Steuerfreie gaben im Course nach. 1882er Bonds verkehrten Anfangs in fester Haltung auf besseres Goldagio, blieben jedoch am Schlusse ebenfalls matter. Pacific-Bonds wurden mit $67\frac{1}{2}$ bezahlt. Süddeutsche waren um Bruchtheile billiger zu haben. Devisen beliebt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 60.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 29. Februar 1868.

Bayerischer Landtag.

Nachruf dem verlebten Minister Pechmann. Nothcivilehe. Unbeschränkte Religionsübung.

München, 28. Februar.

In der gestrigen 68. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten gab vorerst Präsident Pözl ein Schreiben bekannt, wodurch der mit der interimistischen Leitung des Staatsministeriums des Innern allerhöchst betraute Minister v. Greßer die ihm obliegende schmerzliche Pflicht erfüllte, das Präsidium der Kammer von dem am Montag erfolgten Ableben des Staatsministers Frhrn. v. Pechmann in Kenntniß zu setzen.

Hieran knüpfte Präsident Pözl folgenden höchst ehrenvollen Nachruf: „König und Land haben an dem Manne, von dessen Ableben ich Sie eben offiziell in Kenntniß zu setzen die betrübende Verpflichtung hatte, nicht bloß einen musterhaft treuen und gewissenhaften, sondern auch einen aufopfernden hingebenden Beamten verloren. Frhr. v. Pechmann war ein Patriot in des Wortes wahrster und vollster Bedeutung, das Wohl des Vaterlandes ging ihm über Alles. Es ist nicht an der Zeit, heute alle die Verdienste zu schildern, welche der Verlebte sich um das Vaterland erworben hat, nur Eines lassen Sie mich hervorheben; Frhr. v. Pechmann war es, der die bayerische Sozialgesetzgebung zum Abschluß brachte und die betreffenden Vorlagen der Kammer zur Berathung und Beschlußfassung unterbreitete. Es war ihm leider nicht gegönnt, den vollen Abschluß dieses seines Werkes zu erleben und sich an den Früchten desselben zu erfreuen. Wir Alle aber, die wir Pechmanns warmen Eifer für das Zustandekommen dieses Werkes kennen zu lernen Gelegenheit hatten, werden ihm stets ein dankbares Andenken bewahren und sein Name wird mit Ehren glänzen in der Geschichte der bayerischen Gesetzgebung.

Nun begann die Berathung über den Gesetzentwurf, die Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörenden Personen betr.; der Hauptzweck dieses Gesetzentwurfs ist der, den zu keiner anerkannten Religionsgesellschaft gehörigen Personen überhaupt die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe als Ausübung eines vom religiösen Glaubensbekenntnisse unabhängigen Rechtes zu ermöglichen, wobei die Ehe zunächst nur in ihrer Eigenschaft und Bedeutung als Rechtsinstitut in Betracht zu ziehen ist, die religiösen Beziehungen dagegen dem Gebiete des inneren kirchlichen Lebens und dem Gewissen der Betheiligten anheim gestellt bleiben müssen. Das zu erlassende Gesetz soll auch nur eine vorläufige Aushilfsmaßregel gewähren. Referent Dr. M. Barth, welcher die allgemeine Debatte einleitete, verwies lediglich auf seinen gedruckt vorliegenden Vortrag, worin er u. A. darlegt, daß charakteristische Merkmal der Civilehe im Gegensatz zur kirchlichen sei nicht das, daß sie von einem Beamten des Staates legalisirt wird, sondern daß sie ohne Mitwirkung der Kirche zu Stande kommt. In diesem Sinne habe die Civilehe das ganze Mittelalter hindurch bestanden. Nirgendwo habe die Civilehe, welche ja die kirchliche Trauung nicht ausschließt, das kirchliche Leben geschädigt. In unserer Rheinpfalz habe man Anfangs die Civilehe nicht mit günstigen Augen angesehen, es seien dort auch allerdings Fälle vorgekommen, daß eine Ehe einseitig nur vor dem Maire, nicht aber auch vor dem Geistlichen abgeschlossen wurde, es seien aber immer nur antikirchliche Freigeister, welche grundsätzlich die religiöse Weihe für ihren Ehebund verschmähten, oder solche gewesen, welche der Kirche die Einsegnung gar nicht ansinnen durften, wie geschiedene Katholiken oder ehemalige katholische Geistliche. Von Jahr zu Jahr seien dann die einseitig bloß bürgerlich abgeschlossenen Ehen immer seltener geworden, und seien jetzt eine große Seltenheit. Die langjährige Erfahrung habe den Beweis geliefert, daß in der Pfalz die Ehe in ihrer religiösen Bedeutung durchgängig keine eigentliche Einbuße erlitten habe. Das kirchliche Aufgebot werde nachgesucht, ungeachtet es für die bürgerliche Abschließung der Ehe keine Bedeutung hat, und der Brautzug begebe sich in der Regel unmittelbar vom Rathhause in die Kirche, so daß also kirchliche und bürgerliche Trauung am nämlichen Tage stattfinden. Wenn in einzelnen Fällen die kirchliche Trauung erst einige Tage später erfolge, so gehe doch die Braut mit dem Bräutigam nicht in seine Wohnung, ehe die kirchliche Trauung vollzogen ist. Auch die Zahl der Ehescheidungsklagen spreche in der Pfalz nicht gegen das Institut der Civilehe. Solche Klagen, geschweige wirkliche Scheidungen seien daselbst verhältnißmäßig selten und ohne Vergleich seltener als im diesseitigen Bayern; ebenso selten seien bekanntlich auch verhältnißmäßig die unehelichen Geburten. Die Vorurtheile gegen die Civilehe, welche jetzt noch bei uns bestehen, würden verschwinden, wenn die Einrichtung einmal in korrekter Weise bestehe und wenn die Leute aus ihren Früchten sich überzeugen, daß sie das Schlimme nicht in ihrem Gefolge habe, was sie davon erwarten.

Dr. Ruland erklärte, daß der Standpunkt, den er gegenüber diesem Gesetzentwurfe einnehme, ein negativer sei. Er könne für den Entwurf nicht stimmen, weil er der katholischen Kirche mit Ueberzeug-

Seltsame Parteien.

Der Glaube, einen eigenen Herd zu besitzen, ist in der Regel ein ebenso flüchtiges Wahnbild der Phantasie, wie die weinlaubumrankte Hütte, nur groß genug für Ein liebendes Paar, das außer den weißen Täubchen auf dem Dache keinen störenden Mitbewohner seines Glückes duldet. Das Leben gleicht überall mehr dem prosaischen Treiben in einem fünfstöckigen Zinshause, zwischen dessen dünnen Wänden ein Volk im Kleinen wohnt, verschieden nach Charakter, Beschäftigung und Verhältnissen, sich suchend, meidend und reibend. Das Gewimmel ihrer Kinder ist zu groß, als daß Mutter Natur mit dem Geschenke einer stillen Hütte so freigebig sein könnte, und allerorten heißt es sich drängen, schmiegen und biegen. Andererseits widerstrebt ihr auch einförmige Ruhe; nicht scheue Einsiedler, nicht friedliche Colonien von Gleich und Gleich sind nach ihrem Geschmacke. Die Taube muß neben dem Falken wohnen; mit dem Nachtigallenschlag muß das Rabenlied wechseln, damit auch das Thierleben ein so buntes Bild biete, wie die mit hundertfarbigen Blumen geschmückte Wiese. So kommt es, daß wir in Luft und Wasser, in Feld und Wald fast noch häufiger ähnliche Zinshäuser finden, wie in den Menschenstädten, und wir laden den Leser ein, ein ge- derselben sammt den seltsamen Parteien, die sie beherbergen, mit uns zu betrachten.

Meister Grimmbart hat sich in einem neuen Bau behaglich niedergelassen. Mit vielem Schweiß, nach wochenlangem Graben, Schaufeln und Schieben hat er in sicherer Tiefe eine weitverzweigte Wohnung angelegt, hat sein Schlafzimmer mit weichem Moos sorglich ausgepolstert, um, fern von Weib und Kind, ungestörter Beschaulichkeit und Geistessammlung zu obliegen. Soeben hat er diese Uebungen mit einem Schläfchen eingeleitet, da trabt Reinecke an der Thüre seines Hauses vorüber. Geächtet und gehetzt, mit genauer Noth dem Blutbanne entronnen, irrt er obdachlos umher. Zu viele geniale Gedanken und Pläne durchkreuzen sein Gehirn, zu gebieterisch tritt die Nothdurft des Lebens mit hundert Anforderungen an ihn heran, als daß der vielgeprüfte Denker seine kostbare Zeit mit dem prosaischen und langweiligen Graben einer Höhle verlieren könnte. Er weiß, in seines Vetters Hause sind viele leerstehende Gänge und Gemächer, welche an Comfort denen in Malepartus nichts nachgeben, und doch ist freiwillige Gastfreundschaft von dem oft beleidigten und mißhandelten Hausherrn so wenig zu hoffen, als es rathsam wäre, in den Bereich seiner Krallen und Zähne sich zu wagen; die Anwendung der unsaubern List, dem reinlichen Vetter die Wohnung zu verleiden, bietet keine Aussicht auf sicheren Erfolg*) und ist jedenfalls zu zeitraubend. Aehnliche Erwägungen mögen Reinecke's Lauf Halt gebieten, denn nachdem er nochmals vorsichtig Rundschau gehalten und sich platt auf

*) Die allgemein verbreitete Sage, der Fuchs vertreibe durch seine übelriechende Losung den Dachs aus seinem Baue, ist noch nicht ganz sichergestellt; dagegen ist gewiß, daß Dachse in verlassenen Fuchsbauen öfters überwintern, was gegen die Wahrscheinlichkeit jener Angabe einiges Bedenken erregt.

ung angehöre und weil der Gesetzentwurf den Dissidenten die Eheschließung gestatte mit Angehörigen jeder Religionsgesellschaft. Würde es heißen, daß sie nur unter sich oder mit solchen Religionsgesellschaften, die ihren Dogmen nach eine solche Ehe eingehen können, Ehen schließen können, dann wäre Redner auch für den Entwurf. Es sei und könne nicht Aufgabe der Kirche sein, gegen staatliche Bestimmungen irgendwie die Leute aufzuhetzen, aber ebensowenig dürfe es Aufgabe des Staates sein, Konflikte hervorzurufen, welche höchst beklagenswerth wären.

Kolb ist der Ueberzeugung, daß man das Wesen der Civilehe von beiden Seiten verkennt. Man erblicke immer in der Civilehe eine Unterwerfung der Kirche unter die weltliche Gewalt. Allein durch die Civilehe solle keine solche Unterwerfung und auch kein Konflikt herbeigeführt, sondern vermieden werden. In Frankreich sei die Civilehe eingeführt worden nicht wegen Priestermangels, sondern im Interesse des großen Prinzips der Trennung des geistlichen vom weltlichen Theile der Ehe. Der Staat habe nur ein Interesse, den weltlichen Theil der Ehe zu regeln. Bischof Geissel habe ihm (Redner) gegenüber selbst geäußert, er sei mit der Civilehe vollkommen einverstanden. Auch die Resultate der Civilehe seien sehr befriedigend, in der Pfalz komme 1 Trennung auf 400 Trauungen, in Unterfranken 1 Trennung auf 373, in Oberfranken 1 Trennung auf 186, in Oberbayern 1 Trennung auf 93 Trauungen. Der Gesetzentwurf befriedigt den Redner nicht, aber er nimmt ihn gerne als Abschlagszahlung an.

Domkapitular Dr. Ant. Schmid ist gegen den Gesetzentwurf, weil er glaubt, daß sich derselbe zu der obligatorischen Civilehe verhält, wie die Gewerbsinstruktion von 1853 zur Gewerbefreiheit sich verhielt. Lieber gleich die obligatorische Civilehe, als diesen Gesetzentwurf.

Nach dem Schlußworte des Referenten Dr. M. Barth, welcher noch betonte, daß die Kirche in ihren Rechten durchaus nicht geschädigt werden solle, und daß man zwischen dem bürgerlichrechtlichen und dem sittlichreligiösen Standpunkte unterscheiden müsse, begann die spezielle Berathung des Gesetzentwurfs. Dr. M. Barth bemerkte hier, daß der Ausschuß keine materiellen, sondern eigentlich nur redaktionelle Aenderungen am Regierungsentwurfe vorgenommen habe. Die einzelnen Artikel wurden auch sämmtlich bis auf den letzten (Art. 29), welcher gestrichen wurde, fast ohne Debatte und schließlich bei namentlicher Abstimmung der ganze Gesetzentwurf mit 93 gegen 27 Stimmen angenommen.

Hieran reihte sich die Berathung über den Antrag Brater's und Genossen: „Es sei an Se. Maj. den König die allerehrfurchtsvollste Bitte zu richten, es wolle dem Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher 1) den Mitgliedern der von der Staatsregierung nicht ausdrücklich anerkannten Religionsgesellschaften die gemeinsame Religionsübung und die Ordnung ihrer inneren Angelegenheiten im Sinne der II. Verfassungsbeilage § 33, 31 und 38 gewährleistet; 2) die Ungleichheit der bürgerlichen und politischen Rechte, soweit sie zur Zeit noch durch das Glaubensbekenntniß bedingt ist, aufhebt; 3) allen Staatsangehörigen ohne Unterschied des Glaubensbekenntnisses die Eingehung einer rechtsgiltigen Ehe möglich macht."

Der 4. Ausschuß schlägt dagegen vor: a) „es sei an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, es wolle dem Landtage ein Gesetzentwurf vorgelegt werden, welcher den Mitgliedern der nicht ausdrücklich genehmigten Religionsgenossenschaften die gemeinsame Religionsübung und die Ordnung ihrer inneren kirchlichen Angelegenheiten gewährleistet;" b) die Ziffer 2 des Antrags als bei der dermaligen Sachlage gegenstandslos zu erachten; c) die Ziffer 3 des Antrags in folgender erweiterter Fassung zur Annahme zu empfehlen: Es sei an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten: dem Landtage einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wonach die Civilehe als die einzige rechtsgiltige Form der Eheschließung für alle Staatseinwohner erklärt und eingeführt wird."

Nachdem Referent v. Münch zunächst den Antrag unter a zur Annahme empfohlen hatte, erklärte Brater, daß er seinen Antrag zu Gunsten des Ausschußantrages zurückziehe, welcher sich gleichfalls auf ein Bedürfniß gründe.

Pfarrer Thomas Bölk bekämpfte den Antrag in sehr ausführlicher Rede. Haben solche Religionsgesellschaften einmal bei uns Boden gefaßt und sich ausgebreitet, glaubt man, daß dann noch irgend eine Macht im Stande sei, die Folgen abzuwehren, die daraus mit Nothwendigkeit hervorgehen müssen? Heute handle es sich darum, der Staatsgewalt die Mittel nicht zu entziehen, die hier nothwendig sind, um das Einschleichen von Elementen zu verhindern, welche die Existenz des Staates untergraben könnten.

Dr. v. Hoffmann ist für den Antrag. Der Staat, d. i. die weltliche Obrigkeit habe keinen Grund, das religiöse Bekenntniß zu prüfen, auf welches sich eine Religionsgesellschaft gründen will; was für die weltliche Obrigkeit von Belang ist, das seien die sittlichen Früchte eines religiösen Gemeinlebens; wird dieses staatsgefährlich, dann habe der Staat einzuschreiten. Ist unser Volk im christlichen Glauben so fest, daß es an solchen religiösen Genossenschaften Anstoß nimmt, dann sei keine Gefahr, wenn solche Gesellschaften entstehen. Wird für solche Gesellschaften freie Bewegung gestattet, dann werden auch die größeren kirchlichen Gemeinden die Befreiung von der staatlichen Bevormundung verlangen. Freiheit auf dem Gebiete der bürgerlichen Ordnung, aber auch Freiheit auf dem kirchlichen Gebiet, das sollte unser Loosungswort sein!

Dr. Ruland stellt sich auf den Standpunkt unserer Verfassung, der heute der einzig richtige sei, und kann von da aus dem Antrag nicht zustimmen. Der Antrag wolle eine angeblich dringliche Angelegenheit auf dem Wege des Gesetzes regeln, allein das verlangte Gesetz sei nicht vereinbar mit den Grundbestimmungen der Verfassung und mit dem Bestand eines Landes und dann sei das verlangte Gesetz kein wirkliches Bedürfniß. Dasselbe beeinträchtige im Kronrecht und rufe einen unheilvollen Kampf der verschiedenen Culten hervor. Soll die Staatsordnung geschützt werden, so dürfe in den Satzungen der Religionsgesellschaften nichts enthalten sein, was gegen die Staatsgesetze ist, und eben deßhalb kann man auch nicht von vorherein aussprechen, daß jede religiöse Gesellschaft schon kraft des Gesetzes bestehen dürfe. Der verstorbene Kultusminister habe mit Recht gesagt, daß die Staatsregierung diesem Brater'schen Antrage aus prinzipiellen Gründen und weil kein Bedürfniß vorliege, durchaus verneinend gegenüberstehe. Dr. A. Schmid erklärte sich gleichfalls gegen

---

den Boden gedrückt, steckt er erst vorsichtig den Kopf in die Höhle und verschwindet allmälig, durch des Vetters lautes Schnarchen ermuthigt, in deren Eingange. Bescheiden wählt er sich das von Grimmbart's Kessel entfernteste Gemach und thut sich darinnen häuslich nieder — das lose Weltkind in dem Hause des Einsiedlers! Gar bald mag Grimmbart an verschiedenen Anzeichen merken, was für einen sauberen Miethsmann er in den obern Stockwerken beherberge; ohne Zweifel wird des Letzteren Humor es an allerlei Possen und Streichen nicht fehlen lassen, die dem Ruhe liebenden Hausherrn gar bald sein so mühselig erbautes Haus verleiden und gefährden. Doch was läßt sich gegen einen solchen Streich ausrichten, dessen List ebenso zu fürchten ist, als er seinerseits jede Begegnung in den schmalen Gängen zu vermeiden weiß. So muß sich Grimmbart gedulden, bis Reineke's Sündenübermaß entweder seinem Dasein oder seinem Aufenthalte in der Gegend ein Ende macht. Kann wohl ein geistliches Zinshaus größere Extreme beherbergen?

Der Wanderer in den Prairien Nordamerikas zieht oft tagelang zwischen niedrigen, mit frischem Rasen bedeckten Erdhügeln hin, welche von den Eingebornen „Dörfer der Prairiehunde", etwas kaum über einen Schuh langen, niedlichen Murmelthiere, genannt werden. Möllhausen entwirft uns ein anziehendes Bild von diesen Ansiedlungen und ihren Bewohnern. Aufrecht wie ein Eichhörnchen, mit wedelndem Schwänzchen, ist auf der Spitze jedes Hügelchens ein Wachtposten ausgestellt, dessen Bellen die Bevölkerung von dem Nahen jeder Gefahr unterrichtet und wie mit einem Zauberschlage verschwinden macht. Unter solchem Schutze obliegen die übrigen sorglos dem Geschäfte der Ernährung oder dem Vergnügen. „Ein älteres Mitglied", schreibt der genannte Autor, „von sehr gesetztem Aeußern stattet dann wohl einen Besuch bei dem Nachbar ab, der ihn auf seinem Hügel in aufrechter Stellung, mit wedelndem Schwänzchen erwartet und dem Besucher an seiner Seite Platz macht. Beide scheinen nun durch abwechselndes Bellen sich gegenseitig Gedanken und Gefühle mittheilen zu wollen; sich fortwährend eifrig unterhaltend, verschwinden sie in der Wohnung, erscheinen nach kurzem Verweilen wieder, um gemeinschaftlich eine Wanderung zu einem entfernter lebenden Verwandten anzutreten, welcher nach gastfreundlicher Aufnahme an dem Spaziergange theilnimmt. Sie begegnen Anderen, kurze, aber laute Begrüßungen finden statt, die Gesellschaft trennt sich und Jeder schlägt die Richtung nach der eigenen Wohnung ein. Stundenlang könnte man, ohne zu ermüden, das immerwährend wechselnde Schauspiel betrachten." Mehr jedoch als die liebenswürdigen Manieren der Prairiehunde zieht den Beobachter die Entdeckung an, daß ihre Baue nicht selten zwei sehr sonderbare Gäste beherbergen, die Höhlen-Eule und Klapperschlange, zu welchen sich in den oberen Prairien von Arkansas auch der gehörnte Frosch gesellen soll. Das Verhältniß zwischen dem Prairiehunde und der ersteren, welche in Südamerika auch die Baue

den Antrag, Krausold, Kolb und Dr. Völk aber sehr warm für denselben.

Staatsminister v. Gresser: Der vorliegende Antrag bezwecke eine Abänderung der §§ 26 und 27 der II. Verf.-Beilage. Wenn es sich um Aenderung der Verfassung handelt, müsse man zunächst die Frage des Bedürfnisses in Erwägung ziehen. Außer den 500 Deutschkatholiken bestehe in Bayern keine Gesellschaft, die nicht anerkannt sei. Wenn Redner die Zahl 500 betone, so wolle er damit nicht gesagt haben, daß diese 500 keine Rechte haben sollen: es gebühren diesen 500 dieselben Rechte, als wenn es ebenso viele Tausende wären, — allein worin bestanden denn ihre bisherigen Beschwerden? Diese sind laut geworden wegen Schmälerung der politischen und bürgerlichen Rechte. Die politischen Rechte werden den freien Gemeinden durch die neue Gemeindeordnung eingeräumt, das einzige bürgerliche Recht, einen legalen Familienherd zu gründen, würde durch das heute berathene Gesetz gewährt, es bleibt also nur noch übrig gemeinsame Religionsübung und die Regelung der inneren Angelegenheiten. Nach den thatsächlichen Verhältnissen ist auch in dieser Beziehung durch das Vereinsgesetz das Erwünschte den freien Gemeinden gewährt. Somit befinden sich die Mitglieder der freien Gemeinden bei uns auf gleichem Gesetzesboden, auf welchem sie in Preußen und anderswo stehen. Redner glaubt, daß sie sich damit wohl begnügen könnten, zumal sie durch das Gesetz über Genossenschaften auch die Fähigkeit juristischer Personen erlangen. Eine Aenderung einzelner Bestimmungen des Religionsedikts sei nicht thunlich ohne eine allgemeine Revision des Edikts, in eine solche Arbeit aber jetzt einzutreten, müsse die Regierung Bedenken tragen. Sie sei daher entschieden gegen den Antrag. Nach dem Schlußworte des Referenten und des Antragstellers wurde der Ausschußantrag unter lit. a mit 59 gegen 53 Stimmen angenommen. Samstag Berathung über lit. c, obligatorische Civilehe. Lit. b wurde gegenstandslos.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Februar. [Erklärung des Königs von Hannover über die Fortdauer seines Kriegszustandes gegen den König von Preußen.] Der „Frkft. Ztg." schreibt man: Georg V. hat in einem zwar von Hannover datirten, aber im Hietzinger Kabinet verfaßten Artikel, den ein hiesiges offiziöses Blatt veröffentlicht, neuerdings gegen die „falsche Auslegung" seines Vertrags mit König Wilhelm I. protestiren lassen. Die jüngst erfolgten Loyalitätsmanifestationen seiner „getreuen Unterthanen" haben den Exrex ermuthigt, unverblümt zu erklären, daß er sich allerdings noch im „Kriegszustande" gegen Preußen befinde. Der bez. Artikel betont, daß König Georg durch seinen Adjutanten ein eigenhändiges Schreiben an König Wilhelm in dessen Hauptquartier zu Nikolsburg gesendet habe; das Schreiben sei von Hrn. v. Bismarck gelesen, aber von König Wilhelm nicht angenommen worden. Da also dieser „die zum Frieden angebotene Hand" zurückgewiesen habe, sei König Georg berechtigt, die Fortdauer des Kriegszustandes als selbstverständlich zu betrachten. Der Protest gegen die Annexion Hannovers sei bis zur Stunde nicht widerrufen worden; jener Protest ist „auch heute noch des Königs politisches Glaubensbekenntniß". Der Vertrag über das Vermögen des Königs Georg habe daran nichts geändert; sein Wortlaut beweise, daß auf die Krone von Hannover nicht verzichtet worden sei. Auf Antrag der englischen Regierung sei bei den Verhandlungen, die zu jenem Vertrage führten, ausdrücklich die politische Seite der Frage gänzlich ausgeschlossen worden, und die preuß. Regierung habe diese Basis acceptirt; aus etwaigen Hintergedanken aber könne kein Recht abgeleitet werden. Die Hietzinger Note schließt mit folgender Erklärung, die gewiß an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig läßt: „Die Stellung Georg V. wird der Annexion gegenüber nie eine andere als eine feindselige sein." Aus dem Umstande, daß ein solches Dokument gerade jetzt in einem notorisch offiziösen Blatte veröffentlicht wird, glaubt man schließen zu dürfen, daß Hr. v. Beust eine weitere Kompromittirung durch den König Georg nicht mehr besorgt, indem die Uebersiedelung des hartnäckigen Kronprätendenten nach Paris oder London nahe bevorstehe.

Ausland.

Italien. [Unheimliche Schwüle.] Aus Neapel schreibt ein Korrespondent der „Allg. Ztg.": Der Karneval ist zu Ende gegangen, wie er sich die ganze Zeit über bewiesen hat: kalt, unbehaglich, unheimlich. Der Herzog von Aosta gab ein großes Ballfest für Offiziere und Deputirte, welche lieber hier tanzten, als daß sie in Florenz den langweiligen Budgetberathungen beiwohnten. Marchese Massanelli versammelte dann die Blüthe des Legitimismus in seinen Salen, während der Herzog von Bivona mehr einen neutralen Ball zu geben suchte. Die Veglioni im Carlo Theater und sonstige öffentliche Vergnügungen zeigten, statt ungezwungener Heiterkeit, eine gewisse kühle Zurückhaltung und allgemeines unsicheres Mißtrauen. Das Volk denkt an etwas anderes, als an sein Vergnügen, und wer den Neapolitaner kennt, der weiß, daß derselbe seine Karnevalslustigkeit nur opfert, wenn er über — Rache brütet. Ich weiß keinanderes Wort zu finden als Grund an der ganzen höchst bedenklichen Stimmung, als Rache an denen, die dafür, daß Neapel seine Stellung als Hauptstadt der Einheit zum Opfer gebracht hat, nichts zu bieten vermochten, als Schmach, Korruption, gänzlichen wirthschaftlichen und finanziellen Ruin. Die bourbonistischen Agitationen haben diese Stimmung nicht geschaffen, sondern die schlechte Regierung und die namenlos schlechte Verwaltung haben es zunächst so weit gebracht. Von Rom aus wurde die Stimmung nur ausgebeutet, und die Hoffnungen der Feinde der italienischen Einheit mußten neue Hoffnungen auf deren Verfall nehmen. Diese Agitation wird systematisch betrieben, und es ist sogar gelungen, viele enttäuschte Liberale für gewisse Vereinigungen zu gewinnen, welche sich nur noch scheuen, das Wort Abfall auszusprechen, und sich scheinbar mit einer möglichst großen Autonomie begnügen wollen. Was sich dahinter birgt, kann demjenigen nicht verborgen bleiben, der die Verwünschungen gegen Florenz hört, und sich überzeugt, daß ein solcher leidenschaftlicher Haß kein ruhiges Wort mehr vernehmen will, sondern nur auf eines sinnt — auf Rache.

Nordamerika. [Zur Anklage des Präsidenten Johnson.] Die neuesten telegraphischen Berichte aus New York melden einen neuen Konflikt zwischen dem Präsidenten und dem Kongresse und stellen die Wahrscheinlichkeit in Aussicht, daß die oft wiederholte

---

der Viscachas, Gürtelthiere und Ameisenfresser bewohnt (sowie eine europäische Verwandte, die Schleier-Eule, nicht selten harmlos in den Taubenschlägen gefunden wird), scheint ein vollkommen friedliches zu sein, während die Klapperschlange überall als Verwüsterin der anmuthigen Ansiedlungen auftritt. Denn bald darauf, nachdem sie in denselben Wohnung genommen, sind die rechtmäßigen Besitzer und Erbauer, sowie ihre befiederten Freunde verschwunden und die tückische Schlange ist Alleinherrscherin in den Dörfern, oft in so großer Anzahl, daß sie den Menschen den Zutritt höchst gefährlich, wo nicht unmöglich macht.

Dem Leser, der sich mit leichter Mühe den Anblick eines recht belebten Thier-Zinshauses verschaffen will, rathe ich, in der Nähe alter, an Waldrändern stehender Bäume sich zu postiren. Mit Vergnügen erinnere ich mich einer mächtigen, von Zeit und Wetter arg mitgenommenen, aber immer noch mit reichlichem Laube geschmückten Eiche, in deren Schatten ich als Student fleißiger das bunte Treiben der auf ihr wohnenden Gäste, als meine Tageslektion zu studiren pflegte. Ohne des unzähligen Heeres der Insekten, die ihr Laub und Holz ernährte, zu gedenken, erwähne ich blos, daß in ihren dichtbelaubten Zweigen ein Eichhörnchen und mehrere Waldvögel ihre Nester aufgeschlagen, der bunte Zimmermann Specht ein morsches Astloch zur behaglichen Wohnung sich bereitet hatte und unter den knorrigen Wurzeln braune Waldmäuse raschelnd ihr Spiel trieben. Sobald die Sonne hinter den Bergen hinabgesunken war, stellten sich allerlei quartierlose Landstreicher ein, welche als Bettgeher mit den unbesetzten Astwinkeln vorlieb nehmen mußten. Bald darauf huschte aus einer den mächtigen Stamm fast seiner ganzen Länge nach theilenden Höhlung ein Schwarm schwarzbemäntelter Nachtwandler, Fledermäuse, heraus, die den hellen Tag, an den Hinterfüßen aufgehängt und ihre Flughäute gleich Faltenwürfen um den Leib geschlungen, verschlafen hatten und nun ihre Mondschein-Promenade machten. Hart hinter ihnen, mit lautlosem Flug und leuchtenden Augen, folgt eine Ohr-Eule, durchstreift die einzelnen Gelasse des Hauses, in welchem sie die Herrin zu spielen scheint, und es währte nie lange, so verrieth das schrillende, feine Geschrei einer Fledermaus oder der Jammerruf eines Vogels, daß sie blutigen Miethzins eingehoben habe.

Werfen wir zum Schlusse noch einen Blick auf die wahren Thierstädte, die Wälder, in denen in dicht gedrängten Häusern Groß und Klein, Stark und Schwach, Feind und Freund neben einander wohnen, so können auch wir uns mit dem allgemeinen Schicksale trösten, wenn sich auch in unseren Häusern und Gemächern derlei ungebetene Gäste zeigen, die uns die Wahrheit des Satzes erhärten, daß wir, die wir zu drängen glauben, oft nur selbst gedrängt werden.

Drohung einer Inanklagestandversetzung des Ersteren sich verwirklichen dürfte. Auffallend ist übrigens in der letzten Depesche, daß der Wiederherstellungsausschuß, welchem die betreffende Resolution des Abgeordnetenhauses (den Präsidenten in Anklagezustand zu versetzen) zur Berichterstattung zugewiesen wurde, mit seinen Berathungen in wenigen Stunden fertig geworden und dem Hause bereits Bericht erstattet haben soll. Es wäre dies ein beispielloses schnelles Verfahren, welches um so auffallender, aber auch um so verhängnißvoller für den Präsidenten erscheinen müßte, da erst vor Kurzem eine Resolution, ihn in Anklagezustand zu versetzen, durch denselben Wiederherstellungsausschuß mit überwiegender Stimmenmehrheit verworfen worden war. Wenn das Abgeordnetenhaus diesmal sich für die Anklage entscheidet, wird sein nächster Schritt darin bestehen müssen, den Präsidenten vom Amte zu suspendiren. Daß dieser sich ohne Widerstand fügen werde, ist nach seiner bisher bewiesenen Hartnäckigkeit kaum anzunehmen, und ein Konflikt steht somit in Aussicht, der leidenschaftlicher geführt werden dürfte, als die vielen anderen, zu denen die unglückselige Präsidentschaft Johnsons bisher Anlaß gegeben hat. Daß es dabei zu gewaltsamen Scenen und verfassungswidrigen Schritten von der einen oder anderen Seite kommen werde, ist allerdings eine unannehmbare Voraussetzung. Gegen sie sprechen die Erfahrungen der letzten beiden Jahre, spricht die Besonnenheit des Kongresses, die sich in der Regel am glänzendsten bewährt hat, wenn die Spannung den höchsten Grad erreichte, spricht am allermeisten die Ohnmacht Johnson's, einen Gewaltstreich gegen die Volksvertretung zu führen. An leidenschaftlicher Aufregung wird es wahrscheinlich nicht fehlen, an einen wirklichen Kampf, an dem die bewaffnete Macht und das Volk auf der Straße thätig Antheil nähme, an einen Kampf, wie ihn die geheimen und offenen Feinde der amerikanischen Republik für einen solchen Fall schon oft in Aussicht stellten, glaubt Niemand, der amerikanische Verhältnisse kennt.

Südamerika. [Die Lage Brasiliens.] Die üble Lage Brasiliens in seinem Kriege gegen Paraguay wird jetzt auch von der brasilianischen Presse anerkannt. Die „Brasilianische Correspondenz", welche noch unlängst so eifrig für die Fortsetzung des Krieges plaidirte, ertheilt jetzt selbst den Rath, möglichst bald Frieden zu schließen und bemerkt dazu: „Die Folgen der endlosen Verschleppung des Krieges mit Paraguay fangen an, sich im ganzen Reiche fühlbar zu machen. Vermehrung der Abgaben und Entwerthung des Papiergeldes, beide Faktoren streben dahin, den Preis aller Bedürfnisse zu erhöhen. Und selbst eine durch den Krieg verdoppelte Thätigkeit einzelner Zweige der Industrie, der durch die Kriegslieferungen vermehrte Handel und Verkehr, die dadurch geschaffenen, oft kolossalen Vermögen: Alles ist, im Ganzen betrachtet, nur imaginär. Die Wirkung ist, wie die Wirkung des Alkohol. Der Krieg regt die vorhandenen Kräfte an, aber er vermag keine neue zu erzeugen." Uebrigens dürfte mit dem Friedensschließen für Brasilien noch lange nicht Alles gethan sein. Das Schicksal dieses Reiches, welches sammt seinem Bundesgenossen Uruguay von dem kleinen Paraguay so jämmerlich geschlagen wird, läßt annehmen, daß sehr Vieles faul sein müsse im Kaiserstaate — Brasilien. Auch dort wird es wie anderswo heißen: „Selbsterkenntniß und Umkehr!"

Nichtpolitische Zeitung.

— [Die Gesammtproduktion des deutschen Buchhandels im verflossenen Jahr] stellt sich, wie nach Mittheilungen der bibliographischen Centralstelle, der J. C. Heinrichs'schen Buchhandlung in Leipzig, ein längerer Aufsatz des Leipziger „Tageblattes" berichtet, folgendermaßen. Die buchhändlerische Produktion stieg von 8699 im J. 1866 auf 9855 im J. 1867. Was die einzelnen Fächer betrifft, so tritt uns die Philosophie mit 85 Werken, die Theologie dagegen mit 1365 entgegen. Jurisprudenz, Politik und Statistik sind in 920 Schriften vertreten, Medizin und Thierheilkunde in 493, Naturwissenschaften nebst Chemie und Pharmacie in 575, Pädagogik, deutsche Schulbücher, Gymnastik ꝛc. in 932; Jugendschriften sind 228 erschienen. Die altklassischen und orientalischen Sprachen nebst Mythologie sind mit 470 Werken vorgemerkt, neuere Sprachen und Altdeutsch mit 310, Geschichte, Biographie, Memoiren ꝛc. mit 648, Geographie mit 249, Mathematik und Astronomie mit 119, Kriegswissenschaft ꝛc. mit 272, Handelswissenschaft und Gewerbekunde mit 330, Bauwissenschaft nebst Maschinen- und Eisenbahnkunde mit 168, Forst- und Jagdwissenschaft, Bergbau- und Hüttenkunde mit 88, Landwirthschaft und Ackerbau mit 245, schöne Literatur mit 852, schöne Künste, Stenographie u. s. w. mit 397, Karten und Atlanten mit 234 Nummern.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. f. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852.	75 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	66¼—66 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅞—¾ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	60⅞—¾ G.
„	4½pCt.	44 P. 43¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101½ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¾ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅛ P.
„	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	—
„	3½pCt. Obl. dto.	81¾ P.
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	91¼ P. 94 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	85¼ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt.	3½pCt. Obl.	81¼ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 26	—
„	2½pCt.	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 P. 83¾ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	76¾ P.
„	6pCt. ditto v. 1882.	75⅛—75 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	128 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	712—16 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191½—91 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89⅞ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. L. R.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	220 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	91¼ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	109¼ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	261—59¼ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	120½ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	66½ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	156¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131¼ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¼ P. 53 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Südd. St. u. Lomb. E.B.	43½ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	119⅞ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Thl. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	97⅞ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝—⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅜ P. ⅛ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101¼—½ G.
do. in öst. W. l. S.	101¼—⅛ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7.	72⅝—⅛ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132 P. 131½ G.
„ do. v. 1864	83 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¼ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	52 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¾ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¾ G.

Frankfurt, 28. Februar. Nachdem schon gestern Abend in der Effektensocietät ein heftiger Rückschlag in der Haussebewegung eingetreten war, woran die bedeutend schlechteren Pariser Course die Hauptschuld trugen, verkehrte man auch heute in einer Haltung, die im Ganzen den Stempel der Erschlaffung trug. Creditaktien verloren gegen gestern 3½ fl., Staatsbahn 4 fl. Man eröffnete anfänglich in fester Haltung, verflaute dann etwas, um am Schluß wieder fester zu bleiben. Alle österr. Effekten weisen namhafte Rückgänge auf. Auch Amerikaner verkehrten still und matt. Pacific-Bonds wurden 67⅜ bezahlt. Besonders auch süddeutsche Staatspapiere und Loose waren heute wesentlich niedriger. Von Bankaktien österreichische billiger erhältlich. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 61. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 1. März 1868.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung" kann für den Monat März sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

h. **München**, 29. Febr. Die Abgeordnetenkammer lehnte den Antrag auf Einführung obligatorischer Civilehe mit 74 gegen 52 Stimmen ab. Die Reichsrathskammer beharrt auf ihrem früheren Beschluß bezüglich der Toleranzhäuser.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abend durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Reform der Zuckerbesteuerung im Zollverein.

Die in einige Blätter übergegangenen Berichte über die Anträge, welche der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages an den Zoll-Bundesrath wegen Reform der Zuckerbesteuerung zu richten beschlossen hat, sind ungenau und unvollständig. Bei der großen Wichtigkeit der wesentlichen Details dieser Frage, welche so vielseitige Interessen berührt und mit so außerordentlichen Schwierigkeiten verbunden ist, wird es allen Betheiligten willkommen sein, die wirklichen Beschlüsse des Ausschusses des Handelstages zeitig kennen zu lernen, nachdem unrichtige Mittheilungen darüber an die Oeffentlichkeit gelangt sind. Der „Köln. Ztg." wird darüber von bestunterrichteter Seite aus Berlin geschrieben, daß die schließlich angenommenen Anträge folgenden Inhaltes sind:

I. Betreffend ausländischen Zucker: Einführung des Klassensystems für die Eingangsabgabe von Rohzucker nach Analogie der internationalen Zucker-Convention vom 8. Nov. 1864 und 20. Nov. 1866, also Tarifirung nach vier Klassen im Verhältniß des reinen Zuckergehalts zu 94, 88, 80 und 67 pCt. Die Modalität für Feststellung dieser Klassen durch Polarisation, statt nach der Farbe oder Schattirung, wird auf Grund genauer technischer Untersuchung zu bestimmen sein. Als Norm des Zuckertarifs wird angenommen 4 Thlr. 5 Sgr. pro Centner trockenen, weißen Brodzuckers, und stellen sich hiernach die Zollsätze, wie folgt: Brodzucker pro Centner 4 Thlr 5 Sgr., Candis pro Centner 4 Thaler 14 Sgr., Rohzucker erster Klasse pro Ctr. 3 Thlr. 27½ Sgr., Rohzucker zweiter Klasse pro Ctr. 3 Thlr. 20 Sgr., Rohzucker dritter Klasse pro Ctr. 3 Thlr. 10 Sgr., Rohzucker vierter Klasse pro Ctr. 2 Thlr. 24 Sgr. (Rohrsaft wie Rohzucker vierter Klasse), Syrup pro Ctr. 1 Thlr. 6 Sgr. Ein Unterschied der Verzollung des Rohzuckers im Allgemeinen und desjenigen für die Siedereien findet nicht statt. II. Betreffend Rübenzuckersteuer: Statt der bisherigen Rübensteuer wird eine inländische Rübenzuckersteuer eingeführt, ebenfalls nach vier Klassen im Verhältniß des Zuckergehalts des in den freien Verkehr tretenden Fabrikates, jedoch mit der Modifikation, daß die Steuer von inländischem Rübenrohzucker in Betracht des durchschnittlichen praktischen Rendements und des Syrups bis auf Weiteres um 6 Sgr. pro Ctr. niedriger bestimmt wird, als die Eingangsabgabe von Kolonialzucker anscheinend gleicher Qualität. Die Kontrole durch das Wägen der Rüben wird einstweilen beibehalten. III. Betreffend Export-Bonification. Die Export-Bonification für Zucker wird im Verhältniß zu der entrichteten Eingangsabgabe, resp. Rübenzuckersteuer festgesetzt werden. Zur Ausfuhr bestimmter inländischer Rübenrohzucker ist, so weit thunlich, von einer vorgängigen Entrichtung der Steuer frei zu lassen, wodurch in solchem Falle die Export-Bonification in Wegfall kommt. Wird derselbe aus dem freien Verkehr genommen, beträgt die Export-Barification nach der Qualität erster Klasse 3 Thlr. 21½ Sgr., zweiter Klasse 3 Thaler 14 Sgr., dritter Klasse 3 Thlr. 4 Sgr., vierter Klasse 2 Thaler 18 Sgr. Die Export-Bonification für raffinirten Zucker beträgt 4 Thaler 5 Sgr. pro Centner, gleichmäßig für Kolonial- wie für Rübenzucker. Eine Bonification für die Ausfuhr von Syrup findet nicht statt. IV. Falls die Regierungen von Frankreich, Großbritannien, Belgien und den Niederlanden sich veranlaßt sehen sollten, eine Revision und Erweiterung ihrer Zucker-Convention vom 8. Nov. 1864 und 20. Nov. 1866 eintreten zu lassen, so wird empfohlen, daß auch der deutsche Zollverein sich bei solchen Verhandlungen betheilige und eventuell einer zweckentsprechenden internationalen Zucker-Convention sich anschließe. V. Im Interesse der Zucker-Industrie und der damit in Verbindung stehenden

Sophie Schröder.

Die in München am 25. ds. verstorbene Schauspielerin Sophie Schröder war geboren am 20. Februar 1781 in Paderborn, als die Tochter des Schauspielers Bürgers, dessen Wittwe sich nachher mit dem einst rühmlich bekannten Schauspieler Keilholz verheirathete. Als ihre Mutter 1793 bei der Tylli'schen Gesellschaft in Petersburg engagirt worden, begann dort die damals 12jährige Sophie in der Dittersdorf'schen Oper „Das rothe Käppchen" als Lina ihre theatralische Laufbahn. In Reval heirathete sie 1795 den Direktor der dortigen deutschen Bühne, Stollmers. Hier lernte sie auch Kotzebue kennen, und auf seine Empfehlung erhielt sie eine Anstellung bei dem Wiener Hoftheater. Sie spielte damals noch ausschließend naive Rollen und gefiel als Margarethe in den „Hagestolzen" und als Gretchen in den „Verwandtschaften". Schon nach einem Jahre ging sie nach Breslau, wo sie vorzugsweise für die Oper engagirt wurde und besonders als Hulda im „Donauweibchen" viel Glück machte. Ihre Ehe mit Stollmers ward hier getrennt, welcher die Bühne verließ und unter seinem wirklichen Familiennamen Smets als Hofrath des regierenden Reichsgrafen von Plettenberg-Ratibor wieder in die früher von ihm verlassene juridisch-diplomatische Laufbahn zurücktrat. Im Jahr 1801 unter sehr vortheilhaften Bedingungen nach Hamburg berufen, betrat hier Sophie die Bahn, auf welcher sie bald als ein Stern erster Größe glänzte: sie wechselte das naive Rollenfach mit dem tragischen. Im Jahre 1804 heirathete sie den Tenoristen Friedr. Schröder und lebte unter den günstigsten Verhältnissen in Hamburg, bis die kriegerischen Begebenheiten 1813 sie bestimmten, diese Stadt heimlich zu verlassen, da der Marschall Davoust sie in das Innere Frankreichs bringen lassen wollte, wegen der patriotischen Gesinnung, welche sie bei Hamburgs Besetzung durch den General Tettenborn auf der Bühne hatte laut werden lassen. Nachdem sie eine glänzende Kunstreise gemacht, spielte sie anderthalb Jahre in Prag und folgte dann einem Rufe an das Wiener Hoftheater, dessen Zierde in hochtragischen Rollen sie bis 1829 war. Hier sah sie auch 1816 nach 16jähriger Trennung ihren Sohn erster Ehe, den späterhin durch mehrere theologische und poetische Schriften bekannt gewordenen kath. Geistlichen und Kanoniker Wilh. Smets wieder. Nachdem ihr zweiter Gatte Schröder 1818 gestorben, heirathete sie 1825 den talentvollen Schauspieler Kunst, von dem sie sich aber bald wieder trennte. Im Jahre 1829 schied sie vom Wiener Hoftheater aus und machte bedeutende Kunstreisen, bis sie 1831 Mitglied des Münchener Hoftheaters wurde. Von hier folgte sie im Frühjahre 1836 abermals einem Rufe an das Wiener Hoftheater. Im Jahre 1840 wurde sie in Wien pensionirt, lebte dann in Augsburg und später in München. Wiewohl hoch betagt erfreute sich die Künstlerin doch immer noch einer seltenen Kraft und Frische des Körpers und des Geistes, so daß sie sogar zu den Vermählungsfeierlichkeiten des Kaisers Franz Joseph im Mai 1854 am Wiener Burgtheater mit größtem Beifall mitwirken konnte. Zum letzten Mal trat sie im Jahre 1859 in München an Schiller's 100jährigem Geburtstag auf, an dem sie Schiller's Glocke vortrug und einen unvergeßlichen Eindruck machte. Sie besaß ein gewaltiges und doch wohlklingendes Organ und ein durch Uebung zu einem erstaunenswürdigen Grad von Sicherheit entwickeltes Talent. Ihre bedeutend-

Landwirthschaft wird empfohlen, die Verwendung der Rüben zur Branntwein-Brennerei durch zweckentsprechende Modifikation der Maischsteuer zu ermöglichen. Ferner wird zur Erwägung empfohlen eine verhältnißmäßige Besteuerung des aus Kartoffeln, resp. Stärkemehl gewonnenen Traubenzuckers, sowie des sogenannten Rübenkrauts.

Die Motivirung dieser Anträge wird von einer Denkschrift zu erwarten sein, welche die Hamburger Handelskammer vorbereitet und dem Ausschusse des Handelstages zugesagt hat; dieselbe wird wahrscheinlich veröffentlicht werden, da ohne solche Erläuterung die Anträge in ihrer ganzen Tendenz und Bedeutung nur von Wenigen verstanden werden dürften. Als Uebergangsmaßregel zur vollständigen Reform der Zuckerbesteuerung wird der Ausschuß des Handelstages empfehlen, die Eingangsabgabe von raffinirtem Zucker von 7 Thlr. auf 6 Thlr. und von rohem Zucker von resp. 6 und 4½ Thlr. auf 3 Thlr. 20 Sgr. pro Ctr. zu ermäßigen. Zugleich würde die Eingangsabgabe von Farin auf 5 Thlr. und von Syrup auf 1 Thlr. 20 Sgr. beantragt werden.

Süddeutschland.

Württemberg. [Die Candidaturen für die Zollparlamentswahl.] Die Zollparlamentswahlen stehen bei uns nahe bevor, und man sieht, da alle Parteien sich mit großem Interesse darauf rüsten, dem Ausfall derselben mit Spannung entgegen. Selbst die demokratische Partei, welche anfangs sich gänzlich enthalten zu wollen schien, erscheint jetzt auf dem Kampfplatze, wenn auch nicht wie sonst als geschlossenes Ganzes, so doch in ziemlicher Zahl und in sehr hervorragenden ihrer Mitglieder, und sie wird in manchen Wahlkreisen der am meisten rührigen sogenannten deutschen, oder vielmehr großpreußischen Partei den Sieg streitig machen. Auch die liberale und die katholische Partei sind zum Kampfe gerüstet. Bis jetzt kennt man mit Zuverlässigkeit die nachstehenden Candidaturen in den 17 Wahlkreisen des Landes: 1. Wahlkreis (Tettnang, Wangen, Ravensburg, Leutkirch) Staatsminister Frhr. v. Neurath gegen Fabrikant Springer in Isny (großpreußisch). 2. (Waldsee, Saulgau, Riedlingen, Ehingen, Biberach) Rechtskonsulent Probst (demokratisch) gegen v. Kaulla (großpreußisch). 3. (Ulm, Laupheim, Blaubeuren) Professor Schäffle in Tübingen gegen Dr. Ed. Pfeiffer in Stuttgart (großpreußisch). 4. (Münsingen, Urach, Kirchheim, Nürtingen) Minister v. Varnbüler gegen Fabrikant Otto (großpreußisch). 5. (Geislingen, Göppingen, Heidenheim, Gmünd) Fabrikant Vareis in Göppingen (großdeutsch) gegen Professor Römer in Tübingen (großpreußisch). 6. (Eßlingen, Schorndorf, Welzheim) Fabrikant Deffner (demokratisch) und Rechtskonsulent Hölder (großpreußisch). 7. (Neresheim, Aalen, Ellwangen, Gaildorf) M. Mohl, bis jetzt ohne Gegenkandidat. 8. (Crailsheim, Gerabronn, Mergentheim) Justizdepartementschef Staatsrath v. Mittnacht gegen Fürst v. Hohenlohe-Langenburg (großpreußisch); auch Fabrikant Lang in Heidenheim tritt als großpreußischer Bewerber auf. 9. (Künzelsau, Neckarsulm, Weinsberg, Oehringen) Bankier Rümelin in Heilbronn gegen Graf v. Zeppelin in Aschhausen (großpreußisch; auch Rümelin soll zu dieser Partei gehören). 10. (Heilbronn, Brackenheim, Besigheim, Maulbronn) Kaufmann Keibel (großdeutsch) und Staatsrath v. Geppelt in Heilbronn (großpreußisch). 11. (Hall, Backnang, Marbach, Vaihingen) Rechtskonsulent Oesterlen (demokratisch), bis jetzt ohne Gegenkandidat. 12. (Ludwigsburg, Cannstatt, Waiblingen) Oekonomierath Ramm, Commercienrath Keller (beide großdeutsch, und will noch vor Beginn der Wahl einer zu Gunsten des andern zurücktreten) gegen Rechtskonsulent Reyscher (großpreußisch). 13. (Stuttgart, Stadt und Amt) Kaufmann Gustav Müller (bis jetzt ohne Gegenkandidat). 14. (Calw, Neuenbürg, Nagold, Böblingen, Leonberg) Georg Dörtenbach, Bankier in Stuttgart (großdeutsch) und Dr. Otto Elben, Redakteur des „Schwäb. Merk." (großpreußisch). 15. (Reutlingen, Tübingen, Rottenburg, Herrenberg) Obertribunalrath v. Weber, Präsident der zweiten Kammer (großpreußisch). 16. (Horb, Sulz, Oberndorf, Freudenstadt) Rechtskonsulent Sarwey in Stuttgart (liberal) gegen Direktor Werner (großpreußisch). 17. (Balingen, Rottweil, Spaichingen, Tuttlingen) Forstmeister Fischbach (großdeutsch), bis jetzt ohne Gegenkandidat.

Großh. Baden. [Wendung des staatlichen Lebens.] Die „Allg. Ztg." enthält eine Korrespondenz aus Baden, welche so bemerkenswerthe Aufschlüsse über die in Baden so sehr auffallende Wahlkatastrophe enthält, daß wir dieselbe wörtlich mittheilen zu sollen glauben:

Mit dem erfolgten Landtagsabschlusse, der gleichzeitigen Erneuerung des Staatsministeriums und dem eben bekannt gewordenen Ergebniß der Wahlen zum Zollparlament ist eine Wendung in dem staatlichen Leben Badens eingetreten, die von nicht zu unterschätzender Bedeutung sein dürfte. Die Erklärungen des neuen Premierministers sind in der zweiten Kammer mit der eisigen Kälte allseitigen Schweigens hingenommen worden, und veranlaßten in der ersten nur die lakonische Bemerkung des Vorsitzenden: daß man dieselbe mit großem Interesse vernommen habe. Die Worte des Regenten zum Landtagsabschiede waren sehr im Allgemeinen gehalten und enthielten sich des zuversichtlichen Ausdrucks, der in manchen früheren Ansprachen desselben sich mit Wärme und Schwung hatte vernehmen lassen. Einen ähnlichen Charakter hatte die Schlußrede des Präsidenten der zweiten Kammer, während die des Vorsitzenden in der ersten bei ihrem Rückblicke auf die verflossene Session jede Zustimmung für das Erreichte mit einer vorsichtigen Verwahrung und jede Hoffnung auf gedeihliche Weiterentwicklung der angebahnten Zustände mit einem besorgten Zweifel begleitete, was in der sprachlich meisterhaften Form Roberts v. Mohl eine um so bedeutendere Wirkung machen mußte. Neben diesen Zeichen einer sehr veränderten Stimmung der Ständemitglieder

---

sten Rollen waren Phädra, Medea, Lady Macbeth, Merope, Sappho, Johanna v. Montfaucon und Isabella in der „Braut von Messina". (Die berühmte, dramatische Sängerin Wilhelmine Schröder-Devrient war eine Tochter von Sophie Schröder.)

Die am 27. ds. stattgefundene Leichenfeier der großen Tragödin gieng unter allgemeiner Theilnahme von Personen aus allen Ständen vor sich. Den Sarg begleiteten die Mitglieder der kgl. Hofbühne, im festlichen Anzuge mit Trauerflören und Palmzweigen unter den Klängen des Beethoven'schen Trauermarsches, daran reihte sich eine lange Schaar distinguirter Personen, an ihrer Spitze der k. Hoftheater- und Hofmusik-Intendant Frhr. von Perfall, die in feierlich gehobener Stimmung der Hingeschiedenen die letzte Ehre erwiesen. Nach der Grabrede des Pastors hielt der k. Hofschauspieler und Regisseur Herr Richter eine ergreifende Erinnerungsrede, anknüpfend an Schiller's Worte: „Die Nachwelt flicht dem Mimen keine Kränze," wobei er die hohe künstlerische Bedeutung der Hingeschiedenen vor Augen führte. Als man den Sarg in die Grube senkte, ertönte die herrliche Trauerhymne von Stunz, die erschütternd und besänftigend zugleich auf die Gemüther wirkte. Es war eine Grabesfeier würdig der großen Todten, die in der Erinnerung Aller, die einst ihre Kunst begeisterte, nicht gestorben ist und niemals sterben wird.

Theater-Direktor aus — — Verzweiflung.

(Eine Reise-Erinnerung aus dem Harzgebirge.)

Es war im Sommer, Anfangs der Fünfziger Jahre, als ich, mich in Harzburg bei Verwandten aufhaltend, noch vor dem Antritte meines Engagements in Hamburg das Harzgebirge zu durchstreifen mich entschloß. Zeit und Geld hatte ich noch vollauf, und einmal in der Nähe, wollte ich mir diese Gelegenheit nicht entgehen lassen. Wer je die romantischen Partien des Harzes, dieses Fragmentes des großen hercynischen Waldes des alten Germaniens, durchpilgerte, seinen Brocken, die Roßtrappe, das Ilse-, das Selkethal mit seinem Mägdesprung und dem Alexisbade besucht hat, erinnert sich gewiß auch noch des reizend gelegenen Städtchens Andreasberg mit seinem reichhaltigen Silberbergwerk. An einem frühen Julimorgen war ich von Harzburg aufgebrochen und hatte nach einem sechsstündigen Marsche den Rehberg erstiegen.

Die Sonne hatte mich zu einem Zigeuner gebräunt und so ermüdet, daß ich nach kurzem Mahle und kurzer Rast einen Gaul miethete, und „hoch zu Roß im festlichen Gepränge", d. h. von einem Führer begleitet, auf dem gefährlichen Höhenzuge weiter trabte, bis ich nach drei Stunden Andreasberg mit seinen in der untergehenden Sonne golden glitzernden Schindeldächern zu meinen Füßen sah.

Nach einer solchen anstrengenden Wanderung fand ich die idyllische Lage des kleinen Städtchens vielleicht um so lieblicher. Schien es mich doch von seinem Thalhügel freundlich willkommen zu heißen, und als mir grade mein linkes Ohr zu klingen begann, glaubte ich in dieser Musik den Klang der schönen Andreasthaler zu vernehmen, mit welchen ich vielleicht durch ein allenfallsiges Gastspiel meinen Reiseschatz noch vergrößern könnte.

Hier laßt uns Hütten bauen, rief ich zufrieden, entstieg den hohen Sattelpauschen meines Kleppers, verabschiedete meinen schweigsamen Führer, und „Roß und Reiter sah ich niemals wieder!"

Alle Straßen, sagt man, führen nach Rom; in diesem Städtchen führten sie jedoch schnurstracks nach dem Rathhause, wo ein angeklebter Komödienzettel mir einen Spieltag verkündigte.

Ohne Adreßkalender und umständliches Nachweisungsbureau hatte

in den Schlußsitzungen verlauteten über deren letzten mehr außeramtlichen Verkehr mit den offiziellen Kreisen Dinge, die noch weniger günstiges für die Fortdauer einer großen Mehrheit in einigem Zusammengehen mit der Richtung der Regierung vermuthen läßt. Unter einem solchen Eindruck der sehr unheimlich schwül gewordenen Residenztemperatur kehrten die Abgeordneten in ihre heimathlichen Bezirke zurück, welche eben im Begriffe waren, die Wahlen für das Zollparlament vorzunehmen. Gerade diese Wahlen aber waren schon seit geraumer Zeit als ein epochemachendes Ereigniß durch die besonders zur Selbsttäuschung der Herrschenden vortrefflich organisirte Publizistik unserer preußisch-badischen Ministeriellen verkündet worden, mit der die Bedeutung dieser Unbedingten für die großpreußischen Bestrebungen auf das glorreichste, und auf eine hoch über das sonstige gemeine Süddeutschthum emporragende Weise, vor aller Welt bekundet werden sollte. Nun, zu einem epochemachenden Ereigniß sind diese Wahlen allerdings geworden, und zwar noch weit mehr in Beziehung auf die inneren Verhältnisse Badens als für dessen Stellung in Deutschland. Aber sie sind das geworden durch einen großen Erfolg der ultramontanen Partei, der nicht weggewischt werden kann durch halbes Weißwaschen mancher nicht ganz schwarzen, aber doch dunkel genug gefärbten Männer, welche zwar nicht ausschließlich durch die Stimmung der ultramontanen Partei, aber doch nach Willen und Thätigkeit derselben gewählt wurden

Man wird fragen: wie erklärt sich dieser Erfolg, da doch früher unter dafür viel günstigeren Weltverhältnissen die verbündeten Strengkirchlichen beider Konfessionen, trotz aller Anstrengungen, bei jeder Gelegenheit unterlagen. Um darauf für ferner Stehende genügend zu antworten, müßte an gar mannigfachen Wechsel der Personen und Richtungen und deren vielseitig verschlungene Beziehungen zu den großen Ereignissen des Jahres 1866 erinnert werden. Für jetzt können wir, nach dem Umfang einer Korrespondenz darüber, nur das allerallgemeinste andeuten. Bei Beginn dieses Jahrzehnts hielt die große Mehrheit des badischen Volks ohne konfessionellen Unterschied in fester Geschlossenheit zusammen gegen die herrschsüchtigen Begehrlichkeiten der reaktionär-kirchlichen Parteien, unter wohlbekannten, allgemeines Vertrauen genießenden Führern von unzweifelhafter Selbstlosigkeit. Jetzt hat sich nicht nur die Demokratie der Wahl enthalten, sondern selbst viele konstitutionell-bundesstaatlich Gesinnte sahen sich nicht mehr in der Lage, für Leute zu wirken, welche sich zwar nationalliberal nennen, faktisch aber alle die staatswirthschaftlichen und staatsrechtlichen Grundsätze preisgeben, in denen hauptsächlich die nothwendigen Voraussetzungen für eine dauerhafte Einigung Deutschlands zu suchen sind. So isolirt, unterlag denn im Wahlkampfe mit den strengkirchlichen Parteien, unter Führung von Männern, welche theils zu unbekannt, theils zu sehr dafür bekannt sind, daß ihnen die Spekulationen ihrer persönlichen Politik weit über das Interesse des Landes gehen, die durch gewandte Benützung günstiger Umstände zur Alleinherrschaft in Baden gekommene ultra-preußische Fraktion, da sie sich nahezu auf nichts mehr im Volke stützen konnte, als auf die charakterloseste Erfolgs-Kannegießerei, welche gestern großdeutsch war und heute großpreußisch ist, um gelegentlich jedes neuen Windstoßes wieder umzuschlagen. Damit wird denn die Enttäuschung über die Bedeutung Badens für das Fortschreiten des norddeutschen Bundes zum preußisch-deutschen Einheitsstaat so ziemlich vollständig sein. Für die wirklich freisinnig deutschgesinnte Mehrheit des badischen Volks aber ist eine bessere Partei-Organisation auf das dringendste angezeigt, wenn es seine werthvollen Errungenschaften, als gesundes Glied unserer Nation erhalten will.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 28. Febr. [**Der deutsche Handelstag an die süddeutschen Regierungen.**] Der Ausschuß des deutschen Handelstags hat an den Präsidenten des kgl. bayerischen Ministerrathes und Minister der auswärtigen Angelegenheiten, und gleichlautend an die übrigen süddeutschen Ministerien, eine Eingabe gerichtet, deren Inhalt wir hier im Auszuge wiedergeben. Der Ausschuß des deutschen Handelstages wünscht nicht in das Gebiet der allgemeinen Politik überzugreifen; aber er findet durch Art. 7 des Vertrags vom 8. Juli v. J., welcher die Zuständigkeit des Bundesraths in Zollsachen und des Zollparlaments auf eine Reihe namhaft gemachter Gegenstände beschränkt, eine Erschwerung vieler volkswirthschaftlicher Angelegenheiten und Interessen ausgesprochen, welche ebenso sehr gemeinsamer Natur und für das Verkehrsleben ebenso wichtig seien wie das Zollwesen selbst. Genannt werden in dieser Beziehung: Freizügigkeit; Bestimmungen über den Gewerbebetrieb, einschließlich des Versicherungswesens; Bestimmungen über die Colonisation und die Auswanderung nach außerdeutschen Ländern; die Ordnung des Maß-, Münz- und Gewichtssystems; Feststellung der Grundsätze über die Emission von fundirtem und unfundirtem Papiergelde; die allgemeinen Bestimmungen über das Bankwesen; die Erfindungspatente; der Schutz des geistigen Eigenthums; Organisation eines gemeinsamen Schutzes des deutschen Handels im Auslande, der deutschen Schifffahrt und ihrer Flagge zur See und Anordnung gemeinsamer konsularischer Vertretung, welche vom Bund ausgestattet wird; gewisse Beziehungen des Eisenbahnwesens; die Flößerei und Schifffahrtsbetrieb auf den mehrere Staaten gemeinsamen Wasserstraßen und der Zustand der letztern, sowie die Fluß- und sonstigen Wasserzölle; Post- und Telegraphenwesen; die gemeinsame Gesetzgebung über das Obligationenrecht, Handels- und Wechselrecht und das gerichtliche Verfahren. Indem der Vorstand des deutschen Handelstags sich zum Organ dieser Wünsche macht, bezieht er sich darauf, daß er sich dabei auf die Erklärungen fast aller Handelskammern des ganzen Zollvereins stütze.

---

ich in wenigen Minuten die Behausung des Theaterdirektors Cohna — Gott hab' ihn selig! — ermittelt.

„Kann ich bei Ihnen gastiren?"

„Nicht möglich mehr," war die Antwort — „wir reisen ab."

„Der Zettel am Rathhause meldet aber nichts von einer allerletzten Vorstellung."

„Weiß, weiß, soll nur Vertrauen erwecken, daß wir noch dableiben, 's kommt so niemand."

„Wann reisen Sie?"

„Bei der Nacht, sonst ist's zu früh und macht die Nachbaren stutzig."

„Zahlen Sie Gage?"

„Gage?! Junger Mann, das Wort habe ich aus meinem Gedächtnisse gestrichen" — und, die Hand über die furchenreiche Stirn streichend, murmelte er zwischen den Zähnen:

„Hätte ich Gage gehabt, so wäre ich niemals Direktor geworden." —

Diese letzten Worte machten mich diese Sphinx anstaunen, und leise recitirte ich mit Hamlet:

„Was für ein Meisterstück ist der Mensch! Wie edel durch Vernunft! Wie unbegrenzt an Fähigkeiten! „Hätte ich Gage gehabt, so wäre ich niemals Direktor geworden!" Ich mußte dieses Räthsel lösen, und sollte es mich alle Kronen Philipps kosten.

Ich lud ihn zu diesem Behufe ein, im Rathhauskeller mit mir aus einem Kruge zu trinken. Er nahm dieses Anerbieten ohne Weigerung an, nur schlug er mir aus triftigen Gründen ein anderes Lokal zu unserem Bankett vor.

Nach wenigen Minuten waren wir unter Dach und Fach einer kleinen Spelunke, wo uns eine rosige Hüttenmaid, die den anwesenden Musensöhnen auf Kosten des Wirthes besonders gewogen schien, einen schwachen braunen Gerstensaft kredenzte.

Nach einigen tiefen, unerforschlichen Zügen sprach

Also nun der schwarz, doch spärlich gekräuselte Cohna:

„Es sind noch nicht acht Wochen her, daß ich in **Braunschweig**, mit Noth und Entbehrungen aller Art kämpfend, in einem Augenblicke der Verzweiflung meinem Dasein in der **Ocker** ein Ende machen wollte. Da trat plötzlich ein Unbekannter an mich heran, reichte mir einen Fünfthalerschein mit den Worten: Ich sollte mir diesen Entschluß doch noch einmal überlegen — und war, ehe ich zu mir selber gekommen, verschwunden. Der Unbekannte mußte ein guter Physiognomiker gewesen sein und mein Vorhaben sichtlich errathen haben. Ich glaubte noch immer zu träumen, aber der Fünf-Thalerschein lag in meiner Hand, er war wirklich da — und ohne aufzublicken, enteilte ich dem Ufer, in der Furcht, es könnte den edlen Geber reuen, er könnte die Zurückgabe meines Schatzes begehren; ich verdoppelte meine Schritte und machte nicht eher Halt, bis ich **Holst's** Garten vor dem Augustthore erreicht hatte.

„Hier berathschlagte ich, wie ich diese Summe — zum Leben zu wenig, zum Sterben zu viel — am ergiebigsten verwerthen könnte.

„Da sprachs in mir erst leise, dann immer lauter: Aut Caesar, aut nihil! **Direktor** mußt du werden, kein anderer Ausweg steht dir offen!

„Gesagt, gethan! Mit dem Gelde erkaufte ich mir **erstens** eine Theater-Concession, giltig auf die sieben Harzstädte lautend. Von einem Dilettanten-Theater engagirte ich **zweitens** meine sämmtlichen Mitglieder, reflektirte jedoch im vorhinein nur auf solche Kräfte, die mehr talenta, als **Talent**, und daher zu ihrer Reise ins Engage-

Namentlich seien die Handelskammern und Handelsvorstände der süddeutschen Staaten fast ausnahmslos beigetreten. In Wahrnehmung der gesammten Interessen des deutschen Handelsstandes glaubt der Ausschuß diese Vorstellung allen betheiligten Regierungen in freimüthiger und loyalster Weise unterbreiten zu müssen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 27. Februar. [Preußische Nörgeleien.] Der „K. Z." schreibt man: Die unausgesetzten Angriffe der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung", sowie die Nörgelrien und Reibereien ihrer Gesinnungsgenossen, machen hier allgemein einen sehr peinlichen Eindruck. Man glaubt hinter diesem Gebaren andere versteckte Absichten zu erkennen. Die Combinationen, welche man an diese Haltung der Organe der preußischen Regierung knüpft, sollen hier nicht näher erörtert werden. Wie abweisend sich in Oesterreich Regierung und Volk gegen die hannover'schen Agitationen verhalten hat, ist bekannt; wenn es aber die Aufgabe der preußischen offiziösen Presse sein sollte, diese friedliche, ja, für Preußen günstige Stimmung nicht nur abzuschwächen, sondern vielleicht in ihr Gegentheil zu verwandeln, so würde sie in der Erregbarkeit des österreichischen Blutes nur zu leicht einen Bundesgenossen finden. Ist einmal das Verhältniß gründlich verbittert, so ist es sehr schwer, in dem gewünschten Momente wieder eine Aussöhnung herbeizuführen, und doch sollte man in Preußen bedenken, daß auch für die dortige Regierung der Augenblick eintreten könnte, in welchem ihr die innige Aussöhnung mit Oesterreich sehr erwünscht sein dürfte. Die berliner Offiziösen schießen über das Ziel hinaus. Vorgestern verlautete hier, daß der König von Hannover seinen Plan, sich außerhalb Oesterreichs niederzulassen, wieder aufgegeben habe. Die Zumuthung der berliner Offiziösen, daß ihm Oesterreich die Gastfreundschaft aufkündigen solle, wird um so gewisser das Gegentheil bewirken, je unberechtigter sie ist.

Ausland.

Großbritannien. [Das neue Ministerium.] Die verschiedenen Angaben über die Neubildung des Ministeriums haben sich bis jetzt dahin consolidirt, daß äußerst wenige Veränderungen stattfinden werden. Fest steht erstens, daß Disraeli die Premierschaft übernimmt, zweitens, daß Lord Chelmsford das Amt des Lordkanzlers niedergelegt hat. Er erklärte dies selbst gestern in öffentlicher Gerichtssitzung, als er, im Begriffe, eine Prozeßsache vorzunehmen, davon unterrichtet wurde, daß dieselbe mehrere Tage in Anspruch nehmen würde. Es ist zwar noch nicht als Thatsache bekannt, jedoch aus inneren Gründen als feststehend zu bezeichnen, daß sein Nachfolger Lord Cairns sein wird, dessen Beredtsamkeit und Verstandesschärfe den Conservativen manch guten Dienst geleistet hat und im Oberhause, dem er seit Oktober 1866 angehört, geradezu unentbehrlich ist. Ehe er zum Lord-Justice ernannt wurde, war er Attorney General unter der jetzigen Regierung. Daß Disraeli neben der Premierschaft das Amt des Schatzkanzlers fortführen wird (wie dies u. A. Lord North und eben so Pitt auf lange Jahre, Sir R. Peel auf kürzere Zeit gethan haben), ist nicht wahrscheinlich und die „Times" dürfte Recht haben, wenn sie Hrn. G. W. Hunt als den Finanzminister bezeichnet. Sein Probestück hat derselbe bereits abgelegt, als er im vorigen Herbste während Disraeli's Erkrankung das nachträgliche Budget für den abyssinischen Feldzug einbrachte und motivirte, unter ermunterndem und allseitigem Beifalle des Hauses. Sir S. Northcote, dem man Anfangs das Schatzkanzleramt zugedacht, behielte somit sein indisches Ministerium. Wir bedauern dabei nur, daß für den Viscount Cranbourne in diesem Falle kein Platz im Ministerium offen bleibt; ein Mann von seiner Charakterfestigkeit, seiner Einsicht und seinem Verwaltungstalent hätte der Regierung eine willkommene Stütze sein müssen. Uns scheint allerdings, daß Disraeli ein Auge auf Cranbourne geworfen hat, bei ihm aber nicht die Bereitwilligkeit fand. In der Erinnerung an die Scenen und die heftigen Worte, welche bei und nach Cranbourne's, Carnarvon's und Peel's vorjährigem Austritte aus dem Cabinette vorfielen, ist dies freilich nicht zu verwundern. Ein anderer Minister, Hr. Walpole, der in Folge seiner bei Gelegenheit der Demonstrationen im Hydepark gezeigten Schwäche das Departement des Innern an G. Hardy abgeben mußte, jedoch ohne Portefeuille im Ministerium blieb, soll nun endgültig ausscheiden. An ihm verliert die Regierung zwar einen aufrichtigen und höchst achtungswerthen Freund, aber keine parlamentarische oder administrative Kraft. Daß Lord Stanley in das Oberhaus übersiedle, ist nicht mehr wahrscheinlich.

---

ment die nöthigen Mittel aus Eigenem stellen konnten. Dadurch wurde drittens ein Stammcapital zu Vorschüssen und Reisegeldern überflüssig gemacht. Alle waren natürlich für erste Fächer gewonnen und ich verhieß ihnen die glänzendste Carriere."

Der Erzähler machte hier eine kleine Pause und ich glaubte aus dem schweren Seufzer seines gepreßten Herzens zu verstehen: Verzeih' mir, Herr Gott, diesen Raub an deiner Menschheit!

Ich schob ihm den Krug zu, und er fuhr fort:

„Die Sterne waren günstig. Ein jedes Mitglied hatte contractlich drei Auftrittsrollen; nur mußte das betreffende Mitglied im Besitze der Stücke und sämmtlicher dazu gehöriger Rollen sein, — so gewann ich viertens Bibliothek und Rollen.

„Ich machte mich nun auf den Weg voraus, wanderte mit Frau und Kind zu Fuß die sieben Meilen und kam vor 6 Wochen in diesem Städtchen an, wo ich sofort bei diesem ehrlichen Bergvolke ein Abonnement eröffnete. Es fiel spärlich genug aus, kein Wunder, die Leute müssen sich einen jeden Groschen mit Schwielen an der Hand verdienen. Doch ich erzielte vorläufig genug, um fünftens den Ankauf des nöthigen Materials zu Papiercoulissen bestreiten zu können, die ich dann mit Hilfe meiner treuen Lebensgefährtin und meines kleinen Melchthals überpinselte.

„Möchte sie heute glücklicher sein, die Arme; sie ist mit Melchthal und meinem Kastengeiste (Souffleur) nach dem Nachbarstädtchen Herzberg hinüber, um durch ein dort angestrebtes Abonnement uns hier flott zu machen. Sie bleibt gleich als „Geißel" drüben und schickt den Souffleur mit dem Gelde zurück. Mein kleiner Melchthal begleitet ihn als Sicherheits-Assecuranz. Ich erwarte sie jede Stunde; dann gedenke ich hier einen vortheilhaften Vergleich zu Stande zu bringen. Mein Unternehmen ist noch zu jung, um gleich mit vollen Nürnberger Goldschiffen vom Stapel laufen zu können!" Er erzählte mir noch Vieles aus seinem Künstlerleben, es war ein bewegtes, stürmisches, was meine ganze Theilnahme für den Mann wachrief, den ich im Stillen für das leibhaftige Conterfei des „sterbenden Komödianten" von Maltitz ansah. Hatte er doch sein goldenes Zeitalter wie so Viele gehabt, die nach Mühe und Fleiß im Alter dem Bettelstabe oder dem Trunke verfielen. Sein Lorbeer war früh verwelkt, und wahrlich:

Des Ruhmes Ton — — —
Nach dem der Stolz der Erdensöhne rennt,
Ist Echo, Traum, ja Schatten nur vom Traume,
Flieht vor dem Hauch der Luft, gleich leerem Schaume.
(Tasso.)

Nach einem nochmaligen Trunke schieden wir, und der alte Mann, welchen die Erinnerung weich gemacht, reichte mir nassen Auges für meine karge Spende dankend die Hand.

Am anderen Morgen erfuhr ich, daß in derselben Nacht noch eine kleine Schaar, mit buntem Flitterkram auf einem Handkarren, im stillen Elende über die Höhen gewallfahrtet sei, aus deren Tiefen die Bergmannschaar eben den mit Silber schwerbeladenen Handkarren (Hund) bei einem fröhlichen Glückauf ans Tageslicht zog.

Elend und schimmernder Glanz so nahe bei einander. Extreme berühren sich. — — —

Nach wenigen Monaten las ich in einer Theaterzeitung das Absterben des Direktors — — aus Verzweiflung. Friede seiner Asche!

Ich verblieb hier in Andreasberg noch einige Tage, fuhr die tiefen Erzgänge hinab, wohnte dem wunderbaren Schauspiele des „Königsblicks" bei der Schmelzung des Silbers bei, besuchte noch die Viktors-, Baumanns- und Bielshöhlen und fuhr dann von Hildesheim aus mit der Bahn nach Hamburg in mein Engagement. E. St.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 62-63.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 3. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Obligatorische Civilehe.

München, 1. März.

In der gestrigen 69. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung über den Antrag des Abg. Brater und Genossen, die Rechte der nichtanerkannten Religionsgenossenschaften und ihrer einzelnen Mitglieder betreffend, fortgesetzt und zwar über litt. c des Ausschußantrages: „Es sei an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten, dem Landtag einen Gesetzentwurf vorlegen zu lassen, wornach die Civilehe als die einzige rechtsgiltige Form der Eheschließung für alle Staatseinwohner erklärt und eingeführt wird."

Referent v. Münch empfahl diesen Antrag zur Annahme, weil dadurch einem bestehenden Bedürfniß abgeholfen und die Rechte der Kirche nicht beeinträchtigt würden.

Hr. Justizminister v. Lutz bemerkte: Schon am 10. Dezember vor. Jrs. habe er im Ausschusse erklärt, daß die Staatsregierung sich nicht in der Lage befinde, die Vorlage eines Gesetzentwurfs, welcher die Einführung der obligatorischen Civilehe bezweckt, in Aussicht zu stellen. Auch heute sei er nicht in der Lage, einen derartigen Gesetzentwurf zu verheißen. Wenn man den Schluß seiner Erklärung vom 10. Dezember lese, so werde man einsehen, daß er heute mehr da ist, um zu hören, als zu diskutiren. Es sei bedauert worden, daß die Regierung dem Antrage sich nicht günstig zeige; auch sei gesagt worden, die Regierung lasse sich die Thatsachen über den Kopf wachsen. Trotzdem glaube die Regierung den richtigen Standpunkt in der vorliegenden Frage einzunehmen; auch scheine es besser, wenn die Regierung der wohlbegründeten öffentlichen Meinung nachzeht, als wenn sie ihr voraneilt. Hielte er sich für berechtigt, seine persönliche Ansicht auszusprechen, so würde er sagen, daß er kein Bedenken trage, einen Gesetzentwurf auf Einführung der obligatorischen Civilehe vorzulegen, weil er nicht glaube, daß damit ein Eingriff in die Rechte der Kirche gemacht würde. Wenn von obligatorischer Civilehe gesprochen werde, so soll nur das, was in der Ehe weltlichen Inhalts ist, von dem getrennt werden, was die Ehe geistlichen Inhalts hat. Allerdings würde durch eine Feststellung der civilrechtlichen Folgen der Ehe aus der Ehe ein doppeltes Institut geschaffen: ein weltliches und ein kirchliches; allein die Erfahrungen verschiedener Länder hätten bewiesen, daß beide Institute neben einander bestehen können. . . . Wenn er (Redner) sich die Frage vorlege, ob ein dringendes Bedürfniß besteht, bei uns die obligatorische Civilehe einzuführen, so müsse er diese Frage verneinen. Uebelstände in civilrechtlicher Beziehung seien nicht konstatirt und für die Gewissensfreiheit biete die Verfassung hinrichende Bürgschaft. Zur Zeit sei für die Regierung der Umstand maßgebend, daß sie gegründeten Zweifel hegt, ob das Institut der obligatorischen Civilehe im diesseitigen Bayern ein willkommenes Institut sei.

Pfarrer Thomas Völk: Wenn man die Kirche vom Staate trennen will, so soll man es ganz thun. Redner stellt sich auf den Standpunkt des tridentinischen Conciliums, und erklärt sich dahin, daß es auch ein großer politischer Fehler wäre, wenn man den Gefühlen einer großen Zahl der Bevölkerung entgegentreten würde.

Auch Dr. Ruland sprach sich sehr ausführlich gegen den Antrag aus. Redner beklagt zunächst, daß dieser Antrag überhaupt zur Verhandlung kommen mußte, weil sehr leicht das religiöse Gefühl verletzt werden könnte. Die Katholiken bedürften keine Aenderung und die Protestanten auch nicht. Ihre Verhältnisse seien genau geregelt und es sei nicht nothwendig, eine neue Regelung eintreten zu lassen. Wenn der Referent behaupte, die Civilehe sei nothwendig ob der Gewissensfreiheit, so entbehre dies aller Begründung. Ueberhaupt widerstreite Alles, was der Referent behaupte, den Dogmen. Wie könne der Staat diejenigen schützen, welche mit den Bestimmungen ihrer Kirche in Konflikt kommen und doch nicht austreten wollen aus ihrer bisherigen Gemeinde? Lasse man im Lande abstimmen und man werde sehen, wie viele gegen und wie wenige für die Civilehe stimmen. . . . Immer spreche man vom Fortschritte und in der vorliegenden Frage greife man zurück in das Mittelalter, auf die Consensualehe! „Greifen Sie in's Heidenthum und Sie kommen noch

Die Correspondenz Napoleons I.

Aus der berühmten, durch eine kaiserliche Commission veranstalteten Sammlung der Briefe Napoleons I. erscheint demnächst eine autorisirte Uebersetzung (im Auszug) von dem verdienten Literarhistoriker H. Kurz in Aarau, dessen Beziehungen zu dem Prinzen Napoleon, dem Präsidenten jener Commission, ihn vorzugsweise für das große Umsicht und Kritik erfordernde Werk befähigen und begünstigen.

Es erstreckt sich nämlich die Auswahl auf die schon gedruckten, sowie noch ungedruckten Theile jener — bereits bis zu der Briefzahl 16,742 in 20 starken Quartbänden angewachsenen — Sammlung.

Ausgeschieden aus derselben sind bekanntlich alle Privatbriefe, die rein persönliche Verhältnisse berühren, denn die Absicht der Commission war, das Bild des Feldherrn und Staatsmanns, soweit es die politische, militärische und administrative Correspondenz beleuchtet, durch Züge persönlicher Natur nicht verwischen zu lassen. — Eine andere Frage ist es freilich, ob auch alle Briefe jener Gattung aufgenommen werden, wenigstens läßt sich da vermuthen, daß Auslassungen aus Gründen der Politik geboten scheinen.

Wie die Commission in ihrem Bericht an Napoleon III. sagt, so kennt zwar Jedermann Napoleons Siege, die Gesetze, die er gegeben, die Anstalten, die er gegründet, und die nach so vielen Revolutionen noch bestehen; die Geschichte hat erzählt, was er gethan hat, aber sie hat seine Absichten nicht immer gekannt, sie ist nicht in das Geheimniß so vieler bewunderswürdiger Combinationen gedrungen, welche das Schicksal vereitelt hat, so vieler großer Pläne, zu deren Ausführung nur die Zeit fehlte; die Spuren seines Gedankens waren zerstreut, man mußte sie vereinigen und in ihr wahres Licht setzen.

Die Tausende von Briefen, welche von der Commission von allen Seiten gesammelt wurden, haben es ihr möglich gemacht, trotz einiger Lücken dem Gedanken Napoleons von Tag zu Tag zu folgen und, um so zu sagen, der Geburt seiner Pläne, der unablässigen Thätigkeit seines Geistes beizuwohnen, der keine andere Erholung kannte, als den Wechsel der Beschäftigung. Aber das Ueberraschendste, was das Durchlesen einer so mannigfaltigen Correspondenz darbietet, ist die Größe seines universellen Geistes; sein Scharfblick umfaßt die verschiedensten Fragen in ihrer Gesammtheit, erforscht sie nach allen Richtungen und dringt bis zu ihren geringsten Einzelheiten. Nichts scheint ihm seiner Aufmerksamkeit unwürdig, sobald es sich darum handelt, seine Pläne auszuführen, und er begnügt sich nicht, die genauesten Befehle zu ertheilen, er überwacht selbst ihre Ausführung mit einer unermüdlichen Ausdauer.

Ueber die leitenden Gesichtspunkte bei Herausgabe der Kurz'schen Auswahl ist im Allgemeinen zu sagen, daß alle rein militärischen Berichte &c., die nur für den Soldaten, höchstens für den Geschichtsforscher von Bedeutung sind, ausgeschieden wurden. Dagegen sind alle diejenigen Stücke aufgenommen worden, aus welchen sich der historische Charakter Napoleons ergibt, welche eine Einsicht in seine politischen, nationalökonomischen &c., überhaupt in seine Ideen gewähren.

Da bei der Uebersetzung nur die historische Absicht vorwalten kann, so macht sich auch die Mittheilung solcher Stücke nothwendig, die von wesentlicher Bedeutung für die Schilderung des Feldherrn und Staatsmanns sind — ob sie zu seinem Ruhme gereichen oder nicht.

Das Ganze ist auf 3—4 mäßig starke Bände berechnet und erscheint im Verlag des Bibliographischen Instituts in Hildburghausen.

---

weiter zurück!“ Die ältesten Völker hätten die Ehe mit einem religiösen Kultus umgeben; die Ehe sei als ein Heiligthum stets anerkannt worden; und darum treten wir im diesseitigen Bayern so entschieden für die Ehe ein, weil sie uns heilig ist. In der Pfalz nenne man die Civilehe blos das „Akten“ und Niemand verschmähe die kirchliche Trauung. Wenn man beweisen wolle, daß da, wo die Civilehe besteht, weniger Ehescheidungen vorkämen, so hält dies Redner für ein Räthsel. Wenn man sagt, in Frankreich bestehe die Civilehe auch, so frage er: müssen denn wir Deutsche immer die Revolutionstrommel Anderen nachtrommeln? Nimmt man das religiöse Element von der Ehe hinweg, so bleibe nichts übrig, als der bekannte Miethvertrag Kants rc. rc. Wenn im diesseitigen Bayern die Mehrzahl des Volkes gegen die Civilehe ist, wie wollen wir ein Gesetz machen, wie der Ausschuß es will? Das Kirchengut habe man säkularisirt, die Schule wolle man säkularisiren, säkularisiren wir nicht auch das Gewissen des Volkes.

Dr. M. Barth hat es sehr befremdet, daß von geistlicher Seite das christliche Mittelalter mit dem Heidenthum in Verbindung gebracht wurde. Man habe gesagt, die Conflikte würden durch die Civilehe aus dem Leben doch nicht verbannt. Das gibt Redner zu: aus dem Leben können die Conflikte nicht verbannt werden, allein wir hätten es nicht mit dem Leben sondern mit dem Staate zu thun; es solle lediglich der weltliche vom geistlichen Theil getrennt werden: Der Kirche soll das Ihrige und dem Staate das Seinige gelassen werden. Die allgemeine obligatorische Civilehe sei gegenüber der Kirche viel anständiger als die Nothcivilehe, welche vorgestern beschlossen wurde. Die größere Masse des Volkes sei bei uns allerdings gegen die Civilehe, allein das Volk kenne die Civilehe nur dem Namen nach: ist sie einmal eingeführt und bewährt sie sich, dann werde das Volk sie auch billigen. Ueberall, wo die Civilehe besteht, sei das Volk neben der Civilehe bei der kirchlichen Trauung doch stehen geblieben, warum sollte das bei uns anders werden? Die Kirche werde schon ihren Einfluß geltend machen, daß durch die Civilehe die kirchliche Trauung an ihrem Ansehen nicht beeinträchtigt wird. Verletzt ein Angehöriger der Kirche die Vorschriften derselben, so könne sie ihn ausschließen, sie könne aber nicht verlangen, daß er immer von der Eheschließung ausgeschlossen bleiben soll.

Frhr. v. Pfetten theilt die von Pf. Völk und Dr. Ruland ausgesprochenen Befürchtungen nicht, kann aber auch nicht für den Antrag stimmen und zwar aus den Gründen, welche der Herr Justizminister entwickelt hat.

Kolb wiederholt, daß Bischof Geissel sich für die Civilehe ausgesprochen hat und erwiedert auf die Bemerkung Rulands, daß Bischof Richarz sich gegen die Civilehe erklärt habe, daß Richarz die Wirkungen der Civilehe in der Pfalz nur einige Jahre beobachtete, während sie Geissel sein Leben lang kennen gelernt habe. Plackereien schaffe die Civilehe keine.

Dr. Völk: Was die beiden Redner aus dem geistlichen Stande von der Würde, von der Heiligkeit und Wirkung der Ehe gesagt, unterschreibe er vollkommen; ja er sei von der Heiligkeit der Ehe noch mehr durchdrungen, als diese beiden geistlichen Herren, weil er die Ehe aus Erfahrung kenne, die beiden Herren aber nicht. (Heiterkeit!) Redner glaubt, daß es sich heute nur um die Frage handle: ist für das diesseitige Bayern ein Bedürfniß gegeben, die Civilehe einzuführen und kann die Kammer veranlaßt sein, einem solchen Bedürfniß Ausdruck zu geben. Vom Justizminister sei die Bedürfnißfrage verneint worden, obwohl er die Zulässigkeit der Civilehe anerkannte; auf demselben Standpunkt stehe Frhr. v. Pfetten; es handle sich also nicht mehr um die Frage der Zulässigkeit, sondern um die Frage des Bedürfnisses; das Sakramentale der Ehe, der in einer Broschüre erwähnte Wechselbalg und das Concubinat habe nichts damit zu thun. Die Civilehe sei schon deswegen nothwendig, weil bei den Katholiken die kirchliche Behörde über Ehescheidungen entscheidet und weil diese Behörde nach einem Prozesse entscheidet, der nicht die mindeste Garantie für eine richtige Entscheidung biete. In Oesterreich sei bereits durch beide Häuser das gegangen, was wir erst anstreben. Wenn dort solche Dinge geschehen, sollte man bei uns davor nicht zurückschrecken; wir sollten in solchen Fragen vorangehen. Die Antragsteller wollten die Schule nicht säcularisiren; Aufgabe des Staats und der Kirche aber sei es, erziehend vorwärts zu gehen, nicht, dem Bedürfnisse nachzuhinken. Auch um Säkularisation der Gewissen handle es sich nicht; ein Gewissen, welches gut katholisch ist, könne man nicht säkularisiren und ein säkularisirtes Gewissen könne man nicht katholisch machen.

Jörg führte aus, daß die obligatorische Civilehe die Ehe säkularisirt und stellte am Schluß die Frage, ob es sich schickt, daß man den Antrag als Hebel benützt, um damit die wohlverbürgten Rechte der alten Kirchen aus den Angeln zu heben? Redner hält das nicht für schicklich, „zumal es mit uns bald Abend werden will und es bald Zeit zum Schlafengehen ist.“

Dr. A. Schmidt besorgt zwar nicht, daß die Civilehe die Religiösität schädige, denn das deutsche Volk sei das religiöseste, dennoch müsse er gegen den Antrag stimmen, weil die Heiligkeit der Ehe durch die Civilehe beeinträchtigt werde.

Fischer weiß, daß bei uns gegen die Civilehe eine Abneigung besteht, er weiß aber auch, wie diese Abneigung herangebildet wurde. Durch ein Aufschieben des Antrages wäre keine Klarheit in der Bevölkerung verbreitet worden; der Aufschub wäre nur denen zu statten gekommen, die ein Interesse daran haben, die Klarheit zu verhindern und Irrthum zu verbreiten. Die beiden geistlichen Redner hätten gefragt, ob denn der Ausschuß wisse und geprüft habe, daß kein Antrag mit dem Dogma in Widerspruch stehe? Darauf müsse er (Redner) erwidern, daß der Ausschuß eine solche Prüfung nicht angestellt hat, denn er wollte am Dogma gar nichts ändern, sondern nur für die staatliche Einrichtung ein Gesetz erlassen. Der Antrag sei auch kein Eingriff in die Freiheit der Kirche. Als neulich Pfarrer Völk sagte, die Kirche brauche bloß Luft, um leben zu können, sei alsbald erwidert worden, daß die Kirche mehr als Luft brauche. Was in Göthe's Faust von dem großen Magen der Kirche gesagt wird, sei heute noch wahr, und dieser Magen lasse sich mit Luft nicht abspeisen. (Heiterkeit!) Man spreche immer von Genügsamkeit, allein sobald ein Anderer kömmt und auch ein Recht für sich beansprucht, dann spreche man von seinem hergebrachten Recht; ja um das eingebildete Recht der Kirche, auf diesem Gebiete allein zu herrschen, handle es sich. Die Kirche sage: ich will herrschen, und weil sie herrschen will, deßhalb solle der Staat nicht mitreden. Wenn man von Plackereien spreche, welche die Civilehe verursache, so vergesse man eben, daß man jetzt in den Pfarrhöfen auch vielfachen Plackereien ausgesetzt sei. Jörg, schließt Redner, hat uns den Rath gegeben, wir sollten schlafen gehen; ich glaube es, daß es manchen Herren recht angenehm wäre, wenn diejenigen schlafen gingen, welche noch den Muth haben, dem entgegenzutreten, was von jener Seite gewünscht wird. Allein wir werden nicht schlafen gehen, sondern stets wach bleiben und dazu beitragen, daß der Triumph jener Partei nicht zu groß wird. Gerade aus diesem Grunde empfehle ich Ihnen ganz besonders den Ausschußantrag zur Annahme.

Dr. Ruland bezeichnet es als eine unwahre Behauptung, wenn gesagt wird, daß die Kirche auf diesem Gebiet allein herrschen wolle. Die Kirche will nur das behalten, was sie seit ihrem Bestand hatte, und überläßt gerne dem Staate, was dem Staate gehört. Dem Vorredner könne er die Worte eines Schriftstellers entgegenhalten, der sagt, daß man die Civilehe nur wolle, weil man gar keine Religion mehr will. Was den großen Magen der Kirche betrifft, so hat Redner nur zu entgegnen, daß auch die bürgermeisterlichen Mägen (der Vorredner Fischer ist bekanntlich Bürgermeister von Augsburg) nicht von der Luft allein leben. (Allgemeine Heiterkeit!)

Nach dem Schlußworte des Referenten, welcher den Antrag nochmals zur Annahme empfahl, wurde namentlich abgestimmt und das Resultat war, daß der Antrag des Ausschusses mit 74 gegen 52 Stimmen abgelehnt wurde.

Süddeutschland.

p. Bayern. München, 2. März. [Hof- und Landestrauer.] Nach vorläufiger Bestimmung soll die kgl. Kommission, welche gestern nach Nizza abgereist ist, um die Leiche König Ludwigs I. abzuholen, kommenden Sonntag Abends 8 Uhr hier eintreffen, und es wird dann am Montag den 9. ds. Mts., Nachmittags 2 Uhr, das feierliche Leichenbegängniß stattfinden. Nach Beendigung dieser Feier wird dann die Vigil und hierauf am Dienstag Vormittag 11 Uhr das Traueramt stattfinden. Definitiv sind diese Zeitpunkte jedoch noch nicht festgestellt. Die allerhöchst angeordnete dreimonatliche Hof- und Landestrauer hat am 1. März bis incl. 31. Mai dieses Jahres zu dauern. Sämmtliche hoffähige Herren, die zum Tragen von Uniformen berechtigten Hofdiener im Rathsrange, dann sämmtliche im höheren und im Collegialmitgliedsrange stehenden kgl. Staatsdiener tragen in dem ersten Monate, vom 1. bis 31. März, zur Uniform schwarze Beinkleider ohne Tressenbesatz, die Epauletten sowie die Hutkordons und das Porte-Epée mit schwarzem Flor überzogen, dann den Trauerflor am Arme und schwarze Handschuhe. Die Ordensbänder werden während dieser ersten Trauerzeit unter dem Kleide getragen, während des zweiten Trauermonats, vom 1. bis 30. April, bleiben nur die schwarzen Beinkleider und der Flor am Arme und schwarze Handschuhe. Während des dritten Monats, vom 1. bis 31. Mai, wird lediglich zur gewöhnlichen Uniform der Flor am Arme

getragen. Das kgl. Heer trägt die Hof- und Landestrauer nach den besonders hierüber bestehenden Vorschriften. Die Damen des Hofes, sowie sämmtliche hoffähige Damen der Stadt tragen im ersten Monat zum Kleid von schwarzem Wollenzeug den Kopfputz von schwarzem Crêpe mit gleicher Garnirung, dann einen rückwärts abhängenden schwarzen Crêpeschleier, dazu schwarze Handschuhe. Im zweiten Monat zum schwarzen Kleide von Gros de Tour oder Crêpe den Kopfputz von schwarzem Crêpe mit gleicher Garnirung, dazu schwarze Handschuhe, der Crêpeschleier wird abgelegt. Im dritten Monat zum schwarzseidenen Kleide weißen Kopfputz und weiße Handschuhe. Die Frauen der höheren kgl. Staatsdiener bis einschließlich jener der Collegialmitglieder tragen: vom 1. bis 31. März schwarzes Kleid von Wollenzeug, den Kopfputz von schwarzem Crêpe mit gleicher Garnirung, dazu schwarze Handschuhe; vom 1. bis 31. April zum schwarzseidenen Kleide schwarzen Kopfputz von Crêpe mit gleicher Garnirung, dann schwarze Handschuhe; vom 1. bis 31. Mai schwarzseidenes Kleid mit weißem Kopfputz und weißen Handschuhen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 29. Febr. [Die Reise des Prinzen Napoleon nach Berlin] soll — so schreibt der ± Correspondent — der preußischen Regierung, offiziell wenigstens, nicht angekündigt worden sein. In diplomatischen Kreisen wird die Reise inzwischen bestätigt. Es hieß gestern Abend, der Prinz werde incognito hier eintreffen, weder im Schlosse noch in der Botschaft, sondern im Wiener Hotel Wohnung nehmen und einige Tage in Berlin verweilen. Ob der Prinz schon eingetroffen, konnte vor Abgang des Schreibens noch nicht konstatirt werden. Ueber die Gründe der Reise Vermuthungen aufzustellen, wäre gewagt. Man wird darin einen Versuch der Annäherung zwischen den beiden Regierungen erblicken, vielleicht auch die Absicht Frankreichs, Preußens Stellung in der orientalischen Frage deutlicher zu erkunden. So widerspruchsvoll auch die Nachrichten über die Bewegung an der untern Donau lauten mögen, sicher ist, wie auch die Sprache der französischen Blätter beweist, daß man sich in Paris lebhaft damit beschäftigt. Und so wird es denn nicht ausbleiben, daß man die Anwesenheit des Prinzen Napoleon damit in Verbindung bringen wird. Aber es kann sich dabei selbstverständlich nur um Voraussetzungen handeln, deren Bestätigung um so mehr abzuwarten bleibt, als noch nicht einmal festgestellt ist, ob der Prinz wirklich eine Mission für Berlin hat.

Vom offiziösen Pariser „Constitutionnel" wird die Reise des Prinzen Napoleon nach Norddeutschland und Berlin feierlich gemeldet, und wer die Gewohnheiten dieses Blattes kennt, weiß, daß es die aus dem Palais Royal ihm zugegangene Nachricht erst nach erhaltener Erlaubniß und Bestätigung durch das Cabinet des Kaisers aufnahm. Man hat nun gut jede „Mission" des Prinzen in Abrede stellen und behaupten, die Agenten Frankreichs im Auslande wären von dem „missionslosen Charakter der Reise" des Vetters Napoleon's III. in Kenntniß gesetzt worden, Niemand will es glauben. Die Angaben sind vorläufig noch unklar und sich widersprechend. Die einen beziehen sie auf die erfolgte Besänftigung in der Orient- und Donaufürstenthümerfrage, die anderen auf den Versuch, Preußen bei den Verhandlungen zu betheiligen, welche gegenwärtig zwischen Florenz und Paris einer- und Rom und Paris andererseits Betreffs Herstellung eines modus vivendi auf der Halbinsel gepflogen werden. Einig ist alle Welt nur in dem Einen, daß die Reise des Prinzen nur in freundschaftlichster und friedlichster Absicht entschieden worden ist, und daß sie dazu dienen soll, die Beziehungen Norddeutschlands zu Frankreich immer angenehmer und inniger zu gestalten. Wer weiß, welch preußenfreundliche Rolle der Prinz in den letzten Jahren immer gespielt und wie er namentlich vor Sadowa sein Wort in die Wagschale zu Gunsten der deutschen Einheit unter Preußens Führung geworfen, der wird sich nicht wundern, wenn ihm in Berlin ein äußerst zuvorkommender und sympathischer Empfang zu Theil werden sollte.

Ausland.

Frankreich. [Offizielle Verwirrung.] In einer Pariser Korrespondenz heißt es u. A.: In den offiziellen Kreisen herrscht fortwährend die größte Verwirrniß der Ideen, und selbst der sonst so klare Kopf Rouher's soll etwas trübe geworden sein, und er selbst einem seiner Freunde eingestanden haben, daß, wenn er noch lange in der Kammer die Freiheit und außerhalb den Absolutismus zu vertheidigen haben werde, er leicht seinen gesunden Menschenverstand verlieren könnte. Wo möglich größer aber ist der Wirrwar im Kriegsministerium, und zwar in Folge der Ausführung des neuen Militärgesetzes. Dasselbe bereitet tagtäglich neue Verlegenheiten und hat dabei die lächerlichsten Situationen geschaffen. Am schlimmsten erging es dabei einem jungen Manne, der, nachdem er die polytechnische Schule durchgemacht, als Artillerieoffizier in die Metzer Artillerieschule eingetreten war. Nachdem er ein Jahr lang Offizier gewesen, gefiel ihm die Sache nicht mehr, zumal er sich verheirathen wollte. Er reichte in Folge dessen seine Entlassung ein. Als sich nun aber der ehemalige Offizier auf einer der Pariser Mairieen präsentirte, um sich aufrufen zu lassen, erklärte der Maire, es sei nicht möglich, daß er heirathe, da er seine sieben Jahre nicht abgedient habe, er müsse sich exoneriren lassen. Der Offizier begab sich nun nach dem Kriegsministerium. Dort wurde ihm geantwortet, daß die Exoneration für die, welche bereits in der Armee seien, nicht mehr möglich sei; er müsse einen Stellvertreter liefern. Das war der Offizier sofort bereit, zu thun, aber nun erhielt er zur Antwort, daß das System des Loskaufens noch nicht organisirt sei, und so muß denn dieser Offizier, welcher die polytechnische und die Artillerieschule durchgemacht, vor der Hand gemeiner Soldat und Bräutigam bleiben. Aehnliche und andere Dinge ereignen sich täglich in Masse, und die Unzufriedenheit, welche das neue Gesetz ohnedies erregt hat, wird mit jedem Tage größer.

— Der Fr. Corr. entnehmen wir folgende, die gegenwärtige Lage charakterisirende Berichte: Im gesetzgebenden Körper sind für nächsten Montag, wo ein großer Sturm erwartet wird, Vorsichtsmaßregeln getroffen. Die Wache wird verstärkt und die Salle des pas perdus dem Publikum ganz abgesperrt.

Der Deputirte Didier, welcher bekanntlich verrückt ist und zu der skandalösen Szene Anlaß gab, die bei Beginn der Sitzung vom letzten Montage Statt fand, ist nach einem Krankenhause gebracht worden. Vorher schrieb er noch einen äußerst groben Brief an den Staatsminister Rouher.

Der Polizei-Präfekt von Paris, Herr Pietri, erhielt am 28. d. Mittags ein Telegramm folgenden Inhalts: „Kaiser stürzte so eben vom Pferde und verletzte sich am Haupte. Machen Sie dem Polizei-Commissär an der Börse hiervon Mittheilung. Laferrière, erster Kammerherr." Pietri stürzte gleich aufs Staatsministerium, wo er sofort erfuhr, daß an der Nachricht, welche mit einer der neuen Depeschen-Frankomarken in einen Telegraphen-Briefkasten geworfen worden war, kein wahres Wort sei und daß hier, allem Anscheine nach, eine Fälschung im Interesse einer groß angelegten Baisse-Spekulation vorliege. Es ist sofort eine Untersuchung eingeleitet worden.

Paris, 29. Febr. [Attentat.] Ein Augenzeuge berichtet über das Attentat gegen den russischen Gesandten Budberg im Wartesaal der Station Verviers: Der Gesandte saß beim Frühstück, als ihn ein junger Mann erst artig in französischer, dann sofort heftig in russischer Sprache anredete, und als der Gesandte ihn beruhigen wollte, ihm einen Faustschlag gab und dann einen Stockdegen zog. An Letzterem durch die Zwischentretenden verhindert, zog er einen Revolver, worauf der Gesandte rief: Haltet ihn fest, er ist verrückt. Ein Kellner packte ihn und entriß ihm den Revolver. Die Polizei arretirte den Attentäter, welcher als der Sohn des früheren russischen Gesandten Meyendorf erkannt wurde, der dem Gesandten schon mehrere Tage aufgepaßt hatte, um ihn darüber zur Rede zu stellen, weil er Jemandem, den Meyendorf zum Duell gefordert, bescheinigt hatte, daß er sich nicht zu schlagen brauche, weil jener nicht bei gesunden Sinnen sei. Auf Anordnung des Gesandten, der mit dem Train weiter reiste, wurde Meyendorf in Verviers von der Polizei bewacht, bis seine Familie die telegraphisch benachrichtigt worden, ihn abholen läßt.

Großbritannien. [Fenier.] Am 28. Februar Abend um 10 Uhr überfiel in Cork ein Haufen von 30 oder 40 bewaffneten Feniern das etwa eine Meile von der Stadt gelegene Wohnhaus des protestantischen Geistlichen Reverend Leslie zu Wilton und verlangte in stürmischer Weise Waffen. Die Angreifer versuchten den Eingang in das Haus zu erzwingen und feuerten Schüsse nach Fenster und Thüren ab. Hr. Leslie erwiderte das Feuern; die Allarmglocke wurde geläutet und bald langte eine Anzahl Polizeikonstabler von der nächsten Wachtstation an. Beim Herannahen derselben entfloh aber die gesammte Bande, nachdem sie durch ihre Schüsse, wohl 50 an der Zahl, sämmtliche Thüren durchbohrt und die Fenster zertrümmert hatte. Verhaftungen haben bis jetzt noch nicht stattgefunden.

Nichtpolitische Zeitung.

[Ein neuer Telegraphen-Apparat.] Vor längerer Zeit ist in der „Köln. Ztg." von einem Telegraphen-Apparate die Rede gewesen, auf welchen dem damals in Köln stationirten Ober-Telegraphen-Inspektor Ludewig, jetzigem Telegraphen-Director in Dresden, ein Patent ertheilt worden war. Schon bei der ersten Ausführung

durften die Versuche als vollkommen gelungen betrachtet werden, wenn gleich noch einige Mängel zu Tage traten, welche der Einführung in die Praxis entgegenstanden. Diese Mängel sind bei einer zweiten Ausführung in dem Atelier eines vorzüglichen Mechanikers in Berlin beseitigt worden, so daß der neue Apparat, ein Typendruck-Apparat, welcher die Depeschen auf der Empfangsstation gleich in gewöhnlichen Lettern gedruckt liefert, vor einigen Tagen der General-Telegraphen-Direktion in Berlin vorgeführt werden konnte. Die ersten Versuche mit diesem verbesserten Apparate sind sofort so günstig ausgefallen, daß ihre Fortsetzung im praktischen Betriebe genehmigt wurde. Die Handhabung des neuen Apparates ist so einfach, daß ihn jeder Laie ohne Weiteres in Benutzung nehmen kann, und da außerdem seine Arbeit durch ein unverfälschliches, bleibendes Dokument kontrolirt wird, so wird er voraussichtlich nicht nur für die Staats-Telegraphie nutzbar sein, sondern namentlich auch für Eisenbahnen und selbst für Privatzwecke als erwünschte Vervollkommnung betrachtet werden.

Frankfurter Börse (24. bis 29. Februar.)

29. Februar. Rumänien scheint den dünnen Faden, der es noch mit der Türkei verbindet, durchschneiden zu wollen und Serbien wird sich das auch nicht zweimal sagen lassen, Russland hetzt an der ganzen unteren Donau, und somit haben die Grossmächte wieder alle Hände voll zu thun. Prinz Napoleon geht nach Berlin, das ist immer der Sturmvogel. Nun ist allerdings wohl zu beachten, dass England und Frankreich in der orientalischen Frage einig scheinen und das wäre die beste Garantie für die Erhaltung des Friedens — aber die Spekulanten liefen zu weit voran und sehen sich plötzlich im Rücken angegriffen. Endlich sind die innern Zustände Frankreichs auch nicht darnach angethan, um die Welt in Sorglosigkeit zu wiegen, und wie schlaff immer das Volk dort geworden sein mag, es liebt die Veränderung mehr wie je, das „Imprevu" kann jeden Tag seine Rolle wieder aufnehmen.

Am stärksten prägte sich die Reaktion in österr. Fonds aus, die Baisse beträgt 1—1½ pCt., und mit Ausnahme der engl. Metalliques, welche die Arbitrage hält, sind die meisten nahezu auf den Kurs vor 14 Tagen zurückgekehrt, wo die Haussecampagne ihren Anfang nahm. — Süddeutsche Fonds verharren in Apathie und erlitten mehrfache Einbusse. Bayer. Loose, nach der Ziehung nunmehr mit badischen auf gleichen Kursstand reduzirt, werden von jetzt an wohl auch gleicheren Schritt halten. Amerikaner verloren heute vorübergehend den 75er und wechselten Hände zu 74⅞. Unsere Börsenleute wollen in der Anklage des Präsidenten ein energisches Mittel finden, über die Schwierigkeiten wegzukommen, drüben scheint man diese Ansicht nicht zu theilen, denn das Kabel bringt heute bei erniedrigtem Agio auch niedrigere Kurse der Bonds. Eine definitive Lösung der Wirren erwarten wir nicht vor der Präsidentenwahl. 6pCt. Pacific — Obligationen a 67¼ in Posten gehandelt.

Staatsbahnen, als jetzt bevorzugtes Spielpapier, mussten natürlich der eingetretenen Reaktion ihren Tribut zahlen. Vor 8 Tagen bis 266 getrieben, gingen sie gestern, trotz einem Plus der letzten Wocheneinnahme von fl. 278,000, bis 259¼ zurück, um heute etwas höher zu 260½ zu bleiben. In heimischen Devisen wenig Verkehr. Auch bayer. Ostbahnen matt, wenn schon die Januareinnahme eine sehr günstige ist; bei einem Gesammtertrag von fl. 601,529 beträgt das Plus gegen den gleichen Monat des Vorjahrs nahezu 38 pCt.; dasselbe kommt lediglich auf Rechnung des Güterverkehrs, der in der beförderten Centnerzahl sich um 54 pCt., in der Einnahme um 59 pCt. vermehrte. Von Prioritäten Livorneser und österr. Silberprioritäten in den ersten Tagen der Woche fest, zum Schluss aber, ebenso wie die übrigen Kategorien, ohne Leben und angeboten.

Dem Haussetreiben für österr. Kreditaktien ist in Wien der Athem ausgegangen; die Superdividende fällt um ¼ fl. niedriger aus, als man erwartet hatte und die vielgepriesene Kapitalsreduktion wird noch mit manchen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Die Aktie schliesst mit einer Kurseinbusse von fl. 6, zu 191½. Oesterr. Bank, im Anfang der Woche 735, ist auf 720 gewichen.

Der anhaltend flotte Geldstand erleichterte überaus die Ultimoliquidation. Mit Ausnahme von österr. Kredit waren alle Stücke angeboten, Amerikaner zu billigem Zins leicht zu placiren. Diskont, soweit derselbe vorkommt, zu 1¾—2 pCt. im Privatverkehr von vielen Seiten willig genommen und hätte die Bank zu 3 pCt. das leere Nachsehen, wenn sie sich nicht auf Seitenwegen zu helfen wüsste. Von Wechseln sind London und Paris von ihrer Höhe nicht herunterzubringen, während Thaler flau bleiben und auch Wien 1 fl. verloren hat. Französ. Gold bis 9.33 bezahlt.

	24.	29.		24.	29.
5% Oestr. National	56⅝	55⅞	3½% Badische Obl.	82¼ B	—
5% do. Metal. (1859)	66⅞	66	4% Darmstädt. do.	89⅝ B	90⅛ B
do. (steuerfr.)	51⅜	51	4½% Nassauer do.	93⅝ B	94⅜ B
5% do. Lose (1860)	74⅝	72⅞	4% do. do.	86¼	85⅞ B
— do. do. (1864)	86	84	3½% do. do.	—	85 B
Oestr. Kreditl. (58)	134½	134½	4% Kurhess. do.	89⅝ B	89⅝ B
5% Bayer. Obligat.	101⅜ B	100⅞ B	3½% Frankf. do.	82 B	81¾ B
4½% do. do.	93⅝	93⅜ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88⅜ B	88½ B	6% Amerik. (1882)	75½	74⅞
4% do. 100 Thl.-L.	100½	98⅞ B	Oestr. Kredit.	194½	191⅞
4½% Würtemb. Obl.	93⅞	93⅜ B	Oestr. Nat.-Bank	735	721
3½% do. do.	82	81¾ B	Frankfurter do.	126½ B	126
4½% Badische do.	94⅜ B	94 B	Bexbacher E.-B.	157½ B	156⅞
4% do. do.	—	—	Bayer. Ostbahnen	120½	120 B (Akt)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	76 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	66⅛—⅜ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	56¼ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅞—¾ G.
„	4½pCt.	44 P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	100⅝ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅞ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅛ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. etc.	88½ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ P.
„	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	88¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¾ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¾ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	93⅞ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	85½ P. ¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81⅛ P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 100 Thlr.	84¼ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76⅜ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	74¾—75 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	724—25 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90½ P. 89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitt-Deutsche Kreditaktien . . .	91¾ P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109½ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263—63 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	157 P.
dto dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131½ G.
Oest. St.-Eis. ub. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅛ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	—
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	43⅜ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	97⅞ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¼ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102¼ P. 102 G.
do. in öst. W. l. S.	102⅛ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72½ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133½ G.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¼—⅜ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	33 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ G.

Frankfurt, 2. März. Nach kurzem Wiederaufflackern am Samstag Abend und gestern Mittag trug die Börse heute wieder einen sehr verstimmten und apathischen Charakter. Auch fängt das Geld an, wieder etwas anzuziehen. Sämmtliche österr. Effekten, sowohl die Spekulations- als die Anlagepapiere, waren zum Theil beträchtlich unter gestriger Notirung zu haben und verflauten theilweise noch mehr im Laufe der Börse. Auch süddeutsche Wechsel waren sämmtlich matter und offerirt. Amerikaner verkehrten in ziemlich fester Haltung. Central-Pacific-Bonds wurden 67 bezahlt. Von Wechseln war London und Wien höher. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 64.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 4. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Militärrechnungen 1863—65. Malzaufschlagsgesetz-Berathung.

München, 3. März.

In der gestrigen 70. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten war zuerst Berathung über die Militärrechnungen pro 1863/65. Referent **Langguth** erstattete hierüber Vortrag und bemerkte u. A., daß der Gesammtaufwand für die Armee ohne Gendarmerie und ohne die besonderen Fonds im Jahre 1863/64 15,088,475 fl., i. J. 1864/65 14,714,710 fl. betrug. Das vielfach verbreitete Gerücht, daß aus dem Fonds für Uebungslager dem Höchstkommandirenden im vorigen Jahre 40,000 fl. als Repräsentationsgelder überlassen worden seien, sei nach den vom Ausschuß gepflogenen Erhebungen durchaus unbegründet. Früher habe der Höchstkommandirende ein Aversum von 5000 fl. für Repräsentation bezogen, seit vorigem Jahre aber sei die Liquidirung der Kosten für Repräsentation dem Kommandirenden überlassen und so habe der Kommandirende im vorigen Jahre nur 2000 fl. für Repräsentation vergütet erhalten. Da die Fohlenhöfe eine geringe Rente abwerfen, so sollten die Waldungen derselben mit der allgemeinen Forstverwaltung verbunden werden. Schließlich empfahl Redner den Antrag zur Annahme: 1) den Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1863/64 und 1864/65 die Anerkennung und bezüglich der in diesen 2 Jahren aus der Centralstaatskasse à Conto des Reichsreservefonds geleisteten Zahlungen für die Gendarmerie und für die Pensionen der aktiven Armee die nachgesuchte nachträgliche Genehmigung zu ertheilen, 2) an Se. Maj. den König die ehrfurchtsvollste Bitte zu richten, daß die Waldungen der Militärfohlenhöfe von diesen getrennt und der allgemeinen Staatsforstverwaltung übergeben werden."

Hr. Kriegsminister Frhr. v. **Pranckh** sprach sein Bedauern aus, daß ein Gerücht, wie das vom Referenten erwähnte nur entstehen und Verbreitung finden konnte. Es sei nicht mehr als billig, daß dem Kommandirenden die Auslagen für Repräsentation ersetzt werden, und die Repräsentationsgelder, welche im vorigen Jahre dem Kommandirenden ausbezahlt wurden, hätten lediglich den wirklichen Ausgaben entsprochen. Ja es habe eines ausdrücklichen Befehls des Ministeriums bedurft, um den Kommandirenden zur Angabe seiner Auslagen für Repräsentation zu veranlassen.

Dr. **Völk** hob hervor, daß die ständigen Uebungslager für die in der Nähe des Uebungsplatzes gelegenen Gemeinden ein drückendes Verhältniß werden. Daß die Naturalleistungen nicht immer vollständig vergütet werden können, sei natürlich, allein den Gemeinden in der Nähe des Lechfeldes erwachse denn doch, weil die Uebungslager sich jedes Jahr wiederholen, eine zu große Belästigung. Da dies auf die Dauer nicht so fortgehen könne, zumal die fraglichen Gemeinden mit Bodenzinsen sehr belastet sind, richte er (Redner) schon jetzt die Aufmerksamkeit des Ministeriums auf diesen Punkt. Mit der Militärgerichtsbarkeit seien wir auch noch auf dem alten Fleck, obwohl dieser Strafprozeß dringendst einer Reform bedürfe und nur geringe Garantie einer sicheren Rechtsprechung biete. Redner will aber hiemit nicht den Personen einen Vorwurf machen, denn nur die Maschine sei mangelhaft. Schließlich bezeichnete Redner die Generalinspektion unserer Armee als vollständig überflüssig und als zu kostspielig, wie auch die Ausgaben für die Regimentsinhaberstellen unnöthig seien.

Hr. Kriegsminister Frhr. v. **Pranckh** gibt zu, daß die Gemeinden in der Nähe des Lechfeldes mehr belästigt sind, als andere Gemeinden; das Ministerium würde die Auslagen der Gemeinden auch gerne durch Geld vollständig ersetzen, wenn es nicht an das Gesetz gebunden wäre. Uebrigens habe man schon bisher den Gemeinden das Fuhrwerk so viel als möglich abgenommen und das solle auch in Zukunft geschehen. Die Militärgerichtsbarkeit betr. liege ihm (Redn.) ein reformatorischer Entwurf bereits seit 2 Monaten ausgearbeitet vor, allein er habe wegen anderer dringender Reformarbeiten sich noch nicht damit beschäftigen können, obwohl ihm selbst daran gelegen sei, daß auch dieser Gegenstand bald erledigt werde. Die übrigen Bemerkungen Völks antizipirten das Budget; wenn dieses zur Berathung gelange, werde auf die einzelnen Punkte näher eingegangen werden.

Der Ausschußantrag wurde einstimmig angenommen und nun die Berathung des Gesetzentwurfs über den **Malzaufschlag** begonnen. Referent v. **Morett**, welcher die allgemeine Debatte einleitete, empfahl den Gesetzentwurf so, wie er aus den Berathungen des besonderen Ausschusses hervorgegangen ist, zur Annahme.

v. **Soyer** gibt zu, daß in dem Entwurfe die Härten des alten Gesetzes gemindert sind, beklagt aber, daß wie ein rother Faden durch das neue Gesetz der alte Uebelstand gehe, daß der alte kostspielige Verwaltungsapparat aufrecht erhalten bleiben soll. Die Kontrole über den Malzaufschlag sollte den Hauptzollämtern übertragen und die Oberaufschlagsämter sollten aufgehoben werden; die Zollverwaltung sei jetzt schon theilweise im Aufschlagswesen beschäftigt. Schließlich beantragte Redner, dem Gesetz den Wunsch beizufügen, es wolle Sr. Maj. dem Könige gefallen, die Oberaufschlagsämter und die Ober-

König Ludwig I. von Bayern †.

Der beste Mäcen der deutschen Kunst ist todt, der überall bekannte, und wo er bekannt war populäre alte Herr mit der lautschallenden Stimme hat die scharfblickenden Augen für immer geschlossen. Sein langes und thätiges Leben war fast ununterbrochen der Unterstützung der schönen Künste, der geistigen Hebung des deutschen Stammes, dessen Fürst er war, der Verschönerung seiner Residenz gewidmet. Das ganze deutsche Vaterland, für das er den stolzen Bau der Walhalla errichten ließ, wird ihm ein freundliches Andenken bewahren, und auch Jene, die von dem Glanz einer Königskrone ungeblendet bleiben, können dem Todten eine ehrende Grabrede halten.

König Ludwig I. war am 25. Aug. 1786 geboren und verlebte, wie die meisten Prinzen jener Tage, eine sehr kriegerische Jugend. Er wohnte mehreren Feldzügen gegen Oesterreich bei, machte einen Theil des Kampfes in Tyrol mit und zeichnete sich wiederholt durch persönlichen Muth aus. Aber diese militärische Laufbahn, welche ihm der Wille des Vaters und die Verhältnisse der Zeit aufgezwungen, war nicht nach seinem Geschmacke. Selbst der Krieg gegen Frankreich, der seinen Ansichten besser entsprach als der gegen Oesterreich, vermochte ihm keine Vorliebe für das Waffenhandwerk einzuflößen. Er setzte später, nachdem er längst zur Regierung gelangt war, den bayerischen Kriegsthaten in Frankreich durch einige Straßennamen ein Denkmal und ließ zum Gedächtniß der in Rußland umgekommenen Landeskinder einen schönen Obelisk aufrichten, aber sein Herz war stets bei anderen Dingen; er liebte Kunst und Poesie und sammelte schon als Kronprinz Bilder und Statuen; er dichtete ganze Bände, nicht ohne zahlreiche Verstöße gegen Maß und Rhythmus und mit häufiger Anwendung jener sonderbaren Participial-Construktion, um derentwillen er so manchen literarischen Spott erdulden mußte. Aber männliche Gesinnung und Liebe für alles Schöne sprach sich in ihnen aus, und es war jedenfalls ein edleres fürstliches Vergnügen, Verse zu machen, als die Hälfte der Civilliste, wie es einer seiner Nachbarn gethan, für den Marstall auszugeben.

Als der kunstsinnige Fürst im Jahre 1825 den Thron bestieg, gab es in München kein merkwürdiges Gebäude als die Brauereien. Der Altbayer ward geboren, trank Bier und starb. Fremde führte höchstens der Zufall oder sehr entwickelter Durst nach München, dessen Kunstschätze sich damals auf die steinernen Maßkrüge beschränkten. Da winkte König Ludwig, und wie mit einem Zauberschlage kam neues Leben in das träge Baywarenthum. Antike Tempel für die Heiligthümer der Kunst stiegen aus dem Boden, prachtvolle Kirchen neben ihnen, Straße um Straße erhob sich, Statuen wurden auf den Plätzen aufgestellt, Maler, Gelehrte und Dichter berufen. Bald war München eine berühmte Residenz, die Fremden strömten von allen Seiten herbei, um die unglaubliche rasche Veränderung und Entwicklung zu bewundern.

Allerdings hatte dieser glänzende Aufschwung auch seine Schattenseite. Er war nicht natürlich, nicht aus dem Volke herausgewachsen,

ausschlagsinspektionen aufzuheben und deren Funktionen der Zollverwaltung zu übergeben. (Dieser Antrag gelangt nach Feststellung des Gesetzentwurfs zur Berathung.) Der speziellen Berathung wurde im Einverständnisse mit der Regierung der Entwurf zu Grunde gelegt, wie er aus der Berathung des besonderen Ausschusses hervorgegangen ist. Art. 1 (vom Malz wird eine besondere Steuer erhoben), Art. 2 (unter Malz wird alles künstlich zum Keimen gebrachte Getreide verstanden), Art. 3 (worin der Zeitpunkt festgesetzt ist, in welchem die Steuerbarkeit sowohl des Malzes als des Grünmalzes eintritt), Art. 4 (ausgewachsenes Getreide ist im Falle der Verwendung im aufschlagpflichtigen Betriebe aufschlagfrei), Art. 5 (welcher bestimmt, daß Mischling nur dann aufschlagpflichtig wird, wenn er zur Mühle gebracht ist), Art. 6 (wornach die Verwendung von Malz zu chemischen Versuchen, Arzneien, Bädern und anderen Heilzwecken steuerfrei ist), wurden in der Fassung des Ausschusses, Art. 6 aber in folgender von Stenglein vorgeschlagenen Fassung angenommen: „Es ist verboten, zur Bereitung von Bier statt Malzes Stoffe irgend welcher Art als Zusatz oder Ersatz oder mit ungemälztem Getreide vermischtes Malz zu verwenden. Zur Erzeugung von Braunbier darf nur aus Gerste bereitetes Malz verwendet werden.“ — Art. 8, welcher den Malzaufschlag auf 5 fl. 12 kr. per Schäffel festsetzt, und Art. 9, von der Verpflichtung zur Steuerentrichtung handelnd, wurden nach dem Vorschlage des Ausschusses angenommen.

Eine längere Debatte, woran sich der Referent, dann Stenglein, Streit, Brater, Louis, Doppelhammer und Finanzminister v. Pfretzschner betheiligten, entspann sich über Art. 10 und schließlich wurde derselbe in folgender Fassung angenommen: „Nachlaß am Malzaufschlage oder Rückvergütung desselben ist, vorbehaltlich des Art. 11, auf Ansuchen des Betheiligten nur dann zu gewähren, wenn und insoweit bereits polletirtes Malz oder polletirtes Getreide oder daraus bereitetes Grünmalz oder die daraus erzeugten Fabrikate bei dem Transporte, zu und von der Mühle oder zu den Betriebslokalitäten in der Mühle, während des Sudens oder Brennens, in den Kellern oder bei dem Transporte vom Sudhause zu den Lagerkellern erweislich durch Zufall in der Art beschädigt worden sind, daß eine Verwerthung oder lohnende Verwendung nicht möglich erscheint. Die Art und das Maß der Beschädigung ist von der Ortspolizei festzustellen; die Bescheidung der Nachlaßgesuche steht in 1. Instanz den Kreisregierungen, K. d. F., in 2. Instanz dem Finanzministerium zu.“ Ein Antrag Braters, daß die Fälle des Art. 10 auch für die Competenz des Verwaltungsgerichtshofes vorbehalten werden sollen, wurde mit 65 gegen 59 Stimmen angenommen.

Die Annahme der Art. 11 (wird im Inlande erzeugtes Bier in Gebinden in das Ausland ausgeführt, so hat der Ausführende für jede Sendung, welche mindestens 1 Eimer beträgt, Anspruch auf Rückvergütung des Malzaufschlages rc.) — Art. 12 (Malz darf nur auf öffentlichen nicht transportablen Mühlen und auf bewilligten Partikularmalzmühlen gebrochen, Grünmalz nur auf zugelassenen Quetschmaschinen bearbeitet werden), dann der Art. 13—19, von der Deklaration und Polletenerholung, von der Ueberschreitung des polletirten Maßes, vom Mindermaß und von der Verbringung des Malzes zur Mühle und zurück ohne Unterbrechung des Transportes handelnd, erfolgte ohne Debatte in der vom Ausschuß vorgeschlagenen Fassung. — Da der 2. Ausschuß auf Nachmittag 4 Uhr Sitzung anberaumt hatte, wurde hier die Berathung abgebrochen und die Fortsetzung derselben auf morgen Dienstag Vorm. 9 Uhr anberaumt.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Concordat.] Der „Köln. Ztg.“ schreibt man: Die Behauptung eines hiesigen Blattes, Cardinal Antonelli habe bei der ersten offiziellen Besprechung mit dem Grafen Crivelli über dessen Eröffnungen in Betreff der Concordatsrevision sein tiefes Bedauern ausgesprochen, findet in den direkten Berichten des österreichischen Botschafters über diese Conversation keine Bestätigung. Es geht vielmehr daraus hervor, daß der Cardinal das Schriftstück mit den eilf Punkten (den österreichischen Revisionsvorschlägen) aus den Händen des Grafen mit der einfachen Zusage entgegengenommen hat, daß er dasselbe einer sorgfältigen Prüfung unterziehen werde. Der Ton der hiesigen und auswärtigen klerikalen Organe läßt mit ziemlicher Sicherheit erwarten, daß diese Prüfung eine ablehnende Antwort zur Folge haben wird. Uebrigens ist, wie die Sachen jetzt liegen, die Antwort der römischen Curie nicht mehr im Stande, die innere Entwicklung Oesterreichs, welche die Aufhebung des Concordats gebieterisch fordert, aufzuhalten. Es handelt sich jetzt nicht mehr um die Ansicht Roms, sondern zunächst vor Allem um die des Herrenhauses, dem die vom Abgeordnetenhause beschlossenen Gesetze über Ehe und Schule nun vorliegen. Wiewohl Graf Leo Thun mit Genossen sich vom Kampfplatze zurückgezogen hat, so werden doch die noch zurückgebliebenen Klerikalen und Feudalen wahrscheinlich den beiden Gesetzen mit gewohnter Heftigkeit und mit den allbekannten bis zum Ueberdrusse wiederholten Scheingründen den Sieg streitig zu machen suchen. Doch wird die Hoffnung auf ihr Durchdringen schon dadurch bestärkt, daß der konfessionelle Ausschuß des Herrenhauses das Ehegesetz vollständig nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses und das Schulgesetz bereits theilweise angenommen hat.

— [Die „Sanfedistengeschichte“] ist eine tolle Mystifikation, deren Opfer in erster Linie Graf Taaffe, der Polizeiminister, geworden ist. Er erhielt eine Reihe gewöhnlichster „Spitzel“-Denunciationen der alleroberflächlichsten Art und nahm in übergroßem Amtseifer die Sache so ernst, daß er in der That einen Erlaß gegen die Verschwörung versendete. Jetzt ist die Sache nachträglich allerdings genügend aufgeklärt worden und wird nunmehr nach Möglichkeit vertuscht. In eingeweihten Kreisen wird die Tragikomödie viel besprochen und erregt ebenso viel Aerger wie Heiterkeit.

Welcher Art die Mystifikation war, geht am besten aus dem Erlaß des Polizeiministers hervor, aus dem wir Folgendes mittheilen: „Mit dem Sitze in Wien hat sich angeblich eine Vereinigung gebildet, welche Pater Klinkowström zu Stande gebracht haben soll.

---

sondern künstlich, durch den Willen des Königs erzwungen. Er forderte auch große Mittel, und mehr als einmal murrte man ziemlich laut im Lande, die ganze Münchener Herrlichkeit sei die Vermehrung der Abgaben nicht werth, die sie bedingte. Aber man muß dem verstorbenen Könige nachrühmen, daß er unendlich viel aus seinen eigenen Mitteln gethan. Den größten Theil seines bedeutenden Privat-Einkommens verwendete er für Kunstzwecke; für sich selbst und seinen Haushalt war er sparsam, ja knickerig. Er erließ in dieser Beziehung mitunter Anordnungen, die an Friedrich Wilhelm I. von Preußen erinnerten und das Hofgesinde in sprachloses Entsetzen stürzten, und im Lande laufen zahlreiche Anekdoten um, welche von seiner vespasianischen Werthschätzung des Geldes erzählen.

Heute verwenden, kraft einer vorübergehenden rückläufigen Kulturbewegung, die Fürsten die Hauptsumme der Staatseinkünfte für ihre Armeen. Dafür mangelte König Ludwig der Sinn. Obwohl mit dem Feldlager und dem Pulverdampfe vertraut, hegte er eine entschiedene Abneigung gegen unnütze Soldatenspielerei. Er vernachlässigte das Heer derart, daß in den letzten Jahren seiner Regierung bei einigen Bataillonen das Scheibenschießen eingestellt werden mußte, weil die alten Läufe keine scharfe Ladung mehr vertrugen!! Der lange Friede, dem in Europa nirgends eine ernste Störung zu drohen schien, machte das begreiflich. Auch war König Ludwig I. ein viel zu verständiger und praktischer Mann, um sich unausführbaren Großmachtsträumen hinzugeben. Die auswärtige Politik leistete unter Ludwig I. nichts und kostete wenig. Später kostete sie viel und leistete ebenfalls nichts — ein Beweis für die Richtigkeit seiner Grundsätze. Im Innern gab er sich nach 1830 einem Systeme des Mißtrauens hin, das zahlreiche Untersuchungen und Verfolgungen nach sich zog.

Während König Ludwig eifrigst in seine Lieblingsschöpfungen vertieft war und gerade neue, weitaussehende Pläne entwarf, schlug das Gewitter von 1848 auch in München ein. Es war eigentlich keine politische Bewegung, was damals in den Straßen der bayerischen Hauptstadt tobte; man sah es nur dafür an, weil die Revolution eben Mode war. In Wahrheit galt der Sturm nur dem kleinen Palais in der Barerstraße, in welchem die schöne Spanierin Lola Montez wohnte, und diese Ungalanterie des Volkes hatte eine tiefe, sittliche Berechtigung. Die Tänzerin wollte die Pompadour Bayerns spielen, und das neunzehnte Jahrhundert erträgt keine Pompadour mehr. Dazu kam der herausfordernde Hohn, mit dem sie, so oft sie öffentlich erschien, das Volk verletzte und reizte; dazu kam ferner die geheime Wühlerei des Hochadels, der über die Erhebung der Abenteurerin zur Gräfin von Landsfeld höchst erbittert war. Und zuletzt — sie war eine Fremde! Noch heute betrachtet der echte Altbayer „fremde“ Gelehrte und Künstler mit scheelen Augen; er grollt darüber, daß man norddeutsche Professoren an die bayerischen Hochschulen berufen. Wie heftig mußte er der hergelaufenen Ballerina zürnen, die nicht einmal das edle Nationalgetränk leiden mochte!

Nicht politische Nöthigung, noch Berechnung, sondern rein persönliche Verstimmung bewog Ludwig I. zur Thronentsagung. Die Feder, mit welcher er die Abdankungsurkunde unterzeichnete, ist in den „Vereinigten Sammlungen“ zu München zu sehen, und von dem

In dieselbe sollen alle Menschen ohne Unterschied des Standes, der Würde und des Geschlechts aufgenommen werden, und soll der Verein fast den ganzen katholischen Adel Tirols, Steiermarks, Oesterreichs, Schlesiens, Böhmens und Mährens zählen. In Bezug auf Böhmen wurden die Fürsten . . . . (folgen fünf Namen), die Grafen . . . . (folgen vier Namen), die Domherren . . . . . (folgen sieben Namen) als bereits dem Vereine beigetreten namhaft gemacht. Erzbischof . . . in . . . wurde als das sichtbare und unsichtbare Haupt des Vereins bezeichnet. Auch der städtische pensionirte Kassier . . . . und der Ordensgeneral . . . . sollen dem Vereine angehören, der sich zur Aufgabe gestellt hat, den Katholizismus, zunächst aber die römische Hierarchie mit ihrem ganzen Gefolge zu schützen und ihre Herrschaft wieder zur Geltung zu bringen. Dieser große Verein dürfte sich sonach als Fortsetzung des italienisch-spanisch-französischen Glaubensvereins di Santa fede herausstellen. — Weiter erzählt der Erlaß, daß in dem Redemptoristenkloster Mautern in Steiermark sich alle Fäden concentriren sollen, daß von da aus eine direkte Verbindung mit Rom unterhalten wird, daß außer freiwilligen Beiträgen jedes Mitglied verpflichtet sein soll, täglich einen Kreuzer zu spenden, und daß verläßliche Kassiere bestellt sind. Dann werden die Namen mehrerer solcher Kassiere und der Name desjenigen Domherrn genannt, der die Beträge nach Rom abliefert. Als Abzeichen soll jedes Mitglied an der Brust ein kleines Medaillon (Avers das Bildniß der unbefleckten Empfängniß, Revers ein Kreuz) in der Größe und Form eines Kreuzes tragen. Die Losungsworte sind angeblich für die Czechen noch nicht ausgegeben. Die Deutschen sollen sich mit dem Worte „treu" begrüßen."

Ausland.

Frankreich. [Feilheit französischer Publicisten.] Wiener Blätter schreiben: „Eine schlimme Enthüllung über den Charakter einzelner französischer Publicisten bringt das „Diario Official" von Mexico in einer Reihe von Briefen solcher, welche das Anerbieten stellen, sich bestechen zu lassen. Das erste Schreiben an den Kaiser Max rührt von Herrn Roussel, Administrator des in London erscheinenden französischen Blattes „L'International", her und datirt vom 30. Juli 1864. Nummer zwei ist Herr Hügelmann, Redacteur des „Nouveau Monde". Er verlangt 6000 Fr. monatlich, um eine lithographirte Correspondenz „unter Aufsicht des Herrn Hidalgo" einzurichten, welche die Journale mit mexikanischen Nachrichten versehen soll. Nummer drei ist der Ritter Debraux de Saldapenna. Er bietet dem Kaiser an, gegen eine jährliche Subvention von 40,000 Fr. das „Mémorial Diplomatique" zwei Mal wöchentlich erscheinen zu lassen, damit er die Neuigkeiten jeder mexikanischen Post zuerst bringt und verpflichtet sich, „gänzlich die Linie innezuhalten, die Eure Majestät geruhen wird, mir vorzuzeichnen". Ueber den Nutzen dieser Manipulation sagt der ehrenwerthe Herr: „Herr Drouyn de Lhuys besteht auf der Nothwendigkeit, daß das „Mémorial" jedesmal die ersten Nachrichten aus Mexiko enthält. Auf diese Weise könnte man bei jeder Post der ganzen kontinentalen Presse den Ton angeben; den ersten Eindruck geschickt hervorgebracht, würde man jede feindliche Anstrengung der Oppositions-Journale durchkreuzen. Man würde den öffentlichen Credit des neuen Reiches consolidiren und das Terrain günstig für die weiteren Finanzmaßregeln vorbereiten." Die Antwort des Kaisers hierauf ist leider nicht erhalten."

— [Der Meyendorff'sche Attentatsversuch.] Es ist in den letzten Tagen von einer sehr lebhaften Begegnung, welche zwischen zwei hervorragenden Persönlichkeiten im Bahnhofe zu Verviers stattgefunden, die Rede gewesen. Ein an den Pariser „Temps" adressirter Brief gibt folgende Erzählung dieses Vorfalles: Ich hatte den Kölner Zug bestiegen, um gestern, Donnerstag, nach Paris zurückzukehren. In Verviers angekommen, hält der Zug, die Reisenden steigen aus, und ich begebe mich zum Buffet, um mit einem meiner Freunde zu frühstücken. An einem dem unseren zunächststehenden Tische nimmt ein Reisender Platz, den ich sofort als den russischen Botschafter Baron Budberg, der von St. Petersburg nach Paris zurückkehrte, erkannte. Während ich ihn meinem Freunde nannte, nähert sich ein Mann von feinem Aussehen und dessen Gesichtszüge mir nicht unbekannt waren, dem Botschafter und sagt ihm in französischer Sprache: „Guten Tag, Baron." Der Botschafter schlägt die Augen empor und antwortet ihm mit einiger Ueberraschung, ebenfalls französisch: „Ah, Sie sind hier." Der Fremde ergreift wieder das Wort, diesmal aber in russischer Sprache und in sehr erregtem Tone. Der Botschafter spricht ebenfalls zwei oder drei Worte auf Russisch, anscheinend in der Absicht, den Andern zu beschwichtigen. Dieser aber nimmt das Wort mit noch größerer Heftigkeit als zuvor, versetzt dem Botschafter einen Faustschlag und macht Miene, einen Degen aus seinem Stocke zu ziehen. Mein Freund stürzt sich auf ihn und entreißt ihm widerstandslos seine Waffe. Der Fremde greift hierauf in seine Tasche, zieht einen Revolver daraus hervor und schlägt damit auf den Botschafter an, der unter dem Ausrufe zurückweicht: „Haltet ihn fest, es ist ein Wahnsinniger!" Ein sehr junger, beim Buffet bediensteter Mann wirft sich auf den Fremden, faßt ihn kräftig am Arme und zwingt ihn solchergestalt, die Waffe fallen zu lassen. Diese Szene rief selbstverständlich eine große Aufregung in dem Saale hervor. Man rief Polizei-Agenten, und der Fremde wurde verhaftet. Indeß hatte die Stunde der Abfahrt geschlagen und man mußte in die Waggons zurückkehren, ohne daß man eine Aufklärung des räthselhaften Vorfalles erhalten hätte. Dieser Zwischenfall wird ohne Zweifel Anlaß zu widersprechenden Berichten geben; denn schon zu Verviers sagten die Einen, der Attentäter sei ein polnischer Flüchtling, während Andere behaupteten, er sei ein russischer Emigrant. Die Wahrheit, wie sie mir aus sehr verläßlicher Quelle mitgetheilt wird, ist folgende: Der Fremde, welcher in so heftiger Weise den russischen Botschafter anging, ist Baron Meyendorff, Sohn des bekannten russischen Diplomaten, und zeitweiligen Geistesstörungen unterworfen, während deren er Streit mit den harmlosesten Personen sucht. So hatte vor Kurzem während

---

Augenblicke an, da er diesen historischen Gänsekiel gebraucht, führte er das Leben eines reichen kunstliebenden Privatmannes. Fort und fort flossen seine reichen Spenden für Bauten und Sammlungen, aber auch, als für die vertriebenen schleswig-holsteinischen Offiziere und Beamten zur Schande des deutschen Namens bei Hoch und Nieder herumgebettelt ward, stellte er sich, der **einzige unter allen deutschen Fürsten**, mit einer stattlichen Summe an die Spitze der Subskription. Sein politischer Einfluß auf befreundete und verwandte Höfe in den letzten 20 Jahren war nicht unbedeutend. Man hörte gerne seinen Rath, denn es war immer der Rath eines verständigen, für seine hohe Stellung ziemlich vorurtheilslosen Mannes.

Mußte er auch den Schmerz erfahren, die meisten seiner Kinder zu überleben, so ward ihm dafür die Freude, daß sein Sohn Maximilian das Erbe übernahm, das er ihm in Betreff der Kunst und Wissenschaft hinterlassen. Neue Bauten erhoben sich, die Sammlungen wurden bereichert, Dichter-Pensionen, ein dem Budget der meisten deutschen Länder, der Privatchatulle der meisten deutschen Fürsten gänzlich unbekannter Ausgabeposten, mit glücklicher Auswahl vertheilt. König Maximilian verfiel dabei keineswegs in jene Einseitigkeit, die alle anderen Interessen dem Kunstsinne nachsetzt. Er wendete den verschiedensten Zweigen des öffentlichen Lebens große Aufmerksamkeit zu, huldigte freisinnigeren Grundsätzen als sein Vater, und leistete dem Andrängen der ultramontanen Partei stärkeren Widerstand. Als er sagte: „Ich will Frieden mit meinem Volke haben", errichtete er sich ein Denkmal, das immerhin eine Pinakothek aufwiegt.

Heute, da Ludwig I. aus dem Leben geschieden, regiert in Bayern bereits sein Enkel. Die Verhältnisse Deutschlands sind gänzlich verändert, die Stellung Bayerns ist eine schwierige geworden. Mehr als jemals früher wäre eine feste Hand nöthig, um das kleine Staatsschiff im rechten Fahrwasser zu erhalten und die Klippen zu umschiffen. Früher gab es für Bayern nur **eine** Frage: die Höhe des Bierpreises; jetzt drängt sich eine nach der andern heran. Rechts erhebt sich die drohende Macht Preußens, das früher oder später seinen Arm nach dem Süden ausstrecken wird, links der engherzigste Partikularismus. Das Land selbst ist tief gespalten. Die Politik des Ministeriums schwankt unsicher hin und her, die Reaktion erhebt ihr Haupt und weist bereits triumphirend auf den Sieg hin, den sie bei den Wahlen für das Zollparlament erfochten. Das sind Zustände, in denen sich wahrscheinlich auch König Ludwig I. nicht zurechtgefunden hätte. Er war gewohnt, schön zu leben; heute tritt die Nothwendigkeit, zu handeln, thätig zu sein, an Fürsten und Völker heran. Er konnte sich als ästhetischer Lucullus in ungestörter Ruhe an seiner Schönheitsgallerie, seiner Pinakothek und Glyptothek weiden; damals gab es in Deutschland keine Geschichte, sondern nur Geschichtschreiber. Heute wird die Weltgeschichte in Deutschland gemacht, die rauhe Wirklichkeit fordert unsere Geisteskraft, unsere vereinte Anstrengung, und diese rauhe Wirklichkeit war es schließlich, welcher der verblichene König schon vor zwanzig Jahren, wohl in dem Gefühle, daß er ihr nicht gewachsen sei, durch seine Abdankung aus dem Wege gegangen.

eines dieser Anfälle Baron Meyendorff zu Paris einen Zank mit einem französischen Edelmann, Herrn v. P...., provocirt; es sollte ein Zweikampf stattfinden, allein es fanden sich Vermittler, welche sich diesem Duell im Hinblick auf den Geisteszustand des Barons widersetzten. Der Beleidigte, Herr v. P...., begab sich zu dem russischen Botschafter und ersuchte denselben unter der Bürgschaft seines Ehrenwortes um ein Schreiben, das den Zustand des Barons bestätigte. Dieses Schreiben wurde abgefaßt. Seit jener Zeit trug sich Baron M. mit dem Gedanken, an dem Botschafter Rache zu nehmen; von der bevorstehenden Ankunft desselben unterrichtet, reiste M. nach Köln, von wo er sich jeden Morgen nach Verviers begab, um dort endlich dem Botschafter in den Weg zu treten und sein Vorhaben auszuführen. Auf Begehren des Botschafters wurde Baron M. zu Verviers zurückgehalten und überwacht, aber mit aller Schonung, die durch seinen Zustand und die Rücksicht auf seine Familie geboten schien, welche telegraphisch verständigt worden war.

Italien. [Gerüchte über Garibaldi] Garibaldi ist schon wieder der Gegenstand eines sonderbaren Gerüchts. Nachdem man ihm vor einigen Tagen zugemuthet: er solle sich mit einem päpstlichen Zuaven duelliren, weil dieser Held von Mentana ihm Feigheit vorgeworfen habe, wurde jetzt die Entdeckung gemacht, daß Garibaldi als der geheime Agent Nordamerika's entlarvt sei. Eine Stelle der im „Courrier des Etats-Unis" mitgetheilten Rede Sewards scheint von Geldunterstützungen für Garibaldi zu handeln, und daraus wird sofort jene sonderbare Folgerung gezogen, welche namentlich auf einen Charakter wie Garibaldi — so trefflich paßt!

Nichtpolitische Zeitung.

[Erzherzog Heinrichs Hochzeitsreise.] Der österreichische Erzherzog Heinrich bereist mit seiner jungen Gattin, welche bekanntlich eine Bürgerliche und sogar eine Schauspielerin war, jetzt die Schweiz und hat keine Aussicht, vorerst in sein Vaterland zurückzukehren. Eine Weisung des Kaisers nämlich verbietet ihm vorläufig, innerhalb der Monarchie seinen Aufenthalt zu nehmen. Des Erzherzogs Güter werden von seinen Brüdern verwaltet und die Rente, welche dieselben abwerfen, bildet seine einzige Revenue. Wie lange dies Exil währen wird, ist kaum abzusehen; die Hoffnung auf eine vollständige Versöhnung mit seiner erlauchten Familie gibt der Erzherzog natürlich nicht auf, denn er war nicht zu bewegen, das ihm von seiner Mutter hinterlassene Besitzthum, die Güter bei Bozen, seinen nächsten Angehörigen abzutreten. Die Verbannung scheint ihn auch kaum überrascht zu haben, denn schon wenige Stunden nach der Trauung trat er die Hochzeitsreise nach Bayern als Graf Weideck an. Unter diesem Namen bereist jetzt der Erzherzog die Schweiz mit einem Paß, welcher ihm nach dem bayerischen Städtchen Rosenheim nachgesendet wurde; das Dokument gilt natürlich auch für die „namenlose" Gemahlin. Wo das junge Ehepaar zunächst einen bleibenden Aufenthalt nehmen wird, hängt ganz davon ab, wo sich die Neuvermählten am Besten gefallen werden. Ein Ausflug nach Oberitalien dürfte in Aussicht genommen sein, und es ist wahrscheinlich, daß in die Reise ein Besuch des italienischen Hofes mit einbezogen ist. König Viktor Emanuel ist der Onkel des Erzherzogs. Bekanntlich lebt der König von Italien ebenfalls in morganatischer Ehe sehr glücklich mit der früheren Marketenderin Marchesa Millefiori. Der bayerischen Königsfamilie hat sich Erzherzog Heinrich, als er vor einigen Tagen München auf der Fahrt nach der Schweiz passirte, in keiner Weise genähert. Das junge Paar besichtigte München, wie andere Touristen, und setzte nach zweitägigem Aufenthalt, welcher der Besichtigung der Sehenswürdigkeiten in der Hauptstadt Bayerns gewidmet war, die Reise nach der Schweiz fort. Die ersten Tage seiner Ehe verlebte das junge Paar in Rosenheim; eine kurze Krankheit, Folge der letzten Aufregungen, befiel hier den Erzherzog. Zwei bescheidene Zimmer in einem Gasthof nahmen ihn mit seiner Gattin auf, ein drittes gehörte der Dienerschaft, welche durch zwei Personen repräsentirt wird. Hier in Rosenheim empfing „Graf Weideck" auch die ersten brieflichen Nachrichten von seinen Brüdern aus Wien. Allen hatte der Erzherzog seine Vermählung angezeigt, auch dem Kaiser und der Kaiserin; sämmtliche Geschwister drückten dem Bruder ihre besten Glückwünsche aus. Erzherzog Rainer, welcher die Schweiz genau kennt, fügte genaue Rathschläge bei, wo der Bruder wohnen, was er besichtigen sollte u. s. f. Von der Gemahlin des Erzherzogs speziell zu sprechen, wurde in allen diesen Briefen vermieden. Von der Kaiserin wird vom Wiener „Tagbl.", dem wir diese Daten entnehmen, erzählt, die hohe Frau habe im besten Sinne der Versöhnung gewirkt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 34	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	70 1/2 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	66—65 7/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 1/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 63	50 1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	42 3/4 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/4 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	81 3/4 P.
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 3/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 P. 93 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 G.
N.Amerika	6pCt. à 100r. 1881 D. 2 1/2	76 7/8 P.
	6pCt. ditto v. 1882 „	75—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	723—21 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191 1/2 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 P. 89 1/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 1/2 P. 22 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Tarnow-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109 7/8 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262 1/2 P. 61 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 1/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8—1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 60 Th. Lsd. k. S.	97 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 7/8 P. 6/8 G.
do. in öst. W. l. S.	101 5/8—4/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72 3/8 P. 72 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 1/4 P.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Prämn.-Anl.	98 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	50 1/2 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/4 P.
„ fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 1/2 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 3/8 P. 1/8 G.

Frankfurt, 3. März. Die Börse will sich auch heute nicht zu höherem Schwung aufraffen. Im Gegentheil drückten in Wien erneuert aufgetauchte Gerüchte von Couponsbesteuerung und Convertirung auf den Markt und blieben auch hier nicht ohne ungünstigen Einfluß. Die österreichischen Spekulationseffekten sowohl, wie Anlagepapiere verblieben in matter Haltung, wesentlich unter den gestrigen Mittagsnotirungen. Auch süddeutsche waren bei geringen Umsätzen matt und zu gestrigen Coursen offerirt. 1882er Amerikaner dagegen bewahrten eine feste Haltung, die auch den Central-Pacific-Bonds zu Gute kam. Von Wechseln Wien niedriger. Das Geschäft war im Ganzen nicht sehr lebhaft. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 65.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 5. März 1868.

Bayerischer Landtag.

König Ludwig I. †. — Fortsetzung der Malzaufschlagsgesetz-Berathung.

München, 4. März.

In der gestrigen 71. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten richtete Präsident Pözl nach Verlesung des Protokolls der letzten Sitzung aus Anlaß des Ablebens Sr. Maj. des Königs Ludwig I. folgende Worte an die Kammer: Bayern hat in König Ludwig I. nicht bloß seinen ehemaligen Landesherrn verloren, der über 2 Jahrzehnte mit kräftiger Hand die Geschicke des Landes leitete und in mannigfacher Beziehung auch auf Deutschlands Gestaltung bedeutenden Einfluß übte — es hat vorzüglich auch einen großen Mann verloren, in welchem neben der klaren und verständigen Erkenntniß der Menschen und der Dinge ein idealer Zug lebte, der sein Wesen verklärte und ihn über das Gewöhnliche erhob. Diese ideale Richtung, gepaart mit Klarheit und Schärfe des Urtheils, war es, die ihn befähigte, auf dem Gebiete der deutschen Kunst das zu leisten, was er geleistet hat. Denn daß er auf diesem Gebiete Großes geleistet, ja daß diese seine Wirksamkeit geradezu Epoche machte, das ist eine von der Geschichte verzeichnete zweifellose Thatsache. Ich überlasse es besseren Kräften, diese Verdienste nach Gebühr zu würdigen, dagegen darf ich hier an eine andere hervorragende Eigenschaft dieses durchlauchtigsten Fürsten, dessen Hingang wir alle tief beklagen, erinnern: es ist seine ächtdeutsche Gesinnung, die in ihm lebte, es ist die Abneigung gegen jede fremde Einmischung in die deutschen Verhältnisse, die er von frühester Jugend an bis in sein Greisenalter bewahrte. Er war von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Zukunft Deutschlands darauf beruhe, daß die deutschen Fürsten und Stämme nach Außen als Ganzes sich fühlen und als Ganzes handeln. Und so wird denn auch dereinst nicht blos der bayerische, sondern auch der deutsche Geschichtsschreiber unseres Königs Namen in hohen Ehren nennen. Uns aber, den Ueberlebenden, ziemt es, unsere Theilnahme auszudrücken und zu diesem Ende, zum Ausdruck Ihrer Theilnahme lade ich Sie ein, sich von Ihren Sitzen zu erheben.

Die gesammte Kammer erhob sich.

Hieran reihte sich die Fortsetzung der Berathung über den Entwurf des Malzaufschlagsgesetzes und zwar über Art. 20, welcher lautet: „Malz darf zur Brechmühle, Getreide zur Grünmalzbereitung an den Betriebsort nur in der Zeit von 6 Uhr Morgens bis 8 Uhr Abends gebracht, gemessen, bearbeitet und wieder weggebracht werden. Eine Ausnahme von der Bestimmung dieses und des Artikels 19 kann vorübergehend von dem Aufschlagseinnehmer, im Falle dieselbe sich jedoch auf länger als 8 Tage erstrecken soll, nur mit Genehmigung des Oberaufschlagsamtes gestattet werden."

Dr. Streit beantragte, daß statt „Oberaufschlagsamtes" gesetzt werde „Kreisregierung, Kammer der Finanzen". Redner bevorwortet die Aufhebung der Oberaufschlagsämter und die Zutheilung deren Geschäfte an die Kreiskassen, die ohnehin sehr wenig zu thun hätten. Die Filiale der Nürnberger Bank in Würzburg z. B. percipire das Fünffache der Kreiskasse und habe viel weniger Personal als diese. Die Beseitigung der Oberaufschlagsämter sei im Interesse des Staates gelegen.

v. Soyer beantragte, statt „Oberaufschlagsamtes" zu setzen „Zollamtes als Oberaufschlagsamtes."

Doppelhammer trat sehr entschieden für die Oberaufschlagsämter ein und bezeichnete diese Verwaltung als die billigste, die wir haben. Wie heute, so habe man auch früher immer davon gesprochen, daß wir Ersparungen machen müßten; allein sei nicht immer das Gegentheil eingetreten? Redner erinnert nur an die Gerichtsorganisation, von der man auch große Ersparungen erwartete, die uns aber in der That mehr koste und eine große Pensionslast geschaffen habe. Gegenüber dieser Thatsache sei der Zweifel wohl gerechtfertigt, ob durch Aufhebung der Oberaufschlagsämter irgend etwas erspart werde. Wir leben in der Zeit des Defizits und da wollen wir keine Experimente machen. Die Oberaufschlagämter hätten genug zu thun, denn früher habe man nur 6 Monate Bier gesotten, während jetzt 9 und 10 Monate und wohl bald das ganze Jahr gesotten wird. Dann fragt Redner, ob denn die Zollbeamten gar so wenig zu thun haben, daß sie auch noch die Funktion der Oberaufschlagsämter übernehmen können? Ferner sei das Bedenken gerechtfertigt, daß am Ende gar der Malzaufschlag zu den Zollvereinsgefällen gezählt wird, wenn man die Zollämter an Stelle der Oberaufschlagsämter setzt. Wenn man aber denn doch wirklich Ersparungen einführen wolle, dann hebe man den Malzaufschlag als Consumtionssteuer auf und führe dafür eine Kopfsteuer ein. Dadurch werde man sich gewiß den Dank der Bierproducenten und Consumenten und insbesondere der niederen Klasse verdienen, die bisher fast ganz allein die Schuldentilgung hatte.

Alois Stadler erklärt sich für den Antrag v. Soyers und beantragt namentliche Abstimmung hierüber. Förg ist gegen beide Modifikationen, Feustel aber entschieden für den Antrag Soyers und eventuell für den Antrag Streits. Ueberhaupt handle es sich

Ein Allmächtiger im Reiche der Mode.

Alle Welt weiß, daß Paris die Königin der Moden ist, jetzt im zweiten Kaiserreiche mit seinem überschwenglichen Luxus mehr als je, vielleicht aber ist es nicht allgemein bekannt, daß der derzeitige Schöpfer und souveraine Beherrscher der Mode nicht dem Lande des guten Geschmacks entstammt, sondern jener Nation angehört, welche man gern als vorzugsweise geschmacklos und barock zu bezeichnen pflegt. Er ist ein Engländer, der gegenwärtig regierende Kaiser der Modisten, der Zauberer in Seide und Tüll, Namens Worth.

Natürlich hat unser beneidenswerther Brite sein Reich in einer der schönsten Straßen und zwar im ersten Stocke eines eleganten Hauses aufgeschlagen und über eine lange Folge prächtig dekorirter Räume ausgebreitet. Im Parterrelokale seiner Residenz ist einer begünstigten Putzmacherin zu wohnen verstattet, welche der unvergleichliche Künstler empfiehlt, sobald seine hohen Klientinnen seinen gewichtigen Rath über zu wählende Hüte und Coiffuren erbitten. Zu jeder Stunde des Tages sieht man vor Worth's Thür die Equipagen der vornehmen Pariser Damenwelt halten, während ihre Besitzerinnen in geheimem Rath mit Worth eingeschlossen sind. Ohne ihn kann Niemand für wirklich „angekleidet" gelten, wer Anspruch auf Eleganz erhebt, denn er ist's, welcher „die Dame macht."

Daß Franzosen sich in England zu solcher schwindelnden Höhe aufschwingen, ist begreiflich und schon oft dagewesen, erstaunlich aber und bisher unerhört ist es, wie es einem Engländer gelingen konnte, sich in Paris zum Diktator der Mode aufzuwerfen. Worth war vordem ein simpler Damenschneider in einer kleinen englischen Provinzialstadt und ging, sein Glück zu machen, später nach Paris, wo er als Gesell in einem sogenannten Confektionsgeschäft zuerst durch seine Geschicklichkeit in der Anfertigung von Damenreitkleidern einen gewissen Ruf erlangte. Das war der Anfang seiner Laufbahn. Einzelne glückliche Griffe in anderen Zweigen des Confektionsdepartements bekundeten sein Genie von Neuem und nun jagte ein Erfolg den andern. Er heirathete eine Französin von Vermögen und besitzt jetzt einen Stab von Gehülfen und Gehülfinnen, wie sie Geld nur verschaffen kann, immer ist jedoch er selbst der Mittelpunkt und die Seele des Ganzen.

Eine Audienz bei Worth zu erlangen, ist fast schwieriger als in den Tuilerien, nicht etwa, weil für Mr. Worth der Mensch erst mit der Baronin anfinge; o nein, er läßt die Sonne seiner Gnade ohne Unterschied Allen leuchten, für die ein paar Tausend-Frankenbillets mehr oder weniger keine Rolle spielen im Leben. Aber die Zahl der bei ihm Hilfesuchenden ist fortwährend so groß, daß man oft erst nach Wochen und Monaten Zulaß findet im Heiligthum seines Zaubertempels und die bestimmte Stunde und Minute pünktlich einhalten muß, wie bei dem beschäftigtsten der fashionablen Zahnärzte. Endlich ist der große Moment da, man sieht in Worth's Kabinet und sieht mit einigem Herzklopfen seinem Erscheinen entgegen. Da tritt er ein, Gentleman vom wohlfrisirten Kopf bis zu den lackbestie-

darum: 1) ob das Gefäll gerade so sicher percipirt wird, wenn es nach der Perception an eine andere Stelle als bisher eingeschickt wird? und 2) ob damit Ersparungen eintreten? Die 486 Unteraufschläger bleiben nach wie vor; jetzt haben sie das von ihnen percipirte Geld an die Oberaufschlagsämter einzusenden. Redner ist überzeugt, daß es ganz gleich bleibt, ob die Unteraufschläger das Geld direkt an die Schuldentilgungskasse, oder an die Kreiskasse, oder an das Zollamt schicken. Am Besten wäre die sofortige Einsendung an die Schuldentilgungskasse, dann müßte es doch nicht zweimal gezählt werden. In Preußen hätten die Zollämter die Perception der Zölle, der Rübenzuckersteuer, der Salzsteuer, der Stempelsteuer, Braumalz-, Branntwein-, Mahl-, Schlacht-, Tabaksteuer, des Straßen-, Niederlagen- und Waaggelder. Was man in Preußen kann, werde man wohl auch in Bayern können. Die Sicherheit der Perception des Gefälles leide also gar nicht. Die Ersparungen würden Anfangs allerdings nicht groß sein, mit jedem Jahre aber größer werden.

Hr. Finanzminister v. Pfretzschner erklärte sich gegen die beiden Modifikationen. Daß im Allgemeinen eine gewisse Abneigung gegen die Oberaufschlagsämter sich kund gibt, mag seinen Grund darin haben, daß man nicht ganz genau informirt ist über die Aufgabe und die vielseitige Geschäftsthätigkeit der Oberaufschlagsämter. Redner erörterte ausführlich die verschiedenen Funktionen, welche den Oberaufschlagsämtern übertragen sind und bemerkte u. A., daß das Ministerium schon früher sich eingehend mit der Frage der Aufhebung der Oberaufschlagsämter beschäftigt, nach Einholung zahlreicher Gutachten 2c. 2c. aber zu dem Resultate gelangte, die Oberaufschlagsämter bestehen zu lassen. Die Einheit der Leitung, Verwaltung und des Rechnungswesens bleibe am sichersten gewahrt, wenn die Oberaufschlagsämter von den Regierungsfinanzkammern getrennt sind und in selbstständiger Weise die ihnen obliegenden Funktionen verrichten. Bezüglich des Vorschlags, die Zollbeamten in den Kreis der Malzsteuererhebung hereinzuziehen, verwies Redner auf deren Eigenschaft als Zollvereinsbeamte. Dagegen insbesondere legte er Verwahrung ein, daß man den Oberzollämtern die Controle über den Malzaufschlag als Nebengeschäft übertragen will. In einer Zeit, wo ein neues Gesetz eingeführt werden soll, wo es doppelt nothwendig ist, die äußeren Behörden an die neuen Bestimmungen zu gewöhnen und zu überwachen, wäre die Aufhebung der Oberaufschlagsämter doppelt gewagt. Die ganze Organisation sei gut und habe sich seit einem halben Jahrhundert bewährt; eine Aufhebung der Oberaufschlagsämter würde störend auf den Gang der Verwaltung wirken und große Belästigungen für die Betheiligten schaffen. Ueberdies würde voraussichtlich sehr wenig, möglicherweise gar nichts erspart; die Verwaltung sei eine sehr billige. Der Etat des Malzaufschlags soll mit einer sehr hohen Summe in's Budget eingestellt werden; soll die Regierung diesen hohen Ertrag des Malzaufschlags erreichen, dann müsse man ihr auch diejenigen Organe lassen, die sie hiezu braucht. Bedenke die Kammer die Folgen, wenn in dem Ertrag des Malzaufschlags eine Minderung eintrete; was an dieser Post in Folge einer etwaigen mangelhaften Verwaltung ausfällt, müßte auf andere Weise aufgebracht werden, denn der Malzaufschlag ist zur Verzinsung und Tilgung der Staatsschuld bestimmt. Wird der Malzaufschlag gefährdet, so werde auch der Staatskredit gefährdet.

Vermühler und Sedlmeyr bevorworteten die Beibehaltung der Oberaufschlagsämter, die sich bewährt haben. Was wir jetzt haben, wüßten wir, was wir aber bekommen, das wüßten wir nicht. Feustel legte noch dar, daß die Organisation der Oberaufschlagsämter nicht gut sei, weil derjenige, welcher in zweiter Hand percipirt, auch zugleich die Controle übt. Wenn die Kammer keinen der Anträge annehmen will, so sollte sie wenigstens den Wunsch aussprechen, daß die Regierung sich wiederholt mit der Frage beschäftigen möge, ob die Oberaufschlagsämter nicht aufgehoben werden können.

Dr. Streit sprach sich gegen diesen Vorschlag Feustels und wiederholt für seinen Antrag aus; der letztere sollte schon deßhalb angenommen werden, weil es das erste Mal sei, daß wir den Versuch machen, die Zahl der Beamten zu vermindern und weil man sich so sehr dagegen sträube. v. Soyer sprach sich insbesondere noch gegen die Tantiemen der Beamten aus; der Beamte sei für seine Arbeit ohnehin bezahlt und brauche vom Staat nicht noch besonders honorirt zu werden. Wohlfeil sei die Verwaltung der Oberaufschlagsämter auch nicht, denn sie verbrauche 44 pCt. des Ertrags. Wenn nach Ablauf des Zollvereinsvertrags der Malzaufschlag dennoch als zur gemeinsamen Kasse gehörend erklärt werden sollte, dann müßte doch die Verwaltung den Zollbehörden übergeben werden.

Nachdem der Referent v. Morett den Art. 20 in der Fassung des Ausschusses bevorwortet hatte, erklärte Minister v. Pfretzschner, daß die Rede des Abg. Streit den Eindruck gemacht habe, als ob er (Redner) jeder Ersparung im Ressort der Beamten abhold sei; er müsse hierauf erklären, daß er seine Anschauung mit Gründen pflichtgemäß vertreten habe und daß auch er für Vereinfachung in Bezug auf den Beamtenstatus sei, daß er aber nicht die Aufhebung solcher Stellen bevorworten könne, welche nothwendig sind. Beim Budget werde er nachweisen, daß, so lange er an der Spitze der Finanzverwaltung stehe, in Bezug auf Einsparung bei Beamtenstellen Alles geschehen sei, was geschehen konnte. Dr. Streit erklärte, daß es ihm nicht im Entferntesten eingefallen sei, gerade dem Hrn. Finanzminister den erwähnten Gedanken zu unterschieben. Er habe nur sagen wollen, an uns sei es, bei erster Gelegenheit den Versuch zu machen, die Zahl der Beamten zu vermindern.

Abs. 1 des Art. 20 wurde dann in der Fassung des Ausschusses angenommen; bei der Abstimmung über Abs. 2 mit der v. Soyer beantragten Modifikation war das Abstimmungsverhältniß 64 gegen 64, so daß also nach der Geschäftsordnung der Antrag als abgelehnt gilt; sodann wurde Abs. 2 mit der von Streit beantragten Modifikation (die Funktion der Oberaufschlagsämter den Regierungsfinanzkammern zu übertragen) mit 71 gegen 57 Stimmen angenommen.

Frhr. v Stauffenberg zeigte an, daß der 2. Ausschuß den Gesetzentwurf, Erweiterung des Telegraphennetzes betr., erledigt hat, worauf die Sitzung um 1 Uhr geschlossen und die Fortsetzung der Berathung über das Malzaufschlagsgesetz auf morgen Mittwoch Vormittags 9 Uhr anberaumt wurde.

---

selten Füßen, — die Uhr in der Hand, wirft er einen raschen Blick über die Figur der Dame und „komponirt“ sofort die Robe, denn auf der Stelle hat er erkannt, was mit Gesicht und Gestalt harmonirt. Im Allgemeinen bezeichnen Reichthum und Kostbarkeit seinen Styl; goldgestickter Sammt, spitzenbesetzter Atlas, seegrüne Seide mit Borduren in bunten prächtigen Farben, ein wahrer Augenschmaus, doch in all' dem Pomp der feinste Geschmack, wie ihn nur ein Künstlergenius besitzt, und ein merkwürdiges Errathen von den Neigungen und Abneigungen, den Launen und Phantasien seiner schönen und — unschönen Clientinnen.

Uebrigens ist Worth nichts weniger als ein Schmeichler, er hält vielmehr mit seinem Urtheile nicht hinter dem Berge und gibt demselben oft gar rückhaltslosen Ausdruck. Eine kurze, runde Dame spricht schüchtern ihre Sehnsucht nach einer tiefgrünen Robe aus. Worth sieht sie streng an. „Sie wollen also,“ sagt er sarkastisch, „durchaus einem Epheubusche gleichen?“ Noch hat sich die dicke Gnädige nicht von ihrem Schrecken über diesen Ausfall erholt, so stürzt ein Gehülfe mit einer parfumirten Visitenkarte herein. Die Gräfin *** weiß — so steht darauf gekritzelt — daß sie jetzt leider Mr. Worth nicht sehen kann; wollte er aber nicht die Güte haben, ihr etwas Neues zu entwerfen? Sie wartet im Vorzimmer.“

„Wie sieht die Gräfin aus?“ fragt der Allmächtige.

„Sehr brunett, lang und hager,“ lautet die Antwort.

Der Künstler bedeckt die Augen, denkt eine Sekunde lang nach und skizzirt dann mit rascher Hand eine Zeichnung der gesammten Toilette, nebst Besatz, Guipuren, Spitzen und Allem. Auch von seinen hohen und höchsten Clientinnen spricht er oft sehr ungenirt. „Sie ist ganz und gar nichts,“ meint er von einer berühmten Fürstin, einer Löwin des Tages; „sie hat keinen Grund, ich muß sie völlig neu konstruiren, — eine endlose Arbeit und Mühe, ein ewiges Aufbauen und Niederreißen.“ Dergleichen Schattenkörper belastet der Künstler mit Putz, bis aus dem Wesenlosen etwas Substantielles geworden ist. Ein Untergewand von schwerem weißen Satin, darüber ein anderes von gelber Seide, das mit gewichtigen Stickereien und dergleichen bedeckt ist, dann eine Tüllschicht, von goldenen Blumen und Arabesken steif und flimmernd. Selbstverständlich muß zuvor die Kammerfrau Ihrer Durchlaucht gehörig ihre Schuldigkeit gethan und die unterste Basis des Baues recht wesenhaft gelegt haben.

Aus allen Hauptstädten Europa's, ja über den Ocean herüber holen sich Modisten und Modistinnen ihre Modelle bei Mr. Worth und wiegen sie diesem buchstäblich mit Gold auf. So gewinnt denn der glückliche Künstler Jahr aus Jahr ein fabelhafte Summen. Fast sämmtliche große Damen des zweiten Kaiserreiches stehen mit vier- und fünfstelligen Ziffern auf den Sollseiten seines Contobuches, und manchen unglücklichen Gatten überrieselt ein stilles Grauen, wenn nur der Name des Allmächtigen genannt wird.

☞ Beim gestrigen Feuilleton wurde übersehen, die Quelle anzugeben: der Aufsatz ist aus der Wiener „Neuen Freien Presse.“

Süddeutschland.

Bayern. [Eine Stimme über das Wahlergebniß.] Die „Augsb. Allg. Ztg." beschäftigt sich in einer ihrer letzten Nummern mit dem Ergebniß der Zollparlaments-Wahlen in Bayern und hofft aus der gemeinsamen Thätigkeit im Parlament mit den Vertretern Norddeutschlands eine günstige Rückwirkung auf die politische Denkungsweise in Bayern. Die „Allg. Ztg." führt diesen Gedanken folgendermaßen aus: „Aus dem Eintritt der bayerischen Abgeordneten ins Zollparlament erwächst für Bayern zunächst der Vortheil, daß es seine Vertreter die Grenzen des Partikularstaates überschreiten sieht, daß sie Norddeutschland näher kennen und sich allmälig mit den Vertretern des übrigen Deutschlands als eine Gesammtheit fühlen lernen, daß ganz Bayern seine Aufmerksamkeit auf Vorgänge allgemeinen deutschen Interesses richten wird. Dem widerstreben auch die konservativen bayerischen Abgeordneten zum Zollparlament keineswegs; vielmehr kennen wir Männer unter ihnen, welche ihren bayerischen Partikularismus nur dem preußischen Partikularismus entgegenstellen, im übrigen deutschen Gesichtspunkten sehr wohl zugänglich sind."

Dazu bemerkt Bismarcks Organ, die „Nordd. Allg. Z.": „Dieser Anschauung haben wir bereits selbst Ausdruck gegeben; dagegen vermögen wir den Betrachtungen, die die „A. Z." bezüglich des Verhältnisses der bayerischen Abgeordneten zu den Parteischattirungen der Norddeutschen Abgeordneten anstellt, in keiner Weise beizutreten, da in diesen Betrachtungen die Anschauung hervortritt, die bayerischen Conservativen vermöchten in den Conservativen Norddeutschlands keine Bundesgenossen zu finden, weil „der preußische Conservative preußischer Partikularist, Eroberer, Revolutionär außerhalb seines Partikularstaats und Annexionist sei"! Wer die historische Entwickelung der konservativen Partei in Preußen kennt, wird diese Charakterisirung der Partei nur als eine völlig verkehrte betrachten können, weil in derselben dem — gebrauchen auch wir einmal dieses Wort — „Partikularismus" der preußischen Conservativen durch die Zufügung der erklärenden Epitetha alles dasjenige genommen ist, was diesen Partikularismus rechtfertigt. Wenn man nämlich „Partikularismus" nennen will das Verwachsensein der preußischen Conservativen mit preußischem Geist und Wesen, so wollen wir in diesem Falle über den gewählten Ausdruck nicht streiten, wenngleich derselbe uns wenig passend zu sein scheint; allein aus dieser Natur des konservativen „Partikularismus" folgt schon von selbst, daß er dem gleichartigen „Partikularismus" der Süddeutschen in keiner Weise feindlich gegenüberstehen kann."

Großh. Hessen. Mainz, 2. März. [Prinz Napoleon] kam gestern Abend mit dem Dampfboote dahier an und nahm sein Absteigequartier im Rheinischen Hofe, woselbst er übernachtete. Der Prinz hatte in Bingerbrück die Eisenbahn verlassen und war zu Fuß nach Bingen gegangen, woselbst er das Dampfboot bestieg und die Fahrt hierher auf dem Rhein machte, während ein Theil seines aus acht Personen bestehenden Gefolges die Ludwigseisenbahn bis hierher benutzte. Heute Vormittag mit dem um 10_{35} Uhr nach Frankfurt abgehenden Eisenbahnzuge setzte der Prinz nebst seinem Gefolge die Reise fort.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 3. März. [Eröffnung des Zollbundesraths. Parlamentarische Ueberfülle. Ein Plan für das Aufgehen Preußens in Deutschland.] Graf Bismarck hat den Zollvereins-Bundesrath gestern persönlich eröffnet. Als Vorsitzender theilte er Namens des norddeutschen Bundespräsidiums, dem auch das Präsidium des neuen Zollvereins zusteht, zugleich die reiche Tagesordnung für die Session des Bundesrathes mit, welche reichlich drei Wochen in Anspruch nehmen dürfte. Die preußischen Minister und Graf Bismarck besonders kommen dieses Jahr aus den parlamentarischen Geschäften fast gar nicht heraus, und für die Mitglieder der Landesvertretung, die doch zum größeren Theile nicht die Politik zum einzigen Lebensberufe gemacht haben, ist die Last der gehäuften Versammlungen nicht leicht zu ertragen. Dem Reichstage ist der preußische Landtag auf dem Fuße gefolgt; der Landtag macht dem Zollparlamente Platz; auf das Zollparlament wird die zweite Session des Reichstages folgen. „Fast neun Monate hintereinander," klagt eine Stimme in der „Weser-Zeitung", „mit kurzen Unterbrechungen, wird diese Reihenfolge legislativer Arbeiten gewährt haben, ehe Minister und Volksvertreter zu Athem kommen werden." — Man sagt wohl, der preuß. Landtag müsse sich mit der Rolle einer Provinzialvertretung begnügen, zu welcher ja auch die ständischen und repräsentativen Corporationen der anderen Bundesstaaten herabgesunken seien. Unglücklicher Weise ist das leichter gesagt, als gethan. Eine Provinzialvertretung, die 24 Millionen vertritt, ist ein Widerspruch in sich selbst; der Körper ist zu groß, um als Mond um einen Planeten kreisen zu können. Andere meinen daher, der Landtag müsse ganz verschwinden und seine Funktionen an die Landtage der einzelnen preußischen Provinzen abgeben. Der Weg wäre rationell genug, wenn man nur wüßte, wo dann der preußische Staat bleiben sollte. Jede Provinz würde alsdann ein Staat für sich sein, unmittelbar unter der Bundesgewalt. Man kann darüber streiten, ob eine solche Lösung nicht am Ende sehr heilsam sein und eine föderative Constitution Deutschlands erst durch sie möglich werden würde; aber darüber, glauben wir, kann man nicht streiten, daß noch mancher heiße Kampf zu bestehen, manche große Umwandlung zu vollziehen sein wird, ehe man daran denken kann, in solcher Form Preußen wirklich aufgehen zu lassen in Deutschland, das Gefüge der Monarchie als solcher ist doch zu fest, als daß man es mit Leichtigkeit aus einander nehmen und die einzelnen Theile zu Baumaterial für ein neues Reich verwenden könnte. Trotz alle dem aber ist schwerlich ein anderer Weg offen, und voraussichtlich wird um diesen Punkt die Geschichte der nächsten Jahre in Deutschland sich drehen."

— [Das Schicksal der deutschen Spielhöllen.] Der „Augsburger Abendzeitung" schreibt man: Das Schicksal der in den neuen Provinzen Preußens noch bestehenden Spielhöllen hat soeben das Gesetz entschieden, und zwar so, wie es vorauszusehen gewesen. Die Resultate der Abstimmung zeigen, daß nur wenige Stimmen fehlten, und es wäre der sofortige oder der mit Ablauf dieses Jahres zu erfolgende Schluß der Spielbanken beschlossen worden. Man mußte erwarten, daß Preußen, das so lange Jahre die Beseitigung der Spielbanken am Bunde betrieben hatte, damit nicht zögern würde, sobald es eine direkte Einwirkung in dieser Beziehung hätte. Mit dem, was seine Regierung bot, war Alles geschehen, was schonend gethan werden konnte, und zwar nicht der Spielgesellschaften wegen, die längst ihr Schäfchen im Trocknen haben, sondern der Orte wegen. Wie die Sachen jetzt liegen, werden Wiesbaden und Ems ihre Spielbanken bis Ende 1872 behalten; für Homburg wird voraussichtlich die Katastrophe eher hereinbrechen, da die dortigen Herren sich wahrscheinlich noch ferner auf die Hinterfüße werden setzen wollen, und damit jedenfalls ihr unvermeidliches Schicksal — Schluß durch k. Verordnung — provoziren würden. Uebrigens hätte die Konzession von Homburg nicht bloß bis 1884, sondern bis in den April 1896 gedauert! Davon hätte wohl unter keinen Umständen die Rede sein können. Wenn nun schon das Gesetz ausdrücklich jede Entschädigung ausschließt, so wird sich, falls die Homburger Herren deßhalb einen Prozeß erheben wollen, schwerlich ein Gericht finden, das ihnen zu Gunsten entscheidet. Für Homburg kommt noch besonders in Betracht, daß schon beim Anfall des Ländchens an Darmstadt bezweifelt wurde, ob der Großherzog das Recht habe, durch einen einseitigen Vertrag mit dem Landgrafen auch die Fortdauer des Spieles zu garantiren. Wie dem sei, man wird es Preußen nur Dank wissen können, wenn bald die unsittlichen Hazardspielhöllen von deutschem Boden verschwunden sein werden. Hessen wird mit seinem Nauheim dann auch folgen müssen, und Wildungen (Waldeck), wenn daselbst noch gespielt wird. Bezüglich der Gesellschaft in Wiesbaden wird die Angabe in Abrede gestellt, daß sie sich um eine Spielbankkonzession in Genf beworben habe. Das mag richtig sein. Es war aber auch von der Homburger Gesellschaft die Rede, und Hrn. Blanc sieht es allerdings gleich, daß er sich mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln bemühen werde, anderswo seine grünen Tische aufpflanzen zu dürfen.

Oesterreichische Monarchie.

Ungarn. [Preßprozeß.] Der nach langer Verschleppung endlich zum Abschluß gelangte Preßprozeß gegen den Redakteur des radikalen „Magyar Ujsag" hat die Bedeutung eines politischen Sieges der Deakpartei über den Exgouverneur Ludwig Kossuth, aber nur in so weit, als die Geschworenen der Hauptstadt Pesth die öffentliche Meinung repräsentiren. Der aus Turin vom 20. August 1867 datirte Brief Kossuth's an seine Wähler in Waitzen enthielt die Stelle: „Es ist wahr, daß ich die Herrschaft des Hauses Oesterreich als unvereinbar mit der Unabhängigkeit und Selbstständigkeit meines Vaterlandes betrachte." Der „Anwalt der heiligen ungarischen Krone" hob hervor, daß der Reichstagsdeputirte und Redakteur Böszörmenyi diesen Brief nicht blos in verstärkter Auflage veröffentlicht, sondern noch besonders empfohlen habe, zu einer Zeit, wo die Landbevölkerung schon durch frühere Briefe Kossuth's, der noch vielfach wie ein Abgott verehrt werde, in bedenklichem Grade aufgeregt gewesen sei. Der Vertreter der Krone fand in der citirten Stelle die Verbrechen der Majestätsbeleidigung und der Aufforderung zum Umsturz der ungarischen Verfassung und beantragte für das erstere Verbrechen die höchste

Strafe nach dem Preßgesetz von 1848, nämlich 6 Jahre Kerker und 3000 fl. Geldstrafe, und für das zweite Verbrechen ebenfalls die höchste Strafe, nämlich 4 Jahre Kerker und 2000 fl. Der Gerichtshof erklärte, nach dem Verdikt der Geschworenen, „Milde walten lassen zu wollen", und verurtheilte den Redakteur nur zu 1 Jahre Kerker und 2000 fl. Geldstrafe. Bei strenger Handhabung würde das ungarische Preßgesetz, welches den finanziell sehr prekär gestellten Blättern neben der Kerkerstrafe zugleich hohe Geldstrafen androht, dem altpreußischen Ideal des Herrn von Thadden: „Die Preßfreiheit und der Galgen daneben!" ziemlich nahe kommen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 2. März. [Neuer Tumult im gesetzgebenden Körper.] Auf den heutigen Tag war der große Sturm prophezeit. Der Zudrang von Seite des Publikums ist deßhalb ungeheuer. Alle Zuschauer-Tribunen sind überfüllt. Der „Salle des Pas perdus" ist ebenfalls angefüllt, obgleich es verboten ist, sich dort aufzuhalten. Der Vicepräsident Dumiral führt den Vorsitz. Hr. Havin verlangt das Wort über das Sitzungsprotokoll. Jerome David, der Vicepräsident, welcher am 24. v. M. durch sein Auftreten den gewaltigen Sturm hervorrief, steigt von seinem Sitze herunter und nähert sich der Redner-Tribune, auf welcher sich Havin befindet. Im Augenblicke, als Havin das erste Wort sagt, entsteht ein furchtbarer Tumult. Ollivier: Sie haben den Angriff ruhig angehört, Sie müssen auch die Vertheidigung anhören. (Die äußerste Rechte macht nun einen solchen Lärm, daß man Havin nicht versteht. Der Ruf: Schluß der Debatte! wird wahrhaft geheult. Es ist eine höchst skandalöse Scene.) Jules Favre steht aufrecht auf seinem Sitze, mit zusammengeschlagenen Händen und wirft höchst verächtliche Blicke auf die Ruhestörer. Der Lärm wird immer furchtbarer; man konnte glauben, man befände sich in einem Volkstheater, wo die Gamins de Paris in Aufruhr sind. Es fehlten nur die faulen Aepfel und die Orangenschalen, die dort bei solchen Gelegenheiten auch eine Rolle spielen. Havin und der Präsident wechseln höchst lebhafte Worte; ersterer verläßt die Tribune. Jul. Simon verlangt das Wort im Namen Havins. Präsident: Aber Herr Havin hat freiwillig die Tribune verlassen. Havin besteigt von Neuem die Tribune und bleibt auf derselben mitten im Lärm. Nach vielen fruchtlosen Versuchen gelingt es dem Präsidenten, sich verständlich zu machen, und er erklärt von Neuem, daß Herr Havin auf das Wort verzichtet habe, ersucht ihn indessen, es wieder zu ergreifen. Bei den ersten Worten Havin's beginnt der Tumult von Neuem und noch furchtbarer, wie vorher. Die ganze Majorität erhebt sich und verlangt mit wildem Geschrei den Schluß. Es kommt darüber zur Abstimmung, und der Schluß wird angenommen. Havin verläßt die Redner-Tribune. Jul. Simon ergreift das Wort, um über das Reglement zu sprechen; er erinnert an den Zwischenfall vom letzten Montag; er schließt daraus, daß nach demselben die Kammer hätte consultirt werden müssen. Jerome David soll sprechen. (Postschluß.) Die Aufregung in der Kammer ist furchtbar. Aber auch außerhalb der Kammer herrscht keine geringe Aufregung. Der ganze Quai vor der Kammer ist mit Leuten bedeckt, die aufs angelegentlichste diskutiren.

Italien. [Vermischte Nachrichten] Aus der Hauptstadt Italiens schreibt ein Corresp. der „Frkf. Z." u. A.: Aus der Festung Taranto sind 13 Banditen ausgebrochen, nachdem sie die Schildwache getödtet und die Wache überwältigt hatten. Die Flüchtlinge wurden verfolgt, und einer getödtet und drei wieder eingefangen. Vorfälle ähnlicher Art sind in letzterer Zeit mehrere vorgekommen und beweisen große Nachlässigkeit oder Corruption. Vor einigen Tagen wurde ein Verbrecher, der zur See von einem Ort zum anderen transportirt wurde, von einem seiner Genossen vermittelst eines Boots vom Bord geholt und entkam; auch in Paullo bei Modena sind Gefangene losgebrochen. Man schreibt dies zunächst den Beamten aus dem Neapolitanischen zu, die nun über alle Provinzen verbreitet sind. — Der Carneval endete in Florenz fröhlicher, als er begonnen und sonderbarer Weise ist es der türkische Gesandte, der den ersten Anstoß dazu gegeben, dann erst folgten Bälle im Palast Pitti und im Jokey-Club. Bälle sind indeß dort von denen im übrigen Europa sehr verschieden. Bei dem im Palast Pitti waren mindestens 5000 Personen anwesend, worunter jedoch nicht ein Sechstel Damen; alles war in Uniform, mit Ausnahme der zu den Legationen der Schweiz und der Vereinigten Staaten gehörenden Personen. — In Neapel wird die Ausgrabung der durch den Bergsturz verschütteten Personen noch immer mit großer Langsamkeit betrieben, bisher sind blos die Leichen eines Matrosen, eines Weinwirths und einiger Frauen ausgegraben worden, die auf der Flucht vom Einsturz erreicht worden sein müssen, wie ihre Lage zu erkennen gibt. Die heruntergestürzte Masse beträgt 45,000 Cubikfuß und überragt die Häuser um 54 Fuß. Die getroffenen Vorkehrungsmaßregeln, um einen weiteren Sturz zu verhindern, sperren eine der lebhaftesten Passagen ab und eine hölzerne Brücke längs der Mauer vom Fort Ovo verbindet die durch die Trümmer getrennten Stadttheile. Der Vesuv arbeitet noch, er brummt ebenso laut wie bisher und läßt häufig bedeutende Erdstöße verspüren; Neapel ist dadurch von Fremden überfüllt, welche das Schauspiel des brennenden Berges hierhergelockt. — Das Agio auf Kupfer ist leider auf 10 pCt. gestiegen, was einer Steuer auf die Armen gleichkommt; dies könnte der Regierung, wenn sie sich nicht zeitig vorsieht, gefährlich werden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	76 1/8 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	65 1/8—3/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 1/4—3/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 1/4—1/8 G.
„	4 1/2pCt.	43 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 7/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 7/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 P. 88 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 3/4 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	8[illegible] P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 1/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inn. Sch.-P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	76 [illegible] P.
„	6pCt. ditto v. 1882	75 3/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	712—16 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—1/2 G.
Bayer. Hypothekenu. Pfandbr. 4 pCt.	89 3/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. i. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 7/8 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260—61 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76 1/8 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 3/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8—1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	97 7/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119—[illegible] G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 5/8 P. 1/2 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 3/4 P. 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	101 5/8—1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 5/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71—3/4 G.	„ fl. 25 do.	—
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137 1/8 G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
„ do. v. 1864	81 G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 7/8 G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P. 9 7/8 G.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	50 1/2 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26 1/2 P.
		St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 1/4 P.
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 5/8 P. 3/8 G.

Frankfurt, 4. März. Die Börse verkehrte heute in relativ fester Haltung. Man eröffnete zwar niedriger als gestern, die Course befestigten sich jedoch auf höhere Wiener Notirungen im Laufe der Börse sowohl für östert. Spekulations-, als für Anlage-Effekten. Auch Amerikaner verkehrten bei unverändertem Goldagio in guter Haltung zu gestrigen Coursen. Pacific-Bonds wurden 67 1/8 bezahlt.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 66.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 6. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Fortsetzung der Malzaufschlagsgesetz-Berathung bis Art. 64.

München, 5. März.

In der gestrigen 72. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung über den Entwurf des Malzaufschlagsgesetzes fortgesetzt. Die Art. 21 bis 24, von Benutzung ausländischer Mühlen und Quetschmaschinen, vom Verkehr mit gebrochenem Malz, vom unberechtigten Besitz von Malzmühlen und Quetschmaschinen, dann von Partikularmalzmühlen, Quetschmaschinen, Futterschrot- und Hausmühlen handelnd, wurden ohne Debatte angenommen.

Art. 25 bestimmt u. A. „wollen nach Eintritt der Wirksamkeit gegenwärtigen Gesetzes Besitzer von Brauereien einzeln für sich oder in Gemeinschaft eine Partikularmalzmühle benützen, so sind sie gehalten, die Mühle mit einem besonderen von der Staatsregierung genehmigten Messungsapparat zu versehen. Ist eine Beschädigung am Apparate oder eine Verletzung des amtlichen Verschlusses oder der Sicherungsvorrichtungen eingetreten, so hat der Mühlbesitzer binnen 12 Stunden bei dem Aufschlagseinnehmer Anzeige zu erstatten.“ Hier beantragte Sedlmayr, beizufügen: „und darf im Falle einer unabsichtlichen Beschädigung bis zur Herstellung derselben die Mühle zum Brechen innerhalb 6 Wochen fortbenützen, wenn er sich für diese Zeit allen Bestimmungen dieses Gesetzes, welche für Partikularmalzmühlen ohne Meßapparate gelten, unterwirft.“ Nach einer kurzen Debatte, woran sich der Referent, Sedlmayr, Föckerer, Louis, Streit und Minister Pfretzschner betheiligten, wurde Art. 25 mit der Modifikation Sedlmayr's angenommen, letztere aber in folgender Fassung: „und darf im Falle einer unabsichtlichen Beschädigung bis zur Herstellung derselben die Mühle zum Brechen innerhalb 30 Tagen fortbenützen, wenn er sich für diese Zeit allen Controllbestimmungen unterwirft, welche vor Einführung dieses Gesetzes für Partikularmalzmühlen geübt wurden.“

Art. 26, wornach die Benützung von Quetschmaschinen zur Bearbeitung von Grünmalz, für Branntwein-, Essig- und Hefenbereitung von Ertheilung besonderer Erlaubniß abhängig ist, und welcher die Vorschriften für die Aufstellung und Benützung der Quetschmaschinen enthält, wurde ohne Debatte angenommen.

Art. 27 gestattet jedem Landwirthe, sowie Gemeinden und Genossenschaften die Benützung von Futterschrotmühlen zum landwirthschaftlichen Gebrauche, schreibt aber gleichfalls die Anbringung eines besonderen von der Regierung genehmigten Controlapparates vor. Urban glaubt, daß durch diesen Controlapparat die Landwirthe in große Verlegenheit versetzt werden, und beantragt daher, Abs. 4 ganz zu streichen und dafür folgenden neuen Artikel einzustellen: „Die Haltung von Futterschrotmühlen ohne Controlapparat ist Landwirthen, welche kein aufschlagspflichtiges Geschäft betreiben, unter der in bisheriger Weise erfolgten Genehmigung und unter bisheriger Controle gestattet.“ Föckerer bemerkte: Soll die Landwirthschaft aus ihrer Verlegenheit herauskommen, müssen die Landwirthe sich auf die Viehzucht hauptsächlich verlegen und in die Lage versetzt werden, billige Schrotmühlen sich anzuschaffen. Die Controlapparate aber seien zu theuer und brächten den Landwirth in die größte Verlegenheit. Auf diesem Wege könnten die Landwirthe keine Verbesserungen einführen, weil ihnen zu große Kosten erwachsen. Redner stellte daher einen noch weiter gehenden Antrag als Urban. Vermühler glaubt, daß die Controlapparate den Landwirthen keine Verlegenheiten bereiten. Golsen und Louis unterstützten ebenso ausführlich als entschieden die Modifikation Föckerers. Der Controlapparat sei eine sehr große Belästigung für die Landwirthe und gebe dem Feinde des Besitzers der Mühle nur das Mittel in die Hand, diesem Verlegenheiten zu bereiten. Was, fragt Louis, haben denn die bayerischen Landwirthe verschuldet, daß man sie im Aufschlagsgesetze von vorneherein als Leute behandelt, welche die Absicht haben, zu defraudiren? — Graf Buttler kann dem Antrag Föckerers nicht zustimmen, weil das Ministerium nicht darauf eingehe und weil das, was er vorschlägt, nicht durchführbar sei. Redner beantragt daher: „Die Benützung jener Brechmühlen, wozu vor Erlassung dieses Gesetzes die Erlaubniß ertheilt wurde, wird auch in Zukunft unter Einhaltung der Bedingungen, unter welchen die Erlaubniß ertheilt worden ist, gestattet.“ Graf Ramboldi sprach sich für die Modifikation Urbans aus. Föckerer bemerkte noch, daß sein Antrag die Landwirthe vom Controlapparat, keineswegs aber von der Controle durch die Aufschlagsbehörden befreien wolle, worauf Hr Finanzminister v. Pfretzschner erklärte: Die Modifikation Urbans beabsichtige nicht nur den bisherigen Besitzstand der Futterschrotmühlen, sondern auch die Verordnung von 1865 bezüglich der Futterschrotmühlen aufrecht zu erhalten. Der Antrag des Grafen Buttler scheine nur die Aufrechthaltung des bisherigen Besitzstandes der Futterschrotmühlen zu bezwecken. Der Antrag Föckerers gehe weiter und wolle nur da, wo ein aufschlagspflichtiges Geschäft mit der Landwirthschaft verbunden ist, die

Geheimnisse eines Fürstenschlosses.

Das Schloß von Ludwigsburg gehört mit zu den größten und — wenn man einmal diesen Zopf- und Rococcostyl gelten läßt — auch mit zu den schönsten, jedenfalls mit zu den großartigsten Fürstenschlössern Deutschlands. Man ist erstaunt über diese große Ausdehnung, nicht minder über die Pracht der Ausstattung im Einzelnen, obwohl von dieser schon viel zu Grunde gegangen und zu Grunde gerichtet worden. Schön, wirklich schön nach den Regeln eines edlen Geschmackes kann man diese Schöpfung des 18. Jahrhunderts weder im Einzelnen noch im Ganzen nennen, aber Alles zusammengenommen, die Größe und Mannichfaltigkeit des Baues, der ungeheure Reichthum der Ausschmückung machen in ihrer Gesammtheit einen wahrhaft großartigen Eindruck. Obwohl heute unzählige Wandgemälde übertüncht, viele Sculpturen vernichtet und mancher bewegliche Schmuck aus dem Schlosse entfernt worden, bedürfte es doch vieler Tage, wenn man Alles in Augenschein nehmen, und vieler Bogen, wenn man es auch nur flüchtig beschreiben wollte. Darauf wollen wir uns hier nicht einlassen. Uns muß es genügen, wenn wir sagen, daß die zwei Hauptgebäude, die sogenannten Corps de Logis, durch sechzehn Nebengebäude zu einer Hauptmasse verbunden sind, daß auf diese Weise mehrere Höfe entstehen und daß von diesen Höfen einer beinahe 600 Fuß lang und über 200 Fuß breit ist.

Und in diesem gewaltigen Gebäude entfaltet sich ein so bunter Reichthum an Gemächern jeder Art, an Sälen, Galerien, Gängen, Treppenhäusern, Cabinetten, Capellen rc., daß man nicht einen einzigen, sondern eine ganze Reihe von Palästen zu durchwandern glaubt, eine ganze Welt voll Pracht und Verschwendung. Und das Interessante an dieser Welt ist, daß sie nicht die gewöhnliche Pracht zur Schau trägt, der man immer wieder und wieder in den Königsschlössern begegnet, und welche den Besuch derselben geradezu langweilig machen — daß sie im Gegentheil ihren eigenen Stempel und Charakter trägt, der unverwischbar scheint. Indessen gibt es auch hier Hauptstationen und einzelne Gegenstände, die sich besonders hervorheben und den Besucher vor Allem interessiren müssen.

Nach langer Wanderung durch unendliche Gemächer und an unzähligen mythologischen und historischen Gesichtern vorbei traten wir in eines der reizendsten Schlafgemächer, das die Phantasie nur ersinnen kann. Die Fenster blicken hinab in das tiefe Thal, das hier der Park bildet, und hinaus gegen Marbach zu, auf den malerischesten Theil der Umgebung von Ludwigsburg. Das Schlafgemach selbst ist von unten bis oben und an der Decke mit unzähligen Spiegeln und Spiegelchen ausgelegt, zwischen welchen sich Holzschnitzereien wie Ranken hinschlingen in der malerischesten Unregelmäßigkeit. Der Herzog, wenn er hier im Bette lag, sah seine theure Persönlichkeit sowohl wie die schöne Natur, die zum Fenster hereinblickte, tausendfach vervielfältigt. Nur ein tausendfacher Narcissus seiner Person wie seiner Freuden konnte sich ein solches Schlafgemach erfinden; es athmet nur Lust und Selbstgenügen. Und gerade dieses reizendste Gemach ist

Anwendung von Controlapparaten. Den Satz müsse man festhalten, daß jede Futterschrotmühle eine Malzmühle ist und daß man, wenn man das Gefäll schützen will, die Futterschrotmühlen gerade so überwachen muß, wie jede Malzmühle. Der Landwirthschaft werde durch das Gesetz volle Freiheit in ihrer Bewegung eingeräumt, nur mit der einzigen Beschränkung, daß der Controlapparat bei den Schrotmühlen angebracht werden müsse. Die Bestimmungen des Gesetzes seien ganz im Interesse der Landwirthschaft und jedenfalls freisinniger, als der bisherige Zustand. Die Kosten des Controlapparates seien verhältnißmäßig sehr unbedeutend; der Chef der Riedinger'schen Fabrik in Augsburg habe schriftlich erklärt, daß die Controlapparate für landwirthschaftliche Futterschrotmühlen vollkommen zuverlässig sind, das Gefäll sichern und an jeder Schrotmühle, von welcher Construktion sie auch sei, angebracht werden können. Die Preise für Apparate an solchen Mühlen, die in der Riedinger'schen Fabrik gemacht werden, stellen sich nicht höher als auf 6—8 fl., für andere Mühlen auf 10—25 fl. Berücksichtigt man, daß künftig der Verkehr mit Malz im Lande vollkommen freigegeben werden soll, dann müsse man auch den Fiskus schützen. Ein Mißtrauen liege in dem Gesetzentwurfe nicht. Die Anträge Urbans und des Grafen Butler störten den Vollzug des Gesetzes, der Antrag Föderers aber gefährde das Staatsärar und stelle das ganze Gesetz wesentlich in Frage. Nachdem noch der Referent und die Antragsteller gesprochen hatten, wurde der Antrag Föderers abgelehnt und der Art. 27 in der Fassung des Ausschusses angenommen, der Abs. 4 aber nach Vorschlag Urbans gestrichen und der gleichfalls von Urban beantragte neue Artikel als Schlußsatz dem Art. 27 beigefügt. Der Antrag Butler's fiel damit weg.

Art. 28, wornach die Bewilligung zur Haltung von Hausmühlen zum Mahlen von Getreide und Schroten von Früchten für den eigenen Bedarf nur nach näherer Prüfung des Bedürfnisses und der Betriebsverhältnisse ertheilt werden kann, wurde ohne Debatte angenommen.

Art. 29 bestimmt: die Bewilligung zur Benützung von Partikularmalzmühlen, Quetschmaschinen, Futterschrot- und Hausmühlen steht dem Oberaufschlagsamte zu. Rekurse gegen die Verfügung des letzteren bescheidet die Regierung, K. d. F. Dr. Streit beantragte, nur eine Instanz zu schaffen, den zweiten Satz ganz zu streichen und die Ertheilung der erwähnten Bewilligung den Regierungsfinanzkammern einzuräumen. Dr. Völk beantragte, 2 Instanzen beizubehalten, als erste die Kreisregierung K. d. F., als zweite das Finanzministerium zu bestimmen und beizufügen: „vorbehaltlich dessen, was das Gesetz über Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofes bestimmt." Hr. Finanzminister v. Pfretzschner erklärte sich entschieden gegen diese Feststellung der Kompetenz und für die Fassung des Ausschusses, die Kammer aber nahm beide Anträge an, lehnte jedoch den Vorbehalt bezüglich des Verwaltungsgerichtshofes ab.

Art. 30 setzt die Kontrolbefugniß der Aufschlagsverwaltung und die Kontrolbestimmungen fest und wurde nach längerer Debatte in der Fassung des Ausschusses mit einer im Interesse der Kleinbräuer von Sedlmayr gestellten Modifikation angenommen.

Die Annahme der Art. 31 bis 45, die Bestellung von Betriebsgehilfen, die Verpflichtungen der Müller, Malzbrecher, Brenner und Sudwerkführer, die Abmessung, Nachmessung, Gemäße, die Mühlgewerbe in Verbindung mit aufschlagpflichtigen Geschäften, die Registerführung der Müller, die Einlieferung der attestirten Poletten, die Ausgabe des Kontroldienstes, die Gefällseinhebung und Stundung (Nachborge) über die bestimmten Zahlungstermine betr., erfolgte ohne Debatte.

In Art. 46, 47 und 48, von der Vorauszahlung des Aufschlages und vom Exekutionsverfahren handelnd, wurde statt „Oberaufschlagsamt" gesetzt: „Kreisregierung Kammer der Finanzen".

Die II. Abtheilung des Gesetzentwurfs handelt von den Strafen der Uebertretung der zum Schutze des Malzaufschlagsgefälles bestehenden Vorschriften; Tit. I enthält die allgemeinen Bestimmungen. Art. 49, welcher den Begriff der Uebertretungen feststellt, wurde in folgender von Stenglein beantragten Fassung angenommen: „Die in Art. 66—77 vorgesehenen strafbaren Handlungen und Unterlassungen sind Uebertretungen und es finden auf sie die allgemeinen Bestimmungen des Strafgesetzbuches — die in Art. 80 und 81 vorgesehenen strafbaren Handlungen und Unterlassungen sind Polizeiübertretungen und es finden auf dieselben die allgemeinen Bestimmungen des P.-St.-G.-Buches Anwendung, insoferne nicht im gegenwärtigen Gesetze etwas Anderes bestimmt ist."

Die Art. 50—64, von der Strafbarkeit, strafrechtlichen Verantwortlichkeit, Theilnahme, Begünstigung, Zurechnung, von den Strafsolgen, von der Nachzahlung des durch Uebertretung des Gesetzes entzogenen Gefälles, vom Zusammenfluß und der Verjährung handelnd, wurden ohne Debatte und der Art. 65, die Umwandlung der Geldstrafen und die Vertheilung derselben betr., in der Fassung des Ausschusses und mit folgendem vom Hrn. Finanzminister beantragten Zusatz angenommen: „von den eingegangenen Geldstrafen hat die eine Hälfte der Staatskasse, die andere Hälfte dem Unterstützungsvereine für Hinterbliebene des niederen Aufschlagspersonals zuzufließen." — Da die Zeit schon bis 1½ Uhr vorgerückt war, wurde die Sitzung geschlossen und die Fortsetzung der Debatte auf morgen Vormittag 9 Uhr anberaumt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 4. März. [Die Beschlagnahme des Vermögens des Königs von Hannover.] Eine Berliner Correspondenz schreibt: Wie ein Lauffeuer verbreitete sich gestern die Nachricht hievon durch Berlin, und wohl zum ersten Male ist eine Oktroyirung mit so allgemeiner Zustimmung aufgenommen worden. Wie man hört, war es die Absicht der Regierung, dem Landtage noch die Vorlage zu machen, und es ist das nur durch die Schritte der befreundeten und verwandten Höfe verzögert worden, von denen man sich vielleicht einen größeren und rascheren Erfolg versprochen hatte. Nachdem nun aber neuerdings Manifeste des Grafen v. Platen nach allen vier Winden ausgegangen, um Europa zu verkündigen, daß König Georg sich mit Preußen nach wie vor auf dem Kriegsfuße befinde, war für die Regierung ein längeres Zögern nicht möglich.

---

das unheimlichste des ganzen Schlosses. Hier starb Herzog Karl Alexander an einer ähnlichen Halskrankheit, wie Kaiser Paul von Rußland. Es steht in wenigen offiziellen württembergischen Geschichtsbüchern, es ist aber darum nicht minder gewiß, daß die treue Landschaft ihn hat erdrosseln lassen — wenn wir nicht irren, im Jahre 1736 — aus Besorgniß für den evangelischen Glauben, da Herzog Karl Alexander katholisch geworden und es hieß, daß er auch sein Land der alleinseligmachenden Kirche zuführen wollte. In den alten Rechnungsbüchern der Landschaft findet sich unter den Ausgaben höchst gewissenhaft der Posten verzeichnet: an den Henker für dem Staate treulich geleistete Dienste 50 Gulden. Wie billig! Der Henker verließ des Abends Stuttgart, und am folgenden Morgen wußte man zu Ludwigsburg, daß der Herzog plötzlich gestorben. Der Kammerdiener, der neben dem Spiegelgemache schlafen sollte, war zufällig abwesend; ebenso fehlte zufällig die Wache unten an der Treppe, die sonst jede Nacht da zu sein pflegte. Denkt man sich eine Lampe oder das Morgenlicht in das Schlafgemach, wird die That um so unheimlicher. Tausendfach mußte der Herzog seinen Mörder sehen, umgekehrt wie jener Vatermörder, von dem man erzählt, daß ihn die Inquisitoren von Venedig mit der Leiche seines Vaters in einen Spiegelsaal eingeschlossen. Wie sehr haben sich seit Herzog Karl Alexander die Zeiten geändert! In unseren Tagen gingen zwei württembergische Prinzen zum Katholicismus über und es krähte kein Hahn danach, und im Landesausschuß hätte Moriz Mohl gewiß dagegen protestirt, wenn man, auch nur um diesen Uebertritt zu verhüten, blos 25 fl. aus der Tasche des Volkes hätte verschwenden wollen.

Einer anderen tragischen Geschichte — jenes echte Königsgeschlecht muß ja mehr oder weniger ein Atridengeschlecht sein — begegnet man in der Familien-Galerie. In diesem langen Saale rechts und links hängen die Bildnisse der württembergischen Regenten von Eberhard im Bart angefangen bis auf den vor drei Jahren verstorbenen König Wilhelm und diejenigen Fürstinnen, welche dem Lande einen Thronfolger gegeben. Es ist zwar interessant, einem Herzog Ulrich, dem Mörder seines Freundes, einem Herzog Christoph, dem Befestiger der Reformation, und Andern in's Gesicht zu sehen, aber von Schönheit oder auffallender Bedeutsamkeit ist weder bei den Regenten noch bei ihren Frauen die Rede. Unter den Ersteren zeichnen sich mehrere sogar durch ausgezeichnete Häßlichkeit aus. Nur am Ende der Galerie fesselt ein weibliches Porträt voll Milde und Anmuth Schritt und Blick des Besuchers — und gerade diese einzige Persönlichkeit, die hier Sympathie einflößt, hatte ein räthselhaft trauriges Schicksal. Es ist das die Mutter des verstorbenen Königs, Maria Carolina von Braunschweig, über deren Lebensende selbst ihr Sohn, der König, wie man sagt, sich niemals Gewißheit zu verschaffen vermochte. An den, brutalen und unnatürlichen Lastern hingegebenen, Prinzen Friedrich, den nachmaligen ersten König von Württemberg, verheirathet, soll sie sich, wie die Sage erzählt, als ihr Gemahl noch Gouverneur von Finnland war, unter den Schutz ihrer mütterlichen Freundin, der Kaiserin von Rußland, gerettet und diese sie dem wi-

Gleichzeitig mit der Sequestration gegen König Georg ist gegen den Grafen Platen ein Hochverraths-Prozeß verhängt. Die „Spen. Z." bringt zugleich eine — wie man glaubt, offiziöse — Notiz über die braunschweigische Erbschaft. Danach hat der Herzog Wilhelm von Braunschweig allerdings ein Testament gemacht, durch welches er den König Georg oder dessen Sohn zu Erben seines gesammten Privatvermögens „und des Staates Braunschweig" bereits eingesetzt hat, „und diese Nachricht entspricht der Haltung, welche der Herzog von Braunschweig 1866 und auch nachher vielfach an den Tag legte." Weiter heißt es: „Das Recht der testamentarischen Verfügung über den Privatnachlaß wird Niemand dem Herzoge von Braunschweig bestreiten, in so fern nicht dadurch Rechte Dritter verletzt werden, worüber die Gerichte zu entscheiden haben würden. Ob aber eine testamentarische Verfügung über das Herzogthum ohne Weiteres als rechtsgültig Platz greifen dürfte, darüber wird uns ja die Zukunft belehren."

Der ┼-Korrespondent meldet über diese Angelegenheit u. A.: „Die Verordnung ist auf Grund des Art. 63 der Verfassung erfolgt, und an der Zustimmung der Kammern ist selbstverständlich nicht zu zweifeln. Man darf auch wohl erwarten, daß die Beschlagnahme erst auf die bündigsten Garantieen hin, und nicht nur in Folge von etwaigen Versprechungen mit allen möglichen Rückgedanken wieder aufgehoben werde. Der Bericht des Ministeriums konstatirt, daß König Georg sich Preußen gegenüber im Kriegszustande befindet. Der mit ihm geschlossene Vertrag ist dadurch, streng genommen, aufgehoben, und man kann nur dringend wünschen, daß Angesichts der anderweitig notorisch günstigen Vermögens-Verhältnisse des Königs Georg, und so lange er nicht förmlich auf seine vermeintlichen Ansprüche verzichtet hat, diese Beschlagnahme in Kraft bleiben werde."

— [Verzögerung der Zollparlaments-Eröffnung.] Die „National-Zeitung" vernimmt, die Einberufung des Norddeutschen Reichstages stehe zum 19. März bevor, und wegen Verzögerung der Zollparlamentswahlen in Württemberg und Hessen werde die Reichstags-Session derjenigen des Zollparlaments vorangehen.

Auch der ┼-Korrespondent nennt, die Nachricht, daß die Eröffnung des Zollparlaments in Folge der spät angesetzten Wahlen in Württemberg und Hessen-Darmstadt sich verzögern werde, scheine sich zu bestätigen. Damit würde man zu dem ursprünglichen Plane vom vorigen Herbst zurückkehren, und auch noch eine kurze nachträgliche Berathung des Reichstages nach dem Schluß des Zollparlaments wahrscheinlich Statt finden. Von alternirenden Sitzungen des Reichstages und des Parlaments soll man aus Courtoisie gegen die Südstaaten abgesehen haben. Aber mit dem bezeichneten Verfahren wird wenigstens vermieden, daß die parlamentarischen Arbeiten sich in den Sommer hinein verlängern.

Ausland.

Frankreich. [Friede nach Außen, Wirrwarr im Innern.] Ein Pariser Korrespondent der „Köln. Zeitung" schreibt: Die Aussichten auf die Erhaltung des Friedens mehren sich mit jedem Tage. Die Beziehungen zu Preußen sind vortrefflich, und seit der Rückkehr des Herrn v. Budberg aus St. Petersburg ist man auch von Rußlands friedfertigen Absichten überzeugt. Die Aufklärungen, welche dieser Diplomat über die Haltung seiner Regierung gegeben hat, haben hier vollständig befriedigt, und Herr v. Moustier äußert sich in sehr anerkennenden Ausdrücken über Rußland. Die Reise des Prinzen Napoleon kann unter diesen Umständen nur eine friedliche Bedeutung haben, wenn ihr überhaupt eine politische Tragweite zugeschrieben werden darf. Eine Sendung vom Kaiser hat der Prinz gewiß nicht, da derselbe mit seinem Vetter nicht in gutem Einvernehmen ist. Seine Wirksamkeit in Deutschland, falls sie eine politische ist, würde somit nur eine persönliche sein.

So beruhigt die Regierung und insbesondere der Kaiser der Gestaltung der auswärtigen Politik entgegensieht, so wenig befriedigt ist er von den inneren Verhältnissen, die, wenn man dem, was in seiner Umgebung verlautet, glauben darf, das Staatsoberhaupt mit Sorge erfüllen. Man spricht seit zwei Tagen von außerordentlichen Maßregeln, die nach allen Gerüchten, die über die diesfälligen Absichten der Regierung in Umlauf sind, in einem Aufrufe an das Volk gipfeln würden. Die betreffende Proklamation soll bereits in der kaiserl. Druckerei gesetzt werden. Nach der Meinung der Einen will der Kaiser die Befugnisse des Senates auf dem Wege eines Volksbeschlusses erweitern und demselben einen legislativen Charakter geben und so zu sagen die Rollen der beiden Staatskörper verwechseln. Nach Anderen würde die bevorstehende Umgestaltung in einer liberalen Umänderung der Verfassung bestehen. Eine dritte Meinung endlich geht dahin, daß der Kaiser dem Lande bloß die Auflösung der Kammer ankündigen und ihm die Beweggründe dieser Maßregel auseinander setzen will. Letzteres ist vielleicht am wahrscheinlichsten.

Paris, 3. März. [Fortsetzung des Skandals im gesetzgebenden Körper.] Die Majorität ist dadurch, daß sie bei den Diskussionen, wenn auch nicht bei den Abstimmungen, immer den Kürzeren zieht, in einen äußerst gereizten Zustand gerathen, und da sie den großen Talenten der Linken, selbst wenn man die Minister dazu rechnet, Rouher ausgenommen, nur höchst mittelmäßige Redner entgegenstellen kann, so scheinen die Arkadier, an deren Spitze bekanntlich Jerome David und Granier de Cassagnac stehen, beschlossen zu haben, die Debatten, so oft es nur irgend geht, zu ersticken. So gaben denn auch gestern die Arkadier das Signal zum Sturm, und von ihren Bänken ertönte gleich von Anfang an ein gellendes Geschrei. Unter denselben that sich besonders Herr Eduard Fould, ein Neffe des verstorbenen Finanzministers, hervor. Derselbe übertönte mit seiner schrillen Stimme fortwährend den furchtbaren Tumult, und die Majorität kann sich Glück wünschen, daß der gestrige Tag Herrn Fould, von dem man bisher gar nichts gehört hatte, plötzlich den Muth gab, sich, wenn auch nicht als großen Redner, doch als famosen Schreier zu zeigen. Es ist unmöglich, von dem Unwetter, von welchem gestern die Kammer heimgesucht war, ein getreues Bild zu geben, und selbst für die, welche den stürmischen Kammersitzungen von 1848 anwohnten, war das Schauspiel neu; denn obgleich es damals zu argen Scenen kam, so hat man doch noch nie ein solches Geschnatter und Gewieher gehört, wie gestern. Die Stenographen des „Moniteur" haben, dies

---

derwärtigen Gatten mit Gewalt entzogen haben. Man erzählt ferner, daß sie sich später unter anderem Namen an einen russischen Großen verheirathet und in der Zurückgezogenheit ein glückliches Leben geführt habe. Wieder Andere behaupten, daß sie in einem russischen Kloster endete. In Württemberg selbst bringt man ihre Geschichte mit jener geheimnißvollen in Verbindung, nach welcher der Straßburger Scharfrichter mit Gewalt aus seinem Hause entführt und nach mehreren Tagereisen in ein unterirdisches Gemach gebracht worden, wo man ihn zwang, einer schönen Frau den Kopf abzuschlagen. Aber diese Geschichte gehört einer früheren Zeit an, wenn sie sich nicht etwa wiederholte. Thatsache ist, daß die schöne und liebenswürdige Prinzessin spurlos verschwand und daß ihre Geschichte, wie man versichert, trotz aller Anstrengung, sie aufzuhellen, bis auf den heutigen Tag in tiefstes Dunkel gehüllt ist. Was uns in dieser Familien-Galerie ferner auffiel, ist der Umstand, daß nur noch für ein einziges Porträt Raum da ist, was uns nothwendig ominös erscheinen und an den Römer in Frankfurt, wie an den Dogensaal in Venedig erinnern mußte, wo mit dem Raum für die Kaiser und für die Dogen auch die Zeit für die Dogen- und Kaiserherrlichkeit zu Ende ging.

Aber auch unsere Zeit spielte noch kleine Stückchen Geschichte in Ludwigsburg ab. Im Jahre 1848 flüchtete sich auch König Wilhelm, um seiner illoyalen Residenz Stuttgart eine Lektion zu geben, in diesen „Schmollwinkel" der württembergischen Regenten, und hier war es in dem großen Festsaale, wo er alle seine hohen Offiziere versammelte und in einer Rede bei ihnen anfragte, was er — es war schon im Jahre 1849 — von ihrer Loyalität dem revolutionären Volke und der Reichsverfassung gegenüber zu erwarten hätte? Sie antworteten mit dem Rufe: „Es lebe der König und die Reichsverfassung!" Darauf wendete ihnen der König den Rücken und verließ den Saal. Die Folge dieser Szene war die offizielle Anerkennung der Reichsverfassung. In diesen selben kritischen Tagen soll, wie man erzählt, König Wilhelm den Asperg hinaufgestiegen sein, um sich bei dem berüchtigten Journalisten Elsner, den er gekauft hatte, Raths zu erholen. Ob ihm da, als er das steile Schwitzgäßchen hinaufstieg, nicht schlimmer zu Muthe war, als einige Wochen später den Demokraten, die er nach besiegter Revolution denselben Weg hinauftransportiren ließ?

So sind wir mit großen Sprüngen in unserer Zeit angelangt, die in Ludwigsburg, da es zu einem bloßen Wittwensitz geworden, aufhört, interessant zu sein. Mit einem gleich großen Sprunge begeben wir uns in die Anlagen rings herum, nur um überall Verfall und Ruin zu konstatiren. Der See versumpft, die Treppen verschieben sich, die Geländer sind zerbrochen, die Katarakte träufeln, die Grotte Pausilippo ist ein dumpfes, feuchtes Kellerloch, und in der Emichsburg, der künstlichen Ruine, wimmern die Aeolsharfen — wir wissen nicht, ob über diesen Verfall oder als Nachklänge der Seufzer, die einst das Württemberger Land, damals noch um die Hälfte kleiner als jetzt, über diese ganze Schöpfung, über die ganze Lust und Pracht seiner Herzoge ausgestoßen.

---

muß man ihnen lassen, ihr Möglichstes gethan, um von dem Getöse, das die Kammer erfüllte, so viel als möglich wiederzugeben, und obgleich ihr Bericht nichts von dem widerlichen Eindrucke sagt, welchen das Auftreten der Majorität machte, so reicht er doch hin, um über die Willkür, mit welcher dieselbe auftritt, hinreichende Aufklärung zu verschaffen. Die Vorlage der neuen Redaktion der an die Kommission verwiesenen Artikel des Preßgesetzes beschloß übrigens die Sitzung auf würdige Weise. Die Kommission hat aus den ihr übergebenen Amendements alles ausgewählt, was das Preßprojekt verschlimmern muß, und alles zurückgewiesen, was die Presse hätte begünstigen können. Die Gefängnißstrafe bleibt selbstverständlich auch aufrecht erhalten, und eine jede Besprechung von Privatangelegenheiten ist aufs strengste verpönt. Zuletzt entspann sich eine Diskussion über die Tagesordnung. Jules Favre sagte dabei: „Wir sind die Minorität; Sie haben die Gewalt; Sie können sie mißbrauchen, aber das Land wird uns richten."

Die „France" fragt, ob solche Skandale, wie sie jetzt im gesetzgebenden Körper jeden Tag vorkommen, unseres Jahrhunderts und unserer Sitten würdig gewesen seien, ob man so die Geschäfte eines Landes führe, ob man sich so in der Achtung Europa's behaupte. Sie findet das Benehmen der Majorität wahrhaft betrübend. Wohin solle es führen, wenn solche Scenen förmlich in Gebrauch kämen.

Großbritannien. [Eine offiziöse Stimme über die orientalische Frage.] In England ist man fest überzeugt, daß der Friede dieses Sommers durch ein unmittelbares Eingreifen Rußlands in die Geschicke der Türkei vorerst keine Störung erleiden werde. In einem, wie es scheint, vom auswärtigen englischen Amte inspirirten Artikel äußert sich der ministerielle „Morning Herald" im Wesentlichen folgender Maßen:

Wir wünschen nicht die Reihen der Alarmisten zu vergrößern, welche die orientalische Frage von einem so düsteren Gesichtspunkte aus betrachten, daß sie in der jetzigen Lage der europäischen Türkei den Keim zu großen, unvermeidlichen, die Welt erschütternden Kämpfen erblicken. Zwar zweifeln wir nicht im geringsten, daß die orientalische Frage, der Türkei und Rußland allein zur Austragung überlassen, sehr rasch eine bedeutende Veränderung der Karte Europa's herbeiführen und die Schlüssel Asiens den Händen Rußlands überliefern würde. Dagegen jedoch steht die einfache Thatsache, daß die drei großen westlichen Mächte den gemeinsamen Beschluß gefaßt haben, keinen gewaltsamen Angriff auf die Integrität der Türkei zu gestatten. Da Rußland, als es auf der Höhe seiner Macht angelangt war, zweien dieser Mächte unterlag (im Krimkrieg), würde es unmöglich allen dreien vereinigt gewachsen sein. Und da man in Petersburg sehr wohl weiß, daß ein offener Versuch zum Vormarsche gegen Konstantinopel ohne Verzug den bewaffneten Widerstand des westlichen Europa hervorrufen würde, brauchen wir auf die angeblichen Intriguen Rußlands in den Gränzprovinzen, in Bulgarien, Serbien, Rumänien und in Montenegro kein übergroßes Gewicht zu legen. Es wäre allerdings unklug, die Existenz einer panslawistischen Propaganda wegleugnen zu wollen, aber so lange als England, Frankreich und Oesterreich gemeinsam entschlossen sind, die Zerstückelung der Türkei nicht zuzulassen, können diese Intriguen Rußland keinerlei Vortheil gewähren. In so fern ist Alles leicht und eben.

Ein weit schwierigeres Problem für die Diplomatie liegt in der Aussicht auf eine innere Revolution in der europäischen Türkei. Dem auswärtigen Feinde gegenüber können wir dem Sultan Garantien bieten, wie aber Schutz und Bürgschaft gegen jene, die er noch seine eigenen Unterthanen nennt? Serbien mit seiner Million und Rumänien mit seinen 4 Millionen Einwohnern sind in jeder praktischen Beziehung von der Türkei bereits getrennt. Und doch müßte, bevor ihre Sonder-Existenz als ein Recht anerkannt werden könnte, diese die Genehmigung der Türkei und ihrer Schutzmächte erhalten, deren Kollektivgarantie diese Staaten die Freiheiten verdanken, welche sie jetzt genießen. Es ist umsonst, von einer Erhebung derselben gegen die Pforte zu sprechen, da ihre schwachen Armeen gegen Omer Pascha absolut ohnmächtig wären und von einer activen Intervention Rußlands schlechterdings nicht die Rede sein kann. Und doch finden sich aufreizende kriegerische Artikel in den serbischen sowohl, wie in den rumänischen Blättern. Wofern sie von ihren respektiven Regierungen dazu autorisirt sind, wäre es für die großen Schutzmächte angemessene Zeit, den revolutionären Absichten mit einigem Ansehen entmuthigend entgegenzutreten. Die Zeit wird ohne Zweifel kommen, wenn vermittels eines natürlichen und leichten Ueberganges diese wachsenden Staaten ihre gänzliche Unabhängigkeit von der Türkei erreichen werden und sich vielleicht ein Ausweg in der Capitalisirung der von ihnen zu zahlenden Tributsumme finden läßt. Ob Bulgarien, Rumänien und Kreta ihren älteren Geschwistern der österreichisch-türkischen Gränze auf diesem Pfade bald nachfolgen dürften, ist eine Frage, deren Lösung der Zeit überlassen bleiben muß. Einstweilen sind sie in der Kunst und Praxis der Selbstregierung sicherlich noch nicht so weit vorgeschritten.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69$\frac{5}{8}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	65$\frac{1}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50$\frac{1}{4}$—50 G.
„	4$\frac{1}{2}$pCt.	42$\frac{1}{4}$ P. 42 G.
Preussen	3$\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101$\frac{1}{4}$ G.
„	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	98$\frac{1}{8}$ P.
„	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93$\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88$\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88$\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88$\frac{1}{4}$ P. 88 G.
„	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	81$\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 P. 93$\frac{1}{2}$ G.
„	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	81$\frac{1}{2}$ P.
Baden	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl.	94 P. 93$\frac{1}{4}$ G.
„	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90$\frac{1}{2}$ P.
„	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86$\frac{1}{4}$ P.
„	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3$\frac{1}{2}$pCt. Obl.	80$\frac{3}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2$\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	4$\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2$\frac{1}{2}$	—
„	6pCt. ditto v. 1882	75$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	128$\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	718 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89$\frac{3}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221$\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 P. 30 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109$\frac{1}{2}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	261—60$\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	30$\frac{1}{2}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156$\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$\frac{1}{2}$ pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131$\frac{1}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53$\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76$\frac{1}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43$\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à 4$\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	120$\frac{3}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97$\frac{7}{8}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$\frac{3}{5}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95$\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102$\frac{1}{4}$ P. 102 G.
do. in öst. W. l. S.	101$\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	62$\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71$\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 G.
„ do. v. 1864	81—$\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	97$\frac{7}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P. 9$\frac{7}{8}$ G.
Badische fl. 35	50$\frac{3}{8}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	38$\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25$\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit 2$\frac{1}{2}$ pCt. Z.	32$\frac{1}{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12$\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.

Frankfurt, 5. März. Die Börse bewahrt den Nachrichten über die bevorstehende Erhöhung der Couponsteuer in Oesterreich gegenüber eine große Sicherheit. Zu dieser Haltung trägt der Umstand bei, daß diese Nachrichten, die als Gerüchte schon lange in der Luft herumschwirren, theilweise schon eskomptirt sind. Ueberdies sind die Meinungen über die bevorstehenden Finanzmaßregeln in Oesterreich (daß irgend Etwas kommen wird, glaubt Jedermann) getheilt. Die Einen wollen darin eine wenn auch harte, so doch unumgängliche und in ihrem Endresultat für den Werth der österreichischen Papiere heilsame Maßregel sehen, die Andern verdammen sie als eine Insolvenzerklärung und prophezeien daraus den Anfang des Endes der österreichischen Finanzwirthschaft. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 67.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 7. März 1868.

Süddeutschland.

Bayern. [Politische Rückwirkung von König Ludwigs Kunstthätigkeit.] In einem längeren, vortrefflichen Artikel des „Nürnb. Korresp." über König Ludwig heißt es u. A.:

„. . . . Man hat die bayerische Politik oft die der versäumten Gelegenheiten genannt, unseren Staatsmännern aber ebenso oft den Vorwurf gemacht, daß sie zur Unzeit thätig sein wollten; wir denken, in beidem spricht sich im Grunde nur dieselbe Wahrheit aus, daß ein Staat wie Bayern überhaupt einer großen Politik nicht fähig sei und wir dürfen froh sein, daß König Ludwig I. nicht seinen Ehrgeiz darein gesetzt hat, am Ende doch unfruchtbare Großmachtspolitik zu treiben. Aber zu einem hat er dennoch sehr wesentlich beigetragen, um in Bayern, das einst unverdientermaßen in Deutschland nicht eben im besonderen Ansehen stand, ein gewisses Gefühl der Gleichberechtigung mit andern Ländern hervorzurufen, und die verschiedenen Stämme, die eben erst zu einem neuen Staat zusammengefügt waren, daran za gewöhnen, daß sie sich als Angehörige desselben fühlten; und eben hier hat die Kunstthätigkeit des Königs ihre bedeutenden politischen Rückwirkungen auf Bayern gehabt. Es hat zwar lange gedauert, bis das hesperische Pfropfreis auf dem Münchener Kiesboden Wurzel schlagen konnte, und manche (z. B. Uhland in dem Gedicht „Wanderung") haben behauptet: die Kunst sei noch immer nur ein exotisches Gewächs daselbst; aber doch wird man sagen müssen: sie ist wenigstens dem Treibhaus entwachsen, und wenn auch die Landesart selbst dafür weniger empfänglich sein sollte, das verkennt doch Niemand, daß München seine jetzige Bedeutung nur den Bestrebungen Ludwigs verdankt, und daß Bayern, vor allem durch das, was jener für die Kunst gethan, es erlangt hat, neben viel größeren Staaten noch genannt zu werden. Wir wissen, ein solches Selbstgefühl wird heutigen Tages nicht von allen anerkannt und gebilligt; wir unsrerseits glauben, daß das beste und eigenthümlichste, worauf Deutschland bisher stolz sein konnte, eben daraus hervorgegangen ist, daß jedem Theile freieste Bahn geboten war, in seiner Weise etwas zu leisten, wenn nur der Zusammenhang mit dem Ganzen nicht verloren ging. Das war in Bayern so wenig als sonstwo der Fall, und wir würden es tief beklagen, wenn, an die Stelle der bisherigen mannichfaltigen Bildung und Gestaltung, als wichtigstes Interesse Deutschlands die Sorge für ein uniformirtes, wenn auch noch so herrliches Kriegsheer treten sollte." Zu dem letzteren Passus macht die „Allg. Ztg." folgende Bemerkung: „Nun, eine festere, zu Schutz und Trutz bereite Zusammenschließung Deutschlands wird hoffentlich möglich sein, ohne die Künste des Friedens und ohne die Eigenart der Stämme, soweit sie berechtigt ist, zu gefährden!"

Norddeutscher Bund.

Berlin, 5. März. [Eine offiziöse Kaltwasserdouche auf nationalliberale Hoffnungen.] Die „Zeidler'sche Correspondenz" hat heute Ordre erhalten, den Nationalliberalen einmal gründlich den Staar zu stechen. Wer die Beziehungen des offiziösen Blattes zu den „maßgebenden Kreisen" in Anschlag bringt, wird nachstehenden Exeurs, worin es der „regierungsfähigen Partei" der geborenen Realpolitiker den Standpunkt klar macht, als Signatur für den Barometerstand in jenen Regionen nicht zu unterschätzen wissen. „Die Nationalliberalen sind ein sonderbares Völkchen", meint Hr. Zeidler. „Seitdem der Ministerpräsident Graf Bismarck das Verhalten eines Theiles der Conservativen zum Gegenstande seiner Bedenken gemacht hat, meinen jene Herren, ihnen müßten die Tauben gleich gebraten in den Mund fliegen. (!) Sie haben des Höhnens nicht genug gegen die konservative Partei, welche mit dem Minister zerfallen sei, und berufen sich auf dessen Aeußerung über die Möglichkeit eines Coalitionsministeriums, als könne es nun gar nicht fehlen, daß Graf Bismarck nächstens einmal über Nacht seine Stütze bei ihnen suche. Die Voraussetzung aber, von welcher der Minister bei seinen Aeußerungen ausgehen mußte, daß ihm nämlich eine andere Partei oder andere Parteien vereinigt eine bessere und zuverlässigere Stütze als die Conservativen gewähren müßten, diese nothwendige Voraussetzung scheint den Herren noch nicht genügend klar geworden zu sein. Dieselben bewegen sich fort und fort in Illusionen der Eitelkeit und der Selbstüberhebung, während Graf Bismarck bekanntlich nur mit sehr realen Faktoren zu rechnen und Politik zu machen gewohnt ist. Aus allen Aeußerungen der internationalen Organe, namentlich von der Lasker'schen Sorte, wie „Magdeburger Zeitung" und dergl., tritt die Selbsttäuschung hervor, als könne die (nationalliberale) Partei eine Regierungspartei werden und doch dabei alle Gewohnheiten der Opposition in Gemeinschaft mit der Fortschrittspartei mit ungeschwächten Fonds fortsetzen. Die Herren täuschen sich offenbar über ihre Unentbehrlichkeit und verstehen eben so wenig wie einzelne Conservative die Auffassungen und Absichten des Grafen Bismarck, der für seine Politik allerdings eine breitere, aber jedenfalls auch eine feste und zuverlässige Grundlage sucht und sicherlich keine Lust haben wird, sich auf schwankendes Rohr zu stützen, wie es die Nationalen bisher gewesen sind. (!!) Nach unserer Auffassung muß sich im festen Anschluß an die Regierung Sr. Majestät eben eine neue Parteigestaltung herausbilden, in welcher die konservativen Traditionen Preußens, namentlich die feste monarchische Treue und das Ausgehen von gegebenen positiven Grundlagen ebenso gewahrt werden, wie die frei-

Das Programm über die Leichenfeier Sr. Majestät Königs Ludwig I.

ist, wie die Corr. Hoffm. mittheilt, folgendermaßen festgestellt: Am Montag den 9. d. Mts. Nachmittags um 2 Uhr setzt sich unter dem Geläute der Glocken und unter Abfeuerung von 101 Kanonenschüssen der feierliche Leichenzug aus der kgl. Residenzhofkapelle in folgender Ordnung in Bewegung. Unter dem Commando des Generallieutenants Frhrn. von der Tann und der unter ihm kommandirenden Generäle: der Platzstabsoffizier mit 12 Gendarmen zu Pferd; 20 Kriegsveteranen mit Fackeln; das Cadetenkorps und die Kriegsschule; eine Abth. des 2. Cuirassier-Rgts.; ein Schützenbataillon des 1 Inf.-Rgts; das Landwehr-Jägerbataillon; I. Bataillon des Leibrgts; II. Bataillon des Leibrgts; das I. und II. Bataillon des 2. Inf.-Rgts; zwei Sechspfünder-Batterien des 1. Artillerie-Rgts.; III. Bataillon des 7. Inf.-Rgts.; I. und II Bataillon des 1. Inf.-Rgts.; — hierauf folgen: Sämmtliche Livrée-Dienerschaften des Münchener Adels mit Fackeln; sämmtl. Bruderschaften; die Gewerbschule; sämmtl. Gymnasien; das Erziehungsinstitut für Studirende; die barmherzigen Schwestern; die Alumnen des Georgianums; die Livrée der k. Prinzen mit Fackeln; die sämmtl. k. Hof-Livrée mit Fackeln; die Offizianten II. kk. HH. der Prinzen und Prinzessinen; die sämmtl. k. Hausoffizianten; die Hausoffizianten Sr. Maj. des Königs Ludwig I.; die k. Hofmusik; die Beamten der Höfe II. kk. HH. der Prinzen; die Hofstabsärzte und die Beamten der Hofstäbe und Intendanzen, sowie jene der Hofrechnungs-Revisionsstellen, des k. Hofsekretariats und der Hof- und Cabinetskasse; die Beamten Sr. Maj. des Königs Ludwig I.; der Regularklerus und die Stadtpfarr-Geistlichkeit; die kgl. Hoftrompeter und Pauker; das Capitel zu St. Cajetan und der übrige Hofklerus mit Vokalmusik; das Domkapitel; vier Bischöfe; der Erzbischof mit seinen Assistenten; 25 Männer in der Gugel mit den k. Wappen; des Allerhöchstseligen Königs Kammerdiener; die Offizianten und Sekretäre der königlichen Hausorden; der Leibarzt und der Hofsekretär des Allerhöchstseligen Königs; die zwei Ceremonienmeister; der Oberstceremonienmeister; der Leichenwagen, geführt von einem königlichen Stallmeister und von zwei kgl. Bereitern und mit 8 Pferden bespannt; auf dem Sarge befinden sich die Reichs-Insignien und die Attribute der k. Hausorden; auf der rechten Seite des Wagens der Hofmarschall und die Flügel-Adjutanten des Allerhöchstsl. Königs, auf der linken Seite 12 Kämmerer, dann an jedem der 4 Ecken und auf jeder Seite in der Mitte des Bahrtuches je ein Kommandeur des Ritterordens vom hl. Georg; auf jeder Seite 10 Edelknaben mit brennenden Kerzen; die Hartschier-

sinnigen (??) Traditionen unseres Staates, und wenn die National-Liberalen wirklich einen Antheil an der weiteren Entwicklung haben wollen, so werden sie sich von den Ueberlieferungen der Parteikämpfe der letzten Jahre und von den Banden der alten Oppositions-gemeinschaft entschieden und mit klarem Bewußtsein lossagen müssen. Die Partei, wie sie bisher sich darstellt und sich namentlich in diesem Augenblick wieder gerirt, würde schwerlich berufen sein, die Erbschaft der bisherigen Regierungspartei anzutreten."

— [Ueber das Gerücht von einem süddeutschen Bund] läßt sich der ±-Korrespondent aus Berlin also vernehmen: „Die Zusammenkunft des Fürsten Hohenlohe mit Herrn v. Varnbüler wegen Errichtung eines Südbundes, von süddeutschen Correspondenzen gemeldet, wird von München aus offiziös dementirt. Herr v. Varnbüler hat mit einem anderen bayerischen Minister wegen Eisenbahn-Angelegenheiten verhandelt. Im Uebrigen würde auch ein Südbund nicht so leicht zu Stande kommen. Ob der Gedanke Seitens der süddeutschen Staatsmänner gänzlich aufgegeben ist, mag dahingestellt bleiben und hat bei der Aussichtslosigkeit des Projektes geringes Interesse. So viel steht andererseits fest, daß man weder in München noch an anderen Orten einem weiteren Bunde entsagt hat, dessen unbestimmte Umrisse in dem bekannten Programme des Fürsten Hohenlohe vom 8. Oktober v. Js. skizzirt waren. Man kann auch die Lösung dieses Problems als unmöglich zu erweisen sicherlich getrost der Zeit überlassen. Von Interesse ist, daß diejenigen süddeutschen Politiker, die jenen weiteren Bund begünstigen, der ausgesprochenen Ansicht sein sollen, daß der Norddeutsche Bund sich danach einrichten müsse, damit der weitere Bund ihn selbst, den Norddeutschen so wie die Südstaaten, umfassen könne. Solche Gedanken sollen in den süddeutschen Köpfen sich bewegen, und daß dabei auch in der weiteren Entwicklung an die Möglichkeit eines mit Oesterreich herzustellenden Verhältnisses gedacht wird, ist wohl glaublich. Oesterreich selbst macht sich darüber, den Versicherungen seiner Stimmen zufolge, am wenigsten Illusionen und es finden deßwegen auch schwerlich jetzt Verhandlungen Statt.

— [Der Schluß des Landtages in Preußen] ist inmitten eines allgemeinen Gefühles der Unbehaglichkeit erfolgt. Sogar die „Nat.-Ztg." nennt die abgelaufene Session „unfruchtbar und ärmlich"; von den gestellten großen Aufgaben wurde keine gelöst. „Es ist überhaupt nichts geschehen, um dem Volke eine freiere Bewegung zu gönnen und sein moralisches Leben zu erhöhen; es ist auch zur Hebung des Unterrichts in keiner Weise etwas unternommen worden, und was die Fortschritte in der Staats- und Gemeindeverwaltung anlangt, so hat die Session in dieser Beziehung nur den Eindruck hervorgebracht, daß es bestimmte Pläne oder reifende Vorsätze einstweilen nicht gibt. Mit Einem Worte, das Ergebniß dieser Session ist in ganz entschiedener Weise dies, daß Ergebnisse mangeln." — Dem allgemeinen Katzenjammer gab das Mitglied der konservativen Fraktion, Herr v. Windthorst Ausdruck, wenn er beim Abschiedsdiner dieser Fraktion in die Worte ausbrach: „Nicht ohne Sorgen denke ich daran, welche Auskunft ich in der Heimath über die Leistungen der ablaufenden Session geben soll. Wir haben immer nur Geld bewilligt, aber für die organische Gesetzgebung, für den Ausbau des Rechtsstaates haben wir nichts gethan."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. März. [Finanzoperations-Gerüchte.] Die Wiener „N. Fr. Presse" kündigt an, daß dem Abgeordnetenhause nächstens die Finanzvorlagen gemacht und darin eine Erhöhung der Couponssteuer für Staatspapiere um 10 pCt., sowie eine Kapitalsteuer von $1/2$ pCt. des Kapitals, für drei Jahre zu erheben, vorgeschlagen werden würde. Die Bestätigung der Nachricht wird abzuwarten sein. Der Finanzminister Brestl könnte nicht leicht mit einer Maßregel debutiren, die stärker mit dem Recht collidirte und schwerer den Kredit Oesterreichs schädigte, als mit dieser.

Gerüchten von einem Kabinetsstreich, die hie und da in der österreichischen Presse auftauchen, wird keine weitere Bedeutung beizulegen sein, als daß sie Symptome der Herzenswünsche kleiner oppositioneller Parteien sind. So eine Meldung eines czechischen Blattes, das in Prag erscheint, die Regierung habe die Frage der Verlegung ihres Sitzes nach Pest erörtert. Und ebenso das in Pest ausgesprengte Gerücht von einer Intrigue, welche die Beseitigung Giskra's, Herbst's, Brestl's und Berger's und die Rückberufung Schmerling's zum Zwecke hätte. Die beiden Gerüchte widersprechen sich ohnehin in so possirlicher Weise, daß eins das andere todtschlägt; denn wie die Uebersiedlung über die Leitha eine vollständige Magyarisirung, so würde die Reaktionirung Schmerling's nichts Anderes sein, als ein Schlag ins Gesicht der Ungarn.

Ausland.

Frankreich. Paris, 5. März. [Sprechministerliche Plaudereien.] In der französischen Kammer ist gestern das Contingentsgesetz zur Vorlage gebracht worden. Die „Frkft. Ztg." bemerkt bei dieser Gelegenheit: Die Regierung verlangt in Uebereinstimmung mit früheren Erklärungen die Aushebung von hunderttausend Mann. Als eine Erwiederung auf eine Rede Picard's zeichnete Rouher die Beziehungen Frankreichs zu den auswärtigen Mächten in ähnlich günstiger Weise (s. gestr. Anzeiger), wie es die Thronrede Wilhelm I. jüngst in Beziehung auf Preußen gethan hat; die Wolken, so meinte der französische Plauderminister, welche sich zu zeigen schienen und verschiedene beunruhigende Gerüchte veranlaßt hätten, seien vollständig verschwunden. Das Bild der „Wolken, welche den politischen Horizont umdüstern", ist ein so verbrauchtes, daß man es einem Staatsmanne eben nicht hoch anrechnen darf, wenn es ihm in der Hitze des parlamentarischen Gefechtes wieder einmal entschlüpft; aber diplomatisch und vorsichtig ist die Anwendung dieser Trope nicht. Nichts eigensinnigeres wie Wolken! In diesem Augenblicke scheinen sie in duftigen Streifen zu zerfließen, durch die der lichte, blaue Himmel herablacht, über die sonnigen Fluren tönt das ferne friedliche Läuten der Glocken, aber ehe noch die Töne verklungen, hat sich der Nebel wieder geballt und in einem Nu beginnt unter Donner und Blitz der Regen in Strömen herunterzugießen und Diejenigen, welche der Consequenz der Wolken getraut haben, auf das jämmerlichste einzuweichen; gerade die gefährlichsten und verderblichsten Hagelschauern entstehen mit überstürzender Schnelle aus Wölkchen, die man mit bloßem Auge nicht wahrzunehmen im Stande ist. Die Versicherung des Kriegsministers, daß Frankreich für solche Eventualitäten ein gut geflicktes Parapluie, d. h eine reorganisirte Armee besitze, paßte sich also der wolkenlosen Rede besser an, als es auf den ersten Blick den An-

---

garde begleitet zu beiden Seiten den Leichenwagen; ein Trauerpferd, ein Crucifix mit zwei Leuchterträgern. Hierauf folgen je zwei und zwei: die Kammer der Reichsräthe, die Kammer der Abgeordneten; die Mitglieder der standesherrlichen, fürstlichen und gräflichen Familien, die obersten Hofchargen, die Staatsminister, der Capitaine des gardes; die zweiten Hofchargen, die Generale der Infanterie und Cavallerie, die Hofchargen II. kk. HH. neuerer Ernennung, die Staatsräthe, die Präsidenten der obersten Stellen, die Generallieutenants und Generaladjutanten, die Bischöfe, die Präsidenten der Regierungen und Appellationsgerichte, der Generaldirektor der kgl. Verkehrsanstalten, die St. Georgi-Ordensritter, die Generalmajors, die Flügeladjutanten und Kammerherren, dann die Stabsoffiziere der Linie, die Kammerjunker und Hofjunker, das Offizierkorps der Linie und der Landwehr, die Vorstände der Hofintendanzen und die im Direktors- und Collegialrathsrange stehenden Beamten der Hofstäbe und Intendanzen, der Generalsekretär, der geheime Sekretär und der geheime Registrator des Staatsraths; die Ministerialräthe, der Generalsekretär und die übrigen Beamten des Ministeriums des Aeußern; die Ministerialräthe und Beamten des Justizministeriums; das Oberappellationsgericht des Königreichs; der Generalstaatsanwalt mit dem 2. Staatsanwalt am Oberappellgerichte, dann dem Oberstaatsanwalte vom Oberappellgerichte von Oberbayern und den sämmtlichen übrigen Beamten der Staatsanwaltschaften am Appellationsgerichte und den beiden hiesigen Bezirksgerichten; das Appellationsgericht von Oberbayern; die Direktoren, Räthe und Assessoren der Bezirksgerichte links und rechts der Isar; die Stadtrichter und Stadtgerichts-Assessoren an dem Stadtgerichte München l. und r. der Isar; die Landrichter und Landgerichts-Assessoren an den Landgerichten München l. und r. der Isar; die Beamten des Staatsministeriums des Innern; der Obermedizinalausschuß; die Regierung von Oberbayern; der Direktor und die höheren Beamten der k. Polizei-Direktion München; die Vorstände und Assessoren der Bezirksämter München l. und r. der Isar; die Beamten der Strafanstalt; die Beamten der Kreisirrenanstalt; die Beamten des Cultusministeriums; das protestantische Oberkonsistorium; die Akademie der Wissenschaften; das General-Conservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staats; die Direktion der Hof- und Staatsbibliothek; die Universität München in Amtskleidung; die Akademie der bildenden Künste; die Central-Gemälde-Galleriedirektion; die Direktion des bayerischen National-Museums und die Conservatoren desselben; der Inspektor der Erzgießerei; die Rektoren und Professoren der drei Studienanstalten; die Ministerialräthe, der Generalsekretär und die übrigen Beamten des Finanzministeriums; die Oberaufschlagsinspektoren; die Centralstaatskasse; der Oberstrechnungshof; die Rechnungskammer; die General-Bergwerks- und Salinen-Administration

schein hat. Ihrem ganzen Habitus nach erinnern uns die Worte Niel's auf das lebhafteste an die Confliktsreden seines preußischen Collegen Roon. Die Opposition, so lautete das Locklied, der militärische Rattenfängerpfiff des Marschall Niel, die Opposition werde es bald bedauern, die „Reorganisation" bekämpft zu haben, da diese für das Land ein Unterpfand der Sicherheit, gleichzeitig aber auch dem Volke angenehmer und wohlfeiler sei. Genau dasselbe Locklied, was in der preußischen Kammer gepfiffen wurde — mit welchem Erfolge, was wissen die preußischen Steuerzahler zu erzählen. Das Hinterladungswettrennen der europäischen Staaten, was der französische Marschall von der Annahme des wunderthätigen Chassepots in Frankreich datiren will, ist in seinen Folgen so oft geschildert, daß wir uns füglich dieser Mühe überhoben halten können. Es ist genau die Logik jenes Schotten darin, der seine Pferde vom Fressen entwöhnen wollte; just da er sie auf eine Handvoll Hafer täglich reduzirt hatte, legten sich die dummen Gäule hin und starben. Obwohl der Telegraph das Resultat der Sitzung nicht mittheilt, zweifeln wir keinen Augenblick, daß das geforderte Contingent von hunderttausend Mann bewilligt worden ist.

— [Die Lage der Dinge in Paris] zu beleuchten ist ein vom Pariser Chronisten der „Neuen Fr. Presse" mitgetheiltes Schreiben eines Sergent de Ville an seine Frau besser geeignet, als jeder amtliche Bericht, und es ist sehr die Frage, ob Herr Pietri seinem Gebieter in den Tuilerien die Verhältnisse so scharf gezeichnet darstellt, wie der naive Schutzmann seiner schöneren Hälfte. Der Brief ist vom 23. Februar datirt, wimmelt, beiläufig gesagt, von Ortographie-Fehlern und lautet:

„Meine liebe Caroline!

Diese Nacht kann ich nicht nach Hause kommen, denn obgleich die Reihe nicht an mir ist und ich sehr ermüdet bin, habe ich dennoch Dienst. Es ist uns Allen befohlen, zu bleiben, denn morgen ist der 24. Februar, und an dem Tage vor zwanzig Jahren haben alle Pariser: „Es lebe die Republik!" geschrieen. Wie es scheint, haben sie dieses Jahr wieder Lust bekommen, so zu schreien, und wir sollen es verhindern, wir sollen ihnen, wenn es nöthig ist, den Mund verstopfen. Die Sache kann sehr ernst werden, denn man erwartet, daß die Herren aus den Faubourgs sich auf dem Bastillenplatz einfinden werden, um Geschrei zu machen. Wenn dieses geschieht, werden wir aus unserem Versteck hervorbrechen, über sie herfallen, sie nöthigenfalls mit Waffengewalt zerstreuen und die Schlimmsten (les plus méchants) unter ihnen nach dem Carcer (au violon) bringen. Im Falle als diese Unruhstifter gar zu zahlreich sich einstellen, werden wir uns von den Truppen helfen lassen. Sollte mir ein Unglück begegnen, so wirst du dich an den Polizeipräfekten mit der Bitte wenden, daß er für dich und unsere kleine Mini etwas thue. Er wird euch gewiß unterstützen; wenigstens geben die Polizei-Commissäre uns die Versicherung, daß für unsere Familien gesorgt werden soll, wenn den Einen oder den Anderen von uns bei Vertheidigung des Kaisers ein Unfall treffen sollte. Gar zu sehr brauchst du dich nicht zu ängstigen, Caroline; denn es werden unserer sehr Viele sein, und es wäre der Teufel, wenn wir mit dem Gesindel (voyous) nicht fertig werden möchten. Gestern hat man uns angekündigt, daß Jeder von uns, der bei einem Auflauf sich durch ein tapferes Einschreiten hervorthun wird, eine angemessene Belohnung erhält, ein Avancement oder einen Orden. Du siehst, daß wir nicht zu bedauern sind. Eigentlich wäre ich gar nicht böse (au fait je ne serais pas fâché), wenn das Getümmel recht losginge, dann hätte ich doch Gelegenheit, zu etwas zu kommen; dann hättest du nicht nöthig, vom Morgen bis zum Abend Handschuhe zu nähen, um 30 Sous des Tages zu gewinnen und deine Brust zu Grunde zu richten. Das Leben ist sehr hart, und ich möchte, daß es zur Entscheidung kommt, so oder so, und wenn ich ins Gras beiße — mag's darum sein (si je claque, ma foi tant pis)! Küsse die kleine Mini für mich. Sag' ihr, wenn sie sich gut aufführt (si elle est bien sage), wird ihr kleiner Papa ihr ein kleines Spielzeug bringen. Sei nur ganz ruhig, Alles wird sich aufs beste fügen. Das Unglück hat auch sein Gutes (à quelque chose malheur est bon). Wenn ich morgen Abends noch nicht nach Hause kommen kann, werde ich jedenfalls Zeit finden, dir ein Wort zu schreiben, damit du nicht unnütz erschrickst. Gehab dich wohl; ich küsse dich und meine kleine Tochter. Erwarte mich morgen Abends, aber sehr spät. Dein

Martin."

Großbritannien. [Verbesserung des Schulwesens.] Das Unterrichtswesen in den verschiedenen Ländern Europa's und Amerika's bildet einen Hauptbestandtheil des Berichtes, welchen die vom Parlamente niedergesetzte Commission zur Verbesserung des Schulwesens erstattet hat. Nicht weniger als drei Jahre hat die Arbeit in Anspruch genommen und das unbedingte Lob wird dem preußischen Schulwesen gespendet. Die Elementarschulen, sagen die Commissäre, seien gut und wohlfeil, die Lehrmethoden vortrefflich und das ganze Unterrichtssystem den Bedürfnissen des Volkes angemessen. Aehnliches behaupten sie vom Schweizer System, das jedoch in der höchsten Unterrichtssphäre mangelhaft sei. Das französische Unterrichtswesen sei eine vortreffliche Maschine zur Entwickelung der intellektuellen, aber nicht der moralischen Eigenschaften der Jugend. Die Zahl der die Schulen besuchenden Kinder bilden etwa 3 vom Tausend der Seelenzahl aller Staatsangehörigen. Jede Gemeinde sei verpflichtet, eine Schule zu erhalten und alle Gemeinden von mehr als 1000 Seelen kommen dieser Verpflichtung nach; Schulgelder seien gering, Arme zahlen gar nicht. Der Unterricht sei ungefähr derselbe wie in den englischen Schulen, Lesen und Arithmetik seien eher besser, Schreiben, Geographie und Geschichte nicht so gut wie in England. In den Mittelschulen stehe der Unterricht im Lateinischen auf gleicher Höhe mit jenem in den englischen Schulen, der griechische sei schwächer. Die Lehrer, gut ausgebildet, folgen strenge dem vorgeschriebenen Lehrplane. Das amerikanische System findet die Commission schwach, wo das englische stark sei, und am besten, wo die englischen Schulen mangelhaft seien. Lange nicht auf der Höhe der preußischen seien die amerikanischen Schulen, dennoch den Bedürfnissen und dem politischen Leben des Volkes angemessen. Ihre Elementarschulen seien besser, ihre höheren Schulen schlechter als die englischen. Man stecke kein hohes Ziel, aber es werde erreicht. Der religiöse Unterricht sei frei von allem Sektengeiste. Die Bibel werde gelesen, aber dazu kein Commentar, keine Bemerkungen gegeben; den eigentlichen Religionsunterricht gewähren die Sonntagsschulen. Die Ausgaben werden durch Gemeindeumlagen bestritten, der Schulbesuch sei freiwillig, ein Versuch, den Schulzwang einzuführen, sei gescheitert. Das Lehrerpersonal bestehe meist aus Frauen; die Schulbücher wären mangelhaft, aber die Lehrer thätig und die Kinder wißbegierig. Der schottischen Schulen gelten eben-

---

dann die Vorstände des Salz- und Bergamtes München; das Hauptmünz- und Stempelamt und das Hauptstempel-Verwaltungs- und Verlagsamt; die Staatsschuldentilgungs-Commission und die Beamten der ihr untergebenen Kassen; die Steuerkataster-Commission; die Beamten der Kreiskasse und des Oberaufschlagsamtes; die Rentbeamten und die Beamten des Forst- und Triftamtes München; der Ministerialdirektor; die Ministerialräthe; die Ministerialassessoren und übrigen Beamten des Handelsministeriums; die oberste Baubehörde; die Generaldirektion der Verkehrsanstalten; das Oberpost- und Bahnamt von Oberbayern; das Telegraphenamt; die General-Zolladministration; das Hauptzollamt München; die Beamten der hiesigen Baubehörden; der Rektor und die Professoren der polytechnischen Schule; der Rektor und die Professoren des Realgymnasiums; der Direktor und die Professoren der Centralthierarzneischule; der Generalverwaltungsdirektor, der Generalsekretär, die Ministerialreferenten und übrigen Beamten des Kriegsministeriums; das Generalauditoriat; die Militärrechnungskammer; Militärfonds-Commission; Hauptkriegskasse; Armee-Montur-Depot-Kommission; Administrationskommission der Militärfohlenhöfe; die übrigen k. Militärdienst- und Commandostellen; der Magistrat der Residenzstadt; eine Deputation des Regensburger Dombau-Vereines; die Deputationen der Städte Aschaffenburg und Edenkoben; die Genossenschaften und Vereine, welche sich zum Anschlusse an den Leichenzug gemeldet haben. Hierauf folgen: das Landwehrregiment München mit drei Bataillons; das Landwehrbataillon Au; das von Haidhausen; die Landwehrdivision Giesing; die Landwehrartillerie-Division; das 1. Kürassier-Regiment; das 3 Chevauxlegers-Regiment; die Landwehr-Cavallerie-Division; zwei Vierpfünder-Batterien des 3. reitenden Artillerie-Regiments. — Der feierliche Leichenzug geht von der Hofkapelle durch das Kapellenthor nach der Briennerstraße, über den Königsplatz durch das rechte Portal der Propyläen, die Louisen- und Karlsstraße an den Haupteingang der St. Bonifaziuskirche. Hier empfängt die gesammte Geistlichkeit die Hülle des Allerhöchstseligen Königs und wird der dieselbe umschließende Sarg auf eine vor dem Katafalke errichtete Estrade gesetzt, von der anwesenden Geistlichkeit die Vesper abgebetet und von dem Herrn Erzbischofe die Einsegnung verrichtet, der Sarg unter Vortritt der benöthigten Geistlichkeit und gefolgt von dem k. Obersthofmeister, dem Staatsminister des k. Hauses und des Aeußern und dem k. Hofmarschall Baron von La Roche nach dem Sarkophage getragen, in denselben gesenkt und wird von dem k. Obersthofmeister doppeltes Siegel angelegt.

---

falls als den englischen überlegen. Der Schottländer, gewohnt, mehr für den Unterricht seiner Kinder als der Engländer auszugeben, bekümmert sich selbst um die Leistungen der Schule. Die Lehrer sind gut und die Lehrweise frei. Der Unterschied der Stände ist da verschwunden und das habe nicht wenig dazu beigetragen, Land und Volk zu heben.

Spanien. [Unruhen.] Die Unruhen, welche in Granada stattgefunden haben, waren ernsterer Art, als man von Madrid aus zuerst eingestehen wollte. Aus dem Wortlaute der veröffentlichten Rapporte des Generalgouverneurs geht hervor, daß zwei Tage nach einander Aufläufe stattgefunden haben, die Soldaten die tumultuirenden Volksmassen angriffen und daß jedesmal Todte und Verwundete auf dem Platze geblieben sind, sehr viele Gefangene gemacht und sofort standrechtlich abgeurtheilt wurden. Marschall Narvaez äußerte sich in der Kammer über die Vorgänge von Granada: „Es ist klar, daß unter dem Mantel der Armuth und des Elends die Revolutionäre von Handwerk, welche niemals ruhen, ihr Unwesen treiben; sie wiegeln die Armen auf, Brod zu heischen und bedienen sich so derselben, um ihre eigenen Umtriebe zu verbergen. Die Revolution ist zwar besiegt, sie hat aber noch ihre vielen Abzweigungen und sucht sich seit Langem wieder zu sammeln und zu organisiren; sie will uns auch noch mit verwickeln in ihre Niederlage, um das Unheil des Landes voll zu machen."

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Chinesen in San Francisco.] Der „Moniteur" gibt in einem Schreiben aus San Francisco einige nicht uninteressante Aufschlüsse über die dort ansässigen Chinesen. „Es wäre ungerecht, meint der Korrespondent, die sehr wesentlichen Dienste zu verkennen, welche die in Californien einwandernden Chinesen leisten. Sehr arbeitsam, mäßig und folgsam, haben sie die Eisenbahnarbeiten, zu denen sie verwandt worden waren, mit einer ungehofften Schnelligkeit, welche europäische Arbeiter nicht entwickelt haben würden, vollendet. — Die meisten dieser Chinesen werden von chinesischen Gesellschaften, die in San Francisco ihre Vertreter haben, angeworben. Die Verträge sind gewöhnlich für 5 Jahre bindend. Nach Ablauf dieser Frist hat der Chinese in der Regel durch seine Thätigkeit und seine Sparsamkeit sich ein kleines Kapital, etwa 1000 Doll. erworben; er wird frei und wird vertragsmäßig in die Heimath, die er nie vergißt, wieder zurückgeschafft. Dort kauft er sich ein Schiff und eine Frau und betreibt bis an sein Lebensende irgend ein Gewerbe. Bei seinen Landsleuten steht er aber, als weitgereister und welterfahrener Mann, in besonderer Achtung. Diese bescheidenen chinesischen Emigranten tragen vielleicht mehr als die Regierungen zur Verbreitung der Civilisationsideen in dem himmlischen Reiche bei. — So lange die Chinesen in Californien weilen, leben sie unter sich und besuchen sowohl für Geschäft wie für Vergnügen ihre eigenen Versammlungsplätze. Selten kommen sie, außer der Arbeitszeit, mit den Weißen in Berührung und richten sich pünktlich nach den Vorschriften ihrer Religion und ihrer heimathlichen Gesetze. Sie gehorchen einer von ihnen gewählten Gerichtsbehörde und wenden sich so selten wie möglich an die amerikanischen Tribunale. Die Bemühungen der Polizei können sie selbst nicht hindern, unter einander Gerechtigkeit zu üben. So wurde kürzlich eine junge Chinesin, die einen ihrer Landsleute bestohlen hatte, des Nachts aufgegriffen, geknebelt, insgeheim vor ein chinesisches Gericht gestellt und dann lebendig begraben. Jeder der Anwesenden trat auf dem Grabe herum, um jede Spur dieses gerichtlichen Mordes zu verwischen. Erst später erhielt die Polizei durch einige unvorsichtige Aeußerungen Kunde von der That. Es gelang aber nicht, unter den 60,000 Chinesen, die in Kalifornien leben, die Schuldigen ausfindig zu machen. — Uebrigens macht sich doch mit der Zeit eine gewisse Annäherung der Chinesen an die „Weißen" merklich. Es haben in neuester Zeit sogar verschiedene dieser Einwanderer vor den amerikanischen Gerichten Prozesse gegen die chinesischen Gesellschaften wegen Nichterfüllung gewisser Bedingungen ihrer Kontrakte geführt, und waren durch die schnelle Justiz sehr befriedigt. Einige wenige haben sich sogar fest angekauft und gedenken Kalifornien nicht mehr zu verlassen. Im Allgemeinen ist aber der Drang zur Heimkehr so stark bei diesen Leuten, daß sie sich in ihren Kontrakten für den Fall ihres Ablebens in Kalifornien die Zurückschaffung ihrer Leiche nach China ausbedingen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	70½ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	66⅛–65⅞ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅝ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅜–⅛ G.
„	4½pCt.	42⅝ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅞ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅞ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P. 88 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅞ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94½ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82½ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81¼ P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84⅛ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	76⅛ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	74⅞–75 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	723–20 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193¼–93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94⅛ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	109¾ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263½–2⅜ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	121 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106¼ P. 106 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	13[illegible] G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅞ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	76⅛ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	—
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43¼ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120⅜ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	141 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P. 63½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¼–⅛ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134¼–134 G.
„ do. v. 1864	82⅞ P. ⅝ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98⅛ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 P. 9⅞ G.
Badische fl. 35	50 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅞ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 25 do.	38⅛ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	72 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32½ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅞ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅛ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95½ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	103 P. 102¾ G.
do. in öst. W. l. S.	102¾–½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 6. März. Die Börse bewahrt der projektirten Couponsbesteuerung gegenüber auch heute große Festigkeit. Steuern überraschen hier nicht mehr. Man ist in dieser Beziehung in letzter Zeit hartschlägig geworden. Die Besitzer von österreichischen Fonds scheinen die neue Couponsteuer noch als das kleinste von verschiedenen Uebeln aufzufassen. Auch in Wien gewinnt diese Auffassung die Oberhand und deuten darauf die heutigen Wiener Course hin. Die Notirungen sowohl für österreichische Anlagen, als für Speculationseffekten bewahrten eine ausgeprägte Festigkeit und wurden namhafte Umsätze zum Theil über den gestrigen Preisen gemacht. Auch süddeutsche Papiere blieben in guter Haltung. Amerikaner dagegen verkehrten auf etwas ungünstigere Goldnotirung in matter Tendenz. Von Wechseln war Wiener, besonders zur Deckung des von dem Bankkonsortium übernommenen Postens Steuerfreie, gesucht. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 68.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 8. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Fortsetzung der Berathung über das Malzaufschlagsgesetz bis Art. 94. — Lebhafte Debatte über die Einführung dieses Gesetzes in der Pfalz.

München, 7. März.

In der gestrigen 74. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten gab vorerst Präsident Pözl ein Schreiben des k. Oberstceremonienmeisters Frhrn. v. Moy bekannt, wornach die Kammer im Allerhöchsten k. Auftrage zur korporativen Betheiligung bei dem feierlichen Leichenzuge und bei dem Trauergottesdienste für weiland König Ludwig I. eingeladen wird. Abg. Abt erhielt auf 4 Wochen, Abg. Bischoff auf 3 Wochen Urlaub, worauf die Berathung über den Entwurf des Malzaufschlagsgesetzes fortgesetzt wurde.

Zu Art. 84: „Defraudationen des Aufschlages von dem in den Gemeindebezirk eingeführten Biere unterliegen neben Entrichtung des betreffenden Aufschlages einer Strafe in zehnfachem und beim Rückfall in 20fachem Betrage desselben," wurde auf Antrag des Abg. Dr. Schneider folgender Passus als zweiter Absatz angenommen: „Die Gemeindeverwaltungen sind befugt, sich bei den Zoll- und Bahnbehörden aus den amtlichen Aufzeichnungen Kenntniß über die Empfänger eingeführten Bieres zu verschaffen." Art. 85, ebenfalls von Defraudationen handelnd, wurde unverändert, Art. 86 in der folgenden von Dr. Streit beantragten Fassung: „Zur Controle und Sicherung des Lokalmalzaufschlages können ortspolizeiliche Vorschriften erlassen werden. Zuwiderhandlungen sind Polizeiübertretungen und unterliegen einer Geldstrafe bis zu 25 fl." Art. 87 und 88 mit einer Modifikation Stengleins, welche nur die Consequenz früher gefaßter Beschlüsse ist, angenommen.

Die IV. Abth. umfaßt die Artikel 89—93 und handelt von der Zuständigkeit, vom Verfahren, von der unterlassenen Anzeige begangener Uebertretungen, von der freiwilligen Unterwerfung. In diesen Artikeln wurde überall für „Oberaufschlagsamt" gesetzt „Kreisregierung, K. d. Finanzen."

Die V. Abth. umfaßt die Art. 94 bis 104 und betrifft die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz. Hier stellte Kolb zunächst den Antrag, die ganze Abtheilung V nur bedingungsweise anzunehmen, d. i. „In der Pfalz wird der Malzaufschlag für Rechnung der Staatskasse eingeführt, sobald eine Gleichstellung dieses Regierungsbezirks mit den rechtsrheinischen Landestheilen bezüglich der Taxen und des Stempels hergestellt sein wird, so daß beide Bestimmungen gleichzeitig in Wirksamkeit treten." Antragsteller richtete an die Mitglieder die Bitte, sich frei zu machen von allen Eindrücken und ihre Entscheidung lediglich auf die Gründe zu bauen, die heute werden vorgeführt werden, und bemerkte dann noch u. A., er wolle nur Gleichheit aller Staatsauflagen und Taxen, Gleichheit der Besteuerung werde er stets bevorworten, ob die Pfalz Vortheil oder Nachtheil hat, allein diese Gleichheit müsse Wahrheit sein; allein zur Zeit sei diese Gleichheit nicht vorhanden; es genüge, auf die hohen Taxen hinzuweisen, welche nach dem Enregistrirungsgesetze von jeder Veränderung im Eigenthum liegender Güter in der Pfalz — 4 Prozent des Werthes oder Preises derselben — erhoben werden; daß darin und in anderen Punkten eine wirkliche Ungleichheit der Belastung zwischen der Pfalz und den übrigen Provinzen des Königreichs besteht, sei bereits im Gesetze vom 1. Oktober 1828 ausdrücklich anerkannt und darum damals von der Einführung des Malzaufschlages zum Vortheile der Staatskasse Umgang genommen worden. Redner berechnet die Mehrbelastung der Pfalz auf 400,000 fl. jährlich. Würden die pfälzischen Taxen im diesseitigen Bayern eingeführt, so hätte die Staatskasse an Taxen allein jährlich eine Mehreinnahme von 3 Millionen. In der Pfalz betrachte die Einführung des Malzaufschlages kein Mensch als einen Akt der Gerechtigkeit, diejenigen ausgenommen, welche durch die Einführung des Malzaufschlages ein Amt zu bekommen hoffen. Gerechtigkeit sei das Fundament der Staaten und diese Gerechtigkeit fordere auch er (Redner) für die Pfalz.

Louis: An der Hand der Ziffern müsse man prüfen, ob der Antrag Kolb's Anspruch auf Berücksichtigung habe oder nicht. Die Frage der Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz ziehe sich seit 1828 fast durch alle Landtagsverhandlungen hindurch und sei früher jedesmal verneinend beantwortet worden, auch von der Regierung. Jetzt auf einmal sei der Standpunkt der Regierung ein ganz anderer: jetzt solle der Malzaufschlag in der Pfalz eingeführt werden neben dem Fortbestehen der höheren Taxen. Freilich sage die Regierung, es sei durch die mittlerweile vorgenommene Aenderung in der Organisation der Gerichte diesseits des Rheins, durch Einführung neuer und durch Erhöhung bestehender Steuern eine Angleichung der diesseitigen Verhältnisse an die Verhältnisse der Pfalz herbeigeführt worden; allein diese Aufstellung der Regierung sei total unrichtig. Im diesseitigen Bayern sei der höchste Taxbetrag für Akte der freiwilligen Gerichtsbarkeit 50 kr. vom Hundert, in der Pfalz aber 4 fl., also um 3 fl. 10 kr. höher. Redner erwähnte die hohen Enregistrirungsgebühren, die hohen Taxen für Urtheile, dann die Thatsache, daß die Erhebung der Revenuen der Notarien und Advokaten dem Staate keinen Heller koste. Im diesseitigen Bayern seien die Gerichtsdiener vom Staate bezahlt, in der Pfalz müßten die Gerichtsdiener aus dem Säckel der Parteien bezahlt werden. Die Pfalz bezahle zur Bestreitung der Ausgaben 50 pCt. Kreisumlage, während die diesseitigen Provinzen höchstens 15—18 pCt. zahlen. Redner zählte noch eine

König Ludwig I. und der Jude Ephraim.

Ein Jude, Namens Ephraim, erschien eines Tages bei König Ludwig I., um ihm einen geschnittenen kostbaren Stein von seltenem Werthe zu verkaufen, er hatte das Kleinod ererbt, und konnte für denselben keinen Käufer finden, denn derselbe hatte den Werth von einigen tausend Gulden.

Dem Könige gefiel das Kleinod sehr, er zahlte die verlangte Summe und der Jude verließ ganz glücklich den Palast. Eines Tages erschien ein berühmter englischer Archäolog am Hofe des Königs, dieser ließ den geschnittenen Stein demselben zur Ansicht vorlegen. Der König nannte den Preis, um welchen er den Schatz an sich gebracht. — „Ich hätte," sagte der Kenner, „den zehnfachen Werth namhaft gemacht." Der König war hierüber erstaunt, und als von anderer Seite ihm das bestätigt wurde, ließ der König den Juden herbeirufen, um ihm den vollen Werth auszahlen zu lassen. Ephraim weigerte sich, das Geld anzunehmen. „Der Handel ist geschlossen, das geht nicht," sagte er, „im entgegengesetzten Falle hätte ich Eurer Majestät auch kein Geld zurückgezahlt."

„So hätte ich Sie geklagt und dazu gezwungen," sagte der König.

„Majestät hätten den Prozeß sicher verloren, denn der Handel ist geschlossen."

„Ich kann mir von keinem meiner Unterthanen etwas schenken lassen," sagte stolz der König.

„Und ich nehme auch von Niemanden ein Geschenk an, selbst wenn es mein König wäre," sagte der Jude.

„Und wenn ich Ihnen einen Orden gäbe," versetzte Ludwig.

„Majestät, ich würde ihn nicht annehmen, denn ich habe ihn durch nichts verdient."

„Sie sind der ehrlichste und uneigennützigste Mensch, der mir je vorgekommen ist."

„Das verdient keine Auszeichnung, das ist nur meine Pflicht."

Der König reichte dem ehrlichen Ephraim die Hand und sprach: „Seien Sie mein Freund, ich bitte Sie um Ihre Freundschaft," und schloß den alten Mann gerührt in seine Arme. Ephraim ward der Freund des Fürsten; obgleich er nur wenig besaß, erbat er sich doch nie eine Gunstbezeugung. Der König war bestrebt, sich seinem Freunde als Gönner zu bezeugen, er erfuhr, daß Ephraim ein bigotter Jude sei, und ließ bei dem Oberrabbi in Fürth die Anfrage stellen, welches die höchste Auszeichnung und Würde sei, welche einem frommen Juden, als solchen, zu Theil werden kann. Die Antwort

Reihe von Fällen auf, in welchen die Gleichstellung der Besteuerung mangelt, erwähnte, daß das Gefühl der Ungleichheit in der Pfalz ein sehr lebendiges sei, daß man dort die Unteraufschläger nicht freudig begrüßen werde, und daß die Einführung des Malzaufschlages die Landwirthschaft, das Fabrikwesen, die Brennereien, überhaupt den Wohlstand sehr beeinträchtigen würde. Den Antrag Kolb's könne die Kammer um so mehr annehmen, als die Regierung in 14 Tagen einen die Gleichheit der Besteuerung betreffenden Gesetzentwurf vorlegen könne.

Gelsen sprach sich in gleichem Sinne aus. Stenglein bemerkte u. A.: Wir machen keinen Unterschied der Kreise, wir haben bei unseren Berathungen das Wohl des Ganzen, also auch das Wohl eines jeden Kreises im Auge. Der Beweis der Mehrbelastung scheine den Herren aus der Pfalz nicht ganz gelungen zu sein; wenn man ein Taxgesetz beurtheilt, müsse man den Ertrag des Gesetzes im Ganzen berücksichtigen. Die Pfalz könne den Glauben haben, daß sie höher besteuert sei, weil sie ihre Taxen nach einem anderen Gesetze bezahlt, und wenn sie verlangt, daß sie nach dem diesseitigen Taxgesetz besteuert werde, so sei dieses Verlangen ein gerechtes. Wenn sie aber ein besonderes Gesetz verlangt und dieses noch dazu an Bedingungen knüpft, dann sei sie nicht in ihrem Recht, dann stellte sie sich als Staat im Staate uns gegenüber und das sei mit einem geordneten Staatswesen unvereinbar. So wie der Antrag formulirt ist, sei er unannehmbar, Redner würde daher rathen, die Herren aus der Pfalz sollten am Schlusse des Gesetzes die Beifügung des Wunsches beantragen, daß eine Gleichstellung herbeigeführt werde. Diesem Wunsche werde die Kammer einstimmig beipflichten. Was die Stempelerträgnisse betrifft, so seien diese im diesseitigen Bayern höher als in der Pfalz.

Kolb will von einem solchen Wunsch nichts wissen; ein Wunsch könne erfüllt und nicht erfüllt werden. Wenn die Stempeln diesseits mehr ertragen, so solle auch da die Pfalz gleichgestellt werden.

Frhr. v. Stauffenberg hält den Antrag Kolb's für begründet. Man habe die Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz mit einem einzigen Grunde gerechtfertigt, nämlich mit dem Grunde, daß im ganzen Königreiche die sämmtlichen Staatsbürger gleichheitlich zu den Staatslasten beizutragen haben. Der Grundsatz sei richtig, allein eine gleiche Vertheilung der Lasten erheische noch keine gleiche Besteuerung. Heute handle es sich darum, daß in einem Kreise eine neue Last, eine neue Steuer eingeführt werden solle und da müsse man prüfen, ob die Einführung dieser neuen Steuer gerechtfertigt sei. Wenn es wahr ist, daß die Pfalz durch ihr Taxgesetz und ihr Einregistrirungsgesetz höher besteuert ist, als die diesseitigen Provinzen, so wäre es ungerecht, ihr eine neue Steuer aufzulegen, ohne vorher die Gleichheit der bisherigen Steuern hergestellt zu haben. In der Pfalz kenne man die diesseitige Erhebung des Malzaufschlags nicht, und dann sollte man aus politischen Gründen eine Bevölkerung, die an der Grenze Deutschlands steht, durch die Einführung einer ungerechten neuen Steuer nicht vor den Kopf stoßen.

Doppelhamer will der Pfalz nicht wehe thun und ebendeßhalb will er die gleiche Besteuerung hergestellt wissen. Würde der Artikel 6 des noch giltigen Schuldentilgungsgesetzes von 1819 auf die Pfalz angewendet, dann müßte sie viel mehr zahlen, als sie nach Einführung des Malzaufschlages zahlen wird. Würde der Antrag als Wunsch formulirt, so stimme er ihm zu.

Dr. Völk erklärt, daß er die Frage, ob die Pfalz berechtigt sei, prinzipiell zu verlangen, daß der Malzaufschlag dort nicht eingeführt werde, verneinen müsse. Allein das verlange die Pfalz auch nicht und der Antrag Kolb's wolle ausdrücklich, daß der Malzaufschlag in der Pfalz eingeführt werde, wenn die Besteuerung überhaupt gleichgestellt sei. Die Pfälzer wollten diese Einführung des Malzaufschlages auch nicht verschleppen; wird der Antrag angenommen und tritt dann doch eine Verschleppung ein, so seien daran dann die Pfälzer nicht mehr schuld. „Pressirt's denn mit der Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz so sehr, daß man nicht noch einige Monate zusehen könne? Pressirt's mit der Gemeindeordnung und mit dem Schulgesetz nicht, so pressirt's auch nicht mit der Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz." An der deutschpatriotischen Gesinnung der Pfälzer werde die Einführung des Malzaufschlages nichts ändern, aber volkswirthschaftliche und finanzielle Gründe sprächen gegen die Einführung des Malzaufschlages. Diese neue Steuer greife tief in die Landwirthschaft, tief in die Familienverhältnisse ein, zahlreiche kleinere Wirthschaften würden eingehen und schon Lerchenfeld habe gesagt, daß er sich ein finanziell günstiges Ergebniß aus der Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz nie erwarte. Die Erhebung des Aufschlages werde eine sehr kostspielige werden. Die Forderung der Gleichstellung in der Besteuerung vor Einführung des Malzaufschlages sei berechtigt, nehme man daher den Antrag Kolb's an.

Von dem Grundsatz ausgehend „das Beste ist stets des Guten Feind" und im Interesse des Friedens und des Ausgleichs brachte Umbscheiden die Modifikation ein, den Abs. 1 des Art. 94 wie folgt zu fassen: „In der Pfalz tritt das Gesetz an dem Tage in Wirksamkeit, an welchem ein für das ganze Königreich giltiges Gesetz über die Taxen der freiwilligen Gerichtsbarkeit ins Leben tritt."

Föckerer hält eine Lobrede auf das niedere und höhere Aufschlagspersonal und glaubt auch, daß man mit der Einführung des Malzaufschlags in der Pfalz warten solle, bis die Gleichheit der Besteuerung hergestellt ist.

Dr. Ruland: Gleiche Brüder, gleiche Kappen. Gehört die Pfalz zu uns, so muß sie auch mit uns heben und legen, wie man in Franken sagt. Jeder Provinz falle es schwer, wenn sie eine neue Auflage erhält; als es sich um die Einführung der Taxordnung handelte, protestirten sämmtliche Vertreter Unterfrankens, allein sämmtliche Vertreter der Pfalz haben für das Gesetz gestimmt. In Franken habe man keinen Begriff von Malzaufschlag gehabt und doch sei derselbe schon längst eingeführt. Uebrigens müsse jede wirkliche Ueberbürdung der Pfalz sobald als möglich gehoben werden.

Hr. Finanzminister v. Pfretzschner erörterte die Belastungsfrage näher und bemerkte u. A., daß die Pfalz gegen ihre bisherige Befreiung von der Entrichtung des Malzaufschlages ein Aequivalent zu bezahlen hatte, sei nie bestritten worden; hierin liege aber auch das Anerkenntniß der Verpflichtung zur Bezahlung des Malzaufschlages. Wenn man die Belastung der beiden Landestheile vergleicht, so müsse man weglassen, was nach gleichen Grundsätzen angelegt ist. Aber selbst in diesem Falle stehe der angeblichen Mehrleistung der

---

lautete ganz kurz: „Das Oberrabbinat." In Folge dieses Gutachtens ernannte der König Herrn Ephraim zum Honorar-Ober-Rabbi. Das Diplom ward dem Juden zugestellt. Mit Angst und Entsetzen las Ephraim seine Ernennung, denn er war ein im Talmud gänzlich unbewanderter Mann, und die Auszeichnung würde ihn nur dem Hohne Preis gegeben haben. In später Nacht eilte Ephraim zum König, um diesen zu bestimmen, die Ernennung rückgängig zu machen, ehe dieselbe offiziell bekannt gemacht würde. Mit schwerem Herzen mußte der König nachgeben. „Das ist," sagte der König, „der erste Mensch, der mir auf meinem Lebenswege begegnet ist, dem selbst ein König nichts zu gewähren vermag. Ephraim ist ein antiker Charakter."

Ein Pröbchen amerikanischer Zeitungs-Correspondenzen.

Mit welcher Art von Nachrichten die deutschen Correspondenten amerikanischer Zeitungen ihre Auftraggeber versorgen, und was letztere ihren Lesern auftischen, davon geben wir in folgendem, einer deutschen Correspondenz des „California-Demokraten" vom 22. Januar entnommenen Bruchstück eine interessante Probe mit dem ausdrücklichen Bemerken, daß wir aus leicht begreiflichen Gründen die allerzahmste Stelle ausgewählt haben.

„Trotz allen Jammers, der euch der europäischen Politik wegen beschleicht, muß ich Ihnen doch die heiterste aller Geschichten aus einem Duodezherzogthum erzählen, weil sie den ganzen Geist dieser Wirthschaft frappant charakterisirt. Alle Tage wandelt mit wichtiger Miene ein Kerl mit quer aufgestülptem Dreispitz, einen 6 Schuh langen Säbel, Kanonen bis über die Knie hinauf, an denen Pfundspornen rasseln, vom Palais in Darmstadt die Rheinstraße hinab auf das „General-Commando", um den Rapport zu bringen über die Verfallenheiten der letzten Nacht. Er ist einer der 60 Leibwächter des Großherzogs, die von dem Volke „Stiwwelgardisten" genannt werden. Vor Jahren stank es dermaßen im Palais, daß Cholera und Typhus auszubrechen drohten. Man desinfizirte, verlegte die Latrinen, richtete Volksclosets ein — dieser englische Comfort war bis dato noch nicht an die Ufer des Flusses Darm gedrungen — man verbaute 60,000 Gulden, welche das Volk als außerordentlichen Zuschuß an die Civilliste durch Steuern aufbringen mußte — es stank nach wie vor. Endlich nach vielen Jahren wird eine der Töchter der Königin Viktoria, die man dorthin verheirathet, durch ihr scharfes Geruchsorgan verleitet, der Ursache nachzusehen; sie tritt in die Nebenkammer der edeln Stiefelgardisten und findet — sechs Paar große Reitkanonen, die den mephitischen Gestank verbreiten. — Neue große Untersuchung; außerordentlicher Commissär in der Person des Herrn v. Dalwigk, der mit einem Aufwand von 3500 Gulden konstatirt, daß die Gardisten Nachts in der Stadt die Abtritte ausräumen — was jedes Kind in Darmstadt wußte, nur die Bureaukratie nicht — und dann die dabei gebrauchten Reitstiefel im Schlosse aufhingen."

Pfalz an Taxen die nicht unerhebliche Mehrleistung des diesseitigen Bayerns an Grundgefällen gegenüber. Diese Leistungen wurden auch für die Gesammtheit verwendet und kamen auch der Pfalz zu Gute. Doch abgesehen von den Grundgefällen, könne für die Frage, ob in der Pfalz eine Taxüberbürdung bestehe, nicht wohl die Größe der Einnahmen an Taxen maßgebend sein; um zu beurtheilen, ob der eine oder andere Theil Grund zur Beschwerde habe, müsse man die Höhe des Tarifs und die Ausdehnung der Taxpflichtigkeit im Auge haben. Daß die Uebertragungen unbeweglicher Güter in der Pfalz höher besteuert sind, als diesseits, sei richtig, indessen seien andere Rechtsgeschäfte diesseits einer höheren Taxe unterworfen als in der Pfalz und dann habe die Gesetzgebung diesseits eine Reihe von Taxen festgestellt, welche die Pfalz gar nicht kennt. Ob für die Pfalz die Einführung der diesseitigen Taxen von Vortheil sei, müsse bezweifelt werden. Dann seien während der 8 Finanzperioden 12,360,745 fl., also per Jahr etwa 2½ Millionen an Malzaufschlag für die neue Schuld und für Militärbedürfnisse verwendet worden, wozu die Pfalz auch hätte eigentlich mitzahlen müssen; für die Folge werde wahrscheinlich für die Dotation unserer ganzen Staatsschuld gar nichts Anderes in Anspruch genommen werden, als der Malzaufschlag. Die Regierung habe die Ueberzeugung, daß eine Ueberlastung der Pfalz nicht vorliegt und daß die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz gerechtfertigt sei.

Nachdem noch Stenglein, Dr. Völk, Louis und Kolb für den Antrag Umbscheidens gesprochen und Kolb seinen Antrag zurückgezogen hatte, wurde der Antrag Umbscheiden's mit 76 gegen 55 Stimmen abgelehnt und Art. 92 nach Fassung des Ausschusses angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 6. März. [Ueber die Anklage gegen den Grafen Platen] wird der „Weser-Ztg.“ geschrieben: „Die Bekanntmachung der hannover'schen Generalsekretäre vom 6. Oktober 1866 hat konstatirt, daß König Georg seine früheren hannover'schen Unterthanen und Beamten von allen Verpflichtungen des Huldigungs- und Diensteides entbunden hat. Wenn Hannoveraner im In- oder Auslande dennoch den König Georg in seinem thörichten Bestreben, durch Anwerben einer Legion u. s. w. auf die Wiedererlangung der Herrschaft in Hannover hinzuarbeiten, leiten und unterstützen, so erscheint eine Anklage auf Hochverrath durchaus berechtigt. (Nach § 61 des Strafgesetzbuches ist ein Unternehmen, welches darauf abzielt, das Gebiet des preußischen Staates ganz oder theilweise einem fremden Staate einzuverleiben oder einen Theil des Gebiets vom Ganzen loszureißen, Hochverrath und soll mit dem Tode bestraft werden u. s. w.) Wir erinnern daran, daß die Regierungsblätter vor einigen Tagen behaupteten, die Regierung habe juridische Beweise in Händen für „das Faktum der Besoldung der hannoverschen Legion von Hietzing aus und die Betheiligung des Grafen Platen dabei.“ (Nach § 64 des Strafgesetzbuches wird mit fünfjährigem bis lebenslänglichem Zuchthaus bestraft, wer zur Vorbereitung eines Hochverraths Mannschaften anwirbt und in Waffen übt.) Bemerkenswerth ist, daß durch die im „Staatsanz.“ publizirte Verordnung der Vertrag vom 29. Septbr. nicht annullirt wird; die Beschlagnahme soll fortdauern, „bis für das Verhalten des Königs Georg diejenigen Bürgschaften erlangt sein werden, welche sich nach seinem bisherigen Verhalten als nothwendig herausgestellt haben“ Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf folgenden Passus der Erklärung des Finanzministers im Herrenhause aufmerksam machen: „Wenn dennoch bald nach dem Abschlusse des Vertrages durch die Verstärkung der von Hietzing ausgegenden Agitationen die Vermuthung gerechtfertigt wurde, daß der König Georg sich von jener Voraussetzung loszusagen beabsichtige, so hat die königl Regierung sich doch dadurch nicht irre machen lassen in dem Bestreben, behufs der einstigen Verständigung mit dem König Georg oder mit dessen Erben, für das fragliche Abkommen und für die in demselben bedungenen Zahlungsmittel, durch Zustimmung der beiden Häuser des Landtages eine gesetzlich feststehende Grundlage zu gewinnen.“ In diesem Zusammenhange gewinnt der § 5 der neuesten Verordnung, welche dem Landtage in der nächsten Session vorgelegt werden muß, eine besondere Bedeutung: „die Wiederaufhebung der Beschlagnahme bleibt königlicher Verordnung vorbehalten.“ Der Landtag wird ohne Zweifel Bedenken tragen, diesen Artikel anzunehmen.“

— [Eine interessante Polemik] ist zwischen Herrn Wagener, ehemaligem Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ und gegenwärtigen Rath im Staatsministerium, und einem Privatdocenten, Dr. Dühring, entbrannt. Ersterer wird von Letzterem des Plagiats beschuldigt. Vor einigen Tagen brachte die „Kreuzztg.“ die kurze und ziemlich dunkle Erklärung: in Leipzig sei eine kleine Schrift über „wirthschaftliche Associationen und sociale Coalitionen“ unter dem Namen des Geh. Rathes Wagener erschienen; der Letztere wünsche nun, daß constatirt werde, diese Schrift habe nicht ihn, sondern den Privatdocenten Dr. Dühring zum Verfasser. Darauf erklärte Dr. Dühring in der „Voss. Ztg.“: „Im April 1866 habe Wagener im Auftrage des Grafen Bismarck ihn zur Abfassung einer Denkschrift über die Zulässigkeit der Staatshilfe für die Arbeiter vermocht, die unter dem Titel: „Denkschrift über wirthschaftliche Associationen bei socialen Coalitionen“, Herrn W. übermittelt worden sei. Erst nach 19 Monaten habe der Verfasser in Erfahrung gebracht, daß die Schrift anonym im Druck erscheine und bald nachher, daß sie in zweiter Auflage unter dem Namen Wagener's abgedruckt sei.“ (!!) Dr. Dühring erklärt, daß er eine Klage wegen unbefugter Herausgabe eines Manuscripts angestrengt habe. In der „Kreuzztg.“ schreibt darauf der Geh. Rath Wagener: „Die in der heutigen Nummer der „Vossischen Zeitung“ enthaltene Publikation des Privatdocenten Dr. Dühring beruht auf einer durchgehenden Entstellung der Wahrheit, und ist bereits unter dem 19. v. M. die Einleitung der Untersuchung wegen Beleidigung und Verleumdung in Bezug auf das Amt gegen den Dr. Dühring beantragt.“

Frankfurt, 6. März. [Theilungsreceß.] In einer Abendsitzung erstattete gestern die betreffende Kommission der Abgeordneten Bericht über den Theilungsreceß. Sie beantragt Ablehnung der von der Regierung angebotenen Abmachung und stellt dagegen folgende Forderungen: Uebernahme der im Receß angeführten Anlehen durch den Staat; gegen Anerkennung des Eigenthums an sämmtlichen von der vormaligen freien Stadt Frankfurt erbauten Eisenbahnen Zahlung von 3 Millionen Gulden an die Stadt für die eigenthümliche Ueberlassung dieser Eisenbahnen und sonstiger Immobilien an den Staat; Rückzahlung von 1,650,000 Gulden, welche Frankfurt an die badische Regierung zum Ausbau der Main-Neckar-Bahn geliehen, welche aber Baden an Preußen zurückgezahlt hat; Ausdehnung des Fortbestandes der Frankfurter Lotterie für die Dauer des Bestandes der Lotterie in Preußen überhaupt; Verminderung der städtischen Pensionslast auf etwa 40,000 Gulden, endlich theilweise Uebernahme der Kosten für die neu erbaute Irrenanstalt durch den Staat.

Ausland.

Schweiz. [Zur Uniformsfrage.] Das eidgenössische Militärdepartement hatte bekanntlich eine Expertenkommission einberufen zur Vorberathung des neuen Reglements über Bekleidung und Ausrüstung der Truppen, welches seiner Zeit eine so starke Opposition in einigen Theilen der französischen Schweiz, namentlich im Waadtland, gefunden hatte. Diese Kommission hat sich nun zur Hälfte für den weichen Hut, zur anderen Hälfte für die Mütze oder das Käppi entschieden. Der von der Kommission anempfohlene Waffenrock hat paletotartigen Schnitt und umgelegten Kragen nach Art der amerikanischen Uniform. Die Unterscheidungszeichen sind quer über die Achsel gelegte Borden, ebenfalls nach amerikanischem Muster. Ferner wird eine wesentliche Reduktion des Inhalts und der Größe des Tornisters eintreten, der dann auch von den Offizieren zu tragen wäre.

Frankreich. Paris, 5. März. [Zum Bestechungsskandale.] Skandal oben und unten, Skandal in allen Ecken, das ist das erbauliche Schauspiel, welches die publizistische Welt von Paris den Blicken heute darbietet. Es handelt sich noch immer um die vom Vicomte Kerveguen angeregte Bestechungsgeschichte, welche jetzt aus dem Parlamentssaale in die Spalten der Pariser Zeitungen übergegangen ist. Wir fassen die ganze für die gegenwärtigen Zustände charakteristische Geschichte, der wir im Detail nicht folgen könnten, folgendermaßen nach einer Korrespondenz der „Südd. Pr.“ zusammen: Vor einigen Tagen schon hatte der Herausgeber des „Pays“ erklärt, er besitze Kopien der Schriftstücke, welche den berüchtigten Fascikel 6 der Hinterlassenschaft des Grafen la Varenne bildeten, und werde dieselben veröffentlichen, wenn die dadurch kompromittirten Blätter: „Revue des deux Mondes“, „Journal des Debats“, „Siècle“, „Opinion nationale“, „Avenir national“ und „Liberté“, sich anheischig machten, keine gerichtliche Klage deßhalb zu erheben. Sofort erwiderte Girardin, Redakteur der „Liberté“, durch eine formelle Aufforderung, man möge die Veröffentlichung vornehmen, mit dem Versprechen, nichts dagegen einzuwenden, und der „Avenir national“ schloß sich dieser Erklärung an, während das „Journal des Debats“ verlangte, daß zuvor die Echtheit der Dokumente erwiesen werde, und darnach sich die weiteren Schritte vorbehielt. Das „Pays“ gestand nun ein, nicht die Originalstücke, sondern nur Abschriften derselben zu besitzen, deren Genauigkeit ihn jedoch durch die Ehrenhaftigkeit einer beigefügten bestätigenden Unterschrift außer Zweifel gesetzt scheine.

„Journal des Debats,“ „Liberté“ und „Avenir national“ haben nun gestern durch einen Huissier der Direktion das „Pays“ eine Aufforderung zustellen lassen, die Dokumente sofort zu veröffentlichen, damit der Verleumdung ein Ziel gesetzt werde; der „Pays“ erklärte jedoch darauf, daß es die Zustimmung aller Betheiligten verlange, und die Aktenstücke nicht vereinzelt, sondern nur auf einmal veröffentlichen werde.

Der Direktor der „Revue des deux Mondes“ zeigt an, daß er die bloße Ankündigung im „Pays“ für verläumderisch halte, und deshalb eine Klage gegen dessen Leiter angestrengt habe, während „Siècle“ und „Opinion nationale“ die Erklärung abgaben, daß für sie die Diskussion durch den Spruch des Ehrengerichts erschöpft sei, daß Herr v. Kerveguen, der bei der Durchsicht der betreffenden Papiere anwesend gewesen, nichts gefunden habe, worauf er seine Beschuldigungen habe stützen können, und die Veröffentlichung somit unnöthig erscheine. Aus dieser reservirten Haltung sind die beiden Blätter bis jetzt nicht herausgetreten. Obschon vom „Pays“ nicht genannt, war die „France“ in der Debatte intervenirt, indem sie die Handlungsweise ihres offiziösen Kollegen energisch tadelte. Hierauf erwiderte nun dieser, daß der Name des Vicomte Laguerronniere in den betreffenden Papieren auch vorkomme, und daher seine Zustimmung zur Veröffentlichung ebenfalls erbeten werde. Sofortige energische Aufforderung des Vicomte Laguerronniere, die Veröffentlichung vorzunehmen, und darauf schwächlicher Rückzug des „Pays“: die Erwähnung des Namens Laguerronniere geschehe in keiner kompromittirenden Weise, die Papiere vereinzelt zu veröffentlichen, sei jedoch unthunlich, da ihre Beweiskraft namentlich im Zusammenhange und in der Reihenfolge liege.

Nun mischte sich auch ein Blatt, dessen Name bis jetzt in der ganzen Angelegenheit nicht genannt worden war, die „Situation,“ in die Erörterung, und mit der Erklärung, dem leidigen Zustande ein Ende machen zu wollen, druckte sie eine kurze Inhaltsangabe der 34 Stücke ab. Es seien ihr davon vor geraumer Zeit schon Kopien durch einen ehemaligen Sekretär des Herrn La Varenne zugestellt worden. Der Inhalt dieser Papiere ist nun im Ganzen ziemlich unbedeutend. Er bestätigt, was man längst wußte, daß die französischen Journalisten eifrige Ordensjäger sind, und spricht von wiederholten Geldsendungen seitens des Herrn Rattazzi an Herrn La Varenne. Auch findet sich ein Schreiben vor, welches darthut, daß La Varenne mit anerkennenswerther Unparteilichkeit Geld von Italien sowohl wie von Oesterreich nahm. Ferner sind einige belustigende Briefe eines Deputirten da, der sehr kategorisch verlangt, den Stern des Mauritius-Lazarus-Ordens auf der Brust tragen zu dürfen, obschon ein Kommandeur nur Anspruch auf ein um den Hals getragenes Kreuz habe. Auch einige Empfangsbestätigungen über empfangene Gelder sind da, aber sie rühren nicht von den Herren Gueroult und Havin her, sondern von dem ehemaligen Redakteur des Esprit public, Herrn Hippolyte Castille. Einige ausführlichere Angaben finden sich auf einem fliegenden Blatte, welches, in der Druckerei der „Finance“ in Brüssel gedruckt und den Titel: „Einige Blättchen aus der La Varenne'schen Hinterlassenschaft“ führend, am 2. ds. an die Abgeordneten gesandt wurde. Aber, obschon aus der evidenten Absicht zu schädigen hervorgegangen, enthält auch dieses Blatt nichts Kompromittirendes für die Herren Gueroult und Havin, und die oben gegebene Nomenklatur der sechs Journale scheint lediglich auf eine Notiz in einem Briefe des italienischen Abgeordneten Crispi an Herrn La Varenne begründet: „Wir brauchen nicht länger die Einschaltung unserer Artikel zu erbetteln, denn wir haben jetzt die „Revue des deux Mondes,“ „Journal des Débats“ u. s. w.“ Ob hierin der Beweis einer erfolgten Bestechung dieser Blätter liegt, ist doch sehr zweifelhaft, und klar ist nur das eine, daß das „Pays“ die ganze Geschichte nur als Wahlmanöver angeregt hat, um den Einfluß der liberalen Partei zu untergraben.

Italien. [Ein politischer Stiefelprozeß] Neulich wurde vor dem Korrektionsgerichte zu Florenz ein bemerkenswerther Prozeß verhandelt. Bekanntlich haben die Deputirten hier das Vorrecht der Portofreiheit, welches von ihnen zuweilen aber in einem sehr ausgedehnten Maße benutzt, ja selbst gemißbraucht wird. Die „Gazzetta d' Italia“ erzählte vor einiger Zeit, wie der ehrenwerthe Baron Nicotera sich auf diesem Wege von Neapel portofrei einen Stiefel hätte zusenden lassen, den er bei seiner eiligen Abreise dort vergessen hatte, und begleitete diese Erzählung mit einigen launigen Bemerkungen. Nicotera fand darin eine Ehrenbeleidigung und stellte eine Klage an, nicht bloß gegen den Geranten des Blattes, sondern auch gegen dessen Chef-Redakteur und gegen den Verfasser des Artikels, welcher sich unter dem Pseudonym Nasi versteckt. Vor Gericht erschien aber nur der Gerant und nach einer ziemlich lebhaften Debatte wurde die Klage zurückgewiesen und der Kläger Nicotera zu den Gerichtskosten verurtheilt. Nicotera war über einen solchen Ausgang höchst aufgebracht, und trotz des ihm neulich im Duelle mit dem Abg. Assanti zugestoßenen Unglückes, droht er den Verfasser herauszufordern; die „Gazzetta d'Italia“ gibt zu verstehen, daß hinter dem Pseudonym Nasi sich ein Mitglied des schwächeren Geschlechtes verbergen dürfte. Das Urtheil des Gerichtes war darauf gegründet, daß, da den Deputirten unbedingte Portofreiheit zusteht, die Erzählung der Thatsache, daß ein Deputirter einen Stiefel auf diesem Wege bezogen habe, keine Beleidigung enthalte.

Nordamerika. [Sparsamkeitsmaßregeln.] In die zum Budget des auswärtigen Amtes gehörigen Positionen greift das Repräsentantenhaus gegenwärtig mit exemplarischer Entschiedenheit ein. Der beantragten Neubegründung eines Gesandtschaftspostens in Rom trat die Mehrheit mit Festigkeit entgegen, dafür wurden indessen Vertretungen bei den Republiken Hayti, Liberia und S. Domingo genehmigt und ebenso die Posten bei den südamerikanischen Republiken durchgebracht, weil sie wichtiger seien, als die Gesandtschaften an europäischen Höfen. Die Konsulate in Europa wurden ebenfalls von der Kongreßscheere nicht übergangen. Kein Konsul soll in Zukunft mehr als 500 Dollars Gehalt empfangen, und was an Gebühren über 1000 Dollars jährlich einkommt, in die Staatskasse abliefern. Wo die genannten Gebühren die Summe von 3000 Dollars übersteigen, wird der Gehalt auf 2000 Dollars normirt. Es ist hierbei zu bemerken, daß im vergangenen Jahre noch das Konsulat in Paris 7084 Dollars Gehalt und 47,700 Dollars Gebühren und das Londoner Konsulat 7500 Dollars Gehalt und 38,500 Dollars Gebühren für die betreffenden Stelleninhaber abwarf.

Nichtpolitische Zeitung.

[Kölner Dombau.] Die „Köln. Ztg.“ schreibt unterm 3. März: Nunmehr können wir vom Domkrahnen, diesem bedeutsamen und weltbekannten Wahrzeichen der Stadt Köln, das Wort gebrauchen: seine Tage sind gezählt. Gestern früh wurde mit den Vorbereitungen zu seiner Wegnahme begonnen, und es dürfte diese letztere, mit vielen Schwierigkeiten verbundene Operation bei günstigem Wetter innerhalb etwa vierzehn Tagen vollständig ausgeführt sein. Auf die Witterungszustände wird es hierbei in der That ankommen, denn die Abnahme des riesigen Schnabels, der seiner Beweglichkeit halber gewissermaßen als Wetterfahne zu betrachten war, kann nur bei vollkommener Windstille erfolgen. Es ist übrigens Fürsorge getroffen, daß ein treues Bild des Domkrahnens den Bewohnern Kölns verbleiben wird. Der Dombaumeister hat nämlich denselben mitsammt seiner romantischen Umgebung, dem ruinenhaften Gemäuer, auf welchem er steht, und mit den Rosenbüschen, die aus den Fugen und Spalten des verwitterten Gesteins hervorgesproßt sind und von denen so manche schöne Hand sich ein blühendes Röslein gebrochen und als sinniges Andenken an die Besteigung des Kölner Domes über Land und Meer davon getragen hat, photographisch aufnehmen lassen. Außerdem ist auch die Anfertigung eines Modells des Domkrahnens angeordnet, und dieses Modell wird demnächst wohl im städtischen Museum ein angemessenes Plätzchen finden und den Beschauer an vergangene Zeiten erinnern. Was nun insbesondere die oben berührten Rosenbüsche anbelangt, so vernehmen wir aus bester Quelle, daß der unlängst laut gewordene Wunsch, dieselben erhalten zu sehen, in Erfüllung gehen wird. Sie sollen ein anderes und geschützteres Unterkommen in den zukünftigen Anlagen der Terrasse des Domhügels finden, wo wir ihnen ein gleich dauerndes Gedeihen wünschen, wie es dem berühmten 1000jährigen Rosenstocke des Domes zu Hildesheim beschieden gewesen ist, oder, um ein Beispiel aus unserer Nachbarschaft zu wählen, wie dem nahezu 1000jährigen Maulbeerbaum der ehemaligen Abtei Brauweiler. — Wir wollen schließlich noch bemerken, daß heute Vormittag auch der Fortbau des nördlichen Domthurmes allseitig wieder aufgenommen worden ist und daß auf dem südlichen Thurme nach Wegnahme des Krahnens zunächst diejenige Mauerschicht, welche durch Verwitterung ihre Tragfähigkeit verloren hat, abgetragen werden soll, um durch Herstellung des Mauerwerkes eine feste Basis für den Weiterbau zu gewinnen. Alsdann werden auch sämmtliche Rüstungen, welche jetzt den nördlichen Thurm umgeben, abgebrochen und andere in der Höhe an beiden Thürmen neu aufgeführt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 69-70. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 10. März 1868.

Johnson über seine Anklage.

Ich besuchte gestern Abends, erzählt ein Korrespondent des „Cincinnati Commercial," unter dem 10. Februar den Präsidenten und hatte mit ihm eine Unterredung von nahezu einer halben Stunde. Da abermals das Gerücht geht, die Anklage solle gegen ihn nun doch erhoben werden und der Briefwechsel mit Grant veröffentlicht worden ist, glaubte ich, Se. Exzellenz niedergeschlagen und gramgebeugt zu finden; allein er war weder niedergeschlagen, noch seufzte er unter der Last des auf ihn einstürmenden Mißgeschicks. Im Gegentheile, ich habe den Präsidenten nie in besserem Wohlbefinden und besser gelaunt gesehen.

„Man ist wieder mit einer Anklage hinter Ihnen her," sagte ich.

„So höre ich," antwortete er, „ich kann aber nicht begreifen, was sie gegen mich jetzt vorbringen wollen, jedoch vielleicht nur aus dem Grunde, weil ich mir noch keine besondere Mühe gegeben habe, es herauszubringen."

Ich erzählte ihm nun, was ich über die Anklagepunkte vernommen, die dem Rekonstruktionskomite unterbreitet werden sollen; ich erwähnte zuerst der Ordre an Grant, Stanton's Befehle nicht zu berücksichtigen, bevor er sich nicht informirt, daß sie von der Exekutivgewalt ausgehen, und zweitens der Verabredung mit Grant, der zufolge der General zu Gunsten Johnson's auf die interimistische Führung des Staatssekretariats des Krieges resignire, um Jemanden dazu zu ernennen, der sich weigern würde, sein Portefeuille auf Verlangen des Senats aufzugeben, um die Giltigkeit der Tenure of Office Act vor dem Obersten Gerichtshof zu erproben, was als eine Verschwörung seinerseits gegen die Durchführung dieser Akte bezeichnet wird.

„Ist das Alles?" fragte der Präsident.

„Ja, Herr Präsident, und ich habe gehört, daß Bingham und andere Republikaner im Komite es für genügend erachten, um Sie aus dem Amte zu bringen."

„Gut denn," entgegnete der Präsident. „Was die Ordre bezüglich Stanton's betrifft, so habe ich nie geglaubt, daß es im Kongresse einen Mann gäbe, der nicht überzeugt wäre, daß ich das volle Recht habe, das Alles auch ohne jedwede Ordre zu thun. Stanton's Befehle hätten kein größeres Gewicht als die Ihrigen, wenn für sie nicht die Vermuthung spräche, daß sie von mir ausgehen, und ich bin vollkommen berechtigt, mit General Grant direkt zu korrespondiren, ohne daß ich mich dazu Stanton's zu bedienen brauchte, der in dieser Beziehung nichts anderes als ein Schreiber ist, der die Ausfertigung der Befehle zu besorgen hat. Was die Anklage wegen angeblicher Verschwörung anlangt, so liegt darin nur der Beweis, wie schwer es den Leuten wird, einen Streitpunkt herauszufinden; — denn für's Erste, wenn ich hätte thun wollen, was sie zu einer Verschwörung zu stempeln versuchen, so hätte ich es ohne Verabredung mit Grant oder Jemand Anderen thun können. Ich hätte bloß Grant als provisorischen Kriegsstaatssekretär zu beseitigen und Jemanden an seine Stelle zu ernennen gebraucht, welcher das Gesetz bestritten hätte. Wäre ich so vorgegangen, so hätte Niemand darin ein Verbrechen gesehen; kann es da ein Verbrechen sein, wenn ich zu einem Auskunftsmittel greife, das die Verfassung zur Entscheidung von Streitigkeiten zwischen der Legislativ- und Exekutivgewalt vorgesehen hat? Wozu wäre aber der Oberste Gerichtshof da, wenn nicht zur Entscheidung solcher Streitigkeiten? Oder hat die Exekutive keine Rechte und keine Meinung, ist sie nur die blinde Vollstreckerin der Anordnungen der gesetzgebenden Gewalt? Wäre dies die Ansicht der Gründer der Verfassung gewesen, so hätten sie keinen Obersten Gerichtshof eingesetzt, weil er ganz überflüssig wäre. Allein er soll als höchstes Schiedsgericht in allen solchen Streitigkeiten entscheiden und seine Aussprüche haben dieselbe bindende Kraft wie die Verfassungsgesetze."

„Begreifen Sie nun, daß man es mit der gegenwärtigen Anklage nicht eiliger haben wird, als mit der früheren?" fragte der Präsident.

„Ich glaube," sagte ich, „man nimmt jetzt die Sache ernster. Die Leute sind einmal wild geworden und wollen Sie aus dem Amte verdrängen, um Ben. Wade an Ihre Stelle zu setzen und sich so den Einfluß der Bundesgewalt auf die nächste Präsidentenwahl zu sichern. Nebenbei wollen sie auch Sie für die Kandidatur unschädlich machen; denn Boatwell und viele Andere glauben, daß Sie ihr gefährlichster Gegner sein würden.

„Ich weiß nichts davon," erwiderte der Präsident lachend, „allein ich hoffe, sie werden Einen finden, der genug furchtbar sein wird, um sie zu beißen. Ich glaube nicht, daß sie sich viel von einer Anklage versprechen; vielleicht stecken Einige von ihnen tief in der Goldspekulation."

Ich bemerkte darauf, daß die gemachten Erfahrungen gerade nicht aufmunternd seien. Viele hätten bei der ersten Anklage erwartet, daß das Gold höher gehen werde, sie haben sich aber arg getäuscht. Nur ein wirkliches Eingehen des Senats auf die Anklage würde die Kurse einigermaßen drücken.

„Nun denn," entgegnete der Präsident, „so laßt sie herabgehen. Wenn die Anklage entwickelt sein wird, so werde ich sie zu beantworten versuchen. Das ist Alles." Und er lachte, als könnte er gar nicht glauben, daß sie wirklich würde erhoben werden.

Albert v. Bezold.

† 2. März 1868.

In der siebenten Abendstunde des letzten Mittwochs, des 4. März, bewegte sich ein langer, langer Trauerzug durch Würzburgs Straßen, hinaus zu seinem Friedhofe, von den Thränen Vieler, von der Theilnahme Aller geleitet. Der Glanz von Hunderten von Fackeln erleuchtete die finstere, regnerische Nacht; alle Ehren, welche eine akademische Jugend einem geliebten Lehrer erweisen kann, umringten den Mittelpunkt des düsterprächtigen Zuges, einen lorbeergeschmückten Sarg, hinter dem die Vertreter der Civil- und Militärbehörden der Stadt, unzählige Theilnehmende, Allen voran aber die leidtragende Universität, schritten, denn ihr gehörte der Vollendete an, ihr war in dem von jenem Sarg Umschlossenen eine ihrer Zierden, zwar eine ihrer jugendlichsten, aber kräftigsten Stützen entrissen.

Albert v. Bezold, ordentlicher Professor der Physiologie, gehörte der Universität Würzburg erst seit 3 Jahren an; wenige Jahre waren erst vergangen gewesen, daß er von dieser Universität weggezogen war als Lernender und Forschender, und doch lag schon während dieser Zeit und der seiner Wiederkehr eine fruchtbare, reich gesegnete akademische Lehrthätigkeit; denn 22 Jahre zählte er erst, als ihn, der sein Staatsexamen noch nicht gemacht, den der Doktorhut noch nicht krönte, der sich nur durch ein paar Veröffentlichungen seiner Studien und Forschungen, aber da gleich mit seinem ganzen Genius bekannt gemacht hatte, ein ehrenvoller Ruf nach Jena beschied. Man hatte sich in dem Berufenen nicht getäuscht, man hatte eine eminente Begabung, eine rastlose Arbeits-, eine hochbefähigte Lehrkraft gewonnen; in der jugendlichen Erscheinung sammelte sich schon die Weisheit des Mannes; und Jahr um Jahr, ich möchte sagen, Tag um Tag schöpfte er tiefer aus dem Brunnen des Wissens, schaute er tiefer und forschender, aufschließender und entdeckender in die geheimnißvollen, das Menschenleben so tief berührenden Gebiete der Disziplin, die er sich erwählt, die allseitig zu ergründen und den höchsten Zwecken der Wissenschaft dienstbar zu machen die Aufgabe seines Lebens war. Was er da geschaffen und geleistet hat, wie er da bahnbrechend war, nicht nur die alten Wege und Richtungen gesichtet und gerichtet hat, sondern eben ganz neue eingeschlagen und geführt, und, da ihm selbst so plötzlich Stillstand geboten ward, wenigstens für die Nachkommenden und Nachstrebenden angedeutet und eröffnet hat, das kann und will der Laie nicht begründen. Er kann nur das nachsprechen, was Berufene dem Todten bezeugt haben, daß sein Verlust ein unersetzlicher, daß sein Name fortan zu den besten und edelsten der Wissenschaft gezählt ist.

Süddeutschland.

Bayern. h. München, 8. März. [Zum Turnwesen.] Zu dem Antrage des Abg. Dr. Edel,*) daß die Anstellung der Turnlehrer nur auf Grund mit Erfolg bestandener Prüfung vorgenommen werden solle, bemerkt der Referent Abg. Strobel: „Soll das Turnen in der That einen Bestandtheil unserer Erziehung bilden, so muß es auch beim Unterricht in diesem Sinne behandelt werden. Fragt man, wem diese Erziehungssparte an den verschiedenen Unterrichtsanstalten zu übertragen sei, so müssen unzweifelhaft diejenigen Persönlichkeiten als die geeignetsten bezeichnet werden, welche ohnedies schon mit der Pädagogik und Unterrichtskunst im Allgemeinen vertraut sind, nämlich die Lehrer der Schulen. Aber nicht jeder Lehrer dürfte eo ipso zur Ertheilung des Turnunterrichts berufen sein, sondern hiezu sind offenbar spezielle theoretische und praktische Kenntnisse, wenn anders der Turnunterricht den gewünschten Erfolg haben soll, nothwendig. Ein Turnlehrer soll tiefere Einsicht in die Gesetze der Turnkunst besitzen und muß es verstehen, die turnerischen Bildungsmittel den Gesetzen der Anthropologie und Aesthetik gemäß anzuwenden; auch die nothwendigen Kenntnisse in der Anatomie und Physiologie des Menschen soll er haben, nicht weniger auch mit Zweck und Einführung der einzelnen Turnübungen, sowie mit der historischen und systematischen Entwicklung des Turnwesens vertraut sein. Diese Vorbildung wird wenigstens in Württemberg und Sachsen von jedem Turnlehrer verlangt, und zur Ertheilung des Turnunterrichts in diesen Ländern selbst an den Elementarvolksschulen sind nur pädagogisch vorgebildete und in Betreff ihrer Befähigung durch eine besondere Prüfungskommission dazu geprüfte und für tüchtig befundene Lehrer berechtigt. Als eine Folge dieser unzweifelhaft nur zweckmäßigen Maßregel wird es aber auch angesehen werden müssen, daß sich das Turnwesen in den bezeichneten Ländern auf einer Stufe der Ausbildung befindet, wie dies in Bayern keineswegs der Fall ist. Soll auch bei uns das Turnen die Bedeutung und die Allgemeinheit erhalten, die es vom erzieherischen und nationalen Standpunkte aus unstreitig verdient, und die es im noch höheren Grade beansprucht, nachdem jetzt bei uns das System der allgemeinen Wehrpflicht eingeführt ist, dann muß auch dem vorliegenden Dr. Edel'schen Antrag volle Berücksichtigung zugewendet werden. Wie für die Heranbildung der Turnlehrer zu sorgen sei, hierüber sind die Anschauungen getheilt. Gegen die Errichtung einer Centralturnlehranstalt, wie sich solche in Sachsen, Württemberg, Preußen und anderwärts bewährt haben, hat sich gelegentlich der Diskussion über den von Stauffenberg'schen Zusatzantrag zum Wehrgesetzentwurf und bei der Abstimmung hierüber sowohl Herr Abg. Dr. Edel als auch die Kammermajorität erklärt. Ob aber andererseits der schon im Jahre 1861 vom Herrn Abg. v. Münch gemachte und seitdem auch von dem Kultusministerium schon zu mehreren Malen, wenigstens in München, in Anwendung gebrachte Vorschlag dem Zwecke vollständig entsprechen würde, nämlich zur Heranbildung von Turnlehrern an den 3 Landesuniversitäten, an den Schullehrerseminarien und überhaupt an denjenigen Anstalten, wo künftige Lehrer gebildet werden, alljährlich einen Turnlehrerbildungskursus abzuhalten, wobei eine bestimmte Anzahl von Vorlesungen über die dem Turnlehrer nothwendigen Kenntnisse in der Anatomie und Physiologie des Menschen, Vorträge über Geschichte der Gymnastik, der Methode des Unterrichts, praktische Demonstrationen mit Schülern und endlich praktisches Turnen selbst stattfinden, oder ob es, wie der Herr Antragsteller Dr. Edel in der Sitzung der Abgeordnetenkammer vom 17. v. Mts. gemeint hat, zur Zeit vortheilhafter sein würde, wenn wir mit andern deutschen Staaten in intimere Beziehung treten, um gewisse Anstalten gemeinsam zu benützen, und wenn wir eine Anzahl der für die Volksschulen, Gymnasien, Schullehrerseminarien und sonstige öffentliche Anstalten zu bildenden Lehrer mit angemessener Unterstützung an jene Anstalten des Auslandes schicken, die sich bisher am besten bewährt haben, oder ob es zur Erreichung des hier in Frage stehenden Zwecks nicht noch andere sachgemäßere Mittel und Wege gäbe, das Alles sind Fragen, deren alsbaldige Lösung die k. Staatsregierung nicht länger wird verschieben können, ohne in dieser Beziehung hinter fast allen Nachbarländern zurückzubleiben."

*) Hr. Prof. Dr. Edel hat schon vor länger als einem Jahre unter Aneignung einer Eingabe des Vororts des bayerischen Turnerbundes den Antrag gestellt: es wolle die Bitte gestellt werden: 1) daß in dem zu erlassenden Schulgesetze der obligatorische Turnunterricht in entsprechender Weise berücksichtigt, 2) einstweilen dieser Unterricht in den höheren Cursen der männlichen Volksschule, sowie in allen mittleren Unterrichtsanstalten in obligatorischer Weise durchgeführt und in zweckmäßige Verbindung mit dem Systeme der allgemeinen Wehrpflicht gebracht, 3) daß die Anstellung der Turnlehrer nur auf Grund mit Erfolg begründeter Prüfung vorgenommen und 4) in das Budget der nächsten Finanzperiode eine dem Bedarfe entsprechende Summe für diese Zwecke eingestellt werde. Die Begutachtung dieses Antrags wurde vom Ausschusse verschoben, weil der inzwischen eingebrachte Schulgesetzentwurf, dessen Ziffer 1 bereits erledigt, und weil der Antrag des Abg. v. Stauffenberg zu dem Wehrverfassungsgesetz wegen Organisation des Turnunterrichts und der Wehrerziehung des Volkes durch Errichtung einer Central-Turnlehranstalt und durch Einführung von Rekrutenschulen auch den übrigen Punkten obigen Antrages zu genügen versprach. Nachdem indeß der Stauffenberg'sche Antrag zum Wehrgesetze am 17. Dezember verworfen worden ist, erklärte Dr. Edel in derselben Sitzung, daß er nunmehr seinen Antrag aufrecht erhalte, und in Folge davon erstattete Abg. Strobel im IV. Ausschuß Vortrag.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 7. März. [Zum Verhältniß zu Süddeutschland.] Höchst bemerkenswerth ist folgende +-Korrespondenz in der „K. Z.": „Süddeutschen Berichten in den Zeitungen zufolge hat Herr v. Roggenbach in einer öffentlichen Versammlung den Prager Frieden verfehlt genannt. Wahrscheinlich sollte damit angedeutet sein, daß, wenn Preußen bei dem Abschlusse des Friedens seine eigene Kraft und die Schwäche seiner Gegner richtiger geschätzt hätte, der Friede vortheilhafter ausgefallen sein würde. Wer möchte auch in Abrede stellen, daß die Annexionen des fränkischen Kreises bis zum Main, sowie der Provinz Oberhessen, die ja notorisch zuerst ins Auge gefaßt waren, weit verbreiteten Wünschen entsprochen hätten? Aehnliches ist oft über andere Bestimmungen des Frie-

---

Dem Fremde steht etwas Anderes zu, ein Zeugniß abzulegen von dem menschlich liebenswürdigen, edlen, trefflichen Wesen, das dem Vollendeten eigen gewesen. Was die Schüler von ihm rühmten, daß jedes, auch das scheinbar nur unterhaltende Wort von ihm Belehrung gewesen, eine solche, die gerade, weil sie unabsichtlich, um so nachhaltiger wirkt; wie sie sich nicht losreißen konnten von dem klaren, harmonischen Fluß seines Vortrags, so gings auch Andern: man lernte im Umgang mit ihm, es war ein Genuß, mit ihm zu reden, und der Schreiber dieser Zeilen weiß aus langjähriger, reicher Erfahrung des Verkehrs mit ihm, daß man mit ihm an alle Gebiete des Denkens und Wissens, an alle, die höchsten Probleme des Lebens herantreten konnte und in allen ihn mit derselben Klarheit, Tiefe, Schärfe, aber auch wieder Milde, die ihn in seinem speziellen Fache auszeichnete, zu Rede und Gegenrede bereit fand. Anregen, das in Andern Schlummernde wecken, fremde Keime ans Sonnenlicht ziehen, zum Wachsthum und zur Blüthe und Frucht bringen, und dann selbstsucht- und neidlos des durch seinen Geist auf anderem Boden Gezeitigten sich freuen, das war seine Lust.

Und neben dieser stand die Lust des Arbeitens, des mühevollen Schaffens, wie ja gerade seine Disziplin auf immer wieder neues Arbeiten, auf unaufhörliche Versuche hinwies. Aber war auch oft der Körper müde, der Leib matt, — denn frühe schon zeigten sich die Symptome des dann so schnell tödlich gewordenen Leidens — die frische Heiterkeit seines Geistes erlahmte nicht, der sprudelnde Quell seiner oft geistreich scherzenden Rede versiegte nicht und im Kreise der Freunde, im Reichthum seiner schönen Häuslichkeit, daheim und in der Fremde wußte er zu nehmen und zu geben, wie selten Einer. Aber auch in diesen geistesheiteren und klaren Grundton seines Wesens klang manchmal ahnungsvoll ein anderer, trüber hinein: die Ahnung, daß seinem reichen Wirken ein rasches, frühes Ende gesetzt werden könnte. „Wenn ich nur wieder lesen kann," seufzte er zu mir, wenige Wochen vor seinem Tode. Er sollte, nachdem er vor den letzten Weihnachtsferien zum letzten Mal auf ihm gestanden, den Katheder nicht mehr betreten.

Ein heftiger Gelenkrheumatismus in Verbindung mit einem Herzleiden, das schon früher ihm einen schweren Anfall zuzog, führte die Todesnähe in viel rascherer und jäherer Weise, als auch die bängste Furcht es hätte ahnen können, herbei. In den Armen seiner jugendlichen Gattin, die er sich einst zu beglückter und beglückender Verbindung aus einem trefflichen Hause Leipzigs geholt, die mit der ungebrochenen Liebe der ersten alle und auch die letzten Tage seines Lebens verschönte, entschlief er in kurzem Kampfe in der Nacht des 1. auf den 2. März, erst 32 Jahre alt, gebrochen in der Fülle der Kraft, aufgehalten im Laufe zu der Höhe höchsten Ruhmes, und doch beneidenswerth, weil geliebt und geehrt, weil er befolgt, wie Wenige, das Wort der Schrift: „ich muß wirken, so lange es Tag ist; denn die Nacht kommt, da Niemand wirken kann." Er hat den Tag genützt, darum konnte wohl die Nacht ihn überraschen, aber die Werke seines Tages nicht vernichten; sie wie sein Name werden nicht zu denen gehören, die genannt und vergessen werden, sondern ein theures Eigenthum deutscher Wissenschaft bleiben. (N. Korr.)

dens auch in preußischen Organen bemerkt worden. Dagegen wird der vorläufige Nichteintritt der süddeutschen Staaten in den neuen Bund, während Zollverein und Garantiebündnisse die nothwendigen Einigungsmomente festgehalten und den künftigen Anschluß vorbereitet hatten, sicherlich von keinem einsichtigen und unbefangenen Politiker als ein Fehler angesehen werden. Graf Cavour soll bekanntlich mehr als einmal durch bedauert haben, daß ihm Garibaldi's Zug nach Marsala, den er widerstrebend zulassen mußte, der Anschluß des Südens vor der Zeit auferlegt wurde. Cavour wollte Venetien erobern oder gewinnen und alsdann zuerst einen norditalienischen Staat konstituiren. Welche Schwierigkeiten das entgegengesetzte Verfahren dem neuen Königreiche Italien geschaffen hat, ist offenkundig. Bei uns würde, von allem Anderen abgesehen, der vorzeitige Eintritt der Südstaaten den Bundesrath zu dem Nachfolger des Bundestages gestaltet haben. Schon vor längerer Zeit hat es bekanntlich geheißen, Sachsen namentlich interessire sich für den Eintritt noch anderer Königreiche, und dies ist auch wohl verständlich. Das beste, weil nothwendige Ergebniß des Prager Friedens war unstreitig die vorläufige Gründung des Norddeutschen Bundes in dessen gegenwärtigem Umfange, die ein fertiges staatliches Ganzes schuf und den unfertigen Theilen für den Anschluß heranzureifen Zeit ließ."

Berlin, 8. März. [Der Handelsvertrag mit Oesterreich] ist durchberathen und materiell erledigt. Die Unterhändler sind nur noch mit einigen redaktionellen Erfordernissen beschäftigt. Der Unterzeichnung in den ersten Tagen dieser Woche steht nichts im Wege. Der schon erwähnte Art. 18 des bisherigen Vertrages vom 19. Febr. 1853 hatte nur erst bestimmt, daß die kontrahirenden Theile gemeinschaftlich dahin wirken wollten, daß durch Annahme gleichförmiger Grundsätze der Befugniß der Unterthanen des einen Staates, in dem anderen Arbeit und Erwerb zu suchen, möglichst freier Spielraum gegeben werde. Dieses Bestreben ist nunmehr in dem gegenwärtigen Vertrage förmlich sanktionirt. Die Bestimmung, daß die beiderseitigen Staatsangehörigen wie Einheimische wegen der Ausübung des Handels und der Gewerbe behandelt und nur denselben Beschränkungen unterworfen werden sollen, wird besonders wichtig wegen der anderen Bundesstaaten sein, namentlich wegen Sachsens. Wo kommunale Beschränkungen existiren, z. B. in Folge der noch bestehenden Zunftverhältnisse, sind denselben auch die Angehörigen des anderen Staates selbstverständlich unterworfen. Sobald jene Beschränkungen aber aufhören, und sie werden in Folge des norddeutschen Freizügigkeitsgesetzes binnen kurzer Frist verschwinden müssen, so werden auch die Oesterreicher, sowie später auch diejenigen auswärtigen Staaten derselben Vortheile theilhaftig werden, die kraft der bestehenden Verträge die Stellung der meistbegünstigten Nationen haben.

— [Der Prinz Napoleon] benutzt — wie der +-Korrespondent schreibt — sein sogenanntes Incognito, um die Sehenswürdigkeiten Berlins in Augenschein zu nehmen. Heute hat er die Bibliothek besucht. Bei dem gestrigen Diner des französischen Botschafters bemerkte man die Gegenwart mehrerer Chefs der hiesigen Missionen, so u. A. Lord Loftus, ferner den österreichischen Gesandten, Grafen Wimpffen, die Gesandten Belgiens und Schwedens. Dagegen hat sich der russische Gesandte nicht unter den geladenen Gästen befunden. Der Prinz Napoleon soll in der Unterhaltung ganz die Neigungen und Wünsche des Touristen kund geben und, wenn er wirklich politische Zwecke mit seiner Reise verbindet, diese jedenfalls nicht hervortreten lassen. Es ist ja auch klar, daß, das Vorhandensein solcher politischen Zwecke vorausgesetzt, diese doch erst nach einiger Zeit und in den etwaigen Folgen der Reise hervortreten würden. Die Eindrücke über die allgemeine Lage erhalten sich übrigens durchweg friedlich, und sie konnten durch die letzte Rede des Ministers Rouher nur bekräftigt werden. Die Blätter haben angekündigt, der Prinz werde sich auch nach Wien begeben. Dies ist wohl möglich. Doch soll bei dem gestrigen Diner der österreichische Gesandte, Graf Wimpffen, noch keine Kenntniß davon gehabt haben.

— [Zum Dühring-Wagener'schen Broschürenstreit.] Dr. Dühring veröffentlicht in der „Vossischen Zeitung" eine Entgegnung auf die Behauptung des Geh. Regierungsraths Wagener in der „Kreuzzeitung", daß sein Name auf die Dühring'sche Broschüre ohne sein Wissen und Willen gesetzt worden sei (s. N. Würzb. Ztg. Nr. 68). Herr Dr. Dühring theilt einen Brief des Buchhändlers Th. Thust in Leipzig mit, in dessen Verlag die Broschüre erschienen ist. Derselbe lautet: .... „erfülle ich mit Gegenwärtigem Ihr Verlangen zu test. von Herrn Wagener die persönliche Erlaubniß erhalten zu haben, seinen Namen auf die Denkschrift setzen zu dürfen. Dieser Fall ist so klar und rein in meinem Gedächtnisse, daß ich mich jeder Zeit zur eidlichen Bestärkung erbiete. Leipzig, 15. Februar 1868. Th. Thust." Die Erklärung desselben Buchhändlers im Buchhändler-Börsenblatte, auf welche Herr Wagener in der „Kreuzzeitung" hingewiesen hatte, lautet: „Auf der in meinem Verlage erschienenen Schrift über wirthschaftliche Associationen und Coalitionen ist der Name des Geheimeraths Wagener als Verfasser genannt. Auf Verlangen des Herrn Wagener berichtige ich diese Angabe dahin, daß nicht dieser, sondern der Dr. Dühring, Privatdecent an der Universität Berlin, der Verfasser der fraglichen Schrift ist. Weitere Mittheilungen und Erklärungen für später mir vorbehaltend, zeichne ꝛc. Th. Thust." — Der entlarvte Blamirte ist somit auf alle Fälle der fromme „Kreuzzeitungs"-Geheimrath.

Ausland.

Frankreich. Paris, 7. März. [Ein sonderbarer Artikel im Preßgesetz.] Der gestern wirklich durchgesetzte § 11 des Preßgesetzes, der für die Journalistik das Privatleben Jedermanns wie mit einer chinesischen Mauer umschließt, da selbst eine Verurtheilung zu 500 Fr Strafe erfolgen muß, wenn Scenen des Privatlebens in bester Absicht und ohne Dolus besprochen werden, ist ein zweischneidig Schwert, welches die Regierung der Magistratur in die Hand gedrückt, als sie sich der Majoritäts-Ansicht anschloß und bei den künftigen Wahlen dürfte sie das selbst sehr zu bedauern haben. Von nun an dürfen ihre Journale keinen unbequemen Kandidaten, wie noch neulich Herrn d'Estournel, vorwerfen, daß er an einem jener Skandale Theil genommen, an denen die Pariser jeunesse dorée so reich ist u. s. w. In einer Biographie wird man nicht mehr wagen dürfen, zu sagen, daß Leon Foucault arm und wahnsinnig gestorben, auch das gehört dem Privatleben an, und die Familie hätte die Thatsache nur dem Parquet zu signalisiren, um einen Prozeß und eine Verurtheilung hervorzurufen. Girardin, mit der ihm eigenen Schlagfertigkeit im Entschlusse, hat sich denn auch sofort beeilt, eine der Rubriken der „Liberté": „le monde parisien" zu unterdrücken, die bisher zum Ergötzen der vornehmen Welt allabendlich kund und zu wissen that, wer Soireen gegeben und wer auf ihnen erschienen, wer die feinen Theater besucht ꝛc., und gerade die Regierungswelt wird durch diese Unterdrückung mit am härtesten betroffen, da sie sehr darauf hielt, von ihrem gesellschaftlichen Thun und Lassen in dieser Art die Oeffentlichkeit unterhalten zu sehen. Diese Aengstlichkeit der Satisfaits spricht schlechterdings nicht für die Vortrefflichkeit und Ruhe ihrer Gewissen, denn wenn sie nichts zu verbergen hätten, wären sie nicht so eifrig bemüht, ihre Privatbeziehungen mit dichten Decken zu verhüllen, und es ist eine historische Wahrheit, daß von jeher diejenigen am meisten Achtung vor dem Privatleben verlangten, bei denen letzteres an Reinheit am meisten zu wünschen übrig ließ

— [Zur Armeereorganisation.] Nach dem „Figaro" sind jetzt endgültige Beschlüsse über die Uniformirung der mobilen Nationalgarde gefaßt. Dieselbe wird bestehen in einem königsblauen Waffenrock mit zwei Reihen weißer Knöpfe, dunkelgrauer Hose mit scharlachrothem Besatz, blauem Käppi mit scharlachrothem Rande. „Der preußische Geschmack hat gesiegt," ruft das Blatt aus, das Solches berichtet, aber dabei den Waffenrock absurd findet und ihn durch die im Winter, wie im Sommer bequemere Kapote ersetzt sehen möchte.

Am 1. März brannten mehrere Gebäude der dem Deputirten Grafen de Becque angehörigen Besitzung Sivry nieder. Die Gebäude sollen von Bauern in Brand gesteckt worden sein, welche wüthend sind, daß ihr Deputirter für das Militärgesetz votirt habe.

— [Broschüre.] Die Broschüre des verstorbenen italienischen Preßagenten de la Varenne, welche im vorigen Frühjahr unter dem Reklame machenden Titel: „Gare-aux Barbares" erschien und von der man jetzt weiß, daß sie Oesterreich mit 2000 Franken bezahlt hat, hatte nicht allein gar keinen Werth, sondern fand auch nicht einmal Leser. Ein Pariser Correspondent erinnert sich genau, daß sie wochenlang in allen Buchhandlungen ausstand, ohne daß sie nur erwähnt wurde; dies geschah erst, als der Luxemburger Conflikt brennend wurde. Wie es scheint, sucht man jetzt ab und zu ihrer habhaft zu werden, um zu wissen, wofür Oesterreich denn eigentlich sein Geld ausgibt. Ein eigenthümliches Schicksal der von der Cassagnacschen Clique ausgegangenen Beschuldigungen wegen Bestechung der Presse ist es, daß sie zuletzt auf die Adresse Oesterreichs geführt haben. Dieses hat ja von Gentz an immer ein starkes Budget für geschickte Federn gehabt; letztere sind nur jetzt selten. Was übrigens an Broschüren selbst für eigene Kosten jetzt auf den Markt kommt, ist unglaublich. Da hat ein Herr Henri Dron eine Broschüre geschrieben: „Europa im 20. Jahrhundert," und dieselbe mit einer Karte begleitet, auf welcher beispielsweise Wien als Hauptstadt Europas, Dresden als Hauptstadt Deutschlands figurirt. Holland

und Belgien existiren natürlich nicht mehr und der Rhein gehört zu Frankreich. Für 3 Franks erhält man Karte und Broschüre, ein Gemisch willkürlicher Combinationen und drolliger Einfälle.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Eisenbahnbrücken-Einsturz.] Aus Czernowitz kommt die telegraphische Nachricht von einem furchtbaren Bahnunfalle, der heute Vormittag in der Nähe dieser Stadt auf der Lemberg-Czernowitzer Bahn passirte. Als nämlich ein gemischter Zug die Pruthbrücke passirte, stürzte ein Feld dieser Brücke ein und riß zwei Maschinen und neun Lastwaggons mit sich in den Strom. Menschenleben sind glücklicherweise nicht zu beklagen.

Frankfurter Börse (2. bis 7. März.)

7. März. Die armen Kapitalisten befinden sich in einer wahren Scylla und Charybdis, entgehen sie der einen, so fallen sie in die andere. Coupons- und Kapitalsteuer in Oesterreich haben analoge Belastung in Amerika zu gewärtigen, noch dazu mit entwertheter Valutazahlung. Das Vertrauen, dass der Kongress an den bestehenden Verhältnissen zwischen dem Staat und seinen Gläubigern nichts zum Nachtheil der letztern vornehmen werde, wird mit jedem Tage fadenscheiniger. Die Theorie, dass wie alle andern Erwerbsquellen auch das Kapital, das vom Staat verzinst wird, besteuert werden müsse, eilt drüben dem praktischen Vollzug rasch entgegen, und Staatsmänner wie Zeitungsschreiber, die noch vor Kurzem jede Beeinträchtigung der Staatsgläubiger als ein ganz undenkbares Verbrechen der grossen Republik an sich selber und an ihrer Zukunft darstellten und feierlich dagegen protestirten, fangen an, andere Saiten aufzuziehen und sich mit der Massregel als einer „unabweisbaren Nothwendigkeit" vertraut zu machen. Unter solchen Aspekten darf man sich über das langsame aber stetige Zurückweichen der amerikanischen Obligationen nicht wundern. Eine schwache Hoffnung ist, dass man drüben dem Beispiel der Massregelung des Kapitals in Oesterreich sofort zu folgen nicht für klug halte, um die neuerdings erkaltete Liebe wieder zu gewinnen und die ins Stocken gerathene Strömung der Bonds über das Meer in neuen Fluss zu bringen.

Süddeutsche Fonds halten sich mühsam; man weiss, dass die projektirten Bahnen grosse Mittel erfordern, die früher oder später durch Anleihen beschafft werden müssen. Wenn übrigens die hohe Zinsen tragenden Papiere, wie Oesterreicher, Amerikaner u. A. mit progressiver Couponsteuer belastet werden, so könnten die Effekten mit schmalen, aber wenigstens ungeschmälerten Zinsen wieder zu Ehren kommen.

Kreditaktien, die Woche zu 193½ eröffnend, gaben unter der ersten Verstimmung über die neuen Finanzmassregeln in Wien bis 190½ nach, erholten sich jedoch wieder bis 192½, so dass sie noch um 1 fl. höher als vor 8 Tagen schliessen.

E.-B.-Aktien waren diese Woche sehr vernachlässigt und Kurse weichend; letzteres gilt zumal von Staatsbahnen, die als österr. Effekt der allgemeinen Entwerthung folgen und deren Mehreinnahmen nicht mehr ziehen, seit man weiss, dass die Legung eines zweiten Geleises beschlossene Sache ist, auch sind Getreidekonjunkturen keine regelmässige und normale Alimentirung des Verkehrs. Die neuen Unternehmungen in unserer Nachbarschaft, die oberhessische und Odenwaldbahn erfahren mehrfache Verzögerungen und Hindernisse. In Prioritäten wenig Verkehr, Kurse eher niedriger als höher. Ueber die livornesischen und centraltoskanischen lauten die Nachrichten aus Italien wenig ermuthigend

Der Geldüberfluss bleibt der alte unbequeme Gast. Der Handel muss immer noch im Argen liegen, das begnügt der vollständige Mangel an Devisen. London steht fast 120, Paris 95¼. Das sind unerhörte Kurse, lange Wechsel aber sind fast verschwunden. Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 29. Februar zeigt gegen denjenigen vom 20. v. M. eine weitere Abnahme des Platzportefeuilles um fl. 788,200, der fremden Devisen um fl. 253,700 und des Lombards um fl. 67,400.

	2.	7.		2.	7.
5% Oestr. National	56¼ B	55¾	3½% Badische Obl.	—	82 B
5% do. Metal. (1859)	66⅛	65⅜	4% Darmstädt. do.	90¼ B	90¼ B
do. (steuerfr.)	50¾	50¾	4½% Nassauer do.	93¾ B	94
5% do. Lose (1860)	73½ B	72⅞	4% do. do.	85⅝	86¼ B
— do. do. (1864)	—	83⅞	3½% do. do.	83 B	82 B
Oestr. Kreditl. (58)	133½	134⅞	4% Kurhess. do.	89½ B	89½ B
5% Bayer. Obligat.	100⅛	101⅛ B	3½% Frankf. do.	81¼ B	81¼ B
4½% do. do.	93⅞ B	93⅝ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88¼ B	88⅜	6% Amerik. (1882)	75	75
4% do. 100Thl.-L.	—	98	Oestr. Kredit.	193½	192½
4½% Würtemb. Obl.	94	94 B	Oestr. Nat.-Bank	725	720
3½% do. do.	81¼ B	81½ B	Frankfurter do.	126½ B	126¾ B
4½% Badische do.	94 B	94½ B	Bexbacher E.-B.	157 B	156¼ B
4% do. do.	86½ B	87 B	Bayer. Ostbahnen	120¼ B	120¼ (Akt)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64⅞—⅛ G.
„	5pCt Nationalanl. v. 1854	55⅛—¼ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48¼ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50½—⅝ G.
„	4½pCt	42½ P. ¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅛ G
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅝ P. ¾ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅛—⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	85⅝ G.
„	4 pCt. Obl. AB.-R. dto.	88¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	8?½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto	94⅝ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	96¼ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81½ P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. z. 20	—
„	2½pCt.	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84⅛ G
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	76¼ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	75—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	126⅛ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720—723 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191½—92½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	83⅝ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R.	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	222 P 21½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	109½ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr	261½—62½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	120 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt	156¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75½ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120⅝ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¾—½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅞ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼—⅜ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102⅝—¾ G.
do. in öst. W. l. S.	102½—½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72⅝—⅝ G.	„ fl. 25 do.	39¼ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P. ⅛ G.
„ do. v. 1864	86¾—86 G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98½ P.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10½ P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	50⅝ G.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	24½ P. 24 G.
		St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¼ G.
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.

Frankfurt, 9. März. Heute entlud sich ein Unwetter über neue engl. Metalliques. Dieselben verloren gegen gestern ca. 1½ pCt. Der englische Markt, welcher dies Papier bisher getrieben, scheint sie Angesichts der in Oesterreich drohenden Finanzmaßregeln wieder guten Kaufs los werden zu wollen, findet jedoch am hiesigen Markt keinen willigen Abnehmer. Neue Käufer sind nicht da und die Spekulation ist zu schwach, den Cours zu halten. Die übrigen österr. Fonds waren fest, besonders die Spekulationspapiere. Auch das Geschäft war ziemlich lebhaft. Aber trotzdem ist die Börse mit österr. Fonds Angesichts der Unsicherheit, die jetzt nach glücklich überstandenen politischen Fährnissen durch die Finanzlage erzeugt wird, ohne Animo und lustlos. Von Süddeutschen waren bayerische Loose etwas matter, badische fester. Amerikaner verkehrten still und eher etwas nachgebend. Pacific Bonds wurden wie gestern 67¾ bezahlt. Devisen begehrt. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 71.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 11. März 1868.

Deutsche Flotte.

Würzburg, 10. März.

Seit dem traurigen Ende unserer deutschen Flotte unseligen Angedenkens ist eigentlich nie mehr so recht, wenigstens nicht im Großen und Ganzen die Rede von einer solchen gewesen; nur der Nationalverein hat noch einmal einen Anlauf dazu genommen, jedoch auch nicht mehr erreicht, als das Mißtrauen in das Gelingen eines solchen Unternehmens zu verstärken, wenigstens in so lange, als wir nicht eine gemeinsame starke Centralgewalt besitzen. Wer wird auch immer bezahlen wollen, um hinterher nicht einmal zu erfahren, wozu das viele Geld verwendet wurde. Und doch ist gerade jetzt wieder die Zeit gekommen, wo wir wieder recht lebhaft an den Mangel einer deutschen Flotte erinnert werden Das Zollparlament — ein deutsches Zollparlament soll zusammentreten, um über unsere innern und äußern Handelsangelegenheiten zu berathen.

In jeder andern Parlamentssession spielt das Kriegswesen eine Hauptrolle, da jede Volksvertretung auch die Pflicht hat, für den Schutz und die Vertheidigung des Landes die dazu gehörigen Institutionen zu erhalten. Nicht anders ist es mit dem Handel, einer der Hauptquellen unserer Wohlfahrt und unserer Staatsfinanzen. Daß der Handel geschützt werden muß, steht außer Frage. Daß dazu eine Kriegsflotte gehört, ist ebenso unzweifelhaft. Haben wir ein Parlament zur Berathung aller deutschen Handelsinteressen, so gehört in den Ressort desselben auch das Marine-Budget, zu dem aber auch dann alle deutschen Staaten beizutragen haben. Es wird hoffentlich im Zollparlament nicht an Männern fehlen, welche sich dieser Angelegenheit kräftig annehmen werden. Wir aber wollen einmal sehen, wie es für jetzt mit dem Schutze unseres Handels und unserer Küsten beschaffen ist.

Die norddeutsche resp. preußische Kriegsflotte besteht gegenwärtig aus 5 Panzerfahrzeugen, worunter 3 Fregatten, von zusammen 62 Geschützen, 3500 Pferdekraft und 15298 Tonnen Gehalt; 18 ungepanzerten Schraubenschiffen mit 228 Geschützen, 3950 Pferdekraft und 16947 Tonnen Gehalt; 14 Schraubenkanonenbooten mit zusammen 28 Geschützen, 810 Pferdekraft und 3458 Tonnen Gehalt; 1 Schraubentransportschiff; 2 Rad-Aviso-Dampfern mit 6 Geschützen, 400 Pferdekraft, 1180 Tonnen Gehalt. Die Segelflotte zählt 3 Fregatten, 3 Kriegsbriggs, 1 Kasernenbrigg mit 161 Geschützen und 6625 Tonnen Gehalt. Zur Lokalvertheidigung dienen 36 Ruderkanonenboote mit 68 Geschützen. Im Ganzen 83 Fahrzeuge mit 553 Geschützen, 8740 Pferdekraft und 43788 Tonnen Gehalt. Was das Verhältniß der Schiffe zur Landarmee betriffe, so ist eine große Panzerfregatte gleich einer starken Brigade; ein Schraubenlinienschiff würde einer schwachen Brigade, Schraubenfregatten schwachen Regimentern entsprechen. Ein Geschwader von 3—4 Schiffen ersterer Art würde der Bedeutung eines schwachen Armeekorps der Landarmee gleichkommen.

So respektabel diese Macht auf den ersten Blick aussieht, so ungenügend erscheint sie aber im Verhältniß zur Stärke unserer Landarmee, zur Länge unserer Küsten, zur Ausdehnung unseres Handels. Es ist dies die deutsche Achillesferse und unsere enormen Opfer für die kolossalen Landarmeeen werden im Falle eines Krieges mit einer Seemacht nutzlos gebracht sein.

Süddeutschland.

Bayern. [Zum obligatorischen Turnunterricht.] Aus dem Vortrag des Abg. Strobel als Referenten des IV. Ausschusses über den das Turnen betreffenden Edel'schen Antrag entnehmen wir weiter Folgendes: „Darüber besteht wohl kein Zweifel, daß das Turnen, wenn es allgemein eingeführt und zweckentsprechend organisirt wird, auf die Wehrhaftmachung des Volkes von großem Einflusse sein kann und muß. Die Wehrkraft des Volkes wird bei uns wie anderwärts zur Zeit und wohl auch noch für die nächste Zukunft durch unsere stehenden Heere repräsentirt sein. Diese Wehrkraft wird aber gewiß um so tüchtiger und leistungsfähiger sein, je geübter und gewandter, je erstarkter und abgehärteter und in Folge dessen auch je muthiger der einzelne Mann ist. Um dem Einzelnen die für einen guten Soldaten wünschenswerthe körperliche Ausbildung zu verschaffen, dazu reicht die Zeit, die ein Wehrpflichtiger im Heere selbst zubringt, nicht aus, dazu ist vielmehr nothwendig, daß jeder beim Eintritt in das Heer die körperliche Kräftigung und Tüchtigkeit in möglichst vollkommenem Grade bereits mitbringt. Um dieses zu ermöglichen, ist das Turnen ein ausgezeichnetes Mittel. Hiebei ist aber nicht gemeint, daß schon in dem Turnunterricht an der Volksschule und an den unteren Klassen der Mittelschulen ein militärisches Exercitium hereingezogen werde. Ordnung, gemeinsames Zusammengreifen, Sichfügen und Ausbildung der gesammten Kräfte, das kann und soll das Turnen auch schon an diesen Schulen bieten; rein militärisches Exerciren, Uebung im Waffendienste und dergl. jugendwehrartige Dinge sind jedoch hier mehr schädlich als nützlich, weil dergleichen Uebungen einerseits für die jüngeren Schüler zu wenig Abwechslung bieten, und ihnen daher bald langweilig und lästig werden, andererseits aber geeignet sind, in den Knaben frühzeitigen Hang zu Ehrgeiz, Eigendünkel u. s. w. zu erwecken. Dagegen dürfte es keinem Bedenken unterliegen, wenn an den obersten Klassen der Mittelschulen, vorausgesetzt, daß an den unteren Klassen das eigentliche Schulturnen

---

Transferirung der Leiche Sr. Maj. König Ludwigs I. von Nizza nach München.

Das Gefolge, welches auf Allerhöchsten Befehl zur Abholung der irdischen Ueberreste Sr. Höchstseligen Majestät Ludwig I. nach Nizza entsendet worden war, bestand bekanntlich aus dem Obersthofmeister Grafen zu Castell, dem Generaladjutanten Grafen von Rechberg als speziellen Vertreter Sr. Maj. König Ludwigs II., den Kammerherren Oberst v. d. Tann und Grafen Arco-Valley, dem Kammerjunker Grafen Larosée, dem Adjutanten Sr. Majestät Baron v. Künsberg; den Abgeordneten des Hofklerus, Hrn. Hofprediger und Kanonikus ad hon. Grafen Guiot Duponteil, Kanonikus J. Schrott und Stiftsvicar Grafen Zech. Eine Abtheilung Hartschiere folgte mit unter Herrn Major Frhrn. v. Gumppenberg und Lieutenant Pfeiffer. Die Oberleitung des Extratrain war Hrn. Generaldirektor Grafen Reigersberg übertragen und die Ankunft erfolgte über Straßburg, Dijon, Marseille in Nizza am 3. März Abends.

Am 4. und 5. März lag die Leiche Sr. Höchstseligen Majestät in der Uniform eines Infanterie-Generals, das Kreuz in den Händen auf dem Paradebett in der Villa Lions, zu dem sich das Publikum herandrängte, um nochmal die Züge des in Nizza so populär gewordenen Monarchen zu betrachten. Das Antlitz des Verewigten war gar nicht entstellt und von einer außerordentlichen Milde verklärt. Am 5. Nachmittags wurde die königliche Leiche einer Obduktion unterzogen und Herz und Eingeweide in eine Urne deponirt. Freitag den 6. März war der Tag der Exequien, die mit einer solchen Pracht und Theilnahme der gesammten Bevölkerung gehalten wurden, als gälte es nicht einem Gaste, sondern einen eingebornen Fürsten und den besten Bürger Nizza's zu betrauern. Der Kaiser der Franzosen ließ sich durch seinen Generaladjutanten Reille, den Ordonnanzoffizier Edgar Ney und den Kommandanten von Marseille vertreten. Eine Korvette, die Fahnen zu halbem Maste, war von Toulon herübergekommen, hielt vis-à-vis der Villa des Königs und gab fortwährend Trauersalven. Es machte einen eigenthümlichen Eindruck, als das Schiff, nachdem sich der Zug um ½10 Uhr in Bewegung gesetzt hatte, ebenfalls von der Stelle rückte und gleichsam mit der Leiche ging.

Es war, als hätte das Meer, das gerade an diesem Morgen in unbeschreiblicher Herrlichkeit leuchtete, ebenfalls seinen Repräsentanten der Trauer gesendet über ein gebrochenes Königsherz, das ihm gleich, stets in erhabenen Wogen gegangen war. Der Sarg des Königs, von rothem Sammt überzogen, hatte das Eigenthümliche, daß ihn acht liebliche Kinder umfaßten, als Engel mit goldenen Flügeln

systematisch betrieben und hierdurch der jugendliche Körper genugsam entwickelt und gekräftigt worden ist, auch schon das sogenannte Wehrturnen oder die militärische Gymnastik mit in Angriff genommen werde. Letzteres dürfte sogar im hohen Grade zweckmäßig und wünschenswerth sein, nachdem für die Folge auf Grund der neuen Wehrverfassung gerade aus den Mittelschulen die einjährigen Freiwilligen, aus denen späterhin vorzugsweise die Offiziere der Landwehr entnommen werden sollen, hervorgehen werden. Auf diesem Wege ließe sich also an den Mittelschulen unschwer eine entsprechende Verbindung des obligatorischen Turnunterrichts mit dem System der allgemeinen Wehrpflicht, wie dies vom Antragsteller gewünscht wird, bewerkstelligen. Anders gestaltet sich in dieser Hinsicht allerdings die Sache bei jungen Leuten, welche lediglich die Volksschule besuchen. Verlassen diese mit dem 14. Lebensjahre die Werktagsschule, so hört selbstverständlich der äußere Zwang zum Fortbetrieb der Leibesübungen auf. Wird jedoch in der Volksschule der Turnunterricht richtig behandelt, so wird bei der Mehrzahl der jungen Leute so viel Liebe zur Sache erweckt und dieselbe bei den Meisten mit der ganzen Natur so verwachsen sein, daß es bei ihnen des Zwanges nicht bedürfen wird, sondern sich solche aus eigenem Antrieb an allerwärts bestehende Turnvereine, Feuerwehren anschließen werden. Andere werden sich zur Fortsetzung der Turnübungen auch nach den Schuljahren durch die nunmehr vorgeschriebene allgemeine Wehrpflicht bestimmen lassen. Turnerische Tüchtigkeit ist nämlich unbestritten die Hauptbedingung eines tüchtigen Wehrmannes. Bringt nun der junge Mann diese Hauptbedingung und insbesondere eine gewisse Fertigkeit im Marschiren, eine Uebung im raschen, sicheren Auffassen und Ausführen des Commandowortes als eine Folge seiner Turnübungen zum eigentlichen Waffendienste schon mit, dann darf er gewiß auch darauf rechnen, daß diese Turnfertigkeiten ihm eine abgekürzte Dienstzeit ermöglichen werden. Das Turnen auch nach der Schulzeit und bis zum Eintritt in das Heer würde demnach für den Neuausgehobenen, welcher aus der Volksschule hervorgegangen, ein Mittel werden, bälder wieder zu seinem häuslichen Geschäft zurückkehren zu können und dadurch ein bedeutendes Arbeitskapital zu gewinnen. Daß es übrigens der k. Staatsregierung gelingen möge, noch anderweitige Wege aufzufinden, wodurch denjenigen, die aus der Volksschule entlassen worden sind, eine zweckmäßige militärische Vorbereitung ermöglicht werde, das ist, wie aus der Kammerverhandlung vom 17. Dezember v. J. hervorgeht, zunächst der Wunsch des Herrn Antragstellers, und diesem Wunsche ist sich wohl anzuschließen.

— Die zwischen dem Königreich Bayern, dem Kaiserthum Oesterreich, dem Königreich Würtiemberg, dem Großherzogthum Baden und der schweizerischen Eidgenossenschaft durch Bevollmächtigte vereinbarte **Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee** hat die Genehmigung Sr. Maj. des Königs erhalten und ist die Auswechslung der Ratifikationen am 3 vor. Mts. zu Wien erfolgt. Das Regierungsblatt Nr. 15 enthält den Wortlaut dieser neuen Schifffahrts- und Hafenordnung für den Bodensee, welche in Wirksamkeit tritt auf Grund des Art. 164 des Polizeistrafgesetzbuchs, dann Art. 1 Abs. 2 und des Art. 100 des Gesetzes vom 28. Mai 1852 über die Benutzung des Wassers.

Aus der Rheinpfalz. [Malzaufschlag.] Dem „Frankfurter Journal" schreibt man: Die Einführung des Malzaufschlages in der Pfalz ist nun entschieden. Bekanntlich ging das Bestreben unserer Abgeordneten in München dahin, für die neue Steuer, falls sie unabwendbar sein sollte, doch wenigstens ein Aequivalent zu erhalten; und eine Zeit lang schien es auch, als ob man in maßgebenden Kreisen ernstlich an die Herabsetzung des pfälzischen Tarifs der Taxen der freiwilligen Gerichtsbarkeit dächte. Aber auch das erwies sich als eitle Vorspiegelung. Denn am 6. ds. hat, einem Telegramm aus München zufolge, die Abgeordnetenkammer mit 76 gegen 55 Stimmen einen gemeinschaftlichen Antrag der pfälzischen Deputirten verworfen, nach welchem die Einführung des Aufschlags in der Pfalz erst erfolgen sollte, „sobald eine Gleichstellung dieses Regierungsbezirks mit den rechtsrheinischen Landestheilen bezüglich der Taxen und des Stempels hergestellt sein wird." Man ist auf den Sitzungsbericht gespannt, der uns zeigen soll, mit welchen Gründen die nicht sehr beträchtliche Majorität den Rechtsstandpunkt der Pfalz demolirte, der bekanntlich in der gesetzlichen Bestimmung des Aufschlagserträgnisses für Verzinsung und Amortisirung einer „alten" Staatsschuld besteht, an der die Pfalz ebenfalls gesetzlich nicht participirt. Noch nicht bekannt ist das Schicksal eines anderen, auch von vielen jenseitigen Abgeordneten unterstützten Antrages, die landwirthschaftlichen Branntweinbrennereien vom Aufschlag zu befreien. Würde dieser ebenfalls verworfen werden, so wären mit Einem Schlage zwei wichtige Industriezweige der Pfalz: Brauerei und Brennerei, deren Prosperität auf ihrer bisherigen Steuerfreiheit beruhte, mit schwerem Nachtheil, wo nicht mit Vernichtung bedroht; namentlich gilt dies von der Bierbrauerei, die nun nicht mehr mit derjenigen der Nachbarländer so erfolgreich wird konkurriren können.

Ausland.

Frankreich. Paris, 8. März. [Keine Unruhen.] Bei Gelegenheit der Aufführung eines neuen Stückes Le Vengeur befürchtete man Unruhen, da darin der Ruf: „Es lebe die Republik!" vorkommt. Der Correspondent der „K. Ztg." schreibt jedoch: Der gestrige Abend ist ohne alle Ruhestörung vorübergegangen. Es hatte sich zwar vor Beginn der Vorstellung eine große Menschenmenge am Chatelet eingefunden; als man aber bemerkte, daß die Polizei ihre ganze Macht aufgeboten, so verlief sich die Menge schnell. Der Anblick, den der Platz vor dem Theater gewährte, war jedoch den ganzen Abend über ein eigenthümlicher: es befanden sich fortwährend auf demselben über 500 Polizei-Agenten aller Art, theils in Uniform, theils in gewöhnlicher bürgerlicher Kleidung, theils als Blousenmänner. Das Publikum wich bei dem Anblicke der düsteren Gestalten jedoch scheu aus und vermied sogar die benachbarten Café's, die ebenfalls fast nur mit Polizei-Agenten in Civil angefüllt waren. Das Innere des Theaters war bis zum Dache angefüllt; das, was man gewöhnlich ganz Paris nennt, hatte sich eingefunden, aber auch die Polizei war stark vertreten, und zwar durch Hunderte von Agenten. Das Stück, das unter aller Kritik ist (die Autoren haben alle politischen Anspielungen aus Dankbarkeit, daß man ihnen die Schlußscene gestattet, gestrichen), erregte den allgemeinen Unwillen, und es wurde den ganzen Abend über gepfiffen und gezischt. Das Publikum würde wahrscheinlich das Stück gar nicht bis zu Ende haben spielen lassen, wenn man nicht den Ruf: „Vive la République!" hätte hören wollen.

---

geschmückt. Der Kondukt bewegte sich durch den mit Menschenmassen dicht besetzten Quai hinunter, an dem mit Trauertribünen geschmückten internationalen Cesino vorüber, dessen Ehrenmitglied der König gewesen war, bis zum Platz der Phocäer, von da in die Straße S. François de Paul, in die Promenadestraße, dann über den Platz S. Dominique auf den Platz Rosetti in die Domkirche. Dieselbe, ein Renaissancebau späterer Zeit, war gänzlich mit schwarzen Tüchern ausgeschlagen und von zahllosen Wachskerzen erleuchtet. Monsignor Sola, Bischof von Nizza, hielt, von einem sehr zahlreichen Klerus assistirt, das Requiem. Die Musik wurde von zwei Musikchören sehr vortrefflich ausgeführt, war aber so ziemlich das Gegentheil von dem, was wir bei einem Trauergottesdienst zu hören gewohnt sind, und unsere choralischen Puritaner würden kuriose Augen oder vielmehr Ohren gemacht haben, wenn sie so viel Operhaftes hätten vernehmen müssen: man schwamm förmlich in Melodieen.

Nach beendigtem 5fachen Libera blieb die königliche Leiche im Dome ausgestellt bis Nachmittag 3 Uhr. Um diese Stunde versammelten sich die Stellvertreter des Kaisers, die obersten Chargen aller Militär-, Civil-, Municipalbehörden und Konfessionen, sowie das bayerische Ehrengeleite beim Präfekten, um von der Präfektur in den Dom zu gehen und die Leiche Sr. Höchstseligen Majestät in den Bahnhof zu geleiten. Nach geschehener Benediktion des Monf. Sola setzte sich der prachtvolle Zug in Bewegung, ganz in der Ordnung wie Vormittags, vorwärtsschreitend über den Platz Massena nach dem Bahnhof und durch unzählige Menschenmassen sich Bahn brechend. Nach kurzem und herzlichem Abieu rollte der Convoi auf demselben Wege über Marseille, Lyon und Straßburg zurück nach Deutschland. In Kehl, Karlsruhe, Stuttgart und Ulm wurde der Zug mit Trauermusik empfangen und von den Civil- und Militärbehörden begrüßt. In Augsburg waren auf dem Bahnhofgebäude Trauerflaggen aufgezogen und vor dem Wartsaale ein Trauerzelt errichtet, unter welchem die Spitzen der Civil- und Militärbehörden, der Geistlichkeit, der Stadtgemeinde und sonstige distinguirte Personen in Trauergala den Zug erwarteten; eine Abtheilung des 3. Regiments mit umflorter Fahne bildete die Ehrengarde, die Regimentsmusik spielte Trauerweisen und trotz der schlechten Witterung war der (nichts weniger als brillant beleuchtete) Bahnhof mit einer dichtwogenden Menschenmenge besetzt.

Nach einem halbstündigen Aufenthalte, während dessen die geziemenden Ehrenbezeugungen erfolgten, vollendete der Kondukt seine Fahrt nach München, wo in der vorgeschriebenen Weise die kgl. Leiche durch den Stiftspropst in der alten Hofkapelle bis zur feierlichen Beerdigung, das Herz Sr. höchstseligen Majestät in die Aller-

Derselbe kommt zumal namentlich in der Schlußscene vor, wenn der „Vengeur“ in den Wellen des Meeres verschwindet. Vorher besteht der „Vengeur“ einen Kampf mit der englischen Flotte; derselbe schien die Mannschaft aber so mitgenommen zu haben, daß sie das „Vive la République!“ nur murmelte und man es kaum vernehmen konnte. Nur eine oder zwei Stimmen fielen aus dem Publikum in den Ruf ein. Das Stück war erst um 1 Uhr zu Ende, worauf sich ein Theil des Publikums in die Cafés begab, die trotz des Drängens der Polizeidiener, welche bis zur Schließung der Café's auf den Straßen bleiben mußten, erst nach 2 Uhr geschlossen wurden. Das Publikum schimpft viel über das Stück; von Begeisterung über den Ruf: „Es lebe die Republik!“ war keine Spur vorhanden, was aber wohl daher kommen mag, daß man durch das fünf Stunden lang währende äußerst schlechte Stück ganz abgespannt worden war.

Großbritannien. [Das Programm des neuen Premiers. Abschaffung öffentlicher Hinrichtungen.] Im Unterhaus sprach Disraeli sein tiefes Bedauern über den Rücktritt Lord Derby's aus. Nachdem Lord Derby, sagte er, seine Resignation eingereicht, habe Ihre Majestät geruht, ihm die Bildung eines neuen Kabinets anzuvertrauen. Wohl Jeder hätte die Last und Verantwortlichkeit einer solchen Aufgabe unter den obwaltenden Umständen fühlen müssen, um so mehr er selber, dem aus persönlichen und eigenthümlichen Gründen noch größere Hindernisse im Wege ständen. Er sei es jedoch sich selber schuldig gewesen, die ihm anvertraute schwere Aufgabe zu übernehmen, und er vertraue der Unterstützung der Krone, der Sympathie einer hochherzigen Partei und der Nachsicht des Hauses, in dem er die Hälfte seines Lebens zugebracht. Ein eingehendes Programm der neuen Regierung mitzutheilen, sei kaum nöthig, da sie an der Politik Lord Derby's festhalte und er selber in dessen Gedanken genau eingeweiht sei, nachdem er seit 20 Jahren dessen Vertrauen genossen habe. Was die auswärtige Politik betrifft, werden wir denselben Weg verfolgen, der unter der Leitung Lord Stanley's eingeschlagen wurde, und der, wie ich wohl sagen darf, sich die Zustimmung des Parlamentes und das Vertrauen Europas erworben hat. Diese Politik ist eine Politik des Friedens. Nicht eines Friedens um jeden Preis, auch nicht eines im alleinigen Interesse Englands anzustrebenden Friedens, sondern als das Ergebniß der Ueberzeugung, daß eine Friedenspolitik im Interesse der gesammten Welt liege. Wir glauben nicht, daß diese Politik sich durch eine selbstsüchtige Isolirung unseres Landes durchführen lasse; sondern im Gegentheile durch Sympathie mit anderen Ländern nicht blos in ihren glücklichen Tagen, sondern auch in ihren Nöthen und Wirren. Durch Festhaltung einer solchen Politik wird der Einfluß Englands, wenn er zur Erhaltung des Weltfriedens nöthig sein sollte, — und solche Momente dürften von Zeit zu Zeit eintreten — ganz gewiß nicht unwirksam gefunden werden, weil er sich auf Ansehen und Achtung stützt. Im Innern werde die Regierung eine liberale Politik verfolgen, eine Politik, die vor keinen Veränderungen zurückscheut, welche der Geist der Zeit erheischt; wobei wir jedoch nie vergessen werden, daß uns das glückliche Loos beschieden ist, in einem alten und historischen Lande zu leben, reich an überlieferten Einflüssen, welche die besten Bürgschaften für Ordnung und Freiheit und für unsern nationalen Charakter und unsere Kraft von hohem Werthe sind. Mit tiefem Bedauern sehe sich die Regierung gezwungen, die Ausnahmezustände in Irland aufrecht zu erhalten, welche nicht gegen das irische Volk, sondern gegen die Intriguen einer vom Auslande her wirkenden, prinzipienlosen Verschwörung gerichtet sind und mit der allmälig schwindenden Aufregung in Irland überflüssig werden dürften. Durch zweckmäßige, wohlerwogene Maßregeln werde es sicherlich gelingen, das Wohl und Glück Irlands zu fördern, und wenn am 10. ds. Mts. Mr. Maguire's irischer Antrag zur Diskussion gelange, werde der Earl of Mayo im Namen der Regierung deren Vorschläge im Detail mittheilen und dem Wohlwollen des Hauses empfehlen.

Auf der Tagesordnung des Parlamentes stand dieser Tage die zweite Lesung der Bill behufs Abschaffung öffentlicher Hinrichtungen. Gegen dieselbe spricht Serjeant Gaselee, weil sich den ärmeren Klassen der Verdacht schwer werde ausreden lassen, daß adelige oder reiche Verbrecher nicht hingerichtet werden, und sich, wie in China allenfalls, einen Substituten erkaufen, der statt ihrer hingerichtet wird. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärte der Redner, es handle sich hier um eine „Angelegenheit der ärmeren Klassen“ und diese besäßen das „Recht,“ öffentliche Hinrichtungen zu fordern!! Die Bill wird mit 181 gegen 25 Stimmen zum zweiten Mal verlesen. Eine andere von der Regierung eingebrachte Bill behufs Bestrafung, resp. Verhinderung von Wahlbestechungen wird (ohne Abstimmung) zum zweiten Male gelesen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Sophie Schröder und König Ludwig I.] Aus München schreibt man: Ehe der selige König letzten Herbst nach Nizza ging, besuchte er Sophie Schröder, mit der er sehr befreundet war, in ihrer Wohnung in München. Beim Scheiden sagte die berühmte Schauspielerin ganz traurig: „Es ist wohl das letztemal, daß ich Euer Majestät sehe.“ Der König antwortete: „Glauben Sie denn, Frau Sophie (so pflegte er sie zu nennen), daß ich sterbe?“ — Frau Schröder entgegnete: „Nein, ich muß zuerst sterben, um Euer Majestät drüben empfangen zu können.“ — In der That starb Sophie Schröder wenige Tage vor Ludwig I., ohne eigentlich krank gewesen zu sein. Die um jenes Zwiegespräch hier wissen, fühlen sich durch dieses Zusammentreffen eigenthümlich berührt.

[Doktor-Titel.] Aus Berlin schreibt man: Ein Zahnarzt war von der Universität Erlangen im Jahre 1856 zum Doktor der Medizin und Chirurgie promovirt; seine Gesuche um Gestattung der Führung des Doktortitels auch für die hiesigen Lande wurde jedoch abgewiesen. Da er sich seitdem gleichwohl Doktor nennt und schreibt, so beantragte der Polizeianwalt auf Grund des § 105 des Strafgesetzbuches seine Bestrafung. Der erste Richter (das Stadtgericht zu Breslau) sprach jedoch den Angeschuldigten frei. Das Prädikat Doktor sei kein „Titel“ im Sinne des genannten Paragraphen, stelle vielmehr nur einen wissenschaftlichen Grad, eine Würde dar und sei als solche nicht als eine eigenthümliche Institution des preußischen Staates zu betrachten, sondern werde ausschließlich von den gelehrten Anstalten aller zivilisirten Nationen Demjenigen verliehen, welcher einen gewissen Grad wissenschaftlicher Bildung nachgewiesen habe. Daraus folge, daß die Doktorwürde einzig in einer bestimmten wissenschaftlichen Qualifikation

---

heiligenhofkirche, die Eingeweide dagegen sofort nach St. Bonifaz transferirt wurden. (A. Postztg.)

Der Brückeneinsturz bei Luzany.

Ueber das Unglück, welches durch den Einsturz der Eisenbahnbrücke über den Pruth veranlaßt wurde, schreibt man der „N. Fr. Presse“ aus Czernowitz unterm 4. d. M.: „Der heutige Morgentrain, welcher von Czernowitz ausfuhr und Abends in Lemberg hätte anlangen sollen, liegt im Pruth begraben. Nur wenige Secunden dauerte die Fahrt. Als die Locomotive den vorletzten Steinpfeiler der nach Schifkorn'schem Systeme konstruirten eisernen Brücke passirte, brach das Eisenwerk unweit des jenseitigen Brückenkopfes und Locomotive und Waggons donnerten hinab in die eisigen, hochangeschwellenen Fluthen des Pruth. Nachdem der wildbrausende Strom Maschine und Brückenabtheilung, und über und neben einander sich aufthürmende Transportwaggons verschlungen hatte, blieb — wie durch Fügung der Vorsehung — der Personentrain vor dem verhängnißvollen Pfeiler, auf dem rückwärtigen Theile der Brücke stehen. Keine Locomotive dampfte mehr; keiner der vorderen Waggons zog mehr — der Strom war gesättigt.

Locomotivpersonal und Conducteur sind verschwunden; ein Bedienungsmann wurde, fürchterlich zugerichtet, aus den Fluthen gezogen; die verfrachteten Thiere (Rinder und Borstenvieh) wurden theils zwischen den Waggons zu Brei zermalmt, theils von den reißenden Wogen fortgetrieben und schwammen — lebendig und todt — zwischen Eisschollen und Wasserwirbeln dahin. Die Reisenden im Personentrain kamen — mit Ausnahme eines heftigen Stoßes und des furchtbaren Anblickes einer so entsetzlichen Todesgefahr — unverletzt davon. Als die Nachricht von dem Unglücke in die Stadt drang, bemächtigte sich der ganzen Bevölkerung ein panischer Schrecken und zu Wagen, zu Pferde, zu Fuße, in ganzen Schaaren eilten die Bewohner an den Schauplatz der Katastrophe.

Der Anblick war grauenvoll! Die Locomotive und einige Waggons ganz im Wasser des Stroms, der an dieser Stelle 1 bis 1½ Klafter Tiefe hat, über den Waggons andere Waggons, zerbrochen, zersplittert und zerfetzt, und darüber wieder andere, bis zur Höhe des zweiten Brückenpfeilers aufgethürmt, dazwischen Köpfe und Füße und Leiber und blutiger Brei von Ochsen und Schweinen u. s. w., und darüber und darunter die starrenden und hängenden Lappen der stolzen eisernen Brücke.“

Diese Mittheilung steht mit dem Telegramm, welches das offiziöse Correspondenzbureau über diesen Unglücksfall gebracht, in grellem Widerspruch.

---

besteht, die von der Person des Beliehenen unzertrennlich sei, und welcher er nur infolge eines speziellen Gesetzes verlustig gehen könne. Eine besondere Erlaubniß zur Führung des Doktortitels sei in Preußen nicht vorgeschrieben; nur die Ausübung gewisser, an jene Würde geknüpfter Befugnisse werde von einer obrigkeitlichen Erlaubniß abhängig gemacht. Das Appellationsgericht hat dies Erkenntniß bestätigt, da die Doktorwürde lediglich das Anerkenntniß einer wissenschaftlichen Qualifikation enthalte, die durch das Diplom nicht erst geschaffen, sondern deren Vorhandensein durch die Ertheilung desselben nur anerkannt werde. Der Doktorgrad bezeichne auf dem wissenschaftlichen Gebiete dasselbe, wie das Wort „Meister" im Gebiete des Handwerks: den fertigen Mann, Denjenigen, der das Erforderliche gelernt hat. Erst, so weit der Graduirte im bestimmten Staate auf Grund dieser Qualifikation gewisse Befugnisse ausüben, erst, wo er thätig sein, wirken wolle, müsse er dem Staate seine Befähigung hierzu noch besonders nachweisen und die Einwilligung hierzu einholen. Daraus folge, daß zur bloßen Führung der rite erlangten Doktorwürde es einer speziellen Erlaubniß seitens des Staates nicht bedürfe. Die hiergegen von der Staatsanwaltschaft eingelegte Nichtigkeitsbeschwerde ist zurückgewiesen worden.

[Vierfacher Selbstmord.] Berliner Blätter berichten von einem vierfachen Selbstmorde in einer Familie Seidel in der Neuen Königsstraße 84. Die unglückliche Familie hatte einst in guten Verhältnissen gelebt; Seidel war in früheren Jahren in der Provinz ein angesehener Geschäftsmann. Verunglückte Spekulationen hatten ihn heruntergebracht, und er siedelte darauf vor etwa zwei Jahren nach Berlin über, ohne dadurch seine Lage zu verbessern. An Entbehrungen nicht gewöhnt, wurde es ihm schwer, sich in die beschränkten Verhältnisse zu fügen. Während die Frau bemüht war, durch Wirthschaftlichkeit und verdoppelten Fleiß dem Unglücke die Stirn zu bieten, vermochte er dem Comfort seines früheren Lebens und den lieb gewordenen Gewohnheiten nicht so leicht zu entsagen. In seiner Stellung als Agent eines großen Handlungshauses ließ er sich schließlich verleiten, demselben eingegangene Gelder vorzuenthalten, wodurch er die Existenz seiner Familie völlig untergrub. Die bedauernswerthe Frau hatte dem Gatten vergebens Vorstellungen gemacht; so innig er auch an seiner Familie hing, fehlte ihm doch die nöthige Energie, den Verhältnissen Rechnung zu tragen. In dieser verzweifelten Lage faßte die Gattin den Entschluß, sich und die Kinder aus der Welt zu schaffen, um wenigstens der drohenden Schande zu entgehen. Beide Kinder, ein Knabe von 14 und ein Mädchen von 12 Jahren, erklärten sich freiwillig mit dem Vorhaben einverstanden. Am Freitag Nachmittag, während Seidel seinen Geschäften nachging, wurde der Plan ins Werk gesetzt. Nachdem Frau S. einen Brief an ihren Mann geschrieben hatte, in welchem sie in ihrem und der Kinder Namen herzzerreißenden Abschied von ihm nahm, wurde der Ofen im Wohnzimmer mit Steinkohlen geheizt und die Klappe geschlossen. Mutter und Tochter entkleideten sich und legten sich zu Bette. Der Knabe aber blieb auf und legte so lange frische Kohlen nach, bis ihn die Wirkung des tödtlichen Gases nöthigte, sich auf das Sopha zu legen. Gegen 5 Uhr kam Seidel nach Hause. Was in der Brust des Unglücklichen vorgegangen, als er die drei Leichen fand — Frau und Tochter krampfhaft umschlungen im Bette, den Knaben angekleidet auf dem Sopha —, dazu jenen Brief auf dem Tische, der, Angesichts dieser stummen Zeugen, mit jedem Worte einen brennenden Vorwurf in seine Seele grub, kann wohl Niemand ermessen. Ohne einem Menschen das Geschehene mitzutheilen, ging er nach der nächsten Apotheke und kaufte sich dort ein Fläschchen Bittermandelöl. Im Hausflur begegnete ihm eine Nachbarin, welche sich theilnehmend nach der Ursache seines verstörten Aussehens erkundigte. „Mir ist nicht wohl, und meine Frau scheint mit den Kindern ausgegangen zu sein," lautete die Antwort. In die Wohnung zurückgekehrt, nahm Seidel die Leiche des Knaben vom Sopha und legte sie zu den anderen auf das Bett, während er selbst ihren Platz einnahm. Ehe er das Gift genoß, holte er ein Rasirmesser herbei und legte es geöffnet auf den Tisch, um sich seiner zu bedienen, falls ersteres die Wirkung versagen sollte. Der Unglückliche hat des Messers nicht bedurft, das Gift that seine Wirkung. Am Samstag Vormittag wurden die vier Leichen nach dem Obduktionshause geschafft.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$64\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1864	$55\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88[illegible] P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P. [illegible] G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{8}$P. $92\frac{7}{8}$G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$98\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$88\frac{1}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$80\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{2}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	—
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{1}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$191\frac{1}{2}$—92 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$89\frac{7}{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 P. $21\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$331\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{3}{4}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120\frac{3}{4}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{3}{4}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{3}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53\frac{3}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$74\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$120\frac{3}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$97\frac{3}{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$—$\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	73—$72\frac{3}{4}$ G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	135 P.
"	do. v. 1864	$86\frac{3}{4}$ G.
	4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$98\frac{1}{2}$ P.
	Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{4}$ P.
	Badische fl. 35	$50\frac{1}{2}$ G.
	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{2}$ G.
	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 P.
	" fl. 25 do.	$39\frac{1}{8}$ P.
	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{4}$ G.
	St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
	Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 10. März. Süddeutsche Papiere waren heute auf das Gerücht, daß eine neue württembergische Anleihe im Betrage von 7 Millionen im Anzuge sei, sämmtlich matt, besonders die Loosgattungen. Von österreichischen Werthen waren die Anlagepapiere theilweise etwas besser, als gestern, so besonders National ($\frac{1}{2}$ pCt.) und Steuerfreie (1 pCt.) Auch neue englische Metall. erhalten sich etwas. Die entschiedenste Besserung weisen aber die unverzinslichen österreichischen Loosgattungen auf, die jetzt gekauft werden, um der Couponsbesteuerung zu entgehen. Amerikaner waren fest, Pacific wurden mit $67\frac{1}{2}$ bezahlt. Von Wechseln Wien beliebt. Das Geschäft war nicht sehr umfangreich. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gabermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 72.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 12. März 1868.

Das Leichenbegängniß Ludwig's I.

München, 10. März.

Vorgestern Abends um 9½ Uhr wurde die Leiche des verstorbenen Königs vom Bahnhofe nach der Hofkapelle der königl. Residenz gebracht. Voran ritt ein Zug Cürassiere, dann folgte ein mit Geistlichen besetzter Hofwagen, darauf ein anderer Hofwagen, in dem das in silberner Urne verschlossene, später nach Altötting, dem bayerischen Loretto, zu überführende Herz des Monarchen sich befand. Hierauf folgte ein sechsspänniger Leichenwagen, an jeder Seite von sechs Hofbedienten mit Fackeln und von sechs Hartschieren umgeben. Dann noch drei Wagen und wieder ein Zug Cürassiere. Das Herz wurde in die zur Allerheiligen-Capelle gehörige Sakristei eingeschlossen, der Sarg kam in die Hofkapelle. Ein gräuliches Wetter — Sturm, Regen, Schnee, Kälte — vertrieb bald die wenigen Zuschauer des Zuges.

Gestern war der Himmel zwar, mit Ausnahme einer halben Stunde beim Beginn des Trauerzuges, bewölkt, aber es regnete wenigstens nicht. So war die ganze Stadt zum Anschauen des Leichenzugs herbeigeeilt, und neben den Einwohnern drängten sich zahlreiche Fremde, meist Landbewohner, hinzu. Die Todtenfeier war eine würdige und großartige. Das Arrangement war mit Geschick und Geschmack getroffen, nur die langen eintönigen Militärkolonnen ermüdeten entsetzlich. Es wäre besser gewesen, die Regimenter nur durch Deputationen an dem Zuge theilnehmen zu lassen. Die Ausführung des Programmes wickelte sich wie am Schnürchen ab.

Um 2 Uhr ertönte das Geläute aller Kirchenglocken. 101 Kanonenschüsse gaben das Signal zum Abgange des Zuges von der Hofkapelle durch die Briennerstraße an dem Palais des Verstorbenen vorüber nach dem Königsplatze, der auf einer Seite vom Kunstausstellungs-Gebäude, auf der anderen von der Glyptothek, auf der dritten von den Propyläen eingerahmt wird. Das sehr schöne, aber für den großen Verkehr total unpraktische Thor zwang den Zug zu einer Biegung, die in die Louisenstraße führte. Von dieser ging es nach der Karlsstraße zu der Bonifacius-Kirche, einer herrlichen dreischiffigen Basilika, deren Inneres allerdings für ein protestantisches Auge abschreckend bunt ist.

Die Spitze des Leichenzuges bildete General v. d. Tann. Ihm folgten 12 berittene Gendarmen, zwei Reihen Veteranen mit Fackeln, das Cadettenkorps und die Kriegsschule, dann lange Truppenzüge aller Gattungen, darunter in Einer Reihe sechs Infanterie-Bataillone und nach Einschiebung zweier Batterien wieder fünf Infanterie-Bataillone. Viel bunter als die durch die schwarzgrauen Mäntel ganz gleichförmig gemachten Truppenkolonnen, viel zu bunt für einen Trauerzug, sah die folgende, mit Fackeln versehene Livréedienerschaft des Adels aus. Nach dieser kamen die frommen Bruderschaften, die Schüler aller höheren Schulen, die Barmherzigen Schwestern, denen wieder eine Schaar männlicher Jugend folgte. Darauf die Livréediener der Prinzen, ihnen folgend die kgl. Dienerschaft in ihren einfachen, geschmackvollen blauen Röcken mit breiten Silberborten — Alle mit Fackeln versehen. Daran reihten sich die Hofbeamten der Prinzen und des verstorbenen Königs, nach ihrem Range geordnet; je weiter rückwärts, desto prächtiger wurden die Uniformen. Der fast endlosen Hofbeamtenschaar folgte eine große Schaar Geistlichen mit allem Pomp ihrer Kirche. Darauf die Hoftrompeter und Hofpauker. Dann wieder eine große Zahl niederer Geistlicher als Einleitung zu dem Erscheinen des Episcopats. Aus den Reihen ertönte ein Trauergesang. Das Domkapitel und vier Bischöfe, unter welchen ich den durch seine Fehde mit dem jesuitischen Redakteur der „Donauzeitung" bekannten Bischof Heinrich von Passau bemerkte, der Erzbischof von München-Freysing mit seinem geistlichen Gefolge. Von den Emblemen der geistlichen Macht waren, außer den reichen Ornaten, nur noch einige Fahnen bemerkbar. Hinter dem erzbischöflichen Gefolge gingen paarweise zwanzig bis dreißig ganz in schwarze Gewänder gehüllte Gestalten mit Wappen und brennenden Kerzen. Das letzte Paar trug ein Bild des heil. Georg. Einem Livréediener folgte wieder eine Schaar Hofbeamten, die letzten sehr reich uniformirt, und dann erschien der Leichenwagen, ein hohes, mit acht Pferden bespanntes, von einem Stallmeister und zwei Bereitern geführtes Gestell, auf dem eine goldene Krone ruhte.

Der Sarg war mit den Reichs-Insignien und den Attributen der bayerischen Orden geziert. Rechts vom Wagen schritt der Hofmarschall mit den Flügel-Adjutanten des Verstorbenen, links gingen zwölf Kämmerer. Das Bahrtuch wurde von 8 Georgsrittern, Mitgliedern eines adeligen Ordens, der namentlich der Vertheidigung der unbefleckten Empfängniß gewidmet ist, gehalten. Außerdem gingen zur Seite zwanzig Edelknaben und die Hartschiere. Dem Leichenwagen folgte das Trauerpferd. Darauf wurde ein großes Crucifix und hinter diesem wurden zwei Leuchter getragen. Alsdann kamen die bayerischen Prinzen — der König war abwesend, er soll noch immer leidend sein — der Herzog von Modena, Prinz Adalbert von Preußen, Erzherzog Albrecht, Kronprinz Albert von Sachsen, Herzog Max von Württemberg, Prinz Ludwig von Hessen-Darmstadt. Ihnen nach die Vertreter der fremden Mächte.

Als der Zug so weit passirt war, verloren die Zuschauer das Interesse, die Reihen wurden dünner und dünner. Auch die Leser müßte die spaltenfüllende Aufzählung der nun Paar an Paar sich reihenden Offizier- und Beamtengruppen zum Tode ermüden. Erwähnt sei nur als anerkennenswerth, daß die Mitglieder der beiden Kammern dicht hinter den Prinzen kamen und dann erst die Standesherren, Hofchargen, Minister, Generale, Staatsräthe, General-Lieutenants, Bischöfe, Präsidenten, St. Georgsritter, Stabsoffiziere, Kammer- und Hofjunker und die Beamtenheere folgten. Unter Letzteren waren die Vertreter der Universität in ihren Amtskleidern bemerkenswerth. Nach den Beamten kamen: der Münchener Magistrat, Deputationen einzelner Vereine, Deputationen der Städte Salzburg, Passau, Mannheim, Edenkoben u. s. w., Gewerke und Vereine mit Bannern, endlich die Landwehrmannschaften der Stadt und der Vorstädte, durch Affichen an den Straßenecken — eine eigene Art von **Generalmarsch** — eingeladen, zwei Cavallerie-Regimenter und zwei Batterien. Die Deputation des österreichischen Dragoner-Regiments befand sich bald hinter den Prinzen.

An der Bonifacius-Kirche wurde der Sarg von zahlreichen Geistlichen empfangen und auf eine vor dem Katafalk errichtete Estrade gestellt. Das Innere der Kirche war natürlich der ernsten Feier entsprechend ausgeschmückt. Nach einigen Gebeten der Geistlichen vollzog der Erzbischof die Einsegnung der Leiche. Dann wurde die Kirche von den Zuschauern verlassen, der Sarg, dem die Geistlichen voranschritten und Hofbeamte nebst dem Fürsten Hohenlohe folgten, nach dem Sarkophage getragen und zweimal versiegelt.

In den Straßen, durch welche der Zug sich bewegte, waren die wenigen dort vorhandenen Geschäfte geschlossen. Dasselbe war, mit einzelnen Ausnahmen, in der ganzen Stadt der Fall. Trotz des Menschengedränges war die Ordnung musterhaft.

Süddeutschland.

Bayern. München, 11. März. Gestern, am vierten Jahrestage des Hinscheidens Königs Max II., fand der erste Trauergottesdienst für seinen erhabenen Vater, König Ludwig I., in der ebenso schön als sinnig ausgeschmückten St. Bonifaciuskirche statt. Alle Prinzen und Prinzessinnen des k. Hauses, die fürstlichen Gäste und Abgesandten der auswärtigen Höfe, die Standesherren, Minister, Generale, Hof- und Staatsbeamten, Offizierkorps, die von auswärts hieher entsendeten Deputationen, die Gemeindekollegien u. s. w., nebst einer großen Zahl von Leidtragenden aus allen Ständen, wohnten demselben bei. Stiftspropst Dr. v. Döllinger hielt die Trauerrede, welche im Druck erscheinen wird. Heute bei gleichem Anlasse sprach Abt Dr. v. Haneberg.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 10. März. [Graf Bismarck und die Rangordnung.] Die „Kreuzztg." schreibt: „Mehrere Zeitungen haben die Nachricht gebracht, daß Graf v. Bismarck durch mancherlei Zurücksetzungen veranlaßt worden sei, als Kanzler des norddeutschen Bundes am königlichen Hofe den Botschafterrang zu beanspruchen, und daß dieser Rang demselben bewilligt wäre. Wie wir erfahren, ist diese Mittheilung nicht gegründet. Der Rang eines Präsidenten des Staatsministeriums ist seit längerer Zeit demjenigen des Feldmarschalls und Oberstkämmerers in der Art gleichgestellt worden, daß die Reihenfolge dieser Chargen nach dem Datum ihrer Ernennung wechselt. Der Rang der fremden Botschafter ist ein anderer. Dieselben gehen ganz zweifellos bei den Höfen allen Inländern vor, welche nicht zur Familie des Souverains gehören. So haben auch an dem hiesigen königlichen Hofe die Botschafter den Rang vor dem Feldmarschall. In fremden diplomatischen Häusern wird dem Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Vortritt gegeben. Bei diesen Rangverhältnissen hatte also der Ministerpräsident gar keine Veranlassung, sich über Zurücksetzung zu beklagen. Eben so wenig konnte für ihn ein Grund zur Gereiztheit über die ihm zustehende Rangfolge vorhanden sein, da Graf v. Bismarck die diplomatischen Gebräuche der europäischen Höfe kennt, welche dem Botschafter den Rang vor allen Einheimischen, die nicht Mitglieder der kgl. Familie sind, anweisen."

— [Preußen und die römische Nuntiatur.] Ferner gibt die „Kreuzztg." in einem polemischen Artikel gegen die „Nationalztg." die Versicherung, daß die Errichtung einer päpstlichen Nuntiatur in Berlin von keiner Seite in Rom zur Sprache gebracht worden sei. Der Artikel gibt aber zugleich zu erwägen, daß die Nuntiaturen in München und Wien von der Curie zur Vermittlung ihres Verkehrs mit der katholischen Kirche in Preußen benutzt worden und daß sie durch dieselben ihre amtlichen Nachrichten über Preußen empfängt. Die „Kreuzztg." bemerkt dazu: „Da kann man doch nicht umhin, sich zu fragen, ob es vortheilhafter sei, daß der Verkehr zwischen Rom und der preußischen katholischen Geistlichkeit über München und Wien, oder über Berlin vermittelt werde; ob es besser sei, daß die Curie ihre amtlichen Eindrücke und Anschauungen deutschen und namentlich norddeutschen Wesens unter dem Einflusse und durch das Medium der Münchener und Wiener, oder der norddeutschen Atmosphäre empfange; ob der Regierung selbst der Verkehr mit der Curie leichter werde, wenn sie neben der Einwirkung, die sie durch ihren eigenen Gesandten in Rom ausübt, noch mit einem in München oder Wien residirenden, in keiner Beziehung zu ihr stehenden, ja, ihr ganz unzugänglichen Faktor rechnen muß, oder wenn sie in der Lage ist, dem Vertreter der Curie wenigstens die Mittel zu einer richtigen Anschauung der Verhältnisse zu bieten."

Man schreibt der „Breslauer Ztg." aus Berlin: „Unsere protestantischen Pietisten stimmen ein Lamentabile darüber an, daß die Ernennung eines päpstlichen Vertreters am hiesigen Hofe doch im Werke sei und sie lassen bereits Pech und Schwefel auf das sündige Berlin herabregnen. Sie sagen, daß die Schwarzen bereits hier eingekehrt sind, ihre Konventikel im Geheimen abhalten und vornehmlich an dem Uebertritt der sündigen Töchter Evas in den Schoß der katholischen Kirche arbeiten. In vergangener Woche sollen nicht weniger als 12 Frauen und Jungfrauen sich „bekehrt" haben. Sei dann des Papstes Stellvertreter in unsern Mauern, so wird das Werk rücksichtslos betrieben werden und wir sinken immer tiefer und tiefer u. s. w. In Regierungskreisen theilt man nicht diese Furcht der Frommen, sondern hält die allfällige Errichtung einer Nuntiatur für eine politische Maßregel mit nationaler Tragweite."

— [Prinz Napoleon.] Die „Frkf. Ztg." schreibt: „Was den Besuch des französischen Prinzen in Berlin betrifft, so muß die Meldung von seiner direkten Rückkehr nach Paris in der Annahme, daß er eine politische Mission gehabt habe, bestärken. Das Gerücht legte ihm die Absicht unter, von Berlin aus nach Posen, nach Wien, nach den süddeutschen Höfen und wer weiß wohin sonst noch sich zu begeben. Nun ändert er in Berlin plötzlich seinen Plan, um nach Paris zurückzukehren. Was liegt da näher als der (von uns schon vorgestern geäußerte) Gedanke, daß er keine Zeit verstreichen lassen will, um seinem kaiserlichen Vetter Bericht zu erstatten? Und wenn er Bericht erstattet, so muß er ja auch wohl einen Auftrag gehabt haben. Welchen Inhalts aber diese Mission gewesen, wird sich heute so schwer errathen lassen, als vor acht Tagen. Warten wir daher geduldig ab, bis durch die Andeutungen der Offiziösen allmälig ein paar Tropfen Wahrheit hindurchträufeln. In Wien wird man eben so sorgsam auf das lauern, was der „rothe" Prinz in Berlin zu thun und zu sagen hatte, wie man seiner Zeit von Berlin aus die Salzburger Zusammenkunft überwachte. Und von nichts Anderem gilt heutzutage mehr das „die Sonne bringt es an den Tag," als von den geheimsten und heimlichsten diplomatischen Verhandlungen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Der Finanzplan] des Ministers Dr. Brestl beschäftigt die öffentliche Meinung, die Tagespresse und die Börsenwelt fast ausschließlich. Der Minister verlangt, wie man früher glaubte, zwei, wie jetzt verlautet, drei Jahre Zeit, um seinen Finanzplan durchzuführen, welcher wesentlich in einer totalen Umgestaltung

---

Die Gugelmänner.

München. So oft ein Mitglied des k. Hauses zu den Theatinern getragen wird, schreibt das vom Oberstceremonienmeisterstabe für die Leichenfeier ausgegebene Programm vor, daß hinter dem Erzbischofe und vor dem Leichenwagen „vierundzwanzig Männer in der Gugel mit dem königlichen Wappen und doppelt brennenden weißen Kerzen" gehen.

Man fragt sich vielfach über diese Sitte. Die Gugel über den Kopf trugen bereits die alten Römer. An der Paenula, welche als Schutzkleid ein mit dem Kopfloche versehener Mantel und auf beiden Seiten für die Bewegung der Arme etwas aufgeschlitzt war, war zum Schutze für den Kopf eine Gugel angebracht. Von den ägyptischen Mönchen, welche sie getrennt als ein über Kopf und Schultern reichendes Tuch trugen, gieng die Gugel in die Kapuze an unsere Mönchsorden über, und machte in der Tracht derselben die verschiedensten Formen durch. Bereits Karl der Große schreibt vor, daß Niemand eine Gugel trage, denn er sei ein Münch oder es sei kalt. Bereits im Parzival kommt die Gugel als ein Stück Thorenkleidung vor. Auch den späteren Hofnarren verblieb diese Kopfbedeckung, welche sie mit Zacken versehen und von rothem Tuche von der Stirne bis über den Nacken trugen. Im 15. Jahrhundert schmückten diese Leute die Gugel noch mit Eselsohren oder einem Hahnenkamme. Deßhalb vergleicht Erasmus auch die Kapuze der Franziskaner mit dieser Narrentracht und sucht weitere Aehnlichkeiten zwischen beiden abzuleiten. Der Franziskaner Konrad aber bekennt hierauf, daß diese Kleidung früher die armen Leute getragen hätten, von welchen sie die Franziskaner als gemein und ungelehrt entlehnt hätten. Die Franziskaner wären in der That die Narren der Welt. Es hätten sich Leute eine Ehr und ein Verdienst daraus gemacht, sich Gottes und Christi Narren zu nennen. So erzählt Flögel in seiner Geschichte der Hofnarren.

Im 14. Jahrhundert war die Gugel eine Tracht der Frauen. Sie waren verschnitten und gezadelt und reichten wie Berge über das Haupt hervor. Luther übersetzt triaras versicolores mit „bunten Kogeln" und macht die Randglosse: „Kogel ist seruch und ist eine Kogel, wie sie vor Zeiten die Magistri und Studenten trugen, da viel unnützes Tuch am Kopfe herunterhing." Später blieb die Gugel nur noch bei Prozessionen und Buß- und Bittgängen im Gebrauch. In Konstanz begleiteten Gugelmänner die Leichenzüge mit schwarzen Pechfackeln. Westenrieder erwähnt, wie hinter der Leiche eines Gutsherrn in Gugel und Trauermantel der Amtsverwalter ging mit sechs Nachklägern, die alle laut den Rosenkranz beteten. In gleicher Weise war diese Sitte bei den Charfreitagsprozessionen. Als Trauerkleid kommt die Gugel auch in Augsburg vor. Matthäus und Veit Konrad Schwarz daselbst ließen sich in verschiedenen Lebensumständen in einem Buche abmalen. Am 28. Nov. 1519 starb deren Vater und sie trauerten um ihn bis Ende Juni in vier verschiedenen Abstufungen. In der ersten Zeit trugen sie Mantel und Gugel, welche das ganze Gesicht bedeckte; und kein Kleidungsstück durfte von Seide sein. Die Gugel hing hinten lang über den Rock hinab und der Trauermantel reichte bis an die Knöchel. In der zweiten Periode war der Mantel kürzer und Augen und Nase ragten bereits hervor. Zuletzt wurde der Mantel so kurz, daß die Degenspitze hervorragte. Am Ende der Trauerzeit trugen sie zu der schwarzen Kleidung statt der Gugel einen Hut. Der dazu verwendete Stoff war aus Wolle und die Gugler mußten in Augsburg und Ulm eine eigene Abgabe in die Zunftkasse bezahlen. Westenrieder erwähnt über die Sitten bei den Leichenbegängnissen: „Wer eine Wappe führt, dem hängt man sie um den Sarg und seine Hauptkläger gehen in Gugl, das ist in einem langen schwarzen Mantel und solche Kapuze über den Kopf. Auch tragen solche Kläger ihr Kleid von geriebenem Tuch."

Mit der Mediatisirung kleinerer Fürsten und anderer reichsunmittelbarer Herren kam diese Sitte ab und hat sich nur noch am bayerischen und österreichischen Hofe erhalten. In der Gugel zu gehen und die hohe Leiche in die Gruft hinabzutragen war in München ein Vorrecht der Treden- (Droguen-) Bader. (A. P.)

des Steuersystems besteht. Innerhalb dieser drei Jahre will er ohne neue Anlehen und ohne direkte Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld auslangen; da aber der Voranschlag für 1868 mit einem Defizit von 50 Millionen abschließt und ein gleiches Defizit auch in den Budgets für 1869 und 1870 zu erwarten ist, so muß er schon für diese dreijährige Frist neue Steuern auflegen. Das Provisorium (das ist die Reihe von Maßregeln, durch welche er das Defizit der drei nächsten Jahre decken will) ist zunächst der Gegenstand seines jetzt dem Ministerrathe vorliegenden Finanzplanes. Hr. Dr. Brestl beantragt demnach, die bereits bestehende 7prozentige Couponsteuer auf Staatspapiere um 10 pCt. zu erhöhen und auch auf die bisher von dieser Steuer befreit gewesenen Staatsschuldverschreibungen auszudehnen. Schon besteuerte würden also künftig 17, noch nicht besteuerte künftig 10 pCt. Couponsteuer zu zahlen haben. Geringe Ausnahmen würden für einige Effekten, so für die Domainenpfandbriefe, Platz greifen. Die Erhöhung der Couponsteuer soll 12 Millionen jährlich abwerfen. Gleichzeitig soll eine Kapitalsteuer eingeführt werden. Sie trifft alles Vermögen, das nicht in Staatspapieren angelegt ist, und hat ein verschiedenes Ausmaß, je nachdem sie auf Hausbesitz, liegende Gründe oder bewegliches Kapital, also Privatforderungen, Hypotheken, Aktien und andere Industriepapiere, fällt. Ueber die Ziffer, auf welche sie bemessen sein soll, gehen die Angaben so sehr aus einander, daß es besser sein dürfte, diesen Punkt vor der Hand zu übergehen; doch glaubt man, der Minister rechne darauf, daß die Kapitalsteuer mindestens 28 bis 30 Millionen Gulden jährlich abwerfen werde. Es wären also jährlich noch etwa 10 Millionen Gulden zu bedecken, die Hr. Dr. Brestl auf anderen Wegen, nämlich theils durch Verkäufe von Staatsdomainen, theils durch die Konvertirung der Staatsschuld in Rentenschuld, wonach die Kapitals-Amortisirung wegfiele, aufbringen will. Das scheint, nach der „Kreuzztg.“, der beiläufige Inhalt des Provisoriums zu sein; Kapitalsteuer und Erhöhung der Couponsteuer wäre demnach nur für drei Jahre beantragt. Indessen fehlt es nicht an Stimmen, welche behaupten, daß sowohl jene Steuer als diese Erhöhung auch in die definitive Kombinatmation einbezo en sei, also eine und die andere bleibend werden würde. Genauere Mittheilungen sind abzuwarten.

— [Eine Regimentsgeschichte.] Der „Südd. Presse“ schreibt man aus Wien: „Eine unscheinbare Notiz unseres jüngst erschienenen Armee-Verordnungsblattes, welche vom großen Publikum wenig beachtet wurde, hat eine eigenthümliche und interessante Koulissengeschichte. Es hieß im amtlichen Blatte kurz, daß Fürst Windischgrätz, der Oberst des den Namen seines Vaters tragenden 13. Dragonerregiments, zu einem anderen Regimente nach Salzburg versetzt worden sei; die Veranlassung zu dieser Versetzung gab ein hier vielbesprochener Erlaß des Generalkommandos über den Umgang der Wiener Offiziere mit stadtbekannten Demimondeheldinnen. Der Erlaß war sehr scharf gegen die militärischen Verehrer der „leichten Personen“ pointirt, und detaillirte seinen Gegenstand in so nackter undelikater Weise, daß er allerdings dem Offizierkorps, an dessen Adresse er gerichtet war, nicht zur Ehre gereichte. Fürst Windischgrätz als Oberst des 13. Dragonerregiments weigerte sich, diesen Erlaß des Generalkommandos seinem Offizierkorps zu publiziren. Auf diese Weigerung erfolgte als Antwort seine Versetzung zu einem andern gegenwärtig in Salzburg garnisonirenden Dragonerregimente. Der Fürst aber fühlte sich dadurch, daß er nicht mehr in dem den Namen seines Vaters tragenden Regimente dienen sollte, so verletzt, daß er sogleich seine Quittirung überreichte. Die Angelegenheit, die hier in hohen Kreisen viel von sich zu reden gibt, liegt gegenwärtig dem Kaiser zur Entscheidung vor.“

Ausland.

Schweiz. [Verbot der Lehrschwestern.] Der „Allgemeinen Zeitung“ schreibt man aus Bern vom 8. ds.: Der große Rath des Kantons Bern hat nach zweitägiger Debatte das regierungsräthliche Dekret, welches die Ertheilung von Unterricht durch die sogenannten Lehrschwestern und durch andere religiösen Orden angehörende Lehrer verbietet, mit 134 gegen 50 Stimmen unter Namensaufruf aufrecht erhalten. Die Berichterstatter der Minderheit X. Kohler und Manuel, welche das regierungsräthliche Dekret, betreffend die Ertheilung von Unterricht durch die Lehrschwestern als verfassungswidrig und als eine Verletzung der Kultusfreiheit bezeichneten, verstiegen sich selbst bis zu Drohungen. Ein Konflikt wie der von 1836 sei unvermeidlich. Die Lehrschwestern stünden dem Jura noch höher als die Eisenbahnen. Letztere wolle man ihm nicht gewähren, und jetzt entreiße man ihm die ersteren. Auf solche Weise müsse der Jura dem Kanton Bern entfremdet werden. Im gleichen Sinn sprachen die Jurassier Moschard und Folletête. Moschard bemerkte gegen die Philosophie des 18. Jahrhunderts, die Encyklopädie, die Revolution, den Radikalismus, die Freimaurerei, den Friedenskongreß und die Presse, ein bellum omnium contra omnia, die Verfolgung jedes Gedankens und jedes Glaubensbekenntnisses sei im Anzuge, während Folletête sich zum Vertheidiger der Klöster und Mönche, namentlich aber der Ursulinerinnen aufwarf. Bern sei dem Jura, was Rußland Polen. Die Regierungsräthe Kummer und Jolissaint vertheidigten das Dekret. Die Lehrschwestern unterrichteten obligatorisch nach dem Syllabus, welcher Haß, Verachtung und Verdammung der Nichtkatholiken predigt, daher ihnen der Unterricht der Jugend in einem Staate gemischter Konfession nicht gestattet werden dürfe. Durch ihren Widerstand gegen jede gesetzliche Organisation in den Schulen hätten die Lehrschwestern übrigens das Dekret selbst provocirt. Carlin, ein freisinniger Jurassier, wandte sich namentlich gegen Moschard. Es gehört heute Muth dazu, Fuß an Fuß gegen einen Klerus ohne Herz zu kämpfen. Man vergleiche Bern mit Rußland, den Jura mit Polen. Ist es nicht Bern, welches in den Gemeinden des Jura Kirchen erbaut und die Besoldungen seiner Geistlichen erhöht? „Katholische Jurassier,“ rief der Redner am Schlusse seines Votums aus, „ihr verlangt die Freiheit gegen Bern! Welche Freiheit laßt ihr dem freien Denker in eurem Lande?“ Das Dekret schreitet fort auf der Bahn der Bildung und Freiheit, daher hat es auch den Beifall aller Freisinnigen im Lande.

Frankreich. Paris, 8. März. [Zum Bestechungs-Skandal.] Die viel besprochene Nummer des „Pays“, an deren Erscheinen das Interesse von ganz Paris hing, ist gestern ausgegeben worden und enthält auf der ersten Seite in der That 21, angeblich aus dem berühmten 6. Packet der hinterlassenen La Varenne'schen Papiere herrührende, an La Varenne gerichtete Briefe. Sie beziehen sich sämmtlich auf Italien und die meisten Schreiben rühren von Ratazzi und Crispi, einige von Nigra her. Aus dem Gesammtinhalt lassen sich allerdings zwei Wahrnehmungen nicht wegläugnen, daß nämlich, erstlich zwischen dem italienischen Gouvernement und einem Theil der Pariser Presse ein Einverständniß geherrscht habe und daß ferner Geld und Dekorationen aus Florenz hierher übersandt worden sind.

Am meisten kompromittirt erscheint „Siècle“, unser italienischer „Moniteur“, wie er nun genannt wird und „Opinion nationale“, welche beide wiederholt in den Schreiben namentlich aufgeführt werden.

Unter dem 1. August 1860 schickt unter Anderem Crispi 2000 Frcs. Abonnementgelder für die „Opinion nationale“ und unter dem 23. Juli 1860 schließt er einen Brief an La Varenne mit folgenden Worten:

„Wir haben nun für uns den „Siècle“, die „Opinion nationale“, die „Debats“, die „Liberté“, den „Avenir national“ und die „Revue des deux Mondes“. — Diese Stelle ist deßhalb auffallend, da 1860 die „Liberté“ noch nicht existirte.

Es scheint nun noch dringend der Aufklärung nöthig, wie es gekommen ist, daß diese Briefe der Ehrenjury in der Kerveguen'schen Affaire nicht vorgelegen haben. Uebrigens sind die italienischen Piecen sämmtlich von Herrn Kerveguen übersetzt. In der Einleitung zu der Veröffentlichung des „Pays“ wird auf eine Erklärung des italienischen Finanzministers Peruzzi vom 9. Mai 1864 Bezug genommen, wonach der Minister, über die Verwendung der geheimen Fonds interpellirt, erklärte, daß sie im Wesentlichen zur Aufklärung der öffentlichen Meinung im Auslande dienten. La Varenne war bekanntlich italienischer Agent für derlei Angelegenheiten und ich erinnere mich sehr wohl, daß noch bei seinen Lebzeiten nicht zum Besten von ihm gesprochen wurde. Ein Her. Corbon entwirft heute in einem, an die „Opinion nationale“ gerichteten Schreiben eine kurze Skizze von La Varenne, welche diesen allerdings noch schlechter erscheinen läßt, als man ihn allgemein hielt. Unter Anderem wird ihm darin der Vorwurf gemacht, am 24. Februar 1848 im Hotel de Ville plündernd und prassend mit anderen Spießgesellen nächtliche Orgien gefeiert zu haben. Später schrieb La Varenne seine Mysterien des Hotel de Ville.

— [Ueber die Reise des Prinzen Napoleon] ergeht sich der „Monde“ in gelindem Spott: „Er promenirt in Deutschland, und wir hören jeden Tag, was er spricht, thut und denkt. Ob wohl die Reise eine sentimentale ist, wie die Sterne's, oder eine politische? Man scheint sich dahin zu einigen, daß der Prinz als freiwilliger Diplomat reist und auf eigene Rechnung die deutschen Höfe sondiren will. Er setzt ihnen seine Politik auseinander, Preußen, Oesterreich, Italien und Frankreich gegen Rußland zu einigen. Glückt es ihm, so hat er allen Ruhm davon, scheitert er, so braucht man ihn nicht einmal zu desavouiren, da er keine offizielle Mission hat.“

— [Le Vengeur.] Ueber das gestern erwähnte Spektakelstück, welches bei der Aufführung zu Paris zur Befürchtung von

Demonstrationen Anlaß gab, diene auf Verlangen einiger Leser Folgendes zu näherer Erklärung. Der „Vengeur" ist das Schiff, welches bei Brest in dem Kampfe, in welchem die junge republikanische Marine Frankreichs von der alten englischen die Feuertaufe empfing (13. Prairial des Jahres II), einen heroischen Untergang fand. Die Censur hatte sich gegen die Aufführung dieses Stückes gesträubt, und es bedurfte einer ausdrücklichen Ermächtigung des Kaisers, daß in dem Schlußtableau der historische Ruf: „Vive la République" erschallen durfte. Die Verfasser Herren Brisebarre und Blum erkauften übrigens die für sie sehr werthvolle Erlaubniß, jenen Ruf in ihr Stück einschmuggeln zu dürfen, mit einer ganzen Reihe reaktionärer Phrasen, Anachronismen und Abgeschmacktheiten. So wurde im Jahre des Schreckens 1794 auf dem Pont Neuf ein Ballet getanzt, welches, wie man sich denken kann, nichts weniger als die Carmagnole, sondern ein ganz banaler Operntanz war. Diese Verunglimpfung eines denkwürdigen vaterländischen Ereignisses erregte den nicht minder stürmischen Unwillen des Publikums und dürfte dem Stücke trotz des republikanischen Schlußtrumpfes den Hals brechen.

Großbritannien. [Aus Abyssinien.] Ein Londoner Journal schreibt: „Ungefähr $1\frac{1}{2}$ Meilen von Zulla, dem Landungsplatze der britischen Expedition in Abyssinien, ist vor Kurzem ein anscheinend unerschöpflicher Wasserbrunnen gebohrt worden. Es war die höchste Zeit; der Wein, den ein französischer Schooner in der Bay von Annesley verkaufte, wurde viel billiger als Wasser erachtet."

Italien. [Eine hohe Civilehe.] Es ist dem Principe Doria im Vatikan sehr übel genommen, daß er seiner Tochter Guendelina gestattete, mit dem Grafen della Somaglia in Mailand eine Civilehe zu schließen. Die Vermählten kommen allerdings zur kirchlichen Einsegnung jetzt hieher, allein der Papst bemerkte, der Civilakt in Mailand sei überflüssig und ein böses Beispiel gewesen, weil ja jede im Auslande gesetzlich geschlossene Ehe auch im Königreich Italien ihre Gültigkeit behalte. Warum sei also die Kopulation nicht in der Hauskapelle der Doria zu Rom erfolgt? Die verstorbene Mutter der Donna Guendelina war eine Tochter Lord Shrewsbury's. Außer den Eminenzen d'Andrea und de Luca war kein Kardinal der Einladung zur Hochzeit gefolgt, sonst viel Adel, nur jener nicht, dessen Söhne als Zuaven oder in einem andern Korps dienen, weil sie der Principe Doria bei der Einladung hatte ersuchen lassen, in Civilkleidern zu erscheinen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Erzherzog Heinrich.] Was von allerlei Untersuchungen und eventuellen weiteren Folgen der gegen den Willen des Chefs der Familie vollzogenen Heirath des Erzherzogs Heinrich verlautet, wird als vollständig aus der Luft gegriffen bezeichnet. Der Erzherzog befindet sich in vollster Ungnade, und er hat nicht blos auf seine militärischen Aemter und Würden verzichtet, sondern es ist ihm auch der Rang eines Erzherzogs genommen, und er ist jetzt einfach ein „Graf Weideck", aber die Giltigkeit seiner Ehe, um nicht die unerquicklichsten Kontroversen anzuregen, ist nicht angefochten und wird nicht angefochten werden.

— [Wieder ein Familiendrama.] Vor einigen Tagen stürzte sich ein Wiener Beamter mit seiner Tochter unweit Korneuburg in die Donau. Der Vermißte war der Rechnungsführer im k. k. Josefinum, Oberenzer. Ob seine Tochter Bertha, ein achtjähriges Mädchen, das er unendlich liebte, freiwillig mit ihm in den Tod gegangen, oder ob sie vom Vater in mörderischer Absicht mit in die Wellen gezogen wurde, ist bis jetzt noch unaufgeklärt. Das Motiv von Oberenzer's Selbstmord liegt jedenfalls in zerrütteten Vermögensverhältnissen, denn obwohl derselbe eine rasche Carriere machte, eine gute Anstellung hatte, und bei seiner Verheirathung eine Mitgift von 15,000 Gulden bekam, versank er doch in Schulden, da, wie es heißt, der Dämon des Börsenspiels ihn erfaßte. Seine Tochter liebte er fast abgöttisch. Deßhalb vermuthet man auch, daß er sein Kind mit ins Jenseits genommen habe, um demselben eine traurige Zukunft zu ersparen. Die kleine Bertha — ein frisches, aufgewecktes Kind, ließ von der entsetzlichen Katastrophe nichts ahnen. Am Tage vor der Abreise nach Korneuburg verabschiedete sie sich von ihren Genossinen in der Schule in der herzlichsten Weise, indem sie den Kindern erzählte, sie werde mit ihrem Vater spazierenfahren und ihnen, wenn sie zurückgekehrt sein werde, mittheilen, was sie Schönes gesehen und wie sie sich unterhalten habe. Die unglückliche Gattin O's. ist über den doppelten Verlust, der sie betroffen, dem Wahnsinne nahe.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$69\frac{1}{8}$ P. $68\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$66\frac{4}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55\frac{3}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{8}$ P. $92\frac{7}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{8}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{7}{8}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	76 G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	75—$\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	726 P. 24 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192—$\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$331\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$109\frac{7}{8}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259—$59\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P. 119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{3}{8}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$53\frac{1}{8}$ P. $52\frac{7}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	$43\frac{1}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	120 [illegible] G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{8}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$97\frac{7}{8}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{3}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{8}$—$\frac{1}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$146\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{1}{8}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$134\frac{3}{4}$ P. 134 G.
" do. v. 1864	$87\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$98\frac{1}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$143\frac{1}{2}$ P.
" fl. 25 do.	$38\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 11. März. Der Artikel der „Neuen freien Presse," wodurch sich immer mehr bestätigt, daß die österreichische Regierung ernstlich beabsichtigt, auf alle Effekten Steuer zu legen, übte in Wien und hier einen ungünstigen Eindruck aus und waren besonders Staatseffekten niederer als gestern Abend in der Effektensocietät, während sich Creditaktien und Staatsbahnaktien fest hielten. Die günstigere New-Yorker Goldnotirung war nicht im Stande, amerikanische Bonds aus der flauen Haltung zu bringen, welche sie seit einigen Tagen eingenommen haben, dieselben verkehrten etwas unter gestrigem Course. 6 pCt. Pacific-Bonds $67\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ bezahlt. Süddeutsche Effekten unverändert, ebenso auch Wechsel. Amerikanische Coupons per 1. Mai 2. $24\frac{3}{4}$ G. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 73.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 13. März 1868.

Aus dem Rechenschaftsberichte der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank.

Das Direktorium der bayerischen Hypotheken- und Wechselbank äußert sich in dem Rechenschaftsberichte über die Verwaltung des Jahres 1867 folgendermaßen:

Während sich in den politischen und volkswirthschaftlichen Zuständen Deutschlands im Laufe des Jahres 1867 Veränderungen von der größten Tragweite vollzogen oder anbahnten, hat das materielle Güterleben aus Mangel an Vertrauen an ununterbrochener Stagnation gekränkelt Uebergroße Kassabestände bei den Banken und ein äußerst geringer Diskonto, die gewöhnlichen Symptome tiefgreifender Störungen in den wirthschaftlichen Verhältnissen des Landes, müssen selbstverständlich die Thätigkeit und Rentabilität eines Geld-Institutes wesentlich beeinträchtigen, wie dies auch im vergangenen Jahre bei unserer Anstalt der Fall war. Am meisten hat sich diese Stagnation bemerklich gemacht bei der zu andern Zeiten lebhaft verkehrenden Filiale zu Augsburg, deren sonstige Kundschaft, insbesondere die größeren industriellen Etablissements dortselbst bei der andauernden Geldabundanz sich zu einer Art Konkurrenz beim Diskontegeschäft umgewandelt hatte. Weniger beeinträchtigt war das Geschäft bei der Filiale in Kempten, ein Beweis dafür, daß die produktive Thätigkeit und der Handel des schwäbischen Oberlandes auf durchaus naturwüchsigen Grundlagen beruhen und gegen störende Einwirkungen weniger empfindlich sind. Während der Kassaverkehr bei der Filiale in Kempten ziemlich unverändert blieb und auch bei der Filiale in Lindau keine großen Schwankungen erlitt, ist derselbe bei der Hauptbank in München um 30 pCt. und bei der Filiale in Augsburg sogar um 40 pCt. hinter dem der Vorjahre zurückgeblieben. Ungeachtet die Abschlußsumme unserer Bilanz von 83 Millionen im Jahre 1866 auf 88½ Millionen im Jahre 1867 gestiegen ist, hat das Gesammterträgniß einer Aktie doch nur 39 fl. gegen 41 fl. des Vorjahres erreicht, sohin ein Minus von 2 fl. per Aktie ergeben. Nur die Hypothekenabtheilung hat eine Steigerung gegen das Vorjahr aufzuweisen in Folge der Ausdehnung des Pfandbriefsgeschäftes, das um 66,631 fl. mehr als im Vorjahre ertragen hat, das aber seinen Gewinn nur zur Hälfte dem Dividenden-Conto zubringt, während die andere Hälfte bekanntlich zur Ansammlung eines Reservefondes zu verwenden ist.

Alle übrigen Geschäftsabtheilungen sind in ihren Erträgnissen im besten Falle gleich geblieben; viele davon haben einen namhaften Rückgang erlitten, wie beispielsweise das Eskomptegeschäft bei der Hauptbank allein ein Minus von 30,000 fl., das Leihgeschäft daselbst ein Minus von 20,000 fl., das Feuerversicherungsgeschäft ein Minus von 11,000 fl., die Filialgeschäfte zusammen einen Minderertrag von 24,000 fl. ersehen lassen. Der Hauptentgang an den Bankerträgnissen ist daher auf den geringen Diskonto zurückzuführen. Derselbe hat während des ganzen abgelaufenen Verwaltungsjahres nicht mehr als 4 pCt. für Wechsel und 4½ pCt. für Lombardgeschäfte betragen.

Als Hypothekenbank hat unsere Anstalt eine Ausdehnung erreicht, in der sie von keinem ähnlichen Institute in irgend einem anderen Lande übertroffen wird. Leider hat der Realitätenbesitz noch fortwährend zu kämpfen mit den Schwierigkeiten, die sich schon im Vorjahre zeigten und die eine wesentliche und ausgiebige Aenderung zum Bessern noch immer nicht erkennen lassen. Das Hypothekengeschäft hat dadurch einen erhöhten Grad von Gefährlichkeit angenommen. Die Komplikationsfälle desselben sind bei dem Stande unseres Geschäftes mit mehr als 60 Millionen Gulden Kapital und 20,000 Schuldner sehr zahlreich geworden. Wir können aber gleichwohl als ein besonders erfreuliches Moment des diesjährigen Geschäftsberichtes die Thatsache konstatiren, daß wir zwar eine größere Anzahl von Hypotheken-Objekten in Folge von Ganten und Exekutionen selbst übernehmen mußten, daß wir aber mehr als die Hälfte hievon bereits wieder veräußert und bisher als Gesamtresultat weder an Kapital noch an Zinsen einen Verlust auf die veräußerten Objekte erlitten haben. Denjenigen Theil dieser Realitäten, die noch unser Eigenthum sind, besitzen wir zu solchen Preisen, daß der seinerzeitige Verkauf mit einem genügenden durchschnittlichen Erlös ohne Schädigung der Bank zu bewerkstelligen sein dürfte. Genaueres hierüber ist in dem Administrationsberichte für die Hypothekenabtheilung enthalten. Man darf also gewiß annehmen, daß die Ursachen der über den Realitätenbesitz hereingebrochenen Krise weniger in nachtheiligen Veränderungen der allgemeinen Konjunkturen der Produktions- und Absatzverhältnisse, als vielmehr in dem Umstande zu suchen seien, daß sich in dem Güterverkehr zu viel Schwindel eingeschmuggelt hatte, der die Preise künstlich und voreilig auf Summen hinaustrieb, die mit der

Trauerrede von Stiftspropst Dr. Döllinger,

(gehalten in der Basilika zu München, 10. März 1868.*)

Jener König Josias, um den das ganze Volk über Jahrhunderte hinaus trauerte, war inmitten einer glorreichen Regierung durch den Tod auf dem Schlachtfelde seiner Nation entrissen worden. Auch wir Bayern, in dem Gefühle, daß unser König Ludwig der Josias Bayerns gewesen sei, werden zwar nicht fort und fort über ihn wehklagen; aber noch Jahrhunderte werden wir mit dem Gefühle des Stolzes, daß wir einst diesen König besaßen, und dankbar seiner gedenken. Ich sage: Wir werden nicht fort und fort über ihn wehklagen, wenn auch jetzt Trauer im ganzen Lande herrscht, wenn auch das Gefühl des Schmerzes über den unersetzlichen Verlust uns alle bewältigt. Aber da ist kein Stoff zu stetem Wehklagen, wenn ein Monarch nach einer reich ausgefüllten, über die Grenzen einer gewöhnlichen Lebensdauer hinaus gnädig verlängerten Laufbahn zur ewigen Ruhe eingeht, um denjenigen von Angesicht zu schauen, an den er in diesem Dasein geglaubt, dem er in diesem Leben gedient hat. Fühlen wir es doch als ein besonderes Glück, daß gerade diesem Könige eine so lange Laufbahn, ein so hohes Alter zu Theil geworden ist. Keiner seiner pfälzischen Vorfahren ist ihm hierin auch nur nahe gekommen. — Wir wissen nun, warum es ihm gegeben worden ist. — Wunderbar sind die Wege der Vorsehung, wie sich uns bei Betrachtung der Jugendgeschichte dieses unseres Königs aufdrängt; denn es schien ihm der Weg vorgezeichnet und alles darauf angelegt, daß er, auf französ. Boden geboren, der Sohn eines in französischen Diensten stehenden Obersten, der gleichen Laufbahn folgen sollte. Es schien ihm beschieden zu sein, eben auch einst ein General oder Marschall im Dienste jenes fremden Volkes zu werden. Das war aber nicht der Wille der Vorsehung. Das Schicksal, das er selber an jenem Moriz von Sachsen beklagt, von dem er sagt: „Traurig, daß ein deutscher Held seine Lorbeerkränze aus dem Sieg gegen Deutschlands Sache wand," dies Schicksal war ihm nicht bestimmt. Niemand ahnte damals, Niemand konnte es ahnen, daß dieser Knabe einst König eines ansehnlichen Reiches werden sollte. — Was mußte Alles geschehen, welche Kette von außerordentlichen Ereignissen, wie sie in 22 Jahren vor den Augen des erstaunten Europa sich entrollten, mußte über Deutschland hingehen, bis endlich jener Thron errichtet wurde, den dann sein Vater und er nach ihm 22 Jahre einnahm. Freilich, um hohen, um schmerzlichen Preis mußte dieses Königthum erkauft werden; und die schwersten Opfer, die peinlichsten Entsagungen waren gerade dem Prinzen auferlegt. Er war genöthigt, die Waffen zu führen im Dienste des damaligen Zwingherrn Deutschlands; er mußte selbst mit Hand anlegen, um jenes Werk unserer Schmach, den Rheinbund aufzurichten, welcher Deutschland in zwei feindliche Hälften zerriß, welcher ein westliches Antideutschland dem östlichen Deutschland drohend gegenüber stellte und dies dadurch nöthigte, an die nordische Großmacht sich anzulehnen. Doch wenn unser König — und das ist ein Lichtpunkt in diesem düstern Nachtstücke — durch diese Schule des Leidens, der Kränkung, des steten Ringens zwischen tief gefühltem Widerwillen und äußerer Nöthigung hindurchgeführt werden mußte, so reifte er auch in dieser Schule der Leiden zum echt deutschen Mann und

*) Die Eingangsworte der Rede wurden von dem Herrn Referenten der „Augsb. Postzeitung", der wir Obiges entnehmen, nicht genau verstanden.

erreichbaren Bodenrente in keinem Einklange mehr stunden. Erzeugt wurde diese Krise durch eine übel berathene Spekulation, gesteigert wurde sie durch eine ebenso übel angewendete Aengstlichkeit vieler Kapitalisten, welche bei dem eingetretenen Sinken der Güterwerthe zahlreiche Kapitalskündigungen vornahmen und hierin einen Akt der Vorsicht zu begehen meinten, während sie sich in der That nur selbst schädigten, in den meisten Subhastationsfällen ihre Kapitalien gänzlich verloren und die Krise zu einer Art Landeskalamität potenzirten.

Wie in allen Fällen ähnlicher Art, wird auch hier die Heilung des Uebels aus der Sache selbst erwachsen und ist der Anfang hiezu auch schon gemacht; das Urtheil über die wirklichen Güterwerthe ist nüchtern und objektiv geworden, die vielen Subhastationen haben neue Besitzer auf die Anwesen gebracht, die ihr Eigenthum um Preise erwarben, für welche sie die Kapitalsrente und den Unternehmergewinn aufbringen können und, was die Hauptsache ist, auch die Kapitalisten haben die Ueberzeugung gewonnen, daß ein berechnetes Zuwarten besser sei, als ein unzeitiges Drängen des Schuldners, der ein gekündetes Kapital mit zweifelhafter Sicherheit unter den jetzigen Umständen schwer aufbringt, aber in den meisten Fällen sich redlich anstrengt, wenigstens die Zinsen richtig zu bezahlen. Da auch andere Maßregeln jüngsten Datums dem Realitätenbesitz und speziell der Landwirthschaft gut zu Statten kommen werden, insbesondere endlich einmal der veraltete Trödel der sogenannten Wuchergesetze abgeworfen und der Kapitalsbewegung für den Realkredit freier Spielraum gewährt, da ferner durch Abschaffung des Salzmonopols die wohlfeilere Beschaffung eines wesentlichen Attributes der Landwirthschaft ermöglicht wurde, der bevorstehende Ausbau des bayerischen Eisenbahnnetzes nicht ohne günstige Rückwirkung auf Bodenrente und Kapitalwerth bleiben kann, und für Bildung und soziale Existenz der ländlichen Bevölkerung durch neue Gesetze eine neue und hoffentlich bessere Grundlage geschafft werden will, so steht mit Grund zu hoffen, daß der Realitätenbesitz bald wieder bessere Zeiten erlebe und das alte Vertrauen auf dieses Fundament allen Eigenthums wiederkehren werde.

Süddeutschland.

Bayern. München, 11. März. [Kriegsveteranen.] Das Finanzministerialblatt Nr. 5 enthält eine Ministerialentschließung vom 9. ds. Mts., welche kundgibt, daß Se. Maj. der König — entsprechend dem Antrage des Landtages — genehmigt hat: daß die bereits bewilligten Unterstützungen der Kriegsveteranen aus der Pensions-Amortisationskasse bis zur gesetzlichen Feststellung als Vorschußzahlung à Conto der im Budgetentwurfe hiefür in Vorschlag gebrachten Deckungsmittel fortentrichtet werden dürfen. In Folge dessen werden die betreffenden Kassen und Aemter ermächtigt und beauftragt die bereits angewiesenen Unterstützungen fernerhin auszuzahlen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. März. [Zur Heirath des Erzherzogs Heinrich] Diese Angelegenheit scheint eine auffallende Tragweite zu bekommen. Der Kaiser, so telegraphirt man dem „Pester Lloyd,“ entzog dem Erzherzog Heinrich die Rechte eines österreichischen Erzherzogs, doch wurde in Ofen die nachträgliche Genehmigung zur Vermählung und die Verzeihung angebahnt.

Der Fürstbischof von Trient, Monf. Riccabona, befindet sich seit dem 7. ds. hier. Man bringt die Anwesenheit des Kirchenfürsten mit der Untersuchung in Verbindung, die gegen jene Personen eingeleitet worden ist, welche die Vermählung des Erzherzogs Heinrich gefördert haben. Herr v. Riccabona soll, wie das „Tagblatt“ erfährt, den bei der Trauung fungirenden Geistlichen angewiesen haben, den Trau-Akt ohne Bewilligung des Kaisers zu vollziehen. Er wird sich deßwegen zunächst vor dem Minister des Innern, Dr. Giskra, zu verantworten haben. (Wie wird sich der „liberale“ Minister dabei benehmen? Nach seinen Grundsätzen kann er doch nicht gegen diese Heirath sein!)

Der „Triest. Ztg.“ wird geschrieben: „Der Vater der jungen Gemahlin des Erzherzogs, Herr Kreisgerichts-Archivar Hoffmann in Krems, ist ein noch rüstiger Siebenziger, der seinem Amte nachdrücklich vorsteht und sich vor einem Jahre zum zweiten Male, und zwar mit einer Grazerin, vermählt hat. Er besitzt außer der jetzigen Gemahlin des Erzherzogs noch zahlreiche Töchter, von welchen zwei so eben auf dem Punkte stehen, Bewerbern aus dem Beamtenstande zum Altare zu folgen. Hr. Hoffmann ist ein Mann von energischem und ehrenfestem Charakter.“

— [Die Situation in Ungarn] ist nicht rosig. Bereits erlassen sowohl die Deak-Partei, als die Führer der gemäßigten Linken Mahnrufe an das Land zur Besonnenheit. Bezeichnend ist es für die Stimmung, daß man selbst in Pesth dieser Tage, als der Kaiser dort weilte, dem vom Schwurgerichte wegen Veröffentlichung Kossuth'scher Agitationsschriften verurtheilten Redakteur und Deputirten Böszermenyi einen Fackelzug bringen wollte, welchen die Polizei verhüten mußte, daß man durch Sammlungen die Geldstrafen Böszermenyi's gleichsam als eine Nationalschuld abtragen will. Ueberall entstehen demokratische Vereine, um gegen die Regierung und die Deakpartei zu wirken und die 1848er Gesetze zu fordern. Gestand doch jüngst klagend Klapka, daß man es heute in Ungarn nicht mehr wagen dürfe, ein Hoch auf Vater Deak auszubringen, ohne ausgepfiffen zu werden! Tisza ruft nun den gemäßigten Linken zu: „Die Opposition müsse sich ordnen und zwar unter Anderm zur Abwehr

---

deutschen König. Umgeben von Ungerechtigkeit, Tyrannei und Willkür lernte er Gerechtigkeit, und unter den Eindrücken einer wechselvollen, grundsatzlosen, nur durch den trügerischen Schimmer augenblicklichen Nutzens geleiteten Politik lernte er Beharrlichkeit. So wurde „Gerecht und Beharrlich“ der durchgeführte Wahlspruch seines Lebens.

Die wahre Gesinnung des Königssohnes ist doch auch damals kein Geheimniß geblieben. Es ist eine der frühesten Erinnerungen meines Knabenalters, daß damals neben dem Namen des Freiherrn v. Stein vor allen andern auch der Name des Kronprinzen von Bayern genannt wurde, dessen männlich deutsche Gesinnung als ein Licht in dichter Finsterniß erschien. Damals wurde uns Knaben von den Vätern als eine tröstliche Thatsache erzählt, daß dieser Prinz es gewagt habe, jenem dämonischen Weltgebieter, vor welchem damals Alles zitternd sich beugte, gegenüber seinen eigenen Willen zu behaupten. Es war in jener Zeit der tiefsten Erniedrigung Deutschlands, im Jahre 1807, als der 21jährige Prinz, der von Jugend an schon deutsche Geschichte studirt hatte, den Gedanken der Walhalla faßte, ein Gedanke in jenem Zeitpunkt, der uns jetzt anmahnt, wie im alten Rom dem aus der Niederlage von Cannae zurückkehrenden Konsul Varro die Senatoren entgegengingen und ihm dankten, daß er nicht am Vaterlande verzweifelt habe. Wohl hat es jener berühmte Geschichtsforscher, an den der junge Prinz sich wegen der Auswahl für seine Walhalla wendete, in einem Briefe ausgesprochen: „es ist eines eigenen Lorbeers würdig,“ schrieb er dem Prinzen, „daß ich (?) diesen Gedanken gefaßt habe, den Deutschen ihre alte nationale Ehre wieder ins Gedächtniß zu rufen.“ Was wollte, was sollte die Walhalla? Er selbst hat es uns, als er König war, gesagt: „Darum habe er sie gebaut, damit die Deutschen deutscher aus ihr herausgetreten und besser als sie hineingetreten waren.“ Es ist das ein kühnes, starkes Wort, das er da gesprochen, und einem Fremden möchte es klingen als Uebermaß nationalen Selbstgefühls. Aber es ziemte dem Herrscher von vier Millionen, seinen Volksgenossen zu sagen, daß jeder von ihnen um so besser sei oder werde, als er die echte Eigenschaft des deutschen Volkes vollkommener in sich entfalte. Erst Deutscher und dann Bayer, das war König Ludwigs Wahlspruch; und er hat es wohl gewußt, daß ein Volk um so höher stehe unter den Nationen und daß der Segen Gottes auf einem Volke ruhe, von dem man mit Wahrheit sagen kann: Dieses Volk lebt mit seinen Vorfahren und für seine Nachkommen. (Schluß folgt.)

Philosophische Schriften von Franz Hoffmann, Professor an der Universität Würzburg.

Erlangen, bei Deichert.

Moriz Carriere, der geistvolle Aesthetiker, läßt sich über das eben bezeichnete Buch in der „A. Z.“ folgendermassen vernehmen: Die hier gesammelten Abhandlungen zeigen Hoffmann als selbstständigen Denker, als vielseitig reichen und edlen Geist. Festreden schildern den Werth und die Bedeutung der Philosophie, die Idee der Universitäten, die Bedeutung der Fakultäten für die Fortschritte der Wissenschaft, oder sie gelten der Jubelfeier von Schiller's, von Fichte's Geburtstag, und charakterisiren die Werke beider Männer auf der Grundlage ihrer Persönlichkeit, ihrer sittlichen Größe. Zwei Abhandlungen über die Gottesidee des Anaxagoras, Sokrates und Platon bewähren den Verfasser als scharfsinnigen Kenner des griechischen Alterthums; einige andere über den Materialismus als Köhlerglaube, über Menschenseele und Physiologie, über Theismus und Pantheismus stellen sich mitten hinein in den Kampf unserer Tage um die höchsten Güter, um die eigentlichen Lebensfragen.

Wie seltsam, daß so viele Männer, welche gerade für die wissenschaftliche, religiöse und politische Freiheit muthig in die Schranken treten, und für ihre idealen Ueberzeugungen das Opfer sinnlichen Wohlergehens zu bringen bereit sind, theoretisch die Freiheit leugnen,

jener Angriffe, die in ihren schon jetzt zu Tage treienden Resultaten die gesellschaftliche Ordnung gefährden." Ein Aufsehen erregender Artikel in einem Organe der Deakpartei schildert die Lage des Landes in den düstersten Farben, charakterisirt die immer mehr um sich greifenden Agitationen der extremen Parteien ohne jede Schonung oder Beschönigung in ihrer ganzen Gefährlichkeit, und schlägt endlich vor die verschiedenen, innerhalb der Verfassung stehenden Parteien mögen sich vereinigen, um der gemeinsamen Gefahr erfolgreich zu begegnen. Es handle sich hier nicht um das Wohl und Wehe einer Partei, sondern um das Vaterland selbst. Jede Kontroverse möge beseitigt werden, bis der gemeinsame Gegner unschädlich gemacht ist.

Die Agitatoren der äußersten Linken, oder besser gesagt: Kossuths, wandern von Stadt zu Stadt, von Dorf zu Dorf, überall werden die untersten Schichten der Bevölkerung zu sogenannten Volksversammlungen einberufen, und dann wird die alleinseligmachende Lehre von den 1848er Gesetzen in der aufregendsten Weise vorgetragen. An ungarische Bauern läßt sich natürlich nicht mit staatsrechtlichen Argumenten heranrücken, da müssen ganz andere Belege herhalten. Welcher Natur letztere nun sind, kann man aus dem einen Beispiel ersehen, daß Madarasz, ein rabiater Radikaler, in offener Landtagssitzung den Antrag zu stellen gewagt hat, man möge das Volk befragen, ob es die Staatsschulden übernehmen will. So wird systematisch gewühlt, und selbstverständlich muß dann der Boden immer lockerer werden. Besonders mit dem Namen Kossuth's wird vor dem armen, leicht zu bethörenden Bauernvolke geradezu Götzendienst getrieben. Dasselbe erblickt in dem einstigen Agitator noch immer den Befreier, und wird in dieser Auffassung von allen Seiten bestärkt. An diesen Mann knüpft sich die Erinnerung der Befreiung vom „deutschen Joche," was natürlich nichts Anderes zu besagen hat, als vollständige Freiheit, id est: Steuerlosigkeit, Theilung des Besitzes und noch vieles Andere. Die Bestrebungen der äußersten Linken wurden besonders gefährlich, seitdem sich ihnen allenthalben die exzessivsten Nationalitäts-Elemente angeschlossen. Es gewährt einen ganz eigenthümlichen Anblick, die Streiter für Groß-Rumänien, für das Serbenreich der Zukunft, Hand in Hand mit den Paladinen der ungarischen Selbstständigkeit gehen zu sehen. Dies geschieht aber, und die Erscheinung ist von schwerwiegendem Ernste. Kossuth's Porträt wird von serbischen Jünglingen in Temesvar, die in ihre Ball-Einladung das serbische Wappen aufnehmen, unter Absingung der serbischen National-Hymne bekränzt, und die Führer der siebenbürgischen Rumänen stimmen in den Kossuthschwindel ein. Man sieht: es braut sich dort unten an der Donau etwas zusammen!

Ausland.

Großbritannien. [Die „Versammlung der Armen Londons" in der St. James-Halle ist allerdings vor sich gegangen, war aber nichts als ein Spottbild dessen, was man unter einem „öffentlichen Meeting" versteht. In dem weiten Raume fanden sich einige Hundert Leute als die einzigen zusammen, die dem unter der Losung Mangel! Mangel! erlassenen Rufe Folge leisteten, und diese wenigen gehörten zumeist in die edle Zunft der Strolche und Tagdiebe. Auch das weibliche Geschlecht war vertreten. Ein Herr Roberts, seines Standes Kaufmann a. D., eröffnete als Vorsitzender die Versammlung mit einer gewaltigen Strafrede gegen den Freihandel, die Wurzel alles Uebels. Ihm folgte ein Irländer, durch Aussprache und Namen als solcher gekennzeichnet; er donnerte gegen die Laster der Reichen und pries die Tugenden der Armen. Ein biederer Pumpenmacher erhob sich, um den beiden Vorrednern ihren Unsinn nachzuweisen. Ein Schuhflicker zog mit gar dunkeln volkswirthschaftlichen Lehrsätzen, es war nicht recht klar, ob für oder gegen den Grundbesitz zu Felde, und ein Tagelöhner wies auf die Bank von England hin; dort sei, was den Armen fehle. Die mit so vielem Lärm angekündigte Versammlung schloß endlich wie eine richtige Posse; die Mehrzahl lief auseinander und die Uebrigen erklärten den Vorgang für Unsinn.

Italien. [Lage der Conkordatsangelegenheit. Zur Nunziatur in Berlin. Trauergottesdienst für König Ludwig] Aus Rom schreibt man der „K. Z.": Der Papst ist fester als je entschlossen, nirgends nachzugeben, alle Positionen der Kirche zu behaupten. Welche Resultate die Sendung des Barons Baude gehabt, ist noch unbekannt; mit den Verhandlungen in Bezug auf das österreichische Conkordat steht es aber sehr schlimm. Ich kann Ihnen hierüber folgendes Näheres berichten. Der Graf Crivelli hat sich von Beginn an sehr ungeschickt benommen: er hat jedem, der es hören wollte, mitgetheilt, seine Sendung sei sehr schwierig und werde fast sicher scheitern. Bei der ersten Audienz, die er bei dem Papste hatte, erklärte er diesem, Oesterreich verlange eine totale Abänderung des Conkordats. Pius IX. antwortete in seiner gewöhnlichen gutherzigen Weise: „Mein Sohn, die Concordate sind wie die Kleider, sie lassen sich verlängern und verkürzen." Der Graf nahm diese Antwort als Einwilligung des Papstes in alle Abänderungen des Concordats und berichtete in diesem Sinne nach Wien. Hierauf antwortete Herr v. Beust, die neue Gesetzgebung des Kaiserstaates sei die unverrückbare Grundlage für jedes neu abzuschließende Concordat. Diese Behauptung erzürnte den Papst sehr, welcher erklärte, daß gewisse Artikel der gegenwärtigen österreichischen Gesetzgebung den Gesetzen und dem Geiste der Kirche völlig widersprächen und deßhalb von dem heiligen Stuhle nicht angenommen werden könnten. Auf dieses Signal hin begann der Krieg zwischen dem Cabinette und dem

---

die Selbstständigkeit des Geistes verwerfen, und von Grundsätzen ausgehen, welche jede Entscheidung über wahr und falsch, gut und böse unmöglich machen! Dann sind unsere Gedanken die Produkte von mechanischen Bewegungen und chemischen Umsetzungen unseres Gehirns, dann sind sie ein naturnothwendiges Ergebniß blinder Kräfte, dann können sie nichts anderes sein als sie sind, dann ist jedem immer das wahr, was ihm in den Kopf kommt und ist mit Niemandem zu streiten; dann sind ebenso alle Entschlüsse und Handlungen gleich nothwendig durch die Natur bedingt, und wir sind nicht berechtigt, sie jemandem zum Vorwurfe zu machen, so wenig wie wir den Mist tadeln, daß er stinkt, oder die Rose loben, daß sie süß duftet. Aber woher kommen uns die Unterscheidungsnormen von Gut und Bös, woher das Gefühl für Recht und Unrecht, der Trieb nach Wahrheit? Wie kommt der Mechanismus blindwirkender Kräfte dazu, sich selber den Begriff der Freiheit, das Bewußtsein der Selbstbestimmung vorzuspiegeln, seine Thaten sich zuzurechnen, ein Gewissen zu haben?

Dieß und ähnliches führt auch Hoffmann denen zu Gemüth, die sich von den Behauptungen der Materialisten blenden lassen, und wir andern warten seit Jahren darauf, daß diese uns die genannten Probleme zu lösen versuchen, statt daran vorüberzugehen oder sie zu leugnen.

Dagegen wird die Persönlichkeit und Freiheit des Geistes von denen behauptet, die sie selber wieder binden wollen, die in übereinkömmlichen Satzungen der Vergangenheit, in Formeln, die sie selber unbegreiflich nennen, eine fertige Wahrheit zu haben meinen, und ihre Bannsprüche gegen das fortschreitende Leben schleudern. Hoffmann tritt auch ihnen gegenüber, obwohl er seine Kritik weniger gegen das Dogma richtet, und mehr sich bemüht, den Wahrheitsgehalt des Christenthums auf eigene Weise zu begründen. Der Vortrag über Theismus und Pantheismus ist ein Meisterstück ächter Popularität, welche die tiefsten Probleme nicht verflacht, aber in klarer Folgerichtigkeit darlegt, und jedem verständlich macht, der die Arbeit des Denkens auf sich nehmen will.

In den Reden über Schiller und Fichte zeigt sich neben der ästhetischen Würdigung des einen, der wissenschaftlich gediegenen Auffassung des andern, zugleich die patriotische Gesinnung, welche nicht im Partikularismus der Stammesbeschränktheit, sondern in der organischen Gliederung des ganzen Vaterlandes das Heil sieht. Hoffmann schließt seine Betrachtungen über den Dichter also: „Der Einfluß der begeisterten Freiheitsideen der dramatischen Schöpfungen Schillers und seiner Verherrlichung der Vaterlandsliebe auf die Erhebung Deutschlands gegen den Despotismus Napoleons ist von vielen mit Wärme gepriesen worden. Wir haben hier ein herrliches Beispiel von der Macht des Geistes in den großen Bewegungen der Geschichte. Diese Macht des Schiller'schen Geistes ist aber in jener längst vollendeten Wirkung nicht erschöpft, sondern sie dauert fort, und wird in jeder neuen durch benachbarte Mächte etwa herbeigeführten Krisis mit verstärkter Kraft sich offenbaren. Schon darum ist das durch ganz Deutschland mit Begeisterung gefeierte Schillerfest eine Erscheinung von größter Bedeutung. Es offenbart einerseits den Fortschritt, welchen die Idee der Gemeinschaftlichkeit aller deutschen Interessen im Bewußtsein der deutschen Nation gemacht hat, verbürgt andererseits die fortdauernde Macht der Idee bei allem Streben nach Förderung der materiellen Interessen im Geist und Gemüth der Deutschen, und eröffnet eine trostvolle Perspektive in die vielleicht nicht ferne Zukunft, in welcher es aller einmüthigen Begeisterung und Opferwilligkeit, aller Heldenkraft und unerschütterlichen Ausdauer der Deutschen bedürfen wird, um die nationale Unabhängigkeit und Freiheit zu behaupten, und unserer Nation diejenige Weltstellung im Kreise der europäischen Völker zu erringen und zu sichern, welche ihr vermöge ihrer geographischen Lage, ihrer Größe und ihrer angestammten Bedeutung gebührt."

Episcopate in Oesterreich. Von diesem Augenblicke aber wurde es unmöglich, sich zu verstehen, und die Verhandlungen sind beinahe ganz aufgegeben. Das Cabinet des Vaticans ist überzeugt, daß der Kaiser Franz Joseph, seinen eigenen Neigungen überlassen, von dem jetzt eingeschlagenen Wege zurückkommen werde. Alle Anstrengungen der römischen Diplomatie, so wie des österreichischen Episcopats, der in diesem Sinne geheime Instruktionen von Rom erhalten hat, zielen also dahin, das Ministerium Beust zu stürzen. Der Cardinal Antonelli hat Msgr. Falcinelli beauftragt, der kaiserlichen Regierung deutlich zu machen und hat auch dem Grafen Crivelli angedeutet, daß, wenn die wiener Regierung nicht bald die kirchenfeindlichen Gesetze zurücknehme, die Nunciatur Wien verlassen werde. Doch glaubt man hier nicht, daß die Sachen so weit kommen werden. — Herr v. Arnim gibt sich unter der Hand viele Mühe, der Stifter einer päpstlichen Nunciatur in Berlin zu werden. Man glaubt, daß seine Bestrebungen binnen Kurzem völlig gelingen werden. — Der heilige Vater hat die archäologische Akademie aufgefordert, so bald wie möglich einen Trauergottesdienst für den König Ludwig I. von Bayern zu veranstalten.

Rußland. [Raffinirte Unterschleife.] Der Petersb. Korrespondent der „Südd. Presse" erzählt: Erwähnungswerth und charakteristisch für die hiesigen Verhältnisse ist ein Unterschleif der neueren Zeit, dessen Untersuchung noch nicht beendigt ist, und der namentlich in den letzten Wochen viel von sich reden machte. Wir meinen den Salz- und Eisendiebstahl in Nischni Nowgorod. Es fehlten nämlich im verflossenen Frühjahr in dem dortigen Krondepot mit einem Male anderthalb Millionen Pud Salz und 150,000 Pud Eisen. Der Verwalter dieser Magazine hatte dieses ungeheure Quantum in aller Stille ausverkauft, und rechnete auf den Austritt der Wolga, auf welchen man alle Schuld hätte werfen können. Ausnahmsweise wurde die Sache aber entdeckt, bevor die Wolga ihr Ufer überschritt. Der Verwalter wurde arretirt. Ob er aber bestraft werden wird, wenigstens in der Weise, wie es ein solches Vergehen erheischt, steht noch dahin. Er wird sich wahrscheinlich herauszuwickeln verstehen. Hätte er 100 Pud gestohlen, so würde er unzweifelhaft nach Sibirien wandern müssen — aber ich bitte Sie, 1½ Millionen! Das kann ihn noch retten! Haben doch schon die Kaufleute in Nischni Nowgorod, die eben das Salz erhandelten, sich erbötig gemacht, der Krone den ganzen Schaden zu ersetzen, wenn dieselbe sich anheischig mache, die ganze Sache niederzuschlagen. Die Regierung ist, zu ihrer Ehre sei es gesagt, selbstverständlich nicht auf diesen Vorschlag eingegangen. Sie mögen aber hieraus ersehen, welche Zumuthungen man sich erlaubt, der Krone zu machen, und welche furchtbare Arbeit jene Männer über sich genommen, die es sich zur Aufgabe gestellt, die Verwaltung des Staates nach Prinzipien zu regeln, welche Rußland mit andern europäischen Staaten auf gleiches Niveau stellen.

Namentlich in militärischen Kreisen macht ein vor wenig Tagen im Arsenal der Festung Dünaburg stattgehabter Brand viel von sich reden. Nun, dieser Brand ist ein Pendant zu den Salz- und Eisenunterschleifen. Es scheint nämlich eine absichtliche Brandstiftung zu Grunde zu liegen, und der bekannte General Todtleben ist bereits nach Dünaburg gefahren, um den Sachverhalt festzustellen. Der Verwalter des Arsenals soll Krongelder, welche zur Komplettirung des Arsenalmaterials bestimmt waren, eigenmächtig verausgabt und verschleudert haben. Eine Revision stand vor der Thür, und eine Entdeckung des Unterschleifes ward dadurch beinahe unvermeidlich. Unter solchen Umständen konnte nur das Feuer helfen, das den Gegenstand des Anstoßes vernichtete. Aber das Feuer that diesmal ebenso wenig seine Schuldigkeit, wie in Nischni Nowgorod das Wasser, der Brand wurde gelöscht, bevor noch das ganze Gebäude zerstört war, und der Administrator des Arsenals und einige seiner Gehilfen haben das Weite gesucht. Jedenfalls liefert dieser Fall wiederum einen Beitrag zur Sittengeschichte Rußlands.

Nordamerika. [Zur Anklage Johnson's.] Es wird versichert, man werde nicht versuchen, die Ausübung der Funktionen des Präsidenten während der Dauer des jetzt eröffneten Prozesses zu beschränken. General Stanton hat sich nicht vor dem höchsten Gerichtshof gestellt, um die Anklage, welche er gegen General Thomas erhoben hatte, zu erhärten. Das Gericht hat General Thomas wieder in Freiheit gesetzt, der sofort einen Prozeß wegen ungesetzlicher Verhaftung gegen General Stanton anhängig gemacht und eine Entschädigung von 150,000 Doll. verlangt hat. In einer an die Delegirten der konservativen Partei von Baltimore gehaltenen Rede sagte Präsident Johnson: er sei entschlossen, die Verfassung zu vertheidigen. Der Präsident beharrt bei dem Glauben, daß die Verständigkeit und der Patriotismus des Volks das Land von einer drohenden Zerrüttung erretten werden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68¼ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63⅞—⅝ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55¾ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48½ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51⅜ G.
„	4½pCt.	42⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅜ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	98¼ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93½ P. ⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ P. ¼ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ P. ¼ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅛ P. 92⅞ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	94 P. 93¾ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82⅜ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81¼ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	3½pCt. „ „ „	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84⅛ G.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75—⅛ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 P. 24 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192—½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 P. 21½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	110½ P. 10 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259½—60 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88½ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106¼ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132½ P. ¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53¼ P. 52⅞ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95¼ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95⅛ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅞ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102⅛ G.
do. in öst. W. l. S.	102½—⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¼ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1855	134½ P. 134 G.
„ do. v. 1864	86⅝ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10¼ P.
Badische fl. 35	51 P. 50¾ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143⅛ P.
„ fl. 25 do.	38½ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅝ P. ⅜ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32¼ G.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.

Frankfurt, 12. März. Die Börse eröffnete auf mattere Wiener Course ebenfalls in dieser Tendenz. National, 1860er Loose und englische Metalliques verkehrten in dieser Haltung bis zum Schluß, während Steuerfreie gesucht und besser bezahlt wurden. Auf festere Berliner Notirungen wurden Staatsbahn und Credit im Laufe des Geschäfts etwas höher gehandelt. Auf Käufe der amerikanischen Arbitragen gewannen 1882er ⅛ pCt. gegen gestern, obgleich Gold und Bonds ungünstiger von gestern gemeldet wurden, 6 pCt. Pacific 67¾ bezahlt. Deutsche Papiere bleiben offerirt, ohne jedoch weitere Courseinbußen erfahren zu haben. Von Wechseln Wien ⅛ billiger abgegeben. Amerikanische Coupons per 1. Mai 2. 24¾ G. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 74. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Samstag, 14. März 1868.

Die Anklage des Präsidenten Johnson.

Würzburg, 14. März.

Die lang vorausgesehene und erwartete Krisis in den Vereinigten Staaten ist zum Ausbruche gekommen durch den Beschluß des Kongresses, den Präsidenten in Anklagezustand zu versetzen. Da diese Angelegenheit das Interesse für die nächste Zeit im hohen Grade in Anspruch nehmen wird, so glauben wir unsern Lesern einen Gefallen zu thun, wenn wir den Anfang und bisherigen Verlauf des Konfliktes in zusammenhängender Darstellung und nach den Berichten amerikanischer Zeitungen geben.

Nachdem Herrn Johnson der Versuch, Grant als Werkzeug zu benutzen, fehlgeschlagen war und auch Sherman ihm rund heraus erklärt hatte, daß er lieber resigniren als sich zu politischen Zwecken, mit denen er nicht sympathisiren könne, nach Washington versetzen lassen wolle, glaubte man, daß der Präsident sich in das Unvermeidliche gefügt und jedem ferneren Versuch, auf ungesetzliche Weise des ihm mißliebigen Kriegsministers (Stanton) ledig zu werden, entsagt habe. Es hatte sich in Washington eine Ruhe eingestellt, die an Schlaffheit grenzte, und der Senat beschäftigte sich eben mit Dingen, für welche sich selbst das erregbarste Gemüth nicht begeistern konnte, als plötzlich, total unerwartet, am Nachmittag des 21. Februar eine Botschaft folgenden Inhalts eintraf:

„An den Senat der Vereinigten Staaten. Am 12. August v. J. suspendirte ich kraft der Autorität, welche die Konstitution der Vereinigten Staaten mir verleiht, Edwin M. Stanton vom Amte des Kriegsministers. Ich habe die Ehre, dem Senat mitzutheilen, daß ich heute kraft derselben Autorität Edwin M. Stanton dieses Amtes enthoben und den titulären Generalmajor Lorenzo Thomas, Generaladjutant der Armee der Vereinigten Staaten, zum Kriegssekretär ad Interim ernannt habe. Andrew Johnson."

Zugleich wurde dem Senat mitgetheilt, daß der Präsident den General George H. Thomas zum Titular-Generallieutenant und General nominire.

Kurz darauf kam dem Repräsentantenhause auf anderem Wege dieselbe überraschende Kunde zu. Herr Stanton übersandte demselben die Kopie einer Ordre vom Präsidenten, welche ihm seine Absetzung vom Empfang dieser Ordre an und den Befehl verkündete, die Bücher und Insignien des Amtes seinem interimistischen Nachfolger, dem Generalmajor Thomas, zu übergeben. Herr Thomas hatte sich mit dem ihm zugegangenen Anstellungsdekret bei ihm eingestellt und sein Anliegen vorgebracht, worauf er von Stanton die Antwort erhielt, daß er sich die Sache erst einmal überlegen wolle und sich alsdann wieder entfernte. Man wolle nicht vergessen, daß Thomas sich bei dieser Gelegenheit förmlich als Kriegsminister gerirte. Dasselbe that er, indem er den Befehl erließ, daß am 22. v., dem Geburtstage Washingtons, das Bureau des Zahlmeisters der Armee geschlossen bleiben solle.

Der Senat behauptete seine Würde und beschloß sofort eine Exekutiv-Sitzung; im Hause gab sich eine mehr als gebührliche Aufregung kund. Nach ernster Debatte faßte der Senat auf Antrag Wilson's mit 29 gegen 6 Stimmen den Beschluß: „dem Präsidenten, dem Kriegssekretär und dem Generalmajor Thomas mitzutheilen, daß unter der Konstitution und den Gesetzen der Vereinigten Staaten der Präsident nicht das Recht habe, den Kriegssekretär abzusetzen und einen Andern mit den Pflichten dieses Amtes zu betrauen." Das Repräsentantenhaus überwies, nachdem es sich ein wenig beruhigt, die ihm zugegangene Mittheilung an den Rekonstruktions-Ausschuß.

Mittlerweile war Herrn Stanton von hervorragenden Mitgliedern beider Häuser die Aufforderung zugekommen, unter keinen Umständen von seinem Platze zu weichen, mit der Versicherung, daß sie unter allen Umständen für ihn einstehen würden. Herr Stanton war dieser Aufforderung und Versicherung kaum benöthigt, und blieb nicht nur bis über die gewöhnliche Stunde auf seinem Bureau, sondern fand es auch zweckmäßig, dasselbe während der ganzen Nacht nicht zu verlassen. Bis zum Tagesanbruch strahlte das Gebäude im vollen Lichterglanz, wie so oft in den Kriegsjahren, wenn der Drang der Geschäfte den Minister zwang, zwischen Tag und Nacht keinen Unterschied zu machen. Herr Thomas seinerseits rühmte sich in den Wirthshäusern, daß er nöthigenfalls durch Gewalt sein Recht zur Geltung bringen werde, und ging darauf mit seiner Tochter auf einen Maskenball. Herr Stanton hielt es für gerathen, in den gerichtlichen Schritten, welche voraussichtlich nothwendig sein würden, das Prävenire zu spielen und einen Verhaftsbefehl gegen Thomas zu erwirken, weil derselbe, der „Tenure of office bill" zum Trotz, ihn im Besitz seines Amtes bedrohe. Der Befehl wurde um 2 Uhr Morgens durch den Oberrichter Carter von der Supreme Court des Distrikts Columbia ausgestellt, Herr Thomas Morgens beim Frühstück verhaftet, nach einem Gespräch mit dem Präsidenten vor das Gericht geführt und dort unter eine Bürgschaft von 5000 Dollars gestellt.

Wir müssen uns jetzt die Situation vergegenwärtigen. Durch

Trauerrede von Stiftspropst Dr. Döllinger,

gebalten in der Basilika zu München, 10. März 1868.

(Fortsetzung.)

Gedenken wir hier auch gleich eines zweiten Werkes, das Deutschland dem König verdankt. Ich meine die Herstellung des Domes zu Speyer und der Kaisergräber. Zweimal, im Orleans'schen Kriege und im Revolutionskriege, war der ehrwürdige 800jährige Dom zu Speyer fremder Verwüstung preisgegeben. Die Gräber unserer Kaiser waren zerbrochen, geschändet und ihre Gebeine zerstreut worden. Da stand dieser Dom als traurige Ruine, als Denkmal fremder Barbarei und unserer Schmach. Dank sei es dem Könige, sein religiöser, geschichtlicher, künstlerischer Sinn ist es gewesen, der Deutschland eine seiner schönsten Kirchen, eine seiner edelsten Zierden in dem wiederhergestellten Dome geschenkt hat.

Die Wahrheit, daß der Mensch, der berufen sei, über seine Mitmenschen zu herrschen, vor Allem gelernt haben müsse, sich selber zu beherrschen, diese Wahrheit hatte unser König in der langen Vorbereitungszeit, die ihm vor seiner Thronbesteigung gegönnt war, in jener Zeit der Prüfung und der Leiden wohl gelernt.

Gründlich für seinen Beruf gebildet durch umfassende Studien, durch Reisen, durch stete Beobachtung bestieg er als 29jähriger Mann den Thron. Bis dahin hatte er als Kronprinz sich grundsätzlich, wie es scheint, von den Geschäften ferne gehalten; aber er hatte ruhig und sorgsam beobachtet und hatte sich im Stillen seine Meinungen über die leitenden Persönlichkeiten und die Mängel der Verwaltung gebildet.

Es kommt uns jetzt sehr zu statten, daß dieser seltene Monarch auch darin ausgezeichnet ist, daß er uns in die geheime Werkstätte seiner Seele einen so tiefen Blick hat werfen lassen. Außer Friedrich II. und im Alterthum Markus Aurelius ist mir kein Fürst bekannt, der mit solcher Offenheit vor seine Zeitgenossen hingetreten, sie so tief in seine Motive, in seine ganze Gesinnung, in die Ziele, welche er erreichen wollte, hat blicken lassen. Wir sehen es in seinen Gedichten, in seinen Walhallagenossen klar dargelegt und ausgesprochen, von welcher Gesinnung er ausging; welche Ziele er erstrebt, wie er von seinen Zeitgenossen und mehr noch von der Nachwelt beurtheilt sein wollte. Er schildert uns in diesen seinen Erzeugnissen die große Erhabenheit des Königsberufes, wie er ihn aufgefaßt hat; das beglückende Gefühl, das darin liege, auf spätere Generationen hinaus für Millionen Menschen Wohlthätiges stiften und wirken zu können; aber er schildert uns auch die Schattenseiten des Königthums, die Vereinsamung auf dem Throne, die Entbehrung des heitern, geselligen Umgangs; die vielfache Verkennung, der das Königthum auch in seinen reinsten Absichten unvermeidlich ausgesetzt sei. Er sagt selbst: „Weniger von seinen Zeitgenossen, mehr von der Nachwelt erwarte er ein gerechtes Urtheil, und schon gleich in den ersten Tagen seiner Regierung hatte er ein bedeutsames Wort gesprochen, welches zeigte, wie weit aussehend damals seine Entwürfe, wie fest gezogen die Linien seiner

die eigenmächtige Absetzung Stantons macht Herr Johnson sich des ersten offenen Gesetzesbruchs, den er bis daher immer sorgfältig vermieden, schuldig, und zwar auf die frivolste Weise, durch welche er mit sich selbst in Widerspruch geräth. In den Motiven, welche er für die Suspendirung Stanton's angeführt, berief er sich selbst auf die „Tenure of office bill“. Dieselbe ertheilt dem Präsidenten des Recht, während der Abwesenheit des Kongresses einen Beamten, welcher unter Bestätigung des Senats angestellt worden, bis zum Wiederzusammentritt des Senats genügender Ursachen wegen von seinem Amte zu suspendiren. Sie entzieht ihm aber die Befugniß, in solchen Fällen eine Absetzung vorzunehmen. Der bestätigte Inhaber eines solchen Amtes bleibt rechtlich im Amte, bis der Senat seine Entlassung bewilligt und seinen Nachfolger bestätigt hat. Nichts ist dem Gesetze von einer eigenmächtigen Absetzung, zumal während des Beisammenseins des Senats, und vollends von der interimistischen Anstellung eines Andern in solchem Falle bekannt.

Dem Akte ist die Bestimmung beigefügt, daß seine Verletzung, als schweres Vergehen (high misdemeanor), am Schuldigen mit einer Geldbuße von 5000 bis 10,000 Doll. und einer Gefängnißstrafe bis zu 5 Jahren, oder durch beides zugleich, geahndet werden soll. Wie gesagt, hatte Herr Johnson dies Gesetz bei der früheren Gelegenheit selbst anerkannt; jetzt ignorirte und verletzte er es ausdrücklich, indem er eigenmächtig eine Absetzung und Anstellung vornahm, gab durch Hinweis auf die Konstitution zu verstehen, daß er das Gesetz als konstitutionswidrig nicht anerkenne, trotzte der darauf gesetzten Strafe und warf dem Senat den Fehdehandschuh hin. In dieselbe Situation versetzte sich der Generalmajor Thomas dadurch, daß er die Ernennung annahm und darach handelte. Letzterer stellte sich, trotz der geleisteten Bürgschaft, am Mittag abermals auf dem Kriegsministerium ein und verlangte dem noch immer unermüdlich auf seinem Posten verharrenden Stanton Bücher und Schlüssel ab, wurde aber so entschieden, wie es sich mit der Höflichkeit verträgt, abgewiesen.

Der 22. Februar war, wie schon erwähnt, Washington's Geburtstag, also eigentlich ein nationaler Fest- und Feiertag; diesmal aber hatte man keine Zeit zum Feiern. Der Senat versammelte sich nur, um sich wieder zu vertagen, weil er in der vorliegenden Angelegenheit bereits gethan, was er thun durfte. Eine desto lebhaftere Szene bot sich im Repräsentantenhause. Die Spannung, mit welcher man den Verhandlungen desselben entgegensah, hatte ein so zahlreiches Publikum herbeigelockt, daß die Damen auf dem Flur des Hauses untergebracht werden mußten. Nach Beendigung einiger Geschäfte, für welche sich Niemand interessirte, erhob sich der greise Thaddeus Stevens. Athemlos lauschte man den Worten, wie sie schwach, leise, aber im ganzen Hause deutlich vernehmbar, von den Lippen des eisernen Patrioten flossen, der kaum im Stande war, seinen von der Krankheit geschwächten Körper aufrecht zu halten. Er verkündete den Bericht des Rekonstruktions-Ausschusses. Auf die im Obigen skizzirten Handlungen des Präsidenten gestützt, empfiehlt der Ausschuß, denselben wegen schwerer Verbrechen und Vergehen unter Anklage zu stellen. Es hatten sämmtliche republikanische Mitglieder des Ausschusses dafür gestimmt, selbst die, welche bis dahin einem solchen Schritt entschieden abgeneigt gewesen waren und ihm stets entgegengewirkt. Herr Johnson hatte es noch immer verstanden, sich so hinter Zweideutigkeiten zu verschanzen, daß seine Ueberführung eine schwierige Sache gewesen wäre. Jetzt lag sein Gesetzesbruch offen vor, und er war gegen sich selbst ein Zeuge, dessen Aussagen durch nichts entkräftet werden konnten. Herr Stevens wünschte, daß sofort abgestimmt werde; man entschloß sich jedoch, der Diskussion den weitesten Spielraum zu lassen, die Debatte in einer Abendsitzung fortzusetzen und erst am 24. Febr., um 5 Uhr Abends, die verhängnißvolle Abstimmung vorzunehmen. (Schluß folgt.)

Süddeutschland.

Bayern. München, 13. März. [Aufruf an die süddeutschen Zollparlaments-Abgeordneten.] Am letzten Mittwoch Nachmittag traten dahier mehrere Zollparlaments-Abgeordnete zusammen. Zum Vorsitzenden wurde Reichsrath Frhr. v. Thüngen, zu Schriftführern die HH. Dr. K. Barth und Frhr. v. Ow (beide auch Mitglieder der Kammer der Abgeordneten) erkoren. Die Versammelten haben folgenden Aufruf erlassen: „Die unterzeichneten, zum deutschen Zollparlament gewählten Abgeordneten sind gesonnen, für diese Versammlung einen Zusammentritt zu veranlassen. Sie laden somit ihre Gesinnungsgenossen unter den zum Zollparlament Gewählten in Bayern und den übrigen süddeutschen Staaten freundlich ein, sich zu diesem Zwecke mit je einem von ihnen oder den zwei zuletzt Unterzeichneten als Schriftführern in Verbindung setzen zu wollen, um weitere Vorbereitungen zu veranlassen. — München, 10. März 1868. Wilh. Frhr. v. Thüngen. A. Freytag. v. Neumayr. Frhr. Fr. v. Zu-Rhein. Frhr. v. Schrenk. Meizner. Graf Arco-Valley. Graf Arco-Stepperg. Edmund Jörg. Karl Baron v. Aretin. Karl M. v. Aretin. Dr. Albert Wild. Dr. Karl Barth. Karl Frhr. v. Ow.

p. München, 12. März. [Konservativer Verein.] Es ist hier die Bildung eines politischen Vereines konservativer Richtung beabsichtigt, und soll derselbe auf ganz Bayern ausgedehnt werden. Dem Vernehmen nach hat Hr. Reichsrath Frhr. v. Thüngen die Statuten für diesen Verein entworfen und hat hierüber gestern Abends eine Berathung in einem provisorischen Komite stattgefunden. Weiteres läßt sich vorerst noch nicht mittheilen.

— [Ueber König Ludwigs I. letzte Tage] werden der „Allg. Ztg.“ aus der Umgebung des Königs folgende Mittheilungen gemacht: Der König selbst hatte bis wenige Tage vor dem Tod an der Hoffnung auf Wiedergenesung festgehalten, und hörte auf die oft wiederholte Frage: „Ich werde doch wieder geheilt werden?“ gern die Antwort: es sei noch kein Grund da zum Verzweifeln. Auf den definitiv günstigen Erfolg der zwei Wochen vor seinem Ende vorgenommenen Operationen war das Vertrauen des hohen Kranken so groß, daß er mich nach dem ersten dieser schmerzlichen Akte mit den Worten entließ: „Ich danke Ihnen für den wohlthätigen Schmerz.“ Mit demselben Vertrauen und dem gleichen, seiner würdigen, Muth

---

Plane waren; er hatte gesagt, „erst nach 10 Jahren möge man über Geist und Richtung seiner Regierung ein Urtheil fällen.“ — Er selbst hat uns jene Vorbilder gezeigt, die er studirt und an denen er sich für seinen Beruf vorbereitet hatte; er führt uns der Reihe nach auf die große Maria Theresia, die er bewundert wegen ihrer Liebe zum Volke, wegen der Verbindung tiefer Frömmigkeit mit großer Staatsklugheit; neben ihr bewundert er in seiner Art nicht minder Friedrich II.; wenn er von Herzog Christoph von Würtlemberg sagt, daß dieser Fürst selbst bei der Tafel und auf der Jagd die ihm vorgelegten Schriften gelesen und eigenhändige Entschließungen gleich dazu geschrieben habe, so erkennen wir in diesem Bilde den königl. Autor selber und erinnern uns jener bewunderungswürdigen Ordnung, Klarheit und Raschheit seiner zahllosen Regierungsentschließungen, Fragen und Anordnungen. — An seinem hohen Namenspatron Ludwig IX., den die Geschichte den Heiligen nennt, bewundert er jene in ihrer Art ganz einzige Vereinigung von großer Geistesklarheit mit tiefer Frömmigkeit, mit Hingebung an das Wohl seines Volkes und mit einem ebenso zärtlichen als großherzigen, nur Edles empfindenden, offenen Gemüthe. Er hat es wohl verstanden, wie einzig jener neunte Ludwig in der Geschichte dastand, von dem das strengste Urtheil sagen mußte, daß er nie in irgend einer seiner Regierungshandlungen seinem Vortheil, sondern immer nur seinem Gewissen Rechnung getragen habe. Es ist die Betrachtung dieses hohen Vorbildes, welche ihm selbst das schöne Wort entlockt hat, das er einmal sich zugerufen hat: „Nur beglücken kann der, jetzt und künftig glücklich sein, der, sich selber abgestorben, lebt in Allen wieder auf.“ —

Wer sollte hier in dieser Umgebung, hier im Angesichte dieses königl. Werkes nicht vor Allem an jenen Zug seines Charakters und Geistes denken, der vielleicht am meisten bei ihm ausgebildet war? Ich meine seinen Sinn für das klassisch Schöne und Vollendete. Es ist nicht meine Absicht, auf eine Aufzählung der fast zahllosen Schöpfungen, die dem Könige verdankt werden, hier einzugehen. Es muß mir genügen, nur Hauptgesichtspunkte hervorzuheben, nur Thatsachen zu erwähnen, von denen jede einzeln schon hinreichen würde, den Ruf eines andern Fürsten für immer zu begründen. Was verdankt die Kunst dem Könige Ludwig? Die deutsche Kunst verdankt ihm vor Allem, daß sie jetzt in der ganzen civilisirten Welt bewundert und anerkannt wird. Er ist es gewesen, der, was in Deutschland seit dem 14. Jahrhundert nicht mehr der Fall war, den Künstlern seiner Zeit die rechten, begeisternden, den Genius hervorrufenden Aufgaben gestellt hat. Ihm hauptsächlich verdankt man die nun allgemein durchgedrungene Ueberzeugung, daß es die eigenste Aufgabe der Kunst sei, das Wahre und das Gute in die höhere Sphäre des Schönen zu erheben, und die Wahrheit und die Güte dadurch mit mächtigeren Reizen und mit magnetisch anziehender Kraft auszustatten. Es ist nicht zum kleinsten Theile sein Verdienst, daß jetzt in Deutschland die Ueberzeugung durchgedrungen ist: die edelste Aufgabe der Kunst sei die, die Verklärung der nach dem Bilde Gottes geschaffenen Menschengestalt, wie sie sich in Reinheit, Tugend, Heiligkeit und Selbstaufopferung vollzieht, zur angemessenen Darstellung zu bringen. Daß wir in Deutschland wieder eine echt religiöse Kunst haben, und daß wir sie nur in Deutschland haben, das verdankt Deutschland nicht zum

unterwarf er sich auch der zweiten Operation, freilich ohne zu ahnen, daß seine besorgten Aerzte beidemal unmittelbar vorher die offizielle Erklärung schriftlich niedergelegt hatten: daß sie nur sicher seien, den für die nächsten vierundzwanzig Stunden drohenden örtlichen Brand zu verhüten, aber durchaus keine Lebensrettung verbürgen könnten. Erst vom 27. Morgens an begannen Todesgedanken die Seele des Königs zu durchziehen, und er sprach zu dem vom 17. an beigezogenen dritten Arzt, dem französischen Oberstabsarzt 1. Klasse Dr. Gabrol, nach dem Verbande ihn nahe an sich heranziehend: „Wollen Sie ja nicht glauben, daß ich den Tod fürchte; ich habe ihm während meines langen Lebens mehrmals in's Auge geschaut." Am Abend des 27., wo die eingetretene Blutung Zeugniß gab von dem weit vorgeschrittenen örtlichen Auflösungsprozeß, sagte er mir: „Wenn Sie mir jetzt den Tod ankündigten, ich würde nicht davor erschrecken, ich würde ihn annehmen." Und etwas später sprach er mit einem flehenden Blick nach oben laut vor sich hin: „Wenn ich heute Nacht sterbe, dann wird der König von seinen Leiden befreit." Während der ganzen eigentlichen Todeskrankheit, vom 12. Februar angefangen, zeigte der König in einer von seinen Gewohnheiten in gesunden Tagen abweichenden Weise das Bedürfniß persönlicher Annäherung zu seiner nächsten Umgebung, und zumal zu demjenigen, welcher vor allen zu seiner Pflege im Größten und Kleinsten berufen war. Das wohlwollende Lächeln, der dankbare Druck der Hand wiederholte sich öfter und öfter mit dem Fortschreiten der Krankheit, und es wurde ihm nach und nach Trost und Beruhigung, halbe Stunden und länger die Hand seines Arztes gefaßt zu halten, wie das kranke Kind gesänftigt einschlummert, wenn es die fieberheiße Hand in der der pflegenden Mutter geborgen weiß. Es war, als wollte er seine schwindenden Kräfte an einem frischen, ihm in voller menschlicher Theilnahme ergebenen, Liebe-spendenden Leben aufrecht erhalten, als suchte er immer von Neuem festzuknüpfen, was er in Lösung begriffen fühlte. Daß er in jener Nacht vom 27. auf den 28. wirklich bereits zu sterben vermeinte, zeigte deutlich ein anderes Wort nach Mitternacht, wo er, von einem längern Schlummer erwacht, nach der Zeit fragte, und auf die Antwort: 1 Uhr, mit einem schmerzlichen Seufzer erwiderte: „1 Uhr, und ich bin noch nicht todt!" Der 28., an welchem die Blutung sich nochmals wiederholt hatte und bleibend gestillt wurde, ging unter fortwährend zunehmender Schwäche und unter Wechsel von einem Zustand klaren Bewußtseins und leichter Delirien hin, aus welch' letztern jedoch der Rest geistiger Kraft sich immer noch leicht wieder emporzuraffen vermochte. Schwerer wurde dies in der darauf folgenden Nacht. Der Puls war immer weniger zu fühlen, die kühlen Hände wurden gegen die Morgendämmerung des 29. kalt, der Puls war nicht mehr zu finden — die eigentliche Agonie war eingetreten. Zwischen 6 und 7 Uhr wurde noch eine Umbettung verlangt und, ohne daß die gefürchtete Ohnmacht eingetreten wäre, ausgeführt. Nun war der Zeitpunkt gekommen, der am Aschermittwoch dargereichten hl. Kommunion die letzte Oelung folgen zu lassen, welche der Sterbende mit Fassung und vollem Verständniß der heiligen Handlung empfing. Nachdem noch die nach Nizza geeilten beiden Söhne, Prinz Luitpold und Prinz Adalbert, knieend den väterlichen Segen erbeten hatten, und nachdem vorher die Grüße und Beileidsbezeigungen der sämmtlichen entfernten hohen Verwandten von dem Sterbenden entgegengenommen und mit Dank erwidert worden waren, folgte ein nicht zu schwerer letzter Kampf von 5/4 Stunden, und um 8 Uhr 35 Minuten hauchte der Edle sein langes, an Erfahrungen und Thaten reiches Leben aus.

Norddeutscher Bund.

Berlin. [Nothstandsversammlung.] Die „Sp. Z." berichtet: Die Frage, ob in Berlin zur Zeit ein außerordentlicher Nothstand existirt, welche durch einen von den Führern der Fortschrittspartei hierselbst herbeigeführten Beschluß einer Conferenz von Bezirks-Vorstehern und Bezirksvereins-Vorständen verneint, und durch einen Beschluß des allgemeinen deutschen (social-demokratischen) Arbeitervereins bejaht worden, beschäftigte am Montag Abend wiederum eine Versammlung von Handwerkern und Arbeitern, die sich im Universum so zahlreich eingefunden hatten, daß Hunderte wegen Mangels an Raum wieder umkehren mußten. Der Schuhmachermeister Schumann, welcher in Gemeinschaft mit dem Schuhmachermeister Aurin die Versammlung einberufen hatte, eröffnete und leitete die Verhandlungen. Er habe die heutige Versammlung berufen, um den Behörden gegenüber zu konstatiren, daß die Noth schon bedeutende Dimensionen angenommen habe, und um die Behörden an die Pflicht zu mahnen, zur Abwendung des Nothstandes schleunigst die geeigneten Mittel zu ergreifen. Er schlage deshalb vor, durch eine Deputation dem Minister des Innern folgende Resolution zu überreichen: „Die Versammlung vereinigter Handwerker und Arbeiter Berlins konstatirt, daß ein außerordentlicher Nothstand unter den Handwerkern und Arbeitern Berlins vorhanden ist, und protestirt ganz entschieden gegen die vor kurzer Zeit von den Vorständen einiger Bezirksvereine abgegebene Erklärung, daß kein Nothstand in Berlin existire. Die Versammlung erklärt ferner, es sei nothwendig, daß von Seiten der Behörden sofort die Schritte gethan werden müssen, welche den vorhandenen und noch in Zunahme begriffenen Nothstand beseitigen können. Außerdem lehnt die Versammlung jedes Almosen entschieden ab, komme dasselbe von welcher Partei es wolle." In den Debatten herrschte ein sehr erregter Ton; von verschiedenen Seiten wurde darauf hingewiesen, daß die Arbeiter, welche unzweifelhaft die große Majorität im Staate bildeten, nur mit Nachdruck zu fordern hätten, um ihre gerechten Anforderungen erfüllt zu sehen. Daß hier ein außerordentlicher Nothstand herrsche, wurde von mehreren Rednern als unzweifelhaft hingestellt, Beweise für diese Behauptung hörte man jedoch außer der Angabe des Webers Paul nicht, daß nämlich die armen Leute in dem sogenannten Weberviertel sich schon Monate lang nur von Kartoffeln ernähren. Die Ursache dieses außerordentlichen Nothstandes wollte man in den verschiedensten Umständen erblicken; die Maschinen, die stehenden Heere, die Zuchthausarbeit, die Beschäftigung von Militär-Handwerker-Commissionen, die Bourgeoisie-Herrschaft der liberalen Partei u. s. w. wurden als solche namhaft gemacht. Als Mittel zur Hebung der Kalamität erkannte man die Gewinnung eines größern Einflusses auf die Staatsgewalt seitens der Arbeiter, wozu ein wirkliches allgemeines

---

schwächsten Theile König Ludwig. Sein Werk ist es, daß diese Kunst einen wohlthätigen veredelnden Einfluß über das ganze Volksleben und auch über die religiöse Vorstellung der Masse der Menschen mehr und mehr gewonnen hat. — Hier an diesem Ort denkt Jeder vor Allem daran, daß seit Kaiser Konstantin, seit 15 Jahrhunderten, kein Monarch gelebt hat, der in gleichem Maße den Ehrennamen eines Kirchenerbauers und Kirchenausschmückers verdient hat, als König Ludwig. Wie weit wir auch in der Geschichte umblicken, wird sich kein Fürst zeigen, der nach Maßgabe der Kräfte seines Reiches ihm darin irgend zu vergleichen wäre, nicht in der Gegenwart, nicht in der Vergangenheit; und dadurch ist König Ludwig wahrhaft der Vater, der Erzieher, der Bildner nicht sowohl der reichen, vornehmen und gebildeten, als vor Allem der armen und niedern Klassen des Volkes geworden; denn die Kirche ist vor Allem das Haus des Armen, der niedergedrückt von der Last des täglichen Lebens in der Kirche frei aufathmet und unter dem Einflusse der hier sich ihm zeigenden, nach Gott emporweisenden Symbole und der Vergeistigung der Massen, die ihn umgibt, sich geistig erfrischt und erholt und mit tröstenden und hoffnungsvollen Gedanken sich erfüllen läßt. —

Von den glänzenden Werken, die der Kunstsinn des Königs geschaffen hat, sind die großartigen Leistungen, die wir dem Könige im Gebiete der Staatsverwaltung, des Staatshaushaltes und der Industrie verdanken, häufig übersehen oder vielleicht minder geachtet worden; und doch — wie vieles und wie großes hat er auch in diesen Gebieten geschaffen! Ich gedenke nur mit einem Worte einer seiner ersten Regierungshandlungen, der Verlegung der Universität Landshut in die Hauptstadt. Es ist bekannt, daß diese längst als nothwendig erkannte Verlegung und Erweiterung der Hochschule unter seinem Vorgänger oft versucht, aber stets zurückgewiesen worden war. König Ludwig hatte schon vor seiner Thronbesteigung sich überzeugt, daß diese Maßregel vor Allem noth thue, daß es vor Allem geboten sei, die Hochschule in die Hauptstadt und in die Nähe der großen Sammlungen und wissenschaftlichen Institute des Staates zu verlegen. —

Ich gedenke ferner des Institutes der Landräthe, durch welches eine Lücke im ganzen Organismus Bayerns ausgefüllt, die Theilnahme des Bürgers an der Verwaltung und Ueberwachung desselben vervollständigt worden ist.

Es ist nicht zu verschweigen, daß König Ludwig es war, der im Grunde vor Allen den Gedanken der Zolleinigung in Deutschland faßte, der die Verkehrtheit erkannte, daß Deutschland in 30 Zolllinien zerstückelt sei. Er war es, der trotz des Widerspruches, der sich auch damals schon erhob, die Zolleinigung mit Württemberg durchsetzte, der sich dann die übrigen Staaten anschlossen; und wenn angesichts der letzten Ereignisse bezweifelt werden sollte, ob er darin Bayern und Deutschland wesentliche Dienste geleistet habe, so wird vor Allem von dieser Stelle aus darauf hingewiesen werden dürfen, wie viel Unheil durch jene Stiftung des Zollvereins auch im sittlichen Gebiete glücklich beseitigt, wie dem Schmuggelwesen und den zahllosen Straffällen damit glücklich eine Schranke gesetzt worden ist. (Schluß f.)

Stimmrecht mit Gewährung von Diäten an die Abgeordneten und eine streng geheime Wahl nothwendig sei. Bei Besprechung dieser Materie wurde besonders der für Steuerbewilligung so bereiten Abgeordneten und Stadtverordneten gedacht; keiner der Steuer-Erhöher dürfe wiedergewählt und jeder derselben solle durch einen Mann aus dem Arbeiterstande ersetzt werden. Schließlich nahm die Versammlung die oben erwähnte und folgende Resolution an: „Da von Seiten der preußischen Regierung ein neues Gewerbegesetz in Aussicht genommen ist, von welchem in Zukunft das Wohl und Wehe des gesammten Handwerkerstandes abhängen soll; da dies neue Gewerbegesetz ohne Zuziehung der Betheiligten gemacht werden soll, so erklärt die Versammlung vereinigter Handwerker und Arbeiter Berlins, daß sie hierin eine Bevormundung des gesammten Handwerker- und Arbeiterstandes erblickt, und stellt an die königliche Staatsregierung das Ersuchen, in dieser neuen Gewerbegesetzgebung das Gutachten des Handwerker- und Arbeiterstandes einzuholen, wozu sich aus direkter Wahl hervorgegangene Provinzial-Handwerker- und Arbeitertage empfehlen dürften." Diese beiden Resolutionen sollen dem Minister des Innern durch eine aus 12 Personen bestehende Deputation überreicht und auf's Wärmste empfohlen werden. Ferner wurde noch (unter Heiterkeit und Beifall der Versammlung) ein Antrag eines Herrn Lerunetth angenommen: Die Versammlung möge beschließen, daß, da die Handwerksarbeit durch Submission vergeben wird, auch die Beamtenstellen in Zukunft durch Submission vergeben werden sollen!!

Ausland.

Afrika. [Schreckliche Noth in Algier.] Aus Tunis schreibt ein Korrespondent der „Nat.-Ztg.": „Mein erster Brief an Sie trägt das Gepräge des Eindrucks, welchen das hochgradigste menschliche Elend auf Denjenigen ausübt, der ihm zum ersten Male in seinem Leben begegnet. Die Folgen einer zweijährigen Mißernte, hervorgerufen durch Sonnenbrand und Heuschreckenfraß, haben im Verein mit der ungewöhnlichen Kälte des letzten Winters die indolente Bevölkerung der Regentschaft Tunis derartig heimgesucht, daß keine Feder das hier herrschende Elend zu beschreiben vermag. Seit 5 Monaten fällt — ein Glück für die nächste Ernte — fast unausgesetzt Regen hernieder; aber die dadurch bewirkte Abkühlung der Temperatur bis zum Frostpunkte hat vollendet, was der Hunger nicht zu bewirken vermochte. Massenhaft drängt seit Monaten die Bevölkerung aus dem Innern nach der Stadt; bis an das Ufer der See bei der Goletta (Hafen von Tunis) lagert unter erbärmlichen Zelten armes, abgemergeltes Volk und erwartet stieren Blickes den Tod. Wiewohl eine Kontrole kaum durchführbar erscheint, wird doch übereinstimmend die Zahl der in der Stadt Tunis Umgekommenen bis heute auf 20,000 angegeben. Vor 3 bis 4 Wochen noch konnte man in den Straßen der Stadt sich nicht bewegen, ohne förmlich überfallen zu werden von Tausenden abgehärmter, zerlumpter Gestalten, die dem Tode entgegenwankten. Fremde, welche Kupfer- oder gar Silbermünzen unter die Unglücklichen austheilten, konnten nicht mehr vom Fleck oder wurden in ihren Hotels derartig bestürmt, daß die Thüren mit eisernen Querbalken verbarrikadirt werden mußten. Ueber Koth jeglicher Art fiel das unglückliche Volk, wie über Leckerbissen her und schlug sich darum. Da ist es denn kein Wunder, daß der Hungertod eine so reiche Ernte gehalten; ihm ist der Typhus gefolgt, der jetzt die Bevölkerung dezimirt. Auf den Kirchhöfen wurde anfänglich alles durcheinander geworfen, bald blieben auf den Gassen Kranke, Sterbende und Todte liegen, und ein pestilenzialischer Geruch füllte die Luft. Die fremden Konsuln hielten Rath; es wurde beschlossen, dem Bey energische Vorstellungen zu machen, daß bessere Maßregeln ergriffen wurden, als: regelmäßige Säuberung der Straßen, Aufnahme der Kranken in einige große, zu Hospitälern umgewandelte Karavanserien, Austheilung von Lebensmitteln von Regierungswegen. Die Privatwohlthätigkeit that und thut aber das Meiste; denn der Bey ließ täglich an jeden Spital-Inwohner nur 5 Grammes Brod und etwas Oel zum Eintauchen desselben austheilen. Der Genuß des Oels zog aber Dyssenterie nach sich, woran Viele starben. Daher mag auch die Sage rühren, der Bey habe den Unglücklichen Arsenik in's Brod backen lassen, um sich von der Sorge für dieselben zu befreien. — Damit es aber der heutigen Mittheilung nicht an einem Lichtblicke fehle, kann ich zum Schluß noch hinzufügen, daß in Folge des langen Regens die Aussichten auf die nahe Oel- und Kornernte die allerbesten sind und die Konsumtion der bereits geernteten Gemüse und Früchte den Gesundheitszustand der Bevölkerung bereits merklich gebessert hat. Der jetzt gänzlich darniederliegende Handel wird sich in Folge davon bald wieder heben.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68$^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63$^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55$^{3}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51$^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$pCt.	42$^{3}/_{4}$ G.
Preussen	3$^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101$^{3}/_{8}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93$^{5}/_{8}$ P.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	93$^{1}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88$^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	88$^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93$^{1}/_{8}$ G.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	96$^{1}/_{4}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	82$^{1}/_{4}$ G.
Gr. Hess.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90$^{1}/_{8}$ P.
„	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	94$^{5}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85$^{3}/_{4}$ G.
„	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	83$^{1}/_{8}$ P.
Frankfurt	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	80$^{1}/_{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2$^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84$^{1}/_{2}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 100r. 1881 D. 2$^{1}/_{2}$	76 G.
„	6pCt. ditto v. 1882	75$^{1}/_{4}$—$^{1}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126$^{1}/_{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	723—24 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193 P. 92 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331$^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260$^{1}/_{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120$^{1}/_{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156$^{3}/_{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88$^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^{1}/_{2}$ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132$^{1}/_{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	53$^{1}/_{4}$ P. 52$^{7}/_{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4$^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	120$^{5}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147$^{3}/_{4}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P. 62$^{3}/_{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72$^{1}/_{2}$—$^{1}/_{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	135$^{1}/_{2}$ G.
„ do. v. 1864	86$^{1}/_{2}$ P. 86 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98$^{1}/_{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10$^{1}/_{4}$ P.
Badische fl. 35	51$^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143$^{1}/_{2}$ P.
„ fl. 25 do.	38$^{1}/_{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25$^{1}/_{2}$ G.
St. Lüttich mit 2$^{1}/_{2}$ pCt. Z.	82$^{3}/_{8}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^{1}/_{2}$—$^{3}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95$^{1}/_{2}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^{7}/_{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld'. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95$^{1}/_{8}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^{3}/_{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$^{7}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99$^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95$^{1}/_{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102$^{1}/_{2}$—$^{3}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	—
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 13. März. Das Geschäft an heutiger Börse war sehr still. Amerikaner eröffneten, wenn auch unter gestriger Abendnotiz, doch in fester Haltung, gaben jedoch bald nach und schlossen $^{1}/_{8}$ niedriger. Central Pacific Bonds fest, 67$^{3}/_{4}$ bezahlt. Von österr. Spekulationspapieren waren Creditaktien in guter Tendenz, anfänglich auch Staatsbahn, welche jedoch auf schlechtere Berliner Course später etwas zurückgingen. 1860er Loose waren billiger zu haben, da ein großes Bankhaus als Verkäufer an den Markt trat. Süddeutsche Werthe wenig verändert und ohne Leben. Von Wechseln Wien etwas niedriger. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 75.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 15. März 1868.

Die Anklage des Präsidenten Johnson.

(Schluß.)

Würzburg, 15. März.

Mittlerweile fiel mancherlei vor, was nicht gerade geeignet war, Herrn Johnson über die möglichen Folgen seines Schrittes zu beruhigen. Der General Thomas, der Held von Chattanooga und Nashville, sandte an den Senator Wade folgende telegraphische Depesche: „Louisville, 22. Februar. Die Morgenblätter von Louisville melden offiziell, daß mein Name gestern zur Bestätigung als Titular-Generallieutenant und General an den Senat gesendet worden. Ich wurde für die Schlacht bei Nashville zum Generalmajor in der Armee der Vereinigten Staaten ernannt. Meine Dienste seit Beendigung des Krieges erwerben mir keinen Anspruch auf so hohe Anerkennung, und soll sie noch für Dienste während des Krieges gelten, so kommt sie zu spät. Ich bitte deshalb dringend, daß der Senat die Nomination nicht bestätige. George H. Thomas, Generalmajor." Thomas wollte also mit dem Präsidenten ebenso wenig etwas zu thun haben, sich ebenso wenig von ihm gebrauchen lassen, ebenso wenig Ehren aus seiner Hand empfangen, wie Sherman. Tief hatte es Herrn Johnson gekränkt, daß letzterer sich nicht an ihn, sondern an Grant gewendet; noch empfindlicher mußte es ihm sein, daß Thomas seine Vorstellung an den Präsidenten des Senats, d. h. an den Vizepräsidenten, seinen präsumtiven Nachfolger und bittersten politischen Gegner, richtete. Herr Johnson ließ den General Emory, Kommandanten des Distrikts Columbia, Virginien und Maryland, zu sich kommen und fragte ihn, ob er Befehlen Folge leisten würde, welche ihm auf anderem als gewöhnlichem Wege, d. h. von ihm direkt oder Thomas, zukämen. Die Antwort lautete: „Herr Präsident, meine Pflicht ist, dem Gesetze zu gehorchen." Dieselbe Antwort bekam er vom Oberst Wallace, Kommandanten von Washington. — General Grant erließ eine Spezial-Ordre, des Inhalts, daß durchaus nur militärischen Befehlen Folge zu leisten sei, die, dem Gesetze gemäß, durch seine Hand gegangen. Der Gouverneur Swann von Maryland stellte sich zwar bei Herrn Johnson ein und bot ihm jegliche Hülfe in seiner Bedrängniß an; aber an den Kongreß und den Kriegsminister kamen ermuthigende Depeschen von den Gouverneuren von Illinois und Pennsylvanien, welche ihnen alle Ressourcen jener Staaten zur Verfügung stellten.

Am 24. Febr. empfing der Senat die Ankündigung vom Präsidenten, daß derselbe den Senator Ewing für den Posten des Kriegsministers nominire, sowie eine Botschaft, wodurch er sein Verfahren in der Affaire Stanton's zu rechtfertigen sucht. Er erklärt darin die Ueberzeugung, streng innerhalb seiner konstitutionellen Befugnisse gehandelt und sogar die Tenure of office Bill nicht verletzt zu haben, da diese nur bestimme, daß Kabinets-Mitglieder ihr Amt, falls sie nicht unter Mitwirkung des Senats desselben enthoben würden, während der Amtsdauer des Präsidenten, der sie ernannte, und einen Monat darüber hinaus behalten sollten. Dieß, behauptet er, könne sich nicht auf Stanton beziehen, welcher nicht von ihm, sondern von seinem Vorgänger angestellt sei. Uebrigens habe er die Suspendirung, wie die Absetzung Stantons nur unter dem Einfluß strengsten Pflichtgefühls und mit der Absicht vorgenommen, den Punkt durch die Gerichte entscheiden zu lassen. Diese doppelte Mittheilung darf dem Wunsch, einzulenken, zugeschrieben werden; aber sie konnte um so weniger Eindruck machen, als von wirklichem Nachgeben nicht die Rede war.

Das Haupt-Interesse aber wurzelte am 24. v. im Repräsentantenhause, wo unter feierlichem Ernst die Debatte über den Antrag des Rekonstruktionsausschusses fortgesetzt wurde. Die meisten und begabtesten Redner sprachen für den Antrag. Thaddeus Stevens versuchte die Debatte zu schließen, brach aber dabei förmlich zusammen, und seine Rede mußte vom Sekretär verlesen werden. Fünf Uhr Abends war die Stunde der Entscheidung. Unter lautloser Stille wurde die Abstimmung vorgenommen. Sie ergab die Annahme des Antrags mit 126 gegen 47 Stimmen. Die in dieser Angelegenheit bis dahin gespaltene republikanische Partei zeigte sich jetzt als kompakte Einheit.

Andrew Johnson, Präsident der Vereinigten Staaten, ist also vom Repräsentantenhause im Namen des Volkes der Vereinigten Staaten wegen schweren Verbrechens und Vergehens unter Anklage gestellt worden. Der Modus ist nun folgender: Das Haus ernennt ein Comité, welches vor den Schranken des Senates erscheint, und den Beschluß ankündigt. Es wurden dazu Stevens und Bingham ernannt und diese entledigten sich am 25. Febr. ihres Auftrags. Zugleich wurde ein aus sieben Mitgliedern (Stevens, Bingham, Bout-

Trauerrede von Stiftspropst Dr. Döllinger,

gehalten in der Basilika zu München, 10. März 1868.

(Schluß.)

Richtig das Bedürfniß seiner Zeit erkennend, hat Ludwig im Jahre 33 zuerst jene Gewerbsschulen begründet, die sich bis an's Ende seiner Regierung auf 26 mit Tausenden von Schülern vermehrt hatten, und diesem dann die drei polytechnischen Schulen angereiht, welche im dringenden Momente, als die großen Bauten aufzuführen waren, die Techniker für diese Werke lieferten. Mit bewunderungswürdigem Scharfblicke hat er an der Rheingrenze bei Mannheim erkannt, daß hier eine Stadt gegründet werden solle, und das hat sich so bewährt, daß er nur durch Ludwigshafen und durch den Donau-Main-Kanal seinen Namen für alle Zeiten in die Karte Deutschlands eingezeichnet hat. Wie viele Namen müßten hier noch aufgezählt werden, wenn alle einzelnen zweckmäßigen, wohlthätigen, wirklichen Bedürfnissen genügenden Gesetze genannt werden sollten, die durch seine Anregung und seine Mitwirkung zu Stande gekommen sind!

Wohl hat es in den mehr als 20 Jahren seiner Regierung nicht an Conflikten in Bayern gefehlt; nicht immer hat völlige Eintracht zwischen der Krone und zwischen den Ständen geherrscht; aber wir wollen es nicht vergessen, wir wollen uns jetzt an dem Gedanken aufrichten, daß es damals während der Regierung von Ludwig noch keine berechnete, noch keine systematisch gegen die ganze Regierung des Königs gerichtete Opposition in Bayern gab; das war damals etwas Unbekanntes. Nur um einzelne Maßregeln handelte es sich in jenen Conflicten, hauptsächlich um die Frage über die Verwendung der Staatsmittel; und da hat Niemand im ganzen Lande dem Könige zugetraut, daß er in Verwendung der Staatsmittel irgend einem Privatinteresse oder der Sorge für seine Familie fröhne. Er hat, als er die Regierung niederlegte, ohne Widerspruch es aussprechen dürfen: „wie der Beamte eines freien Staates habe er die Mittel des Staates verwaltet."

Und gleichwohl, als in mehr als 20 Jahren jeder Conflict zuletzt friedlich geendet hatte durch weises Nachgeben von der einen oder andern oder von beiden Seiten, gleichwohl sollte ein trauriges Jahr kommen, das Jahr 1847. Gewiß gibt es Tausende in Bayern, die, wenn sie es vermöchten, dieses Jahr aus der Geschichtstafel Bayerns auslöschen würden. Eine dunkle Wolke hatte sich über Bayern gelagert; das Vertrauen, das damals und während der ganzen Regierung so vollständig und rein zwischen dem König und seinem Volke geherrscht hatte, war nicht zerstört, aber es war momentan unterbrochen. Noch kurze Zeit vorher mußte man sagen: „Es gibt keinen Fürsten in ganz Europa, der mit besserem Rechte als Ludwig behaupten könnte, daß er im vollen Besitze des Vertrauens, der Liebe, der Bewunderung seines Volkes sei.

Wir wissen, wozu jene Stürme geführt haben. Sie treten in eine andere Phase über mit dem freien Beschlusse der Niederlegung der Krone. Ich vermesse mich nicht, in die geheimen Entschlüsse und Gedanken des Königs eindringen zu wollen; gewiß hat er auch diesen außerordentlichen Schritt mit seinem Gewissen und mit Gott berathen. Das ist klar, daß nicht blos darum die Niederlegung seiner Regierung stattfand, weil er etwa das Gefühl hatte, daß ihm in jenen traurigen Tagen allzuviel von seinen Herrscherrechten entwunden worden sei.

well, Ward, Wilson, Longan und Julian) bestehendes Comité ernannt, um die Anklage-Artikel auszuarbeiten. Der Präsident des Senats ernennt ein Spezial-Comité, um mit dem des Repräsentantenhauses in Verbindung zu treten und dem Senat Bericht zu erstatten (Howard, Trumbull, Conkling, Edmund, Pomeroy, Morton, Johnson), worauf der Senat die Sache übernimmt und dem Hause dies notifizirt. Der Sprecher des Repräsentantenhauses ernennt seinen Ausschuß, welcher dem Senat die Anklageakte zu überbringen und die gerichtliche Verfolgung zu leiten hat. Der Senat beschließt alsdann die Zeit, in welcher er sich als Anklagehof konstituiren will. Jeder Senator verpflichtet sich eidlich, ein unparteiischer Richter zu sein. Der Ausschuß des Hauses erscheint vor dem in einen Gerichtshof verwandelten Senat und erhebt förmlich und feierlich die Anklage. Dem Angeklagten wird die Vorladung zugesandt. Es ist nicht nothwendig, daß er persönlich erscheine. Am Tage der Verhandlung begibt sich das Repräsentantenhaus in corpore als Ankläger in den Senatssaal, und es beginnt die Verhandlung gerade so, wie vor jedem anderen Gerichtshofe. Der Oberrichter Chase präsidirt. Bei der Abstimmung wird jeder Senator namentlich aufgerufen und muß laut mit „Schuldig" oder „Nichtschuldig" antworten. Zwei Drittel sind zur Verurtheilung erforderlich; diese aber hat die sofortige Absetzung des Verurtheilten und seine Unfähigkeit, jemals wieder ein Amt in den Vereinigten Staaten zu bekleiden, zur Folge.

Es ist eine große Wahrscheinlichkeit für Johnson's Verurtheilung vorhanden. Es wird alsdann der Präsident des Senats, Benjamin Wade, sein Nachfolger. Die Sache wird einen friedlichen, wenn auch nicht ruhigen Verlauf nehmen, und durch die Fähigkeit, auch diese Prüfung noch zu ertragen, wird die Republik der Welt das allererhabenste Beispiel bieten.

Bayerischer Landtag.

Debatte über die Rückäußerung der Reichsräthe bezüglich der Toleranzhäuser. Kein Gesammtbeschluß. Telegraphengesetz angenommen.

München, 14. März.

In der gestrigen 76. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde berathen über die neuerliche Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe bezüglich des Antrags der Abg. Stenglein und Genossen, die Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches betreffend. Die einzige Differenz, welche zwischen den Beschlüssen der beiden Kammern noch besteht, betrifft den Art. 221 des Strafgesetzbuches. Die Kammer der Abgeordneten beschloß bekanntlich den Zusatz: „Auf Inhaber polizeilich geduldeter Häuser findet die Bestimmung des Abs. 1 keine Anwendung," wogegen die Kammer der Reichsräthe diesem Zusatze folgende Fassung gab: „Die gerichtliche Verfolgung findet, wenn keiner der im Abs. 2 bezeichneten Umstände vorliegt, nur auf Antrag der einschlägigen Polizeibehörde statt." Der I. Ausschuß der Abgeordnetenkammer schlägt nun vor, die Fassung der Kammer der Reichsräthe zu adoptiren. Referent Streit empfiehlt diesen Vorschlag um so mehr, als derselbe ganz dem Antrage entspricht, welchen der Ausschuß ursprünglich an dieses Haus gebracht hat. Der Ausschuß bevorwortet diesen Antrag in der lebhaften Ueberzeugung, daß die Organe der Staatsregierung von dieser allerdings weiter gehenden Befugniß nur jenen vorsichtigen und umsichtigen Gebrauch machen werden, der nothwendig ist, um den Zweck zu erreichen, der erreicht werden soll. Andererseits empfiehlt Redner den Antrag in der festen Ueberzeugung, daß etwas geschehen muß, um dem Umsichgreifen jenes vergiftenden Uebels vorzubeugen und Unglück und Elend von Einzelnen und ganzen Familien möglichst abzuwenden. Durch die Verdächtigungen und Verläumdungen von Seite mehrerer schmutzigen Parteiblätter, und durch deren Angriffe auf die ehrenhaftesten Männer dürfe man sich nicht abschrecken lassen.

Dr. M. Barth, welcher der Sitzung des Ausschusses nicht beiwohnen konnte, erklärt sich mit dem Ausschußbeschlusse vollkommen einverstanden. Redner hält diese Erklärung den Verdächtigungen gegenüber, welchen der Ausschuß ausgesetzt war, für nothwendig.

Dr. Ruland hofft, daß ein Gesammtbeschluß bezüglich der gesetzlichen Regelung der Prostitution in Bayern nicht zu Stande kömmt. Wenn es dem Staate Ernst sei, der Unsittlichkeit entgegenzutreten, so finde er schon hiezu Gesetze. Was die Familien betrifft, so müsse die Ueberwachung der einzelnen Glieder dem Familienoberhaupte vorbehalten bleiben. Redner stellt daher an die Kammer die dringendste Bitte, keine neue Sklaverei zu schaffen, von der man in unserem Vaterlande keinen Begriff habe. Blicke man hin auf die Städte, wo solche Institute bestehen, blicke man auf die zahlreichen armen Geschöpfe, welche sich los machen möchten, aber gefesselt sind; denke man an die Verlockungen, welchen unbescholtene Mädchen und Familientöchter ausgesetzt sein werden, denke man an die verlockten Jünglinge, die in solchen Häusern zu Grunde gehen und man werde sicher dem Antrage des Ausschusses nicht beistimmen.

Dr. Edel: Der Art. 221 spiele eine merkwürdige Rolle in der Reihe unserer politischen Kämpfer; der Sykophantismus stehe in vollster Blüthe, man verlege sich von gewisser Seite förmlich darauf, Andersdenkende zu verdächtigen, zu verläumden und moralisch zu ruiniren; daß die Parteien sich einander noch nicht auf die Köpfe schlagen und noch nicht Scheiterhaufen gegeneinander errichten, ist fast zu verwundern: am Hetzen fehlt es nicht! Wie vielfach sei der Art. 221 mißbraucht worden, um einen mißliebigen Gegner zu verdächtigen, um ihn als Freund des Lasters dem Volke zu denunziren. Nachdem die Angriffe auf andere Personen als unbegründet zurückgewiesen waren, habe man ihn (Redner) als Sündenbock gefunden, der das Meiste verschuldet habe. Die gerichtliche Medizin erfordert die Ueberwachung der Unsittlichkeit. Die eine Partei will eine gewisse Nachsicht gegen die Prostitution und gegen die Kuppelei üben, um dadurch die Ansteckung im ganzen Lande zu verhüten, die andere Partei hält dieses Mittel aus sittlichen Gründen für verwerflich. Auf der einen Seite steht die Mehrzahl der Praktiker, auf der anderen die Theoretiker. Vor dem Jahre 1861 war auch in Bayern die Prostitution, wie die Kuppelei noch Polizeiübertretung und die Polizei hatte es in der Hand zu strafen, wenn sie wollte. Diese Praxis hat unter allen Ministerien, selbst unter

---

Er hat — das läßt sich wohl erkennen — er hat den Entschluß gefaßt und hat ihn ausgeführt, weil er zugleich das Gefühl hatte, daß es sich hier um eine große Sühne, um ein Opfer handle, das gebracht werden müsse; das Volk und die Bewohner der Hauptstadt haben das wohl verstanden, und die Versöhnung zwischen dem König und seiner Hauptstadt ist denn auch eine so reine und so vollständige und bleibende gewesen, wie sich kaum ein zweites Beispiel finden möchte. Groß und selbständig hat er sich, wie in allen Dingen, so auch in dieser Niederlegung der Krone bewiesen. Es ist das ein Schritt, der überhaupt äußerst selten in der ganzen Geschichte der europäischen Völker geschehen ist. Es sind vielleicht vier oder fünf Beispiele, die wir in mehr als einem Jahrtausend von Fürsten anführen könnten, welche freiwillig dem Throne entsagt haben: Diocletian, Karl V., die schwedische Christina und in unsern Tagen Karl Albert von Piemont. Aber wie ganz anders war doch das bei unserem Könige! Jene Monarchen legten ihre Krone nieder, weil sie von langwieriger Krankheit gebrochen, oder weil alle ihre Unternehmungen ihnen zuletzt mißlungen waren, oder weil sie, wie Christina, dies Opfer ihrem Glauben bringen wollten. König Ludwig hat ohne Nöthigung, in voller, unversehrter Gesundheit des Leibes und in Frische des Geistes mitten in großen, angefangenen oder zur Hälfte ausgeführten Unternehmungen den Entschluß der Thronentsagung gefaßt, den er nie mehr bereut hat. Niemals hat er auch mehr den Versuch gemacht, in die Regierungsangelegenheiten, wie sie vor seinen Augen sich abspannen, einzugreifen.

Jene früheren Fürsten, welche dem Throne entsagt hatten, ertrugen es nicht, unter denen zu wandeln, die sie früher beherrscht hatten; sie zogen sich in die Stille des Klosters zurück, wie Karl V., oder verlebten den Rest ihrer Tage fern in fremden Landen, wie Christina und Karl Albert. Unser König aber hat etwas gethan, wozu sich kein zweites Beispiel in der ganzen Geschichte findet: In derselben Hauptstadt, in welcher er 22 Jahre als Alleinherrscher gewaltet hatte, ist er geblieben; täglich ist er mit Personen aller Stände in vertrauliche, theilnehmende, freundliche Berührung getreten. Wo er sich zeigte, wurde er von Beweisen der Verehrung und Liebe umgeben; jeder freute sich, ihn gesehen zu haben, einen Blick, ein Wort, ein Zeichen der Erkennung von ihm erhalten zu haben, und wenn ein Fremder nach München kam, konnte er nicht begreifen, daß dieser Gegenstand der allgemeinen Verehrung und Liebe nicht mehr wirklich herrschen solle. Mit reinem Wohlgefallen muß der Blick auf dem 20jährigen Privatleben des Königs, das nun folgte, verweilen.

Wie alle Fürsten hat König Ludwig und er vielleicht in höherem Grade noch die Erfahrung gemacht, daß trotz der vielen gespendeten Wohlthaten ihm doch häufig mit Undank gelohnt wurde; er ist häufig in der Tiefe auf Heuchelei, Verstellung, auf Trug und Lüge gestoßen. Bei einem gewöhnlichen Menschen würden solche Erfahrungen die Wirkung gehabt haben, seinen Sinn zu verhärten; ein Zug von Menschenverachtung würde vielleicht bei ihm sich angesetzt haben. Davon war bei Ludwig keine Spur.

Als trefflichem Haushalter, der ebenso seinen eigenen, wie den Staatshaushalt aufs Beste zu verwalten und in strengster Ordnung

Adel bestanden und Niemand hat sich darüber aufgehalten, zumal es Kompromittirte hüben und drüben gibt. Das Jahr 1861 brachte die bekannte etwas harte Aenderung, allein die Sittlichkeit hat, wie die Erfahrung zeigte, damit nichts gewonnen, wohl aber hat die Volksgesundheit sehr gelitten. Nach langer Erwägung einigte sich der Ausschuß, wenn auch ungerne, dahin, daß man der Regierung in München und in noch einigen größeren Städten die Duldung öffentlicher Häuser ermöglichen solle; allein die Kammer der Reichsräthe sei weiter gegangen als der Ausschuß dieses Hauses und deßhalb könne er nicht für den Antrag der Kammer der Reichsräthe stimmen. Ueberhaupt werde der 1. Ausschuß in dieser Sache nie mehr die Initiative ergreifen.

Feustel: Der Hauptgrund, warum er heute das Wort ergreife, beruhe in der unwürdigen Behandlung dieses Gegenstandes von Seite eines Theils der Presse. „Ist es möglich," fragt Redner, „eine Sache perfider zu behandeln, als diese behandelt wurde?" Unerbittliche Ziffern, Krankheitsformen, die man früher nicht kannte, haben die Aerzte, die denn doch auch ein Herz in der Brust haben, schon früher veranlaßt, die Regierung aufmerksam zu machen, daß Abhilfe nothwendig sei. Die Sache sei abermals an uns herangetreten, ein Beweis, daß das Uebel nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Der Antrag der Kammer der Reichsräthe sei geeignet, das Uebel zu vermindern und deßhalb stimme er für diesen Antrag. Die Regierung wird von der eingeräumten Befugniß den rechten Gebrauch machen und nur auf größere Städte beschränken. Die Sittlichkeit im höheren Sinne habe mit dieser Frage wenig zu thun. Wer menschliche Dinge kennt, der werde zugeben, daß wir Nothwendigkeiten unterliegen, die zu allen Zeiten sich geltend machen.

Hr. Justizminister v. Lutz: Die Kammer habe von der Verabscheuungswürdigkeit der Prostitution sprechen gehört. Während der betreffenden Rede habe er sich der Bangigkeit nicht erwehren können, ob das Ministerium sich auf dem rechten Standpunkte befinde; er (Redner) habe sich gefragt, ob die Minister nicht eine Schuld treffe gegenüber denjenigen, welche die Prostitution für so verabscheuungswürdig erklären. Allein bei näherer Ueberlegung sei er zu der Ueberzeugung gekommen, daß auch die Träger der Regierung sich durch Niemanden in der Verabscheuung, welche gegen die Prostitution besteht, übertreffen lassen. Und wenn die Träger der Regierung in der vorliegenden Frage die Initiative ergriffen haben, so sei es deßhalb geschehen, weil die Regierung sich bewußt ist, daß sie menschlich ist und mit menschlichen Dingen wirthschaften muß. Die Ansicht Edels, daß der Antrag der Kammer der Reichsräthe weiter führen könne, als der Antrag dieses Hauses, theilt Redner nicht. Im Endresultat führt jeder der Anträge zu demselben Ziele. Die Regierung denke nicht daran, die Prostitution im ganzen Lande sich ausdehnen zu lassen, sie will sie nur in die früher schon vorgezeichneten Bahnen lenken.

Dr. Völk und v. Hofmann sprachen sich gegen den Antrag aus: Antrag-Reate seien immer mit großen Schwierigkeiten verbunden.

Stenglein bevorwortete den Antrag. Gerade diejenigen Kreise, welche wegen des Antrages auf Mitglieder dieses Hauses Steine geworfen haben, seien berufen, über die Sittlichkeit zu wachen, allein das Resultat, welches diese Kreise bisher erzielten, sei ein sehr schlechtes: die Sittlichkeit habe sehr abgenommen. Die Antragsteller wollen die Prostitution bekämpfen und deßhalb sollten ihnen jene Kreise, von welchen die Vorwürfe ausgehen, die Hand reichen. — Obgleich auch Dr. Streit noch den Antrag sehr warm vertrat und u. A. hervorhob, daß der jetzige Zustand viel schlimmer sei als der frühere, weil das Laster auf die Straße getrieben sei, wurde der Antrag des Ausschusses, der Reichsrathskammer zuzustimmen, dennoch abgelehnt. — Da demnach kein Gesammtbeschluß erzielt ist, bleibt der Art. 221 des Strafgesetzbuches wie bisher unverändert in Kraft.

Bezüglich des Zusatzes zu Art. 97 des Polizeistrafgesetzbuches, die ärztliche Ueberwachung der wegen Prostitution abgestraften Personen betreffend, besteht Gesammtbeschluß.

Der Gesetzentwurf, die Vervollständigung des Telegraphennetzes betreffend, wurde fast ohne Debatte in der vom Ausschusse vorgeschlagenen Fassung einstimmig angenommen. — Die eingekommenen Petitionen der Gemeinden Ensheim, Mußbach und Wachenheim wegen Errichtung von Telegraphenstationen wurden der kgl. Staatsregierung zur geneigten Berücksichtigung hinübergegeben. — Endlich wurde der Wunsch beigefügt: es möge in der technischen Konstruktion der neuzuerrichtenden Telegraphenlinien mit der möglichsten Sparsamkeit verfahren, insbesondere neue Erhebung angeordnet werden, ob zunächst bei den neuzuerrichtenden Nebenlinien nicht unbeschadet des praktischen Zweckes die Konstruktion einfacher und billiger bewerkstelligt werden könne."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 12. März. [Jeremiade eines Kreuzzeitungsritters.] Der außerordentlich fromme Prof. Leo, der Vater des berüchtigten geflügelten Wortes vom „frischen fröhlichen Krieg", welcher unter dem „skrophulösen Gesindel" der Gegenwart aufräumen sollte, dieser nämliche Herr Professor sieht jetzt seine Ideale schwinden. Er war einmal mit Herrn v. Rumohr in eine sonderbare Fehde gerathen. Dieser hatte nämlich die Meinung ausgesprochen, es gehe mit dem deutschen Adel rasch zu Ende, was Heinrich Leo, der getreueste Verehrer aller veralteten Einrichtungen, dem alten Baron ordentlich übel nahm. Jetzt schreibt Heinrich Leo: „Nachträglich muß ich ihm fast ganz Recht geben — ich glaube allerdings, wenn der Sache nicht in irgend einer Beziehung ein Einhalt gethan wird, so wird es in nicht langer Zeit, gerade wie in England, ein Luxus sein, den sich nur anderweitig reiche Leute erlauben dürfen oder große Fabrikanten (Bierbrauer, Spiritusbrenner, Zuckersieder, Stärkefabrikanten, Solaröl-Producenten u. s. w.), einen Grundbesitz von einiger Bedeutung, bei dem die persönliche Arbeit der Besitzer nicht in Anschlag kommt, zu eigen zu haben. An die Stelle unseres kleineren grundbesitzenden Adels werden zu einem großen Theile Banquiers, Fabrikanten oder Leute, die den Landbesitz industriell und fabrikmäßig betreiben, Juden u. s. w. treten." Es geht Heinrich Leo wie den alten

---

zu halten verstand, blieben ihm auch mit weit gemindertem Einkommen noch reichliche Mittel, seinem Wohlthätigkeitssinne zu folgen; und was so hoch anzuschlagen ist: er gab nie nach bloßer Neigung oder Laune oder Zufall, sondern er gab immer nach weisem Ermessen, nach sorgfältiger Prüfung und Erwägung, und dann gab er immer königlich. Wie viele Thränen er getrocknet, wie oft er den Ruin einer Familie aufgehalten, wie viele ihm ihre Erziehung, ihr Fortkommen im Leben verdanken, wer vermöchte das zu sagen! „Pertransiit benefaciendo," „er ist vorübergegangen im Gutesthun;" das gilt von jenem Könige, der vor 19 Jahrhunderten verhüllt in Knechtsgestalt im Leben wandelte. „Pertransiit benefaciendo" läßt sich auch von König Ludwig sagen, der keinen Tag, den er nicht mit Wohlthaten bezeichnet hätte, vorübergehen ließ. Bei alle dem war sein Haushalt so wohlgeordnet, daß er trotz der ausgedehntesten Freigebigkeit doch nie sich von Mitteln entblößt fand, daß er selbst über den Ocean hinüber seinen Volksgenossen, die sich nach Befriedigung geistiger Bedürfnisse sehnten, den Deutschen in Amerika mit reichen Gaben sich hilfreich erweisen konnte. Es ist tröstlich für uns, daß nicht bloß in Bayern, sondern auch von den Deutschen in Amerika der Hintritt des Königs als ein unersetzlicher Verlust beklagt wird und daß sein Andenken dort noch lange ebenso gesegnet wird, wie bei uns in Bayern.

Die religiösen Ueberzeugungen und Gewohnheiten, die er von seinem stets hoch gehaltenen Lehrer empfangen, die er Dank dem Verkehr mit dem verewigten Sailer befestigt hatte, sind ihm durch die späteren Erfahrungen und Eindrücke des Lebens nicht verwischt worden; im Gegentheil, gegen den Abend seines Lebens sind sie in ihm mit erneuter Innigkeit und größerer Klarheit erwacht. Er schöpfte seine religiöse Belehrung aus der reinsten und ächtesten Quelle, aus der heiligen Schrift in der Ursprache. Vor wenigen Jahren erst ließ er mich einmal zu sich rufen, um mir eine Reihe von Fragen über Sachen des Glaubens vorzulegen. Es waren Stellen der heiligen Schrift, die ihn viel beschäftigten. Er gab mir sein neues Testament in griechischer Sprache, das, wie ich sah, sein viel gebrauchtes Buch war, und ließ sich eine ihm dunkle Stelle aus dem Griechischen erklären. Und so hat ihn denn auch sein Glaube in den letzten Stunden seines Lebens nicht verlassen, und hat ihn erfüllt mit jener Seelenstärke und jenem Vertrauen auf den Erlöser, das ihn mannhaft und unerschrocken dem Tode ins Angesicht blicken ließ.

In den nächsten Stunden und in den nächsten Tagen wird ein ganzes Volk seine Gebete emporsenden zum Allerhöchsten, daß dem König, der seine irdische Krone Gott zum Opfer gebracht hat, jene unvergängliche Krone zu Theil werden möge, die die heilige Schrift den treu bis zum Ende Ausharrenden verheißt. Sein bayerisches Volk wird nicht bloß jetzt, es wird noch nach Jahrhunderten und in späten Enkeln dankbar seiner gedenken; und wenn wir diesen Dank, den wir ihm für so zahllose Schöpfungen, für so wohlthätige Werke schulden, in der rechten Weise darbringen wollen, so ist es unsere Aufgabe, alles, was er unter uns geschaffen, gestiftet, hervorgebracht hat, wie ein heiliges, unantastbares Vermächtniß schonend zu bewahren, zu pflegen und nach seinen Absichten zu gebrauchen. Das gebe Gott! Amen.

Löwen, ihre Zähne fallen aus, sie magern ab, und ihre sonst so fürchterliche Stimme wird heiser und schreckt Niemanden mehr. Er hatte auch wirklich spezielles Malheur. Einen Freund Cavour's warf er mit allen Zeichen des Abscheues und Entsetzens fast zur Thür hinaus; denn ein Vertreter der Annexionen erschien ihm als ein Sohn der Hölle. Und jetzt — leben wir im Staate der Hohenzollern, wo von Unveränderlichkeit (Stabilität) keine Rede sein kann! Das brandenburgische (resp. savoyische) Wesen, sagt er, hat von je her danach gestrebt, sich auch äußerlich zu vergrößern, und mit dieser geschichtlichen Erkenntniß beruhigt er sich. So zu lesen in der „Kreuzzeitung" vom 12. März 1868. Es sei ein wahrer Jammer, sagt er, so Schritt vor Schritt die sittlichen Bilder, zwischen denen man aufgewachsen sei, sich in Luft und leere Räume verwandeln zu sehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Gegen die Pläne des Finanzministers] Brestl geben sich viele Einwendungen kund, namentlich gegen die Kapitalsteuer. Im Grunde läßt sich gegen jede Steuer mancherlei einwenden, und es fragt sich für Oesterreich nur, welches das geringere Uebel ist, neue Steuern oder Staatsbankerott.

— [Kardinal Rauscher] setzt alle Mittel in Bewegung, um das Konkordat, welches allerdings zum großen Theile als sein eigenstes Werk anzusehen ist, zu retten. Die „Presse" bemerkt dazu: „Ein Zeichen der Zeit ist es jedoch immerhin, daß ein österreichischer Kirchenfürst sich der Broschüren-Literatur aktiv zuwendet. Wir von der Tagespresse sehen darin eine Annäherung, die uns höchlich ehrt. Uebrigens hegen wir schon lange die Ueberzeugung, daß Se. Eminenz das Zeug zu einem hervorragenden Publizisten besitzt. Der Kardinal hätte es in der Journalistik weit bringen können, steht sich aber ohne Zweifel so besser."

Ausland.

Italien. [Trostlose Lage.] Wie sehr der Pessimismus überhand nimmt, beweist folgende Stelle aus einer Rede, worin sich in der letzten Kammersitzung der frühere Minister und warme Anhänger der Regierung, der Deputirte Ferrara, über die Lage Italiens ausspricht. Er sagte:

„Italien ist taub und gelähmt. Es hört nicht auf seine Deputirten und unterstützt nicht ihre Bemühungen; es betäubt sie blos mit seinen Klagen. Die Volksvertreter sehen die von Tag zu Tag abnehmenden Kräfte und Lebensgeister der Bevölkerung und den nahenden ökonomischen Ruin. Während die Lebensmittel allenthalben im Preise steigen, versiegt die Quelle der Production, so daß dem italienischen Volke jede Berechnungs-Basis, jeglicher Wahrscheinlichkeitsblick in die Zukunft abgeht. Geschäfte, die mit musterhafter Klugheit und Pünktlichkeit geführt worden, sehen Sie in Handumkehr zu Grunde gehen; denn das Agio verschlingt den Profit nicht allein, sondern zehrt sogar an Kapital-Guthaben, welche auf den besten Bürgschaften beruhten; Capitalien, welche bei den besten Unternehmungen betheiligt waren, finden sich unvermuthet erheblich geschmälert, weil sie, in Papier verwandelt, nicht mehr die volle Integrität ihres Werthes repräsentiren. Jedermann sieht ein, daß bei solchen Zuständen jedes einträgliche Geschäftsleben in Italien zur Unmöglichkeit geworden ist. Alles ist in Zweifel gestellt; alles von Gefahren umgeben, gegen welche ein Jeder sich zu schützen sucht. Auf dem Gebiete der Agrikultur werden keine Neupachte mehr gemacht oder nur zu ungenügenden Preisen; in anderen nur auf Bestellung; die Schiffe in den Häfen finden keine Ladung und verfaulen oder laufen mit bloßem Ballast aus; auf dem gesammten Gebiete der Nationalökonomie ist alle Solidität vernichtet, nur auf den Börsen ist Leben und Bewegung und in den Botiquen der Geldwechsler; das Leben ist nicht da, wo producirt wird, sondern wo gespielt wird."

Ueber die Schulden Italiens bringt der „Corriere Italiano" eine humoristische Berechnung zu einiger Erheiterung in der Papier-Misère. Es ist früher schon berechnet worden, daß eine Milliarde in Silber 5 Millionen Kilogramme wiegen würde, womit 2600 vierspännige Wagen zu belasten wären; dieses Silber würde hinreichen, um die zwei Schienen der Eisenbahn von Florenz bis Turin daraus zu machen. Eine Milliarde in Kupfergeld würde 100,000,000 Kilogramme wiegen. „Doch gehen wir vom Kupfer zum Papier über, zur wahren italienischen Grundlage. Ein Bankbillet der Volksbank zu Florenz à 1 Lira hat an der breitesten Seite 0,09 Metres. Eine Milliarde in Billeten dieser Bank würde ein Band geben von 90,000 Kilometres Länge, mit welchem man neunzehnmal ganz Italien einwickeln könnte, da dessen Gesammtumfang 4767 Kilometres beträgt. Da die Oberfläche des Billets 27 Quadrat-Centimetres beträgt, so würde eine Milliarde dieser Billete eine Oberfläche von 270,000 Kilometres liefern — einen Lappen, welcher hinreichend wäre, um das ganze gegenwärtige Königreich Italien, mit Ausnahme der Insel Sardinien, zuzudecken. Hätte man bei der Geburt Christi eine Milliarde dieser Billete in eine Kiste eingeschlossen, welche die mechanische Vorrichtung gehabt hätte, daß jede Minute ein Billet herausgefallen wäre, so würde die Kiste heute noch nicht leer sein, sondern noch etwa 50 Jahre brauchen. Italien hat 6 Milliarden Schulden würde es nun seine Gläubiger zum Beispiel auf diese Weise mit 1 Lira per Minute zahlen, so käme der letzte Gläubiger erst in 11,514 Jahren an die Reihe.

Nichtpolitische Zeitung.

[Zum Prozeß Chorinsky.] „Nach allen Erhebungen ist sicher gestellt, daß Graf Chorinsky zu dem Morde seiner Gattin einzig und allein aus dem Grunde die Hand geboten hat, weil ihm darum zu thun war, jene fünfzig Gulden, welche sein Vater der Gräfin Chorinsky als Unterstützungsbeitrag zugesichert hatte, für sich als Zulage zu erlangen." So wird dem „N. Wien. Tagbl." berichtet; nach Mittheilungen, welche die „Presse" aus München erhielt, wäre dieses Motiv, das den ganzen Prozeß der leidenschaftlichen Liebesromantik vollständig entkleiden würde, allerdings vorhanden gewesen, aber nur als mitwirkender Faktor und nicht als ausschließlicher Impuls erkannt worden. Die von vielen Seiten aufgestellte Behauptung: der Graf Chorinsky sei aus verblendeter Liebe zur Stiftsdame Julie v. Ebergenyi zum Verbrecher geworden, hat die Untersuchung durch mancherlei Umstände vollkommen entkräftet. So liegt beispielsweise eine ganze Reihe von Liebesbriefen vor, die Graf Chorinsky in der letzten Zeit und zwar während seiner Bekanntschaft mit der Stiftsdame, an ganz andere Damen geschrieben hat, und aus denen hervorgeht, daß die letztgenannte keineswegs die einzige „Flamme" des Grafen gewesen ist. Es geht ferner aus der Untersuchung hervor, daß die in Wien verhaftete Julie v. Ebergenyi bei der That von dem eitlen Motiv geleitet wurde, „Frau Gräfin" zu werden, und daß auch sie nicht mit leidenschaftlicher Liebe dem Grafen zugethan war. Es sind Zeugen vernommen worden, welche eidlich bestätigen: Julie v. Ebergenyi habe ausdrücklich erklärt, sie sei mit dem Grafen ein Verhältniß eingegangen, weil sie gewiß darauf rechnete, er werde sie heirathen, ja daß sie sich sogar als „Frau Gräfin" vielen gegenüber gerirte, welche eben nicht wußten, daß die Gattin des Grafen Chorinsky noch am Leben sei. Die Absicht, die Gräfin Chorinsky zu ermorden, war, nach den erhobenen Umständen, bei beiden Beschuldigten lange vor der That vorhanden. Schon als sie durch einen gewissen Oberlieutenant Rombacher von Brünn aus verzuckertes Obst nach München schickten, war dies bloß geschehen, um die Gräfin für künftige Fälle gefügig zu machen, d. h. ihr jeden Verdacht, als seien die ihr zugeschickten Eßwaaren schädlich, ein für allemal zu benehmen. Offenbar lag ursprünglich die Absicht vor, durch ähnliches verzuckertes Obst die Gräfin zu vergiften. Doch schien man später davon abgegangen zu sein, weil man sicherer gehen wollte, und deßhalb den Entschluß faßte, „eigenhändig" den Mord zu verüben. Uebrigens sollen beide Beschuldigte mit aller Entschiedenheit die verbrecherische That läugnen, und es ist daher von ihren Aussagen, selbst wenn beide sich von Angesicht zu Angesicht gegenüberstehen sollten, nichts wesentlich bestimmtes auf die Entscheidung des Processes zu erwarten.

[Hamlet als Oper.] Aus Paris, 10. März, schreibt man dem „Nürnb. Korr.": In der großen Oper ging gestern ein neues Werk von Ambroise Thomas: Hamlet, Oper in 5 Akten, mit einem sehr ehrenvollen Erfolg in Szene, an welchem jedoch die Darsteller der Hauptrollen einen nicht unbedeutenden Antheil hatten. Das Sujet ist von den in diesem Geschäfte sehr gewandten Herren Michel Carré und Barbier, so gut es eben ging, für einen Operntext hergerichtet. Einen sonderbaren Eindruck macht es immerhin, Hamlet in einem Duette mit Ophelia: „Doute de la lumière" oder gar in einer Arie: „Allez dans un cloître, allez, Ophélie" singen zu hören. Ist doch daher der Monolog: Sein oder nicht sein — nicht vergessen und das Schauspiel im Schauspiele für ein Ballet verwerthet!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 76-77. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 17. März 1868.

Süddeutschland.

Bayern. [Das Ergebniß der Volkszählung] vom Dezember 1867 nach der vorläufig von den Kreisregierungen mitgetheilten, zur Zeit noch nicht revidirten Zusammenstellung ist folgendes:

I. Unmittelbare Städte: München 145,132, Nürnberg 72,209, Augsburg 42,915, Würzburg 33,314, Regensburg 26,603, Fürth 22,493, Bamberg 22,214, Bayreuth 15,558, Hof 14,397, Landshut 11,909, Ansbach 11,573, Erlangen 11,553, Passau 10,416, Straubing 10,353, Amberg 10,016, Kempten 9762, Schweinfurt 9748, Ingolstadt 8060, Aschaffenburg 7888, Freysing 7134, Memmingen 7109, Schwabach 6877, Nördlingen 6872, Eichstädt 6834, Neuburg 5498, Rothenburg 5235, Weissenburg 5210, Dinkelsbühl 5192 Kaufbeuern 4851, Lindau 4056, Donauwörth 3434.

II. Bezirksämter. Oberbayern: Aichach 36,742, Altötting 28,868, Berchtesgaden 16,140, Bruck 18,891, Dachau 19,878, Ebersberg 21,235, Erding 33,163, Freising 29,602, Friedberg 20,632, Ingolstadt 16,178, Landsberg 25,012, Laufen 28,518, Miesbach 20,732, Mühldorf 29,080, München l. J. 28,652, München r/J. 25,879, Pfaffenhofen 30,134, Rosenheim 48,360, Schongau 18,960, Schrobenhausen 18,172, Tölz 12,617, Traunstein 38,242, Wasserburg 32,731, Weilheim 19,703, Werdenfels 9721.

Niederbayern: Bogen 30,550, Deggendorf 37,890, Dingolfing 20,675, Eggenfelden 31,456, Grafenau 16,572, Griesbach 30,756, Kelheim 30,115, Kötzting 23,621, Landau 20,680, Landshut 24,811, Mallersdorf 18,291, Passau 35,933, Pfarrkirchen 30,592, Regen 20,481, Rottenburg 32,625, Straubing 20,586, Viechtach 19,226, Vilsbiburg 25,912, Vilshofen 37,992, Wegscheid 17,878, Wolfstein 27,957.

Pfalz: Bergzabern 38,422, Frankenthal 45,408, Germersheim 49,948, Homburg 48,054, Kaiserslautern 57,698, Kirchheimbolanden 49,892, Kusel 40,326, Landau 58,328, Neustadt a. d. H. 66,296, Pirmasens 42,808, Speier 55,179, Zweibrücken 57,155.

Oberpfalz und Regensburg: Amberg 24,723, Burglengenfeld 21,066, Cham 23,023, Eschenbach 23,759, Hemau 29,340, Kemnath 24,250, Nabburg 18,202, Neumarkt 31,743, Neunburg v/W. 32,427, Neustadt W. N. 26,275, Regensburg 25,775, Roding 27,027, Stadtamhof 30,461, Sulzbach 16,638, Tirschenreuth 28,640, Velburg 24,929, Vohenstrauß 23,128, Waldmünchen 16,353.

Oberfranken: Bamberg I 24,812, Bamberg II 28,025, Bayreuth 28,149, Berneck 16,087, Ebermannstadt 24,249, Forchheim 30,622, Höchstädt a/H. 27,001, Hof 17,046, Kronach 26,903, Kulmbach 30,462, Lichtenfels 28,245, Münchberg 24,324, Naila 22,115, Pegnitz 27,429, Rehau 24,563, Stadtsteinach 19,405, Staffelstein 20,021, Teuschnitz 16,481, Wunsiedel 37,462.

Mittelfranken: Ansbach 24,218, Beilngries 25,203, Dinkelsbühl 25,159, Eichstädt 23,692, Erlangen 12,939, Feuchtwangen 26,025, Fürth 24,278, Gunzenhausen 29,221, Heilsbronn 16,551, Hersbruck 33,907, Neustadt a/A. 32,499, Nürnberg 28,761, Rothenburg 16,152, Scheinfeld 20,272, Schwabach 27,852, Uffenheim 29,886, Weissenburg 26,655.

Unterfranken und Aschaffenburg: Alzenau 19,193, Aschaffenburg 31,852, Brückenau 13,540, Ebern 20,027, Gemünden 14,781, Gerolzhofen 20,643, Hammelburg 21,787, Haßfurt 26,974, Karlstadt 29,305, Kissingen 28,039, Kitzingen 25,779, Königshofen 29,452, Lohr 22,499, Marktheidenfeld 23,108, Mellrichstadt 13,524, Miltenberg 18,365, Neustadt a/S. 21,331, Obernburg 26,592, Ochsenfurt 25,257, Schweinfurt 29,996, Volkach 23,499 Würzburg 36,870.

Schwaben und Neuburg: Augsburg 35,241, Dillingen 43,030, Donauwörth 31,032, Füßen 13,895, Günzburg 32,642, Illertissen 32,766, Kaufbeuern 19,105, Kempten 22,844, Krumbach 19,674, Lindau 24,432, Memmingen 30,362, Mindelheim 31,031, Neuburg a. D. 18,872, Neu-Ulm 13,070, Nördlingen 31,459, Oberdorf 19,511, Sonthofen 28,599, Wertingen 17,987, Zusmarshausen 16,303.

Civilbevölkerung in Oberbayern 788,859, Niederbayern 587,393, Pfalz 610,601, Oberpfalz und Regensburg 484,518, Oberfranken 525,795, Mittelfranken 570,584, Unterfranken und Aschaffenburg 573,524, Schwaben und Neuburg 566,560, Summa der Civilbevölkerung 4,707,834.

Militärbevölkerung in Oberbayern 37,532, Niederbayern 7061, in der Pfalz 15,335, Oberpfalz und Regensburg 7,636, Oberfranken 9,149, Mittelfranken 9,069, Unterfranken und Aschaffenburg 11,434, Schwaben und Neuburg 18,556, Summe der Militärbevölkerung 115,772.

Gesammtbevölkerung in Oberbayern 826,391, Niederbayern 594,454, Pfalz 625,936, Oberpfalz und Regensburg 492,154, Oberfranken 534,944, Mittelfranken 570,653, Unterfranken und Aschaffenburg 584,958, Schwaben und Neuburg 585,116.

Conzert.

Würzburg, 16. März.

Es ist merkwürdig, daß das höchst wahrscheinlich älteste aller Saiteninstrumente in unserer Zeit so zu sagen zum modernsten geworden ist und fast auch zum populärsten — das letztere freilich in ganz andern Regionen, als im Conzertsaale. Man hat es in der Technik der Harfe zu einer Vollkommenheit gebracht, daß diese mit ihrem spätgebornen Nachkömmling, dem Klavier, keck in die Schranken treten darf; allerdings setzen wir dabei voraus, daß zwei solche Meisterhändchen sie schlagen, und daß diese letzteren wiederum von einem so zarten und warmen Gefühl regiert werden, wie gestern. Frl. Helene Heermann, eine noch jugendliche Künstlerin, hat sich mit den Leistungen, welche wir gestern von ihr zu hören bekamen, des Prädikates der Vollkommenheit würdig erwiesen. Niemand konnte z. B. das letzte Solostück: La cascade von Oberthür, wo man zwischen den eigenthümlich ergreifenden Tönen einer melancholischen Melodie das leis rieselnde Rauschen des Wassers zu vernehmen meinte, ohne das Gefühl hinreißender Bewunderung der eminenten Technik und des feinfühligsten Vortrags der Künstlerin mit anhören.

Unter den übrigen Mitwirkenden dürfte Frl. Elise Leiblein den ersten Preis verdienen durch den Vortrag der Heine-Schumann'schen „Lotosblume," wo wir neben der Schönheit der Stimme und der Kunst des Gesanges die so oft und so gräulich von Sängern und noch öfter und gräulicher von Sängerinnen maltraitirte reine, deutliche Prononciation bewunderten. — Frau Hain-Schnaidtinger sang mit anheimelnder Gemüthlichkeit ein herziges Lied von Hölzl: „'s Grüäberl im Kinn." — Die schöne Stimme des Hrn. Emil Schmidt verfehlte auch diesmal nicht, ihre Wirkung zu thun.

Den Glanzpunkt des Conzertes bildete aber das Schlußstück: die wundervolle Meditation von Gounod über das erste Präludium von Sebastian Bach. Die mit allen Effektmittel versetzte Kunst, die weiche, schmelzende Sentimentalität des modernsten Musikers vereinigt sich hier mit der puritanischen Strenge, dem festen heiligen Ernst des alten Thomas-Cantors zu einem Ganzen von so tiefem und ergreifendem Gefühle, von so hinreißendem Zauber, daß wir der Wirkung dieser Musik wenig Anderes zur Seite, Nichts aber voranzustellen wüßten. Den so ungemein schwierigen Part der Violine spielte Hr. Kapellmeister Hußla — mit Ausnahme eines fast unbemerkbaren und größtentheils wohl auch ganz unbemerkt gebliebenen kleinen Verstoßes — mit tadelloser Reinheit und charakteristischem Ausdrucke.

Hr. Hamm hatte in bekannter Weise die Klavierbegleitung übernommen und bediente sich dabei eines Pianinos von so kräftiger und doch zugleich reicher Tonfülle, daß es interessant gewesen wäre, auf dem Programme zu lesen, aus welchem Atelier das treffliche Instrument stammte.

G.

Gesammtbevölkerung des Königreichs 4,823,606. Im Jahre 1864 betrug dieselbe 4,807,440; somit seit 1864 ein Zuwachs der Bevölkerung um 16,166 und zwar in Oberbayern um 7,906, Niederbayern um 10,495, in der Pfalz um 779, in Oberpfalz und Regensburg um 1,862, in Oberfranken um 7,297, in Mittelfranken um 7827, in Schwaben und Neuburg um 3861. In Unterfranken und Aschaffenburg dagegen ergibt sich im Vergleich mit 1864 eine Minderung der Bevölkerung um 32,861, weil von dieser Provinz durch den Friedensschluß vom 22. August 1866 32,470 Seelen an Preußen abgetreten wurden. Von Oberfranken wurden 506 Seelen abgetreten, demnach zusammen 32,976.

Großh. Hessen. Mainz, 15. März. [Stürmische Wahlbewegung.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: Ich habe hier alle Aufregung des Jahres 1848 mitgemacht. Allein auch in den wildesten Augenblicken konnte unser Stadtleben für eine sanfte Idylle gelten, verglichen mit der stürmischen Bewegung der heutigen Wahl-Epoche. Wie das Ergebniß fallen wird, ist mit annähernder Wahrscheinlichkeit nicht vorauszusagen. Von beiden Seiten werden die fabelhaftesten Anstrengungen gemacht.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. März. [Ein Resumé über die Reise des Prinzen Napoleon] gibt der +-Korresp. mit folgenden Aufklärungen: „Der Prinz Napoleon ist heute früh nach Dresden abgereist und wird sich von dort einem Dresdener Telegramm zufolge nach Leipzig begeben. Als feststehend kann man ansehen, daß der Prinz keine förmliche politische Mission hatte. Alle Behauptungen des Gegentheils werden nicht verhindern, daß nach einiger Zeit alle Welt den halboffiziellen Versicherungen sowohl in Berlin als in Paris, die eine solche Mission in Abrede gestellt haben, Glauben schenken wird. Eine förmliche Mission ist durch die Stellung des Prinzen, durch die Art, wie seine Reise in Scene gesetzt wurde, durch die Unwahrscheinlichkeit, daß sich eine große Regierung einem Mißerfolge in so ostensibler Weise ausgesetzt haben werde, und durch zehn andere Gründe ausgeschlossen. Setzt man nun einen Augenblick voraus, daß der Prinz Napoleon ohne eine förmliche Mission mit seiner Reise politische Zwecke verbunden habe, so ist nach seiner ganzen Vergangenheit zu urtheilen, klar, daß er nur die Absicht gehabt haben könnte, entweder Preußens freundliche Beziehungen zu Rußland durch ein anderes Einverständniß zu ersetzen, oder Frankreich in dasselbe zu verflechten und das gute Verhältniß zwischen Preußen und Rußland dadurch gleichsam zu neutralisiren. Da man in Paris sich schwerlich darüber einer Täuschung hingegeben hat, daß es dem Prinzen Napoleon bei einem Aufenthalte von acht Tagen nicht leicht gelingen werde, eine Stellung zu ändern, die durch die ganze europäische Lage bedingt wird — von einer preußisch-russischen Allianz war bekanntlich niemals die Rede (?) —, so könnte es sich, die politischen Zwecke einmal vorausgesetzt, wirklich doch nur um den Versuch einer Annäherung Frankreichs zu Rußland durch Preußens Vermittlung gehandelt haben. In dieser Beziehung ist nun aber die völlige Enthaltung der russischen Gesandtschaft während des hiesigen Aufenthaltes des Prinzen über die Erfolge des Prinzen, falls er solche wirklich nach jener Seite hin im Auge gehabt hätte, zu orientiren geeignet. Diese Enthaltung wäre ein Fingerzeig, daß die Beziehungen der Kabinette zu einander nach der Abreise des Prinzen im Großen und Ganzen dieselben geblieben sein werden, die sie vor seiner Abreise von Paris waren. Man hat denn auch neuerdings von Paris aus in den Blättern sich mit der Voraussetzung begnügt, es werde dem Prinzen gelungen sein, Preußen zu bestimmen, daß es auf Rußland in mäßigendem Sinne einwirke. Dies sollte Preußen aber, anderweitigen Angaben zufolge, schon seit einiger Zeit nicht ohne Erfolg unternommen haben, und die Wünsche des Prinzen, stets angenommen, daß er sie gehegt habe, wären in diesem Falle leicht zu erfüllen gewesen. Um Alles zusammenzufassen, kann man daher wohl vorhersehen, daß die Reise des Prinzen in politischer Beziehung schwerlich sehr nachhaltige Spuren zurücklassen werde, während die günstige Aufnahme, welche der Prinz hier gefunden hat, wie dies stets vorhergesehen wurde, zu der Befestigung der freundlichen Beziehungen zwischen Preußen und Frankreich, so wie des allgemeinen Friedens nur beigetragen haben kann."

— [Aus dem Handels- und Zollvertrage zwischen dem Zollverein und Oesterreich] theilen wir folgende wesentliche Bestimmungen mit: Der Vertrag hat Gültigkeit bis zum Schluß des Jahres 1577, wird aber von längerer Dauer sein, wenn er zwölf Monate vor diesem Termine nicht gekündigt wird. Es ist vereinbart, daß zwischen dem beiderseitigen Zollgebiet keinerlei Ein-, Aus- und Durchfuhrsverbote bestehen sollen. Ausgenommen sind natürlich diejenigen Gegenstände, für die ein derartiges Verbot aus gesundheitspolizeilichen Rücksichten oder aus Rücksicht auf Kriegszustände erlassen werden möchte oder bereits besteht. In Bezug auf die Eingangs-, Ausgangs- und Durchfuhrzölle soll kein dritter Staat größere Begünstigungen erhalten, als die kontrahirenden Theile sich gegenseitig zugestehen. In Folge dieser Bestimmung treten sämmtliche Begünstigungen, welche durch früher abgeschlossene Verträge bereits dritten Staaten eingeräumt sind, nun auch ohne Weiteres für die beiden Contrahenten in Kraft. Ausgenommen sind nur solche Begünstigungen, welche anderen Staaten durch Verträge ausschließlich eingeräumt und durch eine ausdrückliche Bestimmung von der Begünstigungsklausel ausgeschlossen sind. Im Allgemeinen haben die durch diesen Vertrag stipulirten Verkehrserleichterungen auf Grundlage des freien Eingangs von rohen Naturprodukten und auf Grundlage ermäßigter Zollsätze für gewerbliche Erzeugnisse stattzufinden. Ausgangsabgaben werden beim Uebergang aus dem einen Gebiet in das andere nicht erhoben, mit Ausnahme solcher von einigen bestimmt angeführten Artikeln. Durchgangsabgaben fallen ganz weg. Von inneren Abgaben für Rechnung des Staats, der Communen und Corporationen dürfen Erzeugnisse aus dem einen der kontrahirenden Gebiete in dem andern nicht höher betroffen werden, als die Erzeugnisse des eigenen Landes. Die Angehörigen beider Zollgebiete werden bezüglich der Abgaben vom Betrieb des Handels und Gewerbes den Inländern vollständig gleichgestellt. Diese Vergünstigung findet jedoch keine Anwendung auf das Apothekergewerbe und

---

Joseph von Mundorff.

Nekrolog.

Würzburg im März 1868.

Abermals ist einer der wenigen noch lebenden Veteranen, welche an den großen, welterschütternden Kämpfen im Anfange dieses Jahrhunderts thätigen Antheil genommen, in das Jenseits abgerufen worden, der königl. württembergische Oberst außer Dienst, Joseph von Mundorff. — Derselbe war am 7. November 1781 in Alt-Simmern geboren. Frühzeitig schon verlor er seinen Vater, einen in churpfälzischen Diensten gestandenen Rittmeister, und seine Erziehung leitete neben seiner Mutter, einer feingebildeten, sehr geistreichen Frau, ein emigrirter französischer Abbé. Seine militärische Laufbahn begann er als Kadet in einem churfürstlich bayerischen Kavallerieregimente. Im Jahre 1803 verweilte er auf einer Urlaubsreise in Stuttgart und zog daselbst, zuerst in dem dortigen Theater, die Aufmerksamkeit des Churfürsten, nachmaligen Königs Friedrich, auf sich. Derselbe machte ihm den Vorschlag, als Lieutenant in württembergische Dienste zu treten, und die gnädige Aufnahme, welche er am württembergischen Hofe gefunden, sowie die augenblicklich geringen Aussichten auf Beförderung im bayerischen Dienste ließen ihn nicht zögern, dem an ihn ergangenen ehrenvollen Rufe Folge zu leisten. Nachdem er den erbetenen Abschied aus dem bayerischen Heere erhalten hatte, trat er am 13. Juni 1803 als Lieutenant in das württembergische Chevauxlegers-Regiment Nr. 1 ein. Schon nach einigen Wochen wurde er zum Leibjäger-Corps zu Pferd versetzt, welche Stellung ihn stets am Hofe des Churfürsten festhielt.

Am 3. Februar 1807 zum Stabsrittmeister im Kavallerie-Regimente Nummer 4, Jäger zu Pferd, befördert, verließ v. Mundorff den Hof und betrat seine ruhmvolle kriegerische Bahn. Im nämlichen Regimente am 5. November 1808 zum wirklichen Rittmeister und Eskadronschef ernannt, machte er den Feldzug vom Jahre 1809 gegen Oesterreich mit, wo er sich besonders bei einer Recognoscirung und in dem Gefechte bei Linz rühmlichst hervorthat, und in Folge dessen mit dem Ritterkreuze des Mil.-Verdienstordens belohnt, sowie am 21. Juli 1809 zum Major befördert wurde. Als Oberstlieutenant, zu welcher Charge er am 28. Mai 1811 vorgerückt war, marschirte er im Februar 1812 mit nach Rußland aus. In der Schlacht bei Mosaisk am 7. September 1812 kommandirte er sein Regiment, zeichnete sich hier durch Muth und Entschlossenheit in hervorragendstem Grade aus, wurde aber durch einen Schuß in den Hals schwer verwundet. Erst nach drei Tagen wurde er vom Schlachtfelde nach Moskau gebracht. Zur Anerkennung seiner Tapferkeit erhielt er jetzt von seinem Könige das Commenthurkreuz des Militärverdienstordens und von dem Kaiser Napoleon das Ritterkreuz der Ehrenlegion. Der 21. Oktober 1812 brachte ihm das Patent als Oberst. Unter den Trümmern der großen Armee, mit denen Napoleon am 19. Oktober 1812 Moskau verließ, befand sich auch v. Mundorff mit dem schwachen Reste seines Regimentes. Nach unsäglichen Strapazen und Entbehrungen am 26. November 1812 an der Berezina angelangt, verlor er hier seinen Diener mit seinen Pferden, die sich durch das Gedränge an der Brücke nicht mehr hindurch arbeiten konnten, und entweder gefangen genommen, oder von den russischen Kartätschen niedergeschmettert

die herumziehenden Gewerbe. In Bezug auf Märkte und Messen sollen die Angehörigen jedes Zollgebietes bei der Ausübung des Handels und dem Absatz eigener Erzeugnisse eben so behandelt werden, wie die eigenen Staatsangehörigen. Kaufleute und andere Gewerbtreibende, welche bereits Abgaben in ihrem Lande entrichten, sollen bei Ankäufen und Bestellungen im andern Gebiet keine weiteren Abgaben zahlen. Die Contrahenten erhalten das Recht auf Zulassung von Consuln in allen Plätzen, wo Consuln dritter Staaten zugelassen werden. Auch sollen die Consuln jedes Theils verpflichtet sein, den Angehörigen des andern Theils gleichen Schutz wie den Unterthanen des eigenen Staats zu gewähren.

Dresden, 13. März. [**Attentat.**] Das „Dresd. Journ." schreibt heute über das schon gemeldete Attentat: „Als der Kronprinz gestern Nachmittag gegen 3 Uhr, nur von einem Reitknechte gefolgt, die sogenannte Herculesallee im Großen Garten herunterritt, trat ein Unbekannter an den Kronprinzen heran und hielt Sr. Königlichen Hoheit in der Entfernung von wenig Fuß ein Terzerol, welches er aus der Brusttasche seines Ueberrocks zog, entgegen, ohne jedoch dasselbe abzudrücken. Der Kronprinz hatte, im Trabe vorüberreitend, den Vorfall anfänglich unbeachtet gelassen, setzte jedoch bald darauf einige ihm begegnende Offiziere von demselben in Kenntniß. Letztere trafen den Unbekannten noch in der erwähnten Allee, hielten ihn fest und übergaben ihn der Polizei-Direktion. Man fand bei demselben das Terzerol, welches geladen und mit dem Zündhütchen versehen war, ein Säckchen mit Pistolenmunition und ein spitziges, ziemlich langes und starkes Tischmesser. Von der Polizei-Direktion ist bei den sofort angestellten Erörterungen in dem Unbekannten der in dürftigen Verhältnissen hier lebende Schirmfabrikant Max Alexander Siegert, genannt Wittern, ermittelt worden. Ob eine geistige Störung, wofür manche Umstände sprechen, oder eine verbrecherische Bedrohung dem Vorgange zu Grunde liegt, kann erst der weitere Verlauf der Untersuchung zeigen. Der Inhaftirte ist vorläufig von der Polizei-Direktion in das Stadtkrankenhaus zur Beobachtung abgegeben worden."

Ausland.

Frankreich. [**Vermischte Nachrichten.**] In Paris sind bei Aufnahme der jungen Leute in die Rollen der Nationalgarde viele Reklamationen eingegangen, bei Berücksichtigung derselben ist eine äußerst milde Praxis beobachtet worden. Die zahlreichen sich hier aufhaltenden Deutschen, welche hier Geschäfte betreiben, und von denen eigentlich Niemand weiß, ob sie naturalisirt sind oder nicht, machten viele Schwierigkeiten; aber auf die einfachsten Paßkarten hin wurden die Reklamationen berücksichtigt. Von einer Begeisterung, wie sie angeblich in den Provinzen herrschen soll, ist keine Spur zu finden gewesen. Einigen in Preußen geborenen Wehrpflichtigen wurde von den Quartier-Kommissionen gesagt, daß sie im Falle eines Krieges mit Preußen vom Dienst entbunden werden sollten. An komischen geographischen Verirrungen fehlte es nicht; so wollte sich ein Mitglied der Kommission, zu deren Bezirk der Platz de la Victoire gehört, nicht nehmen lassen, daß Köln französisch sei; er blieb bei seinem Argument, daß dort französisches Recht gelte.

In Toulouse haben bei der Registrirung der Nationalgardisten einige Unruhen stattgefunden. Ein paar Hundert sind vor das Stadthaus gezogen, haben die Marseillaise angestimmt und der Republik ein Hoch gebracht. Da die Polizeibeamten nicht im Stande waren, die Menge zur Ordnung und Ruhe zu bringen, wurde die bewaffnete Macht requirirt. Sechs Individuen, gegen welche starke Verdachtsgründe vorliegen, sind verhaftet und zur Disposition des kaiserlichen Prokurators gestellt worden; unter ihnen befindet sich einer der Hauptaufwiegler, ein ehemaliger Sträfling, der wegen Diebstahls, Rebellion und Vagabundirens nicht weniger als fünfzehnmal gesessen hat. Zwei Agenten der Behörde sind schwer verwundet worden. Die Hauptplätze der Stadt wurden mit Truppendetachements besetzt, welche die Plätze, wo neue Zusammenrottungen sich bilden wollten, sofort räumten. Bei Anbruch der Nacht wurden auf dem Kapitolsplatze und auf dem Stephansplatze mehrere Kanonen aufgefahren und in Batterien aufgestellt; den ganzen Abend hindurch durchliefen starke Kavalleriepatrouillen die Stadt.

In letzter Zeit wurden dem Kaiser wieder allerlei liberale Velleitäten angedichtet, deren Kundgebung nächstens die Welt überraschen sollte. Nach einem Gerücht will der Kaiser der Ungewißheit, die über seine Anschauungen herrscht, mit einem Schlage ein Ende machen und öffentlich darthun, daß man weder auf ein Plebiscit noch auf eine Ministerverantwortlichkeit zu rechnen habe, die irgendwie die Grundfesten des Verfassungswerkes von 1852 zu alteriren im Stande sei.

Das ordentliche Budget des Kriegsministeriums beträgt 381, das außerordentliche 38 Mill. Francs, das ordentliche Budget des Marineministeriums 163, das außerordentliche 22 Mill. Frcs. Das Kriegsministerium verlangt außerdem noch einen Supplementarkredit von 12, das Marineministerium einen solchen von 3 Mill. Francs. — Bringt man die Kosten für die erste Einrichtung der mobilen Nationalgarde in Abzug, so kommt auf den Kopf im stehenden Heere eine Summe von etwa 1050 Frcs. oder 280 Thlr., während im norddeutschen Bunde der entsprechende Betrag 225 Thlr. ausmacht.

Einen Gegensatz zu den friedlichen Versicherungen des „Moniteur" bilden die Nachrichten über ausgedehnte militärische Vorkehrungen jenseits des Rheins. So schreibt man der „Leipziger Zeitung" aus Paris unter dem 8. d. M.: „Es ist noch immer viel von der gewaltigen militärischen Thätigkeit die Rede, die gegenwärtig in ganz Frankreich entfaltet wird. Der Bahnhof von Marseille z. B. wird nun schon seit Monaten von Kanonen, Kugeln aller Art nicht leer, die nach Toulon expedirt werden; ebenso werden von Marseille aus, mit der Bestimmung für Lyon, fortwährend bedeutende Fouragemassen für den Bedarf des Lagers von Sathonay expedirt. Auch nach den Nord- und Ostgrenzen zu finden bedeutende Transporte von Kriegsmaterial statt. Ferner wird versichert, daß von oben her die ausdrückliche Weisung ertheilt worden sei, der Einfuhr von ausländischem Getreide die größtmöglichste Ausdehnung zu verschaffen. Die sämmt-

---

wurden. Ausgehungert und vor Kälte erstarrt, traf er endlich in Smolensk ein, von wo er so schnell als möglich in sein Vaterland zurückkehrte, so daß er schon in der ersten Hälfte des Januars 1813 in Stuttgart anlangte. Daselbst vom Könige auf's Gnädigste empfangen, wurde er schon am 24. Januar 1813 zum Kommandeur des wieder errichteten Kavallerie-Regimentes Nummer 4 (Jäger zu Pferd) ernannt. Den Feldzug gegen Frankreich machte v. Mundorff nicht mehr mit. König Friedrich wünschte ihn in seiner Nähe zu behalten und versetzte ihn deßhalb zur Garde zu Pferd.

Nach König Friedrichs Tode wurde die Garde zu Pferd, sowie das Kavallerie-Regiment Nummer 5 aufgelöst, und Oberst v. Mundorff gemäß höchster Entschließung vom 14. November 1816 nebst Anderen zur Verfügung gestellt. Am 17. Januar 1820 wurde er dem 1. Reiterregimente aggregirt, und bald darauf bei dem 2. Reiterregimente eingetheilt, wo er verblieb, bis er im Jahre 1830 in den ehrenvollen Ruhestand versetzt wurde. Noch 36 Jahre später wurde ihm aber ein Beweis der fortdauernden Gewogenheit des württembergischen Regentenhauses zu Theil, indem ihn unter dem 1. Februar 1866 Se. Maj. der jetzt regierende König Karl in Anerkennung seiner Verdienste in eine Präbende 1. Klasse des Militärverdienstordens allergnädigst vorrücken ließ.

Nach seinem Austritte aus der Aktivität wohnte v. Mundorff noch längere Jahre in Ludwigsburg, seiner letzten Garnison, bis er endlich zum großen Bedauern seiner zahlreichen dortigen Freunde nach Würzburg übersiedelte, woselbst seine hochbejahrte Mutter und seine geliebte Schwester verweilten. Hier lebte er meist in stiller Zurückgezogenheit seinen ruhmreichen Erinnerungen und dem Wohle seiner Nächsten. Seine Offenheit und Biederkeit gewannen ihm die Herzen Aller, welche mit ihm in Berührung kamen. Bei seinen Waffengenossen und in der württembergischen Armee stand er stets in hoher Achtung und bleibender Erinnerung, und es gewährte dem ehrwürdigen Greise eine ungemeine Freude, als die württembergischen Offiziere bei dem Durchmarsche durch Würzburg im Jahre 1866 ihn zahlreich heimsuchten. War er ja Soldat mit Leib und Seele.

Vermählt war v. Mundorff nie; seine Mutter sowie seine einzige Schwester begleitete er zu Grabe. Trotz seines hohen Alters und der ausgestandenen Feldzugsstrapazen erfreute er sich einer seltenen Rüstigkeit, und wer den Mann mit dem Silberhaare in seiner ächt militärischen Haltung einherschreiten sah, glaubte nimmermehr, daß derselbe das 86. Lebensjahr schon zurückgelegt hatte.

Im Januar laufenden Jahres erkrankte er an einer Lungenentzündung, befand sich aber bereits wieder auf dem Wege der Besserung, als ihn am 22. Februar ein Schlagfluß rührte, in Folge dessen er sechs Tage später sanft und ruhig entschlief, nachdem er noch als treuer Sohn seiner Kirche die letzten Tröstungen der Religion empfangen hatte.

Er wurde mit allen seinem Range gebührenden militärischen Ehren beerdigt. Dem Sarge folgten die hier anwesenden Generale und sehr zahlreiche Offiziere der Linie und Landwehr. Zwei Bataillone des königl. 9. Infanterieregimentes Wrede gaben bei der Einsenkung des Sarges die Ehrensalven, den Scheidegruß in die Gruft, in der der edle Krieger sanft ruhen möge! —l.

lichen französischen Seehäfen sind denn auch bereits derart mit Getreide gefüllt und beinahe überfüllt, daß Frankreich in dieser Beziehung vor jeder möglichen Eventualität sicher gestellt ist."

Die Gebrüder Rothschild wollen unter dem Namen „Caisse hypothécaire" eine Art **Hypothekenbank** für die von der italienischen Regierung ausgegebenen Obligationen auf die **geistlichen Güter** errichten. Das Bankhaus soll die Verpflichtung übernehmen, auf jene Obligationen bis zu bestimmter Höhe und zu festem Course Darlehen zu geben und andererseits den Verkauf der Obligationen gegen jährliche Abschlagszahlungen zu vermitteln, so daß der Klerus im Stande wäre, allmälig durch ratenweise Leistungen in den rechtlichen und unbestreitbaren Besitz wieder einzutreten.

Ein Pariser Korrespondent der „Magd. Z." berichtet, daß der ehemalige Kanzler der hannoverischen Legion in Paris jetzt in derselben Eigenschaft in der sächsischen Legation fungire. Vielleicht, meint er, ist dies als eine Artigkeit des sächsischen Gesandten, Hrn. v. Seebach, gegen seinen ehemaligen Chef, den Frhrn. v. Beust, zu betrachten. Wenn es sich hier auch nur um einen Subalternbeamten handelt, ist das Faktum doch bezeichnend.

Frankfurter Börse (9. bis 14. März.)

14. März. Von österr. Staatsfonds sind namentlich neue englische Metalliques erheblich zurückgegangen, indem London das Material, welches es aufzunehmen anfing, im Aerger über die Wiener Steuerprojekte wieder hergibt. Valutametalliques mit der besseren Valuta höher gegangen. Das Steigen der 1864er Loose wurde in Wien in Scene gesetzt.

Süddeutsche Fonds bei schwachem Geschäft ohne wesentliche Veränderung. Bevorstehende neue Emissionen sind einem dauernden Aufschwung hinderlich, und was Bayern betrifft, so ist der Auskauf, welchen die Staatskasse durch die Nürnberger königl. Bank an Jedermann nach Belieben vornehmen lässt, kaum der richtige Weg, den Kurs zu befestigen. Sie würde durch Uebergabe des Gesammtrestes an ein mächtiges Bankhaus oder auch an ein Konsortium wohl bessere Preise erzielt haben. Badische 4pCt. Loose zu 98 1/2 gefragt; wir machen auf die offizielle Aufforderung aufmerksam, gegen die etwa noch nicht umgetauschten Interimsscheine vor der am 1. April bevorstehenden Serienziehung die definitiven Stücke zu erheben, indem die auf den Interimsscheinen befindlichen Nummern mit den wirklichen in keinem Zusammenhange stehen.

Der Kurs der Amerikaner hat von dem günstigeren Goldagio, das seit 8 Tagen um 2 Points auf 139 3/4 zurückgegangen ist, wenig profitirt. 1882er schliessen nur 1/4 pCt. besser, zu 74 1/4. Der nunmehr in Scene gesetzte Prozess gegen den Präsidenten ist immerhin ein beredtes Zeichen, dass die Lage der Union noch weit von einer definitiven Konsolidirung entfernt und noch manchen Konflikten ausgesetzt ist.

Oesterr. Kreditaktien haben wenig Variationen aufzuweisen, die Schwankungen betrugen nur 1/2 fl. und das Effekt schliesst wie vor 8 Tagen zu 192 1/2; der Kurs wird durch Deckungskäufe des Decouvert gehalten. Oesterr. Nationalbank um fl. 8 höher auf 728 gegangen.

Ohne uns sanguinischen Hoffnungen hingeben zu wollen, haben wir die in Aussicht stehenden Bestrebungen, gute norddeutsche E.-B.-Aktien an hiesiger Börse einzuführen, mit aufrichtiger Freude zu begrüssen. Es wird damit einem Wunsche, den wir an dieser Stelle seit Jahren zu wiederholten Malen ausgesprochen haben, Rechnung getragen und wir können dem soliden süddeutschen Kapital nur rathen, den neuen Werthen entsprechende Theilnahme zuzuwenden. — Der Verkehr in den hier eingebürgerten E.-B.-Aktien war in der abgelaufenen Woche wenig belebt. Staatsbahnen, deren Rente durch die neuen österr. Steuerprojekte wesentlich bedroht ist, verloren fl. 2½. Von neuen Unternehmungen in unserer Nähe liegen die oberhessischen Bahnen und die Erweiterungslinien der hess. Ludwigsbahn in schweren Geburtswehen, auch die Alsenzbahn ist in Vorbereitung und besten Händen anvertraut. — Von Prioritäten alle österreichische angeboten und weichend, auch italienische bei der Aussichtslosigkeit der erhobenen Reklamationen gedrückt und würden grössere Posten nur mit erheblichem Verlust zu verkaufen sein. Einheimische Prioritäten dagegen fest und stets zu begeben.

Fremde Devisen scheinen ihren Höhepunkt hinter sich zu haben und waren namentlich London und Paris niedriger. An gutem Platzdiskonto fehlt es noch immer. Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 10. März konstatirt gegen Ende Februar eine weitere Abnahme der diskontirten Wechsel um fl. 464,200, auch der Lombard verminderte sich um fl. 97,800

	9.	14.		9.	14.
5% Oestr. National	55 3/4	55 3/4	3 1/2% Badische Obl.	82 1/2 B	82 1/2 B
5% do. Metal. (1859)	64	63 7/8	4% Darmstädt. do.	90 1/2 B	89 1/2 B
do. (steuerfr.)	50 5/8	51 1/4	4 1/2% Nassauer do.	94 7/8 B	93 7/8
5% do. Lose (1860)	72 5/8	72 1/2	4% do. do.	86 1/4 B	85 7/8
— do. do. (1864)	86	86 1/2	3 1/2% do. do.	82 B	83 1/2 B
Oestr. Kreditl. (58)	—	186	4% Kurhess. do.	89 5/8 B	89 7/8 B
5% Bayer. Obligat.	101 1/4	101 5/8	3 1/2% Frankf. do.	81 1/4 B	81
4 1/2% do. do.	93 7/8	93 7/8	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88 7/8	88 1/2 B	6% Amerik. (1882)	75 1/4	75 1/4
4% do. 100 Thl.-L.	98 5/8 B	98 3/4	Oestr. Kredit. . .	192 1/2	192 1/2
4 1/2% Würtemb. Obl.	93 1/2	93 1/2 B	Oestr. Nat.-Bank	723	728 B
3 1/2% do. do.	81 1/2 B	—	Frankfurter do.	126 1/2 B	126 B
4 1/2% Badische do.	94 B	94 1/2 B	Ludwigshafen-Bexbacher E.-B.	156 5/8 B	156 7/8 B
4% do. do.	87 B	86 1/2 B	Bayer. Ostbahnen	120 3/4 B	120 1/2 B

(Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/2—3/4 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 1/4—54 7/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	47 3/4 G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 68	51 1/4—1/8 G.
"	4 1/2pCt.	42 3/4 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 5/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	87 7/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94—93 7/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	64 1/4 P. 1/4 G
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 P.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	75 1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	126 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	728—27 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—93 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. B. .	90 1/4 P. 1/8 G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 1/2—23 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 P. 259 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	63 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P. 1/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 7/8 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 1/8 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 1/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/4—1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/4 P. 102 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/4 P. 102 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	—
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P. 63 7/8 G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	72 G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136 P.
"	do. v. 1864	87—86 1/2 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		98 7/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 1/4 P.
Badische fl. 35		51 G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 G.
" fl. 25 do.	38 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 5/8 P. 3/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/8 G.

Frankfurt, 16. März. Die heutige Medio-Liquidation wickelte sich nicht so leicht ab, als man erwartet hatte. Geld war, obgleich der Diskontosatz nicht verändert ist, für Prolongation von Effekten sehr gesucht. 1882er Amerikaner waren sehr übrig und drückte sich, da wegen schwieriger Prolongation viele Realisationen stattfanden, deren Cours um 1/4 pCt. Von österreichischen Sachen waren Loose, Steuerfreie und Staatsbahn zur Prolongation angetragen, Creditaktien eher fehlend und behaupteten dieselben einen festen Cours. Die Notirungen sind im Ganzen gegen gestern wenig verändert. Süddeutsche Effekten waren ohne Leben. Von Eisenbahnen Ostbahn besser, Pacific-Bonds 67 7/8 bezahlt. Von Wechseln Wien etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 78.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 18. März 1868.

Die neuen Steuern in Oesterreich.

Wir geben nachstehend von den auf die neuen Steuern in Oesterreich bezüglichen Mittheilungen der „N. freien Presse" einzelne Stellen ihrem Wortlaute nach, in welchem manches Neue enthalten ist. So finden wir z. B., daß die Kouponsteuer, die mit der Unifikation Hand in Hand geht, dadurch nicht auf nur 3 Jahre, sondern auf die Dauer behoben werden soll. Wir bemerken auch die Unterscheidung in der getrennten Vorlage der verschiedenen anderen Gesetze 2c. 2c.

Das gedachte Blatt schreibt: „Früher als in den letzten Tagen der nächsten Woche ist die Einbringung der neuen Finanzvorlagen im Hause der Abgeordneten nicht zu gewärtigen. Derzeit stehen noch einige auf die Kapital- oder eigentlich Vermögenssteuer bezügliche Detailfragen im Schoße des Ministerrathes in Berathung, und überdies hängt die Einbringung des Finanzgesetzes von der Feststellung des Reichsbudgets durch die Delegationen ab. Der Vorlagen werden es, außer dem Finanzgesetze, vier sein: 1) Das Gesetz, welches die Ermächtigung zum Verkaufe eines Theiles vom unbeweglichen Staatseigenthume bis zum Erlöse eines auf drei Jahre zu vertheilenden Betrages von 25 Millionen Gulden ertheilt. 2) Das Gesetz über die neue außerordentliche, auf drei Jahre berechnete Vermögenssteuer a) vom Grund und Boden, b) von Gebäuden und c) vom mobilen Vermögen. 3) Das Gesetz über die Erhöhung der Gewinnsteuer auf 15 pCt. 4) Das Gesetz über die Unifikation der Staatsschuld, welches die Einführung einer 10proz Couponsteuer, resp. die Erhöhung von 7 auf 17 pCt. in sich faßt. Das erste, dritte und vierte Gesetz bilden nicht mehr den Gegenstand einer Berathung. Auch die Vermögenssteuer darf als feststehend gelten; über den Maßstab bei der Bemessung der Steuer vom mobilen Vermögen ist das Ministerium indeß noch nicht endgültig schlüssig geworden und diese Frage ist es vor Allem, welche Gegenstand der Erwägung ist. Davon, den Tagescours als Maßstab anzunehmen, ist das Ministerium glücklicherweise abgegangen, der andere, rationellere Maßstab wird eben diskutirt, und es bietet dabei das Verhältniß der Eisenbahn-Prioritäten zu den verschiedenen Eisenbahngesellschafts-Kapitalien nicht geringe Schwierigkeiten dar.

„Was die Couponssteuer anbetrifft, so dürfte der (vom Standpunkte des Rechts ausgehende) Motivenbericht die Berechnung enthalten, daß diese 10 Prozent ziemlich genau jenem Antheile der Staatsschuld entsprechen, welchen wir zu übernehmen rechtlich nicht verpflichtet waren, und zu welchen Ungarn weniger leistet, als es leisten sollte. Es dürfte in dem Motivenberichte ferner auch darauf hingewiesen sein, daß die Uebernahme dieser Summe von etwa 12 Millionen jährlich von uns ebensowenig gefordert werden könne, als man von uns die 30 Millionen, welche Ungarn als jährliche Beitragsleistung übernommen hat, in dem Falle fordern könnte, als Ungarn diese 30 Millionen nicht zahlen könnte oder wollte.

„Wie die Unifikation mit der Couponssteuer in Verbindung gebracht ist, möge folgendes Beispiel zeigen: Eine fünfprozentige Metalliques-Obligation à 100 fl. C.-M. trägt 5 fl. 25 kr. Oe. W. jährliche Zinsen. Davon beträgt nun die siebzehnprozentige Couponsteuer 89 kr. Demnach erhält der Besitzer einer solchen Obligation fortan eine jährliche Verzinsung von 4 fl. 36 kr., wenn er sein Papier in die Unifikation nicht sofort einbezogen sehen will. Unterwirft er sich indeß der Unifikation, so wird diese jährliche Rente auf 4 fl. 40 kr. gestellt, so daß ihm ein Präcipuum von 4 Kreuzern gewährt wird. Bei Obligationen à 100 fl. in Oesterreichischer Währung würde sich die Rente auf 4 fl. 28 kr. stellen, und bei jenen Papieren, bei welchen, wie z. B. beim National-Anlehen, die Verzinsung in Silber zugesagt ist, würde eben dieselbe Rente in Silber zur Auszahlung kommen. Bei den Steuerfreien vom Jahre 1866, welche nur von der zehnprozentigen Steuer getroffen werden, würde sich die Rente natürlich etwas höher stellen mit Rücksicht darauf, daß dieselben jetzt beiläufig um 12 Kreuzer mehr tragen, als die andern nichtsteuerfreien Fünfprozentigen. Die Loospapiere bleiben von dieser Unifikation unberührt; sie werden von der höheren Gewinnsteuer getroffen und die 1860er Loose als verzinsliches Papier überdies von dem Abzuge der siebzehnprozentigen Couponsteuer."

Die „N. Fr. Pr." schließt mit den Worten: „Eines scheint zu unserer großen Befriedigung allerdings festzustehen: neue Anlehen und neue Staatsnoten sind und bleiben ausgeschlossen; auf diese zwei Mittel zurückkommen und die anderen ablehnen, hieße allerdings eine Kabinetsfrage provociren."

Süddeutschland.

Bayern. [Schulgesetz.] Der „Nürnb. Korresp." bringt über die Verzögerung in der Berathung des Schulgesetz-Entwurfes einen Artikel, der schon vor dem Bekanntwerden des Vertagungs-Beschlusses geschrieben ist, und folgende Betrachtungen anstellt: „Der Antrag auf Erlassung eines Schulgesetzes wurde schon mehrmals in die Kammer eingebracht; ein Gesammtbeschluß konnte, wenn wir uns recht erinnern, aber niemals erzielt werden. Das verhängnißvolle Jahr 1866 hat indeß die Nothwendigkeit eines Gesetzes, das die Volksbildung regelt und fördert, recht klar erkennen lassen und war sicher wenigstens theilweise die Veranlassung, daß der Abg. Hohenadel einen Antrag auf Erlassung eines Schulgesetzes auf freisinniger Grundlage stellte. Es war vorauszusehen, daß ein so zeitgemäßer

---

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VI. Sitzung am 7. März 1868.

1) Hr. v. Scanzoni berichtet unter Hinweis auf einen früheren glücklich endigenden Fall von Ovariotomie über zwei weitere Operationen, die zum Zwecke der totalen Exstirpation cystöser Eierstocksgeschwülste aus der Bauchhöhle in letzterer Zeit auf der hiesigen gynäkologischen Klinik unternommen wurden. Der eine von dem Vortragenden selbst operirte Fall bot von vornherein wegen der beträchtlichen Verwachsungen des Tumors mit der Bauchwand eine infauste Prognose, während bei der zweiten Kranken, an der von dem früheren Assistenzarzte des Vortragenden, Dr. P. Müller, die Operation vollzogen wurde, sowohl wegen der dem operativen Eingriff günstigen Beschaffenheit der Geschwulst, als auch wegen des glücklichen Verlaufs der Operation selbst ein günstiges Resultat zu erwarten stand. Beide Fälle endeten lethal.

Redner spricht hierauf über den genetischen Zusammenhang von Chlorose und cystösen Eierstockserkrankungen und über die Häufigkeit der gleichzeitigen cystösen Entartung beiderseitiger Ovarien.

2) Herr Wagner (Mitglied der internationalen Jury auf der vorjährigen Pariser Industrie-Ausstellung) referirt über die wichtigeren chemisch-technologischen Produkte*) in den Ausstellungsklassen 44 und 51. Er beginnt mit dem Schwefel. Bis zum Jahre 1838 war die chemische Industrie Europa's von den Schwefellagern abhängig, welche die vulkanischen Kräfte einer früheren Epoche auf Sizilien aufgespeichert hatten. Der hohe Ausfuhrzoll, mit welchem die neapolitanische Regierung unter Ferdinand II. den Schwefel belegte, wodurch der Preis des Schwefels von 60 Gulden auf 175 per Tonne stieg, eine Maßregel, die, wie bekannt, zu ernsten Zerwürfnissen mit England führte und die Stadt Neapel mit einem Bombardement durch die englische Flotte bedrohte, gab den Impuls zur größeren Beachtung einheimischer Schwefelquellen in den Industriestaaten Centraleuropa's. Wurden nun gleich die Differenzen durch piemontesische und französische Intervention gütlich ausgeglichen, so zeigten sie doch dem englischen Gouvernement, wie sehr die schwefelbedürftige Industrie Großbritanniens, wie sehr es selbst für Kriegszwecke von dem guten Willen der neapolitanischen Regierung abhängig sei. Nun, die Ausstellung des Jahres 1867 hat gezeigt, daß alle Länder und nicht nur England in der Schwefelfrage auf eigenen Füßen

*) Der Abdruck dieser Originalmittheilungen über die chemische Industrie auf der Pariser Ausstellung des Jahres 1867 ist nicht gestattet.
Die Redaktion.

Antrag, eingebracht von dem Führer des Zentrums, dem allgemein geachteten Hohenadel, mit großer Majorität werde angenommen werden. Auch die I. Kammer trat diesem Antrage bei, und so war also Gesammtbeschluß erzielt. Die Staatsregierung ging mit lobenswerthem Eifer an's Werk und legte den von dem intelligenteren Theil des bayerischen Volkes schon lange gewünschten Schulgesetzentwurf zu Anfang Novembers v. J. der Abgeordnetenkammer vor. Daß die klerikale Partei gegen jedes Schulgesetz ist, hat man voraus gewußt, und so konnte es auch nicht sonderlich überraschen, als der bayerische Episkopat sich in einer Denkschrift an die Krone gegen den Schulgesetzentwurf aussprach. Die I. Kammer war sich der Wichtigkeit des Entwurfes bewußt und verstärkte deßhalb den III. Ausschuß von 9 auf 15 Mitglieder. Die große Majorität, mit welcher der Hohenadel'sche Antrag in der Abgeordnetenkammer zur Annahme gelangt war, hatte zu der Hoffnung berechtigt, daß die Kammer mit größtmöglicher Eile an die Berathung des Schulgesetzentwurfes gehen werde, und daß derselbe, wenn nicht noch im Jahre 1867, so doch gleich zu Anfang 1868 an die Reichsrathskammer werde abgehen können. So berechtigt diese Hoffnung war, so auffallend anders ist es gegangen. Erst nach drei Monaten, Anfang Februars, kam der Referent Gelbert mit seinem Referat zu Ende. Seitdem sind nun bereits wieder über vier Wochen verstrichen, und der Ausschuß ist noch nicht in die Berathungen des Schulgesetzentwurfes eingetreten, ja es hat den Anschein, als ob in der nächsten Zeit noch gar keine Aussicht dazu gegeben sei. Es mag sein, daß der III. Ausschuß der Abgeordnetenkammer mit Arbeit ordentlich bedacht ist, aber trotzdem sollte man meinen, ein Schulgesetz sei unserm lieben Bayern nöthiger als gar vieles Andere. Man sollte um keinen Preis ein Gesetz, von dessen Wichtigkeit und Nothwendigkeit die Kammer überzeugt ist — und daß sie das ist, hat sie durch Annahme des Hohenadel'schen Antrags an den Tag gelegt — dermaßen auf die lange Bank schieben, daß nach Verfluß von 4 Monaten noch nicht einmal die Ausschußberathungen darüber begonnen haben. Dem ehrenwerthen Herrn Hohenadel hat sein Antrag sein Mandat gekostet. Wir glauben nicht, obwohl wir die Vermuthung schon öfter aussprechen hörten, daß möglicher Weise manche der HH. Abgeordneten deßhalb nicht mehr mit dem Feuer und der Entschiedenheit auf die Berathung des Schulgesetzes noch in dieser Session dringen, weil sie fürchten, das Schicksal Hohenadel's bei der nächsten Wahl theilen zu müssen! Die Adressen, die allerdings schon in beträchtlicher Anzahl an die Reichsrathskammer gegen den Schulgesetzentwurf gekommen sind, können unmöglich besonders in Betracht gezogen werden. Woher sie kommen, weiß man ja, wer dahinter steckt, ist auch kein Geheimniß, und daß sich in kurzer Zeit mehr als noch einmal so viel Adressen für ein Schulgesetz zu Stande bringen ließen, darüber sind wohl auch wenige in Zweifel. Darum nicht weiter zögern! Was einmal für gut und nothwendig erkannt ist, muß auch auf jede Gefahr hin verfolgten und angestrebt werden. Wir wünschen und hoffen, daß der Entwurf nun endlich in die Ausschußsitzung kommt und noch von diesem Landtag erledigt wird. Was Du heute thun kannst, verschiebe nicht auf morgen."

München, 16. März. [Zollparlament.] Die „Südd. Pr." meldet: Veranlaßt durch das in Nr. 72 der „Augsb. A. Z." veröffentlichte Ausschreiben einer Anzahl der zum deutschen Zollparlament gewählten bayerischen Abgeordneten, (s. Nr. 74 der N. Wrzb. Ztg.), wodurch dieselben ihre Gesinnungsgenossen zu einem Zusammentritte für ihre engere Vereinigung im Zollparlamente einladen, schritt der Klub Abenthum (Centrum) zur Erörterung der Frage, ob die ihm angehörigen Mitglieder des Zollparlamentes dieser Aufforderung Folge leisten könnten und sollten. Der Klub sprach sich einstimmig dahin aus, daß die Verschiedenheit seiner Auffassung über die Aufgabe des Zollparlamentes und die in demselben gerade von den bayer. Mitgliedern desselben einzunehmende Stellung von den Grundsätzen der jenes Ausschreiben veranlassenden Herren es nicht zulasse, daß seine Mitglieder einer solchen Aufforderung Folge leisten, und veranlaßte darum auch den dem Klub bisher angehörigen Abgeordneten Herrn Dr. Karl Barth, der sich an jenem Ausschreiben und der ihm vorausgegangenen Versammlung betheiligt hatte, ohne vorher den Klub hievon verständigt zu haben, durch einen einstimmig gefaßten Beschluß aus demselben auszuscheiden.

Norddeutscher Bund.

Dresden. [Der Attentäter." Den „Dresdner Nachr." entnehmen wir Folgendes über den Schirmfabrikanten, der das Attentat auf den Kronprinzen versucht: Sein natürlicher Vater soll ein früherer Offizier Namens v. Wittern sein, weßhalb sich Siegert auch v. Wittern genannt und geschrieben hat. Ueber das Motiv der That verlautet, daß Siegert in seinem zweifellosen Anfalle von Geistesstörung sich einbildet, von hoher Abkunft zu sein und bisher nicht die ihm seiner Ansicht nach gebührende Anerkennung und Unterstützung gefunden zu haben. Die Ablieferung an das Stadtkrankenhaus geschah noch am selbigen Abend, wo die Aerzte vollkommen den gestörten Geisteszustand des überdieß einäugigen Siegert bestätigten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. März. [Selbstverwaltung der Gemeinden.] Im österreichischen Abgeordnetenhause brachte der Minister des Innern, Dr. Giskra, gestern den Entwurf zur Organisation der politischen Behörden ein. In Bezug auf den Inhalt verlautet, daß der ursprüngliche Plan des Ministers, die ganze politische Verwaltung in die Hände der Gemeinden zu legen, vom Ministerrathe nicht adoptirt worden ist, und zwar, wie die „Presse" sagt, „nicht aus prinzipieller Abneigung gegen die Selbstverwaltung, sondern mit Rücksicht auf die Erfahrungen in Galizien und Kärnthen, wo sich herausgestellt habe, daß die Bezirks-Vertretungen zur Zeit noch nicht die nöthige Reife besäßen, um die politischen Geschäfte ordentlich fortführen zu können." Die Bedeutung des Gesetzentwurfs reducirt sich demnach sehr wesentlich: die Autonomie der Gemeinde- und Bezirksvertretungen soll dadurch nur „erweitert", der Verwaltungsmechanismus „vereinfacht" werden. Wie weit die „Erweiterung" und „Vereinfachung" geht, wird sich erst beurtheilen lassen, wenn der Entwurf seinem Wortlaute nach vorliegt.

Ausland.

Frankreich. Paris, 15. März. [Das Vereinsgesetz] soll, wie es den Anschein hat, kürzer abgemacht werden, als die Preßvorlage, deren Berathung 26 Sitzungen in Anspruch genommen hat. Schon gestern wurde die allgemeine Verhandlung geschlossen

---

stehen, obgleich Sizilien bei den Dimensionen, welche die Entwickelung der chemischen Industrie genommen, ferner bei dem enormen Pulververbrauch seit dem Sturze der Dynastie Orleans bis auf den heutigen Tag, immer noch als bequeme Vorrathskammer für Schwefel um so mehr geschätzt ist, als unter der verständigen Regierung Italiens die Schwefelausbeute Siziliens beträchtlich vergrößert und die Ausfuhr begünstigt wurde.

Die außeritalienischen Fundorte des Schwefels sind gegenwärtig die jonischen Inseln, besonders Korfu, ferner Kalifornien, wo am Clear- oder Boraxsee beträchtliche Mengen von Schwefel gewonnen werden, der nicht in Stangenform, sondern in Holzkisten gegossen von 100 Kilogramm Gewicht im Handel vorkommt, Spanien (Huelva und Murcia). Portugal und das von den Portugiesen abhängige westafrikanische Küstenland Angola und Aegypten. In diesem Lande beutet seit Kurzem die Compagnie Soufrière am Rothen Meere die Schwefelminen zu Djemsah und Ranga aus. Man rechnet darauf, monatlich 250 bis 300 Tonnen (à 1000 Kilogramm) liefern zu können, doch wird nach einem bestehenden Vertrage die Tonne zu 90 Francs vom Vicekönig von Aegypten angekauft. Die Gewinnung des Schwefels aus Schwefelkiesen in Frankreich (Gard, Hérault, Aisne und Oise), in Westphalen, Belgien, Oesterreich und Schweden nimmt von Jahr zu Jahr größere Dimensionen an, so daß die Menge des durch Kernrösten von Kupferkies gewonnenen Schwefels zu Wicklow in Irland, zu Agordo in Venetien und zu Mühlbach in Salzburg gänzlich in den Hintergrund tritt.

Von hohem Interesse sind die neuen Schwefelgewinnungs- und Regenerationsmethoden, nämlich 1) aus den Steinkohlen, die durchschnittlich im metrischen Centner 1 Kilogramm Schwefel enthalten. Die Steinkohlenmenge, welche jährlich in London zur Leuchtgasbereitung verwendet wird, enthält 200,000 Centner Schwefel, die man als Resultat der Entschwefelung des Gases nach Lamings Prozeß zu gewinnen im Stande ist. Gasschwefel war in Paris vorhanden von der Compagnie zur Verwerthung der Gasprodukte in London, von Allhusen und Comp. in Gateshead und von der Compagnie parisienne d'éclairage et chauffage par le gaz. 2) Aus den Seetangen, die man in Schottland, in Frankreich und auf den Orkneyinseln auf Jod und auf Schwefel (der einzige Schwefel des Handels vegetabilischen Ursprungs) verarbeitet. Paterson in Glasgow stellt jährlich 2000 Centner von solchem Schwefel dar, die Jodfabrik von Cournerie und Söhne in Cherbourg, gleichfalls auf der Ausstellung vertreten, etwa 100 Centner. 3) Aus den Rückständen von der Sodabereitung, die allen denjenigen Schwefel enthalten, welcher in Form von Schwefelsäure zur Ueberführung des Steinsalzes in Glaubersalz diente, gewinnt man gegenwärtig, wie die chemische Abtheilung

und der § 1 des Gesetzes über das Versammlungsrecht angenommen. Es ist leider nicht zu verkennen, und Ollivier hob das mit eben so viel Scharfsinn als Berechtigung hervor, daß das Ministerium eben so wie die aus lauter Majoritäts-Mitgliedern zusammengesetzte Kommission die Vorlage nur unterstützt, weil es eben geschehen muß. Daß unter solchen Umständen das Eintreten für die liberalen Grundsätze, welche ursprünglich die Vorlage eingegeben, nur ein sehr laues sein kann, ist selbstverständlich. Rouher ermuthigt dieses Mal augenscheinlich die Reaction, die sich zu einem förmlichen Bündniß zur Verschlechterung des Gesetzes zusammengethan zu haben scheint. Man erzählt, daß von verschiedenen Präfekten eingehende Berichte — ob bestellt oder unbestellt, vermag nicht angegeben zu werden — eingelaufen sind, welche ganz einfach erklären, es könne Niemand für den Ausfall der nächsten Wahlen einstehen, falls das Vereinsgesetz vor ihnen zur Wirksamkeit gelange. Aus Indiscretionen gewisser Redactionsbureaux geht sogar hervor, daß das Ministerium des Innern in Journalen, mit denen es in engerer Verbindung steht, Artikel gegen die Vorlage veröffentlichen läßt, die, wie behauptet wird, dazu bestimmt seien, dem Kaiser als Ausdruck der öffentlichen Meinung vorgelegt zu werden. Wie dem immer auch sei, mit solchen Mittelchen läßt sich in Frankreich unmöglich lange auskommen, und der Geist der Widersetzlichkeit, der neuerdings in Toulouse so blutig wiederum aufgetaucht ist, scheint auch anderwärts ebenfalls in den Vordergrund treten zu wollen. Schon wieder hört man von aufständischen Zusammenrottungen, die bei Gelegenheit der Einzeichnung in die Stammrollen der mobilen Nationalgarde in dem Städtchen Montauban vor sich gegangen. Der Regierung nahestehende Männer behaupten, daß man die Beweise in Händen habe, alle diese verschiedenen Auftritte seien von Leuten organisirt worden, welche persönlich mit der neuen mobilen Nationalgarde gar nichts zu thun hätten und deren Vergangenheit sie „als unverbesserliche Republikaner" kennzeichne. Sie wissen, daß diese Bezeichnung noch immer auf die konservative Mehrheit des französischen Volkes dieselbe erschreckende Wirkung ausübt, wie auf einen Stier ein vorgehaltenes rothes Tuch.

• — [Betrachtungen über den Einfluß des allgemeinen Stimmrechts.] Die Unruhen in Toulouse und anderen Orten veranlassen das „Journal des Debats" zu Betrachtungen über den Einfluß des allgemeinen Stimmrechtes, die nicht eben sehr freudig lauten: „Das allgemeine Stimmrecht", sagt das Journal, „hat den Schwerpunkt der politischen Macht bei uns gänzlich verändert. Die aufgeklärten Klassen haben zwar nicht das Recht verloren, in gewissem Maße die Handlungen der Regierung zu kontroliren, aber ihre Meinung kann keinen praktischen Einfluß auf diese Handlungen gewinnen, wenn sie nicht zusammentrifft mit der Meinung der Volksmasse, welche allein eine Majorität für die Wahlurne bilden kann. Das allgemeine Stimmrecht, und das ist ja das Wesen der Constitution, die uns regiert, hindert durchaus nicht die ausübende Macht an der Verfolgung und Ausführung ihrer Absichten, denn die Mehrzahl der Wähler ist wenig im Stande, sie zu beaufsichtigen, sie zu verstehen, und noch weniger, ihren Ausgang vorherzusehen. Dagegen erwacht und erhebt sich das allgemeine Stimmrecht, wenn die Unbequemlichkeiten einer Politik, die es nicht zur rechten Zeit beobachten noch wirksam kontroliren konnte, sich kundgeben durch die Steigerung der öffentlichen Belastungen unter den für die arbeitenden Klassen besonders fühlbaren Formen der Abgabe und der Rekrutirung. Dann aber ist es gegen die Nothwendigkeit selbst, daß die Volksmeinung sich zu spät empört, denn die Steigerung der öffentlichen Belastung ist nur das Zeichen einer vorhandenen Lage und bezeichnet nur die neuen und dringenden Bedürfnisse des Landes. Welcher Unterschied aber zwischen dem Zustande des Landes, oder besser gesagt, dem Zustande der Geister, in unseren Tagen und in der Vergangenheit, wenn wir nur vierzig Jahre zurückschauen! Im Jahre 1830 waren es nicht die Steuern noch die Rekrutirung, welche die Geister bewegten und die Straßen der Hauptstadt mit Blut bedeckten, und später noch diese Februar-Revolution, die uns dahin gebracht hat, wo wir sind, hatte keine materielle Veranlassung oder Beweggründe; bei diesen bedauernswerthen Kämpfen waren es geistige und moralische Beschwerden oder abenteuerliche Einbildungen, welche die Bürger die Waffen ergreifen ließen, und wenn das Volk sich unrechter Weise empörte, so war seine Verirrung wenigstens großmüthig in ihrer Ursache. Das hat sich seitdem alles geändert und die Geschichte wird nicht ohne Trauer erzählen, daß nach sechzehn Jahren vollständiger Ruhe, die sehr der Gleichgiltigkeit ähnlich war, die erste Volksbewegung im zweiten Kaiserreiche hervorgegangen ist aus dem Rekrutirungsgesetze und dem geringen Eifer der französischen Jugend, sich unter die Fahne zu stellen."

Großbritannien. [Die irische Debatte] wurde diesmal im Parlamente überwiegend durch Mitglieder der Opposition geführt. Als Hauptredner traten nacheinander Horsman, Lowe, Hughes, Jakob Bright (der Bruder John Brights), der unter großem Beifalle seine erste Rede im Parlamente hielt, und Mill auf, während Hardy, der Minister des Innern, der Einzige ist, der für die Regierung das Wort ergreift. — Mr. Horsman greift die Vorschläge des Ministeriums auf das heftigste an. Aus ihnen gehe hervor, daß die Politik in Bezug auf die Kirchenfrage baares Nichtsthun, in Bezug auf die Ackerbaufrage unbestimmte Hinausschiebung, und in Bezug auf die Erziehung ein entschiedener Rückschritt sei. Von Grundsätzen finde sich dabei nicht die leiseste Spur. Mit der Stiftung einer katholischen Universität wolle das Ministerium nur irische Stimmen gewinnen, und mit einem Minimum von Gefahr ein Maximum irischer Dankbarkeit erlangen. Traurig über alle Maßen sei, daß Sektirerei wieder in die höheren Erziehungsinstitute eingeführt werden solle. So lange die Staatskirche existire, werde es in Irland nie Frieden oder Wohlstand geben; deßhalb sollte die Kirchenfrage nicht auf das nächste Jahr verschoben, sondern sofort in Angriff genommen werden. Mr. Lowe spricht nicht minder feindlich gegen die beantragte Stiftung einer katholischen Hochschule. Das sei nur ein Zugeständniß an den Klerus, nicht an die Laien. Auf solchem Wege würde nicht der Friede wiederhergestellt, sondern der Zwist nur verschärft werden. Wahrscheinlich meine die Regierung es mit diesem Vorschlage auch gar nicht ernst. Hätte sie es ernst gemeint, so würde sie sich früher mit den katholischen Bischöfen in Einvernehmen gesetzt haben. Der Redner spricht sein tiefes Bedauern aus, daß die Regierung nicht sofort Hand an die Kirchenfrage legen wolle. So scharf auch Mr. Lowe gegen die Regierung auftritt, stimmt er deßwegen durchaus nicht mit Maguire und andern überein, welche die Zustände Irlands so düster schildern und alle Schuld auf die Regierung wälzen. Irland — sagt er — sei eben so wenig von England, wie dieses von Irland beherrscht. Es sei im Parlamente entsprechend vertreten, leichter be-

---

der Ausstellung lehrt, in vielen Ländern „regenerirten Schwefel". Derartiger Schwefel war ausgestellt von der chemischen Fabrik zu Dieuze bei Nancy, wo man nach dem Verfahren von E. Kopp in Saverne regenerirt; vom Vereine für chemische und metallurgische Produktion in Aussig an der Elbe (jährliche Produktion 9000 Ctr. Schwefel); von der Rhenania bei Aachen (Produktion 4500 Centner); von dem Vereine chemischer Fabriken in Mannheim (Produktion 10,000 Centner, 11,80 Francs pro Centner); von R. Hummeltenberg-Harkort zu Harkorten und von Smits und Wolf zu Utrecht, wo nach L. Mond's Verfahren regenerirt wird. Sollte es möglich sein, allen Schwefel, den die Sodafabrikation als Schwefelsäure verwendet, ökonomisch vortheilhaft in den Kreislauf des Prozesses wieder einzuführen, so würde der wirkliche Verbrauch an Schwefel beträchtlich abnehmen.

In der Schwefelsäurefabrikation tritt als bemerkenswerther Fortschritt die zunehmende Anwendung von Pyriten, Kupferkiesen, Zinkblende rc. zur Darstellung von metallurgischer Schwefelsäure auf, deren vortheilhafte Fabrikation als Hüttenprodukt nur durch Einführung des M. Gerstenhöfer'schen Terrassen- oder Schüttofen möglich geworden ist. Die Mansfeld'sche Gewerkschaft fabrizirt auf den Hütten Kupferhammer und Eckardt bei Hettstädt und Mansfeld durch Rösten von Kupferstein im Gerstenhöfer'schen Ofen 6360 Centner Schwefelsäure, das Communion-Bergamt Goslar 50,000 Centner und die k. sächsische Generalschmelzadministration auf den verschiedenen erzgebirgischen Hütten 66,000 Centner. Die 120,000 Centner, welche jährlich die Rhenania bei Aachen erzeugt, sind ebenfalls theilweise aus Zinkblende gewonnen. Das Quantum der alljährlich produzirten Schwefelsäure ist ungefähr folgendes:

England	3,100,000	Centner,
Frankreich	2,600,000	„
Zollverein	1,500,000	„
Belgien	416,000	„
Oesterreich	300,000	„
Nordamerika	100,000	„

Bei dieser Schätzung ist so weit als thunlich nicht nur die aus den Schwefelsäurefabriken in den Handel gelieferte, sondern auch die zur Fabrikation von Sulfat, zum Aufschließen der Phosphate in den Düngerfabriken und zur Darstellung des Nitrobenzols dienende Schwefelsäure mit in Betracht gezogen worden. Die Zunahme der Schwefelsäureproduktion im Zollverein, die im Jahre 1855 gewiß keine 500,000 Centner gewesen sein mag, gibt den besten Gradmesser für den erfreulichen Aufschwung der chemischen Industrie Deutschlands.

(Schluß folgt.)

steuert, aus den Staatsfonds mehr als andere Theile des Reiches unterstützt, und wenn der Wohlstand sich trotzdem dort nicht heben wolle, so liege der Grund zumeist darin, daß durch die ewigen Klagen und Agitationen das Kapital von Irland theils verscheucht, theils ferne gehalten werde.

Nachdem Mr. Hughes die Gründung von Agrikulturvereinen, Mr. Agar-Ellis die Besoldung des katholischen sowie des protestantischen Klerus aus Staatsmitteln, und Mr. Jakob Bright die Ausdehnung des Wahl- und Stimmrechts als geeignete Heilmittel empfohlen hatten, erhebt sich Mr. Mill unter allgemeinem Zurufe. Er erklärt, daß ihn die Vertagung der Ackerbaufrage von Seiten der Regierung weniger überrasche, denn es dürfte noch lange dauern, bis sich das Parlament gründlichen Heilmitteln in dieser Sphäre geneigt zeigen würde; desto bedauerlicher sei die Hinausschiebung der Kirchenfrage und die längere Aufrechthaltung eines anomalen Institutes, welches alle Welt verdamme, und dem sich nur ein mit Waffen besiegtes Volk unterwerfen würde. Der Plan zur Gründung einer katholischen Universität sei zu aberwitzig und unzeitgemäß, um eine ernstliche Widerlegung zu erheischen, und wenn man ihm (dem Redner) utopische Reden vorgeworfen habe, so wolle er sich erlauben, diesen Universitätsplan einen kakotopischen zu nennen, für den sich die katholische Geistlichkeit nimmer werde gewinnen lassen. Nachdem Mr. Mill die gefahrdrohende Lage Irlands in beredten Worten geschildert, und dem Fenierthum, gerade weil es zum Theil im Ausland wurzle, große Bedeutung zugemessen, geht er in eine ausführliche Vertheidigung seiner Broschüre über Irland ein, widerlegt die Anklage, daß er eine Konfiskation des großen Grundbesitzes empfohlen und setzt auseinander, wie er nur eine Sicherstellung des Pachtbesitzes als die wichtigste Bedingung für die Regelung der irischen Verhältnisse habe empfehlen wollen. Mr. Hardy versucht zuerst eine Widerlegung der Vorschläge Mill's, hierauf eine Vertheidigung des Regierungsvorschlags zur Gründung einer katholischen Universität, und schließlich eine eingehende Entschuldigung dafür, daß das Ministerium vorerst die Kirchenfrage bei Seite lassen wolle. In Betreff des letzten Punktes hebt er hervor, daß es unbillig sei, das eben konstituirte Kabinet zur Behandlung dieser schwierigen Frage zu drängen, nachdem alle früheren Whigregierungen vor ihr zurückgescheucht waren. — Auf Antrag Mr. Portescue's wird hierauf die Debatte vertagt.

Türkei. [Bei den Reformbestrebungen] in der Türkei handelt es sich, wie es heißt, um folgende Hauptpunkte: 1) um die Einführung des christlichen Elements in die Verwaltung; 2) um die Aufstellung eines regelmäßigen Jahresbudgets, sowie die Controlirung der Einnahmen und Ausgaben durch einen zu diesem Behufe einzusetzenden gemischten (d. h. aus Beamten und Notabeln, Mahomedanern und Christen zusammengesetzten) Rath; 3) die Säkularisation der Güter der todten Hand (Vacuf), welche, bis jetzt steuerfreie Moscheengüter, fast die Hälfte des ganzen Grundbesitzes in der Türkei bilden. Es stimmen diese Punkte im Ganzen mit den Rathschlägen überein, welche die beiden Mächte Frankreich und Oesterreich der Pforte im vorigen Jahre gegeben haben. Ob die türkische Regierung die äußere und innere Kraft dazu hat, derartige Pläne durchzusetzen, ohne zur Auflösung des Reichs den Anstoß zu geben, müssen die Thatsachen lehren.

Nordamerika. New-York, 13. März. [Anklage Johnsons] Dem gefaßten Beschlusse gemäß trat der Senat heute unter dem Vorsitze des Oberrichters Chase als Gerichtshof zur Verhandlung des Prozesses gegen den Präsidenten zusammen; doch wurde, wie vorauszusehen war, bald die Vertagung, und zwar bis zum 23. d. M., beschlossen, um Herrn Johnson Zeit zur Ausarbeitung seiner am genannten Tage einzureichenden schriftlichen Beantwortung der Anklage-Artikel zu gewähren. Als Zeugen werden für den Angeklagten u. A. der General-Staatsanwalt Stanbery (der bekanntlich im vorigen Jahre eine ganze Reihe von Gutachten zu Gunsten der Politik des Präsidenten und gegen die des Congresses abgegeben hat), zwei beigeordnete Richter des obersten Gerichtshofes, Black und Samuel Nelson, und die Generale Curtis und Eward auftreten. Stanbery hat außerdem seine Entlassung eingereicht, um als Anwalt des Präsidenten dessen Vertheidigung vor dem Senate zu übernehmen. (Soll übrigens nach neuesten Berichten die Vertretung des Präsidenten abgelehnt haben.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64½—⅝ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅜ P. ¼ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51⅜—¼ G.
„	4½pCt.	43 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93½ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¼ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¼ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	87⅞ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	94¾ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅜ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	83¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81¼ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt.	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84¾ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76¼ P. ½ G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75½ P. ¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125⅝ P. ⅜ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	730 P. 729 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—94½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90¼ P. 90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	90⅜ P. ⅛ G.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	226—26½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	261 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118½ P. 118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87¼ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅞ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120⅞ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	149½ P. 48¾ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63⅞ P. ⅜ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¾ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136⅛ P.
„ do. v. 1864	87—86¾ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98⅝—½ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	19¼ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143½ G.
„ fl. 25 do.	38½ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	82½ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅞ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P. 97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¾ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼—⅛ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102½—¼ G.
do. in öst. W. l. S.	102½—¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 17. März. Die Börse war ziemlich geschäftslos. Englische Metalliques, Mobilier, Staatsbahn, Steuerfreie und 1860er Loose waren zwar höher, aber ohne rechtes Animo. Amerikaner verkehrten in ziemlich unveränderter Haltung. Gold für Effekten hat etwas angezogen. Devisen sämmtlich matt. Von Süddeutschen 4½ pCt. Württemberger etwas billiger zu haben wegen des heute bei M. A. v. Rothschild aufgelegten und vor der Subskriptionseinladung schon wieder geschlossenen neuen württembergischen Eisenbahnanleihens. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

Martin Gäbhard's Brauerei.

Heute Mittwoch:

Gesangs-Soirée

des renommirten Volkssängers und Charakter-Komikers

Adolph Fleischmann aus Nürnberg.

Anfang 8 Uhr.

Hutten'scher Garten.

Donnerstag, zur Feier des Josephi-Tages:

Grosse Gesangs-Soirée

vom renommirten Volkssänger und Charakter-Komiker

Adolph Fleischmann aus Nürnberg.

Anfang 4 Uhr. — Entrée 6 kr.

Restauration Friedlein (Sanderstraße) im Saal.

Donnerstag, zur Feier des Josephi-Tages:

Grosse Gesangs-Soirée

des renommirten Volkssängers und Charakter-Komikers

Adolph Fleischmann aus Nürnberg.

Anfang 8 Uhr. — Entrée 6 kr.

Strichsbekanntmachung. pr. 17/3.

Im Executionswege versteigere ich
Mittwoch, den 1. April 1868,
früh 9 Uhr,
im Hause Nr. 5 im unteren Grombühl jenseits des neuen Bahnhofes dahier zwei Kleiderschränke, eine Commode, einen Tisch und sechs Rohrstühle gegen sofortige Baarzahlung.

Würzburg, den 17. März 1868.

Endreß, k. Notar.

Bekanntmachung. pr. 17/3.

Johann Joseph Baunach, Oekonom zu Waldbrunn, hat seinen Kindern die Dritttheilung angeboten.

Etwaige Forderungen an den Theilungsgeber sind
Dienstag, den 31. d. Mts.,
Vormittags 10 Uhr,
in dem Amtszimmer des unterfertigten, mit der Durchführung des Verfahrens betrauten Notars (2. Distr. Nr. 360) anzumelden und nachzuweisen, widrigenfalls auf dieselben bei Auseinandersetzung der Masse keine Rücksicht genommen würde.

Würzburg, den 14. März 1868.

Seuffert, k. Notar.

Immobiliarversteigerung. pr. 17/3.

Ich versteigere dem Auftrage des kgl. Bezirksgerichtes Würzburg zufolge am
Montag, den 6. April l. Js.,
Abends 5 Uhr,
im Gasthause zur Rose in Zell den Acker Plan-Nr. 1254ab zu 1,425 Tagwerk Acker am Schäckert, Steuergemeinde Zell, gewerthet auf 825 fl., unter den an diesem Termine bekannt zu gebenden Bedingungen.

Würzburg, den 15. März 1868.

Huth, k. Notar.

Bei Beginn der Saison erlaube ich mir, mein Lager in fertigen **Herrenkleidern**, als: Frühjahrs-Ueberzieher, Jacquettes, Hosen und Westen, zu den billigsten Preisen zu empfehlen.

Zu gleicher Zeit bringe ich mein reichhaltig assortirtes Lager in feinen englischen, französischen und Niederländer Stoffen in empfehlende Erinnerung.

Peter Gräf,
vis-à-vis der Stahel'schen Buchhandlung.

Im Verlage der Stahel'schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg ist soeben erschienen und zu haben:

Trauerrede

auf das Hinscheiden

Seiner Majestät König Ludwigs I.

gehalten bei dem feierlichen Trauergottesdienste am 11. März 1868 von

Dr. Fr. X. Himmelstein,

Domcapitular und Dompfarrer in Würzburg.

1868. gr. 8. Eleg. brosch. Preis 6 kr.

Gefunden.

Auf dem Wege zwischen Heitstadt und Würzburg wurde ein Päckchen mit Leder gefunden. Der Eigenthümer wolle sich an Bauer Michael Schebler in Birkenfeld wenden.

Aecht französ., belgischen, griechischen und türkischen Rauchtabak, sowie Muff-Muff-Canaster empfiehlt

3c] **Hermann Scheuer.**

In der Stahel'schen Buch- u. Kunsthandlung in Würzburg ist soeben eingetroffen:

v. Döllinger. Zum Gedächtniß Sr. Maj. des Königs Ludwig I. und seiner Regierung. Rede. 6 kr.

v. Haneberg. Ein Kranz auf den Sarkophag Sr. Maj. des Königs Ludwig I. von Bayern. 6 kr.

Dusmann. König Ludwig des Ersten von Bayern Ruhm im Heiligthum. 6 kr.

Fremden-Anzeige.

(17. März.)

(Adler.) Kflte.: Rappart a. Düsseldorf, Ottenheimer u. Wolff aus Goppingen, Klöcke aus Greiz, Restorf a. Paris, Mayer a. Carlsruhe, Hecht a. Bennland, Ehlen a. Berlin u. Stropp a. Cassel. Frau Veiter a. Aschaffenburg. Stud. Thimer a. Coblenz.

(Fränk. Hof.) Kflte.: Hennighausen a. Nürnberg, Günther a. Braunschweig, Guthmann aus Frankfurt, Bellmann a. Augsburg. Jufr. Klopfer a. Frankfurt. Maler Swiesczewsky aus Warschau.

(Hotel Rügmer.) Kflte.: Wiesenstädter aus Niederstetten, Schmidt a. Giebelstadt, Goldmann a. Nürnberg, Scheller a. Hildburghausen, Stern a. Rödelsee, Hofmann m. Schw. a. Adelshausen, Jacobsohn m. Schw. a. Weikersheim und Altmann a. Mainz. Frau Freudenthal m. T. a. Dermbach. Freifrau v. Mayerhofer a. Klingenberg. Stud. Lossen a. Wiesbaden. Künstler m. G. a. Brünnau. Frau Zimmermann aus Hattersheim.

(Sächs. Hof.) Kflte.: Kaiser aus Gemünden, Geismann aus Ahlen, Bemich aus Rothenburg, Stöcklein a. Straßburg, Schiffler a. München.

(Schwan.) Kflte.: Rab a. Mannheim, Geller a. Schwarzenbach, Schirpang a. Berlin, Bühne a. Werdohl, Caprano a. Bremen, Klephans a. Schwelm, Berninger, Meyer u. Rieß a. Frankfurt, Ganzemüller u. Merkel a. Nürnberg, Gebair a. Stuttgart, Landthaler a. Gmünd, Weir a. Mainz, Rießew a. Cöln. Dir.-Rath Petri a. München.

(Württ. Hof.) Kflte.: Schulz a. Darmstadt, Deibel a. Hanau, Wolff a. Carlsruhe, Dillmann a. Pforzheim, Brocks a. Elberfeld, Simon aus Gladbach, Oppenheim a. Frankfurt u. Schemmann a. Barmen. Baron v. Schweitzer m. Begl. a. Fulda. Frau v. Cramer m. Begl. u. Dien. a. Riga.

DANKSAGUNG.

Für die so ehrende Theilnahme bei der Beerdigung und dem Gottesdienste seiner unvergeßlichen Gattin

Lisette Vornberger, geb. Benkert,

erstattet verbindlichsten Dank

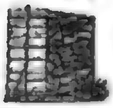
Würzburg, den 18. März 1868.

Michael Vornberger,
zugleich Namens sämmtlicher Hinterbliebenen.

Bekanntmachung

pr. 17/3.

wegen Holzverkaufs in gräflich Castell'schen Waldungen.



In freier Concurrenz und unter den üblichen Bedingungen werden versteigert

I. **Dienstag, den 24. März 1868,**

Revier Castell, Abth. Büchebuhl und Schäferschlag:

14 Eichen-, 1 Elzbeer-, 1 Aspen-, 118 Fichten-, 42 Fohren-Bau-, Nutz- und Werkholzstämme, 800 Fichten-Geräthstangen, 950 Fichten- und Föhren-Hopfenstangen, 53 Klafter hartes und weiches Scheit- und Prügelholz, 7300 Stück dergl. Wellen, 120 Partien Nadelholzreisig.

Beginn früh 9 Uhr im Büchebuhl mit dem Stammholze

II. Revier Rüdenhausen.

A. **Donnerstag, den 26. März 1868,**

Abth. Tränkschlag:

20 Eichen-, 190 Fichten-, 15 Föhren-Bau-, Nutz- und Werkholz-Stämme, 130 Fichten-Geräthstangen.

Beginn früh 9 Uhr auf dem Schlage.

B. **Freitag, den 27. März 1868.**

Zufällige Ergebnisse:

8 Föhren-, 1 Elzbeer-, 2 Fichten-Schnitt- und Bauholz-Stämme, 45 Klafter hartes und weiches Scheit- und Prügelholz.

Beginn früh 9 Uhr auf dem Friedrichsberge.

Zahlungsfähige Strichliebhaber werden hiemit eingeladen.

Castell, am 16. März 1868.

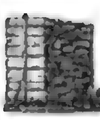
Gräflich Castell'sches Forstamt.

Schmidtlein, Verweser.

Holzversteigerung

pr. 17/3.

im Gemeindewalde Rimpar.



Montag, den 23., und Dienstag, den 24. ds. Mts.,

werden aus der Gemeindewaldung Rimpar, Distrikt „Heinig", folgende Holzsortimente versteigert:

450 Eichen-,
5 Elsbeer-,
2 Speierlings-,
3 Maßholder-,
1 Aspen- und
20 Kiefern-Abschnitte.

Zusammenkunft an der Arnsteiner Hohenstraße

Vormittags 9 Uhr.

Bei ungünstiger Witterung geschieht die Versteigerung im Gasthause zum „Stern" dahier.

Rimpar, den 13. März 1868.

Die Gemeinde-Verwaltung.

Schömig, Vorsteher. [3a

Bekanntmachung.

pr. 16/3.

Im Auftrage des k. Bezirksgerichts Würzburg werden am

Freitag, den 3. April l. Js.,
früh 10 Uhr,

in meiner Amtskanzlei (2. Distr. Haus-Nr. 360) dahier wiederholt die auf 3030 fl. gewertheten Grundbesitzungen in der Steuergemeinde Würzburg:

1) Plan-Nr. 3899½ — 80 Dezim. Wohnhaus in der Lehnleite, zunächst der Eisenbahn nach Bamberg,

2) Plan-Nr. 3899, 3900 und 3900½ — 1,758 Dezim. Acker mit Weinberg allda, versteigert und wird der Zuschlag unbedingt ertheilt.

Würzburg, den 14. März 1868.

Seuffert, k. Notar.

Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 79. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 19. März 1868.

Vor zwanzig Jahren.

Würzburg, 19. März.

Wir haben bereits gestern im „Anzeiger" den Vorgängen in Berlin vor zwanzig Jahren ein kurzes Wort der Erinnerung gewidmet. Nachträglich finden wir im „Frankfurter Journal" einen längeren Artikel über dasselbe Thema, welcher an den Jahrestag der abgezwungenen Gewährung einer Constitution in Preußen folgende Geschichtserzählung und Betrachtung knüpft.

Der Sturm der Februar-Revolution, welcher von Paris gen Osten zog, hatte schon an verschiedenen Orten Deutschlands die Saat der Unzufriedenheit mit den bestehenden Einrichtungen zur Reife gebracht, und in manchem kleinen und größeren Staate hatte das Alte weichen müssen, waren an seine Stelle junge, scheinbar lebenskräftige Einrichtungen getreten. Nachdem selbst in Wien am 13. März das Banner der Freiheit gesiegt hatte, sahen Aller Augen nach Berlin hin, ob sich dort nicht das Streben kundgebe, den sonderbaren Zustand, welchen das Februar-Patent von 1847 geschaffen hatte, zu ändern und ein wahrhaft konstitutionelles Regierungssystem an seine Stelle zu setzen, welches allein Preußen befähigen könne, die ihm von allen liberalen Parteien zuertheilte Aufgabe, Deutschland zu einigen, zu erfüllen. Aber Berlin schien Anfang März noch keinerlei Neigung zu haben, irgendwie kräftig auf eine Aenderung des bestehenden Systems zu bringen, und erst in der zweiten Woche des Monats zeigte sich der Anfang einer Bewegung, welche in Kurzem eine solche Ausdehnung annehmen sollte, daß sie alle anderen Vorgänge in Deutschland in den Schatten stellte. Es fanden Volksversammlungen statt, in denen offen eine Aenderung der bestehenden Zustände gefordert wurde. Die aus diesen Versammlungen kommende Menge durchwogte in erregtem Zustand die Straßen, ihre Aufregung Anderen mittheilend, so daß dadurch der Kreis der politischen Theilnahme immer größer und größer wurde, und endlich die Regierung, welche Anfangs glaubte, der Aufregung mit polizeilichen Mitteln entgegentreten zu können, einsah, daß es sich nicht um einen kleinen Skandal handle, welchen man mit einigen Gendarmen bewältigen könne, sondern daß sich eine tiefgehende Bewegung Bahn breche, eine Bewegung, deren Ziel die Erlangung von Rechten war, welche die Väter der damaligen Generation in den Jahren 1813—1815 mit ihrem Blute bezahlt hatten.

Man fing deßhalb an, Militär zur Aufrechthaltung der Ruhe und Ordnung zu verwenden, und bald folgten Conflikte, in welchen das Militär von seinen Schußwaffen Gebrauch machte, wobei es an Todten und Verwundeten nicht fehlte. Dies trug natürlich zur Vermehrung der Aufregung bei, und diese hatte schon am 16. Abends einen solchen Grad erreicht, daß, wie vielfach versichert wird, der König Friedrich Wilhelm IV. den Entschluß gefaßt hatte, Berlin zu verlassen und nach Potsdam zu gehen; nur die Kränklichkeit der Königin soll die Ausführung dieses Beschlusses verhindert haben. Die Bewegung, welche damals in Berlin herrschte, war aber nicht, wie später vielfach behauptet worden ist, eine gemachte, oder eine solche, welche sich auf die Klassen der Gesellschaft beschränkte, welche theils nichts zu verlieren hatten, theils aus Lust am Skandal sich daran betheiligten. Es war eine Bewegung, welche alle Schichten der Bürgerschaft durchdrang, und wenn am 15. März schon eine große Anzahl von Bürgern unter dem Namen Schutzbürgerschaft zusammengetreten war, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, so geschah dies nicht etwa, weil sie die Ziele mißbilligten, welche die Gesammtheit verfolgte, sondern weil sie die Hoffnung hegten, daß man durch den moralischen Eindruck, welchen der Wille eines ganzen Volkes ausübe, in Preußen Das erlangen könne, was man anderswo durch blutigen Kampf errungen hatte.

Aus diesen Kreisen war eine große Versammlung hervorgegangen, welche am 17. Nachmittags in einem öffentlichen Lokale stattfand, und welche eine Adresse an den König beschloß, in welcher gefordert wurde: 1) Preßfreiheit, 2) beschleunigte Einberufung des vereinigten Landtags, 3) Zurückziehen der Truppen aus Berlin und 4) Bürgerbewaffnung. Diese Adresse sollte am folgenden Tage, am 18. Nachmittags, durch eine Deputation, welche sich, begleitet durch mehrere Tausend Bürger, nach dem Schloß begeben sollte, dem Könige überreicht werden. Die Nachricht von diesem Beschluß durchflog wie ein Lauffeuer die Stadt, und die Hoffnung auf Gewährung der Forderung war so allgemein, daß der Abend ohne jene Ruhestörung, welche die vorhergehenden Abende ausgezeichnet hatte, vorüberging. Diese Ruhe machte die Regierung offenbar glauben, daß die militärischen

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VI. Sitzung am 7. März 1868.

(Schluß.)

Die Jodausstellung in Paris bot nichts Neues, es müßten denn die von British Seaweed Company ausgestellten Produkte der Verarbeitung der Fucusarten nicht durch Einäscherung, sondern nach Standford's Prozeß (durch Destillation der Tange mit überhitzten Wasserdämpfen) hierher gerechnet werden sollen. Die Jodfabrikanten Frankreichs, Cournerie und Sohn in Cherbourg, E. Moride in Nantes, Tissier und Sohn in Tonquet, Taros und Morio in Ploudalmezeau waren offenbar in gedrückter Stimmung. Sie verhehlen sich den Umstand nicht, daß durch die Staßfurter Chlorkalium- und Bromfabrikation die Jodindustrie eine harte Prüfung zu bestehen haben werde. Die Jodproduktion betrug 1867

in Schottland und Irland	1562	Centner,
„ Frankreich	1112	„
	2674	Centner.

Von dem großen Verbrauche des Jodes für die Zwecke der Photographie kann die Notiz einen Begriff geben, daß eine einzige Fabrik in Berlin jährlich 16,000 Kilogramm Jodkalium fabrizirt, wozu über 200 Centner Jod erforderlich sind. Zu den wichtigsten chemischen Educten auf der Gesammtausstellung gehört ohne Widerrede das Brom, das zum ersten Male, Dank den mit Erfolg gekrönten Bestrebungen der Herren A. Frank und H. Grüneberg in Staßfurt, auf einer Ausstellung als fabrikmäßig dargestelltes Erzeugniß auftrat. Man stellt es aus den brommagnesiumhaltigen Mutterlaugen dar, die bei der Verarbeitung der Carnallite und Kainite zurückbleiben. Man bemüht sich, und wie es scheint nicht erfolglos, in der Technik für photographische Zwecke und für die Herstellung gewisser Theerfarben, wo nur immer möglich, das Brom an die Stelle des Jodes treten zu lassen. Von neuen Chlordarstellungsmethoden hatte die Ausstellung nichts aufzuweisen, als das in dem chemischen Laboratorium am Seineufer (à la berge) ausgestellte Verfahren Mallet's in Paris (rue blanche 80), aus Kupferchlorid nach Belieben Chlor- oder Sauerstoffgas darzustellen und zwar in dem nämlichen Apparate, im wesentlichen aus einer rotirenden Retorte bestehend. Das Prinzip, welches dem neuen Verfahren zu Grunde liegt, ist folgendes: Feuchtes Kupferchlorür nimmt aus der Luft Sauerstoff auf, um dadurch in Kupferoxychlorid überzugehen, welches für sich erhitzt Sauerstoffgas, mit Salzsäure erwärmt aber Chlorgas entwickelt; in beiden Fällen bleibt Kupferchlorür zurück, welches immer wieder zur Chlor- und Sauerstoffdarstellung benutzt wird.

Von neuentdeckten Metallen war das von London (1862) her bekannte Thallium von dem Mitentdecker desselben, Lamy in Lille in großen Barren ausgestellt, auch daraus dargestelltes Thalliumglas, welches gewisse optische Eigenschaften in erwünschtem Grade besitzt. Das von Th. Richter in Freiberg entdeckte Indium war von dem Entdecker selbst in zwei Barren ausgestellt (außerdem noch von Prof. v. Schrötter in Wien). Das Indium ist noch so selten, daß das Gramm davon 36 Francs kostet; beide Barren wogen 500 Gramm (incl. der nicht geringen Anzahl von Grammen, die der Entdecker bei seiner Anwesenheit in Paris im April 1867 mit größter Liebens-

Maßregeln der vorherigen Tage die Bewegung vollständig unterdrückt hätten, denn an demselben Abende sagte Hr. v. Bodelschwingh dem russischen Gesandten, er möge getrost nach Petersburg melden, in Berlin sei die Sache abgemacht.

Aber die Sache war nicht abgemacht. Am Morgen des 18. März mußte dem Ministerium wohl selbst die Ueberzeugung geworden sein, daß es in irgend einer Weise den Wünschen des Volkes Rechnung tragen müsse, und es erfüllte, noch ehe die erwähnte Adresse überreicht wurde, von jenen vier Forderungen zwei. Es erschienen am 18. März, Vormittags, zwei Verordnungen, von denen die eine die Preßfreiheit gewährte und von denen die andere die schleunige Einberufung des vereinigten Landtages anordnete. In der letzteren ist Einiges gesagt über die Absichten der Regierung, und wir lassen die betreffende Stelle hier folgen. Es heißt:

„Vor Allem verlangen wir, daß Deutschland aus einem Staatenbund in einen Bundesstaat verwandelt werde .....

„Wir verlangen eine allgemeine deutsche Wehrverfassung und werden beantragen, solche im Wesentlichen derjenigen nachzubilden unter welcher Unsere — Preußens — Heere in den Freiheitskriegen unverwelkliche Lorbeeren sich errangen .....

„Wir verlangen ein deutsches Bundesgericht .....

„Wir verlangen ein allgemeines deutsches Heimathsrecht und volle Freizügigkeit in dem gesammten deutschen Vaterland u. s. f."

Somit war ein Theil der gestellten Forderungen erfüllt, aber konnte man von den Ministern, welche ein Menschenalter hindurch sich dem Fortschritt entgegengestemmt hatten, erwarten, daß sie die gegebenen Versprechungen in dem Sinne durchführten, welchen das Volk hineinlegte? Man mußte solche Frage verneinen. Es entstand demnach der allgemeine Wunsch nach einem Wechsel der Minister, nach Ernennung solcher Personen zu Räthen des Königs, welche sich durch ihr Verhalten auf dem vereinigten Landtag das Vertrauen des Volkes erworben hatten. Dieser Wunsch durchwogte die Volksmenge, welche sich am Mittag des 18. März auf dem Schloßplatze versammelt hatte; selbst Diejenigen, welche durch die beiden erschienenen Proklamationen befriedigt waren, hielten einen Ministerwechsel für nothwendig. Im Allgemeinen aber verlangte man auch noch Erfüllung der beiden anderen Forderungen, und als um $2\frac{1}{2}$ Uhr eine Schwadron Kavallerie auf dem Schloßplatz erschien, da machte sich dieser Wunsch Luft in dem allgemeinen Ruf: „Militär zurück!" Aber weder der Kavallerie, noch einer gleichzeitig aus dem Portal des Schlosses hervormarschirenden Kompagnie Infanterie wurde ein ernstlicher Widerstand entgegengesetzt, denn es gab sich doch im Allgemeinen eine freudige Stimmung darüber kund, daß der Weg der Konzessionen betreten sei, und Niemand dachte in jenem Augenblicke an einen Straßenkampf.

Da fielen plötzlich jene zwei Schüsse, welche einen so großen Einfluß auf die Gestaltung unserer Verhältnisse ausgeübt haben. Von welcher Seite sie gefallen, wer will heute diese Frage entscheiden? Ihre Wirkung war, das kann Schreiber dieser Zeilen als Augenzeuge versichern, eine ganz außerordentliche. In einem Moment war der Schloßplatz von Menschen befreit, welche sich nach allen Richtungen hin durch die Stadt vertheilten, den Ruf: „Verrath" laut erschallen lassend. In wenigen Augenblicken waren die Straßen Berlins mit Barrikaden bedeckt, und es begann jener blutige Straßenkampf, dessen Opfer auf Seiten des Volkes einsam schlummern auf dem Friedrichshain bei Berlin, noch immer harrend des Denkmals, welches ihnen errichtet werden soll von Denen, welchen sie die politische Freiheit erkämpft haben. Am 19. März Vormittags war der Kampf entschieden, die Truppen verließen Berlin, das konstitutionelle Königthum wurde proklamirt und die Herren Schwerin und Auerswald, denen sich bald Camphausen und Hansemann anschlossen, wurden ins Ministerium berufen.

Damals hoffte Alles auf eine allen Wünschen entsprechende Frucht der blutigen Saat. Wie viel heute von dieser Hoffnung erfüllt ist, möge der Leser sich selbst sagen!

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. März. [**Tabaksteuer.**] Die „Lib. Corr." schreibt: „Die hiesigen Tabaksfabrikanten sind nicht gewillt, sich gegenüber dem Schlag, welcher ihrer Industrie droht, passiv zu verhalten. Wie wir hören, hat sich das Centralkomite des Tabakvereins an den Finanzminister mit der Bitte gewandt, eine Versammlung von Fachmännern aus Norddeutschland nach Berlin zu berufen, um ihre Meinung über den vorgelegten Gesetzentwurf zu hören, wie dies ja in anerkennenswerther Weise von dem badischen Ministerium geschieht. Ob die Regierung diesem Wunsche entsprechen wird, ist abzuwarten; es scheint, als ob man hier entschlossen ist, an der neuen Steuer festzuhalten. Offenbar verspricht man sich hier von der Steuererhöhung mehr Erfolg, als dieselbe in Wirklichkeit haben wird, vorausgesetzt immer den Fall, daß das Zollparlament dem Gesetzentwurfe zustimmt, was doch gegenüber den gewichtigen Bedenken, welche dagegen sprechen, noch immer zweifelhaft erscheinen muß. Das erste Stadium hat der Gesetzentwurf allerdings schon glücklich hinter sich, die betreffende Kommission des Zollbundesraths soll, wie uns als verbürgt mitgetheilt wird, die Vorlage, wonach die neue Steuer von dem im Jahre 1869 gebauten Tabak anfangend erhoben werden soll, unverändert angenommen haben."

— [**Ueber die Reise des Prinzen Napoleon**] tauchen noch immer neue Gerüchte auf, das neueste ist, daß derselbe den Auf-

---

würdigkeit an die Mitglieder der internationalen Jury der Klassen 44 und 51 und der Académie des sciences abgegeben), mithin repräsentiren beide Barren einen Werth von 18,000 Francs.

Das technischen Zwecken dienende, namentlich zur Erzeugung hoher Temperaturen und für Beleuchtungszwecke benutzbare Sauerstoffgas trat in Paris (in dem Laboratorium à la berge) mehrere Male als Ausstellungsgegenstand auf, und fürwahr die Frage nach billigem Sauerstoffgas ist ihrer Lösung einen Schritt näher gebracht. H. Deville und H. Debray zerlegen Schwefelsäuredämpfe in Sauerstoffgas und schweflige Säure, die mit Leichtigkeit von einander getrennt werden können (1 Kilogramm Schwefelsäure gibt 114 Liter Sauerstoffgas); Mallet extrahirt Sauerstoff aus der atmosphärischen Luft durch feuchtes Kupferchlorür, welches in Kupferoxychlorid übergeht und beim mäßigen Erhitzen allen aufgenommenen Sauerstoff wieder abgibt (1 Kilogramm Kupferchlorür liefert 30 Liter Sauerstoffgas). Tessié du Motay aus Metz läßt Schwefelsäure tropfenweise auf eine dicke Lage bis zum Glühen erhitzter schwefelsaurer Thonerde fallen. Das Gemenge von Sauerstoff und schwefliger Säure wird über Magnesia oder über Natron geleitet und dadurch ein Sulfit dargestellt, welches nach der Meinung des Ausstellers in den Schwefelsäurefabriken an Stelle des Schwefelkieses zur Erzeugung der schwefligen Säure benützt werden soll. Ein anderes Verfahren desselben Ausstellers (welches bei Versuchen im Großen, die Direktor F. Roth in Saarbrücken anzustellen Veranlassung nahm, günstige Resultate gegeben), das ebenfalls in dem Ausstellungslaboratorium an der Seine im Monat Mai dem Publikum vor Augen geführt worden sein soll, beruht darauf, daß eine Mischung von Braunstein und Aetznatron beim Erhitzen an der Luft leicht in mangansaures Natron übergeht, welches unter Einwirkung überhitzter Wasserdämpfe lebhaft Sauerstoffgas entwickelt und wieder die ursprüngliche Mischung liefert. Unter der Firma Jose de Susini und Comp. hat sich in Paris eine Gesellschaft gebildet, um mit einem Kapital von 20 Mill. Francs die neue und billige Sauerstoffbereitung auszubeuten und das Gas durch ein Röhrensystem in alle Quartiere von Paris zu leiten. Man will zur Darstellung die Zersetzbarkeit der Schwefelsäure verwerthen, doch das Gemisch von Sauerstoff und schwefliger Säure nach Archereau's Vorschlage durch Comprimirung beider Gase scheiden, indem durch Druck die schweflige Säure flüssig wird, der Sauerstoff aber permanent gasförmig bleibt. 1 Kubikmeter Sauerstoffgas (= 40 Kubikfuß) soll dem Konsumenten auf 85 Centimes zu stehen kommen. Verwendung soll das Sauerstoffgas nicht nur in der Metallverarbeitung beim Schmelzen und Löthen finden, sondern man erwartet (oder fürchtet, je nachdem) auch viel von ihm für Beleuchtungszwecke, namentlich für die Gasbeleuchtung, da 12 Kubikmeter gewöhnliches Leuchtgas mit 1 Kubikmeter Sauerstoff eine so bedeutende Lichtintensität entwickeln sollen, wie 16 Kubikmeter Leuchtgas beim Verbrennen in atmosphärischer Luft. Auch für die Einführung des Kalk- oder Siderallichtes zur Straßenbeleuchtung wird gegenwärtig in Paris gewirkt. Thatsache ist, daß, als im Januar 1868 der Platz am Hotel de ville mit Kalklicht und Sauerstoffgas aus Schwefelsäure beleuchtet wurde, unter den Aktionären der Compagnie parisienne d'éclairage et de chauffage par le gaz eine Panik ausbrach, deren Wirkung, wie die Courszettel dokumentiren, eine höchst nachhaltige ist.

Ozon-Sauerstoff war auf der Pariser Ausstellung durch den obengenannten Metzer Techniker Tessié du Motay vertreten, der das Ozon aus seinem mangansauren Kali zum Bleichen von Leinen- und Baumwollgeweben verwendet. Auch mit der von W. Siemens konstruirten elektromagnetischen Maschine will man Ozon zum Betriebe großer Bleichanstalten bereiten. Dem Chlor und der Chlorkalkfabrikation droht dadurch ein wichtiger Konkurrent zu erwachsen.

Zum Schlusse zeigt Herr W. noch das **Cyanin** vor und erläuterte die interessanten Reaktionen dieser organisirten Base durch einige Versuche.

trag hatte, die hiesige Regierung darüber zu sondiren, welche Position sie für den Fall nehmen würde, daß Frankreich sich in die abyssinische Frage mischt. Es ist wohl unzweifelhaft, daß Frankreich mit scheelen Blicken den Versuch Englands, sich am rothen Meere eine feste Position zu schaffen, ansieht, und daß es sich begierig nach einem Vorwande umblickt, seine Hände in diese Angelegenheit zu mischen; ob aber dem Prinzen Napoleon ein Auftrag in dieser Angelegenheit geworden ist, das erscheint uns denn doch zweifelhaft. Wir erwähnen des Gerüchtes um der Vollständigkeit wegen, gehört hat ja doch Niemand, was er mit dem Könige und dem Grafen Bismarck verhandelt hat.

Kassel, 16. März. [Zur Verhaftung.] Dem „Frkf. Journ.“ schreibt man: „So weit man den Zweck der eingeleiteten Untersuchung gegen Trabert und Plaut im Publikum zu beachten und zu beurtheilen vermag, ist dieselbe lediglich darauf gerichtet, den Ursprung und die Verbreitung des aufrühreríschen Flugblattes zu ermitteln. Es zeigt dieses namentlich darauf hin, daß man in der Druckerei von Has und Rudolph, in welcher die „Hess. Volkszeitung“ gedruckt wurde, in Gegenwart des Polizeidirektors Bernstein und einiger Schutzleute durch drei hiesige Buchdruckereibesitzer, Fr. Scheel, Gotthelft und Lewalter, als Sachverständige, einen Vergleich mit den Typen der genannten Druckerei und denen des Flugblattes anstellen ließ. Die angestellte Untersuchung, die bis in die kleinsten Details geführt ward, hat aber die Ungleichartigkeit derselben entschieden ergeben. Im entgegengesetzten Falle würde das wohl auch noch keinen wichtigen Verdachtsgrund abgeben können, als sei jenes Blatt in genannter Offizin gedruckt, indem sich in vielen derartigen Geschäften Schriften und Ornamente aus ein und demselben Guße befinden. Im allgemeinen Interesse und der nun einmal eingetretenen Verhältnisse wegen hätten wir gewünscht, daß man uns mit der Inszenesetzung des ganzen politischen Inquisitionsverfahrens verschont hätte, da dasselbe die nicht wegzuläugnende Mißstimmung in der Masse des Volkes, namentlich nach unten, nur noch vermehrt. Das mehrgedachte Flugblatt hätte wahrlich keine Auflehnung gegen die Regierung zu Wege gebracht. Diejenigen, welche den Kurfürsten und seine Gemahlin zurückwünschen, lassen sich zählen; diejenigen aber, welche öffentlich und heimlich den althergebrachten Rechtsschutz zurückwünschen, den sie durch den Transport eines Bürgers nach Berlin als nicht mehr vorhanden erachten, nicht, da der Menge die Einsicht für den gesetzlichen Grund abgeht. Trabert befindet sich noch hier in Haft. Mehrere Bürger haben sich erboten, für seine Freilassung die etwa begehrt werdende Kaution zu stellen; das Gericht möge die Höhe bestimmen. Das ist eine Thatsache, die man in unseren Verhältnissen doch ja nicht unterschätzen möge.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. März. [Das Ehegesetz,] über welches demnächst unser Oberhaus entscheiden wird, ist zwar nur ein vorläufiger Nothbehelf, indem es blos die vor dem Abschlusse des Konkordates gültigen Gesetze über Eheverträge und die Gerichtsbarkeit in Ehesachen wieder herstellt, aber es ist doch immer eine in das ultramontane Bollwerk gelegte Bresche. Wenn bei gemischten Ehen die katholische Geistlichkeit Schwierigkeiten erhebt, so wird den betreffenden Eheleuten durch das neue Gesetz die fakultative Civilehe als letztes Auskunftsmittel geboten. In Bezug auf das viel wichtigere interkonfessionelle Gesetz, welches in Kurzem vor das Plenum des Abgeordnetenhauses gelangen wird, ist es von guter Vorbedeutung, daß sich die Majorität der Herrenhauskommission in ihrem Berichte unzweideutig gegen den Fortbestand des Konkordates ausspricht. Es heißt darin: „Es läßt sich nicht läugnen, daß das Konkordat durch den Zwang, den es der Bevölkerung, gegenüber der Kirche, auferlegt, und durch die gesteigerte Verletzung der religiösen Gleichberechtigung so sehr ein Gegenstand des Mißtrauens, der Erbitterung und der Zerwürfnisse geworden ist, daß die Erreichung des vorgesteckten Zweckes, Frömmigkeit und Sittlichkeit zu vermehren, schon deßhalb nicht zu erwarten, vielmehr von dem Fortbestande desselben auch in dieser Beziehung nur nachtheilige Folgen zu befürchten sind.“ Der Bericht ist von dem Erzbureaukraten Baron Lichtenfels verfaßt und Obmann der Kommission ist Ritter v. Schmerling, der als Staatsminister nicht den Muth hatte, den Ultramontanen ernstlich entgegenzutreten. So ändern sich Zeiten und Menschen! — Das interkonfessionelle Gesetz regelt die Beziehungen der Konfessionen zu einander und zu dem Staate. Sobald die Bestimmungen desselben Rechtskraft erhalten, ist das Konkordat und Alles, was damit zusammenhängt, thatsächlich beseitigt. Die wichtigsten Bestimmungen dieses Gesetzes basiren auf dem Entwurfe, welchen Dr. Mühlfeld verfaßt hat. (Fr. J.)

— [Die Erinnerung an die Märztage] von 1848, welche den Sturz des Metternich'schen Systems herbeiführten, ist in unsern politischen Vereinen in entsprechender Weise gefeiert worden. Es fehlte nicht an Mahnungen, die neuesten konstitutionellen Errungenschaften sicher zu stellen gegen eine abermalige Konfiskation durch Soldaten, Bureaukraten und Klerikale. Im Turnverein von Wiener-Neustadt wurde nach der Gedächtnißfeier für die Märtyrer von 1848 und 1849 dem „hoffentlich noch lange lebenden Freiheitskämpfer“ Johann Jacoby ein enthusiastisches „Hoch!“ gebracht.

Ausland.

Frankreich. [Versammlungsrecht.] Ueber die Vorlage, welche eine neue Gesetzgebung in Bezug auf das Versammlungsrecht schaffen soll, sprach im gesetzgebenden Körper u. A. Glais-Bizoin, dessen Rede wir als charakteristisch für das Gesetz in größerem Auszug geben. Glais-Bizoins Rede war eine Kritik nicht allein des fraglichen Gesetzes, sondern auch der Lage der Dinge überhaupt, wie sie durch das zweite Kaiserreich geschaffen worden seien. Er gibt als zwei Grundzüge des jetzt herrschenden Regierungssystems das gleichzeitige Geben und Zurückbehalten, sowie das gleichzeitige Geben und wieder Zurückziehen an. Man sehe nur das Preßgesetz. Artikel 1 desselben gibt Freiheit in reichlichem Maße, allein die nachfolgenden Artikel gleichen ebenso viel Höllenmaschinen, die man unter jedem Zeitungsbureau und unter den Füßen jedes Journalisten angebracht hat. Das vorwürfige Gesetz nun gar ist ein Muster für die ganze Gattung, ein Meisterwerk, welches das Genie des alten Machiavelli in Schatten stellt. Alles ist gefährlich an demselben, und — wenn es parlamentarisch wäre — möchte ich sagen, gehässig und lächerlich. Meine Herren, dies Mustergesetz zerfällt in zwei Theile: der erste Theil gibt allen Bürgern das Recht während 365 Tage im Jahr sich zu versammeln und zu benehmen, unter der Bedingung jedoch, daß sie weder von Politik, noch von Religion, noch von staats- und wirthschaftlichen Dingen reden. So bedarf also in Zukunft z. B. unser ehrenwerther Kollege Favre keiner Interpellationserlaubniß mehr, um über die Krankheit der Seidenwürmer sprechen zu dürfen. Andere dürfen ohne weitere Erlaubniß über die Kartoffel- und die Runkelrübenkrankheit sprechen. Unser ehrenwerther Kollege Corneille, der die Absicht hatte, die Regierung über die Maikäfer zu interpelliren, kann nun seine Mitbürger um sich versammeln, um sich mit ihnen über die Verheerungen dieses Insektes zu berathen. Sie mögen sich aber in Acht nehmen. Denn wenn auch Herr Favre ein geschlossenes und gedecktes Lokal aufgetrieben hat, so mag er wohl der Gefahren gedenken, die ihm z. B. ein von den Anschauungen des „Monde“ erfüllter Mensch bereiten kann. Denn wenn derselbe behaupten sollte, daß die Landplagen eine Heimsuchung sündiger Menschen seien, so kommen sofort die Artikel 9 und 10 zum Vorschein, welche über die Veranstalter der Versammlung, den Präsidenten, die Mitglieder des Bureau's ja über alle Anwesenden, Geldstrafen von je 200 bis 5000 Fr. verhängen. Für die geringste Zuwiderhandlung kann also bei einer Versammlung von z. B. nur 200 Personen die Gesammtsumme der Geldstrafen sich von 40,000 bis auf 1 Mill. Fr belaufen, und dazu kommt nun noch der Verlust der Wahlrechte! . . . Mit großer Entschiedenheit bekämpft Glais-Bizoin diejenigen, welche immer von Dankbarkeit für die Gnadengeschenke des Kaisers sprechen. „Wie kann man, ruft er, in Sachen der Freiheit von Dankbarkeit sprechen? Die Freiheit ist das Recht eines jeden und das Recht aller. Sie kennt keine Schenker und keine Beschenkten, denn jede Schenkung wäre eine Rechtsanmaßung Die Worte Dankbarkeit und Krönung des Gebäudes, welche durch unsere neuen Zustände in die politische Sprache eingeführt worden sind, kommen in der Sprache eines freien Volkes nicht vor“

Nach Glais-Bizoin sprach Latour-Dumoulin, nicht ohne Empfindlichkeit gegen den Vorredner, der von der Wandelbarkeit so mancher politischen Gesinnungen gesprochen. Er tadelt das Gesetz in vielen Punkten, namentlich in den auf die Wahlversammlungen bezüglichen, erklärt jedoch für dasselbe stimmen zu wollen.

J. Simon greift das Gesetz längs der ganzen Linie an, als eine Verletzung und Beschränkung der Gedankenfreiheit. Er führt u. a. auch das im vorigen Jahre gegen den internationalen Arbeitergenossenschafts Kongreß ergangene Verbot, sowie das Ablagschreiben von Schulze-Delitzsch an, das er eine freie Kundgebung nennt. Als Ursache aller dieser Mißgriffe und Ungerechtigkeiten führt J. Simon die Furcht der Regierung, namentlich vor dem rothen Gespenst, an. Das Heraufbeschwören der blassen Furcht gibt dem Staatsminister Anlaß, in einer seiner kurzen, ungestümen Anreden die Gemüther der Majorität gewaltig herumzuschütteln. Die Regierung hat und kennt für sich keine Furcht; die Verantwortlichkeit und die Vollmacht, die sie aber hat, machen ihr sorgsame Ueberwachung jeder öffentlichen Regung

und jeder geheimen im Interesse des Wohles und der Sicherheit aller zur strengen Pflicht. Die Klubs vom Jahre 1792, wie die vom Jahre 1848, werden mit all ihren Schrecknissen und Maßlosigkeiten vorgeführt. Gegen sie ist das Gesetz gerichtet, und darum gerade ist es ein Fortschritt. Man darf das Recht nicht mißbrauchen, denn jeder Mißbrauch ist ein Verlust der Freiheit.

Paris, 16. März. [Der Geburtstag des kaiserlichen Prinzen] hat die erwartete Preßamnestie nicht gebracht; dagegen ist eine Anzahl von Sträflingen der Armee und Marine begnadigt worden. Auch hat der Kaiser dem Geburtstagskinde zu Ehren und in dessen Beisein heute auf dem Carrousselplatze eine Revue über die Voltigeurdivision des Generals Bourbaki abgenommen. Der französische Thronerbe tritt heute in sein dreizehntes Jahr und ein Blatt erinnert daran, daß seit 1789 kein Thronfolger ein so hohes Alter erreicht hat, ohne von Paris verbannt zu sein.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Zur Grundsteuerfrage.] Aus München schreibt man der „Abdztg.": Nachdem die Hundesteuerfrage wieder in den Vordergrund getreten ist, dürften folgende hundestatistische Notizen nicht ohne Interessen sein. Im vergangenen Jahre wurden dahier bei den vorschriftsmäßigen vierteljährigen Hundevisitationen durchschnittlich 4700 Hunde vorgeführt, darunter 430 weibliche (gegen das Vorjahr 1866, in welchem die Durchschnittszahl 4600 betrug, um 100 mehr). Wie mir aber von kompetenter Seite mitgetheilt wird, dürfte es nicht zu hoch gegriffen sein, wenn man annimmt, daß ungefähr der 5. Theil der hiesigen Hunde nicht eingetragen ist, so daß sich die Gesammtsumme der Münchener Hunde auf circa 6000 belaufen mag, und von diesen 6000 sind nach dem Urtheil Sachkundiger 4 Fünftheile vollkommen überflüssig! Was die Wuthkrankheit betrifft, so ist dahier im J. 1864 keiner, im Jahre 1865 sind 2, im Jahre 1866 keiner und im Jahre 1867 ein Hund als wüthend rekognoszirt worden. Hundesteuern bestehen in Baden, durch Gesetz vom 21. Nov. 1867 (für jeden über 6 Wochen alten Hund in Gemeinden unter 4000 Einwohnern jährlich 3 fl., in Gemeinden von über 4000 Einwohnern 6 fl.), England, Frankreich, Großherzogthum Hessen, Nordamerika (in einigen Staaten der Union zwar keine Steuer, aber ein Dollar Strafe, wenn ein Hund ohne das vorschriftsmäßige Halsband, worauf Name und Wohnung des Eigenthümers steht, auf die Straße kommt), Oesterreich, Preußen, Schweiz und Württemberg. In Bayern wurden am 27. März 1866 nachstehende oberpolizeiliche Vorschriften erlassen, wodurch die früheren außer Kraft gesetzt wurden: „Die Visitation der Hunde hat in der Hauptstadt jährlich viermal, in allen übrigen Städten und Märkten, sowie auf dem flachen Lande jährlich zweimal stattzufinden. Für jeden untersuchten Hund ist sofort bei jeder Untersuchung eine von der Ortspolizeibehörde festzusetzende Visitationsgebühr von 12—48 kr. zu entrichten." Da aber diese Vorschriften verschiedenen Auffassungen unterlagen, so wurde durch Ministerialentschließung vom 28. April 1866 angeordnet, daß a) bei nur einmaliger regelmäßiger Visitation in Städten und Märkten die Visitationsgebühr den Betrag von 1 fl., auf dem platten Lande von 30 kr., b) bei jährlich mehrmaliger Visitation in Städten und Märkten den Betrag von 30 kr. und auf dem platten Lande den Betrag von 15 kr. nicht übersteigen, c) bei Vornahme außerordentlicher Visitationen sowohl in den Städten und Märkten als auf dem Lande nur eine Gebühr von 6 kr. für jeden Hund erhoben werden darf.

[Auswanderer aus Tyrol.] Man schreibt aus Innsbruck, 16. März: Gestern verließen mit dem über Kufstein nach Bayern abgehenden Abendzuge bei 350 tyrolische Auswanderer das Vaterland, um jenseits des Meeres eine neue Heimath zu suchen. An herzerschütternden, aber auch an empörenden Scenen fehlte es nicht. Ein Mann nahm sein kleines Kind mit auf die Wanderung. Eine Verwandte flehte ihn auf den Knieen an, den kleinen mutterlosen Wurm ihr zurückzugeben, sie würde ihm Mutter sein. Mit den rohesten Ausdrücken stieß der Mann sie zurück und äußerte: „Wenn er zugrunde gehen werde, so sei um das Kind auch kein Schade." Ein anderer Mann, der zu den Auswanderern gehörte, verlor, als es zum Abschiede kam, plötzlich Lust und Muth, mitzugehen und war auch nicht durch das Zureden seiner Angehörigen zum Einsteigen in den Waggon zu bewegen. Als diese ihn beim Arm ergriffen und zum Einsteigen zwingen wollten, nahm sich seiner das herumstehende Publikum in sehr energischer Weise an und entriß ihn den Händen seiner Genossen. Beim darüber entstandenen Handgemenge bedurfte es des kräftigen Einschreitens der Polizei, um die Erhitzten auseinander zu bringen. Zu den Auswanderern stellte Oberinnthal das stärkste Contingent, und Mancher derselben wurde von der Heimathgemeinde mit den Mitteln zur Reise ausgestattet. Viele nahmen Handwerkszeug, Lebensmittel und auch Stutzen mit.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Op. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/4 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64 3/4—1/2 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 1/4 P. 54 7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	49 1/4 P. 49 G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 5/8—1/2 G.
„	4 1/2pCt.	43 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 3/4 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/5 P. 2/5 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 P. 1/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/4 P. 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 1/2 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	3 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/4 P.
NAmerika	6pCt. à 100 fr. 1881 D. 2 1/2	76 5/8 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75 1/4—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 3/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—94 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/4 P. 90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	227—1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 1/2 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 1/2—120 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 7/8 P. 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	—
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 3/4 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	149 1/4 P. 3/4 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/2 P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	72 1/4—1/4 G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136 P.
„	do. v. 1864	86 1/4 P. 85 3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		98 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 1/2 P.
Badische fl. 35		51 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. 97 3/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 1/4 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/8—1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/4 P. 102 G.
Disconto	3 pCt. G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	143 1/2 G.
„ fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/8 G.

Frankfurt, 18. März. In Folge matterer Haltung der Wiener Börse waren österreichische Spekulationspapiere und Staatseffekten etwas niederer. Süddeutsche Papiere waren vielfach in Tausch gegen die neuen 4 1/2 pCt. Württemberger offerirt, für welche große Kaufaufträge vorlagen, in Folge deren sie 1/2—3/4 pCt. über Emissionscours bezahlt wurden. Oesterreichische Prioritäten waren stark angeboten, besonders Elisabeth und Staatsbahn. Amerikaner folgten nicht der Besserung des Goldagios in Newyork und verkehrten zu gestrigem Course, Pacific-Bonds 67 3/4 bezahlt. Wechsel, mit Ausnahme von Wien, blieben billiger erhältlich. Amerikanische Coupons 2. 24 3/4 G. In National-Coupons per April ist das Geschäft durch die Ungewißheit, welche noch in Betreff der Steuer besteht, gehemmt. Darmstädter Aktien wiederum besser bezahlt, jedoch ist hier nicht das Animo dafür, wie es seit einigen Tagen in Berlin vorherrschend ist. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Habermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 80.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 20. März 1868.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte Mnemosyne und dem Beiblatte Würzburger Anzeiger verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. April beginnende II. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche rechtzeitig erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Deutschland und Oesterreich

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerdeutschen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung“ bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne“ Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslektüre, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger“** (welcher auch apart um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung.“

Süddeutschland.

Bayern. [Aus dem Rechnungsnachweis über die im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds.] Aus dem Vortrag des Abgeordneten Sing als Berichterstatter des II. Ausschusses der Kammer der Abgeordneten über die Rechnungsnachweisungen bezüglich der im Budget nicht enthaltenen Staatsfonds für die Jahre 1863/64, 1864/65 und 1865/66 ist zu entnehmen, daß die Staatsregierung auch in den letzten Jahren ihr Augenmerk wiederum auf die ihr dargebotenen Gelegenheiten zur Vergrößerung und besseren Arrondirung der Staatswaldungen, sowie auf Befreiung derselben von lästigen Servituten gerichtet hat. Unter den Erwerbungen des Jahres 1863/64 befindet sich kein Objekt von besonders hervorragender Bedeutung. Dagegen haben im Jahre 1864/66 neue Erwerbungen im Gesammtbetrage von 1,836,770 fl. stattgefunden. Hierunter befindet sich ein um die Summe von 250,000 fl. erkaufter Waldcomplex in der Steuergemeinde Egmating, Rentamts Ebersberg, welcher ca. 1800 Tagwerk umfaßt. Ferner ist darunter das in den Rentamtsbezirken Walderbach und Waldmünchen gelegene Landgut Strahlfeld mit einem Gesammtcomplex von 3604 Tagwerk, welches um 380,000 fl. angekauft wurde. Weiter gehören hieher die im Rentamtsbezirke Kaiserslautern gelegenen, im Ganzen 9072 Tagwerk umfassenden v. Gienanth'schen Besitzungen, welche um die Summe von 1,000,000 fl. erworben wurden. Die Hälfte des Kaufschillings wurde sofort nach stattgefundener Vertragsbeurkundung bezahlt, während die andere Hälfte als Rückstand verblieben ist.

Der Gesammtvermögensstand der Reserve-Getreidemagazinsfonds, welcher bekanntlich durch das Gesetz vom 26. März 1867 der Kriegslastenausgleichungskasse zur Deckung ihrer Ausgaben überwiesen wurde, betrug am Ende des Jahres 1864/5 2,203,493 fl. Der Referent kann nicht umhin, wenigstens mit einem Worte anzudeuten, daß die Verwendung, welche der Fond schließlich gefunden hat, seiner ursprünglichen Bestimmung zweifellos völlig fremdartig war. Hätte die k. Staatsregierung früher die Hand zur Verwirklichung der desfallsigen Absichten der Kammer geboten, so würde sich eine productive Art der Verwendung rechtzeitig wohl unschwer haben finden lassen. Wie die Sache jetzt liegt, war nahezu das einzige praktische Resultat, welches diesem i. J. 1820/21 aus ärarialischen Getreidebeständen im Werthsanschlage von 1,291,931 fl. gegründeten Fonds nachgerühmt werden kann, daß er der ersten Landescalamität zum Opfer fiel, und dem Lande eine Kriegssteuer von beiläufig 20 Procent der direkten Steuern ersparte.

Die Erträgnisse der Kreisamtsblätter betrugen im Jahre 1863/64 15,651 fl., 1864/65 18,414 fl. und 1865/66

Eine Heldin.

Das vor Kurzem erschienene Tagebuch der Königin Viktoria*) ist ohne Zweifel einer der schlagendsten Beweise, wie sehr in unserer Zeit die öffentliche Meinung in ihren gröbsten Verirrungen durch die schlichte, einfache Wahrheit auf den rechten Weg zurückgeführt werden kann. Es ist ein höchst seltsames Buch, aus welchem die Freunde und die Feinde der englischen Königin viel lernen können; — es ist mehr als ein einfaches Tagebuch einer glücklichen Gattin und glücklichen Mutter — es ist ein Stück constitutionell-parlamentarischer Geschichte der Neuzeit; man kann daraus ersehen, was eigentlich ein König von England ist . . . wahrlich kein beneidenswerthes Loos und ein geistreicher Diplomat hat das rechte Wort für dieses merkwürdige Werk gefunden: C'est l'historie en robe de chambre. (Es ist die Geschichte im Schlafrocke.) In ihrem Tagebuche schreibt Ihre Majestät am 21. Oktober 1842:

„Soeben theilt man mir die mich tief bewegende Nachricht des Todes der armen Grace Darling mit.“

Wer von unsern Lesern hat wohl je von dieser Grace Darling gehört, deren Tod die Königin von England so tief erschütterte? Denkt man nicht gleich an irgend eine hocharistokratische Lady, die vielleicht mit der Königin erzogen worden, oder die sie genau gekannt hat? — Nichts von dem — Grace Darling war ein armes Fischermädchen, und gewiß eine der größten Heldinnen unserer Zeit.

Am 6. Dezbr. 1838 sah man das Dampfboot „Forfarshire“ mit verzweifelter Energie gegen die Strömung kämpfen, welche es gegen die steilen Felsen der Farne-Inseln zog. Es war ein Schiff von dreihundert Tonnen, welches von Hull nach Dundee ging und dreiundsechzig Mann an Bord hatte — den Capitän und seine Frau, zwanzig Matrosen und einundvierzig Passagiere. — Im Augenblick, wo das Schiff sich in Sicht von Flamborough-Head befunden, hatte man ein Leck neben der Maschine entdeckt und fast zu gleicher Zeit hatte sich der Wind nach N.-O. gedreht und heulte mit solcher Wuth, daß die Pumpen unfähig wurden, des einströmenden Wassers Herr zu werden. — Wenige Minuten später zeigt eine sich zischend erhebende Dampfsäule an, daß das Wasser in die Kessel gedrungen ist und beinahe augenblicklich nachher beginnt ein peitschender Regen mit solcher Macht das Deck zu bespülen, daß es fast unmöglich ist, sich darauf aufrecht zu erhalten. — Wenige Minuten danach spülte eine Welle den Steuermann über Bord — das Schiff ist aller Leitung

*) The Early years of His Royal Higness The Prince Consort. (Die Jugendjahre S. K. H. des Prinzgemahls.) Compiled under the direction of Her Majesty the Queen, by the Hon. C. Grey.

23,416 fl. — Während das ursprüngliche Gründungskapital des allgemeinen Industrie-Unterstützungsfonds 1,000,000 fl. betrug, war der Gesammtvermögensstand desselben am Schlusse des Verwaltungsjahres 1863/64 581,680 fl., 1864/65 549,694 fl., 1865/66 525,297 fl., demnach im ersten Jahre eine Vermögensminderung von 17,267 fl., im zweiten von 31,985 fl., im dritten von 24,396 fl. „Diese Ziffern," sagt der Referent, „geben deutlicher, als es die weitläufigste Auseinandersetzung zu thun vermöchte, die Geschichte dieses Fonds, welcher der Unterstützung der Industrie und Gewerbe gewidmet ist. Nicht nur die Zinsen gehen verloren, sondern das Gründungskapital selbst wird allmählig eingezehrt. Soll der Fond seinen Zweck erfüllen, so werden seine Mittel immer ganz vorzugsweise solchen Unternehmungen zufließen müssen, welchen es außerdem an den benöthigten Anlage- und Betriebskapitalien fehlt; und daß hiebei Verluste nicht ausbleiben, versteht sich wohl von selbst. Ob und in welchem Betrage bisher diese Verluste Unternehmungen zu gut gekommen sind, welche eine hervorragende volkswirthschaftliche Bedeutung haben, darüber ein Urtheil zu fällen, will sich Referent nicht anmaßen; in dieser Richtung bieten die vorliegenden Nachweisungen auch keine genügenden Materialien. Immerhin dürfte es jedoch dem Gedanken nicht an Berechtigung fehlen, daß mittelst anderer Verwendung fraglicher Summen, und insbesondere für Zwecke der technischen Bildung, dem Gewerbe und der Industrie weit besser und gemeinnütziger hätte unter die Arme gegriffen werden können, als durch Hingabe von unverzinslichen oder gering verzinslichen Darlehen an einzelne Industrielle, deren Auswahl, so gewissenhaft und sorgfältig sie auch getroffen werden mag, in den Augen aller derjenigen, welche sich nicht gleichen Looses zu erfreuen haben, nur zu leicht den Schein der Begünstigung zu erzeugen geeignet ist. Hat diese Anschauung schon mit Rücksicht auf die Vergangenheit auch nur einigermaßen Berechtigung, um wie viel mehr muß dieselbe dann für die Zukunft gelten? In einer Zeit, wo die Arbeitskraft der bisherigen Fesselung lediglich ihre belebende Stütze zunächst im Wettkampfe der freien Konkurrenz finden soll, wird der Staat zweifellos am besten thun, sich jeder direkten unterstützenden Einwirkung auf Industrie und Gewerbe ganz zu begeben. Stehen für Industrie und Gewerbe auch künftig Mittel zur Verfügung, so werden sie wohl kaum eine gedeihlichere Verwendung finden können, als wenn sie Unterrichtszwecken gewidmet werden. Keine andere Art der Verwendung wird nachhaltigeren Nutzen schaffen. Stehen die Mittel auch nicht in so reichhaltigem Maße zu Gebote, daß damit eigene Anstalten für technische oder gewerbliche Bildung dotirt werden können, so wird doch die Verleihung von Stammkapitalien zum Zwecke der Förderung und Hebung schon bestehender Unterrichtsanstalten wesentlich beitragen, so wie nicht minder vielleicht da und dort auf diesem Wege die Gründung neuer solcher Anstalten erleichtert werden kann. Der Ausschuß war daher der Meinung, daß in Zukunft die Kapitalien dieses Fonds, soweit dieselben successive zur Heimzahlung kommen, sowie auch die anfallenden Zinsen nur mehr in der angedeuteten Weise, nämlich zur Verleihung von unangreifbaren Stammkapitalien an technische und gewerbliche Unterrichtsanstalten in ähnlicher Weise, wie solche Kapitalsverleihungen bisher schon in nicht beträchtlichem Umfange (im Ganzen um die Summe von 291,800 fl.) an gewerbliche Vereine stattgefunden haben, verwendet werden sollen. Eine solche Verwendung ist auch zweifellos wohl vereinbar mit den Absichten, von welchen man geleitet wurde, als fragliches Fondsvermögen von einer Million der kgl. Staatsregierung zur Unterstützung gewerblicher und industrieller Zwecke zur Disposition gestellt wurde. Der Ausschuß hat daher den Antrag gestellt, es sei an Se. Maj. den König die allerunterthänigste Bitte zu richten: „Allerhöchstdieselben mögen Anordnung zu treffen geruhen, daß die anfallenden Zinsen, sowie die zur Heimzahlung gelangenden Kapitalien des allgemeinen Industrie-Unterstützungsfonds nicht nur zur Unterstützung einzelner Industrieller oder industrieller Unternehmungen, sondern zur Verleihung von unangreifbaren Fundationskapitalien für technische und gewerbliche Schulen verwendet werden."

Der Beitrag, welchen die allgemeine Feuerversicherungsanstalt für Gebäude in den Gebietstheilen diesseits des Rheins an die Staatskasse zu zahlen hat, war für die VIII. Finanzperiode auf jährlich 60,000 fl. festgesetzt. Nach dem vorgelegten Entwurfe des Finanzgesetzes für die IX. Finanzperiode ist ein jährlicher Beitrag von 70,000 fl. aus Mitteln der Assekuranzanstalt postulirt. Referent glaubt die Gelegenheit nicht vorübergehen lassen zu können, ohne — lediglich andeutungsweise — darauf aufmerksam zu machen, daß man den Distriktspolizeibehörden, deren Klagen über fortwährend sich mehrende Geschäftslast ohnehin immer lauter und lauter werden, durch Abnahme der Behandlung des Immobiliar-Brandversicherungswesens eine sehr fühlbare Geschäftserleichterung zuführen könnte. Referent hat hier nicht die Aufgabe zu untersuchen, ob die Versorgung dieser mit einem nicht wenig komplicirten Rechnungswesen verbundenen Geschäfte nicht besser ganz den Händen von Privatagenten überlassen bliebe. So viel scheint ihm aber unter allen Umständen gewiß, daß es durch keinen Grund innerer Nothwendigkeit gerechtfertigt ist, wenn die lästige und verantwortungsvolle Geschäftsführung fort und fort durch die Distriktspolizeibehörden besorgt werden muß. Läßt sich die staatliche Mitwirkung für diesen Zweig des Versicherungswesens nicht entbehren, so dürften sich hiefür jedenfalls andere Organe nicht weniger gut eignen als die Distriktspolizeibehörden, die man füglich wenigstens mit der ihren sonstigen Aufgaben ganz und gar fremden Perception von Versicherungsbeiträgen verschonen sollte. Abhilfe in diesem Punkte, der allerdings eine Abänderung des Gesetzes vom 28. Mai 1852 über die Immobiliarassekuranz vorausgehen müßte, würde mehr greifbare Erleichterung gewähren, als den Verwaltungsbehörden bisher durch die ganze Kette höchster Vorschriften zugegangen ist, welche seit Jahren unter dem Titel Geschäftsvereinfachung erlassen wurden.

Die Einnahmen der Bodensee-Dampfschifffahrts-Anstalt betrugen 1863/64 121,746 fl., 1864/65 142,236 fl. und 1865/66 138,358 fl. Im ersten Jahre ist ein Passivrest von 19,733 fl. entstanden, im zweiten wurde ein Ueberschuß von 12,868 fl. und im dritten ein Ueberschuß von 12,056 fl. erzielt. „Die finanziellen Erfolge dieser Anstalt," sagt der Referent, „können sonach nicht als glänzend bezeichnet werden; sie scheinen im Einklang mit dem Betriebe zu stehen, über dessen Mängel allgemein geklagt wird. Die Anstalt litt von jeher ganz außerordentlich unter dem Drucke der

---

beraubt — das Unwetter nimmt von Sekunde zu Sekunde zu und gegen vier Uhr Morgens stößt es mit einem schrecklichen Getrach auf einen der hervorragenden Felsen der Farne-Inseln. — Mehrere Matrosen stürzen in einen Kahn und zwei Passagiere finden den Tod in den Wellen, indem sie ihnen nach wollen; — doch als wenn diese schreckliche Empörung der Natur noch nicht genügte, um das lecke Schiff zum Untergange zu bringen, erhebt sich plötzlich ein Windstoß, wie man einen gleichen wohl nie an der englischen Küste beobachtet — ergreift das Schiff — hebt es fußhoch aus dem Wasser und schleudert es mit solcher Alles vernichtenden Kraft auf den Felsen, daß es berstet — die eine Hälfte in die Fluth zurückgespült wird und verschwindet und die andere auf dem Felsen bleibt, den ewig hin- und herwogenden Wellen ausgesetzt und aller Wahrscheinlichkeit nach in den nächsten Augenblicken das Loos der anderen Hälfte theilend.

Eine Meile von dem Felsen entfernt, auf welchem der „Forfarshire" den Untergang gefunden hat, erhebt sich der auf den Seekarten bekannte Felsen Longstone. Dieser Felsen ist für die Schifffahrt so gefährlich, daß die Regierung einen Leuchtthurm hat errichten lassen, um die Schiffer vor diesen unheilbringenden Gründen zu warnen. Ein Mann, seine Frau und seine Tochter bewohnen diesen Leuchtthurm. Der Mann, William Darling, ist ein alter Steuermann der königlichen Marine, — seine Tochter, Grace, ist zweiundzwanzig Jahre alt. Das Bildniß dieses Mädchens, welches in England wohlbekannt ist, stellt ein reizendes junges Mädchen dar, groß und von graziösem Wuchs, — ein seltsam regelmäßiges Gesicht, von blonden Haaren eingerahmt und von großen, blauen, träumerischen Augen wie beleuchtet!

Beim Anbruch des Tages hat William Darling die Schiffbrüchigen auf dem Felsen bemerkt — hat ihre Lage erkannt . . . und erkannt, daß sie verloren sind. Er ruft sein Weib und sein Kind: — „Laßt uns beten, Ihr Frauen," sagte er — „dort drüben hält unser Herr ein strenges Gericht!" — „Kann man nicht mit dem Kahne hin," ruft Grace, — „und die Armen retten?" — „Das hieße Gott versuchen," erwiderte der Vater, — „hier kann kein Mensch helfen — man hätte kaum zehn Ruderschläge gemacht, so wäre unser elender Kahn Kiel nach oben — horch, welch ein Sturm — welch Wetter — es ist wie am jüngsten Gericht!" — Grace läßt das Haupt sinken, faltet die Hände und bleibt einige Augenblicke in stummes Nachdenken versunken: dann verläßt sie, ohne ein Wort gesprochen zu haben, das Zimmer. — Wenige Augenblicke später stößt die Mutter einen grellen Schrei aus: „William — das Mädchen bindet den Kahn los . . . sie will hinüber!" — Der Vater stürzt hinunter und kommt gerade zur rechten Zeit an die kleine Bucht, als Grace vom Ufer abstoßen will. Er springt in den Kahn, — er will sie an ihrem Vorhaben verhindern, doch sie beugt sich bis an sein Ohr und sagt: „Vater — ich würde keine einzige Nacht mehr schlafen können, wenn ich nicht wenigstens versucht hätte, die Unglücklichen zu retten; . . . und du auch nicht, Vater." — „Aber es ist ja un-

Konkurrenz der schweizerischen Nordostbahngesellschaft. Die früher bestandene Aktiengesellschaft war in der Lage, sich seinerzeit ein Uebereinkommen aufdringen lassen zu müssen, wonach die Einnahmen der Personentaxen und Güterfrachten auf den Strecken zwischen Lindau und Rorschach, Romanshorn und Konstanz unter den beiden Gesellschaften zur Hälfte getheilt wurden, obgleich die Verschiffungen aus dem Hafen von Lindau die von den Schweizer Uferplätzen zusammen genommen stets beträchtlich, mitunter sogar um das Drei- und Vierfache überstiegen. Auch nach dem Uebergange der Dampfschifffahrt in die Hände des Staates scheint man nicht die Macht gehabt zu haben, sich dieses höchst nachtheiligen Verhältnisses zu entledigen, da man bei dem Mangel an genügenden eigenen Fahrzeugen stets gezwungen war, zur Beförderung der auf der bayerischen Staatsbahn in Lindau ankommenden nach der Schweiz bestimmten Güter sich der Schiffe der Nordostbahngesellschaft zu bedienen, woraus sich die Nothwendigkeit ergab, dieser den entsprechenden Frachtantheil baar hinaus zu vergüten. Nachdem man auf solche Weise unterlassen hatte, mit den gesteigerten Anforderungen des Verkehrs und insbesondere bezüglich der Getreideverschiffung von Lindau nach der Schweiz, die seit einigen Jahren in außerordentlichem Maße zugenommen, gleichen Schritt zu halten; mußte man dieses für den Verkehr auf den bayerischen Eisenbahnen an sich wichtige, für das Aufblühen Lindau's aber unentbehrliche Institut immer mehr und mehr verkümmern sehen, ja es schien, als ob in demselben mehr eine Last als eine des Aufschwunges eben so fähige als bedürftige Einrichtung erblickt wurde, während man gerade vom Uebergange an den Staat eine Befreiung von mancherlei Hemmnissen, unter denen die Privatverwaltung litt, gehofft hatte. Von diesem Gesichtspunkte aus muß es daher freudig begrüßt werden, daß die k. Staatsregierung den Verhältnissen Rechnung tragend für die Anschaffung zweier Dampfboote und dreier Schleppschiffe zur Vermehrung des Materiales der Bodensee-Dampfschifffahrt die Summe von 240,000 fl. postulirt. Dadurch wird dem längst erkannten dringlichen Bedürfnisse vorläufig wenigstens die nothwendigste Abhilfe werden.

Zur Deckung des Bedarfes für Pensionen und Ruhegehalte der Beamten der Lottoanstalt und ihrer Relicten, dann für Unterstützung hilfsbedürftiger Collecteure wurde im Laufe der VIII. Finanzperiode aus den Erübrigungen der VII. Finanzperiode die Summe von 275,000 fl. bestimmt. Aus dieser Summe wurden verwendet: 1861/62 36,581 fl., 1862/63 60,145 fl., 1863/64 53,455 fl., 1864/65 47,797 fl., 1865/66 42,475 fl.; somit in Summa 240,454 fl. Es verbleibt also von der ursprünglichen Creditbewilligung von 275,000 fl. für das letzte Jahr der VIII. Finanzperiode verfügbar der restige Betrag von 34,545 fl., womit dem Bedürfnisse entsprechende Rechnung getragen ist. Während im ersten Jahre nach Aufhebung des Lotto die Pensionen für 24 vormalige Lottobeamte und die Unterstützungen für 254 alimentationsbedürftige Lottocollecteure aus diesem Fond zu bestreiten waren, sind dermalen noch 123 Lottocollecteure vorhanden, deren Sustentation bei einem durchschnittlichen Sustentationsbetrage von jährlich 232 fl. für das Jahr 1868 die Summe von 28,585 fl. erfordert.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. März. [Der Gesetzentwurf über die Besteuerung des Tabaks] nimmt bekanntlich für den inländischen Tabak als Steuer-Objekt das mit Tabak bepflanzte Grundstück an, und zwar in der Weise, daß einfach für je drei Quadratruthen mit Tabak bepflanzten Bodens eine jährliche Steuer von 6 Sgr. zu entrichten ist. In der dem Bundesrathe des Zollvereins vorgelegten erläuternden Denkschrift wird an die preußische Denkschrift vom Juni 1856 erinnert, in welcher der Nachweis geführt wurde, daß die Erhebung der Tabakssteuer nach dem Ergebnisse der Aernte ohne Aufwendung unverhältnißmäßiger Aufsichtskosten und ohne große Belästigung der Producenten nicht zu kontroliren sei, daß vielmehr nur die Besteuerung nach dem Flächeninhalte des mit Tabak bestellten Bodens durchzuführen und daß hierbei von einer Unterscheidung nach der Güte des Tabaks und namentlich von dem bisher in Preußen befolgten Boden-Classensysteme abzusehen sei. Zur Begründung des einheitlichen Satzes für die Besteuerung des inländischen Produktes wird angeführt, daß ein solcher zur Auswahl des besonders geeigneten Bodens und zu sorgfältiger Cultur zwingt. Zugleich ist in Aussicht genommen, gegen die dem Tabaksbau in Folge ausnahmsweise ungünstiger Umstände erwachsenden Nachtheile auf reglementarischem Wege eine Ausgleichung zu gewähren. Ferner wird gegen die Bedenken, welche dem Aufgeben des preußischen Classensystems entgegentreten könnten, die Erfahrung geltend gemacht, daß der Tabaksbau sich innerhalb der letzten fünfzehn Jahre immer mehr dem dazu geeigneten Boden zugewendet hat.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. März. [Die Aufhebung der Privilegien der Jesuiten-Gymnasien.] Der „Südd. Pr." schreibt man: Die Regierungs-Erlasse, durch welche die Jesuiten-Gymnasien in Linz, Feldkirch und Ragusa theils aufgehoben sind, theils ihre Privilegien verloren haben, haben auffallender Weise in der öffentlichen Meinung nur geringe Beachtung gefunden, und doch ist es eine der wichtigsten Aenderungen, welche das neue Regime bis jetzt verwirklicht hat. Jene drei von den Jesuiten geleiteten Gymnasien unterschieden sich von den nach den Bestimmungen der Schulgesetze geleiteten Anstalten dadurch, daß die Lehrer der ersteren nicht die vorgeschriebenen Prüfungen abgelegt hatten, daß der Lehrplan ein von ihnen selbst gewählter und nicht der amtlich vorgeschriebene war, und daß endlich auch die Lehrbücher vom Orden und nicht von der Schulbehörde gewählt wurden. Gleichwohl genossen jene Gymnasien alle Rechte der Staatsgymnasien; die auf ihnen gebildeten Schüler konnten auf Grund der dort erhaltenen Abiturientenzeugnisse die Immatrikulation auf der Universität beanspruchen u. s. w. Die bezüglichen Anstalten standen somit im wesentlichen Gegensatze zu dem Gesetze, und die öffentliche Meinung war daher über den dauernden Fortbestand derselben unzufrieden. Hätten die Jesuiten faktisch mehr geleistet, als das Gesetz vorschreibt, wären die Lehrer gebildeter, der Lehrplan richtiger, die gewählten Lehrbücher besser gewesen, die von den Schülern geleisteten Resultate höher gewesen, als dieß bei den Staatsgymnasien der Fall war, deren Studienplan Professor Bonitz — der leider nach Berlin berufen — ent-

---

möglich, Mädchen!" — „Wenn Gott helfen will, ist nichts unmöglich, Vater." Und damit hat sie sich der Stange bemächtigt, und mit einem kräftigen Stoße ist das Boot vom Ufer. — Der alte Mann will noch einige Einwendungen machen; doch plötzlich gibt er auch die auf. „Wie Gott will," — sagt er — „es ist ein elendes Leben in jenem Thurme . . . und für die alte Frau muß die Regierung sorgen, wenn wir im Magen der Fische liegen!" Und mit geübter Hand ergriff er ein Ruder, während Grace schon mit aller ihrer Kraft das ihre über das Wasser streifen läßt.

Und Gott hat das Liebeswerk des armen Mädchens mit gnädigen Augen angesehen. Während die Mutter weinend auf den Knieen liegt und verzweifelt die Hände ringt, kämpfen Vater und Tochter mit den entfesselten Elementen; er starr und düster wie das Fatum — sie mit hellem, lichtem Gottvertrauen. — Und es gelingt ihnen; neun Leben sind von ihnen gerettet, — der Rest von drei und sechzig — und nach unendlichen, übermenschlichen Anstrengungen bringen sie die Geretteten, die sie fast leblos an den Zacken des Felsens angeklammert gefunden hatten, nach dem sichern Leuchtthurm zurück. — Am nächsten Tage fing Grace an Blut zu speien.

Ein einziger Bewunderungsruf ertönte durch ganz England; der Name Grace Darling bekam eine Popularität, wie ihn wohl nie der eines unbekannten Mädchens gehabt. Man eröffnete eine Subskription, die in wenigen Tagen 750 Pfund Sterling eintrug, — die Königin ließ sich das Fischermädchen vorstellen und versprach ihr, stets für sie zu sorgen, — die Herzogin von Northumberland nahm sie mit sich nach Alnwick Castle und entließ sie mit Geschmeiden überladen. Die Poeten feierten sie in allen Blättern und nach einigen Monaten waren zwei Romane fertig, deren Heldin sie war: „The heroine of the Farne Islands;" und „The maid of the Isles." — Ja sogar ein Rival Barnums bot ihr bedeutende Summen, damit sie sich auf dem Theater zeige; und einige von jenen tristen Originalen, welche auf der Jagd nach Celebrität sind und deren England so viele zählt, boten ihr mit echt englischer Delikatesse an . . . sie zu heirathen.

Doch Grace Darling, von Tag zu Tag mehr leidend, zog sich, von dieser Berühmtheit mehr als unangenehm berührt, täglich mehr in sich selbst zurück — sie schlug alle Anerbietungen aus, um ihre Eltern nicht verlassen zu müssen, sie verließ fast nie mehr ihren Leuchtthurm, außer des Sonntags, um zur Kirche zu gehen . . . bald unterließ sie auch dies — und am 21. Okt. 1842 schrieb die Königin Viktoria in ihr Tagebuch:

„Soeben theilt man mir die mich tief erschütternde Nachricht des Todes der armen Grace Darling mit."

Sie starb an der Schwindsucht in ihrem 26. Jahre, — sie ist selbst in England längst vergessen; nur in einigen Matrosenschenken an der Küste findet man noch eine schlechte Lithographie, welche das Bildniß der Retterin der Schiffbrüchigen des Forfarshire darstellt.

worfen hat, dann würde die abnorme Stellung der Jesuitenanstalten allenfalls zu entschuldigen sein. Statt dessen war es umgekehrt; die Lehrer waren ungebildeter, der Studienplan irrationell, die Lehrbücher sind schlechter, und die Leistungen ungenügend.

Vergeblich hat Hr. v. Schmerling seinerzeit zu drei verschiedenen Malen versucht, jene Illegalitäten abzuschaffen, und die Jesuitenschulen unter das Gesetz zu stellen; immerdar erwies sich der Einfluß der Anhänger Loyola's mächtiger als der des angeblich allmächtigen konstitutionellen Ministers. Das Scheitern der Schmerling'schen Anträge war von allen Gegnern des konstitutionellen Regimes in Oesterreich ein Beweis, daß der Repräsentant desselben nicht den Einfluß besaß, welchen man vielfach voraussetzte, und daß man ihm ohne Gefahr trotzen könne, selbst wenn der Staatsminister das Gesetz für sich habe. So wurde der Kampf um die Jesuiten-Gymnasien zu einer Frage von prinzipieller Bedeutung; so lange sie standen, war die Verfassung noch nicht zu einer Wahrheit geworden, war die Macht der Gesetze noch eine zweifelhafte. Die Abschaffung jener Privilegien liefert den Beweis, daß Oesterreich zu einem Rechtsstaat zu werden beginnt, und daß sich jede Partei vor dem Gesetze beugen muß.

Ausland.

Frankreich. Paris, 17. März. [Die kaiserl. Broschüre.] Das „Pays" enthält folgende Andeutungen über die Broschüre, welche morgen unter dem Titel: „Les titres de la dynastie napoléonienne", erscheinen wird: „Diese Publikation gibt wichtige Aktenstücke, wie z. B. Volksabstimmungen, Senatsbeschlüsse, Erklärungen, Verfassungsbestimmungen, welche dem ersten und dem zweiten Kaiserreiche zur Grundlage dienten. Diese Aktenstücke sind mit kurzen Auseinandersetzungen oder Darstellungen an einander geflochten. Den Schluß bilden zwei oder drei Seiten von Betrachtungen, die deren Tragweite und Sinn resumiren. Aus diesem Resumé ergibt sich, daß das Kaiserreich zweimal, 1799 und 1852, aus der Anarchie und der republikanischen Ohnmacht hervorging, und daß die Dynastie der Napoleonen unter dem Beifalle Frankreichs sich auf einem Throne niedergelassen, von dem sie Niemanden herunter gestoßen hatte. Die feierlichen Abstimmungen haben bewiesen, daß die Anhänglichkeit des Landes an die Dynastie mehr und mehr sich befestigte und entwickelte, und daß seine letzte Kundgebung fast eine einstimmige war. Der Theil der Broschüre, welcher sich mit der Regierung Napoleon's III. befaßt, die bereits von längerer Dauer ist, da sie in ihr siebenzehntes Jahr tritt, scheidet die beiden Elemente, aus denen die Verfassung besteht, von einander. Der eine Theil dieser Elemente ist beweglich, fortschrittlich, abänderlich, je nach den Bedürfnissen der Gesellschaft, und gehört den Obliegenheiten und der Autorität des Senates an. Der andere Theil, beständig, dauerhaft, wenn auch nicht absolut unbeweglich, bildet das Fundament des zwischen der Nation und der Dynastie geschlossenen Vertrages. Da dieser letztere Theil der Verfassung nur durch eine allgemeine Volksabstimmung (plébiscite) abgeändert werden kann, so begreift man, daß außerordentliche Umstände und lange Zwischenräume erforderlich sind, auf daß sich darin Modifikationen Eingang verschaffen können. Die für morgen bevorstehende Publikation schließt selbst den leisesten Gedanken aus, daß solche Zustände und Umstände bevorstehend sind. Wir halten es für sehr gut, daß eine solche Publikation gemacht worden ist. Das französische Volk wird darin getreulich die Züge der beiden großen Epochen gezeichnet finden, wo es ihm gegeben war, in voller Freiheit sich seine Regierung und seine Dynastie zu erwählen. Es wird darin von Neuem die Reihe der Thatsachen von 1789 bis 1814 und von 1852 bis 1868 durchlaufen, die ihm im Innern Sicherheit und nach außen Ruhm verschafften. Solche Erinnerungen werden es ermuthigen, auf dem Wege zu beharren, den die heute lebende Generation nach dem Beispiele ihrer Väter eingeschlagen hat."

Nordamerika. [Zur Anklage.] Die großartige und gefährliche Aufregung, welche von manchen Seiten aus der Einleitung der Anklage gegen den Präsidenten prophezeit wurde, hat sich noch nicht eingestellt und wird auch wohl, wie auch der Prozeß verlaufe, unsichtbar bleiben. Ein durch unparteiische Haltung und ruhige Beobachtung ausgezeichnetes Blatt, die New-Yorker „Handels-Zeitung", bemerkt Folgendes: „Die Haltung des Volkes zeigt, daß der Präsident eigentlich schon von vorn herein gerichtet ist, und daß man seine Absetzung nicht ungern sehen wird. Der Grund liegt in seinem unzuverlässigen Charakter, welcher es unmöglich macht, daß eine Partei sich mit ihm identificire. Die jetzige Verwirrung hat er herbeigeführt, ohne irgend Jemanden um Rath zu fragen, und er kann sich deßhalb auch nicht wundern, wenn man ihn die Sache allein ausbaden läßt."

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68¼ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64⅜—¼ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55¼ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48⅜ P. ¼ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51⅝ P. ⅜ G.
„	4½pCt.	43 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¾ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅜ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¼ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅛ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	92½ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	83⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81⅜ P.
Spanien	3pCt. inl.Sch.P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84¾ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D.2½	76⅝G.
„	6pCt. ditto v. 1882	75½—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125¼ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	729 P. 27 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	89⅞ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	228½—29½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	92 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F.St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262 P. 61 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156⅞P. ½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¼ P. 51⅞G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¼ P. ⅛ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅛ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. 97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119½ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102¾ P. ½ G.
do. in öst. W. L. S.	102 G.½
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	149¼P.148¾G
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¼ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	72½—¼ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136 P.
„	do. v. 1864	86¾ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		98⅜ P. ⅛ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10⅝ P.
Badische fl. 35		51 P. 50¾ G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54⅞ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ G.
„ fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32⅝ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅛ P.

Frankfurt, 19. März. Die Börse war leblos und die Umsätze geringfügig. Wiener Frühcourse waren höher gekommen, die Anfangscourse der Wiener Börse dagegen wieder matter. Man verkehrte auch hier mit österr. Spekulationseffecten anfänglich in unveränderter, dann in etwas matterer Haltung. Von Anlagepapieren waren neue engl. Metalliques und National etwas besser, ebenso die österr.-französischen Metalliques von 1865 in Folge der Nachricht der „Wiener Presse" von angeblichen Reklamationen des Herzogs von Grammont. Von österr. Loosen waren 1864er gesucht und etwas höher bezahlt. Darmstädter Bankaktien folgten heute dem von Berlin gegebenen Impulse und gewannen 2 fl. Süddeutsche waren wenig verändert. In den neuen 4½proz. Würtembergern fanden, vielfach im Umtausch gegen andere süddeutsche Gattungen, zahlreiche Umsätze zu 92¾ statt. Geld für Effekten zieht etwas an, was durch die sich häufenden Ansprüche an den Geldmarkt leicht erklärlich ist. Amerikaner waren trotz des abermals ½ pCt. niedrigeren Goldagios nur eine Kleinigkeit besser.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 81.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 21. März 1868.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.*)

h. München, 20. März, Nachmittags $3^1/_2$ Uhr. Die Reichsrathskammer hat dem Gesetz über Heimath, Verehelichung und Aufenthalt ohne wesentliche Aenderung mit allen gegen die eine Stimme des Freiherrn Karl v. Aretin beigestimmt.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abend durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Zeitfragen von Ernst Renan.

Ein neues Buch von Ernst Renan, „Questions Contemporaines," enthält in einer Reihe von Aufsätzen Betrachtungen über die wichtigsten Zeitfragen, über Staat und Kirche, über den öffentlichen Unterricht, über den sittlichen und religiösen Zustand im heutigen Frankreich. Mehreres aus diesen Aufsätzen wird in Pariser Zeitungen bereits veröffentlicht. Renan ist weit entfernt, als Parteimann a fzutreten, sagt aber Vieles, was von allen Parteien beherzigt zu werden verdient. Wir entnehmen der Vorrede Folgendes:

Immer groß, bisweilen selbst erhaben, ist die Revolution eine unendlich ehrenhafte Erfahrung für ein Volk, das sie zu unternehmen gewagt, aber es bleibt doch immer nur eine mangelhafte Erfahrung. Indem man nur eine einzige Ungleichheit, nämlich jene der Glücksgüter, beibehielt, indem man nur einen einzigen Riesen aufrecht stehen ließ, den Staat, und Tausende von Zwergen, indem man einen mächtigen Mittelpunkt, Paris, in der Mitte einer geistigen Wüste, der Provinz, schuf, indem man alle Verrichtungen der Gesellschaft in Verwaltungen des Staates umwandelte, die Entwicklung der Kolonien aufhielt und so die einzige Quelle verschloß, durch welche die modernen Staaten den Problemen des Sozialismus entgehen können, hat die Revolution eine Nation geschaffen, deren Zukunft wenig gesichert ist, eine Nation, wo der Reichthum allein einen Werth hat, wo das Edle nur scheitern kann. Ein Gesetzeskodex, welcher lediglich für einen idealen Bürger gemacht scheint, der als Findelkind zur Welt kommt und als Hagestolz stirbt, ein Kodex, der Alles im Schwanken läßt, wo die Kinder eine Unbequemlichkeit für die Eltern sind, wo alle gemeinsame und andauernde Arbeit untersagt ist, wo die wahren Einheiten, die moralischen bei jedem Anlasse aufgelöst werden, wo der unterrichtete Mensch der Egoist ist, der sich einrichtet, um so wenig Pflichten als möglich zu haben, wo Mann und Frau in die Arena des Lebens unter gleichen Bedingungen geschleudert werden, wo man das Eigenthum nicht als eine moralische Sache erfaßt, sondern als Aequivalent eines stets in Geld abzuschätzenden Genusses; ein solcher Kodex, sage ich, kann nur Schwäche und Kleinlichkeit erzeugen.

Man staunt zuweilen über die Macht, welche die Geistlichkeit und der Episkopat in der Provinz haben. Das ist sehr einfach! Die Revolution hat Alles zersplittert, sie hat alle Körperschaften zertrümmert, nur nicht die Kirche; die Geistlichkeit allein ist in ihrer Organisation außerhalb des Staates geblieben. Gleichwie die Städte zur Zeit der Zerstörung des römischen Reiches ihre Bischöfe zu ihren Vertretern erwählten, so wird der Bischof in der Provinz bald der einzige aufrecht Stehende in der Mitte einer schwankenden Gesellschaft sein. Mit ihrem niedrigen Begriff von Familie und Eigenthum haben diejenigen, die in so trauriger Weise den Bankerot der Revolution in den letzten Jahren des 18. Jahrhunderts liquidirten, eine Welt von Pygmäen und Revolutionären vorbereitet. Wie hätten auch Juristen, für so geschickt man sie auch halte, wie hätten die mittelmäßigen Politiker, die durch ihre Feigheit den Abschlachtungen der Schreckensherrschaft entgangen, wie hätten Geister ohne erhabene Bildung gleich jenen, welche an der Spitze Frankreichs in jenen entscheidenden Jahren standen, wie hätten sie das erhabene Problem lösen sollen, das kein Genie hat lösen können: künstlich und auf dem Wege der Reflexion eine Atmosphäre zu schaffen, wo eine Gesellschaft leben und Früchte tragen kann?

Die Kräfte Frankreichs sind ungeheuer; aber sie ersticken in sich selbst aus Mangel an freier Luft und Raum. Scheuen wir zurück vor einer jener periodischen Anwandlungen, wo unsere Nation wie im Delirium sich selbst enthaupten und aus sich selbst den edelsten Theil

An der Salvatorquelle.

Der Münchner Chronist und Humorist der „Augsb. Abdztg." schreibt in seiner jüngsten Wochenschau:

Was flattern die bayerischen Fahnen so lustig im Winde! Was rennt das Volk, was wälzt sich dort, die lange Gasse brausend fort! Hut ab, lieber Leser, oder vielmehr Hut fest auf den Kopf und Rock zugeknöpft, wir nahen der Salvatorquelle! Habe ich doch schon manche Jahre das kostbare (12 kr. dieses Jahr!!) Naß auf dem Zacherlkeller getrunken und scheint es mir jedes Jahr, als ob diesmal das beste Getränk, dies Jahr das freudigste Gewühl, das heiterste Leben wäre! Zahllose Wägen warten vor dem Thore, in welches man trotz seiner respektablen Breite kaum hineinkommen kann, so arg ist das Gedränge. Man schwimmt von den Wogen des Gewühles getragen behaglich dahin und grüßt nach allen Seiten, denn siehe da, alle die guten Freunde und Bekannten, die gestern noch so stolz und hochmüthig gesagt: „am Sonntag kann man nicht hinausgehen, da ist's viel zu voll," — sie sind alle gekommen, keiner fehlt. „Was meinen Sie, wollen wir unsere morgige Ausschußsitzung vom *Verein gleich hier halten?" fragte ein Bekannter, „wir sind alle beisammen. Unser verehrter Vorstand sitzt drüben am Tisch, unser Schriftführer kauft sich gerade Würste und unser Kassierer hat sich da drüben auf dem Faß postirt. Die übrigen Herren vom Ausschuß sitzen theils drinnen, theils draußen. Jetzt, wo Sie auch noch gekommen sind, wären wir komplet."

Aus dem Innern der bekannten großen Kellerhalle quollen in ununterbrochener Folge die klassischen Töne der Salvatorhymnen, aber nur einzelne Akkorde dringen zu unsern Ohren, das Uebrige verschluckte das Brausen des Menschengewühles. Von Hineinkommen in den Keller, oder gar von Vordringen bis zur Schenke war, namentlich für wohlbeleibtere Herren, zu denen mich meine Freunde nachgerade rechnen, ebensowenig die Rede, wie von einem Sitzplatz draußen. Wir waren froh, daß wir gegen billige Entschädigung einen Packträger fanden, der seine Knochen wagte, um unsern Durst zu löschen. Und richtig — für den Packträger gibt es keine Unmöglichkeit, er kehrte nach geraumer Pause schwer beladen wieder, und der herrliche Trank, mit solcher Mühe errungen, mundete ach wie sehr!

Darauf stellten sich ihrer sechse, lauter gewichtige Männer, in einen engen Kreis zusammen, ein Ruhepunkt im wilden Gewoge, eine feste Phalanx, an der sich jede Menschenwelle brach und nun wurde getrunken und politisirt. Das Abgeordnetenhaus kam wieder schlecht weg. Oesterreich, der Musterstaat, der seinen Gläubigern doch nur nach und nach das Geld nimmt, so daß es nicht so empfindlich ist, was mich immer an die bekannte Operation dessen erinnert, der seinem Hund nach und nach den Schwanz abschnitt, wurde uns wieder als glänzendes Beispiel vor Augen gehalten. „Sehen Sie, in Oesterreich sprechen die Leute doch, wie's ihnen ums Herz ist; da lesen Sie den Bericht über die Scene zwischen Greuter und dem Präsidenten vorige Woche, wie die sich die Meinung gesagt haben. So was kommt ja bei uns gar nicht vor!" „Nun, wir haben doch unsern Ruland," bemerkte selbstgefällig einer von den Herren. „Ist mit Greuter gar nicht zu vergleichen, wie überhaupt unsere ganze Kammer der österreichischen nicht das Wasser reicht. Sehen Sie das Parlamentsministerium dort, wir haben unsern einzigen Schlör und jetzt kriegen wir als Aequivalent für ihn wieder einen schwerwiegenden Bureaukraten. Was machen die Oesterreicher alles fertig und wie springt das Ministerium dort mit der obstinaten Geistlichkeit um, während bei uns —" Was nun kam und speziell an die Adresse des Kultusministeriums gerichtet war, wagt meine loyale Feder nicht niederzuschreiben, ebenso erröthet und zaudert sie vor dem Inhalt des weitern Gespräches, das sich um die heikle Frage der Toleranzhäuser drehte.

ihrer Söhne hinausschleudern zu wollen scheint. Unterdrücken wir diese ungesunden Anwandlungen der nationalen Eigenliebe, welche uns glauben machen wollen, daß die Macht einer Nation auf der Zwietracht und der Schwäche ihrer Nachbarn beruhe. Man darf das Prinzip der Nationalität nicht bis zur Grenze des Fanatismus treiben. Aber von dem Augenblicke an, wo man das Prinzip des göttlichen Rechtes der Dynastien verworfen, gibt es nichts Solides mehr, als das Prinzip der Rechte des Volkes; nun haben aber die Völker nur so lange Bestand, als sie natürliche Gruppen, gebildet durch die annähernde Gemeinsamkeit der Race und Sprache, die Gemeinschaftlichkeit der Geschichte wie der Rechte, ausmachen. Anstatt sich zu hassen und anzufeinden, sollten die Nationen eine die andere studiren, um wechselweise von ihren Erfahrungen Nutzen zu ziehen. Die zwei wesentlichen Bedingungen des Heils der modernen Welt, die zwei Bedingungen, welche (nach meiner festen Ueberzeugung) bewirken werden, daß das Schicksal unserer Civilisation nicht sein wird, zu verschwinden gleich den Civilisationen des Alterthums nach einem vorübergehenden Glanze, sind von einer Seite die Theilung Europas in mehrere Staaten, eine Garantie seiner Freiheit, und andererseits diese tief gewurzelte Brüderlichkeit, welche bewirkt, daß die Geister der verschiedensten Racen sich in der Einheit der Wissenschaft, der Kunst, der Poesie und Religion begegnen. Es ist Griechenland, gleichzeitig so mächtig durch die Solidarität des Genies und so zerklüftet durch die Politik, das unser Vorbild sein muß, und nicht das römische Weltreich, welches die antike Civilisation unter dem Drucke seiner schrecklichen Einerleiheit zu Grunde gehen ließ.

Gott bewahre mich davor, daß ich das Große und Außerordentliche in der Rolle Frankreichs verkenne! Geschaffen, um die Welt durch seine Geniestreiche und Launen in Erstaunen zu setzen, versteht Frankreich es nicht, mittelmäßig und so zu sagen bürgerlich zu sein. Niemandem wird es gelingen, es in diesem Sinne umzugestalten; man wird es niedrig und boshaft machen; es wird bis zur letzten Stufe fallen, wenn es nicht an einem Werke höchsten Adels arbeitet. Seine Chimären sind sein Ruhm und sein Leben. Die Revolution hat Frankreich in den Zustand einer heroischen Krisis geschleudert, welche es aller Vortheile vernünftiger Menschen beraubt und seiner Stirn das Zeichen einer geheimnißvollen Bestimmung aufdrückt. Ich wünsche nicht, daß man dieses göttliche Fieber, welches unsere Größe ausmacht, beseitige. Aber man muß darauf Acht haben, daß nicht ein Zufall den Kranken hinwegraffe. — In vier Faktionen getheilt, von denen drei immer der regierenden feindlich sind, verfügt Frankreich in der Wirklichkeit nie über mehr, als den vierten Theil seiner Kräfte und doch gibt es dauernde Interessen, die höher stehen, als der Wechsel der Dynastien, und die niemals leiden dürfen. Der brave Mann, der einer Regierung nicht dienen will, an deren Gründung er nicht Theil genommen, ist darauf angewiesen, sich abseits zu halten. Eine neue Regierung kann aber nicht vor dem Verlaufe von zehn bis fünfzehn Jahren sonderlich wohlthätig wirken. Bis dahin gehört sie nicht den anständigen und nützlichen Bürgern, sondern Denjenigen, die sie begründet oder rasch angenommen haben. Die Revolutionen erniedrigen Diejenigen, die aus ihnen Nutzen ziehen und die immer verdächtig sind, sie hervorgerufen zu haben; sie isoliren, vernichten und führen Diejenigen irre, die ihnen widerstehen. Es ist dies ein trauriger, beklagenswerther Cirkel, der keine Wahl läßt zwischen peinlichen Gesinnungswechseln, die auf die Dauer zu einer vollständigen Erniedrigung der Charaktere drängen, und einer starren Haltung, die euch gegen euren Willen der öffentlichen Arbeit feindlich gegenüberstellt! Eine furchtbare Lehre für die Völker, welche, unfähig für eine republikanische Regierung, die Dynastie zerstören, welche ihnen die Jahrhunderte gegeben haben!

Ist man in dieser Richtung nicht wachsam, so ist die Zeit nicht mehr ferne, wo der Tod eines jeden Herrschers das Zeichen zu einem Bürgerkrieg geben, wo die Macht der Preis des Kühnsten sein und die Nation sich in zwei Hälften theilen wird, deren eine aus Intriguanten aller Art besteht, die von Revolutionen und Restaurationen leben, und deren andere aus anständigen Leuten zusammengesetzt ist, die sich dem absoluten Gebote beugen, sich nicht in den Wechsel der Regierungen mischen und brütend den Beschluß des Schicksals erwarten. Aber diese Lage der Dinge wird noch ein Paradies sein gegen das, was darauf folgen wird. Zuerst edel, dann schwach, dann verachtet werden der anständigen Leute von Tag zu Tag weniger werden, und nach Verlauf von hundert Jahren werden nur noch kühne Abenteurer übrig geblieben sein, die unter einander das blutige Spiel der Bürgerkriege spielen, und eine Bevölkerung, um dem Sieger des Tages Beifall zu spenden. Die Szenen, welche den Wechsel der Regierung im römischen Kaiserreiche im ersten und dritten Jahrhundert begleiteten, werden sich dann wieder erneuern. An dem Morgen, wo man vernehmen wird, daß um den Preis des Todes und der Verbannung einiger Hundert hervorragender Männer ein kühner Streich die Ruhe für die nächste Zukunft gesichert habe, werden die friedlichen Leute Beifall rufen. Der Mann, der, mit Blut, Niederträchtigkeiten und Verbrechen bedeckt, über seine Nebenbuhler siegen wird, wird als Retter des Vaterlandes ausgerufen werden. Zwei Dinge, der Druck des Auslandes, welches nicht zugeben wird, daß eine Nation sich zu sehr von der ganz Europa gemeinsamen Ordnung entferne, und die moralische Autorität der Bischöfe, die sich auf die katholische Partei stützen, werden allein im Stande sein, einen Ballast für das hin- und hergeschleuderte Schiff zu schaffen. Vermuthlich werden diese beiden Interventionen nicht uneigennützig sein. In dem fatalen Cirkel der Revolutionen bleibt der Abgrund Abgrund. Es

---

Genug, wir sprachen und tranken, bis wir meinten, daß es genug sei, was eigentlich beim Salvator gar nie der Fall ist und wanderten dann froh nach Hause, um die aufregenden Wirkungen des angenehmen Getränkes mit milderndem Thee zu begießen.

So urgemüthlich wie am ersten Tag der Eröffnung gehts aber nicht allemal zu. An schönen Werktagen regt sich zumeist Nachmittags eine plötzliche Sehnsucht nach den lustigen Räumen des Zacherlkellers; man erinnert sich der wunderschönen Alpenansicht, die man draußen auf den Lüften hat, es gibt ja gar keinen schöneren Spaziergang, als in die Au. Kommt dann noch ein gleichgestimmter Freund dazu — und der bleibt nie aus — so ist die Verführung fertig und bald darauf sitzt man im Zacherlkeller, vor sich den herrlichen Maßkrug und singt mit die klassischen Lieder „Guten Morgen, Herr Fischer" u. a. m. Kommt dann aber erst gar noch der richtige Kreis zusammen, so entwickelt sich eine unsägliche Fröhlichkeit, die aller Beschreibung spottet. Herrliche Lieder, die nur in mündlicher Tradition fortleben, wie das vom Schwallangscheer und dem Jäger und den Haasen u. a. leben hier auf und erfüllen den Hörer mit Staunen und Bewunderung. Ach, wie gerne, lieber Leser, würde ich dir die Namen dieser Sänger nennen, es sind Namen vom besten Klange — aber, aber nomina sunt odiosa und der Rest ist Schweigen. Kommst du aber zur Salvatorzeit nach München, so wirst du Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr unsern Tisch schon selber finden und sollst uns herzlich willkommen sein.

Ein merkwürdiger Erbschaftsprozeß.

Aus London, 16. März, schreibt man der „Köln. Z.": Dieser Tage ist hier eine Dame plötzlich gestorben, an deren Namen sich ein eben im Gange befindlicher, sehr merkwürdiger Erbschaftsprozeß knüpft, und mit welcher einer der wichtigsten Zeugen in diesem Prozesse aus dem Leben geschieden ist. Sie hieß Lady Henrietta Felicité Tichborne, und besagter Prozeß, der vorerst noch nicht über die Vorbereitungsstadien hinauskam, ist unter dem Titel the Tichborne Case seit Jahr und Tag in den englischen Journalen oft besprochen worden. Die Sache verhält sich kurz folgender Maßen: Besagte Dame war eine geborne Seymour, Verwandte des herzoglichen Hauses von Somerset, und Halbschwester der beiden Parlamentsmitglieder Danby und Alfred Seymour. In ihrer Ehe mit Sir James Francis Tichborne gebar sie einen Knaben, Roger Charles, der der Erbe des Titels und ansehnlichen Vermögens zu werden bestimmt schien, der aber auf einer Reise nach Südamerika mit dem Schiffe Bella zu Grunde ging, jedenfalls als zu Grunde gegangen betrachtet werden mußte, da er seit 26 Jahren nichts hatte von sich hören lassen.

Als Sir James starb, ging daher das Erbe auf den jüngeren Bruder über, der eine Tochter Lord Arundell's of Wardour heirathete, aber wenige Jahre später mit Hinterlassung eines einzigen Knaben, als seines präsumtiven Erben, starb. Das geschah im Jahre 1866. Es blieben somit die Wittwe des älteren Tichborne, deren Sohn als todt betrachtet werden mußte, und die Wittwe des jüngeren mit ihrem unmündigen Knaben, dem Erben des Hauses, zurück.

Aber siehe da! kaum war der zweite Tichborne gestorben, kam ein Brief aus Amerika von dem Todtgeglaubten, längst Verschollenen an die Mutter, dem er nach mehreren Monaten selber folgte, um sein väterliches Eigenthum in Anspruch zu nehmen. Seiner Aussage nach befand er sich wirklich an Bord des vor 27 Jahren zu Grunde gegangenen Schiffes Bella, war aber wundersamer Weise von allen Passagieren allein gerettet worden, hatte sich seitdem in Australien niedergelassen, dort verheirathet und — aus Gründen, die er wohl später vor Gericht enthüllen wird — nichts weiter von sich hören lassen, selbst seiner Mutter nichts von seiner Rettung mitgetheilt.

Die Sache klingt unwahrscheinlich in der That. Daß ein junger Mann aus einem der besten Häuser Englands auf eine schöne Stel-

gibt Beispiele von Völkern, welche, eingetreten in die Hölle Dante's, aus derselben wieder zurückkehrten. Aber was soll man von einer Nation sagen, die, nachdem sie aus derselben herausgetreten, sich zwei-, dreimal wieder in dieselbe stürzt?

Süddeutschland.

Bayern. München. [Ueber die jüngsten Vorgänge in der Fraktion des Centrums] erhält die „Augsb. Abdztg." noch folgendes Nähere geschrieben: „Nachdem sich der Klub Abenthum erst vor einigen Wochen in die Nothwendigkeit versetzt sah, dem Abg. Herrn Bezirksamtmann Bayer durch Hinweisung auf den, von ihm nicht gefühlten, wesentlichen Unterschied zwischen seinen politischen Grundsätzen und dem Programme des Klubs zu bedeuten, daß sein Austritt nur als die logische Konsequenz gegebener Thatsachen betrachtet werden würde, hat derselbe Klub sich in jüngster Zeit seinem bisherigen Mitgliede, dem Hrn. Abg. Dr. Carl Barth gegenüber zu einem gleichen Schritte gezwungen gesehen. Veranlassung hiezu gab zunächst der Umstand, daß der genannte Hr. Abgeordnete durch seinen Beitritt zu dem, jüngst durch partikularistisch-ultramontane Zollparlamentsmitglieder konstituirten Komite und durch Uebernahme der hervorragenden Rolle eines Schriftführers desselben sich faktisch einer Partei anschloß, deren Grundsätze mit dem Programme des Klub Abenthum so unvereinbar sind, daß es absolut unthunlich erscheint, daß sich ein Mitglied des letzteren öffentlich als Gesinnungsgenossen jener Herren gerire. In einer sehr lebhaften und gründlichen Diskussion wurde jüngsten Samstag Herrn Dr. Carl Barth dieser Gedanke nahe gelegt, und einigte sich schließlich der Klub — nachdem auch Hr. Dr. Barth mit seinen Erklärungen gehört worden war — in dem Beschlusse, daß unter den obwaltenden Verhältnissen Herr Dr. Carl Barth, der sich zu einem Rücktritt von jenem Comite nicht entschließen konnte, als Mitglied des Klub „Abenthum" nicht mehr betrachtet werden könne.

lı. München, 18. März. Gestern ist der erste, das Budget für die IX. Finanzperiode betreffende Bericht des 2. Ausschusses der Abgeordnetenkammer erschienen; es ist dies der Bericht über den Budgetentwurf für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten. Die Regierung hat als jährlichen Aufwand hiefür 3,443,853 fl. postulirt, der 2. Ausschuß schlägt aber dem Antrag des Referenten Vermühler entsprechend vor, nur 3,130,042 fl. zu genehmigen. Auf die einzelnen Etats vertheilen sich diese Summen, wie folgt: 1) für die Administration verlangte die Regierung 345,163 fl., der Ausschuß genehmigte nur 293,695 fl., indem er statt der beantragten Gehaltserhöhung zu 28,100 fl. dem Handelsministerium 5600 fl. jährlich zugewiesen wissen will, um an die niedrigst besoldeten Baubeamten Theuerungszulagen gewähren zu können. Ferner wurde am Regieaversum, am Diäten- und Reisekosten-Aversum gestrichen. Auf den Vorschlag der Regierung, die Funktionsbezüge der Bauassistenten von 500 auf 1000 fl. zu erhöhen, ging der Ausschuß nicht ein, derselbe hat vielmehr die Funktionsbezüge der Assistenten bei den äußeren Bauämtern aus der Reihe der geprüften Baupraktikanten für 21 auf je 800 fl. und für 20 auf je 700 fl., die Bezüge der 43 Assistenten aus der Reihe der früheren Wegmeister auf je 600 fl. normirt. — 2) Für den Unterhalt der Straßen postulirte die Regierung 1,805,100 fl. Der Ausschuß genehmigte nur 1,600,000 fl. und glaubt, wenn auf die in Folge von eröffneten Eisenbahnen oder sonst veränderter Verhältnisse werthlos gewordenen Staatsstraßen nur mehr so viel verwendet wird, als zu ihrem Schutz gegen Verfall nothwendig ist, so würde dadurch zum Unterhalt der übrigen Straßen eine solche Summe verbleiben, daß endlich dieselben in einen Stand gebracht werden können, der die vielen Klagen verstummen macht. — 3) Für Unterhaltung sämmtlicher 568 Brücken, welche der Staat zu erhalten hat, postulirte die Regierung jährlich 157,650 fl., um 29,000 fl. mehr als seither, der Ausschuß genehmigte nur 135,000 fl., womit dem wahren Bedürfnisse vollkommen genügt werden könne. — 4) Die von der Regierung für den Unterhalt der Wasserbauten geforderte Summe von 364,740 fl., sowie 5) das Postulat von 106,460 fl. für Straßenneubauten wurden unverkürzt bewilligt. — 6) Für Brückenneubauten postulirte die Regierung 205,397 fl., der Ausschuß genehmigte nur 188,897 fl., darunter sind inbegriffen 15,000 fl. zur Herstellung einer steinernen Brücke über den Schwarzbach bei Zweibrücken, 3894 fl. Zuschuß zu einer Kanalbrücke in München, 30000 fl. für die Gemeinde Burglengenfeld zur Herstellung einer Brücke über die Naab, dann das Postulat für die Belastungsproben der Kettenbrücke in Bamberg. Das Gesuch der Gemeinde Vilshofen um einen weiteren Staatsbeitrag von 50,000 fl. über die schon in der VIII. Finanzperiode gewährten 70,000 fl. zur Erbauung einer stabilen Brücke über die Donau bei Vilshofen wurde vom Ausschuß abgelehnt und zwar mit Rücksicht auf die dermaligen ungünstigen Finanzverhältnisse des Staates und dann, weil Vilshofen als ein Knotenpunkt für künftige Eisenbahnbauten in's Auge gefaßt ist und vielleicht hier eine Brücke über die Donau in den bayerischen Wald geführt wird, so daß ein Brückenbau jetzt verfrüht erscheint. — 7) Für Wasserneubauten wurden vom Ausschuß 390,250 fl. (Regierungspostulat 395,250 fl.), — 8) als Reservefond 20,000 fl. (Reg.-Postulat 33,000 fl.), 9) für Schneeräumungskosten, dem Antrage der Regierung entsprechend, 31,000 fl. genehmigt. Ferner stellte der 2. Ausschuß noch folgende Anträge: 1) Zur Beseitigung der Klagen vieler Distrikte wegen Ueberbürdung mit Unterhalt von Distriktsstraßen sei in den Etats des königl. Staatsministeriums des Innern eine Summe von 200,000 fl. einzusetzen und dieselbe für diejenigen Distriktsstraßen,

---

lung und Erbschaft, auf Heimath, Mutter und Angehörige, von denen er in Liebe geschieden war, um eine Vergnügungsreise nach Amerika zu machen, viele Jahre hindurch alle Glücksgüter, die ihm das Schicksal bescheert hatte, freiwillig entbehrt haben soll, um in Australien mühevoll sein Brod zu verdienen, ist jedenfalls etwas Ungewöhnliches, kaum Glaubliches; aber geradezu unmöglich sind dergleichen Dinge nicht, am allerwenigsten würde ein Gericht auf den Beweis der Unwahrscheinlichkeit hin ein Urtheil gegen diesen Prätendenten der Tichborne'schen Erbschaft fällen mögen. Die Tichborne'sche Familie dagegen hat ihn von Anfang an für einen falschen Demetrius erklärt. Nicht ohne Grund in der That. Der Auferstandene hat nämlich weder in seinem Aeußeren, noch in seinem Auftreten, noch in Bildung die geringste Aehnlichkeit mit dem seit 27 Jahren Verschollenen. In 27 Jahren ändert sich in einem Menschen zwar Vieles, Physiognomie, Redeweise, Manier des Ausdrucks, des Organs und auch die Handschrift. Seltener schon dürfte es vorkommen, daß einer seine Muttersprache und ihm allbekannte Orte, sammt den an diesen hangenden Jugenderinnerungen vergäße. Dies ist bei dem Auferstandenen verdächtiger Weise der Fall. Er, der von Jugend auf in einem pariser Collegium erzogen worden war (die Familie ist streng katholisch), das Französische als seine Muttersprache sprach und schrieb, dagegen im Englischen einen fremdartigen Accent beibehielt, bis er auf Reisen ging, versteht heute kein Wort Französisch mehr. Und an Menschen, Orte und Gegenstände, die er als Knabe gekannt und mit denen er als junger Mann in inniger Berührung gestanden hatte, will er sich nur oberflächlich erinnern können. Als er auf Reisen ging, war er Offizier in einem der königlichen Garde-Regimenter. Jetzt erinnert er sich keines einzigen seiner damaligen Kameraden, und wer ihn von diesen wiedersieht, schüttelt das Haupt und erkennt den alten Kameraden nicht in ihm. Alle diese Umstände zusammengenommen, berechtigen wohl zu der Annahme, daß ein kühner Abenteurer nach dem Erbe einer reichen Familie greifen wollte; aber wenn dieses auch die Ueberzeugung der gesammten Familie Tichborne ist, haben ihn doch zwei Menschen in England als den verloren Geglaubten erkannt: ein alter schwarzer Diener des Hauses und — seine eigene Mutter, die eben verstorbene Lady Henrietta Félicité.

Solche Zeugnisse würden schwer ins Gewicht fallen; aber der schwarze Diener steht stark im Verdachte, die ganze Intrigue in Scene gesetzt und den angeblichen Erben in die nöthigen Einzelheiten eingeweiht zu haben; und die Mutter andererseits war seit dem Verschwinden ihres Sohnes so sehr überzeugt gewesen, daß er wieder erscheinen müsse, daß sie in eine Art tiefsinniger Unzurechnungsfähigkeit verfiel, und noch ehe sie den plötzlich wieder Aufgetauchten gesehen hatte, mit Entschlossenheit erklärte, ihn auf jeden Fall als ihren verlorenen Sohn anerkennen zu wollen. Das that sie denn auch — die Einzige der großen Familie —, als er in England erschien, und sie allein hielt an ihm fest, bis sie vor mehreren Tagen starb. Mit ihr verschwindet der bedeutendste Zeuge zu Gunsten des angeblichen Erben, und es ist begreiflich, daß des letzteren Anwalt auf eine gerichtliche Todtenschau drang. Bei dieser Gelegenheit behauptete der wieder Aufgetauchte, er wisse, daß seinem Diener 1000 L. geboten worden seien, um ihn aus dem Wege zu räumen, und sprach damit deutlich genug seinen Verdacht aus, daß auch Lady Henriette unnatürlicher Weise gestorben sein dürfte. Die Gerichtsärzte jedoch erkannten auf natürlichen Tod durch ein Herzleiden, und von dieser Seite wenigstens wird der merkwürdige Prozeß nicht durch einen neuen criminalistischen Incidenzfall bereichert werden.

Der Casus ist an sich interessant genug, gleichviel ob der aus dem Grabe Auferstandene der wirkliche Tichborne oder ein kühner Abenteurer sei.

welche die Verbindung der Distrikte mit den Eisenbahnen befördern, zu den Postverbindungen benützt werden, oder den größeren Verkehr mehrerer Distrikte vermitteln und dadurch höhere Bedeutung haben, nach Vernehmung der Landräthe zur Bestreitung von Kunstbauten, Straßenumlegung oder anderer Verbesserungen zu vertheilen. 2) Die k. Staatsregierung sei zu ersuchen, die Ablösung der Lechbrücke bei Lechbruck durch die Betheiligung der Kreise und Distrikte zu veranlassen und das dem Bräuer Schmid in Steingaden im Jahre 1834 verliehene Privilegium entweder auf dem Grunde gütlicher Vereinbarung oder der Expropriation auf Staatskosten abzulösen und die hiefür nöthige Summe dem Reservefond zu entnehmen. Sämmtliche vorstehende Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt mit Ausnahme des Antrages bezüglich des Unterhalts der Staatsstraßen, welcher mit 5 Stimmen gegen 3 (Neuffer, Feustel, Sing — welche sich nur für Genehmigung der Summe von 1,000,000 fl. aussprachen) angenommen wurde.

Ausland.

Frankreich. Paris, 18. März. [Neue Kriegswerkzeuge.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: „Heute war der Kaiser mit dem Kriegsminister und einigen anderen Generalen in Meudon, um eine amerikanische Kanonenspritze zu probiren. Man verspricht sich von derselben „Wunderwerke", um mich des Ausdrucks des Generals de Failly nach dem Gemetzel von Mentana zu bedienen. Die militärischen Angelegenheiten bilden übrigens trotz der friedlichen Sprache, welche man offizieller Seits laut werden läßt, noch immer den Hauptgegenstand der amtlichen Fürsorge. In Vincennes probirt man gegenwärtig 600 amerikanische Hinterladungsgewehre. Dieselben sind jedoch sehr schwer und daher nicht für die Infanterie bestimmt, sondern sollen von der Artillerie zur Vertheidigung ihrer Geschütze benutzt werden. Sie sollen auch zur Vertheidigung von Schanzen u. s. w. gut sein."

— [Vom Sohn Napoleons I.] Vor einigen Tagen empfing der Kaiser den Sohn des Erziehers des Herzogs von Reichsstadt, den österreich. Hauptmann Baron Ferdinand Obenaus-Felsöhaz (außer Diensten). Derselbe überbrachte dem Kaiser als Geschenk 120 verschiedene Gegenstände, welche dem Sohne Napoleons I. angehört hatten. Der Baron erstattete dem Kaiser, der sich auf Deutsch mit ihm unterhielt, einen längeren Bericht über das Leben des Herzogs und hob dabei hervor und bewies es auch durch die Briefe des Herzogs, welche er ihm vorlegte, daß dessen Erziehung, wie man vielfach behauptet hatte, keineswegs vernachlässigt worden sei und daß derselbe besonders bedeutende Sprachstudien (er verstand Deutsch, Französisch, Italienisch, Englisch, Lateinisch und Griechisch) gemacht hat. Die 120 Gegenstände, welche der Baron dem Kaiser überbrachte, sind in dem Museum der Souveräne im Louvre untergebracht worden und befinden sich neben denen des Kaisers Napoleon I. Sie bestehen aus Kleidungsstücken, Büchern, dem Siegel des Herzogs, einer Anzahl von Briefen rc. Was die sterblichen Ueberreste des Herzogs anbelangt, so werden dieselben nächstes Jahr nach Paris gebracht werden; sie sollen an dem 100jährigen Geburtstage Napoleons I. hier eintreffen.

— [Zum neuen Preßgesetz.] Der „Moniteur" zeigt an der Spitze seiner vermischten Nachrichten an, daß am vergangenen Sonntag der Kaiser, die Kaiserin und der kaiserl. Prinz den Heirathskontrakt der Tochter des Hrn. v. Guilloutet, der gleichzeitig auch der Vater des Amendements des Preßgesetzes über das Privatleben ist, zu unterzeichnen geruht haben. Wäre das neue Gesetz schon promulgirt, so könnte Herr v. Guilloutet selber sich das Vergnügen machen, den „Moniteur" wegen Veröffentlichung einer auf das Privatleben bezüglichen Thatsache zu 500 Fr. Geldstrafe verurtheilen zu lassen. Herr v. Guilloutet ist, wie man zu gleicher Zeit durch den „Moniteur" erfährt, ein Enkel des berühmten Gelehrten der Revolutionszeit, Monge. Für diese Veröffentlichung dürfte der „Moniteur" wiederum 500 Fr. zahlen, wenn nicht auf die Klage des Enkels, so doch gewiß auf die des Großvaters, wenn er noch am Leben sein könnte.

Großbritannien. [Ein neues Mittel zur Beruhigung Irlands] ist von Herrn Barnes, dem Parlamentsmitgliede für Bolton, vorgeschlagen worden. In einer Rede vor einer Reformversammlung nämlich empfahl er, daß der Staat jeder Irländerin, die einen Engländer oder Schotten heirathe, und jeden Irländer, der sich eine Frau aus England oder Schottland hole, eine Prämie von 10 L. zahle und ebenso für jedes Kind aus solcher Ehe. Das würde — so meinte der Redner unter allgemeiner Heiterkeit der Versammlung — die beiden Länder recht innig und jedenfalls unschädlich einigen. Da Herr Barnes selbst verheirathet ist, wird es ihm leider unmöglich sein, mit gutem Beispiele voranzugehen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68½ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	64¼—⅜ G.
„	5pCt. Nationalenl. v. 1854	54⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. rtsuerfr. 66	51⅓ G.
„	4½pCt.	43¼ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¾ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93¾ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93½ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88½ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P. ⅙ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅜ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	93⅝ P. ½ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89⅞ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83⅛ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81⅛ P. 80⅞ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84½ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76⅜ G.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	75⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	727 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 G.
Bayer. Hypotheken- Pfandbr. 4 pCt.	89⅞ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	230 P. 291, G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262 P. 61 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Barbacher à 4 pCt. .	156¾ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132¾ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42½—⅞ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120⅞ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P. 97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¾ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102⅞ G.
do. in öst. W. 1. S.	102¾ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148½ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¼ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¼—⅜ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136⅛ P.
„ do. v. 1864	86½—87 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98⅞ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅝ P.
Badische fl. 35	51⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55½ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ G.
„ fl. 25 do.	37⅞ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25⅞ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	82⅜ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12⅛ P.

Frankfurt, 20. März. Die Börse ist im Augenblicke vollständig in Stagnation gerathen. Sie hat keine Lust an der Hausse und an der Baisse auch nicht. Das heitere Sommerwetter scheint auch die Sommerstille im Geleite führen zu sollen. Man verkehrte in fester Haltung, aber ohne Animo. Wien sandte bessere Anfangsnotirungen, als Frühkourse. Oesterr. Spekulations- und Anlage-Effekten bewahrten eine fast unveränderte Haltung, eben so Süddeutsche, in welche nur einiges Leben durch die neuen 4½ pCt. Württemberger gebracht wurde. Dieselben werden immer noch vielfach gegen andere süddeutsche Gattungen getauscht, da sie nicht nur billiger sind, sondern auch in Bezug auf die Verloosungen größere Vortheile bieten, als selbst die alten 4½ pCt. Württemberger. Neue Württemberger waren zu 92⅞—93 im Umsatz. 1882er Bonds verflauten ein Bruchtheil im Laufe der Börse, schließen aber wieder fest. Von Wechseln Paris flauer, Wien besser. (Synd.)

Verantwortlicher Redakteur: Richard Gadermann. — Druck der Stahel'schen Buchdruckerei in Würzburg.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 82.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 22. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Reichsrathskammer: Berathung und Annahme des Heimatsgesetzes ꝛc.

München, 21. März.

Aus der gestrigen 37. Sitzung der Kammer der Reichsräthe theilen wir folgendes Ausführlichere mit:

Referent Frhr. v. Schrenk geht auf die Frage, ob obiges Gesetz nothwendig sei, nicht näher ein, weil bereits 1861 durch Gesammtbeschluß beider Kammern eine Erleichterung der Ansässigmachung und Verehelichung als nothwendig bezeichnet und erbeten worden ist, nunmehr aber jene Gesetze auch mit der demnächst in das Leben tretenden neuen Gewerbeordnung in Einklang gebracht werden müssen.

Graf v. Montgelas begrüßt den Gesetzentwurf mit Freuden. Endlich soll das Gesetz von 1834 mit dem so verderblichen absoluten Veto der Gemeinden beseitigt werden. Redner kennt kein Gesetz, welches dem Lande so großen Schaden verursacht hat, als das Gesetz von 1834, denn dasselbe hat gerade den ärmeren Klassen die Verehelichung erschwert und dadurch dem Lande die Arbeitskräfte entzogen. Der Schaden, der dadurch dem Lande zugefügt worden ist, kann in Ziffern gar nicht ausgedrückt werden. Man hat im Jahre 1834 aus Furcht vor einem ehelichen Proletariat ein unehliches Proletariat geschaffen, welches furchtbar ist. Möge der Segen des neuen Gesetzes dem Lande im reichen Maße zufließen!

Frhr. v. Thüngen glaubt, daß erst nach Beschlußfassung der Kammer der Abgeordneten über das Gemeinde-Edikt in die Berathung des vorliegenden Gesetzentwurfes eingegangen werden sollte, unterläßt aber, einen hierauf bezüglichen Antrag zu stellen.

Frhr. v. Frankenstein stellte den Antrag auf Zurückstellung der Berathung.

Minister v. Gresser bekämpfte diesen Antrag. Die Regierung verkenne nicht, daß es für die Berathung dieses Entwurfs besser gewesen wäre, wenn die Grundlagen der künftigen Gemeindeordnung schon festgestellt wären. Allein da dies bisher nicht möglich gewesen und das Gesetz über das Gewerbswesen schon am 1. Mai ins Leben tritt, sei es im hohen Grade wünschenswerth, daß der vorliegende Entwurf sofort berathen wird. Viele Tausende sehen dem 1. Mai mit Sehnsucht entgegen, um eine selbständige achtbare Stellung im bürgerlichen Leben zu gewinnen und einen Familienstand zu gründen. Alle diese Hoffnungen würden auf unbestimmte Zeit vertagt, wenn die Kammer nicht sofort in die Berathung dieses Entwurfs einträte. Die Hemmnisse, welche der Gründung eines legalen Familienstandes jetzt entgegenstehen, müssen beseitigt werden, wolle daher das hohe Haus den Antrag auf Verschiebung der Berathung verwerfen.

Frhr. v. Zu-Rhein ist auch gegen den Vertagungsantrag und bedauert, daß auch in diesem Gesetze eine Scheidung zwischen dem diesseitigen Bayern und der Rheinpfalz gemacht wurde. Redner wird diesen exceptionellen Bestimmungen zustimmen, macht aber die Regierung aufmerksam, in Zukunft schon bei der Ausarbeitung von Gesetzentwürfen auf die Zustände in der Pfalz Rücksicht zu nehmen. Die Gesetzgebung in der Pfalz sei eine viel einfachere, als diesseits; nehmen wir das, was in der Pfalz besteht und als gut anerkannt ist, auch für uns an, dann sind wir auf dem ersten Weg, den Interessen der Pfalz gerecht zu werden.

v. Bomhard rügt das allzurasche Berathen der Gesetzentwürfe, stellt sich aber bezüglich des vorliegenden Entwurfs auf den Standpunkt Montgelas' und hofft insbesondere, daß das so entsittlichende Konkubinat beseitigt werden wird. Der Arbeiterstand werde im Gefühle häuslichen Glückes und im Gottvertrauen zum Wohle des Landes wirken.

Fürst Löwenstein will die Vertagung der Berathung; die Nachtheile, welche aus der Verschiebung der Berathung entstehen, seien nicht groß, auch das Unglück sei nicht so groß, wenn die Leute noch 2 Jahre mit dem Heirathen warten müssen. (!!)

Nachdem noch Frhr. v. Aretin für, v. Niethammer, Frhr. v. Schrenk und Minister v. Gresser gegen die Vertagung gesprochen hatten — Letzterer bemerkte u. A., daß im Falle der Vertagung der Berathung mit dem Inslebentreten der Gewerbefreiheit alle diejenigen, welche ein Gewerbe ausüben, den Titel der Ansässigmachung verlieren und dem Veto der Gemeinden verfallen — wurde der Antrag auf Vertagung mit allen gegen 8 Stimmen (Erzbischof v. Deinlein, Graf Fugger-Hohenegg, Fugger-Babenhausen, Fürst Löwenstein, Frhr. v. Frankenstein, Frhr. v. Poniklau, Graf Seinsheim und Frhr. Carl v. Aretin) abgelehnt und zur speziellen Diskussion übergegangen.

Art. 1 (ursprüngliche Heimath) wurde in der Fassung der Abgeordnetenkammer angenommen, der letzte Absatz jedoch, lautend: „die von einer Frau in die Ehe gebrachten Kinder, auf welche nicht Abs. 3 gegenwärtigen Artikels anzuwenden ist, behalten ihre bisherige Heimath" — gestrichen. — Die nächstfolgenden 9 Artikel betreffen die erworbene Heimath und wurden nach kurzer Debatte angenommen, Art. 5 mit der von der Regierung eingebrachten Modifikation, daß

Heinrich Heine's Lieder.

I.

In einer Wiener Zeitung war vor nicht langer Zeit ein reizendes Feuilleton des Dichters Alfred Meißner abgedruckt, betitelt „Heine's Mouche". Daß es reizend war, lag theils in der anmuthigen Schreibart, theils und vornehmlich darin, daß Meißner auf geheimnißvolle Weise von einem weiblichen Wesen berichtete, das er selbst genau gekannt, das die letzten Tage und Leiden Heine's erleichtert hatte und doch seitdem spurlos verschwunden war. Heine's Mouche, von der bisher nur diejenigen wußten, die des Dichters Leidensgeschichte und die über ihn veröffentlichten Schriften genau verfolgt haben, war ein anmuthiges Geschöpf von Geist, Gemüth und prächtiger Laune, das oft am Krankenbette Heine's erschien, Geschenke brachte und erhielt, das einen Sonnenstrahl in die Nacht seiner schrecklichen Krankheit fallen ließ. Meißner hat sich große Mühe gegeben, dies weibliche Räthsel zu lösen; aber vergebens. Heine's Frau erinnerte sich wohl der jungen Dame, die wöchentlich mehrmals ihren Gatten besucht, stundenlang bei ihm gesessen und ihm vorgelesen habe, wußte aber nicht zu sagen, wie sie aufzufinden sei. Vielleicht, daß Adolf Strodtmann, der Biograph Heine's, die erwünschte Auskunft geben kann. Seinem rastlosen Eifer, der seit Jahr und Tag alles zusammenträgt, was irgend zur Beleuchtung Heine's als Dichters und als Menschen dienen kann, mag es gelingen, den Schleier vom Gesichte des geheimnißvollen Frauenbildes zu ziehen. Von besonderer Wichtigkeit wäre das nun freilich nicht, aber anziehend. Würde es doch dem Gefühl entsprechen, mit dem unzählige Leute über Heine denken und sprechen, jenem Gemisch von lebhafter Theilnahme und lebhaftem Zorn, von Liebe für die reizenden Lieder und von Entrüstung über die Gesinnungslosigkeit des alten Sünders, dem nichts heilig war, der kaum einen ernsten Gedanken gefaßt, ein ernstes Wort gesprochen hat, dessen Charakter darin bestand, daß er keinen Charakter hatte.

Der Streit über Heine's Wesen und Dichten soll hier nicht erneuert werden; er gehört jetzt der Literaturgeschichte an. Aber wir sollten denken, es möchte gar vielen gehen wie uns, daß sie das Strodtmann'sche Buch: „H. Heine's Leben und Werke" (Bd. 1, Berlin, Franz Duncker), mit jenem Gemisch von Theilnahme und Zorn lesen.

Heine lebt, ohne daß wir es merken, in einer ganzen Gattung der Literatur, den Touristenbüchern, in der Haltung unserer Zeitschriften, wenn sie pikant sein wollen, fort. Er hat unzählige Nachahmer, die nicht immer so gottlos, aber auch nicht so witzig sind, die sich selbst gleich sehr lieben, wie er sich liebte, aber es nur nicht so naiv bekennen, die gerade so kokett mit ihrem Gram spielen, der wie ein Geier ihnen am Herzen frißt, aber weitaus nicht so graziös sind. Also bekennen wir, daß wir ihn noch lange nicht los sind, ganz abgesehen von den Liedern, die ihn im Bunde mit der prachtvollen Musik von Schubert, Mendelssohn, Schumann unsterblich machen.

Abs. 2 laute: „Wer unter Beibehaltung seines bisherigen Bürgerrechts das Bürgerrecht in einer anderen Gemeinde nur in Folge eines Hausbesitzes erwirbt, erlangt das Heimathsrecht in letzterer Gemeinde nur dann, wenn er durch eine an die Verwaltungen beider Gemeinden abgegebene Erklärung auf sein bisheriges Heimathsrecht ausdrücklich verzichtet und das Heimathsrecht in der Gemeinde anspricht, in welcher er zuletzt Bürger wird.“ Dem Art. 6 wurde folgender Absatz beigefügt: „Als selbstständig sind nicht zu erachten: 1) Personen, welche auf Grund richterlicher Verfügung unter Kuratel stehen, 2) Dienstboten, Gewerbsgehilfen und Haussöhne, welche im Brode des Dienstherrn oder Familienhauptes stehen und keine eigene Wohnung haben.“ — Art. 11 Abs. 1 wurde nach längerer Debatte in folgender veränderter Fassung angenommen: „Die Gemeinden sind in den Fällen der Art. 3 Abs. 1, Art. 6 und 7 berechtigt, die Erwerbung des Heimathsrechts von Bezahlung einer Gebühr abhängig zu machen, welche in Gemeinden von mehr als 20,000 Seelen 48 fl., in Gemeinden von mehr als 5000 Seelen 36 fl., in Gemeinden von mehr als 1500 Seelen 24 fl., in kleineren Gemeinden 12 fl. nicht übersteigen, und für Ausländer, soweit nicht Staatsverträge entgegenstehen, bis zum Doppelten erhöht werden darf.“ Ein von Frhrn. v. Thüngen gestellter Antrag, Art. 3 Abs. 1 zu streichen, ward abgelehnt. — Bei Art. 25, welcher lautet: „gegen die Entscheidung der I. Instanz kann jeder Betheiligte binnen 14 Tagen Beschwerde an die vorgesetzte Verwaltungsstelle ergreifen, welche in letzter Instanz entscheidet, — vorbehaltlich dessen, was das Gesetz über den obersten Verwaltungsgerichtshof bestimmen wird,“ — beantragte v. Bomhard die Streichung des Vorbehalts, die hohe Kammer ging aber darauf nicht ein. — Bei Art. 35, von den Einspruchsrechten gegen die Schließung einer Ehe handelnd, wurde der von der Regierung eingebrachte Zusatz zu Abs. 4.: „eine Bekanntmachung im Auslande hat nur dann stattzufinden, wenn sich die Brautleute oder eines derselben zur Zeit der Gesuchstellung (um die Verehelichungsbewilligung) noch im Auslande aufhalten“ — angenommen.

Art. 36 bestimmt diejenigen 5 Fälle, in welchen die Gemeinde, in der der Mann seine Heimath hat, gegen Ausstellung des Verehelichungszeugnisses Einspruch erheben kann. Hier stellte Frhr. v. Aretin den Antrag, als sechsten Fall beizufügen: „wenn derselbe durch sein bisheriges Verhalten dargethan hat, daß ihm die Fähigkeit mangelt, durch Arbeit eine Familie zu ernähren und er anderweitige Einnahmsquellen nicht besitzt.“ Für diesen Antrag erklärte sich Fürst v. Löwenstein und Frhr. v. Zu-Rhein; nachdem aber Frhr v. Thüngen, v. Niethammer, v. Bomhard und Frhr. v. Schrenk nachgewiesen hatten, daß durch diesen Antrag das Veto nicht nur aufrecht erhalten, sondern noch ausgedehnt würde, lehnte die Kammer denselben mit allen gegen 12 Stimmen ab. — In Art. 44 wurde der 4. Absatz, „die Aufenthaltskarten sind abgeschafft“, gestrichen, weil es nicht für nöthig erachtet wurde, diese nach anderen Bestimmungen des Gesetzes von selbst verständliche Aufhebung ausdrücklich zu erwähnen. — In Art. 45, von der Zulässigkeit der Ausweisung handelnd, wurde Abs. 1 in folgender Fassung angenommen: „Personen, welche nicht binnen 4 Wochen nach ergangener Aufforderung genügenden Nachweis über ihre Heimathsberechtigung liefern, kann der Aufenthalt für so lange untersagt werden, als jener Nachweis nicht geliefert wird.“ In Ziff. 2 desselben Artikels wurde das Wort „öffentliche“ vor Armenunterstützung, in Ziff. 4 der Satz „dann auf Personen, die in einer andern Gemeinde des Landes nachweislich das Bürgerrecht besitzen“, in Ziff. 5 die Worte: „eines im Strafgesetzbuch, Abth. II., Hauptstück 6—8, 10—12, 15—20 und 23 benannten Verbrechens“ gestrichen, weil kein hinreichender Grund zu einer Unterscheidung zwischen den verschiedenen Kategorien von Verbrechen bezüglich der Aufenthaltsbefugnisse vorliege. Ferner wurde zu Abs. 6 der Zusatz beschlossen, daß auch diejenigen Personen ausgewiesen werden können, welche innerhalb Jahresfrist wiederholt wegen Felddiebstahls, Feld-, Forst- oder Jagdfrevels verurtheilt worden sind. — Abs. 1 des Art. 49 erhielt folgende von Frhrn. v. Schrenk beantragte modifizirte Fassung: „In den Fällen des Art. 45 Ziff. 2 und 3 kann eine Ausweisung nur auf Antrag der Gemeindeverwaltung erfolgen und muß dieselbe von der Polizeibehörde verfügt werden, wenn jener Antrag vorliegt.“ Eine vom Fürsten v. Löwenstein beantragte Modifikation, wodurch den Gemeinden eine viel weiter gehende Befugniß zur Ausweisung eingeräumt werden sollte, als sie bisher besaßen, wurde abgelehnt.

Im Schlußartikel (53) wurde als Einführungstermin von der Abgeordnetenkammer der 1. Juli bestimmt, die Kammer der Reichsräthe aber stellte als solchen Termin den 1. September ein. Ferner wurde auf Antrag der Staatsregierung im Interesse der Gemeinden als vorletzter Absatz folgender transitorische Zusatz beschlossen: Bis zur Einführung der Gemeindeordnung sind die Gemeinden berechtigt, von denjenigen Personen, welche durch Besitz eines Wohnhauses ɩc. die Gemeindemitgliedschaft in einer Gemeinde erworben haben, die nach § 4 des Gesetzes von 1834 zulässige Aufnahmsgebühr zu erheben, wovon jedoch die nach Art. 11 des neuen Gesetzes zu erhebende Heimathsgebühr abgerechnet werden darf.“ — Alle übrigen Artikel wurden unverändert nach den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer und das ganze Gesetz bei namentlicher Abstimmung mit allen gegen 1 Stimme (Frhr. Karl v. Aretin) angenommen. — Die Sitzung schloß um halb 3 Uhr, die nächste wird in der kommenden Woche stattfinden, aber noch besonders anberaumt werden.

Süddeutschland.

Bayern. [Eisenbahnwesen.] Aus der Beförderung von Personen auf den kgl. bayerischen Eisenbahnen wurden eingenommen: 1861/62 4,101,445 fl., 1862/63 4,552,582 fl. 1863/64 4,698,044 fl., 1864/65 4,963,181 fl., 1865/66 4,892,083 fl.

Im Jahre 1799 in Düsseldorf geboren, war Heine der Sohn des Kaufmanns Samson Heine, eines guten, aber unbedeutenden Mannes. Der Dichter gedenkt seiner selten, um so häufiger aber der Mutter, die eine vortreffliche, verständige Frau war. Der Knabe wurde dem Handelsstande bestimmt, in welchem manche Mitglieder der Familie glänzendes Glück gemacht hatten, und vom Vater im Jahre 1815 auf dem Comptoir eines Bankiers zu Frankfurt a. M. untergebracht. Das dauerte aber nicht lange, und bald war Heine wieder im älterlichen Hause. Dem Vater gelang es nach langen Verhandlungen, den Widerwillen des Sohnes gegen den Kaufmannsstand so weit zu brechen, daß er sich dazu verstand, in Hamburg unter der Aufsicht seines Oheims, des bekannten Salomon Heine, sich niederzulassen. Er gründete wirklich ein Commissionsgeschäft, das aber bereits 1819 wieder einging. Welche Summe von Spott er über Hamburg ausgegossen hat, wie er zu seinem Onkel stand, der später über ihn den berühmt gewordenen Ausspruch that: „Hätte der dumme Junge was Ordentliches gelernt, so brauchte er keine Bücher zu schreiben“, ist bekannt genug. Lassen wir uns dagegen von Strodtmann erzählen, wie Heine's erste Lieder entstanden.

Zu dem Aerger über einen verfehlten Beruf gesellte sich noch das schmerzliche Leid einer unglücklichen Liebe, die ihren Stachel zeitlebens im Herzen des Dichters zurückließ. In fast unzähligen Liedern hat er diese Liebe besungen: sie erweckte ihm die ersten Klänge des Saitenspiels, auf dem er frühe schon so herzergreifende Accorde anschlug; sie huscht als finsterer Schatten durch die wüsten, wilden „Traumbilder“, sie klagt und weint und grollt in den Liedern und Balladen der „Jungen Leiden“; sie folgt ihm auf die Universität, und grollt und weint fort im „Lyrischen Intermezzo“ der Tragödien, die auch wieder nur eine andere Form der Klage sind. Jahre verrinnen im Strom der Zeit, aber die alte Liebe will nicht erlöschen, ob auch die Geliebte als das Weib eines Andern längst für den Dichter verloren ist; und der Cyclus „Die Heimkehr“ zeigt uns, daß bei dem Wiedersehen der Stätten, wo er einst mit ihr gewandelt, die alten Wunden mit erneuter Gewalt wieder aufbrechen und sich nimmerdar schließen wollen. Es wechseln die Namen und Formen, unter denen er uns sein Weh vor die Seele führt: heut' ist's die bleiche Maria im Nebel Schottlands, die der gespenstische William Ratcliff mit sich in's Reich des Todes hinunter reißt; morgen vermummt sie sich als Zuleima in das Gewand der christlich umgetauften Maurin, und Almansor stürzt sich mit dem geraubten Liebchen den Felsen hinab; ein andermal nennt sie sich Donna Clara und ladet den unseligen Ramiro zum Tanz auf ihrer Hochzeit ein; dann wieder kommt sie zu ihm im Traume der Nacht und gesteht ihm, daß sie unsäglich elend sei, oder sie blickt ihn in ferner fremder Stadt aus einem alten Bilde Giorgione's mit den Zügen der todten Maria an. Bald grüßt er sie „Evelina“ und schwelgt in dem Wohllaut des süßen Namens, bald schreibt er mit leichtem Rohr in den Sand oder mit der in den Aetna getauchten Riesentanne Norwegs an die dunkle Himmelsdecke: „Agnes, ich liebe Dich!“ Selbst in den Fieberträumen seines langjährigen Sterbelagers in Paris taucht das Bild der Jugendgeliebten vor ihm auf, und zwinkert ihn an mit den meergrünen Nixenaugen seines Mühmchens Ottilie. Aber ob Agnes, Zuleima oder Donna Clara, Maria, Evelina oder Ottilie: unter allen Vermummungen birgt sich dieselbe Gestalt, das „Engelsköpfchen auf Rheinweingoldgrund“, das traulich und lieblich im Römerglase sich wiederspiegelt, das blasse, stille Mädchen, das tief unten am Fenster des hochgegiebelten, menschenleeren Hauses der verschollenen Meerstadt sitzt!

aus der Beförderung von Reisegepäck: 1861/62 227,502 fl., 1862/63 250,070 fl., 1863/64 247,056 fl., 1864/65 248,182 fl., 1865/66 194,241 fl. Von diesen Einnahmen treffen auf eine Meile Bahnlänge: 1862/63 28,293 fl., 1863/64 28,054 fl., 1864/65 28,263 fl., 1865/66 23,793 fl. Ständig zugenommen hat nur die Zahl der Passagiere III. Klasse auf den gewöhnlichen Zügen und die aus deren Beförderung erwachsenen Einnahmen. 1862/63 betrug die Zahl dieser Reisenden 4,059,411, 1863/64 4,212,643, 1864/65 4,647,909, 1865/66 4,663,483 und die Einnahmen hieraus 1862/63 2,416,300 fl., 1863/64 2,492,746 fl., 1864/65 2,655,413 fl., 1865/66 3,088,584 fl. Die Passagiere III. Klasse liefern weit über die Hälfte der Einnahme aus Personenbeförderung und etwas über $^1/_5$ der Gesammteinnahme. Der Abg. Frhr. v. Stauffenberg hält es daher in dem bezüglichen Referate für angemessen, die Wagen III. Klasse, die von der großen Mehrzahl der Bevölkerung benützt werden, so gut als möglich einzurichten. „Es ist, sagt derselbe, in dieser Richtung schon manches geschehen; so sind die im Winter gebrauchten Wägen jetzt alle mit Fenstern versehen; allein trotzdem bleibt noch Manches zu thun übrig. So dürfte z. B. die Erwärmung der Wägen III. Klasse um so dringender geboten sein, wenn man erwägt, daß diese Wägen an und für sich schon kälter als die gepolsterten sind, und daß ein großer Theil des sie benützenden Publikums sich nicht mit den Schutzmitteln gegen Kälte zu versehen vermag, die dem Wohlhabenderen zu Gebote stehen. Die mit warmem Wasser gefüllten Rollen dürften sich als zu kostspielig erweisen; besser würden sich durchlöcherte, mit heißem Sand gefüllte Kästen eignen, wie sie die in Paris ausgestellten Wägen der Berliner Aktiengesellschaft zeigten. Ob das in einem gleichfalls in Paris von Rock-Chieley ausgestellten Wagen angewandte System, alle Waggons mit dem Dampfe der Lokomotive zu heizen, sich praktisch erprobt, ist wenigstens einer Untersuchung werth; am einfachsten ließe sich freilich die Heizung bewerkstelligen, wenn man, für unsere III. Klassewägen wenigstens, statt des Cougilsystems das amerikanische adoptiren würde.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 18. März. [**Versammlung gegen die Miethsteuer.**] Ueber 4000 Menschen hatten sich auf den Ruf des Chef-Redacteurs der „Staatsbürgerzeitung", Herrn Held, in der Tonhalle versammelt, um, wie die Einladung lautet, gegen das „Miethesteuer-Attentat" vorzugehen. Der große Saal und die beiden geräumigen Galerien waren bereits um 7 Uhr überfüllt, so daß ein großer Theil Volkes wieder umkehren mußte. Um 8 Uhr eröffnete Herr Held die Versammlung mit einer Rede, worin er sagte: Wenn eine Versammlung von Männern, die durch das Vertrauen der Bürger gewählt, bei dem gegenwärtigen Nothstande einen Beschluß fasse, der diesen Nothstand noch vermehre und die Existenz der Bürger bedrohe, so sei dies ein Attentat. Freilich gebe es viele Menschen, zu denen besonders die Stadtverordneten gehörten, welche den Nothstand nicht sehen, weil sie ihn selbst nicht empfinden (Beifall) und nicht eher daran glauben, als bis Dutzende auf der Straße vor Hunger liegen bleiben (Beifall). Wer sich aber darum kümmere, der wisse, daß der Berliner Nothstand nicht kleiner sei, als der in Ostpreußen. Die Stadtverordneten hätten nun durch ihren am 4. d. Mts. gefaßten Beschluß die Miethsteuer von $6^2/_3$ auf $8^1/_3$ pCt. erhöht, aber die Haussteuer hätten sie nicht erhöht! (Der Redner wird fortwährend durch Rufe der Entrüstung und Beschimpfung gegen die Stadverordneten unterbrochen, so daß er erklärt: „Ich habe den genügenden Grad von Entrüstung, es ist daher nicht nothwendig, daß Sie denselben vermehren.") Welche Mittel, fährt der Redner fort, seien nun dagegen zu ergreifen? Man könnte die Krone ersuchen, die Stadtverordneten-Versammlung aufzulösen (lebhafte Zustimmung), damit wäre aber für den Moment nichts gewonnen; es bleibe daher kein anderer Weg, als der der Beschwerde an die Regierung. Das Eine aber stehe unter allen Umständen fest, die im Oktober d. Js. ausscheidenden Stadtverordneten dürften unter keinen Umständen wieder gewählt werden. (Stürmische Zustimmung.) Es sprechen nunmehr der Reihe nach zehn Redner, die alle in drastischen Redensarten unter Zustimmung der Versammlung gegen die Beschlüsse der Stadtverordneten protestiren und erneut den Nothstand in Berlin konstatiren. Schließlich einigt man sich, eine Kommission von 12 Personen zu wählen, welche die nothwendigen Maßregeln zu treffen habe, und werden derselben folgende Gesichtspunkte anheimgestellt: 1. ein Mißtrauensvotum an die Stadtverordneten-Versammlung, 2. ein Antrag an die Regierung zu Potsdam, den Beschluß der städtischen Behörden nicht zu bestätigen, 3. Gründung eines Wahlvereins für die nächste Stadtverordnetenwahl, 4. Antrag an die Staatsregierung auf Einführung des allgemeinen gleichen und direkten Stimmrechts bei den Stadtverordnetenwahlen. Außerdem sollen die einzelnen städtischen Wahlbezirke ersucht werden, ihre Stadtverordneten vorzuladen und Rechenschaft von ihnen zu fordern. In die Kommission werden an erster Stelle gewählt die Herren: Redacteur Held, Schriftsteller v. Schweizer etc. etc. Letzterer gibt das Versprechen, sobald als möglich eine neue Versammlung einzuberufen und derselben das Resultat der Kommissionsthätigkeit vorzulegen.

Berlin, 20. März. [**Die Denkschrift zu der Tabaksteuer-Vorlage**] berechnet das wahrscheinliche Mehr aus den Einnahmen aus dem Tabakszolle und der Tabaksteuer nach den Einnahmen der Jahre 1864 bis 1866. Damals habe die Einnahme aus Tabak jährlich durchschnittlich 2,790,000 Thlr. betragen, nach Abzug der Ausfuhrvergütung 2,789,811 Thlr. Nach den neuen Steuersätzen würde die Totaleinnahme 4,850,000 Thlr. betragen haben; also mehr 2,060,000 Thlr.; nach Abrechnung der Erhebungskosten 1,949,300 Thlr. Dazu bemerkt die „K. Z." „Die Denkschrift läßt hierbei den von der Steuererhöhung zu erwartenden Minder-

---

Heine hat nie den Namen seiner Jugendgeliebten genannt, und auch Strodtmann sagt nur, daß sie eine Cousine des Dichters in Hamburg war. Das bekannte „Es ist eine alte Geschichte" enthält den wirklichen Verlauf jenes Herzensromans, den er nie überwunden hat. Ob ihm das Mädchen Hoffnung auf ihre Hand gemacht, ob es einen schon geschlossenen Bund flattersinnig oder auf Antrieb ihrer Verwandten gebrochen, ob die leicht erregte Phantasie des jungen Schwärmers für Ermuthigung nahm, was vielleicht nur arglose Koketterie oder unschuldiges Behagen an den ihr schüchtern dargebrachten Huldigungen war, das ist eine Frage, die sich ohne Indiscretion nicht mehr öffentlich beantworten läßt, deren Beantwortung aber auch den Werth der betreffenden Lieder weder erhöhen noch verringern würde. Seine erste leidenschaftliche Liebe war ein wahnvoller Traum, das Erwachsen eine schmerzliche Enttäuschung.

Da die Familie einsah, daß es mit des Dichters Kaufmannschaft schlecht bestellt sei, so wurde die Wahl eines anderen Berufes beschlossen. Onkel Salomon entschied für die Jurisprudenz und versprach einen jährlichen Zuschuß von 400 Thalern auf drei Jahre, hat dann denselben 1822 noch auf zwei weitere Jahre ausgedehnt. Freudig verließ der Poet im Sommer 1819 Hamburg und bereitete sich einige Monate hindurch in Düsseldorf auf die Universität vor. Hier entstand das Lied „Die Grenadiere", das er eines Tages in großer Erregung einem Freunde vorlas und das alsbald componirt wurde. Im Spätherbste bezog er mit demselben Freunde die Universität Bonn, die erst seit einem Jahre bestand. Er gerieth gerade in die beginnende Demagogen-Untersuchung hinein, sah die Burschenschaft sich auflösen und einem wüsten Treiben der Verbindungen Platz machen. Es studirten mit ihm Hengstenberg, damals sehr flotter Student, jetzt Herausgeber der evangelischen Kirchenzeitung, Dieffenbach, der große Operateur, Johannes Müller und Liebig. Sein näherer Umgang war auf Simrock, Dieffenbach und wenige Andere beschränkt. Zu seinem Fachstudium hatte er keine Lust, trieb vielmehr besonders Geschichte und Literatur. Von seiner äußeren Erscheinung wird uns berichtet: „Ein weißer Flausrock im Winter, Sommers Rock, Hosen und Weste vom gelben Nankingzeug, die ziegelrothe Mütze weit nach hinten auf das lichtbraune Haar geschoben, um die Rapierstiche im Boden derselben deutlich erblicken zu lassen, die Hände in den Hosentaschen — so schlenderte Heine, nachlässigen Ganges und mit vornehmen Blicken nach rechts und links schauend, durch die Straßen von Bonn. Die Züge des blassen, kaum leichtgerötheten Gesichtes waren fein und eher weich als scharf, nur daß sich die Mundwinkel unter dem blonden Bärtchen häufig zu dem bekannten satyrischen Zuge verlängerten, wobei auch die Muskeln des Auges sich herabzogen, so daß letzteres nicht groß und offen erschien, sondern mit blinzelndem Ausdrucke aus den zusammengekniffenen Wimpern hervorstach." Heine rauchte nie und war schon als Student höchst mäßig im Genusse geistiger Getränke; namentlich das Bier liebte er nicht. Seine Freunde mußten sich die oftmals wechselnden Launen, die muthwilligen Einfälle seines Humors, der nichts verschonte, gefallen lassen; doch trug er ihre Fehler und Schwächen und verlangte nie, daß sie sich seinen Neigungen und Ansichten fügen sollten. Er dichtete fleißig. Die Traumbilder, Lieder und Romanzen, die unter der Ueberschrift „junge Leiden" den ersten Abschnitt des Buches der Lieder bilden, waren zum größten Theil in Hamburg und Düsseldorf entstanden, ein Theil jedoch ist während der Bonner Zeit verfaßt, besonders die Sonette.

---

verbrauch freilich ganz außer Ansatz. Sie kann das aber nur, wenn entsprechende Steuerherabsetzungen auf andere Artikel gleichzeitig erfolgen und bei der Berechnung des hiervon zu erwartenden Einnahme-Ausfalles die denselben mindernden Mehrverzollungen eben so außer Ansatz gelassen werden. Unter dieser Voraussetzung ist sogar anzunehmen, daß der finanzielle Erfolg sich noch günstiger stellen wird, als er berechnet worden ist, indem der Zollverein durch den Hinzutritt Mecklenburgs, Schleswig-Holsteins, Lauenburgs &c. inzwischen bedeutend vergrößert wird und außerdem auch noch der Umstand in Betracht kommt, daß die Bevölkerung der genannten Gebiete ausschließlich an den Genuß amerikanischen Tabaks gewohnt ist. Freilich möchten deßhalb die norddeutschen Tabaks-Fabrikanten sowohl wie Tabaksraucher ein Recht haben, zu meinen, daß gegen den inländischen Tabaksbau Rücksicht genug genommen werde, wenn der preußische alte Schutzzoll von $3\frac{1}{3}$ Thlr. pro Ctr. erhalten bliebe, d. h. der Morgensteuer von 12 Thlr. nur ein Einfuhrzoll von 5 Thlr. pro Ctr. statt von 6 Thlr. pro Ctr. gegenübergestellt würde. Indeß vielleicht wird auch der Reichstag der Ansicht sein, daß dem süddeutschen Tabaksbau, der bisher gänzlich steuerfrei war, für die erste und schlimmste Uebergangszeit das beantragte Maß von Begünstigung zugebilligt werden könne. Die Hauptsache bleibt, daß die Erhöhung der Tabaksteuer nicht bewilligt wird ohne gleichzeitige kompensirende Tarifreform." — Ueber die Tabaksteuer-Vorlage wird der „Südd. Pr." von Berlin geschrieben: „Zunächst haben die Bevollmächtigten die Instruktionen Seitens ihrer resp. Regierungen abzuwarten. Ueber das Resultat läßt sich deßhalb für jetzt noch gar nichts sagen. Hinsichtlich des formellen Ganges der Verhandlungen ist inzwischen zunächst auf den § 4 des Art. 3 des Vertrages vom 8. Juli v. J. zu verweisen, welcher lautet: „Der im Umfange des Vereins gewonnene oder zubereitete Tabak soll einer übereinstimmenden Besteuerung unterworfen werden." Aus dieser Bestimmung folgt keineswegs mit Nothwendigkeit, daß zugleich mit einer gleichmäßigen Besteuerung des inländischen Tabakbaues auch eine Erhöhung des Eingangszolles auf ausländischen Tabak verbunden sein müsse, und es dürfte sich der Zollbundesrath zunächst also über das Prinzip, resp. über die Vorfrage, schlüssig zu machen haben: ob eine solche Verbindung des einen mit dem anderen Statt finden solle, und erst nachdem diese Vorfrage entschieden, resp. bejaht ist, wird man zu der weiteren Frage in Betreff des „wie hoch?" übergehen können. Zum Referenten ist der k. bayerische Bevollmächtigte Staatsrath v. Weber ernannt worden."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. März. [Die päpstliche Nuntiatur.] Die „N. Fr. Pr." schreibt: „Es kann als eine feststehende Thatsache angesehen werden, daß der päpstliche Nuntius in Wien angewiesen wurde, für den Fall der Sanktionirung des Schul-, Ehe- und interconfessionellen Gesetzes seine Pässe zu verlangen und die Insignien am Nuntiaturgebäude einzuziehen. Monsignor Falcinelli wird uns also binnen einigen Wochen den Rücken kehren." Die „N. Fr. Pr." ist übrigens damit ganz zufrieden und meint, Oesterreich könne sich eben so gut wie Preußen ohne Nuntius behelfen.

Ausland.

Frankreich. Paris, 19. März. [Revue und Feste.] Heute fand wieder Revue auf dem Carousselplatz statt. Es wohnten derselben auch die Pariser Munizipalgarde zu Pferde und zu Fuß, sowie die Feuerwehrmannschaft an. Neben dem Kaiser ritt wieder der kaiserl. Prinz. Sonst fiel nichts Außergewöhnliches vor. Die Menge, die sich an den Zugängen zum Carousselplatz eingefunden, war ziemlich bedeutend, da heute, am „Mitfasten", ganz Paris auf den Beinen ist. Bei dem Defilé, das im Tuilerienhof stattfand, wurde die Menge auf das Trottoir am Gitter, das den Tuilerienhof vom Caroussel-Platze trennt, zugelassen. Sie rief auch ziemlich viel: „Vive l'Empereur." Paris selbst ist äußerst belebt. Auf allen Boulevards und Hauptstraßen ist furchtbares Gewühl. Man sieht auch viele Wagen mit Masken; es ist heute nämlich der Festtag der Waschmänner und Weiber, und diese durchziehen maskirt die Straßen, um ihren Hauptkunden Besuch abzustatten. Der Anblick, den sie gewähren, ist drollig, aber unschön. Einer der Züge fiel jedoch auf. Er bestand aus drei Wagen, auf welchen sich junge Leute, die keine Waschmänner, als Polichinelle und alte Soldaten aus dem Kaiserreiche verkleidet, befanden. Ob man damit eine Demonstration machen wollte, konnte man nicht erkennen. Möglich wäre es aber, da das Gesetz über die mobile Nationalgarde unter den Parisern noch immer viel böses Blut macht. Komisch machte sich der Aufzug dadurch, daß die jungen Leute eine große Fahne mit den Worten: „Société des francs amis," trugen, was man von Weitem für: „Société des français," lesen mußte. In der Umgegend von Paris kam es bei der Revision der Mobilgarden auch zu einigen Demonstrationen, und in Neuilly, das dicht hinter dem Arc de Triomphe der Champs Elysées liegt, wurden am letzten Montage, am Tage, wo dort die Revision stattfand, die Gensdarmen durchgeprügelt. Anlaß zu der Balgerei gab ein Gensdarme, der einen jungen Mann, welcher des Guten zu viel gethan, am Kragen gefaßt und in den Koth geworfen hatte. Dieß gab zu Gegendemonstrationen Anlaß, welche zu Verhaftungen führten und zuletzt zu einem Kampfe mit den Gensdarmen, der damit endete, daß nun ihrerseits die Vertreter der Obrigkeit in den Koth geworfen wurden. Eine gerichtliche Untersuchung ist eingeleitet worden. Unter den Angeklagten befindet sich der Kaffeewirth Hallin von Neuilly, welcher als gewöhnlicher Nationalgardist zur Aufrechthaltung der Ordnung und Ruhe auf der Mairie kommandirt war und sich erlaubte, den Gensdarmen ihre Brutalität vorzuwerfen.

— [Die kaiserliche Broschüre], woraus wir in Nr. 80 der "Neuen Würzb. Zeitung" einen Auszug gegeben, wird, wie ein Correspondent der „Kölnischen Zeitung" schreibt, sehr wenig gekauft, und trotz der Verhimmelung, welche dieselbe in den bonapartistischen Blättern findet, wird sie im Publikum nicht günstig beurtheilt. Die Zeiten, wo man die Franzosen mit glänzenden Phrasen abspeisen konnte, sind vorüber. Jetzt will man Thaten und keine Worte mehr. Die Freunde des Regimes fühlen das und verkündigen allenthalben, diese Flugschrift sei bloß das Vorspiel zu einer wichtigen Kundgebung, die demnächst zu erwarten wäre. Die Oppositionspresse ist in Verlegenheit, wie sie mit dem Kaiser über die von ihm aufgestellten Zahlen und Vertheidigungsakte seiner Regierung polemisiren soll. Die meisten helfen sich dadurch, daß sie sich an die Behauptungen halten, die sich auf Napoleon I. beziehen. Mit Hülfe der trefflichen, wirklich ganz meisterhaft geschriebenen und gediegen gehaltenen Geschichte Napoleons I. von Lanfrey, deren zweiter Theil so eben erschienen ist, wird es ihnen nicht schwer, nachzuweisen, daß die Aufstellungen der kaiserlichen Broschüre grundfalsch seien. Die Aktenstücke, die sich auf Napoleon III. beziehen, sind, so sollen die Franzosen aus dem ersten Theile der Kritik folgern, wohl nicht minder optimistisch gefärbt aus der kais. Druckerei hervorgegangen. Der Zweck der kais. Schrift wird somit nicht erreicht sein. Man sagt, der Staatsminister hätte von der Veröffentlichung abgerathen, indem, wie er meint, jetzt die Discussion der Verfassung und des Regimes nicht herausgefordert werden solle. Der Auflösung des gesetzgebenden Körpers solle ein Senatsbeschluß vorausgehen, welchem zufolge die Mitglieder der genannten Versammlung um die Hälfte ihrer gegenwärtigen Zahl vermehrt werden. Die Stellung des Staatsministers ist eine so gewaltige, daß er von sich sagen kann, er sei der Vizekaiser. Wie gewichtig seine Meinung ist, hat er auch bei der Frage über Krieg oder Frieden bewiesen, indem er so zu sagen allein den Kriegsadvokaten die Stirn bot und schließlich doch die Oberhand gewann. Der Kaiser spricht sich nun so entschieden für die Erhaltung des Friedens aus, daß seine Umgebung endlich überzeugt ist, die Hoffnung auf den geträumten Siegeszug nach Osten müsse aufgegeben werden. Man will sogar erkennen, daß der Kaiser Napoleon überhaupt der kriegerischen Thätigkeit für Frankreich entsagt hat, indem er gerade in einer kriegerischen Politik Gefahren für seine Dynastie entdeckt, also die Verhältnisse ganz anders ansieht, als viele seiner Minister und als die Mehrzahl der Männer, die seine engere Umgebung bilden. Herrn Rouher's Einfluß auf diese Umwandlung ist unverkennbar.

Der „Abend-Moniteur" zeigt heute schon mit sichtlicher Befriedigung an, daß der berühmte Kastanienbaum im Tuileriengarten, der sog. Maronnier du 20. Mars, der immer vor dem 20. März blühen muß, wenn es der napoleonischen Dynastie im selben Jahre gut gehen soll und der schon zwei Jahre dieses Blühen versäumt hat, dieses Jahr sogar vorzeitig die Erwartungen aller Freunde und Verehrer des ersten und zweiten Kaiserreiches erfüllt hat. Er ist heute schon, am 19., mit Blättern und Blüthenknospen bedeckt. Derselbe hat jetzt einen Nachfolger erhalten, der noch merkwürdiger zu werden verspricht. Es ist dies ein Kastanienbaum in den elysäischen Feldern, gegenüber dem Cirque de l'Impératrice, der jährlich zweimal, im Frühjahr und im Herbste, blüht, und schon Ende Februar im Blätterschmucke stand.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 83-84.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 24. März 1868.

Oesterreich und das Konkordat.

Würzburg, 24. März.

In der bereits öfter erwähnten Debatte über das Ehegesetz im österreichischen Herrenhause stand obenan unter den Anwälten der Volkssache, wie immer, Graf Anton Auersperg, der wackere Mann, den die liberale Partei mit Stolz den Ihrigen nennt. Jeder juristischen Polemik fernbleibend, faßte er die Frage vom eminent politischen Gesichtspunkte auf, und Keulenschlägen gleich traf jedes Wort, das er sprach. Für null und nichtig erklärte er jenen unseligen Vertrag, der dem Lande schon so viel des Unheils bereitete, und mit nicht zu übertreffendem Freimuthe schleuderte er gegen Rom den Vorwurf, daß es bei Abschluß des „gedruckten Canossa" die Konvulsionen des Reiches und seine innere Verwirrung in listiger Weise mißbraucht habe. Wir geben die Rede des edlen Grafen in Folgendem wörtlich nach dem stenographischen Berichte, da sie eines der wichtigsten Aktenstücke für die Geschichte unserer Zeit bildet. Er sprach:

Die uns vorliegende große Frage ist in ihrer kanonistischen und juristischen Richtung so vielfältig erörtert worden, daß, selbst wenn ich Fachmann wäre, ich nur wenig oder gar nichts zu dem Gesagten beizufügen wüßte. Mir scheint die Frage vor Allem eine eminent politische, speziell eine Verfassungsfrage zu sein. Ein Geschichtsschreiber unserer Zeit (Springer) beendete sein Werk über die neueste Geschichte Oesterreichs mit folgender Betrachtung: „Der jammervolle Bankerott des Absolutismus hat den österreichischen Völkern das Selbstbestimmungsrecht mehr gesichert, als die revolutionäre Gewalt des Jahres 1848. Die österreichischen Völker tragen jetzt die freie, aber auch die volle Verantwortung für das Schicksal des Reichs; es ist ihr Verdienst, wenn dieses zu mächtiger Blüthe emporsteigt, aber auch nur ihre Schuld, wenn dieses Bild der Zukunft dunkle Schatten wirft."

Diese Worte sind in den ersten Jahren unseres parlamentarischen Lebens geschrieben; es sind dies bedeutungsvolle, inhaltschwere Worte. Seither sind viele dunkle Schatten über unser Heimathland gekommen. Allein es wäre unrecht, dem Volke dafür die Last der Verantwortung aufzuerlegen, dem Volke, dessen Selbstbestimmungsrecht ihm zu wiederholtenmalen entzogen worden war. Nach meiner Meinung leben wir seit den Jahren 1848 und 1849 prinzipiell in einem konstitutionellen Staate. Das damalige parlamentarische Leben ist nur unterbrochen worden durch das bekannte Decennium von 1851 bis 1861. Der Abschluß dieser Periode heißt Solferino. Und wieder ist, um den ererbten Uebelständen ein Ende zu machen, mit dem 1. Januar des Jahres 1861 das parlamentarische Leben in Oesterreich feierlich inaugurirt worden. Allein es wurde nach Verlauf weniger Jahre und ohne irgend einen Anlaß septembrisirt durch die Sistirungsmänner. Der Abschluß dieser Periode heißt Königgrätz.

Wir sind nun neuerdings in einer mit Hoffnung begrüßten Zeit des wiedererwachten Verfassungslebens. Man sieht aus den angeführten Beispielen, daß jeder Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht des österreichischen Volkes sich in furchtbarer Steigerung gerächt hat. Sollte dieses parlamentarische und konstitutionelle Leben wieder eine neue Unterbrechung erfahren, sollte ein neuer Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der österreichischen Völker erfolgen, sollten Staatsmänner, die in den früheren Unglücksperioden das Staatsruder führten, nochmals den Muth haben, das Wagniß zu bestehen und nochmals in diese Rechte hemmend und beschränkend einzugreifen, dann würde der Abschluß dieser Periode voraussichtlich wohl einen neuen Namen haben, den auszusprechen meine Seele schaudert. (Bewegung.)

Man wird fragen: Ja, droht denn diese Gefahr, und woher? Ja, meine Herren, sie droht, sie droht in dem Fortbestande des Konkordates, wie es dessen übereifrige Anhänger vor nicht langer Zeit als das Bollwerk gegen die Kulturbestrebungen des Jahrhunderts und gegen unser geistiges Leben und dessen Entwicklung demaskirt haben, die von jenen Wällen absolutistische Mächte zu Hilfe riefen gegen die Bestrebungen der neuen Zeit und der konstitutionellen Gesetzgebung, die trotz der ihnen gewordenen hochsinnigen Zurückweisung doch unermüdlich ihre Anstrengungen fortsetzen.

Es fragt sich, worin liegt der Kern der Frage; dieser Frage, die sich durch Umstände, Ereignisse und Verhältnisse, welche allgemein bekannt sind, zu einer Schärfe und Dringlichkeit zugespitzt, die unmöglich zu verkennen ist? Die Frage lautet: Ist das Konkordat unveränderlich und immerhin giltig? Die einfachste und nüchternste Antwort ist die: Es ist giltig als Gesetz, bis es im Wege der Ge-

Heinrich Heine's Lieder.

II.

Im Herbst 1820 bezog Heine die Universität Göttingen, wo er es mit den Studien in gleicher Weise trieb. Die Georgia Augusta hatte ihre Glanzzeit längst hinter sich, zählte aber immer noch berühmte Namen und über tausend Studenten. Heine blieb nicht lange, wurde schon im Jänner 1821 relegirt und ging nach Berlin. Der Mittelpunkt der Intelligenz war damals unendlich viel kleiner und einfacher als jetzt, aber doch schon ein Sammelplatz für Literatur und Kunst. Jene hatte allerdings unter der seit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 siegreichen Reaktion zu leiden; doch wußte Altenstein sie leidlich zu schützen. In der Oper wurde damals bei Gelegenheit des „Freischützen" der Kampf zwischen Spontini und Weber mit Heftigkeit durchgefochten. Heine schwelgte in der Herrlichkeit, die vor ihm sich aufthat. Er verkehrte vornehmlich mit Varnhagen und Rahel, bei denen er Anerkennung für seine Poesie fand, besonders für die volksliedartige Einfachheit seiner Motive. Auch Fouqué, Chamisso, Wilibald, Alexis interessirten sich für den jungen Dichter. Diesen traf schon im Frühjahr 1821 die Nachricht, daß die Geliebte, an der er noch immer mit leidenschaftlicher Liebe hing, ihm nun unwiederbringlich verloren sei. Sie hatte, von den Verwandten wahrscheinlich gedrängt, einem reichen Bewerber ihre Hand gegeben. Dem Schmerz über diesen Schritt entsprang das berühmte, von Schumann so herrlich komponirte Lied: „Ich grolle nicht" und andere Gedichte. Einige Zeit hindurch stürzte er sich aus Verzweiflung in ein wildes Leben, fand indessen den Weg zurück und ließ sein Leid in Poesien ausströmen.

Schon in Bonn war Heine damit beschäftigt gewesen, seine erste Sammlung seiner Gedichte zusammen zu stellen, und bald nach seiner Ankunft in Göttingen hatte er dem Buchhändler F. A. Brockhaus in Leipzig den Verlag derselben angetragen. Brockhaus hatte jedoch nach einigen Wochen das Manuskript mit den üblichen Ablehnungsworten zurückgesandt, daß er für den Augenblick allzu sehr mit Verlagsartikeln überladen sei. Der junge Poet tröstete sich mit der Bemerkung, daß es dem großen Goethe mit seinem ersten Produkte nicht besser ergangen, und hoffte in Berlin unschwer einen Verleger zu finden. Zur Förderung dieses Zweckes machte ihn Varnhagen mit Professor Gubitz bekannt, dessen „Gesellschafter" in jenen Tagen das literarische Orakel der gebildeten Kreise der Hauptstadt war, und Heine benützte die vielgelesene Zeitschrift als Ausstellungssalon seiner Gedichte. In glänzendster Weise eröffnete er seine „poetischen Ausstellungen" am 7. Mai 1821 mit dem humoristischen Kirchhofs-Traumbilde und ließ demselben im Laufe der nächsten Wochen „Die Minnesänger", das „Gespräch auf der Paderborner Haide", zwei Freskosonette, den „Sonettenkranz an A. W. von Schlegel", das Traumbild: „Die Brautnacht" („Nun hast du das Kaufgeld, nun zögerst du noch?"), das „Ständchen eines Mauren", und eine Uebersetzung der Geisterlieder aus Byron's „Manfred" folgen. Das ungewöhnliche Aufsehen, welches diese kecken, leidenschaftlichen, zum Theil einen ganz neuen Ton anschlagenden Poesien erregten, bestimmte den Chef der Maurer'schen Buchhandlung, unter deren Firma damals der „Gesellschafter" erschien, den ihm von Gubitz angerathenen Verlag der Heine'schen Gedichte zu übernehmen. Als Honorar wurde freilich nur die Zusicherung von vierzig Freiexemplaren bewilligt —

setzgebung aufgehoben oder abgeändert wird. Wenn nun diese Fra e in den uns vorliegenden Gesetzentwürfen über die Ehe und Schule vor unsere Augen tritt, hat sie sowohl eine praktische als eine prinzipielle Bedeutung. Die praktische Bedeutung, nämlich die Wiederkehr zu Rechtszuständen im Ehewesen, unter welchen wir und unsere Eltern gelebt haben, ohne Gefährdung des Katholicismus und der sittlichen Reinheit Ehen abschlossen, diese praktische Seite scheint so harmlos, daß sich nicht begreifen läßt, woher denn dieser Ingrimm, mit welchem dagegen angestürmt wird, woher denn, um mit dem Dichter zu sprechen, tantae coelestibus irae?

Wenn man aber die prinzipielle Seite der Frage in's Auge faßt, so erhält man allerdings näheren Aufschluß. Es handelt sich darum, dem Staate die Gesetzgebung und Gerichtsbarkeit in Ehesachen urückzugeben, im Schulwesen auf die Grundzüge einer objektiv didaktischen Zweckmäßigkeit zurückzugreifen. Aber es handelt sich um ein dem Staate nach unserer Ueberzeugung widerrechtlich entzogenes Terrain, um die Besitzergreifung desselben, um die Verdrängung der kirchlichen Gewalt vom weltlichen Territorium, von einem Theile der hr eingeräumten Herrschaft in weltlichen Dingen, und da ist es allerdings erklärlich, daß mit Unerbittlichkeit und Hartnäckigkeit die Vertheidigung geführt und das angegriffene Terrain Schritt für Schritt vertheidigt wird, umsomehr, als man sich im Besitze eines Rechtes durch das Konkordat zu befinden vermeint.

Ist aber dieses Recht wirklich vorhanden? Steht ihm nicht ein anderes, älteres gegenüber, im Falle es überhaupt vorhanden sein könnte? Es ist Ihnen von juristischer Seite bereits dargelegt worden, daß **auf ein Hoheitsrecht des Staates nicht verzichtet werden konnte**, daß dies eine Selbstverstümmelung des Staates, ein Begeben seiner eigenen Willensfähigkeit und Willenskraft ist. Es war immer vorauszusehen, daß die gesetzgebenden Faktoren seinerzeit mit Energie und Entschiedenheit dieses Recht zurückverlangen würden und müßten, und schon darin liegt die Unvereinbarkeit des Konkordats mit wahrhaft verfassungsmäßigen Institutionen. Aber es ist von Vertragsbruch, von Treubruch die Rede, und da liegt für unsere Loyalität eine Falle, in die ich aber nicht eingehe.

Wir sind seit dem Jahre 1848 in einem Verfassungsstaat, in einem konstitutionellen Staat. Das Oberhaupt des Staates steht außer der Debatte, und der Tadel, der ausgesprochen wird, trifft die Regierung Sr. Majestät. Ich halte es für vollkommen loyal, wenn man auf einen Sitz in diesem Hause berufen ist, offen und redlich auszusprechen, daß man glaube, es seien Irrthümer und Mißgriffe begangen worden. Es ist uns ein Theil der Bestätigungsklausel, mit welcher das Konkordat als Gesetz sanktionirt wurde, vorgelesen worden. Auch ich kenne die Klausel (Liest selbe.) Das klingt sehr feierlich, umsomehr, als es lateinisch ist. (Heiterkeit) Es ist aber viel früher und in derselben Gesetzessammlung ein Aktenstück zu lesen, nämlich das **Manifest bei dem Regierungsantritte Sr. Majestät des jetzt regierenden Kaisers**, und darin kommen die Worte vor: „Auf den Grundlagen der wahren Freiheit, auf den Grundlagen der Gleichberechtigung aller Völker Oesterreichs und der Gleichheit aller Staatsbürger vor dem Gesetze, sowie der Theilnahme der Volksvertreter an der Gesetzgebung wird das Vaterland neu erstehen. Fest entschlossen, den Glanz der Krone ungetrübt zu erhalten, aber bereit, unsere Rechte mit den Vertretern des Volkes zu theilen. . . . ."

Ich behaupte, **angesichts dieses Manifestes war keine Regierung zu jenem Vertragsabschlusse berechtigt, und jener Vertrag, der da abgeschlossen wurde, ist in meinen Augen null und nichtig.** (Große Bewegung im Hause. Bravo! Bravo!)

Es ist uns aber auch viel von Sittlichkeit und Moral gesprochen worden. Nun hat die Frage für mich auch ein Streiflicht vom Standpunkte der politischen Moral. Ich erinnere mich, in einer Schrift von Ancillon gelesen zu haben, daß es eine erhabene Idee, ein weltbeherrschender Gedanke sei, im Papstthum ein oberstes Sittenrichteramt zu sehen, an welches die Völker und Fürsten sich zu wenden hätten, welches nach dem ewigen Sittengesetze über Fürsten und Völker Recht zu sprechen habe und an welches von der physischen Gewalt an die geistliche appellirt werden könne. Es ist in einer Schrift, die wir neuestens aus der Hand eines hochverehrten Kirchenfürsten empfangen haben, ein ähnlicher Gedanke mit Nachdruck betont worden. Es heißt darin beiläufig, daß das Hochziel des christlichen Lebens im Staats- und Völkerrechte im Mittelalter dadurch angestrebt worden sei, daß Regierungen, die sich gegen das Sittengesetz versündigt hatten, gleich Zöllnern und öffentlichen Sündern als schuldig erkannt und verurtheilt wurden. Diese Idee ist eine große und erhabene genannt worden, nur deren weitere Ausführbarkeit wurde in Zweifel gesetzt. Auch ich finde diese Idee in ihrer ursprünglichen Reinheit groß und erhaben, aber ich glaube, die Ausführbarkeit in einem gewissen Maße reicht bis zum heutigen Tage herab. Als nun aber in jenen früheren Jahren die Versuchung zum Konkordatsabschlusse vor die römische Kurie trat, hätte sie, eingedenk dieses obersten Sittenrichteramtes, zur damaligen Staatsgewalt nicht sagen können und sollen: Du bietest mir etwas an, was du selbst nicht mehr ganz besitzest, sondern mit Anderen theilst, du bietest mir an, einen Selbstmord an dir zu begehen, und **du vergißt auf deine älteren Pflichten!**

So konnte die Kurie sprechen, nachdem ihr doch der Inhalt des

---

aber welcher jugendliche Schriftsteller hätte nicht freudig und ungeduldigen Herzens jede sich ihm darbietende Gelegenheit erfaßt, das Fahrzeug seiner ersten Lieder so schnell wie möglich aus der stillen Klause auf's weite Meer der Unsterblichkeit hinaus zu senden?

Diese Dichtungen machten großes Aufsehen und riefen viele Beurtheilungen hervor, in denen die Gewalt einer starken Leidenschaft, die mit trotziger Kraft in den Liedern braust, betont wurde. Varnhagen wies auf die junge poetische Kraft hin. Ganz besonders anziehend und gleichsam prophetisch ist eine Besprechung im „Kunst- und Wissenschaftsblatte" vom 7. Juni 1822. Da sind Lob und Tadel geistvoll vertheilt, Heine's Wesen mit sicherem Blicke erkannt. Wir heben folgende bezeichnende Stellen hervor: „Wir sehen hier edle Schönheit, die verzerrt durch ein kaltes Hohnlächeln, gebietende Hoheit, die übergeht in trotzigen Hochmuth, klassischen Schmerz, der sich Anfangs windig geberdet und endlich versteinert in trostloser Zerknirschung . . . . In unserer Literatur hat noch nie ein Dichter seine ganze Subjektivität, seine Individualität, sein inneres Leben mit solcher Keckheit und solcher überraschenden Rücksichtslosigkeit dargestellt . . . . Die Natur hat ihn zu ihrem Liebling gewählt und ihn mit allen Fähigkeiten ausgerüstet, die dazu gehören, einer der größten Dichter Deutschlands zu werden; es hängt ganz von ihm ab, ob er es vorzieht, seinem Vaterlande verderblich zu sein als verlockendes Irrlicht oder als riesiger Giftbaum."

In den Jahren 1821 und 1822 entstanden oder wurden vollendet die Tragödien „Ratcliff" und „Almansor" und fast alle Lieder des „lyrischen Intermezzo's", der zweiten Abtheilung des „Buches der Lieder", ferner die „Götterdämmerung" und die „Wallfahrt nach Kevlaer". Im April 1823 erschienen die Tragödien und das lyrische Intermezzo gedruckt bei Dümmler in Berlin und wurden wieder von Varnhagen in die Literatur eingeführt. Die dramatischen Dichtungen, die Heine selbst für besser hielt als seine Lieder, machten kein Glück; um so größeres die lyrischen. Hier finden sich also die Lieder: „Im wunderschönen Monat Mai", „Aus meinen Thränen sprießen", „Wenn ich in Deine Augen seh'", „Auf Flügeln des Gesanges", „Die Lotosblume" und viele andere, von denen die besten durch sich selbst und durch Mendelssohn und Schumann unsterblich sind.

Inzwischen reiste Heine im Mai 1823 nach Lüneburg, wo seine Eltern nach Auflösung des Düsseldorfer Geschäftes lebten. Er wollte unter mehreren Zukunftsplänen, die ihn beschäftigten, wählen und zugleich sich körperlich erholen. Seit längerer Zeit schon hatten sich bei ihm jene nervösen Kopfschmerzen eingestellt, die ihn eigentlich nie verlassen und endlich seine martervolle Krankheit herbeigeführt haben. In Lüneburg lebte er bis in den Jänner 1824, wo er nach langen Verhandlungen mit Onkel Salomon wieder nach Göttingen sich begab, um seine Studien zu vollenden und sich für die Advokatur in Hamburg vorzubereiten. Endlich im Sommer 1825 erfolgten gleichzeitig der Uebertritt zum Christenthum (in Heiligenstadt) und das Doktorexamen in Göttingen. Professor Hugo lobte bei der Promotion Heine's juristische Kenntnisse nicht sehr; um so mehr aber seine Gedichte. Er meinte, es gehe dem jungen Doktor wie Goethe, der sich auch früher und besser als Dichter denn als Jurist bewährt habe; Heine's Verse seien nach allgemeinem Urtheil den Goethe'schen an die Seite zu setzen.

In die Lüneburger Zeit aber fällt wieder eine große Anzahl der Gedichte, welche den dritten Theil des Buches der Lieder unter der Ueberschrift „die Heimkehr" ausmachen. Bei einem Besuche in Hamburg entstanden die Lieder „Die Stadt" (am fernen Horizonte), „Der Doppelgänger" („still ist die Nacht, es ruhen die Gassen"), „Ihr Bild" („ich stand in dunklen Träumen"), die Franz Schubert komponirt hat. Während eines Aufenthaltes im Seebade zu Cuxhaven dichtete er die gleichfalls von Schubert in Musik gesetzten Lieder vom „schönen Fischermädchen", „am Meere" („das Meer erglänzte weit hinaus"). Im Herbste 1823 endlich nach Lüneburg zurückgekehrt, sang er „Du hast Diamanten und Perlen". In diese Zeit fällt auch das „Lied von der Lorelei". Nur Wenigen mag es bekannt sein, sagt Strodtmann, daß die Sage von der Lorelei keineswegs

vor der ganzen Welt ausgesprochenen Manifestes bekannt geworden war; sie würde dadurch gewiß an wahrer Glorie, an Einfluß und Macht in der christlichen Welt gewonnen haben. Daß sie es aber nicht gethan, daß sie im Gegentheil den Moment der Convulsionen, der Verwirrungen, der Bedrängnisse des Staatslebens benützte, um sich ein neues Stück weltlicher Herrschaft zu erobern (Oho! im Centrum), das bringt mir eine geringe Meinung von der unbestechlichen Moral jenes obersten Gerichtshofes für die sittliche Weltordnung bei.

Dieses führt mich auf die Genesis des Konkordats.

(Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin. [Zur Herstellung der Münzeinheit] wird den „Hamb. Nachr.“ anscheinend offiziös aus Berlin geschrieben: „Die Sache der allgemeinen Münzeinheit macht Fortschritte. Die in England niedergesetzte königliche Kommission, welche überlegen soll, ob der Sovereign ohne Schaden dem Fünfundzwanzigfrankenstücke in Gold gleichgesetzt und damit der Anschluß des Reiches an das Weltmünzsystem in Zukunft vollzogen werden könne, hat am Freitag ihre Zeugenverhöre begonnen. Der Erste, den sie vernahm, war Herr F. Hendriks, ein entschiedener und unermüdlich thätiger Partisan der einigenden Reform. Eine andere erfreuliche Maßregel wird aus Frankreich berichtet. Dort besteht bekanntlich immer noch gesetzlich die Doppelwährung, obwohl thatsächlich alleinige Goldwährung herrscht; und die Regierung hat sich bisher trotz des Drängens der mit ihr im Münzwesen verbundenen fremden Staaten, trotz der Beschlüsse der Pariser Münzkonferenz von 1867 und trotz des Vertrages mit Oesterreich, der die Aufhebung der Doppelwährung zur Voraussetzung hat, noch immer nicht zu Verleugnung dieses falschen Prinzips entschließen können. Theils die egoistischen Interessen des Staates als Schuldner und der Bank von Frankreich als Beherrscherin des Geldmarktes, theils die Theorien Wolowskis und einzelner anderer Oekonomisten, theils und hauptsächlich wohl auch die Eifersucht der Minister auf den Urheber aller neuen Münzfortschritte, den ehemaligen Minister Ludwig Philipps, Herrn v. Parieu, hielten sie zurück. Endlich aber hat der jetzige Finanzminister Herr Magne sich doch ein Herz gefaßt und wenigstens den Anfang zur Entfernung jenes großen Hindernisses gemacht mit einer Rundfrage an die Generaleinnehmer und die Handelskammern, ob die Silberwährung neben der Goldwährung ohne Nachtheil aufgegeben werden könne. Wenn die Banquiers nicht etwa in der Mehrzahl der Handelskammer dominiren, so werden diese auf jeden Fall sich für eine so klärlich im Interesse des Geschäftspublikums liegende Maßregel, die Vorbedingung anderer wichtiger Schritte zur Einheit, aussprechen. Was endlich Preußen und Deutschland betrifft, so hat unser Finanzminister einem fremden Staatsmanne, der ihn im vorigen Sommer darüber befragte, die bestimmte Aussicht eröffnet, mit der Münzreform ernstlich vorgehen zu wollen, sobald der Friede gesichert erscheine. Dieser Augenblick möchte gekommen sein. Auch werden die süddeutschen Staaten aus zwingenden sachlichen Gründen nichts dagegen einzuwenden haben, wenn das Münzwesen ohne Verzug der Zollvereinsgesetzgebung überwiesen wird.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Die Finanzpläne und deren Oppositionen.] Der „Südd. Pr.“ schreibt man: „Ein Wort über die Finanzpläne der Regierung. Sie finden hier zu Lande zweierlei Opposition. Die erste Gattung rührt von jener Sorte Menschen her, die an dem unausrottbaren österreichischen Pessimismus leiden, und weil sie das Kaiserthum stetig niedergehen zu sehen glauben, machen sie jedem Ministerium Opposition. Gegen Brestl als Politiker sind Giskra und Herbst wahre Konservative. Brestl ist ein Demokrat von der Farbe Jakoby's aus Königsberg. Ein liberalerer Minister ist geradezu nicht denkbar. Aber das verschlägt den gedankenlosen Leuten nichts, sie wollen ihn nicht haben, sie wollen gar keine Regierung, nichts Positives, sie wissen überhaupt nicht, was sie wollen. Mit dieser Sorte von Leuten ist nicht zu rechten, auch dann nicht, wenn sie auf das Kirchengut als Panacee für die österreichischen Finanzen hinweisen. Sie vergessen, daß man bei dem Stande, worin das Konkordat noch schwebt, am wenigsten schon im voraus Hand an das Kirchengut legen könnte. Sie sind keine Politiker. Die zweite Sorte von Opponenten sind die Kapitalisten. Daß aus ihnen der gröbste Egoismus spricht, braucht nicht erst gesagt zu werden. Sie wollen nicht zahlen, jeder Finanzplan, der nicht sie träfe, hätte ihre Bewilligung. Die (alte) „Presse,“ welche den Wiener Bankiers gehört, ist das Organ dieser Opposition. Es ergibt sich daraus, daß man dem genannten Blatte in dieser Frage gar keine Bedeutung zusprechen kann, weil es ausschließlich die Privatinteressen einiger Individuen vertritt. Objektiver, wahrheitsgetreu und unabhängig ist in dieser Frage die „N. Fr. Pr.“, welche überhaupt allein unter den großen Wiener Blättern die Situation begreift und mit ihrem ganzen Einflusse das Ministerium unterstützt, ohne daß sie jemand dafür bezahlt nennen könnte. Die meisten anderen Blätter opponiren — gedankenlos, und arbeiten für den Grafen Leo Thun, von dem sie allerdings auch nicht bezahlt sind.

„ein Märchen aus alten Zeiten“ ist, sondern erst aus diesem Jahrhunderte stammt. Die sorgfältigsten Nachforschungen haben festgestellt, daß kein einziger Schriftsteller früherer Zeit das Mindeste von einem „Lohra“-Cultus oder von der verführerischen Nixe weiß, welche am Lurleifelsen bei St. Goar dem vorüberfahrenden Schiffer so verderblich gewesen sei. Den ersten Keim zu der Sage legte Clemens Brentano durch eine dem zweiten Theil seines Romanes „Godwi“ (Bremen, 1802) eingefügte Ballade, deren Stoff nach seiner ausdrücklichen Erklärung frei von ihm erfunden war. Dies Gedicht handelt weder von Nixen noch Sirenen, sondern von einer jungen Bürgerstochter in Bacharach, die vom Bischof der Zauberei beschuldigt wird, weil viele Männer sich wegen ihrer Schönheit in sie verliebten. Sie selbst aber fühlt sich unglücklich, weil ihr Schatz sie betrogen und verlassen hat, und erfleht den Tod. Der Bischof, von ihrer Schönheit gerührt, gibt Befehl, sie in's Kloster zu führen; unterwegs aber blickt sie noch einmal vom Felsen nach ihres Liebsten Schloß und stürzt sich dann in den Rhein. Lediglich auf Grund des Namens „Lurlei“ (Lei bedeutet Schieferfels) hatte Brentano das Mädchen Lore Lay genannt. Dies genügte, dem auf Rheinsagen erpichten Nikolaus Vogt, um daraus mit souveräner Phantasie eine ganz neue Geschichte zu spinnen und 1811 frischweg zu behaupten, das Echo an der Lurlei solle die Stimme eines Weibes sein, das durch außerordentlichen Liebreiz alle Männer bezaubert habe, nur nicht den Mann ihrer eigenen Liebe; die Unglückliche sei deshalb in's Kloster gegangen, auf dem Wege dahin aber ihres auf dem Rheine dahinfahrenden Geliebten ansichtig geworden und aus Schmerz und Verzweiflung von der Höhe des Felsens in die Tiefe gesprungen; drei ihrer Anbeter aber, die sie begleitet, seien ihr gefolgt, und deshalb heiße auch der vordere Felsen mit dem dreifachen Echo der Dreiritterstein. So hatte also Vogt aus dem selbstständig erfundenen Gedichte Brentano's, auf das er sich obendrein zur Beglaubigung seiner Erzählung berief, unter willkürlichen Zusätzen der eigenen Phantasie eine angebliche „Volkssage“ gemodelt, deren sich bald zahlreiche Poeten in weiterer Ausschmückung des romantischen Stoffes bemächtigten.

Graf Otto Heinrich von Loeben verwandelte in seiner, zuerst in der „Urania“ für 1821 abgedruckten „Loreley, eine Sage vom Rhein,“ die Selbstmörderin von Bacharach in eine Stromnixe, die, auf dem höchsten Felsgestein sitzend, den vorüberfahrenden Schiffer durch holde Lieder bethört und in die Tiefe verlockt. Es leidet wohl keinen Zweifel, daß Heine dies Loeben'sche Gedicht gekannt und bei Abfassung seiner Loreley-Ballade benutzt hat. Nicht allein der Inhalt ist fast ein gleicher, sondern auch die Form beider Lieder hat eine gewisse Aehnlichkeit in Versschema, Tonfall und einzelnen Wendungen. Es wäre lächerlich, Heine, der aus einigen salopen Bänkelsängerreimen eine unsterbliche Dichtung schuf, eines Plagiates zu beschuldigen, weil er dem schlecht behandelten Stoff eine neue, würdigere Fassung gab.

Die Sage von der Loreley nahm später unter den Händen anderer Dichter noch verschiedene Wandlungen an, Eichendorff machte sie zur Waldhexe, Simrock mit gelehrt erkünstelter Allegorie zur Muse des Rheinlandes, Geibel wählte sie zum Gegenstande dramatischer Behandlung für ein Opern-Libretto, Hermann Hersch für ein fünfaktiges Trauerspiel, und Herzog Adolf von Nassau wollte der Rheinnixe Anfangs der fünfziger Jahre gar auf dem Lurleifelsen, als der Stätte des „uralten Lohra-Cultus“, ein riesiges Standbild errichten, dessen Modell schon von Professor Hopfgarten angefertigt war, als plötzlich die unbarmherzige Kritik die ganze Sage in ihr Nichts zerblies. Das Modell verwittert langsam im Schloßpark zu Bieberich, und von den unzähligen Lorelei-Gedichten wird nur das Heine'sche Lied ewig im Volksmunde leben.“

Gedruckt wurden 33 der schönsten Lieder aus der „Heimkehr“ zu Anfang 1824 im „Gesellschafter“. Im September desselben Jahres machte Heine die erste Harzreise, deren Beschreibung so großes Aufsehen veranlaßt und den Grundstamm der „Reisebilder“ ausmacht; darnach trägt die vierte Abtheilung des Buches der Lieder ihren Namen. Die fünfte und letzte, welche die „Nordseelieder“ enthält, entstand in den Jahren 1825 und 1826 und wird im zweiten Bande des Strodtmann'schen Buches zur Besprechung kommen.

Ausland.

Italien. Aus Rom, 14. März, schreibt man: Man spricht von großen militärischen Festen für Ostern; 10,000 Mann werden Revue passiren. Nach Ostern wird man drei Lager bilden: bei Velletri, bei Viterbo und bei Rom. Während die ganze päpstliche Armee manövriren wird, werden die Franzosen die ewige Stadt besetzen und bewachen. — Der heilige Vater geht so eben zu Fuß auf dem Corso spazieren. Er ist von einer großen Menge begleitet, die ihn mit Begeisterung hochleben läßt. — Das Räuberwesen an der neapolitanischen Gränze nimmt wieder stark überhand. Drei- bis vierhundert Briganten sind in jener Gegend unter der Führung von Pari, Fuoco, Guerra u. A. Alle Tage finden Kämpfe statt. Die Banden fangen ihr Treiben wieder an, wie vor sechs Jahren: sie nehmen Dörfer, reißen das italienische Wappen ab und setzen eine Art von Regierungskommission im Namen des legitimen Königs Franz II. ein. Das Ganze dauert nur einige Stunden, denn bei der Ankunft der Truppen flieht Alles. Aber der Eindruck ist doch ein für die italienische Regierung sehr ungünstiger.

Nichtpolitische Zeitung.

[Eine Reliquie.] Aus Frankfurt berichtet man, daß der in dem Nachlasse der ehemaligen Bundesversammlung gewesene und dann in den Besitz des Hrn. Dr. Passavant gekommene Sessel des Präsidenten der deutschen Nationalversammlung von letzterem dem deutschen Hochstifte zum Geschenke gemacht worden ist.

Frankfurter Börse (16. bis 21. März.)

21. März. Oesterr. Fonds haben wenig Veränderung erfahren, zum Theil die Einbusse der vorhergegangenen Woche ausgeglichen, so namentlich neue engl. Metalliques; 1860er und 1864er Loose schliessen sogar eine Kleinigkeit höher. Amerikaner fluktuirten kaum 1/8 auf und nieder, doch macht sich wieder eine bessere Tendenz geltend, die noch entschiedener hervortreten wird, wenn es mit Oesterreich brechen sollte.

Das mit urtheilsvoller Wahl Anlage suchende Kapital fängt wieder an, sich mit alter Liebe den vernachlässigten süddeutschen Staatspapieren zuzuwenden. Es sagt sich, dass eine geringere aber vor Attentaten sichere Rente am Ende dem hohen aber stets von der Reduktion bedrohten Zins (nicht selten bei Gefährdung des Grundstocks selbst) vorzuziehen sei. Kurse waren daher diese Woche recht fest, zum Theil höher. Brillanten Erfolg erzielte die neue 4 1/2 pCt. württembergische E.-B.-Anleihe, der Zudrang war so allgemein, dass sie bereits in der ersten Stunde der aufgelegten Zeichnung geschlossen wurde und noch denselben Tag ihren Kurs auf 93 erhöhte.

Oesterr. Kreditaktien fest und fl. 3 höher. Wien macht grosse Anstrengungen, wenigstens bis zum Parikurs vorzudringen; für eine reelle Werthabschätzung fehlen indess jetzt, wo die Kapitalsteuer alle Aktiengesellschaften bedroht, die Anhaltspunkte noch mehr als sonst. Darmstädter haben weitere fl. 9 gewonnen, die Anstalt hat einen sehr erfreulichen Läuterungsprozess mit sich vorgenommen. — Von Zettelbanken österreichische ohne besonderes Leben, Frankfurter ex Div. 123. Das Institut leidet unter den Nachwehen des J. 1866 und die Position, welche die neuen Verhältnisse ihm anweisen, entbehrt der Sicherheit und Bestimmtheit, die bei seiner Gründung massgebend waren.

Von E.-B.-Aktien nennenswerther Umsatz nur in Staatsbahnen; am Montag bis 259 gewichen, erholten sie sich bis 261, wozu sie fest schliessen. Der gute Eindruck der fortdauernden Mehreinnahmen wird durch die in Aussicht stehende Mehrbelastung des Unternehmens mit den neuen Steuern paralysirt. Hanauer zu 111 gesucht. Hessische Ludwigsbahn behauptet. Der Februar brachte für die alten Strecken sehr günstige Resultate; in den an hiesiger Börse neu eingeführten Aktien der Rheinischen E.-B. fand nicht unerheblicher Verkehr statt; in nächster Zeit steht die Emission von 5 Millionen Thlr. der mit unbedingt 4 pCt. garantirten Stammaktien Lit. B. (für die Köln-Trierer Bahn) bevor. Dieselben werden auch hier zur Subskription, wie wir hören, zum Kurs von 84 aufgelegt werden; sie empfehlen sich unbedenklich jeder soliden Kapitalanlage. — Prioritäten vernachlässigt und österreichische in stetem Fall. Seit dem Bekanntwerden des Couponsteuer-Attentats sind sie um 3—4 pCt. gewichen, bei einem Abzug von 17 pCt. tragen sie nicht mehr 5 pCt., sondern nur 4 1/6 pCt.

Endlich können wir einmal konstatiren, dass Diskonto diese Woche nicht so coulant anzubringen war, als woran man sich seit langer Zeit gewöhnt hat. Die Industrie fängt doch an, sich etwas zu regen, da die knappen Vorräthe fast gänzlich aufgezehrt sind. Auch an der Börse ging die Medioliquidation etwas schwieriger von Statten und machte sich Geld ziemlich knapp, besonders litten darunter Staatsbahnen und Amerikaner, die in Prolongation stark angetragen vielfach aus Mangel an Unterkommen realisirt werden mussten, während in Kreditaktien die Frage nach Stücken vorherrschte. Von Wechseln sind London und Paris eine Kleinigkeit gewichen, während Wien am Montag auf 102 rückgängig, sich wieder bis 102 7/8 gehoben hat.

	16.	21.		16.	21.
5% Oestr. National	54 7/8	54 7/8	3 1/2% Badische Obl.	82 1/2 B	82 B
5% do. Metal. (1859)	63 3/8	65	4% Darmstädt. do.	89 1/2	90 B
do. (steuerfr.)	51 3/4	51 3/4	4 1/2% Nassauer do.	94 1/2 B	95 B
5% do. Loose (1860)	72	72 1/8	4% do. do.	86 1/2 B	86 1/2 B
— do. do. (1864)	86 3/4	87 1/4	3 1/2% do. do.	83 1/2 B	88 1/2 B
Oestr. Kreditl. (58)	136 B	136	4% Kurhess. do.	89 1/2 B	89 1/2 B
5% Bayer. Obligat.	101 1/2	101 1/2	3 1/2% Frankf. do.	61 1/4 B	81 1/4 B
4 1/2% do. do.	93 1/2 B	93 1/2	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88 1/2 B	88 1/2 B	6% Amerik. (1882)	75 1/2	75 1/4
4% do. 100 Thl.-L.	98 1/2	98 1/2	Oestr. Kredit. . .	193 1/2	195
4 1/2% Würtemb. Obl.	93 1/2	93 1/8 B	Oestr. Nat.-Bank	723	728
3 1/2% do. do.	—	—	Frankfurter do.	126 1/4 B	123 B
4 1/2% Badische do.	93 1/2	93 1/2 B	Bexbacher E.-B.	—	156 1/2 B
4% do. do.	86 1/2 B	87 B	Bayer. Ostbahnen	120 1/4 B	120 1/2 B (Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	69 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 3/4 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55 P. 54 3/4 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 7/8—3/4 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P. 101 7/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/2 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/8 P. 1/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/2 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 7/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/8 P. 1/8 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	86 3/4 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	76 3/8 G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	75 3/4 P. 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	728 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195—94 1/2 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	231 P. 30 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	261 P. 60 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 1/2 P. 119 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 1/2 P. 64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 P. 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 7/8 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4—3/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 3/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	120 5/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 1/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P. 97 3/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 1/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104 7/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95—1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 7/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/8 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	72 3/4—1/2 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136 1/2 P. 36 G.
" do. v. 1864	88 1/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 3/8—1/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/4 P.
Badische fl. 35	51 P. 50 3/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/2 P.
" fl. 25 do.	38 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 23. März. Die Woche eröffnete in matter, lustloser Haltung. Die jetzt endlich zu Fleisch und Blut gewordenen österreichischen Finanzpläne wirken nicht günstig auf den Markt. Oesterreichische Kreditaktien waren gegen gestern 1 1/2 fl. schlechter, Staatsbahn 2 fl. Von Anlagepapieren neue engl. Metall. 3/8 Ct. und National 1/4 pCt. niederer, Steuerfreie unverändert. Von österreichischen Loosen wurden 1864er besser bezahlt. 1882er Amerikaner 1/8 billiger wie gestern. Pacific-Bonds 67 1/2. Süddeutsche still und offerirt. Das Geschäft war nicht ohne Belang. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 85.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 25. März 1868.

Oesterreich und das Konkordat.

(Schluß.)

Würzburg, 25. März.

Nach den furchtbaren Erschütterungen, welche die Bewegung des Jahres 1848 zurückgelassen hatte, mußte es den damaligen Staatsmännern naheliegen, sich um Mittel und Wege umzusehen, ähnlichen Vorkommnissen für die Zukunft zu begegnen. Man hätte denken sollen, in der Schule, in der Anstrebung eines gründlichen Unterrichts, sei eines jener Mittel gelegen zur freiern Entfaltung eines geregelten Staatslebens auf Grundlage dessen, was in der Bewegung des Jahres 1848 wirklich Berechtigtes lag. Allein da kam man und bot aus dem kirchlichen Arzneischatze ein Mittel an, dessen offizinelle Ordinationsformel das Konkordat hieß.

Wer wird es leugnen, daß eine gründliche sittliche Erziehung, ein tief eingewurzeltes religiöses Bewußtsein auch gewiß gute Staatsbürger bildet! Allein das Arzneimittel hat das Eigenthümliche, daß es nur hilft, wenn es freiwillig genommen wird; wenn Männer des polizeilichen Vertrauens den Patienten festhalten müssen, um ihm die Arznei einzuflößen, dann wirkt es sicherlich nicht. (Bewegung.)

Dieser Ideengang führt mich auf jene unglückliche Verquickung zwischen Staats- und Kirchengewalt, welche in dem alten Polizeistaate angebahnt worden ist und theilweise durch das Konkordat urkundlich besiegelt erscheint. Ich meine jenes Schutz- und Trutzbündniß zwischen Staat und Kirche zur Ausbeutung der gegenseitigen Interessen unter gleichzeitiger Hilfeleistung. Ich halte dieses Verhältniß für ein unnatürliches, darum für beide Theile nachtheiliges und schädliches, welches keinem der beiden Theile Gewinn gebracht hat. Der Staat kann nicht handlangender Sakristan sein und die Kirche kann nicht Konstabler oder Polizeidiener werden. (Bravo!)

Die Trennung dessen, was dem Staate und was der Kirche gebührt, die Durchführung des Grundsatzes: Jedem redlich das Seinige! strebt der Rechtsstaat an, der Rechtsstaat, der — was ich besonders betonen möchte — auf den mächtigen Fundamenten des Sittengesetzes und der Gesittung ruht und ruhen muß.

Man warnt uns vor dem Vorgange, wie ihn das Abgeordnetenhaus und die Majorität unserer Kommission eingehalten hat, weil es gefährlich sei, im Handumdrehen die Gesetze zu ändern. Das ist allerdings richtig; allein man kann nicht sagen, daß ein Gesetz, gegen dessen Bestand sich, mit Ausnahme gewisser Kreise, die ganze gebildete Welt seit seinem Entstehen stemmte, im Handumdrehen geändert werde. Hat man wohl die gleichen Skrupel gehabt, als es sich um das Konkordat handelte, welches auch urplötzlich gewaffnet und geharnischt aus dem Haupte der Minerva — doch ich will die heidnische Weisheitsgöttin beiseite lassen (Heiterkeit) — aus einem andern Haupte emporsprang? Sind die Erfolge auch jene gewesen, die man erwartet hat? Ist wirklich die sittliche Kraft seither gewachsen und gestählt worden? Die Adresse der Bischöfe, in welcher vielseitig Klagen über den Sittenverfall zu lesen sind, gibt darauf Antwort.

Man sagt freilich, und es klingt fast humoristisch: Hätte man das Konkordat 70 Jahre bestehen lassen, da hätte man seine Wunder sehen können. (Heiterkeit.) Allein wir haben an 12 Jahren vorläufig genug. (Große Heiterkeit.) Ist das österreichische Staatsbürgerthum gehoben und gekräftigt worden? Ich kann nur sagen, was ich an mir selbst erlebt habe? Als ich diesen Vertrag bald nach seinem Inslebentreten las, jene Stellen, in welchen aus päpstlicher Gnade unserem Landesherrn Rechte zugestanden und Handlungen gestattet wurden, die er von seinen Ahnen ererbt und überhaupt längst ausgeübt hatte, da empörte sich denn doch mein patriotisches Gefühl und mir kam es vor wie ein gedrucktes Canossa (Beifall, große Bewegung), in welchem das Oesterreich des 19. Jahrhunderts für den Josephinismus des 18. Jahrhunderts in Sack und Asche zu büßen hatte. (Beifall.) Ich glaube, wir Alle sind doch schon in die Lage gekommen, uns über diese Frage ein Urtheil zu bilden, nachdem wir ja doch dem praktischen Leben der gebildeten Welt angehören, seit Jahren uns mit der Frage beschäftigen konnten und seit Monaten es in unserer Pflicht liegt, uns damit zu befassen, und wer darüber noch nicht gründlich genug unterrichtet ist, hat gewiß in der heutigen Verhandlung genügenden Anlaß bekommen, das noch Fehlende nachzuholen.

Meine Herren! Fragen Sie sich selbst und geben Sie sich redlich und offen Antwort darauf. Ist der Vertrag heutzutage und auf dem Punkte, auf dem die Dinge stehen, wirklich noch haltbar? Wo ist der Staatsmann, der es unternimmt, ihn zu halten, und wo ist ein Oesterreich, das ihn zu ertragen vermöchte? Wenn irgendwo, so gilt gegenüber dem hartnäckigen Festhalten an dem Konkordate dasjenige, was von dem Scheine Shylock's gilt, nur ist in diesem Falle das Messer schon angelegt, nur daß das zuckende, blutende Stück Leben noch nicht herausgeschnitten ist.

Auch mir widerstrebt es, in diesem Momente der Bedrängniß des ehrwürdigen greisen Oberhauptes der Kirche einem möglichen Conflikte entgegenzugehen. Allein von uns ist dieser Augenblick zur Verhandlung nicht gewählt worden, er datirt weit, weit zurück, und ich habe, vor sechs Jahren glaube ich, an dieser Stelle von einem Herrn,

der jetzt nicht mehr am Ministertische sitzt, die Auskunft erhalten, es seien ja Verhandlungen im Zuge. (Heiterkeit.)

Es ist gesagt worden: Hätte der Papst 300,000 Zündnadelgewehre, so würden wir unseren Ton wohl ändern. Ich weiß und verhehle nicht die Gefahr davon, daß der Papst gegen uns über eine Macht verfügt, die mir viel ehrfurchtgebietender ist als die 300,000 Zündnadelgewehre, nämlich über 200 Millionen katholischer Christen, über deren Gewissen er die Gewalt anspricht und zum Theile auch ausübt.

Nach dem Gesagten dürfte es wohl kaum zweifelhaft sein, in welcher Richtung ich stimmen werde. Würde mich noch ein Zweifel ergreifen, so könnte ich mich darüber, daß mit der Aufhebung oder Modifizirung des Conkordates die katholische Religion nicht bedrückt und gefährdet sei, vollkommen beruhigen, wenn ich erwäge, daß unter den genannten 200 Millionen Katholiken das Conkordat für beiläufig 17 Millionen gilt und für die anderen 183 Millionen nicht gilt, daher unmöglich identisch sein kann mit der katholischen Religion selbst. (Bravo!)

Ich erlaube mir, auf eine frühere Andeutung noch einmal zurückzukommen. Indem der Staat Grenzen zieht zwischen seinem Dominium und dem der Kirche, tritt für beide das ursprüngliche natürliche Verhältniß der Freiheit ein. Allein hier gilt mit Recht die Warnung, daß man nicht überstürzen dürfe, sondern daß man für ein Uebergangsstadium zu sorgen habe, und dieses Ueberzangsstadium scheint mir in dem Gesetze angebahnt. Es ist mehr zum Vortheil der Kirche als des Staates, denn es wahrt den konfessionellen Charakter, es wahrt ihn in den §§ 63 und 64 a. b. G.-B., worin von der Ungiltigkeit von Ehen zwischen Christen und Nichtchristen, ferner mit jenen Personen, welche höhere Weihen empfingen oder Ordensgelübde ablegten, die Rede ist; es wahrt ihn im § 111, wo die Unauflösbarkeit der katholischen Ehe ausgesprochen ist. Es ist mit Einem Worte eine Anbahnung zur vollen Freiheit, es ist darin wieder aufgenommen das Gesunde, das Haltbare und Bleibende in den josephinischen Ideen und es ist beseitigt, was heutzutage nicht mehr zeitgemäß, mit unserem Rechtsbewußtsein nicht mehr verträglich wäre, nämlich der bureaukratische Zwang gegen Geistliche, die behördliche Einengung in kirchlichen Handlungen u. s. w.

Es ist aber am 19. d., an dem Namenstage des großen Joseph, hier in seltsamer Weise das Fest gefeiert worden. Der große Ohm unseres regierenden Kaisers hat hier eine Anfeindung erfahren, die in diesem hohen Hause noch nicht erhört ist. Mir schien, sein Schatten sei durch diese Räume geschritten und habe seine ganze Größe gezeigt, indem er den Gegnern seiner Ideen noch heute Zittern und Zähneknirschen verursacht. (Bravo!) Ich aber freue mich, daß meine Wiege auf österreichischem Boden gestanden ist, um es zu verstehen und zu wissen, was Kaiser Joseph dem Volke noch heutzutage gilt, dem Landmanne, dem Bürger, der ganzen Bevölkerung. (Lebhafter Beifall.) Darum Ehre seinem Andenken und seinem Namen! (Beifall.) Und was die große Kaiserin Maria Theresia betrifft, so ist sie denn doch nicht so anti-josephinischen Geistes gewesen, als gestern angedeutet wurde; es ist von ihrem Geiste, von ihrem großen Geiste wohl viel auf ihren großen Sohn übergegangen. Die Geschichte erzählt uns, daß, als im Jahre 1753 das Edikt wegen Verminderung der Feiertage erschienen war und auch damals eine große Agitation unter dem Vorwande der Gefährdung des christlichen Gefühles stattfand, sie die Renitenten einfach im Schlosse Gre-fenstein einsperren ließ. (Große Heiterkeit.)

Meine Herren! Ich weiß nicht, ob, da ich mich nach der Definition, welche gestern von einem verehrten Vorredner gegeben worden ist, als einen Reaktionär erkennen muß, ob ich das Wort „Freiheit“ noch in den Mund nehmen darf; aber ich wage es. Ich habe bereits angedeutet, daß es der Zweck der Gesetze sei, die endliche volle Freiheit anzubahnen; ich glaube, ein Hilferuf der Kirche an die Staatsgewalt ist der Kirche nicht würdig und würde nur glauben machen, daß sie an ihrer eigenen Kraft zweifle, ihre Ohnmacht gestehe. Die Kirche ist groß geworden in ihrem Ursprunge, nicht mit, sondern gegen die Staatsgewalt. (Bravo!) Auf dem Boden, wo sie ihre große apostolische Mission allein vollführen kann, auf den stelle sie sich. Das Leben ist ernst und voll dunkler Seiten, so daß es Hilfe zu spenden, Trost zu geben, mit Beispiel und mit der Lehre voranzuleuchten, die Fallenden zu erheben, aufzurichten und auf ein besseres Jenseits hinzuweisen Anlässe genug gibt. Wirke sie auf diesem Boden aus ihrer vollen Ueberzeugung mit ihrer eigenen Kraft, und sie wird dann wirklich von der Liebe der Gläubigen umgeben sein und das werden und bleiben, was sie nach Montalembert's Worten sein soll: eine Mutter! (Bravo! Bravo!) Dazu braucht sie aber nicht Vorrechte und Privilegien, die irrthümlicherweise als ihre Freiheit geschildert worden sind. Die Freiheit für den Staat, gesunde Freiheit für alle Kirchen im Staate: dann wird es für Staat und Kirche von der Freiheit heißen: „In hoc signo vinces.“ (Lebhafter Beifall.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. März. [Thronrede.] Soeben wurde der Reichstag des norddeutschen Bundes durch den König mit folgender Thronrede eröffnet:

Geehrte Herren vom Reichstage des norddeutschen Bundes! Zum dritten Male begrüße ich Sie im Namen der verbündeten Regierungen, um in Gemeinschaft mit Ihnen den Ausbau der Verfassung des norddeutschen Bundes fortzusetzen. In Ihrer letzten Session haben Sie durch Herstellung organischer Einrichtungen die Grundlage geschaffen, auf welcher nunmehr die Gesetzgebung des Bundes diesen weiteren Ausbau seiner inneren Einrichtungen zu bewirken hat. Die Gesetzentwürfe, welche zu diesem Zwecke Ihrer verfassungsmäßigen Beschlußnahme unterbreitet werden sollen, sind dem Bundesrathe vorgelegt und zum Theil schon von demselben berathen worden. Das in Ihrer letzten Session begründete Institut der Freizügigkeit soll durch eine auf dem Grundsatze der Gewerbefreiheit beruhende Gewerbeordnung weiter entwickelt und durch Aufhebung der polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung von einem, seine Verwirklichung störenden Hemmniß befreit werden. Ein Gesetz über die Quartierleistung im Frieden ist dazu bestimmt, die Militärgesetzgebung des Bundes nach einer, für die Interessen der Bevölkerung besonders wichtigen Seite zum Abschluß zu bringen. Die Regelung des Maß- und Gewichtswesens, welches in der vorigen Session dringenderen Aufgaben weichen mußte, wird in der gegenwärtigen zu Ihrer Berathung gelangen. Die Verhältnisse der Bundesbeamten bedürfen der gesetzlichen Regelung und werden den Gegenstand von Vorlagen bilden. Ein Gesetzentwurf über das Schuldenwesen des Bundes wird Ihnen wiederum vorgelegt werden. Ich vertraue, daß die Bereitwilligkeit, mit welcher die verbündeten Regierungen in diesem Entwurfe den von Ihnen bei der früheren Berathung gefaßten Beschlüssen entgegengekommen sind, von Ihrer Seite ein gleiches Entgegenkommen finden werde. Ueber die Lage der vormals schleswig-holsteinischen Offiziere, welche in der letzten Session Ihre Theilnahme in Anspruch nahmen, und über die Unterstützung hülfsbedürftiger Familien der Ersatz-Reserve werden Ihnen Vorlagen zugehen. Die Besteuerung des Branntweins in den hohenzollern'schen Landen und in den zum Bunde gehörenden Theilen Hessens bedarf der Regelung und mit dieser Regelung steht ein Vertrag in Verbindung, durch welchen der freie Verkehr mit Branntwein und Bier zwischen dem Bunde und dem übrigen Theile Hessens hergestellt werden soll. Der Haushaltungsetat des Bundes für 1869 wird Ihnen vorgelegt werden. Die Schwierigkeiten, welche seiner Aufstellung in den ersten Monaten des Jahres entgegenstehen, haben dem Wunsche weichen müssen, Sie zu einer Zeit zu berufen, zu welcher Sie sich Ihrer gewohnten Berufsthätigkeit mit den geringsten Opfern entziehen können. Die Regelung des internationalen Postverkehres auf Grundlage der in Ihrer letzten Session beschlossenen Gesetze ist weit vorgeschritten. Postverträge mit den süddeutschen Staaten, mit Oesterreich, mit Luxemburg, mit Norwegen und mit den Vereinigten Staaten von Amerika sind abgeschlossen und werden Ihnen vorgelegt werden; mit anderen Staaten sind sie dem Abschlusse nahe und werden, wie ich hoffe, noch zu Ihrer Berathung gelangen. Ein mit den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossener Vertrag ist dazu bestimmt, die Staatsangehörigkeit der gegenseitigen Einwanderer zu regeln und damit aus den Beziehungen zweier durch Verkehrsinteressen und Familienbande eng verbundener Nationen den Keim von Zwistigkeiten zu entfernen. Im Einverständniß mit meinen Verbündeten habe ich behufs Unterhandlung über diese Verträge und um die völkerrechtliche Stellung des norddeutschen Bundes zur Geltung zu bringen, die in der Verfassung vorgesehene Vertretung des Bundes im Auslande hergestellt, und ist dieser Schritt zu meiner lebhaften Genugthuung allseitig in dem Geiste aufgefaßt und erwidert worden, aus welchem er hervorgegangen war. Er hat die freundschaftlichen Beziehungen befördert und gefestigt, welche zwischen dem norddeutschen Bunde und den auswärtigen Mächten bestehen und deren Pflege und Erhaltung der Gegenstand meiner unausgesetzten Sorgfalt bleiben wird. Ich darf daher der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß der Segen des Friedens auf den Anstrengungen ruhen werde, welche Sie der Förderung der nationalen Interessen widmen wollen, zu deren Pflege und zu deren Schutz das gesammte deutsche Vaterland sich verbündet hat.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. März. [Die Abstimmung im Herrenhause und der begeisterte Jubel darüber.] Die Szene

der Abstimmung war, wie die hiesigen Blätter berichten, ungemein dramatisch. Der Schwerpunkt der Entscheidung lag schon in der Abstimmung über den Mensdorff'schen Antrag. Dem Momente der Abstimmung ging eine Aufregung schwer zu beschreibender Art voraus. Die Gruppen, welche sich im Halbkreise um die Berichterstatter-Tribüne herum, von der aus Frhr. v. Lichtenfels sprach, gebildet hatten, traten auf das Zeichen der Präsidenten-Glocke zurück, die Mitglieder des Hauses nahmen allesammt ihre Plätze ein, und unter feierlicher, athemloser Stille begann die Verlesung der Anträge. An die Reihe kam vorerst der Mensdorff'sche Vertagungsantrag, unter Namensaufruf wurde abgestimmt. Gierig lauschte sowohl das Haus wie das die Galerien füllende Publikum jedem Ja und Nein; fast jeder einzelnen Abstimmung ließ das Publikum durch Zurufe oder Bewegung ein Urtheil nachfolgen. Diejenigen, die dem Vertagungs-Antrage zustimmten, antworteten mit „Ja," die Anderen mit „Nein." Der erste Ruf lautete „Nein!" Man nahm dies als eine gute Vorbedeutung. Fort ging es dann im raschen Tempo, abwechselnd „Ja" und „Nein", und man wußte im Anfange kaum recht, welche der Parteien die Oberhand habe. Als Blome, wie natürlich, „Ja" rief, antwortete die Galerie darauf mit Lachen, als aber Fürst Czartoryski unerwarteter Weise „Nein" sagte, lohnte man „dies schöne Wort" mit lebhaftem Beifall. Fürst Czartoryski hat sich erfreulicher Weise in dieser Frage von seinen klerikalen Landsleuten getrennt. Das Votum des Grafen und Fürsten Auersperg, des Grafen Degenfeld, des Landgrafen Max Fürstenberg, des Feldmarschall-Lieutenants Gablenz, des greisen Grillparzer, des Feldmarschalls Heß, des Fürsten Hohenlohe und des Grafen Meran, die sämmtlich mit der liberalen Partei stimmten, wurde seitens der Galerie stets mit lebhaften Bravorufen beantwortet. Beim Fürsten Hohenlohe, dem Oberst-Hofmeister des Kaisers, hatte man dazu besonderen Grund. Altgraf Salm und Graf Oswald Thun riefen ihr liberales „Nein" mit besonderer Kraft und Entschiedenheit, als schiene ihnen viel daran gelegen, von ihren Namensgenossen und Gesinnungsgegnern: Fürst Salm und Graf Leo Thun gehörig unterschieden zu werden. Bei der Abstimmung über den Minoritätsantrag schlossen sich Viele den Liberalen an, welche für die Vertagung gestimmt hatten, so Fürst Adolph Schwarzenberg, der Bruder des Kardinals, und da gingen überhaupt die Namen ein und derselben Familie auseinander. Die Straßen vor dem Berathungshause waren dicht gedrängt voll Volkes, und in den Beifall, der von der Galerie ertönte, mischten sich die Hochrufe der tausendköpfigen Menge im Hofe und vor dem Ständehause. Als nach Schluß der Sitzung die Herrenhausmitglieder den Saal verließen und die breite Treppe in den Hof des Ständehauses hinunterkamen, wartete ihrer eine eigene Ueberraschung. Die Tausende von Menschen hier, die mit ernster Theilnahme den Lauf der Berathungen verfolgt, sich von jeder neuen Phase hatten unterrichten lassen, konnten es nun in ihrer Herzensfreude nicht unterlassen, den Männern ihres Vertrauens ein Hoch zuzurufen. Die „Herren", die aus dem Berathungssaale kamen, mußten das dichte Spalier passiren und hier in lauter Weise die Kritik hören, die sie durch ihr Verhalten eben herausgefordert hatten. Mit einem Sturm von Begeisterung wurde Graf Anton Auersperg begrüßt; die Studenten schwenkten die Hüte und drängten sich an den edlen Mann, der die Poesie in die Politik eingeführt, heran und es schien, als wollte der Jubel kein Ende nehmen. Da kam sein Vetter, der Ministerpräsident Fürst Auersperg und der Jubel wiederholte sich von Neuem. Hasner, Herbst, Brestel, Tegetthoff, Lichtenfels, Schmerling, Gablenz — Alle wurden gleich laut und gleich stürmisch bewillkommt. Dem Minister Beust waren schon bei seiner Ankunft die lebhaftesten Ovationen dargebracht worden, und die Menge ruhte nicht eher, bis der Minister einige Worte des Dankes sprach und dabei die Versicherung machte, daß „unsere Sachen gut stehen". Dieselben Szenen, in wo möglich noch begeisterterer Weise, wiederholten sich, als Frhr. v. Beust das Haus verließ. Einen vollgiltigen Beweis für den Anstand, den diese Menge zu bewahren wußte, gab sie, als Kardinal Rauscher die Stufen herabkam. Man bemerkte Se. Eminenz kaum und „Ruhe", „Ruhe" tönte es von allen Seiten; nicht Einen Laut des Mißfallens hörte man, als der Wagen des Kirchenfürsten das dichte Spalier passirte. Nur als Graf Blome erschien, konnte es sich die Menge nicht versagen, diesem Kavalier durch energische Zischlaute zu zeigen, daß sie über Kaiser Joseph andere Gedanken habe, als der aristokratische Gast aus Dänemark. Den Kulminationspunkt erreichte der Jubel, als Giskra erschien. Der populäre Minister wurde in riesigem Zuge unter fortwährenden Hochs durch die Straßen geleitet, bis es ihm endlich gelang, sich in einem Fiaker der nicht endenwollenden Demonstration zu entziehen. Das österreichische Herrenhaus hat die Erwartungen erfüllt, welche das liberale Oesterreich von ihm hegte! Es hat das Konkordat, das als der Quell so vieler Uebel gilt, die Oesterreich heimsuchten, zu Grabe getragen. Die „N. Fr. Pr." schließt ihren Bericht über den denkwürdigen Tag also: „Während wir diese Zeilen schließen, erglänzen die Straßen der Residenzstadt in einem Lichtmeer. Wien feiert einen Freudentag. Kein Mißton, keine Ausschreitung gegenüber den Gegnern störte den gewaltigen Eindruck. Wien demonstrirt, und die Demonstration bedeutet: Friede!" Mögen die Götter walten, daß es so bleibe! Es hatte sich am Abend gleichsam von selbst eine Illumination der Häuser veranstaltet. Bis Mitternacht wogte das Volk durch die Straßen, Hochrufe dem Kaiser und den Ministern ausbringend. Man zog vor die Häuser der Minister Giskra, Hasner, Herbst und hervorragender Mitglieder des Herrenhauses, ihnen eine Ovation bringend. Die Gefeierten mußten zum Volk sprechen. „Ich finde, sagte Dr. Giskra, keine Worte vor Rührung für den Dank, welchen mir das edle Volk von Wien für die Vertheidigung einer edlen Sache zu Theil werden läßt." Hr. v. Hasner dankte mit den Worten: „Ich habe mein Möglichstes gethan und werde auch fernerhin bestrebt sein, im Interesse und für das Wohl des Volkes zu wirken." Vor dem Monument Kaiser Josephs II. wurde gleichfalls eine begeisterte Ovation dargebracht.

Ausland.

Frankreich. [Vermischte Nachrichten] Was die umlaufenden Gerüchte von der bevorstehenden Ausschreibung neuer Wahlen betrifft, so erklärt die „France", daß sie dieselben weder bestätigen, noch dementiren könne. Offenbar ist man mit dieser Frage im Rathe der Regierung ernstlich beschäftigt. — Der „Etendard" vernimmt, daß der preußische Finanzminister Herr v. d. Heydt damit beschäftigt ist, eine Reform des norddeutschen Münzsystems in der Richtung vorzubereiten, wie dies in der im vorigen Jahre zu Paris von dem Prinzen Napoleon präsidirten Münzkonferenz vorgeschlagen wurde. — „Liberté" und „Journal de Paris" lassen die ihnen beiden von einem bekannten Tartaren in's Haus gebrachte Ente aufsteigen, daß der Papst kürzlich den versammelten Cardinälen den motivirten Rath gegeben hätte, nach seinem Tode den jungen Cardinal Bonaparte zu seinem Nachfolger zu erwählen. — Der „Gazette de France" zufolge steht eine neue Broschüre des Bischofs Dupanloup bevor, welche nichts Geringeres als die Existenz atheistischer Mädchenschulen in Paris, unter den Augen des Herrn Cultusministers Duruy, enthüllen soll. — Die beiden über den „Figaro" und die „Situation" verhängten Urtheile liegen nun vor. Dem Herrn Jules Richard wird zum Vorwurf gemacht, sich „heftiger, grober, kränkender und höhnischer Ausdrücke" bedient zu haben; dagegen hat Herr Grenier nur „die Grenzen der Kritik überschritten", als er schrieb, „daß die Kammer impotent geworden ist, daß sie allenfalls noch bis zum Juli ihr hinfälliges und miserables Dasein fristen kann und daß sie traurige Erinnerungen zurücklassen wird." — Ebenfalls gestern wurde vor der Zuchtpolizei der Prozeß der Association internationale des travailleurs verhandelt. Den fünfzehn Angeklagten wurde zur Last gelegt, daß sie einem Verein von mehr als zwanzig Personen angehören, und obgleich dieser Verein seinen Sitz in London und nur ein Bureau in Paris hat und das letztere eine ganze Zeit unangefochten wirkte, ja sogar die öffentlichen Blätter über seine Wirksamkeit berichteten, wurden die Angeklagten doch des Vergehens unerlaubter Association für schuldig erklärt und zu je 100 Frcs. Strafe verurtheilt, der Verein selbst aber wurde aufgelöst. — Wie das „Journal de Paris" vernimmt, sind wirklich, besonders in den Schlußconclusionen, verschiedene Veränderungen oder Kürzungen im letzten Augenblicke von den „titres de la dynastie" vorgenommen worden. Es fehlen in der Ausgabe namentlich die Ausführungen über die Entwicklung, der die Verfassung von 1852 fähig sein kann, und dann eine ziemlich warme Lobrede auf die Majorität des gesetzgebenden Körpers. — In militärischen Kreisen, sagt das „Journal de Paris", soll von der Bildung eines Lagers in der Nähe von Toulouse die Rede sein (wegen der kürzlich dort stattgefundenen Unruhen?). — Wie aus Bordeaux berichtet wird, ist die Einschreibung für die mobile Nationalgarde auch dort nicht ohne Störung vor sich gegangen. Das Organ der Präfektur, das „Journal de Bordeaux", meldet: „Einige Gruppen durchzogen die Straßen, aber sie bestanden aus Individuen, welche nicht zur mobilen Garde berufen sind. Fünf oder sechs Schreier wurden verhaftet. Offenbar liegen Umtriebe zu Grunde und man möchte die Unruhen von Toulouse mit denselben Mitteln, wie dort, wiederholen, aber das wird nicht gelingen." Der Präfekt von Toulouse ist am 20. ds. in Paris angekommen.

Großbritannien. [Der St. Patrickstag] ist in London wie in Dublin durchaus ruhig, viel ruhiger als in den früheren Jahren, wo keine politische Aufregung herrschte, verlaufen. (St. Patrick

ist der Schutzpatron der Irländer.) In Dublin fand die gewöhnliche große Parade vor dem Lord Statthalter statt. Letzterer, der mit einem mächtigen Strauß von Kleeblättern, vom nationalgrauen Bande umwickelt, erschien und den irländischen Orden von St. Patrick trug, wurde für dieses dem Nationalgefühl gemachte Kompliment mit lautem Beifall begrüßt. Der einzige Ort, wo es zu Ruhestörungen kam, war Manchester, wo der bekannte Murphy, ein fanatisches Werkzeug der Orangisten, den Irländern gegenüber, die den Festtag ihres Schutzheiligen feierten, eine Demonstration versuchte. Er erschien mit einer Schaar seiner Anhänger auf einem Gemeindegrundstück in der Nähe von Bright's Wohnung und begann sein Zelt aufzurichten mit der Absicht, eine seiner bekannten zügellosen Deklamationen loszulassen. Die Nachbarn waren indessen nicht gesonnen, Unordnungen aufkommen zu lassen und nach einigem Hin- und Herstreiten entschied eine Polizeitruppe von einigen 40 Mann gegen den Agitator, und sein schnell emporgewachsenes Zelt entschwand eben so schnell wieder vom Platze. Daß die gehegten Besorgnisse nicht ungegründet waren, bewies später am Abend eine Ansammlung von Gesindel vor einer der katholischen Kirchen, in der eben Gottesdienst gehalten wurde. Als man versuchte, die Kirche zu stürmen, strömte das Volk hervor, Schüsse knallten und ein ernstes Handgemenge erfolgte, bis auch hier die Polizei intervenirte. Später wurde Murphy als Anstifter der Unordnungen verhaftet, später aber gegen eine Bürgschaft von 200 L. wieder in Freiheit gesetzt.

Italien. [Ueber die Vorarbeiten zu dem noch in diesem Jahre bevorstehenden großen ökumenischen Konzil] schreibt man aus Rom, 16. ds. Mts., der „Corr. Ital.", daß, vom Standpunkte der politischen Angelegenheit Europas aus betrachtet, für den Fortgang derselben die beabsichtigte Versammlung von einer weittragenderen Bedeutung sein werde, als gar Viele sich träumen lassen. Es unterliege keinem Zweifel, daß wohl einige religiöse Fragen vor das Forum des versammelten gesammten katholischen Episkopats gebracht würden, aber die Mehrzahl der Kanons, welche der Gutheißung des Konzils vorgelegt werden, beziehen sich auf Fragen der liberalen Organisation der modernen Gesellschaft. Man erwäge nun, daß ein verstärkter Syllabus, als Kanon der heiligen Synode verkündet, in die ganze katholische Glaubenswelt geschleudert werden soll, und man vergegenwärtige sich die Wirkung, wenn mit dieser Manifestation eine allgemeine Reaktion in's Werk gesetzt wird, deren Haupt die Jesuiten und deren Arm die aufgeregte (?) ländliche katholische Bevölkerung sein soll. Der Korrespondent versichert schließlich, daß er über die im Geheimen betriebenen Vorarbeiten die verläßlichsten und genauesten Informationen erhalten habe, aber, um Niemanden zu kompromittiren, nicht veröffentlichen, sondern nur im Allgemeinen andeuten dürfe, daß eine umfassende und sehr ins Detail gehende Arbeit von den Kongregationen vorbereitet wird, um im Namen der Kirche alle konstitutiven Grundprinzipien der modernen Gesellschaft mit Einem Schlage zu verdammen. (Ein kalter Schlag!)

Nichtpolitische Zeitung.

[Der Naturforscher.] Wochenblatt zur Verbreitung der Fortschritte in den Naturwissenschaften. Das Februarheft dieser für Gebildete aller Berufsklassen bestimmten Zeitschrift enthält namentlich folgende Aufsätze: Astronomie: Die Intensität des Lichts an verschiedenen Punkten der Sonnenscheibe. — Spektralanalyse der Fixsterne. — Meteorologie: Ein horizontaler Regenbogen. — Temperaturverhältnisse der oberen Luftregionen nach Sonnenuntergang. — Ueber die Ursachen der Passatwinde. — Physik: Erdelektrizität. — Eine neue Wirkung des Lichtes. — Die Absorption der Wärme. — Färbung des Glases durch das Sonnenlicht. — Ueber die Messung der Lichtwellen. — Chemie: Das Ozon. — Das Wesen der Leuchtgasflamme. — Das Spektrum der Bessemerflamme. — Uebersättigte Gaslösungen und chemische Verbindungen. — Aethylen. — Paläontologie: Die fossile Fauna der Steinsalzablagerung von Wieliczka in Galizien. — Die miocäne Flora der Polargegenden. — Physiologie: Die Ursache der Athembewegungen. — Botanik: Das Licht und das Athmen der Wasserpflanzen. — Agrikultur: Das Umlegen des Getreides. — Das Kali und das Natron in den Pflanzen. — Kosmologie: Meteorsteine und ihre künstliche Nachbildung. — Geographie: Die französische Nordpol-Expedition.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$68^1/_4$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$64^5/_8$—$^1/_4$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55—$54^7/_8$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
"	$4^1/_2$pCt.	$42^1/_2$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102^1/_4$ P.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^1/_2$ P.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$93^1/_2$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^1/_4$ P.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^1/_2$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^1/_4$ P. $^1/_8$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_4$ P.
Württemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^1/_8$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^5/_8$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^5/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	81 P. $80^3/_4$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^3/_8$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	$76^5/_8$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	$75^1/_4$—$^3/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	730 P. 728 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$195^1/_2$—95 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^1/_4$ P. 30 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	232 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93^1/_4$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$260^1/_2$ P. $59^1/_2$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$120^1/_2$ P. 20 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64^1/_4$ P. 64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156^3/_4$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$106^7/_8$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132^5/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 P. $51^3/_4$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^3/_4$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43^1/_4$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$120^3/_4$ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^3/_4$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72^3/_4$—$^5/_8$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$136^1/_4$ P.
" do. v. 1864	$88^1/_2$—$^3/_4$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$98^1/_8$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^3/_8$ P.
Badische fl. 35	$51^3/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^3/_8$ P. $^1/_4$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144^1/_2$ P.
" fl. 25 do.	$35^1/_2$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_2$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25^1/_8$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$32^3/_8$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$—$^1/_2$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^3/_4$—$^7/_8$ G.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	98 P. $97^3/_4$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104^7/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^5/_8$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104^3/_4$—$^7/_8$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119^5/_8$—$^3/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$103^1/_8$ P. $102^7/_8$ G
do. in öst. W. 1. S.	$103^1/_8$ P. $2^7/_8$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 24. März. Die österreichischen Unificationspläne äußern nachgerade eine lähmende Wirkung auf die Börse, welche im Augenblick wieder eine ängstlich zurückhaltende Position einnimmt. Der Tenor des heutigen Verkehrs war matt und lustlos, obwohl österr. Spekulationspapiere ihren Cours um eine Kleinigkeit aufbesserten. Oesterr. Anlagepapiere dagegen waren theilweise um Bruchtheile billiger zu haben. Süddeutsche waren im Ganzen offerirt, badische und bayerische Loose jedoch eine Schwebung fester. Neue Württemberger wurden zu $92^3/_4$ gemacht. Amerikaner blieben ungefähr auf dem gestrigen Niveau stehen. Darmstädter Bank wurden 2 fl. höher bezahlt. Devisen etwas fester. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 86.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 26. März 1868.

Der Verwaltungsgerichtshof.

Der Abg. Dr. Brater faßt in seinem Referate über den Gesetzentwurf, „die Errichtung eines Verwaltungsgerichtshofs betr.“, die Vortheile der neuen Einrichtung, wie der vom Ausschuß modifizirte Entwurf sie gestalten würde, folgendermaßen zusammen:

Die Verwaltungsstellen, insbesondere Ministerien und Kreisregierungen, sind durch die Natur ihres Amtes darauf angewiesen, das wohl- oder übelverstandene Interesse der Gesammtheit höher zu halten als das Recht der Einzelnen; es mangelt ihnen folglich die Unbefangenheit des Urtheils in denjenigen Fällen, wo nach der bestehenden Einrichtung die Prüfung und Anerkennung von Rechten, ohne Rücksicht auf das öffentliche Interesse, in ihre Hand gelegt ist. Dieser Uebelstand wird ermäßigt oder beseitigt, wenn die richterliche Funktion der Verwaltungsstellen auf den Verwaltungsgerichtshof übergeht. Ein überwiegend aus ehemaligen Administrativbeamten zusammengesetztes Kollegium, dessen ausschließliche Aufgabe die Rechtsprechung ist, wird mit größerer Unbefangenheit, ohne für oder wider das öffentliche Interesse Partei zu ergreifen, die Pflichten des richterlichen Berufes erfüllen.

Bei den Verwaltungsstellen bildet sich in Instruktionen und Präjudizien eine Gesetzesauslegung, die nicht selten auf Kosten des Rechtes die öffentlichen Interessen, oder was dafür gilt, begünstigt. Diese Auslegung ist dann maßgebend für die Entscheidung aller einzelnen Fälle von der ersten bis aufwärts zur letzten Instanz, so daß ein wirklicher Instanzenzug, eine wiederholte Prüfung der Rechtsfrage thatsächlich nicht stattfindet. Die Deutung, die ein Minister oder Ministerialreferent dem Gesetze gegeben hat, beherrscht, so augenscheinlich ihre Unrichtigkeit und so empfindlich ihre Wirkung sein mag, die Praxis der Behörden im ganzen Lande. Dieser Uebelstand kann nur gehoben werden, wenn als letzte Instanz ein Gerichtshof urtheilt, der an Instruktionen nicht gebunden und bei der Auslegung des Gesetzes für fremdartige Rücksichten weniger empfänglich ist. Für alle diejenigen Rechtsfälle, die bisher bei den Unter- und Mittelbehörden nach ministeriellen Instruktionen behandelt wurden, wird in der That erst mit Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes ein Instanzenzug eingeführt.

Das Verfahren bei den Behörden, die zur Zeit als Verwaltungsgerichte fungiren, ist ein schriftliches und geheimes; die ganze Prozedur ermangelt überdies, mit wenigen Ausnahmen, der gesetzlichen Feststellung. Soweit die Ministerien noch eine Berufungsinstanz bilden oder ihr „problematisches Oberaufsichtsrecht“ ausüben, gründet sich die endgültige Entscheidung selbst der wichtigsten und schwierigsten verwaltungsrechtlichen Fragen nicht auf Kollegialbeschlüsse, sondern auf das Gutbefinden eines einzelnen Mannes. Das Verfahren bei dem Verwaltungsgerichtshof wird von diesen Fehlern frei sein; kann auch die vollständige gesetzliche Regelung desselben nicht sogleich erfolgen, so sind doch alle wesentlichen Grundsätze durch Art. 13 schon jetzt sicher gestellt. Insbesondere ist die in den Entwurf aufgenommene Mündlichkeit und Oeffentlichkeit der Verhandlungen unter den Bürgschaften einer gründlichen, gewissenhaften, von fremdartigen Einflüssen unabhängigen Rechtspflege als die zuverlässigste erprobt. Sogar dem rücksichtslosesten Mißbrauch aller der Staatsgewalt zur Verfügung stehenden Mittel gelingt es nicht so leicht, einen unter dem Schutze der Mündlichkeit und Oeffentlichkeit berathenden Gerichtshof seiner Pflicht zu entfremden.

Nicht ohne Werth ist es ferner, daß der Entwurf den Mitgliedern des Verwaltungsgerichtshofes, um die Unabhängigkeit ihrer Stellung zu unterstützen, jene besonderen Rechte einräumt, welche den richterlichen Beamten verfassungsmäßig zustehen. — Ein Vortheil anderer Art, den die Thätigkeit des Verwaltungsgerichtshofes in Aussicht stellt, ist in den Motiven zum Gesetzentwurf mit folgenden Worten geschildert: „Seine unparteiische Rechtsprechung wird mehr als alles andere die dem positiven öffentlichen Recht noch anklebenden Mängel und Lücken zum Bewußtsein bringen und deren legislative Abstellung veranlassen; das prinzipielle Gewicht seiner Entscheidungen aber wird wesentlich dazu beitragen, eine möglichst gleichmäßige Handhabung der Verwaltungsnormen zu vermitteln und auf diese Art in doppelter Richtung für die Verbesserung des Verwaltungsrechtes von großem Nutzen sein.“ Die hier betonte Gleichmäßigkeit der Gesetzesanwendung hat man bisher auf dem Wege der Instruktion erstrebt und mehr oder weniger erreicht, jedoch häufig — wie oben bemerkt ist — nicht zum Vortheil der Staatsangehörigen. Die wohlthätige Wirksamkeit des Verwaltungsgerichtshofes muß sich gerade darin bewähren, daß das Uebermaß der Instruktionen gemindert und bei Abfassung derselben eine heilsame Vorsicht geübt wird. Die Instruktion soll nicht, wie sie es bisher gerne gethan hat, an die Stelle des Gesetzes treten, indem sie den Behörden irgend eine Auslegung gesetzlicher Bestimmungen über Rechte und Pflichten der Staatsangehörigen als bindende Norm vorzeichnet. Diese Art der Instruktionsertheilung

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VII. Sitzung am 14. März 1868.

1) Hr. Semper demonstrirt ein der Gesellschaft übermitteltes Schnabelthier.

2) Hr. Stöhr stellt der Gesellschaft zwei Kranke mit Komplikation von Lues und Variolen vor und knüpft daran einen längeren Vortrag über das gleichzeitige Auftreten beider Erkrankungen.

3) Hr. Wagner schildert im Anschlusse an seinen letzten Vortrag über die wichtigeren chemisch-technologischen Produkte auf der Pariser Industrieausstellung im Jahre 1867 die Fortschritte in der Gewinnung der Kali- und Natronsalze. Vortragender beginnt mit einer Schilderung des Staßfurter Steinsalzlagers, dessen Erschließung nicht nur von großer Tragweite ist durch die Unermeßlichkeit des Salzlagers, welches auf Jahrtausende hinaus einen großen Theil von Centraleuropa mit Speise-, Gewerbs- und Agrikultursalz versehen könnte, sondern auch dadurch hauptsächlich, daß es die Industrie mit neuen Rohstoffen, mit den Staßfurter Mineralien beschenkt, deren Verarbeitung, wie die vorjährige Ausstellung lehrte, eine Kette blühender Gewerbe bildet. In dem Staßfurter Steinsalzlager und seinen Salzmineralien sind (mit alleiniger Ausnahme des Jods) alle Bestandtheile des Meerwassers vollständig vorhanden. Es müssen folglich solche Lager durch Eintrocknen von Meeren oder Salzseeen gebildet worden sein, wie wir denn heute noch unter unsern Augen in der Nähe des Eltonsees, am todten Meere, an dem durch die Mormonen bekannt gewordenen Salzlake bei Utah im Osten von dem Felsengebirge in Nordamerika derartige Salzlager sich bilden sehen. Insbesondere aber bietet der Caspische See ein belehrendes Beispiel einer solchen Salzanhäufung. Der langgestreckte See hat an seiner Ostseite den Kara Bogas, einen mehr gerundeten Nachbarsee oder eine Nebenabtheilung, welche durch Landzungen soweit von dem Hauptgewässer abgeschnitten ist, daß nur ein Verbindungskanal von etwa 100 Meter Breite und 1,6 Meter Tiefe übrig bleibt. Der Kara Bogas ist den austrocknenden Nord- und Ostwinden besonders ausgesetzt, sein Wasser verdunstet daher rasch, wird aber in demselben Maße aus dem Caspi-See immer wieder ergänzt und es geht die Verdunstung und der Wiederersatz so rasch, daß in dem Kanal immer eine bedeutende Strömung herrscht. Nach der übergehenden Wassermenge, welche 3½ Prozent Salz in Lösung hält, hat man nun geschätzt, daß täglich 60,000 Zentner neues Salz nach der großen Abdampfpfanne hinüberbefördert werden; dies macht im Jahre 22,000,000 Zentner. Bei solcher Zufuhr muß sich schließlich die ganze Vertiefung mit ausgeschiedenem festen Salze ausfüllen, das schon jetzt in unbekannter Mächtigkeit den Boden des Kara Bogas bildet, während die ganze Umgebung dergestalt mit Salz imprägnirt ist, daß keine Spur von Thier- und Pflanzenleben dort bestehen kann. Liegt die Salzpfanne einmal trocken, so werden die Winde auch nach und nach für eine Sand- und Erdbedeckung sorgen, bis vielleicht in ferner Zukunft diese Sparkammer der Natur den Menschen ebensowohl zu Statten kommen wird, als der Gegenwart der große Fund in Staßfurt.

wird allmälig verschwinden, wenn ein Gerichtshof besteht, welcher die den Behörden heute zur allgemeinen Nachachtung eingeschärfte Auslegung des Gesetzes morgen vielleicht in einem einzelnen Fall für unrichtig erklären würde.

Man ist überhaupt zu der Erwartung berechtigt, daß der Verwaltungsgerichtshof schon durch die einfache Thatsache seiner Existenz dazu beitragen wird, den Sinn für Recht und Gesetzlichkeit im Bereiche der Verwaltung zu befestigen und auszubreiten. Wenn bei der bestehenden Organisation dem Beamten die Versuchung nahe liegt, sich seinen Vorgesetzten dadurch zu empfehlen, daß er auch Rechtsfragen nach administrativen Rücksichten behandelt, so wird künftig die Möglichkeit der Berufung an einen selbstständigen Gerichtshof, der zum Wächter des Rechtes bestellt ist, ihm andere Erwägungen aufdrängen. Die Staatsregierung kann unmöglich wünschen, daß der Gerichtshof häufig in den Fall gebracht werde, rechtswidrige Verfügungen der Unterbehörden außer Wirksamkeit zu setzen; sie wird selten Ursache haben, dem Beamten ihre Gunst zuzuwenden, der durch solche Amtshandlungen die Verwaltung öffentlich compromittirt; sie wird sich vielmehr veranlaßt sehen, eine gewissenhafte Prüfung der Rechtsfragen, sorgfältige Beweiserhebung, gründliche Motivirung der Beschlüsse von den Unterbehörden ernstlich zu fordern. Der Verwaltungsgerichtshof soll kein Staatsgerichtshof sein, der zur schiedsrichterlichen Entscheidung berufen ist, wenn zwischen Regierung und Volksvertretung ein Verfassungskampf ausbricht. Schon die einseitige Ernennung seiner Mitglieder durch die Regierungsgewalt würde ihn unfähig machen, dieser Aufgabe zu genügen. Er urtheilt nur in letzter Instanz über die öffentlichen Rechte und Pflichten der einzelnen Staatsangehörigen und der Gemeinden. In diesem beschränkten Wirkungskreise aber kann seine Thätigkeit allerdings dazu beitragen, dem Ausbruche von Verfassungsconflicten vorzubeugen, die den ganzen Staatskörper ergreifen und erschüttern.

Süddeutschland.

Bayern. b. **München**, 24. März. [**Offiziers-Adspiranten.**] Se. Maj. der König hat durch allerhöchste Entschließung vom 21. l. M. die folgenden organischen Bestimmungen für Offiziers-Adspiranten der aktiven Armee genehmigt: Die Ernennung zum Offizier der aktiven Armee ist jedem ihr Angehörigen dann zugänglich, wenn derselbe die hiefür erforderliche Befähigung als „Offiziers-Adspirant" nach den hier nachfolgenden Bestimmungen erlangt und nachgewiesen hat. 1) Diese Offiziers-Adspiranten scheiden sich in Offiziers-Adspiranten 1. und 2. Klasse; 2) der Offiziers-Adspirant 2. Klasse führt die Benennung „Kadet"; er hat den Rang vor dem Sergeanten und nach dem Feldwebel, trägt die Uniform eines Sergeanten, Secondjägers, 2. Wachtmeisters, Feuerwerkers oder Untermeisters, sowie das bisherige Junkers-Portepée und wird von den Untergebenen mit „Herr" angesprochen. Die Ernennung der Offiziers-Adspiranten 2. Kl. erfolgt durch die Kommandanten der bezüglichen Heeresabtheilungen. In so ferne sich diese Offiziers-Adspiranten nicht in Militär-Bildungsanstalten befinden, haben sie Unteroffiziersdienste zu erlernen und zu verrichten. 3) Der Offiziers-Adspirant 1. Kl. führt die Benennung „Junker"; er hat den Rang vor dem Feldwebel und nach dem Unterlieutenant, trägt die bisherige Junkersuniform und wird von den Vorgesetzten und Untergebenen mit „Herr" angesprochen. Die Ernennung der Offiziers-Adspiranten 1. Kl. erfolgt durch das Kriegsministerium. Diejenigen, welche sich nicht in Militär-Bildungsanstalten befinden und bereits die verschiedenen Unteroffiziersdienste erlernt haben, verrichten die Dienste eines Unterlieutenants. 4) Die Offiziers-Adspiranten beider Klassen zählen in die Kategorie von Unteroffizieren und es treten dieselben, wenn sie die Befähigung zum Offizier nicht erlangen, nach Vollendung ihrer Dienst- oder Kapitulationszeit in der aktiven Armee unter Enthebung ihrer Eigenschaft als Offiziers-Adspiranten als Unteroffiziere in die Reserve, bezw. Landwehr. Die Offiziers-Adspiranten beider Klassen stehen im Verbande der Kompagnien, Eskadronen oder Batterien. 5) Die Offiziers-Adspiranten beider Klassen haben in der Kaserne zu wohnen und in derselben Anspruch auf von der übrigen Mannschaft abgesonderte Casernirungsräume. Die Offiziers-Adspiranten 2. Kl. haben die Bezüge eines Sergeanten, Secondjägers, 2. Wachtmeisters, Feuerwerkers oder Untermeisters; jene 1. Kl. die Bezüge eines Feldwebels, Oberjägers, 1. Wachtmeisters, Oberfeuerwerkers oder Obermeisters. Außerdem genießen sämmtliche Offiziers-Adspiranten eine monatliche Zulage von 15 fl. 6) Jeder Offiziers-Adspirant hat in den im Anschlusse an das Cadetencorps und den Vorbereitungscurs der Kriegsschule stattfindenden „militärwissenschaftlichen Curs" einzutreten. Dieser Curs hat die Dauer eines Jahres und es findet am Schlusse desselben eine für sämmtliche Offiziers-Adspiranten eines Jahrganges gemeinschaftliche Prüfung vor der Oberstudien- und Examinations-Commission statt. Das Resultat dieser Prüfung entscheidet: a) über die Befähigung zum Eintritt in den Offiziersstand und b) über den Armeerang der gemeinschaftlich Geprüften, ohne Rücksicht auf die bisherigen Rang- und Chargenverhältnisse derselben. Nur Auszeichnung vor dem Feinde enthebt von dieser Prüfung. 7) Die Oberstudien- und Examinations-Commission scheidet die Geprüften nach „besonders befähigten", „befähigten" und „nicht befähigten" aus. Ohne das Prädicat „befähigt" kann kein Offiziers-Adspirant zum Offizier gelangen. Diejenigen Offiziers-Adspiranten 2. Kl., welche die Befähigung zum Eintritte in den Offiziersstand nachgewiesen haben, werden zu Offiziers-Adspiranten 1. Kl., oder je nach dem Abgange an Offiziersstellen in der aktiven Armee nach ihrem Range unmittelbar zu Unterlieutenants befördert. 8) Wehrpflichtige oder Freiwillige, welche das Absolutorium eines bayrischen humanistischen oder Real-Gymnasiums besitzen, können nach $1/2$jähriger entsprechender Dienstleistung bei einer Heeresabtheilung zu Offiziers-Adspiranten 2. Kl. ernannt werden und haben als solche in den militärwissenschaftlichen Curs einzutreten. 9) Wehrpflichtige oder Freiwillige, welche ein derartiges Absolutorium nicht besitzen und zum Offizier gelangen wollen, haben nach Erfüllung der für die Aufnahme in die Kriegsschule bestehenden Vorbedingungen, d. i. einjähriger Dienstzeit bei einer Heeresabtheilung und bestandener Aufnahmsprüfung, in den Vorbereitungskurs dieser Militär-Bildungsanstalt einzutreten. Nach entsprechender Vollendung dieses Kurses werden dieselben zu Offiziers-Adspiranten 2. Kl. ernannt und treten als solche in den militärwissenschaftlichen Kurs ein. 10) Die mit dem Abso-

---

Das Staßfurter Steinsalzlager ist mit einer Decke von bitteren und zerfließlichen Salzen, dem sogenannten Abraumsalz, in einer Dicke von nahezu 65 Meter versehen, welche über 12 Prozent Kali enthält und dadurch für die Technik und die Landwirthschaft eine überaus wichtige Kaliquelle geworden ist. Die kalihaltigen Mineralien in dem Abraumsalz machen 55 Prozent davon aus. Sie sind der **Carnallit** (mit 26,7 Prozent Chlorkalium), der **Sylvin** (reines Chlorkalium) und der **Kainit** (mit 26,4 Prozent Chlorkalium), dessen Kaligehalt mit Leichtigkeit in Folge einer Umsetzung seiner Bestandtheile als werthvolles schwefelsaures Kali ausgeschieden werden kann. Die königliche Berginspektion zu Staßfurt, an deren Spitze der um die Hebung des Salinenwesens hochverdiente Oberbergrath F. Bischof steht, hatte in Paris neben einem sinnreich konstruirten Modell des Staßfurter Steinsalzlagers, eine Grotte aus Steinsalz und Blöcke der dortigen Kalimineralien ausgestellt, welche die Aufmerksamkeit aller Beschauer erregten und ohne Widerspruch zu den bedeutsamsten Objekten der Gesammtausstellung gehörten.

Das grönländische Mineral, der **Kryolith**, dessen Verarbeitung bereits in London 1862 genetisch ausgestellt war, wird gegenwärtig, nachdem die durch den Dänen J. Thomsen geschaffene Kryolithindustrie sich erweitert und vervollkommnet hat, in erstaunlicher Menge im Zollverein, in Oesterreich und in den Vereinigten Staaten auf Soda und auf schwefelsaure Thonerde und Alaun verarbeitet. Dem Kryolith verwandt ist der **Bauxit**, insofern auch er Thonerde in großer Menge enthält. Dieses neue Mineral, welches in Frankreich und England zur Darstellung von Alaun und schwefelsaurer Thonerde Anwendung findet, auch versuchsweise zur Soda- und Aluminiumfabrikation benutzt worden ist, kommt in unerschöpflichen Massen im südlichen Frankreich, in Krain (in der Wochein, weßhalb der Bauxit auch den Namen Wocheinit führt), in Calabrien und am Senegal vor. Er ist noch vielfacher Anwendungen fähig.

Wohl bei keinem andern chemischen Erzeugnisse tritt der unendliche Fortschritt der chemischen Industrie seit 1862 so grell hervor, wie bei den **Kalisalzen**. Während die letzte internationale Ausstellung in Kensington (1862) von Kaliverbindungen nur die aus den Pflanzenaschen dargestellte Potasche, einige Kalipräparate aus der Schlempekohle der Rübenzuckerfabriken und Chlorkalium aus dem Meerwasser und als Produkt der Kelpverarbeitung aufzuweisen hatte, zeigte sich in Paris eine gänzliche Umwandlung in der Fabrikation der Kaliverbindungen. Das Staßfurter Abraumsalz mit seinen Kalischätzen trägt die Schuld hiervon. Seit 5—6 Jahren etwa verarbeiten ein Dutzend Fabriken in Staßfurt und in dem benachbarten Leopoldshall Hunderttausende von Centnern Carnallit und Kainit zu Chlorkalium, schwefelsaurem Kali, Potasche, Kalidünger, Brom etc. etc. Die prächtigen und lehrreichen Ausstellungen der Staßfurter Firmen Vorster und Grüneberg, Adolph Frank, H. St. Douglas, Ziervogel und Teuchen, Kiesel und Lücke in Leopoldshall, geben Zeugniß von den gigantischen Verhältnissen, unter denen die Staßfurter Industrie arbeitet. Für die kosmopolitische Bedeutung der dortigen, von H. Grüneberg und A. Frank ins Leben gerufenen Kalisalzproduktion im

lutorium eines Realgymnasiums aus dem Cadetenkorps tretenden Zöglinge dieser Militär-Bildungsanstalt werden a) wenn sie von der Oberstudien- und Examinations-Commission bei Gelegenheit der Ausmusterungsprüfung das Prädicat „besonders befähiget“ erhalten, zu Offiziers-Adspiranten 1. Kl. ernannt, b) wenn sie das Prädicat „befähigt“ erhalten, treten sie als Offiziers-Adspiranten 2. Kl. in eine Heeresabtheilung ein. Außerdem können Zöglinge des Cadetenkorps, welche nicht nur allein in wissenschaftlicher Beziehung, sondern auch durch Charaktereigenschaften, militärische Haltung und Fertigkeiten sich einer ganz besonderen Bevorzugung würdig erweisen, von der Oberstudien- und Examinationskommission zur Anstellung als Unterlieutenants in Antrag gebracht werden. Diese sowie die unter a u. b genannten Zöglinge des Cadetenkorps haben nach ½jähriger Dienstzeit bei einer Heeresabtheilung in den militärwissenschaftlichen Curs einzutreten und sich der am Schlusse dieses Curses stattfindenden Prüfung zu unterwerfen. 11) Militärtauglichkeit in körperlicher, sowie entsprechende Qualifikation in sittlicher und militärischer Beziehung wird selbstverständlich bei den Ziffer 8, 9 und 10 vorstehend festgestellten Normen vorausgesetzt. 12) Die Ziffer 6 vorgezeichnete Prüfung am Schlusse des militär-wissenschaftlichen Kurses entscheidet auch über das Verbleiben in der Artillerie und dem Genie-Regimente, sowie über den Eintritt in die Artillerie- und Genieschule. Offiziersadspiranten, welche von der Oberstudien- und Examinationskommission hiefür befähigt erachtet werden, haben nach dem Austritte aus dem militärwissenschaftlichen Kurs und vor dem Eintritte in die Artillerie- und Genieschule eine ½jährige Uebungszeit bei einem Artillerie- oder dem Genie-Regimente abzuleisten. 13) Nur solche Offiziersadspiranten, welche bei der am Schlusse des militärwissenschaftlichen Kurses stattfindenden Prüfung das Prädikat „besonders befähiget“ erlangen, können sich seinerzeit um Aufnahme in die Kriegsakademie melden. 14) Sämmtliche Bestimmungen in Bezug der bisher bestandenen Charge der Junker und der bisherigen Kadeten, welche auf vorstehende Normen eine Anwendung nicht finden können, werden hiemit aufgehoben. Junge Leute, welche gemäß der früheren gesetzlichen Bestimmungen das Prädikat „Kadet“ bereits erworben haben, behalten dasselbe, treten jedoch hiedurch allein in keiner Weise in die nunmehrige Kategorie von Offiziers-Adspiranten II. Klasse ein.

Ausland.

Frankreich. [Die Unruhen in Bordeaux.] Die Einzelnheiten, welche über die am 20. in Bordeaux stattgefundenen Unruhen von dem offiziösen „Journal de Bordeaux“, der „Gironde“ und dem „Courrier de la Gironde“ mitgetheilt werden, liefern den Beweis, daß dieselben einen weit ernsthafteren Charakter trugen, als die ersten Pariser Nachrichten voraussetzen ließen. Wie in Toulouse, so ließ sich auch in Bordeaux sofort der ominöse Ruf: vive la republique! hören, eine rothe Binde an einem Stocke befestigt, diente als Fahne, die man gegen die Polizeiagenten auf das kräftigste vertheidigte; selbst der geheiligte Rücken des Herrn Präfekten von Bordeaux soll bei dieser Gelegenheit mit einem handfesten Stocke in allernächste Berührung gekommen sein. Die Läden wurden geschlossen und nur das Aufmarschiren starker Truppenmassen konnte einen allgemeinen Ausbruch niederhalten. Gegen 6 Uhr des Abends umdrängte eine große Menschenmenge die Statue des Kaisers, die mehrfach durch Steinwürfe beschädigt wurde. Die Aufforderung vor dem Gebrauche der Waffen mußte auch diesmal erlassen werden. Das sind einige Züge aus der Physiognomie, die die Stadt Bordeaux am vergangenen Freitag, als sie der Wohlthaten des neuen Wehrgesetzes theilhaftig gemacht werden sollte, besaß. Sie stimmen ganz zu dem, was in Toulouse geschah und sind deutliche Symptome dessen, was in den Tiefen des Volkslebens gährt. Natürlich werden sich die Regierungsblätter beeilen, auch hier wieder die Mitglieder der geheimen Gesellschaften als Urheber des Ganzen zu denunciren, obwohl es der Polizei niemals gelingen will, eines dieser gespenstigen Wesen habhaft zu werden. Auch in dem Seine-Departement scheinen dieselben ihr Wesen zu treiben. Der „Constitutionnel“ sieht sich wenigstens veranlaßt, Gerüchten von Unruhen, die in Sceaux vorgefallen sein sollen, durch sein wiederholtes Dementi die bisher mangelnde Wahrscheinlichkeit zu geben. In Verondes im Cherdepartement haben sie ebenfalls gespuckt, auch dort ist es, wie das „Journel du Cher“ meldet, gelegentlich der Revisionen zu unruhigen Auftritten gekommen.

Amerika. New-York, 4. März. [Beginn des Prozesses gegen den Präsidenten.] Der Senat beschäftigte sich seit Montag mit den Einleitungen zum Prozeß gegen den Präsidenten. Am Montag wurden eine Menge Formfragen discutirt, und es ist charakteristisch für die Redseligkeit der Mitglieder unseres Oberhauses, daß nicht weniger als fünf Stunden lang darüber discutirt wurde, ob den Rednern während der Prozeßverhandlung eine oder zwei Stunden als Maximalfrist zur Auseinandersetzung ihrer Ansichten gewährt werden sollen. Schließlich einigte man sich erfreulicher Weise für eine Stunde.

Heute wurde nun mit dem eigentlichen Prozeßverfahren begonnen, und zwar ließ zuerst der Senat an die Deputirtenkammer die Nachricht gelangen, daß er bereit sei, den Anklage-Akt entgegenzunehmen. Kurz nach 1 Uhr öffneten sich die Thüren des Sitzungssaales des Senats und es traten herein die, von ihren Collegen gefolgten Mitglieder der vom Repräsentantenhause eingesetzten Anklage-Commission, deren Erscheinen der Ordner des Senats dem Hause mit den Worten ankündigte: „Die vom Repräsentantenhause eingesetzten Kläger, um den Anklageakt zu überreichen.“ An der Spitze der Commission schritt Mr. Bingham einher, der den Mr. Boutwell am Arme führte, ihnen folgten die Herren Wilson und Williams, dann Stevens, der mühsam an seinem Stock sich aufrecht hielt, und schließlich Logan und Butler. Alle nahmen Platz in der Nähe des Präsidentenstuhls, und nachdem wieder völlige Ruhe eingetreten war, erhob sich Mr. Bingham und richtete folgende Worte an den Senat:

„Die vom Repräsentantenhause eingesetzten Ankläger sind, wenn es dem Senate gefällt sie anzuhören, bereit, vor denselben die von dem Repräsentantenhause gegen Andrew Johnson, Präsident der Vereinigten Staaten, erhobene Anklage vorzutragen.“

Der Vorsitzende, Mr. Wade, befiehlt nun dem Ordner, der Versammlung von dieser Aufforderung Mittheilung zu machen und

---

Verein mit der Erzeugung anderer chemischen Produkte, wie Glaubersalz und Brom, spricht der Umstand, daß die Zukunft der Meerwasserverarbeitung im Süden Frankreichs, die sich durch die Bemühungen Balard's und Merle's im Laufe der letzten zwanzig Jahre zu einem blühenden und lohnenden Gewerbszweige entwickelt hatte, durch die Staßfurter Kaliindustrie in Frage gestellt ist, daß die schottischen und französischen Kelp- und Jodfabriken mit bangen Sorgen auf das Damoklesschwert blicken, das in Gestalt von Staßfurter Chlorkalium und Staßfurter Brom über ihren Häuptern schwebt. Große Massen der durch die Kainit- und Carnallitzersetzung entstehenden Kaliverbindungen (Kalisulfat und Chlorkalium, von letzterem wurden 1866 500,000 Centner produzirt) kommen bereits der Landwirthschaft, der Salpeterbereitung und der Fabrikation von Potasche zu gute. Was übrigens die Potasche betrifft, so stammt, wie die Ausstellung des Zollvereins, Oesterreichs, Belgiens, Frankreichs und Rußlands lehrt, ein großer Theil der im Welthandel vorkommenden Sorten noch immer aus Holzasche, ein anderer Theil noch aus der Schlempekohle der Rübenzuckerfabriken. Im Jahre 1865 erreichte die Potaschenfabrikation aus Schlempekohle das enorme Quantum von 240,000 Centnern welche sich auf folgende Länder vertheilen:

Frankreich	96,000	Centner,
Zollverein	86,000	„
Oesterreich	38,000	„
Belgien	20,000	„
	240,000	Centner.

Wenn noch im Jahre 1862 zur Zeit der Londoner Ausstellung die Potaschegewinnung aus Rübenmelasse als irrationell bezeichnet werden konnte, „indem es vernünftiger sei, die Kalisalze der Melasse den Rübenfeldern zurückzuerstatten, als sie in den Handel zu bringen,“ so ist heute die Sachlage eine andere. Mit Recht verkauft der Rübenzuckerfabrikant die Kalisalze der Melasse und gibt dem Boden in Form von billigem Staßfurter Kalidünger das, was demselben durch die Vegetation der Rübe entzogen wurde. Indem das Kalipräparat durch den Rübenorganismus wandert, findet im technologischen Sinne eine Veredlung, d. h. eine Wertherhöhung statt.

Muster von Potasche aus Feldspath tauchen auch in Paris wieder in der englischen Abtheilung auf. Da geologische Gründe dafür sprechen, daß Carnallit und Kainit auch noch anderswo als in Staßfurt sich finden werden, so dürfte die schon oft ventilirte Frage der Kaligewinnung aus feldspathigen Gesteinen ad calendas graecas oder mindestens so lange zu vertagen sein, bis das letzte Kilogramm Carnallit aufgearbeitet ist. Auch die Wollschweiß-Potasche von Maumené und Rogelet machte in Paris noch einen schüchternen Versuch, das durch die Großmacht in Staßfurt verlorene Terrain wieder zu erobern, jedoch mit geringem Erfolge. Trotz alledem bietet diese eigenthümliche Potaschengewinnung Stoff genug zum Nachdenken für den Schafzüchter und für den Physiologen. Denn sehr nahe liegt der Gedanke, daß, da die Bildung des Wollhaares und Abscheidung von Kalisalzen in dem Organismus des Schafes zu gleicher Zeit und an dem nämlichen Orte stattfinden, möglicherweise eine vermehrte Kalizufuhr die

der Ordner läßt hierauf das geschäftsordnungsmäßige Oyez! Oyez! ertönen. Alle Welt muß nun bei Gefängnißstrafe sich ruhig verhalten, während die Abgeordneten des Repräsentantenhauses dem Senat die Anklageakte vorlesen, was durch Hrn. Bingham unter lautlosem Stillschweigen erfolgt. Die Tribünen sind gedrängt voll, hunderte von Personen drängen sich in den Corridors, aber man vernimmt nicht das geringste Geräusch, Alles horcht gespannt auf die Vorlesung, welche die anderen Mitglieder der Anklage-Commission stehend anhören.

Nachdem Mr. Bingham geendigt, antwortet der Vorsitzende Mr. Wade: „Der Senat wird den Anklageakt pflichtgemäß in Erwägung ziehen, und das Repräsentantenhaus weiter verständigen," und hierauf zogen die sämmtlichen anwesenden Mitglieder des Repräsentantenhauses sich zurück.

Im Verlaufe der heutigen Sitzung hat der Präsident auch ein Schreiben des Mr. Chase, des Chief-justice, entgegengenommen, in welchem dieser seine Ansichten über die bei dem Prozeß zu beobachtenden Formalitäten ausspricht. Hr. Chase ist der Meinung, der Senat hätte sich als Gerichtshof, als „Court of impeachment" konstituiren sollen, ehe er die Anklageakte entgegennahm, ein Vorwurf, der nun allerdings etwas post festum kömmt.

Von der Suspension des Präsidenten während der Prozeßdauer ist nicht mehr die Rede. Der Senat selbst hat gestern noch mehrere, vom Präsidenten ausgegangene Ernennungen bestätigt, und er dürfte den Verkehr mit dem weißen Hause allem Anscheine nach nur für jene Stunden unterbrechen, in denen er eben als Gerichtshof wider Hrn. Johnson versammelt sein wird. (Acht amerikanisch!)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	68 1/2 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 7/8—1/2 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 1/8—1/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 1/4—50 7/8 G.
"	4 1/2pCt.	42 5/8 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 7/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/2 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	87 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. AS.-R. dto.	88 1/4 P. 1/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/8 P.
"	5 1/4pCt. Obl. dto.	—
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 7/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	—
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 P.
N.Amerika	6pCt. à 100dr. 1881 D. 2 1/2	76 7/8 G.
"	6pCt. ditto v. 1882	75 3/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	723 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193 1/2—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/4 P. 90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258—57 1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 1/4 P. 20 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	62 1/2 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 P. 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 1/2 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P. 5/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 1/8 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 1/2 P. 41 1/2 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	48 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleingez.	120 5/8 P. 1/8 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 1/2 P. 97 1/2 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8—1/4 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G
Paris Frs. 200 k. S.	95—1/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 7/8 P. 5/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 7/8 P. 5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71 5/8—1/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136 1/2 P.
" do. v. 1864	88 1/2—1/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 1/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 3/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 3/8 P. 1/4 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 3/4 G.
" fl. 25 do.	35 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 7/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 25. März. Unter dem Eindruck verschiedener düsteren Momente nahm die heutige Börse eine ausgesprochen schlechte Haltung an. Wiener Notirungen kamen wesentlich schlechter, wofür in Privatdepeschen als vorwiegender Grund die von der „N. fr. P." gebrachte Nachricht von französischen Anfragen in Wien Betreffs Polen angeführt wird. Dazu kam hier der jetzt bekannt gewordene Wortlaut des Unifikationsplans, über den die Meinungen sehr getheilt sind. Kurzum, die Stimmung war bei lebhaftem Geschäft ausgesprochen matt. Creditaktien verloren 3 fl., Staatsbahn 2 fl. Die österr. Anlagepapiere büßten durchschnittlich 1 pCt. ein. (Synd.)

Qualität der Wolle beeinflussen könnte. Wenn es sich um die Produktion von Wollsorten mit bestimmten Eigenschaften handelt, wäre es wirklich vortheilhaft, das Lecksalz zeitweilig durch Staßfurter Chlorkalium zu ersetzen. Es ist bemerkenswerth, daß die Schafe einem Gemenge von Chlorkalium und Chlornatrium den Vorzug geben vor reinem Kochsalz.

Daß der Salpeter in unserer kriegsbereiten Zeit auch unter den Ausstellungsobjekten einen hervorragenden Rang behaupten würde, war eine Sache, die sich von selbst verstand. Die Salpeterfabrikation hat seit der Ausstellung des Jahres 1855 in Frankreich, England und Deutschland einen totalen Umschwung erlitten. Zu jener Zeit ward ein kleiner Theil des Salpeterbedarfes durch im Inlande in Salpeterplantagen erzeugten Salpeter gedeckt, der größte Theil aber stammte aus Indien (Bombay, Madras, Pegu). Im Jahre 1855 wurden aus Indien an Salpeter ausgeführt 220,000 Centner, 1860 schon 329,200 Centner und 1865 sogar fast 550,000 Centner. Die unglaubliche Zunahme des Pulververbrauches in Folge der Kriege im Orient, in Italien und Deutschland, in den Vereinigten Staaten und in Mexiko, der gesteigerte Verbrauch an Sprengpulver in den Minen und bei den Eisenbahnarbeiten und endlich die Abnahme der Zufuhr von indischem Salpeter gab die Veranlassung, sogenannten Conversionssalpeter aus Chilisalpeter und Chlorkalium oder kohlensaurem Kali darzustellen. An Chilisalpeter ist kein Mangel; die Ausfuhr aus Südamerika betrug 1867 3,502,000 Centner und davon erheischt die Industrie des Conversionssalpeters nur einen kleinen Bruchtheil, nämlich 300,000 Centner. Dieses Quantum vertheilt sich auf

Deutschland mit 160,000 Centnern,
Frankreich " 80,000 "
Belgien " 20,000 "
Italien " 40,000 "

Nur in Schweden, in Spanien und in Rußland, vielleicht auch in einigen Theilen der Schweiz, werden noch größere Mengen von Salpeter in den Plantagen und natürlichen Salpetergruben producirt.

Die Fabrikation von Soda geschieht durchgängig noch nach dem Leblanc'schen Verfahren, welches in der That, nachdem die Schwefelgewinnung aus den Auslaugerückständen an vielen Orten mit Vortheil realisirt worden ist, mit zu den ausgebildetsten aller chemischen Prozesse gehört. Durch billigeren Bezug der Rohmaterialien — Steinsalz, Schwefel oder Schwefelkies, Kreide oder Kalkstein und Kohle, — durch Verbesserungen in der Construktion der Sodaöfen und des Auslaugeverfahrens (hier dürfte die von P. Havrez in Verviers ausgestellte und prämiirte methodische Auslaugerei besonders hervorzuheben sein), endlich durch Concentrirung des Betriebes ist es gelungen, das Leblanc'sche Sodabildungsverfahren dergestalt zu vervollkommnen, daß es allen und selbst strengen Anforderungen entspricht. Auch in Bezug auf hygienische Verhältnisse, die früher dort, wo intensive chemische Fabrikation besteht, wie bei Newcastle, in Lille, in der belgischen Provinz Namur u. s. w., viel zu wünschen übrig ließen, sind wesentliche Fortschritte hervorzuheben. Neben der Soda, die meist als calcinirte Soda in den Handel geht, stellen die meisten Sodafabriken große Mengen von Natronbicarbonat und von Aetznatron dar, welches zu vielen Anwendungen, wie in der Seifenfabrikation und der Bleicherei, bereits die Soda gänzlich verdrängt hat. In Deutschland werden erhebliche Quantitäten von Soda außer in den eigentlichen Sodafabriken, wo man nach Leblanc arbeitet, bei der Verarbeitung des Kryoliths auf Alaun und schwefelsaure Thonerde, ferner bei der Umwandlung des Chilisalpeters in gewöhnlichen Salpeter durch Potasche gewonnen. Im Jahre 1867 verarbeiteten fünf Fabriken Deutschlands 150,000 Centner Kryolith auf 270,000 Centner calcinirte Soda.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 87. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 27. März 1868.

Der Großvater des Lügenvaters.

Unter diesem Titel bringt der sehr gemäßigte Münchner „Bayr. Landbote“ folgenden Artikel:

Neulich hat der Präsident des österreichischen Abgeordnetenhauses als solcher gegen den Wortführer der Ultramontanen, Dr. Greuter, den Ausdruck „Ungezogenheit“ gebraucht. Mit noch viel mehr Recht, als dort, können wir diesen Ausdruck auf den ersten Artikel des „Volksboten“ vom Sonntag den 22. März anwenden, welcher gegen die 103 Unterzeichner des Aufrufs an die Bewohner Münchens zur Unterzeichnung einer Adresse für das Schulgesetz gerichtet ist. Unter diesen Unterzeichnern befinden sich:

1 Appelldirektor, 1 Oberappell- und Geheimrath, 1 Appellrath, 3 Staatsanwälte, 3 Notare, 8 magistratische Rechtsräthe, zusammen 17 Juristen; ferner 3 Universitäts-Professoren, 1 Obermedizinalrath, 1 praktischer Arzt, 2 Apotheker, 1 k. Münzwardein und 1 städtischer Baurath, in Summa 26 Männer, welche offenbar eine höhere Bildung genossen haben und besitzen. Dazu kommen noch 12 Magistratsräthe, 40 Gemeindebevollmächtigte und andere hervorragende Bürger und Geschäftsmänner Münchens.

Diesen 103 Männern sagt nun der „Volksbote“ zunächst nach, daß sie sich zu diesem Aufrufe haben „zusammenfangen lassen.“ Dann werden sie des „alten, fadenscheinigen Kniffs wohlfeiler Verdächtigung“ sowie „einer plumpen Lüge“ bezichtiget; „denn nichts anderes als Lüge ist es, fügt der „Volksbote“ bei, daß die eingelaufenen Adressen an die Reichsräthe das Zustandekommen eines Schulgesetzes überhaupt verhindern wollen.“ Nun sagt aber der Aufruf: „Eine Partei, die der allgemeinen Bildung sich jederzeit feindselig gezeigt hat, sucht durch Adressen an die Kammer der Reichsräthe das Zustandekommen eines Schulgesetzes zu hindern.“ Das bezieht sich doch offenbar und handgreiflich auf das der Reichsrathskammer vorliegende, und nicht auf irgend ein Schulgesetz, und mehr als eine freche Verdrehung ist es, daraus eine plumpe Lüge abzuleiten, als ob damit gesagt wäre, daß jene Adressen jedes Schulgesetz verhindern wollten. Denn gegen ein ultramontanes Schulgesetz auf Grund der Encyclica und des Syllabus würden diese Adressen sicher nicht veranlaßt worden sein. Nachdem die Anforderungen der Zeit auf Hebung des Schulunterrichts als von den Freimaurerlogen ausgehend hingestellt wurden, bezeichnet der „Volksbote“ die Berufung auf das Beispiel anderer Städte als einen Hokuspokus mit den Bewohnern Münchens, als ob in Abwehr gegen den ultramontanen Adressensturm zur Zeit nicht alle namhaften Städte Bayerns eifrigst begriffen wären! „Die Höhe der Heuchelei,“ fährt der „Volksbote“ fort, „bildet aber der Schlußsatz, wo diejenigen Väter, denen der Unterricht ihrer Kinder am Herzen liegt — derjenigen Bürger, welche nicht wollen, daß die Unwissenheit jeden Fortschritt hindere, dringend gebeten werden, diese Schwiemel-Adresse zu unterzeichnen.“ Das soll lediglich auf „ein Erschleichen von Unterschriften unter falschen Vorspiegelungen“ hinauslaufen. Sollte der „Volksbote“ wirklich nicht wissen, auf welcher Seite die Heuchelei und das Erschleichen von Unterschriften unter falschen Vorspiegelungen hauptsächlich praktizirt wird, auf welcher Seite die Wölfe im Schafspelze sprüchwörtlich zu finden sind? Hütet euch vor den Schriftgelehrten und Pharisäern, die in den Schulen gerne obenan sitzen und fressen der Wittwen Häuser — heißt es in der Bibel neuen Testamentes. Bezieht sich das vielleicht auf die Herren Erbschleicher?

Von den 103 Unterzeichnern stellt dann der „Volksbote“ in Frage, daß davon auch nur 12 das neue Schulgesetz und das Gelbert'sche Referat darüber auch nur gelesen haben, „ob wirklich ein Dutzend — oder wie viel weniger? — unter ihnen ist, welches sich über die Tragweite dieses Schulgesetzes unterrichtet, nur ein paar der darüber erschienenen Schriften gelesen hat, also weiß, was eigentlich der Aufruf bedeute, zu dessen Unterzeichnung sie sich haben einfädeln lassen? Und noch weiter muß der „Volksbot'“ fragen, ob unter allen 103 Mann wohl ein halbes oder auch nur ein viertel Dutzend ist, welche auch nur ein paar der bei den Reichsräthen eingelaufenen Adressen gesehen haben, also auch wissen, was darin steht? Wenn aber die Herren weitaus größtentheils von der eigentlichen Tragweite und den Zielen dieses Schulgesetzentwurfs gar keinen Begriff, kein Verständniß haben, wenn sie wider die Adressen gegen dieses Schulgesetz faseln und aufrufen, ohne nur den Inhalt derselben zu kennen, machen sie sich da nicht mit ihrem Aufrufe vor allen übrigen Bewohnern Münchens mehr als lächerlich? So viel glaubt ihnen der „Volksbote“ unumwunden sagen zu dürfen, daß die schlichten Landleute, und zwar nicht etwa die Gemeindevorsteher allein, über den Schulgesetz-

Der 21. März in Wien.

Aus verschiedenen Wiener Blättern stellen wir folgende lebhafte Schilderungen zusammen von der Theilnahme der Bevölkerung Wiens an der Konkordatsdebatte im Herrenhause und dem Jubel, welchen die Verwerfung der Minoritätsanträge hervorgerufen:

Während oben im Landhause die Gemüther in fiebernder Erregtheit den Augenblick der Entscheidung herankommen sahen, bereiteten sich unten im Hofe und auf der Straße Scenen vor, wie sie nur an Tagen großer historischer Wendungen und wenn eine ins tiefste Staatsleben greifende Bewegung den Volksgeist erfaßt und aufrüttelt, sich zu ereignen pflegen Menschengruppen, dichter und zahlreicher als an den beiden vorhergegangenen Tagen, hatten sich schon beim Beginne der gestrigen Sitzung gesammelt und wuchsen von Stunde zu Stunde; Frauen und Mädchen blieben fünf volle Stunden auf den Füßen, ohne vom Platze zu weichen. Dem Andrange entsprechend, hatte sich auch die Polizeimannschaft verstärkt; sie fand und nahm aber an keinem Punkt während der ganzen Zeit Anlaß, sich in Ausübung ihres Amtes in irgend welchen Konflikt mit dem Publikum zu begeben. Der Polizeidirektor, Hofrath Strobach, der in den ersten Nachmittagsstunden in dem Hofe des Landhauses erschien, fand seine Gegenwart überflüssig und entfernte sich bald.

Die Aufregung und Spannung in der sich ansammelnden Menge stieg von Viertelstunde zu Viertelstunde, je weiter, wie man wußte, oben der Gang der Debatte vorrückte.

Festigkeit und bestimmte Richtung kam erst in die Gemüther, als um drei Uhr Nachmittags Herr v. Beust herabkam und einigen Herren, die als Bekannte an ihn herangingen, mit Händedrücken die lautvernehmliche Versicherung gab, daß Alles gut stehe. Nun schlug auch die Grundstimmung des Tages zum ersten Male brausend empor. „Vivat Hoch!“ scholl es und die Hüte flogen in die Höhe und jubelnd drängte Alles an den Reichskanzler heran und zog ihm, der sich schnell zu entfernen trachtete, bis zur Wallnerstraße nach. Und, was hier gleich bemerkt werden muß, die Menge bestand nicht etwa aus dem gewöhnlichen Kontingent der Gassenscenen und Lärmdemonstrationen; die Leute, welche dastanden, hatten durchwegs den ehrsamen bürgerlichen Anstrich und graubärtige Bürgersleute gaben den Ton an.

Gegen vier Uhr, als im Saale oben der Berichterstatter der Majorität, Baron Lichtenfels, die Grabrede des Konkordats schloß, dröhnten in eigenthümlichem Zusammentreffen an die Ohren der unten Stehenden dumpfe Kanonenschläge — es wurden gerade auf dem Exercierplatze anläßlich eines militärischen Leichenbegängnisses die üblichen Salven gelöst. „Hört, das Konkordat wird begraben!“ rief Jemand unter dem Beifall seiner Umgebung.

Wenige Minuten nach 1/4 5 Uhr erschien der Erste, der die Freudenbotschaft von dem entschiedenen Siege brachte. Es war ein junger Offizier, ein Lieutenant, der mit freudestrahlendem Gesicht das Resultat der Abstimmung meldete. Ein donnernder Jubelruf empfing die Botschaft, die gleich darauf von dem Reichsrathsabgeordneten Dr. Figuly laut bestätigt wurde. Und nun begann die Reihe stürmischer Freudenscenen, die man mit angesehen und durchgemacht haben muß, um den überwältigenden Eindruck ihrer Wahrheit und Natürlichkeit nach Gebühr zu würdigen. Eine halbe Stunde lang schlugen die Hochrufe tosend und ununterbrochen in die Lüfte hinauf, sah man

entwurf augenscheinlichst unvergleichlich besser unterrichtet sind, als sie, die „gebildeten“ Herren; denn der „Volksbot“ weiß nicht nur, daß die Bauern bis in die entlegensten Theile von Unterfranken sich die Schriften über den Schulgesetzentwurf eifrigst verschafft und genau durchstudirt haben“ u. s. w.

Da hört denn doch Alles auf! Von den 103 Unterzeichnern des hiesigen Aufrufs, obwohl 17 Juristen, 3 Universitäts-Professoren u. s. w. darunter sind, haben nicht 12 einen Begriff oder ein Verständniß von den Zielen des Schulgesetzentwurfs, dagegen haben die Bauern des „Volksboten“ die ganze darüber erschienene Literatur genau durchstudirt und sie kennen sich in dieser Sache vollständig aus. Da das weder Ernst noch Scherz ist, so kann das nur Blödsinn, dummer, tollbreister Blödsinn genannt werden, darauf berechnet, den Hinterwäldler Bauernunverstand zu kitzeln und dagegen die ehrenwerthen Unterzeichner dieses Aufrufs durch eine beispiellose Ungezogenheit zu kränken. Oder sollte der „Volksbote,“ wie bei der Heuchelei und Schleicherei, so auch in der That nicht wissen, auf welcher Seite in dieser Frage die Bildung und das Wissen steht, und auf welcher die verführte Dummheit und Unwissenheit?

Schließlich jedoch bemerkt der „Volksbote“ eben so aufrichtig als wahr, daß dieser Adresse „der Schelm im Nacken sitzt“, nämlich der Schelm in der Gestalt des „Volksboten“ selbst, der ihr in den Nacken gesprungen ist, um sie zu zerreißen. Dieser ohnmächtige Versuch, welcher in seiner blödsinnigen Uebertreibung die Sache geradezu umkehrt, wird jedoch die Unterzeichner dieses Aufrufs, die er durch maßlose Ungezogenheit kränken soll, nur zu einem mitleidigen Lächeln reizen. Denn wenn eine Partei einmal zu solchen Mitteln greifen muß, dann ist sie thatsächlich schon verloren.

Süddeutschland.

Bayern. [Zur gegenwärtigen Lage.] Der „N. Z.“ schreibt man aus München u. A.: Man freut sich hier ganz besonders auch darüber, daß bei der Antwortsertheilung von Gresser (auf die Streit'sche Interpellation) vorzugsweise betheiligt ist und daß nunmehr auch er, wie früher Schlör, sich ganz entschieden gegenüber der ultramontanen Partei engagirt hat. Man verdankt ihm als Fachminister bereits äußerst wohlthätige und vernünftige Anordnungen, welche längst dringendes Bedürfniß waren. Ihn nun auch in den höheren politischen Fragen sattelfest zu wissen, dient zur doppelten Beruhigung. Wir wollen nicht zu sanguinisch sein, aber unmöglich wäre es nicht, daß der grelle Sieg des krassen Ultramontanismus besonders an der maßgebendsten Stelle gerade das Gegentheil von dem bewirkte, was die Liberalen im ersten Augenblicke befürchteten.

Regierungsdirektor v. Hörmann, unseres Wissens mit v. Gresser befreundet, wenn auch zunächst vom Finanzminister Pfretzschner zum Portefeuille empfohlen, scheint seiner Ernennung zum Minister des Innern bereits sicher zu sein. Derselbe ist, nachdem er bei einer vorigen Anwesenheit bei dem erkrankten König keine Audienz erhielt, wieder hier eingetroffen und nun vom König, obwohl derselbe noch nicht vollständig genesen ist, empfangen worden. Seine Ernennung soll eine beschlossene Sache sein. Daß v. Hörmann nicht zum Ultramontanismus neigt, und nicht die liberale Richtung des Ministeriums stören wird, scheint gewiß zu sein. Auch hört man immer häufiger sehr günstige Urtheile über seine amtliche Thätigkeit.

So bliebe also die jüngste Wahl jedenfalls ohne jede dem Ultramontanismus günstige Nachwirkung an maßgebender Stelle. Der anfängliche Rückschlag scheint selbst bei der Reichsrathskammer wieder zu verschwinden. Man pflegte ja auch in ihr wenigstens vordem einen Thermometer für die Wünsche des Monarchen selbst zu erblicken. Zwischen dem neulich berichteten Ausschußbeschluß auf den Antrag der Vertagung des Heimath- und Verehelichungsgesetzes und der Plenarsitzung muß irgend ein Ereigniß liegen. Wenigstens hat Herr v. Thüngen mittlerweile sich selbst überzeugt, daß sein eigener Antrag im Ausschuß ein Unglück gewesen wäre, und hat deshalb am 21. in pleno gegen jede Vertagung gestimmt. Freilich hat der Zollparlamentsabgeordnete v. Frankenstein den Thüngen'schen Vertagungsantrag wieder aufgenommen. Obwohl Fürst v. Löwenstein-Rosenberg (zweifelhaften Andenkens vom Krieg her) diesen Antrag, wenn auch nicht besonders geistreich, so doch warm und wiederholt unterstützte, fiel er doch mit ansehnlicher Majorität gegen acht Stimmen. Hierauf wurde das Gesetz sogar merkwürdiger Weise mit allen Stimmen gegen eine einzige, die des Zollparlamentsabgeordneten Carl Frhrn. v. Aretin, angenommen. — Die Sozialgesetzgebung schiene hiernach beinahe gesichert, und ich möchte schier meinen (vorausgesetzt, daß keine andere Windrichtung eintritt), es sei sogar auch das Schulgesetz vor den Reichsräthen seines Lebens sicher. (Es schreiten die Gesetzgebungsarbeiten dieses Landtags endlich einmal rascher vorwärts; so ist vom Sozialgesetzgebungsausschuß der 2. Kammer auch die erste Lesung der Gemeinde-Ordnung zu Ende gebracht worden.)

Für den Schulgesetzentwurf kommen nun auch Adressen bei der 1. Kammer angerückt. Man erfährt jedoch aus ganz entschieden liberalen Städten, man wolle das gerade Gegentheil vom klerikalen Fabrikationsverfahren einhalten. Die Adressen sollen nicht einmal in das Haus der Gesinnungsgenossen geschickt werden, sondern letztere sollen in gewisse öffentlich bekannt gemachte und öffentlich kontrollirbare Lokale, z. B. Zeitungs-Expeditionen, nur selbst zur Unterzeichnung kommen. Ob das praktisch ist, ist eine andere Frage.

Gr. Baden. [Zum Schulstreit.] Ein vor einigen Tagen veröffentlichter Protest des Erzbischofs gegen das neue Schulgesetz wurde durch großh. Ministerium des Innern mit Erlaß vom 23. d. Mts. in folgender Weise beantwortet:

An Se. Exz. den Hrn. Erzbischof Hermann v. Vicari in Freiburg. Ew. erzbischöfl. Exz. haben es für Ihre Pflicht gehalten, mit

---

nichts als Hüteschwenken, als das drängende wogende Gefluthe des in- und durcheinanderkreisenden Menschenwirbels. Jeder einzelne der Männer, Minister wie Abgeordnete, die irgendwie zu dem Werke, welches an dem Tage seinen Abschluß gefunden, mitgeholfen hatten, wurde mit jauchzenden Ovationen empfangen.

Der Ministerpräsident Fürst Auersperg, Herbst und Hasner, die mit einander erschienen, Brestel, Berger, Graf Taaffe, Schmerling, Lichtenfels, Grillparzer, Tegetthoff, Gablenz, Marschall Heß u. s. w. wurden nach einander von schallendem Jubelruf begrüßt und zum Thore des Landhauses hinausgeleitet. Ein einziger Mißton nur mischte sich in die festlich bewegte Stimmung, als der Wagen Sr. Eminenz des Herrn Kardinals Rauscher aus dem Treppenvorhaus in den Hof einbog; Zeichen einer lebhaften nicht sympathischen Begrüßung ließen sich in diesem Augenblicke vernehmen, wurden aber von dem Schicklichkeitsgefühle der Mehrheit sofort zum Schweigen gebracht.

Ihren Gipfelpunkt aber und ihren leidenschaftlichsten Charakter nahm die Freudedemonstration an, als der Ruf erscholl: „Giskra kömmt, Giskra hoch!“ In einem Nu war die ganze Menschenmasse in einen unlöslich durcheinander geflochtenen Knäuel zusammengeballt und inmitten dieses Knäuels befand sich der Minister, welchem der immer höher schwellende Enthusiasmus den Schritt verbarrikadirte. Nur indem er sich schieben ließ, gelang es ihm, sich langsam vorwärts zu arbeiten, umbraust von dem nicht endenden: „Hoch Giskra! Vivat Hoch!“ Es wurde sogar der sehr laute, unmaßgebliche Antrag gemacht, ihn emporzuheben und auf den Schultern zu tragen — ein Antrag, dessen Ausführung er sich sehr entschieden verbat.

So wälzte sich der Menschenstrom zum Thore des Landhauses hinaus, durch die Strauchgasse durch, in welcher aus den geöffneten Fenstern dem Minister Tücher entgegengeschwenkt wurden, den Heidenschuß hinauf, bis auf den Hof, wo es Giskra endlich gelang, sich in einen Fiaker zu werfen. Aber er war damit den Demonstrationen noch nicht entgangen. „Die Pferde ausspannen!“ scholl es und man machte schon ganz ernsthafte Miene, Hand anzulegen; da ließ der Minister das Wagenfenster herab und beschwor die allzu Gutmeinenden, von ihrem Vorhaben abzulassen, da er dringende Geschäfte habe. Mehreren Bürgern und Gemeinderäthen gelang es, die enthusiastische Menge dahin zu bringen, daß sie dem Gegenstande ihres Enthusiasmus das Pferdeausspannen „nachsah.“ Angesichts der Fenster Sr. Eminenz des päpstlichen Nuntius spielte sich diese Scene ab.

(Schluß folgt.)

Aus dem Gerichtssaale.

Bei der gegenwärtigen Schwurgerichtssession für Oberbayern kam bereits ein Dutzend Anklagefälle wider Verbrechen gegen die Gesundheit und das Leben zur Aburtheilung, die hochgradigste, an thierische Mordlust streifende That aber bildete den Gegenstand der Verhandlung vom 23. ds. Man höre den entsetzlichen Vorgang nach dem Berichte der „A. Abdztg.“ Am 29. Juli v. J. befand sich der 21jährige Schäferknecht Lorenz Sedlmaier von Geretshausen, Ger. Landsberg, damals in Stockhausen, Ger. Schrobenhausen, bedienstet, mit seiner Geliebten in einem Wirthshause zu Aichach, woselbst sich auch der Schäfer Joseph Schleicher, der in Sielenbach diente, mit einer nicht in gutem Rufe stehenden Weibsperson eingefunden. Die Gesellschaft zechte dort bis 7 Uhr und ging dann fort nach Unterwittelsbach, wo wieder eingekehrt wurde. Um 9 Uhr brachen die vier Leute auf, um nach Kühbach zu gehen. Die Bursche ließen ihre Schäferhunde, die sie bisher an der Kette geführt hatten, frei laufen, schrieen und

Schreiben vom 18., eingekommen am 21. d. M., an großh. Staatsministerium, welches uns von dieser hohen Stelle übergeben wurde, gegen das in Nr. 15 des Regierungsblattes dieses Jahres verkündigte Gesetz über den Elementarunterricht vom 8. März d. Js., als eine Verletzung kirchlicher Rechte enthaltend, Verwahrung einzulegen. Wir bedauern die Mißverständnisse, welche dieses Gesetz bei Ew. Exzellenz hervorgerufen hat. Dasselbe unterstellt den Religionsunterricht durchaus der Leitung der Kirchen, und schließt dieselben so wenig von der Einwirkung auf das Volksschulwesen aus, daß es den Ortspfarrer zum gesetzlichen Mitglied der lokalen Schulbehörde erklärt. Im übrigen kann dem Protest gegen ein verfassungsmäßig erlassenes Gesetz eine rechtliche Wirkung nicht beigelegt werden. (Gez.) Jolly.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 24. März. [Reichstag.] Bei dem gestern eröffneten Reichstage werden, wie der ┼-Korrespondent der „Köln. Ztg." schreibt, die Vorarbeiten diesmal voraussichtlich keine allzu lange Zeit in Anspruch nehmen. Die Präsidentenwahl ist von vorn herein so gut wie gesichert. Simson wird ohne Zweifel wieder zum Präsidenten, Herzog v. Ujest und v. Bennigsen zu Vicepräsidenten erwählt. Die Vorlagen der Regierung sind schon von ministerieller Seite mehrfach angekündigt worden. Daß ein Gesetz über die Oberrechnungskammer für den Bund vorgelegt werden soll, wurde bestätigt. Dagegen sind die Andeutungen, welche in den Blättern, u. A. in der Zeidler'schen Korrespondenz, über den Inhalt enthalten waren, von offiziöser Seite als verfrüht bezeichnet worden, weil die Angelegenheit noch im Stadium der Berathung sei. Unter den Anträgen, die von Seiten der Abgeordneten zu erwarten sind, wird der auf die Redefreiheit bezügliche eine der ersten Stellen einnehmen. Es sind dafür zwei Wege denkbar. Es kann beantragt werden, daß jede Verfolgung eines Abgeordneten wegen dessen Aeußerungen in den Einzelkammern straffällig sei. Sollte dies in den anderen Fraktionen auf Widerstand stoßen, so würde auch der Reichstag einfach die Straflosigkeit jedes Abgeordneten in den Einzelkammern wegen seiner Aeußerungen aussprechen können. Die Kompetenz wäre schon deßwegen nicht anzufechten, weil der Reichstag nicht wohl für eine Bestimmung des Strafrechtes kompetent sein kann (Art. 4 Nr. 13 der Bundesverfassung), ohne zu gleicher Zeit auch eine Straflosigkeit bestimmen zu können. Beide Befugnisse sind augenscheinlich korrelativ, und da die erstere verfassungsmäßig feststeht, wird sich die zweite nicht bestreiten lassen. Einem solchen Antrage, von nationalliberaler Seite gestellt, werden die Freikonservativen ohne Zweifel beistimmen, und dem Votum einer großen Majorität des Reichstages werden sich die Regierungen nicht leicht entziehen können.

— Die „Kreuzzeitung" sieht in dem „kühlen Geschäftstone" der Thronrede einen Ausdruck des Stadiums, in das die „deutsche Entwicklung" nunmehr getreten sei, denn dem „Schaffen und Errichten" folge nun der „Ausbau" und dafür bedürfe die Arbeit des dießmaligen Reichstags nicht des „begeisterten Schwungs", sondern der besonnenen wirkenden und nachhaltigen Thätigkeit, welche wieder zu ihrer Voraussetzung haben muß die Zuversicht in den ruhigen Verlauf der Dinge. Das conservative Blatt kann sich der gleichzeitigen Mahnung nicht enthalten, daß dafür gesorgt werde, in den legislatorischen Schöpfungen des Reichstags die „sittlichen Begriffe" nicht den „Abstractionen systematisirender Theorien" zu opfern!! Was hierunter zu verstehen ist, hat die „Kreuzzeitung" bereits früher bei Besprechung des Gewerbegesetzentwurfs unzweideutig kund gegeben.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Das Herrenhaus populär!] Der bekannte Schriftsteller Ferdinand Kürnberger schreibt im Feuilleton eines Wiener Blattes u. A.: Ausführlicher als dieses Blättchen es kann, werden den 21. März die Leitartikel besprechen, noch lange besprechen, noch lange Stoff daran haben. Der Stoff ist unerschöpflich. Kaum möglich ist es, die Seiten, die er bietet, mit Einem Blick zu überschauen. Wie gesagt, der Fall des Concordates ist bereits Nebensache. Das war verurtheilt in seiner Geburt. Kein Denkender erkannte auf Lebensfähigkeit; sein Leben war Oesterreichs Tod. Blut, Leichen, Schlachtfelder, rauchende Städte, Steuern, Schulden, Creditverderb — ein wahres Elementar-Unglück war die Spur seines Daseins. Es kam und ging wie eine Hagelwolke am Erntetag. Seine Erscheinung mußte, so lange noch Christ und nicht der Antichrist herrschte, ihrer innersten Natur nach vorübergehend sein.

Aber bleibend werden die Wirkungen sein, welche der Kampf um das Concordat und die Erinnerung dieses Kampfes unter uns zurücklassen. Unser Herrenhaus ist populär geworden! Wachen wir? Träumen wir? Gott segne Eure Lordschaft! Hut ab vor Seiner Lordschaft! Haben wir's wirklich gehört in unserem guten österreichischen Deutsch? Wunder geschehen. Wir haben auf dem Continente eine volksthümliche Pairskammer! Diese unselige Erste Kammer, diese Institution, welche den ganzen deutschen Constitutionalismus verdirbt, nicht weil sie hemmend, sondern weil sie zwecklos, sinnlos, überflüssig ist, eine Säule, die nichts trägt, ein Ornament, das nichts bedeutet, ein Faktor, der gleich Null ist und womit die Gottesgnaden-Höfe gleich Millionen rechnen, die Erste Kammer, welche jedem Nicht-Engländer seine Verfassung verleidet, weil sie ein Schein, ein Gaukelspiel, eine absolutistische Marionette ist: sie hat in Oesterreich eine große staatsmännische Aufgabe mit großer Freisinnigkeit gelöst! Unser Herrenhaus ist uns kein Fluch und keine Comödie, es sieht aus wie ein Segen und wie eine Wahrheit! Damit hat der österreichische Constitutionalismus einen Vorsprung vor allen Verfassungsstaaten des Continents und jenen majestätischen Zug von praktischer Größe gewonnen, der nur dem englischen eigen ist. Wenn man angefangen hat, unsere Verfassung mit der englischen zu vergleichen und wir mit schamrothem

---

fluchten und Lorenz Sedlmaier schwang dabei sein Messer, ausrufend: „Heute wenn mir einer in den Weg kommt, erstech' ich ihn, ist es wer es will!" In der Nähe von Kühbach kam ihnen nun der Dienstknecht Michael Karl von Paar bei Aichach, ein ganz solider, harmloser Mensch, entgegen, der rechts von dem Straßengraben auf dem Felde ging, während das Kleeblatt mitten auf der Straße einherschritt. Der Schäfer Schleicher meinte nun, dieß ist auch kein guter und fragte ihn, warum er nicht auf der Straße bleibe. Der Angeredete erwiederte: „Weil ich mich vor euren Hunden gefürchtet habe." Unterdessen waren die zwei Weibspersonen mit Sedlmaier einige Schritte weiter gegangen, während Michael Karl zu Schleicher, der zu ihm hinüber gegangen und stehen geblieben war, äußerte: „Ihr werdet mir doch nichts thun, ich thue euch auch nichts?" In diesem Moment rief Sedlmaier, nach seinem Messer greifend, aus: „Wart' du Herrgottsakrament, ich komm' dir!" riß sich von dem Weibsbild, das ihn zurückhalten wollte, los und rannte auf den Fremden zu. Letzterer erhob bittend die Hände und wiederholte: „Ihr werdet mir doch nichts thun, ich thue ja euch auch nichts" — aber kaum waren diese Worte gesprochen, hatte ihm Lorenz Sedlmaier schon das Messer mit voller Wucht in die linke Brust gestochen. Der Unglückliche taumelte noch einige Schritte fort, seufzte mehrmals langsam: „Jesus, Maria und Joseph, ich muß sterben" und stürzte in den Straßengraben. Schleicher machte nun seinem Genossen (Sedlmaier) Vorwürfe, wie er doch Jemanden, der ihm gar nichts gethan habe, stechen könne, worauf aber Sedlmaier ganz kalt antwortete: „Ah was, da liegt ja nichts daran, hineingestoßen hab' ich ihm's Messer schon so tief, daß ich's fast nicht mehr herausgebracht hätte, mein Vater hat auch zwei umgebracht und ist nicht aufgekommen!" Der Stich hatte Herz und Lunge verletzt und war mit solcher Kraft geführt worden, daß die erste Rippe bis zur Hälfte ihrer Dicke durchschnitten war. Statt sich nun weiter um das Schicksal des Verletzten zu kümmern, begaben sich die vier Personen direkt nach Paar in die Wohnung einer der Weibspersonen, blieben dort die Nacht über und den ganzen folgenden Tag, wo sie abermals wacker zechten und sich gegen Abend endlich mit dem Versprechen trennten, den Lorenz Sedlmaier nicht zu verrathen. Die Leiche des unglücklichen Michael Karl wurde bereits am 30. Juli um 4 Uhr Morgens aufgefunden, aber der Thäter blieb längere Zeit unentdeckt, bis endlich die Häuslersfrau Anna Schuster von Sielenbach freiwillig bei Gericht erschien mit der Anzeige, der Schäfer Joseph Schleicher habe die That mit angesehen und der Schäfer Lorenz Sedlmaier sei der Thäter. Beide sofort in Haft genommen, gestand auch Sedlmaier die That zu, stellte jedoch die Absicht der Tödtung in Abrede, vorschützend, daß er in seinem betrunkenen Zustande geglaubt habe, sein Freund sei von dem fremden Burschen angegriffen worden und daß er ersterem nur habe helfen wollen. Eine der Weibspersonen bestätigt auch, der Angeklagte habe ihr gedroht, sie zu erstechen, wenn sie etwas verrathen würde, wobei Sedlmaier noch die Aeußerung gemacht: „Wenn von einer anderen Seite etwas aufkommen sollte, so rede er sich auf einen Rausch hinaus, dann springen höchstens ein paar Jahrle heraus." Hierin hat sich der rohe Mensch aber getäuscht, er wurde durch den Wahrspruch der Geschwornen nach ganz kurzer Berathung des Verbrechens der Tödtung für schuldig erklärt und vom Gerichtshofe zu achtzehn Jahre Zuchthaus verurtheilt. Ohne alle Aufregung, ohne irgend eine Spur von Reue folgte der brutale Bursche auch der ganzen öffentlichen Verhandlung, ja er war sogar so frech, öfters zu lächeln, was insbesondere geschah, als ihn der Gendarm aus dem Gerichtssaal führte.

Lächeln uns ansahen, ob es Scherz oder Ernst sei, so dürfen wir künftig die Kühnheit haben, an den Ernst zu glauben.

Nichtpolitische Zeitung.

— [„Wir hatten gebauet ein stattliches Haus ꝛc.“] Der Dichter dieses allbekannten Burschenschaftsliedes, Freiherr August v. Binzer, ist am 20. März zu Neiße (Schlesien) an einer Lungenentzündung gestorben. Zu Kiel 1793 als Sohn eines dänischen Generals geboren, hatte er als reisender Kaufmann bereits die Länder Nord-Europa's durchwandert, bevor er 1816 die Universität seiner Vaterstadt bezog. Im Jahr 1818 ging er nach Jena, wo bei der Auflösung der Burschenschaft 1819 jenes Lied entstand. Nachdem er den Doktorgrad erworben und „Beiträge zur Beantwortung der Frage: was kann zur Förderung des allgemeinen Wohlstandes gegenwärtig in Deutschland geschehen? (1820) veröffentlicht hatte, siedelte er nach Altenburg über und redigirte dort den ersten Theil des Pierer'schen Universal-Lexikons erster Auflage. Dann wieder nach Holstein zurückgekehrt, privatisirte er theils in Kiel, wo er Franklin's Leben und Schriften und Young's Nachtgedanken übersetzt herausgab, theils in Flensburg und Glückstadt; 1831 übernahm er die Leitung einer Erziehungs-Anstalt in Nienstädt bei Altona; 1834 nach Leipzig berufen, redigirte er eine Zeit lang das Buchhändler-Börsenblatt und die Zeitung für die elegante Welt; aber schon 1835 kam er nach Köln, um in Gemeinschaft mit Afred Julius Becher das „Allgemeine Organ für Handel und Gewerbe“ herauszugeben. Um diese Zeit erschienen von ihm, unter dem Namen A. T. Beer, in Leipzig Erzählungen und Novellen, wie er schon 1833 in Altona „die Dämmerungsstunden der Familie Albert“ herausgegeben hatte. Im Jahre 1845 ging er mit Becher nach Wien. Wo er sich aber seitdem in den letzten zwanzig Jahren aufgehalten, war uns unbekannt geblieben. Die aus Neiße von den Hinterbliebenen erlassene Todes-Anzeige sagt uns, daß er Ehrenmitglied des Frankfurter Hochstifts gewesen.

[Globus.] Von dem bei F. Vieweg u. Sohn in Braunschweig erscheinenden „Globus“ liegen uns Heft 2 und 3 des neuesten Bandes vor und bieten dieselben wiederum eine reiche Auslese des Belehrenden und Unterhaltenden. So sind aus dem 2. Hefte namentlich die Aufsätze: Aus L. Agassiz' Reisen auf dem Amazonenstrome, Abyssinien und die Europäer, die hohe Pforte in Konstantinopel und ihre Säulen, von H. Vambery, sowie die Notizen aus allen Erdtheilen, für Jeden, der den Zeitereignissen, der Entwicklung der Völker, dem Fortschreiten der Entdeckungen in Völker- und Naturkunde folgen will, und das muß eigentlich heutzutage Jeder, von großem Interesse und gewähren manchen Blick in diejenigen Verhältnisse, aus welchen oft Thatsachen entspringen, für die wir außerdem das richtige Verständniß nicht haben. So finden wir auch im 3. Hefte in den „Stimmen aus Nordamerika“ die Zustände daselbst von einer Seite beleuchtet, wie wir sie aus unsern Blättern zu sehen nicht gewohnt sind. Höchst interessant sind auch die Artikel über „Umwandlungen und europäischen Einfluß in den ostasiatischen Reichen“, „die Sachsen in Siebenbürgen“, „die Blätter des Kaffeebaums“ u. s. w. Man glaube ja nicht, daß die Ereignisse in so entfernten Gegenden, die Entdeckungen, die daselbst gemacht werden, gar keinen oder nur einen sehr schwachen Einfluß auf unsere Verhältnisse ausüben, und die Kenntniß dieser Dinge nur für einen Bruchtheil unserer Bevölkerung Interesse haben könne; — bei der täglich mehr zunehmenden Verminderung aller Entfernungen berühren uns jetzt schon die Ereignisse in Australien, in Indien, in Brasilien eben so gut, wie uns vor 50 Jahren französische und englische Verhältnisse berührten. Zudem gibt es bald in Deutschland keinen Ort, er möge noch so klein sein, mehr, der nicht Angehörige in jenen fernen Ländern hätte. Ferner wird durch die Kenntniß fremder Zustände eine Vergleichung mit unseren hervorgerufen und das Urtheil dadurch freier, unbefangener und gerechter.

[Aus der Theaterwelt.] „Trotz aller Reklame über Fräul. Janauschek,“ schreibt „Die Coulisse,“ „können wir aus bester Quelle die Versicherung geben, daß sich die Künstlerin in Amerika in den drückendsten Geldverlegenheiten befindet.“ — Marie Seebach (— Niemann), die nun auch in's gelobte Land der Dollars zieht, hat sich diese Exkursion mit 15,000 dieser Goldstücke von einem Impresario versichern lassen. — Der „Theater-Moniteur“ erfährt aus Dresden aus bester Quelle, „daß es mit Bogumil Dawison's Zustand ganz befriedigend geht.“ — Wie aus Turin gemeldet wird, ist daselbst vor Kurzem die bekannte Tänzerin Si nora Pepita de Oliva gestorben, wo sie mit ihrem Sohne sehr zurückgezogen lebte. Für Letzteren steht noch auf dem Rittergute Haselhorst bei Spandau, welches der Schönsten aller Bühnen-Schönen eine zeitlang gehörte, ein Kapital hypothekarisch eingetragen. — Man spricht hier in Würzburg davon, daß Hr. Theaterdirektor Hahn nach Wien berufen sei, um in Laubes neuem Stücke: „Böse Jungen,“ welches im Theater an der Wien zur Aufführung kommen wird, die Hauptrolle zu übernehmen. Daß Hr. Hahn zu den besten deutschen Schauspielern gehört, hat er kürzlich als „Sohn der Wildniß“ neuerdings glänzend bewiesen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$65\frac{1}{4}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{1}{2}-\frac{5}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$76\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$75\frac{1}{8}-\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{3}{4}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$191\frac{1}{2}$—2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ P. 90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$231\frac{1}{2}$ P. $30\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{1}{4}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$331\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	256—57 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$62\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{1}{4}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{3}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 P. $41\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{3}{4}-\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$120\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}-\frac{1}{2}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. $97\frac{3}{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}-\frac{3}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$95-\frac{1}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{1}{2}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$148\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$71\frac{1}{2}-\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$136\frac{1}{2}$ P.
„ do. v. 1864	$87\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$98\frac{7}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{4}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 25 do.	$35\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{2}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	$25\frac{7}{8}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{3}{8}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 26. März. Die Börse verkehrte in animirterer Stimmung als gestern Abend, obwohl die Course der Speculationspapiere immer noch unter dem Niveau der gestrigen Mittagsbörse blieben. Gegen den Schluß hin verkehrte man jedoch wieder in etwas matterer Haltung. Das Geschäft war nicht so lebhaft als gestern. Von österreichischen Anlagepapieren waren neue englische Metalliques $\frac{1}{2}$ pCt. besser als gestern Mittag, National, Steuerfreie und $4\frac{1}{2}$ pCt. Met. Bruchtheile niedriger als gestern Mittag. Staatsbahn wurden 1 fl. schlechter bezahlt. Creditaktien verloren 1 fl. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

…ürzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 88.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 28. März 1868.

Bayerischer Landtag.

Beantwortung zweier Interpellationen. Beginn der Budget-Berathung.

München, 27. März.

In der gestrigen 78. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten theilte der 1. Präsident Dr. Pözl u. A. mit, daß in dem neuesten Einlauf zahlreiche Petitionen für das Schulgesetz sich befinden und zwar meist von Städten und Korporationen, auch von 28 Lehrern des Distrikts Gunzenhausen, worauf Jörg folgende an das Gesammtstaatsministerium gerichtete, die Aenderung des Landtagswahlgesetzes vom 4. Juni 1848 betreffende Interpellation verlas:

„Nachdem das Wahlgesetz zum bayerischen Landtag vom 4. Juni 1848 bezüglich eines seiner wesentlichsten Momente, nämlich in Bezug auf das Institut der Ersatzmänner, allmälig der allgemeinen Verurtheilung bei allen Parteien verfallen war, hat sich nun durch die gesetzliche Einführung der Zollparlamentswahlen auch noch die Inconvenienz ergeben, daß augenblicklich zwei auf ganz verschiedenen Prinzipien beruhende Wahlgesetze in verfassungsmäßiger Wirksamkeit im Lande bestehen. Es dürfte keinem Zweifel unterliegen, daß Eines dieser Wahlgesetze unbedingt dem anderen wird weichen müssen, und es dürfte auch nicht fraglich sein, welches der beiden Wahlgesetze den überwundenen Standpunkt bezeichnet. Als vor 20 Jahren die ständische Vertretung der Vergangenheit anheimfiel, haben die bestehenden Gewalten nebst dem Census in der indirekten Wahlart einen hauptsächlichen Damm gegen den Andrang der politischen Bewegung erkannt. Es soll hier dahin gestellt bleiben, mit welchem Erfolg. Genug, daß in dem entscheidenden Jahre 1866 die preußische Regierung geglaubt hat, die Zukunft des neugegründeten norddeutschen Bundes einer auf Grund des allgemeinen und direkten Wahlrechts berufenen Vertretung anvertrauen zu müssen, und daß zum Behuf der diesseitigen Beschickung des Zollparlaments durch Gesetz vom 16. Nov. 1867 das gleiche Wahlrecht auch in Bayern eingeführt worden ist. Bereits hat ein benachbartes Land, um den auf die Länge unerträglichen Widerspruch zweier divergirenden Wahlgesetze aufzuheben, sein Landtagswahlgesetz dem Prinzip des Zollparlaments-Wahlgesetzes entsprechend reformirt. Dieselbe Maßregel dürfte sich auch in Bayern um so mehr empfehlen, als die direkte Wahlart sich augenscheinlich sehr rasch bei uns eingelebt hat. Das bayerische Volk hat das Recht, seine Vertreter unmittelbar und ohne mißtrauische Zwischenstufen zu benennen, mit höchst erfreulichem Eifer und ungewöhnlich starker Betheiligung bei den jüngsten Wahlen verdankt. Das ist eine allgemein anerkannte, das politische Leben Bayerns ehrende Thatsache. Um so mehr sahen sich die Unterzeichneten veranlaßt, an die k. Staatsregierung die Anfrage zu stellen: gedenkt dieselbe den Entwurf eines neuen Landtagswahlgesetzes auf der dem Zollparlaments-Wahlgesetz entsprechenden Basis der allgemeinen und direkten Wahlart noch bei dem gegenwärtigen Landtag, jedenfalls aber vor Ablauf der gegenwärtigen Wahlperiode einzubringen?"

Herr Kultusminister v. Gresser antwortete sofort, daß die Staatsregierung einen Gesetzentwurf zur Abänderung des Landtagswahlgesetzes im Sinne der Interpellanten Jörg und Karl Barth während der gegenwärtigen Landtagsperiode nicht einzubringen gedenke. (Heiterkeit!)

Kolb richtete sodann an das k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern folgende Interpellation, die Behandlung bayer. Staatsangehörigen in der Stadt Frankfurt a/M. betr.: „Angehörige des bayerischen Staates, welche in der Stadt Frankfurt wohnen und irgend eine Beschäftigung (abgesehen von jener der Dienstboten und Handwerksgehilfen) betreiben wollen, können die Erlaubniß zum Aufenthalte in der genannten Stadt nur erlangen, wenn sie, außer ihrem Heimathscheine, eine baare Kaution im Betrage von 300 fl. hinterlegen und nebstdem alljährlich eine sog. „Permissionsgebühr" entrichten, welche zu 12, 16, 20 und mehr Gulden bestimmt wird. Weder diese Kautionssumme, noch diese sog. „Permissionsgebühr" wird, so viel bekannt, von irgend einem Angehörigen des preuß. Staates verlangt. Ja sogar Nichtdeutsche, namentlich Engländer, Franzosen und Nordamerikaner, sind frei von dieser Anforderung, wenigstens wenn sie sich kurzweg das Prädikat von Rentnern beilegen. Es findet somit zum Nachtheile der Staatsangehörigen Bayerns (allerdings wahrscheinlich auch jener der übrigen süddeutschen Staaten) eine höchst beschwerliche und mit dem Geiste der Zoll- und Handelsverträge gewiß nicht in Einklang zu bringende Behandlung statt. Der Unterzeichnete erlaubt sich sonach die Aufmerksamkeit der k. Staatsregierung auf dieses Mißverhältniß zu lenken und die Anfrage zu stellen: „Dürfen die bayer. Staatsangehörigen eine nachdrückliche Verwendung von Seite der k. Staatsregierung erwarten, damit in dem bezeichneten Theile des deutschen Zollvereinsgebietes eine solche Belästigung und Benachtheiligung der diesseitigen Staatsangehörigen aufhöre und ein Verhältniß hergestellt werde, ähnlich demjenigen, welches in Bayern gegen die Angehörigen aller anderen Zollvereinsstaaten, und namentlich Preußens, beobachtet wird?"

Der Staatsminister des Aeußern und des kgl. Hauses Fürst v. Hohenlohe antwortete: „Der k. Staatsregierung war es allerdings bekannt, daß in Frankfurt aus der Zeit der Unabhängigkeit der freien Stadt gewisse den nicht Frankfurter schwer belästigende rechtliche Nachtheile bestehen, insbesondere in Bezug auf das Prozeß- und theilweise auch das Konkursverfahren und es sind deßhalb schon im ver-

Der 21. März in Wien.

(Schluß.)

Der beste Beweis, welche Tragweite die Bevölkerung dem Ereignisse des 21. März beilegte, war die rasche Verbreitung und die ebenso rasch improvisirte Feier desselben, wiewohl die Abendblätter natürlich noch nicht die Entscheidung, die erst gegen 4 Uhr Nachmittags erfolgte, veröffentlichen konnten. Aber von Mund zu Mund lief die Sensationsnachricht und mit dem Eintreten der Dämmerung flammten in hundert und über hundert Fenstern Lichter auf.

In der innern Stadt waren es vorzugsweise die Hauptplätze, die in einem förmlichen Lichtermeer schwammen, so der Graben, wo fast kein Fenster unbeleuchtet blieb. Auf dem Stephansplatze lenkte die Aufmerksamkeit mitten in dem Lichterglanze eine dunkle Masse auf sich — das erzbischöfliche Palais; doch mußten seine Fensterscheiben widerwillig den Reflex der gegenüberliegenden Häuser aufnehmen. Spärlich illuminirt war auch die Ringstraße in ihrer ganzen Ausdehnung; nur einige Mitglieder der Finanzwelt hatten ihre Theilnahme an dem Ereignisse documentirt.

Fast durchgehends war dagegen die Praterstraße erleuchtet; besonders die Front des Carltheaters — mit Ausnahme des Balcons, der natürlich in so kurzer Zeit nicht zur Illumination hergerichtet werden konnte — das Palais des FZM. Grafen Gyulai, das in wirklich glänzender Weise mit Beleuchtungsobjekten ausgeschmückt war und — seltsamer Contrast — das zweite Stockwerk des Hauses des Freiherrn v. Bach, unseres Exconcordatsministers und Exbotschafters in Rom. Der erste Stock dagegen, die Wohnung des Freiherrn v. Bach, war finster, finster — wie das erzbischöfliche Palais.

Wahrhaft imposant war das Gewoge der Menschenmassen, wie es sich vorzugsweise in der inneren Stadt zeigte. Auf dem Graben, Kohlmarkt und an anderen Plätzen war die Communication fast zur Unmöglichkeit geworden. Und in all' diesen Menschenmassen waltete eine gehobene, freudige Stimmung, die sich in zahlreichen Intermezzo's und Ausrufungen manifestirte.

Viele waren noch gar nicht in Kenntniß von der Ursache der allgemeinen Erregung. So hörte man, wie zwei Herren einen Dritten fragten, was es „denn da gäbe" und dieser antwortete: „Das Concordat ist heute aufgehoben worden." „Nein", rief ein Anderer hinein, „aufgehoben ist es noch nicht, aber ein Loch hat es bekommen." Der Mann hatte das Richtige getroffen — das Concordat hat ein Loch.

Die Kunde von der Entscheidung über die Concordatsangelegenheit drang auch in das Vereinslokale des Arbeiterbildungs-

flossenen Herbste über Beseitigung dieser Rechtsungleichheit bei der k. preußischen Regierung Anträge gestellt worden, auf welche jedoch die Antwort erst dann erwartet werden kann, wenn die von den preußischen Ressort-Ministern angeordneten Berichte der Provinzialbehörden eingelaufen sein werden. — Ueber die von dem Hrn. Interpellanten berührten Belästigungen sind bisher Beschwerden bayerischer Staatsangehörigen mir nicht bekannt geworden, ich glaube nicht, daß Angesichts des Art. 26 Abs. 2 des Zollvertrags vom 8. Juli v. Jahres ein Verfahren wie das geschilderte als zulässig erachtet werden kann und ich habe deßhalb bereits die k. Gesandtschaft in Berlin beauftragt, die nöthigen Schritte zu thun, die zur Aufklärung des Sachverhalts und zur Beseitigung der fraglichen Lasten zu führen geeignet sind.

Nun begann die Berathung über Kapitel I des Budgets für die IX. Finanzperiode, „Etat der Staatsschuld." Referent Kolb erstattete hierüber Vortrag und bemerkte u. A.: daß trotz der sich steigernden Anforderungen ein befriedigender Abschluß des Budgets zu erwarten sei. Unter allen Verhältnissen aber müsse Bayern alle Verpflichtungen gegen seine Gläubiger erfüllen, sowohl was Verzinsung, als was Tilgung der Schulden betrifft. Nach ganz kurzer Debatte beschloß die Kammer: „1) Der Zinsfuß der Amtsbürgschaften im dermaligen Betrage von 2,689,950 fl. wird vom Jahre 1868 an von 3½ und 4 pCt. auf 4½ pCt. erhöht, und sind neu angelegte Amtsbürgschaften für die Zukunft mit 4½ pCt. zu verzinsen." 2) „Es sei zur Unterstützung derjenigen 984 Kriegsveteranen, welche seither noch nicht in den Bezug der in Gemäßheit des § 20 des Landtagsabschiedes vom 10. Juli 1865 den Kriegsveteranen bewilligten Unterstützungen wegen Mangels disponibler Mittel gelangt sind, eine Summe bis zu 15,000 fl. zu bewilligen und demgemäß dem Finanzgesetze für die IX. Finanzperiode § 11 2. für die Pensions-Amortisationskasse nach litt. g beizusetzen: h. Unterstützungen der bisher noch nicht in den Bezug der Unterstützung gelangten Kriegsveteranen bis zum Betrage von 15,000 fl." — Demzufolge sei in das Budget einzustellen: 1) für die Zinskasse 7,025,000 fl., 2) für die Tilgungskasse 1,117,000 fl., 3) für die Pensions-Amortisaitonskasse 873,070 fl., 4) für die Eisenbahnschuld 7,782,200 fl., 5) für die Grundrentenkasse 3,957,000 fl.

Bermühler erstattete Vortrag über den Budgetentwurf der IX. Finanzperiode für Straßen-, Brücken- und Wasserbauten. Da eine Steuererhöhung in Aussicht stehe, habe der 2. Ausschuß so viel als möglich bei den Ausgaben sparen zu sollen geglaubt in der Hoffnung, daß auch die Staatsregierung sich nur auf die absolut nothwendigen Ausgaben beschränken werde. Ziffer 1 des genannten Etats betrifft die Administration. Hiefür verlangte die Regierung 345,153 fl., der Ausschuß begutachtete aber nur 294,695 fl. Hier waren die Besoldungen der Baubeamten und Assistenten entsprechend dem allgemeinen Besoldungsregulative, welches dem Budgetentwurf als Motiv beigegeben ist, von der Regierung erhöht in Ansatz gebracht; der Ausschuß will aber nur Theuerungszulagen bewilligt haben, weil zur Zeit auf eine Erhöhung der Beamtenbesoldung in dem von der Regierung vorgeschlagenen Maße nicht eingegangen werden könne.

Dr. Völk kann sich mit der Genehmigung von Theuerungszulagen nicht einverstanden erklären; das Besoldungsregulativ nicht weiter berücksichtigen und Theuerungszulagen gewähren, das heiße Versteckenspielen. Die Frage der Besoldungserhöhung sei eine so lange und so viel erwogene, an ihr hingen die Hoffnungen und Befürchtungen so vieler gebildeter Familien, daß es schon der Mühe werth gewesen wäre, hier ausführlich darzulegen, warum die Kammer gezwungen sei, jetzt auf die Erhöhung nicht einzugehen. Allein vorerst liege nur ein Ausschußbeschluß vor.

Präsident Pözl, den Redner unterbrechend, bemerkte, daß der Ausschuß der Kammer demnächst vollständig Aufschluß geben werde, warum er auf die Besoldungserhöhung zur Zeit nicht eingehen kann.

Nach einer längeren Diskussion stellte Dr. Völk den Antrag, für Besoldungen nicht 103,800 fl., sondern 126,300 fl. zu bewilligen. Hänle, Vorstand des 2. Ausschusses, erklärte, daß Alles, was jetzt im Betreff der Gehaltsaufbesserung beschlossen wird, in der Voraussetzung beschlossen werde, daß das Princip des Ausschusses von der Kammer genehmigt wird. Das ausführliche Referat sei unter'm Druck und werde demnächst vertheilt. Dr. Völk erklärt sich hiedurch befriedigt, und bemerkte noch zur Motivirung seines Antrages: die Baubeamten verdienten schon deßhalb jetzt eine wirkliche Aufbesserung des Gehalts, weil sie früher vergessen wurden. Der Vorwurf, daß die Baubeamten so viele Dummheiten machten, sei nicht vollkommen gerechtfertigt und könne bei der Gehaltsaufbesserungsfrage nicht berücksichtigt werden. Würden die Dummheiten, welche die Juristen, die Mediziner, die Philologen u. s. w. machen, solange der öffentlichen Beurtheilung ausgesetzt, wie die Bauten, dann würde man sich überzeugen, daß die Juristen, Mediziner ꝛc. ꝛc. ebenso viele Dummheiten aufzuweisen haben, wie die Baubeamten. Auch sei es nicht wirthschaftlich gehandelt, wenn man die Baubeamten, welche Millionen von Staatsvermögen zu überwachen haben, so zurücksetzt, wie bisher; ein übelwollender Baubeamte könne, wenn er einen Bau nur ½ Jahr vernachlässigt, mehr schaden, als der 20fache Betrag der Gehaltserhöhung ausmacht.

Kolb stellte die Bitte, die Gehaltserhöhungsfrage nicht gesondert für eine Kategorie der Beamten zu erledigen, weil sich sonst hieran Folgerungen knüpfen, die man heute nicht überblicken kann. Die Kammer müsse einen ganzen Ueberblick haben; genehmige sie nur heute Theuerungszulagen, später kann man sie ja in definitive Besoldung umwandeln.

Bermühler warnt die Kammer ebenfalls, heute auf den Gegenstand einzugehen, und bevorwortet eine Organisation des Bauwesens, weil wir zu viele Baubeamte hätten.

Krausold bezeichnet es als einen Akt der Gerechtigkeit, den Gehalt der Baubeamten zu erhöhen und stellte den eventuellen Antrag, statt 5000 fl. — 11,000 fl. als Theuerungszulage zu gewähren.

Endlich stellte Hänle den präjudiziellen Antrag, die Ziff. 1 des Etats der äußeren Bauadministration ganz zurückzustellen, bis die Prinzipienfrage in Bezug auf das Gehaltsregulativ erledigt ist. Dieser Antrag wurde auch, nachdem Dr. Völk sich damit einverstanden erklärt hatte von der Kammer angenommen.

---

vereines, von wo aus sich gegen 300 Mitglieder des Vereines in unauffälliger Weise zum Ministerium des Innern begaben, wo sie dem Gesammtministerium und Herrn Dr. Giskra ein dreifaches stürmisches Hoch ausbrachten und sich sodann in größter Ordnung mit der Parole zerstreuten, an keiner wie immer gearteten Demonstration gegen die Vertheidiger des Concordates theilzunehmen.

Kaum waren die Arbeiter vom Judenplatz abgezogen, als ein großer Trupp von Studenten ankam, in gleichem Sinne Hochs ausbrachte und sodann vor das Palais des Reichskanzlers und die Palais der übrigen Ministerien zog, um auch da freudige Ovationen darzubringen.

Die Ovationen nahmen allmälig einen allgemeinen Charakter an; der Anstoß, den die Arbeiter und die Studenten gegeben, theilte sich auch den übrigen Volksmassen mit und in großen Schaaren zog die Menge vor das Palais des Ministeriums des Aeußeren, um dem Reichskanzler Baron Beust die Huldigung darzubringen.

Ein Student, von Collegen auf die Schultern gehoben, sprach einige Worte über die Bedeutung des Tages und forderte die Menge auf, dem Manne, der in Oesterreich das parlamentarische Leben wieder eingeführt, die Bahnen der wahren Freiheit eingeschlagen hat, ein dreimaliges Hoch auszubringen. Die Zuhörer schwenkten die Hüte und aus voller Kehle drangen die tausendstimmigen Hochs zu den Fenstern der Wohnung des Reichskanzlers empor.

Baron Beust war nicht zu Hause und ein Sekretär der Reichskanzlei verständigte die Menge von dessen Abwesenheit, worauf sich die Schaaren auf den Ruf: „Zum Unterrichtsminister!" vor die Wohnung des Dr. Hasner begaben.

Hier wiederholten sich die Ovationen auf ähnliche Weise, auch hier hielt ein Student eine Ansprache und in Folge der stürmischen Hochrufe erschien Dr. Hasner und sprach, die Ovation ablehnend, beiläufig Folgendes: „Das Ministerium habe nur seine Schuldigkeit gethan und man könne gewiß sein, daß es auf dem eingeschlagenen Wege fortschreiten werde." Nun kannte der Jubel keine Grenzen, und erst nachdem sich der Minister in seine Gemächer zurückgezogen hatte, verließ die Menge die Ringstraße, wo sich das Palais des Dr. Hasner befindet, und strömte zu dem Monumente des unsterblichen Kaisers Joseph, gleichsam zur Abbitte, daß man Tags vorher seiner von einer Seite in so unwürdiger Weise gedacht.

Auch hier hielt ein Student eine Ansprache an die Menge und forderte sie auf, dem Manne ihre Huldigungen darzubringen, der bereits vor 70 Jahren dem Volke zu seinem Rechte verhelfen wollte und nur durch die Ungunst der Verhältnisse daran gehindert wurde.

Hierauf begab sich die Menge in die Kärntnerstraße zu dem Hause Nr. 20, wo sich das Absteigquartier des Grafen Anton Auersperg (Anastasius Grün) befindet. Die Tausende brachten eine Weile begeisterte Hochs auf den „edlen Freiheitssänger" aus. Plötzlich wurden bei einem Fenster im zweiten Stockwerke die Lichter

Ziff. 2. Straßenunterhaltungsetat. Hiefür verlangt die Regierung 1,805,100 fl., der Ausschuß beantragt, nur 1,600,000 fl. zu bewilligen. Von der weiters für Unterhaltung der Staatsstraßen postulirten Summe von 205,100 fl. sollen 200,000 fl. für diejenigen Distriktsstraßen, welche die Verbindungen der Distrikte mit den Eisenbahnen befördern, zu den Postverbindungen benützt werden oder hauptsächlich den größeren Verkehr mehrerer Distrikte vermitteln und dadurch höhere Bedeutung haben, nach Vernehmung der Landräthe zur Bestreitung von Kunstbauten, Straßenumlegung und anderer Verbesserungen zur Vertheilung gelangen.

Stenglein stellte den Antrag, an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, anzuordnen, daß vor Ablauf der IX. Finanzperiode der Kammer ein Straßengesetz vorgelegt werde. Neuffer beantragte, die Position 2 nur auf 1,500,000 fl. festzusetzen. Föckerer stellte denselben Antrag, aber mit dem Beifügen, „daß dagegen 300,000 fl. für die Distriktsstraßen zu verwenden seien.“ — Dr. M. Barth empfahl der Regierung die Bitte der Gemeinde Mindelheim um Uebernahme mehrerer Distriktsstraßen als Staatsstraßen, zur besonderen Berücksichtigung. Mandel bekämpfte den Antrag Stengleins: ein Straßengesetz sei unnöthig und unzeitgemäß, so lange das Eisenbahnnetz nicht vollendet ist; an das Straßengesetz, welches 1856 hier berathen und Artikel um Artikel abgelehnt wurde, knüpften sich sehr unangenehme Erinnerungen. Wild beantragte, für die Distriktsstraßen 250,000 fl. zu bewilligen. Frhr. v. Stauffenberg empfahl sehr dringend die Eingabe der Gemeinde Krumbach wegen Uebernahme von Distriktsstraßen als Staatsstraßen. Brandenburg unterstützte den Antrag Föckerer's, Rother sprach für den Wild'schen Antrag. Wieninger wünscht Aufklärung, wie es mit den Straßen stehe, welche bisher vom Salzärar unterhalten wurden, in Zukunft aber von diesem nicht mehr unterhalten werden können. Waldbauer bevorwortete den Antrag Föckerer's, Golsen den Antrag Stengleins. Karl Weiß hob die Ueberlastung des Distrikts Weismain hervor und unterstützte den Antrag Stenglein's, sowie den Antrag Föckerer's und eventuell den Wild'schen Antrag.

Nachdem noch Schwab und Pfäffinger für die Erlassung eines Straßengesetzes gesprochen hatten, empfahl Regierungskommissär v. Pauli, Vorstand der obersten Baubehörde, das Regierungspostulat zu 1,800,000 fl., welches auf wohlerwogenen Gründen beruhe; eventuell müsse sie sich allerdings mit 1,600,000 fl. begnügen und sehen, wie sie damit auskommt. Das Postulat der Regierung sei so hoch gestellt worden, weil die Wegmacher in ihrer Löhnung aufgebessert werden müssen, weil das ordentliche Straßenbauwesen in Zukunft mehr Straßen zu unterhalten hat, als bis jetzt, denn die Straßen, welche das Salzärar bisher unterhielt, müssen als Staatsstraßen übernommen werden, endlich weil die Straßen überhaupt besser werden sollen. Wenn Neuffer nur 1,500,000 beantrage, so sei das erklärlich, weil die Straßen in der Oberpfalz am besten sind und weniger Kosten verursachen. Möge die Kammer das Postulat der Regierung genehmigen; diese werde überall zu sparen suchen, wo der Zweck es erlaubt.

Hr. Minister v. Schlör bemerkte bezüglich des Stenglein'schen Antrages: daß er (Redner) heute nicht in der Lage sei, irgend eine Zusage bezüglich der Vorlage eines Straßengesetzes zu machen, werde die Kammer erklärlich finden. Aber selbst wenn die Regierung den Versuch machen wollte, die Frage bezüglich der Straßenausscheidung zum Abschluß zu bringen, so wäre sie in großer Verlegenheit. Es sei äußerst schwierig, einen Gesetzentwurf vorzulegen, den man nur dem Namen nach und nicht auch dem Inhalte nach kennt. So viel stehe auch fest, daß eine Ausscheidung der einzelnen Straßenzüge in diesem Hause zu einer sehr unerquicklichen Debatte führen würde. Täusche man sich auch in dem einen Punkte nicht, daß der Gesammtaufwand auf Straßen immer zunehmen werde, weil trotz der Eisenbahnen der Verkehr auf den Straßen zunimmt, denn die Güter müssen auf den Straßen erst zur Eisenbahn gebracht werden.

Nach dem Schlußworte des Referenten, der den Ausschußantrag vertrat, wurde das Regierungspostulat zu 1,800,000 fl., sowie der Ausschußantrag, welcher für den Unterhalt der Straßen 1,600,000 fl. genehmigt wissen will, (mit 76 gegen 57 Stimmen) abgelehnt und der Antrag Neuffers, zu diesem Zweck nur 1,500,000 fl. zu genehmigen, angenommen. — Der Antrag Föckerers, für die Distriktsstraßen 300,000 fl. zu genehmigen, wurde gleichfalls abgelehnt, der Antrag Wilds, hiefür 250,000 fl. zu genehmigen, aber angenommen. Der Ausschußantrag auf 200,000 fl. fiel damit weg. Endlich wurde der Antrag Stengleins auf Vorlage eines Straßengesetzes abgelehnt.

Süddeutschland.

Bayern. h. [Zum Bericht über die jüngste Sitzung des Schulgesetzausschusses] tragen wir nach, daß der Ausschuß die vom Referenten vorgeschlagenen beiden ersten Artikel als zu Zweifeln und Bedenken Anlaß gebend gestrichen hat. Beim 1. Artikel des Entwurfs wurde die Fassung des Regierungsvorschlags im Wesentlichen beibehalten und daran festgehalten, daß die Schule nicht blos eine Unterrichts-, sondern auch eine religiös-sittliche Erziehungsanstalt sei, und ist dieses dadurch zum Ausdruck gelangt, daß der Volksschule der Unterricht in den für das bürgerliche Leben nothwendigen allgemeinen Fertigkeiten und Kenntnissen und die Unterstützung in der religiös-sittlichen Erziehung der Jugend zur Aufgabe gestellt ward. Die ursprüngliche Fassung des Regierungsentwurfs, welche der Schule die Aufgabe stellte, neben der Pflege der religiös-sittlichen Erziehung zu unterrichten, wurde somit mehr zu Gunsten der religiös-sittlichen Erziehung präcisirt. Der Referent hatte beantragt, es sei lediglich im Sinne und Geist religiös-sittlicher Erziehung der Unterricht in der Volksschule zu ertheilen. Was die Gegenstände des Unterrichts anlangt, wovon im Art. 2 des Regierungsentwurfs die Rede ist, so hatte der Referent vorgeschlagen, nur den Turnunterricht für Knaben obligatorisch zu machen, den Unterricht in weiblichen Arbeiten aber als lediglich fakultativ zu behandeln. Aber sowohl von der Regierung als vom Ausschuß wurde die obligatorische Eigenschaft dieses Unterrichtszweigs mit Rücksicht auf dessen Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit festgehalten. Die lebhafteste und eingehendste Debatte entspann sich über Art. 3 des Entwurfs, welcher sich über die Befugniß der kirchlichen Oberbehörden hinsichtlich der religiösen Bildung der Jugend an den Volksschulen verbreitet. Nach der Fassung des Regierungsentwurfs ist die Anordnung und Leitung des Religionsunterrichtes und

---

auf die Seite gerückt, das Fenster geöffnet und an demselben erschien Anastasius Grün und wurde mit einem minutenlangen Beifallssturme bewillkommt. Hoch Auersperg! ertönte es aus Tausenden von Kehlen.

Der Graf verbeugte sich an der Brüstung des Fensters. „Ruhe! Ruhe!“ scholl es von allen Seiten. Graf Auersperg richtete nun an die Menge mit weithin vernehmbarer Stimme folgende Worte: „Ich drücke meinen innigsten Dank für diese stürmische Würdigung meiner geringen Verdienste aus. Dieses innige und sinnige Verständniß der edlen Bevölkerung Wiens für die Entscheidung einer großen Sache bewegt mich tief. Ich bringe den edlen Wienern ein Hoch.“

Die Lebehochrufe wollten nun kein Ende nehmen und der Graf richtete noch zweimal an die Volksmenge das Wort, welche sich darauf an dem Palais des Kardinal-Erzbischofs Rauscher vorbeiwälzte — mit richtigem Takte der Versuchung widerstehend.

Baron Beust, der kurz vor 10 Uhr einen Spaziergang durch die Stadt machte, wurde am Graben von der jubelnden Menge erkannt. Um sich den Ovationen zu entziehen, flüchtete er sich eiligst in den Trattnerhof, wurde jedoch von der Menge dahin verfolgt, umringt und mit tausendstimmigen Hochs begrüßt.

Der Reichskanzler, aus dem Hause heraustretend, bestieg hierauf einen Wagen, allein auch nun begleitete ihn die Menge bis zu seinem Palais und als er den Wagen verließ, sprach er mit tief bewegter Stimme: „Landsleute! — darf ich Euch so nennen?“

Eine Stimme: „Sie schon!“ — Der Reichskanzler: „Ich muß die mir dargebrachte Huldigung mit Dank ablehnen, indem das Ministerium nur seine Schuldigkeit that, und wie ich versichern kann, auch fortan thun wird!“ (Stürmische Zurufe.)

Als der Minister den Thorweg betrat, wurde er jubelnd umringt, von den Zunächststehenden auf die Schultern gehoben und über die Stiege getragen.

Um 11 Uhr Nachts begaben sich Tausende von Menschen zum „Hotel Müller,“ wo Minister Herbst verweilte. Alles jubelte Herbst! Herbst! bis der Minister sich der Menge zeigte und an sie einige Dankesworte richtete.

Auch Grillparzer, dem vielverehrten greisen Dichter, wurde, ehe die Menge zum zweiten Male vor Kaiser Josephs Standbild zog, eine ebenso herzliche als stürmische Huldigung vor seiner Wohnung in der Spiegelgasse dargebracht.

Der Josephsplatz war nach 11 Uhr dann nochmals der Schauplatz einer warmen und stürmischen Ovation für den großen Kaiser. Die Volksmenge, die hier Kopf an Kopf gedrängt beisammen war, zerstreute sich erst gegen Mitternacht.

Bemerkenswerth und ehrenvoll für die Bevölkerung Wiens ist der Umstand, daß auch nicht die geringste Unordnung vorfiel und trotz öfterer Anregung — jede Demonstration gegen die klerikale Partei unterblieb.

des religiös-sittlichen Lebens an den Volksschulen den kirchlichen Oberbehörden mit dem Vorbehalte zugewiesen, daß die deßfallsigen Verfügungen derselben nur nach vorhergehender Billigung der Kreisregierungen verkündigt werden können und vollzogen werden dürfen. Von der Staatsregierung wurde dieser Standpunkt gegenüber den abweichenden Vorschlägen des Referenten, welcher nur die Anordnung und Leitung des Religionsunterrichts den kirchlichen Oberbehörden zugewiesen wissen wollte, nicht aber auch die des religiös-sittlichen Lebens, festgehalten und mit Entschiedenheit vertheidigt, und zwar sowohl mit Rücksicht auf die Natur und das Wesen der Kirchengesellschaften im Staate als auch mit Rücksicht auf §§ 38 und 39 der 2. Beilage zur Verfassungsurkunde, welche nicht blos den religiösen Volksunterricht, sondern auch die Ausübung der Jurisdiktion in rein geistlichen Sachen, nämlich des Gewissens oder der Erfüllung der Religions- und Kirchenpflichten einer Kirche nach ihren Dogmen und nach ihrer Verfassung als eine der Anordnung jeder Kirchengesellschaft unter der obersten Staatsaufsicht anheimfallende innere Kirchenangelegenheit erklärt. Von der Mehrheit des Ausschusses wurde jedoch die Erstreckung der Thätigkeit der kirchlichen Organe auf das sittlich-religiöse Leben in den Volksschulen nicht adoptirt. Der Referent hatte noch einen neuen Artikel vorgeschlagen über die Verpflichtung des Lehrers zur Ertheilung des Unterrichts in den für die Volksschule vorgeschriebenen Gegenständen, welcher jedoch nicht zur Annahme gelangte. Ebenso wurden die von ihm proponirten neuen Absätze 4 und 5 zu Art. 3 des Regierungsentwurfs über Ertheilung des Turn- und Zeichnungsunterrichts in Orten, wo öffentl. Turnanstalten und Zeichnungsschulen bestehen, und über die Ertheilung des Unterrichts in den weiblichen Arbeiten von dem Ausschusse als nicht hieher gehörig gestrichen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. März. [Gesammtbeschluß über das Ehegesetz.] Im Abgeordnetenhause, wo die Berathung über die an dem Ehegesetze vom Herrenhause vorgenommenen Aenderungen auf der Tagesordnung stand, wurde der ebenso unzukömmliche wie zwecklose Versuch gemacht, diesen Gegenstand der Tagesordnung unerledigt zu lassen, und nachdem die Majorität dieses Beginnen zurückgewiesen hatte, machte Graf Adam Potocki, einer der Führer der polnischen Fraktion, den in dem jetzigen Stadium der Frage geradezu unerhörten Versuch, die geistliche Ehegerichtsbarkeit, welche das Herrenhaus in Uebereinstimmung mit dem Abgeordnetenhause beseitigt hatte, zu rehabilitiren. Auch dieses reaktionäre Beginnen scheiterte an dem Beschlusse der Majorität, der Aenderung, welche das Herrenhaus vorgenommen, beizutreten. Ueberhaupt hat das Abgeordnetenhaus alle vom Herrenhause beliebten Aenderungen acceptirt, und die beiden Faktoren der Gesetzgebung sind nun über das Ehegesetz einig.

Ausland.

Rußland. [Die Russifizirung Polens.] Der russische Ukas, der die Einverleibung des Königreichs Polen in's Czaarenreich definitiv zum Abschlusse bringt, wird von den Wiener Blättern eingehender besprochen. Sie räumen ein, daß in der thatsächlichen Lage Polens dadurch nichts Wesentliches geändert wird. „Die Leiden der Polen," sagt die „Presse," „werden dadurch nicht gesteigert, die Blüthe der Nation bleibt vor wie nach mit touristischen Wanderungen nach Sibirien beschäftigt; Verwaltung, Justiz und höherer Unterricht sind schon lange russifizirt. Nur der letzte Schatten des passiven Widerstandes, der von polnischer Seite noch der vollständigen Absorption entgegentrat, soll definitiv getilgt, auf dem Boden einer unwiderruflich vollzogenen Thatsache ein neues Staatsrecht begründet und dieses mit einem die Gemüther überwältigenden Scheine offenherzigen Austretens umgeben werden." Aber die Wiener Journale weisen auf die Bedeutung hin, die der Ukas für die diplomatische Welt und für Oesterreich insbesondere hat. Die „Presse" sowohl als der „Wanderer" erinnern daran, daß mit diesem Ukas jene Artikel der Wiener Kongreßakte, welche dem Königreiche Polen eine gewisse Selbstständigkeit zusicherten, vollständig annullirt sei, und daß Europa damit verhöhnt werde. Die „Presse" wirft die Frage auf, warum wohl Rußland es für gut fand, gerade jetzt mit einem so kategorischen Akt hervorzutreten, und findet es bemerkenswerth, daß die Inkorporation Polens unmittelbar nach dem Besuche des Prinzen Napoleon in Berlin proklamirt worden sei. An ein Einschreiten der Mächte resp. Frankreichs glauben zwar weder der „Wanderer" noch die „Presse", aber beide erinnern an die Lage der österreichischen Provinz polnischer Nationalität, Galizien. Die „Presse" sieht es voraus, daß die Reibung zwischen dem russifizirten Polen und dem der staatsgrundgesetzlichen Freiheit sich erfreuenden Galizien stärker werden müsse und warnt vor Offensivgedanken. Der „Wanderer" mahnt, Galizien die größtmögliche Autonomie zu gewähren, ihm sein volles Recht und die ganze Freiheit zu gönnen, es als einen Vorposten gegen die russische Eroberungssucht zu schätzen und zu pflegen. „Wenn Rußland uns dann," sagt das genannte Journal sehr treffend, „wegen Begünstigung der polnischen Nationalität anklagt, wir werden ihm antworten können, gestützt auf Europa's öffentliche Meinung, ungefähr wie Graf Cavour dem armseligen Buol-Schauenstein geantwortet hat: Wir intriguiren nicht, wir hetzen Niemand auf, wir trüben Euch am untern Lauf der Weichsel nicht die Wässer; wir regieren nur konstitutionell, und wenn Euch das ein Gräuel ist, so können und mögen wir es nicht ändern."

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64¼ P. 64 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	65¼ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54¼ P. 53⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅞ G.
„	4½pCt.	42⅝ P. ⅜ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅝ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	93⅝ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81½ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 100r. 1881 D. 2½	77¼ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 .	75¾—¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124⅜ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	723 P. 720 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194 P. 93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	229½ P. 29 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111¼ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258½—58 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	62½ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87¾ P. ¼ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	138¼ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51—50½ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	120⅝ P. ⅛ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P. ⅜ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95¼ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld'. k. S.	98 P. 97⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95¼ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅜ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ P. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95¼ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102¾ G.
do. in öst. W. l. S.	102⅞ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72¾—½ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	136½ P.
„ do. v. 1864	89 P. 88½ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99¾ P. ¼ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¼ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145½ P.
„ fl. 25 do.	35¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32⅜ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ P.

Frankfurt, 27. März. Die Börse eröffnete auf bessere Wiener Course fest und bewahrte diese Haltung auch im Verlaufe des Geschäfts, das jedoch nicht sehr umfangreich war. Sämmtliche Spekulationspapiere erhöhten ihren Cours, Creditaktien gegen gestern Mittag um 1 fl., Staatsbahn um 2 fl., 1860er Loose und Steuerfreie um ½ pCt. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 89.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 29. März 1868.

Zum Schulgesetz.

Aus dem Protokoll der zweiten Sitzung des IV. Ausschusses der Abgeordnetenkammer für die Berathung des Schulgesetzentwurfes tragen wir folgendes Ausführlichere nach:

Gleich zu Beginn derselben gab der Referent des Schulgesetzentwurfes, Pfarrer Gelbert, gegenüber den Angriffen, welche die im „Volksboten“ veröffentlichte Adresse gegen den Schulgesetzentwurf enthält, eine Erklärung zu Protokoll, dahin lautend, daß er, was seine religiöse Ueberzeugung anlange, keinen andern Richter als Gott und sein Gewissen anerkenne, und daß er in Bezug auf den weiteren Vorwurf, als ob er die Trennung der Schule von der Kirche herbeiführen wolle, auf einen früheren in der Kammer erstatteten Vortrag verweisen müsse.

Sodann kamen die Art. 4—11 inkl. des Schulgesetzentwurfes zur Berathung. Diese Artikel handeln von der Gliederung der Volksschulen in Werktags- und Fortbildungsschulen, von deren Errichtung durch die Kreisregierungen, von den Schulgemeinden, von der Schülerzahl, die für einen Lehrer über 80, resp. bei getrennten Abtheilungen nicht über 100 steigen soll, dann von den Hilfslehrern und Schulverwesern.

Art. 4 wurde nach dem Regierungsentwurfe unverändert angenommen. Der Referent hatte noch 2 neue Artikel zur 1. Abtheilung des Regierungsentwurfes vorgeschlagen, welche das Recht der Benützung der Volksschulen durch die Kinder der Staatsangehörigen und der in Bayern sich aufhaltenden Ausländer betrafen, beide Artikel wurden aber, nachdem die Feststellung der früheren Artikel im Sinne des Regierungsentwurfes bereits erfolgt ist, als nicht mehr hierher gehörig zurückgewiesen.

Art. 5 wurde unverändert angenommen; die dabei vorgeschlagene Modifikation des Abg. Pfarrer Reger, daß als 3. Absatz dieses Artikels zu setzen sei: „Die zur Zeit bestehenden Volksschulen der christlichen Konfessionen bleiben als konfessionelle Volksschulen erhalten,“ wurde abgelehnt.

Art. 6 wurde ebenfalls angenommen. Eine Debatte hatte sich über den ersten Absatz dieses Art. 6 entwickelt, und wurde vom Abg. Pfarrer Reger statt dessen vorgeschlagen: „Die Angehörigen eines Schulverbandes bilden eine Schulgemeinde.“ Der Antrag wurde aber abgewiesen, und der Charakter der Volksschulen als Gemeindeanstalten nach ihrer bisherigen gesetzlichen und dem Wesen dieser Anstalten entsprechenden Gestaltung aufrecht erhalten. Zu Art. 6 hatte der Referent einen neuen Absatz über die Zulässigkeit von Gehilfenschulen für Einzelhöfe und Weiler vorgeschlagen, derselbe erhielt indessen nicht die Billigung des Ausschusses.

Art. 7 wurde mit der Modifikation angenommen, daß statt der Bezeichnung: „Gemeinderath und Ausschuß“ die Bezeichnung: „Gemeindeverwaltung“ zu setzen ist.

Art. 8 wurde unverändert angenommen, auch Art. 9 im wesentlichen, nur mit der Modifikation, daß statt der Bezeichnung: „wirkliche Schullehrer“ lediglich „Schullehrer“ zu setzen sei.

Art. 10 gelangte gleichfalls mit einer kleinen redaktionellen Aenderung zur Annahme. Eine längere Debatte veranlaßte der Art. 11 über die Verwendung von weiblichen Lehrkräften an Mädchenschulen. Namentlich wurde besprochen, ob diese Lehrerinnen wie die Lehrer, vorschriftsmäßig gebildet und geprüft sein müssen, wenn sie an Schulen zur Verwendung kommen sollten. Von der Regierung wurde in dieser Beziehung erklärt, daß darauf bis jetzt schon bestanden worden sei und auch für die Zukunft werde bestanden werden. Zur Erörterung kam ferner der Vorschlag des Referenten, daß nur mit Genehmigung der Schulgemeinden Lehrerinnen an Mädchenschulen Verwendung finden können. Die Mehrheit des Ausschusses sprach sich hiefür und für die weitere Modifikation aus, daß die Lehrerinnen unverheirathet sein müssen. Der Artikel heißt jetzt in seiner Fassung: „An Mädchenschulen können statt Lehrer mit der Zustimmung der Schulgemeindevertretung auch unverheirathete Lehrerinnen verwendet werden.“

Süddeutschland.

Bayern. h. München, 28. März. [Die Kammer der Reichsräthe] wird in ihrer auf Montag den 30. März Vormittag 10 Uhr anberaumten 38. öffentlichen Sitzung 1) über den Gesetzentwurf in Betreff der Schließung und Trennung der Ehen keiner der anerkannten Religionsgesellschaften angehörenden Personen und 2) über den Gesetzentwurf, die Vervollständigung des Telegraphennetzes Berathung pflegen. — In der Sitzung des vereinigten 1. und 3. Ausschusses entwickelte Referent Frhr. v. Schrenk die Gründe, die ihn veranlaßt haben, das ersterwähnte Gesetz mit der Beschränkung auf die Ehen der Dissidenten unter sich zur Annahme zu empfehlen. Justizminister v. Lutz sprach sich wiederholt gegen diese Beschränkung aus und hob namentlich hervor, daß durch die Annahme des Gesetzes in der beantragten Beschränkung den bestehenden Mißständen nicht genügend abgeholfen werde. Prinz Ludwig sprach

---

Dr. Friedrich Pauli.

Die Geschichte verzeichnet mit Vorliebe und auf ihren glänzendsten Blätter die Namen Derer, welche als glückliche Krieger der Menschheit die schwersten Wunden geschlagen. Selten dagegen bewahrt sie der Nachwelt die Erinnerung an Männer, welche ein Leben voll Thätigkeit und Aufopferung der Linderung und Heilung körperlicher Leiden ihrer Mitmenschen gewidmet; welche so oft dem Tode die fast sichere Beute entrissen, so vielen Familien ihre Ernährer, so vielen Müttern ihre Lieblinge erhalten haben. Schwerer, hingebender, sorgen- und entsagungsvoller als der ärztliche Beruf ist nicht leicht ein anderer. Und wie selten findet er volle Anerkennung in der Gegenwart, oder gar dauernden Nachruhm in der Zukunft! Lasset die beliebtesten und geschicktesten Aerzte einer Gegend vom Tode hingerafft werden und nach einem Menschenalter schon schlummern sie, vergessen von der Menge und nur bei Wenigen noch in dankbarem Andenken, im dunklen Schooße der mütterlichen Erde.

Einer der Wenigen aber, die nicht so bald vergessen sein werden, Dr. Friedrich Pauli von Landau, wurde am 21. Januar dieses Jahres seiner Familie, seinen Freunden und Collegen, ja der ganzen Pfalz durch den unerbittlichen Tod entrissen. Würdig reiht sich sein Name an unsere großen Landsleute Johann Peter Frank und Philipp Franz von Walther; der Name des letzteren wurde ihm auch von der kaiserlich Leopoldinisch-Carolinischen deutschen Akademie der Naturforscher beigelegt, als sie ihn im Jahre 1854 zu ihrem ordentlichen Mitgliede ernannte. War es ihm auch nicht vergönnt, gleich den genannten berühmten Männern als akademischer Lehrer unmittelbar auf die Heranbildung junger Aerzte einzuwirken, so hat er doch durch seine zahlreichen Schriften rüstig und redlich mitgearbeitet an der wissenschaftlichen Förderung der Heilkunde. Seine praktische Thätigkeit aber, sein reiches Wissen, seine geschickte und sichere chirurgische Hand gehörte den Leidenden seiner Heimath-Provinz, während auf diese der Ruhm eines Johann Peter Frank und Philipp Franz v. Walther nur aus der Ferne zurückstrahlt.

Friedrich Pauli ward geboren am 3. Februar 1804 und erreichte somit ein Alter von 64 Jahren. Sein Vater war gleichfalls ein sehr gesuchter und vielbeschäftigter Arzt. Seine Mutter verlor er als neunjähriger Knabe, welcher Verlust sein ganzes Leben lang eine Wunde in seinem Herzen zurückließ. Schon 1814 wurde der begabte Knabe einem würdigen Geistlichen, dem Pfarrer Mayer in Leinsweiler, zur weiteren Ausbildung anvertraut und kehrte von da an, mit Ausnahme der Ferien, nie mehr auf längere Zeit ins Vaterhaus zurück. Von 1815—1820 verlebte er glückliche Tage bei einem Großoheim, dem Geheimen Rath Dr. Seubert in Karlsruhe, wo er während dieser Zeit das dortige Lyceum besuchte und Freundschaftsbündnisse schloß, die nur durch seinen Tod zerrissen wurden. Schon in dieser Zeit eines regelmäßigen Studiums zeigte sich seine reiche Begabung, die mit einem unermüdlichen Fleiße gepaart war, so daß kein Schuljahr verging, an dessen Ende er seinem Vater nicht

sich sowohl gegen die Regierungsvorlage als auch gegen den Antrag des Referenten aus, weil er (Redner) die Nothzivilehe ohne jedweiche Beschränkung eingeführt wissen will. Minister v. Greßer, v. Bomhard und v. Maurer bekämpften ebenfalls die beantragte Beschränkung, während Frhr. v. Thüngen, Bischof v. Dinkel und Frhr. v. Zu-Rhein dieselbe unterstützten. Die Majorität des Ausschusses entschied sich jedoch für die Annahme der beantragten Beschränkung.

— Heute ist der Entwurf eines Gesetzes, die Gemeindeordnung betr., wie er nach den in erster Lesung gefaßten Beschlüssen aus den Berathungen des Socialausschusses der Kammer der Abgeordneten hervorgegangen ist, gedruckt vertheilt worden.

— [Die Herren Schulinspektoren und die Schulgesetzagitation.] Aus München schreibt man: Eine Zahl „rechtgläubiger", „nicht gutmüthiger", Katholiken hat jüngst ihre Mitbürger „gewarnt", die liberale Adresse zu unterschreiben, weil — sie selbst eine Gegenadresse auflegen würden! Die Voraussetzung dieser Philosophen scheint also zu sein: „Unterschrieben muß sein. Wenn wir nicht selbst eine Adresse auflegen, unterschreiben unsere eigenen Leute die andere, also legen wir selbst eine auf, worin — das Gegentheil von der andern steht." Netter ist ein anderes Manifest. Die Herren königlichen Schulinspektoren haben als geschlossenes Amts-Collegium einen geharnischten Protest gegen den Gesetz-Entwurf derselben königlichen Regierung erlassen, in deren Namen sie zu amtiren hätten. (Die Herren gingen neuestens sogar bis zu einer Arbeitseinstellung vor. Nicht einer derselben erschien bei der letzten Schulkommissionssitzung.) Ein Argument in ihrem Proteste ist köstlich. Sie sagen, nachdem sie sich selbst vorher für ihre hohen Verdienste direkt mit Weihrauch angeräuchert haben: die liberale Partei sei ja selbst in den pfäffischen Schulen gebildet worden. — Sie bemerken hier also die Voraussetzung: die liberale Partei ist sehr gebildet: Sie sind aber alle in den bisherigen Schulen gebildet. Ergo sind auch die Schulen rc.

Ja es geschehen Dinge in den jüngsten Diskussionen, von denen sich wirklich keine Philosophie etwas träumen lassen konnte. Ist aber nicht die hinter uns liegende und jetzige Diskussion selbst ein Mittel, eine zwanzigfach größere Masse als bisher mit den großen Fragen wenigstens ganz allgemein bekannt zu machen, ist nicht die Art des Kampfes, wie ihn die Gegenpartei in Ermanglung von Gründen oder Geschick zu führen für gut fand oder gezwungen war, eine solche, daß selbst der Bauer endlich stutzig werden muß? Wenn der Bauer der Vernunft wieder zugänglicher wird, das heißt, wenn die Gefahr des Geldbeutels theils abgewendet, theils das gesetzlich feststehende Zahlenmüssen einmal zu den überwundenen Standpunkten gehört, wenn die Bauern gelegentlich des fortwährenden Verkehrs mit den Städtern von diesen immer wieder zu hören bekommen, sie hätten bei der Wahl u. s. w. einen dummen Streich gemacht, endlich wenn sie mittlerweile den Herrn Pfarrer wegen der Sicherung ihrer Kinder in der Schule vor der Rache des Herrn Pfarrers Schultyrannen und wegen Abminderung der Allmacht der „Herren" (so heißen die Pfarrer auf dem gutkatholischen Lande noch κατ' ἐξοχήν) überhaupt nicht mehr gar so arg fürchten — dann wollen wir wieder direkt wählen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 27. März. [Die „Kreuzzeitung" über die österreichischen Vorgänge.] Die „Kreuzzeitung", welche trotz oder vielmehr eben wegen ihres protestantisch-pietistischen Standpunkts in der Concordatsfrage stets mit den Stimmen der krassesten Ultramontanen um die Wette gegen die Versuche zur Lösung dieser Geistesfessel geeifert hatte, ist durch die Resultate des 21. März begreiflicherweise sehr verstimmt. Sie macht, indem sie sich einer offenen Polemik gegen das Votum der Herrenhausmajorität entschlägt, ihrem Aerger durch nachstehende Tiraden gegen die Urheber der „Demonstrationen" jener Jubelnacht Luft. „Unläugbar", sagt sie, „haben diese Vorgänge in mehr als einer Beziehung etwas Ueberraschendes. Zeigen sie auf der einen Seite den großen Einfluß einer planmäßigen Agitation, so stellen sie auf der anderen eine von Vielen gewiß nicht vermuthete Erregbarkeit der Masse dieser — vorwiegend dem materiellen Genußleben so zuneigenden — Bevölkerung Wiens zu Tage. Allerdings hat der seichte Liberalismus sich in Oesterreich und zumal in Wien ein breites Feld erobert. Auch läßt es die liberale Wiener Presse (meist in jüdischen Händen) an einer eifrig fortgesetzten Propaganda frivolisirender Ideen nicht fehlen; namentlich werden hier die Hetzereien gegen das Concordat mit den raffinirtesten Aufreizungsmitteln betrieben. Daß aber bei der so vorherrschend katholischen Bevölkerung Wiens diese Agitation bereits so viel Boden gewonnen habe, wie die neulichen Demonstrationen ergeben, konnte dem fernstehenden Beobachter schwerlich in den Sinn kommen. Wie früher — besonders von österreichischen Correspondenten in unserem Blatte des Näheren dargelegt worden, sind mehrere gerade der wichtigsten und am tiefsten in das Staats- und Volksleben eingreifenden Bestimmungen des Concordates gar nicht zur Ausführung gelangt, weil sie sich sofort als praktisch unausführbar erwiesen hätten. Auch ist dieser Vertrag mit der päpstlichen Curie seinem Gesammtinhalte nach überhaupt wenig in den größeren Volkskreisen bekannt, und sicherlich haben von Denen, welche jetzt in Massen gegen denselben demonstriren, nicht viele auch nur einige nähere Kenntniß von seinen Festsetzungen. Der große Haufe folgt eben den tonangebenden Führern. Nun ist es nicht unsere Meinung, jeden einzelnen Satz dieses Concordats vertreten zu wollen. Aber das steht uns ganz fest: der Josephinismus, welcher sich gegenwärtig wieder so breit macht, wird Oesterreich gewiß nicht kräftigen." Das feudale Pietistenblatt ahnt ganz richtig, daß Freiheit, die auf einem Punkte zum Durchbruche kommt, nicht ohne Rückwirkung auch auf die übrigen bleibt.

— [Preußen, hab' Acht!] Unter diesem Titel äußert sich die sehr vorsichtige und preußisch-regierungsfreundliche „Schles. Ztg."

---

einen Preis heimgebracht hätte. Während des Jahres 1820/21 besuchte er das Lyceum in Speyer. Das Studium der Medizin begann er 1821 in Straßburg und setzte es dann von Ostern 1822 bis dahin 1825 in Göttingen unter den berühmten Lehrern Blumenbach, Langenbeck, Himly, Conradi, Mende, Marx u. s. w. fort. Hier ward er auch „mit ausgezeichnetem Lobe" zum Doktor promovirt und schrieb seine Inaugural-Dissertation: Commentatio physiologico-chirurgica de vulneribus sanandis, die mit dem Preise gekrönt wurde und sich noch heute in chirurgischen Handbüchern citirt findet. In den Jahren 1825 und 1826 prakticirte er im Allgemeinen Krankenhause in München unter Ringseis und Grossi, sodann in der Charité in Berlin unter Neumann und Rust sowie in den Anstalten von Gräfe und Siebold. Nachdem er in München 1826 seine praktische Prüfung mit der ersten Note in allen Fächern bestanden und im Alter von 22 Jahren die Erlaubniß zur Ausübung der Heilkunde in ihren verschiedenen Zweigen erhalten hatte, machte er noch Bildungsreisen nach Berlin, Wien, Prag und Paris und ließ sich dann, ausgerüstet mit umfassendem Wissen und hoher technischer Fertigkeit, in seiner Vaterstadt Landau als Arzt nieder. Hier verehelichte er sich 1828 mit Fräulein Katharina Schneider, die ihm zwei Söhne und eine Tochter schenkte. Sein liebenswürdiger und gebildeter Familienkreis fand sich, nach der Verheirathung der Kinder, selten mehr vollständig im elterlichen Hause vereinigt, dann aber auch um 9 Enkel erweitert.

Friedrich Pauli erfreute sich bei allen Anstrengungen seines Berufes einer guten Gesundheit, die ihn und seine Freunde ein höheres Lebensalter hoffen ließ. Da erkrankte er um die Mitte Januar an einer Entzündung, die ihn am 21. dahinraffte. Wie vor fünf Jahren, als er in Folge einer Operation an einer Wundvergiftung schwer erkrankte und einen Finger verlor, so widmete ihm auch auf dem Sterbebette seine vortreffliche Gattin die treueste und ausdauerndste Pflege. Am 23. Jan. Nachmittags folgte eine zahlreiche Begleitung, darunter Aerzte aus allen Theilen der Pfalz, seinem Sarge zu dem gartenartigen Gottesacker von Landau. Die nahen Berge waren in Schnee gehüllt und der graue, naßkalte Wintertag stimmte zu der Trauer der Versammelten um den trefflichen Arzt, den treuen Freund und lieben Collegen. Noch eine Schaufel Erde als letzten Tribut der Freundschaft und Verehrung, und das Grab schloß sich für immer über dem Sarge eines ausgezeichneten Mannes.

Volle 40 Jahre übte Friedrich Pauli seine ärztliche und chirurgische Kunst. Auch in größere Entfernungen zu Rathe gezogen, war er gleichsam der Chirurg der Pfalz. Mit fester, sicherer und gewandter Hand führte er das Messer und die Staarlanze und rettete damit Vielen das Leben und gab vielen Anderen das verlorene Augenlicht zurück. Ruhe, Kaltblütigkeit, Fassung bei unerwarteten Zufällen und eine hohe technische Fertigkeit, das waren die Eigenschaften, welche ihn zum vollendeten Operateur machten. Obwohl weichen Gemüthes zitterte doch niemals bei Operationen seine Hand. Ein solcher Mann ist für eine Gegend ein wahrer Segen.

Wie ausgedehnt seine Praxis war, geht daraus hervor, daß er von 1833 (aus den früheren Jahren liegen keine Aufzeichnungen vor) bis 1868 über 925 namhaftere Operationen, darunter 157 Bruchschnitte, 154 Staaroperationen, 70 Amputationen, Exartikulationen und Resektionen, 9 Trepanationen, 8 künstliche Nasenbildungen, 40 Schieloperationen u. s. w., meist mit glücklichem Erfolg, machte — eine Zahl, wie sie außerhalb klinischer Anstalten wohl selten ein

über den 21. März in Oesterreich. Nachdem dieses Blatt mit den Worten des Grafen Anton Auersperg konstatirt, daß Oesterreich keine Wahl habe, als freiheitliche Reform oder Untergang, fährt es fort: „Daß die heutigen Staatsmänner Oesterreichs diesen Abschluß klar erkannten und mit revolutionärer Kühnheit die Axt an die Wurzel der Reaktion legten, darin besteht ihr Ruhm, der ihnen unvergänglich bleiben wird, selbst wenn ihr gewaltiges Werk nicht gelingen sollte. Das ist es aber auch, weßhalb wir Preußen zurufen: Hab' Acht! Die Kriegsschlacht hast du gewonnen, laß dir die Geistesschlacht nicht entringen! Der Fürstentag konnte uns nichts schaden; das war eitel Geflunker und künstlich angelegte Geschichte: was aber heute geschieht, das ist historische Nothwendigkeit, von welcher Oesterreich nicht zurückweichen *kann*, wenn es nicht seinen Untergang dekretiren will. Wir rufen also: Preußen, hab Acht! Laß dir nicht im geistigen und freiheitlichen Kampfe die Siegespalme entreißen! Das innerste Wesen des preußischen Staates und der preußischen Geschichte ist trotz aller Reaktions-Epochen das geistige Vorwärts; gibt es den Fortschritt im Reiche des Geistes auf, so gibt es sich selbst auf; läßt es sich da überflügeln, und noch dazu von Oesterreich überflügeln, so wäre das die traurigste Niederlage, die es erlitte und die durch alle Waffensiege nicht verdeckt werden könnte. Preußen, hab' Acht! Bewahre wie 1866 dein Ländergebiet ebenso energisch und kräftig auch 1868 deine Geisteswelt.

Die „Berliner Börsen-Zeitung" sagt in ähnlichem Sinne: „Ein erster wichtiger Schritt ist immerhin in Oesterreich geschehen, und es wird vielleicht bald dem aufgeklärten Preußen als Vorbild dienen — dem aufgeklärten Preußen, in welchem ein Journalist zu mehrwöchentlichem Gefängniß verurtheilt wird, welcher mit einer spöttischen Wendung über die erfolgte Versendung eines wunderkräftigen Heiligen von Rom nach Deutschland berichtet hat!"

Die in Leipzig erscheinende national-liberale „Deutsche Allgemeine Zeitung" spricht es aus, daß der in Oesterreich errungene Sieg weit über dessen Grenzen hinausreicht, und daß derselbe die kirchliche Reaction nicht blos auf katholischem, sondern auch auf protestantischem Gebiete erschüttert. Mit Rücksicht auf gewisse römische Velleitäten des Berliner Kabinets sagt das Leipziger Blatt: „Die preußische Regierung wird sich vor dem sicherlich falschen Schritt hüten, etwa mit Rom sich zu verbinden, um Oesterreich in Verlegenheit zu bringen, damit aber zugleich sich selbst an Rom zu binden. Es wäre unseres Erachtens ein entschiedener Fehlgriff, den wir einer Regierung, an deren Spitze Graf Bismarck steht, nimmermehr zutrauen können, wenn dieselbe, statt in Freisinnigkeit mit dem neuen Oesterreich zu wetteifern, in dem Maße, wie man dort vorwärts geht, etwa auf die Bundesgenossenschaft der dadurch verletzten Elemente des Rückschrittes spekuliren wollte."

Königreich Sachsen. [*Zur Lage des Landes.*] Wir geben folgende Dresdner Korrespondenz der „A. Z." vorzüglich der für uns sehr nahe liegenden Nutzanwendung halber: „Unsere Kammern sind endlich in die Berathung des neuen Wahlgesetzes, die sich so lange verzögert hat, eingetreten. An der Annahme aller der Bestimmungen, durch welche die bisherige ständische Vertretung in eine moderne Volksvertretung umgewandelt wird, ist nicht zu zweifeln; die Einsicht, daß die Wandlung nothwendig und unvermeidlich sei, durchdringt selbst Kreise, die sich früher durch ihren starren Konservatismus ausgezeichnet haben. Daß in diesen Verhandlungen die seit 1850 ventilirte Frage der Rechtmäßigkeit der gegenwärtig tagenden Kammern abermals eine Rolle spielt, versteht sich von selbst. Mit der Annahme und Durchführung des neuen Wahlgesetzes fällt jeder Grund zu weiterem Hader hinweg; denn auch der größere Theil derjenigen, welche seither die Rechtsbeständigkeit der Gesetze von 1848 verfochten haben, erklärt sich mit der gegenwärtigen Reform einverstanden. Es ist von höchster Wichtigkeit, daß der Partei, welche gegen den Fortbestand Sachsens überhaupt alle Hebel einsetzt, diese Handhabe entzogen wird. Die Abgeordneten verschiedener Parteien haben dies denn auch gefühlt, und wenn Mammen von Plauen seine Zuversicht kundgab, daß die Zukunft sowohl die Befürchtung derer, welche den norddeutschen Bund nur als ersten Schritt zur völligen Annexion betrachten, als die geheime Hoffnung jener, denen der preußische Einheitsstaat nach französischem Muster wünschenswerth scheint, widerlegen werde — so sprach der Abg. v. Könneritz geradezu aus, daß Sachsens Existenz nur durch *Hebung der geistigen und materiellen Blüthe des Landes*, sowie durch den *freisinnigen Ausbau der Verfassung gerettet werden könne.* Hoffentlich bleibt dies keine Phrase; denn wenn es auch wahr ist, daß die jetzt zu den Schatten steigende Landesvertretung das Königreich nach 37 Jahren in einem Zustande des Gedeihens und der Entwicklung verläßt, auf den sie mit Befriedigung blicken mag, so sind wir doch auf gar vielen Gebieten weit davon entfernt, ein Musterstaat zu sein, während uns kaum etwas hindern kann, ein solcher zu werden. Einen Staat aber, dessen *Bevölkerung in allen seinen Institutionen befriedigt wäre, dessen Besonderheiten hauptsächlich Besonderheiten geistigen und materiellen Fortschrittes wären*, der zudem seine Pflicht gegen das große Gesammtvaterland im vollsten Maß und weit über das Geforderte hinaus zu thun bestrebt ist — einen solchen *Staat annektirt man nicht im Handumwenden.*

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. März. [*Ultramontane Nachklänge.*] Dem „Frkf. J." schreibt man: „Wer hat am vorigen Sonnabend in Wien illuminirt?" fragt das journalistische Organ des Cardinals Rauscher, und es gibt darauf die Antwort: „Einige Juden und eine Anzahl Christen, welche der irrigen Meinung waren, es sei in Ofen ein kaiserlicher Prinz zur Welt gekommen." (Nur tapfer gelogen!) Weniger heiter faßt das Jesuitenblatt, „Die Gegenwart", die Situation auf. „Die Hölle ist losgelassen!" ruft es aus. Die Legionen des Satans

---

Arzt aufweisen kann. Er war der Erste, welcher die Operation des Schielens versuchte und verschiedene technische Benennungen in die Chirurgie einführte.

Bei dieser angestrengten Ausübung seines Berufes, fand er, mit der Zeit geizend, noch Muse zu einer ebenso großen *literarischen* Thätigkeit. Es ist hier nicht der Ort, sie ausführlicher zu würdigen, was einem ärztlichen Fachblatte vorbehalten bleiben mag. Nur sei erwähnt, daß außer einer Menge Abhandlungen und Recensionen nicht weniger als 15 größere Schriften, zum Theil in französischer Sprache, von ihm erschienen sind, unter denen das Werk über Croup (Würzburg bei Stahel) im Verlauf von 2 Monaten eine neue Auflage erlebte.

Pauli zeigte sich auch als scharfer Beobachter der Besonderheiten des Volkes, seiner Anschauungen und Denkweise und seiner eigenthümlichen Terminologie; in allen seinen Schriften ist die Sprache klar, einfach und anziehend, der Inhalt gediegen, wie er denn überhaupt auch die Feder mit gleicher Gewandtheit führte, wie das chirurgische Messer. Unvollendet bleibt leider eine im Auftrage der *Stahel'*schen Buch- und Kunsthandlung in Würzburg begonnene Schrift über *Hernien*, worin er besonders reiche Erfahrungen gemacht hatte.

Als Recensent war Pauli gefürchtet, weil er mit glücklicher Satyre der aufgeblähten Oberflächlichkeit kühn zu Leibe ging und insbesondere den Charlatanismus in allen Formen tapfer bekämpfte. Sein natürlicher, gerader Sinn haßte Alles, was die ärztliche Kunst und Wissenschaft zur Dienerin niedriger Spekulation herabzuwürdigen geeignet war.

Das wissenschaftliche Streben *Pauli's* zog ihn seit Jahren zu einem akademischen Lehramte hin, wofür er in hohem Grade befähigt gewesen wäre. Im Jahre 1846 wurde er auch zum außerordentlichen Professor in Würzburg ernannt, doch wurzelte er zu fest im Boden der Heimath, um sich von demselben losreißen zu können; er lehnte daher die Stelle aus Familienrücksichten ab. Sein Streben aber fand in der wissenschaftlichen Welt volle Anerkennung; 22 gelehrte Gesellschaften, darunter mehrere französische und belgische, hatten ihn zu ihrem Mitgliede ernannt. Seit 1865 war er Vorstand der „*Pollichia*" und seit 1863 Mitglied des Kreismedizinal-Ausschusses der Pfalz.

Soviel über *Friedrich Pauli* als Arzt und *Schriftsteller*; er hinterläßt in beiden Beziehungen bei uns eine Lücke, die nur schwer, vielleicht nie, ausgefüllt werden kann. Als College konnte er, namentlich auch gegen jüngere Kunstgenossen, nicht freundlicher, gefälliger und rücksichtsvoller sein, als er in Wirklichkeit gewesen. Sein Verlust wurde daher auch von allen pfälzischen Aerzten schwer empfunden und aufrichtig betrauert.

Als *Mensch* aber zeigte er eine Herzensgüte und eine Gefälligkeit gegen Freunde und Bekannte, die bis zur Aufopferung ging. Wie es edleren Naturen eigen ist, war er glücklich, wenn er Anderen eine Freude bereiten konnte. Wenn daher die ärztliche Wissenschaft den Namen *Friedrich Pauli* unter ihren treuesten Jüngern verzeichnet, so wird derselbe nicht minder fortleben in der trauernden Erinnerung Aller, die im Leben mit ihm verkehrt und seinen redlichen Sinn, sein offenes Wesen, seine Herzensgüte und seinen edlen Charakter kennen gelernt haben.

Leicht sei ihm die Erde! (Pfälz. Ztg.)

---

sind ausgebrochen. Heute regiert in Oesterreich nicht mehr Gott, der Kaiser, das alte Recht, die alte Sitte, sondern der Teufel und seine Großmutter, die Revolution mit ihrer ganzen Sippe, der Lüge, dem Betrug, der Unzucht und jeglichem Gräuel." Gewiß ist jedenfalls, daß gegenwärtig in Oesterreich, wenn auch nicht der Teufel, doch die Preßfreiheit herrscht, und daß die Ultramontanen von dieser, ihnen sonst so verhaßten Institution den ausgedehntesten Gebrauch machen. Der ultramontane „Volksfreund" bedauert, daß auch zwei polnische Mitglieder des Reichsraths, Fürst Czartoryski und Graf Alfred Potocki, gegen das Concordat gestimmt haben, „an demselben Tage, an welchem der Telegraph den Todesstreich anzeigte, den Rußland gegen das katholische Polen geführt." Sie werden bei der Abstimmung wohl an das Unheil gedacht haben, welches der Jesuitenorden über ihr Vaterland brachte. Der „Volksfreund" behauptet auch, es seien gegen die Fenster des Wagens, in welchem Graf Blome vom Herrenhause heimfuhr, Stöcke geschwungen worden. Der Autor des Vertrags von Gastein ist jedoch mit dem Schrecken davongekommen; er möge künftig seine österreichische Pension in bescheidener Zurückgezogenheit verzehren. Wenn er sich trotzdem noch einmal gedrungen fühlen sollte, den Kaiser Joseph, den Liebling des Volkes, herabzusetzen, so möge der zu den Römlingen übergegangene norddeutsche Graf einen passenderen Ort dazu wählen, als Wien, wo das eherne Denkmal des großen Kaisers vor den Augen und wo die Geschichte seiner Thaten in den Herzen steht. Auch in den Provinzen hat die Nachricht von der Niederlage der Ultramontanen die größte Freude erregt. In den Hauptstädten von Schlesien, Steiermark und Kärnthen wurde, wie in Wien, eine festliche Beleuchtung veranstaltet. In Wiener-Neustadt wurden, wie der „Volksfreund" berichtet, die nicht beleuchteten Fenster eingeschlagen oder eingeworfen.

Am Sonntag fand im Redoutensaal der Wiener Hofburg die Generalversammlung der St. Michaelsbruderschaft statt. Der päpstliche Nuntius Monsignore Falcinelli, Cardinal Rauscher und Graf Leo Thun wurden mit demonstrativen Zurufen (Hoch! Vivat!) empfangen. Es war die Antwort der ultramontanen Partei auf die gegen sie gerichtete Volksdemonstration vom vorigen Abend. Cardinal Rauscher ermahnte zu festem Zusammenhalten in den Tagen des Kampfes und der Prüfung. Graf Leo Thun rühmte den Papst Pius IX., daß er, „unbekümmert um das Geschrei der Welt", zuerst das Dogma von der unbefleckten Empfängniß der Mutter Gottes verkündet und dann in dem Syllabus, gegen welchen dieselbe Welt sich „zähneknirschend" erhebe, die Irrwege des Denkens bezeichnet habe. Der bekannte Dr. Moufang aus Mainz, welcher als Gast anwesend war, erklärte die Austria für eine kranke Person, welche der aus der Fremde berufene Arzt (Herr v. Beust) nicht gesund machen könne. Wenn also die arme Austria sich nicht entschließt, die Pillen einzunehmen, welche in der römischen Universal-Apotheke präparirt werden, so ist sie unrettbar verloren. Baron Stillfried machte die „erfreuliche" Mittheilung, daß die St. Michaelsbruderschaft in den letzten drei Monaten bereits über 61,000 fl. zur Erhaltung und Vermehrung der päpstlichen Armee zusammengebracht, und daß die Zahl der Vereinsmitglieder das zehnte Tausend überschritten habe, wovon gegen 3000 der Wiener Diöcese angehören.

Ausland.

Frankreich. Paris, 26. März. [Börsengerüchte.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: „Fast scheint es, als ob die Finanzwelt in dem beginnenden Friedensfrühling sich nicht glücklich fühlte, und als ob sie zu ihrer Zufriedenheit jener kriegsschwangeren Gerüchte unumgänglich bedürfte, die ihr so zu sagen zur Gewohnheit geworden zu sein scheinen. Von allen Seiten schwirren heute die Unglücksraben, und es ist natürlich Preußen, welches dabei in düstersten Gegensatz zu Frankreich gesetzt wird. Da erzählt man, daß seit vier Tagen in den Tuilerien große Unzufriedenheit gegen das Berliner Kabinet herrsche, allerdings nur wegen „sekundärer" Schwierigkeiten, die aber den Kaiser in um so üblere Laune versetzt hätten, als er sich bewußt sei, „jetzt über eine Heeresmacht zu verfügen, wie sie in ähnlicher Organisation noch keinem Souverain Frankreichs zu Gebote gestanden hätte." Es versteht sich von selbst, daß für alle diese Gerüchte, die in den verschiedensten Tonarten vorgetragen werden, auch nicht der leiseste Anhaltspunkt vorliegt. Zwischen Frankreich und Preußen existirt nichts, was irgendwie zu Mißhelligkeiten Anlaß bieten könnte, und es ist nur zu bedauern, daß sich selbst sonst politisch begabte Köpfe von chauvinistischen Empfindlichkeiten so weit beherrschen lassen um für die Wahrscheinlichkeit solcher Angabe Propaganda zu machen. Diese Nachrichten sind ebenso unbegründet, als die geheimnißvollen Börsengerüchte wegen eines bevorstehenden kaiserlichen Manifestes über die auswärtigen Angelegenheiten, namentlich über Rom. Es ist kein wahres Wort daran. Man ist im Kabinet des Kaisers im höchsten Grade zufrieden mit der zuvorkommenden Aufnahme, welche Prinz Napoleon in Berlin gefunden, aber man hält darauf, daß Jedermann wisse, „diese Aufnahme sei um so herzlicher und unbefangener gewesen, als man in Berlin gewußt habe, der Prinz sei weder direkt noch indirekt mit einer Sendung betraut, und der Vetter des Kaisers hege über die Gestaltung Deutschlands dieselben friedlichen Ansichten wie Napoleon III. selbst." Diese, vom Privatsekretär des Kaisers, Hrn. Conti, selbst stammende Darstellung ist jedenfalls objektiver und verbürgter, als die oben gekennzeichneten Gerüchte, deren Börsen-Baissezwecke wohl unschwer verkannt werden können. Im Innern ist es die mehr oder minder große Wahrscheinlichkeit der Kammerauflösung, welche die Geister in Spannung erhält."

— [Gesundheitszustand des Kaisers.] Der „Neuen fr. Pr." schreibt man aus London: Da eine halbe Welt an den Ring geschmiedet ist, der von des Cäsaren Bett herabhängt, so hat jede verläßliche Mittheilung über sein Befinden ihren hohen Werth. Ich bin in der Lage, aus bester Quelle eine kurze, aber bedeutsame Angabe zu machen. Dieselbe stammt nicht aus politischem, sondern aus medicinischem Kreise; sie rührt von einem der berühmtesten englischen Aerzte her. Ich unterlasse es, über die Person desselben hier Näheres zu sagen; nur das will ich erwähnen, daß ihm bei Anwesenheit in Paris die directeste Gelegenheit zu persönlicher Kenntnißnahme gegeben war. Er besuchte unlängst die Tuilerien und stand und steht in Verbindung mit den Aerzten des Kaisers. Seine auf die Ansichten der französischen Collegen gegründete Aeußerung geht nun dahin, daß — „die häufigen Ohnmachtsanfälle, denen der Kaiser unterworfen ist, die Folge einer Herzkrankheit sind, die seinen Tod plötzlich herbeiführen kann, wenn auch andererseits ein längeres Leben im Bereich der Möglichkeit liegt".

Ueber den kaiserlichen Prinzen ist aus derselben Quelle bereits vor einiger Zeit die Mittheilung gemacht worden, daß nach der Meinung der französischen Aerzte „die Körperverfassung desselben derart sei, daß keine gute Aussicht vorhanden ist, derselbe werde das Alter der Großjährigkeit erlangen".

Ich wiederhole nur eine mir gemachte Angabe; von einer Parteilichkeit des Berichtenden kann keine Rede sein; eine unmittelbarere und bessere Quelle kann unter den obwaltenden Umständen nicht gedacht werden.

Nordamerika. New-York, 24. März. [Zur Präsidenten-Anklage.] Das Repräsentantenhaus hat in einer Erwiederung auf die Antwort Johnson's gegen die Anklage-Artikel letztere nochmals in ihrem ganzen Umfange bekräftigt. Der Gerichtshof des Senates erließ darauf einen Befehl, dem zufolge der Prozeß am künftigen Montage (30.) seinen Anfang nehmen soll. Zur Ergänzung dieser Depesche dienen briefliche Nachrichten vom 14. März, worin es heißt: „Gestern versammelte der Senat sich wieder als Anklagegerichtshof, unter Vorsitz des Oberrichters Chase, um den Prozeß gegen den Präsidenten Johnson zu führen. Der General-Staatsanwalt Stanberry verlas eine Vertheidigungsrede Johnson's, worin dieser bemerkt, eine genaue Prüfung der Anklagepunkte habe ihn zu der Ueberzeugung gebracht, daß eine Frist von 40 Tagen zu deren Beantwortung erforderlich sei; er bitte daher achtungsvoll um die Gewährung dieses Zeitraumes. Von Seiten des Repräsentantenhauses wurden Einwendungen gegen den Verzug erhoben; aber mit 26 gegen 25 Stimmen verweigerte der Gerichtshof die sofortige Aufnahme des Prozesses, und mit 40 gegen 10 Stimmen wurde der Präsident angewiesen, seine Erwiederung bis zum 23. d. M. einzubringen; der Prozeß werde dann seinen Anfang nehmen, sobald die Antwort des Repräsentantenhauses auf die Erwiederung des Präsidenten vorliege. Stanberry hat sein Amt niedergelegt, weil die Vertheidigung des Präsidenten seine ganze Zeit in Anspruch nehme. Letzterer hat daher Browning, den Staatssekretär des Innern, mit der interimistischen Führung der General-Staatsanwaltschaft beauftragt. Der Prozeß gegen Jefferson Davis ist vom 25. März auf den 14. April verschoben worden; die Bürgschaft mußte daher erneuert werden.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 90-91.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 31. März 1868.

Der kirchliche Einfluß im Schulgesetzentwurf.

E. C. Im Entwurfe des Schulgesetzes Art. 3 ist unter Hinweisung auf das Religionsedikt, das Konkordat und den II. Anhang zum Religionsedikt bestimmt: „Die Anordnung und Leitung des Religionsunterrichts und des religiös-sittlichen Lebens an den Volksschulen steht den kirchlichen Oberbehörden zu. Dieselben haben ihre deßfallsigen Verfügungen (wie bisher) den Kreisverwaltungsstellen mitzutheilen, welche diese, soweit hiegegen keine Erinnerung besteht, den Lehrern durch die vorgesetzte Schulbehörde verkünden lassen.“ Ferner bestimmt Art. 113 des Entwurfs: „Die Aufsicht auf den Religionsunterricht und das religiös-sittliche Leben in den Schulen führt der einschlägige Pfarrer der betreffenden Konfession. Derselbe ist in dieser Eigenschaft seiner vorgesetzten kirchlichen Oberbehörde verantwortlich, welcher verfassungsmäßig das Aufsichtsrecht auf Religionslehre und religiös-sittliches Leben in den Schulen zusteht.“

So lautet der Gesetzentwurf, dem in drei- oder viertausend Adressen nachgesagt wird, er wolle den Einfluß der Kirche auf die Schule beseitigen. Freilich, die Distriktsschulinspektoren! Sie sind nach den gegenwärtig geltenden Bestimmungen „in der Regel“ — nicht nothwendigerweise — Pfarrer, und diese Regel soll nach Art. 115 künftig wegfallen. Wir kommen darauf später zu sprechen, und beschränken uns für heute auf den Nachweis, daß die besagten Art. 3 und 113 dem Einflusse der Kirche auf die Schule einen Umfang einräumen, welcher die verfassungsmäßigen Gränzen weit überschreiten würde.

In diesen Artikeln ist der Kirche ein dreifaches Recht zugestanden: 1) Die Anordnung und Leitung des Religionsunterrichts, 2) die Anordnung und Leitung des religiös-sittlichen Lebens in den Schulen, 3) die Aufsicht auf beides. Dies geht weiter, als das Religionsedikt gestattet und weiter, als das Konkordat verlangt. Im Religionsedikt § 38 ist den Kirchengesellschaften das Recht zuerkannt, „den religiösen Volksunterricht anzuordnen;“ im Konkordat Art. 5 wird den Bischöfen das Recht gewährleistet, auch an den öffentlichen Schulen „über die Glaubens- und Sittenlehre,“ d. h. über den Religionsunterricht „zu wachen“ Ebenso ist im II. Anhang zum Religionsedikt „die Aufsicht über Ertheilung des Religionsunterrichts in den Schulen“ den protestantischen Konsistorien übertragen. Weder im Religionsedikt noch im Konkordat findet sich sonst ein Wort über das Recht der Kirche in der Volksschule. Den kirchlichen Oberen steht hienach verfassungs- und konkordatmäßig nur die Anordnung, Ueberwachung, Beaufsichtigung des Religionsunterrichtes zu; was dagegen der Gesetzentwurf über die Beaufsichtigung und vollends über die „Anordnung und Leitung“ des religiös-sittlichen Lebens „an“ der Schule sagt, ist eigene Zuthat und in der Verfassung nicht begründet.

Der Ausschuß der Abgeordnetenkammer hat bei Berathung des Art. 3 die Befugnisse der kirchlichen Behörden wieder auf ihre verfassungsmäßigen Gränzen zurückgeführt; er hat in Uebereinstimmung mit dem Antrage des Berichterstatters die Worte „und des religiös-sittlichen Lebens“ gestrichen, von der Erwägung geleitet, daß es die Aufgabe dieses Gesetzes nicht sein kann, das Recht der Kirche zu erweitern und Eingriffe zu legitimiren, die erfahrungsgemäß dem religiösen und sittlichen Leben der Jugend eben so oft schädlich als förderlich gewesen sind. Mit diesem Beschlusse ist die kirchliche Anordnung und Leitung auf den Religionsunterricht beschränkt; die Frage, in welchem Umfange eine kirchliche Aufsicht auch bezüglich des religiös-sittlichen Lebens zu statuiren sei, wird bei der Berathung des Art. 113 ihre Erledigung finden. Jedenfalls konnte die Ausschußverhandlung über Art. 3 denjenigen zur Warnung dienen, die etwa der Meinung sind, man müsse gegenüber der klerikalen Agitation durch Dick und Dünn mit dem Regierungsentwurfe gehen. Der Entwurf ist mit Ausnahme eines einzigen Punktes den klerikalen Ansprüchen so günstig, daß man Ursache hat, vorsichtig zu sein, zumal auch diese Ausnahme durch die Art des Vollzuges illusorisch werden kann. Denn eine klerikal gesinnte Regierung ist durch nichts gehindert, alle Bezirksschulinspektionen auch künftig mit Klerikalen zu besetzen, und wäre eine solche Regierung etwa in Bayern unmöglich? Man kann sich darauf verlassen, daß die Verständigen und Kaltblütigen unter den ultramontanen Parteiführern im Grunde ihres Herzens wenig dagegen hätten, wenn der Regierungsentwurf unverändert, wie er liegt, zum Gesetz erhoben würde; ihnen dient der Adressensturm nur als ein kräftiges Mittel, unangenehmen Aenderungen vorzubauen.

Das Privatleben und die Oeffentlichkeit.

Während in Frankreich schon längst die Diskussion öffentlicher Angelegenheiten auf ein sehr bescheidenes Maß beschränkt war, hatte die Presse in Beziehung auf das Privatleben einen ziemlich weiten Spielraum. Allerdings bestehen dort zum Schutze des Privatlebens Gesetze, welche mindestens eben so streng sind, wie die unsrigen. Bei Verleumdungen ist sogar der Beweis der Wahrheit ausgeschlossen, und zur Verurtheilung genügt die vorhandene Beleidigung. Aber es gab zahlreiche Fälle, in denen Veröffentlichungen den Betreffenden unangenehm waren, ohne daß diese den Schutz des Gesetzes anrufen konnten oder wollten.

Die Presse hat zahlreiche finanzielle und gesellschaftliche Scandale an den Tag gezogen und diese Scandale haben allerdings am häufigsten solche Personen betroffen, welche dem Kaiserreich nahe stehen und von demselben protegirt, wenigstens tolerirt werden. Solche Zustände pflegen Leute, welche die Macht in Händen haben, gewöhnlich als unerträglich zu bezeichnen. Am schnellsten sind die Franzosen bei der Hand, denen das Staatsstreichthum im Blute liegt.

Der gesetzgebende Körper hat sich kurz entschlossen und in das Preßgesetz eine Bestimmung aufgenommen, wonach jede Besprechung von Vorgängen des Privatlebens strafbar ist. Aber der stets geistreiche und schlagfertige Emile de Girardin hat sich gerächt, indem er sofort in seiner Zeitung das gern gelesene Feuilleton „Le Monde Parisien“ strich und wenn die Fürstin Metternich nicht mehr zu besorgen hat, daß eine Excentricität, welche verschwiegen bleiben sollte, an die Oeffentlichkeit gelangt, so soll sie dafür auch nicht mehr die Genugthuung haben, daß ein liebenswürdiger Chroniqueur die Wunder ihres letzten Balles erzählt.

Das Mittel dürfte durchgreifender sein, als es bei seiner Einfachheit und Milde den Anschein hat. Indessen ist die Sache doch sehr ernst. Mit dem Satze, daß das Privatleben heilig sein soll, wird ebenso wie mit ähnlichen Sätzen viel Mißbrauch getrieben. Man kann gewissermaßen darüber sagen, was Junius (in den berühmten Juniusbriefen, deren meisterhafte Uebersetzung von Ruge in eben 3. Auflage erschienen) über „Maßregeln und nicht Männer“ gesagt hat: „Das ist eine elende Heuchelei, von Schurken ausgebracht und unter Narren in Umlauf gesetzt.“ Die heutige Zeit ist zu zartnervig für eine Beweisführung in ähnlichem kräftigen Stil, und wir citiren deshalb lieber einen modernen, ganz eleganten Schriftsteller, einen Franzosen. In Eduard Laboulaye's „Paris en Amerique“, dessen 19. Auflage uns vorliegt, und das ohne Ahnung von dem Beschlusse des gesetzgebenden Körpers geschrieben ist, handelt das erste Kapitel „von dem protectionistischen Grundsatz, daß das Privatleben unnahbar sein soll“ (que la vie privée doit être murée). Der Doktor René Lefebvre, ein Pariser Bourgeois, ist durch einen „Spiritisten“ im Schlaf nach Amerika versetzt und sieht alles mit den Augen eines gutgezogenen Parisers an. Eben hat er den Herren Truth, Humbug u. Co., den Eigenthümern und Herausgebern des „Telegraph“, einen Besuch abgestattet. Das Blatt hat soeben mit großen Lettern die „strafrechtliche Verurtheilung des Maires“ der Stadt angekündigt. Der Pariser Doktor ist entrüstet: „Sie spielen,“ sagt er, „mit Allem, was ich als achtungswerth und heilig zu betrachten gelernt habe. Man möge einen Minister oder Deputirte angreifen, das schadet

Süddeutschland.

Bayern. München. [Näheres über das Testament des Königs Ludwig I.] Die Eröffnung des Testaments König's Ludwig I. wurde, wie der offiziöse Münchner Correspondent der „Allg. Ztg." nun genauer erfährt, durch den Herrn Justizminister als Großnotar der Krone in Gegenwart der bereits benannten Herren vorgenommen. Der mit ihm zum Testamentsvollstrecker ernannte Hr. - Hofmarschall Generallieutenant du Jarrys Freiherr v. Laroche war jedoch nicht dabei anwesend. Nach dem, was man über den Inhalt des Testaments erfährt, wird aus dem Nachlasse ein Fideicommiß errichtet, dessen Nutznießer Se. k. Hoheit Prinz Luitpold als Haupterbe sein wird. In dieses Fideicommiß sind auch die neue Pinakothek und die Glyptothek inbegriffen. Zum Nachfolger des Prinzen Luitpold in diesem Fideicommisse ist dessen ältester Sohn, Se. k. Hoh. Prinz Ludwig, bestimmt, welchem außerdem zwei kostbare Vasen vermacht sind. Aus den Erträgnissen des Fideicommisses ist dem Prinzen Adalbert eine jährliche Rente von 40,000 fl. hinauszuzahlen, und die dem Prinzen Luitpold noch bleibende Jahresrente auf 60,000 fl. angeschlagen. Prinz Leopold erhält das Schloß Leopoldskron und die Marmorbrüche am Untersberg, Prinz Arnulf, dritter Sohn Sr. k. Hoh. des Prinzen Luitpold, die Villa Malta in Rom, mit der ausdrücklichen Befugniß, sie zu veräußern oder zu vermiethen. Von den beiden Söhnen des Prinzen Adalbert erhält der ältere, Prinz Ludwig Ferdinand, die Villa Ludwigshöhe bei Edenkoben in der Pfalz, der jüngere, Prinz Alphons, die Summe von 30,000 fl. Die Walhalla bei Regensburg erklärt der hohe Erblasser als ein Vermächtniß an ganz Deutschland, die Ruhmeshalle bei München, die Befreiungshalle bei Kelheim und die übrigen noch vorhandenen Gebäude, welche Eigenthum weiland Sr. Majestät waren, sollen Sr. Maj. dem König Ludwig II. vermacht sein, welchem auch die Armen, die von Sr. Maj. König Ludwig I. Unterstützung erhielten, empfohlen sind. Außerdem sind noch mehrere kleinere Legate an den Hofmarschall Frhrn. v. Laroche, die beiden Flügeladjutanten, Generallieutenant v. Jeetze und Oberst v. Gmainer, dann an die übrigen Bediensteten des hohen Erblassers ausgesetzt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 29. März. [Die Diätenfrage im Reichstag.] Der ┼-Correspondent schreibt: Die ersten Sitzungen des Reichstags konnten kein vorwiegendes politisches Interesse in Anspruch nehmen. Der von der äußersten Linken eingebrachte Antrag wegen Gewährung von Diäten an die Reichstagsmitglieder stellt eine politische Debatte in Aussicht, die eine Wiederholung derjenigen sein wird, welche derselbe Gegenstand im konstituirenden Reichstage hervorgerufen hatte. Die Forderung der Diäten ist auch von dem Programm der national-liberalen Partei, sowie der liberalen Parteien nicht verschwunden und einige Vorgänge der letzten Zeit waren sicherlich nicht geeignet, hierin eine Aenderung herbeizuführen; trotzdem hat der Antrag der Linken, wie die Dinge liegen, geringe Aussicht. Sollte derselbe auch, was nicht sehr wahrscheinlich, eine Majorität im Reichstag erlangen — im konstituirenden Parlamente wurden die Diäten zuerst durch ein Amendement angenommen, bei der Schlußabstimmung aber mit 178 Stimmen gegen 90 abgelehnt —, so würde der Antrag jedenfalls durch das Veto im Bundesrathe fallen. Da es sich um eine Verfassungsänderung handelt, so müßten zwei Drittel der Stimmen im Bundesrathe zustimmen. Wird doch der preußischen Regierung nachgesagt, daß sie sich für die Zukunft mit der Einführung des allgemeinen Stimmrechtes und der Diätenlosigkeit auch für die preußische Kammer trage. Das mag dahingestellt bleiben. Aber eine Bekehrung der Regierung in der Diätenfrage seit dem vorigen Jahre ist unwahrscheinlich.

[Der österreichische Handelsvertrag] vom 9. März bekundet erhebliche Fortschritte in der freihändlerischen Richtung auch auf Seiten Oesterreichs. Dies ist von allen Seiten anerkannt. Die Fachmänner sind allerdings der Ansicht, daß fortan durchgreifende Reformen auf dem Zollgebiete durch Handelsverträge im Allgemeinen kaum mehr erreicht werden können. Die bisherigen Handelsverträge haben im großen Ganzen geleistet, was sie leisten konnten. Man hört auf jener Seite jetzt oft den Gedanken äußern, daß weitere bedeutsame Reformen zu der Aufgabe eines europäischen internationalen Zollkongresses gehören würden. Sollte einmal eine große Regierung einen solchen Plan in die Hand nehmen, so würde derselbe vielleicht größere Chancen des Gelingens darbieten, als die napoleonischen Projekte politischer Kongresse bis jetzt gehabt haben und voraussichtlich auch künftig haben würden.

[Im deutschen Handelstage] ist ein Streit ausgebrochen, der immer größere Dimensionen annimmt. Zuerst trat Kommerzienrath Stephan in Königsberg aus dem Ausschuß des Handelstags und mit ihm die Königsberger Kaufmannschaft aus dem Handelstage. Nun ist bereits Danzig mit dem Austritt gefolgt, und die zum Handelstagsausschusse gehörenden Vertreter der übrigen See- und anderer Städte haben wenigstens ihren Rücktritt aus dem Ausschusse erklärt, so die von Stettin, Breslau, Hamburg, Lübeck und Bremen; sie schließen sich der zuerst von Königsberg aus erhobenen Beschwerde an, daß das Präsidium eigenmächtig die Ausschußbeschlüsse, besonders hinsichtlich der Position „Zucker", im Interesse der Schutzzöllner in der an den Bundesrath gerichteten Eingabe geändert habe. Im Grunde gesteht das Präsidium diese Handlungsweise auch ein, indem es erklärt, es habe in Folge von Reklamationen nachträglich eine „vorsichtigere" Fassung der Beschlüsse vorgenommen. Kommerzienrath Stephan hatte Remedur des eigenmächtigen und unberechtigten Vorgehens des Präsidiums verlangt, aber keine befriedigende Zusage erhalten. Es wird von Seite der Dissidenten die Bildung eines neuen Handelsvereins mit entschieden freihändlerischer Tendenz geplant.

— [Eine Versöhnungsscene,] die am Geburtstage des Königs stattgefunden hat, macht besonders in militärischen Kreisen in Berlin viel von sich reden. Die Generale Manteuffel und Vogel v. Falkenstein, aus dem süddeutschen Feldzuge von 1866 ja bekanntlich Antagonisten, waren zu diesem Zwecke nach Berlin geladen worden und erhielten hier Gelegenheit, die früheren Differenzen auszugleichen. Nachdem das geschehen, wurden beide Generale gleichzeitig vom König empfangen.

---

nichts, ich bin daran gewöhnt; von jeher sind die Minister die Zielscheibe dieser Herren Scribenten gewesen; der berühmteste Zeitungsschreiber ist der, welcher zwei oder drei todtschlägt. Wenn es Länder oder Völker giebt, die diese Metzelei belustigt, wohl bekomm's ihnen. Ich wünsche ihnen nur zwei oder drei Revolutionen, um sie zu heilen. Aber das Privatleben muß ummauert sein, hören Sie, hermetisch ummauert.

Wer hat das gesagt? fragte Humbug, mit einer spöttischen Miene, die mir seine Unwissenheit bewies.

Herr Humbug, erwiederte ich. Royer Collard hat es gesagt, ein großer Metaphysiker, welcher zwar niemals selbst eine Idee gehabt hat, aber die Idee anderer in Bronze gegossen und auf Erz gravirt hat. Diese erhabene Weise ist es, welcher das goldene Wort gesprochen hat, das in jedem Redaktionszimmer hängen sollte! Das Privatleben muß ummauert sein!

Ihr großer Metaphysiker hat eine Dummheit gesagt, erwiederte Humbug. Kann man einen Menschen entzweischneiden? Ist man ein Schurke im Privatleben und Fabricius im öffentlichen? Was ist das Privatleben? Wo fängt es an, wo endigt es? Wenn ich rufe: Ein toller Hund! ist das ein Angriff gegen das Privat- oder gegen das öffentliche Leben? Wenn unsere Marine von schamlosen Lieferanten bestohlen wird, greift man das Privatleben an, wenn man den Dieb denuncirt? Wenn der ehrenwerthe Mister Little, ein Millionär von anderer Leute, wieder einmal die Einfaltspinsel zum Vortheil seiner unersättlichen Gier plündern will — und man sagt Herrn Little, daß er ein Schurke ist, ist das ein Angriff auf das Privatleben?

Mein Herr, sagte ich zu diesem Unverschämten, Sie wissen nicht, was ich Ihnen Alles antworten könnte; ein Wort wird genügen. Der Maire ist einer unglücklichen Schwäche unterlegen. Vielleicht ist er in das Netz gerathen, welches ihm eine Sirene niedriger Art gelegt hat; sicher hat er diese Fehler nicht als Beamter begangen. Warum also dieser Lärm, dieser Scandal, diese Verlästerung eines Menschen, dessen Irrthum Sie schließlich nichts angeht!

Weshalb? fragte Truth mit einer Kälte, die Robespierres würdig gewesen wäre: um ihn zu zwingen, seine Entlassung zu nehmen. Wollen Sie, daß wir unseren Familien die Achtung vor dem ehelichen Bande und den Abscheu vor dem Laster predigen, während der Ehebruch auf dem Stadthause thront? Das ist unmöglich: die Ehre des Privatlebens bürgt uns für die öffentliche Tugend. Sonst ist die Politik eine Komödie, wo jeder eine Maske trägt, eine Rolle spielt und sich damit amüsirt, von Gewissen, Rechten, Pflichten zu sprechen, ohne ein Wort von dem zu glauben, was er sagt. Mögen sich kindische Völker diese gefährlichen Farcen, die immer schlecht enden, gefallen lassen; aber in Amerika ist alles ernsthaft. Mögen unsere Wüstlinge, wenn sie Lust haben, jenseit des atlantischen Oceans ihre Gesundheit ruiniren und ihr Geld verzehren, bei uns muß man achtungswerth sein, um geachtet zu sein.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 28. März. [Der Stand der Konkordatsfrage.] Zweck und Erfolg der Reise der beiden Minister nach Ofen bilden zunächst den Gegenstand von Erwägungen im Schoße des Ministerrathes und entziehen sich demnach einer Neuigkeitskrämerei. Die Pointe des bisher Bekannten liegt darin, daß die kaiserliche Sanktion des von beiden Häusern des Reichsrathes beschlossenen Ehegesetzes jetzt nicht zu erwarten sei, sondern daß die Sanktion aller drei konfessionellen Gesetze unter Einem, und zwar später, etwa nach erfolgter Entbindung der Kaiserin erfolgen dürfte. Inzwischen wird die parlamentarische Erledigung der noch nicht berathenen zwei Gesetzentwürfe (Schulgesetz und interkonfessionelles Gesetz) ihren regelmäßigen Verlauf nehmen. Montag wird das Herrenhaus über das Schulgesetz berathen, und sobald es damit fertig, wird das Abgeordnetenhaus den Gesetzentwurf über die interkonfessionellen Verhältnisse auf seine Tagesordnung stellen. Mittlerweile werden die Ostertage herankommen und damit die parlamentarische Maschine in Stillstand versetzt sein. Ende April wird die Arbeit, soweit sie von den beiden parlamentarischen Versammlungen abhängt, gethan sein, und dann, so heißt es, soll die kaiserliche Sanktion erfolgen.

Seltsam ist, daß gleichzeitig mit der in der Konkordatsfrage eingetretenen, in keinem Falle erbaulichen Wendung die Gerüchte über die Verhandlungen mit Rom wieder in den Vordergrund treten. Freilich lauten die Versionen darüber konfus genug. Die Einen wollen wissen, die ablehnende Antwort der römischen Kurie sei bereits in Wien eingetroffen, die Anderen lassen zur Abwechslung wieder einmal den Erzbischof Haynald in Konkordatssachen eine Reise nach Rom machen. Im Pesther „Lloyd" dagegen finden wir die Sachlage folgendermaßen gezeichnet: „Nach unseren Informationen hätte an maßgebender Stelle gar niemals die Absicht bestanden, mit dem Konkordate so kurzen Prozeß zu machen, die Beschlüsse der beiden Häuser einfach zu sanktioniren und es dann dem hl. Stuhle zu überlassen, wie er einen solchen Schritt aufnehmen und was er dagegen thun wolle. Der Gedanke, das Konkordat im Wege der Unterhandlung mit Rom in einer dem Wunsche der Bevölkerung wenigstens annähernd entsprechenden Weise zu modifiziren, ist noch nicht einen Augenblick aufgegeben worden, ebensowenig als die Hoffnung, auch auf diesem Wege, freilich etwas langsamer, aber schließlich doch zum Ziele zu gelangen. Dagegen fand man es allerdings wünschenswerth, daß durch ein übereinstimmendes Votum beider Häuser des Reichsrathes aller Welt und insbesondere der römischen Kurie die Situation der kaiserlichen Regierung vollkommen klar gemacht, daß damit in durchaus erlaubter Weise auf die Entschließungen des Vatikans ein heilsamer Druck geübt und die diplomatische Unterhandlung wirksam gefördert werde. Durch die neueste Mittheilung des Grafen Crivelli, welche für eine Verständigung mit dem hl. Stuhle wenig Aussicht bietet, ist allerdings der Plan der Regierung in der unangenehmsten Weise gekreuzt worden, und die Minister Auersperg und Hasner wurden direkt hieher berufen, um zu berathen, was angesichts dieser fatalen Thatsache zu thun sei; allein vollständig aufgegeben ist die Hoffnung auf eine Verständigung mit Rom auch jetzt noch nicht."

Demnach wäre die Berathung der konfessionellen Gesetze im Herrenhause blos Komödie, darauf berechnet, Rom zu ängstigen. Die Annahme ist doch wohl unzulässig; gänzlich unrichtig aber ist es — sagt die „N. Fr. Pr." — wenn das Pesther Blatt davon redet, daß die neueste Mittheilung des Grafen Crivelli den „Plan der Regierung" gekreuzt habe. Die Regierung, welcher die Durchführung unserer Staatsgrundgesetze obliegt, kann damit nicht gemeint sein, denn diese Regierung hat kein Programm, auf welchem Verhandlungen mit Rom stehen, also auch keinen Plan, der von Rom aus durchkreuzt werden könnte. Wer heute davon redet, daß diese Regierung bei einer „wenigstens annähernd entsprechenden Modifikation" des Konkordates im Amte bleiben könnte, der hält entweder die Mitglieder unseres Ministeriums eines Verrathes fähig oder er versteht die Situation nicht.

Tirol. [Auch im „Lande der Glaubenseinheit" wird es Licht!] Aus Innsbruck schreibt man der „Allg. Z.": Wie aus anderen Städten, so ist auch von hier aus eine zustimmende Erklärung an das Herrenhaus in Wien abgegangen. Der Ausschuß des konstitutionellen Vereins hat nämlich dem Grafen Anton Auersperg und der Mehrheit des Hauses für ihre Haltung in Betreff des neuen Ehegesetzes warmen Dank und freudige Zustimmung ausgesprochen, und wird auch, wie wir hören, die Berathung einer eigenen Adresse auf die Tagesordnung der nächsten Vereinsversammlung setzen. Auch verlautet, daß die Gründung eines eigenen Vereinsorgans werde angeregt werden. Es sind zwar manche Blätter des Landes: der „Tiroler Bote", die „Schützenzeitung", das „Innsbrucker Tagblatt, die „Bozener Zeitung", der neuen Ordnung der Dinge freundlich zugethan, aber es fehlt noch immer ein Organ, mit dem der zahlreiche, stets wachsende Verein in enger und unmittelbarer Verbindung stünde.

Ausland.

Belgien. [Die Arbeiter-Unruhen nächst Charleroi.] Ueber die nach kurzen telegraphischen Berichten bereits gemeldeten Arbeiter-Unruhen bei Charleroi liegen vorläufig nur sehr dürftige Details vor. Den Anlaß zu diesen Unruhen gab ein Arbeiter-Strike. Die Arbeiter der Kohlengrube Nr. 5 bei Chatelineau hatten am 25. d. ihre Arbeiten eingestellt. Da jedoch von anderer Seite Arbeiter in hinreichender Anzahl beigestellt werden konnten, legte man dem Vorfalle eine Bedeutung nicht bei. In der That sollte auch am Morgen des 26. die Grube wie gewöhnlich beschickt werden und zeigten sich auch viele der Strikemacher zur Wiederaufnahme der Arbeit bereit. In dem Augenblicke nun, als sie in die Grube hinabgelassen wurden, erschienen Andere, um sie wieder heraufholen zu lassen. Man schätzt die Zahl dieser Letzteren auf 600 bis 700. Wie dies bei ähnlichen Anlässen der Fall zu sein pflegt, befahlen sie dem Maschinisten unter Drohungen, die Seile zu zerschneiden, die im Schachte befindlichen Arbeiter an den Tag zu befördern. Es war dies gegen halb 7 Uhr Morgens. In diesem Momente wollten zwölf berittene Gendarmen unter Führung eines Lieutenants den Hof des Kohlenwerkes, woselbst die Arbeiter, zumeist mit Aexten und Picken bewaffnet, sich zusammengerottet hatten, säubern. Viele der letzteren warfen sich der bewaffneten Macht entgegen und nahmen eine drohende Stellung an; wirklich

---

Hier ist ein Brief des Maires, sagte ein Diener, er nimmt seine Entlassung. Herr Truth, rief ich, es ist noch Zeit, lassen Sie mit dem Druck innehalten, lassen Sie eine Verurtheilung verschwinden, die nur einen einfachen Bürger trifft, ein Urtheil, welches einen Mann entehrt und eine Familie unglücklich macht. Wischen Sie diese häßlichen Zeilen hinweg, welche einen entschuldbaren Fehler mit einer neuen Brandmarkung, welche die Justiz nicht vorhergesehen hat, stempeln. In des Himmels Namen, seien Sie menschlich.

Ich bin weder menschlich, noch grausam, erwiderte Truth mit seinem eisigen Tone, ich bin keine Person, ich bin ein Journal, das heißt ein Echo, eine Photographie. Es thut mir um den Schuldigen leid, aber auch ich habe eine Mission zu erfüllen. Ich transigire mit der Wahrheit."

Der französische Schriftsteller läßt dann Truth der moralischen Bedeutung der Presse eine begeisterte Rede halten. Wir verzichten darauf, sie wiederzugeben. Es liegt ja auf der Hand, daß die amerikanischen Verhältnisse in einem möglichst idealen Lichte dargestellt werden, um einen recht scharfen Gegensatz gegen die französischen hervorzubringen. Aber im Kerne ist es doch wichtig, daß das Privatleben nicht vom öffentlichen Leben getrennt werden kann, freilich mit der Beschränkung, daß das erstere auch nur dann vor die Oeffentlichkeit gehört, wenn es sich um eine Person handelt, die der Oeffentlichkeit angehört.

Zu verschiedenen Zeiten ist in verschiedener Weise versucht worden, der öffentlichen Sittlichkeit noch andere Garantien zu geben, als diejenigen, welche die Strafgesetze bieten, und es ist oft genug auch durch ein Uebermaß der Strenge gesündigt worden. Im Allgemeinen kann man wohl annehmen, daß jede Periode die Linie, wo das unantastbare Privatleben beginnt, nach der Summe ihrer gesellschaftlichen Anschauungen fixirt, und daß die Gesetzgebung, wie sie sich allmählig gestaltet hat, annähernd das Richtige trifft. Sie kann etwas zu streng, sie kann etwas zu lax sein. Sobald das Bedürfniß sich so herausstellt, so mag und muß gebessert werden. Aber wenn, wie es jetzt in Frankreich geschehen, die herrschende Partei ihre Macht benützt, um sich jeder Controle zu entziehen, so ist das ein Geständniß, welches beweist, wie tief die Corruption gefressen haben muß. Wird das Gesetz streng durchgeführt, so werden allerdings aus der französischen Presse die Scandale verschwinden, mit welchen sie ihre Spalten oft genug füllt. Aber in der Gesellschaft werden sie deshalb nicht aufhören, und mit der Zeit wird, was das Feuilleton verloren, die Gerichtschronik mit Zinsen wieder holen. Bisher waren nur die Sicherheitsventile des politischen Lebens verstopft, jetzt wird dasselbe auch mit denen des gesellschaftlichen Lebens versucht und die letzteren sind die nothwendigeren, denn eine verderbte Gesellschaft führt unter allen Umständen zu großen Krisen, mögen dieselben eine längere oder kürzere Zeit auf sich warten lassen.

schrieen sie den Gendarmen zu, nicht vorzudringen, und zogen eine Vertheidigungslinie über den Hof, um denselben freizuhalten. Der Commandant kehrte sich nicht an diese Drohungen, und seinem Pferde die Sporen einsetzend, sprengte er mit seiner Truppe schnell in den Hof. Kaum war er jedoch eingedrungen, als er sich und seine Leute von den Arbeitern heftig angegriffen sah. Man bewarf sie mit Steinen und Kohlenstücken und drang mit Picken auf sie ein. Eine schreckliche Rauferei entspann sich, während welcher der brave Lieutenant Hollin eine Stichwunde an der Stirne und eine Hiebwunde ins Genick bekam. Drei Gendarmen wurden gleichfalls verwundet. Sie wurden aus dem Hofe vertrieben. Die Gendarmen mußten in die Nachbarhäuser flüchten, um sich den Arbeiterhaufen zu entziehen, die immer dichter und dichter anwuchsen. Der Commandant wurde in die Behausung des Gewerkdirektors gebracht und ihm daselbst von eilig herbeigerufenen Aerzten ein Verband angelegt. Die Verwundungen sind gefährlich. Die Militärmacht von Charleroi, sofort von dem betrübenden Vorfalle in Kenntniß gesetzt, entsendete eiligst einen Theil der Garnison auf den Schauplatz der Begebenheit. Neuesten Nachrichten zufolge ist General Thibaut auf dem Wege nach Charleroi; unter seinem Kommando stehen ein Regiment Carabiniers, zwei Infanterie-Bataillone und zwei Cavallerie-Eskadronen der Garnison von Brüssel. Der Gruben-Ingenieur von Gouffre, welcher sich den Arbeitern in seiner Amtstracht gezeigt hatte, ist gleichfalls schwer verwundet. Die Arbeiter sind nach Gelly gezogen.

Frankfurter Börse (23. bis 28. März.)

28. März. Süddeutsche Fonds, wenig verändert, zeigten an Tagen, wo einiges Material an den Markt kam, eine etwas mattere Haltung; die Verkäufe dürften in Aussicht auf die bevorstehenden neuen Emissionen von Eisenbahnwerthen erfolgt sein. Von neuen 4½pCt. Württembergern wurden grössere Posten zu 92¾—⅞ vom Markt genommen. Badische 100 Thlr.-Loose bis 98 gewichen und gegen die bayerischen um 1 pCt. zurück. In amerikanischen Effekten war das Geschäft sehr still; der Kurs der 1882er hielt sich bis gestern fast unverändert zu 75¼, um die Woche mit Einbusse des ¼ pCt. zu 75 zu verlassen.

Von E.-B.-Aktien fielen Staatsbahnen am Donnerstag bis 256½ und erholten sich heute bis 259½, immerhin 1½ fl. schlechter als vor 8 Tagen. Es steht jetzt viel neues Material auf diesem Gebiete bevor und wollen wir sehen, ob unsere Börse endlich daran mehr Lust und Geschmack finden wird als seither. Die alten Devisen, wie Taunus, Pfälzer, Hanauer sind fest untergebracht und wechseln wenig Hände.

Der Februarausweis der bayer. Ostbahnen zeigt weitere günstige Ergebnisse.

Von Prioritäten einheimische fest, dagegen erfuhren österreichische weiteren Rückgang, zumal Westbahn und Staatsbahnen. In Sachen der Livornesischen und Toskanischen Centralbahn-Prioritäten, welche durch das hiesige Comité vertreten sind, erfahren wir, dass, nachdem die Protestaufnahme in Florenz erledigt ist, in allernächster Zeit die eingesendeten Coupons und verloosten Obligationen hier zur Auszahlung gelangen werden. Da der italienische Wechselkurs sich gebessert hat, so werden die Kosten der Transaktion wohl grösstentheils durch den Unterschied gedeckt werden. Hr. Wendelstadt weilt noch in Florenz und hat von der Darmstädter Bank den Auftrag erhalten, Klage gegen die Gesellschaft der römischen Bahnen, eventuell gegen die italienische Regierung sofort anzustrengen. Nach den von verschiedenen bedeutenden italienischen Juristen eingeholten Gutachten ist sowohl die Gesellschaft als die Regierung zur Goldzahlung verpflichtet. Die Kosten des Prozesses hat die Darmstädter Bank zu tragen sich bereit erklärt. Auch ist der Fall in Aussicht genommen, die Fusion der Livornesischen Bahnen mit dem römischen Netz als unter bewandten Umständen zu Recht nicht beständig anzufechten und erstere wieder für eigne Rechnung zu verwalten, womit die Hauptursache der dermaligen Insolvenz von Grund aus gehoben wäre.

Oesterr. Kreditaktien gingen unter der Ungunst der übrigen heimischen Werthe bis 192 zurück, erholten sich jedoch bis 194 und bleiben somit nur 1 fl. unter vorwöchentlicher Schlussnotiz. — Darmstädter Kredit 229¼; die Dividende ist auf 6½ pCt. fixirt. — Die Meininger Institute werden eine Dividendenvertheilung von 7 pCt. in Vorschlag bringen.

Geld beginnt mehr anzuziehen, was auf den hohen Stand der fremden Devisen rückwirken dürfte. Letztere die Woche über ohne bemerkenswerthe Veränderung, Paris eine Kleinigkeit matter.

	23.	28.		23.	28.
5% Oestr. National	54¾	54	3½% Badische Obl.	82 B	—
5% do. Metal. (1859)	64¼ B	64⅛	4% Darmstädt. do.	—	90 B
do. (steuerfr.)	51⅝	50⅞	4½% Nassauer do.	94½ B	94¾ B
5% do. Lose (1860)	72⅛	72	4% do. do.	86¼ B	86¼ B
— do. do. (1864)	88⅛	89½ B	3½% do. do.	83 B	—
Oestr. Kreditl. (58)	136	135½ B	4% Kurhess. do.	89¾ B	—
5% Bayer. Obligat.	101¼	—	3½% Frankf. do.	81¼ B	81¾ B
4½% do. do.	93½ B	93⅜	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88¼ B	88⅜ B	6% Amerik. (1882)	75⅛	75
4% do. 100Thl.-L.	98¼	99	Oestr. Kredit. . .	194½	194
4½% Würtemb. Obl.	93¼ B	93 B	Oestr. Nat.-Bank	728	726
3½% do. do.	—	82	Frankfurter do.	123½ B	124½ B
4½% Badische do.	93⅛ B	93¼ B	Bexbacher E.-B.	156 B	156 B
4% do. do.	87 B	86½ B	Bayer. Ostbahnen	120¼	120¼ B

(Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63⅝ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63⅜ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅞ G.
"	4½pCt.	42½ P. ⅜ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅜ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅛ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅞ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅞ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94¾ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅛ G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86⅛ P.
"	4½pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81⅜ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84½ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	76⅝ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	74⅞ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	724—23 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	331½ P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	113¼ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	62½ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87⅝ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105½ P. 105 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132¾ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	50⅞ P. ⅝ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	244½ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43½ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	121 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P. ½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅞ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅝ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119¾ P. ½ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95⅛ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102⅞ P 102⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	102¾—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147¼ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64¼ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	72 P. 71¾ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	135⅛ P.
" do. v. 1864	88¼ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99½ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	51⅛ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¾ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ P.
" fl. 25 do.	36¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25⅛ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32⅜ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ G.

Frankfurt, 30. März. Die Woche eröffnete in matter Stimmung. Der morgige Ultimo drückt auf die Börse, namentlich mit Bezug auf Amerikaner, von denen Stücke sehr übrig und nur mit hohen Zinsen zu prolongiren sind; Stücke, die sich in schwachen Händen befanden, sind kaum anzubringen. Auch österreichische Effekten verkehrten in sehr matter und stiller Haltung, ebenso süddeutsche Werthe. Von Wechseln waren Wien und London niedriger. Für rheinische Stammaktien Lit. B. laufen die Einzeichnungen schon jetzt von außerhalb zahlreich ein. Nationalcoupons 28. 23 bez. Pacific 67 Br. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 92.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 1. April 1868.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.*)

h. München, 31. März. Die Correspondenz Hoffmann meldet: Der König hat gestern den Regierungsdirektor v. Hörmann zum Staatsminister des Innern ernannt.

*) Einem Theil unserer Leser bereits gestern Abend durch ein Extrablatt mitgetheilt.

Bayerischer Landtag.
Berathung der Reichsräthe über die Nothcivilehe.

München, 31. März.

In der gestrigen 38. Sitzung der Kammer der Reichsräthe erstattete Frhr. v. Schrenk Vertrag über den Gesetzentwurf, die Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörenden Personen betr., und beantragte Namens des vereinigten zweiten und dritten Ausschusses, dem Gesetzentwurf zuzustimmen, jedoch mit der Beschränkung, daß den Dissidenten nur die Eingehung der Ehe unter sich gestattet werde. Insoferne die Civilehe auch für Mitglieder anerkannter Religionsgesellschaften, wenn sie sich mit Dissidenten zu verehelichen beabsichtigen, zugelassen werden will, gehe der Entwurf über das bestehende Bedürfniß hinaus. Auch würde eine große Rechtsungleichheit geschaffen; indem das Ehehinderniß der disparitas cultus für die Angehörigen der anerkannten Religionsgesellschaften fortbestünde und die Eingehung von Ehen unter ihnen (wie zwischen Christen und Juden, oder Katholiken und Irvingianern) behindern würde, während Dissidenten in dieser Beziehung ganz unbeschränkt wären. Diese Rechtsungleichheit würde sich auch auf das aus naher Verwandtschaft fließende Ehehinderniß erstrecken.

Hr. Justizminister v. Lutz: Die Thatsache, daß ein Gesetzentwurf über Dissidentenehen in Vorlage zu bringen sei, stand fest in Folge der schon früher gemachten ministeriellen Zusicherungen. Er (Redner) hatte nur über das Maß zu entscheiden, bis zu welchem die Regierung den Entwurf auszudehnen habe und hier mußte sie sich für die Zulässigkeit der Ehe zwischen Dissidenten und allen anderen Religionsgesellschaften aussprechen. Den Einwurf, daß der Gesetzentwurf zu weit gehe und eine Rechtsungleichheit schaffe, könne die Regierung als begründet nicht anerkennen. Den Dissidenten werden allerdings mehr Rechte eingeräumt, als den anderen Religionsgesellschaften, aber nur deßwegen, weil die letzteren schon einen großen Theil der Rechte haben, die den Dissidenten heute gewährt werden sollen. In das Gebiet der anerkannten Kirchengesellschaften soll durch den Gesetzentwurf nicht eingegriffen, dieses Gebiet soll in keinerlei Weise verletzt werden; es kann eine Kirche nach ihren Gesetzen eine nach dem Gesetzentwurf zulässige Ehe auch in Zukunft als Konkubinat betrachten. Würde der Gesetzentwurf in der vom Ausschuß beantragten Beschränkung angenommen, so würden die Mitglieder der anerkannten Religionsgesellschaften, welche eine Ehe mit Dissidenten eingehen wollen, zum Austritt aus ihrer Gesellschaft gedrängt. Die Ausdehnung des Gesetzentwurfs auf die Angehörigen der anerkannten Religionsgesellschaften sei begründet.

Auch v. Bomhard sprach sich dahin aus, daß den Dissidenten die Eingehung der Ehe nicht bloß unter sich, sondern auch mit Angehörigen der anerkannten Religionsgesellschaften gestattet werden müsse. Wenn man sie auf die Eingehung der Ehe unter sich beschränkte, so würde ihnen mit der einen Hand wieder genommen, was ihnen mit der andern Hand gegeben wurde. Für Staat und Kirche sei es am förderlichsten, wenn der Staat seinen Angehörigen das Recht der Eheschließung freistellt, die Kirche aber die ihr zustehenden Strafmittel beibehält.

Frhr. v. Thüngen: dem Gesetzentwurf fehle die Rechtsgleichheit; den Juden ist auch nur gestattet, Ehen unter sich zu schließen; warum sollen diese so beschränkt bleiben, obwohl sie den Christen näher stehen, als die Dissidenten, welche den Glauben an die göttliche Mission Christi entschieden leugnen!

Bischof v. Dinkel: Die Frage, ob es überhaupt gerechtfertigt sei, daß die Regierung den Gesetzentwurf einbrachte, müsse er bejahen. In Bayern ist die Rechtswirksamkeit der Ehe geknüpft an die Vorbedingung der Abschließung derselben vor einem Diener der bestehenden Kirchengesellschaften. Die Dissidenten konnten bisher eine rechtswirksame Ehe nicht schließen; wenn nun der Staat die Rechtswirksamkeit der Ehe der Dissidenten zuläßt, muß er auch die Eheschließung ermöglichen; doch sollte den Dissidenten die Ehe nur unter sich und nicht auch mit Angehörigen der anerkannten Religionsgesellschaften gestattet werden. Im Zugeben solcher Mischehen liege eine weitgreifende Alterirung der den anerkannten Religionsgesellschaften garantirten Rechte. Auch enthalte der Gesetzentwurf eine große Rechtsungleichheit; wenn die Regierung dabei bleibt, daß Ehen zwischen Juden und Christen unzulässig sind, so komme sie mit sich in Widerspruch,

Die telegraphischen Korrespondenz-Bureaux.

In neuester Zeit sind bezüglich der telegraphischen Correspondenz-Bureaux einige Nachrichten durch die Journale gelaufen, die gewiß vielen Leuten nicht recht verständlich gewesen sind. Einmal deshalb nicht, weil sie keine weiteren Kenntnisse von der Einrichtung und Bedeutung eines solchen Bureau haben; dann, weil ihnen die Ursachen der Maßregeln, von denen dieselben betroffen werden sollten, verborgen sind. Da hieß es z. B. vor mehreren Monaten, daß sich in Paris mehrere Journalbesitzer, der alte, kampfsüchtige Girardin voran, verschworen hätten, das Monopol der „Correspondance Havas“ zu brechen, und daß sie bei ihren Collegen dafür agitiren, sich von den telegraphischen Depeschen des Herrn Havas zu emancipiren, weil dieselben mehr den Interessen der kaiserlichen Polizei als denen der Unparteilichkeit entsprächen. Die liberalen Journale spendeten ihnen dafür Beifall und die Correspondance Havas ward derartig von ihnen in Verruf gethan. Dann las man wieder: Mr. Reuter aus London wolle eine Filiale seines telegraphischen Correspondenz-Bureau in Berlin errichten, um dort dem unter die Abhängigkeit von der Bismarck'schen Regierung gerathenen Depeschen-Bureau von Wolf Concurrenz zu machen — ein Vorhaben, welches von mehreren Seiten mit großem Beifalle begrüßt wurde. Bald darauf hinkte aber ein Brief des Herrn Reuter nach, in dem mitgetheilt wurde, daß die Berliner Polizei die Eröffnung dieses Concurrenz-Bureau nicht gestatten wollte. Und zu gleicher Zeit wurde die polizeiliche Schließung eines telegraphischen Korrespondenz-Bureau in Frankfurt am Main gemeldet, welches dort eben erst durch Herrn Reul mit Reuter'scher Unterstützung eröffnet worden war. Die Aufsehen erregende Maßregel wurde später zurückgenommen und die Reuter'sche Filiale besteht jetzt in Frankfurt als „telegraphisches Bureau für Mittel-, Süd- und Westdeutschland.“

Diese Thatsachen machen natürlich das Verlangen rege, über die Natur dieser Bureaux näher unterrichtet zu werden.

Die telegraphischen Korrespondenz-Bureaux sind eine neuere Einrichtung, welche zum Zwecke hat, auf das Bedürfniß der Presse und der Börse nach den Nachrichten über die neuesten Vorgänge in der ganzen Welt zu spekuliren. Diese Bureaux wollen also Centralpunkte der wichtigeren Nachrichten aus allen Ländern bilden; sie wollen bei sich ein für die Politik, die Börse, die Wißbegier und Neugierde nothwendiges und dienliches Nachrichtenmaterial auf einmal zusammenkriegen, welches sonst vereinzelt und durch Zufall befördert erst nach und nach seine allgemeine Verwerthung finden könnte. Es leuchtet ein, wie wichtig und zugleich wie zeitgemäß ein solches Institut ist und wie es, nachdem es sich unentbehrlich gemacht, die Bedeutung einer Macht gewinnt, und zwar dadurch, daß es politische Nachrichten schnell zu allgemeiner Verbreitung bringt und daß es die Coursnotirungen aller Börsen auf einmal auf den Markt bringt. Selbstverständlich wird der Credit dieses Institutes in der Zuverlässigkeit seiner Nachrichten liegen und es hat daher eifersüchtig darüber

wenn sie die Ehe zwischen Dissidenten und Juden zuläßt. Das Ehehinderniß der Blutsverwandtschaft und Schwägerschaft sei wie das Ehehinderniß der Kultusdisparität gesetzlich garantirt. In Art. 5 des vorliegenden Gesetzentwurfs werde nun allerdings in Ansehung der Civiltrauung auch ein verwandtschaftliches Ehehinderniß normirt, allein so, wie es dort normirt ist, differire es sehr von dem verwandtschaftlichen Ehehinderniß der Katholiken und Protestanten. Redner lobt in dieser Beziehung die Konsequenz Preußens. Erst Ende des letzten Jahres habe die preuß. Regierung den Dissidenten in Hannover die Nothcivilehe gestattet, aber auch nur unter sich. Wir erfreuen uns, schloß Redner, eines konfessionellen Friedens, tragen Sie nicht dazu bei, daß ein Erisapfel in diese Verhältnisse geworfen werde. Der schlimme Geist der Zeit nagt jetzt schon sehr am Heiligthum der Ehe, tragen Sie nicht dazu bei, daß dieses Heiligthum der Ehe durch ein Gesetz auch nur im Geringsten beeinträchtigt werde.

Fürst v. Hohenlohe: Wird der Gesetzentwurf nur mit der beantragten Beschränkung angenommen, so macht man die Abschließung der Ehe mit Dissidenten in sehr vielen Fällen geradezu unmöglich. Die Ausdehnung, welche der Gesetzentwurf vorschlägt, schaffe allerdings eine Rechtsungleichheit, allein, wenn die Regierung den Entwurf nicht auf alle Religionsgesellschaften ausdehnte, so that sie es, weil dazu kein Bedürfniß vorlag. Irrungen unter Ehegatten können auch vorkommen, wenn die Ehegatten einer Religionsgesellschaft angehören. Wer die Gebote seiner Kirche befolgt, den berührt der Gesetzentwurf nicht. Nehme man ihn also an, wie die Regierung ihn vorgeschlagen hat.

v. Maurer bevorwortete den Gesetzentwurf in der vorgeschlagenen Ausdehnung insbesondere vom christlichen Standpunkte aus; es sei viel christlicher, die Verehelichung zu erleichtern, als zu erschweren. So lange der Grundsatz der Religionsfreiheit bestehe, könne diese doch kein Ehehinderniß sein!

Graf Bothmer: Schon Kreitmayr sage, daß eine Ehe, auch wenn sie nach dem geschriebenen Rechte ungiltig ist, nach dem natürlichen und göttlichen Rechte nicht ungiltig ist. Der Staat habe die Pflicht, die Menschenrechte der Dissidenten zu schützen, denn diese müßten ebenso gut wie die übrigen Unterthanen Steuern zahlen und ihr Blut für den Staat einsetzen. Sollen aber diese Menschenrechte vollkommen geschützt werden, so müsse den Dissidenten die Eingehung der Ehe nicht bloß unter sich, sondern auch mit Angehörigen der anderen Religionsgesellschaften gestattet werden. Wenn Preußen den Dissidenten nur unter sich die Eheschließung gestattet, so könne uns das nicht hindern, weiter zu gehen.

Bischof v. Dinkel: er bleibe auf dem Standpunkt der Verfassung und des Gesetzes und halte sich bis jetzt nicht widerlegt. Wenn Graf Bothmer es ihm verüble, daß er sich auf Preußen berufen habe, so müsse er (Redner) doch daran erinnern, daß Graf Bothmer bei einer anderen Gelegenheit sich auch auf Preußen berufen hat. Was dem Grafen Bothmer damals recht war, werde ihm (Redner) heute wohl billig sein.

Graf Bothmer: er habe das preußische Wehrsystem, gegen welches sich jetzt eine gewisse Bewegung kundgibt, empfohlen, allein mit allen preußischen Einrichtungen sei er nicht einverstanden.

Justizminister v. Lutz gibt zu, daß die Juden den Christen näher stehen, als die Dissidenten, allein es gibt Kreise von sehr hoch getragener religiöser Ueberzeugung, die um so entschiedenere Widersacher Andersgläubiger seien, je näher sie ihnen stehen. Wird der Gesetzentwurf mit der beantragten Beschränkung angenommen, dann kommt eben ein anderer auch nicht willkommener Gast, die allgemeine Civilehe. Die Ehegesetze der Religionsgesellschaften sind auch für die bürgerlichen Gesetze maßgebend, allein der Aenderung dieser Ehegesetze stehe kein Hinderniß entgegen.

Nach dem Schlußworte des Referenten Frhrn. v. Schrenk, welcher nochmals darzulegen suchte, daß kein genügender Grund für die Ausdehnung des Gesetzentwurfs auf die Angehörigen der anerkannten Religionsgesellschaften bestehe, wurde über Art. 1 abgestimmt und derselbe in der Fassung der Abgeordnetenkammer mit 30 gegen 10 Stimmen (Fürst v. Hohenlohe, Graf Fugger-Hohenegg, Fürst Fugger-Babenhausen, Graf Pappenheim, Graf Holnstein, v. Maurer, v. Heintz, v. Cramer, v. Bomhard, Graf Bothmer) abgelehnt, mit der vom Ausschuß vorgeschlagenen Beschränkung aber mit großer Majorität angenommen. In Konsequenz zu diesem Beschlusse wurden auch in Art. 2 die Worte „oder mit Angehörigen einer im Staate anerkannten Religionsgesellschaft" gestrichen. Art. 3 ist in folgender Fassung angenommen worden: „die Ehe unter Brautleuten, von denen kein Theil Mitglied einer im Staate anerkannten Religionsgesellschaft ist, wird durch eine Verhandlung vor Gericht (bürgerliche Trauung) geschlossen." — Art. 4 wurde in Folge des Beschlusses zu Art. 1 ganz gestrichen und in Art. 5 wie folgt gefaßt: „für Dissidenten ist das aus naher Verwandtschaft fließende Ehehinderniß beschränkt auf 1) Blutsverwandte oder Verschwägerte in gerader Linie, 2) vollbürtige und halbbürtige Geschwister." In Art. 8 wurde der 3. Absatz gestrichen, während alle übrigen Artikel unverändert blieben.

Das ganze Gesetz wurde mit 32 gegen 8 Stimmen angenommen. (Dagegen stimmten Fürst Hohenlohe, Graf Fugger, Graf Quadt, Fürst Fugger, Graf Pappenheim, Graf Holnstein, v. Heintz, v. Cramer.)

Endlich wurde der Gesetzentwurf, die Vervollständigung des Telegraphennetzes betreffend, ohne Debatte in der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Fassung angenommen, so daß also Gesammtbeschluß erzielt ist.

Ebenso wurde dem Wunsche, daß in der technischen Konstruktion der neu zu errichtenden Telegraphenlinien mit der möglichsten Spar-

---

zu wachen, daß es nicht nur schnell, sondern auch gut von seinen Agenten bedient wird, und daß es seine Nachrichten nicht nach Gunst und Vortheil, sondern mit gewissenhaftester Unparteilichkeit seinen Kunden möglichst zu gleicher Zeit zukommen läßt.

Andererseits ist es auch naheliegend, daß die Regierung, je mehr sie in persönlichem Regiment besteht, ein derartiges Privatunternehmen in soweit zu beeinflussen sucht, um die politischen Nachrichten bei ihrem ersten Auftreten in einem ihr möglichst günstigen Lichte erscheinen zu lassen und durch diese industrielle Ausbeutung des Telegraphen nicht in ihren Interessen beschädigt zu werden. Diese Beeinflussung ist um so leichter herzustellen, als derartige Correspondenz-Bureaux durch die Gunst der Regierung viele Vortheile in der Beförderung ihrer Depeschen und durch direkte Mittheilungen aus den Ministerien erhalten können; durch ihre Ungunst geradezu dem Ruin verfallen würden. Freilich, ein gewisser Schaden am Credit ihrer Nachrichten wird dann auch nothwendig diesen Bureaux bei den Parteien erwachsen, welche in diese Abhängigkeit des Instituts von der Lokalregierung Mißtrauen setzen. Daraus erklärt sich nun zunächst, daß die liberale Pariser Presse, welche die Correspondance Havas einer allzu großen Dienstfertigkeit für die Interessen der napoleonischen Regierung beschuldigt, sich nach einem Mittel umsieht, ihre Nachrichten ohne diese Filtriranstalt zu beziehen, d. h. daß sie unter sich selbst ein telegraphisches Correspondenz-Bureau errichtet. Daraus erklärt sich ferner, daß die preußische Regierung nicht Lust hat, noch andere solcher Bureaux neben dem schon bestehenden in ihrem Staatsgebiete sich etabliren zu sehen, weil die Concurrenz solcher ihr selbst mancherlei Unannehmlichkeiten bereiten würde.

Notorisch ist, daß es Herr Reuter war, der im Jahre 1849 zuerst ein solches Correspondenzbureau in Aachen errichtete. Reuter ist ein geborener Kurhesse, trat anfänglich in ein Bankiergeschäft in Göttingen und ward dann Buchhändler in Berlin. Die Telegraphen begannen ihr Netz über die Länder zu ziehen und Reuter setzte sich in Aachen fest, um hier die erste organisirte telegraph. Correspondenz zwischen Paris und Berlin zu errichten. Da die Verbindung zwischen Aachen und Brüssel noch mangelte, so gebrauchte Reuter hier Brieftauben, die den Eisenbahntrain immer um 6 bis 8 Stunden überholten. Aber der industriöse Geist dieses Mannes wollte nicht nur alle Neuigkeiten des Continents in seiner Hand vereinigen und dadurch zu einer Macht werden, ihn verlangte auch darnach, den Extract der ganzen Weltgeschichte jeden Tag zu besitzen und der erstaunten Menschheit zum Verdauen zu geben. Es war ein Wunder, welches hier geschah, und lange Zeit traute die Welt ihm auch nicht. Reuter, der nach London zur Ausführung seiner großen Idee übersiedelt war, gelang es dort zunächst nur, die großen Cityhäuser mit seinen Nachrichten zu versorgen, die Journale, auf die er am meisten rechnete, begegneten seinem Unternehmen mit frostigem Mißtrauen. Vor Allem die „Times", das Weltblatt, von dem die eigentliche Entscheidung abhing wollte nichts von diesem Reuter'schen Extract der Weltgeschichte wissen. Die hielt ihren eigenen Expreß-Dampfer zwischen Dover und Calais, und mit diesem kamen ihr die Nachrichten ihrer kontinentalen Correspondenten zu. Da machte Mr. Reuter im Jahre 1858 einen letzten Versuch, diese Hauptfestung zu erobern. Er sandte auf gut Glück einen ganzen Monat lang seine telegraphischen Depeschen in die Redaktionsbureaux aller Londoner Blätter und überließ es ihrem Ermessen, ob sie davon Gebrauch machen wollten oder nicht. Die einen thaten es, die anderen selten oder durchaus nicht. Aber die Correktheit der Nachrichten Reuter's, die sich einige Tage später immer bewahrheitete, hob mehr und mehr den Credit seines Unternehmens. Nur die „Times" blieb bei ihrem alten Mißtrauen und bei ihrem eigenen Expreß-Dampfer. Aber auch sie erlag endlich der höheren

samkeit verfahren werde, zugestimmt. — Die nächste Sitzung wird besonders anberaumt werden.

Süddeutschland.

Bayern. München, 31. März. [Zur Heranbildung der Offiziere.] Die diesjährige 6. Klasse des Kadetenkorps, welche die Militärwissenschaften bereits in dieser Militärbildungsanstalt vorgetragen erhielt, hat am Schlusse dieses Schuljahres eine Ausmusterungsprüfung vor der Oberstudien- und Examinationskommission zu bestehen, welch letztere bei Abgabe ihres Urtheils, ob: „besonders befähigt" oder „befähigt" oder „nicht befähigt", an bestimmte Notenziffern nicht gebunden ist. Die Befähigung zum Eintritte in den Offiziersstand kann den Zöglingen dieser Klasse erst nach ½jähriger entsprechender Dienstleistung bei einer Heeresabtheilung ertheilt werden und die vorgesetzten Kommandostellen werden nach Ablauf dieser ½jährigen Dienstzeit gutachtlichen Bericht über die Befähigung zum Eintritt in den Offiziersstand einreichen. Der Eintritt von Zöglingen dieser Klasse in die Artillerie- und Genieschule erfolgt erst nach Ablauf einer einjährigen praktischen Dienstzeit. Die diesjährige 5. Klasse des Kadetencorps setzt ihre wissenschaftliche Bildung im Kadetenkorps nach dem bisherigen Lehrplan fort und hat am Schlusse der 6. Klasse in Gemeinschaft mit dem jetzigen Vorbereitungskurs der Kriegsschule eine Ausmusterungsprüfung vor der Oberstudien- und Examinationskommission zu bestehen. Der nächste Vorbereitungskurs der Kriegsschule beginnt am 1. März 1869 und es richtet sich hiernach der weitere normale Verlauf der Kurse der Kriegsschule der Art, daß auch die militärwissenschaftlichen Kurse stets am 1. März beginnen und Ende Februar schließen. Die Zahl der Schüler eines Vorbereitungskurses der Kriegsschule ist vorläufig auf 20 festgesetzt. — Die Ernennung der Offiziersabspiranten II. Klasse durch die Kommandanten der bezüglichen Heeresabtheilungen erfolgt, sobald diesen Kommandostellen die betreffenden Zeugnisse über die bestandene Ausmusterungsprüfung aus dem Kadetenkorps oder der bestandenen Uebertrittsprüfung aus dem Vorbereitungskurse der Kriegsschule in den militärwissenschaftlichen Kurs durch die Inspektion der Militärbildungsanstalten übermittelt sind.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 29. März. [Konkordatliches.] Ueber die Bemühungen der Reaktionspartei, den Ausbruch des Volksjubels am 21. ds. Mts. als den Anfang einer revolutionären Bewegung darzustellen, werden allerlei seltsame Dinge erzählt. In der Illuminationsnacht soll die Kammerfrau der Erzherzogin Sophie, durch die dringende Meldung eines frommen Zuträgers bewogen, die bereits schlummernde Mutter des Kaisers aufgeweckt haben, um ihr die Mittheilung zu machen, daß allen Freunden und Freundinnen des Konkordates von Seiten der wüthenden Volksmassen die äußerste Gefahr drohe, und daß es rathsam sei, sich zur Flucht aus Wien vorzubereiten. Es wird weiter erzählt, aus der Wiener Hofburg sei diese Schreckensnachricht sofort in die Ofener Königsburg telegraphirt worden und der Kaiser habe unverzüglich durch den Telegraphen den Befehl ertheilt, die Burgwache zu verdoppeln und die Truppen in allen Kasernen zum Ausrücken bereit zu halten. Erst als der Polizeiminister und der Minister des Innern die bestimmtesten Meldungen gemacht, daß nicht die geringste Gefahr zu befürchten und daß nicht einmal eine einzige klerikale Fensterscheibe beschädigt worden sei, habe man sich sowohl in der Hofburg zu Wien, als in der Königsburg zu Ofen wieder beruhigt. In Bezug auf die Verzögerung der kaiserlichen Sanktion des Ehegesetzes bringen die offiziösen Blätter beschwichtigende Mittheilungen, welche jedoch die Thatsache, daß der Kaiser einen Aufschub in Aussicht gestellt hat, umgehen. Das offiziöse Organ des Erzbischofs von Wien gibt zu verstehen, daß der Kaiser wegen des nahe bevorstehenden Familienereignisses (Entbindung der Kaiserin) Bedenken tragen werde, gerade jetzt einen Konflikt mit der Kirche herbeizuführen.

Die Linke des Abgeordnetenhauses wird darauf dringen, daß das interkonfessionelle Gesetz, welches das Todesurtheil für das Konkordat enthält, schon in der nächsten Zeit zur Erledigung gelangt; man hofft, daß es bereits in der kommenden Woche auf die Tagesordnung gesetzt wird. Für alle Fälle wird es als ein Gebot der Vorsicht bezeichnet, daß das **Budget nicht eher bewilligt wird, als bis die Konkordatsfrage definitiv erledigt ist.**

Aus den Provinzen laufen immer noch Nachrichten über Freudenbezeigungen ein, welche durch das antikonkordatliche Votum des Herrenhauses hervorgerufen wurden. Unsere Klerikalen ärgern sich besonders darüber, daß der Gemeinderath von Linz, der Hauptstadt Oberösterreichs, den Grafen Anton Auersperg zum Ehrenbürger ernannt hat. Die fulminanten Hirtenbriefe des dortigen Bischofs Rüdigier haben also gar nichts genützt. Ferner wurde auch in Laibach, der Hauptstadt von Krain, illuminirt, wo noch im vorigen Jahre die Klerikalen mit den Nationalen (Slovenen) unbedingt herrschten. In dem illuminirten Marburg (Untersteiermark) wurden die Fenster der bischöflichen Residenz zertrümmert, aber der ärgste der Gräuel begab sich in der berühmten Weinstadt Retz in Niederösterreich. Dort war auch das Dominikanerkloster illuminirt, und die Offiziösen des Kardinals Rauscher schlagen die Hände über dem Kopfe zusammen wegen der „Gedankenlosigkeit" oder „Furchtsamkeit" der Retzer Klosterbrüder, welche, um „einige Fensterscheiben" zu retten, das Konkordat verleugneten, wie Petrus den Herrn. Der Ordensgeneral in Rom wird diese Patres Dominikaner mit einer gepfefferten Strafepistel heimsuchen.

Die klerikalen Organe veröffentlichen die acht Spalten lange

Geistesmacht von Mr. Reuter's Office. Als Reuter ihr 1859 die Worte Napoleons III., welche den italienischen Krieg gegen Oesterreich einleiteten, zuerst mittheilte, eine Stunde später, nachdem sie gesprochen, druckte sie Mr. Reuter's Depesche ab und ergab sich ihm mitsammt ihrem Dampfer, als sich die Correktheit der so wichtigen Nachricht erwiesen hatte. Mr. Reuter war der Mann der Situation. Er brachte es fertig, daß er über die Schlacht von Solferino an einem Tage drei telegraphische Depeschen ausgeben konnte. Zwei aus dem Lager der Franzosen und Sardinier, die dritte aus dem der Oesterreicher. Unstreitig hat Mr Reuter denn nicht nur das Bedeutendste von den drei großen, schon genannten Correspondenzbureaux, er hat seinem Institut, Dank der englischen Freiheitsverhältnisse, auch eine unbezweifelte Unabhängigkeit und Unparteilichkeit bewahrt. Die Bureaux für die politischen und kommerziellen Depeschen sind vollständig und aufs strengste von einander getrennt; beide sind durch besondere Telegraphenleitungen mit den Redaktionsbureaux aller Tageblätter von London verbunden, so daß die Mittheilungen daraus ohne jede Mittelsperson, ohne zeitraubende Beförderung durch Boten erfolgen. Nicht das allein; Mr. Reuter bleibt nicht stehen, und so vielverlangend die Presse heute ist, um die fliegende Neugier ihres Publikums zu befriedigen, Mr. Reuter versucht Alles möglich zu machen. Es genügte nicht mehr, nur Auszüge aus amerikanischen Journalen zu bringen; man wollte schon vor dem Bürgerkriege die ganze neue Zeitung. Und da richtete denn Reuter einen Extrazug ein, der nach der Ankunft des amerikanischen Postdampfers mit diesen amerikanischen Zeitungen und Briefen sofort von Liverpool abfährt. So entstand denn in den englischen Journalen noch die neue Rubrik: „Durch Mr. Reuter's Expreß".

Herr Wolff, der Inhaber des telegraphischen Correspondenzbureau in Berlin, eröffnete dasselbe zwar ein oder zwei Jahre später, als Reuter das in Aachen, gewann mit demselben jedoch schneller eine feste Position, als der Vorgänger. Auch dieser industriöse Mann, von Haus aus sehr wohlhabend, war früher Buchhändler, bis er im Jahre 1848 Aktionär der „Nationalzeitung" wurde und nach einigen Jahren sich das ausschließliche Eigenthumsrecht an dieselbe erkauft hatte. Sein Thätigkeitstrieb war aber mit der sehr eingehenden Theilnahme, die er der Redaktion der „Nationalzeitung" widmete, nicht befriedigt. Es reizte ihn, die Idee Reuters in Berlin zur Ausführung zu bringen, und so gründete er sein telegraphisches Correspondenzbureau, dem er fortan auch mit großer Hingabe selber vorstand, ohne dabei den Besitz und die Theilnahme an der „Nationalzeitung" aufzugeben. Schon im Jahre 1853 war das Unternehmen gesichert; alle großen und viele kleine Zeitungen, alle Berliner Bank- und Handelshäuser erhielten durch sein Bureau ihre Depeschen. In den Hauptstädten waren tüchtige Correspondenten für ihn thätig, und der Credit des Instituts mehrte sich durch die Zuverlässigkeit seiner meisten Mittheilungen und die stete Ausdehnung, welche es seiner Sphäre zu Theil werden ließ. Vor einigen Jahren ist das Institut in einen andern Besitz übergegangen, doch ist Herrn Wolff die Leitung des Ganzen nach wie vor verblieben.

Herr Havin in Paris ist das dritte Mitglied dieser neuen Großmacht, die gouvernementale Beeinflussung desselben ist notorisch und hat sich dessen Agence am wenigsten Credit erworben.

Das Wiener „Correspondenzbureau" ist im Vergleiche mit den genannten Lieferanten von Telegrammen am schlechtesten bedient; es bringt meist läppische Hofnachrichten, langweilige Auszüge aus offiziösen Blättern und lückenhafte, oft unverständliche Kammerberichte.

Das Münchener „Süddeutsche Correspondenzbureau" hat nur einen kleinen Wirkungskreis und ist von geringem Einfluß; es scheint eine Art Filiale von Wolff in Berlin zu sein.

Rede, welche der „rühmlichst bekannte" Kanonikus Regens Dr. Moufang am vorigen Sonntag in der Generalversammlung der St. Michaelsbruderschaft im großen Redoutensaal der Wiener Hofburg gehalten hat. Der Mainzer setzte seinen Wiener Glaubensbrüdern den weltgeschichtlichen Entwicklungsgang der Revolution auseinander, indem er mit „Lucifer, dem ersten und gewaltigsten aller Revolutionäre", begann. Luther ist der zweite Hauptrevolutionär, und „der kranke Theil mußte von dem Körper der Kirche getrennt werden." Des „Satans Meisterstück" aber war, daß er im vorigen Jahrhundert „die ganze gebildete Welt zu einer großen Verschwörung gegen die katholische Kirche und den christlichen Glauben vereinigte; nun wurde die Gesellschaft Jesu, die treueste Verfechterin für Wahrheit und Recht, aufgehoben." Um der Revolution ein Ende zu machen und das Christenthum wieder aufzurichten, „erbat sich Napoleon I. die Religion von dort, von wo sie allein kommen kann," nämlich vom Stellvertreter Gottes in Rom. Gegenwärtig ist „nicht die deutsche und nicht die soziale, sondern die römische Frage die entscheidende. Garibaldi hat mit Aufrichtigkeit, und darum ist er mein Freund (Heiterkeit!), in Genf erklärt, es handle sich jetzt um die Vernichtung des Papstthums." Die Aufgabe Pius IX. aber ist, „den Geist der Revolution zu tödten." Nach Dr. Moufang geht nun die Revolution „entweder vor Rom zu Grunde oder sie verschlingt es; dann aber geht es ihr wie dem Drachen zu Babylon, als er den Kuchen Daniels verschlungen hatte, denn da zerplatzte er." Der Mainzer Kanonikus ist jedoch nicht dafür, daß man diese interessante Explosion geduldig abwarte. „Die Länder am Rhein sind voll lebendigen Eifers für den heiligen Vater," versicherte Dr. Moufang, und Oesterreich und das um die katholische Kirche so hochverdiente Haus Habsburg darf jetzt nicht zurückbleiben; es muß sich an dem großen Entscheidungskampfe für den Papst und gegen die Revolution betheiligen. Dem jetzigen Kaiser der Franzosen traut der Mainzer Prophet nicht recht, ebensowenig dem Berliner Kabinet, denn „fast alle Kabinete sind vom Geiste der Revolution angesteckt und arbeiten in ihrem Dienste."

Ausland.

Frankreich. [Frankreich und die polnische Frage.] Die in der Tagesgeschichte unseres „Anzeigers" Nr. 86 kurz erwähnte Nachricht, daß sich Frankreich der polnischen Frage wiederum diplomatisch bemächtigen und neuerdings die Verletzung der Polen betreffenden Partien der Verträge von 1815, in Folge der neuesten Ukase, zur Sprache bringen wolle, ist mit der allergrößten Vorsicht aufzunehmen. Für absolut unrichtig möchte aber die Sache doch nicht zu betrachten sein. Die polnische Frage bietet den diplomatischen Schachkünstlern in den Tuilerien eine zu bequeme Handhabe, um Oesterreich und Preußen einander wieder gründlich zu entfremden. Spielt Frankreich die polnische Karte aus, es braucht sich hiebei nur um eine Anregung, nicht um eine Durchführung der Frage zu handeln, so kann Oesterreich kaum anders als für die polnische Sache Partei nehmen. Es sind hiefür interne Rücksichten nahezu zwingend; man kann sich, nachdem man in Fehde mit den Czechen und den übrigen slavischen Stämmen steht, nicht auch noch mit den Polen verfeinden, muß für die Eventualität eines großen Brandes im Orient sich den Faktor einer polnischen Erhebung bereit halten. Nimmt nun aber Oesterreich, sei es auch mit noch so viel Zurückhaltung, an einer französischen Demonstration zu Gunsten Polens Theil, so ist Preußen wieder völlig in's russische Lager gedrängt, und es klafft der Riß zwischen Preußen und Oesterreich neuerdings.

Italien. [Hunger hier, Hunger dort!] Der Schrei des Hungers klingt von Nord und Süd, von Ost und West durch Europa; selbst in der reichsten Provinz des reichen Siciliens wüthet der Hunger in entsetzlicher Weise. Die in Catania erscheinende „Redenzione" schreibt: „Drei Dinge braucht Sicilien, um in Frieden zu leben: erstens Brod, zweitens Brod und drittens Brod. Ohne eines dieser drei Dinge wird Sicilien zu Grunde gehen und das Wehe wird allgemein sein. Niemals war das Elend so allgemein und schrecklich, niemals war man so indolent, so stumm, so grausam und schwach. . . Kürzlich vergiftete sich in der alten Kornkammer Siciliens ein junger Mann, um sich den Qualen der Noth zu entziehen; eine Wittwe verlor den Verstand nach langem Hunger, und Tausende von Unglücklichen strecken die Hand aus, um nach jenem Bissen zu schnappen, den sie vor Jahren von ihrem Tisch dem Darbenden gaben — und die Regierung legt Steuern auf, Steuern, Steuern!" Wir glauben, lange können sociale Abnormitäten, wie wir sie in Sicilien, Algier, Rußland und Ostpreußen sehen, nicht andauern, ohne einen wahrhaft zertrümmernden Einfluß auf den Organismus ganzer Staaten zu üben. Mögen die Regierungen angesichts solch' drohender Zeichen endlich einmal eingedenk werden, daß die Staatskasse von Rechtswegen Kasse des Volkes ist und daß in Zeiten der Noth das Volk ein Recht hat, Hilfe aus seinem Eigenthum zu verlangen. Möge man dem Volke geben, bevor es auf den Gedanken kommt — zu nehmen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 7/8—1/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 7/8—3/4 G.
„	4 1/2pCt.	48 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	98 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P. 87 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/8 P. 92 7/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 3/4 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/2 P.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	76 3/4 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	74 3/8—7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	722—23 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	194—96 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. L. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	228 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	331 P. 30 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/4 G.
Oest. F.St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258—1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	119 P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	62 1/2 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/2 P. 105 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	245 1/2 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 /8 P. .
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	121 1/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 7/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. L.d. k. S.	98 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2—3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95—94 7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	103 G.
do. in öst. W. l. S.	102 7/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 1/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/4 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72—72 3/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	135 1/8 P.
„ do. v. 1864	88 1/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/2 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 1/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 3/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 3/8 P.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 7/8 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/4 G.

Frankfurt, 31. März. Die Ultimoliquidation wickelte sich leichter ab, als man erwartet hatte. Für Staatsbahn und Amerikaner waren zwar Stücke übrig und wurden höhere Zinsen als früher bewilligt. Doch wickelte sich die Regulirung nicht schwer ab, da den Verkäufern auch Käufer gegenüberstanden. Creditaktien waren eher fehlend und verkehrten auf höhere Wiener Course und günstige Berichte über den wahrscheinlichen Verlauf der Generalversammlung der Creditanstalt in steigender Richtung. Süddeutsche waren etwas animirten. Von Wechseln Wien höher. Von Eisenbahnen Ostbahn besser bezahlt. Die Haltung der Börse im Ganzen war fest. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 93. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Donnerstag, 2. April 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 31. März. [Redefreiheit.] Der „K. Z." schreibt man: In der gestrigen Sitzung des Reichstages ist der Lasker'sche Antrag, wonach in keinem Territorium des norddeutschen Bundes ein Landtagsmitglied wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt oder überhaupt sonstwie außerhalb der Kammer, welcher er angehört, zur Rechenschaft gezogen werden darf, unterstützt von den National-Liberalen, wie Graf Dohna, Lette, Braun, v. Bennigsen, Miquel, Oetker, v. Thünen, v. Hennig, Weigel u. s. w., und von der zehn Mitglieder zählenden Fraktion Bockum-Dolffs, eingebracht worden. Um Unterstützung desselben waren außerdem noch angegangen worden die frei-konservative und die Fortschrittspartei. Die letztere hat erklärt, daß im Reichstag die Gründe, welche sie im Landtage bestimmt hätten, gegen den Antrag zu stimmen, wegfielen, zugleich hat sie angefragt, welche Haltung hinsichtlich des fortschrittlichen Antrages auf Einführung des durch die Bundesverfassung ausgeschlossenen Bezuges von Diäten für die Reichstagsmitglieder Seitens der national-liberalen Partei zu erwarten sei, und wie es scheint in Ermangelung einer definitiven Antwort hierauf vorläufig dem Lasker'schen Antrage ihre Unterstützung nicht zu Theil werden lassen; sie wird aber gewiß dafür stimmen. Letzteres ist wahrscheinlich auch von der frei-konservativen Partei zu erwarten, welche ebenfalls den Antrag offiziell nicht unterstützt, weil sie den Zeitpunkt der Einbringung nicht für opportun hält, während sie die Bedeutung und Berechtigung des Antrages ausdrücklich anerkennt. Partikularistischerseits wird die Kompetenz des Reichstages zu einem solchen Beschlusse bestritten werden, weil derselbe in die Territorialverfassungen eingreife, während man sich für die Kompetenz auf Art. IV. 13 bezieht und behauptet, der Antrag gehöre in das Gebiet des Strafrechtes, indem er die Strafgesetzgebung beschränke. Bei der Schlußabstimmung werden wohl die liberalen Partikularisten den Ausschlag geben, je nachdem sie entweder aus Neigung zur Beschränkung der Bundeskompetenz „Nein" oder aus Liebe zur parlamentarischen Freiheit „Ja" sagen. Ein Zweifel über die Kompetenz hätte überhaupt gar nicht entstehen können, wenn nicht die Linke auf dem konstituirenden Reichstag den Antrag, wonach die Erlassung grundrechtlicher Vorschriften zum Bereiche der Bundesgesetzgebung gehören sollte, zu Fall gebracht hätte. Wird der Lasker'sche Antrag angenommen und ausgeführt, so ist nicht nur für Preußen der Redefreiheits-Konflikt geschlossen, sondern auch in den übrigen norddeutschen Staaten gleichmäßig allen Landtagen ein Recht gesichert, dessen sich die süddeutschen nicht erfreuen. Denn selbst in dem seines Freisinnes halber so stark gepriesenen neuesten württembergischen Verfassungsentwurfe nimmt nach wie vor die Regierung das Recht für sich in Anspruch, Abgeordnete wegen ihrer Aeußerungen in der Kammer, wenn solche eine Schmähung der Regierung enthalten, strafrechtlich zu verfolgen.

— [Tabaksteuer und Zolltarif-Reform.] Wie die autographirte Corr. vernimmt, wird die Tabaksteuer-Vorlage mit der Vorlage über die Tarifreform in einen unmittelbaren Zusammenhang gebracht werden, so daß die Erhöhung der Eingangssteuer für Rohtabak von 4 auf 6 Thlr. und für Cigarren von 20 auf 25 Thlr. pro Centner im neuen Zollvereins-Tarif ihren Platz finden. In einer Anmerkung zu diesen Positionen würde dann auf das Tabaksteuergesetz hingewiesen werden, welches damit zu einem integrirenden Theile der Vorlage über die Tarifreform gemacht werden würde. In Regierungskreisen rechnet man darauf, daß in Folge dieses Zusammenhangs das Gesetz über die Tabaksbesteuerung vom Zollparlament angenommen werden wird. Zu der Vorlage über die Tarifreform erscheinen die 250 Unterpositionen des gegenwärtigen Zollvereinstarifs auf 145 reduzirt. Am meisten fallen hinsichtlich der Mindereinnahmen die Ermäßigung des Roheisenzolls von $7^1/_2$ auf 5 Sgr. pro Centner und der Reiszölle auf die Hälfte (geschälter Reis zahlt jetzt 1 Thlr., ungeschälter 20 Sgr. pro Centner) ins Gewicht. Chemikalien sind mit Ausnahme derjenigen, zu deren Darstellung Salz oder Spiritus erforderlich ist, fast sämmtlich in die Position „Steuerfrei" verwiesen worden. Leider bestätigt es sich, daß auf Petroleum eine Eingangssteuer in Vorschlag gebracht worden ist.

Ausland.

Frankreich. [Die deutsche Frage.] Aus Paris schreibt man: In diplomatischen Kreisen wird der Ausfall der württembergischen und bayerischen Wahlen zum Zollparlament als ein weiteres Pfand für die Aufrechterhaltung des Friedens in Europa aufgefaßt. Die Wahl der Partikularisten, sagt man, werde das berliner Cabinet vor Ueberstürzung im Ueberschreiten der vorläufig einmal gezogenen Mainlinie bewahren und ihm so weitere Gelegenheit bieten, Errungenes zu assimiliren und sich friedlich im Innern zu konstituiren. Wenn auch die innere Arbeit der Einheits-Idee fortdauere, würde doch dann zunächst jeder gewaltsame Schritt vermieden, und Frankreich so jeder Anlaß genommen, irgendwie Einspruch wegen Verletzung des Prager

Der Suezkanal.

Der elektrische Draht, welcher seit zwei Jahren die beiden Erdhälften verbindet, arbeitet mit einer Regelmäßigkeit und Alltäglichkeit, als sei die Welt daran schon gewohnt, wie an das pünktliche Kommen und Gehen der Eisenbahnzüge. Und doch gab es vor nicht langer Zeit noch Naturforscher, die mit Gesetzen und Zahlen den Beweis führten, daß ein Kabel unten in atlantischer Meerestiefe schon durch den auf ihm lastenden Wasserdruck arbeitsunfähig werden müsse. Es scheint, daß dem Suezkanale ein ähnliches Schicksal beschieden ist. Mancher hat dem Unternehmen die Lebensfähigkeit abgesprochen, der jetzt sein Verdammungsurtheil nicht mit gleicher Bestimmtheit wiederholen würde; und vielleicht werden unsere Rheder binnen wenigen Jahren nichts Einfacheres zu thun haben, als die Kanalgebühren und die verkürzte Fahrzeit ihrer nach Indien und China bestimmten Schiffe zu berechnen. In dem Lande, wo der Widerstand gegen den Lesseps'schen Plan von je her aus politischer Eifersucht am stärksten war, wo es unter Lord Palmerston als die Pflicht jedes vaterländisch gesinnten Bürgers galt, der Kanalisirung der Landenge von Suez die Möglichkeit abzusprechen, — in England hat sich schon eine bemerkenswerthe Umkehr eingestellt. Sie kennzeichnet sich neuerdings durch einen Brief des Herzogs von St. Albans an die „Times"; eine Stimme, auf welche wir um so mehr Gewicht legen möchten, als bei der durchaus unabhängigen Stellung des Mannes der Gedanke an eine wissentliche Parteinahme oder Beeinflussung ausgeschlossen ist. Er schildert eben nur, was seine eigenen Augen gesehen haben. Der Brief ist in Port Said am 29. Februar geschrieben und lautet, wie folgt:

Meinen Vorsatz, den im Bau begriffenen Suezkanal zu besuchen, führte ich vor einer Woche in der Erwartung aus, ein luftiges französisches Projekt anzutreffen, dessen Verwirklichung, wenn es je so weit kommen sollte, in unabsehbarer Zukunft läge. Da man in England, wie ich glaube, von der gegenwärtigen Ausdehnung der Arbeiten nichts ahnt, und da ich es habe bedauern hören, daß keiner von den vielen Engländern, die an Ort und Stelle gewesen, es der Mühe werth erachtet hat, die wahre Sachlage darzustellen, so fühle ich mich bewogen, Ihnen über das, was ich mit eigenen Augen gesehen habe, diesen Bericht zu senden, — ohne meinerseits ein Urtheil fällen zu wollen, in wie fern das Unternehmen sich vom finanziellen Standpunkte aus lohnen wird; ein Punkt, dessen Entscheidung man wohl der Zukunft überlassen darf.

Die „Compagnie universelle du canal maritime de Suez" wurde durch den unermüdlichen Eifer des Herrn Lesseps, eines der Handelswelt bis dahin unbekannten französischen Diplomaten, ins Leben gerufen. Er erwog den Gedanken, das Mittelmeer mit dem Rothen Meere durch einen Salzwasserkanal zu verbinden, der sich für die großen Schiffe unserer Zeit benutzen lasse. Das ist männiglich bekannt. Was aber nicht männiglich bekannt ist, dürfte der vorgeschrittene Stand der Arbeiten sein, welcher jedoch Jedem klar werden

Friedens zu erheben. Sei der nationale Gedanke erst einmal im Süden in ähnlicher Weise zum Durchbruch gekommen, wie im Norden, sei die Organisation des Norddeutschen Bundes weit genug vorgeschritten, um ohne Gewaltmaßregeln auch den Eintritt des Südens zu gestatten, dann werde auch Deutschland bereits so achtunggebietend dastehen, daß jede Einmischung des Auslandes von selbst in Wegfall käme.

— [Verhandlung der Tumultuanten in Bordeaux.] Am vergangenen Mittwoch wurde vor dem Zuchtpolizeigericht in Bordeaux die Angelegenheit des neulich daselbst Statt gehabten Aufruhrs vorgenommen. Es standen neun Angeschuldigte vor den Schranken. Der erste, Laurent, war nach der Aussage des bei dem Aufruhr ziemlich bedeutend verwundeten Polizei-Commissars und zweier Zeugen der Anführer des Krawalls. Er läugnet hartnäckig alle Theilnahme an demselben ab und vertheidigt sich mit großer Heftigkeit, wird aber dennoch zu drei Jahren Gefängnißstrafe, fünf Jahren polizeilicher Beaufsichtigung und Verlust seines Wählerrechtes für 10 Jahre verurtheilt. Ein Gerichtsbote bringt als Ueberführungsstücke einige große Knüppel und eine rothe Fahne, auf welcher mit großer Schrift die Worte stehen: „Tant que St. Nicolas sera, jamais garde mobile ne sera." Der zweite Angeklagte, Cazeaux, 22 Jahre alt, hat die besten Antecedentien und scheint äußerst reumüthig. Er wird zu 15 Monaten Gefängnißstrafe und Verlust seines Stimmrechtes während 5 Jahren verurtheilt. Der dritte Angeklagte, der 18jährige Bénard, hat sich aufrührerische Rufe, das Tragen der rothen Fahne und Mißhandlung der Polizeiagenten zu Schulden kommen lassen. Beim Tragen der rothen Fahne rief er: „Es lebe die Republik!" Da ihm die Mißhandlung der Polizeiagenten nicht mit Sicherheit nachzuweisen ist, so wird er nur wegen der anderen Vergehen mit 10 Tagen Gefängniß bestraft. Der vierte Angeklagte, Thirion, hat sehr schlechte Antecedentien; er wird aufrührerischer Rufe und der Mißhandlung des Polizeikommissars angeklagt; da indessen zwei öffentliche Mädchen in der energischsten Weise bezeugen, daß Thirion an dem Tage des Aufruhrs krank war und von ihnen gepflegt wurde, und ein Belastungszeuge sich nicht mit der nöthigen Sicherheit ausspricht, so wird die Anklage aufgegeben. Der fünfte Angeklagte, Albert, wird freigesprochen, weil kein gültiges Zeugniß gegen ihn vorliegt. Der sechste, Corderc, mit sehr schlechten Antecedentien, welcher den Polizeikommissar gestoßen und Vive la République! geschrieen hat, wird zu 6 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der siebente, der 19jährige Guyrand, wird wegen Rebellion zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Der achte Angeklagte, der der Revellion angeschuldigte Berthemé, ein trotz seines Alters von 26 Jahren bereits sechs Mal wegen Diebstahls und Schwindelei bestrafter Arbeiter, wird zu einem Jahre Gefängniß und 5 Jahren polizeilicher Aufsicht verurtheilt; und endlich der neunte, Gaillan, welcher den Polizeikommissar mißhandelt hat, wird in Betracht seiner guten Antecedentien zu einer Gefängnißstrafe von nur vier Monaten verurtheilt.

Großbritannien. [Aus dem Leben eines Lords.] In Folge eines Sturzes vom Pferde ist James Thomas Brudenell, siebenter Earl von Cardigan, am 28. März gestorben. Ueber England hinaus ist er vornehmlich als der tapfere Reiter-General bekannt, der in der Schlacht bei Balaklawa den berühmten Angriff der leichten Brigade befehligte. In England aber hat sein Lebensbild eben so viele Schatten- als Lichtseiten. Geboren 1797, trat er schon 1818 als Mitglied für Marlborough ins Unterhaus. Es ereignete sich hierbei der seltene oder wohl einzige Fall, daß er sein Mandat niederlegen und sich einer Neuwahl unterziehen mußte, weil er — Fähnrich in einem Husaren-Regiment wurde. Im Dienste hatte er fortwährend Streitigkeiten mit seines Gleichen oder seinen Oberen; seine Untergebenen mißhandelte er. In zwei Jahren ließ er als Regiments-Kommandeur bei nur 350 Leuten 105 Kriegsgerichte abhalten. Ein Zweikampf mit dem Kapitän Tuckett im Jahre 1840 gab zu einem merkwürdigen Prozesse Anlaß. Als Peer mußte der Earl natürlich vom Oberhause gerichtet werden, ein Kriminalfall, wie er seit sechzig Jahren nicht vorgekommen war. Auf Grund eines Formfehlers in der Beweisführung ward er freigesprochen, welches Urtheil von der Stimme des Landes nicht gebilligt wurde, obwohl Tuckett nur eine leichte Wunde davongetragen hatte. Ueberhaupt war Lord Cardigan der Held vielfältiger Skandalgeschichten, auf die wir nicht näher eingehen wollen. Als Generalmajor nahm er Theil an dem Krimfeldzuge. Ob er den oben erwähnten tollkühnen Angriff auf die Russen in blinder Befolgung oder in falscher Auffassung eines Befehles ausgeführt habe, ist lange eine Streitfrage gewesen; sein persönlicher Muth kann freilich nicht in Zweifel gezogen werden. Zum General-Lieutenant wurde er 1861 ernannt. Er hinterläßt keine Kinder, Titel und Würden gehen an den Marquis von Allesbury über.

Italien. [Eine Rede des Papstes.] Der „Correspondance Havas Bullier" wird aus Rom, 21. März, geschrieben: Man spricht gegenwärtig viel von einer Rede, welche der Papst am 13. d. M. an die neu ernannten Kardinäle und an einige Vertraute des Vatikans gerichtet haben soll. An diesem Tage waren nämlich die sechs eben zum Kardinalat ernannten Prälaten in den Vatikan gekommen, um aus den Händen Sr. Heiligkeit das rothe Barett entgegenzunehmen, das ihnen als Zeichen ihrer hohen Würde überreicht wird. Kardinal Bonaparte, der als der höchste an Rang und Würde angesehen wird, hielt im Namen seiner Kollegen eine italienische Ansprache, um dem heil. Vater für die ungemeine Gunst, die er ihnen erzeigt, zu danken. Er sei persönlich um so mehr beschämt dadurch, als er sich seiner Unwürdigkeit und seiner Unzulänglichkeit mehr bewußt werde in Anbetracht der Größe der ihm von Sr. Heiligkeit erzeigten Gnade und der Verdienste seiner Kollegen, hinter denen er zurückstehen müsse. Der Papst erwiderte, er schätze sich glücklich, zum Kardinalat einen Prälaten erhoben zu haben, den seine Geburt einem der höchsten Throne der Welt und einer der glorreichsten Dynastien Europa's so nahe stelle, der aber noch mehr durch seine persönlichen Tugenden, als durch den Zufall der Geburt zum römischen Purpur auserkoren sei. Ebenso gereiche es ihm zur Befriedigung, den übrigen Prälaten, die durch Eifer, Frömmigkeit, Gelehrsamkeit ein so unbestrittenes Anrecht auf eine solche Auszeichnung hätten, den Purpur

---

muß, der, wie ich, den Weg von Suez nach Port Saïd gemacht hat. Den thatsächlichen Anfang des Unternehmens kann man in das Jahr 1860 versetzen; doch kannte man damals noch nicht die rechten Mittel, es auszuführen, und die ersten Jahre gingen darüber hin, die besten Vorrichtungen ausfindig zu machen, mit denen sich durch den Sand der Wüste ein Verbindungsweg für die Gewässer der beiden Meere graben ließe. Die Tausende von Arbeitern waren in jenen ersten Zeiten des Kanals auf die Wasservorräthe angewiesen, die mit Kameelen vom Nile her bezogen wurden, und auf den Zwieback, dessen nie mehr zur Stelle war, als für drei Tage ausreichte. Sicherlich waren dies Zeiten ungemeiner Sorge für die Sendboten der Civilisation in der Wüste. Es war daher ein wesentliches Erforderniß, frisches Wasser in hinlänglicher Menge nach allen Punkten zu beschaffen, sowohl für die Arbeiter als für die Maschinen. Die ersten Jahre nahm also die nothwendige Prüfung der Maschinen und die Ueberleitung des Wassers aus dem Nil in den Süßwasserkanal nach Ismailia und Suez, und von dort in Röhren nach Port Saïd, in Anspruch. So machte der Seekanal Anfangs langsame Fortschritte, und das hörten wir in England. In den letzten Jahren aber haben die erfahrenen Unternehmer Borell und Lavalley die Leitung der Arbeiten übernommen und das Werk hat Riesenfortschritte gemacht. Nach mehrfachen mißlungenen Versuchen waren endlich Maschinen zur Ausführung der nothwendigen Arbeiten erfunden worden, und man hofft zuversichtlich, den Salzwasserkanal in seiner ganzen Länge noch im Oktober dieses Jahres eröffnen zu können. Wer sagt uns, daß wir in England nicht am Ende vor Schrecken den Kopf verlieren, wenn wir auf einmal hören, daß der Kaiser der Franzosen sich nach Aegypten aufmacht, um jene kleine Feierlichkeit vorzunehmen?

An dem südlichen Ende des Kanals bei Suez war Alles Arbeit. Ich sah vier große schwimmende Dampfbagger in Thätigkeit, um einen Tiefgang durch das seichte Ufergewässer des Rothen Meeres auszukehlen, und andere Maschinen wurden eben zusammengestellt. Ich sah die Araber an der andern Seite des Dammes, welcher das Meer von der Arbeitsstätte trennt, mit der Ausgrabung des Kanalbettes beschäftigt. Vor drei Monaten hatte ich diesen Theil schon gesehen und der Fortschritt war sehr beträchtlich. Ich sah das Bett des Kanals über diese Stelle hinaus durch die gewaltigen Bagger gekennzeichnet, welche sich über die Kimmung und die Wüste erhoben. Im Ganzen sind 60 große und 12 kleine schwimmende Dampfbagger mit mehr als 100 zur Hülfe beigegebenen Dampfbarken in Thätigkeit. Die größeren kosten zwischen 100,000 und 130,000 Thaler, welcher Preis einen Schluß auf ihre Größe gestattet. Sie entladen ihre Sandeimer in die Dampfbarken oder in eiserne Wasserleitungen von 220 Fuß Länge, die ihren Inhalt über die Ufer des Kanals hinaus in die Wüste führen. 48 Millionen Kubikfuß wurden so in vergangenem Monate ausgebaggert, und die Arbeit eines Sommermonats berechnet man auf 60 Millionen. Jene Baggermaschinen sind eigens für dieses Unternehmen von Herrn Lavalley hergestellt worden, welcher selbst der Baumeister, wie Lesseps der Urheber des Suezkanals genannt zu werden verdient. Eine große Schwierigkeit erhebt sich dann, wenn das Wasser steigt, ehe die Bagger flott gemacht sind.

verleihen zu können. Er hoffe, daß alle sechs in ihrer neuen Stellung allen Geist, alle Bemühungen und allen Einfluß aufbieten würden, um die heute von der Revolution so tief verkannten und verunglimpften Rechte der Kirche und des apostolischen Stuhles unermüdlich und erfolgreich zu beschützen. Ihre Stellung sei eine der höchsten, zu denen man gelangen könne; denn sie eröffne denen, die damit bekleidet seien, einen weiten Wirkungskreis und gebe ihnen eine ungemeine Macht, sowohl für das Gute wie für das Böse. Zwei Männer, fügte der heilige Vater bei, von denen der eine Kardinal ist, der andere werden will, sind für mich der unversiegliche Quell der Bitterkeit und des Schmerzes. — Diese deutliche Anspielung auf Kardinal d'Andrea und Msgr. Darboy von Paris hat einen tiefen Eindruck auf die Zuhörer gemacht, denen es vorkam, als dürfte nunmehr der Erzbischof von Paris wenig Aussicht auf den Purpur haben.

Spanien. [Die spanischen Kolonien] sind sichtbar im Verkommen. Schlendrian, schlechte und engherzige Verwaltung vereinigen sich mit Erdbeben, Orkanen, Seuchen und anderen Calamitäten, um die Philippinen im Osten, wie Cuba und Portorico im Westen in die äußerste Noth zu bringen. Der spanische Colonialminister hat daher der Königin ein Dekret vorgelegt, wodurch die Colonieen bevollmächtigt werden, eine Anleihe von 50 bis 55 Mill. Francs aufzunehmen. Die Steuerkraft der spanischen Colonieen wird bekanntlich auf's äußerste angespannt, und Cuba hat von 1859 bis 1867 74 Millionen, die Philippinen 19, Portorico 3 Mill. Thaler „Gewinn" in den spanischen Staatsschatz geliefert.

Nichtpolitische Zeitung.

[Neue Romane.] Im Verlage von Ed. Hallberger in Stuttgart sind neuerdings neben den bekannten illustrirten Zeitschriften, welche diese bedeutende Firma herausgibt, auch eine Anzahl belletristischer Werke in Buchform erschienen, welche die Aufmerksamkeit der Lesewelt in hohem Grade verdienen. Es sind unsere beliebtesten Schriftsteller, von denen uns neue und ansprechende Gaben dargeboten werden, zunächst Hackländer, dessen zweibändiger Roman: „Zwölf Zettel" wieder die Meisterschaft bekundet, mit welcher dieser unermüdliche Erzähler leicht, natürlich und spannend zu unterhalten weiß. Niemand wird von Hackländer besondere Tiefe der Konflikte, oder eine weltumspannende Weite des Gesichtskreises erwarten, aber was das große Publikum, das nicht poetischen Genuß, sondern eine leichte Unterhaltung sucht, zu verlangen pflegt, findet es hier mit Anmuth und Geschmack gepaart. Die „Zwölf Zettel" sind ein bürgerliches Sittengemälde, auf süddeutschem Boden spielend. Wir werden in die bescheidene und anspruchslose Wohnung einer verarmten französischen Emigrantin und in das mit allem Comfort ausgestattete Haus eines deutschen Banquiers geführt, dessen Tochter zu einem seiner Commis, dem Enkel jener Emigrantin, eine tiefe Neigung faßt. Im Hintergrunde dieser Vorgänge entwickeln sich die Folgen eines traurigen Ereignisses, welches zu der Geschäftsthätigkeit und dem Bestand des Hauses in bedrohlichem Zusammenhange steht. Der stolze und ehrgeizige Geldmann, welcher jenem Herzensbunde alle nur möglichen Hindernisse bereitet, sieht sich durch die Rücksicht auf sein eigenes gefährdetes Wohl endlich gezwungen, seine Einwilligung zu geben, die rein menschliche Auffassung trägt den Sieg davon und das eingeleitete Verhältniß gelangt zu allerseits befriedigendem Abschlusse. Man sieht, die Fabel (die allerdings von einer etwas gesuchten und unwahrscheinlichen Begebenheit ihren Ausgang nimmt) bietet einem talentvollen Erzähler hinreichenden Stoff für spannende Verwicklungen und fesselnde Situationen, und man wird es von Hackländer ungesagt glauben, daß er seinen Stoff nach allen Seiten hin auszunutzen versteht. — Tiefer angelegt, obwohl mit nicht minderem Fluß und zugleich mit vollendeter Grazie erzählt ist die „Amazone, Novelle von Franz Dingelstedt." Der Umkreis der geschilderten Zustände ist ein größerer: der Verfasser führt uns in die Künstlerwelt und zugleich unter die Aristokratie des Geldes und der Geburt. Ueberall ist er zu Hause, und mit feinem, in leichten Spott getauchten Pinsel zeichnet er uns lebenswahre Figuren hin und schildert uns mit all der Anmuth, die ihm eigen, die etwas stark mit klingender Prosa versetzte Romantik des modernen Lebens. Niemand weiß namentlich das Theaterleben pikanter und drastischer zu schildern, als Dingelstedt. Aber auch sonst bewundern wir die Menschenkenntniß und Welterfahrung, die psychologische Feinheit und Beobachtungsgabe, mit welcher derselbe Menschen und Zustände uns nahe zu bringen weiß; und die geistreiche Satyre, die sein Element ist, reizt und fesselt von Anfang bis zu Ende. — Ein dritter Roman, den uns der oben genannte Verlag darbietet, rührt aus der Feder des rühmlichst bekannten Humoristen Wilhelm Raabe (Jakob Corvinus) her und führt den Titel: Abu Telfan oder die Heimkehr vom Mondgebirge. Die Handlung ist ziemlich einfach, doch um so reicher die Fülle von Gemüth und Witz, mit welcher sie ein echter Dichtergeist ausgestattet hat. Personen und Zustände sind ernst und ergötzlich, in kleinen und großen Zügen lebendigst charakterisirt.

[Wieder ein Familiendrama.] Die Berliner „Voss. Ztg." schreibt: Als am Sonnabend Morgen, gegen 10 Uhr, in dem Hause Schwedterstraße 43, die Klingel zu der Wohnung des Bronceurs Häusler gezogen und nicht geöffnet wurde, schickten Hausgenossen, ein Unglück befürchtend, nach dem Schlosser. Den Oeffnenden schlug sofort ein dicker Gasstrom entgegen und bei näherem Eintritt bot sich ein überaus trauriger Anblick dar. Mann und Frau, ersterer 30, letztere 25 Jahre alt, lagen entseelt im Bette, in einem zweiten Bett ein vierjähriges Knäbchen, in der Wiege ein 3 Monate altes Kind, alle, wie durch herzugerufene Aerzte festgestellt wurde, unwiederbringlich todt. Die geöffneten Gasleiter bekundeten die Ursache des Todes, und daß dieser von den Eltern gemeinschaftlich gewählt war, bezeugte ein an einen Verwandten gerichteter, von Beiden unterzeichneter Brief, in welchem der Mann noch letzte Verfügungen getroffen hatte. Die Familie lebte in äußerlich guten Verhältnissen, hatte wohlhabende liebreiche Verwandte; aber eine Krankheit des Mannes und die daran geknüpfte Furcht vor endlicher Arbeitslosigkeit scheinen den traurigen Entschluß in den noch jungen Eheleuten geweckt zu haben.

Da der Salzwasserkanal zwischen Suez und Ismailia noch leer ist, so werden Passagiere und Ladung für diese Strecke auf dem Süßwasserkanal in flachen Dampfbooten und Barken befördert. Dieser Kanal ist von gewöhnlicher Breite und gestattet zweien großen Barken, an einander vorbei zu fahren. Doch ich möchte nur von dem großen Salzwasserkanal reden. Der erste bemerkenswerthe Punkt, nachdem man Suez verlassen, ist Groß-Schaluf, nach El Guisr die wichtigste Ausgrabung, nahezu eine deutsche Meile lang, durch Thon, Stein und Sand geführt und gegenwärtig trocken. Dreitausend europäische und arabische Arbeiter sind hier beschäftigt. Meine Aufmerksamkeit fühlte sich stärker gefesselt, als an irgend einer andern Stelle. Der Kanal ist bis zu seiner tiefsten Tiefe hinab ausgeworfen und das Wasser wird bei niedrigem Stande des Rothen Meeres noch die Höhe von 26 Fuß behalten. Da blickt das Auge hinab in den ungeheuren trockenen Kanal mit seinen emsigen Arbeiterschwärmen, die den Grund wegschaufeln und die Karren füllen, welche von feststehenden Maschinen emporgewunden und durch andere ersetzt werden; und während man mit Staunen hinuntersieht auf das großartige Werk, möchte man fast träumen, schon in großen Dampfern hin und her zu fahren zwischen den Welten des Westens und des Ostens, möchte man sich die Kisten der Gesellschaft mit Zollgebühren gefüllt vorstellen und glückstrahlende Aktionäre vor sich wähnen, die freudeschmunzelnd ihre Dividenden einstreichen.

Am Serapeum, etwas weiter ins Land hinein, gelangt man zu einem anderen gleichfalls beendigten Stücke des Kanals, und hier begegnet man auch den Gewässern des Mittelmeeres, die in dem Seekanale schon bis zur Hälfte der gesammten Entfernung geleitet sind und durch einen Erddamm von dem andern Theile abgehalten werden. Vom Serapeum kommt man nach Ismailia, der Hauptstadt der Gesellschaft, an dem hübschen Salzsee Timsah, der vom Mittelmeere aus bis zur Tiefe von 20 Fuß gefüllt worden ist. Hier sind die Wohnstätten der Beamten. Kirche, Gärten, Straßen, selbst die Hunde sind europäisch und man vergißt, daß der Araber des Landes Herrscher ist. Ich war in den letzten Tagen des Karnevals dort; Masken spazierten die Straßen auf und ab und das Vereinszimmer wurde zu einem Ballfeste vorbereitet. Wenn der finanzielle Einsturz bevorsteht, so nehmen die guten Leute vom Isthmus die Gefahr auf die leichte Schulter.

Ismailia, dessen alter Arabername Timsah war, ist nach dem jetzt herrschenden Vizekönige so umgetauft worden, wie Port Said nach dem vorigen. Der Sache entsprechender wäre es gewesen, hätte man die Ortschaften nach den Herren Lesseps und Lavalley benannt, der Franzose aber versteht sich wohl darauf, „dem Türken den Rock mit dem Striche zu bürsten." Die Stadt liegt nicht am Seekanale, sondern steht durch eine Zweigleitung mit demselben in Verbindung. Nun geht's nach Port Said auf dem Seekanal, dessen Breite von 300 Fuß der Sparsamkeit halber durch den Graben von El Guisr auf 180 Fuß vermindert ist. In El Guisr, nicht weit von Ismailia, ist man halben Weges, und der Kanal setzt sich in einen tiefen, durch einen hohen Sandhügel geführten Durchstich fort. Hier war die schwerste Arbeit.

El Guisr ist eine hübsche Ansiedlung mit seiner christlichen

[Kardinal Bonaparte.] Der neuernannte Kardinal Bonaparte, welcher so viel von sich reden macht, ist, der „France" zufolge, im Jahre 1828 geboren. Er ist der Sohn des gelehrten Prinzen Lucian (der unter anderm auch eine 3bändige Fauna italica in Fol. herausgab) und der Prinzessin Zenaide, einer Tochter des Königs Joseph. Der Kaiser Napoleon III. ist sein Pathe und Pius IX. hat ihm die Priesterweihe gegeben. Nach seiner Ordination lebte er geistlichen Uebungen in Rom. Erst vor einigen Jahren berief ihn der Kaiser Napoleon nach Paris und verlieh ihm den Rang eines kaiserlichen Prinzen. Die „France" schildert den jungen Kardinal als eine fromme, beschauliche Natur, welche in seiner Bescheidenheit allem Ehrgeize so fremd sei, daß sie nicht ohne Verwirrung und Widerstreben den ihr von dem Oberhaupte der Christenheit verliehenen Rang angenommen hätte.

[Seltene Entdeckung.] Der Theaterdirektor Carvalho in Paris hat etwas Seltenes entdeckt: einen neuen Tenor. Er war bis jetzt Soldat, sein Vater ist ein armer Bauer aus dem Süden, welcher ein Gütchen der in Marseille lebenden Frau d'Assailly gepachtet hat. Diese Dame hörte den jungen Mann zufällig singen und ließ ihn musikalisch ausbilden. Obschon er noch nie die Bühne betreten, so engagirte ihn doch Carvalho gleich nach der ersten Gesangprobe für drei Jahre mit einem Gehalte von 6000 Franken für das erste Jahr, 9000 für das zweite und 12,000 für das dritte. Im August soll er zum ersten Male auftreten.

— Sir Charles Lyell veröffentlicht die zehnte und gänzlich umgearbeitete Ausgabe seiner weltberühmten „Principles of Geology". Diese Ankündigung wird für Freunde der Geologie genügen. Der Verfasser steht so hoch in Jahren, daß diese zehnte Ausgabe vielleicht die letzte sein wird, die er selber durchsehen kann.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^3/_8$—$^3/_4$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53^3/_4$—$^1/_2$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50^3/_4$—$^1/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$49^3/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^1/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$93^1/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	84 P. $83^1/_2$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$80^3/_8$ G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^1/_2$ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$76^7/_8$ G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75—$^1/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125^3/_4$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	732 P. 728 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$196^1/_2$—94 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 106 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223^1/_2$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93^1/_2$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111^1/_4$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$258^1/_2$ P. 58 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118^1/_2$ P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$105^1/_2$ P. 105G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132^1/_2$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt Einz.	$244^1/_2$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42^1/_2$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$121^1/_4$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$—$^1/_2$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$98^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^5/_8$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_2$—$^1/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102^7/_8$—103 G.
do. in öst. W. l. S.	103 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$147^3/_8$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$72^3/_4$—$^1/_8$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	$88^1/_8$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^1/_4$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^3/_8$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56^1/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144^1/_8$ P.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_4$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	$32^3/_8$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^1/_4$ G.

Frankfurt, 1. April. Auf den gestrigen Ultimo folgte heute eine Abspannung. Auf mattere Wiener Course verkehrten österreich. Spekulations- und Anlagepapiere im Allgemeinen in gedrückter Haltung. Auf Creditaktien machte der telegraphisch gemeldete Rückkaufsbeschluß der Generalversammlung der Creditanstalt einen ungünstigen Eindruck, da der Rückkauf erst innerhalb eines Jahres stattfinden kann. Creditaktien verloren ca. 2 fl. Von Anlagepapieren waren Steuerfreie unverändert, neue engl. Metall. $^1/_4$ besser, National $^1/_4$ niedriger. Süddeutsche waren kaum verändert, nur $4^1/_2$ pCt. Württemberger erhöhten ihren Cours um ein Bruchtheil. Von Wechseln Paris matter. Die Aktien der Alsenzbahn werden am 3. ds. bei M. A. v. Rothschild und Söhne zu $80^1/_2$, die der oberhessischen Bahnen bei v. Erlanger und Söhne am 6. M. zu 75 pCt. aufgelegt. 82er Amerikaner wurden heute $^1/_4$ pCt. höher bezahlt. Das Geschäft war jedoch in fast allen Gattungen von Papieren sehr still. (Synd.)

Kirche und arabischen Moschee, seinen sauberen Häusern und dem lieblichen Garten des obersten Ingenieurs Goija. Hier wie in Ismailia kann man hören, wie der Ort erst vor wenigen Jahren dem Scorpion und der Schlange der Wüste abererobert worden ist. Hinter El Guisr führt der Kanal durch eine Sandfläche zu den Lagunen in der Nähe des Meeres. Ein Arm des Nilstromes floß hier in alter Zeit; der Boden ist eine Ablagerung des Nilschlammes und war ehemals fruchtbar. Jetzt ist er wüst und öde; freilich, wie der Araber sagt, „wo nur ein Türke den Fuß hinsetzt, da hört das Gras auf zu wachsen." Aus der Lockerheit des Bodens glaubt man auf Schwierigkeiten in der Anlage des Kanals schließen zu müssen; doch hat Herr Lavalley ihn bis zur Tiefe von 26 Fuß ausgeworfen und den genügenden Beweis geliefert, daß Schlamm und Sand auf der Landenge von Suez ganz dasselbe sind, wie anderswo auf der Erde.

Der Kanal tritt nun in das Mittelmeer ein und bildet den Hafen von Port Said. Vor acht Jahren stand auf dem schmalen Sandstreifen zwischen Meer und Lagune keine Hütte. Jetzt erblickte ich dort eine Stadt von 10,000 Einwohnern, ein rasch emporschießendes Venedig und einen Hafen voll großer Fahrzeuge. Ich glaube, auf der ganzen Landenge gibt es keine Seele, die nicht fest überzeugt ist von dem Gelingen des Unternehmens. In einer wunderbar kurzen Spanne Zeit sehen sie eine Bevölkerung von 20,000 Europäern wie aus dem Wüstensande geschaffen und mit den nothwendigen Bedürfnissen sowohl wie mit den Annehmlichkeiten des Lebens versehen. Einen großen Hafen sehen sie unter ihren Augen entstehen wie ein Zauberwerk, das Ziel ihres Unternehmens zu zwei Drittheilen vollendet, und so mag man ihnen verzeihen, wenn sie auf die Kniee sinken und Herrn Lesseps und seine Gesellschaft anbeten.

Ich kam her ein Zweifler, und verlasse den Ort als Gläubigster aller Gläubigen, mit der Ueberzeugung, daß der Kanal über die Landenge von Suez in kurzer Zeit vollendet sein wird. Der Freundlichkeit und Güte, die wir allerorten erfuhren, werde ich mich stets mit Vergnügen erinnern, und oft hörte ich den Ausdruck der Genugthuung, daß es gerade Engländer waren, denen die gemachten Fortschritte gezeigt werden konnten.

Dieser Bericht ist zwar höchst unvollkommen, jedoch möchte ich meinen Landsleuten gern mittheilen, was ich auf der Landenge von Suez gesehen habe, und so schlage ich des Briten Weg ein und schreibe an die „Times."

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 94. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 3. April 1868.

Wahrnehmungen aus dem Wahlleben.

„Die Wahlbewegung ist wie ein Hochwasser; es kann gut verlaufen, aber auch schlimmen Schaden anstiften. Wenn es gar zu wild wird, zerreißt es Brücken und Wege und läßt auf den Gründen wüstes Gerölle zurück; wenn es mäßig abgeht, so verlauft das Wasser ohne Schaden, ja es kann befruchtend auf die überschwemmten Thalgelände einwirken. Möge so unsere Wahl verlaufen!“ — so sprach bei einer der zahllosen Wahlversammlungen in Württemberg der Vorsitzende, ein sehr tüchtiger Stadtvorstand, und der „Schw. M.“ knüpft daran sehr beachtenswerthe Betrachtungen, welche wir als auch für uns gültig und beherzigenswerth nachfolgend im Auszuge mittheilen:

Die Hochwasser sind abgelaufen, sie haben dort zerstörend, hier befruchtend gewirkt. Sehen wir einmal nach den Zerstörungen. Manche Brücke der Verständigung ist zerstört worden, mancher Weg ruinirt, und viel unbrauchbares Gerölle wird wieder entfernt werden müssen. Es war eine Wahlbewegung sonder Gleichen, unerhört seit 1848, ja mehrfach noch über 1848 hinaus. Die Leidenschaftlichkeit des Kampfes, die Erbitterung der Parteien mit allen Folgen schwoll von Woche zu Woche aus einem anfangs scheinbar ganz ruhigen Wasserspiegel heraus. Erste Bedingung eines glücklichen Verlaufes des Hochwassers ist die, daß es rasch verlaufe. Die Sache ist wirklich ernst genug: hier handelt es sich darum, daß das Volk, die große Masse des Volkes nicht Schaden nehme durch die allzulange Dauer des aufgeregten Zustandes während der Wahlbewegung. Die Unterbrechung der Arbeit zu Gunsten der Wahlagitation und das Leben im Wirthshaus und auf der Straße ist die eine Kehrseite dieser langen Verzögerung, aber es ist am Ende noch die weniger schlimme. Denn noch viel trauriger muß in Folge der langen Ueberfluthung mit allen Kräften leider häufig nicht ehrlicher Waffen die Demoralisation des Volkes wirken. Hieher gehören auch die merkwürdigen Parteigruppirungen und Bundesgenossenschaften. Daß solche in außerordentlicher Weise bei Wahlen geschlossen werden, war allerdings schon öfter da und liegt in der Natur der Sache. Doch entstehen sie sonst mehr in positiver Weise zu Erreichung eines mehreren im Uebrigen getrennten Partien gemeinsamen Zweckes. Diesmal aber war der Inhalt der Parteigruppirungen mehr ein bloß negativer: die Bekämpfung der dritten oder der vierten Partei. Immerhin wirken, so unvermeidlich sie sein mögen, solche vorübergehende Allianzen demoralisirend, namentlich wenn der Kampf ein heftiger ist. Politisch geschulte Leute finden sich darein, politische Freunde von gestern nun als Gegner zu sehen, aber was soll das Volk, welches Personen und Grundsätze nicht so leicht zu trennen weiß, dazu sagen, wenn ihm Männer, welche es von früher her kennt und achtet, nun angefeindet, angeschwärzt werden, oft von Denselben, welche früher die ersten ihrer Verehrer waren, heute aber in Folge der neuen Parteigruppirung den früheren Freund bekämpfen. Das Volk verliert den Glauben, das Vertrauen! und das ist nicht gut.

Eine kurze Spanne Zeit, eine Wendung der Politik wird genügen, um die heutigen Bundesgenossen zu Gegnern zu machen; wie soll sich das Volk so schnell darein finden? Noch mehr Schaden bringt das Wahlhochwasser, wenn die Gewässer nicht rein sind. Das Volk ist außerordentlich empfindlich dafür, daß ihm stets Wahrheit gesagt werde. In einem Wahlkampfe so heftiger Art und so langer Dauer sind die gebrauchten Mittel leider häufig nicht die reinsten und halten die Probe der Wahrheit nicht aus. Das Volk merkt dies und versenkt sich dadurch nur in seinem Zurückhalten und Mißtrauen. Eine vielfach erhobene Wahrnehmung ist ferner die, daß die öffentlichen Theile der Wahlbewegung keineswegs den Maßstab für den Erfolg gaben. Mancher Kandidat hatte die glänzendsten Wahlversammlungen und in denselben Orten klägliche Resultate. Es kommt hier ein gewisser rückhaltiger Zug des Volkes zum Ausdruck: es hört ruhig an, gibt selbst seinen Beifall, aber am folgenden Tage weiß irgend ein durch seinen täglichen Verkehr Herbeigeführter insgeheim den ganzen Eindruck mit wenigen saftigen Redensarten wieder zu zerstören. Das Volk geht ja auch so gerne statt zum Arzte und Anwalte lieber zum Quacksalber und Entenmaier!

Die Wahl war bekanntlich zum ersten Male die allgemein direkte und geheime. Es ergeben sich auch hieraus mehrfache Wahrnehmungen. Bei den indirekten Wahlen und anderen Systemen kann von sämmtlichen Wählern natürlich ein mehr persönliches Verständniß vorausgesetzt werden, als vom ganzen Volke. Beim allgemeinen Wahlrecht handelt es sich darum, Allen verständlich, populär zu werden. Dies führt gar zu leicht zur Herrschaft der Schlagwörter. An die Stelle einer gründlichen Erörterung tritt ein glücklich gewähltes, auf den ersten flüchtigen Blick durchschlagendes Wort, und nur zu oft setzt sich dies fest und behauptet eine Zeit lang, z. B. über die Dauer der Wahl, seine Herrschaft. Damit ist hier in keiner Weise beabsichtigt, über das allgemeine Wahlrecht abzusprechen, aber man wird bei uns wie anderwärts eben auch die Erfahrung machen, daß eine

Volkserziehungs-Vereine.

Die Umbildung des bureaukratischen Staates, dessen Charakter im Scheinkonstitutionalismus keineswegs verschwindet, in den wahrhaft konstitutionellen Staat kann niemals eine plötzliche sein. Sie besteht darin, daß das Volk aufhört, passive Masse, und die öffentliche Meinung aufhört, ein hin- und herwogendes, obgleich zeitweilig von starken und bestimmten Strömungen ergriffenes Chaos zu sein. Zur Einleitung und Durchführung dieses Umbildungsprozesses ist das Vereinswesen ein wichtiger, ja geradezu unentbehrlicher Faktor; denn die Vereine sind die Krystallisationspunkte, deren die Masse bedarf, um Gestalt zu gewinnen, die Sammelstätten, deren Abgeschlossenheit es ermöglicht, daß sich in ihnen die öffentliche Meinung klärt, bestimmt und befestigt. Wir haben die Bedeutung und Tragweite des Vereinswesens auf politischem und sozialem Gebiete nicht zu erörtern, nur die Wichtigkeit desselben für die großen Fragen der Erziehung und des Unterrichtes soll hier hervorgehoben werden. Im Gegensatze zu England, wo die Befriedigung des Unterrichtsbedürfnisses, von den Ueberresten des mittelalterlichen Schulwesens abgesehen, dem „Gesetze“ des Angebotes und der Nachfrage und der verschiedenartig und theilweise bedenklich „interessirten“ Wohlthätigkeit überlassen ist, wurde das Schulwesen in Deutschland und Oesterreich einseitig von Oben herab, also bureaukratisch gestaltet, wobei die fortgeerbten Ansprüche der verschiedenen „Kirchen“ mehr oder minder geschont wurden, oder sich in vereinbarter, also beschränkter Weise giltig erhielten. Zwar entwickelte sich einerseits im Zusammenhange mit der großen geistigen Bewegung, welche in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts hervortrat und sich in das 19. fortsetzte, eine selbstständige Pädagogik, die selbstverständlich die Praxis zu beeinflussen strebte und wirklich beeinflußte; andererseits konnten die Regierungen nicht umhin, die Ansprüche des Publikums, welche sich aus den erweiterten und veränderten Bedürfnissen des modernen Lebens ergaben, zu berücksichtigen. Aber nach der einen wie nach der anderen Seite wurden doch nur Konzessionen gemacht, und der beste Wille verfälschte sich durch die dem Bureaukratismus anhaftende Tendenz, die Ausschreitung und mit ihr das selbstständige Vorgehen prophylaktisch unmöglich zu machen. Dabei konnten sich die Meister der Schule dem Scholasticismus, der beschränkten Betrachtungs- und Denkweise, welche das Verhältniß der Schule zu dem Volksleben und den Volksbedürfnissen geflissentlich unbestimmt läßt und für die Schulleistung keine anderen Maßstäbe als die in der Schule selbst festgestellten hat und will, nicht entwinden. Denn zwischen die Vorschriften der Behörden und die unklaren Ansprüche des nicht indifferenten oder gar feindseligen Theiles der Bevölkerung gestellt, durften sie sich durch den letzteren nicht beirren lassen und über eine oberflächliche Abfindung mit den Prinzipien der pädagogischen Reformatoren, die sie kannten und anerkannten, nicht hinausgehen; sie waren also darauf angewiesen, sich an methodischen Künsteleien und an Erfolgen, welche die Prüfung an den Tag bringt, zu befriedigen. Deßhalb läßt sich allerdings nicht sagen, daß die Schulen dem Fort-

gewisse politische Erziehung neben dem allgemeinen Wahlrecht hergehen muß; das Volk muß lernen, sich in dasselbe zu finden. Betrübend schien uns die Wahrnehmung, daß es bei den Massen, wie sie die Wahl in Bewegung setzte, auffallend am Schwunge der Begeisterung fehlte: im Vordergrund stund überall die Rücksicht und Sorge, ob nicht Lasten, Steuern drohen. Die idealen Beweggründe traten auffallend zurück.

Auch geheim war diese Abstimmung zum ersten Male wieder. Auch hier fehlt es vielfach am Verständniß dessen, was eine geheime Wahl erheischt. Ist das Recht der geheimen Wahl verliehen, so sollte demselben auch allseitig das Vertrauen in die Berechtigten zur Seite stehen, und die Einsicht platzgreifen, daß direkte Beeinflussung und Bevormundung Seitens der Vorgesetzten, seien es Beamte oder Prinzipale 2c., mit der geheimen Stimmabgabe sich nicht verträgt. Geheime Wahl erheischt Achtung vor dem Rechte der Selbstentschließung des Wählers!

Blicken wir nun aus, ob nicht auch gute Keime für das Volksleben zurückbleiben werden, wenn die Wasser verlaufen sind. Gewiß ist das zu erwarten, und besonders auf zwei Wahrnehmungen kann hingewiesen werden. Das Volk in seiner größten Zahl hatte zum Voraus wenig Kenntniß von der vorliegenden Aufgabe; schon der Name Zollparlament mußte ihm ganz unbekannt lauten. Es hatte also vor allem das Bedürfniß, sich zu unterrichten. Oft wirkt eine solche politische Schule nicht alsbald, aber sie wirkt vielfältig nach. Und das wird auch bei einer zweiten Wahrnehmung zutreffen. Nur zu häufig besteht auf dem Lande, namentlich in kleineren Städten, eine gewisse Versauerung in der Gesellschaft, es ist kein Wechsel, es sind immer dieselben wenigen Personen. Ein Mundfertiger oder Gewaltthätiger herrscht absolut, eine andere Meinung kommt gar nicht auf, es wird gar nichts angehört, als was etwa das Lieblingsblatt bringt. In solche Sümpfe brachte das Wahlleben wohlthätige Bewegung. Eine andere Meinung wurde auch einmal gehört, mußte gehört werden, ja sogar in zahlreicher Versammlung. Mancher unterbricht seine gewöhnliche Denkreihe und sagt sich: der Redner hat doch nicht so ganz Unrecht! Das wirkt nach, man bekommt die frühere Alleinherrschaft satt, neue Ideen dringen ein.

Und diese letztere Wahrnehmung möchte vom ganzen Wahlleben die erfreulichste sein. Das ist die Befruchtung, welche die ablaufenden Hochwasser dem Thalgelände zurücklassen. Also ans Werk: das unnütze Gerölle, welches liegen blieb, bei Seite geschafft, die Brücken und Wege wieder hergestellt zum brüderlichen Verkehr! Und die Keime, welche zurückblieben vom Wahlkampf, die wollen wir getreulich pflegen!

Süddeutschland.

Bayern. h. München, 1. April. [Schulgesetz.] Gestern hat der besondere Ausschuß der Abgeordnetenkammer für den Schulgesetzentwurf seine Berathungen fortgesetzt.*) Der Art. 17, welcher vom Schulbesuch handelt, und Art. 18, welcher die Bestimmungen über den Schulbesuch der Kinder der Israeliten und anderer nicht zu den öffentlichen Kirchengesellschaften gehörenden Religionsgenossenschaften enthält, wurden im Einklange mit dem Regierungsentwurfe angenommen. Zu dem Art. 18 beantragte der Abg. Dr. Ebel folgenden Zusatz: „Die Errichtung einer öffentlichen Volksschule mit den gesetzlichen Beiträgen der Gemeinde und öffentlichen Fonds können die Israeliten und Angehörigen anderer nicht zu den öffentlichen Kirchengesellschaften zählenden Religionsgenossenschaften nur dann in Anspruch nehmen, wenn die Zahl der schulpflichtigen Kinder derselben mindestens ein Drittel der Gesammtzahl der Schulkinder beträgt, und wenn die Errichtung einer neuen Lehrstelle wegen zu großer Schülerzahl nothwendig wird.“ Hiefür wurde geltend gemacht, daß bezüglich dieser Religionsgesellschaften auch in anderen Gebieten des öffentlichen Rechtes die bisherigen Ausnahmsbestimmungen gefallen seien. Die Staatsregierung sprach sich dahin aus, daß die im Entwurfe getroffenen Bestimmungen auf dem Standpunkte des öffentlichen Rechtes stehen, daß man aber nicht verkenne, wie Rücksichten der Billigkeit und Gerechtigkeit dafür sprechen, auch den Israeliten und Privatkirchengesellschaften in Bezug auf Errichtung öffentlicher Schulen die gleichen Rechte einzuräumen wie den übrigen Kirchengesellschaften, nachdem sie mit diesen in gleicher Weise auch die Staats- und Gemeindelasten zu theilen haben. Der Vorschlag des Abg. Ebel wurde sodann einstimmig angenommen. Aus den in Art. 19 und 20 enthaltenen Strafbestimmungen des Entwurfes wegen ungerechtfertigter Schulversäumnisse wünschte der Referent den Zusatz entfernt, daß mit der Verhängung von Geldstrafen auch eine Verwarnung der Schuldigen vor ferneren Versäumnissen von der Ortsschulbehörde zu verbinden ist. Es wurde jedoch nicht blos diese Bestimmung, welche der Regierungskommissär, Ministerialassessor Dr. Huller, mit Entschiedenheit aufrecht erhielt, da nach den bisherigen Erfahrungen eine Verschärfung der Strafen wegen der Schulversäumnisse, nicht aber eine Erleichterung geboten erscheine, vom Ausschusse unverändert angenommen, sondern auch noch ein vom Abg. Fischer gemachter Vorschlag zum Beschluß erhoben, daß den Ortsschulbehörden die Befugniß eingeräumt werde, Schülern, welche ohne begründete Entschuldigung die Schule versäumen, vorführen zu lassen. Auch der letzte Artikel der IV. Abtheilung des Gesetzes, welcher die Eltern zur Beschaffung der Lehrmittel für die schulpflichtigen Kinder verbindlich macht, wurde mit unwesentlichen redaktionellen Veränderungen im Sinne der Regierungsvorschläge angenommen. Hienach werden, wenn auf Mahnung der Ortsschulbehörde die Eltern die nöthigen Anschaffungen nicht machen, die erforderlichen Lehrbücher von der einschlägigen Gemeindebehörde auf Kosten der Eltern angeschafft und der Ersatz für die Auslagen nach den Vorschriften

*) Zu dem Berichte über die am vergangenen Montag abgehaltene Sitzung des Schulgesetz-Ausschusses haben wir noch nachzutragen, daß auf Anregung des Abg. Brater und mit Zustimmung der Staatsregierung, um allenfallsigen Unzukömmlichkeiten bei Durchführung des obligatorischen Besuchs der Fortbildungsschulen an Werktagen vorzubeugen, noch die Bestimmung aufgenommen wurde: „Knaben, welche nicht am Sitze der Schule ihren Aufenthalt haben, können durch die Ortsschulkommission wegen erheblicher Abhaltungsgründe von dem Besuche der Fortbildungsschule an den Werktagen entbunden werden.“

---

schritte der Civilisation nicht gedient hätten, wie sich das überhaupt von den bureaukratischen Anstalten zur Befriedigung der Volksbedürfnisse nicht behaupten läßt. Aber das Schulwesen war und blieb ein den Bevölkerungen aufoktroyirtes, und als ein solches kann es kein Faktor für die bewußte Selbstgestaltung des Volkes sein, widerspricht dem Wesen des wahrhaft konstitutionellen Staates und läßt einen großen Theil der Volkskraft unentwickelt, indem es die sozialen Bedürfnisse theils nur halb, theils falsch befriedigt und neben der stärkenden eine schwächende Wirkung ausübt. Wollen wir daher die Wahrheit des konstitutionellen Staates und die volle Entwicklung der Volkskraft, so müssen wir danach streben und ringen, daß die Volkserziehung eine öffentliche Angelegenheit im entschiedensten Sinne des Wortes, die Institution der Schule eine von dem allgemeinen Interesse getragene, der geklärten, im Widerstreite der Bedürfnisse und Ansprüche sich bildenden, öffentlichen Meinung gemäß gestaltete werde. Hiezu aber ist nach dem früher Gesagten das vermittelnde Eintreten und Wirken institutorischer Vereine unerläßlich.

Während in England und Irland sich neuester Zeit Meetings und Konferenzen drängen, welche, die Unzulänglichkeit und selbst Gefährlichkeit des bisherigen Systems oder besser der bisherigen Systemlosigkeit erkennend und anerkennend, in Bezug auf das Schulwesen eine gestaltende Wirksamkeit des Staates fordern, haben sich in Deutschland schon vieler Orten Erziehungsvereine gebildet, und von dem ungarischen Unterrichtsministerium ist eine Aufforderung zur Gründung solcher Vereine, welche die „Mitwirkung der Nation“ an der Gestaltung des Schulwesens einzuleiten haben sollen, erlassen worden.

Die erste Aufgabe der Erziehungsvereine ist naturgemäß die allseitige Diskussion der Erziehungsfrage, die zweite die, die Bevölkerung für Erziehung und Schule zu interessiren, über sie aufzuklären und die gewonnenen Anschauungen auszubreiten, die dritte die Einwirkung auf die Gesetzgebungs-Faktoren durch Petitionen, Denkschriften u. s. w. Damit ist aber die Thätigkeit der Vereine keineswegs abgeschlossen. Wie in England der Staat schon seit längerer Zeit zum Konkurrenten der Privatunternehmer und Gesellschaften in der Errichtung von Schulen geworden ist, so hat in Deutschland die „Unterrichtsfreiheit“ ihre unleugbar förderliche Vertretung in den Privat-Instituten, und es fehlt nicht an pädagogischen Wohlthätigkeits-Vereinen, welche die Lücken, die von der „Staatsfürsorge“ nicht ausgefüllt werden und auch nicht ausgefüllt werden können, ihrerseits ausfüllen. Derartige Vereine werden in den Erziehungsvereinen, wenn sie einmal bestehen, einen gemeinsamen Rückhalt, also Zusammenhang und Unterstützung finden. Außerdem können die Erziehungsvereine selbst, wie es in Deutschland schon geschehen ist, Anstalten schaffen, welche ihre Anschauung des Nothwendigen lebendig vergegenwärtigen und dem Bedürfnisse der Eltern dienen, die dem Vereine angehören — associative Privat-Institute, deren Vorzug vor denen, welche Einzel-Unternehmer errichten, in die Augen springt. Ueberhaupt wird es von den Verhältnissen und Mitteln abhängen, wie weit sich die Wirksamkeit der Vereine erstreckt und wie weit sie sich gliedert. Jetzt aber handelt es sich darum, anzufangen.

über die Beitreibung von Gemeindeumlagen eingezogen; sowie für die Kinder unbemittelter Eltern die nothwendigen Bücher und Lehrmittel nach den über die öffentliche Armenpflege bestehenden Bestimmungen zu beschaffen sind.

Die V. Abtheilung des Gesetzes handelt von dem Privatunterrichte. Während der Regierungsentwurf für einen den Unterricht in der Volksschule ersetzenden Privatunterricht nur denjenigen angesehen wissen will, welcher entweder von einem hiezu ermächtigten Lehrer oder in einer hiefür autorisirten Unterrichts- und Erziehungsanstalt ertheilt wird, beschloß der Ausschuß noch den Zusatz „oder von andern hiezu befähigten Personen“. Was die Ertheilung von Privatunterricht und Gründung von Privatunterrichts- und Erziehungsanstalten betrifft, so soll nach dem Vorschlag der Regierung die Erlaubniß hiezu unter Anderem durch den Nachweis eines untadelhaften, sittlich religiösen Verhaltens und der vollständig genügenden Berufsbefähigung bedingt sein. Der Ausschuß entschied sich jedoch für die Umänderung des Ausdrucks „untadelhaft sittlich religiöses Verhalten“ in „sittliche Unbescholtenheit“, da ein untadelhaft sittlich religiöses Verhalten schwer nachzuweisen sei. Mit der Bestimmung des Gesetzes, daß die Nichtbenützung der Volksschule von Seite der Eltern schulpflichtiger Kinder oder deren Stellvertreter nur vom Schulgelde befreit, nicht aber von den andern Schullasten, erklärt sich der Ausschuß einverstanden. Die im Art. 25 von der Regierung vorgeschlagene Maßregel, „daß, wenn ein Kind aus disziplinären Gründen für längere Zeit vom Besuche der Volksschule ausgeschlossen wird, für den erforderlichen Privatunterricht von den Eltern und im Falle ihrer Unvermögenheit nach den über die öffentliche Armenfürsorge bestehenden Bestimmungen Sorge zu tragen ist,“ erschien dem Ausschuß allerdings zweckmäßig, indeß bei strikter Anwendung der im Gesetze bereits getroffenen Bestimmungen über die Verpflichtung zum Besuche der Schule überflüssig und wurde der Art. 25 gestrichen.

Dagegen wurde der Antrag des Abg. Karl Barth, auch den Art. 26, lautend: „Die Vorschriften über Dauer und Beendigung der Schulpflicht finden auch auf die im Privatunterrichte befindlichen Kinder Anwendung“, zu streichen, einstimmig zurückgewiesen. Der nämliche Abgeordnete hatte ferner beantragt, daß der Kirche die Errichtung von Unterrichts- und Erziehungsanstalten unbedingt vorbehalten bleiben soll. Die Vertretung der Staatsregierung bezeichnete eine solche Bestimmung als formell unklar und, insoweit etwa hierunter die Errichtung von öffentlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten bezielt werden wollte, mit den bestehenden Verfassungsbestimmungen nicht im Einklang befindlich. Es wurde dann auch der Barth'sche Antrag einstimmig abgelehnt.

Der Referent wünschte am Schlusse dieser V. Abtheilung einen neuen Artikel eingeschaltet, des Inhalts: „Mittellosen Eltern, deren schwachsinnige, blinde oder taubstumme Kinder in der öffentlichen Volksschule nicht aufgenommen werden können, soll zur Ausbildung derselben in den betreffenden öffentlichen oder Privatanstalten jede thunliche Unterstützung aus Gemeinde-, Kreis- und Staatsmitteln gewährt werden.“ Seitens der Vertreter der Staatsregierung wie des Ausschusses wurde die Aufnahme eines solchen Artikels für überflüssig erklärt, weil darin mehr ein Wunsch als eine bindende Bestimmung ausgedrückt wird und für den Unterricht und die Erziehung taubstummer und blinder Kinder ohnedies schon durch bestehende besondere Anstalten gesorgt sei, welche aus Staats- und Kreisfonds dotirt werden oder Zuschüsse erhalten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 1. April [Das Schulgesetz angenommen.] Die „N. fr. Pr.“ schreibt: In zweiter und sofort auch in dritter Lesung hat das Herrenhaus gestern den Entwurf des neuen Schulgesetzes in prinzipieller Uebereinstimmung mit den Beschlüssen und Intentionen des Abgeordnetenhauses erledigt, und es bedarf nunmehr, da die vom Herrenhause vorgenommenen Aenderungen an dem Schulgesetze einen Widerstand von Seite des anderen Hauses nicht finden werden, nur noch der Sanktion des Kaisers, damit auf dem Gebiete der Ehe wie der Schule der Staat in den Besitz jener Rechte wieder gelange, welche das Konkordat ihm geraubt hatte. Erst mit dem heutigen Tage dürfen wir die volle und ganze Uebereinstimmung der beiden parlamentarischen Faktoren der Gesetzgebung konstatiren, und mit unverholener Befriedigung dürfen wir die Thatsache verzeichnen, daß die Befürchtungen der letzten Tage, als habe eine neue Windströmung diese Uebereinstimmung gestört, grundlos waren. Das Herrenhaus, zu seiner Ehre sei es gesagt, hat nicht blos Farbe bekannt, sondern auch Farbe behalten, und findet sein heutiges Votum auch nicht mehr jenen äußerlich geräuschvollen Nachhall, welcher seinem ersten Votum über das Ehegesetz folgte, so ist das Verständniß und die Anerkennung der Bevölkerung für den nun glücklich erreichten parlamentarischen Abschluß der Ehe- und Schulfrage dafür um so inniger und tiefgehender. Bei dem obersten Faktor der Gesetzgebung steht es jetzt, dieser Uebereinstimmung der beiden parlamentarischen Faktoren durch den Beitritt die Weihe zu geben.

Aus den Debatten über das Schulgesetz im österr. Herrenhause heben wir wieder aus der Rede des Grafen Anton Auersperg eine Stelle aus. Er sagt u. A.: „Wenn ein Familienvater, der zugleich Patriot ist, eine Aenderung im Erziehungswesen seiner Kinder vornehmen will und sich ihm ein Pädagog vorstellt, welcher auf sein Programm gesetzt hat, Feind zu sein des Fortschrittes und der Wissenschaft, die Nichtachtung der Ideen, welche die Gegenwart bewegen, die Verabscheuung der Prinzipien, aus denen das Staatsleben erneuert und erfrischt werden soll, dann wird wohl jener Familienvater mit großer Vorsicht vorgehen müssen, ob er diesem Manne einen Antheil an der Erziehung seiner Kinder zuwenden soll oder nicht. Ein ähnliches Programm liegt uns von der höchsten kirchlichen Gewalt vor, die nach den Artikeln V—VIII des Concordates den maßgebenden Einfluß auf das Schulwesen für sich in Anspruch nimmt. Es liegt vor in der Manifestation, die unter dem Titel „Encyclica“ ausging und im Punkte 80 als einen verdammungswerthen Irrthum folgenden Satz aufstellt: „Der römische Papst kann und soll sich mit dem Fortschritte, dem Liberalismus und der modernen Civilisation versöhnen und vergleichen,“ das heißt in das Positive übersetzt: „Er kann sich nicht versöhnen und vergleichen mit dem Fortschritte, dem Liberalismus und der modernen Civilisation.“

Kann nun ein Staat, der dem Culturleben der Neuzeit angehört, der die Idee des Jahrhunderts auf seine Fahne geschrieben hat, kann ein gesetzgebender Körper, der auf dem Boden des modernen Rechtsstaates steht, einem solchen Programme folgen? Die allergrößte Vorsicht ist daher auch uns geboten; auch wir müssen die Grenzlinie genau ziehen zwischen der kirchlichen und der weltlichen Gewalt.“

Ausland.

Frankreich. [Wehr- und Lehrangelegenheiten.] Die franz. Regierung ist lebhaft mit der Organisation der mobilen Nationalgarde beschäftigt. Der heutige „Moniteur“ enthält den darüber vom Kriegsminister Niel abgestatteten Bericht. Hiernach wird der Effektivbestand voraussichtlich 550,000 Mann und die äußerste Stärke jedes Bataillons 2000 Mann betragen. Als Gründe für diesen verhältnißmäßig hohen Ansatz in der Stärke der einzelnen Bataillone gibt der Minister zunächst die Kosten an, welche verursacht werden würden, wenn man eine größere Anzahl von Bataillonen aufstellen wollte. Ferner soll dadurch vermieden werden, daß die Bataillone beim Eintritt eines Krieges durch die zu erwartenden Fälle von Untüchtigkeit nicht auf eine zu geringe Stärke reduzirt werden. Im Uebrigen sei in diesem hohen Effektivbestande der Bataillone umsoweniger eine Inkonvenienz zu fürchten, als ein ganzes Bataillon der mobilen Nationalgarde doch nur in sehr seltenen Ausnahmefällen auf einem und demselben Punkt vereinigt werden würde, es also mehr darauf ankomme, daß die Stärke der einzelnen Compagnien eine zu der übrigen Armee im Verhältniß stehende sei. Aus diesem Grunde soll jedes Bataillon der mobilen Nationalgarden 8 Compagnien haben, so daß der Bestand der einzelnen Compagnien nur 250 Mann betragen würde.

Eine andere Frage, welche die französische Regierung augenblicklich beschäftigt, ist die der Freiheit des höhern Unterrichts. Die Regierung hat, ähnlich wie neuerlich die englische in Betreff des gesammten Unterrichtswesens, kürzlich über die Bedingungen des höheren Unterrichts sowohl in Frankreich als im Auslande umfassende Erkundigungen eingezogen, deren Ergebniß demnächst ein darauf bezügliches Gesetz sein soll. Diese Thatsache wurde am Freitag von dem Berichterstatter im Senat, Hrn. Chaix d'Estange, gelegentlich einer Petition konstatirt, welche die Abhülfe des Senats gegen den immer mehr um sich greifenden Materialismus in dem Unterricht der Medizin verlangte.

Belgien. [Zustand der Kaiserin Charlotte.] Die letzten Nachrichten, die von Brüssel über den Geisteszustand der unglücklichen Kaiserin Charlotte kommen, bringen wenig Neues; die Kaiserin, welche einige Zeit, nachdem ihr der Tod ihres Gemahls mitgetheilt worden war, wunderbarer Weise eine etwas heitere Stimmung zeigte, ist nun wieder in ihre frühere Melancholie und Geistesabwesenheit zurückgefallen, selbst die von ihr so geliebten Spazierfahrten entreißen sie nicht ihrer Stimmung. Gegenüber den Erinnerungen an ihren Gemahl zeigt sie sich apathisch; sie spricht von ihm wenig und dieses Wenige mit kalter, theilnahmsloser Stimme, so daß man oft

zweifelt, ob sie wisse, von wem sie spreche. Ihr Aussehen läßt auf eine schwankende Gesundheit schließen; ihr Teint ist gelb, eine Folge ihres Aufenthaltes in Mexiko, die vollen Gesichtszüge zeigen sich welk und schlaff, nur das kräftig entwickelte Kinn und das zu Zeiten aufblitzende feurige Augenpaar geben noch Zeugniß von dem früheren energischen Geist. An eine Heilung der unglücklichen Frau wird nimmer gedacht, die Geistesnacht wird sie bis zu ihrem Tode umfangen.

Großbritannien. [Ein geographischer Schnitzer des Weltblattes.] Der Londoner „Times" ist ein sehr komischer Verstoß begegnet. Sie bringt nämlich d. d. München, 28. März, folgendes Telegramm: „Advices from Traunstein, in Upper Bavaria, announce that the object of the meeting summoned to examine the lists of the Landwehr, in the Bavarian districts *ceded to Prussia* by the treaty of 1866, has been frustrated by disturbances... Troops have been sent for from Munich etc." Also Traunstein und ebenso Trostberg, wie es weiterhin heißt, gehören zu den im Jahr 1866 an Preußen abgetretenen bayerischen Bezirken. Dort brachen unter dem Ruf: „Wir wollen keine Preußen werden!" Unruhen aus. Und doch wurden zur Dämpfung derselben Truppen aus München requirirt. Ist dieses vielleicht auch schon mit abgetreten?

Italien. [Rom und Oesterreich.] Aus Rom schreibt man der „Nat. Ztg.": Der große Schritt vorwärts zur Emanzipation Oesterreichs vom Konkordat und der romanistischen Politik der Habsburger ist auch in Rom das vielbesprochene Ereigniß der Gegenwart. Die Loslösung jenes Reichs aus seinen italienischen Verhältnissen mußte naturgemäß auch seine Befreiung aus den römischen Fesseln mit sich führen, wie dies im sechszehnten Jahrhundert in freilich größeren Dimensionen mit dem deutschen Reich überhaupt geschehen war. Man sah es in Rom voraus, und daß man das Konkordat einfach auf legislativem Wege beseitigen werde, woraus sich die Abneigung gegen Unterhandlungen erklärt. Es wäre überflüssig, heute voraus zu sagen, was die römische Kurie nunmehr zu thun gedenkt; ob sie den Nuntius Falcinelli von Wien abberufen und einen Bruch vollziehen, oder ob sich der Papst mit einem Protest bei Gelegenheit einer Konsistorial-Allokution begnügen wird. Denn dies weiß heut zu Tage Niemand. Begreiflicherweise ist die Entfremdung Oesterreichs von Rom eine für das Papstthum sehr empfindliche Thatsache; sie widerstreitet jener alten römischen Politik, welche stets darauf bedacht war, dem heiligen Stuhl entweder in Frankreich oder in Oesterreich die Protektion zu sichern und von diesen beiden katholischen Großmächten die eine durch die andere zu beschränken. Wenn nun ein Bruch mit Oesterreich eintreten sollte, so würde Frankreich der alleinige Protektor von Rom bleiben, was bei der Doppelstellung Napoleons in Italien dem Papstthum keineswegs wünschenswerth sein kann. In Bezug auf das nächste Konklave würde ferner das Veto Oesterreichs fortfallen, und der französische Kaiser demnach das Terrain vollkommen beherrschen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Münchner Aktientheater.] In der Generalversammlung der Aktionäre des Aktien-Volkstheaters am 1. April erstattete der Theaterdirektor Dr. Held über die Leistungen der Anstalt einen ausführlichen Bericht, welcher von der Versammlung günstig aufgenommen wurde. Der Finanzreferent Kaufmann Dreyer berichtete über den finanziellen Stand des Theaters, welcher wesentlich günstiger als im Vorjahre ist, da der dermalige Verwaltungsrath bedeutende Ersparnisse erzielt hat. Doch gelangt auch für das abgelaufene Jahr keine Dividende zur Vertheilung unter die Aktionäre. Was die Verloosung des Theaters betrifft, so ist die Staatsregierung derselben principiell nicht entgegen, doch mußten von derselben verschiedene Bedingungen gestellt werden, von deren Annahme das Weitere abhängt. Der Verwaltungsrath, welcher wegen Uebernahme des ganzen Verloosungsgeschäftes mit einem Frankfurter Hause in Unterhandlung steht, hat von der Generalversammlung die Ermächtigung erhalten, die Verhandlungen, welche ein günstiges Resultat versprechen, weiter und zum Abschluß zu führen.

[Sieben Personen vergiftet.] Mittwoch den 25. ds. sind zu Rumersdorf (Pfarre Niederkappel im Bezirke Lembach) sieben Personen nach dem Mittagsessen sehr schwer erkrankt. Die vorgenommene Untersuchung hat, wie der „Linzer Tagespost" geschrieben wird, herausgestellt, daß die Betreffenden Mittags gekochten Reis genossen hatten, welcher stark mit einem weißen Pulver überstreut war. Dieses Pulver war jedoch unglücklicherweise nicht Zucker, sondern Arsenik, welchen die Bäuerin unvorsichtigerweise anstatt Zucker auf den Reis gestreut hatte. Die Menge des Giftes war eine bedeutende, denn es sind bisher fünf der Unglücklichen gestorben, und die zwei noch Lebenden sind, trotz aller sorgfältigen ärztlichen Hilfe, noch in großer Gefahr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 7/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 3/4 P. 5/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	58 3/4—7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 3/8 G.
„	4 1/2pCt.	42 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P. 3/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/2 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 7/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85 7/8—86 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P. 84 3/4 G.
NAmerika	6pCt. à 100 r. 1881 D. 2 1/2	77 1/8—1/4 G.
„	6pCt. ditto v. 1882	75 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	195 7/8 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 P. 723 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	184 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	224—1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	93 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	330 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	111 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258 P. 57 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 1/2 P. 1/4 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	244 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/2 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	121 1/2 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/2 P. 64 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72 1/4 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	88 1/2—3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99—98 7/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 3/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/2 G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/4 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8—1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2—5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	103 P. 102 3/4 G.
do. in öst. W. l. S.	103 P. 102 3/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 2. April. Die Börse war außerordentlich still. Die Course für die österreichischen Anlagepapiere sind seit längerer Zeit schon fast ganz stabil und auch Spekulationspapiere verkehrten in minimalen Schwankungen. Nur Staatsbahn war circa fl. 1 schlechter als gestern Mittag und 1864r Loose fast 1 pCt. besser. In süddeutschen Werthen war gar kein Leben und sind daher auch keine Variationen zu verzeichnen. 4 proz. badische Loose sind sehr flau, bayerische dagegen gesucht. 1882er Bonds bewahrten eine feste Haltung. Von Wechseln Paris etwas fester, Wien eine Schwebung matter. Darmstädter Bank wurde 1 fl. besser bezahlt. Auf oberhessische Bahnaktien laufen die Zeichnungen von außerhalb schon jetzt sehr zahlreich ein. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 95.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 4. April 1868.

Napoleons Stern im Niedergang.

Niemand kann es sich mehr länger verhehlen, auch in Frankreich nicht, daß das Napoleonische Kaiserreich auf den absteigenden Stufen seiner räthselhaften Laufbahn angelangt ist. Nicht das bedenkliche Alter des Staatsoberhauptes bestimmt diesen Glauben, nicht seine leibliche oder geistige Beschaffenheit, sondern der durch unwiderlegbare Thatsachen hergestellte Beweis, daß diesem merkwürdigen Manne trotz vorübergehender Geistesblitze doch die klare Anschauung von der geschichtlichen Sendung fehlt, die er hätte erfüllen müssen, um, den Kreis gewaltsamer Umwälzungen schließend, seine Dynastie auf dem wankenden Boden dieses Landes zu befestigen.

In der ersten Hälfte seiner Regierung blendete seine thatdurstige Politik und seine Bewunderer hegten den Wahn, daß er dem Berufe eines französischen Herrschers gewachsen, die Nation durch seine auswärtige Politik zur nöthigen Achtung vor dem Parvenu, wie er sich mit jugendlichem Stolze nannte, zwingen, und daß er diese Achtung und seinen Einfluß dazu benutzen werde, seinem Volke auch die moralische und geistige Befriedigung zu verschaffen, ohne welche ein dauerndes Band zwischen Fürst und Volk in unserer Zeit nicht möglich ist. Seine Anhänger, und er hatte deren im liberalen Lager mehr als in den Reihen der Absolutisten, meinten, er werde sich von der Gemeinschaft mit den Werkzeugen, die ihn beim Staatsstreiche unterstützten, für immer lossagen, seine Weihe i. der Genossenschaft mit den edleren Elementen der Nation suchen. Man hatte die Ueberzeugung, er werde von den Massen des Volkes getragen, auf diese breite Grundlage sich stützend, den Besseren seines Volkes die Hand bieten und rechtzeitig den Zwiespalt ausgleichen, der zwischen seiner auswärtigen Politik und dem verhaßten Regiment im Innern bestand. Diese Versöhnung mit den freiheitlichen Bestrebungen aller aufgeklärten Schichten hätte ihm wieder gestattet, den sprungweise nur zur Hälfte ausgeführten Bau seiner auswärtigen Politik zu vollenden.

Statt dessen blieb er überall auf halbem Wege stehen und wo er Anerkennung und Dank, wo er Freunde und sichere Bundesgenossen zu erringen wähnte, erntete er Haß und Tadel, Widerstand und heimliche Gegner. Nicht um die Sache war es ihm zu thun, sondern um vorübergehenden Glanz, um das eitle Bewußtsein maßgebenden Einflusses.

Während er sich anfänglich den Schein gab, einem Berufe zu folgen, stellte sich in der Folge heraus, daß er nur an das Heil seiner Familie gedacht, und indem er die Nation von der Mitarbeiterschaft ausschloß, und deren Vertreter nur hinterdrein zur Genehmigung der vollzogenen Thatsachen oder doch unwiderruflichen Beschlüsse anging, gefährdete er die Zukunft seiner Dynastie.

Nach einer Reihe von 18 Jahren, in deren Verlaufe er Ereignisse in die Geschichte seiner Regierung verzeichnete, welche für jeden andern Fürsten hingereicht hätten, sein Haus auf immer zu befestigen, steht Napoleon III. an der Neige seines Lebensalters wieder auf dem Punkte, wo ein unvorhersehbares Geschick ihn an die Spitze der französischen Nation, an die Spitze von Europa versetzte.

Ein Glanz, wie ihn wenige Fürsten um sich verbreiteten, ein Einfluß auf die Schicksale der europäischen Staaten, wie ihn sein Oheim nicht bestimmender besaß, eine politische Stellung, die, in Folge der Erwartungen, welche die ersten Regierungsjahre in den Herzen der Völker erweckten, Napoleon III. zum Schiedsrichter Europa's erhob — all' dieser Glanz und Einfluß, diese Stellung sind vergeudet, unwiederbringlich verloren. Napoleon vergaß, daß die Jahre, die über ihn hinweggingen, eine Generation großzogen, welche zwar nicht mit denselben Vorurtheilen, mit denselben Gefühlen des Hasses an ihn herantritt, wie die im blutigen Kampfe von ihm geknechteten Parteien, die aber in ihrer Unparteilichkeit auch die Furcht vor den Ereignissen nicht kennt, welche ihre Vorgängerin zur Fügung in das Unvermeidliche bestimmte.

Die Versöhnung der Nation ist ihm nicht gelungen und da er diese nicht auf allmäliger Anbahnung von, den Ideen und Bestrebungen der Zeit entsprechenden, Einrichtungen begründen wollte, da er sein Augenmerk nur auf Befriedigung des Nationalstolzes und auf Sättigung nicht der edelsten Instinkte gerichtet, fühlt er die Niederlagen, die für ihn seit dem unsinnigen Unternehmen in Mexiko begannen, doppelt schwer. Ja er sieht sich genöthigt, alles, wofür er das wärmste Mitgefühl der Nation anzurufen sich bemühte, nun mit eigener Hand anzutasten. Die Nemesis treibt ein so arges Spiel mit diesem Monarchen, daß er fast auf dem Sprunge steht, auch an dem auf den Ideen des Freihandels emporstrebenden volkswirthschaftlichen Bau rütteln zu müssen. Die Fehler der inneren und äußeren

Karl Rokitansky.

Durch die Debatte im österreichischen Herrenhause über das Schulgesetz ist ein gefeierter Name der Wissenschaft, hoch gehalten und verehrt in der Gelehrten-Republik, zu einem der populärsten auch der gesammten politischen Welt geworden. Der Altmeister der heutigen Medicin, der Anatom Rokitansky, von der Krone berufen, mitzurathen an dem großen Werke der Regeneration des kranken Oesterreichs, hat sein Votum eingelegt in einer Frage, in deren Lösung das Schibolet für die neue Aera liegt, und sein politisches Glaubensbekenntniß mit einer die Gegner niederschmetternden Ruhe und Klarheit ausgesprochen. (S. im politischen Theil des heutigen Blattes unter Wien.) Es hat seine Bedeutung für die paralmentarische Geschichte Oesterreichs, daß der Mann, der den Wahlspruch: „indagandis sedibus et causis morborum“ — zur Erforschung des Sitzes und der Ursachen der Krankheiten — als Giebelinschrift für die pathologische Anstalt gewählt hatte, mit schonungslosem Scalpell die bösartige Neubildung „Concordat“ bloßlegte.

Wie doch der Zufall seine Launen hat! Es war im Carneval 1862 an einem heiteren Studenten-Abend, als ein übermüthiger Jünger Aesculaps ein Programm von Vorlesungen der Professoren der Wiener Hochschule ankündigte, und unter diesen auch ein Vortrag „Vater Rokis'“ „über den Krebsschaden unserer Zeit“ paradirte. Sämmtliche Herren Professoren haben seitdem die ihnen vom Bruder Studio zugemutheten Vorlesungen nicht gehalten, nur „Vater Roki“ — wie er von den Medicinern genannt wird — hat das Wort seines Schülers eingelöst, und so auch in einem andern Sinne die Erwartungen gerechtfertigt, welche das akademische und nichtakademische Bürgerthum in ihn gesetzt hatte.

Wir glauben unseren Lesern nur einen Dienst zu erweisen, wenn wir ihnen heute ein Lebensbild des großen Mannes nach der Wiener „Presse“ mittheilen.

Karl Rokitansky, jetzt an der Grenze der Fünfzig stehend, ist ein Deutschböhme, Sohn eines kaiserlichen Beamten in Königgrätz, und seit 1832 Professor der pathologischen Anatomie an der Wiener Universität. In der langen Reihe von Jahren bis zum Jahre 1862, in welchem die neue pathologische Anstalt des allgemeinen Krankenhauses, „der Palast der Todten“, eröffnet wurde, arbeitete Rokitansky in einer unscheinbaren halbverfallenen Hütte, die neben dem Narrenthurm stand, und in den engen finstern Räumen dieser Hütte sind von ihm jene zahlreichen, mühsamen und aufopferungsvollen anatomischen Untersuchungen angestellt worden, deren Endergebnisse die gesammte Medicin umgewandelt und zu einer neuen Wissenschaft gemacht haben.

Im Jahre 1842, nach zehnjähriger, mit unerhörter Ausdauer und Hingebung fortgesetzter Arbeit, begann Rokitansky die Herausgabe seines „Lehrbuches der pathologischen Anatomie“, eines Werkes, das einzig, und epochemachend in der medizinischen Literatur, fortan die Grundlage jedes ärztlichen Forschens werden und nach und nach die heutige Medicin im Geiste neuerer Naturwissenschaft umgestalten sollte.

Wir können über die Bedeutung der durch Rokitansky bewirkten Reform kein besseres Urtheil geben, als wenn wir das citiren, was Professor Richter einmal in der „Gartenlaube“ über ihn geschrieben: „Erst

Politik, welche das Vertrauen der schaffenden Elemente der Nation, die Thatkraft der Erzeugung lähmen, geben den über das ganze Land verbreiteten Schutzzöllnern einen Vorwand, die Freihandelsgrundsätze als Sündenbock anzuklagen, wo das ganze System schuldig ist.

Damit nichts fehle und als wollte Napoleon III. in amtlicher Weise den Kreis bezeichnen, den er seit dem Staatsstreiche durchlaufen, trat er vor einigen Tagen mit den „Rechtstiteln der Napoleonischen Dynastie“ vor die Nation. Er selber hält es für nöthig, daran zu erinnern — also die Nation hat es vergessen, wenn sie je daran geglaubt! — daß seine Familie, daß er von der Vorsehung dazu auserlesen war, zum Schutze der Gesellschaft die Freiheit zu vernichten und Frankreich als unmündiges Kind auf die alleinseligmachende Bahn des aufgeklärten Despotismus zu leiten. Mit solch einem Anspruche hervortreten in einem solchen Augenblicke? Das ist, als ob man einer Frau, deren Herz man einst erobert, die Schwüre und Eide vorhielte, die sie damals gethan, die Liebesbetheuerungen, mit denen sie den siegreichen Mann beglückte — nun nachdem sie sich getäuscht unwillig von dem abwendet, der ihr einst theuer gewesen. Wie es nicht genügt, ein Frauenherz in einer unbewachten Stunde zu bezwingen, sondern vor allem gilt, es dauernd an sich zu fesseln, so hilft es nichts, ein Volk zu überrumpeln. Die Schwermuth, die sich in dem letzten Werke des kaiserl. Publizisten kund gibt, hätte etwas Römisches, wenn das Erzeugniß selber nicht als ein Symptom bedenklicher Ereignisse zu begrüßen wäre. Leider hat es nach Allem, was aus den Hofkreisen jetzt verlautet, nicht den Anschein, als ob die neueste Flugschrift Napoleons III. der Vorbote eines neuen „acte additionnel“ wäre. Der Kaiser hat durchaus nicht das Gefühl seiner Lage, er glaubt nicht, daß diese irgend eine Aehnlichkeit mit jener des aus Elba wiederkehrenden Gründers seiner Dynastie hat.

Denn die klerikale Partei, die dem Kaiser nach dem Staatsstreiche so hilfreich zur Seite stand, sie macht ihm neuerdings Anerbietungen. Die Chassepotwunder haben wie das Wunder des heiligen Januarius sich wirksam bewiesen und diese Annäherung hervorgerufen. Die frommen Männer, die eben Oesterreich von ihrer Sache abfallen sahen, sie klammern sich an diese letzte Stütze, und ihrer Gewohnheit gemäß thun sie, als ob die Unterstützung von ihrer Seite käme. Der Erfolg der Koalition zwischen den Ultramontanen und den Regierungsanhängern bei Gelegenheit der Einzelwahl in Lille verleiht den Anerbietungen der katholischen Partei Gewicht, und der täglich wachsende Einfluß der Kaiserin bemüht sich, den Kaiser einem Bündnisse mit den Anhängern von ehemals zugänglich zu machen. Diese Annäherung an die klerikale Partei ist gleichfalls ein Symptom, das uns zu dem Ausspruche berechtigt, als sei Napoleon am Ausgangspunkte seiner eigenthümlichen Laufbahn angelangt.

Nur ein wesentlicher Unterschied ist hervorzuheben. Damals waren die Parteien in Frankreich in sich zersplittert und Jeder glaubte ihm den Sieg streitig machen zu können; jetzt sind die Parteien vielleicht mit Ausnahme der Ultramontanen darin einig, daß in Frankreich Alles, was eine Aenderung ist, auch eine Besserung wäre.

Bayerischer Landtag.

Dissidenten-Eheschließung. Obligatorischer Turnunterricht an den Schulen.

München, 3. April.

In der gestrigen 82. Sitzung der Kammer der Abgeordneten theilte Präsident Frhr. v. Pfetten mit, daß seit vorgestern abermals 8 Adressen für den Schulgesetzentwurf eingelaufen sind, worauf zur Berathung der Rückäußerung der Kammer der Reichsräthe über den Gesetzentwurf, die Schließung und Trennung der Ehen der keiner anerkannten Religionsgesellschaft angehörenden Personen betr., geschritten wurde.

Referent Dr. M. Barth erstattete Vortrag und bemerkte u. A., daß die Kammer der Reichsräthe in Art. 1 eine sehr wesentliche Modifikation beschlossen habe, welche darin besteht, daß die Dissidenten bezüglich der Anwendung der Civilehe nur auf Ehen unter sich beschränkt und nicht auch zur Eheschließung mit Angehörigen anderer Religionsgesellschaften berechtigt sein sollen. Der Ausschuß könne eine solche Abminderung des Gesetzes nicht zugeben, weil dadurch mit Rücksicht auf die geringe Zahl der Dissidenten diesen die Eingehung der Ehe erst recht erschwert würde. Was die redaktionelle Fassung betrifft, schlage der Ausschuß Zustimmung zu dem Beschluß der Kammer der Reichsräthe vor. Demnach sollte Artikel 1 lauten: „Personen, welche keiner im Staate anerkannten (öffentlichen oder Privat-) Religionsgesellschaft angehören (Dissidenten), können unter sich oder mit Angehörigen einer im Staate anerkannten Religionsgesellschaft unter den allgemeinen rechtlichen Voraussetzungen in der durch gegenwärtiges Gesetz bestimmten Form Ehen mit bürgerlicher Rechtsgiltigkeit eingehen.“

Dr. Ruland stellt sich ganz auf den Standpunkt der Kammer der Reichsräthe und hält deren Gründe für die Beschränkung des Gesetzes durchaus für stichhaltig. Der durchschlagendste Grund der Kammer der Reichsräthe scheine der zu sein, daß bei der Gestattung der Ehen zwischen Dissidenten und Angehörigen anderer Religionsgesellschaften ein Widerspruch mit den Satzungen der Kirchen entstehe. Vom Standpunkte seiner Religion, seines Glaubens könne er (Redner) dem Vorschlag des Ausschusses nicht zustimmen.

Brater erklärte, daß er heute von den Vorstehern der Dissidentengemeinde in Nürnberg ein Schreiben erhalten habe, worin diese erklären, daß in der praktischen Wirkung eines solchen Gesetzes, wie es von der Kammer der Reichsräthe vorgeschlagen wird, eine große Demoralisation liege. Die Zahl der Ehen, welche

---

durch Rokitansky wurde das Gesammtgebiet der Heilkunde hinsichtlich seines eigentlichen Objekts, nämlich des erkrankten Körpers und seiner Unterschiede vom gesunden, auf jene Grundlage gestellt, welche von anderen Naturwissenschaften schon längst eingenommen wird, auf die nüchternste und gewissenhafteste Durchforschung des Einzelnen (des Details), verbunden mit stufenweise fortschreitender Verknüpfung der Thatsachen zu allgemeinen Sätzen und zur Enträthselung des gesetzmäßigen Entwicklungsganges der einzelnen organischen Vorgänge (Prozesse) im Verlauf der Krankheiten und Genesungen. — Mit Rokitansky's Arbeiten kam ein neuer Geist in das praktisch-ärztliche Wirken, ein Geist des wahrhaft thatsächlichen realistischen Forschens; und nunmehr bezeichnen gediegene Untersuchungen, klare Experimente, gehaltvolle statistische Zusammenstellungen, nüchterne, aber desto haltbarere Fortschritte vom Einzelnen und Untergeordneten zum Allgemeinen und Höheren den Geist der Medicin. Wir stehen jetzt in der wissenschaftlichen Heilkunde auf einem festen Felsen, und dieser Felsen heißt Rokitansky.“

So viel über den Anatomen Rokitansky. Was den Gelehrten betrifft, ist es vor Allem eine allgemeine, über alle Zweige der Medicin und ihre Hilfswissenschaften ausgebreitete Bildung, eine Universalität des Wissens, wie sie dem Einzelforscher in der Regel zu mangeln pflegt, die ihn vor so vielen Fachgelehrten auszeichnet. Diese Universalität des Wissens erhält bei Rokitansky noch eine erhöhte Bedeutung durch seine tiefe philosophische Bildung, die ihn allein befähigte, die Massen von Thatsachen, die sich ihm darboten, richtig zu ordnen und zur Generalisirung übersichtlich zusammenzufassen. Diese im Studium der Philosophen gestählte Logik mit ihrer zwingenden Gewalt spricht sich in Allem aus, was Rokitansky geistig produzirt hat. Sie ist es, welche seinem Werke das Prestige verleiht und in seinen Reden der Wahrheit noch immer die Anerkennung verschafft hat. Vorurtheilsfrei in seinem Denken, kennt er keine Autorität und das arabische Sprichwort: „Eine Thatsache gilt mehr als tausend Autoritäten“, hat noch für Niemanden mehr Geltung gehabt, als für ihn.

Als Lehrer ist er seinen Schülern der „Vater Roki“. Sie verehren in ihm den Meister der Wissenschaft, wie den fleißigsten und pflichtgetreuesten Professor, der, weit entfernt von jeder beleidigenden Herablassung, ihnen mit wirklicher Bonhommie entgegenkommt und, ein Feind jeder Gefühlsheuchelei, gern ein offenes und gerades Wort hört.

Wir können nach unserer kurzen Charakterskizze nicht würdiger schließen, als wenn wir den Arzt und Menschen Rokitansky selber reden lassen.

Bei seinem ersten Debut als öffentlicher Redner in der feierlichen Akademiesitzung vom 31. Mai 1858 schloß Rokitansky seinen Vortrag: „Zur Orientirung über die Medicin und deren Praxis“ mit den bedeutungsvollen Worten:

„Die hervorragende Geltung der ärztlichen Leistung liegt darin, daß der Arzt in seiner Berufserfüllung dasjenige einsetzt, was er dem Anderen zu retten strebt — das Leben! Gegenüber dem Werke solcher Nächstenliebe schrumpft die Belohnung, welche dem Arzte zu Theil wird, so glänzend sie auch sein mag, zu einer sehr mäßigen zusammen. Zunächst bleibt er angewiesen auf sein Gefühl der inneren Befriedigung. Ueber dieses hinaus ringt er um die Anerkennung seiner Standesgenossen — als Einer, dem die Wissenschaft den Organismus erschlossen, — als Einer, dessen Gemüth die empfindlichsten Leiden der Menschen in sich aufgenommen, der aber inmitten ihrer erschütternden Einwirkungen besonnen und stark geblieben, — als Einer, dem es vor vielen Anderen beschieden ist, jenen Standpunkt zu erklimmen, von welchem aus sich ein tiefer Einblick in die Bedeutung des Daseins und die Zwecke der Vorsehung eröffnet, und von welchem aus er mit dem Sänger ruft: „Der Busen wird ruhig, das Auge wird heile.“

unter Dissidenten geschlossen werden können, sei eine sehr kleine, weil die Dissidenten selbst nicht zahlreich sind. Verwehrt der Staat den Dissidenten die Befriedigung des berechtigten naturgemäßen Wunsches, sich mit Personen anderer Religionsgesellschaften ehelich zu verbinden, so muß der Dissident, um seinen Zweck zu erreichen, entweder in die Kirche, der er früher angehörte, scheinbar zurücktreten, oder er muß in eine Kirche, der er bisher nicht angehörte, scheinbar eintreten. Hat er seinen Zweck erreicht, dann tritt er entweder den Dissidenten wieder bei, oder er bleibt ein scheinbares Mitglied der Kirche. Eine solche Wirkung des Gesetzes sei allerdings demoralisirend und man sollte glauben, daß auch die Diener der Kirche ein solches Gesetz nicht wünschen können; der Kirche könne es unmöglich darum zu thun sein, Mitglieder zu besitzen, die sich in einem wesentlichen Punkt von ihrer Glaubenslehre getrennt haben. Sollte der Antrag des Ausschusses heute nicht angenommen werden, oder sollte dieser Antrag in der Kammer der Reichsräthe wiederholt fallen, dann werde, wie schon der Hr. Justizminister in jener Kammer ausgesprochen hat, um so rascher die volle Civilehe in Bayern zur Einführung kommen.

Auch Gelbert wünschte von Herzen, daß die obligatorische Civilehe für Alle eingeführt werde, weil er diese aus Erfahrung kenne. In der Pfalz fühle man die Mißstände der Civilehe nicht, die hier so sehr gefürchtet werden. Aus innerem Drang werde dort, wenn der weltlichen Seite Genüge geschehen, der Segen der Kirche verlangt. Nicht gezwungen, sondern freiwillig kämen die Brautpaare zur Kirche und weil der Zwang wegfällt, werde die Ehe um so höher gehalten.

Dr. M. Barth: Ruland spreche als Theolog, er aber als Politiker. Im politischen Leben müsse man über die allgemeinen Grundsätze klar sein, von denen man auszugehen hat. Heute heiße es: aufräumen mit dem Wust alter Einrichtungen, welche aus einer wenig aufgeklärten Zeit übrig geblieben sind. Für den Staat sei nichts gefährlicher, als wenn er sich in den religiösen Glauben seiner Angehörigen mischt. Aus diesem falschen Princip, daß der Staat den Glauben zu leiten habe, seien Jahrhunderte des materiellen und geistigen Verderbens hervorgegangen; aus diesem Grunde hätten wir heute noch Einrichtungen, welche schwere Kämpfe hervorrufen. Der Staat sei nicht dazu da, den Leuten vorzuschreiben, was sie glauben sollen; der Staat thue dies aber, wenn er irgend einem seiner Angehörigen vorschreibt, daß er mit dem oder jenem keine Ehe eingehen kann; der Staat müsse jedem Angehörigen die Schließung der Ehe ermöglichen und nicht auf den Glauben Rücksicht nehmen; er dürfe auch nicht zugeben, daß die Kirche über den Staat herrscht, müsse aber der Kirche ihre volle Freiheit gewähren. Die Civilehe sei schon vor 80 Jahren durch die Revolution in Frankreich eingeführt worden; die franz. Revolution sei eine ungeheuere Erschütterung gewesen und habe auch viel Erschreckliches zur Folge gehabt, aber sie sei doch auch eine sehr wichtige Culturerscheinung gewesen und Redner möchte sie deßhalb um keinen Preis vermissen. Die franz. Revolution habe in der Kulturentwicklung so Vieles gebracht, daß es in 80 Jahren noch nicht verdaut werden konnte. Dann: was geschieht in Oesterreich? Dort habe das Herrenhaus dieselbe allgemeine Civilehe mit großer Majorität angenommen, die kürzlich im bayerischen Abgeordnetenhaus mit geringer Majorität abgelehnt wurde. So betrübend es sei, daß die Reichsrathskammer das Wenige nicht gewähren will, das die Regierung verlangt, so erfreulich sei es, daß sich allmälig die Ansicht verbreitet, daß eine Reorganisation nothwendig ist. Den Redner hat es sehr gefreut, daß ein prinzliches Votum im Ausschuß der Kammer der Reichsräthe weiter ging, als selbst der Vorschlag der Regierung. Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten haben das Prinzip der Erhaltung festzuhalten, daß sie in der freien inneren Entwicklung den Großstaaten voraus sein müssen; allein wir seien von den deutschen Großstaaten schon eingeholt, ja überflügelt und bald würden wir die letzten sein. Redner erwähnte hier auch das Konkordat und bemerkte u. A., daß ein Konkordat kein Staatsvertrag sei. Ein Staatsvertrag könne vom König von Bayern nur mit dem Papste als Regent des Kirchenstaats abgeschlossen werden; ein Vertrag zwischen dem König v. Bayern und dem Papste als Oberhaupt der kath. Kirche aber sei kein Staatsvertrag. Die Concordate seien überhaupt ein überwundener Standpunkt und in Bayern gelte das Concordat nur in so weit, als es verfassungsmäßige Geltung habe. Nach diesen seinen Grundsätzen sei es ihm (Redner) schwer geworden, zu diesem Gesetze ja zu sagen; allein er habe sich auf das Erreichbare beschränken wollen, sich weitere Anträge vorbehaltend. — Art. 1 wurde sodann in der Fassung des Ausschusses angenommen. Weiters wurde ohne Debatte zu Art. 2, 3 und 4 beschlossen, auf den früheren Beschlüssen zu beharren, zu Art. 5 und 8 dagegen den Beschlüssen der K. b. Reichsräthe beigetreten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Rokitansky's Rede.] In der Generaldebatte des Herrenhauses über das Schulgesetz war es der Professor Rokitansky, dem der Preis gebührte. Wir geben seine Rede in nachfolgendem Auszuge:

Rokitansky hält es, um die Beziehungen der Schule und der Kirche zu besprechen, für unerläßlich, in die Darlegung des Geistes unsers Zeitalters einzugehen. Dieser Geist, das Wesen der Civilisation, lasse sich in wenig Worte fassen. Es seien vorherrschend die realistische Forschung auf dem Gebiete der Wissenschaft, die materialistischen Bestrebungen im praktischen Leben, beide tief begründet in der menschlichen Natur und unter einander in nothwendigem Causalnexus. Nachdem das Nachbeten, Wiederkäuen und Commentiren der Alten, nachdem die hohle Spekulation und Dialektik sich als zeitraubend und geisttödtend erwiesen hat, treibt man heutzutage exakte Wissenschaften. Wir sehen an den täglichen Erfolgen, daß wir auf der rechten Fährte sind, daß wir uns auf einem dem menschlichen Verstande zusagenden Gebiete befinden, daß wir auf der Bahn des Fortschritts sind. Ich will nicht in die Aufführung aller Errungenschaften der Wissenschaft und Forschung eingehen, aber auf Eines möchte ich das hohe Haus aufmerksam machen, das ist die Wandlung, die wir selbst unter dem Einflusse der neuen Richtung durchgemacht haben. Sind wir denn nicht, wenn wir uns unbefangen prüfen, heutzutage aus Gefühlsmenschen klar bewußte Verstandesmenschen geworden? Ist es nicht im tiefsten Grunde das Bewußtsein unserer Einflußfähigkeit auf das geistige Gebiet, nicht die Achtung vor unserem Verstande, der sich die Naturkraft unterwirft, welche bewirkt, daß wir uns selbst für politisch reif erklären, daß wir die Gleichheit unserer Aller vor dem Gesetze proklamiren, daß wir den Geist freimachen wollen von allen Schranken und daß wir endlich über die an der heutigen Tagesordnung stehenden Competenzen diskutiren? Sind es nicht jene Umstände, die heutzutage mehr als das Gemüth, mehr als die Humanität machen, daß wir vor Verhängung leiblicher Züchtigung, der Kettenstrafe, Todesstrafe zurückschrecken?

Diese Richtung auf Empirie, führt der Redner weiter aus, sei unserm Zeitalter eigenthümlich, mit ihm verwachsen und lasse sich nicht zurückdrängen, weil unsere Köpfe darauf eingerichtet seien, und weil die Köpfe der kommenden Geschlechter noch exquisiter darauf eingerichtet sein würden. Es bedürfe nur einiger Orientirung, um einzusehen, „daß diese unsere Civilisation nicht stehen bleibt, sondern vorwärts drängt, daß jeder Tag auch ein Fortschritt sein muß, damit der Stillstand von gestern uns nicht dem Verkommen überliefere." Das sei die Lage, die mit unabweislicher Nöthigung zur Annahme des Majoritätsvotums treibe. Wer wollte läugnen, daß diese unsere Civilisation ihre Mängel habe? Die Rücksichtslosigkeit in der Concurrenz, die Ausbeutung der Menschen durch die Menschen, der Hochmuth und die Eitelkeit, die namentlich seit der concordatlichen Zeit so liebevoll gepflegte Heuchelei! (Heiterkeit.) Hier hätte die Kirche Manches durch Milde zu bessern! Das wäre meines Ermessens ein angemessener und dankenswerther Wirkungskreis für dieselbe. (Bravo!) Sie hat es aber seit jeher mehr beliebt, den geistigen Fortschritten namentlich der empirischen Forschung und den exacten Wissenschaften und ihren unerbittlichen Folgerungen theils stetig, theils in periodischen Ausbrüchen von Entrüstung entgegenzutreten, allerdings mit wenig Erfolg und immer mit Zugeständnissen und Inconsequenzen. (Sehr gut!) Ich erinnere nur in dieser Beziehung daran, daß sie einmal das Studium des Aristoteles verbot, nicht lange darauf aber dasselbe wieder anbefahl mit dem Bedeuten, nicht darüber hinauszugehen; des Syllabus unserer Tage will ich nur erwähnt haben. Damit sollte es auch nicht sein Bewenden haben; eine freie Philosophie sollte ja auch nicht erlaubt sein und war es nicht und soll es heutzutage auch nicht sein. Da frage ich, was wir denn eigentlich lehren und lernen sollen, damit wir unseren unveräußerlichen Drang nach Wissen befriedigen können. Man erlaubt uns zu lesen — aber um die Bibel nicht lesen zu dürfen; zu rechnen — bis zur Zinsenrechnung exclusive, eine geistlose Grammatik, eine parteiisch geschriebene Geschichte, eine Philosophie, die von Dogmen ausgeht, um wieder zu Dogmen zu gelangen. (Bravo! Bravo! links.)

Die Stellung, welche die Kirche gegenüber der freien Forschung und Lehre namentlich auf realistischem Gebiet einnimmt, ist in der Befürchtung gegründet, daß dadurch der dogmatische Glaube beeinträchtigt werden könnte. In der That, wenn man näher zusieht, ist die Befürchtung nicht unbegründet. Die Kirche ist bereits in manches Gedränge mit der Wissenschaft gerathen und wird es noch, wenn sie noch weitere Entdeckungen auf dogmatischem Gebiet machen und die Anerkennung derselben dem Verstande der Ge-

neration zumuthen wollte. (Heiterkeit. Bravo! Bravo!) Ich will hierauf nicht weiter eingehen, aber ich gebe zu bedenken, Wissen und Glauben sind zwei durchaus verschiedene Dinge; Dinge, die theoretisch durchaus unvereinbar sind, und deren Vermittlung immer nur Sache des Individuums sein und bleiben kann. Wir wissen aus Gründen, glauben auf Autoritäten. (Sehr gut.) Wissen urgirt den Fortschritt, Glauben kann nur auf Innigkeit Anspruch machen! Wir wollen beide ganz und gar und unverkürzt, aber eben deßhalb soll auch die Lehre, der Unterricht in Beiden frei sein, namentlich aber soll die Schule nicht von der Kirche bevormundet werden. (Bravo!) Kein Fortschritt, keine Wahrheit, keine Errungenschaft auf geistigem Gebiet soll unserer Jugend vorenthalten sein. (Sehr gut!) Nur das Fassungsvermögen, der Grad desselben mit der nöthigen Rücksicht auf die Gebote der Moral, die Rücksicht auf den dereinstigen Beruf soll Maß und Tiefe des Unterrichts bestimmen. Das wollen wir um so mehr, als nach dem Urtheil der tiefsten Denker die Entwicklung der Intelligenz der einzige Weg ist zur Veredlung des moralischen Werthes. (Lebhaftes wiederholtes Bravo links und auf der Galerie.) Damit es nach dem Gesagten nicht scheine, als hätte ich nur die Mittelschule und die höheren Bildungsanstalten im Auge gehabt, will ich mich auch in Betreff der Volksschule aussprechen. Was man hier vorzüglich gegen die Trennung der Volksschule von der Kirche vorbringt, ist die Behauptung, es handle sich in der Volksschule nicht um den Unterricht allein, sondern um die Erziehung des Kindes, und zwar zur Gottesfurcht, zum Gehorsam, zur Unterordnung u. s. f.

Nun, wir wollen gewiß diese Erziehung auch, wir wollen, daß die Kirche dabei das ihrige thue, wir wollen aber auch den Lehrer dazu berufen. Beide sollen sich zur Erreichung des gemeinschaftlichen Zieles wechselseitig unterstützen, indeß wollen wir auch noch eine Erziehung in anderer Richtung, damit im Kinde schon der ganze Mensch herangezogen werde. Wir wollen im Kinde Liebe und Interesse am Wissen und Erkennen geweckt, seinen Verstand entwickelt und es zum selbstständigen Denken angehalten sehen; weil dies aber beim gegenwärtigen Zustande der Bevormundung von jener Seite, die sich die ganze Erziehung vindiciren will, notorisch nicht geschieht, oder wenigstens nicht zur Genüge geschieht, so wollen wir auch die Volksschule frei machen, dabei aber auch dafür sorgen, daß der Lehrerstand in seiner Ausbildung und äußern Stellung gehoben werde. Indem ich mich für die Abtrennung der Schule von der Kirche ausspreche, will ich den Unterricht und das Erziehungswesen der Aufsicht und Leitung des Staates und der weltlichen Unterrichtsbehörde unterstellt wissen. Diese sind berufen, im Vereine mit Männern, die auf den Lehrstuhl aus der Familie kommen, den Unterricht nach Methode und Inhalt, nach den vorgezeichneten Principien zu regeln und zugleich für die Besetzung der Lehrämter mit moralischen, mit Fachkenntniß und Lehrergabe ausgestatteten, freisinnigen und selbstständigen Männern möglichst ohne Rücksicht auf ihre Confession zu sorgen. Ich werde also für das Majoritäts-Votum eintreten, weil ich darin einen Schirm gegen mittelalterliche Verwilderung (Bravo!), gegen kirchliche Sklaverei, weil ich darin ein Palladium der Lehr- und Gewissensfreiheit sehe. (Stürmischer, minutenlanger Beifall im Hause und auf den Galerien.)

Nichtpolitische Zeitung.

[Englisches Gefängniß-Wesen.] In letzterer Zeit ist in London oft davon die Rede gewesen, daß arme und hülflose Leute, um der äußersten Noth zu entgehen, strafbare Akte gegen die bestehenden Polizeigesetze, ja selbst Diebstähle begingen, um für eine längere oder kürzere Zeit in's Gefängniß gesperrt zu werden, indem sie den Aufenthalt und die Kost in demselben, dem verhaßten Verweilen in den berüchtigten Armenhäusern (Workhouses) vorzogen. Das Ergebniß einer kürzlich stattgehabten Todtenschau-Untersuchung über die Leiche eines vor Kurzem aus dem Correctionshause Coldbathfields entlassenen Sträflings ist jedoch völlig geeignet, der oben erwähnten traurigen Theorie die Spitze abzubrechen. Der Sträfling war buchstäblich in Folge der im Gefängniß verabreichten schmalen Kost an Entkräftung gestorben, und die Todtenschau-Jury gab auch ein dahin lautendes Verdikt ab. Verschiedene ehemalige Insassen des obengenannten Correctionshauses erschienen vor dem Leichenbeschauer und beklagten sich bitterlich über die äußerst unzureichende Gefängnißkost und der damit verbundenen furchtbar harten Arbeit und überaus strengen Behandlung. Nur wenige Monate Gefängnißhaft seien geeignet, den blühendsten und kräftigsten Menschen in einen siechen und schwächlichen Körper zu verwandeln.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$64\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{5}{8}-\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54\frac{7}{8}$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	49 P.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{5}{8}-\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81\frac{3}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$88\frac{1}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{5}{8}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{5}{8}-\frac{1}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$126\frac{1}{2}$ P. 26 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	726 P. 724 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$193\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	225 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$331\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$257\frac{1}{2}-57$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{3}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{3}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{1}{2}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$244\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$122\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}-\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}-95$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{7}{8}$ P.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{5}{8}-\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	145 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{3}{8}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{1}{8}$ P.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	$88\frac{3}{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99-98\frac{7}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 25 do.	36 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{3}{8}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 3. April. Bei sonst sehr stillem Geschäfte in Spekulations- und älteren Anlage-Effekten wendet sich das Interesse der Börse vorzugsweise den neueren soliden Emissionen zu. Alsenzbahn war gestern schon so stark gezeichnet, daß die Subskription geschlossen wurde und ward heute schon mit $\frac{3}{8}$ pCt. Agio bezahlt. Oberhessische Bahnaktien waren zum Emissionscours stark begehrt und schon vielfach im Umsatz. Die Zeichnungen laufen von außerhalb so zahlreich ein, daß der hier zur Emission bestimmte kleine Betrag noch vor der Auflage am Montag vergriffen sein dürfte. In österreichischen Werthen war wenig Leben, Creditaktien bewahrten eine feste Haltung, Staatsbahn verkehrten auf das Gerücht, daß dieselben nur 20 Frcs. Dividende geben und der Rest dem Reservefonds zugewiesen würde, sowie ferner auf die nicht so glänzenden letzten Einnahme-Ausweise in weichender Richtung. Steuerfreie waren auf starke Verkäufe aus erster Hand matter. Süddeutsche sehr still, badische Loose abermals niedriger. Neue Württemberger $92\frac{3}{4}$. Von Eisenbahnen Ostbahn $1\frac{1}{2}$ fl. höher.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 96.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 5. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Dissidenten-Eheschließung. Obligatorischer Turnunterricht an den Schulen. (Schluß.)

München, 3. April.

Nächster Gegenstand der Tagesordnung war der Antrag des Abg. Dr. Edel, den Turnunterricht betreffend. Rother erstattete Namens des 4. Ausschusses Vortrag und empfahl folgende Anträge zur Annahme: a) es sei Ziffer 1 des Edel'schen Antrags (es möge in dem zu erlassenden Schulgesetze der obligatorische Turnunterricht in entsprechender Weise berücksichtigt werden) mit Hinblick auf den vorgelegten Schulgesetzentwurf hier nicht weiter in Betracht zu ziehen; b) die Kammer wolle beschließen, es sei an Se. Majestät den König die allerunterthänigste Bitte zu richten: „es möge einstweilen der Turnunterricht in den höheren Kursen der männlichen Volksschulen sowie in allen mittleren Unterrichtsanstalten in obligatorischer Weise durchgeführt und darauf Bedacht genommen werden, daß derselbe in zweckmäßige Verbindung mit dem Systeme der allgemeinen Wehrpflicht gebracht werde; c) die Anstellung der Turnlehrer nur auf Grund mit Erfolg bestandener Prüfung vorgenommen; d) in das Budget eine dem Bedarfe entsprechende Summe für diese Zwecke eingestellt werden."

Frhr. v. Stauffenberg bevorwortete diese Anträge, welche nicht so weit gehen, als der frühere Antrag des Wehrausschusses, und empfahl der Regierung insbesondere die Vorschläge, welche der österreichisch-salzburgische Gauverein der österreichischen Regierung vorgelegt hat, zur Einführung in unseren Volks- und Mittelschulen.

Nachdem auch Dr. Edel sich mit den Vorschlägen des Ausschusses einverstanden erklärt hatte, bemerkte Hr. Minister v. Gresser zu dem Antrage unter lit. a: In denjenigen Volksschulen, die mit jüngeren Lehrern besetzt sind, sei — die wesentlichste Voraussetzung für die Einführung des Turnunterrichts gegeben, weil in den Seminarien schon länger und in den Präparandenschulen seit ihrem Bestehen die künftigen Lehrer für Ertheilung des Turnunterrichts vorbereitet werden. Zur gedeihlichen Unterrichtsertheilung gehörten aber auch die entsprechenden Mittel und die Beschaffung dieser Mittel sei insbesondere in den Landgemeinden schwierig. Wenn der Art. 34 des Schulgesetzes, welcher den Gemeinden die Verpflichtung auferlegt, den gesammten Aufwand für die Volksschulen zu bestreiten, in's Leben tritt, so würden sich die Schwierigkeiten mindern, allein gegenwärtig wäre es für die Regierung sehr schwierig, zwangsweise vorzugehen; sie könne jetzt nur auf dem Wege der Ermunterung und Belehrung vorgehen. Was den Turnunterricht in den Mittelschulen betrifft, so sei zu bemerken, daß dort dieser Unterricht jetzt prinzipiell schon obligatorisch eingeführt wird, daß es aber an Lokalitäten fehlt, auch im Winter den Unterricht zu ertheilen; selbst in München fehle ein solches Lokal. Die Erwartung, daß die Gemeinden bereitwillig für Turnhallen sorgen werden, sei nicht in Erfüllung gegangen und die Mittel der Regierung hätten nur dazu gereicht, einzelnen Gemeinden Zuschüsse zu gewähren. Was den Antrag betrifft, daß der Turnunterricht in zweckmäßige Verbindung mit dem Systeme der allgemeinen Wehrpflicht gebracht werde, so lege die Regierung auf diesen Gedanken einen hohen Werth, allein sie verkenne auch nicht die Schwierigkeit der Ausführung desselben. Thatsache sei, daß ein Jüngling, welcher auf dem Turnplatze körperliche Uebung, Disziplin und Appell gelernt hat, schneller ein tüchtiger Wehrmann wird, als ein anderer Jüngling, der den Turnplatz nie besuchte. Es sei Aufgabe der Regierung, diesen Gedanken näher zu erwägen und Mittel aufzusuchen, wie er durchgeführt werden könne. Der Aufstellung von nur geprüften Turnlehrern stehe kein Bedenken entgegen und könne sofort eine derartige Prüfung organisirt werden. Ebenso sei die Regierung einverstanden, wenn die Kammer für diese Zwecke eine Summe in das Budget einstellt.

I. Sekretär Hirschberger warnt die Kammer, die Ausschußanträge anzunehmen, weil damit der Regierung eine zu weit gehende Vollmacht ertheilt und den Gemeinden eine zu große Last auferlegt werde. Wolle denn die Kammer die Schule und den Unterricht den Gemeinden verhaßt machen? Sollte man die Gemeinden nicht vielmehr für die Schulen zu gewinnen suchen? Man schreibe vielfach die Klagen über zu große Lasten dem Mangel an Bildung zu; allein das sei nicht richtig, der Geldpunkt sei es, welcher die Klagen veranlaßt. Schließlich beklagte Redner, daß selbst in München ein Lokal zum Turnen fehlt, worauf v. Steinsdorf entgegnete, daß in München 3 Turnanstalten sind, und daß Jeder Gelegenheit hat, das Turnen zu lernen.

Dr. Edel: Die Worte Hirschbergers müßten dazu führen, daß

„Le Vengeur."

Es war am 22. Messidor im Jahre II der untheilbaren Republik oder, wie man sich in der althergebrachten Weise ausdrückt, am 10. Juli 1794, als der Bürger Barère im Convent von der Tribüne herab die Geschichte einer Seeschlacht zwischen Franzosen und Engländern erzählte.

„Bürger!" hob er an, „der Sicherheitsausschuß hat mich beauftragt, zur Kenntniß des Convents erhabene Züge zu bringen, die weder ihm noch dem französischen Volke verborgen bleiben dürfen.

Seitdem das Meer ein Feld des Gemetzels geworden ist und die Wogen durch den Krieg mit Blut geröthet werden, haben die europäischen Jahrbücher keines Kampfes von solcher Hartnäckigkeit, von so ausdauernder Tapferkeit und von so schrecklicher Wirkung wie des vom 13. Prairial Erwähnung gethan, da unser Geschwader die amerikanische Zufuhr rettete.

Vanstabel, indem er die amerikanische Flotte in unsere Häfen führte, segelte durch blutgefärbte Wellen, durch Leichen und Schiffstrümmer. Die Verbissenheit des Kampfes, welcher der Ankunft der Zufuhr vorherging, hat bewiesen, in welchem Maße unsere Geschwader republikanisch sind, da der Haß des englischen Namens die Streiche geführt hat, und je mehr die Streitkräfte von Seiten Frankreichs zurückstanden, desto größer und entschlossener war der Widerstand. Die englischen Matrosen, welche auf ihre Insel zurückkamen, vermochten der Geschichte nicht das denkwürdige Geständniß zu verheimlichen. Hören Sie, was Urkunden, von den Matrosen des englischen Geschwaders herrührend, melden: „Die Franzosen," sagten diese zu ihren Kameraden, „sind wie die Kieselsteine; je mehr man auf sie schlägt, desto mehr Feuer geben sie." (Beifall.)

Die Seele der Republikaner erhebt sich unmerklich in dem Maße, als die Revolution voranschreitet. Je größer die Gefahren und die Unglücksfälle, desto energischer wird sie, desto überspannter wird ihr Muth. Ueberall hin folgt ihnen die Leidenschaft der Freiheit; sie tröstet sie in Fesseln, sie ermuthigt sie im Ungemach, und die Gesänge, mit welchen wir unsere Siege und unsere Unabhängigkeit feiern, trösten sie dafür, daß sie verurtheilt sind, zu leben inmitten der unversöhnlichen Feinde der Republik.

Die Engländer haben sich ihrer Personen und ihrer Schiffe bemächtigt; allein die republikanischen Tugenden, der hohe Muth eines Patrioten, die Liebe zu seinem Lande, dem Abgott eines französischen Kriegers, die stolze und gehobene Seele eines Republikaners waren niemals in der Gewalt des alten Feindes von Frankreich. Ungeachtet der Widerwärtigkeit zwingt der freie Mann selbst in Fesseln den Tyrannen Achtung ab.

„Sehr früh am Morgen", berichten die englischen Zeitungen, „begannen die französischen Gefangenen, welche in Spithead angekommen sind, ihre Ausschiffungen, und eine gewisse Anzahl derselben ist bereits in Hillsea einquartiert. Die Franzosen sangen während der Ausschiffung und während der ganzen Fahrt ihre republikanischen Hymnen mit der ihnen eigenen Lustigkeit."

Ihre Begeisterung bei der süßen Erinnerung an das Vaterland war so groß, daß die englischen Geleitsmänner die heißen Ausdrücke der Freiheit für Bewegungen des Aufruhrs ansahen und daß sie barbarisch genug waren, den Trostgesängen durch eine Mahnung des

die Kammer aus dem Schulgesetze alle Bestimmungen streicht, welche sich auf den Turnunterricht beziehen. Einmal müsse man sich entschließen: will die Kammer die Mittel für den Turnunterricht geben, so thue sie es heute; bis das Schulgesetz in Kraft tritt, könne noch eine sehr geraume Zeit vergehen. Den Gemeinden erwachsen keine so entsetzlichen Kosten; wenn nicht überall Turnhallen bestehen, so könne man zum Turnen ein Schulzimmer verwenden, und wo das Turnen im Winter absolut unmöglich ist, könne man es im Sommer eifrig betreiben; mache man aber nur einmal den Anfang.

A. v. Münch hält die Bedenken Hirschbergers nicht für so wichtig, daß sie eine Berücksichtigung verdienen; die Lasten, welche den Gemeinden erwachsen, seien keineswegs so groß. Hirschberger: der Antrag verlange die sofortige zwangsweise Einführung des Turnunterrichts; er (Redner) könne der Regierung eine solche Vollmacht nicht geben.

Frhr. v. Stauffenberg: es scheint, daß man bei uns etwas erreichen will, ohne die Hand oder den Fuß darnach aufzuheben. Der Zweck der Einführung des Turnunterrichts ist der, die Herabsetzung der Präsenzzeit beim Militär zu ermöglichen. Die Erreichung dieses Zieles ist eine sehr schwierige, und wenn wir nicht anfangen, so erreichen wir dieses Ziel gar nie. Bei uns behandelt man solche Fragen so, als ob wir uns auf einer Insel des Ozeans befänden; hat man denn nicht in anderen Staaten schon längst dasselbe eingeführt, was der Antrag will? Ohne Mühen erreicht sich nichts; wollen wir den Zweck, müssen wir auch die Mittel wollen. — Nachdem noch Referent Rother bemerkt hatte, daß in der vorliegenden Frage mit dem Systeme der Ermunterung nichts gedient sei, und daß die Theilnahme stets eine sehr geringe bleibe, wenn das Turnen dem Belieben der Lehrer oder Eltern anheimgegeben ist, wurden die Ausschußanträge angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 2. April. [Bismarck's Rede] im Reichstag, welche wir bereits gestern im „Anzeiger" erwähnten, lautet nach dem stenographischen Bericht wörtlich: „Der Abg. Waldeck hat Bezug genommen auf eine Aeußerung von mir, nach welcher die Souveräne der süddeutschen Staaten dem Anschluß an den Norddeutschen Bund widerstrebten. Er hat dies in einer Weise gethan, als hätte ich damit zugegeben, daß die süddeutschen Bevölkerungen geneigt wären, sich dem Norddeutschen Bunde anzuschließen. Er selbst hat die Folgerung daraus gezogen, als ob diese Geneigtheit erheblich wachsen würde, wenn wir nur etwas liberaler wären. Ich muß mich gegen die Vermuthung decken, daß ich eine mit den Thatsachen so wenig übereinstimmende Aeußerung gethan haben soll. Warum wollen die Süddeutschen nicht zu uns kommen? Nicht weil wir ihnen nicht liberal genug, sondern weil wir ihnen viel zu liberal sind. (Große Heiterkeit.) Sie lachen, meine Herren! (Ruf: Ja!) Sie sehen nicht den einfachen Thatsachen in's Gesicht. Welcher unter den süddeutschen Staaten ist der liberalste? Unzweifelhaft das Großherzogthum Baden; dort finden Sie die vollste Bereitwilligkeit zum Anschluß. Die süddeutschen Liberalen wollen sich uns anschließen; diejenigen, die das nicht wollen, sind die reaktionären Parteien. Ich will diese Parteien nicht näher bezeichnen, aber die jüngsten Wahlen in Süddeutschland haben das klar vor Augen gestellt und Sie können wohl denken, mit welcher inneren Heiterkeit ich Ihre Heiterkeit erwiedere, die von einer so großen Unwissenheit der Thatsachen zeugt. (Anhaltende Heiterkeit.) Wenn wir den Parteien, die in Süddeutschland die Oberhand haben, einige Concessionen in reaktionärer Richtung machen könnten und wollten, vielleicht gewisse Bürgschaften, die augenblicklich selbst in dem Nachbarstaate, nach welchem man sonst von dort hinblickt, zu Falle kommen, geben wollten, und das würde doch gewiß keine liberale Maßregel sein, so würden wir vielleicht die Majorität für den Anschluß gewinnen können. (Oho! links.) Ich lasse es dahin gestellt, ob es überhaupt ein Vorzug ist, liberal zu sein oder nicht, aber derjenige muß Süddeutschland, mit Ausnahme Badens, sehr wenig kennen, der nicht weiß, daß sie dort im Liberalismus, ich will nicht sagen um ein Menschenalter, aber doch um die Zeit, die seit der Julirevolution verflossen ist, zurück sind." (Es scheint, daß Bismarck vorzüglich die Ultramontanen Süddeutschlands im Auge gehabt, die Preußen durch einige Concessionen in reaktionärer Richtung, z. B. Abschluß eines Konkordates mit Rom u. dgl. gewinnen könnte. Darin mag er Recht haben.)

— [Zur Zolltarif-Reform.] Der „Weser-Ztg." werden weitere Mittheilungen über die an den Zollbundesrath gelangten Tarifvorlagen gemacht. Wir entnehmen Folgendes mit dem Bemerken, daß wir des Zusammenhanges wegen hier und da schon Bekanntes wiederholen. Von den Ausfällen, welche durch die aus dem österreichischen Handelsvertrage hervorgehenden Tarif-Herabsetzungen veranlaßt werden, sind die beträchtlichsten die auf Roheisen (von $7\frac{1}{2}$ auf 5 Sgr.) = 265,000 Thlr., auf Leinengarn, Maschinengespinnst von 2 auf $\frac{1}{2}$ Thlr.) = 170,000 Thlr., auf gebleichtes und gefärbtes Leinengarn (von 3 auf $1\frac{2}{3}$ Thlr.) = 76,000 Thlr., auf Wein (von 4 auf $2\frac{1}{3}$ Thlr.) = 567,000 Thlr., auf Pferde (frei) = 63,000 Thlr. Zu diesen kommen jetzt noch weitere Absetzungsvorschläge zum Betrage von 737,000 Thlr. Die vorgeschlagenen Zollherabsetzungen auf verarbeitetes Eisen u. s. w. sind bekannt, ebenso auf mehrere andere Artikel, weiter theilt die „Wes. Ztg." folgende mit:

9) Rohe Erzeugnisse zum Medizinalgebrauch, zollfrei. 10) Abfälle von Stahl (Schrott) von 25 auf 5 Sgr. 11) Glasmasse, Glasröhren und Glasstängelchen zur Perlenbereitung und Kunstbläserei,

---

Todes Einhalt zu thun. Ein Franzose wurde von einem Milizsoldaten der Geleitschaft getödtet und der Zug nach dem Orte der Einquartierung schweigend fortgesetzt.

„Bürger," fährt der Berichterstatter fort, „verlassen wir die abscheulichen Insulaner. Kehren wir auf den Ocean zurück, wir werden da noch viel erhabenere Züge patriotischen Muthes, patriotischer Hingebung sehen. Seit längerer Zeit standen die Seeheere der französischen Republik und der englischen Monarchie einander gegenüber; die fürchterlichste Schlacht war geliefert worden. Am 13. Prairial vermehrten das lebhafteste Feuer und die berechtigteste Wuth von Seiten der Franzosen das Entsetzen und das Unheil des Tages. Drei englische Schiffe waren in den Grund gebohrt, einige französische Schiffe waren rhedelos. Die Kanonade hatte eines dieser Fahrzeuge aufgerissen und verband das doppelte Grauen eines sicheren Schiffbruches und eines Todeskampfes.

Dieses Schiff jedoch war von Menschen bemannt, welche jene Unerschrockenheit der Seele erhalten haben, die der Gefahr Trotz bietet, und jene Liebe zum Vaterlande, welche den Tod verachtet. Eine Art kriegerischer Philosophie hat die ganze Bemannung erfaßt; die Schiffe des englischen Tyrannen haben das Schiff der Republik umstellt und wollten, daß die Bemannung sich ergebe; eine Anzahl von Artilleriestücken donnert auf den „Vengeur" los. Zertrümmerte Masten, zerfetzte Segel, das Fugenwerk des Schiffes bedecken die See. So viel Muth, so viel übernatürliche Anstrengungen, werden sie nutzlos bleiben?

Elende Sklaven von Pitt und Georg, glaubt ihr, daß die republikanischen Franzosen sich treulosen Händen übergeben und mit niedrigen Feinden, wie ihr seid, unterhandeln werden? Nein, die Republik blickt auf sie, für die Republik werden sie zu leben und zu sterben wissen; mehrere Stunden des Kampfes haben ihre Kräfte nicht erschöpft, sie kämpfen noch. Der Feind erhält ihre letzten Kugeln. Von allen Seiten dringt Wasser in das Schiff.

Was wird aus unsern tapferen Brüdern? Sie müssen entweder in die Hände der Tyrannei fallen oder sich in dem Meeresgrunde begraben. Fürchten wir nichts für ihren Ruhm; die Republikaner, welche das Schiff bemannen, sind noch größer im Unglück als im Glück.

Ein fester Entschluß war der Hitze des Gefechtes gefolgt. Stellen Sie sich das Schiff, den „Vengeur", vor, wie es von Kanonen durchbohrt, von allen Seiten aufgerissen und von den englischen Tigern und Leoparden umstellt ist; dann eine Bemannung, aus Verwundeten und Sterbenden bestehend, die gegen Wellen und Kanonen sich wehrt. Plötzlich hört es auf, das Getümmel des Kampfes, das Entsetzen der Gefahr, das Schmerzensgeschrei der Verwundeten. Alle begeben sich oder werden getragen auf das Verdeck. Alle Flaggen, alle Wimpel werden aufgepflanzt; von allen Seiten ertönen die Rufe: „Es lebe die Republik! Es lebe die Freiheit! Es lebe Frankreich!" Eher ist es das belebte und rührende Schauspiel eines Bürgerfestes, als der fürchterliche Augenblick eines Schiffbruches.

Einen Augenblick werden sie doch wohl über ihr Schicksal berathen haben! O nein, Bürger, unsere Brüder berathen nicht; sie sehen den Engländer und das Vaterland, und lieber werden sie untergehen, als sich durch Uebergabe entehren. Sie schwanken nicht. Ihr letzter Wunsch lautet zu Gunsten der Freiheit und der Republik. Sie verschwinden."

Eine Bewegung des Staunens und der Bewunderung gibt bei den Worten: „Sie verschwinden" sich in der Versammlung kund. Beifallsklatschen und Geschrei: „Es lebe die Republik!" drücken die lebhafte und tiefe Erregung aus, von welcher die Kammer durchdrungen ist. Der Zuruf der Galerien vermischt sich mit dem der Volksvertreter.

Glasurmasse, zollfrei. 12) Haare von Thieren, Federn, Borsten, Oeltücher, ganz grobe Fußdecken und Filze, zollfrei, so daß nur Haargewebe und feine Filze zollpflichtig bleiben. 13) Holz in geschnittenen Fournieren, Korkplatten, Korkscheiben, Korksohlen, Korkstöpsel, gebeiztes und gespaltenes Stuhlrohr, zollfrei. 14) Walzen zum Druck und zur Appretur von Geweben, hölzerne See- und Flußschiffe, zollfrei. 15) Kautschukfäden und Platten, Kautschukdrucktücher und Kratzenleder, zollfrei. 16) Kleider und Leibwäsche, getragene, wenn nicht zum Verkaufe bestimmt, zollfrei. 17) Kupferdrahtgewebe von 3 Thlr. auf 2 Thlr. 20 Sgr. 18) Leinene Bänder, Borten, Franzen, Gaze, gewebte Kanten, Schnüre, Strumpfwaaren ꝛc., von 20 auf 10 Thlr. 19) Lichte, ohne Unterschied, auf 1½ Thlr. 20) Material- und Spezereiwaaren, folgende zollfrei: Frisches Fleisch, Schinken, Speck, Würste, großes Wild, getrocknete, gebrannte und gemahlene Cichorien. 21) Reis, geschälter und ungeschälter, von 1 Thlr. resp. 20 Sgr. auf 15 Sgr. 22) Schießpulver, zollfrei. 23) Edelsteine, Perlen, Korallen, Waaren aus Serpentinstein, Schwefel und Gyps, zollfrei. 24) Steinkohlen, zollfrei. 25) Matten von Bast, Stroh und Schilf, Strohbänder, Strohdecken ꝛc., auf 5 Sgr. 26) Thierische Produkte, Därme, Blasen, Wachs, Waschschwämme, zollfrei. 27) Vieh (mit Ausnahme von Schweinen) zollfrei. 28) Zinkbleche und grobe Zinkwaaren, zollfrei. 29) Gewalztes Zinn und grobe Zinnwaaren, zollfrei.

— [Nothstand in Ostpreußen] Die „Prov.-Korr." schreibt aus Gumbinnen: „Wenngleich seit vierzehn Tagen eine wesentliche Aenderung in der allgemeinen Lage nicht eingetreten ist, so läßt sich doch nach den aus allen Theilen des Regierungsbezirks einlaufenden Berichten von Personen aus den verschiedensten Lebensstellungen die erfreuliche Thatsache feststellen, daß der Gipfelpunkt der Noth überschritten und die Rückkehr zu regelmäßigen Zuständen angebahnt ist, wenngleich der Weg dahin noch weit und nicht ohne mühevoll zu überwindende Schwierigkeit sein wird, wie das die Natur solcher tief greifenden Ereignisse mit sich bringt. Die Preise der Lebensmittel sind nicht gestiegen, im Gegentheile hat das vermehrte Angebot auf den Märkten und die hieraus folgende gesunde Konkurrenz besonders in den masurischen Kreisen ein nicht unerhebliches Weichen der Getreidepreise bewirkt. Das erhöhte Angebot ist hauptsächlich dadurch herbeigeführt worden, daß die von Spekulanten in der Erwartung weiterer Preissteigerung zurückgehaltenen Vorräthe zu Verkauf kommen. Auch die Privatspekulation zur Beschaffung billiger und guter Aussaat entfaltet bereits eine sehr merkliche Thätigkeit, und es sind bedeutende Bestellungen nach den verschiedensten Theilen der Monarchie und dem Auslande theils bereits ausgeführt, theils aufgegeben. Die angestellten Ermittlungen über den noch zu beschaffenden Bedarf an Brod- und Sackgetreide haben mehrfach zu der beruhigenden Entdeckung geführt, daß das erforderliche Quantum ein geringeres ist, als nach den früheren Nachforschungen angenommen werden mußte. Die Besorgniß, es könne in irgend einem Theile des Bezirks ein wirklicher Mangel an Lebensmitteln eintreten, erweist sich jetzt überall als nicht begründet, und würde demselben auch stets durch vermehrte Zufuhren unverzüglich Abhilfe verschafft werden können. Seit etwa acht Tagen tritt das Frühjahr mit solcher Entschiedenheit auf, daß die Nothwendigkeit zur schleunigen Beschaffung der Aussaat noch dringender hervortritt. Bis jetzt haben jedoch die Nachtfröste die Vegetation noch zurückgehalten. . . . Die Zahl der an den öffentlichen Arbeitsstellen beschäftigten Arbeiter hat sich, wie oben erwähnt, erheblich gesteigert und wird noch wachsen, sobald die Beschaffenheit des Bodens eine lebendigere Förderung der Landes-Meliorations- und Chaussee-Anlagen gestatten wird. . . . Zu Saatvorschüssen waren von den drei Millionen Thalern, welche der Landtag für Ostpreußen bewilligt hat, zunächst nur zwei Millionen in Aussicht genommen. Auf Grund der Ermittlungen aber, welche unter Mitwirkung der ständischen Kommissionen in Ostpreußen in Bezug auf den Bedarf an Saatgetreide stattgefunden haben, ist die zu Saatvorschüssen ausgesetzte Summe seitens der Staatsregierung neuerdings bis zu 2½ Millionen erhöht worden."

Ausland.

Großbritannien. [Deficit.] Zum ersten Male seit vielen Jahren bringt der 1. April, als der Anfang eines neuen Verwaltungsjahres, auch dem vereinigten Königreiche von Großbritannien und Irland die leidige Bescheerung, an welche die meisten übrigen Staaten auf dem Erdenrund gewohnt sind wie an das tägliche Brod: ein Deficit. Man thäte jedoch der gegenwärtigen Regierung schweres Unrecht, wollte man ihr die Schuld an dem ungünstigen Abschlusse des Staatshauptbuches aufbürden. Auch wird dies selbst den erbittertsten Gegnern Herrn Disraeli's und seines Schatzkanzlers Hunt nicht einfallen; denn selbst die allergeschickteste Finanzpolitik hätte das Ergebniß nicht zu ändern vermocht. Die Jahreseinnahme betrug 69,600,219 L., die Ausgabe, eingerechnet den Ueberschlag der bis jetzt verausgabten Summen für den abessinischen Kriegszug, 73,152,679 L.; das Deficit beläuft sich also auf 3,552,460 L., während die vorhergegangenen Jahre meist einen Ueberschuß der Einnahmen über die Ausgaben im Betrage von 2 Mill. L. aufwiesen. Es ist bei einem Vergleiche mit den Abrechnungen der Vorjahre klar, daß obiges Deficit hauptsächlich den Kosten des abessinischen Feldzuges zur Last gelegt werden muß, und überdies ist zu bedenken, daß der Zuschlag von einem Penny zur Einkommensteuer, den das Parlament zur Deckung jener Kosten bewilligt hat und der auf 840,000 L. zu berechnen, in den obigen Ziffern noch nicht einbegriffen ist. Das Gesammtergebniß ist, um nur die Meinung der „Times" anzuführen, ein viel günstigeres, als man bei der lange anhaltenden Geschäfts-

---

Barère läßt den Beifallssturm austoben, und nachdem wieder Stille eingetreten war, fuhr er also fort:

„Wer hat das Geheimniß unserer Größe uns enthüllt? Welcher Freund der Freiheit hat uns diesen Heldenzug überliefert, welcher der Sagenzeit anzugehören scheint? Wer hat uns Alles aufgedeckt? — Unsere Feinde, die Engländer, ihre Zeitungen, ihre Art, unseren Ruhm zu bestreiten."

Darauf liest der Bürger Barère allerlei englische Zeitungen und Urkunden, welche von dem Untergange des „Vengeur" berichten und aus deren Text der Redner die Bestätigung seiner Anzeige zieht. Die Wirkung des dramatischen Vortrages ist zündend. Kein Zuhörer bleibt kalt bei der Verkündigung der neuen Termopylenthat. Viele weinen vor Rührung ob dieser heldenmüthigen Hingabe an das Vaterland, an die Republik, ob der übermenschlichen Größe. Auf den Antrag des Berichterstatters beschließt unter Händeklatschen und Beifallsruf der Galerien die Versammlung, daß zum Andenken an die unerhörte That ein Abbild des untergegangenen Schiffes im Pantheon an dem Gewölbe aufgehängt werde. Die Namen der ganzen Bemannung sollen ebenfalls in eine Säule des Pantheons eingegraben werden. Ein dreimastiges Schiff, welches in Brest im Bau begriffen war, soll den Namen „Le Vengeur" erhalten. Und endlich dem Dichter, Maler und Bildhauer, welcher am würdigsten die That verewigen würde, sollen bei einem öffentlichen Feste zur Feier des unsterblichen Ereignisses Belohnungen ertheilt werden.

Das ist gewiß Alles sehr schön und sogar erhaben, auch dazu gemacht, Nacheiferung zu erwecken, besonders zu einer Zeit, da die Empfänglichkeit und Erregbarkeit in dem tief aufgewühlten Frankreich ohnehin den höchsten Grad erreicht hat. Nur schade, daß die mitgetheilte Geschichte nicht wahr ist. Hat Barère bei Erzählung des Vorfalles aus politisch-patriotischen Gründen mit Absicht die Thatsachen entstellt, oder hat er seine eigene Täuschung weitergetragen? Die größere Wahrscheinlichkeit hat der erste Fall für sich. Ueberhaupt suchte und fand die französische Staatskunst von jeher und zu allen Zeiten in der Lüge ihre treue Bundesgenossin. Sie war stets bemüht und hat es auch verstanden, Dinge und Personen nach ihrem Gutdünken herauszuputzen, ein Geschäft, bei welchem ihr die Geschmeidigkeit der Landessprache, die Hinneigung der Nation zum Comödienhaften, zur Aufschneiderei trefflich zu statten kam. Der Franzose führt irre und läßt sich selbst nicht ungern irreführen, wenn der Betrug nur auf hübsche, anmuthige Weise ausgeführt wird. Zuwider sind ihm nur die Stümper, die sich ertappen lassen. Meines Erachtens ist die französische Geschichte nur deßhalb interessanter als die der anderen modernen Völker, weil sie am geschicktesten in Scene gesetzt, weil sie am theatralischesten dargestellt ist. Wir Deutsche verachten lügenhaften Prunk und lassen unserer Geschichte die angeborene Langweiligkeit und Trostlosigkeit.

Wie dem auch sei, die Darstellung, mit welcher der Bürger Barère den Convent und die Galerien, ganz Frankreich erschütterte, war vom Anfang bis zum Ende unrichtig, von dem wirklichen Sachbestand verwegen abweichend.

Der wirkliche Vorgang war dieser: Der „Vengeur" war übel zugerichtet, seine Masten waren gebrochen, seine Segel zerrissen, seine Weichen dem Eindringen der Fluth geöffnet. Vom Feuer der Engländer und von den Wellen des Meeres zugleich bedroht, gab die Fregatte das Nothzeichen, welches in dem Falle das Zeichen der Uebergabe war. Alsogleich stellten die Engländer das Feuer ein, ließen ihre Boote in die See nieder und sendeten Hilfe dem untersinkenden Schiffe des Feindes. Die Rettungsnachen nahmen alle diejenigen auf, welche die Ersten den Sprung vom Verdeck zu machen im Stande waren. Vor Allen waren es Capitän Renaudin und seine Offiziere, welche ihr Leben in Sicherheit brachten. Ihrem Beispiele folgten alle diejenigen, welche sich hinreichend wohl befanden, um die

stockung zu erwarten ein Recht hatte. Schon hat sich im letzten Quartal, im Vergleiche mit den drei vorhergehenden, ein bedeutender Aufschwung gezeigt, in den direkten Steuern und den Zöllen sowohl, wie in der Accise, welche letztere unter dem Druck der schweren Zeiten am meisten gelitten hatte. Diesem Aufschwunge ist es zu danken, daß der Ausfall in den Einnahmen gegen Disraeli's Voranschläge (die abessinischen Kriegsauslagen natürlich nicht eingerechnet) bloß 370,000 L. beträgt. Die soliden Grundlagen des allgemeinen Wohlstandes im Lande haben somit keine sichtbare Erschütterung erlitten; und ließen sich die Gesammtkosten der abessinischen Expedition jetzt schon bestimmen, so dürfte England seine finanzielle Lage mit ziemlichem Gleichmuthe betrachten.

— [Die Staatskirche in Irland.] Im britischen Parlament ist über nebenbezeichnete Angelegenheit ein großer Kampf entstanden. Zur Orientirung der Leser mag der Abdruck des fünften Artikels der Unionsakte Großbritanniens und Irlands vom 2. Juli 1800 dienen. Derselbe betrifft nämlich die kirchlichen Verhältnisse der beiden Länder und lautet: „Der fünfte Artikel der Union bestimmt, daß die Kirchen Englands und Irlands, wie sie gegenwärtig zu Recht bestehen, in eine protestantische bischöfliche Kirche, genannt die Vereinigte Kirche von England und Irland, verschmolzen werden, und daß die Lehre, Gottesverehrung, Zucht und Leitung der besagten Vereinigten Kirche so sein und auch immer in voller Kraft so bleiben sollen, wie sie jetzt gesetzlich für die Kirche von England festgestellt sind; und daß die Fortdauer und Erhaltung besagter Vereinigter Kirche, als der gesetzlich errichteten Kirche von England und Irland, angesehen und gehalten werden soll, als ein wesentlicher und grundsätzlicher Theil der Union; und daß in gleicher Weise die Lehre, Gottesverehrung, Zucht und Leitung der Kirche von Schottland bleiben und erhalten werden sollen, wie sie jetzt durch das Gesetz und durch die Unionsakten der beiden Königreiche England und Schottland festgestellt sind." Aus diesem Artikel folgern die Conservativen, daß die Beseitigung der Staatskirche in Irland eine Verletzung der Union sein würde.

Die Liberalen aber wollen diese Aufhebung, und der ehrgeizige Gladstone, dem die Berufung Disraelis zum Premier ein Dorn im Auge ist, hat sich zum Vertreter der liberalen Ansicht aufgeworfen. Er hofft, Disraeli durch seine Resolutionen über Irland sofort wieder aus dem Sattel heben zu können. Gladstone sprach in einer glänzenden Rede für die Aufhebung der irischen Staatskirche. So sehr man mit seinen Ansichten übereinstimmen mag, so hat man doch das Gefühl, daß es sich hier hauptsächlich um einen persönlichen Ehrgeiz handelt, wie einst in Frankreich zwischen Guizot und Thiers; denn darin hat Lord Stanley, der im Namen der Regierung Gegenanträge stellte, wohl Recht, daß mit der Annahme der Gladstone'schen Resolutionen praktisch nichts gewonnen sein würde. Die durchgreifenden Maßregeln für Irland, namentlich die Abschaffung der Staatskirche, werden jedenfalls dem reformirten Parlamente von 1869 vorbehalten bleiben. Die strammen Tories sind übrigens von der „Halbheit" des Ministeriums Disraeli keineswegs erbaut, und Lord Cranbourne nannte seinen früheren Kollegen, den Premierminister, einen Wetterhahn. Hardy, der Minister des Innern, ermuthigte die Ministeriellen durch eine sehr konservative Rede, während Bright in glänzender Weise die Abschaffung der Staatskirche verlangte. Das Ergebniß der Verhandlungen läßt sich nicht voraussehen. Wahrscheinlich wird nicht bloß Disraeli, sondern auch die Mehrheit seiner Partei zuletzt nöthigenfalls die irische Staatskirche über Bord werfen, um sich am Ruder zu behaupten. (Eben kommt die Nachricht, daß unter ungeheuerem Beifallssturm der Liberalen Gladstones Antrag mit 328 gegen 272 St. angenommen wurde.)

Nordamerika. [Staatsstreichgelüste des Monsieur Veto.] So lautet nämlich der neueste Spitzname des angeklagten Präsidenten. Aus den bis 14. d. M. reichenden Briefen und Zeitungen von New-York geht hervor, daß „Monsieur Veto" in Washington das Spiel offenbar noch nicht aufgegeben hat. An seiner Verurtheilung zweifeln wohl Wenige mehr; Seward selbst hat sich dahin ausgesprochen, daß die republikanische Partei einen Selbstmord beginge, wenn ihre Vertreter im Senat schließlich auf „Nichtschuldig" erkennen würden. Unter diesen Umständen hätte man denken mögen, der Präsident würde vielleicht plötzlich mit einer freiwilligen Abbankung hervortreten und dadurch möglicherweise die Niederschlagung des Prozesses erzielen. Ein solches Verfahren würde ihn persönlich davor geschützt haben, für alle Zukunft amtsunfähig zu werden; er hätte sich gewissermaßen für spätere Möglichkeiten aufgespart und je nach eintretender Wendung der Dinge nochmals eine Rolle spielen können. Ein stärkerer Ehrgeiz bewegt ihn jedoch. „Entweder Cäsar oder nichts!" sagt der ehemalige Schneider von Tennessee. Während ihm das hohe Gericht der Senatoren schon auf dem Leibe ist, greift er noch mit kaiserlicher Geberde nach dem Diadem der Willkürherrschaft. Die Lorbeern eines andern Präsidenten, der in Frankreich durch den Konflikt mit der Volksvertretung zu unbeschränkter Macht gelangte, lassen ihn nicht schlafen. Er sucht fortwährend — auch jetzt noch, nachdem er als Angeklagter vorgeladen ist — nach militärischen Werkzeugen eines beabsichtigten Staatsstreiches. Grant, Sherman, Lorenzo, Thomas haben sich als unwillig oder ungeeignet dazu erwiesen. Jetzt versucht er es mit General Hancock, dem bisherigen Befehlshaber von New-Orleans. Das Eintreffen Hancocks ist in Washington, wohin er telegraphisch berufen worden, stündlich erwartet. Nach den letzten Handlungen dieses Generals ist es keineswegs gewiß, daß er dem ehrvergessenen Präsidenten bei etwaigen unsauberen Eröffnungen und Anerbietungen eine unbedingt abschlägige Antwort ertheilen würde.

---

dargebotene Hilfe zu benützen, im Ganzen zweihundertsiebenundsechzig Seeleute. Kaum hatten die Boote sich in Bewegung gesetzt, als der Mannschaft in denselben ein herzzerreißendes Schauspiel sich darstellte. Die Kranken, Verwundeten und Sterbenden auf dem „Vengeur", nachdem sie laut rufend, händeringend und weinend die Scheidenden vergeblich um Hilfe angefleht, schleppten sich auf das Verdeck, sammelten sich daselbst zu einer jammervollen Gruppe, und indem sie mit kraftlosen Armen die Waffen schwangen, sich in die Fetzen der zurückgelassenen Flaggen einhüllten, um wie rechte Soldaten zu sterben, und so laut, als es ihre Stimme erlaubte, schrieen: „Es lebe die Republik" sanken sie mit dem Schiffe ins Meer.

Dieses schmerzliche Ereigniß wird in einem Protokoll von dem Capitän Renaudin selbst und den Offizieren Jean Hugine, Louis Rousseau, Pelet, Trouvée, Lusset 2c. 2c. aufgezeichnet, so daß an der Genauigkeit der Angabe kein Zweifel zulässig ist.

Auch dauerte es nicht lange, so kam der Convent dahinter, daß er sich durch die malerische Beredtsamkeit des Barère zu übertriebener Begeisterung und zu übertriebenen Maßregeln habe hinreißen lassen, und er zog die ertheilten Weisungen zurück. Keine Nachbildung des versunkenen Schiffes wurde gefertigt, keine Namen wurden verzeichnet, kein Fest zur Feier der großen That wurde veranstaltet. Was von dem ergreifenden Irrthume übrig blieb, ist nichts weiter als eine mittelmäßige Ode des Lebrun.

Capitän Renaudin, den Herr Thiers in seiner „Geschichte der französischen Revolution" den Wellen überliefert und Herr Lamartine in seinen „Girondins" von einer Kanonenkugel entzweireißen läßt, wurde bald nach dem Unglücke des „Vengeur" gegen englische Gefangene eingetauscht, dann zum Gegen-Admiral befördert und starb im Ruhestande am 1. Mai 1809. Die Matrosen des „Vengeur" konnten erst nach dem Frieden von Amiens in die Heimath zurückkehren, sie hatten aber unausgesetzt den Beweis ihres Daseins zu führen, da dem Volke das Märchen von Barère zu wohl gefiel, als daß es sich leichterdings zum Glauben an den wirklichen Vorgang der Sache hätte bekehren lassen sollen. Wer weiß nicht, wie ungern die Menge sich ihre Götzen rauben, um einen schönen Wahn bringen läßt!

Da Herr Hostein, der Leiter des Théâtre du Chatelet die Wahrnehmung gemacht, daß den Parisern die Nacktheiten der Halbwelt, auf der Bühne vorgeführt, mehr widerwärtig als anziehend erscheinen und daß mit der Ausstellung zweideutiger Frauenreize kein Geschäft mehr zu machen ist, hielt er es für nothwendig, andere Zugmittel anzuwenden, und glaubte es des Versuches werth, einen Schiffbruch bei patriotischer Beleuchtung zur Aufführung zu bringen. Daher ließ sich der Direktor von den Herren Brisebarre und Blum ein Spektakelstück ausarbeiten, welchem das Schicksal des „Vengeur", wie es Barère dem Convent darstellte, als Stoff dient. Der Plan scheiterte jedoch, obgleich Kaiser Napoleon so hochherzig war, den untersinkenden Matrosen den Ruf: „Es lebe die Republik!" zu erlauben.

Die Pariser sind sehr wählerisch geworden und lassen sich für den Augenblick ebensowenig auf den Brettern wie im Leben mit Schlagworten abfertigen. Die Theater-Direktoren haben einen fast ebenso schweren Stand wie Sr. Majestät Napoleon's III. Minister. Herr Hostein ist nicht glücklicher als Herr Rouher.

Sigmund Kolisch, in der „N. fr. Pr."

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 97-98. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 7. April 1868.

Schulgesetz.

München, 5. April.

Zur Donnerstagssitzung des Schulgesetz-Ausschusses, in welcher die Frage entschieden wurde, ob werktagsschulpflichtige Kinder zu Beschäftigungen in Fabriken oder größeren Gewerben zugelassen werden sollen, waren der Handelsminister v. Schlör und die Abgeordneten Brandenburg und Feustel beigezogen worden. Der Regierungskommissär, Ministerialassessor Dr. Huller, entwickelte die Gesichtspunkte, welche die Staatsregierung zu einer beschränkten Zulassung werktagsschulpflichtiger Kinder veranlaßten, und bemerkte insbesondere, daß nach den bisher bestehenden Verordnungen diese Zulassung bestand, daß sich nach den gemachten Erfahrungen und Urtheilen der Kreisverwaltungsstellen eine solche Verwendung werktagsschulpflichtiger Kinder nicht als nachtheilig erwiesen habe, in den meisten anderen Ländern zugelassen wird und im Interesse der Industrie wünschenswerth sei. Von den zwei beigezogenen industriellen Experten jedoch und dem Abg. Fischer wurde des Weitern ausgeführt, daß nach dem Stande unserer Industrie ein dringendes Bedürfniß zur Verwendung schulpflichtiger Kinder in Fabriken nicht bestehe, daß hingegen eine derartige Verwendung ohne Zweifel mit Nachtheilen für die Gesundheit, Sittlichkeit und Bildung der Kinder verbunden sei. Im gleichen Sinne sprachen sich auch andere Mitglieder des Ausschusses aus. Von dem Handelsminister v. Schlör wurde der Vorschlag gemacht, Kinder von 12 Jahren an in Fabriken zuzulassen, und nicht zugegeben, daß die Nachtheile in dem behaupteten Grade vorhanden seien. Der Kultusminister bemerkte, daß die betreffende Bestimmung einzig und allein im Interesse der Industrie und der Gewerbe in dem Gesetzentwurfe aufgenommen worden sei; wenn jedoch von Seiten der Experten bemerkt wird, daß ein solches Bedürfniß nicht bestehe, so wolle er am allerwenigsten auf einer solchen Zulassung bestehen, da es vom Standpunkte des Unterrichtsministers nur wünschenswerth sein kann, daß alle Kinder eine vollständige Schulbildung genießen. Der Ausschuß einigte sich sodann zu dem Beschlusse: „Werktagsschulpflichtige Kinder dürfen zu einer regelmäßigen Beschäftigung in Fabriken oder größeren Gewerken nicht verwendet werden." — Hierauf begann die Berathung der VII. Abtheilung des Gesetzes, welche von dem Aufwande für die Volksschulen und dessen Deckung handelt. Der erste Artikel (31) dieser Abtheilung wurde für nicht nothwendig erachtet und deßhalb gestrichen, die Art. 32 und 33 dagegen, welche von dem sächlichen Bedarf der Schule, den Schullokalen, der Beheizung und Reinigung der Lokalitäten handelt, wurden den Vorschlägen der Regierung entsprechend vom Ausschusse angenommen. Hiernach soll auch für einen geeigneten Raum und die nothwendigen Apparate zur Ertheilung des Turnunterrichts gesorgt werden, und seien zur Unterweisung der ländlichen Schuljugend im Gartenbau, in der Gemüse- und Obstkultur die bestehenden Schulgärten zu erhalten, und wo sich noch keine befinden, solche auszumitteln. Jener Absatz des Entwurfs, welcher lautet: „Bei Erbauung neuer Schulhäuser ist zugleich auf die Einrichtung angemessener Lehrerwohnungen, und auf dem Lande auf Herstellung der für den Oekonomiebetrieb erforderlichen Wirthschaftsräume Bedacht zu nehmen," wurde gestrichen und beschlossen, darauf bei der Berathung über die Wohnungen der Lehrer zurückzukommen.

In der Freitagssitzung des Schulgesetz-Ausschusses wurde mit der Berathung des Entwurfs fortgefahren. Die in Art. 34 enthaltenen Bestimmungen über die Verpflichtung der Gemeinden zur Deckung des Schulaufwands gelangten nach dem Vorschlage der Regierung zur Annahme, nur wurde beschlossen, jene Bestimmung, daß auch die mit dem Schuldienste in ständiger Weise verbundenen Nebenbezüge zur primären Deckung des Schulaufwands zu rechnen seien, ausgesetzt sein zu lassen bis zur Berathung der Frage, ob die Verbindung der Schuldienste mit den Kirchendiensten aufrecht zu erhalten sei. Der Schluß des Art. 36, welcher vom Schulgelde und von der Entrichtung des Schulgelds handelt, lautet nach dem Entwurfe: „Die Kinder unbemittelter Eltern können von der Gemeindebehörde ihres Heimathsortes vom Schulgelde ganz oder theilweise befreit werden. In diesem Falle ist der veranlaßte Ausfall von der einschlägigen Lokalarmen- oder Gemeindekasse zu ersetzen." Der Ausschuß entschied sich jedoch für folgende, von dem Abg. Dr. Edel eingebrachte Modifikation: „Gesuche um gänzliche oder theilweise Befreiung vom Schulgelde werden von der Schulgemeindevertretung beschieden. Zum allenfallsigen Ersatz ist die Lokalkasse des Heimathsortes der schulpflichtigen Kinder vorbehaltlich des Regresses gegen die Eltern der befreiten Schüler oder ihre Stellvertreter verpflichtet." Dem Vorschlage der

Erste deutsche Aufführung von Verdi's „Don Carlos" in Darmstadt.

Aus Darmstadt, 1. April, schreibt der auch als Romanschriftsteller rühmlich bekannte Darmstädter Theatersekretär Ernst Pasqué der Wiener „Presse": Gleichwie mit Gounod's „Faust" und „Königin von Saba", Verdi's „Sizilianischer Vesper" und ähnlichen Opern, welche noch immerherngesehene Bestandtheile des hiesigen Repertoires bilden, hat die Darmstädter Hofbühne auch diesmal wieder die Initiative ergriffen, und „Don Carlos", das neueste Werk Verdi's, am vergangenen Sonntag, 29. März, zum erstenmal zur Aufführung gebracht. Die Oper hatte trotz mancher ihrer Darstellung vorausgegangenen ungünstigen Urtheile Erfolg und andere Theater werden sich ihrer gewiß bald bemächtigen, denn es ist nicht zu leugnen, daß den Repertoiren irgend eine neue, große und Zugkraft ausübende Oper mangelt, die sie in Verdi's „Don Carlos" finden können — wenn sie es nicht vorziehen, eine solche in Thomas' „Mignon" oder „Hamlet" zu suchen. Es ist indessen eine gefährliche Sache um diese musikalischen Bearbeitungen unserer Dichter, welche uns vom Auslande kommen; bürgern sie sich auf unseren Theatern ein, so wird das große Publikum vollends verlernen, die sogenannten klassischen Vorstellungen zu besuchen, und wie es bereits lieber den Goethe'schen „Faust" als Oper, denn als Schauspiel sieht, so wird es auch am Ende den singenden Carlos dem deklamirenden vorziehen, Mignon's Schicksale lieber auf der Bühne sich vorführen lassen, als im „Wilhelm Meister" nachlesen. Die Franzosen sind hierin klüger; solche Umarbeitungen dramatischer Werke zu Opern sind ihnen oder waren ihnen lange untersagt. Ich erinnere nur an die Kämpfe, welche es in den Vierziger-Jahren gekostet, bis es der Italienischen Oper in Paris gelang, Donizetti's „Lucrezia" zur Aufführung zu bringen, und doch ist das Viktor Hugo'sche Werk noch lange kein Goethe'scher „Faust", kein Schiller'scher „Don Carlos", kein Shakespeare'scher „Hamlet".

Hievon abgesehen, ist die Bearbeitung des Schiller'schen Gedichts durch den Franzosen Du Locle immerhin eine würdigere zu nennen, als die, welche in jüngster Zeit Goethe in „Faust" und „Mignon", Shakespeare in „Hamlet", Byron in „Lara", und wie sie Alle heißen mögen, erfahren. Der französische Dichter ist mit aller Pietät zu Werke gegangen, doch hat dies wiederum seiner Arbeit als „Opernbuch" geschadet; der Gedanken Fülle und Freiheit zog ihn an, und zu lange bei diesen, dem philosophischen Theile des Dramas, verweilend, vermochte er den rein theatralischen Theil, an den er sich gewerbsmäßig doch einzig und allein hätte halten müssen, nicht mehr zu bewältigen. So entstand denn ein Werk von ungewöhnlicher Ausdehnung und noch dazu in einer Form, die es Verdi geradezu unmöglich machte, in seiner ihm angebornen Weise zu schaffen, welche ihn mit Gewalt in die Bahn drängte, die er in einigen seiner letzten Opern schüchtern und nur in einzelnen Momenten betreten: die Bahn eines Erneuerers der dramatischen Musik Italiens, wozu man ihm von verschiedenen Seiten jede Berechtigung, wie Befähigung abzusprechen geneigt ist. Rechnet man nun noch hinzu, daß die Oper noch nie aufgeführt wurde, wie sie der Componist geschrieben — in Paris wurde vielfach gestrichen, in London in der Partitur wahrhaft herumgesäbelt, und in Darmstadt hat auch manche Nummer vielleicht ihr Bestes, auf alle Fälle aber zu ihrer Abrundung Nothwendiges durch

Staatsregierung entsprechend, wurde weiters festgesetzt: „Das Schulgeld für die Werktagsschule beträgt vierteljährig 24 kr., für die Fortbildungsschule 12 kr. Dasselbe kann durch Beschluß der Schulgemeindevertretung mit Genehmigung der vorgesetzten Staatsverwaltungsbehörde bis zum doppelten Betrage erhöht werden. In der Pfalz verbleibt es bei dem bisherigen Betrage des Schulgelds von wöchentlich 3 kr. Die rückständigen Beträge werden der Gemeindebehörde zur Beitreibung überwiesen. Durch Beschluß der einschlägigen politischen Gemeindebehörde kann festgesetzt werden, daß die Gemeindekasse das Schulgeld ganz oder theilweise übernehme." Anschließend hieran enthält der Entwurf die Bestimmung, daß die Umwandlung des Schulgelds in eine Gemeindeumlage nicht gestattet ist. Der Ausschuß aber beschloß, daß die Einführung neuer oder Erhöhung bestehender Umlagen zum Zwecke der Uebernahme des Schulgelds durch die Gemeindekasse nach Maßgabe der Bestimmungen der Gemeindeordnung zulässig sein solle. Für die Unzulässigkeit der Umwandlung des Schulgelds in eine Gemeindeumlage wurde Seitens der Vertretung der Staatsregierung geltend gemacht, daß die Gemeindeumlage, welche ihrer Natur nach das subsidiärste Deckungsmittel zu bilden habe, bei Gestattung der Umwandlung des Schulgelds in eine solche, zu einem primören Deckungsmittel gemacht würde, und daß hiedurch das Prinzip geändert würde, welches dem Schulgelde zu Grunde liege, wornach dasselbe als Gegenleistung für den unmittelbaren Genuß des Unterrichts zu erachten sei, indem dann das Schulgeld auch von denjenigen Personen getragen werden müsse, welche keine Veranlassung haben, die Schule zu benützen. — Die Bestimmungen des Entwurfs über die Verwendung der Schuleinkünfte erhielten die Zustimmung des Ausschusses, dagegen hat sich der Ausschuß nicht dafür entschieden, daß außer den Nutzungen des der Schule zugewiesenen Antheils an den Gemeindegründen auch das Schulgeld einen Bestandtheil des Einkommens des Lehrerpersonals bilden solle. Von Seiten des Ausschusses wurde hiegegen geltend gemacht, daß das Schulgeld in die Schulkasse zu fließen habe, wie die andern Einnahmen der Schule auch, und daß kein genügender Grund gegeben sei, dasselbe in seinem vollen Betrage dem Lehrer zuzuweisen, um so weniger, als die Aufhebung des Schulgelds von Seiten des Lehrerpersonals fast allgemein angestrebt werde, während die Vertretung der Staatsregierung hervorhob, daß, wenn das Schulgeld nicht seinem vollen Betrage nach dem Lehrer zugewiesen werde, viele Schulstellen auf dem Lande einen beträchtlichen Ausfall an ihrem Einkommen erleiden, und zugleich auf Baden hinwies, wo gleichfalls das volle Schulgeld dem Lehrer ungeschmälert verbleibt. — Die Bestimmungen des Entwurfs über die Aufbringung des der Schulgemeinde zur Last fallenden Schulbedarfs, über Unterstützung dürftiger Gemeinden aus öffentlichen Fonds und über die Verwaltung der Schuleinkünfte wurden vom Ausschusse angenommen mit einem vom Abg. Dr. Brater und Dr. Edel im Sinne der Motive des Regierungsentwurfs beantragten Zusatz, daß die Bestimmungen der Gemeindeordnung über Stellung, Prüfung und Bescheidung der Gemeinde- und Stiftungsrechnungen auch auf die Schulkasserechnung Anwendung finden. Die Entscheidung von Streitigkeiten in Bezug auf die Aufbringung des Schulbedarfs soll nach dem Regierungsvorschlage, soweit nicht privatrechtliche Verpflichtungen in Frage kommen, das Bezirksschulamt in erster und die Kreisregierung in zweiter und letzter Instanz erhalten. Im Einverständnisse mit der Staatsregierung werde jedoch das Wort letzter gestrichen und der Beisatz gemacht: „vorbehaltlich dessen, was in dieser Beziehung das Gesetz über die Errichtung des Verwaltungsgerichtshofes bestimmen wird."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 6. April. [Die nordschleswig'sche Frage] ist in den letzten Tagen wieder in den Vordergrund getreten und der +-Korrespondent berichtet darüber: Uebereinstimmende glaubwürdige Nachrichten von verschiedenen Seiten lassen den gegenwärtigen Stand der Verhandlungen wegen Nordschleswigs folgendermaßen zusammenfassen: Preußen hatte verläufig als Grenzlinie das Amt Hadersleben bis zur Gjenner Bucht bezeichnet, unter der Garantie der Herstellung des Zustandes von 1846 jenseits jener Linie, vor dem bekannten offenen Briefe wegen des Verhältnisses der Nationalitäten. Die Behauptung, daß Preußen gar nicht abstimmen lassen wolle, scheint unrichtig. Gegen eine Befragung der Bevölkerung jenseits der Linie, zum mindesten, um die Abtretung zu ratifiziren, würde Preußen sicherlich keine Einwendung haben. Dänemark soll diesen Vorschlag Preußens nicht angenommen, und, ohne selbst eine Linie zu bezeichnen oder eine bestimmt formulirte Forderung aufzustellen, hat Dänemark an der freien Abstimmung nach dem Grundsatze der Nationalitäten in den nördlichen Distrikten Schleswigs festgehalten. Die Nachricht, Dänemark habe die Abtretung Schleswigs bis Flensburg verlangt, oder Alsen und Düppel reklamirt, ist augenscheinlich eine Schlußfolgerung aus jener dänischen Formel, die bekanntlich nicht zum ersten Male von dänischer Seite aufgestellt wurde. Damit scheinen die Widersprüche über diesen Gegenstand ziemlich aufgeklärt. Dänemark will es nicht Wort haben, daß es bis jetzt eine bestimmte Forderung wegen der Grenzlinie aufgestellt habe, und es hat dies auch, wie man sieht, eine gewisse Berechtigung. Die letzte dänische Depesche oder Instruktion soll weder die flensburger Linie, noch sonst eine Grenzlinie bestimmt bezeichnen. Die Schwäche der dänischen Position unter preußischem Gesichtspunkte besteht darin, daß, wenn Dänemark schließlich aufgefordert werden sollte, diejenigen nördlichen Distrikte zu bezeichnen, innerhalb deren die Abstimmung stattzufinden habe, die dänische Regierung wahrscheinlich so weit südlich herabgehen würde, daß Preußen sich nicht darauf einlassen dürfte. Mit anderen Worten und um die Sache strikter zu fassen, Preußen würde unter keinen Umständen über Alsen und Düppel abstimmen lassen. Aber diese Frage liegt nach allem, was verlautet, bis jetzt noch nicht in offizieller Form vor, und Dänemark hat, außer dem bezeichneten allgemeineren Verlangen wegen der Abstimmung, das nicht neu war, noch keine positive Forderung

---

den Rothstift verlieren müssen — so muß das Werk allerdings auf den ersten Blick stellenweise befremden, doch wird es sich trotzdem bei einer genaueren und besonders vorurtheilsfreien Betrachtung als ein höchst achtungswerthes und auch bühnenwirksames darstellen. Eine ruhige, mehrmalige Anhörung der Oper, nicht beeinträchtigt durch einen abspannenden Pariser Ausstellungstag, berechtigt mich wohl zu diesem Urtheil, und weiter darf ich noch sagen, daß es ein Irrthum ist, wenn man nach einzelnen laut gewordenen Stimmen annimmt, daß „Don Carlos" keine melodischen Partien enthalte. Einzelne Szenen ziehen in Melodien an uns vorüber, die zu den schönsten gehören, die Verdi geschaffen. Ich nenne hier nur: Chor und Finale des Vorspiels; das Freundschafts-Duett zwischen Don Carlos und Posa; den Frauenchor und die Schleier-Romanze der Eboli; Elisabeth's Abschieds-Romanze an die Mendecar-Aremberg im ersten, die zwei Arien der Eboli im zweiten und vierten Akt und die Musik, welche den Tod Posa's begleitet. Nun aber hören wir weiter eine Anzahl Nummern oder Szenen, die vokal, wie instrumental von einschlagender Wirkung sind und laut für Verdi's diesmalige Gewissenhaftigkeit, wie für seine Befähigung als dramatischer Componist sprechen. Zu diesen Stellen dürfen gerechnet werden: die Szene der Mönche, das Duett zwischen Carlos und Elisabeth im ersten Akt, das große Finale des dritten, der vierte Akt — Szene des Königs, Duett, oder besser Scene zwischen Philipp und dem Groß-Inquisitor und die Sterbeszene Posa's, die mit zu dem Besten und Schönsten gehört, was Verdi überhaupt geschrieben; ebenso der ganze kurze fünfte Akt. Unstreitig hat Verdi in „Don Carlos" das Vorzüglichste gegeben, was er als Künstler zu geben vermochte, und es wird ihm gewiß leichter werden — wenn er es überhaupt will — noch verschiedene „Troubadours" zu schreiben, als eine dem „Don Carlos" ähnliche Partitur*).

Nun einige Worte über die Aufführung und die Ausstattung, auf welche man hier stets großes Gewicht legt. Mit den tüchtigsten Kräften war die Oper besetzt. Frau Peschka-Leuthner, auch in Wien wohlbekannt, sang die Königin, Frau Detz die Eboli und ein junges Mädchen mit hübscher Stimme, Fräulein Reiß, den Pagen Thibault. Nachbaur hatte die Titelrolle, der Bariton Becker den Posa, der hohe Baß Greger den König und sein College Pockh, ein junger Wiener mit einem seltenen tiefen Baß, die kleine, doch bedeutsame Rolle des Groß-Inquisitors wiederzugeben. Alle thaten ihr Bestes und wurden oft gerufen. Auch von Seite des Chors und Orchesters war die Aufführung gelungen. Die Ausstattung war, wie man dies bei Vorführung derartiger großer Opern auf hiesiger Bühne gewohnt ist, eine wahrhaft prächtige An neuen Dekorationen, Costümen und überraschenden Maschinerien, reichen Ballets und Aufzügen fehlte es nicht. Der Platz vor der Kathedrale in Valladolid, von Schwedler gemalt, war von imposanter Wirkung und die Gegend bei dem Kloster St. Just, von unserm trefflichen Maschinenmeister Brandt in wahrhaft künstlerischer Weise komponirt, entzückte das Auge. Direktor Tescher, ein Meister in der Szenirung ähnlicher Werke, der die Massen spielend zu lenken und in wirksamster Weise zu verwerthen ver-

*) Zu dieser etwas sehr überschwänglichen Stelle macht die Red. der „Presse" folgende Bemerkung, der wir uns vollkommen anschließen: „Unser geehrter Correspondent möge entschuldigen, wenn wir in dieser Sache seinen rosigen Optimismus nicht theilen."

wegen der Grenzlinie aufgestellt, welche Preußen abzulehnen in der Lage war.

— [Postvertrag mit der Schweiz.] Von unterrichteter Seite wird bestimmt versichert, daß einige Schwierigkeiten, welche das Transit-Porto sowie Wünsche der Schweiz wegen der Einrichtung gewisser Post-Rayons entstehen ließen, beseitigt sind. Man ist in allen wesentlichen Punkten einverstanden and sogar schon mit der Redaktion des Vertrages beschäftigt. Daß das einfache Briefporto 25 Centimes oder 2 Silbergroschen betragen und nur an der Grenze in einem Rayon von 7 deutschen Meilen die Taxe 10 Centimes betragen wird, wurde schon gemeldet. Postanweisungen sollen bis zu 50 Thalern eingeführt werden. Das Briefporto zwischen Schweden und Deutschland wird voraussichtlich auf $2^1/_2$ Silbergroschen festgesetzt werden und die Dampfschiffahrt im Winter zwischen Stralsund und Schweden wahrscheinlich wegfallen. Aber das alles, sowie die Entschädigungsfrage ist noch in der Schwebe.

Ausland.

Frankreich. Paris, 2. April. [Cassagnacisches.] Das Blatt der Herren Cassagnac, das „Pays", hat wieder eine neue ehrenwerthe Enthüllung auf dem Gewissen, gegen die jetzt von London her der „International" seine Stimme erhebt. Die Sache ist wieder schmutzig genug. Einer der Cassagnacs hatte den Pariser Correspondenten des „International" im „Pays" als einen Mann denuncirt, der vor Jahren als falscher Spieler erkannt worden sei. Der betreffende Journalist stellte sofort seine Mitarbeit am „International" ein und ließ eine Untersuchung seiner Redaction über sich ergehen, die ihn glänzend rechtfertigte. Das „Pays" hatte behauptet, die Beweise für obige Angaben in Händen zu haben; nunmehr zu deren Herausgabe gedrängt, muß es eingestehen, daß es wieder einmal echt gascognisch gelogen habe, weshalb natürlich nun der „International" die Lärmtrommel rührt.

Großbritannien. [Der Sieg der Liberalen.] Eine Abstimmung, wie sie im englischen Parlament am Samstag Morgen gegen 3 Uhr nach eilfstündiger Sitzung den weiteren Verlauf des Kampfes um die irische Staatskirche entschied, ist in der Geschichte des Parlaments kein alljährliches Ereigniß. 604 Mitglieder (die vier Zähler mitgerechnet) gaben ihre Stimmen ab. (Die stärkste Theilnahme, deren wir uns augenblicklich erinnern, war zu Ende April 1866 bei der Abstimmung über die zweite Lesung des Gladstone'schen Reform-Entwurfes: 318 für, 313 gegen, Summa 631.) Den Sieg der Liberalen hatten wir erwartet; wir gestehen aber gern ein, daß wir ihn weniger glänzend erwartet hatten. Die Sitzung war eine außerordentlich interessante, was sich allerdings von der ganzen irischen Debatte sagen läßt. Aber die ungemeine Ausdehnung der Verhandlungen verbietet uns leider, tief unter die Oberfläche hinabzutauchen.

Der Premierminister Disraeli hielt eine dritthalbstündige Rede von sehr verschiedenem Gehalte. Er war äußerst erfolgreich in seinen persönlichen Angriffen auf diejenigen seiner Widersacher, welche selbst mitleidslos gegen ihn zu Felde gezogen waren. Lord Cranbourne erhielt das zweifelhafte Kompliment, daß seine Reden großes Talent und eine besondere Gabe der Anfeindung verriethen, aber die letzte Glättung und Vollendung, kurz, die Feile vermissen ließen. Ein unvermeidliches Echo aber verstehe der edle Lord von der liberalen Seite hervorzurufen; denn wenn er schweige, krieche das sehr ehrenwerthe Mitglied für Calne (Robert Lowe) aus seiner Höhle (eine Anspielung auf die Adullamiten von 1866) oder vielmehr aus einer etwas „cynischeren" Behausung, um mit hineinzubellen in den Chor, der, wie der Dichter sagt, „zum Mond' aufklagt mit grausen Melodie'n." Das sehr ehrenwerthe Mitglied sei ein gar merkwürdiger Mann; ein sehr gelehrter Mann, obschon ein Verächter der Geschichte; ein scharfer Logiker und mit einer angeborenen Abneigung gegen Alles und Jeden begabt. „Es gibt nichts, was er liebt, auch nichts, was er nicht hasse. Er haßt die Katholiken Irlands. Er haßt die Protestanten Irlands. Er haßt Ihrer Majestät Minister. Und bis zuletzt das Mitglied für Süd-Lancashire (Gladstone) die Hand auf seine Schulter legte, schien er auch diesen zu hassen. Jetzt steht's freilich anders. Jetzt haben wir „die Stunde und den Mann". Aber ich fürchte, die Uhr geht falsch und der Mann irrt sich". Auch Gladstone erhielt sein gutes Theil, „der große Staatsmann, der plötzlich über uns kommt, wie der Dieb in der Nacht, und uns die irische Staatskirche stehlen will". Die Sinnesänderung des Führers der liberalen Partei, frühere Reden und Briefe mußten gleichfalls herhalten. Um so schwächer aber war die letzte Hälfte der Rede mit ihren Versuchen von Beweisführungen. In Einem Athem gestand Disraeli ein, daß, so weit es den Staat betreffe, ein großer Unterschied zwischen öffentlichem und Privateigenthum bestehe, und sprach zugleich von der beabsichtigten Plünderung der Staatskirche. Noch weniger stichhaltig waren seine Redensarten von dem göttlichen Rechte der Regierung. „Wir haben das göttliche Recht der Könige beseitigt," sagte er, „weil es zum Mißbrauche angeblicher übernatürlicher Gewalt führte; aber ein einsichtiges Zeitalter wird nie das göttliche Recht der Regierung verwerfen wollen. Wenn die Regierung nicht göttlich ist, ist sie nichts, ist sie eine bloße Polizei- und Steuererhebungsmaschine." Hieraus folgerte er (man bemerke die Vertauschung der Begriffe göttlich und kirchlich), daß jede Regierung von einem religiösen Prinzipe durchdrungen und daher mit einer Staatskirche verbunden sein müsse.

Gegen Ende wurde die Rede noch schwächer: die hochkirchlichen Ritualisten und die irischen Anhänger des Papstes seien schon lange zu geheimer Verschwörung, jetzt aber zu offenem Bunde zusammengetreten; unter der Maske des Liberalismus, unter dem Vorwande, die Forderungen des Zeitgeistes zu verwirklichen, versuchten sie nun, die oberste Leitung des Reiches in ihre Hand zu spielen; Gladstone sei der Vertreter dieses Bundes, der die Unterthanen Ihrer Majestät

---

steht, hatte auf die Inszenesetzung die größte Sorgfalt verwendet und das Original-Ballet „Die Peregrina" unter dem Titel „Die Perlenkönigin" passend umgemodelt. Die Ausführung durch Balletmeister Hoffmann hätte indessen etwas phantasievoller sein können. Doch wirkte das nicht kleine choreographische Intermezzo durch Tanz, Dekorationen und besonders durch die vom Maschinenmeister Brandt erfundenen und ausgeführten komplicirten und überraschenden Maschinerien in der anregendsten Weise. Diese bildeten für das Auge den Glanzpunkt der Vorstellung. Das Festspiel zeigte uns eine phantastische, feenhafte Landschaft. Aus den von silbernem Mondlicht durchzitterten Fluthen eines Sees tauchen Najaden mit ihrer Königin auf, während Feen und Nymphen die Lüfte durchschweben, auf der Erde sich in heiteren Spielen ergehen. Ein Ritter (Herr Siems) erscheint, um für Spaniens Herrscher die schönste Perle zu suchen. Die Königin der Najaden bedeutet ihn, daß dies nur mit ihrer Hilfe geschehen könne und den Abgesandten mit ihrem Zauber umgebend, taucht sie mit ihm in die Fluthen hinab. Unser Auge folgt Beiden. Die Landschaft, die ganze Tiefe der Bühne einnehmend, steigt langsam aufwärts und nach und nach erscheinen die phantastisch erglänzenden Wände einer Grotte auf dem Boden des Sees. Muscheln aller Art liegen umher. Perlen erscheinen, riesige Wasserlilien tauchen auf, kleine ideale Wesen bergend und neue Spiele und Tänze beginnen. Noch liegen der Perlenmuscheln mehrere geschlossen da. Die schönste der Perlen selbst zu wählen, zu suchen, fordert die Königin den Ritter auf, und die unscheinbarste Hülle bezeichnend, erscheint die strahlende Peregrina „die Fremde" (Fräulein Lamoliere). Mit dem Finder steigt sie (nach einem Pas-de-deux) zur Erde empor, „um hier als schönster Schmuck in Spaniens Krone, als ein Sinnbild seiner aus Frankreich eingezogenen — und daher „fremden" — Königin zu glänzen." Also sagt das Libretto. Diese letzte aufsteigende Gruppe nun war von einer wahrhaft magischen Wirkung. Leichte Gewinde, von Wasserlilien gebildet, Feen und Najaden tragend und wieder von solchen getragen, tauchen in wohl sechsfacher Reihe nach und nach aus dem Boden auf, immer höher wachsend, bis sie unseren Blicken fast wieder entschwinden. Wasserstrahlen schießen von allen Seiten empor, silberne Tropfengarben ergießen sich über die feenhaften verlockenden Gestalten, sie bald bergend, daß man ihre Umrisse nur zu errathen vermag, bald sie wieder in erhöhtem Lichte zeigend. Das strahlt und glänzt in allen Farben, glitzert und schimmert in der elektrischen Beleuchtung, daß das Auge wahrhaft geblendet wird und alles Gebotene kaum zu fassen vermag. Es war ein Bild, wie man es schöner sich nicht denken kann, wie es effektvoller weder auf einer französischen, noch deutschen Bühne erschienen, und dreimal (für Darmstadt unerhört) wurde sein Erfinder, Brandt, von dem entzückten Publikum herausgejubelt. Der Balletmeister Hoffmann erschien mit ihm. Zum Erfolge des Abends hat die Arbeit Brandt's wesentlich beigetragen. Elf Uhr war es, als die Vorstellung zu Ende ging — fünf volle Stunden hatte sie gedauert — und wenn auch etwas abgespannt, so verließen die Zuschauer das Haus doch befriedigt. Die Oper wird durch das, was sie in musikalischer und anderer Hinsicht bietet, in dieser Saison die Menge von allen Seiten, aus allen Städten der Umgegend noch oft anziehen und sich gewiß auch ferner, wie die zu Anfang genannten Werke, auf dem Repertoire der großherzoglichen Hofbühne erhalten.

ihrer köstlichsten Rechte berauben und selbst der Krone Gefahr bringen wolle.

Gladstone, welcher sich um ein Uhr zu der Schlußrede erhob, würdigte solchen Unsinn mit Recht nur weniger zurückweisender Worte. Er unterwarf die während der Debatte ausgesprochenen Ansichten der ministeriellen Redner einer eingehenden Kritik und schloß um halb 3 Uhr mit einer eindringlichen Aufforderung an das Haus, den guten Namen und die Gerechtigkeit des Staates, des Gesetzes und des Volkes von Großbritannien und Irland herzustellen. Nachdem der unvermeidliche Newdegate unter fortdauerndem Schlußrufe noch einige überflüssige Worte gesprochen, erfolgte die Abstimmung mit dem oben verzeichneten Ergebnisse. Das Haus ging dann der Form nach in Comite, welches natürlich sofort nach früherer Festsetzung auf den 27. d. vertagt wurde. Unter lautem Jubelrufe der liberalen Partei leerte sich der Saal um 3¼ Uhr.

Frankfurter Börse (30. März bis 4. April.)

4. April. Das Wochengeschäft war im Ganzen schleppender Natur und die Umsätze von keinem grossen Belang, nur die Ultimoregulirung brachte grössere Bewegung hervor. Sie verlief leichter, als man nach dem schwierigen Medio hätte erwarten sollen, für Staatsbahn und Amerikaner mussten hohe Zinsen gezahlt werden. Oesterr. Staatspapiere haben sich fast stationär gehalten, mit Ausnahme von 60er Loosen, welche die Baisse etwas stärker affizirte. In Amerikanern, wovon viel flottantes Material am Markt, stockt das Geschäft über alle Massen, doch konserviren sie den 75er mit grosser Beharrlichkeit.

Süddeutsche Fonds leiden unter den neuen Emissionen, welche im Tausch gegen die viel billigeren garantirten E.-B.-Aktien an den Markt kommen. Am besten hielten sich noch 4½pCt. Württemberger, die à 92¾ für Interimsscheine und à 93 für effektive Stücke abgegeben und coulant genommen wurden. Von Loosen badische 100 Thlr. unter starkem Angebot auf 97½ gewichen; kurhessische 49 Thlr. steigend.

Oesterr. Kreditaktien in fester Haltung, der Beschluss, das Kapital auf 40 Millionen zu reduziren, findet allgemeine Zustimmung, zumal diese Reduktion eine dauernde sein soll, die Aktien mithin nicht wieder nach Gutdünken des Verwaltungsraths verkauft werden dürfen, was verwerflichster Tripotage das Thor öffnen hiesse. — Darmstädter exDiv. 224¼. Das Institut ist zu neuer Thätigkeit erwacht und scheint den rechten Weg gefunden zu haben, insbesondere ist jetzt auch seine Stellung an der Frankfurter Börse eine einflussreichere und bedeutungsvollere geworden. Von Zettelbanken österreichische flau und bis 719 gewichen, wogegen Frankfurter gut behauptet und bis 126 gesucht.

Auf dem E.-B.-Aktien-Markt waren von den alten Devisen bayer. Ostbahnen steigend bis 122¼, dagegen Staatsbahnen um fl. 4 rückgängig. Die Einnahmen fangen an abzufallen und die Dividende soll zu Gunsten einer starken Dotirung des Reservefonds geschmälert werden. Für die soliden Besitzer wäre dies gerade kein Grund eines Minderwerthes. Von pfälzischen Linien Bexbacher ex Div. 149¾ etwas schwächer, dagegen Weissenburger zu 108¼ um 1¼ pCt. besser bezahlt. Sehr lebhaft ging es in den neuen Emissionen zu. Die mit 4 pCt. Staatsgarantie versehenen Stammaktien Lit. B. der Rheinischen Eisenbahn fanden willkommene Aufnahme; der für den hiesigen Platz bestimmte Betrag erwies sich als unzureichend. Nach diesem Vorgang ist zu erwarten, dass auch die neuen Emissionen der Köln-Mindener E.-B. einen guten Boden finden werden, deren Direktion, wie wir vernehmen, in nächster Zeit hier ein Domizil für ihre Coupons und Kapitalzahlungen eröffnen wird. Auch für die 4pCt. Aktien der Alsenzbahn zeigte sich ein so starker Begehr, dass die Subskription gleich am Beginn des Zeichnungstages (3. April) geschlossen wurde. Freilich ist der Emissionskurs (80¼) im Verhältniss zu demjenigen der bisherigen Geldbeschaffungen für die pfälzischen Bahnen ein sehr herabgesetzter.

In den hier eingebürgerten Prioritäten wenig Verkehr. Die Zeichnung auf die neuen 5pCt. Obligationen der russischen Schuja-Ivanovo-E.-B. hat besten Erfolg gehabt; es sollte dafür Sorge getragen werden, dass die guten russischen E.-B.-Prioritäten auch hier zur offiziellen Kursnotiz gelangen.

Geld ist nicht knapp, doch auch nicht gerade abundant und Diskonto unter Banksatz weniger anzubringen. Die bei den neuen Emissionen betheiligten Bankhäuser halten ihre Mittel dafür disponibel und gewähren sie dem Markt und der Börse nicht mehr zu so billigen Bedingungen als zuvor. Sind die Papiere plazirt, so wird Geld auch wieder flüssiger werden, es müssten denn Handel und Industrie entschiedeneren Aufschwung nehmen, als bis jetzt noch der Fall ist. Die Bankausweise dokumentiren noch allerseits Geschäftsstockung. In fremden Wechseln geringe Veränderung, Paris und Amsterdam etwas schwächer.

	30.	4.		30.	4.
5% Oestr. National	54 B	54[illegible]	3½% Badische Obl.	—	82[illegible] B
5% do. Metal. (1859)	63[illegible]	63[illegible]	4% Darmstädt. do.	90 B	89[illegible] B
do. (steuerfr.)	50[illegible]	50[illegible]	4½% Nassauer do.	94[illegible] B	94[illegible] B
5% do. Lose (1860)	71[illegible]	71[illegible]	4% do. do.	86[illegible] B	86[illegible] B
— do. do. (1864)	88[illegible] B	88 B	3½% do. do.	—	81
Oestr. Kreditl. (58)	188[illegible] B	—	4% Kurhess. do.	—	89[illegible] B
5% Bayer. Obligat.	—	101[illegible] B	3½% Frankf. do.	81[illegible] B	81[illegible] B
4½% do. do.	93[illegible] B	93[illegible] B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88[illegible] B	88[illegible] B	6% Amerik. (1882)	74[illegible]	75[illegible]
4% do. 100 Thl.-L.	99[illegible]	98[illegible]	Oestr. Kredit.	193[illegible]	192[illegible]
4½% Würtemb. Obl.	93[illegible] B	93[illegible] B	Oestr. Nat.-Bank	723	719 B
3½% do. do.	82[illegible] B	82[illegible]	Frankfurter do.	125	126[illegible] B
4½% Badische do.	93[illegible] B	93[illegible]	Bexbacher E.-B.	156 B	149[illegible] B
4% do. do.	86[illegible]	86[illegible]	Bayer. Ostbahnen	121 B	121[illegible] (Akt)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. d. b. R.)	63¼ G.
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64½ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	68½ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48¼ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 60	50½ G.
„	4½pCt.	42½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	92⅞ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅜ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅝ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93¾ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89⅝ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83[illegible] G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅜ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 G.
„	4½pCt. Obl. dto.	81 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt.	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 100 Thlr.	84¾ G.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	77⅛—¼ G.
„	6pCt. ditto v. 1882	75¼—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	125 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193¼—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R.	93¾ P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	224 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	81½ G.
Mitteldeutsche Kreditaktien	93½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	331½ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	111¼ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	256½—⅞ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	149½ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88⅝ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132⅛ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51¼ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72½ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42½ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	121⅞ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100½ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	104⅞ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	104⅞ G.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	82 G.
München fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102½ G.
do. in Sst. W. l. S.	102½ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144½ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64⅝ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71⅜ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	184½ G.
do. v. 1864	87⅝ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98⅝ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10½ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ G.
„ fl. 25 do.	37⅞ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¾ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	32½ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12¼ G.

Frankfurt, 6. April. Die Börse war träge und geschäftslos. Von Spekulationspapieren waren Staatsbahn etwas höher auf die Nachricht, daß die Anträge des Subkomite's bezüglich der neuen böhm. Bahnen keine Aussicht auf Annahme im Reichsrath habe. Die übrigen österreichischen Papiere waren unverändert. Süddeutsche anhaltend matt, Amerikaner bleiben dagegen fest. Von neuen Effekten wurden Alsenzbahn für Berliner Rechnung verkauft, und waren in Folge davon etwas niedriger. Die Zeichnung auf oberhessische Aktien am hiesigen Platze ist geschlossen, nachdem der für hier reservirte Betrag gleich nach der Eröffnung vollständig gedeckt war. Auch in Stuttgart ist der reservirte Betrag überschritten. Von Berlin liegen noch keine Nachrichten vor. In den übrigen neuen Effekten war wenig Geschäft. Die neuen 5proc. Ludwigsbahnprioritäten werden nun definitiv am 15. April emittirt. Wegen der bevorstehenden zahlreichen Feiertage erwartet man für die nächsten Tage überhaupt kein bedeutendes Geschäft. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 99. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 8. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Staatsausgaben: Regierungspresse; Justiz.

München, 7. April.

Aus der gestrigen 84. Sitzung der Kammer der Abgeordneten tragen wir folgendes Ausführlichere aus den Debatten nach. Ueber die Position im Betrage von jährlich 20,000 fl. für die Regierungspresse sprach zuerst Dr. Ruland. Er gibt zu, daß in einer Zeit, wo die Presse zu einer Macht geworden ist, wo die Tagespresse die sogenannte öffentliche Meinung bildet, auch die Regierung sich eines solchen Mittels bedienen müsse. Allein nachdem in unseren Tagen die Tagespresse nichts Anderes geworden ist, als die Anschauung der sich bekämpfenden Parteien, sollte doch die Regierungspresse einen über den Parteien erhabenen Standpunkt einnehmen, insbesondere auch den Standpunkt der Verfassung festhalten. Allein die seitherige Regierungspresse habe sich über den Parteistandpunkt nicht erheben können. Die Regierungspresse solle dem Volk den Standpunkt der Regierung darlegen und ausführen, warum das so und nicht anders sein könne. Allein das finde man in dem Regierungsorgan nicht, vielmehr schade dieses Blatt der Regierung. Jedermann könne Achtung seiner Meinung verlangen, welchen Phrasen aber begegne man in dieser Beziehung gerade in dem Regierungsorgan? Redner erwähnt den Wahlartikel in dem Blatt der „Süddeutschen Presse“ vom 15. Februar, in Bezug auf welchen am 17. Februar die Redaktion erklärte, daß derselbe so wenig die Ansicht der Regierung ausdrücke, wie überhaupt irgend ein Beiartikel in der „Südd. Presse“. Die „Korrespondenz Hoffmann“ scheine mehr ein Geheimniß zu sein, er habe sie nie in Händen gehabt und kenne sie also nicht... Ueberhaupt müsse die Presse, wenn sie wirken will, in kleineren Blättern wirken, diese bilbeten die öffentliche Meinung hüben und drüben. Die Regierung müsse eine Presse haben, aber diese müsse dann objektiv vorgehen. Durch solche Blätter, wie die „Süddeutsche Presse“ werde kein Dank gegen die Regierung, sondern nur Mißstimmung hervorgerufen.

Auch Brater ist der Ansicht, daß eine Regierung die Möglichkeit und Mittel haben müsse, sich in der Presse zu vertreten. Bewegen sich diese Mittel in den entsprechenden Schranken, so sei er bereit, sie zu bewilligen, jedoch unter der Voraussetzung, daß die Behörden nicht mehr gezwungen werden, das Regierungsorgan auf Regie zu halten, dann daß keine Brandschatzung der Staatsangehörigen durch den Inseratenzwang stattfindet. Eine zweite Voraussetzung für ihn und seine politischen Freunde sei die, daß die Regierung in der Genehmigung des Postulats kein Vertrauensvotum erblickt. Vor zwei Tagen erst sei der Beweis geliefert worden, daß er und seine Freunde der jetzigen Regierung keine systematische Opposition machen, sie vielmehr vor Angriffen von Seite einer gewissen Partei schützen wollen. Ein Vertrauensvotum könne aber auch nicht ausgesprochen werden, weil das Ministerium des Innern erst jüngst neu besetzt wurde. Der gegenwärtige Hr. Minister des Innern werde gewiß ein Vertrauensvotum nur mit Erstaunen jetzt aufnehmen. Sehe er (Redner) auf die Gesammtheit der Thätigkeit der Regierung auf dem Gebiete der inneren Politik, und sehe er ab von dem jüngst stattgehabten Personenwechsel, so könne er auch der Regierung kein Vertrauensvotum entgegenbringen. Es wäre ungerecht, nicht anerkennen zu wollen, daß bedeutende Leistungen stattgefunden haben und daß durch die neueren Gesetze der inneren Verwaltung unter die Arme gegriffen worden ist, allein es gebe doch einzelne Punkte, in welchen er mit den Leistungen der Regierung nicht ganz zufrieden sei. In dieser Beziehung erinnere er an den Gesetzentwurf über die Gemeindeordnung, welcher in seiner ursprünglichen Gestalt nicht die Eigenschaften an sich getragen habe, die man von einer freisinnigen Reform fordern kann. Unsere gesammte Verwaltungsorganisation sei einer Neugestaltung bedürftig. Daß die Regierung eine solche Neugestaltung beabsichtige, sei wohl hie und da angedeutet, aber nicht bestimmt ausgesprochen worden; auch sei kein Plan bekannt geworden, der in dieser Beziehung bestünde. Ferner sei das Schulgesetz ungenügend und bestehe keine Gewißheit, ob die Regierung auf die vom Ausschuß vorgeschlagenen Aenderungen eingeht. Endlich lasse noch immer die Reform der Kammer der Reichsräthe und die Reform der Militärgerichtsbarkeit auf sich warten.

Herr Justizminister v. Lutz bemerkte u. A.: Die Absicht, welche er bei Abgabe der Erklärung im Ausschuß, die Regierung erblicke in der Bewilligung des ganzen Postulats von 20,000 fl. den Ausdruck des Vertrauens in die Staatsregierung, gehegt hat, sei mißverstanden worden. Er habe kein Vertrauensvotum für die Regierung verlangen wollen. Abgesehen davon, daß dergleichen Verlangen so selten als möglich gestellt werden dürfen, hätte er ein solches Verlangen nur stellen können, wenn er die Zustimmung und Ermächtigung seiner Kollegen gehabt hätte, und eine solche Ermächtigung habe er nicht gehabt. Es sei ihm lediglich darum zu thun gewesen, die Aufmerksamkeit des Ausschusses auf Erwägungen und Gründe zu lenken, welche aus der Entscheidung des Ausschusses über die Frage der Nichtgenehmigung dieses Postulats sich bilden könnten. Differenzen zwischen den Regierungsvorschlägen und den Ausschußanträgen werde es immer geben; viele solcher Differenzen seien ohne Einfluß; allein es gebe Differenzen, welche eine Schlußfolgerung auf das Verhältniß der Regierung zur Volksvertretung zulassen, je nachdem die Entscheidung der Kammer ausfällt. Unter die Differenzen, welche eine solche Schluß-

Der Prozeß gegen den Deputirten Kervegues in Paris.

Der Prozeß, welcher in Folge der Verläumdung des oben genannten Herrn in der Kammer gegen die freisinnigen Pariser Blätter: sie seien von Preußen bestochen — entstand, ist interessant genug, um die Verhandlungen ausführlich nach dem Berichte der „Köln. Ztg.“ mitzutheilen. Derselben schreibt man unterm 3. April:

Heute kam der Prozeß der vier Journale, „des Debats,“ „Avenir National“, „Liberté“ und „Revue des deux Mondes“, gegen den Deputirten Kervegues vor das Zuchtpolizeigericht (6. Kammer). Ein zahlreiches Publikum, darunter viele Deputirte und Senatoren, hatte sich eingefunden. Keiner der Geranten der vier Journale war erschienen. Dieselben ließen sich einfach von ihren Anwälten vertreten. Hr. v. Kervegues war jedoch in höchst eigener Person gekommen. Sein Erscheinen im Saale erregte selbstverständlich die Aufmerksamkeit Aller. Der Deputirte von Toulon sah gerade nicht sehr verlegen aus; er begab sich nach der Armensünderbank hin, auf welcher er auch, als ihn der Präsident dazu aufforderte, Platz nahm. Auf die Frage des Präsidenten erklärte der Beschuldigte, Marie Philippe August de Kervegues zu heißen, Gutsbesitzer zu sein und im Alter von 56 Jahren zu stehen. Kervegues's Aeußeres hat im Ganzen nichts Einnehmendes; er ist groß, seine Haare sind blond und spärlich; dagegen hat er einen dichten, breiten, etwas unkultivirten Bart. Seine Gesichtszüge drücken große Erschlaffung aus.

Der Präsident erklärt Herrn Kervegues, daß er ihn erst verhören könne, wenn das Exposé der Sache vorgetragen worden sei.

Ferdinand Duval, Advokat der „Debats,“ ist mit diesem Vortrage betraut. Derselbe beginnt seine Darstellung der Thatsachen mit dem Zwischenfalle in der Kammer, d. h. mit den verleumderischen Angriffen, welche Herr Kervegues von der Rednertribune herab gegen die Oppositionspresse schleuderte, die er bekanntlich als von Preußen erkauft darstellte, um dessen Vorgehen im Jahre 1866 zu unterstützen. Dann auf das Ehrengericht übergehend, dem bekanntlich Guéroult (Opinion Nationale) und Havin (Siècle) [beide sind Deputirte] die Sache, in so fern sie dieselben betraf, übergaben, meint Duval, daß das Urtheil, welches dieses Gericht erlassen, eine Lehre für Herrn Kervegues hätte sein sollen, es ihn hätte bestimmen müssen, sein Auftreten zu bereuen und einzugestehen, daß er Unrecht gehabt, verfälschten und verleumderischen Dokumenten Vertrauen zu schenken. Herr von Kervegues habe aber gerade das Gegentheil gethan: er habe nach diesem Urtheile die falschen Aktenstücke in die Oeffentlichkeit bringen wollen und sie Herrn Granier de Cassagnac überliefert. Das Gehässigste in dieser Angelegenheit sei, daß Herr Kervegues vier

folgerung zulassen, gehört die Differenz, welche bezüglich der Regierungspresse sich bilden könnte. Selbst wenn die Kammer protestirte, daß sie durch Schmälerung oder Ablehnung des Postulats für die Regierungspresse die Regierung bekämpfen wolle, werde sie nicht verhüten können, daß man aus der Weigerung der Kammer ein Mißtrauen gegen die Regierung folgert. Lediglich um diese Schlußfolgerung fern zu halten, habe er die erwähnte Erklärung im Ausschuß abgegeben. Was den anderen von Brater berührten Punkt betrifft, so könne er erklären, daß eine Verordnung, welche die Gerichte anweise, oder auch nur einlade, ihre Inserate einem gewissen Blatte zuzuwenden, nicht mehr existirt, auch nicht gegenüber der „Südd. Presse". Daher komme es, daß die „Südd. Presse" viel weniger amtliche Inserate enthalte, als die frühere „Bayer. Zeitung"; die „Augsb. Abendzeitung" enthalte dreimal so viel amtliche Inserate als die „Südd. Presse". Ein Inseratenzwang bestehe nur bezüglich derjenigen Inserate, bezüglich welcher ein Zwang durch das Gesetz vorgeschrieben ist: es sind dies die handelsgerichtlichen Anzeigen.

Hr. Minister Fürst v. Hohenlohe fügte bei, daß die bayer. Regierung eine eigentliche Regierungspresse nicht mehr wolle, daß man die „B. Z." deßhalb habe eingehen lassen und daß auch die „Südd. Zeitung" nicht in den Begriff der Regierungspresse falle, denn die „Südd. Presse" erhalte keine Instruktionen, und die Regierung sei für die Aeußerungen der „Südd. Pr." nicht verantwortlich. Er (Redner) habe eine so hohe Meinung von der Presse im Allgemeinen, daß er sich gar kein größeres bedeutendes Organ der Presse denken könne, welches nach Instruktionen arbeiten, nach Vorschriften denken soll. Es sei also gar nicht möglich, ein solches Organ zu schaffen, ohne in Verlegenheiten zu kommen. Eine eigentliche Regierungspresse sei nur möglich in der Form eines Staatsanzeigers, für dessen Inhalt die Regierung verantwortlich wäre. Referent Feustel ist einverstanden, daß die Verweigerung oder Verkürzung der Mittel für die Regierungspresse einer Bekämpfung des Ministeriums gleich komme, und fügte noch bei, daß der frühere Minister des Innern im Ausschuß wiederholt erklärt hat, daß ein Inseratenzwang nicht mehr besteht. — Das Postulat von 20,000 fl. für die Regierungspresse wurde sodann genehmigt.

(Schluß folgt.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Ein Charakteristikum für die Stellung zu Rom.] Der „D. A. Ztg." schreibt ein Wiener Korrespondent: Sie erinnern sich, daß der St. Michaels-Bruderschaft die nachgesuchte Bewilligung zu Werbungen für die päpstliche Armee verweigert wurde; die Bruderschaft hat sich seitdem auf Beschaffung von Geldmitteln für die päpstlichen Zuaven verlegt. Es gehörten dem Verein auch der Unterstaatssekretär Baron Meysenbug und die Hofräthe v. Biegeleben und Baron Gagern aus dem auswärtigen Ministerium, sowie der Sektionschef v. Hoffmann aus der Reichskanzlei an. Der letztere ist schon vor mehreren Monaten ausgeschieden; es wirft aber ein charakteristisches Licht auf die Stellung der Regierung zu den Zwecken des Vereins und also mittelbar zu Rom, daß jetzt auch die Herren Baron Meysenbug, v. Biegeleben und Freiherr v. Gagern ihren Austritt angezeigt haben, und daß eine an sie gerichtete ausdrückliche Aufforderung des Herrn v. Beust die Veranlassung dazu geboten hat. (In einer ähnlichen Korrespondenz der „A. Ztg." wird dies folgendermaßen erklärt: In der Generalversammlung der Michaelis-Bruderschaft am 22. März waren von Seiten des Herrn Moufang, Domkapitulars aus Mainz, Aeußerungen über die Zustände Oesterreichs und die Beust'sche Politik gefallen, denen gegenüber es auffallend erscheint, daß keiner der anwesenden Herren aus dem Ministerium eine Entgegnung hatte und auch keiner den Saal verließ.)

Ausland.

Frankreich. [Vermischte Nachrichten.] Die Entschädigung für die Mexikanischen Bondsbesitzer findet unerwarteten Widerstand im Staatsrath; selbst die Rückerstattung der Summen, welche der Staat aus dem Ertrag der Anleihe erhalten, wird beanstandet. Die Aktionäre sind daher auf heute zu einer Versammlung berufen, um über eine Petition an den gesetzgebenden Körper zu beschließen, worin namentlich hervorgehoben werden soll, daß nur im Vertrauen auf das Patronat Frankreichs die Unterzeichnungen für die Anleihe erfolgt sind. — Die „Liberté", welche bekanntlich in guten Beziehungen zum Palais royal steht, behauptet, Prinz Napoleon spreche sich seit seiner Rückkehr aus Deutschland mehr als je für das Programm aus: Freiheit im Innern, Frieden nach Außen. — Aus einem Bericht über das Invalidenhotel erhellt, daß unter den durch dasselbe verpflegten 19,000 Invaliden, sich noch 940 aus der ersten Kaiserperiode und sogar 30 noch aus der Zeit der ersten Republik befinden. — Die Memoiren Maximilians werden dieser Tage in Paris erscheinen. — In Thann führt eine Gesellschaft Bayern zum allgemeinen Ergötzen die bisher in Frankreich unbekannten Passionsspiele auf; die Regierung sieht es nicht gerne, läßt es aber, um nicht gegen die Geistlichkeit anzustoßen, geschehen. — Im Theater von Bordeaux hat die Aufführung von „Kosciusko" zu einer Demonstration geführt. Bei den Worten „ich will die Republik retten" wollten die Bravo gar kein Ende nehmen, und selbst das sonst nicht republikanisch gesinnte Publikum betheiligte sich lebhaft daran. — Die Entscheidung eines Friedensrichters gibt den Parisern Stoff zum Lachen. Es ist nämlich verboten, Pferde zur Schwemme in die Seine zu treiben. Die Zeugen sagten aus, daß sie den Angeklagten mit Pferden aus dem Fluß kommen sahen, der kluge Richter sprach ihn indeß frei, weil Niemand ihn Pferde in den Fluß führen sah, und das Gesetz nur dieses verbietet. — In Algier sind die Araber auf die Nothhülfe verfallen, nach den Städten zu kommen, um dort etwas zu stehlen, damit sie im Gefängniß dem Hungertod entgehen. Die Regierung weiß sich keinen Rath, da sie die Zahl dieser freiwilligen Delinquenten nicht mehr unterbringen kann.

Journale in seine Verläumdungen mit aufgenommen habe, mit welchen weder er noch Herr de la Varenne (der bekannte Agent der italienischen Regierung) die geringsten Beziehungen gehabt hätten. Die vier Journale, welche die Klage erheben, hätten Herrn Kerveguen nur als Deputirten gekannt, und dann besonders auch noch als einen Mann, dessen Name vielfach in Civilprozessen genannt worden sei, wo er gegen die Wechsel-Agenten plaidirt habe, die Geld für Börsen-Differenzen von ihm verlangt, deren Bezahlung er aber verweigert habe, indem er sich auf die Ausnahme gestützt, welche das Gesetz für Spiel-, d. h. Ehrenschulden aufstellt.

Herr Kerveguen macht bei diesem Ausfalle des Herrn Duval ein ziemlich verlegenes Gesicht; er wird roth und kratzt sich längere Zeit hinter dem Ohre. Man sieht ihm an, daß er nicht weiß, welche Haltung er annehmen soll.

Die klagenden Parteien fordern als Schadenersatz einfach die Verurtheilung des Herrn Kerveguen zu den Prozeßkosten. Die Journale verlangen übrigens auch nicht das Einrücken des Urtheiles in mehrere pariser Zeitungen, dies jedoch nur deßhalb nicht, weil die ganze Sache so großes Interesse erregt, daß wohl kein einziges französisches Journal versäumen würde, deren Einzelnheiten, in so weit es eben das Gesetz gestattet, mitzutheilen.

Nach Duval erhielt Emanuel Arago, Advokat des „Avenir National", das Wort. Er sagt ungefähr das Nämliche, wie Duval. Er hebt noch besonders die Gehässigkeit des Auftretens des Herrn Kerveguen hervor. Eine schmählichere Verleumdung, wie die des Herrn Deputirten von Toulon, hat es ihm zufolge wohl nie gegeben. Er wirft demselben vor, die vier Journale in dem Artikel des „Pays" vom 27. Februar diffamirt zu haben, den er augenscheinlich Herrn Granier de Cassagnac in die Feder diktirt habe. In diesem Artikel habe man den vier Journalen vorgeworfen, die Politik des Auslandes unterstützt und dafür Geld erhalten zu haben. Später habe er zwar widerlegt, daß die Journale im Briefe Crispi's (1860) genannt worden seien, aber nur deßhalb, weil es ihm nachträglich eingefallen sei, daß damals das „Avenir National" und die „Liberté" noch nicht existirt hatten.

Nogent St. Laurent erhielt nun das Wort für die „Revue des deux Mondes." Die Auseinandersetzung desselben bot nichts Interessantes dar.

Der Präsident schritt alsdann zum Verhör des Angeklagten. Kerveguen bewies, daß der arme Deputirte von Toulon ein schwacher, leichtgläubiger, charakterloser Mensch ist, der von Leuten, die feiner waren, als er, zum Werkzeuge benutzt wurde; sodann erklärte er, daß die Art und Weise, wie die öffentliche Meinung das Urtheil des Ehrengerichtes aufgenommen, ihn verdrossen und die Abfassung des Urtheilsspruches selbst ihn nicht befriedigt habe; er habe deßhalb versucht, sich eine Abschrift der Briefschaften des Herrn de la Varenne zu verschaffen, um sich derselben zu bedienen, wie und wann es ihm gutdünke; alle Journale [?] hätten ihn nach dem Urtheilsspruche des Ehrengerichtes angegriffen; er habe nur den „Moniteur" und das „Pays" für sich gehabt. Er habe sich zu Herrn Granier de Cassagnac (dem Chef-Redakteur des "Pays") begeben, um ihm für die Beweise von Sympathie zu danken, die er ihm zu Theil habe werden lassen.

Großbritannien. [Aus der irischen Debatte.] Obwohl wir das Hauptsächlichste daraus bereits mitgetheilt haben, so lohnt es sich doch, „gleichwie der Aehrenleser folgt dem Schnitter", noch nachträglich einen Streifzug auf jenen Acker zu unternehmen und einzelne Aussprüche zu sammeln, welche entweder an sich von Werth sind, oder ein Licht auf den Gegenstand der Verhandlung werfen.

Viel Heiterkeit erregte der immer schalkhafte Abgeordnete Bernal Osborne durch seine Beschreibung des hochconservativen und hochprotestantischen Landadels in Irland: „Der Norden der Insel ist mir nicht so genau bekannt; aber im Süden, (dort ist er selber ansässig), da kenne ich die irischen Protestanten recht gut. Es sind meistens Abkömmlinge — recht achtungswerthe hochwohl- und hochgeborene Abkömmlinge — einer Aristokratie, die ursprünglich aus Cromwell's Trompetern und Landsknechten bestand. Und diese recht achtungswerthen Herren, deren Ahnen nicht nur die bischöfliche Kirche über den Haufen warfen, sondern sogar die Monarchie zerstörten, die bilden jetzt den conservativen Landadel. Ich weiß nicht, ob sie eine besondere Ehrfurcht vor den 39 Artikeln (der Staatskirche) haben; ich glaube fast, sie wissen gar nicht, was das ist; aber sie trinken regelmäßig das ruhmreiche, fromme und unsterbliche Andenken, welches der eine große Artikel ihres Glaubens ist. (Es ist das Gedächtniß Wilhelm's von Oranien und der Schlacht am Boyneflusse gemeint, in welcher die aufständischen Irländer und Jakob II. im Jahre 1690 auf's Haupt geschlagen wurden) Und das ist dann die Vereinigte Kirche von England und Irland." Osborne erinnerte weiterhin an die Frage Lord Lansdowne's: „Ist denn die Staatskirche zum Nutzen Irlands, oder Irland zum Nutzen der Staatskirche auf der Welt?"

In ähnlicher Weise machte sich Robert Lowe über das von Disraeli gerriesene „geheiligte Band zwischen Kirche und Staat" lustig: dieses geheiligte Band sei für Irland erst durch die Unionsakte des Jahres 1800 gewoben worden, und zwar durchaus nicht mit geheiligten Mitteln. (Bestechung spielte dabei eine Hauptrolle.) Vielleicht werde Disraeli später auch beweisen, wie ein Ding, welches vor der Union nicht bestand und erst durch die Akte von 1800 geschaffen wurde, geheiligt zu nennen und woher die Inspiration eigentlich gekommen sei.

Um die Ueberschwemmung des katholischen Irlands mit protestantischen Geistlichen hervorzuheben, führte Lowe ein paar alte Knittelverse an, die sich etwa in folgender Weise wiedergeben lassen:

Wenn hier in England genügen für drei
Millionen Seelen der Bischöfe zwei,
So, scheint es, reicht für die halbe Million
In Irland ein Drittel Bischof schon.

Sehr glücklich beschrieb Lowe auch den Eindruck, welchen Lord Stanley's Rede machte. Dieselbe war nämlich als Antwort gegen Gladstone bestimmt, aber offenbar im voraus niedergeschrieben und ohne Veränderung gehalten worden, so daß sie manchmal, um einen volksthümlichen Ausdruck zu gebrauchen, paßte, wie die Faust aufs Auge. „Die Rede erinnerte mich", sagte Lowe, „an die eingemauerten Kanonen am Bosporus, die ein Schiff in tausend Stücke schießen, wenn es nur so freundlich ist, sich gerade in der Schußlinie zu halten. Thut es dies nicht, so geht die Kugel vorbei und macht eben nur ein Loch in die Natur."

General Peel meinte, die liberale Partei solle doch die Einkünfte der irischen Staatskirche nicht eher zu anderen Zwecken bestimmen, als bis sie dieselben wirklich habe: „Als im Jahre 1835 bei der Debatte über die Appropriations-Akte ein Mitglied den Staatsökonomen Macheath citirte, unterbrach Sir R. Peel den Redner mit der Bemerkung: „Macheath war ein viel klügerer Mann als Sie sind, denn er verfügte über seine Ueberschüsse nie, als bis er sicher war, daß er sie hatte." Nun, wie die Akte des Jahres 1835 trotz dieses Einwurfes durchgegangen ist, so wird der General es auch wohl noch zu seinem Schmerze erleben, daß das Parlament unheilige Hände an die Güter der irischen Staatskirche legt.

Italien. [Die Spracheinheit.] Obwohl Alexander Manzoni in einer seiner Tragödien, wo von den Fehden die Rede ist, welche im Mittelalter die lombardischen Freistaaten entzweite, von den Italienern sagt, sie seien Söhne eines Landes und sie sprächen eine Sprache, so hat doch der Minister des Unterrichts, Emilio Broglio, den Dichter der „promessi sposi," dermalen italienischer Senator, mit der Aufgabe betraut, die Mittel aufzufinden, um die Einheit der Sprache herzustellen. Der nunmehr vorliegende Bericht Manzoni's erklärt nude et crude, es sei seit fünf Jahrhunderten unmöglich zu sagen, was man unter italienischer Sprache verstehe. Die lateinische Sprache habe sich in mannigfachen Dialekten über Italien, Frankreich und Spanien vertheilt. Die Sprache der Romagnolen und Piemontesen sei mit dem Idiom der Neapolitaner eben so nahe verwandt, als mit dem Dialekt, den man in den baskischen Provinzen und in der französischen Bretagne spreche. Einem Landbewohner von der Umgebung des Lago maggiore würde es eben so wenig gelingen, sich am Meerbusen von Salerno verständlich zu machen, als in den Sieren von Andalusien. Die italienischen Dialekte beständen nicht nur aus ganz heterogenen Elementen, sondern auch die verschiedene Aussprache lasse einen ganz anderen Ursprung erkennen.

Rußland. [Nothstand.] Die Sterblichkeit hat, wie der „Petersb. Börs.-Ztg." geschrieben wird, in Finnland in Folge des Nothstandes entsetzlich zugenommen. So überstieg im Kreise Ober-Satakunda (Gouv. Abo) zu Ende des Jahres 1867 die Zahl der Todesfälle die der Geburten um 1585. Im Kirchspiel Ikalis waren 455, in Jelisjeri 180, in Tawastkyro 489, in Kankanpää 353, in Wiljakkala 113 und in Ruowesi 20 Personen gestorben. In dem kleinen Kirchspiel Kweslaks starben vom Anfang bis zum 17. Februar 17 Menschen, größtentheils vor Hunger und von der schlechten Nahrung. Die ganz arme Bevölkerung dieses Kirchspiels leidet an Geschwülsten im Gesicht und an den Füßen. Seit Anfang dieses Jahres bis Ende Februar starben in Hemenkyro, welches eine Bevölkerung von 6000 Personen hat, 200. In Pielisjärwi starben in kurzer

---

Zugleich habe er demselben von den Dokumenten gesprochen, in deren Besitz er sich gesetzt habe. Dieser bat ihn, sie ihm mitzutheilen, was er auch sofort gethan habe. Granier de Cassagnac habe ihm dann den Vorschlag gemacht, die Aktenstücke zu veröffentlichen, wenn er (Kerveguen) von den Journalen die Zusage erhalte, daß sie das „Pays" nicht verfolgen wollten. Auf diese Weise könne er (Kerveguen) die öffentliche Meinung aufklären. Zugleich habe ihn Granier de Cassagnac die Aktenstücke mit „Certifié conforme" unterzeichnen lassen.

Der Präsident fällt hier dem Beschuldigten ins Wort: Herr Kerveguen! Sie haben leichtsinnig gehandelt, indem Sie Aktenstücke beglaubigten, welche Sie nicht gesehen und die Sie nicht selbst abgeschrieben haben.

Kerveguen: Der Augenblick kam, wo ich die Aktenstücke nicht mehr veröffentlichen lassen wollte, da ich die Verlegenheiten voraussah, die mir daraus entstehen würden. Herr Granier de Cassagnac antwortete mir: „Nein! Bomben und Kanonen! Ich werde die Aktenstücke veröffentlichen!" Und es war mir unmöglich, die Publikation zu verhindern. Was mich betrifft, so war ich weder der Urheber noch der Mitschuldige dieser Veröffentlichung.

Präsident: Haben Sie Sich an der Vertheilung der Drucksachen betheiligt, welche in dieser Sache an die Deputirten gesandt wurden?

Kerveguen: Ich hatte damit nichts zu thun. Ich erhielt, wie meine Collegen, ein Exemplar dieser Publikation, aber mit dem Unterschiede, daß es mir 24 Stunden später zukam, als den anderen Herren Deputirten.

Hiermit hatte das Verhör ein Ende, und der Vertheidiger des Beschuldigten, Advokat Gournot, erhielt nun das Wort. Derselbe stellt einen langen Antrag. Er behauptet, daß in dieser Sache Niemand verfolgt werden könne. Herr Granier de Cassagnac habe von den Journalen die Ermächtigung erhalten, die Aktenstücke zu veröffentlichen. Da Herr Granier de Cassagnac nicht verfolgt werden könne, so sei auch keine Verfolgung gegen Herrn v. Kerveguen möglich. Derselbe habe die Aktenstücke hergegeben, aber er habe später Alles aufgeboten, um deren Veröffentlichung zu verhindern. Herr Granier de Cassagnac habe aber seinen Vorstellungen kein Gehör geben wollen. Alles Unrecht falle daher diesem zur Last. Gournot berichtet nun über alle Unterhandlungen, welche zwischen Kerveguen und Granier de Cassagnac Statt gehabt, um letzteren zu bestimmen, die Aktenstücke nicht zu veröffentlichen. Alle Einzelheiten, welche der Advokat mittheilt, thun klar und deutlich dar, daß der armselige Kerveguen, nachdem er sich zu weit vorausgewagt, sich in den Klauen des perfiden Granier de Cassagnac befand, der ihn und seine Aktenstücke nicht mehr loslassen wollte.

Nach der Rede des Vertheidigers des Herrn Kerveguen wurde die Sitzung auf den 4. ds. vertagt.

(Schluß folgt.)

Zeit 120 Individuen vor Hunger, und obgleich diese Nachricht nicht offiziell bestätigt ist, scheint sie doch sehr wahrscheinlich, da Tausende sich daselbst von Brod aus Stroh ernähren und keine warmen Kleider haben.

Nichtpolitische Zeitung.

[Erzherzog Heinrich.] In Wien soll an höchster Stelle in Bezug auf die Heiraths-Affaire des Erzherzogs Heinrich eine freundlichere Auffassung der Dinge Oberhand gewonnen haben. Wie die „Presse“ meldet, darf man als Ergebniß der in der Angelegenheit eingeleiteten Untersuchung nur erwarten, daß der Geistliche, welcher zu Bozen den Trauakt vollzogen hat, einen Verweis seines Vorgehens halber erhalten und damit die Sache ihren vorläufigen Abschluß finden wird. Erzherzog Heinrich und seine Gattin dürften voraussichtlich schon nach Ablauf weniger Monate auf ihren Gütern bei Bozen bleibenden Aufenthalt nehmen.

[Einer, der nicht begraben werden kann.] Samstag ereignete sich in Bisterz bei Brünn ein Vorfall, welcher, obwohl an und für sich traurig, doch auch eine komische Seite hat. Am 27. v. Mts. starb nämlich ein bis jetzt noch unbekannter Bettler am Wege zwischen Bisterz und Eichhorn, fiel jedoch so merkwürdig hart an der Grenze der beiden Gemeinden, daß der Kopf der Leiche gegen Eichhorn, die Füße derselben aber nach Bisterz zu liegen kamen. Der Pfarrer von Bisterz verweigert nun die Beerdigung des Todten, da nach seiner Aussage die Leiche an einem Platze liege, welcher nicht in seinen Sprengel gehöre. So liegt nun die Leiche bis zur Stunde noch immer in derselben Lage auf der Grenze beider obenerwähnten Gemeinden und wartet auf den letzten Liebesdienst der Beerdigung.

[Vom „Naturforscher“] (Berlin, F. Dümmler's Verlag) ist soeben das Märzheft erschienen und enthält namentlich folgende Aufsätze: Astronomie. Die physikalische Beschaffenheit der Sonne und der Fixsterne. — Der Sternschnuppenschwarm im November 1867. — Die Atmosphären der Planeten. — Meteorologie. Die chemische Intensität der Sonne. — Das Summen der Berge. — Einfluß der Lage auf die Wanderung der Gletscher. — Physik. Neue Methode der Spektralanalyse. — Absorption der Gase durch feste, nicht poröse Körper. — Neue Messungen der Schallgeschwindigkeit. — Chemie. Die Oxyde des Kohlenstoffs und ihre Beziehungen zu zusammengesetzteren Verbindungen. — Physiologie. Organisches Leben in hohen Temperaturen. — Einfluß der Thiere und Pflanzen auf den Kalkgehalt des Wassers. — Botanik. Wirkung des elektrischen Stromes auf die Reizbarkeit der Pflanzen. — Fluorescenz lebender Pflanzentheile. — Agrikultur. Der Maikäfer und seine Larve. — Die Stickstoffverbindungen im Regenwasser. Geographie. Entdeckung eines neuen Polarlandes. — Geologie. Die vulkanischen Erscheinungen im Jahre 1867. — Die Schwankungen im Salzgehalt des Ostseewassers. — Besteigungen des Vesuv während der Eruption. — Technologie. Darstellung von Sauerstoff im Großen. — Die Elastizität und die Festigkeit des Eisens und Stahls. — Gesundheitslehre. Luftverderbniß. — Kleinere Mittheilungen. — Literarisches.

[Eine neue und großartige Art von Feuerwerk] und Beleuchtung wurde in Sydney gelegentlich der Ankunft des Herzogs v. Edinburgh in Szene gesetzt. Die sämmtlichen Schiffe im Hafen hatten illuminirt, als ein ganz gewaltiger feuriger Drache, ausgestattet mit allen Attributen des fabelhaftesten Thieres: Klauen, Flügeln, fürchterlichen Augen, einem wahren Höllenrachen, der Feuer und Flammen, Schwärmer und Raketen spie, und endlosem Schweife, sich über die Wasseroberfläche dahin bewegte. Es war der Dampfer Yamba, der Australiian Steam Navigation Company, der sich durch Transparente an beiden Seiten zum Ungeheuer umgeschaffen. Der Leichnam des so hergestellten Thieres war 102 Fuß lang und der schreckliche Kopf mit den in grün, schwarz und roth sehr geschickt ausgeführten Augen erhob sich 26 Fuß hoch. Zwischen den 16 Fuß langen Kinnladen gähnte des Rachens Weite 7 Fuß aufgesperrt, 25 Schiffsboote bildeten den endlosen Schweif, und das feuerspeiende Ungethüm wurde von einem unbeleuchteten Dampfer im Schlepptau umhergeführt.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	$63\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{7}{8}$ P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{7}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	—
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{3}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P. 88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$80\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{2}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	78 P. $77\frac{3}{4}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	$75\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$193\frac{1}{2}$—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$101\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	224 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93\frac{1}{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$332\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258 P. 57 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$149\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{1}{2}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$242\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{7}{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$122\frac{1}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{1}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$99\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{5}{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{3}{4}$ P.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{5}{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	$72\frac{1}{4}$P. $71\frac{3}{4}$G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	88 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{3}{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P. $55\frac{1}{2}$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	$32\frac{3}{8}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 7. April. Wegen des heutigen israelitischen Osterfeiertages war die Börse sehr schwach besucht und fanden nur ganz geringe Umsätze statt. Amerikaner, in denen noch am meisten Geschäft war, bewahrten auf niedrigeres Goldagio eine feste Haltung und wurden etwas besser bezahlt, als gestern. Oesterr. Werthe waren fast unverändert, im Ganzen etwas matter mit Ausnahme von Staatsbahn. In allen übrigen Effekten herrschte kein Leben. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 100.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 9. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Staatsausgaben: Regierungskreise; Justiz.

(Schluß.)

Aus den Debatten über die Ausgaben für die Justiz, deren Resultat wir bereits mitgetheilt haben, heben wir nur noch Einiges hervor:

Stenglein regte den Mißstand an, daß einige Appellationsgerichte ganz am Ende der betreffenden Kreise liegen. Die Eingaben der Kanzlisten, der Rathsdiener und Boten der Appellationsgerichte wurden vom Ausschuß zur Berücksichtigung nicht geeignet befunden, doch konstatirte Referent, daß schon im Ausschuß erklärt wurde, daß diese Bediensteten aus der Regie unterstützt werden sollen.

Mit Erhöhung der Position der Regie bei den Bezirks-Gerichten von 210,937 auf 281,045 fl. werden auch einige Eingaben, wie die der Gefängnißwärtergehilfen erledigt. Zwölf Eingaben von den Bezirksgerichts-, Stadtgerichts- und Landgerichtsdiurnisten, worin sie um Vertretung bei der Staatsregierung für die Gründung eines Kanzlei-Unterstützungs- und Pensionsvereins für die bei öffentl. Aemtern befindlichen Scribenten bitten, wurden vom Referenten der Regierung zur Würdigung empfohlen. Der Staat habe ein Interesse daran, daß bezüglich der so zahlreichen Klasse der Scribenten eine ähnliche Fürsorge getroffen werde, wie sie schon bei den Forst- und Zollbediensteten, Rentamts- und Bezirksboten besteht. Die Eingabe des Landesausschusses des „Kanzleipersonal-Unterstützungsvereins für Bayern“, worin gebeten wird, diesem Verein sogleich eine einmalige oder jährliche Beisteuer aus Staatsmitteln zu gewähren, konnte vom Referenten nicht bevorwortet werden, weil die Statuten dieses Vereins dem Staat eine zu große Last auflegen könnten. Frhr. v. Stauffenberg regte hier an, daß bei den Schwurgerichten 3 Richter auch genügten, daß aber diese Aenderung erst mit der Revision des Strafprozeßgesetzes in's Leben treten könne.

Die Vermehrung der Landgerichtsassessoren wird damit begründet, daß für den Entgang des Vertreters der Staatsanwaltschaft durch Aufstellung eines Assessors Sorge werden müsse. Es bestehen zur Zeit noch 32 Landgerichte ohne Nebenbeamten.

Streit stellte den Antrag, nur 880,900 fl. zu bewilligen. Aus eigener Erfahrung könne er bestätigen, daß bei manchen Landgerichten zu viel Personal sei; zudem träte das neue Civilgesetzbuch bald in's Leben. Frhr. v. Stauffenberg erwähnte u. A., daß in Würtlemberg das gesammte Hypothekenwesen von den Gemeinden besorgt werde und zwar sehr pünktlich. Auch bei uns müsse eine fundamentale Aenderung im Hypothekenwesen eintreten, wenn wir weniger Beamte erhalten wollen. Durch Vergrößerung der Landgerichtsbezirke und durch Zusammenlegung mehrerer Landgerichtsbezirke könnten auch Beamte erspart werden. Pflicht der Regierung sei es, durch neue Gesetzesvorlagen alle unnöthigen Institutionen zu beseitigen, denn nur dann vermindere sich die Zahl der Beamten. Hr. Justizminister v. Lutz ersuchte, dem Antrag auf Abminderung der Position keine Folge zu geben, sondern mindestens dem Vorschlag des Ausschusses zuzustimmen. Den Satz, daß man sparen solle, wo man kann, unterschreibe er (Redn.) auch, allein es könne nur da gespart werden, wo es ohne Schaden für den Zweck möglich ist. Die Regierung werde es für ihre Pflicht erachten, nachzusehen, wo die Fälle gegeben sind, die der Antragsteller angedeutet hat. Auch habe das Justizministerium nicht die Absicht, die Summe, welche für die neuen Assessorsstellen eingesetzt werden soll, auch wirklich auszugeben, wenn kein Bedürfniß vorliegt; vielmehr werde vorher sehr eingehend geprüft werden, ob eine Vermehrung der Beamten nöthig ist. Möge nur die Kammer der Regierung die Mittel nicht vorenthalten, die zur Beseitigung von wirklich bestehenden Schäden absolut nothwendig sind.

Dr. M. Barth bemerkte bezüglich der Frage, wann der neue Civilprozeß in's Leben trete: Unter der Voraussetzung, daß der Gesetzgebungsausschuß, wenn der Landtag geschlossen oder vertagt wird, den Sommer über beisammen bleibt und von dem Ausschuß der Kammer der Reichsräthe gehörig unterstützt wird, ist kein Zweifel, daß der Civilprozeßentwurf bis zum Herbst als vollendete Arbeit an die Kammer gelangt. Auch das Einführungsgesetz wird bis dahin fertig werden. Da aber, wenn das Gesetzbuch sanctionirt ist, noch mehrere andere Gesetze nothwendig sind, bevor es in's Leben treten kann, ist der nächste Termin für die Einführung der Civilprozeßordnung der Anfang des Jahres 1870. Bei diesen Verhältnissen ist Redner der Ansicht, daß die Kammer die postulirte

Der Prozeß gegen den Deputirten Kerveguen in Paris.

(Schluß.)

Am 4. April war Fortsetzung des Prozesses und der Zudrang sehr stark. Herr Allou erhielt zuerst das Wort, um dem Vertheidiger des Herrn Kerveguen zu antworten. Was letzteren anbelangt, sieht er äußerst betrübt und niedergeschlagen aus.

Advokat Allou erklärt, daß er Angesichts der Bekenntnisse, welche Herr v. Kerveguen am 3. abgelegt, nichts mehr zu thun habe. Die klagenden Parteien hätten auf dem Punkte gestanden, die Verfolgung aufzugeben; sie hätten sich aber die Sache näher überlegt und gefunden, daß es nicht gehe, weil das Land nicht die verlegenen, verschämten Erklärungen des Herrn Kerveguen angehört habe. Die Publicität solcher Debatten sei unglücklicher Weise verboten. Indeß hätten die klagenden Parteien die Hoffnung, daß das Urtheil diesen Theil der Debatte wiedergeben, d. h. das Zaudern und die verlegene Haltung des Beschuldigten konstatiren werde. Dann verlange man auch nur, daß Herr v. Kerveguen zu den Unkosten verurtheilt werde, das alles sei, was die vier Journale zu ihrer Satisfaktion begehrten. Als Allou die Verlegenheit und die stockende Sprache des Herrn Kerveguen berührte, drückte er zugleich sein Erstaunen darüber aus, daß ein Redner des gesetzgebenden Körpers sich so wenig geschickt auszudrücken verstehe. Diese Worte riefen allgemeine Heiterkeit im Saale hervor; selbst der Präsident lachte mit. „Herr Kerveguen“, fährt alsdann Allou fort, „hat dem Gerichtshofe erzählt, daß er am 4. März einen Schritt bei Herrn Granier de Cassagnac gethan hat, um ihm mitzutheilen, daß es doch besser wäre, die Aktenstücke nicht zu veröffentlichen. Herr de Cassagnac gibt nicht die nämliche Erklärung. Er stellt im „Pays“ Herrn v. Kerveguen immer als den dar, welcher bei der Veröffentlichung der Aktenstücke mitgeholfen und ohne Aufhören mit ihm einverstanden gewesen sei. Herr Granier de Cassagnac sagt, daß er der Aufforderung des Gerichtsvollziehers Gendrier keine Rechnung getragen. Er hat die Aktenstücke; sie sind beglaubigt, und dies ist ihm genügend. Dann nimmt Herr Kerveguen diese Modifikation zurück. Er hat dem Gerichtshofe gesagt, daß er demselben anheimgegeben sei und daß er nicht aus der Lage heraustreten könne, die er sich selbst bereitet. Indeß erklärte Herr Granier de Cassagnac, daß ihm Herr v. Kerveguen bis zum letzten Augenblicke bei der Veröffentlichung der Dokumente geholfen habe. Es liegt also deutlich auf der Hand, daß Herr v. Kerveguen die Veröffentlichung wollte, daß er jedoch auch zu gleicher Zeit Alles that, um sich gegen eine gerichtliche Verfolgung sicher zu stellen. Er sandte deßhalb die Notifikation durch den Gerichtsvollzieher, hinter welche er sich verschanzen wollte, wenn es etwa zum Prozesse kommen sollte. Wenn man Herrn v. Kerveguen hört, so ist er nichts weniger als freiwillig vor dem Ehrengerichte erschienen; er wurde dazu verleitet. Der ehrengerichtliche Urtheilsspruch, der im Grunde genommen eine Brandmarkung ist, befriedigte ihn nicht. Er suchte sich zu rächen, und da er die Aktenstücke des La Varenne besaß, so übergab er sie dem „Pays“. Dies ist das Auftreten des Herrn v. Kerveguen. In der deutschen Frage geschlagen, wirft er sich auf die italienische. Von dem Schreiben Crispi's, von der Beredtsamkeit der Daten geschlagen, erhebt Herr v. Kerveguen nochmals sein Haupt; mit ihm hat man nicht das letzte Wort; er schleudert eine neue Verleumdung, nämlich

Summe genehmigen solle. Machen wir es, schließt er, nicht so, wie ein Mann, der, weil er übermorgen zum Essen geladen ist, heute und morgen schon des Essens sich enthält.

Föckerer glaubt, daß nicht an allen Landgerichten so gearbeitet wird, wie das Ministerium verlangt und erwartet, und ersucht dasselbe, zu untersuchen, ob nicht an einzelnen Landgerichten der zweite Nebenbeamte überflüßig werden kann. Hr. Minister v. Lutz entgegnete, daß das Justizministerium bisher nicht unterlassen hat, die Thätigkeit der Landgerichte von Oberaufsichtswegen zu überwachen, so wie daß das Ministerium, bevor es die Postulate aufstellte, die Frage, ob ein Nebenbeamter in einem Gericht überflüßig werden kann, reiflich erwogen, daß sich aber ein solches Gericht nirgends gefunden hat. Gespart soll werden, aber nicht auf Kosten einer guten prompten Justizpflege. Nachdem noch Spiegel gegen den Antrag Streits gesprochen hatte, wurde das Regierungspostulat abgelehnt, der Ausschußantrag aber (mit 72 gegen 58 Stimmen) angenommen, womit die Abstimmung über den Antrag Streits wegfiel. — Für Regie wurde ohne Debatte nach dem Postulat 561,440 fl. genehmigt. Ruland sprach hier seine Freude aus, daß nun auch den Gerichtsdienersgehilfen einigermaßen geholfen wird.

Budget des Ministeriums des Innern.

Aus der Fülle des Materials der Kammerdebatten, welches sich in Folge der rasch aufeinander folgenden Sitzungen sehr stark angesammelt, können wir nur das Interessanteste mittheilen.

Bei Gelegenheit des Postens für die Bezirksämter konstatirte Dr. M. Barth, daß kein Ministerium schwieriger zu leiten ist, als das des Innern; die Ursache liege an dem Zustand der äußeren Organe. Es gäbe unter den äußeren Beamten alte Leute, welche sich mit den neuen Gesetzen nicht befreunden können, aber auch solche, welche sich nicht bemühen, sie ehrlich zu vollziehen. Sei es doch erst vor Kurzem vorgekommen, daß ein Bezirksamtmann in öffentlicher Versammlung alle neuen Gesetze gebrandmarkt hat. Wenn derartige Dinge geschehen, dann könne man es den Massen nicht verargen, wenn sie nicht wissen, wer regiert, und wenn solche Ausbrüche vorkommen, wie die in Traunstein. Redner stellt an den Minister des Innern keine bestimmte Anforderung, spricht aber die Hoffnung aus, er werde das rechte Mittel finden, um solchen Männern Gehorsam zu lehren oder sie ganz zu entfernen.

Auch Föckerer spricht das bestimmte Vertrauen aus, daß der jetzige Herr Minister des Innern entschieden gegen jene Beamte vorgehen werde, welche sich beigehen lassen, Angehörige des Kreises anzufeinden, weil sie sich als Abgeordnete erlauben, Einrichtungen zu vertreten, die ursprünglich von der Regierung selbst beantragt wurden. Vor Beginn des Landtages seien ihm (Redner) Mißtrauensvoten zugekommen; auf einem solchen Mißtrauensvotum sei der Bezirksamtmann von Landau, der jetzt nicht mehr dort sei, an der Spitze der Unterzeichner gestanden, weil er (Föckerer) das 7. Schuljahr bevorwortet hätte und zu den 119 Gut- und Bluteinsetzern gehöre.

Dr. Ruland ist sehr unangenehm berührt, weil er immer ein gewisses Denunciationswesen sieht. Regierungsrath Gierisch habe öffentlich gegen die Beschuldigungen protestirt, die man gegen ihn erhoben hat. Glaube man nur nicht, daß das, was einzelne Abgeordnete sagen, auch der Glaube des Volkes sei. In der Kammer sollte man nie Anklagen der Art vorbringen, das halte er für empörend. Föckerer verwahrte sich gegen den Vorwurf der Denunciation; er nenne das keine Denunciation, was er vor dem ganzen Land sagt.

Hr. Minister v. Hörmann: die Regierung könne keinem Beamten die politische Anschauung vorschreiben; jeder Beamte habe das Recht, seine politische Anschauung selbst zu bilden und die Regierung werde ihm dieses Recht nicht verkümmern; aber sie müsse verhüten, daß der Beamtenstand ostensibel in Opposition gegen die Regierung tritt. Von diesem Standpunkt werde er (Redner) bei Beurtheilung derartiger Fälle immer ausgehen. Auch seien Fälle, wie sie erwähnt wurden, nur wenige vorgekommen. Wollte man alle diejenigen Bezirksamtmänner, die in die neuen Gesetze sich nicht so schnell hineindenken können, quiesciren, das Haus würde das auch nicht billigen. Redner nimmt es alten Bezirksamtmännern nicht übel, wenn sie sich bei der noch bestehenden Vermischung der Kompetenzen nicht vollkommen auskennen. Am besten sei es, das Vergangene so viel als möglich ruhen zu lassen; es sei eben zum ersten Male eine große Bewegung durch das Land gegangen, es seien Beamte für und gegen die Neuerung etwas scharf vorgegangen: er (Redner) habe nicht Lust, auf die Vergangenheit zu greifen. — Die vom Ausschuß vorgeschlagene Summe von 270,600 fl. für Besoldung wurde sodann genehmigt.

Als Reisekostenaversen der Bezirksamtmänner postulirte die Regierung 101,000 fl. und als unständige Funktionsremuneration 40,000 fl.; der Ausschuß schlägt vor, statt der ersteren Summe nur 96,600 fl. und statt der 40,000 fl. nur 22,800 fl. als Theuerungszulagen zu genehmigen. v. Schultes stellte den Antrag, den Antrag des Ausschusses abzulehnen und 141,000 fl. einzustellen, damit mehr Bezirksamtmänner sich eigene Equipagen halten. Föckerer will, daß die 22,800 fl. hauptsächlich an solche Bezirksamtmänner vertheilt werden, welche eigene Equipagen halten, denn viele Bezirksamtmänner, welche Equipagen halten, müßten auf ihre Aversen noch darauf zahlen, während andere, die keine Equipagen halten, die Hälfte ihres Aversums ersparen. v. Grafenstein erklärt sich für den Antrag Schultes', weil darin eine Prämie für das Halten v. Equipagen liege. Minister v. Hörmann führte aus, daß die Bezirksamtmänner, welche Equipagen halten, selbst mit dem höchsten Aversum von 800 fl. nicht ausreichen. Redner will dahin wirken, daß das Halten von Equipagen von Seite der Bezirksamtmänner in erhöhtem Maße ausgeführt wird; allein dazu brauche er Mittel und diese könnten nur durch Annahme des Regierungspostulats oder des Antrags des Abg. v. Schultes gewährt werden.

Der Wunsch des Ausschusses, die Stellen der Bezirksamtsdiener im diesseitigen Bayern bei eintretender Erledigung nicht mehr zu besetzen und dagegen den Bezirksamtmännern wie in der Pfalz ein bestimmtes Aversum zu Gebote zu stellen, — wurde abgelehnt, nachdem sich Föckerer und Hr. Minister v. Hörmann dagegen ausgesprochen hatten. Letzterer bemerkte u. A.: daß, wenn dieser Wunsch erfüllt würde, der Amtsdiener zum Diener des Amtmanns werde, und daß der beim Wehrverfassungsgesetz adoptirte Grundsatz, gedienten

---

die, daß in den übrigen Aktenstücken von den vier Journalen die Rede sei. Man liest dies im „Pays". So weit die Thatsachen."

Allou geht nun auf die Rechtsfrage über und beweist, daß die Journale, was die Verfolgung des Herrn K. betreffe, in ihrem Rechte sind. Herr v. Cassagnac habe nur für sich stipulirt, nicht für Herrn Kerveguen. Herr K. habe übrigens sehr wohl eingesehen, daß er nicht gesichert sei, und seine Notifikation durch Gerichtsvollzieher erlassen, als er bemerkt habe, daß man erfahren werde, er habe die Dokumente dem „Pays" überliefert.

Allou beweist dann, daß das Vergehen der Diffamation vollständig klar und deutlich dargethan sei. Die Convention, welche die Journale mit Granier de Cassagnac abgeschlossen, verhindere nicht, daß ein Vergehen vorliege; dieses Vergehen sollte — das sei wahr — unbestraft begangen werden können. Aber die Journale hielten sich durch ihre Erklärung Herrn Kerveguen gegenüber für nicht unbewaffnet, da derselbe in dem abgeschlossenen Pakte nicht mit einbegriffen gewesen sei. „Der Zwischenfall Kerveguen", so schließt dann Allou, „mußte natürlicher Weise vor dem Zuchtpolizeigerichte enden, und das Urtheil, welches gefällt werden muß, wird auf unwürdige Weise verleumdeten Personen Satisfaktion gewähren. Wir glauben, daß große Tage kommen werden, und dann wird man sich des Kampfes erinnern, den die französischen Journale gegen die Böswilligkeit und die Verleumdung gekämpft haben."

Der General-Advokat Lepelletier erhält nun das Wort und bedauert, daß Herr v. Kerveguen Herrn Granier de Cassagnac nicht vor die Schranken des Gerichtes hat mit beiladen lassen. Da es sich um Widersprüche zwischen den Behauptungen des Verklagten und den Erklärungen Granier's im „Pays" handle, die vom 10. bis 23. März dort abgedruckt worden seien, so hätte man über die Haltung der beiden Personen ein Urtheil fällen können. Was ihn anbetreffe, so glaube er, der General-Prokurator, nicht an die Aufrichtigkeit der Erklärungen Granier's und Alles lasse ihm diejenigen Kerveguen's als wahrscheinlich erscheinen. Daß letzterer die Veröffentlichung der Schriftstücke hat verhindern wollen, steht dem General-Prokurator nach fest. Granier hat ihm zufolge vorgehen wollen, und alles, was er seit der beregten Veröffentlichung gesagt hat, hatte keinen anderen Zweck, als die Irregularitäten zu verdecken, die er begangen hatte. Der Staatsanwalt meint, die Kläger seien durch die Erklärungen des Herrn v. Kerveguen in den Journalen vollauf entschädigt und ihre Ehre dadurch gegen jeden Angriff sichergestellt worden. Was die Mitschuld des Herrn v. Kerveguen betrifft, so scheint sie ihm thatsächlich dargethan zu sein. Wenn das Gericht ihn verurtheile, so werde es dies wohl mit Milde thun. Herr v. Kerveguen habe wahrhafte Thorheiten (vraies folies) begangen, die aber aus vielen Rücksichten entschuldigt werden könnten.

Der Vertheidiger Kerveguen's wollte nun das Wort ergreifen; aber der Präsident erhob sich und vertagte die Sache auf den 17. April.

Unteroffizieren eine Versorgung zu gewähren, gar nicht durchführbar wäre.

Für Vertretung der Staatsanwaltschaft bei den Polizeigerichten beantragte die Regierung 80,000 fl., da diese Vertretung der Staatsanwaltschaft an die Bezirksämter übergeht. Frhr. v. Stauffenberg stellte die Anfrage an das Ministerium, ob diese Summe absolut nothwendig ist. Herr Minister v. Hörmann erklärte, er könne die Verantwortung für die Durchführung dieser Organisation in keiner Weise übernehmen, wenn die Position nicht vollkommen genehmigt wird, denn sie sei um 18,000 fl. geringer, als die bisherige Ausgabe für diesen Zweck; ja Redner hat Bedenken, ob er mit 80,000 fl. auskommen kann. Bisher hatten wir 256 Staatsanwaltschaftsvertreter und die ganze Arbeit von 256 Männern müssen in Zukunft 42 Bezirksamtsassessoren bewältigen. Hierauf genehmigte die Kammer 80,000 fl.

Süddeutschland.

Bayern. [Zollparlamentswahlschau.] Der „A. Z.“ schreibt man: Der Wahlkampf ist in Bayern dieser Tage nun auch im letzten noch rückständigen Bezirk geschlagen worden, so daß es jetzt wohl die Mühe lohnt, eine kleine Schau über die 48 Herren zu halten, welche unser Land nach Berlin schickt. Sämmtliche Abgeordnete vereinigen in sich 376,496 Stimmen, und zwar die 8 Abgeordneten für Oberbayern 66,298, die 6 für Niederbayern 49,162, die 6 Abgeordneten für die Pfalz 43,086, die 5 für die Oberpfalz 42,934, die 5 für Oberfranken 40,291, die 6 für Mittelfranken 43,996, die 6 für Unterfranken 46,144 und die 6 für Schwaben 44,585 Stimmen. Durchschnittlich treffen auf je einen Abgeordneten überhaupt 7880 Stimmen, welche Mittelzahl von 18 Abgeordneten überschritten, von 30 Herren dagegen nicht erreicht wurde. Die meisten Stimmen fielen auf Graf Luxburg mit 11,280 und v. Meixner mit 11,171 Stimmen; sieben Herren erhielten überhaupt mehr als 10,000 Stimmen, unter 5000 keiner. Auf Grund der von den einzelnen Zollparlamentsabgeordneten veröffentlichten Wahlprogramme oder ihrer sonst bekannten politischen Gesinnung haben wir versucht, die 48 Abgeordneten nach den drei Fraktionen: konservative (klerikal, äußerste Rechte), Mittel- und liberale Partei auszuscheiden, und sind zu folgendem Ergebnisse gelangt: zur ersteren Gruppe (preußenfeindliche, gegen Competenzerweiterung x.) werden 22 Abgeordnete zu rechnen sein, nämlich die HH. Frhr. Karl v. Aretin (Ingolstadt), Advokat Freytag (Wasserburg), Frhr. v. Thüngen (Traunstein), Frhr. v. Ow (Landshut), Militärprediger Lukas (Straubing), Dr. Krätzer (Passau), Redacteur Buchner (Pfarrkirchen), Frhr. v. Hafenbrädl (Deggendorf), Professor Sepp (Kelheim), Ministerialrath Diepolder (Regensburg), Appellrath Gürster (Amberg), Dr. Wild (Neustadt a. Wn.), Frhr. v. Frankenstein (Eichstädt), Dr. Kurz (Aschaffenburg), Meder (Schweinfurt), Frhr. v. Zu-Rhein (Würzburg), Graf Arco-Stepperg (Donauwörth), Graf Arco-Valley (Dillingen), Frhr. K. M. v. Aretin (Illertissen), Oberzollinspektor Miller (Kaufbeuren), welche zusammen 178,660 Stimmen erhielten; zur Mittelpartei zählen 13 Abgeordnete, nämlich die HH. Staatsminister v. Schlör (München I), Fabrikdirektor Kester (München II), Generalzolladministrator v. Meixner (Aichach), Frhr. v. Eichthal (Weilheim), Staatsrath v. Neumayr (Rosenheim), Regierungsrath Römmich (Speyer), G. Fr. Kolb (Kaiserslautern), Ministerpräsident Fürst v. Hohenlohe (Forchheim), Bürgermeister Schneider (Bamberg), Frhr. v. Guttenberg (Kitzingen), Prof. Edel (Lohr), Legationsrath Graf Luxburg (Neustadt a. S.), Dr. Karl Barth (Augsburg) mit 100,517 Stimmen und endlich zur liberalen (mehr oder minder preußisch-freundlichen für Competenzerweiterung, Vollparlament plaidirende) Partei rechnete man seither ebenfalls 13 Abgeordnete, d. h. die HH. Jordan (Landau), Oberzollinspektor v. Sayer (Germersheim), Schwimmer (Zweibrücken), Benzino (Homburg), Jansen (Hof), Feustel (Bayreuth), Pfretzschner (Kronach), Crämer (Nürnberg), Professor Marquardsen (Erlangen-Fürth), Frhr. v. Stauffenberg (Ansbach-Schwabach), Dr. Erhard (Dinkelsbühl), Dr. Marq. Barth (Rothenburg), Dr. Völk (Immenstadt) mit 97,319 Stimmen. In vielen an das Zollparlament gelangenden Vorlagen wird aber voraussichtlich eine derartige prinzipielle Trennung der Abgeordneten nicht Platz greifen, sondern eher eine mehr oder minder größere Uebereinstimmung unter den Abgeordneten wahrscheinlich sein. Auch der „ultramontanste“ Süddeutsche wird z. B. nichts gegen zeitgemäße Verkehrserleichterungen einzuwenden haben und vereint selbst mit dem Nationalliberalen gehen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 7. April. [Die Diätenfrage und das Zollparlament.] Dem „Frkf. J.“ schreibt man: Es findet in liberalen Kreisen allgemeinen Beifall, daß die Agitation wegen Erlangung von Diäten aus dem Reichstage in das Zollparlament verlegt wird, wo, wenn nicht alle Anzeichen trügen, ein dem Waldeck'schen gleichlautender Gesetzentwurf eine unbedingt erhebliche Majorität finden wird. Schon im Reichstag haben nur fünf Stimmen den Diätenantrag vorläufig zu Fall gebracht. Kommt zur Minorität des Reichstages, die im Zollparlament selbstredend ebenso votirt, nur die Hälfte der süddeutschen Stimmen, was gewiß zu niedrig gegriffen ist, so geht der Antrag mit namhafter Majorität durch. Die Parlamentsmitglieder können versichert sein, daß die Regierungen auf die Dauer dem Andringen doch nicht Widerstand zu leisten vermögen und gewiß nachgeben werden, falls sie bei dem ersten legislatorischen Versuch des Hauses, die so wichtige Frage zum Austrag zu bringen, ihr Widerstreben noch nicht fallen lassen sollten. Derartige Anträge müssen im Reichstag wie im Zollparlament Jahr aus Jahr ein gestellt werden. Setzt das Zollparlament seinen Diätenantrag durch, so kann es sich eines ächt demokratischen Beschlusses rühmen, der dazu beitragen wird, eine weit liberalere Zusammensetzung des Hauses zu erzielen, als wir bis jetzt haben. — Als Minimum der Dauer der Zollparlamentsverhandlungen werden sechs volle Wochen angenommen. Bleibt der Zollbundesrath mit einigen Vorlagen im Rückstand, was wahrscheinlich ist, da noch sehr viel Vorarbeiten zu bewältigen sind, so hat das Zollparlament zwei Monate hier zu tagen. Was bisher über Besprechungen bezüglich der Präsidentenwahl verlautet, ist mit großer Vorsicht aufzunehmen. Man will hierüber nicht früher schlüssig werden, als bis die Vertreter Süddeutschlands hier sind, deren Wünschen möglichst mit Rechnung zu tragen in der Absicht der Liberalen liegt. Jedes voreilige Handeln könnte leicht empfindlich verletzen.

Wiesbaden, 7. April. [Spielbankangelegenheit.] Der „Rhein. Kur.“ bringt folgende Einzelheiten über den Abschluß der Spielbank-Angelegenheit: Zwischen der Bank von Homburg und dem Geh. Regierungsrath Wohlers ist eine Verabredung zu Stande gekommen, wonach die Bank ihre Reineinnahmen zunächst zur Amortisation ihrer Aktien al pari (mit 100 fl. per Aktie) verwendet, und zwar kommen jedes Jahr 5000 Stück zur Amortisation. Für die dann noch übrig bleibenden 10,000 Homburger Aktien ist Deckung in dem dortigen Spielfonds x. vorhanden. Nach Einlösung der Aktien soll die Hälfte des Reingewinns zur Bildung eines Kurfonds für Homburg so lange verwendet werden, bis derselbe die Höhe von 800,000 Thalern erreicht hat. Die andere Hälfte des Reingewinns wird unter die Aktionäre vertheilt, denen auch das Eigenthumsrecht über das Mobiliar- und Immobiliar-Vermögen der Bank verbleibt. Dieses Uebereinkommen ist gestern Abend um 8 Uhr in Homburg unterzeichnet worden und wird ohne Zweifel die Genehmigung der Staatsregierung erhalten. Auf diese Nachrichten hin hat der Ausschuß der Wiesbaden-Emser Kurhausgesellschaft gestern Nachmittag vor dem kommiss. Hrn. Polizeidirektor Seyfried die Erklärung abgegeben, daß er zum Abschluß eines ähnlichen Vertrages bereit sei. Er schlägt demzufolge vor: von dem Reingewinn vorab jährlich 200,000 fl. zur statutengemäßen Amortisation der Kurhausaktien zu verwenden und von dem Ueberschusse die Hälfte zur Bildung eines Kurfonds für Wiesbaden und Ems so lange einzuzahlen, bis dieser Fonds die Höhe von Einer Million Thalern erreicht habe. Das Eigenthumsrecht der Mobilien in den Kuretablissements verbliebe der Gesellschaft. Man erwartet nun das Eintreffen des Hrn. Wohlers, da man wohl hoffen darf, daß auf Grund dieses Anerbietens, welches unzweifelhaft für alle interessirten Theile das Beste ist, eine Verständigung zu Stande komme.

Ausland.

Frankreich. [Der Kaiser und die Arbeiter.] Ein Pariser Correspondent der „Schl. Ztg.“ schreibt u. A.: Was das Kaiserpaar zur Linderung der Noth der Arbeiter in einzelnen Zeiten thut, lehrt der jetzige Winter. Zwanzig großartige Küchen sind aus des Kaisers Privatmitteln, unter dem Namen: „Küchen des Prince Impérial,“ in Thätigkeit, welche jede gegen 500 Portionen Suppe, Fleisch und Gemüse für etwa $1^1/_2$ Silbergroschen ablassen. Jede Portion genügt, um einen Mann zu sättigen, und 20,000 Menschen finden auf diese Weise gegen einen Preis, welcher eine Arbeitszeit von 1 bis 2 Stunden repräsentirt, ihre tägliche Ernährung. Daneben spenden 3 bis 4 Küchen der Kaiserin ganz Hilfsbedürftigen unentgeltlich das tägliche Brod.

Von welcher Wirkung einzelne Handlungen des Kaisers sind, wenn er z. B. sämmtliche von Arbeitern in den Leihhäusern versetzte Betten auslöst, wird sich jeder ausmalen, welcher nur einen Augenblick daran denkt, was es für den Menschen heißt, wieder in den

Besitz des entbehrten Bettes zu gelangen. Ist es bei allem dem wunderbar, wenn die Worte in den Arbeiterkreisen nicht auf unfruchtbaren Boden fallen, daß selbst die Republik niemals so für den vierten Stand gesorgt habe, als die kaiserliche Regierung? Voilà un titre de la Dynastie Napoléonienne.

Der Empfang des Kaisers in den Arbeitervierteln sticht auch entschieden gegen die kühle Haltung des Publikums in dem Quartier Chaussée d'Antin, dem Quartier der Finanzwelt, ab. Aber ich war auch, mehr als einmal, bei der Leichtigkeit, mit welcher man den Kaiser und die Kaiserin in ihrem einfachen Auftreten in Paris zu sehen bekommt, Zeuge, in welcher freundschaftlichen Art die Arbeitergruppen, welche vor dem Kaiserpaar ihre Mützen zogen, den Gegengruß erhielten. Das Auge der spanischen Sennora flog mit dem gewinnendsten Ausdruck zu den Männern in der Blouse. Und dennoch, vielleicht Manchem etwas räthselhaft, aber gleichwohl nicht unnatürlich — der Pariser Arbeiter lobt den Kaiser, aber im Grunde seines Herzens ist er nicht dankbar gegen ihn. Ich habe je länger je mehr den Satz wahr gefunden:

Behandlung nach dem Recht, selbst karg gemessen, erzeugt Vertrauen und Hingebung; Behandlung nach Interesse, selbst voller Gaben, erstickt die Dankbarkeit auch dann, wenn sie anfing Wurzeln zu schlagen.

Paris, 6. April. [Eingehen der Zeitung „Situation.] Die „Situation" kündigt an, daß sie vom 9. April an zu erscheinen aufhöre. Sind die Gelder ausgegangen, welche Hietzing geliefert? Sie behauptet bloß, daß „ihre Mission beendet sei". „Die Situation", so sagt ihr Chef-Redakteur, „ist am 9. Juni 1867 zum ersten Male erschienen; sie stellt ihre Veröffentlichung am 9. April 1868 ein. Ihr Leben war von kurzer Dauer, da sie nur eine vorübergehende Mission hatte. Es handelte sich darum, das Publikum aufzuklären über die Gefahr, in welche die Politik des Eisens und Blutes den europäischen Frieden und die Sicherheit Frankreichs versetzt hatte, und über die Fortdauer der Gewaltthätigkeit, welche man einer ersten Gewaltthätigkeit zu Hülfe gerufen hatte; es handelte sich darum, eine männliche und edelmüthige Bemühung gegen die preuß. Arroganz und den preußischen Ehrgeiz hervorzurufen und alle wahren Politiker und alle echten Patrioten um die Idee eines auf den Grundlagen der geographischen Convenienz, der Aehnlichkeit der Race und der freien Zustimmung der Völker wiedergeborenen Deutschlands zu schaaren. Wir haben in dieser Hinsicht Alles gesagt, was wir zu sagen hatten, und alles gethan, was nach unseren Gedanken nothwendig war. Unsere Aufgabe ist erfüllt, aber indem wir in das Stillschweigen zurücktreten, erwarten wir mit unerschütterlichem Glauben die Ereignisse, welche Frankreich und Deutschland für ihr gemeinschaftliches Interesse und ihre gemeinschaftliche Ehre herbeiwünschen müssen." So weit die „Situation." Ihr Verschwinden hat in so fern Bedeutung, als selbst der Exkönig von Hannover eingesehen zu haben scheint, daß seine Bemühungen, eine Aenderung der Lage der Dinge in Deutschland durch Frankreich hervorzubringen, nutzlos sind.

Nordamerika. New-York, 25. März. [Prozeß gegen Johnson.] Unter dem Vorsitze des Oberrichters Chase nahm der Senat als Gerichtshof die Verhandlungen in dem Johnson'schen Prozesse vorgestern wieder auf. Der Vertheidiger des Angeklagten verlas die Antwortschrift, welche alle Punkte der Anklage im Einzelnen zu widerlegen sucht. Die Absetzung Stanton's sei keine Verletzung des Amtsdauer-Gesetzes gewesen, weil Stanton nicht von Johnson, sondern von Lincoln zum Kriegsminister ernannt worden sei. Johnson habe ihn nur deshalb abgesetzt, um eine bundesgerichtliche Entscheidung über die Verfassungsmäßigkeit jenes Gesetzes hervorzurufen. Die Verschwörung mit L. Thomas zur gewaltsamen Besetzung des Kriegsministeriums sei erfunden; den rechtmäßigen Bestand des jetzigen Congresses habe er nie in Frage gestellt; seine auf der Reise durch den Westen gehaltenen Reden seien unrichtig wiedergegeben worden; überdies aber habe der Präsident das Recht der freien Meinungsäußerung in Bezug auf öffentliche Angelegenheiten. Die von dem Repräsentantenhause bestellten Leiter der Anklage widersetzten sich dem Antrage auf eine dreißigtägige Pause zur Vorbereitung der Vertheidigung. Tags darauf zog das Repräsentantenhaus die von dem Senate an es überwiesene Antwortschrift in Berathung und widerlegte deren einzelne Punkte mit 116 gegen 36 Stimmen, indem es die Anklage aufrecht hielt. Eine schriftliche Erwiderung wurde dem Senate überreicht mit der Erklärung, daß das Repräsentantenhaus bereit sei, Hrn. Johnson schwerer Verbrechen und Vergehen zu überführen. Eine längere Frist bis zur Wiederaufnahme des Prozesses, welche der Senator Reverdy Johnson beantragte, wurde nicht gewährt; doch scheint es eine scharfe Abstimmung (angeblich nur 28 gegen 24) gewesen zu sein, durch welche der Anfang des Verhörs auf den 30. d. M. festgesetzt wurde.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	63 1/4 G.
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64 3/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/2—5/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 7/8 P. 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 7/8 P.
„	4 1/2pCt.	—
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 5/8 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/8 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 2/8 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-B. dto.	88 1/4 P. 88 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 3/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 5/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 7/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	80 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. „ „ „	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	78 3/8 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	75 1/2—5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	193—1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	228 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	93 1/2 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	332 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259 1/2 P. 60 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 3/4 P. 1/8 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	61 5/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 1/4 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	123 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—95 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 5/8 P.
do. in öst. W. l. S.	102 1/8 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	72 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	184 G.
„ do. v. 1864	88 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P. 55 1/2 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/2 G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	78 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 5/8 P.

Frankfurt, 8. April. Die Börse war wie gestern, so auch heute wegen der israelitischen Feiertage fast vollständig geschäftslos. Die hauptsächlichsten Umsätze fanden in Amerikanern statt, die sich in den letzten Tagen wieder mehr befestigen und gefragter sind. In österr. Werthen sind kaum Variationen zu verzeichnen, ebenso in süddeutschen. Nur Staatsbahn war heute bedeutend besser, 3 fl. höher. Süddeutsche ohne alles Leben. Von Wechseln Wien etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 101. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 10. April 1868.

Glauben und Wissen.

Auch ein Beitrag zur Schulfrage.

Einem Wiener Briefe der „Südd. Presse" entnehmen wir auszugsweise folgende treffenden Bemerkungen, welche geeignet sein dürften, Manchen zu weiterem Nachdenken anzuregen:

Glauben ist etwas für wahr halten, wofür die Gründe sich nur in der Offenbarung, in einem übernatürlichen Prozeß finden. Wissen umfaßt die Wahrheiten, für welche sich die Gründe nur in der Beobachtung, der Untersuchung, dem Kalkül finden. In letzter Instanz ist kein denkender Mensch ohne Wissen und ohne Glauben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil die Offenbarungen im engeren Sinne, welche den verschiedenen Glaubensbekenntnissen vorliegen, keineswegs genügen, um das All zu erklären, und ebenso die menschliche Geisteskraft ungenügend ist, um bis zur letzten Ursache aller Dinge vorzudringen. Für den Christen finden sich die Offenbarungen in der Bibel eingeschlossen, aber selbst um die christlichen Moralprinzipien zu begründen, genügt die Bibel nicht. Die Moral soll lehren, was in jedem einzelnen Falle die Pflicht des Menschen ist, was er thun muß, um die eigene Wohlfahrt und die seiner Mitmenschen zu fördern. Diese hängt aber vielfach von Ursachen ab, über welche nur die Naturwissenschaften und die Nationalökonomie Aufschluß geben. Wem diese ursachlichen Verhältnisse fremd sind, wie soll der finden, was in jedem einzelnen Falle seine Pflicht ist? — Gewiß haben Eltern die Pflicht, ihre Kinder gesund zu erziehen, aber die Bibel belehrt sie nicht über falsche diätetische Vorschriften; die Wirkung, welche gesunde Nahrung, passende Kleidung, frische Luft auf die Pflege der Jugend übt, die lehrt nur die Physiologie. Ohne physiologische Kenntnisse können Eltern also nie den von der Bibel gelehrten und anbefohlenen Moralprinzipien voll entsprechen. Um mit Erfolg über die geoffenbarten Gebote nachdenken zu können, muß das intellektuelle Vermögen ausgebildet, muß der Sinn für Beobachtung, für Vergleichung, das Schlußvermögen geübt und entwickelt sein. Aber die Bibel lehrt nichts von der Kunst, die geistigen Kräfte zu wecken und zu leiten, das thut nur die Wissenschaft. Man muß also über die Bibel hinausgehen, um seine Pflichten begreifen, um ihnen nachkommen zu können. Das ist keine Geringschätzung der Bibel, wohl aber wäre es eine Geringschätzung der Religion, der letzten und höchsten Erkenntniß, wollte man das Studium der größten und zweifellosesten Offenbarung, welche es überhaupt gibt, geringschätzen und ihr Studium vernachlässigen, diese Offenbarung ist die Natur selbst.

Auch wer sich zunächst bloß diesem Studium widmet, wird endlich eine Grenze finden, wo seine Erkenntniß, wo die Aufsuchung der Ursache der Wirkungen ihren Abschluß findet. Diese Grenze ist verrückbar, mit jedem Tag dehnt sich das Gebiet, welches die Wissenschaft beherrscht, das Gebiet, wo man jede Erscheinung auf eine bestimmte Ursache zurückführen kann, in welchem überall der gesetzmäßige, nothwendige Zusammenhang der Dinge erkannt ist, weiter aus, aber nimmer werden wir bis zur letzten Ursache vordringen, nimmer wird die Domäne des Wissens zugleich das All umfassen. Jenseits der Grenze des Wissens beginnt aber der Glaube, und mit dem Glauben die Verehrung.

Glauben und Wissen sind darum keine Gegensätze, sondern gegenseitige Ergänzungen; beide zusammen bilden die Welterkenntniß. Es kann darum sehr religiös sein, wer gleichwohl wenig glaubt, aber viel weiß, ebenso wie der, welcher viel glaubt und wenig weiß, wenn sich nur bei beiden Glaube und Wissenschaft ergänzen. Irreligiös ist nur der Unwissende, welcher zugleich ein Ungläubiger ist.

Wie viel unseliger Streit würde vermieden, wenn man sich darüber klar werden und Glauben und Wissen von einander scheiden, die Pflege des einen lediglich der Kirche, die des anderen der Schule anvertrauen würde. Und die Sittlichkeit? — das ist die Antwort, welche man bei solchem Falle einzuwerfen pflegt. — Auch die Sittlichkeit würde wohl dabei fahren, wenn man sich bemühen wollte, dieselbe nicht bloß auf den Glauben, sondern auch auf die Wissenschaft zu gründen. Gerade der Fortschritt der neuesten Zeit in den Naturwissenschaften hat befähigt, das Sittengesetz auch aus diesen zu entwickeln, darzuthun, daß auch nach den anerkannten Gesetzen der Natur

Cardinal Antonelli.

I.

Der Cardinal Giacomo Antonelli, Präsident des päpstlichen Ministerrathes, Minister der auswärtigen Angelegenheiten und Präfekt der apostolischen Paläste, wurde 1806 in Sonnino, einem elenden Flecken an der neapolitanischen Grenze geboren, und die Verhältnisse seiner Familie berechtigten keineswegs zu der Hoffnung, daß einst Italiens Schicksale durch den Willen dieses Kindes eine Wendung erhalten würden. Sein Großvater war Schmuggler und zu gleicher Zeit, was man in den Abbruzzen „manutengo" nennt; d. h. er versorgte die Briganten mit Lebensmitteln und kaufte ihnen das ab, was sie sich „auf der Landstraße verdient" hatten. Nach dem Tode dieses Ehrenmannes trieb der älteste Sohn das Geschäft weiter; es scheint jedoch, daß er nicht die Talente und die Vorsicht seines Vaters besaß, oder daß er sich verleiten ließ, selbst an besagten geschäftlichen Transaktionen auf der Landstraße Theil zu nehmen; — kurz, die Franzosen, welche damals Italien inne hatten und dem Brigantenthum arg zu Leibe gingen, ergriffen eines Tages die ganze Bande von Sonnino — hielten ein Kriegsgericht und am nächsten Morgen hing auf dem großen Platze des Dorfes an einem improvisirten Galgen der Leichnam des Oheims des zukünftigen allmächtigen Cardinals, und auf dem Brette über dem Strafgerüste konnte man mit großen Buchstaben lesen: „Pietro Antonelli — Ladrone."

Der Bruder Pietro's — der Vater des Cardinals, schien sich die Lehre zu Herzen genommen zu haben; denn während der Anwesenheit der Franzosen in Italien brach er alle Beziehungen zu seinen Freunden im Gebirge und jenseits der Grenze ab und fristete sein Leben jahrelang auf eine sehr kümmerliche Weise durch Holzhacken. Nachdem jedoch die päpstliche Regierung wieder eingesetzt und eine mildere Praxis geübt wurde, sehen wir auch wieder einen gewissen Wohlstand in der Familie Antonelli's; — er hing die Axt und die Säge an den Nagel — war oft abwesend, und lebte, man wußte nicht wovon. Die Pamphletisten, welche unzählige Schriften gegen den Cardinal veröffentlicht haben, behaupten, daß sein Haß gegen die Franzosen und insbesondere gegen die napoleonische Regierung von jener Hinrichtung seines Oheims herstamme; daß er sogar als Jüngling den Schwur gethan habe, sich an den Franzosen zu rächen. Es muß dies eine Verleumdung sein; der Mann, welcher so viele Todesurtheile hat ausfertigen lassen, muß es wohl begriffen haben, daß solche Gewaltmaßregeln oft geboten sind; — wohl möglich ist es jedoch, daß die ersten Eindrücke des Kindes, welches in seiner Familie hundertmal täglich die Franzosen und Napoleon verfluchen hörte, selbst bei dem Manne nicht ganz sich verwischen konnten. — wenigstens kann seiner Antipathie gegen Frankreich und den jetzigen Herrscher kein anderer triftiger Grund beigelegt werden.

Jedoch selbst der päpstlichen Regierung wurde das Treiben in Sonnino zu arg, und eines Tages schickte der Papst eine Delegation mit einer Compagnie Gensdarmen hin, welche den merkwürdigen Befehl mit sich führte — einen Befehl, dessen Authenticität erwiesen ist — eine genaue Untersuchung anzustellen, ob nicht ein ehrliches Familienhaupt in dem Flecken wohnhaft sei, und im entgegengesetzten Falle das ganze Nest . . . zu zerstören. — Die Delegation untersuchte drei Wochen lang — und am zweiundzwanzigsten Tage gab sie den Bewohnern den Befehl, in vierundzwanzig Stunden ihre Häuser zu räumen, und in der vierten Woche war der ganze Ort der Erde gleich gemacht. — Daß so etwas noch im Jahre 1819 sich ereignen konnte, scheint uns heute unglaublich, und noch merkwürdiger, aber charakteristisch genug für jene Bevölkerung, erscheint es, daß die Delegation unter ungefähr zweihundert Familienhäuptern kein einziges fand, um dessen willen sie den Ort verschont hätte. — Antonelli's

Wohlergehen an ein sittliches, Unglück an ein unmoralisches Leben geknüpft ist. Wie die Wahrheit nur eine, so ist auch die Sittlichkeit nur eine. Die berechtigte Offenbarung muß daher zu denselben Sittengesetzen, wie die berechtigte Wissenschaft führen, und ebenso das durch den Glauben begründete Sittengesetz zu denselben Normen, wie das durch das Wissen gefundene. Es ist bekanntlich von dem tief denkenden George Combe mit Glück versucht worden, die naturwissenschaftliche Moral durchaus selbständig zu entwickeln, und es gelang der Versuch in so vollendeter Weise, daß selbst englische Bischöfe dadurch befriedigt wurden.

Freilich ist die geoffenbarte Sittlichkeit und der Glaube viel leichter zu lehren und zu lernen, als die wissenschaftlich begründete Moral und das Wissen überhaupt; bekanntlich beruht aber die geistige Entwicklung nicht bloß darauf, was man erlernte, sondern wie es erlernt wurde. Ist die Religiosität, welche vornehmlich auf dem Wissen beruht, schwieriger zu erwerben, so ist sie auch dafür lohnender, weil sie zugleich die geistigen Fähigkeiten entfaltet. Das läßt sich freilich alles viel leichter feststellen, als praktisch in der Schule zum Ausdruck bringen. Alle Gesetze über Unterricht haben daher nur realen Werth, wenn sie von Institutionen begleitet sind, welche dem Lehrerstand eine der Aufgabe, welche er zu lösen berufen wird, entsprechende Bildung und Stellung verschaffen. So lange solche Institutionen fehlen, fehlt dem Unterrichtsgesetz der faktische Untergrund, der eigentliche lebendige Inhalt. Ueber die Trennung der Schule von der Kirche mögen verschiedene Ansichten bestehen, über die Trennung der Lehrer von der Geistlichkeit nur eine. Untersteht der Lehrer lediglich und allein der Unterrichtsbehörde, wird er nur durch diese kontrolirt, geprüft und befördert, gerade wie die Geistlichkeit für sich besteht, dann werden alle jene Konflikte vermieden, welche gegenwärtig fast in allen Ländern zwischen der Geistlichkeit und dem Lehrerstand bestehen.

Norddeutscher Bund.

Berlin. [Redefreiheit.] Aus den Verhandlungen des Reichstages über den Lasker'schen Antrag bezüglich der Redefreiheit theilen wir nachträglich Folgendes ausführlicher mit. Der Antrag selbst lautet: „Kein Mitglied eines Landtages oder einer Kammer eines zum norddeutschen Bunde gehörigen Staates darf zu irgend einer Zeit wegen seiner Abstimmung oder wegen der in Ausübung seines Berufes gethanen Aeußerungen gerichtlich oder disziplinarisch verfolgt, oder sonst außerhalb der Versammlung, zu welcher es als Mitglied gehört, zur Verantwortung gezogen werden."

Von konservativer Seite wurde Uebergang zur Tagesordnung beantragt, weil der Antrag die Kompetenz der Bundesverfassung überschreite. Der Weimar'sche Minister v. Watzdorff, der sonst für ziemlich liberal gilt, fand den „Sprung" doch zu bedenklich und überdies unnütz. Aegidi und Braun (Wiesbaden) sprachen für die Kompetenz. Der Letztere bemerkte treffend: „Man spricht von Einmischungen in die Einzelverfassungen. Meine Herren! Wenn Jemandem ein Knochen im Hals stecken geblieben ist und ich ziehe ihm denselben heraus, so ist das auch eine Einmischung, aber eine heilsame." Hierauf sprach der Bundeskanzler (Graf v. Bismarck):

Ich begrüße den vorliegenden Antrag als einen Beweis des Vertrauens für die Art, wie die Bundesinstitutionen sich entwickeln werden. Bei Feststellung der Verfassung war man sich noch nicht klar über die Entwicklung, welche die Dinge nehmen würden; man fürchtete insbesondere eine andere Zusammensetzung dieser Versammlung. Diese Befürchtung hat sich nicht erfüllt, und darum freue ich mich des in dem Antrage liegenden Vertrauens; so lange ich an dieser Stelle stehe, soll dieses Vertrauen auch seine Rechtfertigung finden. Meine Stellung zur Sache kennen Sie; ich halte die absolute Redefreiheit für ein Uebel, aber es ist ein Uebel, welches ich in den Kauf nehme, um den Frieden herzustellen. Mag man gegen einen Minister denn in Gottes Namen reden, wie man will — wem das nicht paßt, nun, der braucht ja nicht Minister zu bleiben (Heiterkeit); aber die außerhalb der Versammlung Stehenden möchte ich geschützt wissen. Das ist wenigstens mein Wunsch. Ob ich den Antrag auch im Bundesrathe werde unterstützen können, das ist eine andere Frage; die Kompetenz des Reichstages wird von vielen Bundesgenossen bezweifelt, Andere sprechen sich offen dahin aus, daß sie ein solches Geschenk nicht haben wollen. Einen Streit über die Kompetenz der Bundesverfassung schon ein Jahr nach ihrer Begründung halte ich nicht für gut. Was aber Preußen betrifft, so werde ich jedenfalls dafür sorgen, daß nur nach dem Sinne des Antrags gehandelt werde. (Beifall.)

Abg. Lasker ist erfreut über diese Erklärungen, hält dieselben jedoch nicht für genügend. Gleiches Verfassungsrecht müsse im Prinzipe wenigstens für den ganzen Bund existiren, und was das Versprechen betreffe, welches der Herr Bundeskanzler so eben gegeben habe, so müsse daran erinnert werden, daß dieselbe Partei, welche die Redefreiheit bekämpfe, auch die Stellung des Bundeskanzlers bekämpfe. Da bedürfe es einer positiven und gesetzlichen Regelung. Redner wendet sich dann in satyrischer Weise gegen den Widerstand der Kleinstaaten, die ihre große Mission nicht zu begreifen schienen. — Der Lasker'sche Antrag wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 119 gegen 65 Stimmen angenommen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Zuschrift der Bischöfe an das Ministerium und die Antwort darauf.] Vierzehn österreichische Kirchenfürsten

---

Vater war von den Bewohnern Sonninos der einzige, welchem es gelungen war, während der Untersuchung sein Hab und Gut in Sicherheit zu bringen — es war, als hätte er Kenntniß von den geheim gehaltenen Befehlen des Delegaten gehabt; und deshalb verbreitete sich das Gerücht, welches der Wahrscheinlichkeit nicht im Geringsten entbehrt, daß er den päpstlichen Gendarmen als Spion gedient und über das Treiben seiner Landsleute Auskunft gegeben hätte. — Bei solchem Gerüchte, welches unter Italienern kursirte und besonders bei Männern, deren Wohnsitz zerstört war und die sich mit Weib und Kind mitten auf der Landstraße befanden, hielt es Antonelli für das Rathsamste, so viel Entfernung wie möglich zwischen sich und Sonnino zu legen, — und wir sehen ihn unter dem Schutz der Gendarmen mit seiner ganzen Familie nach Rom übersiedeln. — Die Behauptung, daß er sich der Polizei verkauft habe, fand hier neue Nahrung, denn einige Wochen nach seiner Niederlassung in der Hauptstadt der katholischen Welt wurde sein Sohn Giacomo in das große Seminar aufgenommen, eine Begünstigung, welche ein armer Holzhacker sicherlich nicht erlangt haben würde, wenn nicht besondere Verhältnisse dabei obgewaltet hätten.

Es kann dem römischen Ministerpräsidenten nur zur Ehre gereichen, die großen Hindernisse, welche seine Geburt und die Vergangenheit seiner Familie ihm in den Weg legten, durch Fleiß und Talent überwunden zu haben. — Es war, als wenn der dreizehnjährige Knabe schon das richtige Bewußtsein dieses Verhältnisses hätte; denn sein Betragen im Seminar war so musterhaft, seine Aufmerksamkeit und sein Fleiß dermaßen anhaltend, daß er bald von den Lehrern ausgezeichnet wurde und sich mit der Zeit ihre Liebe und bereitwillige Empfehlungen erwarb. — Er war kaum zwanzig Jahre alt, als die Aufmerksamkeit des Papstes Gregor XVI. bei einem Besuche des Seminars auf ihn gelenkt wurde und er in einer halbstündigen Unterhaltung mit dem heiligen Vater diesen durch wirkliches Wissen und durch einschmeichelndes Betragen so für sich zu gewinnen wußte, daß er ihm seinen Schutz für seine fernere Carriere versprach. Vom Papste befragt, ob er geistliche oder weltliche Beschäftigung für seine Zukunft wünschte, zögerte er nicht, sich für letztere auszusprechen. In seinem dreiundzwanzigsten Jahre erhielt Antonelli die Priesterweihe und wagte es, dem Papste sein Versprechen in die Erinnerung zurückzurufen. Gregor, weit entfernt, darüber zu zürnen, nahm ihn zu sich und unter seiner persönlichen Leitung begann der junge Mann die staatsmännische Carriere.

Die Verleumdung, welcher der spätere Cardinal und Premierminister so viele schwache Seiten bot, hat dieser hohen Gunst des Papstes für den Holzhackersohn allerhand Motive untergeschoben. Wir können wirklich nicht einsehen, warum ein Fürst sich nicht für einen jungen Mann interessiren sollte, in welchem er außergewöhnliche Befähigungen entdeckt zu haben glaubt und besonders ein Papst, welcher — die Verhältnisse mögen liegen, wie sie wollen — die sich dem Priesterstande Weihenden doch immer mehr oder weniger wie seine Kinder betrachtet. Giacomo Antonelli mit seinen wirklich unleugbaren Talenten besaß schon damals die Kunst des geschmeidigsten Benehmens, des wohlwollendsten Blickes, des einschmeichelndsten Lächelns in solchem Grade, daß dieses alles wohl genügte, um einen Greis, der — obgleich die katholische Christenheit ihn „Vater" nennt, sich dennoch als Mensch oft recht einsam fühlen muß — an sich zu fesseln und seine ununterbrochene Gunst zu genießen.

So sehen wir denn auch seine Carriere reißende Fortschritte machen. Er wird zuerst Prälat mit dem Prädikate: Monsignore und einer Pfründe — dann Assessor am obersten Criminalgericht — dann Legat in Orvieto, später in Viterbo und Macerata, — Unterstaatssekretär im Ministerium des Innern — und endlich im Jahre 1845 Großschatzmeister der apostolischen Kammern, eine Würde, welche unserem Finanzminister entspricht. — Keine einzige Neuerung, keine

(also nicht mehr alle fünfundzwanzig, welche seinerzeit an den Kaiser direkt schrieben) haben an den Ministerpräsidenten Fürst Auersperg ein Schreiben erlassen, dessen Inhalt ungefähr folgender ist: Im Eingange wird gesagt, die Kirchenfürsten, obschon ihnen kein Recht zur Interpretation der Gesetze zustehe, hielten es für ihre Pflicht, sich über das die richterliche Gewalt betreffende Staatsgrundgesetz zu äußern, da dasselbe nunmehr zur praktischen Anwendung kommen solle. Den ersten Artikel des erwähnten Gesetzes, welcher lautet: „Alle Gerichtsbarkeit im Staate wird vom Kaiser ausgeübt,“ wolle man so verstanden wissen, daß es im Staate keine andere Gerichtsbarkeit als die des Kaisers gebe. Der Staat sei eine Gesellschaft, doch nicht die einzige; denn auch die katholische Kirche sei eine Gesellschaft, und keine sei so zahlreich und verfolge ein so hohes Ziel, wie sie. Handels- und Eisenbahn-Gesellschaften hätten nach ihren Statuten über die Rechte und Pflichten ihrer Mitglieder zu entscheiden, worin doch offenbar eine Jurisdiktion liege, daher könne auch der Kirche die Gesetzgebung in ihren eigenen Angelegenheiten unmöglich abgesprochen werden. Da die Ehe nun, so folgern die Kirchenfürsten weiter, in das „kirchliche Gesellschaftsrecht“ einschlage, so sei die Deutung unrichtig, nach welcher durch den ersten Artikel des Staatsgrundgesetzes über die richterliche Gewalt die kirchlichen Eherechte aufgehoben sein sollten. Auch die gesammte übrige Jurisdiktion der Kirche, das geistliche Strafverfahren gegen Laien und Geistliche sei intakt geblieben. Die „Umdeutung“ des mehrerwähnten grundgesetzlichen Artikels habe zur Folge gehabt, daß man das Konkordat für durchlöchert und damit auch schon für beseitigt halte. Sie, die Bischöfe, wollten jedoch nicht glauben, daß an dieser „Umdeutung“ die Regierung Antheil habe, daß von ihr „die Grenzen der Staatsgewalt so gänzlich mißachtet wurden.“ Schließlich wird die Bemerkung angefügt, daß die Staatsbeamten keine andere Verpflichtung haben, als die Staatsgesetze genau zu beobachten, ob diese ihnen nun gefallen oder nicht.

Das Antwortschreiben des Fürsten Auersperg auf diese Zuschrift lautet nach der „W. Abdpost“ mit Weglassung des formellen Einganges wörtlich wie folgt: „Das erwähnte Schreiben betont es mit vollem Rechte, daß Gesetze nur von der gesetzgebenden Gewalt eine allgemein verbindliche Auslegung erhalten können. Eben darum kann die Erörterung der Ansichten, von welchen die mit der Ausführung Beauftragten ausgehen, nur Angesichts bestimmt hervortretender Fragen sich als fruchtbringend erweisen. Ueberdies hat das Schreiben zum unmittelbaren Gegenstande die im Reichsrathe über den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Ehe der Katholiken, gepflogenen Verhandlungen, bei welchen zu allseitiger freiester Erörterung des hochwichtigen Gegenstandes reichlich Gelegenheit geboten war. Diese ist nicht unbenützt geblieben, und auch die Regierung Sr. Majestät hat sich der öffentlichen Besprechung der Angelegenheit nicht entschlagen. In diesem Augenblicke aber ist die Zeit jener öffentlichen Erörterung wenigstens für die Regierung abgelaufen, welcher das Stadium legislativer Verhandlung, in das gegenwärtig der Entwurf getreten ist, die ehrerbietigste Zurückhaltung zur Pflicht macht. Der Ministerrath konnte daher auch nur durch die hohe Achtung, die er den ausgezeichneten Eigenschaften und dem erhabenen Berufe der Unterzeichner jenes Schreibens zollt, dazu veranlaßt werden, auf die Fragen einzugehen, welche dasselbe mehr andeutet als ausspricht. Keines der in diesen Landen bestehenden Gesetze weist die Gerichte an oder ermächtigt sie, Fragen der Glaubenslehre oder der Gewissenspflicht oder die Ordnung und Verwaltung der inneren Angelegenheiten der Kirche an sich zu ziehen. Dafür, daß Dies auch künftig nicht geschehen werde, gewähren die Artikel 14 und 15 des Grundgesetzes über die allgemeinen Rechte der Staatsbürger volle Bürgschaft. Wenn nun die Regierung zu Gunsten des im Reichsrathe verhandelten Entwurfes eines Gesetzes über die Ehen der Katholiken auch den § 1 des Gesetzes über die richterliche Gewalt anführte, so geschah Dies eben, weil sie der Ueberzeugung war, daß sie damit für die im Namen des Kaisers auszuübende Gerichtsbarkeit nichts in Anspruch nehme, was jenseits der rechtmäßigen Grenzen der Staatsgewalt liegt. Es wäre daher nicht gerechtfertigt, der Regierung den Vorwurf zu machen, daß sie von der katholischen Kirche und ihrer Verfassung keine Kunde nehme. Sie benutzt vielmehr gerne diesen Anlaß, es auszusprechen, daß sie nicht blos die Freiheit der Kirche hochhalten und achten wolle, sondern jederzeit bereit sein werde, das segensreiche Wirken derselben nach Kräften zu fördern. Allein so wenig die Regierung daran denkt, die Grenzen der Staatsgewalt zu mißachten, so wenig kann sie ihre Hand dazu bieten, daß dies von anderer Seite geschehe. Sie muß es daher ablehnen, auf jenen Theil des verehrlichen Schreibens einzugehen, welcher die Verbindlichkeiten, die das Gesetz über die allgemeinen Bürgerrechte den Staatsbeamten auferlegt, zum Gegenstande einer das Pflichtgefühl der Letzteren, wenn auch absichtslos, beirrenden Erörterung macht. Indem ich Eure Eminenz ersuche, diese Mittheilung zur Kenntniß der sämmtlichen hochgeehrten Unterzeichner des mehrerwähnten Schreibens bringen zu wollen, unterlasse ich nicht, den lebhaften Wunsch auszusprechen, es möge dem vereinten Streben der Staats- und Kirchengewalt gelingen, bei allen ihren Organen jenes Pflichtgefühl zu kräftigen, welches, dem Widerspruche zwischen Gewissen und Handeln entrückt, die Interessen des Staates in wahrhaft sittlicher Weise fördert.“

Man sieht, Fürst Auersperg umgeht die direkte Antwort auf die eigentliche Frage: „Wird die weltliche Gewalt der Geistlichkeit ihren Arm leihen, um die von der letzteren verhängten Strafen in Ausführung zu bringen?“ Das war die Hauptsache. Das dürre und trockene Nein wird im Antwortschreiben vermieden. Indirekt gibt das Ministerium aber deutlich genug zu verstehen, was die Hierarchie zu

---

Verbesserung wies seine Verwaltung auf, — nichts; er war ein Legat wie hundert andere vor und nach ihm es gewesen, er ließ alles seinen alten Schlendrian gehen, verwaltete die Finanzen . . . viel schlechter, als sein Vorgänger Tosti, beschäftigte sich sehr wenig mit Glaubenssachen, stimmte vollständig mit Gregor in dessen Antipathie gegen die liberalen Zuckungen überein, welche Europa schon zu durchströmen anfingen, — war mit einem Worte ein ganz gewöhnlicher Beamter, welcher seine rasche Carriere nicht im geringsten zu verdienen schien, und der weiter nichts für sich hatte, als . . . eben sein einschmeichelndes Lächeln und seine übergroße Freundlichkeit gegen alle die, welche sich ihm näherten — selbst gegen die, die er bestrafte.

Das Jahr 1846 ward ein Wendepunkt in seiner Carriere — der Tod hatte ihm seinen Beschützer Gregor XVI. hinweggerafft, und der Erzbischof von Imola hatte den Stuhl Petri mit ganz anderen Ideen bestiegen, als sein Vorgänger, der starre Gregor. Das edle Herz Pius IX. schlug schwärmerisch für Völkerfreiheit und Völkerglück — und in Liebe für sein so reich gesegnetes Italien kam ihm keiner der sogenannten Patrioten gleich. Das mußte ein Wendepunkt im Leben Antonelli's sein; und jetzt entwickelt er zum ersten Mal das, was man gewöhnlich „diplomatisches Genie“ zu nennen pflegt.

Kaum ist Pius IX. auf seinem Throne installirt, als der Finanzminister eine geheime Audienz von ihm erbittet und ihm seine Schuld bekennt, so lange Zeit einem weltlichen Regierungssysteme seine Dienste geleistet zu haben, welches er tief im Innern seines Herzens für das **unrechte** hielt, — aber seine kindliche Zärtlichkeit für Gregor habe ihn daran verhindert, einen Schritt zu thun, welcher dem Herzen seines Wohlthäters so viel Leid zugefügt haben würde. Jetzt jedoch erlaube es sein Gewissen nicht, länger zu schweigen — er müsse alle seine Aemter niederlegen, wenn man „dem Volke nicht gerecht würde und ihm die **Freiheiten** gebe, die zu **verlangen** es ein **Recht habe**.“

Es darf Niemand die Aufrichtigkeit der Worte eines Mannes bezweifeln, wenn derselbe bereit ist, sie durch Thaten zu bekräftigen. Die erste Folge dieses Entschlusses war, daß Pius IX. sich immer enger an den Mann anschloß, welcher mit so voller, inniger Ueberzeugung sich ganz seinen Ideen ergeben hatte und der ihm am geeignetsten schien, all' die Glücksträume zu verwirklichen, welche er für sein Volk erträumt. Schon am 12. Juni — bei der ersten Cardinalpromotion erhielt der Sohn des Holzhackers von Sonnino den Hut, welcher die höchste geistliche Würde bezeichnet — er blieb Finanzminister und ward Präsident der Staatskonsulte, eine Art von außerordentlicher Commission, welche die Aufgabe hatte, „die Epoche zu prüfen und Reformen vorzuschlagen.“ — Diese Commission erfüllte ihre Aufgabe auf's gewissenhafteste — sie machte die patriotischsten Vorschläge, und ihr ist es nicht als Schuld beizumessen, wenn der Ministerrath dieselben nicht genehmigte. Antonelli spielte hier eine Rolle, welche fast an's Komische grenzt; — als Präsident dieser Commission trug er die von ihr gemachten Vorschläge, denen er als Präsident beigestimmt, dem Ministerrathe vor, und stimmte als Minister . . . **dagegen**. Auch war er Mitglied jener andern Commission, welche am 14. März 1848 dem römischen Volke die berühmt gewordene Constitution gab, der Antonelli als Minister sich wohl nicht ein einziges Mal gefügt hat.

Man besitzt sehr wenig verbürgte Details über Antonelli's Wirksamkeit in jener Zeit. Nur eine seiner Antworten ist von einem Ohrenzeugen wiederholt worden, dessen Wahrhaftigkeit nicht angezweifelt werden kann. Vom Fürsten Torlonia — dem bekannten Geldmanne, befragt, wie es um die liberalen Neigungen Sr. Heiligkeit stehe, antwortete er mit seinem stets freundlichen Lächeln: „Credo ch' è guarito“ — „Ich glaube, er ist **geheilt**.“

erwarten hat. Es liegt auf der Hand, daß dem Einflusse der Geistlichkeit ein schwerer Stoß versetzt wird, wenn die Strafen, die sie verfügt, die Einsperrungen, die sie dekretirt, nicht exekutirt oder durch Anrufung der weltlichen Gerichte und der grundgesetzlich gewährten persönlichen Freiheit unwirksam gemacht werden können.

— [**Konkordat.**] Von unterrichteter Seite wird der „Franz. Korresp.", welche zu der österr. Gesandtschaft in Paris in sehr nahen Beziehungen steht, mitgetheilt, es seien auf der Pariser päpstlichen Nuntiatur Nachrichten aus Rom eingelaufen, denen zufolge die von dem Wiener Kabinet angeknüpften Unterhandlungen mit dem heiligen Stuhle bezüglich des Konkordats nicht ganz so aussichtslos wären, als man ziemlich allgemein geglaubt hatte. Pius IX. hätte erklärt, er begriffe recht gut, daß die Regierung des Kaisers Franz Joseph den Anforderungen der Reichsvertretung Rechnung tragen müsse und die nach seiner Meinung allerdings verderbliche Gewalt der Zeitideen sich auch in dem österreichischen Kaiserstaate geltend mache; er werde den neuen gesetzlichen Einrichtungen für Ehe, Schule und Kirche nimmermehr seine Zustimmung geben, aber er fühle wohl, daß ihm zum Schutz der Staatsverträge, welche er schließt, keine anderen als geistliche Waffen zu Gebote stehen. Mit einem Wort, Pius IX. scheine einen Bruch mit dem Wiener Kabinet vermeiden zu wollen, sei es, daß ihn hiervon Rücksichten der hohen Politik oder der persönlichen Affektion für den Wiener Hof zurückhalten, oder daß er es für die Sache der Kirche förderlicher hält, die Uebertragung der konkordatswidrigen Reformen in die Praxis und ihre Wirkungen abzuwarten. Den Vorstellungen der österreichischen Bischöfe gegen Artikel 1 der neuen Verfassung soll sich der heil. Vater allerdings angeschlossen haben, woraus man aber gerade den Schluß zieht, daß er seine aus dem Konkordat hergeleitete Einsprache nicht auf die Spitze treiben, sondern den gegebenen Thatsachen Rechnung tragen will. So ungefähr lautet, wie wir hören, die von Rom erlassene Parole, wobei wir freilich dahingestellt lassen wollen, ob dieselbe eine diplomatische Taktik oder einen prinzipiellen Standpunkt bezeichnet.

Ausland.

* **Italien.** [Verdächtige Bewegungen der Garibaldianer.] Am 31. März ist plötzlich der Commandant der Engelsburg in Rom, Oberstlieutenant Pifferi, verhaftet und in das Gefängniß dieser Citadelle eingeschlossen worden. Er wurde zugleich sofort abgesetzt und durch den Major Petrelli ersetzt. Die Ursachen dieser Verhaftung eines höheren Offiziers, schreibt der römische Korrespondent der „N. Z.", sind noch nicht hinreichend bekannt. Pifferi galt seit langer Zeit für einen Liberalen und einen warmen Freund Italiens und selbst Garibaldi's, aber zugleich für einen Ehrenmann, der seiner Fahne auf das treueste ergeben sei. Man sagt nun, er habe einen Photographen bis zum Fuße des vergoldeten Engels heraufsteigen und ihn dort die neuen Festungswerke aufnehmen lassen, um diese Bilder der italienischen Regierung zu übermitteln. Dieser ganze Vorgang zeigt wieder, wie wenig die Regierung sich auf die einheimischen Truppen verlassen kann, deren Sympathien der Sache Italiens gelten. Auch spricht man hier wieder von dem Eintreffen zahlreicher italienischer Agenten, welche behufs Erregung von Unruhen und zur Verleitung der Soldaten zur Desertion gekommen seien. Jede Nacht finden hier Haussuchungen statt, in der Nacht vom 29. auf den 30. März allein 270. Der „Osservatore" zeigt die Ankunft italienischer Emissäre an und sagt, es seien drei geheime Agenten aus Alessandria verhaftet worden, von denen zwei garibaldianische Offiziere. Die hohen römischen Beamten betrachten einen neuen Angriff der Aktionspartei auf die ewige Stadt als bevorstehend oder geben doch vor, es zu thun.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

h. **München,** 10. April. Der Minister des Innern v. Hörmann hat an die Kreisregierungen Directiven über das Verhalten der Verwaltungsbeamten erlassen, welche gewissermaßen ein Programm des Gesammtministeriums enthalten. In verschiedenen Volksschichten herrsche bedauerliche Unklarheit über Regierungsabsichten, die Aufgabe der Beamten sei in der Uebereinstimmung mit den Regierungsanschauungen begründet; **Beamte müssen die Regierungsmaßregeln unterstützen oder aus dem Dienste ausschriden;** energisches Vorgehen wurde anbefohlen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^{6}/_{8}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$58^{1}/_{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt.	$42^{1}/_{4}$ P.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^{1}/_{2}$ G.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jährl. dto.	$93^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$93^{1}/_{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^{3}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$88^{5}/_{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{1}/_{4}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$81^{7}/_{8}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{5}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^{7}/_{8}$ P.
„	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83^{1}/_{2}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$94^{3}/_{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ P.
„	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{4}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$80^{1}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{1}/_{4}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$77^{7}/_{8}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$75^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125^{1}/_{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	721 P. 19 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$192^{1}/_{2}$—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{1}/_{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223^{1}/_{2}$ P. 23 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	$93^{1}/_{2}$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$333^{1}/_{2}$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111^{1}/_{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$258^{1}/_{2}$—59 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$159^{1}/_{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$108^{1}/_{4}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132^{3}/_{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$61^{3}/_{8}$ P. $^{1}/_{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^{1}/_{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	$242^{1}/_{4}$ G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	122 P. $^{3}/_{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{3}/_{4}$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98^{1}/_{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{5}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{2}$ G
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$144^{1}/_{4}$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$65^{1}/_{2}$ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$71^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 G.
„	do. v. 1864	$87^{7}/_{8}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$10^{5}/_{8}$ P.
Badische fl. 35		$50^{7}/_{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		$56^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		$144^{1}/_{4}$ P.
„ fl. 25 do.		38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		—
Sardinische Fr. 36 b. R.		73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.		$82^{3}/_{8}$ P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		$12^{1}/_{4}$ G.

Frankfurt, 9. April. Nach der Geschäftsstille der letzten Tage herrschte heute ein lebhafterer Verkehr. Von österr. Spekulationspapieren waren Creditaktien 1 fl., 1860er Loose $^{1}/_{2}$ pCt. niedriger, Staatsbahn sehr fest auf gute Berliner Notirungen. Wiener Wechsel waren auf schlechtere Wiener Valuta-Notirungen wesentlich niederer. Von österr. Anlagepapieren waren National und Metall ebenfalls matter. Amerikaner dagegen verkehrten trotz höheren Goldagios in sehr befestigter Haltung. Für dieselben zeigte sich wieder entschieden mehr Kauflust, als bisher. In Süddeutschen herrschte kein Leben. Von Devisen Paris etwas flauer. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 102. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 11. April 1868.

Confessionelle Politik.

Die eindrucksvollste Rede in der General-Debatte über das Religionsgesetz vom österr. Abgeordnetenhause ist an Inhalt und Form ohne Frage die des Abg. Kuranda. Wir lassen aus dem von der „N. Freien Presse“ veröffentlichten Wortlaute derselben nachstehenden Auszug folgen:

Würde es sich wirklich darum handeln, wie ein Vorredner sagte, mit diesem Gesetze einen Stein aus dem Baue der katholischen Kirche zu reißen, oder würde es sich gar darum handeln, wie mein unmittelbarer Vorredner soeben gesagt hat, sie zu verfolgen, dann, meine Herren, würde ich sicher nicht das Wort in dieser Debatte ergreifen, aus jenen delikaten Gründen, welchen ich bereits Worte geliehen habe, als ich erklärte, warum ich mich von den großen Debatten über das Concordat persönlich, auf meine confessionelle Stellung hinblickend, zurückgehalten habe. Allein, meine Herren, um das Alles handelt es sich heute nicht; heute handelt es sich durchaus nicht um das Concordat. Das Gesetz, welches wir heute zu berathen haben und das wir hoffentlich auch beschließen werden, geht neben dem Concordate her, es berührt seinen Inhalt nicht; es ist ein Gesetz, das nicht die internen religiösen Interessen der Katholiken behandelt, sondern ihr Verhältniß zu den anderen Religionsgenossen dieses Staates oder vielmehr zu dem Rechte der anderen. Der Herr Abg. Jäger hat heute Morgens gesagt, die katholische Kirche sei kein Findelkind in Oesterreich. Das ist sie ganz gewiß nicht. Aber es handelt sich darum, Confessionen, die bisher als Findelkinder betrachtet wurden, zu jenen Sohnesrechten zu verhelfen, welche die katholische Kirche bisher ausschließlich für sich in Anspruch nahm. (Bravo! links.) Es handelt sich nicht darum, die katholische Kirche von ihrem Piedestal herabzuzerren, es handelt sich darum, die anderen Gleichberechtigten auf die gleiche Stufe neben ihr zu erheben. Aber wir hörten so eben die Behauptung: Wenn man aufhört, zu sagen, Oesterreich sei ein katholischer Staat, dann ist Oesterreich ein confessionsloser Staat! Und das Schreckbild eines confessionslosen Staates wurde von dem Vorredner mit den schwärzesten Farben ausgemalt. Meine Herren! Die Kunstwendungen, die man in dieser Debatte seit einer Reihe von Monaten und wohl noch länger anwendet, wollen gehörig geprüft werden. Wir Anderen, die wir der liberalen Partei angehören, erschrecken nicht vor dem Worte „confessionsloser Staat“; allein man stellt gegnerischerseits die Sache so dar: der Staat ist ohne Confession, folglich ist er ohne Religion; der Staat ohne Religion ist ohne Sittlichkeit, der Staat ohne Sittlichkeit ein Staat ohne Gott! Aus dem einzelnen Worte „confessionslos“ entwickelt man eine Reihe von Begriffen, gegen welche die Majorität dieses Hauses gewiß protestirend sich wehren würde, wenn man sie auf den österreichischen Staat anwenden sollte. Allein, m. H., ich erinnere mich an ein Distichon von Schiller — und gerade eine Aeußerung des Herrn Vorredners hat es mir in's Gedächtniß gerufen; Schiller, dem man gewiß nicht Sittenlosigkeit und Religionslosigkeit vorwerfen kann, hat ein Distichon, welches lautet:

„Mein Glaube.
Zu welcher Religion ich mich bekenne?
Zu keiner von allen,
Die ihr mir nennt; Und warum nicht? Aus Religion.“

Dieses, meine Herren, ist das wahre Motto des Staates; der Staat, der die Religion schätzt, ehrt die Ueberzeugungen der verschiedenen Religionsgenossen die er umfaßt; er erklärt: „Ich habe keine ausschließliche Konfession“ — „und warum?“ — „Aus Religion!“ (Bravo! Bravo! links.) Wir hörten soeben: Oesterreich sei ein katholischer Staat, und wenn man das vorliegende interkonfessionelle Gesetz annehme, würde Oesterreich aufhören, ein katholischer Staat zu sein. . . . Man hat lange gesagt, Oesterreich sei ein Agrikulturstaat, und mit diesem Postulate hat man die ganze österreichische innere, volkswirthschaftliche Politik leiten wollen. Nun, richtigere volkswirthschaftliche Ideen haben sich Bahn gemacht; man hat eingesehen, Oesterreich sei auch ein Industriestaat, Oesterreich sei auch ein Handelsstaat, und man hat allmälig jedem dieser Faktoren Rechnung getragen, ohne daß Oesterreich deßwegen aufhörte, auch ein Agrikulturstaat zu sein. Ebenso wird von den verschiedensten Seiten der Streit über die Nationalität Oesterreichs gehört. Oesterreich, haben die Deutschen gesagt, ist ein deutscher Staat, und sie haben es gehörig motivirt; Oesterreich, hat man von slavischer Seite gesagt, ist seiner Majorität nach ein slavischer Staat, und sie haben es statistisch motivirt; aber die österreichische Verfassung sagt: Oesterreich ist ein Staat der Gleichberechtigung, in Oesterreich sind alle Faktoren und alle Nationalitäten gleichberechtigt; wenn nun die Gleichberechtigung auf nationalem Gebiete, wenn sie auf politischem und auf volkswirthschaftlichem Gebiete durchgeführt werden kann, so kann sie es auch auf religiös kirchlichem Gebiete. (Beifall links.) Und keineswegs wird deßwegen Oesterreich aufhören, ein katholischer Staat zu sein, wenn er auch dieses Wort nicht geradezu als Privilegialrecht auf seine Fahne schreiben wird. (Bravo!) . . .

Cardinal Antonelli.

II.

Im Monate März 1848 ward Antonelli Ministerpräsident eines Ministeriums, welches in seiner Majorität — sechs zu drei — aus Laien bestand und konnte sich wirklich eine Zeit lang der vollen Popularität der Römer erfreuen, besonders als er die 17 000) Mann starke päpstliche Armee dem Könige Carl Albert zu Hilfe sandte. Jedoch das heilige Collegium begriff die Tragweite der Maßregeln Antonelli's nicht und glaubte wirklich, daß er ein Revolutionär sei; der Papst wurde förmlich von den Cardinälen belagert — man sagt sogar: bedroht, und man sah den Zeitpunkt voraus, wo Antonelli vom Staatsruder fortgedrängt werden würde. — Da gab er seinen Collegen noch einen der hart angegriffensten Beweise seines „diplomatischen Genies“. — Er bewog den Papst zu einer Erklärung, daß er — Antonelli — gegen seinen Willen gehandelt habe, indem er die päpstliche Armee gegen die Oesterreicher gesandt, daß dies niemals sein Gedanke gewesen, und daß die Truppen, welche am 16. Juni bei Vicenza capitulirt hatten, augenblicklich zurückzurufen seien.

Ein einziger Schrei der Entrüstung ertönte durch den ganzen Kirchenstaat bei dieser Maßregel, zumal, da einige Indiscretionen begangen waren und man sich bis in's kleinste Detail die Scene erzählte, in welcher Antonelli an der Spitze seiner Feinde, der Cardinäle, den betrübten Papst fast gezwungen hatte, ihn zu desavouiren. — Er legte das Porteseuille nieder und zog sich, anscheinend tief zerknirscht über seine Ungnade, von allen öffentlichen Geschäften zurück. — Doch eigenthümlicher Weise und vielleicht ihm selbst unbewußt hatte er im Herzen des Papstes sich durch diesen Schritt einen noch festeren Anhalt wie früher gewonnen. Edle Charaktere, wirklich hochherzige Geister, werden nie die Verschlingungen der Diplomatie zu begreifen fähig sein. Für Pius IX. war dieser Schritt Antonelli's — wie Graf Mamiani, der Nachfolger des Cardinals im Ministerium, erzählte, der schlagendste Beweis, daß der, welcher, „um die Kirche zu retten“, sich einer so öffentlichen Ungnade aussetzt — ja dieselbe selbst provocirt — der getreueste Diener dieser Kirche und seines Herrn sei. — Man kann solche tugendreiche Seele nur anstaunen und verehren — man wagt nicht zu klagen, daß der Contact mit „Menschen“ so wenig ihr geschadet — man wagt nicht zu wünschen, daß sie dies erhebende Vertrauensgefühl verlieren möge.

Antonelli blieb nur wenige Tage in seiner Zurückgezogenheit — er ward jetzt der geheime Rathgeber des Papstes und correspondirte in seinem Namen mit Carl Albert und Gioberti. Er war es, welcher das Ministerium Mamiani zum Rücktritte zwang und dasselbe durch das Ministerium Rossi ersetzte; er war es, welcher nach der Ermordung des Grafen Rossi dem Papste keine Ruhe und Rast ließ, bis er ihn zur Flucht bewogen, und er arrangirte alle Details dieser Flucht mit dem bayerischen Gesandten Grafen Spaur und dessen Gemahlin. Pius IX. weinte wie ein Kind, als er Rom verließ, und als der

Professor Jäger sagte uns heute: „Oesterreich muß unwiderruflich eine katholische Politik verfolgen, denn Oesterreich ist seit tausend Jahren ein katholischer Staat.“ . . . Das ist ein stolzes, imponirendes, poetisches Wort; allein, meine Herren, was hätte denn Oesterreich vor tausend, ja vor fünfhundert Jahren sein sollen? Gab es denn damals irgend einen Staat im europäischen Westen, der nicht katholisch war? Damals waren Schweden und England auch katholisch. Wir müssen also diese Behauptung, Oesterreich sei von jeher ein katholischer Staat, auf ihre wahre Bedeutung reduciren. Wann hat Oesterreich angefangen, ein speziell katholischer Staat zu sein? Von dem Momente, wo das kirchliche Schisma in Deutschland aufgetreten ist; von dem Momente, wo Luther seine Thesen angeschlagen hat, und von dem Momente, wo gleichzeitig — denn es fallen diese beiden großen Momente zusammen — Karl V. Kaiser von Deutschland wurde. Von diesem Momente an — und das sind keine 1000 Jahre, sondern nur etwas über 400 Jahre — kann man sagen, Oesterreich habe in seiner religiösen und konfessionellen Politik sich entschieden. (Redner läßt hierauf die Geschichte Oesterreichs seit Karl V. Revue passiren, um nachzuweisen, daß die Politik der Habsburger sich mit Ausnahme der Periode vom Anfange des dreißigjährigen Krieges bis zum Anfange des 18. Jahrhunderts keineswegs mit der der römischen Kurie identificirt habe, sondern sehr oft ganz andere Wege gewandelt sei und fährt dann fort:)

Ich will mit alledem nur sagen, daß dieses Jahrtausend, in dem man uns Oesterreich als eine unverbrüchlich katholische Macht citirt, die parallel und in Eintracht mit dem römischen Stuhle geht, sehr große chronologische Lücken hat. Ich brauche da gar nicht auf Kaiser Joseph, Maria Theresia und Kaiser Franz hinzuweisen, die in politischen Dingen einen sehr selbständigen Standpunkt hatten. Wir thun unserm armen Oesterreich Unrecht, wenn wir immerfort und immerfort nur die reaktionären Seiten desselben beleuchten. Oesterreich hat sich dem Fortschritte nie verschließen können; es ist zwar hinter anderen Staaten zurückgeblieben, aber immer hatte es Epochen, in denen der Fortschritt bei uns patent wurde. Nur gab es oft traurige Rückschläge, wie z. B. den Rückschlag des Konkordats nach der josephinischen Gesetzgebung. Aber, meine Herren, zu sagen, ununterbrochen war Oesterreichs innere und äußere Politik an ein stationäres mittelalterliches Prinzip gefesselt, das ist ein Verkennen der Geschichte, das ist ein Verkennen der Wahrheit; es würde uns jeden Lebensboden absperren, wenn wir immer stationär wie jener große asiatische Staat wären, dessen Name so oft auf Oesterreich angewendet wird. (Bravo! Bravo! links.) Ich wende mich nun zu den Anschauungen des Prof. Jäger über die äußere Politik Oesterreichs.

Dr. Jäger hat uns gesagt, Oesterreich sei ein katholischer Staat, es könne keine andere Politik als eine katholische machen, die hervorragendsten Staaten Europas hätten immer nur die Politik gemacht im Sinne der Religion, der die Majorität ihrer Bevölkerung angehört. Nun, meine Herren, das Gegentheil liegt auf der Hand und ist flagrant. Ich habe bereits Frankreich erwähnt. Frankreich ist ein katholischer Staat und war es zu allen Zeiten; aber gerade in dem Momente, als Frankreich in seiner Mitte die Hugenotten bekämpfte, ist es gegen Oesterreich, welches gegen die Protestanten kämpfte, losgezogen, hat Gustav Adolph unterstützt, ihm Subsidien gegeben, Auxiliartruppen gestellt, die ganze zweite Hälfte des dreißigjährigen Krieges wird von der schwedisch-französischen Allianz dominirt; Oesterreich und die katholische Sache wurden lahmgelegt und damit die wirkliche Festsetzung des Protestantismus als europäische Macht dauernd gemacht. Das ist eine Thatsache, die ich nicht weiter zu erörtern brauche. Jedermann weiß schon aus seinen Gymnasialstudien, was für eine Politik Richelieu und Mazarin in diesem Religionskriege befolgten, und ein so ausgezeichneter Geschichtskenner, wie Herr Prof. Jäger ist, sagt uns heute, die großen Staaten haben immer jene Politik gemacht, welche mit der Religion der Majorität seiner Bevölkerung in Uebereinstimmung war. (Rufe links: Sehr gut!) Noch erschreckender war für mich ein anderes Beispiel, welches der Herr Redner anführte — das war das Beispiel Rußlands. Meine Herren! Wir sollen die Politik jener Konfession befolgen, welche die Majorität im Staate bildet. Haben wir nicht erst jüngst den Schmerzensschrei aus dem hingemordeten Polen gehört, oder vielmehr haben wir ihn, man kann füglich sagen, nicht gehört, weil seine Stimme erstickt, weil es als Cadaver hingelegt wurde, weil ihm keine Möglichkeit mehr gegeben ist, auf öffentlichem Wege mit dem übrigen Europa zu reden? Und Angesichts eines Ereignisses, das jeder Politiker, jeder fühlende Mensch tief beklagt, der Ehrfurcht hat für historische Nationalitäten, und der namentlich für einen Stamm Ehrfurcht, Achtung und Theilnahme hat, der vor allen in Wien so viel zur Befreiung vom Türkenjoche beigetragen hat. Angesichts eines solchen Ereignisses will ein katholischer Herr uns rathen, wir sollen eine konfessionelle und staatliche Politik befolgen, welche solche entsetzliche Folgen zu Tage bringt! Das Beispiel Polens als Opfer eines Cäsaro-Papismus, als Opfer einer Majoritätsreligion, die allein die herrschende im Staate ist, dieses Beispiel allein spricht mit Donnerstimmen für unser vorliegendes Gesetz. (Lebhafter Beifall.)

Wir wollen, daß unsere Minoritäten geschützt und nie — was Gott verhüten möge — einem solchen Loose preisgegeben werden, wie die Katholiken des Königreichs Polen. (Beifall.) Ich übergehe das so naheliegende und leicht zu widerlegende Beispiel mit Preußen. Es ist mir wirklich — wie soll ich sagen? — zu naheliegend, um beweisen zu müssen, daß Preußen, welches heute katholische Politik macht, nachdem es gestern protestantische Politik gemacht hat, und morgen wahrscheinlich wieder protestantische Politik machen wird, wenn es erst die katholischen Staaten verschlungen hat, daß dieses Preußen uns als Muster einer Politik des österreichischen Staates nicht dargestellt werden soll. (Rufe links: Sehr gut! Beifall.) Ich übergehe das. Ich will aber, meine Herren, Ihre Aufmerksamkeit zum Schlusse auf eine andere Thatsache, auf die Politik eines Musterstaates lenken, und das ist die Politik Englands. Abgesehen davon, daß England trotzdem, daß es ein protestantischer Staat ist, sehr häufig an der Seite des katholischen Oesterreichs gekämpft hat — ich brauche bloß an Marlborough und Prinz Eugen zu erinnern — abgesehen davon, daß es sogar gegen das protestantische Preußen im zweiten schlesischen Kriege auf unserer Seite gestanden ist, also nicht die Politik der Majorität seiner Confessionen gemacht hat, mache ich aufmerksam auf das, was heute in England vorgeht. Wie Sie Alle aus den Zeitungen

---

Pater Rolhaan, der General der Gesellschaft Jesu, ihm zum hundertsten Male die Versicherung gab, die Liberalen trachteten ihm nach dem Leben, soll er geantwortet haben: „Mein Blut würde ihnen vielleicht die Ueberzeugung gegeben haben, daß das Christenthum die beste der Freiheiten ist.“

* * *

Von dem Aufenthalte des päpstlichen Hofes in Gaëta datirt eine neue Epoche im Leben und in der Wirksamkeit des Cardinals Antonelli. Der Papst ward hier von ihm und seiner anderen Umgebung gründlich von seinen liberalen Neigungen „geheilt“, und wenn er manchmal zögerte, diese oder jene Maßregel zu ergreifen, dann konnte Antonelli mit einem gewissen Rechte sich selbst als Beispiel anführen — er selbst, der ja auch einst liberal gewesen und der jetzt nur in der strengsten Reaktion das Heil für die Kirche, den Staat und die Gesellschaft erblickte. — Von dieser Epoche an datirt auch sein Kampf mit Frankreich und dem unterdeß zum Präsidenten der französischen Republik erwählten Prinzen Louis Napoleon.

Es war alles so schön vorbereitet — Piemont niedergeworfen, in Oesterreich und Neapel ein System der Reaktion, wie man in den schlechtesten Zeiten ein gleiches nie gekannt — in Spanien der General Narvaez, jener finstere und unheilvolle Mann am Ruder, in den die Seele eines Torquemada gefahren zu sein schien — und nur in Rom wehte das blutigrothe Banner Mazzinis, welcher die weltliche Macht des Papstes für aufgehoben erklärt hatte und das Reich des ewigen Heils als gekommen proklamirte. — In einer an die katholischen Mächte gerichteten Proklamation forderte Antonelli, welcher seine Ministerstelle in Gaëta wieder eingenommen hatte, von Oesterreich, Spanien, Frankreich und Neapel Hilfe gegen die Revolution und Wiedereinsetzung des Papstes in seine Rechte! Dieses Schriftstück war nur eine leere Formalität, welche beobachtet zu haben wohl oft genug von Antonelli und der Curie bereut worden ist. Der Aufruf richtete sich ja eigentlich nur an Oesterreich, welches Toscana und die Legationen besetzt hatte und das man vor allem in Rom wünschte. — Wer hätte aber auch denken können, daß das republikanische Frankreich allen anderen Nationen zuvorkommen und daß General Oudinot schon vor Rom stehen würde, ehe noch von Wien der Befehl des Vorrückens gegeben wäre? — Es war dies das erste Zeichen einer neuen Politik, welche über Frankreich gekommen war und die mit seltsamem Verständniß die europäischen Fragen auf eine ganz andere Art wie früher auffaßte und demnach Jahre lang beherrschte.

Der Wirkungskreis Antonelli's von 1849 bis heute gehört zu sehr der Neuzeit an, als daß wir nöthig hätten, darüber zu berichten. Man weiß es nur zu gut, daß Pius IX. ihm die ganze Leitung der weltlichen Macht in die Hände gelegt hat, und daß vor der Geschichte Antonelli allein die Verantwortlichkeit des Geschicks des Kirchenstaates zu tragen hat. — Und das ist ein trauriges Geschick — so gemäßigt man auch immer urtheilen mag, die Wahrheit gebietet es, zu

wissen, hat die liberale Partei in England im Parlamente durch Gladstone eine Bill eingebracht, wodurch die Tyrannei der englischen Staatskirche in Irland abgeschafft werden soll. Man will, daß die Emancipation der Katholiken, gegen welche die Majorität jenes Staates sich allerdings jahrhundertelang gesträubt hat und die doch 1829 endlich durchgedrungen ist, Wahrheit werde, und daß man noch einen Schritt weiter gehe und diese drückende privilegirte Kirche, die englische Hoch- und Staatskirche, welche in Irland sich über die Katholiken stellt, aufhöre. Meine Herren! Das ist das Postulat der liberalen Partei in England, wie unser interconfessionelles Gesetz das Postulat der liberalen Partei in Oesterreich ist. (Bravo! Bravo! links.) Nun, meine Herren, ziehen Sie die Parallele. Dort kommt es den Katholiken zu Gute, hier kommt es den Minoritäten anderer Confessionen, Minoritäten zu Gute, die Sie gar nicht zu fürchten brauchen, denn wie es uns heute vorgezählt wurde, sind es ja 18 Millionen Katholiken und dagegen nur so geringe Minoritäten. Dort handelt es sich um Katholiken, hier um Nichtkatholiken; das Prinzip aber ist gleich, und wenn Sie unser Gesetz niederstimmen, so müssen Sie sich wieder rangiren in die Reihe jener Männer, welche die katholische Kirche Irlands durch die Hochkirche Englands dominirt und als Sklavin behandelt sehen wollen. (Beifall links.) Meine Herren! Wem das klar ist, der wird, hoffe ich, für unser Gesetz stimmen. (Lebhafter Beifall im Hause und auf den Galerien.)

Süddeutschland.

Bayern. München, 9. April. [Ueber den Gesetzentwurf bezüglich der Dissidenten-Ehen] hat Frhr. v. Schrenk dem vereinigten 1. und 3. Ausschuß der Reichsrathskammer wiederholt Bericht erstattet; er empfiehlt der Kammer, auf ihrem Beschlusse vom 30. März l. J. zu beharren, wonach die Wirksamkeit des Gesetzes sich auf die Ehen der Dissidenten unter sich beschränken soll. In der Ausschußsitzung vom 6. d. M. erklärte Se. k. Hoh. Prinz Ludwig, daß, obgleich er von der früheren Ansicht über die Zweckmäßigkeit der Nothzivilehe für alle Fälle nicht abweiche, doch im vorliegenden Falle dem Antrage des Referenten zustimmen werde. Graf v. Lerchenfeld erklärte, daß er, da er bei der früheren Berathung des Gesetzentwurfs nicht gegenwärtig gewesen sei, sich veranlaßt sehe, seinen Standpunkt zu der Frage kundzugeben, der dem vollkommen entspreche, welchen Se. k. H. Prinz Ludwig eingenommen habe. — Reichsrath v. Harleß, der ebenfalls verhindert war, der ersten Berathung des Gesetzes anzuwohnen, äußerte, daß, wenn er auch in Folge der in seiner Konfession geltenden Ansichten über die Ehe im allgemeinen der Zivilehe nicht entgegenzutreten in der Lage sei, im konkreten Falle die Beschränkung derselben in dem von dem Referenten vertretenen Sinne gutheiße. — Reichsrath v. Maurer wahrte seine frühere Ansicht, daß in Folge der verfassungsmäßigen Religionsfreiheit die Beschränkung, welche der frühere Beschluß der Kammer der Reichsräthe statuire, nicht anzuempfehlen sei. Bei der Abstimmung wurde der Antrag des Referenten gegen die eine Stimme des Reichsrathes v. Maurer zum Gutachten des Ausschusses erhoben.

Norddeutscher Bund.

Königr. Sachsen. [Abschaffung der Todesstrafe.] Die zweite Kammer berieth am 7. April in einer dem Ernste des Gegenstandes durchaus angemessenen Weise den Gesetz-Entwurf über die Aufhebung beziehendlich Abänderung einiger Artikel des Strafgesetzbuches, dessen erster die Aufhebung der Todesstrafe betraf. Die außerordentliche Kammerdeputation hatte sich mit 6 Stimmen für dieselbe ausgesprochen, während die Abg. von Criegern und Sachße sich aus juristischen, der Abg. Günther aus politischen Gründen dagegen erklärten. Letzterer hielt den Augenblick des Erlasses des Gesetzes, als der Norddeutschen Bundesgesetzgebung vorgreifend, für ungeeignet. Nachdem Advokat Müller von Chemnitz, als Referent der Majorität, bestehend außerdem aus den Abgeordneten Schreck, von Könneritz, Koch, Mosch und Kretzschmar seinen Bericht abgestattet und zur allgemeinen Debatte Niemand gesprochen, ergriff bei der Spezial-Debatte Dr. Platzmann, ein Veteran der Kammer, das Wort, um mit Wärme gegen die Todesstrafe zu sprechen. Seinen Ausführungen traten die Abg. Schenk und von Criegern entgegen, Ersterer mit dem Bemerken, daß nach ihm, falls die Abschaffung der Todesstrafe dennoch beliebt werden sollte, die Zuchthäuser, welche jetzt fast Häusern der Ergötzlichkeit (? diejenigen, welche in Waldheim saßen, wissen von solchen Ergötzlichkeiten nichts. A. d. R.) glichen, umgestaltet werden müßten, Letzterer, Chef des Appellationsgerichts zu Bautzen, mit den bekannten die Todesstrafe als Sühne des Verbrechens betrachtenden Gründen. Der Abg. Pornitz, welcher für und Seiler, welcher namentlich aus dem Grunde, weil ein zu lebenslänglicher Zuchthausstrafe verurtheilter Verbrecher, wenn sich ihm die Gelegenheit dazu böte, ungestraft weitere Morde begehen könne, gegen die Abschaffung der Todesstrafe gesprochen, der Referent aber nachgewiesen hatte, daß Leben und Handlung nur eine Verbesserung bei dem Verbrecher bekunden können, führte der Regierungskommissär, Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze (Reichstagsmitglied), in beredter Weise alle die Ursachen der Kammer vor, welche ihn, den ehemaligen Fürsprecher der Todesstrafe zu einem Gegner derselben gemacht. Fortgesetztes Studium, Erkundigungen und eigene Erfahrungen im Amte, — Unterhaltung selbst mit den ärgsten Verbrechern — hätten bei ihm eine feste Meinung über die Nutzlosigkeit der Todesstrafe hervorgerufen. Er wisse sehr wohl, wie schwankend das Urtheil von Juristen, wie Theologen in der Sache sei, doch neige sich die Wagschale mehr und mehr auf Seiten der Gegner der Todesstrafe, zumal wenn man die Stimmen nicht nur zählen, sondern auch wägen wollte. Auch die Folter habe man aus Furcht, die Verbrechen zu mehren, nicht abschaffen wollen, und sei in Sachsen und Bayern ganz geheim beseitigt, daß aber eine Vermehrung der Verbrechen nicht aus der Abschaffung der Todesstrafe folge, beweise das Beispiel von Oldenburg, wo seit 1849 trotz der Einführung des preußischen Strafgesetzbuches kein Todesurtheil mehr gefällt werde, sowie das ehemalige Toskana, dessen Großherzog ein solches nie unterschrieben. Wolle man auf die allzu milde Behandlung der Verbrecher in den Zuchthäusern hinweisen, so könne er im Allgemeinen sich doch nur darüber freuen, wie deren Besserung eher durch „musikalischen" (?) Unterricht als durch Prügel und Entziehung der Kost gelänge. Alle diese Ausführungen

---

bekennen, daß der Kirchenstaat — der am schlechtesten regierte Staat Europas ist. Jedes Land hat in den letzten zwanzig Jahren Fortschritte in der Cultur gemacht — selbst Serbien und Montenegro — der Kirchenstaat ist allein auf dem Standpunkt vollkommener Vernachlässigung stehen geblieben.

Dem Cardinal Antonelli gebührt die Verantwortlichkeit von all' diesem Uebel — er hat sich mit dem bedauernswerthesten Starrsinn einer jeglichen Reform, selbst der geringsten, bis jetzt widersetzt — er ist von neuem jener Zögling Gregors geworden, der er in seiner Jugend war; und die weltliche Macht, die der Papst in seine Hände gelegt hat, ist ein Unglück für die Bevölkerung, wie es kaum ein zweites gegeben hat.

* * *

Der allvermögende Minister Pius' IX. ist zweiundsechzig Jahre alt und ein Mann von mittlerer Größe; sein Teint ist olivenfarbig und sticht wenig von seinen glühenden Augen ab, welche fast noch mit jugendlichem Feuer leuchten. Er ist die personificirte Freundlichkeit; sein Lächeln ist süß wie Honig und seine Bewegungen sind rund und graziös wie die einer Frau. Niemand würde in ihm den erkennen, welcher mit solcher Energie, wie er seit zwanzig Jahren, vorgeht. Er ist die vollendetste Incarnation eines Diplomaten der Talleyrand'schen Schule, der, wie man sagt: „das Wort nur dazu dient, um die Gedanken zu verbergen!" — Die Gesandten, und besonders der französische, wissen ein Lied hiervon zu singen. Selbst das Privatleben des Cardinals hat zu vielen recht unangenehmen Erörterungen Anlaß gegeben — er hat seinen Brüdern, von denen der eine unfähiger ist als der andere, die einträglichsten Stellen im Staate gegeben, hat sie in den Grafenstand erheben lassen, und man zählt die Familie des früheren Holzhackers von Sonnino jetzt zu den reichsten Roms — besonders seinen älteren Bruder, den früheren Schatz- und Bankdirektor.

Er ist über alle Maßen verhaßt — verhaßt, wie man es nur in Italien sein kann. Merkwürdiger Weise erhob sich im Jahre 1862 plötzlich unter den Cardinälen des heil. Collegiums wie ein Lauffeuer das Gerücht, daß Antonelli die ganze Welt täusche und mit dem König Victor Emanuel in geheimer Verbindung stehe. Wo dieses Gerücht seinen Ursprung hatte, weiß man nicht, soviel ist jedoch gewiß, daß die Spitzen der Staatsverwaltung darüber in eine unbeschreibliche Aufregung kamen. Einer seiner dienstthuenden Edelleute, mit Namen Fausti, wurde vor seinen Augen arretirt und trotz seiner Verwendung und des beharrlichen Leugnens des Angeklagten, als Mitglied des Nationalcomité's auf die Galeere geschickt. — Es soll harte Scenen im Vatican gegeben haben, doch es scheint, daß Antonelli sich hat rechtfertigen können, denn er hat kein Atom seiner Macht verloren.

Antonelli und Rattazzi sind zwei gleiche Geister in der Politik — aber der schädliche Einfluß Rattazzi's wird für Italien längst verschmerzt und vergessen sein, wenn der Antonelli's noch lange nagend am innersten Marke fortbestehen wird.

waren nicht im Stande, den Abg. v. Salza (Reichstags-Mitglied) für die Abschaffung der Todesstrafe zu stimmen, zumal man bei militärischen und politischen Vergehen die Todesstrafe beibehalten, also deren Aufhebung zumeist nur gemeinen Verbrechern zugute kommen solle. Auch seien in seinem Kreise — Hr. v. Salza ist Amtshauptmann — sämmtliche Friedensrichter für Beibehaltung der Strafe gewesen. Abgeordneter Schreck (Reichstags-Mitglied) erklärte, die politischen Erwägungen der Abgeordneten, welche auf die künftige Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes verweisen, die Sachsen möglicherweise zwingen könne, die kaum abgeschaffte Todesstrafe wieder einführen zu müssen, nicht theilen zu können, da immerhin ihm das Verdienst verbliebe, inzwischen das Leben von Menschen geschont zu haben. Uebrigens erfülle es ihn mit Dank gegen die Krone, welche, nachdem sie auf das Recht, Krieg und Frieden zu schließen, verzichtet, nun auch des Rechtes, über's Leben und Tod zu verfügen, entsage. In dieser und ähnlicher Weise wurde noch von mehreren Abgeordneten für und gegen die Abschaffung geredet, von besonderem Eindruck auf die Versammlung waren aber nur die wiederholt mit überzeugender Kraft vorgebrachten Beweisgründe des Dr. Schwarze, wie endlich auch die schlichten, aber mit Wärme für die Abschaffung gesprochenen Worte des Präsidenten Haberkorn, der gleich dem Vize-Präsidenten Oehmichen (Reichstags-Mitglied) erklärte, noch auf demselben Standpunkte wie am 30. April 1850 zu stehen, wo er in der Kammer sein Votum gegen die Todesstrafe gegeben habe.

Den eigentlichen Abschluß der Verhandlungen machte indeß die mit außerordentlichem Schwunge vorgetragene Rede des Justizministers Dr. Schneider, der über alle Einwendungen, welche gegen das Gesetz vorgebracht worden, sich verbreitend, ebensowohl in sachgemäßer, als für ein Prinzip der Humanität erglühender Weise, die Kammer zur Annahme der Regierungsvorlage zu bestimmen suchte. Woher weiß man, fragte der Redner, daß der Reichstag des Nordbundes sich für die Beibehaltung der Todesstrafe erklären werde? woher weiß man, daß der Bund nicht Ausnahmen gelten und Sachsen bei seinem Gesetz belassen werde? und er hob dann den Segen der Bundesverfassung hervor, welche gerade solche Ausnahme gestatte. Die Rede des Herrn Ministers verfehlte nicht ihre Wirkung, denn mit der kaum geahnten Mehrheit von 42 gegen 23 Stimmen gelangte schließlich der Artikel über die Abschaffung der Todesstrafe zur Annahme. Der Kronprinz, die Kronprinzessin und Prinz Wasa wohnten den Verhandlungen mit großer Aufmerksamkeit bei.

Ausland.

Frankreich. [Noch einmal Prinz Napoleon.] Prinz Napoleon läßt sich immer wieder von neuem Reclame für seine deutsche Studienreise machen, immer wieder von neuem gegenüber den Kriegsgerüchten, die man aufwärmt, um der Kammer die Nothwendigkeit des übertrieben großen Kriegs- und Marine-Budgets ans Herz zu legen, versichern, daß er einen Kampf mit dem überrheinischen Rivalen für ein National-Unglück halten würde. So wird jetzt erzählt, daß zwischen dem Prinzen und dem Marschall Niel, dem „natürlichen Vertreter der Kriegspartei", lebhafte Controversen stattfinden. Niel treibe zum Kriege oder wenigstens zur Kriegsbereitschaft; er erkläre es für unerläßlich, daß Frankreich wenigstens zwanzig Divisionen also 200,000 Mann, schlagfertig auf dem Kriegsfuße erhalte. Der Prinz, heißt es nun, warne vor einer solchen, an die Grenze der Provocation streifenden Vorsicht; er versichere immer und immer wieder, das Tuilerien-Cabinet könne Deutschland gegenüber nichts Klügeres thun, als den Dingen ihren Lauf lassen. Jede Drohung würde nur die Einigung mit dem Süden, welche man verhindern wolle, fördern und ein Angriff auf die Rheinprovinzen das gesammte außerösterreichische Deutschland unter Preußens Führung zu den Waffen rufen.

Großbritannien. [Gespensterseher oder Fanatiker?] Disraeli hat in seiner Rede gesagt, daß die Krisis in England schnellen Schrittes herankomme: „Die hochkirchlichen Ritualisten und die irischen Anhänger des Papstes haben lange in geheimer Verbindung mit einander gestanden und befinden sich jetzt in einem offenen Bunde. Ich kenne die fast übermenschliche Macht dieser Verbindung. Ihre Hand ist so zu sagen über das englische Reich ausgebreitet. Unter dem Deckmantel des Liberalismus, unter dem Vorwande, im Geiste des Zeitalters gesetzgeberisch zu wirken, sind sie auf dem Punkte, die oberste Gewalt dieses Königreichs an sich zu reißen. Ich aber sage, daß, so lange ich durch die Gnade der Königin hier stehe, ich mit allen meinen Kräften mich ihrem Versuche entgegenstellen werde. Ich glaube, daß, wenn die Politik des ehrenwerthen Herrn (Gladstone's), der deren Repräsentant ist, durchdringt, sie den Charakter dieses Landes ändern wird. Sie wird die Unterthanen Ihrer Majestät verschiedener ihrer kostbaren Privilegien berauben und auf eine gefahrdrohende Weise sich selbst an dem Besitze der Krone vergreifen."

Das sind schwere Worte, und was ihre Bedeutung noch unendlich erhöht, setzt der „Morning-Advertiser" hinzu, ist, daß sie durchaus wahr sind. Das Papstthum und der Ritualismus sind mit Eifer und Vorbedacht eine Verschwörung eingegangen, — erstlich, um die protestantische Religion dieses Landes zu unterdrücken und zweitens, den Thron selbst umzustoßen, es sei denn, die Königin wird päpstlich und regiert als eine päpstliche Souverainin. Gegen diese „unheilige Allianz" erläßt nun der „Morning-Advertiser" einen Aufruf, in welchem es heißt: „Die Zeit ist gekommen, wo das Land, wenn es das Werk der Reformation in Großbritannien nicht über den Haufen gestoßen und eine Restauration des Papstthums auf dem Throne sowohl wie im Lande sehen will, sich aus seiner Lethargie aufraffen und ohne Zögern und muthig sich dem römischen Feinde entgegenstellen muß. In dem großen Kampfe, den wir jetzt beginnen, fordern wir die aufrichtige Allianz und Mitwirkung aller Freunde der bürgerlichen Freiheit ohne Rücksicht auf ihre religiösen Ueberzeugungen. Die ungeheuren Zwecke, um welche es sich handelt, begreifen eben so sehr unsere politischen und sozialen Freiheiten in sich, wie den Bestand unseres protestantischen Glaubens. So laßt uns denn, Freunde der Freiheit aller Klassen, mit Herz und Hand zusammenstehen mit den Freunden des Protestantismus und dem doppelköpfigen päpstlichen Feinde die Stirne bieten. Wir hoffen, daß nicht ein Tag werde versäumt werden in der Ergreifung von Maßregeln zur sofortigen Organisation der Freunde der bürgerlichen und religiösen Freiheit aller Klassen des Landes. Krone und Land sind in Gefahr durch die Konspiration zwischen dem Romanismus und dem Ritualismus, und Mr. Disraeli hat als erster Minister der Krone seine Schuldigkeit gethan, das Land feierlichst zu warnen. An den Freunden der bürgerlichen und religiösen Freiheit ist es nun, als loyale Unterthanen der Herrscherin ihre Pflicht zu thun."

Ist es nicht sonderbar, dieselbe Sprache aus entgegengesetzten Lagern, an der Themse wie an der Donau und Seine, zu hören?

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Einfuhr von Wein in den Zollverein] hat nach der „Bank- und Handelsztg." in Folge der mit dem 1. Juli 1865 eingetretenen Herabsetzung des Eingangszolles auf 4 Thlr. für den Centner im Jahre 1866 eine Höhe erreicht, wie sie seit Bestehen des Zollvereins nicht vorgekommen ist. Seit 1842 hat sich der Bezug der fremden Weine im Verhältnisse von 100 : 165 gesteigert. In noch viel größerem Maße hat der Absatz vereinsländischer Weine in das Ausland zugenommen. Bis zum Jahre 1858 hat fortwährend Mehreinfuhr von Wein stattgefunden, seitdem ist aber die Ausfuhr alljährlich stärker geworden. Die Einfuhr betrug im Jahre 1866 394,095 Ctr., die Ausfuhr aber 419,274 Ctr. Was die Herkunft der in den Zollverein eingeführten Weine betrifft, so kann man annehmen, daß ungefähr 80 pCt. der Gesammteinfuhr aus französischen Weinen bestanden haben, während Oesterreich mit 12 pCt. und die übrigen Produktionsländer mit 8 pCt. an derselben betheiligt gewesen sind. Der Consum ausländischer Weine hat etwas zugenommen: er betrug im Jahre 1841 0,32 Quart, im Jahre 1866 0,39 Quart per Kopf der Bevölkerung. Dagegen ist der Weinkonsum im Zollvereine überhaupt geringer geworden. Dieterici hat den Weinkonsum für 1849—1853 auf 5,99 Quart pro Kopf berechnet, Bienengräber für 1866 auf 5,04 Quart, so daß sich also eine Abnahme um 0,95 Quart pro Kopf herausstellt, die als Folge der stärker gewordenen Consumtion von Bier und des gestiegenen Absatzes vereinsländischer Weine nach dem Auslande angesehen werden muß.

Amtliche Nachrichten.

München, 8. April. Se. Maj. der König hat den Aktuar des Forstamtes Ingolstadt, Th. Schmutterer, zum prov. Revierförster auf das im Forstamte Ebersberg erledigte Forstrevier Straßmaier ernannt; unterm 6. April die kathol. Pfarrei Weibern, Bezirksamts Nabburg, dem Priester G. Schneider, Expositus in Döllnitz, Bezirksamts Vohenstrauß, übertragen; die 1. prot. Pfarrstelle in Berneck dem bisherigen zweiten Pfarrer in Münchberg, J. Thurn, verliehen und demselben zugleich die mit dieser Stelle verbundene Dekanatsfunktion übertragen.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 103. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 13. April 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 9. April. [Die Verhandlung in der Anklage wegen Hochverraths] gegen den ehemaligen hannoverischen Hauptmann v. Düring, den Schloßhauptmann Graf Wedell, den Rittmeister Volger, die Premierlieutenants v. Holle, v. Hartwig und v. Poterre, die Sekondelieutenants v. Pawel-Ramningen und Heyse war auf gestern vor dem Staatsgerichtshofe anberaumt und wurde auch, nachdem das Verfahren in contumaciam wegen ihres Nichterscheinens beschlossen worden war, gegen alle durchgeführt mit Ausnahme des Hrn. v. Pawel, der, wie sich ergeben hat, herzogl. koburgischer Unterthan ist. Aus der Anklageschrift des Oberstaatsanwalts sind folgende Momente hervorzuheben: Im Jahre 1867 traten als wichtig erkannte Anzeichen hervor, aus denen hervorging, daß in der Provinz Hannover eine weit verzweigte Verbindung bestehe, welche für Anwerbung früherer hannover'scher Militärs für eine sogenannte hannover'sche Legion thätig war, um diese Provinz von Preußen wieder loszureißen und unter König Georg zu restauriren. Die Existenz dieses Unternehmens, bei dem auf französische Beihilfe gerechnet wurde, steht fest, und es erreichte seinen Höhepunkt bei der Gelegenheit der Luxemburger Frage. Es steht fest, daß eine große Anzahl ehemaliger hannover'scher Unterthanen von sogenannten Werbeoffizieren mit Geld unterstützt nach Holland entsendet wurden, um eine derartige Legion zu bilden; die Bewegung sank bald wieder mit dem Schlusse der Londoner Konferenz. Als Sammelplatz war Arnheim bestimmt; dorthin wurden die Angeworbenen dirigirt, wie durch aufgefundene Papiere v. Pawel's und Heyse's konstatirt ist. Die in Arnheim einquartirten Gemeinen erhielten täglich fünf Silbergroschen, die Unteroffiziere monatlich ca. 24 Thlr., wie sie selbst glaubten, von dem König Georg. Da die holländischen Behörden durch diese offenen Werbungen die Neutralität verletzt zu sehen fürchteten, wurde von ihnen am 15. Juni den Mannschaften aufgegeben, binnen drei Wochen das Land zu verlassen, und die Angeworbenen begaben sich in der Zahl von 200 nach der Schweiz. Ein anderes Ziel der Werbungen als die Losreißung der Provinz von Preußen, sagt die Anklage, sei undenkbar, und diese Annahme sei durch die übereinstimmenden Aussagen von 26 Zeugen bestätigt worden. Den oben genannten Angeklagten wird nun sämmtlich zur Last gelegt, in mehr oder minder großem Umfange jene Anwerbungen geleitet zu haben. Volger stand an der Spitze des Werbegeschäftes. Holle, der das vermittelnde Glied der Organisation in der Provinz Hannover mit dem Hofe zu Hietzing bildete, war im Mai verhaftet worden, entsprang aber aus dem Gefängniß. Auch wird Holle beschuldigt, unter einem Pseudonym bei einem Wiener Fabrikanten den Versuch zur Bestellung von 50,000 Chassepotgewehren gemacht zu haben. Auch die übrigen Angeklagten haben als Werber und Offiziere fungirt. Der Oberstaatsanwalt suchte nachzuweisen, daß die Annahme mildernder Umstände bei einem Kontumazialverfahren unzulässig, die Anklagepunkte aber als erwiesen anzunehmen seien. Er beantragte gegen Düring, Wedell, Volger und Holle 15 Jahre Zuchthaus, gegen Poterre und Hartwig 10, gegen Heyse 8 Jahre. Der Gerichtshof verurtheilte jedoch sämmtliche Angeklagte zu einer Strafe von 10 Jahren Zuchthaus und zu zehnjähriger Stellung unter Polizeiaufsicht.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. April. [Schreiben des Papstes an den Kaiser.] Die „N. Fr. Pr." schreibt: Wir befinden uns heute in einer ganz eigenthümlichen Lage. Das in London erscheinende Blatt „L'International" veröffentlicht in französischer Sprache ein Schreiben Pius' IX. an Se. Majestät den Kaiser Franz Joseph von Oesterreich. In Paris eingetroffen, wurde die betreffende Nummer des „International" konfiszirt, nach 24 Stunden aber wieder freigegeben, und nun finden wir das Schreiben des Papstes in allen Pariser Blättern abgedruckt. Wurde der „International" freigegeben, weil die Pariser Censur nachträglich das für apokryph gehaltene Aktenstück als echt erkannt hat? Wir wissen es nicht, und die Pariser Blätter sind sich auch nicht klug genug, aber sie reproduciren das Schreiben Pius' IX. ohneweiters. Unsere Lage ist aber minder bequem; denn wäre der Brief des Papstes authentisch und wüßten wir, daß er es ist, wir würden dennoch Anstand nehmen, denselben seinem Wortlaute nach zu veröffentlichen; denn er berührt Verhältnisse und Beziehungen, die nach unserem Dafürhalten sich der öffentlichen Discussion entziehen. Wir enthalten uns demnach der Reproduction des vorliegenden Textes und begnügen uns mit einer theilweisen Analyse des Inhalts.

Das Schreiben des Papstes ist aus Rom, 23. März 1868, datirt und spricht den Kaiser von Oesterreich als „Mein vielgeliebter Sohn und erlauchte Apostolische Majestät" an. Es beruft sich auf diesen Titel Apostolische Majestät und appellirt an die hiedurch erweckten Gefühle, welche „schlecht inspirirte Senatoren" (Herrenhaus-Majorität) wenn auch nicht ausgetilgt, so doch abgekühlt haben. Als

Die jetzigen Zustände Mexiko's.

(Aus Gerstäcker's amerikanischen Reisebriefen in der „Köln. Ztg.")

Mexiko, 23. Dezember.

Wohl bin ich erst kurze Zeit in dem Lande hier, und ich kann natürlich nicht im Stande sein, Ihnen ein endgültiges Urtheil über dasselbe zu geben. Nur schildern will ich Ihnen mit kurzen Worten, wie ich es bis jetzt gefunden, was ich von hier ansässigen Leuten darüber gehört und was ich selber davon denke. Es vervollständigt vielleicht, was Sie von anderer Seite darüber hören.

Die Mexikaner haben das Kaiserreich abgeschüttelt und damit allerdings jenen Brief des unglücklichen Kaisers, vom 3. November 1864 datirt, desavouirt, worin er an den Staatsminister Velasquez schreibt:

„Mein lieber Staatsminister Velasquez de Leon! Zurückgekehrt von meiner beschwerlichen Reise aus den Provinzen des Innern, während welcher ich von jeder Stadt, jedem Flecken und jedem Dorfe die unzweifelhaftesten Beweise der Sympathie und des herzlichsten Enthusiasmus empfangen, haben sich mir zwei unerschütterliche Wahrheiten aufgedrängt. Die erste: daß das Kaiserreich eine Thatsache geworden ist, basirt auf den freien Willen der unermeßlichen Mehrheit der Nation &c.; der zweite: daß dieselbe unermeßliche Mehrheit Frieden, Ruhe und Rechtssicherheit wünscht, Güter, welche sie von meiner Regierung sehnlichst hofft und erwartet &c."

Ob sie damit glücklicher geworden sind, muß die Zeit lehren. Keinenfalls kann man ihnen das Recht absprechen, ihre eigene Freiheit zu bewahren und eine fremde Intervention zurückzuweisen.

Trotzdem ist der ganze Zustand im Innern des Landes im gegenwärtigen Augenblicke ein nicht günstiger. Die Sicherheit der Straßen ist zu keiner Zeit so maßlos gefährdet gewesen, wie gerade jetzt. Das sog. Plagiarsystem, nach italienischem Muster, wo Geißeln aufgegriffen werden, um von ihren Angehörigen Lösegeld zu erpressen, nimmt fast mit jedem Tage überhand und geht sogar soweit, daß angesehene Leute in den Straßen von Puebla und Mexiko abgefaßt und entführt werden.

Zu gleicher Zeit coursirt in diesem Augenblicke hier die Nachricht, daß auf der Halbinsel Yucatan eine bewaffnete Bande gelandet ist, den Gouverneur erschossen und die Kaiserin Charlotte proklamirt habe, und dazu laufen von anderen Seite Gerüchte ein, daß in Tampico sowohl wie an anderen Orten einzelne Führer sich gegen die bestehende Regierung empört hätten und Uebergriffe begingen. Es mag dabei Manches übertrieben werden, aber etwas liegt gerade jetzt in der Luft, und der Friede scheint dem armen, schon so schwer geprüften Lande noch lange nicht gesichert zu sein. Trotzdem glaube ich nicht, daß eine Gefahr für die jetzige Regierung besteht, denn Diaz, der ihr allein gefährlich werden könnte, ist ein Ehrenmann und scheint nicht daran zu denken, neues Blutvergießen über sein Vaterland zu bringen, während nach anderer Seite hin einer möglichen revolutionären Partei, zu der sich auch wohl, der konfiszirten Kirchen-

Oberhaupt der christlichen Gesellschaft glaubt der Papst alle Mittel gebrauchen zu dürfen, um zur Pflicht zurückzuführen. Man habe geglaubt, den „modernen Kleinlichkeiten" nachgeben zu müssen und habe, anstatt mit eiserner Hand zu regieren, die Zügel schlaff gehalten; die Folge davon sei, daß die „Factionen" sich erhoben und nun nicht mehr bitten, sondern drohen. Man beuge sich nur dem Willen „wilder Menschen" und man sanctionire nur die neuen Gesetze, und man werde die Grundlage des Staates und der Moral untergraben, den Zorn des Himmels, des Papstes und aller guten Christen heraufbeschwören. Das Schreiben des Papstes spricht sodann von „rebellischen Unterthanen," „drohendem Pöbel," die durch Nachgiebigkeit nicht befriedigt, sondern aufgestachelt werden, mehr zu wollen. Der Papst erinnert noch einmal an das Wort „apostolisch" und beschwört, die heilige Religion nicht zu verleugnen, wenn sich die Segnungen, welche er, der Papst, in Bereitschaft hält, nicht in Exkommunikationen verwandeln sollen. — Dies der beiläufige, sehr abgeschwächte Inhalt des angeblichen päpstlichen Schreibens, das ein kompetentes Blatt, das „Univers," als „wenigstens in der Form" apokryph erklärt, denn Niemand habe gehört, daß der Heilige Vater seit dem Briefe vom vorigen September an den Kaiser von Oesterreich neuerdings geschrieben. Aus jenem Septemberbriefe befänden sich in dem vorliegenden einige schlecht nachgeahmte Stellen. Das „Univers" nennt das angebliche neue Schreiben einen Betrug, meint jedoch, der Papst könnte unter den obwaltenden Umständen einen solchen Brief geschrieben haben, nur würde der Papst solch „großen, gerechten Ideen" eine andere, mildere Form gegeben haben. Ganz sicher ist aber das „Univers" bezüglich des apokryphen Charakters des Aktenstückes auch nicht, denn es fordert den „International" auf, das Original zu veröffentlichen, dann werde man sehen, wie wahr das italienische Sprichwort „traduttore traditore" ist. Auch die „Franz. Corr." ist im Zweifel, denn sie sagt im Anschlusse an das Schreiben des Papstes: „Man sollte meinen, daß dieses Aktenstück in Form und Inhalt alle Kennzeichen der Unechtheit trägt, und doch müssen wir hinzufügen, daß man weder im Ministerium des Aeußern, noch in der österreichischen Botschaft in der Lage ist, dasselbe ausdrücklich für apokryph zu erklären. Daß der Papst aus Anlaß der österreichischen Reformen ein Handschreiben an den Kaiser Franz Joseph gerichtet hat, unterliegt keinem Zweifel; aber an eine so schroffe und wahrhaft mittelalterlich hochmüthige Sprache Pius' IX. gegenüber einem Fürsten, welcher den Interessen der katholischen Kirche so schwere und bedauernswerthe Opfer gebracht, kann hier bis auf authentische Bestätigung Niemand glauben. Uebrigens wissen wir, daß der Kaiser Napoleon erst in den allerletzten Tagen gegen eine hohe österreichische Persönlichkeit geäußert hat, es werde ihm aus Rom bestätigt, daß Pius IX. „einen Eklat mit Oesterreich vermeiden wolle". Nach dem eben Gesagten, welches wir verbürgen können, wissen wir nicht, aus welcher Quelle die „Patrie" schöpft, wenn sie das vom „International" veröffentlichte Aktenstück „in der positivsten Weise für unecht erklärt."

Ausland.

Frankreich. [Die nordschleswig'sche Frage.] Der „Liberté" gehen folgende Mittheilungen über die nordschleswig'sche Frage zu, die sie „als durchaus genau" veröffentlichen zu dürfen glaubt: „Vor etwa drei Monaten hatte die dänische Regierung, verstimmt durch den Gang der schwebenden Verhandlungen über die Rückgabe von Nordschleswig, ihre Repräsentanten bei den Cabinetten der Tuilerien und St. James beauftragt, die guten Dienste der französisch-englischen Diplomatie anzurufen, um durch ihre Intervention zu einer schnelleren Lösung zu gelangen. Die Staatsmänner in Paris und London hielten jedoch den Augenblick nicht für geeignet, um sich von ihrem Standpunkte aus mit dieser Frage zu beschäftigen. Sie riethen deßhalb dem Hofe von Kopenhagen, sich an die österreichische Regierung zu wenden, die allein nach ihrer Meinung wirklich im Stande war, zu interveniren, schon durch die Thatsache, daß sie den Vertrag von Prag unterschrieben hatte, der den berühmten Artikel V enthält, welcher die Rückgabe einiger Distrikte von Nordschleswig im Prinzipe feststellt. Dänemark seinerseits nahm diesen Rath ad referendum, verlangte aber nicht die guten Dienste Oesterreichs durch einen offiziellen Schritt. Der dänische Minister in Wien, Herr v. Falbe, wurde nur beauftragt, Herrn v. Beust konfidentieller Weise von den Beschwerden Dänemarks gegen Preußen in Kenntniß zu setzen. Während die Angelegenheit auf diesem Standpunkte beruhte, sandte der Minister-Präsident Graf Frijs-Frijsenborg gegen Ende Februar ein Rundschreiben zu gleicher Zeit nach London, Paris, Wien und Petersburg. Dieses Dokument gab eine treue Darstellung der schwebenden Unterhandlungen und der Haltung Preußens gegenüber den dänischen Conzessionen und Forderungen. Diese Mittheilung blieb ohne weitere Folgen, und die Unterhandlungen zwischen Berlin und Kopenhagen wurden nicht unterbrochen. Im Gegentheil, Herr v. Quaade, dänischer Minister in Berlin, erhielt am 9. März neue Instruktionen, in deren Folge die Unterhandlungen bis heute in Berlin fortgesetzt werden mit der bekannten Langsamkeit."

— [Kriegslärm und friedliche Dementis.] Die franz. Corresp. schreibt: Wenn Kriegslärm der „Liberté" nicht die Abonnenten massenweise zuführt, so ist es Girardin's Schuld nicht ganz. Sein über Nacht erhobener Schlachtruf hat die Hasenherzen wirklich erschreckt; heute jedoch löst sich das Gewitter bereits in den gemüthlichen Landregen einer Polemik mit Limayrac auf, der sein Wiederauftreten im „Constitutionnel" mit dem Satze gefeiert hatte: „Je mehr Frankreich gerüstet ist, desto weniger wahrscheinlich wird der Krieg; das Gleichgewicht der Kräfte in der Welt ist eine Bürgschaft des Friedens." Es läßt sich gegen diesen Satz, der ohnehin schon stark abgedroschen ist, vielerlei einwenden, aber kriegerische Gesinnung hat er in Limayrac's Munde so wenig wie das Geschrei des spekulativen Girardin, über dessen Säbelgerassel wir privatim erfahren: „Der neue Kriegslärm Girardin's in der „Liberté" hat nichts auf sich. Er wurde bloß losgelassen, um wieder „etwas Leben" in das Blatt zu bringen und die Abonnenten in Athem zu halten." (!) Aus derselben Quelle erfahren wir: „Prinz Napoleon ist noch immer

---

güter wegen, die Priester schlagen würden, jeder Mittelpunkt fehlt, an den sie sich anschließen könnte.

Man behauptet, daß Juarez den armen Kaiser nur deshalb habe erschießen lassen, um ferneren Revolutionen einen festen Anhalt zu nehmen. Er wußte recht gut, daß noch eine nicht unbedeutende kaiserliche Partei im Lande besteht, und die letzten Monate haben das auch zur Genüge dargethan. Ein Calendario historico de Maximiliano, im günstigsten Sinne für den verstorbenen Kaiser geschrieben, sieht hier in wenigen Wochen seine zweite Auflage vergriffen, in Queretaro haben die Gräber der Erschossenen der Erde gleichgemacht und mit Schutt überfahren werden müssen, um den Ovationen vorzubeugen, die fortwährend dem Kaisergrabe gebracht wurden. Aber durch den Tod des Kaisers fehlt der Revolution die Spitze, im Norden, heißt es, hat man Santa Anna wieder ausgerufen, und die Parteien zersplitterten sich deshalb und werden, wie wir fest hoffen dürfen, zu keinem Ziele gelangen. Aber den eigentlichen Frieden und Fortschritt des Landes werden sie natürlich wieder hinauszögern, und doch wie nöthig braucht Mexiko Beides!

Es ist ein wahrhaft wundervolles Land und die Indianer haben gewiß Grund zu ihrer Sage, in welcher sie behaupten, ihr Gott habe, nachdem er die Welt vollendet, sich ein Fenster im Himmel angelegt, von dem aus er stets auf Mexiko hinabschauen könne, das ihm vor allen anderen Ländern so sehr gefallen habe; aber was helfen dem Volke die Reichthümer und Schönheiten der Natur, wenn es fortwährend seinen eigenen Boden mit Blut düngt und nicht allein eine Einwanderung hindert, für sie die Schätze auszubeuten, nein, selbst das eigene Volk davon abhält, das zu genießen, was ihm Gott gegeben?

Ich glaube fest, daß Juarez ein tüchtiger Mann ist und es gut mit seinem Lande meint, und schon dadurch, daß er es dem fast unerträglich gewordenen Drucke der Geistlichkeit entzog und dieser mächtigen Partei unerschrocken trotzte, hat er es bewiesen, — aber was kann er als einzelner Mann thun, wenn er nirgends Unterstützung findet, und was hilft es ihm, der Hydra hier und da einen Kopf abzuschlagen, wenn ihr unaufhörlich neue wachsen? Revolutionen sind in all diesen früher spanischen Provinzen permanent; Ehrgeiz und Faulheit sind dafür die beiden Haupttriebfedern, und eine Monarchie hätte vielleicht dem ein Ende machen können, aber auch nur vielleicht, denn ohne Revolutionen würde sich weder Mexiko noch irgend eine der anderen Republiken je beruhigt haben.

Und trotzdem ist das mexikanische Volk gutmüthiger Natur, und man soll ja nicht glauben, daß es, wozu es vielleicht berechtigt wäre, nach den in den letzten Jahren erlebten Vorfällen, z. B. die Fremden hasse. Alle Fremden können in keinem Lande der Welt freundlicher aufgenommen und behandelt werden, als gerade in jetziger Zeit hier in Mexiko. Man hat keinen Groll gegen sie bewahrt, und selbst Tausende von Franzosen, denen zu zürnen Juarez das größte Recht hätte, leben von den Gesetzen beschützt und unbehelligt — Straßenräuber natürlich ausgenommen — in Mexiko. Und sind gerade die Mexikaner im gegenwärtigen Augenblicke übermüthiger geworden, als sie je gewesen, denn die eigenthümlich geschützte Lage ihres Landes konnte ihnen kein Geheimniß bleiben.

[illegible]

äußerst friedlich in Bezug auf Preußen und Deutschland, während er gegen Rußland allerdings eine kriegerische Aktion organisirt sehen möchte."

Großbritannien. [Ein protestantischer Kreuzzugsprediger.] Am wildesten geberdet sich Angesichts der die irische Kirche bedrohenden Drangsale der pietistisch-radikale „Morning-Advertiser." Kaum der Gefahr entronnen, daß seinen Patronen, den Schenkwirthen, die Thüren an Sonntagen früher, als bisher, gesperrt werden sollten, droht ihm die andere, in seinen Augen kaum minder große, nämlich die Aufhebung der irischen Staatskirche. Darüber will das sonderbare Blatt schier den Verstand verlieren. Tag für Tag predigt es einen protestantischen Kreuzzug gegen die gottverlassenen Liberalen und gegen „die mit einander verschworenen Papisten und Ritualisten," welche dem „Protestantismus, der Gewissens- und politischen Freiheit ein Grab in englischer Erde graben wollen." Um dieser Verschwörung wirksam entgegenzutreten, müsse das Volk von England „seine Lenden umgürten" und „die Rüstung anlegen" gegen den heimtückischen Feind. Schlimm genug, daß das bis jetzt noch nicht geschehen, aber ehe 24 Stunden um sind, werde eine mächtige, antipapistische, antiritualistische Bewegung eingeleitet sein und die Sturmglocke im ganzen Lande ertönen. — Das will heißen, daß die verschiedenen frommen protestantischen Vereine einige Meetings halten werden. Von anderweitigen Rüstungen und Sturmglockengeläute wird schwerlich die Rede sein.

Italien. [Stimmung für Oesterreich.] Die „Triester Ztg." berichtet: Es ist wirklich erstaunlich, welcher Umschwung in der Stimmung der Italiener Oesterreich gegenüber seit einiger Zeit eingetreten ist, und wie die herzlichen Beziehungen, welche gegenwärtig zwischen den Regierungen beider Staaten bestehen, sich auch der Bevölkerung mitgetheilt haben und das „verjüngte Oesterreich" ein Gegenstand der aufrichtigsten Sympathie für die Italiener geworden ist. Man lese die Organe der öffentlichen Meinung aller Parteien (die ultramontanen natürlich ausgenommen), von der ministeriellen „Nazione" und der gemäßigten „Opinione" bis zum vorgeschrittenen „Diritto" und der ins Röthliche schillernden „Riforma" herab, und man wird überall den Ausdrücken aufrichtigster Sympathie für das auf liberalen Bahnen wandelnde Oesterreich begegnen. In keinem Lande finden die Versuche Oesterreichs, sich den verderbenbringenden Einflüssen klerikaler Umtriebe und kirchlicher Präponderanz zu entreißen, freudigere Zustimmung, als in Italien, dessen Interessen eben in so mannigfacher Richtung mit jenen Oesterreichs übereinstimmen.

Spanien. [Revolutions-Journal.] Man verbreitet jetzt ein in Paris gedrucktes spanisches Journal unter dem Titel: „La Revolucion", das massenweise in Spanien eingeschmuggelt wird. Sein Motto: „Nieder mit den Bourbonen, es lebe die demokratische Republik!" zeigt genugsam, weß Geistes Kind die neue Zeitschrift ist, die in der vorliegenden Nummer einen Aufruf an die Armee enthält, sich von der Tyrannei loszusagen. Mitarbeiter sind die bedeutendsten Männer der spanisch-demokratischen Emigration, u. A. Emilio Castelar und der Insurgenten-General Pierrard.

Nordamerika. [Der künftige Präsident.] Benjamin Franklin Wade, der wohl bald an Johnson's Stelle den Präsidentenstuhl besteigen wird, ist, wie Johnson, ein Mann, der sich aus niederer Lebensstellung emporgearbeitet hat. Nach einer Skizze, welche der „Baltimore Wecker" von ihm entwirft, ward Wade am 27. Okt. 1800 in Springfield, Massachusetts, geboren. Sein Vater war Revolutionssoldat gewesen. Im Winter besuchte der junge Wade die öffentliche Schule; im Sommer aber mußte er sich, da die Seinen sehr arm waren, als Feldarbeiter verdingen. Als er größer geworden, spielte er im Winter den Schulmeister, während er im Sommer, gleich Abraham Lincoln, seinen Unterhalt auf der Farm und im Walde verdiente. Eine Zeit lang grub und schaufelte er als Taglöhner am Erie-Kanal. In seinen 20er Jahren beschloß er, sein Glück im Westen zu suchen. Wir finden ihn in Ashtabula (Ohio) mit dem Studium der Rechte beschäftigt und dort ist noch heute seine Heimath. Im Jahre 1835 wurde er zum Staatsanwalt von Ohio gewählt. In der Politik schloß er sich dem äußersten linken oder abolitionistischen Flügel der Whigs an. Sie wählten ihn 1837 in den Senat von Ohio, 1849 erwählte ihn die Legislatur zum vorsitzenden Richter im dritten Gerichtsbezirke des Staates. 1851 wurde er von der Legislatur Ohio's in den Bundessenat erwählt; 1857 und 1863 von Neuem. Seine Amtszeit als Senator erstreckt sich gerade noch bis zum 4. März 1869; dann folgt ihm der Demokrat Thurman. Welche Achtung sich Wade während seiner mehr als 16jährigen Senatorlaufbahn erwarb, geht schon daraus hervor, daß ihn die republikanische Partei im Senate voriges Jahr eben im Hinblicke auf die Möglichkeit der Absetzung Johnson's zum Senatspräsidenten, also zum Vizepräsidenten der Republik wählte. Schon kurz nach seinem Eintritte in den Bundessenat erwarb sich Wade einen nationalen Namen als einer der unerschrockensten Vorkämpfer der damals im Senate noch winzig kleinen Freiheitspartei. Bei jeder Gelegenheit trat er den südlichen Junker-Senatoren und ihren nördlichen Helfern und Helfershelfern mit dem ganzen Freimuthe seines derben naturwüchsigen Wesens entgegen. Im Jahre 1852 stimmte er mit nur fünf seiner Kollegen für Abschaffung des Sklavenfanggesetzes. Während des Bürgerkrieges gehörte er zu den republikanischen Staatsmännern, die von Anfang an mit festem Blicke den furchtbaren Ernst der Lage erkannten und eine entschlossene, vor keiner Gefahr zurückbebende Politik verlangten. Ja, er verlor manchmal die Geduld ob der Langsamkeit Abraham Lincoln's. Mit den Muckern und Wassertrinkern hat er nichts zu schaffen. Den Nativismus bekämpfte er stets, dagegen befürwortete er das Frauenstimmrecht. Trotz seiner Jahre ist Wade noch körperlich wie geistig frisch.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Die Vermählung des Erzherzogs Heinrich.] Dem „Tagesboten aus Mähren" schreibt man aus Wien: Die kaiserliche Resolution betreffs der Vermählung des Erzherzogs Heinrich, von der ich Ihnen am 31. v. M. Mittheilung machte, erfolgte conform dem ministeriellen Vortrag vom 25. v. M. In diesem

---

Schon das ungeheuere, von Sümpfen und Bergen durchzogene Terrain gewährt ihnen einen nicht zu gering anzuschlagenden Schutz gegen fremde Einfälle, mit den gewaltigen Entfernungen von einem Platze zum anderen, aber das alles tritt gegen das von Nordamerika gegen jeden Angriff ausgesprochene Veto in den Hintergrund. Sie trauen Amerika allerdings selber nicht; sie wissen, daß es von je her ein Auge auf das Nachbarland gehabt und über kurz oder lang einmal ihr gefährlichster Feind werden könne, aber für den Augenblick ist es ihr mächtiger Beschützer, und der leichtherzige Charakter dieses südlichen Volkes läßt es sich gern über alle Sorgen für die Zukunft hinwegsetzen. Ja, die Mehrzahl denkt sogar nicht einmal an eine solche Möglichkeit, sondern sieht allein in der Tapferkeit der mexikanischen Soldaten nicht bloß die jetzige „Rettung des Vaterlandes", sondern auch seinen vollkommenen Schutz für die Zukunft.

So ist jetzt auf dem Weihnachtsmarkte hier, ziemlich ordinär gemacht, aber mit bunten Farben ausgemalt, eine Gruppe dargestellt, welche die Stimmung der großen Mehrheit des Volkes recht gut bezeichnen könnte. Die Gruppe besteht aus zwei Figuren: Ein Franzose, die Fahne der „großen Nation" in der einen und das blanke Schwert in der anderen Hand, liegt am Boden. Hinter ihm, den Fuß auf seinen Körper gesetzt, steht die Jungfrau Mexiko, in der rechten Hand die grün-weiß-rothe Fahne (die Streifen aufrecht stehend, wie bei den französischen Farben) und in der linken — nicht etwa eine Waffe, sondern nur einen Fächer haltend. Nur der Luftzug dieses Spielzeuges diente, in ihrer Hand, dazu, um den mächtigen Feind niederzuschmettern. Es erinnert das doch etwas an Gellert's Fabel mit dem Heupferd.

Nichts desto weniger steht die Thatsache fest, daß Mexiko in diesem Augenblicke unangreifbarer durch fremde Mächte geworden ist, als je, denn Frankreich wird sich hüten, sich zum zweiten Male die Finger zu verbrennen, und andere Reiche haben sich wahrscheinlich ein zu gutes Beispiel an dem Vorhergegangenen genommen, um je einen ähnlichen Versuch zu machen. Mexiko bleibt deßhalb vor der Hand sich selber überlassen und ihm Zeit und Ruhe von außen genug, das Glück seines schönen Landes zu sichern und seine Zustände zu verbessern, seine Schätze auszubeuten; aber ich fürchte fast, es wird die günstige Zeit wieder mit thörichten Kämpfen vergeuden und, statt ein festes Reich zu bilden, seine Kräfte zersplittern und aufreiben. Gott weiß es, es hat auch die Elemente dazu im eigenen Herzen, und die erzürnten und an ihrem Heiligsten, an ihren Gütern, verletzten Priester werden ihr Möglichstes thun, irgend eine ihnen scheinbar günstige Partei aufzustacheln und den Feuerbrand aufs Neue unter das Volk zu werfen.

Die neue Wahl für den zweiten Rang im Staate, des Präsidenten des obersten Gerichtshofes und eigentlichen Vicepräsidenten, ist ruhig vorübergegangen und nicht Diaz gewählt, wie er es gehofft zu haben scheint, sondern Seb. Lerdo de Tejada. Porfirio Diaz scheint aber in der That ein Ehrenmann zu sein und nicht im Sinne zu haben, durch falschen Ehrgeiz geblendet, sein Vaterland wieder einem Bürgerkriege in die Arme zu werfen. Er wird sich ruhig der Majorität des Volkes fügen, und dann ist es allerdings möglich, daß

wurden die Schwierigkeiten anerkannt, die sich bei der Verfolgung einer so eigenartigen Angelegenheit ergaben, indem man die Immunität eines Mitgliedes des kaiserlichen Hauses in Rechnung ziehen mußte. Ausdrücklich wurde hervorgehoben, daß selbst das Ministerium vorsichtig zu Werke ging, da es sich der Umgebung eines Prinzen gegenüber sah, aber im Bewußtsein seiner Pflicht nach sorgfältigen Erhebungen zur Erkenntniß kam, daß nur dem Domherrn v. Mayerhauser der größte Theil der Schuld zufällt und ihm daher der Ausdruck des a. h. Mißfallens zuerkannt werde. Der Fürstbischof Riccabona von Trient vermochte es, jede Theilnahme an der Vermählungs-Angelegenheit von sich abzuweisen, und er ging daher straflos aus, ja es wurde sogar jene amtliche Rüge zurückgenommen, die man ihm, als der Sachverhalt noch nicht ganz klar war, ertheilt hatte. Erzherzog Heinrich und seiner Gemahlin (die immer nur Frau v. Hoffmann genannt wird) wird in einiger Zeit wohl die Erlaubniß zur Rückkehr nach Oesterreich ertheilt werden; es scheint jedoch, daß der Erzherzog von derselben keinen Gebrauch machen wird. Er bezieht im Auslande eine Apanage von 40,000 fl., die demnach gegen die der übrigen Prinzen bedeutend verringert wurde. Canonicus Mayerhauser, welcher die Trauung vollzogen hat, erhielt, wie von anderer Seite gemeldet wird, dieser Tage vom kaiserlichen Prinzen einen sehr schönen Ring im Werthe von 2000 Franks.

Amtliche Nachrichten.

München, 9. April. Se. Maj. der König hat die Uebertragung der Leitung der Hofhaltung Ihrer k. H. der Prinzessin Alexandra von Bayern an den pens. Oberststallmeister O. Frhrn. v. Lerchenfeld genehmigt. Der k. Forstwart P. Kloo von Kreut wurde in gleicher Diensteseigenschaft auf die erledigte Forstwartei Unterlauterbach, Reviers Seehaart, im k. Forstamte Weilheim, versetzt, der Forstgehilfe G. Sauer von Bischofswies zum prov. Forstwart für die Wartei Glashütte, Reviers Kreut, im k. Forstamte Tegernsee, ernannt.

München, 11. April. Se. Maj. der König hat die kath. Pfarrei Floß, Bezirksamts Neustadt a. WN., dem Priester Fr. X. Ibler, Cooperator in Altdorf, Bezirksamts Landshut, übertragen.

Erledigt: die kath. Pfarrei Rodenbach, Bezirksamts Lohr, mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 649 fl. 13 kr. 4 hl., die kathol. Pfarrei Arnbruck, Bezirksamts Unterviechtach, mit einem solchen von 724 fl. 40 kr., die kath. Pfarrei Legau, Bezirksamts Memmingen, mit einem desgleichen von 2110 fl.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63—62 5/8 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/4—1/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	49 3/4—7/8 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 3/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 7/8 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 7/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	80 1/4 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 1/4 P.
"	6pCt. ditto r. 1882	75 1/2—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—89 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	219 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	74 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	343 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	257 1/2—56 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 5/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	149 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 1/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 1/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 1/2 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	[illegible]
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	121 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	144 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 7/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P.
" do. v. 1864	88 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/4 P.
Badische fl. 35	50 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/4 P.
" fl. 25 do.	—
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. R.	73 P.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	32 3/8 P.
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 7/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4—3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S. .	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 5/8 P.
do. in öst. W. l. S.	101 1/2 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 11. April. Die Börse war von Anfang bis zum Schlusse matt gestimmt. Für die neuesten Spekulationspapiere lagen Verkaufsordres vor und werden die Preise derselben namhaft herabgesetzt. Die Börse hegt politische Befürchtungen, obwohl sie für dieselben keinerlei greifbare Anhaltspunkte hat. Fest waren nur Amerikaner; dagegen waren die verschiedenen neuen Effektengattungen matt

Juarez mit seiner zähen indianischen Ausdauer und Energie im Stande ist, den Frieden in dem noch immer unruhigen und gährenden Lande wieder herzustellen. Aber er muß dabei mit eiserner Hand eingreifen, denn die Mexikaner verlangen ein solches Regiment, und deßhalb schon gestehen auch selbst viele von des verstorbenen Kaisers Freunden ein, daß Maximilian von Oesterreich nie ein Herrscher für dieses Land gewesen wäre. Er war, bei schwankendem Charakter, viel zu gut und zu weich und glaubte auch vielleicht schon als Fremder nicht so entschieden gegen die eingeborenen Mexikaner auftreten zu dürfen. Das Dekret vom 3. Oktober, das alle mit den Waffen in der Hand ergriffenen Mexikaner zum Tode verurtheilte und schließlich Maximilians Verderben herbeiführte, ist denn auch nie in seinem eigenen Herzen entstanden, sondern ihm allein von Bazaine, dem der Fluch des ganzen Landes folgt, aufgezwungen worden. Maximilian hat sich bis zum letzten Augenblicke dagegen gesträubt, und selbst nachdem es Gesetzeskraft erlangt, niemals die Absicht gehabt, es ernstlich durchzuführen. — Aber auch das war nur eine halbe Maßregel und strafte sich bitter von dem Augenblicke an, und nur die durch seine Umgebung immer in ihm bestärkte und leider irrige Meinung, daß er die ungeheure Majorität des mexikanischen Volkes für sich habe, konnte ihn veranlassen, ein so grausames Gesetz zu unterzeichnen.

Als er damals zurück nach Orizaba ging, war ihm freilich die Wahrheit im eigenen Herzen klar geworden. Er fühlte, wenn er es sich auch vielleicht noch immer nicht recht gestehen wollte, jedenfalls, daß er sich doch vielleicht geirrt, und sein Entschluß, nach Europa zurückzukehren, war gefaßt, sein meistes Gepäck schon zum Versenden fertig. Da trat sein böser Geist wieder an seine Seite — der Pater Fischer, der in dem karakterschwachen aber gutherzigen Monarchen das beste Werkzeug gefunden zu haben glaubte, in Mexiko das Konkordat einzuführen und der Kirche die „geraubten“ Güter wieder zurückzuerstatten, und dessen Ueberredung — darin stimmen Alle überein — ist es allein zuzuschreiben, daß Maximilian wieder nach der Hauptstadt zurückkehrte. Was er ihm damals gesagt, weiß natürlich Niemand, aber wahrlich nicht die Wahrheit, denn der Kaiser hätte sonst nie den unglückseligsten Schritt seines Lebens gethan, der ihn seiner Todesstätte entgegenführte.

Der Kaiser starb — aber Pater Fischer lebt und wandert hier in Mexiko, anscheinend in ganz behaglichen Verhältnissen, in der Stadt auf freien Füßen umher,*) trotzdem daß er damals in Orizaba aufs Neue den Bürgerkrieg aufstachelte und damit, wenn auch indirekt, das Blut von Tausenden an den Händen trägt. (Schluß f.)

*) Ist unterdessen bekanntlich nach Deutschland zurückgekehrt. A. d. R.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 104.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 14. April 1868.

Die Verschwörung in Montevideo.

Seit der Befreiung von spanischer Herrschaft ist Uruguay zuerst der Gegenstand des Streites zwischen Buenos Ayres und Brasilien gewesen, später, zum Range einer selbständigen Republik erhoben, die Beute kaum je unterbrochener Bürgerkriege geworden, ohne dabei die erste, wenig beneidenswerthe Eigenschaft des Zankapfels seiner Nachbarn zu verlieren. Es bekämpfen sich in dem Freistaate die Parteien der Blancos und der Colorados. Erstere, die Weißen, bilden das konservative, aristokratische Element, welches in der Hauptstadt Montevideo in der Minderheit ist und auf dem Lande seinen Schwerpunkt findet. Die „Farbigen“ (oder Rothen, wie sie meist genannt werden) stützen sich dagegen auf die flüssige, unruhige Bevölkerung Montevideo's, zumal auch auf die zahlreich vertretene italienische Einwanderung. Seit 1865, als der General Venancio Flores, ein Abenteurer europäisch-indianischer Abstammung, mit Hülfe des Nationalfeindes, der Brasilianer, sein Vaterland überfiel und dem gesetzmäßigen Präsidenten Aguirre, einem Blanco, die Herrschaft entriß, sind in Uruguay die Colorados am Ruder; Flores führte die Regierung als provisorischer Gouverneur und verschob die gesetzlich erforderte Wahl eines Präsidenten von Jahr zu Jahr. Als er nun endlich den Zeitpunkt festgesetzt hatte und selbst als Bewerber um die Würde auftrat, brach der Aufstand los.

Darüber liegen jetzt ausführlichere Berichte vor, aus denen wir das Interessanteste in Folgendem zusammenstellen:

Zuvörderst ist die Rede von der Verschwörung, die am 7. und 8. Februar der eigene Sohn des Generals Flores, der Oberst Fortunato Flores, gegen seinen Vater angezettelt hatte. Ueber die Ursachen, welche dieser Verschwörung zum Grunde lagen, scheint ein gewisses Dunkel zu herrschen. Am 7. Morgens stellte sich Oberst Flores in den Salons der Regierung ein und verlangte von seinem Vater eine Erklärung darüber, wer sein Kandidat für die Präsidentschaft sei. General Flores weigerte sich, Antwort zu stehen, und es kam zu einem heftigen Wortwechsel zwischen Vater und Sohn. Der Gouverneur befahl dem Obersten, in sein Quartier zurückzugehen und legte ihm einen Arrest auf. Der gedemüthigte Oberst stieß im Fortgehen Drohungen gegen die Regierung aus und sagte, man werde bald sehen, was ein Oberst der Republik gälte.

Wenige Augenblicke später lehnte sich das Bataillon Libertad auf und folgte seinem Chef, dem Oberst Flores. Er griff den Regierungspalast an und nahm ihn ohne sonderlichen Widerstand, während die Mitglieder der Regierung sich sämmtlich nach dem Cabildo flüchteten. Oberst Flores bemächtigte sich einiger Artilleriestücke und marschirte gegen den Cabildo, der nicht im Stande war, sich zu vertheidigen. General Flores versuchte es, die Truppen zu haranguiren, aber er wurde nicht angehört und die Empörer besetzten den Cabildo. Darauf zog sich General Flores zuvörderst nach der Douane und sodann nach der Union zurück und beeilte sich, einige Streitkräfte zusammenzuziehen.

Oberst Flores verbarrikadirte sich und schien Anstalten zu treffen zum Widerstande. Er hatte den General Battle als Geißel gefangen genommen und er erhielt von diesem für den Kommandanten des Forts San Jose die Ordre, dem Oberst Flores zu gehorchen.

Das Publikum blieb fast indifferent bei der ganzen Bewegung, deren Zweck man, wie gesagt, nicht begriff. Man hielt das Ganze für eine Familienzwistigkeit. Am 8. Abends, nach verschiedenen Unterredungen und Unterhandlungen, die von gemeinschaftlichen Freunden und von den Commandanten der auswärtigen Marine-Divisionen eingeleitet worden waren, welche einen Theil ihrer Mannschaften ausgeschifft hatten, um die Douane zu schützen, endete der Konflikt. Oberst Flores und seine Offiziere streckten ihre Waffen, und nach und nach wurden die Soldaten entwaffnet, um in ein anderes Bataillon inkorporirt zu werden. Oberst Fortunato Flores und sein Bruder Eduardo, welcher sich gleichfalls aufgelehnt hatte, wurden exilirt und gingen nach Rio de Janeiro ab.

Wenige Tage später legte General Flores die seit drei Jahren innegehabte Diktatur in die Hände des Senatspräsidenten nieder, um als Privatmann den Ausgang der auf den 1. März angesetzten Präsidentenwahl abzuwarten. Seine Erhebung zu diesem Posten wurde von Niemand bezweifelt, deßhalb hatten seine Gegner ihm den Tod geschworen. Mittelst eines gefälschten Schreibens wurde Flores eingeladen, sich nach dem Regierungspalast zu begeben. Er ließ seine drei Freunde, die ehemaligen Minister Marquez, Ewecart und Flangini rufen, und fuhr mit ihnen in einer offenen Kalesche weg. Er saß auf der Rückseite, Marquez rechts neben ihm. In der Rinconstraße stürzte aus einem Laden plötzlich eine Bande auf die Pferde des Wagens. Der Kutscher, der Gefahr für seinen Herrn befürchtete, wollte die Pferde antreiben. Diese bäumten sich und warfen einen der Angreifenden nieder, der jedoch im Fallen einem der Pferde eine Kugel durch den Kopf jagte. Inzwischen war der Kutscher bereits von Dolchstößen getroffen worden und kopfüber von dem Bocke gestürzt.

Die jetzigen Zustände Mexiko's.

(Aus Gerstäcker's amerikanischen Reisebriefen in der „Köln. Ztg“.)

(Schluß.)

Mexiko, 26. Dezember.

Gestern war großer Feiertag in der Stadt, und zwar nicht allein des Weihnachtsfestes wegen, sondern der Präsident hielt seinen Bando oder militärischen Umzug in der Stadt, später mit großer Sitzung im Abgeordnetenhause, wo er sich, als neugewählter Präsident, dem Volke zeigte und seine Anrede an dasselbe, aber freilich mit so leiser Stimme hielt, daß man auf den Galerieen auch nicht eine Sylbe davon verstehen konnte. So viel bleibt gewiß, Juarez ist augenblicklich in Mexiko nicht allein populär, sondern man hat auch Vertrauen zu ihm, daß er die neugewonnene Republik festigen und erhalten werde — wenn nicht schon der Name Republik in allen südamerikanischen Staaten und ebenso in Mexiko — ein Spott auf die Sache selber wäre. In einer Republik soll das Volk durch einen von ihm gewählten Repräsentanten regieren — aber was ist in allen diesen Staaten eben dieses souveraine Volk? Ein Haufen unwissender, roher Menschen, die, besonders in Mexiko, von klugen Advokaten geleitet und benutzt werden. Man braucht ihre Stimme und ihre Fäuste — weiter nichts —, ihre eigene Meinung wird nicht befragt und kann nicht befragt werden, denn sie haben keine — sie gehen mit der Masse und dem Erfolge.

Bei Juarez' Erscheinen im Abgeordnetenhause, wo eine Art Thronsessel mit zwei rothgepolsterten Stühlen für den Präsidenten und die Präsidenten des Hauses steht, wurde nur an einer Stelle etwas Vivat gerufen, und auch nur von dort, über der Thür des Eingangs, flogen eine Unzahl bunter Bänder wie ein Regen — oder noch besser, wie eine Ordensvertheilung in Europa — über den Präsidenten und seine nächste Umgebung nieder. Sie enthielten darauf gedruckte Lobgedichte des Präsidenten, aus der Feder irgend eines Hofpoeten — warum soll es nicht auch in einer Republik Hofpoeten geben? Abends zogen kleine Trupps sehr mittelmäßig gekleideter Mexikaner mit etwas Musik und einer Art Standarte, mit Juarez' Bild darauf, durch die Straßen, Lichter dabei in der Hand tragend; auch wurden auf der Plaza viele Raketen abgebrannt, vor denen man sich ein wenig hüten mußte.

Die Abgeordneten im Saale selber betrugen sich sehr ungenirt. Fast alle rauchten, bis der Präsident eintrat; auch die Zuschauer gaben sich dem Genusse hin — es war ein entsetzlicher Qualm im Hause, und selbst bei der Ansprache des Ersten der Nation behielten die Zuschauer auf den Galerieen — mit wenigen Ausnahmen — ihre Hüte auf. Abends war nur das Palais und, sonderbarer Weise, das städtische Leihhaus, dicht an der Plaza, illuminirt. — Oft liegt ein tiefer Sinn im kind'schen Spiel.

Noch jetzt sitzen Gefangene in Queretaro, ohne daß sie aber weiter etwas für ihr Leben zu besorgen haben. Sie werden nach

Der General und seine Freunde, die unbewaffnet waren, sprangen aus dem Wagen. Flores rief den Mördern zu: „Was wollt Ihr? Ich habe seit vier Tagen die Regierung niedergelegt und bin nur noch ein einfacher Bürger.“ Einer der zunächst stehenden Banditen zerschmetterte ihm mit einer Revolverkugel die Kinnlade. Vier andere Kugeln trafen ihn in den Unterleib, in den Hals und in die Schulter. Er wankte und stürzte auf das Trottoir. Die Mörder fielen nun über ihn her und versetzten ihm im Nu noch sechs Stiche. Das Volk wurde durch die Schüsse herbeigerufen; die Mörder flüchteten nach dem Palast, wie ihnen ihr Führer Bernardo Berro befohlen hatte. Ein Kapuziner hob den General auf, der in Zuckungen röchelte und richtete einige Worte an ihn. Flores machte Anstrengungen, um zu sprechen, vermochte es aber nicht; denn die Kinnlade hing ihm herunter, die Zunge war zerrissen und ein dicker Blutstrom drang aus seinem Munde. Der Mönch ertheilte dem General in aller Eile die Absolution. Einige Augenblicke darauf war dieser todt — Die Mörder, etwa 30 an der Zahl, hatten unter den Befehlen des Commissärs Barbat den Palast besetzt; allein, da sich die Truppen ihnen nicht anschlossen, so wurden sie bald von dem Volke, das die Waffen ergriffen hatte, verjagt. Berro und Barbat wurden festgenommen, einstimmig auf der Stelle zum Tode verurtheilt, und das Gesicht gegen eine Wand gekehrt und ohne priesterliche Tröstung füsilirt. — Der Bruder des Präsidenten, Manoel Flores, wurde sofort zum Oberkommandanten der bewaffneten Macht ernannt; starb aber acht Tage später eines plötzlichen Todes, einige sagen an der Cholera.

Süddeutschland.

Bayern. München, 10. April. [Ausweisung.] Man schreibt der „Frkf. Ztg.“: Gestern wurde der hier sich aufhaltende Schriftsteller Kilian vor die Polizeidirektion geladen und ihm eröffnet, daß er als Verfasser von Münchener Korrespondenzen in verschiedenen auswärtigen Blättern binnen 24 Stunden die Stadt München und das Königreich Bayern zu verlassen habe. Nachdem ihm diese Ausweisung in optima forma angekündigt war, wurde er vom Untersuchungsrichter inquirirt, ob er einen bestimmten Artikel in der „N. Fr. Pr.“ geschrieben. Kilian verneinte das nicht nur, sondern wies auch, wie mir versichert wird, nach, daß er der Autor nicht sein könne. Es scheint jedoch, daß es bei der Ausweisung trotzdem sein Bewenden haben soll. Dem Vernehmen nach sind in dem Prozesse gegen die „Frankfurter Zeitung“ die Akten reponirt.

Großh. Baden. [Das Gesetz über die Verantwortlichkeit der Minister] in Form von Zusätzen zu § 67 der Verfassung ist verkündigt. Das Recht zur Anklage steht hiernach der Zweiten Kammer zu; angeklagt können nur werden die Minister und Mitglieder der obersten Staatsbehörde wegen einer durch Handlungen oder Unterlassungen wissentlich oder aus grober Fahrlässigkeit begangenen Verletzung der Verfassung, oder anerkannt verfassungsmäßiger Rechte, oder schweren Gefährdung der Sicherheit oder Wohlfahrt des Staates. Der Beschluß erfordert zwei Drittel Mehrheit; das Richteramt wird von der Ersten Kammer als Staatsgerichtshof geübt in Verbindung mit dem Präsidenten des obersten Gerichtshofes und acht weiteren Richtern, welche durch das Loos aus der Reihe der Kollegialrichter bestimmt werden. Es ist der Vorzug des Gesetzes, daß es in konstitutionellem Sinne das Recht der Anklage ausschließlich der Zweiten Kammer gibt, und zugleich durch das im Vereine mit rechtsgelehrten Richtern geübte Spruchamt die Stellung der Ersten Kammer nach englischem Systeme zu wahren sucht. Freilich sind die Verhältnisse nicht gleich; allein es mußte nach fast 60jährigem Hin- und Herrathen endlich eine Einigung getroffen werden. Das Genauere über Bildung und Verfahren des Staatsgerichtshofes ist einem besonderen, noch nicht vereinbarten Gesetze vorbehalten.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 11. April. [Wieder ein merkwürdiger Preßprozeß.] Unter dieser Ueberschrift bespricht die „Nat.-Ztg.“ die jüngste Verurtheilung des „Kladderadatsch.“ Sie schreibt: Je länger, je mehr, scheinen uns die Preßprozesse der Neuzeit das zu sein, was in früheren Jahrhunderten die Hexenprozesse waren, mit denen sie die allergrößte Familienähnlichkeit haben. Sie werden dereinst einem aufgeklärteren Geschlechte ebenso befremdend und trüb phantastisch erscheinen, wie uns diese letzteren. Im Dezember brachte der „Kladderadatsch“ eine Zeichnung, welche sich als Anspielung auf einen Auftritt in dem Goethe'schen „Faust“ ankündigte, obschon zu den dortigen zwei Personen eine dritte hinzugefügt war. Man erblickte Faust mit den Gesichtszügen des Grafen Bismarck, Mephistopheles mit denen des Grafen zur Lippe, Margarethe mit denen des Abgeordneten Twesten. Darunter standen ein paar Zeilen aus dem Dichtwerk, und zwar, wenn wir uns recht besinnen, die Anrede der letzteren: „Es thut mir lang schon weh, daß ich dich in der Gesellschaft seh',“ nebst der Antwort Faust's: „Es muß auch solche Käuze geben.“ Dieses Blatt wurde von der Polizei dem Staatsanwalte übergeben, und wenn wir uns nun vorstellen, daß uns nach dieser Nachricht Jemand gefragt hätte: wer ist hier in den Augen eines gebildeten Menschen der Gekränkte? so würden wir entgegnet haben, es versteht sich von selbst, Herr Twesten. Das fühlt jeder Gebildete gewiß auf der Stelle. Schon eine jede Vergleichung mit einem Frauenzimmer macht einen Mann lächerlich, und um so mehr, wenn es in einer Zeichnung geschieht, welche das männliche Antlitz in nicht vortheilhafter Weise wiedergibt. Unter der Maske eines von ihrem Herzen überwältigten Mädchens dargestellt zu werden, welches dann zur Mutter- und Kindesmörderin wird, das ist für einen Parteiführer, von dem man Umsicht verlangt, keine Empfehlung. Es war daher Niemand mehr als Herr Twesten, welcher die Stichelei hätte krumm nehmen können, wenn er es nicht vorzog, sich eines Ausspruches in einer anderen Goethe'schen Dichtung zu erinnern: „daß mit dem Scherz es wie mit Wunden ist, die niemals nach so ganz gemessenem Maße und reinlich abgezogenem Gewichte geschlagen werden.“ Und ebenso gut hätte Graf Bismarck sich durch den Vergleich mit Faust beleidigt fühlen können. Es handelt sich ja nur um einen von der

---

und nach entlassen, wie man ihren Proceß in langsamer Reihenfolge vor den Gerichten abwickelt, und nur die bis zuletzt aufgehoben, die sich vielleicht die kleinliche Rache irgend eines der Beamten zugezogen haben. Eine längere Verurtheilung braucht aber wohl Keiner von ihnen zu fürchten. Interessanten Mittheilungen über die damaligen und späteren Verhältnisse in Queretaro dürfen wir aber wohl in nächster Zeit entgegensehen, da ein Herr von Gürbitz, Adjutant Miramon's und eben auch aus der Gefangenschaft entlassen, in diesen Tagen nach Madrid, wo er seinen Aufenthalt hat, zurückkehrt und seine Erlebnisse in spanischer wie in deutscher Sprache herauszugeben beabsichtigt. Miramon war ein tapferer und tüchtiger Mann, aber auch entsetzlich ehrgeizig, und ich fürchte fast, der Kaiser traute ihm zu viel — aber zuletzt theilte er das Geschick des Monarchen, und ihm treu zur Seite hielt sich der Indianer Mejia. Beide wurden bekanntlich mit dem Kaiser erschossen. Armer Kaiser — er hat es so gut, so ehrlich mit dem mexikanischen Volke gemeint, und mußte solchen Lohn dafür ärnten — er hätte jedenfalls ein besseres Loos verdient! Aber in vielen, sehr vielen mexicanischen Herzen wird ihm noch ein treues Andenken bewahrt. Alle stimmen darin überein, daß, wer ihn näher kennen lernte, ihn auch lieb gewinnen mußte, und eben so soll sich die Kaiserin mit der größten Aufopferung dem gewidmet haben, was sie für das Beste des Volkes hielt und für die Hebung und Unterstützung der ärmeren Classen nöthig glaubte. Die jetzige Regierung thut freilich Alles, um das Andenken an jene Regierung zu verwischen, aber es wird ihr nicht gelingen. Gerade der Martyrertod des Kaisers wie das Unglück der edlen Frau haben dem Kaiserpaare selbst die Herzen manches früheren Feindes zugewandt, und keinen Laden fast in der ganzen Stadt findet man, in dem nicht die Bilder Maximilian's und Charlottens mit Miramon und Mejia wie mit Apotheosen des Kaisers ausgestellt wären.

Deutsche Musik im Mittelalter.

Unter den in diesem Winter in Karlsruhe gehaltenen öffentlichen Vorträgen sind zwei besonders hervorzuheben. Es sind jene des Redakteurs der „Karlsruher Zeitung“, Herrn Dr. H. Krönlein, über die deutsche Musik im Mittelalter, ein dem Vortragenden durch eifrige Detail- und Quellenstudien zugänglich gewordenes, nur selten dem Auge der Masse erschlossenes Gebiet.

Der erste Vortrag — wir folgen der „Bad. Landesztg.“ — beschäftigte sich mit der Einführung der christlichen Musik in Deutschland, deren fruchtbarster Anstoß von Karl dem Großen ausging; durch ihn gelangte auch Roman, der Stifter der Tonschule von St. Gallen, nach Deutschland. Mit Roman zogen Werembert, Iso und Möngal und ihre begabtesten Epigonen Ratpert, Notker der Stammler und Tuotilo an uns vorüber, die Schöpfer des kirchlichen Refrainlieds, der Kunstlitanei und der Sequenz. Daran schloß sich die Reichenauer Tonschule mit Strabo (erste Hälfte des 9. Jahrhunderts) und Hermannus Contraktus, demjenigen der Tonmeister des frühen Mittelalters, der es am meisten verstand, dem harten Gefüge der damaligen Musik formalen Reiz, einen gewissen sinnlichen Wohllaut zu

Oberfläche geschöpften Scherz. Die Ausdeutungen desselben sind mehr oder minder willkürlich.

— [Verkehrte Heraldik.] Dem „N. Korr." schreibt man aus Berlin: Ueber der Bundesfahne, welche an den Reichstag aus New-Orleans zum Aufhängen in der „Berathungshalle" gesandt worden, schwebt ein ominöses Verhängniß. Als diese Fahne hier ankam, wollten die Heraldiker aus dem Vorstande des Reichstages wissen, daß die Farben daran in unrichtiger Reihenfolge ständen. Es wurde also beschlossen, die patriotische Damenarbeit aufzutrennen und die Farben umzusetzen. Als diese Arbeit fertig war, holte Herr Simson am 3. April im Reichstage feierlich die Ermächtigung ein, der Fahne einen geeigneten Platz im Sitzungslokale anzuweisen. Die Ermächtigung wurde ertheilt und am folgenden Morgen fand sich der Gesammtvorstand ein, um die Fahne in den Sitzungssaal zu geleiten. Dort bemerkte ein an dem Schauspiele zufällig theilnehmender Abgeordneter von der Linken, die Farben ständen ja in verkehrter Reihenfolge, schwarz weiß roth müßten sie auseinander folgen. Herr Simson stutzte, besann sich und sandte dann nach der benachbarten Admiralität, ein authentisches Gutachten einzuholen. Die Antwort kam, die Sache stimmte nicht: in New-Orleans waren die Farben richtig aneinandergesetzt worden, und jetzt standen sie in verkehrter Reihenfolge. Kopfschüttelnd ging man auseinander, die Fahne wurde in die Präsidialwohnung zurückgebracht und wird nun nochmals aufgetrennt werden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Die Presse und die Minister.] Der „Südd. Presse" schreibt man: Die Art und Weise, wie die Wiener und die österreichische Provinz-Journalistik pikant ist, lenkt in neuester Zeit die Aufmerksamkeit in erhöhtem Maße auf sich. Einer Notiz von drei Zeilen zu Liebe setzt man alle politischen, Anstands- und persönlichen Rücksichten zurück. Die Art, wie in die geheimsten Falten des Privatlebens eingedrungen wird, ist geradezu unerhört und man hat den entgegenkommenden Geschmack der wüsten Menge schon so arg verwöhnt, daß man nur mit der drastischen Entstellung das Genügende zu leisten vermag. Wehe demjenigen, der in Wien ein Paar tausend Gulden ausgibt, oder ein Pferd hat, oder mit einer Schauspielerin in Verbindung steht u. s. w., alle Tage wird sein Tagebuch in den Journalen geführt; und dasjenige, das am meisten zu erzählen weiß, gilt als das interessanteste. Das sind höchst beklagenswerthe Zustände, weil sie einen hohen Grad von Entsittlichung und Mangel an Ernst beweisen, wobei nur dies ein Trost ist, daß es die Folgen der Reaktion sind. Nun aber droht die spezifisch-österreichische Sucht nach Pikanterie gefährlich zu werden, weil sie den politischen Kreisen nahe rückt und bald in Ministerkrisen und in Kabinetsdifferenzen, bald in pikanten Notizen über einzelne Minister macht. Erst erzählte man von der Spaltung des Ministeriums in zwei Lager, vergaß aber hinzuzufügen, daß sich die Sache so verhielt, daß in einem speziellen Falle im Ministerium sich eine Majorität und eine Minorität bildete. Aber weder die eine noch die andere ist konstant geblieben, und man kann darum von einer Spaltung nicht sprechen.

Dann erzählte man wieder von Differenzen zwischen Herbst und Auersperg und führte zum Beweise an, daß Herbst in einer Unterhaussitzung einmal an dem Fürsten Auersperg vorübergegangen war, ohne ihn zu grüßen. Davon aber, daß Herbst in der nächsten Sitzung sehr lange und, wie es schien, sehr freundschaftlich mit dem Ministerpräsidenten sprach, nahm man keine Notiz mehr, das hätte ja die Pikanterie von gestern aufgehoben. Jetzt plaudert man wieder von Differenzen zwischen Giskra und Berger. Wer beide kennt, weiß, daß das zwei Naturen sind, die sich vollständig ergänzen, und daß sie darum Freunde sein müßten, was sie in der That seit lange und in der herzlichsten Weise schon sind. Ich erinnere dabei an das folgende Faktum: Als es sich im vorigen Jahre bei Beginn dieser Reichsraths-Session darum handelte, dem Abgeordnetenhause einen Präsidenten zu geben (der damals noch ernannt wurde), sandte der Reichskanzler zu Dr. Berger, zunächst diesem das Präsidium anbietend, eventuell aber dessen Rathschläge erbittend, da Baron Beust damals Land und Leute noch wenig kannte. Dr. Berger mußte aus Rücksichten für seine Gesundheit das Amt ablehnen, bemerkte aber, daß unter allen möglichen Kandidaten Dr. Giskra der würdigste und beliebteste wäre. So erfolgte auch die Ernennung desselben. Nur das alte innige und bewährte Freundschaftsband bewog beide zum Eintritte in das Kabinet.

Gegenüber allen ultramontanen Erfindungen über Differenzen im Kabinet erlauben Sie mir die bündige Erklärung, daß seit dem Bestand des cisleithanischen Ministeriums noch niemals auch nur der allergeringste Konflikt innerhalb desselben existirt hat.

Das neueste ist, daß Giskra sich baronisiren lassen wolle. Als der Bürgermeister von Brünn den Leopoldsorden erhielt, sprach Schreiber dieses ihn scherzweise „Herr Baron" an. „Niemals", antwortete entschieden damals Dr. Giskra, und gerade in den letzten Tagen, als man von seiner Baronie log und daraus einen Grund zu Differenzen innerhalb des Kabinets machte, nahm der Minister des Innern ausdrückliche Veranlassung, jene Ablehnung zu wiederholen. Wem dient man durch solche Erfindungen? Der Reaktion, die, weil sie den Liberalismus nicht mehr diskreditiren kann, nunmehr die Liberalen und vor allem die liberalen Minister verdächtigen möchte. Leider sind es die sog. demokratischen Blätter, die die Skandallüge kultiviren. In Wahrheit gibt es in Oesterreich keine Demokraten, und die sich so nennen, entehren das Wort.

[„An den noch feststehenden Bestimmungen des Concordats soll nicht weiter gerüttelt werden."] Dies ist, wie officiös versichert wird, die Intention des Ministeriums Auersperg-Giskra. Der „gemäßigte Liberalismus" begnügt sich mit den bisherigen Errungenschaften und gibt sich der naiven Hoffnung hin, „man werde, wenn auch das Concordat noch nicht gänzlich beseitigt sei, im Auslande doch bald vergessen haben, daß die Ruinen desselben noch in die Welt hereinragen." Wenn also die österreichischen Bischöfe den ihnen untergebenen Clerus auch künftig als bloßes Werkzeug behandeln, wenn dieselben auf ihre concordatsmäßige Execution von der weltlichen Gerichtsbarkeit und ihre Hofgönnerschaft gestützt, die Agita-

geben. Aus beiden Schulen wurden Gesangsproben vorgeführt, darunter das weltberühmte „media vita" von Notker dem Stammler, die religiöse Marseillaise der Kreuzzüge.

Die zweite Vorlesung galt der weltlichen Musik des frühen Mittelalters. Hier nehmen, von wenigen vereinzelten Ueberbleibseln abgesehen, (cantus Ottinc aus dem 10. Jahrhundert, Spruch von Spervogel gegen 1170), die Minnesinger des 13. und 14. Jahrhunderts die Hauptstelle ein. Beim Minnesang zeigt sich eine merkwürdige Spur des wissenschaftlich erst in diesem Jahrhundert bestimmten und noch in der Ausbildung begriffenen „geistigen Eigenthums". Das Ensemble eines Minnesangs, der „Ton," war Privatbesitz des Sängers, der zugleich den Componisten und Instrumentalisten in sich vereinigte, und wer den Ton sich aneignete, hieß „Tönedieb." An die kurze Charakteristik der fahrenden Sänger und Meistersänger reihte sich die Schilderung der Gesangsgattungen selbst in ihren Abstufungen als Sprüche, Lieder, Leiche mit den architektonischen Bezeichnungen Stollen und Abgesang. Die Begleitung geschah durch Fiedel oder kleine Harfe. Die strenge Fügung der Kirchentonarten bequemte sich im Volksgesang schon früh den Anforderungen des Ohres. („Gaudeamus igitur" aus der Mitte des 13. Jahrhunderts; das herrliche Volkslied: „Der Wald hat sich entlaubet.") Der Redner benützte diesen Anlaß zu einer wissenschaftlichen Skizze über die Frage der Tonalität.

Die in beiden Vorlesungen reich eingestreuten Gesangsproben von Roman, Ratpert und Notker dem Stammler (media vita, das Marienlied, stirpe Maria regia) einerseits, sodann aus dem weltlichen Gebiete Spruch von Spervogel, Lieder vom Wartburgsängerkrieg gaben davon sprechendes Zeugniß. Ganz besonders interessant war es, die alten Melodien in einer von dem Vortragenden ausgehenden Bearbeitung die Schwingung der modernen Harmonisirung und Rhythmik entfalten zu sehen. So wurde das hochberühmte salve regina von Hermannus Contraktus kolorirt, ja es wurde aus den Kirchenweisen der St. Gallener Schule durch kontrapunktische Behandlung und Erweiterung zu dramatischem Leben eine ganze Kirchgangsszene mit der musikalischen Grundstimmung des Zeitalters aufgebaut, außerdem ein „Tanzleich" gestellt auf Minnesingerweisen, deren naiv melodisches Gepräge sich trefflich erhielt. Beide Compositionen gehören einer von Hrn. Krönlein im Manuskript vollendeten Oper „Magelone" an, und es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß die Idee einer historisch-musikalischen Charakteristik durch die Weisen der Zeit gerade auf der Bühne ihre vollste Berechtigung hat.

Der philharmonische Verein, seine beiden Dirigenten, die HH. Hofkapellmeister Kalliwoda und Levi, die Gesangs- und Musikkräfte der Oper und des großherz. Hoforchesters hatten sich dem ästhetischen Wohlthätigkeitsunternehmen mit freundlichster Bereitwilligkeit zur Verfügung gestellt.

Die Eigenthümlichkeit des Gegenstands wurde durch besonders zahlreichen Besuch gewürdigt; nur Wien hat in den historischen Concerten von Zellner ein Unternehmen von ähnlicher Art aufzuweisen.

tion gegen die Verfassung und die Gesetze ungenirt fortspinnen, so wird man „im Auslande“ nichts davon bemerken und Herr v. Beust kann in seinen Depeschen mit der weltlichen Herrschaft des Papstthums liebäugeln so viel er will, ohne daß sein „Liberalismus“ dadurch compromittirt wird. Im Inlande aber schreibt der Minister des Innern, wenn es die Pfaffen gar zu arg treiben sollten, wieder ein Rundschreiben an die Statthalter, damit diese die Pfarrer — nicht die Bischöfe — schärfer überwachen. Die Phantasien über das idyllische Nebeneinanderbestehen eines gemäßigten Liberalismus und eines gemäßigten Concordats sind Seifenblasen, welche im ersten scharfen Luftzuge zerplatzen müssen, aber unsere großen „staatsmännischen“ Kinder amüsiren sich einstweilen damit.

Wien. [Ueber den von der Wiener General-Commission ausgearbeiteten neuen Wehrgesetzentwurf] kann die „N. fr. Pr.“ mittheilen: Der Entwurf stellt als erstes Prinzip die allgemeine und persönliche, das heißt durch keinerlei Ersatz oder Stellvertretung zu leistende Wehrpflicht auf. Die Pflicht zum Dienst im Heere oder in der Kriegsmarine beginnt mit dem vollendeten 20. Lebensjahre und endet für das Heer mit dem vollendeten 30sten, für die Kriegsmarine mit dem vollendeten 32. Lebensjahre; hiervon entfallen beim Heere fünf Jahre auf die Linie und fünf Jahre auf die Reserve, bei der Kriegsmarine fünf Jahre auf die Linie und sieben Jahre auf die Reserve. Jeder mit dem vollendeten 30. Lebensjahre aus dem Heere Austretende hat sodann noch bis zum vollendeten 34. Lebensjahre eine vierjährige Landwehrdienstpflicht zu erfüllen. Eine Seewehr, wie sie in Preußen besteht, wurde nicht projektirt, aus welchem Grunde auch die zur Marine Abgestellten eine um zwei Jahre längere Reservedienstpflicht zu erfüllen haben. Die Wehrpflicht für den Landsturm beginnt mit dem vollendeten 18. und dauert bis zu dem vollendeten 40. Lebensjahre. Die bewaffnete Macht wird gegliedert in das Heer, welches die Feldarmee und die Landwehr umfaßt, so daß die letztere einen integrirenden Bestandtheil des Heeres bildet, und in den Landsturm. Die Feldarmee soll aus 80 Linien- und 80 Reserve-Regimentern bestehen, nebst der gleichen Anzahl Kavallerie-Linien-Regimenter wie jetzt, jedoch jedes mit einer Reserve-Division, welche aus zwei, erforderlichenfalls im Kriege auch aus drei und mehr Eskadronen besteht. Die übrigen Truppen behalten die bisherige Organisation. Als Depotkörper stellt jedes Linien-Infanterie-Regiment ein Depot-Bataillon auf, wozu schon im Frieden ein kleiner Cadre besteht. Das Reserve-Infanterie-Regiment liegt stabil in der Ergänzungsbezirks-Station. Es hat nur einen Offiziers- und Chargen-Cadre aufgestellt und die Abrichtung der Rekruten, die Uebungen der Urlauber, der Reservisten, sowie der Landwehr zu besorgen. Für die Landwehr bestehen in jedem Ergänzungsbezirk zwei Evidenzhaltungen aus je einem Hauptmann und vier Unteroffizieren, welche die Stammlisten zu führen haben, so daß die Landwehr-Bataillone, in jedem Ergänzungsbezirk zwei, also für die ganze Monarchie 160, binnen der kürzesten Zeit einberufen, equipirt und bewaffnet sein können. Der erste Bedarf an Landwehr-Offizieren soll gedeckt werden durch pensionirte und mit Charakter quittirte Offiziere, durch Offiziers-Aspiranten, die sich zu Offizieren eignen, für welche jedoch in der Linie und Reserve keine Aperturen sind; durch einjährig Freiwillige, welche das Landwehr-Offiziers-Examen abgelegt haben, und endlich durch angesehene Männer aus dem Civile, welche innerhalb des Ergänzungsbezirks domiciliren. Die ersteren Kategorien sollen auf militärischen, die letzte Kategorie auf Vorschlag der betreffenden Civil-Landesstellen durch den Kaiser ernannt werden. Die Landwehr-Uebungen, welche durch die Cadres des Reserve-Regiments vorgenommen werden, sind derart projektirt, daß die Landwehrmänner in ihren bürgerlichen Beschäftigungen die möglichst geringste Störung erleiden. Die Kosten für die Aufstellung der Landwehr-Evidenzhaltungen sollen Alles in Allem nur 210,000 bis 220,000 fl. jährlich betragen und in das gemeinsame Kriegsbudget eingestellt werden, wie auch die Kosten für die Waffen und Munition, während die ganze Equipirung auf die Landesbudgets entfällt. Das Jahrescontingent soll circa 100,000 Mann betragen, als äußerste Zahl der Mannschaft, welche mit dem geringen Militärbudget jährlich in die Ausbildung genommen werden kann. Der jährlich nicht eingestellte Ueberschuß bildet die Ersatzreserve, die sich bei der Einberufung aller liniendienstpflichtigen Jahrgänge auf 120,000 bis 130,000 Mann belaufen dürfte. — Durch diese Ersatzreserve soll das Zurückgreifen auf jüngere, noch nicht im dienstpflichtigen Alter stehende Jahrgänge und damit die zeitraubende Rekrutirung während des Krieges vermieden werden.

Frankfurter Börse (6. bis 11. April.)

11. April. Die jüdischen und christlichen Feiertage, welche die Hälfte der Woche besetzt hielten, reduzirten noch mehr das ohnedies sehr lahme und schleppende Geschäft. In österr. Fonds, deren Kurse seit einiger Zeit grosse Unschlüssigkeit verriethen, kam heute eine entschiedene Baisse zum Durchbruch, die bei National und engl. Metalliques über 1 pCt. betrug. Man scheint in Wien die Kraft des Widerstandes verloren zu haben; dass das Ministerium die Finanzvorlagen zurückziehen wolle, wird zwar behauptet, wir glauben aber, dass es sich in diesem Falle auch selbst zurückziehen werde. Die Steuer hätte man geduldig getragen, aber die Konversion, welche alle Kisten und Kasten zu öffnen zwingt, ist ein Fehler, der sich jetzt schon rächt, und in Zeiten, wo man die Börse braucht, noch schwerer empfunden werden wird. Amerikaner hatten wieder einmal eine bessere Woche und gingen vorgestern bis 75⅝, um heute bei der allgemeinen Flauheit auf 75¼ zurückzuweichen, doch sind Anlagen darin noch sehr geringfügig und ehe sie nur einigermassen die früheren Beträge erreichen werden, müssen sich die Yankees in der guten Meinung der Welt wieder herstellen, um die sie sich durch ihre gewissenlosen Prinzipien und Tendenzen gar sehr gebracht haben.

Süddeutsche Staatspapiere ziemlich behauptet; Posten, die zum Tausch gegen die neuen E.-B.-Effekten veräussert wurden, fanden willige Aufnahme. — 4½pCt preuss. Anleihe in grossen Appoints zu 95⅜, gemischte Stücke zu 95½ am Markt.

Von E.-B.-Aktien haben sich Staatsbahnen von ihrem Rückgange nicht nur erholt, sondern sind sogar wieder in frischen Zug gekommen; die Dividende wird jedenfalls befriedigend ausfallen und die drohende Gefahr, von der österr. Nordwestbahn ausgeschlossen zu werden, scheint auch vorüberzuziehen. In unsern alten Devisen war wenig Geschäft und Kurse fast unverändert. Am 6. d. M. kamen die Oberhessischen E.-B.-Aktien an den Markt und gaben zu regen Umsätzen Anlass. Eine starke, von Berlin aus dirigirte Contremine drückte das Effekt unter den Emissionskurs. — Von Prioritäten waren die italienischen Gattungen, unter Eindruck der nunmehr in Folge der Bemühungen der Darmstädter Bank zur Auszahlung kommenden Coupons zu dem noch leidlichen Kurs von 82¼, preishaltend und gesucht; andere Kategorien eher angeboten.

Von Kreditaktien verloren österreichische heute 3 fl.; die Liebhaberei in Wien wird täglich schwächer und die auswärtigen Börsen haben für das Effekt schon längst jede selbständige Initiative aufgegeben. Auch Darmstädter konnten sich auf ihrer Avance nicht behaupten und gingen von 224 auf 219, von Zettelbanken Frankfurter fest, während österr. Nationalbank dem Rückgange der Staatsfonds folgten. Die Unklarheit über die künftige Stellung des Instituts, zumal Ungarn gegenüber, welches seine centralisirende Aufgabe nicht anerkennen möchte, lässt keinen Aufschwung des Kurses zu, welcher sonst als ein billiger bezeichnet werden müsste.

Im Geldstand zeigt sich einige Zurückhaltung und ist Diskonto nicht mit der gewohnten Leichtigkeit anzubringen, doch wäre es zu viel gesagt, wenn man von irgend welchem Mangel oder auch nur Schwierigkeit reden wollte; ehe es dahin kommt, muss in Handel und Industrie noch Vieles besser werden. — In dem Ausweis der Frankfurter Bank vom 10. d. M. ist der Zuwachs des Portefeuilles (Platz- und fremde Wechsel) um fl. 1,028,000 bemerkenswerth, der Notenumlauf stieg um fl. 908,000. — Fremde Wechsel ohne wesentliche Veränderung, nur Wien in Folge der Verschlechterung der Valuta um mehr als 1 pCt. gewichen.

	6.		11.			6.		11.	
5% Oestr. National	53	B	52		3½% Badische Obl.	82		82	B
5% do. Metal. (1859)	63	B	62		4% Darmstädt. do.	89	B	89	B
do. (steuerfr.)	50		49		4½% Nassauer do.	94		94	
5% do. Lose (1860)	71		70		4% do. do.	86	B	86	B
— do. do. (1864)	88	B	88	B	3½% do. do.	82	B	82	B
Oestr. Kreditl. (58)	133	B	133	B	4% Kurhess. do.	89	B	89	B
5% Bayer. Obligat.	101	B	101		3½% Frankf. do.	80	B	80	B
4½% do. do.	98	B	93	B	3% do. do.	—		—	
4% do. do.	88	B	—		6% Amerik. (1882)	75		75	
4% do. 100Thl.-L.	99	B	99		Oestr. Kredit. . .	193		189	
4½% Würtemb. Obl.	93	B	93		Oestr. Nat.-Bank	722	B	700	
3½% do. do.	82	B	81		Frankfurter do.	124		124	
4½% Badische do.	93	B	93	B	Ilexbacher E.-B.	149	B	149	B
4% do. do.	—		87	B	Bayer. Ostbahnen	122	B	121 (Akt.)	

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 105. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Mittwoch, 15. April 1868.

Der Präsidentenprozeß in Nordamerika.

Die eigentlichen Verhandlungen in dem Prozesse gegen den Präsidenten wurden, wie festgesetzt war, am 30. März eröffnet, und zwar durch eine Rede Butler's, der als Sachwalter der Anklage die vom Repräsentantenhause aufgestellten Artikel einzeln begründete. Er führte zur Unterstützung derselben Reden an, in welchen Johnson den Congreß der öffentlichen Verachtung Preis gegeben hatte und wies nach, daß Johnson verpflichtet gewesen sei, die in Form Rechtens zu Stande gekommenen Gesetze auszuführen, indem das Urtheil über die Verfassungsmäßigkeit derselben nicht dem Präsidenten anheimstehe, sondern dem obersten Gerichtshofe. Am folgenden Tage legten die Vertreter der Anklage ihre Beweise vor, daß Johnson sich bei mehrfachen Ernennungen nach den Vorschriften des Amtsdauergesetzes gerichtet und daher dessen Rechtskräftigkeit anerkannt habe; daß ferner, in Bezug auf einen anderen Punkt der Anklage, der General L. Thomas dem Kriegsminister Stanton in aller Form das Amt abverlangt habe.

Bis hieher hatte der Oberrichter Chase den Vorsitz geführt, ohne richterliche Befugnisse für sich in Anspruch zu nehmen, wie denn auch der Senat nach seiner parlamentarischen Geschäftsordnung nicht nach den für Gerichtshöfe vorgeschriebenen Formen verfuhr. Als Chase jedoch eine Entscheidung über die Zulässigkeit gewisser Zeugenbeweise abgab, erhob sich ein Competenzstreit, und mehrere Senatoren sprachen ihm die Berechtigung ab. Der Senat entschied die Frage mit 31 gegen 19 Stimmen dahin, daß dem Vorsitzenden während des Prozesses allerdings richterliche Befugnisse zuständen, so das Recht, den Geschäftsgang zu regeln, über die Zulässigkeit von Zeugen und Beweisen zu entscheiden, nach Gutdünken auch solche Fragen dem Senate vorzulegen. Der Streit, ob Herr Wade, der Präsident des Senates und im Falle der Verurtheilung Johnson's dessen Nachfolger, an den Verhandlungen und der späteren Abstimmung Theil nehmen dürfe, ist bejahend entschieden worden, weil anderenfalls ein Theil des Volkes ohne Vertretung sei.

Die sieben Sachwalter der Anklage, bekanntlich Mitglieder des Repräsentantenhauses, gehören zu den ausgezeichnetsten Rechtsgelehrten des Landes, ebenso die Vertheidiger des Präsidenten. Die New-Yorker „Abendzeitung" gibt von ihnen folgende Charakteristik. Da ist zuerst Thaddäus Stevens, der Greis, in dem es noch jugendlich aufwallt und glüht, wenn er zu sehen glaubt, daß ein Verräther die Landesgesetze mit Füßen trete. Seine Gesichtsfarbe ist fahl, sein Körper gebeugt, aber aus seinen Augen blitzt noch der gerechte Zorn. Wäre er noch jünger, würde er ohne Zweifel an der Spitze der Sachwalter stehen und der Hauptwortführer sein. Der kranke Greis kann jetzt nur noch mit seinem Rathe dienen und muß Herrn Bingham die erwähnte Ehrenstelle überlassen.

Bingham ist ein glänzender Redner, der in gereiztem Zustande manchmal vergißt, daß er nebenbei Jurist ist, und wohlklingende Worte statt ruhiger Argumente gebraucht. General Butler ist bekanntlich einer der begabtesten Juristen und Redner Neu-Englands. Es heißt von ihm, er verstehe es besser, zu vertheidigen, denn als Ankläger aufzutreten. Boutwell ist ruhiger als Bingham, aber was er spricht, ist ebenso wirksam. Er besitzt weniger Leidenschaft als Bingham, aber mehr Würde. Jedem seiner Worte hört man an, daß er von der Wahrheit des Gesagten überzeugt ist. Wilson gilt als der beste Jurist im Repräsentantenhause. Seit langer Zeit bekleidet er die Stelle des Vorsitzenden des Justizausschusses. Williams ist ebenfalls Mitglied dieses Ausschusses und Verfasser des Berichtes, der im letzten November zu Gunsten der Erhebung einer Anklage gegen den Präsidenten erstattet wurde. Der siebente Sachwalter, General Logan, der Groß-Kommandeur der „Armee der Republik", ist, wie Herr Sickles, ein tüchtiger Jurist, ein glänzender Redner, ein tapferer Soldat. Diesen Männern, welche Johnson mit vollständigem Rechte „eine böse Sieben" nennen kann, stehen gleichfalls imponirende Talente gegenüber. Da ist zuerst Johnson's Busenfreund, der Exgeneralanwalt Stanberry, der treue Diener seines Herrn, der, um diesen zu vertheidigen, sogar auf sein Amt Verzicht geleistet hat. Er ist, wenn die Fama nicht lügt, der Verfasser der meisten Botschaften, deren sich der Mann im Weißen Hause zur grauenhaften Langweile des Publikums entledigt hat. Er ist dennoch jedenfalls ein Talent, wenn vielleicht auch kein Charakter. An die Stelle Jeremiah Black's, dessen Rückzug Herrn Johnson nur nützen kann, ist der Jurist Groesbeck getreten, ein Copperhead vom reinsten Wasser. Der bedeutendste Mann unter den Anwalten des Präsidenten ist unstreitig Herr Evarts von New-York. Viele behaupten, es sei der brillanteste Advokat in

Zur Brodbereitungsfrage.

Der in der „Allgemeinen Zeitung" erschienene Artikel von J. v. Liebig über Bereitung eines Brodes, welches aus Mehl von ganzem Korne und ohne Gährung hergestellt wird, hat zu zahlreichen Versuchen Veranlassung gegeben.

Bei den zweckmäßig und wissenschaftlich geleiteten Versuchen dieser Art wurde Anfangs genau das von Liebig angegebene Verfahren innegehalten, dasselbe aber später dahin modifizirt, daß mit Weglassung aller chemischen Reagentien der Teig einfach ohne alles Ferment angemengt wurde. Theils ist es schwierig, das richtige Verhältniß zwischen doppelkohlensaurem Natron und Salzsäure zu treffen, denn schon ein geringer Ueberschuß von einem der beiden Ingredientien macht das Brod ungenießbar; theils ist man der Gefahr ausgesetzt, Verunreinigungen der genannten Stoffe in das wichtigste Nahrungsmittel, das Brod, zu bringen.

Nach unserem Dafürhalten wird durch diese Uebelstände die Verbreitung der Liebig'schen Methode sehr erschwert werden. Mag dieselbe immerhin am Platze sein, wo es darauf ankommt, mit möglichster Schnelligkeit und möglichst unabhängig von der äußeren Temperatur Brod zu bereiten, wie dies namentlich bei Militär-Bäckereien im Felde nöthig ist, — im gewöhnlichen Leben ist jeder Zusatz überflüssig.

In Nordhausen wird schon seit langer Zeit, sowohl von Privatleuten als Bäckern, Schrotbrod auf diese Weise gebacken. Das dort angewandte Verfahren gibt die Nordhäuser Zeitung recht bündig und klar folgender Maßen an:

„Guter, reiner Weizen werde geschroten, ohne alle Beutelung. Dieses Schrotmehl (wo möglich frisch) mache mit warmem Wasser an, knete es zu einem festen Teige, laß ihn an einem warmen Orte 2—3 Stunden stehen. Bei niedriger Temperatur bedarf der Teig längerer Zeit. Sobald er Risse bekommt, Zeichen des „Gehens," wirke ihn in kleinen (1—2 Pfd.) Stücken flach aus und backe sofort wie gewöhnlich. Die Probe, daß das Brod gerathen, ist: Es muß sein porös, dicht, nicht schliffig, aromatisch süß duftend und schmeckend sein. Dies ist das echte Graham-Brod.

„Da nun einmal Viele nicht glauben, daß der Teig ohne Hefe geht, oder da nun einmal Viele das Brod „größer" haben wollen (d. h. mehr Luft darin!), so mögen sie ein wenig Hefe zusetzen, nur aber den Teig, sobald er Risse zeigt, in den Ofen bringen, sonst wird das Brod sauer werden. Dieses Brod ist auch schön, doch wird es schneller trocken und krümelt mehr. Frisch (1—2 Tage) schmeckt es am besten, auch 6—8 Tage gut.

„Alle Cerealien lassen sich natürlich ähnlich behandeln."

Diese Methode wird wegen ihrer Einfachheit und leichten Ausführbarkeit ohne Zweifel schnell Eingang finden.

Wegen der Wichtigkeit dieses Gegenstandes fühlen wir uns gedrungen, nochmals auf die Vorzüge dieses Schrotbrodes, gegenüber dem gewöhnlichen aus gebeuteltem Mehle bereiteten Sauerbrode, in möglichster Kürze näher einzugehen.

Folgende Punkte sind besonders hervorzuheben:

I. Der gesammte Nährstoff des Korns wird dem Brode erhalten, da mit der Kleie ein nichtunbeträcht-

den Vereinigten Staaten. Doch das wird in Betreff noch Anderer gesagt, so von James T. Brady. Der Politik nach ist er gemäßigter Republikaner. Herr Curtis ist ein ausgezeichneter Jurist, während man von Herrn Nelson nur sagen kann, daß er ein Landsmann Johnson's und ein Mitglied des Oberbundesgerichtes ist.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Das neue Preßgesetz,] welches in diesen Tagen verkündet wurde, bestimmt im Wesentlichen Folgendes: Sämmtliche Preßgewerbe sind frei, Konzessionspflicht und Konzessionstaxe sind gefallen; zur Eröffnung einer Druckerei bedarf es lediglich der Anzeige bei der Polizeibehörde. Die gerichtliche Haftbarkeit (Herausgeber, Verleger, Drucker), ist so ziemlich die alte. Nur ist ausdrücklich festgestellt, daß diese Personen nicht gezwungen werden können, den Verfasser zu nennen. Eben so ausdrücklich ist ausgesprochen, daß sog. Strohmänner als Redakteure vom Gericht nicht angenommen werden. Es haften also stets Verleger und Drucker in ernsthafter Weise, wo nicht ein wirklicher Herausgeber (Redakteur) nachgewiesen werden kann. Auch künftig kann die Polizeibehörde in Fällen, wo es sich um ein vom Staatsanwalt zu verfolgendes Vergehen handelt und Gefahr auf dem Verzuge ist, noch Beschlagnahme verfügen. Sie haftet aber drei Monate lang vor dem bürgerlichen Richter dem durch die Beschlagnahme Beschädigten, sofern der Beschlag von ihr vorsätzlich oder aus grober Fahrlässigkeit ohne genügenden Grund verfügt wurde. Das Verbot einer Zeitung kann nur auswärtige Zeitungen treffen, kann nur von dem Ministerium des Innern bis auf die Dauer von zwei Jahren ausgesprochen werden, und zwar nur für den Fall, wenn das Blatt von einem Gericht verurtheilt wurde, ohne dem Urtheil Genüge zu leisten.

Großh. Hessen. [Ueber die militärisch-politische Krisis in Darmstadt] wird dem „Rhein. Kur." geschrieben: „Der Großherzog war immer ein Anhänger Oesterreichs und hegt eine gründliche Abneigung gegen Preußen; Hr. v. Dalwigk befindet sich daher bezüglich seiner deutschen Politik in voller Uebereinstimmung mit ihm. Der alte Herr hat zwar eigentlich keine militärischen Neigungen, gleichwohl hält er doch sehr viel auf die Selbständigkeit seiner Truppendivision und gibt es nur nothgedrungen zu, daß bei derselben Alles nach preußischem Muster umgemodelt wird. Sein Bruder, Prinz Karl, der nächste Thronerbe, da der Großherzog kinderlos ist, ist mit der preußischen Prinzessin Elisabeth verheirathet und hegt ganz und gar nicht die Antipathien des Großherzogs. Noch mehr ist das bei seinen Söhnen, den Prinzen Ludwig und Heinrich, der Fall, die im preußischen Heere ihre militärische Carrière gemacht haben. Prinz Heinrich blieb selbst 1866 gegen den Willen des Großherzogs im preußischen Dienste, befand sich mit zwei Schwadronen des Königs-Husaren-Regiments immer an der Spitze der Elb-Armee und zeichnete sich in diesem Feldzuge sehr aus. Jetzt kommandirt er als Oberst das zweite Garde-Uhlanen-Regiment. Prinz Ludwig (Gemahl der englischen Prinzessin Alice, daher ein Schwager des preußischen Kronprinzen) ist preußischer Generalmajor und kommandirt als solcher die hessische Division. Sobald er zur Regierung gelangte, würde das Großherzogthum Hessen sofort bereit sein, in den norddeutschen Bund einzutreten, und dann auch dem Großh. Baden kein Hinderniß mehr im Wege stehen, da der territoriale Zusammenhang zwischen Nordbund und Baden dann hergestellt wäre."

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Arbeiterbewegung.] Alle Volksschichten in Oesterreich machen von den durch das Vereins- und Versammlungsrecht gewährten Freiheiten vollauf Gebrauch, aber Niemand ist in diesem Gebrauche rühriger, als der Arbeiter. Arbeiterversammlungen, sogenannte Arbeitertage, werden mit glühendem Eifer und in stattlicher Anzahl abgehalten, Resolutionen gefaßt, Manifeste in allen Völkersprachen beschlossen ꝛc. Die „Neue Freie Presse" findet, daß die ganze Arbeiterbewegung in Oesterreich eine künstliche sei. Sie bemerkt: „Man hat gesehen, daß Norddeutschland eine Arbeiterbewegung habe, so mußte auch Oesterreich eine solche haben, ohne daß man irgendwie prüfte, ob denn die Ursachen, die Bedingungen einer solchen vorhanden sind, wobei man noch dazu jene Fraktion der norddeutschen Arbeiter kopirte, welche als Lassalle'sches Splitterwerk hier und da auftaucht, während die kompakten und in beneidenswerther Thätigkeit begriffenen Massen der Jünger der Selbsthilfe abseits gelassen und mit einer gewissen dummpfiffigen Geringschätzung ignorirt wurden. Die Arbeiter wollen das ihnen angeblich „feindselige Gesetz des Lohnes" brechen und die Arbeit von der „Tyrannei des Kapitals" befreien. Dieses Ziel setzt mit logischer Nothwendigkeit voraus, daß dieses feindselige Gesetz auf die Arbeiter drücke, daß diese letzteren wirklich der Tyrannei des Kapitals unterworfen sind. Nun ist aber der Arbeitsmarkt bei uns so beschaffen, daß die Nachfrage nach Arbeit das Angebot derselben übersteigt, daß daher nicht die Kapitalisten den Lohn bestimmen, sondern umgekehrt die Arbeiter. Der Lohn ist auf eine Höhe gestiegen, welche die Steigerung der Lebensmittelpreise weit überragt. Gerade dieser Marktpreis der Arbeit zeigt, daß bei uns nicht das Kapital die Arbeiter, sondern diese das Kapital beherrschen. Während bei uns kein fleißiger Arm zu feiern, kein erfinderischer Kopf in arbeitsloser Muße dahin zu brüten braucht, während bei uns mehr Hände gesucht werden, als zur Arbeit vorräthig sind, greift in Norddeutschland das umgekehrte Verhältniß Platz. Wir wissen aus den unparteiischsten Berichten, daß die Produktion in Norddeutschland unter einem empfindlichen Drucke leidet, daß sie die Arme weitaus nicht beschäftigen kann, die sich ihr anbieten. Und diese Erscheinung ist nicht etwa eine blos momentane, aus vorübergehenden Ursachen entsprungene, sie wurzelt leider zu einem großen Theile in den Bevölkerungsverhältnissen. Man vergleiche die Dichtigkeitsziffern der Bevölkerung in Oesterreich mit jenen der Bevölkerung Preußens. Bei uns steht die Bevölkerungsdichtigkeit unter dem Durchschnittsmaß anderer Kulturländer, bei uns gibt es keine Uebervölkerung. Nicht blos, daß die Industrie nicht genug Hände zur Arbeit sich verschaffen kann, auch die Landwirthschaft, welche den Uebergang von der Naturalwirth-

---

licher Theil desselben dem Mehle, und somit dem Brode, entzogen wird.

Zum näheren Verständnisse des vorstehenden Satzes ist es nöthig, zu zeigen, wie viel von den Nährstoffen eines gleichen Quantums Getreide bei den beiden gegenüberstehenden Methoden im Brode zur menschlichen Nahrung zur Verwendung kommen.

100 Pfd. Roggenkorn enthalten nach der Analyse von Wolff 80,2 Pfd. Nährstoffe; das Uebrige ist Wasser, Asche und unverdauliche Substanz. Diese 100 Pfd. Roggenkorn nach gewöhnlicher Methode vermahlen, geben im Durchschnitte 80 Pfd. Mehl, welche (ebenfalls nach Wolff) 66,4 Pfd. Nährstoffe enthalten. Es werden also 13,8 Pfd. Nährstoffe durch die Kleie dem feinen Brode entzogen; außerdem verliert letzteres durch die Säuerung noch 2—3 pCt., so daß also, wenn das Schrotbrod von 100 Pfd. Roggen 80 Pfd. Nährstoff enthält, das aus der gleichen Quantität Korn gewonnene gesäuerte Feinbrod nur 65 Pfd. Nährstoff enthält.

Es ist nämlich ein Irrthum, wenn man glaubt, daß der Sauerteig oder die Hefe das Brod locker macht; dies bewirkt vielmehr eine Luftart, nämlich Kohlensäure, die sich durch die Einwirkung des Sauerteiges aus dem Stärkemehl bildet, indem dieses in Kohlensäure, Alkohol und Milchsäure zerlegt wird. Kohlensäure und Alkohol verflüchtigen sich beim Backen, während die Milchsäure zurückbleibt und dem Brode den sauern Geschmack gibt. Es stimmt also völlig mit obiger Berechnung überein, wenn Liebig angibt, daß durch ein nach den angeführten Prinzipien bereitetes Brod auf tausend Menschen 120 mehr gesättigt werden könnten, als wenn dasselbe Korn zu gesäuertem Feinbrode verbacken würde.

Man wende nicht ein, daß die Nährstoffe der Kleie nicht verloren gehen, da sie, dem Vieh gegeben, als Fleisch zur menschlichen Nahrung verwendet werden können; man vergißt hierbei, daß das Thier, um zu leben, athmen muß, und hiedurch verbraucht und zerstört es den bei Weitem größten Theil der ihm gegebenen Respirationsmittel. Eben so verbraucht und zerstört es im übrigen Stoffumsatze auch blutbildende Bestandtheile; ein ausgewachsenes Thier nimmt ja nicht an Gewicht zu, obgleich es immer Nährstoffe zugeführt erhält.

Was auf diese Weise an Nährstoffen durch das Fleisch der menschlichen Nahrung erhalten wird, ist nur ein geringer Theil der verwendeten Stoffe, etwa $^1/_8$—$^1/_{10}$. Außerdem geht mit dieser Verwandlung der Stoffe Zeit verloren, und — Zeit ist Geld! Betrachten wir die Nährstoffe der Kleie als Kapital, so gehen bei dieser Art des Umsatzes erstlich die Zinsen und zweitens $^7/_8$—$^9/_{10}$ des Kapitals verloren. Ein rentables Geschäft!

II. Das Brod ist nahrhafter, weil die chemische Mischung der Nährstoffe eine günstigere ist, als bei dem Brode aus gebeuteltem Mehle.

Um dies zu zeigen, müssen wir einen kurzen Rückblick auf die chemische Beschaffenheit der Nährstoffe werfen.

Alle Nährstoffe werden in zwei große Klassen getheilt:

1) In solche, die aus drei Elementen bestehen (Kohlenstoff, Wasserstoff und Sauerstoff), die sogenannten Respirationsmittel

schaft zur Geldwirthschaft noch nicht überwunden hat, seufzt nach Arbeitskräften, und nach mehr, als sich ihr zur Verfügung stellen."

Ausland.

Frankreich. [Friedliche Aussichten.] Ein Pariser Korrespondent der „K. Z." schreibt: Eine Osterbetrachtung, die sich lediglich darauf beschränkte, die thatsächlich bestehenden politischen Verhältnisse kritisch zu prüfen, konnte füglich mit den Ergebnissen der Beobachtung zufrieden sein, da faktisch für den Augenblick nichts vorliegt, was an die berühmten schwarzen Punkte der Liller Rede erinnern könnte. Die noch vor Wochen so gefahrvoll scheinende Bewegung an der unteren Donau ist wie auf ein Commandowort wenigstens von der Oberfläche der Tagesgeschichte verschwunden. Die Wahlen zum Zollparlament in Süddeutschland, deren Ausfall von manchem französischen Politiker als Barometer für Krieg und Frieden angesehen wurde, sind eben ihrer wenig nationalen Färbung wegen jetzt überall als ein neues Friedenspfand betrachtet, und was schließlich Nordschleswig anbetrifft, so kann es nach dem neuesten Stande der Dinge kaum einem Zweifel mehr unterliegen, einmal, daß Preußen nicht gewillt, wortbrüchig zu werden, dann aber auch, daß Frankreich nicht gesonnen ist, in dieser Angelegenheit dem neu gegründeten Norddeutschland sich feindselig zu erweisen. Hat Napoleon III., wie man ihm böswilliger Weise zuschreibt, wirklich andere Gedanken, nun, so weiß er sie vortrefflich zu verbergen. Dennoch aber wird man Eines nicht außer Acht lassen dürfen. Es gibt innerhalb der französischen Regierungskreise Regionen, die der halb und halb secundären Rolle müde sind, welche Frankreich, wenn nicht seit Sadowa, so doch seit Luxemburg in Europa gespielt hat. Die Sekte der Chauvinisten war es noch bis ganz vor kurzer Zeit, für welche die Pariser fortgeschrittene Welt allein alle Sarkasmen und Witzpfeile verbrauchte. Heute hat sich das Blatt etwas gewendet — und Chauvin sein ist schon durchaus nicht mehr lächerlich. Noch ist die Nation in ihren Grundtiefen überaus friedlich gesinnt; aber neben dem Gefühle des Friedensbedürfnisses stellt sich mehr und mehr das Bewußtsein ein, einer Nation anzugehören, deren Bewaffnung und Rüstung vollendet ist und die an militärischer Organisation keinem Nachbarvolk mehr nachsteht. Dieses Gefühl der Stärke, das der Masse in Frankreich eine Zeit lang abhanden gekommen war, kann in der Hand geschickter und ehrgeiziger Männer, in einem gegebenen Augenblicke, ein sehr gefährliches Werkzeug werden, und wenn man in Deutschland, woran nicht zu zweifeln, ernstlich den Frieden will; so wird man gut thun, nicht durch Demonstrationen und lärmende Kundgebungen von jedenfalls zweifelhafter Nützlichkeit jene Fiber bei den Franzosen anzuregen, die das wiedererlangte Selbstbewußtsein zum Schildknappen gekränkter Eitelkeit macht.

— [Wallfahrt des kaiserlichen Prinzen.] Es hat einiges Erstaunen erregt, daß der kaiserliche Prinz gerade vor seiner ersten hl. Communion eine Reise nach Cherbourg, Havre ꝛc. macht. Wie man jetzt erfährt, hat dieselbe jedoch einen religiösen Zweck. Der junge Prinz soll sich nämlich von Lorient aus nach St. Anne d'Auray, einem bekannten Wallfahrtsorte in der Bretagne, begeben, wo die heilige Jungfrau verehrt wird. Es scheint, daß er ein Gelübde seiner hohen Mutter ausführt. Der Kaiser und die Kaiserin waren ebenfalls früher in St. Anne.

Italien. [Die französische Expeditionsarmee. Rom und Oesterreich.] Man schreibt dem „Journal des Debats" aus Rom, 5. April, daß die noch ungefähr 5000 Mann starke französische Expeditionsarmee in den Provinzen Viterbo und Civita-Vecchia vertheilt ist. General Raoul hat den General Pothier in dem Unterkommando von Viterbo ersetzt. Es soll nach der Versicherung des Korrespondenten abermals das Gerücht von einer bevorstehenden völligen Abberufung der französischen Soldaten verbreitet sein, und es würde die Verwirklichung dieses Gerüchtes von den französischen Offizieren und Soldaten, von den Römern und Italienern, kurz, von Jedermann, nur nicht vom Vatikan, mit Befriedigung aufgenommen werden.

Der „K. Z." schreibt man: Jedes aus Wien in Rom eintreffende Telegramm wird Ursache einer neuen Aufregung im Vatikan, ja, es hat dabei an tumultuirenden Szenen nicht gefehlt. Es ist bemerkenswerth, daß Monsignor Falcinelli noch nicht zurückgerufen wurde, wie einflußreiche Prälaten Sr. Heiligkeit riethen; doch Kardinal Antonelli's Meinung, „man dürfe sich in dieser wichtigen Angelegenheit nicht überstürzen," behauptete sich bisher in den einander gegenüberstehenden Feldlagern des heiligen Kollegiums. Kardinal Antonelli, in dem bisher das ganze Regierungssystem des Kirchenstaates verkörpert war, verliert durch die liberale Bewegung in Oesterreich seine vorzüglichsten Haltpunkte: Hält sie bis ans Ende aus, so wird ihre folgenreiche Zukunft mit ihren unmittelbaren Wirkungen ihn vorzüglich treffen, und im Bewußtsein seiner Schwäche der geistigen Verjüngung gegenüber könnte er leicht den lange gehegten Entschluß, zurückzutreten, ausführen. Sollte übrigens Herr v. Beust glauben, im Grafen Crivelli in Rom einen Vertreter der Bewegung in Oesterreich zu besitzen, so irrt er sehr. Crivelli hat noch vor Kurzem geäußert, „man habe übel gewählt, wenn man ihn dazu bestimmte, an der Auflösung des Konkordats in der Richtung mitzuarbeiten, welche das Ministerium einhalte, er werde viel eher von dem Botschafterposten zurücktreten."

Nichtpolitische Zeitung.

London. [Livingstone lebt.] Der Präsident der geographischen Gesellschaft, Sir Roderick J. Murchison, hat folgendes Schreiben an den Redakteur der „Times" gerichtet: „Sir, ich habe soeben einen Brief von Dr. Kirk aus Zanzibar vom 4. Februar erhalten, in welchem er die Ankunft des so lange erwarteten arabischen Boten Bunduki meldet. Derselbe hat Depeschen und Briefe von Dr. Livingstone selbst mitgebracht. Folgendes ist ein sehr kurzer Auszug aus Dr. Kirks Briefe, welcher der geographischen Gesellschaft in deren nächster Versammlung am 27. ds. Mts. vorgelesen werden wird, und ich hoffe, daß noch vorher die Depeschen in England angelangt sein werden. Eine jetzt erhaltene Mittheilung bestätigt vollständig den Bericht über die Route, welche Dr. Livingstone um das Südende des Nyassa-Sees einschlug. Es ergibt sich daraus, daß

---

weil sie vorzugsweise dazu dienen, die Athmung zu erhalten, z. B. Stärke, Gummi, Zucker ꝛc.;

2) in solche, die außer diesen drei Elementen noch Stickstoff enthalten, und vom Organismus zur Bildung von Blut und Muskelfaser verwendet werden: die blutbildenden Theile, z. B. alle eiweißartigen Körper.

Betrachtet man nur einen feinen Durchschnitt irgend eines Getreidekorns durch das Mikroskop, so findet man, daß die inneren größeren Zellen, die den Kern bilden und beim Mahlen das Mehl geben, fast nur mit Stärkekörnern angefüllt sind, während die flachen Zellen, die unmittelbar unter der Oberhaut liegen und mit dieser in die Kleie übergehen, nur sehr wenig kleine Stärkekörner enthalten; dagegen aber sind sie mit einer starken eiweißartigen Substanz, welche unter dem Namen Kleber bekannt ist, ausgekleidet. Hieraus läßt sich schon zur Genüge schließen, daß die Kleie an blutbildenden Bestandtheilen verhältnißmäßig reicher sein müsse, als das Mehl.

Die chemische Analyse bestätigt diesen Schluß vollkommen.

Nach Emil Wolff enthalten

	Blutbildende Bestandtheile:	Respirationsmittel:		Summe der Nährstoffe:
100 Pfd. Roggenkörner	11,0 Pfd.	69,2 Pfd.	=	80,2 Pfd.
" " Roggenmehl	10,5 "	72,5 "	=	83 "
" " Roggenkleie	14,5 "	53,5 "	=	68 "
" " Weizenkörner	13,0 "	67,5 "	=	80,5 "
" " Weizenmehl	11,8 "	74,1 "	=	85,9 "
" " Weizenkleie	14,0 "	50,0 "	=	64,0 "

Wir sehen aus dieser Zusammenstellung, daß die Kleien im Verhältnisse reicher sind an den wichtigeren blutbildenden Bestandtheilen, als das Mehl, zugleich aber auch, daß Weizenkorn reicher daran ist, als Roggenkorn. Es ist somit Brod aus Weizen nahrhafter, als aus Roggen, und erfordert also ersteres in der Zukost weniger blutbildende Nährstoffe, um eine normale Ernährung herbeizuführen, als das Roggenbrod, oder anders ausgedrückt: Um satt zu werden, muß man von Roggenbrod eine größere Quantität genießen, als von Weizenbrod; es hebt sonach der Mehrverbrauch von Roggenbrod den Vortheil des billigeren Preises wieder auf, so daß also in Wahrheit Weizenbrod nicht theurer ist, als Roggenbrod.

III. Das Brod ist gesunder, weil es keine Säure enthält.

Man ist von vornherein geneigt, Kleienbrod als schwer verdaulich anzusehen und für ungesunder zu halten, als Feinbrod. Dies mag gerechtfertigt erscheinen, wenn wir unter Kleienbrod den westphälischen Pumpernikel verstehen, welcher durch seine starke Säuerung und dadurch, daß er in Laibe von 50 Pfd. Gewicht und schwerer ausgeknetet wird, sehr dicht ist. Die Magenbeschwerden, welche man nach dem Genusse dieses Pumpernickels empfindet, sind durch die starke Säuerung bedingt. Man kann dies schon daraus schließen, daß die Aerzte bei allen Krankheiten, die von Magenschwäche begleitet sind, immer das Schwarz-(Sauer-)Brod verbieten. Die Physiologen sind über diesen Punkt lange einig; hören wir nur, was Liebig (Chem. Br. II. Th., S. 176) darüber sagt: „Wie bei den Pflanzen und Thieren, so sollten die Nahrungsmittel des Menschen seine

unser großer Reisende in weiter Entfernung nach dem Westen des Sees vordrang und mit der Zeit zu Lobisa, früher eine dicht bevölkerte, aber jetzt fast verlassene Stadt, ankam. In diesen, mit feuchten Forsten bedeckten und von Wild entblößten Hochlanden litt die Partie sehr vom Hunger, als sie sich aber dem Südende des Sees Tanganyika näherte, erreichte sie Mtuka im Lande Wemba, wo sie Vieh und Nahrung in Ueberfluß fand und ihre Kräfte wiederherstellte. Hier traf Livingstone die Handelskarawane von Zanzibar und übergab die Briefe Bunduki, welcher sie zwölf Monate in seinem Besitz gehabt hat. Zu Zanzibar hat man auch verläßliche Nachricht von der Ankunft Livingstones zu Ujiji, auf demselben Wege längs des Sees Tanganyika, erhalten, wo ihn seit langer Zeit Lebensmittel, Vorräthe und Briefe aus England erwarteten. Die deutlichen und bestimmten Beweise, welche die nach dem See Nyassa abgesandte Expedition erhielt, überzeugten die meisten meiner Landsleute, daß ich recht gehabt hatte, die ganze Geschichte von der Ermordung Dr. Livingstones für einen Irrthum zu erklären. Doch seitdem haben viele die Möglichkeit, daß mein theurer Freund jemals lebendig aus dem Herzen Afrika's komme, bezweifelt. Bei der gegenwärtigen aufmunternden Ansicht darf sich jedoch jedermann mit mir der Hoffnung hingeben, David Livingstone nochmals bei seiner Rückkehr nach einem bewunderndem Lande zu bewillkommnen. Ich bin u. s. w. Roderick J. Murchison."

[Sonnenflecken.] Im „Siècle" macht Herr Camille Flammarion aufmerksam darauf, daß in der neuesten Zeit die Sonne eine ungewöhnliche Anzahl von Flecken und solche von außerordentlicher Größe zeige. Einer dieser Flecken, schreibt er, ist so groß, daß die ganze Erdkugel hineinfallen könnte, wie ein Stein in einen Brunnen, ein zweiter kleinerer ist immer noch dem Durchmesser der Erdkugel gleich. Herr Flammarion bemerkt dazu, daß Arago und vor ihm Herschel den eigenthümlichen Einfall hatten, den Jahrespreis des Korns mit den gleichzeitigen Sonnenflecken zu vergleichen, und bei einer 25jährigen Beobachtung gefunden hätten, daß der Preis des Korns um so höher sei, als die Sonne mehr Flecken zeige.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
»	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
»	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
»	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^1/_4$ P.
»	5pCt. Nationalanl. v. 1864	52 P. $51^3/_4$ G.
»	5pCt. Metall. Obligat.	—
»	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49^5/_8$—$^1/_2$ G.
»	$4^1/_2$pCt.	$41^3/_4$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^1/_2$ P. $^1/_4$ G
»	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92^3/_4$ P.
»	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$93^3/_4$ P.
»	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
»	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	—
»	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
»	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	—
»	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$81^7/_8$ G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^1/_4$ P.
»	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^1/_2$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
»	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^1/_4$ P.
»	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	84 P. $83^1/_2$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^1/_8$ P.
»	4 pCt. Obl. dto.	$85^3/_4$ P.
»	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_4$ P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$80^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. Int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
»	$2^1/_2$pCt.	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	77 P.
»	6pCt. ditto v. 1882	$75^1/_2$ P. $74^7/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$193^3/_4$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	700 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$188^1/_2$—88 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^5/_8$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	219 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$338^1/_2$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111^1/_4$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	254—$55^1/_2$ G.
» Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	133 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^3/_4$ P. $^1/_4$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$242^1/_4$ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$119^3/_4$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^5/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_2$—$^3/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^1/_8$ P. $100^7/_8$ G
do. in öst. W. l. S.	$101^1/_8$ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$144^1/_4$ P.
»	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
»	fl. 500 v. 1860 6/7	70—$69^3/_4$ G.
»	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	181 G.
»	do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$98^3/_8$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Badische fl. 35		51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		$56^1/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.		—
» fl. 25 do.		38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		34 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		$12^3/_4$ P.

Frankfurt, 14. April. Eine unbewußte Beunruhigung der Börse, die seit einigen Tagen die europäischen Geldmärkte beherrscht und gestern auch ihren Ausdruck in der niedrigeren Rentennotirung fand, blieb auch heute nicht ohne Einfluß auf den hiesigen Platz. Oesterr. Spekulationspapiere wurden wesentlich billiger abgegeben, Creditaktien verloren gegen die Sonntagsnotirung 2 fl., erholten sich jedoch wieder gegen den Schluß hin, ebenso Staatsbahn. Von Anlagepapieren waren neue englische Metalliques und National wenig verändert, Steuerfreie dagegen wesentlich matter, späterhin jedoch ebenfalls wieder etwas besser. Auch 1860er Loose waren sehr matt. Wiener Course, besonders Valuta, notirten ebenfalls ohne greifbaren Grund schlechter. Amerikaner litten unter der allgemeinen ungünstigen Strömung und ward Einzelnes unter 75 abgegeben. Süddeutsche ohne alles Leben und sehr offerirt. (Synd.)

indifferente Beschaffenheit, und weder eine chemische, noch eine besondere (physiologische oder pathologische) Wirkung auf den gesunden Organismus besitzen; sie sollten weder den Umsatz beschleunigen, noch verlangsamen."

Auch die Gegenwart der unverdaulichen Theile der Kleie (Cellulose) ist in keiner Weise schädlich; im Gegentheile wird erfahrungsmäßig durch ihre Gegenwart die Thätigkeit des Verdauungs-Apparates angeregt. Schon ein alter Physiolog, der Engländer Thomas Tryon, hat vor 400 Jahren diese Erfahrung gemacht. Er sagt in seinem „Weg zur Gesundheit, langem Leben und Glück": „Wer einen Werth auf die Gesundheit setzt und der Natur treu bleiben will, der darf das feinste Mehl von dem gröbsten nicht trennen, weil das feine Mehl von Natur eine verstopfende Eigenschaft besitzt, das andere hingegen eine reinigende und öffnende; deßhalb ist auch das aus beiden gemachte Brod das beste. Es ist gesunder, leichter verdaulich und nahrhafter, als Brod aus feinem Mehle. Der am schlechtesten scheinende Theil ist für die Natur eben so gut und wohlthuend, wie der beste, und wenn das feinste Mehl von dem gröberen, kleiigen getrennt wird, hat weder das eine noch das andere die wahre nährende Kraft des Korns. Der Genuß von feinem Brode ist deßhalb der Gesundheit feindlich und der Natur und Vernunft entgegengesetzt. Es wurde zuerst zur Befriedigung luxuriöser Personen erfunden, welche sowohl über sich als über die wahre Kraft und Wirksamkeit natürlicher Dinge unwissend waren."

Was dieser Mann vor 400 Jahren sagte, haben spätere Erfahrungen noch bestätigt. Unsere heutigen Aerzte verordnen Personen, die an träger Verdauung leiden, dieses Brod und gestehen selbst, daß sie dadurch einen sichereren Erfolg erzielen, als durch alle Arzneien. Diesem Umstande dürfte es auch zuzuschreiben sein, daß das Schrotbrod der Eingangs erwähnten Bäckereien von Brenkhausen und Helmershausen so schnell Eingang gefunden hat, und zwar mehr noch bei der wohlhabenderen Classe, als bei dem ärmeren Theile der Bevölkerung.

Man nehme sich nur die Mühe, das Brod zu probiren, und man wird finden, daß es mürber und leichter zu verdauen und angenehmer zu essen ist, als das feinste Bäckerbrod.

Jeder, dem es nicht gleichgültig ist, ob auf gleicher Fläche statt 1000 Menschen 1120 ihr tägliches Brod finden, wirke in seiner Umgebung auf die Verbreitung und Verallgemeinerung vorstehend besprochener Brodbereitungs-Methode hin, damit dieses Brod Gemeingut des Volkes werde, denn

„Was nicht das Volk weiß, o, das weiß noch Niemand!
„Was nicht das Volk kann, das vermag noch Niemand!
„Was nicht das Volk thut, das ist ungeschehen!"

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 106.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 16. April 1868.

Süddeutschland.

Bayern. p. München, 14. April. [Das Programm der „liberalen Mittelpartei“], die sich organisirt, lautet:

„Gegenüber der Organisation, welche sich die Fortschritts- und die ultramontane Partei gegeben haben, erscheint es als Pflicht der liberalen Mittelpartei, auch ihrerseits eine bestimmte Parteiorganisation anzunehmen, um bei Fragen der äußeren Politik und der inneren Verhältnisse Bayerns, welche in nächster Zeit zur Entscheidung kommen müssen, mit Entschiedenheit ihre Anschauungen vertreten zu können. Indem die liberale Mittelpartei dies thut, bekennt sie sich zu folgenden Grundsätzen: Sowohl an den Allianz- als an den Zollvereinsverträgen mit Preußen soll Bayern mit aufrichtigster Loyalität festhalten und an deren Ausbau Antheil nehmen. Eine Reihe gemeinsamer Interessen Deutschlands, wie gemeinsame Civil- und Strafgesetzgebung, gegenseitige Vollziehbarkeit richterlicher Urtheile, gemeinsame Münze, Maß und Gewicht, Freizügigkeit u. A. können schon in diesem Rahmen ihre Befriedigung finden und es ist eine untergeordnete Frage, ob dies durch besondere Verträge oder durch Ausdehnung in der Zuständigkeit der Zollvereinsorgane geschieht, wenn die Befriedigung nur in gesetzlicher und naturgemäß sich entwickelnder Weise erfolgt, nicht im Wege unhaltbarer Ueberstürzung. Das Ausland soll Bayern stets für die Integrität und Ehre Deutschlands zu allen Opfern bereit finden. Wir verwerfen jedes Bestreben, welches auf die Isolirung Bayerns oder auf die Einmischung fremder Mächte in die Gestaltung Deutschlands abzielt. Der gegenwärtige Zustand Deutschlands kann aber immerhin nur als ein Uebergangsstadium zu einem besseren definitiveren gelten und als solchen betrachten wir eine die nationalen Interessen sichernde Einigung Süd- und Norddeutschlands. Eine möglichst innige Allianz mit Oesterreich wird sodann die nothwendige Ergänzung desselben bilden. Die Forderung freiheitlicher Entwicklung, die Geschichte Deutschlands und die Wahrung der berechtigten Interessen seiner einzelnen Stämme heißen uns der Ausbildung eines centralisirenden Einheitsstaates in Deutschland widerstreben und verbieten nach unserer Anschauung den Eintritt Bayerns in den norddeutschen Bund, wie er dermalen gestaltet ist. Wir wollen vielmehr auch bei der endlichen Umgestaltung Deutschlands die Selbstständigkeit Bayerns insoweit erhalten wissen, als hiedurch die Gesammtinteressen nicht geschädigt werden. Für die innere Organisation Bayerns halten wir fest an der theils angebahnten, theils in Ausführung begriffenen sozialen Reform. Die soziale Gesetzgebung soll die freie Bewegung jedes Einzelnen in der Entfaltung seiner Thätigkeit sicher stellen und der polizeilichen Einwirkung möglichst entrücken. Diese Thätigkeit soll unterstützt werden durch ein die allgemeine Bildung erstrebendes, die Gebiete der Kirche und des Staates richtig abgrenzendes Schulgesetz. An dasselbe soll sich die Freiheit der religiösen Ueberzeugungen, die Unabhängigkeit bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte von diesen Ueberzeugungen anreihen. Vereinfachung aller staatlichen Einrichtungen soll auch zur möglichsten Vereinfachung des Staatshaushaltes und im Vereine mit einer Reduktion der Ausgaben für die bewaffnete Macht, sobald die politischen Zustände Europas diese gestatten, zur Fernehaltung höherer Belastung der Staatsangehörigen und jenem befriedigenden Stande unserer Finanzen führen, dessen sich Bayern vor dem Jahre 1866 erfreute. Zu den anzustrebenden Reformen zählen wir: Umbildung der Reichsrathskammer und des Staatsrathes; grundsätzliche Durchführung der Verwaltungsgerichte; Aufhebung aller im Staatsorganismus nicht absolut erforderlichen Behörden; Vereinfachung des gesammten Geschäftsganges; Rücksichtnahme auf diese Vereinfachung in allen Theilen der Gesetzgebung. Die liberale Mittelpartei glaubt, daß unser dermaliges Wahlgesetz zur Abgeordnetenkammer zwar mancher Verbesserungen im Einzelnen fähig ist, daß aber die Grundlagen desselben, allgemeines Stimmrecht aller Steuerzahlenden und mittelbare Wahl, festzuhalten seien. Die Thätigkeit des bestehenden Staatsministeriums auf den seither festgehaltenen Grundsätzen wird in der liberalen Mittelpartei eine Stütze finden, diese muß aber dringend verlangen, daß die Solidarität des Ministeriums sich bewähre.“

Oesterreichische Monarchie.

Siebenbürgen. [Schließung einer Kirche.] Aus Hermannstadt wird der gewiß seltene Fall der Schließung einer Kirche gemeldet. Das erzbischöfliche Consistorium der griechisch-orientalischen Kirche in Siebenbürgen hat nämlich verfügt, „daß die der Kirchengemeinde zur „Heiligen Dreifaltigkeit“ in Kronstadt angehörenden Griechen und Bulgaren wegen ihres heterodoxen Betragens und der anti-canonischen Gebahrung mit dem Kirchen-, Schul- und Fundationalvermögen der genannten Kirche für schuldig befunden worden, und daß deßhalb das erzbischöfliche Consistorium als competente kirchliche Behörde beschlossen habe, daß die Kirche zur „Heiligen Dreifaltigkeit“ in Kronstadt geschlossen werde, daß jedes bewegliche oder

---

Die Griechen auf Creta.

Der Aufstand der Candioten ist immer noch nicht zu Ende, denn Jene, die ihn ins Leben riefen, finden ein Interesse daran, die „Frage“ offen zu erhalten. Der Glaube, daß die russische Politik ihre Hand im Spiele habe, ist allgemein, gewiß aber, daß das finanziell bankerotte „Königreich Hellas“ Mittel genug findet, die Candioten zu unterstützen. Woher bezieht es diese Mittel? Es selber hat kein Geld, um seine Gläubiger zu befriedigen. Beiläufig bemerkt scheint es, als ob die Türkei vom Völkerrecht ausgeschlossen sei, denn die Hellenen können es der „befreundeten Macht“ gegenüber treiben, wie sie wollen.

Seitdem Rußlands Absichten in Betreff der sogenannten orientalischen Frage selbst vor dem blödesten Auge klar zu Tage liegen, finden auch seine Trabanten, Vasallen und Helfershelfer keine Gunst mehr bei den civilisirten Völkern Europas. In der That nimmt es sich auch seltsam aus, wenn dieselbe Politik, welche in Polen systematisch die Ausrottung des Katholizismus betreibt und dabei mit einer beispiellosen Härte und Rücksichtslosigkeit verfährt, — wenn, sagen wir, diese russische Politik über den angeblichen Druck klagt, welchen die „Christen“ im Gebiete des osmanischen Reiches zu erleiden hätten. Aber diese Klagen verhallen, weil wir wissen, daß sie theils erlogen, theils übertrieben sind, und dann auch, weil sie von verdächtiger Seite her erhoben werden. Wie kann man bei uns Theilnahme für sogenannte christliche Halbbarbaren verlangen, welche Juden verfolgen und todtschlagen? Theilnahme für Völkertrümmer, die lediglich moskowitische Werkzeuge sind und wesentlich dazu beitragen, Europa nicht zur Ruhe kommen zu lassen?

Auch sind diese „Christen“, abgesehen von ihrer Rückständigkeit in Bezug auf Alles, was Kultur heißt, moralisch nicht so geartet, daß wir ein Interesse an ihnen nehmen könnten. Auf keinen Fall erscheinen die Türken schlechter als sie, darüber sind die Stimmen der unbefangenen Leute durchaus einverstanden. Obendrein macht es einen abstoßenden Eindruck, wenn man sieht, wie und weßhalb ein religiöses Moment mit so vieler Schaustellung in den Vordergrund gestellt wird; man weiß, daß die nackte Eroberungssucht im Hintergrunde lauert.

Wir sehen jetzt mit einer Art von spöttischem Mitleiden auf die Beschränktheit jenes Philhellenismus zurück, welcher vor etwa vierzig Jahren gleich einer psychischen Seuche grassirte. Die „Griechenfreunde“ arbeiteten der russischen Politik in die Hand und ernteten für sich selber nur Undank. Was aus dem hellenischen Staate geworden ist und wie die Griechen in demselben wirthschaften, weiß Jedermann. Gleichviel ob er klein bleibt wie bisher, oder ob er Epirus, Thessalien und Creta sich einverleibe, — ein Vasall und Werkzeug Rußlands bleibt er so wie so.

In Betreff der Verhältnisse auf Candia ist das europäische Publikum von einem Theile der Presse ebenso planmäßig belogen worden, wie es in Bezug auf die nordamerikanischen Verhältnisse seit acht Jahren geschehen ist und noch geschieht. Man schreibt

unbewegliche Kirchen-, Schul- und Fundationalvermögen der genannten Kirche unter Sequester gestellt und zugleich die Wirksamkeit der Epitropen (folgen fünf Namen) so lange eingestellt werde, bis sie im Sinne der kirchlichen und canonischen Satzungen, den Entscheidungen dieser gesetzlichen, kirchlichen Autorität sich fügen werden."

Ausland.

Schweiz. [Staatsrechnung.] Der „Bund" enthält die eidgenössische Staatsrechnung pro 1867. Darnach betragen die Einnahmen 19,787,960 Francs, veranschlagt waren dieselben zu 20,173,000 Frcs., mithin ergibt sich eine Mindereinnahme von 331,039 Frcs. Die Ausgaben, worunter jedoch diejenigen für Anschaffung von Hinterladungsgewehren und Hinterladungskanonen nicht mit inbegriffen sind, stellen sich auf 19,572,989 Frcs., veranschlagt waren 20,549,987, mithin wurden weniger ausgegeben, als verausgabt werden durften, 976,988 Frcs., die sich jedoch auf 813,966 Frcs. reduciren, wenn mehrere noch nicht verausgabte und später erst zur Verwendung kommende Posten abgezogen werden. Die Verwaltungsrechnung ergibt einen Ueberschuß von 208,971 Frcs., was aus einer Zusammenstellung der Netto-Rechnungsresultate erhellt. Darnach beliefen sich die Einnahmen auf 5,339,520 Frcs. Die Ausgaben auf 5,130,548 Frcs., mithin ergibt sich als Ueberschuß 208,971 Frcs. Wenn die Verwaltungsrechnung so mit einem Plus abschließt, weist die Generalrechnung dagegen ein Deficit von 2,783,244 Frcs. auf; es ist dies namentlich den Ausgaben für Gewehre und Hinterladungsgeschütze zuzuschreiben, welche sich auf 4,467,011 Frcs. belaufen. Hiermit halten die Einnahmen, die aus der Werthung der Kasernen in Thurn, der Sternwarte in Zürich u. s. w. herrühren, selbstverständlich nicht Schritt und ergibt sich nach Abzug des Vorschlages der Verwaltungsrechnung ein Deficit von 2,574,273 Frcs. Das reine Vermögen der Eidgenossenschaft, das Ende 1866 noch 9,949,766 Frcs. betrug, ist somit auf 7,375,503 Frcs. gesunken.

Frankreich. [Militär-Bekleidung.] Das Publikum ist gegenwärtig in der Lage, sich über die Aenderungen in der Bekleidung und der Ausrüstung der französischen Infanterie ein Urtheil zu schaffen. Die in den Straßen erscheinenden Liniensoldaten tragen die neue „Tunique" mit zwei Knopfreihen, oder die beliebte große, wieder zu Ehren gekommene Capote à la piston, die namentlich bei unseren Schlachtenmalern in Ehren steht, weil sich dieselbe malerischer anordnen läßt, als die bisherigen in der Taille engen Uniformen. Die früheren Grenadiere und Voltigeurs tragen jetzt am Vorderarm einen einfachen Wollstreifen, um sie als Soldaten 1. Klasse kenntlich zu machen. Alle Mannschaften tragen nun rothe Epaulettes, und die gelben und grünen Abzeichen dieser Art, durch welche die Füsiliere und Voltigeurs sich unterschieden, sind verschwunden. — Es zeigen sich auch bereits einige rothe Czakos, indessen sind dieselben noch äußerst selten. An der rechten Seite des um den Leib geschnallten Säbelgurts bemerkt man eine neue Patrontasche, mit Pelz verbrämt, welche zur Aufnahme der nicht mehr packetirten Patronen dient, die durch das Haar der Fütterung vor schädlichen Einwirkungen geschützt sind. Um der jetzt allgemeinen Klage über zu großen Aufwand für die Armee entgegenzutreten, bemerkt die „Patrie," daß jedes Stück, unbeschadet der etwa eintretenden Veränderungen, seine Dauerzeit durchmachen muß. Ein Waffenrock muß 21 Monate zu Paraden und ebenso lange Zeit im kleinen Dienste u. s. w. getragen werden. Ein Mantel muß drei Jahre halten, eine Hose wird ein Jahr im großen Dienste getragen und ein Jahr muß der Soldat dieselbe noch zu Arbeitsgängen und dergleichen benutzen. Jedes Uniformstück ist bei der Ausgabe aus dem Magazine mit einem Stempel gezeichnet, und wenn es aus irgend einem Anlasse in das Magazin zurückkömmt, erhält es einen anderen Stempel, welcher die verflossene Tragezeit anzeigt. Der erste beste Soldat, welchem das Kleidungsstück paßt, erhält dasselbe später wieder, damit es auf seinem Körper die noch ausstehende Tragezeit durchmache. Im Falle großer und allgemeiner Veränderungen werden die alten Uniformstücke an die Reservemannschaften gegeben, die in den Depots zu einer fünfmonatlichen Exerzierzeit einberufen sind.

Großbritannien. [Aus Abyssinien] sind Nachrichten eingetroffen, daß Sir Robert Napier am 21. März Lat besetzt hat. Er hofft, am 2. April vor Magdala zu sein, und trifft bereits alle Vorkehrungen zum Sturme auf diesen Platz. König Theodor, der sich mit den Gefangenen, 26 Geschützen und 5000 Musketieren in Magdala befindet, ist über das Herannahen der Engländer wohl unterrichtet und auf eine Belagerung vorbereitet. — Ob er es wirklich auf einen Zusammenstoß mit den englischen Truppen ankommen lassen oder Friedenseröffnungen machen und die Befreiung der Gefangenen anbieten werde, steht noch dahin. Es liegen Mittheilungen von den Gefangenen selber von Mitte Februar vor, die letzterer Ansicht sind. Das Benehmen Theodors gegen sie war sogar freundlicher geworden, woraus sie den Schluß ziehen, daß er es nicht auf's äußerste werde ankommen lassen. Die Gesammtmacht, mit der Theodor sich Magdala näherte, wird verschieden auf 2500 und 5000 Mann geschätzt. Als Theodor von Debra Tabor auszog, wurde sein Gefolge, wie man sich erinnern wird, auf 30,000 Mann angegeben. Entweder war sein Heer nie so stark, oder es ist seitdem durch Desertion so arg zusammengeschmolzen. — Jedenfalls dürfen wir hoffen, noch in diesem Monate Entscheidendes zu hören.

Italien. [Garibaldi.] Aus Rom, 9. April, schreibt man der „Allg. Ztg.": Ich kann ein Gerücht nicht unerwähnt lassen, obwohl ich selber ihm nicht traue, man wird aber auch von sonst Unbefangenen groß angesehen, wenn man daran zweifelt. Garibaldi soll sich verkleidet vorgestern zwei Stunden lang das Castel Sant Angelo angesehen haben, daher die Untersuchungshaft des Fortkommandanten.

Nordamerika. [Finanzielles.] Aus New-York, 28. März, schreibt man der „Köln. Ztg.": Die Befürworter der Papierzahlung treten nicht mehr so laut oder zahlreich auf, wie noch vor wenigen Wochen. Vielleicht hat eine bemerkenswerthe Denkschrift des Herrn Jay Cooke dazu beigetragen, welcher Financier auseinandersetzt, daß er als Agent der Regierung bei der ersten Ausgabe der Bonds klar und deutlich die Rückzahlung in Gold versprochen habe. Aus

---

Unwahrheiten und verschweigt Thatsachen oder stellt die letzteren so dar, wie es dem Partei-Interesse entspricht.

Wir haben zwei Mittheilungen vor uns liegen, welche auf die candiotischen Dinge helle Schlaglichter werfen. Die Garibaldiner hatten 1866 einen Einfall in Tyrol gemacht, um, natürlich im Namen der italienischen Nationalität, das deutsche Land bis zum Brenner und Finstermünzpasse zu erobern. Sie wurden, wie billig und recht, von unseren deutschen Landsleuten mit blutigen Köpfen heimgeschickt. In Italien selber war dann im Herbst 1866 nichts mehr für sie zu thun. Da brach der cretische Aufstand aus. Handelte es sich dabei etwa nicht um den „heiligen Kampf einer unterdrückten Nationalität"? Die Presse auf der Appenninenhalbinsel bekam philhellenische Anwandlungen; sie entdeckte, daß die „heilige" Sache Griechenlands und Italiens eng verschwistert sei, und man man brachte Waffen und Geld zusammen, damit die Candioten sich von der Theilnahme der Italiener überzeugen könnten. Mehrere Hunderte von Garibaldinern legten ihre rothen Hemden wieder an, und wurden auf einem italienischen Fahrzeuge nach Creta geschafft, wo sie trotz der Blockade landeten. Sie kämpften in den Reihen der Insurgenten bis ins Frühjahr hinein; dann aber konnten sie es nicht mehr aushalten und eilten wieder fortzukommen. Einer dieser Garibaldinischen Kämpfer, Sympathiestrolche möchten wir sagen, Namens Adolfo Bruzzone, hat dann die Leidensgeschichte dieser Rothhemden, Enthüllungen über Creta, veröffentlicht, und dieselbe der „edlen und kühnen Jugend Italiens" (balda gioventu italica) gewidmet, auf daß diese sich ein warnendes Beispiel nehme. Die Garibaldiner, sagt er, seien nach Creta gekommen, „um mit ihrem Blute das heilige Prinzip der Solidarität zwischen Schwestervölkern zu besiegeln". Ma illusi! „der Baum unserer poetischen Phantasie verlor gar bald seine Blätter". Die Enttäuschung stellte sich sofort ein; den Italienern brach das Herz, sie wurden von Gewissensbissen gequält, als sie die traurige, nackte Wahrheit vor sich sahen, und Trost fanden sie nur darin, daß sie sich gelobten, nach ihrer Heimkehr die Wahrheit zu veröffentlichen.

So sagt Bruzzone; er schreibt weiter: „Von Anbeginn des Aufstandes hat die Presse in Europa und namentlich in Italien emsig und eifrig berichtet über die Großthaten und die Leiden der Rebellen, über unablässige Kämpfe, über Opfer, welche täglich auf dem Altare des Vaterlandes gefallen seien, und über die Barbarei der Türken, insbesondere auch der Aegypter. Aber das Alles war in Syra und Athen für die Zeitungen zurecht gemacht worden. Als wir Rothhemden auf Kreta erschienen, fanden wir keine brüderliche Umarmung; man behandelte uns nicht nur mit äußerster Gleichgültigkeit, sondern sehr oft wegwerfend und verächtlich. Die Rothhemden ließen sich anfangs dadurch nicht irre machen, sie glaubten für „eine edle Sache" zu kämpfen und so schlugen sie sich gegen die Türken bei Kisamo, bei Apokorona und bei Topoljà (— d. h. Platz der Pappelbäume; also ein rein slavischer Ortsname auch bei den „reinen Hellenen" auf Candia —). Darauf waren sie Zeugen des Gemetzels von Quinti, bei welchem diese Hellenen Weiber und Kinder der Türken hinmordeten, wovon aber die Zeitungen nichts meldeten; sie sahen, wie wild und barbarisch der „christliche Patriot" Criaris mit seiner Bande zu

der Denkschrift geht ferner hervor: 1) daß der Betrag der unfundirten Schuld noch viel zu bedeutend ist, um die 5—20r oder einen erheblichen Theil derselben einzulösen, und daß folglich alle dahin zielenden Vorschläge als unzeitig und unpraktisch zu verwerfen sind, um so mehr, wenn sie die verpfändete Ehre des Staates verletzen; 2) daß bevor die Verfallzeit der Bonds (1882) eintritt, das Gleichgewicht zwischen Noten und Papier wieder hergestellt sein und kein Zweifel mehr darüber obwalten wird, ob der Münzfuß auf Goldwährung oder auf einen wechselnden Börsenwerth fundirt ist; 3) daß wir bei Verfall nicht hoffen dürfen, in einem niedrigeren Coursswerth zu zahlen und kein Recht haben, die Bonds vor Verfall einzulösen. Herr Cooke legt großes Gewicht darauf, daß erst mehrere Jahre nach Ausgabe der Bonds eine Frage über die Rückzahlung der Bonds erhoben worden ist, daß, wenn in den Jahren 1863 und 1864 auch nur ein Zweifel darüber bestanden hätte, der Verkauf derselben unmöglich gewesen wäre, und daß der Verkauf im Vertrauen auf die bestimmte Erklärung aller Schatzsekretäre erfolgt sei, daß die Rückzahlung sowohl als die Zinsen in Gold bezahlt würden. Uebrigens sei die Staatsregierung und der Congreß eben so gut gebunden, die von ihren Agenten eingegangenen Verpflichtungen zu erfüllen, wie jeder Privatmann verpflichtet sei, für die Handlungen seiner Bevollmächtigten einzustehen. Was den Einwand betreffe, daß die Bondsinhaber eine privilegirte Classe von Capitalisten seien, so müsse man dagegen bedenken, daß $^9/_{10}$ der drei Millionen Zeichner zu dem 7—30r Anlehen kleine Leute waren, daß der Westen allein 320 Mill. Dollars von den ausgegebenen 830 Millionen zeichnete und daß die kleinste Zeichnung von 50 Dollars stets dankbar angenommen worden sei. Zum Schlusse wird darauf aufmerksam gemacht, daß den Bonds-Inhabern ein erhebliches Agio sehr wohl zu gönnen sei, da die gleichzeitig in Land angelegten Capitalien den Besitzern bis heute das Doppelte und oft das Dreifache einbrächten.

Nichtpolitische Zeitung.

[Ein französisches Urtheil über die bayerische Kunst- und Industrie-Ausstellung zu Paris 1867.] Der französische „Moniteur" hat in vier größeren Artikeln aus der geistreichen Feder von Catulle Mendes den Leistungen der vier süddeutschen Staaten in Kunst und Industrie bei der vorjährigen großen Pariser Weltausstellung eine eingehende Besprechung gewidmet. Er begann mit dem kleinsten unter diesen Staaten, mit Hessen, dann kam Baden, darauf Württemberg an die Reihe, und das Königreich Bayern bildete den Schluß. Bayerns Künstler und Industrielle können zufrieden sein mit der gerechten, im hohen Grade anerkennenden Würdigung, welche ihnen das französische Blatt zu Theil werden ließ. Zuerst werden die Werke der bayerischen Maler in ehrendster Weise besprochen. Er nennt diese Künstler „würdig des Königs, der ihr Schirmherr ist." In begeisterten Worten rühmt er als ein Meisterstück das einem großen Theile unserer Leser durch Photographien und Stahlstiche wohl bekannte Bild von Gabriel Max, eine junge Christin darstellend, die am Kreuze den Martyrertod erlitten hat. Dann kommen die Werke einer großen Zahl anderer hervorragender bayerischer Künstler an die Reihe. Die großen für das Maximillaneum bestimmten Bilder von Andreas Müller; Karl Piloty's Gottfried von Bouillon und Kurfürst Maximilian, H. Arth. Rhomberg's Kaiser Friedrichs II. Hof zu Palermo, Alexander Liezenmayer's Maria Theresia, das Kind einer armen Kranken säugend, und die Heiligsprechung der heiligen Elisabeth von Ungarn, Bonaventura Genelli's Herkules Musagetes bei der Prinzessin Omphale, Max Ainmüller's Nonnenkirche zu Salzburg, Karl Enhuber's köstliche Bilder nach Melchior Meyr's reizenden Erzählungen aus dem Ries, Johann Makarts Undine und Frauenraub durch Centauren, Theodor Horschelts großartiges Schlachtenbild, Erstürmung einer Verschanzung Schamyl's durch die Russen, und Franz Adams Straße zwischen Solferino und Valleggio am 24. Juni 1859, Joseph Brandt's Großhetman Johann Khodkiewicz von Litthauen in der Schlacht von Chaczim gegen die Türken 1621, alle diese Bilder finden eingehende Besprechung und ehrende Anerkennung des Talents und der Tüchtigkeit ihrer Meister. Beim Uebergange zu den Landschaftsbildern hebt der französische Kritiker hervor, daß Preußen 4—5, Oesterreich zwei, Bayern allein deren hundert ausgestellt habe. Heinrich Bürkel's Umgegend von Rom und Winter in Tyrol versetzen ihn in wahren Enthusiasmus. Der Starnberger See im Mondlichte und norddeutsche Haiden von Christian Morgenstern, die Tyroler und Schweizer Landschaften von Karl Müller, das Mittagsgebet von C. Raupp, die Quelle im Walde von Moriz von Schwind, Schafe und Kühe von Anton Breit, das Innere eines Waldes von Karl Ebert, endlich aber ganz besonders der bewundernswerthe Herbsttag von Adolph Lier ernten nicht minder warme Lobsprüche. Zu den Zeichnungen übergehend, bespricht Herr Mendes zuerst Wilhelm v. Kaulbachs großartigen Karton, das Zeitalter der Reformation. „Herr v. Kaulbach — sagt er — ist eine Berühmtheit; lange bestritten, triumphirt er jetzt. Es gibt einen Augenblick im Leben der großen Künstler, wo der Kritiker endlich verstummt und sie nur noch begeistertes Lob um sich vernehmen; dieser Augenblick ist für den Direktor der Münchener Akademie der schönen Künste gekommen. Er sieht sich umgeben von Schülern, die stolz darauf sind, ihn als Meister zu haben; jeden Tag erneuert er sich in ihnen, und hat das Vorgefühl, daß er in ihnen fortleben wird. . ." Dann läßt er den geistreichen Skizzen von Theodor Pixis, namentlich der Braut des Abwesenden, volle Gerechtigkeit widerfahren, und faßt endlich sein Urtheil über die bayerische Kunstausstellung dahin zusammen, daß sie von einem herrlichen und vielseitigen Aufschwung zum Ideal Zeugniß gebe. Das — sagt er — ist das hohe Resultat, welches der weise geleitete Wetteifer junger Talente und die Förderung, welche sie durch einen für das intellektuelle Gedeihen seines Landes sorgsamen König erhielten, hervorgebracht hat.

Aber eben so stolz — heißt es dann weiter — wie auf seine Maler und Musiker, kann Bayern sein auf seine geschickten Gewerbsleute und seine zahlreichen Handeltreibenden. Die Künste und die Gewerbe haben eine gemeinschaftliche Grundlage: die Arbeit. Der Ort, wo der Künstler schafft, heißt Werkstätte so gut wie jener, wo der Arbeiter fabrizirt, und die Museen scheuen nicht die Nachbarschaft

---

Werke ging. Täglich widerte diese Barbarei sie mehr und mehr an; sie verloren alle Sympathie für „eine Sache, die mit der Nationalität auch nicht das Allergeringste zu schaffen hat (che nulla ha di nazionalità) und weiter nichts ist als das Werk gieriger Spekulanten, welche in abgefeimter Weise den Schrei wegen des Christenthums als willkommenen Hebel für ihre Absichten erheben lassen" (L'opera di pochi ingordi, che seppero artatamente far loro levare il grido di: Zito Christianos). Wir wollten nicht ferner Genossen bleiben von Menschen, welche mit den Gefangenen, die sie dem Feind abgenommen hatten, zu Werke gingen, als handle es sich um eine Bartholomäusnacht. Der edle Name eines Italieners sollte ferner nicht dadurch befleckt werden, daß er neben dem solcher Räuber (Klephthen) genannt wurde. Ich schreibe dieses Buch, um euch vor Betheiligung an einer Sache zu warnen, die mit euren edlen Wallungen gar nichts zu schaffen hat."

So viel von dem, was der Italiener Bruzzone sagt. Es verstand sich von selber, daß auch Engländer, die überall Unvermeidlichen, nach Kreta gehen würden, um sich die dortigen Vorgänge anzusehen, und so hat denn ein Mr. Hilary Skinner die Blockade gebrochen. Für einen frommen Briten mußte es nicht ohne Belang sein, gefahrlos zu beobachten, wie Christen und Mohammedaner in russischem Interesse einander die Hälse abschneiden. Skinner hat nun seine Beobachtungen veröffentlicht und das „Athenäum" (15. Februar) bespricht sein Buch. Skinner ist ein „Sympathiemichel" für die „Christen", aber trotzdem berichtet er Dinge, welche sehr schlimm für diese lauten, und wodurch die in Athen fabricirten Zeitungsartikel vielfach Lügen gestraft werden.

Die angebliche Regierung ist gar nicht vorhanden. Die Hauptrolle spielen einige Pallikarenführer, deren Treiben genau jenem der calabresischen Briganten gleiche. Diese Koroneos, Petropulaski, Zimbrakaki und wie alle die barbarischen, unhellenischen Namen dieser Klephthen lauten, waren grimmig gegen die Türken; darin bestanden ihre patriotischen Gefühle. Die Masse der griechischen Bevölkerung auf Creta, die aus etwa 200,000 Köpfen besteht, nahm sehr unwillig am Aufstande Theil. Die Insurgenten haben nie mehr als 14,000 Mann gezählt, und davon höchstens 2000 bis 3000 im Felde gehabt; selbst von diesen trugen manche die Waffen nur, weil man sie dazu gezwungen hatte. Die Rebellion zieht sich nur in die Länge, weil die Umtriebe von Athen her nicht aufhören und weil man den Leuten immer eine europäische Intervention vorspiegelt.

Der englische Consul Dixon berichtete amtlich, daß die Verwaltung der Türken nicht schlecht und keinenfalls derart sei, daß sie zum Vorwande für einen Aufstand dienen könne. In Bezug auf den „Verfall" der Insel schreibt derselbe: „Creta gedieh nur, wenn die Candioten einen Herrn hatten, der sie zur Arbeit anhielt, und das haben die Venetianer gethan. Die Türken haben die lokale Selbstverwaltung begünstigt, so viel sie irgend vermochten und die Folgen davon sind auch nicht ausgeblieben. Wo die Bevölkerung fleißig ist, wie auf Mitylene und Chios, dort ist auch das ganze Land ein Garten; wo sie träg ist, wie auf Rhodus und Candia, dort schreitet der Anbau nicht vorwärts. „Die türkische Regierung hat zwar alle schlimmen Seiten der Finanzwirthschaft von den byzantinischen Kaisern ererbt und angenommen, aber dadurch sind fleißige

der Hüttenwerke Es wird dann eine Reihe von Industriezweigen verschiedener Gegenden und Städte Bayerns rühmend erwähnt, und den Schluß des ganzen Artikels bildet der Ausspruch des Verfassers: daß das Königreich Bayern ihm nicht minder gedeihend durch seine Industrien als ausgezeichnet durch seine Kunstleistungen erschienen sei.

[Ein historischer Rosenstrauch.] Mit dem alten Wahrzeichen Kölns, dem Domkrahn, hat bei dessen Herabnahme auch der dort hoch oben auf luftiger Thurmeshöhe gewachsene und im Laufe der Zeiten zu mächtiger Ausdehnung gediehene Rosenstrauch entfernt werden müssen. Derselbe ist der Kuriosität wegen dem Ministerium für landwirthschaftliche Angelegenheiten in Berlin eingesandt worden, welches ihn hat einpflanzen lassen.

Amtliche Nachrichten.

München, 14. April. Das Primar-Kuratbeneficium in Kirchhaslach, Bezirksamts Illertissen, ist zur selbständigen katholischen Pfarrei erhoben worden, wonach der Sprengel des genannten Primar-Kuratbeneficiums, die Orte Kirchhaslach, Herrakhofen, Grimmeltshofen, Hörlis, Olgishofen, Griesbach, Halden und Stoßenhofen umfassend, aus dem Filialverbande mit der Pfarrei Babenhausen gelöst ist und den neuen selbständigen Pfarrsprengel bildet.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¼—¾ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52½—⅜ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50½—50 G.
„	4½pCt.	41¾ P. ½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅗ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93-⅛ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	92¾ P. ½ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	81½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅜ P. 93 G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch	89¼ P
„	3½pCt. Obl. dto.	84 P. 83½ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94½ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85½ P.
„	4½pCt. Obl. dto.	81¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	80¼ P.
Spanien	3pCt. im. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84¼ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77¾ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	75⅝—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190—90½ G.
Bayer. Hypotheken-b. Pfandbr. 4 pCt.	90 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	220 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakt'en . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333½ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111¼ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	257½—58½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	133½ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51½ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242½ P. 42 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¾ P. ⅜ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	121¾ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅛—⅝ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98⅛ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99¾ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101¾ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅜ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65 P. 64½ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70¾—⅞ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	131½ P. 131 G
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98⅞ P. ⅝ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¼ P. 35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	-
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12½ G.

Frankfurt, 15. April. Die Börse kann den von allen Seiten lawinenartig heranrollenden Friedensversicherungen, ja Betheuerungen, nachgerade nicht widerstehen. Vor der Elihu-Burrit'schen Beredsamkeit eines Baroche schwinden die letzten Nebel, welche ihren Blick getrübt hatten, und mit derselben Logik, mit der sie Baisse-Politik getrieben hatte, gibt sich die Börse jetzt der Hausse hin. Bei recht lebhaftem Geschäft verkehrte man in sehr fester und gesuchter Haltung, zu der schon gestern Abend in der Effektensocietät die Pariser Course Bahn gebrochen hatten. Paris kam heute abermals wesentlich höher (Rente 69. 25). Die Medioliquidation wickelte sich hier über Erwarten günstig und leicht ab. Die gestrigen Befürchtungen eines knapperen Geldstandes zeigten sich nicht begründet. Dasselbe war im Gegentheil flüssig und für die österreichischen Spekulationspapiere wie für Amerikaner waren Stücke in Prolongation sehr willig anzubringen. Oesterr. Anlagepapiere erhöhten ihren Cours nicht in dem Verhältniß, wie die Spekulationseffekten, doch waren erstere ebenfalls durchgehends höher. Von Süddeutschen waren besonders bayerische und badische Loose besser bezahlt, sowie auch Oberhessen, die mit 74—74¼ gemacht wurden. (Synd.)

Bevölkerungen doch nicht gehindert, Fortschritte zu machen." Selbst auf Creta fand Skinner Dörfer, bei welchen die Felder sehr gut bestellt waren. „In Bezug auf den Glauben sind die Candioten der Mehrzahl nach Christen, und wenn sie so fleißige Ackerbauer sein wollten, wie sie, in ihrer Art, eifrige Christen sind, so würde sie nichts daran hindern. Die Sphakioten sind ohnehin so gut wie ganz unabhängig."

„Die Aufstände der Candioten gegen die Türken in den Jahren 1826, 1833, 1841 und 1866 stehen nicht etwa vereinzelt in der Geschichte: die Creter waren auch gegen die christlichen Venetianer immerfort im Aufstande. Ihr Anspruch, mit Griechenland vereinigt zu werden, hat wenigstens keine historische Begründung, denn sie haben niemals zu Griechenland gehört, sie sind auch nicht von derselben Race, wie die albanesischen und slavischen Leute in Morea, welche man heutzutage als „Hellenen" bezeichnet. Die Lösung der Wirren auf Candia wird möglich sein, wenn die vom Auslande gesponnenen Ränke ein Ende nehmen."

Skinner erzählt, trotz seiner Sympathien für die Candioten, daß diese „sich nicht viel mit türkischen Gefangenen belästigten; sie gaben und nahmen kein Quartier. Weiber und Kinder konnten sie in der Regel nicht niedermetzeln, weil dieselben zumeist in die befestigten Plätze in Sicherheit gebracht worden waren." Während die Griechen keinen Pardon gaben, wurden andrerseits von den Türken viele griechische Gefangene freigegeben. Türkenköpfe aber galten für die schönsten Trophäen, während die Muselmänner nach der Erstürmung von Arkadi sehr vielen Gefangenen den Kopf nicht abschlugen; in jenem Kloster hatte ein Mönch das Pulvermagazin in die Luft gesprengt. Die Türken verloren im erbitterten Kampfe viele Leute; trotzdem befolgten sie das Beispiel der Candioten nicht und gaben mehr als hundert Frauen und Kindern die Freiheit. „Wann hat ein Grieche, ein griechischer Arnaut, ein Mainote oder ein Candiot jemals Weiber oder Kinder eines Muselmannes verschont?" Skinner fand griechische Frauen in Dörfern, die von türkischen Soldaten besetzt waren, während türkische Frauen das nicht wagen durften. Die mit so großem Lärm in Scene gesetzte Fortschaffung candiotischer Familien nach Athen war im Ganzen unnöthig, aber darauf berechnet, „christliche Sympathien" zu erregen. In St. Petersburg wurde am Hofe, in Moskau von Seiten der hohen Geistlichkeit für die Insurgenten gesammelt, auch der — „Sympathie" wegen!

Barbaren sind die christlichen Candioten wie die Türken mehr oder weniger Alle, und sicherlich hat keiner dem andern etwas vorauszugeben. Da aber die russisch-griechischen Berichte planmäßig so große Schmach auf die „Feinde des Glaubens" häufen, so wird es angemessen sein, im Interesse der Wahrheit zu zeigen, von welcher Sorte Menschen die „heldenmüthigen Freunde des wahren Glaubens, die Bekenner der rechtgläubigen orientalischen Kirche" eigentlich sind, zu was sie taugen und wozu man sie gebraucht.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 107.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 17. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Berathung des Etats für das Cultusministerium.

München, 16. April.

In der gestrigen 87. öffentl. Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung über den Voranschlag der Staatsausgaben für ein Jahr der 9. Finanz-Periode fortgesetzt und zwar über Cap. VIII, Etat des k. Staatsministeriums des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten. Referent Feustel erklärte zunächst, daß die Zeitungsnachricht, der 2. Ausschuß habe an den Ausgaben für Kunst und Wissenschaft große Abstriche vorgenommen, unbegründet ist. Der ganze Abstrich macht 5—6000 fl. aus. Für Besoldungen postulirte die Regierung 48,900 fl., der Ausschuß begutachtete aber nur 45,600 fl. Unter dieser Position sind inbegriffen 400 fl. Funktionszulage des Generalsecretärs, welche als Theuerungszulage zu erachten sind, dann 200 fl. Gehaltszulage eines Ministerialassessors und 200 fl. Gehaltszulage für den ersten Ministerialsekretär.

Frhr. v. Stauffenberg glaubt, daß die Zahl der Beamten im Kultusministerium zu groß sei. Im Jahre 1847, wo die beiden Ministerien des Innern vereinigt waren, seien vorhanden gewesen 1 Minister, 7 Ministerialräthe, 2 Minist.-Assessoren, 12 Sekretäre, 3 Oberstudienräthe; jetzt seien vorhanden 2 Minister, 15 Ministerialräthe, 5 Minist.-Assessoren, 11 Sekretäre. Zu einer geringeren Zahl der Beamten kämen wir nur durch eine Reorganisation unserer gesammten Verwaltungsmaschine; die Einleitungen hiezu sollten unverzüglich in's Leben treten. 45,600 fl. für Besoldungen wurden sodann genehmigt. Als Regie- und Gehilfenfond sind 12,300 fl., als Commissions- und Reisediäten 1500 fl., als Dispositionsfond 3000 fl., als ständige Bauausgaben 650 fl., als Umzugsgebühr 866 fl., für Pensionen und Quiescenzgehalte 47,299 fl. eingestellt.

Etat für Erziehung und Bildung. a) Allgemeine Volksbildung. Als fundations- und dotationsmäßige Beiträge an Lyceen sind 83,218 fl. postulirt. Ref. Feustel regte die Frage der Verminderung der Zahl der Lyceen an, da sie zu viel kosteten und zu wenig frequentirt seien. Frhr. v. Stauffenberg beantragte den Wunsch auszusprechen, es möge das Lyceum in Speyer aufgehoben werden, denn dasselbe hat durchschnittl. nur 9 Schüler und 6200 fl. Zuschuß. Im Ausschußbericht ist die Ansicht eines Kammermitgliedes mitgetheilt, welches glaubt, daß der Zweck der Vorbereitung an den Lyceen ein schlechter sei, denn auf der Universität würden die jungen Männer zu wissenschaftlicher Freiheit und Selbstständigkeit geführt, während sie durch den ausschließlichen Lycealbesuch gerade so werden, wie wir sie jetzt haben, unweltläufige fanatische Menschen. Dr. Ruland vertheidigt die Lyceen, bespricht ausführlich ihre Aufgabe und widerspricht, daß sie Fanatiker und unweltläufige Menschen bilden. Dr. Schneider protestirt gegen die Aeußerung, daß am Lyceum Fanatiker gebildet werden; am Bamberger Lyceum sei das ganz gewiß nicht der Fall. Dr. M. Barth bekennt sich als den, der dem Ref. Feustel seine Ansicht über die Lyceen schriftlich mitgetheilt hat. Redner verurtheilt die Lyceen als solche nicht; was er verurtheile, sei der Zweck, den man den Lyceen vindicirt und wornach sie das Studium an den Universitäten entbehrlich machen sollen. Unter Fanatismus und Unweltläufigkeit verstehe er das, wenn der Mensch einer einseitigen Richtung nachhängt. Nachdem Domkapitular Dr. Schmid und Waldbauer für die Lyceen überhaupt gesprochen, Dr. v. Hoffmann die Aufhebung des Lyceums in Speyer bevorwortet hatte, bemerkte Hr. Minister v. Gresser: die Regierung verkenne nicht, daß der philosophische Unterricht auf Universitäten gründlicher und am Ende erfolgreicher gegeben werden kann als an Lyceen, weil an den Universitäten mehr Lehrer wirken und mehr Attribute vorhanden sind; gleichwohl dürfe man über die Lyceen im Allgemeinen nicht den Stab brechen. Redner muß bestätigen, daß an Lyceen einzelne Lehrkräfte wirken, welche so tüchtig sind, daß sie sich den Lehrern an Universitäten anreihen. Gegen eine allgemeine Aufhebung der Lyceen müsse er sich entschieden aussprechen, weil sonst viele mittellose Studirende gar nicht in der Lage wären, Philosophie und Theologie zu studiren. Einzelne Lyceen könnten wohl aufgehoben werden, aber Speyer müsse erhalten bleiben, weil es die einzige paritätische Anstalt dortselbst ist, und die Frequenz zunimmt. Ueber die Frage, ob an den Oberklassen schon philosophische Disciplinen vorgetragen werden sollen, könne heute eine bestimmte Erklärung nicht abgegeben werden. Diese Frage könne zur Erörterung kommen, wenn einmal ein Reformplan der Mittelschulen vorliegt. Zu einer solchen Reform könne aber die Regierung jetzt nicht schreiten, wo sie noch vollauf mit Regelung des Unterrichts in den Volksschulen beschäftigt ist.

Als fundations- und dotationsmäßige Beiträge an Gymnasien ist 511,166 fl. postulirt. v. Grafenstein stellte hier den Antrag, für Gymnasien und Lateinschulen noch 8013 fl. als Theuerungszulage zu genehmigen, damit der Anfangsgehalt der Studienlehrer auf 900 und 1000 fl. erhöht werden kann. Dr. Völk stellte den Antrag,

1848 bis 1851.

Eine Komödie der Weltgeschichte. In drei Bänden. Von Johannes Scherr. Erster Band. Leipzig bei Otto Wigand, 1868.

Wer den Geist des Buches will kennen lernen und die Auffassung der Zeit, die der praktisch und theoretisch mit diesem Stück Völkergeschichte und Völkergeschicke wohlvertraute Autor hineinlegt und festhält, dem genügt der Titel. Er betrachtet sich die Dinge, die da unten vorgehen, allerdings nicht vom hohen Kothurn herab, nimmt aber seinen Standpunkt außerhalb der Parteien, und übt nach allen Richtungen hin die gleiche Strenge und Unerbittlichkeit des Urtheils. Wie er sich zu seinem Objekte stellt, sagt er uns selbst im Prolog: „Die Scenen der weltgeschichtlichen Komödie! Denn also darf und muß doch wohl ein Zeitraum heißen, welcher, obgleich wie alle Zeiträume von Thränen und Blut triefend, an seinem Eingang einen Papst auftreten läßt, der in Liberalismus macht, und an seinem Ausgang dem Helden von Straßburg und Boulogne den Kaiserpurpur um die Schultern legt. Eine Komödie will aber regelrecht gegliedert sein, und demnach zerfällt mein Stück in die drei durch ein Vorspiel eingeleiteten Hauptakte: 1) Entwicklung (Exposition); 2) Verwicklung (Peripetie), u. d. 3. Abwicklung (Katastrophe). Der erste Band enthält den Prolog, das Vorspiel und die Exposition, der zweite wird die Peripetie, der dritte die Katastrophe und den Epilog bringen." Wir sind damit bereits von der Frage nach dem Geist ab- und auf die der Gestaltung übergegangen, und da wird es allerdings klar, daß die Gliederung des Stoffs darauf angelegt ist, ein historisches Kunstwerk zu schaffen; Scherr hat sein Stück Geschichte in Scene gesetzt.

Was die theoretischen Studien anbetrifft, so wollen wir besondere Erwähnung thun der durch mühsame Untersuchung gewonnenen Benutzung eines ziemlich reichhaltigen Materials aus dem schweizerischen Bundesarchiv.

Das Vorspiel führt zunächst nach Rom und entrollt vor uns die Honigmonde in der verhängniß- und wechselvollen Geschichte Pius' IX.; es geht aufs Hochland über und faßt die Schweiz in den glücklicher überstandenen Kämpfen ihres Sonderbundskrieges; es schließt mit der Abdankung des Königs Ludwig von Bayern. Nachdem Scherr die drei Akte als die einleitenden für sein Stück in ihr pikantes Detail begleitet, hebt er seine „Komödie" selbst an mit einem „Kehraus," der spielt in den Straßen der Weltrevolutionsstadt Paris und den Thron Louis Philipps wegfegt. Er geht über zur Installation der „honetten" Republik, behandelt die Flitterwochen des ephemeren Wesens, und geleitet uns bereits in die unter Blumen und Düften versteckten Wallungen des Principienkampfes, der alles provisorisch machte, um aus dem Provisorium die kolossale Umkehr zu gebären. Er führt uns im März 1848 den kurzen Wonnemond des Liberalismus vor, dem allzu bald der rauhe Herbst folgen sollte. Er leitet uns nach Wien über zum Falle Metternichs und zum Constitutionsmanifest, an welchem die schönste aller blühenden Illusionen aufrankte.

die Position: Gehaltszulagen für Gymnasien um 18,650 fl. zu erhöhen, damit der Gehalt der Gymnasialprofessoren von 1000 fl. nach 4 Dezennien bis auf 1800 fl. erhöht werden kann. Dr. **Ruland** bevorwortete den Antrag Völk's sehr warm. Die Lehrer an Lateinschulen und Gymnasien verdienten eine Gehaltserhöhung um so mehr, als sie früher ganz unberücksichtigt blieben, weil sie eine weitere Aussicht auf Beförderung nicht haben und weil sie, wenn sie mit Nahrungssorgen zu kämpfen haben, verstimmt werden und diese Verstimmung in die Schule tragen. Hätten wir noch die 30 Millionen, welche uns die Bruderhand genommen hat, könnten wir doppelt geben, geben wir aber doch wenigstens, was Völk beantragt. Schließlich stellte Redner an die Regierung die Bitte, das ganze Besoldungswesen der Lehrer an den Lateinschulen und Gymnasien einer Revision zu unterziehen, damit auch jene Lehrer berücksichtigt werden, welche aus Liebe zu ihrem Berufe stets an den Lateinschulen gewirkt haben. Dr. **Edel** beantragte, als Ergänzung des Dr. Völk'schen Antrags noch 5650 fl. zur Erhöhung des Gehalts der Lycealprofessoren beizufügen. **Föckerer** unterstützte die Anträge sehr warm.

Abg. v. **Hoffmann** unterstützte die gestellten Anträge und unterwirft verschiedene Einrichtungen unserer Studienanstalten einer näheren Beurtheilung. Das bei uns eingeführte strenge **Klaßlehrersystem sei höchst nachtheilig.** Eine richtige Verwendung der vorhandenen Lehrkräfte werde nur durch eine Verbindung des **Klaß- und Fachlehrersystems** ermöglicht, wie es in Preußen und ganz Norddeutschland mit großem Erfolge schon länger eingeführt sei. Am allerschädlichsten aber sei der fabelhafte Unterschied zwischen Lateinschule und Gymnasium. Der tüchtigste Lehrer, wenn er beim Konkurs die Note II $^{51}/_{100}$ erhalten hat, sei verurtheilt, sein Leben lang an der Lateinschule zu lehren und dort zu verkümmern, während derjenige, welcher die Note II $^{49}/_{100}$ erhalten hat, ins Gymnasium vorrückt. Unter dem von der Staatsregierung anbefohlenen Noten- und Lokationswesen seien unsere Gymnasien stark zurückgegangen. Es wäre ein großer Unterschied zwischen dem, was unsere Gymnasien jetzt sind und was sie vor 30 Jahren waren. Auch mit der Methode unserer Lehrer ist Redner unzufrieden. Man glaube, die Unterrichtsstunden seien da, nicht um zu lernen, sondern nur um zu verhören. Und so wären die Eltern gezwungen, für ihre Kinder wieder besondere Instruktoren zu halten. Diesen Mißständen müsse durch eine Reform der Gymnasien abgeholfen werden. **Krausold** unterstützte gleichfalls die Anträge: Vor Kurzem haben wir 100,000 fl. für Gesandtschaften genehmigt, um die äußere Politik Bayerns nicht zu schädigen; gewähren wir heute, was beantragt ist, um den inneren Bestand unseres Vaterlandes nicht zu schädigen.

Referent **Feustel** bemerkte: Die vom Ausschusse hier vorgeschlagenen Theuerungszulagen betragen bei den Gymnasien und Lateinschulen 35,870 fl., bei den Lyceen 4700 fl., bei den Schullehrerseminarien 2803 fl. und bei den Präparandenschulen 3500 fl., in Summe 46,873 fl. Werden die Anträge angenommen, so erhöht sich die Gesammtsumme um 33,913 fl., in welcher Summe noch 1600 fl. für die Inspektoren an den Schullehrerseminarien inbegriffen sind. Der Ausschuß trete der Erhöhung nicht entgegen.

Die 3 Anträge wurden sodann angenommen, der von Freiherrn v. Stauffenberg beantragte Wunsch aber auf Aufhebung des Lyceums in Speyer abgelehnt. Für Lyceen ist hienach genehmigt 1592 fl. fundationsmäßige Reichnisse, 56,938 fl. Dotationsbeiträge und 10,350 fl. Theuerungszulagen; für Gymnasien und die damit verbundenen Lateinschulen 49,351 fl. fundationsmäßige Reichnisse, 415,489 fl. Dotationsbeiträge und 62,533 fl. Theuerungszulagen, für Schullehrerseminarien 3250 fl. fundationsmäßige Reichnisse, 160,072 fl. Dotationsbeiträge und 4403 fl. Theuerungszulage, für Präparandenschulen 129,895 fl. Dotation und 3500 fl. Theuerungszulage. Weiters wurde ohne Debatte genehmigt: als Stipendien für die in der einjährigen Schulpraxis befindlichen absolvirten Seminaristen 6000 fl., als Beitrag an das Centraltaubstummeninstitut in München 6000 fl., deßgleichen an das Centralblindeninstitut daselbst 6300 fl., Beitrag an das Blindeninstitut in Nürnberg 500 fl., als Beitrag an das Erziehungsinstitut für krüppelhafte Kinder statt 2000 fl., wie der Ausschuß beantragt hatte, 4000 fl. auf einen Antrag des Frhrn. v. Stauffenberg. — Für die Musiklehranstalt in München postulirte die Regierung 3500 fl., der Ausschuß beantragte die Ablehnung dieses Postulats, denn das Musikkonservatorium werde aus der Civilliste dotirt. Hr. Minister v. **Gresser** bemerkte u. A.: das Musikkonservatorium, welches jährlich mit 7000 fl. dotirt war, sei im Jahre 1864 aufgelöst worden, weil es das nicht leistete, was man von ihm zu verlangen berechtigt war. Im vorigen Jahre nun haben sich Se. Maj. der König entschlossen, den Versuch zu machen, auf Kosten der k. Civilliste das Institut wieder in's Leben zu rufen. Dasselbe sei auch auf neuer Grundlage in's Leben getreten und der Versuch scheine ein sehr gelungener zu sein, denn das Institut zähle 29 Schülerinen und 30 Schüler, darunter 41 aus Bayern. Das Ministerium habe es nur dankbar und freudig begrüßen können, daß der Versuch auf Kosten der Civilliste gemacht wurde, dasselbe habe sich jedoch der Verpflichtung nicht für enthoben erachten können, den Betrag wenigstens wieder in's Budget einzustellen, der früher eingestellt war. Nachdem noch Dr. **Ruland** bemerkt hatte, das Ministerium möge das **berühmte musikalische Institut in Würzburg** nicht vergessen, damit zunächst das schon Bestehende erhalten bleibt, wurde die Position abgelehnt. Mit Genehmigung der Summe von 23,249 fl. als Zuschüsse an öffentliche Erziehungsanstalten wurde die Sitzung geschlossen.

Süddeutschland.

Bayern. **München**, 15. April. [**Ausweisung.**] Wir haben kürzlich die Ausweisung des Schriftstellers Kilian nach einer Münchner Korrespondenz der „Frkf. Ztg." mitgetheilt. Die „Südd. Presse" bringt nun darüber folgende Aufschlüsse: „Im Laufe der letzten Monate waren in mehreren größeren deutschen Blättern Münchener Original-Korrespondenzen veröffentlicht worden, welche in unwürdiger, ja nicht selten geradezu pöbelhafter Weise die bayer. Staatsregierung, selbst die Person des Königs verunglimpften und unter Weglassung der gravirendsten Stellen häufig in dem Hauptorgan des bayerischen Ultramontanismus als „Mittheilungen offenbar wohl unterrichteter Korrespondenten" u. dgl. reproduzirt wurden. Inhalt und Ton dieser Sensationsartikel ließen darüber keinen Zweifel, daß es dem oder den Verfassern systematisch darum zu thun war, Dynastie und Regierung gleichmäßig zu diskreditiren, der Lächerlichkeit, der

---

Er gibt den blutigen Straßenkampf von Berlin, das große „Mißverständniß" wieder, und meint schließlich zum Charakter der in hochrothen Farben vorübergezogenen Exposition und zum Brodeln und Gähren der wirr durcheinander stürzenden Kräfte: „Mißtönig genug, ohne Zweifel! Und doch ist es nur wie ein schüchternes Instrumentestimmen gewesen, verglichen mit der höllischen Kakophonie, welche die „Peripetie" uns vorführen wird. Mit dem März von 1848 war die Entwicklung des großen Drama's zu Ende, mit dem April hob die Verwicklung an." Damit entläßt uns der erste Band, und wir warten der angekündigten Kakophonie.

Alle Darstellung eines Recensenten nützt gegenüber der Sprache Scherrs nichts, man muß sie selber hören, um ihre schlagende Wirkung zu begreifen. Wählen wir gleich aus dem Anfang ein Exempel aus! Er stellt Napoleon und Goethe also nebeneinander: „Napoleon unternahm es, alle Hebel und Hülfsmittel der modernen Kultur zur Erneuerung des römischen Cäsarismus zusammenzufassen. Scheinbar nahe dem Ziele, scheiterte er, weil sein Unternehmen im Widerspruch mit sich selbst war. Denn der Träger der modernen Kultur ist das Bürgerthum, der dritte Stand, die Geschäftemacherschaft, und diese verlangt nicht so sehr die Achtung vor der Freiheit selbst — von welcher sie im Grunde ihres Herzens denkt, wie Falstaff von der Ehre — als vielmehr die Berücksichtigung der Freiheitsphrase. „Komm mit deinem **Scheine**, süßes Engelsbild!" Der korsische Glückssoldat würde wohlgethan haben, zuweilen des 5. Mai von 1789 sich zu erinnern. Sobald damals im Reichsständesaal zu Versailles der König nach gehaltener Thronrede seinen Federhut aufsetzte, und die Herren von der Kirche ihre rothen und violetten Barette und die Herren vom Adel ihre „aufgekrempten" Hüte aufsetzten, stülpten, aller feudalen Kleiderordnung zuwider, auch die Herren vom Geschäft ihre „niedergekrempten" Hüte fest auf die bürgerlichen Köpfe, und wollte das sagen: „So, fortan wollen wir, die Bourgeois, mitregieren im Staat, oder wenigstens soll man uns so thun lassen, als regierten wir mit. Napoleon hätte demnach den Menschen mit dem Sein des freien Staatslebens nicht zugleich auch den Schein desselben vorenthalten sollen. Daß er es dennoch that, das war sein Kaiserwahnsinn, und hat ihn zu Grunde gerichtet. Jedes Jahrhundert hat neben der allgemein menschlichen noch seine besondere Narrheit. Die des neunzehnten ist die parlamentarische (insania garrula senatoria). Wäre dem gewaltigen Schlachtenmeister in seinem Machtrausche nicht die Klugheit abhanden gekommen, so würde er das berücksichtigt und seine Zeitgenossen an dem Narrenseile geführt haben, welches sie sich selber zurechtgedreht hatten. Ach, er hatte keine Vorstellung von der ungeheuren Expansivkraft der Phrase; er machte das Schwatzventil zu, und die Folge war, daß der Kessel des Napoleonismus barst. Also ist ein weltumfassendes Genie thöricht an die Unmöglichkeit vergeudet worden. Die brutal-nackte Thatsache römischer Despotie in

Verdammung vor dem Richterstuhle der öffentlichen Meinung preiszugeben. Es gehörte bald zu den öffentlichen Geheimnissen, daß diese Artikel der Koalition des „Schriftstellers" Kilian aus Frankfurt an der Oder — nebenbei bemerkt eines durch Erkenntniß des Assisenhofes zu Bonn am 28. Okt. 1859 wegen Unterschlagung und Fälschung zu zweijährigem Gefängniß verurtheilten ehemaligen Postassistenten — und eines sicherlich nicht zu seinem Vortheile bekannten, hier beheimatheten Journalisten entstammten, der früher ebenso leidenschaftlich gegen Encyclica und Syllabus in der Presse aufgetreten, als er deren Grundsätze gegenwärtig im vorerwähnten Blatt vertheidigt. Daß die Polizei in der Erkenntniß, daß solchen Elementen gegenüber jede Nachsicht als Schwäche erscheinen müßte, den Entschluß faßte, die Staatsregierung wenigstens im eigenen Hause nicht weiter von solchen journalistischen Flibustiers mit Schimpf überhäufen zu lassen, und deßhalb dem einen der Genossen die Thüre wies, war wohl eine so klar indizirte Maßnahme, daß zu ihrer Begründung kein Wort weiter erforderlich erscheint. Wir wollen deßhalb nur noch anführen, mit welchen Beweismitteln ꝛc. Kilian die Autorschaft fraglichen Artikels ablehnte, nämlich mit der Erklärung, daß er in Folge seiner Schwerhörigkeit (!), die ihn offenbar am Einziehen von Nachrichten verhindere, nicht befähigt sei, Lokalkorrespondenzen zu schreiben! Wir wollen uns zum Schlusse nur noch die Bemerkung erlauben, daß es unserer Ansicht nach den achtbaren Vertretern der Presse übel ansteht, das wüste Treiben eines nach dem Gesagten sicherlich unwürdigen Angehörigen des journalistischen Berufes in Schutz zu nehmen, und der Polizei zuzumuthen, daß sie Abenteurern dieser Art ungestörten Spielraum für ihre Umtriebe gewähre!"

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Der Arbeitertag], der am Ostertag, weil in Wien selbst die Erlaubniß dazu versagt war, in Wiener-Neustadt unter freiem Himmel abgehalten wurde, war von 6—7000, nach dem „Wanderer" von 8—9000 Personen besucht. Von Wien brachte ein eigener Vergnügungszug etwa 800 Theilnehmer. Auf dem Hofraum einer Zuckerraffinerie fand die Versammlung statt. Eine schwarz-roth-gold drapirte Tribüne war errichtet, auf welcher der Vorstand des Wiener-Neustädter Arbeitervereins, dann die Abgeordneten der Behörde und die Journal-Reporter ihre Plätze eingenommen hatten. Den Vorsitz führte der Obmann des Arbeitervereins von Wiener-Neustadt, Ferdinand Müller. Schon um halb 2 Uhr begann sich der Hofraum immer mehr und mehr mit Menschen zu füllen. Arbeiter aller Nationalitäten bildeten natürlich das Hauptkontingent der Anwesenden. Auch eine Anzahl von Lassalleanerinnen fand sich, sei es ob aus Neugier, sei es aus Interesse, ein. Galant, wie die Wiener Arbeiter sind, räumte man ihnen die freilich nur spärlich vorhandenen Stühle ein. Ebenso nahm ein Ordensgeistlicher an der Versammlung Theil; erst als einer der Redner, offenbar ein großer Sünder in den Augen dieses Gerechten, gegen die Sonderstellung der Priester im Staate zu sprechen begann, da schüttelte er eiligst den Staub der bösen Denkungsart von sich ab und ergriff, von panischem Entsetzen ob solcher Gottlosigkeit erfaßt, die Flucht, um nicht mehr wiederzukehren. Auch Militärs verschiedener Waffengattungen trieb das ungewöhnliche Schauspiel, Einlaß in den Hofraum zu begehren. Doch, bewaffnet mit Seitengewehren, mußten sie sich bescheiden, vor den Thoren Stellung zu nehmen, da der große Eifer, mit welchem unsere Gerichte jede geringfügige, ganz unabsichtliche Verletzung des Gesetzes durch die Arbeiter verfolgen, die Paragraphen des Vereins- und Versammlungsgesetzes ihrem Gedächtnisse wohl eingeprägt hat. Um 2¼ Uhr wurde die Diskussion eröffnet. Ueber den ersten Gegenstand der Tagesordnung, „Selbsthülfe und Staatshülfe", entspann sich eine lebhafte Debatte. Groß aus Wien beantragte nach einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede die Annahme einer Resolution, in welcher die Selbsthülfe als ein kleiner Theil jener Mittel bezeichnet wird, durch welche die Lage der Arbeiter gebessert werden kann; da ferner die Arbeiter gegenwärtig politisch rechtlos daständen, so müßten die Arbeiter zur Besserung ihrer Lage die Gleichstellung des Arbeiterstandes mit den übrigen Klassen anstreben und zu diesem Zwecke auf die Erlangung des allgemeinen Wahlrechtes dringen. Nachdem mehrere Redner hierüber, die meisten für, aber auch einer dagegen, nämlich dahin, daß die Prinzipien der genossenschaftlichen Selbsthülfe und der Socialdemokratie in Einklang gebracht würden, sich ausgesprochen, wurde die Resolution mit überwiegender Mehrheit angenommen. — Auf Anregung eines Anwesenden ward sodann beschlossen, eine Petition an den Reichsrath zu richten, derselbe möge bei Berathung des neuen Zollvertrags mit Preußen nicht blos auf die handelspolitischen Verhältnisse, sondern auch auf die materielle Lage der Arbeiter Rücksicht nehmen. Insbesondere wird auch in der Petition auf die nothwendigen Vorbedingungen, Herabsetzung der Kohlen- und Frachttarife der Bahnen, hingewiesen, um die österreichische Industrie mit der ausländischen konkurrenzfähig zu machen. — Betreffend die Nationalitätenfrage ward auf Antrag Groß', die Resolution einstimmig angenommen: „Die Nationalitätenfrage, welche die Arbeiter nach Stamm und Sprache scheiden will, ist mit der Idee des Arbeiterstandes unvereinbar und muß daher ebenso entschieden zurückgewiesen werden, als eine Scheidung derselben Glaubens wegen. Die Arbeiter kennen keinen Unterschied, sei es der Sprache oder des Glaubens, und streben mit vereinten Kräften ihrem Ziele zu. Gleiches Recht für Alle!" Endlich wurde die Bildung eines österreichischen Arbeiterverbandes als Vorläufer eines europäischen in Anregung gebracht, und aus den Vereinen von Wien und Wiener-Neustadt ein Comitee zur Berathung dieser Angelegenheit gewählt. Um 4½ Uhr ward der Arbeitertag geschlossen. Die Haltung der Arbeiter war ruhig und gemessen und die Verhandlungen erlitten keine Störung.

Ausland.

Nordamerika. [Anklage-Rede.] Die Rede, mit welcher General Butler als Wortführer der Anklage gegen den Präsidenten auftrat, hielt sich an Thatsachen und suchte zuerst das Freiheitsgefährliche, Unpatriotische und Ungesetzliche im Benehmen Andrew Johnsons, dann die verbrecherische Absicht desselben nachzuweisen. Gegen Schluß hob der Redner nachdrücklich die große Tragweite der Sache hervor, indem er mit beredten Worten dem Gerichtshofe die Gefahr schilderte, welche für alle Zukunft der Republik bevorstehe, wofern man jetzt nicht fest und energisch die Uebergriffsversuche unterdrücke. Nach Butlers dreistündiger Rede begannen die Herren Bingham und Wilson, denen die Beweisführung zugefallen, diese mit Vorlegung und Verlesung einer Reihe von Schriftstücken, den Amtseid des Präsidenten, Lincolns Botschaft, die Stanton das Kriegsportefeuille ertheilt, die Bestätigung

---

eine Zeit hineinzustellen, welche die Blöße ihrer Knechtschaffenheit zehnfältig mit der Freiheitsphrase drapirt und die gemeinen Züge ihrer Selbstsucht mit der Schminke der Humanität überkleistert. . . Wie der Soldatenkaiser ein Weltalter abgeschlossen hat, so that auch der Dichterkaiser. Aber wie ganz anders that er es! Auch in Goethe war ein weltumfassender Genius thätig, aber nicht um einem Phantom nachzujagen, um einen Traum zu verwirklichen, sondern vielmehr um dem Realen den Stempel des Idealen aufzuprägen. Alles Süße, Schöne, Hohe, alles Liebliche und Tröstliche, was Naturleben und Kunstschaffen bieten, Goethe hat es mit heidnisch-frommer Hand zu einem ewig frischen Strauße gebunden, dessen Glanz die Augen erfreuen, dessen Duft die Herzen erquicken wird, so lange der Menschheit „labyrinthische" Laufbahn währt. Er dichtete das große Trauerspiel des menschlichen Geistes, den Faust; aber mitleidsvoll, der Schwäche seiner Zeitgenossen Rechnung tragend und erkennend, daß sie lieber erheitert als erschüttert sein wollten, ließ er die irdische Tragödie in eine himmlische Komödie verlaufen. Weise mahnte er: Ihr werdet die Welt im Ganzen und Großen niemals ändern, richtet sie also wenigstens im Einzelnen und Kleinen möglichst wohnlich und schön ein. Wenn er den jugendlichen Titanismus seines Lieblingssohnes Faust

„Vom Himmel fordern ließ die schönsten Sterne" . . .

so verwies er das dem Himmelsstürmer sofort mit den liebenden Vaterworten:

„Die Sterne die begehrt man nicht,
Man freut sich ihrer Pracht!"

Und während sein großer Freund Schiller den dürstenden Seherblick der Zukunft zukehrte, pflegte er liebevoll die Blumen und Blüthen der Gegenwart. In die Seele Goethe's war die „olympische" Ruhe der „Resignation" des von ihm wohlstudirten und hochverehrten Spinoza eingezogen. Darum legte sich die Goethe'sche Poesie über den tosenden Welttag des achtzehnten Jahrhunderts hin wie ein prächtiges Abendroth, still und bewegt zugleich, majestätisch und friedsam, entzückend und beschwichtigend." So viel als Stylprobe.

Johannes Scherr ist Pessimist, das beweist nicht blos sein jetziges Buch und neben ihm die in's Große durchgeführte, eben jetzt auch erschienene Abhandlung „das Trauerspiel in Mexiko." Es ist das eben ein Standpunkt wie der Optimismus auch; welchem die vertiefte historische Betrachtung, die hinter die Coulissen und Draperien schaut, recht gebe, darüber ließen sich Abhandlungen schreiben; es ist nicht unsere Sache. Das aber ist sicher — und das ist auch entscheidend — daß dieser Standpunkt bei Scherr auf einer durch Praxis und Theorie mit Schmerzen gewonnenen Basis ruht und seine innerste Ueberzeugung bloßlegt.

(A. Z.)

des Ministers durch den Senat, Johnsons Absetzungsbefehl an den Kriegsminister, seine Botschaft in derselben Angelegenheit an den Senat, und andere. Die Zeugen-Aussagen brachten nichts Neues. Nach Beendigung des Zeugenverhörs für die Anklage wird Stanberry als leitender Vertheidiger für den Präsidenten das Wort nehmen, und auf seine Rede wird die Vernehmung der Schutzzeugen erfolgen, die Seitens der Anklage von Williams und Butler ins Kreuzverhör genommen werden. Die Schlußrede der Vertheidigung soll Evarts halten und nach den noch etwa nöthig werdenden Zeugenvernehmungen Bingham das letzte Wort für die Anklage sprechen. Die Leiter der Anklage hegen wohl nicht ohne Grund die Erwartung, daß von der andern Seite Alles geschehen werde, um die Verhandlungen zu verschleppen und Zeit zu gewinnen, und haben sich deßhalb entschlossen, falls die Vorführung von Zeugen aus großer Entfernung beantragt werden sollte (gelegentlich der Beschuldigungen wegen unkonstitutioneller und unziemlicher Reden), von vornherein Alles gelten zu lassen, was diese Zeugen beweisen könnten.

Die Scene, welche sich jetzt während des Präsidenten-Processes von Tag zu Tag in Washington entwickelt, beschreibt die New-Yorker „Handels-Zeitung" als folgende: „Um 11 Uhr versammelt sich der Senat und beschäftigt sich mit irgend einem trockenen Gegenstande, welcher die Anwesenheit eines Auditoriums von Damen in der glänzendsten Toilette keineswegs rechtfertigt. Auch herrscht unter den zarten Hörerinnen eine Bewegung, welche deutlich genug ihre Ungeduld und ihr Bestreben, auf die dem schönen Geschlechte eigenthümliche Art und Weise sich die Langeweile zu vertreiben, verräth. Schlag 1 Uhr erklärt der Senat sich bereit, den Proceß Andrew Johnson's vorzunehmen, und jetzt ändert sich das Bild. Herr Chase erscheint in seiner oberrichterlichen Robe und ruft das Tribunal zur Ordnung. Die Prosecutoren nehmen die ihnen bestimmten Sitze ein. Durch die weit geöffneten Thüren treten die Mitglieder des Repräsentantenhauses zu Zweien, Arm in Arm in den Saal, es füllt sich die Diplomaten-Loge, die noch ledigen Plätze im Zuschauerraume werden besetzt und die Verhandlungen beginnen."

Amtliche Nachrichten.

München, 15. April. Se. Maj. der König hat den Hauptmann M. Häusler vom 15. Inf.-Reg. bleibend und den Unterquartiermeister K. Braun von der Stadtkommandantschaft Nürnberg auf 2 Jahre in den Ruhestand versetzt; dem Hauptmann Prinzen Leopold von Bayern, k. H., vom 3. reit. Art.-Reg. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des kaiserl. österr. Ordens des goldenen Vließes ertheilt; den charakterisirten Generallieutenant Fr. du Jarrys Frhrn. von La Roche vom Generalquartiermeisterstab, bisher Hofmarschall, dann die bisherigen Flügeladjutanten weiland Sr. Maj. des Königs Ludwig I., Generallieutenant Th. Frhrn. v. Zeche, und Oberstlieutenant Fr. v. Gmainer, erstere Beide in Disponibilität, Letzteren zum 15. Inf.-Reg. versetzt; den Hauptmann L. Albert vom 14. Inf.-Reg. auf 2 Jahre in den Ruhestand versetzt; die Unterlieutenants K. Beck vom 1. Art.-Reg. und A. Barthel vom Genie-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; den temporär pens. Regimentsauditor Eugen Schwarz weitere 2 Jahre in dem Ruhestand belassen; den Unterlieutenant M. Schwarz vom Inf.-Leib-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; die Hauptleute M. v. Schlägel vom 7. Inf.-Reg. auf 2 Jahre, Th. Lehr vom 10. Inf.-Reg. bleibend und L. Frhrn. v. Pöllnitz vom 11. Inf.-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Hauptmann E. Sommer bleibend im Ruhestand belassen; den Hauptmann K. Franz vom 15. Inf.-Reg. auf 1 Jahr in den Ruhestand versetzt; die Unterlieutenants M. Back vom 13., J. Wankerl vom 15. Inf.Reg. und Jos. Bleyer vom 2. Art.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; den temp. pens. Rittmeister E. Ritter v. Mann ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung im Ruhestand belassen.

Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung vom 10. d. hinsichtlich des diesjährigen Garnisonswechsels der Infanterie bestimmt, daß das 1. Bat. des 2. Inf.-Reg. von Germersheim nach München; das 2. Bat. des 3. Inf.-Reg. von Neuulm nach Lindau; der Regimentsstab und die Depots, dann das 2. und 3. Bat. des 4. Inf.-Reg. von Aschaffenburg nach Germersheim; das 1. Bat. dieses Regiments von Germersheim nach Landau; das 2. Bat. des 5. Inf.Reg. von Landau nach Aschaffenburg; das 3. Bat. des 6. Inf.Reg. von Germersheim nach Amberg; das 3. Bat. des 7. Inf.-Reg. von München nach Forchheim; der Regimentsstab und die Depots, dann das 3. Bat. des 8. Inf.-Reg. von Passau nach Germersheim; das 2. Bat. dieses Regiments mit der Regimentsmusik von Passau nach Landau; das 1. Bat. dess. Regiments von Ingolstadt nach Germersheim; das 2. Bat. des 10. Inf.-Reg. von Germersheim nach Ingolstadt; das 1. Bat. des 11. Inf.-Reg. von Lindau nach Regensburg; das 2. Bat. des 12. Inf.-Reg. von Landau nach Neuulm; das 1. Bat. des 13. Inf.-Reg. von Zweibrücken nach Ingolstadt; das 2. Bat. des 15. Inf.-R. von Landau nach Neuburg und das 5. Jäger-Bat. von Speyer nach Zweibrücken verlegt werde.

München, 14. April. Se. Maj. der König hat dem k. preußischen Generallieutenant v. Hartmann das Großkreuz des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den Revierförster Jos. Felser von Loisnitz, Forstamts Regensburg, unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienste, seinem Ansuchen entsprechend, in den Ruhestand treten lassen, dann den Revierförster Fr. Thoma von Neuenhammer in gl. Diensteseigenschaft auf das Revier Loisnitz versetzt und an dessen Stelle den dermaligen Aktuar des Forstamts Vilseck, W. Steger, zum prov. Revierförster nach Neuenhammer im Forstamte Vohenstrauß ernannt; ferner dem k. Regierungsrath und Kreisforstmeister Fr. Heldrich in Bayreuth in Rücksicht auf seine 50jährigen mit Eifer und Treue geleisteten Dienste das Ehrenkreuz des k. bayer. Ludwigsordens verliehen; dem Gutsbesitzer O. Steinbeiß in Brannenburg die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem Kaiser der Franzosen ihm verliehenen Ritterkreuzes des Ordens der Ehrenlegion ertheilt; dem Ministerialassessor im k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern R. Gombart die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von dem Könige von Preußen ihm verliehenen Kronenordens 3. Klasse ertheilt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{5}{8}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{5}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{1}{2}$—$\frac{7}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{1}{2}$—50 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	42 G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P. 93 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P. 93 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	93 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85[illegible] P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$80\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 24	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{4}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	$75\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$123\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713—10 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$189\frac{1}{2}$—89 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{3}{4}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	84 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$333\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{4}$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr à 28 kr.	$258\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118\frac{1}{2}$ P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{1}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$242\frac{1}{2}$ P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$121\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 P. $101\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$144\frac{1}{2}$ P.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{3}{4}$ P.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	71 P.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$131\frac{1}{4}$ G.
„	do. v. 1864	$84\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$98\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$10\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35		51 P. $50\frac{3}{4}$ G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ P. 35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.

Frankfurt, 16. April. Die Tage folgen sich, aber sie gleichen sich nicht. Gestern auf Friedenslieder höhere Stimmung und Hausse, heute auf die gleiche Tonart gesenkte Köpfe. Der Eifer ist schon wieder gekühlt. Wien sendet mattere Course, die sich nach Berichten von dort weniger auf die hohe Politik, als auf ungesunde innere Zustände des Platzes zurückführen lassen. Man verkehrte daraufhin auch hier mit österr. Spekulationspapieren in matter Haltung. Credit verlor 1—$1\frac{1}{2}$ fl., Steuerfreie dagegen waren, wie auch die übrigen österr. Anlagepapiere, ziemlich unverändert, National sogar $\frac{1}{4}$ pCt. und $4\frac{1}{2}$ pCt. Metalliques $\frac{1}{2}$ pCt. besser.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 108.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 18. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Fortsetzung der Kultus-Etats-Berathung.

München, 17. April.

In der gestrigen 88. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde die Berathung über den Voranschlag der Staatsausgaben fortgesetzt und zwar über den Etat für höhere wissenschaftliche Bildung. Für die Akademie der Wissenschaften wurden 18,793 fl. ohne Debatte eingestellt. — Für das Generalkonservatorium der wissenschaftlichen Sammlungen des Staates postulirte die Regierung 88,561 fl.; der Ausschuß aber beantragte, nur 76,000 fl. zu genehmigen, da er die Erwerbung des von Siebold'schen japanesischen Museums und des Dr. Sturm'schen naturhistorischen Museums abgelehnt wissen will. Dr. Edel beantragte, die vom Ausschusse vorgeschlagene Summe von 76,000 fl. um 6000 fl. zu erhöhen, um die Erwerbung der beiden genannten Museen zu ermöglichen. Redner erörterte ausführlich den ungeheuren Werth der v. Siebold'schen Sammlung für die Wissenschaft und Gewerbe und glaubt, daß die Erwerbung dieser reichen Sammlung für Bayern eine ehrenvolle wäre. Weise man den Rücklaß eines so ausgezeichneten Bayern, eines Mannes, welcher sich der Aufgabe, Ostindien mit Europa zu verbinden, sein ganzes Leben hindurch unterzogen hat, nicht von sich, zumal der Preis ein äußerst billiger ist und der v. Siebold'schen Familie eine Last abgenommen wird.

Dr. Anton Schmidt beantragte, dem Naturalienkabinete in Bamberg zu dem, was es schon bezieht, noch einen Zuschuß von 150 fl. zu gewähren und zwar 100 fl. für das Kabinet und 50 fl. für den Präparator. Dr. Ruland beantragte, der Position für das Generalkonservatorium noch 100 fl. zuzuschlagen, um den Bezug des ständigen Münzkabinetsdieners von 120 fl. auf 220 fl. erhöhen zu können.

Dr. M. Barth bevorwortete die Erwerbung der Siebold'schen Sammlung. Wenn man etwas für die Wissenschaft erwirbt, so kann man nur selten sagen, wozu es speziell der Wissenschaft dient. Aber es dient doch im Allgemeinen der Wissenschaft und diese dient wieder dem Leben. Berücksichtigt man, daß diese japanesische Sammlung einen hohen Werth hat und doch um einen höchst geringen Preis erworben werden kann, so sollte man die Erwerbung ermöglichen. Sie wird ein sehr schönes Glied unserer Sammlungen bilden, die selbst vor den Berliner Sammlungen den Vorzug haben. Die Regierung hat die Sammlung mit dem Vorbehalte erworben, daß die Kammern ihre Zustimmung geben; die Erwerbung der Sammlung war ein Wunsch des seligen Königs Max. Bereiten wir der Regierung keine Verlegenheit und ehren wir das Andenken an König Max, erwerben wir die Sammlung. Spare man an Allem, spare man nur nicht an der Wissenschaft.

Frhr. v. Stauffenberg empfahl gleichfalls den Ankauf der genannten Sammlungen, denn es handle sich um einen Akt der Pflichterfüllung gegen die Wittwen hervorragender Gelehrter, die ihr ganzes Leben und Vermögen diesen Sammlungen geopfert haben. Mandel kann, nachdem wir selbst die Befriedigung rechtlich begründeter Ansprüche auf später verschieben, es nicht für gerechtfertigt halten, für einen spezifisch wissenschaftlichen Zweck eine so bedeutende Ausgabe zu machen. Wir seien noch nicht bankerott, aber wir könnten es werden, wenn wir so fortfahren, Barmherzigkeit zu üben. Es handle sich hier nicht blos um den Ankaufspreis, sondern um eine noch weitere bleibende Last, nämlich um die Unterhaltungskosten. Die finanzielle Lage des Landes gebiete die Ablehnung; er (Redner) protestire daher dagegen, wenn man aus dieser Ablehnung einen Mangel an Patriotismus deduziren wollte. Die Presse könne von Barbaren, Vandalen sprechen, daran liege ihm nichts, er lasse sich auch dadurch nicht bei seiner Abstimmung leiten.

Dr. Ruland bevorwortete die Erwerbung der Sammlungen aus finanziellen Gründen. Anfangs haben solche Sammlungen allerdings keinen so bedeutenden materiellen Werth, aber später werde der Werth ein sehr großer werden. Die Presse, die große und die kleine, kümmere ihn gar nichts, selbst nicht die Neuesten Nachrichten. (Heiterkeit!) Die Siebold'sche Sammlung ist und bleibt werthvoll, mag die Presse sagen, was sie will. Auch den Schmidt'schen Antrag bevorwortete Redner, weil gerade die Bamberger für ihre Sammlungen höchst opferwillig sind. — Dr. Streit unterstützte gleichfalls den Antrag Edels, soweit er die Erwerbung der v. Siebold'schen Sammlung betrifft. Die Art, wie Mandel die Ablehnung des Antrags empfahl, kann Redner nicht billigen: So weit seien wir Gott sei Dank noch nicht, daß wir durch den Ankauf einer

Die Unmöglichkeit eines Erfolges bei der abessinischen Expedition.

Von Dr. G. Schweinfurth.

Schon jetzt läßt sich mit Bestimmtheit behaupten, und die nächste Zukunft wird es gar bald außer Frage stellen, daß allen Erwartungen zuwider weder direkte Waffenerfolge in Aussicht stehen, noch eine siegreiche Bekämpfung der natürlichen Hindernisse, welche sich den Engländern bei Fortsetzung ihres Kriegszuges gegen den Aethiopen-König Theodor entgegen stellen. Wir befinden uns in der Mitte des Monats April, noch weitere vier Wochen, so haben wir den Beginn der vollen Regenzeit in Abessinien bereits hinter uns. Warten wir daher noch einige Correspondenzen der „Times" ab, und wir lesen an Stelle hochfliegender Träume von der Eroberung Magdala's nichts als endlose Klagen über die bodenlosen Wege, über gänzliches Aufhören des Proviant-Nachschubes von der Küste, ja, von befürchteter Umzingelung der Avantgarde durch die Eingeborenen.

Magdala in sieben Tagmärschen erreichbar nach den letzten Berichten, — welch' schöner Traum und wie rauh die Wirklichkeit! müßte man hinzufügen; denn ein Traum ist's und ein solcher wird es bleiben, wenn nicht den verwegenen Eindringlingen noch schnell Flügel aus den Schultern ihrer Pferde und Maulthiere erwachsen, um sie wohlbehalten und noch zur rechten Zeit über die Klüfte und Gießbäche des Takasse-Quellgebietes, vor dessen Thoren sie gegenwärtig stehen, hinüberzuzaubern an das Ziel ihrer Wünsche, dem Bollwerke des Nationalstolzes der Abessinier. Wird doch Jeder, der sich in die Topographie dieses Landes vertiefte, hierin eben so wenig eine Uebertreibung erblicken, als in dem von uns gestellten Prognostiken über ein voraussichtliches Scheitern des abessinischen Feldzuges für dieses Jahr.

Zwar werden solchem Raisonnement Manche mit dem Einwande begegnen, es sei noch immer hinreichende Zeit vorhanden, um, von dem Datum der letzten Nachrichten gerechnet, selbst nach dem geringen Maße des bisherigen Vorrückens der Avantgarde in zwei Monaten Magdala zu erreichen, dieses durch einen Handstreich zu nehmen und die Gefangenen zu befreien, noch ehe die Regengüsse alle Hoffnungen zu Wasser gemacht haben würden. Indeß, selbst die Möglichkeit zugegeben, daß bei Aufbietung der äußersten Energie und mit Zurücklassung auch des letzten Tabaksbeutels und der letzten Theekanne die wild zerklüfteten Defilé's von Lasta in der angegebenen Frist zu forciren seien, welche Vorstellungen knüpft man dann eigentlich an die Tausende von Fußen nach allen Richtungen hinabgähnender Felswände jener Riesenfeste, im Vergleich zu der sich Königstein und Ehrenbreitstein ausnehmen, wie ein kleines Festungsgemäuer, und welche auf ihren Stunden im Umfange zählenden Terrassen Kornfelder zum Unterhalte einer ganzen Armee beherbergen? Weder der englische Oberbefehlshaber, noch die Kartensammlungen irgend eines Generalstabes besitzen notorisch eine topographische Skizze Magdala's; eine solche befindet sich z. B. allein als Manuscript und noch unpublicirt in den Händen Theodor v. Heuglin's, des bekannten langjährigen Freundes des Aethiopen-Königs und Gastes desselben im Jahre 1862. Schreiber dieses hat jenes kartographische Curiosum vor einigen Tagen bei Herrn v. Heuglin zu bewundern Gelegenheit gehabt.

Sowohl die Natur der Gebirgsformation von Magdala, als auch die Beschaffenheit des abessinischen Lagers ist nach Aussage des ge-

solchen Sammlung bankerott werden. v. Siebold sei anerkannt ein sehr großer Gelehrter gewesen und hätte von Holland eine Anerkennung anzusprechen gehabt. Allein Holland habe diese Anerkennung nicht gewährt, weil Siebold sich geweigert hat, die holländischen Interessen den europäischen vorzuziehen. Heute handle es sich darum, einem der berühmtesten Bayern ein Denkmal zu setzen.

Kolb gibt zu, daß die Verdienste Siebolds groß sind, kann sich aber durch die heute vernommenen Gründe nicht bewegen lassen, für den Ankauf der Sammlung zu stimmen. Der Ankaufspreis sei, wenn man unsere finanzielle Lage berücksichtigt, nicht gering. Wenn man sagt, man solle die Sammlung aus finanziellen Gründen kaufen, weil ihr Werth fortwährend steige, so erwidere er, der Staat solle nicht spekuliren. Dann hätten wir in München mehrere Sammlungen, die nicht gehörig ausgenützt werden können, weil sie nicht vollkommen aufgestellt sind. Was hilft es, wenn wir immer neue Sammlungen ankaufen und nicht Sorge tragen, daß die vorhandenen Sammlungen ausgenützt werden können! — Krausold ist für den Ankauf der beiden Sammlungen. Die Gründer derartiger Institute opfern in der Regel ihr Leben und Vermögen und hinterlassen den Familien nichts; allein weil die Sammler die Pioniere unserer Kultur sind, sollte man doch einigermaßen für die Hinterbliebenen sorgen. Dr. Edel trat wiederholt für die Erwerbung der Sammlungen ein. Siebold habe seine Sammlung deßhalb früher nicht verkauft, weil er sein Wort gegeben hatte und weil er diesen kostbaren Schatz seinem Vaterlande erhalten wissen wollte. Es handle sich nicht um ein Almosen für die Familie, sondern um die Erwerbung eines Werthes für den Staat. In Preußen habe man bald nach der Schlacht von Jena für die gelehrten Sammlungen sehr viel gethan, thuen wir dasselbe. In der Presse habe man die ganze Angelegenheit ungeschickt angepackt, allein das könne die Kammer in ihrem Votum nicht irre machen: „Lassen Sie die Sünden der Presse nicht die Wissenschaft büßen!" Hänle besorgt Vorwürfe, wenn die Kammer heute für solche Zwecke eine so bedeutende Ausgabe machen würde.

Nachdem noch Dr. A. Schmid und v. Schultes den Ankauf bevorwortet hatten, vertheidigte Feustel den Ausschußantrag. Der Ausschuß sei gegen den Ankauf der Sammlungen, weil sie zu theuer seien und weil, wenn angekauft, die Unterhaltung viel koste. Wir hätten schon zu viele Sammlungen und so, wie ihre Benützung jetzt möglich ist, sei nicht viel genützt. In Stuttgart habe man auch eine große Sammlung, aus welcher jeder Gewerbtreibende ein Stück zur Nachahmung erhalten kann; bei uns hätten sich 20 Gewerbevereine an das Handelsministerium gewendet, es möchte auch in Bayern eine solche Mustersammlung, wie sie in Stuttgart besteht, gegründet werden, allein man habe erwidert, daß hiezu die finanziellen Mittel fehlen. Die Ehre und Würde des Staats werde nicht verletzt, wenn die Sammlungen nicht angekauft werden. Auch der bayerischen Kammer könne der Vorwurf nicht gemacht werden, daß sie für die Wissenschaft nichts thue. Sie habe jetzt schon mehr genehmigt, als die Regierung verlangte. Die Regulirung der Donau, der Verwaltungsgerichtshof und das Schulgesetz veranlassen noch große Ausgaben, auf die auch Rücksicht genommen werden müsse. Dem Antrag Schmidts trat Redner nicht entgegen, was aber den Diener im Münzkabinet betrifft, so soll er schon aus der Regie höher besoldet werden.

Minister v. Gresser bestätigt, daß der Vorstand der Akademie bei Aufstellung seiner Postulate mit der größten Beschränkung zu Werke ging. Was die Siebold'sche Sammlung betrifft, so habe auch er (Redner) für deren Ankauf sprechen wollen; er verzichte aber darauf, da schon so treffliche Reden für den Ankauf gehalten wurden, deren Eindruck er nicht abschwächen wolle. Redner beschränkt sich darauf, den dringenden Wunsch auszusprechen, daß es dem hohen Hause gefallen möge, den Ankauf zu beschließen. Die Besorgniß, daß durch die Unterhaltung der Sammlung besondere Kosten erwachsen würden, sei unbegründet. Die Sturm'sche Sammlung soll an andere naturhistorische Sammlungen in den Provinzen vertheilt werden. Redner schließt: Keine Ausgabe trägt reichlichere Früchte, als die Ausgabe für die Wissenschaften.

Dr. Ruland zog in Folge der Erklärung Feustels seinen Antrag zurück. Bei der Abstimmung wurde der Antrag Edels (also der Ankauf der beiden Sammlungen), wie gemeldet, abgelehnt, die Anträge Dr. Schmidts und des Ausschusses aber angenommen, so daß also für das Generalconservatorium 76,150 fl. genehmigt sind.

Für die Hof- und Staatsbibliothek schlägt der Ausschuß 45,700 fl. vor. Hirschberger stellte den Antrag, diese Summe um 500 fl. zu erhöhen, um damit den Gehalt der Sekretäre erhöhen zu können. Dr. Ruland und Präs. Dr. Pözl empfahlen diesen Antrag sehr dringend. Letzterer bemerkte u. A., die Kammer erfülle nur einen Akt der Billigkeit und Gerechtigkeit gegen die betreffenden Beamten, denn der Gehalt, den sie beziehen, stehe in keinem Verhältniß zu dem, was sie leisten. Der Antrag wurde auch wie der Antrag des Ausschusses angenommen. — Für die Bibliotheken in Amberg, Bamberg und Augsburg beantragte der Ausschuß, 1100 zu genehmigen. Dr. Schneider stellte den Antrag, diese Summe zum Besten der Bibliothek in Bamberg um 200 fl. zu erhöhen. Frhr. v. Stauffenberg will für die Bibliothek in Augsburg 200 fl. mehr bewilligt haben. Der Staat thue für solche Anstalten viel zu wenig. Bermühler findet es sehr auffallend, daß so viele Anträge jetzt gestellt werden. Das Budget befinde sich seit 6 Monaten in den Händen

---

nannten Augenzeugen eine derartige, daß auch in dem Falle, wo sich in der Umgebung passende Stellen zum Auffahren von Belagerungs-Geschütz darbieten (was aber nicht der Fall ist, aus dem einfachen Grunde, weil die Thalwände nach allen Seiten hin 5—8 Stunden weit in gerader Linie von einander durch 4000 Fuß tiefe Klüfte getrennt sind), die Größe des Belagerungs-Objektes einen Artilleriepark erheischen würde, welcher weit größer sein müßte, als er bei der Eroberung Sebastopols in Anwendung kam. Nun aber werden die Engländer, wenn der Oberbefehlshaber, ein zweiter Hannibal, seine Liebhabereien durchsetzt und auf Elephanten ein paar Armstrongs vor Magdala führt, dennoch über eine nur sehr geringe Artillerie zu verfügen haben; indeß, auch eine gewaltigere würde gegen Bergkolosse und weitvertheilte Zeltlager — denn was gäbe es sonst viel auf Magdala zusammenzuschießen? — nur müßiges Pulver vergeuden. Die Festung mit einem Handstreiche zu nehmen aber ist eine Idee, welche nur in den Köpfen derjenigen Platz zu greifen vermochte, welche keine Ahnung von den Hindernissen, wie sie das Terrain daselbst darbietet, haben, welche den Muth und die Intensität des Fremdenhasses der Abessinier zu gering anschlagen oder doch mindestens außer Acht lassen, daß nach allen Schilderungen nur ein einziger schmaler und durch Einen Krieger zu vertheidigender Zugang in das Innere der Bergveste führe, welche nach allen Seiten mit völlig senkrechten Wänden von mehreren Tausend Fuß relativer Höhe in die Tiefe starrt.

Wer aber glaubt wohl, daß König Theodor es zur offenen Feldschlacht kommen lassen wolle? Ganz abgesehen davon, daß solche Taktik der Natur der Kriegführung in jenem Lande völlig zuwiderliefe, hieße es geradezu sich dem Untergange weihen, und dazu ist Theodor doch weder der Mann, noch durch die Verhältnisse zu solchem verzweifelten Spiele im geringsten genöthigt.

Nachdem in letzter Zeit die Berichte von dem Vortrabe der Expedition einen kleinlauten Ton angeschlagen und Klagen über mangelnde Zufuhr, kärgliches Futter für die Thiere und zunehmende Terrain-Schwierigkeiten sich immer häufiger vernehmen ließen, erhalten wir in Briefen von dem Expeditionscorps jetzt Winke und Fingerzeige über den schleppenden, schwerfälligen Gang des Vorrückens mit großem Gepäck, dann Klagen über plötzlichen Systemwechsel im Trainwesen, wo der Mannschaft, statt wie vordem eine Menge unnützer Dinge, jetzt auf einmal alle und fast jegliche Bagage genommen wird; zum Schlusse folgen noch trostlose Aussichten über die Folgen der immer näher rückenden Regenzeit und die Unerreichbarkeit des Zieles. Aus diesen Berichten geht namentlich hervor, daß die ganze britische Streitmacht im höchsten Grade der Sache überdrüssig sei und Klagen über das Commando an der Tagesordnung wären, welches sich, allerdings das schlimmste Zeugniß, aus einem Extrem in das andere wirft. Allgemeine Verwunderung Seitens der Engländer erregt die im Volke überall verbreitete Ueberzeugung von Theodor's gewaltiger Ueberlegenheit, und schon jetzt, wo noch keine Attaque erfolgt ist und noch keiner der guten Freunde im Rücken seine Dienste gekündigt oder sich nach Belieben von den endlosen und fast wehrlosen Trainzügen Beute geholt hat, lassen sich die Truppen durch einen einfachen Grasbrand in Furcht jagen, ja die Meinung vorherrschte, die Eingeborenen hätten das zur Zeit noch dürre Gras angezündet, um den Truppen die Fütterung ihrer Thiere zu erschweren. Wegen einzelner vermißter Maulthiertreiber, welche wahrscheinlich beiseits umgebracht wurden, werden die ermüdeten Truppen mit dem lästigsten Nachtwachdienste geplagt und oft sollen mehr Leute auf Wache stehen, als sie im Lager zu beschützen haben.

So standen die Dinge im März; wie werden sie erst im Juni stehen? Noch wäre den Engländern ein Rückzug auf der ziemlich gangbaren Strecke nördlich vom Aschangi-See möglich; nach Ueberschreitung des Takasse-Quellgebietes aber wird es, ist einmal die Regenzeit da, eine Unmöglichkeit für sie sein, sicher das Meer wieder zu erreichen, und dann wird die Zeit gekommen sein, wo ihnen Theodor als Botschaft eine Maus, einen Frosch und einen Pfeil senden kann. (Köln. Ztg.)

der Abgeordneten: wer Anträge stellen wollte, hätte also Zeit genug gehabt, sie beim Ausschuß schon einzubringen; jedenfalls sei es eine eigenthümliche Sache, wenn selbst ein Mitglied des Ausschusses Anträge jetzt stelle, die es recht gut im Ausschuß selbst hätte stellen können. Frhr. v. Stauffenberg erwiderte, daß es keinem Mitglied des Hauses zustehe, andere Mitglieder zu censiren, wenn sie ein ihnen zustehendes Recht ausüben. Er (Redner) müsse sich energisch gegen ein solches Gebahren verwahren. — Die Anträge Schneiders und Stauffenbergs wurden abgelehnt, der Ausschußantrag angenommen.

Als Beiträge und Zuschüsse an die drei Landesuniversitäten schlägt der Ausschuß vor zu genehmigen und zwar a) als fundationsmäßige Reichnisse 62,807 fl., b) als besondere budgetmäßige Zuschüsse 229,400 fl. Dr. v. Hoffmann beantragt, die letztere Summe um 1550 fl., eventuell um 600 fl. zu Gunsten der Universität Erlangen zu erhöhen. Dr. Edel erklärte, daß er und seine Kollegen Pözl und v. Hoffmann ihren Antrag, für die Universitäten 30,000 fl. mehr zu genehmigen u. s. w., nicht weiter verfolgen wollen, weil der Ausschuß diesem Antrage entgegengekommen ist. Dr. Ant. Schmidt wünscht eine andere Einrichtung der Honorariengelder an den Universitäten und Dr. Völk regt die Frage an, ob es nicht an der Zeit wäre, die Mediziner vom Promoviren zu dispensiren. Es sei recht schön, Doktor zu sein, wenn aber der Doktortitel förmlich aufgedrungen werde, dann verliere er an Werth. Ferner freut sich Redner, daß die Regierung die laxe Praxis, welche bezüglich der Abhaltung von Vorlesungen sowohl auf Seite der Professoren als der Studirenden sich eingeschlichen hatte, beseitigt hat. Diese laxe Praxis sei mitunter so weit ausgedehnt worden, daß höchstens an 119—120 Tagen des ganzen Jahres Vorlesungen gehalten wurden; ja manche Studirenden hätten gesagt, die Vorlesungen seien eine sehr unangenehme Unterbrechung der Ferien.

Minister v. Gresser bestätigt vor Allem, daß Alles, was in der Denkschrift der Abg. Pözl, Edel und v. Hoffmann enthalten ist, wahr und richtig ist. Die Regierung selbst hätte für die Universitäten ein höheres Postulat gestellt, wenn sie sich nicht von dem Gespenste der Steuererhöhung hätte abhalten lassen. Nachdem aber dieses Gespenst verscheucht ist und der Ausschuß selbst die Position erhöht hat, sei die Regierung hiefür dankbar. Was die Honorarien und Promotionen betrifft, so sei die Regierung gewohnt, in solchen Fragen nicht einseitig vorzugehen, sondern erst das Gutachten der Universitätssenate zu erholen. Bezüglich der Vorlesungen seien neue Bestimmungen getroffen worden und die Regierung werde dafür sorgen, daß diese Bestimmungen eingehalten werden.

Dr. Völk hat nichts dagegen, wenn die Regierung bezüglich der Promotionen die Gutachten der Senate erholt, bittet aber, auf die Gutachten derjenigen, welche die Promotionshonorare erhalten, nicht gar zu viel zu geben. (Heiterkeit!)

v. Hoffmann erzählte eine ausführliche Leidensgeschichte der Universität Erlangen, welche gewissermaßen stets als Stiefkind behandelt, ja unter dem Ministerium Abel mit Füßen getreten worden sei. Auch der Ansicht des Referenten, es werde die Zeit kommen, wo die Frage ernstlich erwogen werden wird, ob drei Universitäten für ein Land wie Bayern nicht zu viel sind, glaubte Redner begegnen zu müssen, indem er sehr eingehend die Nothwendigkeit des Fortbestandes der Universität Erlangen schon im Interesse der Heranbildung der protestantischen Theologen darlegte. Als ganz besonders dringende Bedürfnisse für Erlangen bezeichnete er 800 fl. für Einrichtung eines pathologisch-anatomischen Instituts, 2000 fl. für absolut nothwendige Baureparaturen und 1800 fl. für Anschaffung eines Herbariums, wogegen 1500 fl. für Herstellung der Augenklinik gestrichen werden könnten.

Neuffer: Die Behauptung des Vorredners, daß dieses Haus die Universität Erlangen stets als Stiefkind behandelt habe, veranlaße ihn, das Wort zu ergreifen. Wenn auch in der genannten früheren Periode für Erlangen nicht viel geschehen sei, so habe doch seit jener Zeit Erlangen schon große Summen bewilligt erhalten, so daß es durchaus keinen Grund habe, sich zu beklagen. Redner ist ein Freund der Universitäten, allein bei unserer dermaligen Finanzlage könne er für nicht mehr stimmen, als der Ausschuß beantragt hat. Erlangen müsse eben auch noch 2 Jahre sich gedulden. — Nachdem Referent Feustel bemerkt hatte, daß die 15,600 fl., welche speziell der Universität Erlangen zur Bestreitung außerordentlicher Bedürfnisse, wie zur Abtragung der Barschuld für die neuen Gewächshäuser, für ein neues Wasserwerk, für die baulichen Bedürfnisse des anatomisch-physiologischen Instituts und für Einrichtung der Augenklinik, genehmigt werden sollen, als Aversalsumme zu betrachten sind und daß sie auch für andere Bedürfnisse mit verwendet werden können, wurde der Antrag v. Hoffmann's abgelehnt und nach dem Ausschußantrage für die Universitäten im Ganzen 292,207 fl. eingestellt. — Schließlich wurde als Beitrag an die Gesellschaft für Deutschlands ältere Geschichtskunde in Frankfurt a. M. 600 fl. und an die kaiserlich Leopoldino-Carolinische Akademie deutscher Naturforscher in Dresden 300 fl. genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 16. April. [Postvertrag zwischen Holland und der Schweiz.] Gestern Mittwoch Vormittags gegen 12 Uhr ist der Postvertrag zwischen Holland und der Schweiz hier von Herrn Dr. Heer und dem holländischen General-Postdirektor Hofstede unterzeichnet worden. Es bestätigt sich, daß die Taxe des einfachen Briefes von 15 Gramm oder 1 Loth auf 30 Centimes festgesetzt und die progressive Scala von Loth zu Loth nur vorläufig angenommen ist. Mit dem späteren Abschlusse eines Postvertrags zwischen dem Norddeutschen Bunde und Holland auf Grund des Systems der zwei Briefkategorien wird dieses System auch für die Beziehungen zwischen Holland und der Schweiz Platz greifen. Bei der bevorstehenden Wiederaufnahme der Verhandlungen zwischen dem Norddeutschen Bunde und Belgien wird das letztere sich daher nicht auf das Präcedens Hollands zur Aufrechthaltung der progressiven Scala berufen können. Herr Dr. Heer bleibt noch wegen der handelspolitischen Verhandlungen zwischen dem Zollvereine und der Schweiz in Berlin und wird erst nach dem Abschlusse derselben nach Bern zurückkehren.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 15. April. [Verurtheilung.] Das vom Kriegsgerichte gegen den Feldmarschalllieutenant Baron Koudelka gefällte und auf Kassation, Verlust des Adels und der Orden und fünf Jahre schweren Kerkers lautende Erkenntniß ist vom Kaiser dahin gemildert, daß die Haft in vier Jahre einfachen Kerkers verwandelt ist. Bekanntlich bestand das Verbrechen des Angeklagten in der Unterschlagung von 27,000 Gulden.

— [Soziale Zustände.] Die Wiener „Presse" schreibt anknüpfend an die Schellenhofer Katastrophe (s. unter „Nichtp. Z.") und unter dem Eindruck anderer tragischer Selbstmordfälle der letzten Tage: „Die Schellenhofer Katastrophe wirft ein Streiflicht mehr auf die Zerfahrenheit mancher Zustände, die unseren gewerblichen und kommerziellen Unternehmungen als Unterlage dienen. Was wir in dieser Beziehung erleben, ist nicht exceptionell, es ist ein Symptom des theilweise demoralisirten öffentlichen Geistes, ein trauriges Korollar aus gegebenen faulen Prämissen. Auf Ramming kam Markl, auf Markl kam Abeles, auf Abeles kommt Werner. Wenn wir die Akten der Gerichtshalle nachblättern wollten, so fänden wir Dutzende von Fällen, wo bei Vereins-, wie bei Privat-Industrien falscher Ehrgeiz, Gewissenlosigkeit und Genußsucht zusammenwirken, um eigenes und fremdes Wohl und Vermögen zu Grunde zu richten. Das arge Mißverhältniß in unserem ganzen wirthschaftlichen Leben wurzelt in dem ebenso allgemeinen als chronischen Bestreben, möglichst viel zu erwerben und auszugeben, dafür jedoch so wenig als möglich zu leisten. Wenn der Geist der emsigen, unverdrossenen stetigen Arbeit in unserer Mitte wahrhaft heimisch wäre, wie könnte, so zu sagen zum Spotte auf unsere wirklich unschätzbaren, aber nur wenig ausgebeuteten Naturreichthümer, eine relativ so unzureichende Produktion und solche Finanzarmuth bestehen? Gleichen wir nicht in dieser Beziehung einigermaßen wenigstens der Türkei, welche ebenfalls über einen höchst kostbaren Naturfonds gebietet und gleichwohl nichts damit zu Wege bringt, als soziale Misère? Was der Bergmann einen Raubbau nennt, das ist überhaupt sehr beliebte Geschäftsmethode in Oesterreich. Man streift an der Oberfläche hin und trachtet aufzuraffen, was möglich. Man dringt nicht in die Tiefe und nimmt bei dieser Weise der Ausbeutung kaum Rücksicht auf die Möglichkeit, einen rationellen Bau überhaupt zu führen. Die Bildung muß in Oesterreich gefördert, das Uebel der Genußsucht, des Leichtsinns vertilgt werden, wenn nicht eine Reihe von Katastrophen, wie die gedachte, hereinbrechen soll. Um den Geist der Solidität und rechtschaffenen Arbeitslust in den Kreisen unserer Bevölkerung, mehr als es bis jetzt der Fall war, einzubürgern, muß allerdings die Reform des Volksunterrichts das Meiste beitragen; freuen wir uns, daß das Oberhaus das ausschließende Monopol der religiös-sittlichen Erziehung nicht dem Klerus überließ. Was bis jetzt damit in Oesterreich erzweckt worden, steht wahrlich unter Null. Facta criminalia loquuntur. Unthaten gewaltsamer Art und kolossale Betrugsfälle ereignen sich leider gerade so häufig in Oesterreich, daß wir uns darüber einer gewissen Beschämung nicht erwehren können. Allzustark vermissen wir im Katechismus die rechte Stärke in der Religion der strengen Rechtlichkeit und der Moral des Arbeitsfleißes."

Pesth, 15. April. [Die Verhaftung eines Emissärs Kossuth's], mit Namen Asztalos, erzählt der ungarische „Lloyd", wie folgt: „Die Verhaftung geschah in Felegyhaza aus eigener Initiative des dortigen Stadthauptmannes, der sich zu diesem Schritte erst entschloß, nachdem ihm der Wortlaut einer einstündigen Rede vorgelegen, die Asztalos in einem Wirthshause an das Volk gehalten und die in ihrer Art ein wahres Prachtstück von Aufwiegelei sein soll. Die Verhaftung des Asztalos ging Ostersonntag vor sich; Montag war die Aufregung in den untersten Schichten des Volkes, genährt durch einen gewissen Csaszar aus Kecskemet, schon so groß, daß der Magistrat aus den benachbarten Ortschaften ein Bataillon Jäger requiriren mußte. Die Jäger nahmen vor dem Stadthause Posto, wo sich die Menge in großer Anzahl versammelt hatte und heulend und johlend die Loslassung Asztalos' verlangte. Eine beschwichtigende Rede des Stadthauptmanns verhallte spurlos. Um einen Zusammenstoß zwischen Volk und Militär auszuweichen, wurde letzteres in den inneren Hofraum des Stadthauses gezogen. Die Menge wuchs immer mehr an und Mittags begann sie das Stadthaus zu stürmen. Sie erbrach das Thor und stürzte in den Hofraum, worauf ein Theil des Militärs eine Salve gab. Auf dem Platze blieb ein Todter und zwei oder drei Bauern wurden verwundet. Die Menge zerstreute sich hierauf in regelloser Flucht."

Ausland.

Frankreich. [Vermischte Nachrichten] Girardin macht in seiner „Liberté" seinem Aerger, daß die Deutschen in Alexandria den Geburtstag des Königs von Preußen „brillant" gefeiert haben, mit dem Stoßseufzer Luft: „Die deutsche Einheit befestigt sich bis an die Ufer des Nils!" Es ist schrecklich anzuschauen!

Der Minister des Innern scheint Angst gehabt zu haben, daß bei der Losung zum Militärdienste Unruhen ausbrechen würden, wenigstens läßt er heute bekannt machen, daß alle Depeschen aus den Departements bestätigten, es sei Alles ruhig vor sich gegangen und die jungen Leute zeigten sich vom besten Geiste beseelt.

Der kaiserliche Prinz ist am Dienstag Abend um 5 Uhr in Cherbourg angekommen, wo ihm ein begeisterter Empfang bereitet wurde. Abends waren Stadt und Rhede beleuchtet. Der Prinz befindet sich an Bord der kaiserlichen Yacht Reine Hortense. Mittwoch Morgen um 8 Uhr fing er an, in Begleitung des See-Präfekten den Deich und die übrigen Sehenswürdigkeiten in Augenschein zu nehmen.

Die „Patrie" gibt nähere Mittheilungen über das Duell, welches in München zwischen dem ehemaligen russischen Gesandten in Paris, Hrn. v. Budberg, und dem Hrn. v. Meyendorff Statt gefunden hat und meldet, daß beide Herren unverletzt aus diesem Kampfe hervorgegangen sind.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Ein tragischer Vorfall] hält ganz Wien in Spannung. Die 1863 mit einem Aktienkapital von beiläufig 600,000 fl. gegründete Schellenhofer'sche Bierbrauerei-Gesellschaft ist fallit geworden. Der Direktor Werner hat sich dabei große Betrügereien zu Schulden kommen lassen, und als nun die Katastrophe hereinbrach, hat er sich — noch ist die Sache nicht sicher aufgeklärt — wirklich oder scheinbar das Leben genommen. Nachts 11 Uhr kam er verstört aus seiner Wohnung im obern Stock und ließ sich die Hausthüre öffnen. Wenige Minuten danach kam seine Frau angefahren, und als sie in das Wohnzimmer ihres Mannes trat, fand sie es im Blut schwimmend. Man eilte dem Unglücklichen nach, fand ihn aber nicht; dagegen fand man seinen Pelzrock, Hut u. s. w. am Donaukanal, so daß es scheinen mußte, er habe sich in denselben gestürzt. Ein zur Veröffentlichung bestimmter Brief Werners an einen ihm befreundeten hiesigen Zeitungsredakteur wurde in der Wohnung Werner's ebenfalls gefunden, worin das Vorhaben des Selbstmords angekündigt, und zu rechtfertigen gesucht wird. Alsbald erweckten jedoch allerlei Dinge den Verdacht, daß der Selbstmord nur simulirt und Werner noch am Leben sein könnte, das Blut könnte Thierblut, und der Pelzrock und Hut nur zur Irreleitung des Urtheils an dem Ufer des Donaukanals niedergelegt worden sein. Eine umfassende Untersuchung ist im Gang und die Polizei hat Maßregeln für den Todes- und Lebensfall Werner's ergriffen. (Die Leiche ist bis jetzt noch nicht gefunden worden.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62^3/_8$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^5/_8$—$^3/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 P. $52^7/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49^7/_8$—$^3/_4$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$42^5/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^3/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$93^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$92^1/_4$—$^7/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_4$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^3/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^7/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	84 P. $83^1/_2$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$81^1/_2$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$80^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 106 Thlr.	84 G.
NAmerika	6pCt. à 100r. 1881 D. $2^1/_2$	$77^7/_8$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$75^1/_2$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$123^1/_2$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	706 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	188—87 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^1/_2$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P. $20^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	$333^1/_2$ G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111^1/_4$ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259—$57^1/_2$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$118^1/_2$ P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$105^1/_2$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72^1/_2$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$242^1/_2$ P. 42 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42^3/_4$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$121^3/_4$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^5/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118^5/_8$ P. $^3/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^1/_2$—$^3/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^1/_8$—$^1/_2$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$144^1/_2$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64^1/_4$ P. 64 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70^3/_8$—$^1/_4$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$131^1/_2$ G.
„ do. v. 1864	84 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_2$ P.
Badische fl. 35	51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^3/_4$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144^3/_4$ G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^1/_2$ G.

Frankfurt, 17. April. Die Börsenstimmung drückte sich heute in einem gewissen Mißbehagen aus, welchem flauere Wiener und Berliner Früh-Course noch mehr Nahrung gaben. Oesterreichische Credit- und Staatsbahn verloren fl. 2, 1860er Loose $^5/_8$ pCt. Auch neue englische Metalliques und Steuerfreie wurden von der ungünstigen Stimmung etwas berührt, während National fest blieben. Deutsche Papiere, mit Ausnahme von Nassauern, waren billiger zu haben. Bayerische Ostbahn gefragter. Rhein-Nahebahn-Aktien $31^1/_4$ umgesetzt. Amerikaner unverändert. Von Wechseln verlor Wien $^3/_{16}$ pCt. Nationalkoupons 28. $24^1/_2$. Amerikanische 2. $24^3/_8$. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 109.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner-	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 19. April 1868.

Die Einführung des metrischen Maß- und Gewichtssystems.

Der dem norddeutschen Reichstage zu unterbreitende Gesetzentwurf, betreffend die Einführung eines einheitlichen Maßes und Gewichtes, regt die Frage nach der zu wählenden Maß- oder Gewichtseinheit aufs Neue wieder an, und dürfte es daher wohl an der Zeit sein, wenn die öffentliche Meinung über diese Angelegenheit durch Erörterung derselben in den öffentlichen Blättern angeregt und geklärt würde.

Es unterliegt wohl keinem Zweifel, daß der Vorschlag auf Einführung des französischen metrischen Systems gerichtet sein wird. Wissenschaft und Intelligenz haben sich schon längst zu Gunsten desselben ausgesprochen. Dennoch wird es auch nicht an Gegnern desselben fehlen, und es sollen namentlich die von diesen gewöhnlich dagegen erhobenen Einwürfe hier besonders erörtert werden.

Vielen ist das metrische System darum verhaßt, weil es französischen und revolutionären Ursprungs ist. Nun, es ist wohl kaum nöthig, mit solchen Gegnern besonders zu rechten. Weil sie selbst die Schwäche dieses Einwurfes fühlen und sich scheuen, damit offen hervorzutreten, weisen sie höhnisch auf die von der französischen Nationalversammlung dekretirte Beschaffung eines für alle Zeiten unabänderlich festzustellenden Maßes hin, welches das Metre als der zehnmillionte Theil der Länge des Erdquadranten sein soll, nachdem durch unsern Bessel nachgewiesen worden ist, daß die mit der Feststellung dieser Einheit beauftragte gelehrte Kommission sich um etwas verrechnet hat, so daß das gegenwärtige Metre um etwa eine Papierdicke kürzer ist, als es nach den Normativbestimmungen eigentlich sein müßte.

Mag der Fehler aber auch noch größer sein, das Metremaß verliert dadurch seinen Werth nicht. Sein eigentlicher hoher Werth liegt in der unserem Zahlensystem angepaßten Zehntheilung; durch Beschaffung mehrerer an verschiedenen Orten aufbewahrter, genau übereinstimmender Normalmetres werden wir dagegen gesichert, daß die angenommene Ureinheit wieder verloren geht. Denn wenn in Berlin und London, wie in Paris und vielleicht noch an einigen Orten, derartige Normalmaße sicher aufbewahrt werden, so läßt sich doch nicht annehmen, daß alle zugleich verloren gehen, und die Möglichkeit, sie wieder zu reproduciren, bleibt immer offen.

Andere plaidiren gegen das Metremaß wegen der bei demselben giltigen Zehntheilung, die man gewöhnlich als seinen größten Vorzug anzusehen gewohnt ist, weil — ja weil das menschliche Fassungsvermögen diese Art der Theilung sich nicht so bequem zu vergegenwärtigen vermöge, wie z. B. eine Theilung des Zolles in halbe, viertel, achtel, sechszehntel xc. xc. Zölle; sie halten diese Zweitheilung für die natürlichere und darum für die wahrhaft richtige.

Diese Ansicht spricht nicht besonders für den gesunden Menschenverstand, ist aber glücklicherweise thatsächlich unrichtig. Wäre die Zweitheilung die natürlichste, so wäre wahrscheinlich auch unser Zahlensystem ganz anders aufgebaut, als dies der Fall ist. Wer aber das Zahlensystem erdacht hat, ist auf die natürlichste Weise von der Welt dazu gekommen. Unsere zehn Finger, die älteste, einfachste und natürlichste Rechnenmaschine von der Welt, haben das Vorbild dazu gegeben, und während wir sehen, daß der simpelste und im Stadium der ersten Entwickelung begriffene Verstand mittelst dieser zehntheiligen Rechnenmaschine seine ersten und einfachsten Rechnen-Operationen ausführt; während jeder Mensch das Urbild der Zehntheilung immer vor Augen hat, ist es denn doch gar sonderbar, zu behaupten, daß diese Art der Theilung für das gewöhnliche menschliche Fassungsvermögen zu komplizirt und unbequem sei.

Man hat unter Zugrundelegung dieser Behauptung die Ansicht ausgesprochen, daß das Metre für den Techniker wohl ein sehr bequemes ansprechendes Maß gewähren mag, daß es aber für den Verkehr des kleinen Geschäftes große Unzuträglichkeiten mit sich führen würde, und hat deßhalb gegen seine Einführung sich ausgesprochen. Zum Beweise dessen wies man auf Frankreich hin, mit der Behauptung, daß dort das Metremaß sich heut bei den kleinen Geschäftsleuten noch nicht eingebürgert habe, trotzdem es bereits seit Anfang dieses Jahrhunderts (s. 2. Nov. 1801) von Gesetzes wegen eingeführt ist.

Diese Behauptung mag vor dreißig oder vierzig Jahren einen positiven Grund gehabt haben, wer sie heute aber nachbetet, kennt das gegenwärtige Frankreich nicht. Man spreche nur mit französischen Handwerkern vom Fuße, oder mit dem Verkäufer im Laden von der Elle, und man kann sicher sein, zunächst nicht verstanden zu werden, und wenn man ihnen dann begreiflich macht, daß von Maßen die Rede ist, so erinnern sie sich, wohl auch davon gehört zu haben,

Eine Stimme aus dem Parterre.

Offener Brief an die Redaktion der „Neuen Würzburger Zeitung."

Herr Redakteur! Ich bin nämlich ein alter Parterregründling, wissen Sie, der schon seit langen Jahren sein allabendliches Wintervergnügen im Theater findet, auch wohl hie und da verstohlen hinter die Coulissen guckt, und was man über das Theater schreibt und hie und da auch sozusagen hört, mit aller Aufmerksamkeit verfolgt und sich so seine eig'nen Gedanken dazu macht. Da kommt es denn auch manchmal vor, daß ich vielerlei zu lesen und zu hören kriege, was mir nicht so ganz in den Kopf will. Nun hätte ich mir zwar schon, seitdem Sie einen Briefkasten in Ihrem werthen Blatte eingerichtet, auch die eine oder die andere Frage erlauben können, worauf Ihre Herren Recensenten sich vielleicht zu antworten hergegeben hätten, aber diese Leute haben mitunter so eine eigene unangenehme Manier, einen anzufahren, was man denn ruhig einstecken muß, da man ihnen ja nicht an den Kragen kann.

Nun, da ich aber neulich gelesen habe, daß Ihnen einer von diesen Herren gekündigt hat, so dachte ich mir, wegen meiner wird er doch nicht wieder anfangen, und da der Herr Redakteur für die letzte Zeit gerade nichts hat, so kaimst du dich, d. h. immer mit Ihrer gütigen Erlaubniß, auch einmal drucken lassen. — Es ist nämlich für einen, der nicht gerade von der Profession ist, ein äußerst angenehmes Gefühl, etwas gedruckt von sich zu lesen, es sieht so sauber aus und macht sich auch bei den Bekannten viel besser, als wenn man es ihnen selbst sagt, nachher läßt sich auch nichts davon wegreden.

Was nun meine persönliche Liebhaberei betrifft, so bin ich eigentlich für die Oper, weil man da außer dem schönen Stück auch noch die Musik für dasselbe Geld gleich dabei hat, was sich viel schöner macht, wie im Zwischenakte immer die alte Polka, auch ist so eine schöne Stimme ganz was anderes, als das Hin- und Hergerede beim Schauspiele, was ja auch viel gewöhnlicher ist und nie so künstlich, wenn es auch einer noch so toll treibt. Nun kommt auch noch das dazu, daß bei der Oper alles auch wirklich einstudirt werden muß, daß alles genau gehen muß, worauf es aber beim Schauspiel ja durchaus nicht ankommt, außer wenn ein Couplet gesungen wird, was in diesem Jahre fast gar nicht da war. Ebenso haben auch die Opern alle berühmte Namen, die man gleich kennt, und von jeder kennt man auch den Verfasser, während das bei dem Schauspiele nicht immer stattfindet. Ich verwahre mir die Theaterzettel gewöhnlich, um immer nachsehen zu können, wenn es Streit gibt, was nach Jahren oft vorkommt und worauf schon manche gute Wette gemacht worden ist, und da habe ich denn gefunden, daß viele Stücke immer verschiedene Verfasser haben, wie z. B. Dumas — Börnstein, Bayard — Friedrich xc., was zumeist bei den deutschen Originallustspielen aus dem Französischen der Fall zu sein scheint. Da ist die Oper doch viel respektabler, wo Keiner einen falschen Namen nennt und auch von einheimischen Verfassern in Ruhe gelassen wird. Endlich kann man sie dadurch für bevorzugt erachten, daß sie auch unterhaltende Opern für klassisch rechnet, bei den Trauerspielen ist das aber gar nicht der Fall, und wir müssen wenigstens darin den Franzosen und den Italienern dankbar sein, daß sie durch Verarbeitung von unseren alten Trauerspielen zu Opern diese erst eigentlich recht genießbar gemacht haben.

Wir haben z. B. in diesem Jahre beide „Fauste" gehabt, die

bitten dann aber gewöhnlich, ihnen begreiflich zu machen, wie groß etwa ein solches Maß ist, sie selbst kennen nur das Metre, und der einfachste Arbeiter trägt seinen Metrestock in der Tasche; Metre, Kilo (abgekürzt von Kilogramm) und Litre bilden die in jedem Verkehr gebräuchlichen Maßeinheiten.

Es läßt sich nun nicht leugnen, daß die Einführung eines durchaus neuen Maßsystems seine Schwierigkeiten, und zwar recht große Schwierigkeiten darbietet, allein wenn wir etwas Besseres dadurch gewinnen, dürfen diese Schwierigkeiten nicht abschrecken. Es wird immerhin nöthig sein, eine Uebergangsperiode zu gewähren, in welcher das Metremaß bloß fakultativ eingeführt wird, d. h. daß es nach dem Ermessen der Verkehrenden als gesetzlich gültiges Maß zugelassen wird. Dadurch gewöhnt sich allmälig die Geschäftswelt an dieses neue Maß, und seine definitive Einführung wird damit in natürlichster Weise angebahnt. In England hat man eine zehnjährige Uebergangsperiode bei der bereits vor zwei Jahren beschlossenen Adoptirung des Metremaßes bestimmt, und wenn es England gelingt, sich vom Zopf seines veralteten Maßsystems loszumachen, dürfen wir wohl nicht scheuen, auch bei uns Hand daran zu legen. Uebrigens bedienen sich ja unsere Schuhmacher und Schneider meist jetzt schon des Metremaßes für ihre Arbeiten, ein weiterer Beweis, wie Unrecht man thut, wenn man für das gewöhnliche menschliche Fassungsvermögen nur die Zweitheilung angemessen erachtet.

Es haben nun endlich Manche, welche sich wohl der Einsicht nicht verschließen konnten, daß das metrische Maßsystem sich doch endlich wegen seiner nicht wegzuleugnenden Vorzüge Anerkennung verschaffen und zur allgemeinen Einführung gelangen würde, Vorschläge gemacht, um diese Einführung durch gewisse Uebergangsstadien nach und nach vorzubereiten und näher zu führen. Dahin gehören z. B. die Vorschläge für die Einführung des sogenannten metrischen Fußes mit seiner alten Zolltheilung u. dergl. Das würden Zustände werden, die nicht kalt nicht warm sind. Ein Uebergang in eine solche Zwischenstufe würde eventuell dieselbe Verwirrung herbeiführen, wie die unmittelbare Einführung des unverfälschten Metresystems, ohne daß dafür etwas Besseres gewonnen würde.

Das Publikum würde sich bei solchen allmäligen Uebergängen in derselben Lage befinden, wie jener Hund, dem sein Herr den Schwanz abhacken wollte, damit es dem armen Thiere aber nicht zu wehe thue, alle Tage nur ein Stückchen abschnitt.

Süddeutschland.

Bayern. München. [Zur Affaire Kilian.] Die „Südd. Pr." und „Augsb. Abdztg." erhalten von Herrn J. Sigl, Mitredakteur des „Volksboten", folgende Berichtigung: „Ich werde mit der journalistischen Thätigkeit des Hrn. Kilian in eine Beziehung gebracht, die mich veranlaßt, zur Richtigstellung des Sachverhalts Folgendes berichtigend zu bemerken. Die Artikel des Hrn. Kilian sind ohne jede — direkte oder indirekte — Mitwirkung meinerseits entstanden. Ich habe mit ihm niemals in irgend einer, wie immer gearteten Verbindung gestanden; meine Bekanntschaft mit ihm ist lediglich eine oberflächliche Kaffeehausbekanntschaft und unsere seltene und immer nur zufällige Konversation wegen seiner Schwerhörigkeit stets eine sehr beschränkte gewesen. Die einzige thatsächliche Mittheilung, die ich ihm auf sein Ersuchen machte, bestand darin, daß ich ihm seine Liste der bayer. Zollparlaments-Abgeordneten korrigirte, beziehungsweise deren Parteistellung bezeichnete. Auf Grund dieser thatsächlichen Sachlage muß ich jede Solidarität von Zeitungsartikeln, auf deren Abfassung ich keinen Einfluß hatte, ablehnen."

Die ganze Affaire betrachtet unserer Ansicht nach im allein richtigen Licht der „Nürnberger Korrespondent" mit der Bemerkung: „Als Ursache der gegen Kilian verfügten Einschreitung wird offen zugestanden, daß die von ihm „längere Zeit in verschiedenen Blättern erschienenen Artikel," „welche offenbar systematisch den Zweck verfolgten, die Zustände in Bayern, namentlich die Haltung der Staatsregierung, selbst die Person des Monarchen zu verunglimpfen und deren Autorität zu schädigen," kurz daß es dessen mißliebige Thätigkeit in der Presse gewesen, welche ihm die Ausweisung zugezogen hat. Es handelt sich also ganz einfach um einen Tendenzprozeß, welchen die Polizei eingeleitet und in ihrer Weise summario modo abgeurtheilt und exequirt hat. Ob Kilian ein Ultramontaner, ein Demagog oder, wie die Offiziösen zu verstehen geben, beides in einer Person gewesen, ist dabei völlig gleichgültig. Thatsache ist, daß in Bayern nach bekannten Gesetzen mit Verfassungskraft die Judicatur über Preßdelikte den Schwurgerichten und nicht der hohen Polizei zusteht; Thatsache ist ferner, daß eine polizeiliche Ausweisung wegen politischer Mißliebigkeit in Bayern seit mehr denn zehn Jahren nicht, und insbesondere nicht ein einzigesmal unter den verschiedenen Ministern des Innern, welche sich seit Hrn. v. Neumayr gefolgt sind, vorgekommen ist."

Großh. Baden. Heidelberg, 17. April. [Politische Prozesse.] Vor der Strafkammer des hiesigen Kreisgerichts fand gestern Vormittag 8 Uhr die Verhandlung gegen den Zollparlamentsabgeordneten Herrn Lindau wegen seines offenen Sendschreibens an Herrn Staatsminister Dr. Jolly statt. Die Verhandlung dauerte von früh 8 Uhr bis gegen 1 Uhr Mittags. Die Anklage war durch den Staats-Anwalt Herrn von Berg vertreten; der Angeklagte Herr

---

Oper und das Trauerspiel, da bitte ich Sie nun zu vergleichen. Wie schön hat Gounod den Anfang eingerichtet, der bei Goethe so sehr in die Länge verbreitet und schwer auswendig zu lernen ist, und wie schnell verwandelt sich nicht Faust in einen Liebhaber, dabei fällt einem doch gleich die teuflische Zauberei in den Sinn, während er sonst Zeit zum Umkleiden genug im Zwischenakte hat. Es ist freilich wahr, in der Oper ist die Musik und die schöne Ausstattung namentlich viel werth und alles viel christlicher, wie z. B. der Teufel vor dem Kreuze flieht; aber auch im Schauspiel, und darin hat Ihr Kritiker recht, wird viel vernachlässigt, so wenn der Teufel als Pudel kommt, was doch ein wesentlicher Moment ist. Hat man auf die Dinorah eine Ziege dressirt, kann man doch auch viel leichter auf den Faust einen Pudel dressiren, es würde dann auch viel voller werden, wie z. B. wegen der Amazonen in der Afrikanerin.

Aber wie gesagt, das Schauspiel, welches vermittelst seiner gewöhnlichen Rede schon nichts Besonderes bietet, nimmt eine durchaus untergeordnete Stelle ein, da es ja keine eigentliche Kunst ist, sondern nur die gewöhnliche Redeweise der Menschen repetirt. Einigermaßen künstlerisch wird es allerdings, wenn es in Versen geschrieben ist, da es dann Anspruch auf Dichtung machen kann, aber dann verliert es an innerer Belustigung. Deßwegen bin ich auch ganz mit der Direktion einverstanden, daß sie ihr Opernpersonal so hübsch zu einandergehalten hat, denn das ist das Einträglichste, wenn schon die vielen kleinen Gagen vom Chore auch was ausmachen; aber das läßt sich vollkommen ausgleichen, wenn man sie auch im Schauspiele verwendet, denn wer da singen kann, der kann auch reden, das soll mir Keiner wegleugnen, und wenn wir zwei solche Künstler haben für die großen Gefühle, wie Hr. Hahn für die guten und Hr. Heinemann für die bösen, und ein Paar hübscher Liebhaberinnen, dann kann der Karren gar nicht verfahren werden, und hübsche Toilette macht auch das ihrige; doch alles was recht ist, mit dem gegen die langen Schleppen bin ich recht einverstanden, denn das gibt ein böses Beispiel und macht unsere Frauen ungenügsam.

Auf das, was ich da vorhin von der plastischen Darstellung der großen Gefühle gesagt habe, will ich nur noch zurückkommen, welche man auch in traurige und lustige zerlegen kann. Ich habe nichts dagegen, wenn einer im Schmerze oder in der Bosheit so recht von Herzen loslegt, daß einem Hören und Sehen vergeht, aber wenn er es da darf, muß es ihm auch auf der lustigen Kante erlaubt sein. Und das werfe ich eben Ihrem Herrn Kritiker vor, daß er darin eben nicht Spaß verstehen will, und während er das eine gut findet, immer über das andere loszieht. Wir sind ja keine Kinder, die sich einbilden, daß das, was da oben passirt, wirklich so ist, und wissen, daß wir im Theater sind, da soll man denn auch den Menschen erlauben, ihr Späßchen zu machen. Man lacht so schon heutzutage so selten. Und Possen hat es heuer so wenig gegeben. Da ist z. B. der Hr. Wiesner ein äußerst tüchtiger Künstler und so ausgezeichnet gelenkig, man sollte auf so eine Naturgabe doch Rücksicht nehmen, aber das ist leider übersehen worden und nur Frau Cossari, entschieden unser naturwahrstes Talent, hat häufig Gelegenheit gehabt, uns recht heiter zu stimmen. Da schimpft er noch zuletzt über ihre Rosa Ippelmeier. Mir und auch anderen, die genug in der Welt umher gekommen sind, hat das ausnehmend gefallen, da war doch noch eine wahre Lust in dem Frauenzimmer. Und wenn der Herr Hahn, der doch gewiß ein feiner Künstler ist, in dem Lustspiele „Er muß auf's Land," was an sich noch nobler ist, als „Englisch," das nur in einem Hotelkorridor spielt, die alte Schwiegermama vom Hause mit Gewalt zum Tanzen bringt, woraus ihm Niemand einen Vorwurf gemacht hat, wird doch eine kokette Jüdin auf'm Corridor sich selbst schwenken können, wie sie will, was anders soll mir keiner weiß machen.

Sollten Sie die ganz unbefangene Meinung eines alten Theaterfreundes, der ohne allen gelehrten Kram einmal seinen Standpunkt illuminirt hat, für des Druckes würdig erachten und veröffentlichen, so würden ich und meine Freunde, die gleich mir ohne Parteiumtriebe von der Sache denken, Ihnen von Herzen verpflichtet sein.

Abg. Lindau, vertheidigte sich selbst unter Beistand des Herrn Rechtsanwalts Schulz. Die Anklage fand in dem durch den „Pfälzer Boten“ veröffentlichten Sendschreiben des Herrn Lindau an den Herrn Staatsminister Dr. Jolly grobe Schmähungen und Beleidigungen, sowie Erdichtung und Entstellung der Wahrheit. Herr Lindau wies in ausführlicher Begründung die Nichtigkeit der Anklage nach. Das Urtheil wird nächsten Samstag Abend 6 Uhr verkündet. — In Freiburg kam gestern der gegen den Redakteur des „Bad. Beobachters“, Hrn. Berberich, neuerdings eingeleitete Preßprozeß zur Verhandlung und wurde derselbe zu 4 Wochen Amtsgefängniß und 30 fl. Geldstrafe verurtheilt.

Großh. Hessen. Darmstadt. [Resultat der militärischen Krisis.] Kriegsministerialdirektor v. Grolmann ist in Folge der stattgefundenen Differenzen als Generallieutenant in den Pensionsstand getreten. — Der preußische Generaladjutant v. Bonin bleibt einige Zeit hier. Ueber den Zweck der Sendung des Generals von Bonin sagt die „Provinzial-Korrespondenz“: „daß dieselbe zur Sicherstellung der militärischen Obliegenheiten Hessens erfolgt sei. Die Angelegenheit würde ohne Zweifel unverweilt vollständig erledigt werden.“ — Und daß sie in einem Preußen und dem Prinzen Ludwig günstigen Sinne geordnet wird, beweist die Pensionirung des Kriegsministers, der die Aufhebung des Kriegsministeriums selbst folgen soll, da es im Entlassungsdekrete des Gen. Grolmann heißt, daß „nach Durchführung der Militärkonvention mit Preußen in ihren wesentlichen Theilen eine vereinfachte Organisation des Kriegsministeriums stattfinden kann.“ An Stelle desselben soll eine Verwaltungsbehörde von sehr vereinfachter Organisation, eine Militärintendantur unter der Leitung des bereits seit dem Feldzug von 1866 in dieser Branche thätigen Majors Dornseiff, neben welchem noch zwei Referenten Anstellung finden würden, treten und der Schwerpunkt überhaupt in das Divisionskommando verlegt werden, welches Prinz Ludwig wieder übernehmen wird. Dieser Ausgang wird hoffentlich die Staatsmänner Hessens belehren, daß die Verfolgung ihrer widerhaarigen Bremserpolitik ihnen nur stete und neue Niederlagen bereiten wird. Gen. v. Bonin inspizirt die Truppen. (Ein Telegramm der „Allg. Ztg.“ vom 16. d. Mts. meldet denn bereits: Das Kriegsministerium ist aufgelöst. Die Obersten Mootz, Scholl und Hartmann, sowie 2 Ministerialräthe sind zur Disposition gestellt. Prinz Ludwig hat das Kommando der hessischen Division wieder übernommen.)

Norddeutscher Bund.

Kassel, 16. April. [Der Trabert'sche Prozeß] hält noch immer die Gemüther in fieberhafter Spannung und bildet den Gegenstand der Unterhaltung in allen Kreisen. Die Theilnahme an dem Unglück, das Trabert betroffen, ist mehr als eine vorübergehende politische Migräne, und an den Osterfeiertagen strotzten die Lokalblätter an Eingesandt und Gedichten an den nun zweifachen „Martyrer“. Bekanntlich hat Trabert als Sünder gegen die September-Ordonnanzen Hassenpflugs eine Festungsstrafe von 3½ Jahren verbüßt. Ueber die Untersuchung erfährt man nach und nach verschiedene Einzelheiten, die aber alle geeignet sind, den Verhafteten von aller Schuld ledig zu sprechen. Unter andern hat man unter den Papieren Traberts auch auf Staatspapiere (den vermeintlichen Lohn vom Kurfürsten) gefahndet, davon aber in Hanau bei seiner Frau nur sehr wenige gefunden, die sich als das Ergebniß eines sparsamen Haushälters und nichts weniger als der Lohn für einen Hochverrath darstellen. Aus andern Indicien läßt sich schließen, daß Trabert nicht allein der Verfasser der „Todtengräber-Broschüre“ ist, und das Werkchen nur mit einem anderen Demokraten ausgearbeitet hat. (Wie die Berliner „Post“ mittheilt, wurde am 11. d. M. der Verleger der Flugschrift „Die kurhessischen Todtengräber“ Ed. Kummer zu Leipzig auf preußische Requisition hin an Gerichtsstelle nach der Autorschaft der erwähnten Schrift befragt. Der Befragte habe entwickelt, daß das Buch selbst nach der Ansicht der preußischen Behörden keinen strafbaren Inhalt biete, und schon aus diesem Grund für ihn keine Veranlassung zur Namennennung des Verfassers vorliege, die er deßhalb auch verweigerte. Auf die in zweiter Linie gestellte Frage: ob er über die Anwesenheit der HH. Trabert und Plaut in Leipzig Auskunft geben könne, habe Kummer erklärt, genannte Herren weder persönlich zu kennen, noch je mit ihnen brieflichen oder sonst irgendwelchen Verkehr gehabt zu haben.)

Ausland.

Frankreich. [Ueber die orientalische Reise des Kaisers Napoleon] kann ein Pariser Korrespondent der „Allg. Ztg.“ jetzt ausführlicher berichten. „Die wissenschaftlichen Mitarbeiter Napoleons an seinem Werk über Julius Cäsar, besonders auch diejenigen, welche im Heere dienen, sind in Kenntniß gesetzt worden, daß der Kaiser beabsichtige, zur Vollendung des dritten Bandes seines Werks im Laufe dieses Sommers die Küste von Epirus, das Innere von Thessalien, einige Hauptpunkte Griechenlands und Egypten zu besuchen, um die auf Cäsars Geschichte bezüglichen Schlachtfelder und andere Oertlichkeiten in Augenschein zu nehmen. Seine Begleiter sind angewiesen worden, alle Vorbereitungen zu dieser Reise zu treffen. Die Nachricht hievon steht in so scharfem Gegensatz zu den Anschauungen und Tendenzen, die während der letzten Zeit in der Umgebung des Kaisers zu Tage traten, daß man ihr kaum Glauben zu schenken vermöchte, wenn sie nicht aus der besten Quelle käme. Uebrigens mehren sich auch sonst die erfreulichen Anzeichen dafür, daß die schwarzen Punkte sich zerstreuen. Erwähnung verdient in dieser Beziehung immerhin die Thatsache, daß die noch auf französischem Boden befindlichen Hannoveraner sich von der preußischen Gesandtschaft Pässe nach der Heimath geben lassen. Von Hietzing ist ihnen bedeutet worden, daß ihnen keine weiteren Unterstützungen zufließen werden.“

Paris, 16. April. [Ueber das Duell in München] schreibt man der „Allg. Ztg.“: In den diplomatischen Kreisen macht das Duell, welches gestern in München zwischen dem seitherigen russischen Botschafter am hiesigen Hofe, Baron Budberg, und dem ehemaligen Gardeoffizier Hrn. v. Meyendorff ausgefochten wurde, das größte Aufsehen. Ueber die Ursache desselben bin ich im Stande, nachstehende verbürgte Einzelheiten mitzutheilen. Im vorigen Jahre wandte sich ein Graf v. Saint-Priest an Hrn. v. Budberg, um von diesem Auskunft über den Hrn. v. Meyendorff zu erlangen, mit dem er eine Szene gehabt, auf welche nach den Gesetzen der Ehre nothwendig ein Zweikampf folgen müsse. Bevor es jedoch zu einem solchen komme, wolle er (Graf St. Priest) sich vergewissern, daß sein Gegner im Besitz voller Klarheit des Geistes sei, da sein ganzes Benehmen Zweifel hieran habe erwecken können. Hr. v. Budberg erwiederte, daß v. Meyendorff seit einer schweren in der Krim erhaltenen Kopfwunde allerdings an zeitweiliger Geistesstörung leide, was in der Gesellschaft zu St. Petersburg vollkommen bekannt sei. Saint-Priest erklärte darauf, daß er sich mit einem Geisteskranken nicht schlagen könne, und gab der Sache keine weitere Folge; dagegen gerieth Hr. v. Meyendorff, dem es hinterbracht wurde, welche Auskunft der Botschafter über ihn gegeben, in große Aufregung und verlangte nun Genugthuung von diesem, die Hr. v. Budberg jedoch natürlich verweigerte. Meyendorff beschwerte sich nun in der hiesigen russischen Kolonie und in St. Petersburg bitter über die ihm widerfahrene Behandlung, und seine einflußreiche Familie unterstützte seine Klagen, die bis zu Hof gebracht wurden. Während Budbergs Aufenthalt in St. Petersburg suchte Frau v. Meyendorff Mutter die hiesige russische Kolonie gegen denselben zu gewinnen. Folgte darauf die Szene auf dem Bahnhofe zu Verviers, wo v. Meyendorff dem Botschafter einen Stockschlag versetzte, den dieser den bestürzten Umstehenden durch die Worte: „c'est un fou“ erklärte. Als nun jüngst der Czarewitsch in Nizza weilte, verweigerte er in sehr ostensibler Weise dem seine Aufwartung machenden Botschafter den üblichen Händedruck, und dieser war über den Grund des ihm angethanen Schimpfes nicht lange im Unklaren; er wußte, daß die Meyendorffs ihn in der Gunst des Großfürsten gestürzt hatten. Nach Paris zurückgekehrt, erledigte er seine Angelegenheiten und ließ Hrn. v. Meyendorff wissen, daß er bereit sei, sich mit ihm zu schlagen. Es wurde ein Rendezvous in München verabredet, wohin vorgestern Baron Budberg sich begab, nachdem er zuvor seine Entlassung als Botschafter eingereicht hatte. Ein gestern Abends von ihm eingelangtes Telegramm meldet, daß er nicht verwundet sei; über seinen Gegner weiß man nichts. (Auch dieser ist unverwundet, wie wir bereits gemeldet.)

— [Die Friedensrede Baroches.] Der „Moniteur“ berichtet über die Feierlichkeit der Grundsteinlegung für die Kirche in Rambouillet, zu deren Bau der Kaiser 100,000 Frcs. beigesteuert hat. Nach der kirchlichen Feier fand am 15. d. Abends in einem Saale des Schlosses ein von zahlreichen Gästen besuchtes Festmahl statt. Einen von dem Maire ausgebrachten Toast beantwortet der Minister Baroche, der diese Gelegenheit benutzte, um den Kriegsgerüchten entschieden zu widersprechen. Da diese Rede offiziell als der Ausdruck der Gesinnung des Kaisers ausdrücklich anerkannt wurde, geben wir nachträglich die Hauptstelle wörtlich. Er erwähnte, daß ein Gesetzentwurf in Betreff der Vicinalwege vorbereitet werde und daß ihre Ausführung nahe bevorstehe. Hieran knüpfte er Folgendes:

„Gestatten Sie mir, Sie darauf aufmerksam zu machen, daß eine so bedeutende Arbeit, wie die Gesammtheit der Vizinalwege, welche auf viele Jahre zugleich die Finanzen des Staats und der Gemeinden in Anspruch nimmt, wesentlich ein Werk des Friedens ist. Eine solche Arbeit würde von einer weisen Regierung nicht unternommen werden können, zu einer Zeit, wo der Friede nicht gesichert oder ein drohender Krieg auch nur wahrscheinlich wäre. Der Eifer, mit welchem die Regierung die Ausführung beschleunigt, ist ein Beweis mehr, daß sie den Frieden will und keinen Grund hat, an den Krieg zu glauben. Ja, meine Herren, der Kaiser will den Frieden, einen ehrenhaften und einer großen Nation würdigen Frieden. Frankreich im Vertrauen auf seine Kraft und durch die Entwicklung seiner militärischen Organisation für alle Möglichkeiten gerüstet, sucht den Krieg nicht, und wir hegen die Ueberzeugung, daß Niemand daran denkt, ihm denselben zu erklären: der Friede Europas wird also nicht gestört werden. Glauben Sie also nicht an dieses Allarmgeschrei, an diese Kriegsrufe, die entweder von dem Irrthum oder von der Böswilligkeit mit einer Art von Regelmäßigkeit immer wieder ausgestoßen werden. Geben Sie sich mit Sicherheit der Arbeit des Gewerbfleißes und des Ackerbaus hin! Folgen Sie ohne Furcht der Bewegung der Wiederaufnahme der Arbeit und Thätigkeit, die sich in den Centralpunkten der Industrie und des Handels kundgibt und blicken Sie mit Vertrauen in die Zukunft, die sich uns eröffnet.

Großbritannien. [Die irische Debatte] wird am 27. ds. im Parlament wieder aufgenommen und es dürfte ein heißer Kampf werden, wo, mit Homer zu reden, das Seil des Kampfes mit herüber und hinüber gezogen wird. Gladstone zog mit aller Macht und, von Bright kräftig unterstützt, warf er Lord Stanley, der das Seil am anderen Ende hielt, über den Haufen, obgleich Disraeli das Mögliche that, um die protestantische Kirche in Irland zu retten, ja, so weit ging, Gladstone zu beschuldigen, er stecke mit dem Papste unter Einer Decke. Disraeli ist nicht gemeint, wegen Einer Niederlage aus dem Amte zu treten, und nach Ostern wird er die Gladstone'schen Resolutionen im Comite bekämpfen. Alles, was in England von protestantischer Unduldsamkeit noch vorhanden ist, regt sich mächtig zu seiner Unterstützung und prophezeit, daß der Fall der Staatskirche in Irland auch den Untergang der englischen Staatskirche nach sich ziehen werde; und das wäre, mit Disraeli zu sprechen, schlimmer, als eine fremde Eroberung. England ist aber wiederholt fremden Eroberungen unterlegen, und jetzt ist es der Geist der Zeit, der sich anschickt, England zu unterjochen. Disraeli hat mit seinem Briefe über die Verschwörung der hochkirchlichen Ritualisten mit den Katholiken die Sache auf die Spitze getrieben, und zwar auf eine gefährliche. Der gesunde Menschenverstand lehrt, wie wenig Gladstone, der heutige Gladstone, mit den Krypto-Katholiken zu thun hat. Gladstone erklärte einfach, er habe niemals Neigung zu den kirchlichen Rückschrittlern gehabt. Der katholische Erzbischof von Westminster (früher protestantischer Geistlicher), Dr. Manning, gab eine Flugschrift über die irische Frage heraus, welche nur dadurch bemerkenswerth ist, daß er den Gedanken zurückweist, einen Theil des Vermögens der irischen Staatskirche der katholischen Kirche zuzuwenden.

Rußland. [Russische Justiz.] Bekanntlich suchten schreckliche Feuersbrünste viele Orte Rußlands, namentlich aber Simbirsk, im Jahre 1865 heim. Die damals eingesetzten Untersuchungs-Kommissionen haben überall nichts herausgebracht, wohl aber viele ehrenwerthe Leute lange in Haft gehalten und sie an Ehre und Vermögen gekränkt. Ein besonders tragischer Fall dieser Art macht jetzt in Form eines Briefes des Betroffenen die Runde durch alle Blätter. Ein Oberst, dessen Name auf das unglückliche polnische ski ausgeht, wird mit seinem Regiment nach Simbirsk kommandirt zum Schutz der Stadt gegen weitere Brandstiftungen. In vollständig unbegreiflicher Weise wird er in die Untersuchung wegen Brandstiftung verwickelt, sein Name wird in den „Moskauer Nachrichten“ gebrandmarkt, er sitzt anderthalb Jahre im Gefängniß und erst im Februar d. J. wird der Unglückliche vollständig rehabilitirt, — nun aber auch auf die glänzendste Weise durch den Kaiser selbst.

Nichtpolitische Zeitung.

[Frankfurter Dombau.] Die „Frankf. Ztg.“ schreibt: Gutem Vernehmen nach haben die zur Ausarbeitung eines Bauplanes für den Wiederaufbau und die Restauration unseres Domes hieher berufenen drei Dombaumeister, Friedrich Schmidt in Wien, Voigtel von Köln und Denzinger aus Ulm die Feststellung des Bauplanes in den Hauptgrundzügen vollendet und sich übereinstimmend über die nachstehenden Einzelheiten ausgesprochen. Die Niederlegung der Kuppel bis an die Spitzbögen der obersten Thurmfenster ist als eine unabweisbare Nothwendigkeit erkannt worden. Bezüglich des Thurmausbaues hat man sich einstimmig für die Ausführung des ursprünglichen Planes entschieden. Somit wird von einer Pyramide abgesehen und der Thurm einen Helm in der Form der alten deutschen Kaiserkrone erhalten, was jedenfalls der Geschichte der Stadt und des Domes als Wahl- und Krönungskirche der deutschen Kaiser am besten entspricht. Der durch die Domschule verbaute alte Kreuzgang mit offenen Bögen wird wieder freigelegt. Die Gewölbe des Mittelschiffs, welche aus schweren dicken Kalksteinen gebaut sind, werden abgerissen und durch Gewölbe aus leichten Backsteinen ersetzt. Um ähnliche Katastrophen, wie die am 15. August vorigen Jahres zu verhüten, sollen die Dächer von Eisen konstruirt und mit Schiefer gedeckt und endlich das Gebäude ringsum freigelegt werden. Die übrigen uns bekannten Einzelheiten noch anzuführen, dürfte an dieser Stelle zu weit führen.

Münster, 14. April. [Soldaten-Exzesse.] Der „Westf. M.“ schreibt: Durch einen Wortwechsel hervorgerufen, entspann sich gestern gegen Abend in der Lutz'schen Gartenwirthschaft vor dem Neuthor zwischen Soldaten des 73. Regiments und Uhlanen mit dem Wirthe ein Streit, der damit endete, daß letzterer die Flucht ergriff und dessen Haus vollständig demolirt wurde. Keine Scheibe blieb verschont, Gläser, Tassen, Kaffeegeschirre, Stühle und Tische wurden zertrümmert und was nicht niet- und nagelfest war, entzwei geworfen. Die Untersuchung in dieser Angelegenheit hat schon heute Morgen begonnen, und sollen mehrere Schuldige bereits recognoscirt sein. Gestern Abend wurde auch ein Mann auf dem Spiekerhofe von einem Soldaten so erheblich gestochen, daß derselbe noch in der Nacht in das Clemens-Hospital gebracht werden mußte. Auch am Charfreitag Nachmittag attaquirte ein betrunkener Dreiundsiebenziger einen Mann auf Mauritz mit der blanken Waffe. Letzterer entging nur durch eine glückliche Wendung der Verletzung und trug nur einen Schaden an seinen Kleidungsstücken davon Der Säbel, resp. das Haubayonnet wurde dabei dem Soldaten aber aus der Hand gewunden und dem Amte Mauritz zur weiteren Veranlassung übergeben.

[Der Papst am Ostersonntage.] Der „Volksfreund“ erhält aus Rom eine Schilderung der Feierlichkeiten in der vatikanischen Basilica, der wir folgende Stellen entnehmen: Nach Beendigung des Gottesdienstes verfügte sich der Papst in die Mitte des großen Kirchenschiffes zur Verehrung der Reliquien der heiligen Lanze, des heiligen Kreuzes und des Schweißtuches, welche dann dem Volke gezeigt wurden. Hierauf begab sich der heilige Vater unter dem Vortritte der Prälaten und des heiligen Kollegiums in den oberen Porticus der Basilica, um von der großen Loggia aus den feierlichen Segen urbi et orbi und vollkommenen Ablaß zu ertheilen. Obwohl der Himmel mit Wolken bedeckt war und von Zeit zu Zeit Regen fiel, so war der Anblick, der sich darbot, nicht minder großartig und überraschend. In dem ungeheuren Raume, der sich von der Kirche bis zur Piazza Rusticucci erstreckt, drängte sich eine solche Menge Menschen aller Nationen, daß man sie nicht größer denken konnte. Zu Land und zu Wasser waren die Katholiken aus allen Theilen der Welt zum Besuche der heiligen Stadt herbeigekommen, um trosterfüllt durch den Segen des Stellvertreters Jesu Christi wieder heimzukehren... Kaum war der heilige Vater in der großen Loggia auf dem Tragsessel, umgeben von den Kardinälen und seinem Hofe, erschienen, so trat tiefes Schweigen ein. Das Trompetengeschmetter und der Wirbel der Trommeln der Truppen, die in dichten Schaaren auf dem großen Platze aufgestellt waren und das Herannahen des Papstes begrüßt hatten, verstummten. Der heilige Vater sprach hierauf mit klaren deutlichen Worten die üblichen Gebete, erhob die Hände zum Himmel und ertheilte mit erhobener Stimme, die auf dem ganzen Platze deutlich vernommen wurde, im Namen der heiligen Dreifaltigkeit der knieenden Menge, welche die Häupter entblößt hatte, den feierlichen päpstlichen Segen. Den Beginn des Festtages verkündeten Artillerie-Salven des Castels Sant' Angelo, von dessen Wällen die päpstlichen Fahnen wehten; den Schluß desselben machte die glänzende Beleuchtung der Kuppel, der Façade, des Porticus und der Colonnaden der vatikanischen Basilica.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 110-11. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 21. April 1868.

Trennung von Staat und Kirche.

Diese bei uns immer mehr in den Vordergrund tretende und nach einer Lösung drängende Frage behandelte Julius Fröbel in einigen Leitartikeln in den letzten Nummern der „Südd. Pr." Er weist nach, wie für den inneren Organismus des politischen Lebens die Sonderung der gesellschaftlichen Verrichtungen und ihre Vertheilung an getrennte Organe des Staates als ein Fortschritt der politischen Bildung, ihre Wiederverschmelzung als ein Rückschritt zu betrachten sei. In allen Beziehungen kann Vernunft und Klarheit in das Leben nur durch eine Zerlegung zusammengesetzter Thätigkeiten und durch eine Sonderung der ihren verschiedenen Elementen dienenden gesellschaftlichen Organe gebracht werden. Der Einheit des menschlichen Wesens kann dadurch so wenig Eintrag gethan werden, wie durch den gesonderten Gebrauch einzelner Gliedmaßen des Leibes, deren Bewegungen auch erst in Folge höherer gymnastischer Ausbildung von einander unabhängig und des edleren Menschen würdig werden.

In diesem Sinne verlangt der Standpunkt, welchen wir heute in der menschlichen Bildungsgeschichte einnehmen, die Trennung von Staat und Kirche. Die langwierigen Kämpfe zwischen diesen beiden großen Kulturmächten sind im Bereiche christlicher Bildung einer theoretischen und praktischen Erledigung nahe gekommen, und dem, was in der christlichen Welt vor sich geht, wird anderwärts, soweit dazu schon die Fähigkeit vorhanden ist, also zunächst in den großen asiatischen Glaubenssystemen, nachgeahmt werden. Die Verhältnisse im türkischen Reiche haben in dieser Beziehung eine merkwürdige Aehnlichkeit mit den unsrigen. Wie in der Christenheit, ist auch im Bereiche des Islam das höhere und niedere Schulwesen ausschließlich in den Händen der Priesterschaft gewesen, der es seine Entstehung verdankt; und dort wie hier kann diese Klasse sich nicht darein finden, daß das Kind der elterlichen Gewalt und Vormundschaft zu entwachsen anfängt. Alle Reformbestrebungen, welche den Zweck haben, das türkische Reich vom Untergange zu retten, die auf Verbesserung des Schulwesens gerichteten in erster Linie, sind bisher an der türkischen Geistlichkeit gescheitert. Der Kampf dreht sich dort, wie bei uns, um die Verweltlichung des Staates, welche mit einer Vergeistigung der Kirche gleichen Schritt gehen muß. Begebenheiten, welche mit dem nämlichen Verhältniß in Verbindung stehen, haben in diesem Augenblick das japanesische Feudalreich erschüttert. Die ganze Erscheinung bezeichnet einen nothwendigen, unvermeidlichen Vorgang im allgemeinen Verlaufe der menschlichen Bildungsgeschichte.

Wir lassen es dahin gestellt sein, wie weit außerchristliche Gesellschaften im Stande sein mögen, die ihnen daraus hervorgehenden Aufgaben zu lösen. Es ist unwahrscheinlich, daß dem türkischen Reiche dazu die Zeit gelassen wird, selbst wenn ihm die nöthigen Talente nicht fehlen sollten. Die Christenheit aber ist der Führer der Menschheit auf der Bahn der Bildung und Veredlung; und wenn wir nun fragen, wie bei uns in dieser großen und hohen Kulturfrage die Dinge stehen, so kann nur dem Blinden verborgen bleiben, daß die Trennung von Kirche und Staat nothwendig und unvermeidlich geworden ist, weil sie eben so sehr im Interesse der Kirche wie in dem des Staates liegt.

Ist in unseren Tagen die Gefahr verschwunden, daß die Kirche den Staat wieder absorbirt, so ist dafür die Gefahr einer Absorption der Kirche durch den Staat um so größer. Unsere Zeit mag geneigt sein, diese Möglichkeit nicht als Gefahr, sondern als eine günstige Aussicht zu betrachten. Wir sind nicht dieser Meinung. Die Freiheit ist gefährdet, gleichviel ob der Staat in der Kirche oder die Kirche im Staate aufgeht. Das letzte Ergebniß aber ist nicht zu vermeiden, wenn sich die Kirche nicht aus ihrer Verkettung mit den weltlichen Interessen herauszieht. Von Seite absolutistisch regierter Staaten hatte die Kirche höchstens vorübergehend und gelegentlich die Rücksichtslosigkeit eines weltlichen Herrschers zu fürchten. Den Majoritäten moderner Parlamente gegenüber steht ihre Sache minder günstig, und ihre Verkettung mit den weltlichen Interessen ist der schwache Punkt, welchen sie darbietet. Aus dem Bereiche dieser Interessen herausgezogen, wird ihre geistige Freiheit unangreifbar. Auf dem Gebiete dieser Freiheit aber liegen alle ihre großen und erhabenen Aufgaben. Mit diesen greift sie über die Grenzen der Staaten hinweg, und nur auf der Höhe dieser Stellung wird sie dem Realismus der Zeit gegenüber sich behaupten können.

Die Juden in England.

In den eben erschienenen Essays von B. Cacroft (London, Trübner u. Co.) findet sich eine Abhandlung über die Juden in Westeuropa, die mit einer Uebersicht der Zustände dieser Glaubensgenossenschaft in England schließt und mancherlei interessante historische Reminiscenzen enthält.

Im Jahre 1290 waren sie nach einem vergeblichen Versuche Eduards I., sie zum Christenthum zu bekehren, in der härtesten und grausamsten Weise aus dem Lande getrieben worden und erst unter Cromwell erhielten sie, trotz heftiger Opposition begabter Männer der Kirche und des Rechtes, wieder die Erlaubniß, sich in England aufzuhalten, ohne daß ihnen jedoch eine bleibende Ansiedlung in Form des Rechts gestattet worden wäre. Was der republikanische Protector verweigert, bewilligten die reactionairen Könige Karl II. und Jakob II.: sie ertheilten den Juden Naturalisationspatente, und, so sehr man auch bemüht war, sie zur Rücknahme dieser Vergünstigung zu bewegen, weigerten sie sich doch, das gegebene Wort zu brechen. Wilhelm IV. aber legte ihnen eine Fremdentaxe auf, die erst unter Georg II. aufgehoben wurde, und zu gleicher Zeit ging eine Akte durch, welche fremden Juden die Naturalisation gewährte. Dazumal befürworteten schon die Bischöfe und die bedeutendsten Staatsmänner diese Maßregel der Duldsamkeit, aber der Mob war dagegen. Zu dem No Popery Geschrei gesellte sich der Ruf: „Keine Juden, keine Holzschuhe", und übertönte die Stimme des Rechts. Sydenham, der für die Juden gestimmt hatte, verlor seinen Sitz für Exeter; der Bischof von Norwich wurde, so oft er sich öffentlich zeigte, wegen seines günstigen Votums insultirt: Die Straßenjungen riefen ihm zu, er möge kommen, sie zu beschneiden; an den Kirchenthüren las man: „An Sonnabenden werden die Juden, an Sonntagen die Christen confirmirt," und in der nächsten Session sah sich der Herzog von Newcastle gezwungen, eine Bill einzubringen, welche das eben erst gegebene Gesetz annullirte, um sie mit aller Eile durch die beiden Häuser zu treiben.

Wieder verging ein Jahrhundert, ohne daß sich irgend Etwas in der Lage der Juden geändert hatte, und so sehr hielt man an dem alten Vorurtheile fest, daß ein gewisser Saul, der Sohn eines Juden und einer Christin, obwohl selbst Christ, nur nach wiederholten, mehrere Jahre hindurch fortgesetzten Anstrengungen das Bürgerrecht der City erlangen konnte.

Erst im Jahre 1830 wurden wieder energische Schritte für die bürgerliche und politische Emancipation der Juden gethan. In erster Linie stand dabei Sir Francis Goldsmid, und Macaulay verdiente sich bei den bezüglichen Parlamentsverhandlungen seine Sporen. Wie zwanzig Jahre später, als es sich darum handelte, die Juden zum Parlamente zuzulassen, hielt er eine seiner glänzendsten Reden, diesmal seine Jungfernrede, aber Sir R. Inglis, der Tory, siegte und die Bill, welche die Emancipation der Juden beantragte, fiel mit bedeutender Stimmenmehrheit durch.

Glücklicher waren die Juden außerhalb der Hallen der Gesetzgebung und Lord Denman, damals Common Sergeant der City, gestattete, daß sie den Eid auf das alte Testament leisteten und das Bürgerrecht der City erlangten, wodurch ihnen der Weg zu Gemeinde-Aemtern geöffnet war. So wurde David Salomon im Jahre 1835 Sheriff von London und Middlessex, aber damit war ein sonderbarer

Süddeutschland.

Bayern. b. München, 16. April. [Zeichnenschule. Königliche Munifizenz. Klinik. Militärisches.] Eine Zahl angesehener, den höchsten Ständen angehöriger Frauen beabsichtigt, unter Mitwirkung der Akademie der bildenden Künste eine Zeichnenschule für Mädchen zu errichten, in welcher Zeichnenlehrerinnen gebildet werden sollen. Die Schule wird unter die Leitung einer talentvollen jungen Künstlerin, Tochter des bekannten Aesthetikers Unger aus Göttingen, gestellt. Se. Maj. der König hat zur Gründung dieses Instituts einen Beitrag von 300 fl. aus der Kabinetskasse bewilligt. — Von den sechs Kindern der verlebten Revierförster Kracher'schen Eheleute zu Traunstein ist eines — eine Tochter Namens Susanne — noch minderjährig. Se. Maj. der König hat angeordnet, daß derselben außer der aus Staatsmitteln ihr gesetzlich zukommenden Unterstützung ein jährlicher Erziehungsbeitrag von 100 fl. aus der königlichen Kabinetskasse zugewendet werde. Neben den medizinischen, chirurgischen und pädiatrischen Kliniken und Polikliniken im hiesigen Reisingerianum wird mit dem kommenden Sommersemester auch eine gynäkologische Klinik und Poliklinik daselbst eröffnet, und zwar unter Leitung des Privatdozenten Dr. Joseph Amann. — Um den Soldaten jüdischer Religion in der Feier ihrer fünf Hauptfeste so wenig als möglich hinderlich zu sein, hat der Kriegsminister bestimmt, daß denselben, wenn sie es wünschen und soweit dies ohne Beeinträchtigung des Dienstes geschehen kann, für diese besonderen Festtage Urlaub zu ertheilen ist.

Großh. Baden. [Die Zukunft des Erzbisthums Freiburg.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Der Tod des greisen Erzbischofs von Freiburg ist ziemlich unerwartet gekommen, denn man glaubte bei seiner zähen Körpernatur nicht an ein so nahes Ende. Nun tritt auf einmal die ganze Frage des Kirchenstreits wieder an die Regierung heran und verlangt eine entschiedene Haltung. Alles, was in den letzten Jahren aus der erzbischöflichen Kurie gegen die Regierung in's Werk gesetzt wurde, hat man möglichst ignorirt, denn man mochte und konnte wohl den greisen Kirchenfürsten nicht für Akte verantwortlich machen, deren geistige Urheber andere waren, ohne daß man sie selbst dafür zur Rechtfertigung und Verantwortung ziehen konnte. Es liegen nur zwei Hauptfragen vor: nämlich wird es bei der bisherigen Einrichtung der oberrheinischen Kirchenprovinz bleiben, und wird die Neuwahl eines Erzbischofs vorgenommen werden?

Die erste Frage ist in badischen Blättern schon mehrmals angeregt worden und scheint in höheren Kreisen bereits besprochen und verhandelt worden zu sein. Die oberrheinische Kirchenprovinz hat ihre eigentliche Grundlage im Wiener Frieden und im deutschen Bunde gehabt, diese sind aber inzwischen hinfällig geworden. Preußen hat die zwei Bisthümer Limburg und Fulda sich einverleibt und will keines seiner Bisthümer einem fremden Erzbisthume unterstellt lassen, und die Folge davon wird sein, daß es diese beiden Bisthümer zur Kölner Kirchenprovinz schlagen wird. Es verbleiben dann nur noch die Sprengel von Freiburg, Mainz und Rottenburg mit nicht mehr als 1,650,000 Katholiken, und dafür ist ein besonderes Erzbisthum nicht mehr nöthig, so daß man glaubt, Freiburg werde künftig auf ein Bisthum reduzirt und aus der Verbindung mit Mainz und Rottenburg gebracht, sonst aber als exemtes Bisthum direkt unter Rom gestellt. Man hat nun zwar auch schon an zwei badische Bisthümer, zu Freiburg und Bruchsal gedacht, aber im Volke will man davon nichts wissen. Es muß sich nun bald zeigen, was hieran ist, denn soll eine solche Aenderung geschehen, so wird der erste Schritt dazu wohl von Preußen ausgehen müssen. Sollte der bisherige Zustand belassen werden, so muß zuerst das Freiburger Domkapitel ergänzt sein.

Daß der neue Weihbischof Kübel zum Erzbischof gewählt werde, daran ist nicht zu denken, denn die Regierung wird ihn nicht zulassen; das gleiche würde bezüglich des Mainzer Bischofs Ketteler der Fall sein. Eine geeignete Persönlichkeit in unserm Lande selbst wüßten wir nicht aufzufinden, und daher glaube ich, daß diesmal ein anderes Verfahren eingehalten wird. Wenn beide neupreußische Bisthümer noch bei dem alten Verbande bleiben sollen, so wird Preußen auch nicht ganz ohne Einfluß auf die Wahl des Erzbischofs bleiben können, zumal auch noch Hohenzollern unter ihm steht; die Folge davon wird dann aber wohl sein, daß man die Wahl auf eine Persönlichkeit aus Preußen selbst leiten wird. Man hört sogar die Vermuthung aussprechen, daß hierüber schon Verhandlungen oder Besprechungen stattgefunden haben. Freilich eben Vermuthung.

Ausland.

Frankreich. Paris, 18. April. [Vermischte Nachrichten.] Der kaiserliche Prinz setzte gestern seine Reise von Cherbourg nach Brest fort. Bisher wissen die offiziösen Blätter als das Interessanteste von diesem Ausfluge zu melden, daß Se. kaiserl. Hoheit „sich nicht ermüdet zeigt." — Nach dem „Journal de Paris" wird der kaiserl. Prinz im Juli noch eine zweite Reise nach Brest machen und etwa drei Wochen lang auf der Manöver-Korvette mit den Zöglingen der Seemannsschule sich nautischen Uebungen widmen. Demselben freilich wenig zuverlässigen Blatte zufolge würde Graf Stackelberg, augenblicklich russischer Gesandter in Wien, an die Stelle des Herrn v. Budberg als Gesandter nach Paris berufen werden. — Der Senat wird schwerlich vor Ende dieses Monats zur Debatte über das Preßgesetz gelangen, da Devienne noch nicht einmal seinen Bericht in der Kommission gelesen hat. Der Bericht des Herrn v. Maupas über das Versammlungsrecht steht noch in weitem Felde, da bekanntlich die Kommission bis jetzt noch nicht zusammengetreten ist, um den Eifer ihres Referenten sich erst etwas abkühlen zu lassen. Im gesetzgebenden Körper werden die Sitzungen in nächster Woche wieder beginnen. Die Freitagssitzung des Staatsraths wurde durch einen traurigen Vorfall unterbrochen. Graf Dubois hatte eben einen

---

Conflikt in der eigenen Person gegeben. Der Sheriff von Middlessex brauchte nämlich als Kronbeamter die Erklärung, welche mit den Worten: „bei dem wahren Glauben eines Christen" schließt, erst nach seinem Amtsantritte zu unterzeichnen, konnte daher ungehindert Prozesse instruiren, Geschworene citiren und die sonstigen Obliegenheiten eines Sheriffs erfüllen. Als Sheriff von London aber war er Beamter einer Corporation, mußte als solcher die bewußte Erklärung vor seinem Amtsantritte unterzeichnen, und war daher als Jude unfähig, den Posten zu übernehmen. Eine Parlamentsakte, welche festsetzte, daß der Sheriff zu keinem Eide und zu keiner Erklärung verpflichtet sei, zu denen nicht auch der Sheriff einer Grafschaft verbunden wäre, half ihm aus der Klemme, und am Ende des Jahres erhielt er Indemnität. Durch dieses Schlupfloch zog der Sheriff von Middlessex den jüdischen Sheriff von London, unbeschadeten Leibes und Gewissens, durch die Umwallung des Gesetzes. Es folgten dann mehrere jüdische Wahlen zu Munizipalämtern, die aber alle annullirt wurden, bis Sir Robert Peel dem Scandal durch einen Akt ein Ende machte, welcher die als Stein des Anstoßes dienende Schlußformel beseitigte. Damit war die bürgerliche Emancipation der Juden entschieden, und nun erst begann der Kampf um ihre Zulassung zum Parlamente, der volle 10 Jahre dauerte, bis ihn 1858 Disraeli durch einen Compromiß, welcher dem Parlament gestattet, den Riegel der Schlußformel nach Belieben wegzuziehen, glücklich beseitigte.

Trotzdem die Juden nun in England vollständig den anderen Confessionen gleichgestellt sind, soll doch ihre Zahl im Vereinigten Königreiche kaum mehr als 40,000 betragen, davon etwa 25,000 in London. Die Meisten sind aus Deutschland und Polen eingewandert. Jährlich kommen zwar neue Einwanderer, dagegen ziehen andere wieder nach den Colonieen ab. Im Jahre 1859 zählte man 41 Synagogen, seitdem sind viele neue, darunter in Birmingham, Edinburg, Glasgow hinzugekommen. Bei den meisten derselben gilt der deutsche Ritus; die aber zum spanischen und portugiesischen Ritus halten, betrachten sich als reineren Geblütes und gehen mit den anderen jüdischen Genossenschaften ungern Heirathen ein.

Seit 20 Jahren hat sich übrigens auch dort eine Reformliga gebildet, die damit begann, in rein englischer Sprache, anstatt in jüdisch-deutschem Kauderwelsch zu predigen, später aber weiter ging, und da kein deutscher Rabbiner sich an ihre Spitze stellen wollte, sich der Führung eines Engländers, des Dr. Marks, anvertraute. Die Nichtbeachtung eines biblisch nicht anbefohlenen zweiten Oster-, Pfingst- und Laubhütten-Feiertages war der erste Stein des Anstoßes. Die Reformers stellten die Verbindlichkeit desselben in Abrede und wurden dafür von den Nicht-Reformers verketzert. Darüber trennten sich die Ersteren, nahmen ein eigenes Gebetbuch an und bauten eine eigene Synagoge. „Die Deputation der Congregation der britischen Juden" (so nannte man die alte jüdische Repräsentanz in England) mit Sir Moses Montefiore an der Spitze, weigerte sich aber, diese Synagoge zu registriren, wodurch allein die in ihr geschlossenen Heirathen Giltigkeit erlangen können. Wieder half eine Parlamentsakte aus, welche zur Registratur nur das Zeugniß des Secretairs einer Gemeinde nöthig macht, und dadurch erst vermochten die Reformers sich förmlich zu constituiren. Sie stellen sich auf biblischen Boden, behalten von den traditionellen Gebräuchen nur einige bei, und erweitern ihre Gemeinde mit jedem Jahre.

Vortrag über eine Eisenbahnangelegenheit geschlossen, als er, von einem plötzlichen Schlaganfall getroffen, todt von seinem Sessel sank. Graf Dubois, der Sohn eines von Napoleon I. in den Adelstand erhobenen Konventsmitgliedes, war im Jahre 1812 geboren und zählte zu den fähigsten Beamten der höheren Verwaltung in Frankreich. — Der im Wahnsinn verstorbene Deputirte Didier (welcher vor mehreren Wochen jene unheimliche Scene im gesetzgebenden Körper veranlaßte) hat Alexander Dumas' Sohn seine Bildergallerie, die einen Werth von 400,000 Franken hat, und Edmond die Summe von 60,000 Franken vermacht.

Großbritannien. [Die englischen Freiwilligen, ihre Entstehung und ihre Organisation.] Die Heerschau der englischen Freiwilligen, welche am 13. d. Mts. bei Portsmouth stattfand, ist vollkommen befriedigend ausgefallen. Es waren anfänglich die schlimmsten Befürchtungen gehegt worden. Man hatte geglaubt, die Unordnungen der Eisenbahn-Verwaltungen seien derart, daß die Mannschaft nicht rechtzeitig an Ort und Stelle gebracht werden könne. In Portsmouth selbst erwartete man zugleich eine heillose Verwirrung und ein ganz mageres Schauspiel. Und um die Aussichten ja recht düster zu machen, hatte einer der Hauptbefehlshaber der Freiwilligen die ganze Volontär-Armee für einen Humbug (a sham) erklärt! Trotzdem ist Alles aufs beste ausgegangen: die Verbringung der Truppen nach dem Sammelort; der Marsch derselben über den Gemeinde-Anger von Southsea, und das Scheingefecht zu Land und zu Meer. Es waren ihrer 33,000 Freiwillige in der Nähe jenes großen Seehafens versammelt; 15,000 derselben waren von London dahin abgegangen. Die Rückkehr der meisten erfolgte noch am selben Abende in vollkommener Ordnung. Die Formation des englischen Freiwilligenheeres fällt bekanntlich in die Zeit, die unmittelbar dem Angriffe Orsini's auf das Leben Louis Napoleon's folgte. Die heftigsten Drohungen wurden damals gegen England ausgestoßen; der Pariser „Moniteur“ brachte eine Adresse französischer Obersten, worin verlangt wurde, der Kaiser solle mit Feuer und Schwert diese britische „Räuberhöhle“ ausfegen. Man machte sich hier auf einen Ueberfall gefaßt; es war ja noch in der Blüthezeit des bonapartistischen Bravo-Systems und England von Truppen fast ganz entblößt. Tagtäglich schlugen die Blätter Allarm. „Schwester Anna,“ rief man sich zu, „siehst du nichts kommen?“ Da tauchte der Gedanke auf, eine Armee von Freiwilligen zu bilden — eine Idee, die anfänglich mit nichts weniger als begeisterter Zustimmung von der hohen Aristokratie, den Whigs sowohl wie den Tories, aufgenommen wurde. Dem Volke Waffen in die Hände zu geben? Der Vorschlag schien manchem edelgeborenen Herrn geradezu revolutionär! Auf radikaler Seite setzte man indessen die Bemühungen emsig fort, und die Bewegung kam allmälig in Gang. Lord Palmerston mochte wohl über das „Freiwilligen-Fieber“ spötteln; er konnte den Fortgang der Sache nicht mehr hindern. Wie die herrschenden Classen sahen, daß das Volk sich selber helfen wolle, entschlossen sie sich rasch, die Angelegenheit nun selbst in die Hand zu nehmen. Ein solch plötzlicher Umschlag ist hier nicht selten. Als z. B. Garibaldi in England erschien und Gefahr vorhanden war, daß sich die radicale Partei ausschließlich der ihm zu bringenden Huldigungen bemächtigen würde, stellten sich im Nu eine Anzahl hoher Herren an die Spitze, um zu leiten und zu mäßigen. Schließlich escamotirten sie sogar den Volkshelden zum Lande hinaus.

Das erste Bestreben der Aristokratie, nachdem sie sich der Freiwilligensache angenommen, ging dahin, die unteren Klassen fernzuhalten und die Bildung von Bataillonen auf den Bürgerstand und die höheren Gesellschaftsschichten zu beschränken. Dies erreichte man dadurch, daß die Ausrüstung und Bewaffnung der Freiwilligen sehr kostspielig gemacht wurde. Nur ungern ging man daran, die Formation von freiwilligen Artilleriekorps zu gestatten, obgleich für den Fall einer Invasion gerade das Geschützwesen von erster und hauptsächlichster Wichtigkeit war. Indessen zählt die freiwillige Artillerie jetzt gegen 30,000 Mann; die Gesammtzahl der Volontärs ist etwa 170,000. Seit Jahren bleibt diese Ziffer eine ständige. Es findet keine Vermehrung statt, da man die unteren Volksschichten auch jetzt noch nicht heranziehen will.

Das Motto der Freiwilligen ist: „Schutz, nicht Trutz!“ (Defence, not defiance.) Selbst den napoleonischen Drohungen gegenüber wollte man nicht mit einer Gegendrohung antworten. Viel läßt die Organisation der Freiwilligen noch zu wünschen übrig, auch abgesehen von dem enggegriffenen Bevölkerungskreise, in welchen man dieselbe eingeschlossen hat. So ist z. B. die Bekleidung eine allzu vielfältige. Jedes Corps beinahe hat sich seine eigene Phantasie-Uniform zurechtgeschneidert. Im Falle einer wirklichen Invasion würde dies höchst störende Folgen haben, denn manche dieser Uniformen ähneln den französischen gar sehr, und unmöglich wäre es, sich überall als Freund oder Feind herauszufinden.

Dem Versuche, die Freiwilligen zur Verwendung gegen etwaige Unruhen im Innern zu benützen, hat man von Seite der Ersteren widerstanden — mit vollem Rechte. Es gäbe kein sichereres Mittel, die ganze Volontär-Armee zur Unmöglichkeit zu machen, als der Abgang von dem Grundsatze, daß dieselbe nur gegen den äußeren Feind verwendbar sein soll.

Rußland. [Organisation der militärischen Kräfte Rußlands.] In dem von Katkoff herausgegebenen Journal „Rußki Westnik“ findet sich eine interessante Abhandlung des General Fatjejeff über die Organisation der militärischen Kräfte Rußlands. Es wird darin nachgewiesen, daß Rußland, welches dieselben militärischen Bedürfnisse wie Preußen habe, auch dasselbe System in der Bewaffnung des Volkes annehmen müsse. Für den Frieden ist es nothwendig, möglichst wenig Truppen auf den Beinen zu haben, und dadurch die Finanzen zu schonen. Wenn der Ausbildung der Mannschaften im Frieden gehörige Sorge getragen wird, so könne man für den Krieg ein gewaltiges Heer in Bereitschaft halten. Wird das russische Heer so wie das preußische organisirt, dann sei Rußland in einem Vertheidigungskriege unbesiegbar.

— [Ein Czaar im Parlamente.] Russische Blätter erzählen von dem Besuche, den der Thronfolger dem Norddeutschen Parlamente bei seiner letzten Anwesenheit in Berlin abstattete; und einige derselben heben hervor, es sei dies der erste Fall gewesen, daß ein russ. Prinz eine parlamentarische Gesellschaft mit seiner Gegenwart beehrt habe. Diese Angabe ist, wie die „K. Z.“ bemerkt, nicht ganz richtig. Das englische Unterhaus jedenfalls genoß einmal die Ehre, den hochseligen Kaiser Nikolaus als Gast auf einer seiner hintersten Bänke sitzen zu sehen. Im englischen Unterhause gibt es keine Loge, auch nicht für die Mitglieder der königlichen Familie; Prinzen müssen, wenn sie der Sitzung beiwohnen wollen, sich mit einer der hintersten Bänke, welche für Peers und hochstehende fremde Gäste frei gehalten werden, und Prinzessinnen mit einem Sitze auf der gewöhnlichen Damengallerie begnügen. Lange hielt es Se. Majestät allerdings nicht aus, entfernte sich vielmehr schon nach wenigen Minuten, weil es, wie er erklärte, seiner Würde zuwider sei, in einer Versammlung unbedeckten Hauptes sitzen zu müssen, deren Mitglieder die Hüte aufbehielten. (Die Sitte der Mitglieder des englischen Parlaments, die Hüte aufzubehalten, während die Zuhörer baarhaupt eintreten müssen, besteht heute noch, und es ist z. B. erst kürzlich von englischen Blättern und Correspondenzen als eine auffallende Thatsache gemeldet worden, daß der neue Premier Disraeli den Hut im Parlamente nicht aufbehalte.)

Nichtpolitische Zeitung.

— [Schiffsuntergang.] Mit der preußischen Barke Herkules ist die Mannschaft des untergegangenen Schiffes Nyssieus in Hartlepool angekommen. Sie erzählte dem dortigen Vizekonsul Herrn Groves ihre Geschichte in folgender Weise. Am 2. April fuhr ihr Schiff von Gothenburg ab und wurde am dritten Tage der Fahrt leck. Das Wasser drang ein und die Nothflagge wurde aufgehißt. Die preußische Barke erblickte das Zeichen und näherte sich, um die Mannschaft des sinkenden Schiffes aufzunehmen; der Capitän des letzteren aber verbot seinen Leuten, das Fahrzeug zu verlassen; denn er „sei ein gottesfürchtiger Mann, und die Vorsehung werde sein Schiff nimmer zu Grunde gehen lassen“. Die Mannschaft war nicht so vertrauensselig und ergriff die Gelegenheit zur Rettung; der Steuermann bot Alles auf, den Capitän — Pak ist sein Name — zu bewegen, dem Beispiele zu folgen, aber vergebens. „Ich setze mein Vertrauen auf Gott, er wird mich nicht untergehen lassen“, wiederholte er. Nun versuchte der Steuermann Gewalt; aber der Capitän riß sich los und lief in seine Kajüte. Nun blieb keine Zeit mehr, der Steuermann mußte sich beeilen, an Bord der preußischen Barke zu steigen, und bald darauf verschwand das sinkende Schiff mit dem Capitän unter dem Wasser. Das Schlimmste ist, daß dieser seinem religiösen Wahnsinne zum Opfer gefallene Unglückliche Frau und Kinder hinterläßt.

[Universitäts-Reform.] Aus Heidelberg den 12. April wird geschrieben: Unser Universitätsamt ist endlich zu Grabe gegangen und mit ihm eine ganze Reihe anderer Einrichtungen. So werden wir auch für die Zukunft keine Pedellen mehr haben, indem diese sowohl, als der Aktuar des Universitätsamts nach einem Reskript des großh. Justizministeriums dem großh. Bezirksamt dahier zur Verfügung gestellt sind. Der neue Beamte, der großh. Amtsrichter Gönner, welcher auch kleinere Disciplinar-Vergehen der Studirenden abzuurtheilen hat, während größere, als Körperverletzungen u. dgl., dem ge-

wöhnlichen Gericht, also auch dem Schöffengericht, unterstehen, tritt seinen Dienst am 15. d. M. an. Civilsachen, d. h. Forderungsklagen gegen Studirende gehen von jetzt an ebenfalls an das Amtsgericht über.

Frankfurter Börse (13. bis 18. April.)

18. April. Die Börse hat sich einen Augenblick erholt, aber sie ist alsbald in die alte Schwäche zurückgefallen, aus der sie vorerst nicht herauszukommen scheint. Auf österr. Fonds wirken zwei Faktoren sehr nachtheilig, einer ist die Ungewissheit in Betreff der Steuer und der Konversion. Man fürchtet, dass das jetzt einzig mögliche Ministerium sich zurückziehe, wenn seine Anträge auch nur modifizirt werden. An eine solche Empfindlichkeit glauben wir nicht. Man kann in finanziellen Sachen ab- und zugeben, ohne die eigene Würde zu verletzen und wir glauben auch nicht, dass der Finanzminister sich einbildet, etwas Unfehlbares und Unantastbares geliefert zu haben. Viel wichtiger ist der zweite Faktor. Noch immer hält der Kaiser mit der Sanktion der letzten Gesetze zurück und daher eine grosse Beklemmung. Man sagt es sich nicht, aber man fühlt es.

Hatte das tendenziöse Kriegsgeschrei von der Seine herüber nur vereinzelte Spekulationseffekten, zumal österreichische affizirt, so war der Eindruck der Friedenshymnen ein noch schwächerer und geradezu ephemerer; nach kurzer Erhebung am Mittwoch trat Mattigkeit und Rückgang wieder ein. Für süddeutsche Staatspapiere fehlte die Kauflust und auch kleinere Posten, die zum Angebot kamen, mussten sich einer Reduktion des Kurses unterwerfen. Am besten hielten sich noch Amerikaner, worin seit Kurzem wiederum Geldanlagen stattfinden; dieselben würden bei der Unsicherheit der politischen Konjunkturen in Europa bald wieder grosse Dimensionen annehmen, wenn man nicht drüben ein ebenso thörichtes wie perfides Spiel mit dem gegebenen Worte getrieben hätte.

Unter den E.-B.-Aktien bemühten sich Staatsbahnen, der rückgängigen Bewegung zu widerstehen, aber das Plus der Einnahme fällt von Woche zu Woche mehr ab, da die Getreidekonjunktur zu Ende geht, und sodann ist die Gefahr tief einschneidender Konkurrenzen noch lange nicht beseitigt. In den älteren Devisen wenig Umsatz. Pfälzische eher matter, obgleich der Märzausweis der Bexbacher befriedigen sollte. Auch die Weissenburger Linie hat ihr Minus vom Januar abgearbeitet und schliesst das erste Quartal mit fl. 77 mehr. Noch bessere Resultate erzielten die Hanauer Bahn mit einem Mehr im ersten Quartal von fl. 23,108, vornehmlich in den Gütern, und die hessische Ludwigsbahn mit einem Mehr von fl. 115,825 und zwar in allen Branchen, da auf ihr auch der Personenverkehr so leicht nicht ins Stocken geräth. In regerer Nachfrage waren bayerische Ostbahnen. Die Superdividende derselben für 15 Monate (1. Oktober 1866 bis 31. Dezember 1867) beträgt fl. 6 1/4, die Gesammtrente inbegriffen der Zinsen somit fl. 15 1/4 (7 1/8 pCt.), nachdem der Verwaltungsrath von den Einnahmen bereits fl. 800,000 in die Reserve gelegt hat. Die Betriebskosten brachte man bis auf ca. 35 pCt. (von früheren 38 pCt.) herab, während die bayerischen Staatsbahnen in minimo 60 pCt. aufweisen. Seit Januar d. J. haben die Einnahmen sich wieder in allen Zweigen um ein Bedeutendes gehoben, und da die beiden Monate Januar und Februar eine Mehreinnahme von ca. fl. 300,000 entziffern, so erscheint es nicht gewagt, für das 1. Quartal eine Mehreinnahme von fl. 450,000 gegen 1867 anzunehmen. Sehr hervorzuheben ist der Umstand, dass der Verwaltungsrath alle Sorgfalt an den Tag legt, die verschiedenen Fonds der Unternehmung schnellmöglichst und hoch zu dotiren. So besitzt dieselbe noch ca. 15,000 ihrer eigenen Aktien, die seither al pari angenommen waren, à 120 pCt. aber einen Nutzen von ca. fl. 600,000 für die Gesellschaft abwerfen dürften. Angesichts eines so raschen Gedeihens der Gesellschaft steht zu erwarten, dass die k. Staatsregierung ihr, gleichzeitig mit dem Ausbau vom Staate projektirter Bahnen, einige für das Land hochwichtige Linien zur schnellen Ausführung übergeben werde. Was die neuen Emissionen betrifft, so halten sie sich mühsam auf dem Emissionskurs. Das Erscheinen und die Ablieferung der oberhessischen Aktien hat den Kurs nicht weiter alterirt, sie sind vielmehr von 73 3/4—74 1/4 gestiegen, ein Beweis, dass dies Effekt in gute Hände zu Kapital-Anlagen übergeht. In Prioritäten schwacher Verkehr zu schwachen Kursen. Die Zeichnung auf die 5pCt. Ludwigsbahn-Anleihe hat, wie uns berichtet wird, vollständigen Success gehabt und besonders bei dem kleinen Kapital Anklang gefunden.

Oesterr. Kreditaktien verharren in der Baisse-Tendenz, welche sie seit Abhaltung der Generalversammlung angenommen und schliessen flau zu 187 um fl. 3 schlechter als vor 8 Tagen. Darmstädter behaupteten sich wenigstens auf der erniedrigten Notiz von 220. Oesterreich. Nationalbank ein paar Gulden besser, aber auch auf ihr lastet die Ungewissheit der nächsten Zukunft. Für Frankfurter kamen einige Verkaufordres an Markt und drückten den Kurs um 1 pCt.

Die Medioliquidation wickelte sich über Erwarten leicht ab, die meisten Effekten waren in Prolongation gesucht und der durchschnittliche Zinsfuss ein mässiger. Ueberhaupt ist der Geldstand wieder günstiger. Doch sind sämmtliche fremde Wechsel flauer und angeboten.

	13.	18.			13.	18.	
5% Oestr. National	Feiertag.	62 3/8	B	3 1/2% Badische Obl.	Feiertag.	85 3/8	B
5% do. Metal. (1859)		62 1/4		4% Darmstädt. do.		82 3/4	B
do. (steuerfr.)		49 1/2		4 1/2% Nassauer do.		91 1/2	B
5% do. Lose (1860)		70 1/4		4% do. do.		85 1/2	B
— do. do. (1864)		84 1/4	B	3 1/2% do. do.		81 1/4	B
Oestr. Kreditl. (58)		131		4% Kurhess. do.		88 1/2	B
5% Bayer. Obligat.		101 3/8		3 1/2% Frankf. do.		80 3/4	B
4 1/2% do. do.		93 3/8	B	3% do. do.		—	
4% do. do.		—		6% Amerik. (1882)		76 1/2	
4% do. 100 Thl.-L.		99		Oestr. Kredit.		187	
4 1/2% Würtemb. Obl.		93 1/4	B	Oestr. Nat.-Bank		711	
3 1/2% do. do.		82 1/4	B	Frankfurter do.		123 1/2	
4 1/2% Badische do.		93 1/2		Bexbacher E.-B.		149 1/2	B
4% do. do.		86 1/4	B	Bayer. Ostbahnen (Akt.)		121 1/4	B

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 7/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 3/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	47 1/4 G.
„	4 1/2 pCt.	42 3/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	92 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 1/4 P. 1/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto	94 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 3/4 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. dto.	81 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/8 G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881. D. 2 1/2	77 5/8 P.
„	6pCt. ditto v. 1882	75 3/8—1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	187 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	103 1/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	224 P. 23 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 1/2 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/4 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	255 1/4—57 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 1/2 P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 .	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	149 1/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/4 P. 1/2 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	182 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 1/2 P.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	42 3/8 P. 1/4 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	121 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4—1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 5/8 P. 3/8 G.
do. in öst. W. l. S.	101 1/2—3/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 1/4 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	131 G.
„ do. v. 1864	84 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 7/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 5/8 P.
Badische fl. 35	50 7/8 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 3/4 G.
„ fl. 25 do.	28 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/2 G.

Frankfurt, 20. April. Die Woche eröffnet, wie die vorige schloß — total geschäftslos. In Folge matterer Wiener Notirungen waren österr. Spekulationspapiere niedriger. Credit verloren 1 fl., Staatsbahn 1/2 fl. Oesterr. Anlagepapiere waren matt und still, da auf sie die noch obschwebende Unsicherheit der neuen Finanzprojekte am meisten drückt. Amerikaner hielten sich von allen Effekten der Börse heute noch am Festesten und geschehen in der letzten Zeit wieder mehr Anlagen in 1882er Bonds als früher. Süddeutsche sehr still und offerirt. Etwas Geschäft war in neuen Würtembergern, die 92 3/4 Brief und 92 5/8 Geld waren, sowie in Oberhessen, die 74 bezahlt wurden. Von Devisen waren Paris, London und Wien niedriger, Hamburg besser. Von Bankaktien Darmstädter 3 fl. höher. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 112. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 22. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Gesammtbeschluß über die Nothcivilehe zwischen Dissidenten. Invaliden-Gesetz. Erledigung des Eisenbahn-Etats.

München, 21. April.

In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten wurde, wie bereits kurz gemeldet, den Beschlüssen der Kammer der Reichsräthe, wonach den Dissidenten die Schließung von Civilehen nur unter sich gestattet werden soll, zugestimmt. Dr. Brater bevorwortete die Zustimmung zu den Beschlüssen der Kammer der Reichsräthe, weil die Dissidenten selbst das Gesetz auch in seiner verstümmelten Fassung wünschen. Auch v. Schulthes bemerkte, daß die in Schweinfurt lebenden Dissidenten (30—40) das Gesetz auch in der verstümmelten Fassung wünschen.

Zweiter Gegenstand der Berathung war der Gesetzentwurf, „die Versorgung invalider Unteroffiziere und Soldaten, sowie die Unterstützung der Wittwen und Waisen dieser Grade betr." Referent Langguth bemerkte, „daß der Gesetzentwurf nur einem wirklichen Bedürfniß entgegenkommt, und daß der Mehraufwand zu dem erwähnten Zweck 35,000 fl. beträgt, worauf zur speziellen Berathung übergegangen wurde. Abschnitt I umfaßt die Artikel 1—7 und enthält die allgemeinen Bestimmungen über die Versorgung invalider Unteroffiziere und Soldaten. Diese Artikel wurden nach kurzer Debatte mit mehreren Modifikationen nach Vorschlag der Regierung und des Ausschusses angenommen. Sie bestimmen u. A.: Unteroffiziere und Soldaten, welche durch den aktiven Militärdienst invalid geworden sind, haben je nach der zurückgelegten Dienstzeit, dem Grade und der Veranlassung der eingetretenen Dienstuntauglichkeit Anspruch auf militärische Versorgung und zwar entweder durch Pension oder durch Aufnahme in die Garnisonskompagnien und Invalidenanstalten des Heeres. Invaliden, deren Untauglichkeit nachweislich nicht Folge der Ausübung des Dienstes (die Worte „sondern eigenen Verschuldens" wurden gestrichen) ist, haben keinen Anspruch auf militärische Versorgung. Der Anspruch auf militärische Versorgung muß vor der Entlassung aus dem präsenten Dienste geltend gemacht werden. Die zum Anspruche auf militärische Versorgung Berechtigten sind zu unterscheiden a) in Realinvaliden, welche zu allen Militärdiensten gänzlich untauglich, b) in Halbinvaliden, welche noch zum Garnisonsdienste fähig sind. Unter der Dienstzeit, welche bei Feststellung des Versorgungsanspruches in Betracht kommt, ist nur die in wirklicher Präsenz zugebrachte Zeit zu verstehen. Die Unteroffiziere und Mannschaften der Landwehr haben in gleicher Weise und unter gleichen Voraussetzungen Ansprüche auf militärische Versorgung, wie die Unteroffiziere und Soldaten des stehenden Heeres. Abschnitt II handelt von den Militärpensionen und umfaßt die Artikel 8—13, welche gleichfalls nach kurzer Debatte mit einigen Modifikationen angenommen wurden. In Art. 11 wurde nach einem Antrag des Abg. Frhrn. v. Stauffenberg der Absatz 3, welcher lautet: „hinsichtlich der bei der Aufschlagsverwaltung Angestellten tritt der Einzug der Militärpension erst, wenn das Einkommen aus dem Malzaufschlage mindestens jährlich 460 fl. beträgt, zur Hälfte und nur, wenn dasselbe mindestens jährlich 650 fl. erreicht, zum vollen Betrage ein," — gestrichen. Art. 10 bestimmt u. A.: die Pension ruht: 1) durch Wiedereinreihung des Pensionirten in das Heer oder Aufnahme desselben in eine militärische Versorgungsanstalt; 2) durch den Ablauf der Zeit, für welche sie temporär verliehen wurde; 3) durch erlangte Anstellung im Civildienste; 4) nach dem Eintritt der Straffolgen nach Art. 28 Ziff. 3 und Art. 29 des St.-Gel.-Buches; 5) mit dem letzten Tage des Monats, in welchem der Pensionsberechtigte mit Tod abgeht, oder 6) seinen Aufenthalt außerhalb Bayerns einnimmt, sofern er nicht besondere königl. Genehmigung erhalten hat, die Pension im Auslande fortzubeziehen. Art. 11 besagt u. A.: Die im Pensionsbezuge stehenden vormaligen Unteroffiziere und Soldaten sollen nach Maßgabe ihrer Befähigung bei Besetzung subalterner Civilstellen in Konkurrenz mit den im aktiven Dienste stehenden mindestens 12 Dienstjahre zählenden Unteroffizieren berücksichtigt werden. Die zur Regelung der betreffenden Ansprüche und Konkurrenz erforderlichen Bestimmungen werden dem Verordnungswege vorbehalten. Bei erfolgender Anstellung eines Pen-

Russische Zustände.

„Alles Russische ist Rauch, leerer Rauch und Dunst. Unaufhörlich ist Alles in der Umgestaltung begriffen; immer neue Nebelbilder tauchen auf, eine Erscheinung jagt die andere und in Wahrheit bleibt doch Alles, wie es gewesen; Alles drängt und steuert irgendwohin und zerstiebt wieder, ohne irgend eine Spur hinterlassen, ohne irgend etwas erreicht zu haben. Ein anderer Wind erhebt sich und Alles nimmt eine andere Richtung, schlägt in das Gegentheil um und dasselbe frucht- und wesenlose Schattenspiel beginnt von Neuem. Rauch und Dunst, nichts weiter!"

In diese Worte faßt Iwan Turgenjew, der ausgezeichnetste russische Dichter der Gegenwart, sein Urtheil über die moderne russische Gesellschaft zusammen. Sein im vorigen Jahre erschienener Roman: „Rauch," *) entwirft ein Bild der sittlichen Zustände des neuen Rußland, das die Aufmerksamkeit des westlichen Europa um so mehr verdient, als der Rahmen desselben gerade diejenigen Gruppen der russischen Gesellschaft umfaßt, welche durch die großen Umgestaltungen der letzten Jahre in durchaus veränderte Verhältnisse getreten sind und für die Entwicklung der Zukunft maßgebend sein werden, den hohen Adel, den die Aufhebung der Leibeigenschaft aus seiner früheren politischen Lethargie gerissen hat, und das junge Geschlecht der nationalen Demokratie, dessen Einfluß auf die Gestaltung der russischen inneren und äußeren Politik täglich zunimmt.

Turgenjews Roman spielt in Baden-Baden und geht von den russischen Zuständen des Jahres 1862 aus. Die Leibeigenschaft ist soeben aufgehoben, das junge Geschlecht glaubt ein neues Zeitalter herangebrochen und schwärmt für den Gedanken vollständiger Emancipation von allen Einflüssen der westeuropäischen Kultur. Ein freier Bauernstaat soll aufgerichtet werden, um alle slavischen Völker unter seine Schatten zu versammeln. Alles, was Rußland von „feudalen" Institutionen des „verfaulten Westens" in sich aufgenommen, ist dem Untergange geweiht; das jungfräuliche Volk des Ostens soll sich um das byzantinische Kreuz schaaren und unter diesem Zeichen den Kampf um die Weltherrschaft aufnehmen. Der Held des Romans, ein junger Edelmann aus der mittleren Schichte der Gesellschaft, hat jahrelang im Auslande gelebt, um sich zum rationellen Landwirthe auszubilden; er trifft in Baden zum erstenmale mit den Vertretern des rasch emporgewachsenen jungen Geschlechtes der Zukunftsbürger zusammen und wird erst durch diese in die neue Richtung eingeführt, welche sein Vaterland beherrscht. Von tiefem Respekte für die Tüchtigkeit der Bildung durchdrungen, welche er in Deutschland kennen gelernt, wird Litwinow (so heißt der Held) zunächst durch den Hochmuth und die Selbstgefälligkeit erschreckt, mit welcher seine Landsleute über Zustände und Arbeitserrungenschaften aburtheilen, die sie kaum dem Namen nach kennen gelernt haben.

Der Dichter führt uns die Repräsentanten der verschiedenen Richtungen innerhalb der demokratischen Nationalpartei der Reihe nach einzeln vor und zeigt, daß dieselben insgesammt müssige Schwätzer von unfertiger Bildung seien, die den Winken eines Häuptlings gehorchen, der, ohne irgend hervorragende Eigenschaften zu besitzen, blos durch hochfahrende Manieren, radikale Phrasen und maßlose Arroganz zur Herrschaft über die Gemüther gelangt ist. Der Knechtschaft gewohnt,

*) Erscheint eben in einer meisterhaften Uebersetzung in der Wochenausgabe der „Allgemeinen Zeitung."

sionisten im Civildienst wird demselben die Militärpension noch auf 6 Monate ungeschmälert belassen. Vom Beginn des siebenten Monats wird dagegen, wenn das mit einer solchen Anstellung — sie mag ständig oder widerruflich sein — verbundene Einkommen den Betrag von jährlich 450 fl. erreicht, die Militärpension ganz, andernfalls in so weit eingezogen, als das Gesammteinkommen mit Einrechnung der Militärpension den Betrag von 450 fl. übersteigen würde. Die übrigen Artikel, von der Aufnahme in die Garnisonskompagnie und in die Invalidenanstalten, von der Unterstützung der Wittwen und Waisen der im Kriege gebliebenen oder im Dienste verunglückten Unteroffiziere und Soldaten ꝛc. handelnd, wurden ohne wesentliche Aenderungen nach dem Vorschlag der Regierung und schließlich das ganze Gesetz einstimmig angenommen.

Frhr. v. Stauffenberg erstattete Vortrag über das Budget der Verkehrsanstalten und bemerkte, daß der Ausschuß bei der Aufstellung der Einnahmsposten mit der größten Vorsicht zu Werke ging und nur geringe Erhöhungen vornahm; bei den Ausgaben wurden mehrere Abstriche vorgenommen.

Budget der Eisenbahnverwaltung. I. Als Einnahmen wurden festgestellt, und zwar als indirekte Staatsauflagen 2000 fl., für Personen und Reisegepäck 6,200,000 fl. (die Regierung hatte 5,440,000 fl. vorgeschlagen), für Reisegefährte 11,400 fl., für Thiere 300,960 fl., für Güter 12,366,380 fl., aus der Benützung der Eisenbahn durch die Postanstalt 65,208 fl., durch fremde Verwaltungen 2,732,670 fl., für Staatsdomänen 57,740 fl., als übrige Einnahmen 119,162 fl., als Summe aller Einnahmen 21,855,520 fl. Frhr. v. Stauffenberg rügte, daß trotz der unterdessen ergangenen Vorschriften in der Expedition in Ulm der alte Goldkurs noch angeschlagen ist und die fremden Goldmünzen zu einem ganz niederen Kurs nur angenommen werden; so gehe es mit dem Vollzuge der von Oben erlassenen Anordnungen bei den äußeren Behörden.

Eckart stellte den Antrag, den Wunsch auszusprechen, die Regierung wolle anordnen, daß Retourbillete auch für Schnellzüge und auf 2 Tage ausgegeben werden. Frhr. v. Stauffenberg unterstützte den Antrag und glaubt, daß die Bestimmungen für die Retourbilleten nicht ausreichend seien. Kolb konstatirte, daß man in Bayern auf den Eisenbahnen am wohlfeilsten fährt. Lehmayr sprach den Wunsch aus, daß an den sogenannten Haltstellen auch das Gepäck taxirt und mit Garantie übernommen werde.

Hr. Minister v. Schlör bemerkte, daß bezüglich der Annahme fremder Goldmünzen alsbald nach der Verhandlung in diesem Hause über die Nachweisungen die entsprechende Anordnung getroffen würde und daß die Staatsregierung deren Vollzug überwachen wird. Was die Retourbillete betrifft, so sind solche Einrichtungen immer mit Schwierigkeiten verbunden und können nicht gleich Anfangs allzu weit ausgedehnt werden. Da ferner die Erträgnisse möglichst reichlich fließen sollen, muß die Regierung bezüglich der Gewährung von Erleichterungen des Verkehrs etwas vorsichtig zu Werke gehen, zumal es Thatsache ist, daß Bayern, Württemberg und Baden die wohlfeilsten Personentaxen haben. Die Haltstellen sind an solchen Orten errichtet worden, wo ein sehr großer Personenverkehr nicht in Aussicht stand. Hat die Frequenz zugenommen, so wurden die Haltstellen erweitert und in derselben Weise wie bisher wird die Regierung auch in Zukunft nachhelfen, soweit die Mittel es gestatten und wenn ein wirkliches Bedürfniß besteht. Alle Haltstellen auf einmal zu erweitern, würde zu große Kosten veranlassen, denn die Einrichtung einer Güterexpedition kostet 8000—20,000 fl. — Der Wunsch Eckarts wurde abgelehnt.

II. Ausgaben. Für das stabile Personal wurde für Besoldungen nach dem Vorschlage der Regierung 420,000 fl., für das nichtstabile Personal statt der von der Regierung geforderten Summe von 2,400,000 fl. die Summe von 2,600,000 fl. eingestellt. Diese Mehrung erfolgte, weil sich seit der Aufstellung des Budgets das nichtstabile Personal vermehrt hat. Ref. Frhr. v. Stauffenberg sprach den Wunsch aus, daß der Emolumentenbezug geregelt werde, weil man jetzt nicht weiß, wie viel der Beamte aus dem Emolumentenfond bezieht. Eine Erhöhung der Bezüge der Beamten tritt nur in den Kategorien III (Generaldirektionssekretäre, Registratoren, Rechnungskommissäre, Bezirkskassekontroleure, Betriebsingenieure, Postverwalter, Post- und Bahnverwalter, Bahnhofverwalter, Bahnamtsverwalter, Güterverwalter, Zahlmeister, Telegraphenverwalter, Dampfschifffahrtsverwalter, Spezialkassiere, Maschinenmeister, Telegraphen- und Kanalingenieure; von diesen sind 52 in der I. Klasse mit 1400 fl., 51 in der II. Kl. mit 1300 fl., 51 in der III. Kl. mit 1200 fl. Gehalt) und IV (Offizialen, Obertelegraphisten, Kanzlisten, Centralkasse-Offizianten, Abtheilungsingenieure, Abtheilungsmaschinenmeister; von diesen sind 72 in der I. Kl. mit 1100 fl., 73 in der II. Kl. mit 1000 fl., 68 in der III. Kl. mit 900 fl., 77 in der IV. Kl. mit 800 fl. Gehalt) ein; in Kategorie III durch Anfügung einer höchsten Gehaltsklasse von 1600 fl. nach 18jährigem Dienst, die gegenwärtig nur von zwei Beamten bezogen wurde; in Kategorie IV durch die gleiche Erhöhung, dann Aufbesserung der letzten Gehaltsklasse von 800 auf 900 fl.

Das System der Alterszulagen ist dem neuen Regulativ durchgängig zu Grunde gelegt. Der ganze Mehraufwand beträgt 5200 fl. jährlich. Die Eingabe der Eisenbahnoffizialen um Gehaltsaufbesserung wurde diesen Vorschlägen gegenüber zu den Akten gelegt. Gleiches wurde beschlossen bezüglich der Eingaben der Postassistenten, Briefträger, Lokomotivführer und Eisenbahnexpeditoren. Die Postassistenten, bemerkte Referent, sind sehr schlecht bezahlt und sollten aufgebessert werden, zumal sie sehr lange warten müssen, durchschnittlich 40 Jahre alt werden, bis sie Offiziale werden. Ueberhaupt sind die Bezüge des nichtstabilen Personals vielfach zu niedrig ge-

---

unterwirft die Masse sich der Führung eines Jeden, „der die Fuchtel zur Hand zu nehmen weiß.“ Heute wird auf den Wink Alexander Herzens für Gleichberechtigung aller Individuen und Völker, für die Befreiung Polens und die Herstellung einer panslavistischen Republik, morgen auf das Machtwort Katkows für den absolutistischen Nationalstaat und die Vertilgung aller Polen und Deutschen geschwärmt. „Die Regierung hat die Leibeigenschaft aufgehoben,“ so lautet der Ausspruch eines Zeugen der jung-russischen liberalen Organe, in welchem Turgenjew sich selbst repräsentirt, „die Gewohnheit der Abhängigkeit ist aber in Fleisch und Bein übergegangen. Immer und überall brauchen wir einen Herrn. Nach richtiger Sklavenart zeigen wir Sklavenstolz und Sklavenniedrigkeit.“

„Wird ein neuer Herr geboren, so ruft alle Welt: Dieser ist's, und alles Uebrige muß man verachten! Rußland hat während der tausend Jahre seiner historischen Existenz nichts Selbstständiges hervorgebracht, weder auf den Gebieten der Justiz und Verwaltung, noch auf denen der Kunst und des Handwerkes. Aber natürlich, das soll noch alles werden!“ — „Und warum soll das werden?“ wagt man in bescheidener Neugier zu fragen. „Weil wir gebildeten Leute bloßer Koth sind, das Volk aber groß und herrlich ist!“ — „Der Bauernrock, von dem soll Alles ausgehen — die übrigen Götzen sind gestürzt, laßt uns an den Bauernrock glauben!“ — „Wenn zehn Russen zusammensitzen,“ heißt es an einer anderen Stelle, „so reden sie unfehlbar von der Bedeutung und Zukunft Rußlands und zwar in ganz allgemeinen, verschwommenen Zügen, ohne alle Beweise und logische Schlußfolgerungen. Sie spielen mit dieser „Zukunftsfrage“ wie Kinder mit einem Gummiballe. Natürlich wird dann auch der verfaulte Westen herangezogen. Er schlägt uns auf allen Punkten, dieser Westen, aber natürlich ist er verfault. Und wenn wir ihn nur wirklich verachteten! Auf ihn zu schimpfen, werden wir nicht müde, aber an seiner Meinung ist uns ungeheuer viel gelegen, besonders an der Meinung der Pariser Loretten.“

Angewidert von der Hohlheit, Aufgeblasenheit und sittlichen Verlumptheit der „Träger der Zukunft“ und des im Grunde frivolen Spiels, welches dieselben mit den höchsten Interessen ihres Vaterlandes treiben, wendet der Held sich von den liberalen Offizieren, socialistischen Polizeibeamten und slavophilen Studenten, die er in Baden und Heidelberg kennen gelernt hat, ab und den vornehmen Militär- und Hofaristokraten zu, die von Petersburg in das reizende Thal des Schwarzwaldes gekommen sind, um ihren Aerger über die neue Richtung, welche Rußlands öffentliches Leben eingeschlagen, wenigstens für einige Zeit zu vergessen. In einer Dame dieser Gesellschaft findet Litwinow die Geliebte seiner Jugend wieder, und diese, die das Verhältniß zu dem verrathenen Jugendfreunde sofort aufnimmt, führt ihn in die Kreise der hoffnungsvollen jungen Generale, der frondirenden Grafen und Fürsten ein. In den Armen dieser schönen Generalin Ratmiraw hat Litwinow seine Braut bald vergessen; die Gesellschaft, welche dieselbe umgibt, scheint ihm aber um nichts besser zu sein, als die, welche er soeben verlassen. Den Tabakrauch und die schlechten Manieren abgerechnet, ist es dasselbe hohle, gewissenlose, aller soliden Grundlage entbehrende Wesen, welches ihm die Heidelberger Studentenjugend verächtlich gemacht hatte. Dieser Adel entbehrt jeder Ahnung von seiner eigentlichen Bestimmung, seine Glieder sprechen die ausgegebene Tagesparole jedes Staates nach, sehen die Aufhebung der Leibeigenschaft lediglich aus dem Gesichtspunkte der durch dieselbe geschädigten materiellen Interessen der Grundbesitzer an und wissen auch nicht entfernt, daß der Mensch die Aufgabe habe, seine Grundsätze und Ueberzeugungen mit entsprechenden Handlungen in Verbindung zu setzen.

Mit grimmigem Spotte geißelt der Dichter die Unbildung und

griffen, doch ist die Regulirung dieser Gehälter, die Beseitigung der Mißstände Sache der Regierung. Im Allgemeinen sind die Mittel zur Aufbesserung des Gehalts des nicht stabilen Personals der Regierung zur Verfügung gestellt.

Hr. M. v. Schlör bemerkte u. A., daß der Emolumentenbezug bisher lediglich in eigener Kompetenz der Generaldirektion gelegen ist. Um eine möglichst gleichmäßige Vertheilung des Emolumentenanfalls zu erzielen, hat man bestimmte Bezüge daraus festzustellen gesucht. Im ersten Jahre wurde etwas erspart, im zweiten reichte der Emolumentenanfall nicht mehr aus und es mußten die Emolumentenantheile um 10 pCt. ermäßigt werden. Die Staatsregierung wird diese höchst schwierige Frage zur Lösung zu bringen suchen, doch muß schon jetzt bemerkt werden, daß dann die Emolumentenbezüge nicht mehr so hoch ausfallen werden, als bisher, weil der Emolumentenanfall überhaupt abnimmt. Die Aussichten der Assistenten sind deßhalb schlecht, weil ihre Zahl zu groß ist im Verhältniß zu der Zahl der wirklichen Beamten. Durch eine veränderte Organisation und durch die Ausdehnung des Eisenbahnnetzes kann ihnen mit der Zeit eine bessere Stellung gewährt werden. Die Regierung wird übrigens gerne die ihr zu Gebote stehenden Mittel benützen, um die Stellung der Bediensteten so viel als möglich zu verbessern.

Für allgemeine Regie wurden 326,040 fl., für besondere Regie und zwar für Taglöhne der Arbeiter statt 1,340,640 fl. nur 1,096,680 fl., für Werkzeuge und Requisiten statt 71,504 fl. nur 61,104 fl., für Reparaturen an Maschinen und Tendern statt 100,320 fl. nur 50,000 fl., für Nachschaffungen an Maschinen und Tendern nach dem Regierungsvorschlage 330,000 fl., für Reparaturen von Transportwägen 29,640 fl., für Nachschaffung von Transportwägen 170,000 fl., für Brennmaterial statt 1,500,240 fl. nur 1,393,536 fl., für Fettwaaren statt 449,160 fl. nur 432,000 fl., für Holzwaaren nach Vorschlag der Regierung 91,200 fl. genehmigt. Der hier vom Ausschusse beantragte Wunsch, zur Anschaffung der für die Staatsbahnen nothwendigen Werkhölzer mit der Staatsforstverwaltung in unmittelbares Benehmen zu treten, wurde abgelehnt, nachdem Hr. M. v. Schlör bemerkt hatte, daß die Regierung wohl einen Theil der Eisenbahnschwellen aus den Staatsforsten bezogen hat und in Zukunft beziehen wird, daß aber die Werkhölzer besser von Privaten angekauft werden.

Frhr. v. Stauffenberg sprach den Wunsch aus, daß die Ausgaben für Signalapparate künftig gemindert werden; die Ostbahn habe gar keine Signale und die Sicherheit des Dienstes sei dort nicht geringer als auf der Staatsbahn.

Beim Zuschuß aus der Staatskassa für den Pensions- und Unterstützungsfond wurde auch beschlossen, an die Staatsregierung den Wunsch zu richten, auf eine Mehrung der Einnahmen des Pensions- und Unterstützungsfonds der Verkehrsanstalten durch Erhöhung der Pflichtbeiträge auf $3^1/_2$ pCt. des Gehaltsbetrags Bedacht zu nehmen. Dr. Ruland sprach gegen diese Erhöhung, weil man die betreffenden Bediensteten in ihrem Gehalt nicht kürzen, weil vielmehr der Staat hier eingreifen sollte. — Summe aller Ausgaben 12,494,048 fl. Abgleichung: Einnahme 21,855,520 fl., Ausgaben 12,694,048 fl., also Reineinnahme 9,161,472 fl., gegen den Regierungsvorschlag mehr 1,378,472 fl.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 19. April. [Tabaksteuer.] Ueber die gestrige Ausschußsitzung des Zollbundesrathes, welche die Diskussion über die Tabaksteuer zum Gegenstande hatte, hört man folgendes Nähere. Der lebhafteste Widerspruch gegen die Vorlage ging von Baden aus und wurde in Vertretung des erkrankten Bundeskommissärs von dem badischen Gesandten v. Türkheim geltend gemacht. Derselbe erklärte sich gegen die ganze Vorlage und legte, jedoch nur als Ausdruck seiner persönlichen Ansicht und unter ausdrücklichem Hinweise darauf, daß er nicht im Namen seiner Regierung spreche, eine Reihe von Gesichtspunkten dar, nach denen zu verfahren sein möchte. Der Kommissär für Württemberg bekämpfte gleichfalls die Morgensteuer. Endlich wollte der hessische Kommissär eine klassifizirte Bodensteuer und nahm in so weit gleichfalls Stellung gegen die Vorlage. Bei der Abstimmung entschied man sich mit allen gegen jene drei Stimmen für das Prinzip der Morgenbesteuerung. Der Beschluß über den Modus bleibt der weiteren Berathung vorbehalten.

— [Mit dem Nothstand in Ostpreußen] scheint es immer noch um sehr Vieles trauriger bestellt zu sein, als die Schilderungen der Regierungspresse zulassen wollen. So berichtet der Kreisphysikus von Gumbinnen an den unter der Protektion der Königin stehenden Frauen-Verein, daß er im Dorfe Flecken, nicht weit von Gumbinnen entfernt, zu Anfang dieses Monats noch Zustände gefunden habe, welche das alltägliche Bild der Noth weit hinter sich lassen. Bei drei Familien, einem Loosmann und einer Anzahl zum Theil verwaister Kinder reichen in Folge langen Fastens die Suppenportionen nicht mehr hin, sie vor dem Hungertode zu schützen. Viele hatten nämlich die Rationen erst erhalten, als sie schon halb verhungert waren, weil sie ein, wenn auch zur Zeit noch unverkaufbares, Eigenthum besaßen. Wenn solche Zustände noch in unmittelbarer Nähe des Regierungspräsidenten Maurach bestehen, wie mag es da erst in entfernteren Gegenden aussehen!

Sachsen. Dresden, 20. April. [Reaktionäre Handwerker.] Das Ergebniß der Verhandlungen des gestern Nachmittag geschlossenen zweiten norddeutschen Handwerkertages besteht in dem Anschlusse an die Petition der hannoverischen Innung um Erhaltung, resp. Wiedereinführung des Innungszwanges und der

---

Gedankenlosigkeit jener jungen Generaladjutanten, welche die nächste Umgebung des kais. Hofes bilden, und die prädestinirten Minister, Feldherren und Generalgouverneure Rußlands und doch über das Alphabet der Staatswissenschaften eben so ununterrichtet sind, wie über die Zustände des wirklichen Lebens, die Eigenthümlichkeiten ihres Volkes und anderer Völker. Von der vornehmen Geliebten nach kurzem Taumel zum zweitenmale um sich und seine Braut betrogen, reißt Litwinow sich aus den Banden, welche ihn gefangen gehalten, los, um in seine Heimath zurückzukehren und in treuer Arbeit für die Befestigung der Freiheit und des Wohles seiner ehemaligen Leibeigenen das Elend der ihn umgebenden Verhältnisse zu vergessen. Jenes pessimistische Urtheil, das wir an die Spitze unseres Berichtes stellten: „Alles Russische ist Rauch und Dunst, nichts weiter!" bildet den Schluß des eigentlichen Romans.

Vielleicht noch vernichtender, als diese Erzählung selbst, ist das Nachwort, welches Turgenjew derselben anhängt. Der Held findet die Zukunftsbürger, welche in Baden-Baden die alte Welt in Trümmer zu schlagen gelobt hatten, einige Jahre später in Rußland selbst wieder. Der Wind hat indessen wirklich umgeschlagen, d. h. an die Stelle der revolutionären Begeisterung für eine panslavistische und socialistische Republik ist der nüchterne Realismus des von „nationalen" Institutionen umgebenen polenvernichtenden Absolutismus, die Herrlichkeit der neuesten Katkow'schen Aera getreten.

Das Haupt der Heidelberger Weltstürmer, der tiefsinnige Gubarew, versucht es, trotz der Emancipation, das alte Handwerk eines Leuteschinders neu aufzunehmen; der radikale Lieutenant, der auf Gneist und Macaulay verächtlich herabgesehen hatte, begnügt sich damit, seinen Kameraden Vorträge über Buddhismus zu halten; ein anderer Radikaler, der den Terroristen à la Robespierre zu spielen verheißen hatte, ist als Acciseinspektor in der Schenke erschlagen worden; ein Dritter, der als Slavophile für alles „echt Russische" geschwärmt hatte, ist Postschreiber geworden und freut sich darüber, daß es nirgends in Europa so fette Gänse gebe, wie in Rußland!

So lautet das Urtheil, das eine Russe, dessen Patriotismus auch von seinen Gegnern nicht in Zweifel gezogen wird, über die neueste russische Aera, die ersten Früchte der vielverrufenen liberalen Reformen, gefällt hat. Er vermißt jede feste, gesunde Bildungsgrundlage, auf der sich weiter bauen läßt und die Bürgschaften für die Zukunft bietet; er klagt, daß bei der gänzlichen Abwesenheit sittlicher Elementarbegriffe alles Ringen der Gebildeten seines Volkes nach Freiheit und Menschenwürde bloßer „Dunst und Rauch" sei, der spurlos zerstiebe, sobald der Wind aus einer anderen Richtung bläst.

„Ich will noch eine andere russische Eigenthümlichkeit zur Sprache bringen", sagt der Dichter durch den Mund des alten Potugin, in welchem er seine eigenen Meinungen zur Geltung bringt: „Merken Sie wohl auf! Nehmen wir an, Einer von uns sei Schriftsteller und habe sein Leben lang in Prosa und Versen gegen die Trunksucht und das System der Branntweinpache geeifert; plötzlich legt er zwei Brennereien und hundert Schenken an, und das genirt ihn dann nicht im Geringsten!" In Rußland haben die Dinge eben nie ihre natürlichen Consequenzen — zufällig, wie sie gekommen, verschwinden sie wieder.

Die Hoffnungen der Zukunft dieses Staates, so glauben wir auch aus dem Turgenjew'schen Romane herauslesen zu können, ruhen weder auf der alten aristokratischen Gesellschaft, noch auf der Demokratie, sondern auf der mittleren Schichte der Gesellschaft. Diese von Turgenjew nur angedeutete Meinung, daß von den kleineren Grundbesitzern des Provinzialadels für die Zukunft etwas zu erwarten sei, wird in Rußland selbst auch in weiteren Kreisen getheilt.

damit in Verbindung gebrachten Einrichtungen. Der Handwerkertag begnügt sich jedoch nicht damit, dem Reichstage seine Wünsche auszusprechen, sondern er stellt den Inhalt jener Petition als Forderungen hin, welche er erfüllt erwarte. Das Einbegleitungsschreiben ist von sämmtlichen Abgeordneten, Namens der Innungen, die sie vertreten, unterzeichnet worden, denn, meinte ein Redner, man müsse durch Masse imponiren."

Ausland.

Schweiz. [Päpstliche Deserteure.] Seit Anfang voriger Woche treffen in Bern fast täglich Deserteure aus römischem Dienste ein, welche theils die Gesandtschaften, theils den deutschen Hülfsverein Behufs ihrer Weiterbeförderung nach der Heimath in Anspruch nehmen. Laut ihrer Aussage werden noch viele ihrer ehemaligen Kameraden ihrem Beispiele folgen. Die Unzufriedenheit in der päpstlichen Armee sei groß, nicht nur wegen der Nichterfüllung der den Rekruten bei ihrer Anwerbung gemachten Versprechungen und der Strenge des Dienstes, sondern auch wegen der Feindseligkeit der Bevölkerung Roms gegen die fremden Soldaten, welche vor Gift und Dolch nicht sicher seien. Die Fälle, daß einzelne Soldaten durch einen Dolchstich um das Leben gebracht würden, mehrten sich, eben so sei es schon zu öfteren Malen vorgekommen, daß Soldaten durch vergiftete Cigarren, Speisen oder Wein, in freundschaftlicher Weise ihnen angeboten, den Tod gefunden hätten. Ob bei diesen Aussagen Uebertreibungen mit unterlaufen, bleibe dahingestellt. — Auf das Verlangen der päpstlichen Regierung, Unterhandlungen über den Abschluß eines Vertrages, betreffend die Auslieferung von Angeklagten und Verbrechern, mit der Schweiz zu eröffnen, beschloß der Bundesrath in seiner heutigen Sitzung, seine Antwort dahin zu ertheilen, daß er bereit sei, diesem Gesuche zu entsprechen; jedoch müsse er von vornherein auf den in der Schweiz geltenden Grundsatz verweisen, demzufolge von derselben Niemand ausgeliefert werden kann, der eines politischen Vergehens angeschuldigt sei. Im Uebrigen liefere die Schweiz gemeine Verbrecher auch ohne Vertrag aus.

Großbritannien. [Ein Ketzerprozeß.] Aus London, 18. April, schreibt man der „Frkf. Ztg.": Vor dem Gerichtshof Queens Bench kam gestern ein Ketzerprozeß vor. Der Vikar von Frome sollte wegen ketzerischer Lehren über die wirkliche Anwesenheit Christi im Abendmahl und über die Beichte verklagt werden. Gesetzlich kann dies nur in der Diöcese geschehen, in welcher das Buch erschienen, mithin das Vergehen begangen worden ist. Der Bischof von London weigerte sich, als Kläger aufzutreten, aus dem Grunde, weil alle Bücher in London erscheinen, und er daher die Streitigkeiten jedes Bischofs im Lande mit seinen Untergebenen auszufechten haben würde. Der Bischof von Bath und Wells hat nun seinen Kollegen von London vor Gericht laden lassen, um ihn zu zwingen, gegen den ketzerischen Geistlichen als Kläger aufzutreten.

Spanien. [Die Arbeiterunruhen in Barcelona.] Der „Temps" bringt folgendes Schreiben aus Barcelona vom 14. April: „Heute wurde einer unbedeutenden Thatsache halber ganz Catalonien in Belagerungszustand erklärt. Gestern sollte zum ersten Male einer der bisher üblichen Feiertage als solcher ausfallen. Ostermontag wollen, wie Sie das kennen, die Arbeiter bummeln. Die Prinzipale verlangten aber, daß sie in die Fabrik kämen; die Arbeiter gehorchten ungern. Zur Mittagsmahlzeit gerufen, protestirten aber die Arbeiter einer Fabrik; sie wollten nicht arbeiten, da es heute Festtag und es eine Sünde sei, an einem solchen zu arbeiten, wie ihnen dies gestern in der Predigt vom Pastor gesagt worden sei. Sie rissen Arbeiter aus andern Fabriken mit sich fort, der Haufe schwoll an und zwang die Handlungs-Commis, ihre Arbeit einzustellen, indem sie theilweise die Verkaufsmagazine zertrümmerten. Die Behörden kamen den betreffenden Bürgern, die man gegen ihren Willen am Arbeiten verhindern wollte, nicht zu Hilfe. Die Gendarmen weigerten sich, zu Gunsten eines Fabrikanten zu interveniren, der seine Maschinen fortarbeiten ließ und sagten zu dem Werkführer: „Wenn man sie zusammenhaut, desto schlimmer." Der General-Capitän sagte selbst zu den Meuterern, die vor sein Palais kamen: „Ja, Kinder, ihr habt Recht; es ist heute Festtag; man muß ihn feiern." Am Nachmittag arbeite Niemand; die Stadt war daher ruhig und die Theater und Kaffeehäuser stark besucht. Der Civil-Gouverneur richtete eine Proklamation an die Bewohner, worin er den Vorfällen wenig Wichtigkeit beilegte. Niemand dachte mehr an die ganze Sache, als plötzlich starke Truppenabtheilungen aller Waffengattungen auf der Promenade der Rambla erschienen und der General-Capitän Graf Cheste den Belagerungszustand erklären ließ. Alle Welt war auf's höchste erstaunt. Die Ursache der gestrigen Unruhen war nur der Wunsch, Ostern feierlich zu begehen, und da ein zweites unterdrücktes Fest, der Quasimodo, herannahte, so war es natürlich, daß die Behörden Vorsichtsmaßregeln ergriffen. Daß jedoch Graf Cheste dies zum Vorwand nahm, um den Belagerungszustand wieder zu verhängen, ist kaum begreiflich."

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 7/8 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 1/8 P. 52 7/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	47 7/8 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/4 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 P. 92 5/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/8 P. 87 7/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 1/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 1/4 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 1/4 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/4 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	3 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/8 G.
N.Amerika	6pCt. à 100r. 1881 D. 2 1/2	77 G.
"	6pCt. ditto r. 1882 .	75 5/8 — 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	186 1/2 —86 G.
Bayer. Hypothekenn. Pfandbr. 4 pCt.	90 3/8 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P. 20 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 1/4 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	257 1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	118 1/2 P. 18 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 7/8 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	—
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 3/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/8 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 1/2 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 1/4 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/2 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	121 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 5/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/2 — 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 5/8 — 1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	101 3/8 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	142 1/4 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	69 3/4 —70 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	84 P. 83 3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	98 3/4 P. 1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35	50 1/8 P. 7/8 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 1/8 P. 54 7/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 3/4 G.
" fl. 25 do.	38 1/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/2 G.

Frankfurt, 21. April. Es lohnt sich kaum mehr der Mühe, über den Börsenverlauf zu berichten und es fehlen schließlich die Worte, das alte Thema stets neu zu variiren. Auch heute reducirte sich das Geschäft auf ein Minimum. Die Gründe, welche bisher obwalteten, eine matte Stimmung für österreich. Werthe zu erzeugen, sind nicht beseitigt, im Gegentheil beunruhigte ein Telegramm, welches meldete, daß Skene, der Referent im österr. Budgetausschuß, die neue Couponssteuer auf 20 pCt. anstatt 17 pCt. in Aussicht genommen habe. Oesterr. Speculationspapiere gaben abermals nach. Auch Anlageeffekten waren matt. Amerikaner hielten sich wie schon seit längerer Zeit fast unbeweglich. Süddeutsche ohne Leben. Von Bankaktien sind Darmstädter um 3 fl. gefallen. Devisen waren matt. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 113. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 23. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Etat des Salinenwesens. Zollgefälle. Donaucorrektion.

München, 22. April.

In der 92. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten erstattet Abg. Kolb Vortrag über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben bezüglich des Salinenwesens für die 9. Finanzperiode und beantragte, als Einnahmen die Summe von 1,334,586 fl., als Ausgaben die Summe von 1,294,586 fl. einzustellen, so daß sich ein Reinertrag von 40,000 fl. ergibt. v. Auer bemerkte, daß mehrere Schäfereibesitzer sich bei ihm beklagten, daß seit der Aufhebung des Salzmonopols das Steinsalz nicht nur nicht billiger, sondern theurer geworden sei; er erlaube sich daher die Anfrage, ob es nicht möglich ist, die Preise des Steinsalzes so herabzusetzen, wie die des Viehsalzes, dann, ob es nicht möglich ist, von Zeit zu Zeit die Preise der verschiedenen Salzgattungen bei den einzelnen Salinen öffentlich bekannt zu machen? Herr M. v. Pfretzschner antwortete, daß, wenn in der Gegend von Erding Viehsalz um 5 fl. per Centner verkauft wurde, es Steinsalz in Stücken war, welches steuerpflichtig ist ($3\frac{1}{2}$ fl. per Zollcentner). Wie in Preußen, so werden auch bei uns in Traunstein künstliche Lecksteine hergestellt, welche keiner Steuer unterworfen sind und zu 1 fl. 12 bis 15 kr. per Centner verkauft werden. Viehsalz wird in 2 Sorten hergestellt: in Berchtesgaden aus gemahlenem Steinsalz, in Rosenheim aus Kochsalz, welches denaturirt wird; ersteres kostet 40—50 kr., letzteres 1 fl. 12—18 kr. per Centner. Von diesen beiden Gattungen Viehsalz sind im ersten Vierteljahr nach Aufhebung des Salzmonopols 75,000 Ctr. abgesetzt worden, ein Quantum, welches vor Aufhebung des Salzmonopols kaum in einem Jahr verkauft wurde. Eine Ermäßigung des Preises der Salzblöcke kann nicht in Aussicht gestellt werden, dagegen wird die zweite Frage einer Erwägung unterstellt und wenn kein besonderes Hinderniß sich ergibt, von Zeit zu Zeit öffentlich bekannt gegeben werden, wie die Salzpreise stehen. Brandenburg glaubt, daß die Einnahmssätze zu nieder angesetzt sind und daß man als Reineinnahme wenigstens die Summe von 50,000 fl. einstellen sollte. Krausold will, daß das Personal bei der Generalbergwerks- und Salinenadministration reduzirt, daß diese Stelle als Centralstelle aufgehoben und in eine Sektion des Finanzministeriums umgewandelt werde. v. Soyer stellte die Bitte an das Ministerium, die außer Erwerb gesetzten älteren Salzfaktoren mit einer Sustentation zu bedenken. Nachdem Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz bemerkt hatte, daß das Salinenwesen in einer vollen Umgestaltung sich befindet, daß aber die Regierung möglichst sparsam verfahren wird, und daß eine Minderung des Personals jetzt nicht möglich ist, weil gerade die Umgestaltung mehr Arbeiten veranlaßt, wurde der obenerwähnte Antrag des Ausschusses dann angenommen. — Ueber die Eingabe der durch Auflösung der Saline Kissingen arbeits- und verdienstlos gewordenen Meister, Aufseher und des übrigen ständigen Dienstpersonals, worin sie um Wiederverwendung beim Salinen-, Berg- und Hüttenwesen oder bei anderweitigen Diensten und Unternehmungen, eventuell um Erhöhung ihrer Pensionsbezüge bitten, wurde zur Tagesordnung übergegangen, nachdem Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz bemerkt hatte, daß die Arbeiter in Kissingen bis Ende 1867 ihren vollen Lohn erhielten, seitdem aber sustentirt und theilweise noch beschäftigt werden. Später werden sie bei der Eisenbahn Beschäftigung erhalten; daß sie Noth leiden, kann nicht behauptet werden. — Die Eingabe der Fabrik Heufeld, dahin gehend, zu veranlassen, daß die Salzerzeugungskosten auf das geringste Maß zurückgeführt werden, um dadurch die inländische Salzproduktion so viel als möglich in ihrem dermaligen Bestande zu erhalten, wurde der k. Staatsregierung zur näheren Untersuchung überwiesen. Ministerialrath v. Lobkowitz sicherte zu, daß die Regierung diesen Antrag, welcher von großer Tragweite ist, einer eingehenden Würdigung unterstellen wird.

Kolb erstattete weiters Vortrag über den Voranschlag der Einnahmen und Ausgaben bezüglich der Staats-Berg- und Hüttenwerke diesseits des Rheins und empfahl den Antrag des Ausschusses, als Einnahmen dieser Werke 943,650 fl., als Ausgabe 903,650 fl., mithin als Reineinnahme 40,000 fl. einzustellen. Brandenburg glaubt, daß wir noch zu viele Hüttenwerke haben und daß mehrere derselben mit Zubuße arbeiten, und stellt die Frage, wie es mit dem Berggesetz steht und ob nicht auch ein Bergabgabengesetz vorgelegt wird. Referent Kolb erwiderte, daß der Referent über das Berggesetz mit seiner Arbeit fertig ist, daß wir kein Berg- und Hüttenwerk haben, welches mit Zubuße arbeitet, und daß ein Verkauf der Werke gegenwärtig höchst unzeitgemäß wäre. Ministerialrath Frhr.

Interessante Einzelheiten aus dem Präsidenten-Prozeß in Washington.

Der Berichterstatter der „Köln. Ztg." schreibt aus New-York vom 7. April: Durch Zufall war ich gerade in Washington, als das Anklageverfahren gegen den Präsidenten eröffnet wurde. So nahm ich an den Verhandlungen der ersten vier Tage Theil und gewann einen persönlichen Einblick in die wichtigen Vorgänge, welche sich jetzt im Senatssaale des Capitols abwickeln. Zuvörderst fiel mir der Mangel jeder Feierlichkeit, sowohl im Auftreten der handelnden Personen als im Aeußern der Räumlichkeiten auf. Es ging vielmehr Alles wie gewöhnlich her; die einzige Ausnahme von der Regel war vielleicht die, daß der den Vorsitz führende Präsident des obersten Gerichtshofes der Vereinigten Staaten, Herr Chase, in einem richterlichen Talar seinen Sitz einnahm. Im Hause selbst herrschte die gewöhnliche Geschäftigkeit und Unruhe, welche überhaupt die Sitzungen hiesiger parlamentarischer Körper kennzeichnet. Die einzelnen Senatoren erledigen ihre Geschäfte, schreiben oder lesen, schicken Pagen hin und her, blicken auch wohl einige Male auf und widmen dem Prozesse einen Theil ihrer anscheinend sehr in Anspruch genommenen Zeit. Zur Linken des Präsidentenstuhles sitzen die „Managers" des Repräsentantenhauses, die für dasselbe den Prozeß führenden sieben Mitglieder, in der Mitte die offiziellen Berichterstatter, und zur Rechten die Anwalte Johnson's.

Man glaubt fast einen gewöhnlichen Civilprozeß über einen beliebigen gleichgültigen Streitgegenstand verhandeln zu hören. Die Eintönigkeit des Vortrags und der Zeugenaussagen wird nur selten durch ein scharfes Kreuzverhör, die Würze der hiesigen Prozesse, unterbrochen.

Am ersten Tage der Verhandlungen, 30. März, war der Saal mit seinen ziemlich geräumigen Galerieen gedrängt voll, die einzelnen Zulassungsbillets wurden sogar mit 10 bis 20 Dollars aufgekauft, Dinstags wurde es schon leerer, und so ging es fort bis Ende der Woche, wo Hunderte noch leicht Platz auf den halb gefüllten Bänken gefunden hätten. Natürlich waren, wie bei allen derartigen Anlässen hier zu Lande, die Mehrzahl der Anwesenden Damen. Sie hatten sich mit der erforderlichen Romanlectüre versehen, zu welcher sie ihre Zuflucht nahmen, sobald Langeweile sie beschlich. Gleich die Eröffnung der Verhandlungen durch den bekannten General Benjamin F. Butler war schleppend und ermüdend. Seine Anklage gegen den Präsidenten ist eine vortreffliche Staatsschrift, voll gut ausgearbeiteter Ausführungen und feiner Pointen, würdig, wie eine Washingtoner Zeitung sagt, „des größten criminal lawyer gegen den größten criminal des Jahrhunderts"; allein sie machte gar keinen Eindruck, da Butler sein bereits gesetztes Manuscript während voller 4 Stunden ablas und es bei seiner Kurzsichtigkeit so nahe vor die Augen hielt, daß seine Stimme von Viertelstunde zu Viertelstunde eintöniger und einschläfernder wurde. Und doch würde gerade in diesem Stadium des Prozesses eine der Wichtigkeit des Moments entsprechende freie Ansprache, welche eben so sehr die hohen politischen wie juristischen Gesichtspunkte hervorgehoben hätte, in den Herzen des ganzen Volkes gezündet und einen begeisterten Widerhall gefunden haben.

Die Zuhörer um mich herum sahen sich, je länger Butler las, immer befremdeter an; sie hatten ohne Zweifel eine schwungvolle Rede er-

v. Loblowitz bemerkte, daß ein Bergabgabengesetz in der Ausarbeitung begriffen ist und jedenfalls gleichzeitig mit dem Berggesetz ins Leben treten wird. Die vom Ausschuß beantragten Summen wurden angenommen. — Ohne Debatte ist dann als Einnahme der Bergwerke in der Pfalz die Summe von 807,200 fl., als Ausgabe die Summe von 507,200 fl., mithin als Reinertrag die Summe von 300,000 fl. eingestellt worden.

Nächster Gegenstand der Berathung waren die Voranschläge der Zollgefälle für die 9. Finanzperiode. Wir werden Näheres darüber im heutigen „Anzeiger" bringen.

Hieran reihte sich die Berathung über den Vorschlag des 2. Ausschusses, den Gesetzentwurf, die Vollendung der Donaucorrection im Regierungsbezirke Schwaben und Neuburg betr., abzulehnen. Dieser Gesetzentwurf will bekanntlich den Fortgang der Correction der oberen Donau regeln und beansprucht hiefür die Eröffnung eines Kredits von 3,400,000 fl., der in einem Zeitraum von 19 Jahren durch das jeweilige Finanzgesetz nach dem jedesmaligen Bedarfe realisirt werden soll. Das Resultat haben wir bereits mitgetheilt; die Debatten sind für uns ohne besonderes Interesse.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 21. April. [Zum rumänischen Judengesetz] Der Vorstand der jüdischen Gemeinde hierselbst hat in Bezug auf das rumänische Judengesetz eine Immediat-Vorstellung an den König gerichtet, worin die Bitte ausgesprochen wird, daß es dem König gefallen möge, „der bei dem Fürsten des rumänischen Volkes, einem Gliede des erlauchten preußischen Königsstammes geschehenen Verwendung den möglichsten Nachdruck zu geben, um die Sanktionirung eines unmenschlichen Gesetzes abzuwehren und dem gegen unsere Glaubensbrüder versuchten Vernichtungskampfe endlich ein Ziel zu setzen". In Auftrag des Königs hat Graf Bismarck diese Immediatvorstellung in einem vom 18. April datirten Schreiben beantwortet. Er bemerkt, daß er über den fraglichen Gesetzentwurf in Bukarest Erkundigungen eingezogen habe und sagt dann weiter:

Hierauf ist mir aus sicherster Quelle die Mittheilung zugegangen, daß der gedachte Gesetzentwurf gegen den Willen des Fürsten Karl eingebracht worden ist, daß dessen Annahme nicht zu erwarten stehe und, wenn sie dennoch erfolgte, die Sanktionirung des Gesetzes seitens der fürstlichen Regierung nicht stattfinden werde. Wenn somit in dieser Beziehung für den Vorstand der jüdischen Gemeinde keine Veranlassung zur Beunruhigung vorhanden ist, so hat die kgl. Regierung auch nicht unterlassen, jetzt ebenso wie es bereits bei früherem Anlasse geschehen, in Folge der in neuester Zeit verbreiteten Nachrichten über angebliche Judenverfolgungen in der Moldau, in Bukarest Vorstellungen machen zu lassen und es ist uns hierauf die Zusicherung ertheilt worden, daß Maßregeln getroffen seien, um jede etwaige Beunruhigung der israelitischen Glaubensgenossen zu verhindern.

— [Tabaksteuer.] Ueber die Verhandlungen, welche in der Sonnabend-Sitzung des Zollbundesraths betreffs der Tabaksteuervorlage gepflogen wurden, bringt die „Voss. Ztg." weitere Details:

„Die vom Präsidium gemachten Vorschläge gehen bekanntlich dahin, den Eingangszoll auf Rohtabak von 4 auf 6 Thlr. und den Eingangszoll auf Cigarren von 20 auf 25 Thlr. zu erhöhen und zugleich eine Besteuerung des inländischen Tabaksbaues von 12 Thlr. pro Morgen preußischen Maßes für das ganze Gebiet des Zollvereins einzuführen. Der Referent, bayerischer Staatsrath v. Weber, stellte nun den Antrag, die letztere Steuer auf die Hälfte, also auf 6 Thaler herabzusetzen, im Uebrigen den Vorschlägen der Präsidial-Regierung überall beizutreten.

„Von badischer Seite wurde dagegen ein Antrag gestellt, welcher dahin geht: 1) den mit Tabak bebauten Boden mit einer Steuer von 1½ Pfennigen pro je drei Quadratruthen zu belegen und außerdem von jedem Centner der geernteten Tabakblätter eine Steuer von 1 Thlr. zu erheben. In der Denkschrift, welche der Präsidialvorlage beigegeben ist, wird nachgewiesen, wie bei der beabsichtigten neuen Besteuerung der norddeutsche Tabakbau einen noch um 1 Thlr. höhern Zollschutz pro Centner genießen werde als bisher, und der süddeutsche Tabakbau eine Erhöhung des bisherigen Zollschutzes um 10 Sgr. — ein Umstand, der wiederholt zu scharfen Kritiken gegen die Präsidialvorlage selbst Veranlassung gegeben hat.

„Der bayerische Gegenantrag würde nun über den Zollschutz für den inländischen Tabaksbau noch ganz eminent und in dem Maße steigen, daß die beabsichtigte Reform geradezu umschlagen würde in eine Maßregel zur ganz besonderen Pflege des inländischen Tabaksbaues, davon ganz abgesehen, daß der finanzielle Zweck, welcher bei der ganzen Sache verfolgt würde, großen Theils verloren gehen würde. Was den badischen Vorschlag betrifft, so ist derselbe an sich offenbar weniger gegen die Höhe der von Preußen vorgeschlagenen Besteuerung des inländischen Tabaksbaues, als dahin gerichtet, einem etwaigen Mißverhältniß zwischen dem wirklichen Bodenertrage auf der einen und der zu zahlenden Steuer auf der andern Seite möglichst vorzubeugen. Unannehmbar bleibt der Vorschlag indessen gleichwohl wegen seiner Unzulänglichkeit in praktischer Beziehung. Eine ausreichende Controlle ist, im Punkte der Ausführung, eben unmöglich. Die Analogie, die bei der Aufstellung des Vorschlags vorgeschwebt haben mag, mit Rücksicht auf die Art der Besteuerung der für die Zuckerfabrikation bestimmten Rüben, trifft in Wirklichkeit nicht zu. Beim Tabak kann nämlich über die Art der Verwendung der Pflanze kein Zweifel bestehen und sie ist zur Verwendung, resp. zum Gebrauche reif, sobald sie auf dem Felde abgeschnitten wird. Eine genügende Controlle in Betreff der Verwiegung ist darum denn auch unmöglich, denn der Steuerfiscus kann keinen Posten ausstellen zur Bewachung jedes einzelnen mit Tabak bebauten Stück Landes und in Bezug auf die Feststellung des von jedem einzelnen Acker gewonnenen Tabaks ist die erforderliche Ueberwachung darum ganz unausführbar. Der Fall, welchem der badische Antrag vorbeugen will, kann jedenfalls aber

---

wartet, wie weiland Burke's vernichtende Anklage gegen Warren Hastings, und jetzt mußten sie ein ermüdendes Plaidoyer hören! Und wie viel wichtiger ist der Prozeß gegen Johnson, als das Verfahren gegen einen durch allerlei zweifelhafte Mittel reich gewordenen englischen Gouverneur? Es ist zum ersten Male in der Geschichte der civilisirten Menschheit, daß der höchste Executivbeamte eines großen Volkes vor den Gerichtsschranken zur Verantwortung gezogen wird, und zwar nicht von revolutionären Haufen, sondern von der Gesetzgebung des Landes selbst, und daß dieser Mann Rede und Antwort steht, ja, stehen muß, ohne nur den Versuch des Ungehorsams oder Widerstandes zu wagen. Ohne Burke's glänzende Beredtsamkeit wüßten wir vielleicht heute sehr wenig von Warren Hastings; allein trotz Butler's mangelnder Beredtsamkeit wird die Nachwelt so leicht nicht die Untersuchung gegen Johnson vergessen.

Andrerseits dagegen ist Butler's Energie nicht genug zu loben. Er ist die Seele der Verhandlungen und hatte während einer Woche die Last der Anklage und Beweisführung fast ausschließlich auf seinen Schultern. Am Samstag, den 4. April, beendete er seine Arbeit, übermorgen, am 9. April, antworten die Vertheidiger. Von den übrigen Leitern der Anklage läßt sich nur wenig sagen. Der alte Stevens ist krank und stets abwesend; nur Bingham und Wilson unterstützten Butler hier und da in Vorlesung der documentarischen Beweise. Interessante Zwischenfälle bot der Prozeß bisher gar nicht; die beigebrachten vollgültigen Beweise bezogen sich lediglich auf die Reden Johnson's im Jahre 1866 und auf seine Verletzung des Amtsdauergesetzes. Wenn die Anwalte des Präsidenten so schnell als die Ankläger fertig würden, so hätten wir bis zum 20. d. Mts. das Ende des Prozesses zu erwarten. Natürlich werden sie sich aber so viel Zeit als möglich gönnen, dagegen ist schon dafür gesorgt, daß sie keine kleinlichen Verzögerungen in den Weg werfen können. So haben sie u. A. angekündigt, daß sie den General Rousseau, zur Zeit in Russisch-Amerika, als Zeugen vorladen wollen; die Leiter der Anklage aber sind bereit, das, was Rousseau zu sagen haben könnte, von vorn herein zuzugeben. Stanton soll ebenfalls als Zeuge vorgeladen werden; man befürchtet aber, daß während seiner Abwesenheit Thomas sich in den Besitz des Kriegs-Ministeriums setzen möge, welches Stanton selbst Nachts nicht verläßt. So soll denn beschlossen sein, beide zugleich vorzuladen.

In Washington und im ganzen Lande bezweifelt man kaum mehr die Verurtheilung Johnson's und man spricht von ihm als einem „doomed man". Er soll auch bereits am Packen sein, während Seward sich nur noch dreißig Tage ausbittet, um seine mit fremden Mächten vereinbarten Verträge zum Abschlusse zu bringen. Sumner wird einstimmig als der neue Staatssekretär bezeichnet und Washburne von Illinois als Finanz-Minister. Ich wiederhole diese Vermuthungen nur, ohne irgend eine Bürgschaft für ihre Richtigkeit übernehmen zu wollen. Im Ganzen ist die Gleichgültigkeit und Ruhe, mit welcher das Volk den Prozeß betrachtet, eine höchst wohlthuende, gesunde Erscheinung, denn sie beweist, daß es Vertrauen in seine Institutionen hat, daß es das Verfahren als eine constitutionelle Maßregel betrachtet, welche nicht Erschütterung, sondern Befestigung der Gesetze und der öffentlichen Ruhe und Ordnung bewirken muß. Die Nation weiß, daß sie die Macht hat, und setzt das Vertrauen in ihre Gesetzgeber, daß sie dieselbe gewissenhaft ausüben. ☐

nur in seltenen Ausnahmen vielleicht eintreten, aber es ist dies ein Umstand, dem nun einmal überhaupt nicht vorzubeugen ist, wenn das fiskalische Interesse in ausreichender Weise gesichert werden soll. Aus diesen Gründen dürfte sich die Präsidial-Regierung denn auch gegen beide Vorschläge, sowohl gegen den bayerischen als gegen den badischen Vorschlag erklären, und bei ihren in der Vorlage enthaltenen Anträgen einfach verharren."

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Konfiskationen und Verurtheilung. Die „papierene Landwehr." Ungarische Lostrennungstendenzen und die Parteien in Ungarn.] Es wird fleißig weiter konfiszirt. Die beiden Humoristika: „Er und sein Beichtvater" und: „Warum apokryph?" (die Frage bezieht sich auf die Epistel des Papstes an den Kaiser) kamen dem inquisitorischen Scharfblick des Staatsanwalts verdächtig vor, und die betreffenden Nummern des „Figaro" und des „Punsch" wurden mit Beschlag belegt.

In Olmütz wurde der Kaplan Lucas wegen Aufreizung zu fünfwöchentlicher Gefängnißstrafe verurtheilt; nach der Verkündigung des Urtheils machte er die ganz richtige Bemerkung: „Wenn ich straffällig bin, so sind auch die Bischöfe straffällig." Es ist eigentlich eine Verhöhnung der öffentlichen Moral, daß die Hauptheßer, die Bischöfe, in Folge ihrer durch das Konkordat garantirten Exemtion von der weltlichen Justiz, absoluter Straflosigkeit sich erfreuen, während ihre untergeordneten Werkzeuge vor Gericht gezogen werden. Der Grundgesetzparagraph „alle Staatsbürger sind vor dem Gesetze gleich" bleibt eine werthlose Phrase, so lange jenes Privilegium der „Kirchenfürsten" besteht.

Der konstitutionelle Kriegsminister ist ein braver Mann und er kann nichts dafür, wenn die ungenügsamen Ungarn mit seiner „papiernen Landwehr" nicht zufrieden sind. Das unter kriegsministeriellem Vorsitze zu Stande gekommene Generalitätselaborat bestimmt nämlich: „Im Frieden wird die Landwehr blos in den Listen geführt." In diese Listen aber wird Jeder aufgenommen, der nach zehnjährigem Militärdienst (5 Jahre in der Linie und 5 in der Reserve) „aus dem Verband der Feldarmee tritt." Nur beim Ausbruche eines Krieges, wenn die Feldarmee auf den Kriegsschauplatz abmarschirt, tritt auch die allerhöchst konzessionirte Landwehr aus ihrem verborgenen Makulaturzustand in das öffentliche Leben; sie hat dann die Festungen und Garnisonsplätze zu besetzen. Die Ungarn wissen noch nicht, ob sie dieses Landwehrprojekt „verflucht gescheidt" oder „herzlich dumm" nennen sollen; jedenfalls aber werden sie es dem Reichsarchive als schätzbares Material überlassen, ohne selbst Gebrauch davon zu machen. Um die Frage des „ungarischen Heeres" nach ihrem Sinne zu entscheiden, wird sich die Majorität des Reichstags des Budgetrechts bedienen. „Ohne Honvedarmee kein Budget!" wird die Resolution lauten.

Der ungarische Finanzminister hat sein Budget richtig mit einem ganz kleinen Defizit von 1/2 Mill. fl. fertig gebracht, indem er den regelmäßig wiederkehrenden Bedarf für Straßenbauten und für den siebenbürgischen Grundentlastungsfonds rc. aus dem Ordinarium in das Extraordinarium verlegte. Für die Hofhaltung Sr. Maj. sind sehr generös 3/4 Mill. Gulden angesetzt (gerade so viel, wie diesseits der Leitha), dann noch extra für das „allerhöchste Kabinet" 36,400 fl. Der „Minister um die Person Sr. Majestät," welcher den lieben langen Tag weiter nichts zu thun hat, als hie und da eine Adelsverleihung zu unterzeichnen, erhält 86,500 fl. Für sämmtliche Volksschulen des Königreichs Ungarn dagegen sind in dem Budget nur 200,000 fl. angesetzt; auf die übrigen Schulen und Unterrichtsanstalten verwendet der Staat 330,000 fl.

Die ungarischen Lostrennungstendenzen haben ein neues Organ erhalten. Es erscheint jetzt in Pesth eine Monatsschrift, deren Programm folgendermaßen lautet: „Unsere Nationalpolitik besteht in der Durchführung der Personalunion; unser Bestreben ist, die westösterreichischen Länder zu einem engen Verbande mit Deutschland zu drängen, und unsere Ueberzeugung, daß ein freies Ungarn nur neben einem freien Deutschland bestehen kann."

Bei dieser Gelegenheit dürfte es am Platze und unsern Lesern nicht uninteressant sein, die Parteien im ungarischen Reichstage etwas näher zu betrachten: Dem Ministerium steht gegenwärtig noch die überwiegende Majorität (drei Fünftheile) des Unterhauses zur Seite. Die compacteste und weitaus zahlreichste Gruppe der Majorität bilden die Anhänger Deak's, welche als die eigentlichen Schöpfer des Ausgleichs zu betrachten sind, und treu der parlamentarischen Doctrine, unter Deak's und Klapka's Führung mit dem aus ihrer Mitte hervorgegangenen Ministerium durch Dick und Dünn zu gehen bereit sind. Ihnen schließen sich die kleinen Fraktionen der Rechten an, von denen die eine, welche im ungarischen Parlamente den Ultramontanismus repräsentirt, in dem Hofrath Hrn. v. Zsedenyi, die andere, die eigentlich conservative Fraktion des Hauses, in dem Vorsitzenden der Delegation, Hrn. Somssich, ihren Führer anerkennt.

Die Opposition ist aus verschiedenen Fraktionen zusammengesetzt, deren Tendenzen mitunter ziemlich weit auseinandergehen. Demselben Ziele aber, der Lockerung des austro-ungarischen Verbandes bis zur Personal-Union, streben ostensibel alle gemäßigteren Fraktionen der Opposition zu, und es ist zwischen denselben nur insofern eine politische Meinungsverschiedenheit zu constatiren, als die der Deakpartei zunächst stehende oppositionelle Fraktion, deren Stimmführer Hr. Koloman Tisza, deren Organ der „Hazank" ist, durch ihr Verhalten während der Ausgleichsdebatten zu der Voraussetzung berechtigt, daß sie im Falle ihres Triumphs doch zu einigen Conzessionen an die Reichseinheit sich entschließen könnte, während die mehr demokratisch gefärbte Fraktion Ghyczy gemeinsames Ministerium und einheitliche Armee unbedingt verwirft, und die noch mehr nach links gelegene Fraktion Jokai-Keglevich sich bisher consequent auf stetes Negiren aller Verhandlungen mit den übrigen Reichstheilen beschränkt. Die genannten drei Fraktionen stehen übrigens noch vollständig auf dynastischem Boden und sie haben noch keinen Augenblick die Möglichkeit bestritten, daß der Monarch Ungarns gleichzeitig der Beherrscher anderer, außerhalb Ungarns liegender Länder sein könne. Dies ist jedoch nicht mehr bei der, allerdings nur wenige Köpfe zählenden Fraktion der äußersten Linken der Fall, welche sich gewissermaßen außerhalb des gesetzlichen Bodens stellt, indem sie das Kossuth'sche Donauconföderationsprojekt mit einem durchaus selbstständigen Ungarn zu ihrem Programm gewählt hat.

Ausland.

Nordamerika. New-York, 8. April. [Zum Präsidenten-Prozeß.] Die Leiter der Anklage gegen Johnson legten am Samstag ferneres Zeugniß der Zeitungsberichterstatter vor, zum Beweise der Genauigkeit in den Berichten von den Reden des Präsidenten, in welchen er den Kongreß und die radikalen Führer verdammte. Ferner wurde der Brief Johnsons an M'Culloch dem Zeugenbeweise hinzugefügt, in welchem ersterer die Suspension Stantons vom Amte und die Ernennung des Generals Grant zum zeitweiligen Kriegsminister für übereinstimmend mit den Bestimmungen des Aemtergesetzes erklärt. Darauf wurde die Anklage geschlossen, doch behielten sich die Leiter derselben das Recht vor, weitere Zeugenaussagen beizubringen. Ein Antrag, den Prozeß abermals bis Donnerstag (9. April) aufzuschieben, um den Anwälten Zeit zur Vorbereitung der Vertheidigung zu gewähren, wurde vom Senate mit 37 gegen 10 Stimmen angenommen.

Amtliche Nachrichten.

München, 20. April. Se. Maj. der König hat dem Kapitelssenior und 1. prot. Stadtpfarrer bei St. Anna in Augsburg, J. A. Krauß, in Anerkennung seiner seit 50 Jahren auf dem Gebiete der Kirche wie der Schule geleisteten treuen und ersprießlichen Dienste den Titel und Rang eines prot. Kirchenrathes tax- und stempelfrei verliehen; den Professor am Realgymnasium in Regensburg, Dr. L. Kastner, zum Professor der Philosophie in der philosophischen Sektion des Lyzeums in Regensburg ernannt und den Studienlehrer J. Spanfehlner in Landshut in Quiescenz gesetzt.

Der k. Forstgehilfe W. Felser von Beilngries wurde zum Forstamtsaktuar am k. Forstamte Vilseck, der k. Forstgehilfe J. Trunk von Fladungen zum Forstamtsaktuar am Forstamte Schönberg und der k. Forstgehilfe Joh. Fiedler von Dahn zum Forstamtsaktuar am k. Forstamte Tegernsee ernannt.

Ueber die Dienstes- und Gehaltsverhältnisse der Postexpeditoren.

(Eingesandt.)

Wenn der Besitzer einer großen Fabrik zur Ausführung seines Unternehmens eine gewisse Zahl von Arbeitern engagirt, so bestimmt er selbstverständlich, schon im Voraus nicht allein den Lohn, welchen er zahlt, sondern auch den Umfang der Arbeiten, welche er von seinen Arbeitern in Anspruch nimmt; die Arbeit mag nun stückweise oder nach der Dauer der Arbeitszeit vergütet werden, so bezeichnet immer der im Voraus abgeschlossene Vertrag die richtige Grenze für die gegenseitigen Pflichten. Wenn nun im Laufe der Zeit das Geschäft des Fabrikherrn eine solche Ausdehnung gewinnt, daß die bisherige Arbeitsleistung zur Befriedigung der Nachfrage nicht mehr genügt, so muß gewiß der Fabrikherr die Zahl seiner Arbeiter vermehren, oder er muß mit den bisherigen Arbeitern ein Uebereinkommen treffen, nach welchem diese durch größere Anstrengung gegen größeren Lohn eine vermehrte Arbeit liefern. In keinem Falle wäre der Fabrikherr berechtigt, einseitig um den früheren Lohn eine größere Arbeitslast seinen

bisherigen Arbeitern aufzubürden und geschähe es dennoch, so wäre eine Unzufriedenheit unter den Arbeitern sehr leicht begreiflich.

Ein ganz ähnliches Verhältniß besteht gegenwärtig zwischen der k. Postanstalt und ihren auf Dienstvertrag angestellten Expeditoren, deren gerechter Grund zur Unzufriedenheit erst vor kurzer Zeit (Nr. 22 dieses Blattes) eine öffentliche Besprechung in diesem Blatte gefunden. Die Feststellung der derzeitigen Bezüge datirt von einer Zeit, wo der Postverkehr und somit die Dienstleistung viel weniger umfangreich war und der Maßstab der Vergütung nach dem Stande der damaligen Arbeitslast angenommen wurde; die inzwischen eingetretenen Reformen im Postwesen, die Vermehrung des Postverkehrs überhaupt, ganz besonders aber die Einführung der Postanweisungen mußten begreiflicher Weise auch die Dienstleistungen der Expeditoren bedeutend vermehren und ist mit dem ehemaligen, bei Festsetzung der Bezüge im Auge gehabten Arbeits-Quantum in gar keinen Vergleich mehr zu ziehen; dagegen wurde der Lohn für diese Dienste nicht nur nicht erhöht, sondern sogar noch durch Aufhebung von Emolumenten geschmälert.

Ob es nicht auffallend und wie es mit den Gesetzen der Billigkeit vereinbarlich ist, daß nicht schon bei Ueberbürdung vermehrter Arbeiten auch die gerechte Vergütung zugesagt wurde, mag dem unbefangenen Beurtheiler selbst überlassen bleiben. Wohl wurden schon bei verschiedenen Gesuchen einzelner Expeditoren um Erhöhung ihrer Dienstesbezüge die Gesuchsteller mit der Versicherung zu beruhigen gesucht, daß eine Revision der Expeditionsbezüge und somit eine entsprechendere Bezahlung dieser Dienstleistungen im Werke sei und somit das Bedürfniß selbst nicht desavouirt, aber die Ausführung dieses nur zu gerechten Schrittes läßt, nachdem die Postanweisungen nun schon seit $1^{1}/_{2}$ Jahren eingeführt sind, doch zu lange Zeit auf sich warten und stellt die Geduld der Betheiligten zu sehr auf die Probe. Beinahe hat dieses Verfahren den Anschein, als wenn der in Aussicht gestellte höhere Lohn wohl sicher, aber erst nach dem Tode durch eine Anweisung auf das himmlische Reich bezahlt werden wollte.

Wenn daher der größte Theil der Expeditoren von Unterfranken in einer gemeinschaftlichen, an ihr vorgesetztes Oberamt eingereichten Vorstellung das Mißverhältniß der gegenwärtigen Dienstleistung mit der Bezahlung dargestellt und um Abhülfe gebeten haben, so kann gewiß jeder Unbefangene diesen Schritt nur gerechtfertigt finden.

Schon die bisherige Vergütung nach dem Maße der früheren Dienstesarbeiten wäre als eine sehr spärliche und bescheidene zu betrachten, wenn man noch dazu die höheren Lebensmittelpreise in Anschlag bringt, in Folge deren alle Arbeiter eine höhere Bezahlung erhalten. — Man betrachte aber auch die Dienstleistungen selbst!

Wer schon Gelegenheit hatte, in die inneren Räume einer lebhaften Postanstalt zu blicken und die Rührigkeit zu sehen, wie eine Arbeit die andere treibt, und wie der Dienst strenge und unerbittlich die Erledigung der Geschäfte bis zur festgesetzten Sekunde verlangt, wer weiß, wie sich ein ermüdender Tag- und Nachtdienst fortwährend verfolgt, wie diesen Bediensteten nicht wie anderen Menschenkindern die Nachtruhe oder die Zeit zur Erholung, zu einem Genusse im Familienkreise gegönnt ist, wenn er nicht von seinen spärlichen Bezügen sich selbst eine Aushülfe verschafft, wenn bekannt ist, wie das geringste Versehen ohnehin pekuniäre Nachtheile oder strenge Strafen nach sich zieht, wer diesem mit so großer Verantwortlichkeit belasteten Dienst nur einigermaßen näher steht, der wird wohl kaum die Träger dieses Schicksales wegen ihres Glückes beneiden.

Gewiß waren die Ansprüche der Postanstalt an die Expeditoren in früherer Zeit von keiner solchen Bedeutung, denn außer der Perception der Postgefälle bestand früher die Aufgabe des Expeditors in Uebernahme, Taxirung, Abfertigung und richtiger Buchführung; durch das Institut der Postanweisungen ist aber der Expeditor zugleich zum Kassier bedeutender Geldsummen und zum Vermittler sehr vieler Privatgeschäfte gemacht und es hat somit nicht allein seine Arbeit, sondern auch seine Verantwortlichkeit einen sehr großen Zuwachs erhalten. Die Expeditionen sind nicht selten, die einen jährlichen Umsatz von 50 bis 60,000 fl. von Privatgeldern vermitteln, deren Perception und Wiederverausgabung eine Menge von Arbeiten veranlaßt und zur Verhütung von Verlusten die größte Aufmerksamkeit bedingen. Thatsache ist daher, daß größere Expeditionen nicht ohne Unterstützung durch einen Gehülfen bestehen können, deren Unterhaltung aber gerade bei der Wichtigkeit des gegenwärtigen Dienstes eine kostspielige und mit großer Haftung verknüpfte Aufgabe ist. Werden zu dieser auch noch die übrigen Ausgaben auf Bureau, Holz, Licht, Schreib- und Packmaterial, Dienstpapiere, Stempelschwärze etc. etc. gerechnet, für welche unvermeidlichen Auslagen das Postärar seinem Expeditor auch nicht einen Pfennig vergütet, so ist die ganze Brutto-Einnahme des Expeditors als wieder aufgezehrt zu betrachten.

Möge man nach dem Sprichworte: „Jeder Arbeiter ist seines Lohnes werth!" auch berechtigten Ansprüchen Gerechtigkeit widerfahren lassen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^{1}/_{2}$—$^{3}/_{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$47^{7}/_{8}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	42 G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^{5}/_{8}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93^{1}/_{2}$ P. 93 G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$93^{1}/_{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^{1}/_{8}$P. $87^{7}/_{8}$G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{4}$ P.
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{1}/_{2}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81^{1}/_{4}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^{3}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83^{1}/_{2}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86^{1}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$81^{1}/_{4}$ G.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$81^{1}/_{4}$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84^{1}/_{2}$ G.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$77^{1}/_{4}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	$75^{3}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	187—$86^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P. $20^{1}/_{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	334 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258 P. $57^{1}/_{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$32^{1}/_{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149^{3}/_{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^{1}/_{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	$195^{5}/_{8}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	182 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^{3}/_{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72^{5}/_{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243^{1}/_{4}$ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43^{3}/_{4}$—$^{1}/_{2}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$121^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{5}/_{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Berlin Thl. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{1}/_{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{2}$—$^{3}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^{3}/_{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{7}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^{5}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^{5}/_{8}$—$^{1}/_{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$143^{1}/_{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$69^{7}/_{8}$ P. $^{5}/_{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$181^{3}/_{4}$ G.
" do. v. 1864	$83^{1}/_{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^{5}/_{8}$ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54^{1}/_{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$146^{5}/_{8}$ P. $^{3}/_{8}$ G.
" fl. 25 do.	$38^{1}/_{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{3}/_{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 G.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^{3}/_{4}$ G.

Frankfurt, 22. April. Bei immer noch stillem Geschäfte waren die Course für österreichische Papiere auf bessere Wiener und Berliner Notirungen etwas höher, ohne daß jedoch eine entschiedene Besserung zum Durchbruch kommen konnte. 6 pCt. Amerikaner behaupteten wie bisher, trotz der etwas schlechteren New-Yorker Goldnotirung, ihre feste Haltung. Süddeutsche Fonds bei geringem Umsatze offerirt. Von Lahner wurden Oberhessische à $74^{1}/_{4}$ gefragt. Devisen fest. Der Geldstand bleibt sehr günstig. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 114. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Freitag, 24. April 1868.

Bayerischer Landtag.

Staatseinnahmen überhaupt. Rentämter und Rentamtsgehülfen. Direkte Steuern: Grundsteuer, Häusersteuer, Gewerbesteuer, Kapitalsteuer, Einkommensteuer. Indirekte Steuern: Taxen, Stempel, Aufschlag und Zoll.

München, 23. April.

In der gestrigen 93. öffentlichen Sitzung berieth die Kammer der Abgeordneten über die Budgetvoranschläge der Staatseinnahmen überhaupt. Ref. Neuffer bemerkte, daß der Ausschuß die Einnahmspositionen mehrfach erhöht hat, weil sich die wirthschaftl. Verhältnisse wieder sehr gebessert haben; die Kammer könne mit aller Beruhigung den vom Ausschuß beantragten Erhöhungen zustimmen.

Hr. Finanzm. v. Pfretzschner bemerkte u. A.: Wenn es einigermassen befremdet haben mag, daß das Budget auf eine Steuererhöhung um 50 pCt. gegründet war, während der Ausschuß keine Steuererhöhung vorschlägt, so müssen die Umstände berücksichtigt werden, welche im vorigen Sommer bei der Aufstellung des Budgets maßgebend waren. Die Regierung ging von dem Gesichtspunkt aus, die Einnahmsposten seien so festzustellen, daß man mit Wahrscheinlichkeit auf das Eingehen der festgestellten Beträge rechnen kann. Der Ausschuß hat sich etwas einem Optimismus hingegeben, der sich wohl nicht bewähren wird. Bei einer Gelegenheit, wo von der Steuererhöhung die Rede war, sagte man, die wirthschaftlichen Verhältnisse seien nicht darnach angethan, daß eine Steuererhöhung eintreten kann, während nun der Ausschuß von der Ansicht ausging, daß die wirthschaftlichen Verhältnisse sich wieder sehr gehoben haben. Hierin liegt gewissermassen ein innerer Widerspruch, welchen Redner zu seinen Gunsten anführen zu können glaubt. Wollen wir übrigens zu Gott hoffen, daß die Verhältnisse im Innern und in der Politik sich so gestalten, daß die erhöhten Beträge eingehen. Für alle Fälle aber ist zu wünschen, daß der Reichsreservefond in einer Weise dotirt wird, welche es möglich macht, die Ausgaben bestreiten zu können, wenn bei einzelnen Ansätzen ein Mindererertrag sich ergibt.

Ref. Neuffer entgegnete, der Ausschuß sei von der Ansicht ausgegangen, daß wir in der nächsten Zeit Frieden erhalten. Sollten wir das Unglück haben, abermals einen Krieg erleben zu müssen, dann würden weder die Ansätze der Regierung, noch die erhöhten Anträge des Ausschusses sich bewähren. Nachdem auch Kolb noch erwähnt hatte, daß wir nur ein Budget für normale Verhältnisse machen können und daß die Kammer deßhalb die Anträge des Ausschusses mit aller Beruhigung annehmen könne, wurde als Ertrag der Uebergänge aus der 8. Finanz-Periode 1,825,000 fl. eingestellt.

Als Verwaltungskosten beantragte der Ausschuß, statt 921,830 fl. nur 845,415 fl. zu genehmigen. Da in dieser letzteren Summe auch 20,000 fl. zur Sustentirung verdienter älterer Rentamtsgehilfen inbegriffen sind, bemerkte Dr. Völk, daß mit diesen 20,000 fl. nichts geholfen ist. Wenn wir diese Leute nicht besser stellen, als bisher, werden die guten Rentamtsgehilfen bald aussterben. Es sind das keine gewöhnliche Schreiber, sondern Leute, die am Ende so viel verstehen, wie der Herr Rentbeamte selbst. Möge die Regierung hier radikal bessern! Schwab wünscht eine bessere Arrondirung der Rentämter; sie sollten ihren Sitz in der Mitte ihres Bezirkes und wo möglich am Sitze des Bezirksamtes haben. Baier will, daß das Rentamt Euerdorf erhalten bleibt. Kolb wünscht die Einführung der Pfälzer Einrichtung in Bezug auf die Steuereinnehmer und Verminderung der Zahl der Rentämter. Hr. Minister v. Pfretzschner glaubt, daß mit den 20,000 fl. schon viel geleistet werden kann; es können nun in den Fällen, wo verdienstvolle Oberschreiber auf längere Zeit erkranken, oder in Folge hohen Alters dienstlos werden, Sustentationen gereicht werden. Wollte man den Oberschreibern pragmatische oder quasipragmatische Rechte verleihen, so würde eine zu große Pensionslast dem Staate erwachsen. Was die Verminderung der Zahl der Rentämter betrifft, so werden, wenn das Institut der Steuereinnehmer auch diesseits eingeführt sein wird, mehrere Rentämter aufgehoben werden können. Uebrigens will Redner doch daran erinnern, daß bei Berathung des Budgets für die achte Finanzperiode eine besondere Position zu 100,000 fl. zur Vermehrung der Rentämter im Interesse der Steuerpflichtigen eingesetzt wurde. Es ist das ein Beweis, wie sich oft die Ansichten in einer kurzen Periode ändern, je nachdem der Geldbeutel voll oder leer ist. (Heiterkeit!) 845,415 fl. als Verwaltungskosten wurden genehmigt.

Kap. II. Direkte Staatsauflagen: Als Ertrag der Grundsteuer schlägt der Ausschuß vor, 6,710,000 fl. einzustellen. Hr. Finanzminister v. Pfretzschner betrachtet die Aufstellung des Ausschusses als eine ganz provisorische, weil gerade die Erträgnisse der direkten Steuern erst bei Berathung des Finanzgesetzes festgestellt werden können. Die jetzige Aufstellung dieser Steuern ist lediglich als Basis des „Solls“ zu betrachten. . . . Gar keine Ausstände bei der Grundsteuer zuzulassen, wie der Ausschuß will, hält Redner für bedenklich, weil die straffeste Exekution eintreten müßte, und weil es doch Fälle gibt, wo dem Pflichtigen geholfen werden kann, wenn man ihm die Steuer auf ein Jahr stundet, während er von Haus und Hof käme, wenn man sofort mit Exekution gegen ihn vorginge. Redner stellte daher den Antrag, außer dem Betrage von 30,000 fl. für Nachlässe, noch 35,000 fl. für Ausstände an der Position abzusetzen. Dann muß die Gesammtsumme, welche abgesetzt wird, seien es 30,000 oder 65,000 fl., auf die einzelnen Steuergattungen repartirt werden. — Die Kammer beschloß jedoch, die Einnahmen mit 6,710,000 fl., als Nachlässe 30,000 fl. einzusetzen, und lehnte den Antrag des Herrn Ministers ab.

Als Ertrag der Häusersteuer wurde dem Vorschlage der Regierung entsprechend 1,012,000 fl. eingestellt. v. Schultes stellte hier den Antrag, an Se. Maj. den König die Bitte zu richten, Allerhöchstderselbe möge geruhen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf zur prinzipiellen Umgestaltung der Häusersteuerbestimmungen vorlegen zu lassen, da bei dieser Steuer eine zu große Ungleichheit zwischen Stadt und Land besteht, indem in der Stadt auf den Kopf 39 kr., auf dem Lande aber nur 5½ kr. treffen. Hr. Minister v. Pfretzschner bemerkte, daß aus Anlaß desselben Wunsches, welcher im Jahre 1861 gestellt worden ist, vom Ministerium die umfassendsten Erhebungen zur Beurtheilung der Frage gepflogen wurden, in wie weit eine Umgestaltung der Häusersteuerbestimmungen möglich ist; das Resultat sei aber gewesen, daß eine Umgestaltung dieser Bestimmungen weit mehr Klagen hervorgerufen hätte, als bisher laut wurden. Nachdem noch Mandel sich gegen den Antrag erklärt hatte, weil wir zu viele neue Gesetze bekommen und das Volk dieselben bald gar nicht mehr verdauen kann, zog Schultes denselben zurück.

Als Ertrag der Gewerbesteuer wurde 1,600,000 fl. eingestellt, um 50,000 fl. mehr, als die Regierung vorgeschlagen hat. Der Ausschuß glaubt nämlich, daß die Gewerbefreiheit einen erhöhten Ertrag der Gewerbesteuer zur Folge haben werde. Hr. Minister v. Pfretzschner sprach seinen Zweifel aus, daß dieser erhöhte Ertrag durch die Gewerbefreiheit erzielt werde. — Als Ertrag der Kapitalrentensteuer wurden 693,000 fl. eingestellt. Dr. Völk wiederholte hier den Wunsch, daß die im Auslande angelegten Kapitalien bei uns ebenfalls besteuert werden sollen, und stellte die Anfrage an den 2. Ausschuß, wie es denn eigentlich mit seinem Antrag auf Einführung einer Hundesteuer stehe? Neuffer antwortete, der 2. Ausschuß habe sich mit der Hundesteuer deßhalb nicht befaßt, weil er glaubte, daß wir mit den alten Steuern auch auskommen, und weil eine neue Steuer nie willkommen sei. Dr. Völk: Seine Sympathie für neue Steuern sei auch nicht groß, aber es könnte eine Zeit kommen, wo man mit den bestehenden Steuern doch nicht mehr ausreicht und da wäre es dann gut, wenn die Frage der Einführung einer neuen Steuer, hier der Hundesteuer, erledigt wäre.

Als Ertrag der Einkommensteuer wurde 345,000 fl., als Verwaltungskosten der direkten Staatsauflagen 298,810 fl. eingestellt. Die Repartition der 30,000 fl. für Steuernachlässe auf die einzelnen Steuergattungen erfolgt später.

Kap. III. Indirekte Staatsauflagen: Als Ertrag der Taxen wurden 5,910,000 fl., als Ausgaben 299,330 fl. geneh-

migt. Ein Antrag Breidenbachs, die Regierung wolle in Erwägung ziehen, ob nicht die Tax- und Stempelabgaben in eine Ziffer zusammenzufassen sind, wurde abgelehnt. Ministerialrath Frhr. v. Lobkowitz bezweifelte, daß die Taxen um 200,000 fl. mehr ertragen, als die Regierung vorgeschlagen hat, weil insbesondere die Taxen der freiwilligen Gerichtsbarkeit sich bedeutend gemindert haben und nur die Taxen der streitenden Gerichtsbarkeit steigen. — Als Ertrag der Stempelgefälle ist 1,800,000 fl., als Ausgaben für Verwaltung 150,000 fl. eingestellt worden. — Brandenburg sprach hier den Wunsch aus, daß Stempelmarken eingeführt werden. — Der Ertrag des Malzaufschlages wird später festgestellt, wenn der Gesetzentwurf über den Malzaufschlag erledigt ist. — Die Einnahmen aus den Zöllen, Salinen und Bergwerken, der Eisenbahnen, Postverwaltung, Telegraphenanstalt und des Ludwigs-Donau-Main-Kanals sind bereits erledigt. — Als Einnahmen beim Gesetz- und Regierungsblatt sind 30,270 fl., als Ausgaben 16,370 fl. eingestellt worden. — Die Erträgnisse der k. Bank in Nürnberg wurden auf 150,000 fl. fixirt; bei Feststellung des Finanzgesetzes wird bestimmt werden, ob diese Summe der Bank zur Vermehrung ihres Betriebskapitals überlassen werden soll oder nicht. — Als Einnahme der übrigen Staatsregalien ist 5150 fl., als Ausgabe 460 fl. genehmigt worden.

Kap. V. Staatsdomänen: Der Ausschuß beantragt, die Einnahmen aus Staatsforsten, Jagden und Triften mit 12,284,570 fl., die Ausgaben mit 5,781,570 fl. einzustellen. Der Ausschuß hat die Einnahmsposition um 500,000 fl. höher gestellt, als die Regierung. Kolb stellte den Antrag, die Ausgabeposition möge um 30,000 fl. erhöht werden, um den 600 Forstgehilfen eine Zulage von 50 fl. gewähren zu können. Ministerialrath v. Mantel beabsichtigt nicht, gegen die vom Ausschuß beantragte Erhöhung zu protestiren, da er bei den dermaligen Handelsverhältnissen ebenso wenig für den Vorschlag der Regierung, als für den Vorschlag des Ausschusses einstehen kann, macht aber aufmerksam, daß die Position der Regierung schon in der höchsten Ziffer gegriffen worden ist, und die Preise für Bau-, Nutz- und Brennholz sehr gesunken sind. Wenn die Verhältnisse sich nicht ganz außerordentlich bessern, werde die vom Ausschuß vorgeschlagene Einnahme nie erzielt werden. Dann sollten der Regierung die Mittel nicht entzogen werden, um die Ablösung der Forstrechte fortsetzen zu können. Den wohlwollenden Antrag Kolbs begrüßt Redner mit Freuden, weil der gute Wille des Forstpersonals nothwendig ist, wenn wir eine höhere Einnahme erzielen wollen. Er (Redner) werde Alles aufbieten, um die 30,000 fl. wieder hereinzubringen. Neuffer will für die Forstgehilfen nur 18,000 fl. bewilligt haben. Minister v. Pfretzschner: die Revierförster bewegten sich bisher in 4 Klassen mit 800, 900, 950 und 1000 fl. Gehalt; das neue Gehaltsregulativ wollte 5 Klassen zu 800, 900, 1000, 1100 und 1200 fl.; im Ausschuß ist man aber dahin übereingekommen, daß die oberste Gehaltsklasse zur Zeit außer Berücksichtigung gelassen, die Erhöhung der andern Klassen aber zugestanden wurde. Die Frage, ob dieser Gehalt in pragmatischer Eigenschaft oder nur als Theuerungszulage bewilligt werden soll, ist vom Ausschuß offen gelassen; Redner beantragt, diese Zulage in pragmatischer Eigenschaft zu gewähren, weil bei der Forstverwaltung schon früher und in der letzten Zeit bedeutende Verminderung des Personals eingetreten ist und große Ersparungen erzielt wurden. Dr. Völk bittet die Kammer dringendst, den Antrag der Regierung bezüglich der Revierförster und den Antrag Kolbs bezüglich der Gehilfen anzunehmen. Wir haben die schönsten Wälder und die beste Forstverwaltung; belohnen wir diejenigen, welche uns die Wälder zum Besten des Landes erhalten; ziehen wir keinen Heller mehr ab, wir haben einen Ersatz dafür: unsere schönen Wälder, und diese werden uns hoffentlich erhalten bleiben zur Zierde, zum Nutzen und zum Stolz des Landes. — Nachdem Neuffer noch bemerkt hatte, daß er, wenn 30,000 fl. für die Forstgehilfen bewilligt werden, am Reichsreservefond streichen könne, und nachdem Minister v. Pfretzschner noch für die Bewilligung der 30,000 fl. gesprochen hatte, wurden die vom Ausschuß vorgeschlagenen Ziffern, sowie die Anträge der Regierung und Kolbs bezüglich der Revierförster und Forstgehilfen angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 22. April. [Der Handels- und Zollausschuß des Zoll-Bundesrathes] beendete gestern Morgen in fast dreistündiger Sitzung die Berathung über die Tabaksteuer-Vorlage. Dieselbe wurde schließlich mit großer Majorität im Wesentlichen, also mit Beibehaltung der Morgensteuer auf 12 Thlr. ꝛc., angenommen, dagegen wurde für die Einzelbestimmungen eine Reihe von Modifikationen beschlossen. Um 1 Uhr Mittags fand eine Plenarsitzung des Zollbundesrathes unter Vorsitz des Bundeskanzlers Grafen Bismarck Statt. An die Verlesung des Protokolls schloß sich die Mittheilung über neu ernannte Mitglieder des Bundesrathes für Württemberg, Mecklenburg ꝛc. Dann folgten als Präsidial-Vorlagen ein Entwurf zum Abschlusse eines Freundschafts- und Handelsvertrages mit den Hawaiischen Inseln; ferner eine Vorlage, betreffend die Denaturirung des schwefelsauren Ammoniacs; Antrag der Ottensen'schen Eisenfabrikanten bezüglich der Zollbehandlung von Roh- oder Brucheisen zur Bearbeitung für das Ausland; ferner betreffend die Anschreibung von Retourwaaren in den Commercial-Registern; endlich betreffend die zollfreie Ausfuhr von Wagenfedern, welche aus eingeführtem Bruchstahl hergestellt werden. Es folgte der Antrag Bayerns auf Erhöhung der Besoldung des Aufsichts- und Amtsdiener-Personals; Anträge Sachsens zur Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung, die Zollbefreiung von Fellen zur Pelzbereitung ꝛc. betreffend. Daran schlossen sich Berichte des ersten und zweiten Ausschusses über den Handelsvertrag mit Oesterreich (wurde angenommen), eben so die Vorlage wegen Abänderung einzelner Bestimmungen der Zollordnung und der Zoll-Strafgesetzgebung. Es

Prozeß Ebergenyi.

(Aus der „Neuen freien Presse.“)

Wien, 22. April.

Heute beginnt vor dem Landesgerichte in Strafsachen der letzte Akt jener Tragödie, welcher als „die Vergiftung der Gräfin Chorinsky“ eine so erschütternde Wirkung hervorgerufen hat. Fünf Richter dieser hohen Instanz sollen entscheiden, ob die arme Verbannte, welche ihr glänzendes Elend unter dem Namen einer „Baronin Ledske“ in München verbarg, am 21. November v J. eines natürlichen Todes oder den durch Gift starb, und ob Julie v. Ebergenyi es war, welche ihr das todtbringende Getränk kredenzte. Die Spannung, mit welcher von Fern und Nah diesem Spruche entgegengesehen wird, ist eine enorme und begreifliche. In der That hat auch selten ein Kriminalfall so sehr Alles in sich vereinigt, was dem Spruche der Richter wie den Ergebnissen des Verfahrens Interesse verleihen kann. Das Geschick derjenigen, um deren Ende sich der Kampf zwischen dem Ankläger und der Angeklagten drehen soll; die seltsame Verkettung von Umständen, durch welche eine Schauspielerin niederen Ranges zum Mitgliede einer unserer ausgezeichnetsten Familien wurde; das Martyrium, mit welchem diese Unglückliche das Heraustreten aus der Bahn des Gewöhnlichen bezahlte; die vornehme Abkunft derjenigen, welche ihr nach dem Leben getrachtet; die Auszeichnung, welche der Angeklagten v. Ebergenyi wurde; die Kühnheit, mit welcher das Verbrechen angelegt, in Szene gesetzt und ausgeführt; die Arglist, mit welcher dem Verdachte entgegengearbeitet, und daneben die wie von Gott gefügte Unbesonnenheit, mit welcher der Beweis der schrecklichen That aufgebaut wurde; die charakteristische Thatsache, daß ein Mann das Weib, welches er liebt, zur Vollführung eines Mordes, als dessen Autor er gilt, absendet; der seltsame Umstand, daß zwei Gerichtshöfe in zwei sich gegenseitig fremden Ländern berufen sind, ihr Verdikt in einer und derselben Mordanklage zu geben, und endlich im Hintergrunde die schwere Tragweite des Spruches, welcher über Julie v. Ebergenyi gefällt werden wird, für das Geschick des seines Verdiktes noch harrenden Grafen Chorinsky — alles das gibt dem Prozesse, über dessen Beginn wir heute berichten, ein ungewöhnliches Lustre. Dazu kommt noch die speziell für die österreichischen Juristen bestehende Spannung, ob der Gerichtshof das, wie es heißt, in demselben Momente abgegebene und widerrufene Geständniß der Julie v. Ebergenyi als ein vollständiges und als ein solches ansehen werde, welches dem Richter erlaubt, That und Schuld als zweifellos anzusehen und den Tod zu verhängen, so daß die Verurtheilte nur mehr von der Gnade des Monarchen die Erhaltung ihres Lebens erhoffen kann.

Diesem Zusammenwirken so vieler Ursachen des Interesses entsprach auch heute der massenhafte Andrang des Publikums. Es belagerte die Eingangsthore, füllte die Treppen und Gänge des Landesgerichtes und war so zahlreich, daß es den großen Verhandlungssaal unseres Justizpalastes — wäre er auch in seinem Raume der Größe der ersten Stadt angemessen — zehnmal hätte füllen können. Derjenigen, welche außer den in hellen Schaaren erschienenen Reportern noch im Saale Platz fanden, war daher nur eine geringe Zahl. Unter ihnen befinden sich Vertreter aller Stände. So sehen wir u. A. den Grafen Nik. Esterhazy, Reichsraths-Abgeordneten Baron Tinti, den Sekretär der engl. Gesandtschaft, Herrn Bomhard, FML. Faber, den ersten Präsidenten des Landesgerichts, Scharschmidt ꝛc. Auch die beiden Seitensäle des Verhandlungssaales sind mit Zuhörern reich

folgte Bericht des ersten Ausschusses über die Vorlage wegen Erweiterung der Zollbegünstigungen für die Erbauer von Seeschiffen, und mündliche Berichte des ersten Ausschusses über den Zollerlaß für zu Grunde gegangene Begleitscheingüter, des zweiten Ausschusses über den Handelsvertrag mit Spanien, des dritten Ausschusses über Erhöhung der Pferde-Unterhaltungskosten der Ober-Gränzcontroleure. Den Schluß machte die Vorlesung von Eingaben an den Bundesrath.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Zur Concordatsfrage.] Die „Debats" enthalten Briefe aus Wien, worin sie die Stellung Roms zu Oesterreich besprechen. Diese Briefe besagen im Widerspruch mit den Nachrichten, welche in der letzten Zeit verbreitet waren, daß die Beziehungen zwischen der päpstlichen und der österreichischen Regierung nie aufgehört haben, die freundlichsten zu sein, und daß der Papst, welcher die dornenvolle Stellung des Kaisers von Oesterreich hinreichend erkannt, sich dahin ausgesprochen habe, die österreichische Regierung in allem zu unterstützen, was sie versuchen werde, um die gemäßigten Nothwendigkeiten der Politik mit den wahren Interessen der Religion in Einklang zu bringen, und einer Krisis ein Ziel zu setzen, die, so glaube der Papst, auf gerechte Weise ohne seinen geistigen Beistand nicht gelöst werden könnte. Der Kaiser von Oesterreich selbst ist, den „Debats" zufolge, voll Sympathie für Rom, werde sich nicht von den revolutionären und antireligiösen Ideen fortreißen lassen und sei entschlossen, das Concordat aufrecht zu erhalten, so lange dasselbe nicht mit Zustimmung Roms abgeschafft oder modificirt worden sei.

Gegen den österreichischen hohen Adel, welcher sich bei der Discussion über die neuen Gesetze eben so unklug wie unwissend gezeigt, treten die „Debats" sehr scharf auf. Er habe sich dadurch in den Augen des Landes um so mehr zu Grunde gerichtet, als er mit Sadowa, zu dem er so zu sagen den Kaiser gezwungen habe, sein militärisches Prestige verloren habe. Wenn der österreichische Adel seine Rolle verstand, so hätte er sich, statt gegen Herrn v. Beust und sogar den Kaiser selbst feindlich aufzutreten, für die Reformen und die Umgestaltung Oesterreichs aussprechen und sich der Regierung zur Seite stellen müssen.

Ueber Herrn v. Beust lassen sich die Correspondenten der „Debats" sehr freundlich aus. Sie sagen, daß man denselben in Rom habe anschwärzen wollen, daß jedoch der Papst sich nicht habe bethören lassen und nicht geglaubt habe, daß der österreichische Staatskanzler, der ihm so viel Beweise von Achtung und Mäßigung gegeben, plötzlich ein Verächter des christlichen Glaubens werden wolle, und es habe ihm geschienen, daß er das Heil der katholischen Kirche in Oesterreich von dem Manne annehmen müsse, welchen Gott zu diesem Zweck erkoren habe.

Ausland.

Frankreich. [Wahlagitation. Zur allgemeinen Lage.] Der kaiserliche Prinz, der im besten Wohlsein von seiner Reise nach Brest und Cherbourg in Paris zurückgekehrt ist, hat heute Morgen seinen kirchlichen Unterricht wieder aufgenommen. Seine Pilgerfahrt nach St. Anne d'Aulnay unterblieb, weil das Wetter zu schlecht war und man nicht wagte, dem Kinde noch weitere Strapazen aufzuerlegen. Es scheint übrigens, daß die Brest-Cherbourger Reise des kaiserlichen Prinzen nicht die letzte sein wird, welche derselbe dieses Jahr zu machen hat. Man will, so heißt es, durch ihn auf die nächsten Wahlen einwirken, und er wird daher noch andere Excursionen zu machen haben. Der Kaiser und die Kaiserin werden ihre erste Wahlreise am 9. Mai machen, an welchem Tage sie sich nach Orleans begeben werden, um der Preisvertheilung der dortigen landwirthschaftlichen Ausstellung anzuwohnen. Eine kaiserliche Rede ist bei dieser Gelegenheit in Aussicht gestellt.

Was die friedlichen Ideen anbelangt, die der „Constitutionnel" wieder indirekt betont, so darf man übrigens mit Sicherheit annehmen, daß man für den Augenblick den Krieg nicht will, und wenn es auch nur deßhalb wäre, weil man sich ohne einen jeden Verbündeten befindet und höchstens auf Dänemark und Schweden zählen könnte, während man zugleich befürchtet, daß Preußen nicht allein Rußland, sondern auch Amerika als Verbündeten haben könnte. Im siebenjährigen Kriege, wo Frankreich auch gegen Preußen stand, verlor ersteres den größten Theil seiner Colonieen, welche England wegnahm; den Rest derselben würde bei einem Kriege Nordamerika, wenn es auf Seiten Preußens stände, nehmen. Im Augenblicke arbeitet man übrigens mit großem Eifer an den neuen, für die französischen Colonieen bestimmten Kanonen. Es sind bereits 80 Stück schwere Hinterlader fertig, die von Toulon nach den westindischen Besitzungen Frankreichs abgesandt werden sollen.

Diese Rüstungen stehen natürlich zu den Befürchtungen in naher Beziehung, welche man wegen Amerika's hat. Was die Vorbereitungen des Marschalls Niel anbelangt, so dauern dieselben in einer Weise fort, welche zur Genüge beweist, daß es Frankreich jedenfalls für nothwendig hält, sich auf alle möglichen Eventualitäten vorzubereiten.

— [Moltke als Festungszeichner.] Das „Pays" erzählt folgende Anekdote, fügt jedoch, wie wir gleich bemerken wollen, selbst hinzu: „Se non è vero è ben trovato. (Wenn's nicht wahr, ist es gut erfunden.) Vor einigen Tagen wurde ein Fremder von Distinction und martialischem Ansehen, mit einer vielfarbigen Rosette im Knopfloch, bemerkt, welcher dem herrschenden Verbote zum Trotz auf den Glacis von Metz auf- und niederging. Von Zeit zu Zeit zog er ein Notizbuch aus der Tasche, blickte um sich, nahm das Maß von Schanzen und Gräben und notirte vorsichtig das Ergebniß seiner Beobachtungen. Eine Stunde oder zwei ließ man ihn gewähren; als er sich aber anschickte, die Festung zu verlassen, verhaftete man ihn.

---

besetzt. Die Einrichtung des Verhandlungssaales ist die gewöhnliche. Auf der erhöhten Tribüne der Tisch des Gerichtshofes, an diesen anstoßend der des öffentlichen Anklägers, an der Seite die Bank der Angeklagten und hart an der Eingangsthür des Berathungszimmers ein kleines Tischchen, bedeckt mit den Kleidern, welche die Gräfin Chorinsky an ihrem Todestage getragen, einem Theekessel, Weinflaschen, einer Schachtel mit Briefen ꝛc. — lauter Dinge, welche im Laufe der Verhandlung eine Rolle zu spielen bestimmt sind. Vor der Bank der Angeklagten befindet sich der für den Vertheidiger der Ebergenyi, Dr. Neuda, und den des Grafen Chorinsky, Hofrath Dr. Schauß aus München, bestimmte Tisch.

Nach 9 Uhr erscheinen der öffentliche Ankläger, Chef der Staatsanwaltschaft, Landesgerichtsrath Schmeidl, und der Vertheidiger Julie v. Ebergenyi's, Dr. Neuda.

Knapp nach ihnen wird Julie v. Ebergenyi in den Saal geführt. Lautlose Stille empfängt sie, hunderte Augen wenden sich ihr zu und suchen in ihren Mienen den Zug, welcher die Mörderin verräth — ein eigenthümliches Zeichen des im Menschen lebenden Moralbewußtseins, daß man unwillkürlich bei dem Mörder die Prädestination voraussetzt und in seinem Gesichte das Kainszeichen sucht. Nun, den Stempel des Mordes trägt das Gesicht Julie v. Ebergenyi's nicht, eher den hochmüthiger Rohheit. Der Blick, der aus ihrem dunklen, von breiter glatter Stirne überschatteten Auge manchmal kühn hervorbringt, hat nichts von der tigerhaften Wildheit und ätzenden Schärfe jenes der Trolls und Schmidts. Nur ein böser Zug zieht sich um den herb geschlossenen Mund, möglicherweise ein Theil der Maske, welche sich die Unglückliche für den Kampf zurechtgelegt hat, den sie durch vier bange Tage für ihre Ehre, ihre Zukunft, vielleicht ihr Leben kämpfen soll. Die Toilette, die sie trägt, ist keine freigewählte. Sie ist diejenige, in welcher sie in München auftrat und welche sie heute neuerdings anlegen mußte. Sie besteht aus einem schwarzen, weiß in Carrés abgesteppten Kleide, einer gleichen Jacke, einer blauen Halsschleife, Ohrgehängen, welche die Form von Todtenköpfen haben. Nur der schwarze, mit Pfauenfedern geschmückte Hut, welchen sie in München trug, fehlt, so daß das kokett frisirte braune Haar schmucklos erscheint. Ihre Hände sind von lichtbraunen Handschuhen bedeckt. Kaum ist sie im Saale und an ihrer Seite die Wache mit aufgepflanztem Bajonnete erschienen, bedeckt sie ihr starkgeröthetes Gesicht mit einem Sacktuch und wankt auf ihren Platz. Von da wechselt die Farbe ihres Gesichtes, in dem die Spuren schwerer Leiden zu sehen sind, in jedem Nu; bald ist es blaß, bald roth.

Fast zugleich mit der Angeklagten erscheint der Gerichtshof. Er besteht aus dem Präsidenten Landesgerichtsrath Giuliani, den Votanten Landesgerichtsräthen Kubasta und Gernerth, Sekretären Pauminger und Czenka, einem Ersatzrichter und dem Schriftführer Dr. Koppler.

Alles im Saale erhebt sich.

Präs.: Ich erkläre die Verhandlung für eröffnet und gestatte allen Anwesenden, sich niederzulassen. — Ich bitte den Herrn Schriftführer, den Gegenstand der Verhandlung aufzurufen.

Schriftführer: Anklage gegen Julie v. Ebergenyi v. Telekes, Ehren-Stiftsdame, wegen des Verbrechens des Meuchelmordes.

Präsident: (zu dem Saalbiener): Lassen Sie die Zeugen eintreten.

(Fortsetzung folgt.)

Auf dem Posten erklärte er, daß er vor den Kommandanten des Platzes gebracht werden wolle, und diesem gab er sich dann — als den General v. Moltke zu erkennen. „Wie? der Sieger von Sadowa?“ fragte der Kommandant. „Eben der.“ Der Vorfall wurde sofort nach Paris telegraphirt, von wo umgehend nachstehende Antwort erfolgte: „Der General v. Moltke kann, so viel er will, die Festungswerke von Metz besichtigen und auf den Glacis spazieren gehen.“ So wurde denn der Sieger von Sadowa nach einer Gefangenschaft von 20 Minuten wieder auf freien Fuß gesetzt.

Nichtpolitische Zeitung.

[Badesaison in Baden-Baden.] Das soeben erschienene Programm der am 1. Mai beginnenden Badesaison ist so überaus reichhaltig, ja verschwenderisch ausgestattet, wie noch nie zuvor; es verspricht eine fast ununterbrochene Fülle von Genüssen, sowohl in quantitativer als qualitativer Hinsicht. Die neue Administration, unter Direktion des Herrn Emil Dupressoir, trifft ihre Dispositionen mit einer Umsicht, Sachkenntniß und einem Geschmack, welche für unsere Bäderstadt in den nächsten Saisons die glänzendsten Aussichten eröffnen. Die zahlreichen Nachfragen und Bestellungen auf Wohnungen, welche bereits einlaufen, beweisen auch, daß das auswärtige Publikum sich vollzähliger als je einfinden wird. Aus dem Programm theilen wir Folgendes mit: Im Monat Mai: Jeden Mittwoch Vorstellung des großh. Hoftheaters von Karlsruhe, abwechselnd Oper und Schauspiel. Kammerkonzerte unter Mitwirkung namhafter Celebritäten finden sechs statt, und zwar am 20. und 27. Juni, am 4., 10., 18. und 25. Juli. Am 1. August ist Orchesterkonzert. Französisches Theater am 7., 10., 12., 14., 17., 19., 21., 24., 26., 28., 31. August und 2. Sept. Große Wettrennen und Steeple-Chases in Iffezheim am 1., 3., 5. und 7. Sept. Großer Bal paré am 4. Sept. Deutsche Oper unter Mitwirkung der ersten Kräfte der Hoftheater von Berlin, Hannover, München und Wien: vier Vorstellungen am 5., 7., 10. und 12. September. Zur Aufführung kommen: „Lohengrin“, „Martha“, „Postillon von Lonjumeau“ und „Don Juan“. Italienische Oper am 14. und 17. September: „Favorite“ und „Norma“. Offenbach'sche Operetten in 8 Vorstellungen von den in diesem Specialfach berühmten Pariser Künstlern. Promenadekonzerte im Kiosk vor dem Konversationshaus, unter Direktion des Hrn. Kapellmeisters Könnemann während der ganzen Saison u. s. w.

[Schiller-Stiftung.] Die Generalversammlung der Schillerstiftung, welche in der vorigen Woche in Wien tagte, hat einige Statuten-Aenderungen vorgenommen. Unter den gefaßten Beschlüssen sind folgende hervorzuheben: Die Zweigstiftungen haben aus den Zinsen ihrer Kapitalien ihre Verwaltungskosten zu bestreiten, von dem Reste 2 Drittel an die Centralkasse abzuliefern; über außerordentliche Einnahmen können sie frei verfügen; bei Auflösung einer Zweigstiftung fällt deren Vermögen der Centralkasse anheim. Der Verwaltungsrath darf mehrjährige Pensionen auf nicht länger als fünf Jahre und höchstens noch auf zwei Jahre über seine Verwaltungsperiode hinaus bewilligen; er kann überhaupt keine Unterstützung von mehr als 500 Thaler bewilligen. Die Veröffentlichung der Namen derer, welche Gaben von der Schillerstiftung bezogen haben, ward festgesetzt, jedoch nicht die der bezogenen Summen.

[Eine Gemäldeversteigerung zu Paris.] Der letzte Samstag wird ein denkwürdiger Tag in den Annalen des Hotel Drouot bleiben. Die berühmte Gallerie von San Donato, Eigenthum des älteren Fürsten Demidoff, ein Schatzkästlein von 23 Meisterstücken der niederländischen Schule, wurde unter den Hammer gebracht, und diese Versteigerung trug nicht weniger als 1,363,650 Frs. ein. Das Hauptstück der Sammlung, vielleicht nicht sowohl seines artistischen als seines historischen Werthes wegen: „Der westphälische Kongreß“ von Terburg, wurde einem Herrn Mannheim, hinter welchem sich, wie es heißt, Baron James Rothschild verstecken soll, für 182,000 Frcs. zugeschlagen; dieselbe Person erstand eine Promenade-Ansicht von Dortrecht, ein Werk Albert Cuyp's, für 140,000 Frcs. Eine Waldansicht von Hobbema bezahlte der Bankier Seillière mit 110,000 Frcs., eine andere Landschaft desselben Meisters Herr Felix Petit mit 98,000 Frcs., ein Genrebild von Ostade wiederum Herr Mannheim mit 104,000 Frcs., das Porträt einer alten Frau von Rembrandt Herr Narischkin mit 55,000 Frcs., zwei Marinen von Ruysdael und Vandevelde Herr Bocher, der Agent des Herzogs von Aumale, mit 60,000 und 68,000 Francs u. s. w.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{7}{8}$—53 P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{7}{8}$ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{3}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	$75\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	125 P. $24\frac{1}{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	188—89 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	—
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	112 P.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$258\frac{1}{2}$—59 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 P. 19 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{1}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$248\frac{1}{4}$ G.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$121\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	96 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{5}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$142\frac{1}{4}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{1}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$131\frac{1}{2}$ P.
" do. v. 1864	$85\frac{1}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$60\frac{3}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
" fl. 25 do.	$38\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{3}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 23. April. Es herrschte heute bei im Ganzen etwas lebhafterem Geschäft eine gleichmäßig feste Haltung auf entsprechende Wiener Course und auf Privatnachrichten aus Wien, denen zufolge angeblich in leitenden (soll wohl heißen leidenden!) Kreisen die Ansicht maßgebend sein soll, daß die im Auslande negocirten österreichischen Anleihen steuerfrei bleiben sollten. Das Hauptgeschäft war in Kreditaktien und Staatsbahn, die ihren Cours gegen gestern wesentlich erhöhten. Auch 60er Loose, Steuerfreie und $4\frac{1}{2}$ pCt. Metalliques waren besser. 1882er Bonds hielten sich trotz des höheren Goldagios unverändert fest, da man dasselbe lediglich der starken Goldausfuhr nach Europa zuschreibt. Süddeutsche sehr still. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 115.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 25. April 1868.

Die Turnfrage in der Reichsrathskammer.

München, 23. April.

Aus der Debatte in der gestrigen Sitzung der Reichsrathskammer über den den Turnunterricht betreffenden Antrag der Kammer der Abgeordneten erwähnen wir Nachstehendes:

v. Harleß begründet den Antrag des Ausschusses unter Anderem auch damit, daß durch eine sofortige Einführung des Turnunterrichts den bestehenden Verhältnissen der Landgemeinden nicht die nöthige Rücksicht getragen, sondern möglicherweise große Lasten auferlegt würden.

Erzbischof v. Scherr hat gegen die Einführung des Turnunterrichts nichts zu erinnern. Er selbst habe vor mehr als 20 Jahren Vorsorge dafür getroffen, daß den Zöglingen an einer der größten Lehranstalten Bayerns Turnunterricht ertheilt werde. Für die Jugend der Städte, die oft den größten Theil des Tages in dumpfen Schulzimmern zubringe, sei das Turnen zweckmäßig und nothwendig. Anders auf dem Lande, wo die Kinder oft Stunden weit in die Schule und wieder zurück gehen müssen, oft kein Mittagessen haben, sondern sich mit einem Stücke trockenen Brodes begnügen. Es wäre hart für solche Kinder, wenn diese müde und mit hungrigem Magen turnen und dann einen weiten Weg wieder zurücklegen sollen. Viele Eltern erwarten sehnsüchtig ihre Kinder, um ihnen nach ihrer Heimkehr wieder verschiedene häusliche Arbeiten zu übertragen.

Graf Bothmer erklärt den Zusammenhang des obligatorischen Turnunterrichts mit der allgemeinen Wehrpflicht. Der Sinn des Antragstellers gehe dahin, daß hiedurch die Präsenzzeit des Einzelnen verkürzt werde. Dies könne durch eine gehörige Vorbereitung, durch eine zweckmäßige körperliche Ausbildung der Jugend erreicht werden. Die vom Vorredner genannten Hindernisse seien zu überwinden. Gerade bei der Landbevölkerung macht sich das Bedürfniß einer systematischen körperlichen Ausbildung vorzugsweise geltend. Unsere Landbewohner sind stark, aber nicht gewandt, nicht elastisch. Die richtige körperliche Ausbildung, wie sie der Soldat bedarf, fehlt ihnen. Durch ihre Thätigkeit erstarken nur gewisse Muskeln, nicht die sämmtlichen auf gleichmäßige Weise. Redner sieht den größten Nutzen des Turnens darin, daß durch dasselbe diejenigen Gliedmassen in Anspruch genommen werden, welche bei den gewöhnlichen Beschäftigungen nicht ausgebildet werden. Turnlehrer würden sich finden. Das Kriegsministerium könne hiebei auch mitwirken. Auf unseren Exerzierplätzen ist zu sehen, wie mit unseren Soldaten Freiübungen gemacht werden. Wenn diese in eine Zeit verlegt werden, wo der Körper noch größere Biegsamkeit besitzt, so ist das besser. Wer Soldat war, kann diese Freiübungen auch auf dem Lande der Jugend lehren. Das Königreich ist jetzt in Landwehr-Bezirkskommandos und diese wieder in Kompagniebezirke eingetheilt, in welchen überall Unteroffiziere sind. Auch durch diese oder durch Reservisten des Bezirks können solche Uebungen vorgenommen werden. Das neue Wehrgesetz im Lande muß in Fleisch und Blut übergehen. Wir kommen wenig über den alten Standpunkt hinaus, wenn die allgemeine Wehrpflicht nicht mit Liebe aufgenommen, das neue Gesetz von der Staatsregierung nicht auf alle Weise gefördert wird. Redner stimmt deßhalb für den Antrag der Abgeordnetenkammer. Der Kostenpunkt macht keine Schwierigkeiten. Man braucht sich nicht Turnhallen und große Turnapparate vorzustellen. Die Sache darf nur mit dem rechten Ernste und im rechten Geiste angepackt werden. Einen Raum von einigen Hundert Quadratschuh, um Freiübungen zu machen, im Winter eine Scheune findet sich überall. Vor Allem aber handelt es sich darum, die Gemeinden in eingehender Weise über die Sache zu belehren, sonst werde derselbe Widerstand wie beim Wehrgesetz erlebt, der sich durch eine vernünftige Belehrung hätte vermeiden lassen. Jene Leute, die neulich in Traunstein so große Schuld auf sich geladen haben, sind empfänglich für eine freundliche Belehrung. Redner führt ein Beispiel aus einem Bataillon der Armee an. Der Kommandant desselben brachte es durch vernünftiges Zureden, durch Ermahnungen und Belehrungen so weit, daß sich die Leute nicht blos selbst ihrer Rauflust schämten, sondern auch auf die Neueintretenden den besten Einfluß in dieser Beziehung ausübten. Wenn übrigens die Staatsregierung und die Kammern eine Sache für zweckmäßig halten, so werden sie sich durch einen allenfallsigen Widerstand nicht hindern lassen, dieselbe ein- und durchzuführen.

Frhr. v. Thüngen erklärt die Andeutung auf die Beziehung, in welche durch fraglichen Antrag der Abgeordnetenkammer der Turnunterricht zur Wehrpflicht gesetzt werden soll, für zu allgemein. Der zweite Punkt, daß man für Turnlehrer sorgen müsse, verstünde sich von selbst. Die Staatsregierung müsse dafür sorgen, daß alle künftigen Lehrer bei der Vorbereitung auf ihren Beruf in den Stand gesetzt werden, auch den Turnunterricht zu ertheilen.

Graf Holnstein kennt die Vorzüge des Turnens, da er selbst geturnt hat, hebt aber den Mangel der Mittel hervor, mit welchen auf dem Lande der Turnunterricht eingerichtet werden soll. Die Un-

Prozeß Ebergenyi.

(Aus der „Neuen freien Presse.")

(Fortsetzung.)

Als Zeugen sind vorgeladen: Hr. Franz Janoschka, Frln. Elise v. Thurneyssen, Frln. Elise v. Malanotti, Frln. Agnes Mariot, Frau Maria Ernst, Herr Theodor Rampacher, Herr Heinrich Dierkes, Herr August Angerer, Frln. Elise Kubesch und Adalbert Mikulitsch. Die Zeugen treten ein; es fehlt nur Adalbert Mikulitsch. Der Staatsanwalt behält sich diesfalls weitere Anträge vor.

Der Präsident ermahnt die Zeugen zur Angabe der Wahrheit unter Hinweis auf den abgelegten Eid, da es nicht blos eine schwere Sünde sei, deren man sich durch eine falsche Aussage schuldig macht, sondern man auch sich wegen des Verbrechens des Betruges schweren Strafen aussetze. — „Diese Ermahnung gilt auch Ihnen, Herr Dierkes", sagt der Präsident, „denn auch Sie, der bis heute noch nicht beeidet ist, könnten in die Lage kommen, Ihre Aussage zu beeiden.

„Die Zeugen werden heute nicht mehr zur Vernehmung kommen, und ich entlasse sie daher für heute mit dem Ersuchen, sich morgen um 9 Uhr Vormittags zur Vernehmung im Gerichtssaale einzufinden."

Die Zeugen ziehen sich zurück und der Schriftführer verliest den Anklagebeschluß:

„Das k. k. Landesgericht hat den Beschluß gefaßt, Julie Ebergenyi de Telekes sei in Gemäßheit des § 200 der Strafprozeß-Ordnung in Anklagestand zu versetzen, weil sie des Verbrechens des Mordes in Gemäßheit des § 134 des Strafgesetzes beschuldigt erscheint."

Präs. (zur Angeklagten): Ich ermahne Sie zur Aufmerksamkeit auf den Gang der Verhandlung und fordere Sie auf, die Wahrheit anzugeben. — Angeklagte, tief bewegt, weint. (Unruhe.)

Präs.: Ich ersuche die Anwesenden, sich niederzulassen und ruhig zu bleiben.

Präs. (zur Angeklagten): Ihr Name? — Angeklagte antwortet unhörbar. — Präs.: Ich bitte Sie, laut zu sprechen. Die Verhandlung ist öffentlich, jeder Anwesende hat das Recht, Sie zu hören. Ihr Name? — Angekl.: Julie v. Ebergenyi.

Präs.: Wo sind Sie geboren? — Angekl.: In Szecsen bei Steinamanger. — Präs.: Wie alt? — Angekl.: 24 Jahre. — Präs.: Sind Sie ledig? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie sind Ehren-Stiftsdame des Damenstiftes zur Schule Jesu zu Brünn? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie hatten keinen Anstand bei Gericht? — Angekl.: Nein. — Präs.: Ich bitte Sie, dem Verlaufe der Verhandlung mit Aufmerksamkeit zu folgen. Wollen Sie sich niederlassen.

Präs.: Herr Staatsanwalt haben das Wort zur Begründung der Anklage.

Staatsanwalt Landesgerichtsrath Schmeidl:

teroffiziere bei den Kompagnie-Bezirkskommando's seien weit von den Landschulen entfernt. Ein Turnplatz, auf dem 70 und 80 Kinder unterrichtet werden können, sei nicht leicht zu finden. Die Lehrer seien meist im vorgerückten Lebensalter und hätten früher nie geturnt. Solcher Unterricht werde nichts Ersprießliches leisten, und hiefür unter den jetzigen Verhältnissen den Gemeinden neue Lasten aufzulegen, sei nicht räthlich.

Frhr. v. Zu-Rhein ist gleichfalls von der Bedeutung des Turnens durchdrungen. Wenn man aber ein Gesetz erlasse, müsse man Rücksicht darauf nehmen, ob es einen erfreulichen Eingang im Volke finde, ob der Vollzug desselben gesichert sei. Von der Durchführung des Antrags befürchtet Redner das gerade Gegentheil. Es werden den Gemeinden neue Lasten auferlegt, es wird ein neues Element der Mißstimmung ins Volk hineingeworfen. Das Wehrgesetz mußte erlassen werden, allein es habe keine gute Aufnahme gefunden. Als weiteren Annex des Wehrgesetzes nun auch noch den obligatorischen Turnunterricht überall einzuführen, sei nicht räthlich. Man würde dieser Einrichtung noch eine weitere Bedeutung beilegen und die Befürchtung daran knüpfen, daß aus Bayern nach dem Vorgang einer deutschen Großmacht ein Militärstaat gebildet werden solle. Davor wolle uns Gott bewahren. Der Rekrut kann's Turnen immer noch lernen, wenn er auch einige Wochen länger braucht. Für Aufnahme einer Summe ins Budget zur Heranbildung von Turnlehrern kann sich Redner nimmermehr erklären, nachdem man den wohlbegründeten Ansprüchen der gering besoldeten Beamten so schroff entgegengetreten ist. Wo man keinen Kreuzer finden konnte, um unglücklichen, in der größten Bedrängniß lebenden Familien aufzuhelfen — wo solch' schroffe Akte vorliegen, da könne er nicht für Einsetzung einer Position für fragliche Zwecke ins Budget stimmen.

Bischof v. Dinkel äußert sich dahin, daß die Einführung des obligatorischen Turnunterrichts an den Volksschulen den Gemeinden neue Lasten, der Staatsregierung große Schwierigkeiten schaffen würde. Die Leibesübungen bilden einen wesentlichen Faktor bei der Ausbildung des ganzen Menschen. Die Frage, wie weit die Volksschule hierauf Rücksicht nehmen soll, werde bei der Berathung des Schulgesetzes herantreten. Durch Annahme des Antrags werde dieser Berathung vorgegriffen. Redner wünscht den Zwang der Gemeinden beseitigt und Beschränkung des Turnunterrichts auf den höheren Kurs der Volksschule. An den sog. Mittelschulen sei der Turnunterricht theils fakultativ, theils obligatorisch. Eine solche Differenz sei auszugleichen. An diesen Anstalten solle der Turnunterricht obligatorisch werden, da Lehrer und Lehrmittel vorhanden wären.

Graf Bothmer macht darauf aufmerksam, daß es sich nicht um einen Gesetzentwurf, sondern nur um einen Antrag handle. Er hofft viel von dem Einfluß des neuen Wehrgesetzes auf die ganze Volkskraft, auf die Intelligenz und die Sittlichkeit der Einzelnen. Aber die Einrichtungen unseres Landes müßten mit der neuen Wehrverfassung in Uebereinstimmung gesetzt werden. Die Ansicht, daß das Wehrgesetz — größere Budgetbelastung ausgenommen — der Bevölkerung, insbesondere der Landbevölkerung, neue Lasten gebracht habe, sei falsch. Sonst habe der Soldat 6 Jahre dienen müssen, jetzt nur 3, sonst sei er bis in die 40er Jahre hinein pflichtig gewesen, jetzt nur 11 Jahre, sonst habe er sich erst nach 6 Jahren eine Familie gründen können, jetzt nach 3 Jahren. Das Wehrgesetz ist eine Erleichterung für das Landvolk. Das hätte man der Landbevölkerung sagen sollen. Diese hat früher sonst vorzugsweise die Soldaten gestellt. Jetzt ist ein Jeder Soldat, jetzt theilt sich die Gesammtbevölkerung in die Last. Bayern ist kein Militärstaat geworden und soll kein solcher werden. Beim vorliegenden Antrag handle es sich nicht etwa darum, daß die Offiziere und die Unteroffiziere 14 Tage früher mit der Ausbildung des Rekruten fertig werden, sondern um eine zweckmäßige Erziehung der heranwachsenden männlichen Jugend des Landes.

Die Majorität der Kammer trat dem Ausschußantrage bei, wornach der Turnunterricht in den höheren Kursen der männlichen Volksschulen und in den mittleren Unterrichtsanstalten überall obligatorisch sein soll, wo die nöthigen Mittel vorhanden sind und die Lehrer oder einer derselben den Turnunterricht zu ertheilen im Stande ist.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. April. [Die Plätze im Zollparlament.] Im Abgeordnetenhause, wo das Zollparlament tagen wird, sind viele Plätze des Sitzungssaales bereits belegt. Die Mitte der nördlichen Wand nimmt die Tribüne für den Bundesrath ein, es sind dort zwei Reihen von je 23 Sesseln aufgestellt. Die Konservativen und die Gruppe von Bockum-Dolffs haben ihre Plätze wie im Abgeordnetenhause eingenommen. Die Freikonservativen vertheilen sich im Centrum und unter die Reihen der Konservativen, der Eckplatz der ersten Bank auf dem Flügel derselben ist für den Prinzen Albrecht von Preußen belegt. In die linke Seite haben sich die National-Liberalen und die Fortschrittspartei getheilt. Seltsamer Weise sieht man auf einem Eckplatz des äußerst linken Flügels den Namen des hochkonservativen Frhrn. v. Rothschild und, durch ein Spiel des Zufalles, daneben und dahinter eine Anzahl von Zetteln mit der Ueberschrift „Volkspartei", und darunter die Namen Liebknecht (dicht neben Rothschild), Bebel, Schraps, Dr. Götz, Reinke, Oesterlen, Probst, Ammermüller, Freisleben, Kolb aus Bayern u. a. Ob der Herr Baron die gefährliche Nachbarschaft aushalten wird? Vor dem Centrum haben die Abgg. v. Windthorst (Meppen) und Graf Schwerin, vor der Rechten die Abgg. v. Patow und Simson Plätze belegt.

Ausland.

Großbritannien. [Die Kirchenfrage.] Gladstone's Resolutionen haben den Bodensatz der englischen Gesellschaft aufgerührt; Elemente kommen zum Vorschein, welche man schon seit Decennien nicht mehr wahrgenommen hatte, während zugleich die größte Verwirrung unter allen Parteien entstanden ist. Noch kürzlich Abend ist es vorgekommen, daß in einem Meeting in James Hall, das unter den Auspizien der fanatischen Protestantenschule gehalten wurde, um zu beweisen, daß die Annahme der Resolutionen Gladstone's bloß zum

---

Mathilde Ruef, die Tochter bürgerlicher Eltern und am 16. Mai 1833 zu München geboren, hatte die Schauspielkunst zu ihrem Lebensberufe gewählt und war Ende der Fünfziger-Jahre Mitglied der Linzer Bühne.

Damals lernte sie den zu Linz als Offizier in Garnison befindlichen Grafen Gustav Chorinsky kennen, und es entspann sich zwischen Beiden ein intimes Verhältniß.

Scheinbar nahm dasselbe einen günstigen Verlauf, indem Beide im Jahre 1860 zu Rom am Ziel ihrer Wünsche standen und die Kirche ihren Bund fürs Leben segnete; ich sage scheinbar, denn faktisch hatte schon das intimere Verhältniß, der geschlossene Herzensbund hingereicht, das Leben des jungen Wesens zu vernichten. Daß sie Frau geworden, mußte sie mit jener unglücklichen Katastrophe büßen, welche der Gegenstand schwerer Judikatur, meine Herren, sein wird.

Nur ganz kurze Zeit währte das eheliche Glück. Schon im Jahre 1864 finden wir die von ihrem Gatten verlassene Gräfin Mathilde Chorinsky im Hause ihrer Schwiegereltern hier in Wien.

Ich will mich nicht des Weiteren in einer Schilderung des Charakters der verlassenen Gattin, nicht in einer Beleuchtung des Verschuldens des Gatten ergehen. Die Gräfin Mathilde Chorinsky fand liebevolle Aufnahme im Hause ihrer Schwiegereltern. Es werden im Laufe der Verhandlung Briefe zur Kenntniß des hohen Gerichtshofes kommen, welche zur Genüge das intime, auf Achtung und Liebe gegründete Verhältniß beurkunden, das zwischen der Gräfin Mathilde Chorinsky und ihren mit Recht hochgeachteten Schwiegereltern stattfand. Der Name und Charakter dieser Schwiegereltern, die hohe Achtung, welche denselben ausnahmslos gezollt wird, sprechen beredter für die Gräfin Mathilde Chorinsky, als dies mein Mund vermöchte.

In Folge einer auf dem Schlachtfelde im Jahre 1866 erlittenen Verwundung nach Wien zurückgekehrt, macht Gustav Chorinsky es zur Bedingung seines Aufenthaltes im elterlichen Hause, daß seine Gattin dasselbe verlasse.

Den Eltern, dem Sohne und Gatten die Möglichkeit zu verschaffen, Hilfe zu geben und zu erhalten, verließ Gräfin Mathilde Chorinsky im Sommer 1866 jene Schwelle, innerhalb deren sie bis dahin geweilt, jenen Aufenthalt, der sie, wenn er auch den Jammer ihres Herzens nicht zu stillen vermochte, wenigstens in den Augen der Welt rehabilitirt hatte, und suchte, allein und verlassen, neuerdings eine Heimath.

Nach kurzem Verweilen in verschiedenen Städten nahm sie im August 1866 ihren bleibenden Aufenthalt in München, wo sie sich seit Oktober 1867 bei der Cabinetsdieners-Wittwe Elise Hartmann, Amalienstraße Nr. 12, im 4. Stock, eingemiethet hatte.

Am 20. und 21. November 1867 empfing Gräfin Mathilde Chorinsky, welche in ihrer Wohnung als Baronin Ledske bekannt war, den Besuch einer fremden Dame von Wien, von welcher sie sich mehreren Personen gegenüber äußerte, daß dieselbe aus Wien, von guter Familie und von ihrem Manne, der sie schlecht behandle und ihr ihren Brillantschmuck versetzt habe, geschieden sei.

Einer Zeugin, Marie Koll, theilte die Gräfin Chorinsky sogar

Siege des Katholizismus in England führen würden, ein Katholik sich auf der Plattform befand, welcher die protestantischen Redner in Invectiven gegen Gladstone übertraf. Die „Times" in einem Leitartikel, in welchem sie das Auftreten dieses Katholiken für unbegreiflich erklärt, vergißt, daß die religiösen protestantischen und katholischen Journale Englands und Irlands ebenfalls getheilt in ihrer Beurtheilung der Anträge Gladstone's sind. Dieselbe Uneinigkeit herrscht übrigens auch auf dem Kontinente. Während der „Monde" seine Genugthuung über die Gerechtigkeit ausdrückt, die endlich einmal Irland durch Annahme der Gladstone'schen Resolutionen widerfahren würde, geht der „Osservatore Romano" tiefer und erkennt die Solidarität der Interessen zwischen dem Vatikan und der irischen Staatskirche. Die letztere Ansicht ist so weit richtig, als Gladstone den Staat von der Kirche trennen will, und diese Trennung ein prinzipieller Angriff gegen die weltliche Macht der Kirche ist, die im Papstthum ihren Höhepunkt erreicht hat. Das römische Organ erklärt sogar, daß Gladstone's Angriff nicht blos gegen die irische Kirche, sondern gegen die Religion gerichtet sei. Sowohl die Katholiken als die Protestanten Englands sind ebenfalls uneinig in ihrer Ansicht über Gladstone. Die fanatischen Protestanten bestehen noch immer darauf, daß eine Verschwörung zwischen Gladstone und dem Papste zur Einführung des Katholizismus in England bestehe, während die fanatischen Katholiken befürchten, daß die Abschaffung der irischen Kirche dem Protestantismus in Irland Bahn brechen werde. Sobald die irische Kirche gefallen ist, wird die Staatskirche in Wales und die in Schottland, die auch zu Gunsten einer Minorität von Dissenters bestehen, angegriffen werden, zuletzt kommt die Reihe an die anglikanische Kirche.

Italien. [Befürchtung einer Verschwörung.] Der „Köln. Ztg." wird von einem ministeriellen Korrespondenten aus Florenz geschrieben: Man besorgt, daß die mazzinistische Bewegung sich auf Ferrara, Forli und die Nachbarstädte ausdehnen werde; die Regierung ist im Begriffe, Truppen nach diesen Gegenden zu senden. In den Papieren eines Verhafteten will man Beweise dafür gefunden haben, daß die klerikale und die bourbonistische Partei die Demokraten unterstützen. Die Behörden glauben an eine leibhafte Verschwörung.

In Florenz wurde eine Dame aus Dänemark verhaftet, welche aus London gekommen war und seit einigen Monaten sich hier aufhält. Es ist ermittelt worden, daß sie vor einigen Jahren sich den Jesuiten affiliirte, später in große Intimität zu Mazzini trat und von diesem auch Empfehlungsbriefe an bekannte florentiner Mazzinisten erhalten hatte. Sie beschäftigte sich mit der Errichtung eines geheimen republikanischen Komite's, und dies gab zu ihrer Verhaftung Anlaß; man weiß nicht genau, ob sie die Jesuiten oder Mazzini betrog.

— Aus Rom wird gemeldet: Ein Staatsgefangener in den politischen Gefängnissen von San Michele a Ripa, Hr. Masorigi von Viterbo, der in die letzte garibaldische Invasion verflochten war, ist neulich von einer Schildwache erschossen worden. Dem Befehle des Reglements zuwider, welches den Gefangenen verbietet, am Fenster zu sitzen, hatte er den wiederholten Aufforderungen der Schildwache nicht Folge geleistet, sondern im Gegentheile noch auf die päpstliche Armee und auf den Papst selbst geschimpft. Der auf's Aeußerste getriebene Soldat hatte endlich seine Drohung zur Ausführung gebracht und auf den Gefangenen geschossen, der sogleich niedergestreckt wurde.

— Während der Segenssprechung des Papstes am Ostertage wurden mehrere Verhaftungen auf dem St. Petriplatze vorgenommen: die eines Maurers von Ancona, der den Papst auspfeifen wollte, die dreier Italiener, welche laut gerufen hatten, jetzt sei der günstigste Augenblick gekommen, Bomben zu werfen, und endlich die zweier junger Leute, eines Knaben und eines Mädchens, welche die allgemeine Aufmerksamkeit, die sich in demselben Augenblicke auf die Segenssprechung richtete, dazu benutzt hatten, sich im Atrium der Basilika Unsittlichkeiten zu erlauben.

Turin, 20. April. [Vermählungsfeierlichkeiten. Einzug des preußischen Kronprinzen.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Mit dem heutigen Tage haben die Vermählungsfeierlichkeiten zu Ehren des kronprinzlichen Paares begonnen, gleichzeitig aber auch der bei festlichen Gelegenheiten in Turin fast unvermeidliche Regen, welcher, wenn er länger anhalten sollte, den hohen Gästen unstreitig Mißvergnügen und den Turinern empfindlichen Schaden bereiten müßte. Hoffentlich wird Jupiter pluvius beiden gnädig sein und zeitig mit seinem Segen einhalten. Die Turiner Gasthöfe sind mit Gästen buchstäblich überfüllt, und das Munizipium sah sich genöthigt, an die Gastfreundlichkeit der Privaten zu appelliren, auf daß sie Zimmer zur Verfügung stellen. Außer fast sämmtlichen Ministern sind auch eine Menge Senatoren, Deputirte, Generale, ein großer Theil des piemontesischen und lombardischen Adels sowie die fünf bei dem Vermählungsakte funktionirenden Erzbischöfe und Bischöfe hier angekommen. Der Oheim der hohen Braut, Prinz Friedrich August von Sachsen, dessen Ankunft angesagt war, wird nicht eintreffen; ebenso wenig der Erzherzog Ludwig Viktor, der Bruder des Kaisers von Oesterreich. Prinz Napoleon dürfte, wenn das Meer dem Napoleoniden nicht zu ungünstig ist, heute früh in Genua angekommen sein. Seine Ankunft hier wird beim großen Publikum keine allzu große Beachtung finden, da er durch mehrmaligen Aufenthalt dahier demselben schon bekannt und, nebenbei gesagt, nicht sehr beliebt ist.

Soeben, militärisch richtig Punkt 4 Uhr, hält der Kronprinz von Preußen seinen Einzug. Die Zuschauer, welche wohl noch nie Pickelhauben gesehen, waren durch die auf Köpfen schöner imponirender Männergestalten recht trachtlich aussehende Kopfbedeckung fast überrascht, und das freundlich grüßende Gebahren des preußischen Thronfolgers war noch mehr geeignet, ihn gegen die ihn umgebenden Persönlichkeiten seines italienischen Geleites in das beste Licht zu setzen. Im Schlosse vom König empfangen und den übrigen hohen Gästen vorgestellt, fuhr er in den für ihn zur Wohnung bestimmten Palast Carignano, wo die Nationalgarde zugleich mit der Linie den Dienst übernommen hat. Die Illumination, welche heut Abends stattfinden sollte, ist des windigen und von Zeit zu Zeit regnerischen Wetters wegen abbestellt.

---

mit, daß die fremde Dame sie in das Theater eingeladen, sie jedoch die Fremde zum Thee gebeten habe.

Der verhängnißvolle Abend-Thee fand bei der Gräfin Chorinsky am 21. November 1867 wirklich statt, und die Umstände dieser Thee-Visite werden dem hohen Gerichtshofe im Laufe der Verhandlung bekannt werden.

Sie werden erfahren, daß die fragliche fremde Dame am Abend des 21. November von beiläufig 4 bis 7 Uhr allein bei der Gräfin Chorinsky in deren Wohnung war, daß die Gräfin Chorinsky noch um 6 Uhr die Zeugin Fanny Hartmann um deren Operngucker ersuchte; dies war das letztemal, daß die Gräfin Chorinsky von Zeugen lebend gesehen wurde.

Sie werden erfahren, daß dann, nach Entfernung der Zeugin Fanny Hartmann, die fremde Dame um halb 7 Uhr zu der Elise Hartmann kam, dieselbe ersuchte, ihr zum Zwecke des Theaterbesuches eine Droschke zu holen, daß Elise Hartmann, diesem ihrem Wunsche nachkommend, beiläufig 5 Minuten aus der Wohnung abwesend war und bei ihrer Rückkehr die Wohnung der Gräfin Chorinsky schon verschlossen fand, so daß sie sich dachte, die beiden Damen haben sich schon entfernt.

Freitag den 22. November zeigte sich die Gräfin Chorinsky nicht, dies fiel nicht auf, weil die Familie Hartmann vermuthete, daß ihre Partei sich bei der fremden Dame befinde, und ihrer Nachhausekunft deshalb kein besonderes Augenmerk geschenkt wurde, da die Gräfin Chorinsky ihren eigenen Hausschlüssel hatte.

Als dieselbe jedoch auch am Samstag den 23. November nicht zum Vorschein kam und Elise Hartmann, welche in Sorge um sie sich im Hotel „zu den vier Jahreszeiten" erkundigt hatte, wo sie wußte, daß die fremde Dame wohne, dort erfuhr, daß die fremde Dame schon Donnerstag den 21. Abends nach Wien abgereist war, erwachte in der Frau Hartmann der Verdacht, daß es hier nicht mit rechten Dingen zugegangen sei; sie wendete sich an die Polizei.

Bei dem Umstande, als die Thür des Zimmers der Gräfin Chorinsky von Außen versperrt war und der Schlüssel fehlte, drang man zuerst mittelst einer sonst nicht benützten Thür in die Wohnung ein und fand die Gräfin bereits als Leiche. Die näheren Details dieser Situation, wie die Verunglückte gefunden wurde, werden Ihnen, meine Herren, im Laufe der Verhandlung klar werden. Selbstverständlich mußte bei dem Ungewöhnlichen und ganz Befremdenden dieses Todesfalles die Obduction der Leiche veranlaßt werden.

Aus der Obduction ergab sich der dringende Verdacht einer stattgehabten Vergiftung. Dieser Verdacht wurde durch die chemische Analyse der Leichentheile zur Gewißheit. Es werden Ihnen, meine Herren, die Ergebnisse der Obduction, das Resultat der chemischen Analyse vorgeführt werden, weshalb ich mich für jetzt darauf beschränke, daß durch das Schlußgutachten der Gerichtsärzte konstatirt ist:

a) die Gräfin Mathilde Chorinsky sei bereits am Abende des 21. November in Folge einer Vergiftung durch Blausäure, beziehungsweise an rascher Zersetzung des Blutes in Folge Vergiftung

Nichtpolitische Zeitung.

— [Ein gepfändeter Fuß.] Von einem Berliner Arbeiter, der durch Eisenbahnunfall einen Fuß verloren und statt aller Entschädigung von der betreffenden Gesellschaft nur den künstlichen Ersatz des verlorenen Gliedes erhalten hat, bekommt die „Volkszeitung" eine Zuschrift mit folgender tragi-komischen Mittheilung: „Durch meine Arbeitslosigkeit war ich gezwungen, Schulden zu machen, mein Wirth hat mir deßhalb meinen Fuß einbehalten und verweigerte entschieden die Herausgabe, wenn ich ihm nicht bezahle. Da ich aber ohne denselben nicht fort kann, so ist meine Lage eine äußerst drückende, weil der Wirth mit dem gerichtlichen Verkauf meines Fußes droht." — Daß die Berliner Hauswirthe mit ihren Miethern nicht auf dem besten Fuße zu stehen pflegen, ist bekannt — aber das mitgetheilte Verfahren erinnert doch zu stark an Venedig und den Hauseigenthümer Shylock.

Amtliche Nachrichten.

München, 21. April. Se. Maj. der König hat den Lehrer der Kreisgewerbschule Passau, Prof. K. Hornstein, unter Anerkennung seiner langjährigen, vielseitigen und pflichteifrigen Dienstleistungen in den definitiven Ruhestand treten lassen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$63\frac{3}{4}$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P. $62\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$62\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{1}{4}$ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P. 93 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ P. 93 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$P. $81\frac{3}{4}$G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 P. 705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 P. 89 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 P. 21 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	338 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 P.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	250 P. $59\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	120 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$32\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{1}{2}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$50\frac{7}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P. $72\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Eins.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$121\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld'. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$83\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{3}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132 P.
" do. v. 1864	86 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{8}$ P.
Badische fl. 35	$50\frac{3}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{3}{4}$ G.
" fl. 25 do.	$38\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$34\frac{3}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{3}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 24. April. Die Entwaffnungsgerüchte, die jetzt in Ermangelung anderweitigen schätzbaren Materials an den Börsen kolportirt werden, konnten nicht ohne Eindruck auf unsern Platz bleiben, obwohl sie nicht gerade in der glaubwürdigsten Form auftreten. Gestern hieß es gerüchtsweise, daß Preußen, Oesterreich und Frankreich im Einverständniß die Armeen reduciren würden. Heute meldet „Wolfs Bureau" „zuverlässigst," daß Preußen im Einverständniß mit Oesterreich beurlaubt, sendet jedoch schon auf der Börse selbst den hinkenden Boten in Form einer Berichtigung nach, welche dies beiderseitige Einverständniß so weit modificirt, daß es schließlich auf ein einseitiges Projekt Preußens zusammenschrumpft. Wenig beeinflußt also von diesen unverbürgten Nachrichten, verkehrte die Börse dennoch in sehr angenehmer Haltung mit österreichischen Spekulations- und Anlage-Effekten, die fast sämmtlich besser als gestern bezahlt wurden. Auch war das Geschäft darin recht lebhaft. 1882er Bonds bewahrten eine fast unveränderte, ziemlich feste Haltung. In Süddeutschen war kein Leben. Von Eisenbahnaktien Elisabethbahn besser. In Devisen Wien etwas höher. (Synd.)

mit Blausäure gestorben, ohne Mitwirkung einer anderen Ursache, und es haben weder eigenthümliche Leibesbeschaffenheit, noch besondere Zustände der Verstorbenen, noch zufällig äußere Umstände etwas hiezu beigetragen.

b) daß höchst wahrscheinlich die Vergiftung mit Cyankali erfolgt sei, weil:

1. die Erscheinungen, als ausgedehnte Blutaustritte auf der Magenschleimhaut und Abgang aller freien Säuren, mit Ausnahme von Blausäure, im Magenfell, darauf hingewiesen hatten, und

2. concentrirte Blausäure schwer einem Laien zugänglich ist, während Cyankali unschwer verschafft werden könne.

c) Blausäuregift theile sich nach dem Genusse sehr schnell dem Organismus mit und kann bei gehöriger Menge binnen wenigen Minuten tödten.

d) Es sei im vorliegenden Falle der Tod sehr schnell ohne besondere Schmerzenskundgebung erfolgt.

Die erste Aufgabe war nun, sich eine Ansicht darüber zu bilden, ob ein Selbstmord, ob ein Raub- oder Meuchelmord vorliege.

Sie werden, meine Herren, im Laufe der Verhandlung die Ueberzeugung gewinnen, daß die Annahme eines Selbstmordes ebenso ausgeschlossen werden mußte, als jene eines Raubmordes, letztere insbesondere deshalb, weil nichts vom Werthe abging, erstere weil, abgesehen von den erst später bekannt gewordenen Daten über den Geistes- und Gemüthszustand der Unglücklichen, die äußeren Umstände, unter welchen die Leiche und ihre Umgebung aufgefunden wurde, auch nicht einen Moment den Gedanken aufkommen ließen, es habe die Verstorbene sich selbst getödtet, im Gegentheil mit zwingender Nothwendigkeit die Ueberzeugung sich aufdrängen mußte, eine fremde Hand habe frevelnd das Leben der Verunglückten vernichtet.

Bei dem Entfallen eines Selbst- und Raubmordes konnte daher nur ein persönliches Privatinteresse, welchem das Leben der Gräfin Chorinsky im Wege stand, im Spiele gewesen, es mußte ihr Tod durch einen Meuchelmord veranlaßt worden sein.

Ausgehend von dieser Ueberzeugung, mußte der Mörder unter jenen Personen gesucht werden, zu welchen die Gräfin Chorinsky in nahen Beziehungen gestanden und mit welchen sie erwiesenermaßen unmittelbar vor ihrem Tode zuletzt verkehrt hatte.

Die letztere Annahme führte zu dem dringenden Verdachte, daß die erwähnte fremde Dame aus Wien, in deren ausschließlicher Gesellschaft die Gräfin Chorinsky am Abende des 21. November sich bis zu jenem Momente befunden, welcher als der ihres Todes constatirt ist, diesem Tode und seiner Veranlassung nicht fremd gewesen sei.

Wie Ihnen, meine Herren, in der Verhandlung nachgewiesen werden wird, war die erwähnte fragliche Dame als Baronin Marie Bay aus Wien am Morgen des 20. November mit dem Wiener Zuge in München angekommen, im Hotel „zu den vier Jahreszeiten" abgestiegen, am Abend des 21. November gegen 7 Uhr unter sichtlicher Aufregung in das Hotel zurückgekehrt und mit allen Zeichen der Ueberstürzung wieder am selben Abend abgereist. (Forts. folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 116. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 26. April 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. April. [**Vorläufige offiziöse Begrüßung des Zollparlaments**] Das gestern ausgegebene Blatt der ministeriellen „Provinzial-Korrespondenz" bringt an seiner Spitze einen Artikel über die Bedeutung des Zollparlaments. Der Schluß dieses Artikels lautet: „Der großen Bedeutung, welche dieser Gesammtvertretung des Volkes nicht bloß für die nächsten Zwecke des Zollbundes, sondern für das gemeinsame Bewußtsein der deutschen Nation zukommt, entsprechen die Einrichtungen und die würdige Stellung, welche dem Zollparlamente nach allen Seiten hin gegeben worden sind. — Im unmittelbaren Anschlusse an den Reichstag des Norddeutschen Bundes, dessen Mitglieder zugleich die Vertreter Norddeutschlands für den Zollbund sind, geht das Zollparlament überall aus allgemeinen, direkten Wahlen hervor, und damit kein Zweifel darüber bestehe, daß nicht die gesonderten Interessen sondern die Gemeinschaft des ganzen deutschen Volkes die Grundlage der Versammlung und des in ihr waltenden Geistes sein solle, ist in dem Vertrage ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Mitglieder des Zollparlaments Vertreter des gesammten Volkes seien. Dieser deutschen Gesammtvertretung sind denn auch alle Rechte und Ehren einer großen parlamentarischen Versammlung eingeräumt. — Alle die Bürgschaften, welche für eine möglichst freie Wirksamkeit und für den ungehinderten Einfluß einer Volksvertretung als wünschenswerth gelten, und welche die Verfassung des Norddeutschen Bundes für den Reichstag festgestellt hat, sind in gleicher Ausdehnung auch für das Zollparlament gesichert: der Vertrag vom 8. Juli hat in dieser Beziehung die wesentlichen Bestimmungen der norddeutschen Verfassung einfach auf das Zollparlament übertragen. — Die Krone Preußen, welcher das Präsidium des Zollbundes und demgemäß die Berufung und die Eröffnung des Zollparlamentes zusteht, der versammelte Reichstag, der sich mit den Vertretern Süddeutschlands zu der gemeinsamen nationalen Vertretung zu vereinigen im Begriff steht, und die Bevölkerung Norddeutschlands tragen den **süddeutschen Genossen** der bevorstehenden Arbeit die **herzlichste Gesinnung** und die **aufrichtigsten Wünsche für eine wahrhaft einige und gedeihliche Wirksamkeit** entgegen. Manches Vorurtheil, mancher kleinmüthige Zweifel an dem gegenseitigen guten Willen wird vor dem Ernst und der Kraft des gemeinsamen Patriotismus schwinden, und so Gott will, bald einem freudigen Aufschwung allseitigen Vertrauens Raum geben. So möge denn der 27. April 1868 ein Tag von glücklicher Bedeutung für ganz Deutschland sein!"

— Das Zollparlament wird am Montag 27., vermuthlich um 1 Uhr im Weißen Saale des kgl. Schlosses von dem Könige in derselben Weise wie der Reichstag eröffnet werden. Der Eröffnung wird ein Festgottesdienst in der Schloßkapelle für den königlichen Hof und für die evangelischen Parlamentsmitglieder, und in der St. Hedwigskirche für die katholischen Mitglieder vorhergehen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 23. April. Die Plane des österreichischen Finanzministers Brestel haben keine Aussichten, angenommen zu werden. So viel erhellt aus den Berathungen der Kommission, die es freilich leichter findet, Nein zu sagen, als etwas Besseres an die Stelle zu setzen. Wenn der Reichsrath sich für den Staatsbankerott entscheidet, so will das Ministerium abtreten. Doch den Bankerott will Niemand, die neuen Steuern will auch Niemand, und neue Anleihen sollen auch nicht gemacht werden. Es wird denn doch zuletzt eine Wahl getroffen werden müssen. Auch das Wehrgesetz wird noch große Schwierigkeiten machen. Denn trotz des trübseligen Standes der Finanzen träumt der Kriegsminister nicht blos von allgemeiner Wehrpflicht, sondern auch von langer Dienstzeit und mithin von einem gewaltigen Kriegsheere, das sich wohl daran gewöhnen müßte, Papier zu essen. In Ungarn herrscht noch immer viel Geschrei nach einem abgesonderten Heere, doch hofft die Regierung auf die Unterstützung der gemäßigten Partei. Der Kaiser Franz Joseph verweilt noch in Ungarn, wo die Kaiserin Elisabeth soeben von einer Prinzessin entbunden wurde.

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Während nun dieser muthmaßlichen Thäterin nachgeforscht wurde, erschien Montag den 25. November der Gatte der Ermordeten, Graf Gustav Chorinsky, in Gesellschaft seines gleichnamigen Vaters in München. Die Kunde des Todes seiner Frau war seinem Vater im polizeilichen Wege zugekommen.

Die Münchener Sicherheits-Behörde hatte mittlerweile ermirt, daß vor ganz kurzer Zeit an die Polizei in München eine Anfrage nach der Wohnung der Gräfin Mathilde Chorinsky geschehen war und daß diese Erkundigung von eben diesem Gatten ausgegangen sei.

Graf Gustav Chorinsky fiel dem Münchener Polizei-Chef, welcher die Sache in die Hand genommen hatte, durch sein sonderbares Benehmen, durch mehrfache Widersprüche, in die er sich verwickelte, insbesondere aber dadurch auf, daß er, nicht achtend die Majestät des Todes, welche doch ganz gewiß danach angethan ist, auch den sich keiner Schuld Bewußten zu erschüttern, und dazu bewegen sollte, aus der Vergangenheit nicht die herben Momente, sondern die Erinnerung an die einst gewesene Zärtlichkeit austreten zu lassen, einen leidenschaftlichen, tödtlichen Haß wider seine Gattin zur Schau trug und sich weigerte, die Leiche zu sehen.

Im Zusammenhalte mit der Ueberzeugung, daß der Mörder nur unter jenen Personen zu suchen sei, welche der Ermordeten nahegestanden; daß es doch höchst sonderbar sei, daß sich Graf Chorinsky, der sich erst vor Kurzem, und zwar im polizeilichen Wege um die Wohnung seiner Gattin erkundigt hatte, weigere, die Leiche zu sehen, sah sich die Münchener Behörde veranlaßt, am 26. November mit der Verhaftung des Grafen Gustav Chorinsky vorzugehen.

Und wie richtig die Combination, wie begründet diese Verhaftung war, dies wird Ihnen, meine Herren, aus den Ergebnissen der Verhandlung klar werden.

Ich greife denselben nur insoferne vor, als ich mir erlaube, den hohen Gerichtshof darauf aufmerksam zu machen, daß Graf Gustav Chorinsky im Besitze mehrerer Photographieen betroffen worden. Wie es die Verhandlung nachweisen wird, wurde von den competentesten Personen übereinstimmend und mit vollster Bestimmtheit in einigen dieser Photographieen das Bild jener Dame erkannt, von welcher oben als Baronin Marie Vay die Rede war, und auf welcher der dringende Verdacht der unmittelbaren Betheiligung am Morde ruhte. Graf Gustav Chorinsky bezeichnete diese Dame als die in Wien, Krugerstraße Nr. 13, wohnhafte Stiftsdame Julie v. Ebergenyi und gab zu verstehen, daß er zu derselben in Beziehungen stehe.

Der Aufenthalt in München unter fremdem Namen, constatirtes Verweilen bei der Gräfin Chorinsky bis zum Moment ihres Todes, die plötzliche Abreise, die Beziehungen derselben zum Grafen Chorinsky, die unschwer zu erkennen waren, da er ihr Bildniß in mehreren und verschiedenen Ausfertigungen bei sich trug — dies Alles im Zusammenhalte mit den wider den Grafen Gustav Chorinsky vorliegenden subjektiven Momenten, mußte den Verdacht wider beide Personen als so vollkommen begründet erscheinen lassen, daß die Verhaftung der Julie v. Ebergenyi im Wege der Wiener Polizei veranlaßt wurde.

Am Abend des 26. November wurde Julie v. Ebergenyi, heiter und guter Dinge in Gesellschaft ihrer Schwester beim Thee sitzend, in ihrer Wohnung verhaftet. Die von Julie v. Ebergenyi bald nach ihrer Verhaftung, im Momente, wo es ihr noch nicht gelungen war, über eine den Umständen halbwegs entsprechende Vertheidigung mit sich einig zu sein, abgegebenen Erklärungen waren nicht danach angethan, den Untersuchungsrichter glauben zu machen, er sei auf falscher Fährte.

Ich unterlasse es, jetzt schon näher auf die ersten Angaben der

Ausland.

Frankreich. Paris, 23. April. [Jules Favre's Aufnahme in die Akademie. Talleyrands Memoiren. Narvaez' Tod.] Jules Favre, der berühmte Redner, Feind des Kaiser- und weltlichen Papstthums und trotzdem frommer Katholik, hat heute seinen Eintritt in die französische Akademie mit einer Rede gefeiert, die sich selbst des Beifalls der „France" erfreut. Er brachte als Weihegeschenk einen Protest gegen den Materialismus und Atheismus dar, ihm nicht die Ehre des Martyrerthums zu erweisen, und meinte, eine ehrliche und ruhige Diskussion werde „keine der Behauptungen der Materialisten und Atheisten aufrecht lassen und sie werde unter dem Jubelrufe der dankbaren Menschheit dieselben (die Materialisten und Atheisten) zwingen, den Spiritualismus und Deismus auf ihren ewigen Grundlagen wieder herzustellen. Sogar der Bischof Dupanloup kann nichts gegen die Worte einzuwenden haben, mit denen Favre seine Rede schloß: „Halten wir hoch als Banner die philosophische Freiheit und die politische Freiheit!"; er kann höchstens lächeln, wenn Jules Favre, der meint, die Nationen könnten nur mächtig sein, wenn sie frei und gläubig wären, hinzufügt, daß sie nur gläubig sein könnten, wenn ihr Glaube durch die Vernunft von jeder Schranke befreit sei. Die Rede füllt in den Blättern acht volle Spalten. Die beiden Pathen Favre's waren Thiers und Berryer.

Die mit so berechtigter Spannung erwarteten nachgelassenen „Denkwürdigkeiten des Hrn. v. Talleyrand" sollen am 15. Mai erscheinen.

Der Tod Narvaez' hat in Paris große Sensation gemacht. Man fragt sich nicht ohne Unruhe, in wessen Hände jetzt die Geschicke Spaniens gelangen werden. Wie groß die Unruhe selbst in den offiziellen Kreisen ist, beweist deutlich der heutige „Abend-Moniteur", welcher es für nothwendig hält, zu versichern, daß in Madrid und ganz Spanien vollständige Ruhe herrscht.

Großbritannien. [Fenierprozeß.] Die Eröffnung des Prozesses gegen die Fenier, welche voriges Jahr das Komplott zur Befreiung ihres gefangenen Spießgesellen Burke geschmiedet und zur Ausführung dieses Planes die Mauer des Gefängnisses von Clerkenwell in die Luft gesprengt und damit eine Anzahl Personen in der Nachbarschaft Tod und Verwundungen gebracht hatten, begann am 21., ohne daß sich seitens des Publikums besonderes Interesse kundgegeben hätte. Der Fenierschrecken ist eben vorüber und die ganzen langwierigen Prozeßverhandlungen bringen so wenig Neues, daß der geringe für das Publikum im Gerichtssaale freigebliebene Raum für das Bedürfniß fast genügend war. Der Attorney General leitete den Prozeß mit einer wiederholenden Darstellung der Vorgänge im vergangenen Dezember ein. Zum Schlusse seiner sehr maßvoll gehaltenen Rede, die sich lediglich mit Thatsachen beschäftigte, zeigte der Ankläger den Geschwornen, es werde ihr Hauptaugenmerk darauf gerichtet sein müssen, ob die einzelnen Angeklagten die Absicht gehabt haben, die Gefängnißmauer in die Luft zu sprengen, wodurch nothwendig viele Personen an Leib und Leben beschädigt werden mußten und die verstorbene Sarah Ann Hudgkins, auf deren Mord die Anklage lautet, in der That umgekommen sei. Mullany, ein Mitglied der Verschwörung, der unter Anklage des Hochverraths in den Händen des Gerichts ist, neuerdings aber schon bei mehreren Gelegenheiten gegen seine ehemaligen Genossen als Angeber auftrat, wurde als erster Zeuge vorgerufen und wiederholte, nur mehr ins einzelne gehend, die Erzählung des Attorney-General. Als er seine Aussagen abgelegt, wurden auf Antrag der Vertheidigung die Verhandlungen vertagt.

— [Ein verschollener Veteran des Krimkriegs.] Halb verschollen starb in diesen Tagen auf seinem Landhause nach langwieriger Krankheit General Simpson, der einst als Commandirender der englischen Armee in der Krim für kurze Zeit eine vielgenannte Persönlichkeit war. Kaum 19 Jahre alt, hatte im Jahr 1811 der Verstorbene im Halbinselkrieg seine militärische Laufbahn begonnen, und es in zwei Jahren schon zum Capitän gebracht. Bei Quatre Bras holte er sich 1815 eine schwere Verwundung, diente später zeitweise in Irland, später auf Mauritius, und gewann im Jahre 1845 im indischen Feldzug große Auszeichnung und Beförderung. Nach der Krim ging General Simpson als Chef des Generalstabs, folgte dann Lord Raglan als Oberbefehlshaber und hatte nach seinen zwei verfehlten Stürmen auf den Redan selbst einen Sturm seitens der öffentlichen Meinung auszuhalten, gegen den er sich nicht behaupten konnte. Die Beförderung zum vollen Generalsrang und das Großkreuz des Bath-Ordens waren keine Heilmittel für diese Angriffe. General Simpson legte sein Commando nieder, und Sir W. Codrington wurde sein Nachfolger. Seit dem Krimkrieg lebte der General in der Zurückgezogenheit auf seinem Gute.

Italien. [Unruhen und Befürchtungen.] In Parma haben am 19. April einige Unruhen stattgefunden. Volkshaufen zogen durch die Straßen mit dem Rufe: „Nieder mit der Mahlsteuer!" „Vivat Garibaldi!", einige Fenster wurden eingeworfen u. s. w. Das

---

Julie v. Ebergenyi einzugehen, um Ihnen, meine Herren, die Möglichkeit zu geben, aus den Beweisen, welche Ihnen werden vorgeführt werden, ganz abgesehen von den Erklärungen und Angaben der Julie v. Ebergenyi, sich Ihre Ansicht und Ihre Ueberzeugung zu bilden.

Die wider Julie v. Ebergenyi abgeführte Untersuchung hat so viele und so wichtige Anhaltspunkte und so gewichtige Indicien zu Tage gefördert und festgestellt, daß dieselbe von dem k. k. Landesgerichte wegen des Verbrechens des Meuchelmordes in den Anklagestand versetzt und auf heute die Schlußverhandlung wider sie anberaumt wurde.

Ich werde Ihnen, meine Herren, das gesammelte Beweismateriale nicht schon jetzt einzeln und im Detail anführen, da Sie in der Lage sind, das lebende Wort, die persönliche Anschauung auf sich einwirken zu lassen, und beschränke mich darauf, Ihnen jene Momente zu bezeichnen, auf welche ich meine Anklage zu stützen gedenke.

Es wird Ihnen, meine Herren, erwiesen werden, daß zwischen Julie v. Ebergenyi und dem Grafen Gustav Chorinsky die innigsten, intimsten Beziehungen bestanden, dieselben sich bereits verlobt und ihre Vermählung auf eine ganz naheliegende Zeit festgesetzt hatten, ja daß Julie v. Ebergenyi sich in einzelnen äußeren Formen noch während des Lebens der Gräfin Mathilde Chorinsky als Gattin des Grafen Gustav Chorinsky gerirte.

Der hohe Gerichtshof wird die Ueberzeugung gewinnen, daß der Erreichung des ebenerwähnten Zieles der Julie v. Ebergenyi, sich mit dem Grafen Chorinsky vermählen zu können, die Existenz der Gräfin Mathilde Chorinsky auch deshalb im Wege stand, weil dieselbe ein Einkommen bezog, welches zum Theile die Mittel der Existenz des neuen gräflichen Paares gewähren sollte.

Sie, meine Herren, werden erfahren, daß dem mit Erfolg begleiteten Attentate Versuche vorausgingen, welchen schlechterdings keine andere Absicht als jene, die Gräfin Chorinsky aus dem Wege zu räumen, unterlegt werden kann.

Ich bin in der Lage, dem hohen Gerichtshofe zu beweisen, daß Julie v. Ebergenyi sich ein Gift, welches der Gräfin Mathilde Chorinsky höchst wahrscheinlich zu ihrer Tödtung beigebracht wurde, nicht nur zu verschaffen gewußt, sondern auch noch am Tage ihrer Arretirung besessen, und sich auch noch anderer Mittel zur Vollführung des Verbrechens, als falscher Pässe, Empfehlungsschreiben u. dergl., bedient habe.

Es wird erwiesen werden, daß Julie v. Ebergenyi nicht nur am Tage des Mordes sich zu München aufgehalten, sondern bis zu jenem Momente, in welchem der Mord erwiesenermaßen verübt wurde, allein und ausschließend sich in Gesellschaft der Ermordeten befunden habe, daß sie weiter unmittelbar nach jenem Momente unter höchst verdächtigen Umständen ganz räthselhaft aus der Wohnung der Gräfin Chorinsky und unter den Zeichen der Bestürzung und Eile, welche ganz einer Flucht glichen, von München sich entfernt habe.

Es wird bis zur vollkommensten Evidenz dargethan werden, daß nach dem Morde im Besitze der Julie v. Ebergenyi Gegenstände vorgefunden wurden, welche die Ermordete erwiesenermaßen besessen hat, nicht minder, daß Julie v. Ebergenyi Gegenstände, welche vom Verbrechen herrühren, theils vertilgt, theils verborgen hatte.

Sie werden endlich, meine Herren, erfahren, daß Julie v. Ebergenyi eine Reihe falscher Verantwortungen vorgebracht habe, welche hinreichen würden, einem viel schwächeren Beweismateriale die Macht der Ueberzeugung zu verleihen.

Alle diese Umstände, welche ich Ihnen im Laufe der Verhandlung zu erweisen hoffe und von deren untrüglicher, unerschütterlicher Gewißheit ich überzeugt bin, haben die k. k. Staatsanwaltschaft und auf deren Antrag das löbliche k. k. Landesgericht bewogen, die Julie v. Ebergenyi für rechtlich beschuldigt zu erkennen, die Gräfin Mathilde Chorinsky in deren Wohnung zu München am Abende des 21. Nov. 1867 mittelst Giftes ermordet, daher das Verbrechen des Meuchelmordes im Sinne der §§. 134 und 135 a. St. G. B. begangen zu haben.

Kraft meines Amtes erhebe ich daher wider Julie Ebergenyi v. Telekes die Anklage wegen des Verbrechens des Meuchelmordes und bitte um Eröffnung des Beweisverfahrens.

Nach dem Vortrage der Anklage ermahnt der Präsident die Anwesenden, sich ruhig zu verhalten, ladet die Angeklagte ein, sich zu erheben und auf alle Fragen klar und deutlich zu antworten, mit der Bemerkung, daß das Gesetz wohl vorschreibe, daß man stehend zum

Militär hat jedoch die Ordnung bald wieder hergestellt. Die „Riforma“ veröffentlicht ein Schreiben des Prof. Ceneri in Bologna, des Präsidenten des dortigen demokratischen Vereins, an den Minister, wodurch derselbe auf seine Professur an der Universität verzichtet und zugleich den ihm früher ertheilten St. Mauritius- und Lazarus-Orden zurückschickt. In Bologna ist Alles ruhig geblieben, obgleich noch am 17. Morgens eine Menge aufrührerischer Zettel und Plakate gefunden wurden. Aus Kalabrien kommen immer neue Klagen über die Briganten.

Die päpstliche Regierung hat von Paris aus den Rath erhalten, alle Fortifikationen Roms zu armiren. Im Falle das päpstliche Artillerie-Material unzureichend sei, könnte man sich, um dasselbe zu vervollständigen, der 80 Kanonen bedienen, die in Civitavecchia stehen und Frankreich angehören. Bei dieser Gelegenheit bemerkt ein Korrespondent der „Köln. Ztg“, daß es völlig unbegründet ist, wenn man behauptet, daß die Verhandlungen zwischen Florenz, Paris und Rom zu irgend einem Abschlusse gediehen seien. Besonders das Gerücht, Italien beabsichtige, feierlich auf Rom zu verzichten, ist gänzlich unrichtig.

Türkei. [Zur Lage.] Der russische Gesandte Ignatiew ist in Konstantinopel wieder angelangt, mit dem Oelzweige in der Cigarrentasche. Das Geschäft, die Türkei nicht zur Ruhe kommen zu lassen, läßt Rußland inzwischen von den Griechen weiter betreiben. Diese fahren noch immer fort, Blokadebrecher und bewaffnete Empörer nach Kandia zu spediren. Freilich kostet die Sache Geld; aber die Griechen sparen fleißig an den Zinsen ihrer Staatsschuld. Philhellenen, wenn es deren noch geben sollte, können sich fünfprozentige griechische Staatspapiere zu 12½ pCt. anschaffen. Die Türken dürfen der Mächte wegen nicht wagen, dem Unfuge ein Ende zu machen; sie müssen sich auf die Vertheidigung beschränken, und die Griechen hoffen, daß die Türkei in Folge der Ausgaben, die sie ihr verursachen, zum Bankerotte getrieben werden wird. Dabei stehen die türkischen Papiere übrigens noch immer dreimal besser, als die griechischen. Konstantinopel wird jetzt eine städtische Verwaltung ganz nach Pariser Muster erhalten. Es soll in zwanzig Arrondissements eingetheilt werden, an deren Spitze je ein „Maire“ steht. Die Gesammtverwaltung der Stadt wird einem Präfekten, Server-Efendi, übertragen.

Nordamerika. [Der Prozeß gegen Johnson.] Die Amerikaner sind doch ein verzweifelt praktisches Volk, schreibt die Newyorker „H.-Z.“; selbst mit dem Ungewöhnlichsten wissen sie sich so schnell vertraut zu machen, daß es in ihren Händen jede Spur von romantischem Interesse verliert. Anderswo mag man es sehr erhaben finden, daß ein freies Volk seinen ersten Beamten vor Gericht zieht und über sein offizielles Sein oder Nichtsein aburtheilen läßt; hier aber, wo es geschieht, findet man sich kaum noch dadurch angeregt. . . . Das erste Stadium des Prozesses liegt hinter uns: die Anklage hat den Zeugenbeweis geschlossen. Es gab da manches scharfe Kreuzverhör, manches heftige Turnier zwischen Butler und Stanbery oder Evarts; aber Neues kam dabei nicht zum Vorschein. Eines tiefen Eindruckes konnte Butler's Eröffnungsrede nicht verfehlen; ließ er auch den Parteimann oft mit mehr als gerade nothwendiger Schärfe hervortreten, so ist man's hier bei einem Ankläger gewohnt, daß er kein Blatt vor den Mund nimmt, und der Redner konnte sehr weit gehen, ohne im geringsten die Schranken der Wahrheit zu überschreiten. Das schwere Geschütz seiner juristischen Gründe mochte die Hörer ermüden, aber die Geister wurden hinreichend entschädigt und aufgefrischt durch die einfache Erzählung dessen, was Herr Johnson gesagt und gethan, und Allen mußte sich die Ueberzeugung aufdrängen, daß, selbst wenn kein positives Verbrechen vorliege, der Angeklagte nicht würdig sei, das ihm zugefallene hohe Ehrenamt noch ferner zu bekleiden. Worte wie: „Ihr sprecht von der Ermordung meines Vorgängers! Ja wohl, es gibt stets Leute, denen es nicht recht ist, daß es einen gerechten Gott gibt!“ sind doch wohl zu abscheulich, als daß man den, der sie gesprochen, in Schutz nehmen könnte. Es ist der Anklage ohne große Mühe gelungen, Alles zu beweisen, was sie beweisen wollte, und die Vertheidigung hat einen schwierigen Stand.

Amtliche Nachrichten.

München, 24. April. Se. Maj. der König hat die prot. Pfarrstelle zu Neuhofen, Dek. Speyer, dem bisherigen Pfarrer zu Offenbach, Dek. Landau, K. A. Scherer, verliehen; den Postoffizialen Fr. Villerelli in München in den bleibenden Ruhestand versetzt; den Obertelegraphisten G. Feldmaier in Augsburg auf sein Ansuchen in gl. Eigenschaft nach München versetzt; an dessen Stelle den Assistenten J. Wellhammer in Augsburg zum Obertelegraphisten 2. Klasse bei der Telegraphenstation daselbst, und zu Postoffizialen 4. Klasse: den Assistenten K. Auer in Ansbach bei dem Post- und Bahnamte in Neu-Ulm, den Assistenten A. Bergmaier in Landshut bei dem Oberpostamt in Regensburg, sämmtliche in provis. Diensteseigenschaft, ernannt; den Revierförster K. Riegl von Königssee, seiner Bitte willfahrend, in gl. Diensteseigenschaft auf das im Forstamte München erledigte Forst- und Parkrevier Forstenried versetzt; den Revierförster Fr. Berghe in Bamberg seinem Ansuchen entsprechend und unter Anerkennung seiner langjährigen treuen Dienstleistungen in den wohlverdienten Ruhestand versetzt.

Gerichtshofe spreche, daß mit Rücksicht auf die längere Dauer des Verhörs es der Angeklagten jedoch gestattet werde, wenn sie sich müde fühle, um einen Sessel zu ersuchen. (Bewegung im Saale.)

Präs.: Ich muß um Ruhe ersuchen, sonst müßte ich den Saal räumen lassen.

Die Angeklagte ist sehr bewegt; man sieht an ihr die Zeichen der großen Aufregung, die sie beherrscht. Die Blicke hält sie beinahe fortwährend zu Boden gesenkt, und nur von Zeit zu Zeit schlägt sie die Augen auf, um einen schnellen Blick auf Richter und Zuhörer zu werfen.

Der Präsident beginnt das Verhör.

Präs.: Sie sind am 9. Februar 1842 in Szecsen geboren. Wie lange sind Sie dort geblieben? — Angekl. antwortet sehr leise. — Präs.: Sie haben angegeben, daß Sie, 3—4 Jahre alt, mit Ihrer Mutter nach Pesth gezogen sind? — Angekl.: Ja. — Präs.: Dort kamen Sie in das Schröhofer'sche Institut und wurden daselbst erzogen bis zu Ihrem achten Jahre. Sie sind dort geblieben, dann nach dem Tode Ihrer Mutter mit Ihrem Vater nach Szecsen gezogen? — Angekl.: Ja. — Präs.: Dort sind Sie geblieben bis zum Jahre 1867, bis Sie in demselben Jahre Ihren Aufenthalt in Wien nahmen? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sind Sie mit Zustimmung Ihrer Angehörigen von Szecsen weg und zogen Sie nach Wien mit großer Ueberwindung? — Angekl.: Nein. — Präs.: Nicht? es war gegen den Willen Ihres Vaters und Ihrer Angehörigen? Wo haben Sie Ihren Aufenthalt genommen? — Angekl.: Bei meiner Taufpathin. — Präs.: Wie lange waren Sie dort? — Angekl.: Zwei Monate. — Präs.: Zwei Monate meinen Sie? Es kommt vor, daß Sie Einen Monat dort waren? — Angekl. (sehr leise): Möglich. — Präs.: Sie haben im 2. Stocke ein Zimmer gemiethet bei Clara Steinlechner. Was hat Sie bestimmt, diesen Unterstand zu wählen? — Angekl.: Weil ich mußte. — Präs.: Warum mußten Sie diese Wohnung nehmen? — Angekl.: Es wurde mir gekündigt.

Präs.: Und zwar, wie diese Frau behauptet, aus dem Grunde, weil Sie häufige Besuche von Männern zu jeder Stunde empfingen, was ihr unangenehm war, weil es ihren Ruf bedrohen konnte. — Angekl.: Dies ist eine Verleumdung. — Präs.: Wohin sind Sie von dort gezogen? — Angekl.: Himmelpfortgasse zur Frau v. Humburg. — Präs.: Wie lange sind Sie dort geblieben? — Angekl.: Beiläufig bis 3. August. — Präs. (es ist ein fürchterliches Geräusch im Saale. Präsident sagt: Ich ersuche die Versammlung, sich stille zu verhalten, ich müßte sonst den Saal räumen lassen): Sie sind bis 3. August dort geblieben, am 3. August erscheinen Sie in einer neuen Wohnung, welche war diese? — Angekl.: Krugerstraße Nr. 13. — Präs.: Diese Wohnung hatten Sie bis jetzt inne?

Präs.: Seit wann sind Sie Ehren-Stiftsdame? — Angekl. (spricht sehr leise unter Zeichen stets steigender Aufregung): Seit 6. Juli 1867.

Präs.: Von diesem Datum ist die a. h. Entschließung, am 19. Juli wurde die Taxe von 50 Dukaten erlegt und Ihnen die Ordens-Abzeichen erfolgt. Sie haben gehört, welche Anklage gegen Sie erhoben wird. Wollen Sie sich im Allgemeinen darüber aussprechen. Erzählen Sie den Hergang, der Sie auf die Anklagebank brachte. — Angekl. schweigt. — Präs.: Fassen Sie Muth. — (Pause.) — Angekl. (leise, sich mit der Hand die Stirne bedeckend): Ich bin nicht die Thäterin.

Präs.: Sie sind nicht die Thäterin? Wollen Sie sich im Allgemeinen über die Einzelheiten der Anklage aussprechen. Seit wann kennen Sie den Grafen Chorinsky? — Angekl.: Seit dem 6. Mai 1867. — Präs.: Sie haben ihn zufällig in einer Gesellschaft kennen gelernt. Hat er bald, nachdem Sie ihn kennen gelernt, Ihr Haus besucht? — Angekl.: Schon am nächsten Tage.

Präs.: Wann wurden die Beziehungen inniger? — Angekl.: Ein paar Tage darauf. — Präs.: Wann haben Sie zuerst erfahren, daß er bereits verheirathet ist? — Angekl. spricht so leise, daß sie nicht verstanden werden kann und sucht vergebens nach Worten. — Präs.: Ich verstehe Sie nicht. — Angekl.: Gleich nach den ersten Tagen. — Präs.: Also gleich nach den ersten Tagen hat Ihnen Graf Chorinsky mitgetheilt, daß er verheirathet sei? Wann wurde Ihnen bekannt, daß das Verhältniß in eine Ehe übergehen sollte? — Angekl.: Auch gleich in den ersten Tagen.

Präs.: Nachdem Sie schon wußten, daß Graf Chorinsky verheirathet sei, was wurde Ihnen vorgebracht, wie das Hinderniß be-

seitigt werden sollte? — **Angekl.**: Eine gerichtliche Scheidung. — **Präs.**: Der Graf Chorinsky ist katholisch, Sie sind es auch; eine gerichtliche Scheidung würde Sie nicht zu einer Ehe ermächtigt haben. — **Angekl.**: Wir beabsichtigten einen Religionswechsel. — **Präs.**: Wo sollte dieser stattfinden? Fand eine bestimmte Verabredung statt? — **Angekl.** spricht unverständlich. — **Präs.**: Ich bitte, vernehmlicher zu sprechen Dachten Sie, der Graf werde nach der Scheidung im Kriegsdienst verbleiben? — **Angekl.**: Wir dachten daran, daß er später den Kriegsdienst zu verlassen habe. — **Präs.**: Dem steht die Aussage Ihrer Schwester entgegen, die in einem Briefe an den Grafen Chorinsky ihre Protektion anbietet und ihm in Aussicht stellt, sie werde in der Lage sein, ihm zu einem Avancement behilflich zu werden. Woher wollten Sie übrigens die Geldmittel nehmen, um sich zu etabliren? — **Angekl.**: Wir hofften auf solche. — **Präs.**: Nach einer Auskunft von Seite des Stuhlrichteramtes machten Sie Anspruch auf ein nach dem Tode des Vaters auszuzahlendes Kapital von 20,000 fl.? — **Angekl.**: Ja.

Präs.: Das Kapital war aber zu fünf Percent angelegt. — **Angekl.**: Durch die Zuvorkommenheit meines Bruders hoffte ich Geld zu erlangen, um mich ins Ausland zu begeben. — **Präs.**: Wurde das unter Ihnen besprochen? — **Angekl.**: Ich weiß es nicht genau. — **Präs.**: Es deuten Briefe und andere Dinge auf das Vorhaben hin, die Sache auf andere Weise zu lösen. — **Angekl.**: Ich habe mich blos auf die Güte meines Bruders verlassen. — **Präs.**: Wann sollte die Ehelichung überhaupt stattfinden? War ein Termin festgesetzt? — **Angekl.**: Es war kein Zeitraum festgesetzt.

Präs.: Nach den Erhebungen war allerdings ein Zeitraum festgesetzt, und zwar vor Kathrein, später wurde er auf Anfangs Fasching und zuletzt spätestens Anfangs Frühjahr verschoben. — **Angekl.**: Von dem weiß ich nichts. — **Präs.**: Sie haben Ihre Schwester im Juni 1867 hieherberufen und ihr mitgetheilt, Sie seien die Braut des Grafen Chorinsky, da seine Frau mit einem unheilbaren Leiden behaftet sei und Ihnen bald Platz machen werde. — **Angekl.** (welche, je weiter das Verhör gedeiht, immer verlegener wird und kaum Worte findet): Das war auf die Absicht der Scheidung hin. — **Präs.**, durch die im Saale herrschende Unruhe und das Andringen der Menge wiederholt unterbrochen, befiehlt, daß die beiden Thüren des Gerichtssaales abgesperrt werden und fährt dann fort:

Sie hatten aber gehört, die Frau Gräfin lebe noch und der Herr Graf Gustav Chorinsky sei verheirathet. — **Angekl.**: Ich habe später erfahren, sie sei todt. — **Präs.**: Ihrer Fräulein Schwester haben Sie mitgetheilt, der Graf Gustav Chorinsky sei gezwungen worden, die Ehe mit seiner Gemahlin einzugehen, und er habe sich darum fern von ihr gehalten. — **Angekl.**: Ich habe es von meinem Gustav erfahren. — **Präs.**: Ihr Bräutigam hat ja um Ihre Hand angehalten. — **Angekl.**: Er hat es gethan, weil ich mich mit ihm verabredet hatte, daß er mich damit vor meiner Familie vertheidige und dieselbe beruhige, daß ich die Braut eines Ehrenmannes bin. — **Präs.**: Sie sind schon im Juni mit ihm verlobt worden. — **Angekl.**: Das kann man keine Verlobung nennen, ich wollte nur, daß mein Bruder ihn kennen lernen soll.

Präs.: Ihr Herr Vater hat zum Bündnisse seinen väterlichen Segen gegeben, und Sie haben sich an Ihren Bruder gewendet am 15. und 19. September, die Mittel herbeizuschaffen, um die Heirath mit dem gehörigen Comfort begehen zu können. — **Angekl.**: Mein Gustav hat es so gewünscht, um die Sache dann nicht auf einmal überstürzen zu müssen. (Weint.)

Präs.: Fassen Sie Muth, lassen Sie sich Zeit. Wie ernst diese Absicht auf Ehe gemeint war, beweist schon, daß Sie im August 1867 den ältesten und innigsten Freund Ihres Hauses brieflich ersuchten, er möge sich schleunigst nach Wien begeben, um hier wegen des Abschlusses der Vermählung mit Ihnen Verabredung zu treffen. — **Angekl.**: Es war dabei immer von einer Scheidung die Rede. — **Präs.**: Es wurde von einer Scheidung nichts erwähnt. Es wurde ihm nur Graf Chorinsky vorgestellt und erklärt, daß dieser Sie heirathen werde. — **Angekl.** (spricht leise und stotternd): Möglich — nein — ich weiß nicht.

Präs.: Frau Elise v. Purkmeister bestätigt ebenfalls, daß Graf Chorinsky ausdrücklich erklärte, er werde Sie in nächster Zukunft heirathen, daß er ihr als Bräutigam vorgestellt wurde; bestätigt, daß eine Verlobung stattgefunden hatte, noch zur Zeit, als Sie in der Himmelpfortgasse wohnten. — **Angekl.**: Was die Verlobung betrifft, so ist die Angabe unrichtig aufgefaßt; dieß versteht sich von selbst, da eine Verlobung nur in Gegenwart der beiderseitigen Eltern stattfinden kann.

Präs.: Sie haben ihr im Oktober ein Brautkleid gezeigt und bei dieser Gelegenheit erklärt, daß jetzt nächstens die Hochzeit stattfinden werde. — **Angekl.**: Ein Brautkleid war es keinesfalls, sondern nur ein Anzug (sehr bewegt), der zur Hochzeit verwendet werden sollte.

Präs.: Dies ist eben ein Brautkleid. Marie Ernst, Modistin, bestätigt die Angabe, daß Sie schon im September 1867 ein Spitzenkleid um 310 fl. gekauft haben, mit der Angabe, es sei für die Hochzeit bestimmt. — **Angekl.**: Das ist richtig, jedoch (unterdrückt das Weinen) nicht mit der Absicht, daß eine baldige Hochzeit sein solle, indem (die Angeklagte vermag nicht mehr weiter zu sprechen). — **Präs.**: Nehmen Sie Platz und sprechen Sie sitzend. — **Angeklagte** setzt sich. — **Präs.**: Sie haben auch gegen Graf Wimpffen und Herrn Alexander Standfels dieselbe Aeußerung gethan, und kurz vor Ihrer Verhaftung am 26. November mit Ihrer Schwester bedeutende Einkäufe gemacht und dabei erklärt, daß Sie in vier Wochen wiederkehren und dann heirathen werden. — **Angekl.**: Ich habe das möglichenfalls gesagt, aber es war ja dabei nicht die Zeit genau bestimmt, sondern nur im Allgemeinen angedeutet.

Präs.: Wie sehr Sie sich in diesen Gedanken hineingelebt, beweist, daß Sie selbst nach Ihrer Verhaftung unmittelbar aus dem Arrest auf Schleichwegen bestrebt waren, an Ihren Bruder Stephan einen Zettel des Inhaltes gelangen zu lassen: Die Heirath mit Gustav wird sehr bald vor sich gehen. — **Angekl.**: Wir rechneten auf die gerichtliche Scheidung.

Präs.: Es wurde in Ihrem Besitze ein Brief des Grafen Chorinsky gefunden, der auch auf die sehr ernste und dringende Absicht hinweist, den Plan durchzuführen und die Ehe zu schließen. Im Anfange dieses Briefes an Ihre Schwester heißt es: „Gestatten Sie mir, mich als den künftigen Beschützer und Gemahl meiner angebeteten, himmlischen Julie zu nennen; ich habe ihr zu dem Geständnisse meiner rasenden Anbetung noch das gemacht, daß ein langdauernder Prozeß, in den ich verwickelt bin, mich zwingt, noch zu warten." — Sie wußten, daß Graf Chorinsky verheirathet sei, Sie haben dies schon in den ersten Tagen erfahren — und hier wird nun von einem Prozesse als Hinderniß gesprochen. — **Angekl.**: Wir hofften auf die gerichtliche Scheidung.

Präs.: Es liegt ein Concept von der Hand des Grafen Chorinsky vor, welches Sie schreiben läßt: „Mein Gustav ist durch und durch ein Ehrenmann, der nie mit jener Person lebte, an die er durch gefälschte Dokumente, wie durch seine Ehe gebunden ist, welche die ganze Familie Gustav's haßt und verachtet, jene elende Person." Wer hat diesen Brief geschrieben? — **Angekl.**: Ich selbst, ich habe meinen Gustav als Ehrenmann gekannt.

Präs.: Sie haben den Brief selbst geschrieben? Wie kommt es, daß er die Züge des Grafen Chorinsky trägt? — **Angekl.** (kaum verständlich, spricht sehr leise): Graf Chorinsky hat ihn abgeschrieben.

Präs.: Graf Chorinsky, über dieses Schreiben vernommen, behauptet, daß er dieses Concept selbst als solches verfaßt, und dahin weisen auch die Ausschreibungen darauf, damit Sie es abschreiben. — **Angekl.**: Nein, ich muß gestehen, mein Gustav ist sehr zerstreut. — **Präs.**: Ich werde später Gelegenheit haben, den Brief Ihnen vorzulegen. In einem Briefe an Sie ohne Datum kommt folgende Stelle vor: „Ich sehe dem Tage unserer Heirath mit Ungeduld entgegen; es ist unser beiderseitiger Wunsch, uns ganz anzugehören." — **Angekl.**: Ja, dieses Schreiben entsprang aus unserer wahren gegenseitigen Neigung.

Präs.: In einem Briefe des Grafen Gustav Chorinsky vom 2. August v. J. kommt eine Stelle vor: „Ich muß dich bald heirathen, wir müssen bald vor der Welt verheirathet sein." Es ist davon die Rede gewesen, daß Sie die Heirath ermöglichen sollen. Mehrere Briefe des Grafen enthalten immer den Wunsch, sich mit Ihnen zu verbinden. — **Angekl.**: Ein solcher Wunsch war sehr natürlich und bestand auch. — **Präs**: Es liegt ein Schreiben des Grafen Gustav Chorinsky vom 4. August v. J. vor, in welchem es heißt: „Sobald ich dich geheirathet habe, wird Alles gut sein; nur verlobt möchte ich jetzt schon sein, Geld ist bald geschafft; ich kann nicht leben ohne dich, ich werde mich dem Vater erklären u. s. w." Wenn sich die Sache nach Ihrer Angabe verhalten würde, wenn Sie die Absicht hatten, auf legalem Wege dieses Ziel zu erreichen, wie kommt es, daß Sie bei der ersten Vernehmung alle diese Umstände geleugnet haben? Sie haben damals eine ganz außerordentliche Besonnenheit gezeigt. — **Angekl.**: Ich wollte anfangs nur mit dem Grafen Chorinsky ein Freundschaftsverhältniß gestehen; ich hatte keine weitere Absicht. (Fortsetzung folgt in einer **Extranummer**, die morgen Mittag ausgegeben wird.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Extranummer.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 117. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Montag, 27. April 1868.

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Präs.: Sie haben erklärt, nach einem Monat würden Sie geschieden sein, weil Sie nicht, wie er es verlangte, unter vier Mauern leben könnten. — Angekl.: Weil er eifersüchtig war.

Präs.: Diese Erklärungen sind an verschiedenen Stellen Ihres Verhöres eingestreut; wie kommt es nun, daß Sie heute anders als damals sprechen? — Angekl. schweigt.

Präs.: Sie sagten in der Untersuchung, Gustav spiele sich auf den Vorsichtigen hinaus; Sie sagten, Sie wollten nicht heirathen, weil seine Frau noch lebte? — Angekl. (kaum verständlich): Ich konnte mich damals nicht fassen.

Präs.: Sie sprachen noch viele unrichtige Umstände aus. Sie sagten, Sie hätten die Gräfin nie gesehen, nie von ihr gehört; daß Sie nicht wußten, sie lebe in München; endlich gaben Sie zu, in München gewesen zu sein; was wollten Sie dort? — Angekl.: Ich wollte eine Versöhnung zwischen ihr und dem Grafen vermitteln.

Präs.: Mit Ihrer erklärten Liebe zum Grafen, mit den verächtlichen Aeußerungen desselben über die Gräfin Mathilde stehen solche Angaben im grellsten Widerspruche. — Angekl. (zitternd): Ich sage die Wahrheit. — Präs.: Sie haben die Briefe des Grafen von Ihrer Schwester zurückverlangt und wollten sie nachher nicht hergeben? — Angekl.: Ich wollte mir das ganze Paket mit allen Briefen zum Andenken aufheben. — Präs.: Sie sagten weiter: „Ich fürchte, Gustav werde mir die Briefe wegnehmen, während ich abwesend sei?" — Angekl.: Er drohte mir mit der Wegnahme. — Präs.: Sie sagten später sogar, daß Sie das Verhältniß mit ihm brechen wollten? Sie sind überhaupt sehr erbittert gegen ihn. Sie sagen; „er habe den Brief im Rausch geschrieben." — Angekl.: Das war der Fall. — Präs.: Anknüpfend an Ihre Hoffnung auf diese Ehe, richte ich an Sie die Frage, ob Sie nicht schon sogar ein Siegel auf seinen Namen geführt haben? — Angekl.: Nur mit seiner Einwilligung, da unsere Ehe nur aus aufrichtiger Liebe geschlossen werden sollte, und weil ich demnach das Recht dazu hatte.

Präs.: Es liegt ein Siegel vor mit einer Grafenkrone und den Buchstaben J. C., mit welchem Sie schon Anfangs September Ihre Briefe zu siegeln pflegten. — Angekl.: Es geschah immer auf ausdrückliches Verlangen meines Gustav. — Präs.: Es liegt ein Brief an die Gräfin Lopresti vor, welcher die Angelegenheit der Ausstattung betraf. — Angekl.: Ganz natürlich wollten wir sehen, daß die Ausstattung bald effektuirt wird. — Präs.: Haben Sie nicht gefürchtet, daß das Verhältniß Ihnen Verlegenheiten bereiten wird und daß es von Folgen sein könne? — Angekl.: Ja, schon im August war ich besorgt. — Präs.: Anfangs August sind Sie bei Dr. Schlesinger erschienen und haben ihn gefragt, ob Sie schwanger seien; dabei haben Sie sich als Gräfin Chorinsky gerirt. — Angekl.: Ich habe mich genirt, das zu thun, und nur auf den Wunsch meines Gustav habe ich es gethan.

Präs.: Sie sind bei Dr. Schlesinger sowohl allein, als auch in Begleitung des Grafen Chorinsky erschienen? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie haben auch eine Hebamme zu Rathe gezogen? — Angekl.: Richtig. — Präs.: Was hat Ihnen die Hebamme gesagt? — Angekl.: Die Frau hat anfänglich bejahend geantwortet. — Präs.: Welches Ansinnen haben Sie darauf an die Frau gestellt? — Angekl.: Ich weiß von nichts. — Präs.: Haben Sie nicht Medikamente von ihr verlangt und sie um Mittel gebeten, den Zustand zu negiren? — Angekl.: Ich habe ihr blos gesagt, sie möchte mich untersuchen. — Präs.: Sie werden hören, daß die Hebamme sagt, Sie haben das Ansuchen an sie gestellt, daß sie Ihnen ein Mittel gebe, die Frucht abzutreiben. — Angekl.: Das stelle ich entschieden in Abrede. — Präs.: Sie äußerten bei Dr. Schlesinger, es wäre Ihnen erwünscht, ein Kind zu haben. — Angekl.: Einem Mädchen ist dies natürlich unangenehm, aber ich hatte keinen Grund, mich dessen gar so zu schämen.

Präs.: Haben Sie Kenntniß davon gehabt, daß die Interessen der Kaution der Gattin des Grafen Chorinsky der Graf Chorinsky selbst beziehe? — Angekl.: Ja, davon habe ich gewußt. — Präs.: Wann war die Rede davon? — Angekl.: Es war keine besondere Rede davon. — Präs.: Sie besaßen keine Geldmittel, waren sogar mit Rechnungen im Rückstande; wurde nicht erwähnt, daß das Erlangen des Geldes zum Behufe der Kaution erwünscht wäre? — Angekl.: Ich hatte selbst etwas Vermögen, um die Kaution zu erlegen. — Präs.: Ihr Vermögen war ja nicht frei. — Angekl.: Ich habe es ja beziehen können. — Präs.: Der Graf Gustav Chorinsky hat beim Polizeirathe Breitenfeld behauptet, er könnte besser leben, wenn er die Kaution erheben könnte. — Angekl.: Das weiß ich nicht, zwischen uns wurde Derartiges nie besprochen. — Präs.: Als Graf Chorinsky in München verhaftet wurde, war immer die Rede davon. — Angekl.: Er hat sich vielleicht geäußert, daß er das Geld brauchen könnte.

Präs.: Haben Sie öfters Aeußerungen von dem Grafen Chorinsky über seine in München lebende Frau gehört? — Angekl.: Hie und da. — Präs.: Welcher Art waren diese? — Angekl.: Nicht als daß sie von Liebe gezeugt hätten und (sie weint). — Präs.: Fassen Sie sich. Sie zeugten nicht von besonderer Liebe. Nun, das ist noch immer erträglich, das sind noch keine Aeußerungen des heftigen Hasses. — Angekl.: Von Haß nur dann, wenn er in Heftigkeit war (wird von Weinen unterbrochen). — Präs.: Wünschen Sie ein Glas Wasser? Also wenn er mit Heftigkeit sprach. (Die Unruhe des sich drängenden Publikums nimmt stets zu, so daß der Präsident den Saal räumen zu lassen droht. Inzwischen wird der Angeklagten ein Glas Wasser gebracht.)

Präs.: Es kommt vor, daß Graf Chorinsky sich bei jeder Gelegenheit mit einem leidenschaftlichen, fast erschreckenden Haß gegen seine Frau ausgedrückt hat. Ist das im Verkehr mit Ihnen vorgekommen? — Angekl. schweigt, blickt zu Boden und sagt kaum vernehmbar: Nein.

Präs.: Aber die Ausdrücke, die Sie selbst in dem von Ihnen verfaßten Concept an Ihre Schwester vorbringen, sie sei eine Person, eine elende Person, die Alle hassen und verachten, das sind nicht Ausdrücke, die von einer besonderen Liebe zeugen, sondern Ausdrücke des Abscheues und des Hasses. — Angekl.: Ich habe bei Gelegenheit wohl etwa über dieselbe derart mich geäußert.

Präs.: Solche Hassesausdrücke werden dann im Laufe der Verhandlung und am Schlusse des Beweisverfahrens bei Verlesung der Akten in großer Anzahl zur Kenntniß des Gerichtshofes gebracht werden. Es liegt eine Erklärung des Grafen Chorinsky gegenüber dem Polizei-Kommissär Karl v. Breitenfeld vor, daß er seine Frau hasse, unauslöschlich hasse; dann eine Aeußerung gegenüber dem Münchener Polizei-Kommissär Bürchdorff, und diese Aeußerung wurde vorgebracht, als Frau v. Chorinsky schon todt war; ein Brief an den Schwager des Grafen Chorinsky mit Ausdrücken von wahrhafter Rohheit über die Frau. Aus einem anderen an Marie Zschokki erhellt, daß die Verstorbene erzählt habe, ihr Gatte habe schon in früherer Zeit nach ihrem Leben gezielt. (Der Präsident verliest die hier einschlagenden Zeugenaussagen.) — Angekl. schweigt.

Präs.: Zeuge Rambacher wird bei Gericht aussagen, daß die verstorbene Gräfin oft erzählte, ihr Gatte habe wiederholt erklärt, Eines von Beiden sei überflüssig, und damit ihr angedeutet, sich selbst das Leben zu nehmen. Von derartigen Aeußerungen haben Sie keine Kenntniß? — Angekl.: Nein. — Präs.: Auffallend ist es, wenn das Verhältniß zwischen Ihnen und dem Grafen ein so unverfängliches war, wenn es nicht eine solche tragische Bedeutung gehabt hätte, daß Graf Chorinsky in München es erst in Abrede stellte, mit Ihnen in einem intimen Verhältnisse zu stehen, ja sogar leugnete, daß er Sie heirathen wollte. — Angekl.: Dies geschah wahrscheinlich, weil mein Gustav mich nicht kompromittiren wollte. — Präs.: Kennen Sie Herrn Rambacher? — Angekl. (leise und unverständlich): Er wurde mir von meinem Gustav als ein sehr armer, aber sehr guter Mann vorgestellt. — Präs.: Haben Sie Kenntniß davon,

daß dieser Herr vom Grafen Chorinsky zu irgend einer besonderen Mission außersehen wurde? — Angekl.: Ja, es war aber nur von einem besonderen Freundschaftsbeweise die Rede.

Präs.: In welcher Weise wurde Herr Rambacher Ihnen vorgestellt? — Angekl.: Als ein sehr verläßlicher und (Pause) — Präs.: und sehr verschwiegener Mann. — Angekl. (wiederholt) und verschwiegener Mann, weil ich meinen Gustav um einen solchen angesprochen und geäußert habe, er möge mir einen solchen vorstellen, da ich ihn zur Versendung einer Schachtel brauche. — Präs.: Damals war noch von keiner Schachtelsendung die Rede. — Angekl.: Es war davon die Rede, weil ich Gustav erzählte, daß ich eine Schachtelsendung zu besorgen habe. — Präs.: Wann war das? — Angekl.: Im Juli. — Präs.: Ja, im Juli haben Sie wirklich den Herrn Rambacher kennen gelernt. Aber von der Schachtelsendung war erst im November die Rede. Ich bitte aber, zu sagen, ob nicht ein anderes Motiv geltend war, das sie veranlaßte, mit Herrn Rambacher in Verkehr treten zu wollen? Sie wurden Herrn Rambacher als Cousine des Grafen vorgestellt? Angekl.: Ja, das ist richtig. Rambacher hätte mich auf einer Reise nach München, die ich vorerst gegen den Willen des Grafen Chorinsky unternehmen wollte, begleiten sollen. Gustav hat aber mir die Reise nur allein gestattet. Er war zu eifersüchtig.

Präs.: Graf Chorinsky hat noch einen zweiten Mann, der kräftig sein sollte, gesucht. Rambacher, den er um Zuweisung eines solchen ersucht, habe bedauert, nicht selbst dienen zu können; er empfahl später den Zeugen Dierkes. Als er den Rambacher zur Zuweisung eines zweiten Mannes aufforderte, machte er dabei eine Handbewegung als handle es sich darum, Jemanden zu mißhandeln. Er schrieb dann einen Brief an Sie, wo es mit Bezug auf die Reise heißt: „Wenn es dir nur gelingt, sonst müßten Rambacher und Dierkes hin". Um welcher Sache, deren Gelingen oder Nichtgelingen in Aussicht genommen wurde, handelte es sich da? — Angekl.: Wir waren von einem Begleiter abgekommen, ich wollte selbst hin, um zu sehen, ob eine Versöhnung möglich sei; wenn nicht, sollten die nöthigen Papiere zur Scheidung besorgt werden.

Präs.: Zeuge Rambacher erzählt, daß er schon damals nicht gezweifelt habe, daß ihn und Dierkes Graf Chorinsky zur Wegschaffung der Gräfin benützen wollte. — Angekl. macht eine verneinende Bewegung. — Präs.: Wir werden vom Zeugen später die Gründe dieser seiner Meinung hören. Welches Ansinnen haben Sie damals an den Baron Lepresti gestellt? — Angekl.: Er war zur Besorgung eines Todtenscheines der Gräfin Chorinsky außersehen. Ich habe von meiner Bekannten Horvath von dem Tode der Gräfin erfahren. Wir haben ihn seiner Vertrauenswürdigkeit wegen dazu außersehen und wollten auch über den wirklich eingetretenen Tod der Gräfin sichere Nachricht haben.

Präs. gönnt der Angeklagten eine kurze Erholung und setzt dann das Verhör fort.

Präs.: Haben Sie das unter der Adresse Marie Ernst angekommene Rattengift bestellt? — Angekl.: Ja. — Präs.: Wann haben Sie es bestellt? — Angekl.: Ich erinnere mich nicht mehr. — Präs.: Haben Sie es auf Ihren Namen bestellt? — Angekl.: Auf den Namen der Modistin Ernst. — Präs.: Welchen Vorwand hatten Sie für die Bestellung überhaupt und auf den fremden Namen insbesondere? Die Modistin wurde ersucht, ein Paket in Empfang zu nehmen; Sie hatten angegeben, für den Bruder Rattengift verschreiben zu müssen? — Angekl.: Es ist möglich, ich weiß es nicht genau.

Präsident verliest den Bestellungsbrief und fragt dann die Angeklagte: Was hat Sie bestimmt, indirekt zu bestellen? — Angekl.: Ich hatte viele Commissionen.

Präs.: Haben Sie mit dem Grafen über das Gift gesprochen oder nicht? — Angekl. verneint zuerst und bejaht sofort darauf diese Frage. (Sie sieht ganz erschüttert auf die Bank nieder.) — Präs.: Es ist auffallend, daß der Graf die Mitwissenschaft über die Bestellung des Giftes leugnet. — Angekl.: Er hat ein schwaches Gedächtniß und dürfte es vergessen haben. Ich habe auch schon früher erwähnt, daß mein Gustav ein schwaches Gedächtniß hat. — Präs.: In dem Gange der Voruntersuchung war Ihre Aussage in dieser Beziehung anders lautend. Sie haben gesagt, Gustav wollte einmal etwas für Ratten, aber es ist nicht dazu gekommen. — Angekl.: Weil es die Marchande des modes zurückgeschickt hat.

Präs.: Es kommt vor, daß Sie sich bald darauf wieder um Gift bewarben; welcher Art war ihr Verkehr mit dem Photographen Angerer? — Angekl.: Dieser Verkehr war kein bedeutender. Dem Photographen in Steinamanger war ich einige Gulden schuldig, und durch Ablieferung einiger Chemicalien wollte ich meine Schuld abtragen. — Präs.: Im Journal Nr. 22 liegt ein Brief an Herrn Camillo Angerer vor, in welchem Sie ersuchen, er möge Ihnen Chemicalien senden, die ein Photograph benöthige, da Ihr Bruder eine Passion im Photographiren habe, und Sie wollen ihn darin unterstützen. (Der Präsident verliest den Brief dieses Inhalts.) — Angekl.: Ich wollte meinem Bruder in seiner Passion auch helfen. — Präs.: Sie haben vom Photographen Angerer die Chemicalien erhalten? — Angekl.: Ja. — Präs.: Waren sie verpackt? — Angekl.: Das kann ich nicht sagen, da ich nichts gesehen, indem sie in einem Kistchen zugenagelt waren.

Präs.: Es liegt eine Rechnung ddo. 6. Dezember vor: 4 Loth Cyankali, 3 Loth Silber $^1/_8$ Quentchen Chloroform. — Angekl.: Ich will und kann den Inhalt nicht bestreiten, da ich gar nichts gesehen habe von dem Inhalte des Kistchens. — Präs.: Sie haben in dem Briefe die Chemicalien für Ihren Bruder verlangt? — Angekl.: Auch theils darum, weil ich dem Herrn Angerer nicht zu wissen geben wollte, daß ich etwas schuldig bin. — Präs.: Es ist konstatirt, daß Ihr Bruder sich nie mit Photographiren beschäftigt hat und auch nie etwas Derartiges erhalten hat. — Angekl.: Das ist nicht wahr. — Präs.: Sie haben die Chemicalien so abgesendet, wie Sie sie erhalten? — Angekl.: Ja. — Präs.: In Antwort 67 sagten Sie, ich erinnere mich nicht, daß ich überhaupt ein Gift erhalten habe? — Angekl.: Das habe ich gesagt, um den Verdacht so viel als möglich von mir fernzuhalten. In der Untersuchung wurde ich überdies mit so vielen Fragen überhäuft, daß ich für keine meiner Antworten gutstehen kann.

Präs.: Der Photograph erfuhr dann, daß auf Ihnen ein Verbrechen laste und hat daher seine Aussage nach Recht abgegeben. — Angekl.: Die Aussagen des Photographen können mich nicht verdächtigen. — Präs.: Bezüglich der von Angerer gekauften Chemicalien geben Sie an, daß Sie selbe zurückgeschickt haben. Weiter wurde gesagt, das Kistchen hätten Sie geöffnet und die Gegenstände ausgeleert, dann hätte Gustav das Kistchen der Agathe gebracht? — Angekl.: Hoher Gerichtshof! Ich erinnere mich nicht, dieses Kistchen geöffnet zu haben. Mein Gustav mag dieses Kistchen der Agathe gebracht haben, weil Agathe eine besondere Vorliebe für Kistchen und Schächtelchen habe. — Präs.: Sie sagen, nur in Folge dieser Passion Ihrer Schwester, daß sie Kistchen und Schächtelchen gerne besitze, sei das Kistchen zu ihr gebracht worden. In der Antwort Ihres Verhörsprotokolles sagten Sie aus: Ich habe auch dem Gustav gesagt, daß ich das Kistchen weggeworfen habe. Sie hätten es aber einer Frau (Steinamanger), die Sie dem Namen nach nicht kennen, auf der Gasse gegeben, das Kistchen, welches an Agathe gesendet wurde, wäre ein ganz anderes gewesen. — Angekl.: Hoher Gerichtshof, diese Angabe ist nur insofern unwahr, daß es mein Gustav anders aufgefaßt haben mag.

Präs.: Sie haben also Ihren Gustav blos in Irrthum geführt? — Angekl.: Ja. — Präs.: Sie haben freilich früher anders ausgesagt. Sie sagten auch, Sie seien viel zu kokett, um wegen Gustavs einen Mord zu versuchen. — Angekl.: Hoher Gerichtshof! Das Wort „kokett" habe ich jedenfalls angewendet, weil ich den Gustav an mich ketten wollte, damit ihm Niemand näher trete. — Präs.: In dem Kistchen waren drei Gifte, und zwar in dem besonderen Gewicht von mehreren Lothen, darunter Cyankali, welches, wie das gerichtliche Gutachten, das zur Verlesung kommt, darthun wird, Cyankali von reinster Beschaffenheit war. — Angekl.: Ich kann dies nicht bestreiten, aber ich weiß nicht, was darin war.

Präs.: Am 3. September sind Sie in den Besitz dieser Chemicalien gekommen, spätestens 5. September. Erzählen Sie uns nun, was Sie uns schon früher mittheilen wollten, etwa in Betreff der Schachtel. Kennen Sie diese Schachtel? (Zeigt sie vor.) — Angekl.: Ja. — Präs.: Was für eine Bewandtniß hat es damit? — Angekl.: Sie wurde mir mit dem Ersuchen übergeben, sie zur Absendung zu übernehmen. Bald darauf wurden mir einige Zeilen geschrieben, ich möge ein Petschierstöckl mit dem Buchstaben G machen lassen, jedoch mit dem Bemerken, dies in Steinamanger, keinesfalls in Wien zu thun. Der Zweck war, daß die betreffende Dame nicht erfährt, von wem die Sendung komme.

Nachdem ich die Adresse an Frau Ledske gesehen, weigerte ich mich dagegen, bis mir versichert wurde, daß kein Anstand dabei sei. Erst hierauf habe ich mich anheischig gemacht, für einen verläßlichen Boten zu sorgen, und als ich dies meinem Gustav zeigte, wollte er es durchaus nicht zugeben.

Präs.: Haben Sie die Schrift gesehen von der Adresse? — Angekl.: Ich habe die Adresse und den Frachtbrief gesehen. — Präs.: War die Schrift eine gewöhnliche, war sie verstellt? — Angekl.: Sie war eine ungewöhnliche.

Der Präsident konstatirt, daß die an die Baronin Lebske adressirte Schachtel candirten Obstes abgesendet wurde und daß Rambacher 30 fl. erhalten hatte blos zu dem Zwecke, um in Brünn die Schachtel an Baronin Lebske aufzugeben.

Es wird weiter konstatirt, daß Gräfin Mathilde von diesem Obste nicht genossen hatte und daß die beiden Dienstboten, welche dasselbe verzehrten, keine nachtheiligen Folgen empfanden. Es wird noch konstatirt, daß die Schachtel unter dem erwähnten Namen aufgegeben und daß für diesen Zweck in Ungarn ein Siegel angefertigt wurde.

Präs.: Es ist durch eine Note des Brüner Postamtes die Geldsendung konstatirt; als Aufgeber war eine Bay angegeben, das Siegel trug die Chiffre W. Was hat Sie bestimmt, dieses Siegel in Steinamanger machen zu lassen? Fiel es nicht auf, daß Sie sich ein Siegel anfertigen ließen? — Angekl.: Nein, da es sich um einen Scherz handelte. Ich hatte keine bösen Absichten.

Präs.: Die Schachtel ist an die Gräfin gelangt, dies wird durch glaubwürdige Zeugen bestätigt. Wie kommt es, daß Sie selbst Bedenken aussprachen, was mit dieser Schachtel geschehen sei? Sie sagten in der Voruntersuchung: „Die Horvath muß etwas in diese Schachtel gegeben haben, sie ging zum Zuckerbäcker, und nachdem sie zurückkehrte, machte sie sich im Nebenzimmer mit der Schachtel zu schaffen. Sie sagte, sie habe es auf die Gräfin Mathilde abgesehen." — Angekl. antwortet sehr bewegt: In der Untersuchung war ich von den vielen Fragen aufgeregt. — Präs.: Sie erwähnten der Schachtel und fügten bei, eine Baronin Bay habe diese gebracht und Sie gebeten, sie abzusenden, weil die Gräfin Mathilde auf die Probe gestellt werden solle, ob sie etwas annehme. Sie sagten weiter: „Ich bitte, Gustav nicht zu fragen, denn er kennt sich nicht aus." — Angekl.: Ich war bereits so aufgeregt, daß ich nicht wußte, was ich that.

Präs.: Gerade zur Zeit, als Sie diese Angaben machten, haben Sie aus dem Arreste einen Zettel an den Grafen richten wollen, mit Bezug auf die Schachtel. Sie gaben ihm darin eine genaue Instruktion in Betreff dessen, was er mit der Schachtel zu thun habe. Sie vermutheten damals, der Graf sei hier im Arrest. — Angekl.: Es ist darauf kein so großes Gewicht zu legen. — Präs.: Sie haben in diesem Zettel angegeben, die Bay hätte schon im Juni gesagt, sie wolle eine Bekannte auf die Probe stellen. Sie sagten weiter, Sie wissen über den Inhalt der Schachtel gar nichts, während Sie in der Voruntersuchung das Gegentheil aussagten. — Angekl.: Ich habe mich über den furchtbaren Verdacht, der auf mir lastete, so gekränkt, daß ich mir in der Aufregung widersprach.

Präs.: Der Graf leugnet jede Kenntniß von der Schachtel und auch vom Zettel. Er sagt: „Ich habe dem Rambacher 30 fl. gegeben, damit er seine Frau besuchen kann, aber von der Schachtel weiß ich nichts." — Angekl.: Das ist mir nicht bekannt, ich weiß nur, daß er sich gesträubt hat, der Horvath diesen Gefallen zu thun, und erst auf meine Bitten einwilligte, daß Rambacher nach Brünn reisen solle. — Präs.: Graf Chorinsky bleibt immer bei der Behauptung, er wisse von der Schachtelsendung gar nichts. — Angekl.: Ich habe ihn ersucht, nichts über den ganzen Vorgang zu sagen.

Es wird konstatirt, daß das Siegel, mit dem die Schachtel verschlossen war, bei Gustav Holland im August angefertigt und abgeliefert worden sei und falsche Namen enthalten habe.

Angeklagte beantwortet dies damit, daß ihre Freundin Horvath einen Bekannten hatte, der die Gräfin Mathilde Chorinsky auf die Probe habe stellen wollen, ob sie etwas annehme oder nicht, sie (die Angeklagte) habe sich nie mehr an dieser Sache betheiligt.

Alle weiteren Fragen über ihre und die Schritte des Grafen Chorinsky nach dem Tode der Gräfin, den sie von der Horvath erfahren zu haben angibt, beantwortet Angeklagte damit, daß sie nunmehr alle Hindernisse beseitigt glaubten und so schnell als möglich ihre Vereinigung bewerkstelligen wollten. Auf die Frage, warum Graf Chorinsky erst beim Kommissär Breitenfeld, dann aber aus München in dringender Weise Nachricht über die Wohnung seiner Frau verlangte, da er eine solche doch viel leichter von seiner Familie habe erhalten können, die sich mit der Gräfin Mathilde in steter Korrespondenz befunden habe, erwähnt Angeklagte Folgendes: „Die Familie des Grafen Gustav ist stets diskret genug gewesen, über sein Verhältniß zur Gräfin Mathilde zu schweigen, es zu übergehen; Graf Gustav hat seinerseits daher nicht durch eine Anfrage über seine Frau dieses Verhältniß gegenseitigen Stillschweigens stören wollen, und darum hat er indirekt eine Auskunft gefordert."

Präsident erwähnt, daß die Angeklagte insoferne in einen Widerspruch sich verwickelt habe, als sie einmal angab, die Adresse durch die Erkundigung des Grafen Chorinsky erfahren zu haben, und später, sie wäre erst in München zur Kenntniß der Adresse gelangt. Darauf bittet sie, auf ihre in der Voruntersuchung abgegebenen Erklärungen keinen Werth zu legen, da sie selbe unter dem Eindrucke der Verwirrtheit abgegeben, die durch die Schmach eines solchen Verdachtes und die damit verbundenen Aufregungen entstanden sei.

Präs.: Haben Sie von dieser Adresse gar keinen Gebrauch gemacht? — Angekl.: Gar keinen. — Präs.: Eine Zeugin hat ausgesagt, Graf Chorinsky habe sich wegen eines Empfehlungsschreibens an die Baronin Lebske gewendet und anfangs habe er auch ein Empfehlungsschreiben für eine Frau Berger verlangt. — Angekl.: Nachdem mein Gustav nicht allein handeln wollte, hat er sich an diese Frau gewendet. — Präs.: Auf dieses Empfehlungsschreiben ist keine Antwort gekommen; Graf Chorinsky war bei Fräulein Merio und bemerkte, daß die Dame bereits geschrieben oder gar telegraphirt habe, die Baronin Lebske sei nicht wohl. — Angekl.: Das Empfehlungsschreiben habe ich nicht abgegeben, aber in diesem Sinne habe ich dem Gustav geschrieben. — Präs.: In Mathildens Notizbuch findet man einen Brief von Agnes. — Angekl.: Durch mich nicht.

Präs.: Sie haben sich in den Besitz von bayerischem Gelde gesetzt? — Angekl.: Weil ich mir vorgenommen habe, nach München zu reisen. — Präs.: Wie viel haben Sie von Gustav erhalten? Angekl.: 200 fl. — Präs.: Wessen Eigenthum war das? — Angekl.: Mein eigenes Geld. — Präs.: Wie viel haben Sie für sich behalten? — Angekl.: 160 fl. — Präs.: Sie haben vom Grafen Chorinsky 200 fl. zum Umwechseln bekommen und 160 fl. für sich behalten. Wo ist der Rest hingekommen? — Angekl: Ich kann die Berechnung nicht mehr genau angeben. — Präs.: In Antwort 107 haben Sie gesagt, die Bay habe Ihnen 200 fl. geschickt. Diese Bay, welche Sie als eine sehr emancipirte Dame darstellen, wendete sich an Sie, um von Ihnen die Umwechslung zu erlangen. — Angekl.: Dies hat nur so lange Geltung gehabt, insolange ich die Baronin Bay vorgeschützt habe.

Präs.: Sie haben in der Antwort Nr. 109 gesagt: „Von dem ganzen Gelde habe ich nur 40 fl. zurückbehalten und diese 40 fl. sind uns gut zu statten gekommen, als wir den Rambacher nach München schickten, um über den Todesfall der Gräfin Chorinsky näheren Aufschluß zu erlangen." Später sagten Sie: „Einige Zeit vor meiner Reise gab mir Gustav 200 fl. bayerisches Geld", haben aber nicht gesagt, daß ein Theil für Horvath gehöre. In einem Briefe an Gustav heißt es: „Ich habe es unterlassen, dir kleines bayerisches Geld mitzugeben", und darauf haben Sie geantwortet in der Antwort 108, diese Stelle im Briefe deute auf einige kleine bayerische Münzen, die Sie zum Vorweisen nach Szecsen mitnehmen wollten, um sie Einem, der Münzen sammle, zu geben, derselben Person, über welche Gustav schimpft. Auch das bayerische Geld haben Sie nun. Was für eine Bewandniß hat es mit den Paßkarten? — Angekl.: Ich besaß zwei, eine für mich und eine für meine Begleiterin.

Präs.: Laut der Vormerkung im Januar wurden am 10. November 1867 Nr. 68 bei der Statthalterei zwei Paßkarten auf die Baronin Marie Bay, Himmelpfortgasse 19, und ihre Begleiterin erhoben; Himmelpfortgasse 19 wohnte aber Graf Esterhazy und derselbe sagt aus, daß er niemals Paßkarten verlangt, wohl aber Graf Heinrich Chorinsky ihn ersucht habe, wenn er gefragt werde, ob er Paßkarten verlangt habe, dies zu bejahen. — Angekl.: Ueber die Art, wie Graf Chorinsky die Paßkarten erhalten habe, kann ich keine Auskunft geben. — Präs.: Durch die Aussage des Grafen Chorinsky Vater steht fest, daß Graf Chorinsky, der Sohn, es war, welcher am 10. November im Namen der Bay zwei Paßkarten ausfertigen ließ. Was haben Sie mit diesen Karten gemacht? — Angeklagte: Eine habe ich von meiner Reise mitgebracht, die andere hatte meine Begleiterin.

Präs.: In der Antwort Nr. 107 erklärten Sie: „Baronin Bay hatte mich ersucht, ihr Pässe zu verschaffen; ich wendete mich an Gustav und er verschaffte mir zwei Pässe, eigentlich Paßkarten, — auf Bay und Horvath, für das Ausland, ich weiß nicht wohin, nicht durch wen. Diese habe ich auch der Bay gegeben." Sind diese Angaben richtig? — Angekl.: Sie sind alle unrichtig. — Präs.: Anfangs November wurde ein Stadtträger in die Krugerstraße in Ihre Wohnung gerufen und ihm aufgetragen, bei der Papierhandlung an der Ecke der Krugerstraße mit möglichster Beschleunigung einige Visitkarten machen zu lassen. Warum geschah dies? — Angekl.: Weil ich die Reise vorhatte. — Präs.: Wie kommt es, daß Sie, als Sie vernommen wurden, in der Antwort 240 aussagten: „Nein, das sei eine unwahre Sache. Vielleicht daß diese angebliche Bay es gethan habe"? Auf welchen Namen ließen Sie die Visitkarten machen? — Angekl.: Auf den Namen Marie Berger, auf welchen das Empfehlungsschreiben gerichtet war, um mich der Gräfin Chorinsky als Marie Berger vor

zustellen. — Präs.: Graf Chorinsky will nichts davon wissen, gibt aber die Möglichkeit zu, daß sie so angeschafft wurden. — Angekl.: Er hat ein schwaches Gedächtniß und hat es wahrscheinlich vergessen. — Präs.: Unter welchem Namen reisten Sie nach München? — Angekl.: Unter dem Namen Baronin Bay.

Präs.: Warum reisten Sie nicht unter Ihrem Namen? — Angekl.: Damit Gustav nichts erfahre von meiner Reise und weil eine Dame auch, insbesondere eine Stiftsdame, sich sehr auffällig macht, wenn sie allein reisen würde. — Präs.: Was war der eigentliche Zweck Ihrer Reise nach München? — Angekl.: Ich wollte meinen Gustav glücklich machen, ihn mit seiner Frau versöhnen. — Präs.: Sie behaupteten, Sie hätten Ihren Gustav für Ihr einziges Gut gehalten; Sie wären einer solchen Aufopferung fähig gewesen? Und was wäre denn der Zweck der Versöhnung gewesen? — Angeklagte: Ich wollte nur sehen, ob es auch ihre (der Gräfin) Absicht sei, sich zu versöhnen. — Präs.: Wenn sie hiezu geneigt gewesen wäre, was wäre geschehen? — Angekl.: So hätte ich meine Liebe zu Gustav „verwirkt“ und hätte ein Opfer gebracht. — Präs.: Sie sind also in dieser Absicht nach München gereist, aber nebenbei noch in einer anderen? — Angekl. senkt die Blicke zu Boden und schweigt.

Präs.: Sie sind im Besitze der Visitenkarten, Pässe, des bayerischen Geldes, einer genauen Adresse der Gräfin. Was ist nun der eigentliche Grund Ihrer Reise nach München? — Angekl. (wiederholt mit schwacher Stimme): Um zu versuchen, ob nicht eine Versöhnung möglich wäre. — Präs.: Was bewog Sie, diese Versöhnung mit solchem Nachdrucke in Szene zu setzen? — Angekl.: Ich habe dies für meine Pflicht erachtet, bevor ich eine gerichtliche Scheidung zugeben wollte, um nicht eine zu große Verantwortung auf mich zu nehmen. — Präs.: Sie, die in intimen Beziehungen zum Grafen standen? — Angekl.: Ich wollte sehen, ob es wirklich unmöglich sei, daß mein Gustav mit der Gräfin leben konnte. — Präs.: Sie hatten aber noch eine andere Absicht? — Angekl.: Ich hatte ein Rendezvous mit meiner Freundin, der Horvath, verabredet. — Präs.: Sind Sie mit der Horvath hingereist? — Angekl.: Die Horvath reiste früher ab. — Präs.: Sie haben hier über Ihre Reise ganz anders gesprochen. Sie sagten zur Elise Thurneyssen, Sie reiseten nach Szecsen wegen Ihrer Ausstaffirung? — Angekl.: Ich habe zur Thurneyssen nur deßwegen gesagt, ich gehe nach Szecsen, um mich nicht bloszustellen.

Präs.: Sie haben die verschiedensten Angaben über den Zweck der Reise gemacht. Zuerst sagten Sie: „Ich war nach Bayern dem Rufe einer Freundin gefolgt, um mir die Bahn anzuschauen und meine Zukunft zu gründen. Ich habe in dieser Beziehung gegen Gustav nicht aufrichtig gehandelt, weil ich nicht sagte, daß ich heirathen wolle. Ich konnte den Mann aus Diskretion nicht nennen.“ Sie sagten ferner, Sie seien nach München gegangen, um die Frau Gustavs kennen zu lernen. Weil es nicht gegangen wäre, die Frau unter Ihrem wahren Namen zu sehen, deßwegen sagte Gustav, er werde Ihnen ein Empfehlungsschreiben verschaffen. Was ist von allen diesen Angaben das Richtige? — Angekl.: Ich wollte die Gräfin kennen lernen. — Präs.: Bedienten Sie sich wirklich eines solchen Empfehlungsschreibens? — Angekl.: Ja. — Präs.: Auf welchen Namen? — Angekl.: Auf Marie Berger. — Präs.: Wer hat Ihnen dieses Empfehlungsschreiben besorgt? — Angekl.: Mein Gustav.

Präs.: Damit geben Sie als einzigen Grund Ihrer Reise wieder an, Sie wollten die Gräfin Mathilde kennen lernen.

Um 12 Uhr 20 Minuten war die Verhandlung bis zu diesem Punkte gediehen. Der Präsident erklärt, daß er sie nun für 10 Minuten unterbreche. — Julie v. Ebergenyi, welche ganz erschöpft ist, wird aus dem Saale geführt. — Um 3/4 1 Uhr wird die Angeklagte wieder in den Saal gebracht und die Verhandlung fortgesetzt.

Präs.: Erzählen Sie nun Ihre Reise nach München. Wann sind Sie nach München gereist? — Angekl.: Am 19. November. — Präs.: Um welche Zeit? — Angekl.: Um 1/2 4 Uhr mit der Westbahn. — Präs.: Wann kamen Sie in München an? — Angekl.: Früh gegen 1/2 7 Uhr. — Präs.: Womit beschäftigten Sie sich dort nach Ihrer Ankunft? — Angekl.: Ich schrieb an meinen Gustav einen Brief und an meine Bekannten, dann ging ich in's Theater und besah mir die Stadt; Abends nahm ich nach dem Theater einen Thee und ging zu Bette.

Präs.: Haben Sie nicht früher einen Besuch unternommen? — Angekl.: Nein. — Präs.: Sind Sie am ersten Tage zur Gräfin Chorinsky gekommen? — Angekl.: Nein. — Präs.: Ich mache Sie aufmerksam, daß dies nicht mit den Aussagen in der Voruntersuchung übereinstimmt. — Angekl.: Es kann sein, daß ich durch die vielen Fragen zu einer anderen Aussage vielleicht gedrängt wurde.

Präs.: Sie haben am Abende dieses Tages mit Herrn Umlauft das Theater besucht, einen Thee genommen, und was ist dann am Donnerstag den 21. November geschehen? — Angekl.: Gegen 11 Uhr Vormittags bin ich zur Gräfin Chorinsky gegangen. — Präs.: Was war der Grund dieses Besuches? — Angekl.: Ich ging ganz einfach hin, um ihr einen Besuch abzustatten, da ich doch früher erfahren hatte, daß sie schwer krank sei. — Präs.: Welchen Verlauf hat der Besuch gehabt? — Angekl.: Sie hat mich sehr liebenswürdig empfangen, und ich habe mich nicht gar lange bei ihr aufgehalten, bin nach Hause gegangen und habe die Horvath begegnet, dann habe ich dinirt, machte eine Promenade mit der Gräfin Mathilde und schied mit dem Wunsche, mir meinen Besuch baldigst zu erwidern.

Präs.: Was that inzwischen die Horvath, worüber verkehrten Sie mit ihr? — Angekl.: Horvath ging dann aus, einige Commissionen zu verrichten, und zwar ersuchte sie mich zuerst, zwei Fläschchen zu kaufen. — Präs.: Was für Fläschchen? — Angekl.: Um sie mit Wein anzufüllen, ohne zu bemerken, für was oder für wen dieselben gehören. Darauf ging ich in mein Gasthaus und erfüllte den Wunsch der Horvath.

Präs.: Wo haben Sie diese Fläschchen gekauft? — Angekl.: In einem Gewölbe — ich erinnere mich nicht mehr, wo — dann gaben wir uns ein Rendezvous bei einem Monumente, und dabei übergab ich ihr die gefüllten Fläschchen. — Präs.: Was war es für ein Wein, Sie müssen es doch wissen, da Sie ihn bestellt haben? — Angekl.: Ich kann mich nicht erinnern; ich verlangte bloß rothen und weißen Wein. Wir verweilten dann beisammen, bis der Kaffee eingenommen war, dann war ich bei der Gräfin zum Thee. — Präs.: Wer hat den Thee bereitet? — Angekl.: Die Gräfin Mathilde. — Präs.: Erzählen Sie weiter. — Angekl.: Das Wasser wurde hineingebracht, ich weiß nicht mehr genau, wer es brachte . . . (Pause, stockt. Allgemeine Spannung.) Die Gräfin hat mir eingeschenkt, hat sich neben mir niedergesetzt und sagte, sie wolle keinen Thee trinken, weil ihr im Theater sonst zu warm werden würde; sie erhob sich hierauf und nahm die Lampe mit der Absicht, sich zum Fortgehen herzurichten; alsdann stellte sie die Lampe auf den Kasten. Eben im Begriffe, eine Haube und einige Gegenstände, die sie mir zeigte, vom Kasten zu nehmen, sagte sie, es wäre doch die höchste Zeit, daß wir um den Wagen schicken würden, die Horvath komme wohl so nicht mehr. Auf das hin habe ich mich angetragen, die Droschke bestellen zu lassen, was sie sehr freudig annahm. Ich ging hinaus, ersuchte die Hartmann, die Droschke zu holen. Nachdem ich zurückkam und eintrat, entschuldigte sich die Gräfin Mathilde. (Pause.) — Präs.: Nun? — Angekl.: Ich kann mich nicht so genau erinnern.

In dem Augenblicke hat man geläutet, unterdessen hat sie aufgehört (sich weiter anzuziehen?), und da ist die Horvath gekommen, und zwar mit den Worten, ich möchte hinuntergehen, sie hätte mit der Gräfin Mathilde einige Worte zu sprechen, das würde nur einige Minuten dauern, ich solle warten, bis sie kommt. Ich habe den Hut genommen, bin hinausgegangen, da haben sie mir Beide eine Kerze angezündet. — Präs. (einfallend): Beide? — Angekl. (fortfahrend): Eine von ihnen; ich weiß das nicht so genau. Die Horvath hat sie mir gegeben. — Präs.: Woher hat sie diese genommen? — Angekl.: Ich weiß es nicht. Darauf bin ich hinab und unten auf und ab gegangen; nach einigen Augenblicken kommt die Horvath, in demselben Momente auch die Droschke. Ich wollte wohl früher fortgehen, aber die Horvath hat es mir strengstens verboten, weil die Gräfin Mathilde der Schlag getroffen hat. Auf das hin habe ich mir vorgenommen, hinaufzugehen; die Horvath gab dies aber nicht zu. Ich wollte also in Begleitung der Horvath fortgehen, da hat mir Letztere einige Gegenstände, die ich nicht angesehen habe, mit der Bitte übergeben, weil ihr Koffer zu klein sei, dieselben in Aufbewahrung zu nehmen, bis sie diese zu holen komme oder darum schreiben würde. Das habe ich gethan.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 118.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 28. April 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. April. [**Conflict im Reichstag.**] Der „Südd. Pr." schreibt man: In der gestrigen Reichstagssitzung stand das Gesetz über das Bundes-Schuldenwesen zur Berathung, welches in der vorigen Session wegen der daran durch den Reichstag vorgenommenen Abänderungen nicht zu Stande kam. Inzwischen waren diese, bis auf eine, in dem neuen Entwurf berücksichtigt worden, es sprach deshalb die Eröffnungsrede das Vertrauen aus, daß das hierdurch dokumentirte Entgegenkommen des Bundesrathes die entsprechende Erwiderung des Reichstages finden werde.

Dieser eine (Miquel'sche) Antrag vindizirt nämlich für den Reichstag das Recht, abgesehen von der Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers, die einzelnen Beamten der Schuldenverwaltung in gerichtlichen Anspruch nehmen zu können.

Sowohl der Anspruch an sich, welcher den Grundsatz der Haftbarkeit jedes Beamten für seine Amtshandlungen, nicht der vorgesetzten Behörde, sondern der Volksvertretung und der von dieser angerufenen richterlichen Behörde gegenüber einführt, also einen in der Verfassung ganz neuen Grundsatz, dessen Annahme die Machtsphären der Volksvertretung ebenso sehr ausdehnen, als die Exekutive schwächen würde; als auch der Umstand, daß der Anspruch an die Finanzgewalt des Reichstages geknüpft war, an die Marineanleihe, deren Effektuirung bei dem Nichtzustandekommen des Bundesschulden-Gesetzes fraglich erschien, bestimmte den Bundesrath zum entschiedenen Widerspruch. Schon in der Kommissionssitzung hatte sich Graf Bismarck in diesem Sinne ausgesprochen; ebenso gestern, aber erfolglos. Das Amendement wurde von der Majorität angenommen und in Folge dessen das Gesetz zurückgezogen. Wie Graf Bismarck in der Kommission offen erklärt hat, liegen in Folge der nicht erlangten Verständigung jetzt zwei Fälle vor: entweder wird, zum Nachtheile der Marine-Entwicklung, auf die Anleihe verzichtet, oder die Bundesregierung läßt es auf einen inneren Conflict ankommen, indem sie die Anleihe effektuirt, ohne daß das Schuldengesetz zu Stande gekommen ist, das der Reichstag zur Voraussetzung gemacht wissen will.

Die Sache erinnert an den früheren Kampf des preußischen Abgeordnetenhauses gegen die Militärorganisation, an welcher es sein Budgetrecht erproben wollte; nunist der Reichstag dabei in dem Nachtheile, daß er noch frische Erinnerungen gegen sich anführen lassen muß. Es war nicht sehr geschickt von dem Abg. Twesten, daß er selbst an diese Erinnerungen anknüpfte, um die Nothwendigkeit der Haftbarkeit der Finanzbeamten der Volksvertretung zu erweisen, und Graf Bismarck erwiderte die Hinweisung auf Ausgabe von Darlehenskassenscheinen im Juni 1866 mit folgender Reminiscenz: „Das preußische Ministerium hat, nachdem ihm von der Landesvertretung erklärt war: diesem Ministerium keinen Groschen, auch wenn der Feind vor den Thoren steht, im Interesse der Landesvertheidigung Geld sich verschafft, und auf einem vollkommen konstitutionellen Wege. Was geschehen wäre, wenn damals der Stadtrichter hinter uns saß und wir aus Furcht vor dem Stadtrichter kein Geld geschafft hätten? Was geschah, wenn wir es darauf ankommen ließen, als aus dem Finanzministerium heraus damals erklärt wurde: in 8 oder 14 Tagen würde nicht mehr das Geld vorhanden sein, um unsere Bataillone zu erhalten? Wir hätten unsere Hände in Unschuld gewaschen, auf den Stadtrichter gewiesen und unsere Gegner so lange rüsten lassen, bis es für uns zu spät war . . ." Uebrigens wurde die Debatte von oppositioneller Seite lediglich durch die Nationalliberalen geführt, aus deren Schoße auch der Antrag hervorgegangen war, und Graf Bismarck hat die Erfahrung gemacht, daß die Partei, welche sich dazu bekennt, seine deutsche Politik unterstützen zu wollen, ihm in einer Frage Widerpart hält, bei welcher es sich ebenso sehr um die Consolidirung der Bundesverfassung, welche ohne vertrauensvolles Entgegenkommen von Regierung und Volksvertretung nicht denkbar, als um die Machtstellung des Bundes handelt, dessen maritime Entwickelung gestört wird.

— [**Die Verhandlungen des Zollparlaments nach stenographischen Aufzeichnungen**] werden in der Kortkampf'schen Verlagsbuchhandlung in Berlin erscheinen. Ausgabe und Expedition erfolgen bogenweis, in der Regel 24 Stunden vor Ausgabe

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Präs.: Was waren das für Gegenstände? — **Angekl.**: Ich habe sie damals nicht angesehen. — **Präs.**: Waren es große oder kleine Gegenstände? — **Angekl.**: Es war, wie ich später gesehen habe, eine Theekanne; in München habe ich sie nicht gesehen, sie waren in Papier eingemacht. — **Präs.**: War das Paket versiegelt? **Angekl.**: Nein. — **Präs.**: Und da haben Sie das Paket doch nicht aufgemacht? — **Angekl.**: Ich wollte es nicht aufmachen, und dann wollte ich auch schnell packen und Gustav, welcher der Gräfin am nächsten stand, benachrichtigen; ich habe also die Sachen aufbewahrt, bin zu Hause gekommen und, als ich ankam, den Gustav gleich benachrichtigt, daß die Gräfin Mathilde der Schlag getroffen, worüber Gustav sehr verzweifelt war. — **Präs.**: Warum denn, er, der so oft von seiner Frau mit wahrhaft erschreckendem Hasse gesprochen. — **Angekl.**: Er war über das so desperat, daß ich gerade zu dieser Zeit, als die Gräfin der Schlag traf, wo auch die Schritte wegen der Scheidung geschehen waren, in München gewesen sei. Er meinte eben, daß da leicht ein Verdacht entstehen könnte.

Der Präsident nimmt bei dieser Gelegenheit Veranlassung, aus den in der Untersuchung gemachten Depositionen eine Reihe von Widersprüchen zu konstatiren. Die Angeklagte sucht sich immer mit ihrer Verwirrung durchzuhelfen.

Präs.: Sie selbst geben zu, sich eilig von München entfernt zu haben; dies bestätigt auch der Zeuge Herr Umlauf, der mit Ihnen auf den Bahnhof fuhr und Ihnen bis zu Ihrer Abreise Gesellschaft leistete. Sie haben dann selbst gesagt, daß Sie sich so schnell entfernt haben, weil Ihnen Gustav näher stehe, als Ihre Münchener Bekannten. Was haben Sie erfahren über die Art und Weise, wie sich die Ermordung der Gräfin Chorinsky zugetragen? Erzählen Sie. — **Angekl.**: Sie hat gesagt, daß sie es durch den Wein gethan haben. (Weint.)

Präs.: Wann haben Sie dies erfahren? — **Angekl.**: Sie hatte mir beim Herabkommen gesagt, daß sie der Schlag getroffen habe, wahrscheinlich um mich zu bewegen, die Gegenstände aufzunehmen. — **Präs.**: Hat sie nicht gesagt, mit welchem Wein? — **Angekl.**: Sie hat nichts erwähnt, wahrscheinlich mit dem rothen. — **Präs.**: Wie haben Sie den Wein gesehen, da er doch verhüllt war? — **Angekl.**: Weil ich ihn zu Hause aufmachte. — **Präs.**: War er nicht in dem Paket verhüllt? — **Angekl.**: Es waren einzelne Pakete, ein großes und ein kleines.

Präs.: Sie haben Ihre Anwesenheit auf dem Westbahnhofe angegeben, aber geleugnet, daß dies zum Behufe der Reise nach München geschehen sei. Sie sagten, die Vay habe gewünscht, Abschied zu nehmen vor ihrer Reise nach Paris. Gustav wisse das nicht. Ueber Ihren Aufenthalt in München gaben Sie uns im Laufe der Untersuchung verschiedene Aufschlüsse. Sie sagten, daß Sie entschlossen waren, mit der Horvcth und der Gräfin das Theater zu besuchen. Warum wurden nur zwei und nicht drei Billette bestellt? — **Angekl.**: Ich wußte nicht, daß die Gräfin zu mir kommen werde.

Präs.: Der Lohndiener hat die Billette in die Wohnung der Gräfin Chorinsky gebracht. Sie haben die Billette in Empfang genommen und sagten, Sie blieben ohnehin noch bis Sonntag in München. Das Stubenmädchen im Hotel „zu den vier Jahreszeiten" sagte aus, daß Sie am zweiten Tage um 10 Uhr aufgestanden seien. Ihre Zerstreuung fiel ihr auf. Sie waren angekleidet, aber nicht gewaschen, während die Ringe im Zimmer umherlagen und Alles sich in Unordnung befand. Sie mußte Sie förmlich aus dem Träumen erwecken. — **Angekl.**: Ich war gerade aufgestanden. Es war natürlich, wenn ich bei Tag und Nacht mit der Eisenbahn reiste, daß eine Ermüdung

der amtlichen stenographischen Berichte und gleichzeitig mit den Zeitungen. Jedem Bande wird ein ausführliches Inhaltsverzeichniß beigegeben. Es liegt auf der Hand, daß die Berathungen des Zollparlaments überall mit größter Aufmerksamkeit verfolgt werden. Daher wird diese Ausgabe der Verhandlungen, welche, wie sie im Prospekt verspricht, streng objektiv gehalten, alle wichtigen Reden der Minister, der Mitglieder des Zollbundesrathes, der bedeutenden Parteiführer, kurz alle diejenigen Reden, in denen Prinzipienfragen behandelt werden, ausführlich, die übrigen Reden, und die, reine Formalien betreffenden Verhandlungen aber in gedrängter Kürze bringt, und so ein treues und übersichtliches Bild von dauerndem Werth über die Thätigkeit des Zollparlaments liefert, in den weitesten Kreisen Aufnahme finden. Es wird dies um so mehr der Fall sein, als die amtlichen stenographischen Berichte für den Fachpolitiker zwar werthvoll, für den Kaufmann, den Fabrikanten, den Beamten, kurz für die große Zahl der durch die Beschlüsse des Zollparlaments unmittelbar Interessirten zu viel für sie werthloses Material enthalten. Die Zeitungen liefern dagegen die Verhandlungen theils nicht ausführlich genug, theils, wie dies natürlich, spiegelt sich in der Wiedergabe der Berichte der Parteistandpunkt der betreffenden Zeitungen ab.

Kassel, 26. April. [Die Freilassung Traberts] bestätigt sich. So schreibt das „Frkf. Journ.“: Soeben geht uns aus Kassel die hocherfreuliche Nachricht zu, daß Adam Trabert am heutigen Vormittag der seit anderthalb Monaten entbehrten Freiheit wiedergegeben ist — wohl ein unzweideutiges Anzeichen, daß es mit dem ihn bedrohenden Hochverrathsprozeß ein Ende hat, da seine Freilassung gegen die angebotene Kaution seitens der preußischen Behörden erst vor Kurzem abgelehnt worden ist. Wir dürfen uns somit wohl der begründeten Hoffnung hingeben, daß die Bestrebungen jener Denunciantenclique, die in der Presse und, wie zu vermuthen steht, auch im Geheimen so emsig an dem Verdächtigungssysteme zu seinem Sturze gearbeitet, ein schmähliches Fiasko gemacht haben. Am 13. März war Traberts Verhaftung erfolgt. Die Frage, wer dem schuldlos mit einer der schwersten Anklagen bedrohten und wochenlang seiner persönlichen Freiheit beraubten Ehrenmann, der heute dem Kreise seiner Familie und seiner Mitbürger zurückgegeben ist, diesen Verlust an freien Tagen, diesen Verlust an Arbeitskraft und die dadurch bedingten materiellen Einbußen' zurückerstatten soll, ist eine müßige innerhalb der Kompetenz unserer heutigen Gesetzgebung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. April. [Konkordatliche Streiflichter.] Warum kommt Ronge nach Wien? Das Organ des Konkordatsministers Leo Thun beantwortet diese Frage folgendermaßen: „Der Geist der neuen Aera zieht den Johannes Ronge an; er verspürt sein eigen Fleisch und Blut, er erkennt seine Kinder und will sie segnen.“ Dabei tröstet sich das ultramontane Blatt über den bevorstehenden Abfall von der römischen Kirche mit der geistlichen Betrachtung: „Wozu sollen wir uns noch länger mit Katholiken herumschleppen, die innerlich keine Katholiken mehr, die nicht einmal Christen sind und vielfach tief unter dem sittlichen und religiösen Niveau achtungswerther Türken und Heiden stehen.“ Noch spaßhafter ist die Mittheilung eines offiziösen Blattes, welches dem frommen Unterstaatssekretär v. Meysenbug die Mission zuschreibt, den heiligen Vater von der Nothwendigkeit zeitgemäßer Concessionen zu überzeugen, weil sonst „der deutschkatholische Missionär Ronge Boden gewinnen werde“.

Die „Sparsamkeit“ des Fürst-Erzbischofs von Wien wird durch eine Thatsache, welche demnächst im Abgeordnetenhause zur Sprache kommen wird, charakterisirt. In der benachbarten Gemeinde Gersthof besteht eine Stiftung für Pfarre und Schule, für welche die Zinsen eines Kapitals von 80,000 fl. verwendet werden sollen. Das fürsterzbischöfliche Consistorium bezieht aus dieser Stiftung jährlich 100 fl., unter der ausdrücklichen Bedingung, daß es den Vollzug sorgfältig überwache. Trotzdem wird die Pfarre in Gersthof seit Jahren „vacant“ erhalten; die beständige Ausrede des hochwürdigsten Kardinals Rauscher lautet: Es fehlt an Geistlichen. Die Stiftungszinsen werden unterdessen zu anderen Zwecken verwendet. Die Gemeinde petitionirt nun beim Abgeordnetenhause um Abstellung dieses Unfugs.

Ueber die Haltung des Hrn. v. Beust in der Konkordatsfrage sagt die neueste Nummer des erzbischöflichen „Moniteurs“: „Das Spiel ist klar. In Wien soll renommirt werden mit größter Geringschätzung der Rechte und Ansprüche des heiligen Stuhls, um den liberalen Mob zu befriedigen; nach Rom dagegen schreibt Hr. v. Beust Depeschen, die von Ehrfurcht für die Kirche und den heiligen Vater erfüllt sind.“ — In der Konferenz der Bischöfe zu Kremsier ist auch über die Stellung des Bisthums Breslau in Bezug auf die Frage der Lostrennung seiner österreichischen Bestandtheile berathen worden. Es soll auf die Vereinigung der Glatzer Enclaven der Erzdiözesen von Prag mit dem Bisthum Breslau hingewiesen worden sein.

---

eintreten mußte. Das kann bei jedem Menschen vorkommen. — **Präs.**: Nach 7 Uhr sind Sie aufgeregt zurückgekommen. Sie sagten selbst: „Ich habe mir die Lunge abgelaufen, habe ein Telegramm von meinem Manne bekommen u. s. w.“ — **Angekl.**: Daß ich erschöpft gewesen, ist wahr, aber auch ganz natürlich.

Präs.: Ein Kellner erzählte, Sie hätten ihm Auftrag auf Wein gegeben. Ein anderer Kellner hat diesen Wein und dazu vier Weingläser gebracht. Gegen 6 Uhr haben Sie ihn wieder empfangen, er hat Sie ganz allein getroffen. Neben dem Weine standen zwei Fläschchen, eines mit weißem, eines mit rothem Wein gefüllt. (Präsident zeigt die Flaschen vor.) Diese waren ganz gefüllt. Sie haben ihn ersucht, dieselben zuzupfropfen (und er erkennt noch heute die von ihm gebrauchten Pfropfe); später kam er wieder in Ihr Zimmer, als Sie ganz erschöpft zurückgekehrt waren. Da glaubt er wahrgenommen zu haben, daß vom Fläschchen ein halber Zoll gefehlt habe. Wie viel hat davon gefehlt? — **Angekl.** gibt, nachdem ihr das Fläschchen hingehalten wird, an, wie viel ungefähr vom Wein gefehlt habe. — **Präs.**: Das wäre mehr als ein halber Zoll. War es bis zum Pfropfe gefüllt, bevor Sie es der Horvath gaben? — **Angekl.**: Ja, die Flaschen waren beide voll.

Präs.: Sie gaben an, daß Sie vermuthen, die Horvath habe mit dem Weine etwas gemacht? (Es wird das hierauf bezügliche Verhör aus der Untersuchung verlesen und constatirt, daß die Angeklagte damals angab, sie habe vermuthet, die Horvath habe mit dem Weine Böses angerichtet.) Hieran knüpft der Präsident die Frage: Was berechtigte Sie zu dieser Vermuthung? — **Angekl.**: Das auffällige Benehmen der Viki (Viktoria Horvath). — **Präs.**: Sie sind bei der Zahlung Ihrer Rechnung sehr verstört gewesen, haben gefragt, ob Sie noch zurecht zum Wiener Zuge kommen, haben im Zimmer die Dienstleute beschenkt und unten wieder denselben Personen Trinkgeld gegeben. — **Angekl.**: Ich habe mir die Dienerschaft nicht so genau angesehen. — **Präs.**: Auch der Hausknecht Bauer sagt, Sie hätten ihm das Trinkgeld in's Gesicht gestreut? — **Angekl.**: Das wird wohl etwas übertrieben sein.

Präs.: Dem Hotelbesitzer war es auch auffallend, wie aufgeregt Sie waren; Sie haben sich auch ins Fremdenbuch eintragen lassen, unter welchem Namen? — **Angekl.**: Marie Bay. — **Präs.**: Sie haben, als Ihnen der Ausschnitt aus dem Fremdenbuche gezeigt wurde, gesagt, es ist eine Infamie von der Bay, daß sie meine Schrift nachgemacht hat. — **Angekl.**: Jedenfalls konnte ich diese gerechte Entrüstung äußern. — **Präs.**: Von München aus haben Sie an den Grafen Chorinsky zwei Briefe geschrieben, und zwar unter der Adresse des Th. Rambacher und nicht unter der Adresse des Grafen selbst? — **Angekl.**: Das Alles sind Thatsachen, die mir nur deßhalb zugemuthet werden, um den Verdacht gegen mich zu bestärken; allein ich finde darin keinen auffallenden Moment. — **Präs.**: Was Ihre Zusammenkunft mit der Gräfin Chorinsky anbelangt, so sagt die Frau Hartmann, daß sie eine vornehme Dame bei sich gesehen, welche ihr erzählte, daß sie die Gräfin Chorinsky besuchen wolle, da sie gehört, daß selbe an der Auszehrung leide? — **Angekl.**: Das ist ein vollkommenes Mißverständniß; ich hätte ja keinen Grund, zu leugnen.

Präs.: Die Hartmann erzählt ferner: Die Dame aus Wien kam um halb 7 Uhr Abends, ließ die Zimmerthür offen und wollte mich immer verhindern, ins Zimmer hineinblicken zu können. — **Angekl.**: Daß bei einem solchen Verdacht die Dinge übertrieben werden, läßt sich leicht denken. — **Präs.**: Die Droschke wurde von Frau Hartmann geholt, wie lange sind Sie vor dem Hausthore geblieben? — **Angekl.**: Ich kann das nicht genau angeben. — **Präs.**: Sie müssen demnach die Hartmann getroffen haben? — **Angekl.**: Ich bin zwei Häuser hinuntergegangen und habe Niemanden gesehen. — **Präs.**: Die Droschke war schon bei der Stiege, als die Hartmann kam? — **Angekl.**: Ich habe sie nicht gesehen. — **Präs.**: Die Frau Hartmann erklärt, daß am Mittwoch schon die fremde Dame aus Wien bei ihr war, erzählte, sie sei der Gräfin Chorinsky so gut empfohlen, sei auch in derselben Lage, und der Mann derselben habe ihr ihren Schmuck versetzt? — **Angekl.**: Was die Hartmann sagt, das kann ich nicht würdigen. — **Präs.**: Die Gräfin hat ein Soupé hergerichtet, man hat sie einen gläsernen Krug mit Wasser tragen gesehen. Sie waren demnach während der Zeit allein im Zimmer der Gräfin Chorinsky? — **Angekl.**: Das ist richtig, deßhalb kann aber doch kein Verdacht auf mir ruhen.

Amtliche Nachrichten.

München, 25. April. Se. Maj. der König hat dem bisherigen Landgerichtsdiener Fr. Dittenhöfer zu Kronach die Gefängnißwärterstelle am Bezirksgerichte Kronach in widerruflicher Weise, seinem Ansuchen gemäß, übertragen; an das Landg. Kronach den Gerichtsdiener A. Rapp von Oettingen in bisheriger widerruflicher Eigenschaft, auf Ansuchen versetzt, und die Gerichtsdienersstelle am Landg. Oettingen dem Gerichtsdienersgehilfen am Landg. Augsburg, J. Merz, auf Ruf und Widerruf verliehen; den Vorstand des k. Post- und Bahnamts Hof, Postrath Fr. J. Heunisch, seiner Bitte entsprechend, unter Anerkennung seiner vieljährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung in den wohlverdienten Ruhestand treten lassen.

Se. Maj. der König hat den Direktor des Bezirksg. Memmingen, W. v. Langen, wegen Krankheit, seinem Ansuchen entsprechend, unter Anerkennung seiner treuen und eifrigen Dienstleistung für immer in den Ruhestand treten lassen; auf dessen Stelle den Rath dieses Bezirksgerichts, R. Lämminger, befördert, und demselben zugleich die Stelle des Vorstandes des Handelsgerichts Memmingen übertragen; den Rath am Bezirksg. Kempten, Kl. Schieder, seinem Ansuchen entsprechend, in gl. Eigenschaft an das Bezirksg. Memmingen versetzt; zum Rath am Bezirksg. Kempten den 2. Staatsanwalt am Bezirksg. Donauwörth, A. Edelmann, und an dessen Stelle den Assessor des Stadtg. Augsburg, K. Schmid, befördert; dann zum Assessor am Stadtg. Augsburg den Bezirksg.-Accessisten und dermaligen Vertreter der Staatsanwaltschaft am Stadt- und Landg. Kempten, C. Röhrle, ernannt.

Se. Maj. der König hat dem Major J. Graf v. Joner-Tettenweiß vom Inf.-Leib-Reg. für das Komthurkreuz 2. Klasse des k. sächs. Albrechtsordens, und dem Unterkanonier Ph. Hager vom 3. reit. Art.-Reg. für die im kais. mexikanischen Kriegsdienste verliehen erhaltene bronzene Militär-Verdienst-Medaille die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen ertheilt; den Bataillonsarzt Dr. E. Dirnf vom 4. Art.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; das Dienstestauschgesuch der Hauptleute Fr. Roth vom 7. Inf.-Reg. und E. Frhrn. v. Reitzenstein vom 13. Inf.-Reg. genehmigt; die Unterlieutenants H. Heigl vom Inf.-Leib-Reg., G. Koch vom 10. Inf.-Reg., A. Kümmet vom 13. Inf.-Reg. und O. Kitzinger vom 4. Jäg.-Bat. auf Nachsuchen, dann den Unterlieutenant A. Buchner vom 15. Inf.-Reg. aus dienstlichen und disziplinären Rücksichten von der Charge enthoben; dem Rittmeister H. Scheffer vom 1. Kür.-Reg. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des kais. österr. Ordens der eisernen Krone 3. Kl. ertheilt; die Hauptleute M. Plötz vom 9. J.-R. auf ½ Jahr und H. v. Reichmann vom 4. Inf.-Reg. bleibend in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant J. Steinweg vom 10. Inf.-Reg., dann die Unterlieutenants K. Schink vom 9. Inf.-Reg. und E. Greck vom 12. Inf.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben.

— Laut allerh. Signat vom 14. d. hat § 10 der organischen Bestimmungen für Offiziers-Aspiranten auch auf die aus der k. Pagerie in die Armee übertretenden Edelknaben Anwendung zu finden. — An Stelle der bisherigen großen Feldkessel für je 10 Mann der Infanterie und Jäger sollen von nun an kleinere Kessel mit Haken für je einen Mann eingeführt, dagegen die bisherigen blechenen Feld-Menagegeschirre als nicht mehr nothwendig abgeschafft, und deßhalb das bisherige Proprietätsgeld der genannten Waffengattungen von 2 fl. auf 1 fl. 30 kr. gemindert werden.

Frankfurter Börse (20. bis 25. April.)

	20.	25.		20.	25.
5% Oestr. National	53 B	53¼ B	3½% Badische Obl.	82 B	81¾ B
5% do. Metal. (1859)	62⅝	62⅝	4% Darmstädt. do.	89⅞ B	89⅞ B
do. (steuerfr.)	49⅝	49⅞	4½% Nassauer do.	94⅞ B	94½ B
5% do. Lose (1860)	70	70⅞	4% do. do.	85⅝ B	86 B
— do. do. (1864)	84½	86¼ B	3½% do. do.	81½ B	81⅝
Oestr. Kreditl. (58)	131	132¼ B	4% Kurhess. do.	86½ B	89¼ B
5% Bayer. Obligat.	101⅜ B	101⅝ B	3½% Frankf. do.	81 B	81¾
4½% do. do.	93¾ B	93	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88 B	88 B	6% Amerik. (1882)	75½ B	75¾
4% do. 100Thl.-L.	98½ B	99¼ B	Oestr. Kredit. . .	187	188½
4½% Würtemb. Obl.	93¼ B	93	Oestr. Nat.-Bank	705	705
3½% do. do.	82⅞ B	82	Frankfurter do.	123¾	125¼ B
4½% Badische do.	93⅞	93½ B	Bexbacher E.-B.	149¼ B	—
4% do. do.	86⅝	87¼ B	Bayer. Ostbahnen	121	122½ B

25. April. Die erste Hälfte der abgelaufenen Woche zeichnete sich durch grosse Stille und Geschäftslosigkeit aus, bis in den letzten Tagen bessere Kurse aus Berlin und Wien, im Verein mit den Entwaffnungsnachrichten, in das Geschäft eine festere Tendenz brachten. Oesterr. Fonds, Anfangs sehr vernachlässigt und matter, erholten sich wieder auf die Schlusskurse der Vorwoche; einen regeren Umsatz lässt jedoch die fortdauernde Unsicherheit über die finanzielle Reorganisation nicht aufkommen. Wie es den Anschein hat, wird man dieselbe von neuem ad calendas graecas verschieben; die Brestl'schen Vorschläge werden im Reichsrath schwerlich Annahme finden. Damit bessert man aber nichts und der arme Staatsgläubiger wird in schwebender Pein gelassen, um früher oder später noch schwerere Opfer zu bringen, als ihm jetzt zugemuthet werden. Denn trotz aller Deklamationen und Verwahrungen gegen einen Staatsbankerott wird eine definitive Regelung der Finanzen des Kaiserstaats ohne Verkürzung der Staatsgläubiger kaum zu Stande zu bringen sein.

Süddeutsche Fonds bei stillem Geschäft ziemlich stationär; 4½pCt. Badische aber eine Kleinigkeit niedriger, weil man neue Konkurrenz fürchtet; dagegen wurden 3½ pCt. Frankfurter mit ⅝ pCt. besser bezahlt auf die Nachricht hin, dass die k. Regierung die Zinszahlung für das Anlehen bei der Bank übernommen habe. Von Looseffekten war einiger Umsatz in den kleinen billigen Sorten. — Unter den auswärtigen Effekten wäre einmal der neuen 5pCt. Russen zu gedenken, wofür in letzter Zeit sich mehrfache Nachfrage kund gab; man zahlte dafür 82⅝; 5pCt. Pfandbriefe des Russischen Bodenkreditvereins 78⅝ und Schuja-Iwanovo-Prioritäten 75; 4½pCt. Schweden in Thlr. bedangen 84¼; Eidgenössische behaupten ihren hohen Stand von 1¼ pCt. über Pari und auch 4½pCt. Berner sind zu 95 vom Mutterlande gesucht. — Amerikaner wurden zu Anfang der Woche recht lebhaft gehandelt und schienen unter Einfluss der hohen Kabelkurse ins Steigen kommen zu wollen, allein vorgestern, wo der Telegraph wieder Rück-

---

Präs.: Die Zeugin hat Sie mit aller Bestimmtheit erkannt, und behauptet noch, Sie hätten da mit der Gräfin Chorinsky gesprochen. — Angekl.: Das war Donnerstag Früh, da hat mir die Gräfin ihre Verhältnisse erzählt. Dadurch kam ich zur Hoffnung, daß sie mir die Documente zur Scheidung herausgeben werde. — Präs.: Was sollten das für Documente sein? — Angekl.: Soweit verstehe ich die Sache nicht; aber ich glaube, die Zustimmung, daß sie sich von Gustav gerichtlich scheiden lassen will. — Präs.: Sie haben mit der Gräfin über Photographien und über Rom gesprochen? — Angekl. Ja. — Präs.: Ein Zeuge hörte, wie plötzlich die Thür zugeschlagen wurde und seitdem trat Stille ein. — Angekl.: Ich weiß von einem Thürzuschlagen gar nichts.

Präs.: Welchen Grund können Sie darüber angeben, daß Sie von Gustav so barsch empfangen wurden? — Angekl.: Er war fast verzweifelt, daß ich gerade zu dieser Zeit in München gewesen. — Präs.: Man hat im Nachttopf Thee gefunden. Man hat selbst im Glaskruge das Wasser so trübe gefunden, daß es nicht unwahrscheinlich scheint, daß dort Thee-Abguß hineingekommen ist. Daß die Thee-Kanne aus der Wohnung entfernt wurde, deutet darauf hin, daß etwas mit derselben vorgenommen worden sei. — Angekl. gibt eine unverständliche Antwort.

Präs.: Sie sind Freitag Mittags hier angekommen, haben gleich um den Grafen geschickt, und Abends ist Theodor Rambacher zu Ihnen gekommen. Erinnern Sie sich dessen? — Angekl.: Gustav ist mir damals, wahrscheinlich in Folge seiner Aufregung, unfreundlicher begegnet, als ich es von ihm gewohnt war. Da habe ich ihm gesagt, weil ich die Horvath schonen wollte: Lass' mich in Ruh', ich hab's gethan.

Präs.: Aber warum haben Sie auch dem Gustav gegenüber dies gethan? — Angekl.: Weil ich, wenn ich Jemanden schonen will, dies nicht nur der Oeffentlichkeit gegenüber, sondern auch gegen einzelne Personen thun will. — Präs. erzählt, daß alsdann Rambacher nochmals geholt und gefragt worden sei, ob er gleich nach München reisen könne. Wir wollen heirathen, sagten damals Sie und der Graf und wollen daher wissen, ob eine Person in München noch lebe oder nicht, die Baronin Ledske heißt. — Präs.: Weßhalb gerade zu jener Zeit? — Angekl.: Das wollte ich nur deßwegen, weil mein Gustav (die Angeklagte bedient sich immer dieses Ausdruckes und spricht überhaupt stets mit großer Liebe und Achtung vom Grafen Gustav Chorinsky) so verzweifelt darüber war, daß ich gerade zur Zeit des Todes der Gräfin in München war, und ich wollte ihn beruhigen. — Präs.: Darum handelte es sich wohl nicht; wir wollen heirathen, sagten Sie und der Graf Gustav. — Angekl.: Das hat der Gustav deßwegen gesagt, weil wir heirathen wollten, wenn die Gräfin Mathilde wirklich todt sei, wie die Horvath sagte. Ich wollte Gustav beruhigen, und zwischen uns war nie von im-Wege-sein und dergleichen die Rede, und darum war zwischen mir und meinem Gustav eine solche Achtung, weil er sich stets auf die edelste und charaktervollste Weise benommen hat. (Bewegung.)

Präsident konstatirt nun eine Reihe von Widersprüchen hinsichtlich der Zeit, des Ortes und der Motive des zweiten Zusammentreffens des Grafen Gustav und der Angeklagten mit Rambacher, die von der Angeklagten theils mit der Aufregung, in der sie bei ihren Aussagen sich befunden, und theils damit, daß sie die Horvath schonen wollte, erklärt werden. Auf die Bemerkung, warum wohl Graf Chorinsky gerade durch diesen Punkt (Absendung des Rambacher nach München) bei seiner Vernehmung ganz außer Fassung gekommen sei und denselben auf das entschiedenste leugne, erwiderte die Angeklagte — die indessen sich ruhiger und gefaßter zeigt — daß dieser Umstand gerade die Diskretion mit Rücksicht ihres Gustav beweise.

Präs.: Was hat Sie bewogen, die aus München gebrachten Gegenstände zu verpacken? — Angekl.: Weil die Horvath mich ersucht hat, die Gegenstände aufzubewahren. — Präs.: Was waren dies für Gegenstände? — Angekl.: Es waren Briefe meines Gustav. Ich habe diese in ein Paket gebunden. — Präs.: In diesem Pakete war auch ein Fläschchen enthalten mit 4 Loth Cyankali. Ist dies das Fläschchen? Was war noch in diesem Pakete? — Angekl.: Ich weiß es nicht.

Präs.: Es sind einzelne kleine unechte Schmuckgegenstände. Sehen Sie sie an, sind es dieselben (die Gegenstände der Angeklagten vorhaltend)? — Angekl.: Ich glaube. — Präs.: Die Zeugen konstatiren, daß die Gräfin im Besitze dieser Gegenstände war, daß

gang meldete, kehrte die alte Stagnation zurück und sie schliessen $75\frac{1}{4}$. Ein Rückblick bis Anfang des laufenden Jahres zeigt uns ihren höchsten Kurs am 4. Januar mit $77\frac{1}{4}$; Tags darauf verloren sie den 77er, und am 20. Februar kam auch der 76er abhanden; seitdem bewegten sie sich zwischen 75 und 76 und vorübergehend fielen sie an einigen Tagen (30. und 31. März) selbst unter 75.

Oesterr. Kredit, im Anfang der Woche matt und bis $186\frac{1}{2}$ gedrückt, gewannen von der eingetretenen besseren Stimmung und gingen bis 189; auch Darmstädter schliessen mit einer Avance von $1\frac{1}{2}$ fl. zu 222. Von Zettelbanken Frankfurter um $1\frac{1}{2}$ pCt. bis 125 gestiegen. Oesterr. Nationalbank um fl. 6 schlechter zu 706.

In österr. Staatsbahnaktien hatte die Haussespekulation wieder die Oberhand, was vielfache Deckungskäufe der Coulisse veranlasste; der Kurs hob sich um fl. 3 auf $259\frac{1}{2}$, um heute um fl. 1 niedriger zu schliessen. Eine allzu hohe Superdividende steht, da die Unternehmung sehr bedeutende Ausgaben für Neubauten zu bestreiten hat, nicht mehr zu erwarten. Bayer. Ostbahnen beliebt und über 122 bezahlt. In den neuen Oberhessischen E.-B.-Aktien entwickelte sich in den letzten Tagen lebhaftes Geschäft mit steigender Tendenz; sie blieben heute gesucht zu $64\frac{3}{4}$. In Prioritäten beschränkter Verkehr zu wenig veränderten Kursen; 5pCt. hessische Ludwigsbahn wurden vielseitig vom Markte genommen.

Diskonto im Privatverkehr noch 2 pCt. jedoch mit mehr Bedarf. Auch der Ausweis der Frankfurter Bank vom 20. April zeigte gegen denjenigen vom 10. eine in nicht geringem Masse weiter gesteigerte Geldnachfrage. Wechsel ohne redenswerthe Veränderung, doch erhält sich zumal Paris auf anhaltender Festigkeit (95), auch Amsterdam war in Posten zu $100\frac{1}{2}$ gesucht. (Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$58\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	$47\frac{7}{8}$ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{8}$ P. 93 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93—$92\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$87\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$87\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{1}{4}$ P. 88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$98\frac{1}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	89 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	88 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{5}{8}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ G.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{3}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100fr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{4}$ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	$76\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$189\frac{1}{2}$—90 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	91 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223\frac{1}{2}$P. $22\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264—$\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$31\frac{1}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$85\frac{5}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$195\frac{3}{4}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$72\frac{3}{4}$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	248 G.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$122\frac{5}{8}$ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$64\frac{3}{4}$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$133\frac{1}{4}$ P.
" do. v. 1864	87 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{3}{4}$ G.
" fl. 25 do.	$38\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{3}{4}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{1}{4}$P. 102 G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{4}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 27. April. Die Woche eröffnet in fester Haltung für österreichische Effekten. Staatsbahnaktien bewegen sich auf Wiener Course in steigender Richtung und ziehen die anderen Spekulationspapiere wenigstens in soweit mit, daß für dieselben eine günstige Tendenz, wenn auch ohne wesentliche Courserhöhung, herrschte. Oesterreichische Anlagepapiere waren ebenfalls theilweise höher. 1882er Bonds unverändert, eher etwas matter. Süddeutsche sehr still. Die Emission der neuen Serie Rudolfsbahnaktien im Betrage von 14 Millionen findet am 4., 5. und 6 ds. Mts. in Wien und hier statt. (Synd.)

Sie sich damals noch in ihrer Wohnung befanden, daß Sie damals aus der Wohnung weggegangen sind. Waren diese auch im Pakete? — Angekl.: Ich weiß es gerade nicht; jedenfalls werden es dieselben sein; ich kann nicht wissen, wie sie hineingekommen sind.

Präs.: Was hat sich noch weiter darin befunden? — Angekl.: Ich habe es nicht angesehen. — Präs.: Ein Paket Briefe, alle von den Angehörigen der Gräfin Chorinsky, von der Schwiegermutter, dem Schwiegervater, der Schwägerin an die Gräfin Mathilde gerichtet. Diese Briefe sind auch damals aus dem Kasten der Gräfin Chorinsky weggekommen. Dann war noch ein anderes kleines Paket? — Angekl.: Meine Briefe — Präs.: Was hat Sie bewogen, diese Briefe in dasselbe Paket einzubinden? — Angekl.: Weil mir mein Gustav schon einigemal gedroht, sie mir wegzunehmen und ich dachte, wenn ich schon das Paket übergebe, so werde es gut sein, daß ich dieselben auch hineinbinde.

Präs.: Das Mädchen Elise Kubesch sagt aus, daß Sie am 24. November sie fragten, ob sie eine verläßliche Schwester habe, der sie das Päckchen geben könne, mit dem Auftrage, es genau und sorgfältig aufzubewahren und es Niemandem zu geben, bis sie nicht schicke. Das Päckchen war gesiegelt und sie behauptet, daß sie erst dann die Theekanne hereingebracht haben, was Sie auch bestätigen, und sie mußte in der Tasche diese Gegenstände wegtragen, damit sie Niemand sehe. — Angekl. (verdutzt): Ja, aber ohne Nebenabsicht. — Präs.: Auch hier muß ich Ihnen Ihre Verantwortung entgegenhalten, Sie hätten diese Gegenstände zur Aufbewahrung gegeben, weil Sie nach Hause reisten. — Angekl.: Ich habe eine indiskrete Freundin, eine gewisse Thurneyssen (?), die Alles durchsuchte, wenn ich nicht da war, und deßhalb habe ich dies auch bei den übrigen Reisen so gehalten. — Präs.: Sie haben Samstag den Theekessel vom Stubenmädchen auswaschen lassen, wozu das, wenn ihn die Horvath wirklich erst in München gekauft hatte? — Angekl.: Eben deßwegen.

Präs.: Man hat die Wohnung der Gräfin versperrt gefunden; es ist constatirt, daß sie einen Wohnungsschlüssel besaß, dieser wurde nicht innerhalb des Zimmers gefunden, er wurde daher gewiß von Außen abgezogen. Was wissen Sie von diesem Schlüssel? — Angekl.: Ich weiß nichts Anderes davon, als daß mir über diese Thürsperre die Horvath keine Erwähnung gemacht, daß sie mir einen Schlüssel gegeben hat mit der Bedingung, ihn in die Donau zu werfen; erst durch meine Zellengenossin, Drechsler, habe ich davon erfahren. — Präs.: Es ist auffallend, daß die Horvath Ihnen nicht nur alle Gegenstände übergeben, sondern auch aufgetragen hat, den Schlüssel in die Donau zu werfen, die Isar war ja doch viel näher? — Angekl.: Warum sie es gethan, das kann ich nicht verantworten.

Präs.: Als man Ihnen die Schlüssel vorwies, sind Sie heftig erschrocken und erklärten, keinen zu erkennen. — Angekl.: Daß ich erschrocken bin, rührt daher, weil ich an Alles eher dachte, als an einen Mord. — Präs.: Das wäre kein Grund zum Erschrecken gewesen. — Angekl.: Für mich ja.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 119.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 29. April 1868.

Die Zukunft der bisherigen Landwehr und das Militärbudget in der Kammer.

München, 28. April.

In der gestrigen 97. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten verlas v. Steinsdorf in Betreff des in Aussicht gestellten Gesetzes über die Bürgerwehr eine Interpellation, der wir Folgendes entnehmen: Durch Art. 95 des Wehrverfassungsgesetzes hat die bisherige Landwehr mit 1. Jänner 1869 außer Wirksamkeit zu treten; sie soll jedoch bis dahin und auch später da, wo es nothwendig ist, als Bürgerwehr fortbestehen. Es kann aber nicht verhehlt werden, daß sich die bisherige Landwehr bis zum Erscheinen des in Aussicht gestellten Gesetzes über die künftige Bürgerwehr in einem Uebergangszustande befindet, der den Organismus und die Disziplin derselben zu lockern im Stande ist. Es bedarf keines besonderen Sachverständnisses, um zu erkennen, daß der ganze Zustand für die Gegenwart nachtheilig, für längere Zeit unhaltbar ist, daß es aber ebenso schwer halten möchte, eine neue Organisation ins Leben zu rufen, wenn die dermalige in sich zerfallen sein würde. Es ist darum ein dringendes Bedürfniß, daß die in Aussicht gestellte Gesetzesvorlage über die Bürgerwehr möglichst bald an den Landtag gebracht werde. Interpellant bringt dann in Erinnerung, daß die Landwehr bei verschiedenen Ereignissen schon ihre Pflicht erfolgreich, ehrenvoll und mit großer Aufopferung erfüllt hat, betont die Wichtigkeit des Fortbestandes der vorhandenen bürgerlichen Wehranstalt, insbesondere gegenüber dem Gesetz über Ersatz des bei Aufläufen veranlaßten Schadens und stellt schließlich die Anfrage an die Staatsregierung: „Gedenkt dieselbe den Entwurf eines Gesetzes über die künftige Bürgerwehr bei dem gegenwärtigen Landtage und zwar so rechtzeitig einzubringen, daß dessen Wirksamkeit bis zum 1. Januar 1869 entgegengesehen werden kann?"

Der k. Staatsminister des Innern, Herr v. Hörmann, antwortete: „Auf die Interpellation des Herrn Abg. v. Steinsdorf und Genossen habe ich die Ehre, sofort Folgendes zu erklären: Die Ausarbeitung des Entwurfes des in Art. 95 des Gesetzes über die Wehrverfassung vom 30. Januar d. J. vorbehaltenen Gesetzes über die Bürgerwehr hat sich durch die eingetretene Erledigung der Stelle eines Staatsministers des Innern und durch die dem Staatsministerium in Folge der Versammlung der Kammern des Landtages verursachte Geschäftsmehrung verzögert. Dieselbe wird aber nunmehr ohne Säumen in Angriff genommen werden, und die Staatsregierung gibt sich der gegründeten Hoffnung hin, den bezüglichen Gesetzentwurf den Kammern des Landtages so rechtzeitig vorlegen zu können, daß die Möglichkeit gegeben ist, das neugebildete Institut der Bürgerwehr mit dem 1. Jan. 1869 in Wirksamkeit treten zu lassen. Die Staatsregierung erinnert sich mit vollster Anerkennung der großen und pflichtgetreuen Dienste, welche die Landwehr älterer Formation seither mit sehr vereinzelten Ausnahmen stets aufs Bereitwilligste für Erhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung geleistet hat; sie würde auch vor Allem bedauern müssen, wenn dieses Institut das Ende seiner Tage erreichen würde, ohne sofort durch die neugebildete Bürgerwehr ersetzt zu werden. Die k. Staatsregierung wird deßhalb auch die Landwehr älterer Formation, so lange sie noch gesetzlich zum Fortbestande berufen ist, in der für ihre Zwecke erforderlichen Organisation und Disziplin nach den durch die seitherigen Gesetze und Verordnungen gegebenen Vorschriften, wenn auch mit Gewährung der durch das Wehrverfassungsgesetz gebotenen Erleichterungen, zu erhalten bestrebt sein, dieselbe gibt sich aber zugleich mit Zuversicht der Erwartung hin, daß die Landwehr, treu ihrer Vergangenheit, auch während der jetzt eingetretenen Uebergangszeit der ihr obliegenden Aufgabe zu genügen, und die in der Interpellation befürchtete Zersetzung ihres wirksamen Bestandes mit eigenen Kräften ferne zu halten suchen werde."

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Präs.: Es ist auffallend, daß Sie früher vollkommen geschwiegen haben, plötzlich jedoch ohne Aufforderung angaben: „Ich habe zu erklären, daß mir die Horvath mit den übrigen Sachen auch einen Schlüssel übergeben hat, den ich in die Donau werfen soll." — Angekl.: Das ist mir nicht erinnerlich. — Präs.: Sie sagten, „als ich mit dem Gustav spazieren ging, habe ich den Schlüssel in die Donau geworfen", und als man Sie fragte, ob Sie dem Gustav das mittheilten, sagten Sie wieder, „dem Gustav habe ich keinesfalls die Wahrheit gesagt." — Angekl.: So bestättige ich jetzt die Wahrheit, daß ich ihm nichts davon mitgetheilt habe.

Präs.: Was hat es mit der Uhr, die Sie trugen, für eine Bewandniß? — Angekl.: Gustav hat sie mir auf die Reise mitgegeben und am Wege ist der Bügel zufällig abgebrochen. Donnerstag habe ich sie der Horvath geliehen. — Präs.: Haben Sie ihr auch die Kette geliehen. — Angekl.: Die Uhr sammt der Kette. — Präs.: War die Uhr an der Kette? — Angekl.: Nein!

Präs.: Welchen Sinn hat nun die Kette gehabt? — Angeklagte: Sie wurde als Zier.. gebraucht, sie hält auf solche Dinge. — Präs.: Hat sie Ihnen die Kette zurückgegeben? — Angekl.: Jedenfalls. — Präs.: Man hat den Uhrbügel in Ihrem Portemonaie gefunden, und als der Untersuchungsrichter Sie fragte, wieso der Bügel abgebrochen wurde, sagten Sie, die Horvath muß ihn abgebrochen haben. — Angekl.: Auf der Reise war er halb und halb abgebrochen, ob sie ihn also gänzlich abgebrochen oder ich, weiß ich nicht genau.

Präs.: Es heißt in Ihrer Antwort in der Untersuchung: Ich will nicht abstreiten, daß das Abbrechen des Bügels in der Wohnung der Gräfin Chorinsky geschehen sei. — Angekl.: Mir ist gesagt worden, daß es dort geschehen. Ich kann es nicht mit vollkommener Bestimmtheit behaupten. — Präs.: Es liegt ein Siegelring vor. Das Datum „17. Juni 1860" ist eingravirt, es ist das Hochzeitsjahr des Grafen Chorinsky. Ist Ihnen darüber etwas bekannt? — Angekl. (den Ring besichtigend): Ich habe diesen Ring von der Horvath bekommen. — Präs.: Es entsteht demnach die Vermuthung, daß dieser Ring der Gräfin Chorinsky abgenommen wurde, nachdem sie mit dem Tode ausgerungen hatte. — Angekl.: Das soll die Horvath verantworten. — Präs.: Was ist denn von der Bay? — Angekl.: Es ist sehr vieles Wahre daran. — Präs.: Von der Bay, sagten Sie später, ist nichts wahr; ich habe sie nur zweimal gesehen, sie hat sich mir gegenüber als Baronin Bay ausgegeben.

Nachdem der Präsident zahlreiche Widersprüche constatirt, geht derselbe noch daran, festzustellen, daß die Angeklagte die Angaben, die sie über eine gewisse Bay gemacht, später widerrufen habe und geht die einzelnen Angaben über diese Baronin Bay durch. Bei mehreren Anfragen wälzt sie die Angaben über die Bay auf die Horvath über.

In seinem Verhöre über die Horvath constatirt Präsident, daß sowohl die zwei Dienstmädchen Marie Hampf und Marie Scholz, als die Zimmerfrau der Ebergenyi in der Krugerstraße, Frau v. Rumburg, nie eine Horvath gesehen oder von ihr gehört haben wollen, was die Angeklagte dahin erklärt, daß wahrscheinlich eine Verwechslung, ähnlich der, die Gustav irregeführt hatte, stattfand.

Präs. gibt bekannt, daß Graf Chorinsky aus seinem Gefängniß ein Schreiben an die Adresse der Angeklagten auf Schleichwegen gelangen lassen wollte, in welchem er sie aufforderte, zu sagen, daß die Horvath Alles gethan habe. Dieser Brief lautet:

Liebster Onkel Gusti! (Hollau, Onkel der Julie Ebergenyi)

Ich beschwöre dich bei Allem, was dir heilig ist, wenn du mich je lieb hattest, wenn du je meine arme Julesi gern hattest, die ich „so

Hieran reihte sich die Berathung über das **Militärbudget** für die IX. Finanzperiode. Referent **Langguth**, welcher die allgemeine Debatte einleitete, bemerkte, daß das Militärbudget deßhalb in höherem Ansatz eingebracht wurde, weil das Kriegsministerium mehrfache neue Einrichtungen zu treffen hat, die durch die neue Heeresorganisation nothwendig geworden sind. Der Ausschuß habe mehrere Abstriche vorgenommen, wo er glaubte, sie vornehmen zu können, ohne daß der Zweck darunter leidet. Insbesondere habe der Ausschuß geglaubt, daß die zwei Armeekorpskommando's in Friedenszeiten nicht nothwendig seien, und daß statt vier nur zwei neue Jägerbataillone errichtet werden sollen. **Stenglein**: Es mache einen eigenthümlichen Eindruck, wenn man gewissermaßen vor dem Abschluß der Budgetberathungen steht und im Ausschußprotokoll die Erklärung des Herrn Kriegsministers liest, daß er gegenüber dem vom Ausschuß vorgeschlagenen Abstrich von 825,000 fl. die Summe von 550,000 fl. als jene Grenze bezeichnen müsse, bei welcher mit einer nicht wünschenswerthen Beschränkung des Zweckes die Aufgabe des Kriegsministeriums erfüllt werden kann. Dem gegenüber gäbe es drei Wege, die die Kammer gehen könne: entweder die geforderten Summen zu bewilligen, oder den Ausschußanträgen zuzustimmen, oder in eine genaue Detailberathung einzugehen. Den ersten Weg werde die Kammer nicht gehen wollen, denn den vom Ministerium geforderten Summen sei als Maßstab zu Grunde gelegt worden, daß der Mann jährlich 295 Thaler kostet. Wenn man berücksichtige, daß der Werth eines Guldens in Süddeutschland dem Werthe eines Thalers in Norddeutschland fast gleich kommt, so thue Bayern verhältnißmäßig für das Militär nicht viel weniger als Preußen, allein **eine Anstrengung der Kräfte, wie sie in Preußen geschieht, gehe bei uns nicht.** Was sei die Aufgabe Bayerns in Folge des Schutz- und Trutzbündnisses? Wir werden für die Vertheidigung Deutschlands das leisten, was unsere Pflicht gebietet, aber den Militarismus, wie er in Preußen bis zum Gipfel ausgebildet ist, brauchen wir nicht ebenso auszubilden. Durch die vom Ausschuß vorgeschlagenen Abstriche soll die Schlagfertigkeit der Armee nicht in Frage gestellt werden; die Kammer habe dieß auch früher nicht gethan, was die für das Militär schon bewilligten Summen beweisen. Nachdem von einer Detailberathung ein erheblicher Vortheil nicht vorauszusehen ist, zumal die Kammer durch das Zollparlament decimirt ist, ersuchte Redner die Kammer, sich nicht in eine detaillirte Debatte zu verlieren, sondern den Antrag des Ausschusses anzunehmen und damit die langen Debatten über das Budget abzuschließen.

Dr. M. **Barth**: Durch die Ereignisse des Jahres 1866 ist Bayern veranlaßt worden, sein Wehrsystem zu ändern. Er (Redner) und seine Freunde seien bereit, die Opfer zu bringen, welche das neue System finanziell auferlegt. Der Ausschuß habe das rechte Maß gehalten; er habe bewilligt, was nöthig ist, damit Bayern das leisten kann, was wir leisten sollen, habe aber auch die Steuerkraft geschont. Die Linke geht mit dem Ausschuß um so lieber, da sie weiß, daß trotz der erhöhten Ausgaben für das Militär keine Steuer-Erhöhung nothwendig geworden ist. Diese Thatsache sei um so erfreulicher, als das Nichtbedürfniß einer Steuererhöhung nach einem Krieg und nach einer bedeutenden Vermehrung unserer Staatsschuld ein Beweis von der Kraft und den gesunden Verhältnissen des Staates ist. Was nun die Differenz zwischen dem Kriegsministerium und dem Ausschuß betrifft, so hätte die Kammer in einer langen Session bewiesen, daß die große Majorität dieses Hauses mit dem Ministerium einig ist und einig bleiben will; durch diese Eintracht sei dem Lande eine neue innere Organisation verliehen worden, lassen Sie uns bei der heutigen wichtigen Debatte nicht vergessen, daß wir hier berufen sind, zu beweisen, daß diejenige Eintracht zwischen den gesetzgebenden Faktoren auch ferner fortbesteht, die zur gedeihlichen Entwicklung des Staates nothwendig ist. Es handle sich um eine Differenz von 250,000 fl., der Weisheit des Herrn Kriegsministers werde es leicht gelingen, bei einem Budget von 14 Millionen den Betrag von 250,000 fl. zu ersparen. Soviel sei diese Summe für die Regierung jedenfalls nicht werth, als die Eintracht zwischen ihr und der Kammer.

Dr. **Ruland**: Heute beginne in Berlin das Zollparlament und wir hier stünden heute zum ersten Male auf preußischem Fuße. Die Worte Bismarcks hätten sich also bewährt, wenn er sagte: „Die wirthschaftliche Gemeinschaft geht mit der Waffengemeinschaft Hand in Hand." Er (Redner) habe sich früher entschieden gegen das Wehrgesetz ausgesprochen, weil er fühlte, daß es dem Lande Lasten auferlegt, die es nicht ertragen kann. Allein nur 15 Männer hätten dagegen gestimmt, und heute nun habe man die Consequenzen des neuen Wehrgesetzes zu ertragen. Der Ausschuß habe nur bescheiden gestrichen gegenüber dem außerordentlichen Militärbudget, welches noch über 3 Millionen fordert, und was habe der Herr Kriegsminister erklärt? Der Kriegsminister sei hier in seinem vollen Rechte; man habe den Vorder- und den Nachsatz angenommen, die Conclusion müsse folgen. Die Folge der Schutz- und Trutzbündnisse sei die Theorie, welche Preußen stets verfolgt hat und stets verfolgen wird und welche der Prinzregent 1858 klar ausgesprochen hat. . . . Die wohlfeile Heeresorganisation, für die wir so lange gekämpft, müsse in Folge des Schutz- und Trutzbündnisses aufgegeben werden, Bayern müsse seine Kraft nur für Preußen in die Wagschale legen! Wer werde uns denn angreifen? Oesterreich greife uns sicher nicht an! Ist es Frankreich, das uns angreifen wird? Nein, wenn nicht Süddeutschland in den Nordbund einzutreten gezwungen wird. Die neue Organi-

---

namenlos liebe, lasse diese Zeilen auch der Agathe lesen, und sage ihr, was ich leide — ich hier gefangen, und noch dazu muß ich mein rasend geliebtes Julcserl in Wien so elend wissen; weßhalb? weil wir uns so liebten, weil uns ein Freund, der uns versprach, daß er uns die Papiere verschaffen werde und uns die Heirath ermöglichen wolle, ein Freund, den ihr auch kennt, sitzen ließ. Bei mir fand man die Photographien der armen Julcsi, bei ihr fand man meine Briefe, die Julcsi trotz meiner Bitten nicht verbrannte, sondern ihrem Stubenmädchen gab, welche Cans sie dann hergab. Julie gestand einmal, daß sie hier war, doch sie hatte kein Gift bei sich; ich weiß auch, sie hatte keines, sie wollte blos die Papiere haben, und da gab ihr eine gewisse Horvath, die gewiß auch in München war, Opiumpulver, und diese Horvath hat vielleicht Alles gethan, denn Julcsi glaubte noch, sie lebe; deßhalb haben wir ja den Rambacher nach München geschickt; so soll Julesi sagen, oder wenn es nicht möglich ist, ihr das beizubringen, so soll Agathe mit Edelsheim oder mit ihrem Vater zum Kaiser gehen, sie sollen meinen Vater auch bitten, ich schreibe ihm auch dasselbe, du sollst den alten Eb., Stephi auch auffordern, daß ihr zum Kaiser geht, daß diese Sache, dieser Prozeß vom Kaiser aufgehoben wird. Wenn nicht anders, so gehe ich mit ihr nach Amerika oder Australien, um bei ihr zu sein; ach so rasend haben wir uns lieb; sie soll sagen, daß die Horvath, die mit der Vay in München und Pesth war, wahrscheinlich dies that.

Angekl., welche während der Verlesung des Briefes die Augen gesenkt und mit Thränen befeuchtet hatte, erwiderte darauf, sie könne über dies Schreiben des Grafen Chorinsky keine Auskunft geben, sie sei gewiß, daß ihr Gustav, den sie wirklich verehre und vergöttere, ihr eine solche That nicht zumuthen werde.

Es werden Aktenstücke verlesen, die darthun, daß sich die Angeklagte um ein falsches Alibi beworben habe; es wird konstatirt, daß wiederholte Versuche angestrengt wurden, die Behörden irrezuführen, daß die Schwester der Angeklagten, Agathe Ebergenyi, Anstalten machte, in die Wohnung der Verhafteten zu gelangen, weiter sich angestrengt hatte, durch verschiedene Personen, selbst mit Verleitung der Wache, der Julie die Anweisung zukommen zu lassen, sie möge die Affaire auf ein amerikanisches Duell zurückführen.

Aus diesen Aktenstücken heben wir nachstehenden Brief der Schwester der Ebergenyi hervor. Derselbe lautet:

Hier schicke ich dir 200 fl., aber von den Meinen, weil, kennend den Stephi, daß er nicht gerne das Geld ziserlweise hergibt, ich ihn gar nicht darum ersuchte, und nachdem ich wußte, daß ich dieses Geld dieser Tage bekommen würde, weil ich damit meine Schuld abtragen wollte, so prolongire ich lieber meine Schuld, erweise dir dadurch eine Gefälligkeit und zahle dann später meine Schuld zurück, wenn du es mir zurück wirst geben können. Soeben erhielt ich deinen Brief; ich zittere ganz, liebes Kind. Sinne etwas Anderes schnell aus, denn das kann unmöglich geschehen. Würde ich der Möglichkeit deiner gestellten Bitte nur mit Einem Worte erwähnen, es wäre um dich geschehen fürs Leben. Um Gotteswillen, baue nur nicht in dem an hier Unmöglichen — also sinne etwas Anderes aus. Es ist das bei mir gewiß nicht Ungefälligkeit — du kennst mich so weit — aber das ist einmal unmöglich. Ich kann nicht einmal veranlassen, das von dir angegebene Schicksal zu haben — das ist nämlich die letzte Bitte, die du an mich selbst, in deinem letzten Briefe — indeß ich diesem schon dasselbe Schicksal angedeihen ließ — mehr kann ich unmöglich thun — schreibe mir um Gotteswillen schnell wieder — du wirst das, wie ich handle, zwar nicht gutheißen, ich kann dir aber nicht helfen — du beurtheilst nie die Menschen, wessen sie fähig sind und wessen nicht, und denkst in deiner Leidenschaftlichkeit nie an so etwas, und die Menschen richten sich nie nach Einem, sondern das muß man selbst thun. Gott stehe euch und uns bei; ich küsse euch indessen.

Sollte aber doch diese Gefahr unvermeidlich sein, solltest du dich schon auf hier berufen haben, so schreibe mir umgehend; ich will das zu thun versuchen, obgleich ich bestimmt weiß, daß es erstens

satien sei nur für Preußens Größe und Macht da, Redner aber will unserem Lande die Kräfte erhalten; sein Grundsatz sei die bayerische Verfassung, der er stets treu bleiben werde."

Föckerer glaubt nicht, daß unsere Anstrengungen für Preußens Macht gemacht werden. Was in dieser Beziehung geschieht, geschehe nur im Interesse der Einigung Deutschlands. Denn nur in der Einigung Gesammtdeutschlands, in einem innigen Anschlusse Bayerns an Preußen liege Bayerns Glück und Zukunft. Im neuen Wehrgesetz erblickt Redner nur Recht und Gerechtigkeit gegen alle Landesangehörige ohne Rücksicht auf den Stand und das Vermögen.

Kriegsminister Frhr. v. Pranckh: Bei der Aufstellung des Budgets sei er von 2 Gesichtspunkten ausgegangen; einmal habe er es für seine unabweisbare Pflicht erachtet, diejenigen Mittel zu fordern, welche nothwendig sind, um die Armee zu jenem Grade der Ausbildung zu bringen, daß sie in Ehren bestehen kann. Der 2. Gesichtspunkt sei der gewesen, daß er in der Erinnerung an die großen Opfer, welche das Land in der jüngsten Zeit zu bringen hatte, seine Forderungen so niedrig als möglich gestellt habe. Dennoch habe der Ausschuß einen Abstrich von mehr als 800,000 fl. beschlossen. Er habe schon im Ausschusse erklärt, daß er mit dem Abstriche nicht einverstanden sein könne. Gleichwohl habe er sich herbeigelassen, zu erklären, daß er auf einen Abstrich von 550,000 fl. im äußersten Falle eingehen wolle. Jeder Kreuzer, der über diesen Abstrich geht, müßte an der Infanterie gespart werden, allein die Infanterie sei die erste Waffe, der Kern des Heeres; jede Verkümmerung dieser Waffe räche sich am ganzen Heere. Dieser Erwägung möge die Kammer Rücksicht zuwenden, denn auf Kosten der Infanterie könne er keine Ersparung eintreten lassen.

Nachdem Redner noch die Nothwendigkeit der beiden Armeekorpskommandos in Friedenszeiten betont und das Institut der Hartschiere vertheidigt hatte, wurde zur Spezialdiskussion übergegangen und fast ohne Debatte das ganze Militärbudget nach den Ausschußanträgen angenommen. Deßgleichen der Antrag, Landau als offene Stadt zu erklären und die Festungsservituten aufzuheben.

Süddeutschland.

Großh. Baden. [Zur Erzbischofswahl.] Man erwartet mit Sicherheit, daß das Freiburger Domkapitel den Bischof v. Ketteler in Mainz für den erledigten Erzbischofsstuhl in Vorschlag bringen werde. Die Form wird diejenige der sogenannten „Postulation" sein. („Bitte" um eine Person, die nach der Strenge nicht eigentlich „gewählt" werden kann, z. B., weil sie schon ein Bisthum bekleidet, das sie nicht ohne Entbindung durch den Papst aufgeben kann u. dgl.) Die badische Regierung hat übrigens in den letzten Tagen in so fern einen Schritt in der Sache gethan, als in ihrem Auftrage Hr. Hofgerichts-Präsident Prestinari in Konstanz, früher Präsident des kath. Ober-Kirchenrathes und dem Kapitel keine persona ingrata, mit diesem wegen der Aufstellung der Kandidatenliste Rücksprache zu nehmen hatte.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. April. [Ueber die Schulbildung] der in das Landheer und die Marine in dem Ersatzjahre 1866—67 eingestellten Mannschaften hat das Unterrichtsministerium eine Nachweisung aufstellen lassen, woraus sich ein Fortschritt gegen die Ergebnisse der früheren Ermittlungen erkennen läßt. In das Landheer wurden während des obenerwähnten Zeitraums überhaupt 99,716 junge Männer eingestellt. Davon waren 89,431 mit Schulbildung in der deutschen Sprache, 6485 mit Schulbildung nur in ihrer Muttersprache (Polnisch, Wendisch, Wallonisch u. s. w.) und 3800 oder $3_{,81}$ pCt. ohne Schulbildung. Nach den Provinzen geordnet hatte Betreffs der Leute ohne Schulbildung Posen das ungünstigste Verhältniß, nämlich $13_{,80}$ pCt., es folgen: Preußen mit $12_{,28}$, Schlesien mit $3_{,42}$, Hannover mit $2_{,28}$, Schleswig-Holstein mit $2_{,21}$, Lauenburg mit $1_{,90}$, Westphalen mit $1_{,63}$ Pommern mit $1_{,19}$, Brandenburg mit $0_{,81}$, Rheinprovinz $0_{,68}$, Hessen $0_{,58}$, Nassau und Frankfurt a/M. $0_{,33}$, endlich die Provinz Sachsen mit $0_{,17}$, welche letztere also das beste Resultat liefert, da hier der große Durchschnitt noch günstiger als in Berlin ist, wo sich das Verhältniß auf $0_{,22}$ stellt. In der Rheinprovinz sind ohne Schulbildung gewesen: Regierungsbezirk Koblenz $0_{,31}$, Düsseldorf $0_{,61}$, Köln $0_{,76}$, Trier $1_{,13}$, Aachen $0_{,71}$. In Hohenzollern hatten dagegen alle 337 Ausgehobenen Schulbildung. Für die Marine wurden 1144 gebraucht, wovon 1106 in der deutschen Sprache, 19 nur in ihrer Muttersprache Schulbildung hatten und 19, also $1_{,66}$ pCt., ohne Schulbildung waren. Hier hatte Preußen das ungünstigste Verhältniß, nämlich $4_{,76}$ pCt., Posen $3_{,15}$, Pommern $1_{,22}$, Hannover $1_{,64}$. In den übrigen Provinzen kamen keine ohne alle Schulbildung vor.

Ausland.

Italien. Turin, 24. April. [Die kirchliche Trauung des Prinzen Humbert mit der Prinzessin Margaretha] hat gestern mit aller Pracht stattgefunden, die übrigens in dem savoyischen Hause gebräuchlich ist. Der Erzbischof von Turin hat eine Rede gehalten, die von den Gefühlen der Ergebenheit und Achtung für die Dynastie erfüllt war. Indessen hielten zwei andere Prälaten, der Erzbischof von Udine und der Bischof von Savona, den Baldachin über das Haupt der jungen Gatten, und sie haben auch ein

---

umsonst sein wird, und dann ist's um deine Existenz hier geschehen. Also ich beschwöre dich, auf die Hiesigen berufe dich nie, verlasse dich nicht auf sie, es ist in dieser Hinsicht nutzlos — sage also lieber etwas Anderes aus. Wenn's nur um Gotteswillen nicht schon geschehen ist! Also nur etwas Anderes — Anderes — was ist es denn mit Louis?

Ferner den Inhalt eines Blattes, welches Samuel Kränzlein, Waarendiener, mit der Angabe, daß er dasselbe beim Revidiren der Wagen des am 26. Januar Morgens von Pesth hier angelangten Personenzuges in einem Coupé zweiter Classe zwischen den Wagen-Polstern gefunden habe, abgab; lautend: „Geben Sie alle Umstände so an, wie sie waren; nur behaupten Sie, daß der Tod der Gräfin durch ein auf Gift verabredetes Duell erfolgte, daß Sie durch Ziehen der Sacktuchspitzen, an deren einer ein Knopf war, das Loos entschieden, und daß die Gräfin den Knopf zog. Dieses Geständniß ist erst dann zu machen, wenn bei der Zusammentreffung in vierzehn Tagen bis drei Wochen Sie durch das Schnurrbartdrehen eines auf dem Gange oder auf der Stiege stehenden Herrn die Nachricht erhalten, daß Chorinsky ebenfalls derart verständigt wurde."

Angekl.: Davon weiß ich nichts, daß ist aus den Zeitungen.

Der Präsident hält der Angeklagten vor, daß sie bemüht gewesen, sich unkenntlich zu machen, und so oft Confrontationen stattfinden sollten, Mandeln, die sie bei sich trug, brannte, um sich damit die Augenbrauen zu färben.

Präs.: Sie behaupten, es gebe eine Viktoria Horvath, doch weder die Wiener Polizeibehörde noch zwei Comitate waren im Stande, irgend etwas über diese angebliche Horvath zu erforschen. Wie sieht sie denn aus, beschreiben Sie mir sie. — Die Angeklagte beschreibt die Horvath als eine kleine starke Person. — Präs.: Graf Chorinsky, der anfangs von einer Horvath gar nichts wissen wollte, erinnert sich endlich an dieselbe und beschreibt sie als eine große starke Person, wie stimmt das? — Angekl.: Mein Gustav wird sich geirrt und die Horvath mit einer Rütterstein verwechselt haben. — Präs.: Wie kommt das, anfangs stürzen Sie sich in so viele Verlegenheiten, um die Horvath zu schonen, plötzlich sind Sie wuthentbrannt über dieselbe, sagen, wenn ich nur frei wäre, die müßte ich bald haben u. s. w.? — Angekl.: Mein Gewissen ist rein, ich habe aus Schonung für meinen Gustav Alles gethan, um ihn nicht in Verlegenheiten zubringen, weil er der Horvath einen Paß besorgt hatte. Gewiß, gewiß, ich würde mir Mühe geben, die Horvath, die mich in ein solches Unglück gestürzt hat, zu erforschen. — Präs.: Sie berufen sich wohl darauf, daß die Horvath den Mord begangen hat, doch liegt ein von Ihnen im Beisein von Zeugen abgegebenes Verhör vor, in welchem Sie die That als durch Sie begangen selbst eingestehen. Sie sagten damals:

„Ich habe soeben im Nebenzimmer mein Herz dadurch erleichtert, daß ich eingestand, von einem Photographen unbemerkt Cyankali genommen und solches der Gräfin Chorinsky unbemerkt in den Thee gethan zu haben, wobei wir auf unser gegenseitiges Wohl getrunken haben. Ich war allein bei der Gräfin, ich hatte sie früher schon gekannt, aber nur par renommé, persönlich nicht; ich bin zum erstenmale zu ihr gekommen, da ich draußen zufällig erfuhr, wo sie wohnt. Ich verbrachte den Mittwoch von 4—7 Uhr Nachmittags beim Goûter und beim Thee, ich habe mich ihr unter meinem eigenen Namen als Durchreisende vorgestellt und ihr den Besuch mit dem Vorgeben abgestattet, mich von ihrer Liebenswürdigkeit zu überzeugen, und auf Ehre, daß dies nicht so ist. Ich bin in dem Hotel „zu den vier Jahreszeiten" unter dem Namen Bay abgestiegen, habe mich im 2. Stocke einlogirt und erst in München zufällig die Wohnung der Gräfin Chorinsky, in der Amalienstraße Nr. 11 und 12 im 4. Stock, erfahren. Den Namen der Frau, bei der sie wohnt, weiß ich nicht. Ich hatte ursprünglich die Absicht, mich 1—2 Tage in München aufzuhalten und dann nach Paris zu reisen. Ich habe mit der Gräfin selbst ausgemacht, mit ihr in ein Theater zu gehen; wir haben uns durch den

Abend dem großen Diner beigewohnt, das im königlichen Palaste stattfand. Nach Beendigung des Diners begab sich die königliche Familie mit allen Eingeladenen in das große Theater, wo die Neuvermählten den Anwesenden vom Könige vorgestellt wurden. Man klatschte mit den Händen und rief: „Vivano gli sposi!" Heute hat nun das vielbesprochene Turnier stattgefunden. Die jungen Gatten wurden hier so zu sagen zum ersten Male dem großen Publikum vorgestellt, das sie noch nie zusammen gesehen hatte. Das Turnier ist übrigens sehr glänzend ausgefallen. Die Ritter, die in demselben erschienen, gehören alle den ersten Familien des Landes an, hatten sich sehr glänzend costumirt sahen und recht gut aus. Sie waren nach der reichen Mode Heinrich's III. von Frankreich gekleidet. Natürlich wurden sie mit lautem Beifall empfangen. Die königliche Loge war ganz gefüllt; der König hatte zu seiner Rechten die Königin von Portugal in goldgelbem Kleide; zu seiner Linken die Prinzessin Margarethe in rosafarbener Robe. Der Prinz Napoleon, die Prinzessin Clotilde und der preußische Kronprinz waren im ersten Range. Der preußische Thronfolger wurde ganz besonders warm mit lautem Beifalle begrüßt, die hier anwesenden Franzosen gestehen selbst ein, daß er der Löwe dieser Festlichkeiten sei. Der Prinz Napoleon hat häufige Unterredungen mit den wichtigsten Staatsmännern Italiens, besonders mit dem General Menabrea.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. I. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 5/8 P. 5/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 3/8—1/4 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 1/2 P. 50 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/2 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 5/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/8 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93—92 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 5/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 7/8 P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	83 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 P. 83 1/2 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	—
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	81 5/8 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 1/2 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	77 3/4 P.
"	6pCt. ditto v. 1882	75 1/2—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	703 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 3/4 P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 1/2 P. 22 7/8 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	265—1/2 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	—
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	85 3/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/2 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51 3/4 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 1/4 P. 3/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	122 1/2 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 1/2 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	84 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/2—3/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	182 1/4 G.
" do. v. 1864	87 1/2 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 1/2 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/4 P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 3/4 G.
" fl. 25 do.	38 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	—
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 3/4 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 1/2 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P. 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95—94 7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/4—1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/4 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 28. April. Obwohl die Course wenig verändert waren, herrschte doch im Ganzen — besonders in der zweiten Börsenhälfte — eine weniger animirte Stimmung, als gestern, wo man sich in Erwartung einer weiteren Hausse in Wien etwas zu weit vorgewagt hatte. Auch das Geschäft war mit Ausnahme von Staatsbahn nicht so rege, als gestern. Auf Amerikaner machte die bessere Geld- und Werthsnotirung nur einen geringen Eindruck. Süddeutsche sehr still. Die neuen Rudolphsbahnaktien, welche am 4. Mai auch hier zur Auflage kommen, werden schon jetzt in Wien mit 1 1/2 fl. Agio bezahlt. (Synd.)

Hausknecht eines Hotels Karten bringen lassen. Als ich fortging, lag die Gräfin bereits zwischen dem Canapé und dem Tische auf dem Boden.

Meines Wissens war die Quartierfrau zu Hause und die Tochter derselben hat ein Kleid fortgetragen.

Ob das Gift gleich gewirkt hat, weiß ich nicht, die Gräfin ist wohl am Boden gelegen, ob sie aber bei meinem Fortgehen schon ganz todt war, weiß ich nicht.

Ich sage es aufrichtig, ich war es nicht; aber schreiben Sie nur, daß ich es war, ich stürze mich in mein Unglück, es war Jemand von München, der die Idee gehabt hat, es zu thun; daß ich in München war, gestehe ich zu; aber gehen wir lieber ins Landgericht hinaus, ich gehe zu Grunde, denn ich kann die Person nicht nennen.

Julie Ebergenyi.

Angekl.: Ich habe, durch die Versprechungen der Herren von der Polizei verleitet, ein Geständniß abgelegt in der Ueberzeugung, daß es sich so aufklären muß, daß ich unschuldig bin und weil mir die Herren gesagt haben, daß ich so meinem Gustav am besten helfe. — Präs.: Sie haben mit solcher Genauigkeit damals sogar die Stelle beschrieben, wo die Gräfin liegen blieb, was Sie später von der Horvath nicht mehr erzählen lassen konnten. — Angekl.: Das wußte ich Alles von der Horvath.

Präs.: Auch später einmal sagten Sie in der Untersuchung: „Ich habe dem Gustav gesagt, daß ich es selbst gethan, und daß sie schwer gestorben sei" — Angekl.: Meine Liebe zu ihm verleitete mich, ihn aus Eifersucht auf einen Irrthum zu bringen.

Der Präsident bemerkt, die Liebe Juliens mag keine solche gewesen sein, die zur Eifersucht berechtigt, und fährt fort: Graf Chorinsky stellt in Abrede, von Ihnen erfahren zu haben, daß die Gräfin todt sei, und auf wiederholte Vorhalte sagt er fest und steif, das sei unwahr. — Angekl.: Das thut mein Gustav aus Schonung für mich. — Präs.: Graf Chorinsky hat aus dem Arreste an seine zweite Geliebte, Marie Hallowitz, geschrieben und gebeten, sie möge ihm verzeihen, daß er dies gethan habe. — Angekl.: (in großer Aufregung): Ich glaube nicht, daß er mir das angethan hat. — Präs.: Sie werden Gelegenheit haben, den Brief zu hören.

Der Präsident verliest der Reihe nach einen Theil der einschlägigen Briefe, welche Heiterkeit und Widerwillen hervorrufen.

Präs.: In diesen Briefen ist davon die Rede, Sie mögen vorsichtig sein, die Pulver nicht verwechseln. Was sind das für Pulver? — Angekl.: Das sind Doverische Pulver. (Heiterkeit.)

Präs.: Was wäre da für eine Verwechslung zu befürchten? — Angekl. stottert einige unzusammenhängende Worte. — Präs.: In einem der Briefe wird auch gesagt, Sie mögen nicht selbst dabei bleiben bei der That; was soll damit gemeint sein? — Angekl.: Das bezieht sich auf die Documente.

Der Präsident constatirt noch aus dem Verhörsprotokolle eine Reihe von Widersprüchen, und nachdem es bereits 3/4 4 Uhr geworden war und das Verhör mit der Angeklagten beendet ist, vertagt er auf Antrag des Staatsanwaltes die Fortsetzung derselben auf morgen 9 Uhr Vormittags.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 120. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 30. April 1868.

Das Budget für 1868/69 in der Reichsrathskammer.

München, 29. April.

In der gestrigen 45. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe erstattete v. Niethammer Namens des 2. Ausschusses Bericht über das Budget für die Jahre 1868 und 1869. Derselbe macht vorerst auf die beiden Punkte aufmerksam, durch welche sich das vorliegende Budget von den früheren unterscheidet. Früher waren die Staatseinnahmen als Netto-Beträge aufgeführt, diesmal erscheinen sie in ihrem Brutto-Ertrage. Ferner bilden die Ausgaben der sogenannten Staatsanstalten sowie die Zuschüsse an die Kreisfonds und der Aufwand des Landbauetats nicht mehr gesonderte Hauptetats. Auch sind die Bedürfnisse für die Gensdarmerie vom Kriegsbudget auf den Etat des Ministeriums des Innern überwiesen. Die Hoffnung', daß in Folge von zweijährigen Finanzperioden die Budgetberathung kürzere Zeit in Anspruch nehmen werde, habe sich nicht erfüllt. Es ließe sich indessen nicht verkennen, daß gerade die Berathung des gegenwärtigen Budgets seine besonderen Schwierigkeiten gehabt habe, da zwei Gesetzentwürfe vor Feststellung des Budgets zu erledigen waren, das Wehrgesetz und das Malzaufschlagsgesetz. Die Staatsbedürfnisse seien durch das unglückliche Jahr 1866 bedeutend gestiegen. Eine Staatsschuld von 60 Millionen mußte contrahirt werden, außerdem sind mehrere Einnahmepositionen wesentlich gekürzt worden. Redner bedauert, daß das Staatsministerium der Finanzen das Fehlende durch eine so große Erhöhung der direkten Steuern ergänzen zu müssen glaubte. In Folge dieser gesteigerten Forderung war es begreiflich, daß die Vertreter des Landes sich alle Mühe gegeben haben, nicht blos die Einnahmspositionen höher zu stellen, sondern leider auch Abstriche an den nöthigsten Staatsbedürfnissen vorzunehmen. Die Erhöhung der Grundsteuer um 50 pCt. wäre bei den gegenwärtigen Verhältnissen der Landwirthschaft eine große Calamität gewesen. Dieselbe sei glücklich beseitigt, indem von Steuererhöhung überhaupt nicht mehr die Rede ist. Referent gibt sich der Hoffnung hin, daß künftig die Feststellung des Budgets in der bestimmten Zeit seinen Abschluß erreichen kann. Es dürften bei der Anfertigung des Budgets blos die Mehr- und Minderausgaben im Vergleich mit dem genehmigten Budget der Vorperiode klar dargestellt werden. Hiedurch würde den Kammern des Landtags ihre Aufgabe wesentlich erleichtert. Es brauche bei der Budgetberathung nicht immer wieder auf alle Einzelnheiten des Staatsbedürfnisses eingegangen zu werden. Redner weist auf das Beispiel Englands hin. Das Budget dieses großen Reiches werde in kurzer Zeit erledigt, ohne daß das Parlament sich in seinem Bewilligungsrecht verkürzt hält, wenn es nicht auf alle Einzelheiten eingeht. Die Staatsregierung habe ein Beamtengehalts-Regulativ vorgelegt. Die Abgeordnetenkammer bewilligte die zu diesem Zwecke beantragte Erhöhung der Staatsausgaben um 522,022 fl. nicht, sondern hat diese Summe auf 221,698 fl. als Theuerungszulage reducirt. Der Ansicht der Abgeordnetenkammer, daß in der Verminderung der Zahl der Beamten das Mittel gefunden werden müsse, die Gehalte zu erhöhen, stimmt Referent bei. In einem andern Punkte aber müsse er der Kammer der Abgeordneten entgegentreten. Der staatsrechtliche Grundsatz müsse festgehalten werden, daß die Vorschläge der Regierung in Bezug auf die Gehaltserhöhungen nur als Motive für die aufgestellten Summen erscheinen. Die Genehmigung dieser Summen kann aber die Staatsgewalt nicht hindern, über dieselben nach ihrer Ansicht zu verfügen. Würde das Letztere im konstitutionellen Leben nicht bestehen, so würde ein großer Theil der Staatsgewalt in die Befugnisse der Kammern herübergezogen werden. Die Pflicht der Staatsregierung steht zwar fest, die für die einzelnen Kapitel und Paragraphen des Budgetetats genehmigten Summen einzuhalten, allein sie ist nicht an die in den Motiven detaillirten Vertheilungen derselben gebunden, und zwar der Natur der Sache nach, weil die Kammern die einzelnen Verhältnisse bei den Besoldungen der verschiedensten Kategorien nicht zu würdigen im Stande sein dürften.

v. Bomhard huldigt auch dem Grundsatz: so wenig als möglich Beamte, aber diese so besolden, daß sie in einer ihrer Stellung würdigen Weise leben können und ihre Integrität bewahren, und an diese gut besoldeten Beamten ernste und strenge Anforderungen machen. Aber wir haben nun einmal dieses Heer von Beamten; könne man sie abschaffen, wie ein Posthalter sein Material abschafft, wenn irgendwo eine neue Eisenbahn errichtet wird? Solle man die vorhandenen Beamten dafür strafen, daß der Mechanismus des Staats von der Art ist, daß er so vieler Beamten bedarf? Es habe ihn (Redner) schmerzlich berührt, als man die Frage aufgeworfen habe, was habe denn die Leute gezwungen, Beamte zu werden? Das Bedürfniß des Staates habe sie dazu gezwungen. Er (Redner) habe neulich die Zahl der Justizbeamten in der Pfalz und in Unterfranken verglichen. Was können denn diese 109 Justizbeamten, welche in Unterfranken mehr als in der Pfalz sind, dafür, daß der Staat sie gebraucht hat? Soll man sie dafür darben lassen? Man will der Staatsregierung

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Die Correspondenz zwischen dem Grafen Chorinsky, der Angeklagten, seinem Vater und des Juliens v. Ebergenyi wirft so charakteristische Streiflichter auf die Personen, welche in dem vorliegenden Prozesse eine Rolle spielen, daß wir uns nicht versagen können, den größten Theil derselben nachstehend zu reproduciren:

Liebe Julie! Dein durch G. mir überbrachtes herzliches Schreiben hat mich tief gerührt. Wenn ich darüber, daß du vor einiger Zeit unserem elterlichen Wunsche nicht Rechnung tragen wolltest, höchst betrübt war, so ist nun durch den reuevollen Inhalt deines wahrhaft kindlichen Briefes Alles bereits vergessen.

Bei dieser Gelegenheit kann ich nicht umhin, dir, liebe Julie, meine innige Freude über deine überaus glückliche Wahl auszudrücken. Wir Alle sind von den unschätzbaren Eigenschaften deines guten G. derart bezaubert, daß wir, wenn Gott diese Vereinigung wirklich zu Stande bringt, dir nur Glück wünschen können. Bei seiner Herzensgüte und seinem Charakter ist es gar nicht denkbar, daß seine Frau nicht das glücklichste Wesen hienieden sein sollte. Aber einem solchen Manne gegenüber wird es dann auch deine Sorge sein, liebe Julie, Alles zu thun, womit eine solche, mit wahrhafter Verehrung gepaarte Liebe, wie er sie für dich hegt, würdig vergolten werden kann. In der Ueberzeugung, daß du dies schon aus deinem eigenen Gefühle für ihn beherzigen wirst, gebe ich euch meinen väterlichen Segen mit dem inbrünstigen Gebete zum Himmel, daß auch er den seinen über euch gnädigst ergehen lassen möge.

Was die Staffirung betrifft, so werden wir Alles thun, um daß von dieser Seite her eure Vereinigung nicht aufgeschoben werden müsse.

Indem ich nochmals Gottes Segen über euch erbitte, umarme ich dich auf's herzlichste und verbleibe dein dich liebender Vater

Szecsen, 18. Sept. 1867. Viktor Ebergenyi.

* * *

Hochgeborne, gnädige Frau! Gestatten Sie mir, mich als den künftigen Beschützer und Gemahl meiner herzigsten, angebetetsten, himmlischen Julie vorzustellen; sie ist das Ideal aller meiner Träume und Wünsche und das vollkommenste Wesen, das ich je noch traf; in jeder Beziehung bin ich entzückt von ihr, von allen ihren edlen, herzlichen Eigenschaften, und wir harmoniren so innig, so fest, so auf vollkommen gegenseitiger Achtung basirt, daß uns keine Macht der Welt je trennen könnte.

Ich habe ihr vor dem Bekenntnisse meiner rasenden Neigung gestanden, daß ich in einen so unangenehmen, schon lange dauernden Prozeß verwickelt bin, der doch nun endlich zu meinen Gunsten sich zu entscheiden anschickt; und eben nur aus diesem einzigen Grunde, weil jede Störung mir vielleicht sowohl pekuniären Nachtheil als Aufschub bringen könnte, war und bin ich noch leider gezwungen, aus der Sache ein Geheimniß zu machen, denn wer wäre glücklicher als ich, wenn ich meinen Engel, meine über Alles geliebte Julie, schon ganz

eine Probezeit gewähren, damit sie aufräumen kann mit den Beamten und dann will man die Gehalte erhöhen. Aber wenn der Civilprozeß, durch dessen Einführung eine Verminderung der Justizbeamten ermöglicht wird, in zwei Jahren etwa noch nicht fertig ist, will man dann die vorhandenen Beamten dafür strafen? Mit blutendem Herzen haben eine Menge braver, tüchtiger Beamter den Hoffnungsanker sinken sehen, an dem sie sich seit Jahren aufrecht gehalten haben. Den Jammer und die Klagen werde man nicht vernehmen, die Thränen werde man nicht fließen sehen, die Hunderte braver Hausfrauen weinen, weil die Sorgen nicht schwinden, der Kummer sich nicht mindern will. Aber auf die Dauer könne ein solches Verhältniß nicht bestehen. Der Rückschlag werde nicht ausbleiben. Die Stellen der Beamten werden ein Privilegium derjenigen werden, die von Haus aus Reichthümer besitzen. Wie hiebei der Staat fährt, sehen wir aus einem Beispiele. Oder die Beamten sind nicht mehr im Stande, den Anfechtungen des Lebens Widerstand zu leisten und verlieren ihre Unbescholtenheit. In einem andern Staate erblicken wir hievon leider auch Beispiele. Die dringendste Aufgabe des Staates ist es, solchen Kalamitäten vorzubeugen.

Graf Seinsheim steht auf dem Standpunkt der Steuerpflichtigen. Er fragt bloß, was kann der Staat leisten. Wenn die Kammer im Ganzen diesen Standpunkt einnehme, dann würden diejenigen Stimmen, welche eine Reform dieses hohen Hauses verlangen, kein Echo im Lande finden.

Graf Bothmer tritt der vom Referenten geäußerten Ansicht entgegen, als habe das neue Wehrgesetz als solches eine größere Budgetbelastung herbeigeführt. Mit Einführung der allgemeinen Wehrpflicht müßten nicht auch zugleich alle Wehrpflichtigen in den Waffen unterrichtet werden. Die Größe des Heeres werde nicht von der neuen Wehrverfassung, sondern von der politischen Stellung des Landes bestimmt.

v. Niethammer hebt gegenüber der nicht zur Ausführung kommenden Gehaltserhöhung die Vortheile der zweijährigen Finanzperiode hervor, da die Hoffnungen der Beamten nur auf 2, nicht auf 6 Jahre, hinausgeschoben seien, und erwidert gegenüber der Behauptung Graf Bothmers, daß er im Militärbudget eine Position von 500,000 fl. für die Landwehr sehe, die man im früheren Budget nicht gehabt habe.

Hierauf geht die Kammer zur Berathung der einzelnen Etats über. I. Etat der Staatsschuld: Voranschlag der Staatsregierung: 16,762,400 fl., Beschluß der Abgeordnetenkammer: 16,506,200 fl. Letzterer Position wird zugestimmt. II. Etat des königl. Hauses und Hofes: Voranschlag der Staatsregierung: 3,156,312 fl. Hiefür hat die Abgeordnetenkammer 10,000 fl. weniger eingesetzt, weil der Wittwengehalt J. Maj. der Königin Amalie von Griechenland gemindert wurde von 40,000 auf 30,000 fl. Es wird zugestimmt, jedoch beantragt, daß die auf der Kabinetskasse des verstorbenen Königs Otto ruhenden Pensionen im Betrage von 6840 fl. nicht dem Wittwengehalt der Königin zur Last fallen, sondern auf den Etat des königlichen Hauses und Hofes übernommen werden sollen, und daß dieser Etat daher um die genannte Summe von 6840 fl. erhöht werde. Dem von der Abgeordnetenkammer festgestellten Etat des Staatsraths (78,476 fl.) und des Landtags (287,279 fl.) wird zugestimmt. Der Etat des Staatsministeriums des Aeußern und des k. Hauses wird um 200 fl., also von 482,073 fl. auf 482,273 fl. erhöht, da auch den Räthen der Kreisregierungen und hier dem mit denselben im gleichen Range stehenden Ministerialassessor die den Appellräthen gewährte Theuerungszulage von 200 fl. zukommen soll.

Bei der Position von 20,000 fl. für die Regierungspresse erklärte Graf Seinsheim, daß er die hiefür verlangte Summe nicht bewillige. Die „Süddeutsche Presse" überschütte diejenigen Kreise mit Hohn und Spott, welche die Selbstständigkeit Bayerns erhalten wollen und beschimpfe Alles, was ihm heilig und theuer sei.

Minister v. Hörmann erklärt, daß die „Süddeutsche Presse" von der Staatsregierung gelegentlich zu Mittheilungen der Letzteren benützt werde, daß diese Zeitung aber nicht als förmliches Organ der Staatsregierung anerkannt werde. Wenn man dem Ministerium das Postulat verweigere, werde seine Thätigkeit nach einer wichtigen Seite hin geradezu lahm gelegt.

v. Harleß theilt im Wesentlichen die Anschauungen des Grafen Seinsheim über die Leistungen der „Süddeutschen Presse." Das veranlasse ihn aber nicht, die Streichung der verlangten 20,000 fl. zu beantragen, denn die Staatsregierung müsse in den Stand gesetzt sein, die Presse für Regierungszwecke zu benützen. Aber er frage: Wenn die „Süddeutsche Presse" nicht Regierungsorgan ist, welche andere Zeitung ist dann Organ der Regierung? Wenn die verlangten Mittel für die „Süddeutsche Presse" nicht aufgewendet werden, wozu werden dann diese 20,000 fl. verwendet?

Graf Lerchenfeld erklärt, daß Persönlichkeitsrücksichten gegen die „Süddeutsche Presse" bei Seite gelassen werden müßten, nachdem diese Zeitung von der Regierung nicht als Regierungsorgan proklamirt ist. Die Regierung müsse sich in der Presse äußern. Die Organe zu wählen, sei Sache der Exekutive.

Minister v. Hörmann bittet, ihm zu gestatten, daß er auf die Frage des Hrn. v. Harleß schweigen dürfe. Er sei nicht einmal in der Lage, eine Antwort darauf zu geben, denn die Art, wie derartige Fonds zur Verwendung kommen, werde von den Ereignissen und Verhältnissen der Zeit bestimmt. Dem Gouvernement müsse in Bezug auf diese Mittel Freiheit gestattet sein.

Fürst Löwenstein: Die Regierung mache der „Südd. Pr." Mittheilungen und subventionirt sie. Diesen Einfluß muß die Regierung benützen, um zu verhindern, daß dieses Blatt politische und religiöse Gefühle verletze.

(Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 28. April. [Ceremoniell bei der Zollparlaments-Eröffnung.] Die gestrige Eröffnung des Zollparla-

---

mein nennen könnte; meiner Familie, da gebe ich Ihnen mein Wort, wird, wenn mein Prozeß beendet ist und ich es ihr erklärt haben werde, meine getroffene Wahl gewiß nur billigen und segnen, da ich kein edleres, schöneres, herzigeres Frauerl hätte finden können, die auch ihrer Geburt nach so ebenbürtig wäre.

Daher muß ich jetzt noch um gnädige Geduld und Geheimhaltung der ganzen Sache sowohl Sie, gnädigste Agathe, wie durch Sie Ihre so hochverehrte Familie bitten, da eine einzige Unvorsichtigkeit mir momentan noch schaden könnte. Ich ließe nie von meiner Julie, eher von meinem Leben, das schwöre ich Ihnen als Edelmann und Offizier. (Concept ohne Unterschrift und Datum. Schriftzüge des Grafen Gustav Chorinsky.)

* * *

Ich will dir nur sagen, daß mein Gustav durch und durch ein Ehrenmann ist, daß ich es positiv weiß, daß er nie mit der Person lebte, die ihn durch ein gefälschtes Dokument zwang, in einem Moment, wo er als tapferer Soldat durch seine Ehre gebunden war, ihr seinen Namen zu geben, daß die ganze Familie Gustav's sie haßt und verachtet, daß es Gustav schon beinahe die Hälfte seines Vermögens kostete, er gerne Alles hergeben würde, um die Sache zu beschleunigen, die Sache ist von Cardinälen unterstützt und war schon und geht jetzt wieder zum Papst; es handelt sich noch um einige Dokumente, die dem armen Gustav gestohlen wurden, und das hält die Sache auf. Die Person darf ja gar nicht seinen Namen führen und ist ein Geschöpf, von dem Niemand redet, sie darf nicht einmal über die Grenze Oesterreichs.

Daß mein Gustav mich heirathen wird, das weiß und sehe ich, daß unsere Sache aber jetzt, wo der Prozeß im Gange ist, wo Gustav und Vater schon seit Jahren kämpfen gegen die infamsten Betrügereien, wo sich Alles zu seinen Gunsten wendet, noch eine kurze Zeit geheim gehalten werden muß, wird jeder Vernünftige einsehen, um nicht noch mehr aufgehalten zu werden. Daß wir auf Advokat Sander Eb. dachten, war nur, um die Sache zu betreiben, und du kannst überzeugt sein, daß Sander in diesem Falle, wo die elende Person einen von Gustav unterschriebenen Schuldschein für ihren Vortheil fälschen ließ, gewiß nur dem Gustav hätte Recht sprechen müssen, wie es bisher Alle thaten, da er blos ein Opfer seines ritterlichen Charakters war. Er ist so entschlossen, wenn es sich wider Vermuthen noch verzögern sollte, die Religion zu wechseln, zum Kaiser, selbst zum Papste zu gehen; es ist Alles so vorbereitet, daß ich überzeugt bin, binnen kurzer Zeit mein Ziel erreicht zu haben, aber ich bitte, zweifle nicht immer, denn es ist eine Sünde, an meinem Gustav zu zweifeln. (Concept ohne Unterschrift und Datum; scheinen ebenfalls Schriftzüge des Grafen Gustav Chorinsky zu sein.)

* * *

Mein namenlos, theuerst geliebter Gustav! Mein Mannerl und Alles auf dieser Welt! Freudig geweckt bei deinen lieben Zeilen, bis zu diesem Augenblicke habe ich so fest und stark geträumt . . . . dem Tage unserer Heirath siehst du auch nicht mit größerer Ungeduld entgegen als ich; wie du, mein Herz, gesehen, gab Hollau nur wenig Aussicht, das Uebrige folgt dann . . . . . Gott mit dir! und erfülle damit alle deine als meine gewiß heiligsten und einzigen Wünsche, bald gegentheilig anzugehören. . . . . .

Deine ganz glückliche und wiederholt treueste Julie.

(Ohne Datum.)

ments im Weißen Saale des k. Schlosses hatte schon in den Vormittagsstunden eine zahlreiche Menschenmenge in die Nähe des k. Schlosses geführt. Die Tribunen waren gleich zur Eröffnung überfüllt und auch die Versammlung im Saale war zahlreicher, als je bei solchen Gelegenheiten vorher. Es waren unstreitig mehr als 500 Personen anwesend. Das äußere Ansehen des Saales war insofern geändert, als längs der Fensterwand eine zweistufige, roth ausgeschlagene Estrade errichtet war; im Uebrigen war die sonstige Einrichtung beibehalten.

Um 12½ Uhr traten die katholischen Mitglieder, von dem Gottesdienste in der St. Hedwigskirche zurückkehrend, in den Saal, und zwar als die ersten der k. bayerische Ministerpräsident Fürst von Hohenlohe, der Herzog von Ratibor (sein Bruder), Graf Frankenberg und Schulrath Blum (Köln). Bald darauf folgten zahlreiche Gruppen anderer Abgeordneten.

Um 12 Uhr hatten sich unter Vortritt der Hofchargen der König und die Königin, die k. Prinzen und Prinzessinnen in die Schloßkapelle begeben, aus welcher die Gesänge des Domchores in den Weißen Saal herüberschallten. Als nach Schluß des Gottesdienstes der k. Zug aus der Kapelle zurückkehrte, trat Se. Maj. der König aus demselben heraus, ging in den Kreis der Abgeordneten hinein und begrüßte den bayerischen Premierminister Fürsten Hohenlohe in herzlicher Weise, indem er ihm wiederholt die Hand schüttelte.

Inzwischen hatten sich auch die Hof- und Diplomaten-Logen gefüllt: in der Hofloge erschien die Königin, welche eine silbergraue Moirée Antique-Robe, einen weißen Hut und ein weißes Spitzentuch trug, sowie die Prinzessin Friedrich Karl und die Landgräfin von Hessen-Philippsthal. In der Diplomaten-Loge, zur Linken der k. Loge, erschienen die Botschafter Frankreichs und Englands und eine Anzahl von Hofdamen; rechts von der k. Loge bemerkte man den italienischen, den russischen, den belgischen, den niederländischen, den dänischen Gesandten und den Gesandten der Pforte, sowie, auch diesmal durch den einfachen schwarzen Frack von den glänzenden Uniformen und großen Ordensbändern der Uebrigen unterschieden, den amerikanischen Gesandten George Bancroft.

Die Mitglieder des Zollparlaments hatten zum Theil im Halbkreise, zum Theil auf jener Estrade an der Fensterwand sich aufgestellt. Unter den Tribunen standen die eingeladenen Generale und Stabsoffiziere, sowie die Schloß- und Domgeistlichkeit. Die überwiegende Mehrzahl war in gewohnter Weise in Gala-Uniform mit großen Ordensbändern erschienen. Die süddeutschen hohen Beamten und Würdenträger gaben dem Ganzen einen noch farbenreicheren Anstrich.

Um 1 Uhr 12 Minuten traten die Mitglieder des Bundesrathes in den Saal und stellten sich in zwei Reihen zur Linken des Thrones auf; diesem zunächst stand der Bundeskanzler Graf Bismarck in Kürassier-Uniform, neben diesem der k. bayer. Gesandte, Baron v. Perglas, neben diesem der k. sächs. Ministerialdirektor Weinlich; sodann folgten der Präsident des Bundeskanzleramtes Delbrück, der frühere k. württemb. Minister v. Linden, der württemb. Gesandte Baron Spitzemberg, der badische Gesandte Baron Türckheim, der großherzogl. hessische Geh. Legationsrath Hoffmann und die übrigen Mitglieder des Zollbundesrathes, die preußischen vollzählig. Graf Bismarck entfernte sich nach der Aufstellung, um dem Könige diese anzuzeigen.

Gleich darauf erschienen der König, gefolgt von den Prinzen Karl, Friedrich Karl, Albrecht Sohn, Alexander, Georg und August von Württemberg. Prinz Albrecht befand sich unter den Abgeordneten. Der König und die sämmtlichen k. Prinzen trugen die Generals-Uniform und das Band des Schwarzen Adler-Ordens. Als der König in den Saal trat, brachte der Alterspräsident v. Frankenberg-Ludwigsdorf demselben ein dreifaches Hoch.

Der König bestieg den Thron, verneigte sich dreimal, bedeckte das Haupt mit dem dekorirten Helm und verlas mit starker Stimme die ihm vom Grafen Bismarck überreichte (bereits mitgetheilte) Thronrede, welche von der Versammlung namentlich am Schlusse, der auf das gesammtdeutsche Schutz- und Trutzbündniß als Friedensgarantie Bezug nahm, mit lautem Beifalle aufgenommen wurde.

Als der König geendet hatte, trat Graf Bismarck vor und verkündete: „Im Namen der verbündeten Regierungen und im allerhöchsten Präsidial-Auftrage erkläre ich die Session des Parlaments des deutschen Zollvereins hiedurch für eröffnet." Nunmehr brachte der k. bayer. Gesandte, Baron v. Perglas, ein Hoch auf den König aus, in welches die Versammlung dreimal einstimmte.

Herr v. Frankenberg-Ludwigsdorf forderte die Mitglieder auf, sich zur ersten Sitzung (worüber wir bereits gestern berichtet) 2½ Uhr des Nachmittags im Saale des Abgeordnetenhauses zusammenzufinden, worauf sich die Versammlung um 1 Uhr 30 Minuten trennte.

Berlin, 28. April. [Stellung der preußischen Militärärzte.] Nach der neuesten Verordnung bilden sämmtliche im Offizier- und Unteroffiziersrange stehende Militärärzte des aktiven Dienst- und des Beurlaubtenstandes der Armee und Flotte das Sanitätskorps. An des letzteren Spitze steht der General-Stabsarzt der Armee. Das Sanitätskorps ergänzt sich: 1) durch die in den militärärztlichen Bildungsanstalten ausgebildeten Mediziner; 2) durch solche Mediziner, welche ihre ärztliche Qualifikation auf Universitäten erlangt haben und zum Dienste auf Beförderung eintreten; 3) durch Mediziner, die in der Erfüllung ihrer allgemeinen Dienstpflicht begriffen sind. Die Kategorie zu 2 ist neu zugelassen. Die ihr angehörigen Aspiranten melden sich zunächst bei dem Generalarzte des Armeekorps, in dessen Bereich sie einzutreten wünschen. Ist der Generalarzt zur Aufnahme bereit, so veranlaßt er des Aspiranten Einstellung „als einjährig freiwilliger Arzt." Hat ein solcher Arzt nach mindestens sechsmonatlicher Dienstzeit sich zur Beförderung geeignet erwiesen, so beantragt der Korps-Generalarzt auf den Vortrag des dem Range nach ältesten direkten ärztlichen Vorgesetzten bei dem General-Stabsarzte die Anstellung des einjährig Freiwilligen „als Unterarzt." Vor der definitiven Anstellung muß er sich in einem

---

Mein unvergleichlich und über Alles geliebter Gustav! Die gestrigen Zeilen kann ich nur auf diese Weise fortsetzen, mit den Worten der unbeschreiblich wahnsinnigen Liebe, die bei mir so überhand nimmt, daß ich mich kaum auskenne, noch ohne dich mehr leben könnte. . . . . . .

Jetzt wird endlich bald die Zeit heranrücken, wo entschieden wird, ob ich mich mit ganzer Seele dem Vergnügen hingeben kann, die Folge unserer Glückseligkeit — Gott segne den Moment — ich wäre mit der größten Wollust beglückt! —

Die Aussichten bezüglich meiner Angelegenheiten sind so, daß er mir versprochen, bis zur gehörigen Zeit jedenfalls sein Möglichstes thun zu wollen. . . . . Von deiner treu dich liebenden Julie.

* * *

Wien, am 2. August 1867.

Mein mehr als abgöttisch angebetetes, schönstes, einziges Weiberl! Meine kleine, allerliebste, erhabenste Julesi! Du mein Abgott! Meine Gottheit! Mein Alles in Allem! . . . . Ich muß dich bald heirathen, du mußt mir Alles ermöglichen, wir müssen bald vor der Welt verehelicht sein; mein Glück kann ich nur in der Vereinigung, in der Ehe mit dir finden, ach! deine Versicherungen machen mich so namenlos selig. . . . . . Ich schwöre es dir bei meiner Ehre, bei Gott und der heiligen Marie, als Edelmann und Offizier, ich muß und werde dich heirathen, um auch der Welt zu zeigen, wie abgöttisch ich dich liebe. — — — Gott hat dich mir als Schutzengel gesendet, mehr als selig macht mich dein Brief, mit Thränen danke ich dir kniefällig dafür, du bist so namenlos schön und reizend, ich schwöre dir bei Gott, daß ich mit der rasendsten Liebe für ewig nur bin dein dich mehr als abgöttisch anbetendes Mannerl, dein ewig treuester Gustav.

* * *

Meine namenlos geliebte Julesi! Du mein Abgott! Mein Alles! Mein schönstes, einziges, liebstes Weiberl . . . . . Nur ich muß heute beim Oberst bleiben; ich bin so verzweifelt, daß ich weinen und schluchzen möchte; aber warum kann ich jetzt nicht zu dir, mein schönstes Weibi; ich muß dich im Frühjahre heirathen, ich kann es ohne dich nicht länger aushalten; wir werden auch gewiß uns im Frühjahre heirathen, sonst sterbe ich. Gott muß uns helfen! Unter Thränen schwöre ich dir ewige Treue, dein dich anbetendes Mannerl Gustav.

Mein Engelsweiberl! Meine schönste Julesi, mein Abgott!

Ich weine vor Sehnsucht nach dir; nur mit mir lasse ich dich gerne ausgehen; ich muß dich bald heirathen, das schwöre ich dir, mein Abgott. Dein treuestes Mannerl Gustav.

14. August 1867.

* * *

Wien, am 29. August 1867.

Meine einzige göttlichste Julesi! Du mein Abgott u. s. f. . . . Dann war ich bei Dr. Schlesinger, der am Kohlmarkt Nr. 18, 3. Stock, wohnt; ich mußte lange warten, doch bin ich recht zufrieden; ich sagte ihm Alles . . . (folgt eine Stelle von cynisch rohem Charakter). Gott gebe Glück. Dein ꝛc. Gustav.

(Fortsetzung folgt.)

Kapitulations-Protokolle verpflichten, außer seiner allgemeinen einjährigen Dienstpflicht noch mindestens ein Jahr im stehenden Heere als Arzt zu dienen. Durch die Anstellung als Unterarzt scheidet er aus der Kale orie der einjährig freiwilligen Aerzte und kann somit überall verwandt werden, wo sich der Bedarf an Aerzten geltend macht. Die Rang- und Gehaltsverhältnisse sind folgende: der General-Stabsarzt (Generalmajor und 3000 Thaler Gehalt), die General-Aerzte (in drei Abstufungen mit Obersten- und Oberstlieutenantsrang und resp. 1800, 1600 und 1300 Thlr.), die Ober-Stabsärzte (mit Majors- und Hauptmannsrang und 1300 oder 1100 Thlr.), die Stabsärzte (in drei Abstufungen mit dem Range eines Hauptmanns I. Klasse und resp. 800, 600 und 500 Thlr.), die Assistenzärzte (mit Premier- und Sekondelieutenantsrang und 360 und 300 Thlr.), die Unterärzte (mit Portepée-Fähnrichsrang und 297 oder 108 Thaler). Die Beförderung und Versetzung der im Offiziersrange stehenden Aerzte geschieht auf Vorschlag durch Se. Majestät den König. Der Ernennung zum Oberstabsarzte muß eine spezifisch militärärztliche Prüfung vorangehen. Die im Offiziersrange stehenden Aerzte erhalten nach 25jähriger vorwurfsfreier Dienstzeit das goldene Dienstkreuz. Die Uniform ist auch geändert. Die im aktiven Dienste befindlichen oberen und Assistenzärzte bedürfen zu ihrer Verheirathung des Konsenses Sr. Majestät des Königs, Unterärzte des Consenses des Generalstabsarztes. Aerzte des Beurlaubtenstandes bedürfen eines solchen Konsenses nicht. „Es ist indeß in Beziehung auf die von im Offizierrange stehenden Militärärzten beurlaubten Standes eingegangenen Ehen seitens der militärärztlichen Vorgesetzten darauf zu achten, daß nicht durch die Verehelichung die Würde des Standes herabgesetzt werde, wie es beispielsweise geschieht durch die Verbindung mit einer Person, der mit Achtung zu begegnen von den übrigen Standesgenossen nicht verlangt werden kann."

Ausland.

Frankreich. Paris, 27. April. [Die Zollparlaments-Thronrede] des Königs von Preußen wird bereits von den Abendblättern gebracht. Im Ganzen genommen hat dieselbe einen friedlichen Eindruck gemacht, wenn auch hier und da die Stellen, wo von den gemeinschaftlichen Interessen Deutschlands, der Dankbarkeit der „Nation", von der Vereinigung der deutschen Staaten und von den Repräsentanten der deutschen Stämme die Rede ist, vielfache Bemerkungen hervorgerufen haben.

— Die Nachrichten, welche über Suez vom abyssinischen Kriegsschauplatze eingegangen sind, lauten so überraschend, daß einige Blätter noch Zweifel in ihre Richtigkeit setzen. Ueber das Ende des Theodoros liegen zwei Versionen vor; nach der einen wäre er, die Waffen in der Hand, getödtet worden, nach der anderen hätte er sich selbst mit einem Pistolenschuß das Leben genommen. Die „Patrie" will wissen, daß der Negus von seinen Feldherren verrathen worden wäre, welche die wichtige Stellung von Selassia dem Feind ausgeliefert hätten. Abenteuerlich genug klingt es, daß die 6000 Soldaten des Theodoros sämmtlich getödtet worden wären, während die Engländer nur 16 Mann verloren hätten. Die „Opinione nat." bemerkt zu diesen Nachrichten: „Welches wird jetzt das Loos dieses Landes sein, dessen Einheit Theodoros wiederherzustellen gesucht hatte? Wird in Ost-Afrika ein neues britisches Reich gegründet werden? Das ist die allgemeine Meinung jenseits des Kanals. Wenn dies wirklich geschähe, sokann man dreist sagen, daß der abyssinische Krieg eine der größten Handelsrevolutionen zur Folge haben wird, welche sich seit langer Zeit vollzogen haben."

Spanien. [Das neue Ministerium.] Das „Journal des Debats" äußert sich in Bezug auf das neue spanische Ministerium: „Am Willen fehlt es wahrlich Herrn Gonzalez Bravo und seinen Freunden nicht, allein es fragt sich, ob sie die Kraft haben werden, um das Regiment, das seit Jahren auf Spanien lastet, fortzuführen. Wir möchten es bezweifeln. Zum Glück für das Menschengeschlecht ist es nicht Jedermann, so bar man auch aller Gewissensregungen sein mag, verliehen, die Völker lange Zeit mit eiserner Hand zu regieren. Narvaez war einer der Hauptträger dieser Reaktion, die sich seit etwa 15 Jahren über Europa entfesselt hat und heute ihrem Ende nahe zu sein scheint. Niemand hat mehr als er gegen die Freiheiten seines Landes gethan. Es ist an den zahlreichen Deportirten, ohne von den noch zahlreicheren Spaniern zu reden, die im Auslande eine Zufluchtsstätte gefunden haben, diesem Staatsmanne die Leichenrede zu halten."

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 P. $62\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{4}$—53 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49\frac{1}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	43 P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$92\frac{7}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$92\frac{1}{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$87\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$87\frac{5}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{5}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{7}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{1}{2}$ P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{2}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{5}{8}$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$125\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	704 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 P. 89 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . .	337 P. 35 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$263\frac{1}{2}$—$64\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$124\frac{1}{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$149\frac{3}{4}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$84\frac{3}{4}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$195\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$133\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{2}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$122\frac{3}{8}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{2}$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{1}{4}$ P.
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$143\frac{1}{2}$ G.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68\frac{1}{2}$ G.
"	fl. 500 v. 1860. 6/7	$70\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 G.
"	do. v. 1864	$86\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99\frac{1}{2}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$10\frac{1}{4}$ P.
Badische fl. 35		$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.		56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R		$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 25 do.		$38\frac{1}{2}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.		—
Sardinische Fr. 36 b. R.		—
Neuchateler 10 Frs.-Loose		—
Freiburger 15 Frs.-Loose		—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.		$25\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.		—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.		$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 29. April. Die Börse war wiederum leblos. Staatsbahnaktien und österr. Creditaktien fest, welcher Umstand lediglich dem Bedarf auf Ultimo zuzuschreiben ist, da Wien und Berlin mattere Course sandten. Oesterreichische Staatspapiere theilweise billiger erhältlich. Amerikaner waren um einen Bruchtheil niederer, in Folge der Newyorker Notirungen, die etwas ungünstiger gemeldet wurden. In süddeutschen Papieren, Eisenbahnaktien, Bankaktien und Prioritäten unbedeutendes Geschäft zu fast unveränderten Coursen. Oberhessen $74\frac{3}{4}$ bez. Devisen zu letzten Notirungen in Umsatz. Amerikanische Coupons 2. $24\frac{3}{8}$ bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 121.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 1. Mai 1868.

Das Budget für 1868/69 in der Reichsrathskammer.

(Schluß.)

Beim Etat des Staatsministeriums der Justiz wurde die Position von 8000 fl. für den Bauplatz zu einem Landgerichtsgebäude in Schrobenhausen und die Position von 26,000 fl. für ein Landgerichtsgebäude rc. in Vilshofen, welche die Abgeordnetenkammer gestrichen hat, wieder eingestellt, im Uebrigen den Beschlüssen der Abgeordnetenkammer zugestimmt, so daß sich der Gesammtetat des Justizministeriums auf 4,058,329 fl. erhöht. Referent v. Niethammer und v. Bomhard schilderten den schlechten Zustand der Bureaulokalitäten des Landgerichts Vilshofen und bevorworteten, hauptsächlich aus Rücksichten der Menschlichkeit dem Regierungspostulate zuzustimmen. Herr Minister v. Lutz dankte für die Wiedereinsetzung. — Etat des Staatsministeriums des Innern. Hier hat die Abgeordnetenkammer 4200 fl. bei den Positionen „allgemeiner Etat, Reichsarchiv und Kreisregierungen, K. d. J." für Theuerungszulagen gestrichen, dann statt 141,000 fl. nur 96,000 fl. als Reiseaversen und 22,500 fl. als Theuerungszulagen für die Bezirksamtmänner genehmigt und den Betrag für die Stadtkommissariate gemindert. Der Ausschuß beantragte, die erwähnten 4200 fl. und Hr. Minister v. Hörmann beantragte, für die Bezirksamtmänner und die Stadtkommissariate die von der Abgeordnetenkammer abgestrichenen Positionen wieder einzusetzen. Wenn es auch erklärlich sei, daß gegenüber der Finanzlage des Landes die Kammern auf die im Gehaltsregulativ vorgeschlagenen Erhöhungen der Gehalte nicht eingegangen sind, so werde doch das hohe Haus Beamte in Zukunft nicht schlechter stellen wollen, als sie bisher gestellt waren. Das wäre aber der Fall gegenüber den Bezirksamtmännern, wenn die Beschlüsse der Abgeordnetenkammer und des Ausschusses angenommen würden. Der größte Theil der Bezirksamtmänner würde bedeutend weniger Funktionsremunerationen erhalten, als bisher. Der Abstrich am Etat für die Stadtkommissariate sei erfolgt in der Hoffnung, daß mit dem Inslebentreten des neuen Gemeindegesetzes die Stadtkommissariate vermindert werden können. Allein lediglich auf den Eintritt einer Möglichkeit hin könne man keinen Budgetansatz herabsetzen. Auch würden durch diesen Abstrich wieder die Bezirksamtmänner getroffen. Die Bezirksamtmänner sind die äußeren Vollzugsorgane im Gebiete der inneren Verwaltung und haben eine große wichtige Aufgabe; möge daher die hohe Kammer die Mittel bewilligen, um von dieser so wichtigen Klasse von Beamten eine Minderung der bisherigen Bezüge fernzuhalten. Bei der Abstimmung wurden die 3 genannten Positionen nach Vorschlag des Ausschusses, resp. des Hrn. Ministers, wieder eingestellt.

Beim Etat für Wohlthätigkeit ist für die Krieger'sche Anstall in München ein jährlicher Zuschuß von 2000 fl. eingestellt worden. — Etat des Kultusministeriums. Hier sind die von der Abgeordnetenkammer abgestrichenen Positionen 1) von jährlich 5000 fl. für den Ankauf des v. Siebold'schen Museums, 2) von 1000 fl. jährlich für den Ankauf des Sturm'schen naturhistorischen Museums und das Postulat für das bayerische Nationalmuseum im vollen Betrage zu 18,000 fl. statt 15,000 fl. eingesetzt worden.

Etat des Staatsministeriums der Finanzen. Hier wurde die Summe von 4000 fl. für Gehaltszulagen der Regierungsräthe wieder eingesetzt, im Uebrigen allen Positionen der Abgeordnetenkammer zugestimmt.

Etat des Staatsministeriums des Handels und der öffentlichen Arbeiten. Dieser Etat wurde um 600 fl., welche für Theuerungszulagen bestimmt sind, erhöht. Ein Antrag v. Bomhards, als Beitrag zur Herstellung einer neuen Straße von der zweiten Regnitzbrücke in Bamberg zum Bahnhofe 40,000 fl. einzustellen, wurde abgelehnt. — Schließlich wurde bezüglich des Gesetzentwurfes, die Auslieferung von Verbrechern betreffend, beschlossen, die Fassung des Ein-

---

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Wien, am 4. September 1867.

Meine über Alles angebetete Julesi! Mein Weiberl, mein Abgott u. s. w.! Ich schwöre dir, es ist nur Krankheit bei mir; wenn ich dich geheirathet habe, so wird Alles gut sein; nur verlobt möchte ich mit dir schon sein, gelt, das wird jetzt bald sein? Ich habe über unsere Sache noch so viel um halb 3 Uhr mit dir zu reden; wie wird mir denn die Zeit vergehen bis dahin? ... Ich bitte dich auf Knien, unter Thränen um ein paar glühende Worte. Dein treuester Gustav.

* * *

Wien, am 6. November 1867.

Mein einzig über Alles ... Angebetete, vergötterte Julesi! ... Ich habe den großen Fehler der Heftigkeit; ich will mich ja bessern; ich schwöre es dir, ich will es, so wahr ich dich heirathen will, so wahr ich ohne dich nicht leben kann ... Ich werde gewiß wie ein Mann von Kraft Alles überwinden, denn ich kann nicht länger, ohne mit dir verheirathet zu sein, fortleben, ich habe auch fest vor, es meinem Vater dieser Tage zu sagen, noch bevor er beim Kaiser war ... Ach, so demüthig bitte ich dich, bei all der Seligkeit, die wir zusammen genossen, wo du noch gestern Abends so namenlos innig mein warst. Dein treuester Mann Gustav.

* * *

Mein theuerstes Weib! Meine Julesi! u. s. w. Obwohl ich gleich nach 4 Uhr zu dir kommen werde, so muß ich dir doch schnell sagen, daß wir beide Pässe morgen bekommen werden, und Nagy mir sagte, Lopresti habe ihm gestern geschrieben, er komme in 5—6 Tagen, also von heute in 3—4 Tagen, her nach Wien. Nagy sagt, dann komme er gewiß zu uns. Mündlich mehr davon... Dein ewig, ewig treuestes Mannerl Gustav.

Wien, am 10. November 1867.

Mein einziges, herzlichstes, schönstes Weiberl! u. s. w. Ich schicke dir hier den Aufsatz für den Brief an Thallyan, den ich jedenfalls nochmals bei dir abschreiben will; ich bitte dich, lies ihn durch und corrigire ihn .... Mache mich nur aufmerksam, daß bei diesem Briefe an Thallyan dir vielleicht nicht ganz recht .... ich möchte nur schon mit dir verheirathet sein; du wirst sehen, wie ich dich auf Händen tragen, vergöttern und anbeten werde. Ich bin noch nicht wohl, Rambacher und Dierkes traf ich beim Eugen-Monument; du hast halt in Allem Recht; ich sagte dem Dierkes das, was du mir heute sagtest, und er gab mir die Adresse an und das Versprechen, stets gleich bereit zu sein. Dein ewig treuestes Mannerl, dein Gustav.

* * *

(Ohne Datum.)

Meine über Alles angebetete, vergötterte, einzig und namenlos treue, in alle Ewigkeit geliebte Julesi!

Du mein Abgott, meine Gottheit, mein schönstes, allerliebstes, mir auf ewig mit Leib und Seele angehörendes Weiberl. Ich bitte dich so innig aus meinem ganzen Herzen, das nur für dich allein schlägt, hab mich nur lieb, denn ich schwöre dir, so wahr uns jetzt Alles mit Gottes Hilfe gelingen soll, daß ich nur dich allein für ewig so abgöttisch, so leidenschaftlich, so glühend, so mit aller Treue liebe, ewig lieben werde; daß ich nur den Tag segnen werde, wo wir uns verloben und dann heirathen werden. Diese namenlose Wonne, dich vor der ganzen Welt zu zeigen, alle boshaften Neider zu Boden werfen zu können, allen Menschen es beweisen zu dürfen, wie abgöttisch ich dich liebe, wie du nur allein mein Abgott, mein abgöttisch angebetetes Weib bist: das wird der höchste Triumph, die namenloseste Freude meines Lebens sein. Ich versichere dich, daß ich auf dich das allerhöchste, namenloseste Vertrauen habe, daß du mir es aber auch schen-

gangs nach Vorschlag der Abgeordnetenkammer anzunehmen, auf der Fassung des Artikels, wie sie dieses hohe Haus vorgeschlagen hat, aber zu beharren.

Ausland.

Frankreich. Paris, 26. April. [Gegen Jules Favre.] In der liberalen Tagespresse hat nur Ein Organ, und zwar dasjenige, welches sonst Herrn Jules Favre am nächsten stand, der „Avenir National“, die Konsequenz und den Muth, dem demokratischen Volksvertreter den Text zu lesen, einmal, daß er sich um einen Platz in der aus klerikalen und aristokratisch-monarchistischen Elementen zusammengesetzten Akademie beworben, und zweitens, daß er in seiner Aufnahmsrede (s. Nr. 116 der N. Würzb. Ztg.) einem altersschwachen und konfusen Spiritualismus das Wort geredet habe. Herr Peyrat schreibt: „Die angebliche Philosophie des Herrn Favre, vor welcher, wie er meint, kein materialistischer Lehrsatz Stand hielte, ist nichts als ein schon lange verrufener Haufe von metaphysischen Abstraktionen und Gemeinplätzen. Herr Favre behauptet, daß die Lehre Jener, welche seine Prinzipien nicht theilen, ein verderblicher Irrthum ist. Verderblich für wen? Verderblich für die Gegner der Gedankenfreiheit, der wahren Philosophie, der Revolution, und der Beifall, in welchen unsere gemeinschaftlichen Gegner bei dieser Stelle seiner Rede ausbrachen, kann Herrn Favre hierüber keinen Zweifel lassen. . . . Es hat uns gewiß Ueberwindung gekostet, Herrn Favre mit solcher Strenge zu behandeln. Wir ehren ihn wegen der Dienste, welche er unserer Sache leistet, wir bewundern seine parlamentarische Beredtsamkeit und haben das oft genug gezeigt; aber bei dieser für ihn so wichtigen Gelegenheit hat Herr Favre eine falsche Bahn betreten und wir haben es ihm sagen müssen. Das einmüthige Gefühl unserer betrübten und mißvergnügten Freunde beweist uns, daß wir nicht zu viel gesagt haben.“ Die übrigen freisinnigen Blätter (auch im „Siècle“ der „Freigeist“ Louis Jourdan) streuen Herrn Jules Favre den gewohnten Weihrauch, während die Offiziösen des „Pays“ und der „Patrie“ sich für seine politischen Anspielungen mit den nicht minder üblichen Persönlichkeiten rächen. Nur die „France“ scheint nach einem vorläufigen Artikel durch den Katholiken Favre mit dem Republikaner Favre versöhnt zu sein.

Großbritannien. [Gladstone's Vertheidigung gegen englisch-hochkirchliche Verleumdungen.] Gladstone weiß sich augenblicklich vor den Stichen der Lästerzunge nicht anders mehr zu retten, als daß er Schutz und Schirm bei der Presse sucht. Gegen all die kleinen und großen Angriffe, deren Ziel er in letzter Zeit gewesen, veröffentlicht er in den Zeitungen eine Abwehr in Gestalt des folgenden Briefes:

Wie sehr es mir auch widerstrebt, mich mit persönlichen Angelegenheiten in den Raum Ihres Blattes einzudrängen, so bleibt mir doch keine andere Wahl, wenn persönliche Angriffe, wie unerheblich auch an sich, als Mittel zur Schädigung oder Vereitelung einer großen Sache benutzt werden. In den letzten zwei oder drei Wochen sind die folgenden Behauptungen, die als thatsächliche Angaben auftreten, mit Fleiß und unablässig in verschiedenen Theilen des Landes in Umlauf gesetzt worden: 1) Daß ich, als ich in Rom war, mit dem Papste Verabredungen zur Vernichtung der Staatskirche in Irland und zu ähnlichen dergleichen Dingen getroffen hätte, indem ich im Herzen ein Katholik sei. 2) Daß ich während und seit der Regierung Sir R. Peels und bis zum heutigen Tage der Beförderung des Dr. Wynter in den Weg getreten wäre und sie verhindert hätte. (Professor in Oxford, gegen welchen Gladstone aus Partei-Rücksichten seinen Einfluß aufgeboten haben sollte.) 3) Daß ich öffentlich alle und jegliche Unterstützung der Geistlichkeit in den drei Königreichen aus kirchlichen oder öffentlichen Mitteln verurtheilt hätte. 4) Daß ich in Balmoral mich geweigert hätte, Ihre Majestät zu der Kirche von Crathie zu begleiten. 5) Daß ich den Dank des Papstes für mein Verfahren gegenüber der irischen Kirche empfangen hätte. 6) Daß ich Mitglied einer hochkirchlichen Ritualistengemeinde sei. — Da ich weiß, wie in Zeiten öffentlicher Aufregung Gerüchte entstehen und durch das vereinigte Zuthun eilfertiger Neugier, der Leichtgläubigkeit und des Leichtsinnes verbreitet werden, so will ich jene Behauptungen mit keinen herben Worten kennzeichnen; noch auch will ich auf die Ursache hindeuten, aus welcher einige derselben hervorgegangen sein mögen; denn ich bin entschlossen, so lange es möglich, eine große politische Streitfrage und eine edle Sache von dem Gifte religiöser Bigotterie und konfessionellen Hasses frei zu halten. Erstlich aber will ich erklären, daß diese Behauptungen, alle und jede, unwahr sind, dem Buchstaben und dem Geiste nach, von Anfang zu Ende, und da es mir unmöglich ist, so in Nachforschungen und Briefwechsel verwickelt zu bleiben, wie es neuerdings bei mir der Fall war, so erlaube ich mir, alle Leute, denen die Sache am Herzen liegt, zu bitten, hinfort im Interesse der Wahrheit solchen und ähnlichen Behauptungen, wenn sie jemals wieder auftauchen sollten, keinen Glauben zu schenken. Auf Anklagen allgemeinerer und unbestimmterer Art ist hier nicht der Ort, einzugehen. Ich bin ꝛc. W. E. Gladstone.

Italien. [Die fürstliche Hochzeit und der Geldpunkt.] Man schreibt der „Liberté“ über die Hochzeit des Prinzen Humbert, auch Einiges in Betreff der Finanzlage des königl. Hauses: . . . „Die junge Prinzessin ist arm, Prinz Humbert nicht reicher; das Haus Savoyen besitzt nur ein unbedeutendes Familiengut, das

---

ken mußt, denn du weißt gar nicht, wie rasend ich dich liebe; ich muß noch heute Einiges mit dir besprechen; ich bitte dich, sei nur nie mehr böse auf mich, es thut mir stets so wehe; ich werde dir gewiß nichts mehr sagen, was dich je irritiren könnte, denn das ist mein höchster Schmerz, daß ich gewiß nie in böser Absicht dich manchmal irritiren kann; ich muß so weinen, denn ich lebe, athme, denke nur für dich allein, liebe dich so heilig, so rein, so treu, wie du es verdienst, wie du allein meine Religion, meine Gottheit, mein so namenlos angebetetes Ideal bist.

Ich werde dir noch heute einige Hotels in M. aufschreiben, wir werden Beide beten, daß uns Alles glückt, und nicht nachlassen; wir müssen uns jetzt heirathen, denn ich könnte so nicht fortleben; ich bitte dich auf den Knien, glaube und vertraue fest auf mein heiligstes Offiziers- und Cavaliers-Ehrenwort, daß ich dich ewig, heilig, treu lieben werde, sowie ich dich jetzt so abgöttisch treu liebe; ich bitte dich, so unter Thränen und kniefällig, sei nur heute noch gut und lieb mit mir, ich werde dir etwas recht Herziges zeichnen und dir eine kleine Ueberraschung machen; ich hoffe so auf dich, daß es dir gelingen wird. Wenn es aber nicht möglich wäre, so werden wir machen, daß man dann energisch vorgeht, und daß wir binnen Kürzestem declarirt sein werden. O Gott, nur das soll bald sein, das ist mein allerhöchster Wunsch und mein Gebet, ich werde es mit aller Kraft durchsetzen, ich bitte dich, mein Weiberl, glaube mir, ich vertraue dir so fest, ich weiß, daß du keinen Tag länger als nöthig ausbleibst, du sehnst dich ja selbst nach mir, deinem treuesten, dich so abgöttisch liebenden Mannerl; wenn es aber nöthig wäre, daß du einen Tag länger verweilest, wenn du damit dein Ziel zu erreichen hoffest, so gebe ich dir mein heiligstes Versprechen, daß ich nicht verzweifeln, sondern vertrauungsvoll auf dich, mein Abgott, warten will.

Ich bitte dich auf Knien, schreibe mir nur ein paar so zärtliche Worte wie sonst, ich will dich dafür segnen; ich habe so eine namenlose Sehnsucht nach dir, mein Abgott; ich bete für dich und segne dich, und versichere dich mit innigster Gluth meiner rasendsten Liebe, Treue, Anbetung; nur mit dir kann ich leben und meine ganze Zufriedenheit und Seligkeit finden.

Habe Mitleid mit meinen Fehlern, ich werde mich bessern, denn du veredelst mich, mein Abgott!

Ich sende dir meine glühendsten Küsse; ich kann 2 Uhr nicht mehr erwarten, ich habe dich so namenlos, leidenschaftlich, glühend gerne und weiß es auch von dir, mein Weibi; du bist mein zweites Ich, wir Zwei sind ewig nur Eins; ich bin so selig durch dich, kann nur durch dich leben und bin mit ewig gleicher treuester Liebe, du mein göttliches Weiberl, du ewig nur meine Julest, mein Abgott, dein ewig treuestes Mannerl, dein

Gustav.

* * *

Am 19. November, Abends.

Meine Götter-Julest! Mein Abgott! Mein Alles! In Thränen gebadet sitze ich vor deinem lieben Bilde und ringe die Hände vor Sehnsucht nach dir, mein Abgott. Möge doch Alles dir gelingen und du baldigst für immer in meinen Armen liegen, das Letztere wünsche ich wohl am sehnlichsten; denn was ich leide und empfinde, weiß nur Gott allein. So kalt ist es heute, so stürmisch, o! welche Angst erfaßt mich um dich, du bist viel zu leicht angezogen, du, mein Abgott, mein Alles, mein Weibi, ich kann nur beten für dich, kann kaum deine Zeilen mehr erwarten. Du stürzest dich in keine Gefahr, darauf habe ich deinen Schwur, o! wärest du nur lieber schon bei mir, ich kann deinen Brief nicht mehr erwarten, ich liege heute in deinem Betterl und weine, weine, weine!

Gott, o Gott! komm' nur bald zu mir, ich bin dir so treu, ich liebe dich so glühend wie noch nie, wir müssen uns jetzt heirathen, ich kann kaum schreiben, solches Augenweh habe ich.

Gott segne und beschütze dich, ich bete für dich und ich wiederhole alle meine heiligsten Schwüre, küsse dich tausendmal im Geiste, du, mein Weibi, mein Ich, du, meine abgöttisch geliebte, mehr als je angebetete, einzige Julest.

außerdem schwer verschuldet ist. Die Aussteuer der Prinzessin wurde von dem Finanzminister auf dem Tische, auf welchem der Kontrakt unterzeichnet wurde, niedergelegt. Es waren die von dem Parlamente verwilligten 500,000 Franks in Gold. Die Hochzeit des Prinzen Humbert hat den königlichen Finanzen den letzten Schlag versetzt. Die Wagen und die Livreen haben schweres Geld gekostet. Und doch ging man bei Allem mit Sparsamkeit zu Werke. Man hat die Wagen des Königs von Neapel und des Großherzogs von Toskana neu lakirt. Allein die Leute vom Hofe kennen sie sehr wohl und nennen sie die Wagen des Borbone und die des Canapone. Die junge Prinzessin von Cisterna, Tochter einer Merode und Gemahlin des Prinzen Amadeus, ist die Einzige in der Familie, welche etwas besitzt. Ihr Vermögen beläuft sich auf 12 Mill. Fr. Sie verfügt aber allein über ihr Vermögen; sie ist sehr ordnungsliebend und sparsam, wie ihre Mutter. Sie kümmert sich viel um ihr Hauswesen und erhält Alles im Gange. Ich bedauere, soll kürzlich in schüchterner Weise Prinz Amadeus zu seiner Gemahlin gesagt haben, ich bedauere, daß Ihre Mutter nichts den Armen vermacht hat. — Wer ist denn noch ärmer als wir, das Haus Savoyen? antwortete diese. Auf diese harte Antwort soll es zu einer heftigen Szene zwischen beiden Gatten gekommen sein. Prinz Humbert selber ist nicht sehr stark; er hustet viel und hat seit 2 Monaten, auf vieles Zureden, das Rauchen eingestellt. Prinzessin Margaretha ist äußerst zarter Natur, man kann sie unbedingt anmuthig und hübsch nennen, wenn auch ihre Nase etwas zu adlermäßig vorspringt. Sie hat ein sehr nervöses Temperament.

Afrika. [Schrecklicher Orkan.] Aus Port Louis, 18. März, schreibt man der „K. Z.“: Unsre schöne Insel Mauritius, die alte Isle de France, Jedem unvergeßlich, der Bernardin de St. Pierres Paul und Virginie gelesen hat, wurde am 11. und 12. März dieses Jahres von einem Orkan heimgesucht, der unglaubliche Verwüstungen angerichtet und die blühende Kolonie fast ruinirt hat. Der überaus schöne und sonst so sichere Hafen von Port Louis konnte die Schiffe nicht gegen den gewaltigen Orkan schützen und der hier entstandene Schaden beträgt Millionen. Der Postdampfer Mauritius ist ans Land getrieben und gestrandet; ein gleiches Schicksal hatten 20 Segelschiffe. Stark beschädigt ist u. A. auch der preußische, mit Korn und Butter beladene Schooner Margaretha, Kapitän Schäfer. Viele kleinere Küsten-Fahrzeuge sind mit der Bemannung untergegangen. Aber nicht nur den Hafen, mit gleicher Wuth und Zerstörung hat der Orkan auch die Insel heimgesucht. Der Verlust von Eigenthum und Leben kann noch nicht, auch nur annähernd, geschätzt werden. Am Donnerstag, 12. März, Morgens 8 Uhr, erreichte der Sturm, dessen Richtung eine südöstliche war, seine höchste Kraft. Das Barometer fiel auf 28.80, und während alle Schiffe im Hafen, es waren etwa 75, von ihren Ankern gerissen und wie Nußschalen ans Land oder gegen einander geschleudert wurden, riß der Sturm die auf der Plaine Verte neu erbaute Marienkirche aus ihren Grundfesten und verwandelte in wenigen Minuten das schöne Gebäude in eine Ruine. Die aus starken Steinquadern erbaute Paulskirche liegt in Trümmern, das Dach ist fortgerissen und die der Gewalt des Windes ausgesetzten Wände sind eingestürzt, drei Menschen unter sich begrabend. Die Peterskirche ist des Daches beraubt, alle Fenster der Ostseite, die Kanzel, Kirchstühle und Bänke sind zertrümmert. Die Kirche St. Sauveur ist ganz eingestürzt, Thüren und Fenster der Black-River-Kapelle in Trümmern, das Dach ist fortgeschleudert und die Wände zeigen große Risse! Welche schreckliche Kraft des Windes, die solche Verwüstungen anrichtet! Denn es ist nicht ein Erdbeben, das diese stolzen Gebäude so verwüstet hat, es ist einer jener Wirbelwinde, wie sie nur in den Tropen vorkommen und von deren zerstörender Kraft man sich in gemäßigten Zonen keine Vorstellung machen kann. Vermochten nun schon die Kirchen, die jedoch nicht einmal, wie in Europa, hohe Thürme haben, dem Winde nicht zu widerstehen, so konnten dies noch weniger die dem Klima entsprechend leicht gebauten Häuser. Die meisten, theils fürstliche Landhäuser der Europäer und reicher Creolen, sind zerstört und die aus Palmen, Vacoablättern und Bambus erbauten leichten Hütten der Farbigen sind wie Strohhalme fortgeweht. Wie viele Menschenleben sind da verloren gegangen! Noch weiß man es nicht, denn die Kommunikation zwischen unserer Hafenstadt Port Louis und dem Innern ist noch nicht genügend wieder hergestellt, um genaue Berichte aus den verschiedenen Distrikten zu erhalten. Die meisten Eisenbahnstationen sind zerstört. Die 620 Fuß lange, über den Grand Riviere führende, Eisenbahnbrücke, die einer der ersten Ingenieure Englands erbaut hat, und die, da sie ohne Gerüst aufgebaut, fast ein Wunderwerk ist, ist stark beschädigt. Eine Strecke von 250 Fuß dieser eisernen Brücke ist vom Winde fortgerissen, nur die 120 Fuß hohen Pfeiler (mit Cement ausgefüllte eiserne Cylinder) haben Widerstand geleistet, die Brücke über die Rivière Créole ist — verschwunden! — 50jährige kräftige Tamarindenbäume sind entwurzelt und fortgeschleudert. Die meisten Zuckerpflanzungen sind zerstört und der bereits in Magazinen aufgehäufte fertige Zucker ist im Regen geschmolzen. Die sonst so üppigen, reiche Ernte versprechenden Zuckerrohrfelder liegen verwüstet, und somit sieht diese seit einem Jahr schon so schwer vom Fieber heimgesuchte Kolonie einer gänzlichen Mißernte, vielleicht ihrem Ruine entgegen. Neben diesem Unglück registrirt unsere „Commercial Gazette“ für den Monat Februar 1570 Todesfälle durch Fieber, hierzu noch 651 Todesfälle aus anderen Ursachen, also 2221 Todesfälle in einem Monat! Kein

20. November.

Meine Julesi, mein Abgott! Mein Alles! Die ganze Nacht schlief ich nicht, wälzte mich unruhig in deinem Betterl; dein Bild hing ober meinem Bette, ich küßte es, betete für dich und weinte; mir fiel ein, daß es so kalt war, ob du nicht krank seiest; gestern war ich noch bei der Ernst, sie hebt dir das Kleid (grün) bis Montag auf, es kostet das Aeußerste, 45 fl. Heute Nachts zerschlug sich ein Fenster von dir in deinem Salon bei deinem Nähtischl, weil Lisi die Fenster nie fest zumacht und so ein starker Sturm war; ach wie zitterte ich und weinte ich um dich, mein Weibi, ich war jede Viertelstunde wach, sah auf die Uhr, um 5¹/₂ Uhr, wo du in München ankamst, und hätte mir bald vor Wuth eine Ohrfeige gegeben; ich hatte vergessen, dir kleines bayerisches Geld für den Wagen mitzugeben, dann hatte ich Angst, daß du am Ende eine Verwechslung mit dem Pulver machen könntest, daß Sie dich überredet; doch nein, ich muß dir vertrauen, du schwörst es mir ja so heilig, daß du sie nicht schonst, du mußt mich ja heirathen; wir können nur zusammen leben, du mein Götterweibi; ach, es ist furchtbar ohne dich, die Zeit will nicht vergehen, ich sehne mich so namenlos nach dir, wie noch nie; ich kann nicht schreiben vor Thränen; das Holz kam heute so spät an; erst um 10 Uhr, dafür arbeiten die Leute jetzt noch, um 6 Uhr Abends. Später schreibe ich weiter, ich habe solche Angst nach dir. O, lieber sterben, als ohne dich sein, du mein Abgott . . .

Wieder einen Tag näher deiner Ankunft, die ich nicht mehr erwarten kann; ich bin so müde, daß ich mich kaum rühren kann, morgen wird dein ganzes Holz in Ordnung sein, gute Nacht mein Weibi; wüßte ich nur, wie es dir geht, ich bin so ängstlich; wenn du nur schon wieder bei mir wärest, mein Weibi, morgen bekomme ich mit Gottes Hilfe ein Brieferl von dir, daß mir Trost geben wird; Gott segne, beschütze, erhalte dich für mich, der ich nur von dir lebe, ich schicke dir ohne Unterlaß die glühendsten Küsse, bin dir so treu und weine so viel nach dir mein göttliches Weibi.

21. November.

Meine einzige, göttlichste, rasend geliebte Julesi! Mein Abgott! Meine Gottheit! Heute um halb 4 Uhr vor meinem Essen, wo ich noch in deinem Zimmer saß und theilweise im Keller war, ein neues Schloß für den Keller kaufte, da wir heute mit dem ganzen Holze fertig wurden, läutete Rambacher an und brachte mir zu gleicher Zeit deine zwei allerliebsten Brieferla.

Gottlob, daß du nicht kalt hattest und eine angenehme Fahrt, heute bete ich fortwährend für das Gelingen! Aber etwas ärgert mich, nämlich, daß du von dieser Canaille schreibst, daß sie dich so freundlich empfing; am Ende gewinnt oder rührt sie dich noch, dies Comödianten-Aas. Doch nein, du hängst zu sehr an mir, willst mein Weibi werden, und ich will dich gewiß selig machen. Ich bin auch desperat, daß du erst Samstag oder Sonntag kommst; warum so lange ausbleiben? Ich war bei Agnes, denn wie soll ich den Briefträger finden, der den Brief hinträgt; ich will es noch versuchen, doch ob es mir gelingt, weiß ich nicht; doch ich sagte Agnes, du habest mir (als geschiedene Frau) geschrieben, daß das Aas so krank ist, doch selbst ihre große gefährliche Krankheit nicht ahnt, und Agnes versprach mir, den allfallsigen Brief des Aases zu geben, und der wird dann verbrannt

O Gott, was zittere ich um dich, mein Abgott, wenn du nur vorsichtig bist und es dir gelingt, das ist mein einziger Wunsch, sonst müßten Rambacher und Dierkes hin, sie sind schon avisirt, Gott nur du laß dich nicht zu weit ein, daß man dich ertappen könnte, was ich leide aus Angst und Kummer, kann nur Gott wissen, ich will dir ewig dankbar sein, nur für dich so treu und innig leben, fort küsse ich unter Thränen deine lieben Zeilen, danke dir für alle darin ausgedrückte Liebe; ich hoffe zu Gott, du läßt dich nicht erweichen, sondern denkst an deine Zukunft als meine zukünftige rechtmäßige Gattin; o, Gott führe dich nur baldigst glücklich und gesund in meine Arme, ich bin so wahnsinnig unruhig ohne dich, die ich mit jedem Momente rasender liebe und anbete, mein Götterweibi.

Wunder, wenn die Bevölkerung von Port Louis in achtzehn Monaten sich um 30,000 Einwohner vermindert hat.

Nichtpolitische Zeitung.

[Uhlands Denkmal.] In Tübingen wurde am Sonntag den 26. April, als am Geburtstage Uhlands, in gemeinsamer Sitzung des Vereines für das Uhlandsdenkmal und des Ausschusses des Schwäbischen Sängerbundes der Beschluß des Preisgerichts einstimmig bestätigt. Demgemäß wird die Ausführung des Denkmals Gustav Kietz in Dresden, dem Meister des Reutlinger Lißtstandbildes, dem Mitarbeiter am Lutherdenkmal in Worms, Schüler Rietschels, übertragen werden. Die definitive Wahl des Platzes für das Denkmal ist bekanntlich schon früher erfolgt; es ist der Wört, an Stelle der Kreuzung der Akazienallee mit dem zum Bahnhofe führenden Weg, mit dem Hintergrunde der ganzen Neckarseite der Stadt. Außerdem wurde beschlossen, in Anbetracht der aufopfernden Hingebung, mit welcher die deutschen Künstler dem vaterländischen Werk durch Einsendung so vieler trefflichen Arbeiten sich gewidmet haben, drei Ehrensolde von je 1000 fl. an drei Vertreter von drei Hauptsitzen deutscher Kunst, aus welchen eine namhafte Betheiligung bei dem Unternehmen erfolgt war, zu verleihen. Die Namen der also Geehrten, sowie das Gutachten des Schiedsgerichts werden in einigen Tagen veröffentlicht werden.

Amtliche Nachrichten.

München, 28. April. Se. Maj. der König hat die erledigte Bezirksamtsdienerstelle zu Ansbach in widerruflicher Weise nach den Bestimmungen der allerh. Verordnung vom 24. Febr. 1862 dem pens. Gendarmen N. Schubert aus Moschendorf, zur Zeit am Bezirksamte Hof verwendet, vorbehaltlich des Wiedereintrittes in die Pension, verliehen; die erledigte Bezirksamtsdienerstelle zu Oberdorf in widerruflicher Weise dem pensionirten Gendarmerie-Brigadier P. Rapp, zur Zeit am Bezirksamte Altötting verwendet, vorbehaltlich des Wiedereintrittes in die Pension, verliehen; dem Bürgermeister J. Klag zu Bolanden, k. Bezirksamts Kirchheimbolanden, in Anerkennung seines langjährigen und ersprießlichen Wirkens im Gemeindedienste das goldene Ehrenzeichen des Verdienstordens der bayerischen Krone verliehen.

Durch das Ableben des k. Forstwartes Max Frühbelz ist die Wartei Möggenlohe im Forstamte Eichstädt I in Erledigung gekommen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 P. $62\frac{5}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{4}$—53 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46 G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49\frac{1}{2}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{8}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 P. $92\frac{7}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93 P. $92\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P. $87\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88 P. $87\frac{3}{4}$ G
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 P. $83\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. r. 80	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{2}$ P. 84 G.
NAmerika	6pCt. à 100r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{5}{8}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882	$75\frac{1}{2}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{5}{8}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$189\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P. 35 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$265\frac{1}{2}$—66 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$63\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$85\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$195\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	134 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51\frac{3}{8}$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$122\frac{1}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{1}{8}$ P. $101\frac{7}{8}$ G
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	143 P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	70 G.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$132\frac{1}{2}$ G.
"	do. v. 1864	86 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$99\frac{5}{8}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		$10\frac{3}{4}$ P.
Badische fl. 35		$50\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{1}{2}$ G.
" fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 30. April. Die heutige Ultimo-Liquidation ging leicht von Statten. Bei lebhaftem Geschäft eröffneten Spekulationspapiere zu niederen Coursen, erholten sich jedoch auf eingetroffene günstigere Wiener und Berliner Notirungen, namentlich Staatsbahnaktien, welche 1 fl. höher als gestern schließen. Oesterr. Staatseffekten, mit Ausnahme von englischen Metalliques, waren etwas matter.

21. November.

Meine Engels-Julesi! Mein ewig treuestes Weiberl! Du, meine Gottheit! Ich will dir nochmals, bevor ich mich in dein liebes Betterl legen werde, tausendmal für deine gar so lieben Zeilen danken. Die Zeit ist so tödtlich lang für mich und meine Angst so groß, daß dich nur Niemand sieht, daß du es nur gescheit anfangst, dich nicht rühren noch anplauschen läßt, denn dies Aas ist das durchtriebenste L . . . . auf der Welt; ich bin so in Spannung, denn ich möchte nicht, daß dir was geschieht oder daß das L . . . . noch länger uns im Wege steht. Gottlob, daß du wenigstens keine unangenehme Reise und keine Kälte hattest; wenn es nur bei der Retourfahrt ebenso wäre und du nur mit dem Courierzuge kommen möchtest; so ungewiß sein zu müssen, ist doch was Gräßliches.

Gottlob, daß du keinen Bekannten gesehen hast, gib nur hier auch obacht, hoffentlich ist auch bei der Retourreise keine Karten- noch Sachen-Visitation. Wenn ich dir nur hinschreiben könnte, ach, du hast mich lieb; das ist aber auch das Einzige, was mich am Leben erhält, wie ich dich anbete, kann ich dir nie beschreiben, aber wie will ich dich glühend unter Thränen umarmen und küssen, wenn ich dich wiedersehe und das muß bald sein, sonst sterbe ich noch; diese infame Canaille, wie kannst du mir überhaupt schreiben, daß sie so „überaus freundlich“ war, diese Bestie, doch was willst du einen ganzen Nachmittag bei ihr machen? Diese dummen gemeinen Lügen einer so stinkenden Kröte anhören? Ach könntest du, die mich heirathen muß, dich von so einer gemeinen Canaille bethören lassen? Nein, so was hoffe ich nicht, ich bete fort für dich, daß es nur gelingt und wir dann baldigst vor der Welt ein Paar werden können. Ich bete gewiß für dich, gebe mich aber noch nicht zu sehr der Hoffnung hin, weil du es nicht wünschest, kann dich aber kaum mehr erwarten, ich sitze auf glühenden Nadeln, wenn du nur Alles gleich wegwirfst, sobald der Verkauf abgeschlossen ist und nicht selbst dabei bist.

Ich werde noch morgen Früh zur Post gehen, möglich, daß ich den Briefträger gerade erwisch', doch ob er mir den Brief gibt, weiß ich nicht, überdies sagte ich Agnes, daß du Frau bist, getrennt von deinem Manne und geschieden, dann, daß du sie sehr krank fandest, sie aber keine rechte Idee von ihrem schweren Leiden (falls sie schreibt, sie befände sich wohler) habe; du jedoch sehr beängstigt schreibst und telegraphirtest, ich bekomme jedoch von Agnes den Brief des Aases, Ach! soll ich noch länger warten, wie Sonntag oder Montag? Das ist ja eine furchtbare Aussicht, ich bin ganz weg von Schmerz darüber, ich kann nur beten, daß du fest und standhaft, klug und überlegt bleibst, dich durch nichts abbringen läßt, und sobald als möglich nach Verkauf abreisest und dich nicht mehr zeigst und hier sogleich Alles wegwirfst, was an eine Reise mahnt. Ich möchte nur wissen, ob ich zu Hause zu dir schreiben soll, daß sie unten sagen, du seiest bei ihnen gewesen. Gott segne, beschütze, erhalte dich, mein Weibi, ohne Unterlaß denke ich in glühendster Liebe und Sehnsucht und Bangen an dich, mein Alles, mein Engels-Julesi.

(Ohne Datum und Unterschrift; Schrift des Grafen Chorinsky.)

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 122.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 2. Mai 1868.

Das außerordentliche Militärbudget für 1868/69.

München, 1. Mai.

In der gestrigen 100. öffentlichen Sitzung der Kammer der Abgeordneten erstattete Abg. Langguth Vortrag über den Gesetzentwurf, einen Kredit für die außerordentlichen Militärbedürfnisse der 9. Finanzperiode betr. Ohne Debatte wurde Ziff. I des Art. 1 in folgender Fassung angenommen: Es wird ein Kredit eröffnet I.: für den vorübergehenden Mehraufwand wegen des allmäliger Reduktion unterliegenden höheren Standes an Offizieren, Militärbeamten und Mannschaften für das Jahr 1868 1,062,138 fl., für das Jahr 1869 751,603 fl., zusammen für 2 Jahre 1,753,741 fl. In Ziff. II verlangt die Regierung für Ausrüstungsbedürfnisse 1,011,100 fl., darunter 480,000 fl. zum Anschaffen von 15,000 neuen Gewehren, das Stück zu 36 fl. Diese Gewehre würden im Ganzen 540,000 fl. kosten; es kommen aber 60,000 fl. als Erlös aus alten Waffen in Abzug. Der Ausschuß beantragt, die Summe zu gewähren unter der Voraussetzung, daß die Anschaffung dieser neuen Gewehre erst dann erfolgt, wenn über ein bestimmtes als best anerkanntes Gewehr entschieden sein wird. Gleichzeitig will der Ausschuß, daß gegen die in den Erläuterungen ausgesprochene Absicht, daß diese Nachschaffung von Gewehren eventuell nach dem alten Muster würde geschehen müssen, wenn nicht ein neues angenommen werden kann, Verwahrung eingelegt werde.

Fischer hegt gegen diese Position Bedenken; er fürchtet, daß die verlangten Mittel zur Anschaffung eines Gewehres verwendet werden, von dem man alsbald nach der Anschaffung sagen wird, daß es nicht mehr zu den Waffen paßt, welche in den übrigen deutschen Heeren eingeführt sind. Redner will nicht die Mittel zur Anschaffung neuer Gewehre überhaupt verweigern; bevor er aber eine so große Summe, wie die verlangte, bewilligt, wolle er wissen, ob die Regierung sich bereits für das anerkannt beste Gewehr entschieden hat und ob Aussicht besteht, daß dieses Gewehr auch in allen übrigen deutschen Armeen eingeführt wird. Schließlich stellte Redner den Antrag, für Ausrüstungsbedürfnisse nur 436,600 fl. zu bewilligen.

Schwab, Krausold, Sing und Dr. M. Barth sprachen sich im gleichen Sinne aus. Barth betonte insbesondere, daß eine deutsche Kommission niedergesetzt werden sollte, um ein gleiches Gewehr für die ganze deutsche Armee zu wählen. Vermühler bemerkt: das Zündnadelgewehr sei nicht das beste und könne deßhalb bei uns nicht eingeführt werden; ebensowenig könnten wir warten, bis der norddeutsche Bund sich entschließen wird, das Zündnadelgewehr abzuändern; wir müßten einmal einen Beschluß fassen; wenn wir nicht den Anfang machten, so bekämen wir gar nie ein neues tüchtiges Gewehr. Die Wahl des Modells könne man den Sachverständigen überlassen. Kolb macht seine Abstimmung von den Erklärungen der Staatsregierung abhängig.

Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh: die Anschaffung eines neuen Gewehres sei dringend nothwendig; wir müßten im Interesse der Armee und des Landes zu einer neuen Bewaffnung schreiten. Die Wahl eines neuen Gewehres bedinge viele Vorarbeiten und Versuche; die Anschaffung nehme mehrere Jahre in Anspruch und deßhalb sei in Bayern ein Uebergangszustand geschaffen worden. Schon bei Gelegenheit der Beantwortung einer Interpellation habe er (Redner) erklärt, daß er bei der Frage der Anschaffung eines neuen Gewehres von 2 Gesichtspunkten ausgehe, nämlich ob die Erwägung überwiegend sein soll, daß unsere Bewaffnung gleich werde mit der Bewaffnung der übrigen deutschen Armeen, oder ob für die bayerische Armee das beste neue Gewehr angeschafft werden soll. Die bisherigen sehr umfassenden technischen Untersuchungen hätten zu dem Ergebniß geführt, daß das Werder'sche Gewehr zur Zeit das beste ist. Seine persönliche Ueberzeugung sei, daß für unsere bayerische Armee, die unter allen Umständen eine bayerische Armee bleiben werde, auch groß genug und stark genug sei, um ihre Bewaffnung selbst zu wählen. Der Austausch von Munitionen im Felde zwischen Armeekorps komme höchst selten vor. Was die Qualität des Werder'schen Gewehres betrifft, so vermöchte Redner nicht zu sagen, ob es wirklich das beste bleibt; allein auf diesem Standpunkte werde man immer bleiben, weil immer wieder ein besseres Gewehr erfunden werden könnte. Nach dem alten

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

28. Dezember.

Mein einzig geliebter Vater! Um Gotteswillen flehe ich dich auf den Knieen an, besonders, da du und die Mutter mich nach dem verfluchten München brachten, mache jetzt energische Schritte, daß ich erlöst werde, denn sonst kann ich noch verloren sein, ich will blos frei sein und nicht ins Elend gerathen, das überlebe ich nicht, und meinethalben, nur unserer Familie halber, bitte ich dich, mache du beim Kaiser, der das Recht hat, eine Untersuchung aufzuheben, Schritte, daß von der Person, die man beschuldigt, der Prozeß aufgehoben wird, sie soll des Landes verwiesen werden; nur daß ich frei werde um Gotteswillen, ich kann ja nicht fortleben, ich will auch Geistlicher werden, ich will fort aus Oesterreich, nur nicht geschändet; auf Knieen flehe ich zu dir, daß diese Sache durch den Kaiser beendet wird, denn ich kann so nicht fortleben; ich beschwöre dich, so wahr ich dein Sohn bin, erlöse mich von hier, dem boshaften Neste der Welt; wenn ich so gefehlt hätte, so gebührt mir und unserem Namen Rücksicht, ach rette mich, ich bete ohne Unterlaß, ich kniee vor dir und flehe zu dir.

Wenn sie frei wird, so muß ich es auch werden, nur deßwegen flehe ich zu dir; vielleicht kann Edelsheim was thun, der ihre Familie gut kennt. Nur diesmal rette mich, mache mich wenigstens frei; jeder Vater thäte es, wenn sein Sohn auch noch so gefehlt hätte. Ich beschwöre dich, mache Schritte beim Kaiser; ich werde dann nichts Anderes thun, als was du willst — aber nur der Kaiser kann jetzt etwas thun.

(Von Graf Chorinsky an Julie v. Ebergenyi.)

Liebste beste Julie! Da ich meinen Brief durch die Hände des Untersuchungs-Richters gehen lassen muß, so können Sie ersehen, daß ich gefangen bin, schon Montag Abends kam ich in Arrest, wurde aller meiner Sachen beraubt, da man mich eines großen Verbrechens beargwohnt; o, hätte ich Ihnen nur früher gesagt, daß ich gebunden war; jetzt müssen Sie es durch fremde Leute oder durch Zeitungen erfahren, und dann noch diesen Verdacht für mich auf so gräßliche Weise.

Verachten Sie mich nicht, stoßen Sie mich nicht von sich; ich bin unschuldig und treu dem, was ich sagte; ich bin Ihrer Achtung, Zuneigung noch immer ganz gleich werth; ich bitte Sie, nehmen Sie diese Zeilen, die nur ein Lebenszeichen von mir sind, da man mich die früheren Tage nicht schreiben ließ, in unveränderter Freundschaft auf. Gott segne, erhalte Sie, Sie edle Freundin; immer werde ich mit gleichen Gesinnungen Ihrer gedenken.

Gott gebe baldiges Wiedersehen, beten Sie für mich.

Ihr ergebenster Gustav.

* * *

(Ein Schreiben, welches Julie v. Ebergenyi auf den Namen der Marie Bay an sich selbst schrieb und besorgen lassen wollte):

Liebe Julie! Mein so langes Stillschweigen wirst du als Undankbarkeit deuten, was aber nicht der Fall ist, denn du bist die einzige Seele, gegenüber der ich selbst schriftlich Alles berühre, was an meinem Herzen liegt, weil ich von deiner Discretion so überzeugt bin, als wäre es dem Gott geweiht. Dir von diesen Worten den vollen Beweis zu geben, will ich dir sagen, daß ich die letzte Zeit mit so viel Kummer und Sorgen zu kämpfen gehabt, der größten Enttäuschung unterworfen gewesen, daß ich selbst bei meiner dir bekannten Heiterkeit, beinahe Leichtsinn, kaum ertragen kann, und vom Fluche Gottes mich begleitet glaube, indem mir jetzt Alles mißglückt, was ich unternehme.

Oberflächlich glaube ich dir erwähnt zu haben, daß ich ein intimes Verhältniß habe, wodurch ich glaubte, meine Zukunft zu ver-

System könnten keine Gewehre mehr gemacht werden, denn die Fabrik sei der Auflösung nahe. 1000 Gewehre müßten mindestens sofort neu angeschafft werden, weil ohne große Versuche das Schlußurtheil nicht abgegeben werden kann. Dr. M. Barth bemerkte: wenn der Herr Kriegsminister den Antrag auf Anschaffung von nur 1000 neuen Gewehren stellt, werden er und seine politischen Freunde zustimmen. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh bemerkte noch, daß die Nothwendigkeit der Anschaffung von 15,000 Gewehren im Laufe der 9. Finanzperiode fortbestehend bleibt, denn sie gehören zur Ergänzung der ersten Ausrüstung.

Zur Anschaffung von 4½ Millionen Patronen wurden 9400 fl., für Ausrüstung von 2 neuen Jägerbataillonen 4000 fl. (der größere Theil der Ausrüstung kann aus den Vorräthen entnommen werden); für Anschaffung von Zelten für 4000 Mann 24,000 fl.; zur Anschaffung von 20 weiteren Fahrzeugen aller Art 10,000 fl.; für Kasernirung, Herstellung von Exerzierplätzen rc. rc., für 2 neue Jägerbataillone 23,400 fl.; für Anfertigung von 60,000 Blechaufsätzen für die Patrontaschen 12,000 fl.; für Abänderung von 60,000 Patrontaschen 14,000 fl.; zur vollständigen Einkleidung von 4000 Mann Landwehr à 76 fl. 304,000 fl. eingestellt. Für 1868/69 sollen vorerst nur 16 Bataillons Landwehr aufgestellt werden und da für circa 12,000 Mann der Bedarf schon gedeckt ist, so genügt die Anschaffung der Kleidung für 4000 Mann. Die Ausrüstung der 16 Bataillons mit Garnisons- und Feldrequisiten, mit blanken Waffen und Lederwerk, dann Spielinstrumenten wird noch aus den Vorräthen des Heeres bestritten werden können, weßhalb dafür ein Credit vorerst nicht verlangt wird. Für Herstellung von Exerzier- und Schießplätzen und zwar vorerst nur für 16 Bataillons sind 8000 fl.; für Kaserneinrichtung für 600 Mann der besoldeten Stämme sind 18,000 fl. und für die erste Einrichtung von 32 Bataillonskanzleien à 400 fl. und 128 Bezirkskanzleien à 50 fl. 19,000 fl. eingestellt worden. Nach dem Ausschußvorschlage beträgt die Gesammtsumme für Ausrüstung 1,011,100 fl., bei der Abstimmung wurde aber diese Summe abgelehnt und dem Antrage Fischers entsprechend nur die Summe von 436,600 fl. genehmigt.

Ministerialkommissär v. Feinaigle stellte nun den Antrag, zur Anschaffung von 1000 neuen Gewehren 50,000 fl. zu genehmigen, welcher Antrag ohne Debatte angenommen wurde, so daß also die Summe für Ausrüstung 486,600 fl. beträgt.

Lit. b. Für außerordentliche Garnisonsneubauten postulirte die Regierung 607,000 fl., der Ausschuß beantragte, nur 340,000 fl. zu genehmigen und zwar: 1) für einen Stallbau in Ansbach für 261 Pferde 45,000 fl.; 2) für den Bau einer Stallung in Augsburg 22,000 fl.; 3) für den Bau einer Kaserne in Bamberg 20,000 fl.; 4) für den Bau von Stallungen für 250 Pferde in München nebst einer weiteren Reitschule 80,000 fl.; 5) für Herstellung des königl. Schlosses in Neuburg a/D. zu einer Kaserne 30,000 fl.; für den Bau von Stallungen für 175 Pferde und der Unterkunftsräume für 175 Mann in Nürnberg 60,000 fl.; 7) für die Erweiterung der Kasernirungsräume zu Speyer 10,000 fl.; 8) für die Herstellung eines Pulvermagazins in Nürnberg 10,000 fl.; 9) für den Bau einer gedeckten Reitschule in Dillingen und für Vermehrung und Erweiterung der offenen Reitbahnen 20,000 fl.; 10) für Errichtung der Schießplätze in Infanterie-Garnisonen 25,000 fl.; 11) für Erwerbung eines Bauplatzes zu einem Militärkrankenhaus in Nürnberg 18,000 fl. — Für den Bau einer Kaserne für ein Bataillon in Erlangen waren 130,000 fl. postulirt. In der Erwägung jedoch, daß dermalen die zur Verwendung für derartige Bauten vorhandenen Mittel sehr knapp zugemessen sind, und daß es angezeigt erscheint, es werde auch für das erste Jahr der nächsten Finanzperiode das mit der Stadt Erlangen getroffene Uebereinkommen, wornach diese unter der Bedingung, daß ein Neubau binnen 2 Jahren ausgeführt werde, provisorisch Unterkunftsräume bereit gestellt hat, in Kraft bleibe, wurde die Bausumme zurückgestellt.

Für Reparaturen in der Kaserne zu Forchheim dürfen 12,000 fl. aus dem Kasernbaurest in Amberg genommen werden. — Der noch zur k. Civilliste gehörige Theil der Herzog-Max-Burg zu München soll für die Militärbildungsanstalten erworben werden und ist der Betrag dafür auf 177,400 fl. berechnet, ein Postulat aber nicht gestellt, weil 175,000 fl. aus dem Erlöse der Augsburger Festungswerke und 2400 fl. aus Erlösen für andere Militärrealitäten gedeckt werden können. — Die Herstellung von Artillerieremisen erfordert einen Aufwand von 50,000 fl., welcher Betrag jedoch aus den Erübrigungen aus dem Credit von 1867 für Vermehrung des Artilleriematerials gedeckt wird. Eine Erinnerung gegen die Verwendung der genannten Summen wurde nicht erhoben. — Bei der Abstimmung wurde die von der Regierung für Garnisonsneubauten verlangte Summe abgelehnt, die vom Ausschusse beantragte Summe von 340,000 fl. aber angenommen.

Für Festungsdotationen und zwar für die Festung Ulm verlangte die Regierung 320,000 fl. Die Kammer lehnte jedoch auf Antrag des Ausschusses diese Summe ab, da die Erhaltung der auf bayerischer Seite befindlichen Festungswerke nur einen Werth haben kann, wenn auch jene der württembergischen Regierung im gehörigen Stande erhalten werden. Mit Württemberg ist wohl eine Konvention abgeschlossen, allein dieselbe ist noch nicht ratifizirt. Die Artikel 2, 3, 4 und 5 wurden ohne Debatte mit einigen vom Ausschusse vorgeschlagenen Modifikationen und schließlich das ganze Gesetz mit allen gegen 16 Stimmen angenommen.

Das Militärbudget in der Reichsrathskammer.

München, 1. Mai.

Aus der gestrigen 46. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe tragen wir Ausführlicheres noch über die Berathung des Militärbudgets nach:

Die Forderung des Kriegsministers beträgt bekanntlich 16,057,857 fl., woran die Abgeordnetenkammer einen Abstrich von 816,000 fl. vor-

---

bessern. Jetzt, wo der Moment hier wäre zu der günstigen Folge, habe ich so bittere Erfahrungen gemacht, daß ich diesen Menschen ohne seinen Namen zu nennen, den elendesten Schuften nennen kann. Verzeihe, wenn ich mich etwas ereifere, er verdient die schändlichsten Namen. Ich habe ihm zu Lieb' meine ganze Familie geschändet — reiste, was ich zwar genöthigt war, immer von dem Momente an zu thun, so wie ich es noch immer thue — unter fremdem Namen, selbst vor dir, meine liebste Bekannte, stellte ich mich unter einem fremden Namen vor, was ich dir auch bei meiner mittheilsamen Stimmung aufkläre — weil ich dich nicht betrügen will — bitte dich aber doch um Verzeihung und schenke mir das Glück, daß du mich mit diesem falschen Namen Marie Bay nicht meiner zürnen wirst und vielleicht auffassen, daß die Verhältnisse mich dazu bewegen.

Außer diesen Sachen hat mich dieser Lump zu so vielen schlechten Thaten gebracht, daß ich jetzt gar nicht weiß, wie und wo es zu verantworten; denn daß ich bis jetzt so glücklich durchgekommen, daß auf mich kein Verdacht gefallen, mir durch seine verderbene Leitung, wo er mich mit allen Schleichwegen bekannt gemacht und mit verschiedenen Verkennungsmitteln versehen. Leider, daß ich Alles zu spät einsehe, und würde ich mich nicht abhalten, als Verrätherin dazustehen — so könnte er auf das Schlimmste gefaßt sein, was er wirklich verdienen möchte.

Ich bin zwar auch nicht so ganz schuldlos, aber gewiß nicht mit so schlechten Absichten umgegangen.

Habe, liebe Julie, Geduld mit meiner langen Beschreibung — mir erleichtert auf das meiste, eine so genaue freundschaftliche Mittheilung machen zu können, mein sehr tief betrübtes Herz — daher will ich dir auch eine That schildern, was du dir vielleicht nie gedacht noch vorstellen hättest können. Wenn er auch Baron ist, so bleibt er vor mir doch der elende Schuft, der mich selbst zu diesem Verbrechen gebracht, welches schaudererregend ist.

Aus diesem Grunde konnte ich dir eine so ausführliche Beschreibung geben über den Tod der Mathilde Chorinsky, weil ich diejenige war, die es zwar mit den bittersten Thränen — aber vor dir gestehe, es gethan zu haben, weil er mich mit dem Versprechen, mich zu heirathen, dazu brachte, und jetzt hörte ich, daß er eine so häßliche Maitresse haben soll!

Die gute Mathilde hat zwar mehrere Courmacher gehabt, hat aber diesen am meisten gefesselt; wenigstens hat er es behauptet, und da er sich doch losmachen wollte, hat dieser infame Lump mich zu diesem furchtbaren Verbrechen auserkoren, welchen Dank ich dafür habe, daß ich für mein ganzes Leben das unglücklichste Wesen bleibe.

Ich machte mich auch gefaßt, wenn in ein paar Tagen noch keine Seelenruhe bei mir eintrifft, mir das Leben zu nehmen auf eine Weise, daß Niemand meinen Körper findet, daß ich nach meinem Tode wenigstens verhüten kann, daß meiner armen Familie diese unbeschreibliche Schande nicht zu Theil werde. Ich glaube, die Fluchworte der Mathilde, ungeachtet, daß ich kein Glied der Chorinsky'schen Familie kenne, sind mehr auf mich übergegangen, was ich zwar einestheils verdiene, jedoch nicht mit so schlechter Absicht geschehen als seinerseits.

Hier halte ich mich nur ein, zwei Stunden auf, bin ganz incognito; wann ich nach Wien komme oder überhaupt, ob ich je mehr kommen kann, ist in große Frage zu stellen; daher, liebe Julie, bitte ich dich, die Gegenstände, die ich dir Freitag, 22., geschickt, entweder sogleich zu vertilgen oder dir zu behalten, wenn du es benöthigen könn-

genommen hat Der Kriegsminister hat indessen nur eine Herabminderung von 550,000 fl. in der Kammer der Abgeordneten zugestanden, und zwar unter der ausdrücklichen Bedingung, daß es ihm überlassen bleiben müsse, diese Gesammtsumme an denjenigen Positionen zu mindern, wo es ihm ohne Schaden für die Armee irgend möglich erscheinen würde. Referent v. Niethammer erklärt das Postulat für sehr hoch, glaubt indessen doch, die gegen dasselbe noch fehlende Summe von 266,000 fl. gewähren zu sollen.

Graf Seinsheim spricht sich dahin aus, daß die zweite Kammer so weit gegangen sei, als nur möglich. Nicht durch eine große Armee werde Bayerns Selbstständigkeit erhalten, sondern durch seine geographische Lage.

Dem Grafen Bothmer ist nicht klar, wie der Kriegsminister nur diese 550,000 fl. ersparen will. Man könne keine größere Armee verlangen, als nach den bewilligten Mitteln möglich wäre. Der Minister des Aeußern kennt die Lage des Landes und bestimmt, wie stark die Armee sein soll. Dann kommt der Finanzminister und erklärt, wie stark die Armee sein kann. Wenn die Stärke der Armee hienach festgesetzt ist, so stellt der Kriegsminister sein dieser Stärke entsprechendes Verlangen. Dieser könne unter seine Forderung nicht weiter herabgehen. Eine eigentliche Vergrößerung der Armee trete nur durch die 4 neu zu errichtenden Jägerbataillone ein. Eine größere Zahl von Pferden müsse gehalten werden. Durch Hereinströmen von Remonten im Falle einer Mobilisirung würden die Eskadronen geschwächt und seien nicht kriegstüchtig. Die Errichtung zweier Armeekorpskommandos habe man für überflüssig gehalten. Ihm (Redner) sei die Eintheilung der Armee in vier Divisionen auch lieber. „Zwei" sei bezüglich einer Armee-Eintheilung die schlechteste Zahl. Erst „Vier" fange an, rationell zu werden. Wenn man jedoch die bayerische Armee als integrirenden Theil einer größeren Armee betrachte, welche in Armeekorps getheilt ist, so müsse man die bayerische Armee auch in solche Armeekorps theilen, und zwar nicht erst im Kriege. Das sei eine unserer bisherigen Krankheiten gewesen, daß gewisse Einrichtungen erst im Mobilisirungsfalle getroffen wurden. Die tüchtigste Leitung einer Armee ist diejenige, welche im Kriegsfalle möglichst wenig Aenderungen vorzunehmen hat.

Erzbischof v. Deinlein ist für eine starke und stattliche Armee, aber nur, wenn sie den Kräften des Landes entspricht. Der jetzige Armeestand gehe über die Kräfte des Landes hinaus. Graf Lerchenfeld wäre für die Bewilligung der 266,000 fl., wenn die Summe ohne Steuererhöhung in's Budget eingestellt werden könnte. Die Summe wird schließlich, wie gemeldet, mit allen gegen 10 Stimmen von der Kammer bewilligt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 29. April. [Ueber die Verminderungen in der norddeutschen Armee] bringt die offiziöse „Prov.-Corr." folgende nähere Angaben: „Es sollen vom 1. Mai ab bis auf Weiteres 1) bei jeder Schwadron 1 Unteroffizier und 2 Pferde, 2) bei jeder Compagnie und Schwadron 1 Oekonomie-Handwerker entlassen werden, 3) wie schon bisher bei der Cavallerie, so sollen forian auch bei der Infanterie, den Jägern, der Artillerie, den Pioniren und dem Train so viel Mannschaften beurlaubt werden, daß die einjährigen Freiwilligen bis zu 5 Mann in jeder Compagnie auf die vorschriftsmäßige Stärke in Anrechnung kommen, 4) von jedem Linien-Jäger-Bataillon sollen 64 Mann, 5) von jeder Festungs-Artillerie-Compagnie 15 Gemeine beurlaubt, 6) bei jedem Train-Bataillon 10 Recruten weniger eingestellt, 7) die beabsichtigte Verstärkung der Fußbatterien um je 3 Reitpferde bis auf Weiteres ausgesetzt werden. Endlich soll die Bestimmung, daß für fehlende Unteroffiziere Gemeine eingestellt werden, bis auf Weiteres außer Kraft treten. Durch diese Anordnungen wird eine Gesammtverminderung der augenblicklichen Friedensstärke um etwa 12,000 Mann herbeigeführt. Obwohl die Gründe dieser Maßregel zunächst lediglich in den angedeuteten Verhältnissen der Militär-Verwaltung zu finden sind, so bedarf es doch kaum der Versicherung, daß selbst die dringendsten inneren Anlässe eine solche Verringerung unserer Wehrkraft nicht hätten herbeiführen können, wenn unsere Regierung nicht zugleich von einer festen und begründeten Zuversicht auf Erhaltung des Friedens erfüllt wäre. . . . Wie die Regierung des Norddeutschen Bundes durch die Verminderung der Friedensstärke des Heeres einen Beweis ihrer friedlichen Absichten und des Vertrauens in eine gleiche Gesinnung der fremden Mächte gegeben hat, so glaubt sie auch die Hoffnung hegen zu dürfen, daß ihr Beispiel in anderen Staaten bereitwillig Würdigung und Nachfolge finden werde."

Ausland.

Großbritannien. [Ausgang des Fenier-Prozesses.] Nachdem O'Keeffe und Anna Justice freigesprochen worden sind, erfolgte auch das „Nichtschuldig" für English und die beiden Desmond, und diese fünf wurden gestern auf freien Fuß gesetzt. Ein „Schuldig" erklärten die Geschworenen nur gegen den Einen Barrett, weil derselbe bei der Clerkenweller Explosion die Lunte angelegt habe. Als der Lord Oberrichter eben die schwarze Mütze aufgesetzt hatte, um das Todesurtheil zu verkündigen, unterbrach ihn Barrett und bat, ihm einige Worte zu gestatten. In einer wohldurchdachten Rede unterzog der schuldig befundene Angeklagte sämmtliche Zeugenaussagen einer scharfen Beurtheilung, die sich besonders in Betreff der Angeber einfach zur Anklage des falschen Zeugnisses zuspitzte und auch die Polizei übel genug behandelte. Bezüglich der Explosion sprach er sein herzliches Mitgefühl für die Betroffenen aus und wahrte den Fenierbund ausdrücklich vor der Thäterschaft. Er sprach sodann die Hoffnung aus, Irland werde fort und fort sich bemühen, das englische Joch abzuwälzen und erklärt, er wolle keine Fürbitte und Kundgebungen für sein Leben, er verlange keine Gnade, er sei unschuldig. Die Rede schließt mit Worten des Dankes für seinen Vertheidiger und der An-

---

test; nur diese kleine Flasche mit den weißen Zuckerln werfe sogleich weg, daß Niemand sie in die Hände bekommen könne, noch daß sie gesehen wird; alles Uebrige stelle ich dir zur Verfügung.

Mit dem grauen Unterrock, hoffe ich, wirst du recht zufrieden sein, ungeachtet er etwas theuer ist.

In meiner verzweifelten Stimmung hätte ich beinahe vergessen, dir meinen Dank zu sagen, daß du so gnädig warst, mir deine Uhrkette zu leihen, und für den schönen Todtenschmuck, was ich leider nicht mehr dazu kommen werde, nachmachen zu lassen, so wie es mein größter Wunsch war. Mein schwarzes Kleid mit Weiß abgesteppt, habe ich schon beinahe ganz abgetragen; mir war das mein liebstes Kleid, weil ich dir's nachgemacht — aber jetzt erst bin ich zur Erfahrung gekommen, daß meine Astrachanjoppe aus diesem Grunde viel billiger gekommen, weil es kein echter ist, also mein Triumph umsonst gewesen.

Da ich glaube und hoffe, daß es dich interessiren wird, daß ich gestern die letzte Cigarrette geraucht, welche du so gut warst mir zu geben, aber auch den Cigarrenspitz, welchen ich auch nach dem deinen auf Porcelan gemalt von dem elenden Kerl mit der Baronkrone bekommen, zerbrochen.

Wie du siehst, liebe Julie, wie in allen diesen Kleinigkeiten, so in allen anderen habe ich Unglück; ich sehe schon meinen baldigen Untergang. Wenn Gott es will, werde ich mich ergeben trachten.

Seither, als die Gegenstände geschickt, war ich für zwei Tage in Wien, wollte dich auch aufsuchen, da aber am Fenster nicht das Erkennungszeichen war, so habe ich es unterlassen, eben aus diesem Grunde, weil ich nicht bestimmt wußte, ob du in Wien bist oder in der Heimath, so adressire ich diesen Brief zu deiner Freundin und hoffe, daß sie ihn dir auf das sicherste einhändigen wird, wo du immer sein solltest.

Ich war auch ein paar Tage in Paris, wo ich einen Curmacher von dir kennen lernte; er läßt dir die Hände vielmals küssen und wird bald in deine Heimath kommen, wo er euch aufsuchen wird.

Indem ich meiner Gewohnheit gemäß dir gegenüber einen ausführlichen Brief geschrieben, so nehme ich mit schwerem Herzen Abschied von dir. Wer weiß, ob ich nicht genöthigt sein werde, bald meinem Leben ein Ende zu machen. Meine Stunde zur Abreise naht; ich bin hier wieder unter einem fremden Namen. Es küßt dich viel tausendmal im Geiste, was ich in Wirklichkeit thäte, weil ich überhaupt viel, ja unendlich viel mit dir besprechen möchte — deine Rathschläge zu erbitten, weil ich durch dich veredelt werden könnte.

Indem ich mein Herz erleichtert, so weit es bei mir möglich, nehme ich wiederholt Abschied mit dem dankbarsten Kuß deiner ergebenen

Marie Bay.

P. S. Ich kann dir gar nicht sagen, wie mich neugierig macht und es wissen möchte — was die Mathilde Chorinsky mit dieser Schachtel gemacht, welche ich durch deine Gefälligkeit ihr nach Reichenhall zukommen habe lassen — daß du mir diese Gefälligkeit erwiesen — danke ich dir sehr dafür, überdies war dies auch durch die Bitten, diesem infamen Schufte zufolge, daß ich deine Güte in Anspruch genommen.

Adieu, wiederholt, zerreiße diesen Brief, daß ihn Niemand in die Hände bekommt.

(Fortsetzung folgt.)

kündigung, er werde im Gefühle seiner Unschuld fest und unerschrocken zum Tode gehen. Der Lord-Oberrichter nimmt darauf seinen Vortrag wieder auf, verweilt abermals bei der reiflichen Erwägung, die dem Wahrspruche der Geschworenen vorhergegangen, spricht auch die Ueberzeugung aus, daß Barrett selbst als Thäter mit den durch die Explosion Beschädigten Mitgefühl hege und fällt schließlich das Todesurtheil. Der Gefangene vernahm das Urtheil mit Fassung und verließ mit festen Schritten den Saal. Ob die Strafe vollstreckt wird, ist fraglich.

Der Ausgang dieses Fenier-Prozesses hat Niemanden befriedigt. Auf Zeugen-Aussagen, wie die vorliegenden, hätte in minder aufgeregter Zeit keine Jury auf Schuldig erkannt und daß auf ihr Verdikt hin der einzige des Mordes schuldig Befundene, nämlich Barrett, dem Henker überliefert werde, ist nicht anzunehmen. Dagegen würde sich das Gefühl aller Rechtdenkenden sträuben, auch derer, die politische Verbrechen mit großer Strenge beurtheilen. So sehr widersprachen die Zeugen einander und so wenig Vertrauen einflößend waren sie auf beiden Seiten, daß große Willkür oder entsetzlich viel Voreingenommenheit dazu gehört, zu sagen, es hätten die Einen die Wahrheit gesagt, die Anderen gelogen. In diesen acht Prozeßtagen wurden unverkennbar mehr falsche Zeugeneide abgelegt, als in einem Dutzend anderer Kriminalprozesse zusammengenommen. Das darf Niemanden Wunder nehmen. Denn auf der einen Seite standen ehrlose Angeber, auf der anderen Leute, die wahrscheinlich selbst Fenier sind oder zu diesen in nahen Beziehungen stehen. Die Angeber aber hatten sich schon früher zwiefach verschworen, und daß Fanatiker, die den Meuchelmord auf ihre Fahne schreiben, vor einem falschen Eide zurückscheuen sollten, ist nicht annehmbar. Das gab ein Gewebe von Lügen und Widersprüchen ohne Ende. In diesem glaubte der Oberrichter, glaubte die Jury, den Faden der Wahrheit gefunden zu haben und wanden daraus den Strick für den Angeklagten Barrett. Wir zweifeln nicht, daß sie nach ihrem besten Gewissen geurtheilt haben, zweifeln jedoch, daß die Beweise gegen den Schuldigbefundenen überzeugend genug waren, um die Vollstreckung des Todesurtheils zu rechtfertigen.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Schillerdenkmal.] In Wien ist ein Aufruf zu Beiträgen für ein Schillerdenkmal erlassen, worin darauf hingewiesen wird, daß fast ein Jahrzehent seit dem Tage verrauscht ist, an welchem die Kaiserstadt die Säkularfeier des Geburtstages Friedrich Schillers beging. Schwere Unglücksfälle betrafen das Reich, ihre Nachwehen lasteten auf jedem Herzen, doch der Zauber jenes gefeierten Namens blieb. Mag auch eine folgenschwere Katastrophe seither die alten Marken des Vaterlandes verrückt haben, jener Gedanke doch blieb fest und tief im Bewußtsein des Volkes eingewurzelt und zwar um so tiefer und fester, je inniger es überzeugt ist und bleibt, daß vermorschende Grenzpfähle jenem geistigen Zusammenhange, welchem es sein Bestes, Edelstes und Heiligstes dankt, keinen Abbruch thun können und sollen! Die Unterfertigten glaubten der thätigen Wiederaufnahme und Verwirklichung desselben Gedankens als förderndes Organ dienen zu dürfen, und indem sie sich demnach als wirkendes Komite zur Errichtung eines Schillerdenkmales in Wien konstituirten, richten sie hiermit an alle Verehrer des unsterblichen Dichters — und in welchem Lebensalter, in welchem Standes- und Berufskreise fänden sich diese nicht? — die angelegentliche Bitte, das große und schöne Unternehmen zu unterstützen und durch ihre warme Theilnahme mit der Glorie einer echten Volksschöpfung zu umgeben. Wenngleich der deutsche Stamm zunächst berufen sein mag, zu den Ehren seines nationalen Dichters mitzuwirken, so lebt doch in den Grenzen dieses weiten Reiches kein Volksstamm, dessen Geistesleben sich dem bewältigenden Einflusse jener Ideenwelt zu entziehen vermöchte, als deren würdigsten Träger der große Dichter nicht einem Kulturvolke allein, sondern der ganzen gesitteten Menschheit gelten darf. Die nicht übersehene Ungunst der Zeitverhältnisse durfte das Comite nicht abhalten, sich in diesen Tagen mit einem Aufrufe an die öffentliche Theilnahme zu wenden, denn die Ungunst des drückenden Augenblicks ist vorübergehend, aber zugleich eine ernste Mahnung, das geistige Auge an dem Erhabenen und Unvergänglichen emporzurichten.

Unter den Unterzeichnern des Aufrufes befinden sich die Namen: Auersperg (Anastasius Grün), Dingelstedt, Frankl, Grillparzer, Laube, Münch-Bellinghausen (Friedrich Halm) u. s. w. Zuschriften (und Beiträge), das Schillerdenkmal betreffend, sind „an das Schillerdenkmal-Comite in Wien", zu Händen des Vicepräses desselben, Hrn. Ludw. Aug. Frankl, Seitenstettengasse Nr. 4 zu adressiren.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62^1/_2$—$^5/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52^7/_8$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49^3/_4$—$^7/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$42^1/_4$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 P. $92^7/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	93 P. $92^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^1/_4$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^3/_4$ P.
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_4$ P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^5/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	81[illegible] P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^3/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$83^1/_4$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto	$94^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$81^3/_4$ P
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$77^7/_8$ P.
„	6pCt. ditto r. 1882 .	$75^3/_4$—$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124^3/_4$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$189^1/_4$ P. $88^3/_4$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^3/_4$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	94 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222—$21^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	94 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$264^1/_2$—65 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	122 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$63^1/_2$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$148^1/_2$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$105^1/_2$ P. $^1/_2$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$134^1/_2$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$51^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243^1/_2$ G.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	$42^1/_2$ P. $^3/_8$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$122^3/_4$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_2$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_4$—$^3/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99^7/_8$ P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^1/_4$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^3/_4$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63^1/_2$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70^5/_8$ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$132^1/_2$ G.
„ do. v. 1864	$86^3/_4$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99^5/_8$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^5/_8$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_2$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$145^1/_4$ P.
„ fl. 25 do.	38 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25^1/_2$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^3/_8$ G.

Frankfurt, 1. Mai. Der Geschäftsverkehr der heutigen Börse war recht lebhaft. Oesterreichische Spekulationspapiere weisen gegen ihren Stand im gestrigen Abendverkehr eine Coursbesserung auf, namentlich Staatsbahnaktien, welche in Folge des abermals sehr günstigen Wochenausweises der Staatsbahn eine Steigerung von $1^1/_2$ fl. erfuhren. Auch österreichische Anlagepapiere notiren zum Theil etwas höher. Englische Metalliques $62^5/_8$, steuerfreie Anleihe $49^7/_8$ bezahlt. Von New-York wurde Goldagio zwar etwas höher gemeldet, was sich aber durch die gleichzeitige bessere Notirung der Bonds ausglich. Bei sehr lebhaftem Umsatze verkehrten Amerikaner in steigender Tendenz. 1882er Bonds per Comptant bis $75^3/_4$, per Medio Mai $75^9/_{16}$—$^5/_8$ bezahlt. In süddeutschen Papieren schwacher Umsatz zu fast unveränderten Coursen. Von Bankaktien waren Darmstädter 1 fl. billiger am Markte. Eisenbahnen behauptet. Oberhessische $74^5/_8$—$^3/_4$, Alsenzbahnaktien $81^1/_8$ bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 123.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 3. Mai 1868.

Das außerordentliche Militärbudget in der Reichsrathskammer.

München, 2. Mai.

In der gestrigen 47. öffentlichen Sitzung der Kammer der Reichsräthe erstattete v. Niethammer Vortrag über den Gesetzentwurf: „einen Kredit für die außerordentlichen Militärbedürfnisse in der 9. Finanzperiode betreffend“ — und empfahl, denselben im Allgemeinen in der Fassung der Kammer der Abgeordneten anzunehmen. Eine kurze Debatte entspann sich nur über den Abstrich des Postulats von 575,500 fl. für Anschaffung neuer Gewehre und über die Zurückstellung des Postulats von 160,000 fl. für einen Garnisonsneubau in Erlangen. In erster Beziehung bemerkte Referent v. Niethammer, daß er mit dem Abstriche vollkommen einverstanden sei, weil erst im vorigen Jahre die bedeutende Summe von 800,000 fl. für die Umänderung der Podewilsgewehre bewilligt wurde und zu weiteren Versuchen 1000 Stück Gewehre um den Anschaffungspreis von 50,000 fl. genügen dürften. Der Herr Kriegsminister sei auch einverstanden, daß mit 1000 Werder'schen Gewehren noch größere Versuche gemacht werden; bewährt sich dasselbe vollkommen, so werde im nächsten Herbste eine neue Vorlage gemacht werden. Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh erklärte, daß im Laufe der 9. Finanzperiode 15,000 Gewehre neu angeschafft werden müssen, weil sie zur Ergänzung der ersten Ausrüstung nothwendig sind. Redner behält sich daher vor, das Postulat später wieder zu stellen. — Bezüglich der Zurückstellung des Postulats für einen Garnisonsneubau bemerkte v. Harleß, daß er die Lokalitäten, welche die Stadt Erlangen zur Unterbringung der Garnison auf 2 Jahre zur Verfügung gestellt hat, genau kenne und daß es nicht denkbar sei, daß die Mannschaft dort länger als 2 Jahre bleibt. Der Neubau für die Garnison sollte sofort beginnen, weil sonst für diese Universitätsstadt der Verlust der Garnison in Aussicht steht. v. Niethammer: Die 160,000 fl. sind nur vorläufig zurückgestellt; eine Aussicht, daß die Kammer der Abgeordneten die sofortige Verwendung dieser Summe gestatte, besteht nicht. Hr. Kriegsminister Frhr. v. Pranckh: Die Unterkunftsräume der Garnison in Erlangen seien von der Art, daß die Mannschaft nicht länger als 2 Jahre dort belassen werden kann. Nach 2 Jahren werde das Ministerium die Frage zu entscheiden haben, ob die Garnison in Erlangen bleiben soll oder nicht; wenn bis dahin kein neues Gebäude fertig ist, könne er die Belassung der Garnison in Erlangen nicht in Aussicht stellen. v. Harleß kann nur sein tiefstes Bedauern aussprechen, daß keine Hoffnung besteht, daß die Kammer der Abgeordneten die 160,000 fl. genehmigen werde und unterläßt deßhalb die Stellung eines Antrages. — Der Gesetzentwurf ist sodann ganz in der von der Abgeordnetenkammer beschlossenen Fassung, wie gemeldet, einstimmig angenommen worden, so daß Gesammtbeschluß erzielt ist. (Die beiden andern, gestern schon gemeldeten Gesammtbeschlüsse erfolgten ohne Debatte.)

Norddeutscher Bund.

— [Die Mainzer Frage] stellt sich als Börsengerücht heraus, doch ist es immerhin interessant, dieselbe in ihrer Eigenschaft als möglicher casus belli zu untersuchen. Wenn die französische Regierung den Krieg ernstlich wollte, so wäre die Mainzer Frage unzweifelhaft ein sehr bequemer Haken, um einen Kriegsfall daran zu befestigen. Dieselbe Regierung, welche eines Tages in der Anwesenheit einer preußischen Besatzung in der Festung Luxemburg eine Bedrohung der Sicherheit und Ehre Frankreichs erblickte, kann ein Gleiches auch von der Anwesenheit einer preußischen Besatzung in Mainz behaupten. Aber die Sache verhält sich mit Mainz etwas anders als mit Luxemburg. Dieses war nach der Auflösung des deutschen Bundes wieder niederländisch geworden, und das Verbleiben einer preuß. Besatzung in der Hauptfestung eines so kleinen Staates wie Holland war ein unnatürliches, discutirbares Verhältniß. So lange der deutsche Bund bestand, dessen Mitglied der König von Holland in seiner Eigenschaft als Großherzog von Luxemburg gewesen, gab es einen unanfechtbaren Rechtstitel für die Anwesenheit einer von Preußen beigestellten Bundesgarnison in Luxemburg. Wäre Luxemburg nach dem Prager Friedensschlusse zum norddeutschen Bunde in dasselbe Verhältniß getreten, in dem es zum ehemaligen deutschen

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Wien, 23. April.

(Zweiter Verhandlungstag.) Um 9 Uhr wird die Angeklagte in den Gerichtssaal geführt, ihre Toilette ist dieselbe, ihr Aussehen sehr blaß. Sie läßt sich auf die Anklagebank nieder, den Blick zu Boden gesenkt. Bald nach ihr tritt der Gerichtshof ein.

Präs.: Ich ersuche, sich niederzulassen und die größte Ruhe zu bewahren. — (Zur Angeklagten gewendet:) Fräulein Julie Ebergenyi, haben Sie irgend etwas vorzubringen? — Angekl. macht eine verneinende Bewegung und sagt kaum hörbar: Nein.

Präs.: Wünschen vielleicht die Herren vom Gerichtshofe, der Herr Staatsanwalt oder der Hrn. Vertheidiger eine Aufklärung?

Nachdem von keiner Seite eine Aufklärung gewünscht wird, schreitet der Präsident zur Vernehmung der Zeugen.

Der Zeuge Franz Janoschka, Hausmeister des Hauses in der Krugerstraße, in welchem Julie Ebergenyi wohnte, wird vorgerufen.

Die Angeklagte ist sehr bewegt, weint fortwährend, hält ein weißes Tuch vor den Mund, stützt das Gesicht abwechselnd in den rechten und dann in den linken Arm.

Franz Janoschka tritt in den Saal und wagt kaum den Mund zu öffnen. — Präs.: Ihr Name? Sprechen Sie laut. — Zeuge: Franz Janoschka. — Präs.: Wo sind Sie geboren? — Zeuge: Zu Iglau in Mähren. — Präs.: Sie sind 52 Jahre alt, katholisch, verheirathet, Hausbesorger, unbeanständet? — Zeuge: Ja. — Präs.: Kennen Sie dies Fräulein? — Zeuge: Ja.

Präs.: Seit wann kennen Sie das Fräulein? — Zeuge: Ich bin Hausbesorger in dem Hause, wo sie seit August wohnte. — Präs.: Welche Wahrnehmung machten Sie über ihre Lebensweise. — Zeuge: Ich kann nichts weiter sagen, als daß Herr Graf Chorinsky öfter hingekommen, ja täglich und überhaupt sehr oft dort war. Sonst kann ich gar nichts sagen. — Präs.: Hat sie sonst Besuche empfangen? — Zeuge: Nur Einen Herrn, der zu ihr gekommen. Es sind vielleicht noch andere Leute gekommen; das Haus ist groß, ich kann nicht wissen, zu wem die Leute kommen. — Präs.: Sind Ihnen Damenbesuche aufgefallen? — Zeuge: Nur eine Frau, die öfter hingekommen ist. — Präs.: Ist das die Frau, die Sie schon hier als Zeugin gesehen haben, die Frau v. Thurneyssen? — Zeuge: Ja. — Präs.: Sahen Sie sonst Niemanden? Zeuge: Niemanden. — Präs.: Ist Ihnen nicht vielleicht ein Mädchen mit schwarzem Haar, man weiß nicht ob größer oder kleiner als Fräulein v. Ebergenyi, aber von dunklerer Physiognomie, aufgefallen? — Zeuge: Ich habe eine solche Dame nie gesehen; ich habe nur diese Frau gesehen.

Präs.: Hat das Fräulein seit August öfter Reisen unternommen? — Zeuge: Ich weiß gar nichts. — Präs.: Erinnern Sie sich nicht an eine Reise, die sie im November v. J. unternahm? — Zeuge: Das Fräulein ist mit dem Herrn Grafen zu mir gekommen und sagte, daß sie auf einige Tage verreise und Samstag oder Sonntag zurückkommen werde. — Präs.: War dies am 19. November, zu welcher Stunde? — Zeuge: Ja, es war am 19. Novemb. Nachmittags. — Präs.: Welches Gepäck hat das Fräulein mit sich genommen? — Zeuge: Wie sie fort ging, habe ich nichts gesehen, aber bei der Rückkehr hat sie ein rothes Kofferl zurückgebracht. — Präs.: An welchem Tage kam das Fräulein zurück? — Zeuge: Am 22. November. — Präs.: Haben Sie nach der Rückkunft des Fräuleins an demselben etwas Auffallendes bemerkt? — Zeuge: Gar nichts. — Präs.: Ist Graf Chorinsky häufiger als sonst gekommen? — Zeuge: Er ist nur zweimal gekommen. Er kam mit dem Fräulein und ist hierauf mit demselben weggefahren.

Präs.: Um welche Zeit ist er weggefahren? — Zeuge: Am

Bunde gestanden, so würde das preußische Besatzungsrecht unbestreitbar geblieben sein. Was mit Luxemburg der Fall nicht war, das ist in Bezug auf das Großherzogthum Hessen, auf dessen Gebiete die Festung Mainz liegt, eingetreten. Allerdings gehört Mainz, streng genommen, nicht zu jenen nördlich des Mains gelegenen Theilen hessischen Gebietes, mit welchen der Großherzog von Hessen laut Friedensvertrag vom 3. Sept. 1866 in den norddeutschen Bund eingetreten ist; aber nachdem Mainz aufgehört hatte, eine Festung des einstigen deutschen Bundes zu sein, war es natürlich, daß das siegreiche Preußen diesen hochwichtigen strategischen Punkt nicht in den Händen eines schwächlichen Kleinstaates belassen konnte. Noch im August des Jahres 1866 besetzten preuß. Truppen die Festung Mainz und irren wir nicht, so wurde in der zwischen dem Großherzog von Hessen und dem König von Preußen abgeschlossenen Militär-Convention vom 7. April vor. Js. die Mainzer Besatzungfrage definitiv zu Gunsten Preußens geregelt. Mainz ist jetzt eine hessische, von den Truppen des Königs von Preußen als Chef und Oberbefehlshaber der Armee des norddeutschen Bundes im Einvernehmen mit dem Großherzoge occupirte und eventuell zu vertheidigende Festung. Das ist denn doch ein ganz anderes Verhältniß als jenes mit Luxemburg, und auf diplomatischem Boden würde das Tuilerien-Cabinet bei Anfechtung des preußischen Besatzungsrechtes einen viel schwierigeren Stand haben, als dies in Betreff Luxemburgs der Fall war.

Ausland.

Schweiz. [Ultramontanes aus Genf.] Aus dieser Stadt, 28. April, schreibt man der „Allg. Ztg.“: Die Reibereien zwischen der Bevölkerung unseres Nachbarstädtchens Carouge (gewissermaßen einer Vorstadt Genfs von mehr als 6000 Einwohnern) und dem dortigen katholischen Klerus scheinen nachgerade in den Zustand der Permanenz treten zu wollen. Der letzte Sonntag sah in dieser Hinsicht wieder charakteristische Scenen. Bei dem Leichenbegängniß eines jungen Mannes, welcher Mitglied verschiedener Vereine und sehr beliebt gewesen war, wollten seine Freunde demselben die letzte Ehre in der Art erweisen, daß sie den Sarg durch verschiedene Deputationen begleiten und umgeben ließen. Dieser Anordnung widersetzte sich der fungirende Geistliche insofern, als er den Platz unmittelbar vor dem Sarg in Anspruch nahm, und sich, als die jungen Leute nicht nachgeben wollten, entfernte. Nun trat der Zug ohne Geistlichen den Weg zur Kirche an. Da die Thür derselben geschlossen war, auch nicht geöffnet wurde, so wurde sie mit Gewalt erbrochen. Der Geistliche ward dann, um weiteren Scandal zu verhüten, nachträglich doch noch bewogen, die Leichenceremonien vorzunehmen und den Sarg zur letzten Ruhestätte zu begleiten, bei welcher Gelegenheit sich dem Zug eine große Menschenmenge anschloß. Auch ein anderer Fall, der sich bereits vor zehn Tagen in Genf selbst zutrug, jedoch sonderbarerweise erst heute von einem einzigen Blatt, der „Union Suisse,“ erwähnt wird, erregt bei uns die öffentliche Meinung gegen die Ultramontanen. Ein junger Franzose, der zum Priester bestimmt war, hatte sich aus seinem Seminar entfernt und in Genf eine Zuflucht gesucht, beabsichtigte auch, sich demnächst zu verheirathen. Am 18. April erhielt er eine Einladung zu einem hiesigen katholischen Buchhändler, der ihm angeblich eine wichtige Mittheilung zu machen hatte. Dort fand er seinen Vater und zwei katholische Geistliche, welche ihn mit Gewalt in eine bereitstehende Kutsche zu bringen suchten, um ihn nach Frankreich zurückzuführen. Auf sein Hülferufen eilte eine zahlreiche Menschenmenge herbei — die Scene spielte auf der Corraterie, einer unserer belebtesten Straßen — und befreite ihn. Der Vater soll nur durch die Fürbitten des Sohnes einer Verhaftung entgangen sein. Fälle dieser Art sind ganz geeignet, die öffentliche Meinung noch mehr zu erbittern, welche schon durch die Angelegenheit der Frères Ignorantins sehr erregt ist. Wegen der letzteren stehen heftige Debatten in dem im nächsten Monat zu eröffnenden großen Rath in Aussicht.

Frankreich. [Friedenskundgebungen.] Der hochoffiziöse „Constitutionnell“ weist den Vorwurf zurück, daß die Regierung es verschulde, wenn heute das Vertrauen in die Erhaltung des Friedens noch wanke. Er schreibt: „Ohne Zweifel ist es ein großes Unglück, daß Kriegsbefürchtungen einen Theil des Publikums erfassen, und zwar trotz der beruhigenden Versicherungen der Regierung, und dadurch die Geschäfte lahmgelegt sind. Aber hat das „Journal des Débats“, welches uns durch diesen Vorwurf niederschmettern möchte, Grund, die Form unserer Regierung dafür verantwortlich zu machen? Hat es nicht zu wiederholten Malen und mit Wahrheit die Bemerkung gemacht, daß bei unserer heutigen Civilisation ein Krieg nicht aus dem willkürlichen Willen eines Herrschers, sondern aus gewissen Thatsachen und gewissen Situationen entspringt? Hätte Frankreich heute zu Souveränin die Königin Viktoria und als Premier-Minister Herrn Disraeli oder Lord Stanley, alle ihre Erklärungen würden eine gewisse Anzahl von Leuten nicht abhalten, an den Krieg zu glauben oder ihn zu wünschen. Die Ereignisse in Deutschland haben Europa eine Erschütterung verursacht, von der es sich noch nicht völlig erholt hat. Unser Land war nicht das einzige, welches unter der Befürchtung eines Zusammenstoßes und unter der Stockung der Geschäfte zu leiden hatte. Fragt deshalb doch Belgien, Italien, England, wo das parlamentarische Regime in voller Blüthe ist. Es ist nicht die Schuld unserer Regierung, wenn ihre beständig friedliche Haltung, die sie seit Anbeginn eingenommen, bei uns nicht alle und jede Befürchtung zerstreut hat, welche die in Deutschland bewerkstelligte Revolution hervorgerufen.“

Die „Opinion Nationale“, das Organ des Prinzen Napoleon, macht den Vorschlag, daß die Presse in allen Ländern einen fortwährenden Druck auf die Regierungen ausübe, um ihnen begreiflich zu machen, daß die Zeit großer internationaler Kämpfe vorüber und daß Europa kein Lager, sondern ein Arbeiterfeld, eine Werkstätte ist; daß nicht dasjenige Volk das erste sein wird, welches die meisten Gewehre an seiner Grenze aufzustellen vermag, sondern dasjenige, bei dem die Industrie, der Ackerbau, die wissenschaftliche Entfaltung, der Unterricht in allen seinen Abstufungen den lebhaftesten Anstoß bekommen werden.

Tage der Zurückkunft zwischen 3 und 4 Uhr Nachmittags. — **Präs.:** Haben Sie gesehen, in welcher Richtung sie gegangen sind und ob es in der Richtung gegen die Aspernbrücke war? — **Zeuge:** Das weiß ich nicht. — **Präs.:** Hat das Fräulein auch noch eine andere Reise unternommen? — **Zeuge:** Ich habe nur später erfahren, vom „Mädl“, daß das Fräulein nach Hause gereist sei.

Präs.: Erinnern Sie sich an den Abend, an welchem das Fräulein verhaftet wurde? Was geschah nach der Verhaftung? — **Zeuge:** Da ist die Schwester des Fräuleins gekommen und wollte die Wohnung von einem Schlosser öffnen lassen; eine Thür war schon geöffnet. — **Präs.:** Sie hatte einen Schlosser mit, um die Thür zu öffnen, und Sie ließen sie dennoch zur Thür gelangen? — **Zeuge:** Ich glaubte anfangs, es sei ein Fräulein vom vierten Stock, und da mir Herr v. Breitenfeld sagte, ich soll kein Aufsehen machen, so wollte ich sie nicht fragen. Ich bin zurückgegangen zu der „Meinigen“ und sagte, ein Fräulein sei droben, ich weiß nicht, ob es das Fräulein v. Ebergenyi ist. Sie rieth mir, ich solle hinaufgehen und nachsehen. Ich blieb im ersten Stocke stehen, und wie ich das Geräusch hörte, machte ich ein paar Sätze gegen die Thür und habe das Fräulein und den Schlosser abgewiesen.

Präs.: Was sagte das Fräulein, weshalb wollte sie die Thür öffnen lassen? — **Zeuge:** Sie sagte, sie hätte etwas in der Wohnung vergessen. — **Präs.:** Haben Sie sonst an Fräulein Ebergenyi, welche Sie hier sehen, etwas bemerkt, einen besonderen Aufwand etwa? — **Zeuge:** Nein. — **Präs.:** Wie lange sind Sie im Hause als Hausbesorger? — **Zeuge:** Fünf Jahre. — **Präs.:** Wurde oft über Ratten und Mäuse in Hof und Keller Ihres Hauses geklagt? — **Zeuge:** Bei uns kommt das nicht vor, höchstens im Hofe, im Keller gewiß nicht. — **Präs.:** Sagte etwa das Fräulein, daß sie vor den Ratten Scheu habe? — **Zeuge:** Ich weiß gar nichts davon. — **Präs.:** Wann hatte das Fräulein von Ihnen einen Holzplatz begehrt? — **Zeuge:** Schon im Oktober. Weil immer vom Holz die Rede war, habe ich ihr einen Platz im Keller angewiesen.

Präs. (zur Angeklagten): Haben Sie etwas zu erwidern? — **Angekl.** (weint heftig und sagt kaum hörbar): Nein.

Präs.: Ist eine Anfrage an den Zeugen gefällig? (Nachdem von keiner Seite ein solches Begehren gestellt wird, zum Zeugen gewendet): Sie haben Ihre Aussagen bereits beschworen und bestätigen Ihre heutigen Angaben unter dem Band des abgegebenen Eides, daß Sie die Wahrheit gesprochen? — **Zeuge:** Ja. — **Präs.:** Wollen Sie abtreten. Sie können sich auch entfernen.

Präsident läßt die Zeugin Frau Elise v. Thurneyssen, von Preßburg gebürtig, 39 Jahre alt, verheirathet, aufrufen und schreitet nach den üblichen Ermahnungen zu deren Vernehmung.

Das Erscheinen der Frau v. Thurneyssen wirkt in sehr eingreifender Weise auf das Verhalten der Angeklagten. Diese Dame war mit der Angeklagten sehr befreundet und Julie v. Ebergenyi ist aufs Tiefste erschüttert, als sie ihrer einstigen Freundin gegenüber steht. Thränen stürzen aus ihren Augen, sie verhüllt sich das Gesicht mit dem Sacktuche. Die Zeugin weiß über die Verhältnisse der Angeklagten nicht viel zu erzählen, aber sie hat aus dem Munde derselben vernommen, daß Julie die Verlobte eines Offiziers sei und sich bald vermählen werde. Viel entschiedener tritt die Freundin der ermordeten Grä-

Girardins „Liberté“ verlangt wieder ein europäisches Schiedsgericht, das nach einem internationalen Rechte entscheiden solle: so lange es noch zweierlei Moral gebe, eine für die Individuen und eine für die Völker, und so lange zwischen letzteren weder Gesetze noch Regeln noch Richter beständen, kurz, so lange die Europäer noch unter einander wie die Wilden lebten, könne es zu keinem soliden Frieden kommen, sondern gelte noch das Wort von Erasmus: „Ein Mord macht einen Verbrecher, tausend Morde machen einen Helden.“

Das „Journal des Débats“ schreibt: „Das Uebermaß der militärischen Ausgaben, sagen die Anhänger der Friedenspolitik, ist verderblich zugleich durch die außerordentlichen Lasten, welche dadurch den Völkern auferlegt, und durch die Kriegsgefahr, welche dadurch vergrößert wird. Denn in dem Maße, wie jede Nation ihren Effektivbestand vermehrt, in der gewiß sehr legitimen Absicht, ihre besondere Sicherheit zu verstärken, sieht man die allgemeine Sicherheit abnehmen, — eine seltsame Erscheinung, welche beweist, daß die Politik nichts gemein hat mit der Arithmetik, nach welcher sich doch die allgemeine Sicherheit aus der Summe der besonderen Sicherheiten bilden sollte. Befinden sich die Regierungen dabei besser, wie die Völker? Wie viele Regierungen in Europa könnte man aufzählen, die nicht genöthigt sind, zu Anleihen zu greifen, um ihre Einnahmen mit ihren Ausgaben auszugleichen! Wenn man auch im Nothfalle mit schlechten Finanzen leben kann, so lebt man schlecht, und es ist selten, daß eine schlechte finanzielle Gesundheit von einer guten politischen Gesundheit begleitet wäre. . . . Es ist unabweisbar geboten, sich aus einer Lage zu befreien, welche nach allgemeinem Eingeständnisse schlimm geworden ist, und wie ungenügend auch immer eine Vereinbarung zur Entwaffnung sein mag, in wie schwachem Maße sie die Lasten des Systems des bewaffneten Friedens erleichtern möge, so wird sie immer von den Völkern als eine Wohlthat aufgenommen werden, denen heute der Friedenszustand mehr kostet, als vor Zeiten der Kriegszustand.“

Italien. Turin. [Von den Hochzeitsfestlichkeiten.] Einer recht frischen Schilderung, welche Herr Jules de Précy aus eigener Anschauung von der Hochzeitsfeier des Prinzen Humbert mit seiner Cousine Margherita in der „Liberté“ gibt, entnehmen wir folgende Züge: Gestern Abend (24sten April) wurde ein großer Ball gegeben, dem der ganze Hof beiwohnte. Wer hat diesen Ball gegeben? Ich würde in Verlegenheit sein, wenn ich es sagen sollte: es war il fiore della cittadinanza, die Blume der Bürgerschaft. Dieser Titel will sagen, daß die Mitglieder des philharmonischen Saales, welcher der hohen Aristokratie, der Finanz und der reichen Bürgerschaft als Club dient, den Hof zu einem Ball eingeladen haben. Gegen 11 Uhr kam der Hof, den König an der Spitze, an seinem Arme die Prinzessin Margherita, à la Sévigné frisirt, gekrönt mit Sternen in Diamanten, einen Schmetterling mit Diamanten über dem Ohr, Robe von weißer Gaze, auf deren Nähten zarte Epheuzweige entlang rankten. Die Herren waren sämmtlich im Frack, auch der Kronprinz von Preußen.

Der Hof ließ sich im Fond des großen Saales nieder, d. h. die Damen, während der König und alle Prinzen vor ihnen standen. Die Königin von Portugal war wegen großer Ermüdung und die Herzogin von Aosta, weil sie noch Trauer um ihre Mutter trägt, abwesend. Prinz Napoleon stand starren Blicks mitten im Saale neben dem König, schweigend, unbeweglich, trug die Orden seines Landes, die italienischen Prinzen das Annunciaten-Collier, der Kronprinz von Preußen das große Band des schwarzen Adlerordens und der Prinz Napoleon das große Band der Ehrenlegion. Der preußische Kronprinz spielt eine große Rolle in der Schilderung des Correspondenten. Seine Person beschreibt er folgendermaßen: „Die militärische Uniform kleidet den Kronprinzen von Preußen besser, als der schwarze Frack; derjenige, den er gestern trug, von nicht recht modernem Schnitt und etwas grünlichem Schwarz, datirt sicherlich von Berlin. Der Bart des Prinzen ist sehr gepflegt, glaube ich, aber sein Haar ist ein wenig uncultivirt, farblos, nicht lang, nicht kurz, deutsches Gesicht, deutsche Toilette, etwas sans façon, runde Manieren, mitunter Phlegma.“ Es fiel auf, daß der preußische Kronprinz sich gegen den Prinzen Napoleon sehr zurückhaltend und ceremoniell benahm.

Die offizielle Quadrille formirte sich: Der preußische Kronprinz tanzte mit der Prinzessin Clotilde, die wie immer resignirt aussah, und dem Feste par ordre beizuwohnen schien. Der Herzog von Aosta tanzte mit der Prinzessin Margherita, seiner neuen Schwägerin; neben der prinzlichen Quadrille war eine andere, in welcher der Ministerpräsident Menabrea figurirte, der ein wenig verwirrt war und die Figuren in Unordnung brachte. Nach der Quadrille walzte der Kronprinz von Italien mit der Prinzessin Margherita anbetungswürdig — nach Herrn de Précy — in Grazie und Hingebung an den Tanz; dasselbe Compliment will er aber dem preußischen Kronprinzen nicht zugestehen, „er walzt wie alle Deutschen, mit Präcision, aber er walzt auf preußische Manier, steif, unbeweglich, wie aus einem Stück.“

Darauf tanzte die Prinzessin Margherita mit dem Sohne des Banquiers Cassano, der, jedenfalls sehr erregt oder ein schlechter Tänzer, ein Stück von dem Besatze der Robe der Prinzessin abriß.

Große Aufregung! Die Ehrendamen sind in Verlegenheit und berathschlagen vergeblich, da zieht der Kronprinz von Preußen aus seiner Rocktasche ein Portemonnaie für dreißig Sous (so billig!) — Berliner Fabrik — mit einem kleinen Besteck darin; der Prinz streift das Gummiband ab, nimmt eine kleine Scheere heraus, läßt sich auf ein Knie nieder und schneidet den abgerissenen herabhängenden Besatz ab. Als dann die junge Prinzessin die Hand ausstreckte, um die abgeschnittenen Spitzen in Empfang zu nehmen, war man nicht wenig erstaunt, zu sehen, wie der Prinz aufstand, die kostbare Reliquie ans Herz drückte, sie dann methodisch zusammenlegte und in die Rocktasche steckte. „Es ist ein veritabler Ritter!“ murmelte man unter den Umstehenden. Diese kleine Scene erfreute sich großen Erfolges.

---

fin, die Zeugin Elise Malanotti mit ihren Aussagen hervor. Ihr gegenüber hat die Gräfin sich oft, wenn auch schonend über ihren Gatten, seine Untreue, seine Mißhandlungen und Drohungen ausgesprochen. Er habe ihr einmal geradezu angedeutet, daß sie sich das Leben nehmen soll, damit er ihrer los werde. Die Gräfin habe sich wiederholt geäußert, daß sie ihres Lebens nicht sicher sei. Ueber die Vorfälle der neuesten Zeit weiß die Zeugin keine Auskunft zu geben. Die weitere Zeugin Agnes Margot war Gouvernante im Hause des älteren Grafen Chorinsky. Sie war es, welche für die Ebergenyi, welche sie nicht kannte, einen auf den Namen „Marie Berger“ lautenden Empfehlungsbrief an die Gräfin Chorinsky ausfertigte. Die Zeugin Marie Ernst ist Modistin. Bei ihr hat die Angeklagte, unter dem Vorgeben, sich bald zu vermählen, im Sept. 1867 ein Brautkleid bestellt. Von außerordentlicher Wichtigkeit ist die nächste Aussage des ehemaligen Offiziers Theodor Rampacher. — Pr.: Wann lernten Sie den Grafen Chorinsky kennen? — Z.: Noch als Militär. — Pr.: Haben Sie viel mit ihm verkehrt? — Z.: Sehr oft. — Pr.: Hat er Sie in Kenntniß gesetzt von einem Liebesverhältnisse? — Z.: Nein, die Ebergenyi hat er mir als Cousine vorgestellt, ohne ihren Namen zu nennen, und zwar als er mir den Auftrag mit der Schachtel gab. — Pr.: Erzählen Sie nun, was es mit diesem Auftrage für eine Bewandtniß hatte. — Z.: Der Graf kam eines Tages zu mir und sagte, er habe Jemandem etwas zu senden; doch es sei eine Ueberraschung, und ich müßte daher, wenn ich übernehmen wollte, es zu besorgen, mein Ehrenwort geben, daß Niemand davon etwas erfahre. Ich fragte: Was denn? Er erwiderte: Eine ganz einfache Schachtel, worin sich eine Ueberraschung befindet. Nachmittags kam ich auf seinen Wunsch in die Wohnung seiner angeblichen Cousine in der Gruberstraße. — Pr.: In welchem Zimmer empfing er Sie? — Z.: Im ersten Zimmer. — Pr.: War Fräulein Ebergenyi zugegen? — Z.: Ich habe sie nicht gesehen. — Pr.: Und was geschah hier? — Z.: Er übergab mir die Schachtel mit einer Papieradresse an Baronin Lebske. — Pr.: Haben Sie den Inhalt gekannt? — Z.: Nein, ich war sogar in Verlegenheit, als ich auf der Post gefragt wurde, was darin sei, und ich antwortete daher auf gut Glück: Spielsachen. — Präs.: Sie mußten ihr Ehrenwort geben, nicht zu sagen, was in der Schachtel ist, und wußten nicht, was darin ist? — Z.: Ich gab mein Ehrenwort, nicht zu sagen, daß ich die Schachtel aufgegeben. — Pr.: War er unruhig, als er Ihnen die Schachtel gab? — Z.: Nein, aber sie war es, als sie bald darauf kam. — Pr.: In welcher Weise äußerte sich diese Unruhe? — Z.: Sie fragte besorgt, ob ich nur ja Schweigen beobachten werde, und ich erwiderte: Beruhigen Sie sich, ich gebe mein Ehrenwort, und das ist genügend. Ich hätte dieses Ehrenwort auch gehalten, wenn ich nicht gerichtlich befragt worden wäre. — Pr.: Der Graf hat Ihnen auch einmal einen Wunsch nach einem tüchtigen Deutschmeister ausgedrückt? — Z.: Ja. — Pr.: Und er machte auch dabei eine kräftige Handbewegung; welcher Art war diese Handbewegung? — Z.: Als ob er Jemanden prügeln lassen wollte. — Pr.: Und was erwiderten Sie darauf? — Z.: Ich sagte, ich bedauere, ich habe aber keine solche Bekanntschaft. — Pr.: Sie sollen auch bedauert haben, daß Sie selbst zu wenig Körperstärke haben, um seinen Wunsch zu erfüllen? — Z.: Das sagte ich im Scherz. — Pr.: Drückte diese Handbewegung nicht noch etwas mehr aus als prügeln? Erinnern Sie sich genau? — Z.: Ja, er machte eine Bewegung um den Hals, als sollte Jemand gewürgt werden. (Bewegung.) — Pr.: Also

doch mehr als bloßes Prügeln. Erinnern Sie sich genauer, sagte diese Handbewegung nicht mehr? — Z.: Es war eine Handbewegung, als sollte Jemand gewürgt und zu Boden geworfen werden. (Lebhafte Bewegung.) — Pr.: Sie haben nun nochmals eine Begegnung mit dem Grafen beim Eugen-Monument gehabt, wobei Sie sich zur Vollführung eines Auftrages bereit erklärten? — Z.: Er sagte: ¿Wenn ich Sie einmal brauchen sollte, werden Sie bereit sein? Ich erwiderte Ja. — Pr.: Welcher Art dieser Auftrag sei, sagte er Ihnen nicht? — Z.: Nein, er sagte blos, es sei eine Mission, die er selbst nicht vollführen könne. — Pr.: Sie übernahmen auch Briefe der Ebergenyi für den Grafen aus München? — Z.: Ja, auf den Wunsch des Grafen, und ich brachte ihm zwei Briefe. Er las die beiden Briefe, ging dann zum Ofen und verbrannte etwas; ich weiß nicht, waren es die Briefe oder blos die Couverts. Am andern Tage kam ich wieder, um dem Grafen mitzutheilen, daß ich diesmal keine Briefe bekommen. Ich kam hin, läutete und das Stubenmädchen öffnete mit etwas erregter Miene. Gleich darauf kam der Graf heraus in Hemdärmeln. Er sah verweint und aufgeregt aus. Auch das Fräulein war schon da und sagte: „Grüß Gott, lieber Rampacher". Ich erwiderte, wenn ich gewußt hätte, daß Sie schon zurück sind, wäre ich nicht gekommen, der Graf umarmte mich, küßte mich und drängte mich zur Thür hinaus. Das Fräulein aber sagte: Das ist sehr unartig von dir; Herr Rampacher soll bleiben, oder ich gehe selbst mit ihm, natürlich ging ich weg. Gleich darauf wurde ich zurückgerufen. Graf Chorinsky stand im Waffenrocke, und trotzdem er im Schatten stand, bemerkte ich doch, daß er höchst aufgeregt war. Er umarmte mich, küßte mich, bat mich um Verzeihung und sagte, er hätte einen wichtigen Auftrag für mich. Bitte, sagte ich, ich bin zu jeder Gefälligkeit bereit. Er sagte, ich solle nach München reisen. Ich fragte wozu und wurde stutzig. Darauf sagte er, ich möchte gerne meine Julie heirathen, eine Person aber steht im Wege und ich möchte gerne wissen, ob sie existirt oder nicht. Er nannte sie Baronin Ledske. Das Fräulein bemerkte dazu, ich brauche nicht in die Wohnung hinaufzugehen, sondern solle unten im Kaufgewölbe fragen. Ich muß gestehen, daß mir hier gleich nicht wohl zu Muthe war. Ich erinnerte mich — an jene Handbewegung und fand seine Aufregung auffallend. Es interessirte mich, zu erfahren, was an der Sache sei. In München ging ich in die Wohnung, weil man mir unten keine Auskunft gab. Man sagte mir, die Baronin sei todt und bei der Polizei könne ich mehr erfahren. Mir war nicht wohl zu Muthe. Ich dachte mir, daß etwas Unheimliches an der Sache sei. — Pr.: Sie hüteten sich, um nähere Details zu fragen? — Z.: Ja. — Ich fuhr mit dem Kurierzug nach Hause, ging in die Statthalterei, traf den Grafen Gustav nicht, ebenso Niemanden in der Krugerstraße. Mein erster Gedanke war: die Beiden sind durchgegangen. Endlich traf ich die Ebergenyi. Sie war ruhig, schien aber etwas gedrückt. Es ließ mich nicht ruhen, und auf den Rath meiner Frau ging ich zum Statthalter, da erfuhr ich, daß er mit seinem Sohne schon nach München sei. In einem Abendblatte las ich, daß die Gräfin Chorinsky todt in München aufgefunden, und da erfuhr ich erst, daß der Graf verheirathet war. Ich begab mich nun zum Grafen Heinrich Chorinsky und erzählte ihm den Hergang und sagte: ich werde die polizeiliche Anzeige erstatten. Da sagte der Graf: Das werden Sie doch nicht thun; Sie können ja warten. Ich aber sagte: Werden Sie mir Garantie leisten, daß mich Ihr Vater schützt? Abends ging ich zum Polizeidirektor und machte die Anzeige. — Pr.: Fräulein v. Ebergenyi, was haben Sie darauf zu sagen? Haben Sie gehört, was der Zeuge über jene Handbewegung gesagt? — A.: Ich habe nicht gefunden, daß die Handbewegung diesen Sinn gehabt hat. — Pr.: Der Zeuge spricht sich aber ganz bestimmt darüber aus. — A.: Eine Ansicht steht Jedermann frei; ob es so ist, das ist eine andere Sache. — Die Aussagen des Zeugen Heinrich Dierkes, ebenfalls ehemaligen Offiziers, sind nicht von Belang. — Der Zeuge Camillo Angerer, Photograph, hat der Angeklagten Chemicalien geliefert und zwar vier Loth Cyankali, drei Loth Silber, ein halb Quentchen Chlorgold. Er erkennt das im Besitze der Angeklagten vorgefundene Fläschchen als dasjenige, in welchem er ihr das Cyankali geliefert hatte. Das Dienstmädchen der Angeklagten, Elisabeth Kubesch, hat nach der Rückkehr der Ebergenyi aus München die Theemaschine gereinigt und verborgen, später aber ausgeliefert, welche die Angeklagte aus München mitgebracht hatte. — Der letzte Zeuge ist Adalbert Mikulich, Hörer der Philosophie, gewesener Erzieher im Hause der Chorinsky, der zu der verstorbenen Gräfin in sehr intimen Verhältnissen gestanden sein soll. — Pr.: Haben Sie die verstorbene Gräfin Chorinsky gekannt? — Z.: Ja. Ich bin mit ihr auch in Korrespondenz gestanden, als sie in München lebte. — Pr.: Was für Wahrnehmungen machten Sie über ihre Gemüthsbeschaffenheit? — Z.: Sie hat häufig geweint. — Pr.: Hat Sie Ihnen Mittheilungen gemacht über ihre ehelichen Verhältnisse. — Z.: Ja, sie gab an, daß, als sie mit ihrem Manne in Nancy war, er sie dort plötzlich verließ und nach Brünn reiste; er gab ihr nicht einmal Geld, um von Nancy fortzureisen, sie mußte ihren Schmuck verkaufen, um fortzukommen. Sie reiste nach Brünn, hatte mit ihrem Manne mehrere Zusammenkünfte, aber erfolglos; sie sagte mir, daß ihr Mann eine Bekanntschaft angeknüpft habe mit einer Brünner Stiftsdame. — Pr.: Hat die Gräfin öfter Besorgnisse geäußert über ihr Leben? — Z.: Das nicht. — Pr.: Hat sie Ihnen Mittheilung gemacht über eine besonders harte Behandlung Seitens ihres Mannes? — Z.: Sie sprach von Bedrohungen, insbesondere von Handbewegungen. — Pr.: Hat sie davon gesprochen, daß sie Befürchtungen hege wegen einer Gewaltthat von seiner Seite? — Z.: Das ja, sie erwarte, sagte sie, von ihrem Mann nichts Gutes, vielmehr das Schlechteste. — Pr.: Hat sie Ihnen mitgetheilt, ihr Gatte wünsche, sie solle sich das Leben nehmen? — Z.: Das hat sie mir mitgetheilt und noch andere Zumuthungen, die er ihr gestellt hat. — Pr.: Welcher Art waren diese Zumuthungen? — Z. (verlegen): Das läßt sich nicht gut sagen. — Pr.: Da Sie die Sache hier berührt haben, so müssen Sie uns wohl das Ganze sagen, vielleicht ist der Umstand von Bedeutung für den Lauf der Verhandlung. Diese Zumuthungen waren wohl unsittlicher Natur. — Z.: Ja, so ist's. — Pr.: Er sagte ihr vielleicht, sie möge sich durch Prostitution fortbringen? — Z. (bestimmt): Ja, er sagte ihr, sie möge ihre körperlichen Reize verwerthen. (Sensation im Auditorium.) — Pr.: Das sollte die Frau thun, die seinen Namen trug? — Z.: Sie wies diesen Antrag entrüstet zurück, er aber bestand darauf. (Entrüstung im Auditorium.) — Pr.: Haben Sie Kenntniß erhalten von einer Sendung, die der Gräfin zukam? — Z.: Ja, sie erhielt eine Sendung von kandirtem Zucker; in der Schachtel war ein Zettel mit verstellter Schrift. Diesen Zettel hat mir die Gräfin geschickt. — Pr.: (zeigt den Zettel). — Z.: Das ist er. Sie schickte mir den Zettel und schrieb, sie sei sehr entrüstet, diese Sendung erhalten zu haben. Sie hat das Ganze weggeschenkt und nichts davon gegessen. — Pr.: Schien sie etwas Gefährliches darin zu finden? — Z.: Sie hielt es für eine Zudringlichkeit. Ich glaube, daß sie es weniger aus Besorgniß als aus Sittlichkeitsrücksichten that. — Pr.: Wann haben Sie den letzten Brief von der Gräfin erhalten? — Z.: Am 19. Nov, er ist datirt vom 18. Nov. — Präs.: Wird in dem Briefe etwas Besonderes mitgetheilt? — Z.: Nein. — Präs.: Zeugte der Brief von trüber Stimmung? — Z.: Nein — Präs.: Haben Sie nicht von einer Befürchtung der Gräfin gehört, die sich an Kartenaufschlagen knüpfte? — Z.: Ich hörte von einer Frau in München, die Gräfin habe sich die Karten aufschlagen lassen und zwei oder dreimal sprang die unheilverkündende Karte hervor, und da sagte die Kartenaufschlägerin: Es wird eine fremde Dame kommen und die bringt Tod. Darauf soll die Gräfin gesagt haben: Das geht von meinem Gatten aus. Das schien mir aber eine sehr ausgeschmückte Erzählung zu sein. — Pr.: Kennen Sie diesen Theekessel (zeigt denselben dem Zeugen)? — Z.: Ja, ich sah ihn bei der Gräfin. — Pr.: Kennen Sie diese Schmucksachen (zeigt ihm mehrere)? — Z.: Ja, sie gehörten der Gräfin Mathilde. — Pr.: Erinnern Sie sich, ob die Gräfin einen Siegelring getragen hat? — Z.: Sie hatte deren zwei, einen mit dem Buchstaben M., den anderen mit M. C. und der Grafenkrone, in diesem war inwendig das Datum der Vermählung gravirt, es war das einzige Dokument ihrer Ehe, welches die Gräfin besaß. — Pr.: Wann haben Sie diesen Ring (zeigt denselben) zuletzt bei der Gräfin gesehen? — Z.: In Reichenhall. Sie pflegte ihn selten zu tragen, sondern in einer Lade mit den unechten Schmucksachen aufzubewahren. — Pr.: Glauben Sie, daß die Gräfin den Ring trug, wenn sie Besuch empfing und als Gräfin erscheinen wollte? — Z.: Das ist möglich. — Präs. (zu Ebergenyi): Was haben Sie zu diesen Aussagen zu bemerken? — Ebergenyi: Vorläufig nichts. — Pr.: Der Zeuge ist zu Ende, und wenn Sie überhaupt etwas zu bemerken hätten, müßten Sie es sogleich thun. — Ebergenyi: Gar nichts. — Pr.: Das Zeugenverhör ist beendet.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 124-25.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 5. Mai 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 3. Mai. [Die „Kreuzzeitung" über die Adresse.] „Die Organe der Partei, von welcher der Adreß-Antrag auszeht und der Entwurf zu einer solchen machen gar kein Hehl daraus, worauf es ihnen ankommt: auf die Forderung einer Competenz-Erweiterung des Zollparlaments; auf die Umwandlung der wirthschaftlichen in die politische Einigung. Welche Wirkung dieses unzeitige Drängen hat, daß es das Ziel, nach welchem es strebt, anstatt es etwa näher zu bringen, nur weiter hinausschiebt, das haben die süddeutschen Wahlen zum Zollparlament deutlich genug bewiesen. Will man eine Adresse auf die Thronrede, so sei sie der Ausdruck der Zustimmung, nicht der des Widerspruchs. Das aber ist nicht bloß in Deutschland, sondern in ganz Europa an der Thronrede vor Allem dankbar gerühmt worden, daß sie sich fest auf den Boden des Vertragsrechts gestellt hat. Wäre es weise, diesen Boden zu verlassen, auf welchem die volkswirthschaftliche Einheit eben so sicher fußt, als er durch die festgeschlossene Waffengemeinschaft gegen außen geschützt wird? Wäre es weise, diesen Boden — auf welchem in naturgemäßer Wirkung der tausendfach in einander greifenden Bezüge das Einheits-Bewußtsein sich von selbst in Thaten zeugender Energie entwickeln wird — zu verlassen, um in ungeduldiger Hast unseren süddeutschen Brüdern eine Richtung aufzunöthigen, für welche sie innerlich nicht vorbereitet sind? Es wäre nicht loyal und nicht conservativ, dem Vertragsrecht, aus welchem das Zollparlament hervorgegangen ist, Gewalt anzuthun, indem man nach Competenz-Erweiterung drängt, bevor man auch nur erprobt hat, wie weit man innerhalb dieser Competenz die volkswirthschaftliche Entwicklung zu fördern vermag. Es wäre — trotz all Eures National-Liberalismus! — durchaus nicht „national", die politische Einheit dem widerwilligen Theile Deutschlands aufzwingen zu wollen, welche nur — so es Gottes Wille wäre — als reife Frucht eines geschichtlichen Prozesses gewonnen werden könnte. Also: Eine Adresse nur, wenn sie durchaus nicht zu vermeiden ist. Dann aber eine Adresse, die den Süden nicht verletzt, sondern versöhnt."

— [Stehende Heere ein Mythus!] Die „Köln. Ztg." schreibt: „Die „Neue Freie Presse" hofft, daß in Folge der allgemeinen Wehrpflicht die stehenden Heere sich sehr verringern, ja, in hundert Jahren wahrscheinlich zur Mythe geworden sein würden. Das müßte in der zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts recht plötzlich kommen, da wir in Preußen die allgemeine Wehrpflicht schon über ein halbes Jahrhundert haben, ohne von der Abnahme des stehenden Heeres etwas zu spüren."

— [Das erste Aufeinanderplatzen im Zollparlament.] Dem „Frankfurter Journal" schreibt man: 'Es sind große, schwere Gegensätze im Zollparlament vorhanden, unversöhnlicher noch, als sich das Haus selbst vorgestellt haben mag. Die heutige Debatte über die württembergischen Wahlen sprach für den Riß zwischen Nord und Süd nur zu deutlich. Es ist immer gut, wenn die Geister, die nicht zu einander gehören, auf einander platzen, man weiß dann besser, woran man ist, und auch nur darum haben wir nichts dagegen zu sagen, daß Braun (Wiesbaden) seinem Herzen Luft machte und seinen ganzen Groll über Varnbüler und Mittnacht ausschüttete. Nur hielt sich Braun so taktlos und ungeschickt in seinen Angriffen, so kleinlich und preußisch partikularistisch in seiner Befehdung der südstaatlichen Politik, daß sich nicht einmal in seiner eigenen Fraktion Jemand fand, der ihn in Schutz nahm. Er vergriff sich in den Mitteln so sehr, daß er statt zu sachlicher Polemik seine Zuflucht zu Ungezogenheiten nahm und dafür sich gefallen lassen mußte, daß ihn Mittnacht, eine bedeutende rednerische Kraft, ad absurdum führte, nachdem schon vorher Graf Bethusy die Braun'sche Manier des Nörgelns und Verdächtigens scharf gerügt hatte. Auch Frhr. v. Varnbüler that sich als Redner auf, um seine württembergische Politik zu rechtfertigen. Damit machte er nun freilich wenig Glück.

Ausland.

Frankreich. [Merkwürdigkeiten des Budgets.] Unter diesem Titel wird im „Siècle" den Steuerzahlern wie den Abgeordneten handgreiflich gemacht, welch eine unnatürliche Last das Land zu

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung wurden die auf den objektiven Thatbestand bezüglichen Aktenstücke verlesen. Die Angeklagte, welche sich während der Unterbrechung im Inquisitionszimmer aufgehalten, sieht, als sie wieder in den Saal geführt wird, ziemlich abgespannt aus. Daß das vorangegangene Zeugenverhör Eindruck auf sie gemacht habe, läßt sich nicht behaupten. Nur während der Vernehmung der Frau Thurneysen und Rambacher's schien sie aufgeregter, und für die Vernehmung des Mikulitsch, des Freundes der verstorbenen Gräfin, legte sie besondere Aufmerksamkeit an den Tag. Die Ursache dieser Erscheinung mag wohl darin liegen, daß durch die vorgestrige Vernehmung der Zeugin zu oft Gelegenheit geboten war, sich gestern auf ihre vorgestrigen Aussagen zu berufen. Dasselbe Benehmen legte sie bei den Fragen an den Tag, welche der Präsident bei Verlesung der Aktenstücke an sie richtete. Zuerst gelangten die Befunde der Münchener Gerichtsbehörde über die Auffindung der Leiche der Ermordeten zur Verlesung. Wir fassen die ausführliche Beschreibung, deren sich die Gerichtsbehörde befleißigt, in Folgendem zusammen: Im Zimmer wurden folgende Wahrnehmungen gemacht: Der Tisch war gedeckt, man fand einen Bierkrug mit ungefähr einer Maß brauner Flüssigkeit gefüllt, ein Fläschchen Rum, drei Wassergläser, davon eines kelchartig, ein Körbchen mit Aepfel, zwei Teller, auf denselben Brod und Backwerk; ferner Milch, eine Dose mit Zucker, einen Theeseiher, Schinkenwurst, dann abgezogene Wurst, Wursthäute, eine Tasse muthmaßlich mit Thee, und zwar an der linken Seite, wo nach Angabe der Frau Hartmann (Quartiersfrau der Gräfin) die fremde Dame gesessen, halb gefüllt, ohne Milch; eine zweite Tasse zu einem Viertheil voll an der rechten Seite, wo die Gräfin Chorinsky Platz genommen hatte. Dieser Inhalt war mit Milch vermengt. Das ganze Arrangement zeigte, daß die Gräfin Mathilde Chorinsky am 21. November 1867 bei dem Gouter, während der kurzen Abwesenheit der Elise Hartmann und noch im Beisein der fremden Dame vom Tode ereilt worden sei. Da der Zimmerherr phil. stud. Karl Struwe nebenan beiläufig um 5¹/₄ Uhr Abends im Zimmer der Gräfin zwei Damen in lebhafter Unterhaltung vernahm, die sich, so viel er vernehmen konnte, über Photographien und Bekannte aus Rom unterhielten. — Zwischen 6 und 7 Uhr hörte er die Thüre hastig zuschlagen, und von diesem Momente ab herrschte im Zimmer der Gräfin Grabesruhe. Daß eine dritte Dame eingetreten wäre, hat Studiosus Struwe nicht gehört, und er hätte es, da die Thürglocke einen schrillen Klang hatte, hören müssen, wenn Jemand geläutet haben würde. Die Thüre des Zimmers war von Außen verschlossen, der Schlüssel hiezu, sowie der Schlüssel zur Kommode, der Theekessel und die Theeplatten waren verschwunden. Diese Gegenstände konnten nur durch fremde Hand beseitigt worden sein, offenbar um die Entdeckung des Mordes zu verzögern und Zeit zur Flucht zu gewinnen. — Anbelangend die Todesart der Gräfin Mathilde Chorinsky ist vor Allem der Abgang jeder äußeren Verletzung an der Leiche zu beachten. Nach dem Ausspruche des königlichen bayerischen Universitätsprofessors Dr. Buchner, welcher mit der chemischen Analyse betraut war, hat die chemische Untersuchung außer Zweifel gestellt, daß Mathilde Gräfin Chorinsky eine beträchtliche Dosis Blausäure, welche den Tod sofort herbeiführen mußte, genossen. Bei der am 24. November 1867 durch den königl. bayerischen Professor Dr. Martin und königl. bayerischen Professor Dr. Riedinger in München vorgenommenen Obduktion ließ sich wiederholt deutlicher Geruch nach bitteren Mandeln verspüren und im Magen der Leiche fand sich dickbreiiger chokoladefarbiger Inhalt, mit einzelnen weißen hirsekorngroßen Partikelchen vor. Nach den Ergebnissen der Sektion ließ sich eine Todesursache weder durch innere Erkrankung,

tragen hat. „Das Budget“, heißt es darin u. A., „das Budget ist so dick, so dick geworden, daß man es in fünf oder sechs Stücke zerlegt hat, um es der Kammer mundrecht zu machen: ordentliches Budget, Budget der Ausgaben aus besonderen Hülfsquellen, außerordentliches Budget u. s. w. u. s. w. Aber unsere Abgeordneten werden selbst in fünf Malen das Budget auf ihren Schultern fortzuschleppen nicht im Stande sein. Zwei Milliarden Silber wiegen zehn Milliarden Grammes, denn ein Francs wiegt fünf Grammes. Zehn Milliarden Grammes sind zehn Millionen Kilogrammes. Jeder unserer Deputirten hätte an die 33,300 Kilogrammes auf seine Schultern zu nehmen und würde, selbst wenn die Last auf eine hunderttägige Session vertheilt würde, sich schwerlich ein so schweres Stück Arbeit votiren, denn auch dann noch hätte er täglich seine 333 Kilogrammes zu schleppen. In Gold wiegen 100 Francs 32 Grammes; das Budget würde an 700 Millionen Grammes oder 700,000 Kilogrammes, also mehr als 2300 auf den Deputirten, wiegen, was auch noch kein leichtes Stück Tragarbeit wäre. Endlich, da das Francsstück in Silber 23 Millimetres Durchmesser hat und ungefähr 44 ein Meter bilden, da ferner die Erdkugel 40 Mill. Meter im Umfange hat, so würde unser Budget einen Gürtel um die Erde bilden, wenn man 44 Mal 40 Millionen solcher Stücke aneinanderlegte, was nur erst 1 Milliarde 760 Millionen ausmachte, so daß noch 240 Millionen Stücke zurückblieben, um zu dem Gürtel nach jetziger Damenmode einen stattlichen Knoten hinzuzufügen, da derselbe 5620 Kilometer, d. h. mehr als die Strecke von Paris nach Petersburg und zurück, betragen würde. Und wenn man nun bedenkt, daß dieses liebliche, wuchtige Budget alle Jahre regelmäßig wiederkehrt, und wenn man ferner bedenkt, daß die glücklichen Franzosen außerdem auch noch Octrois, Kommunal-Centimes und andere Gemeindeabgaben zu tragen haben, ferner Kirchensteuern u. s. w., so muß man gestehen, daß Reichthum, Rührigkeit und Arbeit dazu gehören, um solchen Anforderungen zu entsprechen und noch obendrein alle die Anleihen, welche der Staat macht, zu zeichnen. Das Allermerkwürdigste aber ist es, daß der Staat bei all diesen Geldmassen nicht reich wird, daß im Gegentheil die Milliarden, welche aufgebracht werden, alljährlich noch durch eine mehr oder minder versteckte Anleihe vervollständigt werden müssen. Und so ergeht es nicht uns allein, denn überall erblickt man schwere Budgets, große Bedürfnisse und heillose Schulden.“

Rußland. [Kriminalprozeß gegen einen Eremiten.] Moskau ist gegenwärtig durch ein Ereigniß in Aufregung versetzt, das die Tendenz der dortigen Bevölkerung zu charakteristisch kennzeichnet, als daß es mit Schweigen übergangen werden könnte. Binnen kurzem wird nämlich in Moskau ein sehr interessanter Kriminalprozeß verhandelt werden, dessen Sachverhalt in kurzem folgender ist: Der Angeklagte ist ein Eremit, der in einem nahe bei Moskau gelegenen Walde wohnte, dort sich eine Kirche erbaute, unterirdische Höhlen errichtet und eine ganze Gesellschaft gleichgesinnter Eremiten um sich versammelt hatte. Der Einsiedler en chef erregte durch sein originelles Wesen die Aufmerksamkeit aller; er theilte verschiedene Kreuzchen, Weihrauchsäckchen aus, sprach überhaupt sehr mystisch und salbungsvoll, so daß man in seiner Rede Prophezeiungen zu sehen glaubte u. s. w. Sein Leben war überhaupt mit einem geheimnißvollen Schleier bedeckt, was nicht wenig Reiz für die Neophiten hatte. Milde Gaben floßen ihm im Ueberfluß zu, und die moskauischen Damen verschiedener Stände eilten zum Eremiten, um bei ihm Trost im Leiden zu suchen und in seinen Phantasien ihre Zukunft zu lesen. Plötzlich verschwand der geheimnißvolle Einsiedler; seine Mitbewohner erklärten nicht die Ursache seines Verschwindens, sie verbreiteten das Gerücht von verschiedenen Verfolgungen und Bedrückungen, denen der ehrwürdige Herr von Seiten neidischer Leute ausgesetzt sei. Von allen Seiten hörte man Ausdrücke des lebhaftesten Bedauerns über das den Eremiten betroffene Unglück und man verwünschte seine Verfolger. Zufällig erfährt man darauf den wahren Sachverhalt: Der Eremit ist höchst unfreiwillig verschwunden und durchaus nicht in Folge Bedrückung seiner Neider geflüchtet. Es ergab sich, daß der vermeintliche Eremit ein entlaufener Soldat war, der seine Höhle zum Zufluchtsort für diverse Verbrecher machte und sich mit der Fabrikation und Verbreitung falscher Assignaten beschäftigte. Natürlich setzt dieser Verhalt der Sache alle Anhängerinnen und Verehrerinnen des Soldaten-Eremiten in unbeschreibliche Aufregung.

Nichtpolitische Zeitung.

[Gräßliches Eisenbahnunglück in Nordamerika.] Aus den jetzt eintreffenden ausführlicheren Berichten über die Katastrophe auf der Erie-Bahn ergibt sich folgender Zusammenhang: Der direkte Personenzug, welcher Dienstags, 14. April, kurz nach 2 Uhr von Buffalo nach New-York abging, bestand aus einer Lokomotive, einem Gepäck- und einem Postwagen und sechs Passagierwagen, von denen drei sogenannte Schlafwagen. Der Zug nahm von Buffalo etwa 200 nach New-York bestimmte Passagiere mit, die sich zwischen Buffalo und Narrowsburg noch um etwa 100 Personen verstärkten. Ungefähr 120 von den Passagieren befanden sich in den obengenannten Schlafwagen. Der Zug, welcher auf dem Plan als Expreßzug verzeichnet steht, indessen die Fahrgeschwindigkeit von 30 Meilen die Stunde reglementsmäßig nicht überschreiten darf, legte in Sicherheit einige 300 Meilen zurück, und kam bis zu dem als Carr's Rook bekannten Punkt auf der im Staate New-York, Grafschaft Sullivan, gelegenen Strecke. Dort zieht sich auf einer Entfernung von 25 Meilen die Bahn oberhalb Port Jervis an einer Hügelkette vorbei, an deren Fuß der Delaware vorüberrauscht. Die Linie ist hier durch Sprengungen des Gesteins der Höhenwand abgenommen worden und während auf der einen Seite des Schienengeleises sich himmelhoch die Felsmassen erheben, sieht der Passagier auf der anderen Seite in die Tiefe, wo etwa 30 Fuß unterhalb das Auge auf einem 15 Fuß breiten Plateau einen Ruhepunkt findet, von dem aus fast perpendikulär der Abhang 125 Fuß tief in die Wellen des Flusses abfällt. Bis zu dem Anfangspunkte dieser Strecke war der Zug Nr. 12 angelangt, und alles war in gewöhnlicher Ordnung, nur hatte der Loko-

---

die so weit vorgeschritten war, daß sie den Tod hätte veranlassen können, noch durch die Einwirkung einer äußeren Gewalt ermitteln. Wohl aber besteht der Verdacht einer stattgehabten Vergiftung, und zwar höchst wahrscheinlich durch irgend ein blausäurehaltiges Präparat, wofür der eigenthümliche Geruch des Mageninhaltes, sowie der Blutreichthum der Organe, der Mangel aller Gerinnung im Blute und anderes Mehreres, insbesondere die bereits erhobenen Thatsachen sprechen. Nähere Erfahrungen mußten der chemischen Analyse und dem Ausspruche der Sachverständigen vorbehalten bleiben. Die Ergebnisse der diesfalls angestellten Forschungen lassen sich nun in Folgendem zusammenfassen: Der im Magen vorgefundene Speisebrei, auf den bittermandelartigen Geruch der Blausäure in unverkennbarer Weise zeigend, enthielt außer Blausäure keine freie, flüchtige und namentlich keine ungebundene Salzsäure. Der Magen enthielt nur Blausäure in freiem Zustande; wäre die Vergiftung durch Cyankalium geschehen, hätte das Salz durch irgend eine Blausäure ersetzt werden müssen. — Die ganze Menge wurde mit 1.2 Gran wasserfreier Blausäure berechnet, es mußte aber eine größere Menge Blausäure in den Magen gekommen sein. Im Blute fand sich noch am fünften Tage nach dem Tode mit Gewißheit unzersetzte Blausäure, ebenso, aber im geringeren Maße, in den Eingeweiden und in dem auf dem Fußboden des Zimmers befindlichen geronnenen Blute der Leiche vor. In dem Theeaufgusse, in der Milch, im Wasser, im Rum und in den der chemischen Analyse unterzogenen Früchten fand sich keine Blausäure, kein Cyankali und überhaupt keine gesundheitsschädliche Substanz vor. — Pr.: Sie haben den Inhalt der eben verlesenen Befunde vernommen. Was haben Sie darauf zu bemerken. — Angekl. (ruhig): Nichts. — Pr.: Es wird behauptet, Sie hätten geläutet, es war Niemand zu Hause und im Hause war es so still, daß der Student Struwe das Läuten der Horvath bei der Beschaffenheit der Glocke genau hätte hören müssen. — Angekl.: Es ist geläutet worden; wenn die Aufmerksamkeit darauf nicht gerichtet wurde, so weiß ich keinen Grund dafür anzuführen. — Sodann wird ein Nachtragsbefund verlesen, welcher über die Agnoszirung der Leiche der Ermordeten durch ihren Gatten und ihren Schwiegervater handelt. Die stylistisch schmucklose Darstellung wirkte gerade durch ihre Einfachheit ergreifend. Graf Gustav Chorinsky jun. erklärte: „Ich erkenne in dieser Leiche meine Gemahlin Mathilde.“ Der alte Graf erkannte gleichfalls in der Leiche seine Schwiegertochter. Sie komme ihm so vor, als ob sie erst vor wenigen Stunden gestorben wäre und Thränen entstürzten dabei den Augen des unglücklichen Mannes. Julie v. Ebergenyi bewahrte auch bei Verlesung dieses Aktes ihre eisige Ruhe. Erst als der Befund des Münchener Gerichtschemikers über das Blut der Ermordeten verlesen wurde, bemächtigte sich ihrer eine eigenthümliche Bewegung. Es schien, als ob der Racheschrei des Blutes der Ermordeten an ihr Ohr gedrungen wäre. Ihre Gestalt sank in sich zusammen; ihre Mundwinkel geriethen in eine zitternde Bewegung. Sie wollte schluchzen, unterdrückte aber dasselbe und ihr Ergriffensein löste sich in einen reichlichen Thränenstrom auf. Der Präsident richtet an sie die übliche Frage, ob sie etwas zu dem Gehörten vorzubringen habe; die Angeklagte schüttelt schweigend mit dem Kopfe. Nun spielte sich eine Episode ab. Der Präsident erklärte, daß ihm im Laufe der Verhandlung ein Brief mit dem Poststempel Josephstadt, Wien, zugekommen, der die Unterschrift Viktoria Horvath trage und

motivführer aus Nachlässigkeit 47 Minuten Zeit verloren. Die lange Strecke von Narrowsburg bis Port Jervis sollte benutzt werden, die verlorene Zeit einzuholen, und so begann der Zug am Rande des Abgrundes mit einer Schnelligkeit von 35 Meilen die Stunde dahinzuschießen. Eine Strecke folgten die Wagen der dahinrasenden Lokomotive, aber plötzlich erschreckte die Passagiere im dritten Wagen ein heftiger Stoß, die Klingelschnur wird von den Entsetzten aber- und abermals gezogen, aber vergebens; der Zug jagt weiter, indessen die Sprünge der letzten vier Wagen ihren Insassen nur zu deutlich anzeigen, daß dieselben von den Schienen gerathen und im nächsten Augenblicke dem Verderben geweiht sind. Lange hielt die Ungewißheit nicht an. Den heftigen, jeden Augenblick wiederholten Stößen der über die Schwellen gerissenen Wagen konnten die Verbindungsketten nicht Widerstand leisten. Noch ein heftiger Stoß und der vorderste der vier Wagen hat sich von dem Zuge befreit. Der hinterste stürzt unmittelbar darauf hinab auf das Plateau unterhalb der Bahn, tiefer hinab in Trümmer zerschellt zu dem Flußbette des schäumenden Delaware, indeß ein herzzerreißender Schrei der aus dem süßen Schlaf in den Rachen des Todes gestürzten Passagiere die Nacht durchhallt. Ein Augenblick noch, und die übrigen drei Wagen folgen mit Donnergepolter in die schreckliche Tiefe hinab. Nach momentaner Stille schallt von dort das Hülfe- und Schmerzensgeschrei der Verwundeten, bald auch dringt von dort unten ein schwacher Lichtschein herauf, der aber rasch sich vergrößert und als gewaltiger Brand weithin die Gegend beleuchtet. Der eine der Wagen steht in Flammen und die unglücklichen Opfer der Fahrlässigkeit jammern in seinem Innern in Todesnoth, weil sie dem hungrigen Element nicht entgehen, nicht aus ihrem Gefängnisse hervorkommen können. Unterdessen sauste die Lokomotive mit den ersten Wagen weiter, und erst nach einiger Zeit kam es dem Lokomotivführer so vor, als ob er einige seiner Wagen verloren habe. Der Zug wurde zum Stehen gebracht und dampfte zurück, dem Orte des Schreckens zu. Der aufgehende Mond und die Flammen des brennenden Wagens zeigten den glücklich entronnenen Passagieren ein grauenvolles Bild der Zerstörung und des Todes in seinen schrecklichsten Gestalten. Alle begaben sich mit Anstrengung der äußersten Kräfte daran, die wenigen Ueberlebenden aus den Flammen zu retten. Es war eine verzweifelte Arbeit, da es fast an allen Werkzeugen gebrach. Nach vielen Stunden hatte man endlich die Todten wie die Lebenden den Abhang hinauf und in die unbeschädigten Wagen geschafft und dieser Leichenzug dampfte die noch übrigen 16 Meilen weiter bis Port Jarvis. Von der Station trug der Telegraph die Kunde nach allen Richtungen hin, und für ärztliche Hülfe, Unterstützung und Pflege jeder Art war bald ausreichend gesorgt. Nicht lange dauerte es auch, so wurden die Leichen eingesargt und die am entsetzlichsten Verstümmelten dem Anblicke des Publikums entzogen. Zwei ganze Kisten voll abgerissener Gliedmaßen wurden auf dem Schauplatze des Unglücks gesammelt. Wunderbare Rettungen sind auch hier vorgekommen. Ein Schauspieler fand sich acht Schritte von dem Wagen, in welchem er hinabgestürzt, aufrecht stehend, heil und unversehrt. Von einem Leichnam, der bis zur Unförmlichkeit und Unkenntlichkeit verbrannt war, fand sich nur ein Bein mit der Hose zum Theil unbeschädigt. In der Hosentasche aber war eine Unfall-Versicherungspolice von 5000 Dollars. Was über die Ursache der schrecklichen Katastrophe verlautet, ist das alte Lied von schlechten ausgefahrenen Schienen. Die Vorwürfe, welche der Direktion gemacht werden, beantwortet letztere mit dem Hinweise auf den großen Börsenkampf, welchen die Eisenbahnkönige Drew und Vanderbilt um den Besitz der Bahn führen. Drew, der die Bahn noch beherrscht, behauptet: die 10 Millionen Doll., welche er kürzlich in neuen Aktien ausgegeben, für neue Stahlschienen bestimmt zu haben. Indessen sei er durch die Gerichte abgehalten, sein Vorhaben auszuführen.

Frankfurter Börse (27. April bis 2. Mai.)

	27.	2.		27.	2.
5% Oestr. National	53¼ B	52¾	3½% Badische Obl.	81¾	81¾ B
5% do. Metal. (1859)	62½	62½	4% Darmstädt. do.	89¾	89¾ B
do. (steuerfr.)	50½	49¾	4½% Nassauer do.	94¾ B	94¾ B
5% do. Lose (1860)	70⅝	70⅝	4% do. do.	86 B	85¾
— do. do. (1864)	87	—	3½% do. do.	81¾ B	82 B
Oestr. Kreditl. (58)	133½ B	133½ B	4% Kurhess. do.	89¾ B	88¾ B
5% Bayer. Obligat.	101⅞	101⅞ B	3½% Frankf. do.	81¼	81¼ B
4½% do. do.	92¾	93¾ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	87¾	88 B	6% Amerik. (1882)	76⅛	75⅞
4% do. 100 Thl.-L.	99½ B	99¾ B	Oestr. Kredit. . .	190	188¾
4½% Würtemb. Obl.	93¾ B	93¾ B	Oestr. Nat.-Bank	707	708
3½% do. do.	82	82½ B	Frankfurter do.	125¼	124½ B
4½% Badische do.	93¾ B	93¾ B	Bexbacher E.-B.	—	148¾ B
4% do. do.	87¾ B	87 B	Bayer. Ostbahnen	122⅝	123 B

2. Mai. Eigentlich kann sich die abgelaufene Woche nicht rühmen, eine sehr bewegte oder sehr interessante im Geschäftsleben zu sein. Die Umsätze waren lahm und eine ausgesprochene Tendenz war weder nach oben noch unten sichtbar. Wäre nicht die „Allg. Ztg." mit einer abgedroschenen Sensationsnachricht gekommen und hätte ihr der gierige Telegraph nicht einige Wichtigkeit untergeschoben, so hätte der Berichterstatter kaum etwas auf dem Wege gefunden, das aufhebenswerth. Frankreich braucht Frieden, Deutschland will keinen Krieg und es ist also nur Kriegsfurcht und Geschrei bei denen, die den Krieg aus einer oder der anderen Ursache herbeiwünschen. Wenn also auch auf politischem Gebiete nichts Neues kam, so haben wir doch abermals neue Emissionen vor uns, denn ohne eine solche kann nun einmal keine Woche vergehen. Diesmal berühren sie eigentlich unseren Platz weniger. Die längst angekündigten Rudolphsbahn-Aktien zeigen sich versehen mit allen Reizen der „steuerfreien Steuerfreiheit" und einem ausserordentlich niedrigen Preise. Da nun überdies die alten Aktien ein Vorrecht auf die Uebernahme der neuen haben, so wird für die neuen Zeichner um so weniger Raum bleiben, weil sicherlich bei dem schon jetzt sich zeigenden Agio von jenem Rechte ein ausgiebiger Gebrauch gemacht werden wird. Die Emission der Berliner Nordbahn berührt unseren Platz direkt nicht.

Für österr. Fonds brachte nur die Ultimo-Regulirung vorübergehend etwas Leben in die fast ganz stationären Kurse. Eine grössere Ausdehnung des Geschäfts kann vor der endlichen Regulirung der Steuern und Unifikationsprojekte sich kaum wieder entwickeln. — In süddeutschen Staatspapieren war es sehr still. Von 4½ pCt. halbjährigen bayer. Obligationen sind grössere Posten am Markte, die jedoch bei dem gegen andere süddeutschen Fonds gleicher Kategorie niedrigeren Kurs bald Unterkunft finden dürften. 4pCt. bayerische Loose ½ pCt. höher ge-

über den Mord der Gräfin Chorinsky Mittheilungen enthält, welche während des gestrigen Verhöres der Angeklagten zur Sprache kamen. Er richtet an die Staatsanwaltschaft und an die Vertheidigung die Frage, ob sie etwas gegen die Verlesung einzuwenden hätten? Beide erklären sich damit einverstanden, daß der Brief zur Verlesung komme. Präsident liest: „Hohes Untersuchungsgericht! Ich mache bekannt, daß ich mich in Wien befinde, um zu dem Prozesse zu gehen. Ich bitte bezüglich dieser an das hohe Gericht gerichteten Zeilen, dieselben durchzulesen. Ich bin nicht mit dem Laufe der Untersuchung bekannt; ich habe die Gräfin Chorinsky mit Cyankalium vergiftet. Ich habe der Ebergenyi alle von der Gräfin Chorinsky herrührenden Sachen übergeben, auch den Schlüssel, mit dem Auftrage, ihn wegzugeben, die Kette, die Uhr, die Ringe. Ich erkläre öffentlich, daß ich die Mörderin der Gräfin Chorinsky bin. Ich habe den Schlüssel abgezogen, die Zimmerfrau fortgeschickt, um eine Droschke zu holen, ich sperrte mich mit der Gräfin ein und verließ nach einer Stunde die Wohnung, die ich selbst absperrte. Ich habe das Licht angezündet. Ich habe der Ebergenyi gesagt, die Gräfin ist todt, sie wollte zu ihr hinauf, ich hielt sie zurück. Ich gab ihr dann das Paket mit dem Bemerken, es nach Wien zu bringen und es aufzuheben. Die Ebergenyi fragte mich, was darin wäre, ich antwortete, eine Theemaschine. Ich werde mich dem Gerichte stellen, wenn der Graf Chorinsky vor den Assisen in München abgeurtheilt oder die Angeklagte für unschuldig erklärt worden sein wird." (Landesgerichtsrath Kubasta: Aha!) „Man soll bei den „vier Jahreszeiten" nachfragen, ob nicht ein Herr und eine Dame einlogirt waren und dem Stubenmädchen nicht einen Napoleonsdor und auch dem Kellnermädchen ein Trinkgeld gegeben haben. Ich habe die Gräfin ermordet, und habe sie so, wie sie gefunden wurde, auf den Boden niedergelegt. Ich heiße Vicky Horvath, ich bin noch im Besitze eines Restes des Giftes und eines Medaillons. Ich reiste früher als die Ebergenyi nach München ab." Unterschrieben ist: Vicky Horvath und Dr. N., ein unleserlicher Name. Präsident: Wünschen der Herr Staatsanwalt, daß dem Briefe besondere Beachtung geschenkt werde? — Staatsanwalt: Ich glaube, kein weiteres Gewicht auf dieses Schreiben legen zu sollen, um so weniger, als ich dem Inhalte nach unzweifelhaft nichts Anderes als einen ganz unpassenden, rohen Spaß, den man mit dem Gerichtshofe sich gemacht hat, sehe. Ich glaube daher, daß dieser Brief nicht zu beachten sei. Da auch der Vertreter Dr. Neuda dem Briefe keine Beachtung schenken zu sollen glaubt, wird derselbe den Gerichtsakten nicht beigelegt. Hierauf läßt der Vorsitzende weitere Befunde der Wiener Gerichtschemiker vorlesen. Die chemische Untersuchung der im Besitze der Julie v. Ebergenyi vorgefundenen Gegenstände wurde durch die Landesgerichtschemiker Dr. Heller und Professor Kletzinsky gepflogen und diese ergab, daß der weiße Körper theils in Stangen, theils in Pulverform mit Bestimmtheit als Cyankalium in einer noch vorhandenen Menge von 30 bis 35 Gramm (1 Gr. = 13·7 Gran oder im österreichischen Apothekergewicht 415⁷⁸/₁₀₀ Gran, also 7 Drachmen oder Quentchen weniger 4 Gran) erkannt wurde, und daß das im Theekessel, welcher aus der Wohnung der Ermordeten verschwunden war, und der dann gleichfalls im Besitze der Ebergenyi vorgefunden wurde, zurückgebliebene Kali als Rückstand von Cyankalium angesehen werden kann. Die Experten sprechen sich auch dahin aus, daß unter gewissen Umständen eine halbe Minute Zeit zur Auflösung des pulverisirten

gangen. Von auswärtigen Fonds sind 5pCt. Russen, auf welche wir im vorwöchentlichen Berichte aufmerksam machten, um $\frac{5}{8}$ auf $83\frac{1}{2}$ gestiegen. In amerikanischen Fonds bleibt der Umsatz ein beschränkter; die Kursschwankungen überstiegen nicht $\frac{1}{4}$ pCt., um welches 1882er Bonds die Woche höher als vor acht Tagen schliessen.

Von E.-B.-Aktien war lebhaftes Geschäft nur in Staatsbahnen, welche auf günstigere Wiener Notirungen die Woche zu $264\frac{1}{2}$ eröffneten, um fl. 6 höher, als sie die verflossene verlassen hatten. Nachdem Gewinnrealisationen den Kurs vorübergehend etwas gedrückt, hob sich derselbe zur Ultimo-Liquidation, wo sich ziemlicher Stückemangel zeigte, bis 266; wie verlautet, soll von einigen bedeutenden, in Hausse arbeitenden Häusern die Parole zur Einsperrung der Stücke gegeben worden sein. Die Aktie schliesst etwas niedriger zu $264\frac{1}{2}$—265; die Verhandlungen im Wiener Reichsrathe über die Konzession der österr. Nordwestbahn halten die Spekulation in Spannung. Bayer. Ostbahnen haben angezogen und unter 123 kaum erhältlich. Der Märzausweis lautet wiederum ausserordentlich günstig. Von den neuen Emissionen haben sich Alsenzbahn bei lebhaftem Verkehr bis $81\frac{1}{4}$ gehoben. Oberhessische fest zu $74\frac{1}{2}$, vollgezahlte Stücke zu $74\frac{3}{4}$. Neue Rheinische Lit. B $83\frac{1}{4}$ — Von Prioritäten Staatsbahnen gefragt, die übrigen ohne wesentliche Veränderung.

Oesterr. Kreditaktien eröffneten die Woche mit einer Besserung von fl. $1\frac{1}{2}$, welche sie jedoch nicht behaupten konnten; sie schliessen gerade wie vor acht Tagen zu $188\frac{1}{2}$. Die Aktie hat die Rolle eines bevorzugten Spieleffekts fast gänzlich an die Staatsbahnen abgetreten. Darmstädter Kredit behauptet. Von Zettelbanken Frankfurter matter; österr. Nationalbank um fl. 3 höher.

Der Geldstand hat sich wieder ganz dem Ueberfluss zugewendet. Die Ultimoliquidation ging sehr leicht von Statten und verlief bei dem theilweisen Stückemangel, der besonders bei Staatsbahnen hervortrat, recht günstig für die Haussepartei. Fremde Devisen, im Anfang der Woche eine Kleinigkeit matter, haben sich zum Schluss wieder befestigt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{1}{4}$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{1}{2}$—[illegible] G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{7}{8}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50—$\frac{1}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{5}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88[illegible] G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	88[illegible] G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88[illegible] G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	81[illegible] P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{1}{8}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{2}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	78 P.
„	6pCt. ditto v. 1882	76 P. $75\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	189—90 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	266 P. 65 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	123 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$63\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt .	$148\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$135\frac{1}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	135 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	5[illegible] P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{4}$ P. 73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Südst. u. Lomb. E.B.	$42\frac{3}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	123 P. $22\frac{3}{4}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{5}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{7}{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$145\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{2}$—$\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P. 132 G.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{1}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{1}{2}$ G.

Frankfurt, 4. Mai. Die Börse eröffnete in fester Haltung und fast alle Rubriken weisen gegen den Schluß der Vorwoche Coursbesserungen auf. Namhafte Umsätze fanden in österr. Creditaktien und Staatsbahn statt, für die sich, namentlich für letztere, eine günstige Stimmung zeigte, welche sich bis zum Schlusse des Geschäftes behauptete. Staatsbahn gewannen über 1 fl. gegen ihren Cours im gestrigen Privatverkehr, Creditaktien $\frac{1}{2}$ fl. Oesterr. Anlagepapiere nahmen bei unbedeutendem Geschäft ebenfalls einen Aufschwung; nur englische Metall. etwas matter. Für 6 pCt. Amerikaner hält die Kauflust ungeschwächt an, welcher Umstand namentlich dem andauernden abundanten Geldstande zuzuschreiben ist. 1882er Bonds wurden per comptant $75\frac{7}{8}$, per medio Mai $75\frac{3}{4}$ in Posten bezahlt. (Synd.)

Cyankaliums in einer wässerigen Flüssigkeit hinreiche, und daß der Genuß dieser Flüssigkeit in wenigen Minuten tödtlich wirken könne, und endlich, daß die kleinste Menge, welche zu einer tödtlichen Wirkung verwendet wird, nicht leicht unter einen halben Gran veranschlagt werden kann. Es wurde sofort die Frage aufgestellt, ob, nachdem das chemische Gutachten aus München das Vorhandensein von freier Blausäure konstatirte, während als Corpus delicti Cyankalium vorgefunden wurde, der Befund und das Resultat der chemischen Untersuchung vereinbarlich sei mit der Annahme einer Vergiftung durch Cyankalium? — Das Münchener Medizinalkomité erklärt darüber in einem nachträglichen Gutachten in Uebereinstimmung mit den hiesigen Experten rücksichtlich der Lösbarkeit des Cyankaliums, daß dasselbe, wie z. B. bei Wein, durch Weinsäure derart zersetzt wird, daß daraus freie Blausäure und ein neues Kalium — Kali-Salz — entsteht. — Ferner, daß der Speisebrei sehr sauer war und zur Zersetzung des Cyankaliums freie Säure in mehr als hinlänglicher Menge enthielt, daß sich das genossene Cyankalium durch die Säure des Weines oder des Magenbreies jedenfalls hätte in Blausäure umwandeln müssen; endlich, daß auch überhaupt die Verhältnisse für Vergiftung durch Cyankalium sprechen. Mit dieser Anschauung stimmt auch das von den Wiener Experten schriftlich und mündlich abgegebene Nachtrags-Gutachten überein, in welchem auch der Möglichkeit Raum gegeben ist, daß die in Wein gelöste wasserfreie Blausäure bei dem Umstande, daß der Weinstein rasch krystallinisch sich abscheidet, sogar allein ohne alle Begleitung von Kalisalz in den Magen der Vergifteten gelangt sein konnte. In Uebereinstimmung mit dem Münchener Bezirksgerichtsarzte, Professor Dr. Martin, sprechen sich auch die hiesigen Gerichtsärzte, Dr. Doll und Dr. Haschek, auf Grundlage des Obduktionsprotokolls, der vier Befunde und Gutachten der Münchener und Wiener Gerichtschemiker und des ihnen vorgelegten Kommissionsprotokolls dahin aus: Daß die Gräfin Mathilde Chorinsky an einer raschen Zersetzung des Blutes in Folge einer Vergiftung mit Blausäure gestorben sei; daß das Ableben derselben zwei Tage vor dem Auffinden der Leiche, mithin am 21. November 1867 erfolgt sein könne; daß die Beibringung der Blausäure in Verbindung mit Kali, das ist in Gestalt des Cyankaliums angenommen werden könne, wofür die leichtere Zugänglichkeit des Cyankaliums, der Leichenbefund und die chemische Analyse sprechen; daß der Abgang anderer Säuren im Magen sich durch Zersetzung des freigewordenen Kali erklären lasse; daß die mit Cyankalium geschwängerte Flüssigkeit hinsichtlich des Geruches nichts Auffallendes darbietet, wie ein von den Gerichtsärzten mit dem vorliegenden Cyankalium angestellter Versuch zeigte; daß das im Magen vorgefundene Quantum von 12 Grammen freier Blausäure zur Tödtung eines erwachsenen Menschen hinreiche; daß bei der Tödtung neben der Blausäure keine andere Ursache und keine besondere Beschaffenheit der Getödteten mitwirkte; daß sich Blausäure-Gift dem Organismus ungemein rasch, binnen wenigen Minuten mittheile, und endlich, daß ein ziemlich schneller Tod unter raschem Schwinden des Bewußtseins ohne besondere Schmerzenskundgebung erfolgt sein konnte. — Pr.: Die Verlesung der auf den objektiven Thatbestand bezüglichen Aktenstücke ist beendigt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 126.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 6. Mai 1868.

Süddeutschland.

Großh. Hessen. [Ungebühr bei Erhebung des Mainzer Brückenzolls.] In Berlin ist eine Beschwerde zahlreicher Gewerbetreibender aus dem Regierungsbezirke Wiesbaden gegen das von der Darmstädter Regierung in Bezug auf den Brückenzoll in Mainz beobachtete Verfahren eingegangen. Nach dem zwischen dem Norddeutschen Bunde und Hessen-Darmstadt am 8. Juli 1867 abgeschlossenen Zoll- und Handelsvertrage darf innerhalb des Zollvereinsgebietes von Niemandem mehr Brückengeld erhoben werden, als die Unterhaltungs- und Herstellungskosten erfordern. Das Brückengeld muß ferner für Alle und für Alles gleich sein, d. h. es darf ein Unterschied weder zwischen den Angehörigen verschiedener Zollvereins-Territorien, noch auch nach der Rücksicht der Bestimmung der transportirten Waaren gemacht werden. Endlich darf nach Vorschrift des Vertrages eine Abgabe nicht erhoben werden, wo eine Benutzung der Brücke nicht Statt findet.

Die von dem Gemeinderathe Karl Scholz in Wiesbaden mit großer Sorgfalt ausgearbeitete Beschwerde führt den Beweis, daß alle diese Vorschriften von der Regierung in Darmstadt gröblich verletzt werden, daß nämlich erstens auch die Dampf-Trajektfähre eine Abgabe an die Brücke für Menschen und Waaren, die sie ohne Benutzung der Brücke befördert, entrichten muß; daß zweitens die hessischen Unterthanen nördlich vom Main weniger bezahlen, als die des übrigen dort gelegenen Zollvereins- und Bundesgebietes; daß ferner Waaren, die für den Bahnhof in Castel (Hessen) bestimmt sind, weniger Brückengeld bezahlen, als die, welche nach Preußen gehen, und daß endlich die Abgaben überhaupt um mehr als das Doppelte höher sind, als auf anderen, minder frequenten Rheinbrücken, und einen jährlichen Ueberschuß von 20,000 bis 30,000 Gulden abwerfen. Noch merkwürdiger aber ist es, daß der Tarif nirgends ausgehängt oder veröffentlicht ist, sondern strengstens geheim gehalten wird. Den Beschwerdeführern wurde die Auslieferung desselben von Amts wegen verweigert. Erst nach jahrelangen Bemühungen gelang es ihnen, durch List ein vergilbtes Exemplar zu ergattern und so das Dienstgeheimniß zu brechen. Die Taxation der Belastung eines beladenen Wagens ist lediglich der Schätzung des Brückenzoll-Einnehmers überlassen. Gegen sein Verdikt gibt es keine Beschwerde. Im Jahre 1824 befahl zwar die großherzogliche Finanzkammer in Darmstadt die Anschaffung einer Brückenwaage, allein heute, nach 44 Jahren, ist noch keine da, vielmehr bewendet es immer noch bei dem unfehlbaren Ausspruch des Zoll-Einnehmers. Die Abgeordneten Braun von Wiesbaden und Bamberger von Mainz sind in Berlin mit dem Betriebe dieser Angelegenheit betraut. Der Erstere wird sie im Reichstage zur Sprache bringen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 4. Mai. [Auch eine Ansicht über Schulbildung.] Die „Preuß. Schul-Ztg." berichtet aus der Provinz Brandenburg folgende Thatsache, welche ein Streiflicht auf den Geist wirft, in welchem die preußische Volksschule zum Theil geleitet wird: „Auf einer Lehrerkonferenz in unserer Provinz entledigte sich ein Lehrer des ihm gewordenen Auftrags und stellte als das Ziel desselben Sprachkenntniß und Sprachfertigkeit hin. Bei der Recension seines Vortrages ergriff zuletzt der Kreisschul-Inspektor das Wort und äußerte sich dahin: Es sei nicht gut, dem Volke zur Sprachfertigkeit auch im schriftlichen Ausdrucke zu verhelfen. Zum Beweise dafür berief er sich auf ein Dorf des Bezirks, in welchem ein früherer Lehrer großen Fleiß darauf verwendet habe, seine Schüler so weit zu bringen, daß sie ihre Gedanken schriftlich ausdrücken könnten: eben aus diesem Dorfe gingen nun viele Beschwerden, Denunciationen &c. ein. Es genüge, wenn der Sohn des Landmannes als Soldat nur so viel zu schreiben vermöge: „Ich bin gesund, liebe Eltern, und wünsche, daß Ihr es auch sein möget. Schickt mir doch etwas Lebensmittel und ein paar Groschen Geld." Eben so wenig sei es rathsam, viel Gewicht auf das Hochdeutsch zu legen. Der Bauer müsse sein Plattdeutsch beibehalten, welches viel gemüthlicher sei. Weiland Harms in Hermannsburg habe wohlgethan, auch religiöse Vorträge in Plattdeutsch zu halten."

— [Die Zollparlamentssitzung am 1. Mai.] Diese war bisher die interessanteste und da die Debatten derselben geeignet sind, interessante Schlaglichter auf die allgemeine Stimmung zu werfen, so geben wir daraus nachträglich einen ausführlicheren Auszug. Die sehr erregte Diskussion riefen bekanntlich die gegen das Verfahren

---

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Wien, 24. April.

Der Andrang des Publikums ist heute wiederum ein so massenhafter, daß die Reihen der Zuhörer innerhalb der Schranken bis hart zum Vertheidigertische heranreichen. Die Verhandlung beginnt mit der Verlesung des Verhörs des Grafen Chorinsky. Pr.: Es kommt zur Verlesung das Verhör des Grafen Gustav Chorinsky, aufgenommen beim Bezirksgerichte links der Isar in München (liest): „Gustav Graf Chorinsky-Ledske, 35 Jahre alt, katholisch, k. k. österr. Oberlieutenant beim 13. Infanterie-Regiment, in Verwendung beim Generalstabe. Das Kautions-Kapital im Betrage von 20,000 Gulden ist mein Eigenthum, die Zinsen desselben wurden bisher mit meiner Einwilligung an meine Frau Mathilde geschickt. Ich war bisher noch nicht in eine Untersuchung verwickelt. Meine verstorbene Frau war im Jahre 1858 in Linz beim Theater engagirt, wo ich ein Verhältniß mit ihr anfing. Sie gab sich als Tochter einer Gräfin aus, was aber nicht wahr war, sondern sie war eine geborne Ruff. Ich machte auf das in Aussicht stehende Vermögen meiner Frau bedeutende Schulden und trat deßhalb vom Militär aus. Inzwischen brach der italienische Krieg aus, den ich mitmachte und in demselben wieder die Stelle eines Oberlieutenants erhielt. Ich diente bis 1860 und trat dann in die päpstliche Armee ein. Inzwischen wurde meine Geliebte katholisch und kam nach Ankona, wo sie drohte, sie werde mich bei der päpstlichen Regierung anzeigen, wenn ich sie nicht heirathe; in Folge dessen heirathete ich sie, nachdem meine Frau nachgewiesen hatte, daß sie ein Vermögen habe und die päpstliche Regierung mir zu heirathen erlaubt hatte. Nach der Schlacht von Castelfidardo gebar sie mir ein Kind, welches aber bald starb. Schon in Rom hatten sich Mißhelligkeiten erhoben, welche in der Verschiedenheit der Charaktere ihren Grund hatten. Von Rom begaben wir uns nach Heidelberg, und dort minderte sich noch mehr das innige Zusammenleben. Von Heidelberg gelangten wir nach Nancy und dort ließ ich dieselbe zurück. Ich kehrte dann nach Brünn zurück zu meinem Vater, dort begann ich eine Liebschaft. Meine Frau überraschte mich zweimal in Brünn und brachte mich dadurch in Verlegenheit. Im Jahre 1864 trat ich wieder in österreichische Dienste, machte den Feldzug in Schleswig-Holstein mit, 1866 betheiligte ich mich an dem preußischen Feldzug, wurde bei Königgrätz schwer verwundet und dekorirt. Meine Frau war im Jahre 1862 bei meinen Eltern aufgenommen worden, welche inzwischen nach Wien übersiedelt waren. Sie blieb daselbst bis 1866, woselbst ich von Königgrätz blessirt eintraf, worauf meine Frau, ohne mich gesehen zu haben, das Haus verließ. In Wien war ich seit meiner Verwundung mit Ausnahme der Zeit, die ich in Böhmen zubrachte. — Ich habe im vergangenen Jahre, wie seit früher, fortwährend Schritte gethan, daß eine gerichtliche Scheidung zu Stande käme und ich hatte die Absicht, falls die Scheidung bewerkstelligt werden könnte, die Kautionsinteressen meiner Frau zu überlassen. Heuer vernahm ich, daß meine Frau in Reichenhall lebte, daß sie dort ein Verhältniß mit einem anderen Manne habe und von diesem ein Kind erhielt. Ich sprach darüber mit dem Polizeikommissär Breitenfeld und dieser rieth mir, mit der Scheidung bis zur Aufhebung des Konkordats zu warten. Ich fragte den Legationsrath Zwirzina um den Aufenthalt meiner Frau, da meine Familie nicht wußte, ob sie sich in

der württembergischen Regierung bei den Wahlen eingegangenen Proteste hervor. Die dritte Abtheilung hatte aus denselben Veranlassung zu dem Antrage genommen, „den Vorsitzenden des Zollbundesrathes aufzufordern, zu veranlassen, daß die von der königlich württembergischen Regierung hinsichtlich der aktiven Wahlberechtigung getroffenen Bestimmungen, insofern sie mit dem Inhalte des Artikels 9, § 1 des Zollvereinsvertrages vom 8. Juli 1867 im Widerspruch stehen, mit dem letzteren in Uebereinstimmung gebracht werden.“

Von dem Abg. Graf Bethusy-Huc, dem Referenten der vierten Abtheilung, wird in Bezug auf dieselbe Materie folgender Antrag eingereicht: „an den Herrn Vorsitzenden des Bundesrathes das Ersuchen zu stellen, im Einvernehmen mit der württembergischen Regierung dahin zu wirken, daß hinfort im Königreich Württemberg eine dem Sinn des Vertrages vom 8. Juli 1867, sowie der Praxis der meisten anderen verbündeten Staaten homogenere Wahlordnung veranlaßt werde.“

Abgeordneter v. Mittnacht (Justizminister in Württemberg) führt aus, daß das württemberg'sche Wahlgesetz dem Vertrage vom 8. Juli v. J. durchaus entspreche, und meint, daß die Petenten nur berechtigt gewesen seien, einzelne Wahlen, nicht aber die württembergschen Wahlen im Allgemeinen anzugreifen. — Braun (Wiesbaden) suchte zunächst die Ausführung des Vorredners zu widerlegen, daß die württemberg'sche Regierung durch den Zollvertrag berechtigt gewesen sei, eine Beschränkung des allgemeinen Wahlrechtes vorzunehmen. Man habe Tausende von Arbeitern ausgeschlossen, weil sie nicht verheirathet seien, und daran trügen wieder die unerhörten polizeilichen Beschränkungen der Eheschließung die Schuld. Es handle sich nicht um die Anfechtung einer einzelnen Wahl, sondern darum: Hat die württemberg'sche Regierung das Gesetz beobachtet, oder hat sie etwa Mißbrauch der Amtsgewalt in bundesfeindlichem Sinne geübt? Nach Allem, was darüber bekannt geworden, ist das Letztere der Fall gewesen, und ich stelle daher noch folgenden Antrag: „Den Vorstand des Zollbundesrathes aufzufordern, auch die übrigen Beschwerden, die in dieser Eingabe enthalten sind, zu prüfen und eventuell der Wiederkehr ähnlicher Vorkommnisse vorzubeugen.“ Der Redner sucht ferner durch Anführung von Thatsachen, die namentlich bei der Wahl des Fabrikanten Knospe und des Herrn v. Varnbüler vorgekommen sein sollen, die amtlichen Beeinflussungen der württemberg'schen Regierung zu constatiren. Er erwähnt unter Anderem eine Aeußerung des Ober-Amtmannes Ideler im Wahlkreise des Herrn v. Varnbüler, der Wahlkreis würde nur in dem Falle die von ihm gewünschten Eisenbahnen erhalten, wenn er dort gewählt werde. Trotz wiederholter Aufforderung sei diese Aeußerung von dem württemberg'schen Staatsanzeiger nicht dementirt worden. Er verlas sodann einzelne Stellen aus den bereits mitgetheilten Wahlaufrufen für Knospe und v. Varnbüler, welche zu lebhafter Heiterkeit Veranlassung gaben, während man auch vereinzelte Rufe: „Sehr richtig!“ hört. Es wird darin in sehr drastischen Aeußerungen vor der Wahl „schwäbischer Preußen“ gewarnt. So heißt es unter Anderem in dem Aufrufe für Herrn v. Varnbüler: „Steuern zahlen, Soldat sein und das Maul halten, das ist das preußische Programm.“ Redner theilt ferner eine große Menge von Maßregelungen derjenigen Beamten mit, die im Sinne der nationalen Partei gestimmt haben, erklärt, daß „betrunkene Massen“ gegen die Anhänger der nationalen Partei aufgewiegelt seien, und schließt mit einer scharfen Verurtheilung des bundesfeindlichen Verfahrens des Herrn v. Varnbüler. Die mit sarkastischen Ausfällen gewürzte Rede des Herrn Dr. Braun rief wie gewöhnlich stürmische Heiterkeit an vielen Stellen hervor.

Graf Bethusy-Huc gibt unter lebhaftem Beifalle dem Bedauern über die Redeweise des Vorredners Ausdruck, die nur geeignet sei, die Gegensätze zu schärfen. Er befürwortet den Antrag der vierten Abtheilung, indem er insbesondere die Beschränkung des passiven Wahlrechtes auf Süddeutsche in dem württembergischen Wahlgesetze angreift.

Um „weiteren Reibungen“ vorzubeugen, zog darauf Braun seinen Antrag zurück. Die Abgeordneten Metz und Bamberger sprachen für den Antrag der dritten Abtheilung. In scharfer Weise wies v. Mittnacht die Angriffe Braun's gegen die württembergische Regierung zurück. Gegen die Behauptung, die von den Organen seiner Partei angeführten Thatsachen seien notorisch, weil sie von der Regierung nicht dementirt worden, führt er an, daß in Württemberg eine ziemlich allgemeine Preßfreiheit herrsche; seit Jahren habe keine Beschlagnahme, trotz täglicher heftiger Angriffe gegen die Regierung, stattgefunden. (Hört!) „Wir glaubten jedoch, dieselben ruhig geschehen lassen zu müssen, der Eine hilft sich dadurch, daß er sie nicht liest (große Heiterkeit), der Andere dadurch, daß er darüber lacht, und wenn auch ein solches Verfahren nicht nach Jedermanns Geschmack ist, wir befinden uns gar nicht so übel dabei.“ Nachdem er einige der angeführten Behauptungen thatsächlich zu widerlegen gesucht und namentlich die behaupteten Maßregelungen von Beamten auf einzelne Verwarnungen wegen hervorragender Agitationen zurückgeführt hatte, trat der Redner schließlich mit Entschiedenheit gegen das „Gebahren der sogenannten deutschen Partei“ in Württemberg auf, welche ihre Niederlage nur sich selbst verdanke. Die gründliche Abneigung gegen diese Partei habe ihre gänzliche Niederlage veranlaßt. „Schon hat sie die Feder gespitzt zur Verbreitung der Dinge, die hier den schwäbischen Abgeordneten gesagt werden sollten; schon vor wenigen Wochen hat sie die Hoffnung geäußert, sie würden dem Abg. Braun ein Gabelfrühstück sein. (Anhaltende Heiterkeit.) Wir hatten, was er sagte, längst gelesen, nur die spaßige Art des Vortrags war neu, wenn auch in unseren Ständeversammlungen nicht üblich. Die Regierung nimmt die Wahlen nicht als einen Sieg für sich in Anspruch, aber sie drücken die wahre Meinung des württembergischen Volkes aus.“ (Lebhafter Beifall bei den Süddeutschen, der sich bis zum Händeklatschen steigert, wodurch der Präsident zu der Bemerkung veranlaßt wird, daß diese Art des Beifalls hier bisher nicht üblich gewesen sei.)

Auch Herr v. Varnbüler bestieg die Tribüne, um den

Reichenhall oder München aufhalte. Die mit Nr. 1 bezeichnete Photographie stellt meine Person in Gesellschaft einer gewissen Marie dar, das war eine flüchtige Bekanntschaft von mir aus den Jahren 1862 bis 1864. Die unter 2, 3, 4, 5 abgebildete Person und das im Medaillon enthaltene Bildniß stellen eine und dieselbe Person dar, Julie v. Ebergenyi, 26 Jahre alt, katholisch, Tochter des Viktor v. Ebergenyi in Seczen in Ungarn. Fräulein Julie v. Ebergenyi wohnte zuletzt in dem Ebergenyi'schen Winterquartiere in der Krugerstraße, sie ist Ehrenstiftsdame, hat als solche den Titel und Charakter einer Frau und muß ein eigenes Vermögen mit einer Rente von 800 bis 1000 fl. ausweisen. Ich kenne diese Dame und bin mit ihr sehr viel zusammengekommen, ich achte und liebe sie und glaube, daß ich auch von ihr geachtet und geschätzt werde. Ich habe ihre photographischen Bildnisse, als ich in Seesen war, zusammengeholt; ich habe derselben kein Wort gesagt, sie weiß es auch nicht, daß ich verheirathet bin, ebensowenig Jemand von ihrer Familie. Meine eigene Familie war wohl von der Bekanntschaft unterrichtet, ohne daß ich gesagt hätte, wie theuer sie mir sei. Am 17. und 18. November war Julie in Wien, am 19. ist sie mit dem Mittagszuge nach Steinamanger, beziehungsweise nach Seczen abgereist, um daselbst wegen des Holzes, das ihr aus den Wäldern ihres Vaters geliefert wurde, Anordnungen zu treffen. Mittwoch 20. und Donnerstag 21. November war sie jedenfalls in Seczen. Freitag 22. ist sie nach Wien zurückgekehrt und brachte Obst und andere Lebensmittel nach Wien zurück. Es ist unmöglich, daß diese Dame während dieser Zeit hier war. Ich bitte, schleunigst nach Steinamanger an das dortige Gericht zu telegraphiren, damit in Seczen sofort Erkundigungen eingezogen werden, ob das Fräulein sich nicht in jener Zeit dort aufhielt. Ich habe Julie in gewöhnlich heiterer Weise angetroffen, als ich sie Freitag Abends wieder sah. Sie besuchte an demselben Abend eine bekannte Gräfin. Einen Herrn Namens Umlauft aus Brünn kenne ich nicht.“

Verhör vom 28. Nov. Auf Vorhalt der bei ihm vorgefundenen Zettel, von denen einer „Deine getreue Minka“ unterfertigt ist, erwidert Graf Chorinsky: Der eine Zettel ist von Nedemucena Holowill in Wien, mit der ich in früherer Zeit gut bekannt war; wo sie jetzt ist, weiß ich nicht; der andere Brief rührt von einer gewissen Horvath her, zu der ich im Jahre 1854 in einem Verhältnisse stand. Mit der Holowill stand ich in keinem Liebesverhältnisse. Ich habe Julie, als sie zuletzt abreiste, bis zum Fiaker begleitet, außer einer Tasche hatte sie kein Gepäck, ihre Kleidung bestand aus einem Shawl mit türkischem Muster und einem braunen Hut mit Schleier. Auf die übrigen Details der Kleidung kann ich mich nicht erinnern. — Pr.: (zur Angeklagten): Sie geben zu, daß Sie allerdings neben der Tasche noch einen Koffer hatten, und daß die Schilderung der Kleidung falsch ist. — A. (nickt). — In einem folgenden Verhör erklärt Graf Chorinsky: Julie war meines Wissens in Seesen, während ihrer Abwesenheit war ich täglich im Keller, weil Holz ankommen sollte. Ich erhielt keine Briefe von ihr; ich beharre dabei, daß ich Julie erst im Jahre 1867 kennen gelernt; wenn ich Photographien aus früherer Zeit von ihr habe, so kommt dies daher, daß ich dieselben in ihrem Album fand und sie sammelte. Ich kenne Rampacher, und sah ihn zuletzt beim Fürsten Schwarzenberg. Es ist nicht wahr, daß ich mich zu ihm der Worte bediente: „Ich will meine Julie heirathen, es steht

Braun'schen Angriffen entgegenzutreten. Als er gestern der Metropole des Nordens zugef[ü]hrt worden, habe er wohl von Tabaksteuer und Baumwollengarn, nicht aber davon geträumt, daß er mitten hinein in das Gebiet der Persönlichkeiten und der Politik geführt werde. Er sei nicht der Ansicht, daß die deutsche Einheit gefördert werde, wenn der erste Gruß an die Süddeutschen in persönlichen Angriffen bestehe. Er stellte darauf ausdrücklich in Abrede, daß er den Wählern von Regierungskandidaten Eisenbahnen rc. in Aussicht gestellt; er habe sogar öffentlich erklärt, daß die Wähler lieber einen Anderen wählen möchten, die dergleichen von ihm erwarten. Redner weist schließlich auch die Angriffe Braun's gegen seinen politischen Charakter zurück. Er habe den Allianzvertrag als einen Akt aufrichtiger Versöhnung geschlossen. Seine Ansicht sei, die Verträge seien darum da, um gehalten zu werden, und könne er der Partei seines engeren Heimathlandes, welches er innig liebe, wenn es auch nur klein sei, nicht zustimmen, die, preußischer als die Preußen selbst, die württembergischen gesunden Zustände beseitigen wolle. Seine Liebe sei für das engere Vaterland Patriotismus, nicht Partikularismus, und bitte er, die Anfeindungen beiseite zu lassen und sich doch der schönen Worte der Thronrede zu erinnern, welche an die Förderung der materiellen Interessen mahnt. (Beifall rechts.)

Fulda, 4. Mai. [Militärische Willkür.] Dem „Frkf. Journ.“ schreibt man: Für unsere verlornen berechtigten hessischen Eigenthümlichkeiten erhalten wir nach und nach recht unberechtigte altpreußische Eigenthümlichkeiten. Kaum hat das Verfahren gegen A. Trabert unser hessisches Rechtsbewußtsein auf das Schwerste alterirt, so hat sich wieder hier ein Fall ereignet, der geradezu unsere seitherigen Vorstellungen von Ordnung und Recht über den Haufen wirft. Das hiesige Regimentskommando bedarf eines oder mehrerer Schießplätze und hat sich einen der Gemeinde Steinau bei Fulda gehörigen Gemeindewald dazu ausersehen. Ohne die Einwilligung der Gemeinde noch zu haben, resp. sich mit derselben betreffs einer Entschädigung zu einigen, wird plötzlich ohne Weiteres eine 800 Fuß lange Schneuße durch den Wald von den Soldaten ausgehauen, indem man sich darauf beschränkte, den Bürgermeister aufzufordern, er möge das ausgehauene Holz beseitigen und abholen. Die Gemeinde hat sofort Beschwerde erhoben und in Folge dessen ist die Intendantur des zweiten Armeekorps zu Kassel veranlaßt worden, mit der Gemeinde wegen Entschädigung zu verhandeln. Solche Vorkommnisse waren zu kurhessischen Zeiten, deren Schwinden wir aber trotz dessen durchaus nicht bedauern wollen, etwas Undenkbares.

Ausland.

Rumänien. [Hübscher Empfang des Ministerpräsidenten.] Am 24. April kam der Minister Bratiano von Jassy nach Baken. Ein Augenzeuge hat der Wiener „Neuen Freien Presse“ über den Empfang, den er dort gefunden, Folgendes berichtet: „Er kam erst in der Abenddämmerung, obschon ein Diner für ihn bereitet war. Als er zu der Stunde, wo man ihn erwartete, noch nicht da war, wurde die Menge ungeduldig und schickte Boten aus. Endlich kam er, aber kaum war er vor dem Gemeindehaus angelangt, spannte man ihm die Pferde aus, aber nicht in der Absicht, ihn im Triumphe durch die Stadt zu ziehen; vielmehr erblickte der volksthümliche Minister drohende Mienen, geballte Fäuste, und mußte für sein Ohr wenig schmeichelhafte Ausdrücke hören. „Nieder mit dem Verräther!“ riefen Einige. „Er will uns preußische Soldaten in Form von Eisenbahnarbeitern in's Land schmuggeln!“ schrie ein Zweiter. „Er muß augenblicklich seine Entlassung nehmen!“ rief ein Dritter. Dazwischen regnete es Steine und Koth auf den Wagen des Ministers; die Gemäßigten begnügten sich, ihre Huldigung mittelst einer Tracht fauler Aepfel demselben darzubringen. Ein auf dem Kutschbocke sitzender Dorobanze wollte diesem liebevollen Andrange mit seiner Waffe ein Ziel setzen, wurde aber von der Menge vom Wagen gezogen; der Säbel wurde ihm aus der Hand gerissen und er gerieth unter die Füße der versammelten Patrioten. Da erschien der dort gerade anwesende General-Prokurator aus Fokschani auf dem Platze und forderte die Menge im Namen des Gesetzes auf, sich zu zerstreuen. Sein Cylinderhut, von der wuchtigen Hand eines Bürgers platt gedrückt, rettete seinen Schädel vor einem gleichen Schicksale. Bratiano stieg nun aus dem Wagen, und in einer langen Rede erzählte er der Menge, was er für Rumänien und für die Freiheit (sic!) Alles gelitten und wie er bereit sei, auf das jedesmalige Verlangen des lieben Volkes Amt und Würde aufzugeben. „Euretwegen habe ich mich vor Europa kompromittirt!“ fügte er hinzu, die Menge bittend, ihn am Weiterfahren nicht zu hindern. Diese verlief sich, rottete sich aber Tags darauf vor Judenhäusern zusammen, schlug die Fenster ein und verübte zahlreiche Exzesse.“

Nichtpolitische Zeitung.

[Das Lutherdenkmal in Worms] nach Rietschel's genialem Entwurfe ausgeführt, ist seiner Vollendung nahe und die Enthüllungsfeier desselben auf den 24., 25. und 26. Juni d. J. festgesetzt. Das Fest besteht in einer Vorfeier, Mittwoch den 24. Juni, in der Hauptfeier des Donnerstags und in einer Nachfeier am Freitag. Es sind Festbesucher aus allen Theilen Deutschlands und sogar aus dem Auslande angekündigt und man erwartet, daß auch die theologischen Fakultäten Deutschlands und die am Denkmale selbst durch Standbilder oder Wappen verherrlichten Städte, ganz besonders aber die obersten Staats- und Kirchenbehörden aller deutschen Einzelstaaten, durch deren wohlwollende Verfügungen seinerzeit die Sammlungen für dieses Werk gefördert wurden, mindestens durch je einen Repräsentanten vertreten sein werden.

Paris, 3. Mai. [Krieg der langen und kurzen Damenkleider.] Gestern gab die Gräfin Pourtalès einen glänzenden Ball. Derselbe hatte dadurch ein besonderes Interesse, daß die Gräfin alle zu dem Feste geladenen Damen aufgefordert hatte, in kurzen Kleidern zu erscheinen. Selbstverständlich erschien sie in der gleichen Tracht. Sie hat nämlich den langen,

---

jedoch eine Person im Wege“. Herrn Angerer kenne ich nicht, sollte dies etwa der Photograph sein? Es fällt mir dies ein, weil Herr Angerer ein bedeutender Photograph ist. Auf Vorhalt eines Briefes mit 200 fl. aus Steinamanger bemerkt der Angeklagte, dieser Brief ist für Julie v. Ebergenyi bestimmt, es kamen öfters solche Briefe an, wenn Julie nicht hier war, und dann bewahrte ich die Briefe uneröffnet für sie auf. Wenn ich, falls Julie wirklich die That verübt hat, davon gewußt, oder später erfahren hätte, so wäre ich nicht nach München gefahren und hätte noch weniger die Photographien zu mir gesteckt. Julie hat mir nicht gesagt, daß sie nach München reist; ich bestreite nicht, daß ich Julie gern geheirathet hätte, doch bemerke ich, daß ich alle meine Hoffnung auf die Aufhebung des Konkordats und die für die Ehe geltenden Bestimmungen gesetzt; wir würden sodann Protestanten geworden sein. Von einer bestimmten Aussicht auf baldige Heirath war keine Rede.

Verhör vom 17. Dezember: Auf Vorzeigung der Schachtel: Ich kenne weder Schachtel noch Zettel. Ich kenne auch nur einen Dierkes und der ist Hauptmann in der Armee. — Die 30 fl. habe ich dem Rampacher nur gegeben, weil er in Noth war. Ich habe Rampacher nicht beauftragt, nach München zu reisen. Ob ihn Julie beauftragt hat, weiß ich nicht. Auf Vorzeigung des Todtenschmuckes: Es ist Mode bei ungarischen Damen, solchen Schmuck zu tragen. — Frage: Was konnte Rampacher, der Ihnen doch Dank schuldig war, veranlaßt haben, gegen Sie auszusagen? — Antw.: Ich glaube, daß Rampacher von einer Person, die mir schaden will, bestochen ist. Wenn Julie Ebergenyi den Mord begangen haben sollte, dann wußte ich nichts davon.

Verhör am 27. Dezember: Gustav Chorinsky erklärt, nicht mehr zögern und ein reuiges Geständniß ablegen zu wollen. Ich bitte, mir nur noch einige Tage Zeit zu geben, daß ich mich sammeln kann. Ich werde mich auch meiner Familie entdecken und dem Untersuchungsgerichte Alles an die Hand geben, um die Schuldigen zu finden, die Unschuldigen erkennen zu lassen. Heute aber bin ich körperlich herabgekommen, so daß meine geistigen Kräfte darunter leiden. Ich habe bereits angefangen, meine Vertheidigung und mein Geständniß zu Papier zu bringen. Ich stelle schon jetzt in Abrede, daß, wenn Julie meine Frau umgebracht hätte, sie das mit meiner Zustimmung gethan. Meine Briefe nach München an Julie beweisen nur scheinbar meine Theilnahme, es läßt sich Alles auf andere Weise erklären.

Verhör am 6. Januar: Ich übergebe den ersten Bogen meiner Ausschreibung. Ich habe in Nancy gehört, daß ein österreichischer Major Schermen meiner Frau dort die Cour gemacht hat. In Wien habe ich erfahren, daß sie viel zu jüdischen Familien gekommen und ihre Bräuche kennen gelernt hat. Von ehebrecherischen Verhältnissen weiß ich nichts. Das Verhältniß mit Mikulich habe ich erst hier erfahren. Die Kaution gehört mir und wenn mein Vater gesagt, daß sie ihm gehöre, so ist das irrig. Ich habe das Geld von einer Dame zum Geschenke bekommen. — — — Kommissär Breitenfeld sagte mir, daß es gut sei, sich scheiden zu lassen, damit ich für fremde Kinder nicht zahlen muß. Von einer Schachtel weiß ich nichts. Eine wirkliche Verlobung wurde nie gefeiert. Ich widerspreche, jemals mit Julie den Entschluß gefaßt zu haben, meine Frau zu ermorden. Die Julie hat nicht gewußt, daß ich verheirathet war.

und besonders den Schleppkleidern den Krieg erklärt und will der von ihr in Schutz genommenen Mode Eingang verschaffen. So leicht wird es ihr aber doch nicht werden, die letztere Mode zur Geltung zu bringen, denn wenn auch Viele ihrem Rufe Folge geleistet, so erschien doch ein großer Theil der Damen in der alten Tracht. Man glaubt, daß der Kampf ein heißer wird. Was die Kaiserin anbelangt, so hat dieselbe noch nicht Partei ergriffen, doch fürchtet man, daß die hohe Dame es mit den langen Kleidern halten werde, da die kurzen Kleider ihr zu jugendlich und nicht majestätisch genug vorkommen dürften. Weniger kostspielig ist die neue Tracht jedenfalls.

Amtliche Nachrichten.

München, 4. Mai. Se. Maj. der König hat den Hauptmann J. Gleich vom Genie-Reg. bleibend und den Regimentsquartiermeister Otto Du Bois vom Inf.-Leib-Reg. auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; den temporär pens. Rittmeister F. Frhr. v. Schrottenberg auf ein weiteres Jahr vorbehaltlich früherer Wiederverwendung im Ruhestand belassen; den Hauptmann F. Albrechtskirchinger vom Inf.-Leib-Reg. auf zwei Jahre vorbehaltlich früherer Wiederverwendung in den Ruhestand versetzt; dem charakt. Generallieutenant in Disponibilität Fr. Du Jarrys Frhrn. v. La Roche, vormaligem Hofmarschall weiland Sr. Maj. des Königs Ludwig I., das Großkomthurkreuz des Verdienstordens vom h. Michael, dann dessen vormaligem Flügeladjutanten, dem Generallieutenant in Disponibilität Th. Frhr. v. Jeeze das Komthurkreuz des genannten Ordens, und dem Oberstlieutenant F. v. Gmainer vom 15. Inf.-Reg. das Ritterkreuz des Verdienstordens der bayer. Krone verliehen; das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants A. Schieder vom 13. Inf.-Reg. und E. Seyler vom 14. Inf.-Reg. genehmigt; den Unterlieutenant J. Firmbach vom 4. Inf.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; dem Unterlieutenant H. Krausenect vom 5. Jäger-Bat. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen des Ritterkreuzes des kais. mexikanischen Ordens von Guadelupe, der kaiserl. mexik. bronzenen Militär-Verdienst-Medaille, und der kais. französ. Erinnerungsmedaille für den Feldzug in Mexiko ertheilt; den temporär pens. Hauptmann S. v. Braun bleibend im Ruhestand belassen.

Se. Maj. der König hat genehmigt, daß die neuerbaute Kaserne zu Germersheim zum ehrenden Gedenken des im Feldzuge 1866 im Gefechte bei Kissingen gefallenen Generallieutenants O. Frhrn. v. Zoller, fortan „Kaserne Zoller" benannt werde.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{7}{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$62\frac{5}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{4}$ P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50—$\frac{1}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	93—$\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{1}{2}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	81[illegible] P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{5}{8}$ G.
Spanien	3pCt. inl.Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dlr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{1}{2}$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{1}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	704 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191—$90\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	87 P.
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223\frac{1}{2}$P. $22\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	266—65 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$63\frac{1}{2}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$31\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{1}{2}$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{3}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$134\frac{1}{2}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	[illegible] P. [illegible] G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{4}$ P. 73 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42[illegible] P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$123\frac{1}{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{5}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	$99\frac{7}{8}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	143 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P. 132 G.
" do. v. 1864	87 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{3}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
" fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{1}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12\frac{3}{4}$ G.

Frankfurt, 5. Mai. Im Vordergrunde des ziemlich beschränkten Geschäftsverkehrs standen wiederum österreichische Spekulationspapiere. Die eingetroffenen günstigen Wiener und Berliner Notirungen trugen zur weiteren Befestigung der seit gestern eingetretenen animirten Stimmung bei. Ausgeschlossen davon waren heute nur Staatsbahnaktien, welche in ihrer bisher angedauerten Haussebewegung plötzlich aufgehalten wurden. Man sprach von Differenzen, welche zwischen Wien und Paris über die Feststellung der zur Vertheilung kommenden Superdividende der Bahn obwalten sollen. Das dem Vernehmen nach in Paris vorgeschlagene Maximum von 20 Fr. entspricht nicht den gehegten Erwartungen, und nun soll gar in Wien ein Vorschlag eingebracht worden sein, nach welchem nur 15 Fr. Dividende bestimmt werden sollen.

— (Pr. (zur Angekl.): Sie haben bestimmt gesagt, daß Sie gleich in den ersten Tagen der Bekanntschaft von seiner Verheirathung wußten. — A.: Ja, kurz nachher.) — Pr. (weiter lesend): Ich habe ihr abgeredet, die Reise nach München zu machen. Ich wußte, daß sie nach München reisen wollte. Nach meiner Absicht hätte die Julie meiner Frau Geheimnisse entlocken sollen, womit ich Anhaltspunkte zur Scheidung bekommen hätte. Nachdem die Ebergenyi zurückgekommen, erzählte sie mir, daß sie den Zweck ihres Besuchs nicht erreicht habe. Rampacher schickte ich nach München nur, um die Ueberzeugung zu holen, ob die Horvath dort ist. Die Nachricht vom Tode meiner Frau, die ich von meinem Vater hörte, überraschte mich. Wenn ich von Mord gewußt hätte, wäre ich nicht nach München gereist. — (Die Angeklagte weint.) — Im weiteren Verlaufe dieses Protokolls ergibt sich, daß Chorinsky seine nach München geschriebenen Briefe auf widersinnige Weise erklären wollte. So sagt er: die Stelle „verwechsle die Pulver nicht, schone sie nicht", beziehe sich auf einige homöopathische und Dover'sche Pulver; „nicht schonen" heißt, sie solle nicht nachlassen, bis sie die Papiere erhalten. Auf die Frage: Warum sollte Julie als verwittwete Frau gelten? Das war nur so ein Projekt von mir, ich wünschte nicht, daß man von ihrer Reise wisse, und darum sagte ich, daß sie Alles wegwerfen sollte, was daran mahne. Im Allgemeinen kann ich über die Korrespondenz nur sagen, daß insbesondere die letzten Briefe von mir in einer solchen Leidenschaft und Aufregung geschrieben, daß ich für den Inhalt nicht verantwortlich bin. Der Aufsatz, welchen Graf Chorinsky als das zugesagte Geständniß überreichte, enthält nichts anderes, als die bereits vom Untersuchungsrichter gemachten Angaben.

Verhör vom 20. Januar: Ich will Alles sagen, was ich über die Horvath weiß, ich habe sie nur zweimal in letzter Zeit bei Julie gesehen, sie ist stark, größer als Julie, mit dunklen Augen, braunem Haar und ungarischem Typus. An ihren Vornamen erinnere ich mich nicht. Daß ich mir Pässe verschafft, ist möglich, doch erinnere ich mich nicht daran. Daß ich Agnes von den Leiden meiner Frau erzählt, ist irrig, vielmehr theilte Agnes mir mit, daß laut Nachrichten von meiner Frau dieselbe an einem schweren Uebel leide. Was in dem versiegelten Paket, welches Julie ihrer Schwester aufzuheben gegeben, weiß ich nicht. An Lopresti habe ich mich nicht um einen Todtenschein gewendet, ich sagte ihm nur, daß ich hörte, meine Frau sei schwer leidend. Was in der Schachtel war, weiß ich nicht. Ueber die Horvath erzählte Julie mir blos, daß sie ihr in München begegnet, nicht jedoch, daß die Horvath auch mit Mathilde eine Zusammenkunft gehabt. Auf Vorhalt, daß Julie Ebergenyi zu Protokoll gegeben, daß sie ihr allerdings dies gesagt und auch den Tod der Gräfin mitgetheilt, erwidert der Angeklagte: Ich bleibe dabei, Julie sagte mir nichts davon. Als Graf Chorinsky von der Unterhaltung der Ebergenyi mit Herrn Umlauft in München hörte, zeigte er sich leidenschaftlich erregt.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 127. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 7. Mai 1868.

Die äußere Physiognomie des Zollparlaments.

(Aus dem „Nürnberger Korrespondenten.")

Der Saal des Abgeordnetenhauses, in welchem das deutsche Parlament tagt, ist in Form eines Rechtecks gebaut, dessen eine Seite die doppelte Länge der andern hat; es zerfällt somit die ganze Versammlung in zwei ungefähr quadratische Theile. Den größten Theil der einen längeren Seite nehmen die Sitze für die Mitglieder des Bundesrathes ein, von denen aus man unmittelbar nach dem Ministerium gelangen kann; den mittelsten Platz hat sich Graf Bismarck reservirt. Ihm gerade gegenüber auf der entgegengesetzten Seite des Saales sitzt der Präsident Dr. Simson auf hoher Estrade, mit seiner imposanten Figur die ganze Versammlung beherrschend, ihm zur Rechten die protokollführenden Schriftführer und zur Linken Diejenigen, denen die Rednerliste anvertraut ist. Vor dem Präsidentenstuhle steht das Rednerpult, das diejenigen Abgeordneten, denen an der Veröffentlichung ihrer Rede liegt, nur ungern besteigen, da den Journalisten, deren Tribüne sich hinter dem Präsidium erhebt, die Worte selbst des besten Redners meist verloren gehen, weil er ihnen den Rücken zudreht. Neben dem Präsidenten ist ein Stuhl frei, den bei Debatten, die sich auf Kommissionsberathungen stützen, oder bei Schlußberathungen der erste Referent einnimmt. Die fünf Plätze dicht unter der Estrade des Bureau's sind links vor dem Ausgange zur Restauration von holsteinischen Bundesstaatlich-Konstitutionellen besetzt (wie Graf Baudissin, Schleiden ꝛc.), rechts von preußischen Hochtories ohne Bedeutung.

Machen wir einen Rundgang im Saale und beginnen wir auf der äußersten Linken (jede Seite des Hauses zerfällt in vier Bankreihen). Auf den ersten der Bänke auf der äußersten Linken sitzen die sächsischen Sozialdemokraten Götz, Bebel, Schraps und Liebknecht, sowie ihr Gesinnungsgenosse Dr. Reincke, ein wohlwollender Mann und beliebter Arzt, hinter ihnen Dr. v. Schweitzer, der Gesetzgeber „aus Bosheit," eine elegante Erscheinung, aber mit abgelebtem Gesichte und sarkastischen Zügen; auf der dritten Bank der Kupferschmied Försterling und neben ihm der nationalliberale weitgereiste Sachse Mosig von Aehrenfeld; die vierte und fünfte Bank gehört den sechs badischen Nationalliberalen (außer Bluntschli und Roggenbach), sowie den Abgeordneten von Hof und Kulmbach: Jansen und Pfretzschner, zwei schlichten und freundlichen Gestalten.

Die zweite Abtheilung der Linken bringt uns in die Reihen der Nationalliberalen; vor ihnen sitzen erst noch auf der ersten Bank einige sächsische Bundesstaatliche, wie Gebert, Oehmichen, Günther und auf der zweiten weisen die Zettel auf den Stühlen die Namen polnischer Vertreter auf, von denen in der Regel nur der stete Polenwächter Kantak anwesend ist. Nun kommen Twesten, Planck, Nationalliberale aus Braunschweig, Mecklenburg, Waldeck (Dr. v. Bunsen), Koburg und Altenburg, auch zwei der gewandtesten Redner der Nationalen, wenn sie sich auch nicht zum Worte drängen, wie der schleppend vortragende Abgeordnete Twesten und der unvermeidliche Lasker, nämlich Ahmann und Meyer (Thorn); weiter nach hinten der Thüringer Fries mit der Philosophenstirn und der Spaßmacher des Parlaments Salzmann aus der älteren reußischen Linie, Dr. Francke (der frühere augustenburgische Minister, eine würdige Erscheinung mit weißem Haar und Bart und freundlichen blauen Augen, wenn auch der Mund dem Gesichte einen verbitterten Ausdruck gibt), neben ihm Prof. Gabemann aus Jena, eine der bedeutendsten juristischen Kapazitäten des Parlaments, einige Hannoveraner, unter denen uns besonders die urwüchsige Gestalt Rebecker's auffällt, der sich selbst mit Stolz einen hannoverischen Bauern nennt und sonstige dii minorum gentium. Die vorletzte Bank bringt vornehme Gesellschaft, die aber leider meist abwesend ist: Graf Grante, Frhr. v. Münchhausen, Hr. v. Hammerstein — stolzen hannöverischen Adel; die letzte: bayerische Fortschrittsmänner: Stauffenberg, der sich rasch viele Freunde im Norden erworben, Crämer, Erhard und Marquardsen.

Die dritte Reihe der Linken befehligt der greise Waldeck, und um ihn in geschlossenen Reihen sind seine Gesinnungsgenossen: Duncker („Volkszeitung"), Müller („Vossische Zeitung"), Kirchmann (der preußische Proudhon), Schulze-Delitzsch, der immer Lebendige, Runge mit vollständigem Wühlhubertypus, die stolzen Gestalten Löwe's und Hoverbeck's, die Sachsen Schaffrath, Wigand, Mammen und weiter nach hinten Harkort und der alte Saucken, der rothe Becker; vor diesem wird Ziegler sitzen, welcher noch durch Krankheit ferngehalten ist — wie man sieht, eine Elite alter Kämpfer und brillanter Redner. Ihnen schließen sich die übrigen Genossen der Fortschrittspartei an.

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Es wird zur Verlesung der protokollarischen Aussagen der nicht zur öffentlichen Verhandlung vorgeladenen Zeugen übergegangen. Die Tante der Julie, die Baronin Sterlez, gibt ihr keinen guten Leumund. In dem betreffenden Akte heißt es, die Julie habe sich die erste Zeit über, die sie bei ihr zubrachte, sehr gut benommen. Später sei die Julie zeitlich aufgestanden und, wie sie erfuhr, sich bei der Marchande-des-Modes mit ihrer Freundin, der Frau v. Thurneisen, zusammengefunden und auf dem Graben auffallend gemacht. Die Julie habe keine Religion. Später zog sie aus. — Angekl. (welche während der Verlesung der Aussage der Tante sehr unruhig und gereizt war, sagt): Das ist eine Verleumdung, daß ich keine Religion habe, die Tante und ihre Tochter verleumden mich. — Der Steinlechner'schen Aussage zufolge hat Fräulein Julie v. Ebergenyi zu jeder Stunde des Tages Herrenbesuche, sowohl vom Civil als Militär, jung und alt, worunter Grafen und Barone, erhalten. Sie hätte daraus geschlossen, daß die Ebergenyi einen leichten Lebenswandel führe, und derselben deshalb gekündet, worüber die Ebergenyi sehr ärgerlich war. — Angeklagte erklärt auch das für Verleumdung. Ein, zwei Herren wären zu ihr gekommen, Verwandte. — Die Aussage der Frau v. Humburg, bei welcher die Ebergenyi später wohnte, ist ohne Belang. Frau v. Humburg, die gänzlich blind ist, so daß sie, wie sie selbst sagt, Tag und Nacht nicht unterscheiden kann, sagt von der Ebergenyi aus, daß sie sich sehr anständig benahm, gegen sie (die Frau v. Humburg) devot, gegen die Anderen herrisch — es sollen dies alle Ungarn so thun. (Heiterkeit.) Ein Stoßseufzer über die Zeitungsberichterstatter, von welchen sie überlaufen wurde, weil man in Erfahrung brachte, daß bei ihr die Ebergenyi gewohnt habe, schließt die Aussage. — Aus der Polizeinote ist hervorzuheben, daß gegen Julie v. Ebergenyi bis jetzt nichts Nachtheiliges bekannt geworden ist. Spätere Recherchen ergaben, daß sie häufig mit Lebemännern aus dem Adel umgegangen ist, und daß sie einen mit ihren Lebensverhältnissen nicht zu rechtfertigenden Aufwand gemacht habe. Unter den weiteren Zeugenvernehmungen sind die des Frauenarztes Dr. Schlesinger und einer Hebamme. Sie bestätigen, daß die Angeklagte sich schwanger glaubte, und nicht abgeneigt gewesen wäre, zu unerlaubten Mitteln zu greifen. Eine Frühgeburt nahm der Angeklagten die weitern Besorgnisse. Die nächstfolgende Aussage ist die des Polizeikommissärs Breitenfeld. Graf Chorinsky erschien eines Tages bei ihm, sagte ihm, daß er unglücklich verheirathet sei: er lebe von seiner Frau, die er nur einer Verpflichtung wegen heirathen mußte, getrennt, und es sei ihm darum zu thun, von ihr, die in München lebe, gewisse Papiere zu erlangen. Er machte Miene, den Polizeikommissär um seine Intervention anzugehen; dieser aber erklärte, er kann eine solche Mission nur dann annehmen, wenn er einen amtlichen Auftrag habe; er machte ihm bemerklich, daß es ihm als Cavalier leicht möglich sein werde, die Intervention der Gesandtschaft in Anspruch zu nehmen. Am besten freilich würde es sein, wenn er selbst hinginge, oder einen Vertrauten hinschickte. Der Graf sagte hiebei, daß ihm die Wohnung der Gräfin nicht bekannt sei und er sich an seine Familie nicht um Auskunft wenden wolle, weil er mit derselben eben durch sie in Konflikt gerathen. Er äußerte ferner, daß seine Apanage sehr klein sei; wenn es ihm aber gelänge, die Gräfin

wie Wiggers (Berlin), Ausfeld, Hagen, Heubner u. a. Die hinteren Bänke gehören wieder den Nationalliberalen, dort hat auch Dr. M. Barth einen Platz belegen lassen, neben Metz, Kugler und Rebelthau; vor ihnen die Kurhessen Oetker und der greise Bernhardi, die eisenfeste Gestalt des Professors Wiggers von Rostock, der Bürgermeister von Harburg Grumbrecht, der Schrecken aller Reichstagssitzungen, weil immer redend und nie endend, immer Anträge stellend und immer damit abfallend. Auf der letzten Bank sitzen der Handelsminister v. Schloer, Feustel aus Bayreuth, Dr. Weber aus Stade und Kester aus München; in ihrer Nähe auch der kleine Sohn des großen Blum.

Die vierte Abtheilung der Linken umfaßt die Sitze, welche die Bundesrathstribüne auf der Längsseite noch übrig gelassen hat; hier sitzt „unser Braun" mit dem gewaltigen Haupt, das noch dicke Locken umziehen, sein Namensvetter aus Hersfeld, der bescheidene Vertreter Leipzigs, Dr. Stephani, die Kurhessen Bähr und Harnier, die Pfälzer Schwlan, Jordan und v. Soyer, und dicht an der Wand Bluntschli und Frhr. v. Roggenbach, die sich also schon gänzlich in den Nordbund haben aufnehmen lassen.

In der Mitte des Saales sind in drei Abtheilungen halbkreisförmig vor den Bundesrathssesseln gegenüber der Rednerbühne und unmittelbar an dem Stenographentisch noch eine Reihe von Plätzen angebracht. Die nach der Linken zu vor Waldeck und seinen Truppen nehmen die Hauptleute der Nationalliberalen ein, um immer für die Rednerbühne sprungfertig sein zu können; voran Forckenbeck, der Urtypus des blonden sanften Deutschen mit schwacher aber überaus milder Stimme, v. Hennig, der wachsame Berliner, immer geschäftig und ein gewandter Redner, Miquel und Bennigsen, Lasker und Bamberger, der Statistiker Engel und Dr. Völk aus Augsburg, in der Ecke der ehemalige Präsident der obstinaten preußischen Nationalversammlung, Hr. v. Unruh.

Das eigentliche Zentrum gehört den Altliberalen und Indifferenten; zuvörderst sitzt Windhorst, eine kleine unansehnliche Erscheinung, aber mit großer Redegabe, Graf Schwerin, dann Reichensperger mit der verbitterten Miene, Rothschild mit den kleinen rollenden Augen, die wenig zu dem riesigen Umfang seiner Erscheinung passen, Graf Henckel, der elegante Renegat Graf Münster, die beiden Camphausen — eminent zum Verwechseln ähnlich —, v. Mallinckrodt, eine gräfliche Figur mit spitzem Schwedenbart, Bethmann-Hollweg, der Volkswirthschafter Lette und der größte Mann des Parlaments nächst Graf Bismarck, der soldatische Vincke-Olbendorf. Dort sitzen auch der „Seemann" Meier (Bremen) mit dem weißen Haupte und den weißen Zähnen, der Geh. Staatsrath v. Schwendler aus Koburg u. A. Vollenden wir die Uebersicht des Zentrums. Auf der rechten Seite desselben fällt uns zunächst die kurze Gestalt des Generals Steinmetz auf, des jungen Ehemanns mit den martialischen Zügen und den immer offenen kecken Augen, neben ihm Frhr. v. Patow, hinter diesen die Parlaments-Xanthippe Vincke, hier mit dem Zusatz „aus Minden", der kleine aber überaus eitle Dr. Aegidi und der immer lustige liberale Graf Renard, seinen früheren konservativen Genossen ein Dorn im Auge. Der Greis mit dem verwitterten Gesichte ist der Alterspräsident Graf Frankenberg, sein Nachbar mit dem ungarischen Bärtchen und den lebhaften Bewegungen Graf Bethusy, das Haupt der Freikonservativen; neben ihnen sitzen noch der Bruder des ermordeten Fürsten Lichnowski, Hr. Exkammerherr v. Schwartzkoppen und Fürst Pleß.

Auf den Reihen an der Wand, links von der Bundesrathstribüne sitzen der Herzog v. Ujest, sein Vetter aus München, der bayerische Ministerpräsident, der Herzog v. Ratibor, der Fürst zu Solms, Graf Luxburg — lauter hoher Adel. Unter ihnen sitzen die Süddeutschen Frhr. v. Guttenberg, Fabricius und Fink (letztere zwei Darmstädter). Die folgende Bänkeserie der Rechten gehört den Konservativen der preußischen Monarchie; hier sitzen der kriegerische Vogel v. Falkenstein, der Konservativsten Einer, Frhr. v. d. Heydt, Prinz Albrecht von Preußen, Graf Stolberg, der Handelsminister Graf Itzenplitz, Graf Solms, der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh, dann der Unglückselige, der zuerst mit Graf Bismarck angebunden, Hr. v. Brauchitsch, dann v. Denzin, der, seitdem es in Preußen Stände gibt, nie gefehlt und immer Ja! gesagt hat. Es fehlen auch nicht der Verfasser des bekannten Liedes „Grad aus dem Wirthshaus", Hr. v. Mühler, Ehren-Wagener mit der schrillen Stimme, der Urmecklenburger Graf Bassewitz und die hohe Gestalt des „deutschen Schweigers" Frhrn. v. Moltke. Ihnen schließen sich einige sächsische Adelige an: v. Zehmen, v. Einsiedel, v. Salza, der bekannte Eisenbahnunternehmer Strausberg, der freikonservative, jugendliche, rheinische Fabrikbesitzer Stumm und der mißvergnügte Herr v. Savigny. Auf den letzten Bänken sehen wir Frhrn. v. Eichthal (aus Bayern) und Grath, Deffner, Ammermüller, Dörtenbach, Mohl, Neurath (den Vizepräsidenten der süddeutschen Fraktion) und Freiersleben — lauter Schwaben. Moriz Mohl ist immer auf den Beinen und unterhält sich lebhaft mit Freund und Feind; er ist eine eigenthümliche Erscheinung mit dem schneeweißen Schnurrbart und der vollen dunklen Perrücke. Wir kommen zur vorletzten Reihe der Rechten und finden zunächst einige Klerikale und Priester, wie Dr. Hüffer und Dr. Holzer, einige Partikularisten wie Hänel und Kraus. Nachzügler der Nationalliberalen (wie Stavenhagen), Bockum-Dolffs, Frhr. v. Proff-Irnich, Kratz und andere Rheinländer und Westphalen, unter ihnen auch Frhr. v. Hafenbrädel aus Regensburg. Nun folgen weitere 30 preußische Junker ohne parlamentarische Bedeutung, vorzugsweise in der Restauration beschäftigt. Auf den letzten drei Bänken finden wir wieder Süddeutsche: Aretin, v. Frankenstein, die Plätze der beiden Grafen Arco, Frhrn. v. Thüngen, Frhrn. v. Schrenck, Römmerich aus Speyer, die Württemberger Tafel, Vayhinger, Ramm, Oesterlein, Reibel, Probst und den liebenswürdigen Prof. Schäffle mit freundlichen Augen und geistreichem Angesicht.

Die äußerste Rechte ist ganz im Besitze der Süddeutschen: vorne sind die Plätze Varnbüler's (der aber bisher nur in der Mitte des Saals gesessen), Mittnacht's und Kolb's. Dann kommen die badischen und bayerischen Ultramontanen, einerseits Stetzingen, Göbler,

---

zu einer Scheidung zu bewegen, so gewänne er dadurch die Zinsen der Kaution, welche sie jetzt beziehe, und könnte standesgemäßer leben. Der Kommissär erwiderte ihm darauf, daß gerade der jetzige Moment für eine Scheidung schlecht gewählt sei, nachdem über die Kompetenz in Ehesachen erst im Reichsrathe entschieden werden solle. Bald darauf theilte Graf Chorinsky ihm mit, daß er die Wohnung bereits kenne. Der Polizeidirektor v. Burchtorff in München gibt an, Graf Chorinsky hätte sich zu ihm geäußert: „Er habe seine verstorbene Gattin gehaßt, unaussprechlich gehaßt." Unter den Papieren des verhafteten Grafen Chorinsky wurde ein Brief gefunden an den Grafen L. Chorinsky. In demselben befinden sich auf der ersten Seite von der Hand des Grafen Gustav das Wort „Sau", auf der zweiten Seite „dummes Schwein", bei der Unterschrift „nichtsnutziges Luder". — Von dem Baron Lopresti liegt eine umfangreiche Aussage vor. Die beiden Liebenden, erzählte er, waren bei ihm, um sich Raths zu erholen. Der Graf erzählte von seiner Frau, daß sie eine leichte Person sei, er sei zu der Heirath in Rom mit ihr gezwungen worden, weil er einem Kaufmann einen Wechsel in bianco gegeben hatte, welchen dieser mit dem Versprechen des Grafen Chorinsky ausfüllte, daß er (Chorinsky) die Maitresse des Kaufmannes heirathen werde. Er war also auf Ehrenwort gebunden. Er mußte sie heirathen. Jetzt wisse er nicht, wo sie sei. Es scheine ihm in München oder Leipzig. Er wisse, daß sie krank, an einer unheilbaren Krankheit leide. (Bewegung.) Lopresti erklärt, daß der Graf einen unangenehmen Eindruck auf ihn gemacht habe, und daß er das Gespräch mit demselben abbrechen wollte. Doch habe er ihm (Chorinsky) gerathen, seine Frau aufzusuchen, mit ihr zu wohnen und ihr das Leben sauer zu machen, keine Frau sei bös und zähe genug, um nicht die Scheidung einem solchen Leben vorzuziehen. (!!) Dem Grafen, der sehr aufgeregt war, gefiel der Plan nicht; Fräulein v. Ebergenyi hingegen war ruhig und rieth, diesen Plan zu acceptiren. — Eine Maria Prziber gibt an, daß sie zum Grafen Chorinsky in intimen Verhältnissen gestanden sei, und daß derselbe sie täglich besucht habe. In der Woche vor dem Morde war er täglich bei mir; ich wußte nicht das Geringste, was mir an ihm aufgefallen war. Er hatte stets das Sprichwort: „Ich möchte weinen" und so viel ich ihn kenne, ist er in der That weich und vermag leicht zu weinen!" — Der Zeugin Marie Lechocki wurde von der Gräfin Mathilde erzählt, daß der Graf bereits einmal ein Attentat auf ihr Leben versuchte. Auf die Frage, wie dieses Attentat versucht worden sei, habe die Gräfin Mathilde geschwiegen. — Vor der Aussage des Zeugen Umlauft bemerkt der Präsident, daß der Zeuge auf seiner Reise in Bozen aus den Zeitungen ersah, daß er als Mitschuldiger verfolgt werde. Er stellte sich sogleich beim Untersuchungsgerichte in Bozen; nach einem kurzen Verhöre in der Nacht sei er am folgenden Tage vernommen worden. Schriftführer verliest dessen Aussage: „Auf meinen Geschäftsreisen berührte ich Salzburg; auf dem Bahnhofe fiel mir unter den Aussteigenden eine Dame von 28 Jahren, mit dunklem Haare, in Gesellschaft eines älteren Herrn wegen ihres ungebundenen Betragens auf. Beim Einsteigen kam ich zufällig in das Coupé, wo die Dame saß; ich gab ihr Feuer, um sich eine Cigarre anzuzünden, redete sonst nichts mit ihr und erfuhr nur aus ihren Unterredungen mit ihrem Gesellschafter, daß sie in den „Vier Jahreszeiten" absteigen wolle; sie sprach etwas gebrochenes Deutsch mit un-

Roßhirt, Dahmen, Lindau, Bissing und auf der andern Seite Lukas, Wild, Sepp, Jörg, Krätzer, Bucher und Freitag. Hinter diesen sitzen Freiherr v. Ow, Miller, Weber, Kurz, Gürster, Diepolder, v. Meixner, v. Neumeyr und Dr. K. Barth. Hinter der Rechten erhebt sich die große Zuschauertribüne, auf der Seite des Bureau's reservirte Tribünen und die geräumige Journalistenloge. Hinter der Linken die Tribüne, die zur Disposition des Bundesraths steht, sowie die Diplomatenloge und diejenige für die königliche Familie. In unseren weiteren Berichten werden wir uns mit einzelnen der Abgeordneten spezieller beschäftigen, vorzugsweise mit den süddeutschen, die bis jetzt, weil noch neu in der Versammlung, sich weniger bemerklich gemacht haben und daher in diesem Berichte noch nicht näher besprochen werden konnten.

Süddeutschland.

Großh. Hessen. Darmstadt, 3. Mai. [Kellers Prozeß wegen Kirchendiebstahl.] Einer der merkwürdigsten Prozesse wurde heute verhandelt. Peter Keller von Büttelborn war wegen 14 Kirchendiebstählen angeklagt. Nach viertägiger Verhandlung, Vernehmung von 80 Zeugen, erkannten die Geschworenen den Angeklagten für überführt. Doch spielte noch eine andere Frage in der Sache, nämlich die der Zurechnungsfähigkeit oder Unzurechnungsfähigkeit des Angeklagten. Nach dreitägiger Zeugen-Vernehmung waren die Geschwornen im Zweifel über Schuldig oder Nichtschuldig. Der vom Staatsanwalt berufene Obermedizinalrath Dr. Cellarius (von der alten Schule) erklärte den Angeklagten für vollkommen zurechnungsfähig. Darauf gab sein Kollege Dr. Wiz (ein junger Mann von 33 Jahren, seit 7 Jahren Arzt der Irrenanstalt zu Hofheim) sein Gutachten. Er wies 14 verschiedene, auf die Nerventhätigkeit Einfluß habende Unregelmäßigkeiten in der Körper-Beschaffenheit Kellers nach und demonstrirte dieselben mit solcher Klarheit an Kellers Schädel, daß die Geschwornen nicht blos davon überrascht, sondern so vollkommen überzeugt wurden, daß sie einstimmig das Nichtschuldig aussprachen. Heute Abend wurde nach neunstündiger Debatte und Berathung der Geschwornen das Nichtschuldig ausgesprochen. Zum erstenmal ist die moderne Naturwissenschaft in den Gerichtssaal eingezogen. Der Staatsanwalt hatte dem Angeklagten die Lektüre „materialistischer“ Bücher zum Vorwurf gemacht und die Physiologie hat aufs Glänzendste die Jurisprudenz besiegt.

Norddeutscher Bund.

Wiesbaden. [Zur Biebericher Schloßgarten-Angelegenheit] schreibt man der „N. A. Ztg.“: In der „Allg. Ztg.“ wird die Fabel erzählt, der Herzog von Nassau sei fest entschlossen, alle seine Besitzthümer zu verkaufen, eine Maßregel, die durch das Benehmen preußischer Militärs in dem Schloßgarten und den Gewächshäusern zu Bieberich hervorgetreten sei. Das Eine hat so viel Grund wie das Andere. Hätten sich wirklich jemals Militärs eines zu tadelnden Benehmens schuldig gemacht, so hätte es genügt, dieselben einfach zur Anzeige zu bringen; es ist aber in der That niemals dergleichen vorgekommen. Der Herzog will denn auch in der Wirklichkeit nur seine Biebericher Gewächshäuser verkaufen, weil ihre Unterhaltung ihm zu viel Geld kostet, während er selbst keinen Genuß davon hat, da er seinen Aufenthalt nicht mehr in Bieberich nehmen will. Das Letztere soll der Herzog deswegen nicht mehr über sich gewinnen können, weil eine Clausel in dem von der Krone Preußen mit ihm abgeschlossenen Vertrage ihm auflegt, den Park des Biebericher Schlosses stets für das Publikum geöffnet zu halten. Dieser prächtige Park zieht jährlich viele Tausende von Besuchern an und es wäre demnach ein harter Schlag für das Städtchen, wenn er den Fremden nicht mehr zugänglich wäre. Im Jahre 1866 hatte ihn die Herzogin schließen lassen; er wurde von den preußischen Behörden wieder geöffnet und man kann sich leicht denken, daß er nach Abschluß des Vertrags mit dem Herzoge sofort wieder geschlossen worden wäre, wenn nicht eigens in dieser Voraussicht die erwähnte Clausel im Interesse der Stadt Bieberich von Seiten Preußens gemacht worden wäre. Bieberich kann somit seinen „socialen Verkehr“ nicht verlieren, wenn ihm auch durch den Verkauf der am Parke stehenden Gewächshäuser vielleicht Schaden erwachsen wird. Daß es aber diese Beschädigung selbst verschuldet habe, ist eben auch wieder Lüge, denn es ist nicht wahr, daß, wie es in der „Allgemeinen Zeitung“ heißt, die Biebericher seiner Zeit nicht einmal dem Herzoge die Gemeindejagd verpachtet, und ihren Wohlthäter so indirekt gezwungen haben, auf diese Annehmlichkeit zu verzichten. Im Gegentheile: als die Biebericher Gemeindejagd verpachtet wurde, trat der Herzog nicht als Bewerber auf, weil damals er noch kein Abkommen mit der Krone Preußen getroffen hatte und deßhalb noch nicht entschieden war, ob das Biebericher Schloß in seinem Besitze bleiben werde. Der Gemeinderath von Bieberich verpachtete daher die Jagd an einen Herrn Werlé in Mainz mit dem ausdrücklichen Vorbehalt, daß derselbe sogleich zurücktrete, wenn der Herzog selbst die Jagd zu pachten wünschen sollte.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Mai. [Ueber den Grafen Crivelli], dessen rasches Ableben der Telegraph aus Rom meldet, bringt die Wiener „Presse“ folgende Notizen. Crivelli stammt aus einer vornehmen mailändischen Familie. Es ist merkwürdig, daß der Mann, der in Rom die Abänderung des Concordats durchsetzen sollte, seine erste Erziehung in dem bekannten Klinkowström'schen Institute erhielt. Seine Studien vollendete er an der Wiener Universität und wurde dann vom Fürsten Metternich in die damalige Hof- und Staatskanzlei aufgenommen. Er diente später als Attaché bei den österreichischen Gesandtschaften in Petersburg, in Stuttgart und in Lissabon, wo er sehr lange Zeit verweilte. Er galt als ein Mann von großem Talent und bedeutender diplomatischer Befähigung, aber auch als ein Mann von höchst excentrischem Wesen. Seine Abenteuer, die er als Attaché bestand und seine Excentricitäten werden noch jetzt in der diplomatischen Gesellschaft vielfach erzählt. Er liebte, wie das „Tagblatt“ erzählt, be-

---

garischer Betonung. Wir kamen fast gleichzeitig im Hotel an; sie bekam Nr. 50, ich Nr. 49. Mit einigen Zeilen bat ich um Erlaubniß zur persönlichen Vorstellung, war erstaunt, dieselbe schnell zu erhalten, und hatte schon vom Kellner ihren Namen aus dem Fremdenbuche erfahren. Ich war etwas über die aristokratische Bekanntschaft befangen, wurde aber um 9 Uhr freundlich empfangen; sie erzählte mir, daß sie ihrem Gatten, der von Paris nach Wien reise, hier begegnen wollte, und erlaubte mir schließlich, da sie den Abend frei habe, sie in's Theater zu begleiten. Ich konnte nur Balkonsitze zur Oper „Belisar“ erhalten, ging des Tages über meinen Geschäften nach, und um halb 7 Uhr Abends fuhren wir in's Theater. Wir sprachen daselbst sehr wenig; die Oper war um 10 Uhr beendet. Auf ihr ausdrückliches Verlangen führte ich sie am Arm nach Hause und trotzdem sie über Kopfschmerzen klagte, erlaubte sie mir, da sie nicht soupiren wollte, ihr noch Gesellschaft zu leisten. — Nach einer halben Stunde entfernte ich mich. Mir ist an ihr nichts Verdächtiges aufgefallen; darüber, daß ihr Benehmen so frei sei, dachte ich, daß bei adeligen Leuten das vorzukommen pflege. Den folgenden Tag kam ich in Verfolgung meiner Geschäfts-Angelegenheiten gar nicht in's Hotel, um 6 Uhr Abends erst trat ich bei ihr auf ihre Erlaubniß ein; sie erzählte mir, eine Depesche aus Wien erhalten zu haben, ihr Mann sei daselbst schon angekommen, sie müsse gleich abreisen. Ich begleitete sie noch zum Bahnhofe, in dem Wartesaale war mir auffallend, daß sie einen großen Mann mit schwarzem Barte besonders fixire; ich hielt ihr auch dieß vor. Auf meine Bemerkungen darüber äußerte sie, sie bewege sich immer so. Ich sagte, daß ich weit entfernt wäre, eine Dame mit solchen Gewohnheiten zur Frau zu nehmen. Das Zusammentreffen mit ihr sei jedoch sehr interessant, und ich bedauerte, die Bekanntschaft nicht fortsetzen zu können. Sie antwortete, sie korrespondire sehr gerne, und zwar mittelst Zeitungen, ich könne ihr schreiben, jedoch nicht in das Haus, weil ihr Mann sehr eifersüchtig sei (Heiterkeit), aber unter der Chiffre „Baronin B. Nr. 3, Wien“ empfange sie Briefe. Bei Ankunft des Zuges empfahl ich mich von ihr und habe sie nicht mehr gesehen. Zum Schlusse sagte sie, sie sei „Ehren-“, „Stifts-“ oder eine andere Dame, ich weiß es nicht mehr genau. Nach meiner Abreise von München fuhr ich nach Tyrol und bei meinem Aufenthalt in Bozen am 26. las ich im Lokal-Anzeiger der alten „Presse“ von dem Morde und der furchtbaren Beziehung, in die man mich in München zu demselben brachte.“ —

Der Lohndiener im Hotel „zu den vier Jahreszeiten“ beobachtete, daß die Angeklagte am Mittwoch, 20. November, mit einer Droschke in die Amalienstraße fuhr. Das Stubenmädchen Stühlreiter daselbst gibt an, daß die Ebergenyi am Donnerstag Früh sehr zerstreut gewesen sei, sie war erst um 10 Uhr aufgestanden. Sie war angekleidet, aber nicht gewaschen und die Haare in Unordnung. Im Zimmer lagen die Effekten herum. Man mußte sie förmlich aus dem Traume erwecken. Am Abende nach 7 Uhr kam sie ganz athemlos und aufgeregt, und beklagte sich, sie habe sich die Lunge heruntergelaufen und sagte, sie habe ein Telegramm von ihrem Manne erhalten und müsse sofort nach Paris abreisen. Der Zimmerkellner in dem genannten Hotel sah, daß die Angeklagte Cigarretten aus einer Spitze mit einem Wappen rauchte; sie machte auf ihn den Eindruck einer leichtfertigen Person aus den höheren Ständen. Sie

sonders die Maskenbälle, um auf ihnen seine barocken Einfälle zu entfalten. So weiß man, daß er einst in Petersburg auf einem Maskenball der „vornehmsten Gesellschaft", bei welchem auch der Czaar und die kaiserliche Familie anwesend waren, in der Kleidung des englischen Königs Karl I. erscheinen wollte, der bekanntlich hingerichtet worden war, und zwar als wandelnder Rumpf, der den abgehauenen Kopf unter dem Arme trägt. Diese höchst charakteristische Maske hätte sicherlich ungeheuere Sensation erregt, jedoch blieb der Anblick dem Czaaren und der russischen Gesellschaft erspart, indem der österreichische Gesandte sich entschieden weigerte, den Grafen Crivelli in solchem Costume auf den Ball einzuführen. Ein anderes Mal erschien Graf Crivelli zum Entsetzen der lustigen Gesellschaft als Todtengerippe u. s. w. Im Jahre 1848 trat Graf Crivelli aus dem österreichischen Staatsdienste, den er als Italiener verließ, ohne sich jedoch der Bewegungspartei anzuschließen. Diesen Austritt vermerkte man ihm in Wien sehr übel und erst im Jahre 1850 gelang es ihm, auf Verwendung sehr einflußreicher Personen, wieder in den Staatsdienst aufgenommen zu werden. Er kam nach Frankfurt, Brüssel und Berlin, lehnte den ihm angebotenen Gesandtenposten in Petersburg ab, und kam endlich als Vertreter Oesterreichs an den Hof der Königin Isabella von Spanien, wo er jahrelang verblieb, bis er im Herbst vorigen Jahres, zum Botschafter für Rom ausersehen, nach Brüssel berufen wurde, wo ihn der von Paris heimkehrende Baron Beust traf, dann nach Wien kam und lange Wochen auf seine Instruktionen wartete, endlich nach Rom reiste, wo er wieder viele Wochen brauchte, bis er vom Papste empfangen wurde, und nun sein eigentliches Werk damit begann, daß er die Verhandlungen in's Unendliche hinauszog. Crivelli galt unter seinen Berufsgenossen als ein Mann von bedeutender Bildung, seinen Depeschen wird, was ihre Form betrifft, eine seltene Vollkommenheit nachgerühmt; er schrieb gleich gut, leicht und elegant deutsch, französisch und italienisch. Personen, die ihn in der letzten Zeit sahen, beschreiben ihn als einen kleinen, unansehnlichen, nach vorne vorgebeugten, ältlichen Mann, dessen Haar fast ganz ergraut war. Er ist 54 Jahre alt geworden. Verheirathet war er mit einer sehr jungen Dame, geborenen Gräfin Sebelloni, die als eine der ersten Schönheiten gilt. In Salzburg, wo sie zur Zeit der letzten Kaiserzusammenkunft anwesend war, erregte sie allgemeines Aufsehen durch ihre Schönheit sowohl als ihr lebenslustiges Temperament.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. t. S. b. R.)	63 3/4 P.
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 7/8 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/2—5/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 G.
"	4 1/2pCt.	42 1/2 P. 3/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 1/2 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/8 P. 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/4 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 3/4 P.
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	93 1/2 G.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 1/2 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 1/4 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/4 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	89 3/4 P. 5/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. dto.	82 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 5/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	77 3/4 P. 5/8 G.
"	6pCt. ditto v. 1882	76 P. 75 3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/2 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 P. 705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191—90 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 1/2 P. 1/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 1/2 P. 23 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	63 1/2 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	31 3/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	195 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	134 1/2 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	62 1/2 P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 1/2 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 3/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	122 3/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 1/2 P. 3/8 G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99 7/8 P. 5/8 G.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8—3/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 1/4 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 3/8—1/2 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	87 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51 1/4 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 3/4—56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 P.
" fl. 25 do.	36 1/2 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/4 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 G.

Frankfurt, 6. Mai. Auf den meisten Verkehrsgebieten herrschte heute eine ausgeprägte Geschäftslosigkeit. Wiener und Berliner Anfangsnotirungen meldeten eine feste Haltung dieser Börsen. (Synd.)

gab ihm auf ihrem Zimmer einen Gulden Trinkgeld, auf der Stiege einen zweiten und wie sie in die Droschke einstieg, wollte sie ihm einen dritten geben. Durch Aussagen der Zeuginnen Anna Ziegler und Elise Hartmann wurde konstatirt, daß die Angeklagte die Gräfin Mathilde schon am Mittwoch, dem ersten Tag ihrer Ankunft in München, besucht habe. Auf Vorhalt erwidert die Angeklagte: Ich bleibe bei meiner früheren Aussage: ich war erst am Donnerstag bei der Gräfin. Die Zeugin Elise Hartmann, Hausfrau der verstorbenen Gräfin, erzählt in ihrer Aussage: Abends kam die Dame aus dem Zimmer der Gräfin, ließ die Thüre etwas offen und trug mir auf, schleunigst eine Droschke zu holen; sie retirirte dabei immer in die Zimmerthüre, und fragte, ob meine Tochter zu Hause und ob die Treppe erleuchtet sei? Fanny Hartmann (Tochter der Vorigen) sagt aus: Seit Oktober wohnte die Gräfin bei uns. Sie empfing keine Besuche; Mittwoch besuchte sie eine Dame aus Wien. Die Gräfin erzählte, die Dame sei fremd, aber gut empfohlen, und befinde sich in derselben traurigen Lage wie sie; sie sei von ihrem Manne geschieden, der ihren Brillantenschmuck gestohlen habe. Donnerstag um 12 Uhr kam sie wieder und blieb eine halbe Stunde. Ich wurde der Dame vorgestellt. Es handelte sich um einen Unterrock, den ich machen sollte. Nach 4 Uhr kam sie neuerdings und ist bis Abends halb 7 Uhr nicht mehr weggegangen. Die Baronin Lebske hatte Schinken und Wurst nach Hause gebracht. Nach 4 Uhr brachte ich Wasser in einem gläsernen Kruge. Um diese Zeit brachte der Lohndiener Theaterbillete. Die Damen tranken gerade Kaffee. Gräfin Mathilde kam auf mein Zimmer und ersuchte mich um den Operngucker. Während dessen blieb die Dame im Zimmer der Gräfin allein. Um halb 8 Uhr kam ich nach Hause. Gräfin Mathilde hatte einen Hausschlüssel. Samstag, nachdem sie seit 50 Stunden nicht einen Laut vernommen, war ihr Bruder ohne Licht in das Zimmer durch die Bibliothekthür geschlichen und stieß plötzlich mit der Hand auf einen Leichnam. So ist die That entdeckt worden. — Karl Strube, Studirender und Zimmernachbar der Gräfin, erzählt: Die Gräfin hat mit der fremden Dame an jenem Nachmittage über Photographien und Rom gesprochen; ich habe an jenem Abende keine andere Stimme als die der Gräfin und der Fremden gehört; ich habe auch nicht läuten gehört. Plötzlich wurde die Thüre heftig zugeschlagen und dann herrschte die tiefste Stille. — In Betreff der Fläschchen wird konstatirt, daß dieselben wahrscheinlich bei dem Glaser Hildebrand in München, der sich übrigens an den Verkauf nicht erinnert, gekauft worden sein dürften. — Es kommen zwei Briefe von der alten Gräfin Chorinsky, der Mutter des Verhafteten an die Ermordete und von dieser an ihre Schwiegermutter zur Verlesung. Der Brief der Gräfin-Mutter an die Ermordete spricht sich — und zwar kurze Zeit vor der Katastrophe dahin aus, daß es dem göttlichen Einflusse gelungen sei, ihren verlorenen Sohn auf den Weg der Besserung zurückzuführen. — Die Gräfin Mathilde dankt für diese Nachricht und schreibt ihrer Schwiegermutter, daß sie den Himmel um seinen besten Segen für ihren Gatten und die edlen Eltern desselben gebeten.

(Fortsetung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 128.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 8. Mai 1868.

Auch eine ultramontan-reactionäre erste Kammer.

Daß unsere bayerische hohe erste Kammer nicht die einzige ist, wo von weltlichen und geistlichen hohen Herren die schönsten Reden gegen den Fortschritt gehalten werden, möge folgender Auszug aus dem Berichte über die jüngste Sitzung des französischen Senats vom 4. Mai beweisen. An diesem Tage begann in diesem hohen Hause die Diskussion über das Preßgesetz. Die Redner, die sich vernehmen ließen, waren de Maupas und Ségur d'Aguesseau gegen und Hubert Delisle für das Gesetz.

Die beiden ersteren, von denen der eine in seiner Eigenschaft, der einzige Polizeiminister des Kaiserreichs gewesen zu sein, eigentlich in seiner Rolle bleibt, und der zweite, der als einer der Hauptleute der Klerikalen gegen jeden Fortschritt ankämpft, erhoben sich mit einer solchen Vehemenz gegen das neue Preßgesetz, daß man hätte glauben sollen, es handle sich um eine vollständige Freigebung der Presse, aber nicht um das Machwerk, das der gesetzgebende Körper fabricirt hat. Glücklicher Weise sprechen nicht alle Franzosen wie Maupas, denn nach den Schilderungen, welche diese Leute von ihnen machen, müßte man sie für die erbärmlichste Nation des Erdballs halten.

Maupas nennt das neue Preßgesetz „die wichtigste politische Thatsache, welche das Kaiserreich seit seiner Gründung gesehen: Das Preßgesetz habe alle Welt mit Befürchtungen erfüllt", und er beschwört den Senat, dasselbe an die Kammer zurückzusenden. Das neue Gesetz — und dieses muß wohl jedem Franzosen, der noch etwas Herz im Leibe hat, das Blut in die Wangen treiben — steht dem Ex-Polizeiminister zufolge nicht in Einklang mit den gegenwärtigen Institutionen Frankreichs, denn es stelle die Presse unter die Gerichte, d. h. es entziehe dieselbe der Direktion und dem Bereiche der Regierung, welcher doch Alles, selbst Senat und gesetzgebender Körper, direkt unterworfen sei. Maupas will daher nicht, daß man Hand anlege an die Gesetzgebung von 1852 und die Preßfreiheit (das neue Gesetz gibt diese ihm zufolge) herstelle, die nur eine kleine Minorität des Landes wolle und welche zu neuen Revolutionen hinführen müsse. Der Augenblick, dieselbe zu gewähren, scheint ihm um so ungelegener, als die neuen Wahlen vor der Thüre stehen. Das Preßdekret von 1852 scheint ihm vollständig ausreichend zu sein: das letzte Jahr habe dieses bewiesen. Man brauche, wenn man den Journalen mehr Freiheit gestatten wolle, es nicht in seiner ganzen Strenge anzuwenden, müsse es sich aber als Waffe für den Fall vorbehalten, daß die Journale sich der Toleranz, mit der man sie behandle, nicht würdig zeigten. Maupas glaubt übrigens, daß wenn der Senat das Gesetz an die Kammer zurücksendet, die Regierung gar nicht böse sein werde, gezwungen zu sein, eine ihrer kostbarsten Waffen von 1852 zu bewahren. Nachdem der Senator auf diese Weise der Aufrechthaltung der Willkür das Wort geredet, richtet derselbe schließlich eine achtungsvolle Bitte an den Kaiser selbst.

„Sie haben allein" — so sagt der Mann, welcher, als der Staatsstreich gemacht wurde, Polizeipräfekt von Paris war, zu dem französischen Souverain — „Sie haben allein und sogar gegen die Ungläubigkeit Ihrer eigenen Partei ankämpfend die Dynastie der Napoleon auf den Thron Frankreichs zurückgeführt. Sie haben während zwei Jahren ganz allein in Ihrer geduldigen und undurchdringlichen (!) Weisheit einen unaufhörlichen Kampf gegen eine Kammer gekämpft, die sich gegen die Interessen des Landes in Aufruhr gesetzt hatte. Sie haben allein, wiederum allein, denn wir waren nur die Arme Ihres Willens, die Stunde zu erfassen gewußt, um Frankreich vor Anarchie und Schrecken zu retten. Sie haben Frankreich eine bewunderungswürdige, seinen Interessen angeeignete Verfassung gegeben, und während 17 Jahren haben Wohlstand, Größe und Ruhm Ihr Werk gekrönt. Von Ihnen allein will ich die Vervollkommnung Ihrer Institutionen erwarten. Und wenn sich ein so ernstes Problem aufwirft, so sehen Sie in mir nur einen vertrauensvollen Freund, wenn ich sage: Vertagen wir das Gesetz und anstatt einen gefährlichen Versuch zu machen, werden wir eines Tages die wahre Lösung des Problems erzielen."

Herr v. Maupas, der, obgleich er Staatsstreichs-Polizei-Präfekt und Polizei-Minister war, im Grunde genommen keineswegs für einen guten Administrator oder gar Staatsmann gilt, ist auch ein höchst unbedeutender Redner. Da jedoch das, was er vorbrachte, so ziemlich nach dem Geschmacke des größten Theiles der Senatoren ist, so ärntete er vielfachen Beifall und empfing, als er von der Tribune herabstieg, die Glückwünsche eines großen Theiles der Senatoren.

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Wien, 25. April.

Heute am vierten und letzten Verhandlungstage begann der Staatsanwalt Schmeidel die Begründung der Anklage mit einer Schilderung des Situationsbefundes im Zimmer der ermordeten Gräfin Mathilde Chorinsky und der Vorgänge am verhängnißvollen Abend des 23. November in der Wohnung der Ermordeten und reihte daran eine Darlegung der Ergebnisse der ärztlichen und chemischen Untersuchung, woraus er den Schluß zog, daß die Gräfin an Vergiftung mittelst Cyankali gestorben ist. Dann fuhr er fort: „Durch die Ergebnisse der Untersuchung und der abgeführten Verhandlung ist völlig und unbestreitbar klar geworden, daß ein Selbstmord der Gräfin Chorinsky unbedingt ausgeschlossen ist. Es fehlt jeder Anhaltspunkt hiefür. Die Gräfin wird als eine heitere, lebensfrohe Person geschildert; sie hatte keinen Anlaß, aus dem Leben zu scheiden; der Schmerz um die Trennung von ihrem Gatten war verwunden. Sie war den Abend unmittelbar vorher lebhaft und heiter, hatte den Besuch des Theaters projektirt, sich eine lustige Gefährtin eingeladen, und wie hätte sie denn die Schlüssel der Zimmerthüre und des Kommodekastens entfernen, wie die Kerzen selbst verlöschen können, da sie doch erwiesenermaßen ein so schnell wirkendes Gift zu sich genommen hatte! Ebenso glaube ich mich nicht weiter darüber auslassen zu sollen, daß weder ein Raub, noch eine zufällige Vergiftung die Ursache des Todesfalles sein kann. Es erübrigt daher keine andere Annahme, als daß eine zweite Person absichtlich und meuchlerisch der Gräfin Chorinsky das Gift beigebracht habe. Wer sollte nun an dem Tode der Gräfin ein solches Interesse haben, um sich zu einem so gräßlichen Verbrechen entschließen zu können? Es herrschte zwischen den beiden Gatten Chorinsky eine hochgradige Disharmonie. Seit Jahren von einander getrennt, hatten sie außer dem Namen nichts Gemeinsames. Im Januar 1867 kam Fräulein Julie Ebergenyi v. Telekes aus Seczen in Ungarn nach Wien. Es scheint ihr im elterlichen Hause nicht mehr behagt zu haben. Sei es, daß Langeweile ihr den Aufenthalt daselbst verleidete, sei es, daß sie dort ihren Neigungen und Passionen nicht mit gehöriger Ungebundenheit nachleben konnte, kurz, sie übersiedelte und, wie sie selbst zugibt, gegen den Willen ihrer Angehörigen nach Wien, und um hier frei und ungebunden leben zu können, strebte sie die Stellung einer Ehrenstiftsdame des adeligen Brünner Damenstiftes Mariaschul an, welche Stellung sie im Sommer 1867 auch wirklich erlangte. Fräulein Ebergenyi scheint sich nicht an jene Schranken gebunden zu haben, welche Sitte und Anstand dem Weibe vorschreiben, wenigstens ihre Taufpathin wollte sie nicht lange bei sich dulden und auch jene Parteien, bei denen sie sich dann später einmiethete, gaben ihr bald zu verstehen, daß ihres Bleibens bei ihnen nicht länger sei. Allzuhäufiger und ungebundener Verkehr mit Männern scheint die Veranlassung gewesen zu sein. Hiefür sprechen auch die zahlreichen und mannigfachen Liebesgaben, welche der Angeklagten zukamen. Im Frühjahr 1867 lernte Graf Gustav Chorinsky die Angeklagte kennen und, da gleichgestimmte Seelen sich zu schätzen wissen, auch lieben. Beide waren jedoch mit dem ungestörtesten und ungehindertsten Besitze nicht zufrieden; sie wollten sich auch vor der Welt besitzen, und die Einleitungen hiezu betrieben sie so ungenirt, als ob eine Gräfin Mathilde Chorinsky gar nicht existirt

Nicht das Nämliche war mit Hubert Delisle der Fall, der für das Gesetz eintrat, jedoch in keiner sehr warmen Weise. Er meinte, die Gesetzgebung von 1852 habe lange genug gelebt, man habe deßhalb Recht, daß man sie durch eine andere ersetze. Er wies dabei auf das Ausland hin, wobei er nicht verfehlte, Preußen einen Hieb zu versetzen. Heute — meint er — suchten alle Souveraine, sich liberal zu zeigen. Selbst der russische Monarch modificire die Institutionen seines Reiches und es beständen dort jetzt sogar ernsthafte Journale. In Oesterreich entwickelten sich die constitutionellen Institutionen tagtäglich mehr; die Presse genieße dort einer erstaunlichen Freiheit und discutire alle Fragen. Unter diesen Umständen hält er es für unmöglich, daß der Senat das Gesetz zurückweise, zumal der Souverain die Initiative dazu ergriffen habe.

Ungefähr in dem nämlichen Sinne wie Maupas, aber noch schärfer und reaktionärer, drückte sich Ségur d'Aguesseau aus. Derselbe sucht zu beweisen, daß die Preßfreiheit nicht durch das Gesetz, sondern nur die Regierung gegründet werden kann. Er will deßhalb die Gesetzgebung von 1852 aufrechterhalten haben, welche die Regierung in dem Maße, daß das Land ruhiger werde, in Verfall gerathen lassen könne. Auf diese Weise hätte man zur Freiheit gelangen können, ohne die Dictatur, die er für unumgänglich nothwendig hält, abzuschaffen. Er weist dann darauf hin, daß man der Presse eine viel bessere Stellung anweise, wie den großen Staatskörpern, welche der Kaiser nach wie vor ganz nach seinem Gutdünken reglementiren könne.

Gegen den sogenannten Tiersparti, dessen Wünsche man bei dem neuen Gesetze allein berücksichtigt habe, donnert der ehrenwerthe Senator ebenfalls. Ihm zufolge hat derselbe unter allen Regimen nur dazu gedient, um die Regierungen zu stürzen. Er macht dann noch darauf aufmerksam, daß die Kommission, obgleich sie die Annahme des Gesetzes empfohlen, in ihrem Berichte ein solches Bild von der Lage entworfen habe, daß Jeder hätte erwarten müssen, sie werde sich gegen das Gesetz aussprechen. Nach einem solchen Berichte vom Senate zu verlangen, das Gesetz gutzuheißen, sei einfach, einen Selbstmord von ihm verlangen.

Schließlich erläßt der clericale Redner noch einen Aufruf an den Senat, die Regierung auf der verderblichen Bahn, die sie betreten, aufzuhalten. Er will nicht, daß sich der Senat bestimmen läßt, nochmals, wie dieses vor einigen Jahren geschehen, auf Abenteuer einzugehen. Das neue Abenteuer sei noch gefährlicher, als das erste. Er fürchtet nicht die Emeute auf der Straße. Dieselbe würde niedergeworfen werden, wie die von Roubaix, Toulouse, Bordeaux und Montauban (Baroche fällt ein: Aber man hat Niemanden niedergeworfen; es hat keine Emeute stattgefunden). Man habe auch keine Emeute unter den Journalisten zu befürchten; dieselben seien zu habil, um der Bestrafung nicht aus dem Wege zu gehen. Was man aber für die Zukunft zu befürchten habe, sei eine Meuterei im allgemeinen Stimmrechte. Diese bereiteten die hartnäckigen Feinde des Kaiserreichs für die Zeit der Majorennität jenes reizenden Kindes, des kaiserlichen Prinzen, der Hoffnung der Nation. Die Masse des Volkes, welches die Stärke des Kaiserreichs ausmache, sei in ihrer Majorität wenig aufgeklärt, beinahe unwissend und besonders leichtgläubig inmitten der augenblicklichen Leiden. . . . Diese Majorität würde leicht irre geleitet und von den materialistischen Doctrinen, gegen die man unbegreiflicher Weise so schonend auftrete, bearbeitet und verdorben werden. Und wenn dieses geschehen, so würde es nur noch eine „vile multitude“ geben (Rouher und mehrere Mitglieder protestiren gegen diesen Ausdruck), welche Deputirten wählen würde, die jede Regierung unmöglich machen müßten. Und wenn dann der Kaiser einen Aufruf an das Volk erlassen wollte, so würde ihm diese neue, im Grunde genommen immer napoleonische Majorität, deren sozialer Instinkt aber gänzlich verdorben sein würde, die Antwort zu ertheilen haben. Auf diese Weise würde die Regierung die Geschäfte der größten Feinde des Kaiserreichs gemacht haben. Die Sitzung wird alsdann auf morgen vertagt.

Ausland.

Frankreich. Paris, 5. Mai. [Vermischte Nachrichten.] Der Kaiser war gestern nach der Truppenmusterung so müde, daß das angesagte Diner in den Tuilerieen wieder abbestellt worden ist.

Es bestätigt sich, daß mehrere Mitglieder der Budget-Commission ihre Einladungen schon vorher zurückgesandt hatten. — Die Klagen über die Geschäftslosigkeit nehmen zu — im verflossenen Monate haben in Paris 144 Fallissements Statt gefunden.

Die bevorstehende Verheirathung des Prinzen Murat mit der Fürstin von Mingrelien soll auf Schwierigkeiten stoßen. Der katholische Klerus verlangt, daß sämmtliche Kinder in der katholischen Religion auferzogen werden, und die Braut hat diese Bedingung zurückgewiesen. Sie bezieht eine Pension vom Czaaren, dem sie versprechen mußte, für den Fall ihrer Verheirathung ihre Kinder griechisch taufen zu lassen.

Im letzten Ministerrathe kam das Gesuch des Herrn Havin zur Berathung, von Staats wegen einen Ort zur Aufstellung des Voltaire-Standbildes angewiesen zu erhalten. Mehrere Minister waren dagegen; aber der Kaiser sprach sich selbst für Bewilligung aus und bezeichnete einen Platz in der Nähe des Instituts, an der neu durchgebrochenen Rue de Rennes im Faubourg St. Germain, als sehr geeignet für dieses Unternehmen.

In Folge des Amnestie-Decretes des Königs Wilhelm von Preußen haben sich wieder 13 Mitglieder der ehemals Hannover'schen Legion zur Rückkehr in die Heimath entschlossen. Sie wurden diesmal von hier nach Köln dirigirt.

— [Conflikt mit Tunis.] Alle Blätter bestätigen, daß die diplomatischen Beziehungen zwischen Frankreich und Tunis abgebrochen worden sind. Der „Semaphore de Marseille“ meldet darüber in einer Correspondenz aus Tunis vom 26. April, wie folgt: „Ernste Nachrichten! Die französischen Consular-Agenten in der Regentschaft haben folgende Depesche erhalten: „Der französische General-Consul und Geschäftsträger an die Herren Consular-Agenten. Ich benachrichtige Sie, daß ich meine diplomatischen Beziehungen mit der tunesischen Regierung suspendirt habe. Sie stecken Ihre Flagge bis auf Weiteres nicht mehr auf.“ Man glaubt, daß der Bey sich weigert, den Conventionen bezüglich der famosen Finanz-Commission, welche er

---

hätte. Im Juli wurde ein förmliches Verlobungsfest gefeiert. Am 14. September hielt Graf Chorinsky bei dem Vater der Angeklagten um deren Hand an und erhielt dieselbe nebst seinem Segen. Bei der Modistin Marie Ernst wurde ein kostbares Brautkleid bestellt; alles dies, obgleich die Angeklagte nach ihrem eigenen Geständniß im Juni wußte, daß der Graf verheirathet sei, und daß seine Gattin lebe. Die ganze Heirathsgeschichte war so ernst angelegt, daß sie bald zu einem Abschluß gebracht werden mußte, sollten die Beiden in ehrenvoller Gesellschaft noch bestehen können. Damit dieser Abschluß jedoch stattfinden könne, mußte die Gräfin Mathilde aus dem Wege. Sie mußte jedoch auch deßhalb aus dem Wege, weil sie ein Einkommen bezog, welches bestimmt war, wenigstens zum Theil dem künftigen gräflichen Paare die Subsistenzmittel zu verschaffen. Erwiesenermaßen bezog Gräfin Mathilde die Interessen der Heirathskaution im Jahresbetrag von 600 fl., welche Kaution Eigenthum des Grafen Gustav Chorinsky ist. Bis jetzt war Graf Gustav auf seine Oberlieutenants-Gage beschränkt; die Angeklagte bezog eine Jahresrevenue von 300 fl. Diese Summen reichten für die Bedürfnisse zweier Personen, wie der Graf und die Angeklagte nicht; Beweis dessen die Kontributionen, welche die Angeklagte ihren Verehrern auferlegte.*) Mag nun immerhin die Angeklagte über den Betrag von 600 fl. geringschätzig sprechen, für Leute von den geschilderten Vermögensverhältnissen ist ein jährlicher Zuwachs von 600 fl. eine sehr schätzenswerthe Zugabe ihres jährlichen Einkommens, zumal doch nicht angenommen werden kann, daß die Gräfin Julie Chorinsky auch als solche noch auf solche Einkünfte, wie die früher erwähnten, rechnen würde. Und erwiesenermaßen war die Angeklagte es, welche im Jahre 1867 den Unterhalt für sich und den Grafen bestritt. Es ist mir nicht möglich gewesen, daran zu glauben, daß die Angeklagte die Heirath mit Gustav Graf Chorinsky deßhalb anstrebte, um ihrem Bunde mit ihm die kirchliche Weihe zu verschaffen, und spricht für diese meine Auffassung ihre im letzten Verhöre gemachte Angabe, daß sie nicht 14 Tage mit Gustav vereint geblieben wäre, was mir übrigens, wenn ich beider Individualitäten ins Auge fasse, ganz glaubwürdig erscheint.

*) Aus den Voruntersuchungsakten ergab sich, daß die Ebergenyi mit bekannten Lebemännern in Verbindung gestanden hat. Ein Baron Arbter nimmt keinen Anstand, sein Verhältniß zur Ebergenyi als ein solches zu bezeichnen, in welchem man überhaupt zur Demimonde zu stehen pflegt; in dieser Eigenschaft hat sie auch Geld und andere Geschenke von ihm erhalten. In einem ähnlichen Verhältnisse scheint sie zu dem Gutsbesitzer Paul Ritter von Skarpa gestanden zu sein, weil sonst nicht erklärlich wäre, daß sie von ihm im Jahre 1866 10—12,000 fl. begehrte, 2400 fl. wirklich erhielt und auch später, als sie für den Eintritt in das Brünner adelige Frauenstift 60 Dukaten benöthigte, auch diese von ihm gefordert und erhalten hatte. Im Juni 1867 begehrte Julie neuerdings 6000 fl. zur Ergänzung des Heirathsgutes, und als Skarpa auf das Begehren nicht einging, reduzirte Julie dasselbe unter Androhung, daß sie sich sonst umbringen müsse, zuerst auf 3000 fl. und auf schließlich mindestens 200 fl., um dringende Rechnungen begleichen und Hochzeitsausgaben bestreiten zu können. Diese Verhandlungen, und namentlich der letzte Theil erstreckte sich bis auf die Zeit, wo Julie verhaftet wurde, der einzige Grund, weßhalb Skarpa ihr nichts mehr senden konnte.

bereits unterschrieben hatte, weitere Folge zu geben. Der Bey und der Kasnadar weisen die uninteressirten Rathschläge Frankreichs zurück, um sich in die Arme Englands zu werfen, das seit langer Zeit in dieselben drängt, Tunis der Türkei einzuverleiben. Man glaubt, daß der General-Gouverneur von Algerien von der Lage der Dinge unterrichtet worden ist, und man macht sich auf einige Maßregeln seinerseits gefaßt."

Nordamerika. New-York, Ende April. [Der Kuk-Klux-Klan und seine Statuten.] Ueber die geheimnißvolle, halb bizarre, halb schauerlich-scheußliche Verschwörung, welche unter dem fremdartigen Namen „Kuk-Klux-Klan" eine Mordvehme gegen die unionstreuen Republikaner organisirt hat, sind wichtige Enthüllungen gemacht worden. In Georgia fiel Oberst Ashburn als Opfer. In Tennessee hätte der Richter Hunter nahezu ebenfalls unter dem Angriff der schwarzen Bande sein Leben verloren. Zu Memphis ist man nun dem geheimen Orden auf die Spur gekommen. Einige 20 Mitglieder desselben sind verhaftet. Auch die Satzungen des Bundes wurden mit Beschlag belegt, wenigstens die auf die „Höhle in Memphis bezüglichen, und man hat dadurch einen ziemlich klaren Einblick in das verbrecherische Treiben erhalten. Es scheint, daß sich die einzelnen Logen dieses Rebellenorden „Höhlen" nennen. Sie stehen unter der Leitung einer Behörde, die sich der Oberste Cyklopenrath nennt und dessen Beamte aus einem Großcyklopen, einem Vice-Großcyklopen, einem Geheimschreiber und zwei sogenannten Direktoren, welche die Aufsicht über die Geldverwaltung führen, zusammengesetzt sind. Als die Polizei in die „Höhle" eindrang, fand man auf dem Tische in der Mitte der Halle einen Todtenschädel, dessen die Verschworenen bei der Eidesleistung bedürfen. In den Statuten ist klar gesagt, daß der Zweck des Bundes dahin gehe, den Süden mit allen Mitteln zu schützen, „wäre es auch durch Mord", und der Schwur sei gethan, „sich durch nichts von der Verfolgung dieses edlen Zweckes abschrecken zu lassen". Beim Eintritt in die Loge erwirkt ein zweimaliges Klopfen und die Losung: „Unser Vertrauen . . ." den Zulaß. Die Schildwache von Innen antwortet auf die erwähnte Parole mit dem ergänzenden Zusatz: „. . . . ruht in Gott!" Bei der Eidesleistung halten alle anwesenden Mitglieder einen Dolch gegen die Brust des Aufzunehmenden gezückt und schwören dabei, falls er zum Verräther werde, ihn unnachsichtlich zu tödten. Der neue Bundesbruder selbst legt die Hand auf den Todtenschädel und gelobt, das Geheimniß des Kuk-Klux-Klan weder durch Zeichen, Wort, noch That je zu verrathen. „Thue er es doch" — so lautet die Formel — „so möge sein eigener Kopf wie dieser grinsende Schädel werden; seine Familie und seine Nachkommenschaft möge der Ehrlosigkeit verfallen und sein eigener Name wie der von Hunden und H . . . . sein." Was der Großcyklope befiehlt, das verspricht der Aufgenommene ohne Weigerung auszuführen. Er schwört „unter allen Umständen echte Treue dem Süden und seinen Interessen, so wie sie der oberste Cyklopenrath auslegt", und weiter, daß „alle Radicalen und alle Neger, die sich den Interessen der Grundeigenthümer von Tennessee widersetzen, auf immer als Feinde betrachtet werden sollen und daß ihnen kein anderer Willkomm werden soll, als ein gastliches Grab, zu dem ich ihnen mit blutiger Hand verhelfen will." Der Schluß des Eides lautet: „Und ich bete zu dem Gotte des Südlandes, daß er mich todt niederschmettern möge, wenn ich je dem Buchstaben oder dem Geiste dieses Schwures irgendwie untreu werde."

Die Bundeslosung bei vorhandener Gefahr ist das hebräische: „Eli, lama asabthani." (Mein Gott, warum hast du mich verlassen?) Noch liegt mir ein sonderbares Placat vor, das sofort nach der Ermordung Ashburns in Georgia mehrfach als Anschlag an den Straßenecken gefunden wurde. An der Spitze des Placates sieht man drei durch Flinten und Säbel verbundene Kanonenläufe, auf deren einem eine erhobene Hand angebracht ist. Den Worten: „Hauptquartier der Tempelritter vom K. K. K." folgt, nach einigen unerklärbaren Zeichen, die Mittheilung: „Klansmänner! Die namenlose That ist geschehen! Dank dir, o Dschingis-Khan, dessen Krone ein Todtenschädel ist! Die Geister unserer gemordeten Todten irren nicht länger mehr unruhig am Stygischen Ufer racheflehend umher, sondern ruhen glückselig im Elysium der Tapferen. Aber unsere Sendung ist nicht erfüllt! Nochmals in die Bresche, theurer Freund, noch einmal! Mit dem Dolch und dem Gift, mit der Büchse und der Fackel rette, o patriotische Seele, unsere Race und unser Land! Herbei zur Cabbala, und den Fluch der Nemesis auf ihn, der nicht eiligen Fußes der mystischen Ladung folgt!"

Dem Placat sind mancherlei Bilder und Symbole eingedruckt: ein Sarg mit einem Kreuze und dem Buchstaben „C"; ein Todtenschädel; eine Fahne des „K. K. K."; ein Hund; eine Schlange; ein Schwert neben einem Herzen; ein aufgehender Halbmond u. dgl. m. Die Unterschrift lautet: „Auf Befehl der Großen D. J. H.; CHEQV." Man sieht, es mischt sich hier das scheinbar lächerlich Fratzenhafte mit dem Grauenvollen. Was die Bezeichnung „Kuk-Klux" betrifft, so leitet man dieselbe von der Nachahmung des Geräusches ab, das beim Knacken des Flintenhahnes entsteht. Gleichzeitig wird jedoch bemerkt, daß „Kuklux" vielleicht ein absichtlich verderbtes Wort für das griechische „Kyklos" (Kreis, Cirkel) ist, und daß der K. K. K. daher als Nachfolger des Bundes der Ritter vom goldenen Cirkel, einer bekannten Sklavenhalter-Liga, zu betrachten sei. Dafür spricht auch die Bezeichnung der Behörden als Kyklopen oder Cyklopen. Jedenfalls hat man es hier mit einem blutigen nächtlichen Treiben zu thun, gegen welches aufs Energischeste eingeschritten werden muß, soll der Süden nicht der Gesetzlosigkeit verfallen, und ein Zustand eintreten, der an Scheußlichkeit das verruchteste Brigantenthum hinter sich läßt.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Verwandte der ermordeten Gräfin Chorinsky.] Aus Berlin schreibt man: An die Gerichtsbehörde in Wien ist, wie diese hieher berichtet hat, ein Schreiben von einem Maler ergangen, worin derselbe sich als Vater der ermordeten Gräfin Chorinsky (bekanntlich eine geborene Rueff) erklärt und deren Hinterlassenschaft beansprucht. Er behauptete, in Berlin noch eine Tochter zu haben, und die hiesige Behörde hatte in Folge dessen Nachforschungen

---

Hält man nun diese Angabe der Angeklagten für richtig, und man ist dazu berechtigt, dann entsteht die Frage: Wozu denn das Treiben und Drängen, wozu alle Vorbereitungen, wenn man nicht die Absicht hatte, vereint ein häusliches Glück zu gründen? Die Antwort liegt nahe. Julie Ebergenyi wollte Gräfin werden, das Uebrige, so kalkulirte sie, würde sich dann von selbst ergeben. Und zu diesem Ende, damit sie sich die Grafenkrone erringe, mußte die rechtmäßige Trägerin derselben ins Grab sinken. Charakteristisch in dieser Beziehung ist eine Aeußerung der Angeklagten über die Frage, warum sie denn die kompromittirenden Briefe Gustav Chorinsky's so sorgsam aufbewahrt. — „Ich wollte schwarz auf weiß haben für den Fall, als er mich später nicht heirathen wollte!" Vorerst glaube ich als bestimmt annehmen zu können, daß die Angeklagte nur von dem Tode der Gräfin die Erreichung ihrer Wünsche erwarten konnte. Eine Scheidung hätte sie nie dahin geführt, und das wußten auch die Beiden sehr wohl, da auch nicht die unbedeutendste Einleitung geschah, um auf diesem Wege das gesetzte Ziel — die Verheirathung — anzustreben. Beide waren aber auch fähig, einen solchen Mord zu begehen, und ich glaube mit diesem Verdachte keinem der Beiden zu nahe getreten zu sein. Graf Chorinsky hat ja selbst seiner Gattin nahe gelegt, sich zu entleiben, und ihr zugemuthet, zur Bestreitung der Kosten ihrer Existenz ihre Reize zu verwerthen. Bezüglich der Angeklagten bitte ich den hohen Gerichtshof, sich die Aussage der Hebamme gegenwärtig zu halten und sich ein Urtheil darüber zu bilden, wie die Schwangerschaft der Angeklagten geendet habe. Um den Beweis nun dafür, daß Graf Gustav Chorinsky und die Angeklagte gemeinschaftlich handelten, um den Tod der Gräfin Chorinsky herbeizuführen, herzustellen, erwähnt Redner zunächst der Beschaffung des Rattengiftes, für die kein stichhaltiger Erklärungsgrund zu finden ist. Die Angeklagte bestellte das Gift unter der Adresse ihrer Modistin, nachdem sie dieselbe ersucht hatte, Briefe unter der Modistin Adresse kommen lassen zu dürfen; dieser hat sie auch gesagt, sie bestelle das Gift für ihren Bruder. Redner erwähnt dann der Absendung der Schachtel mit den kandirten Früchten an die Gräfin, welche Absendung unter so ängstlichen Vorsichtsmaßregeln geschah. Der Staatsanwalt ist bezüglich dieser Früchte der Ansicht, zumal nach Absendung derselben das Gerücht von dem Tode der Gräfin verbreitet wurde, daß entweder das beigemengte Gift durch Rütteln während des Transportes abgestreift oder durch Vertheilung an mehrere Konsumenten in seiner Wirkung bis zur Unschädlichkeit abgeschwächt wurde, wenn die Sendung nicht den Zweck hatte, die Gräfin für weitere mit stärkerer Dosis Gift versehene Sendungen zugänglich zu machen. Er erinnert an die Ausbrüche cynischer Brutalität, in welchen der Graf von seiner Frau spricht, an die von ihm stammenden Drohungen gegen dieselbe. Redner behandelt eingehend die Bestellung der Chemikalien (darunter 4 Loth Cyankalis) angeblich für ihren Bruder, und von dem Cyankali hat man noch unter den Gegenständen etwas gefunden, welche sie dem Stubenmädchen übergab mit der Weisung: „Niemanden etwas zu sagen und die Gegenstände auf keinen Fall herauszugeben, möge dieselben verlangen wer wolle." (Forts. folgt.)

angestellt. Es ist der „Trib." zufolge hier nun auch ein Schriftsteller ermittelt worden, dessen Frau eine leibliche Schwester der Gemordeten ist. Bei ihrer Vernehmung erklärte die letztere: „Ich bin die Schwester der gemordeten Schauspielerin Ruff, späteren Gräfin Chorinsky. Meine Schwester hielt sich kurz vor ihrer Verheirathung mehrere Wochen bei mir zum Besuche auf. Unseren rechten Vater haben wir gar nicht gekannt; ich kenne nur einen Stiefvater, der aber schon vor vielen Jahren Frau und Kinder in Berlin verließ, um nach Amerika zu gehen. Von seiner Wiederankunft in Europa ist mir nichts bekannt. Unsere Mutter lebt noch in einer bayerischen Stadt in dürftigen Verhältnissen." Diese Aussage ist von hier der Wiener Behörde zugesandt worden und es soll sich allerdings ergeben haben, daß der oben erwähnte Maler der aus Amerika zurückgekehrte Stiefvater der Gemordeten und der Schwester derselben ist.

„Das Christenthum und die moderne Naturwissenschaft"
von Frohschammer. Wien, Tendler und Comp. 1868.

Die christliche Religion hat, wie so vieles Andere, auch die Idee einer Staatsreligion mit aus dem Heidenthume herübergenommen. So erfolgreichen Einfluß auch ein vom Staate geschütztes Kirchenthum auf die Verbreitung und Erstarkung der christlichen Lehren unter den Neubekehrten ausgeübt hat, besonders so lange die Letzteren in der christlichen Lehre einen Fortschritt erkennen mußten gegenüber dem heidnischen Aberglauben: ebenso verderblich wirkte das offizielle Kirchenthum von der Zeit an, als zwischen den Ansichten der Gebildeten und gewissen Lehren der Kirche ein Zwiespalt entstand.

Jetzt wurde die Verpflichtung der Gewissen auf die Staatsreligion die Quelle einer öffentlichen Lüge und Heuchelei, die gegebenen Falles Jeder beging, der nicht ein Martyrer werden und seine Existenz auf's Spiel setzen wollte.

Die Nachwirkungen und Folgen dieses religiösen Despotismus verspüren wir Söhne des 19. Jahrhunderts noch allenthalben, in unsern Gesetzen sowohl als im sozialen Leben. In wie vielen, ich will nicht sagen, kleinen Orten, sondern Städten deutet man noch mit Fingern auf den, der in seinen religiösen Uebungen und Ueberzeugungen nicht den Weg der Menge geht!

Den Druck nun der privilegirten Konfessionen zu heben, ist offenbar eine der Hauptaufgaben, die der ächte Liberalismus sich gesetzt hat. Die Anstrengungen im englischen Parlamente, die kath. Kirche in Irland zu befriedigen, wie die neuesten Verfassungskämpfe in Oesterreich, verfolgen beide das gleiche Ziel — nämlich die Abschaffung der Staatskirchen, das Aufhören der polizeilichen Beaufsichtigung der Gewissen und der religiösen Gefühle. Die Religion soll Sache der innersten Ueberzeugung eines jeden Einzelnen werden, der Staat aber hat dafür zu sorgen, daß sowohl die Einzelnen als die ganze Menschheit auf eine möglichst hohe Stufe der Beseligung gelange.

Wie aber dies ermöglicht werde, wie der Staat sich von der Kirche befreien könne, ohne die wesentlichen Interessen der Religion zu beschädigen, wie er „sich zum Schauplatz der höchsten menschlichen Kraftentwicklung zum Behufe des möglichst höchsten Menschenwohles mache," das sucht Frohschammer (Professor der Philosophie an der Universität München) in gründlicher und tiefsinniger Weise zu zeigen. Er weist nach, wie am kopernikanischen Weltsystem augenscheinlich sich gezeigt hat, daß die Kirchenautorität etwas als „ketzerisch" bezeichnen kann, was hinterher allgemein als unumstößlich wahr angenommen werden muß, daß also die Kirchenautorität jene Unfehlbarkeit nicht besitzt, deren sie sich in Glaubenssachen von jeher rühmt; ebenso bringt er aus der Erörterung einiger Hauptprobleme der Naturwissenschaft den Nachweis, daß, da die dogmatische Kirchenlehre sich auferbaut hat an der alten aristotelischen Naturauffassung und letztere durch die moderne Naturwissenschaft unhaltbar geworden ist, auch die in ihr verflochtene christliche Weltanschauung vielfach einer Modifikation und Umgestaltung bedarf. Endlich entwirft er in großartigen Umrissen (besonders im letzten Drittel des Werkes) das Bild des Christenthums, wie es geläutert aus dem Kampfe mit den Naturwissenschaften hervorgehen und für alle Zeiten und alle Menschen in Zukunft den Segen seiner Fundamentalwahrheiten spenden wird.

Alle diejenigen, die sich sehnen nach einer religiösen Weltanschauung, die das Herz erhebt, ohne den Verstand abzustoßen, werden, wenn sie das Werk Frohschammers gelesen, sich freuen der Existenz dieses Buches, und werden an ihm trotz der wissenschaftlichen Schärfe, mit der die einzelnen Fragen behandelt sind, eine Art Erbauungsbuch finden, aus dem sie sich über all die höheren Interessen, die gegenwärtig die gebildete Menschheit bewegen, Trost und innere Klarheit und Sicherheit erholen können.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62⁵/₈ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¹/₄—62 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 P. 49⁷/₈ G.
"	4¹/₂pCt.	41³/₄ G.
Preussen	3¹/₂pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¹/₈ P. ³/₈ G.
"	4¹/₂pCt. Obl. 1jähr. dto.	98³/₈ P. ¹/₁₆ G.
"	4¹/₂pCt. Obl. ¹/₂jähr. dto.	93¹/₈ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¹/₂ G.
"	4 pCt. Obl. ¹/₂jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⁵/₈ P.
"	3¹/₂pCt. Obl. dto.	82¹/₄ P.
Würtemb.	4¹/₂pCt. Obl. b. Rothsch.	93¹/₄ P.
"	3¹/₂pCt. Obl. dto.	82¹/₂ P.
Baden	4¹/₂pCt. Obl.	93⁵/₈ G.
"	3¹/₂pCt. Obl. v. 1842	81¹/₂ P.
Gr. Hess.	4¹/₂pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89³/₄ P.
"	3¹/₂pCt. Obl. dto.	83¹/₄ P.
Nassau	4¹/₂pCt. Obl. dto.	94 ¹/₄ P. 94 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3¹/₂pCt. Obl. dto.	82³/₄ P.
Frankfurt	3¹/₂pCt. Obl.	81³/₄ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2¹/₂pCt. . . .	—
Schweden	4¹/₂pCt. Obl. à 105 Thlr.	84⁷/₈ G.
N.Amerika	6pCt. à 100dr. 1881 D.2¹/₂	78 P.
"	6pCt. ditto v. 1882	76 P. 75³/₄ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124¹/₄ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	706 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 P. 88¹/₂ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90³/₈ P. ¹/₄ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223¹/₂ P. 221¹/₂ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	—
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31³/₄ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148¹/₂ P. ¹/₄ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87¹/₂ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4¹/₂ pCt.	105³/₄ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	135 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¹/₄ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¹/₂ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243¹/₂ G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¹/₄ P.
Bayer. Ostbahn à 4¹/₂ pCt. volleinbez.	122⁷/₈ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100³/₄ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⁷/₈ P. ⁵/₈ G.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¹/₂ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119³/₄ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	99⁷/₈ P. ⁵/₈ G.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⁷/₈ G.
do. in öst. W. l. S.	101⁷/₈—⁵/₈ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	84 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70¹/₂—³/₄ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	132 G.
" do. v. 1864	83 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99³/₄ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51¹/₄ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55¹/₈ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144³/₄ P.
" fl. 25 do.	36¹/₂ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35¹/₄ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit 2¹/₂ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 G.

Frankfurt, 7. Mai. Die Börse verkehrte heute im Ganzen in matter Haltung. Besonders für österr. Effekten war die Stimmung in Folge der von Wien und Berlin eingelaufenen Notirungen weniger günstig. Creditaktien erlitten eine Einbuße von 1¹/₂ fl., Staatsbahn von 1¹/₂ fl. Auch Anlagepapiere verloren durchgehends Bruchtheile. Das Geschäft in österreichischen Werthen war dabei nur geringfügig. 1882er Bonds verkehrten in ziemlich fester Haltung. Ebenso wurden für süddeutsche Effekten etwas bessere Preise erzielt, als gestern. Im Uebrigen sind keine Veränderungen in den Coursen besonders namhaft zu machen. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 129.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 9. Mai 1868.

Wenig sprechen, viel handeln

sollte das Losungswort des deutschen Zollparlaments sein. Die alte Natur der Zänkerei und Stänkerei, der unnöthigen Klopffechterei steckt immer noch stark in uns; den alten Adam der Disputirsucht haben wir noch nicht ganz ausgezogen, wir finden uns noch nicht ganz zurecht in der neuen Aufgabe, die uns von uns selbst und dem Schicksal gestellt ist, in der ruhigen, prosaischen, aber von dem stillen Feuer der Idee durchglühten Arbeit. Noch macht sich die Eitelkeit und die Selbstbespiegelung breit, noch legt man den höchsten Werth auf schöne Reden, auf gewandtes Phrasendrechseln, auf glänzende Fechterhiebe, die man dem Gegner beibringt. Noch sagt man sich bei der einen Partei mit kindlicher Genugthuung von Mund zu Mund: „der hat's ihnen gesagt!" und bei der anderen Partei hallt es mit kindlicher Wollust nach: „der hat's ihnen heimgegeben!" Ob das Vaterland einen Nutzen hat von diesem „Sagen" und „Heimgeben" und von der ganzen Erhitzung, ist den Leuten Nebensache. Daß unsere Nation wirklichen, wahrhaften Schaden von diesen unerquicklichen Kämpfen hat, merken sie gar nicht. Daß der Franzose bereits die Ohren spitzt, daß er auf jedes Wort achtet, welches uns unter einander erbittert, daß er sich eben überlegt, ob nicht jetzt der ersehnte Moment gekommen sei, wo er sich die deutsche Uneinigkeit zu Nutze machen könne; das Alles merken die guten Leute nicht, merken selbst die nicht, welche das nationale Interesse in den Vordergrund stellen.

Und doch ist die Gefahr da, doch befindet sich Deutschland in einem der gefährlichsten Momente seiner Geschichte, in einem Uebergangszustand, der dem Erbfeinde zahlreiche Blößen bietet. Eine kluge, mäßige, einträchtige Haltung unserer Nation, eine Haltung, bei welcher das Interesse der Einheit einerseits und das der Freiheit des Volkes und der relativen Selbstständigkeit der Einzelstaaten andererseits durch wahrhaft patriotisches Handeln sichernd vermittelt wird, eine solche Haltung ist höchst nothwendig, wenn wir die Gefahren der Uebergangsperiode glücklich überwinden sollen. Zu dieser Haltung, zu dieser einträchtigen Grundstimmung beizutragen, ihr zum Sieg über die trennenden Differenzpunkte, über den Geist der Rechthaberei und der Parteifeindschaft zu verhelfen, ist die absolute Pflicht jedes Einzelnen.

Der glückliche Fortgang des im Zollparlament begonnenen Versuches der Einigung, die ganze Zukunft unserer Nation hängt davon ab, daß wir — alle Parteien und alle Stämme — uns daran gewöhnen, Ueberstürzung und unfruchtbaren Hader zu vermeiden, allmählig, schrittweise vorzugehen und unsere Regierungen — die preußische mit inbegriffen — zu Einer Abschlagszahlung nach der andern zu veranlassen. Wir glauben daher, daß es überflüssig und nachtheilig war, die württembergischen Wahlgeschichten in solcher Weise zur Sprache zu bringen, wie es geschehen ist. Wenn in Betreff der Arbeiter und ihrer Wahlberechtigung ein formaler Verstoß in dem württembergischen Wahlgesetze enthalten ist, so konnte dieß ruhig und geschäftsmäßig zur Sprache gebracht werden.

Je heftiger und lebhafter allgemeine Politik getrieben und deutsche Einheit in Worten proklamirt wird, um so weniger wird die deutsche Einheit und Einigkeit thatsächlich durch sie gefördert werden.

Je mehr große Worte auf der öffentlichen Tribüne gemacht werden, um so mehr wird sich die preußische Regierung veranlaßt finden, in der Hauptsache, der Kompetenz, es beim Alten zu lassen. Und doch hätte eine einzige kleine Kompetenzerweiterung, von dem Parlament angeregt und von den Regierungen auf loyalem, vertragsmäßigem Wege ausgeführt, mehr nationalen und liberalen Werth, als die ganze Streiterei der Wahlprüfungen und der Adreßdebatte. Wenn man es z. B. dahin bringen könnte, daß das norddeutsche Gesetz über die Freizügigkeit von den süddeutschen Staaten angenommen, und daß die Weiterbildung dieses Gesetzes den Organen des Zollvereins zugewiesen würde, so wäre schon dieser einzige Fortschritt mehr werth, als alle Reden, welche in diesen Tagen gehalten wurden oder bevorstehen. Wenn ferner noch bewerkstelligt werden könnte, daß auch die Gesetzgebung über Maß und Gewicht nach Jahr und Tag auf dem Wege loyalen Vertrages von dem Bundesrath und dem Parlamente des Zollvereins in die Hand genommen würde, so wäre dies das Höchste, was wir vernünftiger Weise in der nächsten Zeit erwarten können. Diese höchsten Ziele können nur dann erreicht werden, die preußische Regierung kann nur dann zum Einstehen für diese Punkte der Einigung veranlaßt werden, wenn das Parlament mit Einmüthigkeit, wenigstens mit ungeheurer Majorität, sich für sie erklärt, und wenn in dieser

Prozeß Ebergenyi.

(Fortsetzung.)

Der Staatsanwalt gedenkt ferner des Verkehrs des Grafen Gustav mit Rampacher und Dierkes. Die Angeklagte behauptet zwar, daß der Graf beabsichtigt habe, ihr die beiden Genannten als Reisebegleiter nach Pesth oder München mitzugeben, allein diese Aussage werde durch die Briefe und Aeußerungen des Grafen Lügen gestraft. „Das Gefühl sträubt sich gegen jene Schlußfolgerung, die sich aus diesem Sachverhalt nothwendigerweise ergeben müssen, allein eine irrige Voraussetzung ist gar nicht möglich: die beiden Verschworenen gingen mit dem Gedanken um, förmliche Banditen zu dingen, welche das vollbringen sollten, was allenfalls der Angeklagten mißlänge. Mag ihnen nun vielleicht der Muth gefehlt haben, sich dem Rampacher und Dierkes mit ihrem Vorhaben zu entdecken, kurz die Angeklagte entschließt sich, selbst nach München zu gehen. Graf Chorinsky versieht sie mit zwei Pässen auf die Namen Maria Bay und Viktoria Horvath und verschafft ihr von einer Freundin der Gräfin ein Empfehlungsschreiben, nachdem er schon früher im polizeilichen Wege die gegenwärtige Wohnung seiner Frau in München erforscht, und die Angeklagte sich Visitenkarten auf den Namen Marie Berger verschafft hatte. Der ganze Apparat war nun fertig, und mit der Reise nach München beginnt die eigentliche unmittelbare Aktion. Daß die Angeklagte nach München reiste, um sich der Gräfin Mathilde zu nähern und dieselbe zu vergiften, kann keinem Zweifel unterliegen. Die von der Angeklagten über den Zweck ihrer Reise nach München gemachten Angaben widerlegen nicht im Entferntesten die eben aufgestellten Behauptungen. So wollte sie — unter anderen angegebenen Motiven der Reise — wichtige, auf die Scheidung bezügliche Papiere von der Gräfin erhalten. Welche Papiere zur Scheidung hätte sie aber von der Gräfin verlangen sollen, zumal sie eingestandenermaßen selbst nicht wußte, was das für Papiere sind? Endlich behauptet sie: Die Reise habe bezweckt, einen Versöhnungsversuch unter den Chorinsky'schen Ehegatten zu machen. Dies ist wohl eine zu starke Zumuthung an unsere Gläubigkeit. Julie Ebergenyi, welche in der Vereinigung mit dem Grafen Gustav Chorinsky das Ziel ihrer glühendsten Wünsche sieht, sie, die bei allen ihr Nahestehenden als die Braut des Grafen Chorinsky gilt, deren Hand bereits ihm von ihrem Vater zugesagt worden, sie, welche die Ausstattung bereits in Angriff genommen hat und zu ihrer demnächst bevorstehenden Vermählung sich schon ein sehr kostbares Brautkleid anschafft, diese Julie Ebergenyi will eine Versöhnung zwischen den beiden Gatten Chorinsky versuchen?

Der Staatsanwalt geht dann auf die Vorgänge in München während der Anwesenheit der Ebergenyi daselbst über, zeigt, daß der ganze Apparat, wie er zur Ermordung der Gräfin Mathilde beschafft worden war, zur Anwendung gebracht wird, um dann daraus abzuleiten, daß jene fremde Dame, welcher Julie Ebergenyi die Mordthat in die Schuhe schieben will, niemand Anderer ist, als eben Julie Ebergenyi. (Die Angeklagte seufzt bei dieser Stelle so tief, daß es die Aufmerksamkeit des Auditoriums erweckt. Todtenblässe überzieht das Gesicht der Wankenden. Sie ist einer Ohnmacht nahe, doch faßt sie sich mit sichtlicher Anstrengung wieder.) Der Redner legt dabei ein besonderes Gewicht auf die beiden Fläschchen, welche die Ebergenyi in München kaufte und mit rothem und weißem Wein füllte.

Majorität auch die Mehrheit der Süddeutschen vertreten ist. Eine solche überwältigende Majorität wird um so leichter sich zusammenfinden, je mehr vorher allgemeine und erbitternde Disputationen vermieden, je weniger Phrasen über die deutsche Einheit gemacht, je weniger Hiebe ausgetheilt werden.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 6. Mai. [**Die freihändlerische freie Kommission des Zollparlaments**] hielt gestern ihre erste ordentliche Sitzung. Die Referenten über die Eisenzölle verbreiteten sich im Allgemeinen über das Thema, und es schloß sich daran die General-Debatte auf Grund folgender Anträge: 1) v. Hennig: Aufhebung der Eisenzölle; 2) Meier (Bremen): Verminderung der Eisenzölle jährlich um 1 Sgr., d. h. gänzlicher Fortfall in fünf Jahren; 3) v. Hoverbeck: Jährliche Streichung von $^1/_{10}$ sämmtlicher Zölle, d. h. Aufhebung in zehn Jahren.

Die Anträge sollen, schriftlich eingebracht, morgen zur Spezial-Debatte gestellt werden. Wir wissen noch nicht sicher, ob die Antragsteller blos denken: „Fordern und Bieten macht den Handel," und sonach ihre Anträge nur als ein Programm für ihre Wirksamkeit betrachten, oder ob sie wirklich meinen, dieselben in dieser ersten Session schon durchsetzen zu können. Die letztere Meinung könnten wir durchaus nicht theilen. Gelänge es auch, was doch ebenfalls noch sehr unwahrscheinlich, die Mehrheit des Zollparlaments für dieselben zu gewinnen, es würden doch, unseres Erachtens, für jetzt die Mittel fehlen, den Zollbundesrath zur Zustimmung zu bewegen

— Es steht zu erwarten, daß die **Tabaksteuer-Vorlage** bald an das Zollparlament gelangen wird. Ueberhaupt soll sich das Augenmerk des Zollbundesrathes jetzt darauf richten, seine Arbeiten so zu beschleunigen, daß die Session des Zollparlaments **nicht über diesen Monat** ausgedehnt zu werden braucht.

— [**„Der Mohr hat seine Schuldigkeit gethan, der Mohr kann gehen."**] Als ein Commentar zu den in den letzten Tagen ergangenen Auslassungen der Berliner offiziösen Blätter gegen den Nationalliberalismus dürfte nachstehende Mittheilung eines Berliner Korrespondenten in der Leipziger „Deutschen Allg. Ztg." nicht ohne Interesse sein, die einer offiziösen Drohnote gegen die Nationalliberalen sehr ähnlich sieht. Graf **Bismarck** — heißt es darin — habe dieser Tage seiner gereizten Stimmung in einem sehr harten Urtheil über die genannte Partei Ausdruck gegeben und über deren künftige Stellung zur Regierung sich dahin geäußert: „von einer so unpraktischen und über ihre politischen Ziele so unklaren Partei sei auf die Unterstützung einer Realpolitik für die Dauer nicht zu rechnen". Er habe sich bitter beklagt über „die Willkür, mit welcher die national-liberale Partei in dieser Angelegenheit verfahren" sei, eine Willkür, die jede weitaussehende Politik unmöglich mache; denn mit einer Partei, die sich so unberechenbar zeige, könne die Regierung an kritische Situationen nicht herantreten. Die natürliche Folge werde also sein, daß die Regierung sich der konservativen Partei wieder nähern und die Beziehungen zu derselben pflegen werde; denn sie könne sich nicht der Gefahr aussetzen, in drohender Lage die Unterstützung der National-Liberalen durch politische Konzessionen erkaufen zu müssen. Soweit der Offiziöse. Der Glaube an den Ernst dieser Drohung will nun zwar bei uns nicht recht verfangen, und wir meinen, daß es dabei wesentlich darauf abgesehen ist, auf national-liberale Gemüther die Anwendung derselben Pression zu wiederholen, die seiner Zeit auf konservativer Seite gegen die Frondeurs des Abgeordnetenhauses so gute Wirkung hatte. Der Erfolg dürfte vielleicht auch diesmal bei der „regierungsfähigen Partei" derselbe sein.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [**Militärisches.**] Die Lösung der Wehrfrage liegt natürlich dem „obersten Kriegsherrn" vor Allem am Herzen, und es wurde deßhalb am 4. unter dem Präsidium des Kaisers ein Ministerrath abgehalten. Die cisleithanischen Minister, mit Ausnahme des Grafen Taaffe und des Grafen Potocki, sind hauptsächlich aus finanziellen Gründen mit der von den Ungarn vorgeschlagenen Organisation des Heerwesens nicht ganz einverstanden. Die Unterhaltung einer stehenden Armee von fast 300,000 Mann neben zwei mobilen Landwehren mag in Pesth möglich erscheinen; diesseits der Leitha aber, wo man mehr als zwei Drittel der Kosten dieses stehenden Heeres zu zahlen haben würde, blickt man mit steigender Besorgniß auf das permanente Deficit hin, welches die nothwendige Folge eines solchen militärischen Luxus sein würde. Die reguläre Armee und die Marine werden immer circa 80 Millionen Gulden erfordern, wozu Cisleithanien 56 Millionen beisteuern muß. Die Kosten der Ausrüstung und Erhaltung der cisleithanischen Landwehr hätten wir allein zu bestreiten, sowie Ungarn die der seinigen. Das ungarische Deficit ist schon jetzt groß genug, wenn es auch nur den vierten Theil des cisleithanischen beträgt, aber durch die Errichtung einer nationalen Landwehr würde es bedeutend anschwellen. Wahrscheinlich rechnen die Ungarn darauf, daß ihnen die erforderlichen Gewehre, Säbel und Kanonen unentgeltlich aus dem Wiener Arsenal geliefert werden, denn Anspruchslosigkeit ist ihr Fehler nicht. Zum Beweise, daß man es jenseits der Leitha nicht auf bloße Soldatenspielerei abgesehen habe, wird berichtet, daß nach dem Plane Andrassy's die Landwehr anstatt der Gendarmerie den Sicherheitsdienst versehen solle.

Der von Preßburg nach Wien versetzte Feldmarschall-Lieutenant Graf Neipperg hat an das Offizierscorps einen Tagesbefehl erlassen, in welchem er die zuversichtliche Erwartung ausspricht, daß in der österreichischen Armee der alte Geist fortleben werde, und zugleich daran erinnert, daß die erste Tugend des Soldaten der Gehorsam ist. Mit dem constitutionellen Geiste der Gegenwart steht Graf Neipperg bekanntlich in einem sehr gespannten Verhältniß. Einen ganz anderen Tagesbefehl hat neuerdings der Feldzeugmeister Maroicic in Graz erlassen: „**Kein pedantisches Formenwesen**, die **Wissenschaft gibt Macht**; Stillstand wäre Rückschritt. Vorwärts ist die Losung der Jetztzeit und die **Armee folge diesem Rufe!**"

Das mit rothem Wein gefüllte wurde und zwar zum Theil entleert aufgefunden. Die Angeklagte äußerte selbst, daß die Horvath ihr gesagt, sie (die H.) habe Cyankali in den Wein gethan, den sie (d. H.) der Gräfin zum Trinken gegeben.

Die chemische Analyse, fährt der Staatsanwalt fort, ließ es schon als höchst wahrscheinlich erscheinen, daß das Cyankali im Wein beigebracht worden, und dies erscheint als wohlbegründet, umsomehr, als eine Reflexion der Angeklagten darauf hindeutet, indem dieselbe, als von dem Gesundheitstrinken und von dem Glase, welches die Horvath der Gräfin hinbrachte, die Rede war, erwähnte, man werde halt ein zweites Glas von der Gräfin Chorinsky genommen haben. Nun bitte ich, sich zu erinnern, daß auf dem Theetische ein drittes Glas, das Kelchglas, gestanden ist, welches leer gefunden wurde, und für welches keine rechte Verwendung gedacht werden kann. Es wäre doch höchst sonderbar, wenn gerade diese Bemerkung der Angeklagten eine rein-zufällige gewesen wäre. Ob die Vergiftung mittels des Thee's, des Weins oder mittels eines der eßbaren Stoffe geschah, wird unenträthselt bleiben, so lange uns die Angeklagte nicht selbst Auskunft gibt. Mit welchem dieser Stoffe die Vergiftung geschehen, ist in letzter Instanz ebenso gleichgiltig, wie bei einem Morde mit einem Dolche, ob derselbe aus der rechten oder linken Tasche genommen wird. Julie Ebergenyi hat so genau beschrieben, unter welchen Umständen die Gräfin Mathilde gestorben ist, daß kein Zweifel obwaltet, sie und niemand Anderer habe dem Schauspiel des Todeskampfes der Gräfin beigewohnt! (Die Angeklagte wankt, daß man jeden Augenblick glauben muß, sie falle von der Bank. Doch rafft sie sich wieder zusammen und hält sich aufrecht.)

Sodann bespricht der Staatsanwalt die Ausflüchte der Julie Ebergenyi in Betreff der Vorgänge nach ihrer Rückkehr aus München, und weist eingehend und auf die Aussagen der Münchener Zeugen fußend nach, daß die von der Angeklagten eingeführte Horvath eben nur eine fingirte Person sei. Daß auch Graf Chorinsky von einer Horvath spricht, beweist dem Staatsanwalt nur, daß eben der Graf und die Angeklagte aus dem Gefängnisse sich in Rapport zu setzen wußten.

Der Staatsanwalt verweilt schließlich insbesondere bei dem Geständnisse der Julie v. Ebergenyi bei der Polizei. Dieses Geständniß, erörtert er, ist ein vollkommen erschöpfendes und entspricht im vollen Maße den Anforderungen der Strafprozeßordnung an die Beweiskraft eines Geständnisses. Die Angeklagte hat das Geständniß in einem Momente abgelegt, da sie von den Qualen des Bewußtseins ihrer Schuld überwältigt war. (Die Angeklagte wankt und weint.) Und das Geständniß ist um so wichtiger, aufrichtiger, wahrer, als es am 27. November abgelegt wurde, da man ihr dort noch keinen Vorhalt machen konnte, da noch dazumal keine Untersuchung eingeleitet, keine Erhebungen von dem Mord gemacht worden waren. Von der nicht existirenden Vicki Horvath kann sie nicht erfahren haben, daß die Gräfin Chorinsky zwischen Kanapee und Bett gelegen. Das Geständniß hat die Angeklagte widerrufen, allein sie hat es **freiwillig** abgelegt und die einzelnen eingestandenen wesentlichen Umstände finden in den Ergebnissen der Untersuchung die vollkommenste Begründung. Ich gelange daher zu dem kaum anfechtbaren Schlusse: die Angeklagte hat im Sinne des Gesetzes eingestanden, daß sie die Gräfin Mathilde Chorinsky am Abend des 21. Novbr. mittelst Beibringung von Gift

Ausland.

Frankreich. [*Schutzzoll und Freihandel.*] Die franz. Regierung rüstet sich zum großen Zweikampfe, zu dem sich nächsten Montag im gesetzgebenden Körper Schutzzoll und Freihandel auf die Mensur begeben werden. Es kommt ihr dabei sehr zu Statten, daß die Ergebnisse der indirekten Steuern im Laufe des Monats April eine erhebliche Zunahme gezeigt und somit den Beweis vom Wiederaufleben der geschäftlichen Bewegung auf dem Gebiete des Handels und der Industrie geliefert haben. Am Schlusse des Monats März war man noch um eine Million im Rückstande gegen die Ergebnisse der indirekten Steuern während der drei ersten Monate des Jahres 1867, während jetzt am Ende April dieser Unterschied nicht nur vollständig ausgeglichen ist, sondern sogar eine Zunahme von vier Millionen über die Aufstellungen und Voranschläge des laufenden Budgets sich herausgestellt hat.

Großbritannien. [*Abyssinisches.*] Mit Spannung sieht man der nächsten abyssinischen Post entgegen, welche die Einzelheiten über die Vorgänge bei Magdala bringen muß, da die jetzt vorliegenden Briefe bis zum 9., dem Tage vor dem ersten Gefechte, reichen. Letztere beschäftigen sich hauptsächlich mit der topographischen Beschreibung Magdala's und der Umgegend, die mit der früher gegebenen in den Hauptpunkten übereinstimmt. Außerdem besprechen sie den äußerst schwierigen Uebergang über den Dschidda und den von Theodor angelegten Weg, dessen sich ein europäischer Ingenieur nicht zu schämen brauchte. Ueberhaupt ergibt sich bei näherer Betrachtung der gemeldeten Ereignisse, daß der Schrecken sämmtlicher Völkerschaften vor dem schwarzen Tyrannen durchaus nicht unbegründet, daß dieser in der Kriegskunst nicht unerfahren war. Dies beweisen von ihm angelegte Verschanzungen und namentlich auch der von ihm gebaute Weg, von dem man stets mit Lächeln den Bericht las, daß Theodor mit seinem Riesenmörser an einem Tage nicht mehr denn drei Ellen weiter gerückt sei. Es wäre dies allerdings für eine wohlorganisirte Militärmacht, wie die englische, ein unabwendbarer Tadel, bei Theodor's beschränkten Mitteln aber muß man wirklich staunen, daß er es fertig gebracht, seinen Mörser überhaupt über den Dschiddafluß zu schaffen. Was den übrigen Theil des Weges betrifft, ergaben die unter Anführung Napier's selbst vorgenommenen Recognoscirungen, daß die bevorstehenden Schwierigkeiten den überstandenen gegenüber unverhältnißmäßig gering seien; so namentlich der Uebergang über den Beschilo. Den Aussagen des Häuptlings von Talanta zufolge hat Theodor die Lüge verbreiten lassen, die Königin von England habe ihm in einem Briefe die Ankunft ihrer Truppen zur Unterdrückung der Rebellen angezeigt, ihm aber auch zugleich Vollmacht gegeben, dieselben, falls sie ihm nicht pünktlich gehorchten, zu strafen oder gar zu tödten. Das Spaßigste dabei ist, daß die Häuptlinge, zu deren Gewinnung Sir Robert Napier alles Mögliche gethan, nach freundlicher Zusage ihres Beistandes sich respektvoll in der gehörigen Ferne hielten. So Menilek, der mit einer großen Armee etwa 40 Meilen weit weg war; so der edle Gobazie, von dem berichtet wurde, daß er in aller Gemüthsruhe in Debra Tabor sitze und sich dort ein Haus baue, während sein Feldmarschall mit einer kleinen Bande sich in der Nähe des englischen Lagers umhertrieb und sich kostbare Geschenke machen ließ, die er nicht einmal mit einem Topfe Honig erwiederte. Nur Kassai von Tigre hat den Engländern einen einigermaßen nennenswerthen Beistand geleistet; er war mit der Unterdrückung des Rebellenhäuptlings Wulda Jesus beschäftigt, der es sich angelegen sein ließ, in der Nähe von Atfala den englischen Transport zu stören.

— [*Die Lage des englischen Ministeriums*] ist sehr kritisch und überaus verwickelt. Disraeli sah sich veranlaßt, Gladstone zur Einbringung eines direkten Mißtrauensvotums aufzufordern, womit Letzterer nicht lange zögern wird; aber damit ist die Schwierigkeit nicht behoben, sondern nur verschärft, zumal sich kein Präcedenzfall für sie auffinden läßt, und es sich vielleicht nicht blos um eine ministerielle, sondern auch konstitutionelle Krisis handelt, insoferne als die ganze Theorie von der parlamentarischen Majoritäts-Regierung über den Haufen geworfen wird, wenn das jetzige Ministerium einem direkten Mißtrauensvotum gegenüber, statt aufzulösen oder abzudanken, einfach erklären würde, daß es, behufs Erledigung der dringendsten Geschäfte, bis zu den nächsten Wahlen im Amte bleiben wolle. Ob Disraeli diesen Weg wirklich einschlagen werde, weiß Niemand seiner Umgebung oder seiner Gegner mit Bestimmtheit noch zu sagen. Kein einziges Blatt der Tages- oder Wochenpresse wagt sich über bloße Vermuthungen hinaus. Wenn aber Disraeli und seine Kollegen sich wirklich entschließen sollten, der ihnen feindlichen Majorität gegenüber an ihren Aemtern krampfhaft festzuhalten, dann wird ihnen dies von Seite der Opposition (nach der übereinstimmenden Angabe der „Times“, „Post“, „Daily-News“, „Daily Telegraph“, „Star“ und der gesammten liberalen Wochenblätter) nur unter der Bedingung gestattet werden, daß sie den beiden letzten Gladstone'schen Resolutionen keinen Widerstand weiter entgegensetzen, sich überhaupt den Beschlüssen der Majorität willenlos fügen. Mit anderen Worten, es würde ihnen blos die Befugniß der Exekutive gelassen werden, um die zur Einberufung des neuen Parlaments unumgänglich nothwendigen Maßregeln zu erledigen, nämlich das Budget, die schottische und irische Reformbill. Daß dadurch die Theorie über das, was ein konstitutionelles Ministerium sein und vorstellen soll, für geraume Zeit praktisch negirt sein würde, liegt auf der Hand, und noch zweifelt Mancher, daß, wenn nicht gerade Disraeli, doch mehrere seiner Kollegen abgeneigt sein dürften, sich zu einer so erniedrigenden Stellung, wie die oben angedeutete, herbeizulassen.

Die Hildburghauser Shakespeare-Uebersetzung.

Wir haben dieses, im Großen und Ganzen alle seine massenhaft auftauchenden Konkurrenten weit übertreffenden Unternehmens schon öfter Erwähnung gethan. Soeben ist davon wieder ein neuer Band ausgegeben worden, welcher in der Uebertragung der großartigen Tragödie *Richard* III. ein unübertreffenes Meisterstück der Uebersetzungskunst enthält. Nur eine solche unglaubliche Gewandtheit in der Hand-

---

ermordet habe, und dieselbe erscheint daher des Verbrechens des Meuchelmordes aus ihrem Geständnisse für überwiesen.

Ich komme nun — schloß Redner — zur Anführung der Milderungs- und Erschwerungs-Umstände. *Erschwerend* erscheinen: Die geflissentliche Vorbereitung, die reifere Ueberlegung, und abgesehen von der Tücke, welche jedem Meuchelmorde innewohnt, der Umstand, daß eben in dem speziellen Falle um so weniger Vorsicht von Seite der Ermordeten angewendet werden konnte, als sich die Angeklagte unter Berufung auf eine Freundin der Ermordeten bei derselben einzuschleichen wußte. Endlich kann nicht übersehen werden, daß es sich hier um den Mord der Gattin des *Mitschuldigen* handelt. *Mildernd* sind: Der bisherige unbescholtene Lebenswandel, das Geständniß und der Umstand, daß die Angeklagte zum Verbrechen auf Antrieb eines Andern verleitet worden zu sein scheint. Ich habe es nicht über mich gewinnen können, zu glauben, daß der Gedanke an dieses Verbrechen in der Angeklagten entstanden sei; es würde dies zu sehr mit meinen Begriffen von Weiblichkeit in Widerspruch stehen. *Graf Gustav Chorinsky hat einen so verworfenen Charakter an den Tag gelegt, daß ich in ihm die Anlage zu jenem Verbrechen suchen würde*, und wie ich glaube, mit Recht. Ich bitte, sich nochmals jene Briefe ins Gedächtniß zu rufen, welche der Graf an die Angeklagte während ihres Münchener Aufenthaltes geschrieben hat. Ich bitte, sich zu erinnern, wie er dieselbe zum schonungslosen Vollzuge des wider die Gräfin Mathilde gefällten Todesurtheils aufforderte; ich bitte, sich zu erinnern, wie die Angeklagte denn doch geschwankt zu haben scheint, weil der Graf es für nothwendig fand, dieselbe zu beschwören, ja nicht durch die persönliche Liebenswürdigkeit der Gräfin sich bewegen zu lassen, Nachsicht und Gnade zu üben; ich bitte, sich dieses Alles wohl zu vergegenwärtigen, und ich bin überzeugt, Sie werden sich mit mir darin einigen, die Angeklagte sei von ihrem *wüsten verbrecherischen Geliebten* zur Verübung dieses Verbrechens verleitet worden und das ist es, was ich Ihnen besonders ans Herz legen zu müssen glaube. Ein hoher Gerichtshof geruhe daher, die Julie Ebergenyi v. Telekes des vollbrachten Verbrechens des Meuchelmordes für schuldig zu erklären, zum *Tode durch den Strang* zu verurtheilen und des Adels wie ihrer Ehrenstellung als Ehrenstiftsdame des Brünner adeligen Damenstiftes Mariaschul für verlustig zu erklären.“

Den Antrag der Todesstrafe hört die Angeklagte gefaßt an, sie ist durchaus so erschöpft und blickt stier und bleichen Angesichts zu Boden.

Nach Unterbrechung durch eine Viertelstunde nimmt der *Vertheidiger Dr. Neuda* unter lautloser Stille das Wort. Er weist auf das Aufsehen hin, welches der Prozeß allenthalben, sowohl wegen der That an sich, als besonders wegen der in dem Schauderdrama auftretenden Personen, gemacht, und sucht für seine gebrochene und vernichtete Klientin Mitleid zu erwecken. Darauf wendet er sich gegen den Antrag auf *Todesstrafe*. Einen solchen gräßlichen Spruch dürfe der Gerichtshof nicht fällen. Redner fährt dann fort: „Ich sehe auf der einen Seite das geschilderte schwache, bedauernswerthe Weib, erliegend fast der Mühsal der Verhandlung, das unter krampfhaftem Ringen aufschreit und betheuert: Ich habe den Mord nicht begangen! und auf der anderen Seite einen hoch auf sich thürmenden, unzerstörbaren Wall von Verdachtsgründen, der mit Einstimmigkeit

habung der deutschen Sprache, vereinigt mit einer Fülle des Wohlklangs, wie sie außer Wilhelm Jordan, dem Uebersetzer, gegenwärtig kein zweiter deutscher Schriftsteller oder Dichter eigen hat, konnte die jedem Shakespearekenner wohlbekannte Uebersetzungsschwierigkeit gerade Richard III. in dieser meisterhaften Weise bewältigen. Aber selbst eine nur ganz oberflächliche Vergleichung des berühmten Monologs, womit diese Tragödie beginnt, in der Schlegel'schen und Jordan'schen Uebersetzung wird keinen Leser, auch wenn er nicht genauer in die Shakespeare'schen Sprach- und Uebersetzungsgeheimnisse eingeweiht ist, zweifelhaft darüber lassen, welchem der beiden Uebersetzer der Vorzug gebührt. Schlegels Arbeit ist an vielen Stellen verzwickt und verkünstelt in der Wort- und Satzstellung und wird so oft schwer oder gar nicht verständlich, bei Jordan liest sich das Ganze wie ein deutsches Original. Hier wird zum erstenmale auch dem, der Shakespeare nicht in der Ursprache lesen kann, die ganze Gewalt und der eigenthümliche Zauber dieses größten Dichters ganz aufgeschlossen, gerade wie in einem früheren Bande dieses Unternehmens u. A. in den Jordan'schen Uebersetzungen von Romeo und Julie und König Lear. — Wer Shakespeare ganz und voll genießen will, der greife zu der Hildburghauser Uebersetzung, von der nur noch 2 Bände im Rückstande sind. Die äußere Ausstattung ist splendid, wie bei allen Verlagswerken des bibliographischen Instituts,*) der Preis sehr billig.

*) Eine sehr interessante Biographie des berühmten Gründers dieses Instituts, des alten Joseph Maier, Herausgebers des seiner Zeit überall verbreiteten Stahlstichwerkes „Universum" mit den flammenden Artikeln für Volksfreiheit und Volksrechte; des bisher vollständigsten Konversationslexikons in 56 Bänden mit 1000 Stahlstichen und Karten; der wohlbekannten Groschenbibliothek u. s. w., steht in der neuesten Nummer des „Daheim."

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62—$\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 P. $49\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$42\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 [illegible] P
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$89\frac{7}{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88\frac{5}{8}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	94 [illegible] P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{1}{4}$ P. 82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 G.
NAmerika	6pCt. à 1000 1881 D. $2\frac{1}{2}$	78 P.
"	6pCt. ditto v. 1882	76 P. $75\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$1241\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 P. 704 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 P. 189 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditakt'en . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$262\frac{1}{2}$—$63\frac{1}{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$123\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$31\frac{3}{4}$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{1}{2}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{5}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$134\frac{5}{8}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{4}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{2}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$123\frac{1}{2}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$100\frac{1}{4}$ P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 5. W.	$101\frac{5}{8}$ G.
do. in 8st. W. l. S.	$101\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	150 P. $149\frac{1}{2}$ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{1}{2}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P. $132\frac{1}{2}$ G.
" do. v. 1864	$86\frac{1}{2}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$99\frac{3}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$56\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{3}{4}$ P.
" fl. 25 do.	$38\frac{1}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	—
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 G.

Frankfurt, 8. Mai. Die Börse verkehrte für österreichische Spekulationspapiere in stiller, aber fester Haltung. Staatsbahn, die stets im Vordergrund des Geschäftes stehen, gewannen fl. $1\frac{1}{2}$, Creditaktien fl. 1. In österr. Anlagepapieren war außer in neuen englischen Metalliques sehr wenig Geschäft. Süddeutsche waren ebenfalls geschäftslos. Neue Rudolphbahn wurde mit fl. 3 bis fl. $3\frac{1}{2}$ Aufgeld bezahlt. Amerikaner waren trotz des höheren New-Yorker Goldagios sehr beliebt. Pacific-Bonds sind anhaltend zu höheren Coursen gefragt. Auch für 1874er Bonds treten bei fehlendem Material täglich Käufer an den Markt. (Synd.)

auf meine Klientin als Thäterin hinweiset. Ein schmerzhaftes standhaftes Verneinen auf der einen, ein fünffacher gesetzlicher Beweis auf der anderen Seite. In der Mitte dieser widerstrebenden Wahrnehmungen stehend, lassen diese mich an der Wahrhaftigkeit der Verantwortung der Angeklagten nicht ganz verzweifeln. Ich denke an die verhängnißreiche Macht des Zufalls, an den Unglücksstern, der manches Menschen Haupt verfolgt. Noch umschwebt ein tiefes Dunkel den Vorgang in der Amaliengasse, noch ist jener Becher nicht gefunden, aus dem die Gräfin Chorinsky den giftigen Trank geleert. Nicht im Thee-Aufgusse und nicht in der Milch, nicht im Wasser, Rum und in den Früchten fand sich das schreckliche Gift. Wir haben bei allen zahlreichen Zeugenaussagen noch keine Zeugen der That. Wer erzählt uns, was zwischen beiden Frauen vorgefallen, wer sah mit eigenen Augen die Hand, die den Giftbecher mischte, die ihn reichte? Es sind doch nur menschliche Berechnungen und menschliche Schlüsse, was uns bleibt, eine jede entgegengesetzte Möglichkeit absolut zurückweisende Sicherheit und Wahrheit bietet sich uns nirgends. So schreiten denn vor meinem Geiste all die armen, unschuldigen Opfer einer durch markante Beweise irregeleiteten Justiz; ich sehe Lesurque, den Schuldlosen, den ein ganzes Dorf als Mörder bezeichnete und betheuerte, im weißen Gewande der Unschuld unter dem Fallbeile verzweifelnd enden und ich sage mir: Auch damals war die Verurtheilung eine menschlich gerechte und doch so unverdiente, ungerechte; wo ein menschliches Irren noch immer möglich ist, wo die Möglichkeit eines Selbstmordes in keiner Weise ausgeschlossen ist, da möchte ich die Schuld der Angeklagten nicht sonnenklar finden, da vertheidige ich vielleicht noch immer keine Mörderin. Sehe ich aber anderseits auf die Unmasse von Beweismitteln, die laut und strenge gegen meine Klientin zeugen, unbarmherzig der Thäterschaft sie anklagen, finde ich den Beweis so mächtig, so erdrückend gegen meine Klientin durchgeführt, daß es keine Möglichkeit des Entrinnens gibt, dann beuge ich mich, so Manches sich auch gegen einzelne Verdachtsgründe vorbringen ließe, der Allgemeinheit der Fülle des Beweismaterials, der Gewalt der höchsten durch nichts erschütterten Wahrscheinlichkeit und muß es hiemit anerkennen, daß, wenn auch die absolute Sicherheit eines vollbrachten Mordes mangelt, der irdische Richter doch nach seinem Amte und nach seinem Eide, nach dem natürlichen und gewöhnlichen Gange der Ereignisse den engen Zusammenhang zwischen That und Thäter hier annehmen müsse und werde, daß der Vertheidiger hier gegen die Anrechnung der Schuld nicht sprechen darf; aber so aufrichtig und ergeben ich diese Nothwendigkeit der Verurtheilung zugestehe, ebenso kräftig und entschieden schließe ich an der Hand des Gesetzes hier die Möglichkeit eines Todesurtheiles aus."

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 130.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 10. Mai 1868.

Kriegsbefürchtungen.

Mit einer erschreckenden Regelmäßigkeit kehren die Gerüchte von einem demnächst in Aussicht stehenden europäischen Kriege in jedem Vierteljahre wieder, die Wagschalen Furcht und Hoffnung werden fortwährend in unruhigem Schwanken erhalten, bald diese bald jene beschwert und so die fieberhafte Aufregung in Permanenz erklärt. Die in Folge dessen eintretende Abzehrung jedes gesunden aufstrebenden Volkslebens, ja die Erstickung jeden Versuches, jeden Anfanges desselben im Keime darf man fast als noch verderblicher wirkend bezeichnen, als den Ausbruch eines Krieges selbst.

Wir haben schon kurz gemeldet, daß die „Allg. Ztg." ihre Nachrichten einer ernstlichen Spannung zwischen Paris und Berlin aufrecht erhält auf Grund eines Briefes von einem ihrer Wiener Korrespondenten, worin es u. A. heißt:

„Ich habe schon vor mehreren Wochen Anlaß genommen, entgegen dem in gutem oder bösem Glauben geschaffenen friedensseligen Vertrauen des großen Publikums die Ansicht zu vertreten: daß die Spannung zwischen Preußen und Frankreich von Tag zu Tag steige, und daß die beiderseitigen Rüstungen allmälig Dimensionen annehmen, die es wenigstens dem Kaiser Napoleon unmöglich machen, ohne ein politisches Ereigniß erreicht zu haben, noch einmal einfach wieder abzurüsten. Ich bin mir vollständig bewußt, was ich sage, wenn ich heut, und zwar aus Quellen, welche das dringendste Interesse und jede Gelegenheit haben, gut unterrichtet zu sein, unterschreibe, daß die Lage heute noch weit gespannter und unmittelbar gefährlicher ist als damals, und daß die militärischen Vorbereitungen sowohl in Preußen als in Frankreich zur Zeit bereits selbst dem weniger geübten Auge nicht blos in ihrer Summe, sondern auch in ihrer Richtung vollkommen erkennbar hervortreten *), vor allen Dingen in Preußen, welches bei seinen weit weniger als in Frankreich ausgebildeten Schienenverbindungen mit dem Rhein diesen Nachtheil dadurch auszugleichen genöthigt ist, daß es nach und nach eine förmliche Frontstellung gegen den Westen ins Werk setzt. Das ist eine Anspannung der Kräfte, welche keiner der beiden Theile politisch und finanziell noch Monate hindurch tragen kann, und wenn es nicht gelingen sollte, beide Theile zu einer sofortigen Entwaffnung zu bringen, so würde entweder der Bogen springen, oder der Pfeil die Sehne verlassen müssen. An den ernstesten Anstrengungen, den Frieden zu erhalten, fehlt es freilich nicht, und speziell Oesterreich setzt in dieser Richtung seinen ganzen Einfluß ein. Daß Oesterreich seinerseits, wenn gleichwohl seine Bemühungen sich als fruchtlos erweisen sollten, zunächst und bis an die äußersten Grenzen des Möglichen sich der Betheiligung am Kampfe entziehen und seine volle Neutralität zu wahren bemüht sein wird, liegt in dem Charakter seiner durch die zwingendsten Interessen bedingten Politik, wenn es auch immerhin die Eventualität einer bewaffneten Aufstellung — einer Eventualität, die schon in dem Exposé, mit welchem der Finanzminister seine Vorlagen einbegleitete, angedeutet wurde, ernstlich in's Auge zu fassen haben würde."

Aehnliche Nachrichten, die dahin gehen, daß man in Wien dem Weltfrieden nicht traut, finden sich auch, nur nicht in so bestimmter Weise ausgesprochen, in einer Wiener Korrespondenz der Leipziger „Deutschen A. Ztg.", wo es heißt: „Beharrlich wird hier in manchen Kreisen das Gerücht genährt, daß ernste Verwickelungen zwischen Preußen und Frankreich im Anzuge seien, andererseits aber das hiesige Kabinet mit allen Kräften bemüht sei, für Erhaltung des Friedens zu wirken, obwohl man seit einigen Tagen keine allzu sanguinischen Hoffnungen hege. Theils hiermit, theils mit den Besorgnissen vor dem Ausbruche eines Konflikts in Rumänien bringt man mehrere militärische Vorkehrungen in Verbindung, wenn schon dieselben unstreitig mehr defensiver Natur sind und den Zweck haben, Oesterreich von kommenden Eventualitäten nicht überraschen zu lassen. Hierher gehört zunächst die militärische Inspektionsreise, auf welcher der Feld-

*) Daß hier der Wiener Korrespondent der „Allg. Ztg." nicht im mindesten übertreibt, wird uns eben von einem Herrn bestätigt, der von der Rheingrenze kommt und der die dortigen höchst auffallenden militärischen Bewegungen auf beiden Seiten mit eigenen Augen gesehen hat. A. d. R.

Prozeß Ebergenyi.

(Schluß.)

Der Vertheidiger wendet sich nun gegen die Basis, welche dem Antrage der Staatsbehörde auf Todesstrafe zu Grunde liegt, nämlich das Geständniß der Angeklagten (die österreichische Strafprozeßordnung läßt nämlich das Urtheil auf Todesstrafe nur in zwei Fällen zu: Das Verbrechen muß wider den Beschuldigten entweder durch beschworene Thatzeugen oder durch dessen eigenes Geständniß rechtlich bewiesen sein), und führt detaillirt aus, daß dasselbe als ein nach der Strafprozeßordnung giltiges nicht angesehen werden könne und zwar, weil die Angeklagte es sofort widerrufen habe und weil es kein vollständiges, im Gegentheile widersprechendes sei, indem es nicht alle Fragen beantworte. Der Kern der Ausführung ist aber eine Verurtheilung der Todesstrafe überhaupt. „Die Todesstrafe, so ruft Redner aus, bedarf einer höchst beschränkten Anwendung, denn sie ist keine zeitgemäße mehr; die Wissenschaft bekämpft sie bereits seit mehr denn hundert Jahren. Kräftig und bewältigend führten und führen den Kampf gegen sie unsere edelsten und besten Geister mit aller Macht ihres Wissens und aller Wärme ihres Herzens und sprechen sie es mit Ueberzeugungstreue aus, daß nichts den Fortbestand dieser Strafart zu rechtfertigen vermöge. Es ist die Todesstrafe kein Akt der Wiedervergeltung. Den grausamen Satz: Aug um Auge, Zahn um Zahn, hat die Menschlichkeit vernichtet, und Niemand verstümmelt mehr den boshaften Verletzer edler Körpertheile und doch wollte man den Spruch: Leben um Leben noch immer gelten lassen! Den etwa schnell und unvermuthet zugefügten Tod wollte man mit dem grauenhaften, vorverkündeten, langsam heranrückenden Tode vergelten! Die Qualen der angstvollen Erwartung, den Angstschweiß der letzten Tage, diese Ewigkeiten unendlichen Weh's kann die Lehre der Wiedervergeltung nicht rechtfertigen. Der Tod bessert auch nicht. Es mag zwar mancher Verurtheilte, durch das den Tod bringende Erkenntniß erschüttert, bekehrt, versöhnt mit seinem Gotte sterben, die gottgefällige Blume der sittlichen Wiedergeburt, die Bethätigung der Besserung hat des Henkers rauhe Hand unwiederbringlich entblättert. Oder schreckt die Todesstrafe vielleicht ab? Dann blicket hin auf die wüste Frechheit des Pöbels, welcher roh und entsittlicht das ungewöhnliche Schauspiel blutriesender Gerechtigkeit durch lange Stunden ersehnt, erharrt! Es johlt das zügellose Laster, und aus dem rauchenden Blut des Gerichteten reifen neue Opfer für dasselbe Schaffot heran. Noch hat der Tod die Mörder nicht beseitigt! Welcher Art kann jene Strafe sein, die den starr Leugnenden nicht treffen darf und den reumüthig Geständigen ereilt, wo der Milderungsgrund zum Erschwerungsgrund wird! wo der Jüngling, das Mädchen unter zwanzig Jahren von ihr ausgenommen sind, und ein Tag — der Zufall eines Tages — sohin über das Leben und den Tod eines Menschen entscheiden kann? wo die frühere Entdeckung des Mordes den Tod bedingt, seine zwanzigjährige Verborgenheit durch Verjährung ihn beseitigt? Welcher Art ist also jene Strafe, wo der Zufall seine wirksame Rolle spielt? Die Todesstrafe ist gerichtet; sie kann nicht lange mehr bestehen, dieser letzte Ring mittelalterlicher Grausamkeit muß gebrochen werden; schon fällt diese Strafe rings um uns; Sachsen, welches ein bürgerliches Gesetzbuch von uns entlehnt hat, ist uns vor wenigen Wochen hierin vorangeeilt, unsere Regierungsmänner sind in Wort und Schrift für deren Aufhebung eingestanden; wie über die Leibeigenschaft in älterer, über die Keitenstrafe und die Schuldhaft in letzter Zeit wird die vorwärts strebende Humanität auch über diesen letzten Ausläufer der Tortur zermalmend hinüberschreiten."

Ein besonderes Interesse erregt dann weiter die Ausführung des Vertheidigers bezüglich der intellektuellen Urheberschaft des Ver-

marschall Erzherzog Albrecht sich gegenwärtig in Ungarn befindet und die, wie aus seiner Reise nach Kaschau hervorgeht, der Besichtigung der Karpatenübergänge bei Eperies und durch das Laborkzathal nach Przemysl, dem wichtigsten Punkte zur Vertheidigung Ostgaliziens, gilt, dessen Befestigung schon früher projektirt war, jedoch des Finanzpunktes wegen aufgegeben werden mußte. Einiges Aufsehen erregte es auch, daß an die Administration der Bahnen die Aufforderung gerichtet worden ist, besondere Feldeisenbahnabtheilungen und Telegraphenbureaus „mit thunlichster Beschleunigung" zu errichten und mit allen nöthigen Materialien und Werkzeugen zu versehen, so daß ihre Mobilmachung und Transferirung auf einen beliebigen Punkt jederzeit erfolgen kann. In Verbindung damit scheint auch die Aufstellung von Cadres für die fünften Bataillone der Linienregimenter zu stehen, zu deren Kommando die disponiblen überzähligen Offiziere verwendet werden sollen."

Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." aus Süddeutschland stellt die Behauptung auf, daß Kaiser Napoleon seine Pläne mit Luxemburg nicht aufgegeben habe, trotz der Schleifung der Festung des Ländchens, welche nur als Vorspiel erscheine; denn der französische Herrscher gebe einen einmal gefaßten Plan nicht auf, wenn er ihn auch durch Winkel- und Schachzüge zu verbergen wisse. Die Wahrheit dieser Aufstellung wird durch den Hinweis zu erhärten gesucht, daß auch die Neugestaltung Italiens, wie der Krieg gegen Rußland bereits in dem Kopfe des Präsidenten der Republik feststand und schon 1852 in der „Köln. Z." von Paris aus verrathen war. Der Plan von 1866, in Deutschland eine Umgestaltung herbeizuführen, habe, wird weiter ausgeführt, obwohl ähnlich wie vor 1859 angezettelt, nicht den von Napoleon gewünschten Erfolg gehabt. Preußen sollte vergrößert, Oesterreichs Macht in Deutschland verstärkt, aber aus den Rheingebieten ein selbstständiger neutraler Staat geschaffen werden. Ein gutorientirter Deutscher habe schon im September 1859 von Paris aus diesen Plan, als in den Tuilerien bestehend, enthüllt und zwar in der „Frkf. Postztg." Das französische Programm, wie es in dunkler Weise 1866 vor Ausbruch des Krieges erschien, erhielt durch jene Indiskretion eine nähere Erklärung. 1859 hatte man sich als den König des zu schaffenden Rheinreiches den damals noch lebenden gewesenen König von Westphalen gedacht. Auch dieser Gewährsmann der „Allg. Ztg." aus Süddeutschland kommt zu dem Schlusse, daß Napoleon die Ereignisse von 1866, die sich anders gestaltet hatten, als er hoffte, (weil er sie eben nicht mitgestalten konnte) nicht ruhig hinnehmen werde und seinen alten Plan nicht aufgeben werde. Deßhalb suche er Preußen zu isoliren, sowohl von Italien wie von Rußland. Daß Kaiser Napoleon in der That den Versuch gemacht hat, Preußen von Rußland zu isoliren, bestätigt das „Journ de St. Petersbourg," das Organ des Fürsten Gortschakoff.

Auch die Wiener „Presse", welche darüber, wie man im Reichskanzleramt von der jeweiligen Lage denkt, immer gut unterrichtet ist, nimmt als ausgemacht an, daß im Herzen Napoleons der Kampf beschlossen sei, meint übrigens, ohne bindende, ja verpflichtende Zusagen von Seite der übrigen Großmächte werde Frankreich trotz Schleswig und Mainz keinen Krieg gegen Preußen unternehmen. „Diese Ueberzeugung beruht auf unerschütterlichen Grundlagen; eben darum liegt es im lebhaftesten Interesse aller wahrhaft friedliebenden Mächte — und darunter gehört zunächst Oesterreich — auf keine Sondirungen oder gar Transaktionen (von Seite Frankreichs) einzugehen, sondern sich offene Hand, volle Neutralität und vollkommen freie Entschließung zu wahren."

Bemerkenswerth ist endlich auch, daß der österr. Botschafter am Pariser Hofe nach Wien reist, angeblich, um der Hochzeit seines Bruders beizuwohnen. Man sagt aber, Herr v. Beust wolle den Fürsten Metternich persönlich instruiren. Vielleicht beziehen sich diese neuen Instruktionen auf die von der „Presse" angedeuteten „Sondirungen und Transaktionen," da man weiß, daß Fürst Metternich einer französisch-österreichischen Offensiv-Allianz nur zu gewogen und geneigt ist.

Die Adreßdebatte im Zollparlament

ist interessant genug und ein so wichtiger Beitrag zur gegenwärtigen Lage Deutschlands und der Parteien, daß unsere Leser eine ausführlichere Mittheilung darüber nicht werden vermissen wollen, zumal da uns andere besonders dringende Neuigkeiten nicht vorliegen und den Raum frei lassen.

Das Zollparlament beschloß, als es in die Adreßdebatte eintrat, mit großer Majorität, zuerst die beiden Referenten (wovon der Eine für und der Andere gegen die Adresse war) und hierauf ebenso zwei Redner (wieder Einer für und Einer gegen) zu hören.

Ref. Abg. v. Bennigsen erörtert, wie an dem Recht des Zollparlaments, die Thronrede mit einer Adresse zu beantworten, kein Zweifel bestehen könne, und geht dann zur Frage der Opportunität über. Er sagt: Wenn wir kurz den Entwicklungsgang der letzten Jahre übersehen, so werden Sie Alle mit mir darin übereinstimmen,

---

brechens und der mildernden Umstände. „Auch mich, so sagt er, erschreckte die vollbrachte That. Allein als ich mit dieser jugendlichen Angeklagten gegenüber sah, an ihre gute Abkunft, ihre höchst ehrenwerthe Familie, an das greise, Achtung gebietende Haupt ihres unglücklichen, in Schmerz vergehenden Vaters dachte, wurde mir klar, daß, wenn meine Klientin auch schuldig befunden wird, sie doch des Mitleids nicht unwürdig erscheint. Ein Verbrechen mag noch so groß sein, größer und inhaltsreicher noch dünkt mir die Frage: Wer ist der Verbrecher und wodurch ward er zum Verbrecher? Die Angeklagte ist würdiger Eltern Kind, an der Wiege ward ihr das Zeichen des Verbrechens auf die Stirne nicht gedrückt. Wie kommt es nun, daß diese Angeklagte voll Jugendlichkeit und Lebensfrische und eines unbelasteten Vorlebens theilhaftig, vielleicht zur Mörderin wurde? Die Lust und die Freude am Tödten war es nicht. Blicken Sie hin auf die Geschichte der Vergiftungen, sie liefert Ihnen eine Unmasse von Frauen, die diesem grauenvollen Laster verfielen. Allein, welch' unnatürliche Bilder verbrecherischer Verworfenheit entrollen uns die Prozesse jener Frauen — einer Marquise Brinvilliers, der Geheimräthin Ursinus, der Margaretha Gottfried aus Bremen, der Anna Zwanziger und zahlreicher Anderer. Diese haben Eltern, Gatten, die eigenen Kinder und die fremden Kinder von der Straße, die armen Kranken in den Spitälern, den harmlosen Diener, was durch Freundschaft und Hingebung an sie gekettet war, herzlos zu Tode verfolgt. Schwer zählbar waren ihre Opfer! Mit Wollust nahmen sie jenes Fürchten und Hoffen in sich auf, das in dem Geheimnisse und dem Schauer liegt, und weideten sich unter der Maske süßer, liebevoller Freundlichkeit mit dämonischer Mordlust an den Leiden und Qualen der armen Hingeknickten. Bei der heute Angeklagten aber ist Aufregung und Schrecken der That vorangegangen! Ich werde im weiteren Verlaufe aus Briefen des Gustav Chorinsky den Nachweis liefern, daß meine Klientin nur unter Kampf und unter eindringlichem Zureden an die Ausführung der ihr gestellten traurigen Aufgabe sich gewagt hat. Ich finde einen Nachweis hiefür nicht minder in der beabsichtigten Werbung des Rampacher und Dirkes, wenn überhaupt die bis jetzt unenträthselten Beziehungen zu diesen Beiden eine solche Werbung bedeuten. Wozu der Mitwisser und Theilnehmer, wozu die Werbung, wenn der Entschluß zur That für sie leicht und die Ausführung gerne übernommen ward? Es liegt ein Nachweis hiefür endlich in dem Benehmen der Angeklagten in München selbst. Die Nacht vor der That und der Tag der That selbst galten für meine Klientin als ebenso viele Stunden schmerzhaften Ringens und Zagens. Fanny Stuhlreiter ist die lebende Zeugin hiefür. Alles trug an jenem 21. November die Spuren einer sehr schlecht und unruhig verbrachten Nacht, die drei Fingerringe lagen im Bette und am Boden zerstreut herum. Die Angeklagte war höchst aufgeregt. Sie wusch sich am Morgen nicht. Höchst aufgeregt und erschöpft kam sie in's Hotel zurück, zerstreut theilte sie dreifache Trinkgelder aus und enteilte dieser Stadt. Aber auch mit der Rückkunft nach Wien war die Ruhe in ihr Gemüth nicht zurückgekehrt. Ich berufe mich diesfalls auf die bestimmten übereinstimmenden Aussagen der Mitverhafteten der Ebergenyi über der Letzteren quälende und beängstigende Träume, über ihre schlaflosen Nächte, ich erinnere desgleichen an eine Antwort ihres Verhörs. Solche Wahrnehmungen bestätigen zuverlässig die Richtigkeit meiner Behauptung, es habe übermüthige Lust am Vergiften meine Klientin nicht nach München geführt. Ebensowenig waren es Motive der Gewinnsucht. Ebergenyi und Gustav Chorinsky, so behauptet die Staatsbehörde, sollen Eins gewesen sein, identisch in ihrem Vorhaben und eng verknüpft in ihren Endzielen. Solidarisch treffe sie daher Verantwortung und Schuld. Die Solidarität der Schuld lasse ich zu, die Solidarität der Motive niemals. Anders ist der Mann geartet in seinen Berechnungen, seinen Entschlüssen und seinen innersten Wünschen, und anders das Weib. Die Geldverhältnisse meiner Klientin waren nicht trostloser Natur. Die wahren Motive der That, dies kann ich hier auf das Bestimmteste aussprechen, liegen ausschließlich in der grenzenlosen Leidenschaft des Weibes zum Geliebten, in der Befürchtung für die eigene Ehre, und in dem Ehrgeize — an sich ebenso innerlich edle, als erhabene Motive, die wohl geleitet und bewacht zum Himmelreiche führen können, die hier absichtlich mißbraucht und schlecht verwerthet zu den Pforten des Kerkers geleiteten. Julie Ebergenyi ist ein Weib, versehen mit allen Schwächen des Weibes, und ohne besondere Fähigkeiten des Geistes. Sie ist weibisch

daß auf der Grundlage, welche im Jahre 1866 gewonnen worden ist, eine stetige Fortentwickelung der deutschen Einigung stattgefunden hat. — Redner begründet diese Behauptung durch einen Rückblick über die Ereignisse und die Verhandlungen, die zu den Verträgen zwischen Norddeutschland, den süddeutschen Staaten und Oesterreich geführt haben, sowie durch die in die norddeutsche Bundesverfassung aufgenommene Bestimmung, nach welcher der Eintritt der süddeutschen Staaten im Wege der Bundesgesetzgebung jederzeit offen gehalten wird. Er kommt auf den Widerstand, den der Adreßantrag finde. Man könne sich darüber nicht wundern. Er sagt: Die Wahlbewegung in Süddeutschland ist offenbar eine sehr heftige gewesen, und es war natürlich, daß die Partei, die siegreich daraus hervorgegangen ist, augenblicklich nicht wünschen konnte, daß die heftigen Kämpfe sich hier im Zollparlamente wiederholen, wo sie fürchten mußte, sich einer Mehrheit gegenüber zu befinden, die ihren Standpunkt nicht theilt. Ein großer Theil der Besorgnisse, die man vorher gehegt, wird jedoch beim Durchlesen unseres Entwurfs geschwunden sein. Die Befürchtungen beruhten darauf, daß die Majorität ihre Stellung benutzen würde, die Minorität zu majorisiren, um die Competenz des Zollparlaments auszudehnen, gegen den Willen der Süddeutschen. Eine solche Competenzerweiterung schein' mir nach den Verträgen vom 8. Juli v. J. von vornherein ausgeschlossen; dieselben lassen keinen Zweifel darüber, daß ein solcher Schritt nur erfolgen kann, nachdem jede einzelne süddeutsche Regierung und Landesvertretung ebenso wie der Norddeutsche Bund sich damit einverstanden erklärt hat. Die Adresse zerfällt in vier Theile. Redner gibt hierauf eine Erläuterung der einzelnen Sätze der Adresse und fährt fort: Ich sehe in der That nicht ein, warum nicht auch diejenigen, welche eine rasche Fortentwicklung nicht wünschen, für diesen Entwurf stimmen können. Derselbe enthält nur das, was uns Alle beseelt, den Wunsch nach einem allmäligen Fortschritt auf der Bahn der Einigung. Wir selbst können einen sofortigen Anschluß Süddeutschlands gar nicht wollen, denn ganz abgesehen von den Vorschriften der Zollvereinsverträge sind diejenigen Einrichtungen, die in Norddeutschland geschaffen, noch keineswegs so zum Abschluß gebracht, daß man die Zustände als fertige betrachten könnte. (Hört! hört!) Es bleiben uns für die nächste Zukunft noch so bedeutende Aufgaben zu lösen, daß es nicht wünschenswerth erscheint, die Schwierigkeiten dadurch zu steigern, daß eine erhebliche Zahl widerstrebender Elemente in den Norddeutschen Bund aufgenommen würde. Niemals werden wir uns der Verpflichtung entziehen, den Süddeutschen den Beitritt jederzeit offen zu halten oder mit ihnen Verträge abzuschließen, die einen nähern Anschluß herbeizuführen geeignet sind, aber an eine augenblickliche Einigung, die etwa noch in diesem Frühjahr erzielt werden sollte, denkt Niemand, und die Adresse hat nichts weiter als eine schrittweise, allmälige Fortentwicklung im Auge. Der deutschen Nation ist eine Aufgabe gestellt, wie sie niemals größer an dieselbe herangetreten ist, sie soll die Einheit ihres politischen und Cultur-Lebens herstellen. Lassen Sie uns nicht hinter dieser Aufgabe zurückbleiben. Zwei Feinde haben wir zu bekämpfen; es gilt auf der einen Seite im Norden den Gedanken zurückzuhalten, daß man dem Süden Gewalt anthun, ihn wider seinen Willen zum Anschluß an den Nordbund bringen müsse, und andererseits klar zu stellen, daß man das Gesammtvaterland ins Verderben stürzen würde, wenn man versuchen wollte, die Grundlagen, die das Jahr 1866 geschaffen hat, wieder in Frage zu stellen. Ich weiß nicht, ob die Zahl der Süddeutschen, die das letztere wünschen, eine große ist; jedenfalls sind sie ebenso Feinde des Vaterlandes wie Diejenigen, welche durch eine Gewaltthat gegen den Süden einen Bürgerkrieg entflammen würden. Die Bewegung des Jahres 1848 scheiterte daran, daß der Partikularismus und Dualismus nach einer kurzen Niederlage sich wieder kräftig erhob. Endlich ist der Knoten durchhauen, Oesterreich hat auf die Führerschaft in Deutschland verzichtet und sich der Lösung von Aufgaben gewidmet, die seine Thätigkeit noch Menschenalter hindurch in Anspruch nehmen; hoffen wir deshalb, daß das Jahr 1866 uns dauernd innern Frieden und Eintracht gebracht, daß es das letzte Mal gewesen, wo Deutsche Deutschen mit den Waffen in der Hand gegenüber gestanden haben. Diesem Gefühle will unsere Adresse einen Ausdruck geben; lassen Sie unsere Diskussionen von demselben in gleicher Weise beseelt sein, lassen Sie es uns als unsere Pflicht betrachten alles Feindselige zu vermeiden, und dagegen Alles hervorzuheben, was uns einigt. (Lebhafter Beifall.)

Correferent Abg. v. Thüngen: Ich werde offen und wahr sein und bitte nur, wenn in meiner Rede etwas Ihr Gefühl verletzen sollte, dies nicht meiner Absicht, sondern der unabweisbaren Pflicht der Thatsachen zuzuschreiben. — Ich kann nicht verhehlen, daß die Majorität des süddeutschen Volkes, die eigentliche Volksmasse, offenbar einer näheren Verbindung mit Preußen abhold ist. Es herrscht dort ein gewisses Mißtrauen, eine gewisse Furcht, daß durch einen zu engen Anschluß unseren Institutionen, unserer Selbstständigkeit

---

in ihrem Handeln, in ihrem Sprechen und Denken. Sogar die unmenschliche That in ihrer ganzen Unweiblichkeit trägt noch immer in ihrer Einleitung, in ihrer Vollbringung, in den darauf folgenden Geschehnissen deutliche Merkmale des Weibischen, ebenso ihre Vertheidigung. Es ist ein unglückliches Geschöpf. Das Glück einer besänftigenden Mutterhand, das wachsame Auge der Mutterliebe ward ihr nur ein wenig zu Theil. Das ärmste Mädchen zieht Menschenliebe und Weiblichkeit aus dem weichen, unendlich warmen Mutterherzen, mit tausend Würzelzweigen durchgreift die Mutterliebe das ganze weibliche Gemüth, ihr aber, dem lebhaften Kinde einer besseren Familie, erlosch schon in zartester Kindheit das liebe freundliche Mutterauge. Allerdings ward für ihren Unterricht und ihre Erziehung bestens Sorge getragen; allein die Bildung und die Aufklärung liegen nach meiner Ansicht nicht allein im Lesen und Schreiben; wo die gleichmäßige Ausbildung des Geistes und des Herzens mangelt, da haben wir verkümmerte Menschen. Die Halbbildung kann unter Umständen oft viel gefährlicher werden, als die Bildungslosigkeit. Aus der Halbbildung leite ich die zahlreichen, merkwürdigen, zum Theil räthselhaften Kriminalfälle ab, von denen die vornehme Welt am wenigsten verschont blieb. Gerade bei den feineren Kreisen begegnet man öfters dieser verderblichen Erscheinung, welche genug des äußeren Firniß und der Kenntniß des Lebens verleiht, um nach Genüssen zu haschen und es an Glanz gleich thun zu wollen den Bevorzugten des Schicksals, zu wenig aber der wahren Herzensbildung, um in der Wohlthat des mühsamen Erringens und Verdienens Genuß und Befriedigung zu suchen. Ungesunde, laut durch einander gewürfelte Lektüre, ein müßiges, begehrendes Leben, ohne die Würze einer ausfüllenden Berufsthätigkeit entfesseln die zügellose Phantasie dieser Halbgebildeten und wirken vergiftend auf ihren Charakter, ihre Gesittung und ihre Moral. Daher so viel schlechte Beispiele, verlorene Existenzen, zerrüttetes Familienleben, und als letzte Wirkung verbrecherische Gewissenlosigkeit auch in der vornehmen Gesellschaft, daher die großen Schwierigkeiten, welche die vorschreitende Humanisirung nicht minder auch bei jenen Kreisen zu überwinden hat; und dieser Halbbildung nun, ohne jeden moralischen Halt, gepaart mit großen weiblichen Fehlern, mit einem leichten Sinn und mit Gedankenschwäche, begegnen wir leider auch bei meiner Klientin, und damit den Milderungsgründen der unerfahrenen Jugendlichkeit, der unzureichenden Bildung und der unzureichenden Verstandeskraft. Zur so gearteten Angeklagten nun, welche allein und unbewacht dastand, ihrem eigenen Geschicke überlassen, fand sich Graf Chorinsky. Er war ein Mann, den Jugend umgab, von ausgezeichneter Abkunft, von militärischem Range, von verführerischen Umgangsformen. Er brachte ihr, ob mit Berechnung oder aus echter Zuneigung — wer wollte dies jetzt entscheiden — sein Herz entgegen, ihr allein wollte er angehören, sie sollte die Herrin seiner Häuslichkeit werden. Solche glühende Liebesworte, wie er sie führte, selbst für ein minder empfängliches, für ein bedächtiges Mädchen gefahrvoll und fesselnd, wie berauschend müssen sie auf das lebhafter wallende Blut der Angeklagten gewirkt, wie sehr ihren Geist und ihre Sinne umstrickt haben. So wurde sie sein Eigen, sie ergab sich ihm ganz. Graf Chorinsky beherrschte ihren Leib und ihre Seele. Graf Chorinsky war aber verheirathet und gegen das ihm angetraute Weib hatte sich ein fürchterlicher, unmenschlicher Haß seiner Brust bemächtigt. Graf Chorinsky hat schon lange, bevor er die Angeklagte kannte, den Tod der Gattin gewünscht und vorbedacht. Inwieweit die Gräfin Chorinsky sein Lebensglück wirklich zerstört hat, wie er sich zum Polizeidirektor Burchtorff beklagte, darüber fehlt uns jede nähere Einsicht. Einen großen Schatten scheint mir die heimliche, der Familie Chorinsky sorgfältig verborgen gehaltene ehebrecherische Geburt eines Knaben jedenfalls auf sie zu werfen. Dieses Ereigniß muß uns trotz aller von Achtung und Liebe erfüllten Briefe der Schwiegereltern den Stab über ihren Charakter brechen lassen; uns mißtrauisch machen, sie war nicht aufrichtig, sie hat nicht ehrenwerth gehandelt. Allein wie dem immer sei, das Eine steht fest, daß Graf Chorinsky den ihn durchwühlenden Haß auch auf die Angeklagte zu übertragen suchte und so wurde methodisch der Haß des Mannes in das Herz des vertrauenden, sich hingebenden Mädchens eingeimpft und die schauderhafte That wurde allmälig in einen Akt der Rache und der eigenmächtigen Gerechtigkeit umgewandelt. So wurde sie die Mitverschworene ihres Geliebten. Indem aber die Angeklagte nur unter dem anhaltenden Einflusse ihres Geliebten handelte, muß ich es aussprechen: Julie Ebergenyi war eine durch Furcht, Liebe,

Nachtheil erwachsen könne. Wie Sie dies Gefühl auch nicht für gerechtfertigt erachten, so werden Sie es doch wohl erklärlich finden, wenn Sie bedenken, daß die süddeutschen Volksstämme von jeher eine große Anhänglichkeit an ihre Institutionen und Dynastien hegen; wenn Sie ferner bedenken, daß die Masse des Volkes bei uns nur Gefühlspolitik treibt, und eine Abneigung dahin geht, von wo ihr Gefühl verletzt wird; und daß dies durch die preußischen Siege geschehen ist, werden Sie leicht erkennen. Anders ist unsere Stellung, die der Abgeordneten. Wir treiben keine Politik des Gefühls, sondern des Verstandes. Wir lassen uns nicht durch augenblickliche Verstimmung, auch nicht von der Volksstimmung leiten. Wir fühlen auch, daß jeder Schlag, der Preußen von auswärts versetzt wird, fühlbar ist für ganz Deutschland und speciell für Süddeutschland. Wir stehen fest auf dem Boden der geschlossenen Verträge, vor allen Dingen auf dem Schutz- und Trutzbündnisse, und Sie können überzeugt sein, daß, wenn die Integrität Deutschlands von irgend welcher Seite in Frage gestellt wird, wir an Ihrer Seite stehen, an Ihrer Seite kämpfen, an Ihrer Seite bluten werden. (Beifall.) Das Nationalgefühl und das Gefühl der Zusammengehörigkeit ist bei uns ebenso lebhaft, wie anderswo. (Beifall.) Wenn wir uns aber auf den Boden der Verträge stellen, so hoffen wir, daß dies auch von anderer Seite geschieht. Der Zollvertrag beschränkt sich nun auf eine bestimmte Grenze; darüber hinaus kann er nicht ausgedehnt werden ohne neue Verträge zwischen den betheiligten Regierungen unter Zustimmung der Volksvertretungen. Unser Mandat ist durch diese Grenze bestimmt; darüber hinaus haben wir keine Vollmacht. Durch die Adresse wird uns zugemuthet, über diese Competenz hinauszugehen. In der Adresse finden Sie eine Hindeutung auf ein allgemeines deutsches Parlament, auf den Eintritt der süddeutschen Staaten in die Machtsphäre des Norddeutschen Bundes. Dies tritt noch mehr hervor, wenn wir erwägen, von welcher Seite dieser Antrag gestellt und welcher Doppelsinn mit ihm verbunden ist. Man sagt nun zwar: das sind ja nur Wünsche, welche die Adresse ausdrückt, keine Thaten. Ich bitte aber doch zu bedenken, daß ein Wunsch, hier ausgesprochen, eine That ist durch ganz Europa. Wir sind nur mit einem bestimmten beschränkten Mandat hier und nicht berechtigt, Wünsche auszusprechen, die viel weiter gehen und tief in das innerste Staatsleben eingreifen. Wir sind gern bereit, auf dem Wege des Vertrages eine größere Einigung herbeizuführen; wir fühlen dies Bedürfniß vielleicht stärker wie Sie (auf die Nationalliberalen deutend, welche widersprechen), wir wollen aber die Einigung nur auf gesetzlichem, auf dem Wege des Vertrags. (Ruf unter den Nationalliberalen: Wir auch!) Der zweite Hauptgrund für Ablehnung der Adresse ist der der Zweckmäßigkeit. Wenn Sie wünschen, auf dem Wege der Verträge zu einer weiteren Einigung zu kommen, so stören Sie dies nicht durch Beschlüsse, die von uns mit Mißtrauen betrachtet werden. Auf diesem Wege können wir Ihnen nicht folgen. Seien Sie überzeugt, daß auch von unserer Seite gern Alles gethan werden wird, was die Einigung erleichtert. Wir sind hierher gekommen mit der festen Absicht, ehrlich und freudig mit Ihnen an dem Ausbau der Verhältnisse zu arbeiten, für die unser Mandat uns Vollmacht gibt. Es ist ferner unsere Absicht, freundschaftliche Beziehungen mit Norddeutschland herzustellen; wir wollen gern die Bruderhand nehmen; stören Sie aber nicht das Wachsthum der zarten Pflanze der Freundschaft. (Heiterkeit.) Es ist nicht meine Gewohnheit, an die Gefühle zu appelliren; ich appellire aber hier an Ihr Gefühl der Billigkeit, an Ihre eigene Einsicht, und frage Sie, ob dies der richtige Weg ist, um das Mißtrauen, das noch in uns besteht, und in der Stellung des Schwächern zum Stärkern begründet ist, zu beseitigen. Ich mache auch noch darauf aufmerksam, daß, nachdem die süddeutschen Abgeordneten die Kompetenz für diese Frage nicht anerkannt, ein eigentlicher Majoritätsbeschluß dieses Hauses gar nichts zu bedeuten hat. Wenn auch sämmtliche Abgeordnete des norddeutschen Bundes gegen die Abgeordneten von Süddeutschland auftreten, so beweist das gar nichts. Wir wissen, daß wir uns in allen Fragen, die zu unserer Kompetenz gehören, der Majorität fügen müssen; über unsere Kompetenz hinaus aber gibt es für uns keine Majorität. Was soll dann aber ein solcher Beschluß für eine andere Wirkung haben, als zu zeigen, daß Norddeutschland nach einer Richtung, Süddeutschland nach der andern geht, und dem Ausland Einblick in diesen Zwist zu gestatten. Dies ist für uns nicht dienlich. 47 Abgeordnete der süddeutschen Staaten unter 82 Anwesenden haben sich nicht berechtigt geglaubt, an irgend einer Verhandlung über diese Frage Antheil zu nehmen; und wenn sich von den übrigen auch eine größere Zahl noch an den Verhandlungen über die motivirte Tagesordnung betheiligen und eventualiter dafür stimmen will, so sind auch diese gegen die Adresse. Es sind also für die Adresse nur diejenigen, von denen sie eingebracht ist. Ich schließe mit der Bitte, in meiner Rede nichts Verletzendes finden zu wollen. Glauben Sie, daß uns eben so sehr Eintracht, Einigung und die fortschreitende Verbindung zwischen Nord- und Süddeutschland am Herzen liegt, als Ihnen selbst. (Beifall.)

Hierauf wird die Debatte eröffnet; von den eingeschriebenen Rednern wird, wie dies bei Anträgen auf einfache Tagesordnung nach der Geschäftsordnung bestimmt ist, ein Redner für und einer gegen die Tagesordnung ausgeloost. Das Loos bestimmt den Abg. Blanckenburg für, den Abg. Bluntschli gegen.

(Schluß folgt.)

Leidenschaft und Ehrgeiz Irregeleitete, nur durch den Grafen Chorinsky wurde sie zur Mörderin; und ich erblicke hierin den Milderungsgrund einer hart an die Grenzen der Unzurechnungsfähigkeit streifenden Leidenschaftlichkeit, Verblendung und Gefühlsüberreizung und den Milderungsgrund einer ungewöhnlich mächtigen Verführung. Ich habe nur aus den Akten meine Ueberzeugung geschöpft und dieser gewonnenen Ueberzeugung Ausdruck gegeben. Uebrigens stehe ich bei der großen Verantwortlichkeit meiner Behauptungen nicht an, dieselben noch des Weiteren durch Thatsachen zu begründen. Hier spricht mir nun für die Hingebung und die Liebe der Angeklagten, für den besseren Kern in ihr, die Schonung, welche sie während der ganzen Untersuchungsdauer dem Geliebten bewahrt hat, den sie nie genannt, von dem sie Alles abgewehrt hat. Sie duldet und er soll frei sein! Hierin erkennen Sie das sich aufopfernde Weib. Die waltende Gerechtigkeit hat uns aber seine Briefe nicht entgehen lassen, und wie Vieles lesen wir aus ihnen. Hier sehen wir in nicht zerstörbarer Gewißheit die Allgewalt der Ueberredung bestätigt, deren der Graf bedurfte, den schweren Kampf, welchen sie vor ihm gerungen, den Haß, den er bei ihr steigernd angefacht, und das weiche Gemüth, welches er allein verhärtet. Hier lesen wir die ewigen Anrufungen Gottes zu dem verruchten Zweck, hier die ewigen Betheuerungen der Heirath, die Befürchtung, daß sie doch noch zurücktreten könnte von der That, und die Thatsache, daß sie unter einem Eid gebunden nach München ging. Die Worte im Briefe vom 20. November: „Du schwörst es mir ja so heilig, daß Du sie nicht schonst, Du mußt mich ja heirathen!“ und andere in jener Selbstanklage des Grafen sind stumme und doch so gut sprechende Zeugen für den vom Grafen Chorinsky auf die Angeklagte ausgeübten Druck, für die Raffinirtheit, mit welcher er die Sehnsucht eines jeden Mädchens nach Verehelichung und einer Grafenkrone bei ihr ausbeutete, und für die Herzlosigkeit, mit der er unter Gottesanrufungen ihre Opferwilligkeit, ihren Haß, ihre Leidenschaftlichkeit in höchsten Gluthen auflodern machte, daß ich nur ihm die Schmach der Urheberschaft zuwerfen muß und es mit Beruhigung und Sicherheit wiederholen darf: die Gräfin Chorinsky mag das Opfer der Julie Ebergenyi gewesen sein, — Julie Ebergenyi war das durch alle Mittel raffinirter Verführung irregeleitete Werkzeug des Grafen Chorinsky.“ Mit einem Appell an die Menschlichkeit der Richter schloß Dr. Neuda.

Nachdem der Vertheidiger mit seinem Plaidoyer zu Ende war, wendete sich der Präsident zur Angeklagten mit der Frage, ob sie den Worten ihres Vertheidigers noch etwas zuzufügen habe? Angeklagte: Ich möchte nur bitten, meinen Gustav zu schonen. Er hat mir keinen Auftrag gegeben. Er ist der edelste Mann der Welt. — Der Staatsanwalt, gefragt, ob er zur Replik das Wort ergreifen wolle, verneinte dies. Die Publikation des Urtheils erfolgte um 1/4 4 Uhr unter den üblichen Formalitäten. Der Saal war buchstäblich bis zum Erdrücken gefüllt. Das Urtheil erkennt die Julie Ebergenyi v. Telekes des Verbrechens des vollbrachten Meuchelmordes als unmittelbare Thäterin schuldig und verurtheilt diese zur Strafe des schweren Kerkers in der Dauer von 20 Jahren. Diese Strafe wird nach dem Gesetze vom 15. November 1867 in Supplirung der Eisenstrafe mit einer Woche Einzelhaft am Ende jedes Jahres verschärft.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 131-32. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 12. Mai 1868.

Die Adreßdebatte im Zollparlament.

(Schluß.)

Abg. v. Blanckenburg: Auf den Standpunkt des Abg. Reichensperger, der die Tagesordnung mit der Inkompetenzerklärung des Hauses begründen will, kann ich mich nicht stellen. Eine Adresse zu erlassen als Beantwortung auf die Eröffnungsrede an den König von Preußen, das halte ich sehr wohl für zulässig. Ich habe aber andere Gründe für die einfache Tagesordnung. Unsere süddeutschen Brüder haben sich auf ihren Wahlschlachten in ihren heimathlichen Ländern zum Theil sehr schroff gegenüber gestanden; es sind hierher gekommen Abgeordnete von beiden Parteien, von der Majorität und von der Minorität. Durch die Debatte über die Adresse wird nun weiter nichts beabsichtigt, als daß die Minorität hier die Majorität dort besiegen soll. Für uns ist es aber wohl nicht angemessen, unsere Majorität dazu herzugeben, den Parteikampf aus Stuttgart und München zu erneuern. Wir haben schon ein kleines Vorspiel davon gehabt. Durch die neulichen Auslassungen des Abg. Dr. Braun dürfte wohl aber nach dieser Richtung hin meines Erachtens das Bedürfniß vollständig befriedigt sein. (Heiterkeit.) Man sagt nun: das sei ja gerade ein Grund mehr für eine Adresse, weil Dr. Braun dies Bedürfniß befriedigt; man müsse ihn widerlegen. Ich glaube, meine Herren, dazu ist eine Adreßdebatte nicht nöthig. Es ist ja wohl das allgemeine parlamentarische Gefühl gewesen, daß Dr. Braun neulich eine parlamentarische Niederlage erster Größe erlitten hat. (Heiterkeit. Beifall. Widerspruch.) Wir in Norddeutschland wollen gewiß nicht die Süddeutschen zwingen, gegen ihren Willen in unseren Bund zu treten. Auf der Grundlage des Art. 79 der Bundesverfassung wollen wir sie aber gerne aufnehmen, wenn sie aus eigener Initiative den Antrag stellen. Ich begrüße in dieser Beziehung die Worte, die der Herr Korreferent gesprochen hat, daß die Süddeutschen aufrichtig das Schutz- und Trutzbündniß zu halten gesonnen sind. Unsere Regierung, und ich glaube wohl, alle Parteien in den norddeutschen Staaten fühlen dasselbe Bedürfniß; wir glauben einer nationalen Pflicht und der nationalen Ehre nachzukommen, wenn wir an diesem Bündnisse treu und ehrlich halten. Was aber die Fragen der materiellen Interessen und des Schutzes anbetrifft, so fühlen wir uns im norddeutschen Bunde stark genug, als daß wir die Süddeutschen widerrechtlich zu einem Anschlusse zwingen sollten. Das Bedürfniß des Anschlusses fühlen jedoch auch wir. — Redner wendet sich dann gegen den Antrag Roggenbach's auf motivirte Tagesordnung und sucht auszuführen, daß die einfache Tagesordnung keineswegs den „nationalen Gedanken" verletze. Mit dem „nationalen Gedanken" habe es eine ganz eigenthümliche Bewandtniß. Die nationalen Gedanken Vieler gingen weit hinaus über den Elsaß, über Verdun, (Ruf: Oho! oho!), über die russischen Ostseeprovinzen. Auf den Widerspruch, den diese Behauptung hervorruft, entgegnet Redner: Es gibt solche nationale Gedanken. — Meine Ansicht ist aber die, daß wir stehen bleiben auf dem Boden, den wir durch die letzten Ereignisse und die Verträge gewonnen haben, und auch nicht mit frommen Wünschen hinausgreifen und andere Länder beunruhigen mit dem Gedanken, daß wir hinübergreifen könnten nach Metz und Verdun; (heftige Unterbrechung. Präsident Simson unterbricht den Redner mit den Worten: „Wenn ich den Herrn Redner richtig verstanden habe, so hat er unter den Personen, deren nationale Gedanken über Metz, Toul und Verdun hinausgegriffen, nicht Mitglieder dieser Versammlung gemeint.)

Abg. v. Blanckenburg: Ich danke sehr für die Bemerkung, es ist mir dies natürlich nicht eingefallen, ich habe nur gesagt, daß wir die Verträge treu halten müssen. Halten wir das gemeinsame deutsche Interesse fest im Auge und vermitteln wir von diesem Gesichtspunkte aus; der Dank des Vaterlandes wird uns dann nicht fehlen. — Redner wendet sich dann zu den einzelnen Sätzen der Adresse, spricht hierbei gegen die Einräumung größerer parlamentarischer Rechte an das Zollparlament sowohl wie an den Reichstag. Er bezeichnet es für überflüssig, die nationale Zusammengehörigkeit zu betonen, denn wenn die deutsche Ehre mit der Chassepotspitze berührt wird, so haben wir in Deutschland sofort die Einheit: und wir könnten demjenigen Dank votiren, der uns dazu verhilft. Das füh-

Leipziger Messe.

Unter dem Wogen und Treiben großer Menschenmassen und bei dem herrlichsten Wetter wurde Sonntag den 3. Mai c. um 12 Uhr Mittags mit der Glocke des Rathhausthurmes die weltberühmte Leipziger Messe eingeläutet, d. h. derjenige Theil der Messe, in welchem Meßfreiheit herrscht.

Es ist dies die glückliche Woche für die von Gläubigern gepeinigten, gehetzten und geplagten, mit Wechsel-Arresten und -Prozessen bedrohten kaufmännischen Schuldner, denn alle Verfolgungen gegen diese unter den Nullpunkt des Kredits gesunkenen Geschäftsleute sind in dieser Freiheitswoche einzustellen. Ungenirt darf der Verfolgte am hellen Tageslichte sich bewegen, er kann kaufen und verkaufen nach Wunsch und Belieben und Abends seine Kuffe Bier in Ruhe trinken, ohne sich besorgt nach umherschleichenden Exekutoren umschauen zu dürfen.

Die vor dem 3. Mai c. verflossene Meßwoche war die sogenannte Böttcherwoche.

Es ist eigenthümlich, daß mit dem Beginne der Meßfreiheitswoche die Engrosgeschäfte schon fast vollständig in der Böttcherwoche, als auch schon in den dieser vorangegangenen 8 Tagen zur Abwickelung gelangt sind, namentlich die Geschäfte in Tuchen, Frauenkleiderstoffen, in Leder und Rauchwaaren.

Wahrscheinlich hat die vorzeitige Abschließung der bedeutendsten Ankäufe darin ihren Grund, daß jeder der hier aus allen Weltgegenden hergeeilten Kaufleute das Beste, was die Messe bietet, für sich zu erstehen und die an sich gebrachten Meß-Novitäten so früh und schnell als möglich nach seiner Heimath zu spediren strebt.

Leder, Tuche und Pelze sind hier aufgestapelt gewesen, daß man ein kleines Königreich, mindestens aber die Fürstenthümer Reuß-Schleitz-Greitz-Lobenstein damit hätte bedecken können.

Hunderte von mächtigen Haufen fingerdicker Ochsenhäute bis zu den feinsten Kaninchenhäuten herunter bedeckten nicht nur den Boden sehr langer Budenreihen, sondern lagen ganze Straßen entlang aufgethürmt. Die größten Tuchlager waren in der Hainstraße zu sehen. In allen untern Räumen der Häuser, die Hofräume derselben mit eingeschlossen, erhoben sich mächtige Ballen und man betrachtete mit Vergnügen die herrlichen Stoffe, die da feil standen. Es wandelte Einem die Lust an, sich einmal so nach Herzenswunsch aus diesen Vorräthen für alle Jahreszeiten zu versorgen, doch der Gedanke an den knappen Geldbeutel drückte stets die Gelüste kräftig zu Boden und predigte Genügsamkeit. Die Befriedigung von dergleichen Wünschen steht nur einer mäßigen Zahl Erdgeborner zu, die meisten derselben sind froh, dann und wann ihre schäbige Garderobe mit einem neuen Kleidungsstück zu ergänzen, obgleich die Kleider heutzutage im Verhältniß zu früheren Zeiten billiger, wenn auch nicht besser, zu haben sind. Wer 20 Thaler übrig hat und geht in der Absicht in einen Kleiderladen, um sich neu zu kostümiren, der kann, wenn er die Kleider gleich anzieht, wie ein deus ex machina als funkelnagelneuer Mensch von oben bis unten nach Hause zurückkehren, und zwar „pickfein." Auffallend war's, unter den Tuchen alle Regenbogenfarben schillern zu sehen, ähnlich wie bunter Frauenstaat. Man darf sich daher nicht wundern, wenn man nächstens die Galant-hommes in hellgrünen Hosen mit Gold- oder Silberstreifen und in rothen Röcken herumlaufen sehen wird. Echt schwarze und schöne blaue Tuche, wie sie in alter Zeit Mode waren, scheinen immer seltener zu werden.

In der langen Brühlstraße waren die Lagerstätten der noch mit Haaren versehenen Thierfelle zu finden. Zobel- und Baranken-, Bären- und Bisam-, Fuchs- und Schafsbälge bedeckten zu Tausenden von Exemplaren die Räume der Häuser und die Hofräume derselben. Fuchsfelle schien es besonders viel zu geben, es passirten die Straße

len wir Alle und brauchen es nicht erst auszusprechen. Redner schließt: Lassen wir alle Wünsche, alle Jugendträume; sehen wir es als eine gewisse Thatsache an, daß, wenn die süddeutschen Staaten wollen, auf dem Wege des Artikel 79 der Bundesverfassung ein weiterer Fortschritt zur Einigung der deutschen Staatskräfte herbeigeführt werden kann. Handeln wir als praktische Männer und nicht mit bloßen Redensarten. Wenn das Ausland sieht, daß das Zollparlament ruhig und ernst an seine Geschäfte geht, nicht erhitzt durch Parteistreitigkeiten, dann wird die Meinung über uns im Auslande auch eine andere werden; man wird uns nicht mehr für bloße Träumer halten, sondern als praktische und thatkräftige Männer achten und ehren. Drum fort an unsere Arbeit und weg mit allem Schwindel. (Beifall rechts; Widerspruch und Unruhe in den Reihen der National-Liberalen.)

Abg. Bluntschli: Nur ein Mitglied hat das Recht und die Kompetenz dieser Versammlung zu einer Adresse bestritten. Konsequenter Weise müßte man dann auch das Recht auf die Thronrede bestreiten (oh! oh!), denn ganz mit demselben Rechte, mit welchem bei Eröffnung des Parlaments zu dem Parlament gesprochen worden ist, kann das Parlament, wenn dasselbe es für zweckmäßig erachtet, darauf antworten. Ich will Ihnen sagen, wie wir zu dem Gedanken dieser Adresse gekommen sind; das wird zugleich die beste Motivirung derselben sein. Als wir an dem geschichtlich merkwürdigen Tage des 27. April im weißen Saale versammelt wurden, da ist uns ein Bild vor die Seele getreten, das allerdings nicht ganz in Uebereinstimmung stand mit den Träumen, die ein geehrtes Mitglied auf seiner Reise nach Berlin vom Zollparlament gehabt hat. Wir sahen vor uns die Vertreter sämmtlicher deutschen Staaten, die erste Versammlung eines deutschen Parlaments mit gesetzgeberischen Befugnissen ausgestattet, eine Versammlung in sich selbst sehr mannigfaltig und reich, ein lebendiges Bild der Gegensätze, die Deutschland theilen; wir sahen zugleicher Zeit die Vertreter sämmtlicher deutschen Regierungen; wir hörten eine Thronrede, die doch wahrlich etwas ganz anderes war, als die Präsidialrede des Bundes-Präsidenten in Frankfurt. Wir hörten, meine Herren, in der Thronrede ein Wort, das von dieser Stelle so eben durch Hrn. v. Blankenburg zu einem Witze benutzt worden ist, nicht ohne eine gewisse Verhöhnung des nationalen Gedankens, den wir nicht aussprechen, ohne das Gefühl zu haben, daß es sich um eine heilige Sache handelt (Bravo), als dieser Gedanke aus höchstem Munde ausgesprochen wurde, da allerdings kam uns der zweite Gedanke: es ist unmöglich, daß die zum ersten Male versammelte Vertretung des deutschen Volkes nicht ihre Zustimmung zu diesem Gedanken zu erkennen gebe. Meine Herren, in dieser Erwägung liegt der Grund zu dem Antrage auf Erlaß einer Adresse. Aber wir hatten noch einen andern Grund: für die Abgeordneten aus Süddeutschland ist es unmöglich, gerade diese Fragen, um deren willen sie hiehergekommen sind, mit Stillschweigen zu übergehen (Heftiger Widerspruch auf den Bänken der Süddeutschen.) Ja wohl! meine Herren, die Wahlkämpfe in Süddeutschland hatten ganz vorzugsweise eine politische Bedeutung. Nachdem sich der Redner bemüht hat, die politische Bedeutung des Zollparlaments zu beweisen, kommt er auf Süddeutschland und geht die einzelnen Staaten durch. Er sagt u. A.: Wenn auch in Hessen die Wünsche auf den Eintritt in den Nordbund sich am lebhaftesten geltend machen, so wissen doch die Mitglieder aus Hessen recht wohl, daß das Zollparlament nicht der Ort ist, um einen Antrag dahin richten zu können, aber es muß wenigstens der gedrückten Brust einmal gestattet sein, sich Luft zu machen. (Gelächter unter den Süddeutschen.) Auch in Baden ist keineswegs die Majorität der Bevölkerung gegen einen Anschluß an den Nordbund. In einigen Theilen der Bevölkerung herrscht allerdings eine gewisse Abneigung gegen Preußen; das sind diejenigen Theile, wo weniger politische Männer als vielmehr die Geistlichkeit die leitende Rolle einnehmen. Ueber die Württemberger wünsche ich nicht viel zu sagen. (Heiterkeit.) Bekanntlich sind die Württemberger einer der begabtesten Stämme Deutschlands, reich an Talenten, sehr reich an Originalen; es ist natürlich, daß hier auch eine originale eigenartige Politik Wurzel gefaßt hat. Die Schwaben sind ganz vortreffliche Familienväter, aber das Staatsgefühl ist ihnen unbequem und mit ihren Begriffen von Freiheit schwer vereinbar. Ich erinnere daran, daß 1815 auch Württemberg es war, das sich zuletzt dem deutschen Bunde anschloß, der doch gewiß eher eine Garantie als eine Bedrohung der kleinstaatlichen Souverainetät war. Der Widerstand gegen den Schritt zum konstitutionellen Staat war in Württemberg am allerschwersten. Trotz alledem bleibe ich der Hoffnung: Die Schwaben kommen zwar spät, aber sie kommen endlich doch (Heiterkeit), eine Hoffnung, zu der mich namentlich auch das allmälige Wachsen der deutschen Partei in Württemberg beseelt. Der stärkste endlich der süddeutschen Staaten ist Bayern; die bayerische Regierung nahm einen ruhigeren, patriotischeren Standpunkt bei den Wahlen ein, als die württembergische. In Bayern sind die Wahlen sehr getheilt ausgefallen, doch auch hier hat der Klerus schließlich entschieden. Wenn Sie heute in die Debatte einzutreten beschließen, so wird dieselbe nach allen Seiten hin beruhigend und aufklärend wirken; man wird erklären, daß der Süden keine Gewalt zu befürchten hat, daß der Norden nicht Willens ist, sein festes Gefüge durch eine ungehörige und frühreife Verbindung mit dem Süden zu schwächen (Bravo!) Redner geht nun auf die einzelnen Punkte der Adresse näher ein, legt die Bedeutung derselben dar und schließt etwa folgendermaßen: M. H.

---

entlang oft Wagen mit hoch aufgeladenen Fuchsbälgen, die einer ganzen Heerde von Füchsen angehört haben müssen. Die gewichtigen Schwänze der Füchse waren nach außen gezackt und baumelten zu Hunderten von allen Seiten des Frachtwagens herab, sich oft in der wehenden Luft so geschmeidig bewegend, als ob lebende Füchse ihr lauerndes, wonniges Gefühl angesichts eines Gänse- oder Entenbratens damit ausdrückten. Die eifrigsten Pelzkäufer waren Griechen oder Wallachen, und dies darf nicht verwundern, denn diese Völker wanderten beim wärmsten Sonnenschein in Pelzen und dicken, wollenen, rothen Mützen umher. Aber auch Breslauer Pelzkäufer waren vertreten. Das größte und in seiner Art einzig dastehende Pelzgeschäft betreibt ein gewisser Kaufmann Lohmer hierselbst. Jeder hier gewesene Pelzkäufer wird die enormen Niederlagen und die sich nach allen Ländern hin erstreckenden ausgedehnten Geschäfte dieses reichen Rauchwaarenhändlers kennen; er wird auch wissen, daß unter den Pelzsälen des ꝛc. Lohmer sich die „gute Quelle“ befindet, wo er beim Glase Bier vielleicht manche frohe Stunde verlebt hat.

In der erwähnten sogenannten Böttcherwoche wurden die von den Engros-Käufern erstandenen Waaren gepackt. Wo dazu im Innern der Häuser oder in den Hofräumen nicht Platz ist, findet das Packen mitten auf der Straße statt. Die kolossalen Ballen werden auf in Gestell gesetzt, an dem sich an jeder Seite eine Rolle befindet. Vermittelst dieser Rollen und durch Hebebäume schnüren die Packer dann die Ballen mit um dieselben gelegten Tauen oder Stricken so fest zusammen, daß die Ballen hart wie Holzblöcke wurden. Solch ein Ballen kann getrost die Reise um die Erde machen, bevor er leck wird.

Der Stadttheil, in welchem die fremden Engros-Kaufleute und Fabrikanten, welche die Messe Jahr aus Jahr ein besuchen, ihre Waaren niederlegen, beschränkt sich hauptsächlich auf die Grimmasche-, Nicolai-, Reichs-, Catharinen-, Neumarkt-, Hain- und Brühl-Straße, und auf die zwischen diesen Straßen gelegenen langen Durchhäuser und Hofräume. Jedes Plätzchen in diesen Gegenden ist besetzt und voll von Waaren gepfropft. Wo nur ein Aushängeschild an den Häusern passend und in die Augen fallend hat angebracht werden können, ist dies geschehen. Namen und Firmen aus allen Welttheilen der Erde gibt's da auf Tausenden von Schildern zu lesen, nur Engländer scheinen zu fehlen. Handlungshäuser aus New-York, aus Paris, aus Wien, Nürnberg und Venedig, aus Köln, Berlin und Danzig, aus Braunschweig und Hannover, und aus hundert anderen kleineren und größeren Handelsstädten und Fabrikorten von nah und fern sind vertreten.

Neben dem in den erwähnten Stadttheilen in den inneren Räumen der Häuser vor sich gehenden Haupt-Meßverkehr findet auch noch ein sehr umfangreicher Meßhandel in den hierzu auf geeigneten Plätzen erbauten Marktbuden statt. Der schönste hierzu in Anspruch genommene Platz ist der Augustus-Platz, der größer als der Breslauer Ring ohne die in der Mitte desselben befindlichen Gebäude ist, und eine sehr schöne Lage hat. Nach Norden wird er von dem frei und elegant sich präsentirenden neuen Theater, nach Süden von dem ebenfalls frei stehenden Museum, nach Osten und Westen resp. von dem Postgebäude, der Universität mit der Paulinerkirche und einigen Wohngebäuden begrenzt.

Der mitten über den Platz führende Steindamm verbindet die Grimmasche Steinweg-Straße, an der das Postgebäude die Ecke bildet, mit der Grimmaschen-Straße, die beiläufig gesagt viel Aehnlichkeit mit der Ohlauer Straße in Breslau hat. Von dem Steindamme aus reihen sich nach Norden und Süden zu 12 Budenstraßen ohne Unterbrechung aneinander. In der Richtung nach dem neuen Theater hin sind die Straßen kürzer und zählen 12 große nebeneinander liegende Markthallen; nach dem Museum hin bestehen die Straßen jedoch aus 24 aufeinander folgenden Buden. In dieser Holzstadt gibt es hauptsächlich viel nützliche Gegenstände für die Hauswirthschaft. Mehrere Straßen sind voll der herrlichsten Glassachen, von der Glasperle und dem Glasknopf an bis hinauf zu den prachtvollsten Vasen und Punsch-

Es gibt im Süden zwei Parteien; die eine ist dem Anschlusse an den Norden im Ganzen zugeneigt, sie ist ihm freundlich gesinnt; die andere will davon nichts wissen. Dasselbe Mitglied, das heute auf die Vertragstreue pochte, Herr v. Thüngen, hat Alles gethan, was in seinen Kräften stand, um die Verträge nicht zu Stande kommen zu lassen (Hört! hört!), und es gibt noch zur Stunde Viele, die sich von denselben frei machen möchten. Diese Partei des Südens wünscht die einfache Tagesordnung sammt und sonders. Wenn Sie für die einfache Tagesordnung stimmen, so stimmen Sie denjenigen Herren bei, die am wenigsten von irgend einer Vereinigung etwas wissen wollen, und wenn Sie gegen die einfache Tagesordnung stimmen, dann stimmen Sie mit allen denen in Hessen, Baden, Württemberg und Bayern, die von Herzen und ganz Ihre Freunde sind. Jetzt stimmen Sie! (Beifall.)

Abg. v. Hennig beschwert sich über den von Blanckenburg gebrauchten Ausdruck Schwindel.

Präs. Simson erklärt denselben nicht auf den Adreß-Antrag bezogen zu haben.

Abg. Braun (Wiesbaden) wendet sich in einer persönlichen Bemerkung an den Abg. v Blanckenburg, wird jedoch nach einigen Witzen (!!) vom Präsidenten unterbrochen, weil er das persönliche Gebiet verlassen. Er constatirt daher nur noch, daß er bei den Wahlprüfungen nicht in seinem eigenen, sondern in dem Namen von 45,000 Württembergern gesprochen, die sich unterdrückt geglaubt.

Der Präsident schreitet nunmehr zur namentlichen Abstimmung, deren Resultat bereits mitgetheilt wurde.

Norddeutscher Bund.

Frankfurt, 8. Mai. [Denunziantenwesen.] Der „N. Fr. Pr.“ schreibt man: Herr Polizei-Präsident v. Madai ist von Berlin zurückgekehrt, aber die Gerüchte über seine Abberufung sind deßhalb noch nicht verstummt, haben im Gegentheil durch einen neuerlichen Vorfall wieder frische Nahrung erhalten. Zweck seiner Reise in die Residenz scheint ein doppelter gewesen zu sein; einmal, um sich wegen seiner ungesetzlichen Verordnung über das Meldewesen zu vertheidigen, dann um sich gegen gewisse Denunciationen zu verantworten, als deren Urheber die öffentliche Stimme einen seiner Untergebenen bezeichnet, den die Regierung schon lange mit dem unreinen Geschäfte eines „Aufpassers“ betraut. Was die eben erwähnte, mit dem Freizügigkeits-Gesetze in direktem Widerspruche stehende Verordnung betrifft, so hat Herr Ministerialrath v. Delbrück zwar auf die bezügliche Interpellation im Reichstag geantwortet, die Republication derselben sei ohne Vorwissen des Herrn v. Madai erfolgt; allein die hiesige Lokalpresse versichert aufs allerbestimmteste, daß dem nicht so ist und daß sie im Stande sei, die Mitwissenschaft des Herrn Polizei-Präsidenten bei der Wiederveröffentlichung nachzuweisen. Da das Blatt, welches dies zuerst behauptete, nicht mit Beschlag belegt worden, so macht die Sache natürlich großes und gerechtes Aufsehen, und zwar umsomehr, als dieselbe Persönlichkeit, welcher das traurige Geschäft der Ueberwachung der Presse obliegt, zu gleicher Zeit auch jener „Aufpasser“ ist, der über die Beamten geheime Conduiten-Listen führt und sie gegen ein Billiges nach Berlin abliefert. Ja noch mehr! Dieselbe Persönlichkeit betreibt auch das einträgliche Geschäft der Reclame über die benachbarten Spielbäder, und hiesige Redaktionen wollen nun die Bemerkung gemacht haben, daß ihre Blätter, wenn sie eine solche Reclame nicht aufgenommen hatten, einen oder zwei Tage darauf regelmäßig — versteht sich, nur ganz zufällig — confiscirt worden seien. Herr v. Madai ist über diesen Stand der Dinge genau unterrichtet, aber es ist ihm der Allmacht der kleinen einflußreichen Persönlichkeit gegenüber bisher nicht möglich gewesen, etwas dagegen thun zu können. Kein Wunder, daß ihm, der zwar alle Attribute eines preußischen Landrathes, aber gleichwohl ein empfindliches Ehrgefühl besitzt, die Galle endlich übergelaufen ist und er sich persönliche Genugthuung verschafft hat. Worin diese bestanden, ist nicht so recht klar geworden. Man weiß nur — und erzählt es sich mit freudigster Aufregung in der Stadt weiter — daß er am Tage seiner Rückkehr von Berlin den kleinen Aufpasser zu sich beschieden und sich mit ihm eingeschlossen hat. Was in dem verschlossenen Zimmer vorgekommen, wird wohl ewiges Geheimniß bleiben; aber aus gewissen Tönen, die Jeder von den Schulbänken her kennt und die zu der kritischen Zeit aus der Thür klangen, glaubt man allgemein folgern zu dürfen, der kleine Mann habe eine Reitpeitsche — geschenkt bekommen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Blutige Liebestragödie.] Aus Prag, 6. d. M., wird geschrieben: „Der obere Theil der Fleischhauergasse war heute kurz nach Mitternacht der Schauplatz einer schrecklichen Mordscene. Ein Kommunalwach-Korporal, ein Führer und ein Gemeiner, welche um diese Zeit in ihre Kaserne gingen, bemerkten bereits in der Wassergasse eine junge schlanke Dame am Arme eines Offiziers in ziemlich laut geführtem Wortwechsel begriffen. Das Liebespaar lenkte in die Fleischhauergasse ein und blieb vor dem Hause Nr. C. 1325, woselbst sich früher das k. k. Polizei-Kommissariat der oberen Neustadt befand, stehen. Als die Kommunalwache sich den Beiden näherte, lag das Frauenzimmer auf der Erde, der Offizier kniete neben ihr und hielt sie mit beiden Händen umschlungen. Die Wache, in der Meinung, das Frauenzimmer sei ohnmächtig geworden, eilte zur Hilfe herbei.

Bowlen. Und wie billig sind diese wunderschönen glänzenden Waaren! Ein Besteck von geschliffenem Glase zu Essig und Oel, Salz und Pfeffer, mit Gestell, konnte man für 20 Sgr. erstehen. Einige Straßen beherbergen Porzellan zu allen nur erdenklichen Bedürfnissen. Es herrscht in dieser Budenstadt die zweckmäßige Einrichtung, daß den besonderen Fabrikanten und Handwerkern auch besondere Straßen angewiesen sind. Da gibt es Klempner-, Bürstenbinder-, Korbmacher-, Pfefferküchler-, Hauben-, Spitzen-, Bänder- und Corset-Gürtel- und Tragbänder-, Filz-, Woll-, Baumwoll- und Flanell-, Leinwand-, Herrenkleider-, Schuhmacher-, Spielzeug- und noch andere Straßen.

Ein anderer, aber nicht so großer mit Holzbuden bebauter Platz ist der Marktplatz am Ende der Grimma'schen Straße nach Westen zu gelegen. Hier sind Kurzwaaren und Bijouterie-Sachen in so großer Menge und Auswahl vorhanden, daß dazu ein Riesengedächtniß gehörte, um all die Sachen aufzuzählen. Einen schönen Eindruck machen die ausgestellten, geschliffenen, bunten, zu Damenputz verwendeten Steine. Schon beim Beginn der Messe umschwärmten daher diese Gegend junge und alte, reizende, wie minderschöne „Sächserinnen“. So ließen sich noch viele Plätze im Innern der Stadt und außerhalb derselben aufzählen, auf welchen Waaren aller Gattungen, in sehr großen Quantitäten feil stehen.

Hinter dem Museum neben der Promenade sich hinziehend, beginnen die zum Vergnügen und zur Volksbelustigung erbauten großen und kleinen Bretterhäuser, zwischen denen Abends sich hin und her ein wogender drängender und stoßender Menschenknäuel, unter Blech-, Streich- und Harmonica-Musik von allen Seiten und unter dem unaufhörlichen, unermüdlichen Ausschreien der Inhaber von Taschenkünstler-, Affen-, Hippodrom-, Carrousel-, Schieß-, Kalospintechromokrene-, Monstre-, Frauen und Mädchen beherbergenden sächsischen wie norddeutschen Eß- und Trinkbuden hindurchwindet.

Während der Zeit der Messe spinnen die hiesigen Restaurateure Seide. Wenngleich auch der Leipziger oft und gern dem Vergnügen und der Erholung nachgeht, und daher die Bierhallen auch außer der Meßzeit nicht leer bleiben, so sind sie doch in dieser Zeit zum Erdrücken voll. Hôtel de Pologne, Hôtel de Prusse, Schützenhaus, Centralhalle, „Gute Quelle“, Auerbachs- und Esterhazy- und Burg-Keller, Café français und national, Tivoli, Burg-, Schatz-, Kitzing-, Theater-Restauration — all' diese Lokale, unter denen mehrere sehr geräumig, sowie noch sehr viele andere öffentliche Eß- und Trinkanstalten, reichen nicht aus, um die dem Biertrinken und der Unterhaltung nachgehenden Meßbesucher bequem zu fassen.

Die vielleicht schon nach der Heimath zurückgekehrten Meßreisenden werden in der ersten Zeit gewiß noch von dem schönen Schwechater, Bodenbacher, Nürnberger und Münchener echten Biere, und vielleicht auch von dem Leipzig eigenthümlichen Getränke, der „Gose“ schwärmen. Ein wahres Eldorado Leipzigs ist das Rosenthaler Wäldchen, oder vielmehr schon der Rosenthaler Wald, dicht an der Stadt gelegen, in denen man stundenlang auf geebneten Fußwegen promeniren und frische Waldesluft athmen kann. Dieser Wald mit seinen Kaffeehäusern, wie mehrere in der Nähe Leipzigs gelegene Dörfer, bieten dem Fremden und Einheimischen Gelegenheit zu Ausflügen, die, namentlich Sonntags, massenhaft stattfinden.

Das Resultat der diesjährigen Messe wird als ein sehr günstiges angesehen. Dies beweist schon die Schnelligkeit, mit der die Ankäufe während der Engros-Messe stattgefunden. Die größten Waarenmassen wurden sofort erstanden.

Nach Beendigung der Waarenmesse beginnt eine andere Messe — die Erzeugnisse darbietet, durch deren Verbreitung Leipzigs Weltruhm sich begründet hat — die Buchhändlermesse. In dieser Messe finden auch die gegenseitigen buchhändlerischen Abrechnungen statt, und die Buchhändler sind daher jetzt so thätig wie die Bienen, um ihre Rechnungen abzuschließen, wobei sie in Rücksicht der Krebse viel zu krebsen haben.

In diesem Augenblicke richtete sich der Offizier auf, sein Waffenrock war mit Blut begossen, am Halse hatte er eine klaffende Schnittwunde. Jetzt erst zeigte es sich, daß das auf dem Trottoir liegende Frauenzimmer ebenfalls in einer Blutlache liege. Man wollte es aufheben, es war jedoch bereits entseelt. Ein mit furchtbarer Gewalt geführter Schnitt zeigte sich an ihrem Halse, so daß dieser nur mehr mit der Wirbelsäule mit dem übrigen Körper zusammenhing. Es wurde allsogleich der Bezirksarzt Herr Dr. Czmuchalek herbeigerufen und gleich darauf erschien auch der städtische Magistrats-Sekretär Herr Jaresch an der Stätte des Vorfalles. Der Offizier, welcher keinen Augenblick die Besinnung verloren hatte, gab an, daß er Johann Ritter v. Terlecki heiße und Lieutenant im Infanterie-Regiment Erzherzog Karl Salvator von Toscana sei. Das Mädchen war seine Geliebte, die 23jährige Nähterin Barbara Ullrich von Troppau, wohnhaft in demselben Hause, vor welchem der entsetzliche Vorfall sich zugetragen hatte. Er gestand anfangs die schreckliche That ein und gab als Motiv Eifersucht an, änderte jedoch seine Aussage, indem er behauptete, das Mädchen habe die tödtliche Wunde sich selbst beigebracht. Das Rasirmesser wurde in der Nähe auf der Erde vorgefunden. Beide Liebende waren noch vor ihrer Heimkehr in einem Weinhause auf der Altstadt gesehen worden. Die Leiche der Unglücklichen wurde bald darauf in das anatomische Institut des Allgemeinen Krankenhauses übertragen, der Lieutenant dagegen in's Garnisonsspital mittels einer Tragbahre befördert. Obgleich sich seine Verletzung als eine gefährliche herausstellt, ist doch Hoffnung für sein Aufkommen vorhanden. Der Schauplatz des Ereignisses war heute Vormittags noch von zahlreichen Neugierigen umstellt, die Blutspuren hatte man jedoch mit Sand verschüttet."

Frankfurter Börse (4. bis 9. Mai.)

9. Mai. Trotz allerwärts ertönender Friedenspsalmen bleibt die provozirende Haltung Frankreichs, welches das politische Schiedsrichteramt in Europa als sein traditionelles Vorrecht nicht fahren und ohne seine Genehmigung nichts in der Welt geschehen lassen will, die Ursache der dauernd gespannten Lage und des nicht zu bannenden Misstrauens.

Der kleine Aufschwung, den die Börse zu Anfang der Woche nehmen wollte, ging schnell verloren und die zweite Hälfte verkehrte in matter, lebloser Haltung. Dies gilt namentlich von österr. Fonds; von Anlagen darin kann natürlich keine Rede sein; die Lust dazu muss Jedermann vergehen, wenn die Herren im Wiener Reichsrathe die durch die Regierungsvorlage in Aussicht gestellte Verkürzung der Staatsgläubiger noch zu verschärfen Willens sind.

Süddeutsche Fonds behaupteten sich die ganze Woche über bei regerem Umsatz, besonders die 4½pCt. und unter ihnen obenan bayerische, da aus erster Hand keine Waare mehr abgegeben wird. Auch Pfandbriefe der bayer. Bank bleiben zumal für das Inland ein stets gesuchter Artikel, bei 4 pCt ist ein Kurs von 99¼ seltener Ehrenwerth und der ausdrucksvolle Beweis unbedingten Vertrauens. — Für Amerikaner fängt der Markt an, sich wieder etwas zu erweitern, nachdem man sich wenigstens für die nächste Zeit über die Goldzahlung beruhigt glaubt. Die Arbitrage gab starke Posten für New-York her, die aber von den zahlreichen Käufern rasch absorbirt wurden. Auch 85er Obligationen viel umgesetzt und in regelmässigem Geschäft. Für die am 1. Juli d. J. in Gold rückzahlbaren 68er Obligationen bewilligte man 96¾—½ oder unter Garantie des Eingangs in Gold fl. 2. 24¾ à 25 per Doll. (abzügl. 6 pCt. laufende Zinsen bis 1. Juli).

Staatsbahnaktien haben in dieser Woche zum Rückzug geblasen. Nachdem sie am Montag noch bis 266 bezahlt worden waren, machte die Spekulation am Dinstag, auf die Nachricht, dass die Superdividende erheblich geringer als erwartet ausfallen werde, eine Schwenkung und trat stark als Verkäuferin auf. Auch der Beschluss des Abgeordnetenhauses in Wien wegen der Konkurrenzlinie der österr. Nordwestbahn wirkte verstimmend.

Die Ungunst, in welche Staatsbahnaktien bei der Spekulation zu Anfang der Woche geriethen, kam momentan den österr. Kreditaktien zu gut; sie stiegen um 2½ fl. bis 191; die ungünstigeren Berichte aus Wien warfen sie am Donnerstag auf 188½ zurück; der Schlusskurs ist wieder höher 190. Ein Glück für unsere deutschen Mobiliarbanken, dass sie bereits geläutert und erniedrigt sind, um vor dem tiefen Sturz ihres Pariser Stammvaters bewahrt zu bleiben. Von Zettelbanken Frankfurter ohne Geschäft; österr. Nationalbank stationär.

Geldstand erhält sich in unveränderter Flüssigkeit. Fremde Devisen bei schwachem Umsatz stabil.

	4.		9.	
5% Oestr. National	52[illegible]	B	52[illegible]	
5% do. Metal. (1859)	62[illegible]		62[illegible]	
do. (steuerfr.)	50[illegible]		49[illegible]	
5% do. Lose (1860)	70[illegible]		70[illegible]	
— do. do. (1864)	87		87	B
Oestr. Kreditl. (58)	132		133	B
5% Bayer. Obligat.	101[illegible]		101[illegible]	B
4½% do. do.	93		93[illegible]	B
4% do. do.	88[illegible]		88[illegible]	B
4% do. 100Thl.-L.	99[illegible]	B	99[illegible]	B
4½% Würtemb. Obl.	93[illegible]	B	93[illegible]	B
3½% do. do.	82[illegible]		82[illegible]	B
4½% Badische do.	93[illegible]	B	93[illegible]	B
4% do. do.	87	B	86[illegible]	B

	4.		9. (Akt.)	
3½% Badische Obl.	81[illegible]	B	81[illegible]	B
4% Darmstädt. do.	89[illegible]	B	89[illegible]	B
4½% Nassauer do.	94[illegible]	B	94[illegible]	B
4% do. do.	85[illegible]	B	85[illegible]	
3½% do. do.	82	B	82	B
4% Kurhess. do.	88[illegible]		88[illegible]	B
3½% Frankf. do.	81[illegible]		82	B
3% do. do.	—		—	
6% Amerik. (1882)	75[illegible]		76[illegible]	
Oestr. Kredit. . .	190		190	
Oestr. Nat.-Bank	708		705	
Frankfurter do.	124[illegible]		124[illegible]	B
Bexbacher E.-B.	148[illegible]		148[illegible]	B
Bayer. Ostbahnen	122[illegible]		123	B

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¼—½ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53½ P. 52⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 P. 49⅞ G.
„	4½pCt.	42¼ P.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅛ P. ⅜ G.
„	4½pCt. Obl. 1jährl. dto.	93¾ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	93¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88¾ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅞ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⅝ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82½ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅛ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	81¾ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89¾ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83¾ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88⅝ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82¼ P. 82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85¼ G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	77 G.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	75¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124½ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	705 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191—92 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90½ P. ¼ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223½ P. 22½ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	336 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.-Elsb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125—24 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31⅜ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	148¾ P. ⅝ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87⅝ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105¾ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	134½ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅜ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243½ P. 43 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42½ P. ¼ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	123¼ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147½ P. 46⅞ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70¼ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 P.
„ do. v. 1864	87 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅞ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144½ G.
„ fl. 25 do.	38 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅛ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	24½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13¼ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 P. 101⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	101¾—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 11. Mai. Die Woche eröffnet in sehr guter Tendenz für österreichische Creditaktien, die heute wieder mehr, als bisher, in den Vordergrund des Geschäftes traten und zu steigenden Coursen (sie gewannen im Laufe der Börse ¾ fl.) gefragt blieben. Staatsbahn dagegen war matter und weniger in Umsatz. Von österreichischen Anlagepapieren wurden besonders neue englische Metalliques, die bisher durch Verkäufe eines größeren Postens gedrückt wurden, zu höherem Preise gehandelt. Auch die übrigen österreichischen Effekten verkehrten bei mäßigem Geschäfte in fester Haltung. Süddeutsche wenig im Umsatz und unverändert. Von Bahnen Elisabethbahn wesentlich besser in Folge der bereits schon früher angedeuteten Motive, Rudolfsbahn kaum aufzutreiben und mit 4½—5 fl. Agio bezahlt. 1882er Bonds bewahrten eine feste Haltung, ebenso Pacific-Bonds, die fortwährend für New-Yorker Rechnung stark gekauft werden. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 133.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 13. Mai 1868.

Großes Ketzergericht

ward am vergangenen Donnerstag Nachmittag in der St. James-Halle zu London über die Gottlosen gehalten, so in blinder Vermessenheit ihre tempelräuberische Hand an die irische Staatskirche zu legen wagen. Richter war der Erzbischof von Canterbury, Beisitzer die Erzbischöfe von York, Armagh und Dublin, 18 Bischöfe, dazu 5 Herzoge, 4 Marquis, 18 Earls, 7 Viscounts, 14 Barone und 88 Mitglieder des Unterhauses mit oder ohne Titel; von welcher Seite, ist wohl überflüssig zu bemerken. Daneben saßen auf der Tribüne noch viele andere geistliche und weltliche Würdenträger, hochangesehene Leute in ihren Kreisen. Kurz, es war eine so vornehme und zahlreiche Versammlung, wie sie sonst nur an Empfangstagen bei Hofe oder bei den Tanzgesellschaften der Londoner hocharistokratischen Damen anzutreffen ist.

Die weiten Räume der Halle boten gleichfalls einen äußerst feierlichen, ja, poetischen Anblick. Wie sich über das nächtliche Meer oft leuchtende Wellensäume hinziehen, so zogen sich die parallelen Linien der weißen Halsbinden über die weite Fläche der schwarzen Priestergewandung.

Auf den Trompetenruf des Erzbischofs von Canterbury waren sie alle herbeigeströmt aus Stadt und Land, wie ein Augenzeuge sie beschreibt: „Dürre, hungrige, studirende Geistliche, die auf dem Rücken griechischer Verba in eine fette Pfründe einreiten möchten; behäbige, wohlbeleibte Geistliche, die seit zwanzig Jahren an den Fleischtöpfen der Staatskirche sitzen; sonnverbrannte, mahagoniartige, gutmüthig schmunzelnde Landpfarrer, deren unverhohlenes Mißtrauen gegen Disraeli nur von ihrem Hasse gegen Gladstone übertroffen wird."

Der Vorsitzende eröffnete die Versammlung mit einer ziemlich kurzen Rede, der Lord Mayor von London begründete die erste Resolution, welche die Nothwendigkeit betonte, das Band zwischen Kirche und Staat zu erhalten. Zur Unterstützung erhob sich der Bischof von Oxford, und nun stellte es sich heraus, daß unter der horchenden Heerde sich auch schwarze Schafe befanden. Denn es erscholl lautes Zischen, und als der Prälat erst einige Sätze gesprochen, hatte der Lärm einen solchen Grad erreicht, daß der Erzbischof von Canterbury den Vorsitz aufzugeben drohte. Der Tumult legte sich erst, nachdem einer der zischenden Frevler beim Kragen gefaßt und summarisch hinausgeschmissen worden war, was denn die Genossen des Uebelthäters auf einige Zeit zur Ruhe ermunterte.

Die Rede des Bischofs ist eine gute Probe seiner bekannten dogmatischen Unduldsamkeit und zugleich ein charakteristisches Beispiel von der Sophistik, mit welcher die Berechtigung der protestantischen Staatskirche in Irland bewiesen wird. Der Unbefangene sollte fast glauben, diesen geistlichen Herren hätte die Natur ein ganz besonders organisirtes Denkvermögen gegeben. Und der Bischof behauptet schlankweg, daß die katholische Bevölkerung Irlands in die protestantische Staatskirche verliebt sei, und daß nur einige englische Wühler und Freidenker das ganze Geschrei von irischer Unzufriedenheit mit der Bevorzugung eines fremden Glaubensbekenntnisses erhoben hätten. „Von jedem Pfarrhause, in welchem ein Mann Gottes mit einer heiligen Familie lebt, verbreiten sich täglich tausend Einflüsse, welche den Aberglauben ringsum zerstören" u. s. w., das erkennen die irischen Katholiken an, und deßhalb lieben sie nicht den protestantischen Pfarrer allein — das mag wohl an vielen Orten der Fall sein —, aber die protestantische Staatskirche.

Der Bischof von London, von dessen Einsicht man wohl ein weniger schiefes Urtheil erwartet hätte, begründete darauf eine Resolution, daß die Abschaffung der irischen Staatskirche ein schwerer Schlag gegen den reformirten Glauben des Landes sein, die Oberhoheit der Krone schwächen und die Uebermacht einer auswärtigen Macht (d. i. des Papstthums) in Ihrer Majestät Gebiet fördern würde. Der Earl von Harrowby und der Erzbischof von York sprachen in gleichem Sinne. Eine dritte Resolution, welche zugibt, daß Veränderungen in der Stellung der irischen Kirche an der Zeit seien, aber alle radikalen Maßregeln ablehnt, wurde von Stanley, dem rühmlichst bekannten Dechanten von Westminster, befürwortet. Aber, aber, der Dechant wagt sich zu weit vor. Die erstere Hälfte der Resolution war ihm offenbar die bedeutendere; auch legte er wohl Gewicht auf den staatlichen Charakter, weniger aber auf die weltlichen Einkünfte der Kirche, ja, er wagte es, den Grundsatz freiwilliger Kirchenbeiträge nicht zu verurtheilen, sondern fast zu loben.

Darauf erhob sich gewaltiger Lärm, und als er nun gar die Nothwendigkeit von Verbesserungen, selbst in der englischen und schottischen Kirche, anerkannte, steigerte sich das Pfeifen, Zischen, Heulen zu einem solchen Grade, daß er nach einigen fruchtlosen Versuchen davon abstehen mußte, weiter zu reden. Auch die Bemühungen des Vorsitzenden drangen nicht durch, um Ruhe zu stiften. Dechant Stanley mußte also seinen gesunden Menschenverstand für sich behalten, wie es ihm denn schon öfter vorgekommen ist. Es klang sehr kühl, als

Zur Biographie Heinrich Heine's.

Kürzlich erschien ein Buch, das betitelt ist: „Erinnerungen an Heinrich Heine und seine Familie; von seinem Bruder Maximilian Heine" (Berlin, Dümmler). Der Herausgeber ist des Dichters jüngster Bruder, Arzt in Petersburg; der ältere, Gustav, lebt in Wien als Eigenthümer des „Fremdenblattes". Maximilian war einst in einer aufgeregten Stunde von Heinrich beauftragt worden, sein Biograph zu werden, und erfüllt jetzt theilweise dies Versprechen. Der Gedanke, der die Familie veranlaßte, das vorliegende Buch drucken zu lassen, war der, den unsäglichen Entstellungen und Lügen, die seit Jahr und Tag über sie verbreitet werden, entgegenzutreten, den Schild der Familie reinzuwaschen.

Maximilian Heine schildert das Familienverhältniß als das beste und angenehmste. Die Mutter arbeitete sorgfältig an der Ausbildung ihrer drei Söhne und wünschte sehnlich, daß sie nicht in deutscher Kleinstaaterei verkommen möchten. „Versprecht mir," sagte sie oft, „nie in einem kleinen Staate eure Heimath zu suchen; wählt große Städte in großen Staaten, aber behaltet ein deutsches Herz für das deutsche Volk!" Der erste Theil des Wunsches ging in Erfüllung, die Söhne wurden verschlagen nach Paris, Wien und Petersburg. Seinem Bruder Heinrich stand M. sehr nahe; er behauptet, daß bei der Beurtheilung des Heine'schen Weltschmerzes viel zu viel Gewicht auf Kämpfe des jungen Poeten mit Mädchenherzen gelegt sei. „Sein Schmerz war mir der Reflex des Individuums sowohl als ganzer Völker; jeder Leidende, jeder Verzweifelnde, jeder Liebende fand eine willkommene Stätte in seiner Seele. Die berühmten Gedichte „Ein Jüngling liebt ein Mädchen" und „es ist eine alte Geschichte" sind gar nicht Liebes- und Schmerzensausdrücke Heine's selbst, sondern durchaus reflektirt." So sagt der Herausgeber allen Erklärern zum Trotz. Auf das, was Heine selbst erläuternd in ähnlichen Angelegenheiten gesagt, bittet M. Heine kein Gewicht zu legen. Denn oft genug habe er, wenn kaum ihn ein Besuch verlassen, händereibend und sarkastisch lächelnd gesagt: „Dem habe ich wieder was Nettes aufgebunden."

Einen ganz unbekannten und unerwarteten Aufschluß erhalten wir über des Dichters so vielbesprochene und immer noch geheimnißvolle Liebe. Die Welt nahm an, daß die von ihm Angebetete, um die er so manches schöne Lied geweint, eine Verwandte gewesen, die sich zu einer anderen Ehe habe bereden lassen. M. Heine verwirft diese Annahme völlig und sagt, Heinrichs Seelenschmerz habe eine ganz andere Bewandtniß gehabt. Hören wir ihn. „Ich will hier nur in Kürze andeuten, daß Heine eine jugendliche Neigung für ein sehr junges phantasiereiches Mädchen hatte, welches Josepha hieß. Ihr Vater war Scharfrichter in Düsseldorf und lebte gänzlich vereinsamt in dem abgeschiedenen Freihause. Zu diesem so sinnigen, wunderbaren Wesen, das eine Waise war, fühlte sich Heinrich magnetisch hingezogen; ihre einsamen Stunden füllten oft seine Besuche aus. In diesem düster verfehmten Orte, in diesem Umgange, zu dem

kurz darauf Lord Chelmsford, dem Vorsitzenden den üblichen Dank der Versammlung darbringend, den Ausspruch that: „Die Feinde der Kirche haben geschrien und auf ihre Stärke gepocht, während die Freunde der Kirche geduldig und schweigsam hinter starken Wällen den Gang der Ereignisse verfolgt haben.“ Was das Schreien angeht, so ist es von den „schweigsamen Freunden“ bei dieser Gelegenheit sattsam nachgeholt worden.

Wenn Jemand Gewinn aus dem Verlaufe dieser Versammlung zieht, so ist es — Gladstone.

Die Vorlage über die Tabaksteuer.

Die in der Samstagssitzung des Zollparlaments dem letztern Seitens des Vorsitzenden des Bundesrathes des Zollvereins zugegangene Gesetzvorlage, die Besteuerung des Tabaks betreffend, halten wir bei der großen Wichtigkeit des Gegenstandes und der voraussichtlich äußerst lebhaften Debatte darüber im Zollparlament sowohl als in der Presse, für interessant genug, um sie im Wortlaut mitzutheilen:

§ 1. Der im Zollvereinsgebiet erzeugte Tabak unterliegt einer Steuer nach Maßgabe der Größe der jährlich mit Tabak bepflanzten Grundstücke. — Die Steuer beträgt von je drei Quadratruthen (preußisch) mit Tabak bepflanzten Bodens 6 Sgr. (21 kr.) jährlich. Flächen unter drei Quadratruthen sind steuerfrei, wenn sie in der Nähe bewohnter Gebäude liegen. — Wo die Quadratruthenzahl der von einem und demselben Pflanzer mit Tabak gepflanzten Gesammtfläche durch drei nicht theilbar ist, bleibt das unter drei Ruthen betragende Maß bei der Steuer unberücksichtigt.

§ 2. Jeder Inhaber einer mit Tabak bepflanzten nach § 1 steuerpflichtigen Grundfläche ist verpflichtet, der Steuerbehörde des Bezirks vor Ablauf des Monats Juli die bepflanzten Grundstücke einzeln nach ihrer Lage und Größe im Landesmaße genau und wahrhaft schriftlich anzugeben. Derselbe erhält darüber von der gedachten Behörde eine Bescheinigung. — Die für eine Fläche unter drei Quadratruthen (§ 1) zugelassene Steuerfreiheit kann von den zu einem Hausstande gehörigen Personen nur einmal in Anspruch genommen werden.

§ 3. Die Angaben (§ 2) werden Seitens der Steuerbehörde geprüft, welche dabei von den Gemeindebeamten zu unterstützen ist. Vermessungskosten dürfen hierdurch dem Tabakspflanzer nicht erwachsen.

§ 4. Nach geschehener Prüfung (§ 3) wird die von dem Tabakspflanzer zu entrichtende Steuer berechnet und demselben von der Steuerbehörde bekannt gemacht. — Die festgestellten Steuerbeträge sind nach der Ernte zur einen Hälfte im Monate Dezember, zur anderen Hälfte im Monate April fällig.

§ 5. Der Inhaber (§ 2) eines mit Tabak bepflanzten Grundstückes ist zu der im § 2 vorgeschriebenen Abgabe verpflichtet und haftet für den vollen Betrag der Steuer, auch wenn er den Tabak gegen einen bestimmten Antheil oder unter sonstigen Bedingungen durch einen Anderen anpflanzen oder behandeln läßt.

§ 6. Ein Erlaß an der Steuer soll eintreten, wenn durch Mißwachs oder andere Unglücksfälle, welche außerhalb des gewöhnlichen Witterungswechsels liegen, die Ernte ganz oder zu einem größeren Theile verdorben ist. — Die Bedingungen und das Verfahren für diesen Erlaß werden vom Bundesrathe des Zollvereins festgestellt.

§ 7. Die Steuer für den in das Ausland in Mengen von mindestens 50 Pfund versendeten Tabak wird vergütet werden, wenn die von der Zollbehörde vorgeschriebenen Kontrolbedingungen erfüllt worden sind. Der geringste Vergütungssatz beträgt für den Centner Rohtabak und Schnupftabak Einen Thaler 5 Sgr., für den Centner entrippte Blätter und Tabaksfabrikate (mit Ausnahme des Schnupftabaks) Einen Thaler 10 Sgr. Der Bundesrath des Zollvereins ist jedoch ermächtigt, die Ausfuhrvergütung zeitweise oder dauernd bis zum Betrage von beziehungsweise Einem Thaler 15 Sgr. und Einem Thaler 25 Sgr. für den Centner zu erhöhen. Für sogen. Geiz, grüne Tabaksblätter, Tabaksstengel und Abfälle wird keine Vergütung gewährt.

§ 8. Die Steuer wird zum ersten Male für die im Jahre 1869 mit Tabak bebauten Grundstücke erhoben.

§ 9. 1) Wer es unterläßt, die im § 2 vorgeschriebene Angabe hinsichtlich aller oder einzelner mit Tabak bepflanzten Grundstücke rechtzeitig zu machen, hat das Vierfache desjenigen Steuerbetrages, um welchen die Staatskasse dadurch hätte verkürzt werden können, als Strafe verwirkt. Die Steuer selbst ist unabhängig von der Strafe zu entrichten. — Im Wiederholungsfalle nach vorhergegangener rechtskräftiger Verurtheilung wird die nach dem Vorstehenden eintretende Geldbuße verdoppelt. Jeder fernere Rückfall wird mit dem Doppelten der für den ersten Wiederholungsfall bestimmten Geldbuße geahndet. — 2) Wer zwar alle mit Tabak bepflanzten Grundstücke rechtzeitig angibt, dabei jedoch die Fläche eines Grundstücks dergestalt unrichtig bezeichnet, daß das verschwiegene Flächenmaß mehr als den zwanzigsten Theil der Fläche des mit Tabak bepflanzten Grundstücks beträgt, verfällt in eine Ordnungsstrafe bis zur Höhe der doppelten Steuer von dem verschwiegenen Flächenmaße. Daneben ist die einfache Steuer zu erlegen. — 3) Nur diese wird erhoben, wenn der Unterschied zwischen der Angabe und dem Befunde nur den vorbezeichneten zwanzigsten Theil oder weniger beträgt.

§ 10. Wenn eine Geldbuße von dem Verurtheilten wegen seines Unvermögens nicht beizutreiben ist, erfolgt ihre Verwandlung in Freiheitsstrafe nach den Bestimmungen der Zollstrafgesetze.

§ 11. Die Feststellung, Untersuchung und Entscheidung der Zuwiderhandlungen gegen das gegenwärtige Gesetz erfolgt nach den Bestimmungen über Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze. — Die durch das gegenwärtige Gesetz vorgeschriebenen Strafen verjähren in fünf Jahren.

§ 12. Der Zoll von den vom Auslande eingehenden unbearbeiteten Tabaksblättern und Tabaksstengeln beträgt vom 1. Oktober 1868 ab für den Centner 6 Thlr. (10 fl. 30 kr.)

§ 13. Für die aus ausländischem Tabak ganz oder theilweise angefertigten Fabrikate soll bei der Ausfuhr nach dem Auslande eine Zollvergütung nach den vom Bundesrathe des Zollvereins zu ertheilenden näheren Bestimmungen gewährt werden.

§ 14. Die übrigen zur Ausführung dieses Gesetzes erforderlichen Anordnungen werden vom Bundesrathe des Zollvereins festgestellt.

---

sich noch zuweilen des Scharfrichters Schwester, die sogenannte „Hexe von Goch“, mit ihren unheimlichen Volkssagen gesellte, liegt der erste Keim zu des Dichters frühesten so trüben Poesien. Dahin gehören die Traumbilder, (z. B. „ein Traum, gar seltsam schauerlich, ergötzte und erschreckte mich“) und das wunderbare Gedicht „der Kirchhof“, das beginnt: „Ich kam von meiner Herrin Haus“ u. s. w. Ein Ereigniß in dem Freihause, das ihm Josepha in allen Einzelheiten wiederholt hat, ist von Heine's frühester Jugend bis an sein Lebensende stets in regster Erinnerung bei ihm geblieben. Eines Tages wurde Josepha früher als sonst von ihrem Onkel auf die Schlafkammer gewiesen. Sie vermuthete etwas Geheimnißvolles und schlich sich gegen Mitternacht bis ans Wohnzimmer. Da sah sie, wie allmälig im Zimmer sich Männer versammelten, die alle mit scharlachrothen Mänteln bekleidet waren und ein Henkerschwert in den Händen hielten. Sie sprachen nicht, seufzten tief und erhoben sich, als die Mitternachtstunde schlug, von ihren Sitzen. Ein Zug ordnete sich, der Onkel, gleichfalls im scharlachrothen Mantel, das Henkerschwert in der Hand, schritt voran. So ging es in mondscheinheller Nacht bis in das Dickicht des nächsten Waldes.

Josepha war den Männern nachgefolgt und belauschte, wie ein Grab gegraben wurde, in welchem unter geheimnißvoller Ceremonie das Henkerschwert des Onkels, des Hauptleidtragenden, bestattet wurde. Es war nämlich uralter Brauch in jenen Landen, daß das Henkerschwert, nachdem fünfzigmal mit demselben geköpft worden war, von den Scharfrichtern und ihren Gesellen feierlichst begraben wurde. Das Schwert wurde nach einiger Zeit von der Schwester, der sogenannten „Hexe von Goch“, die das Ereigniß von Josepha erfahren hatte, wieder ausgegraben und zu Zauberkünsten gebraucht. Von ihr und ihren Todtenliedern wußte Heine Manches zu erzählen; aber mehr als alles dies hat auf seine erste Jugendphantasie das „verfehmte, blasse, schöne Kind“ gewirkt. Heine erzählte mir gern von diesem blassen Mädchen, das er statt Josepha „Säfchen“ nannte. Er hatte auch in früher Jugend schon eine kleine Novelle geschrieben, in welcher „Säfchen und die Hexe von Goch“ den Hauptinhalt bildeten. Bei einem Brand in Hamburg ist mit vielen anderen Manuscripten des Dichters diese Novelle verloren gegangen.“

Was den Aufenthalt und die Verhältnisse Heine's in Paris betrifft, so ist der Bruder eifrig beflissen, das Heer von Erdichtungen über Mangel, den der Dichter gelitten, über unglückliche Häuslichkeit und unwürdiges Betragen seiner Familie zu zerstreuen. Nach seiner Darstellung bestand immer das beste, höchstens durch Vorübergehendes gestörte Verhältniß innerhalb der Familie und besteht noch jetzt mit Heine's Wittwe Frau Mathilde. Abgesehen von der schrecklichen Krankheit, die ihn über dreißig Jahre lang folterte, lebte Heine unter den besten Umständen, an die nie ein Schatten von Mangel herantrat.

Was die Krankheit betrifft, so meint der Bruder, daß die Pariser Aerzte durch ihre Behandlung sein Leben um viele Jahre gekürzt haben. Sein zarter Organismus, ein Gehirn- und Nervensystem, das

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Geistliche Einnahmen.] Welche Einnahmen hat die katholische Geistlichkeit des österreichischen Staates für Taufen, Begräbnisse und Copulationen? Diese Frage wirft ein Professor auf und beantwortet dieselbe in einer Zuschrift an die „N. fr. Pr." mit nachstehender Schätzung:

1) Oesterreich hat im Jahre 1868 eine Bevölkerung von 36,037,663 Seelen. Von 100,000 Lebenden werden 4121 geboren (Geburtsziffer), das gibt 1,483,560 Geborne. Davon gehören $77_{,66}$ Percent den Katholiken an (nämlich $66_{,7}$ Percent den Römisch-Katholischen, $10_{,93}$ Percent den Griechisch-Katholischen und $0_{,03}$ Percent den armenischen Katholischen), denn es ist nachgewiesen, daß die Zahl der Geburten vom Glaubensbekenntnisse nicht beeinflußt wird. Wir haben daher 1,152,086 katholisch Geborne; nehmen wir die $1_{,6}$ Percent todt Gebornen weg, so bleiben 1,133,653 zu Taufende. Nehmen wir an, eine Taufe bringe im Durchschnitt nur 40 kr., so gibt das 453,461 fl. 20 kr.

2) Auf 100,000 Einwohner entfallen 3345 Sterbefälle (Sterbeziffer); das gibt im Jahre 1,204,200 Sterbefälle. Davon $77_{,66}$ Percent Katholiken, das macht 935,192; dazu die 18,433 (nämlich die obigen $1_{,6}$ Percent der Gebornen), so ergeben sich 953,625 katholische Begräbnisse. Rechnen wir eines im Durchschnitte mit nur 15 fl., so erhalten wir die Summe von 14,304,375 fl.

3) Die Bevölkerung wächst jährlich um 1 Percent, d. h. um 360,377 Seelen, davon entfallen auf die Katholiken $77_{,66}$ Percent, das macht 279,686 Seelen. Davon verheirathen sich jährlich $35_{,7}$ Percent, das gibt 99,924 katholische Heirathen. Rechnen wir jede im Durchschnitt nur mit 3 fl., so erhalten wir 299,772 fl. Addiren wir, und wir bekommen eine Einnahme von 15,057,608 fl.

Nun haben wir im Staate nicht ganz 40,000 katholische Geistliche; nehmen wir aber diese Zahl voll an, so entfällt auf Einen noch immer die Einnahme von mehr als 376 fl. Was tragen nun die Aecker, Wiesen, Waldungen, Weinberge, die Messen und die hier nicht erwähnten Stola-Gebühren?! Und doch gibt es Landgeistliche mit einem Gehalte von jährlich 60 fl. Wo ist da die Gerechtigkeit in der Vertheilung?

Ausland.

Frankreich. [„Das Kind von Frankreich."] Ein Pariser Korrespondent der „Köln. Z." schreibt unter'm 7.: Heute Morgen um 10 Uhr empfing der kais. Prinz die erste h. Kommunion in Gegenwart seiner in Thränen gebadeten Mutter und des ernst dreinschauenden Vaters. Die Feierlichkeit trug den Charakter eines religiösen Familienfestes. Der kaiserliche Prinz, der mit dem bei dieser Gelegenheit in Frankreich üblichen Kostume bekleidet war — dunkelblaue Jacke, schwarzes Beinkleid und weiße Schärpe mit Goldfransen am linken Arm — benahm sich mit der im eigenen schüchternen Würde. Der Sohn Napoleons III. ist überhaupt ein schüchternes Kind, von seelengutem Herzen und einem ruhig heiteren Charakter. Sein jetziger Erzieher, General Fr.ssard, hat Manches gut zu machen, was vorher an dem Knaben gesündigt worden; aber der charakterfeste Soldat verspricht einen „ganzen Mann" aus dem Prinzen zu bilden, wenn man ihn bis zu dessen achtzehntem Lebensjahre unter seiner Leitung lassen will. In früher Jugend etwas verweichlicht und in frauenhafter Weise erzogen, behagte dem Knaben anfänglich das militärisch geregelte und strengere Regime seines neuen Gouverneurs nur wenig, doch fühlt letzterer jetzt, nach seinem eigenen Geständnisse, daß ihm der Zögling mit aufrichtiger Liebe zugethan ist.

Als der General das Amt antrat, an das er vorher nie gedacht, hatte ihn der Kaiser rufen lassen, um ihn mit den Worten zu empfangen: „Ich hatte stets gehofft, nie einer Mittelsperson zwischen mir und meinem Sohne zu bedürfen. Ich sehe, Das geht nicht — ich müßte die Erziehung meines Sohnes vernachlässigen. Treten Sie darum in meine Stelle. Ich vertraue Ihnen meinen Sohn an, seien Sie ihm ein Vater, wie ich es selbst wünschte, ihm einer sein zu können." Andere Instruktionen hat der General niemals erhalten. Seit dieser Zeit ist ihm auch die Erziehung des Prinzen allein überlassen geblieben, nur selten daß er der übergroßen Zärtlichkeit des Vaters, der fürchtet, daß er zu viel arbeite, oder derjenigen der Mutter, die fürchtet, daß er nicht zu viel zum Lernen angehalten werde, zu wehren hat. Das Kind von Frankreich arbeitet täglich sieben Stunden, die natürlich von regelmäßigen Erholungsfristen unterbrochen sind.

Seiner Begabung nach ist der Prinz ein Durchschnittsmensch, nicht besser und befähigter — aber auch nicht schlechter als die Mehrzahl seiner Altersgenossen. Für Literatur und die einschlägigen Studien zeigt er wenig Empfänglichkeit, desto eifriger fängt er an, sich mit exakten Wissenschaften zu beschäftigen. Bekanntlich folgt er alljährlich dem Lehrkursus eines der großen Pariser Lyceen in der seinen Kenntnissen entsprechenden Klasse und nimmt an den seinen Mitschülern im Lyceum ertheilten Aufgaben täglich Theil. So erhielt er neulich bei der Plätzevertheilung nach dem Ergebnisse der eingelieferten Arbeiten in der „version latine" schon den vierten Platz von 36, dagegen in der Orthographie nur den 24. bei der gleichen Anzahl Mitstrebender, was deutlich genug anzeigt, wo die Schwäche seiner gelehrten Ausbildung zu suchen ist.

Vor moralischem Verderben sucht ihn der General nach Kräften zu bewahren, zu welchem Ende er ein aufmerksames Auge auf die gesammte Hofdienerschaft und sonstige Umgebung hält. Namentlich vor der Gefahr des Umganges mit Frauen, die stets so einflußreich in Frankreich gewesen, sucht man ihn zu hüten. Erhält er doch jetzt schon Zuschriften in Menge von weiblicher Hand, die in ihm sonderbare Gedanken erregen müßten, ließe man sie bis an ihn herankommen; so z. B. wenn Schreiben von Frauenhand bitten, doch seine „schöne, weiße Hand" mit Küssen bedecken zu dürfen, u. dgl. m. Der General, welcher alle Briefe selbst öffnet, vernichtet natürlich derartige Ergebenheits-Zuschriften sofort.

Italien. [Ultramontane Hetzereien.] Der römische Korrespondent des „Univers" ist noch ganz Feuer und Flamme für den großen europäischen Reaktionskrieg. So läßt sich das „Univers" aus Rom schreiben: „Wir leben hier in der Erwartung größerer Ereignisse. Niemand glaubt an den Frieden und jeder einigermaßen einsichtsvolle Mensch erkennt klar, daß das Papstthum das Unterpfand des Sieges für die Macht sein wird, welche den Muth und die

---

in steter Bewegung sich befand, das durch das leiseste Geräusch, Klopfen, Klavierspiel, ja Vogelzwitschern auf das schmerzhafteste aufgeregt wurde, eine so reizbare, sensitive Natur, wurde allezeit mit den schwächendsten Mitteln mißhandelt; Aderlässe, Blutegel quälten den von täglicher Migräne Geplagten. Von Entbehrungen auf seinem Krankenlager ist nie die Rede gewesen. Für Pflege und alles Verwandte war auf das vollständigste gesorgt, Freundschaft und Liebe umgaben ihn. Frau Mathilde, in jungen Jahren seine lebenslustige Gattin, wußte auch seine kranken Tage zu erheitern. Sie war ein echtes Pariser Kind, vor Allem zum Frohsinn geneigt, aber nach des Schwagers Versicherung auch eine hingebende und aufopfernde Pflegerin, mit vollem Verständniß des Wesens ihres Mannes an ihm hangend, ohne alle Sentimentalität, ein sorgsames, ihren Gatten höchst liebendes, herzliches Weib.

Die Schattenseite im Hause Heine's bildeten die Geldangelegenheiten. Von Einrichtung und Haushaltung hatten der Poet und sein Weib keine Ahnung; Sorglosigkeit, Freigebigkeit, Ungeschick ließen das Geld durch ihre Finger gleiten. M. verschweigt die bekannten Geldgeschichten der Jugendzeit nicht und erzählt von Neuem, wie Heine den Onkel und selbst die Mutter in der, ganz gelinde gesagt, unfeinsten Art prellte. Von Onkel Salomon lesen wir viel in dem Buch und finden manchen recht hübschen Zug. Heinrichs Geldkasse war ein Danaidenfaß. Er verdiente in Paris oft jährlich 15,000 Franken und mehr, gebrauchte aber häufig das Doppelte. Daß er jemals in namhafte Verlegenheit gekommen sei, leugnet Maximilian; er habe bis ans Ende in zwar keineswegs geregelten, aber guten Verhältnissen gelebt.

Die mitgetheilten Briefe sind völlig werth- und inhaltlos. Einer an die Mutter, die er doch so sehr geliebt hat, bewegt sich in Ausdrücken, daß man sich in des Sohnes Seele hinein schämt. Als bezeichnend mag hier die Aeußerung stehen: „Besser, man sagt, ich sei ein Gassenjunge, als daß man mich für einen allzu ernsthaften Vaterlandsretter hält." In den übrigen Briefen an die Familie nichts von Geist, kein guter Witz, aber unglaublich schale Bemerkungen und grobe Unfläthereien. Wenn die Familie es für eine Ehrensache hält, dergleichen drucken zu lassen, so ist das ihre Sache. Erklärt sie aber den Druck auch der Lesewelt gegenüber für wohl angebracht und dankenswerth, so sagen wir: mit nichten. Wann soll dieser gräuliche Unfug aufhören, daß man alle Schnitzel aus dem Papierkorb großer Männer wie heilige Dinge behandelt? Damit ist Niemandem gedient, als dem, der es thut; für die gebildete Welt dagegen ist es eine Beleidigung, daß man ihr die Geister, die sie verehrt, in ungünstigster Beleuchtung zeigt. Das Heine'sche Buch ist ein Beispiel der Buchmacherei von neuestem Zuschnitt. Der geringe wirkliche Inhalt der Schrift würde, geschickt angeordnet, in einem Blatt am Platz sein und könnte für die Literaturgeschichte benutzt werden. Bläht und putzt sich aber dergleichen mit allen möglichen Mitteln zum stolzen Buch auf, so ist es angebracht, dagegen Einsprache zu erheben.

Loyalität besitzt, ihm nicht allein das ihr gebliebene geringe Besitzthum zu erhalten, sondern es auch in den ungeschmälerten Genuß aller seiner Rechte wieder einzusetzen. Prinz Napoleon, der eine Erkundigungsreise nach Italien gemacht hat, mag dies wohl in Erfahrung gebracht haben. — In der Romagna bereitet sich Alles zu einer demokratischen Erhebung vor. Selbst in den kleineren Ortschaften dieser Provinz, ebenso wie in den Marken und in Umbrien, sind überall die Klubs in Thätigkeit und schmieden die feindseligsten Pläne gegen die Monarchie." — Das „Univers" ist äußerst aufgebracht über die „acht bis neun" Damen des römischen Adels, die, von mehreren Bürgersfrauen begleitet, nach Florenz gegangen sind, um der Prinzessin Margaretha als Hochzeitsgeschenk ein Diadem und ein paar Ohrgehänge zu überbringen. „Dieses Diadem werde der Prinzessin so wenig Glück bringen, als der von einigen verrätherischen Unterthanen des Papstes dem Prinzen Humbert überreichte Degen."

China. [Aufstand.] Ein solcher ist im göttlichen Reiche der Mitte seit Ende Januar ausgebrochen und die letzten Nachrichten reichen bis Mitte März. Danach scheint der Aufstand ein gefährlicheres Ansehen zu gewinnen. Die Rebellen haben sich bis innerhalb fünfzig Meilen von Tien-tsin vorgewagt und sollen die Kaiserlichen in mehreren Treffen besiegt haben. Angeblich bestehen sie aus drei, bisher örtlich getrennten, nun aber vereinigten Parteien des Aufstandes: den Taipings aus Honan, den Nienfei aus Schantung und den mahomedanischen Rebellen aus Schansi. Die Behörden von Tien-tsin haben die Miliz einberufen und die Mauern in Vertheidigungszustand gesetzt; die dort ansässigen Ausländer sind zu gegenseitigem Schutze zusammengetreten und werden von dem englischen Kanonenboote Dove unterstützt. In Tien-tsin, diesem Haupthandelsplatze, stockt der Verkehr ganz, und es nutzt wenig, daß die Häfen der Schifffahrt offen stehen, sintemal im Innern niedrigere Preise vorherrschen, als an der Küste.

Nichtpolitische Zeitung.

[Der Einsturz der Michaeli-Kirche in Breslau] wird von der „Br. Ztg." näher beschrieben. Schon am Tage vorher hatte der den Bau leitende Maurerpalier in den unter dem Thurmdach unmittelbar befindlichen Wölbungen einige sehr bedenkliche Risse bemerkt, ein Umstand, der ihm zu der Vorsichtsmaßregel Veranlassung gab, sämmtliche darin arbeitende Handwerksleute schleunigst zurückzuziehen. Heute früh um 6 Uhr besichtigte der den Kirchbau leitende Baumeister aufs Neue diese Anzeichen und Vorboten des nahe bevorstehenden Einsturzes, und da sich die Risse um ein Bedeutendes erweitert hatten, so wurde hierauf der strengste Befehl gegeben, daß Niemand sich in die Nähe des gefahrdrohenden Thurmes begeben möge. Dem Kanonikus Klopsch, als dem Vorsteher des Kirchenbaues, wurde die Nachricht überbracht, daß der Thurm nicht mehr zu retten sei. Leider ging diese ausgesprochene Vermuthung auch sehr bald in Erfüllung und bald nach 8 Uhr stürzte der steinerne Thurm in seine Umfassungsmauern zusammen, die nun in Folge der Schwere auseinander rissen. Zwei Seiten derselben brachen bis zu einer Höhe von circa 10 Fuß auseinander, während sich die andere Seite an das Kirchenschiff anlehnte. Glücklicherweise ist Niemand bei diesem Unglück beschädigt worden, sowie auch die Kirche selbst mit ihrem hohen Gewölbe bis jetzt unversehrt geblieben ist. Der südliche Thurm, in welchem die erst vor einigen Wochen gefertigten Glocken aufgehängt wurden, und der durch das Baugerüst mit dem eingestürzten Thurme in Verbindung stand, ist zwar noch unversehrt, doch befürchtet man allgemein, daß auch er durch die furchtbare Erschütterung in seinen Grundfesten gelitten hat. Man glaubt, daß die Konstruktion des Unterbaues, sowie die mit vielen Bogenfenstern versehenen, und darum durchbrochenen Umfassungsmauern das aus Sandstein errichtete sehr schwere und massive Thurmdach nicht zu tragen im Stande waren. Mit dem Einsturze dieses nördlichen Thurmes der Michaeliskirche ist nicht nur eine sehr bedeutende Summe Geldes, vielleicht 40—50,000 Thaler verloren gegangen, sondern der Abbruch und die Wegräumung der Schuttstelle wird noch andere Summen verschlingen. Mehr aber noch als der Vermögensverlust ist mit dem Einsturz auch das Vertrauen auf die Solidität des Baues begraben worden, und nur mit Bangen werden die betreffenden Arbeiter an die Weiterfortsetzung des Baues schreiten, da möglicherweise fernere Gefahren zu befürchten sind.

— Wie die „Schles. Ztg." meldet, war der Pfarrer von St. Michael, Herr Hauke, Zeuge der Katastrophe. Er hörte in seiner Wohnung, gegenüber dem Neubau, plötzlich ein lautes Knistern und Knarren, welches im nächsten Moment in ein furchtbares Rollen überging. Zu gleicher Zeit sah er die Mauern des Thurmes auseinanderbersten, und bald darauf stürzte die schlanke, bereits mit einem Kreuze geschmückte Spitze ein. Der $283\frac{1}{2}$ Fuß hohe Thurm war verschwunden, und nur noch ein Chaos von Trümmern war zu sehen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$63\frac{3}{4}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¹ — $\frac{3}{8}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{1}{4}$ P. 50 G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	42 P. $41\frac{5}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$93\frac{1}{2}$ G
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	94 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{3}{4}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	94 P. $93\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{3}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$82\frac{1}{4}$ P. 82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100 v. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$75\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{1}{2}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$192\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223\frac{1}{2}$P. $22\frac{1}{2}$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	96 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$263\frac{1}{2}$ P. 63 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	$31\frac{3}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$148\frac{3}{4}$ P. $\frac{5}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{1}{2}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$134\frac{1}{2}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243\frac{1}{2}$ P. 43 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{4}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	123 G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	148 P. $47\frac{1}{2}$ G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{5}{8}$ G.
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$134\frac{1}{2}$ P.
„	do. v. 1864	87 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$100\frac{3}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		—
Badische fl. 35		$51\frac{1}{4}$ P.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{1}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	$38\frac{3}{4}$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13\frac{1}{2}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}$ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{2}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{7}{8}$—102 G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{3}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 12. Mai. Auf bessere Wiener Course, die auf die Beschlüsse des Finanzausschusses zurückgeführt werden, verkehrte die heutige Börse in sehr fester Haltung sowohl mit österr. Spekulations- als mit Anlagepapieren. Creditaktien gewannen 1 fl. Auch süddeutsche Werthe bewahrten eine gute Tendenz. Das Geschäft war jedoch im Ganzen sehr still. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 134.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 14. Mai 1868.

Der österreichische Handelsvertrag und die Freihändler und Schutzzöllner im Zollparlament.

Die Debatten darüber, welche wiederum in mehr als einer Beziehung sehr interessant sind, fanden am Samstag und Montag statt, und wir theilen daraus Folgendes mit: In der Generaldebatte erhält zuerst der Abg. Braun das Wort, der für den Vertrag stimmen zu wollen erklärt, weil er in demselben einen neuen Schritt vorwärts in der wirthschaftlichen Entwicklung und in dem handelspolitischen Völkerrecht erblicke. Man habe keinen Grund, den Vertrag seiner Mängel wegen abzulehnen; denn Oesterreich stehe jetzt mit uns auf demselben Boden der Handelspolitik, und bei künftig von Preußen abzuschließenden Verträgen werde die Lage eine andere sein, so daß aus dem heutigen Beschluß kein Präjudiz erwachsen könne. Diejenigen, welche bemängeln, daß der Vertrag nicht völlig gleichmäßige Tarife aufstelle, seien Idealisten, da ein solcher Vertrag überhaupt nicht existire. Dieser Grundsatz lasse sich nicht vom finanziellen, am wenigsten vom schutzzöllnerischen Standpunkt rechtfertigen. Die Competenz des Zollparlaments anlangend, so erstrecke sich dieselbe nur auf die Außenzölle, nicht aber auf die innere Besteuerung. Er vertraue jedoch darauf, daß die Weisheit des Bundesrathes und der Mehrheit dieser Versammlung den Ausweg aus diesem Dilemma finden werde. Jedenfalls müsse er für den Vertrag stimmen, weil er das Mögliche liebe.

Abg. Mohl kritisirt zunächst einige Aeußerungen des Vorredners in Bezug auf die Stimmung, welche wegen des Eintritts in den Zollverein den Süden von 1833 bis 1836 beherrscht habe. In Süddeutschland war der Wunsch einer Vereinigung Oesterreichs mit dem Zollverein bis zum Jahre 1866 allgemein, wie denn auch überhaupt die auf alte Bundesgenossenschaft, Bluts- und Gefühlsverwandtschaft sich stützenden Sympathien für Oesterreich dort stets allgemein waren. Die jetzt schwebenden Kriegsbefürchtungen würden bald schwinden, und die Culturentwicklung Deutschlands wäre gesichert, wenn Oesterreich politisch und handelspolitisch mit Deutschland geeinigt sei. In Folge des Kriegs von 1866 sei Oesterreich jedoch aus der Politik und Handelspolitik Deutschlands ausgeschlossen. Wer heute noch auf den Namen eines Süddeutschen Anspruch mache, müsse dringend wünschen, daß Oesterreich uns so nahe als irgend möglich verbunden werde, was ja auch im Interesse Deutschlands sei. Aber eine so enge Freundschaft in der Handelspolitik mit Oesterreich, wie er sie wünsche, sei durch die Vorgänge von 1866 [unmöglich gemacht. Redner, der in den Bestrebungen der Freihändler eine Analogie mit dem Treiben der Hunnen und Vandalen erblickt, findet in dem Vertrage Positionen, welche nicht Oesterreich, sondern dem Ausland zu gute kommen, und entwickelt die Vortheile der Schutzzölle, über welche der Zollverein genügende Erfahrungen gemacht habe. Rußland würde sein Zollsystem nicht ändern, Italien und Frankreich würden uns nicht folgen, wenn wir die Bahn des Freihandels beträten. Eisenhütten und Eisenindustrie, der große deutsche Gewerbefleiß ernähre Millionen von Menschen, während, wenn man den Seestädten folge, nur Unheil gestiftet werde, wie ja der Freihandel überhaupt das Gewerbe ruinire. Man vermehre das Capital in England und Amerika auf Kosten des deutschen Gewerbefleißes. In Bezug auf die Cichorien-Fabrikation], die Leinen-Industrie und die Roheisen-Produktion werde der Süden durch den Vertrag so schwer geschädigt, daß man demselben nicht zustimmen könne.

Abg. v. Hennig entwortet dem Vorredner mit einer scharfen Kritik seiner schutzzöllnerischen Bestrebungen, weist den Vorwurf des Vandalenthums zurück, und erklärt, daß, wer die politische Verbindung mit Oesterreich hergestellt wissen wolle, wie das auch sein Wunsch sei, den vorliegenden Vertrag nicht zurückweisen dürfe. Der Eisenzoll sei der Feind aller übrigen Industriezweige. So lange das Roheisen zollfrei gewesen, habe es einen blühenden Erwerbszweig in mehreren Provinzen Preußens gebildet. Der Zoll habe diese Industrie später mit einem Schlage vernichtet. Wohin die Konsequenzen der schutzzöllnerischen Theorien führten, zeigten die Irrlehren des Sozialismus. Die Ravensberg'sche Spinnerei beweise, daß die Leinen-Industrie auch ohne Schutzzoll bestehen könne, und wohin der Schutzzoll führe, lehre die schwache Bevölkerung Frankreichs. Der Vertrag sei ein gewaltiger Fortschritt gegen die beiden früher mit Oesterreich geschlossenen, und deßhalb werde er für denselben stimmen.

Abg. Dr. Wild wird, bei dem Versuch, eine Rede zu Gunsten des Vertrags vorzulesen, durch wiederholte Rufe „Nicht vorlesen!" unterbrochen, und muß die Tribüne verlassen, ohne über den Anfang hinausgekommen zu sein.

Abg. Tafel, auf der Tribüne schwer verständlich, will mit seinen Freunden nichts weiter als Harmonie zwischen den einzelnen Industriezweigen herstellen, die sich anscheinend feindlich gegenüber stehen.

Abg. Miquel erklärt sich sehr entschieden gegen neue Schutzzölle, glaubt aber, daß das Zollprinzip allmälig fortschreitend zu einer freihändlerischen Tendenz gelangen müsse. Darin muß er auch dem Abg. Mohl beipflichten, daß ein sehr wichtiger Industriezweig, die Leinen-Industrie, in dem Vertrag preisgegeben sei. Dennoch würde er es nicht verantworten können, wenn er durch Verwerfung des Vertrags den Anschluß Mecklenburgs an den Zollverein gefährden wolle.

Der Präsident des Bundeskanzleramtes, Delbrück, konstatirt auf Befragen die Thatsachen: daß die Oesterreich zugestandene Ermäßigung in der That nothwendig war, daß man sie Oesterreich nicht als ein Geschenk präsentirt, sondern erst auf sein Begehren bewilligt habe.

Abg. Löwe von Berlin ist überzeugt, daß keine wirklich freisinnige Regierung in Oesterreich zu uns eine feindselige Stellung einnehmen werde. Das liberale Ministerium in Oesterreich, dessen Mitglieder ihm zum Theil nahe befreundet seien, sei das sicherste Pfand des Friedens. Die Kriegspartei in Frankreich wolle die große Freihandelsströmung brechen. Die Schweiz habe nie Schutzzölle gekannt und besitze dennoch vortreffliche Spinnereien. Wir wollen ein billiges Leben möglich machen. Diejenigen, welche eine besonders nahe Verbindung mit Oesterreich wünschen, haben das meiste Interesse daran, darauf hinzuarbeiten, daß Oesterreich von seinen hohen Zöllen abgehe.

Damit wird die Generaldebatte geschlossen. Art. 1 und 2 werden ohne Diskussion angenommen, Art. 3 empfiehlt der Abgeordnete Seehandlungspräsident Camphausen vermittelst einer detaillirten Erläuterung zur Annahme. Es entspinnt sich eine längere Debatte über den auf 5 Sgr. festgesetzten Zoll auf Roheisen, zu dessen Gunsten das Wort nehmen: Schäffle, Meier von Bremen, der zur Illustrirung der blühenden Eisenproduktion versichert, daß Roheisen selbst mit Dampfschiffen nach Amerika befördert werde, und Grumbrecht, der diese Gelegenheit zu einem nachträglichen politischen Angriff gegen Mohl benutzt und der sowohl aus der Versammlung heraus, als vom Präsidenten wiederholt auf die Sache verwiesen werden muß. Endlich spricht noch über den Gegenstand der Abg. v. Schlör, der allen Erklärungen der Freihändler entgegen behauptet, daß die deutsche Eisenindustrie nicht in der Lage sei, die Concurrenz mit der englischen bestehen zu können, und zwar hauptsächlich deßhalb nicht, weil die Kohle nicht neben dem Eisen liege.

(Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 12. Mai. [Die zweite Generalversammlung des deutschen Tabakvereins] fand gestern Vormittag statt und war in Hinblick auf die demnächst bevorstehenden Verhandlungen im Zollparlament über die Tabaksteuervorlage außer von Mitgliedern des Vereins, trotz der heute stattfindenden Sitzung des Parlaments, auch von mehreren Abgeordneten zum Zollparlament besucht, welche sich in dieser wichtigen Frage genau informiren wollten. Der Vorsitzende des Ausschusses, Fabrikant Schöpplenberg, begrüßte die Anwesenden, unter welchen sich eine große Anzahl auswärtiger Mitglieder befand, und gab darauf eine kurze Geschichte der Entstehung des Vereins und der Art und Weise, wie das Komite seine Aufgabe, die Interessen der Mitglieder zu wahren, erfüllt habe. Ein Theil der Befürchtungen, welche man noch in Kassel bei der ersten Ver-

sammlung in Bezug auf die bevorstehende Steuer hegen mußte, ist beseitigt, es ist jetzt nur die (schon bekannte) Vorlage geblieben, welche gewiß von der Regierung auch nicht mit leichtem Herzen eingebracht ist, denn Niemand verkenne das Mißliche, welches darin liege, daß der erste Gruß an die fremden Mitglieder des Zollparlaments eine neue Steuer sei. Um ein Bild von der voraussichtlichen Wirkung der beabsichtigten Steuer zu geben, schilderte er die Verhältnisse des im Jahre 1866 preußisch gewordenen Ortes Brotterode in Hessen. In diesem Städtchen wohnen 700 Familien; von den Einwohnern erwirbt sich die eine Hälfte, und zwar die kräftigere, ihren Unterhalt bei der Eisenindustrie, die andere Hälfte, die Weiber, Greise und Kinder, nährt sich durch eine Tabakindustrie, welche nur ganz billiges Fabrikat liefert. Das Rohmaterial kaufen sie aus den benachbarten Ortschaften Wiesungen und Barchfeld, wo mehrere tausend Personen sich durch den Tabakbau ihren Unterhalt verschaffen. Alle diese Leute würden, da der billige Tabak die vorgeschlagene Steuererhöhung nicht tragen kann, ihr Brod verlieren. Und so wie hier werde es in vielen Orten gehen, denn im Ganzen ernährt die Tabakindustrie etwa $^1/_{10}$ der Einwohner des Zollvereins. Er schlägt darauf vor, die Wünsche in Bezug auf die Ablehnung der Steuer einfach negativ zu halten und zu dem Zwecke folgende Resolution anzunehmen: „In Anbetracht, daß der Zollvereinsantrag am 8. Juli 1867 nur eine Ausgleichung der inneren Besteuerung des Tabaks zur Beseitigung des Uebergangszolles verlangt, aber keineswegs eine Erhöhung der Steuer motivirt, ersuchen wir ein hohes Zollparlament: die Regierungsvorlage abzulehnen und die Regierung aufzufordern, eine Vorlage zu machen, welche den oben erwähnten Zweck des Vertrages erfüllt."

Fabrikant Levy aus Berlin weist darauf hin, wie die neue Steuer aus dem Tabak eine erhöhte Finanzeinnahme erzielen wolle und schlägt vor, in der Resolution zwischen den Worten: „welche" und „den oben erwähnten Zweck des Vertrages erfüllt" das Wort „ausschließlich" einzuschalten. Die Resolution wird darauf mit dieser Einschaltung angenommen. Der Vorsitzende führt darauf aus, daß es wünschenswerth sei, den Mitgliedern des Zollbundesrathes und des Parlamentes kurz noch einmal alle Gründe gegen die Tabaksteuer vor Augen zu führen. Es sei dies um so nothwendiger, als einzelne kurzsichtige Fabrikanten, welche auf einige Jahre mit Rohmaterial versehen seien, Mitgliedern des Bundesrathes gegenüber sich für die Vorlage ausgesprochen haben. Er schlägt deßhalb der Versammlung folgenden Antrag zur Annahme vor: Die am 11. Mai 1868 in Berlin versammelte zweite Generalversammlung des deutschen Tabakvereins beschließt, den Vorstand aufzufordern, eine Denkschrift auszuarbeiten, in welcher kurz die Nachtheile entwickelt werden, welche die von der Regierung vorgeschlagene Erhöhung der Tabaksteuer für den Tabakbau und die Tabakindustrie mit sich bringen würde, und diese Denkschrift dem Zollparlament zur Kenntnißnahme einzureichen. Auf diese Resolution wird nach kurzen Erörterungen, welche nur den Umstand betreffen, daß die Denkschrift möglichst schnell eingereicht werden muß, angenommen.

Der Cassirer des Vereins, Fabrikant Beschütz, verliest darauf den Cassenbericht, aus welchem hervorgeht, daß, nach Ausgabe von circa 3000 Thlrn., ein Cassenbestand von über 2000 Thlrn. vorhanden ist. Es werden die Herren Fabrikant Schmidtmann aus Kassel und Levy aus Berlin zu Cassenrevisoren gewählt. Herr Hoffmann aus Berlin macht auf den Mißstand aufmerksam, daß die österreichische Regierung hier bei uns den einheimischen Fabrikanten durch ihre Niederlagen Concurrenz mache, während uns die Concurrenz auf den österreichischen Märkten durch das Einfuhrverbot unmöglich sei. Der Gegenstand wird verschiedentlich besprochen, doch kommt er zu keinem Beschluß, da der günstige Moment, wo das Zollparlament sich mit diesem Gegenstand hätte beschäftigen können, nämlich die Berathung des österreichischen Handelsvertrages, schon vorüber ist. Einige jetzt folgende Anträge, welche die Herstellung eines höheren Schutzzolles betreffen, werden von dem Vorsitzenden als durch die Annahme der ersten Resolution beseitigt erklärt. Nachdem darauf der alte Vorstand durch Acclamation für ein ferneres Jahr bestätigt ist, wird die Versammlung geschlossen.

— [Berlin in den Augen eines schwäbischen Demokraten.] Dem Stutgarter „Beobachter" wird von Berlin geschrieben: „Der Frühling entfaltet auch in der Berliner Gegend den möglichsten Glanz und lockte am gestrigen Sonntag die Bevölkerung vor die Thore; wir Schwaben wanderten hinaus in den Friedrichshain, um die Gräber der Märzgefallenen zu besuchen. Der Friedrichshain ist eine wohl über eine Stunde große, ziemlich neue Baumanlage, recht hübsch im Schmucke des Frühlings, aber von dem Blüthenmeere, das sich jetzt über unsere heimathlichen Thäler ergossen hat, glänzte kaum da und dort ein Tropfen. Die Gräber der Märzgefallenen befinden sich in dem Friedrichshain innerhalb einer schlichten Umzäunung zwischen Baumgruppen und Gesträuchen; einfache hölzerne Kreuze oder schmucklose Steinplatten bezeichnen sie. „Gefallen im Kampfe für die Freiheit" lautet die einfache Inschrift. Es sind meist Arbeiter, aber auch ein zwanzigjähriges Mädchen, ein unbekannter Mann, welche hier begraben liegen. Wenn wir, Preußenhaß im Herzen, hierher gekommen wären, auf den Gräbern der im Kampfe für die Freiheit gefallenen preußischen Brüder wäre er erloschen. Das Volk in Berlin gefällt uns überhaupt; es scheint fleißig und solid, bescheiden und häuslich zu sein. Der Mann nimmt die Frau und wo möglich auch die Kinder mit sich auf den Spaziergang, in den Wirthschaftsgarten. Die Frau strickt, der Mann unterhält sich mit ihr

---

Kulturgeschichte der neuesten Zeit.

Ein Züricher Gelehrter, J. J. Honegger, welcher vor einigen Jahren durch eine geistreiche Schrift über „Literatur und Kultur des 19. Jahrh." die Aufmerksamkeit der Kritik auf sich gezogen hat, beginnt das, was er dort nur skizzenhaft behandelt hatte, in größerem Rahmen auszuführen in einem Werk, welches er Grundsteine einer allgemeinen Kulturgeschichte der neuesten Zeit betitelt.

Der Verf. stellt sich hier die Aufgabe, die Fundamentalpunkte des kulturgeschichtlichen Ganges in unserem Jahrhundert darzulegen, die Grundgedanken der Zeit kurz und scharf zu fixiren, ihnen die besondere Signatur abzulauschen und so die Grundlage herzustellen für eine weiter ausgeführte und in die Einzelheiten eingehende Geistesgeschichte unserer vielbewegten und weithin strebenden Zeit. Der erste Band, der kürzlich erschienen ist, behandelt die Zeit des 1. Kaiserreichs und schildert in 10 Abschnitten die allgemein politischen und nationalen Verhältnisse Europas während des Konsulats und Kaiserreichs, die innere Politik, die sozialen Veränderungen, die technischen Erfindungen und Fortschritte, die Ergebnisse der größeren zu wissenschaftlichen Zwecken unternommenen Reisen, insbesondere die Leistungen Alex. v. Humboldts, die Wissenschaft und gelehrte Forschung, die Literatur der Tagesgeschichte und Politik, das Kunstleben, und zuletzt die schöne Literatur. Die Behandlung der einzelnen Materien ist verschieden, in dem 1. Abschnitt sind es allgemeine Betrachtungen und Umrisse, welche der Verf. in gehobener gedankenreicher Darstellung gibt, bei der Geschichte der Technik, der Künste, der Fachwissenschaften beschränkt er sich auf allgemeine Uebersichten, Zusammenstellung von einzelnen Notizen und Bemerkungen, in der philosophischen und schönen Literatur, die sein eigentliches Ausgangsfeld und das Gebiet ist, wo er sich zu Hause fühlt, geht er mit Vorliebe und Begeisterung in das Einzelne ein, und gibt allerliebste Genrebilder, so z. B. von Schleiermacher, von Kant & Fichte, dann von Jean Paul, den beiden Schlegel, von Chateaubriand, Frau von Staël, von Uhland, Hebel und Usteri. Uhland, den er sehr hoch hält, und im Ganzen mit richtigem Verständniß würdigt, stellt er nur unter die falsche Rubrik „Naturdichtung" und wiederholt die schon öftero vorgebrachte Notiz, die kurze Zeit seines blühenden Dichterlebens habe nur von 1806—1814 gedauert, während bekanntlich mehrere seiner schönsten Romanzen in das Ende der zwanziger und Anfang der dreißiger Jahre fallen. Auf solche Einzelschilderungen legt der Verf. selbst den Hauptwerth, er sagt darüber in dem Vorwort: „Ich weise auf Eines als das mit dem lebendigsten Interesse von mir Behandelte hin; es sind die psychologischen Portraits, gewissermaßen die Genrebilder der Zustände und Personen, auf welche ich den größten Fleiß der Zeichnung verwendet habe; ist mir etwas gelungen, so sollten sie es sein, besonders wo die subjektive Begeisterung, wo Liebe oder Erbitterung die Hand lenkte und den Griffel führte. Die Literatur ist dieser Anschauung nur das Eine, aber das wesentlichste Element, die Sprache des Geistes der Zeit. So haben für mich jene Bilder so sehr den meisten Werth, daß ich den Rest fast blos als das zur Vollständigkeit nöthige Material betrachte; möchten sie in ihrer fertigen Zeichnung dem Leser das werden, was sie bei der Skizzirung lange dem Autor waren, für den sie nun nach ihrer Vollendung verblaßt sind."

Das mit Liebe und Begeisterung gearbeitete Werk wird sicherlich auf gebildete und empfängliche Leser des Eindruckes nicht verfehlen und ihnen vielfältige Anregung und Genuß gewähren. Dem 1. Band sollen vier weitere folgen, von welchen jeder, als eine Periode abschließend, auch für sich bestehen kann. Da der Verf. die weitreichenden Vorstudien abgeschlossen und die Gliederung des ungeheuren Materials lange durchdacht hat, so hofft er, die einzelnen Bände werden sich Jahr um Jahr folgen können. Die Weber'sche Verlagshandlung in Leipzig hat nach gewohnter Weise das Werk, des Inhalts würdig, ausgestattet.

ruhig und freundlich; ich habe noch keinen Betrunkenen gesehen und kein wüstes Geschrei gehört. Der Nothstand der arbeitenden Klasse ist leider in manchem blassen Gesichte zu lesen. Das Volk ist auch politisch gut gesinnt, der schwere Steuerdruck hat es schnell von dem Machtschwindel geheilt; nur fehlen ihm die Führer, die bisherigen nationalen Fortschrittler haben den Einfluß sehr verloren, aber ihre Stelle ist noch nicht ersetzt, und das Volk der Arbeiter leider noch gewöhnt, geführt und häufig auch angeführt zu werden."

Frankfurt, 10. Mai. [Die Eisenbahn-Einnahmen von der preuß. Regierung beansprucht.] Der „A. Z." schreibt man: „Der Würfel ist gefallen. Die Erträgnisse unserer Eisenbahnen, die wir bis nach der Lösung der Receßfrage beziehen sollten, sind uns durch eine Verfügung des Handelsministers genommen. Noch mehr, auch die Eisenbahneinnahmen des letzten Quartals vom vorigen Jahre soll die Stadt an die Hauptkasse in Kassel abliefern. Der Magistrat hat dagegen feierliche und förmliche Verwahrung eingelegt, wir zweifeln aber sehr, daß sie frommen werde. Unsere Behörde hat sich auf die Zusage berufen, welche unserer Commune in dieser Angelegenheit zu wiederholten Malen gemacht worden, daß sowohl der König als auch das Ministerium der Stadt den Fortbezug der Eisenbahn-Intraden bis nach der Gütertheilung zuerkannt haben. Die Receßfrage ist noch eine ungelöste, und nur zur Hälfte in der Stadtverordnetenversammlung erledigt."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Mai. [Graf Crivelli.] Am offenen Grabe des so plötzlich vom Tode ereilten österreichischen Botschafters in Rom ist zwischen den Offiziösen der Clerisei und der Diplomatie ein Streit über seinen Charakter als Christ und Diplomat ausgebrochen. Der „Volksfreund" erklärt den Grafen Crivelli für einen guten Ultramontanen und behauptet, er habe sich lange Zeit gesträubt, die ihm zugedachte Mission in Sachen des Concordats zu übernehmen, um nicht mit seinem Gewissen in Conflict zu kommen. Die „Abendpost" dagegen versichert, der Graf habe, als er zu dem Herrn Reichskanzler während seines Aufenthalts in Paris berufen wurde, die angebotene Mission mit einem Eifer und mit einem Eingehen auf die Intentionen des Frhrn. v. Beust ergriffen, die kaum einen Zweifel zu gestatten schienen, daß er sich der Sache mit voller Hingebung widmen werde. Wir wissen nicht, wer hier, insoferne es sich um die Uebernahme der Mission handelt, im Rechte ist, aber über die Art, wie Graf Crivelli die übernommenen Aufträge in Rom vollführt hat, schreibt ein Correspondent aus Rom: „Seine spezielle Mission hat sich Crivelli nach den ersten vergeblichen Anläufen nicht sonderlich angelegen sein lassen; er wurde der hiesigen Curie überraschend schnell ein bequemer Mann. Er machte kein Hehl daraus, daß er nichts auszurichten vermöge und nahm die mitunter sehr lebhaften Argumente Antonelli's mit resignirter Gleichgiltigkeit auf. Im Palazzo Venezia war er beliebt."

Ausland.

Luxemburg. Luxemburg, 8. Mai. [Die Festung.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: Jeder, welcher von dem Fortificationswesen auch nur ein geringes Verständniß besitzt, wird bei dem Besuche von Luxemburg die Wahrnehmung machen, daß die Festungswerke der Stadt in unversehrtem Zustande geblieben sind. Es soll jetzt auch nur eine neue Thorpassage durch die Fortificationen gelegt werden. Die bisherigen Wege durch die Thore sind etwas verbreitert worden. Es ist also vom Beginn der Arbeiten zur Schleifung der Werke noch gar keine Rede.

Schweiz. [Arbeiterhülfe.] Der Berner liberale Verein hat sich an vier Tagen eingehend mit der Arbeiterfrage beschäftigt und schließlich folgende Resolution angenommen. „Der liberale Verein, in Erwägung, daß die Ursachen der gedrückten Lage des Arbeiterstandes je nach den Beschäftigungsarten verschieden sind und daß dieselben, sowie auch die Mittel zu deren Abhülfe nur durch die Berathung der zunächst Betheiligten aufgefunden werden können, hält dafür, es sei die beschlossene Gründung einer allgemeinen Arbeitergesellschaft zu Rath und That das zunächst vorzugsweise praktische Mittel zur Verbesserung der Lage des Arbeiterstandes. Er erklärt übrigens, mit reger Theilnahme den Bestrebungen zu folgen und nach Kräften zu unterstützen, welche zu dem Zwecke gemacht werden, die sociale Lage der Arbeiter zu verbessern, namentlich durch die Anwendung des Systems der Kooperativgenossenschaften."

Frankreich. [Die Lage Algeriens] wird mit jedem Tage bedrohlicher. Die Ermordung eines französischen Kindes (Heinrich Cligny, Sohn eines Eisenbahn-Beamten, der seinen Vater Abends vom Bahnhofe abholen und einen Schirm bringen wollte, ihn aber verfehlte und auf dem Rückwege ermordet gefunden wurde) durch Araber hat zu Volksaufläufen und Demonstrationen geführt, und die Blätter verlangen die Entwaffnung der Eingeborenen und das Verbot, Messer im Gürtel zu tragen. Unter anderen Verhältnissen würde die Ausführung dieses Verlangens zu einem Kampfe aufs Messer zwischen den Eingeborenen und Franzosen geführt haben, jetzt sind sie aber stumpf und still, wenigstens hört man noch nichts von Aufständen, und eine besonnene Beurtheilung jenes allerdings entsetzlichen Mordes würde den aufgeregten Kolonisten gesagt haben, daß dieses Verbrechen nur Einzelfall sei und nur dem Urheber, nicht aber dem ganzen Volke zur Last gelegt werden dürfe. Es sieht entsetzlich in Algerien aus. Alle Geschäfte stocken, die Häfen liegen voll Getreide, aber die Spekulation hat sich verrechnet: die Kolonisten leiden keinen Mangel an Brod und die Araber haben kein Geld, um Korn zu kaufen. In den angebauten Strecken werden Truppen verwendet, um die Araber von den Aernten abzuhalten, diese aber brechen überall durch, wie die hungrigen Wölfe, und stehlen, was ihnen in die Hand geräth; denn die Noth kennt kein Gebot. Die Angriffe auf das Eigenthum nehmen in erschreckender Weise zu, auch in den Städten: daher die Erbitterung der Franzosen gegen die Araber und nicht minder gegen die Behörden, denen man vorwirft, sie seien zu lau, sie griffen nicht scharf genug durch.

— [Die Rede des Kaisers in Orleans] wird von den französischen Blättern nach allen Richtungen hin untersucht. Die verschiedenen Commentare, die sie findet, zeigen deutlich genug, daß jeder das hineinlesen kann, was er hineinlesen will, d. h. daß sie nichtssagend in höchster Potenz ist. Am treffendsten scheint uns das Urtheil des „Courrier francais", der die Rede in folgendem Satze charakterisirt: „Die Orakel des „Constitutionnel" hatten vorausgesagt, daß das Oberhaupt des Staates nicht sprechen werde. Das Oberhaupt des Staates hat dennoch gesprochen, aber es ist ihm zugleich gelungen, dem imposanten Regierungsjournal kein Dementi zu ertheilen. Kurz, wir erwarten ebensowohl die Freunde des Friedens Victoria! rufen zu hören, wie die Partisane des Kriegs sich freudig die Hände reiben zu sehen." Der Kaiser hat eben Unglück mit seinen Aeußerungen und nicht allein mit seinen mündlichen, auch mit seinen schriftlichen. In dem berüchtigten Artikel des „Constitutionnel" über das Kriegsbudget hat man allen Anzeichen nach eine eigenhändige Arbeit des „gekrönten" Schriftstellers in den Tuilerien vor sich. Und wie urtheilt man über dieses allerhöchste Machwerk? Die Kritik aller unabhängigen Preßorgane läßt sich in nachfolgenden Worten zusammenfassen, welche wir dem „Temps" entnehmen: „Das offiziöse Blatt hat gut reden, die Sache ist entschieden und schließlich lassen die Zahlen, wie groß auch die Geschicklichkeit ist, mit der sie arrangirt werden, immer den wirklichen Grund der Dinge durchblicken. Wenn aber der Artikel des „Constitutionnel" nichts von dem beweist, was er die Anmaßung hat beweisen zu wollen, so zeigt er als Ersatz dafür in vollstem Maße ebenso wie alle mehr oder weniger offiziellen Veröffentlichungen derselben Art, an die er sich enge anschließt, daß die Regierung durch den ungünstigen Eindruck auf das Lebhafteste beunruhigt wird, den die übertriebenen Rüstungen und der Contrast, in dem sie zu Aeußerungen stehen, wie sie eben wieder in Orleans gefallen, hervorbringen. Leider zeigt dieser Artikel ebenso sehr, daß, wie auch die Ansicht der öffentlichen Meinung und selbst die der Budgetkommission über die Nothwendigkeit der Reductionen des Budgets sein mag, an maßgebender Stelle an dem Beschlossenen nichts geändert werden wird?"

— [Vergiftungsgerücht.] Der „Avenir national" macht sich zum Echo eines — wie er sagt — in Wien allgemein verbreiteten Gerüchtes, nach welchem die Krankheit des Herrn v. Beust die Folge eines Vergiftungsversuches wäre. Der Gewährsmann des „Avenir" geht so weit, hinzuzufügen, daß man in Wien auf dem Punkte stehe, deshalb eine gerichtliche Untersuchung einzuleiten.

Nordamerika. [Eine Scene in einem amerikanischen Gerichtshof.] „In unseren Polizei-Gerichtshöfen," schreibt die „Newyorker Staatszeitung", „passiren oftmals Geschichten, bei denen dem Zuschauer vor Lachen die hellen Thränen über das Gesicht laufen und die noch durch den Humor außerordentlich gewinnen, mit welchem einige unserer Polizeirichter auf die manchmal ganz verrückten Ideen der ihnen Vorgeführten eingehen. In dieser Beziehung leistet der Richter Dowling entschieden das Meiste von allen seinen Kollegen. Neulich, als er, das Gesicht in strenge Falten gelegt, auf seinem Sessel thronte, wurde ihm ein ungefähr achtundzwanzigjähriges Frauenzimmer vorgeführt, welches Mary Ann Camp heißt und wegen unordentlichen Benehmens auf der Straße verhaftet worden war. Augenscheinlich war sie in diesen heiligen Hallen keine Fremde, denn so wie sie des Richters ansichtig wurde, wendete

sie sich an ihn und rief: „O Richter, du Lump, laß mich laufen!“ Natürlich brach auf diese vehemente Anrede ein unauslöschliches Gelächter aus, das noch dadurch erhöht wurde, daß Richter Dowling mit scheinbar großem Ernste ihr erwiderte, sie müsse nicht so zu dem Gerichtshofe sprechen. Doch das half nichts. „Alle Mädchen sagen, du bist der Teufel,“ sagte sie zum Richter, „und wenn wir Frauenzimmer stimmen dürften, dich wählten wir sicher.“ In diesem Tone ging es weiter, da war kein Halten und kein Zureden. Sie stellte sich auf den vertrautesten Fuß mit dem Richter, erinnerte ihn an frühere Bekanntschaft und erbat sich schließlich ihre Freisprechung, indem sie darauf anspielte, wie sie früher auf Blackwell's Island gesessen habe. „Denkst du noch daran,“ rief sie aus, „wie du das letztemal nach Blackwell's Island als Besucher kamst, da brachte ich dir drei Hochs aus und forderte die Gefängniß-Direktion auf, zu Ehren des Ereignisses die Flagge zu hissen.“ Einer solchen dringenden Bitte gegenüber konnte der Richter nichts thun, als sie mit einer Warnung entlassen. Sich nach rechts und links graziös verbeugend, verließ sie den Gerichtssaal.

Nichtpolitische Zeitung.

[Theaternachrichten.] Heinrich Laube hat, wie die „N. fr. Pr.“ erfährt, während seines Aufenthaltes in Berlin von mehreren Hoftheatern Anträge erhalten, die Direktion derselben zu übernehmen, namentlich ist ihm ein derartiger Antrag von Braunschweig zugegangen. Dr. Laube ist, dem Vernehmen nach, unter gewissen Modalitäten fast geneigt, auf den Antrag einzugehen, doch schweben die Unterhandlungen noch. Laube macht besonders zur Bedingung, daß er in seiner Stellung vollständig freie Hand haben und in derselben als Direktor schaffen könne. — Im Münchener Hoftheater hat ein neues Lustspiel von L. Steub: „Das Seefräulein,“ nach einer Novelle desselben Verfassers und mit einer sehr gefälligen Musik von G. Krempelsetzer, außerordentlich gefallen. — Unterm 7. Mai läßt sich die Wiener „Presse“ aus Prag schreiben: Am deutschen Landestheater wirkte gestern eine neu einstudirte Oper: „Die Franzosen vor Nizza,“ wie eine vom glänzenden Erfolge begleitete Novität. Seit dem Jahre 1848, wo einzelne ihrer Melodien die beliebten Motive der Nationalgarde-Musik gebildet, hatte man sie nicht gegeben. Der Komponisteur derselben, Kittl, leider durch äußere Verhältnisse der Leitung unseres Konservatoriums entzogen, feierte damals Triumphe, die sich, wie bemerkt, gestern wiederholten. Der Text der melodienreichen Oper ist von Richard Wagner, der das Libretto kurz vor dem des „Tannhäuser“ dichtete, dann beiseite legte, um es später Kittl zur Disposition zu stellen.

[Der Suezkanal] erregt im jetzigen Moment ein um so größeres Interesse, als nach dem Gelingen der abyssinischen Expedition England möglicherweise eine gänzlich veränderte Haltung zu dieser Frage einnehmen wird. Je festeren Fuß die Engländer im Rothen Meere fassen, um so angenehmer kann es ihnen sein, wenn Andere für sie einen Kanal bauen, dessen Kosten mindestens auf 400 Mill. Francs anzuschlagen sind. Nach einem im niederösterreichischen Gewerbeverein gehaltenen Vortrag eines Beamten der Lesseps'schen Gesellschaft stünde die Beendigung des Kanals und die Eröffnung desselben für die Schifffahrt im Oktober 1869 mit Bestimmtheit in Aussicht. Einstweilen ist auch die Organisation des Waarentransportes auf dem maritimen Kanal mit Benützung des Süßwasserkanals fortgeschritten, und man hofft in Kurzem dahin gelangt zu sein, daß von dem Seeschiff in Port-Said (mittelländisches Meer) bis zum Seeschiff in Suez (Rothes Meer) nur mehr eine einzige Umladung erfolgt, während diese mit Benützung der Eisenbahn nicht weniger als sechsmal erfolgen soll.

Litterarisches.

Die **Deutsche Roman-Zeitung** (bei Otto Janke in Berlin) enthält in ihrem zweiten Quartale d. J. die Fortsetzungen der Romane: „Walram Forst, der Demagoge“, Roman von Philipp Galen und „Verfehmt“, Roman aus der Gegenwart von August Becker. Ferner einen sehr spannenden Roman „Cavalier und Jüdin“, von H. v. Schöner, sowie zwei größere Erzählungen „Krachmost“, von Otto Roquette und „Sacro Catino“, von Alfred Meißner. Erstere behandelt in pikanter Weise die Krähwinkel-Zustände eines 1866 preußisch gewordenen Rhein-Städtchens, und letztere eine interessante Episode aus der Genuesischen Geschichte: eine Sage von dem heiligen Gefäße (sacro catino) von unschätzbarem Werth, welches die Genueser aus den Kreuzzügen heimgebracht und unter zehnfachem Verschluß aufbewahrt haben sollen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 P. $52\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 65	50—$49\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	42 P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{3}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$94\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$88\frac{1}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ P.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81\frac{3}{4}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	84 G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	88 P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	85 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dlr. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{7}{8}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	76 P. $75\frac{7}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	714 P. 12 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$190\frac{1}{2}$—91 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 P. $22\frac{1}{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263—$63\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	$31\frac{3}{4}$ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$149\frac{5}{8}$ P. 49 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$85\frac{7}{8}$ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$105\frac{1}{2}$ P. 105G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$134\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$243\frac{1}{2}$ G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{1}{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$123\frac{1}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	105 P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ P. $\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{5}{8}$—$\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{5}{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$148\frac{1}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$69\frac{7}{8}$—$\frac{5}{8}$ G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	$86\frac{3}{4}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 P. $99\frac{7}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$51\frac{1}{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$66\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$144\frac{3}{4}$ P. $\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 25 do.	29 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13\frac{1}{4}$ G.

Frankfurt, 13. Mai. Die im österreichischen Finanzausschuß angenommene Coupons-Steuer von 25 pCt. reducirt also den Zinsgenuß des Besitzers von österreichischen Papieren um ein volles Viertel, einen Betrag, der die bisherigen Befürchtungen noch übersteigt. Die Börse zeigte diesem vorgeschlagenen Accorde gegenüber, — der von Wien aus in den dortigen Notirungen gegebenen Richtung folgend, — ziemlich viel Festigkeit oder auch Apathie, da das stille Geschäft kaum Variationen aufkommen ließ. Während man zu Anfang und am Schluß einen kleinen Anlauf zum Fallen nahm, waren die Course für österr. Speculations- und Anlage-Effekten in der Mitte des Geschäfts am höchsten. Im Allgemeinen schließt man jedoch unter den gestrigen Notirungen, besonders 1860er Loose waren sehr matt. Süddeutsche, sowie 1882er und 10/40er Bonds bewährten dagegen bei lebhafterem Verkehr eine sehr feste Haltung. Von Eisenbahnen Oberhessen und Alfenz fortwährend vom Privatpublikum gekauft, neue Rudolphsbahn mit 4 fl. Agio erhältlich. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 135. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Freitag, 15. Mai 1868.

Der österreichische Handelsvertrag und die Freihändler und Schutzzöllner im Zollparlament.

(Schluß.)

Am Montag, dem zweiten Berathungstag, kommt v. Hennig nochmals auf eine von Mohl angefochtene Aeußerung über des letzteren parlamentarische Thätigkeit zurück, an die sich eine erneuerte unerquickliche Polemik zwischen beiden Abgeordneten knüpft, und in welche v. Hoverbeck mit der abkühlenden Bemerkung eingreift: daß man doch besser thäte, hier Dinge nicht wieder aufzurühren, die 30 Jahre hinter uns liegen, zumal sich mancher im Hause befinde, der heute das nicht einmal mehr unterschreiben würde, was er erst vor 3 bis 4 Jahren geäußert habe. (Vielseitiger Beifall.)

Darauf nimmt Waldeck (Vertreter Bielefelds) zur Position 20 des österreichischen Handelsvertrags — Leinengarn, Leinwand und andere Leinenwaaren — das Wort, um auszuführen, daß eine weitere Herabsetzung des hier in Rede stehenden Zolls nicht stattfinden dürfe. Die hier zu Tage getretenen Gegensätze von Schutzzoll und Freihandel dürften in der geltend gemachten Art keine Berücksichtigung finden, zumal unser System nicht ausschließlich auf dem des Freihandels beruhe. Indirekte Steuern, deren wir noch eine große Anzahl besitzen, seien der Feind jeder freiheitlichen Entwicklung und begünstigten die Militärdespotie. Könne das Zollparlament die indirekten Steuern nicht aufheben, so dürfe man wenigstens nicht die einen Staaten begünstigen, andere benachtheiligen. So sei in dem Vertrag mit Frankreich unsere Leineninduſtrie benachtheiligt. Von Oesterreich allein habe diese Industrie keinen Vortheil zu erwarten. Auch Frankreich müsse sich zur Herabsetzung des Eingangszolls von 2 Thalern auf 15 Sgr. bequemen. Dennoch stimme er nicht gegen diese Position, weil ihm zu viel an dem Zustandekommen des Vertrags und an dem Eintritt Mecklenburgs in den Zollverein liege.

Roß (Hamburg) empfiehlt dem Parlament, nicht zu sehr mit einzelnen Industriezweigen sich zu befassen, sondern im allgemeinen auf eine gesunde Handelspolitik hinzuwirken. Größere Befugnisse würden dem Hause doch, trotz dem Beschlusse vom 7. ds., mit der Zeit zufallen. Lukas (Regensburg) muß im Interesse der Wähler des Mainkreises gegen die Position stimmen, durch welche die deutschen Weber in dieselbe Lage mit den deutschen Dichtern kommen würden, die man erst verhungern lasse, und denen man nachher Denkmäler setze. Ohne diese Position würde er für den Vertrag stimmen.

Russel (Oldenburg) fürchtet von dem Vertrage nicht in dem Grad eine Schädigung unserer Spinnereien, wie behauptet worden, und appellirt an den Patriotismus des Hauses, das den Vertrag nicht fallen lassen werde. Mohl versucht wieder in die Generaldebatte zurückzugreifen, wird aber vom Präsidenten in den engeren Weg der Spezialberathung zurückgeführt, und erklärt dann: er und seine Freunde seien nicht prinzipiell gegen den Vertrag, sondern nur gegen die unveränderte Fassung desselben. In allen Staaten des Kontinents verdanke die Leinenindustrie ihr Aufblühen nur den Schutzzöllen. Der mit Oesterreich abgeschlossene Handelsvertrag dagegen arbeite auf den Untergang der ganzen Industrie hin.

Miquel meint, daß man auf die Erklärungen der Handelskammern kein entscheidendes Gewicht legen könne, weil sie zu sehr ihre Spezialinteressen vertreten. „Die an Oesterreich gemachten Zugeständnisse, sagt er, verletzen die Interessen unserer gesammten Industrie. Ließe sich über diesen Punkt bei einer erneuerten Verhandlung hinweg kommen, so würde ich gegen den Vertrag stimmen. Nach der Erklärung des Präsidenten des Bundeskanzleramts muß ich jedoch diese Position preisgeben und für den Vertrag stimmen."

Präsident Delbrück will den Erklärungen der Handelskammern gleichfalls keinen übertriebenen Werth beilegen, da sie meist von stehenden Interessen diktirt sind. Hier aber sei von Bielefeld selbst aus eine Ermäßigung gewünscht. Hätte man die Ueberzeugung gehabt, daß eine Ermäßigung des Zolles auf Leinen der Leinenindustrie einen tödtlichen Schlag versetzen würde, so wäre man natürlich darauf nicht eingegangen, selbst nicht um den Preis des Vertrags überhaupt. Wenn der vorliegende Vertrag wegen dieser oder jener Position nicht die Zustimmung der Versammlung finden sollte, so sei die Voraussetzung allerdings falsch, daß es nur einer geringen Anstrengung bedürfen werde, um mit Modifikationen einiger Sätze einen neuen Vertrag zu Stande zu bringen.

Es sprachen dann noch Schäffle (Tübingen) für Enquêten statt der Handelskammergutachten und gegen Mohls Aeußerungen über die württembergische Packleinenindustrie, ferner Feustel (Bayreuth) unter wiederholtem lebhaften Beifall eines sehr großen Theils der Versammlung von gemäßigt schutzzöllnerischem Standpunkt über Leinengarnzoll. Letzterer kam auf die alte Klage der Ungleichheiten in Folge der Eisenbahndifferentialtarife zurück. Leider ist diesem Uebel schwer abzuhelfen, nicht bloß in Deutschland, sondern auch in England und Frankreich, wo dieselbe Frage dieselben

Lord Brougham.

(Nekrolog aus der „Köln. Ztg.")

Vor dem Ende seiner Tage ein einschneidendes Gesetz zu begrüßen, das die unselige Wucherpflanze der Wahlbestechung vom britischen Boden ausrotte, war Lord Brougham's letzte öffentlich kundgegebene Lieblingshoffnung. Ihre Erfüllung hat ihm das Schicksal versagt; der sanfte Tod 90jährigen Alters entrückte ihn am Abende des 7. Mai, auf seinem Landsitze bei Cannes am Strande des Mittelmeeres, dem Kreise der Mitmenschen. Er hat sein Leben voll ausgelebt. Auf dem Haupte derjenigen unserer Zeitgenossen, deren aufstrebende Jugend in jene Tage fiel, da er ein hoher Fünfziger den Gipfel seines Ruhmes und seiner Volksthümlichkeit erstiegen hatte und der amtlichen Laufbahn auf immer entsagte, kündigt sich jetzt schon der Silberschimmer gereifter Jahre an. Das jüngere Geschlecht der Gegenwart kennt ihn aus eigener Anschauung kaum anders, als wie einen jener Sterne, die, dem unbewaffneten Auge meist unerkennbar, nur in langen Zwischenräumen auf kurze Frist mit hellerem Glanze emporleuchten, um bald wieder ins Dunkel zurückzusinken. Und diesem jüngeren Geschlechte möchten wir die Vergangenheit vorführen, in welcher der eben Hingeschiedene als ein Gestirn erster Größe am politischen und wissenschaftlichen Himmel der britischen Inseln strahlte.

Als der älteste Sohn eines in Westmoreland ansässigen Gutsbesitzers am 19. September 1778 zu Edinburgh geboren, von mütterlicher Seite mit dem berühmten schottischen Geschichtsschreiber Robertson verwandt, zeigte Henry Brougham schon früh so hervorragende Geistesgaben, daß eine von ihm als 17jährigem Studiosus verfaßte Abhandlung über die Brechung und Zurückwerfung der Lichtstrahlen der hohen Ehre werth erachtet wurde, in die Schriften der königlichen Gesellschaft der Wissenschaften aufgenommen zu werden. Auf welches Gebiet sich seine Thätigkeit gerichtet hatte, geht aus dieser Andeutung hervor; mit den mathematischen und physikalischen Forschungen aber verband er das Studium der Rechtswissenschaft und bildete sich an den Mustern des Demosthenes und Cicero zum künftigen Redner heran. Nach dem Abschlusse seiner Universitätsjahre in Edinburgh machte er eine Reise durch Holland und Deutschland, und ließ sich darauf mit dem Anfange dieses Jahrhunderts in seiner Vaterstadt als Advokat nieder. Neben den Berufsgeschäften fand sein unermüdlich thätiger Geist Muße zur Fortsetzung seiner naturwissenschaftlichen und literarischen Arbeiten. Mit dem gefürchteten Kritiker Jeffrey, dem witzigen „Abbé" (wie wir ihn nennen möchten) Sydney Smith und anderen Gesinnungsgenossen betheiligte er sich 1802 an der Gründung der Edinburgh Review, des Sammelplatzes jener freiheitsliebenden und emporstrebenden Geister, die dem rückschreitenden Toryhum Alt-Englands den Krieg auf Tod und Leben erklärten, wenn auch manchmal aus überstürzendem Eifer ihre Hiebe auf verkannte Geistesbrüder niederfielen. Der fruchtbarste Mitarbeiter war er, der junge Brougham; schrieb er doch mit geringfügiger Ausnahme einmal allein eine vollständige Lieferung der vielseitigen und umfangreichen Zeitschrift,

Schwierigkeiten bietet, wie im Zollverein. Feustel schloß mit der Bitte: daß der Bundesrath Alles thun möge, was zulässig sei, ohne irgend ein anderes Interesse zu schädigen, um den Kampf, in welchen die Industrie unzweifelhaft geworfen werde, nach Möglichkeit zu erleichtern. Camphausen (Neuß) hegt die feste Ueberzeugung, daß wir den Folgen der Ermäßigung unbesorgt entgegen sehen können. Damit wird die Diskussion über diesen Gegenstand geschlossen.

Zu der Position Wein und Most, auch Cider in Fässern und Flaschen (Nr. 22 a) erklärt Dissené (Baden): daß die Herabsetzung der Weinzölle ihn nicht bewegen könne, gegen den Vertrag zu stimmen. Bamberger stellt einen Antrag in Aussicht, welcher eine Compensation für die aus der Annahme des Vertrags entstehenden Uebelstände bezweckt. Redner bezeichnet es als einen naturgemäßen Grundsatz, daß fremde Produkte höher besteuert werden müssen, als inländische. Dieser Grundsatz scheint ihm bei dem vorliegenden Vertrag nicht genügend beobachtet worden zu sein. Gegen die hessische Regierung erhebt Redner in ziemlich faßbarer Weise den Vorwurf: daß sie gegenüber den Weinproduzenten nicht sehr loyal verfahre, indem sie anscheinend für deren Interessen Theilnahme zeige, sie aber gleichzeitig auf das Zollparlament als die Quelle des beklagten Uebels verweise.

Braun (Wiesbaden) spricht für gleichmäßige Besteuerung der Weine, und höhere Besteuerung gefälschter Weine und Beseitigung der Consumtionsabgaben. Dr. Roßhirt empfiehlt die badischen Rothweine dem Wohlwollen der Zollgesetzgebung, damit diese besser mit den französischen Weinen konkurriren können. Metz (Darmstadt) hält mit der hessischen Regierung eine Besteuerung des inländischen Weins für schädlich und gefährlich. Wenn man trotzdem an dem hohen Satz von 5 Thlrn. festhalte, so setze man sich in Widerspruch mit den Gesetzen des gesunden Menschenverstandes. Vor allen Dingen dürften bei Verträgen, wie der vorliegende, die Interessen der Bürger nicht geschädigt werden, und das Zollparlament ist, seiner Ansicht nach, vollkommen zuständig, hier Wandel zu schaffen.

Eine Aeußerung Grumbrechts über die finanzielle Wirkung der Weinzollermäßigung veranlaßte eine nicht unwichtige Aeußerung Delbrücks. Letzterer wies nach, daß die bisherigen Weinzollermäßigungen von 8 auf 4 Thlr. den Zollvertrag für den Kopf der Bevölkerung nur von 1,58 auf 1,32 Sgr. herabgedrückt haben, und daß seinem Dafürhalten nach die Herabsetzung auf 2⅔ Thlr. die Grenze nicht überschreite, innerhalb deren eine weitere Bewährung der bisherigen Erfahrungen zu befürchten sei. (Diese Erklärung ist in so fern sehr werthvoll, als sie eine scharfe Waffe gegen die vorgeschlagenen neuen Steuern ist.)

Abg. Dr. Friedenthal bringt eine Resolution auf Einleitung von Verhandlungen mit Oesterreich zum Zweck der Ergreifung gemeinsamer Maßregeln zur Unterdrückung der Rinderpest ein, welche Mohl, weil eine polizeiliche Maßregel fordernd, bekämpft, während v. Göler (Baden) sie dringend dem Hause zur Annahme empfiehlt. Die Resolution wird mit überwiegender Mehrheit angenommen.

Zu Art. 18 spricht Abg. Bluntschli die Ansicht aus, daß derselbe nicht die Bedeutung habe, eine volle gewerbliche Freizügigkeit zwischen Oesterreich und dem Zollverein herzustellen. Sei das doch der Fall, so komme man dadurch in eine schlimme Lage, indem nicht einmal innerhalb des Zollvereins eine solche Freiheit bestehe, darüber vielmehr jetzt noch zwischen dem Norden und dem Süden verhandelt werde. Wenn jene Auslegung indeß richtig, so müsse jedenfalls für die Zeit, bis zu welcher mit dem Süden eine Vereinbarung getroffen sei, etwas geschaffen werden, wodurch die Süddeutschen gleiche Rechte mit den Oesterreichern erhalten. Der Präsident des Bundeskanzleramts erwiedert: daß eine volle gewerbliche Freizügigkeit durch den Vertrag allerdings nicht gewährt werde.

Der Vertrag wird darauf in namentlicher Abstimmung in der bereits gemeldeten Stimmenzahl mit 246 gegen 17 Stimmen genehmigt. Abg. Harkort hatte sich der Abstimmung enthalten und die Polen hatten vor der Abstimmung den Saal verlassen. Zu den 17 Stimmen gegen den Vertrag gehören Mohl, Jörg, Lukas, v. Thüngen, Vayhinger, v. Stotzingen, Lindau, Freytag, Frhr. v. Ow, Weber ꝛc.

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Der fünfte Wiener Arbeitertag], welcher am Sonntag stattfand, war von ungefähr 5000 Arbeitern aller Nationalitäten besucht. Zur Vorbereitung des Arbeiter-Verbrüderungsfestes wurde ein Komite von 20 Mitgliedern erwählt. Außerdem wurde eine Resolution gefaßt, in welcher das allgemeine direkte Wahlrecht wie die Umgestaltung des stehenden Heeres in eine Volkswehr verlangt wird. Diese Resolution ist bereits am Montage dem Minister des Innern, Dr. Giskra, durch eine Deputation von 10 Mitgliedern überreicht worden. Die Südbahn-Arbeiter vereinbarten in ihrer Versammlung am Sonntag in Dreher's Bierhalle folgende Resolution: „Die Arbeiter der Werkstätten für Wien beschließen, daß die Krankenkasse in ihre Hände übergeben und ihnen ein Antheil des Vermögens, entsprechend der Kopfzahl, ausgefolgt werde. Den übrigen Mitgliedern der Krankenkasse auf der ganzen Bahnstrecke bleibt ein gleiches Vorgehen überlassen." Diese Resolution wird der Direktion der Südbahn durch ein Komite von 14 Mitgliedern übergeben werden.

Ausland.

Frankreich. [Freihändler und Schutzzöllner.] Am Montag begann im franz. gesetzgebenden Körper die Debatte über die Interpellation, welche die Schutzzöllner gestellt haben, um nähere Aufschlüsse über die Consequenzen des jetzigen französischen

---

wobei er einen Streifzug über fast das ganze Gebiet des Gewußten und Wissenswerthen unternahm. Aber eben Brougham war es auch, der dem Blatte jenen derben Keulenschlag zuzog, welchen der junge Byron, aufgebracht durch die unbarmherzige Verurtheilung seiner „Stunden des Müßigganges," mit dem Spottgedichte „Englische Barden und schottische Recensenten" gegen es führte. Der Rächer verletzten Ehrgeizes glaubte den Missethäter in Jeffrey zu erkennen; doch läßt sich nunmehr mit Gewißheit behaupten, daß die beißende Kritik gegen den „minderjährigen Dichter und Lord" aus Brougham's Feder geflossen ist.

Unterdessen war der Rechtsgelehrte von der schottischen zur englischen Hauptstadt übergesiedelt und trat im Jahre 1810 praktisch in das politische Leben ein, indem er sich durch den örtlichen Einfluß des ihm befreundeten Earl von Darlington zum Vertreter von Camelford wählen ließ. Seine ersten rednerischen Versuche im Hause der Gemeinen waren nicht so glücklich, wie die in der gerichtlichen Laufbahn bereits erworbenen Lorbeern vermuthen ließen; erst zwei Jahre später führte ihm ein unwichtiger Gegenstand, die von der Admiralität erhobenen Gebühren, einen parlamentarischen Triumph zu, welcher zugleich seine Parteistellung scharf kennzeichnete. Er benutzte die Gelegenheit zu einem schonungslosen Angriffe auf die schamlose Wirthschaft am königlichen Hofe. Vier Jahre später, als Mitglied für Winchelsea, gefährdete er sogar den Vortheil seiner eigenen Partei durch einen außerordentlich heftigen Ausfall gegen den Prinzregenten, der dem eifrigen Whig natürlich verhaßt sein mußte. Bald sollten andere Umstände hinzutreten, um die Feindschaft zwischen beiden auf den Gipfel zu treiben. Als Georg IV. beim Tode seines Vaters im Jahre 1820 den Thron bestiegen hatte, mußte die zwischen ihm und seiner Gemahlin, der Prinzessin Caroline von Braunschweig, längst herrschende Spannung zum Austrage gebracht werden. Der König trug auf Scheidung an, Brougham übernahm die Vertheidigung der Königin. In dem Prozesse vor dem Hause der Lords übertraf er sich selbst und setzte das Land in Erstaunen mit seiner gewaltigen Beredtsamkeit. Sein ungemeines Geschick der Beweisführung, seine wunderbare Einbildungskraft, seine Unerschrockenheit dem königlichen Kläger gegenüber waren nicht in England allein, waren in ganz Europa das Gespräch des Tages und die Quelle stets neuer Bewunderung. Von der Volksmenge Londons, deren Liebling die Königin war, weil der verhaßte König sie verfolgte, wurde Carolinens Anwalt wie ein Vaterlandserretter gefeiert; ja die Londoner hätten sich täglich statt der Pferde vor den Wagen spannen mögen, um ihn von seiner Wohnung zum Hause der Lords zu ziehen. Die Königin wurde freigesprochen von den gegen sie erhobenen Anklagen. Bald darauf aber starb sie. Im englischen Volke hat sich noch immer der Glaube nicht verdrängen lassen, daß sie vergiftet worden sei.

Im Jahre 18.3 hatte Brougham im Unterhause die bemerkenswerthe Begegnung mit Canning. Indem er gegen die heilige Allianz heftig zu Felde zog und die auswärtige Politik des Ministeriums verurtheilte, beschimpfte er Canning „als das unglaublichste Musterbild ungeheuerlicher und gemeinster Speichelleckerei zur Erschleichung eines Amtes, wie es nur je in der Geschichte politischer Achselträgerei vorgekommen"; worauf der Angegriffene ihm das Wort an den Kopf warf: „Es ist gelogen!" Größeres Verdienst erwarb er sich zu gleicher Zeit durch die Gründung des Londoner Handwerker-Instituts; derselben

staatsökonomischen Systems zu erhalten. Den **Angriff gegen das Freihandelssystem** eröffnete Kolb-Bernard, eines der eifrigsten Mitglieder der clericalen Partei. Selbstverständlich legte derselbe das Darniederliegen des Handels und Wandels hauptsächlich den Handelsverträgen zur Last, welche mit England, dem Zollverein rc. abgeschlossen worden sind. Er citirte dabei einige Beispiele, um darzuthun, wie sehr die französische Wollen-, Baumwollen- und Leinen-Industrie gelitten habe, wobei er sich aber natürlich hütete, die Fälle aufzuzählen, wo die französische Exportation gewonnen hat. Herr Kolb-Bernard ist kein Fortschrittsmann; er sagt dieses selbst. Er will, daß man nichts überstürze, nur langsam vorwärts gehe; zugleich donnert er gegen die Genußsucht, den Luxus und die Gewinnsucht, welche alle Klassen der Gesellschaft ergriffen habe und welche die Stabilität, den wirklichen Reichthum und die Ehrbarkeit untergraben hätten. Redner stellt sich hiermit, wenn er es auch gerade nicht offen sagt, ganz auf den Standpunkt des „Univers“, das bekanntlich die Gesellschaft einige Jahrhunderte zurückführen will. Kolb-Bernard sagt, daß die Versprechen, welche man beim Abschlusse der Handelsverträge gemacht, nicht gehalten worden seien. Man habe die Wohlfeilheit aller Lebensbedürfnisse in Aussicht gestellt, während das Resultat die Theuerung gewesen sei.

Was das Auftreten der französischen Regierung in dieser Beziehung anbelangt, so ließ sich darüber der zweite Redner, Herr v. Tillancourt, ziemlich scharf aus. Derselbe will nicht, wie Kolb-Bernard verlangt, daß man die Handelsverträge abschaffe. Man könne nicht auf die Vergangenheit zurückkommen. Das würde sogar mit Gefahr verbunden sein, und dann müsse auch die Handelsfreiheit, welche die Kämpfe und Kriege verhindere, das Ziel sein, nach welchem alle Völker hinstrebten. Er tadelt daher die Regierung nicht, daß sie Handelsverträge abgeschlossen, aber er wirft ihr vor, nicht vorerst für die Wohlfeilheit der Lebensmittel Sorge getragen zu haben. Sie habe durch die Handelsfreiheit zum wohlfeilen Leben gelangen wollen, während sie die landwirthschaftliche Produktion Frankreichs hätte vermehren müssen, ehe sie die Handelsverträge abgeschlossen. Redner tadelt alsdann, daß man während der letzten sieben Jahre fast nichts für den Ackerbau gethan habe. Was dem Redner zufolge dem Aufblühen des Ackerbaues am meisten geschadet, ist der auf dem Lande herrschende Geldmangel; der Ackerbau habe keine Kapitalien zur Hand, um mit Erfolg bauen zu können. Man habe zwar den Crédit Foncier und dann später durch den Crédit Foncier den Crédit Agricole gegründet. Diese beiden Anstalten hätten bis Ende 1867 auch 3 Milliarden ausgeliehen. Davon seien aber auf Paris allein 2 Milliarden 400,000 Fr. und 800 Millionen auf die Provinz gekommen, welche aber fast gänzlich in den großen Städten verwendet worden seien. Das Wenige, das der Crédit Agricole dem Ackerbau geliehen, wolle er aber jetzt wieder zurückziehen, wie er es in einem Circular an die Ackerbautreibenden offen angekündigt habe. Außerdem erhebt er sich mit Energie gegen die Octrois, die man in allen Städten errichtet habe und welche die Lebensmittel ungeheuer vertheuerten. Es seien Douanen, welche man im Innern bestehen lasse, während man die, welche Frankreich vom Auslande trennen, abgeschafft. Redner erkannte an, daß die Regierung in der letzten Zeit endlich etwas für den Ackerbau thun will, aber er findet, daß der Bau von Vicinalwegen nicht genügend ist, und er verlangt, und dies mit Recht, daß sie das bewillige, was man für den Unterricht, den Credit des Ackerbaues und die Umgestaltung der Steuern verlange. Letztere müssen ihm zufolge zu einem guten Theile auf die Werthpapiere fallen, welche zur Spekulation dienen und jetzt ganz steuerfrei sind.

In der Sitzung am Dienstag wurde die Diskussion fortgesetzt. Brame erhielt zuerst das Wort. Pouyer-Quertier und der Minister Forcade de la Roquette sollen ebenfalls sprechen. Morgen kommt die Reihe an Thiers und Rouher.

Der „Constitutionnel“ bringt eine Darlegung der „**Handelspolitik des zweiten Kaiserthums**“ von Baudrillart. Man sieht daraus, daß die Regierung sich auf den Tanz mit den Schutzzöllnern vorbereitet, man erkennt aber auch bereits, was man ihnen erwidern wird. „Wir begreifen die Protektionisten, wenn sie Beschränkung der Lasten, Erleichterungen und Erweiterungen der Verkehrsmittel verlangen; auf dem Felde liberaler volkswirthschaftlicher Reformen haben wir nicht erst auf ihren Aufruf gewartet; können wir ihnen aber auch auf dem Krebsgange folgen, auf den sie uns in Betreff der Handelsverträge drängen möchten?“ Und nun folgt eine energische Vertheidigung des Freihandels auf Grund des Satzes, daß jede Regierung ihr volkswirthschaftliches System nach ihrem politischen reformiren müsse, und daß folglich das Kaiserthum sich zu den Grundsätzen von 1789 bekenne und die Privilegien abgeschafft habe, auch keine Schutzzöllnerei treiben oder zu derselben wohl gar zurückkehren dürfe. „Die Handelspolitik des zweiten Kaiserthums konnte nicht diejenige der Adels-Oligarchie oder der Bourgeoisie sein,“ heißt es dann weiter, „die ihren Willen der Restauration sowie der Julireglerung diktirten; sie mußte sich vom Geiste der Kasten und Bevorrechtung emanzipiren, obschon dieser Geist so stark war, daß er Louis Philippe die Hände band und, was einer wahren Kalamität gleich kam, den Zollverein mit Belgien hintertrieb. Die Handelspolitik des zweiten Kaiserthums, das vom allgemeinen Stimmrechte getragen wird, mußte sich in dem Verhältnisse erweitern, als die politischen Verhältnisse der Nation selbst erweitert worden waren.“

Auch das „Journal des Debats“ bringt in einem jener von dem Sekretär des Blattes unterzeichneten inspirirten Artikel eine beredte Schutzrede für den Handelsvertrag mit England und eine Zurückweisung der „wunderlichen“ Gründe der Schutzzöllner. In 18 Monaten läuft der Vertrag mit England ab; das „Journal des Debats“ will jedoch auch keine trockene Erneuerung, sondern eine Reihe Verbesserungen, aber diese im liberalen Sinne: aus dem Vertrage sollen zunächst diejenigen Hemmnisse des Verkehrs ausgemerzt werden, deren Beseitigung sich als dringlich fühlbar gemacht hat. Auch die „Epoque“ gelangt zu dem Resultate, daß, weit entfernt, für das Land eine Last zu sein, der Handelsvertrag durch Anreizung der nationalen Thätigkeit,

---

volkshebenden Thätigkeit entsprang einige Jahre später die Stiftung des Vereins zur Verbreitung nützlicher Kenntnisse.

Die erste öffentliche Anerkennung war seine Wahl zum Rektor der Universität Glasgow, in welcher er Sir Walter Scott als Nebenbuhler besiegte; die fernere Stufe der Ehren erstieg er durch seine unermüdliche und kräftige Wirksamkeit auf dem Gebiete der mit der Macht der Nothwendigkeit andringenden Reformen: der Verbesserung des Rechtswesens, der Gleichstellung der Katholiken, der Aufhebung der Sklaverei, endlich der großen Umwälzung in der Gesetzgebung für die Parlamentswahlen. Lord Grey sah sich wohl oder übel gezwungen, den allseitigen und unter Umständen gefährlichen Redner in sein Ministerium hineinzuziehen, und eines schönen Morgens schallte in das Land hinein die überraschende Kunde, daß Brougham zum Lordkanzler und unter dem Titel Baron Brougham and Vaux zum Peer des britischen Reiches ernannt worden sei; er, der bittere Feind der Aristokratie, der Verächter der Erbweisheit des Oberhauses, nun selbst ein Mitglied jener bevorzugten hochadeligen Versammlung. Es war dies schon ein Anfang des unberechenbaren Charakters, der eine unverkennbare Familien-Aehnlichkeit mit dem auch außerhalb seines Vaterlandes wohlbekannten Abgeordneten für Sheffield, dem eigensinnigen und bissigen Roebuk, verräth. Um dem neuen Lordkanzler aber gerecht zu werden, verhehlen wir nicht, daß die Versammlung, deren Vorsitz er führte, oft strafende Worte des Tadels für ihre zopfigen Gesinnungen und rückschrittlichen Abstimmungen aus seinem Munde anhören mußte. „All' Eure Schlösser, Landhäuser, Jagdreviere, was sind sie denn, wenn sie abgewogen werden gegen die große Mittelklasse Englands? Nichts!“ rief er ihnen drohend zu. „Wollt Ihr nicht das Wahlgesetz annehmen, so bereitet Euch vor, einjährige Parlamente geheime Abstimmung, Stimmrecht für die Millionen eingeführt zu sehen!“ Um so größer war sein Antheil an der Verwirklichung der oben genannten Reformen, als er ihnen zuerst im Unterhause den Pfad geebnet und nun im Oberhause den hartnäckigen Widerstand der Lords zu brechen hatte.

Seine Stellung war schwer und er selber trug Vieles dazu bei, sie noch mehr zu erschweren. Im Herbste 1834, vier Jahre nach seinem Amtsantritte, machte er eine Reise durch Schottland, das, von jeher stolz auf hervorragende Söhne, wie kaum ein anderes Land, seinen Lord Brougham mit Begeisterung aufnahm und feierte. Ihm aber gelang es, sich mit beiden Parteien zugleich auf gespannten Fuß zu setzen. Den König und die Tories beleidigte er in öffentlichen Reden, welche er auf seinem Triumphzuge hielt, und die Reformfreunde stieß er vor den Kopf, indem er, ähnlich, wie lange nach ihm Lord Russell, eine Mahnung zur Ruhe und zur Zufriedenheit mit dem Erworbenen aussprach. Das Letztere war man nicht an Brougham gewohnt gewesen. Unerquicklich war auch sein Streit mit Lord Durham, den er aufs Blut verfolgte und endlich aus dem Amte drängte, nachdem es ihm gelungen war, Lord Melbourne durch sein heftiges Auftreten einzuschüchtern. Aber indem er seinen Amtsgenossen vertrieb, machte er sich selbst auf spätere Zeit unmöglich. Als nach der kurzen Zwischen-Regierung der Tories das liberale Ministerium wieder ans Ruder gelangte, ließ man ihn zurück im kalten Schatten der Amtslosigkeit; das große Siegel wurde eine Zeit lang kommissarisch verwaltet, dann an Sir C. Pepys übertragen und Lord Brougham nahm damals nicht wieder Theil an der Regierung und niemals mehr.

dessen Hülfsquellen vermehrt habe. Der Frankreich innewohnende Genius habe die größten Schwierigkeiten bewältigt. Es wäre ein seltsamer Mißgriff, nunmehr auf alle Vortheile zu verzichten, die sich nothwendig aus den bis jetzt gebrachten Opfern ergeben müssen. Frankreich dürfe heutzutage der Welt nicht das traurige Schauspiel eines intelligenten Volkes darbieten, das nur dann zu leben vermöge, wenn es nach allen Seiten durch hohe Schranken von der modernen Civilisation sich abgeschlossen fühle.

Der „Moniteur" bringt das Verkündigungsdekret für das Preßgesetz.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 7/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52 3/4—7/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	49 7/8 G.
„	4 1/2pCt.	42 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 P. 1/4 G
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	93 3/4 P. 5/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	93 3/4 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 7/8 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	81 3/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 3/4 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 5/8 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt.	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 3/8 P.
NAmerika	6pCt. à 100 Dr. 1881 D. 2 1/2	77 7/8 P. 5/8 G.
„	6pCt. ditto r. 1882 „	76 P. 75 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/4 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	716 P. 14 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191 P. 90 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 5/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 1/2 P. 22 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262—1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P. 24 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65 1/2 P. 65 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31 3/4 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	149 P. 48 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 1/4 P. 104 7/8 G
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	133 7/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 5/8 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südl. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 1/2 G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	42 3/4 P. 5/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	123 1/4 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 3/4 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 P. 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 3/4—7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	101 1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148 P. 47 1/2 G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 3/4 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70 1/2 P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
„ do. v. 1864	86 1/2 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99 7/8—3/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144 1/4 P. 1/2 G.
„ fl. 25 do.	38 3/4 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 5/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 5/8 G.

Frankfurt, 14. Mai. Die Medio-Liquidation wickelte sich bei sehr günstigem Geldstande (Diskonto 1 7/8) in coulanter Weise ab. Papiere waren in Prolongation leicht unterzubringen; besonders Amerikaner waren mit mäßigen Zinsen gut zu placiren. In österreichischen Spekulationspapieren herrschte, trotz der Liquidation, kein Leben, da die Spekulation eben nicht mehr stark engagirt ist. Die österr. Anlagepapiere dagegen waren durchgehends um Bruchtheile matter und scheint daraus hervorzugehen, daß das Privatpublikum, von der neuesten Finanzkur des kranken Mannes nicht erbaut, wieder als Abgeber an den Markt tritt. Nur 1860er Loose waren 1/2 pCt. besser. Süddeutsche fest. Amerikaner aller Gattungen beliebt und lebhaft, 1874er zu 80 1/2, neue 1881er zu 78 3/8, 10/40er zu 72 1/2 im Umsatz. Von Wechseln Wien, Paris und Berlin eine Schwebung matter. (Synd.)

Zwar wurde ihm 1841 die Vicepräsidentschaft des Staatsrathes unter Sir R. Peel angetragen — denn der alte Reformator war nach und nach in die Reihen der Liberal-Conservativen hinaufgerückt —; doch schlug er das Anerbieten aus. Die Aufhebung der Korngesetze gab wieder Gelegenheit, zu beobachten, aus welchen Widersprüchen er zusammengesetzt war; zuerst beschuldigte er Cobden und dessen Mitstrebende in ungezügelten Worten der Verfassungsverletzung und später stimmte er selbst im Sinne Cobdens. Und ferner — 1848 nahm er die europäischen Machthaber in Schutz- und verurtheilte die Aufrührer und in demselben Jahre erbat er sich von der französischen Republik die Ehre des Bürgerrechts, welches ihm verfagt werden mußte, weil er das englische nicht zugleich aufgeben wollte.

Seine fruchtbare Wirksamkeit zur Besserung und Hebung des Rechtswesens, der Gesetzsammlungen, des Richterstandes aber schlummerte unter allen anderen ihn berührenden oder von ihm heraufbeschworenen Ereignissen nie; und auf diesem Boden muß England den Schwerpunkt seiner Verdienste suchen. Die „Law Amendment Society" stiftete er 1844. Sechs Jahre später trat er als Gründer des „Social Science Congress" auf, ein Beweis, daß er auch seine allgemein wissenschaftlichen Studien nicht hatte ruhen lassen. Bis zum vorletzten Jahre, also noch als 88jähriger Greis, führte er bei dem jährlichen Zusammentritte dieses social-wissenschaftlichen Congresses den Vorsitz und eröffnete ihn jedes Mal mit einer Rede, deren Gehalt und Feuer an seine jüngeren Tage erinnerte. Die von ihm verfaßten Werke erstrecken sich, abgesehen von seinen Beiträgen zu Zeitschriften, über eine Reihe von sechzig Jahren. Um nur einen Theil derselben zu nennen, erschien die „Colonialpolitik" 1803, seine „gesammelten Reden" 1838, seine „Skizzen der Staatsmänner unter Georg III." 1839 bis 1843; das letzte Jahrzehend brachte wieder mehrere Schriften über Wesen und Eigenschaften des Lichtes und über die Newton'schen Lehren.

Schon vor langen Jahren hatte Lord Brougham sich einen Landsitz bei Cannes an der französischen Mittelmeerküste erworben, wo er seine freie Zeit zuzubringen pflegte. Ueber dem Portal seiner dortigen Wohnung liest der Wanderer die Inschrift:

Inveni portum; spes et fortuna, valete;
Sat me lusistis: ludite nunc alios.

Er, der auf dem unruhigen Meere des Lebens so vielfach hin und her geschleudert worden, durfte diesen Ausspruch wohl zum Wahlspruche für den Ruhesitz seines Alters bestimmen. Statt ihn wörtlich wiederzugeben, können wir nichts Besseres thun, als ihn durch Schiller's Distichon zu übersetzen:

In den Ocean schifft mit tausend Masten der Jüngling;
Still auf gerettetem Boot treibt in den Hafen der Greis.

In den letzten Hafen ist der greise Brougham nun hineingetrieben, ins Grab. Am Donnerstag Abend legte er sich in gewöhnlichem Wohlbefinden zur Ruhe; und als nach kurzer Zeit ein Diener kam, um noch etwaige Aufträge entgegen zu nehmen, fand er seinen Herrn leblos aufs Lager hingestreckt. Der im Sturme gelebt, ist in schlummernder Ruhe gestorben.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 136. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Samstag, 16. Mai 1868.

Die französische Militärmacht.

Der bereits kurz erwähnte Artikel des hoch offiziösen Pariser „Constitutionnel“ zur Rechtfertigung des hohen Kriegsbudgets in Frankreich wird allgemein als vom Kaiser Napoleon inspirirt bezeichnet. Jedenfalls bietet er so interessante Aufschlüsse über die Wehrkraft Frankreichs, daß es sich lohnt, denselben in ausführlicherer Analyse mitzutheilen:

Der Artikel unterscheidet zwischen den außerordentlichen und vorübergehenden Ausgaben, die durch die Vervollkommnung der Ausrüstung und Instandsetzung der Festungen geboten wurden, und den ordentlichen und beständigen Ausgaben, welche die Organisation der Armee selbst mit sich bringt. Die ersteren seien im Interesse der Sicherheit des Landes unabweislich; Niemand in Frankreich würde es der Regierung verzeihen, wenn sie nicht die Gewehre, die Kanonen, sowie das Material der Festungen auf die Höhe der neuesten Fortschritte der Kriegswissenschaft brächte. Diese Ausgaben seien indeß außerordentliche, weil sie, wenn erst die nöthigen Vorräthe angeschafft sind, nicht mit jedem Jahre wiederkehren; sie belaufen sich für Armee und Flotte auf die Summe von 250 Millionen.

Was die ordentlichen Ausgaben betrifft, so müsse man zunächst untersuchen, ob sie nicht durch eine bessere Organisation der Armee gerechtfertigt werden, und ob sie wirklich in einem schreienden Mißverhältniß zu den Staatseinnahmen stehen. Der Artikel unternimmt zu diesem Behuf einen statistischen Vergleich mit früheren Epochen, „in welchen die parlamentarische Regierung auf der Höhe ihrer Macht stand“, und gelangt zu dem Resultate, daß das Kriegsbudget zu den ordentlichen Staatseinnahmen unter der Juli-Monarchie (1831 bis 1847) im Verhältniß von $25_{,17}$ pCt., unter der Republik (1849 bis 1851) im Verhältniß von $26_{,7}$ pCt., dagegen unter dem zweiten Kaiserreich (1852—1866) im Verhältniß von $23_{,91}$ pCt. steht. Wenn man hierbei zu Gunsten der Julregierung die kriegerischen Vorgänge oder Vorbereitungen von 1831, 1832, 1840, 1841 anführe, so stelle das Kaiserreich dem die beiden großen Kriege von 1854—1856 und von 1859 entgegen, und wenn ferner in den Budgets der letzten Monarchie die Befestigungen von Paris mit 140 Millionen auftreten, so enthielten die Budgets des zweiten Kaiserreichs „analoge Ausgaben“ von mehr als 272 Millionen, nämlich: Besetzung Roms (von 1852—1866) 39,776,226 Frs.; Expedition nach Syrien (1860 bis 1861) 4,106,317 Frs.; Expedition nach China und Cochinchina 20,133,354 Frs.; mexikanische Expedition (1862 bis 1866) 208,627,271 Frs.; Summa 272,643,058 Frs.

Es sei wahr, fährt der Artikel fort, daß die Armeeausgaben seit 36 Jahren beständig gestiegen sind, aber sei die Sicherheit des Landes nicht einiger Opfer werth? Bis zum Jahre 1854 sei der militärische Zustand Frankreichs ein höchst mangelhafter gewesen; der Kaiser habe dem Uebel zunächst abgeholfen, indem er das Minimum des Jahrescontingents auf 100,000 Mann festsetzte und eine Reserve organisirte; noch besser aber und definitiv sei die Frage durch das neue Heeresgesetz gelöst. „Das Prinzip dieses Gesetzes besteht darin, die permanente Armee nicht auf einen allzu hohen Fuß zu bringen und dagegen große Reserven zu haben. Die Nation weiß also, daß, wenn das Kriegs-Ministerium ihr theuer zu stehen kommt, sie auch am Tage der Gefahr vollkommen gerüstet und bereit sein wird, jedem Angriff zu widerstehen. Sie weiß, daß sie im Besitze einer Organisation ist, welche sich vermöge ihrer wunderbaren Elasticität ebenso in kritischen Momenten zu einer furchtbaren Concentration der Streitkräfte, als unter günstigen Umständen zu einer Reduktion der unter den Waffen stehenden Truppen eignet. Mit dieser Organisation allein kann die Entwaffnung dereinst möglich werden, weil sie dann in einer einfachen Herabsetzung der Ausgaben bestehen wird, ohne eine Desorganisation der Armee nach sich zu ziehen. Anders verstanden wäre die Entwaffnung eine Thorheit und ein Selbstmord.“

Der Artikel führt diese letztere Bemerkung näher aus. Er entwickelt die verderblichen Folgen, welche bei der alten Organisation eine Abrüstung nach sich zog, und fährt dann fort: „Dagegen kann man mit dem System, von welchem Preußen das erste Beispiel gab, die permanente Armee herabsetzen, ohne sich zu schwächen. Preußen hat gegenwärtig mit dem Norddeutschen Bunde 306,000 Mann unter den Waffen und 450,000 in Reserve, macht zusammen 756,000 Mann; es hat außerdem noch 178,000 Mann Garnisonstruppen (Landwehr) für die innere Sicherheit und die Vertheidigung der festen Plätze. Nehmen wir an, daß es seine Ausgaben herabsetzen wollte, so braucht es nur eine gewisse Anzahl von Leuten in die Reserve zu schicken; es wird darum doch 756,000 Mann haben, die in wenigen Tagen ins Feld rücken können.“ Ein ähnliches Ziel stelle sich Frankreich; „aber ehe es uns möglich sein wird, dahin zu gelangen, müssen wir unsere Reserven gründen, und diese werden erst in fünf Jahren anfangen, regelmäßig zu zählen.“ (Hier fehlt alle Logik. Wenn es Preußen möglich, durch Beurlaubungen an seiner dreijährigen Dienst-

Offizieller Bericht über die Verhaftung des Grafen Chorinsky in München am 25. November vorigen Jahres.

Ein höchst merkwürdiges Dokument zum Prozeß Ebergenyi-Chorinsky ist der Bericht des Polizeidirektors in München Hrn. Karl v. Burchtorff, der Aufklärung gibt über die Verhaftung des Grafen Gustav Chorinsky und den wir nach der „Wiener Presse“ hier wiedergeben:

Karl v. Burchtorff, königlicher Polizeidirektor in München.

Als ich am 23. November Abends zwischen 9 und 10 Uhr von dem Jour habenden Beamten die Nachricht von der Auffindung der Leiche der Gräfin Chorinsky-Ledske erhalten und die bei derselben vorgefundenen Papiere, insbesondere eine letztwillige Verfügung vom Jahre 1864 durchgesehen hatte, in welcher von dem Grafen Gustav Chorinsky — ihrem Manne — die Rede ist, der sie ungerecht verstoßen habe, faßte ich sogleich die Meinung, daß, wenn überhaupt ein Verbrechen vorliegen würde, dasselbe vielleicht von dem Manne der Ermordeten ausgegangen sein könnte. Ich habe deshalb, nachdem die entsprechenden polizeilichen Maßnahmen wegen Sicherung des Thatbestandes getroffen waren, an die k. k. Polizeidirektion Wien das Telegramm abgesendet. In diesem Telegramm habe ich um Verständigung der Verwandten von dem Falle gebeten und neben dem Manne der Verstorbenen absichtlich ihre Schwägerin, Gräfin Auersperg, genannt, um die Betreffenden vollständig sicher zu machen. Am Montag den 25. November erschien in Folge des Telegramms Graf Chorinsky sen. Morgens 8 Uhr auf meinem Bureau, stellte sich mir als k. k. Statthalter von Niederösterreich mit dem Bemerken vor, daß er mit seinem Sohne, Gustav Chorinsky, k. k Oberlieutenant, hieher gekommen sei und mich um die näheren Umstände des Ablebens seiner Schwiegertochter bitten müsse. Es war mir sogleich sehr auffallend, daß der junge Graf, obgleich bei den Ereignissen am nächsten betheiligt, nicht bei mir erschien, und auf meine Frage, wo er sich aufhalte, erhielt ich vom Grafen Chorinsky zur Antwort, daß er in dem Gasthofe „zum bayerischen Hof“ zurückgeblieben sei, weil er aufgeregt und erschöpft sei.

Ich theilte sodann dem Grafen Chorinsky sen. mit, daß die Ursache des Todes seiner Schwiegertochter nicht festgestellt und nur wahrscheinlich sei, daß sie Gift bekommen haben müsse.

Darauf fragte Chorinsky, ohne daß ich den wahrscheinlichen Giftstoff bezeichnet habe: „Doch nicht etwa Cyankali?“

Die Aeußerung ist vielleicht durch den Umstand zu erklären, daß dieser Giftstoff ein spezifisches Wiener Präparat ist, mir war es jedoch sehr auffallend. Im Verlaufe des weiteren Gespräches fragte ich ihn auch, ob er oder sein Sohn nicht die Leiche der Unglücklichen sehen und von ihrer letzten Wohnung Einsicht nehmen, sowie dem Leichenbegängniß beiwohnen wollten?

Alles dies wurde an diesem Vormittage entschieden abgelehnt,

zeit zu kürzen und dadurch den Präsenzstand zu mindern, warum soll Frankreich bei seiner fünfjährigen Präsenz nicht weit eher dazu schreiten können? Die Zahl der Reserven wird dadurch nicht gemindert; im Gegentheil würde eine kürzere Präsenzzeit das Mittel gewähren, die Zahl der Reserven rascher zu der gewünschten Höhe zu bringen. Das Sophisma bezweckt augenscheinlich nichts anderes, als eine Zurückweisung der allgemein geforderten Abrüstung. Red.)

Der Artikel schließt: „Die Regierung verlangt also nicht ein erdrückendes Effektiv, sie verlangt ein geringeres Effektiv, als jenes war, welches die Kammern unter der Julireglerung und unter der Republik für unerläßlich hielten. Sie verlangt von dem Patriotismus des gesetzgebenden Körpers folgende Entschließungen: 1) unsere Festungen in Stand, unsere Vorräthe und unser Material vollständig zu erhalten; 2) unsere Cadres unangerührt zu lassen, um nicht in einem schwierigen Augenblicke zu jenen übertriebenen Beförderungen schreiten zu müssen, welche die Armee entnerven; 3) den offenbar unzulänglich gewordenen Sold der Offiziere zu vermehren; 4) eine gute permanente Armee und starke geübte Reserven zu bilden, um rasch vom Friedens- zum Kriegsfuße schreiten und je nach den Umständen die permanente Armee durch die Reserven oder die Reserven aus der permanenten Armee verstärken zu können und dabei doch die nationalen Streitkräfte intakt zu erhalten. Es ist also eine wahrhafte Institution, welche der Kaiser durch das Heeresgesetz schaffen wollte, eine Institution, die, während sie die Staatsfinanzen und die Kräfte der Bevölkerungen schont, Frankreich gestattet, die ihm in Europa gebührende Rolle zu spielen."

Auffälliger Weise läßt der Artikel in seinem statistischen Theil die hohen Zahlen des Budgets von 1867 und die Voranschläge von 1868 ganz außer Acht; er beweist also für seinen Zweck sehr wenig. Für 1869 verlangt der Kriegsminister einen Normal-Effektivbestand von 400,000 Mann, der aber durch die regelmäßigen Beurlaubungen, sowie nach Abzug der Offiziere und der Gendarmerie, auf 333,000 Unteroffiziere und Soldaten beschränkt wird, während der deutsche Nordbund eine verhältnißmäßig stärkere Friedensarmee, nämlich bei einer Bevölkerung von 30 Mill. 306,000 Mann ständig unter Waffen habe. Auf dem Kriegsfuße dagegen sei der Effektivbestand des Nordbundes 934,000 Mann gegen 750,000 Mann, welche Frankreich aufbringen könne, denn die 500,000 Mann mobiler Nationalgardisten könne man nicht als aktive Armee rechnen. (Aber doch als Garnison- und Ersatztruppen. Red.) — Die Budgetkommission hat namhafte Reduktionen der von den verschiedenen Ministerien angesetzten Posten beantragt. Danach soll die Ziffer des Anlehens auf 344 Millionen reduzirt werden, welche Summe dann allerdings lediglich der Armee und Flotte zu Gute kommen würde; Abstriche sollen an den für die Verbesserung der Festungen beantragten 36 und an den für die Flotte verlangten 37 Millionen, endlich an den für Gewehre und anderes Materiel begehrten 94 Millionen vorgeschlagen sein.

Der „Avenir national" glaubt, den Artikel des „Constitutionnel" wie folgt umschreiben zu können: „Volk von Frankreich, du zahlst für die Armee ungefähr 120 Millionen mehr, als unter den früheren Regierungen; aber tröste dich, du hast eine vortreffliche Entschädigung, du zahlst nämlich außerdem eine Milliarde mehr für deine anderen öffentlichen Ausgaben."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. Mai. [Bedürfniß und Ertrag der Tabaksteuer.] Das dem Zollparlament vorgelegte Gesetz über die Besteuerung des Tabaks ist von ausführlichen Motiven begleitet. Ueber das Bedürfniß einer neuen Steuer sagen diese: „Im Zollverein ist die Situation jetzt die, daß bei der nothwendigen Regulirung der Tabaksteuer zugleich dahin zu wirken ist, durch eine mäßige Erhöhung derselben eine Mehreinnahme zu erzielen. Dem abgesehen von den finanziellen Mehrbedürfnissen der Mehrzahl der Zollvereinsregierungen, welche nur die Wahl lassen zwischen einer Erhöhung des Einkommens aus der Tabaksteuer oder des Einkommens aus anderen die Gesammtheit in höherem Grade drückenden Abgaben ist in der Tabaksteuer auch ein Ersatz zu suchen für die Ausfälle, welche durch die mit Oesterreich verabredeten Zollbefreiungen und Zollherabsetzungen, in Verbindung mit den in dem Gesetzentwurfe, betreffend die Abänderung des Vereinszolltarifs, vorgeschlagenen Zollbefreiungen und Zollherabsetzungen, auch nach Abzug der aus dem Petroleumzolle zu erwartenden Einnahme, sich noch ergeben werden."

Den muthmaßlichen Ertrag der Steuer veranschlagen die Motive, wie folgt: „Aus dem Auslande sind im Durchschnitt der Jahre 1864 bis 1866 jährlich 620,152 Centner Rohtabak eingegangen. Wird hievon der vorgeschlagene Zollsatz von 6 Thlrn. erhoben, so ergibt sich eine Mehreinnahme von 1,240,304 Thlr., oder nach Abzug der entsprechenden Ausfuhrvergütung 1,216,092 Thlr. Rechnet man diesem Mehrertrage das Aufkommen der inneren Tabaksteuer hinzu, so ergibt sich ein Brutto-Mehreinkommen von 1,954,092 Thlr. Davon sind behufs Feststellung der Netto-Mehreinnahme 15 Proz. der Tabaksteuereinnahme an Erhebungskosten mit 110,700 Thlr. abzurechnen, so daß eine Mehreinnahme von 1,843,392 Thlr. verbleibt. Für den norddeutschen Bund würde gegen den auf seine Bevölkerung treffenden Mehrertrag noch die bisherige Einnahme an Tabaksteuer und Uebergangsabgabe in Abrechnung zu bringen sein. Für die am 1. Oktober 1867 dem Zollverein angehörenden Staaten des norddeutschen Bundes berechnet sich der Antheil an obiger Mehreinnahme mit (75.7 Proz.) 1,395,447 Thlr. Der Bund nahm bisher netto ein: an Tabaksteuer 97,492, an Uebergangsabgabe 102,218, zusammen 199,710 Thlr. Es bleiben also für den norddeutschen Bund an Mehreinnahme 1,195,737 Thlr. Für die neueingetretenen Staaten und Gebiete (Mecklenburg, Lauenburg und Schleswig-Holstein) wird sich eine verhältnißmäßig höhere Mehreinnahme ergeben, da die Bevölkerung derselben an den Verbrauch von amerikanischem Tabak gewöhnt ist."

Uebrigens ist die Aussicht für Annahme des bundesräthlichen Entwurfs sehr gering. Die Süddeutschen werden wahrscheinlich

---

so daß ich mir den eigentlichen Grund ihrer Reise nach München nicht erklären konnte.

Sie wollten damals, nach Angabe des Grafen Chorinsky sen., noch am nämlichen (Tage) Abende nach Wien zurückkehren.

Bei einem längeren Gespräche mit dem Grafen Chorinsky sen. theilte er mir seine Familienverhältnisse mit, namentlich auch den Lebenslauf seines ältesten Sohnes Gustav Chorinsky, daß derselbe seit ungefähr drei Jahren von seiner Frau freiwillig getrennt sei, und zwar in Folge heftiger Auftritte in seinem eigenen Hause; daß er (Chorinsky sen.) bei dem Wiedereintritte seines Sohnes in die österreichische Armee die Heirathskaution, 12,000 fl. österr. Währ., gestellt habe und seit der Trennung seiner Schwiegertochter die Zinsen hieraus mit monatlich 50 fl. derselben an ihren jeweiligen Aufenthaltsort unter der Adresse: „Madame de Lebèle" mit Angabe der Wohnung versendet habe.

Auf meine weitere Frage, ob sein Sohn nicht irgend eine Verbindung mit einer Dame in Wien habe, antwortete er mit aller Bestimmtheit, „es sei ihm davon nichts bekannt und er glaube es auch nicht, weil sein Sohn ein ganz eingezogenes und sparsames Leben führe, so daß er mit ihm jetzt in allen Beziehungen zufrieden sei."

Graf Chorinsky sen. sagte mir damals nicht, daß er, ehe er zu mir kam, bereits auf der österreichischen Gesandtschaft gewesen sei und von dem Legationsrathe Zwierzina umständliche Aufschlüsse über die in der Stadt kursirenden Gerüchte über die Ermordung der Gräfin Chorinsky und die muthmaßlichen Motive hiezu erhalten habe. Er theilte mir dies erst kurz vor seiner Abreise am Mittwoch Abends mit und suchte damit den Umstand zu rechtfertigen, daß er seinen Sohn nicht mit zu mir gebracht habe.

Ich führte den Grafen dann zum Untersuchungsrichter und hatte vor, den jungen Grafen in seinem Gasthofe aufzusuchen. Durch ein dringendes Geschäft davon abgehalten, blieb ich auf meinem Bureau bis ungefähr 12 Uhr, wo Graf Chorinsky sen. wieder erschien. Ich erklärte ihm hierauf, nunmehr seinen Besuch erwidern zu wollen und mich mit ihm in seinen Gasthof zu verfügen, wobei ich die Absicht hatte, den jungen Grafen zu sehen und kennen zu lernen, weil ich ihn wahrscheinlich außerdem nicht zu Gesicht bekommen hätte.

Es schien dies dem Grafen Chorinsky nicht sehr angenehm zu sein, gleichwohl ging ich mit ihm durch das Fingergäßchen auf den Promenadeplatz, und hier fiel mir auf, daß Graf Chorinsky nicht unmittelbar in den Gasthof hineingehen wollte, sondern mich auf dem Platze selbst, angeblich, um die dortigen Monumente zu sehen, herumführte, obgleich er diese Monumente keines Blickes würdigte. Als er gegenüber der Einfahrt zum Gasthofe gelangte, gingen wir direkt auf dieselbe zu, und ich war überrascht, in dieser Einfahrt, und zwar ziemlich im Schatten verborgen, einen Mann zu sehen, den mir der alte Graf als seinen Sohn vorstellte. Er schien mir sehr bestürzt, als er hörte, daß ich der Polizeidirektor sei und ihn besuchen wolle, und wir verfügten uns zusammen auf das rückwärts über zwei Stiegen gelegene Zimmer, welches die Grafen innehatten.

Hier fragte ich den jungen Grafen, ob er die Leiche seiner Frau und ihre letzte Wohnung nicht sehen, ob er dem Begräbnisse nicht beiwohnen wolle. Er lehnte dies bestimmt ab, unter dem Vorgeben, daß er von seiner Frau schon seit Jahren nichts mehr habe wissen

mit Schäffle für einfache Ablehnung der ganzen Vorlage sich entscheiden und die norddeutsche „entschiedene Linke" wird voraussichtlich, gemäß ihrem Harkort'schen Programme („keine neuen Steuern!"), mit ihnen gehen. Die Freihändler und Finanzleute aller Fraktionen, so weit sie nicht durch plusmacherische Rücksichten sich bewegen lassen, für diesmal ein Auge zuzudrücken, können unmöglich der in dem Entwurfe enthaltenen Steigerung der Schutzdifferenz zwischen der Steuer auf ausländischen und der auf inländischen Tabak zustimmen, während auch die national-liberalen Süddeutschen doch jedenfalls für eine Ermäßigung der Morgensteuer des Entwurfs streiten und nimmermehr Anträgen auf eine Erhöhung derselben beitreten würden. Dazu kommt, daß die norddeutschen Nationalliberalen außerdem noch durch politische Gründe und zum Theile auch durch ihre Wahlversprechungen verhindert sind, eine Erhöhung der indirekten Steuern ohne eine vollständige Compensation zu bewilligen. Twesten hat heute in der freien freihändlerischen Commission den Antrag gestellt, in § 1 des Entwurfs statt „6 Sgr. für je drei Quadratruthen mit Tabak bepflanzten Bodens" zu setzen: 3 Sgr., und die Zollerhöhung im § 12 (6 Thlr. pr. Ctr. statt 4 Thlr.) abzulehnen. Diesen Antrag hat sich die Mehrheit der national-liberalen Fraktion angeeignet, und er wird in Folge dessen als Fraktions-Amendement eingebracht werden. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dasselbe auch im Plenum des Parlaments die Majorität erlange.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 12. Mai. [Verschleppung der Sanktionirung der konfessionellen Gesetze.] Es gewinnt jetzt fast den Anschein, als ob das Bestreben der klerikalen und feudalen Partei, die Sanktionirung der drei konfessionellen Gesetze nach Möglichkeit zu verschleppen, um zwischenzeitliche Incidenzfälle zu deren Hintertreibung zu benutzen, nicht erfolglos bleiben sollte. Bekanntlich soll der Kaiser dem Ministerium die Sanktionirung der drei Gesetze mit dem Bedeuten zugesagt haben, daß er dieselben als das Maximum der Konsequenzen betrachte, welche die Regierung in konfessioneller Beziehung aus den Staatsgrundgesetzen vom 21. Dezember zu ziehen gedenke, und daß er diesem Gedanken durch die einmalige und gemeinsame Sanktionirung der drei legislativen Forderungen Ausdruck zu geben wünsche. Die bereits angenommenen Gesetze über Ehe und Schule mußten daher auf die Durchberathung des dritten Gesetzes warten, „wodurch," wie der offizielle Titel lautet, „die interkonfessionellen Verhältnisse der Staatsbürger in den darin angegebenen Beziehungen geregelt werden." Nun hat aber der konfessionelle Ausschuß des Herrenhauses den Gesetzentwurf, wie er aus dem Abgeordnetenhause hervorgegangen, in mehreren Punkten erheblich amendirt: er hat die Erziehungs-Reverse wieder hergestellt, deren Unterzeichnung vor Abschluß einer gemischten Ehe der Artikel 1 des Entwurfes untersagte; er hat ferner das im Art. 7 der Regierung entzogene Recht der Beschränkung von Religionsgenossenschaften den Exekutivorganen zurückgegeben; er will die Streitigkeiten über Besitz- und Leistungsrechte unter verschiedenen Religionsgenossenschaften dem ordentlichen Rechtswege entziehen; er will die im Art. 12 des Entwurfs gegebenen Bestimmungen über die Begräbnisse entfernt wissen, und endlich den Prozessionen, die schon jetzt oft ausgeartet und ihrer ursprünglichen Bestimmung entfremdet sind, einen noch weiteren Spielraum gewähren, statt sie möglichst zu beschränken.

Wenn nun diese Aenderungen des Entwurfes, oder doch einige derselben, wie man annehmen zu dürfen glaubt, von dem Plenum des Herrenhauses adoptirt werden sollten, so muß das Gesetz in das Abgeordnetenhaus zurückwandern, das, so viel man nach seiner jetzigen Stimmung urtheilen kann, sich mit den bezeichneten Abänderungen schwerlich einverstanden erklären wird. Das Gesetz würde also nochmals an das Herrenhaus gehen oder einer gemischten Kommission übergeben werden müssen. In keinem Falle aber ist daran zu denken, daß die Erledigung der Meinungsverschiedenheiten noch vor der Ende dieses Monats stattfindenden Vertagung des Reichsrathes zu erzielen wäre; es müßte also die Wiedereröffnung im September abgewartet und dann erst die Ausgleichsverhandlung von Neuem begonnen werden. Die endliche Sanktionirung der drei konfessionellen Gesetze wäre bei diesem Vorgehen vor Oktober oder November nicht zu erwarten.

Das aber ist gerade der Wunsch der klerikalen und feudalen Partei, denn, abgesehen von den möglichen, ihr günstigen Zwischenfällen, die in dieser langen Zeit eintreten können, wird durch die immer fortgesetzte Verzögerung des legalen Abschlusses der Konkordatsdurchbrechung das in der Bevölkerung stets vorhandene Mißtrauen gegen die Regierung mehr und mehr genährt und dadurch die festeste Stütze des liberalen Ministeriums erschüttert. Allen diesen gefährlichen Eventualitäten könnte nur dadurch zuvorgekommen werden, daß die Amendements des Ausschusses vom Plenum des Herrenhauses abgelehnt und die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses einfach wieder hergestellt werden. Deßhalb sieht man der verhängnißvollen Herrenhaussitzung mit großer Spannung entgegen.

Wien, 13. Mai. [Finanzielle und ministerielle Krisis.] Der von dem Finanzausschusse gestern gefaßte Beschluß, die Kouponsteuer auf 25 Proz. zu erhöhen, d. h. die Zinsenzahlung um 1/4 zu reduziren oder — um das Ding beim wahren Namen zu nennen — den Staatsbankerott nicht zu scheuen, hat, nachdem auch der ministerielle Vermögenssteuervorschlag abgelehnt worden, die Erklärung des cisleithanischen Ministerpräsidenten hervorgerufen, daß das Kabinet den Beschlüssen des Finanzausschusses nicht Folge geben könne. Sollte nun das Abgeordnetenhaus den Beschlüssen des Finanzausschusses beitreten, so könnte Das zu einer Kabinetskrisis führen. Diese Eventualität ist denn auch heute bereits von Seite des Ministeriums verworfen worden. Nach Dem, was über die Stimmung in den höchsten Regierungskreisen verlautet, würde jedoch eine Demission der Minister vom Kaiser nicht angenommen, sondern zur Auflösung des Abgeordnetenhauses geschritten werden.

---

wollen, und daß er theils von der schrecklichen Nachricht, theils von der Reise so sehr erschöpft und überdies nur in Reisekleidern sei, welche er bei seiner schnellen Abreise von Wien habe entlehnen müssen.

Mir machte dieser Mann, anscheinend 35—36 Jahre alt, nach seiner äußeren Erscheinung, sowie nach seinem scheuen und zurückhaltenden Benehmen, den subjektiven Eindruck, daß an seiner Schuld nicht gezweifelt werden könne.

Er hatte Beinkleider und einen Rock an, die offenbar nicht für ihn gemacht waren, und schien meinen Blicken möglichst auszuweichen. Da Graf Chorinsky sen. an diesem Vormittage noch den österreichischen Gesandten Grafen Trautmannsdorf sprechen wollte, so erbot ich mich, ihn sammt seinem Sohne in das Gesandtschaftslokal zu führen, und wir gingen zusammen, ich in der Mitte, vom „Bayerischen Hof" in die Ludwigsstraße.

Auf diesem Wege blieb der junge Graf mehrmals zurück, schaute sich scheu und verlegen um, namentlich wenn uns ein Gensdarm begegnete, und erkundigte sich angelegentlich nach der Aufgabe der Gensdarmen.

An dem Gesandtschaftshotel angekommen, glaubte ich nichts Anderes, als daß die beiden Grafen in dasselbe eintreten würden; allein der junge Graf blieb zurück, angeblich weil er nicht entsprechend angezogen sei. Ich ging sodann mit ihm die Ludwigsstraße entlang, und hier theilte er mir mit, daß er keine Zivilkleidung besitze, daß er die Kleider, welche er anhabe, behufs seiner Reise nach München habe entlehnen müssen, daß er, da die Zinsen aus dem Heirathskautionskapitale von seiner Frau bezogen wurden, lediglich auf seine Gage angewiesen sei, und daß ich mir wohl deßhalb denken könnte, wie schlecht seine pekuniären Verhältnisse stünden.

Ungefähr um halb 2 Uhr verließ ich ihn, nachdem ich zuvor schon seine genaueste Ueberwachung angeordnet hatte.

Nachmittags zwischen 4 und 5 Uhr war ich wieder in der Ludwigsstraße, wo ich beide Grafen, welche inzwischen in ihrem Hotel Mittag gemacht hatten, wieder traf, und sie einlud, bis 6 Uhr Abends zu mir auf das Bureau zu kommen.

Da ich inzwischen zu dem Minister des Innern gerufen worden war, kam ich erst um halb 7 Uhr auf mein Bureau, wo Graf Chorinsky sen. auf mich wartete, während der junge Graf die ganze Zeit vor dem Polizeigebäude auf und ab ging. Erst auf meine dringende Aufforderung, doch zu mir heraufzukommen, trat er bei mir ein, und nun erfuhr ich, daß die Beiden ihren Entschluß geändert hatten, daß sie nicht mehr an diesem Abende abreisen, sondern dem Leichenbegängnisse gleichwohl beiwohnen wollten.

Nachmittags 3 Uhr hatte ich einen Besuch von dem österreichischen Legationsrathe Zwierzina empfangen und von demselben erfahren, daß der österreichische Offizier, welcher sich vor mehreren Wochen an ihn um Recherchen über den Aufenthalt der Madame de Lebske gewendet hatte, der österreichische Oberlieutenant Graf Chorinsky gewesen sei, daß er Letzteren damals nicht gekannt, aber nun aus Anlaß dieses fraglichen Ereignisses von dem österreichischen Gesandten Grafen Trautmannsdorff gehört habe, daß der Statthalter Chorinsky ein Ehrenmann sei, dieser sein Sohn aber nichts tauge und ihm schon viel Verdruß und Kummer gemacht habe; es sei diese Aeußerung um so

Ungarn. [Ein Protest Kossuths.] In dem Schreiben Kossuth's an den Präsidenten des ungarischen Unterhauses heißt es nach dem gouvernementalen Ll. nd u. A.:

Aus den Zeitungen ersehe ich, daß meine noch am 10. November des vergangenen Jahres vollzogene Wahl zum Reichstags-Abgeordneten der Stadt Fünfkirchen in diesen Tagen durch das Abgeordnetenhaus verificirt wurde. Ich sehe in den 1867er Gesetzen kein Bündniß mit den unter der Regierung des gemeinsamen Herrschers stehenden Ländern, sondern ich sehe darin eine Verschmelzung mit dem österreichischen Reiche zu einem Staatskörper, und ich halte es für unzweifelhaft, daß die Freiheit, welche unser Vaterland bei dieser Verschmelzung im besten Falle genießen könnte, nur provinzieller Natur sein könnte, daß sie aber nicht einmal als solche eine sichere ist. Ich betrachte die 1867er Gesetze als mit der gesetzlichen Unabhängigkeit unseres Vaterlandes im Widerspruche; im Widerspruche mit den diese Unabhängigkeit gewährleistenden Grundgesetzen, welche gleichzeitig für die Dynastie Habsburg-Lothringen die Basis ihrer Stellung als Könige von Ungarn bilden. Nachdem ich diese Ueberzeugung von den 1867er Gesetzen habe, erlaubt es mein Gewissen nicht, daß ich dieselben als Ausgangspunkt acceptire oder auch nur als die Pforte betrachte, durch welche ich — ohne die Verläugnung meiner innersten Ueberzeugung — aus meinem Exil in unser Vaterland zurückkehren könnte. Ich halte es demnach für meine Pflicht, Sie, Herr Präsident, achtungsvoll davon zu verständigen, daß ich die Abgeordnetenstelle unter den gegenwärtigen staatsrechtlichen Verhältnissen unseres Vaterlandes nicht annehmen kann und nicht annehmen werde.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62—61⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52⅞ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 G.
"	4½pCt.	42 P. 41¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101¼ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 P
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94½ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	87⅝ P. ¾ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅞ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	81¾ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89¾ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	81¾ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. " " "	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85¾ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	78¼ P.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	76 P. 75⅞ G

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124¼ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192 P. 91 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90⅝ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223½P. 22½G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 P.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	337 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262½P. 61½G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125—¼ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65½ P. 65 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31¼ P.
Ludwigshafen-Boxbacher à 4 pCt. .	150 P. 49½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105½ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	129⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	—
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	243 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	123 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P. ⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¼ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅞ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148⅝ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63⅝ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70½ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	87⅛ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100⅛ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51½ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	144¾ P.
" fl. 25 do.	38¾ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 15. Mai. Ueber den Verlauf der heutigen Börse ist wenig zu berichten. Bei fast vollständiger Geschäftsstille trug sie einen durchaus indifferenten und apathischen Charakter, da alle Impulse nach oben oder unten fehlten. Oesterr. Spekulationspapiere Anfangs fest, ermatteten dann etwas. Anlagepapiere zeigten kaum Variationen. Neue engl. Metall. wurden eine Kleinigkeit höher bezahlt. Süddeutsche Effekten waren ebenfalls ohne alles Leben, 4½ pCt. Badische und Württemberger etwas niedriger. In 1882er Bonds standen einer vorliegenden großen Verkaufsordre Comptantkäufer gegenüber, so daß der Cours in seiner Festigkeit nicht beeinflußt ward. Pacific-Bonds waren zu 67⅞ im Umsatz, 10/20er zu 72. Von Wechseln Wien etwas fester. (Synd.)

bezeichnender, als Graf Trautmannsdorff ein Mann von ungemein mildem und nachsichtigem Urtheile sei.

Alle diese Wahrnehmungen und Mittheilungen ließ ich durch meinen Kommissär Bauer in das Untersuchungsgericht gelangen und hielt in Erwartung des Verhaftungsbefehls die beiden Grafen auf meinem Bureau zurück.

Als der Haftbefehl ungefähr um acht Uhr bei mir eintraf, eröffnete ich sofort denselben den beiden Grafen, worüber der jüngere in die größte Bestürzung gerieth und die Zulässigkeit seiner Verhaftung deßhalb bestritt, weil er österreichischer Unterthan und überdies Offizier, deßhalb der Militärgerichtsbarkeit allein untergeordnet sei.

Alle Belehrungen unter Hinweis auf unsere strafgesetzlichen Bestimmungen brachten ihm keine andere Ueberzeugung bei, was insoferne von Bedeutung sein mag, als es die Unvorsichtigkeit seiner Reise von Wien nach München erklären kann.

Graf Chorinsky sen. entfernte sich von mir, um einerseits die Rücknahme des Haftbefehls und andererseits die diplomatische Intervention zu erwirken, und blieb anderthalb Stunden aus, während welcher Zeit ich mit dem Grafen allein war.

Während dieser langen Zeit zeigte sich der Graf im höchsten Grade exaltirt, verpfändete hundertmal sein Ehrenwort, daß er unschuldig sei, und äußerte unter Anderem auf meine Frage, daß seine Frau eine heftige, leidenschaftliche Person gewesen sei, daß er sie hasse, unauslöschlich hasse, daß sie sein ganzes Lebensglück zerstört habe u. s. w.

Als nach der erfolgten Zurückkunft des Grafen Chorinsky die Abführung des Sohnes in die Frohnveste ins Werk gesetzt wurde, fiel der Sohn dem Vater wiederholt um den Hals, und ich beobachtete, daß er ihm etwas in's Ohr flüsterte, was ich, da es überdies, wie es schien, in czechischer Sprache war, nicht vernehmen konnte.

Der Graf Chorinsky sen. besuchte mich am Dienstag und Mittwoch fast zu jeder Zeit und auf viele Stunden und ließ mich bei seinem Abschiedsbesuche einen Brief lesen, welchen sein Sohn aus dem Gefängnisse an ihn geschrieben hatte. In diesem Briefe ist unter vielen Unschuldsbetheuerungen der Auftrag enthalten:

„Sage meiner Julie, daß ich unschuldig bin."

Auf meine Frage, wer denn diese Julie sei, mit welcher sein Sohn in so intimen Verhältnissen stehe, antwortete der Vater:

„Es sei eine entfernte Verwandte, heiße Ebergenyi und habe er von diesen Verhältnissen erst in den letzten Tagen durch seinen Sohn Kenntniß erhalten."

Letztere Aeußerung machte er, nachdem ich ihn auf den Widerspruch, welchen er mir am Montag gelegentlich einer Aeußerung machte, aufmerksam gemacht hatte.

Schließlich bemerke ich, daß Graf Chorinsky sen. gleich beim ersten Male, als er bei mir war, und dann später wiederholt sagte, sein Sohn habe gleich bei der Nachricht von dem Tode seiner Frau den Entschluß gefaßt, nach München zu reisen, und er, der Vater habe ihn nur nicht allein reisen lassen wollen.

Burchtorff. Geiger. Müller.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 137. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 17. Mai 1868.

Zur Maß- und Gewichtseinheit.

Ein Theil der Mittwochs-Sitzung des englischen Parlaments war einem Gegenstande gewidmet, der für Deutschland ein erhöhtes Interesse dadurch gewinnt, daß er demnächst auch im Reichstage zu Berlin in Berathung gezogen werden soll. Ewart beantragte nämlich die zweite Lesung seines Gesetzvorschlages zur Einführung der metrischen Maße und Gewichte, also des Dezimalsystems nach französischem Vorgange.

Das konservative Mitglied für Liverpool, Herr Graves, unterstützte den Antrag. Er sei früher ein Widersacher der Neuerung gewesen, bemerkte er, weil er die mit ihrer Einführung verbundenen Mühsale und Unzuträglichkeiten überschätzt habe. Durch sorgfältiges Studium der ganzen Frage sei er aber dazu gebracht worden, daß er jetzt, im vollen Bewußtsein der auf ihm als dem Vertreter eines der größten Handelsplätze (Liverpools) lastenden Verantwortlichkeit, das gegenwärtige System gründlich verurtheile und das einfache und schöne französische System nach England zu übertragen empfehle. Daß große Verwirrung einer solchen Aenderung folgen müsse, sei durchaus nicht anzunehmen. Noch vor nicht sehr langer Zeit (1825) habe die Abschaffung des irischen Münzsystems ähnliche Unheils-Propheten erweckt; binnen einem Jahre aber sei die Maßregel durchgeführt worden, und jetzt werde wohl Niemand mehr sich nach der alten irischen Münze zurücksehnen.

Es erhoben sich nur wenige Gegner des Vorschlages, unter ihnen Beresford Hope und Hubbard, welche die große internationale Bedeutung des Gesetzes nicht einzusehen schienen und für sich die Bezeichnung der englischen Nation als der Chinesen Europa's bewahrheiteten. Hubbard führte zu Gunsten der Beibehaltung des gegenwärtig bestehenden Systems sogar den halbverrückten Grund an, daß der Verstand der Schüler durch die Schwierigkeiten desselben mehr geschärft würde, als durch die Rechnung mit dem Dezimalsystem!!

Pollard-Urquhart dagegen hob hervor, daß die großen Kaufleute sämmtlich der vorgeschlagenen Neuerung zugethan seien, und zog den Vergleich, daß Englands Weigerung, sich dieser bei allen am Welthandel betheiligten Nationen zur Anerkennung gelangten und gelangenden Reform anzuschließen, von ähnlicher Art wäre, als wenn die englischen Rheder sich statt der Dampfkraft ausschließlich der Segel bedienen wollten. Auch der Vice-Präsident des Handelsamtes, der intelligente Stephen Cave, sprach sich sehr günstig aus und zweifelte nicht an der dereinstigen Annahme des metrischen Systems. Doch bat er, den Gesetzvorschlag nicht zur Schlußabstimmung zu drängen, bis die internationale Maß- und Gewichts-Commission ihren Bericht erstattet habe. In Folge dessen wird nun die jetzige Session das Endgeschick der Vorlage nicht erleben.

Es schadet dies vielleicht gar nicht, indem das inzwischen — wir hoffen es — zu Stande kommende norddeutsche Gesetz einen neuen Antrieb zur Einführung der Reform abgeben wird. Trotz der Zustimmung der Regierung wurde gegen die zweite Lesung von Hope Widerspruch erhoben und zur Abstimmung geschritten, welche jedoch einen glänzenden Sieg des Antrages ergab, 217 gegen 65.

Zum Schlusse führen wir noch ein Wort Cobden's an, der nach dem Abschlusse des Handelsvertrages mit Frankreich äußerte: „Sechs Monate war ich ununterbrochen mit dem Studium und der Umwandlung englischer Gewichte, Maße und Preise in französische Gewichte, Maße und Preise beschäftigt; und so sehr fühlte ich dabei die Nachtheile unseres Systems im Vergleich zu dem französischen, daß ich mir nicht nur gewisser Maßen verrathen und verkauft vorkam, und überdies großen Aerger empfand, sondern mich geradezu gedemüthigt fühlte. Das eine ist einfach, symmetrisch, logisch und in sich folgerichtig; das andere verrenkt, verschroben, verwickelt, unzusammenhangend und ungeschlacht."

Süddeutschland.

Bayern. München, 14. Mai. [Wichtiges Preßurtheil.] Vor dem obersten Gerichtshof ist am 11. d. ein Urtheil publizirt worden, welches für die bayerische Presse nicht ohne Bedeutung ist. Gegen den Redakteur des „Volksboten" wurde seiner Zeit wegen Beleidigung der k. preuß. Regierung eine Anklage erhoben, die durch Beschluß des Appellgerichts als gegenstandslos erklärt wurde. Ueber die von der k. Staatsanwaltschaft erhobene Nichtigkeitsbeschwerde erkannte der oberste Gerichtshof: daß der Klage eine Folge nicht zu geben sei, da nach Art. 134 des bayerischen Strafgesetzbuches Beleidigungen auswärtiger Regierungen nur dann verfolgbar seien, wenn durch eine Seitens der bayerischen Regierung erlassene Erklärung das

Die bürgerliche Gleichstellung der Frauen.

I.

Ein außerordentlich lebhaftes und ausgebildetes Gefühl für Gerechtigkeit, für gleiches Maß nach jeder Richtung hin, ist wohl einer der hervorstechendsten Züge im englischen Nationalcharakter. — Als vor einigen Jahren im Parlamente eine Petition berathen wurde, betreffend die Schließung der Branntweinläden 2c. an Sonntagen, da nachweislich ein sehr großer Theil der Arbeiter in Ermangelung besserer Unterhaltung dort ihren ganzen Wochenlohn vertränken, wurde dieser Antrag abgelehnt und unter allen Gründen, die auf diese Resolution eingewirkt, war keiner entscheidender gewesen, als der, daß es ungerecht (unfair) sei, dem Armen die Möglichkeit, sich Sonntags zu berauschen, schmälern zu wollen, während der Reiche sich dieses Vorrechtes nach wie vor erfreuen dürfe, da er seinen Wein oder Gin im Keller habe. Solcher Beispiele ließen sich leicht noch sehr viele anführen. Da die Bewegung zu Gunsten des allgemeinen Stimmrechtes auch für Frauen sich in England an dieses echt nationale Billigkeitsgefühl wendet, so wird sie nicht verfehlen, früher oder später den Sieg davon zu tragen.

Einen höchst schätzenswerthen Beitrag zu dieser vielberegten Frage bietet ein so eben in London erschienener Aufsatz der Mrs. Stuart Mill.*) Die inzwischen verstorbene Gattin des berühmten Philosophen und Nationalökonomen ließ diesen Aufsatz schon im Jahre 1851 in der Westminster Review, dem Organe der Radicalen,

*) Enfranchisement of Women, by Mrs. Stuart Mill. Reprinted from the Westminster Review for July 1851. London, Trübner & Co. 1868. (Price One penny.)

erscheinen; der jetzt zu dem auffallend billigen Preise von Einem Penny erscheinende Separatabdruck ist wohl offenbar durch Stuart Mill selbst veranlaßt, den ja jetzt die Frauenbewegung zu ihren eminentesten Vorkämpfern zählt und der dem Andenken seiner heimgegangenen Gattin schon in der Widmung seines Werkes über die Freiheit ein so rührendes Denkmal setzte, indem er bekennt, ihrem Einflusse seine besten Gedanken und Entschlüsse verdankt zu haben. In ähnlicher Weise hat Thomas Buckle seine letzte Arbeit seiner Mutter gewidmet.

Daß Mrs. Stuart Mill in der That zu den hervorragend Begabten ihres Geschlechts gehört haben müsse, davon gibt jede Seite ihrer kleinen Schrift ein evidentes Zeugniß. Mit Einfachheit, Klarheit und Schärfe weiß sie das Anrecht der Frauen auf bürgerliche Gleichstellung mit den Männern darzuthun, und sicher wird man ihren schlagenden Beweisgründen Nichts entgegnen können, wenn nicht, daß sie eben geflissentlich nur die Eine Seite der Fr ge beleuchtet habe. Was sie behauptet, ist sicherlich richtig; ebenso richtig ist aber auch Vieles, was sie verschweigt oder ignorirt, wie z. B. die große körperliche Verschiedenheit der beiden Geschlechter, die nicht, wie sie es von der geistigen behauptet, durch veränderte Erziehung und politische Gleichberechtigung aufgehoben werden würde, da sie eben zu tief in der Natur begründet ist.

Im Wesentlichen stützt sich die Verfasserin auf dieselben Argumente, die Macaulay mit so viel Glück in einem Essai: für die Gleichberechtigung der Juden geltend gemacht hat, obgleich merkwürdigerweise die Verfasserin nie diese Arbeit oder das B.rhältniß der Juden überhaupt erwähnt, während sie die Parallele der do h viel ferner liegenden Neger-Emanzipation mehrmals anführt. — Daß Un-

Verhältniß der Gegenseitigkeit anerkannt worden sei. Eine solche Erklärung, hinsichtlich der preußischen Regierung, sei aber zur Zeit nicht vorhanden, und die einschlägige Bestimmung des Bundesbeschlusses vom Jahr 1856, welche es allen deutschen Regierungen zur Pflicht machte, alle gegen Regierungen des deutschen Bundes gerichteten Beleidigungen in der Presse gegenseitig zu verfolgen, habe durch die Auflösung des deutschen Bundes und nachdem an dessen Stelle ein gleiches oder ähnliches Bündniß mit Preußen nicht getreten sei, ihre Gültigkeit verloren. Hinsichtlich Koburgs scheint eine solche Erklärung auf Gegenseitigkeit zu existiren, da der „Volksbote“ wegen Beleidigung des Herzogs von Koburg, anläßlich einer Besprechung des bekannten Bildes der Schlacht von Langensalza, vor das Schwurgericht verwiesen ist und am 18. d. abgeurtheilt werden soll.

p. **München**, 15. Mai. [Ostbahn.] Aus dem in der gestrigen Generalversammlung der Aktionäre der bayerischen Ostbahnen vorgetragenen Bericht des Verwaltungsrathes theilen wir zu dem Gestrigen noch folgende Schlußstellen mit: In inniger Verbindung mit der Betriebsverwaltung befinden sich die für das Wohl unserer Bediensteten bestimmten Anstalten. Sie haben in dem jüngsten Verwaltungsjahre ihre Bestimmung erfüllt und überdies ihr Stammvermögen beträchtlich vermehrt. a) Die Pensionskasse hat für 57 Pensionäre — gegen 50 im Vorjahre — 7624 fl. $31^{3}/_{4}$ kr. verwendet und ihr Stammvermögen von 403,856 fl. auf 523,791 fl., somit um 119,935 fl. erhöht. Gestatten die Betriebsergebnisse auch in der Folge die bisherigen jährlichen Zuschüsse, so dürfen wir hoffen, daß in nicht ferner Zukunft die Anstalt sich aus eigenen Mitteln zu erhalten vermag, sonach weitere Zuschüsse aus der Gesellschaftskasse nicht bedürfen wird. b) Der allgemeine Unterstützungsfond hat in 139 Fällen außerordentlicher Bedrängniß und unverschuldeter Noth mit 2931 fl. 30 kr. Hilfe gewährt, dabei sein Stammvermögen von 78,305 fl. $22^{1}/_{4}$ kr. auf 114,888 fl. $43^{1}/_{4}$ kr. erhöht, somit um 36,583 fl. 21 kr. vermehrt. c) Der Sterbekassa-Verein endlich hat in 41 Sterbfällen 13,334 fl., sonach durchschrittlich 325 fl. 13 kr. in je einem Sterbfalle verabreicht, während der Jahresbeitrag für 15 Monate den Betrag von 4 fl. 6 kr. nicht überschritt. Der Verein beruht auf Gegenseitigkeit und hat von 1868 an die Beiträge um $^{1}/_{3}$ herabgesetzt, in welchem Verhältnisse sich ebenso die Hinausvergütungen mindern werden. Fassen wir schließlich den gegenwärtigen Stand unserer Verwaltung kurz zusammen, so findet er in folgenden Ziffern Ausdruck: 1) Außer der $4^{1}/_{2}$prozentigen Verzinsung erhalten die Aktionäre die bisher höchste Dividende mit 1,875,000 fl., während weitere 90,661 fl. 50 kr. auf den Dividendenkonto des Jahres 1868 übergehen. 2) Nach bestrittenen Bau- und Einrichtungskosten sind von dem Aktienkapitale noch verfügbar 2,700,000 fl. 3) Außerdem besitzt die Gesellschaft: a') einen Reservefond von in runder Summe 2,000,000 fl., b) einen Pensionsfond von 523,000 fl., c) den allgemeinen Unterstützungsfond mit 115,000 fl. Unter dem Schutze und mit der Unterstützung unserer wohlwollenden Staatsregierung sehen wir auch der Zukunft mit Vertrauen und Beruhigung entgegen.

Württemberg. [Der „Südbund.“] Der „Stuttgarter Beobachter“ verwahrt sich gegen die Annahme der „Zukunft“, als ob der von den württembergischen Demokraten geplante „Südbund“ irgendwie den „dynastischen Interessen“ zu Gute kommen könnte. Er sagt darüber:

„Kein dynastischer Einzeleinfluß ist hier im Süden so überwiegend, daß er gefährlich werden könnte der Gesammtheit gegenüber. An eine bayerische Hegemonie wird Niemand zu denken wagen, außer vielleicht Fröbel, wenn er wieder einmal ein neues Programm macht. Vielmehr hat der Südbund gerade den Vortheil, ohne eine föderative Basis gar nicht denkbar zu sein. Das ist so sehr sein Wesen, daß er eine andere als föderalistische Existenz gar nicht haben kann. Die Jolly-Bluntschli in tödtlicher Feindschaft gegen den Südbund, die Varnbüler nicht dafür, die Hohenlohe lau und schwachmüthig, aber die Volkspartei dafür, von Anfang an und täglich mehr — ja, das scheint uns doch im höchsten Grade so bezeichnend wie beruhigend.“

Der „Beobachter“ sieht den Südbund bereits fertig dastehen und nicht blos Preußen die Spitze bieten, sondern selbst dem Napoleonismus sein Grab graben. Er sagt am Schlusse:

„Von welchem Werthe, von einer wie entscheidenden Bedeutung unser Südbund für das höchste Interesse der deutschen wie der europäischen Demokratie, d. h. Freiheit sein würde, für die Erhaltung des Friedens nämlich, das brauchen wir wohl nur anzudeuten. Ein Süddeutschland, welches auf parlamentarischer Basis freiheitlich geeinigt wäre, wäre auch militärisch eine Bürgschaft des Friedens, wie sie für den Augenblick stärker nicht gedacht werden kann, und da die Erhaltung des Friedens den baldigen Sturz des französischen Cäsarismus auch noch dazu bedeutet, so meinen wir, schon das allein wäre genügender Grund, den Südbund als einen ersten Anfang zu dem „Bunde der Freien“ in Angriff zu nehmen, in den Europa aufgehen muß, wenn es nicht in Cäsarismus untergehen soll.“

Vorerst sehen wir vom werdenden Südbunde nur so viel, daß Württemberg sich weigert, einen Pfennig für die Werke von Ulm auszugeben, und daß Bayern den Posten ebenfalls gestrichen hat, was die Erhaltung der einen Hälfte der Festung nichts hilft, wenn die andere verfällt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 15. Mai. [Militär-Defizit.] Dem „Frankf. Journal“ schreibt man: Die Offiziösen leugnen, daß das Deficit

---

fähigkeit da entstehe, wo sie konsequent vorausgesetzt wird, ist der leitende Gedanke sowohl bei Macaulay als bei Mrs. Mill. Beide verlangen daher (Ersterer für die Juden, Letztere für die Frauen) nur die Möglichkeit einer Betheiligung am öffentlichen Leben, weil dies das einzige Kriterium für ihre Befähigung sei, und lehnen bis dahin jede Erörterung über letztere ab. Es sei erlaubt, hier an eine besonders schlagende Stelle aus dem Essay Macaulay's zu erinnern, einen von jenen Aussprüchen, die das eingewurzeltste Vorurtheil mit so wuchtigen und doch „eleganten“ Schlägen angreifen und vernichten, daß selbst der, bei dem es im Stillen noch weiter vegetiren sollte, nie mehr den Muth haben dürfte, es öffentlich einzugestehen.

„Eins der Argumente, das am Häufigsten gegen die Zulassung der Juden zum Staatsdienste angeführt wird, lautet: die englischen Juden seien keine Engländer, sie seien ein besonderes Volk, örtlich sich auf dieser Insel aufhaltend, aber in moralischer und politischer Vereinigung nur mit ihren Glaubensbrüdern lebend, die über die ganze Welt zerstreut sind. Ein englischer Jude betrachtet einen holländischen oder portugiesischen Juden als seinen Landsmann, einen englischen Christen aber als einen Fremden. Dieser Mangel an patriotischem Gefühl, sagt man, mache den Juden unfähig zur Ausübung politischer Rechte.“

Macaulay weist nun nach, daß, selbst wenn diese Anschuldigung in ihrer ganzen Ausdehnung zugegeben werden müßte, der Fehler bei den Regierungen liege: ihre Aufgabe sei es, die Juden patriotisch zu machen. „Geschichte und Vernunft zeigen den Weg dazu an. Die Juden in England sind genau so, wie jede Sekte, jede Menschenklasse sein würde, wenn man sie so behandelt hätte, wie die Juden behandelt worden sind.“ „Wenn alle rothhaarigen Leute in Europa Jahrhunderte hindurch geschmäht und unterdrückt, hier verbannt, dort eingekerkert und ihres Geldes beraubt worden wären, wenn man sie der unwahrscheinlichsten Verbrechen auf die leisesten Indizien hin überführt hätte, sie an Pferdeschwänze gebunden, geschleift oder mit den grausamsten Foltern gemartert hätte; wenn man sie — als die Sitten milder wurden — immer noch entehrenden Ausschließungen und Beleidigungen unterworfen, sie in einigen Ländern in besondere Straßen eingesperrt hätte, wenn in anderen der Pöbel sie hätte ungestraft mit Steinen werfen oder untertauchen dürfen; wenn sie überall von Aemtern und Ehren ausgeschlossen worden wären — welches würde wohl die Vaterlandsliebe der Leute mit rothen Haaren sein? — Und wenn unter solchen Umständen ein Vorschlag gemacht würde, rothhaarige Leute zu Aemtern zuzulassen, was für eine glänzende Rede könnte ein beredter Bewunderer unserer alten Institutionen gegen eine so revolutionäre Maßregel loslassen! „„Diese Männer““, könnte er sagen, „„betrachten sich kaum als Engländer; sie halten einen rothhaarigen Franzosen oder Deutschen sich für verwandter, als einen Mann mit braunen Haaren, der in ihrem eigenen Kirchspiel geboren ist. Wenn ein fremder Monarch rothes Haar patronisirt, lieben sie ihn mehr, als ihren angestammten König. Sie sind keine Engländer, sie können keine Engländer sein, die Natur hat es verboten, die Erfahrung bestätigt es ꝛc.““

Die in Amerika schon im Jahre 1850 zu Gunsten der Frauen beginnende Bewegung verlangte zunächst das allgemeine Stimmrecht für dieselben. Diese Forderung stellt Mrs. Mill auch für die englischen Frauen auf, indem sie an das nationale Billigkeitsgefühl appellirt. „Es ist ein Grundsatz englischer Freiheit, daß Steuerzahlung und Repräsentation sich gegenseitig bedingen müssen; nun gibt es aber, obgleich die Gesetze das Vermögen der verheiratheten Frau ganz in die Hände des Mannes legen, doch unter uns viele unverheirathete Frauen, die Steuern zahlen. — Es ist ferner eine Grundmaxime der britischen Constitution, daß alle Personen durch Gleichstehende (peers) gerichtet werden sollen, Frauen jedoch werden von männlichen Richtern und von männlichen Geschworenen gerichtet. Ausländern be-

der Militärverwaltung in steter Steigerung begriffen sei, aber sie verabsäumen den Nachweis des Gegentheils und beschränken sich auf die nichtssagende Redensart, Alles darüber Gesagte sei unbegründet. Die Zeit wird lehren, wer Recht hat; die schon jetzt hervortretenden Symptome sprechen für die Stichhaltigkeit der Behauptungen aller Derjenigen, die unablässig auf weitere Beurlaubungen dringen, damit aus der Verlegenheit nicht eine Calamität werde. Der eiserne Etat, das Pauschquantum, war für die Friedensstärke der Armee in ihrem gegenwärtigen Bestand viel zu niedrig gegriffen. Sollte die Militärverwaltung gut und bequem auskommen, so müßten ihr pro Kopf der Armee nicht 225 Thlr., sondern mindestens 50 Thlr. mehr zugewiesen werden. Es ist der zu niedrige ursprüngliche Ansatz, der die argen Verlegenheiten hervorgerufen hat, die sich, wie ein Sachverständiger uns andeutet, nicht anders heben lassen, als indem man zu den schon entlassenen 20,000 Mann mindestens noch weitere 60,000 entläßt. Preußen hatte von vornherein zu viel auf sich genommen, als es die norddeutsche Bundesarmee schuf; eine verhältnißmäßig sehr kurze Erfahrung reichte hin, um das Exempel als grundfalsch erscheinen zu lassen. Die Folge davon ist das thatsächliche Anwachsen des Defizits, zu dessen Deckung schließlich nichts weiter übrig bleiben wird als eine erhebliche Bundesanleihe. Die Verlegenheiten der Armeeverwaltung wären nicht schon jetzt so deutlich hervorgetreten, wenn die Marine-Anleihe zur Emission hätte gelangen können. Die Ressorts der Militär- und der Marineverwaltung stehen in zu engem Connex, als daß nicht einzelne Ausgaben für das Landheer aus den zehn Millionen für die Marine gedeckt worden wären. Die Scheidung dessen, was dem einen oder dem andern Ressort zufällt, ist sogar in einzelnen Fällen höchst schwierig. Wie nun, was früher verabsäumt und verrechnet worden, jetzt wieder gut machen? Es bleibt nichts übrig, als eine **Reduktion der Armee in großem Umfang.**

Ausland.

Frankreich. [Uebertreibungen der Schutzzöllner.] Wenn die Führer der Schutzzöllner im gesetzgebenden Körper besonders die Verlegenheiten und Schäden, die bei jedem neuen Systeme unvermeidlich sind, betonen, so würde man ihnen diese Taktik nicht verübeln können; sie schaden ihrer Sache aber durch die handgreiflichsten Sophistereien und durch so plumpe Uebertreibungen, daß sie schon heute von den Blättern dem allgemeinen Gelächter preisgegeben werden. Brame namentlich hat bei seinem lebhaften Temperamente sich verleiten lassen, durch kühne Gruppirung von Zahlen wie durch Aufzählung einer Menge Einzelheiten den Beweis zu führen, daß die französische Industrie an den Bettelstab gerathen ist und so zu sagen auf dem letzten Loche pfeift. „Die Industrie — ruinirt, der Ackerbau — todt, der Kredit — erschöpft, der Handel — in der Klemme, die Handelsflotte — am Verhungern, Frankreich — auf die tiefste Stufe der produzirenden Staaten gesunken, und an dem allem ist der englische Handelsvertrag schuld!" Und wer noch daran zweifelt, den belehrt Brame, daß dort eine Fabrik unter dem Preise verkauft, dort Noth in allen Ecken herrsche, dort 20,000 Arbeiter brodlos sind u. s. w. An diesen Thatsachen zweifelt Niemand, es ist freilich wahr, daß das Elend in Frankreich gegenwärtig groß und weit verbreitet ist; nur darin liegt das Alberne, daß dieser Mann für Alles nur den Vertrag mit England verantwortlich macht. Die „Liberté" bringt einen ausgezeichneten humoristischen Artikel über diese Art, für eine faule Sache zu operiren, worin es heißt: „Vor vierzehn Tagen ward in Mühlhausen eine Spinnerei von 45,000 Spindeln ein Raub der Flammen. Wenn man die Jeremiaden der Protektionisten hört, wie sie dem Freihandel Alles in die Schuhe schieben, Theuerung und Arbeitsstockung, wie sie ihm alle Verlegenheiten der Fabrikanten und alle Entbehrungen der Arbeiter aufbürden, wie sie behaupten, daß im Norddepartement 215,000 Spindeln still stehen, im Elsaß 300,000 nur mühsam gehen u. s. w., wenn man diese Beschuldigungen vernimmt, so muß man sich wirklich wundern, warum die Schutzzöllner nicht konsequent auch das Unglück in Mühlhausen benutzen, um auszurufen: „Das ist nicht das Feuer, was die Zerstörung dieser Spinnerei herbeiführte, nein, der Handelsvertrag hat die Spinnerei verzehrt!" Die Herren, welche so redeten, würden das Maß der Anklagen, das sie auf die Tribüne brachten, nicht merklich übersteigen. Gewiß ist die jetzige Krisis nur zu ernst, aber sie ist nicht bloß auf Frankreich beschränkt und keine speziell französische; fast ganz Europa befindet sich in Mitleidenschaft." Und was die Hauptsache ist: sowohl in Belgien (wie die Unruhen in Charleroi bezeugen) als in England, also Freihandelsländer, wie in den Vereinigten Staaten, also unter dem Schutzsysteme, herrscht augenblicklich nicht minder Flauheit und Stockung, wie in Frankreich. Uebrigens ist es heute schon so gut wie gewiß, daß die **Kammer zur einfachen Tagesordnung übergehen wird.**

Großbritannien. [Ueber die Unruhen in Ashton-under-Lyne] erfährt man Folgendes: Die in London wohnenden Orangisten, durch die glühenden Redensarten des Missionspredigers Murphy verleitet, griffen in blindem Glaubenseifer am Sonntag Abend die römisch-katholischen Kapellen an. Die irisch-katholischen Einwohner, etwa 100 bis 500 Mann stark, eilten mit Pistolen, Revolvers, Beilen, Hämmern, Schüreisen, Picken u. s. w. bewaffnet, zum Schutz ihrer Gotteshäuser herbei und feuerten auf die englischen Angreifer. Viele Personen wurden mehr oder weniger bedenklich verwundet. Die Orangisten erhielten nach und nach Verstärkung und

---

willigt das Gesetz das Vorrecht, verlangen zu dürfen, daß die Hälfte der Geschwornen auch aus Ausländern bestehe; nicht so ist es mit den Frauen. Es ist, abgesehen von allen localen und nationalen Anschauungen, ein anerkanntes Erforderniß der Gerechtigkeit, keine erniedrigenden Unterschiede ohne Noth zu machen. In allen Dingen sollte Gleichheit zum voraus angenommen werden; es muß ein Grund dafür angegeben werden, warum irgend etwas einer Person erlaubt und einer anderen untersagt sein soll."

Von den Einwürfen, die dem Verlangen der Frau nach Gleichstellung entgegengestellt werden, ist der mächtigste der der **Gewohnheit.** „Frauen haben niemals gleiche Rechte mit den Männern gehabt." . . . . Dieses stärkste aller Vorurtheile, das gegen Alles, was neu und unbekannt ist, aufzutreten pflegt, hat allerdings in einem Zeitalter der Veränderungen, wie es das gegenwärtige ist, viel von seiner Kraft verloren. Es ist vielmehr jetzt schon der Ruhm des modernen Europa und Nordamerika, viele Dinge zu wissen und zu thun, von denen unsere Vorfahren keine Ahnung hatten — Gewohnheit ist nicht mehr die Tyrannei über Ansichten und Handlungsweise, die sie früherhin war. Die Idolatrie des Herkömmlichen ist im Abnehmen begriffen."

Den Grund, weßhalb die Unterwerfung der Frauen zur Gewohnheit werden konnte, sieht die Verfasserin in dem Mißbrauche der größeren Körperkraft seitens der Männer. Daß das Recht des Stärkeren bis vor nicht zu langer Zeit das Hauptgesetz war, welches die öffentlichen Angelegenheiten bestimmte, ist nicht zu leugnen. In der ganzen Geschichte sehen wir, daß Nationen, Racen, Klassen, die sich stärker fühlten, sei es an Körperkraft, an Besitz oder an militärischer Disciplin, die Uebrigen erobert und in Unterwerfung erhalten haben. Wie nun das Recht des Stärkeren überhaupt aufgehört hat, einziges Gesetz des Handelns zu sein, so wird auch das Recht des stärkeren Geschlechtes über das schwächere mehr und mehr in allgemeine Gleichheit der beiden Geschlechter übergehen. Die Frage, ob und zu welchen anderen Beschäftigungen als den bisher üblichen die Frauen überhaupt befähigt seien, wird nie durch Discussionen a priori erledigt werden können; einzig und allein die Freiheit der Ausübung aller Rechte kann und wird darüber entscheiden. „Man lasse jede Beschäftigung Allen zugänglich sein, und die Aemter werden in die Hände solcher Männer und Frauen gelangen, die erfahrungsmäßig sich ihrer am Würdigsten erweisen."

Diesen Grundsatz freier Concurrenz befolgt bekanntlich die englische Regierung in vielen Dingen, z. B. auch in Bezug auf alle Unterrichtsfragen. Lehrer- oder Vorsteher-Examina sind in England unbekannt; wer dort unterrichten oder Zöglinge bei sich aufnehmen will, hat vollkommen das Recht dazu, ohne daß der Nachweis irgend einer Vorbereitung oder Befähigung von ihm verlangt wird — der Erfolg allein, nimmt man an, sei das Kriterium hiefür: ein guter Lehrer wird Schüler bekommen und behalten, ein schlechter die seinigen bald verlieren, so folgert man und scheinbar mit Recht. Daß jedoch gerade bei dieser Frage dieser Grundsatz große Gefahren mit sich führt, daß das Publikum durch Reclamen xc. ebenso leicht zu täuschen ist, wie jeder Einzelne, beginnt man schon einzusehen; die Regierung selbst hat verschiedene Lehrer-Bildungs-Institute eingerichtet und die dort Geprüften erhalten gern den Vorzug vor anderen Lehrern, wenn auch nicht, wie in England, die Regierung das Examen als unerläßlich hinstellt.

Das allerdings sehr schlagende Argument, daß es eine grobe Inconsequenz genannt werden muß, der Frau die niedrigsten Staatsämter zu verschließen in einem Lande, wo sie zur höchsten Würde, der königlichen, berechtigt erachtet wird, erwähnt die Verfasserin natürlich auch. Sie zeigt außerdem an recht zahlreichen geschichtlichen Beispielen, daß Frauen sich als Königinnen oder als Mütter, Gattinnen und Rathgeber von Königen im politischen Leben wohl bewährt hätten.

stürmten die kath. St. Annen-Kapelle, zerschlugen sämmtliche Kirchenstühle, zertrümmerten die Kruzifixe und die Station und die Gemälde der h. Jungfrau und richteten heillosen Schaden an. Das Haus eines kath. Pfarrers wurde fast gänzlich demolirt. Aehnliches geschah mit der St. Mary's Kapelle. Hier entstand ein wüthender Kampf zwischen Irländern und Orangisten, wobei viele Verwundungen vorfielen. Um 10 Uhr Abends wurde die Aufruhrakte verlesen und 250 Spezial-Konstabler eingeschworen, durch deren Anstrengungen die Ruhe mühsam hergestellt wurde. Am Montag wurde ein abermaliger Angriffsversuch auf die katholischen Kapellen gemacht, aber kräftig unterdrückt. Drei Rädelsführer sind verhaftet. Die Zahl der Verletzten läßt sich bis jetzt noch nicht ermessen. Die Aufregung dauert fort; die Stadtbehörden haben für den Fall eines neuen Ausbruchs der Unruhen sich militärische Unterstützung gesichert.

Türkei. [Die Rede des Sultans], welche derselbe am 11. Mai bei Eröffnung der Sitzungen des Staatsrathes gehalten hat, lautete in ihren wesentlichen Theilen, wie folgt:

„Die Pflicht des Staates ist, die Rechte und die Freiheit Aller zu sichern. Seine Thätigkeit muß sich nicht kundgeben durch Gewalt und Willkür, sondern durch Gerechtigkeit. Möge Jeder die Befriedigung seiner Privatinteressen in dem gemeinsamen Interesse suchen, und gemäß den auf Billigkeit und Gerechtigkeit begründeten Gesetzen. Um die Rechte der Unterthanen zu vertheidigen, muß der Staat stark sein. Seine Kraft geht hervor aus dem Reichthum des Volkes und aus dem Wohlstande, welchen ihm eine regelmäßige, ehrliche und den Mißbräuchen feindliche Verwaltung verschafft. Wenn die Türkei das, was in früheren Epochen für das Wohl des Landes gethan wurde, sich hätte zu Nutzen machen können, so stände sie in gleicher Reihe mit den bestverwalteten Staaten. Aber die Meinungsverschiedenheiten und der Zwiespalt der Geister sowohl, wie der Mangel an Vertrauen und Sicherheit verursachen den Verfall der Staaten und verhindern die Entwicklung des Handels und des Volksreichthums. Alle Schwierigkeiten beseitigen, die Rechte aller Unterthanen sicher stellen, Staatsräthe in's Leben rufen, deren Mitglieder aus allen Klassen zu wählen sind, eben so einen höchsten Gerichtshof errichten, wodurch die Trennung der ausübenden Macht von der richterlichen und religiösen festgestellt wird, das sind die vorzunehmenden Reformen. Die Mitglieder der Räthe müssen das Reich als einen Körper betrachten, der aus der Vereinigung aller Unterthanen gebildet wird, und müssen für das Beste Aller wirken. Was die religiösen Ueberzeugungen betrifft, so muß Jeder seine freie Meinung haben. Dieser Punkt kann nicht in Frage gestellt werden. Die verschiedenen Culte müssen alle Gefühle der Verachtung und der Feindseligkeit gegen einander aufgeben.

Nichtpolitische Zeitung.

— [Brand eines Dampfers auf dem Michigan-See.] Amerikanische Blätter berichten: Der Dampfer „Sea Bird" hatte in dieser Saison vier Fahrten gemacht und befand sich auf der fünften, als er von dem schrecklichen Unglück betroffen wurde. Als das Schiff sich am Morgen des 9. April (gegen halb 7 Uhr) auf der Höhe von Waukegan befand, sah man aus dem Gepäckhaufen, nahe der Damen-Cajüte, Flammen emporlodern, die so schnell um sich griffen, daß nach Verlauf von 10 Minuten der hintere Theil des Dampfers in Flammen eingehüllt war. Der Aussage eines der Geretteten zufolge, bemächtigte sich aller an Bord — die Offiziere nicht ausgenommen, sofort die größte Verwirrung, so daß kein ernstlicher Versuch gemacht wurde, die Boote in die Fluth hinabzulassen. Hr. Hanneburg, einer der drei Geretteten, schätzt die Zahl der an Bord gewesenen Personen auf 100. Unter denselben befanden sich 8 bis 10 Damen und 7 bis 8 Kinder. Hanneburg sah die Flammen aus dem Stroh und den Sachen, die unterhalb der Damen-Cajüte lagen, emporschlagen und rief sofort: Feuer! Es währte nicht lange, so erschienen die von Entsetzen ergriffenen Passagiere auf dem Deck. Das Feuer griff so schnell um sich, daß Hr. Hanneburg der Ueberzeugung ist, es müsse schon lange gebrannt haben, ehe er die Flammen sah. Nach Hanneburg's Ansicht hatten nicht alle Damen und Kinder Zeit, ans Freie zu gelangen und es werden wohl manche Personen in ihren Cojen verbrannt sein. Ein Theil der Mannschaft machte den Versuch, die Rettungsboote herabzulassen, aber ohne Erfolg. — Hr. Chamberlain, der ebenfalls gerettet wurde, sagte, er habe einen Bediensteten aus der Damen-Cajüte kommen sehen, der ein Gefäß voll Asche und glühenden Kohlen trug, dessen Inhalt er in der Nähe der Damen-Cajüte über Bord warf. Einige Funken mögen durch den Wind zurückgeweht worden sein und das schon erwähnte brennbare Material entzündet haben. Schon nach einer Stunde brannte es an der genannten Stelle lichterloh und zehn Minuten später war das ganze Hintertheil des Schiffes in Flammen. Ein Geräusch, daß von einer Kessel-Explosion herrührte, hat keiner der beiden Geretteten vernommen. — Capitain Yates von dem Schooner „Cordelia" sagt, daß er um die eben genannte Zeit einen brennenden Dampfer gesehen habe. Er war vier oder fünf Meilen davon entfernt, fuhr hin und es gelang ihm, zwei Passagiere zu retten, einer war im Wasser und einer auf dem Dampfer. Er glaubt nicht, daß noch andere Personen gerettet worden sind, hat von einem der Geretteten erfahren, daß, nachdem der Dampfer in Brand gerathen war, das Steuerruder sich sperrte und verursachte, daß der Dampfer sich wie im Kreise herumdrehte, während die Maschine noch arbeitete. Der Schooner „Cordelia" verließ das Wrack nicht eher, als bis es auf den Wasserrand niedergebrannt war. — Der dritte Gerettete, ein Herr Namens James H. Leonard, erzählt seine Rettung folgendermaßen: „Früh gegen 4 Uhr ging ich auf das Verdeck und sprach den ersten Steuermann des Dampfers in Betreff der Entfernung von Chicago, und ich erfuhr von ihm, daß die Stadt etwa 20 Meilen von dem Schiffe entfernt sei. Dann ging ich in die Coje zu meiner Frau und bald darauf hörte ich den Alarmruf „Feuer!" Ich ging hinaus, um zu sehen, was es gab, und fand das Boot in Flammen. Ich stürzte hinzu, um meine Frau zu retten, aber die Flammen verwehrten es mir und schnitten die Verbindung mit den Cojen ab. Ich sah und hörte, nachdem ich auf den Alarm die Coje verlassen hatte, von meiner Frau nichts mehr." Hr. Leonard glaubt, daß nicht mehr als 30 Passagiere an Bord gewesen seien. Eine große Anzahl landete zu Milwaukee, und er glaubt, daß die Anzahl der Ausgestiegenen viel größer als die Zahl derer gewesen sei, die in jenem Hafen an Bord gekommen sind. Als es Hrn. Leonard an Bord zu heiß wurde und er zur Ueberzeugung kam, daß die Zerstörung des Dampfers unvermeidlich sei, sprang er in das Wasser und da er ein tüchtiger Schwimmer ist, so wußte er bald ein Brett zu ergreifen und bald nachher gelang es ihm, den in der Nähe daran vorbeitreibenden Radkasten zu erklettern. Er klammerte sich an denselben, trieb darauf mit den Wellen südöstlich und landete 3 Meilen nördlich von Evanstown, nachdem er sich auf einem Fragment des Wracks zwölf Stunden lang, naß bis auf die Haut und mit steifgefrorenen Kleidern, aufgehalten hatte. Herr Leonard hat etwa zwanzig Passagiere in das Wasser springen sehen. Einige derselben schwammen eine Zeit lang umher, andere schienen sogleich unterzusinken. Er sah eine Frau über Bord springen. Er glaubt, daß etwa zehn Frauen an Bord waren, die alle in den Flammen umgekommen sein müssen. Man machte einen Versuch, die Boote des Dampfers in das Wasser zu lassen, aber die Schnelligkeit, mit der die Flammen um sich griffen, machte das Vorhaben unmöglich. Die See war nicht sehr wild, und die Boote hätten sich gar leicht halten können, wenn man sie nur hätte hinablassen können. Kein Versuch wurde gemacht, die Maschinen zum Stillstand zu bringen, bis endlich das Feuer der weiteren Bewegung derselben Einhalt that. Deshalb geschah es, weil das Ruder derangirt worden war, daß das Schiff sich im Kreise herumdrehte. Sachverständige glauben, daß wenn man sogleich beim Ausbruch des Feuers der Bewegung des Dampfers Einhalt gethan hätte, die Boote hätten in das Wasser gelassen und alle an Bord befindlichen Menschen gerettet werden können.

[Zeitungswesen] Die bekannte Annoncen-Expedition von Haasenstein und Vogler hat soeben ihr neuntes Zeitungsverzeichniß erscheinen lassen, ein förmliches Büchlein von 88 Seiten, Journale aller Welttheile umfassend. Diese riesige Zeitungsliste ist nicht nur ein unentbehrliches Bedürfniß für den Geschäftsmann, der inseriren lassen will, sie regt auch mancherlei Gedanken an. So ist es z. B. sehr auffallend, welche riesenhafte Auflagen die illustrirten Blätter in Deutschland erreichen. Die Welt will Bilder sehen. Die Verbreitung des deutschen Elements über die Erde tritt aus dem Zeitungsverzeichnisse nicht minder auffallend hervor. In Canada, Mexico, Brasilien und Buenos Ayres, in Melbourne und auf Neuseeland, in Kairo erscheinen deutsche Blätter; die Anzahl der deutschen Zeitungen in den Vereinigten Staaten, mit denen Haasenstein und Vogler in regelmäßiger Verbindung stehen, beträgt über hundertundzwanzig. Die mit Zeitungen am reichsten gesegnete Stadt Deutschlands, vielleicht der ganzen Welt, ist Augsburg. In der Heimath der schönen Philippine Welser erscheinen zehn politische Tagesblätter in zusammen 70,000 Exemplaren — macht Ein und ein Viertel-Exemplar auf den Kopf der Bevölkerung. Solche und ähnliche Betrachtungen regt das vorliegende Zeitungsverzeichniß in dem Leser an.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 138-39. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Dinstag, 19. Mai 1868.

Die neue Volkspartei.

Zu Donnerstag Abend hatte die „Berliner demokratische Gesellschaft" in dem Saale des Konzerthauses eine Volksversammlung einberufen zur Einigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland. Auf der Tagesordnung stand: „Die Ziele der deutschen Volkspartei."

Wir berichten ausführlich über die Versammlung, weil eine Anzahl Abgeordneter des Zollparlaments daran Theil nahmen, deren politische Charaktere sich hieraus besser erkennen lassen, als aus ihrem Auftreten im Zollparlament.

Schon lange vor 8 Uhr, zu welcher Zeit die Versammlung einberufen war, war der Saal bis auf den letzten Platz gefüllt. Unter den Anwesenden bemerkte man viele Abgeordnete, darunter die HH. Bebel, Dr. v. Schweitzer, Kolb, Dr. Reinke, Dr. Oesterlen, Freisleben, Tafel, Grath u. s. w.

Der Verlagsbuchhändler Alex. Jonas eröffnete die Versammlung mit der Mittheilung, daß eine Anzahl süddeutscher Abgeordneten den Wunsch ausgesprochen, vor dem norddeutschen Volke ihren „stark verketzerten Standpunkt" klar dazulegen. Die „demokratische Gesellschaft" habe dem Wunsche Folge gegeben und die Versammlung berufen.

Nachdem das einladende Komite von der Versammlung mit der Leitung der Versammlung beauftragt war, fuhr Hr. Jonas fort: Ein blutiger Krieg hat das deutsche Vaterland zerrissen, und die deutsche Einheit ist dem ungetrübten Auge ferner als je gerückt. Mehr als 8 Millionen Deutsch-Oesterreicher sind dem Vaterlande entrissen, der Süden blickt mißtrauisch auf uns; und welchen Ersatz bietet der norddeutsche Bund? Eine gleiche Steuerbelastung und gleiches Zündnadelgewehr ist seine Einheit — die Bewachung der Presse, politische Prozesse seine Freiheit — die Grenzsperre, das Aufgeben einer deutschen Festung seine Macht — die überhandnehmende Auswanderung sein Segen. Aber wir haben es verdient und werden es ertragen und überwinden und Aufklärung über die bestehenden Differenzen wird zur Einigung des Volkes führen, und als eines dieser Mittel ist die heutige Versammlung berufen. Möge der Geist der Einheit in ihr walten, dann wird sie nicht, wie so viele anderen, verloren gehen.

Nach dieser Einleitung erhält der Abg. Oesterlen aus Würtemberg das Wort und wiederholt die von dem Herrn Jonas schon ausgesprochene Bitte, die Süddeutschen wegen ihres gemüthlichen Dialekts und ihrer etwaigen Kraftausdrücke nicht zu unterbrechen. Die Süddeutschen seien in dem „Liberalismus der polizeilichen Ueberwachung" noch ein Menschenalter zurück. Mit bangem Herzen seien die Württemberger hieher gekommen wegen der Drohung der national-liberalen „preußischen Jahrbücher", welche den Süddeutschen eine „ausnahmsweise Behandlung und Empfang versprachen. Herr Braun habe den Beginn damit gemacht, aber es frage sich, ob der Braun den Schwaben oder der Schwab den Braun zum Gabel-Frühstück verspeist habe. Der Empfang der Abgeordneten bei Hofe und in dieser Versammlung gebe den Beweis, daß die preußischen Jahrbücher Unrecht gehabt. Die Süddeutschen hätten auch ein Recht, freundlichen Empfang zu verlangen, denn sie kämen als deutsche Brüder zu deutschen Brüdern. Preußenfeindlichkeit werde den Süddeutschen zum Vorwurf gemacht, das sei ein Vorwurf, den nur Parteihaß und Parteileidenschaft zu erheben wagt. Sie haben uns besiegt, aber Sie hassen uns nicht! (Ruf: Nein! nein!) Nachdem dieser Punkt somit zur allgemeinen Zufriedenheit erledigt, wendete sich der Redner zu der Sache. In der deutschen Frage gingen zwei Strömungen durch Deutschland, die eine, die des Nationalvereins, wollte durch Unterwerfung unter Preußen, die andere durch ein Föderativ-Bündniß die Einheit herstellen. Aber die Nationalliberalen, welche die Einheit durch moralische Eroberungen herbeiführen wollten, sind durch einen Mann abgelöst worden, der andere als moralische Eroberungen vorzog. Die Süddeutschen suchen einen anderen Weg. Sie glauben wohl, daß die Preußen als Angehörige eines großen Staates nicht begreifen können, daß die Württemberger an dem kleineren Vaterland festhalten; aber dennoch sind sie Deutsche, vielleicht deutscher noch als die Preußen. Sie können nur in ein Vaterland eintreten, das alle Stämme mit einander verbindet. Die von uns hinweggerissenen 10 Millionen Oesterreicher stehen unserem Herzen so nahe, wie unsere Brüder. Wir können nicht unser Einheitsbild in der Zerreißung unseres Vaterlandes und in dem Norddeutschen Bunde finden, und so gestatten Sie uns, wenn wir an dem alten Lied „Das ganze Deutschland soll es sein" festhalten und zu diesem Bunde noch kein Zutrauen haben können. Wenn treues Festhalten an der Einheit, wie Herr Bluntschli meinte, eine originelle Idee ist, so wollen wir originell

Die bürgerliche Gleichstellung der Frauen.

II.

Die Einwürfe, die man gegen eine Zulassung der Frauen zum öffentlichen Leben gemeinhin geltend macht, lassen sich auf folgende drei Punkte reduciren:

1) Die Unverträglichkeit des Berufes der Mutter und Hausfrau mit den öffentlichen Pflichten,

2) der verhärtende Einfluß, der derartige Beschäftigungen auf den weiblichen Charakter ausüben müssen,

3) die Unzweckmäßigkeit, bei dem schon vorhandenen großen Drucke der Concurrenz in allen Fächern, neue Arbeitskräfte dem Markte zuführen zu wollen.

Ueber den ersten Punkt, den, auf welchen gewöhnlich das meiste Gewicht gelegt wird, sagt die Verfasserin: „Dieser Grund kann doch selbstverständlich nur auf Mütter Anwendung finden. Es ist weder nöthig noch gerecht, die Frauen zu zwingen, daß sie entweder Mütter oder — gar nichts seien, oder daß, nachdem sie einmal Mütter gewesen, sie ihr ganzes übriges Leben gar nichts anderes mehr sein sollen. Weder Männer noch Frauen bedürfen eines Gesetzes, um sie von einer Beschäftigung auszuschließen, sobald sie eine andere ergriffen haben, die mit der ersten unverträglich ist. Niemand schlägt vor, die Männer vom parlamentarischen Leben auszuschließen, weil der Mann Soldat oder Seemann oder ein Kaufmann sein könne, dessen Zeit und Kräfte ganz von seinem Geschäfte in Anspruch genommen werden. Neun Zehntel der Berufsarten der Männer schließen diese de facto vom öffentlichen Leben aus, aber das ist kein Grund, um Gesetze zu machen, die nicht nur diese neun, sondern auch das zehnte Zehntel davon ausschließen würden. Dieser Grund läßt sich mit demselben Rechte auf das weibliche Geschlecht anwenden. Es ist nicht nöthig, durch ein Gesetz zu verbieten, daß eine Frau, die alle Haushaltungsgeschäfte und die Erziehung der Kinder auf Händen hat, sich auch noch mit politischen oder anderen Berufsgeschäften abgebe. Wo wirkliche Unverträglichkeit der Pflichten stattfindet, da wird sie schon für sich selber sorgen. Aber es ist eine grobe Ungerechtigkeit, die Unverträglichkeit zum Vorwande für das Ausschließen Solcher zu machen, in deren Fälle sie nicht existirt; und diese, wenn sie freie Wahl hätten, würden einen starken Bruchtheil bilden; eine große Anzahl Frauen werden Gattinnen und Mütter nur, weil ihnen keine andere Laufbahn verstattet, keine andere Bethätigung ihrer Gefühle, ihrer Fähigkeiten ermöglicht ist. Jede Verbesserung ihrer Erziehung, jede Erweiterung ihrer Fähigkeiten, Alles, was sie für irgend eine andere Lebensweise geeignet macht, vermehrt die Zahl derer, für die es Unterdrückung und Beleidigung ist, keine Wahl zu haben. . . . ."

Wenn diese letztere Behauptung sich als richtig erwiese, so würde sie wohl mit Recht von den Gegnern der Frauen-Emancipation zu ihren Gunsten ausgebeutet werden: eine Verminderung der Ehen kann weder im Interesse des Staates, noch dem der Frauen selber liegen, denn der verheirathete Zustand, die Gründung der Familie ist und bleibt das wünschenswertheste Ziel für beide Geschlechter; allein eben weil dem so ist, weil die Natur selbst hier schon einen Riegel vorgeschoben hat, ist diese Folge durchaus nicht zu befürchten.

Was den zweiten Einwurf betrifft, den verhärtenden Einfluß einer Berufsthätigkeit auf das Gemüth der Frau, so scheint er einer früheren Zeit anzugehören, in welcher der Mann berufen war, im harten

ein, aber ich glaube, unter Ihnen finden sich Viele, die derselben Ansicht sind. (Zustimmung.) Das, was ich Ihnen gesagt, ist die Ansicht der Volkspartei in Süddeutschland. Nichtsdestoweniger werden wir die Verträge, die das Jahr 1866 geschaffen hat, getreu halten. Für das süddeutsche Volk hätte es eines Allianzvertrages gar nicht bedurft, auch ohne ihn hätten wir im Falle der Noth gewußt, wohin wir zu stehen haben. (Ruf aus der Versammlung: 1866!) Als die Luxemburger Frage auftrat, war es die württembergische Volkspartei, welche erklärte, sie bekämpfe die preußische Politik, werde aber mit den preußischen Truppen gemeinschaftlich kämpfen. Die Verträge sollen gehalten werden und wir weisen den Gedanken mit Entrüstung zurück, daß wir sie mit Hilfe der Franzosen brechen wollen; aber eben deßhalb treten wir gegen die süddeutschen Nationalliberalen auf, die bei uns preußischer als Sie, vaterlandsverrätherisch sind, die aus dem Zollparlament ein Vollparlament machen wollen. Der Vorsitzende hat den Zuständen im Nordbunde einen solchen beredten Ausdruck gegeben, daß ich ihn trotz der polizeilichen Ueberwachung einen „weiten" nennen kann. Kommen Sie zu uns im Namen der Einheit und Freiheit, dann werden Sie uns haben, kommen Sie uns nicht unter diesen Auspicien, dann müssen Sie uns holen. (Stürmisches Bravo!) Vor dem letzten Satz ruft ein Mitglied aus der Versammlung: „Ich bitte um's Wort zur Geschäftsordnung." Dies ruft einen gewaltigen Sturm hervor, man will den Rufenden aus der Versammlung entfernen; der Vorsitzende ruft ihn zur Ordnung und die Ruhe wird wieder hergestellt. Der Vorsitzende ertheilt dann Hn. **Kolb**, „dem einzigen Demokraten, den Bayern geschickt," das Wort. Das frühere Mitglied, ein Hr. Kastan, ruft nochmals nach dem Worte zur Geschäftsordnung, wird jedoch vom Vorsitzenden bis auf die Zeit, nachdem der Redner gesprochen, verwiesen.

Hr. **Kolb** begrüßt die Versammlung als „Demokrat." Alle Demokraten, sowohl Nord- als Süddeutsche, haben gemeinsame Feinde; die Vorwürfe, die man den Süddeutschen mache: sie hätten sich auf die Ultramontanen gestützt, sie seien feindselig gegen den Norden gesinnt, sie seien Partikularisten, seien ungerecht und grundlos. Die Bayern hätten einen jahrelangen schweren Kampf um ihre Volksrechte gekämpft, aber dadurch auch Freiheiten erlangt: die Gewerbefreiheit und Freizügigkeit. Kein Minister habe in Bayern es seit den 50 Jahren der bestehenden Constitution gewagt, Steuern auszuschreiben, die nicht zuvor von der Volksvertretung genehmigt seien. Diese Rechte seien schwer erworben, aber die Süddeutschen seien gesonnen, auf sie zu verzichten, wenn sie in die Hände einer deutschen Volksvertretung übergehen; zu Gunsten des Militarismus und Cäsarismus aber nicht.

(Schluß folgt.)

Norddeutscher Bund.

Berlin, 18. Mai. [**Zur Goldwährungsfrage.**] Der bleibende Ausschuß des deutschen Handelstages hat bekanntlich zu Anfang Dezember vorigen Jahres eine Preisaufgabe ausgeschrieben: „Welche Vorbereitungen und Uebergangsmaßregeln sind anzurathen, und welche gesetzlichen Vorschriften sind in Bezug auf die Erfüllung bestehender Zahlungsverbindlichkeiten zu erlassen, wenn in einem Lande, wo auf Basis der Silberwährung solide Münzzustände bestehen, die Einführung der alleinigen Goldwährung beabsichtigt wird?" Als Termin für die Einlieferung der Bewerbungsschriften war der 30. April festgesetzt. Die Zuerkennung des Preises und die Veröffentlichung der Preisschrift soll durch den Ausschuß des Handelstages erfolgen, der sich aber zugleich vorbehalten hat, eventuell auch anderen eingereichten Schriften, denen der Preis nicht zuerkannt ist, eine Remuneration zu bewilligen und deren Veröffentlichung zu veranstalten, falls die Einsender nicht ausdrücklich sich dagegen erklären sollten. Wie man vernimmt, sind mehr als ein Dutzend Denkschriften zur Beantwortung der gestellten Preisaufgabe beim Centralbureau des Handelstages eingegangen. Mag auch ein Theil derselben ihre Aufgabe wesentlich mißverstanden und die auf wenigen Seiten zusammengefaßte Beantwortung zu leicht genommen haben, so sollen doch mehrere Bewerbungsschriften sich darunter befinden, welche den Gegenstand in sehr eingehender Weise und von verschiedenen Seiten mit Sachkenntniß und Fleiß erörtert haben. Es steht nun zu erwarten, welche Vorbereitungen das Präsidium des Handelstages treffen wird, um eine zweckentsprechende und unparteiische Beurtheilung der Concurrenzschriften herbeizuführen. Wünschenswerth erscheint es, daß damit nicht zu lange gewartet werde, da die Angelegenheit der internationalen Münzeinigung gerade jetzt ein bedeutendes Interesse in Anspruch nimmt. Es braucht in dieser Beziehung nur daran erinnert zu werden, daß in England gegenwärtig eine Parlaments-Untersuchungs-Commission sich mit der Frage beschäftigt, ob und welche Schritte dort etwa im Sinne der Beschlüsse der Pariser Münzkonferenz vom vorigen Jahre geschehen könnten, und daß in Frankreich das Handels-Ministerium erst vor Kurzem die Handelskammern zu einer Begutachtung über die Räthlichkeit der Abschaffung der Doppelwährung aufgefordert hat. Wie auch die Entscheidung über die Zuerkennung des Preises ausfallen möge, auf alle Fälle darf es für einen günstigen Umstand gehalten werden, daß der Ausschuß des Handelstages den Vorbehalt gemacht hat, auch andere der eingegangenen Denkschriften zu veröffentlichen, denn die Frage, wie der Uebergang von der Silberwährung zu der reinen Goldwährung am besten zu bewerkstelligen, ist zu wichtig und vielseitig, um nicht von ganz verschiedenen Gesichtspunkten aus beleuchtet und besprochen zu werden, und es wird ohne Zweifel in solcher Hinsicht jede einzelne Darlegung die anderen mehr oder minder ergänzen. Der Zweck der Preisaufgabe konnte hauptsächlich nur darin bestehen, für die künftige legislatorische Erledigung der Sache Materialien und Vorarbeiten herbeizuschaffen, nicht aber konnte die Meinung sein, eine Vorlage erzielen zu wollen, welche gleich mit Einem Male die Entscheidung an die Hand gebe.

Ausland.

Schweiz. [**Ueber das Scheitern des Handelsvertrags mit dem Zollverein**] bringt die „N. Zürch. Ztg." eine, offenbar aus der Feder des Bundestagspräsidenten Dr. Dubs stammende, verlässige Darlegung. Den Abschluß einer literarischen Konvention

---

Kampfe gegen seinen Nächsten sich seine Existenz zu sichern und wo die Frauen, gleich den Priestern, von diesen Pflichten befreit, im Stande waren, einen friedestiftenden, beschwichtigenden Einfluß auszuüben. Heutzutage ist es mehr ein Kampf gegen Verhältnisse und Zustände, der dem Manne obliegt; an dem kann und soll das Weib sich betheiligen. Diese Art des Kampfes erzeugt auch keine Bitterkeit und Animosität. Die Feindseligkeiten heutzutage entstehen weit mehr aus dem, was die Leute über einander sagen, als aus dem, was sie thun und leider! findet man ja in diesem Punkte Haß und Lieblosigkeit bei den Frauen mindestens eben so häufig, als bei den Männern. Wollte man die Frauen vor diesen Einflüssen bewahren, so müßte man sie ganz und gar vom geselligen Leben ausschließen. . ."

Was den dritten Einwurf betrifft, die Ueberfüllung des Marktes mit Arbeitern, so meint die Verfasserin, eine solche Ueberfüllung werde und müsse sich mit der Zeit von selber regeln, wenn nur erst die Welt nicht mehr blos in Capitalbesitzer und Miethlinge der Arbeit getheilt wäre. — Diese Widerlegung scheint der rechten Schärfe zu entbehren. Zwei andere Punkte sind es, die mit mehr Glück sich hätten dagegen anführen lassen.

Erstens: Die Concurrenz der Frauen-Arbeit ist insofern nur eine scheinbare, als das, was die Frau zu leisten im Stande ist, niemals genau dasselbe sein wird, als was der Mann zu Markte bringt; in den meisten Fällen wird es der Produktion des Mannes untergeordnet sein und nur durch den niedrigeren Preis eine Concurrenz ermöglichen, in vielen Fällen aber wird die Frauenarbeit so deutlich den Stempel weiblicher Eigenart an sich tragen, daß eben ein ganz neues Produkt entsteht. Wenn nun auch in den meisten Fällen die Nachfrage es ist, die das Angebot hervorruft, so findet doch auch sehr oft das Umgekehrte statt (so lange es z. B. auf einer bestimmten Strecke noch keine Omnibusse gab, konnte auch keine Nachfrage darnach stattfinden) und indem nun durch die Frauen-Arbeit eine ganz neue Specialität auf dem Markt erscheint, wird nicht nur eine Nachfrage nach dieser hervorgerufen, sondern erfahrungsmäßig die Nachfrage überhaupt gesteigert (seitdem Omnibusse existiren, hat der Droschkenverkehr auch zugenommen, da man überhaupt mehr das Bedürfniß des Fahrens kennen gelernt hat). Ein Beispiel von einem anderen Gebiete: Es sind, besonders in England, viele Schriftstellerinnen aufgetreten, die den Büchermarkt mit Romanen versehen haben; dadurch hat sich die Nachfrage nach Unterhaltungslektüre überhaupt gesteigert, so daß auch der Absatz der von den Männern geschriebenen Romane zugenommen hat.

Zweitens: Es liegt im Interesse des Ganzen und folglich jedes Einzelnen, aus sehr wenig consumirenden Gliedern der Gesellschaft möglichst viel consumirende zu machen, welcher Weg aber wäre dazu geeigneter als der, diesen Gliedern den Erwerb möglichst zu erleichtern? Daß mit der Erwerbsfähigkeit auch die Ausgabefähigkeit und Willigkeit in progressivem Verhältnisse stehen, wird wohl von Niemandem bestritten werden. Wie sollte also nicht das Ganze dabei gewinnen wenn aus den bisher nur vom Manne abhängigen weiblichen Wesen allmälig selbstständig producirende und consumirende würden? Jedenfalls darf doch das Recht, seine Arbeit zu Markte zu bringen, um

hatten darnach die schweizerischen Unterhändler zugestanden, obwohl die Gesetzgebung in dieser Materie eigentlich nicht in der Kompetenz des Bundes, sondern der Kantone liegt. Dafür aber verlangte der Bundesrath mindestens eine Gegenkonzession — nämlich Zusicherungen in Bezug auf eine schweizerische Alpenbahn. Schon darüber wäre es beinahe zum Bruch gekommen. Die süddeutschen Staaten erklärten, daß sie in einem Vertrage, der nur dem Zollparlamente vorgelegt werde, Verbindlichkeiten nicht übernehmen könnten, für welche sie die Genehmigung ihrer Kammern reserviren müßten; der Nordbund seinerseits wollte von einem Engagement „in's Blaue hinein" nichts wissen; die Schweiz möge vorerst ein bestimmtes annehmbares Projekt einer Alpenbahn vorlegen, so sei der Nordbund bereit, auf Unterhandlungen über eine Betheiligung an demselben einzutreten, aber jedenfalls lasse er sich auf Bauprojekte mit ungeheuern Tunneln und Jahrzehente langen Baufristen nicht ein. Endlich fand sich indessen ein Ausweg: der Nordbund machte sich anheischig, in einer Note, welche, soweit es ihn betreffe, als integrirender Bestandtheil des Vertragswerkes betrachtet werden sollte, sein Interesse am Zustandekommen einer schweizerischen Alpenbahn kundzugeben, und der Bundesrath seinerseits würde dann zum Abschlusse der Konvention über die Autorrechte beigestimmt haben. Einen neuen Anstand führten dann, nachdem diese erste Klippe glücklich umschifft war, die Forderungen der Schweiz in Betreff der Garantien der Freizügigkeit ihrer Angehörigen im ganzen Gebiet des Zollvereins herbei, indem diesem Begehren die Bevollmächtigten den Mangel einer Kompetenz des Zollparlaments zum Erlaß eines Freizügigkeitsgesetzes entgegenstellten.

Indessen auch darüber kam man hinweg, und was schließlich den Zwiespalt bewirkte, war der Stoff, der sonst der Menschen Gemüther versöhnt, das friedliche Bier. Die Vertreter Süddeutschlands verlangten nämlich, daß man in der Schweiz die deutschen Biere nicht mit höheren kantonalen Eingangsgebühren (in der Schweiz „Ohmgeld" genannt) belege, als die Biere schweizerischen Ursprungs beim Import in einen anderen Schweizer Kanton zu entrichten haben und sie beriefen sich auf den Handelsvertrag der Schweiz mit Frankreich, welcher die nämliche Begünstigung den Bieren französischen Ursprungs zugesteht, indem derselbe die allgemeine Regel aufstellt, daß französische Importartikel jeder Art keiner höheren Verbrauchsabgabe oder Accise auf Rechnung der Kantone unterworfen werden dürfen, als die gleichartigen Produkte einheimischen Ursprungs, und unter den Ausnahmen von dieser Regel einzig Weine und Liqueure, nicht aber auch das Bier, aufführt. Allein der Bundesrath machte geltend, das sei ein bloßes Redaktionsversehen; daß auch die kantonalen Ohmgeldgebühren auf Bier vorbehalten sein sollten, gehe hervor aus dem Anhang zum französischen Vertrag, welcher diese Gebühren im Einzelnen aufführt und darunter auch diejenigen auf Bier; so werde der Vertrag auch im Verkehr mit Frankreich praktizirt, und etwas Anderes, eine Gleichstellung der fremden Biere mit den einheimischen, hätten die schweizerischen Bundesbehörden auch nie zugestehen können, da die Bundesverfassung ausdrücklich verfügt, daß geistige Getränke schweizerischen Ursprungs geringeren Ohmgeldgebühren unterliegen sollen, als fremde Getränke. Beide Theile meinten in ihrem besten Rechte zu sein, der Zollverein, indem er die Stellung der meistbegünstigten Nation in Anspruch nahm, der Bundesrath, indem er behauptete, diese sei schon gewährt und weiter zu gehen, sei ihm nicht möglich.

Das ist in den Hauptzügen die traurige Geschichte von diesem Vertrag und eine Beleuchtung des Werthes der Kantönli-Souveränetät.

Nordamerika. [Der Prozeß Johnson] ist, wie gestern gemeldet, so gut als entschieden. Ueber das Wochen lang dauernde langweilige Schlußplaidoyer schreibt die „New-Yorker Handels-Ztg.": Allen wird ein schwerer Stein vom Herzen fallen und am meisten werden die Senatoren sich erleichtert fühlen; denn wahrlich, ihnen wurde während der letzten Wochen kein angenehmes Loos zu Theil. Reden mußten sie anhören, welche durch zwei Tage dauerten und die nichts enthielten, was nicht schon hundertmal vorher gesagt worden wäre. Wir gehen gewiß nicht zu weit, wenn wir behaupten, daß das ganze Schlußplaidoyer total überflüssig war, denn die Mitglieder des Senats müßten merkwürdige Schwachköpfe sein, wenn sie sich nicht längst ein festes Urtheil gebildet hätten; aber es war nothwendig, dem Volke gegenüber eher zu viel als zu wenig zu thun, und darum wurde unter Abänderung der ursprünglichen Regel beschlossen, sämmtliche Anwälte beider Parteien zum Wort zuzulassen oder ihnen das Einreichen eines schriftlichen Argumentes zu gestatten. Schwer ist es, alle diese Herzensergüsse zu lesen; zum Verzweifeln mußte es sein, sie anzuhören. Uns kann es nicht obliegen, eine Skizze der Schlußverhandlungen zu geben. Gesagt sei nur, daß sich in mehr als Einer Beziehung die Anklage im Vortheil befand. Das Repräsentantenhaus hatte sich in der Wahl seiner Wortführer trefflich vorgesehen; der Präsident aber hatte mit den seinigen Malheur. Stanbery, der fähigste, unterlag der Anstrengung, und hat sich noch jetzt nicht wieder erholt. Curtis machte in der Sache, was er konnte; aber seine Rede war so unerträglich langweilig, daß das Publikum fortlief und die Senatoren einschliefen oder sich mit anderen Dingen beschäftigten. Nelson, ein Landsmann und alter Freund Johnson's, wußte nichts Besseres zu thun, als dem Charakter desselben eine Lobrede zu halten, welche auch dem Ernsthaftesten ein Lächeln entlocken mußte, und den Senat zu insultiren. Seine Rede erinnerte so lebhaft an die von Herrn Johnson selbst gehaltenen, war so unzweifelhaft von ihm eingeflößt und so unbegreiflich taktlos, daß der Vertheidiger zum gefährlichsten Ankläger wurde. Auf Allen, welche für den Angeklagten das Wort ergriffen, lastete wie ein lähmender Fluch das Bewußtsein, daß es ihnen obliege, einen Mann und eine Sache zu vertheidigen, welche von der öffentlichen Meinung längst gerichtet sind. Desto leichter wurde den Wortführern der Anklage ihre Aufgabe, und wo der Vortheil in solchem Grade auf der einen Seite liegt, ist fast ein Gefühl des Mitleides für den schwächeren Theil am Platze.

Nichtpolitische Zeitung.

[Der dritte deutsche Schriftstellertag] findet am 31. Mai und 1. Juni in Dresden in den Räumen von Braun's Hotel (Pirnaische Straße) Statt, zu welchem der Vorstand des „deutschen Schriftstellervereins" alle deutschen Schriftsteller einladet. Die

---

zu sehen, welcher Preis dafür zu erlangen ist, einem erwachsenen und vernünftigen Wesen nicht bestritten oder verkümmert werden.

Wenn die Verfasserin im Verlaufe ihrer Arbeit fragt, ob es ferner erlaubt sein solle, daß die eine Hälfte des Menschengeschlechtes durch die andere in schimpflichster Abhängigkeit, in sklavischer Unterwürfigkeit erhalten werde, so übersieht sie dabei das große weltbewegende Moment der Liebe, die eine freiwillige Abhängigkeit des Weibes vom Manne hervorruft, ja diese dem Weibe als höchstes Glück erscheinen läßt. Dennoch ist Vieles, was sie über die untergeordnete Stellung des Weibes dem Manne gegenüber sagt, nur zu wahr, sie weist nach, daß der schlechte Einfluß einer solchen Geist- und Leibeigenschaft sich nicht nur an dem unterdrückten, sondern ebenso an dem unterdrückenden Theile geltend mache, in welchem letzteren durch dies Verhältniß die angeborenen schlechten Eigenschaften der Rücksichtslosigkeit, der Herrschsucht, des Egoismus genährt, die edleren aber verkümmert würden. Während so bei den Männern die Auswüchse und Ausschreitungen der unumschränkten Gewalt sich zeigten, litten die Frauen an denen der unumschränkten Unterwerfung, der Hinterlist, Unaufrichtigkeit ꝛc. Besonders in den Ländern, wo die Frauen lebhafter, leidenschaftlicher sind, können sie ihre Ziele immer nur auf Umwegen erlangen; die eingedämmte Triebkraft bricht sich Bahn zum Schaden Aller. Man hat gesagt, die Frauen selbst wollten der Mehrzahl nach gar keine Emancipation, sie seien mit ihrem Loose ganz zufrieden; die Verfasserin sagt dagegen: „Wenn, dieses Faktum als wahr zugegeben, daraus gefolgert werden soll, daß europäische Frauen in ihrem gegenwärtigen Zustand beharren müssen, so müßte ganz dasselbe auch für die asiatischen Frauen gefolgert werden, denn auch sie, anstatt gegen ihre Absperrung zu murren und gegen alle ihnen auferlegten Entbehrungen, sind vielmehr stolz darauf und erstaunen über die Unverschämtheit der Frauen, welche Besuche von männlichen Bekannten empfangen oder unverschleiert über die Straße gehen" . . . .

Im Interesse nicht nur der Frauen, sondern ebensowohl der Männer, im Interesse der menschlichen Entwicklung überhaupt, kann die Emancipation der Frauen, deren sich die moderne Welt rühmt, deren Verdienst bald der Civilisation, bald dem Christenthume zugeschrieben wird, nicht stehen bleiben, wo sie jetzt steht. Wenn es nöthig oder gerecht wäre, daß eine Hälfte des Menschengeschlechts geistig und gemüthlich nur zur Hälfte entwickelt bleiben soll, so hätte die Entwicklung der andern Hälfte von der ersten möglichst unabhängig eingerichtet werden müssen; statt dessen ist diese Hälfte die vertrauteste Gefährtin der andern, die doch von ihr auf's Eifrigste in Unterdrückung erhalten wird. Die Frauen sind nur gerade hoch genug entwickelt, um die Männer zu sich herabziehen zu können.

Blickt man sich in der heutigen Welt um, so wird man gestehen müssen, daß diese kühne und erhabene Auffassung der Dinge wohl unter Frauen wie Männern einstweilen noch wenig Jünger finden wird. Aus den wenigen aber können mit der Zeit mehr werden und jedenfalls haben sie schon jetzt das Anrecht, eine facultative Gleichstellung der Frau mit dem Manne in bürgerlicher Hinsicht zu verlangen; sie zu einer obligatorischen zu machen, liegt ja auch gar nicht in der Absicht dieser Bewegung, scheint aber fast von ihren Gegnern vorausgesetzt zu werden.

Berathung und Beschließung wird sich auf folgende Angelegenheiten erstrecken: 1) Erzielung eines Tantième-Gesetzes für die Bühnen und Regelung der Verhältnisse der Bühnendichter zu den Directoren. 2) Vereinbarung über Regelung der literarischen und künstlerischen Eigenthumsrechte. 3) In Sachen des Nachdrucks wird eine sehr große Anzahl aus allen Theilen Deutschlands gesammelter Blätter den Nachweis liefern, in welcher Ausdehnung literarische Arbeiten unbefugt benutzt und nachgedruckt werden. 4) Der frühere Beschluß zur Errichtung einer Casse für die Mitglieder des deutschen Schriftstellervereins wird in einer neuen Erweiterung zur Sprache kommen. 5) Berathung und Beschlußfassung über eingehende Anträge von Mitgliedern. — Besondere Wünsche und Anmeldungen, sowie zu stellende Anträge ist jedes der Vorstandsmitglieder — Dr. Gustav Kühne in Dresden, Rechtsanwalt Judeich in Dresden, Dr. Karl Frenzel in Berlin, Dr. Friedrich Friedrich in Berlin, Dr. Herm. Schmied in München und Dr. August Silberstein in Wien — anzunehmen bereit. Die sächsischen Staatsbahnen, die Leipzig-Dresdener Bahn, die Berlin-Anhalter, die Berlin-Stettiner, die Berlin-Hamburger, sowie die Thüringische Bahn haben sich erboten, gegen Vorzeigung der Mitgliedskarten des deutschen Schriftstellervereins den Schriftstellern vom 30. Mai ab incl. 5. Juni die Hin- und Rückfahrt nach Dresden für ein einfaches Billet zu gestatten.

Frankfurter Börse (11. bis 16. Mai.)

16. Mai. Die Haltung der Börse in der abgelaufenen Woche ist im Allgemeinen als eine matte, wenig belebte zu bezeichnen. Namentlich gilt dies von dem Verkehr in österr. Fonds, die Bruchtheile verloren haben; die Arbitrage beherrscht darin jetzt ausschliesslich den Markt, was jedoch nur so lange dauern kann, als der Wiener Platz sich aufnahmsfähig zeigen wird. Die Spekulanten kehren denselben den Rücken und die Kapitalisten fangen an, zu verkaufen und Beides ist gerechtfertigt; es fehlt jetzt nicht an guten und gewinnversprechenden Sachen, — wir nennen nur die uns naheliegenden neuen Bahnpapiere, — und man ist daher nicht, wie früher es der Fall war, auf Oesterreich oder auf Amerika beschränkt und angewiesen. Für Amerikaner, wir haben es schon oft gesagt, wird nicht eher die alte Liebe wieder erwachen, bis das Damoklesschwert der Zettelzahlung in der Scheide steckt. Sie hielten sich die Woche ziemlich fest, doch konnten 1882er den 76er noch nicht definitiv wiedergewinnen, ihr ganzer Avance in abgelaufener Woche beträgt ⅛ pCt. Von 5pCt. 10/40er wurden Posten zu 78⅛ bezahlt; es ist davon viel Material am Markt.

Süddeutsche Papiere sehr fest. Bayer. 4½pCt. schliessen um ⅛ pCt. höher, da die Verkäufe aus erster Hand darin aufgehört haben, während solche, wie es scheint, bei 4½pCt. Württemberger noch nicht am Ende sind. Aus gleichen Gründen hat sich auch der Unterschied zwischen den bayerischen und badischen Loosen auf nahezu 3 pCt. zu Gunsten der ersteren erhöht.

Von E.-B.-Aktien verlassen österr. Staatsbahnen die Woche mit einer weiteren Einbusse von fl. 2½ zu 261. Seitdem die überspannten Hoffnungen auf eine übergrosse Dividende geschwunden, ist die Spekulation für das Effekt kühler geworden. Bayer. Ostbahnen sehr gefragt. Die Dividende für die verflossene, 15 Monate (1. Oktober 1866 bis 31. Dez. 1867) umfassende Rechnungs-Periode ist auf 2½ pCt. oder fl. 6¼ per Aktie definitiv bestimmt und gelangt am 1. Juni zur Auszahlung. Auch pfälzische Linien in guter Haltung; Bexbacher um 1 pCt. höher auf 149¾. Auch die Neustadt-Weissenburger, die in den ersten 3 Monaten nicht recht voran wollte, schliesst den April günstiger ab. — In den neuen Emissionen erhält sich reger Umsatz, sowohl in Alsenz- als in Oberhessischen. Die Emission der Rudolphsbahn-Aktien kann von grossem Glück erzählen. Der Erfolg ist bekannt und auch hier waren die Umsätze mit Anfangs 2 und zuletzt mit 5 à 6 fl. Agio von Belang; es wurden viele engl. Metalliques gegen jene Aktien eingetauscht. In Prioritäten keine nennenswerthen Veränderungen.

Zu Anfang der Woche war auf Wiener Impuls ziemlich reges spekulatives Treiben in österr. Kreditaktien; sie gingen bis 192½, schliessen jedoch wieder niedriger zu 191. Darmstädter fest auf 222½. Oesterr. Nationalbank um fl. 9 höher auf 714.

Der Geldstand bleibt der alte. Für Diskonto 2 pCt. und in der Medio-Liquidation wurde zu 3½ bis 3 pCt. reportirt. Dieselbe ging bei dem willigen Geld sehr leicht von Statten. Amerikaner in Prolongation sehr gesucht, während Kreditaktien und Staatsbahnen eher übrig waren. Wechsel auf Paris etwas fester, London viel am Platze. Für Thaler-Devisen noch immer wenig Verwendung. Wien sehr fest, doch nicht höher. — Der Ausweis der Frankfurter Bank vom 10. Mai zeigt eine weitere Vermehrung ihrer nutzbringenden Anlagen. Seit dem 30. April vermehrten sich Platzwechsel um fl. 674,000, fremde Devisen um fl. 161,000, an Giroguthaben wurden fl. 643,000 zurückgezogen. Der Baarvorrath verminderte sich um fl. 452,000 auf fl. 18,420,400, während der Notenumlauf um fl. 862,100 auf fl. 26,592,500 sich vermehrte; der letztere ist jetzt um ca. 4½ Mill. grösser als zu gleicher Zeit des Vorjahrs.

	11.	16.		11.	16.
5% Oestr. National	52¾	52⅞	3½% Badische Obl.	81⅜ B	—
5% do. Metal. (1859)	62⅛	61⅞	4% Darmstädt. do.	89½ B	89¾ B
do. (steuerfr.)	49⅝	49⅝	4½% Nassauer do.	94½ B	—
5% do. Lose (1860)	70¼	70⅜ B	4% do. do.	85⅝ B	86 B
— do. do. (1864)	87 B	86⅞ B	3½% do. do.	82	82
Oestr. Kreditl. (58)	133½ B	—	4% Kurhess. do.	89 B	89 B
5% Bayer. Obligat.	101⅞	101¾ B	3½% Frankf. do.	82	82 B
4½% do. do.	93⅞ B	94⅛ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	88⅞ B	—	6% Amerik. (1882)	75¾	75⅞
4% do. 100Thl.-L.	100 B	99½	Oestr. Kredit. . .	192	191
4½% Würtemb. Obl.	93⅛ B	93⅜ B	Oestr. Nat.-Bank	705	714
3½% do. do.	82⅞ B	82⅞ B	Frankfurter do.	124⅞	124¾ B
4½% Badische do.	94⅞ B	94⅞ B	Bexbacher E.-B.	148⅞	150 B
4% do. do.	87 B	87 B	Bayer. Ostbahnen	123¾ B	123½ B

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60¼—61½ G.
"	5pCt Nationalanl. v. 1854	52¾—⅝ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 pCt. do. steuerfr. 66	49⅞—¾ G.
"	4½pCt.	41⅝ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101½ P. ¾ G.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	93⅛ G
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94¼ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅞ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅞ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¾ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅛ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89⅞ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	84¾ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	4½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82½ P. 82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2½	78½ P.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	76—¼ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190½—90 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90¾ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	222 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	333 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P. 124½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31¾ P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150¼ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	129¼ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	51⅝ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241½ P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42¾ G.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	123¾ G.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¾ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P. 104¾ G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P. 97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	101¾—⅞ G.
do. in öst. W. 1. S.	101⅞ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	69⅝—¾ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	83½ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	99⅞ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¼ P. ⅛ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146½ P.
" fl. 25 do.	38¾ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅝ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ G.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 18. Mai. Die Unsicherheit der österr. Finanzlage übt nachgerade immer mehr ihre lähmende Wirkung auf das Geschäft in österr. Staatspapieren. Dieselben waren bei äußerst geringfügigem Geschäft sehr matt und leblos. Spekulationspapiere waren anfänglich ebenfalls matt, befestigten sich jedoch etwas im Laufe der Börse. Amerikaner aller Gattungen bewahrten eine äußerst feste Haltung und bewegten sich 1882er in steigender Richtung über 76. Auch Süddeutsche waren fest, besonders 4½ Bayerische und badische Loose. Die Börse wendet sich bei dem Drucke, der auf österr. Staatspapieren liegt, in neuerer Zeit wieder mehr Industrie- und Eisenbahnpapieren zu. So war z. B. heute gute Nachfrage nach Alsenzbahn, die bis 83 bezahlt wurden. Auch in lombardischen Eisenbahnaktien, die an unserer Börse eingeführt werden sollen, fanden Umsätze statt. Dieselben sind seit vorigem Freitag im offiziellen Coursblatt notirt.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 140.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleine	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 20. Mai 1868.

Die neue Volkspartei.

(Schluß.)

Auf Anfrage des Vorsitzenden verzichtet Hr. Kastan jetzt aufs Wort, das nunmehr dem Abg. Bebel übertragen wird. Derselbe führt aus, er sei Sachse, und wie die Mehrheit seiner Landsleute, nicht mit großer Freude, sondern gezwungen in den norddeutschen Bund eingetreten. Die Gründung des norddeutschen Bundes, der Krieg mit Oesterreich, sei nur dadurch möglich geworden, daß Graf Bismarck sich zuvor mit dem Kaiser Napoleon hinter dem Rücken des deutschen Volkes verständigt habe. (Hoho! Widerspruch und Beifall.) An Freiheiten in diesem Bunde sei gar nicht zu denken, und die materiellen Interessen würden nicht gefördert. Die materiellen Interessen sind für uns Sachsen durch beinahe 3 Millionen mehr Steuern, durch Vertheuerung des Postverkehrs, gefördert worden. Seit 2 Jahren stockt Handel und Verkehr, leiden die Arbeiter Noth und wir haben keine Hoffnung auf Besserung. Die Ursache hierzu ist dem erhöhten Militärsystem des norddeutschen Bundes, das bei den anderen Staaten eine gleiche Erhöhung der Militärmacht hervorruft, zu suchen. Der preußische Kriegsminister sagte früher immer, die Militärlast werde für Preußen geringer werden, wenn die übrigen deutschen Staaten an den Lasten tragen helfen. Durch den Krieg von 1866 hat man nun einen Theil der Lasten auf die zum norddeutschen Bunde gehörigen Staaten übertragen. Allen diesen Zuständen gegenüber können wir uns nicht wohl fühlen. Die Bourgeoisie Sachsens mag sich darunter wohl fühlen, denn die Militärkosten werden aus den indirekten Steuern entnommen, von denen jene weniger betroffen werden. Nur aus einem Deutschland mit einer aus dem Volke hervorgegangenen Regierung kann für das Volk Heil werden.

Abg. Freisleben: In diesem Augenblicke spüre ich noch keine Lust, in den Nordbund einzutreten. Das Bild, was uns Hr. Bebel über den Bund entrollt hat, ist wahrhaftig nicht verlockend. Man hat die Württemberger beschuldigt, ein Bündniß mit den Ultramontanen und der württembergischen Regierung bei den Zollparlamentswahlen abgeschlossen zu haben. Das ist unwahr. Wir handeln nach den Grundsätzen der Freiheit und würden niemals mit einer Regierung partiren, selbst wenn diese Erfolge hätte, wie die preußische. Wir haben in Württemberg eine Partei, die so schnell als möglich in den Nordbund einzutreten drängt. Dieser Partei sind wir entgegen getreten und da die Regierung aus einem anderen Grunde auch gegen diese Partei ist, so verfolgte die Regierung denselben Weg. Man sagt, wir hätten die Preußen „Bettelpreußen“ genannt, damit haben wir aber nicht die wirklichen Preußen, sondern unsere württembergischen Preußen gemeint, weil diese gebettelt haben, Preußen zu werden. Wir wollen keine „Bettelpreußen“, aber auch keine „Mußpreußen“ sein. Wir sind gekommen, um gegen die Steuerbelastung des Volkes zu arbeiten, wir wollen einen Bund mit der norddeutschen Demokratie abschließen, und wenn wir, die norddeutschen und süddeutschen Demokraten, zusammenhalten, werden wir die Saat der Freiheit bestellen können.

Hr. Kastan (Mitglied der Fortschrittspartei aus Berlin): Ich habe auch ein demokratisches Herz, und zwar ein norddeutsches. Hr. Freisleben sagt, wir sollen uns mit ihnen vereinigen; so lange wir von Frankreich und Rußland umgeben sind, können wir uns nicht mit denjenigen vereinen, die 1866 gegen uns gekämpft haben. (Unruhe). Ich bin kein Verehrer der Bismarck'schen Politik, aber 1866 hat kein süddeutsches Blatt von der süddeutschen Einheit, sondern nur von der Zerstückelung Preußens gesprochen. Vier Redner haben uns hier erzählt, was sie nicht wollen, aber was sie wollen, haben sie nicht gesagt. (Stürmische Unterbrechung.) Es ist sehr leicht zu reden von hohenzollern'scher Hauspolitik; ich behaupte aber, es gibt keine solche, und wer das Gegentheil behauptet, der verschließt die Augen und widerspricht der Geschichte. Glauben Sie denn wirklich, daß von München, Karlsruhe oder Stuttgart die Initiative zur deutschen Einheit ausgehen wird? (Ruf aus der Versammlung: Vom Volke! — Stürmische Bewegung, Rufe nach Schluß.) Man scheut sich Seitens der Süddeutschen, einen Gedanken auszusprechen, ich werde es thun, er heißt: — Deutsche Republik! (Stürmische Unterbrechung auf längere Zeit.) Nur mit diesem Hintergedanken hat dies Programm der süddeutschen Volkspartei Sinn; aber ich sage Ihnen, eine Republik macht man nicht ohne Republikaner. Im Jahre 1848 ist das deutsche Volk vor den Thronen stehen geblieben; und wenn wir also trotz der Süddeutschen zur deutschen Einigung kommen wollen, so ist es immer besser und sicherer mit den Hohenzollern, als mit den Wittelsbachern. (Bravo und Widerspruch.)

Herr Jonas: Der Vorredner vermißt bei den Aeußerungen der süddeutschen Abgeordneten die Positive, wir auch; aber die Süddeutschen befinden sich in derselben Lage, wie wir, als wir der Fortschrittspartei folgten; wir konnten damals nur nein! und wieder nein! sagen. Die Süddeutschen besitzen Rechte, die sie nicht so ohne Weiteres opfern können und wollen. Will Vorredner einen großen Staat, so gehe er nach Rußland oder besser noch nach China, da findet er ihn. Der Norddeutsche Bund besitzt große Machtmittel und dennoch dies freche Dreinreden der Ausländer, zu dem der Norddeutsche Bund schweigt. Wer die Ueberzeugung aufgibt, daß ohne Einigung des Volkes die Freiheit errungen wird, der gehe nach Hause und lege unter dem Bildniß Bismarcks ein Gelübde ab und seine Hände in den Schooß.

Hr. Oesterlen: Heute ist der württemberg'schen Volkspartei der Vorwurf des Republikanismus gemacht, und früher von der Berliner „Zukunft“ ist ihr wieder der Vorwurf gemacht, Hofdemagogie zu treiben. Die Ansicht unserer Volkspartei ist, daß die Sache über die Form geht, und wenn man mit einem volksthümlichen Fürsten dieselbe erreichen kann, dann muß man an demselben festhalten. Wir thun das, denn wir haben für das Recht, unser Fürstenhaus zu behalten, ja 8 Millionen bezahlt.

Hr. Kastan berichtigt einige Irrthümer des Hrn. Jonas in Bezug auf seine früheren Aeußerungen, bleibt aber, da er vom Platze und zum Ausgange des Saales gewendet spricht, unverständlich.

Hr. Dumas (Redacteur der „Vossischen Zeitung“): Es habe ihn unangenehm berührt, daß hier das Jahr 1866 erwähnt sei. Johann Jacoby hat 1865 vor dem Kriege eine Resolution beantragt, die angenommen wurde und mit den Worten begann: „Alle Kriege sind unsittlich.“ Daran wolle er erinnern. — Ein Antrag auf Schluß wird abgelehnt

Es erhält das Wort der Abg. Liebknecht: Wenn Hr. Kastan die Existenz seiner Hohenzollern'schen Hausmachtspolitik bestreitet, so schlägt er der preußischen Geschichte in's Gesicht. Das Jahr 1866 sei kein segensreiches für Deutschland gewesen. Preußen habe auch nichts damit gewonnen als Hungersnoth. Wer hat durch den Krieg gewonnen: Das preußische Heer und das österreichische Volk; wer sei besiegt: das österreichische Heer und das preußische Volk (Lebhafter Beifall) Die Demokratie aller Länder habe einen gemeinsamen Feind. Ihr Ziel sei überall dasselbe; in Süddeutschland sei es ihr gelungen, einen Theil der Freiheiten zu erringen; aber Preußen und die hohenzollern'sche Hausmachtspolitik habe die deutsche Freiheit vernichtet, sei das Hinderniß der deutschen Einheit. „Fege jeder vor seiner Thür!“ das rufe er der preußischen Demokratie zu. „Zerstören Sie bei sich in Preußen den Militarismus, der das Volk aussaugt. Denn hier in Berlin steht der Hauptfeind der deutschen Einheit und Freiheit, ich erinnere Sie daran, thun Sie Ihre Pflicht.“ — Ein Antrag auf Schluß wird wieder abgelehnt.

Hr. Stephani (Redacteur der „Zukunft“): Hier sollte ein Einigungswerk herbeigeführt werden und er begreife nicht, ob Herr Kastan aus eigenem Antriebe hierher gekommen oder hierher geschickt worden sei (Rufe: Pfui!) Das sei Verrath an der deutschen Einheit. Redner beantragt, daß von den Norddeutschen und von den Süddeutschen drei Deputirte gewählt werden sollen, welche ein Programm der deutschen Demokratie entwerfen und dasselbe einer späteren Versammlung zur Beschlußnahme unterbreiten solle, um auf diese Weise die Einheit durch das Volk anzubahnen.

Hr. Wilhelmi will einen solchen Programm-Entwurf vorlesen, die Versammlung will ihn aber nicht hören! Er meint sodann, die hohenzollern'sche Politik sei nicht, wie Herr Liebknecht meine, nur Hauspolitik gewesen. Er will noch weiter sprechen, thut dies auch, bleibt aber bei der Unruhe der Versammlung, die fortwährend nach Schluß! ruft, ganz unverständlich, ebenso Herr Lippert (Zimmergeselle aus Schleswig-Holstein), der aber jetzt Preuße durch Menschenhandel, an dem auch der Abg. Dr. Waldeck sich betheiligt, geworden. Der eingehandelte Redner bittet das preußische Volk, in sich zu gehen und die Menschenrechte an andern Stämmen zu achten, auf diesem Wege werde Deutschland zur Einigung gelangen. Der Schluß wird jetzt angenommen. Der Antrag Stephani wird sodann mit einem Amendement angenommen, dahin gehend, daß das Comité, das die Versammlung eingeladen, beauftragt werde, sich durch süddeutsche Abgeordnete zu verstärken und ein demokratisches Programm auszuarbeiten.

Hiermit ist die Debatte geschlossen und nach einer kurzen, aber sehr stürmischen Discussion, weil gegen Herrn Jonas der Vorwurf erhoben wird, daß unter seiner Leitung es möglich geworden ist, den allgemein geachteten Abg. Dr. Waldeck der Theilnahme am Menschenhandel zu bezichtigen, wird die Versammlung geschlossen, die sich unter wiederholten Hochrufen auf Waldeck trennt.

Süddeutschland.

Bayern. [Allgäuer Volksverein.] In unserem bayerischen Schwaben, das sich seit langer Zeit durch ein reges, politisches Leben auszeichnet, besteht, wie wir seinerzeit gemeldet, ein Allgäuer Volksverein mit dem Sitze in Kempten, der es sich zur Aufgabe macht, den Bestrebungen der volksfeindlichen Partei mit Wort und Schrift im Sinne des Fortschritts und der zu erstrebenden nationalen Einigung entgegenzutreten. Die Monatsversammlungen des Allgäuer Volksvereins werden sehr zahlreich besucht und außer den hierin gepflogenen, anregenden politischen Diskussionen verbreitet der Verein seine Anschauungen durch periodische Flugblätter, deren erstes mit zwei Artikeln: „Umschau in deutschen Landen" und „Bericht vom deutschen Zollparlament" uns vorliegt. Beide Artikel mit ihrer einfachen, körnigen Sprache und klaren Objektivität werden sicherlich der Sache des Fortschritts wesentlichen Vorschub leisten.

München, 18. Mai. [Neue Kartenwerke.] Im Verlage der Kunsthandlung von Mey und Widmayer dahier, welche sich um die kartographische Literatur schon sehr verdient gemacht hat, sind in der jüngsten Zeit wieder verschiedene Karten erschienen, die eine Erwähnung verdienen, zunächst eine große „Wandkarte vom südlichen Deutschland: Bayern, Württemberg, Baden und Hessen" im Maßstab von 1 : 350,000 der natürlichen Größe, von Prof. Dr. Karl Arendts dahier, dessen Name auf dem Gebiete der Geographie bereits weit bekannt geworden ist. Sein geographischer Leitfaden und sein naturhistorischer Schulatlas z. B. hat Eingang in allen Ländern gefunden, namentlich ist der Atlas in's Englische, Französische, Polnische und jüngst auch in's Türkische übersetzt worden. Obige Wandkarte ist zunächst für den Schulunterricht bestimmt, und gibt, wie wenige andere Karten, ein genaues Bild des Terrains; die großen Höhenverhältnisse des Landes, die Wasseradern sind kräftig gezeichnet und für die Ferne scharf markirt. — Die „Eisenbahnhöhenkarte" von Ingenieur Joseph Rist bei dem k. Oberpost- und Bahnamte dahier zeigt uns die absolute Höhenlage und die Länge der Bahnen in Süddeutschland, Deutschösterreich, Sachsen ꝛc., die Entfernung der Bahnstationen von München; es ist interessant, auf dieser Karte zu verfolgen, welche ganz außerordentlichen Steigungen oft manche Bahn erreicht, auf welcher Höhe die verschiedenen Bahnhöfe liegen u. s. w. — Die wohl Jedermann, der sich um das bayerische Bahnnetz bekümmert, genügend bekannte „Uebersichtskarte der Eisenbahnen und Eisenbahnprojekte des Königreichs Bayern" von unserem äußerst fleißigen Kartographen Oberlieutenant J. Heyberger dahier, ist in einer neuen Auflage erschienen, welche die jüngsten Landtagsbeschlüsse über die Vervollständigung des bayerischen Bahnnetzes, die projektirten neuen Bahnen u. s. w. mit aufgenommen hat. Die von demselben Verfasser herausgegebene „Administrativkarte des Königreichs Bayern," mit Zugrundelegung der Hammer'schen Spezialkarte, hat die Aufgabe, den Umfang der Bezirksgerichts-, der Bezirksamts- und der Landgerichtssprengel anschaulich zu machen — ein Unternehmen, dessen praktischer Werth von selbst einleuchtend sein wird.

— [Die bayerische offizielle Darstellung des Feldzuges] der bayerischen Armee im Jahre 1866 ist nun in Kommission bei Hermann Manz dahier erschienen unter dem Titel: „Antheil der königlich bayerischen Armee am Kriege des Jahres 1866. Bearbeitet vom Generalquartiermeisterstab. Mit 3 Beilagen und 6 Plänen." Das Werk bildet in würdiger äußerer Ausstattung einen stattlichen Band in groß Oktav. Die Darstellung ist klar und rein objektiv gehalten. Die erste Beilage enthält die Ordre de Bataille der bayerischen Armee, deren Stand am 21. Juni 1866, dem Tage der Stellung des Heeres auf den Kriegsfuß; die zweite Beilage enthält die Sollstände der Armee bei deren Stellung auf den Kriegsfuß am 21. Juni 1866, und die dritte die Stärke und Verlusttabellen zu den verschiedenen Gefechten. Vortrefflich gearbeitet sind die 6 beigegebenen Pläne der Gefechte bei Zella, Roßdorf, Hünfeld, Kissingen, Hammelburg, Helmstadt, Uettingen, Roßbrunn-Hettstadt.

Großh. Hessen. Darmstadt, 16. Mai. [Mainzer Garnison.] Von der vielbesprochenen Verlegung eines großherzoglichen Infanterie-Regiments nach Mainz nimmt jetzt auch die offiziöse „Darmstädt. Ztg." in folgender Form, die wohl eine indirekte Bestätigung enthalten soll, Notiz: „Dem Vernehmen auswärtiger Blätter zufolge wird noch im Laufe dieses Monats ein Infanterie-Regiment der großherzoglichen Division (das 3.) nach Mainz in Garnison gelegt werden, und sind zu dessen Aufnahme bereits zwei Kasernen in Bereitschaft gesetzt. Die Kantonnements in Eberstadt und Pfungstadt, zu welchen man bei der Unzulänglichkeit der hiesigen Kasernen für den jetzigen Präsenzstand der Truppen genöthigt war, belasten nicht allein die verheiratheten Offiziere und Unteroffiziere mit Opfern, sondern sollen auch Nachtheile im Dienste involviren, deren baldige Abstellung durch Gewährung dauernder Garnisonen wünschenswerth erscheine."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 16. Mai. [Zollvertrag mit Lübeck.] Gestern wurde der Vertrag wegen des Eintritts Lübecks in den Zollverein unterzeichnet. Lübeck erhält ein zollvereinsländisches Hauptzollamt, ferner Weintransitlager, Freilager für nordisches Geschäft und laufende Conti.

— [Ueber das Zeitungs-Telegrammen-Wesen] referirte beim gegenwärtig in Berlin tagenden deutschen Journalistentag Dr. Becker, Redakteur der „Rhein. Zeitung". Die „Deutsche Allg. Ztg." dringt darauf, daß nur Thatsachen und nur Solches telegraphirt werden soll, was an dem Orte, wohin das Telegramm gerichtet ist, nicht bereits bekannt sein kann. Es werden zahlreiche Beispiele von derartigen Mißbräuchen angeführt. Eben so dürfe auch aus der amerikanischen und der levantinischen Post nur das Wichtigste telegraphirt werden. Von der Redaktion des „Schw. Merkur" sind ähnliche Klagen eingegangen und macht die Redaktion den Vorschlag, daß vielleicht durch Ausarbeiten einer Instruktion von Seiten des Vororts des Journalistentags Abhülfe zu schaffen sei. Von anderer Seite sind andere Vorschläge eingegangen, wie im Sinne des Nichtbezahlens unwichtiger oder durch die Post bereits überholter Depeschen ꝛc. Der Referent sieht in allen diesen Vorschlägen keinen Weg zur Abhülfe; indessen sei jetzt, in Folge der Etablirung des norddeutschen telegraphischen Bureaus, Konkurrenz da, und das sei jedenfalls schon von großem Werth. Die Hauptsache liege am Redakteur; er müsse vorsichtig sein, sichten und eventuell den Telegraphen-Bureaus seine Bemerkungen machen. Unter diesen Umständen halte er es denn auch nicht für angemessen, daß der Journalistentag einen über seinen Kreis hinausgehenden, an die Oeffentlichkeit gerichteten Beschluß in dieser Sache fasse. Dr. Stein (Bresl. Ztg.) ist für den Erlaß einer Instruktion an die Telegraphen-Bureaus, ebenso Dr. Brockhaus (D. Allg. Ztg.). Dr. Weiß (Zukunft): Man darf nicht vergessen, daß die Beschwerden für viele Blätter, welche die weitläufigen Depeschen wünschen, gar nicht existiren. Die durch die beiden Telegraphen-Bureaus entstandene Konkurrenz hat auch das Ihrige beigetragen, um das Uebermaß zu erzeugen. Vor Allem aber lassen wir unsere superstitio telegraphica fahren; unterwerfen wir die Telegramme unserer Kritik, fügen wir unsere Bemerkungen hinzu und lassen wir das Unwichtigere ganz weg. Dringen wir darauf, daß der Staat das Telegraphenwesen freigebe; es wird dann billiger, d. h. ausführlicher telegraphirt werden können und darin liegt die Abhülfe. Sonnemann (Frankf. Ztg.) ist gegen eine allgemeine Instruktion; was für die eine Stadt passe, passe für die andere nicht. Man zahle nicht pro Depesche, sondern pro Monat. Hofrath Alberts (telegr. Bureau für Nordd.): Die Provinzialzeitungen wollen so viel als möglich telegraphirt haben, und die Konkurrenz thut das Uebrige. Wenn die Redaktionen solche Depeschen, die ihnen als überflüssig erscheinen, nicht abdrucken, so dient dies am besten zu unserer Instruktion. Dr. Maurer (Voss. Ztg.) will, daß den telegraphischen Depeschen keine besondere Rubrik mehr angewiesen werde. Der Referent rekapitulirt seine Gründe gegen den Erlaß einer Instruktion nochmals, gibt indessen anheim, nach Belieben zu befinden. Der Antrag Stein-

Brockhaus auf Erlaß einer Instruktion, die der Vorort ausarbeiten soll, wird hierauf mit 12 gegen 6 Stimmen angenommen. Der Antrag Maurer wird abgelehnt, womit die Sitzung geschlossen ist.

Ausland.

Frankreich. [Zur Schutzzoll- oder Freihandelsfrage.] Nichts ist geeigneter, die Umwälzung zu beleuchten, welche die volkswirthschaftlichen Anschauungen der Franzosen seit dem Jahre 1860 erfahren haben, als die gegenwärtigen Verhandlungen des gesetzgebenden Körpers über den Handelsvertrag mit England. In der Person Pouyer-Quertier's ist die letzte Größe der Schutzzöllner ins Feld gezogen, und aus seinen Angriffen, sowie früher aus den Angriffen Thiers geht die Wahrheit hervor, daß die Gegner des Freihandels lange nicht mehr den Standpunkt starrer Protektion einnehmen, auf den sie sich früher gestellt hatten. Diese Herren mochten die Zahlen und die Thatsachen herumdrehen, wie sie wollten, sie mochten sie noch so geistreich behandeln, aber es glückte ihnen nicht, zu beweisen, daß der Freihandel an dem Uebel Schuld trägt, an dem dieses Land erkrankt, noch wegzuleugnen, daß im Gegentheil der freie Waarenumtausch zur Milderung der Uebelstände beigetragen hat, welche durch andere, mit der neuen Handelsgesetzgebung in keiner Weise zusammenhängende Thatsachen hervorgerufen worden sind.

Die große Tragweite der gegenwärtigen Berathung liegt darin, daß nicht bloß die Grundlosigkeit der gegen das Freihandelssystem geltend gemachten Angaben dargethan, sondern zugleich die Ursachen nachgewiesen werden, welche der volkswirthschaftlichen Thätigkeit Frankreichs in so hohem Grade hemmend entgegentreten. Indem diese Debatten uns einen Blick in die Tiefe und in den Umfang der gegenwärtigen Handelskrise gestatten und uns zugleich der Hoffnung auf ein baldiges Ende derselben berauben, erfahren wir, daß es die Politik des zweiten Kaiserreiches ist, der wir es allein zu verdanken haben, wenn die Wohlthaten eines vernünftigen Handelssystems sich nicht fühlbarer gemacht haben, als dies leider der Fall ist. Die Ruine, welche die letzten Kriege nach sich gezogen haben, die unfruchtbaren Ausgaben, zu denen unausgesetzte Rüstungen unsere europäischen Regierungen nöthigen, die übertriebene Anspannung der Steuerkraft zu Gunsten von Arbeiten, deren wohlthätiges Ergebniß erst einem zukünftigen Geschlechte zu Gute kommen wird, die Prunksucht und die Vergeudung, zu welcher von oben herab der Anstoß und das verlockende Beispiel gegeben wird, diese Thatsachen sind es, welche dem Nationalreichthum Frankreichs so gefährlich sind. Die Furcht vor neuen internationalen Wagnissen, die uns in allen Gliedern zuckt, ist es, welche immerfort lähmend auf die volkswirthschaftliche Thätigkeit der Nation wirkt und so lange wirken wird, als eine völlige Umkehr in der allgemeinen Politik nicht stattgefunden hat.

So lange Frankreichs Politik, so lange die Gebahrung seiner Finanzen nicht der Willkür entzogen wird, die unbeschränkt darüber seit dem Staatsstreiche herrscht, wird es nicht besser werden, und die Aufgeklärten der Nation werden daher von einem ganz richtigen Gefühle geleitet, indem sie alles Andere dem Bestreben unterordnen, der Nation die Selbstbestimmung über ihre wichtigsten Angelegenheiten wieder zu gewinnen. Pouyer-Quertier, der gestern schon so großen Zifferlärm um nichts gemacht hat, setzt heute seine Rede fort. Ihm wird Emil Ollivier antworten. Jules Simon wird im Namen der Linken das Wort ergreifen, und dann will Thiers nochmals sprechen, aber erst warten, bis Staatsminister Rouher für die Regierung gesprochen hat. Die Verhandlung wird also in keinem Falle vor Dienstag beendigt sein.

Nichtpolitische Zeitung.

[Eine studentische Zeitschrift] wird in Leipzig gegründet, die Abhandlungen allgemeinen Inhalts aus jedem Fache, Darstellung von Zuständen des studentischen Lebens, kleinere poetische und prosaische Produkte vorzüglichen Werths, Kritiken, Korrespondenzen zur Herstellung des geistigen Verkehrs mit anderen Hochschulen enthalten soll.

[Die Hinrichtung Timm Thode's], welcher bekanntlich am 7. Aug. 1866 seine Eltern, seine vier Brüder, seine Schwester und die Dienstmagd ermordete und das Haus, in welcher er die Frevelthat begangen, dann in Brand steckte, ist am 13. Mai Morgens halb 7 Uhr auf dem Zuchthaushofe zu Glückstadt erfolgt. Der Delinquent hat die letzte Nacht unter geistlichem Zuspruch des Propstes Versmann zu Itzehoe und eines andern Predigers im Zuchthause schlaflos zugebracht. Sein Benehmen war ruhig und gefaßt. Er aß und trank wie gewöhnlich, und genoß noch in der Morgenstunde seinen Kaffee nebst Butterbrod. Seinen Wächtern und den ihn besuchenden Scharfrichtern erzählte er genau den ganzen Hergang der von ihm verübten Verbrechen. Nachdem ihm das Urtheil vorgelesen war, richtete der Richter die übliche Frage an ihn: ob er etwas dagegen einzuwenden habe, auf welche die mit fester und sicherer Stimme gegebene Antwort erfolgte: „Wat ick dahn heff, dat weet ick, ick heff de Wahrheit seggt!" Dann hielt Hr. Propst Versmann eine kurze Rede, aus welcher hervorging, daß der arge Sünder seine Thaten bereue und in der Hoffnung auf Gnade vor dem höchsten Richter dem Tod entgegensehe. In knieender Stellung empfing er darauf den letzten Segen des Geistlichen und sprach ein Gebet, während die beiden Prediger neben ihm niederknieten. Von zwei Frohnknechten vor den Block geführt, öffnete Timm Thode selbst seine Kleidung und zog das Hemd, welches sich nicht herunterschieben lassen wollte, aus. Man konnte sehen, wie heftig ihm das Herz pochte. Den Blick nach oben gerichtet und ein Gebet sprechend, sank er in die Kniee, wobei er etwas zitterte, und legte sich selbst in die erforderliche Lage auf den Block. Die Frohnknechte fesselten Hände und Füße und befestigten den Nacken mit einem rothen Riemen am Blocke. Dann sprach der Scharfrichter laut die Worte: „Im Namen des Gesetzes!" worauf der verhängnißvolle Streich mit dem Beile fiel. So endete ein Verbrecher, wie die Welt kaum je einen scheußlicheren gesehen hat.

[Glänzendes Elend.] In Wien hat sich ein Lieutenant erschossen — aus Hunger! Es wurde konstatirt, daß er 48 Stunden nichts gegessen hatte. Er soll am 1. Mai von seiner Gage nur 7 fl. und einige Kreuzer erhalten haben, und selbst in diesen Betrag werden sich sein Diener, Wäscherin rc. getheilt haben. Eine Einsendung in der „Wiener Presse" knüpft an diesen Fall folgende Betrachtungen: Es wäre wahrlich der Mühe werth, wenn einmal die hohen Behörden unvermuthet in die Gage-Zettel bei ein oder dem andern Regimente Einsicht nehmen möchten, wie oft unverantwortlich mit der Gage des armen Offiziers gewirthschaftet wird, trotz der bestehenden strengen Anordnung, daß dem Offizier unter keinem Vorwande mehr als ein Drittel Gage in Abzug gebracht werden darf. Aber da gibt es außer dem ohnehin sehr hohen Equipirungs-Rücklaß annoch Abzüge für Musik — Bibliothek — Reservefonds — Unterstützungsfonds u. s. w., hie und da ein Abzug für ein Album oder ein sonstiges „Ehrengeschenk" für einen der Herren Vorgesetzten — für Fahnenweihe, Offiziers-Scheibenschießen und dergl., summa summarum: der Subaltern-Offizier bekommt häufig am Ersten eines Monats nicht mehr als einige Gulden, von denen er den ganzen Monat hindurch leben soll!

Die Umzugsgebühren bei Versetzung bayerischer Beamten.

Ein Erkenntniß des obersten Gerichtshofs des Königreichs in Sachen eines Justizbeamten gegen den k. Fiskus wegen Umzugsgebühren hat spezielles Interesse für weitere Kreise. Die Versetzung dieses Beamten erfolgte auf Antrag des Staatsministeriums der Justiz wegen Unfleißes und ungehörigen Betragens gegen den Gerichtsvorstand und den Staatsanwalt. Nachdem der Anspruch des Versetzten auf Umzugsgebühren abgewiesen worden war, erhob derselbe Klage gegen den k. Fiskus.

Das Gericht 1. Instanz erachtete sich in vorliegender Streitsache für competent, erkannte, daß die Frage, ob ein Verschulden des Klägers vorgelegen, welches dessen Versetzung genügend motivirte, der Cognition und Competenz der Prozeßgerichte entgegen sei und erklärte die Klage für unbegründet und den k. Fiskus definitiv von derselben entbunden. Durch das zweitrichterliche Erkenntniß des Appellationsgerichts wurde jedoch der Klagsanspruch für begründet erachtet und dem Kläger nur mehr Beweis über die behauptete Ortsentfernung aufgetragen.

Vom k. Fiskus als dem Beklagten wurde Beschwerde darüber erhoben, daß die Gerichte in der vorliegenden Streitsache sich für kompetent erachteten. Der oberste Gerichtshof hat indessen die Zuständigkeit der Gerichte in der erhobenen Klage für begründet erklärt. Die Verordnung vom 16. August 1817 über die Umzugsgebühren bilde einen integrirenden Bestandtheil des Edikts über die Verhältnisse der Staatsdiener und alle dem Inhalte dieses Edikts zuwiderlaufenden Verfügungen der Administrativstellen begründen als Civilrechtsverletzungen eine Klage vor dem kompetenten Richter. In anderen zur oberstrichterlichen Entscheidung gelangten Fällen von Ansprüchen auf Umzugsgebühren, welche von betreffenden Ministerien verweigert wurden, sei die Zuständigkeit der Gerichte anerkannt worden. Ein

solcher Anspruch sei von den Gerichten auch dann zur Verhandlung und Entscheidung zu ziehen, wenn dessen Statthaftigkeit bereits im Versetzungsreskripte ausgesprochen ist. Der oberste Gerichtshof hat ferner das erstrichterliche Erkenntniß in Haupt- und Nebensache wiederhergestellt und den Kläger mit seinen Ansprüchen abgewiesen.

Aus den Entscheidungsgründen heben wir Folgendes hervor: Die Frage, ob der vom Kläger erhobene Anspruch rechtlich begründet sei oder nicht, konnte lediglich nach den noch in voller gesetzlicher Kraft bestehenden Bestimmungen des Staatsdieneredikts vom 16. August 1817 über die Umzugsgebühren beurtheilt und entschieden werden, da die rechtlichen Verhältnisse zwischen dem Staat und den Staatsdienern und insbesondere deren Ansprüche auf Ersatz der Umzugskosten durch dieselben normirt sind. Eine Verletzung der Rechte des Klägers wäre nur dann gegeben, wenn dem Kläger der Bezug der Umzugsgebühren durch eine dem genannten Edikte und der Umzugsgebühren-Verordnung zuwiderlaufende Verfügung der Administrativstellen verweigert worden wäre, eine Voraussetzung, die hier nicht vorliegt. Durch dieses Edikt ist der Staatsregierung das Recht reservirt, aus administrativen Rücksichten oder in Folge organischer Einrichtungen einen Staatsdiener a. entweder für immer mittelst Demission oder für gewisse Zeit mittelst Quieszirung zu entlassen oder b. zu versetzen. Hiedurch wird eine gerichtliche Klage nicht begründet, wenn ersteres mit Belassung des Standesgehalts und Titels, letzteres ohne Zurücksetzung bezüglich der Dienstklasse oder des ständigen Gehalts erfolgt. Dieses ward auch bei dem Kläger beobachtet. Anspruch auf Umzugsgebühren hat nur der Bedienstete, welcher ohne sein Ansuchen, ohne seine Schuld und ohne hinlängliche Entschädigung durch Beförderung versetzt worden ist, und als aus eigener Schuld versetzt ist derjenige zu betrachten, dessen Versetzung 1) durch seine subjektive Unfähigkeit, 2) durch Saumsal oder andere Dienstgebrechen oder 3) durch selbstveranlaßte Personalverhältnisse herbeigeführt worden ist. Kommt nun auch die Versetzung mit der Bestimmung, daß solche aus Schuld des Versetzten, ohne Anspruch auf Umzugsgebühren erfolge, in ihrer Veranlassung und Wirkung einer Disziplinarstrafe gleich, so ist sie doch nicht unter den Gesichtspunkt einer solchen, sondern unter den einer administrativen Maßregel gestellt, daher auch richterlich nur von diesem Standpunkte aus zu beurtheilen. Bei einer solchen administrativen Verfügung schreibt keinerlei gesetzliche Bestimmung die Beobachtung der Disziplinarvorschriften über vorgängiges Gehör, Instanzenzug u. dergl. vor, und ebenso entbehrt die Behauptung und Annahme, daß solche durch ein gerichtliches Disziplinarerkenntniß bedingt sei, jeglicher gesetzlicher Begründung. Die Berichte und Anträge der vorgesetzten Stellen über die Versetzung des betreffenden Justizbeamten waren auch nicht in deren Eigenschaft als Disziplinar- sondern als Oberaufsichtsstellen erstattet worden, in welcher Eigenschaft sie ebenso berechtigt als verpflichtet waren, die dienstliche Thätigkeit des Klägers und dessen Verhalten zu überwachen und gewissenhaft zu prüfen, ob die Sorge für eine ersprießliche Rechtspflege die Versetzung des Klägers erheische und hienach die geeigneten Anträge zu stellen. Da dieses Oberaufsichtsrecht sowie das Versetzungsrecht der Krone bisher stets in dieser Weise auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen ausgeübt wurde, so fällt die ganze Argumentation der Vorinstanz vom Gesichtspunkte einer Strafverfügung ausgehend von selbst hinweg. Ebenso unrichtig ist die Annahme, daß der § VI der Verordnung vom 16. August 1817 durch neuere Gesetze, insbesondere Art. 3 Ziff. 3 des Gesetzes, „die Einführung des Polizeistraf- und Strafgesetzbuches betr.", abgeändert worden sei. Die Versetzung des Klägers erfolgte, wie schon bemerkt, auf Antrag des Justizministeriums wegen Unfleißes und ungehörigen Betragens, sohin wegen Verschulden des Klägers. Da Seiner Maj. dem König die deßfallsige Entscheidung zustand, so folgt hieraus von selbst, daß dem Kläger der Bezug der Umzugsgebühren nicht durch eine dem konstitutionellen Edikte zuwiderlaufende Verfügung der Administrativstellen verweigert und ihm hiedurch eine Civilrechtsverletzung nicht zugefügt wurde. Mit Recht hat daher die erste Instanz die Klage als unbegründet erklärt. Bei den klaren gesetzlichen Bestimmungen hätte Kläger die Fruchtlosigkeit einer gerichtlichen Verfolgung seines Anspruches einsehen und sich bei der allerhöchsten Verfügung auch bezüglich desselben beruhigen sollen, weßhalb sich auch die Verfällung des Klägers in die Kosten der I Instanz rechtfertigte.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 1/8—1/8 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52 5/8 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	49 7/8 G.
"	4 1/2 pCt.	41 5/8 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/2 P. 3/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/4 P. 94 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 1/4 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 5/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 7/8 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 1/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 7/8 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 5/8 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 5/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	85 1/4 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	78 G.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	76 1/4—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	123 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	711 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 5/8 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90 5/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 1/2 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	261—60 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 1/4 P. 124 3/4 G
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 1/2 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	106 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 G
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 3/8 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	125 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105P. 104 3/4 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. 97 3/4 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94 5/8 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 5/8—7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	101 5/8 P. 1/2 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 7/8—148 1/2 G
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	64 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	69 3/4 P. 1/2 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	83 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 1/2 P.
" fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/4 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 19. Mai. Die Börse ist lendenlahm und flügelmatt. Der Alp, der auf österreich. Werthen lastet, kommt Amerikanern zu Gute, in denen sich das Geschäft von Tag zu Tage wieder mehr belebt. In Folge dieser Kauflust, sowie auch der durch die neueste Wendung des Johnson'schen Prozesses eingetretenen Beruhigung des Publikums ziehen auch die Preise für amerikanische Papiere wieder an und bewahrten dieselben auch heute eine große Festigkeit. Neben 1882er waren wieder 10/40er und 1874er in Umsatz und gefragt. Oesterr. Effekten waren auf Wiener Notirungen etwas fester, als gestern, die Speculationspapiere jedoch, besonders Staatsbahn, gaben am Schlusse nach. Süddeutsche ziemlich unverändert, badische Loose etwas höher. Von Eisenbahnen Ostbahn höher, auch Oberhessen beliebt und etwas besser bezahlt. Von Wechseln Wien etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht

№ 141. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Donnerstag, 21. Mai 1868.

Fünfundzwanzig Prozent Couponsteuer!

Das ist das reizende Geschenk, mit welchem die österreichischen Staatsgläubiger überrascht werden sollen. So lautet wenigstens der Beschluß, welchen der Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses gefaßt. Ein Korrespondent der „Allg. Ztg." läßt sich über diesen Beschluß in derber und bitterer, aber wahrlich nicht übertriebener Weise folgendermaßen aus:

Nimmt das Haus diesen Beschluß an, so erklärt es sich für den Bankerott. Es ist nicht der Unterschied von 8 pCt., der zwischen der Vorlage des Finanzministers und dem Beschlusse des Ausschusses liegt, nicht diese an sich unbedeutende Differenz, die man verdammen muß, sondern die heillose Finanzpolitik, für die sich der Ausschuß durch sein Vorgehen erklärt. Die Finanzvorlage der Regierung muthet den Staatsgläubigern ebenfalls große Opfer zu, aber sie geht nach dem Grundsatze vor: gleiches Recht für Alle, d. h. in diesem Falle: gleiche Lasten für Alle. Oesterreich befindet sich wirthschaftlich in einer wahrhaft elenden Lage, verzweifelte Mittel sind nothwendig. Man kann nichts dawider haben, wenn die Regierung die äußersten Anforderungen an den Beutel des Volks stellt. Wenn allen Steuerträgern schwerere Pflichten aufgelegt werden — in Gottes Namen; Grundbesitzer und „Couponabschneider," wie der Abg. Ryger einst die Besitzer von Staatspapieren genannt, mögen dann zu einander sagen: „Solamen miseris socios habuisse malorum." (Ein Trost ist's für Unglückliche, Genossen ihres Elends zu haben.) Aber ein solches Vorgehen scheint dem Finanzausschusse des Abgeordnetenhauses zu gerecht und billig. Seine Mehrheit will von keiner neuen Steuer, von keiner Erhöhung bestehender Steuern etwas wissen, sie will nicht allen Klassen, sondern nur einer einzigen die Daumenschrauben anlegen, ihre volkswirthschaftlichen Ansichten sind die eines nichtsnutzigen Junkers: Oesterreich soll auf Kosten seiner Gläubiger leben. Was scheert es den Zucker- und Tuchfabrikanten, oder den Notar und Verwaltungsrath, wenn den Beamten, den Handwerkern der vierte Theil ihrer Ersparnisse aus der Tasche geholt wird? Was kümmert es die galizischen Abgeordneten — die Abgeordneten eines Landes, wo man die Staatsgläubiger mit der Laterne suchen muß, ob die Staatspapiere fünf, vier oder drei Prozent tragen?

Nur wer die österreichischen Verhältnisse genau kennt, kann sich eine Vorstellung davon machen, wie tief eine solche einseitige Belastung der Staatsgläubiger Tausende von kleinen Haushaltungen zerrütten würde. Drei Viertheile sämmtlicher Staatspapiere sind in den Händen von wenig Bemittelten, im Nationalanlehen von 1854 z. B. haben fast sämmtliche Beamte ihren sauern Sparpfennig niedergelegt; denn die Amtsvorstände versäumten damals nicht, ihren Untergebenen die „schöne Gelegenheit, Kapital zu erwerben", mit nachdrücklicher Betonung zu empfehlen. Die Fünftel-Loose von 1860 sind in kleinen Gruppen von drei oder fünf Stücken über alle Provinzen zerstreut, denn die Hoffnung, einen Treffer zu machen, trieb selbst Unbemittelte an, die hundert Gulden mühsam nach und nach bei Seite zu legen. Die Waisengelder, der größte Theil der Depositen, die Heirathskautionen der Offiziere bestehen fast ausschließlich in Staatspapieren, während die Bankiers, die Ritter von der Ringstraße deren nur wenige vorräthig haben. Wer also die Bedürfnisse des Staats einseitig mit der Couponsteuer decken will, der nimmt gerade der fleißigsten, intelligentesten, mit Rücksicht auf das Mißverhältniß zwischen Einkommen und Ansprüchen wahrlich mitunter ärmsten, Klasse der Bevölkerung einen Theil ihres geringen Besitzes, um die Reichen zu schonen. Das ist eine schreiende Ungerechtigkeit, eine einfache Raubpolitik, um so widerwärtiger, als ihre Hauptverfechter dieselben Männer sind, welche vor Kurzem in der Delegation die Forderungen des Kriegsministers fast anstandslos bewilligten. Gestern sagten diese privilegirten Politiker, die alle Weisheit gepachtet haben, seit ihnen der Zufall und ein schlechtes Wahlgesetz ein Mandat in den Schooß geworfen: „Wir haben Geld genug, die Armee muß neu bewaffnet und gekleidet werden;" heute erklären sie: „Wir haben kein Geld, wir müssen Bankerott machen." Es lebe die Konsequenz!

Glücklicherweise ist es noch sehr fraglich, ob das Abgeordnetenhaus die Bankerottpolitik seines Ausschusses adoptirt. Die Minder-

Ein genialer Reaktionär.

Das Loos Friedrich's v. Gentz ist in jeder Beziehung von dem verschieden gewesen, das deutschen Publizisten zuzufallen pflegt. Obgleich seine ersten Schriften im Dienste der Sache der Freiheit standen, brachte er es zu einem praktischen und direkten Antheil an der Leitung der großen europäischen Politik, wie er keinem zweiten deutschen Schriftsteller in gleichem Maße zu Theil geworden; sein halbes Leben lang bedingungsloser Diener der Reaktion, wird er nach seinem Tode Gegenstand des höchsten Interesses für die Politiker und Schriftsteller derselben liberalen Partei, die zu bekämpfen er nicht müde geworden war. Zur Zeit bilden die Publikationen von und über Gentz bereits eine kleine eigene Literatur; Robert Haym und Varnhagen, Arthur Müller, Mendelssohn und Prokesch-Osten („Aus dem Nachlasse Fr. v. Gentz") haben Beiträge zu derselben geliefert, die sämmtlich Theilnahme erregten und Verbreitung fanden. Prof. Mendelssohn, der vor einigen Monaten einen biographischen Abriß über Gentz veröffentlichte (Leipzig bei S. Hirzel), hat neuerdings durch Herausgabe der an Pilat, den vieljährigen Redacteur des von Metternich inspirirten „Oesterreichischen Beobachters", gerichteten Gentzischen Briefe*) eine der wichtigsten Quellen zur Geschichte und Charakteristik dieses merkwürdigen Mannes erschlossen. Auf diese Sammlung näher einzugehen, erscheint um so nothwendiger, als der Inhalt derselben in mehrfacher Beziehung von den übrigen Hinterlassenschaften Gentz' abweicht und einen eigenthümlichen Charakter hat.

Die erste Anregung zu der Beschäftigung und dem Studium der Zustände seiner Zeit hatte Gentz, gleich der Mehrzahl seiner Zeitgenossen, nicht aus dem wirklichen Leben, sondern aus der schönen Literatur empfangen, deren Erwachen in die Jahre seiner Jugend fiel. Die Tagebücher, wie die an Varnhagen und Rahel gerichteten Briefe des k. k. Hofraths und Protokollführers der Congresse von Wien, Aachen, Karlsbad u. s. w. legen Zeugniß davon ab, wie tief und nachhaltig die poetischen Jugendeindrücke der Zeit begeisterten Goethecultus auf die Seele dieses merkwürdigen Mannes wirkten, dessen zartbesaitetes Gemüth aus der strengen Wirklichkeit immer wieder in das Reich des Schönen flüchtete, bald um sich an der milden Flamme des Goethe'schen Hellenismus zu erwärmen, bald um in den „melancholischen Gewässern" der Heine'schen Lyrik zu baden. Als echter Sohn seiner Zeit blieb Gentz zeitlebens in dem Gegensatze zwischen einer auf die Befriedigung des frechsten Egoismus gerichteten äußeren Wirksamkeit und dem Sehnen nach der Erfüllung idealer Bedürfnisse stecken; von einer auf sittlicher Basis ruhenden harmonischen Lebensauffassung und Behandlung blieb ihm, seit er nach Wien gegangen war, kaum eine Vorstellung übrig. Die vorliegenden Briefe — und darin besteht ihr Hauptwerth — sind zum größten Theile außerhalb Wiens und in Zeiten geschrieben, in denen Gentz als Theilnehmer an den politischen Vorgängen der napoleonischen Kriegszeit und der Restaurationsepoche bis an den Hals in den großen Geschäften steckte. An den Herausgeber des Metternich'schen Organs gerichtet, beschäftigen sie sich, trotz der engen persönlichen Bande, durch die der Briefschreiber an den Empfänger geknüpft war, ausschließlich mit Politik; die Namen der großen Dichter und Künstler, an denen Gentz sonst den regsten Antheil nahm, werden

*) Briefe von Friedrich v. Gentz an Pilat. Ein Beitrag zur Geschichte Deutschlands im 19. Jahrhundert. Herausgegeben von Dr. Mendelssohn-Bartholdy. 2 Bände, Leipzig bei C. F. W. Vogel, 1868.

heit des letzteren ist eifrig bemüht, im Hause Stimmen zu werben, das Ministerium hat sich wiederholt und entschieden gegen jede einseitige Belastung der Staatsgläubiger ausgesprochen, ja es ist sogar entschlossen, wie man nach der bestimmten Erklärung des Fürsten Carlos Auersperg nicht zweifeln kann, aus der Annahme der früheren zwanzigprocentigen Couponsteuer eine Cabinetsfrage zu machen. So ist der Beschluß des Finanzausschusses nicht nur eine wirthschaftliche Barbarei, sondern auch ein politischer Fehler. Haben ihn einige Herren in der stillen Hoffnung begangen, das Ministerium — abzulösen? Das scheint mir sehr glaublich, und sehr ungeschickt dazu. Wenn die HH. Schindler, Skene, Peter Groß und Consorten Demokraten wären, wenn sie eine äußerste Linke, eine radikale festgeschlossene Partei bildeten, wenn sie erklären dürften: „Wir wollen Ganzes an die Stelle des Halben setzen, wir wollen die Staatsgrundgesetze erweitern und die Herrschaft der Freiheit fest begründen," — dann würde ich sagen: Glück auf; wagt den Kampf. Da aber diese Herren nur aus persönlicher Eitelkeit, aus Verdruß, daß ihre ehemaligen Collegen und nicht auch sie selbst auf der Ministerbank sitzen, aus unverdautem Centralismus und unter der Fahne des Bankerotts den Angriff beginnen, so wünsche ich ihnen das, was sie verdienen: eine schmähliche Niederlage.

Süddeutschland.

Bayern. [Offizielle „Enthüllungen" über den Feldzug 1866.] Die Einleitung des vom Generalquartiermeisterstab bearbeiteten Werkes über den „Antheil der k. b. Armee am Kriege des Jahres 1866" besagt: „Das durch den Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864 geschaffene Condominat der Souveräne von Oesterreich und Preußen über die nordischen Herzogthümer, sowie die Schwierigkeiten, welche der Herstellung eines Definitivums dortselbst im Wege standen, waren binnen Kurzem die Quelle zu ernsten Zerwürfnissen zwischen beiden deutschen Großmächten geworden. Man hatte zwar versucht, durch die Gasteiner Convention (August 1865) die Parteien zu versöhnen und den Anlaß zum Streite zu beseitigen: Die gemeinsame Administration der Herzogthümer wurde suspendirt, Holstein sollte fortan durch Oesterreich, Schleswig durch Preußen verwaltet werden, und Lauenburg ging gegen eine entsprechende an die österreichische Regierung zu zahlende Geldentschädigung ständig in den Besitz des Königs von Preußen über; auch Beziehungen Schleswigs und Holsteins zum deutschen Bunde wurden in einigen wesentlichen Punkten angebahnt; allein eine feste Grundlage für die Zukunft war hiemit keineswegs gefunden. Die Hauptsache, die endgiltige Entscheidung nemlich über die beiden Herzogthümer, blieb nach wie vor ferneren Vereinbarungen aufbehalten, — an die Stelle des einen Provisoriums trat ein anderes. Und in der That, schon nach wenigen Monaten erwies sich der neue Zustand als ebenso unhaltbar wie der frühere. Es ergaben sich neue Differenzen, die Sprache der beiden Cabinete wurde von Tag zu Tag gereizter, und man zog auch andere Fragen in die Verhandlungen herein, welche noch viel tiefer als die schleswig-holsteinische die Spannung zwischen Oesterreich und Preußen begründeten, so namentlich die Reform des deutschen Bundes. Zu Anfang des Monats Mai 1866 war die Stellung der beiden deutschen Großstaaten eine so feindselige geworden, daß sich der baldige Ausbruch des Krieges mit großer Wahrscheinlichkeit voraussehen ließ. Auf beiden Seiten wurde die Mobilmachung der gesammten Streitkräfte angeordnet, und auch Italien, schon lange des Augenblicks harrend, in welchem es mit einiger Aussicht auf Erfolg einen Versuch zur Eroberung Venetiens machen könnte, bot seine Armee auf.

„In Anbetracht dieser Verhältnisse und im Hinblicke auf die ihr obliegende Bundespflicht beschloß auch die bayerische Regierung, sich zum Kriege zu rüsten. Durch königliches Dekret vom 10. Mai wurde die Mobilmachung des Heeres anbefohlen." . . . Nach einer genauen Darlegung über den Bestand der bayerischen Armee im Frühjahre 1866, woraus insbesondere die Mängel der früheren Wehrverfassung im Mobilisirungsfalle ersichtlich wurden, heißt es weiter: „Prinzipiell war die politische Stellung Bayerns in dem entbrennenden Streite insoferne längst entschieden, als man gewillt war, am Bundesrechte festzuhalten. Es hatte sich nemlich das preußische Cabinet schon unterm 24. März in einer Note an die verschiedenen deutschen Höfe gewendet, worin es die Eventualität eines Krieges mit Oesterreich besprach, und unter besonderer Betonung der Unhaltbarkeit der Bundesverfassung, auf deren den realen Verhältnissen entsprechende Aenderung es in nächster Zeit seine Anträge stellen werde, anfragte, welchen Standpunkt die Regierungen der deutschen Mittel- und Kleinstaaten in der streitigen Frage einnähmen, ob und von wem Preußen im Falle des Krieges Beistand zu erwarten habe. Bayern, sowie die Mehrzahl der übrigen Staaten beantwortete diese Frage einfach mit der Hinweisung auf Art. 11 der Bundesverfassung, wornach es den Mitgliedern des Bundes untersagt war, sich zu bekriegen und dieselben vielmehr die Verpflichtung hatten, ihre Streitigkeiten vor dem Bunde schlichten zu lassen.

„Als nun gegen Ende Mai der Ausbruch des Krieges höchst wahrscheinlich wurde, hielten es die Regierungen von Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden, Hessen-Darmstadt und Nassau, welche in dem oben erwähnten Sinne geantwortet hatten, für angemessen, die zu treffenden militärischen Maßregeln einer gemeinsamen Besprechung zu unterziehen. Unter Vorsitz des Generallieutenants Frhrn. von der Tann wurde denn auch zu München eine Conferenz von Militärbevollmächtigten der genannten Staaten abgehalten und über dieselbe am 1. Juni ein Protokoll niedergelegt, dessen wesentlichste Punkte sich in Folgendem zusammenfassen lassen:

---

kaum genannt, Gentz ist ganz und ausschließlich Politiker und hat für nichts Sinn und Theilnahme, was sich nicht auf die brennenden Fragen bezieht. Die Befreiung Europa's ist der rothe Faden, der sich durch den ersten Band, die 1811 bis 1817 geschriebenen Briefe zieht; der zweite Band, dessen Inhalt aus Aachen, Karlsbad, Troppau, Laibach und Verona datirt ist, zeigt uns Gentz als leidenschaftlichen Gegner der liberalen Zeitbestrebungen, vor Allem als erbitterten Feind der liberalen Presse und der Universitäten, die ihm für die Hauptträger des bösen Prinzips, die eigentlichen Brutstätten der revolutionären „Bestialität" gelten.

Die Mehrzahl der vorliegenden Briefe enthält Instruktionen, welche Gentz entweder aus eignem Antrieb oder im Auftrage Metternich's dem Redakteur des „Beobachters" über die Art und Weise ertheilt, in welcher die brennenden Fragen äußerer und innerer Politik behandelt werden sollen; mit rücksichtslosem Vertrauen geschrieben, bilden sie eine hochwichtige Quelle für die Geschichte der österreichischen und europäischen Politik in den Jahren 1813 bis 1830. Aus ihnen leuchtet die unvergleichliche Schärfe und Sicherheit des politischen Urtheils, bezüglich welches Gentz seinen Gönner Metternich um mehr wie eine Manneslänge überragte, in wahrhaft glänzender Weise hervor. Während Pilat, ein versteckter Reactionär und Ultramontaner, unermüdlich zu Gunsten der Bourbonen und der legitimistischen Ultras der französischen Emigration vorzugehen räth, sieht Gentz mit dem Scharfblicke des Genies in diesen letzteren die gefährlichsten Feinde der europäischen Ordnung, Leute, „die über Frankreich mehr Verderben bringen, als jene 800,000 Soldaten, welche es auffressen," unfähige Fanatiker, in deren „Gesindel" sich kein Mann findet, „der auch nur werth wäre, eine Commisstelle zu bekleiden;" die terreur blanche ist ihm noch verhaßter, als die Schreckenszeit der Königsmörder, die Herzogin von Angoulême wird als „Trojae et patriae communis Erinnys" bezeichnet — und zwar nicht nach der Julirevolution (die Gentz mit mathematischer Sicherheit voraussagte), sondern schon im Jahre 1815 während seines Pariser Aufenthalts. Der mystische Qualm, den dann Frau v. Krüdener um die Mission Kaiser Alexanders von Rußland zu verbreiten sucht, ist ihm in den Tod zuwider, und Pilat, der von der Möglichkeit einer Wiederherstellung der mittelalterlichen Weltherrschaft des Papstthums fabelt, gelegentlich wohl auch Versuche macht, Gentz in den Schooß der alleinseligmachenden Kirche zu ziehen, muß sich manche derbe Abfertigung und Zurechtweisung gefallen lassen. Nach der Wiederherstellung des europäischen Friedens finden wir Metternich und Gentz hauptsächlich von dem Kampfe gegen die liberale Presse und von dem Rückhalt, den diese in der seit Castlereagh's Tode veränderten Haltung Englands gewinnt, eingenommen.

Von den Journalisten der damals auf der Höhe ihrer Bedeutung stehenden „Allgemeinen Zeitung," des Oppositionsblattes oder der „Neckar-Zeitung," hat sich schwerlich auch nur Einer träumen lassen, welche Wichtigkeit ihren nach modernen Begriffen ziemlich zahmen Artikeln und Correspondenzen im Hauptquartier der Reaktion zugeschrieben wurde. Metternich selbst verschmäht es nicht, die Feder zu Leitartikeln und erdichteten Correspondenzen zu ergreifen, mit denen der „Beobachter" die Schilderungen widerlegen soll, welche die „bestialischen" Feinde von der Gährung in Deutschland oder Italien machen, und Gentz ist nie glücklicher, als wenn er den gewiegten Journalisten von Fach herausstecken und durch einen Hauptcoup beweisen kann, daß er allein von allen Publicisten der „Partei der Ordnung" zur Zunft gehört. Mehr wie einmal überwiegt die Freude an der glänzenden Factur eines Heine'schen oder Börne'schen Artikels den Grimm über den verderblichen Inhalt desselben, und Gentz ist mindestens eben so viel an der geistigen Widerlegung seiner Gegner, an den Beweisen

1) Es ist sofort ein Oberbefehlshaber über das 8. Bundes-Armeekorps zu designiren, dem vorerst auch das nassauische Contingent unterstellt wird. Bayern führt den Oberbefehl über die Truppen der an der Conferenz betheiligten Staaten. 2) Sämmtliche Contingente sind an günstig gelegenen Eisenbahnpunkten zu concentriren. 3) Bayern erklärt, 46,000 Mann bereits disponibel zu haben, welche in nächster Zeit um sechs, und drei bis vier Wochen später um weitere zehn Bataillone verstärkt werden sollen. 4) Württemberg will in 14 Tagen mit 20,000 Mann zwischen Ludwigsburg und Heilbronn stehen; eine vierte Brigade von 5 Bataillonen und 1 Batterie, sowie — wenn nöthig — weitere 4 Escadronen können in sechs Wochen folgen, wobei dann für Ulm noch vier Bataillone und eine Escadron erübrigen. 5) Sachsen hat 25,000 Mann in und um Dresden, 5000 Mann Depot-Mannschaften stehen bei Seyda und können innerhalb etwa vier Wochen in eine Brigade formirt werden. 6) Baden vermag in vierzehn Tagen 12,300 Mann und binnen vier oder fünf Wochen sein ganzes Bundeskontingent mit 16,500 Mann und 38 Geschützen (inclusive Besatzung von Rastatt) zu mobilisiren. 7) Großherzogthum Hessen hat schon jetzt 13000 Mann in der Linie Worms-Darmstadt-Offenbach aufgestellt. 8) Nassau will in vierzehn Tagen 5000 Mann mit 16 Geschützen stellen, weitere 1200 Mann können in sechs bis acht Wochen folgen. 9) Bis zur Ernennung eines Commandanten des VIII. Armeekorps soll die Formation von dessen Hauptquartier vereinbart sein, und 10) von fünf zu fünf Tagen über den Stand der besprochenen Angelegenheiten Mittheilung nach München erstattet werden."

Norddeutscher Bund.

Elbing, 16. Mai. [Einen haarsträubenden Beitrag zur russischen Verwaltungsmaxime] liefert die jüngste Nummer des in Elbing erscheinenden „Neuen Anzeigers", und schon im Interesse der Humanität verdient der Fall Veröffentlichung, zumal er zeigt, wie die Absichten des Kaisers von seinen Beamten verwirklicht werden. Das russisch-polnische Grenzstädtchen Schaki, bei Suwalken, das meist von armen Juden bewohnt wird, gehört dem in jener Gegend angesessenen reichen Gutsbesitzer Baron v. Keudel. Mit diesem hat die Ortschaft wegen Benutzung von Wiesen und Weiden Jahre lang einen Prozeß geführt, ohne zu irgend einem Ziele gelangen zu können. Jetzt, nach dem Erlasse eines derartige Streitigkeiten regelnden kais. Dekrets, erneuert die Stadt, mit Berufung auf das Gesetz, ihre verbrieften Ansprüche an den deutschen Baron, und der aus Neustadt-Schirwindt zur Schlichtung der Sache berufene russische Kommissär schleppt den angesehensten Kaufmann des Städtchens, der als Vertreter seiner Leidensgenossen immer muthig aufgetreten war, mit sich nach Hause fort, sperrt ihn in einen finsteren Kerker und läßt ihn ab und zu die Schmutzgassen Neustadts kehren; außerdem will der Kommissär, kraft seines Amtes, zu Gunsten des Besitzers dem angeblich rebellischen Orte die auf mehrere Jahre zahlbare Geldstrafe von 70,000 Silber-Rubeln auflegen. Die armen, des Russischen übrigens nicht mächtigen Einwohner, welchen man auch ihren Dollmetscher genommen, hoffen, daß eben nur durch die Oeffentlichkeit ihnen Gerechtigkeit zu Theil werden kann, zumal der russische Kommissär sein Vergehen als einen „Akt geheimer Justiz, über welchen Jeder Stillschweigen beobachten müßte", bezeichnet hat.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Mai. [Besorgnisse.] Die „Presse" schreibt: „Es sind Blasen gar wunderlicher Art, welche die freie Entfesselung der Geister in Oesterreich auftreibt! Wir wären gewiß die Ersten, dies Resultat der Sturm- und Drangperiode mit Freude zu begrüßen, wenn wir nur ein klein wenig schöpferische Kraft darin wahrnähmen. Was uns besorgt macht, ist nur, daß gerade hierbei, daß gerade in solchen Augenblicken Napoleons bitteres Wort, wonach Oesterreich immer mit Einer Idee im Rückstande ist, sich in großartigster Weise zu bestätigen scheint. Es ist, als wären wir dazu verdammt, nachdem die chinesische Mauer, die uns so lange vom Auslande abgesperrt, gefallen, zur Abwechslung in allen den Kleidern zu hantiren, die man da draußen im Laufe der letzten Decennien bis zur Fadenscheinigkeit abgetragen und längst auf den Trödelmarkt geworfen. Und wie naiv gehen wir dabei zu Werke! wie ohne alle Rücksicht auf die Bedingungen von Ort und Zeit fallen wir pêle-mêle über Alles her, was „im Reiche" einmal Mode gewesen ist! Es herrscht eine unbefangene Kindlichkeit, wie wenn die gemüthlichen Bewohner Tahitis auf die Schätze Jagd machen, die ihnen ein schlauer Schiffskapitän aus den Modemagazinen Europa's zugeführt, um sich mit dem wohlfeilen Flitterkande die verkehrtesten Körpertheile zu schmücken." Es folgen dann Betrachtungen über das Verlangen der Wiener Arbeiter nach dem allgemeinen gleichen Stimmrecht, welches Oesterreich „nicht bloß der Reaktion, sondern auch dem Panslavismus ans Messer liefern würde" und — was das eigentliche Thema des Artikels ist — eine Warnung vor der deutsch-katholischen Agitation, welche, darnach zu schließen, demnächst in Wien ihren Anfang nehmen wird.

In Sachen des Konkordats vernimmt man, daß der belgische Graf Liedekerke seit einiger Zeit zum zweiten Male in Wien ist und sich im Interesse einer Verständigung mit Rom hier zum zweiten Male zur Verfügung gestellt haben soll. Ob sein Anerbieten angenommen werden wird, stehe noch in Frage. In jedem Falle aber werde seine Sendung die außerordentliche Mission des Herrn v. Meysenbug nicht berühren, die nach wie vor festgestellt bleibe. Sobald die konfessionellen Gesetze die kaiserliche Sanktion erhalten haben, soll

---

für die Ueberlegenheit seines Talents gelegen, wie an der gewaltsamen Niederschlagung und Bändigung „des Gespenstes der freien Presse," in welchem er „die Hauptwurzel der den Staat verzehrenden Uebel" sieht. Den Culminationspunkt der mit Furcht gepaarten Wuth gegen jede freisinnige Regung in Deutschland bildete bekanntlich die Karlsbader Versammlung (den Ausdruck „Congreß" will G. nicht gelten lassen) von 1819; die Berichte, welche Gentz über diese dem Freunde zusendet, stellen ihn selbst in das dunkelste Licht und lassen die Stimmung, welche damals die deutschen Regierungen beherrschte, als eine Art von Tollheit erscheinen. Der Schläge, welche gegen das Oppositionsblatt und die „Neckar-Zeitung" geführt werden, rühmt Gentz sich wie glorreicher Thaten; von dem liberalen Weimarer Hofe Karl Augusts wird wie von einer Stätte tiefster Verworfenheit geredet, der Vertreter desselben, Minister v. Fritsch, wie ein Verpesteter geflohen und mit geflissentlicher Mißachtung behandelt; selbst Gentz' Verehrung für Goethe geschieht durch den Umstand Abbruch, daß dieser aus Weimar kommt und mit der Politik seines Herrn einverstanden erscheint, mindestens an der abfälligen Beurtheilung derselben keinen Antheil nimmt.

Von Metternich, dessen Verehrung Gentz mit dem Eifer eines Priesters betreibt, ist der Verfasser der Briefe an Pilat in dieser Periode nur noch dadurch verschieden, daß ihm die von jenem vorgeschlagenen Palliativmittel gegen die Zeitkrankheit des Liberalismus ungenügend und kleinlich erscheinen, daß sein dunkler Instinkt ihm sagt, daß jener Partei die Zukunft gehöre, möge der Sonnenaufgang der neuen Zeit auch noch so dicht mit Königsmänteln und Priesterkutten (die Jesuiten haben sich des besonderen Wohlwollens Gentz' zu erfreuen) verhangen werden, während der frivole Optimismus des Staatskanzlers nicht über den kommenden Morgen hinaussieht und sich beruhigt auf das Faulbett gedankenlosen Genusses legt, sobald eine neue papierene Schutzwehr gegen den Zeitgeist aufgerichtet ist. Von jenem sybaritischen und liederlichen Genußmenschen, den uns das „Tagebuch" und die Briefe an Rahel gezeigt haben, ist in dem Gentz der Briefe an Pilat kaum eine Spur zu finden — wir sehen nur den geistreichen Staatsmann, der einer schlechten Sache mit unermüdlichem Eifer, athemlosem Fleiß und ewig wacher Sorge um die Zukunft dient. Gentz' große und glänzende Eigenschaften treten kaum in einer anderen seiner Hinterlassenschaften so hell und klar hervor, wie in der vorliegenden; freilich offenbaret er sich auch am deutlichsten als den rücksichtslosen Helfershelfer des gewissenlosesten und unsittlichsten aller Staatsmänner unserer Zeit. Aber selbst diese Hingabe an Metternich und die übrigen Träger der großen Reaktion trägt in den Briefen an Pilat den Charakter bewußten Wollens, einer Zurechnungsfähigkeit und Selbstständigkeit, nach welcher man sich in der Mehrzahl der übrigen Gentzischen Bekenntnisse — und die Zahl derselben ist eine bedeutende — vergeblich umsieht. Aber auch die unwiderstehliche, aus dem Herzen kommende Liebenswürdigkeit dieses Anakreon der Reaktion, der einer der letzten jener heute ausgestorbenen „Virtuosen der Persönlichkeit" war, äußert sich in den Briefen dieser Sammlung in reichstem Maße; sie trägt den Leser über die zahlreichen Wiederholungen, welche in einem 20jährigen, vorwiegend geschäftlichen Briefwechsel unausbleiblich sind, vollständig hinweg.

In dankenswerther Weise hat der Herausgeber durch seine, aus genauer Kenntniß des einschlägigen Materials geschöpften Noten zu dem Verständnisse und der vollen Schätzung dieser Sammlung beigetragen, deren bleibender geschichtlicher und culturhistorischer Werth schon heute außer Zweifel steht.

die Sendung erfolgen. Von der Ernennung des Grafen Edmund Hartig zum Nachfolger des Grafen Crivelli scheint in nichtoffiziellen Kreisen mehrfach die Rede gewesen zu sein, aber dem Grafen selbst ist noch niemals eine darauf bezügliche Eröffnung gemacht worden.

Prag, 18. Mai. [Das czechische Fest], die Grundsteinlegung des Nationaltheaters, ist vorgestern ohne Störung vorübergegangen. Das Interessante an demselben war der Festzug. Die Reitertrupps vom Lande in Nationaltracht, die Genossenschaften in mannigfachem Kostüm mit Zunftemblemen und Fahnen, Studenten in phantastischen Trachten, Deputationen der Bezirksvertretungen, der Dilettantentheater, Kranzeljungfrauen u. s. w. boten ein buntes und bewegtes Bild. Die Festrede des Dr. Sladkowsky war sehr wortreich; sie hob die Bedeutung des Nationaltheaters hervor und feierte die Auferstehung des Czechenvolks. Den ersten Hammerschlag auf den Grundstein im Namen der Nation führte Dr. Palacky, dann kam Dr. Schmeykal im Namen des Landesausschusses, Rieger im Namen des böhmischen Abgeordnetenclubbs u. s. f. Nachmittags fand auf dem Belvedere eine Art Volksfest statt. 15–20,000 Menschen mochten versammelt sein. Gestern folgte ein Bankett, woran etwa 400 Gäste aus den meisten slawischen Ländern theilnahmen. — Die czechischen Blätter, die am Festtage in Rothdruck erschienen, bringen hunderte von Beglückwünschungstelegrammen aus vielen slavischen Städten, darunter viele aus Rußland.

Nichtpolitische Zeitung.

[Ueber den großen Brand zu Stettin] in den Brennereien von Stahlberg und Rückforth am 15. entnehmen wir der „N. St. Ztg." noch folgende Einzelheiten: Mit lobenswerthem Eifer war die Feuerwehr noch mit der Wegschaffung der vom Feuer noch nicht ergriffenen Spiritusvorräthe beschäftigt, da die Flammen um die eisernen Spiritusreservoirs bereits hoch emporloderten und eine Explosion derselben mit jedem Augenblick zu befürchten war. Leider sollte sich diese Besorgniß bald genug bewahrheiten; eine gewaltige Detonation erschütterte plötzlich die Luft, ein gefülltes Reservoir war geplatzt und hoch in die Luft und nach allen Seiten sprühten zischend die blauen Flammengarben. Viele der Umstehenden wurden bei dieser Gelegenheit von brennenden Spiritusmassen bespritzt und trugen theils leichtere, theils schwerere Verletzungen davon. Zu den schwerer Verletzten gehört der Stadtrath und Branddirektor Bock, welcher am Kopf, im Gesicht, an den Händen und anderen Theilen des Körpers schmerzhafte Brandwunden davontrug. Noch schwerer war der Lehrer Müller verletzt, so daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird; leicht gekleidet, brannte derselbe wie eine Wachskerze. Die Gewalt der sprühenden Flammeneruption war so groß, daß die blauen Feuerflocken bis zum Bahnhofsgebäude geschleudert wurden. Die Sprengung des Reservoirs war von der verhängnißvollsten Wirkung. Das Reservoir ergoß seinen brennenden Inhalt über den Hof, floß in der tiefer gelegenen Straße und brannte hier in den Rinnsteinen in so hoher Flamme, daß ein Ueberschreiten der Straße unmöglich wurde. Das Beklagenswertheste war, daß dem Feuer nach allen Seiten hin neue Nahrung gegeben wurde und die Flammen sich schnell dem nahegelegenen hölzernen Schulgebäude, sowie der Rückforth'schen Brennerei mittheilten, welche im Umsehen ein Raub der Flammen wurde. Nachdem so das Feuer an der einen Seite der Straße 3 Grundstücke der Vernichtung preisgegeben hatte, verbreitete es sich, begünstigt durch die enge Bauart, auch nach der anderen Seite der Straße hin und ergriff dort noch 3 Gebäude, so daß das Feuer ein einziges Flammenmeer bildete, dessen Lohe hoch gen Himmel schlug und die Stadt in weitem Umkreise fast tageshell beleuchtete. Gegen Morgen explodirte noch ein zweites Reservoir, welches wiederum mannigfache Verletzungen zur Folge hatte. Es werden mehrere Personen vermißt, welche vermuthlich in den Flammen ihren Tod gefunden haben. Von den in Folge der Explosion durch den Luftdruck in die Oder geschleuderten Personen sollen gleichfalls mehrere um das Leben gekommen sein. — Unter'm 16. schreibt die „N. St. Ztg.": Ueber die Zahl der um's Leben Gekommenen sind zuverlässige Angaben noch immer nicht möglich. Die Zahl der Vermißten beläuft sich bis jetzt auf 17.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König hat den prot. Pfarrer M. K. Hirz von Neukirchen, Dekanats Sulzbach, auf die erledigte prot. Pfarrei Forn, Dekanats Ansbach versetzt; dem prot. Pfarrer J. W. Heckel in Lentersheim, Dekanats Wassertrüdingen, unter Anerkennung seiner langjährigen und gewissenhaften Amtsführung die erbetene Emeritirung genehmigt; die erledigte Stelle eines Präfekten und ersten Lehrers am prot. Schullehrerseminar zu Kaiserslautern dem bisherigen Hauptlehrer an der dortigen Präparandenschule, J. Th. März, in prov. Eigenschaft verliehen; an Stelle des verstorbenen Kirchenverwaltungsmitgliedes Schlossermeisters Sixtus Bischoff zu Ansbach auf dessen noch übrige Funktionsdauer den Privatier Georg Merk zu Ansbach als Mitglied der dortigen prot. Kirchenverwaltung St. Gumbertus; den Kaufmann W. Hensold zu Ansbach als Mitglied der Verwaltung der prot. Pfarrfonds und der Singkasse daselbst bestätigt.

Durch das Ableben des k. Forstwartes Gustach Frühholz ist die Wartei Böhmfeld im Forstamte Eichstätt I in Erledigung gekommen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62^{3}/_{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61^{1}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$49^{7}/_{8}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt.	$41^{1}/_{8}$ G.
Preussen	$3^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^{1}/_{4}$ P.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$94^{3}/_{4}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
"	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$94^{1}/_{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^{1}/_{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	$88^{1}/_{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$88^{5}/_{4}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$93^{1}/_{2}$ P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{4}$ P.
Baden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	$93^{7}/_{8}$ P. $^{3}/_{4}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	$81^{7}/_{8}$ P.
Gr. Hess.	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 P.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$84^{1}/_{4}$ G.
Nassau	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$94^{1}/_{2}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85^{1}/_{2}$ G.
"	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	$82^{1}/_{2}$ P.
Frankfurt	$3^{1}/_{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	$2^{1}/_{2}$pCt. " " "	—
Schweden	$4^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^{1}/_{2}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 100fr. 1881 D. $2^{1}/_{2}$	$78^{1}/_{4}$ P. 78 G.
"	6pCt. ditto v. 1882	$76^{3}/_{4}$—$^{5}/_{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$123^{1}/_{2}$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	716 P. 713 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$190^{1}/_{4}$ P. $89^{1}/_{2}$ G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^{3}/_{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	323 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$259^{1}/_{2}$—60 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$150^{1}/_{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^{3}/_{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^{1}/_{2}$ pCt.	105 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$130^{1}/_{4}$ P. $30^{1}/_{8}$ G.
Oest. St.-Eis. ab. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 G
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^{1}/_{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	$241^{1}/_{2}$ P.
3 pCt. Südd. St. u. Lomb. E.B.	$43^{1}/_{4}$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	$125^{1}/_{4}$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^{3}/_{4}$ G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. $94^{1}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P. $104^{1}/_{4}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. $97^{1}/_{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. $94^{1}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^{3}/_{8}$ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^{1}/_{8}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^{3}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101^{1}/_{4}$—$^{7}/_{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101^{7}/_{8}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$149^{3}/_{8}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$69^{5}/_{8}$ P. $^{1}/_{2}$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	—
" do. v. 1864	$83^{1}/_{2}$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100^{1}/_{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	$51^{1}/_{4}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$145^{1}/_{4}$ P.
" fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^{7}/_{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 P.
St. Lüttich mit $2^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 20. Mai. Die Lethargie, in der sich österr. Papiere seit der jüngsten Krisis befinden, kommt anderen Werthen, vor Allem aber Amerikanern, zu Gute. Dieselben sind in aller Stille um 1 pCt. in die Höhe gegangen und bewegen sich immer noch in steigender Richtung. Außer 1882ern sind auch andere Gattungen täglich im Verkehre. Österr. Effekten sind bei stillem Geschäfte durchschnittlich etwas niedriger, als gestern, besonders auch die österr. Bahnpapiere. Süddeutsche sind ziemlich unverändert, $4^{1}/_{2}$proz. Württemberger und bayer. Loose etwas besser. Von Eisenbahnen Oberhessen und Alsenz gefragt und etwas höher bezahlt. Auch in lombardischen Eisenbahnaktien fanden wieder einige Umsätze statt. (Stal.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 142.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 22. Mai 1868.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung“ kann für den Monat Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Die Kompetenz des Zollparlaments.

Selten ist wohl ein Streit so zwecklos gewesen, als der jetzt entbrannte Streit über die Kompetenz des Zollparlaments. Die Einrichtungen, wie sie jetzt bestehen, beruhen auf Verträgen, auf Verträgen, zu deren Aenderung jeder der kontrahirenden Theile seine Zustimmung geben muß. Das Veto der einzelnen Staaten des alten Zollvereins ist also bei Verfassungsveränderungen des Zollvereins immer noch vorhanden. Der Tarif ist davon ausdrücklich ausgenommen, denn der Tarif gilt nicht als Verfassungsbestimmung. Diejenigen, die jetzt jeden Gedanken an eine Kompetenzerweiterung so ängstlich bestreiten, haben um so weniger Ursache dazu, als sie ja in vollem Einverständniß wenigstens mit drei Regierungen, mit der Bayerischen, Hessen-Darmstädtischen und Württembergischen dabei handeln. Jede dieser Regierungen hat aber für die nächsten zehn Jahre immer noch das Recht, jede Verfassungsveränderung des Zollvereins zu verhindern. Was nach zehn Jahren wird, das ist freilich etwas Anderes. Das Veto dieser Staaten kann das Zollparlament oder wenn das nicht versammelt ist, den Reichstag nicht verhindern, nach 7, 8 oder 9 Jahren den Beschluß zu fassen, daß es bei der Erneuerung der Zollvereinsverträge eine Reihe bestimmter Veränderungen in denselben vorgenommen sehen will, und daß es den Verträgen seine Zustimmung verweigern werde, wenn diese Veränderungen sich nicht in den Verträgen finden. Der Abgeordnete Löwe-Calbe hat mit vollem Recht ausgeführt, daß zu diesem Zweck im Laufe der nächsten Jahre ohne Zweifel eine Reihe von Verhandlungen Statt finden werden und daß es Niemanden einfallen könne, die Kompetenz des Zollparlaments für diese Art von Verhandlungen zu bestreiten. Die Protestir.nden können also für die nächsten 10 Jahre ruhig sein, sofern sie nur ihre Regierungen auf diesem Punkte festzuhalten verstehen. — Nach 10 Jahren wird es sich dann entscheiden, ob man auf der einen oder auf der anderen Seite so viel Werth auf die Kompetenzerweiterung des Zollparlaments legt, um die Existenz des Zollvereins selbst dafür auf das Spiel zu setzen.

Diejenigen könnten sich aber auch beruhigen, welche aus dem Zollparlament ein Vollparlament machen wollen. Wenn die Gefahr uns in diesem Augenblick drängt, eine Veränderung in Deutschland vorzunehmen, so ist es nach den Vorgängen von 1866 doch in der That eine Thorheit, zu erwarten, daß diese Veränderungen durch irgend eine parlamentarische Demonstration herbeigeführt werden könnten. Dann muß sie, wie Löwe-Calbe schon erklärte, von der Regierung ausgehen, deren Aufgabe es ist, für die Sicherheit des Landes zu sorgen. Handelt es sich dagegen wirklich nur um Erweiterung der Kompetenz und um dauernde Institutionen, so ist doch in der That niemals einem Volke die Möglichkeit der freien Selbstbestimmung so einfach und bestimmt geboten, als sie unserm Volk durch das Zollparlament und den Reichstag des norddeutschen Bundes bei der Erneuerung der Verträge gegeben ist. Entweder die Ereignisse übernehmen also die Arbeit und führen eine Entscheidung herbei oder wir haben noch acht volle Jahre Zeit, uns die Sache zu überlegen, ob wir überhaupt vom Jahre 1878 an den Zollverein fortsetzen und unter welcher Verfassung wir ihn fortsetzen wollen.

Noch niemals ist der Nation ihre Aufgabe für friedliche Entwickelung so bestimmt bezeichnet, der Zeitpunkt der Entscheidung so lange und so genau vorher bestimmt und die Mittel friedlicher Arbeit, d. h. allseitiger Aufklärung so einfach zur Entscheidung zugewiesen, wie diesmal.

Das Volk hat durch seine Vertreter die Entscheidung zu treffen: Ob der Zollverein im Jahre 1878 ein deutscher Bundesstaat werden soll oder nicht!

Süddeutschland.

Bayern. Ueber den s. Z. vielbesprochenen unglücklichen Zusammenstoß bayerischer und preußischer Truppen bei Seubottenreuth am 29. Juli 1866 entnehmen wir der offiziellen Darstellung Folgendes: „Das Kriegsministerium hatte auf die

Ein verlassenes Schloß.

(Aus der „Presse“.)

Triest, 16. Mai.

Triest hat nur Eine großartige Naturschönheit aufzuweisen, das weite Meer. Allein die Majorität der Touristen kennt das Meer zur Genüge und wendet sich unmittelbar über Nabresina entweder nach dem Lande, wo die Citronen wachsen oder nach den Alpen, wo das harmlose Edelweiß blüht. Gleichwohl birgt die Umgebung Triests einen kostbaren Schatz, eine seltene Merkwürdigkeit: das Schloß und den Garten von Miramar. Der verwöhnteste Sohn Albions, der sein Auge sattgesehen an morgen- und abendländischen Curiositäten, zaudert nicht, anzuerkennen, daß Miramar ein bezaubernder Punkt ist, der unbedingt besucht zu werden verdient. Miramar ist der Gegenpol von Nabresina; während dieses die Touristen von Triest abstößt, zieht ersteres dieselben an. Mit einem leichten Wagen kann man die herrliche Anlage in einer halben Stunde erreichen; aber wer es vorzieht, eine kleine Seepartie zu machen, miethet eine Barke mit zwei Ruderern und läßt sich in drei Viertelstunden auf dem geschmeidigen Rücken der Adria dahinschaukeln.

Auf der Hälfte des Weges sehen wir Triest bereits zum Modell eines Hafens zusammenschrumpfen; unser Auge muß den Leuchtthurm suchen, während der Bau von Miramar immer klarer und imponirender hervortritt. Das Ufer, längs dessen unsere Barke sich fortbewegt, bietet nichts Bemerkenswerthes; manchmal sehen wir den Eisenbahnzug vorbeigleiten; die zahlreichen Landhäuser, welche das Ufer besäumen, sind anmuthig und scheinen recht comfortabel; gleichwohl wäre dieses Bild nicht anziehend genug, um uns für die Kosten unserer maritimen Expedition zu entschädigen. Unfern von Miramar taucht eine artige Villa auf, die ein ehemaliger Consul des ebenso ehemaligen Königreichs Neapel erbaute. Sie ist mit Thürmchen ausgestattet, von deren Höhe ihr Eigenthümer zuweilen nach der Gegend lugt, wo einst sein hoher Vollmachtgeber thronte. Nun ist's vorbei mit diesem Thronen, und derselbe Gedanke beschleicht uns, wenn wir die zahlreichen Platformen, Erker und Thürme Miramars erblicken.

Wir landen. Ein kleiner Hafen, von zierlichen Mauern eingefaßt, hat unsere Barke aufgenommen. Wir steigen eine breite Steintreppe hinan und stehen im Vorhofe oder vielmehr im Vorgarten Miramars. Der Felsenvorsprung, auf dem die Anlage errichtet wurde, macht einen tüchtigen Einschnitt in das Meer, das, rückwärts an das Land anprallend, eine heimlich stille Bucht bildet, in der einst die „Fantasie“, der nette flinke Lieblingsdampfer des Erzherzogs Ferdinand Max, vor Anker lag. Mit diesem Dampfer wurde Venedig in vier Stunden erreicht; seine Geschwindigkeit war um ein Drittheil größer, als die der Loydsteamer. Nunmehr befindet sich die „Fantasie“ in Pola, wo sie, zwischen den großen Kriegsfahrzeugen eingezwängt, sich ausnimmt wie eine Sardine zwischen hungrigen Hechten.

Welcher Wiener kennt nicht Maxing, die kleine, schmucklose, aber niedliche Anlage, welche der unglückliche Erzherzog, als er noch in zartem Jünglingsalter stand, auf dem auswärtigen Abhange des Schönbrunner Gloriettehügels errichtete. Wie bescheiden waren damals noch seine Villeggiatur-Gedanken! Wie eingeschränkt, wie specifisch österreichisch, Stelzhammerisch, ja Klesheimisch ist Alles in

Kunde der Invasion des 2. preußischen Reserve-Corps die schleunige Concentrirung der wenigen augenblicklich verfügbaren Abtheilungen in einen größeren Truppenkörper in Oberfranken oder der Oberpfalz beschlossen und eingeleitet, dessen wesentlichste Aufgabe gegenüber der nach verschiedenen Andeutungen vorausgesetzten Absicht eines feindlichen Vordringens an die Donau und südwärts derselben darin bestehen sollte, die von Osten und Nordosten fast offenen Zugänge dorthin zu decken und das Vorschreiten eines überlegenen Feindes nach dem Süden Bayerns soviel immer thunlich zu verhindern oder zu erschweren, um zu ausgedehnten Gegenmaßregeln Zeit zu gewinnen. Zur Bildung dieses „Ost-Corps“ wurden die vierten Bataillone des Leib- und des 7. Infanterieregiments, das Reservebataillon des 11. Regiments, 2 Reserve-Jäger-Compagnien und eine halbe gezogene Batterie des 4. Artillerieregiments, dann außerdem die im Nordosten Bayerns stehenden Truppen bestimmt. . . . . Am Abende des 26. Juli traf der definitiv mit der Commandoführung über das Ost-Corps betraute General-Major Fuchs in Kemnat ein und übernahm den Oberbefehl. Aber schon am 28. Juli früh 6 Uhr erhielt er ein Telegramm des als Landes-Commissär für Oberfranken fungirenden Regierungsraths Bucher, welcher ihm in offizieller Weise Mittheilung über den Eintritt eines Waffenstillstandes machte, und zugleich den Befehl des Ober-Commandos eröffnete, so viel Land zu decken, als nur immer möglich. „„Die Colonne Hößler rücke deßhalb nach Hochstadt und Hollfeld vor. Bayreuth sei, so viel man wisse, noch von den Preußen frei.““ Mit Beziehung auf diese unzweifelhaft als authentisch zu betrachtende Nachricht verfügte Generalmajor Fuchs, daß das 4. Bataillon (Wirthmann) des 13. Regiments nach Waldeck und Umgegend, jenes des 7. (Stöckel) nach Waldsassen, Mitterteich, Erbendorf und Eschenbach, jenes des 14. (Michels) nach Kulmain und Kemnat, das Reservebataillon (Landöck) des 11. nach Weiden, die beiden Jägerkompagnien nach Furth, das 4. Bataillon (Joner) des Leibregiments aber mit der halben Batterie an den nun vor Allem wichtigen Punkt, nach Bayreuth, rücken solle. Dieses Bataillon erhielt die Weisung, falls die genannte Stadt von den Preußen besetzt gefunden würde, weiter rückwärts Stellung zu nehmen, und brach sofort nach Kirchenlaibach auf; nur die 8. Schützenkompagnie unter Hauptmann von Parseval blieb zurück, bis die Bahn fahrbar gemacht war, dann folgte dieselbe mittelst Extrazug nach, um das Bataillon wo möglich unterwegs aufzunehmen. Indeß traf der Zug nicht auf die Colonne, und Hauptmann von Parseval beschloß daher, um die Ankunft in Bayreuth nicht zu verzögern, mit seiner Compagnie allein vorauszufahren. Etliche hundert Schritte vor der Stadt gab ein Bahnwärter das Signal zum Halten und meldete, der Feind, welcher vor kaum 10 Minuten eingerückt sei, habe bereits den Bahnhof mit 30 Dragonern besetzt. Der Hauptmann ließ augenblicklich aussteigen und dem gegnerischen Kommandanten durch einen Parlamentär mittheilen, daß sein Bataillon bei eingetretener Waffenruhe befehligt sei, die Garnison Bayreuth zu beziehen. Der feindliche Offizier erklärte, es sei ihm von Einstellung der Feindseligkeiten nichts bekannt; er wolle übrigens bei seinem Höchstkommandirenden aufragen und, bevor er Antwort erhalten habe (dieselbe erfolgte verneinend Abends halb 10 Uhr), nichts gegen die bayerischen Truppen unternehmen. Ueber diese Verhandlungen war es halb 6 Uhr Abends geworden, und Hauptmann v. Parseval, welcher dem General Fuchs über seine Lage telegraphisch berichtete, zog sich jetzt auf der Creussener Straße bis Ober-Connersreuth zurück, woselbst nach 6 Uhr auch das Bataillon anlangte. Major Graf Joner beließ die 13. bei der 8. Schützenkompagnie in Oberconnersreuth, ging mit der 14., 15. und 16. nach St. Johannes, und schickte die 7. Schützenkompagnie als Verbindungsglied an den Durchschnittspunkt der Bahn mit der Straße nach Colmdorf vor. Auch er hatte sich mit dem feindlichen Kommandanten ins Benehmen gesetzt; jedoch noch ehe von diesem ein definitiver Entscheid gegeben ward, erhielt er (etwa um 8 Uhr Abends) die Meldung, daß der Gegner Infanterie auf Wägen nach Untersteinach führe, und daß eben eine größere Kolonne mit Geschützen in Bayreuth einrücke. Zugleich bekam er ein Telegramm des Generals, das ihn anwies, „bei Creussen-Weidenberg Stellung zu nehmen.“ Er setzte sich nun mit der 15. und 16. Compagnie nach Weidenberg in Bewegung, befahl der 14. Compagnie, nach Creussen zu rücken, und ließ durch einen Offizier, welcher überdies beauftragt war, die in Aussicht gestellte Erwiderung des feindlichen Commandanten entgegenzunehmen, seine drei detachirten Compagnien gleichfalls zum Rückmarsch anweisen. Hierüber brach die Abenddämmerung herein, und bald lag tiefes Dunkel über der ganzen Gegend. Hauptmann Rudhart, welcher die 14. Compagnie führte, hatte sich nach Antritt seines Marsches, um zu recognosciren, zur Vorhut begeben, wurde aber schon bei St. Johannes durch ein Mißverständniß von der Compagnie getrennt und nahm dies erst wahr, als er, in der Nähe der von Bayreuth nach Seubottenreut führenden Straße plötzlich überfallen und beschossen, sich auf seine Truppe zurückziehen wollte. Mit den wenigen Leuten, die ihm geblieben und 12 Mann der Wagenbedeckung, welche sich ihm angeschlossen hatten, gelangte er Nachts $1/_2$2 Uhr nach Seubottenreut. Seine Compagnie war inzwischen den beiden vom Major geführten Compagnien nach Weidenberg gefolgt. Die 7. Schützenkompagnie war zwischen 8 und 9 Uhr von Colmdorf abmarschirt, kam zwischen 12 und 1 Uhr nach Seubottenreut und verbarrikadirte sich dort. Eben daselbst langte fast gleichzeitig der dem General Fuchs beigegebene Generalstabshauptmann Schanzenbach an und dieser dirigirte die gesammte in Seubottenreut anwesende Mannschaft mit anbrechendem Morgen nach Kemnat. Die 8. Schützen- und 13. Compagnie hatten

---

Maxing! Sein Bewohner strebte damals noch nicht über Oesterreich, weit über die Meere weg, nach fernen Breitegraden. Damals gefiel er sich noch in österreichischer Weise, die Alpen heimelten ihn an und die plätschernden Gebirgsbäche voll vaterländischer Forellen; die grünen Wälder bewohnt von heimischen Rehböcken nahmen seine Phantasie gefangen.

Welch kühnen Flug nahm diese Phantasie, als sie sich von den Fesseln des österreichischen Gewohnheitslebens emancipirt hatte! In Miramar erkennen wir die volle Intensität dieses Aufschwungs; wir sehen kühne und üppige Träume in Stein gehauen und der wundervolle Garten spricht die Blumensprache einer Sehnsucht, die nach großen Missionen hascht. Miramar ist kein Tuskulum, kein Sanssouci, kein Luxusschloß im gewöhnlichen Geschmack prachtliebender Kronenträger. Miramar hat durchaus kein österreichisches Gepräge mehr. Wenn Byron je von einem stolzen Königssohne geträumt hätte, der, nach Großem strebend, angewidert von den Alltäglichkeiten des Lebens, seine Wünsche weit hinfliegen ließ über das unendliche Meer und sich einstweilen, bis zur Verwirklichung derselben, mit der Geliebten seines Herzens in eine stille Ecke der Welt flüchtete, so würde er ein Schloß am Meere hinzugedichtet haben, wie Erzherzog Max es bauen ließ. In dem Ganzen der Anlage gibt sich ein etwas weltstürmerischer Geschmack kund, und die zahllosen Blumenhäupter, die sich sanft im Winde wiegen, vermögen nicht den Eindruck zu bannen, daß wir hier auf vulkanischem Boden stehen.

Der Vulkan ist ausgebrannt, sowie es all die Vulkane sind, welche einst auf dem Karste loderten und Felsen spien, die jetzt als zerbröckelndes Gestein dort meilenweit in Massen herumliegen und der Gegend das trostlose Ansehen eines Steinmeeres, eines grenzenlosen Friedhofes verliehen. Uebrigens schreitet die Bewaldung des Karstgebirgs rüstig fort. Unter den Steinen befindet sich fruchtbare rothe Erde, in welcher die Setzlinge lustig Wurzel schlagen. Die klimatischen Verhältnisse Triests sind so gesund, daß der Todtenzettel dort nicht selten Personen aufweist, welche dann erst an Altersschwäche sterben, wenn sie ein Jahrhundert überwunden haben. Nur in der neuesten Zeit zeigte sich daselbst eine Epidemie, der sogenannte russische Tod, eine Meningitis dorsalis, die jedoch nur junge Leute hinwegraffte. Diese Krankheit hatte vor einigen Jahren so ungeheuren Spektakel gemacht, daß dieserhalb selbst im österreichischen Abgeordnetenhause interpellirt wurde. Sie besteht in einer Genickentzündung, die meist einen acuten Verlauf nimmt, und da sie russischen Ursprungs ist, so entwickelt sie sich vielleicht aus panslavistischen Ablagerungen. Man will die Bemerkung gemacht haben, daß, seit Dr. Bleiweis, der bekannte slovenische Agitator, den Karst heimsuchte, die Bewohner aus ihrer bisherigen politischen Versteinerung erwachten und sich als Zukunftsweltbeherrscher zu fühlen beginnen.

Wenn auch der Karst durch eine Art wilder Schönheit fesselt und die Lage von Adelsberg in ihrer starren Einförmigkeit sogar imponirt, so ist es doch schwer, diesem Gebirge einen Reiz der Anmuth zu verleihen; dieses Meisterstück ist nur am südlichen Abhange durch die Gründung von Miramar gelungen. Man kann es mit einer üppig blühenden Oase in der Wüste vergleichen. Nicht die Natur, sondern bildnerische Hände der Architekten und Kunstgärtner haben diese Oase geschaffen; die Anlage hat etliche Millionen gekostet; eine der größten Schwierigkeiten, die es zu überwinden galt, war Wassermangel. Mit diesem Uebel hat man dort jetzt noch zu kämpfen, und man besorgt, hoffentlich mit Unrecht, daß die Anlage, die jetzt Hofeigenthum geworden ist, aufgelassen werden wird, weil ihre Erhaltung sich allzu kostspielig herausstelle. Es wäre dies außerordentlich zu bedauern; denn Miramar ist trotz alledem ein so reizendes Kunstwerk, daß es eine tragische Schickung wäre, dasselbe der Obsorge der Commission zur Conservirung alter Baudenkmale über-

um $1/2$ 10 Uhr den Befehl zum Abmarsch erhalten und waren über die nördlich von Ober-Connersreut befindliche Anhöhe gegen die Weidenberger Chaussee abgerückt, als Hauptmann v. Parseval durch einen Unteroffizier den Befehl erhielt, in Ober-Connersreut zu warten. Er wollte nun die vorausmarschirende 13. Compagnie an sich ziehen; allein ehe dieselbe von der vorgeschickten Ordonnanz erreicht ward, sah sie sich plötzlich am sogenannten Rollwenzel-Haus auf's Heftigste angefallen und wurde getrennt. Der eine Zug gelangte am nächsten Morgen ohne besonderen Unfall nach Weidenberg zum Bataillon, der andere aber, welcher um Mitternacht nach dem Dorfe Emtmannsberg gekommen war, dort einige Stunden gehalten und mit Tagesanbruch seinen Marsch gegen Seubottenreut fortgesetzt hatte, wurde zunächst dieses Ortes von Reiterei überfallen, und nachdem von 84 Mann 18 getödtet oder verwundet waren (unter letzteren auch der Compagnie-Commandant Oberlieutenant Frhr. v. Aretin) gefangen. Die 8. Schützenkompagnie war allein nach Ober-Connersreut zurückgegangen, hatte diese Ortschaft aber augenblicklich wieder verlassen, als man vom Rollwenzel-Haus her feuern hörte. Auf der Höhe angelangt, wurde auch sie beschossen, wobei ein Mann fiel. Trotz aller Eile gelang es nicht mehr, mit der 13. Compagnie Fühlung zu gewinnen. Im Rollwenzel-Haus fand sich nur mehr ein einziger preußischer Soldat. (Schluß f.)

Würtemberg. [Arbeiterbildungs-Vereine.] Am 10. und 11. ds. fand die diesjährige Landesversammlung des Gauverbandes württembergischer Arbeiterbildungs-Vereine unter sehr lebhafter Betheiligung zu Heidenheim statt. Die Hauptverhandlungs-Gegenstände waren folgende: 1) Berichte über Konsumvereine, Gründung von Speisegenossenschaften, Genossenschaftswesen überhaupt und über Produktivgenossenschaften insbesondere. 2) Entwurf zur Bildung einer allgemeinen deutschen Kranken-Unterstützungs-Kassa. 3) Gründung einer Wanderunterstützungs-Kassa, zunächst für den württembergischen Gauverband, mit dem Bestreben zum Anschluß an den Schweizer-Verein. — Zum Versammlungsort für das nächste Jahr wurde Rottweil bestimmt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 19. Mai. [Wirf die Politik zur Thür hinaus, sie kommt zum Fenster wieder herein], so kann das Zollparlament mit vollem Recht von sich wohl sagen. Der Antrag Bamberger's und Genossen: Die Hessen-Darmstädtische Regierung aufzufordern, die innere Besteuerung des Weins mit Rücksicht auf die im Handelsvertrage bestimmte Steuerermäßigung auf Wein auch zu ermäßigen, hat Veranlassung zu einer rein politischen Debatte gegeben. Die Süddeutschen Partikularisten sahen sonderbarer Weise in diesem Antrage eine Ueberschreitung der Kompetenz und wählten sich in ihrer Verblendung damit einen Kampfplatz zur Entscheidung dieser Frage, auf dem sie einer schweren Niederlage nicht entgehen konnten. Eine Reihe von Fundamentalbestimmungen im Zollverein und zwar von Bestimmungen, die die Grundlagen der ersten Verträge bilden, handeln davon, daß die inneren Steuern in Uebereinstimmung mit den Grenzsteuern gebracht werden, und daß die Vereinsstaaten bestrebt sein müssen, eine Uebereinstimmung der inneren Besteuerung unter sich zu erzielen. Der erste eigentliche Zollvereinsvertrag vom Jahre 1833 enthält schon diese Bestimmung ausführlich im Artikel 5. Gegen diese Thatsache war mit allen Deductionen über Kompetenz um so weniger aufzukommen, als der Antrag nicht dahin ging, eine unmittelbare Veränderung der Steuer in Hessen-Darmstadt zu beschließen, sondern nur dahin, das Präsidium des Zollbundesraths aufzufordern, sich der Sache anzunehmen.

Der Verlauf wie der Ausgang dieser Debatte machen sie zu der bedeutsamsten, welche seit langer Zeit Statt gefunden hat. Der Kampf wurde eröffnet von den National-Liberalen, gegen welche die Partikularisten, sowohl die Süddeutschen sowie die versprengten Hannöverschen Partikularisten auftraten, wurde dann weiter geführt einer Seits von den Sächsischen Socialisten, die sich den Süddeutschen Partikularisten anschlossen und anderer Seits von den Preußischen wie Bayerischen Mitgliedern der Fortschrittspartei und zum Schluß erklärten sich dann auch noch die Preußischen Conservativen gegen die Süddeutschen Partikularisten. Das Signal zu dieser Schwenkung der Konservativen hatte freilich Graf Bismarck schon gegeben, der dem Vertreter von Hessen-Darmstadt, der sich an die Spitze der Partikularisten gestellt hatte, entgegentrat und sich mit ihm in einen Streit einließ, der mit so großer Erregtheit geführt wurde, daß er sich augenscheinlich nur mühsam in den Schranken einer parlamentarischen Debatte halten ließ. Man kann aber bei alledem nicht sagen, daß Nord und Süd dabei aufeinander geplatzt seien, denn die moralische Entscheidung für die Gestaltung eines Deutschen Staatswesens auf dem Wege des Zollvereins wurde eben von einem Vertreter Süddeutschlands, von Völk gegeben, der sich als Bayerischer Schwabe bekannte und der mit Entschiedenheit gegen den Süddeutschen Partikularismus auftrat.

Die Niederlage der süddeutschen Partikularisten war vollständig, denn im Momente der Entscheidung bei der Abstimmung stimmten nur die Württemberger, einige bayerische Ultramontane und die sächsischen Socialisten Bebel und Liebknecht gegen den Bamberger'schen Antrag, im Ganzen höchstens 40 Stimmen, während die ganze übrige Versammlung, alle Parteien und Landsmannschaften, für denselben stimmten.

— [Zur Aufhebung der Schuldhaft.] Wir glauben nicht, daß es noch viele Gegner der Aufhebung der Schuldhaft gibt.

---

wiesen zu sehen. Es ist ein Juwel am Ringe der Adria, das herauszubrechen ästhetischer Vandalismus wäre.

Der Park ist eine eigentliche Blumenausstellung, die alles Derartige weit hinter sich läßt. Die Blumen, großentheils in Töpfen aufbewahrt, thürmen sich zu Hügeln. Man schwimmt dort in einem Duftmeer. Es ist keine Uebertreibung, wenn man sagt, daß Blättergrün und die tausendfältigen Färbungen der Kinder Floras sich nahezu quantitativ das Gleichgewicht halten. Man könnte befürchten, daß die sengenden Sonnenstrahlen, welche der Karstrücken reflektirt, den Aufenthalt am Tage in dem Parke, ungeachtet all seiner Pracht, unerträglich machen. Auch dagegen ist gesorgt, aber nicht etwa durch Alleen transplantirter Bäume, wie man im Bois de Boulogne gethan. Dieses Mittel, Schatten zu schaffen, erschien für Miramar zu ordinär. Etwas Außerordentliches mußte unternommen werden, um den Zweck zu erreichen. Schatten-Alleen von sehr bedeutender Länge wurden geschaffen, indem man gußeiserne Gerüste aufrichtete und überwölbte; die Seiten wie die Wölbung sind mit blühenden Schlinggewächsen im reichsten Maße bedeckt, und selbst die Pfeile der Aequatorialhitze müßten an diesem Walle von Blättern und Blumenkelchen wirkungslos abprallen.

Man bezeichnet eine Stelle, wo zwei solcher Schatten-Alleen zusammenstoßen, als ein Lieblingsplätzchen des nachmaligen Kaisers von Mexiko, wo er oft stundenlang weilte und las. Am Morgen des Tages, an welchem er die mexikanische Deputation empfing, saß er ebenfalls dort; aber er las nicht, sondern stützte das Haupt in die Hände; offenbar arbeitete sein Geist an einem schweren Entschlusse. Es galt, sein Jawort zu geben, sich bis zum Tode zu verbinden mit Mexiko, der Wittwe des Vorkaisers Iturbide, die nachher Buhlschaft trieb mit Santa Anna und allerlei anderen Despoten. Plötzlich fuhr er aus seinen Träumereien auf und schritt in stolzer, majestätischer Haltung nach dem Schlosse. Die amerikanische Zauberin hatte über Faust gesiegt; die Pariser Mephisto-Toilette stand ihr gar zu reizend und das arme deutsche Gretchen war vergessen.

Wenig erinnert mehr in Miramar an jenen historisch immerhin denkwürdigen Moment. Im Schlosse fungirt eine Commission, welche das Mobiliar inventirt, sortirt und registrirt. Im Garten, in der Nähe jenes Lieblingsplätzchens, stößt ein Papagei schrille, unartikulirte Töne aus. Es ist das einzige Geschöpf, welches hier noch transatlantische Reminiscenzen erregt. Vielleicht wurde es an den Ufern des schmutzig gelben Papagayo ausgebrütet, wo niemals die Souveränetät Maximilian's anerkannt wurde, wo vielmehr seine unerbittlichsten Gegner hauseten. Das Gewächshaus, wo früher tropische Pflanzen mit größter Sorgfalt gepflegt wurden, steht ziemlich verödet und kontrastirt mit der Herrlichkeit des Parks so seltsam, wie Maximilian's Ende mit seinem Traumglück contrastirt.

Die Schattenalleen von Miramar verdienen nachgeahmt zu werden, besonders in Wien, wo der Schatten rar ist und Staub und Sonnenbrand im Juli schonungslos wüthen. Eine solche Allee im Wiener Stadtparke, namentlich in der Nähe des Cursalons, wäre unschätzbar. Wir würden ja nicht einmal prätendiren, daß Blumenkelche sich uns auf allen Seiten zuneigen. Wir wären mit dem gewöhnlichsten Rankengewächs zufrieden. Aber, daß der Heilung suchende Brunnentrinker in Wien, wenn die Sonne recht brennt, kein besseres Schattenplätzchen aufzutreiben weiß, als den gemauerten Gang, welcher den Cursaal einrahmt, ist denn doch gar zu heillos und abnorm.

Es ist Mittag geworden; wir haben unsere Barke bestiegen; der Gondoliere spannt die Segel auf; eine kühle Brise treibt uns rasch der geschäftigen Stadt zu, deren Treiben uns belehrt, daß nur planmäßige Arbeit gedeiht, und daß die kühnste Romantik ihr nimmer den Vorsprung abzugewinnen vermag. — Triest regt und reckt sich und gedeiht, während Miramar doch nichts als einen blumenreichen Grabhügel mit einem prachtvollen Monument bedeutet.

Dennoch aber wird die Vorlage über diesen Gegenstand im Reichstage wahrscheinlich zu sehr lebhaften Debatten Veranlassung geben, indem die wenigen Freunde dieser Einrichtung den Versuch machen werden, wenigstens etwas davon zu retten. Sie werden nämlich den Grundsatz vertheidigen, daß, wenn auch die Schuldhaft aufgehoben wird, dieses Gesetz doch unmöglich rückwirkende Kraft haben könne, d. h. daß das Exekutionsmittel der Schuldhaft bestehen bleiben müsse für alle solche Schulden, welche vor dem Erlaß des Gesetzes kontrahirt sind. Wir halten uns der Mühe überhoben, hier noch die Gründe zu wiederholen, welche für die Aufhebung der Schuldhaft sprechen und begnügen uns, auf das Falsche der zuletzt erwähnten Anschauungen kurz hinzuweisen. Wenn die fortschreitende Civilisation eine veraltete Einrichtung nach der anderen abschafft, so geschieht dies natürlich nicht aus dem ideellen Streben, Zustände zu schaffen, welche dem augenblicklichen gesellschaftlichen Zustande vorausgreifen, sondern es geschieht dies, weil das Bestehende veraltet oder gar abgestorben und dadurch absolut unhaltbar geworden ist. Dies ist in keinem Falle so offenkundiger Weise der Fall, wie bei der Schuldhaft. Seit die mittelalterliche Anschauung von der Unfreiheit der Person aufgegeben ist, seit mit dem Ende des vorigen Jahrhunderts die Idee von der persönlichen Freiheit ihren siegreichen Umzug durch die Welt gehalten hat, ist man zu der Anschauung gelangt, daß die Person in jeder Beziehung frei sein müsse, daß sie nicht mehr als ein Aequivalent für Geld behandelt werden dürfte und also auch im Privatverkehr aufhören müsse, es zu sein. Ist man aber zu dieser Erkenntniß gekommen, so ist es nicht ersichtlich, weshalb man eine Einrichtung, die sich überlebt hat, auch nur einen Tag länger aufrecht erhalten soll. Es würde doch, um ein recht anschauliches Bild zu wählen, Niemandem einfallen, die Todesstrafe, falls sie abgeschafft wird, für die schwebenden Mordprozesse beizubehalten!!! Was aber die Todesstrafe für die Criminalgesetzgebung ist, das ist gewissermaßen die Schuldhaft für die civilgerichtliche Gesetzgebung.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 18. Mai. [„Katholische Politik."] Im Herrenhause hat bei Gelegenheit der Berathung des internationalen Gesetzes Professor Rokitansky unter dem lebhaften Beifall der Gallerien dem Reichskanzler eine scharfe Lektion ertheilt, indem er die Nothwendigkeit betonte, daß auch die äußere Politik im Geiste der innern geführt werden müßte. Herr v. Beust hat bekanntlich in seiner auf die römische Frage bezüglichen Depeschen Oesterreich eine „katholische Macht" genannt und ist für die Erhaltung der weltlichen Macht des Papstthums eingetreten. „Was soll man", sagte nun Rokitansky, „von der Ansicht halten, welche für eine katholische Politik nach außen plaidirt? Das Volk wird nie mit einer lügenhaften Politik sympathisiren! Man muß gegen jede Bevorzugung einer bestimmten Konfession protestiren. Jede Staatskirche ist schädlich, weil der Kirche überhaupt eine weltliche Herrschaft nicht zukommt; die Staatskirche stellt sich ohne wahre Berechtigung über die andern Religionsgenossenschaften und übt einen verderblichen Einfluß auf die eigenen Bekenner aus, indem sie ihren Geist verfinstert, ihr Urtheil über die rechtlichen Verhältnisse in Gesellschaft und Staat verwirrt, ihr Herz verhärtet und dadurch Erscheinungen hervorruft, die jeden unbefangenen Menschen mit Ekel erfüllen müssen."

Ausland.

Belgien. [Aufenthaltsgesetz] Die Repräsentanten-Kammer beschloß in der Sitzung vom 16. über das Gesetz in Betreff des Aufenthalts der Fremden in Belgien und deren eventuelle Ausweisung. Ein Amendement, welches dahin zielte, d.s Gesetz nur für ein Jahr in Giltigkeit zu erhalten, wurde verworfen und nach dem Vorschlage der Regierung die dreijährige Dauer desselben angenommen. Die Verhandlung gab Veranlassung zu einem Angriff auf die Regierung von Seiten der liberalen Gegner des Ministeriums wegen verschiedener Ausweisungen politischer Persönlichkeiten, welche unter dem jetzigen und dem vorigen Ministerium vorgekommen sind, unter andern die des Generals Prim. Der Justizminister, Herr Bara, wußte jedoch mit Leichtigkeit nachzuweisen, daß die Regierung zu diesen Ausweisungen nicht nur berechtigt, sondern genöthigt war, weil die Ausgewiesenen geradezu auf belgischem Boden gegen befreundete Regierungen konspirirten und agitirten, wie der spanische Revolutionsgeneral Prim und Hr. Rogeard, der Redakteur des republikanischen Blattes „La Rive Gauche" (Verfasser des berühmten Labienus) oder sogar, wie in dem Falle des jüngst verwiesenen Herrn Vésinier, revolutionäre Bestrebungen gegen die belgische Regierung selbst zu fördern versuchten. Letztgenannter hatte durch ein von ihm herausgegebenes Blatt, „La Cigale", sowie durch Flugschriften bei Gelegenheit der Unruhen in den Kohlenbezirken die Arbeiter gegen die Regierung und gegen das Militär aufgehetzt.

Frankreich. [Budget-Reduktion.] Die „Patrie" gibt einen Ueberblick über die Budget-Reduktionen, über die man sich endlich zwischen der Budget-Kommission und dem Staatsrath geeinigt hatte. Auf das Kriegsbudget scheinen keine absoluten Reduktionen anwendbar zu sein; aber man würde eine Transaktion durch Fristen treffen; man würde die Ausgabe auf zwei oder drei Dienste vertheilen. Die Reduktion durch das System der Beurlaubung hat bei Seite gelassen werden müssen, da sie zu schwer zu reglementiren und festzustellen ist. Das Ministerium des Innern wäre auf die Hälfte der verlangten Reduktion eingegangen. Das Ministerium des Hauses des Kaisers würde auch die Zurückziehung des Kredits von 1 Million bezüglich der Oper erleiden. Die Reduktionen, mit welchen der öffentliche Unterricht bedroht war, werden wahrscheinlich nicht statthaben. Auch die Marine und die öffentlichen Arbeiten scheinen nicht davon betroffen zu werden.

Nordamerika. [Zum Präsidenten-Prozeß.] Der erste und wie es scheint der Hauptakt in der Präsidentenklage ist entschieden und zwar zu Gunsten des Präsidenten. Der Präsident ist von der Hauptanklage: verfassungswidrig den Kriegsminister entfernt und die Ausführung der Rekonstruktionsakte im Süden verhindert zu haben, freizesprochen, d. h. es hat eine Stimme an der zweidrittel Majorität gefehlt, die zu einer Verurtheilung nothwendig ist. Im Ganzen haben 54 Senatoren votirt und von ihnen 35 für das „Schuldig" des Präsidenten und 19 für das „Nichtschuldig." Da aber eine zwei Drittel Majorität nach der prozessualischen Bestimmung, welche der Senat angenommen hatte, dazu gehört, um ein „Schuldig" auszusprechen und zwei Drittel von 54 eben 36 Stimmen sind, so fehlte eine Stimme zur Verurtheilung. Der Senat hat aber, nachdem er diese Entscheidung gefällt, den Urtheilsspruch nicht fortgesetzt und das Endurtheil nicht gesprochen, sondern hat sich auf zehn Tage, d. h. bis zum 26. ds. Mts., vertagt. Am Montag nächster Woche wird also wahrscheinlich das Endurtheil gesprochen werden. Nach dieser vorläufigen Entscheidung ist es jetzt im hohen Grade wahrscheinlich, daß auch für die anderen untergeordneten Punkte die Abstimmung ebenso ausfällt, wie bei dem Hauptpunkte, und daß die Politik wie der Charakter des gegenwärtigen Präsidenten wohl von der großen Majorität des Senats verurtheilt wird, daß er aber doch im Amte bleibt, weil zu seiner Entfernung eine Stimme an der zwei Drittel Majorität fehlt. Gewiß ist das aber noch keineswegs, denn bei den Intriguen, die im Schoße einer kleinen Körperschaft, wie der Zahl nach der Senat doch ist, stattfinden können, wäre es immer möglich, daß die Gegner des Präsidenten von den 19 Stimmen eine auf irgend eine Weise erlangten und bei der Schlußabstimmung die zwei Drittel Majorität voll hätten.

Ueber den Eindruck, den die vorläufige Freisprechung Johnson's oder vielmehr die vorläufige Ablehnung seiner Verurtheilung im Lande gemacht hat, wissen wir noch nichts, da wir die Nachricht nur durch den wortkargen Telegraphen haben und unsere Zeitungen nur bis zum 5. ds. Mts. reichen, während die entscheidende Abstimmung erst am 16. Mai in Washington stattgefunden hat. Bis zum Anfang dieses Monats scheinen die Republikaner der zwei Drittel Majorität ganz sicher gewesen zu sein, dann kommt ihnen aber die Besorgniß, sie könnten einen oder den andern falschen Bruder im Senat unter sich haben und am 5. Mai tritt ihr Hauptorgan, die „Tribune", in New-York schon offen mit der Anklage auf, daß großartige Bestechungen im Senate resp. Stimmenkauf seitens der Anhänger des Präsidenten stattgefunden hätten. In der That hat das Hauptorgan des Präsidenten, die „World" in New-York, wenige Tage vorher einen Aufruf an die Freunde Johnsons gehabt, in welchem zu einer Sammlung von 10 Millionen Dollars aufgefordert wird mit dem ausgesprochenen Zweck: „Senatorenstimmen für den Präsidenten zu kaufen." Zehn Millionen Dollars ist nun eine amerikanische Uebertreibung, aber eine Million wird es vielleicht gekostet haben und ist es auch der Partei gut und gern werth, wenn sie dafür noch 10 Monate im Amte bleibt und die Wahlcampagne für die nächste Präsidentenwahl in der vortheilhaften Stellung, über alle Mittel der Regierung zu verfügen, durchmachen kann.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 143. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Samstag, 23. Mai 1868.

Wiederum Politik im Zollparlament.

I.

Wir haben über die Montagssitzung des Zollparlaments schon kurz das Hauptsächlichste referirt im Mittagsblatte vom Dienstag, wir sind jedoch über die denkwürdige Debatte unseren Lesern, die wir damit nicht zu langweilen fürchten, einen ausführlichreren Bericht schuldig. Ein Antrag des Abgeordneten für Mainz, Bamberger, machte es möglich, die neulich zur Thüre des Zollparlaments hinausgedrückte Adreßdebatte, d. h. die Frage des Eintritts Süddeutschlands in den norddeutschen Bund, durch ein Hinterthürchen wieder hereinzuschmuggeln. . . Dieser Antrag zielte darauf ab, die Steuerreform im Großherzogthume Hessen durch den norddeutschen Bundesrath bewerkstelligen zu lassen, und zwar in der Form, daß dieser dahin wirkt, das in Hessen bestehende System der indirekten Steuern mit dem durch den Vertrag mit Oesterreich herabgesetzten Weinzoll in Einklang zu bringen. Die Süddeutschen erblickten hierin eine Ueberschreitung der Kompetenz des Zollparlaments, welches auf die innere Gesetzgebung in den Einzelstaaten einen bestimmenden Einfluß zu nehmen nicht berechtigt sei, und bekämpften denselben vom partikularistischen und demokratischen Standpunkte sehr entschieden. Es nützte ihnen zwar wenig, denn der Bambergerische Antrag wurde schließlich angenommen; aber darin liegt auch nicht die Bedeutung der vorgestrigen Verhandlung im Zollparlamente, sondern in dem Auseinanderplatzen der Gegensätze zwischen Nord- und Süddeutschen. Das politische Ergebniß dieser Debatte war jedoch die kategorische Erklärung Bismarck's, daß der Nordbund durchaus nicht „empressirt" sei, den Süden zu absorbiren, und daß man, jede Pression in dieser Beziehung vermeidend, warten werde, bis der Süden selber die Hand über den Main herüberstreckt. Hierin stimmte dem norddeutschen Bundeskanzler auch sein nationalliberaler Schatten in der Person des Abgeordneten Lasker vollkommen bei, und so wird denn Preußen warten, bis die Süddeutschen von selber kommen.

Graf Bismarck sprach: Sie alle, auch die Herren aus dem Süden, werden mir das Zeugniß geben, daß ich als Vertreter einer Regierung alles auf das sorgfältigste vermieden habe, was uns der Vermuthung aussetzen könnte, als ob wir auf einige süddeutsche Herren eine Pression oder auch nur die leiseste Ueberredung ausüben, uns dazu hergeben, die Competenz des Zollparlaments zu erweitern. Von dieser Seite ist gewiß nichts geschehen, was die Herren aus dem Süden in ihrem Streben hindern oder irre machen könnte. Führen Sie Ihr Programm durch, meine Herren, solange es Ihr freier Wille ist. Sie werden von uns nicht einmal mit einer Bitte, einem Wunsch aufgefordert werden, Ihr Programm aufzugeben; es hängt das lediglich von Ihrem freien Willen ab. Um das Programm der Politik des Norddeutschen Bundes zu kennzeichnen, erlaube ich mir Sie auf die Circulardepesche des Bundeskanzlers vom 7. Sept. v. J. aufmerksam zu machen, woran der Norddeutsche Bund auch heute noch festhält, und welcher Ihrer Selbstständigkeit gewiß nicht gefährlich ist. Sie halten uns für viel mehr interessirt, als wir es sind. Solange Sie sich dem Nordbunde nicht in freier Entschließung nähern, deliberiren Sie in Ruhe über Ihre Zollarbeiten. Aber dem Versuch, die vertragsmäßige Competenz zu vermindern, muß ich entgegentreten. Noch gebe ich zu bedenken (auf die Bemerkung des Vorredners Probst, daß Provokationen im Zollparlament das Ausland zum Krieg reizen könnten): ein Appell an die Furcht wird niemals in deutschen Herzen Anklang finden. (Lebhafter Beifall auf allen Bänken, ausgenommen die der süddeutschen Fraktion.)

Dennoch hält Lasker eine sehr provocirende Rede, welche damit beginnt, daß ein Drittheil der Süddeutschen andern Anschauungen huldige, als Probst. Weiterhin rühmt Lasker die preußische Opferwilligkeit im Gegensatz zu dem süddeutschen Schlaraffenleben, wahrt dem Hause die Competenz für den Antrag, und erklärt, daß man bei uns keine Furcht kenne und seine Beschlüsse ohne Rücksicht auf das Wohlwollen oder das Mißfallen des Auslandes fasse.

Bebel begreift nicht, wie man das Zollparlament mit dem Parlament vor 20 Jahren vergleichen könne, welches doch sehr viel höher über jenem stehe, denn das Parlament von 1848 habe die ganze Nation vertreten, während hier die Vertreter der deutschen Oesterreicher und Luxemburgs (Gelächter auf den Bänken der Conservativen und Nationalliberalen) fehlten. Redner rügt dann den schulmeisterlichen Ton, welchen Lasker angeschlagen habe, und der augenscheinlich diese Gelegenheit nur habe benutzen wollen, um sich für die verfehlte Adreßdebatte zu entschädigen. Auffallend sei es auch, daß Lasker sich hier der Kleinstaaten annehme, was doch sonst nicht seine und seiner politischen Freunde Gewohnheit sei, die im Gegentheil im Reichstag durch ihre Bewilligungen den kleinen Staaten das Leben abschneiden.

Löwe geht von der historischen Berechtigung aus, daß der Zollverein wachsen und stärker werden müsse. Frühere Protestationen

Die Erstürmung und Zerstörung Magdala's.

Endlich liegen die lange erwarteten Einzelheiten über die letzten Tage von Magdala vor, aus denen wir vorerst das Interessanteste — die Erstürmung und Zerstörung der Festung — herausheben. Zunächst ist durch die eingetroffenen Nachrichten der Zweifel gehoben, ob Theodor im Kampfe fiel, oder, um einer schmachvollen Gefangenschaft zu entgehen, sich mit eigener Hand das Leben nahm. Die Aussage der Sachverständigen, daß der Schuß in den Mund, welcher den Tod des kühnen Wilden verursachte, nicht von fremder Hand herrühren könne, wurde durch das Zeugniß eines Soldaten, der darauf schwor, den Selbstmord gesehen zu haben, und das des Waffenträgers Theodors bestätigt. Letzterer gab auch die Einzelheiten über das Verhalten seines Herrn in den letzten Stunden, während des Angriffes der Engländer, in welchem der sonst so gefürchtete Tyrann nur mit wenigen Getreuen Stand hielt. Zweimal brach unter den hervorragendsten Häuptlingen und deren Gefolge Meuterei aus. Sie weigerten sich, an seiner Seite zu kämpfen und auch, ihn auf der Flucht zu begleiten, sie beschlossen ihn dem Feinde auszuliefern, doch hatten sie noch immer nicht Muth genug, ihr Vorhaben auszuführen. Nur wenige, fünf an der Zahl, hielten bis zum letzten Augenblicke an seiner Seite aus, und ist zu verwundern, daß diese Männer, entschlossen, ihr Leben so theuer als möglich zu verkaufen, und im Besitze von guten Waffen — etwa ein Dutzend englischer Hinterlader fanden sich vor — den auf unwegsamen Pfaden herankommenden Feinden nicht einen bedeutenden Schaden zugefügt haben, denn aus allen vorliegenden Berichten geht hervor, daß der Zugang zu der Festung von wenigen entschlossenen Leuten mit Erfolg gegen eine große Uebermacht hätte gehalten werden können, und daß es nur die allgemeine Muthlosigkeit der Truppen war, welche den Engländern den Sieg so leicht machte. Nahezu 50 Punkte zwischen Fahla und Magdala hätten einen heftigen und wirksamen Widerstand ermöglicht, und die Festung selber, von steilen Felsen beschützt, bot nur 2 Zugänge, an der Nord- und Südseite, die so enge waren, daß nur ein Maulthier sie jedesmal passiren konnte, und die jeder zu einem starken, wohl verrammelten Thore führten. Das nördliche Thor, beherrscht von der Position von Schilasse, war es, durch welches der Eingang erzwungen wurde.

Das erste Bombardement wurde durch die bei der Avantgarde befindlichen Zeitungskorrespondenten eröffnet, und zwar mit Theodors eigenen schweren Geschützen, welche sie wohl geladen auf die Engländer gerichtet, entdeckten. Flugs wurden die 8 Kanonen auf Magdala zugekehrt und abgeschossen. Doch zum Unglück, gerade als die Helden im Begriff standen, ein Geschütz abzufeuern, das — darüber waren alle einig — sicher Jemand tödten mußte (bisher war dies bei der harmlosen Komposition von Theodors Schießpulver noch nicht gelungen), kam eine Ordonnanz des Höchstkommandirenden herangesprengt, welche das Dilettantenkonzert einstellte. Gegen $2^1/_2$ Uhr Nachmittags begann das eigentliche Bombardement, und nach einer zweistündigen Kanonade ward der Befehl zum Sturme gegeben. Die

gegen diesen Verein seien auch ohne Wirkung geblieben. Weil wir das Veto des Südens fürchten mußten, deßhalb sind wir mit dem Tarif nicht weiter gekommen. Das hört jetzt aber auf. Ihre Negation gegen den Zollverein wollen wir nicht. Muß die Nation zusammengefaßt werden, so treten wir dem Sturm entgegen. Wir müssen heute nicht bloß den Tarif feststellen, sondern auch die Entwicklung des Zollvereins anbahnen. Deßhalb werden solche Anträge wie der vorliegende öfter kommen, und darum müsse man sich an solche Anträge gewöhnen.

Roßhirt zweifelt nicht daran, daß, wenn das Ausland uns bedrohen sollte, alle Deutschen zusammenstehen werden, kann indeß an den Ausführungen Laskers nur vieles beklagen, das schwerlich im Interesse der Sache liege, und bestreitet dem Hause gleichfalls die Kompetenz in Bezug auf den vorliegenden Antrag.

Windthorst: an den Frieden zu appelliren, ist keine Furcht, sondern ein Recht. Wenn wir indeß Politiker sein wollen, müssen wir auch nach allen Seiten hinsehen. Es kommt hier darauf an, wo die Kompetenz liegt. Wollen Sie vor der Zeit aus Redebedürfniß aufregende Reden halten, so werden wir die Einigung Deutschlands nicht finden, denn zur Einigung gehört die Einigung der Gemüther. Die heutige Debatte hat nicht die Einigung gefördert. Wenn wir auf diesem Wege fortfahren, werden wir das Zollparlament nicht befestigen, sondern sprengen. (Widerspruch bei den Nationalliberalen.) Sie haben nicht nach den eigenen Gefühlen zu urtheilen, sondern auch die Gefühle Anderer in Anschlag zu bringen, diesen Weg möge man also so rasch wie möglich verlassen. Wenn Graf Bismarck sich den Antrag genauer ansehe, so werde er ebenfalls zu der Erkenntniß kommen, daß das Haus zu einer Beschlußfassung darüber nicht befugt sei, weil er in die innere Verwaltung Hessens eingreife. Die ausgesprochene Absicht des Antrags war: die verunglückte Adreßdebatte hier anzubringen, und der hessischen Regierung einige Annehmlichkeiten zu sagen. Im Interesse der Einigung Deutschlands werde er daher gegen den Antrag stimmen.

Frhr. v. Neurath: der Antrag habe eine Erbitterung in die Diskussion gebracht (Widerspruch bei den Nationalliberalen), indem man den Abgeordneten aus dem Süden Mangel an Einsicht und Vaterlandsliebe und andere ungerechte Vorwürfe gemacht habe. Es komme nur darauf an, was für eine Weiterentwickelung ein Mann, der sein Vaterland liebt, wünschen solle. Die glänzenden Erfolge Preußens im Jahr 1866 müsse man anerkennen. Aber definitiv seien die deutschen Verhältnisse nicht geregelt, solange nicht die Beziehungen zu Oesterreich geregelt seien. Auch der Süden habe mannigfache Vorzüge und wenn man hier die vorliegende Frage anders als durch Majoritätsbeschluß erledigen wolle, werde man noch jahrelang darüber deliberiren können. Man hätte die Politik von dieser Frage fernhalten sollen, die nicht zur Competenz des Parlaments gehöre.

Wagener (Neustettin) erklärt sich für den Antrag, aus dem die süddeutschen Abgeordneten etwas gemacht hätten, was nicht darin gelegen. Dadurch habe man das erreicht, was man bei der Adreßdebatte habe vermeiden wollen. Hätte man nicht die Competenzfrage angeregt, so würden er und seine politischen Freunde gegen den Antrag gestimmt haben. Es sei nicht gut, gegen jeden Antrag der Nationalliberalen zu opponiren, nur weil er von diesen ausgehe. Die preußische Regierung habe das Verdienst, dem Zollverein jeden politischen Beigeschmack fern gehalten zu haben.

Bissing (Baden) bittet ironisch den Norden, mit Berufung auf eine angebliche von den Conservativen indeß lebhaft bestrittene Aeußerung des Grafen Bismarck von der mangelhaften politischen Bildung der Süddeutschen: daß man diese unhöflichen und unpolitischen Süddeutschen noch dreißig Jahre lang außerhalb des Nordbundes lassen möge.

Nun folgte die in mehr als einer Beziehung merkwürdige Rede des Dr. Völk aus Augsburg, die sich jedoch in einem kurzen Auszug nicht gut geben läßt und deren ausführliche Mittheilung wir daher für die morgige Nummer versparen wollen.

Süddeutschland.

Bayern. [Offizielle Darstellung des Zusammenstoßes bayerischer und preußischer Truppen bei Seubottenreuth am 29. Juli 1866. Schluß.] Hauptmann v. Parseval setzte sich nun in Marsch nach Weidenberg und langte um halb 3 Uhr am Morgen des 29. dortselbst an. Generalmajor Fuchs hatte auf die erste Nachricht über die Situation des Bataillons Joner dem Reservebataillon des 11. Regiments Ordre geschickt, per Eisenbahn von Weiden nach Kemnat zu gehen, um dem ersten zur Aufnahme zu dienen. Es war aber die Kunde eingegangen, daß der Feind, auch aus Böhmen vordringend, Waldhaus schon besetzt halte, und darum hatte der eben in Weiden befindliche Hauptmann Schanzenbach das abberufene Bataillon dort zurückgehalten. Der General billigte dieses Verfahren. Ebenso bestätigte er zunächst den vom genannten Offizier bei seiner schon erwähnten Anwesenheit in Seubottenreut an den Major Grafen Joner nach Weidenberg erlassenen Befehl, auf der Hauptstraße längs des Gebirges direkt nach Kemnat zu marschiren, welchem dieser unmittelbar nach dem Empfang (halb 7 Uhr Morgens) Folge leistete. Als aber Generalmajor Fuchs mittlerweile die Gewißheit erlangt hatte, daß Seubottenreut nicht vom Gegner besetzt sei, sandte er bald darauf dem zurückmarschirenden Bataillon die Contreordre entgegen, dorthin zu rücken, weil er es von da mittelst der Eisenbahn transportiren lassen wolle. Der Major erhielt diesen neuen Befehl gegen halb 8 Uhr, und schlug sofort die bezeichnete veränderte Marschrichtung ein. Inzwischen war jedoch, wie erwähnt, nächst Seubottenreut die Gefangennehme der von Emtmannsberg dahin gelangten Abtheilung erfolgt, ohne daß der General oder Major Graf Joner von diesem Ereigniß erfuhren. Schon in der Nähe von Döberschütz bemerkte dieser jetzt feindliche Infanterie in seiner linken Flanke, gegen die er sich durch die herangezogene Arrieregarde (8. Schützenkompagnie) zu sichern suchte. Das Bataillon war noch nicht bis an die Bahn gelangt, als es plötzlich durch Artillerie beschossen wurde. Zugleich entwickelte der Feind Infanterie und Kavallerie. Der Marsch wurde eiligst fortgesetzt, so daß die aufs Aeußerste erschöpfte, gleichwie das ganze Bataillon fast nur aus Rekruten bestehende Plänklerkette in

---

Truppen erkletterten den zum Thore führenden Pfad, fanden aber dieses, wie die dasselbe umgebenden Pfahlwerke von den Kugeln vollkommen unverletzt. Die Pallisaden mußten daher mit Hülfe einer Strickleiter überstiegen werden, um das Festungsthor von beiden Seiten angreifen und die Vertheidiger zurücktreiben zu können. Den Zugang bildeten zwei etwa zehn Fuß von einander entfernte Thore; der Zwischenraum zwischen denselben war mit schweren Steinen angefüllt. Als charakteristisch ist zu bemerken, daß das Ingenieurkorps, als es sich mühsam bis an diese Thore hinaufgearbeitet hatte, inne wurde, daß es vergessen, Pulver und andere Sprengmaterialien mitzubringen. Dadurch wurde der Sturm um eine halbe Stunde verzögert, bis man daran ging, die Pallisaden zu übersteigen. Hatte die Kanonade auch keinen direkten Vortheil erzielt, trieb sie doch die Vertheidiger zurück; nur sechs Häuptlinge stellten sich mit Todesverachtung den Angreifern entgegen, doch waren ihrer zu wenige, um die Position halten zu können; sie fielen auf ihren Posten.

Theodor's Leichnam fand sich nicht in der Nähe des Thores, wo die Häuptlinge gefallen waren, sondern allein auf einer etwas entfernteren Anhöhe. Es ist eine sonderbare Ironie des Schicksals, daß Theodor sich höchst wahrscheinlich mit einer jener Pistolen das Leben genommen, welche ihm „die Königin Victoria zum Zeichen ihrer Dankbarkeit für die Güte geschenkt hatte, die er ihrem Diener Plowden erwiesen." Dies ist die Inschrift des sechsläufigen Revolvers. Das Gesicht des Todten ließ allerdings nicht auf seine früheren Züge schließen, zumal da das Auge das Feuer und den Ausdruck verloren, die als sein Charakteristikum bezeichnet wurden, aber auf seinen Wangen lag ein Zug von roher Sinnlichkeit, der keineswegs heroisch oder königlich genannt zu werden verdient. Die Stirn zeugte dagegen von Intelligenz und der Mund von Entschlossenheit und Grausamkeit. Ein sonderbares Lächeln umspielte seine Lippen, als ob sein letzter Gedanke der gewesen sei, daß er seine Feinde beschäme, indem er wie ein König sterbe. Eine Anzahl englischer Truppen hielt bei seinem Leichnam Wache, bis er — noch am Nachmittage des 14. — in der Kirche von Magdala begraben wurde.

Bis zum letzten Augenblicke konnte man sich der Furcht nicht erwehren, Theodor möchte entschlüpfen und später wiederum der Unterdrücker seines Landes werden, und andererseits würde er, wenn lebend gefangen genommen, den Engländern viel Kopfbrechen und manche Unbequemlichkeiten bereitet haben. Daher wurde die Kunde von seinem Tode allgemein mit Befriedigung vernommen, und Alle waren der Ansicht, daß er einen Tod gefunden, viel ehrenvoller, als er ihn überhaupt verdient, einen bessern, als er selber zu verhängen pflegte. Seine Grausamkeit war schrecklich. Davon legte das Leichenhaus bei Magdala Zeugniß ab, in welchem zwei Haufen verwesender menschlicher Leichname lagen, Leichname von 300 Gefangenen. Am Tage vor der Schlacht metzelte Theodor sie alle mit eigener Hand nieder, nachdem er die übrigen Gefangenen gezwungen, Zeugen dieser Scheußlichkeit zu sein. Grund dazu war, daß er fürchtete, sie während einer Belagerung nicht halten zu können, und daß er es mit seiner Würde

dem unwegsamen Terrain nur sehr schwer zu folgen vermochte. Endlich ist die Kreuzung der Straße mit dem Bahndamme erreicht; allein wegen des erwarteten Zuges, welcher das Bataillon zurückführen soll, sind die Schlagbäume herabgelassen, und während nun die Tête der Kolonne sich durch die schmalen Durchgänge zwängt, attakiren die Mecklenburger Dragoner gegen die Queue. Hauptmann v. Fleckinger, der mit seiner Kompagnie das Bataillon schließt, läßt kehren und schlägt den Angriff durch eine wirksame Decharge ab. Inzwischen ist die Passage freigemacht worden, und das Bataillon überschreitet rasch den Bahndamm. Der einzig mögliche Ausweg lag nunmehr gegen Creussen. Dieser wurde denn auch eingeschlagen, und der Rückzug dorthin, gedeckt durch die Kompagnie des Hauptmanns v. Parseval, allerdings aber unter schweren Verlusten, bewerkstelligt. Letztgenannter Offizier traf mit der Arrieregarde eine Stunde nach dem Bataillon in Creussen ein, übernahm dort von dem verwundeten Major das Kommando, und setzte mit den 300 Mann, die übrig geblieben waren, nach kurzer Rast seinen Marsch auf Kirchenthumbach fort. Hier requirirte er Wägen, schaffte seine Mannschaft nach Pressat, und fuhr mit derselben auf der Eisenbahn nach Weiden. Der Verlust betrug: 6 Mann todt, 1 Offizier (Major Graf v. Jener-Tettenweiß), 1 Mann, 1 Pferd verwundet, 7 Offiziere (Hauptmann Gralinger, Oberlieutenant Frhr. v. Aretin, dann die Unterlieutenants Galler, Schwarz, Baur, Uebelacker und Del Moro), von denen 4, dann 243 Mann, von denen 21 auch verwundet waren, dann 1 Pferd, vermißt und gefangen; im Ganzen: 8 Offiziere, 250 Mann, 2 Pferde. Der Feind war eine größere Strecke gegen Creussen nachgefolgt, dann wendete er sich westwärts. Am 31. Juli rückte die Avantgarde des Großherzogs von Mecklenburg in Nürnberg ein und nun erklärte derselbe dem Generalmajor Fuchs seine Bereitwilligkeit, zu unterhandeln."

Norddeutscher Bund.

Berlin. [Das neueste geflügelte Wort Bismarcks.] Durch die Zeitungen geht wieder ein geflügeltes Wort des Grafen Bismarck, das Zollparlament sei ein Ei, das er gelegt und das er zertreten werde, wenn es ein Windei sei. Möglich, daß dem Kanzler des norddeutschen Bundes solche Aeußerung entschlüpft ist, aber der Vorsitzende des Bundesraths des Zollvereins wird hoffentlich nichts davon vernommen haben, sonst hätte es vielleicht gar noch zu unangenehmen Auseinandersetzungen darüber kommen können, daß der Letztere so eifrig die Kompetenz des Zollparlaments in Schutz genommen und dadurch das Salz zu einer politischen Diskussion gegeben hat, welche alle heimlichen Anhänger des „Vollparlaments" völlig befriedigt haben muß. Aber auch von dem Bundeskanzler ist ein solcher weggeworfener Ausspruch nicht zu glauben. So einfach können Staatsmänner ihre Schöpfungen nicht verleugnen, die, verunglückt, sich nicht als hohle Eier, sondern als verdorbene Eier manifestiren. In einer Beziehung wird sich allerdings Graf Bismarck getäuscht haben: wenn er nämlich geglaubt haben sollte, im Zollparlament für Deutschland eine Finanzquelle zu haben, welche noch reicher sprudelte, als diejenigen, aus welchen bisher der norddeutsche Bund schöpft. Der Ausgang der Debatte über die Tabaksteuer hat es bewiesen und derjenige über die Petroleumsteuer dürfte es beweisen, daß das Zollparlament wenig Neigung besitzt, die Einnahmen der Regierungen zu sehr zu vermehren. Wenn nun einmal, wie die „Nordd. Allg. Ztg." Tag für Tag deduzirt, der Bundeskanzler schon dem Reichstage gegenüber sich auf keine Partei stützen kann, weil ihm keine die nöthige Garantie für konsequente Unterstützung bietet, so ist es nicht zu verwundern, wenn im Zollparlament noch viel weniger eine Partei sich der Regierung zu Liebe echauffirt und — unpopulär macht.

Kassel, 19. Mai. [Die deutsche Lehrerversammlung.] Die „Hess. Morgenztg." schreibt: Die Betheiligung an der siebenzehnten deutschen Lehrerversammlung in hiesiger Stadt ist größer als erwartet wurde. Bis zum 18. Abends waren mehr als 1500 Anmeldungen dahier eingetroffen. Auch gestern und heute sind noch zahlreiche Briefe eingelaufen, die der Wohnungsausschuß indessen bei Seite legen mußte, da es schon Schwierigkeiten genug bietet, die rechtzeitig Angemeldeten in hiesiger Stadt unterzubringen. Der Wohnungsausschuß hat gestern Abends beschlossen, noch einen letzten Aufruf zu erlassen, und hofft, daß derselbe nicht ohne Wirkung bleibt. Jedenfalls kann ihn die Schuld nicht treffen, wenn ein Theil der Gäste auf die Gastfreundschaft der Dörfer verwiesen werden müßte. (Aus dem Aufruf ersieht man, daß für 900 Gäste Quartier beschafft ist, für 400 noch beschafft werden soll.)

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 20. Mai. [Die konfessionellen Gesetze und Rom.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Am Schlusse der laufenden Woche tritt der Unterstaatssekretär des auswärtigen Ministeriums seine Mission nach Rom an. — Mit dem Schul- und Ehegesetz ist gestern das interkonfessionelle Gesetz, wie es gestern im Abgeordnetenhaus in der Fassung des Herrenhauses angenommen ward, dem Kaiser zur Sanktion unterbreitet worden, und da es keinem Zweifel unterliegt, daß diese Sanktion sofort und unbedingt erfolgt, wird Herr v. Meysenbug alsbald in der Lage sein, mit den drei endgültig festgestellten Gesetzen in der Hand der römischen Curie die Wahl zu lassen, entweder, dem aufrichtigen Wunsche der kaiserlichen Regierung entsprechend, die unwiderruflich vollendeten Thatsachen anzuerkennen und in einer neuen Vereinbarung das Verhältniß zwischen Kirche und Staat auf neue Grundlagen zu stellen, oder mit Festhaltung ihres einfach abweisenden Standpunkts die Ordnung jenes Verhältnisses dem, wenn auch gewissenhaft wohlwollenden, so doch nothwendig einseitigen Vorgehen der Staatsgewalt anheim zu geben. Wie augenblicklich noch die Sachen liegen, wird man in Rom, um nichts zu präjudiziren, sehr wahrscheinlich die diesseits dargebotene Hand nicht erfassen, und es steht in diesem Fall nur zu hoffen, daß der österreichische Episkopat auf die Fortsetzung einer Agitation verzichte, welche fortan identisch ist mit einer Mißachtung der Staatsgesetze, und daß er nicht Differenzen provozire und nähre, welche die katholische Bevölkerung Oesterreichs allerdings nicht vom Katholizismus loslösen würden, wohl aber dieselbe in einen Gegensatz zu ihren Bischöfen drängen könnten, der schwerlich mit dem Siege der bischöflichen Gewalt seinen Abschluß fände. Bevor das Concordat geschlossen

---

nicht verträglich erachtete, sie, die doch nur höchst Unbedeutendes begangen hatten, frei zu lassen.

Sir Rob. Napier hatte Magdala dem Wagschum Gobazye angeboten; dieser lehnte das Geschenk jedoch ab, weil er es wohl nicht gegen die Angriffe der Wullu Gallas halten könne und es überdies noch Jeden, der dort geherrscht, den Untergang bereitet habe. Nach dem Sturze Theodors ist Gobazye, der seinen Nebenbuhler Desso Gobazye in der Schlacht getödtet hat, unangefochtener Herr des ganzen Landes südlich von Antalo und nördlich von Magdala. Wäre Letzteres irgend Jemanden gegeben worden — mit Ausnahme Gobazye's — würden sich wahrscheinlich schon in nächster Zeit politische Schwierigkeiten ergeben und ebenso, wenn der Platz unbewacht zurückgelassen worden wäre. Daher beschloß der Höchstkommandirende, Magdala zu zerstören. Er hat damit sehr weise gehandelt, Gobazye ist zufrieden gestellt, während sich anderseits die übrigen Häuptlinge, die den Engländern hilfreiche Hand boten, nicht über Zurücksetzung und Uebervortheilung beklagen können.

Am Nachmittage des 17. April wurde die Festung in Brand gesteckt. Die hochaufwirbelnden Feuer- und Rauchsäulen verkündeten den erstaunten Eingeborenen, daß ihr Unterdrücker gefallen, seine Zwingburg nur noch ein Schreckmittel für kleine Kinder sei. Doch kaum jemals hat sich nationales Rachegefühl unter so geringen Verlusten befriedigt. Die Welt hat an Magdala sehr wenig verloren, denn was es merkwürdig machte, seine natürliche Stärke als Felsenfeste, ist unzerstörbar. Die künstlichen Befestigungen bestanden nur in einigen Ellen roh gearbeiteten Mauerwerks und Pallisaden, deren Zerstörung etwa eine Stunde in Anspruch nahm, und den stark verbarrikadirten Thoren. Die Stadt an und für sich war sehr uninteressant, sie bestand aus den gewöhnlichen Hütten, meist aus Gras und Holz gebaut, mit kegelförmigen Strohdächern. Nicht ein einziges Gebäude zeichnete sich vor dieser Alltäglichkeit aus, wenn nicht etwa der „Palast" Theodors und die Kirche. Letztere stach dadurch ab, daß sie die gewöhnlichste und schmutzigste war, die auf der ganzen Expedition gesehen wurde, während der Palast sich von den schmutzigen, strohgedeckten Hütten nur dadurch unterschied, daß er zwei Stockwerke hoch war und von einem flachen, nicht kegelförmigen Strohdache bedeckt wurde. In ihm fanden sich eine Anzahl europäischer Luxusartikel vor, Klaviere, Harmoniums, Spieldosen, Patronen für Hinterlader und eine Masse anderer Gegenstände. Sonst fanden sich Zeichen von Civilisation nur in den Werkstätten der von Theodor gefangen gehaltenen Handwerker; die Kriegsbeute ist daher über alle Erwartung schmal ausgefallen, obwohl schon die Erwartung eine äußerst beschränkte war. Zum mindesten glaubte man, daß Theodor Gold- und Silberschätze besessen habe; war diese Ansicht richtig, dann müssen sie irgendwie verschwunden sein. Und dies ist nicht unmöglich, denn durch Versehen wurden keine Befehle noch auch Vorsichtsmaßregeln gegen Plünderung getroffen, und zweifelsohne begannen viele Abyssinier, die wußten, wo „der Hase im Pfeffer lag," während des Sturmes nach Beute auszuschauen. Tags darauf wurde allerdings Befehl erlassen, daß Alles wieder zurückgegeben werden sollte, aber manche

worden, hat Oesterreich keine kirchlichen Conflicte gekannt; nachdem die Freiheit der Gewissen wiederhergestellt worden, werden diese Conflicte ohne Zweifel ebenso sorgsam vermieden werden.

Ausland.

Italien. [Denunziantenwesen in Rom.] Vor zwei Wochen wurde der deutsche Bildhauer Schäfer Abends im Caffé greco zu Rom durch päpstliche Carabinieri festgenommen, drei Tage in ihrem Wachtdepot gehalten, ohne zu erfahren warum, dann aber in die Engelsburg geschafft. Dort machte ihm ein Militärauditeur bekannt: er sei als Verleiter päpstlicher Soldaten zur Desertion angezeigt, ein Würtiemberger vom Corps der fremden Jäger war der Ankläger. Wer den Bildhauer Schäfer, der Katholik ist, näher kannte, hielt sogleich den besonnenen Mann solcher Thorheit nicht fähig. Bei der Confrontation mit dem Denunzianten behauptete Letzterer, auf dem römischen Forum von dem vermeinten Verleiter Geld zur Flucht erhalten zu haben. Wo war der an jenem Tage? Auf dem Krankenlager des Hospitals für evangelische Glaubensgenossen. Schäfer ist zwar Katholik, hatte aber während seiner Krankheit dort die deutsche Pflege der fremden in einem römischen Hospital vorgezogen. Die Haft Schäfers war also gewiß ein Werk der Intrigue und der niedrigen Leidenschaft seiner Feinde. Mit diesen wird er nun wohl fertig werden, mit der römischen Militärpolizei aber wird der Gesandte ein Wort zu reden haben, zu dessen Schutzempfohlenen der Künstler gehört. Daß sich die Regierung ihrer Haut wehrt, daß sie Truppen wirbt gegen Feinde von außen und innen, wer kann ihr das verargen, man kann nur die Nothwendigkeit bedauern. Daß aber dieses Heer das Schicksal des Gewebes der Penelope hat (an welchem das am Tag Gewobene über Nacht wieder aufgetrennt wurde), wer trägt davon die Schuld? Es war ein Fehler, wenn der ehemalige Kriegsminister Mfgr. de Merode jedem Angeber von Desertionsverführern das Prämium von 60 Skudi aussetzte; die Summe ist zu verlockend für manchen Taugenichts. Vor etwa fünf Jahren verhaftete die Polizei den Sohn des verstorbenen Malers Koch, weil ein Soldat angegeben hatte, er mache Propaganda für Ausreißerei. Der Soldat erhielt 50 Skudi und war ein Lügner, Koch war unschuldig, hatte aber bereits 26 Tage gesessen, als man sich davon überzeugte. Hätte nicht die k. k. österreichische Botschaft für den Sohn des alten Tyrolers Koch gut gesagt, der Sohn wäre wahrscheinlich nicht so leicht davon gekommen. Der falsche Angeber soll bestraft sein: ma chi lo sa?

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Op. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 1/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61 5/8 P. 1/2 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52 3/4 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46 1/2 G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50 1/8 P.
„	4 1/2pCt.	41 1/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 3/8 P
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/2 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 5/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/8 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/8 P.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 1/4 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	85 1/4 P.
„	4 1/2pCt. Obl. dto.	81 3/4 G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inl.Sch.P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
NAmerika	5pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	78 3/4 P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	76 1/2 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	707 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	190 1/2—91 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	91 P. 90 3/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	302 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260—1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	150 3/4 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87 3/4 P. 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	155 3/4 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 1/4 P. 30 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73 3/8 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 1/2 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 1/4 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	124 7/8 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/2—3/8 G
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 1/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4—7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 3/4—7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	101 3/4—5/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	149 3/8 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	69 3/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 1/4 P. 133 G.
„ do. v. 1864	83 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	100 5/8 P. 1/4 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	—
Badische fl. 35	61 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55 7/8 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 1/4 P.
„ fl. 25 do.	29 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenb. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 22. Mai. „Alte Liebe rostet nicht!“ Das Publikum wendet sich wieder mit großer Vorliebe den Amerikanern zu und lagen auch heute wieder große Comptantaufträge vor, welche die schon seit einiger Zeit wieder vorherrschende gute Tendenz für 1882er aufrecht erhielt. Dieselben setzten zwar ihre steigende Richtung nicht fort, da Gold unverändert gemeldet ward, behaupteten sich aber in fester Haltung, die erst gegen den Schluß hin ein Minimum nachließ. Von österreichischen Spekulationspapieren waren Staatsbahn und Creditaktien wegen der bevorstehenden Ultimo-Regulirung gesucht und etwas fester, Anlagepapiere fast unverändert. Süddeutsche bewahrten eine gute Haltung. Von Eisenbahnen Alsenz sehr gefragt und über 84 bez., auch Oberhessen etwas höher gemacht. (Synd.)

Gegenstände hatten inzwischen schon mehrere Male ihren Besitzer gewechselt und hübsche Kuriositäten und Andenken an Magdala den Käufern ein ansehnliches Stück Geld gekostet; daher war die Ordre unpopulär und wurde wahrscheinlich nicht besonders strikte befolgt. Der Verkauf der Beute, dessen Ertrag für die Unteroffiziere und Gemeinen bestimmt ist, wird daher wohl keinen großen Ertrag liefern.

Doch sind einige werthvolle Kuriositäten entdeckt worden. So hat Herr Holmes, welcher die Expedition als Archäologe für das britische Museum begleitete, und der auf der Reise auffallend wenig erworben, eine hübsche Krone, vermuthlich die eines Erzbischofs, und einen goldenen Becher an sich gebracht. Letzterer wurde, seiner Inschrift zufolge, von einem Waldo Georges angefertigt und der Kirche Kwoskwam vom Könige Adam Segud, genannt Yassu, Sohn der Königin Bran Mogussa, zum Geschenke gemacht. Die Inschrift gibt außerdem das Gewicht 25 Wokkus, und den Werth 500 Thaler an. Auch die Krone Theodors war aufgefunden worden, und man beabsichtigte, sie der Königin Viktoria zu schicken. Zwei andere werthvolle Gegenstände, ein Juwelen-besetztes Kreuz und ein dito Hirtenstab, welche mit dem verstorbenen Abuna begraben worden waren, sind gestohlen worden. Die anderen Beutegegenstände sind die Mörser Theodors, deren einer während des Sturmes geplatzt war, und die sämmtlich zerstört wurden (mit Ausnahme von zweien, welche man als Trophäen nach England mitzunehmen gedachte), ferner eine große Anzahl Speere, Säbel, Kreuze, Glocken, amharische Bibeln, einzelne Bände von Encyclopädien, gewöhnliches Papier, alte Flintenschlösser, Pistolen, Pulverbüchsen, Zündhütchen u. s. w.

Auch der Sohn Theodors ist erbeutet worden. Sir R. Napier beabsichtigte, ihn unter der Obhut des Dr. John Wilson, eines Geistlichen in Bombay, zu stellen. Von den übrigen Eingebornen sind nur noch die beiden Königinnen erwähnenswerth. Die Eine, Theodors rechtmäßige Gattin, zeigte sich in ihrer ganzen Erscheinung als das vollkommene Gegentheil ihres Gatten. Sie ist eine vornehm aussehende Frau von etwa 26 Jahren, mit heller Hautfarbe, lebhaften Augen, schön geformter Adlernase und hübscher Hand. Die meiste Aufmerksamkeit erregte ihr wunderschönes Haar, welches in dichten Locken auf die Schultern herabfiel. Ihr Kleid war das gewöhnliche weiße Baumwollenkleid des Landes, an der Hüfte mit einem Gürtel gehalten. Die andere Königin, Theodors Favoritin, war stämmig, von dunkler Farbe und sinnlichen Gesichtszügen; sie erinnerte sehr an eine jener fetten indischen Amahs.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 144.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 24. Mai 1868.

Das Zollparlamentsfest in Berlin.

Wir bringen die für die heutige Nummer der Zeitung versprochene Rede des Dr. Völk im heutigen „Anzeiger," und zwar, weil uns die Länge derselben zu einer Theilung nöthigte und wir die Leser zwischen Anfang und Schluß nicht einen ganzen Tag lang (da die Zeitung Montags nicht erscheint) wollten warten lassen. Den dadurch hier gewonnenen Raum benützen wir zur Mittheilung eines ausführlichen Berichtes über das Fest, welches die Berliner Kaufmannschaft am Himmelfahrtstage für die Mitglieder des Zollparlaments im neuen Börsengebäude veranstaltet hatte.

Zwischen 4—500 Anwesende füllten die stattlichen Räume, welche durch einen reichen Blumenschmuck eine herrliche Zierde erhalten hatten. Das Comite empfing die Gäste in dem Saale, in dem die Produktenbörse abgehalten wird, und geleitete sie etwa um 12½ Uhr unter den Klängen des Festmarsches aus dem Tannhäuser, den die Berliner Symphoniekapelle unter Leitung des Hrn. Prof. Stern, ausführte, in den Saal der Fondsbörse. Hier ließ sich die Gesellschaft an kleinen Tischen nieder, um ein Déjeuner der ausgezeichnetsten Speisen und der erlesensten Weine entgegen zu nehmen, welche auf einem Buffet an der Querwand aufgestellt waren und von dort aus servirt wurden. Ungefähr in der Mitte des Saales bemerkte man an einem Tische den Grafen Bismarck, ihm gegenüber den bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe, die Gesandten Bayerns, Baron Perglas, Württembergs, Baron Spitzemberg, und Badens, v. Türckheim, den Finanzminister v. d. Heydt und den Abg. v. Arnim-Kröchelndorf. Am nächsten Tische saßen der Präs. Delbrück und fast alle Mitglieder des Bundesrathes, der Abg. General v. Steinmetz neben dem General v. Podbielski, in der Nähe saßen an Einem Tische zusammen: Der Justizminister a. D. und Abg. v. Bernuth, der Seehandlungs-Präsident Camphausen, die Generale Moltke, Vogel v. Falckenstein, der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh. Die Anwesenden, unter denen viele Angehörige der Finanzwelt, Vertreter der Presse ꝛc. sich befanden, placirten sich überhaupt nach Belieben. Von den Mitgliedern des Zollparlaments mag kaum der dritte Theil gefehlt haben, alle Fractionen und Landsmannschaften waren vertreten; von den süddeutschen Partikularisten fehlten nur die Exaltados, wie Moriz v. Mohl und Genossen.

Den ersten Trinkspruch brachte der Bankier Viktor v. Magnus auf den König von Preußen, den Berufer des deutschen Zollparlaments, von welchem dem deutschen Handel ein neues Morgenroth aufgehen soll; „dem Könige von Preußen", schloß der Redner, „und den Fürsten der Zollvereinsstaaten gelte unser erstes Glas". Das zweite Hoch brachte Dr. Siemens den Mitgliedern des Zollbundesrathes und des Zollparlaments. Darauf erwiderte der Präs. Simson etwa Folgendes: „Gestatten Sie mir, meine Herren, im Namen meiner Kollegen die beredte und freundliche Begrüßung zu erwidern und damit den lebhaft empfundenen Dank für die uns gewordene Einladung zu verbinden. Das Volk der nordöstlichen Marken unseres Vaterlandes hat in stiller, ernster Arbeit dem kargen Boden Segnungen abgewonnen, dem Handel und der Industrie Stätten gegründet, die nirgends herrlicher und wundervoller uns entgegentreten, als in dieser großen Stadt. Ihr preußischer, das heißt deutscher Handel, Ihr preußischer, das ist deutscher Gewerbfleiß wetteifert mit dem jedes Platzes der Erde und seine innere Bedeutung tritt uns nirgends entschiedener entgegen, als in diesen herrlichen, kunstgeschmückten Räumen, in denen sie sich täglich versammeln zu ernster Arbeit, sie bekunden die alte Wahrheit, daß kein Stand als solcher so viel gethan hat, als der Stand, der sich mit materiellen Interessen beschäftigt. Das Zollparlament ist zur Pflege der wirthschaftlichen Interessen der Nation berufen; Niemand kann weissagen, wann seine Schranken sich erweitern werden zu weiterreichenden Aufgaben und Zielen, Gottes Zeiten sind sein Geheimniß! Aber in aller dieser Beschränkung ist das Zollparlament sich bewußt, den ewigen Ideen zu dienen, welche die materiellen Interessen durchleuchten, durchgeistigen, verklären (lebhafter Beifall), den Aufgaben für das Gesammtvaterland, in dessen Einem Interesse alle Interessen zusammentreffen müssen. (Lebhafter Beifall.) In diesem Sinne, lassen Sie uns die Gläser füllen, mein Hoch gilt den Trägern des Handels- und Gewerbestandes der Stadt Berlin, ihrem Heil und ihrer Blüthe!" Die Versammlung nahm diesen Trinkspruch enthusiastisch auf.

Gleich darauf erhob sich Graf Bismarck und brachte einen Trinkspruch etwa in folgenden Worten aus: „Wenn ich den so eben gebrachten Toast meines verehrten Collegen, des Vorsitzenden des Zollparlaments, nicht ganz von einem gewissen Egoismus fern weiß,

Wir reisen in's Bad.

Draußen heller Sonnenschein, milde Luft, Sonntagsfrieden und heitere Menschen — im Zimmer verstimmte Mienen, märrisches Schweigen, jene drückende Stille, die einem Gewitter voranzugehen oder stürmischen häuslichen Scenen zu folgen pflegt.

Der Hausherr schreitet hastig auf und ab, die Hände auf dem Rücken gekreuzt, die Lippen fest geschlossen, zuweilen einen flüchtigen, unruhigen Blick auf seine Gattin werfend, die mit geschlossenen Augen im Sopha lehnt.

Am Fenster steht die erwachsene Tochter. Ihr hübsches Gesicht ist hochroth, die Augen zeigen Spuren von Thränen und in unverkennbarer Aufregung reißt sie Blatt auf Blatt von der blühenden Azalie. Nichts unterbricht das peinliche Schweigen.

Da wird schnell die Thüre geöffnet. Mit herzlichem Morgengruß, mit heiterer Stirn und hellen Augen tritt der älteste Sohn des Hauses ein, der in nächster Zeit sein erstes Examen als zukünftiger Minister, d. h. als Jurist, bestehen soll.

„Mein Gott, was ist geschehen?" fragt er nach einem bestürzten Blick auf Mutter und Schwester. „Ist eine Trauerbotschaft eingegangen, oder Du bist doch nicht krank, liebe Mutter?"

„Krank grade nicht," erwidert mit resignirtem Lächeln die Mutter, indem sie sich seufzend aufrichtet und die Augen öffnet, „aber nervös, — sehr angegriffen, einer Erholung äußerst bedürftig."

„Und was ist geschehen, daß Ihr Alle so betrübt, so verstimmt" . . . .

„Geschehen ist gar nichts, Arthur; das ist ja eben das Traurige," unterbricht den jungen Mann die Schwester, halb schmollend, halb scherzend. „Papa ist so erschrecklich konservativ; er ist für den stillsten Stillstand. Mama und ich schwärmen für den Fortschritt. Wir wünschen eben, daß etwas geschehe, wir möchten in die Ferne."

„Da macht schnell Toilette und laßt den herrlichen Frühlingsmorgen nicht so ungenossen entfliehen. Komm, Elfriede, wir wollen hinaus ins Grün. Wie ist es, lieber Vater, wirst Du und Mutter uns begleiten, oder welche Sonntagspläne habt Ihr?"

„Hinaus ins Grün!" rief spottend das junge Mädchen. „Als ob es in und um Würzburg anderes als bestaubtes Grün gäbe, als ob es möglich wäre, der Stadtluft ohne Equipage zu entfliehen! Nein — nein, bleiben wir nur im heißen Zimmer. Was sollte ich auch in Rottendorf oder Heidingsfeld? Alle meine Freundinnen reisen in das Bad. Ich bin die Einzige, die die Schönheit des Sommers hier bewundern wird, in der unerträglichen Hitze und der unreinen Atmosphäre."

„Es ist bisher noch keine unerträgliche Hitze gewesen," fuhr ärgerlich der Vater auf. „Staub gibt es überall und nicht ein Jeder ist in der glücklichen Lage, sich Wünsche erfüllen zu können, die mit bedeutenden Kosten verknüpft sind. Wir wenigstens gehören nicht zu ihnen. Ich begreife nicht, wie Ihr plötzlich diese unbezwingliche Reiselust — — —"

„Ihr? Da bin ich doch wohl auch gemeint," unterbricht mit gereizter Stimme die Hausfrau ihren Gemahl. „Reiselust sagst Du? Wenn Du Dich krank fühltest, würdest Du auch wünschen, wieder gesund zu werden. Nennst Du diesen Wunsch Reiselust?"

„Aber, liebes Kind, ich habe zugeredet, die Einladung des Bruders anzunehmen und in den Schulferien einige Wochen auf dem

indem er eine Captatio benevolentiae an die Jury richtete, die nachher über uns zu Gericht sitzen und sagen soll: Ihr habt Eure Sache gut gemacht; wenn ich mich von dieser Klippe fern halten soll, so lassen Sie mich dem Gefühle Ausdruck geben, welches uns dahin führt, unseren süddeutschen Brüdern einen Scheidegruß zuzurufen. Die kurze Zeit unseres Beisammenseins ist rasch vergangen wie ein Frühlingstag, möge denn auch die Nachwirkung sein, wie die des Frühlings auf die künftige Zeit. Mögen sie im Glauben an die Gemeinsamkeit der deutschen Interessen die Ueberzeugung mit nach Hause nehmen, daß sie Bruderherzen und Bruderhände hier finden für jegliche Lage des Lebens (stürmischer Beifall), möge jedes erneuerte Beisammensein dieses Verhältniß stärken! (Beifall.) Lassen Sie uns ferner das materielle Wohl, das Familienleben pflegen und fördern und in diesem Sinne den süddeutschen Brüdern ein herzliches „Auf Wiedersehen!“ zurufen.“ Stürmischer Hoch- und Beifallsruf folgte diesen Worten.

Unmittelbar darauf brachte der bayerische Minister-Präsident, Fürst Hohenlohe, folgenden Toast aus: „Die Begeisterung, welche die Worte des Bundeskanzlers in den Herzen der Süddeutschen hervorgerufen haben, mag Ihnen beweisen, daß eine Annäherung zwischen Süd und Nord Statt gefunden hat, welche nicht vermindert, sondern vermehrt worden ist durch die Arbeit des Zollparlaments. Ich glaube, Sie werden mit mir übereinstimmen, wenn ich sage: Die Arbeit deutschen Geistes hat das Band der Stämme enger geschlungen. (Beifall.) Diesem Verständniß deutschen Geistes ist eine Mission zu Theil geworden edler, herrlicher und höher als andere sogenannte civilisatorische Missionen. (Stürmischer Beifall.) Lassen Sie uns in diesem Geiste, lassen Sie uns in dieser Mission zusammenhalten, und in diesem Sinne bringe ich ein Hoch der Vereinigung der deutschen Stämme.“ Die Versammlung nahm auch dieses Hoch mit enthusiastischem Jubel auf.

Als nächster Redner erhob sich der Abg. Völk: „Ich weiß,“ begann er, „wohl eigentlich nicht, woher ich die Berechtigung nehmen soll, im Namen der Süddeutschen zu Ihnen zu sprechen; aber ich nehme mir diese Berechtigung um so mehr, als ich nach den eben gehörten Worten des Bundeskanzlers und des bayerischen Ministerpräsidenten möchte, daß auch im Namen des süddeutschen Volkes zu Ihnen gesprochen würde. Ich glaube, daß ich, wenn ich von Einzelheiten und Schrullen absehe, sagen darf, daß wir freudig die Bruderhand annehmen, die Sie uns darbieten. (Beifall.) Nach allem, was vorgegangen, hat das seine volle Berechtigung; es lebt kein Widerwille, keine leidenschaftliche Abstoßung unter den deutschen Stämmen, und das, was hinweg zu räumen ist, das ist Vorurtheil, Mißverständniß, Irrthum! (Beifall.) Wo in Deutschland redliche Männer gegenüber stehen, da gehen sie auch Hand in Hand den großen Zielen des deutschen Staates entgegen, an dessen Herstellung wir arbeiten. (Beifall.) Die Nation braucht den Staat, den Körper, der die Organe für die Seele schafft. Lassen Sie uns denn die verschiedenen Glieder zusammenfassen zu diesem Werk. Es wird das nicht ersungen, sondern erarbeitet (Beifall), und wenn das Zollparlament auch nur einen Tag dieser Arbeit vollbracht hat, so sei er gesegnet! Die anderen Tage werden sich anreihen. Auch aus Süden, aus Schwaben tönt herüber: Wir wollen ernst mitarbeiten an der Herstellung des Reiches, an seiner Kraft und Größe. Auf diese, auf die Zukunft und die Größe des deutschen Staates lassen Sie uns trinken, er lebe hoch!“

Den letzten Trinkspruch brachte der Abg. Marquard Barth in etwa folgenden Worten aus: „Wir in Süddeutschland haben unter den Ereignissen der letzten Jahre schwer gelitten, wir waren im Kriege mit dem Norden, das haben wir schmerzlich empfunden; wir hatten auch unter den Nachwirkungen zu leiden. Aber diejenigen, welche sich mit der Politik länger beschäftigt haben, mußten aus diesem Kriege große Folgen für Deutschlands Zukunft erwarten. Wir haben auch erkannt, daß, wie jede Zeit ihren Mann hatte, die zweite Hälfte dieses Jahrhunderts für Deutschland ihren Mann hat. (Stürmischer Beifall.) Wie man dies auch auslegen mag, ich erblicke in diesem Manne den Grafen Bismarck, ihm sei dies Glas geweiht, er lebe hoch!“ Die Versammlung nahm diesen Trinkspruch mit endlosem Jubel auf. Graf Bismarck hatte Mühe, Allen Bescheid zu thun, die mit ihm das Glas anklingen wollten.

Gegen 3 Uhr erhob sich die Gesellschaft und erging sich meist in dem angrenzenden Hofe der sogenannten Sommerbörse. Man sah hier den Grafen Bismarck vielfach mit den Parteiführern zwanglos und freundlich verkehren, er unterhielt sich vorzugsweise mit den Abgeordneten Duncker, Ziegler, Löwe und Waldeck. Erst nach 4 Uhr trennten sich die Festgenossen in wirklich freier und gehobener Stimmung.

Der Berichterstatter der „Köln. Ztg.“ schließt mit den Worten: Es war ein Fest, wie Berlin es schöner nie erlebt, und durch die Redner wie durch die Reden sicher von nicht zu unterschätzender und hoffentlich segensreicher Bedeutung.

Und die Redaktion oben genannten Blattes bemerkt dazu: In der That: „Jetzt ist Frühling geworden in Deutschland!“ Die patriotische Temperatur in der Montags-Debatte hat das Eis gebrochen und immer wärmer macht sich zwischen den Mitgliedern der verschiedenen Fractionen und aus Nord und Süd das Gefühl der Einmüthigkeit in Einem großen Ziele geltend. Das Fest in der Börse zeigte einer begeisterten Versammlung den Grafen Bismarck und den Fürsten Hohenlohe gleicher Maßen vom Geiste nationaler Hoffnung gehoben, und wenn schon am Montage der Verneinungs-Politik der süddeutschen

---

Lande in völliger Ruhe und Stille zu verleben. Das könnte ohne große Geldopfer geschehen und würde Dir und den Kindern gut thun, obwohl ich gestehen muß, daß — daß ich Dich — wirklich — recht wohl aussehend finde und nicht weiß, welche Krankheit ......“

„Elfriede, findest Du Deine Mutter wohl aussehend?“

Die Gefragte erröthete noch heißer und blickte zur Erde, als sie ausweichend sagte:

„Man kann nicht immer vom Aussehen auf das Befinden schließen; aber daß der Sommer zum Reisen da ist, steht fest. Alle Menschen reisen in ein Bad, nur — wir nicht.“

„Alle Menschen?“ wiederholte mit ironischem Lächeln, aber ernstem Ton der Studiosus. „Und zu welcher Species zählst Du die vielen Tausende, die täglich, Jahr aus, Jahr ein, ob es Sommer oder Winter, vom frühsten Morgen bis zum Abenddunkel im Schweiße ihres Angesichtes arbeiten müssen, nur das tägliche Brod zu erwerben? Alle die Tausende, die freiwillig jeder Zerstreuung und Rast entsagen, ob auch eine günstige Lage ihnen dieselbe gestattete, weil sie unablässig danach ringen, der Menschheit zu nützen, Wissenschaft und Kunst zu fördern; gibt es deren nicht Unzählige? Sind das nicht Menschen?“

„Ach, Narren sind das, überspannte Köpfe, und ich fürchte, Du bist auf dem besten Wege, in ihre Fußtapfen zu treten. Reisen ist das Schönste, was man sich denken kann; wer keinen Sinn dafür hat, ist zu bedauern.“

„Ja, reisen, leicht wie der Vogel in die freie, weite Welt hinein — solch Reisen ist Wonne; aber in ein Bad reisen? Sich auf vier oder sechs Wochen in einem überfüllten Badeorte von einer Menge unvermeidlicher Fatalitäten und uninteressanter Menschen langweilen zu lassen, — nur weil es Mode, weil es vornehm ist? — Das nenne ich nicht reisen. Schlimm genug, wenn wirkliches Leiden dazu zwingt, seine gewohnte Sclaverei mit einer anderen zu vertauschen und auf Commando täglich so und so viel Wasser innerlich und äußerlich verconsumiren zu müssen und sein Pensum Berg auf, Berg ab zu laufen. Gott bewahre mich vor Badereisen. Die sind einmal Privilegium der reichen Leute, der eingebildeten Kranken, am seltensten der wirklich Leidenden. Man sollte die Badeorte nicht nur Heilquellen, man sollte sie auch Sorgenquellen nennen, denn viele gehen leichteren Herzens hin, als sie zurückkehren. Ich finde es eben so leichtsinnig als lächerlich, alles das mitmachen zu wollen, was bei reichen Leuten Mode und somit Bedürfniß geworden.“

Der Vater nickte beistimmend und wohlgefällig. Elfriede sah sehr unliebenswürdig aus.

„Wir wollen die Sache nicht weiter erörtern,“ sagte die Hausfrau, sich schnell und kräftig erhebend. „Wollen nicht untersuchen, ob es für uns Mode oder Gesundheitsrücksichten sind, die uns eine Badereise wünschenswerth machen. Wenn der Papa es nicht will, werden wir natürlich zu Hause bleiben. Ob man einige Jahre früher oder später stirbt — was liegt daran? Jeder Mensch ist bald zu ersetzen. Warum also länger über etwas sprechen, das einen so unbedeutenden Gegenstand, wie meine Gesundheit, berührt?“

Sie rauschte, von Elfrieden gefolgt, aus dem Zimmer.

Der Vater hatte seine Cigarre angebrannt und blies hastig die bläulichen Dampfwölkchen von sich. Ueberredung und Bitten hatten nichts gefruchtet, Vorwürfe und Klagen noch weniger, aber jetzt schien sein fester Entschluß, die Badereise nicht zu gestatten, wankend geworden, denn er begann mit dem Sohne die nervenstärkenden Heilquellen Revue passiren zu lassen und die voraussichtlichen Kosten einer Badereise zu berechnen. Diese stellten sich indeß so bedeutend, daß er seufzend das Notizbuch schloß und von Neuem murmelte: „Es geht nicht; beim besten Willen geht es nicht!“

Tag auf Tag verging. Der Mai erschien in immer lieblicherem Gewande. Bäume und Sträucher waren mit Blüthen übersäet, die Nachtigallen flöteten, die Sonne strahlte in wolkenlosester Bläue —

Coalition gegenüber plötzlich „von dem Bundeskanzler Grafen Bismarck bis zu dem einstmaligen letzten Präsidenten des im Jahre 1849 aufgelösten demokratischen Rumpf-Parlaments (Löwe), von dem Führer der äußersten Rechten (Wagener) bis zum greisen Führer der alten Fortschrittsparte: (Waldeck)" sich das Bewußtsein einer Alle verbindenden, untergeordneten Zwiespalt überragenden Einigkeit wie ein plötzlicher Sonnenblick wohlthuend durchbrach, stand heute diese freundliche Sonne das ganze Fest hindurch am klaren Himmel. Wie auch die formelle „Competenz" des Zollparlaments einstweilen noch beschränkt sein mag, und wie gewissenhaft auch diese vertragsmäßigen Schranken für die laufenden Parlamentsgeschäfte beobachtet werden sollen und müssen, die weitere, außerordentliche Competenz hat die aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangene Versammlung gewiß, in außerordentlichen Umständen, wo die Rettung des Vaterlandes es fordern könnte, im Namen der deutschen Nation zu sprechen und zu handeln! Das Bremer Handelsblatt meint: „Der Augenblick, von diesem Vorbehalte Gebrauch zu machen, wird mit der nächsten großen politischen Krisis kommen; für diese das allgemeine nationale Parlament als eine auf breitester Basis gesetzmäßig gewählte Körperschaft bereit zu halten, ist eine neue kostbare Bürgschaft unserer Sicherheit."

Süddeutschland.

Bayern. h. **München**, 23. Mai. [**Zur Verfassungsfeier**] Folgende Einladung, unterzeichnet aus allen Ständen und allen Parteien, ergeht durch Plakate an die Einwohnerschaft Münchens: „Groß war die Freude des bayerischen Volkes, als am 26. Mai 1818 die Verfassungsurkunde des Königreichs Bayern in feierlicher Weise verkündet wurde. — Dieselbe ist während des halben Jahrhunderts ihres Bestehens aus gar manchen Kämpfen siegreich und unversehrt in ihrem Wesen hervorgegangen und gerade der Umstand, daß sie auf dem friedlichen, durch sie selber vorgezeichneten Wege entwickelt und fortgebildet worden ist, spricht für ihre richtige Anlage. Die Früchte, welche die Verfassungsurkunde getragen hat und noch trägt, hat die Geschichte verzeichnet. Es erscheint aber den Unterzeichneten als eine politische Pflicht der Bürger und Einwohner Münchens, bei Gelegenheit des 50jährigen Jubiläums der bayerischen Verfassung den Gefühlen des Dankes für die Segnungen derselben Ausdruck zu geben, und damit zu beurkunden, daß sie die Verfassungsurkunde als ein Unterpfand der ferneren gedeihlichen Entwicklung des Vaterlandes zu achten wissen. Die Unterzeichneten glauben nur einem allgemeinen Wunsche entgegenzukommen, wenn sie ihre Mitbürger, ohne Unterschied der Parteien, der sie angehören, zur festlichen Begehung des 26. Mai 1868 einladen. Sie haben sich dahin verständigt, daß an diesem Tage ein Festdiner im bayerischen Hofe, dann ein Zug mit Fackeln zum Denkmal König Maximilian Joseph I. stattfinden und eine Ovation an diesem Denkmale durch Festgesang und Rede gebracht werden soll. Dabei glauben sie den Wunsch aussprechen zu sollen, daß sich die Theilnahme der Hauptstadt an der Feier auch durch Dekorirung der Häuser kundthun möge."

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Nov. [**Die konfessionellen Gesetze**] haben die Genehmigung des Kaisers noch nicht erhalten. Wie das „Neue Fremdenblatt" meldet, ist der betreffende Vortrag gestern an Se. Majestät erstattet worden. Die Publikation derselben steht daher erst in einigen Tagen zu erwarten. In Folge dessen wird auch die Mission des Frhrn. v. Meysenbug, die auf das Bestimmteste für die letzten Tage dieser Woche angesetzt war, eine kleine Verzögerung erleiden. Ueber den Inhalt seiner Instruktion glaubt ein hiesiges Blatt berichten zu können, der erste und wichtigste Punkt laute: „**Aufhebung des bisherigen Konkordats** und **Abschluß eines neuen Uebereinkommens**, das gleich demjenigen ist, welches zwischen **Preußen** und dem **heiligen Stuhle** zum Schutze der katholischen Kirche besteht."

— [**Der Wehrgesetz-Entwurf**], wie er vom ungarischen Landesvertheidigungs-Minister und vom gemeinsamen Kriegs-Minister ausgearbeitet wurde, ist kein Geheimniß mehr; die ungarische Anschauungsweise über die Landwehr ist, nach allem, was bekannt geworden, in allen Punkten durchgedrungen. Das stehende Heer soll auf 800,000 Mann — die Reserve natürlich mit eingerechnet — gebracht werden; hierzu sind 100,000 Rekruten jährlich nothwendig, wovon auf Ungarn mit sämmtlichen Nebenländern 44,000 Mann entfallen. Die ungarische Landwehr wird aus 78 Bataillonen Fußtruppen und 26 Reiterschwadronen bestehen; das stehende Heer bleibt ungetheilt und gemeinsam, die ungarische Landwehr steht bloß unter dem Landesvertheidigungs-Ministerium. Die Dienstzeit ist auf 12 Jahre festgesetzt, wovon 4 Jahre aktiver Dienst (im Frieden 2 Jahre Urlaub), 6 Jahre Reserve, 2 Jahre Landwehr; zur Landwehr gehören aber auch alle Wehrpflichtigen, die vom Liniendienst ausgeloost werden; diese dienen alle 12 Jahre in der Landwehr ab. Der Looskauf ist abgeschafft; das transleithanische Ministerium dürfte mit seinem Streben, einen, wenn auch erschwerten Loskauf einzuführen, nicht durchbringen, da auch der österreichische Reichsrath gegen den Loskauf zu sein scheint. Den Loskauf wird der einjährige Freiwilligendienst ersetzen, unter Bestimmungen, die noch liberaler sind, als die analogen des preußischen Reglements. Die einjährigen Freiwilligen werden möglichst wenig von ihren Berufsgeschäften, Studien u. s. w. abgezogen werden; legen sie nach der einjährigen Dienstzeit die Offiziersprüfung ab, so können sie als Offiziere zur Landwehr übertreten. Die Landwehr hält alljährlich nach der Aerntezeit 4—6 wöchige Uebungen. Sie kann nur unter Gutheißung

---

aber in der Häuslichkeit unserer Bekannten ward es täglich unerquicklicher, die Verstimmung immer größer, die nervöse Gereiztheit der Frau durch nichts zu mildern, die Laune der Tochter durchaus nicht rosenroth. Der Hausfriede war gestört, dieses kostbare Etwas, für dessen Erhaltung und Wiedererlangung mancher vordem starke, charaktervolle Mann nur zu große Nachgiebigkeit entwickelt.

Unser Hausherr hielt auch nicht lange dem unsichtbaren, aber nur zu fühlbaren, quälenden Etwas, das sein Leben seit jenem Gespräch Tag aus, Tag ein verbitterte, Stand. Er gab plötzlich seine Einwilligung zu der heiß ersehnten Badereise. Es war ein schwerer Entschluß und er konnte es sich nicht verhehlen, er that nicht Recht daran. Aber was thut man nicht — des lieben Hausfriedens wegen? Er hoffte, daß nun endlich das gewohnte behagliche Leben im Hause wieder einkehren solle. Das war aber eine arge Täuschung.

Wohl war wie durch eine Zauberformel der Bann gelöst, der auf den Gemüthern seiner Frau und Tochter gelegen, sie blickten heiter und dankbar, aber Behagen im Hause? Ach, davon war keine Rede mehr. Was alles hatte man zu besorgen, vorzubereiten! Wie viele kostbare Tage waren versäumt durch Papas Eigensinn, und wo sollten so schnell die hunderterlei Bedürfnisse geschafft werden, die einer Frau bei Badereisen so unentbehrlich sind wie die Luft zum Athmen? Da fehlten noch moderne Hüte und Hauben, Roben, Beduinen und Jaquettes, Chignons und Kothurnschuhe, gar nicht zu gedenken der unzähligen kleinen Sächelchen, welche die Mode gebietet, und mit denen die Frauen, nur zu gehorsam dieser Tyrannin, sich willig entstellen.

Vom frühesten Morgen beginnen die Promenaden, nicht zu Nachtigallengesang und Baumblüthe, sondern zu Rom und Wagner und den Geschwistern Scheiner. Zu Hause regiert das Gesinde, die gewohnte pünktliche Stunde des Mittagessens wird beliebig verändert, zur täglichen Sorge der jüngeren Kinder, die noch die Schule besuchen. Den Kaffee muß Papa allein nehmen, weil Mutter und Tochter gleich nach Tische wieder Besorgungen haben, und Abends erscheinen verschiedene dienstbare Geister, als Schneiderinnen, Wäscherinnen, Putzmacherinnen ꝛc. ꝛc., um die dringlichsten Aufträge entgegenzunehmen, mit dem steten Schlußsatz: Es muß bis dahin fertig sein — **wir reisen in's Bad**.

Wie schön sich das sagt! Wie Mamas Nervenschwäche vor diesen wunderbaren Worten fast ganz verschwunden zu sein scheint und wie das liebliche Gesicht Elfriedens strahlt vor — Reiselust, vor Sehnsucht, die weite grünende, blühende Welt zu sehen! O nein — von dem Ausdruck befriedigter Eitelkeit, von der Genugthuung, daß sie nun ganz dasselbe genießen und haben werde wie Fräulein X. und Y. Abschiedsvisiten werden gemacht bis zur Erschöpfung, ganz bademäßig, schon in elegantem Reise-Kostüm, mit wehendem Schleier und Schnürstiefelchen. Es ist gar zu angenehm, den Bekannten Lebewohl sagen zu können mit der Erklärung: **Wir reisen in's Bad**.

Und sie reisten wirklich mit frohem Herzen und heiterem Gesicht, und der Papa führte die Kinder vom Bahnhof heim und athmete erleichtert auf, daß die schauerliche Badezurüstungszeit überstanden und nun endlich wieder Ruhe und Ordnung im Hause sein würden.

„Freilich wird diese Badreise auf einige Jahre hinaus mich mit erhöhten Sorgen belasten", sagt er dem Sohne im Vertrauen, „indeß hoffe ich doch, daß es der Mutter und Elfrieden gut thun wird." Der Sohn drückt stumm des Vaters Hand. Er wagt es nicht, seinen Gedanken Worte zu leihen, und summt leise die Melodie eines schönen Liedes:

„Doch Du willst Bänder, Du willst Spangen,
Nein — nein, ich mag nicht Sclave sein!

Wenn er einst auch zu der Fahne Derer schwört, die dem Ehestande den Rücken kehren, die einsam durch das Leben gehen, ohne einen eigenen Herd zu gründen — wer weiß, ob nicht in seinem Vaterhause dieser Entschluß die ersten und recht feste Wurzeln schlug.

des Reichstags außer Landes verwendet werden, nur in dringenden Fällen, die keinen Aufschub erdulden, darf die Verwendung außer Landes auch ohne vorherige reichstägliche Bewilligung erfolgen, jedoch unter voller Verantwortlichkeit des Landesvertheidigungs-Ministers.

— [Statistik des Wiener Findelhauses.] In der letzten Sitzung der „Gesellschaft der Aerzte“ hat Prof. Skoda einen Vortrag über die Resultate des Wiener Findelhauses gehalten, der wahrhaft erschreckende Ziffern zu Tage fördert, und den Antrag auf sofortige und gänzliche Aufhebung der Findelanstalten in vollem Maße rechtfertigt. In dem Zeitraum von 1784 bis 1866 wurden 434,687 Kinder in das Wiener Findelhaus aufgenommen, und davon starben 315,323, also 779 von je 1000 Kindern, oder ungefähr 78 Proc. In der neuesten Zeit ist das Mortalitätsverhältniß ein noch ungünstigeres, denn von 1853 bis 1866 ist die Aufnahme von 127,183 Kindern constatirt, und davon starben 101,992, also 802 von je 1000, oder mehr als 80 Proc. Ueber das Loos der Ueberlebenden, die nach erreichtem 10. Lebensjahr aus der Anstalt entlassen werden, liegen positive Data nicht vor, aber Prof. Skoda nahm keinen Anstand, zu vermuthen, daß der weitaus größte Theil des weiblichen Geschlechts der Prostitution, des männlichen Geschlechts dem Müßiggang und dem Verbrechen anheimfalle.

Tirol. [Ultramontane Flugschrift.] Der „Neuen Fr. Presse“ schreibt man aus Innsbruck: Zu den „Lehr-, Klar- und Zeitbildern“ gesellte sich nun eine dritte ultramontane Flugschrift, die „Schattenbilder“. Während die ersteren nur als eine mißglückte, mit Vintschgauer Dialektsprüchen geschwängerte Nachäffung des vom badischen Fanatiker Alban Stolz herausgegebenen Wechselbalges gelten, hat sich der als Verfasser bekannte Gymnasialprofessor in den „Schattenbildern“ der Form nach wenigstens ganz selbständig gehalten und den Volkston in gelungener Weise getroffen. Die Kost der Lüge, der Verleumdung und des Hasses wird den Landleuten in ihren eigenen, allbekannten Schüsseln aufgetischt. Dies verleiht dem Büchlein seinen Werth als Agitationsmittel. Diesmal behandelt der Verfasser in einem bunten Gewebe von wohlberechneten Lügen und naiver Dummheit die sog. sociale Frage nach Art des Professors Greuter. Als Gewährsmänner führt er neben Ketteler, Lassalle, Walter und Anderen auch Bluntschli an — eine Ehre, die den Geheimerath in Heidelberg nicht wenig überraschen wird. Man denke sich unter dieser Broschüre etwa ja nicht eine populäre Abhandlung über die Arbeiterfrage, denn diese oder vielmehr der wegen derselben aufgewirbelte Staub wird nur benützt, um die Massen des Volkes gegen das liberale Bürgerthum zu hetzen, das, so lange es nur Geschäfte machte, den Ultramontanen ganz recht war, jetzt aber, da in ihm Fortschritt und Verfassung ihre vorzügliche Stütze finden, die Zielscheibe fortgesetzter Angriffe ist. Zuerst schildert der Verfasser die Lage der Fabriksarbeiter, die „sich 14—16 Stunden des Tages plagen müssen, um ein paar Kapitalisten noch reicher zu machen“. Die einzige Freude der Arbeiter sei der „Taumel des Branntweinrausches“. In London gebe es täglich Kindsmorde und die Kinder hänge man wie „unsaubere Wäsche an den Zäunen auf“. „Mitten im kolossalsten Reichthume sterben in dieser Stadt täglich 1—2 Menschen am Hungertode.“ Je größer die Industrieblüthe, desto größer sei „die geistige Verkommenheit und die Unsittlichkeit des arbeitenden Volkes.“ Wer trägt nun die Schuld an diesen Mißständen? „Jenes liberale Volk, welches man auf Französisch Bourgeoisie, auf Deutsch Geldprotzen nennt, ich aber fast wörtlich mit Geldburschieien (sic!) übersetze.“ So lautet die Antwort unseres schwarzen Social-Politikers. Nicht die Naturwissenschaft, hat das Aufblühen der Industrie verursacht, o nein, sondern nur der verhaßte Liberalismus und Adam Smith mit seiner Lehre von der freien Concurrenz, seinem „Raubsysteme“, hat den Ruin der Arbeiter herbeigeführt. — Man sollte glauben, der Verfasser würde Reformen im Lassalle'schen Sinne vorschlagen. Weit entfernt, dies zu thun, sucht er eine Abhilfe einzig nur in der freien Association nach den Grundsätzen von Schulze-Delitzsch, den er ein paar Blätter vorher als den Schleppträger Adam Smith's tüchtig abgekanzelt hatte. Nur soll auf jeder Fabrik das Kreuz aufgepflanzt und die Direktion derselben von einem geistlichen Orden geführt werden!

Ausland.

Frankreich. [Debatte im Senat über die Lehrfreiheit.] In der großen Debatte über die Lehrfreiheit im Senate haben bisher nur Dupin, der Bruder des Generalprokurators, und St. Beuve gesprochen, Letzterer abermals unter großer Theilnahmslosigkeit der Senatoren. Der Unterrichtsminister wird bei dieser Gelegenheit sein Portefeuille selbst vertreten. Wie die „Französische „Correspondenz“ vernimmt, wurde in einer Unterredung des Letzteren mit dem Kaiser beschlossen, der Minister solle seine Entlassung geben, falls der Senat die reaktionäre Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiese. Der Kaiser würde alsdann dieses Entlassungsgesuch nicht acceptiren und so öffentlich erklären, daß er mit den Rückschrittstendenzen der Senatoren nichts gemein habe.

Paris, 21. Mai. [Die letzte Rede des Grafen Bismarck] hatte in der aphoristischen Gestalt, wie sie der Telegraph nach Paris gebracht, anfänglich eine ziemlich kriegerische Auslegung gefunden. Man hatte die Köpfe zusammengesteckt und sich gegenseitig betastend gefragt, was wohl der Staatsmann an der Spree gemeint haben könne. Jetzt ist inzwischen eine Nacht darüber vergangen und man hat angefangen, die Sachen ruhiger anzusehen. Man muß sich aber an den Gedanken gewöhnen, daß Deutschland, wenn es erst eins werden will, sich um das suspensive Veto des Auslandes nicht im geringsten schert.

Italien. Rom. [Eine Verbannung] Der „Kölnischen Zeitung“ schreibt man: Der Papst hat den Befehl ertheilt, Madame Barbe Frattochi ausweisen zu lassen. Diese Dame war vor zwanzig Jahren durch ihre Schönheit bekannt und gehört der liberalen Partei an. Sie erlaubte sich, dem Papste begegnend, das hier gegen die jettatora (den „bösen Blick“) übliche Zeichen mit der Hand zu machen, das darin besteht, zwei Finger als Horn auszustrecken: far la corna. Der Papst bemerkte die Bewegung und gab Befehl, die Dame sogleich fortzuschicken. Um sie vor der Verbannung zu retten, versuchte ein Beamter der Polizei, ein Herr Ciampi, ein heroisches Mittel, indem er die fünfzigjährige Frau auf der Stelle heirathete. Es fragt sich nur, ob dieses Mittel auch in den Augen des Papstes als wirksam sich erweisen werde.

—[Der Tod des Kardinal Andrea.] Dem „Schw. M.“ schreibt man aus Rom 16. Mai: Wie zu erwarten war, erregt der plötzliche Tod des Kardinals Andrea großes Aufsehen. Volksgerüchte gehen so weit, denselben einer Vergiftung zuzuschreiben. Doch erklärt sich dieses Ereigniß leicht genug. Der Kardinal war bekanntlich brustleidend in hohem Grade, die Aerzte schrieben ihm vor, Rom zu verlassen und sich nach den Eaux bonnes in den Pyrenäen zu begeben. Wider sein Verhoffen erhielt er den gewünschten Paß, und am Tage vor seinem Tode begab er sich zum Papste, um von ihm Abschied zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit hatte der Kardinal mit dem heil. Vater eine so heftige Unterredung, daß er mehrere Male in Husten ausbrach. Er beschwerte sich namentlich bitter über die ungerechte Zurücksetzung, die er erfahren, daß man ihm die Ausübung seines bischöflichen Amtes verbiete, obgleich er seinen Widerruf gethan und allen Befehlen des Papstes sich gefügt. Dieser ließ sich nicht erweichen und als der Kardinal heftig wurde, glaubte Pius ihn durch folgende Worte ermahnen zu müssen: „Vergessen Sie nicht, daß Sie sterblich sind und vor mir aus dieser Welt abgehen könnten.“ Der Kardinal erwiederte: „Wenn Sie mir den Vortritt lassen, so werden Sie mir doch auf wenige Schritte folgen.“ Mit Antonelli hatte er auch an selbigem Tage ein aufregendes Gespräch. Den ganzen Abend verbrachte er damit, einen langen Brief an den Papst zu schreiben, worin er dessen Politik und die Männer, die jetzt am Ruder sind, mit großem Freimuthe angriff. Erschöpft von dieser Arbeit und von der Aufregung bei den Besuchen wollte der Kardinal am folgenden Tage aufs Land fahren. Unterwegs wurde er übel und mußte wieder umkehren. Nach Hause gekommen fühlte er sich so schlecht, daß sein Arzt geholt wurde. Die ärztliche Hilfe erwies sich als erfolglos, und einige Stunden später war der Kardinal todt. Er starb aufrecht sitzend in seinem Lehnstuhle.

Amtliche Nachrichten.

München, 23. Mai. Se. Maj. der König hat auf die erledigte Stelle eines ersten Stadt- und Landrichters in Erlangen den 2. Stadt- und Landrichter daselbst, A. Lebender, vorrücken lassen, auf dessen Stelle den Assessor des Stadtgerichts Nürnberg, L. W. F. Käfner, befördert; zum Assessor des Stadtgerichts Nürnberg den Bezirksg.-Accessisten Dr. F. Eberlein in Augsburg ernannt, auf die am Bezirksg. Ansbach erledigte Advokatenstelle den Advokaten K. Kammerer in Windsheim auf Ansuchen versetzt und des Letzteren Stelle dem geprüften Rechtspraktikanten und Advokaten-Concipienten E. Enderlein in Nürnberg verliehen; die Stelle eines Raths beim Handelsgericht Memmingen dem Bezirksgerichtsrath C. Schleder dortselbst übertragen; den Assessor des Handelsappellationsgerichts zu Nürnberg, K. Feuerlein, auf sein Ansuchen von dieser Stelle enthoben und auf dieselbe den bisherigen Ergänzungsrichter am Handelsgericht zu Nürnberg, H. Weingärtner, berufen und an dessen Stelle den Kaufmann F. Knapp daselbst ernannt.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 145-46.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 26. Mai 1868.

Fünfzig Jahre Verfassungsleben

sind vollendet, seit am 26. Mai 1818 König Max Joseph unserem Vaterlande die Verfassungsurkunde gab. Aus derselben vernahm das Volk mit Stolz und Freude, das Ausland mit Neid, daß die Bayern nicht mehr eine willenlose nach Fürstenwillkür regierte Menge waren, sondern daß sie Rechte erlangt hatten, deren Beobachtung der König selber beschwören mußte, daß sie aus Unterthanen Staatsbürger geworden waren, denen eine Theilnahme an der Regierung des Gemeinwesens durch Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Besteuerung, sowie durch Controle des ganzen Staatshaushaltes zukam. Hiedurch war zugleich die Freiheit der Person und des Eigenthums gegen ungesetzliche Eingriffe der Staatsgewalt gesichert, und ungerechtfertigten Belastungen des Volkseinkommens vorgebeugt. Aber auch für alle übrigen wichtigen Beziehungen des Staatslebens waren in der Verfassungsurkunde theils die leitenden Grundsätze aufgestellt, theils sofort die entsprechenden Einrichtungen getroffen worden.

So wurde die Gewissensfreiheit des Individuums gewährleistet und gegen jeden äußeren Zwang der Kirchenparteien geschützt; die Verhältnisse der Kirchengesellschaften aber, sowohl untereinander als gegenüber der Staatsgewalt, wurden in einer Weise geregelt, welche ein vernünftiges Zusammenleben der Angehörigen verschiedener Glaubensbekenntnisse in Einem Staate ermöglichte.

Ferner wurde die Freiheit der Meinungsäußerung anerkannt, indem die Herausgabe von Büchern jeder obrigkeitlichen Genehmigung entrückt ward.

Die gleiche Berechtigung aller Staatsangehörigen zu allen Aemtern und Würden, sowie die gleiche Verpflichtung Aller zum Kriegsdienste und zur Tragung der Staatslasten wurde als Grundsatz ausgesprochen und die Herstellung gleichen Rechtes für alle Gebietstheile als Aufgabe der Gesetzgebung erklärt. Die Unabhängigkeit der Rechtspflege von jeder Regierungseinwirkung wurde gewährleistet; die Richter und alle anderen Beamten wurden von Bediensteten des Fürsten zu Staatsdienern erhoben und durch Verleihung gesetzlicher Rechte auf Stand und Gehalt gegen willkürliche Maßregelungen sicher zu stellen gesucht. Zugleich wurde die Selbstständigkeit der Gemeinden in der Verwaltung ihrer inneren Angelegenheiten wieder hergestellt.

Auf diesen Grundlagen begann das Verfassungsleben; das Volk ward seiner Rechte bald bewußt und machte davon, insbesondere in den Ständeversammlungen, sehr nachdrücklichen Gebrauch, während in anderen deutschen Staaten noch unbeschränkte Fürstengewalt herrschte.

Als dann im Jahre 1848 ein König mit dem Wahlspruche: „Freiheit und Gesetzmäßigkeit“ den Thron bestieg, wurden die berechtigten Wünsche des Volkes auf Verbesserung der Landesverfassung rasch in einer Reihe der wichtigsten Gesetze erfüllt.

So wurde für die Zusammensetzung der Kammer der Abgeordneten ein neues System eingeführt, indem anstatt der Wahl nach Ständen eine Wahl durch das Volk nach der Kopfzahl bestimmt, und dabei die Wahlberechtigung lediglich von der Volljährigkeit und Entrichtung einer direkten Steuer abhängig gemacht wurde, so daß das Verfahren thatsächlich dem allgemeinen Stimmrechte beinahe gleichsteht. Die Rechte des Landtages wurden ferner wesentlich erweitert, indem die Staatsminister demselben für die Beobachtung der Staatsgesetze verantwortlich erklärt, und dem Landtage das Recht der Anklage vor einem eigenen Staatsgerichtshofe eingeräumt, sowie die Befugniß zum eigenen Vorschlag von Gesetzen (Initiative) ertheilt wurde.

Die Einheit und Kraft der Staatsgewalt wurden durch Aufhebung der standes- und gutsherrlichen Gerichtsbarkeit befördert, dagegen aber auch dem Volke durch Beseitigung aller privatrechtlichen Frohnen und persönlichen Abgaben, sowie durch die Umwandlung aller Grundlasten in fixe, ablösbare Reichnisse, dann durch Aufhebung des Jagdrechts auf fremdem Grund und Boden so bedeutende Vortheile verschafft, daß erst von dieser Zeit an der Aufschwung der Landwirthschaft datirt, gleichwie erst durch diese Neuerungen, sowie durch die Ablösbarkeit des Lehenverbandes der Grundeigenthümer Herr auf seinem Hofe geworden ist. Hiemit waren endlich die sogen. Feudallasten des Mittelalters beseitigt.

Aber auch in dem ganzen Organismus des Staates trat eine Umgestaltung ein, indem anstatt der Schriftlichkeit und Heimlichkeit, sowie des Inquisitionsprinzips im bisherigen Strafverfahren nun die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit, sowie die Anklage eingeführt, und zur Aburtheilung der schwersten Verbrechen sowie aller Preßverbrechen und

Ein genialer Schusterlehrling.

Zu Ende vorigen Jahres erschien in der Universitätsstadt Gießen ein junger Mann, der sich als Studiosus medicinae einschreiben ließ. Sein bei der Universitätsbehörde niedergelegter Paß, d. d. London, 16. Oktbr. 1866, lautete auf Arthur Beresford Lyndhurst. Außerdem war er Inhaber eines Urlaubspasses, in welchem er als englischer Marine-Offizier charakterisirt war. Mit dieser Stellung stimmten auch seine Visitenkarten überein: „Arthur Beresford Lyndhurst, Lieutenant auf Ihrer Majestät Schiff Euryalus.“ Ferner stimmte damit, daß er hin und wieder seine Aufwartungen in Marine-Uniform machte. Er trug dann eine Mütze mit Goldborten eingefaßt, als Kokarde daran einen goldenen Anker mit der Königskrone darüber, Beinkleider mit Goldborten und eine goldene Degenkuppel. Der junge Mann erklärte vor den Universitäts-Behörden, sein Vater sei der Baronet James Edwin B. Lyndhurst, pensionirter Contre-Admiral zu Quebeck in Kanada. Der also genugsam legitimirte Gentleman, der seinen mehrfachen Aeußerungen zufolge jährlich 600 L. St. zu verzehren hatte, erhielt eine Matrikel und eine Legitimationskarte als Studirender. Er schaffte sich nun auch ein anatomisches Besteck an, von dem er indeß, da er die Anatomie nicht besuchte, keinen Gebrauch machte. Es konnte nicht fehlen, daß er bemerkt wurde, und dies geschah namentlich auch von Seiten der Polizei, der er in etwa auffällig und zweifelhaft erschien und zu Nachforschungen anregte.

Im Januar d. J. enthielt die „Times“ zweimal Warnungen vor den Betrügereien eines Lyndhurst. Auch in der „Koblenzer Ztg.“ warnte ein Engländer seine Landsleute gegen den angeblichen Hülfsarzt Lyndhurst. Endlich theilte ein Engländer in Rouen mit, daß er von einem Schiffslieutenant betrogen worden sei. Als unserem Studiosus die erste Warnung in der „Times“ bekannt geworden war, verließ er Gießen mit Zurücklassung einiger Schulden. Nachdem die dortige Polizeibehörde dann ermittelt hatte, daß der vermeintliche Marine-Offizier viele falsche Paßformulare hatte drucken lassen, schritt dieselbe zur Verfolgung. Der Flüchtling wurde zu Kassel, wo er sich zwischenzeitlich als Lehrer der englischen, französischen und italienischen Sprache niedergelassen hatte, ermittelt, verhaftet und nach Gießen ausgeliefert.

Nunmehr begann für die dortige Polizeibehörde eine von dem Polizeirathe Nover geleitete, überaus mühevolle und nur durch große Umsicht und Ausdauer an das Ziel führende Nachforschung über die Herkunft und Vergangenheit des angeblichen Lyndhurst. Derselbe erklärte jetzt, daß er am 4. März 1845 zu Jersey geboren sei und von seinem zweiten Lebensjahre an mit seiner aus Kanada stammenden Mutter, Elvire, gebornen Thomson, im Dorfe New-Forest bei Southampton gewohnt habe. Seine Mutter lebe jetzt mit einer zwölf Jahre alten Schwester Sylvia in Italien, wo, sei ihm unbekannt. Ein älterer Bruder von ihm, Edmund Lyndhurst, sei Gutsbesitzer in Jamaica. Sein vor dreizehn Monaten gestorbener Vater sei Schiffskapitän gewesen und habe zuerst in Diensten der südlichen conföderirten Staaten von Nordamerika und später in Diensten der argentinischen Republik gestanden. Er selbst, der Verhaftete, wollte in seinem vierzehnten Jahre nach Italien gekommen sein und auf den Hochschulen von Pisa, Padua und Bologna Medizin studirt und hiernächst sich acht Monate in Paris aufgehalten haben. Von da sei er nach Spanien gegangen und habe acht bis neun Monate lang in Salamanka

Vergehen Geschworengerichte geschaffen wurden, wodurch die Theilnahme des Volks an der Verwaltung des Staatswesens wieder eine bedeutende Erweiterung erfuhr. Zugleich wurde durch das Grundlagengesetz auch für das Civilprozeßverfahren die Oeffentlichkeit und Mündlichkeit als Ausgangspunkt der künftigen Gesetzgebung bezeichnet, ferner die Trennung der Rechtspflege von der Verwaltung, dann die Absonderung der Notariatsgeschäfte von den Gerichten und die gesetzliche Ordnung der Gerichtsverfassung mit Beseitigung der Gerichtsstandsprivilegien und der Siegelmäßigkeit im Prinzipe ausgesprochen, welch letztere Aufgaben dann durch die Gesetze vom Jahre 1862 in Verbindung mit der Codification des Straf- und Polizeistrafrechts zur Erfüllung gebracht wurden.

Inzwischen war auch das Versammlungs- und Vereinsrecht gesetzlich festgestellt, sowie durch Einführung der Distriktsräthe und durch Umgestaltung des schon im Jahre 1825 geschaffenen Instituts der Landräthe dem Volke die Mitwirkung bei Verwaltung der Distrikts- und Kreisangelegenheiten eingeräumt worden.

Innerhalb der vorbezeichneten Einrichtungen spielte sich nun das Staatsleben der letzten fünfzig Jahre ab, und vorzüglich waren es die 19 Versammlungen des Landtages, auf welchen die Thätigkeit der Regierung und der Volksvertretung sich entfaltete. Da wurden auf allen Gebieten sowohl des öffentlichen und Privatrechts als der Staatsverwaltung neue Gesetze geschaffen, wodurch die Gerechtigkeit befördert, die individuelle Freiheit erweitert und gesichert, die Ausübung der Regierungsgewalt in gesetzliche Formen gebracht und die Volkswirthschaft kräftig unterstützt wurde. Es sei hier nur an das Strafgesetzbuch und Polizeistrafgesetzbuch, an das Wehrgesetz, an die Gewerbs- und Verehelichungsfreiheit, an die Wassergesetze und das Arrondirungsgesetz erinnert.

Ferner wurde der Staatshaushalt in strenger Ordnung gehalten und dadurch der Staatskredit ungeschwächt bewahrt; dabei waren die Staatseinnahmen fortwährend im Wachsen begriffen, ohne daß eine namhafte Erhöhung der Steuern stattfand.

Die Budgetberathungen, sowie die Verhandlungen des Landtags über Beschwerden und Anträge gaben außerdem oft Gelegenheit, die ganze Staatsverwaltung einer Prüfung zu unterziehen, bestehende Gebrechen aufzudecken und begründete Wünsche zur Geltung zu bringen. Aber auch außerhalb des Landtages steigerte sich das Interesse an den öffentlichen Angelegenheiten und ließ sich sowohl in der Presse als in Versammlungen vernehmen, wobei eine immer größere Sicherheit in der Beurtheilung und Behandlung der Gegenstände bemerkbar ist.

Der materielle Wohlstand des Volkes nahm fortwährend, namentlich seit Entwicklung des Verkehrs und der Industrie zu; und auch die Volksschule wird durch die bevorstehenden Reformen auf die gleiche Stufe wie in anderen Ländern gebracht werden, während im höheren Unterricht die von König Max II. ausgestreuten Samenkörner bereits Früchte zu tragen beginnen, und die Kunst die von König Ludwig I. gegründete Wohnstätte in Bayern nicht verlassen hat.

Dies ist der Zustand unseres Vaterlandes am fünfzigsten Jahrestage der Verfassungsurkunde. Aus den verschiedenartigen, Anfangs sich widerstrebenden Volksstämmen ist ein Staat zusammengewachsen, in welchem das Volk sich als Ganzes fühlt, und zwar ein Rechtsstaat, in welchem dasselbe alle wesentlichen konstitutionellen Rechte besitzt. Diese Entwicklung ging allerdings nicht ohne heftige Kämpfe zwischen Regierung und Volk vor sich; allein dieselben wurden stets durch die Weisheit und Gewissenhaftigkeit der Fürsten, wie durch den gesetzlichen Sinn und die Treue des Volkes ausgeglichen, so daß die durchgeführten Regierungsmaßregeln in der That als Ausdruck des Gesammtwillens gelten können.

Das ganze Staatsleben dieses Zeitraums aber darf gewiß den Vergleich mit jedem anderen Lande aufnehmen; denn es ist ein steter Fortschritt zu Freiheit, Wohlfahrt und Bürgerglück.

Norddeutscher Bund.

Königr. Sachsen. Dresden, 20. Mai. [Abschaffung der Todesstrafe von der ersten Kammer verworfen.] Die Regierung ist mit 15 Stimmen, darunter die des Kronprinzen, gegen 22 mit ihrem Antrage für Abschaffung der Todesstrafe in gestriger Sitzung der ersten Kammer in der Minorität geblieben. Die Verhandlungen in einer Mittags- und Abendsitzung waren sehr belebt. Zwölf Redner sprachen gegen, acht für Annahme des Gesetzes. Unter ersteren befanden sich der Vicepräsident des Landes-Consistoriums, Oberhofprediger Dr. Liebner und der Superintendent Professor Dr. Lechler von Leipzig, unter den letzteren Professor Heinze (Berichterstatter der Deputationsmehrheit), Graf Hohenthal und die Vertreter der Regierung, Justizminister Dr. Schneider und Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze. Kammerpräsident Freiherr v. Friesen-Rötha erging sich in seiner Rede gegen die Abschaffung wie gewöhnlich in einer Kritik der wissenschaftlichen Auseinandersetzungen des Professor Heinze und ließ er sich dabei verleiten, die unglaublich flache und unwürdig witzelnde Bemerkung zu machen, daß man jetzt stehlen und annektiren für sinnverwandte Ausdrücke halte, eine Bemerkung, welche sichtlich auf die höchstgestellten Kammermitglieder einen unangenehmen Eindruck machte. Sehr warm sprach dagegen Graf Hohenthal für die Abschaffung, da er nicht Sachsen der Gefahr aussetzen wolle, eine so hochherzig von der Regierung des Landes frei angebotene Reform von der Gesetzgebung des Norddeutschen Bundes vielleicht späterhin erst auferlegt zu erhalten. Erwähnt sei noch, daß Superintendent Dr. Lechler bei aller Liebe zu König und Vaterland nicht verschweigen zu dürfen glaubte, daß die conservativsten Männer an der Regierung, welche die falsche Bahn des Fortschritts wandele, irre geworden seien und mit Bangigkeit in die Zukunft blicken, wohingegen Kammerherr von der Planitz die königliche Initiative in der Sache der leuchtenden Morgensonne gleich erachtete, welche siegreich doch zuletzt alle Wolken durchbrechen werde. Alle gehaltenen Reden übertraf aber die des Justiz-Ministers Dr. Schneider an Wärme und Ueberzeug-

---

seine medizinischen Studien fortgesetzt. Aus Spanien nach England zurückgekehrt, habe er nach einigem Aufenthalte in verschiedenen Städten sich nach Amerika begeben und, als Schiffsarzt auf einem Blokadebrecher dienend, am Kriege der Konföderirten gegen die Nordstaaten Theil genommen. Das Schiff habe der größeren Sicherheit wegen die englische Flagge geführt, und die Mannschaft desselben sei mit englischen, in den Südstaaten gedruckten Pässen versehen gewesen. Er selbst habe 300 falsche Paßformulare erhalten und viele davon ausgefüllt, den Rest aber als Andenken behalten und aufgehoben. Es seien dies die Formulare, die man in seinem Besitze gefunden habe. Der Verhaftete mußte übrigens einräumen, daß er nie in englischen Diensten gestanden und die Marine-Uniform unbefugter Weise getragen habe. Als der nachforschende Polizeibeamte ihm vorhielt, daß er ein Deutscher sei, erwiderte er: „Ich würde mich lieber umbringen, als über meine jüngeren Jahre Auskunft geben. Man wird mich schon wieder auf freien Fuß setzen müssen." In einem Briefe, worin er von den Verhören sprach, die er zu bestehen habe, schrieb er: „— — aber ich weiß nichts. Je suis ce que je suis." Seine Papiere, unter welchen ältere Notizen dazu dienen sollten, ein falsches Alibi zu beweisen, gaben keinerlei Aufschluß.

Endlich stieß der inquirirende Beamte auf einen Steckbrief, in welchem ein gewisser H. Appel aus England verfolgt wurde. Dieser Appel sprach Deutsch, englisch, Französisch, Italienisch und Spanisch, wie der angebliche Lyndhurst, hatte große Reisen in fremden Erdtheilen gemacht, wie dieser; als Sprachlehrer und Zeitungs-Correspondent sich durchzubringen gesucht, wie dieser. Selbst besondere Kennzeichen des Appel trafen zu. Endlich stimmten auch die Schriftzüge in Scripturen, welche Appel an verschiedenen Orten (München, Weinheim, Frankfurt a. M., Bonn, Godesberg, St. Goar) zurückgelassen hatte, mit den seinigen. Er wollte sogar einen von Appel zu München geschriebenen Aufsatz anfänglich als von ihm herrührend anerkennen, sagte aber nach längerem Betrachten: „Nein, das hab' ich nicht geschrieben." Um die Sache noch mehr zu verwickeln, wurde auch ein photographisches Portrait des vermeintlichen Lyndhurst in Weinheim als das Portrait Appel's anerkannt. Der Inquisit gab indeß nicht zu, daß er der Appel sei, weigerte sich aber fortwährend, seinen wahren Namen zu sagen. Er meinte: „So lange ich nicht sehe, daß ich von einem Geständnisse profitiren kann, bleibe ich bei meinem „je suis ce que je suis". Doch erklärte er sich bereit, seinen Namen zu nennen und sich als preußischen Deserteur zu bekennen, wenn man ihn überzeuge, daß auf Desertion keine hohe Strafe gesetzt sei. Nach einer Menge von Rückfragen bei auswärtigen Behörden, nach oftmaligen Vernehmungen und Vorhaltungen gelang es endlich dem die Untersuchung führenden Polizei-Beamten, den angeblichen Lyndhurst zu überzeugen, daß längeres Läugnen ihm in keiner Weise nützen, sondern nur nachtheilig werden könne.

Derselbe gestand nun, daß er der in Elberfeld domicilirte ehemalige Schusterlehrling August W. sei. Diese Angabe erwies sich als richtig; die Identität des Arthur Beresford Lyndhurst mit dem August W. wurde zweifellos festgestellt. Was die persönlichen Verhältnisse und die Vergangenheit des A. W. betrifft, so ergab sich, daß derselbe im Jahre 1847 zu Barmen geboren wurde und in früher Jugend mit seinen Eltern nach Elberfeld kam; daß sein Vater dort im Armenhause lebt, die Mutter längst gestorben ist;

ungskraft; man fühlte, daß dieselbe gleichzeitig noch durch einen höheren edlen Willen bedingt wurde, der die Bedenken des Superintendenten Dr. Lechler erst gar nicht hätte aufkommen lassen sollen.

Ausland.

Großbritannien. [Ein moderner Heide.] Ein im Laufe der Sitzung des Unterhauses vom 18. Mai vorgekommenes Intermezzo ist zu charakteristisch, als daß man es unerwähnt lassen dürfte. Herr Taylor richtete an den Minister für Irland, Lord Mayo, die Anfrage, ob es seine Richtigkeit habe, daß im Mountjoy-Gefängniß in Dublin ein Gefangener, der seines religiösen Bekenntnisses Unitarier, durch mehrtägigen Aufenthalt in der Strafzelle bei Wasser und Brod seitens der Gefängnißbehörden gezwungen worden sei, die anglikanische, presbyterianische oder katholische Religion anzunehmen, worauf er sich schließlich zur letzteren bekehrt habe. Der Minister erklärt darauf, es sei allerdings ein Fall vorgekommen, auf den die vorgebrachte Anfrage sich zu beziehen scheine, indessen datire die Geschichte von vor drei Jahren. Der Thatbestand sei folgender gewesen: Am 31. Juli 1865 wurde ein Verbrecher in das oben erwähnte Gefängniß abgeliefert, der unter den reglementsmäßig zu registrirenden Personalangaben bezüglich seiner Religion die Erklärung abgab, er gehöre zu keiner und habe nie eine Kirche besucht. Ueberhaupt sei er einfach Heide und wolle sich keinerlei religiöser Belehrung unterziehen. Der Gefängnißverwalter, durch diese der täglichen Routine zuwiderlaufende Aeußerung einigermaßen außer Fassung gebracht, konsultirt den Direktor und dieser, ein alter Soldat, entscheidet: „Für drei Bekenntnisse, das anglicanische, presbyterianische und katholische, sind in dem Mountjoy-Gefängniß Seelsorger angestellt, der Gefangene hat keine Religion, in den Registern befindet sich eine Rubrik mit der Ueberschrift „Confession“, dieselbe muß ausgefüllt werden; die Lösung ist also einfach: der Gefangene erhält den kategorischen Befehl, sich zu einer der drei im Gefängniß vorgesehenen Confessionen zu bekennen.“ Er weigert sich und wandert wegen Widersetzlichkeit auf drei Tage bei schmaler Kost in die Strafzelle. Aus der letzteren geht er auf vier Tage als Kranker in das Gefängnißlazareth und weigert sich auch dann noch, sich zum Christenthum zu bekennen. Kurz, es gehörten noch weitere drei Tage in der Strafzelle dazu, den modernen Heiden auf andere Gedanken zu bringen, worauf er dann endlich, durch die Argumente des Direktors überzeugt, den katholischen Glauben annahm. Unter lautem Gelächter hörte das Unterhaus die einfachen und sachgemäßen Angaben des Staatssekretärs über diesen merkwürdigen Fall und vernahm am Schlusse mit Befriedigung, daß die Regierung, seit ihr dieser Fall zur Kenntniß gekommen, Berichte von den übrigen Gefängnißhäusern über das dort in ähnlichen Fällen übliche Verfahren verlangt habe und zu gelegener Zeit eine Instruktion für die Zukunft vorlegen werde.

Italien. [Ueber die römische Frage] glaubt die „Liberté“ folgende Auskunft geben zu können: Trotz aller widersprechenden officiösen Nachrichten französischer Blätter sei die römische Frage seit Mentana auch nicht um einen einzigen Schritt vorangekommen; alle Versuche der französischen Regierung, zu einem Abkommen zu gelangen, um ihre Truppen zurückziehen zu können, seien an Menabreas Weigerung, einen neuen Vertrag einzugehen, gescheitert; Malaret habe auf Befehl zwanzig Mal versucht, „die Ansichten“ seiner Regierung über die römische Frage auszutauschen, Menabrea, welcher die ihm gelegte Schlinge gesehen, habe stets entgegnet, der September-Vertrag sei Italiens letztes Wort in der römischen Frage, und er, Menabrea, werde diesen Vertrag beobachten. Die „Liberté“ fügt hinzu, daß die Lage Frankreichs im Kirchenstaate immer unhaltbarer werde: „wir sind nach Rom hineingekommen, aber wie kommen wir mit Ehren wieder heraus?“

Frankfurter Börse (18. bis 23. Mai.)

	18.		23.			8.		23.	
5% Oestr. National	52⅝		52¾	B	3½% Badische Obl.	82	B	82⅞	B
5% do. Metal. (1859)	61¼		61¼		4% Darmstädt. do.	89⅞	B	90	B
do. (steuerfr.)	49		49		4½% Nassauer do.	94¾	B	94½	
5% do. Lose (1860)	69⅝		69⅝		4% do. do.	86	B	86	B
— do. do. (1864)	86½	B	86½	B	3½% do. do.	82¼	B	82	
Oestr. Kreditl. (58)	—		134	B	4% Kurhess. do.	89	B	89¼	B
5% Bayer. Obligat.	101⅞		101¼	B	3½% Frankf. do.	82		82	
4½% do. do.	94¼	B	94⅝	B	3% do. do.	—		—	
4% do. do.	88		88½	B	6% Amerik. (1882)	76¾		76⅝	
4% do. 100Thl.-L.	99½	B	100½	B	Oestr. Kredit. . .	190		189	
4½% Würtemb. Obl.	93½	B	93¾	B	Oestr. Nat.-Bank	713	B	707	
3½% do. do.	82½	B	82½		Frankfurter do.	124		124⅛	B
4½% Badische do.	91½	B	93⅝		Bexbacher E.-B.	150½		150⅝	B
4% do. do.	87	B	87⅝	B	Bayer. Ostbahnen	123¾	B	125	B

23. Mai. Die Politik lässt den Börsenberichterstatter in der abgelaufenen Woche völlig im Stiche; die langen und heissen Debatten in Berlin und Paris galten nur den Fragen über Zölle und Steuern, und das kümmert, da ja in der Hauptsache Alles beim Alten bleibt, die Börsen blutwenig. Trotz Geldüberfluss, trotz friedlicher Aussicht können sie aber kein rechtes frisches Leben gewinnen und schleppen sich in langweiliger Indolenz von einem Tage zum andern fort. Den deutschen Börsen und namentlich der unsrigen ist durch die traurigen Finanzverhältnisse in Oesterreich eine wichtige Lebensader unterbunden. Die Angelegenheit hängt noch immer in der Schwebe und erst in den nächsten Tagen werden die Verhandlungen im Wiener Reichsrathe ihren Anfang nehmen. Nach den bisherigen Vorgängen zu schliessen, ist wenig Trost für die Staatsgläubiger vorhanden. Der Finanzausschuss des Abgeordnetenhauses hat schliesslich aus der ministeriellen Vorlage wegen der Unification der Staatsschuld noch diejenigen Bestimmungen beseitigt, welche mit einer zwangsweisen Ausführung der Konversion in Widerspruch stehen.

Dass unter solchen Verhältnissen von einem Geschäfte in österreich. Fonds nicht die Rede sein kann, ist selbstverständlich. Bei der Unsicherheit darüber, was man den Gläubigern schliesslich noch lassen wird, ist eine auch nur annähernde Werthberechnung zur Zeit unmöglich. Die Kurse sind bei dem verlassenen Geschäft fast ganz unbeweglich, natürlich mit Tendenz zum Weichen, sobald vereinzelte Verkaufsaufträge der Besitzer Material auf den Markt werfen. Wenn die Wiener Börse nicht immer noch eine entsprechende Aufnahmefähigkeit an den Tag legte, würde der Kursrückgang ein viel erheblicherer sein.

Süddeutsche Fonds aller Gattungen in guter Nachfrage und Kurse merklich höher gegangen. Das solide Kapital kehrt um so mehr zu ihnen zurück, als die finanziellen Vorgänge in Oesterreich von neuem

---

daß A. W. als zehnjähriger Knabe wegen verschiedener kleiner Diebstähle zur Untersuchung gezogen, aber wegen mangelnden Unterscheidungsvermögens nicht bestraft, sondern im Juni 1857 in der Anstalt zu Brauweiler untergebracht wurde; daß er dort das Schusterhandwerk lernte und im November 1859 von dort entlassen und zu Elberfeld als Schusterlehrling untergebracht wurde; daß er sich hier Anfangs gut betrug, dann aber im Jahre 1860 wegen kleiner Diebstähle zu kurzen Gefängnißstrafen verurtheilt wurde; im Frühjahre 1861 als vierzehnjähriger Knabe auf die Wanderschaft ging und einige Zeit zu Brüssel als Graveur arbeitete; endlich, daß er zu Mecheln wegen mangelnder Unterhaltsmittel aufgegriffen und über die preußische Gränze gebracht wurde. Von da ab bis zum März 1864 fehlen amtliche Feststellungen, und an ihre Stelle treten wieder die eigenen dürftigen Angaben des abenteuernden jungen Mannes, der nach seiner Ausweisung aus Belgien mit einem holländischen Kauffahrer nach Newcastle gekommen sein will, allem Anscheine nach aber große und mannigfache Reisen gemacht haben muß, da er Gelegenheit fand, mehrere Sprachen zu erlernen. Im März 1864 kam er wieder nach Elberfeld, wo er sich einen Paß als Schuhmacher und Matrose ausstellen ließ, mit welchem er die Wanderung nach Hamburg antrat. A. W. hatte sich damals schon eine gewisse Tournure angeeignet, die es ihm möglich machte, mit Hülfe falscher Bescheinigungen eines Capitäns vom Schiffe „Flora of Glasgow“, worin gesagt war, daß der Seconde-Lieutenant dieses Schiffes, Ferdinand Freiherr von Fürstenau-Alma, sich in unglücklicher Lage befinde, weil das Schiff in Folge einer Explosion gescheitert sei, in der Rolle dieses Freiherrn von Fürstenau-Alma aufzutreten und zu betteln, wozu er außer jenen Bescheinigungen auch Visitenkarten benutzte, lautend auf: F. Freiherr von Fürstenau-Alma, Seconde-Lieutenant an Board of the Warrior. Zu Hannover ließ sich unser A. W. wieder Paßformulare für englische Marine-Offiziere drucken. Seine nächsten Erlebnisse resumiren sich nun, wie folgt: Wegen Bettelei zur Verantwortung gezogen, bestraft und nach Bückeburg ausgeliefert, hier abermals wegen Betteln, Führung eines falschen Namens und Annahme des Adelsprädikats bestraft und nach Minden transportirt, dort im Mai 1864 wegen derselben Vergehen verurtheilt und eine Zeit lang in der Arbeits-Anstalt zu Benninghausen detinirt. Von hier entlassen, ging A. W. nach Swinemünde und blieb seitdem verschollen. Doch ist gewiß, daß er seit Oktober 1866, nachdem es ihm zu London gelungen war, einen Paß auf den Namen Arthur Beresford Lyndhurst zu erschwindeln, unter diesem Namen auftrat. Nach aufgefundenen Papieren hat er sich im Januar und Februar 1867 zu Greenock in Schottland aufgehalten, wo er als Offizier der italienischen Marine auftrat und als Dolmetscher in dem Geschäfte eines Schiffsmäklers thätig war. In Irland will er, als des Fenierthums verdächtig, verhaftet gewesen sein. Von Greenock begab er sich nach einigen anderen Orten Schottlands, wo er wegen Schwindeleien in Untersuchung gerieth und eine achttägige Gefängnißstrafe zu verbüßen hatte. Im April und Mai finden wir ihn zu Manchester, Anfangs Juni zu Antwerpen, im Juli und August zu Harwich und Scarborough, auch einige Male zu Rotterdam, wo er sich abermals Visitenkarten und Paßformulare für englische Offiziere drucken ließ. Gegen Ende August erschien er zu Crefeld, wo er sich als Lehrer der englischen, französischen und italienischen Sprache niederlassen wollte und einige 100 Formulare zu Zeugnissen der Vorbereit-

einen sprechenden Beweis dafür geben, dass hohe Zinsen immer eine Gefahr für das Kapital selbst involviren. Namentlich waren 4½ Proz. Bayern sehr gesucht, nicht minder auch 4½ Proz. Württemberger. Bayerische Loose haben den Parikurs überstiegen und Badische sich ½ Proz. auf 97½ gebessert. Von auswärtigen Fonds erhöhten 5proz. Pfandbriefe des Russischen Bodenkredit-Vereins, in denen Manches umging, ihren Kurs um 1 Proz.; es hat bereits die erste ziemlich starke Ausloosung stattgefunden. — Unsere Börse wird immer kosmopolitischer; in den letzten Tagen fanden auch einzelne Umsätze in Türken statt, von welchen Posten gegen österreich.-englische Metalliques eingetauscht wurden; wenn man in Wien auf dem betretenen Wege fortfährt, könnte es sich ereignen, dass man bei einer solchen Operation kein schlechtes Geschäft macht.

Die durch die Verhältnisse gebotene Vernachlässigung der österr. Fonds kommt den amerikanischen Papieren trefflich zu Statten; das Privatpublikum, welches ihnen in letzter Zeit fast ganz den Rücken zugekehrt hatte, wendet sich ihnen wieder zu. 1882er haben den 76er seit Anfang der Woche überschritten und schliessen zu 76½; auch 1885er Bonds und alte 1881er begehrt.

Oesterr. Staatsbahnen waren die Woche über sehr stationär; sie verlassen dieselbe mit einer Einbusse von fl. 2½ zu 259. Sehr beachtet waren bayer. Ostbahnen, die bis 175 bezahlt wurden, wir haben zu wiederholten Malen auf die Preiswürdigkeit des Effects aufmerksam gemacht, das noch einer schönen Zukunft entgegensieht. Ueberhaupt ist der Verkehr unserer süddeutschen Eisenbahnen in gutem Fortschreiten begriffen. So zeigt der April-Ausweis der hessischen Ludwigsbahn ein Plus von 33½ Prozent gegen den gleichen Monat des Vorjahrs; in ausserordentlicher Weise vermehrte sich der Güterverkehr, der um nahezu 60 Prozent gestiegen ist. Seit Anfang des Jahres beträgt das Plus der alten Strecken allein (ohne die Zweigbahn Worms-Alzei) fl. 165,094 oder 18 Prozent. Die neuen nachbarlichen Emissionen erhalten sich in gutem Verkehr; namentlich war in Alzenzbahn bewegtes Geschäft. — Von Prioritäten Staatsbahnen höher, auch Livorneser in guter Frage.

Vom Geschäfte in Creditaktien ist nichts Wesentliches zu berichten. Oesterreichische folgten den Schwankungen in Wien und bleiben heute 189, um fl. 2 schlechter als vorige Woche; österreich. Nationalbank büssten fl. 7 auf 707 ein. Frankfurter Bank fest zu 124.

Der Geldstand erhält sich in der langgewohnten Fülle. — Fremde Devisen im Allgemeinen still; Paris etwas höher und auch London in den letzten Tagen in kurzer Sicht wieder fester.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. 5. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	60⅜—⅞ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	51⅝—⅞ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	48½ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	49½ P. ¼ G.
"	4½pCt.	41 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅛ P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94¼ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅝ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅛ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88½ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⅞ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¾ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅝ G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	84¼ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¾ P. ⅛ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. inn. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6pCt. à 100 Dll. 1882 fl. 2½	77¼ G.
"	6pCt. ditto v. 1882	76½—¾ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124¼ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien.	710P 709 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191 P. 90 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	91 P. 90¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	223½P. 22½G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	316 P. 315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111½ P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259—60 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87¾ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105 ½ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	62 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72⅞ P. ⅜ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	175⅛ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105P. 104¾ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	85⅝—½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅝—⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101⅜—⅝ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅜—⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	148¼ P. 47¾ G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
" fl. 500 v. 1860 6/7	69⅞ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 P.
" do. v. 1864	83 P.
4 pCt. Bayer. Prämi.-Anl.	100⅞ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅞ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	58 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145½ P.
" fl. 25 do.	39 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	38 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Frankfurt, 25. Mai. Die heutige Ultimoliquidation ging außerordentlich leicht von Statten, da schon in den Vortagen zahlreiche Prolongationen zu äußerst mäßigen Zinsen erledigt waren. Credit- und Staatsbahn-Aktien waren circa 1 fl. höher als gestern. In österr. Staatspapieren herrschte beim Beginn des Geschäftes Stückemangel, welcher eine kleine Coursaufbesserung zur Folge hatte. Nachdem jedoch alle Deckungen bewerkstelligt waren, ermatteten österr. Anlagepapiere wieder und schlossen niedriger. Namentlich trat für englische Metalliques ein starkes Angebot zu niedrigeren Coursen auf. Amerikaner zu unveränderten Coursen im Umsatz. (Synd.)

ungsschule zu London drucken ließ, dann aber sein bei der königl. Regierung zu Düsseldorf eingegebenes Concessions-Gesuch wieder zurückzog. Ende Oktober kam er nach Coblenz, wo er bei einem Engländer als Assistenz-Arzt auf dem königl. Schiffe Thunder 8 Thaler erbettelte. Eine zu St. Goar versuchte gleichartige Schwindelei hatte keinen Erfolg. Im November gelangte W. als Student der Medizin nach Heidelberg, wo er anfänglich Uniform trug, aber sehr bald wieder das Feld räumte, nämlich nachdem sein Wirth, der falsche Dollarstücke bei ihm gesehen, ihm die Rechnung vorgelegt hatte. Am 11. November ließ sich W. zu Luxemburg in der Uniform eines Marine-Offiziers photographiren. Von dort ging er über Ems, wo er sich bei einem dortigen Lehrer als Offizier vorstellte und in dieser Qualität 4 Thaler entlieh, nach Gießen, wo er sich zwar als Studiosus medicinae einschreiben ließ, sich aber auch schon als Doctor medicinae ausgab und als solcher Recepte verschrieb, die auch wirklich in einer dortigen Apotheke gemacht worden sind. (Unter seinen Papieren wurde eine gedruckte Tabelle über die in der preuß. Pharmakopöe üblichen Maße und Gewichte gefunden.) In das abenteuerliche Leben des jungen Wupperthälers spielt auch ein Liebesverhältniß mit einer anscheinend ganz achtbaren englischen jungen Dame, von der Briefe an ihn nach Gießen gelangten und die, nach einem photographischen Porträt zu urtheilen, von ungewöhnlicher Schönheit sein muß. Bezüglich seiner Verhältnisse in den Jahren 1865 und 1866 gehen die eigenen Angaben des A. W. dahin, daß er im ersteren Jahre Hauslehrer im Hause des Lord Clarence gewesen sei; Umstände hätten ihn genöthigt, diese Stellung aufzugeben. Nachdem er noch in Brighton als Hauslehrer fungirt, sei er als Dolmetscher mit einem Amerikaner auf Reisen gegangen und zwar nach Italien, der Türkei, Armenien, Syrien, Palästina, Nubien, Abessinien und Ostindien. Die Rückreise sei über Beyrut und Alexandria nach Griechenland, von da über Bonal, Algier, Tanger und Gibraltar genommen worden. In Spanien habe er sich, um die spanische Sprache zu erlernen und Medizin zu studiren, 7 bis 8 Monate zu Salamanka aufgehalten, von wo er über Paris nach Schottland gegangen. Zu Greenock habe er sich als ausländischer Korrespondent, dann zu London als Mitarbeiter einiger Journale beschäftigt.

Die zu Gießen geführte Untersuchung endete damit, daß August W. wegen Führung eines falschen Namens und Gebrauchs eines auf seinen Namen nicht ausgestellten Passes vom großh. Stadtgericht zu 8 Wochen Gefängniß verurtheilt wurde.

Wenn man bedenkt, daß W., ohne regelmäßigen Schulunterricht erhalten zu haben, es dahin gebracht hat, daß er Romane schreiben, korrespondiren, Deutsch, Englisch, Französisch, Italienisch, Spanisch und Holländisch sprechen kann, und zwar das Englische so gut, daß er gebildeten Engländern gegenüber sich als deren Landsmann vorstellen darf, dann kann man dem vom Polizeirath Rover ausgesprochenen Bedauern, daß ein mit so reichen Geistesgaben ausgestatteter junger Mann auf schlimme Wege gerathen ist, gewiß nur beistimmen.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 147.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 27. Mai 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 25. Mai. [Zollbundesrath. Zur Ablehnung der Petroleumsteuer.] Mit der Schließung des Zollparlaments ist keineswegs auch die Schließung der gegenwärtigen Session des Zollbundesrathes verbunden; die Sitzungen desselben werden noch fortdauern, indem das vorliegende Material, welches sich zum Theil auf solche Punkte bezieht, die einer Mitwirkung des Zollparlaments nicht bedürfen, theils auf solche, welche Vorlagen für das nächste Zollparlament vorbereiten, noch immer sehr bedeutend ist. Wahrscheinlich wird sich derselbe indeß gleich nach Erledigung des Allerdringendsten vorläufig vertagen. — Ministerielle Correspondenzen von hier beklagen inzwischen bereits die finanziellen Verlegenheiten, zu welchen die Beschlüsse des Zollparlamentes im Norddeutschen Bunde, ihnen zufolge, sicher führen werden. Es werde nunmehr nichts übrig bleiben, als die Zollausfälle durch erhöhte Matricular-Umlagen zu decken, deren jetzige Höhe bereits von den Regierungen der Bundes-Kleinstaaten als nahezu unerschwinglich bezeichnet werde. Daran hätte das Zollparlament denken sollen, bevor es für die Bundes-Finanzen Einnahmequellen versagte, „durch deren Eröffnung, ohne erhebliche Belastung der Steuerzahler, auf die einfachste und am wenigsten drückende Weise Einnahmen und Ausgaben des Bundes-Budgets hätten in Einklang gesetzt werden können." Als ob nicht die Süddeutschen sämmtlich, die bayerischen Minister mit eingeschlossen, schon die bewilligten 6 Thlr. Tabaksbesteuerung als eine für den Anfang zu erhebliche Belastung betrachteten! Und was den Petroleumzoll betrifft, so betrachtet z. B. die national-liberale „Magdeb. Ztg." den Widerstand gegen diese Beleuchtungssteuer als geradezu eine Lebensfrage für das Zollparlament und die Partei. Es hätte der radicalen Agitation in der Masse des Volkes Thür und Thor geöffnet, wenn es den Weingenuß der wohlhabenden Classen durch Herabsetzung des Weinzolles billiger gemacht und zur Deckung dieses Ausfalles das Oel auf der Lampe des bedürftigen Arbeiters vertheuert hätte. „Man hätte damit dem Socialisten- und dem Classenhasse, welchen sie zu erwecken sucht, in die Hände gearbeitet. Es wäre ein berechtigter Anlaß da gewesen, auf die Selbstsucht der Bourgeoisie zu schimpfen, welche die Steuerlast von den Gegenständen ihres Genusses abzuwälzen und auf die Schultern des vierten Standes zu legen suche." Und dazu kommt, daß eine Petroleumsteuer außerdem nach demselben Grunde eine schlechte Steuer ist, wie die Steuer auf Eisen, weil auch das Petroleum gleich dem Eisen mehr noch ein Erwerbsmittel als ein Genußmittel ist, und weil, wie auch der Abg. Lasker hervorhob, Consumtionssteuern zu legen sind auf Artikel, deren Verbrauch mit dem steigenden Wohlstande sich vermehrt, nicht aber auf solche, welche selbst zur Erzeugung des National-Wohlstandes verbraucht werden.

— [Bismarcks Ansicht über einen Krieg mit Frankreich.] Herr Bamberger schreibt an seine Wähler: „Es ist eine höchst wissenswerthe Thatsache, daß der preußische Premierminister gegen einen Krieg mit Frankreich eine grundsätzliche Abneigung hat, weil er ihn für eine nicht genug zu beklagende Kulturstörung hält, weil er die Ansicht hat, daß ein noch so glänzender Sieg doch nur mit den größten Opfern erkauft werden könnte und weil eine noch so harte Niederlage das französische Volk nur dahin führen könnte, noch eifersüchtiger als vorher auf Deutschland zu werden und nach einem ersten verlorenen Feldzuge alsbald einen zweiten zu versuchen. Es gibt viele Leute hier, die behaupten, Bismarck habe zwei große Fehler begangen, einmal, als er in Nikolsburg lieber die Mainlinie angenommen, als sich in einen Krieg mit Frankreich verwickelt, zum Anderen, als er bei der Luxemburger Frage nicht losbrach, weil damals Preußen in Rüstungen und Armee-Organisation Frankreich so weit voraus gewesen wäre. Allein ich denke, diese zwei Fehler — wenn es solche wären — gereichen ihm jedenfalls zu größerer Ehre, als die geschicktesten Kunstgriffe, und ich glaube auch nicht, daß es falsch ist, wenn Herr v. Bismarck dem Grundsatze huldigt: ein Krieg zwischen beiden Völkern sei die größte aller uns drohenden Calamitäten, und so lange nicht mathematisch bewiesen sei, daß dieser Krieg auf alle Fälle kommen müsse, so lange sei die erste aller Pflichten, ihn zu vermeiden und der Zeit Spielraum zu lassen, Europa von den

Die letzten Tage vor Magdala. Die Auslieferung der Gefangenen.

Die bereits geschilderte Erstürmung Magdalas wurde den englischen Truppen durch die Entmuthigung der Truppen Theodors in Folge der Schlacht am Charfreitage bedeutend erleichtert. Hätten die 3000 Mann, welche die Engländer in dem Arogy-Thale angriffen, in der Festung wohl verschanzt, den Sturm abgewartet, dürfte der Erfolg, wenn auch nicht zweifelhaft, doch mit bedeutendem Blutverluste erkauft worden sein. Um dem Verlaufe der Thatsachen mit Klarheit folgen zu können, müssen wir da anknüpfen, wo die früheren Berichte — bis zum 9., dem Gründonnerstage, reichend — abschlossen:

Man wird sich erinnern, daß in ihnen zuletzt mitgetheilt worden war, wie die Expedition den äußerst schwierigen Djeddafluß passirt hatte und vor dem Flusse Baschilo, etwa 18 Meilen von Magdala, stand. Am Morgen des 9. April überschritt die ganze erste Brigade den von heftigem Gewitterregen angeschwollenen Fluß, nachdem Obrist Phayre zur Recognoszirung der Gegend und Aufsuchung eines günstigen Lagerplatzes für die Nacht vorausgeschickt worden war. Vom jenseitigen Ufer des Flusses führten 2 Wege nach Magdala, oder besser gesagt, nach dem Plateau von Arogy am Fuße der Anhöhe von Fahla. Der eine war die von Theodor angelegte Straße, welche das Arogythal eine Strecke weit verfolgte, sich dann aber nach rechts, auf das Plateau zu, hinwendete. Da jedoch aus strategischen Gründen nicht rathsam erschien, diesen Weg einzuschlagen, nahm man den andern, der über mehrere zwischen dem Flusse und dem Arogyplateau liegende Anhöhen hinwegführte. Der Marsch war sehr beschwerlich, der Tag schrecklich heiß und Wasser nirgendwo zu finden. Ursprünglich schien beabsichtigt, auf der ersten Anhöhe zu campiren, doch rückte Oberst Phayre in Folge eines Mißverständnisses zu weit vor, bis in die unmittelbare Nähe von Fahla und in den Bereich der dort aufgepflanzten Geschütze.

Dies gab die Veranlassung zum Kampfe. Theodor, welcher das Heranrücken des Feindes genau beobachtet hatte, glaubte die Gelegenheit gekommen, ein gutes Stück Beute zu machen und den Muth seiner Truppen zu erhöhen. Daher eröffnete er fast unmittelbar, nachdem sich die Rekognoszirungstruppe auf der Anhöhe gezeigt hatte, das Geschützfeuer von Fahla aus, und gleichzeitig machte eine große Schaar abessinischer Truppen — die Schätzungen laufen weit auseinander, man spricht von 2000, andere sagen 5000 — einen Ausfall. Es waren Fußgänger und Reiter, theils mit Musketen, theils mit Speeren bewaffnet. Alle Berichte stimmen darin überein, daß die Wilden den äußersten Muth zeigten, daß sie ihre Speere wohl zu handhaben verstanden und die Reiter ihre Rosse mit großer Geschicklichkeit lenkten. Mit lautem Freudengeschrei empfingen die englischen Truppen den Feind, der begleitet von den dumpftönenden Kanonenschüssen von Fahla und Islamgy her, auf sie eindrang.

Sonderbarer Weise verfehlte aber die feindliche Kanonade ihre Wirkung vollkommen und obwohl einzelne Kugeln, aus einer Zinn- und Eisenkomposition angefertigt, sowie große Steine, die ebenfalls aus den Kanonen geschossen wurden, dicht über den Köpfen der Truppen hinwegsausten, waren sie doch sehr harmloser Natur. Von den Engländern verwundeten sie keinen Einzigen, von den eigenen Leuten dagegen tödteten sie mehrere. Theodor selbst war zur Beaufsichtigung der Geschütze zurückgeblieben, welche zu bedienen er die gefangenen Handwerker zwang. Der berühmte große Mörser, der ihm so ungeheure Mühe gemacht, sprang beim ersten Schusse.

Inzwischen waren auf dem Schlachtfelde 7 Kompagnien eingetroffen, welche sich eiligst in Schlachtordnung aufstellten und dem Feinde unter Beihülfe der Artillerie gehörig zusetzten. Bald war die

Zuständen zu befreien, welche dermalen eine solche Gefahr im Schooße bergen. Es wird Ihnen nicht uninteressant gewesen sein, zu hören, daß, trotzdem man hier Friedensdemonstrationen nicht mit zu viel Nachdruck behandelt sehen will, trotzdem man auch stellenweise aus oratorischem Bedürfnisse einmal die Hand auf den Degengriff legt, doch der erste Mann in der deutschen Politik über die Gefahr eines Zerwürfnisses zwischen Deutschland und Frankreich der humansten Anschauung mit Bewußtsein ergeben ist." Die humanste Ansicht ist sicherlich auch die weiseste.

— [Vom Feste der Süddeutschen] am Samstag in Tivoli theilen wir nachträglich noch den geist- und gemüthvollen Toast Berthold Auerbachs mit: Er wolle erklären, was ein Eigenbrödler sei. Damit bezeichne man in Süddeutschland einen einseitigen Menschen, der eigentlich nur ein Brod für sich backe. Nun aber habe der Fortschritt der Kultur es dahin gebracht, daß das Brod jetzt in großen Massen gebacken würde, und da können wir zu den Süddeutschen sagen: schickt uns gute Gesellen und Meister hieher, die nach Eurem Geschmacke backen. (Bravo!) Denn auch wir strecken hungernd die Hände der geistigen Freiheit entgegen. Hoffen wir ja doch, daß das Zollparlament nicht lange die erste ungeschickte Sylbe haben wird. Das Zollparlament ist der große Fortschritt, weil die materiellen Vortheile den menschlichen Geist zu Erfindungen anregen, denn auch Columbus und Guttenberg schufen ihre Erfindungen, um die Concurrenz zu beseitigen und materielle Vortheile zu erringen; aber der Geist sprach alle großen Entdeckungen sich zu; so wird das Zollparlament hervorgehen, obgleich es jetzt noch materiellen Dingen gilt, und der Geist, der da lebt in der Geschichte, wird aus demselben hervorleuchten. (Beifall.) Es gibt eine Strömung, die überall die Marksteine beseitigt, die Strömung des deutschen Geistes. Wir Süddeutschen haben drei große Lehrer nach Norddeutschland geschickt; nicht weit von hier liegt der eine begraben, dessen Vorfahren auch Brod gebacken haben, ein großer deutscher Geist — Hegel. Der zweite Geist stammte aus dem badischen Lande, der vor nicht langer Zeit zur Grabesruhe eingegangen ist, der sich gefreut haben würde, wenn er den heutigen Tag hätte schauen können; und dieser war August Böckh. Der dritte Mann, den der Süden nach dem Norden geschickt, auf den Berlin lange gewartet, — er wird die Gendarmen vertreiben, und der Gendarmenmarkt wird Schillerplatz heißen*) Schiller hat das große Wort gesprochen: „Wir wollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr." (Beifall.) Was ist es, das jene große Strömung in uns aufrecht erhält? Erlauben Sie mir ein Beispiel aus der Bibel. Als Jakob mit dem Engel gerungen, sagte er zu ihm: „Ich lasse dich nicht, du segnest mich denn!" und so sagt auch Berlin zu den scheidenden Brüdern aus dem Süden Deutschlands: Ich lasse Euch nicht, Ihr segnet mich denn! (Stürmischer, anhaltender Beifall.) Und nun erlauben Sie mir noch einen Blick in die Zukunft, da der Tag kommen wird, an dem alle Völker, alle deutschen Stämme hier zusammenkommen werden. Wie werden sie da, die Völker, zu dem Standbilde aufschauen und Kränze niederlegen und ausrufen: Du hast gesagt, wir sollen sein ein einig Volk von Brüdern, in keiner Noth uns trennen und Gefahr; sieh her, wir sind ein einig Volk von Brüdern. (Erneuter stürmischer Beifall.) Und auf diesen Wunsch, meine Herren, rufen Sie mit mir aus voller Brust ein helles Hoch!

*) Schillers Standbild steht in Berlin bekanntlich auf dem „Gendarmenmarkt". A. d. R.

Der greise Vorkämpfer der Demokratie, Waldeck, brachte dem deutschen Monat Mai ein Hoch aus. Er bemerkte u. A.:

Ein Mai, ein deutscher Frühling ist uns geworden, so schön, wie ich ihn seit 24 Jahren nicht erlebt habe: das möge uns ein günstiges Omen sein für das Zollparlament; denn der Mai ist ein günstiger Monat, und wenn auch jetzt im Zollparlament nur von materiellen Interessen die Rede ist, die geistigen werden sich nicht davon trennen lassen. Noch im Mai 1815, als Napoleon von Elba zurückkam, da schwebte die Sorge, wie man die deutschen Lande vertheilen könnte; da bekamen wir Preußen am 22. Mai — am heutigen Tage — das gesetzliche Versprechen einer Constitution. (Beifall.) Sie begreifen daher, meine Herren, wie ich es in einer so großen Versammlung aus Nord und Süd wagen konnte, an diesen Monat und Tag zu erinnern. Er ist mir ein Ehrentag, denn an diesem Tage trat auch jenes Versprechen in Erfüllung, indem am 22. Mai 1848 die Nationalversammlung eröffnet wurde. Meine Herren! Es ist nicht alles so geworden, wie wir es wollten, aber wir haben ehrlich gearbeitet und können von diesem Zeitpunkte an unser Streben rechnen. (Beifall.) Dieser Arbeit ist auch der Zollverein entsprossen. Preußen hatte damals einen Minister, einen Mann, den man nicht genug ehren kann, Maaßen, und ich hörte schon damals gleich sagen, daß der Zollverein eine Institution sei, die eine Einigung unserer Nation herbeiführen werde; so weitsichtig waren damals schon viele. Ein Vertrag, der abgeschlossen wurde, durch welchen Bayern und Württemberg diesem Vertrage sich angeschlossen, datirt vom 11. Mai 1833; so vieler Zeit hat es allerdings bedurft, um auch nur das materielle Band um Deutschland zu schließen. Und so lassen Sie mich es hinausrufen und auf diesen wunderschönen Monat Mai mein Glas erheben.

Endlich erhob sich der Abg. Völk, der das letzte Glas dem

Flucht der Abessinier allgemein. Englischerseits wurden darauf die Bergbatterien in 3 Theile getheilt, 2 ihrer Geschütze wurden mit den Pionieren vorausgeschickt, 2 blieben im Centrum und 2 auf dem rechten Flügel. Die Punjaber's müde, Pulver und Blei unnöthiger Weise zu vergeuden, stachen den Feind mit ihren Bayonetten nieder. Während dieser ganzen Zeit stürzte der Regen in Strömen auf die Kämpfenden und nun begann es dunkel zu werden. Gerade hatte General Schneider eine Flankenbewegung kommandirt, um so fast die ganze feindliche Armee vom Rückzuge abzuschneiden, als eine Ordre Sir Rob Napier's eintraf, die Verfolgung nicht zu weit fortzusetzen, noch auch Munition zu vergeuden. Das Ganze ist kaum eine Schlacht zu nennen, es war eine große Metzelei. Ueber 500 Abessinier blieben todt auf dem Platze und wenigstens dreimal mehr wurden verwundet, während auf englischer Seite kein Todter und nur 19 verwundet, darunter 1 Offizier, waren. Unter den Gefallenen befand sich auch der Oberbefehlshaber der abessinischen Truppen, und der König gestand, wie sich später ergab, den Gefangenen ein, daß er seine halbe Armee verloren habe. Wenn dies auch nur numerisch nicht ganz richtig ist, in der Wirklichkeit überstieg der Verlust die Hälfte Streitmacht. Denn, obwohl von den Geflohenen während der Nacht Viele wiederum in sein Lager zurückkehrten, um nicht den Wullu Gallas in die Hände zu fallen, waren es doch die Muthigsten von seinen Truppen, die im Kampfe ausgehalten hatten und gefallen waren.

Der Anblick des Aregythales am nächsten Morgen war ein schrecklicher. Ueberall fiel das Auge auf jene grausigen Scenen, wie sie ein Schlachtfeld immer darbietet, und wie sie die Schlacht vom Charfreitag insbesondere darbot. Unter den Haufen von Leichen zeichnete sich die des Oberbefehlshabers durch das Hemd des Kaisers aus. Diese Auszeichnung machte ihn zum Zielpunkte manches Schusses, indem man glaubte, es sei Theodor selber. Um ihn lagen sieben Häuptlinge, die den Versuch, wenigstens seinen Leichnam den Händen der Feinde zu entreißen, mit dem Tode büßen mußten.

Das neue Snidergewehr hat sich in der Schlacht von Arogy — darin stimmen alle Mittheilungen überein — gut bewährt. Unaufhörlich folgte Schuß auf Schuß, und, wie ein Korrespondent sagt, der Feind fiel vor ihnen wie das Gras vor der Sichel.

Die Nacht nach dem Kampfe, die doch eigentlich den Truppen Erholung und Rast hätte bringen sollen, bot beiden Brigaden, namentlich aber der ersten, manche Beschwerden. Nachdem die Truppen des Morgens um 4 Uhr ein Stück Brod und eine Tasse Thee verzehrt hatten — manche hatten den ganzen Tag noch gar nichts gegessen — nachdem sie einen weiten Marsch zurückgelegt und hart gefochten, mußten sie sich ohne Abendessen, und, was fast noch schlimmer war, ohne jede Bedeckung zur Ruhe begeben. Auf einen nassen Tag folgte eine kalte Nacht. Der Durst war bei einigen Leuten so schrecklich, daß sie an den kalten, feuchten Steinen ihre Zungen zu kühlen versuchten. Feuer, um die durchfrorenen Glieder zu wärmen, durfte auch nicht angezündet werden, denn man fürchtete einen nächtlichen Ausfall des Feindes, eine Furcht, die durch das lebhafte Treiben auf der Anhöhe nicht eben verscheucht wurde. Bei Tagesdämmerung war Jedermann auf den Beinen, die zweite Brigade war inzwischen herangekommen und Befehl eingetroffen, sich zum Sturme bereit zu halten. Doch sollte es sobald noch nicht zum Angriffe auf die Festung selbst kommen.

Theodor hatte gesehen, wie seine tapfersten Truppen von den Händen einer bedeutend geringeren Zahl fielen und wie seine Geschütze diesen Fremden nicht den geringsten Schaden zuzufügen vermochten. Er sah, wie das Zutrauen des Restes der Krieger in ihn gewichen, wie sein Prestige geschwunden sei. Daher dachte er die für ihn günstigsten Bedingungen zu erzielen. Mit Geschenken an Ochsen und Schafen schickte er zwei Parlamentäre ins feindliche Lager, die dem Höchstkommandirenden die Auslieferung sämmtlicher Gefangenen anbieten sollten, falls dieser sich dazu verstände, ihm bei der Wiedereroberung seines Reiches behülflich zu sein. Laute Freudenrufe schallten durch die Reihen der Engländer, als sie am Vormittage des

Wunsche brachte, es möge das Silber in der Fahne des Norddeutschen Bundes sich in Gold verwandeln.

— [Der Rechenschaftsbericht der süddeutschen Fraktion des Zollparlaments an ihre Wähler] ist erschienen. Derselbe verlangt die Sammlung der staatlichen Kräfte Süddeutschlands zum gemeinsamen Handeln, wodurch die Erfüllung der vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland ermöglicht werde, ohne daß ein Aufgehen in Preußen für Süddeutschland zu befürchten wäre, welches so dem Ziel eines einigen freien Deutschlands entgegengeführt würde.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Mai. [Die drei confessionellen Gesetze] haben die kaiserliche Unterschrift erhalten und ihre Promulgirung ist erfolgt. Es ist eine schwer begreifliche Taktlosigkeit einzelner hoher kirchlicher Würdenträger und eine gänzliche Verkennung des Verhältnisses zwischen Staat und Kirche von Seite der klerikalen Blätter, wenn sie auch jetzt noch fortfahren, die gesetzgebenden Faktoren, welche das zwar todtgeborne, aber dennoch seit 10 Jahren wie eine corrosive Substanz wirkende Concordat bei Seite gelassen haben, zu schmähen und herabzusetzen. Der Vorwurf des Vertragsbruches ist unpassend, weil es einleuchtet, daß eine neu hinzugetretene, zur Gültigkeit der Vertragsschlüsse erforderliche Gewalt (die parlamentarische) nicht gehalten sein kann, sich an die Verträge einer früheren (der absoluten) unbedingt zu binden. Die in diplomatischen Beziehungen übliche Rücksicht ist durch die wiederholten Versuche, im Wege der Unterhandlung eine Revision des Concordates zu erwirken, ohnehin beobachtet, und es wird bei dem ganz undiplomatischen starren Widerstande der römischen Curie, die, wie es scheint, Oesterreich als die Achse benutzen wollte, um den Geistesfortschritt unseres Jahrhunderts wieder zurückzudrehen, jedem Unbefangenen klar geworden sein, daß ein großes Reich die Geschicke seiner Millionen nicht von dem Belieben der römischen Curie abhängig machen kann. Dem Gewissen dieser Millionen wird dabei in keiner Weise zu nahe getreten, es wird ihm vielmehr durch strenge Sonderung von Staat und Kirche nur um so reineres und freieres Feld geschaffen.

— [Mühlfeld ist todt!] Der „Süddeutschen Presse" schreibt man: Heute Morgen ist der Geist aus der irdischen Hülle entflohen, die längst zu schwach geworden war, um ihn ertragen zu können. Was Mühlfeld in der politischen Geschichte Oesterreichs und Deutschlands war — es lebt im frischen Gedächtniß Aller; was er im Dienste der Kämpfe für religiöse Freiheit geschaffen, wird fortleben, so lange Oesterreich existirt. — Mühlfeld war im Jahre 1810 in Wien geboren. Er studirte in Wien die Rechte, trieb aber nebenbei so eifrig philologische Studien, daß er mit 21 Jahren an der Wiener Universität Philologie, später Geschichte supplirte. In den vierziger Jahren ward er Advokat. Im Jahre 1848 wählte ihn die innere Stadt Wien nach Frankfurt in das Parlament und mit dem Reichsverweser begab er sich dahin. Er zählte dort zur Fraktion Cafe Milani. Mühlfeld gehörte dem fünfziger Ausschusse an und blieb bis zum letzten Augenblicke in Frankfurt. Er hatte sich von dem Gros seiner österreichischen Collegen getrennt und folgte der Fahne Vinke's, Radowitz.

Allein größer noch als seine Bedeutung in Frankfurt war sein Einfluß in seiner Stellung im österreichischen Reichsrathe nach dem Erlasse des Februarpatentes. Ein Zentralist durch und durch, war er vor allem ein Mann der Freiheit vom Scheitel bis zur Zehe, und so flossen aus seinem Munde schon im Jahre 1861 die meisten Anträge auf Einführung freiheitlicher Institutionen. Der wichtigste darunter war der Antrag auf Erlassung des bekannten Religionsediktes, von dem ich später noch sprechen werde. In Bezug auf die Gestaltung der Monarchie gehörte Mühlfeld zu den Zentralisten, er war ihr bedeutendster Führer, dem sie alle nicht bis an die Brust ragten. Er hielt nach Auflösung des ungarischen Landtages im Jahre 1861 jene Rede, welche die Verwirkungstheorie aufstellte und damit einen niederschmetternden Eindruck hervorbrachte.

Als dann die Periode der Sistirung kam, war er der heftigste Gegner derselben und hielt im Landtage eine Rede, worin er den Grafen Belcredi beschuldigte, den Kaiser zum Wortbruch verleitet zu haben. Mit der Politik des Frhrn. v. Beust hat er sich nie befreundet, und er sprach oft harte Worte über den Reichskanzler. Aber er war so klug, nun den Dualismus als unabwendbare Thatsache stillschweigend hinzunehmen, und er warf sich nun auf das Gebiet der religiösen Freiheit.

Schon 1861 beantragte er sein Religionsedikt, aber Schmerling lag noch befangen in den Armen des Konkordats, und so vergrub man das Religionsedikt in den Archiven des Abgeordnetenhauses. Zu Beginn der diesjährigen Session holte er es abermals hervor und legte es auf den Tisch des Hauses. Es wurde aber in viele Theile zerlegt, und die drei konfessionellen Gesetze, welche der Reichsrath votirte, sind nur Theile desselben. Mühlfeld konnte nicht mehr daran mitwirken. Seine Krankheit, Hypertrophie des Herzens und ein Lungenemphysem, bemächtigte sich seiner, und er konnte nicht mehr entrinnen. Aber das Volk vergißt nicht, daß er das „Religionsedikt" verfaßte. Als Advokat stritt er sich mit Berger um den ersten Platz in Oesterreich, und als Jurist wurde nur Joseph Unger über ihn ge-

---

12. eine kleine Anzahl Leute die Höhe von Magdala herabsteigen sahen, unter denen eine britische Uniform und eine Friedensflagge sich unterscheiden ließen. Es waren zwei Häuptlinge von Magdala nebst Flad und Lieutenant Prideaux, denen die Unterhandlung übertragen worden. Gegen Mittag kehrten sie mit der Antwort zurück, daß Theodor die Gefangenen bedingungslos ausliefern und sich selbst der Königin Viktoria unterwerfen müsse. Noch einmal sandte Theodor die Parlamentäre ins Lager, doch Sir R. Napier gab ihnen dieselbe Antwort, und traurig waren sie im Begriffe, in die Gefangenschaft zurückzukehren, als sie auf dem Wege Kapitän Cameron, Mr. Rassam und alle Anderen, mit Ausnahme von Mr. Flad und einigen der Handwerkerfamilien, antrafen. Am nächsten Morgen wurden alle übrigen Gefangenen, der Franzose Bardel, den man für den schlechten Rathgeber Theodors hält, ausgenommen, freigelassen. Bardel fanden die Truppen später, bei der Einnahme von Islamgy, hinter einem Felsen liegend, sterbend vor Hunger und Fieber. Theodor hatte ihn aus Magdala hinausgejagt. Er wurde ins Feldlazareth gebracht. Die Gefangenen waren alle von gutem Aussehen, nur Kapitän Camerons Gesundheit scheint während der Gefangenschaft stark gelitten zu haben. — Am nächsten Morgen ward ein Ultimatum nach Magdala gesandt, welches Uebergabe auf Gnade oder Ungnade forderte. Da auch auf dieses hin Theodor die Festung nicht auslieferte, wurde die Erstürmung beschlossen und, wie gemeldet, am Ostermontage zur Befriedigung der ganzen civilisirten Welt ausgeführt.

Magdala, wenn auch von Gobaze — der, nebenbei bemerkt, den Engländern nicht den geringsten Dienst erwiesen, sich nicht einmal sehen gelassen hat — in seiner früheren Gestalt verschmäht, reizte selbst, nachdem es nur noch ein ödes Gestein war, noch zum Besitze. Zwei einander feindliche Königinnen kamen in's englische Lager geritten, voll von Hoffnungen, es zu erlangen, die eine, Workeit, Schwester des verstorbenen Königs der Gallas, Amada Beschir, die ihr Reich ungern an ihre großjährig gewordene Nichte abtrat; die andere, eine Tochter Amada Beschir's, ließ es nicht bei Worten allein bleiben; sobald die englischen Truppen den Rückzug angetreten hatten, nahm sie mit einer Abtheilung Infanterie und Kavallerie den Platz in Besitz.

Die Vorhut begann den Rückmarsch am 17., das Hauptquartier folgte am 18. Die Gefangenen dagegen waren um diese Zeit schon eine gute Strecke voraus, eine starke Eskorte wurde ihnen zum Schutze bis Zula mitgegeben, doch verlautete, daß einige der Deutschen gesonnen wären, bleibenden Aufenthalt in Adowa zu nehmen. Wie selbstverständlich, waren alle Leute begierig, die See zu erreichen, denn wenn auch keine Schlacht mehr zu erwarten stand, hatten sie doch noch manche Strapaze vor sich. Das Wetter, trocken und heiß am Vormittage, naß am Nachmittag und kalt in der Nacht, wenig Abwechselung in den Nahrungsmitteln, viel Fleisch, wenig Mehl, weder Rum noch Thee, noch Zucker, noch Gemüse, schließlich der am meisten fühlbare Mangel an Wasser machen auch den Rückzug nicht zu einer Vergnügungsreise.

Noch während der Anwesenheit der britischen Truppen in der Nähe Magdala's fingen die Wullu Gallas an, von der Furcht vor Theodor befreit, ihren Uebermuth an den armen Gefangenen auszulassen. Dieselben hatten nämlich am Fuße der Anhöhe von Magdala ihr Lager aufgeschlagen, um von dort allmälig in die Heimath zurückzukehren. Dieses Lager und die Züge der unglücklichen Heimkehrenden wurden von den spitzbübischen Gallas in großen Truppen umschwärmt. Sie raubten und plünderten Alles, trieben das Vieh hinweg, schleppten Weiber und Kinder in die Gefangenschaft und tödteten Jeden, der sich ihnen widersetzte. Selbst die englischen Maulthiere und Vorräthe waren vor ihnen nicht sicher, 18 Gallas wurden auf ihren Spitzbübereien erwischt und gefangen gehalten. In welchem Maße sie ihr Unwesen treiben werden, wenn die englischen Truppen abgezogen sind, ob sich die Zustände Abyssiniens nicht noch schlimmer gestalten, denn bei Lebzeiten Theodors, muß die Zukunft zeigen.

stellt. Als politischer Mann und als Charakter stand er rein und makellos da bis zu seiner letzten Stunde. Er hatte ein großes Herz und war frei von Neid und Mißgunst. Er haßte nie einen Menschen, der ihn in den Hintergrund drängen wollte und drängte, nicht immer mit lautern Mitteln. Seit 3 oder 4 Jahren schon war er nur eine Ruine, weil seine pekuniären Verhältnisse ihm nicht die vollste Unabhängigkeit gegen Jedermann gewährten, trotzdem er als Advokat ein großes Einkommen hatte.

Oesterreich und Deutschland, für das er ein warmes Herz hatte, verlieren in ihm einen großen und lautern Patrioten.

Ausland.

Frankreich. [Zur Berichtigung.] Der „Armee-Moniteur" bemüht sich, die beunruhigende Form, in der General de Failly sich im Lager von Chalons in Betreff eines wahrscheinlichen Krieges ausgedrückt haben soll, in Abrede zu stellen. Die Journale seien wahrscheinlich von ungeschickten Korrespondenten schlecht informirt gewesen. General de Failly hat in der gewohnten Ansprache an seine Offiziere am Ende der ersten Lagerrevue keineswegs eine Sprache geführt, die einen nahen Krieg als wahrscheinlich hinstellt. Derselbe hat als Commandant des Lagers von Chalons weder eine diplomatische noch eine politische Mission zu erfüllen. „Wenn der Krieg, fügt der „Moniteur de l'Armee" bei, von jemandem, der es zu sagen berechtigt wäre, angezeigt oder einfach nur in Aussicht genommen werden sollte, so würde dies nicht durch den General de Failly oder den Kommandanten irgend eines für bestimmte Zeit und zu einem bestimmten Ausbildungszweck versammelten Korps geschehen. . . ." Im übrigen erklärt der „Moniteur de l'Armee" den Zweck des Lagers einfach durch die Nothwendigkeit, die Truppen mit einem durch den Vorgang anderer Heere eingeführten neuen Gewehre vertraut zu machen. Dieß beweise aber noch lange nicht, daß der Krieg bevorstehe."

Großbritannien. [Disraeli.] Ein Londoner Brief der „Südd. Ztg." gibt eine interessante Charakteristik des trotz dreimaliger Parlamentsniederlage nicht weichen wollenden Premierministers Disraeli: „.... Man braucht den Mann nur einmal zu sehen, um sich zu überzeugen, daß er Alles auf Eclat berechnet, und die ironische, skeptische Weltanschauung, die Verachtung seiner Mitmenschen steht ihm auf der Stirne geschrieben. Er sitzt auf seiner Bank, wie kein anderes Mitglied sitzt, seine Mimik gleicht nie dem Gesichtsausdruck anderer Redner, er hat einen eigenthümlichen Gang, eine ganz originelle Haltung, und er glaubt durch eine ungewöhnliche Finesse jeden Gegner zu entwaffnen. Nie zwar hat er diese seine Talente so sehr geltend gemacht als jetzt, aber er hat das Schicksal aller alten Komödianten, seine besten Knalleffekte hören auf zu ziehen. Er hat den Punkt erreicht, der für einen Staatsmann am gefährlichsten ist: er fängt an, sich lächerlich zu machen. Ein liberales Journal sagte dieser Tage, daß, wenn das Unterhaus das Votum annehmen würde: „Das Haus besitzt kein Vertrauen in die Regierung," so würde Disraeli noch nicht abdanken, sondern lächelnd antworten: „Wir stimmen ganz mit dem Hause überein, wir haben gleichfalls kein Vertrauen in uns." Auf diese Art ist es Disraeli in der Reformfrage gelungen, die liberale Partei zu täuschen, er wich im rechten Augenblick vor dem Schlag zurück, der gegen ihn geführt wurde, schnitt eine Grimasse und stellte sich wieder in Positur. Die ministerielle Krisis dauert jetzt schon seit Wochen, aber sie ist nur in eine Phase getreten, in welcher Disraeli Jedermann überraschen wird, wenn es ihm von neuem gelingen sollte, weder abzudanken, noch das Parlament aufzulösen.

— [Abessinische Nachklänge.] Im Gegensatze zu den Voranschlägen der Regierung bezüglich der abessinischen Expedition gibt ein Correspondent der „Times" den muthmaßlichen Betrag der Kosten auf 7 bis 8 Mill. Pf. St. an. Schon die für die Transportschiffe allein vom Oktober bis Mai inclusive zu zahlende Summe belaufe sich auf etwa 1 Million Pf. St., und für den Ankauf der Transportthiere, Nahrungsmittel und Fourage auf mehr denn 3 Millionen Pf. St. — Mittlerweile hat eine (wirkliche oder angebliche) Locke vom Haupte des weiland Königs Theodor ihren Weg nach England gefunden, und zieht an einem Schaufenster in Plymouth die Menge an! — Der Correspondent des „New-York Herald" bei der abessinischen Expedition, welcher schon verschiedentlich die sonderbarsten Geschichten berichtete, theilt seinem Blatte telegraphisch mit: Gobazye sei für die der Armee auf dem Marsche durch Tigre geleisteten Dienste zum König von Abessinien gekrönt worden, und werde so eine neue Dynastie einführen. — In London aber ist mittlerweile die, ohnehin schon ziemlich umfangreiche, Literatur über den abessinischen Feldzug um eine Schrift vermehrt worden des Titels: „The Abyssinian War from an Abyssinian Point of View. In a Series of Original Communications from a Native Chief. Edited by A. F. Lindley." Das „Athenäum" räumt ein, daß es eine geschickte Vertheidigung des unglücklichen Königs sei, und daß bei einem klügern Benehmen der englischen Diplomaten und Missionäre in Abessinien der kostspielige Krieg nicht unwahrscheinlich hätte vermieden werden können.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt Engl. Met. v. 1852	62 1/2 G.
"	5pCt Engl. Met. v. 1859	61 1/4—1/8 G.
"	5pCt Nationalanl. v. 1854	52—1/8 G.
"	5pCt Metall. Obligat.	46 1/4 G.
"	5 Ct do. steuerfr. 66	49 P. 5/8 G.
"	4 1/2 pCt	41 1/4 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	83 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 1/4 P.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	94 1/4 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	94 1/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	88 3/8 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88 7/8 P.
"	3 1/2 pCt Obl. dto.	81 3/8 P.
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	93 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 1/4 P.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	93 3/4 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 1/2 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2 1/2	78 1/2 P.
"	6pCt. ditto v. 1882	76 1/2—3/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	713—18 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192 P. 91 G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	91 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	323 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitt-Deutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 1/2—60 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151 3/8 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	105 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72 7/8 P. 3/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	125 G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/8 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 3/4 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97 7/8 G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mß. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101 3/4—102 P.
do. in öst. W. l. S.	101 3/4—7/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 3/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70 P.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	133 1/4 P. 1/8 G.
" do. v. 1864	85 5/8 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 1/8 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P.
Badische fl. 35 . . .	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 1/4 P.
" fl. 25 do.	33 7/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 3/8 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	23 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 5/8 P.

Frankfurt, 26. Mai. Auf die Nachricht von der endlich durch den Kaiser von Oesterreich erfolgten Sanction der interkonfessionellen Gesetze, sowie auf bessere Wiener Frühcourse verkehrte man heute mit österr. Spekulationspapieren anfänglich in besserer Haltung als gestern. Creditaktien gewannen über 1 fl. und war in denselben, sowie in Staatsbahn heute etwas lebhafteres Geschäft, als in den letzten Tagen. Die höheren Course für Spekulationseffekten vermochten sich jedoch nicht zu halten, da Berlin mattere Notirungen sandte. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 148.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 28. Mai 1868.

Auf die „Neue Würzburger Zeitung“ kann für den Monat Juni sowohl in der Expedition, wie bei allen königl. Postämtern abonnirt werden.

Süddeutschland.

Großh. Baden. Karlsruhe, 22. Mai. [Verurtheilung.] Gegen den evangelischen Pfarrer Rein fand heute Verhandlung wegen zweier Anklagen statt, die sich auf grobe Schmähung der zweiten Kammer und Ehrenkränkung der Wahlkommission bezogen. Der Angeklagte hatte der letztern in der Kirche u. A. den Vorwurf gemacht, daß sie wissentlich und geflissentlich die Wahlordnung verletze und ferner bemerkt, sie solle Buße thun, damit sie nicht in ihren Sünden sterbe; die Mitglieder der zweiten Kammer waren in einer öffentlichen Ansprache von ihm als „Fettbäuche“ und „Schlingel“ qualifizirt worden. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu einer dreiwöchentlichen Gefängnißstrafe.

Großh. Hessen. Mainz, 23. Mai. [Wahlbestechung.] Gestern wurde von dem hiesigen Bezirksgericht das Urtheil gegen zwei hiesige Geschäftsleute verkündigt, welche der Wahlbestechung zu Gunsten des Abg. Bamberger angeklagt waren. Beide wurden zu 4 Wochen Gefängniß und zur Tragung der Kosten verurtheilt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. Mai. [Maß- und Gewichtsordnung.] Der dem Reichstage vorgelegte Entwurf einer Maß- und Gewichts-Ordnung für den Norddeutschen Bund lautet:

Art. 1. Die Grundlage des Maßes und Gewichtes ist das Meter. Art. 2. Als Urmaß gilt derjenige Platinstab, welcher im Besitze der königl. preußischen Regierung sich befindet, im Jahre 1863 durch eine von dieser und der kaiserl. französischen Regierung bestellte Commission mit dem in dem kaiserlichen Archive zu Paris aufbewahrten Mètre des Archives verglichen und bei der Temperatur des schmelzenden Eises gleich $1,_{00000301}$ Meter befunden worden ist. — Art. 3. Als Urgewicht gilt das im Besitze der königlich preußischen Regierung befindliche Platin-Kilogramm, welches mit Nummer 1 bezeichnet, im Jahre 1860 durch eine von der königlich preußischen und der kaiserlich französischen Regierung niedergesetzte Commission mit dem in dem kaiserlichen Archive zu Paris aufbewahrten Kilogramme prototype verglichen und gleich $0,_{999999842}$ Kilogramm befunden worden ist. — Art. 4. Als Längenmaße gelten das Meter, dessen decimale Theilen und decimale Mehrfache, als Flächungen und Körpermaße die Quadrate und Würfel der Längenmaße. Der hundertste Theil des Meters heißt Centimeter. Der tausendste Theil des Meters heißt Millimeter. Tausend Meter heißen ein Kilometer. Hundert Quadratmeter heißen das Ar. Zehntausend Quadratmeter heißen das Hektar (als Feldmaß). Der tausendste Theil des Kubikmeters heißt das Liter, der zehnte Theil des Kubikmeters heißt das Hektoliter (als Hohlmaß). — Art. 5. Unter einer Ruthe soll eine Länge von 5 Metern, unter einem Morgen eine Fläche von 2500 Quadratmetern, gleich $^1/_4$ Hektar, gleich 100 Quadratruthen, unter einer Klafter ein Körperraum von 4 Kubikmetern verstanden werden, wo diese Benennungen künftig im Verkehre vorkommen. — Art. 6. Als Entfernungsmaß kommt ausschließlich die Meile von 7500 Metern in Anwendung. — Art. 7. Das Pfund, gleich der Hälfte des Kilogramms (Art. 3) bildet die Einheit des Gewichts. Das Kilogramm ist das Gewicht eines Liters destillirten Wassers bei + 4° des hunderttheiligen Thermometers. Das Pfund wird in 500 Theile getheilt, mit decimalen Unterabtheilungen. Der fünfhundertste Theil des Pfundes erhält den Namen „Gramm“. Der hundertste Theil des Pfundes, gleich 5 Gramme, heißt ein Quint. Die decimalen Unterabtheilungen des Gramms sind: das Decigramm gleich $^1/_{10}$ Gramm, das Centigramm gleich $^1/_{10}$ Decigramm, gleich $^1/_{100}$ Gramm, das Milligramm gleich $^1/_{10}$ Centigramm, gleich $^1/_{1000}$ Gramm. Der Centner ist gleich 100 Pfund, gleich 50 Kilogramm. Die Schiffslast ist gleich 4000 Pfund, gleich 2000 Kilogramm. — Art. 8. Ein von diesem Gewichte (Art. 7) abweichen-

Verfassungsjubiläum in München.

München, 26. Mai.

Ein Gang durch die Straßen der Stadt zeigt, mit welch' freudiger Theilnahme hier der fünfzigste Jahrestag unserer Verfassung gefeiert wird: neben den Staats- und städtischen Gebäuden prangen allenthalben eine Menge Privathäuser im bunten Schmuck der Fahnen, Flaggen, Wappenschilder, Teppiche, Kränze; besonders reich geziert zeigen sich die Straßen, durch welche Abends der Fackelzug gehen wird, sowie die Theatiner- und Weinstraße. Um den Fuß des bekränzten Max-Joseph-Denkmals schlingt sich ein reicher Flor von Blumen und Dekorationspflanzen, Guirlanden verbinden die dasselbe umgebenden Kandelaber. Auf dem Karlsthor und den Kirchenthürmen wehen riesige Fahnen in den bayerischen und Münchener Farben. Musik vom Petersthurm kündete am frühen Morgen schon den festlichen Tag an.

Sinnig eingeleitet wurde die heutige Feier durch eine von der Direktion des Aktien-Volkstheaters am gestrigen Abende veranstaltete Festvorstellung bei beleuchtetem Hause, welcher eine Festouvertüre von G. **Krempelsetzer**, Kapellmeister des genannten Theaters, und der folgende Prolog unseres Dichters Hermann Schmid mit entsprechenden scenischen Ausschmückungen vorausgingen.

Prolog

zur Feier des 50jährigen Bestehens der bayer. Verfassung am 26. Mai 1868.

(Schöner Hain mit Blumen und Baumgruppen. Feierlich einleitende Musik; Bavaria sinnend an einen Baum gelehnt, erhebt sich und tritt vor.)

Es prangt ein Hain in unnahbaren Räumen,
Wo gleich der Blumen wandelbaren Arten
Und ragend gleich des Waldes mächt'gen Bäumen
Die Völker stehn im ew'gen Gottesgarten:
Sein Auge wachet ruhlos über ihm,
Und daß, entfaltend sich in Stamm und Zweige,
Ihr inn'res Wesen jede Pflanze zeige,
Schickt er herunter seine Cherubim.
— Mich aber traf ein auserwählt Geschick,
Vom Fuß der Alpen reicht mein froher Blick
Zu Rhein und Main: mich hat der Herr der Welt
Dem schönsten Land zur Hüterin bestellt!

Und nimmer müde hab' ich meines Amt's
Getreu gewaltet — manche tiefe Nacht
Voll Leid und Jammer sah ich niedersinken
Und zagte nicht: auch in der ärgsten Noth,
Durch jede Nacht sah einen Stern ich blinken,
Aus jeder Nacht entglomm ein Morgenroth
— Dem Himmel dankend, der es so gesendet,
Steh' ich dem Tage hoffend zugewendet!

Und freudig ernst in die vergangnen Zeiten
Kehr' ich den Blick, und einen König schau ich,
Der einen edlen Baum ins Land gepflanzt,
Daß er sein Ziel und seine Mitte sei,
Ein frisches Herz, zu dem das Leben kreist,
Ein Zeichen, das zum Ganzen fest verbündet,
Der Theile Flucht, das Haus der Eintracht gründet,
Dem Regenbogen gleich, der lichtverklärt,
Der noch gewitterbangen Welt verkündet,
Daß keine Sündfluth jemals wiederkehrt!
Und fünfzigmal schon trug der Berge Schnee,
Vom Sonnenstrahl besiegt, im Stromesbrausen
Die Frühlingsbotschaft in das ebne Land,
Und herrlich steht der Baum! Vergebens kroch
Der Raupen schwarze Brut hinan und nagte
An seiner Blüthen, seiner Blätter Schmuck!
Vergebens braust der Sturmwind der Gewalt
Und sucht die Wurzeln aus dem Grund zu heben:
Vergebens zuckt der Blitz herab und bricht
Manch edles Reis vom hoffnungsreichen Stamm
— Es steht der Baum nur fester noch bewurzelt,
Der kräft'ge Stamm setzt Ring zu Ringen an,

des Medizinalgewicht findet nicht statt. — Art. 9. In Betreff des Münzgewichts verbleibt es bei der im Art. 1 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 festgesetzten Eintheilung des Pfundes (Art. 7) in Tausendtheile mit weiterer decimaler Abstufung. Dieses Münzgewicht soll zugleich als Gold-, Silber-, Juwelen- und Perlengewicht Geltung haben. — Art. 10. Nach beglaubigten Copieen des Urmaßes (Art. 2) und des Urgewichts (Art. 3) werden die Normalmaße und Normalgewichte hergestellt und richtig erhalten. — Art. 11. Zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehre dürfen nur in Gemäßheit dieser Maß- und Gewichts-Ordnung gehörig gestempelte Maße, Gewichte und Waagen angewendet werden. Der Gebrauch unrichtiger Maße, Gewichte und Waagen ist untersagt, auch wenn dieselben im Uebrigen den Bestimmungen dieser Maß- und Gewichts-Ordnung entsprechen. Die näheren Bestimmungen über die äußersten Grenzen der im öffentlichen Verkehre noch zu duldenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit erfolgen nach Vernehmung der in Art. 19 bezeichneten technischen Behörde durch den Bundesrath. — Art. 12. Bei dem Verkaufe weingeistiger Flüssigkeiten nach Stärkegraden dürfen zur Ermittelung des Alkoholgehaltes nur gehörig gestempelte Alkoholometer und Thermometer angewendet werden. — Art. 13. Der in Fässern zum Verkaufe kommende Wein darf dem Käufer nur in solchen Fässern, auf welchen die den Raumgehalt bildende Zahl der Liter durch Stempelung beglaubigt ist, überliefert werden. Eine Ausnahme hiervon findet nur bezüglich desjenigen ausländischen Weines statt, welcher in den Originalgebinden weiter verkauft wird. — Art. 14. Gasmesser, nach welchen die Vergütung für den Verbrauch von Leuchtgas bestimmt wird, sollen gehörig abgestempelt sein.

Die anderen Paragraphen enthalten Ausführungs-Bestimmungen.

— [Professor Michelis auf dem Index.] In der „Westpr. Z.“ wird mitgetheilt, daß der als Landtags- und Reichstagsmitglied früher viel genannte katholische Professor Michelis, welcher vor einiger Zeit 50 Thesen über „die katholische Kirche in der Gegenwart“ herausgab, worin er u. A. die Aufhebung des Concordats billigte, damit in Rom keine Billigung gefunden hat. Jene 60 Thesen sind nämlich auf den Index der verbotenen Schriften gesetzt worden. Es war selbstverständlich, daß die Syllabusclique sich beeilen mußte, einen neuen Martyrer zu machen. Wenn wir den Professor Michelis recht kennen, so ist er nicht der Mann des schmachvollen laudabiliter se subjecit. („Er hat sich löblicher Weise unterworfen“ — so lautet die Formel, wenn Einer Abbitte thut.)

Koburg. [Dementi.] Die „Koburger Ztg.“ meldet halboffiziell: „Die Nachrichten verschiedener Zeitungen über Verhandlungen zwischen dem Herzog von Koburg-Gotha und der Königin Viktoria, betreffend ein Arrangement mit Preußen über die künftige Annectirung der sächsischen Herzogthümer, sind wir in den Stand gesetzt als müssige Erfindungen zu bezeichnen.“

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 25. Mai. [Zur Finanzfrage.] Die „Frankf. Zeitg.“ schreibt: Eine Mittheilung der „N. fr. Pr.“, wonach das österreichische Ministerium beschlossen haben soll, aus der Verwerfung der Finanzvorschläge Skene's eine Cabinetsfrage zu machen, kommt uns nicht unerwartet. Ihr gestriger Leitartikel ließ bereits ahnen, daß sie eine Andeutung in dieser Beziehung erhalten habe, denn sie redete dem Ministerium mit an ihr ungewohntem Nachdruck ins Gewissen. „Bei alledem“, sagte sie, „verstehen wir noch immer nicht, worauf in aller Welt das Ministerium noch wartet, bevor es unumwunden seinen Entschluß ausspricht, daß es um keinen Preis gesonnen ist, sich zum Vollstrecker der Skene'schen Bankerott-Anträge zu machen. Wir wenigstens sind nicht im Zweifel, daß das Ministerium das nicht kann, nicht darf, ohne seine ganze Vergangenheit abzuschwören. Wir haben noch nicht vergessen, was Giskra an jenem Tage sagte, wo er den Präsidentenstuhl des Abgeordnetenhauses verließ, um seinen Platz auf der Ministerbank einzunehmen. „Die freien Völker werden Europa zeigen, daß sie Lasten tragen werden, die sie als unfreie nimmermehr hätten erschwingen können.“ — Und dann fährt das ministerielle Blatt fort, die ähnlich lautenden Aeußerungen der anderen Minister zu citiren. — Es kommt jedoch nicht bloß darauf an, ob das Ministerium sich den Skene'schen Anträgen opponirt, sondern auch darauf, was für Gegenvorschläge es selber macht, oder was für Vorschlägen es seine Zustimmung ertheilt. So viel wir sehen können, herrscht eine so große Verwirrung auch in den parlamentarischen und ministeriellen Kreisen, daß man die Moralität und Opportunität und Zulässigkeit der Zinsreduktion lediglich von ein paar Procent weniger oder mehr abhängig macht. Der „Wanderer“ bemerkt in Bezug darauf sehr treffend: „Zuvörderst haben sich alle darein ergeben, die Zinsen der Staatsschuld gewaltsam zu reduciren. Die Einen mit ihrem Couponsabzug von 25 pCt., die Anderen von 20 oder von 17 pCt. — sämmtlich Finanzpolitiker, die den Staatsbankerott machen, wenn auch nicht erklären wollen. Am possirlichsten diejenigen, welche einen 17prozentigen Couponsabzug ganz zweckentsprechend, aber nicht genug Worte finden, ihren moralischen Abscheu vor einem 25prozentigen auszudrücken. Diesen sonderbaren Moralisten zufolge unterscheiden sich Ehrlichkeit und Lumperei nicht im Prinzip von einander, sondern im Ausmaß der Zinsenreduktion: ihr ganzer Unterschied dreht sich um 8 pCt. Wer seinen Gläubigern 40 Neu-

---

Und immer neu an immer neuen Aesten
Entfaltet sich die Blatt- und Blüthenkrone!
. . . Den heil'gen Baum, den segnend einst gepflanzt
Der greise Gärtner auf dem Königsthron,
Ihn schirmt und pflegt sein treuer Enkelsohn:
Zu seinem Horte tritt er vor ihn hin
Mit Schild und Wehr, ein ächter Paladin,
Ganz in dem Sinn des Vaters, der da sprach:
Ich will in Frieden sein mit meinem Volke, . . .
Und dann entschwebt' auf einer Segenswolke!
Und immer klarer, immer voller bricht
Des Baumes Kraft und Edelart ans Licht!
Die Ordnung waltet rings in seinem Schatten, —
Dem sichren Landmann reift die eigne Saat;
Der Bürger regt sich zwanglos im Gewerb;
Frei ist das Wort, wie der Gedanke frei;
Die fernsten Fernen zieht das Eisennetz,
Zwingt zur Umarmung Nord und Süd herbei:
Die Farbe glüht, es schallt des Liedes Klang,
Zu Schutz und Ehre für das Vaterland
Blinkt Manneswehr in jeder Manneshand,
Und mit der Sonne regelgleichem Gang
Hoch über allen schreitet das Gesetz!

(Kleine Pause.)

. . . O grüne weiter, königlicher Baum,
Und rage hoch! In deinem Wipfel wohne
Der Vogel Glück als leichter Sängergast,
Die Aeste glänzen von der Früchte Last,
Zugleich wie in des Südens heitrer Zone
In steter Jugend Blüthenkleid gehüllt —
Und wenn dereinst der Völker Sehnsuchtstraum
Zur Wahrheit wird — wenn sich die Zeit erfüllt,
Dann stehe du . . . o käm die Stunde bald! . . .
Der schönsten einer in dem deutschen Wald!

(Wieder vortretend.)

Dich aber, theures Volk, dich will ich mahnen,
Daß es dir nimmer mag vergessen sein,
Welch eine Maiengabe schöner Art
Im Blüthenmonat dir geboten ward;
Präg' es den Herzen deiner Kinder ein,
Und bleibe stets in Schutz und Trutz geschaart
Um deine Perle, deinen Edelstein —
Mit Geisterstimme tönt es laut dir zu!
Mit jenem Baume sinkst und stehst auch du!

(Leise Musik.)

. . . Und feierst du das herrliche Geschenk,
Dann sei des edlen Gebers auch gedenk
Und bringe seinen königlichen Manen
Mit mir den Kranz, wie Dank und Liebe thut . . .

(Das Denkmal Königs Max Joseph I. wird in magischer Beleuchtung sichtbar; Bavaria auf ein Knie sinkend hält ihm den Kranz entgegen.)

Ein leises Beten sende sternenwärts
Und ruf ihm nach . . . „Wohl war die Gabe gut:
„Der sie uns gab, war ja das beste Herz!“

(Musik. Gruppe. Vorhang fällt.) (Südd. Pr.)

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

IX. Sitzung am 23. Mai 1868.

1) Hr. **Kölliker** zeigt einen lebenden mexikanischen Wassersalamander (Axolotl, Siredon) und berichtet kurz über die Lebensgeschichte dieses Thieres, welches in neuester Zeit mit Recht die allgemeine Aufmerksamkeit der Naturforscher erregt hat. Im Jahre 1863 wurden 6 solcher Thiere aus Mexiko in den Pariser Jardin des plantes gebracht. In den Jahren 1865—67 legte das einzige unter denselben befindliche Weibchen in 9 Zeiträumen Eier, welche alle zu einer dem Mutterthiere gleichen Brut sich entwickelten und glaubte man hiedurch die bisher noch unentschiedene Frage, ob der Axolotl ein fertiges Thier oder nur die Larve (Jugendform) eines noch unbekannten Amphibiums sei, erledigt. Allein vom September 1865 an beginnend, wandelten sich nach und nach 10 Individuen besagter 2. Generation in ganz andere Thiere um, welche in der Gestalt dem gewöhnlichen Erdsalamander glichen, und mit einer schon beschriebenen Amphibiengattung, dem in Amerika vorkommenden Genus Amblystoma, Tschudi übereinstimmten. Diese Umwandlung, die je im Laufe von etwa 2 Wochen sich vollzog, beruht auf Folgendem: 1) Verliert der Axolotl

kreuzer mehr von ihrer 5prozentigen Rente abzieht, ist brutal; wer sich mit 40 Neukreuzer weniger begnügt, ist ein Ehrenmann. So ist die Ehrlichkeit auf 40 Neukreuzer taxirt, jedenfalls höher als die ganze Moral werth ist, von deren Standpunkt aus eine solche Taxation vorgenommen wurde.

Ausland.

Schweiz. [Aus dem politischen Bundesbericht 1868.] Der Bericht des politischen Departements der Eidgenossenschaft über dessen Geschäftsführung im Jahre 1868, welcher so eben die bundesräthliche Genehmigung erhielt, berührt die durch die Ereignisse von 1866 veränderte Stellung der Schweiz mit folgenden Worten: „Nach den so folgenschweren Ereignissen des Jahres 1866, welche in Deutschland die Bildung des Nordbundes unter Leitung der Krone Preußen und in militärischer wie volkswirthschaftlicher Hinsicht den Anschluß auch der süddeutschen Staaten an Preußen, in Italien die vollständige Einigung, mit einziger Ausnahme des kleinen, dem heiligen Stuhle gebliebenen Gebietes, herbeigeführt haben, ist die Stellung der Eidgenossenschaft im europäischen System, inmitten vier großer Staatencomplexe, allerdings eine andere, in gewissen Beziehungen schwierigere geworden. Unsere traditionelle Politik jedoch, auswärtigen Verwicklungen so weit thunlich fremd zu bleiben, hingegen auch keinerlei fremde Einmischung in die eigenen Angelegenheiten zu dulden, wird auch künftig zweifelsohne bei sicherer und weiser Handhabung unser Land vor ernsteren Gefahren zu schützen vermögen."

Die Luxemburger Frage figurirt in dem Berichte, wie folgt: „Der durch die Luxemburger Frage entstandenen Kriegsgefahr gegenüber sind vom Bundesrathe im gegebenen Zeitpunkte, sowohl durch offene Erklärung strengster Neutralität, als durch die erforderlichen Vorbereitungen zur gehörigen Handhabung derselben, die den Umständen entsprechenden Maßnahmen getroffen worden."

Auch der französischen Einladung zur Abhaltung einer Conferenz zur Lösung der römischen Frage erwähnt der Bericht. „Da in der Note des kaiserlichen Ministers des Aeußeren die auf einer Conferenz zu behandelnde Frage nur in den allgemeinsten Ausdrücken bezeichnet und alles Weitere den Verhandlungen der Conferenz anheimgegeben war, so trat von vorn herein die Nothwendigkeit für jede Regierung ein, die ganze Frage selbstständig ins Auge zu fassen und sich ein eigenes Programm zu bilden. So fern auch dem Bundesrathe bis dahin die römische Frage gelegen haben mag, so konnte er sich bei obwaltender Sache der Pflicht zur eingehenden Prüfung derselben nicht entziehen, in Folge welcher sodann beschlossen wurde, die Einladung in zustimmender Weise, jedoch unter vollständiger Wahrung freier Entschließung auch bezüglich der Annahme oder Nichtannahme des allfälligen Ergebnisses der Conferenz-Verhandlungen zu beantworten." Im Uebrigen bietet der Bericht nichts von allgemeinem Interesse.

Frankreich. [An die Schutzzöllner] richtet zufolge der im gesetzgebenden Körper diskutirten Interpellationen J. Lemoinne im „Journ. des Debats" einige bedeutungsvolle Worte, die über den Leserkreis des „J. des Debats" hinaus Interesse haben: . . . . „Die großen Industriellen welche jetzt nach einer durch die Kammer geübten Controle verlangen, konnten diese früher sehr wohl entbehren, so lange sie in ihren Interessen nicht berührt waren. Es ist erstaunlich, wie scharf man mit den Augen des Geldkastens sieht. Es sagt ein alter Spruch: „Geht das Baugeschäft, so geht Alles." Als das Baugeschäft ging, verspürten die Herren kein Bedürfniß nach politischer Freiheit. Sie fanden es sehr natürlich, ja selbst nothwendig, daß man vorlauten Menschen den Mund schloß. Zu was Preß- und Wahlfreiheit, zu was Rede- und Versammlungsfreiheit, wenn die Spinnereien in vollem Gange sind? Das Administrativ- und Fakultativsystem war ausgezeichnet, so lange es sich darum handelte, die öffentliche Meinung zu maßregeln und ihre Uebergriffe zu bestrafen. Als aber die Herren sahen, daß dasselbe System auch das Recht verlieh, Handelsverträge abzuschließen, und die Befugniß, die Zolltarife festzusetzen, dann, aber auch nur dann erst fanden sie, daß nicht alles in der besten aller möglichen Verfassungen zum besten bestellt sei. Wir bewundern in der That die Naivetät, mit der sie sich die schönen Tage des Anfangs dieser Regierung zurückwünschen! Welche Größe, welcher Ruhm, welcher Wohlstand! Und wie hat dieser verhängnißvolle Handelsvertrag nicht alles umgeändert! — Jene schöne Zeit, meine Herren Fabrikanten, war die Zeit, in der die politische Freiheit unterdrückt und durch das Gesetz der Nothwendigkeit das allgemeine Schweigen geboten war. Sie befanden sich damals sehr wohl dabei, denn man hatte noch keine Hand an Baumwolle und Eisen gelegt. Wie in der Posse riß man uns damals die Zähne ohne Schmerzen aus, d. h. Sie verspürten keine Schmerzen dabei. Heute finden Sie nun, daß das Wetter nicht mehr so schön ist wie früher und darum kommen Ihnen jetzt die liberalen Ideen, und Sie entdecken urplötzlich, daß ein Land selber seine Ausgaben überwachen und selber den Geldbeutel in der Hand behalten soll. — Wir sind sicherlich dieser Ansicht. Wir sind auch ungemein erbaut von all den schönen Erklärungen über die Nothwendigkeit für ein Land, selber an der Führung seiner Geschäfte mitzuthun und nicht der Willkürherrschaft hierin freie Hand zu lassen. Nur ist es

---

seine zur Wasserathmung bestimmten 3 Paar äußere Kiemen und wandelt sich in ein nur durch Lungen athmendes Thier um; 2) vergeht die für die Bewegung im Wasser unentbehrliche Rücken- und Schwanzflosse und wird der Schwanz drehrund, 3) erhält der Körper eine andere Färbung, 4) ändern sich die Zähne am Gaumen und am Unterkiefer, 5) endlich wandelt sich auch das Knochengerüste in mehrfachen Einzelnheiten um. Das neugebildete Thier athmet Luft, lebt auf dem Lande und hat die Lebensweise eines Erdsalamanders und verhält sich überhaupt zum Axolotl, wie gewisse andere Amphibiengattungen zu ihren Larven, welche letzteren auch im Wasser leben und durch Kiemen athmen.

Diese Thatsachen lassen eine doppelte Deutung zu. Entweder ist der Axolotl eine Larve und die Salamanderform Amblystoma das fertige Thier, oder es sind sowohl das Amblystoma als der Axolotl als fertige Geschöpfe anzusehen. Im ersteren Falle hätten wir das Unerhörte, daß ein nicht ausgebildetes Thier, eine Larve, geschlechtlich sich fortpflanzt, im zweiten Falle das noch Wunderbarere, daß im Sinne Darwin's Eine Thierform eine andere erzeugt. Herr Kölliker ist der Ansicht, daß, wie die Sachen für einmal liegen, eine Entscheidung für die eine oder andere Ansicht nicht gegeben werden kann, vielmehr abgewartet werden muß, was weitere Beobachtungen über den Axolotl und die Salamanderform Amblystoma ergeben. Die lebenden Amblystoma, die Herr K. in diesem Frühjahre in Paris sah, waren im Begriff, Eier zu legen. Es wird sich somit bald zeigen, ob dieselben Larven erzeugen, die sich wie der Axolotl fortpflanzen oder nicht. Ferner muß eine weitere Beobachtung der mehreren 100 in Paris und anderwärts befindlichen Axolotl zeigen, ob dieselben nur mit einem kleinen Bruchtheile, wie es bis jetzt den Anschein hat, oder Alle in die Salamanderform übergehen. Herr K. hat hier 20 lebende durch die Güte des Herrn A. Dumeril erhaltene, aus Paris mitgebrachte Axolotl der 2. Brut und setzt die Beobachtungen fort. Anfangs April legten 2 Weibchen, als er auf der Heimreise begriffen war, in Amsterdam Eier, die sich nicht entwickelten. Am 8. Mai fand hier wiederum dasselbe statt und diesmal entwickelten sich die Eier regelrecht und krochen am 22. Mai die ersten Larven aus, denen bald weitere folgten. Dieß ist somit eine Axolotl-Brut der 3. Generation. — Von Metamorphosen in die Salamanderform zeigen die hier befindlichen Axolotl bis jetzt noch nichts, doch hofft Herr K. mit der Zeit auch diese zu erhalten.

2) Herr Sandberger legt das Blatt VI (östliche Alpenländer) der geologischen Uebersichtskarte von Oesterreich von F. von Hauer, dann die zweite Auflage der geologischen Karte der Schweiz von Escher und Studer und die neueste Schrift über die Eruptionen auf Santorin von Reiß und Stübel vor und erläutert die in diesen Publikationen gebotenen überaus werthvollen wissenschaftlichen Resultate.

Ferner spricht er über die verschiedenen Zustände der Kieselsäure in der Natur unter Vorlage einer Reihe von Stücken und verweilt besonders bei der nun völlig sicher gestellten Paramorphose von Opal nach Quarz von Oloncuczan in Mähren und Göpfersgrün in Oberfranken, welche auch eine genügende Erklärung der von letzterem Orte gefundenen Pseudomorphosen von Speckstein nach Quarz gestattet.

Den Schluß des Vortrags bildet die Demonstration einer neuen hexagonal, aber vollflächig krystallisirten Modifikation der Kieselsäure von 2,2 spec. Gew., welche vor kürzester Zeit von vom Rath auf Klüften eines mexikanischen Trachyts entdeckt und Tridymit benannt wurde. Der Vortragende hat dieselbe und neben ihr farblose Bergkrystalle in einer Druse des Trachyts von Montd'or (Auvergne) wiedergefunden und schließt aus den näheren Umständen des Vorkommens, namentlich aus dem stets mitauftretenden Eisenglanze auf Ausscheidung der Kieselsäure aus Chlorsilicium durch Wasserdampf. Dünne hexagonale Tafeln, welche in der Nähe des Vesuvs (Monte Olibano) und in Vesuvlaven selbst mit sog. Breislackit, Eisenglanz und Sodalith vorkommen, sind wahrscheinlich auch Tridymit. Doch hat der Vortragende an denselben die charakteristischen Drillinge noch nicht bemerkt und das ihm zu Gebote stehende Material eine definitive Entscheidung noch nicht gestattet.

mißlich, daß diese Belehrung so spät erfolgt und so wenig uneigennützig ist."

Japan. [Das Attentat auf die fremden Gesandten.] Eine Correspondenz der „Times", d. d. Kioto, 25. März, enthält interessante Einzelheiten über den Angriff auf den englischen, französischen und holländischen Gesandten auf deren Wege zu einer Audienz beim Mikado. Wir heben das Thatsächliche aus diesem Berichte hervor. Am 20. März verließen die drei Gesandten (die Vertreter von Preußen, den Vereinigten Staaten und Italien hatten die Reise bis nach ihrer Rückkehr von Yokohama aufgeschoben) Osaca und langten gegen Mittag des 21. in Kioto an, um der Einladung des Mikado zu einer Audienz Folge zu leisten. Absicht des Mikado war es, nach den letzten Vorfällen in Osaca, für welche er bekanntlich 11 Japanesen hinrichten ließ, die Beziehungen zu den fremden Mächten zu befestigen. Für den englischen Gesandten war der Tempel von Chionin bereit gehalten worden. Bis zum 23. März, dem für die Audienz festgesetzten Tage, blieb Alles ruhig, und ohne besondere Vorsichtsmaßregeln zu treffen, begab sich der englische Gesandte, Sir Henry Parkes, mit einer starken Escorte auf den Weg zum Palaste des Mikado. Doch kaum hatten sie eine kleine Strecke zurückgelegt, als beim Biegen um eine Straßenecke zwei Bewaffnete auf die Engländer losstürzten, und in großer Wuth mit ihren Schwertern auf sie einhieben. Bald erholten sich die Angegriffenen von ihrer Bestürzung und machten die wüthenden Angreifer unschädlich; Einem derselben wurde durch einen Säbelhieb der Kopf vom Rumpfe getrennt, der Andere stürzte unter Revolverschüssen und Bayonnettstich blutbedeckt zusammen. Aber dies Alles erst, nachdem sie 12 Menschen und vier Pferde verwundet hatten. Mit Mühe gelang es, den Letzteren der beiden Japanesen, nachdem seine Wunden verbunden worden waren, zu dem Geständnisse zu bringen, daß er noch Mitschuldige habe. Erst bei dem dritten, von einem japanesischen Offizier angestellten, Verhör gab er zu, außer dem Getödteten noch drei Mitverschworene zu haben, welche sich in einem Hause verborgen gehalten, um ihnen, wenn nöthig, Hilfe zu bringen. Diese drei wurden zwar sofort verhaftet und verhört, leugneten aber jede Mitwissenschaft ab. Der Gefangene, ein Priester, gab als Motiv zu seiner That Fremdenhaß an, erklärte sich für schuldig, und bat wiederholt darum, nun, da sein Freund — der nebenbei bemerkt, erst 18 Jahre alt war — getödtet sei, auch hingerichtet zu werden.

Der Mikado sandte mehreremale Abgesandte an Sir Henry Parkes, um ihm sein Beileid auszudrücken und volle Entschädigung anzubieten. Den Verwundeten versprach er, falls sie arbeitsunfähig seien, genügende Schadloshaltung, und sollte Einer an den Wunden sterben, seiner Familie eine entsprechende Pension. Auch gegen die Wiederholung solcher fanatischen Ausbrüche hat der Mikado Mittel ergriffen, indem er Mord und Beleidigung von Fremden, die bisher für heroische Handlungen gehalten wurden, für schimpflich erklärte. Einem bezüglichen Erlasse zufolge sollen die solcher Verbrechen schuldig befundenen ihrer Schwerter beraubt und, nachdem ihre Namen von der Liste der Samurai gestrichen worden sind, gemeinen Verbrechern gleich enthauptet werden, ohne das Vorrecht des Harakiri (der Selbsttödtung). Diese Maßregeln werden hoffentlich geeignet sein, in Zukunft den Aufenthalt in Japan sicherer zu machen.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König hat durch allerhöchste Entschließung d. d. Schloß Berg, den 24. l. M. das Nachstehende verfügt:

Pensionirt werden: die Obersten K. Frhr. v. Reichlin-Meldegg, Platzstabsoffizier von der Kommandantschaft München, und C. Frhr. v. Reichlin-Meldegg vom 13. Inf.-Reg., dieser vorbehaltlich der Wiederverwendung.

Versetzt werden: die Oberstlieutenants M. Schuch vom 8. zum 6. Inf.-Reg., und S. v. Herz vom 3. zum 10. Jäg.-Bat.; dann die Majore M. Frhr. v. Horn vom Generalquartiermeisterstab zum 3. Jäger-Bat., Max Graf v. Verri della Bosia, bisher 1. Adjutant des Feldzeugmeisters Prinzen Luitpold, k. H., von der General-Inspektion der Armee, H. Wirthmann vom 13. Inf.-Reg. und F. Muck vom 3. Art.-Reg. zum Generalquartiermeisterstab, C. v. Baur-Breitenfeld vom 10. Inf.-Reg. zum Inf.-Leib-Reg. und K. v. Ballade vom 7. zum 2. Jäger-Bat.

Ernannt werden: zum Platzstabsoffizier: der Oberstlieutenant August Leythäuser vom 2. Inf.-Reg. bei der Kommandantschaft München mit Beförderung zum Obersten; zum Kommandanten der Equitations-Anstalt: der Oberstlieutenant C. Killani vom 1. Uhl.-Reg.; zum Landwehr-Bezirks-Kommandanten der funkt. Landwehr-Bezirks-Kommandant in Landshut Major Fr. Marmann mit Beförderung zum Oberstlieutenant.

Befördert werden: zu Obersten: die Oberstlieutenants H. Diehl, Kommandant der Kriegsschule, im Generalquartiermeisterstab, und K. v. Berg, genannt Schrimpf, vom 6. Infant.-Regiment im 13. Inf.-Regiment; zu Oberstlieutenants: die Majore Th. Fries, und F. Gemmingen Frhr. v. Massenbach, Referenten im Kriegsministerium, M. v. Häckel, A. v. Heinleth und C. Weiß im Generalquartiermeisterstab, P. Dörmühl vom Inf.-Leib-Reg. im 2. Inf.-Reg., F. Frhr. v. Treuberg vom 2. im 9. Jäger-Bat., O. Schmidt im 1. Jäger-Bat., F. Pöllath vom 15. im 8. Inf.-Reg., F. v. Tausch im 11. Inf.-Reg., J. v. Langenmantel vom 1. Chev.-Reg. im 1. Uhlanen-Reg., K. Kißing im 4. Art.-Reg., Edm. Eckart vom 4. im 2. Art.-Reg., Alex. Frhr. v. Freyberg, 2. Adjutant Sr. k. Hoh. des Prinzen Karl von Bayern, im 1. Art.-Reg., K. Frhr. v. Reubeck bei der Artillerie-Berathungs-Kommission, Frz. Frhr. v. Stengel und A. Frhr. v. Lerchenfeld-Abam im 1. Art.-Reg., C. Sprengler bei der Zeughaus-Haupt-Direction (Gieß- und Bohrhaus), Gg. Rögner im Geniestab (Lokal-Genie-Direktion Ingolstadt), Jos. Schwalb, Landwehr-Bezirks-Kommandant in Neuulm, und Fr. Nar, Landwehr-Bezirks-Kommandant in Vilshofen, dann in Anwendung der Bestimmung Ziff. V des Pensions-Normativs vom 12. Okt. 1822 der pens. Major A. Rudolf.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62½ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61⅛—¼ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52¼ P. 52 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	46½ G.
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅛ P. 49⅞ G.
"	4½pCt.	41 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	83 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅜ G.
"	4½pCt. Obl. 1jährl. dto.	94¾ P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	95 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅝ P.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅝ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⅞ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	81⅜ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅝ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94 P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89½ P. ⅛ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	84⅞ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94½ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	4½pCt. Obl. dto.	82¼ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 80	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85¾ G.
N.Amerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	78⅜ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	76⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	196½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	719 P. 17 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191½ P. 90½ G.
Bayer. Hypotheken. Pfandbr. 4 pCt.	91 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 P. 59 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 P. 24½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151⅜ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88¼ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	195¼ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52½ P. ⅜ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75½ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42⅞ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	125¼ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅞ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95—94⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102—101⅞ G.
do. in öst. W. l. S.	101¾—⅞ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63¾ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70½ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	183½ G.
" do. v. 1864	87½—⅜ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101⅛ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	51¼ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56¼ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145 G.
" fl. 25 do.	38⅞ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅞ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13⅝ P.

Frankfurt, 27. Mai. Die Börse war in Folge des israelitischen Pfingstfestes überaus still. Die Grundstimmung war fest, nur Staatsbahn und Creditaktien waren auf Wiener und Berliner Course etwas niedriger. Von Süddeutschen waren besonders badische Loose sehr gefragt und höher, da das Consortium die Verkäufe aus erster Hand eingestellt hat. Darmstädter Bank billiger zu haben. Amerikaner behaupten sich fortwährend gut. Alle Devisen sehr fest, Wien eine Kleinigkeit höher. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland, für Wahrheit und Recht!

№ 149.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 29. Mai 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 25. Mai. [Waarenkunde für Militär-Verpflegsbeamte.] Der „Augsb. Abdztg.“ schreibt man: Nachdem die Vorlesungen über Waarenkunde, die an Offiziere und Militärbeamte gehalten worden, beendigt sind, werden die verschiedenen Vorträge autographirt und den Frequentanten mitgetheilt; auch sollen die Autographieen von Nichtbesuchern obiger Vorlesungen gegen geringe Vergütung angeschafft werden können. Wer nur im Entferntesten mit Militärverpflegung in Berührung kömmt, sollte sich diese Skripten verschaffen, da sie in stofflicher Beziehung über alles Betreffende den besten und klarsten Aufschluß geben und sowohl bei Neubeschaffungen als auch für die Aufbewahrung in den Magazinen die nöthigen Directiven geben. Wie ich höre, sollen sie allen Verpflegsbranchen mitgetheilt werden.

— **[Die Alterthümer der Innungen.]** Ein Artikel der „Allg. Ztg.“ gab die Nachricht, daß, nach Auflösung der Innungen, auch in der edlen Stadt Augsburg die kostbarsten Alterthümer verwerthet sind, und somit in anderes Eigenthum — wer immer der Erwerber sein mag — übergehen. Wir haben — schreibt man neuerdings obigem Blatte — alle Achtung vor jenen Neuerungen, die in der gesunden naturgemäßen Entwicklung der Zeit, abgesehen von den Auswüchsen des allgemeinem längst empfundenem Bedürfniß entsprechenden Fortschrittes,“ begründet sind — und hier meinen wir die Gewerbefreiheit; allein es scheint uns absonderlich, daß bei dem dermaligen Kulturzustande, bei dem Vorhandensein aller erdenklichen historischen, artistischen, gewerblichen und anderen Vereinen, aller Regierungsanordnungen zur Erhaltung von Kunst- und Alterthumsobjekten — derlei Kostbarkeiten altehrwürdiger Städte für diese selbst nicht erhalten werden, sondern wahrscheinlich auswärts zu wandern haben, und zweifelsohne seiner Zeit in irgend einem Museum zu London oder Paris mit gehobenem patriotischen Selbstgefühl von einem Augsburger Touristen zu bewundern sein werden. Sollte sich denn nicht eine Genossenschaft von reichen Bewohnern finden, um höchst werthvolle Sachen, wie sie in dem erwähnten Artikel z. B. von den Innungsgegenständen der „Goldschmiedstube“ angeführt werden, um den wahrlich mäßigen Preis von 6000 fl. zu acquiriren? Auch in Nürnberg — sage in dem alten Nürnberg — hatte sich keiner herbeigelassen, ähnliche Kostbarkeiten, die einen Theil der Geschichte bilden, festzuhalten! Warum fehlen Sinn und Lust, wo doch die Mittel vorhanden? Aber wozu eine „Philippica“, die uns nicht zusteht? Wenn aber dergleichen vorkommt, so drängen sich uns manche Frage und mancher Zweifel unwillkürlich auf. Gerade bei derlei Anlässen müssen wir uns der rastlosen Thätigkeit des vor Kurzem verblichenen Frhrn. v. Aretin lebhaft erinnern, der allerdings mit umfangreichster Vollmacht, aber auch mit großen persönlichen Opfern das vielleicht interessanteste und reichste Museum im Verlauf weniger Jahre geschaffen hat.

— **[Verkehr auf den k. b. Eisenbahnen im Monat April 1868.]** Für die Beförderung von 401,901 Personen wurden 400,528 fl., für Beförderung von 4,616,277 Zentner Frachtgüter und 604,255 Zentner Regiesendungen 1,794,462 fl., für Bagage, Equipagen, Thiere ꝛc. ꝛc. 44,984 fl., im Ganzen also 2,239,976 fl. eingenommen. Im entsprechenden Monate des Vorjahres betrug die Einnahme 1,294,018 fl., mithin heuer mehr um 945,957 fl.

— **[Verkehr auf den bayer. Ostbahnen im Monat April 1868.]** Befördert wurden 172,926 Personen und 1,969,398 Ctr. Güter; die Einnahme für erstere betrug 124,881 fl., für letztere 553,819 fl., für Reisegepäck, Equipagen, Thiere ꝛc. 18,629 fl., die Gesammteinnahme also 697,320 fl., d. i. um 174,872 fl. mehr als im Monat April 1867.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. Mai. [Die Einjährig-Freiwilligen der norddeutschen Armee.] Mit dem nächsten Jahre wird in Preußen und dem Norddeutschen Bundesgebiete an die wissenschaftliche Befähigung für den Eintritt als einjährig Freiwilliger ein anderer, strengerer Maßstab gelegt, die Anforderung an die Kenntnisse des Einzelnen also gesteigert werden. Wer als einjährig Freiwilliger seiner Militärpflicht genügen will, muß sich die etatsmäßigen Groß- und Klein-Montirungsstücke aus eigenen Mitteln beschaffen und während des einjährigen Dienstes in Friedenszeiten für seine Verpflegung, so wie für Wohnung selbst sorgen. Die zur Ausführung erfor-

---

Die neuesten Umwälzungen in Japan.

Auch Japan hat seinen siebentägigen Krieg gehabt, der zu einer vollständigen Aenderung der Regierungsform geführt hat, indem die Regierung des Landes aus den Händen des weltlichen Herrschers (Taikun) ausschließlich in die des Mikado (geistlichen Herrschers) übergegangen ist. — Da die in den ostasiatischen Gewässern vor sich gegangene Revolution, wie sich gezeigt hat, auf die Stellung der Fremden nicht ohne Einfluß gewesen ist und eine Beleuchtung der dortigen Verhältnisse für die europäische Handelswelt nicht ohne Interesse sein dürfte, so wollen wir die Ereignisse, welche mit der Abdankung des Taikun vorläufig ihren Abschluß gefunden zu haben scheinen, in übersichtlichem Zusammenhange dem Leser vorführen.

Die mächtigsten und einflußreichsten Fürsten (Daimijos), welche schon seit geraumer Zeit mit dem Taikun auf schlechtem Fuße, ja sogar in offener Fehde lebten, versammelten sich Ende Januar dieses Jahres in der Residenz des Mikado, Kioto, und gelangten zu dem Entschlusse, in Japan eine neue Regierungs-Form einzuführen. Durch dieselbe sollte der Mikado zum alleinigen und obersten Herrscher des Landes proklamirt werden und der Taikun von der Theilnahme an der Regierungs-Gewalt ausgeschlossen werden. Dem Mikado, einem sich noch in jugendlichem Alter befindenden Regenten, wurde ein, aus lauter dem Taikun feindlich gesinnten Mitgliedern bestehender Regentschafts-Rath beigegeben, in dem ein Verwandter des Mikado, der Fürst Arisugawa no Mija, den Vorsitz führte. — In Gemeinschaft mit einem Herrenhause, Gijo genannt, und einer zweiten Kammer (Sanijo) sollten die Gesetze des Landes berathen werden. Die erste Kammer bestand nur aus den mächtigsten und einflußreichsten Daimijos, während das zweite Haus auch dem niedrigeren Adel zugänglich sein sollte.

Der Taikun, der durch die in Kioto gefaßten Beschlüsse sich auf einmal seines Einflusses auf die Regierungs-Gewalt entkleidet sah, wollte den Forderungen seiner Gegner sich nicht so ohne Weiteres unterwerfen, sondern hoffte mit den ihm noch treu gebliebenen wenigen Anhängern dem Feinde die Spitze bieten zu können. Wenn die dem Taikun zur Verfügung stehende Armee der Zahl nach den Kräften der Gegenpartei nicht gewachsen war, so bestand dieselbe doch zum größten Theil aus Soldaten, die von französischen Militairs ausgebildet worden und mit den modernsten Handfeuerwaffen, sogar mit gezogenen Geschützen, ausgerüstet waren; während die Armee der mit dem Mikado verbündeten Fürsten eigentlich nur aus schlecht disciplinirten und mangelhaft bewaffneten Horden bestand. Nur die Truppen des, wegen seines den Fremden so friedlichen Entgegentretens früher oft genannten Fürsten Satzuma zeigten europäischen Zuschnitt.

Den Oberbefehl über sein Heer legte der Taikun in die Hände seines früheren Minister des Aeußern, Taja no kami, der sich in seinen Unterhandlungen mit den fremden Mächten allerdings als ein kluger Mensch und gewandter Diplomat erwiesen, aber wie es sich zeigte, von der Leitung eines Heeres auch nicht die geringste Idee hatte. Unter ihm commandirten die kaiserlichen Generale Matsubaira Okina kami und Sokai Uta nokami. — 30,000 Mann stark, rückte das kaiserliche Heer, welches sich in Ohasaka gesammelt hatte, am 27. Januar längs des Flusses Jodokawa vor und stieß bei Fuschimi auf die Armee des Gegenkaisers. — Ungeschickte und talentlose Führung machten es nicht möglich, daß die besseren Eigenschaften des Taikun'schen Heeres sich Geltung verschaffen konnten und erlitt dasselbe, durch die Ueberzahl der Feinde erdrückt, eine Niederlage, welche es nöthigte, sich in eiligem Rückzug nach der Festung Jodo zu wenden. Bei der Verfolgung verloren viele höhere Offiziere ihr Leben, da die Feinde mit großer Gewalt nachdrängten, und auch der in Folge seiner Berührung mit den Fremden oft genannte, frühere Kommandant von Jokohama, Kubata Sentara, fand bei dieser Gelegenheit seinen Tod.

derlichen Stücke, einschließlich der Reitzeugstücke, werden aus den Beständen des betreffenden Truppentheils gegen Zahlung des festgesetzten jährlichen Ausrüstungsgeldes geliefert. Die Waffen werden unter der Bedingung verabfolgt, sie aus eigenen Mitteln in einem brauchbaren Zustande zu erhalten, und eben so bei der Entlassung zurück zu liefern. Wenn die von dem Freiwilligen mitgebrachte Bekleidung nicht vorschriftsmäßig angefertigt ist, so muß sie zurückgewiesen werden, so daß es im Interesse eines jeden Freiwilligen liegt, sich die erforderlichen Bekleidungsstücke durch die Bekleidungs-Commission des betreffenden Truppentheiles gegen Zahlung der Etatspreise derselben beschaffen zu lassen. Die zum einjährig freiwilligen Dienste Berechtigten, welche nach erfolgter Mobilmachung sich freiwillig zum sofortigen Antritt melden, oder im Wege der Aushebung eingestellt werden, haben, bis zum Ablaufe des ersten Dienstjahres, wie unter gewöhnlichen Verhältnissen, für ihre Equipirung selbst zu sorgen, treten aber während des mobilen Zustandes des Heeres in die Verpflegung der Truppentheile.

Einjährig Freiwillige, welche bei der Cavallerie oder reitenden Artillerie eintreten, haben sich beritten zu machen und die Fourage für ihr Pferd aus eigenen Mitteln zu bestreiten. Stellt der Freiwillige kein den dienstlichen Anforderungen entsprechendes eigenes Pferd, so wird er durch den Truppentheil beritten gemacht und zahlt dafür ein Fünftel des für die Offizierchargenpferde des Truppentheiles normirten Geldwerthes, zur Zeit also 34, beziehentlich 32 Thaler, da bei Cuirassier-Regimentern die Summe auf 170, bei den übrigen Waffen auf 160 Thaler zu stehen kommt. Die 34 oder 32 Thaler fließen zum Pferdeverbesserungs-Fonds des Regiments, das auch das für Hufbeschlag und Arznei normirte Pauschquantum einzieht. Die Fourage für das Dienstpferd wird dem Freiwilligen gegen Erlegung des Preises, welchen Offiziere für nicht erhobene Rationen vergütigt erhalten, aus den ärarischen Magazinen verabfolgt.

Die bei den Trainbataillonen eintretenden Freiwilligen, welche kein geeignetes eigenes Pferd mitbringen, werden mit den jährlich zur Ausrangirung kommenden Cavallerie- und Artillerie-Pferden unentgeltlich beritten gemacht; sie müssen jedoch die Rationsvergütung nicht allein während des Dienstjahres, sondern event. für die Zeit von der Ausrangirung bis Ende Oktober neben der Vergütigung für die Reitzeugstücke entrichten.

Ausland.

Frankreich. [Chauvinistisches.] Der „Moniteur de l'Armée" hat in einem unbewachten Augenblick kürzlich eine bei Dentu erschienene Broschüre: „Nos frontières du Rhin par Charles Müller" ein patriotisches Buch genannt, ein Urtheil, das mit wiederholten Kundgebungen des Kaisers und mit der an die offiziösen Blätter ausgegebenen Friedensparole in seltsamem Contrast steht. Obgleich wir den individuellen Schwärmereien des Herrn Karl Müller, der nur die im Jahre 1840 und 1860 landläufigen Phrasen variirt, nicht die geringste politische Bedeutung beimessen, lassen wir einige Stellen seiner Broschüre als Probe chauvinistischer Logik nach dem „B. F. B." folgen: „Mag", so heißt es wörtlich, „Deutschland das Recht haben, sich politisch zu konstituiren, möge der deutsche Boden den Deutschen verbleiben, wir dagegen verlangen die alte gallische Erde zurück, uns gehört das linke Rheinufer, als die uns von Gott gegebene Grenze. Wir bedürfen seiner im Interesse unserer Ehre, unserer Sicherheit, im Interesse der ganzen Civilisation, zur Vertheidigung und zum Schutz der Schwachen gegen ihre Unterdrücker. Denn würde wohl Oesterreich und Preußen so gegen Dänemark, und Rußland so gegen Polen gehandelt haben, wie dies geschehen, wenn wir in seinem Besitz gewesen wären? Wir müssen unsere natürlichen Grenzen wieder erlangen, um der drückenden Nothwendigkeit, eine zahlreiche Armee unterhalten zu müssen, endlich einmal überhoben zu sein, und damit das europäische Gleichgewicht ein wirkliches Unterpfand des Friedens darbiete. Wie kann in Frankreich und unter unsern Mitbürgern nur der leiseste Zweifel über die Pflichten herrschen, welche uns die Umstände auferlegen, und über die Unvermeidlichkeit, endlich einmal den letzten Rest der verhaßten Verträge von 1814 und 1815 zu vernichten! Worin bestehen denn die Einwände, die man gegen unsere gerechten Forderungen macht. In Belgien und der Rheinprovinz, sagt man, seien die Gemüther einer Wiedervereinigung mit dem französischen Kaiserreich durchaus abgeneigt! Aber, welche Beweise gibt es hiefür, sind die Bevölkerungen schon deshalb zu Rath gezogen worden? Warum sollten uns dieselben auch feindlich gegenübertreten, nachdem sie früher an unserer Seite über die gemeinsam mit uns erlittenen Niederlagen getrauert, warum sollten sie wohl unser Banner mit andern Empfindungen begrüßen, als zu den Zeiten der ersten Revolution? Hängt Belgien wirklich so sehr an seinen politischen Institutionen, wie man sagt, und wenn dies wirklich der Fall, wird Frankreich nicht über kurz oder lang im Besitz derselben Freiheiten sein (?), so daß dieser Umstand eigentlich kein Hinderniß mehr ist für die Vereinigung der beiden Länder. Findet Belgien in seinem gegenwärtigen Zustand als abgerissenes, unselbständiges staatliches Glied wohl diejenige materielle und moralische Sicherheit, welche ihm seine Vereinigung mit Frankreich gewähren würde? Ist es nicht

---

Obschon ein Angriff auf die Festung Jodo abgewiesen wurde, gab die Armee des Taikun doch ihre Stellung dort auf und ging bis Hatschimoto zurück. — Da indessen das Heer des Mikado den abziehenden Truppen des Taikun nicht weiter folgte, faßten dieselben wieder neuen Muth und beschlossen, von Neuem vorzugehen. Das Heer des Mikado, durch das Vorgehen des geschlagenen Feindes scheinbar überrascht, räumte Jodo und zog sich, jedem ernsten Kampf ausweichend, fast bis gegen Fudschimi zurück.

Nur zu bald sollten die Generale des Taikun gewahr werden, daß diesem durch nichts gebotenen Rückzuge nichts weiter als eine Kriegslist zu Grunde lag und daß sie sorglos in die von ihren verschmitzten Gegnern gelegte Falle gegangen waren. Um den Kampf mit einem Schlage zu beenden und das kaiserliche Heer zu jedem ferneren Widerstande unfähig machen zu können, hatte der Oberfeldherr des Mikado ein beträchtliches Corps in der Nacht per Eilmarsch auf die Rückzugslinie des Feindes, die Straße nach Ohasaka, geworfen, und wollte man durch eigenes Zurückweichen den Feind von seiner Operationsbasis entfernen und dieser Abtheilung Zeit und Gelegenheit geben, seinerzeit wirksam in die Aktion eingreifen zu können. Man ersieht aus diesem Plane, daß die Japanesen in der Kriegskunst rasch von den Europäern gelernt und daß sie das Werk des verstorbenen Generals v. Brandt „die angewandte Taktik", welches man bekannter Weise schon vor Jahren in's Japanesische übersetzt vorgefunden, nicht ohne Nutzen einstudirt hatten. Da außer diesen gelungenen strategischen Manövern sich auch noch Verrath in den Reihen des Taikun zeigte, indem der Fürst Toto Jasumino Kami plötzlich im entscheidenden Momente mit seinen Streitern zum Feinde überging, so sahen sich die von allen Seiten angegriffenen und in Unordnung gerathenen kaiserlichen Soldaten genöthigt, ihr Heil in eiliger Flucht zu suchen. Aber nur wenige entkamen den Schwertern der Verfolger und schon am andern Tage gelangte Ohasaka, der Sitz des Taikun, in die Hände der Verbündeten. Nur mit genauer Noth konnte der Taikun sein eigenes Leben retten.

Nachdem er die fremden Vertreter von der ihm drohenden Gefahr und seiner Machtlosigkeit, sie ferner zu schützen, in Kenntniß gesetzt, eilte er flüchtigen Fußes, nur von wenigen Anhängern begleitet, der Küste zu, um sich auf seiner Flotte nach Jeddo einzuschiffen. Da der conträre Wind das Einlaufen der Flotte in den Fluß nicht gestatten wollte, sah sich der Taikun in Hiogo genöthigt, für den ersten Augenblick auf der dort vor Anker liegenden amerikanischen Corvette „Iroquois" Schutz zu suchen, bis seine eigene Fregatte „Kaya Maru" ihn nach Jeddo bringen konnte, in dessen Castell er sich erst vor seinen Feinden sicher wähnte. Die Soldaten der mit dem Mikado verbündeten Daimijos durchzogen plündernd und sengend Ohasaka, die Haupthandelsstadt des Reichs, die sich erst vor wenigen Wochen, am 1. Januar, dem fremden Handel erschlossen hatte. Die Niederlassungen der Fremden, selbst die Consulats- und Gesandtschaftsgebäude konnten den Angriffen und Brandschatzungen nicht entgehen, und nur dem englischen Gesandten Sir Harry Parkes gelang es, die Colonien seiner Landsleute durch Marine-Soldaten vor allzu großem Schaden zu bewahren. Die Vertreter der übrigen Mächte suchten nebst ihren Angehörigen in Tempofan Schutz auf den fremdherrlichen Schiffen zu finden. Das stürmische Wetter hinderte sie jedoch, diese Absicht sofort ausführen zu können und geriethen sie durch den hierdurch entstehenden Zeitverlust in die mißlichste Lage, da die Verwundung französischer Seesoldaten und der von diesen geleistete Widerstand die Wuth der Japanesen auf das Höchste gesteigert hatte. Indeß gelang es noch, sich ohne weitere Verluste und Angriffe an Bord des englischen Kriegsschiffes „Ratler" und der amerikanischen Corvette „Iroquois" einzuschiffen und sich nach Hiogo hinüberbringen zu lassen. In den Ohasaka nahe gelegenen Fremden-Niederlassungen Hiogo und Kobe mußte man natürlich auch auf ähnliche Angriffe, wie in Ohasaka, gefaßt sein. Deßhalb wurden hier Seesoldaten gelandet, Waffen vertheilt und Alles zu einer nachhaltigen Vertheidigung der werthvollen Waarenmagazine vorbereitet. Allein zum Glück waren die fanatischen Japanesen noch zeitig genug wieder zur Besinnung gekommen. Der Mikado schickte bereits am anderen Tage, den 3. Febr., eine besondere Botschaft an die Vertreter der fremden Mächte, worin

überhaupt in allen seinen bürgerlichen, militärischen, kirchlichen und kommerziellen Einrichtungen eng mit uns verbunden durch die Gleichartigkeit der Interessen? Mit einem Wort, die Annexion hat nur ein Hinderniß, und dasselbe ist der Thron des Hauses Coburg. Dynastische Interessen aber entscheiden heut nicht mehr die Geschicke der Nationen, am wenigsten darf die Vereinigung von Frankreich und Belgien darunter leiden."

Großbritannien. [Angebliche Friedensliga.] Nach dem „International", einem Blatte, welches sich übrigens schon wiederholt durch die Keckheit seiner Erfindungen hervorgethan hat (wir erinnern z. B. an den von ihm neulich veröffentlichten angeblichen Brief des Papstes an den Kaiser Franz Joseph in der Concordats-Angelegenheit), handelte es sich um nichts mehr und nichts weniger, als zwischen England, Preußen und Rußland eine große „Friedensliga" zu bilden, wozu der Gedanke von England ausgegangen sei, und die gegen jeden Friedensstörer Front machen solle. Auch von Oesterreich werde der Beitritt zu dieser Friedensgemeinschaft erwartet. Mit Recht weist ein Berliner Correspondent der „Köln. Ztg." auf die geringe Wahrscheinlichkeit einer solchen Vereinigung hin, welche, wie alle Verbindungen der Art, mehr zur Beunruhigung als zur Beschwichtigung der Gemüther beitragen würde. Anscheinend ist die Nachricht, wie der erwähnte Correspondent auch andeutet, nur zu dem Zweck verbreitet, um der chauvinistischen Partei in Frankreich wieder eine neue Handhabe zu ihrer Agitation zu bieten, und wird in losem Zusammenhange mit der von der „N. Fr. Pr." und der „Morning Post" gebrachten Nachricht stehen, wonach es sich nicht um einen Friedensbund, sondern nur um eine Manifestation für den Frieden handelt, zu der nicht einzelne, sondern alle Mächte seitens der englischen Regierung aufgefordert worden seien. In dieser, allerdings rationelleren Fassung hat die Nachricht denn auch bei mehreren Blättern Glauben gefunden. Die „Morning Post" theilt denn auch bereits gewissermaßen berichtigend für beide obige Angaben mit, daß nicht eine solche blos äußerliche Manifestation, sondern eine allgemeine Abrüstung von der englischen Regierung bei den Mächten in Anregung gebracht worden sei. Das Blatt verhehlt zugleich aber auch nicht die „fast unübersteiglichen Schwierigkeiten", auf welche die Verhandlungen darüber stoßen.

Italien. [Kinderhandel.] In der Deputirtenkammer wurde eine Interpellation eingebracht über den abscheulichen Kinderhandel, der besonders aus den südlichen Provinzen nach Paris und London getrieben wird, wo diese unglücklichen Kinder zum Betteln und andern schimpflichen Gewerben aus Spekulationsgeist abgerichtet werden. Menabrea versicherte, daß dieses verbrecherische Treiben schon seit dem Jahre 1863 die Aufmerksamkeit der Regierung auf sich gezogen und daß diese auch alle gesetzlichen Mittel angewendet habe, um demselben ein Ende zu machen. Der Minister des Innern, Cadorna, versprach, da die bisher angewendeten Mittel nichts geholfen hätten, einen Gesetzentwurf einzubringen, um jenem Handel zu steuern. Die Kammer zeigte sich mit diesen Erklärungen befriedigt.

— [Zum ökumenischen Conzil.] Aus Rom, 21. Mai, schreibt man der „Allg. Ztg.": Meinen neuesten Erkundigungen nach, will der Papst die Bulle über die Einberufung des ökumenischen Konzils am 29. Juni, also am Peter-Paulstage, nicht am 24., während des Hochamts in der vatikanischen Basilika bekannt machen. Das Konzil aber würde nicht in diesem Jahre, wie sehr es auch der Papst wünschte, sondern am 8. Dezember 1869 zusammentreten, weshalb auch die dazu berufenen fremden Professoren größtentheils wieder fortgingen.

Spanien. [Festlichkeiten.] Seit einigen Tagen schwimmt Madrid in einem Meer von Festlichkeiten. Am 13. Abends hat im k. Schlosse die Trauung der Infantin Isabella mit dem Grafen von Girgenti stattgefunden, bei welchem Akte die ganze königliche Familie einschließlich der Königin Christine und des herzoglichen Paares von Montpensier, die Minister, der gesammte Hofstaat und die Präsidenten nebst den Bureaus der beiden Häuser der Cortes gegenwärtig waren. Für das Land ist diese Verbindung insofern von hoher Bedeutung, als die Infantin Isabella zur Thronfolge berechtigt wäre, wenn der Prinz von Asturien vor Besteigung des Thrones aus dem Leben scheiden sollte. Die Aussteuer wird auf 36 Millionen Realen (ungefähr $2^1/_2$ Mill. Thlr.) angegeben, und überdies hat die Königin 200,000 Realen an die Armen Madrids vertheilen lassen. Am 14. Mai fand eine Nachfeier der Vermählung in der Domkirche von Atocha statt, und es war sicherlich die ganze Bevölkerung Madrids auf den Beinen, um den durch die festlich geschmückten Straßen nach der Domkirche sich bewegenden kgl. Zug anzusehen. Nachmittags war im Schlosse große Cour beim Grafen Girgenti, bei welcher die Notabilitäten Spaniens außerordentlich zahlreich vertreten waren. Das jugendliche Paar soll demnächst eine Rundreise durch Europa antreten. Das erste Ziel derselben wird Rom sein, wo die Neuvermählten dem Papste ihre Verehrung bezeugen und den König Franz II. begrüßen sollen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Von der Breslauer Michaeliskirche], deren einer Thurm bekanntlich kürzlich eingestürzt ist, meldet die „Schles. Ztg.": In der letzten Zeit haben sich auch Sprünge in dem Glockengewölbe

er dieselben seiner Freundschaft versicherte und den Entschluß kund gab, alle mit dem Taikun abgeschlossenen Verträge redlich halten zu wollen. Zu gleicher Zeit entsendete er zum Schutz der Fremden zuverlässige Soldaten nach Hiogo und Kobe. Kaum war diese friedfertige Botschaft angelangt, als bereits am folgenden Tage ein neuer Vorfall eintrat, der leicht geeignet sein konnte, das Leben und Besitzthum der Fremdländer erneuten Gefahren auszusetzen, wenn es nicht den energischen Maßregeln der Flottenstations-Commandanten gelungen wäre, die Japanesen in empfindlicher Weise für ihre Ausschreitungen haftbar zu machen. Ein Mitglied der französischen Botschaft, deren Chef Herr Roche ist, versuchte, sich durch einen Zug durchzudrängen, der die Eskorte eines hohen Würdenträgers des Fürsten Bizen bildete. Von den Japanesen angegriffen, entging der Franzose, obschon verwundet, nur durch ein Wunder dem Tode. Die Soldaten des Fürsten von Bizen, die in dem Auftreten des Fremden einen Verstoß gegen die Landessitte sahen, begannen die Quartiere der Fremden zu beschießen, bis sie von Marine-Soldaten in die Berge zurückgetrieben wurden. — Als Repressalie für den Angriff bemächtigten sich die fremdherrlichen Kriegsschiffe sofort aller im Hafen befindlichen Schiffe der mit dem Fürsten von Bizen verbündeten Daimijos und gaben dieselben nicht eher wieder frei, als bis durch die öffentliche in Hiogo erfolgte Hinrichtung des schuldigen Obersten der Uebergriff gesühnt war. — Gegen die Franzosen zeigen sich die Japanesen überhaupt feindseliger, als gegen die übrigen Fremden, und dürfte dies seinen Grund wohl darin haben, daß dieselben sich beim Taikun einen gewissen Einfluß zu schaffen gewußt hatten. Die Ermordung der Matrosen des Kriegsschiffes „Dupleix" liefert einen neuen Beweis für diese Thatsache.

Die Macht des Mikado beginnt sich indessen immer weiter auszubreiten; Nangasacki ist bereits von den Behörden des neuen Herrschers in Beschlag genommen, und auch im Hafen von Jokohama haben die früheren Beamten der neuen Regierung Platz machen müssen. Indem, wie die neuesten Nachrichten lauten, der besiegte Taikun den Entschluß gefaßt, sich in's Privatleben zurückzuziehen und in aller Form abdicirt hat, so wird durch die Besetzung von Jeddo, der Hauptstadt des Reichs, der Bürgerkrieg wohl sein Ende erreicht haben. — Da indeß wohl noch eine geraume Zeit vergehen wird, bis die neue Regierung sich vollständig befestigt und die durch die rasche Umwälzung erregten Gemüther sich hinreichend beruhigt haben werden, so dürfte den Fremden für die nächste Zukunft eine große Vorsicht bei dem Verkehr mit den Einheimischen anzuempfehlen sein. Ebenso haben die Erfahrungen der letzten Ereignisse zur Genüge gezeigt, daß die Handels-Interessen in Japan und China nur durch die Entfaltung genügender maritimer Kräfte auf die Dauer sicher zu stellen sind. Wir können daher nur bedauern, daß, da die „Vineta" sich bereits auf der Rückreise befindet, die norddeutsche Flagge zur Zeit gar nicht in den ostasiatischen Gewässern vertreten ist und die Beschützung deutscher Unterthanen und deutschen Handels augenblicklich der Mitwirkung anderer civilisirten Staaten überlassen bleiben muß. Da nun in Folge des Beschlusses des Reichstages über das Bundesschuldengesetz das Bundespräsidium sich veranlaßt finden mußte, die bereits zum Schutze deutscher Interessen beschlossene Absendung von Kriegsschiffen nach Japan und China für dieses Jahr aufzugeben, so dürfte hier bereits der erste Beweis zu finden sein, wie es den Staatsinteressen und einer gesunden Praxis durchaus nicht entsprechen kann, die Wirksamkeit einer Regierung durch die Aufbürdung einer, jede beliebige Deutung zulassenden Verantwortlichkeit lahm zu legen. — Was die für die Niedermetzelung französischer Matrosen geforderte und vom Mikado zugestandene Genugthuung betrifft, so können wir uns auch nur der Ansicht anschließen, daß hohe Geldstrafen, neben der Bestrafung der Schuldigen, das wirksamste Mittel sein dürften, dergleichen Barbareien Einhalt zu thun. — Denn bei den verschmitzten Ost-Asiaten kann man nicht immer mit Bestimmtheit darauf rechnen, daß die weltliche Strafe auch wirklich den Schuldigen ereilt, da die Urheber der Ausschreitungen nicht in den unteren Klassen des Volkes, sondern bei den einflußreichen und mächtigen Großen zu suchen sind, denen der Einfluß der Fremden in der ganzen Seele verhaßt ist, die sich ihrer Beamten zur Durchführung ihrer Zwecke bedienen.

gebildet, die darauf hindeuten, daß auch die Last der Glocken zur Beschleunigung der bevorstehenden Katastrophe beiträgt. Das Urtheil aller Sachverständigen geht dahin, daß auch der zweite Thurm in sich selbst zusammenstürzen wird. Um neuen etwaigen Unglücksfällen vorzubeugen, sind die Wege in der nächsten Nähe vollständig abgesperrt.

[Furchtbare Erdbeben.] Die amerikanischen Zeitungen enthalten furchtbare Berichte über eine Reihe von Erdbeben, die vom 27. März bis in die ersten Tage des April auf den Sandwichs-Inseln große Verheerungen angerichtet haben. Nicht weniger als 2000 Erdstöße sollen zwischen dem 28. März und 13. April verspürt worden sein. In Waischina öffnete sich der Boden auf mehreren Stellen, und eine 60 Fuß hohe Fluthwelle, die eine Viertelmeile weit ins Land hineindrang, riß Alles mit sich fort. Hundert Menschenleben nebst vielen tausend Stück Pferden und Hornvieh gingen zu Grunde. Aus verschiedenen Kratern wälzten sich 5—6 Meilen lange glühende Lavaströme mit einer Geschwindigkeit von 10 Meilen per Stunde dem Meere zu, verwüsteten Alles, was ihnen in ihrem Laufe begegnete, und bildeten eine neue Insel im Meere. Aus einem neugebildeten 2 Meilen im Durchmesser haltenden Krater flogen feurige Felsstücke 1000 Fuß hoch in die Luft, so daß dessen Feuererscheinungen 50 Meilen in der Runde sichtbar waren. Der stärkste Stoß wurde am 2. April verspürt. Der Jammer und das Elend ist furchtbar.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König hat durch allerhöchste Entschließung vom 24. l. M. ferner folgende militärische Personalveränderungen verfügt:

Befördert werden: zu Majoren: die Hauptleute G. Fleschuez, bisher Adjutant des Generalquartiermeisters Generalmajors Grafen v. Bothmer, und A. Streiter im Generalquartiermeisterstab, J. Fleischmann vom 8. Jäger-Bat. im 13. Inf.-Reg., S. Frhr. Ebner v. Eschenbach vom 6. im 11. Inf.-Reg., und G. v. Lacher im 10. Inf.-Reg.; die Rittmeister Kl. Frhr. v. Seckendorff vom 2. Kür.-Reg. im 1. Chev.-Reg. und Chr. Jansinger im 6. Chev.-Reg.; dann die Hauptleute K. Frhr. v. Lottersberg vom 2. im 3. Art.-Reg., P. Minges vom 2. im 4. Art.-Reg., L. Mußinan im 2. Art.-Reg., G. v. Büller, bisher 1. Adjutant des Art.-Korps-Kommandanten Generallieutenants Ritter v. Bredeßer, vom Art.-Korps-Kommando und V. Gramich vom 1. im 3. Art.-Reg., M. Schnizlein vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion Landau) im Genie-Reg. und L. Saint-Germain im Genie-Reg.

Charakterisirt werden: als Oberstlieutenant: der Major J. v. Heyder von der Armee-Montur-Depot-Kommission; als Majore: die Rittmeister Ph. Frhr. v. Hertling, 1. Adjutant Sr. k. H. des Prinzen Adalbert von Bayern, im 1. Kür.-Reg., O. Fuchs im 4. Chev.-Reg., J. Graf v. Seinsheim im 1. Kür.-Reg.; der Hauptmann und Oberzeugwart O. Redenbacher bei der Zeughausverwaltung Würzburg (Marienberg), dann die pens. Hauptleute J. Bernreither, H. Graf v. Deym und L. Frhr. v. Gravenreuth.

Se. Maj. der König hat den pens. Unterquartiermeister P. Windfelder auf ein weiteres Jahr im Ruhestande belassen; dem Generalmajor à la suite Franz Schenk Frhrn. v. Stauffenberg das Großkreuz des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den Oberlieutenant W. Frhrn. v. Hertling, bisher Adjutant des Generalmajors und Brigadiers Aroßer, der Adjutanten-Funktion auf Nachsuchen enthoben und denselben zum 9. Inf.-Reg. zurückversetzt; den Major A. Rudolf vom 8. Jäger-Bat. in den Ruhestand versetzt; den Unterlieutenant H. Jakobi vom 4. Art.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben.

Se. Maj. der König hat zum Professor der latein. Sprache am k. Realgymnasium in Regensburg den Studienlehrer an der latein. Schule des Gymnasiums zu Speyer, G. Krafft, befördert; den Bezirksamtsdiener J. B. Wanninger zu Landshut der ihm widerruflich übertragenen Stelle wegen Unwürdigkeit enthoben, an das Bezirksamt Landshut den Bezirksamtsdiener von Lohr, Fr. J. Grebmayr, auf sein Ansuchen versetzt, und dessen Stelle in widerruflicher Weise nach den Bestimmungen der allerh. Verordnung vom 24. Febr. 1862 dem Laufboten am Bezirksamte Mellrichstadt, A. Hirsch, übertragen; dem Kreismedizinalrathe der Regierung von Niederbayern, Dr. K. Richard Hoffmann, den Titel eines k. Obermedizinalrathes kostenfrei verliehen.

Se. Maj der König hat die erledigte prot. Pfarrstelle zu Rheingönheim, Dek. Speyer, dem bisherigen Pfarrer zu Gangloff, Dek. Lauterecken, Fr. L. Beckmann, verliehen.

Die kathol. Pfarrei Malsach, k. Bezirksamts Bruck, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1759 fl. 5 kr., die kath. Pfarrei Rennertshofen, k. Bezirksamts Donauwörth, mit einem solchen von 1128 fl. 40 kr. 7 hl. in Erledigung gekommen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger“ erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. a. b. R.)	—
	5pCt. Lomb. dito à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62½ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61¼ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	52⅜—⅝ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	46⅝ P. ½ G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	50⅛ P. 49⅞ G.
„	4½pCt.	41¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	83 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ G.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	94⅝ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅝ P.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88⅝ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	88⅝ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¾ P.
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93⅝ P. ¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	82 ¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	94⅞ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¼ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b Rothsch.	89¼ P. ⅛ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	84¼ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94⅞ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85⅝ G.
„	4½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	3½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	84½ G.
N.Amerika	6pCt. à 1000n. 1881 D. 2½	79¾ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	76¾—77 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720 P. 18 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192 P. 91½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90⅞ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	220½ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	319 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111 G.
Oest. F.-St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 38 kr.	260½ P. 59½ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125½ P. 24½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	151¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88½ P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105½ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52½ P. ⅛ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73¼ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	42⅞ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	125½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅝ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅜ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	97⅞ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅜ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 P. 101¾ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅞ P. 101⅝ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	147 P.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55⅝ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68¾ P.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	165 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	70½ G.	„ fl. 25 do.	28⅞ P.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 P. 133¼ G.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35⅞ P.
„ do. v. 1864	87⅝ P.	Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101½—⅝ G.	Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	61 P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	26½ P.
		St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13⅝ P.

Frankfurt, 28. Mai. Trotz des israelitischen Feiertages war heute ein außergewöhnlich umfangreiches und lebhaftes Geschäft in amerikanischen Werthen. 1882er Bonds gingen in Folge zahlreicher Kaufaufträge bis 77. Auch Dollar-Coupons wurden von der Arbitrage stark zu 2. 24½ gekauft, zu demselben Course auch Pacific-Coupons, die in Amerika vom 1. Juni an steuerfrei eingelöst werden. Von österr. Werthen waren besonders Steuerfreie und National zu höheren Coursen in Umsatz, die übrigen Effekten ebenfalls fest, aber vernachlässigt. Süddeutsche behaupteten eine sehr gute Haltung, besonders in badischen Loosen war wieder starkes Geschäft zu steigenden Preisen. Die Börse war im Ganzen belebter, als die letzten Tage. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 150.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 30. Mai 1868.

Die confessionellen Gesetze in Oesterreich.

An demselben Tage, wo man in Wien den Reichsraths-Abgeordneten v. Mühlfeld zu Grabe trug, den Mann, der zuerst dem Bewußtsein von der Verderblichkeit des Concordats für Oesterreich öffentlichen Ausdruck zu geben, im Jahre 1862 sein „Religionsedikt“ zu beantragen wagte und seitdem mit unermüdlichem Eifer für die Befreiung des Staates von den clericalen Fesseln gekämpft hat: an demselben Tage brachte das amtliche Blatt die erste thatsächliche Bestätigung, daß der angestrengte Kampf des freisinnigen Abgeordneten von Erfolg gekrönt war, es publicirt nämlich die vom Kaiser sanctionirten drei confessionellen Gesetze: 1) das Ehegesetz (welches das Eherecht des bürgerlichen Gesetzbuches wieder herstellt, die Gerichtsbarkeit in Ehesachen den Geistlichen abnimmt, sie den weltlichen Gerichten zurückgibt und die fakultative Civilehe einführt); 2) das Schulgesetz (welches die Leitung des Unterrichtswesens der Geistlichkeit entzieht und dem Staate zurückgiebt); 3) das interconfessionelle Gesetz (welches das Religionsbekenntniß der Kinder, den Uebertritt zu einer anderen Confession, die Funktionen des Seelsorgers und der Kirchen-Angehörigen, die Beiträge und Leistungen, die Begräbnisse, so wie die Observanzen bei Feier- und Festtagen regelt).

Die „Köln. Ztg.“ knüpft an dieses wichtige Ereigniß einige beherzigenswerthe Betrachtungen: Der Augenblick, in welchem diese Gesetze Rechtskraft erlangen, ist für die Geschicke Oesterreichs ein höchst bedeutsamer. Wie lebhaft das Volk die thatsächliche Durchbrechung des Concordats als ein Bedürfniß empfindet, haben die Freuden-Demonstrationen des 21. März deutlich gezeigt, und wenn diese sich nicht wiederholten, so geschah dies nur, weil fast sämmtliche Journale im Hinblicke auf die Todtenfeier des Tages und auf die Mißdeutung, welche die neuerlichen Jubelausbrüche auf gegnerischer Seite hervorgerufen, eindringlich davon abriethen. Es wäre auch nicht wohlgethan, die unterlegene Partei der Clericalen und Feudalen auf's Neue zu reizen und zu erbittern.

Man kann freilich nicht verlangen, daß die Gegner, die noch vor Kurzem mit gezückten Waffen einander gegenüberstanden, sich sogleich versöhnt die Hände reichen; aber alle Wohlmeinenden werden wünschen müssen, daß dieser große Wendepunkt in der Entwicklung Oesterreichs wenigstens zu einem Marksteine werde für den aufrichtigen Willen auf beiden Seiten, dem langjährigen confessionellen Streite ein Ende zu machen. Je ersichtlicher dieser Streit das Reich im Innern und nach außen geschädigt hat, desto lebhafter sollte das Bemühen um Wiederherstellung des kirchlichen Friedens, wie er vor 1855 bestand, sich geltend machen. Auf beiden Seiten, auf der der verfassungsfreundlichen Laien, wie auf der der clerical Gesinnten, sind Antriebe genug dazu vorhanden.

Wenn wir uns zunächst auf den Standpunkt der Ersteren stellen, so ist unläugbar, daß die nunmehr rechtskräftig gewordenen drei Gesetze zur Sicherung der Rechte und zur Befriedigung der staatlichen Bedürfnisse des constitutionellen Staatsbürgers in so fern ausreichen, als es dem Clerus jetzt unmöglich gemacht ist, durch Uebergriffe in die Staatssphäre, wie sie ihm auf Grund des Concordats bisher gestattet waren, jene Rechte und Bedürfnisse zu beeinträchtigen. In allen wesentlichen Punkten genießt jetzt der Staatsbürger des verfassungsmäßigen Rechtsschutzes, während es ihm andererseits vollkommen freigestellt ist, seine geistlichen und kirchlichen Bedürfnisse ganz nach seinem Gewissen und nach persönlichem Uebereinkommen mit der Kirche zu befriedigen. Was noch vom Concordate stehen geblieben ist, erscheint jetzt als so unwesentlich und innerlich schwach, daß es die Fortentwicklung und den weiteren Ausbau der Verfassung nicht mehr zu hindern vermag. Wohl aber ist zu erwägen, daß Oesterreich erst im Beginne seines Verfassungsbaues steht und daß es, um ihn gedeihlich fortzuführen, der inneren Ruhe, des confessionellen Friedens dringend bedarf. Nicht mit getheilten, sondern nur mit „vereinten Kräften“ läßt sich das schwierige Werk vollbringen. Die Verfassungsfreunde und alle nicht clerical Gesinnten (nebst ihrer Presse, namentlich den Witzblättern) haben daher hinlängliche Gründe, den Feldzug gegen die Clericalen jetzt, da die Hauptschlacht gewonnen ist, nicht mehr fortzusetzen. Sie mögen wachsam sein und jeder etwaigen Verletzung der Gesetze durch den Clerus das verfassungsmäßig garantirte Recht entgegen halten; aber eine systematische Anfeindung des Clerus und des Concordats (-Restes), wie sie bisher Statt fand, liegt jetzt nicht mehr im Interesse des Staates, noch würde sie derjenigen Meinungsduldung und Glaubenstoleranz entsprechen, welche man als ein Gebot der Civilisation mit Recht angepriesen und immer von dem Clerus verlangt hat.

Noch dringendere Gründe hat aber der Clerus selbst, von seiner Seite alles zu vermeiden, was zu einer Fortsetzung der bisherigen kirchlichen Streitigkeiten führen könnte. Dreizehnjährige Erfahrung hat die Wahrheit dargethan, daß sowohl dem Staate als der Kirche durch das Concordat erheblicher Schaden zugefügt worden ist; die clerical gesinnten weltlichen wie die geistlichen Würdenträger, welche

Das Trinkspruchgefecht beim Zollparlaments-Flottenfest.

Der Reichstags- und Zollparlaments-Korrespondent der „Wes.-Ztg.“ gibt in seiner launigen Weise über das Trinkspruchgefecht auf Bellevue bei Kiel eine so ansprechende Erzählung, daß man, mancher Wiederholungen ungeachtet, dieselbe gerne hören wird. Im Anfange, schreibt er, ging es noch leidlich. Vize-Admiral Jachmann forderte auf, auf das Wohl des Schirmherrn des Norddeutschen Bundes zu trinken. Er erwähnte auch die verbündeten Regierungen, aber daß sie zu kurz kamen, wurde von den aufgeregten Gemüthern von der andern Seite des Mains wohl bemerkt. Graf Solms-Laubach, als Landratte, wie er sich ausdrückte, ließ die deutsche Flotte leben, die nicht eine bloß norddeutsche wäre, denn sie käme ganz Deutschland zu Gute. Oho!

Der Rektor Magnificus der Kieler Universität klirrt mit seinem Glase, um sich zum Worte zu melden. „Es wird einem alten Schleswig-Holsteiner gestattet sein —“ Weiter kam er nicht, denn gleichzeitig sprach der Prof. Sepp aus München, und er hatte das Glück, in seiner Umgebung den Lärm niederzuschlagen, was dem Rektor Magnificus mit seiner dünnen Stimme, die noch durch einen steifen, weit aus der weißen Kravatte hervorragenden Hemdenkragen geschwächt wurde, nicht gelang. Der bayerische Professor sprach von dem Obersten v. d. Tann, von dem Hammer, unter den die deutsche Flotte gekommen, wir Bayern haben keine Sondergelüste, Baseler Frieden, Bruderhand, wir können Preußen nicht entbehren, wir Bayern werden ihm nicht bloß gegen Frankreich, sondern auch gegen Rußland helfen, nicht bloß im Norden gibt es tüchtigen Matrosenschlag, bei Lissa haben Deutsche gesiegt (Aha!), wir stehen zu Ihnen, aber stehen Sie auch zu uns, Allianz zwischen Preußen und Oesterreich, Krieg muß kommen (Oho!), glorreicher Sieg, Jachmann hoch!) Stürmisches Hoch folgte.

Rektor Magnificus: „Es wird einem alten Schleswig-Holsteiner . . . Präsident Delbrück hat inzwischen das Wort. Er läßt auf das „Gedeihen und Blühen“ des Bundesrathes, des Parlaments und des Zollvereins anstoßen.

Rektor Magnificus: Es wird einem alten Schleswig . . . Hoch! hoch! nämlich das Komite der vereinigten Eisenbahnen, das mittlerweile von Waldeck in langer Rede gefeiert ist. Hessischer Bevollmächtigter Hofmann: Wir Männer zanken uns (Bambergerscher Antrag), es leben die Frauen. Hoch! hoch! Aus anderen Regionen der Tafel schallt es gleich stürmisch: Hoch! Denn eben hat gleichzeitig Professor Edel aus Würzburg diejenigen Redner leben lassen, die den Muth des Schweigens heute haben.

Rektor Magnificus: Es wird einem alten . . . Ruhe, Ruhe! Wer spricht? Professor Hänel schüttelt seinen deutschen Enthusiasmus aus. Hurrah hoch! Wen läßt er denn leben? Das Parlament? Nein? Bismarck? Bewahre, er läßt die deutschen Stämme leben.

Rektor Magnificus: Es wird einem . . . „Aber meine Herren,“ ruft der auf einen Stuhl gesprungene Graf Stolberg-Wernigerode

Der Pfingstfeiertage wegen erscheint die nächste Nummer der „N. Würzb. Ztg.“ am Dinstag Morgens.

es abgeschlossen, haben sich als kurzsichtig erwiesen, wenn sie es für möglich hielten, die Kirche in so fern über den österreichischen Staat zu stellen, als der letztere sich seines Gesetzgebungsrechtes in Kirchensachen, die nicht Glaubenssachen sind, begeben sollte. Zu einer solchen Selbstvernichtung war der Staat denn doch nicht reif. Der Kirche sind die religiösen, d. h. die reinen Glaubenssachen überlassen. Das Kirchenrecht unterscheidet aber genau zwischen Glaubens- und Disciplinarsachen; bei der Ordnung der letzteren sind Staat und Kirche gleichberechtigt, und zu ihnen gehörte das Concordat. Es ist daher eine falsche, selbst von den Kanzeln gepredigte Behauptung, daß Concordat und Religion gleichbedeutend seien. Keine Regierung darf bei Regelung solcher Disciplinarsachen den Staatszweck aus dem Auge verlieren und sich die Gewalt von der Kirche aus der Hand winden lassen. Maria Theresia und selbst Philipp II. von Spanien traten in solchen Fällen mit sehr scharfen Decreten gegen den renitenten Clerus auf. Die äußere Autorität des Staates muß die Kirche stets anerkennen.

Die österreichische Regierung sah sich in die Nothwendigkeit versetzt, den absoluten Staat in einen verfassungsmäßigen Rechtsstaat zu verwandeln, mit welchem letzteren das Concordat unverträglich ist. Von einem Vertragsbruche kann also bei der Aufhebung des Concordats keine Rede sein, denn so lange der Kaiser absoluter Herr war, ließ er es unberührt; seit aber die Staatsgewalt getheilt ist, hat auch er der Macht der Verhältnisse nachgegeben. Uebrigens werden die Rechte der Kirche durch die neuen Gesetze in Wahrheit nicht beeinträchtigt. Die Civilehe ist nicht obligatorisch, sondern nur für den Fall eingeführt, daß der Geistliche aus unstatthaften Gründen die Einsegnung der Ehe verweigern sollte. Die grundlosen Angriffe der Geistlichen auf einen so natürlichen Rechtsschutz haben nur dazu beigetragen, dem Clerus die Bevölkerung zu entfremden. Gleich unvorsichtig ist der Clerus auf dem Gebiete der Schule und der interkonfessionellen Verhältnisse aufgetreten, und so hat er denn einerseits die neuen Gesetze zu einer Nothwendigkeit gemacht, andererseits bei der Bevölkerung das Ansehen des geistlichen Standes geschädigt.

Wenn man die Geistlichen, selbst die höchsten Würdenträger in Oesterreich, über die „Entchristlichung des Volkes“, über das Schwinden der religiösen Gesinnung, das Leerstehen der Kirchen rc. klagen hört, so bedürfte es nur einer etwas aufmerksameren Beobachtung und schärferen Selbstkritik von Seiten der Kläger, um ihnen die Frage nahe zu legen, ob sie nicht durch ihr eigenes Verhalten auf den Kanzeln, bei der Trauung, Verlöbnissen, Begräbnissen, bei dem Beichtzwange rc., durch ihr Uebergreifen von dem rein geistlichen Gebiete der reinigenden und tröstlichen Anwendung der Glaubenslehren auf das unfruchtbare Feld der politischen, dogmatischen und literarischen Polemik das Uebel selbst vermehrt haben.

Im Laufe des dreizehnjährigen Kampfes um das Concordat hat sich nur allzu deutlich herausgestellt, daß die kirchlichen Verhältnisse so gut wie die staatlichen einer Reform bedürfen. Diese innere Arbeit kann der Clerus aber schwerlich mit Erfolg unternehmen, wenn er den leidigen Kirchenstreit, welcher so eben durch die Publizirung der drei konfessionellen Gesetze vorläufig abgeschlossen ist, noch weiter fortsetzt.

Nur ein wahrer, aufrichtiger Friede mit der Verfassung und dem aufgereizten Volke kann einerseits dem Clerus und andererseits dem Staate die Wege bereiten, auf welchen sie aus den unglückseligen Wirrnissen, wie sie das Concordat herbeigeführt, in bessere, freiere, reinere Regionen sich wieder hinausarbeiten werden. Oesterreich braucht in allen seinen Gliedern inneren Frieden, um gründlich zu genesen.

Süddeutschland.

Bayern. [Zum Civilprozeß-Entwurf.] Ein sehr sachverständiger Artikel der „Augsburger Abendzeitung“ bespricht offen und scharf die unerfreuliche lange Geschichte unseres neuen bayerischen Civilprozeß-Entwurfes und konstatirt den Mangel alles volksthümlichen Interesses für dieses neue Stück bayerischer Partikulargesetzgebung. Nachdem die Thronrede des verstorbenen Königs vom 24. Juni 1863 citirt war, wo auf ein allgemeines deutsches Prozeßrecht hingewiesen wurde, wird hervorgehoben, daß damals sogar die Reichsräthe sich damit einverstanden erklärt hatten. Geschlossen wird der Artikel wie folgt: „Es tritt die Nothwendigkeit gebieterisch heran, in Erwägung zu ziehen, ob es nicht besser ist, an dem gemeinsamen Gesetzgebungswerke des norddeutschen Bundes sich zu betheiligen, als abermals ein Partikulargesetz einzuführen. Diese Aufgabe aber obliegt den Abgeordneten zum deutschen Zollparlament. An ihnen ist es, die Schwierigkeiten zu beseitigen, welche sich der Behandlung gemeinsam deutscher Gesetze seit dem Jahre 1866 entgegenstellen. Wir aber wollen ihnen den Wunsch des bayerischen Volkes nach einer gemeinsamen Prozeßordnung laut in's Gedächtniß rufen und glauben dies auf keine würdigere Weise thun zu können, als wenn wir die Worte wiederholen, welche unsere Kammer der Reichsräthe in ihrer Adresse vom Juli 1863 gebraucht hat: „Es kann nur erfreulich sein, wenn es auch auf diesem Gebiete gelingt, das dem eigenen Lande Förderliche mit dem Interesse einer möglichst gleichförmigen Gestaltung des Rechts in allen deutschen Ländern zu vereinigen.“

Norddeutscher Bund.

Berlin, 28. Mai. [Die „Norddeutsche Allg. Ztg.“ über das nationalliberale Programm.] Das genannte ministerielle Blatt sagt in einer Besprechung des bekannten Rechenschaftsberichtes der Süddeutschen Fraktion: es sei nicht zu verkennen, daß die Bildung der süddeutschen Fraktion in gewisser Beziehung provocirt worden ist durch die Stellung der national-liberalen Partei zur Lösung des noch übrigen Theils der deutschen Frage.

„Die Haltung, welche diese Partei in der hervorgehobenen Beziehung eingenommen hat, stehen wir nicht an, einen politischen Fehler zu nennen, wenngleich wir dem, diesen Fehler erzeugenden Gefühle unsere Achtung nicht versagen wollen.

Die nationalliberale Partei will den Eintritt der Staaten jenseits des Mains in den norddeutschen Bund, um dadurch den deutschen Staat mit allen seinen Theilen herzustellen.

---

aus, so lassen Sie doch meinen politischen Antipoden Lasker auch zu Worte kommen.“ Lasker will sprechen. Die Kapelle des Stabshautboisten der Stammdivision der Flotte der Ostsee spielt „Hab ich dich nur allein“, Lied von Gumbert. Musik stille! Lasker verherrlicht Moltke!

Rektor Magnificus: Es wird . . . Bravo! Bravo! Es gilt dem württemberg. Minister v. Linden, der sich freut, daß heute zum ersten Male die leidige Kompetenzfrage nicht auf das Tapet kommt. Gelächter. Graf Stolberg-Wernigerode, wieder auf dem Stuhle: Vincke-Olbendorf hat das Wort. Vincke macht vergebliche Versuche. Er verzichtet auf das Wort. Steinmetz übertönt mit mächtiger Stimme den Lärm: Die Ehre des norddeutschen Bundes for ever!

Rektor Magnifikus: Es . . . Die Musik spielt den Chor der Zigeuner aus Troubadour. Völk erzwingt sich wieder Aufmerksamkeit. Der Taumel der Begeisterung erreicht seinen Höhepunkt, denn Völk verspricht, mit seinen Brüdern aus dem Süden als Missionär für die deutsche Sache zurückzukehren. Linden spricht schon wieder: Steinmetz ist ein Mars, aber auch Mars hat die Liebe gekannt. Er citirt aus Arndt: Die Treue, sie ist doch kein leerer Wahn! Schiller, Schiller, ruft die Versammlung.

Rektor Magnifikus: Es . . . Badischer Bevollmächtigter Kilian: Es lebe Bismarck! Scheel-Plessen: (Redner ist von der Journalistentribüne unverständlich). Unruh-Bomst macht Verse. Bei jedem Reime ruft das hohe Haus: Ha! Ha! Kapitän zur See Held: Die Gäste aus dem Süden sollen leben!

Rektor Magnifikus, der während der ganzen Mahlzeit gestanden hat, mit dem Glase in der Hand und dem Toaste im Herzen, setzt sich und verzichtet auf das Wort.

Zu Uhland's Gedächtniß.

(„Ludwig Uhland, seine Freunde und Zeitgenossen“, Erinnerungen von Karl Mayer. Zwei Bände. Stuttgart, Ad. Krabbe, 1867.)

Eine Biographie des berühmten, vor wenig Jahren verstorbenen schwäbischen Sängers, Erinnerungen an denselben sind dem Deutschen immer interessant, wenn es auch nicht ein berühmter Dichter selbst ist, der über denselben schreibt. Um wie viel Grade interessanter muß uns aber das vorliegende Werk sein, wenn wir wissen, daß Karl Mayer sogar ein Freund, ein vertrauter Freund Uhland's gewesen, daß er lange Zeit mit ihm zusammen gelebt und in steter Correspondenz gestanden hat. Wiewohl Mayer in der Vorrede des Werkes sagt: „Die darin enthaltenen Briefe sind nicht für fremde Leser geschrieben, sie beschäftigen sich nicht mit Forschungen, die für wissenschaftliche Fachgenossen von Interesse wären, sondern in der Regel nur mit persönlichen, gemüthlichen Verhältnissen und Berührungen“, so bleiben doch die vielen Briefe der (meist schwäbischen) Dichter in dem Buche eine werthvolle Erinnerung, und im Zusammenhange mit den Ergänzungen dazu ein werthvoller Commentar zu allen Biographien unseres Uhland. Zugleich finden wir in dem Werke eine Menge noch niemals gedruckter Poesien von Uhland, G. Schwab, Just. Kerner und vielen anderen, jetzt leider meist todten Dichtern.

Es ist das ein politisches Programm, welches man aus Gründen der Zweckmäßigkeit zu gewissen Zeiten bekämpfen kann, dem man aber nicht abstreiten wird, daß dasselbe sich ein Ziel gesteckt hat, in dessen Erreichung Millionen die Verwirklichung ihrer nationalen Hoffnungen sehen; ja wir glauben sagen zu dürfen, daß das Programm im gesammten Norden keinen Gegner finden würde, sobald im Süden die Regierungen und die eklatante Mehrheit der Bevölkerung sich für das Programm aussprechen würden.

Unter dieser Voraussetzung würde auch die gegenwärtige Haltung der Nationalliberalen richtig sein, möglichst schleunig die Vereinigung von Nord und Süd herzustellen.

Solange diese Voraussetzung aber nicht zutrifft, so lange die Regierung von Hessen, Württemberg und Bayern und die Bevölkerung der beiden letzteren Staaten in den Nordbund nicht eintreten will, (und über diese Thatsache kann ein Zweifel nicht mehr obwalten) in diesem Stadium ist die treibende Politik der nationalliberalen Partei ein Fehler.

Sie ist ein Fehler, weil sie erstlich die zwischen Nord und Süd allmälig freiwillig sich vollziehende Einigung hindert und weil sie zweitens nicht in der Lage sich befindet, an Stelle der freiwilligen Einigung die zwangsweise Einigung zu setzen, die — sprechen wir es geradezu aus — nur durch eine kriegerische Ueberwindung des Südens durch den Norden zu erreichen sein würde.

Demnach haben wir hier (bei den Nationalliberalen) die fehlerhafteste Politik vor Augen, die überhaupt denkbar ist. Sie hindert die friedliche Einigung, ohne die kriegerische in der Hand zu haben, ja, wie wir gern glauben, ohne an die'e nur zu denken. Ihr mögliches Resultat ist daher immer — Null.

Wir unsererseits hegen die feste Ueberzeugung — und die letzten Tage der Anwesenheit der süddeutschen Abgeordneten in Berlin haben diese Ueberzeugung lediglich bestätigt — daß sobald unsere norddeutschen, national gesinnten Parteien, und speciell die National-Liberalen sich entschließen wollten, den Standpunkt des Herrn Bundeskanzlers mit Loyalität zu acceptiren, sofort jedes Mißtrauen der Süddeutschen verschwinden würde, als wolle man von Seiten des Nordens eine Pression auf sie üben. Dadurch aber würde gleichzeitig der eigentliche Stein aus dem Wege geräumt sein, welcher den Weg zur Einheit versperrt.

Ist die Furcht vor einer Pression geschwunden, weiß es ganz Süddeutschland, daß sein eigener freier Wille die conditio sine qua non eines Anschlusses an den Nordbund ist, daß darin im Norden Bundesrath und Reichstag einig sind, dann kann die nationale Gemeinsamkeit ungehindert auf die Süddeutschen wirken und wird dieselben uns mit der Zeit zuführen, anderntalls würden wir an der Zusammengehörigkeit des Nordens und Südens zweifeln müssen."

— [Wann das nächste Zollparlament zusammentreten werde?] Auf diese bereits auftauchende Frage gibt der +-Korrespondent folgende indirekte Antwort: Ein Gerücht will dies schon möglicher Weise für den Herbst annehmen, was wohl um so mehr verfrüht sein wird, als man dies mit der etwaigen Wiederaufnahme der Verhandlungen wegen des schweizerischen Handelsvertrages in Verbindung bringen will. Selbst in der Voraussetzung, daß sich die dem Vertrage entgegenstehende Schwierigkeit so rasch beseitigen ließe, würde doch ein solcher Principienvertrag, der ohne wesentliche Tarifänderungen im Grunde nur den bestehenden modus vivendi zwischen der Schweiz und dem Zollvereine vertragsmäßig regeln sollte, die Berufung des Zollparlamentes allein kaum veranlassen. Der letzte halbamtliche Bericht des „Berner Bund“ hat bei der Bestätigung der Thatsache, daß die hiesigen Verhandlungen an der Bierfrage in Folge des französisch-schweizerischen Handelsvertrages gescheitert sind, auch bestätigt, daß die schweizerischen Unterhändler von Berlin in Frieden und Freundschaft, sowie in dem Vertrauen geschieden sind, daß kein Zollkrieg zwischen den beiden Staaten ausbrechen werde. Diese Zuversicht konnte durch die Vorlage im Zollparlamente befestigt werden, nach welcher die Zollherabsetzungen des österreichischen Handelsvertrages allen anderen Staaten zu Gute kommen sollen, und wegen bestimmter Gegenstände, wie Wein, Cider und Most, die denjenigen Ländern vorbehalten wurden, welche Preußen die Stellung der meistbegünstigten Nation gewähren, nur Portugal ausgenommen wurde. Daraus folgt indirect, daß die Schweiz derselben Vortheile auf Grund des in Stuttgart Ende Mai 1865 vereinbarten Modus auch fernerhin außerhalb des Vertrages vorläufig theilhaftig bleiben werde.

Ausland.

Frankreich. [Handels- und Industrie-Stockung.] Der neueste Wochenbericht der französischen Bank läßt, wenn man ihn als Maßstab des Geschäftsverkehrs annehmen will, die Stockung in Handel und Industrie in Frankreich leider immer weiter um sich greifend erscheinen. Der Bericht vom 14. Mai ergab neben der Zunahme des Metallvorraths der Bank wenigstens auch eine Zunahme im Wechselportefeuille derselben, obgleich nur eine geringe. Dagegen zeigt der Bericht über die mit dem 22. Mai schließende Woche nicht nur wieder eine sehr bedeutende Steigerung des Metallvorraths, nämlich um 17,927,731 Frcs., so daß der Gesammtvorrath in den Kellern der französischen Bank sich jetzt auf 1,177,191,676 Frcs. belief, sondern zugleich auch eine verhältnißmäßig noch viel stärkere Abnahme im Wechselportefeuille, und zwar um 24,035,315 Frcs. Auch hatte der Notenumlauf sich um 13,686,700 Frcs. vermindert und betrug nur noch 1,194,454,725 Frcs., also nur 17 Millionen mehr als der Baarvorrath. Dagegen hatte das Guthaben der Privaten bei der Bank sich um 14,449,527 Frcs. vermehrt. Das Alles sind entschiedene Zeichen von einem tief darniederliegenden Geschäftszustande, wie es auch von allen sachkundigen Organen der öffentlichen Meinung in Frankreich nicht verkannt wird. Die Creditbewilligungen der Bank nehmen ab; ebenso der Umlauf ihrer Noten, ein Beweis, daß der Bedarf dieses den Verkehr erleichternden Circulationsmittels sich vermindert; dagegen nehmen die Capitalien ihre Zuflucht zu der Bank, die doch nur einen sehr niedrigen Zins gewährt, also ein Beweis, daß dieselben keine Gelegenheit zu besserer Verwendung finden und daß es an Vertrauen fehlt, um sie im Handel

---

Der Charakter der Hauptperson des Buches, L. Uhland's, von dem die meisten Briefe und Gedichte darin stammen, tritt uns dadurch ganz deutlich vor Augen, wir sehen, „daß Uhland immer das Edelste, Treugesinnteste fühlte und wollte.“ Der Inhalt des ersten Bandes umfaßt die ersten Briefe Uhland's, seiner Freunde und Zeitgenossen seit Abgang von der Universität bis ins Jahr 1813; der zweite Band führt uns den Dichter bis zu seinem 1862 erfolgten Tode vor. Im ersten Bande finden wir Briefe und Gedichte von Uhland, Hermann Gmelin, August Mayer, Varnhagen v. Ense, Kerner, Karl Mayer, Hölderlin, Gustav Schwab, Fouqué, Thorbecke, Helmina v. Chezy und Osiander. Ein Gedicht Uhland's vom August 1806 ist besonders schön, und da es in der Ausgabe von Uhland's Gedichten nicht aufgenommen, auch nicht sehr lang ist, wollen wir es unseren Lesern hier mittheilen.

An ihre Laute.

Dir klag' ich, sel'ge Laute!
Mein Leben ohne Ruh'.
Dich hält im Arm die Traute,
Wie neidenswerth bist du!
Sie hält dich fest und enge,
Sie lauscht auf deine Klänge,
Sie singt dir traulich zu.

O laß' mich Alles wissen:
Was scherzt, was klaget sie?
Erbebt die Brust der Süßen
Von zartem Drange nie?
O hilf mir, sie erfleben!
O laß' ihr Herz vergeben
In Liebesmelodie.

Eine ganze Menge derartiger kleiner Gedichte, auch längerer Stücke, mitunter dramatischer Fragmente, sind in dem Buche aufgenommen und erregen Bewunderung, da es manchmal fast noch ein Knabe ist, der die zarten, sinnigen Verse geschrieben. Viele theils neue, theils längst verschollene, darum aber nicht minder interessante Aufzeichnungen finden wir auch über den Musen-Almanach J. Kerner's vom Jahre 1812, in den bekanntlich auch Uhland Poesien lieferte. Im zweiten Bande sehen wir, daß das Band der Freundschaft zwischen Uhland, K. Mayer, Schwab und Anderen schon sehr fest geknüpft ist. Auch Paul und Gustav Pfizer, Mörike, Tieck und Theobald Kerner lieferten ihre Beiträge. Für den Oesterreicher dürfte auch die oftmalige Erwähnung Lenau's und die Beschreibung in den Briefen, wie er mit der „schwäbischen Dichterschule“ bekannt wurde, von besonderem Interesse sein.

Als Beilage finden wir am Schluß des Werkes noch einen Aufsatz des Verfassers: „Ueber kurze Gedichtgattungen“, worin sich dieser gegen einen Vorwurf, den man ihm seiner kurzen Gedichte wegen machte, vertheidigt. Unserer Ansicht nach hätte der Aufsatz auch wegbleiben können, denn Karl Mayer ist ein zu bekannter und beliebter Dichter, als daß er sich gegen einen Vorwurf zu vertheidigen brauchte, wenn ihm diesen Vorwurf auch Lenau selbst gemacht.

und in der Industrie anzulegen. Unter solchen Umständen muß es um so überraschender erscheinen, daß die französische Presse, und nicht nur die chauvinistischen, sondern auch die ernsteren Organe derselben, noch immer fortfahren, die Welt mit dunklen Nachrichten zu füllen.

Belgien. [Parteihader.] Mit den Resultaten der zu Ende gehenden Session sind auch die liberalen Journale wenig einverstanden, und selbst der „Etoile belge" muß zugestehen, daß die Session mehr Geräusch als wirkliche Arbeit zu Tage gefördert hat. Das Armee-Reorganisationsgesetz ist das einzige nennenswerthe Produkt derselben, wenn nicht etwa den Verhandlungen über das Fremdengesetz eine besondere Bedeutung beigemessen werden soll. Der König soll übrigens, wie man erzählt, dem Parteihader in der Kammer vor Kurzem eine ebenso feine als verständliche Lektion ertheilt haben. Es heißt nämlich, der Monarch habe aus Anlaß eines Festessens, welches die Deputirtenkammer vergangenen Freitag zu Ehren ihres Vorsitzenden, des Herrn Doley, veranstaltete, an diesen Letzteren ein Schreiben gerichtet, in welchem neben den üblichen Glückwünschen angeblich nachstehende Aeußerung vorkommt: „Fremd Allem, was die Mitglieder der Kammer scheidet, wünsche ich dies nicht zu sein in Betreff der Gefühle, in denen sie übereinstimmen."

Großbritannien. [Auswärtiger Gesandtschaftsluxus.] In der letzten Parlamentssitzung wurde in einem Antrage des Abg. Labouchere sehr losgezogen über die höchst unnütze Geldverschwendung bei Spezial-Gesandtschaften an fremde Souveräne zur feierlichen Anhängung irgend eines Ordens. Auch einige stehende Gesandtschaften könnten nach Labouchere's Ansicht mit Vortheil unterdrückt werden, so in Württemberg, welches das Land 3050 L. kostet, in den Niederlanden, 4700 L., und in der Schweiz, 3800 L. „Ich habe", erzählte Labouchere, „viele dieser Gesandtschaften besucht; ich weiß, was dort geschieht, und ich kann dem Hause versichern, daß es gar nichts ist. Es gibt Leute, die da glauben, ein Minister thue schon recht viel, wenn er wichtige Persönlichkeiten zur Tafel lade; aber an vielen erbärmlichen Höfen Deutschlands, wo wir unsere Vertreter halten, gibt es nicht einmal solche „wichtige Persönlichkeiten"; höchstens ein paar Kammerherren, die man zu Tische bitten kann. Werfe der Minister des Auswärtigen nur einen Blick in die Archive und sage er uns, wann er je eine bemerkenswerthe Depesche aus Württemberg erhalten hat."

Lord Stanley gab einige der bloßgestellten Uebelstände zu. In Betreff der überflüssigen Gesandtschaften drückte sich der Minister nicht sonderlich klar aus, und es schien, als ob ihm die Geographie Deutschlands trotz der in den letzten Jahren eingetretenen Erleichterung ihrer Erlernung noch immer dunkel geblieben sei. Das Haus werde sich erinnern, sagte er, daß vor etwa zwei Jahren fast alle Gesandtschaften in Süddeutschland abgeschafft worden seien und daß jetzt nur noch eine in Wien und in München bestehe. Der jetzige Augenblick sei nicht der geeignete, um die Ausgaben in Bezug auf die süddeutschen Staaten zu verringern, weil diese sich gegenwärtig in einem Uebergangsstadium befänden. Lord Stanley spricht von allen süddeutschen Staaten, als ob deren Zahl Legion wäre. Es hat sich aber auch gar keine Veränderung der Gesandtschaften in Süddeutschland zugetragen; man müßte denn Frankfurt noch hierhin rechnen, wo natürlich der selige deutsche Bund keines von England beglaubigten Vertreters mehr bedarf. Sonst hat Bayern seinen englischen Gesandten wie früher, Württemberg und Baden gleichfalls ihren gemeinschaftlichen; was Hessen betrifft, so ist England dort durch einen Legations-Sekretär vertreten. Die Gesandtschaft in Dresden ist freilich aufgehoben, aber Sachsen wird Lord Stanley doch nicht zu Süddeutschland rechnen. Die schließliche Abstimmung ergab nur eine kleine Stimmenmehrheit für Labouchere's Antrag (76 gegen 72); sie reichte aber eben hin, um die „Machterweiterung" zu verwirklichen.

Nordamerika. [Bestechung für die Freisprechung Johnsons.] Die Leiter der Anklage gegen den Präsidenten beabsichtigen, eine Untersuchung einzuleiten, um zu beweisen, daß verschiedene Senatoren bestochen worden seien, um sie für die Freisprechung Johnsons zu stimmen. Der Gesetzantrag Behufs Zulassung von fünf südlichen Staaten zum Kongreß wurde dahin amendirt, daß die Nichtigerklärung der Schulden, die loyale Bürger von Georgia vor Juni 1865 zu fordern hatten, aufgehoben werden solle, und in dieser Gestalt angenommen.

Würzburger Vaudeville-Theater.

Nachdem am Montag den 25. Mai die beiden Stücke „Ein Berliner Kreisrichter in Wien" und „Hermann und Dorothea" zur Aufführung kamen, in welchen beiden die Leistungen der Darstellenden uns vollkommen befriedigten, sahen wir am Mittwoch den 27. „Das Porträt der Geliebten", Original-Lustspiel in 3 Akten von Feldmann. Auch diesmal befriedigten uns sämmtliche Darstellende mit Ausnahme des Herrn Päglow, welcher wieder einmal seine Rolle nicht gelernt hatte. Leider war an diesem Tage das Theater fast gar nicht besucht. Das Repertoir wird, wie wir gehört haben, jetzt besser und hat die Direktion eine Anzahl sehr interessanter Novitäten acquirirt; das kunstliebende Publikum wird daher, wie wir hoffen, von jetzt an die Direktion durch zahlreichen Theaterbesuch in ihrem Unternehmen unterstützen, damit nicht ein Unternehmen vielleicht aufgegeben werden muß, welches das einzige ist, was Würzburg uns im Sommer Angenehmes in Hinsicht auf Kunstgenüsse bietet. —n.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Op. l. d. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62 G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61½—⅝ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	55⅞—¾ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 pCt. do. steuerfr. 66	50⅛—⅜ G.
"	4½pCt.	41¼ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	83½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101⅝ G.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	94⅞ G.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	95½ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	88⅝ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	88¼ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 G.
"	3½pCt. Obl. dto.	81⅜ P.
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	93½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82¼ P.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅞ P. ¾ G.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82 G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89½ P. ¼ G.
"	3½pCt. Obl. dto.	84¼ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	85⅞ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82½ P.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82¼ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 1. 30	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 100r. 1881 D.2½	79⅞ P. 79 G.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	77¼—⅜ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	124½ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	719—17 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	191½ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90¾ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	317 P. 15 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111⅛ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258½—59 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124¼ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	—
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	87⅞ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	108⅝ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	62½ P. ⅝ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	72⅞ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	48 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	125½ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94½ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99⅝ G
Berlin Th. 60 k. S.	104¾ G.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	98¼ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94¾ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. Mk. 100 k. S.	88¼ P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P. 94⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102P. 101⅞ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅞—¾ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anleihens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	—
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63½ P. 63 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	70¾—⅝ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 P. 133¼ G.
" do. v. 1864	87⅞ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101½ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅜ P.
Badische fl. 35	51 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	56 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	165 G.
" fl. 25 do.	39¼ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	—

Frankfurt, 29. Mai. Wiederum war heute colossales Geschäft in Amerikanern. 1882er wurden, da Goldagio niedriger und Bonds von Newyork höher gemeldet wurden, abermals ⅜ pCt. besser als gestern bezahlt. Auch in anderen Gattungen fanden Umsätze zu steigenden Coursen statt. Parise wurden bis 68 bezahlt. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 151-52. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 2. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 29. Mai. [Militärisches.] Durch Verordnung vom 20. d. M. hat Se. Maj. der König in wohlwollender Fürsorge für die Armee verfügt, daß den durch Verwundung vor dem Feinde dienstuntauglich gewordenen oder im Dienst verunglückten Offizieren, Militärbeamten und Junkerchargen Pensionszulagen von 200 bis 600 fl., den Wittwen dieser Militärpersonen aber, falls letztere in Folge von Verwundungen vor dem Feind oder in Folge von Kriegsstrapatzen gestorben sind, Beihilfen von 200—700 fl. (je nach dem Grad des Verstorbenen), den Waisen Beihülfen von 60 und 90 fl. (je nachdem es einfache oder Doppelwaisen sind) gewährt werden sollen. — Durch k. Verordnung vom nämlichen Tag wird bestimmt, daß von nun an die monatliche Pension der Leibgarde-Hartschiere, des Leibgarde-Profoßen und der Werkmeister der Zeughaus-Haupt-Direktion bei einer Dienstzeit unter 30 Jahren 25 fl., bei vollendetem 30. bis zum 40. Dienstjahre 28 fl., bei vollendetem 40. bis zum 50. Dienstjahre 30 fl., bei vollendetem 50. Dienstjahre einschließlich der Feldzugsjahre oder bei zur Zeit des Eintrittes in den Ruhestand zurückgelegtem 70. Lebensjahre 33 fl. betragen soll; ferner die monatliche Pension des Leibgarde-Fouriers und der Unterzeugwarte vor vollendetem 50. Dienstjahre 30 fl., nach vollendetem 50. Dienstjahre einschließlich der Feldzugsjahre oder bei zur Zeit des Eintritts in den Ruhestand zurückgelegtem 70. Lebensjahre 33 fl. Diese Bestimmungen finden auch auf die schon im Pensionsstande Befindlichen Anwendung.

— [Zur Geschäftsvereinfachung der Justizverwaltung.] Mit Annäherung des Zeitpunktes, in welchem die Vertretung der Staatsanwaltschaft bei den Polizeigerichten definitiv an Organe der inneren Verwaltung übergehen wird, häufen sich bei dem k. Staatsministerium der Justiz die Gesuche um Vermehrung des Richterpersonals oder doch um Beigebung eines ständigen rechtskundigen Funktionärs von Seite derjenigen Stadt- und Landgerichte, bei denen der bisherige Vertreter der Staatsanwaltschaft in dem übrigen gerichtlichen Dienste und namentlich in der freiwilligen Rechtspflege Aushilfe leistete. Der Justiminister hat die Oberstaatsanwälte über die Gesichtspunkte verständigt, nach welchen dergleichen Gesuche zu würdigen und zu bescheiden sind. Die Rücksicht auf die Steuerkraft des Landes eben so sehr wie der dringende Wunsch, eine baldige zeitgemäße Lösung der Besoldungsfrage möglich zu machen, lasse es der Justizverwaltung als eine gebieterische Pflicht erscheinen, daß sie namentlich im Hinblick auf die bevorstehenden Reformen im Gebiete des Civilprozesses, welche eine Personalverminderung im Laufe der Zeit zweifelsohne zur Folge haben werden, schon im gegenwärtigen Zeitpunkte auch bei den Einzelngerichten des Landes jede nicht durchaus unvermeidliche Beamtenvermehrung und jede nicht durch die dringendsten Umstände motivirte Ausgabe auf ständige Geschäftsaushilfe im gerichtlichen Dienste nachdrücklichst fernhalte. Es könne demnach das k. Staatsministerium der Justiz, dessen Entscheidungen übrigens wesentlich auch durch die Höhe der bewilligten Summen bedingt seien, weder zu einer Beamtenvermehrung, noch zur Bewilligung einer ständigen Geschäftsaushilfe die Hand bieten, so lange nicht die Gewißheit bestehe, daß die Geschäftsaufgabe eines Gerichts von den bisherigen Beamten für die Dauer nicht gelöst werden könne, wenn auch jeder der Beamten seine ganze Zeit und Kraft dem öffentlichen Dienste widme und auch in allen Fällen zeitweiligen erhöhten Geschäftsdranges, welche wohl bei keiner Art von öffentlicher oder Privatthätigkeit ein für alle Mal erspart bleiben werde, seine volle Opferwilligkeit bewähre. Zu einer Vermehrung der Arbeitskräfte werde aber auch so lange nicht geschritten werden können, als noch Hoffnung bestehe, daß ein Gericht seiner Pflicht, mit den vorhandenen Kräften die obliegende Geschäftsaufgabe prompt und gewissenhaft zu lösen und die Geschäfte stets auf dem Laufenden zu erhalten, genügen könne, wenn es von ernstem Streben nach Geschäftsvereinfachung erfüllt sei und, so weit dies nur immer ohne Gefährdung der Gründlichkeit thunlich, jeder unnöthigen Vielschreiberei sich enthalte. Durch zweckmäßige Vereinfachung der Geschäfte sei es bereits mehreren Stadt- und Landgerichten gelungen, eine sehr große Geschäftsaufgabe vollkommen befriedigend und prompt mit derselben Zahl von Arbeitskräften zu lösen, welche bei anderen Gerichten von gleicher, ja selbst von geringerer Geschäftsaufgabe als ungenügend bezeichnet werde. Der Umstand, daß mit dem Wegfalle des Vertreters der Staatsanwaltschaft den Beamten der Stadt- und Landgerichte eine Aushilfe entgehe, deren sie sich bisher bei ihren richteramtlichen Geschäften bedienten, die den Gerichten aber nicht wegen der Größe ihrer Geschäftsaufgabe, sondern nur aus dem Grunde zugewiesen wurde, um die Arbeitskraft der aus anderen Gründen für unentbehrlich erachteten Vertreter der Staatsanwaltschaft nicht ungenützt zu lassen, könne sonach für sich allein den Antrag auf Beigebung eines Assessers oder ständigen Funktionärs niemals begründen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 29. Mai. [Die Deutsch-demokratische Partei.] Johann Jacoby in Königsberg hat sich dieser Tage über die von der demokratischen Partei Gesammt-Deutschlands einzunehmende Stellung ausgesprochen. Seine Ansicht ist niedergelegt in

---

Niel's Bericht über das Chassepot-Gewehr.

Der „Moniteur de l'Armee" enthält heute einen Bericht des Marschalls Niel über das Chassepot-Gewehr. Dieser Bericht trägt das Datum vom 20. Januar und ist an den Kaiser gerichtet. Derselbe meldet seinem Hauptinhalte nach Folgendes: Alle Infanterietruppen sind heute mit dem Modellgewehre von 1866 versehen. Der Augenblick scheint dem Marschall daher gekommen, die von den verschiedenen Korpsführern in ihren Berichten abgegebenen Urtheile zu resumiren und dem Kaiser das Ensemble der Resultate zu unterbreiten, die man seit der Umgestaltung der Bewaffnung erhalten hat. Im Monate September 1866 als Probe bei dem Bataillon der Gardefußjäger begonnen, hat die eigentliche Uebergabe des neuen Gewehrs an die Garde erst im Monat März 1867 ihren Anfang genommen. Der Reihe nach, und im Maße, daß die Fabrikation fortschritt, erhielten die übrigen Infanteriekorps das neue Gewehr, und diese Operation erreichte im Monat April 1866 ihr Ende, wurde also in nicht ganz einem Jahre vollendet. Ob leich ein großer Theil der Truppen ihr Gewehr erst ganz kürzlich erhalten, so gestatten die stattgehabten Proben doch schon heute, den wirklichen Werth dieser Kriegswaffe zu ermessen. Ihre wirksame Tragweite ist 1000, selbst 1100 Metres (3000 bis 3300 Fuß). Das Geschoß, von einer Schnelligkeit von 450 Meter die Sekunde, erhebt sich auf die Entfernung von 230 Meter nur um 0,50 Meter, so daß es sehr sicher schießt. In Folge der Leichtigkeit und der Schnelligkeit des Ladens, welche der Soldat in allen Stellungen, sitzend, knieend, liegend thun kann, erlangt er dazu, indem er zielt, 7, 8 und selbst 10 Schüsse in der Minute, und wenn er nicht zielt, kann er 14 Mal schießen. (Der Bericht stellt nun Vergleiche zwischen dem neuen und alten Gewehre an und sagt dann): „Die mit den Garde-Regimentern und namentlich mit dem Bataillon der Gardejäger zu Fuß, welches am ersten mit der neuen Waffe versehen war, angestellten Versuche bezeugen die rapiden Fortschritte, welche die Mannschaft mit der Waffe gemacht und die Präzision, die sie erlangt hat. Die nachstehende Tabelle gibt per Hundert die mittlere Zahl der Kugeln an, welche auf verschiedene Entfernungen zuerst mit dem alten Gewehre und dann mit dem neuen abgefeuert wurden, sowie nach jeder Truppen-Kategorie, je nach der Zeit der Bewaffnung mit dem heutigen Gewehre. Es ergeben sich

einem vom 24. ds. datirten und in der „Zukunft“ abgedruckten Briefe. Die Veranlassung zu diesem Schreiben, das an den Rechtsanwalt Dr. Rambach in Hamburg gerichtet ist, wurde durch eine Anfrage des dortigen demokratischen Vereins an Jacoby geboten. Es lautet wörtlich:

„Entschuldigen Sie, geehrter Herr, daß ich Ihre — im Auftrage des demokratischen Vereins zu Hamburg an mich gerichtete — Zuschrift erst heute beantworte. Ich theile vollkommen Ihre Ansicht, daß eine Organisation der demokratischen Partei in Deutschland dringend geboten ist. Auch mit dem von Ihnen entworfenen Organisationsplan bin ich im Wesentlichen einverstanden, erlaube mir aber Folgendes dabei zu bemerken. Vor Allem scheint es mir erforderlich, ein festes Parteiprogramm aufzustellen. Die Bezeichnung: „demokratisch“ — selbst wenn man die Worte „radical“, „rein“, „entschieden“ rc. hinzufügt — bietet keinen Schutz gegen den Zutritt unsicherer, schwankender Elemente, die — erfahrungsgemäß — der Wirksamkeit einer Partei mehr schädlich als förderlich sind. Erst wenn das Ziel und die Grundsätze der Demokratie klar und unzweideutig ausgesprochen, erst wenn eine Zahl gleichgesinnter Männer sich um die gemeinsame, Allen erkennbare Fahne geschaart hat, kann von Gliederung und Organisation die Rede sein. Die Ansprache, die ich am 30. Januar an meine Wähler gerichtet, sollte meinerseits die Aufstellung eines solchen Parteiprogramms vorbereiten; seitdem hat die „Zukunft“ in ihren Leitartikeln die Sache näher besprochen, insbesondere eine Verständigung der Volkspartei in Nord- und Süddeutschland herbeizuführen gesucht; den gleichen Zweck hat die Volksversammlung in Berlin vom 14. Mai verfolgt, — und es ist überall kein Zweifel, daß es in Kurzem gelingen wird, die Freunde der Freiheit und des Gesammtvaterlandes auf Grund eines festen, scharf formulirten Programms zu vereinigen. Als bestimmend hebe ich besonders nachstehende Gesichtspunkte hervor. Das Ziel der demokratischen Partei (deutsche Volkspartei) ist: Umgestaltung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Zustände im Sinne der Freiheit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschengesicht trägt. Demgemäß ist 1) auf politischem Gebiete die volle, unbedingte Selbstregierung des Volkes zu erstreben. Das zur Zeit bestehende Repräsentativ-System entspricht ebenso wenig wie die Einzelherrschaft dem demokratischen Gleichheitsprinzip. Wenn die politische Thätigkeit des Volkes sich darauf beschränkt, Vertreter zu wählen, denen es keine bindende Aufträge ertheilen darf, — die es nicht abberufen kann, — deren Beschlüsse und Willenserklärungen es unbedingt gelten lassen muß, so ist das Volk — unter Vormundschaft seiner Abgeordneten — nicht minder unfrei als unter dem absoluten Regiment eines Einzelvormundes. Nihil de nobis sine nobis! Selbstthätig muß das Volk Theil haben an der Entscheidung aller öffentlichen Angelegenheiten, um Herr des eigenen Geschicks, Herr seiner selbst zu sein. Die logische Consequenz des allgemeinen direkten Wahlrechts ist — allgemeine direkte Theilnahme des Volkes an der Gesetzgebung wie an der Regierung des Staates. Nur wer dies anerkennt, ist in Wahrheit Demokrat. 2) Auf dem socialen Gebiete ist die Theilnahme Aller an dem allgemeinen Wohlstande, die annähernd gleichmäßige Vertheilung der materiellen Güter zu erstreben. Dies ist aber nur möglich bei gerechter Vertheilung des Productionsertrages zwischen Kapital und Arbeit. Die Arbeiterbewegung — der weitaus wichtigste Charakterzug unserer Zeit — ist keine bloße Magenfrage, sie ist eine Frage der Cultur und Humanität. Es handelt sich darum, einerseits dem Machtmißbrauche des Großkapitals und des Großgrundbesitzes, der gewinnsüchtigen Ausbeutung der Arbeitskraft des Besitzlosen, Schranken zu setzen, — andererseits dem Arbeiter — statt des kärglichen, zum Leben kaum ausreichenden Arbeitslohnes — den ihm gebührenden Antheil an dem Produktionsertrage, die volle Arbeitsrente, das ist die Möglichkeit eines menschenwürdigen Daseins zu sichern. „Die demokratische Partei“ — so heißt es in der oben erwähnten Ansprache — „muß aufhören, eine bloß politische Partei zu sein, muß die Umgestaltung der socialen Mißverhältnisse, die Hebung der arbeitenden und nothleidenden Mitbürger sich zur Aufgabe machen, — sie muß im wahren Sinne des Wortes eine Volkspartei werden.“ Volkspartei und Arbeitervereine müssen vereint Hand in Hand mit einander gehen; so nur ist das — Beiden gemeinsame Ziel: Veredelung des Menschen, zu erreichen. 3) Auf dem nationalen Gebiete endlich hat die demokratische Partei das jedem Volke wie jedem einzelnen Volksstamme zustehende Recht auf Freiheit und Selbstbestimmung anzuerkennen. Die auf Rechtsgleichheit gegründete freie Vereinigung aller deutschen Stämme, der freie deutsche Bundesstaat, ist ihr nächstes Ziel, — das fernere: der Friedens- und Freiheitsbund der Völker Europas. Wer irgend eine Art Oberherrschaft oder Hegemonie des einen Volkes über das andere, des einen Volksstammes über den anderen will, — mit anderen Worten — wer die vermeintliche „Macht und Ehre“ irgend eines Volkes oder Volksstammes, das sogenannte „National-Interesse“, höher stellt als die Forderungen des Rechts und der Freiheit, — der zählt nicht zur Volkspartei. — Dieß sind — unserer Ueberzeugung nach — die Grundsätze, zu denen sich jeder Demokrat zu bekennen, für die er überall und jederzeit mit ganzer Kraft einzutreten hat. Wer nicht den ernsten Willen in sich trägt, mit Unterordnung aller persönlichen Interessen — für die Verwirklichung dieser Grundsätze zu kämpfen, — wer nicht die Erreichung des vorgesteckten Ziels sich zur Lebensaufgabe macht, der dient der Partei am besten, wenn er ihr fern bleibt. — Die Ereignisse der letzten Jahre haben die Begriffe Derer, die sehen wollen, geklärt, die Herzen und Nieren der Menschen geprüft, Bismarcks Politik hat den Demokraten in die Hände gearbeitet. An uns ist es, die Gunst des Augenblicks zu benutzen! — Mit brüderlichem Gruß Ihr Dr. Joh. Jacoby.“

— Die Verhandlungen über den Anschluß der von bayerischem Gebiete umgebenen Gemeinde Jungholz der österreichischen Grafschaft Tyrol an den Zollverein waren bekanntlich unter Zustimmung sämmtlicher Zollvereins-Regierungen zwischen Oesterreich und Bayern geführt worden. Als Ergebniß derselben liegt der Vertrag vom 3. Mai 1868 vor, welchen die bayerische Regierung dem Bundesrathe des Zollvereins zur Genehmigung mitgetheilt hat. Die Ausschüsse für Zoll- und Steuerwesen und für Handel und Verkehr, welche mit der Berichterstattung über die Angelegenheit beauftragt waren, haben constatirt, daß der vorgelegte Vertrag dem früher zur Kenntniß der Vereins-Regierungen gebrachten und von denselben nicht beanstandeten Entwurfe durchaus entspricht und daß diese Vereinbarung für den Zollverein den Vortheil einer abgekürzten und günstiger gestalteten Zolllinie gegen Tyrol in sich schließt. In Folge dessen haben die Ausschüsse bei dem Bundesrathe des Zollvereins die Resolution in Antrag gebracht, daß gegen den Vertrag vom

---

daraus Vergleiche vom höchsten Interesse, und erlaube ich mir, deren Einzelheiten Ew. Majestät unterbreiten zu dürfen.

	Mitte der Distancen des Schießstandes.				
Durchschnittliches Ergebniß:	200m	400m	600m	800m	1000m
Altes Gewehr. Linien-Infanterie	30.8	15.8	8.3	—	—
Neues Gewehr (Modell v. 1866 Linien-Infanterie. Kurz nach Beginn der Uebung	35.6	26.2	19.7	14.3	8.2
Garde-Infanterie. Weitere Ausbildung	59.4	37.3	26.0	21.0	16.0
Garde-Jäger zu Fuß. Ganz ausgebildet	69.8.	46.6	36.1	28.4	24.7

„Nimmt man heute den Durchschnitt, welchen die Modellgewehre von 1866 erlangt haben, an, so erkennt man leicht, wie sehr diese Waffe dem alten gezogenen Gewehre überlegen ist, und namentlich auf die gewöhnlichen Distanzen von 200, 400 und 600 Metern. Auf große Distanceen, bei 1000 Metern, übersteigen die nutzbaren Resultate den Durchschnitt der letzteren auf 400 Meter und erlangen bei 600 Meter das Doppelte dessen, welches die alten Waffen äußersten Falles lieferten. Diese Resultate sind noch nicht der letzte Ausdruck des Werthes der neuen Schießwaffe. Wenn binnen Kurzem die Armeekorps Zeit gehabt haben werden, ihre Einübungen zu vervollständigen, so ist es außer Zweifel, daß der Durchschnitt der Schußfertigkeit für die Linie sich eben so wie für die Garde rasch vermehren wird.“

(Der Bericht führt nun die Schwierigkeiten an, auf die man anfänglich gestoßen sei, welche er als beseitigt angibt und sagt dann:) „Ungeachtet einiger Detail-Unvollkommenheiten, die bei jedem neuen Systeme unvermeidlich sind, ist das Ensemble unserer Waffe vortrefflich. Alle Corps haben sie mit der lebhaftesten Befriedigung angenommen. Das neue Gewehr, leichter, als das alte, und graziöser in der Form, gefällt dem Soldaten; voll Vertrauen in seine Waffe, liebt er sie, umgibt sie mit besonderer Fürsorge, bezeigt ihr seine Vorliebe, was wiederum beweist, wie unsere Soldaten in ihrer großen Intelligenz alles, was wirklich gut und nützlich, von selbst begreifen und zu würdigen wissen. Das Modell-Gewehr von 1866 ist leicht zu handhaben, sein Mechanismus ist einfach und bequem, es erheischt eine sehr kurze Instruktion, damit der Mann vertraut mit ihm werde und er lernt schnell, die beweglichen Stücke, mit denen es versehen ist, zu ersetzen. In sehr kurzer Zeit kann der ungeschickteste Soldat mit der Handhabung des ganzen Systems vertraut werden. Die Versuche, welche man letztes Jahr mit der größten Sorgfalt im Lager

3. Mai 1868 nichts zu erinnern und daß der Vollzug desselben bis auf Weiteres der bayerischen Regierung zu überlassen sei.

Hannover, 28. Mai. [Unterbrochenes Welfenfest.] Der gestrige Geburtstag des Königs Georg wurde von der „D. Volksztg." damit eingeleitet, daß sie zugab, dieser Geburtstag sei früher wie die fürstlichen Geburtstage überhaupt in ganz und halb offizieller Weise gefeiert worden, ohne daß das Volk in seiner Mehrheit, trotz des Gottesdienstes, an der Feier theilgenommen habe. Heute dagegen werde diese Feier „in den weitesten Kreisen von Tausenden in freudiger Bewegung oder stiller Erinnerung begangen werden." Zu dem Gartenfest, welches diesen Gefühlen Ausdruck geben sollte, waren nach der „D. Vztg." gegen 6000 Karten gelöst. Schon war der Garten mit „mehreren Tausenden" der Theilnehmer gefüllt, alle saßen „still und friedlich neben einander", als gegen „ihr vaterländisches Fest" plötzlich durch die Polizei eingeschritten wurde. Aus diesem Bericht ist nicht ersichtlich, wie weit gelb-weiße Demonstrationen mitwirkten. Aber auch der „Hannov. Cour." mißbilligt das Verfahren der Polizei. „Am unangenehmsten", sagt er, „überraschte diese ganz unerwartete Maßregel gerade den Theil der Bürgerschaft, der es sich mit nachdrücklichem Ernst angelegen sein läßt, bessere Zustände hier in Hannover herbeizuführen." Der demonstrative Charakter des Festes sei lange vorher bekannt gewesen; warum die Polizei also das ganze Vorhaben nicht früher vereitelt habe? Man erzähle freilich, der Befehl des Einschreitens sei erst Nachmittags von Berlin eingetroffen, und in Folge dessen seien „einige Hunderte von Frauen und Kindern von ihren Kaffeetischen im Odeon" vertrieben worden. Man hege in gewissen Kreisen Berlins eigenthümliche Ansichten darüber, wie man in den annectirten Provinzen moralische Eroberungen zu machen habe. Der „H. C." wünscht, daß Graf Bismarck eine Wandlung in diesen Ansichten herbeiführen möge, und stellt schließlich das beachtenswerthe Zeugniß aus, daß bis jetzt in Hannover von moralischen Erwerbungen nur die Rede sein könne, so weit das dortige Offizierscorps in Frage komme, welches durchweg ausgezeichnete Haltung beobachte. Von unverdächtiger Seite wurde früher aber auch dem Bemühen des Oberpräsidenten Grafen v. Stolberg, die Gemüther zu versöhnen, alle Anerkennung gezollt.

Ausland.

Frankreich. [Das Briefgeheimniß in Frankreich.] Der „Siecle" erzählt, daß eine gewisse Anzahl von Mitgliedern der Société des Gens de Lettres den Beschluß gefaßt hatte, Viktor Hugo zum Präsidenten der Gesellschaft zu ernennen. In einem vom 5. Mai datirten Schreiben fragte Herr Augu bei dem Dichter an, ob er das Amt annehmen würde. Da aber bis zum 17. Mai, dem Tage der Wahl, keine Antwort erfolgte, mußte man das Projekt fallen lassen. Wie sich jetzt herausstellt, hatte Viktor Hugo in Guernsey erst am 19. ds. den vom 5. datirten Brief aus Paris erhalten. Mit Recht konnte der Dichter hieher schreiben, die Regierung möge sich mit dem Verbote seiner Stücke begnügen und nicht noch seine Correspondenz mit Beschlag belegen.

Belgien. [Das Befinden der Kaiserin Charlotte.] Der Pariser „Figaro" erhält von guter Hand einige Mittheilungen über den Gesundheitszustand der Kaiserin Charlotte. Seit 3 Monaten hat die Kaiserin den Namen Maximilian nicht ausgesprochen; in ihren lichten Augenblicken wie im Irrsinn scheint Mexiko aus ihren Erinnerungen vollkommen geschwunden zu sein. Die Anfälle, welche übrigens relativ selten sind und niemals lange dauern, zeigen immer dieselbe Manie, nämlich die der Reinlichkeit. Die Kaiserin tritt in ein Gemach, bleibt plötzlich stehen und sagt: „Wie schmutzig ist es hier! Man soll schnell dieses Zimmer reinigen." Die Dienerschaft, auf den Fall vorbereitet, schickt sich sogleich an, zu kehren und zu putzen, und die Kaiserin zieht sich zufriedengestellt zurück; der Anfall ist vorüber.

Großbritannien. [Brücke nach dem Festlande.] Wie früher der Gedanke an eine telegraphische Verbindung der alten und der neuen Welt von Vielen verlacht worden ist, so verhält sich jetzt Mancher auch ungläubig gegen den Plan, England mit dem Festlande durch eine Eisenbahn in unmittelbaren Verkehr zu setzen. Uns scheint ein solches Unternehmen so wenig im Bereiche der Unmöglichkeit zu liegen, daß wir eher der Ansicht zuneigen, die Idee noch vor Ablauf zweier Jahrzehnde zur vollendeten Thatsache heranwachsen zu sehen. Die Art und Weise der Verbindung, ob über- oder unterseeisch, ist freilich noch ein Gegenstand gespaltener Meinungen. Dem Kaiser Napoleon hat kürzlich der Ingenieur Boutet einen Plan zur Ueberbrückung des Canals vorgelegt, und gewiß wird der Neffe nicht so voreingenommen und voreilig in seinem Urtheile über die „Ideologen" sein, wie ehedem der Onkel, der die ihm zur praktischen Durchführung angebotene Erfindung des Dampfschiffes ohne Weiteres als leere Träumerei zurückwies. An einer gründlichen Untersuchung wird Napoleon III. es gewiß nicht fehlen lassen. Hier in England findet allerdings die Ueberbrückung, welche wahrscheinlich durch Anlage künstlicher Inseln ausgeführt werden soll, nicht so warme Vertheidiger, wie die Verbindung der beiden Küsten durch einen Tunnel. Die ins Auge springenden Vorzüge einer überseeischen Bahn vor einer unterseeischen verhehlt man sich dabei durchaus nicht; doch glaubt man, letztere mit viel geringeren Mühen und Kosten verwirklichen zu können. Dieser Ansicht ist auch die „Times", welche auf die vor Kurzem durch einen englischen Ingenieur gemachten Untersuchungen hinweist. Die Tiefe wäre, nach demselben zu urtheilen, das geringste Hinderniß, da der Canal verhältnißmäßig seicht ist; bedenklicher aber würde die geologische Bildung des Meeresbodens sein. Allerdings fand man an zwei gegenüberliegenden Punkten bei der St. Margaret's Bai an der englischen Seite eine weiße Kreideschicht von 210 und eine darunterliegende graue von weiteren 260 Fuß unter dem höchsten Wasserstande, und am französischen Ufer, drei englische Meilen westlich von Calais, zeigte sich dieselbe Bildung, nur stärker, 270 Fuß weiße und 480 Fuß graue Kreide, unter dem Meeresspiegel; aber es fragt sich, ob diese fast direkt von Dover nach Calais führende Lage nicht stellenweise unterbrochen ist. Im anderen Falle wäre die Tunnellirung keine besonders schwierige, die Vollendung würde zehn Jahre und der Kostenanschlag 10,000,000 L. betragen, also nur doppelt so viel, wie der abessinische Krieg verschlungen hat. Mit etwa zwei Millionen könnte man sich eine Gewißheit über die Ausführbarkeit des Planes verschaffen, indem diese Summe genügen würde, um einen Landschacht an jeder Küste und einen vorläufigen Versuchsstollen, der beide verbinde, anzulegen. Wäre das Ergebniß ein befriedigen-

---

von Chalons und dann in Italien durch die Truppen des Expeditionskorps unter dem verschiedenartigsten Klima machte, lieferten den Beweis, daß unter einem zarten Aussehen das neue Gewehr den besten Anforderungen entspricht und alle Nothwendigkeiten des Felddienstes erfüllt. Sire! Das neue Gewehr, mit welchem man die Armee versehen hat, vereinigt, von allen Gesichtspunkten in's Auge gefaßt, im höchsten Grade eine unvergleichliche Sicherheit und Geschwindigkeit im Schießen, Eigenschaften, welche ihm den ersten Rang unter den heute im Gebrauche befindlichen Kriegswaffen sichern müssen. Jedenfalls ein kostbarer Vortheil, der aber unvollständig sein würde, wenn die Entwicklung der Instruktion sich nicht auf der Höhe der materiellen Fortschritte der Bewaffnung zeigte. Die Schießübungen haben ein zu großes Interesse, als daß ich ihnen nicht meine ganze Aufmerksamkeit widmen sollte. Ich rechne viel auf die Unterstützung der Offiziere, um dieser Instruktion einen mächtigen Impuls zu geben. Deshalb würde ich auch glücklich sein, bei den Vorschlägen zu ihrer Belohnung denen, welche sich bei dem Unterrichte der unter ihren Befehlen stehenden Truppen am meisten verdient gemacht haben, gerecht werden zu können. Der Geschmack am Scheibenschießen verbreitet sich immer mehr und mehr in der Armee. Die Offiziere selbst nehmen an diesen Uebungen Theil, da sie begreifen, daß sie die Soldaten durch das Beispiel, welches sie ihnen geben, anfeuern müssen. Diese Bemühungen verdienen ermuthigt zu werden. Ich habe daher die Ehre, Ew. Majestät vorzuschlagen, für alle in Instruktionslagern versammelten Truppen ein Offiziers-Scheibenschießen zu eröffnen, an dem sich die Offiziere aller Grade ohne Unterschied der Waffe oder der Funktion betheiligen dürfen. Preise werden im Namen des Kriegsministers für jedes Scheibenschießen ausgesetzt werden. Wenn der Kaiser geruhen sollte, dem Lager von Chalons und dem von Lannemezan Armeecorps-Preise für die besten Schützen der verschiedenen Divisionen auszusetzen, so würde ein solches durch den Souverain selbst gegebenes Zeichen des Interesses für diese Maßregel mit Dankbarkeit von den Offizieren aufgenommen werden; es würde für Alle ein Sporn sein, welcher den glücklichsten Einfluß auf die allgemeine Instruction der Armee ausüben würde.

„Indem ich diesen Bericht schließe, habe ich die Ehre, Ew. Majestät mitzutheilen, daß die Arbeiten für die Fabrikation der Bewaffnung mit einer Thätigkeit fortgesetzt werden, die immer größere Fortschritte darthut. In der letzten Woche, vom 10. bis zum 17. Mai, betrug die Durchschnittszahl der an jedem Tage fabricirten Gewehre 1600."

---

des, so würde ein fernerer Aufwand von acht Millionen zur Vollendung des Werkes hinreichen; andernfalls wären die zwei Millionen freilich ins Wasser geworfen. Doch sind solche Summen schon an manche weniger versprechende Unternehmungen verschleudert worden.

[Hinrichtung.] Von der am 23. Vormittags erfolgten Hinrichtung des Feniers Michael Barrett liegen nun in den Londoner Blättern ausführliche, ja nur gar zu ausführliche und anschauliche Beschreibungen vor. So erspart z. B. der Expreß seinen Lesern sogar nicht die Notiz, daß man unter der weißen Mütze, die dem Delinquenten, wie herkömmlich, über das Gesicht gezogen war, deutlich die weit herausgetriebene Zunge sah, als er in der Luft baumelte. Barrett bewahrte übrigens die ruhige, fast stolze Fassung, welche er während der Untersuchung gezeigt hatte, auch auf dem Schaffot, und er wurde bei seinem Hervortreten auf das verhängnißvolle Gerüst von einem Theil der versammelten Menge — unter welcher weniger Gesindel als sonst gewöhnlich zu sein schien — sogar mit Zuruf begrüßt: „God bless you, Barrett!" — „Good bye, Barrett!"*) wogegen der süßlich lächelnde alte Henker mit schimpfendem Geschrei empfangen wurde, woran Calcraft (ein alter Stammesname!) jedoch schon gewohnt ist. Barrett — zu welchem gegen den Brauch kein Vertreter der Presse ins Gefängniß zugelassen worden war — hat sich für die Tröstungen seiner Religion empfänglich gezeigt, zur großen Befriedigung des katholischen Seelsorgers. Von einem Geständniß außerhalb etwa des Beichtsiegels verlautet nichts. Wahrscheinlich, und hoffentlich, war dieß die letzte Hinrichtung coram populo.

— [Abessinisches.] Der Minister für Indien hat folgendes weitere Telegramm von Sir R. Napier, d. d. Antalo, 13. Mai, erhalten: „Keine Beute in Magdala gefunden. Einzelne Gegenstände wurden wegen der Transportschwierigkeiten versteigert und von Offizieren zu hohen Preisen angekauft. Der Gesammtbetrag wird 3000 Pfd. St. nicht übersteigen. Am 12. langte ich mit der letzten Brigade in Antalo an. Ich werde bei der Nachhut bleiben und alle Truppen, sobald wie möglich nach Zula marschiren lassen. Fünfte Batterie, 25. Brigade, königl. Artillerie und Regiment Cameron am Einschiffen begriffen, 18. Bombay-Regiment abgesegelt. Vorräthe werden schleunigst eingeschifft. Vierzehn Tage lang Regenstürme, Truppen jedoch nicht zurückgehalten. Wetter jetzt besser. Heftiger Regen beschädigte zeitweilig den Weg durch den Suanpaß. Weg jetzt wieder in gutem Zustande, Truppen alle wohl. — Alle europäischen Großmächte, mit Ausnahme Rußlands, hatten der Expedition je zwei Offiziere mitgegeben, deren Urtheil über die Führung des Feldzugs und die Haltung der Truppen ein übereinstimmend günstiges ist. Die preußischen Offiziere haben den Feldzug von seinem Beginn an mitgemacht, die französischen kamen gerade zur höchsten Zeit an, und die österreichischen waren 3 Tage zu spät von Haus abgereist, um noch rechtzeitig nach Magdala zu gelangen. Außerdem befindet sich noch ein Agent der französischen Regierung bei der Expedition, der Sir Rob. Napier zu bewegen sucht, einen kleinen Theil der Truppen durch den Suez-Canal nach der Heimath zu befördern. Seine Vorschläge scheinen indessen keinen Anklang zu finden.

Nichtpolitische Zeitung.

[Vielfache Verwendbarkeit des Petroleums.] Das Petroleum, mit dem man Jahrhunderte lang, als es noch unter dem Namen Steinöl oder Naphta in den Handel kam, nichts Rechtes anzufangen wußte, gewinnt immer größere Wichtigkeit, und zwar schätzt man es nicht nur als Brennmaterial, sondern auch in der übrigen Hauswirthschaft, in der Landwirthschaft und selbst in der Heilkunde spielt es seine Rolle. Den umfassendsten Gebrauch macht man jetzt von seiner eminenten Wirksamkeit gegen alles kleine Ungeziefer, das durch direkten Berührung mit der Flüssigkeit immer sofort, durch die bloße Ausdünstung theilweise ebenfalls getödtet, andernfalls doch vertrieben wird. Gärtner, Thierzüchter und Thierärzte verwenden das Petroleum schon häufig zur Vertilgung pflanzlicher und thierischer Schmarotzer; gegen das häßliche Uebel, das von einer in der menschlichen Haut nistenden Milbe herrührt, die Krätze, steht es allen anderen Mitteln voran. Hierauf fußend, hat die ärztliche Praxis jetzt auch begonnen, den Stoff gegen innere Quälgeister, Eingeweidewürmer nämlich, in Anwendung zu bringen, und zwar ebenfalls mit gutem und raschem Erfolg. Man gibt zu diesem Zweck Klystiere mit einer Emulsion von Petroleum, einen halben Eßlöffel voll, einem Eigelb und warmem Wasser; die Behandlung wird ohne Beschwerde vertragen. Wahrscheinlich wird nun das Mittel, um im Verdauungskanal gründlich, z. B. auch mit dem Bandwurm aufzuräumen, bald auch innerlich gegeben werden. Pariser Aerzte haben sich der Probe unterzogen und gefunden, daß der Stoff für den Körper unschädlich und nur durch seinen häßlichen Geschmack widerwärtig ist. Dem läßt sich aber abhelfen, indem man ihn in bekannter Weise in Gelatinekapsel eingeschlossen verordnet.

[Wer nicht liebt Wein, Weib und Gesang ꝛc.] Zur Einweihung des Luther-Denkmals in Worms, welche am 24., 25. und 26. Juni stattfindet, werden 120 Mädchen als Kellnerinnen für die Restauration in der Festhalle gesucht.

[Literatur.] Uns liegen zwei Probenummern derselben Verlagshandlung Karl Minde in Leipzig vor, welche beide dem Zweige der speziellen Gewerbezeitungen angehören. Es sind diese Erscheinungen nicht nur eine Ehre für unseren deutschen Buchhandel, sondern noch mehr vielleicht für unsere deutsche Industrie und ein Beweis von deren idealer Höhe, wenigstens deren idealen Tendenzen. Man wird hier freilich leicht an das ausländische Stichwort über uns erinnert, daß der Deutsche keinen Fettflecken aus seinem Rocke mache, ohne daß er vorher einen Kursus über Chemie gehört habe. Auch wollen wir nicht behaupten, daß die Vertretung eines Gewerbes durch eine eigene Literatur dieses Gewerbe untrüglich fördere; jedenfalls aber wird das Streben und der Fond von Tüchtigkeit, der in einem Gewerbszweige vorhanden ist, durch eine solche Fachzeitung in die besten Bahnen gelenkt und zur höchsten Wirksamkeit gebracht. Von diesem Standpunkte aus begrüßen wir beide Erscheinungen mit Freude und Zuversicht. Die eine ist das Korrespondenzblatt der Handelsgärtnerei von F. C. Heinemann in Erfurt, in monatlichen Lieferungen (1 Thlr. jährlich), mit vielen Zeichnungen. Die andere ist die „Illustrirte Zeitung" für Buchbinderei und Kartonnagenfabrikation, welche auch allgemeinere gewerbliche Fragen zu besprechen scheint. Auch diese Zeitung erscheint monatlich und kostet jährlich 1 Thlr.

Handels- und Börsenberichte.

Gotha, 27. Mai. Nach dem eben vollendeten Rechnungsabschluß der hiesigen Lebensversicherungsbank für 1867 haben die Geschäfte derselben nach allen Richtungen hin einen sehr günstigen Verlauf genommen. Diese Gunst zeigte sich zunächst in einem reichen Zugang an neuen Versicherungen, welcher nächst dem Jahre 1865 größer war, als in irgend einer anderen Periode. Derselbe betrug 5,052,700 Thlr., wodurch, nach Abzug des mäßigen Abgangs, der Versicherungsbestand bis zum Jahresschluß auf 56,431,800 Thaler für 31,029 Personen sich erhob. Inzwischen ist derselbe in Folge fortdauernden zahlreichen Zugangs wieder um mehr als 2 Mill. Thaler gewachsen. Die Einnahme an Prämien und Zinsen war um 139,968 Thlr. größer als 1866 und betrug 2,608,095 Thlr., der Fonds erfuhr einen Zuwachs von 672,045 Thlr. und stieg auf 14,647,256 Thlr. Derselbe ist fast ausschließlich in ersten Hypotheken landwirthschaftlicher Besitzungen von mindestens doppeltem Bodenwerthe zu einem durchschnittlichen Zinsfuße von über 4½ pCt. angelegt. Für 648 Sterbefälle waren zwar 1,131,100 Thlr. zu vergüten, doch ist dieser Betrag noch um 148,306 Thlr. kleiner als die rechnungsmäßige Erwartung. Die Bilanz schließt mit einem reinen Ueberschuß von 2,726,187 Thlr., wovon 701,794 Thlr. auf 1867 fallen. Dieser bedeutende Ueberschuß kömmt in diesem und den nächsten vier Jahren an die Versicherten als Dividende zur Vertheilung und gewährt denselben eine sehr bedeutende Ermäßigung ihrer Beiträge, — im Jahre 1868 von 36 pCt., im Jahre 1869 von nicht weniger als 39 pCt. An diesen günstigen Ergebnissen hat die Sparsamkeit der Verwaltung keinen unwesentlichen Antheil, indem die Kosten derselben, — ohne daß die Versicherten neben der Prämie irgend eine außerordentliche Gebühr zu entrichten haben, — im Ganzen und einschließlich aller Agenturprovisionen nur 4¼ pCt. der Jahreseinnahme betragen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

*) „Expreß" bemerkt aber dazu sehr richtig: wenn zuletzt noch ein Pardon für den armen Sünder eingetroffen wäre, würde der Pöbel denselben bemitleideten Barrett geschmäht und verflucht haben!

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 153.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 3. Juni 1868.

Wieder eine Beruhigung der Kriegsbesorgnisse.

Das Auf- und Abwiegeln, das Niederziehen der Wagschalen Krieg und Friede wechselt so oft und so rasch, die meist in den dichtesten Schleier diplomatischer Geheimnisse gehüllte Ursache dieses jeweiligen Wechsels ist mitunter so unenthüllbar, die Irrgänge und Schleichwege der Hochpolitiker, womit sie einander auf falsche Fährte zu bringen suchen, so versteckt, daß eine sichere Orientirung über die augenblickliche Lage fast unmöglich wird. Im vorletzten Hefte die „Grenzboten" stand ein offenbar von einem militärischen Fachmanne herrührender Artikel über die französischen Rüstungen, welcher dieselben als unmittelbar auf Krieg gerichtet darstellt, allein hunderttausend Pferde dafür bereit stellt und allen Hafer in Europa aufkaufen läßt, so daß wir vor der Haferärnte unsere eigenen Pferde am Ende noch mit Mandeln und Rosinen werden füttern müssen. Wir wagen, was die Details betrifft, einem Militär nicht zu widersprechen. Allein da trifft es sich gut, daß ein anderer Militär, welcher die französischen Verhältnisse gut zu kennen scheint, eine ganz andere, weit beruhigendere Darstellung in der „Köln. Ztg." gibt. Er schreibt:

„Als man im Jahre 1867 der Luxemburger Frage wegen in Sorge war, machte mancher deutsche Offizier einen Spaziergang durch Lothringen, durch das Elsaß, durch Burgund und bis Paris. Ueberall konnte er sich leicht von der Uebertriebenheit der damaligen Gerüchte überzeugen: die Festungen waren nicht nur nicht armirt, sie waren zum Theil sogar in einem jammerwürdigen Zustande; die Truppenstände waren nicht vollzählig, die Pferdezahl noch weniger, die Bewaffnung unzureichend. Wie ist es jetzt? Worin bestehen die großen Rüstungen, die man Frankreich zuschreibt, die man aber nirgends näher bezeichnet? Was Metz und Straßburg betrifft, so wissen wir nur, daß endlich die Forderungen der Neuzeit dort sich Geltung verschaffen werden, nachdem die alte Schule von Cormontaigne bis jetzt mit zähem Eigensinne jeder Neuerung sich widersetzt hatte. Es sind dort endlich vorgeschobene Werke genehmigt, um diese Hauptfestungen nicht einem vernichtenden Bombardement Preis zu geben; daß die Werke bereits ausgeführt wären, und zwar in genügender Zahl, davon ist uns nichts bekannt geworden.

„Was die Artillerierüstungen betrifft, so ist in dieser Beziehung sehr wenig zu berichten; die Franzosen haben bekanntlich das Vorladesystem für ihre ganze Landartillerie beibehalten und nur für die Seeartillerie Hinterlader angenommen. Daß die Armee schon ausgiebig genug mit Feldgeschützen neuer Construction versehen sei, möchten wir bezweifeln; jedenfalls ist die Festungs- und Belagerungs-Artillerie noch nicht auf der Höhe der Zeit. Die mysteriöse Infanteriekanone ist nur eine Modifikation der amerikanischen Gatling-Kanone und noch nicht erprobt; jedenfalls kann ihre Verwendung nur eine beschränkte sein und ihre Beschaffung in größerer Zahl wäre weder alarmirend, noch überhaupt wahrscheinlich. Was das berühmte Chassepotgewehr betrifft, so erinnere man sich gefälligst, daß die bisherige Dienstzeit der französischen Armee 7 Jahre betrug, was bei einer Aushebung von 100,000 Mann 700,000 M. gibt. Wenn hiervon auch nur 500,000 Mann für die Infanterie gerechnet werden, so bedarf diese Waffe, da jeder Staat mindestens eine doppelte Garnitur Gewehre besitzt, deren eine Million. Die neue Organisation ändert hierin nichts, denn wenn die Linie um zwei Jahrgänge abnimmt, so nimmt dafür die Reserve um zwei zu. Die Reserve ist aber lediglich eine nominelle Einrichtung, denn sie wird beim ersten Kanonenschusse aufgeboten. Die Fabrikation der neuen Gewehre hat aber noch nicht lange begonnen; es ist bei Weitem noch nicht die ganze Armee mit einer einfachen, geschweige denn mit der für einen Feldzug nothwendigen zweiten Garnitur versehen. (Inzwischen ist Niel's Bericht erschienen, der die Sache natürlich von der günstigsten Seite darstellt.) Wenn daher die Franzosen in Sachen Chassepot tüchtig arbeiten, so thun sie nur, was sie müssen, um sich auf den nöthigsten Stand der Vertheidigung zu setzen; so thun sie nur, was Preußen seit zwanzig Jahren in aller Gemächlichkeit gethan hat.

„Daß die Beschaffung von Munition für diese neue Waffe eine weitere dringende und große Arbeit, aber noch lange keine Kriegsrüstung ist, liegt auf der Hand; sie erfordert um so mehr Arbeit, als bekanntlich die Munition der neuen Hinterladungs-Gewehre sehr complicirt und fast noch wichtiger als die Waffe selbst ist. Man lasse sich also durch Rüstungen, die noch lange nicht einmal das Nöthigste zu Stande gebracht haben, nicht unnöthiger Weise in Harnisch bringen. Wenn der Kaiser Napoleon keinen Krieg anfängt, so weiß er am allerbesten, warum. Ueberdies dürfen wir nicht vergessen, daß die neugeschaffene mobile Nationalgarde noch gar keine Hinterlader hat und sobald auch noch keine bekommen kann. Die Anschaffung neuer Montirungen, die gegenwärtig in Frankreich stark betrieben wird, hat einen ähnlichen Grund; der unpraktische Rock mit einer Reihe Knöpfe ist abgeschafft und der zweireihige mit Revers eingeführt worden. Zu allem dem kommt, daß ein großer Theil des französischen Kriegsmaterials bei der unglücklichen Expedition nach Mexico ruinirt worden ist und nun ganz erneuert werden muß.

„Wir sehen also, daß Frankreich nur Versäumtes nachholt, daß es sich nur in einen Stand zu setzen sucht, in welchem sich Preußen längst befindet, wenn diesem auch die Einverleibung anderer Staaten und ihrer Contingente nicht unerhebliche Geschäfte verursacht haben mag. Der glückliche Umstand, daß Preußen seine Infanterie-Bewaffnung nicht plötzlich, sondern allmählig in einer verhältnißmäßigen Friedenszeit herstellte, hat es Frankreich noch auf Jahre hinaus vorausgebracht. In seiner Artillerie-Ausrüstung ist es mindestens so weit, wie Frankreich. Seine Festungen sind, wenn auch den neuesten Anforderungen noch nicht ganz entsprechend, doch den französischen bei Weitem voran. Deutschland kann in dieser Beziehung viel ruhiger sein, als Frankreich, denn Preußen ist weit eher in der Lage, täglich einen Krieg beginnen zu können, als Frankreich, welches in der That

Eine Hinrichtung in Wien.

In Wien wurde am Samstag der Raubmörder Ratkay gehenkt. Derselbe war in das Zimmer seiner Wirthsfrau, bei der er erst wenige Tage wohnte, in früher Morgenstunde gedrungen, hatte dieselbe, welche noch schlafend im Bette lag, mit einem Hobel erschlagen und dann aus Kisten und Kasten Geld und Werthgegenstände mitgenommen. Ratkay war schon vor dieser Unthat auf dem Weg des Verbrechens gewandelt; während seiner Haft hatte er sich grobe Widersetzlichkeiten zu Schulden kommen lassen und einen Aufseher sowie einen Mitgefangenen am Leben bedroht. Es sprachen keine Milderungsgründe für den zum Tod Verurtheilten, und der Kaiser bestätigte kürzlich das Urtheil. Da der gegenwärtige Justizminister sich als Abgeordneter mit der denkbarsten Entschiedenheit gegen die Todesstrafe erklärt hatte, war erwartet worden, den Wienern würde das traurige Schauspiel einer Hinrichtung erspart bleiben. Der Kaiser ließ jedoch der Justiz ihren Lauf, und es leuchtet ein, wenn angegeben wird, daß der Minister eine Sache der kaiserlichen Gnade nicht wohl zur Kabinetsfrage machen konnte. Ueber die letzten Lebensstunden und den Akt der Hinrichtung bringen Wiener Blätter spaltenlange Berichte. Von dem Berichte, welchen die „N. Fr. Pr." unter'm 30. Mai gibt, bildet Folgendes nur einen kleinen Auszug. Das genannte Blatt schreibt: Die letzten Stunden vor seiner Hinrichtung, d. i. von der Stunde, wo ihm die Urtheilsvollstreckung bekannt gegeben worden, bis zu dem letzten Momente seines Lebens, hat sich Ratkay sehr bußfertig gezeigt und beschäftigte sich ausschließlich mit einer reumüthigen Verabschiedung von der Welt. Im Laufe des gestrigen Tages erbat er sich, von zweien seiner ehemaligen Freunde und zwei Landsleuten, zwei Soldaten, von seiner Geliebten und von zweien seiner ehemaligen Zellengenossen Abschied zu nehmen. Diese Bitte wurde ihm denn gewährt; er empfing die Gäste unter Thränen, bat sie um Verzeihung, bot ihnen Sträußchen, die er selbst gebunden hatte, an und sagte: „Ja, ich sehe es ein, ich habe es verdient." Sobald die Gäste sich entfernt hatten, brach er vollends zusammen und blieb durch einige Zeit bewußtlos. Nachdem er sich wieder erholt hatte, wurde er in

trotz aller sogenannten alarmirenden Kriegsrüstungen noch lange nicht das Maß der nothwendigen Bereitschaft erreicht hat."

Aus dieser Darstellung möchten vielleicht diejenigen einige Beruhigung schöpfen, die sich durch den oben erwähnten Artikel und ähnliche haben in Unruhe setzen lassen. Unter dem ungeheueren Hafervorrath des Correspondenten scheint einiger Schwindelhafer zu sein.

Süddeutschland.

Großherz. Hessen. [Keine hessische Garnison nach Mainz.] Die officiöse „Darmst. Ztg." schreibt: Dem Vernehmen nach rückt das 3. Infanterie-Regiment alsbald nach dem bevorstehenden Feste, zur Ablösung des 4. Infanterie-Regiments, nach den Cantonnements in Eberstadt und Pfungstadt ab, und es scheint somit von einer Garnisonirung eines Infanterie-Regiments unserer Division in der Festung Mainz Abstand genommen worden zu sein. Die unbenutzten Casernenräume in Mainz reichen, äußerem Vernehmen nach, nur zur Aufnahme von 3 Compagnien aus, und es hätten deßhalb 5 Compagnien in den Baracken untergebracht werden müssen, die in ihrer dermaligen Beschaffenheit zur dauernden Bequartierung von Truppen nicht geeignet sind."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 31. Mai. [Schuldhaft und Todesstrafe.] So hört denn heute die Schuldhaft mit Ausnahme des Sicherungsarrestes im ganzen Gebiet des Norddeutschen Bundes auf, in demselben Augenblick, in welchem Sachsen die Todesstrafe beseitigt. Daß gegen beide Gesetze, das norddeutsche wie das sächsische, im großen Publikum noch viele Einwendungen erhoben werden, ist gewiß; mögen doch sogar viele der Volksvertreter, welche für dieselben stimmten, nicht mit ganzem Herzen für sie gewesen sein. Aber sowohl für die Todesstrafe als die Schuldhaft, diese Reste anderer Jahrhunderte, in denen der Mensch sehr wenig galt, ist die Zeit abgelaufen; sie müssen deßhalb fallen. Sachsens Vorgang in Bezug auf die Todesstrafe ist übrigens um deßwillen von hoher Wichtigkeit, weil das Strafrecht nach Art. 4 der Bundesverfassung zu denjenigen Gegenständen gehört, welche der gemeinsamen Gesetzgebung unterliegen und weil ein gemeinsames Strafrecht für den norddeutschen Bund bald hergestellt werden muß; da kann man denn unmöglich daran denken, die Todesstrafe in Sachsen wieder einzuführen oder aber in einigen norddeutschen Ländern die Todesstrafe beizubehalten, in andern abgeschafft zu lassen. Sachsen hat mithin die baldige Abschaffung der Todesstrafe für den ganzen norddeutschen Bund und wohl auch für ganz Deutschland entschieden. Es ist deßhalb auch nicht unwahrscheinlich, daß noch in dieser Session des Reichstags ein Antrag auf Beseitigung der Todesstrafe eingebracht wird, der, wenn er auch nicht einen unmittelbaren Erfolg hat, doch die weiteren Schritte einleitet. (Frkf. Ztg.)

— [Unangenehme Ueberraschung.] Ein Wochenblatt in Guben druckte im Mai 1866 ein Gedicht von Robert Prutz ab, das derselbe in der Neuen Stettiner Zeitung veröffentlicht hatte. (Die bekannten Terzinen „Ja das ist Krieg!" Drommeten hör' ich tönen, die Trommel ruft und lockt von Ort zu Ort." rc.) Das Gedicht brachten fast alle berliner Zeitungen und mit ihnen eine große Reihe Zeitungen in ganz Deutschland. Eine kleine Zahl dieser Zeitungen bekam einen Preßprozeß wegen dieses Gedichtes, die meisten von ihnen wurden aber freigesprochen, wie z. B. alle berliner Zeitungen. Diejenigen, welche verurtheilt wurden, waren dann aber doch in Folge der Amnestie vom Jahre 1866 frei von aller Strafe, sofern sie beim Erlaß der Amnestieakte schon ein rechtskräftiges Erkenntniß hatten. Wenn die Procedur noch nicht zu einem rechtskräftigen Erkenntniß gelangt war, so sollte der Justiz-Minister von Amtswegen in jedem einzelnen Falle die Begnadigung nachsuchen. Der arme Herausgeber des Wochenblattes in Guben, der noch kein rechtskräftiges Erkenntniß hatte, hatte seine ungewöhnlich hohe Verurtheilung für den Abdruck des Gedichts, nämlich sechs Monate Gefängniß, mit Gemüthsruhe aufgenommen, weil er, wie die übrige Welt, glaubte, daß er nach dem Amnestieerlaß sicher auf Begnadigung rechnen könne. Er verzichtete auf jedes weitere Rechtsmittel und ließ dieses Erkenntniß mit sechs Monaten Strafe für eine Sache, in der viele Andere freigesprochen waren, rechtskräftig werden. Zu seinem Entsetzen wird er nach langer Zeit benachrichtigt, daß der Minister nicht auf den ganzen Straferlaß, sondern nur auf den halben angetragen hat, daß auch so verfügt sei, und daß er deßhalb drei Monate sitzen soll!

Ausland.

Schweiz. [Zum Handelsvertrag.] Der Gesandte des Norddeutschen Bundes bei der Eidgenossenschaft, Generallieutenant v. Roeder, hat Herrn Bundespräsidenten Dr. Dubs so eben ein Schreiben des Grafen Bismarck zur Kenntniß gebracht, welches, die Folgen des Scheiterns der schweizerisch-deutschen Handelsvertrags-Unterhandlungen berührend, sich wörtlich, wie folgt, ausspricht: „Der Zollverein wird fortfahren, die Schweiz auf dem Fuße der meist begünstigten Nationen zu behandeln, so lange die Schweiz Reciprocität gewährt. Er wird in den nächsten Tagen Gelegenheit haben, diese seine freundliche Haltung durch die That zu beweisen, indem er die von ihm in dem Handelszoll-Vertrage vom 9. März d. J. an Oesterreich zugestandenen, zum Theil auch für die Schweiz sehr werthvollen Zollbefreiungen und Zollermäßigungen ohne Weiteres auch der schweizerischen Eidgenossenschaft wird zu Theil werden lassen." Diese Eröffnung ist dem von allen Seiten wegen der Resultatlosigkeit der Berliner Handelsvertrags-Unterhandlungen angegriffenen Bundesrathe gewiß sehr erwünscht gekommen. Auch hat er für dieselbe sofort bestens gedankt und dahin erwiedert, „daß er auch seinerseits den deutschen Zollverein auf dem Fuße der meistbegünstigten Nationen fortbehandeln werde, so lange deutscherseits ein entsprechendes Verfahren eingehalten werde". In seiner Antwort hat der Bundesrath außerdem schließlich noch die Hoffnung ausgesprochen, daß der Anstand, welcher dem Abschlusse des Handelsvertrages mit dem Zollvereine im Wege steht, möglicher Weise doch noch beseitigt werden könne, über welche Frage er sich gegenüber dem deutschen Bunde weitere Eröffnungen vorbehalte. Demnach ist auch der Bundesrath zu der Ueberzeugung gelangt, daß die Bierohmgeld-Frage kein unübersteigbares Hinderniß ist.

Frankreich. [Debatte über das Vereins-Gesetz.] Der Senat nahm in der Sitzung vom 30. Mai das Vereinsgesetz mit 84 gegen 24 Stimmen an, und die langen Diskussionen in den Journalen und Kammern, zu welchen der Brief des Kaisers vom 19. Januar 1867 Anlaß gab, sind somit als beendet zu betrachten. Aus der Diskussion, welche dem gestrigen Votum voraufging, ist nur wenig hervorzuheben. Zuerst stritt man sich darüber herum, ob der Kaiser, als er seinen Brief erließ, das Vereinsrecht auch auf die Wahlversammlungen angewandt haben wollte. Dann sprach Leroy St. Arnaud, ein Bruder des in der Krim gestorbenen Marschalls, gegen das Gesetz, worauf Pinard zur Vertheidigung des Gesetzes das Wort ergriff. Seine Rede hat in so fern Bedeutung, als er darin erklärt, daß das Preßgesetz, das er für viel harmloser hält als das Vereinsgesetz, mehr für die gebildeten Classen gemacht sei, während das letztere zu Gunsten der Volksklassen erlassen worden

---

den Hofraum geführt, wo er eine Weile spazieren ging, eine Cigarre anbrannte und rauchte. Nach ungefähr einer Stunde kam er in die Zelle zurück und sank erschöpft nieder. Seine tiefe Erschütterung hatte einer ruhigen Ergebung in sein Schicksal Platz gemacht. Häufig las er in einem Erbauungsbuche und pflog Unterredung mit dem Seelsorger. Gestern beschäftigte er sich viel mit Binden frischer Blumen zu Kränzen und Bouquets. Gestern Abends, am Vorabende vor dem letzten Gange zum Richtplatze, nahm Ratkay noch ein Nachtmahl und blieb schweigsam bis 1 Uhr nach Mitternacht wach. Schlag 5 Uhr Morgens wurde er in die Hauskapelle geholt, wo der Hausseelsorger eine stille Messe las, der er andächtig unter vielen Seufzern anwohnte. Nach der Messe empfing er die heilige Kommunion und verharrte dann einige Zeit im stillen Gebete. Er wurde in die Zelle zurückgeführt, wo ihm ein Frühstück, eine Schale schwarzen Kaffee's und ein Glas Slibovitz, gereicht wurde. Das Frühstück nahm er zum Theile zu sich. 3/47 Uhr trat der Hausseelsorger in die Zelle des Delinquenten und sprach ihm tröstend zu, bis der Kerkermeister Zemlitzka mit der Meldung eintrat, daß es Zeit sei. Der Aufseher Steininger trat heran, um dem Delinquenten die Hände zu fesseln, worüber Ratkay zusammenschrak. Der Hausseelsorger trat ermahnend heran und sagte: „Liebes Kind, Sie haben mir versprochen, Alles geduldig zu tragen, was man noch über Sie verhängen sollte. Halten Sie also Ihr Versprechen." Ratkay hielt geduldig seine Hände hin und ließ sich fesseln. Der Seelsorger gab ihm das Bild des Gekreuzigten sammt einem Blumenstrauß in die Hände. Schlag 7 Uhr trat Ratkay, von dem Seelsorger unter dem Arme geführt, an den Wagen heran, grüßte die Umstehenden und mußte in den Wagen gehoben werden. Vom Landesgerichte bis zum Richtplatze war das Gedränge so groß, daß die Wagen oft minuten lang stockten. Unterwegs sprach Ratkay gar nichts, hörte geduldig auf die Zusprüche des Priesters, küßte wiederholt das in den Händen gehaltene Kreuz; außerhalb des Linienschrankens wurde er von einer Ohnmacht befallen, und der Priester labte ihn mit vorsorglich mitgenommenem Hirschhorngeist und Essigäther. Außerhalb der Linie

wäre. Das Vereinsgesetz sei nur die Folge des Gesetzes über die Arbeiter-Coalitionen. Die Arbeiterfrage sei schon unter dem ersten Kaiserreiche in Anregung gebracht, dann unter der Restauration aufgeworfen worden, habe unter der Juli-Monarchie einen großen unterirdischen Weg zurückgelegt und sei 1848 im Luxembourg gewaltsam losgebrochen. Pinard konstatirt, daß das zweite Kaiserreich die Frage durch die Gesetze über die Arbeiter-Coalitionen und die commerciellen Associationen zu lösen begonnen habe und daß der erste Artikel des vorliegenden Gesetzes, der die Versammlungen zur Besprechung von staatsökonomischen Fragen gestatte, die „vollständige" Lösung dieser Frage herbeiführen solle. Nach Pinard (Minister des Innern) ist eine solche Lösung übrigens vollständig gerechtfertigt. „Wenn die extremen Parteien" — so meint derselbe — „sich mit den Arbeitern beschäftigen, so legen sie ihnen ein politisches Losungswort für den Augenblick auf, wo ein Votum abzugeben ist. Die kaiserliche Regierung feilscht nicht auf diese Weise mit ihrer Unterstützung; sie will aus den Arbeitern keine politischen Werkzeuge machen; aber sie will sie die Würde der Arbeit lehren, ihnen den Zutritt zum Eigenthume eröffnen, sie durch die Ersparnisse zu Meistern machen, durch die Ersparnisse, welche sie an den Staat und an die Familie knüpfen. Durch das persönliche Eigenthum wird der Arbeiter die Achtung vor dem Eigenthume der Anderen, die Liebe zur Familie, die Achtung vor dem Staate und dem Vaterlande kennen lernen, denn es ist das Vaterland, welches seine Familie und sein Eigenthum beschützt. Wenn man ihn denn fragen wird, was ihm eine Revolution kostet, so wird er nicht mehr antworten, wie 1830: „Mir, der nichts hat, kostet sie drei Tage Arbeit!", denn sie wird ihm dann die Ersparnisse seiner Familie kosten; sie wird das angehäufte Capital, die Werkstatt, welche er gemeinschaftlich besitzt, den Staat und das Vaterland, welche ihm diese verschiedenen Güter sicher stellen, gefährden. Dies ist die vollständige Rechtfertigung des ersten Artikels." Nachdem Pinard auf diese Weise die Ideen kundgegeben, welche die Regierung betreffs der Arbeiter verfolgt, tritt er für die Wahlversammlungen ein, wobei er hervorhebt, daß man dabei zwei Dinge vermeiden müsse, nämlich das Ausarten derselben in Clubs und die Gründung von geheimen Gesellschaften. Er scheint dabei der Ansicht zu sein, daß die Wahlversammlungen nur der Regierung günstig sein können, und er hält es für viel schlimmer, wenn man die Presse allein bei den Wahlen wirken lassen wolle. Nach Pinard sprach der Admiral Bouet-Willaumez, und man schritt dann zur Abstimmung.

— [Bittere Satyre auf Napoleon III.] In dem neuen Pariser Blatte „Die Laterne" gibt der Chefredacteur, Herr Henri Rochefort, folgende Erklärung ab: „Ich, der ich mit Ihnen rede, als ich zum Minister des Innern ging, um mich zu erkundigen über das wahrscheinliche Schicksal meiner Anfrage und Autorisation der „Laterne", wurde vom höheren Beamten, der mich empfing, beschuldigt, ein erklärter Feind der jetzigen Sachlage und ein Unterstützer jener Famosen aller Parteien zu sein. Diese Insinuation war übrigens um so weniger begründet, als ich (ich mache daraus durchaus kein Hehl) äußerst bonapartistisch bin. Man wird mir indessen wohl erlauben, meinen Helden in der Dynastie zu wählen. Unter den Legitimisten geben die Einen Ludwig XVIII., die Anderen Ludwig XVI den Vorzug, Andere endlich häufen alle ihre Sympathieen auf das Haupt Karl's X. zusammen. Als Bonapartist ziehe ich Napoleon II. vor; das ist mein Recht. Ich füge sogar hinzu, daß er für mich das Ideal eines Fürsten repräsentirt. Niemand wird läugnen, daß er auf dem Throne gesessen hat, weil sein Nachfolger Napoleon III. heißt. Welch eine Regierung! Meine Freunde! Welch eine Regierung! Keine Steuern, keine nutzlosen Kriege mit den daraus hervorgehenden Zehnten, keine fernen Expeditionen, in welchen man sechshundert Millionen verausgabt, um fünfzehn Franken einzufordern; keine das Land aufzehrende Civilliste, keine Minister, von denen ein jeder fünf bis sechs Aemter zu 100 Frcs. das Stück vereinigt; ja, seht, das ist der Monarch, wie ich ihn verstehe. Ach! ja, Napoleon II., ich liebe dich, ich werde dich unumwunden bewundern. Wer wird es jetzt noch wagen, zu behaupten, ich sei kein Bonapartist?"

Großbritannien. [Ein Lob der Verträge von 1815.] Die Samstags-Nummer der „Times" bringt einen bemerkenswerthen Artikel, der mit überzeugender Kraft für die vielgeschmähten Wiener Verträge in die Schranken tritt. Das Pamphlet „La Paix par la Guerre," das sie als eine Art von offiziösem Manifest zur Prüfung der öffentlichen Meinung zu betrachten scheint, gibt ihr Veranlassung, für die Verträge von 1815 eine Lanze zu brechen. Diese Verträge verdienten nicht all das Odium, das von gewissen Seiten her systematisch und aus selbstsüchtigen Beweggründen auf sie gehäuft wurde. Sie gaben der Welt von 1815 bis 1854 den Frieden und begründeten eine Solidarität der friedliebenden Mehrheit gegen die kriegerischen Gelüste der Minderheit, die in der einen oder in der andern Form wiederhergestellt werden muß, wenn die Welt wirklich Frieden haben und von dem chronischen Kriegslärm befreit werden soll. Der Fehler der Verträge lag darin, daß sie jedem Staat nicht nur gegen den Ehrgeiz unruhiger Nachbarn, sondern auch gegen die Unzufriedenheit der eigenen Staatsangehörigen Sicherheit gewährten. Die Diplomaten des Wiener Congresses betrachteten den Frieden als den Anfang und das Ende ihrer ganzen Politik und wollten den Friedensstörer niedergeschlagen haben, gleichviel ob er zur Auflehnung berechtigt war, oder nicht. Die Verträge brachen zusammen, weil sie nur die Interessen der Dynastien und nicht die der Nationen berücksichtigten. Aber gleichwohl waren dieselben ein werthvoller Kitt des europäischen Staatsrechts. Um aus der gegenwärtigen unerträglichen Lage des bewaffneten Friedens, des nur aus Bequemlichkeitsrücksichten ruhenden Faustrechts zu gelangen, ist eine Rückkehr zu den Ideen jenes europäischen Vertrags nothwendig. Die Unabhängigkeit jedes einzelnen Staats muß unter die thatkräftige Garantie der Gesammtheit gestellt werden. Der Napoleonismus war die große Gefahr im Jahr 1815, gegenwärtig sind es die französischen „Empfindlichkeiten." Dagegen muß vertraglich gerüstet und die Solidarität aller Staaten wiederhergestellt werden. Wenn Frankreich auf die englische Friedensliebe zu sehr vertraue, so müsse gezeigt werden, daß gerade diese Friedensliebe eine thatkräftige Solidarität mit dem Frieden gegen den Krieg zur Pflicht der Selbsterhaltung mache. Der Artikel ist sehr vernünftig und spricht das aus, was in weiten Kreisen hier gefühlt und als das nothwendige Ende des gegenwärtigen Terrorismus durch Chassepots und Brandbroschüren erkannt wird.

Italien. [Garibaldi.] Aus Rom, 25. Mai, schreibt man der „Köln. Z.": „Man hat sich seit dem letzten Oktober gewöhnt, bei dem Namen Garibaldi zusammenzufahren, wie ein furchtsames Kind, wenn es hört, daß der wilde Jäger durch die Luft fährt. Vor zwei Tagen stimmten verschiedene Privat-Mittheilungen aus Neapel darin überein, die Actionspartei erwarte in Kurzem Garibaldi oder seinen Sohn an ihrer Spitze zu einem neuen Römerzuge. Diese Nachricht verfehlte die Wirkung auf ängstliche Gemüther nicht, aber Garibaldi sitzt ruhig auf Caprera, und zwar leidend, doch ohne sich für jetzt wenigstens zu einer Reise in das Bad Monsummano vorzubereiten. Ich kann Ihnen für diese Nachricht einstehen, ein Freund theilte sie mir aus einem Briefe Garibaldi's mit. Vielleicht erwartet er erst die nöthigen Geldmittel, die Badekur anzufangen, denn Garibaldi unterhält seinen Hausstand nach wie vor größtentheils durch die

---

war die Menge zu einem dichten, undurchdringlichen Knäuel angewachsen: Staubwolken wirbelten hoch auf. Es ertönten Rufe: „Lebe wohl!" und nur mit Mühe langte die Kommission um 8 Uhr auf dem Richtplatze an. Die Gerichtskommission übergab den aus dem Wagen vom Seelsorger und Aufseher gehobenen Delinquenten dem Scharfrichter. Gestützt von zwei Aufsehern, sank der Delinquent vor dem Priester in die Kniee und erhielt die Absolution und den priesterlichen Segen. Der Priester hob ihn auf, umarmte ihn, gab ihm auf beide Wangen den Friedenskuß, machte ihm auf Stirne, Mund und Brust das Zeichen des heiligen Kreuzes. Der Aufseher Steininger entfesselte den Delinquenten; die Knechte des Scharfrichters zogen ihm den Rock aus, legten seine Hände übereinander, banden sie mit einer Rebschnur zusammen, zogen mit einem Stricke, der nach rückwärts zusammenlief und in der Nähe des Schulterblattes angebracht war, die Oberarme zusammen, die Verlängerung dieses Strickes wurde zwischen den Beinen durchgezogen und mit dem Bande an der Hand vereinigt. Der Delinquent trat einen Schritt zurück und wurde mittelst eines eingreifenden Strickes an einem in einem Rade befindlichen Seile befestigt. Die Knechte drehten das Rad, der Scharfrichter bestieg den Schemel, legte dem in die Höhe gezogenen Delinquenten die Schlinge um den Hals, befestigte dieselbe an dem rückwärts des Galgens angebrachten Haken, hob leicht den Unterkiefer des Delinquenten in die Höhe und Ratkay war todt. Die ganze Operation war das Werk einer Minute. Ratkay hatte nichts mehr empfunden, als die Exekution vollzogen wurde, denn er war bewußtlos. Doch die Menge johlte und johlte beim Anfahren des Delinquenten, als er aus dem Wagen gehoben wurde und als das Urtheil an ihm vollstreckt war, in wahrhaft empörender Weise. Der Gerichtete blieb bis 6 Uhr Abends auf dem Galgen, dann wurde er im Beisein der Gerichtskommission abgenommen, in einen von dem Arimathäa-Verein gespendeten Sarg gelegt und zur Ruhe bestattet. Georg Ratkay hatte gestern Abends sein Testament gemacht und zu Erben seines aus 300 fl. bestehenden Vermögens seine Mutter und seinen Bruder eingesetzt.

Unterstützung von Freunden. Welchen Antheil die Befürchtungen eines nahen politischen Sturmes an der Veränderung des Militär-Etats des französischen Occupationscorps haben könnten, das wird vielleicht schon in den nächsten Tagen vorliegen. Hier ist allerdings von der Räumung bereits bezeichneter Lokale für die Aufnahme französischer Truppen die Rede.

Türkei. [Armee-Reorganisation.] Auch der Sultan fühlt das Bedürfniß einer Armeeorganisation. Der Kriegssektion des neu gebildeten Staatsraths soll ein Fermans-Entwurf vorgelegt werden, der u. A. Veränderungen, die sich auf Aushebung und Kriegsmaterial beziehen, namentlich die Nothwendigkeit betont, das türkische Heer gleichfalls mit Hinterladungsgewehren bewaffnet zu sehen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Franz Pfeiffer †.] Der berühmte Germanist, seit vielen Jahren Bibliothekar in Wien, ist todt. Durch die Herausgabe populärer Ausgaben unserer deutschen Classiker des Mittelalters (Walther v. d. Vogelweide u. s. w.) hat er sich auch in weiteren Kreisen rühmlich bekannt gemacht. Ueber seinen Tod schreibt man der „Allg. Ztg." aus Wien, 30. Mai: Gestern Abends ist Franz Pfeiffer seinen langen schweren Leiden erlegen. Zu Anfang Augusts des vorigen Jahrs nahm er von seinen hiesigen Freunden Abschied, um, wie seit länger seine Gewohnheit war, die Ferienzeit theils in Salzburg, theils in Schwaben, seiner frühern Heimath, zu verbringen; damals ein Bild des Lebens, wie wir ihn immer gekannt hatten, unermüdlich in der Arbeit, forschend, sammelnd, combinirend, lehrend, immer bereit, seine Auffassung zu verfechten und schlagfertig jeden Angriff abzuwehren, und dann Abends im kleinen Kreise Gleichgesinnter der frischeste und munterste von allen, voll Interesse für alles, was die Welt bewegt, auf alles eingehend, gleich empfänglich für Ernst und Scherz — kehrte er nach wenigen Wochen als verlorner Mann wieder. Ein Gehirnschlag hatte ihn niedergeworfen; und seitdem lebte er dahin zwischen der Aussicht auf Wiederholungen dieses Zufalls und der noch schrecklicheren auf völlige Lähmung seiner, wie es scheint, zu sehr angestrengten Geisteskräfte. Einigemal erholte er sich so weit, um sein Haus verlassen zu können, aber es erwies sich immer als trügerisches Aufflackern der erlöschenden Flamme. Einem kürzern Landaufenthalt in der Nähe Wiens sollte eben jetzt die Uebersiedelung nach Aussee im steyerischen Salzkammergut folgen, von dessen kräftiger Gebirgsluft die Aerzte Besserung seines Zustands hofften. Die Lücke, welche sein Tod hier läßt, wird schwer auszufüllen sein. Durch und durch begeistert für seine Wissenschaft, verstand er es, die gleiche Begeisterung in seinen Schülern zu wecken, deren ihn ein hoffnungsvoller Kreis umgab. Aber noch viel mehr zu beklagen ist sein Tod angesichts der zahlreichen literarischen Unternehmungen, deren Seele er war. Die „Germania" — von welcher eben mit dem dreizehnten Jahrgang eine neue Folge begonnen war — hat sich zu sehr zu einem Bedürfniß gemacht, als daß man ihr Aufhören befürchten dürfte; auch die Editionen der Classiker des Mittelalters und ähnliches werden hoffentlich fortgeführt werden, denn er stand ja nicht allein in dem trefflichen Streben, das einst vorhandene Interesse an germanistischer Arbeit außerhalb der Kreise der Fachgelehrten neu zu wecken; aber anderes Angefangene wird schwerlich ein Zweiter aufnehmen können. Seinem Adoptivvaterland — Pfeiffer war in Solothurn geboren am 27. Febr. 1815 — hing er mit voller Seele an, wie sehr, das kann nur der beurtheilen, welcher mit ihm gemeinschaftlich das verhängnißvolle 1866 durchlebt hat. Er hinterläßt eine Wittwe und zwei Knaben.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König haben sich allergnädigst bewogen gefunden, unterm 26. Mai l. Jrs. den Rechnungskommissär bei der General-Bergwerks- und Salinenadministration, Paul Graf, seinem Ansuchen entsprechend, auf Grund des § 22 lit. D der IX. Beilage zur Verfassungsurkunde und unter allerhöchster Anerkennung seiner langjährigen, treuen und eifrigen Dienstleistung für immer in den Ruhestand zu versetzen und dabei zu bestimmen, daß die hiedurch in Erledigung kommende Rechnungskommissärsstelle nicht mehr besetzt werde.

In Folge der Auflösung des Reviers Schlüsselau wurde der Forstgehilfenposten daselbst eingezogen, auf die neugebildete Wartei Schlüsselau im Forstamte Bamberg der kgl. Forstwart Carl Dietrich von Röbersdorf und auf die k. Forstwartei Röbersdorf der k. Forstwart Hanns Daig von Lahm versetzt; die Wartei Lahm im Forstamte Kronach wurde in einen Waldaufsichtsposten umgewandelt.

Ferner haben sich Se. Maj. der König unterm 26. l. Mts. allergnädigst bewogen gefunden, zu genehmigen, daß die kathol. Pfarrei Reundorf, Bez.-Amts Bamberg II, von dem Erzbischofe zu Bamberg dem Priester Joseph Fischer, Pfarrer in Stegaurach, desselben Bezirksamtes, und daß die kath. Pfarrei Aufkirchen an der Maisach, Bez.-Amts Bruck, vom Erzbischofe von München-Freising dem Priester J. B. Nobel, Pfarrer in Buch am Erlenbache, Bez.-Amts Landshut verliehen werde.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61^1/_2$—$^5/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50^7/_8$ P. $^7/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	41 G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	$84^1/_2$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^1/_2$ G.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95^1/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$95^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$88^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$88^7/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$81^3/_8$ P.
Württemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94—$93^7/_8$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^3/_4$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^1/_2$ G.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^3/_4$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$84^1/_4$ G.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^1/_2$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^3/_4$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$82^3/_4$ G.
Spanien	3pCt. ins. Sch.-P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85^1/_4$ G.
N.Amerika	6pCt. à 2 1/2 fl. 1881 D. $2^1/_2$	$79^1/_4$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$77^3/_4$—$^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124^1/_2$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	719 P. 18 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$192^1/_2$—93 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90^7/_8$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$221^1/_2$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111^1/_2$ P.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	229 P. 228 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$125^1/_2$ P. $124^7/_8$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64^1/_4$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 P. $152^7/_8$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$87^7/_8$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	106 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$130^1/_2$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^1/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73^1/_2$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P. 39 G.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	$42^7/_8$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$124^1/_2$ P. 24 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98^1/_4$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. $94^3/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88^1—$^3/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$118^3/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^3/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 S. W.	102 G.
do. in öst. W. l. S.	102 P. $101^3/_4$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$149^1/_4$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	63 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$71^1/_4$ P. 71 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 G.
„ do. v. 1864	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_2$ P.
Badische fl. 35	$51^3/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$55^1/_8$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$145^1/_2$ G.
„ fl. 25 do.	$39^1/_4$ P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^3/_8$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25^1/_2$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$12^3/_8$ G.

Frankfurt, 2. Juni. Nach zwei Ruhetagen war die Stimmung der Börse heute für alle Effekten recht günstig, da sowohl Wien als Paris hohe Course sandte. Die französische Rente ist über 70 getrieben. Sämmtliche österr. Spekulations- und Anlageeffekten erzielten zum Theil wesentlich höhere Course als am letzten Börsentage. Nur Staatsbahn folgten der vorwärtsstrebenden Bewegung nicht. Von Süddeutschen waren besonders $4^1/_2$ pCt. Württemberger und badische Loose gesucht und höher. Erstere nähern sich damit immer mehr dem Cours von $4^1/_2$ pCt. Bayerischen und letztere dem Course der bayerischen Loose, auf welche Differenzen wir s. Z. aufmerksam gemacht haben. Amerikaner aller Gattungen waren gesucht, besonders 1882er wiederum höher. Auf ergangene Anfragen in Bezug auf eine frühere Mittheilung bemerken wir, daß die Juli-Coupons von Pariser Bonds schon jetzt durch die emittirenden Bankhäuser (Jakob S. H. Stern und L. Speyer-Ellissen) ohne Steuerabzug mit fl. 2. 25 per Dollar ausbezahlt werden. (Conb.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 154. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 4. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. p. **München**, 2. Juni. Der ständige Ausschuß des deutschen Juristentages hat seine Verhandlungen heute beendet. Es ist die Abhaltung eines Juristentages auch für das laufende Jahr in Aussicht genommen, über den Ort aber, wo die Versammlung stattfinden soll, haben erst noch die näheren Verhandlungen stattzufinden. Von den auswärtigen Mitgliedern des Ausschusses waren namentlich Präsident v. Ritz und Oberlandesgerichtsrath v. Keller aus Wien, Prof. Dr. Gneist und Rechtsanwalt Makower von Berlin, Appellationsrath Becker von Oldenburg, Generalstaatsanwalt Dr. Schwarze von Dresden u. A. hier anwesend.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 2. Juni. [Die Arbeiten des Reichstags,] die kommenden Donnerstag wieder aufgenommen werden, dürften sich — wie der +-Correspondent der „Köln. Ztg." schreibt — nach der gegenwärtigen Berechnung vor dem 27. d. M. kaum erledigen lassen. Das Budget ist noch nicht vorgelegt und wird mindestens vierzehn Tage in Anspruch nehmen. Der Staatsanzeiger hat die Nachricht einiger Zeitungen über die bevorstehende Rücknahme der Gewerbeordnung mit dem Bemerken in Abrede gestellt, daß darüber noch nichts beschlossen sei. Man will indessen bezweifeln, ob das Gesetz, auch wenn es nicht förmlich zurückgenommen wird, noch in dieser Session im Plenum durchberathen werden kann. Die Commission selbst ist damit bekanntlich noch nicht zu Ende. Man hat von einigen Seiten in vorläufigen Besprechungen die Frage angeregt, ob, wenn die Gewerbeordnung in ihrem ganzen Umfange sich diesmal nicht erledigen lassen sollte, sich nicht der vorläufige Erlaß der wichtigsten Bestimmungen, z. B. über das Aufhören des Zunftzwanges, empfehlen würde. Die Commission würde ein solches kurzes Gesetz vorzulegen haben. Doch hat eine förmliche Berathung innerhalb der Commission darüber noch nicht Statt gefunden.

In Sachen des Bundesschuldenwesens haben die officiösen Correspondenzen bestätigt, daß die Schöpfung eines verantwortlichen Finanzministers zwar für die Zukunft ins Auge gefaßt sein möge, die Frage indessen über eine theoretische Erörterung noch nicht hinausgelangt ist. Von einer ernstlichen Inangriffnahme der Sache während der gegenwärtigen Session kann also nicht gesprochen werden. Was eine Lösung wegen der in der Angelegenheit des Bundesschuldenwesens zwischen Regierung und Reichstag schwebenden Differenz angeht, so möchten einige Abgeordnete vorschlagen, daß die Marine-Anleihe von 10 Millionen Thaler zwar für Rechnung des Bundes, aber was die Controle angeht, ausnahmsweise von der bestehenden preußischen Schuldendeputation verwaltet werden solle. Welche Stellung die Regierung zu einem solchen Antrage einnehmen würde steht dahin. Im Reichstage würde er voraussichtlich einen Kampf zu bestehen haben.

Wegen des Gesetzes über Maß und Gewicht: sollen einige Mitglieder des Reichstages nach deutschen Namen für die neuen Maße und Gewichte suchen, in der Besorgniß, daß die in dem Gesetzentwurf enthaltenen sich in Deutschland nicht leicht einbürgern würden.

Die schwedischen Postverhandlungen sind vorläufig unterbrochen worden. Die Schwierigkeit soll hauptsächlich in der Frage bestehen, wie das Briefporto nach bestimmten Seiten hin getheilt werden soll.

— [Gemeinsames Strafgesetzbuch für den norddeutschen Bund.] Der Reichstag des norddeutschen Bundes hatte bekanntlich in der Sitzung vom 18. April dieses Jahres auf Grund des Art. IV der Bundesverfassung den Beschluß gefaßt, den Bundeskanzler aufzufordern, Entwürfe eines gemeinsamen Strafrechtes und eines gemeinsamen Strafprozesses, sowie die dadurch bedingten Vorschriften der Gerichtsorganisation baldthunlichst vorbereiten und dem Reichstage vorlegen zu lassen. Dieser Beschluß hat im Bundesraths-Ausschusse für Justizwesen, welchem derselbe zur Begutachtung überwiesen war, unbedingte Zustimmung und Befürwortung gefunden. In Betreff der vorbereitenden Schritte empfiehlt der Ausschuß den Weg kommissarischer Berathung, welcher für die Civilprozeß-Ordnung eingeschlagen worden. Doch fehlt es nach der Ansicht des Ausschusses für die Gesetzgebung auf dem bezeichneten Gebiete an Entwürfen, welche einer kommissarischen Prüfung mit Erfolg zu Grunde gelegt werden könnten. Es würde daher zunächst auf die Ausarbeitung der erforderlichen Entwürfe Bedacht zu nehmen sein. Mit Rücksicht hierauf schlägt der Justiz-Ausschuß dem Bundesrathe vor, den Bundeskanzler zu ersuchen, „den Entwurf a) eines gemeinsamen Strafgesetzbuches und b) einer gemeinsamen Strafprozeßordnung für die Staaten des norddeutschen Bundes, und zwar zunächst den Entwurf eines gemeinsamen Strafprozeßbuches ausarbeiten zu lassen und dem Bundesrathe zur weiteren Beschlußfassung vorzulegen".

Die finanziellen Verhältnisse des Suez-Kanals.

In dem österreichischen Consularberichte vom November vorigen Jahres wird eingehende Mittheilung über den Fortschritt und den jetzigen Stand der Kanal- und Hafenbauarbeiten auf der Landenge von Suez gemacht. Da indeß diese Mittheilungen im Wesentlichen mit den von uns kürzlich gebrachten übereinstimmen, so beschränken wir uns an dieser Stelle darauf, nur das über die finanziellen Aussichten des Unternehmens Gesagte zur Kenntniß unserer Leser zu bringen. Wir bemerken dabei gleichzeitig, daß der vollständige Consularbericht vor mehreren Wochen durch das „Bremer Handelsblatt" mitgetheilt worden ist.

Nachdem der österreichische Berichterstatter u. A. auf die Mangelhaftigkeit und Ungenauigkeit, mit welcher oft die wichtigsten Arbeiten, z. B. die Profil- und Tiefmessungen, von den Bauentrepreneurs vorgenommen werden, hingewiesen hat, fährt er wörtlich fort: Nirgends sind Maschinen dem Verderben so exponirt, wie längs des Kanales, und die Compagnie braucht nur ihre Erfahrungen selbst zu befragen, um sich zu überzeugen, daß das Maschinenmaterial am Isthmus keine vier Jahre widersteht, abgesehen von den zahllosen Reparaturen, die es stets erheischt und die eben so viel Zeit als Geld kosten. Niemand kann sich darüber wundern, wenn man bedenkt, daß die Compagnie und die Entreprise gezwungen sind, ihr Material Arbeitern anzuvertrauen, welche sie kaum kennen und die sich nirgend noch bewährt haben, weil eben tüchtige europäische Maschinisten nicht nach dem Isthmus zu ziehen brauchen, um Arbeit und guten Lohn zu finden. Die Entreprise hat dabei auch kein Interesse. sich mit besonderer Sorgfalt des ihr von der Compagnie übergebenen Materials anzunehmen, denn arbeiten die Draguen nicht, weil sie gebrochen sind, so ist es nicht ihre Schuld und die Compagnie hat die Folgen zu tragen, wenn die Arbeiten nicht in den bedungenen Fristen fertig werden können. Es wird mit Bestimmtheit versichert, daß das Material am Isthmus sich viel zu schnell abnutzt und ruinirt wird, um die Arbeiten, wie projektirt, zu Ende zu führen.

Das größte Gebrechen, an dem das gegenwärtige Unternehmen des Durchstichs der Landenge von Suez krankt und hinsiecht, ist die schamlose Art und Weise, wie die Compagnie von ihren Leuten und vielfach auch von den Unternehmern ausgebeutet wird. In diesem Uebel liegt der Krebsschaden des großen Werkes, und leider es ist kaum möglich, diesen Schaden zu heilen, so lange die Compagnie die Möglichkeit solcher Unterschleife in unbegreiflicher Selbstzufriedenheit unbedingt in Abrede stellt und gegen Jedermann mit verbissener Energie auftritt, der über diesen Gegenstand etwas zu sagen sich erlaubt. Man kann unter solchen Umständen auch Niemandem etwas beweisen, und deßhalb verstummen die Anklagen; aber wer hier die Augen offen hält, der sieht die Dinge, wie sie vorgehen, und der sieht auch, wie sich Ingenieure, Inspektoren und Unternehmer am Isthmus bereichern und wie Solche, die ganz mittellos in die Wüste gezogen sind, nach wenigen Jahren sich hinlänglich reich zurückziehen, um von ihren Ren-

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 2. Juni. [Die bevorstehende Entscheidung der Finanzfrage.] Die „N. Freie Pr." schreibt: Für uns in Oesterreich hat eine Woche ernster, unsere nächste Zukunft mächtig beeinflussender Arbeit begonnen. Die große Finanzfrage ist endlich nach 8wöchentlicher Schwebe in das Stadium definitiver Entscheidung getreten und morgen schon nimmt im Abgeordnetenhause der Kampf um ihre Lösung seinen Anfang. Voraussichtlich werden die Debatten, welchen das intensive Interesse nicht blos jedes Oesterreichers, sondern auch des ganzen Auslandes ununterbrochen folgen wird, die letzten 4 Tage der Woche vollständig absorbiren, denn die Zahl der eingeschriebenen Redner war schon vor Eintritt der Feiertage eine sehr ansehnliche und dürfte sich im Verlaufe der Diskussion wohl noch beträchtlich vermehren. Soweit die Gruppirung im Hause sich überblicken läßt, ist das Schicksal der Majoritäts-Anträge sehr zweifelhaft, der Sieg der Minorität nichts weniger als unwahrscheinlich. Viel wird von der Haltung der Regierung und ihrem entschiedenen Auftreten abhängen. Mit Skene werden aller Wahrscheinlichkeit nach die Mehrzahl der Abgeordneten des Großgrundbesitzes, dann die Polen und Tyroler gehen, dagegen werden die Linke mit nur wenigen Ausnahmen, und zwar sowohl der Club der Linken als der Club der Liberalen (Böhmen), ferner ein Theil des Großgrundbesitzes und auch die Abgeordneten der südlichen Länder (Triest, Istrien, Dalmatien u. s. w.) für die Minorität einstehen, letztere jedoch, wie es heißt, nur dann, wenn die Regierung der Frage der Annahme des Minoritäts-Votums den Charakter einer Cabinetsfrage beilegen sollte. Dem wahrscheinlichen Stimmenverhältnisse nachzuspüren, wäre heute kaum eine lohnende Arbeit, zumal dasselbe unter allen Umständen von der Zahl der Abwesenden und Beurlaubten abhängt, diese Zahl aber in unserem Abgeordnetenhause, wie man weiß, eine äußerst veränderliche und das Haus bekanntlich nur sehr selten gut besetzt ist.

— [Eine Predigt gegen die confessionellen Gesetze.] Es war vorauszusehen, daß das Zusammentreffen des Todes Mühlfeld's mit der Sanctionirung der confessionellen Gesetze von manchen Ultramontanen benützt werden wird, um daraus allerlei ungereimte Schlüsse zu ziehen, welche die Phantasie der gläubigen Menge bestricken sollten. Solche Versuche sind in der That auch gemacht worden, und die „Wiener Presse" erhält aus St. Pölten Mittheilung von einer Kanzelrede, die dort am 30. Mai am Schluß der Mai-Andacht gehalten worden und die in wahrhaft schamloser Weise Alles besudelt, was jeder österreichische Staatsbürger hoch gehalten, vermöge der Verfassung hoch zu halten berechtigt ist. Die erwähnte Predigt macht in St. Pölten allgemeines Aufsehen, in der Familie, wie im öffentlichen Lokale wird davon gesprochen und Jedermann fragt sich, ob es denn auch nur schicklich war, von einem Priester Gottes die heilige Stätte der Kirche zum ganz gemeinen Agitations-Platze für clericale und ultramontane, also gewiß nicht erhabene Zwecke zu machen. Es hieß darin u. A.: „Die confessionellen Gesetze seien nunmehr erschienen (der Herr Prediger, Domscholaster Zenotti, vermied absichtlich das Wort „sanctionirt") und an demselben Tage, an dem diese Gesetze unterschrieben worden sein sollen (schon wieder nicht „sanctionirt"), habe Gott der Allmächtige Dr. Mühlfeld, den Urheber derselben, vor seinen Richterstuhl gerufen, um ihn gerecht zu richten. Wir brauchen diese Gesetze nicht zu befolgen; sie sind keine Gesetze Gottes, und Diejenigen, die sie gemacht, haben den Katechismus nicht gelernt; nur die Gebote, welche Gott und die Kirche gibt, sind wir schuldig, zu halten" u. s. w.

Ausland.

Schweiz. [Postvertrag mit Oesterreich.] Wie man von offizieller Seite vernimmt, ist der neue Postvertrag mit Oesterreich seinem Abschlusse nahe. Bis auf einige untergeordnete Punkte ist seine Redaction definitiv festgestellt, so daß die schweizerischen Abgeordneten schon in den nächsten Tagen Wien verlassen können.

Frankreich. [Zu den Rüstungen.] Mit Beziehung auf unser vorgestriges Feuilleton und unseren gestrigen Leitartikel theilen wir aus einer Pariser Correspondenz der „Köln. Ztg." noch Folgendes mit: Trotz des Berichtes des Marschalls Niels ist Frankreich noch keineswegs kampfbereit. Die Soldaten, selbst die besteingeübtesten haben es bis jetzt noch keineswegs bis zu 14 und 16 Schüssen mit dem Chassepot gebracht, wie Niel sagt, sondern höchstens bis zu 5 oder 6 Schüssen. Die weniger gutgeschulten schießen kaum 4 Mal, selbst wenn sie nicht zielen. Man braucht daher wenigstens noch vier Monate, damit der französische Soldat sich nur einiger Maßen seiner neuen Waffen bedienen kann. Was die starken Haferankäufe Frankreichs im Auslande anbelangt, so sind dieselben vollständig begründet, aber nur dadurch veranlaßt, daß letztes Jahr der Hafer in Frankreich vollständig mißrathen ist, und fast alle Pferde nur mit fremdem, hauptsächlich deutschem Hafer, gefüttert werden. Die kriegerischen Ideen haben mit diesem Ankaufen nichts gemein.

Großbritannien. [Die neuen Waffen der englischen Armee.] In Abyssinien haben die bei der englischen Armee neu eingeführten Waffen ihre erste Probe bestanden; das Snidergewehr, das gezogene Berggeschütz, seine nach einem neueren Prinzipe konstruirte Shrapnel-Granate und die neue Hale-Rakete standen zum ersten Male vor einem wirklichen Feinde. Was zunächst die Sniderbüchse betrifft, fehlte der Maßstab, wonach man ihre Leistungsfähigkeit hätte abmessen können; weder Chassepots noch Zündnadelgewehre standen ihr gegenüber, und das Urtheil über die neue englische Waffe beschränkt sich daher auf andere, allerdings auch wichtige Punkte. Kaum hätte das neue Gewehr unter ungünstigeren Umständen seine erste Reise antreten können. In Zulla kam es in die Hände von Leuten, denen es ebenso unbekannt war, wie Theodor und Magdala, und die auf der langen Reise keine Gelegenheit hatten, sich darin einzuschießen. Dann die ungeheuren Terrainschwierigkeiten, das beständige Ab- und Aufpacken der Maulthiere, alles Umstände, die für die Dauerhaftigkeit der Construktion sprechen, sonst wäre vor Magdala kein einziges arbeitsfähig gewesen. Auch die Munition hatte viel auszustehen, schreckliche Hitze in Zulla, heftige und plötzliche Temperaturwechsel in den Hochlanden schadeten den Patronen nichts; der einzige Fehler war der, daß sie, bei einem Regenwetter von nur wenigen Tagen, feucht

---

ten leben zu können. Wo liegen die Goldgruben im Sande der Wüste, die diese Herren gefunden und ausgebeutet haben müssen? Millionen sind am Isthmus auf diese Weise vergeudet worden und Millionen werden noch nutzlos im Sande zerstieben!

Wenn es sich aus dem Vorangehenden von selbst ergibt, daß der Zeitpunkt der Beendigung der Arbeiten mit dem 1. Oktober 1869 viel zu nahe gerückt ist und unter den gegenwärtigen Verhältnissen sich wenigstens auf das Doppelte des anberaumten Zeitraums erstrecken wird, so ist eigentlich die finanzielle Frage der Gesellschaft auch schon entschieden.

Die „Compagnie Universelle du Canal maritime de l'Isthme de Suez" ist bekanntlich auf 400,000 Aktien zu 500 Frcs. begründet, die jetzt bis auf einen Rest von 6 Mill. Frcs. voll eingezahlt sind und das hauptsächlichste Aktivum derselben mit 194 Mill. Frcs. begründen. Bekanntlich ist der Vicekönig mit 80 Mill. Frcs. der größte Aktionär der Gesellschaft. Er hat aber ihr Aktivum außerdem noch in Folge der im verflossenen Jahre abgeschlossenen Conventionen durch die Entschädigung für die Rückstellung des Terrains bis auf 10,000 Hektaren, welche Eigenthum der Compagnie geblieben sind, für die Aufhebung der Corvées und die Ueberlassung des Süßwasserkanals, um die Summe von 84 Mill. Frcs. vermehrt, die bis auf $30\frac{1}{2}$ Mill. Frcs. heute bereits bezahlt sind. Zugleich kaufte er der Compagnie ihre Domäne El-Wadi um 10 Mill. Frcs. ab, und endlich hat diese noch eine Summe von etwa 19 Mill. Frcs. in das Aktivum ihrer letzten Bilanz eingestellt, die ihr aus verschiedenen Einkünften seit ihrem Bestehen und hauptsächlich aus den Placements ihrer Fonds erwachsen sind, so daß sich das gesammte Aktivum der Compagnie mit dem 30. Juni d. J. auf 317,783,066 Frcs. gestellt hat.

Für die Installation, Beischaffung des Materials und für die bisher ausgeführten Arbeiten hat die Compagnie nach ihren Rechnungen bisher 185 Mill. Frcs. bezahlt; $44\frac{1}{2}$ Mill. hat sie für die Zinsen ihrer Aktien von 1859 bis Juni 1867 ausgegeben, und den Rest ihrer Ausgaben weist sie theils durch gemachte Vorschüsse an die Unternehmer und ausstehende Forderungen und theils durch Cassabestände aus. Die Gesammtsumme der Ausgaben betrug bis zum letzten Rechnungsabschlusse 237,246,473 Frcs., und es verblieb vom Aktivum der Gesellschaft also nur ein Rest von ungefähr 80 Millionen.

In Anbetracht dieses Aktivums drückt der Herr Consul sein Erstaunen darüber aus, daß trotz desselben die Gesellschaft sich genöthigt sah, im August 1867 weitere 100 Millionen in Gestalt von Prioritäts-Obligationen als Anleihe zu contrahiren, um so mehr, als ja auch in 1867 ein großer Theil des Saldos der ägyptischen Indemnität fällig wurde und schon namhafte Einnahmequellen, wie der Transit, eröffnet waren.

Er fährt dann fort: Wie es nun aber auch mit diesen Dingen bestellt sein möge, Thatsache ist, daß die vorhandenen Fonds für die Fortführung der Arbeiten ungenügend befunden wurden, und die Generalversammlung der Aktionäre am 1. August 1867 einen Beschluß votirte, durch welchen der Verwaltungsrath autorisirt worden ist, in der

wurden und in vielen Fällen den Dienst versagten. Indessen war das Urtheil der Offiziere und Mannschaften über die Leistungsfähigkeit des Gewehres ein allgemein günstiges. Allerdings kann sich dies nur auf die Schnelligkeit, nicht aber auf die Tragfähigkeit beziehen, denn die Schußweite varirte nur von 50—200 Ellen. Das gezogene Berggeschütz scheint sich bewährt zu haben. Bei einem Gewichte von nur 146 Pfund entsendete es Shrapnel-Granaten mit einer Pulverladung hinter dem Schusse, welche sich in der Nähe des Feindes entzündete und so eine größere Schnelligkeit erzielte. Die Shrapnel-Granate brachte oft ein halbes Dutzend Mann auf einmal zum Falle. Die Raketen schließlich bewiesen sich durch Anwendung des Hale'schen Prinzips als viel weniger gefährlich für die Raketisten, als sie bisher waren. Das neue Geschoß nämlich war mit einer Einrichtung versehen, welche die bisher angewendeten Raketenruthen überflüssig machte und so das häufige Zurückspringen des Geschosses verhütete.

Italien. [Steuerdruck.] Der „Allg. Zeitung" wird geschrieben: „Zur neuen Steuererhöhung auf Patente u. dgl. diene als Illustration Folgendes: Wer italienischer Bürger werden will, zahlt 200 Fr., Domizilveränderung kostet 5 Fr., Namensveränderung 200 Fr., Altersdispens bei Heirathen ein Viertel des Jahresbetrages der Vermögenssteuer, Legitimirung der Kinder einen ganzen Jahresbetrag, Dispens von den Hochzeits-Publikationen 10 Fr., das Notariat 60 Fr., Transferirung desselben 25 Fr., Apothekerbefugniß 100 Fr., Wirthschaften, Cafés u. dgl. 5 pCt. der Miethe des Lokals und den Zehnt, Transport eines Leichnams von einem Gottesacker in den anderen 300 Fr., außer Land 500 Fr., für jedes Ernennungsdekret 10 Fr. u. s. w. Kann noch mehr verlangt werden?"

Die italienische Abgeordnetenkammer hat wieder eine neue Steuer, die Mahlsteuer, mit einer beträchtlichen Mehrheit genehmigt, wozu selbst einige Abgeordnete der Linken ihre Stimmen beitrugen. Es fehlt nur noch die Sanktion des Senats; der Senator Gori ist mit der Abfassung des Berichts beauftragt; da der Senat gewöhnlich keine Opposition macht, am wenigsten in finanziellen Ge enständen, so ist an dessen Zustimmung zu dem Gesetzentwurfe nicht zu zweifeln. Die Opposition fand in dem Umstande, daß die Abstimmung sich bis acht Uhr Abends hinzog und daher die Abgeordneten nöthigte, die gewöhnliche Essenszeit (fünf Uhr Nachmittags) zu versäumen, Veranlassung zu einem Witzworte; der bekannte radikale Abg. Guerazzi sagte nämlich, als er so spät aus der Kammer ging: „Wir haben das Gesetz, welches das Volk aushungern soll, mit hungrigem Magen votirt."

Nordamerika. [Stand der Bundesschuld der Vereinigten Staaten von Nordamerika.] Nach der jüngsten Bekanntmachung des Schatzsekretärs der Union betrug die Bundesschuld am:

1. Mai 1866	Dollars	2,689,689,842. 78.
1. Mai 1867	„	2,520,786,096. 25.
1. Januar 1868	„	2,508,125,650. 10.
1. Februar 1868	„	2,527,315,373. 19.
1. März 1868	„	2,519,829,622. 84.
1. April 1868	Dollars	2,519,209,687. 36.
1. Mai 1868	„	2,500,528,827. 56.

Es hat sich somit die Bundesschuld der Vereinigten Staaten vermindert: im Jahr 1866 vom 1. Mai bis 30. April 1867 um Dollars 168,903,746. 53, im Jahr 1867 vom 1. Mai bis 30. April 1868 um Dollars 20,257,268. 69, in beiden Jahren zusammen um Dollars 189,161,01[illegible]. 22.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Düsseldorfer Gemälde-Gallerie in München.] Die „Düsseldorfer Zeitung" schreibt: „Bereits in der vorletzten Woche hat die unter dem Vorsitze des Herrn Regierungspräsidenten v. Kühlwetter fungirende Commission zur Geltendmachung der diesseitigen Ansprüche auf die Düsseldorfer Gemälde-Gallerie (in München) ihre Arbeiten vorläufig geschlossen. Den Schlußstein der Berathungen bildete die Erörterung der staatsrechtlichen Seite der Sache, und eine sehr umfassende, sorgsame und gründliche Beleuchtung der allgemeinen und speziellen Rechtsverhältnisse, so dabei in Betracht kommen, hat von neuem zu der Ueberzeugung geführt, daß das materielle Recht den diesseitigen Ansprüchen überall zur Seite steht. Verfasser dieses Theils der Commissions-Arbeiten ist der Regierungsrath Richter. Sämmtliche Vorarbeiten werden nunmehr dem Ministerium vorgelegt, damit die weitere Verfolgung der Sache vor dem Schiedsgerichte eingeleitet werde, welches nach dem Friedensvertrage vom 22. August 1866 in letzter Instanz zu erkennen hat."

[Garotter in Nürnberg.] In Nürnberg wurde, wie der „Frk. Kur." berichtet, am Samstag Nachts in der Nähe der Kohn'schen Gerberei einem Vorübergehenden von einer unbekannten Mannsperson sein Rock, den er am Leibe trug, von hinten über den Kopf gezogen und dabei so fest an sein Gesicht gehalten, daß er nichts sehen konnte. Der Unbekannte griff sofort in dessen Tasche, eignete sich sein Portemonnaie mit Geld zu, und trotz des Wehrens von Seite des Bestohlenen gelang es ihm doch noch, den auf dem Arm gehaltenen Ueberzieher zu annexiren und den Beraubten in den Fischbach zu werfen. Bis derselbe sich herausarbeitete, war der Thäter, der bei dem ganzen Vorfall kein Wort sprach, verschwunden.

[Shakespeare-Literatur.] Eben ist das „Jahrbuch der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft im Auftrag des Vorstands, herausgegeben durch Karl Elze, dritter Jahrgang" (Berlin, bei G. Reimer, 1868) versandt worden. VI und 435 S. Wir begnügen uns vorläufig, den reichen Inhalt zu verzeichnen: Vorwort; über Shakespeare's Fehler und Mängel, von H. Ulrici; Jahresbericht für 1865/66; Bericht über die Generalversammlung zu Berlin am 23. April 1867; Essay über Richard III., von W. Oechelhäuser; zum Sommernachtstraum, von K. Elze; über Shakespeare's Perikles, von Dr. N. Delius; die Gemüthsseite des Hamlet-Charakters, von W. Oehlmann; Glosse zu einer Stelle in Shakespeare's Hamlet, von H. v. Friesen; die Troilus-Fabel ꝛc., von K. Eitner; Shakespeare's Antonius und Kleopatra und Plutarch's Biographie des Antonius, von Th. Vatke; zur Shakespeare'schen Textkritik, von Al. Schmidt; die Einrichtung des Cymbeline für die Bühne, von A. Lindner; die

ihm beliebigen Art und in einem beliebigen Zeitpunkte gegen beliebige Bedingungen und Garantien Prioritäts-Obligationen in einem Betrage auszustellen, durch den ein effektiver Erlös von 100 Mill. Frcs. erzielt werden kann, der zum Ausbau des Kanals benöthigt wird. Bekanntlich hat Herr v. Lesseps von dieser ungewöhnlich weit ausgedehnten Vollmacht mit großer Beschleunigung Gebrauch gemacht, indem er das Anlehen zu sehr ungünstigen Bedingungen in Paris emittiren ließ, und kaum einen Erlös von 30 Millionen effektuirte. Schlimmer aber als der Verlust des öffentlichen Vertrauens in dieses Unternehmen wäre diese Thatsache übrigens für die Compagnie selbst, die mit 30 Millionen wirklich sehr bald in Verlegenheiten gerathen muß, welche den Fortgang der Arbeiten wesentlich gefährden können. Man hat zwar den Aktionären mit Ziffern bewiesen, daß dieses Anlehen für die Gesellschaft und die Aktien eigentlich ein reiner Gewinn ist; man hat ihnen dargestellt, daß der Aktivrest vom 30. Juni d. J. mit 72 Millionen eigentlich 111 Millionen ausmacht, weil die Compagnie den Unternehmern für 39 Mill. Vorschüsse gemacht hat, die sich am Ende ausgleichen müssen; man zeigte ihnen, daß der Werth ihrer Immobilien in Paris, Kairo und Damiette 2 Mill. beträgt und daß das Material, das die Compagnie nach Beendigung der Arbeiten von der Entreprise zurückbekommen wird, wenigstens noch ein Drittel des jetzigen Werthes ausmachen, ihnen also 24 Mill. eintragen wird; und endlich wies man mit besonderer Betonung auf den großen Werth der der Compagnie noch verbliebenen 10,000 Hectaren Landes längs des Kanales hin, weswegen neue Verhandlungen mit dem Vicekönig angeknüpft wurden und woraus die Compagnie einen Gewinn von wenigstens 100 Millionen ziehen soll; die Aktionäre hätten also nach Beendigung aller Arbeiten außer dem Kanal noch das Benefiz von 237 Millionen Francs an Extraeinnahmen zu erwarten! Die Gesammtausgaben für den Kanal sollen 385 Millionen Francs nicht übersteigen. Das bis jetzt realisirte Aktivum beträgt 317 Millionen; dazu kommen die 100 Millionen von den Obligationen, also im Ganzen 417 Millionen; es wäre somit eigentlich nur die Summe von 70 Millionen über das bisher realisirte Aktivum von 317 Millionen zu decken gewesen. Aber wenn man jenes außerordentliche Benefiz von 237 Millionen in Anschlag bringt, woraus nach Beendigung der Arbeiten nicht nur die Obligationen sammt allen Zinsen leicht sofort bezahlt werden können, sondern auch wenigstens noch eine runde Summe von 100 Millionen übrig bleibt, die rein den Aktionären zu Gute kommt — also sofort nach dem Ausbau eine Dividende von 50 pCt. — ohne zu bedenken, daß wenn auf die Passage durch den Isthmus gering angeschlagen 6 Mill. Tonnen per Jahr gerechnet werden, dies eine weitere Einnahmequelle von nahezu 30 pCt. für die Aktionäre bildet; — da muß man billig staunen, daß bei solchen Aussichten die Aktien, statt zu einer schwindelhaften Höhe emporzuschnellen, immer mehr sinken und fallen. Wenn man diesen hypothetischen Zahlen die Thatsache entgegenstellt, welche mit Bezug auf den wirklichen Stand der Arbeiten im Vorangehenden angedeutet werden, so zerfällt dieser Bau von selbst, und als unverblümte Wahrheit bleibt bloß die Thatsache übrig, daß die

Shakespeare-Aufführungen in Meiningen, von W. Oechselhäuser; zu Shakespeare's The Taming of the Shrew, von R. Köhler; Literarische Uebersicht; Notizen; Zuwachs der Bibliothek der Deutschen Shakespeare-Gesellschaft seit April 1867; Bibliographie, von A. Cohn. — Mittlerweile schreitet die neue wohlfeilere Auflage der großen, selbst von den Engländern als unübertroffen anerkannten und benützten kritisch-exegetischen Shakespeare-Ausgabe von Nicolaus Delius (Elberfeld bei R. L. Friderichs) rüstig fort; die eben erschienene 4. und 5. Lieferung des ersten Bandes enthält „Measure for Measure“ und „Comedy of Errors.“

[Austernfang.] Herr Generalkonsul Sturz fordert in seiner kürzlich erschienenen sehr interessanten Schrift über den „Austernbetrieb“ (Berlin bei Kortkampf) dazu auf, den glänzenden Beispielen Nordamerika's, Frankreichs und Englands in der Anlage und Hegung von Austernbänken in den Gründen der ostfriesischen, nordfriesischen und schleswig'schen Küsten und Inseln nachzustreben. In den größeren Küstenstädten der Union werden jährlich 20 Mill. Schäffel Austern verkauft; sie bilden einen wichtigen Bestandtheil der Nahrung der ganzen Bevölkerung. (In Berlin bildet sich eben, wie das „Mag. f. d. Lit. d. Ausl.“ meldet, eine Gesellschaft für künstliche Austernzucht.)

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Juni. Se. Maj. der König hat dem Handelsgerichte in Fürth zwei weitere Ergänzungsrichter beigegeben und hiezu die Kaufleute Chr. Lauber und Meier Lieser in Fürth berufen; dem Hofsekretär der Kaiserin der Franzosen, A. M. Pietri, das Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen, endlich dem Musikdirektor und Compositeur Dr. Muck in Würzburg die Erlaubniß ertheilt, das ihm von dem Großherzoge von Hessen-Darmstadt verliehene Ritterkreuz 2. Klasse des Verdienstordens Philipp des Großmüthigen annehmen und tragen zu dürfen.

Das heute erscheinende Gesetzblatt enthält das Gesetz über die Abänderung einiger Bestimmungen des Straf- und Polizeistrafgesetzbuches vom 10. November 1861.

Erledigte Stellen: Die kathol. Pfarrei Oberglaim, Bez.-Amts Landshut mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1871 fl. 59$^{1}/_{8}$ kr.; die kath. Pfarrei Weibersbrunn, Bez.-Amts Aschaffenburg mit einer solchen von 798 fl. 49 kr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	63$^{1}/_{4}$ G.
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61$^{1}/_{2}$—$^{7}/_{8}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	61$^{1}/_{2}$—$^{5}/_{8}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53$^{1}/_{8}$ P. $^{1}/_{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	50$^{3}/_{8}$ G.
"	4$^{1}/_{2}$pCt.	41 G.
Preussen	3$^{1}/_{2}$pCt. Staatsschuldsch.	84$^{1}/_{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101$^{1}/_{8}$ G.
"	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	95$^{1}/_{8}$ P. 94$^{7}/_{8}$ G.
"	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	95$^{1}/_{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89$^{1}/_{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. $^{1}/_{2}$jähr. dto.	89$^{1}/_{2}$ G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89$^{1}/_{4}$ G.
"	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	81$^{3}/_{8}$ P.
Württemb.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	93$^{7}/_{8}$—94 G.
"	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82$^{1}/_{2}$ G.
Baden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	94 P.
"	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. v. 1842	88 P.
Gr. Hess.	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89$^{3}/_{4}$ G.
"	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	84$^{3}/_{4}$ G.
Nassau	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	94$^{7}/_{8}$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 G.
"	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl. dto.	82$^{1}/_{2}$ G.
Frankfurt	3$^{1}/_{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2$^{1}/_{2}$pCt. . . .	—
Schweden	4$^{1}/_{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85$^{1}/_{4}$ G.
N.Amerika	6pCt. à 200fr. 1881 D. 2$^{1}/_{2}$	79$^{1}/_{8}$ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	77$^{3}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	192$^{1}/_{2}$—92 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	90$^{7}/_{8}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	221 P. 20$^{1}/_{2}$ G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	85 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	318 P. 14 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	111$^{1}/_{2}$ P.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258—57$^{1}/_{2}$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124$^{1}/_{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64$^{3}/_{4}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	152$^{3}/_{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4$^{1}/_{2}$ pCt.	155$^{1}/_{4}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130$^{1}/_{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52$^{1}/_{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73$^{1}/_{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	238$^{1}/_{2}$ G.
3 pCt. Süd-St. u. Lomb. E.B.	43$^{3}/_{8}$ P.
Bayer. Ostbahn à 4$^{1}/_{2}$ pCt. volleinbez.	124$^{1}/_{4}$ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	149$^{3}/_{4}$ P.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	69$^{7}/_{8}$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	71$^{1}/_{4}$ P
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 G.
" do. v. 1864	84$^{3}/_{8}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101$^{1}/_{2}$ P. 101 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10$^{1}/_{2}$ P.
Badische fl. 35	51$^{1}/_{8}$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	55$^{7}/_{8}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	145$^{1}/_{2}$ G.
" fl. 25 do.	38$^{1}/_{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35$^{3}/_{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25$^{1}/_{2}$ P.
St. Lüttich mit 2$^{1}/_{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12$^{7}/_{8}$ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100$^{3}/_{8}$—$^{1}/_{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 P. 94$^{3}/_{4}$ G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99$^{3}/_{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104$^{7}/_{8}$—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98$^{1}/_{2}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94$^{3}/_{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88$^{3}/_{8}$ P. 88$^{1}/_{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119$^{5}/_{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	95 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	101$^{7}/_{8}$—$^{3}/_{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 3. Juni. Die Börse war in matter Haltung und geschäftslos. Oesterr. Werthe, sowohl Spekulations- als Anlagepapiere, erniedrigten ihren Cours, da die Wiener Notirungen schlechter kamen. Auch 1882er Amerikaner waren billiger erhältlich, weil New-York schlechtere Gold- und Banknotirungen gesandt hatte. Von Süddeutschen waren 4$^{1}/_{2}$ pCt. Württemberger und Bayern gesucht.

finanzielle Lage der Compagnie bereits eine sehr schwierige geworden ist, daß sie den größten Theil ihrer Ressourcen bereits erschöpft hat und daß ihre Leiter nicht mit Zuversicht in die Zukunft blicken können, wenn sie nicht etwa hoffen, vom Vicekönig nochmals einige 100 Millionen zu erhalten, die sie für einige Zeit wenigstens wieder flott machen würden. Der Vicekönig hat aber sich und Aegypten zum größten Theile schon gerade durch den Isthmus erschöpft.

Vor Jahren verkündigte man, daß auf Grundlage der genauesten und untrüglichsten Berechnung ein Kapital von 200 Mill. Frcs. alle Kosten des Kanalbaues vollkommen und reichlich decken solle. Heute hören wir, daß diese Kosten sich ebenfalls auf Grundlage untrüglicher Berechnungen auf 385 Mill. Frcs. belaufen werden, also ungefähr auf das Doppelte. Wenn aber nun der Kanal anstatt in zwei erst in vier Jahren fertig werden sollte, und wenn hier und da neue Schwierigkeiten und Fehler auftauchen, wie das den Ingenieuren der Compagnie so häufig geschieht, wenn unvorhergesehene Ausgaben zu machen sein werden und Einnahmen, auf die man gerechnet hat, ausbleiben, was alles sehr leicht möglich, ja wahrscheinlich ist, bleibt man da einer Wahrscheinlichkeitsberechnung auf Basis der vorliegenden Thatsachen nicht näher, wenn man die Kosten des Ausbaues statt auf 385 Millionen auf 500 bis 600 Millionen ansetzt und zugleich eine Periode von 4 bis 5 Jahren in Aussicht nimmt, innerhalb welcher nach dem Maßstabe, wie die Arbeiten jetzt betrieben werden, das ganze Werk zu Ende geführt werden kann?

Was aber auch immer die Zukunft der Compagnie sein möge, ich glaube nicht, daß der Ausbau dieses großen von Herrn v. Lesseps begonnenen Werkes heute noch in Frage zu stellen ist. Das allgemeine öffentliche Interesse verlangt gebieterisch die Vollendung eines Unternehmens, dessen segensreiche Folgen für den Aufschwung und die Erleichterung des Weltverkehrs von unbezweifelter und unberechenbarer Tragweite sind.

Der österreichische Consularbericht stellt also dem Suezkanal-Unternehmen, wenigstens vom finanziellen Standpunkt aus, durchaus kein brillantes Prognostikon.

Herr v. Lesseps braucht von Neuem 100 Mill. Frcs., die er sich um jeden Preis zu verschaffen gezwungen ist, um die Arbeiten fortsetzen zu können. Wie man in Paris wissen will, beabsichtigt er, diese Summe auf dem jetzt vielbeliebten Wege eines Lotterieanlehens aufzubringen; und da die alten Suezkanalaktien zunächst ein Anrecht auf diese neuen Loose haben sollen, so ist auch in Folge dessen der Cours der ersteren in wenigen Tagen an der Pariser Börse von 280 auf 340 gestiegen.

An der endlichen Ausführung des großartigen Unternehmens zu zweifeln, dazu ist heute kein Grund mehr vorhanden. Aber ebenso wenig läßt sich in Abrede stellen, daß die finanzielle Lage der Compagnie heute nichts weniger als eine beneidenswerthe ist, die Baarmittel sind vollständig erschöpft und neue aufzutreiben, gelingt trotz der größten Anstrengungen und der größten Opfer selbst kaum dem unermüdlichen Herrn v. Lesseps mehr.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 155.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 5. Juni 1868.

Die Friedensliga in Paris und die Stellung Deutschlands zu ihr.

Am nächsten Montag wird obiger Verein (nicht zu verwechseln mit der Friedens- und Freiheitsliga, welche im September zu Bern tagen wird) in Paris seine erste Generalversammlung halten und hat dazu auch nach Deutschland Einladungsschreiben gerichtet. Ein solches ist auch an den bekannten J. H. v. Fichte in Stuttgart ergangen. Derselbe sah — wie er in der „Allg. Ztg.“ berichtet — in dieser ehrenden Aufforderung zugleich die ernste, nicht abzulehnende Pflicht, dem Ausland gegenüber auch seinerseits über die politische Lage der Gegenwart sich auszusprechen und sein Gutachten wenigstens schriftlich dorthin gelangen zu lassen. Fichte hält es für so nöthig als wohlgethan, das Ausland über die innere Kraft unserer nationalen Erhebung nicht im Zweifel zu lassen, und rechnet mit Zuversicht auf die Beistimmung aller Deutschen, welcher politischen Partei sie sonst angehören mögen, wenn auch hierbei einer stets wiederkehrenden anmaßlichen Ungebühr eben dieses Auslands kräftig entgegengetreten wird, welche allein die Schuld trägt an der Unleidlichkeit der gegenwärtigen politischen Lage diesseits und jenseits des Rheins. Sein Sendschreiben lautet, mit Hinweglassung des bloß Persönlichen, also:

„. . . Zugleich aber mögen Sie mir erlauben, diejenigen Betrachtungen hier brieflich niederzulegen, welche ich dort etwa mündlich ausgesprochen haben würde. Ich wünsche allerdings, daß Sie dieselben veröffentlichen möchten, etwa in demselben Organe, welches schon vor einem Jahre so freundlich war, meine offenherzigen politischen Mittheilungen aufzunehmen. Der „Temps“ ist darum ein auch in Deutschland so hochgeachtetes Blatt, weil er, frei von nationalen Vorurtheilen, die politischen Rechte der andern Völker mit dem gleichen Maße der Gerechtigkeit und Billigkeit mißt. Es ist vielleicht auch für Frankreich nicht ohne Werth, durch das Zeugniß des Auslands zu erfahren, daß es sich in Beurtheilung fremder, namentlich deutscher Verhältnisse keinen besseren Führer wählen kann, als eben dieses Organ. Gewiß nun werden Sie und Ihre Freunde darüber mit mir einverstanden sein, daß bei den bevorstehenden Verhandlungen des „Friedenskongresses“ es nicht genügen würde, bloß allgemeine Maximen, Wünsche, Ermahnungen für den Frieden auszusprechen (dergleichen haben wir genugsam vernommen und es hat sich stets unwirksam gezeigt), sondern daß es die nächste und dringendste Pflicht des Friedenkongresses sei, das Urtheil der europäischen Nationen, namentlich Frankreichs, über das Ungerechtfertigte und Thörichte der gegenseitigen nationalen Eifersüchteleien aufzuklären, aber auch zugleich über die Unmöglichkeit, diese Spannung durch einen Krieg zur Lösung zu bringen. Keine einzige politische oder soziale Frage, welche jetzt Mitteleuropa bewegt, kann durch Krieg entschieden werden. Es sind innere Fragen und Kämpfe allerdings ernstester Art, welche jede Nation nur mit sich abzumachen hat, jede fremde Einmischung aber strengstens ablehnen muß. Deutschland will weder noch kann es Frankreich demüthigen oder verkleinern; das Friedensbedürfniß bei uns ist nicht weniger stark und allgemein als bei Ihnen. Aber auch Frankreich vermag uns nicht dauernd zu schädigen; denn die beiderseitige nationale Machtstellung hält jetzt sich vollständig das Gleichgewicht; und auch der glücklichste Feldzug wider uns wäre nur ein vorübergehender Erfolg, ein nutzloses Abenteuer. Wir würden uns nur stärker gegen den gemeinsamen Feind vereinigen, und der alte eingeschlummerte Nationalhaß würde nur verstärkter aufflammen wider einen Nachbar, der die alten Prätensionen durchaus nicht vergessen kann. Geheime Zwietracht aber zwischen uns zu säen, wird der französischen Politik gleichfalls kaum gelingen. Der Drang nach nationaler Einigung ist zu bewußt und zu unwiderstehlich unter uns verbreitet, um eine dauernde Hemmung zuzulassen. Die politische Partei, der Staatsmann, welche sich solcher Einflüsse verdächtig machten, wären eben damit unwiederbringlich gerichtet von der öffentlichen Meinung. Gerade die neuesten Tage haben über diese Gesinnung öffentliche Kundgebungen der leitenden Staatsmänner des Südens und der verschiedenen Parteigruppirungen gebracht, welche in diesem Betreff keinen Zweifel übrig lassen. Ich weiß nicht, wer von meinen deutschen Landsleuten den Congreß besuchen wird; aber ich bin gewiß, welcher politischen Parteistellung er auch angehören möge, in diesem Hauptpunkte wird er sich nicht anders äußern! Wenn man nun dies alles einsieht jenseits des Rheins — und eine Täuschung darüber ist kaum möglich — warum nun dennoch dort jene Hast der Rüstungen, deren Fortschreiten uns zugleich halb drohend, halb warnend, Stück vor Stück verkündet wird, während die offiziellen Erklärungen der Regier-

---

Ebergenyi Julia.

(Ein ungarisches Volksdrama. Aus der „N. Fr. Pr.“)

Meine Neugierde, die Heldin der berüchtigten Münchener Vergiftungsgeschichte, welche ich vor Wochen auf den Brettern, die das Wiener Strafgericht bedeuten, zu Gesicht bekommen, so bald schon auf den Brettern, welche die ungarische Welt bedeuten, wiederzusehen, war gewiß eine verzeihliche. Ich glaube, wie ich mein gutes Wiener Völkchen kenne, wären Viele aus ihm mindestens ebenso neugierig gewesen als ich. Und meine Neugierde hatte obendrein einen dramaturgischen Beigeschmack. Ich wollte sehen, wie der ungarische Dichter, dieser „Megerle von Ofen“, wie ich ihn nennen möchte, die ganze schauderhafte Sache angepackt, welchen Grad von Kühnheit er in der Handhabung eines Stoffes, von dem erst gerade die Gerichts-Sectoren und die Chemiker gekommen sind, zeige und vor Allem, wie er sich in seiner Eigenschaft, der Zeit oder, sagen wir lieber, seinen lieben Pest-Ofenern „den Spiegel vorzuhalten,“ als Läuterer der Leidenschaft kritisch-poetisch zu der Affaire Chorinsky-Ebergenyi verhalten werde. Ich hielt mir immer vor Augen, daß ich es da mit einem magyarischen Volksdichter zu thun habe, sozusagen mit einem literarischen Husaren, und ein solcher haut gewöhnlich anders in einen Stoff ein, als so ein schwachnerviger Theater-Infanterist von der Josephstadt! Wird er „sie“ leben lassen, das heißt unschuldig finden, oder ihr keinen Pardon geben (trotz des landesgerichtlichen Urtheiles) und sie niedermachen auf der Bühne des Ofener Volkstheaters? Wird er galant sein, wie unser Herr Landesgerichtsrath Giuliani, ein geschmeidiger Fürbitter, wie Dr. Neuda? Oder wird „sie“ den echten Dichterzorn über sich und vor Allem über ihr leibliches Wohl heraufbeschwören und ihm rettungslos verfallen erscheinen? Für die poetische Gerechtigkeit gibt es ja kein — Neudorf und keine Abschaffung der Todesstrafe aus Humanitätsgründen! Das Leben Juliens v. Ebergenyi actenmäßig gesichert, schien mir doch wie an einem Haare zu hängen, als ich von einem ungarischen Volksstücke hörte, dessen Heldin sie sein sollte und ich muß gestehen, ich zitterte nicht für jenes Leben, schon weil ich voraussetzen konnte, daß auch ein magyarischer Volksdichter Niemanden henke, bevor er ihn hat. Und so dachte ich an die kommenden Schicksale, an die „heiteren und traurigen Loose“ jenes versprochenen magyarischen Volksstückes, „Ebergenyi Julia“ geheißen. Die Stadthauptmannschaft und nachher auf dem Recurswege das ungarische Ministerium wollten es indeß anders, und sie erhoben ihr Machtwort gegen die Aufführung jenes Dramas, und all meine Hoffnungen waren ein Nichts geworden. Gewiß, ich wäre der Letzte, die Berechtigung des Verbotes anzuzweifeln; die vergifteten Blätter kleben noch an dem unseligen Theekessel aus der Krugerstraße, wozu also schon den cyankalisirten Thee einem Publikum nachmals aufgießen? Trotz alledem hätte ich das Stück gerne gesehen, schon um zu wissen, wie man solch „frische Kost“ jenseits der Leitha zu bereiten pflegt. Mein dramaturgischer Kitzel ließ mich, nun ich auf einmal durch Stadthauptmann und Ministerium um die Aufführung der „Ebergenyi Julia“ gekommen war, noch immer nicht ruhen. Ich wollte nun das Stück wenigstens im Manuscripte zu Gesicht bekommen, ich wollte mich mit dem unbekleideten, nackten Worte zufriedengeben und auf die bühnliche Verkörperung verzichten. Ich ließ alle mir zu Gebote stehenden Minen springen und bald schon lag ein zierlich geschriebenes Manuscript, das auf dem Titelblatte die Worte

ung von Friedensversicherungen überfließen? Die Unerträglichkeit dieses Widerspruchs ist durch die freisinnige französische Presse, durch einzelne Abgeordnete von der Tribüne herab mit beredten treffenden Worten geschildert worden. Aber auch der Friedenskongreß wird nicht umhin können, auf diese Anomalie und die daraus entstehenden Gefahren mit größtem Nachdruck hinzuweisen. Wenn Frankreich von keinem Angriff bedroht wird, was auch dort niemand im Ernst glaubt, dennoch aber unausgesetzt seine Rüstungen vermehrt, so folgt daraus mit der Einfachheit eines Rechenexempels, daß es selbst für gelegene Zeit kriegerische Intentionen sich vorbehält. Vielleicht müßte das übrige Europa diese stete Bedrohung sich gefallen lassen, wenn sie der ausgesprochene Wille der ganzen französischen Nation wäre. Aber das Gegentheil findet statt; dieses Kriegsbedürfniß entspringt nur der ehrgeizigen Unruhe einer „kleinen aber mächtigen Partei“, die ihre Gelüsten für die Stimme der Nation ausgeben möchte. Gegen diese notorische Unwahrheit den lautesten Protest zu erheben, erscheint mir als die erste und wichtigste Pflicht des „Friedenskongresses“. Der einstimmige Beifall von ganz Europa würde dieses Votum begrüßen. Gewiß bedarf ich nicht, wegen der ernsten Offenheit meiner Aeußerungen vor Ihnen mich zu entschuldigen. Nur so oder gar nicht durfte ich sprechen, wenn ich der Ehre eines Mitgliedes des Friedenskongresses würdig sein wollte. Nochmals meinen Dank mit dem herzlichen Wunsch eines wirksamen Erfolgs Ihrer wichtigen und aufopfernden Bemühungen. Stuttgart, 31. Mai 1868. J. H. v. Fichte.“

Süddeutschland.

Bayern. München, 3. Juni. [Militärisches.] Die „Hoffm. Corr.“ schreibt: Nachdem die neuen Exerciervorschriften für die Infanterie hinausgegeben sind und hiedurch die Elementartaktik unserer Infanterie bestimmt ist, hört man nur allgemeine Anerkennung der darin angenommenen Grundsätze. Der Zugs-Unterricht ist mit den früheren Vorschriften beinahe ganz conform; nur sind einige Bewegungen, welche auch auf spätere Evolutionen in der Compagnie und dem Bataillone Bezug hatten, weggeblieben. Der Unterricht in der Compagnie hat die vollständige taktische Verwendbarkeit derselben als selbstständiger Truppenkörper und die Vorbereitung für die Verwendung im Bataillone zum Zwecke. Die Compagnie wird in 4 Züge, von welchen einer Schützenzug und vorzugsweise zum Gefecht in der geöffneten Ordnung bestimmt ist, eingetheilt; die Eintheilung der Unteroffiziere und Mannschaft in die übrigen Züge soll nicht blos nach der Körperlänge, sondern in zweckmäßiger Vertheilung der körperlichen, moralischen und intellektuellen Eigenschaften und Fertigkeit der Individuen geschehen. Die Compagnie ist ein in sich abgeschlossener taktisch verwendbarer Körper; die Compagnie-Colonne ist die Grundstellung beim Zusammentreten des Bataillons, dessen weitere Evolutionen sich nur hierauf basiren, und, wenn man vorstehenden Grundsatz im Auge behält, alle höchst einfach und analog sind. Sowie die Compagnie (Compagniecolonne) die taktische Einheit im Bataillon, so bildet das Bataillon die taktische Einheit in der Brigade. Die geschlossene Colonnenlinie, in welcher die Compagnie-Colonnen, sämmtliche rechts formirt, ohne Zwischenräume neben einander stehen, ist die Form, in welcher sich das Bataillon unter allen Verhältnissen, sei es zum Abmarsch oder für Bereitschaft zu anderen Bewegungen, anfänglich aufstellt. Diese Art der Aufstellung ist von beinahe allen militärischen Schriftstellern als die einzig richtige, den übrigen Bewegungen und Gefechts-Verhältnissen des Bataillons entsprechend, schon längst anerkannt und gefordert worden, und meines Wissens ist das bayerische Exerzierreglement das erste, welches diesen Grundsatz annimmt und kultivirt. Höchst einfach und deßhalb praktisch ist die Vertheidigungsstellung gegen Reiterei. In den verschiedenen früheren Vorschriften waren sechs bis acht verschiedene Carréformationen vorgesehen und daher war in keiner Form eine absolute Sicherheit zu erlangen; die jetzigen Vorschriften kennen nur eine Formation: Das Carré wird stets nur aus der geschlossenen Colonnenlinie gebildet, gleichviel ob alle oder blos drei oder zwei Compagnien zu seiner Formation vorhanden sind. Sicherheit und Raschheit in Herstellung dieser Vertheidigungsform, unverbrüchliche Ruhe mit der ausschließlichen Aufmerksamkeit auf die Befehle des Commandanten und die rechtzeitige Abgabe eines raschen und wohlgezielten Feuers sind die Bedingungen, welche der Infanterie den Sieg sichern. Die Erfüllung dieser Bedingungen beruht wesentlich auf einer tiefgegründeten, zur zweiten Natur gewordenen unerschütterlichen Disciplin. Ebenso naturgemäß ist beim Bajonnetangriffe das Vorwärtsstürmen mit gefälltem Gewehr weggelassen, sondern angeordnet, daß der letzte Raum, der vom Gegner trennt, mit dem Gewehr in der rechten Hand, während die linke das Seitengewehr hält, durchlaufen und erst beim wirklichen Zusammenstoße mit dem Gegner Fechterstellung angenommen wird. Der Vorbeimarsch wird nur mit „Gewehr hoch“ ausgeführt und dabei der Kopf nach dem die Parade Abnehmenden gewendet. Das ganze Reglement setzt eine gründliche Aus- und Durchbildung der Compagnie voraus; der Bataillons-Commandant bezeichnet nur die Formation, welche das Bataillon annehmen soll, die weitere Ausführung wird von Compagnie-Commandanten angeordnet.

Straubing, 1. Juni. [Herr Lukas und die Verträge.] Im hiesigen Tagblatt gibt Hr. Lukas seinen Wählern die Gründe bekannt, warum er die Erklärung (den sogenannten Rechenschaftsbericht) von Mitgliedern der süddeutschen Fraktion nicht mit unterschrieben habe. „..... Ich fühle mich in vollkommener Uebereinstimmung mit dem, was meine hochverehrten Herrn Kollegen von der süddeutschen Fraktion dort erklärt haben über unsere Lage, über Preußens Politik, über die Maßnahmen, welche für Süddeutschland dem gegenüber angezeigt erscheinen und so weiter. Ich unterschreibe das alles von ganzem Herzen und würde meinen Namen noch unter ganz andere Dinge setzen, das darf man von mir glauben; aber

---

„Ebergenyi Julia, ungarisches Volksstück in 5 Akten“, führte, vor mir. Hier hatte ich es nun mit dem verbotenen Stücke zu thun, der freundliche Einsender versicherte wenigstens, daß es für das ungarische Volkstheater geschrieben sei. Es wäre auch übrigens mir und den Lesern gleichgültig, ob noch ein anderes Volksdrama „Ebergenyi Julia“ der löblichen Ofener Theater-Direktion vorgelegen, uns interessirt ja schon das Eine aus der ganzen ungarischen Gattung der dramatisirten Ebergenyis. Ich hatte auch nichts eiliger zu thun, als das „Volksstück“ an der anleitenden Hand eines im Ungarischen bewanderten Freundes durchzugehen, und so bin ich nun schon im Stande, Ihnen ein Bild des Dramas zu entwerfen. Sie sollen die bildende Hand des ungarischen „Volksdichters“ selbst kennen lernen, ja sogar, wo es zur Charakteristik nöthig, seine eigenen Worte, wie sie leibhaftig seiner Muse entquollen, hören. Mit etwas gutem Willen, den die Leser doch gewiß einer fremdartigen Literatur entgegenbringen, und einigem Interesse an der freilich weidlich durchgesprochenen und durchverdauten Giftmischerin sollen Sie recht angenehm vorwärtskommen, ich verspreche es Ihnen. Für Ihre wirklichen und schon gar für Ihre etwa eingebildeten Nerven brauchen Sie nicht besorgt zu sein. Die Grausamkeiten, die der ungarische Dichter begeht, sind mehr literarischer und dramaturgischer Natur, und Sie werden in dem Manne, da wo er am tragischesten ist, einen recht heiteren Gesellen kennen lernen, der eigentlich keiner Katze und also auch nicht der Ebergenyi Julia etwas Wehes anthun könnte. Staunen aber sollen Sie ob der resoluten Weise, mit der so ein ungarischer Volksdichter seinem Publikum die bekannte Affaire gestaltet; ich kann es wieder nur so rechte literarische Husarenweise nennen. Er haut sich ohne Rücksicht auf die aristotelischen Einheiten, deren Competenz er schon aus dem Grunde nicht anerkennt, weil ihre Befolgung nicht von den 1848er Gesetzen stricte verlangt wird, seine Scenen aus dem Prozesse Ebergenyi tapfer heraus, so wie er sie eben braucht; er will ja nicht im National-Theater aufgeführt werden! Er ist ganz literarischer Husar, Sie sollen das sehen, wenn von seinen Lippen Worte der Liebe kommen und auch wenn er zu fluchen beginnt. Und Sie glauben doch nicht etwa, daß in dem Stücke nicht geflucht wird? Vergessen Sie nur nicht, was unsere Volksstückschreiber leisten, und schlagen Sie das etwa Uebriggefluchte der Natur eines Husaren gut. Und jetzt den Vorhang hinauf!

Erster Akt. Wir sind in einer uns Wienern recht wohlbekannten Gegend. Das Scenarium schreibt recht viele Bäume, einen Springbrunnen, einen griechischen Tempel und recht viele Spaziergänger vor — also im Volksgarten beginnt das Stück? Richtig. Das scheint mir nicht schlecht gedacht, ein würdiger Anfang für das Drama „Ebergenyi Julia“. Die „Frau Baronin“ — so nennt das Personen-Verzeichniß die auftretende Dame, die sich der Dichter laut seiner Angabe aber „sehr corpulent“ denkt — promenirt mit mehreren jungen „Damen“ in einer der Seufzer-Alleen des Volksgartens. Die Damen rufen sich gegenseitig per „Irma“, „Ilka“, „Julischa“ an und sprechen etwas viel von den Männern, die vorübergehen. Irma: „Ich bin neugierig, ob mich der Sandor heute ansprechen wird?“ Frau Baronin (den Kopf erhebend): „Warum nicht gar! Sein Vater ist mit, und da darf er ja nicht.“ Ilka: „Schaut's den schönen Oberlieutenant an!“ („Graf Chorinsky geht vorüber und fixirt die Damen“, sagt hier das Buch in Parenthese.) Julischa (entzückt): „Nein, ist der schön!“ Irma: „Ob der schön is!“ Frau Baronin: „Sehr ein eleganter Herr, wirklich! Er ist mir so bekannt. Wo ich ihn nur schon gesehen haben mag?“ Indeß die Damen den Grafen Chorinsky der Reihe nach schön finden, geht der

Einiges müßte wegbleiben von dem, was jetzt gesagt ist. Es ist in der „Erklärung“ die Rede von „der kräftigen Erfüllung unserer vertragsmäßigen Pflichten gegen Norddeutschland.“ Das ist das Schutz- und Trutzbündniß und der Zollvereinsvertrag vom 8. Juli 1867. Meine politische Meinung über diese Verträge ist bekannt: ich halte sie für den Alp, der unsere Selbstständigkeit erdrücken wird, für das kaudinische Joch, durch das uns die Noth von Sadowa gestoßen hat. Nie werde ich meinen Namen unter diese Verträge setzen — ich negire sie nicht (ich saß ja auf Grund derselben im Zollparlament), aber ich bekenne sie auch nicht; ich lasse mich durch das Joch treiben, aber ich schlage die Augen nieder und schweige. Ferner geniren mich auch die „nationalen Pflichten“ und „nationalen Bedürfnisse“, die dort genannt sind. Nicht als ob ich von nationalen Bedürfnissen und Pflichten keine Kenntniß hätte; ich gestehe Keinem zu, daß er die Begeisterung für die historische Gestaltung und legitime Größe Deutschlands wärmer als ich im Herzen trage; aber es streifen mir jene Ausdrücke zu nahe an den „nationalen Gedanken“, der gegenwärtig das Schlagwort der nationalliberalen Partei und die Parole des großpreußischen Lagers ist. In gegenwärtiger Zeitlage ist unsere höchste nationale Pflicht und unser dringendstes nationales Bedürfniß die Erhaltung der ungeschwächten Selbstständigkeit der süddeutschen Staaten; mit dieser steht und fällt die deutsche Freiheit überall. Denn, um das noch beizufügen, ich erwarte die deutsche Freiheit auch nicht von der deutschen Republik, sondern ich halte fest am Königthum von Gottes Gnaden und an der Autonomie der vereinigten deutschen Völker. Der „nationale Gedanke“ ist das gerade Gegentheil von All dem, und darum perhorreszire ich ihn und alle seine Synonymen. Man sieht, ich habe die Ehre, mich nach wie vor in voller sachlicher Uebereinstimmung mit denjenigen Mitgliedern der süddeutschen Fraktion zu wissen, welche die mehrberührte Erklärung erlassen haben: es sind einige formelle Bedenken gewesen, die meine Unterschrift zurückhielten. Es mögen diese Bedenken schwach sein, man lasse mir diese Schwäche; ich bin nicht der Einzige, der sie hat.“ — —

Nun das heißt doch deutlich gesprochen; man weiß wenigstens, wie man mit Hrn. Lukas dran ist. Jedenfalls ist eine solche Consequenz mehr werth, auch für den Gegner, als Phrasendrechseleien mit dem Mund, von denen das Herz nichts weiß.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 3. Juni. [**Die Debatten über die Finanzvorlagen**] haben heute (wie schon gemeldet) begonnen. Nochmals erhebt gegen die Bankerottpartei im Abgeordnetenhaus die „N. Fr. Presse“ ihre Kassandrastimme in einem Leitartikel, worin sie die Gefahren, in welche das kaum gerettete Oesterreich wieder gestürzt und dem diesmal unvermeidlichen Ruin entgegengeführt würde, nachweist. Sie schließt mit den Worten:

„Es ist unabsehbar, welche Consequenzen es abermals haben kann, wenn ganz Europa sich von dem **wortbrüchigen Oesterreich** abwendet. Die ganze Arbeit der politischen Rehabilitation, an deren erstem Ruhepunkte wir eben erst siegreich angelangt sind, könnte vergeblich gethan sein, wenn wir jetzt, da wir den Rechtsstaat in politischer Hinsicht herstellen, sei es aus Frivolität, sei es aus Mangel an Energie und Selbstvertrauen, in finanzieller Beziehung die Gewaltpolitik, die Willkür, den Rechtsbruch zum Gesetze erheben. Es will uns fast bedünken, als hätte es nicht der Mühe gelohnt, unter so schweren Kämpfen Oesterreich wieder aufzurichten, wenn es nur geschehen sein sollte, um es abermals in einen Abgrund zu stürzen. Da haben wir der Welt vorgeheuchelt, daß wir nur der Segnungen der Freiheit bedürfen, um unsere Kräfte zu entfalten und Oesterreich wieder groß und reich zu machen. Und nun, da wir die Freiheit haben, sollte dies der erste Gebrauch sein, den wir in einer wirthschaftlich unerhört günstigen Epoche von ihr machen, daß wir uns bankerott erklären! Dazu brauchten wir keinen Parlamentarismus, das hätte der Absolutismus auch gekonnt. Und in Wahrheit, es sind nur Söldlinge des Absolutismus, bewußte oder unbewußte, die jetzt im Parlamente den Bankerott predigen. Nicht eine finanzielle Frage blos ist die Frage über die Regelung unseres Staatshaushaltes und unseres Staatsschuldenwesens, sondern auch eine eminent politische Frage. Hat man anerkannt, daß unsere Finanzen der Hebel waren für unsere politische Entwicklung, und hat man immerdar behauptet, daß sich unsere Finanzfrage nur im engsten Zusammenhange mit der neuen Politik lösen lasse, so muß man auch jetzt zugeben, daß die Wirkungen ebenfalls auf's tiefste die politischen Verhältnisse berühren. Wer es verstehen will, der versteht es auch, ohne daß wir noch viel Worte darüber machen, und wir vermögen nur den Cynismus und die Unverschämtheit derer nicht zu begreifen, welche glauben machen wollen, der **Rechtsstaat könne in finanzieller Hinsicht als Bankerottirer auftreten, ohne seine Rechtsnatur aufzugeben.** Was würde man zu dem Fabrikanten sagen, der sich rühmt, ein ehrlicher Mann zu sein, und der auf die Achtung der Genossen Anspruch machen wollte, aber seine Gläubiger hintergeht? Solch ein Ehrenmann zu sein, muthen unsere Skenesen Oesterreich zu. Heuchlerische Absolutisten im Schafspelze philanthropischer Steuerverweigerer!“

Herr Skene, der Berichterstatter der Ausschußmajorität, hat die Verhandlung mit einem langathmigen, die sattsam bekannten Bankerott-Argumente rekapitulirenden Exposé eröffnet; nach ihm wird als Referent der Minorität Abg. Banhans zu Wort kommen, und hierauf dürfte, ehe die Generaldebatte eröffnet wird, der Finanzminister den Standpunkt der Regierung darlegen. Die Diskussion wird allem Anscheine nach nicht auf die zwei aus dem Schooße des Ausschusses hervorgegangenen Anträge beschränkt bleiben. Von Seite des Centrums wird, wie man hört, durch den Abg. Baron Petrino der Antrag gestellt werden, in der Finanzfrage provisorische Verfügungen für die Periode bis 1869 zu treffen, unter Zugrundelegung einer provisori-

---

Graf selbst noch einige Male an den Damen vorüber und fixirt sie wieder. Das dritte Mal erst faßt er sich Muth und spricht die Frau Baronin an. Sie weiß nun gleich nach seinen ersten Worten, woher sie den Grafen kennt, und stellt ihm auf sein eigenes Verlangen diejenige von den Damen vor, die er noch nicht kennt — Fräulein Julie Ebergenyi. Nach einigen einleitenden Worten verschwinden die „Frau Baronin“ und die „Fräulein“ Irma und Ilka, der Graf und Julia bleiben zurück. Die Scene hat, trotzdem nun die beiden Leutchen augenblicklich in einander verliebt sind, wie ich versichern kann, keine andere Aehnlichkeit mit Shakespeare's „Romeo und Julie“, erster Act, Ballscene. Unser Romeo-Chorinsky ist nicht gar so stürmisch, seine Julia-Ebergenyi nicht so naiv und unschuldig, wie Julie Capulet. Auch was sie sich zu sagen haben, paßt mehr in den Volksgarten, bei aller Einhaltung des Anstandes. Julia ist sehr bewegt; das scheint aber doch Anfangs mehr auf Rechnung des „Hunyady Laszlo“, den Strauß (wahrscheinlich „Edi“, genannt „der Schöne“) gerade spielte, als auf die Einwirkung der Persönlichkeit des Grafen zu kommen. Bei den Csardas-Klängen der Musik geräth auch das Gespräch bald in ein beschleunigtes Tempo und Ebergenyi Julie läßt sich zu einigen kurzen Andeutungen ihrer eingetretenen Gefühle herbei. Natürlich ist sie zu gescheit, um dem Grafen Alles schon jetzt zu sagen, zu ökonomisch, um nicht mit ihren Sentiments hauszuhalten. Natürlich wird ein „Rendezvous“ abgemacht, ehe man auseinandergeht. Die nächste Scene ist der Ort dieses Rendezvous — wir befinden uns in dem Salon der Frau Baronin; junge Damen in rauschenden Seidenkleidern und ältere Garçons — sind sie es nicht Alle, so behandelt man sie wenigstens danach, als wären sie es — finden sich da zusammen. Dank dem trefflichen Hausgesetze sind nicht mehr Herren als Damen anwesend, und jedes Weiblein hat hier sein Männlein. Man sitzt traulich in den verschiedenen Ecken, plaudert, lacht, singt, der Umgang ist intim; bald spielt eine liebliche Frauenhand in den Coteletten des „Herrn v. Wenigstein“, bald wieder machen die Finger des „Grafen Mucki“ kurze Excursionen in den Irrgarten der Frisur des Fräulein Irma. Hier präludirt Fräulein Ilka an der Seite des „Baron Nickerl“ auf einem Claviere — natürlich einem **Bösendorfer** — die Melodie eines „Schieberischen“, dort wieder amüsirt Fräulein Toni den „Herrn von Feigerlbaum“ in ihrer Weise, indem sie, ein „Vanille-Früchten“ just verzehrend, schalkhaft ausruft: „Nicht wahr, Sie lassen mir schon noch eins holen? Aber jetzt Schmankerl, werde ich bitten.“ Die Scene ist sehr lebendig und dem Wiener Boden abgelauscht. Sie ist blos der Hintergrund, aber dem herrschenden Vordergrunde vorzuziehen, denn in diesem Vordergrunde stehen hier der Graf Gustav Chorinsky und seine Julie, und da gibt es denn eine Liebesscene, in der zwar einige landläufige sentimentale Phrasen vorkommen, die dabei aber ein superreales, nicht sehr angenehm berührendes Gepräge hat. Graf Gustav singt das hohe Lied der ungarischen Frauenschönheit in nicht sehr dem Sohne eines „alten Geschlechtes“ geziemender Troubadour-Weise, mehr à la „schöner Dawidl“ möchte ich sagen. Er macht sogar einmal unter anderen Gründen, warum er die Ungarinnen so liebe, den Grund geltend: „Die Ungarinnen sind so schön mollet“ (ropogó heißt das Wort im ungarischen Originale; dies als Aviso für vergleichende Sprachforscher). Der Schluß dieser Scene hat wiederum keinerlei Aehnlichkeit mit „Romeo und Julie“; der Bund zwischen Gustav und Julie kommt zwar auch zu Stande, aber er wird mit der Versicherung besiegelt, daß ein separirtes Zimmer in der Stadt aufzunehmen sei.

(Schluß folgt.)

schen Couponsteuer von 25 pCt. Sollte dieser Antrag abgelehnt und das Votum der Minorität angenommen werden, dann trägt sich ein Theil der Abgeordneten des Großgrundbesitzes im Centrum angeblich mit dem Gedanken einer Mandats-Niederlegung en masse. Von Seite des Abg. v. Perger wird ein Antrag eingebracht werden, nicht von einer Zinsenreduction, sondern von einer Couponsteuer-Erhöhung auf 25 pCt. zu sprechen. Die Debatte scheint große Dimensionen annehmen zu wollen; an die zwei Dutzend Redner sind eingezeichnet.

Nichtpolitische Zeitung.

[Eine Wette eigenthümlicher Art] hat kürzlich in Ungarn zwischen einigen Edelleuten stattgefunden, zu deren Ausführung Hr. Michailowich dieser Tage in Kehl ankam, um seine Reise weiter fortzusetzen. Die Wette bestand in der Behauptung von Seiten des Herrn Michailowich gegen seine Gegner, daß die deutsche und französische Gastfreundschaft eben so groß sei als die ungarische und daß der wettende Parteimann Herr Michailowich es unternehmen wolle, von Pesth nach Paris lediglich auf das Vertrauen der ihm zu gewährenden Gastfreundschaft zu reisen und weder für Unterhalt noch Reisekosten irgend eine Auslage machen zu müssen. Während den 19 Reisetagen, welche Hr. Michailowich nun bereits zurückgelegt hat, ist es ihm vollkommen gelungen, auf verschiedenen Edelhöfen, in Klöstern, bei Gutsbesitzern, Privaten und Militärs die freundlichste Aufnahme und Weiterbeförderung zu finden. Eigenthümlich und neu ist die Idee, von Pesth nach Paris unter ganz unbekannten fremden Personen freie Reise auf Kosten der Gastfreundschaft zu finden; natürlich gehört dazu auch die einnehmende Persönlichkeit des Wettenden; einem Jeden möchten wir gleichen glücklichen Ausgang nicht in Aussicht stellen. — In Augsburg war — wie die „Postzeitung" berichtet — Hr. Michailowich bei Hrn. Baron v. Schaezler abgestiegen, wo er auf das Freundlichste aufgenommen und mit einem Empfehlungsbriefe für eine weitere Station versehen wurde. Da dieser Ausreisende die Eisenbahn nicht benützen darf, ließ ihn Hr. Baron v. Schaezler mittelst Equipage bis auf ein Schloßgut halbwegs Ulm befördern.

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Juni. Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung d. d. Schloß Berg den 1. d. M. das Nachstehende verfügt:

Versetzt werden: die Hauptleute Friedrich Fuchs von der Genie-Berathungs-Kommission, Th. Angstwurm vom 3. Inf.-Reg. und Chr. Frhr. v. Godin vom 7. Jäger-Bat. zum Generalquartiermeisterstab, A. Abelein vom 8. Inf.-Reg. und J. Ritter v. Stubenrauch vom 1. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., Rep. v. Knoesch vom 6. zum 10. Jäg.-Bat., H. Graf v. Lösch vom 11. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat., J. Haufstingl vom 4. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., W. Rainprechter vom 8. zum 14. Inf.-Reg., O. Correck vom 16., A. Hien vom 9. und K. Fitz vom 5. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., P. Hirschmann vom 6. zum 5. Inf.-Reg., A. Uhlmann vom 8. und J. Bleymüller vom 10. zum 14. Inf.-Reg., F. Reitter vom 2. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., J. Ehrne v. Melchthal vom 8. zum 15. Inf.-Reg., L. de Taillez vom 1. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat., K. Günther vom 5. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., A. Martin vom 11. Inf.-R. zum 9. Jäg.-Bat., Fr. Schwemmer vom 4. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat. und A. v. Meyer vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat.; der Rittmeister K. v. Rott vom 2. Kür.-Reg. zum 6. Chev.-Reg.; ferner die Hauptleute H. Reder vom 1., O. Mehn und M. Söldner vom 2., G. Ehrlich vom 1. und O. Ren vom 2. zum 3. Art.-Reg., M. Speck von der Artillerie-Berathungs-Kommission zum 2. Artillerie-Regiment, L. Peringer vom 4. zum 3., K. Gemmingen Frhr. v. Massenbach vom 3. zum 2., Fr. Schubert vom 4. zum 3., A. Du Jarrys Frhr. v. La Roche vom 3. zum 2., K. Kriebel vom 1. zum 3. Art.-Reg., E. Malaisé vom 2. Art.-Reg. zur Artillerie-Berathungs-Kommission, H. Graf v. Thürheim vom 4. zum 3. Art.-Reg., dann K. Staudacher und J. Gerber vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion in Neuulm) zum Genie-Reg.; die Oberlieutenants Wilh. Gemmingen Frhr. v. Massenbach von der 2. San.-Komp. zum 10. Jäg.-Bat., E. Frhr. v. Hirschberg vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., Karl Riedmer vom 4. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., Fr. Lindner vom 11. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., W. Kerth vom 5. und M. Franz vom 15. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., L. Bernhardt vom 2. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat., H. Frhr. v. Guttenberg vom 1. Jäger-Bat. zur 2. San.-Komp., G. Steyrer und E. Petri vom 1. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., O. Emmerich vom 15. und H. Frhr. v. Zobel zu Giebelstadt vom 9. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., A. Keyser vom 11. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., H. Heiden vom 1. und F. Petri vom 2. zum 3. Art.-Reg., H. Ritter von Regisser vom 3. zum 2., E. Metz vom 4., J. Hasselwander vom 2., M. v. Hartlieb genannt Wallsporn und E. Schnitzlein vom 1. zum 3., Max Lutz vom 3. zum 2., H. Kepl, K. Kepl, K. Karl, L. Reber und Fr. Bischoff vom 2., F. Frhr. v. Lamezan und B. Frhr. v. Andrian-Werburg vom 1., Chr. Weiß und J. Behringer vom 4., dann R. Hausner vom 2. zum 3., O. Prätorius v. Dallhausen vom 3. zum 2. Art.-Reg., A. Langhäuser von der Fuhrw.-Esk. des 4. Art.-Reg. zum 4. Art.-Reg., ferner A. Fahrmbacher vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion Germersheim) zum 3. Art.-Reg., W. Geßner vom Genie-Reg. zum 4. Art.-Reg., und E. v. Hefner-Alteneck vom Genie-Reg. zum 2. Artillerie-Regiment, L. Zimmermann vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion Ingolstadt), J. Weidner und E. Richter vom Genie-Stab, dann K. Ullerich vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion Landau) zum Genie-Regiment. (Forts. f.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53—$\frac{1}{8}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 65	$50\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$43\frac{1}{2}$ G.
"	[illegible]	$84\frac{1}{2}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	$101\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$95\frac{1}{8}$P. $94\frac{7}{8}$G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jährs dto.	$95\frac{5}{8}$—$\frac{3}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jahr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$81\frac{3}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{8}$ P.
Württemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$83\frac{1}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$93\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	83 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	—
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$89\frac{1}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	$84\frac{3}{4}$ G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{3}{4}$ P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$85\frac{3}{4}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto	82 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	82 G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
Spanien	3pCt. inn. Sch. P. à fl. 2. 2(	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt.	$85\frac{1}{4}$ P.
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$79\frac{1}{4}$ P.
NAmerika	6pCt. à 1000r 1881 b. $2\frac{1}{2}$	$77\frac{3}{8}$P. $\frac{1}{8}$G.
"	6pCt. ditto v. 1882	

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	716 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$192\frac{1}{2}$P. $91\frac{1}{2}$G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$90\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$223\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$111\frac{1}{2}$ P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$257\frac{1}{2}$—57 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$124\frac{1}{2}$ P.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64\frac{1}{4}$ G.
Rhein-Nahebahn 200 Tul. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$152\frac{3}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$19[illegible]$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{2}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$123\frac{3}{8}$ P.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	$149\frac{3}{4}$ P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{1}{2}$ G.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	71 P.
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	134 G.
"	do. v. 1864	85 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		101[illegible] P. $\frac{1}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10[illegible] P.
Badische fl. 35 . . .		$51\frac{1}{4}$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$—105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	[illegible] P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{3}{8}$P. $88\frac{1}{8}$G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{5}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102—$101\frac{7}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	102 P.
Disconto	3 pCt. G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$58\frac{1}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 G.
" fl. 25 do.	$35\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Frankfurt, 4. Juni. Die Börse ist geschäftslos und in matter Haltung. Credit und Staatsbahn sind niedriger als gestern, ebenso italienische Prioritäten. Auch österr. Anlagepapiere sind matt, mit Ausnahme von neuen engl. Metall. und National, welche den gestrigen Cours hielten. Auch 1882er verloren, da Newyork keine besseren Course sandte und nicht mehr so viel reelle Kaufaufträge vorliegen, $\frac{1}{4}$ pCt., Pacific-Bonds dagegen wurden bis $68\frac{1}{2}$ bezahlt. Süddeutsche Werthe waren preishaltend und zu festen Coursen gefragt. In Alsenz und Oberhessen war ziemlich viel Geschäft zu unveränderten Coursen. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 156. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | **65. Jahrgang.** | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Samstag, 6. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. **München**, 4. Juni. **Prinz Napoleon** ist gestern Abends mit dem Kurierzuge kurz nach 8 Uhr hier angekommen. Am Bahnhofe wurde der Prinz, welcher jeden offiziellen Empfang abgelehnt hatte, vom französischen Gesandten empfangen. Derselbe machte heute Vormittag eine Fahrt durch die Stadt zur Besichtigung verschiedener Sehenswürdigkeiten.

— In einem Münchner Blatte ist darauf hingewiesen worden, daß die Bestimmungen des Schulgesetzes einstweilen praktisch dadurch eingeführt werden sollen, daß man bei **Besetzung der Inspektorsstellen an Schullehrerseminarien** von Geistlichen absehe. Dem betreffenden Blatte scheint entgangen zu sein, daß im Schulgesetzentwurf gar nichts über die Besetzung dieser Seminar-Inspektorsstellen enthalten, vielmehr schon durch die Verordnung vom 29. September 1866 die Anordnung getroffen ist, daß die Inspektoren an Schullehrerseminarien nicht dem geistlichen Stande anzugehören brauchen, so daß die Besetzung solcher Stellen mit Geistlichen oder Nichtgeistlichen freigestellt ist.

— Den eben erschienenen **Rechnungsergebnissen der verschiedenen Wohlthätigkeits, Cultus- und Unterrichtsstiftungen des Münchener Magistrats** vom 1. Okt. 1866 bis 31. Dezember 1867 entnehmen wir Folgendes: 1) städtisches Krankenhaus l/J. 253,004 fl. Einnahmen, (darunter 46333 fl. sogen. Krankenhausgeld und 1000 fl. Legate und Fundirungszuschüsse), 258,201 fl. Ausgaben; Passivrest 5196 fl. 2) Heiliggeistspital: 215,823 fl. Einnahmen, darunter 14,390 fl. Legate und Fundirungszuschüsse; 211,285 fl. Ausgaben. 3) Josephspital: 42,615 fl. Einnahmen, darunter 935 fl. Legate und Fundirungszuschüsse; 37,664 fl. Ausgaben. 4) Kreis- und Lokal-Gebäranstalt: 20,954 fl. Einnahmen; 20,544 fl. Ausgaben. 5) Städtisches Waisenhaus: 67,500 fl. Einnahmen, darunter 6800 fl. Legate und Fundirungszuschüsse; 65,940 fl. Ausgaben. 6) Werk- und Feiertags-Elementarschulen: 176,761 fl. Einnahmen, darunter 33,974 fl. Schulgeld; und ebensoviel Ausgaben. 7) Handwerks- und höhere Feiertagsschulen: 12,305 fl. Einnahmen, darunter 292 fl. Schulgeld, und ebensoviele Ausgaben. 8) Kreisgewerbsschule: 17,482 fl. Einnahmen, darunter 907 fl. Schulgeld; 16,827 fl. Ausgaben. 9) Höhere Töchterschule: 3487 fl. Einnahmen, darunter 2494 fl. Schulgeld, und ebensoviele Ausgaben.

— **Das Gesetzblatt Nr. 35** enthält das Gesetz, einen Credit für die außerordentlichen Militärbedürfnisse in der IX. Finanzperiode 1868 und 1869 betr. — **Das Gesetzblatt Nr. 36** enthält das Gesetz, Abänderung einiger Bestimmungen des in der Pfalz geltenden Civilgesetzbuches über Privilegien und Hypotheken betreffend.

— Zu **Gütersendungen nach Holland** müssen die Frachtbriefe bestimmten Vorschriften entsprechend abgefaßt sein. Die Eisenbahn übernimmt für Transportverzögerungen, Zollstrafen und Mehrkosten an Zoll, welche durch unvollständige und ungenaue Declarationen entstehen, keine Verantwortlichkeit. Auch gestattet das holländische Zollgesetz bei zu geringer Werthdeclaration die Beschlagnahme der Güter durch die Zollbeamten gegen Zahlung des declarirten Werthes mit 10 pCt. Aufschlag. Da dergleichen Beschlagnahmen in Folge zu geringer Werthdeclaration zum großen Nachtheile der Versender in neuerer Zeit häufig vorgekommen sind, so hat die Direktion der k. priv. bayer. Ostbahnen die Güterexpeditionen beauftragt, die Aufgeber auf die unangenehmen Folgen einer zu geringen Werthdeclaration bei Sendungen, die in Holland zur Verzollung kommen sollen, aufmerksam zu machen.

— **Die XI. Wanderversammlung der bayerischen Landwirthe** hielt gestern zu **Rosenheim** die erste Sitzung. Den Berathungsgegenstand bildete das Arrondirungsgesetz. Referent Weckerle beantragte eine weitergehende Anwendung des Zwangs zum Arrondiren. Im gleichen Sinne sprach sich u. A. Ministerialdirektor v. Wolfanger aus. Nachmittags wurde die Oekonomie des Grafen v. Hunoldstein besichtigt.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 4. Juni. [**Prozeß Twesten.**] Dem Abgeordneten Twesten ist nunmehr das Erkenntniß des Ober-Tribunals vom 29. April d. J. insinuirt worden, durch welches der langwierige Prozeß über die Redefreiheit des Abgeordnetenhauses seinen Abschluß gefunden hat. Die erste Abtheilung des Criminal-Senats weist die **Nichtigkeitsbeschwerde** gegen das letzte verurtheilende Erkenntniß (300 Thaler Geldstrafe) des Kammergerichts kurz **zurück**, ohne sich auf die Streitfrage des Art. 84 nochmals einzulassen. Es heißt im Erkenntnisse nur: das in dieser Sache am 26. Juni 1867

Ebergenyi Julia.

(Ein ungarisches Volksdrama. Aus der „N. Fr. Pr.“)

(Schluß.)

Im **zweiten Akte** nun ziehen wir in die Krugerstraße ein. Die Decoration hätte der Theater-Direktion nicht viel Schwierigkeiten gemacht, auch die Ausstattung des separirten Zimmers nicht. Außer den „zwei Herzen und Einem Schlag“, die Gustav und Julie repräsentiren, wird wenig Einrichtung vom Dichter beansprucht, so daß man glauben könnte, der ungarische Volksdichter habe sein Stück eigentlich fürs Burgtheater geschrieben. Die beiden Leutchen genügen sich eben vollständig. Graf Gustav ist voll Liebe in Miene, Geberde und Sprache, er erklärt der Ebergenyi seine Leidenschaft, als wären sie für einen Photographen bestimmt, in verschiedenen Stellungen, stehend, knieend, sitzend, und schwört, er müsse sie heirathen, er könne ohne Julie nicht leben u. s. w. Julie begehrt auf jede dieser Erklärungen Küsse von ihm, aber nie, ohne bei jeder Aufforderung zum Kusse das landesübliche: „Tessék“ (Beliebt's?) zu sagen. Während sich Graf Gustav eine Pfeife stopft, macht er Julien so mir nichts dir nichts die Eröffnung, daß er schon eigentlich verheirathet sei und daß seine Frau in München lebe, das thäte aber nichts; „die loszuwerden, das wäre Schmarrn!“ sagt er in seiner kriegerischen Ausdrucksweise. Diese Sprache gefällt Julien ganz vorzüglich. „Ein echter Held“ ruft sie einmal aus; „Schade, daß du ein Deutscher bist!“ ein nächstesmal. Die gegebene Schwierigkeit einer existirenden Gräfin Chorinsky genirt ihren Gustav nicht — schon darum ist das ihr Mann. Wäre er schwach, schreckte er vor dem Hinderniß in München zurück, sie möchte ihn gar nicht besitzen mögen. Der feste, unerschütterliche Heirathsbeschluß macht den Schluß dieses Aktes. Graf Gustav hat das letzte Wort und ruft, Juliens Hand fassend, pathetisch aus: „Ich weiß zwar noch nicht wie, aber du mußt mein Weibi werden, du mußt!“ Das „Weibi“ schien dem Volksdichter so charakteristisch, daß er in dieser Schlußrakete auf seine heimatliche Sprache verzichtete und den ganzen angeführten Satz in deutscher Sprache zu recitiren vorschreibt.

In den **dritten Akt** fällt die Verlobungsscene bei „Frau von Reis“, wie bei dem ungarischen Volksdichter die Dame heißt, die Julie ihre Freundin nennt. Es geht recht lustig und fidel her. Die Gesellschaft ist lustig, das wundert uns nicht, denn der Herr Bruder Ebergenyi hat guten „Menescher“ mitgebracht. Aber auch das Pärchen ist lustig, obwohl es, wie wir hören, noch nicht das rechte Mittel zur Aufräumung der Münchener Gräfin gefunden. In der Scene, die der Verlobung folgt, werden die kleineren und größeren Mittelchen durchgesprochen, sie genügen nicht. „Lambacher“ und „Türk“ — ich gebrauche die vom „Dichter“ angewendeten Namen — treten nun auf und der „Plan“ des Grafen wird etwas durchsichtiger. Diese Scenen gehören zu den naivsten und zugleich in gewissem Sinne kühnsten des ganzen Volksstückes. Fast brutal greift der ungarische Volksdichter da ins volle Menschenleben. Lambacher will nicht recht verstehen, was der Graf eigentlich begehrt, Türk versteht wohl, aber er ist nicht so recht der „alte Lump von Deutschmeister“, wie sich ihn Graf Gustav wünscht. Er hat zu viel menschlich Fühlen und mag auch nichts wissen von dem, was die mimisch-plastische Bewegung, die der Graf macht, bezweckt. Die Situation hätte etwas Entsetzliches, wenn nicht Julie Ebergenyi's humoristische Auffassung der ganzen Mörderbingungsgeschichte dazwischenführe. Die

ergangene, die früheren freisprechenden Urtheile vernichtende Erkenntniß des Ober-Tribunals hat nachgewiesen, daß der Art. 84 der Verfassungs-Urkunde **nicht ausschließt**, daß **Mitglieder** eines der beiden Häuser des **Landtages** wegen der in dieser Eigenschaft bei Ausübung ihrer Funktionen in der Kammer ausgesprochenen Verleumdungen, resp. Beleidigungen mit verleumderischem Charakter **strafrechtlich** verfolgt werden können."

— [**Die Arbeiten des Zollparlaments.**] Die Mitglieder des Zollbundesrathes haben ihre Arbeiten hier noch nicht abgewickelt und sind daher zum größten Theile noch hier anwesend. — Dem Zollparlament, welches vom 27. April bis zum 23. Mai 18 Plenar-Sitzungen abhielt, waren überwiesen worden: 7 Vorlagen der verbündeten Regierungen, und zwar: 1) der Handelsvertrag mit Oesterreich; 2) der Handelsvertrag mit Spanien; 3) der Handelsvertrag mit dem Kirchenstaate; 4) Entwurf wegen Abänderung der Zollordnung; 5) Entwurf, betreffend die Tabaksteuer; 6) Entwurf wegen Ausdehnung des Zolltarifs auf andere Staaten rc.; 7) Entwurf wegen Abänderung des Zolltarifs. Der letzte Gegenstand wurde zurückgezogen, die übrigen erledigt. Ferner waren eingegangen zwei Anträge: Bamberger und Genossen auf Erlaß einer Adresse (abgelehnt); Stumm, wegen des französischen Handelsvertrags (angenommen). Die Zahl der Petitionen, welche eingegangen, betrug 110, wovon 4 dem Zollbundesrathe überwiesen, die anderen durch die Beschlüsse über die Vorlagen erledigt wurden. Es wurden 30 Abtheilungs-Sitzungen und von den beiden freien Commissionen fast täglich Sitzungen gehalten. Auch die Geschäftsordnungs- und Petitionscommission waren thätig.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Juni. [**Die Debatte über die Finanzfrage**] hat, soweit sie bis jetzt gediehen ist, nicht Ein neues Moment zu Tage gefördert und nicht in Einem Punkte ist jene Klärung angebahnt worden, welcher diese arg verfahrene Staatsangelegenheit so dringend bedürftig ist. Sieben Redner, darunter die Berichterstatter der Majorität und der Minorität des Ausschusses, sind zu Worte gekommen, aber nicht Einer von ihnen hat der Frage eine neue Seite abzugewinnen vermocht, alle variirten längst Gesagtes und Bekanntes. War es Unvermögen, war es Befangenheit, wir wissen es nicht; genug daran, daß der heutige Tag als verloren anzusehen ist und daß die Frage nach der heutigen Diskussion genau so steht, wie sie vor derselben stand. Gemüthvoll und den Standpunkt der staatlichen Ehre wie das politische Moment betonend, sprach im Sinne der Minorität der Abgeordnete Frhr. v. Pratobevera; allgemeine Gesichtspunkte entwickelnd, ohne eine feste Stellung einzunehmen, sprach der Abgeordnete Graf Dürkheim; die Heranziehung der Staatsgläubiger zur Couponbesteuerung, nicht aber zur brutalen Zinsen-Reduktion vertheidigte im Anschlusse an die Anträge der Ausschuß-Minorität der Abgeordnete Lippmann, und objectiv legte als Referent der Abgeordnete Banhans die Gesichtspunkte der Minderheit dar. Auf der andern Seite predigten nach Herrn Skene die Abgeordneten Wickhoff und Baron Korb den brutalen Bankerott.

— **Baron Meysenbug**, der nach Rom entsendete Beschwichtigungs-Apostel aus dem auswärtigen Amte, ist vorgestern, wie man aus französischen Blättern entnimmt, vom heiligen Vater „sehr wohlwollend" empfangen worden. Wie dieses Wohlwollen zu deuten ist, wird sich nächstens zeigen, denn nach dem „Volksfreund" wird es bei der Verwahrungsnote, welche der apostolische Nuntius am Tage, als die confessionellen Gesetze erschienen, dem Frhrn. v. Beust überreicht hat, nicht sein Bewenden haben, sondern der förmliche Protest erst in der Allocution enthalten sein, die Pius IX. im nächsten Consistorium halten wird.

Teschen, 2. Juni. [**Panslavistisches Treiben.**] Die panslavistische Propaganda wird durch folgenden Bericht der „Silesia" näher beleuchtet:

„Am 20. Mai veranstalteten etwa 40 Schüler des hiesigen katholischen Gymnasiums slavischer Zunge eine Landpartie nach Schibitz, wozu sie nebst ihren Gesinnungsgenossen des evangelischen Gymnasiums auch andere Herren, welche sie als für ihre Sache günstig gesinnt ansahen, einluden. So waren zugegen die Herren Pastor von Otto, emeritirter Superintendent Hodza, Professor Obstrcil u. s. f. In Schibitz selbst stellte den Versammelten der Grundbesitzer Glaicar sein Haus zur Verfügung. Nebst verschiedenen Deklamationen wurde von dem Schüler der sechsten Classe, J. Krawczik, am hiesigen katholischen Gymnasium, einem gebornen Galizianer, eine Rede sehr interessanten Inhalts gehalten; wir erfuhren aus derselben, daß am hiesigen k. k. katholischen Gymnasium schon seit beinahe 7 Jahren unter den Schülern ein Verein bestehe, dessen Mitglieder sich zur Aufgabe gesetzt haben:

1. Die polnische Sprache und Literatur zu pflegen;

2. den nationalen Geist über den Kreis der Verbindung hinaus und insbesondere unter dem Volke zu verbreiten. Der Schüler bedauert im Verlaufe seiner Rede, daß in Betreff des zweiten Punktes der Aufgabe von Seite des Vereines bisher sehr wenig geschehen konnte, weil die Vereinsmitglieder selbst nicht mit dem gehörigen Eifer gearbeitet und andererseits ihr Bestreben an den Vorurtheilen gegen ihre Sache von Seite des Volkes Widerstand gefunden habe, welchen einzuimpfen den Gegnern des Volkes bereits geglückt wäre. Nun versucht es der Redner, seinen Zuhörern (zumeist Gymnasiasten) die Mittel an die Hand zu geben, durch welche erreicht werden könnte, den slavisch-nationalen Geist unter dem Volke auszubreiten. Nach einem langen Klageliede über den Untergang Polens fordert der Redner die Zuhörer auf, fest an dem Gedanken der Wiederauferstehung des Königreiches Polen zu halten; denn zu glauben, daß das Vaterland auferstehen werde, zu wirken, daß es so bald als möglich auferstehe, sei ihre Pflicht; die Kraft dazu müßten sie in sich selbst suchen, daher sei es ihr Beruf,

---

magyarische Heroine, die „Jungfrau von Szecsen", höhnt diese schwachen cisleithanischen Männer, sie macht sich lustig über Türk, der kein Blut sehen kann, und schließlich am Ende der fruchtlosen Verhandlungen sagt sie, diese kurz abbrechend: „Wenn die Herren also nicht so gefällig sein wollen, so sind wir fertig", und weist ihnen die Thür. „Gefällig sein wollen" — kann man sich zarter ausdrücken? Die letzte Scene macht uns nun mit Juliens Entschluß bekannt, selbst so „gefällig" zu sein, wie es der Herr Lambacher und Türk nicht sein wollten. Der Graf ist zufrieden, und mit der Versicherung: „Fürchte Dich nicht, mein Weibi, mein Engel, mein Halbgott! Wenn's aufkommt, geschieht uns ja doch nichts. Mein Vater kann Alles, mein Vater wird's schon machen!" fällt der Vorhang zum dritten Mal.

Der **vierte** Akt versetzt uns nach **München**, dem „lumpigen Nest", wie Graf Gustav sagte. In einem Zimmer des Hotels „Zu den vier Jahreszeiten" sind Ebergenyi Julia und ein „Herr Zulauf" eben recht fidel bei einer guten Jause zusammen gesessen, es hat Wein und Bäckereien gegeben, man hat fleißig angestoßen und gescherzt in Wort und That, da springt Julie plötzlich, auf ihre Uhr sehend, vom Sopha auf und sagt: „Jetzt muß ich aber gehen, ich hab' was **Wichtiges** noch vor. Au plaisir, Herr Zulauf!" und draußen ist sie vor der Thür. Das „Wichtige", was Julia vorhat, zeigt uns die nächste Scene, die uns auf dem Wege der Verwandlung in das Haus der Gräfin Chorinsky führt, zu jenem verhängnißvollen Stelldichein, von dem die arme Gräfin den Tod davontrug. Die ungarische Schauspielerin, welche die Ebergenyi Julia in Zukunft einmal wird zu spielen haben, wird eine große Künstlerin sein müssen, um diese Scene genießbar zu machen. Zu lesen ist sie äußerst komisch, und man kann sich des Lachens nicht erwehren, wenn man die Ebergenyi am Schlusse der Scene, mit der Gräfin, die den Giftbecher schon in Händen hält, anstoßend, artig sagen hört: „Tessék! Sie sollen leben!" und darauf die Gräfin Chorinsky mit einem Schrei todt vom Sopha fallen sieht. Eine Parodie könnte nicht wirksamer sein.

Der **fünfte** Akt führt uns wieder nach Wien, in die geliebte Krugerstraße. Der Graf ist nach München gereist, Julie allein auf ihrem Zimmer mit ihren Gedanken. Sie hält ein Gespräch mit sich selbst, in dem es recht ernst zugeht. Interessant darin ist nur die Erwägung, ob sie nicht in Szecsen sicherer wäre. Sie ist sogar nach reiflicher Ueberlegung dieser Ansicht, denn die ungarische Rechtspflege hat nach ihrem Dafürhalten ein gar so unschuldiges Gesicht. Sie sagt: „Was wird mir geschehen in Ungarn, wenn sie mich schon einsperren? Ich sitze vielleicht ein Jahr und dann begnadigt mich der König, wenn die Königin für mich bitten wird." Hätte Julie Ebergenyi die ungarische Rechtspflege nur auf die Probe gestellt, sie hätte andere Erfahrungen gemacht! So aber besann sie sich zu lange, und in der nächsten Scene schon ist sie die Gefangene des Herrn Polizei-Commissärs Breitenfeld, bei dessen Erscheinen sie zusammenbricht. Als sie sich erholt, spricht sie der Commissär mit den Worten an: „Fräulein, Sie haben die Gräfin Chorinsky vergiftet!" — Julie hat noch den Humor, so maliciös zu sein und zu antworten: „Das müssen sie Ihnen in München gesagt haben!" Nach kurzem Widerstreben schreitet sie in tragischem Tempo, von zwei Soldaten geleitet, dem Ausgange zu. Sie ist so ruhig, als wäre sie überzeugt, daß ihr nicht viel geschehen wird. Der Vorhang fällt.

nicht nur edel zu leben, sondern auch den Edelsinn in den schlafenden Völkern zu erregen. Auf freundliche Monarchen sei nichts zu geben, denn freundliche Monarchen haben nicht an die Rettung Polens gedacht, auch nicht an Gerechtigkeit, sondern stets ihre Absichten verheimlicht, welche Gott zugleich mit ihren Hoffnungen vereitelt habe; so haben Friedrich von Preußen, so der Sohn der ersten und zweiten französischen Revolution es gethan; die Mitglieder des Vereines mögen daher allein arbeiten an der Auferstehung des Königreiches Polen. Nach und nach würde die Sache schon gehen, ja es könne selbst der Russe noch den Mann erziehen, der sie herausführe aus dem Hause der Knechtschaft. (!) Alle Mütter und Prediger, jede polnische Seele, möge Sehnsucht fühlen und wachen, denn Niemand wisse den Ort und die Zeit, wann er zur Sache berufen werden kann!

Herr Pastor v. Otto hat sich bei diesem Feste über die Bestrebungen der Schüler anerkennend ausgesprochen; die Versammlung nahm die Rede mit vielen „Slavas“ auf.“

Ausland.

Frankreich. Paris, 2. Juni. [Ueber die Reise des Kaisers und der Kaiserin nach Rouen] ist dem, was darüber von hier aus in alle Welt telegraphirt worden ist, wenig nachzutragen. Der Kaiser und die Kaiserin kamen gegen 1 Uhr in Rouen an; sie stiegen, nachdem sie von den Behörden und dem Maire begrüßt worden waren, in die bereit gehaltenen Hofwagen (drei an der Zahl), um nach der Kathedrale zu fahren. Der Kaiser war in schwarzem Anzuge und trug einen breitrandigen schwarzen Hut; die Kaiserin trug ein lilafarbenes Kleid, über das ein mit reichen Spitzen besetzter Tüllüberwurf gebreitet war. Die Preisvertheilung fand auf dem Cour la Reine statt, wo ein eigenes Zelt für das Kaiserpaar und Tribünen für die Zuschauer errichtet waren. Nach der Preisvertheilung und nachdem im Zelte einige Erfrischungen eingenommen waren, begaben sich der Kaiser und die Kaiserin wieder nach Paris zurück. Als Geschenke für die Kaiserin hatte man in deren Boudoir einen Blumenstrauß aus natürlichen Blumen, einen zweiten aus künstlichen, und eine Zuckerstange, die 106 Pfund wog, niedergelegt. — Der Empfang des Kaiserpaares in Rouen ist kein warmer gewesen; die öffentliche Meinung wendet sich von der Regierung ab, weil man sie des Einverständnisses mit der ultramontanen Partei zeiht.

Die vom „Pays“ gebrachte Nachricht, daß in Rouen drei Individuen verhaftet worden seien, die im Verdachte standen, ein Attentat auf den Kaiser vorzubereiten, wird zwar dementirt werden; von Interesse bleiben jedoch die Betrachtungen, welche das „Pays“ an jene Nachricht knüpft; es sagt: „Dieser Vorgang ist ein neuer Grund für alle Freunde der Ordnung, Frankreichs und der Dynastie, die Augen offen zu halten wegen der Gefahren, welche sie bedrohen. Wer möchte nicht Angesichts dieser Gefahren streng urtheilen über jene Bündnisse der Parteien, in welchen Alle eingeladen werden, ihre Prinzipien zu vergessen, um sich nur noch ihres Hasses zu erinnern, unsinnige Allianzen, bei denen schließlich Niemand mehr in Sicherheit wäre!“

Italien. [Die Eisenbahn nach dem System Fell über den Mont Cenis] wird am 8. Juni dem allgemeinen Betrieb übergeben werden. Es werden — wie man der „Allg. Ztg.“ aus Genua schreibt — Züge erster Klasse, Expreß-, Post- und Güterzüge eingerichtet. Das Maximum beträgt 5—6 Wagen, ein Gepäckwagen wird zwischen der Lokomotive und dem ersten Wagen eingeschaltet, um die Reisenden vor der Hitze der Maschine zu schützen. Die Wagen sind $6^{1}/_{2}$ Fuß breit, und so eingerichtet, daß man von dem einen in den anderen gelangen kann. Die bisherigen Probefahrten haben nach einigen Versuchen so günstige Resultate ergeben, daß diesem wichtigen System von Gebirgsbahnen nun alle Aufmerksamkeit zuzuwenden sein wird. Durch dieses System werden die schärfsten Curven mit einer spielenden Leichtigkeit überwunden, und die starken Abfälle und Neigungen beim Herabsteigen des Zuges (im Maximum 1:12) können nicht die geringste Besorgniß bieten. Denn sobald das Herabsteigen beginnt, hören die perpendiculären Räder zu kreisen auf, die Zügel werden angewendet, und nun reiben sich die horizontalen Räder an der Mittelschiene mit der Kraft von 100 Schrauben, so daß selbst auf dieser abschüssigen Bahn der Zug im Augenblick zum Stehen gebracht werden kann. Auf italienischer Seite sind die Haltstationen Giaglone, San Martino, Bard und Gran Croce. Bei Gran Croce hat der Zug das Aufsteigen vollendet, und nachdem er das Hospiz passirt hat, beginnt das Hinuntersteigen. Hier ist Lanslebourg Hauptstation und Maschinendepot; hierauf folgen: Termignon, Bramans, Modane, Laxraz und San Michele. Beim Anlegen der Bahn selbst konnte großentheils die alte Straße benützt werden: man hatte nur Stützmauern gegen Bergabfälle und dergl. anzubringen, eine beträchtliche Strecke der Bahn mußte aber wegen der Schneefälle vollständig gedeckt werden, und es zeigt sich gerade hier der Uebelstand, daß die Bedachung noch nicht vollständig Schutz gewährt.

Nordamerika. [Näheres über die entscheidende Sitzung im Präsidenten-Prozeß] berichtet die eben eingetroffene „Newyorker Handelszeitung“ vom 20. Mai, indem sie schreibt:

„Die an den Prozeß des Präsidenten geknüpften Hoffnungen haben sich als trügerisch erwiesen. Die damit verbundenen Befürchtungen haben sich über Erwarten bewahrheitet. Was der Welt ein leuchtendes Exempel sein sollte, ist ihr zum abschreckenden Beispiel geworden. Das ist die Summe dessen, was wir heute den Lesern mitzutheilen haben, und nie lag uns eine peinlichere Aufgabe ob. Die Halle der Gesetzgebung und des Gerichts wurde zur Spielhölle. Der Prozeß wurde zum Gegenstand der Spekulation. Um die Richter wurde gehandelt, sie wurden abgeschätzt, es wurde auf sie gewettet und geboten. Es traten Versuchungen an sie heran, denen nur sehr starke Geister zu widerstehen vermochten. Die Meisten widerstanden, aber nicht Alle, und die Schwäche Weniger genügte, um jedem Patrioten die Schamröthe in's Antlitz zu treiben. Am Donnerstag wäre unbedingt die Verurtheilung, wenn auch mit nicht mehr als gerade der nöthigen Stimmenzahl, erfolgt; aber mit jedem Tage, der verfloß, wurde wieder das Vertrauen zu Einem erschüttert. Es war nur zu ersichtlich, daß gewaltige Einflüsse thätig waren, um die, welche überhaupt dergleichen zu sich herantreten ließen, an ihrer Pflicht irre zu machen.

„Die Stunde kam. Es war in einer Berathung der Senatsmitglieder beschlossen worden, zunächst über den 11. Artikel abstimmen zu lassen, und falls dieser nicht angenommen werde, die weitere Abstimmung zu vertagen. Langsam, inmitten athemloser Stille, begann der Oberrichter die Artikel zu verlesen und die verhängnißvolle Frage an die Einzelnen zu richten. Das Resultat war: 35 Stimmen für Schuldig, 19 für Nichtschuldig. Eine Stimme fehlte an der zur Verurtheilung erforderlichen Anzahl, und der Oberrichter verkündete: Andrew Johnson ist auf den 11. Artikel freigesprochen worden. Sofort erfolgte die Vertagung des Gerichtshofes bis 25. Mai. Mehrere Senatoren hatten offenbar ein falsches Spiel getrieben. Noch Tags zuvor hatten sie ihren Parteigenossen die feste Versicherung gegeben, daß sie für die Verurtheilung stimmen würden, und es war nur zu ersichtlich, daß sie gegen ihr besseres Wissen, gegen ihre Ueberzeugung handelten. Da war unter Andern der Senator Fowler aus Tennessee. Von ihm rührte das Wort: „So lange wir nicht unserer Pflicht genügen, Andrew Johnson zu verurtheilen und aus dem Amte zu entfernen, wird das Blut der im Süden ermordeten loyalen Männer auf unserer Seele lasten.“ Todtenbleich, erhob er sich nur mit Anstrengung, als der Oberrichter seinen Namen rief, und das Wort erstarb auf seinen Lippen. „Wir können den Senator nicht hören“, rief Sumner, ihn fest anblickend. Mit gewaltiger Anstrengung brachte er das „Nichtschuldig“ heraus und dann taumelte er auf seinen Sitz zurück. Er hatte sich selbst gerichtet.

„Hiermit darf der Prozeß als erledigt betrachtet werden. Es kann nicht länger zweifelhaft sein, daß sich Einflüsse zur Geltung gebracht haben, die nicht mehr entfernt werden können. Daß wir es hier mit der Korruption zu thun haben, kann leider nicht zweifelhaft sein, aber es ist ihr nicht beizukommen, ohne daß daraus noch mehr Aergerniß entsteht. Das Repräsentantenhaus beschloß nach der Abstimmung im Senat, sofort auf diesen Grund hin neue Anklagen gegen den Präsidenten zu erheben, und schon sind die Führer des Prozesses emsig beschäftigt, sich die nöthigen Beweise zu verschaffen. Aber wie wäre da eine Verurtheilung zu erzielen, wo so viele von denen, welche richten müßten, selbst direkt oder indirekt, mehr oder weniger, betheiligt und interessirt sind? Man ist degoutirt und eine neue Anklage würde nur mit Widerwillen aufgenommen werden.

„Andrew Johnson wird also dem Anschein nach bis zum 4. März 1869 Präsident der Republik bleiben. Die Folgen, welche sich hieran knüpfen, sind noch nicht zu ermessen.“

Nichtpolitische Zeitung.

[Zum 3. deutschen Bundesschießen in Wien.] Das Central-Comite erläßt folgenden Aufruf: „Die Aufrufe, mit welchen das Central-Comite für das 3. deutsche Bundesschießen in Wien bisher zur lebhaften Betheiligung an dem im Juli d. J. stattfindenden Feste eingeladen hat, waren zunächst an die deutschen Schützen- und Stammesgenossen gerichtet. Die Feststadt Wien wird jedoch nicht allein die Schützen, sie wird Alle, die aus der Heimath und Fremde zu diesem Feste heranziehen werden, als ihre Ehrengäste freudigst begrüßen und Alles aufbieten, um dieselben in würdigster Weise zu em-

pfangen und zu ehren. In diesem Sinne richten wir denn auch unseren Gruß und Ruf an Alle, die im Festorte Wien den Bürgern des in der politischen Freiheit wiedererstandenen Oesterreichs die Hand zum Gruß reichen wollen. Willkommen und im Voraus als liebe Gäste herzlichst begrüßt sind uns die Vertreter aller Gesellschaftsschichten, die Männer der Gesetzgebung und der Rednerbühne, der Kunst und Wissenschaft, der Landwirthschaft, der Industrie und des Handels. Dieser Willkommgruß soll weit über die deutschen Grenzmarken hinausdringen, über die Meere hinweg zu allen Nationen der civilisirten Welt; und wir werden in ihren Sendboten zum Feste die Bürgschaft finden, daß ein Band der Liebe und Eintracht alle Völker der Erde verbinden könne. Keine politische Schranke und nicht die verschiedene Sprache trennt uns von den Stammverwandten und Fremden, die bei dem 3. deutschen Bundesschießen erscheinen werden, und wir hoffen zuversichtlich, daß die innigste Verständigung mit Allen beim Feste zum beredten Ausdrucke gelangen wird. Möge das Fest des 3. deutschen Bundesschießens in Wien ein Fest der Verbrüderung für Alle sein und bleiben, die sich dabei mit freudigem Herzen und mit frischem Geiste zusammenfinden."

[Das Hermanns-Denkmal.] Nach einer Corr. des „Hanv. Kurr." hat König Wilhelm I. dem Bildhauer Bandel zur Fortsetzung der Arbeiten für das „Hermanns-Denkmal" 2000 Thaler zustellen und durch den Cultusminister erklären lassen, daß das nationale Werk auch noch weitere Unterstützung von ihm erhalten werde. Mit dieser Summe kann die Colossalfigur Armin's vollendet werden. Außerdem sind aber noch vom Verein in Detmold seit Jahren 5000 Thaler für das Monument im Teutoburger Walde verzinslich angelegt, die nun gleichfalls flüssig gemacht und dem verdienstvollen, hartbedrängten Künstler zur Weiterführung des Werkes eingehändigt werden sollen. Es gereicht unserem „aufgeklärten" Zeitalter sicher nicht zur Ehre, daß dieses wahrhaft nationale Monument aus Mangel an Mitteln so lange auf seine Vollendung warten muß.

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Juni. Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung d. d. Schloß Berg den 1. d. M. das Nachstehende verfügt:

Versetzt werden: die Unterlieutenants H. Horn und M. v. Dönniges vom 2. und J. Hirschauer vom 11. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., J. Kellermann vom 6. zum 5. Inf.-Reg., O. v. Beust vom 4. Inf.-Reg., A. Flintsch vom 8. Jäg.-Bat., A. Buhl und Fr. Spreither vom 5., dann A. Dietz vom 9. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., G. Körbler vom 3. zum 7. Inf.-Reg., K. Rusch vom 1. und E. Ritter v. Reichert vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., Th. Graf v. Holnstein aus Bayern vom 4. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., Ph. Höfner vom 11. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat., F. Leeb vom 15. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., Fr. Renner vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., F. König vom 5. zum 7. Inf.-Reg., J. Drißl vom 9. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat., A. Leeb vom 10. und Jos. Castell vom 1. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., J. Weiß vom 15. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., J. Srabn vom 9. Inf.-Reg. zum 9. Jäg.-Bat., L. v. Dietz vom Inf.-Leib-Reg. zum 9. Inf.-Reg., K. Schuster und K. Sander vom Inf.-Leib-Reg. zum 13. Inf.-Reg., W. Forster vom 15. Inf.-R. zum 10. Jäg.-Bat., J. Buchner vom 12. zum 4., M. Wellbach und Joh. Günther vom 12. zum 15. Inf.-Reg., K. Hochholzner vom Inf.-Leib-Reg. zum 13. Inf.-Reg., Fr. Vogl vom 12. zum 15. Inf.-Reg., M. Graf v. Arco-Zinneberg vom Inf.-Leib-Reg. zum 9. Inf.-Reg., M. Millauer vom 1., dann J. Mahler, G. Herrmann und G. Stinglwagner vom 2. zum 3. Art.-Reg., E. Keller vom 4. Art.-Reg. zur Feuerwerks-Komp., A. Nuß vom 4. Art.-Reg. zur Ouvriers-Komp., J. Ritter v. Reichert und Fr. Pflaum vom 1., dann E. Höggenstaller vom 2. zum 3., E. Kalb vom 3. zum 2., G. Sarter vom 2., St. Frhr. v. Stengel und K. Kerp vom 4., Fr. Schmitt und R. Jäger vom 2., dann Fr. Fuchs vom 4. zum 3., M. Landoll vom 3. zum 2., J. Endres vom 4., A. Bergmann vom 1., dann J. Döring und G. Widder vom 4. zum 3., H. Greyer vom 3. zum 2., D. Mayerhofer vom 2. zum 3., L. v. Hartlieb genannt Walsporn vom 1. zum 2., Fr. Ritter v. Maus und H. Winterling vom 1. zum 3. Art.-Reg., dann H. Ritter v. Schwind vom Genie-Stab (Lokal-Genie-Direktion in Neualm) zum 4. Art.-Reg. (Schluß folgt.)

Se. Maj. der König hat den Accessisten der Regierung K. d. J. von Schwaben und Neuburg, J. B. Martin, zum Bezirksamts-Assessor in Dillingen ernannt, den als ersten rechtskundigen Magistratsrath der Stadt Landshut wieder gewählten J. B. Wagner in dieser Eigenschaft landesherrlich bestätigt, den Professor und bisherigen Hülfslehrer Historienmaler A. Sträbuber zum wirklichen Professor an der Akademie der bildenden Künste ernannt, der k. Central-Gemälde-Gallerie-Direktion einen besonderen Regenerator und Restaurator beigegeben, und diese Stelle in prov. Eigenschaft dem A. Frey in München verliehen; genehmigt, daß die kath. Pfarrei Priesendorf, Bezirksamts Bamberg II von dem Erzbischof von Bamberg dem Priester A. Oltenburger, Pfarrverweser in Morschiedl, Bezirksamts Lichtenfels, verliehen werde.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. 1. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	63 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$61\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$52\frac{3}{4}$—53 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$50\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$43\frac{3}{4}$ P.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	$84\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101\frac{1}{2}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$95\frac{3}{4}$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$81\frac{3}{4}$ G.
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{1}{2}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$93\frac{5}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{7}{8}$ P.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89\frac{3}{4}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{4}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$94\frac{1}{2}$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$85\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{4}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. ins.Sch.P. à fl. 2. 20.	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$84\frac{1}{4}$ G.
NAmerika	6pCt. à 100Or. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{2}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$77\frac{1}{4}$—$\frac{3}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	$124\frac{3}{4}$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	716 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$192\frac{1}{2}$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. K. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$224\frac{1}{2}$ P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315—12 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$257\frac{1}{2}$ P. 57 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	124 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64\frac{3}{4}$ G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 P. $52\frac{7}{8}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$106\frac{3}{4}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$130\frac{1}{4}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{5}{8}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{1}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	48 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	$128\frac{1}{4}$ P. $22\frac{7}{8}$ G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$149\frac{3}{4}$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63\frac{3}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$70\frac{3}{4}$ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$134\frac{3}{8}$ G.
„ do. v. 1864	85 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$100\frac{1}{8}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$50\frac{3}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{3}{4}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 G.
„ fl. 25 do.	$38\frac{7}{8}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{5}{8}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$25\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99\frac{3}{4}$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$98\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. $94\frac{3}{4}$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	$104\frac{3}{4}$—$\frac{7}{8}$ G.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$101\frac{7}{8}$—$\frac{3}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$101\frac{3}{4}$—$\frac{5}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 5. Juni. Die Börse war ebenso farb-, als geschäftslos. Ohne finanzielle oder politische Impulse sind die Course völlig in Stagnation gerathen. Oesterr. Werthe notiren mit ganz geringen Variationen wie gestern. Der Schluß der Börse brachte auf bessere Wiener Course einen kleinen Anlauf zur Besserung. 1882er Bonds waren eine Schwebung fester und wurden per Medio $78\frac{3}{16}$ bezahlt, Pacific $68\frac{1}{4}$—$\frac{1}{2}$ (gestern lies $68\frac{1}{4}$ anstatt $68\frac{1}{2}$). Süddeutsche waren ebenfalls kaum verändert. Darmstädter Bank gefragt. Von Eisenbahnen Ostbahn etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 157. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Sonntag, 7. Juni 1868.

Die Benennung der künftigen deutschen Maße.

Dem norddeutschen Reichstage ist bekanntlich der Entwurf einer neuen, den Anforderungen des modernen Verkehrs entsprechenden Maß- und Gewichtsordnung zugegangen, den auch wir kürzlich unsern Lesern mitgetheilt haben. Die Berliner „Nat.-Ztg." bringt über die in diesem Entwurf vorgeschlagenen Benennungen einen ausgezeichneten Artikel, worin sich gegen erstere im Namen des deutschen Volkes und der deutschen Sprache ernstlichst verwahrt wird. Mögen die Gelehrten, sagt die „Nat.-Ztg.", in ihren Büchern, die Uhrmacher, Apotheker u. s. f. nach Herzenslust von Meter, Centimeter und Millimeter sprechen und sich dabei an dem Bewußtsein laben, daß dies ein Weltkauderwelsch ist, das überall verstanden wird. Hingegen für das deutsche Volk und seinen Handel und Wandel und für alle, trotz der üblichen Sprachverhunzung noch immer nicht ausgerotteten Deutschen, welche in ihrem Vaterlande ihre Sprache zu reden und festzuhalten wünschen, kann und soll unsres Erachtens der Reichstag Meter, Zoll und Linie feststetzen, und es wird dadurch so wenig dem wirthschaftlichen Verkehr wie der wissenschaftlichen Bewegung der Völker auch nur im geringsten ein Schaden oder eine Belästigung zugefügt werden.

Und auch die übrigen Flächenmaße der Franzosen, Kilometer sammt Myriameter, Are sammt Hektare, verdienen weder dem deutschen Volke aufgedrungen zu werden, noch ist es nöthig. Es ist gut, daß der Bundesrath erlauben will, eine Länge von 5 Metern eine Ruthe zu nennen, eine Fläche von 2500 Quadratmetern einen Morgen, einen Körperraum von 4 Kubikmetern eine Klafter und eine Entfernungslänge von 7500 Metern eine Meile; aber da dies für das bürgerliche Leben eben so passend wie ausreichend ist, so sollten diese Bezeichnungen im Gesetze nicht so neben die Meter hingestellt werden, als wenn sie die Pöbelsprache neben der Sprache der Vornehmen wären. Im Gegentheil, ihre Anschaulichkeit ist viel edler und geistiger, als die starren Ziffern der Rechenkünstler. Wer einmal einen Garten von einem Morgen überblickt hat, der weiß wie groß eine Fläche von zwei, drei oder fünf Morgen, von der man ihm erzählt, ungefähr ist; er kann sich aber durchaus keine Vorstellung von der Größe machen, wenn ihm erzählt wird, es sei eine Fläche von 10,000 Quadratmetern zu verkaufen; und wenn man ihn auch belehrt, daß eine solche Fläche in Frankreich eine Hektare heißt, so hilft ihm das immer noch nichts. Der gewöhnliche Mensch verlangt von den Begriffen, mit denen er verkehren soll, Sinnlichkeit und Faßlichkeit, aber eine Hektare als Inbegriff von so und so viel tausend Quadratmeter oder Quadratfuß ist für ihn ein bloßer Schatten. Der Landmann wird mit Recht verlangen, daß man ihm den Morgen lasse, und wenn der für den Schulfuchs = ein Viertel Hektare ist, so wird er sich darum nicht kümmern. Aber auch die Schulkinder und auch die Erwachsenen werden sehr dankbar sein, wenn man ihnen auch ferner gestatten wird, nach geographischen Meilen und Quadratmeilen die Länder kennen zu lernen; oder man sage, ob nicht dieses größere Maß unendlich mehr die lebendige Anschauung und Vorstellung fördert, als wenn der Flächeninhalt eines großen Staates in einer ungeheuerlichen Menge von Hektaren angegeben wird.

Ferner aber, die Hohlmaße für trockene und für flüssige Sachen! Mag man die Einheit ein „Liter" nennen; in einem Theile Deutschlands ist dieser Ausdruck für flüssige Sachen schon bekannt, obschon man dafür auch Flasche, Kanne, Quart, und für die Hälfte davon auch Schoppen sagen kann, ohne dem „metrischen System" dadurch irgend zu nahe zu treten. Aber das Hundertfache davon braucht nicht vom deutschen Volke Hektoliter genannt zu werden; Ohm oder Eimer würde dem Volke viel besser gefallen. Bei trockenen Sachen, wie Getreide, ist aber das Hektoliter als Maß für gewöhnlich zu groß und unbequem und in Frankreich nicht beliebt und nicht einmal gebräuchlich; sehr leicht läßt sich aber für das bürgerliche Leben die Einrichtung treffen, daß ein halbes Hektoliter ein Schäffel, der vierte Theil ein Viertel genannt wird; und alle solche zum Besten des deutschen Volkes getroffenen Einrichtungen werden den Weltverkehr oder die Wissenschaft nicht im mindesten stören. Da es aber so leicht angeht, die Bedürfnisse eines einzelnen Volkes gleichzeitig mit den heutigen Anforderungen des Welthandels und großen Verkehrs zu befriedigen, so wollen wir hoffen, daß der Reichstag das Eine thun und das Andere nicht lassen wird.

Norddeutscher Bund.

Kassel, 5. Juni. [Die siebenzehnte allgemeine Lehrerversammlung] wurde heute Vormittag eröffnet. Den Vorsitz führten Hofmann (Hamburg) und dessen Stellvertreter Berthels (Dresden) und Denhardt (Kassel). Der Vorsitzende des hiesigen Lokalcomites, Dr. Denhardt, begrüßte die Versammlung, indem er besonders hervorhob, daß schon die Beziehungen derselben als „allgemeine" sie als nicht abgegrenzt nach verschiedenen Schulen oder nach Fragen besonderer Fachbildung hinstelle, daß vielmehr Alle gemeinsam am großen Werke der Menschenbildung arbeiten und darin ihren hohen und heiligen Beruf zur Heranbildung einer gesunden Frucht fördern und so als Arbeiter am Werke Gottes, als Priester der Hu-

---

Aus dem Leben des Hundes.

„Kynopädie oder der wohlerzogene Hund." Stuttgart bei Cohen und Risch. — Der Humor treibt in Deutschland doch noch immerfort seine Blüthen. Da ließ eben ein Anonymus unter dem bezeichnenden Namen: Sebastian Auf, der freien Künste Licentiat, ein „Lehrgedicht" erscheinen mit 15 allerliebsten Illustrationen von F. Lossow, welches auf wenig Seiten die Entstehung, Erziehung, Fortbildung des Hundes, ferner den mißrathenen Hund, endlich die Hygiene, Pathologie u. s. f. des Hundes in lustigen, dabei streng sachkundigen Reimen schildert und gewiß selbst dem trockensten Hypochonder stellenweise ein herzliches Lachen auszupressen vermag. Wir wählen auf Gerathewohl eine Stelle aus dem Kapitel: „Physische Erziehung", um unsern Lesern ein Beispiel vom Inhalte dieses reizenden Büchleins zu geben:

Wenn einen Hund du kaufst, sieh ja auf reine Rasse,
Kauf' jeden Köter nicht von Jedem auf der Gasse,
Nicht die Mama allein bestimmt des Hundes Stand,
Mach' dich mit dem Papa auch, kann es sein, bekannt.
Du kannst die Rasse schwer mit Sicherheit bemessen
Bei dieses Thiergeschlechts fast menschlichen Excessen,
Oft trägst ein niedlich Thier zum Schooßhund du nach Haus,
Und, eh du's ahnest, wird ein Bärenfänger draus.
Nur Eins kann etwas dich vor böser Täuschung schützen,
Ersiehst du klärlich aus historischen Notizen,
Daß stets das Elternpaar in keuscher Eh' gelebt
Und in Monogamie die Descendenz erstrebt.
Willst du dir viele Plag' mit deinem Hunde sparen,
So nimm ihn zimmerrein, du wirst so besser fahren,
Doch ein Sechswochenhund wird gleichfalls dich erfreun,
Wenn du willst aufmerksam und unermüdlich sein.

Am Besten ist's, den Hund im Raume einzuschließen,
Wo er Bewegung, Luft und Sonne kann genießen,
Wo keiner dummen Magd rachsüchtiges Gemüth
Das arme junge Thier mit heißem Wasser brüht.
Soll er im Zimmer sein, muß man genau drauf passen,
Daß er nicht der Natur den freien Lauf darf lassen,
Und, dränget ihn die Noth, durch Kratzen an der Thür
Mit Winseln zeige an, es komm' ihm Etwas für.
Vergeht er sich, so steckt man kräftig gleich dem Thiere
Die Nase in sein Fehl und wirft es vor die Thüre.

manität wirken sollen. Die Schranken, welche früherhin die Menschen in Gelehrte und Ungelehrte geschieden, seien gefallen, hierin solle vielmehr eine Gleichheit angestrebt werden, während in anderer Beziehung Gott eine völlige Gleichheit nicht gewollt; das zeige die Mannigfaltigkeit in Sprache und Sitten. Im 18. Jahrhundert sei allerdings das Streben nach Gleichmacherei vorherrschend gewesen, während man im 19. Jahrhundert die Volksthümlichkeiten achte; so solle auch die Versammlung deutsch sein und in diesem Bewußtsein sollten auch die Zöglinge nur zu Deutschen herangebildet werden, damit sich die Liebe zum deutschen Vaterland ausbilde, und Jeder seinen Platz ausfülle, sowohl im Frieden wie im Kriege. Die Versammlung möge mit dem Turnerspruch: „Fromm, frisch, frei und fröhlich" an's Werk gehen.

Oberbürgermeister Nebelthau hieß die Versammlung Namens der städtischen Behörden und der Bürgerschaft willkommen und erinnerte an die Worte der althessischen Schulordnung von 1618, die noch der Brachtung werth seien und dahin lauten, daß die Eltern nicht meinen sollten, daß sie Niemanden schuldig seien, über die Erziehung ihrer Kinder Rechenschaft zu geben. Sie hätten dem Vaterlande Rede und Antwort zu stehen, dann werde das Lehreramt im klaren Lichte strahlen.

Herr Ernst aus Wien brachte Namens des Lehrertages Oesterreichs Gruß und die Zusicherung, daß man sich fortwährend als zusammengehörig mit Deutschland betrachte und dieses durch seine (des Redners) Beschickung manifestiren wolle. Keine politische Abgränzung, nicht die Abmachung hoher Mächte werde sie darin beirren, und er wünsche eine gleiche Erklärung von der Versammlung, der er schließlich die Einladung machte, die nächste Zusammenkunft in Wien zu halten. Der Redner ward mehrfach und am Schlusse durch stürmischen Beifall unterbrochen, worauf der Vorsitzende die Erklärung abgab, daß die Versammlung gleiche Sympathien hege.

Der Vorsitzende gab hierauf den Vorsitz ab und begründete den Antrag: „Die Anerkennung und regelmäßige Berufung von Schulsynoden ist für die Entwickelung des deutschen Schulwesens nicht nur nützlich, sondern auch nothwendig." Diese Synoden sollten das Recht haben, bei der Schulgesetzgebung mitzuwirken. Fröhlich aus Rastenberg wollte auf solchen Synoden auch den Familienvätern jenes Recht eingeräumt haben, und beantragte, zu erklären, die Anordnung von Schulsynoden ist nützlich und nothwendig; sie wird gebildet aus Abgeordneten des Schulverbandes, der Kirche und des Staates. Sie hat das Recht der Selbstverwaltung und der Berathung der Organisation und Dotation. An der Debatte betheiligten sich Lübens (Bremen) und Lange (Hamburg), welcher ausführte daß die Lehrer in eigener Sache gehört werden müßten. Seyfarth (Luckenwalde), Balthe (Hildesheim), Kummer (Bern) theilten ausführlich mit, wie die Einrichtung der Schulsynoden in der Schweiz sei, und daß nichts die Schule Betreffendes geschehen dürfe, ohne sie gehört zu haben. Backhaus (Osnabrück) führte aus, wie man bei ihm mit Mißtrauen der Einführung der in Aussicht stehenden Regulativen entgegensehe, er halte jedoch die Synode als Ausweg, um diesem zu entgehen. Schütz (Magdeburg) und Schlotterbeck (Wickmar) wollten einen Juristen in die Synode haben. Baetsch (Berlin) stellt den Antrag: Die Versammlung erklärt die Einberufung von Schulsynoden für nothwendig und stimmt den Thesen Hofmann's zu. Pfeiffer (Hof) schildert die bayerischen Zustände, und wie daselbst der Lehrerstand zur Regierung stehe. Dittes (Gotha) wollte für das Präsidium der Synode freie Wahl haben, damit die Bureaukratie keinen Einfluß in derselben erhalte. Schnell aus Brenslau führte aus, daß unter dem Ministerium Ladenberg die hier verlangte Einrichtung bereits bestanden habe, aber wieder abhanden gekommen sei. Lübens bemerkte, daß diese Versammlungen nur gehört worden, aber kein Beschluß zur Ausführung gekommen sei. Der Antrag auf Schluß der Debatte ward gestellt und angenommen. Fröhlich zog seinen Antrag zurück. Die aufgestellten Thesen des Präsidenten Hofmann wurden mit dem von Baetsch gestellten Antrage fast einstimmig genehmigt. Die Anträge von Seyfarth und Dittes zu diesen Thesen wurden ebenso genehmigt.

Von französischen Lehrern ist eine Zuschrift zugegangen in welcher die Sympathie mit der deutschen allgemeinen Lehrerversammlung ausgedrückt wird. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen ward die Sitzung um 3/4 1 Uhr geschlossen. (F. J.)

Frankfurt, 5. Juni. [Pietistisches.] Das „Frkf. Journ." schreibt: Das Ministerium der geistlichen und Unterrichtsangelegenheiten hat jüngst eine Bekanntmachung, die Aufnahme in das evangelische Gouvernanten-Institut und Töchterpensionat zu Droyssig betreffend, im hiesigen Amtsblatte veröffentlicht, aus der wir zur Erbauung unserer Leser Einiges anführen wollen. „Die Aspirantin muß zunächst ein Zeugniß der Ortspolizeibehörde über die sittliche Führung, dann noch eins von dem Ortsgeistlichen und Seelsorger über das Leben in der Kirche und christlichen Gemeinschaft beibringen." Darin muß zugleich ein Urtheil über die Kenntnisse der Candidatin in den christlichen Religionswahrheiten und in der biblischen Geschichte nach Maßgabe des Schulregulativs enthalten sein. Die in der Anstalt angestrebte Bildung soll „in die reiche Sphäre des weiblichen Berufs für das Reich Gottes einführen". Ferner heißt es: „Die Erziehung auf dem Worte Gottes sicher ruhend, soll das ganze Leben des Kindes in den Kreis der Heiligung ziehen." „Die Beziehungen zur äußern und innern Mission fehlen nicht, so daß nach allen Seiten hin ein lebendig christlich-kirchliches Bewußtsein und Gemeindeleben angebahnt wird." „Der Unterricht, besonders in der vaterländischen Geschichte und Literatur, soll in die lebendige Gemeinschaft mit Fürst und Volk, mit dem Vaterland und seinen Gütern, mit seiner Vergangenheit und Gegenwart einführen." Vorzugsweise sollen die Schätze der Literatur „in dem Lichte des Evangeliums" betrachtet werden. Also mit dem Lichte des Evangeliums sollen wohl „Iphigenie" oder „Götz von Berlichingen", sollen wohl „Wallenstein" und „W. Tell", soll vielleicht „Nathan der Weise" beleuchtet und erklärt werden? Die Bekanntmachung enthält der verschwommenen pietistischen Phrasen, wovon es in den Schulregulativen wimmelt, noch mehr; z. B.: „Nicht der Schein der Wissenschaft, noch die glänzende, inhaltslose Form, nicht ein abstraktes oder weichliches, dem heiligen Ord-

---

Muß doch man züchtigen, so meide man den Schlag,
Den ein gar leiser Ruck am Ohr ersetzen mag;
Auch hilft des Sünders Haft, nur gleich, zur leichten Sühne
An unbel ebtem Ort, zum Beispiel im Kamine,
Doch, ist die Frist vorbei, die du ihm zudictirt,
So nöthet's, daß der Hund wird zärtlich cajolirt,
Sonst macht des Hundes Scheu der Strafe Zweck zu Schanden,
Weil deine Absicht er hat gänzlich mißverstanden.
Liebt man, daß nicht zu oft der Zögling geh' vom Haus,
So wähl' man ihm ein weich und trocken Lager aus.
Der eigene Verstand wird hierin baldlich sagen,
An welchem Material der Hund hat sein Behagen,
Gern geht er auf den Sack voll Häcksel oder Spreu,
Den täglich um man kehrt, so bleibt er immer neu;
Gerathen ist's, den Sack, der bessern Ordnung wegen,
In einen flachen Korb vom rechten Maß zu legen.
Nur rein sei stets das Bett, ob Decke oder Stroh,
Dann bleibt der Hund galant, hat schwerlich einen Floh.
Im Winter lasse man ihn nie am Ofen liegen,
Weit besser wird er sich in freier Luft vergnügen,
Doch, wird die Kälte arg, so schütze man den Hund
Durch warme Lagerstatt, sonst wird er ungesund.
Man braucht deßhalb das Thier nicht ganz zu emballiren,
Nur lasse man es nie zum Mißbehagen frieren.
Die Zugluft meide man, da, wie Erfahrung zeigt,
Jedweder Hund sich sehr zu Gichtbeschwerden neigt.
Was nun die Kost betrifft, so ist nicht viel zu kochen
Für den entwöhnten Hund von sechs bis sieben Wochen;
Die Hauptsubstanz sei Milch, doch süß, dann füge bei
Ihr aufgeweichtes Brod zum ersten Kinderbrei.
Kann späterhin man frisch von roher Leber haben,
So thut man gut, davon ihm Etwas fein zu schaben;
Auch trage Sorge man, daß zum Getränk dabei
Ihm abgerahmte Milch stets zur Verfügung sei.
Mit zarten Knöchelchen, die von dem Tische fallen,
Thut man dem jungen Hund ein nützliches Gefallen,
Doch trockne, die er nur benagt zum Zeitvertreib,
Verderben sein Gebiß und stören seinen Leib.
Der jungbezahnte Hund hat tiefen Trieb zum Nagen,
Ein Span von weichem Holz wird ihm zum Spiel behagen;
Zieht er jedoch dem Span verbot'ne Sachen vor,
So nimm den Raub und schlag' ihm brav damit um's Ohr.
(Vom Zahnen, von der Sucht und ihrem Heilungsmittel
Erfolget der Bescheid in späterem Kapitel)
Das Freßgeschirr sei rein, auch gebe man wohl Acht,
Daß nie das Futter heiß dem Hunde wird gebracht.
Kartoffeln reiche man dem Hund erst in den Tagen,
Wo er die Kinderschuh' vollständig ausgetragen.
Bekanntlich ist der Hund entschied'ner Hydropath,
D'rum sorge man, daß er stets frisches Wasser hat.

nungen Gottes entfremdetes Leben soll angestrebt werden, sondern eine bei aller Berücksichtigung der Schranken der weiblichen Natur gründliche Bildung, und ein Leben, welches in einer aus innerer Wahrheit hervorblühenden edlen Form lebenskräftig und opferfähig an Familie, Vaterland und Kirche mit klarer Erkenntniß, mit warmer, dankbarer Liebe sich anschließt und in deren Arbeit und Förderung mit freudiger Hingabe eingeht." — — — „Denn eben, wo die Begriffe fehlen, da stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein."

Frankfurt, 5. Juni. [**Die „Frankfurter Zeitung" angeblich von Oesterreich bestochen.**] In heutiger Sitzung wurde die Klage der ehemals „Neuen Frankfurter Zeitung" (jetzt wieder „Frkft. Ztg.") gegen den Literaten Th. Lau verhandelt. Derselbe hatte in einer von hier datirten Correspondenz der „Schlesischen Zeitung" der „N. Fr. Z." den Vorwurf gemacht, sie sei von österreichischem Gelde unterhalten. Die betreffenden Redakteure nebst dem Eigenthümer des Blattes fanden hierin den Vorwurf der Bestechlichkeit und Lohnschreiberei, umsomehr, als das bezeichnete Blatt jeder Zeit seine volle Unabhängigkeit erklärt habe. Die Strafkammer hatte erstinstanzlich freigesprochen, das Appellationsgericht reformirte jedoch das Urtheil, erkannte den beklagten Lau der Verleumdung für schuldig, und verurtheilte denselben in eine Gefängnißstrafe von 14 Tagen. Lau ergriff den Recurs an das Obertribunal und dieses verwies die Sache wegen eines Formfehlers zur nochmaligen Verhandlung an das Appellationsgericht zurück. Der Beklagte benennt zwei Personen, welche über seine Behauptung, daß die „N. Fr. Z." von österreichischem Gelde unterhalten worden sei, Auskunft geben könnten, nämlich den k. preußischen Regierungsassessor Urban und Buchdruckereibesitzer Knatz. Der Präsident richtete an Ersteren wörtlich folgende Fragen und erhielt die beifolgende Antwort darauf: Sie sollen angeben können, daß die Mittel zur Unterhaltung der „Neuen Frankfurter Zeitung" aus Oesterreich geflossen seien? Urban: Davon weiß ich gar nichts, kenne überhaupt die Verhältnisse der „N. Fr. Z." gar nicht, ebensowenig als die dabei thätigen Personen. Frage: Sie sollen Auskunft darüber geben können, daß in Frankfurt zu der betreffenden Zeit Journalisten existirt haben, welche von Wien Besoldung für ihre journalistische Thätigkeit im österreichischen Sinne erhalten haben? Urban: Das kann ich nicht wissen. Ich habe mich um die Journalistik, soweit sie mit Oesterreich in Zusammenhang stand, nicht im Entferntesten bekümmert und nicht zu bekümmern gehabt. Frage: Sie sollen nun als Sachverständiger Auskunft darüber geben können, daß nach der ganzen Tendenz der „N. Fr. Z." diese als ein den österreichischen Interessen speciell ergebenes Blatt zu bezeichnen war? Urban: Ich weiß nicht, wie ich specielle Kenntniß davon haben soll. Es ist mir überhaupt unangenehm, in dieser Sache als Zeuge geladen zu sein. Aehnlich sprach sich Hr. Knatz aus. Beide Zeugen waren von Hrn. Lau geladen, er selbst hatte sich jedoch nicht zur heutigen Verhandlung gestellt. Daß die klagende Seite auf die Abhörung einer Reihe von Zeugen, welche sie vorgeschlagen hatte, verzichtete, war nach der Lage der Sache selbstverständlich. Hr. Dr. Braunfels, als Klage-Vertreter, schilderte daher auch nur das Verfahren des Beschuldigten, durch Winkelzüge die Sache hinauszuziehen, gab zur Beleuchtung von dessen Charakter einige Mittheilungen über frühere gegen Herrn Lau ergangene gerichtliche Urtheile wegen ähnlicher Vergehen und beantragte Bestätigung des ersten Urtheils des Appellationsgerichtes. Das Urtheil wurde auf 8 Tage ausgesetzt.

Bremen, 3. Juni. [**Protestantentag.**] Zum Protestantentage waren gestern Abends, 7 Uhr, bereits über 200 Theilnehmer aus den verschiedensten Theilen Deutschlands eingetroffen. Zahlreich ist besonders Schleswig-Holstein vertreten. Aus Besançon, aus Bielitz (Oesterreichisch-Schlesien) und Biala (Galizien) hat sich je ein Vertreter eingefunden. Unter den Angemeldeten finden wir folgende Namen hervorragender Mitglieder: Oberhofprediger Dr. Schwarz aus Gotha; Prediger Sydow, Berlin; Prof. Baumgarten, Rostock; Prof. Holzmann, Heidelberg; Prof. v. Holtzendorff, Berlin; Geheimer Oberkirchenrath Schenkel, Heidelberg; Generalsuperintendent Dr. Meyer, Coburg; Senior Bödecker, Hannover. Die Zahl der nicht dem geistlichen Stand Angehörenden ist nicht gering. Zu dem Festessen auf dem Schützenhof sind bis jetzt 500 Festkarten ausgegeben worden.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 4. Juni. [**Päpstlicher Protest.**] Der immer gut unterrichtete Wiener Correspondent der „Allg. Ztg." schreibt: Sie werden bezüglich des Protestes der römischen Curie gegen die konfessionellen Gesetze den verschiedensten Versionen begegnet sein. Die einen bestreiten, daß überhaupt schon ein Protest erlassen worden, die anderen lassen wenigstens die Zeit seiner Ueberreichung unentschieden. Das Folgende dürfte das richtige sein. Noch am Tage der Publikation der Gesetze richtete der apostolische Nuntius — im eigenen Namen, wenigstens ohne Bezugnahme auf eine spezielle deßfalls an ihn ergangene Weisung — eine Note an das auswärtige Amt, welche gegen die in jener Publikation enthaltene „Verletzung" — der Ausdruck „Aufhebung" ist nicht gebraucht — des Concordats Verwahrung einlegte. Gleichzeitig erwartet man noch einen förmlichen und feierlichen Protest des Papstes unmittelbar, und zwar in dessen Allocution im nächsten Consistorium. Der Reichskanzler hatte übrigens, auf ausdrücklichen Befehl des Kaisers, die Rücksicht beobachtet, daß er sich am Vorabend der Publikation persönlich zum Nuntius begab, um ihm die Thatsache der erfolgten Sanctionirung anzuzeigen, und ihm auf diese Weise die Ueberraschung zu ersparen, sie auch seinerseits erst durch die amtliche „Wiener Zeitung" zu erfahren.

— [**Eine neue Bank in Wien.**] An der Börse war heute vielfach die Rede von einem neuen Bankinstitute, das nach dem Prinzipe der englischen Joint-Stock-Banken hier etablirt werden soll. Die große Prosperität der anglo-österreichischen Bank hat schon längst den Gedanken angeregt, es noch mit einem zweiten derartigen Bankinstitute zu versuchen, und soll sich Herr Lagrand-Dumonceau seiner Zeit um die Konzession zu einer solchen Bank beworben haben. Später hieß es, daß Herr August Zang sich um eine solche Konzession beworben, nachträglich aber von der Bewerbung zurückgetreten

---

Man kann nun allgemach zur Hundesuppe schreiten
Und, nimmt das Thier sie an, sie fernerhin bereiten;
Wie Alles in der Welt gescheh'n soll mit Bedacht,
So sei auch dieß Gericht sorgfältig stets gemacht.
Im Ganzen kann der Hund fast Alles mit genießen,
Was Menschen dient zum Mahl, drum speist er oft mit diesen,
Doch wird auf diese Art er leicht zu faul und rund,
Von übelem Geruch, ein räud'ger Stubenhund.
Weit besser ist's, apart und einfach ihm zu kochen;
Brod, süß und saure Milch, Bouillon und gute Knochen,
(Nur saure Molken nicht) Kartoffeln, gut zerdrückt,
Gewährt ein Mahl, das sich für alle Hunde schickt.
Gekochtes Haferschrot, mit Knochenbrüh' begossen,
Wird immer von dem Hund mit Appetit genossen;
Auch Korn- und Gerstenschrot darf es bisweilen sein,
Man gebe statt der Brüh' nur sattsam Milch darein.
Zur Noth nimmt auch der Hund fürlieb mit Weizenkleie,
Die man mit süßer Milch verrührt zu dickem Breie.
Erfahrung zeiget bald dem klugen Koche an,
Was von des Tisches Rest man noch serviren kann.
Die Knochen wähle man von jungen Säugethieren,
Zumal von Kälbern, das Gebiß zu exerziren,
Noch besser aber sind mit Knochen, Fell und Haar
Kalbspfoten für den Hund, er frißt sie ganz und gar.
Nur meide Knochen man, wo scharfe Splitter brechen,
Weil leicht die Spitzen dann sich fest im Schlunde stechen;
Das Fett ist nur dem Hund in solcher Lage gut,
Wo brav er schaffen muß und nicht beständig ruht.
Die Arbeit sei auch hier der Portionen Leiter,
Was einem Grobschmied genügt, wird Uebermaß dem Schneider.
Wenn satt ein Luxushund sich täglich fressen kann
An einem einz'gen Mahl, so hat er genug daran,
Doch ist es besser wohl, ihm zweimal zu serviren,
Nur muß man freilich dann die Portion halbiren.
Man meide, wo es geht, das Füttern aus der Hand,
Daß gierig nicht der Hund, schweifwedelnd, unverwandt
Nach jedem Bissen stiert auf dessen Weg zum Munde;
Es ist der sichre Weg zur Näscherei beim Hunde.
Soll er jedoch des Nachts bewachen Hof und Haus,
So füttre Abends man ihn noch genügend aus;
Er wird für jeden Dieb dann unbestechlich bleiben,
Der Hunger wird ihn nicht von seinem Posten treiben,
Wenn sich beim Stubenhund noch Abends Hunger zeigt,
Nicht bloßer Appetit, so füttre man ihn leicht
Und lass' vor Schlafengehen ihn nochmals aus der Thüre,
Daß die Verdauung nicht ihn in der Nacht genire.
Es gilt, wie stets, auch hier die weise Mäßigkeit,
Sowie der alte Spruch: All Ding zu seiner Zeit.

sei. Neuerdings heißt es jetzt wieder, daß an der Verwirklichung dieser Idee denn doch gearbeitet werde und daß die Konzession von einer Vereinigung beträchtlicher Geldkräfte exploitirt werden soll. Wer jedoch diese Geldmänner sind, das weiß bis jetzt noch Niemand bestimmt anzugeben, und man hat es hier vorerst wohl nur mit den allerersten Stadien eines Projektes zu thun.

— [Die erste Civilehe.] Die „Triester Ztg." vom 1. Juni schreibt: Heute ist, wie wir vernehmen, hier die erste Civilehe im Sinne des Art. II des Gesetzes vom 25. Mai ds. Js. geschlossen worden. — Das Blatt nennt die Namen des Paares nicht und gibt ebensowenig den Grund an, warum der Pfarrer die Trauung verweigerte.

Nichtpolitische Zeitung.

[Militärische Literatur.] „Militärärztliche Studien". Neue Folge. Zwei Aufsätze von Dr. Wilhelm Roth, königlich preußischer Oberstabsarzt. 1. Beiträge zu den neuesten Fortschritten der Hülfe im Felde und ihre Vertretung auf der Weltausstellung zu Paris 1868. 2. Ueber Militär-Gesundheitspflege mit besonderer Rücksicht auf militärärztliche Schulen und die Ausführung hygieinischer Grundsätze in der englischen Armee. Mit zwei lithographirten Tafeln. (Berlin 1868. Hessische Buchhandlung. Pr. 1 Thlr. 10 Sgr.) Aus dem Titel vorliegender Schrift sehen wir, welche Gegenstände dieselbe behandelt. Es geschieht dies in so klarer Weise, daß das Werk dem Laien ebenso zugänglich, wie dem Sachverständigen ist; besonders dürfte es für Offiziere von großem Interesse sein. — Durch eine offizielle Sendung nach Paris und London hatte der Verfasser Gelegenheit, sich mit den neuesten Fortschritten der Militär-Gesundheitspflege vertraut zu machen. Der erste Aufsatz behandelt in sechs Abschnitten Transportmittel, technische Ausrüstung, Verpackung, Verpflegung und Gegenstände für Verstümmelte. Es ist eine Darlegung der Abänderungen der Genfer Convention beigefügt. Der zweite Abschnitt beschäftigt sich mit der Gesundheitspflege, besonders mit den hierauf bezüglichen Einrichtungen in der englischen Armee, als Einrichtung der Kasernen, Lazarethe, Bekleidung, Luft- und Wasser-Versorgung 2c. Daß zu der Arbeit die sonst nicht zugänglichen Parlaments-Blaubücher benutzt werden konnten, gibt derselben den Vortheil der Zuverlässigkeit. Auch die Darlegung der Stellung der englischen Militärärzte dürfte Vielen interessant sein, wie Alles, was über die Organisation des englischen Medizinalwesens gesagt ist. — Nr. 22 der „Allgemeinen Militär-Zeitung" (Darmstadt, Zernin) enthält: Ueber das preußische Landesbefestigungssystem an seiner westlichen Grenze. Material über kleine Festen (Luxemburg, Jülich, Homburg Düren 2c.) Fortsetzung. — Auch eine Ansicht über das Ablegen der Tornister an Gefechtstagen. — Die Waffen- und Raritäten-Sammlung des Schlosses Erbach im Odenwald. — Nachrichten aus Oesterreich, Preußen, Rußland. — Das „Literaturblatt" bringt Beurtheilungen des Rüstow'schen Werkes über die ersten Feldzüge Napoleons, des Buches von v. Ellger über die Kriegsfeuerwaffen der Gegenwart 2c.

** [Angenehme Episode bei einem Vergnügungszuge] Als in den letzten Feiertagen der Vergnügungszug von Adamsthal nach Brünn fuhr, wollte ein Herr, der zwei Kinder an der Hand führte, in das Coupé eines Waggons einsteigen, in welchem bereits seine Frau Platz genommen hatte. Ein an der Waggonthür stehender Lieutenant verweigerte ihm jedoch das Einsteigen; auf die Frage des Herrn, ob denn der Offizier berufen sei, ihm das Einsteigen zu gewähren oder zu verweigern, da dies doch Sache des Stations-Chefs oder Conducteurs sei, rief ein in diesem Coupé sitzender Doktor der Rechte dem Offizier zu: „Gib ihm eine!" worauf der Offizier dem Herrn auch sofort eine Ohrfeige versetzte. Der Fall erregte großes Aufsehen, und man ist allgemein gespannt, welche Satisfaktion dem mißhandelten Bürger und Familienvater zu Theil werden wird.

[Ein Kirchen-Säulein.] In Zürich hatte dieser Tage ein geistlicher Herr einen Journalisten bei Gericht verklagt, weil ihn dieser ein „Kirchen-Säulein" genannt hatte. Der unglückliche Angeklagte behauptete zu seiner Vertheidigung, das Wort „Säulein" komme von Säule her und sei ein ehrenvoller Ausdruck für den Kläger. Die Herren Richter waren indeß der Meinung, daß „Säulein" ein Diminutiv von „Sau" sei und verurtheilten den Journalisten wegen Amtsehrenbeleidigung zu 100 Frs. Geldstrafe.

[Wie man in Frankreich Geschichte schreibt.] Der Graf du Bisson, welcher seiner Zeit große Anstrengungen machte, um den französischen Einfluß in Abessinien zur Geltung zu bringen, veröffentlicht in der „Patrie" unter dem Titel: „Les derniers moments de Théodoros", eine lange Beschreibung der Katastrophe von Magdala. Diese Schilderung ist jedoch auf eben so unverschämte Weise fabrizirt, wie andere Artikel über Abessinien, die der Graf in den letzten Jahren veröffentlicht hat. Um sie zu charakterisiren, führen wir nur eine Stelle an: „Als Theodor seine Macht mit dem Blute seiner tapferen Soldaten dahinschwinden sah, als sein vernichtetes Reich, seine gestürzte Dynastie ihm vors Auge trat, stürzten zwei Ströme Thränen über sein schwarzes Gesicht; ein furchtbarer Schmerz verzerrte alle Muskeln seines Antlitzes und seiner Brust; seine Glieder zogen sich zusammen in stummer, schreckvoller Verzweiflung" u. s. w. u. s. w. Da hört doch schließlich die Geschichtsschreibung auf und an ihre Stelle tritt die frechste Erfindung. Der Graf stützt sich auf die ihm zugegangenen Berichte vom 15. April; wer hatte denn diesem Todeskampfe des Königs beigewohnt? Ueberdies stehen manche andere Einzelheiten in direktem Widerspruche mit den Schilderungen zuverlässiger Augenzeugen, so des Correspondenten der „Köln. Ztg." und des Berichterstatters der „Times". So phantastische melodramatische Aufstutzungen von Ereignissen aus der Geschichte der Gegenwart können eben nur noch in französischen Zeitungen eine Stätte finden, sind nur in dem Lande möglich, wo ein Dumas den Krieg von 1866 in Gestalt eines abgeschmackten Sensations-Romans zu erzählen versucht.

Amtliche Nachrichten.

München, 2. Juni. Se. Maj. der König hat durch allerh. Entschließung d. d. Schloß Berg den 1. d. M. das Nachstehende verfügt:

Befördert werden: zu Hauptleuten: die Oberlieutenants H. Helvig vom 1. Inf.-Reg. im Generalquartiermeisterstab, Fr. Baur im 4., W. v. Schleich und Fr. Dietrich im 1., O. Schulze im 3. Art.-Reg., M. Mieg, Adjutant des Art.-Corps-Commandanten Generallieutenants Ritter v. Brodeßer, beim Art.-Corps-Commando, A. v. Sutner von der Feuerwerks-Compagnie im 1. Art.-Reg., B. Reverdys vom 4. im 2., H. Sulzbeck im 2. Art.-Reg., J. Macco vom Genie-Stab im Genie-Reg., K. Hoffmann im Genie-Stab (bei der Inspektion der Militär-Bildungs-Anstalten), und D. Weidner im Geniestab; zu Rittmeistern: die Oberlieutenants K. Dörfer bei der Fuhrw.-Eskadron des 3. Art.-Reg., und L. Euler von der Fuhrw.-Eskadron des 2. Art.-Reg. bei jener des 1. Art.-Reg.; zu Oberlieutenants: die Unterlieutenants R. Deininger im 1. Art.-Reg., P. Volk bei der Feuerw.-Comp., J. Dennerl im 1., Fr. Schnitzlein vom 3. im 2., X. Frhr. v. Riedheim im 3., Fr. Frhr. v. Schleich und Max Schößler im 1., Fr. Schößler vom 1. im 3., M. Gessele im 4., Philipp Schmidt im 3. Art.-Reg., A. Mayr von der Ouvriers-Comp. im 2. Art.-Reg., R. Frhr. Fuchs v. Bimbach und Dornheim vom 2. im 3. und O. Haag im 2. Art.-Reg.; zum Unterlieutenant: der Korporal L. Stubenrauch vom 1. im 4. Art.-Reg.

Charakterisirt werden: als Rittmeister: der pens. Oberlieutenant W. Frhr. de Lasalle von Louisenthal, dann die Oberlieutenants à la suite O. Schrepp und K. Frhr. v. Fechenbach zu Laudenbach.

Se. Maj. der König hat den Oberlieutenant Fr. Sensburg vom 16. Inf.-Reg. auf zwei Jahre und den Regimentsquartiermeister C. Gradl vom Genie-Regiment bleibend in den Ruhestand versetzt; dem Unterlieutenant A. Uhland vom 3. Inf.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; den Stabsauditor A. Martin vom General-Commando Würzburg auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt, den temporär pens. Hauptmann O. v. Hörmann bleibend im Ruhestande belassen; den Verwalter 2. Klasse A. Hänlein von der Fohlenhofs-Inspektion Benediktbeuern zum Verwalter 1. Klasse befördert; den Unterlieutenant L. Popp vom 1. Inf.-Reg. auf Nachsuchen von der Charge enthoben; dem temporär pens. Oberkriegskommissär 1. Klasse J. Gölz das Ritterkreuz 1. Klasse des Verdienstordens vom h. Michael verliehen; den temporär pens. Rittmeister O. v. Stetten auf ein weiteres Jahr und den temporär pens. Oberlieutenant K. Frhrn. Ebner v. Eschenbach ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung im Ruhestande belassen; dem Gemeinen Karl Anelinger vom 5. Jäg.-Bat. die Erlaubniß zur Annahme und zum Tragen der im kais. französ. Kriegsdienste verliehen erhaltenen Medaille für Mexiko ertheilt.

München, 6. Juni. Se. Maj. der König hat den bisherigen Salzamts-Controleur J. Laumer in Regensburg zum Registrator der General-Bergwerks- und Salinen-Administration ernannt; den Obertelegraphisten L. Pfeiffer in Ludwigshafen, seinem Ansuchen entsprechend, zur Telegraphenstation Regensburg versetzt. — Der k. Forstwart J. Haagn von Wissing wurde in den nachgesuchten Ruhestand versetzt und auf dessen Stelle im Forstamte Regensburg den k. Forstgehilfen Chr. Senft von Münchsheim in prov. Eigenschaft ernannt.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 158-59.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 9. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 6. Juni. [Zur Gemälde-Gallerie-Frage.] Die Hoffm. Corr. schreibt: Den Nachrichten der „Düsseldorfer Zeitung" zufolge hat die in Düsseldorf fungirende Commission zur Geltendmachung der Ansprüche der Stadt Düsseldorf auf die s. g. Düsseldorfer Gemäldegallerie in München ihre Arbeiten vorläufig geschlossen und wird dieselben dem Ministerium behufs der weiteren Verfolgung der Sache vorlegen. Man soll hiebei zu der Ueberzeugung gelangt sein, daß das materielle Recht den Ansprüchen der Düsseldorfer zur Seite stehe. Ein bekanntes inländisches Blatt in Bayern nimmt keinen Anstand, hieran die Bemerkung zu knüpfen, „daß die s. g. Düsseldorfer Bilder für Bayern so gut als verloren betrachtet werden können." Ohne auf eine nähere Kritik dieser Aeußerung einzugehen, wollen wir auf Grund verläßiger Mittheilungen bemerken, daß von Seite der bayerischen Regierung dieser Gegenstand ebenfalls nicht unbeachtet geblieben, vielmehr seit geraumer Zeit die Materialien und Nachweisungen über die Eigenthums- und Rechtsverhältnisse jener Gallerie vollständig gesammelt vorliegen, der sorgfältigsten Prüfung durch Sachverständige unterstellt wurden, und diese Prüfung zu der vollständigen Ueberzeugung geführt hat, daß das Recht des bayerischen Staates auf jene Bilder mit Erfolg gar nicht anzufechten sei. Hienach können jene Besorgnisse über den Verlust gedachter Bilderschätze als nicht begründet bezeichnet werden. Ueberhaupt darf man sich wohl überzeugt halten, daß das bayerische Gouvernement die Interessen der Krone und des Landes in dieser wichtigen Sache zu wahren und die nothwendige Rechtsvertheidigung seiner Zeit mit allem Nachdruck zu führen wissen werde.

Großh. Baden. [Zur Bischofswahl.] Das Freiburger Domkapitel hat das Verlangen der großherzoglichen Regierung, die Liste der Candidaten für den erzbischöflichen Stuhl, welche bis auf Einen abgelehnt worden sind, zu ergänzen, resp. eine neue aufzustellen, abgelehnt. Das Capitel erklärt sich dabei nur für verpflichtet, sich durch Vorlage der Liste zu vergewissern, welche Candidaten genehm seien (gut! doch wohl zum Zwecke keine „minder genehmen" herauszusuchen?!), und behauptet, auf der Liste müßten jedenfalls drei Candidaten als genehm belassen werden (auch wenn sie nicht genehm sind?), damit das Capitel aus denselben den neuen Bischof mit Freiheit wählen könne. Das Capitel bestreitet der Regierung sowohl das Recht, zu verlangen, daß nur ihr genehme Candidaten auf die Liste kommen, wie das Recht, alle bis auf Einen zu streichen. Das Domkapitel beharre daher — wird erklärt — auf seiner vorgelegten Liste und bitte, nur so viele aus den Vorgeschlagenen als minder genehm zu bezeichnen, daß die übrig bleibende Anzahl noch hinreichend sei, „aus ihr den neuen Vorsteher zu wählen". Es leuchtet ein, daß nach der Argumentation des Capitels dasselbe die Regierung nöthigen könnte, auch einen ihr mißfälligen Bischof zuzulassen. Das Recht der Regierung wäre damit illusorisch und nicht abzusehen, warum sich das Capitel überhaupt vergewissern soll, welche Candidaten der Regierung genehm seien, wenn dieser drei unter allen Umständen genehm sein müssen! Wie eines unserer ultramontanen Blätter wissen will, habe auch der heilige Stuhl erst in den letzten Tagen auf geschehene Anfrage erklärt, die Regierung könne nicht wohl sämmtliche oder alle Candidaten bis auf Einen streichen, sondern müsse, um eine Wahl zu ermöglichen, mindestens drei als genehm bezeichnen. So scheint sich denn die Erzbischofswahl mehr und mehr zu verwickeln.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 6. Juni. [Die Matrikularbeiträge], welche von den Regierungen des norddeutschen Bundes für das Jahr 1869 aufgebracht werden müssen, betragen 22,256,858 Thaler gegen 19,837,567 Thlr. im Jahre 1868. Die Repartition dieser Summe auf die einzelnen Regierungen stellt sich wie folgt: es haben zu zahlen Preußen 18,629,437 Thlr., Lauenburg 37,381 Thlr., Sachsen 1,819,953 Thlr., Hessen 206,833 Thlr., Mecklenburg-Schwerin 422,817 Thlr., Sachsen-Weimar 84,185 Thlr., Mecklenburg-Strelitz 78,184 Thlr., Oldenburg 116,955 Thlr., Braunschweig 227,593 Thlr., Sachsen-Meiningen 56,320 Thlr., Sachsen-Altenburg 40,907 Thlr., Anhalt 60,676 Thlr., Schwarzburg-Rudolstadt 23,378 Thlr., Schwarzburg-Sondershausen 21,307 Thlr., Waldeck 16,528 Thlr., Reuß ä. L. 13,267 Thlr., Reuß j. L. 26,635 Thlr., Schaumburg-Lippe 9210 Thlr., Lippe 34,071 Thlr., Lübeck 10,903 Thlr., Bremen 84,503 Thlr., Hamburg 235,835 Thlr.; Sachsen-Koburg-

Zwei dunkle Häuser.

(Aus der „N. Fr. Pr.")

Wenn man in dem bei Berlin gelegenen, durch die Borsig'schen Eisengießereien und Lokomotiv-Werkstätten hinlänglich bekannten Dorfe Moabit die von Neubauten eingerahmte Stromstraße bis zu den letzten Häusergruppen durchschritten hat, gelangt man an eine hügelige Sand- und Haidefläche, zwischen deren wellenförmigen, mit niedriger Tannenwaldung und Gestrüpp bedeckten Erhöhungen man weithin den Spiegel eines schmalen, langgestreckten Sees erblickt. Hinter den letzten Häusern verläuft sich die Straße plötzlich im Sande; nur ein unchaussirter Weg führt noch einige hundert Schritte bis zu dem Damme der hier das Terrain durchschneidenden Eisenbahn-Linie in den Haidegrund hinein; hinter dem Eisenbahndamme hört aber auch dieser Weg plötzlich ganz auf. Und doch erblickt man auf den mit kärglichem Gestrüpp bedeckten, niedrigen Hügeln zu beiden Seiten des sumpfigen Sees zwei stattliche Häusergruppen! Jede Gruppe besteht aus in modernem Schweizerstyl aufgeführten kleineren und größeren Gebäuden, welche hier zwischen dem dunkelgrünen Tannengebüsch und den weißen Sandhügeln recht hübsche Perspectiven bilden. Wer in Moabit sich die Borsig'schen Eisenwerke und Gartenanlagen angesehen hat und auf einer Streiferei durch das Dorf hinter der Stromstraße in diese Haide- und Moorfläche geräth, sagt sich unwillkürlich, wenn er in der Ferne die eleganten Villen gleichenden Häusergruppen auf dem Haidehügel erblickt: Der Weg zu dieser Häusergruppe muß in irgend einer Absicht hier zwischen Flugsand, Haidekraut und Buschwerk abgebrochen sein, vielleicht deßhalb, daß man die Lust verliere, ihn fortzusetzen, und nicht zum Ziele gelangen soll. So ist es auch! Der Neugierige soll hier absichtlich irregeleitet werden. Die Häuser dort oben auf ihren einsamen Plateaux sollen blos von den Eingeweihten, von den Priestern und Priesterinnen, welche dort verkehren und ihre Zwecke verfolgen, gekannt und besucht werden. Andere haben dort nichts zu suchen! Und deßhalb haben diejenigen, welche sie vor Jahr und Tag gründeten, sie auch in dieser einsamen Haide erbaut und die zu ihnen führenden Wege künstlich abgeschnitten. Das eine Haus ist eine Brutstätte geistiger Finsterniß, wo gefährliche Intriguen gegen den freiheitlichen Geist unseres Jahrhunderts ausgeheckt werden, der Wohnsitz eines protestantischen Jesuiten-Ordens, der in seiner Gefährlichkeit, in seinen Zwecken und Mitteln der Stiftung Loyola's nichts nachgibt — ein wahrhaft dunkles Haus, der Aufenthalt dunkler Existenzen, der Herd finsterer Zwecke. Und das andere Haus, ihm gerade gegenüber, auf der anderen Seite des Sees, welches so freundlich von seinem kleinen Plateau auf den stillen Seespiegel und auf den grünen Haidegrund blickt! Seine Bewohnerinnen zählen auch zu den dunklen Existenzen: büßende Magdalenen, welche den Schmutz und die Schande ihrer Vergangenheit abbüßen! Aber ihre Buße besteht in ihrer Besserung. Und auf diesem Wege steht ihnen in diesem dunklen Hause am einsamen Plötzensee der Geist des wahren Christenthums, die verzeihende und helfende Liebe zur Seite.

Das dunkle „Haus der Büßerinnen" ist in seinen Zwecken sowie in seiner Tendenz ein Haus des Lichts!

Im verflossenen Herbst besuchte ich das dunkle Haus an der Westseite des Sees. Begleite der Leser mich heute dorthin. Wenn wir durch den Flugsand und durch das Gestrüpp vorwärtsdringen, gelangen wir nach einer kleinen halben Stunde zu einem Pfahl, der

Gotha ist bekanntlich auf Grund der früher von ihm mit Preußen abgeschlossenen **Militär-Convention für jetzt von der Beitragspflicht** noch befreit. Die angegebenen Zahlen werden übrigens später noch einer Berichtigung unterliegen, sobald von Seiten der einzelnen Bundesregierungen das genaue Resultat der letzten Volkszählung vom 3. Dez. 1867 eingegangen sein wird. Da dieses Resultat in seiner letzten amtlichen Zusammenstellung, bei der Anfertigung des Budget-Entwurfs für 1869 noch fehlte, so blieb eben nichts anderes übrig, als sich bei der Repartition der 22,256,859 Thlr. nach den bis dahin vorliegenden Daten über das faktische Bevölkerungsverhältniß zu richten und sich etwa nothwendig werdende Berichtigungen vorzubehalten. Der Unterschied zwischen den jetzt ermittelten und den sich später herausstellenden Zahlen wird in Hinsicht auf die von den einzelnen Staaten zu zahlenden Summen jedenfalls nur ein sehr unbedeutender sein.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Juni. [Aus der fünftägigen Generaldebatte über die Finanzfrage], deren Resultat wir gestern schon gemeldet, heben wir Folgendes hervor: Der Berichterstatter der Ausschuß-Majorität, Abg. Skene, der ein Deficit von 60 Millionen herausrechnet, suchte den Vorwurf, daß die Ausschuß-Majorität mit ihren Anträgen auf Reduction der Staatsschuldenzinsen bis zu 4 pCt. und auf eine Couponssteuer von 25 pCt. den Staatsbankerott befürworte, durch die Bemerkung zu entkräften, daß neben dem Ergebnisse der von ihm vorgeschlagenen Maßregeln immer noch ein Abgang von 26 Millionen durch Steuererhöhungen zu decken bleibe. Es sei also der Opferwilligkeit derjenigen, welche nicht zu den Staatsgläubigern zählen, noch ein genügendes Feld zur Bethätigung offen gelassen. Wenn die Ausschuß-Minorität zur Deckung des Deficits außer der Couponssteuer anderweitig noch 37 Millionen, die Regierung gar noch 41 Millionen aufbringen wolle, so werde damit der Steuerkraft des überbürdeten Landes zu viel zugemuthet.

Auch Baron Korb suchte darzuthun, daß eine Vermögenssteuer von Grund und Boden und von Gebäuden nahezu unerschwinglich sei, namentlich in einigen Ländern der Westhälfte, die bereits thatsächlich steuerunfähig seien. Diese unter Widerspruch der Majorität vorgebrachte und wohl stark kolorirte Behauptung suchte er an einem Beispiele aus Böhmen zu erhärten, wo ein Grundbesitz an Staatssteuern und Zuschlägen mehr als 31 pCt. zahle, diese steigen durch Assekuranz, Vorspannleistung, Einquartierungskosten und Uebertragungsgebühren auf mehr als 39 pCt.; komme nun die Vermögenssteuer hinzu, so würden von dem reinen Einkommen des Grundbesitzes etwa 63 pCt. durch Steuern absorbirt. Die Staatsgläubiger dagegen seien verhältnißmäßig am geringsten besteuert, und da gerade sie vorzugsweise an der Ordnung der finanziellen Verhältnisse ein Interesse hätten, so sei es billig, daß sie in erster Linie zur Beseitigung des Deficits herangezogen würden. Wenn der Satz der Verfassung: „Jeder Bürger ist vor dem Gesetze gleich", zur Wahrheit werden solle, so müsse man den Staatsgläubigern eine Couponssteuer von 25 pCt. auferlegen.

Noch stärker trug in dieser Richtung heute der Abg. Mayer auf, einer der ersten Eisen-Industriellen Ober-Oesterreichs. Auch er wies im Namen der Ausschuß-Majorität, der er angehört, die in den Journalen dieser beigelegte Bezeichnung „Bankerotteur" mit großer Entschiedenheit zurück. „Nicht dazu," rief er aus, „um den Staat bankerott zu erklären, hat man uns hieher geschickt, sondern um den bereits bankerotten Staat noch einigermaßen zu stützen und die Rechte der Gläubiger in der Weise zu vertreten, daß diese bei dem bereits eingetretenen thatsächlichen Bankerotte möglichst gut herauskommen." Und nun entwarf er eine Schilderung von der Steuer-Ueberbürdung und den Steuerexekutionen in einigen Landestheilen, die so entsetzlich war, daß allerdings der Vorschlag der Ausschuß-Majorität, die Staatsgläubiger statt der bisherigen Hauptsteuerträger in dieser Noth eintreten zu lassen, wie eine Art von Rettung erscheinen mußte. Von dem „Volksministerium", das er direkt apostrophirte, verlangte er, daß es die bessernde Hand namentlich an zwei Krebsschäden des Staates lege: an das Kriegsbudget und an die Staatsschulden. Beide müßten mit muthiger Entschlossenheit reducirt werden. Wenn es dies nicht in Angriff nehme, würde auf seinem von glänzenden Freiheitsthaten strahlenden Namen in den Tafeln der Geschichte eine dunkle Seite zu finden sein.

Die Vertheidiger des Minoritätsvotums stellten sich meist auf den Regierungsstandpunkt, ohne ihm jedoch ganz treu zu bleiben. Ihr Hauptargument war, daß sie die Erschöpfung der Steuerkraft in Oesterreich entschieden läugneten und dafür allerdings schlagende Beispiele anführten, daß sie die geschilderten Nothstände als Folge der Indolenz und der mangelnden Bildung der Bevölkerung darstellten. Mit der Hebung der volkswirthschaftlichen Bildung werde auch die Hebung der österreichischen Boden- und Industrieschätze Hand in Hand gehen; der Bankerott sei nicht nur nicht vorhanden, sondern mit einiger Opferbereitwilligkeit leicht zu vermeiden, ohne daß man zu den drastischen Heilmitteln der Ausschuß-Majorität seine Zuflucht nehmen dürfe. In diesem Sinne machten die Worte des früheren Justizministers v. Pratobevera einen guten beruhigenden Eindruck.

Der Oberstaatsanwalt v. Mende entwickelte in sehr ausführlicher Rede seine Ansicht dahin, daß mit dem ganzen complicirten Besteuerungswesen, welches für die verschiedenen Bürger, namentlich für die Geschäftsleute in zahllose, verschieden benannte Steuerleistungen zerfalle, ein Ende zu machen, und statt dessen nur Eine Steuer, eine

---

mitten in der Haide steht. An dem Pfahl befindet sich eine Tafel, auf der in großen schwarzen Buchstaben die Worte zu lesen sind „Evangelisches Johannesstift." Welch harmloser Name! Der harmlose Name ist absichtlich gewählt, um die finsteren Zwecke der Stiftung hinter seinem schützenden Mantel zu verbergen. Man kann doch nicht auf die Tafel schreiben: „Weg zum Rauhen Hause." Das „Hamburger Rauhe Haus" ist zu berüchtigt geworden in ganz Deutschland, um hier auf diesem Wegweiser zu verkünden, daß der plötzlich wieder neben dem Pfahl aus dem Haidekraut hervorsteigende Fußweg zu dem „Berliner Rauhen Hause" führt, welches am 1. April vor. Jahres so still und heimlich von denselben „Hausbrüdern, Sendbrüdern und Freibrüdern" bezogen worden ist, die im Rauhen Hause bei Hamburg seit Jahren walten und unter der Aegide des Ober-Convictmeisters der Bruderschaft und Direktors im preußischen Ministerium des Innern, Doktor Wichern, Generals des neuen Ordens der „innern Mission", mit fliegenden Fahnen nun nicht allein in Preußen, sondern auch in den preußischen Staatsdienst eingezogen sind. Der neben dem Wegweiser wieder aus dem Haidekraut hervorschießende Fußweg führt durch das Gestrüpp allmählig in einen parkähnlich angelegten Grund, zwischen dessen Rasenflächen, Blumenbeeten und jungen Baumgruppen wohlgepflegte gelbe Kieswege die Wegweiser zu einem halben Dutzend geschmackvoller einstöckiger Häuser im Schweizerstyl mit Außentreppen und Balkons bilden. In dem größten von diesen Häusern, mit der breiten Freitreppe und den hohen Fenstern mit den großen Spiegelscheiben, wohnt „der Herr Inspektor", die einheitliche Spitze der Brüderschaft im Johannesstift, ein Candidat der Theologie aus dem pietistischen Wupperthal. In diesem Hause befindet sich auch der Betsaal, der Mittelpunkt aller finsteren Bestrebungen dieses protestantischen Ordens, wo die „Tagessprüche" und „Jahressprüche" der Brüderschaft ausgetheilt werden, welche wie eine elektrische Kette alle Mitglieder der Brüderschaft zu demselben Denken und Handeln verbinden, wo die Briefe der „Sendbrüder" vorgelesen werden, wo täglich der Kriegsgesang der neuen theologisch-militärischen Organisation erschallt, welche auszieht, um die ungläubige freiheitliche Welt zu bezwingen.

Wir befinden uns hier zwischen diesen harmlosen Schweizerhäusern inmitten der neuen Brutstätte der „inneren Mission" in Preußen, in der Hauptresidenz des schon im Jahre 1849, als die europäische Reaktion der Meinung war, „den Drachen der Revolution" besiegt zu haben, auf einer in der Lutherstadt Wittenberg zusammenberufenen Conferenz reaktionärer und pietistischer protestantischer Priester gestifteten evangelischen Ordens, der ein Träger aller deutschen reactionären Bestrebungen werden sollte und auch seitdem geworden ist. Aus dieser finsteren Priesterversammlung, welche den Bann über alle freiheitlichen Bestrebungen des deutschen Volkes aussprach, ging ein Central-Ausschuß der „inneren Mission" hervor, der seitdem alle treubündlerischen, muckerischen und pietistischen Vereine, alle „christlichen Rettungshäuser", „evangelischen Mägdeherbergen", „evangelischen Jünglingsvereine", alle der freiheitlichen Entwicklung gefährlichen religiösen Elemente um sich, als ihren Mittelpunkt, versammelt und eine weitverzweigte Verbindung der „Hausbrüder", „Freibrüder" und „Sendbrüder" geschaffen hat, welche, hierarchisch gegliedert, durch materielle Interessen mit einander verbunden, in alle gesellschaftlichen Lebensverhältnisse eindringen und überall ihre Verzweigungen in der staatlichen Organisation, sowie im wirklichen Staatsdienst haben. Man denke gar nicht gering von der Macht dieses zugleich auch im preußischen Staatsdienste stehenden evangelischen Priester-Ordens! Seine direkte und indirekte Macht wird der Macht des Jesuiten-Ordens wenig nachgeben. Seine „Sendbrüder" wirken für die „innere Mission" als Hausväter und Gehilfen in den Rettungshäusern und Waisenhäusern, als Aufseher in den Strafanstalten, als Stadtmissionäre und Tractätchen-Colporteure in den bürgerlichen Familien, als Lehrer in den Schulen, als Prediger

Prozent-Abgabe von dem reinen Einkommen jedes Staatsbürgers zu erheben sei. Der Ursprung dieses Einkommens, ob er vom Grund und Boden, von Handel und Gewerbe, von Anstellung in Civil oder Militär, oder aus sonst einer Quelle stamme, komme dabei nicht in Betracht. Alle direkten Steuern seien auf die reine Einkommensteuer zurückzuführen, und eine gerechte Vertheilung derselben werde, wie die Erfolge in anderen Staaten zu schließen erlauben, zur Deckung der Staatsbedürfnisse vollkommen ausreichen.

Gegen das Ende der Diskussion des zweiten Tages, als die ermüdeten Abgeordneten und Zuhörer bereits die Sitze zu räumen begannen, ergriff der Reichskanzler v. Beust, der sich auf seinem Abgeordnetensitze eingefunden hatte, das Wort. Kaum war sein Name genannt, so kehrte alles, was nach den Thüren in Bewegung war, schleunigst um, und die Abgeordneten gruppirten sich, ohne Rücksicht auf ihre Parteistellung, um den Sitz des Reichskanzlers. Der Minister sprach sehr eindringlich, aber ungewöhnlich leise, man sagt, in Folge einer Erkältung. Er legte dem Hause an das Herz, daß in dieser gefahrvollen Lage des Reiches der Friede, das gute Einvernehmen unter den verschiedenen Parteien des Reichsrathes und mit dem aus seiner Mitte hervorgegangenen parlamentarischen Ministerium eine unerläßliche Bedingung des Gedeihens sei, suchte die zu stark hervorgebogenen Spitzen der Redner von der Ausschuß-Majorität vorsichtig umzubiegen und der Debatte überhaupt ihre ätzende, beängstigende Schärfe zu benehmen. Allerdings war durch die Rede des Abgeordn. Mayer eine Stimmung in das Haus gerufen, welche auf die bevorstehende Spezial-Diskussion nicht vortheilhaft einwirken konnte. (Schl. f.)

Ausland.

Frankreich. [Bauernunruhen.] Man erhält jetzt endlich einige bestimmte Nachrichten über die Bauernunruhen, welche in der Charente ausgebrochen sind. Die Aufregung, welche dort herrscht, dauert noch immer fort. Die Bauern glauben nämlich, daß man den Zehnten zu Gunsten der Geistlichkeit und der Klöster wieder herstellen wolle, und mißhandeln deßhalb ihre Pfarrer und verwüsten deren Wohnungen und theilweise die Kirchen. Am vorletzten Sonntag (31. Mai) fielen in Sigoque (Arrondissement von Barbezieux) wieder sehr ernste Scenen vor. Ein Haufe wüthender Bauern stürzte sich in die Kirche, riß mehrere Bilder, die ihm zufolge den Zehnten bildlich darstellten, herunter und prügelten den Pfarrer durch. Ihr Schlachtruf war wieder: „Nieder mit den Geistlichen! Es lebe der Kaiser!“ Die Unruhen währten den ganzen Tag, bis endlich des Abends Gendarmen in den Ort einrückten, die Ruhe herstellten und vier der Rädelsführer gefangen nahmen. Am anderen Tage, als man die Gefangenen nach Cognac abführen wollte, machten die Bauern den Versuch, dieselben zu befreien. Die entschlossene Haltung der Soldaten vereitelte denselben aber. Die Gefangenen wurden sofort vor Gericht gestellt; drei derselben sind zu fünfzehn Monaten und einer zu vierzehn Tagen Gefängniß verurtheilt worden. Starke Militär-Abtheilungen durchziehen das ganze Departement.

Italien. [Ein Briganten-Prozeß.] Die Räuberbande Gaetano Manzi's, lange Jahre der Schrecken des Principato Citeriore oder der Provinz Salerno, empfängt endlich ihren verdienten Lohn. Ihr Hauptmann Manzi und 19 zugleich mit ihm gefangene Genossen seiner Frevel sind in Salerno vor das Criminalgericht gestellt worden. Der Proceß dauerte vom 2. bis zum 26. Mai; es wurden 91 Zeugen für die Anklage und 32 für die Vertheidigung verhört. In der Anklage werden mehr als ein Dutzend Opfer angeführt, welche von Manzi und den Seinigen ermordet worden sind. Dazu kommen gewaltthätige Plünderungen und Erpressungen, welche mit den oben genannten die Summe von 460,000 Lire ausmachen; wobei noch viele Fälle dem Gerichte unbekannt geblieben sein mögen. Es ist zu verwundern, daß die Räuber, nachdem sie ein so glänzendes Geschäft gemacht, sich nicht zur Ruhe setzten, um in einem fremden Lande gemächlich von ihren Zinsen zu leben. Gar nicht aufgeführt sind brutale Mißhandlungen, wie z. B. das vielfach vorgekommene Abschneiden der Ohren und ähnliche Verstümmelungen, die an den Gefangenen verübt wurden.

Als der Präsident des Gerichtshofes seine Resumé geschlossen, hatte er nicht weniger als 311 einzelne Fragen den Geschworenen zur Erwägung vorzulegen. Nach fünfstündiger Berathung fällte die Jury ihren Wahrspruch, und in Uebereinstimmung mit diesem wurden Manzi, Olivieri und de Angelis zum Tode, neun ihrer Genossen zu lebenslänglicher, fünf zu 20- — 25jähriger Kettenstrafe und zwei Helfershelfer zu zehn- und zwölfjährigem Gefängnisse verurtheilt. Gegen die Advokaten, welche die Vertheidigung der Angeklagten übernommen hatten und dafür im voraus gut bezahlt worden waren, gab sich im Volke eine sehr entrüstete Stimmung kund.

Nichtpolitische Zeitung.

[Deutsche Nationalhandschrift.] Der vom Direktor des Centralbureau's für gerichtliche Schriftvergleichungen, Adolph Henze in Neu-Schönfeld bei Leipzig, auf die beste deutsche National-Handschrift ausgesetzte Preis von 100 Thalern ist von 33 der 50 Preisrichter dem Concurrenz-Alphabete des Gymnasiallehrers Gosky in Cottbus zuerkannt worden. Veränderungen an Gosky's Schrift, welche die Majorität des Preisrichter-Collegiums zur Bedingung machte, sind angenommen und im Geiste der Gosky'schen Schrift ausgeführt worden.

---

von den Kanzeln. Die höchsten weltlichen und geistlichen Würdenträger in Staat und Kirche sind „Freibrüder“ dieses evangelischen Jesuiten-Ordens und zeichnen ihre regelmäßigen Beiträge auf seine heimlichen Listen; „Sendbrüder“ strebsamen Geistes befinden sich unter allerlei Formen und Gestalten in der Nähe hochgestellter Persönlichkeiten, und der Chef, der Ober-Convictmeister, der General dieses Ordens, bekleidet eine hohe wirkliche Machtstufe im preußischen Staatsdienste. Die Gesammtmasse dieser fünf stattlichen Häuser repräsentirt das „Rauhe Haus“, worauf der Großmeister Wichern schon vor dem Jahre 1860 in seinem heimlichen Rundschreiben an die Mitglieder der Bruderschaft aufmerksam machte, als er schrieb: „Es soll ein zweites „Rauhes Haus“, aber in der Hauptstadt Preußens, in Berlin, gegründet werden.“ Man muß sagen, das „Senfkorn“ ist im Parke des Johannesstiftes zu einem recht stattlichen Baume erwachsen, der fünf Häuser und achtzig Morgen Landes beschattet, welche der preußische Fiscus der Bruderschaft für den Spottpreis von 3000 Thlrn. verkaufte, und die Brüder können es hier in der „andauernden Armuth“ der in der reichlichsten Weise fließenden Beiträge der „Freibrüder“ und der dritthalbtausend Thaler jährlicher Rente aus Staatsmitteln schon aushalten.

Als ich das Rauhe Haus am Plötzensee besuchte, fand ich dort einige Knaben in grauen Anzügen vor, welche häusliche Arbeiten verrichteten, Holz aufschichteten und Pantoffeln, Hosen und Jacken anfertigten; acht kleine Mädchen befanden sich im Schulunterrichte, der darin bestand, daß ein Bruder ihnen aus einem religiösen Buche vorlas. Ich sah mir auch eine Knabenschule in einem von den Schweizerhäusern an. Ein Stundenplan hing an der Wand. Unterricht in der Religion, Singen religiöser Lieder, Abend- und Morgenandachten und religiöse Plauderstunden füllten auf demselben die meiste Zeit aus. Die Bücher auf den Büchergestellen bestanden fast sämmtlich aus Verlagsschriften des Hamburger Rauhen Hauses, meist religiösen Inhalts. Da sah ich das hamburg'sche Gesangbuch, die Bibel, „Unsere Lieder“, Luther's Katechismus, ein „geistiges Gesangbüchlein“; Fachbücher waren nur zwei vorhanden: ein Rechenbuch und ein Geographiebuch. Die meisten Besucher des „Evangelischen Johannesstiftes“ lassen sich, wie die Besucher des Hamburger Rauhen Hauses, durch den Anblick dieser Kinder in den grauen Jacken und Hosen täuschen. Diese verwahrlosten oder aus irgend einer Correktions-Anstalt hieher gebrachten Knaben und Mädchen nennt der „Herr Inspektor“, während er die Augen zum Himmel aufschlägt oder sie verschämt zur Erde senkt, die Mitglieder der „Rettungsanstalt“, an denen von den Brüdern das „Rettungswerk der christlichen Liebe“ vollbracht wird. In Wahrheit sind diese Kinder der Deckmantel der Bruderschaft für ihre finstern, unheimlichen Zwecke; wenn sie passende Fähigkeiten entwickeln, werden aus ihnen Rekruten für den Orden. Mittelst des Stundenplans an der Wand des Schulzimmers, oder mittelst der Bücher, welche dort auf dem Gestelle standen, mittelst der „kernigen Schillingskost“ des Rauhen Hauses bildet man wahrhaftig sittlich verwahrloste Kinder nicht zu nützlichen Mitgliedern der menschlichen Gesellschaft heran. Es befanden sich, als ich das „Johannesstift“ besuchte, auch nur 43 Kinder im Hause, während die Zahl der dort hausenden Brüder nicht weniger als 21 betrug, welche, wie mir der „Herr Inspektor“ gestand, „außerordentlich viel zu thun“ hätten, natürlich nicht mit dem „Rettungswerk“ der Kinder, sondern indem sie sich vom frühen Morgen bis zum späten Abend in der Stadt umhertreiben, sich mit der Krankenpflege, mit den Gefangen-Anstalten, mit der Prüfung von an hochgestellte Personen eingegangenen Bittgesuchen — also mit der Centralisation der „inneren Mission“ in Berlin und mit der Ausbreitung derselben in der Umgegend beschäftigten.

(Schluß folgt.)

Amtliche Nachrichten.

München, 7. Mai. Se. Maj. der König hat dem k. Oberststallmeister M. Grafen von Holnstein die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des ihm von dem Könige von Preußen verliehenen rothen Adlerordens 1. Klasse, und dem Photographen E. Hanfstängl die Bewilligung zur Annahme und zum Tragen des von Sr. k. Hoh. dem Herzoge von Sachsen-Koburg ihm verliehenen, dem herzogl. sachsen-ernestinischen Hausorden affiliirten Verdienstkreuzes ertheilt; den k. geh. Sekretär im Staatsministerium der Finanzen, F. Landgraf zum Regierungsrath mit Bestimmung seiner fernern Verwendung im genannten Staatsministerium ernannt; den im nämlichen Staatsministerium verwendeten k. Regierungsassessor, A. Hilz, zum geheimen Sekretär, und den k. Kanzleisekretär und geh. Kanzlisten des gleichen Ministeriums, W. Porr, gleichfalls zum geheimen Sekretär befördert; ferner der von dem gräflich Castell'schen Kirchenpatronate für den Pfarramtskandidaten J. L. Wucherer aus Nördlingen ausgestellten Präsentation auf die prot. Pfarrei Kleinweisach, Dek. Burghaslach, die allerhöchste landesherrliche Bestätigung ertheilt; die kath. Pfarrei Kaustetten, Bezirksamts Nördlingen, dem Priester B. Roth, Frühmeßbenefiziat in Donauwörth, übertragen.

Frankfurter Börse (2. bis 6. Juni.)

6. Juni. Die günstige Stimmung, in welcher die Börse nach den Feiertagen eröffnete, hielt nicht Stand und machte in der Mitte der Woche einer matten Tendenz Platz, zu der sich in den letzten Tagen eine grosse Geschäftslosigkeit gesellte. Die Hausse in Paris liess unsern Platz ganz kalt, der sich längst daran gewöhnt hat, unmotivirte Uebergänge nach beiden Richtungen mit Misstrauen aufzunehmen. Das reine Börsenspiel hat in neuerer Zeit in Paris eine Ausdehnung gewonnen, welche schlimme Folgen nach sich ziehen wird, da nicht mehr blos notorische Spieler, sondern Männer von einflussreichen Stellungen in der Finanzwelt sich daran ungescheut betheiligen. Kürzlich musste erst der Verwaltungsrath der Société générale einem seiner Beamten dieserhalb einen Verweis ertheilen und jetzt hören wir, dass ein Direktor eines der ersten Kreditinstitute sich in eine kolossale Baissespekulation eingelassen hat, dabei sogar die Presse zu Allarmartikeln benutzte und nunmehr wegen nicht bezahlter Differenzen exekutirt worden ist. Wir fürchten, die Zeit ist nicht mehr fern, wo manche schlimme Früchte aus solcher Aussaat reifen.

Oesterr. Fonds, die Woche über sehr stationär und ohne Leben, zeigten heute eine etwas günstigere Haltung und eine kleine Besserung. Der bisherige Gang der im Wiener Reichsrathe begonnenen Finanzdebatten lässt annehmen, dass man vorläufig sich über eine 20proz. Couponsteuer einigen wird; was aber weiter, namentlich aus der Unifikation werden soll, lässt sich nicht absehen. Der Markt für süddeutsche Fonds bewahrt seine seitherige Festigkeit und Kurse bewegen sich in steigender Tendenz. 4½pCt, sowie 4pCt. Bayern bleiben sehr beliebt; auch 4½pCt. Württemberger, auf die wir im vorwöchentlichen Bericht aufmerksam machten, gesucht und höher. — In 5pCt. Pfandbriefen des russischen Bodenkreditvereins gingen Posten um und erhöhten sie ihren Kurs um 2½ pCt. auf 84¾.

Die vorwöchentliche Hausse in amerikanischen Papieren kam im Laufe der Woche wieder zum Stillstand; der gestiegene Kurs veranlasste mehrfache Gewinnrealisirungen und New-York schickte keine günstigeren Kurse; die Voraussagungen eines baldigen Rückganges des Goldagios erfüllen sich somit nicht. Ein Haupthinderniss ist das unsinnige Zollsystem, das eine naturgemässe Handelsbilanz der Vereinigten Staaten mit Europa unmöglich macht. Die beste Garantie für die Besitzer amerikanischer Papiere wäre aber eine nachhaltige Besserung der Valuta. 1882er Bonds schliessen heute etwas höher zu 77¾, (da Gold aus New-York besser gemeldet wurde.

In Staatsbahn Aktien kam heute auf Wiener Impuls neues Leben, bis 257 zurückgegangen, stiegen sie um fl. 1½ und schliessen gerade wie in der Vorwoche zu 258½. Bayer. Ostbahnen, durch einige Gewinnrealisirungen vorübergehend gedrückt, wieder höher zu 123½ excl. Div. Bexbacher sehr fest, auch Taunusbahn. — In E.-B.-Prioritäten wenig Variationen, italienische etwas niedriger gegangen.

Oesterr. Kreditaktien haben seit gestern Abend eine neue Hausse-Campagne eröffnet, und zwar wegen der bevorstehenden Ausgabe der Alfölder Aktien, die noch ungeboren schon mit hohem Agio gefragt werden. Auch spricht man von einer Fusion der Theissbahn mit der Siebenbürger Bahn. Darmstädter Kredit um fl. 5 höher auf 226½; das Institut ist bei mehreren neuen Gewinn versprechenden Operationen betheiligt.

Der Geldstand bleibt gut, wenn man das Wort „gut“ für einen zu überflüssigen Ueberfluss gebrauchen will. Von fremden Devisen London und Paris fest, Holland dagegen anhaltend matt.

	2.		6.			2.		6.	
5% Oestr. National	53		53	B	3½% Badische Obl.	82⅞		82⅞	B
5% do. Metal. (1859)	61⅝		62⅛		4% Darmstädt. do.	89⅞		89⅞	
do. (steuerfr.)	50⅝		50⅞		4½% Nassauer do.	94⅛	B	94⅞	B
5% do. Lose (1860)	71		71⅛		4% do. do.	86	B	85⅞	
— do. do. (1864)	—		85⅛		3½% do. do.	82⅞	B	82⅛	
Oestr. Kreditl. (58)	134		135⅛		4% Kurhess. do.	89⅝	B	89⅞	B
5% Bayer. Obligat.	101⅛		101⅛		3½% Frankf. do.	82⅛		82	
4½% do. do.	95⅛		95⅝		3% do. do.	—		—	
4% do. do.	88⅝		—		6% Amerik. (1882)	77⅝		77⅞	
4% do. 100Thl.-L.	101	B	101⅛	B	Oestr. Kredit. . .	193		195	
4½% Würtemb. Obl.	93⅞	B	94⅛		Oestr. Nat.-Bank	718	B	716	
3½% do. do.	82⅞	B	83⅛	B	Frankfurter do.	124⅛		124⅛	
4½% Badische do.	93⅞	B	93⅞		Bexbacher E.-B.	152⅞		153⅛	B
4% do. do.	87⅛	B	87⅛		Bayer. Ostbahnen	124		123⅛ (Akt.)	

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62¾—63 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53¾—⅞ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51¼ G.
„	4½pCt.	43¾ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	84½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	95¼ G.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	95¾ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89¾ G.
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	89¾ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89⅝ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	83½ G.
Baden	4½pCt. Obl.	93⅞—½ G.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82¾ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89¼ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	81¼ G.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	85½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82¼ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	82 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	85½ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	79¼ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 .	77¾—⅝ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	720 P. 19 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	196½—196 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	226 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	258½—59 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65¼ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29¾ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153¼ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88⅞ G.
Pfäl. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	105⅜ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52⅝—¼ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	73½ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	124¼ P.

Wechsel

in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜—¼ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99¾ G.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞ G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98½ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94⅞ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88¼ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105P. 104¾ G.
London Lst. 10 k. S.	119¾ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾—⅞ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102—101⅞ G.
do. in öst. W. l. S.	101⅞ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	132½ P. 131½ G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65¾ P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	71¾—72¼ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137 G.
„ do. v. 1864	86¼—⅜ G.
4 pCt. Bayer. Prām.-Anl.	101½ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10½ P.
Badische fl. 35	51 P. ⅜ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 G.
„ fl. 25 do.	38⅞ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35½ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 P.

Frankfurt, 8. Juni. Die Börse verkehrte in fester Stimmung. Besonders verzinsliche österr. Anlagepapiere waren merklich höher. Es scheint demnach, daß die Wiener Börse und ihrem Beispiel folgend auch die hiesige den Verlauf der Finanzdebatten und die bis jetzt erzielten bekannten Beschlüsse des Abgeordnetenhauses als das relativ günstigste Ergebniß, das zu erwarten stand, auffaßt. Creditaktien und Staatsbahn waren etwas billiger erhältlich. Amerikaner behaupteten sich sehr fest und Pacific-Bonds hoben sich seit einigen Tagen um circa 3 pCt. Süddeutsche, Eisenbahnpapiere und Wechsel ohne namhafte Veränderung. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 160.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 10. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 9. Juni. Das Gesetzblatt Nr. 37 enthält das Gesetz über das Notariat in der Pfalz, das Gesetzblatt Nr. 38 das Gesetz über die Einführung der bayerischen Gesetze in einigen neuerworbenen Gebietstheilen, und das Gesetzblatt Nr. 39 das Gesetz über die Auslieferung von Verbrechern. — Der rechtskundige Magistratsrath Schrott dahier, städtischer Schulreferent, ist auf einer dienstlichen Reise nach Stuttgart und Zürich begriffen, um sich über das anerkannt vortreffliche Volksschulwesen jener Städte an Ort und Stelle zu informiren und die deßfalls gemachten Erfahrungen für das Münchener Volksschulwesen zu verwerthen.

— Das Germanische Museum beabsichtigte den Ankauf eines im Besitze des Dr. Förster dahier befindlichen Gemäldes um den Preis von 1400 fl. Da die Mittel des Museums zur Zeit jedoch durch anderweitige Bedürfnisse so in Anspruch genommen sind, daß die Realisirung des Kaufes zweifelhaft oder doch wenigstens in eine ferne Zeit hinausgerückt schien, so hat Seine Majestät der König das Bild angekauft und dem germanischen Museum zum Geschenk gemacht.

Großh. Baden. [Keine ultramontane Gefahr.] Dem großen Geschrei gegenüber, welches badische Blätter über die Gefahren erheben, welche dem constitutionellen Leben des Staates durch die Ultramontanen drohen sollen, verdient folgende Auslassung eines badischen Correspondenten des „Schw. Merk." Beachtung:

„Man macht", so schreibt man dem württembergischen nationalliberalen Blatte, „sich auswärts großen Theils ganz falsche Begriffe über die Bedeutung des Ultramontanismus in unserem Lande; namentlich schreibt man ausschließlich ihm die Wahlsiege zu Gunsten des Antipreußenthums zu, die ja aber bei alledem doch nicht die Mehrheit bildeten. Das ist jedoch großentheils auf die erhöhte Steuer- und Militärlast zurückzuführen, der Ultramontanismus that dabei nur, was er sonst auch thut: er beutete die Situation für seine Zwecke aus und wurde dabei bei uns seltsamer Weise vom protestantischen Pietismus, den die religiös-liberale Richtung der badischen Regierung zuwider ist, unterstützt. Die Masse des Volkes hängt zwar an Religion und Confession, keineswegs aber an dem herrschenden Jesuitismus, den sie sehr wohl davon zu unterscheiden weiß. Zudem öffnet es den Leuten die Augen, wenn sie in Bayern und selbst in Oesterreich den gleichen Gang der Gesetzgebung beobachten, wie in Baden. Jedermann begreift, daß es dem Ultramontanismus hier nicht gelingen kann, das auf der ganzen Linie der civilisirten Welt verlorene Terrain zurück zu erobern. Selbst in Baden geht der ganze Parteilärm von vielleicht 10 leitenden Personen aus, unter denen jedoch nur zwei ein gewisses Talent und dabei die Neigung haben, in die Oeffentlichkeit zu treten. Die Uebrigen sind dazu zu vornehm und begnügen sich damit, dann und wann die Parole zu geben. Von einer Massenbewegung oder Theilnahme ist in gewöhnlicher Zeit nicht die mindeste Spur zu merken."

Fürstenthum Liechtenstein. [Ein Musterstaat.] Der Fürst von Liechtenstein hat sein „Heer" — das frühere Bundeskontingent betrug 70 Mann — mit Stumpf und Stiel entlassen. Dieser Souverän wäre als der nächste Präsident beim Friedenskongresse in Genf zu empfehlen. Gewöhnlich werden die gekrönten Häupter nicht selbst von den Schrecknissen des Krieges heimgesucht; aber der Herrscher Liechtensteins mußte es büßen, als die Souveräne Oesterreichs und Preußens einander bekriegten. Sein Schloß Eisgrub in Böhmen verwandelte sich in das Hauptquartier des Kronprinzen von Preußen; Preußen schliefen in seinen Betten, speisten in seinen Sälen, tranken seine Weine und schossen sein Wild. Es ist deßhalb nicht zu verwundern, daß der Fürst Weisheit aus der Erfahrung gesammelt und zur Erkenntniß gekommen, daß Kriegsruhm zu theuer erkauft werden könne, und das Ländchen ist nunmehr von seiner stehenden Armee befreit. So steht dieser Musterstaat da, ohne Staatsschuld, ohne Zivilliste, ohne Konskription und ohne Militärbudget. Um Liechtensteiner zu sein, muß man in dem Fürstenthume geboren sein. Wenn es anders wäre, wer möchte dann nicht ein Unterthan Johann's II., des neuen Friedensfürsten, sein!

Zwei dunkle Häuser.

(Aus der „N. Fr. Pr.")

(Schluß.)

Das andere dunkle Haus auf der Ostseite des Sees besuchte ich vor einigen Tagen an einem warmen und duftigen Frühlingsabende des „wunderschönen Monats Mai" als Begleiter einer liebenswürdigen Collegin, der Verfasserin des kürzlich unter dem Namen Ernst v. Waldow erschienenen interessanten Romans: „Die schwarze Käthe", der in seinen mit ebensoviel Feinheit wie Schärfe gezeichneten Gestalten ein Stück des Kampfes der großen freiheitlichen Prinzipien unseres Jahrhunderts mit den verrotteten Anschauungen und Anmaßungen einer übermüthigen Aristokratie in großen Zügen schildert. Wir ließen den Wagen an der Stelle halten, wo sich zwischen Haidekraut und Sandwellen der kaum erkennbare Pfad nach dem „Evangelischen Johannesstift" abzweigt und stiegen auf dem unwirthbaren, unebenen Terrain mit Mühe an der Seite des Sandhügels hinan, auf dessen Plateau die Fenster des Magdalenenstiftes im Nachmittags-Sonnenschein erglänzten. Die Bewohnerinnen hatten das Haus dort oben erst seit wenigen Wochen bezogen. Die frühere Anstalt, welche sich an der anderen Seite des Dorfes zwischen dichtem Gebüsch und schattigen Baumgruppen befand, hatte ich vor Jahr und Tag häufig besucht und immer die Aufopferungsfähigkeit der Frauen bewundert, welche sich dort ohne alle religiöse Ziererei und ohne alle frömmlerischen Nebenzwecke mit der Besserung und der seelischen Heilung tiefgefallener und im Schmutze des Lebens verkommener armer Geschöpfe beschäftigten. Auch das neue Magdalenenstift auf dem Plateau des Hügels war, wie das frühere Haus, mit einem aus Pfahlwerk gebildeten Zaun umgeben, der das ganze zu der Stiftung gehörende Terrain umschloß. Als wir durch die an der Rückseite des Zaunes befindliche kleine Thür eingetreten waren, fanden wir einen Theil der Bewohnerinnen im Garten und auf dem Hofe mit Gartenarbeiten, Begießen der Blumen und der Anpflanzungen, mit Wasserholen und häuslichen Verrichtungen beschäftigt, unter ihnen recht hübsche Mädchen von sechzehn, achtzehn, zwanzig bis fünfundzwanzig Jahren, in höchst reinlich gehaltenen Hauskleidern von blaugewürfeltem Kattun, um Hals und Brust ein weißes leinenes Tuch, alle von frischem, gesundem und heiterem Aussehen. Wer nicht wußte, wo er sich befand, konnte in dem Wesen, in der Thätigkeit, in dem Gesichtsausdrucke, in den Manieren dieser Mädchen auch nicht eine Spur von Erinnerung an ihre Vergangenheit entdecken. Eine Blondine mit sanften Gesichtszügen und schönen braunen Augen führte uns auf einem Wege in das Haus zur Oberin des Stiftes, welche ich bereits brieflich von unserem Besuche unterrichtet hatte.

Frau v. B. war eine Dame im Anfange der Vierziger-Jahre, mit blonden Haaren, blauen Augen und sanften, wohlwollenden Zügen, welche auf Jeden, auch der sie zuerst sah, einen äußerst sympathischen Eindruck machen mußte. Sie erzählte uns eine halbe Stunde von der Einrichtung des Stiftes und von den Bewohnerinnen und Pensionärinnen desselben. Der Umfang desselben war seit Jahr und Tag sehr gewachsen. Ihre Zahl betrug einige siebzig, während ich in dem alten Hause nur einige dreißig vorgefunden hatte. Aus den drei Helferinnen, welche der früheren Oberin in dem alten Hause ihren Beistand in ihrem Liebeswerke geliehen hatten, waren in dem neuen Hause acht geworden. Die Einrichtung war ganz dieselbe geblieben wie früher, so auch die Hausordnung. Der Tag begann hier mit der sechsten Morgenstunde und wurde mit Handarbeit, mit dem Haushalte und der Bewirthschaftung der Besitzung, mit geistiger Förderung, Besserung und Unterhaltung, mit Schreiben, Lesen und zwei kurzen Andachtsübungen zum Anfang und zum Ende des Tages ausgefüllt. Außer zwei Mahlzeiten, welche gemeinschaftlich genossen

Morgen, als am h. Fronleichnamsfeste, erscheint keine Zeitung.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 8. Juni. [Lethargie des Reichstags.] Der „Frkf. Ztg." schreibt man: Der Reichstag schleppt sich mühsam fort; nicht nur fehlt überall das rechte Leben, sondern auch die beschlußfähige Zahl der Mitglieder kann kaum zusammengebracht werden. Am Donnerstag hat Präsident Simson an die nicht anwesenden Abgeordneten telegraphirt, Freitag früh sind auch einige derselben eingetroffen; aber dennoch waren an diesem Tage wenig mehr als 150 in Berlin anwesend. Und von dieser geringen Zahl erscheinen etwa 50 nicht pünktlich bei Beginn der Sitzung, so daß anfänglich von höchstens 100 Abgeordneten über die wichtigsten Dinge verhandelt wird. Es ist wahrhaft ängstlich, zu sehen, wie viele Abgeordnete sich den Kopf darüber zerbrechen, wie dem geringen Besuch der Sitzungen gesteuert werden soll und wie, wenn das nicht angeht, wenigstens die Verhandlungen möglich gemacht werden. Gestern, als die Schlußabstimmung, betreffend das Pensionsgesetz für die schleswig-holsteinischen Offiziere, stattfinden sollte, bemerkte Abgeordneter Reinke, daß der Reichstag nicht beschlußfähig sei; statt nun die Zählung zu veranlassen, die jedenfalls die Beschlußunfähigkeit ergeben hätte, erklärte Präsident Simson, er werde die Abstimmung vertagen und zunächst das Einquartierungsgesetz vornehmen. Er erklärte damit, was er freilich bestimmt auszusprechen zögerte, daß seiner Ansicht nach zwar von einem nicht als beschlußfähig anerkannten Hause Beschlüsse nicht gefaßt, aber doch Verhandlungen gepflogen werden können. Bisher hatte allgemein gegolten, daß ein nicht beschlußfähiges Haus auch nicht verhandeln dürfe, und bisher war deßhalb auch stets nach Feststellung der Beschlußunfähigkeit die Sitzung geschlossen oder mindestens auf einige Zeit vertagt worden. Ferner hatte bisher nie der Präsident die Tagesordnung verändern dürfen, wie es hier geschah; sollte ein Gegenstand ganz abgesetzt oder hinter einen andern gesetzt werden, so fand stets über den gestellten Antrag eine Abstimmung statt. Ein solcher Antrag lag aber hier nicht einmal vor. Dann stellte der Präsident in dem nicht beschlußfähigen Hause Amendements zur Unterstützung. Diese kommen geschäftsordnungsmäßig nur zur Debatte, wenn sie die Unterstützung von 30 Mitgliedern finden. Nun ist aber doch eine so zahlreiche Unterstützung von einer Versammlung von 100 Mitgliedern viel schwerer zu erzielen, als von 149 und mehr; der Amendementsteller wird mithin benachtheiligt, wenn sein Antrag in einer nicht beschlußfähigen Versammlung zur Unterstützung gestellt wird.

Ich zweifle, daß in der Weise, wie es gestern geschehen, fortgefahren werden wird, weil so nicht fortgefahren werden kann. Während der Generaldebatte über das Einquartierungsgesetz wurde nun vom Bureau und vielen Mitgliedern sorgfältig aufgepaßt, ob 149 erschienen seien; endlich hatte man etwa 150 aufgefunden, aber ein Theil derselben, vielleicht 25, befand sich auch später nicht im Saale.

Bedenklicher aber als Alles ist ein Antrag des Grafen Münster (unterstützt unter Andern von Graf Arnim, v. Blankenburg, Dr. Braun (Wiesbaden), v. Bennigsen und v. Bockum-Dolffs), nach welchem Mitglieder, welche ohne Urlaub in zehn auf einander folgenden Plenar-Sitzungen im Hause fehlen, vom Präsidenten zum Erscheinen aufgefordert werden und, wenn sie dann doch nicht eintreten, als ihr Mandat niederlegend angesehen werden sollen. Dem Wortlaut nach wird ein solches Mitglied allerdings nicht ausgeschlossen, aber thatsächlich ist es doch der Fall. Nun verliert aber nach der Bundesverfassung ein Abgeordneter nur in einem Fall sein Mandat, nämlich wenn er ein besoldetes Staatsamt annimmt oder als Beamter eine höhere Besoldung oder einen höheren Rang erhält, und gewiß ist der Reichstag nicht berechtigt, im Wege der Abänderung der Geschäftsordnung noch andere Fälle festzustellen. Man sagt freilich, der Abgeordnete, welcher seine Pflicht nicht erfülle, verdiene es nicht mehr, Abgeordneter zu sein; aber die Entziehung des Mandats berührt nicht nur den Abgeordneten, sondern auch seine Wähler. Uebrigens ist der Antrag Münsters auch ganz unpraktisch; wie will man denn wissen, daß Jemand zehn Sitzungen hinter einander gefehlt hat, da in den Sitzungen niemals konstatirt wird, wer anwesend ist oder nicht? Es ist wahr, einen Theil der Schuld des geringen Besuchs der Sitzungen tragen andere Umstände, wie z. B. die lange Dauer und das schnelle Aufeinanderfolgen der Sessionen; die Hauptschuld trifft aber immer die Verfassungsbestimmung, nach der Diäten ausgeschlossen sind. Da ist zu bessern, alle übrigen Mittel und Mittelchen helfen nicht.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 7. Juni. [Aus der fünftägigen Generaldebatte über die Finanzfrage. Schluß.] Die gestern erwähnte Rede des Reichskanzlers v. Beust in der Finanzfrage war durch das hitzige Drängen der Ausschußmajorität zum Staatsbankerott, zur gewaltsamen Zinsenreduktion und zur 26prozentigen Couponsteuer hervorgerufen worden, durch die übertriebenen Schilderungen einiger Mitglieder dieser Fraktion von der Steuerüberbürdung in Oesterreich, von der gänzlichen Unfähigkeit der kleinen Grundbesitzer, noch weitere

---

wurden, wurde zweimal täglich Kaffee mit weißem Brote gegeben. Die finanziellen Mittel ihrer Erhaltung schöpfte die Anstalt aus der mit dem Hause verbundenen Feld- und Viehwirthschaft, aus dem Erwerb für Wäsche und Handarbeiten, aus milden Beiträgen und aus einiger tausend Thalern Staatsfonds, welche der verstorbene König bereits für die Zwecke des Stiftes ausgesetzt hatte. Auch die unglücklichen Geschöpfe, welche im Hause Aufnahme und die Mittel und Wege fanden, sich aus dem Schmutze und der Verkommenheit ihres früheren Lebens herauszureißen und eine andere Existenz zu beginnen, waren aus denselben Stätten des Elends und der Verworfenheit hieher gekommen wie ehemals in dem alten Hause. Von den Massen der großen Stadt, wo sie schon als zarte Kinder Blumen und Schwefelhölzer ausgeboten, oder wohin sie später Armuth, Leichtsinn, schlechte Erziehung oder Unglück geworfen hatten, aus den Krankenhäusern, aus den Gefängnissen — oder freiwillig, wenn sie ihr Elend und die Schmach ihres Lebens empfanden und nach einer rettenden Hand suchten, welche ihnen helfen sollte, aus dem Sumpfe der Verworfenheit, in dessen Schlamme sie schon halb versunken waren, wieder hervorzusteigen. „Ich versichere Sie, die meisten von den unglücklichen Geschöpfen, welche Sie hier sehen," sagte mir die Oberin, „sind freiwillig hierhergekommen. Oft kommen mehrere an Einem Tage in seidenen Kleidern und mit Sammtmänteln und bitten mich demüthig um eine Zufluchtsstätte, die ich ihnen natürlich nie verweigere, wenn unsere Finanzen es auch nicht gestatten." Die Mädchen bleiben gewöhnlich zwei Jahre im Hause. Nach Beendigung dieser Zeit werden sie in Berlin oder auf dem Lande in für sie passenden Stellen untergebracht. Gezwungen zu bleiben ist Keine. Die kleine Pforte an der Rückseite des Zaunes, durch welche sie eingetreten ist, steht ihr zu jeder Zeit und zu jeder Stunde offen. Im Hause der Büßerinnen am Plötzensee herrscht kein Zwang irgend einer Art. Dort waltet ein nur auf gütiges Zureden, Vorstellungen und liebevolle Behandlung gegründetes Besserungssystem, wie in dem katholischen Hause „zum guten Hirten" in Charlottenburg, welches dieselben Zwecke mit denselben Mitteln verfolgt.

Dann führte uns die Oberin durch sämmtliche Räume und Zimmer des Hauses. Alle Räume waren licht, rein und musterhaft gehalten. Die Mädchen wohnten, arbeiteten und schliefen in gemeinschaftlichen Räumen. In mehreren Zimmern fanden wir sie mit Handarbeiten, Kleidernähen und anderer weiblicher Thätigkeit unter Aufsicht einer Helferin beschäftigt. Die Schlafzimmer mit ihren eisernen, weiß bezogenen Betten sahen so hübsch und reinlich aus, wie in einer Mädchenpension, wo hohe Kostgelder bezahlt werden. Und die Mädchen selbst, welche wir in den Arbeitszimmern oder bei häuslicher Beschäftigung antrafen, sie schauten so bescheiden und so heiter aus, ihr Benehmen war so decent und verständig — ihre Vergangenheit lebte nur noch in ihren Erinnerungen.

Als ich mit meiner Begleiterin wieder am Ufer des Sees angekommen war, wo uns der Wagen erwartete, war die Sonne gerade im Untergange begriffen. Glühend roth schaute ihr Antlitz die Häuser des modernen Jesuiten-Ordens auf dem weißen Sandhügel an, daß sie wie in Blut getaucht schienen, und blutroth leuchtete der Abendhimmel hinter ihnen in feuriger Gluth. Plötzlich stieg auf dem Plateau des Hügels ein sonderbarer Gesang auf. Der Gesang hatte eine halb kriegerische, halb priesterliche Tonfärbung. Es klang wie ein Pfaffenlied und doch auch wieder wie ein Kriegsmarsch. „Was ist denn das für ein gräulicher Gesang?" fragte mich Fräulein von Blum. „Hören Sie?"

„Gewiß; das ist der Kriegsgesang der militärisch-theologischen Brüderschaft dort oben, unter dessen Klängen ihre Sendboten alle Tage ausziehen, um gegen die freiheitliche Welt zu streiten. Es ist das Lied der Finsterniß, welches diese Söldner der Finsterniß allabendlich singen. Dort oben, wo wir soeben waren, wird das Evangelium der Liebe nicht allein gepredigt, sondern auch bethätigt. Aber da drüben in dem dunklen Hause der Pietisten und der Mucker athmet jeder Ton des Kriegsgesanges das Evangelium des Hasses. Hören Sie? Der Wind trägt die Worte deutlich über den See." Und der leise Hauch des Abendwindes trug die Worte zu uns herüber:

„Lege mir die Rüstung an, die Gott selbst bereitet,
Daß ich sicher stehen kann, wenn der Arge streitet,
Dessen List mächtig ist,
Uns mit tausend Tücken teuflisch zu berücken."

Abgaben auf sich zu nehmen. Herr v. Beust sprach in seiner Eigenschaft als Minister des Auswärtigen und demgemäß in sehr diplomatischer, seine eigentliche Absicht nur leise andeutender Form. Er gab zu verstehen, daß schon die Regierungsvorlage, welche eine freiwillige, nicht gezwungene Convertirung der Staatspapiere und eine Couponsteuer von nur 17 Prozent beantragt, ihm diplomatische Reklamationen und Weiterungen zugezogen habe, daß er jedoch diesen Standpunkt noch vertreten könne, wenngleich ihm damit eine schwere Last aufgebürdet werde. Anders sei es mit den exorbitanten Anträgen der Ausschußmajorität, und er sprach in ernstlich warnendem Tone die Erwartung aus, das Abgeordnetenhaus werde auch diese Seite der Frage nicht aus dem Auge lassen, es werde „der Aufgabe Rechnung tragen, welche der Minister des Aeußern unter (schon im Uebrigen so) schwierigen Zeitverhältnissen zu lösen hat“; es werde „es nicht als seinen Beruf betrachten, diese Aufgabe noch zu erschweren und durch Potenzirung einer allerdings unwillkommenen, aber durch zwingende Umstände gebotenen Maßregel deren Vertretung nach außen fast zur Unmöglichkeit zu machen.“

Diese eigentliche Spitze der Rede des Ministers war also direkt gegen die Ausschuß-Majorität, namentlich gegen die Herren Skene und Mayer, gerichtet. Nach dem Reichskanzler traten auch noch die Abgeordneten Dienstl und Groß für den schweigsamen Finanzminister ein. Sie stellten die vom Ausschusse behauptete Nothlage der Steuerpflichtigen in Abrede, er sei den Beweis schuldig geblieben, daß Oesterreich nicht ohne Zinsen-Reduktion seinen Verpflichtungen nachkommen könne, und Dr. Groß bedauerte, daß beide Parteien des Ausschusses die sehr angemessene Vermögenssteuer abgelehnt hätten; dies sei aber nur geschehen, weil in dem Ausschusse „lauter Reiche und Bemittelte sitzen.“ Dann den Abgeordneten Skene direkt apostrophirend, fand der Redner es unbegreiflich, wie dieser Herr (der bekanntlich ein reich gewordener Armee-Lieferant ist) in der Delegation dem Kriegsminister so bereitwillig, ja, zuvorkommend sich erweisen, 900,000 Hinterlader in einem Jahre um einen enormen Preis bewilligen, ein Befestigungssystem von sehr zweifelhaftem Nutzen, das an Kosten 45 Millionen in Aussicht stelle, inauguriren und zuletzt dem Kriegsminister noch 4—5 Millionen mehr, als er begehrte, aufoctroyiren konnte, und wie derselbe Herr jetzt hier im Abgeordnetenhause sagen kann: Wir können nicht zahlen, wir müssen den Staatsgläubiger verkürzen! Der Präsident verwies dem Abgeordneten zwar diese persönlichen Ausfälle, aber die lebhafte Zustimmung des Hauses zeigte, daß dieses die unerschrockene Aufrichtigkeit wohl zu würdigen wußte, mit welcher Dr. Groß den Finger auf eine der faulsten Stellen in Oesterreich legte. Leider ist es eine landläufige Wahrheit, daß die Politik, welche das Gemeinwohl im Auge hat, hier meist erst in zweiter Reihe zu stehen pflegt und hinter die rein persönlichen Interessen des Einzelnen zurücktreten muß, wenn diese Gesinnung auch nicht oft mit solchem Cynismus sich breit macht, wie bei dem Abgeordneten Skene.

Auch in der Sitzung am 5. ds. mußte der Berichterstatter der Ausschußmajorität (Skene) einige verständliche Anspielungen des Abg. Dr. Sturm über sich ergehen lassen. Dieser Redner sowohl als der Abg. Kaiser sprach für die Anträge der Ausschuß-Minorität, aber, wie sie selbst andeuteten, nur deßhalb, weil die Regierungsvorlage keine Aussicht hätte, durchzubringen.

Aus dieser Sitzung ist ferner hervorzuheben, daß der Abg. Petrino darauf hinwies, wie der Umstand, daß die Regierung es unterlassen habe, sich mit den ihr nahestehenden Parteien des Hauses zu verständigen, einen Zersetzungsprozeß im Hause hervorgerufen habe, so daß die Führer der Majorität sich gegenseitig angreifen, und ebenso die der Minorität. In Wahrheit trägt wohl die allzu große Zurückhaltung des Finanzministers einige Schuld an der Zerfahrenheit des Hauses. — Der Abg. Rechbauer glaubt, daß die dauernde finanzielle Ordnung nur durch eine gänzliche Abänderung der Heereseinrichtung herzustellen sei. Statt der bisherigen Armee, die seit 1849 über 2000 Millionen gekostet habe, müsse ein Volksheer eingeführt werden, wie es in Amerika, der Schweiz und theilweise in Tyrol und Vorarlberg besteht. Baron Tinti will wenigstens den Präsenzstand sogleich bis auf 400,000 Mann vermindert haben, und hält außerdem die stabilen Gesandtschaften für eine unnütze Last; Geschäftsträger könnten dasselbe besorgen. — Die Polen im Abgeordnetenhause erklärten sich gegen jede Verminderung des Heeres und für den Staatsbankerott.

Am letzten Tage der Debatte, am Samstage, beantwortete der Berichterstatter der Majorität, Abg. Skene, alle gegen diese gerichteten Argumente und Angriffe in einer zweistündigen Rede, die zuweilen so persönlich wurde, daß der Präsident einschreiten mußte. Nach ihm sprachen die Minister Berger, Brestel und Auersperg. Hervorzuheben ist die Rede des Zweiten. Der Finanzminister behauptete, der Abzug, den die Regierung beantrage, beruhe auf einer rechtlichen Anschauung. Er äußerte sich: „Wenn das Reich fortbestanden wäre,

---

Das Wettrennen im Boulogner Holze.

Paris, 7. Juni.

Heute fand auf dem Longschamps des Bois de Boulogne das Haupt-Wettrennen von Paris statt. Der große Preis beträgt bekanntlich 100,000 Franken, die zur Hälfte von der Stadt Paris und zur Hälfte von den fünf großen Eisenbahn-Compagnieen geliefert werden. Dieser Preis, um den sich sowohl fremde wie französische Pferde bewerben können, erregt selbstverständlich den Nationalstolz der Pariser in höchstem Grade, und Alles begibt sich an diesem Tage nach dem Bois de Boulogne. Das Wetter war nicht ungünstig. Der Himmel war nämlich bewölkt und die Hitze daher nicht zu groß und man kann immerhin von Glück sagen, daß es nicht zum Regnen kam. Die Pariser waren heute um so mehr gespannt, als der Kampf auf dem Longschamps zwischen den französischen und den englischen Pferden so zu sagen ein entscheidender war (der Preis besteht seit sechs Jahren und wurde drei Mal von den Franzosen und drei Mal von den Engländern gewonnen) und man außerdem mit einiger Aengstlichkeit erwartete, ob der Kaiser bei dem Wettrennen erscheinen oder ob ihn seine rheumatischen Schmerzen in den Tuilerieen zurückhalten würden. Die Menge, die sich auf dem Longschamps eingefunden, war ungeheuer und man kann sagen, daß sich wohl ein Viertel von Paris dort befand. Selbstverständlich waren alle Klassen der Gesellschaft vertreten und neben den reichsten Toiletten und Anzügen bemerkte man die Blouse des Arbeiters und die einfache Tracht der Grisette, wenn man dieselbe überhaupt noch einfach nennen kann.

Die Rennen begannen um 2 Uhr präcis. Weder der Kaiser, die Kaiserin noch der kaiserliche Prinz waren bis dahin gekommen. Nur bemerkte man in der kaiserlichen Tribune den Grafen und die Gräfin von Flandern, die gestern hier eingetroffen sind, und einige andere hochgestellte Persönlichkeiten. Nach dem ersten Rennen, etwa um halb 2 Uhr, erschien der kaiserliche Prinz und nahm auf der kaiserlichen Tribüne Platz. Er wurde ziemlich kalt empfangen, d. h es wurde gar nicht gerufen. Er war von dem kleinen Conneau und seinem Gouverneur begleitet und trug einen blauen Anzug mit rothen Strümpfen. Die Menge, die sich auf und um das Longschamps eingefunden hatte, vergrößerte sich immer mehr und mehr, und ein aufmerksamer Beobachter, dem es gerade nicht zu sehr um das Wettrennen zu thun war, konnte bemerken, daß unter der feinen Damenwelt eine Aenderung in der Kopfbedeckung eingetreten ist. Die Hüte, welche bis auf ein Band und einige Blumen zusammengeschmolzen waren, sind nämlich wieder größer geworden. Es scheint, daß das schöne Geschlecht anfängt, einzusehen, daß es doch zu wenig gegen Wind und Wetter und besonders gegen die Sonne geschützt ist.

Während Ihr Korrespondent über die vielen Moden, die seit den letzten Jahren seine Aufmerksamkeit erregt, seine Reflexionen machte, war es halb 4 Uhr geworden, welche Zeit für den Kampf um den großen Preis festgesetzt war. In diesem Augenblick entstand eine gewisse Bewegung unter der Menge. Es war nämlich der Kaiser und die Kaiserin, welche angefahren kamen. Der Kaiser, welcher nicht so gut aussah, wie vor seinem letzten Unwohlsein, war in einen dicken Ueberrock gehüllt. Doch sah er gerade nicht sehr düster aus. Die Kaiserin war, wie immer, sehr graziös. Sie schien der neuen Mode schon zu huldigen, denn ihr Haupt schmückte ein ziemlich großer Strohhut nach dem neuesten Geschmack, d. h. er war so groß, daß man ihre Kopfbedeckung am Ende auch für einen Hut halten konnte. Derselbe war mit Strohhalmen und einer großen rothen Blume, welche vornan angebracht war, geziert. Ihr Kleid war von weißer Farbe, worüber ein blaues Umschlagtuch geworfen war.

Der Empfang, der Ihren Majestäten wurde — ich glaube, die Großfürstin Marie von Rußland befand sich in ihrem Wagen —, war ein kalter; es wurde fast gar nicht gerufen, was übrigens daher kommen mag, daß die ungeheure Menge, welche auf dem Longschamps versammelt war, schon ganz unter dem Einflusse des großen Wettkampfes stand, der gerade seinen Anfang nehmen sollte. Kaum hatten Ihre Majestäten auf der Tribune Platz genommen (die Kaiserin hatte auf ihrer Linken den Grafen von Flandern, auf dessen Seite sich der kaiserliche Prinz befand, während zur Rechten des Kaisers die Gräfin von Flandern saß), als die Pferde, welche um den großen Preis wettlaufen sollten, auf dem Platze erschienen. Die Spannung unter dem Publikum war ungeheuer. Fast alle Franzosen hatten gehofft, daß Suzerain den Sieg davontragen werde. Dies geschah aber nicht.

kann, darüber besteht kein Zweifel, hätten die Steuerträger für das ganze Defizit einstehen müssen. Da nun aber das Reich ohne unser Verschulden in 2 Theile zerfallen ist, muß diesen Verhältnissen Rechnung getragen werden. Wir haben nur so viel zu zahlen, als wir den Staatsgläubigern hätten zahlen müssen, wenn das Reich fortbestanden hätte.“ Seltsam, daß die österreichischen Staatsgläubiger rechtlich verpflichtet sein sollen, die Kosten des Ausgleiches mit Ungarn zu tragen! Ueber die Vermögenssteuer äußert der Finanzminister sich folgender Maßen: „Vor Allem war dabei auf die Opferwilligkeit der Bevölkerung gerechnet. Ich hatte geglaubt, daß diese Opferwilligkeit vorhanden sei; wenn aber die Volksvertreter selbst das Gegentheil annehmen, dann kann ich allerdings auf meinen Anträgen nicht bestehen.“ Der Finanzminister versprach, auf Herabminderung des Militäraufwandes bedacht zu sein, und erklärte schließlich: „Sollte das hohe Haus sich gegen die Vermögenssteuer aussprechen, so kann die Regierung auf ihrer Vorlage nicht beharren. Sollte sich das hohe Haus für die Resolution der Minorität aussprechen, so wird die Regierung nicht versäumen, die entsprechenden Vorlagen noch in dieser Session vor das hohe Haus zu bringen. Jedenfalls aber wird die Regierung die Vorlagen über die Reform der direkten Steuern sofort bei Beginn der Herbst-Session an das Haus gelangen lassen.“

Wien, 8. Juni. [**Bruch zwischen den Klerikalen und Feudalen.**] Der „Allg. Ztg.“ schreibt man: Es sind zwischen den bisher gegen die neue Ordnung im Staat Rücken an Rücken kämpfenden Bundesgenossen, zwischen den Feudalen und den Klerikalen, in der letzten Zeit jedenfalls Dinge vorgefallen, von denen sich die Philosophie nichts träumen ließ; ein Bruch zwischen ihnen ist vielleicht schon vollzogen, sicher im Anzug, und die Bedeutung dieser Thatsache wird nicht zu unterschätzen sein. Das feudale Organ, das „Vaterland“, hatte vor einigen Tagen, augenscheinlich in übelster Laune, nicht ohne einen ziemlich deutlichen Hinweis auf den nachlassenden Eifer seiner frühern Kampfgefährten von „Bediententhum“ und „Bedientenseelen“ gesprochen; sofort antwortete das klerikale Organ, der „Volksfreund“, mit der bestimmten Erklärung: daß seine Partei nicht die mindeste Neigung habe, für andere die „Kastanien aus dem Feuer zu holen.“ Das „Vaterland“ lenkte ein; das verletzende Wort habe durchaus nicht den treuen Freunden gelten können und gegolten, und nimmer dürften sich um nebensächliches diejenigen entzweien, welche für dasselbe große Ziel den Kampf aufgenommen. Der „Volksfreund“ aber, die Entschuldigung utiliter acceptirend, „bleibt dabei“ — und es ist nicht schwer zwischen den Zeilen zu lesen — „daß der Widerstand gegen unchristliche und unkirchliche Gesetze ihm kein politisches Manöver, sondern ernste Gewissenspflicht bedeutet, daß den Bischöfen hiebei allein die Führung und das entscheidende Wort zusteht, und daß die Opposition, nicht gegen die staatliche Gewalt, sondern gegen bestimmte Maßnahmen derselben, wenn sie für den gläubigen Katholiken zur traurigen Nothwendigkeit geworden ist, um so stärker und erfolgreicher sein wird, je mehr sie nichts anderes als die Sache Gottes im Auge hat.“ „Wir haben wohl Grund — so schließt diese Auslassung, die einem förmlichen Absagebrief zum Verwechseln ähnlich sieht — wenn wir gerade in Oesterreich für den Kampf, der hier der Kirche bevorzustehen scheint, den letztern Punkt ganz besonders betonen.“ Das „Vaterland“ hat noch kein Wort der Entgegnung darauf gefunden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. 1. 8. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	64 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 5/8—7/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54—5/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 3/8—5/8 G.
„	4 1/2pCt.	48 [illegible] G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	84 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	—
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 P.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 1/2 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	89 3/8 G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	89 3/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 1/4 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	83 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 G.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	84 3/4 G.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	—
„	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 [illegible] G.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	82 1/4 P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	3 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 3/8 P.
„	6pCt. ditto v. 1882	77 5/8—7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725—28 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2—196 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	227 1/2 P. 27 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	110 P.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	259 1/2—60 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	126 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65 P. 64 1/2 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29 7/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 1/2 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	89 1/4 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	193 3/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	—
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/4 P. 52 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 G.
Südl. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	42 3/8 P. 1/4 G.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	124 1/4 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4—1/4 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P. 94 3/4 G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105P. 104 3/4 G.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4—7/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102—1/2 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/8 P. 101 7/8 G
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	134 G.
„	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	65 7/8 P. 3/4 G.
„	fl. 500 v. 1860 6/7	72 7/8—73 1/8 G
„	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137 [illegible]/4 G.
„	do. v. 1864	88 1/4 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		101 7/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10 1/4 P.
Badische fl. 35		51 P. 7/8 G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 1/2 G.
„ fl. 25 do.	38 3/8 P.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/2 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 1/4 P. 12 7/8 G.

Frankfurt, 9. Juni. Die Börse war sehr bewegt und in bestem Animo für österr. Papiere. Der Zauber des fait accompli tritt auch hier in seine Rechte und wirkt — wenigstens im ersten Treiben — die noch so düstere Sicherheit günstiger, als die absolute Unsicherheit. Wien gibt den Impuls zu günstiger Auffassung der jetzigen österreichischen Finanzlage und die Spekulation — und wie nach der heutigen Festigkeit der zinstragenden Anlagepapiere zu schließen — auch das Privatpublikum folgt nach. (Synd.)

Der Sieger war „The Earl“, dem Marquis of Hastings angehörend, von dessen Unglücksfällen auf dem englischen Turf in der letzten Zeit so vielfach die Rede war. Suzerain, Herrn Schickler angehörend, war nur der zweite; ihm folgte Nelusko (Graf de Lagrange), der vierte war Pale Royale (Herrn Godding angehörend), und der fünfte Blue Kim (Godding). Die Enttäuschung unter den Franzosen war eine große. Es ertönte fast kein einziger Ruf; man kann sogar sagen, daß, als der Sieger proklamirt wurde, fast eine Todesstille unter der ungeheuren Menge herrschte. Den Kaiser selbst schien die Sache sehr unangenehm zu berühren, wenn er natürlich auch die Vase, die er zu dem Hunderttausend-Francs-Preise hinzugefügt hat, dem Marquis of Hastings in höchst freundlicher Weise mit seinen höchsteigenen Händen übergab. Jedenfalls war der Contrast zwischen dem Auftreten der Pariser von heute und dem, als das Pferd des Grafen de Lagrange vor drei Jahren den Sieg über den Engländer gewann, ein höchst seltsamer. Damals stürzte sich Alles mit den begeistertsten Rufen nach der kaiserlichen Tribune hin, während heute Alles kalt blieb.

Gleich nach diesem Hauptrennen und ohne das letzte abzuwarten, fuhren der Kaiser und die Kaiserin nach den Tuilerieen zurück. Das Publikum, das, ich möchte beinahe sagen, wüthend über die Niederlage des Suzerain war, verhielt sich fast noch ruhiger, als bei der Ankunft Ihrer Majestäten. Der Kaiser selbst machte ein höchst verdrießliches Gesicht, was um so begreiflicher ist, als man mit Sicherheit darauf gerechnet hatte, daß der auf dem englischen Turf so arg geschlagene Marquis of Hastings das nämliche Schicksal in Paris haben werde. Die hiesigen Engländer sind natürlich voll Jubel. An hundert Personen waren heute Abend halb 7 Uhr auf den Telegraphen-Bureaux des Börsenplatzes anwesend, um den Sieg des englischen Pferdes nach London zu melden. (Köln. Ztg.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

N[illegible] Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 161.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 12. Juni 1868.

Ein Versuch zur Lösung der Arbeiterfrage.

Die in England schon in den 40er, 50er Jahren gemachten Versuche mit den Cooperative Societies, sowie die namentlich in den letzten Jahren entstandenen Industrial Partnerships, zu welchen sich einige große englische Fabrikbesitzer mit ihren Arbeitern in gewisser Weise associirten, um deren Interesse mit dem ihrigen eng zu verbinden, riefen bei dem in der Presse schon vielfach genannten Berliner Fabrikbesitzer Wilh. Borchert jun. die Idee hervor, ein ähnliches Experiment auf dem Continent zu wagen. — Die zu Grunde liegende Absicht dabei war namentlich, seine sämmtlichen Beamten und Arbeiter nicht nur am Reingewinn zu betheiligen, sondern ihnen auch Gelegenheit zu geben, sich allmählich aus dem Stande der Arbeitnehmer in den der Arbeitgeber aufzuschwingen.

Dieses Experiment ist nun zur Ausführung gekommen, und wird das Jahr 1868 als Probejahr dienen, nach dessen Ablauf entschieden werden soll, ob der Versuch in ein Definitivum übergeführt werden kann, oder ob er aufzugeben ist und die Fabrik zu den alten Zuständen zurückkehren muß. — Um nun von vornherein jedes Mißtrauen zu beseitigen, mit dem die Arbeiter gewöhnlich alle derartigen neuen Zustände ansehen, hat Herr Borchert die Einrichtung getroffen, daß er das von seinen Employés eingezahlte Geld vorläufig vor jedem Risico sicher stellt und es dennoch zu voller Höhe an dem zu erwartenden Gewinn theilnehmen läßt. In Folge dessen haben sich auch die Arbeiter fast ohne Ausnahme, je nach Kräften, bei den Einzahlungen betheiligt; indessen ist im Interesse der Sache selbst zu hoffen, daß diese Bestimmung nicht länger als dieses Jahr in Kraft bleibt, denn nach unserer Ansicht kann eine gesunde Societät unter den Capitalinhabern nur dann bestehen, sobald alle Theilnehmer nach der Höhe ihres Antheils nicht nur dieselben Rechte beanspruchen, sondern auch dieselben Pflichten erfüllen!

Die Fabrik, ein großes Messingwerk in Berlin (Kochstraße 30), ist zu Ende vorigen Jahres laut Inventur incl. Gebäude, Maschinen, Utensilien, Waaren rc. auf 300,000 Thaler veranschlagt. Diese Summe ist in 6000 auf den Namen auszustellende Antheilscheine à 50 Thaler zerlegt worden und deren Erwerbung den in der Fabrik beschäftigten Beamten und Arbeitern innerhalb eines gewissen, längeren Zeitraumes anheimgestellt.

Im ersten Jahre (1868) ist die Erwerbung von $^1/_{10}$ des Gesammtkapitals gestattet, also von 600 Antheilen mit zusammen 30,000 Thalern, während $^9/_{10}$ ohne jede Einschränkung zur Disposition des ursprünglichen Besitzers bleiben. Zur Erleichterung der Einzahlungen wird es gestattet, sofort bei der Zeichnung pro Antheil 6 Thaler zu erlegen und zur Completirung desselben in 11monatlichen Raten je 4 Thaler nachzuzahlen.

Ueber jede Einzahlung wird eine auf den Namen lautende Interimsquittung ausgestellt, die jedoch nicht dem Erwerber des Antheils ausgehändigt wird, sondern in einem Depositorium bleibt, das von den Antheilinhabern mit verwaltet wird. Diese zwegen des Provisoriums nothwendige Einrichtung ist auch insofern wichtig, als sie nicht zuläßt, daß die Antheile von dem Fabrikpersonale veräußert oder beschwert werden können.

Etwa zu entlassende oder austretende Arbeiter erhalten auf Verlangen ihre Einlagen zurück nebst 5 Prozent Zinsen, die nach der Länge der seit der Einzahlung verflossenen Zeit berechnet werden.

Zu Ende des Jahres wird dann festgestellt, auf welche von Anfang bis Schluß desselben im Geschäfte befindlich gewesene Summe der Antheil eines Jeden sich berechnet.

Die hieran sich knüpfenden näheren Bestimmungen lassen wir bei Seite, als für das Prinzip unwesentlich, und gehen zur Verwaltung der Genossenschaft über. Dieselbe wählt sich einen Vorstand von 3 Mitgliedern, wobei maßgebend ist, daß 1 Antheil zu 1 Stimme berechtigt, 2—3 Antheile zu 2 Stimmen, 4—6 zu 3 Stimmen, 7 bis 10 zu 4 Stimmen, über 10 zu 5 Stimmen und jede weiteren 10 Antheile zu 1 Stimme mehr. Vertretungen sind unzuläßig. — Diese 3 Vorstandsmitglieder versammeln sich allmonatlich beim Geschäftsinhaber, werden von demselben über alle auf das Geschäft einflußreichen Fragen, Verhältnisse und Ereignisse unterrichtet, welche zur Erledigung besprochen werden, ohne daß der Vorstand ein Recht hat, geschäftliche Dispositionen zu annulliren oder zu modifiziren. Eine mitbeschließende Theilnahme dieses Vorstandes soll erst eintreten, wenn die Genossenschaft $^3/_{10}$ des Gesammtkapitals in Händen hat. Die schon erwähnte Verwaltung des Depositoriums steht gemeinschaftlich mit dem Geschäftsinhaber diesem Vorstande zu.

Den Beamten werden wie in den vorangegangenen Jahren die Gehalte, den Arbeitern ihre Stück- oder Zeit-Löhne nach den bisher üblichen Sätzen ausgezahlt; dazu tritt noch das Gehalt des bisherigen Fabrikbesitzers mit 3000 Thalern, welches derselbe als nunmehriger Dirigent und erster Arbeiter bezieht.

Prozeß Chorinsky.

München. Die Anklageschrift gegen den Grafen Chorinsky lautet nach dem „Kur. f. Niederb.“:

Anfangs Oktober v. J. hatte sich unter dem Namen Mathilde Baronin v. Ledske in der Amalienstraße Nr. 12/4 bei der Kabinetsdienerswittwe Elise Hartmann eine Dame eingemiethet und lebte dort äußerst einfach und sparsam, fast ohne allen gesellschaftlichen Verkehr. Am 20. November wurde jedoch, wie sie ihrer Miethfrau sagte, diese stille Zurückgezogenheit durch den Besuch einer ihr bis dahin unbekannten, von sehr lieber Seite empfohlenen Dame aus Wien unterbrochen, und sie traf zugleich Anordnungen, welche erkennen ließen, daß sie die Fremde für den nächsten Tag zum Thee gebeten habe. Diese fand sich denn auch nach einem wiederholten Morgenbesuche am 21. um $4^1/_2$ Uhr ein und brachte mehrere Stunden in heiterer und vertraulicher Unterhaltung mit der Baronin zu. Um 6 Uhr Abends hatte letztere, nachdem sie schon unter Tags ihre Absicht, mit der Fremden das Aktientheater zu besuchen, geäußert hatte, sich von Fanny Hartmann, der Tochter ihrer Miethgeberin, ein Opernglas erbeten, und eine halbe Stunde später trat die Fremde auf den Gang hinaus, rief Frau Hartmann und bat sie, eine Droschke herbeizuholen. Bei ihrer Rückkehr fand dieselbe das Zimmer der Baronin verschlossen und alles stille, und glaubte daher, die Damen hätten sich, ohne die Droschke abzuwarten, entfernt. Als jedoch nicht nur am nächsten, sondern auch am zweiten Tage das Zimmer geschlossen blieb und die Baronin sich nicht zeigte, wurden ihre Hausgenossen, welche sie anfangs in der Gesellschaft der Fremden geblieben wähnten, besorgt und drangen, nachdem sie in dem ihnen bekannten Absteigequartier der letzteren, dem Gasthofe zu den vier Jahreszeiten, erfahren hatten, daß diese schon am 21. Abends allein abgereist sei, durch eine nicht benützte Seitenthüre in das Zimmer der Baronin ein. Hier fand nun ihr räthselhaftes Verschwinden eine grauenvolle Erklärung. Zwischen Tisch und Sopha lag längs dem letzteren und wie von ihm hinabgesunken, den Kopf auf dessen Rand, ihre Leiche, mit den Zeichen des schon länger eingetretenen Todes. Spuren äußerer Gewalt waren nicht zu bemerken, aus dem Munde aber hatte sich Blut ergossen. Der Tisch war wie am 21. Abends zur Zeit des Besuches der Fremden zum Thee servirt, jede der beiden Tassen noch halb gefüllt, von dem vorhandenen Fleisch, Backwerk und Obst wenig genossen, der Thee jedoch aus der Kanne in den gläsernen Wasserkrug gegossen, die Theekanne selbst nirgends zu finden. Die Kerze war nicht heruntergebrannt, sondern ausgelöscht, der Zimmerthürschlüssel verschwunden. Diese auffallenden Umstände erregten den Verdacht eines Verbrechens und veranlaßten die gerichtliche Obduktion der Leiche, welche, am 24. November von dem k. Gerichtsarzte Prof. Dr. Martin und dem k. Prof. Dr. Riedinger vorgenommen, ergab, daß der Tod weder durch eine innere aus dem Organismus selbst entwickelte Erkrankung, noch durch Einwirkung äußerer Gewalt verursacht war. Wohl aber sprachen untrügliche Beweise: der charakteristische Geruch des Magen-

Neben dieser Remuneration der Arbeit kommen die Ausgaben für das in der Fabrik angelegte und flüssige Kapital in Betracht. Dasselbe soll ordnungsmäßig auf gleicher Höhe bleiben, es sind daher regelmäßig die consumirten und abgenutzten Materialien rc. zu ersetzen; ferner muß die Abnutzung an Gebäuden, Maschinen, Apparaten u. s. w. als Ausgabe in Rechnung gebracht werden; sodann ist die Verzinsung des Kapitals in Ansatz zu bringen, und endlich ist eine Kapital-Risico-Prämie ausgeworfen, unter welche Rubrik die Feuerversicherung, Transport-Versicherung, Selbstversicherung gegen Stockungen und Krisen gehört. Diese Selbstversicherung wird durch Ansammlung eines starken Reservefonds beabsichtigt. Die alle Versicherungen umfassende Risico-Prämie ist mit 6 Prozent angenommen worden.

Ergibt nach Bestreitung aller dieser Ausgaben die Jahresbilanz einen Ueberschuß, so gelangt derselbe zur Vertheilung, und zwar die Hälfte an das Kapital, die andere Hälfte an die Arbeit. Die Dividende, oder die erste Hälfte, vertheilt sich gleichmäßig auf die 6000 Antheile pro rata des Einschusses; der Bonus dagegen, die für die Arbeit bestimmte Hälfte, unterliegt noch speziellen Bestimmungen, von denen wir als die Hauptsache Folgendes hervorheben:]

Zunächst kommen von demselben die den vier ersten Beamten der Fabrik (mit Ausschluß des jetzigen Besitzers) contraktlich zugesicherten Tantièmen in Abzug. — Sodann wird unterschieden zwischen denjenigen, welche feste Gehalte oder Zeitlöhne beziehen, und denen, welche Akkord- oder Stück-Löhne empfangen haben. Erstere participiren an dem Bonus mit einer höheren Quote als letztere, weil diese für ihre Akkordarbeit schon gewissermaßen eine Brutto-Tantième bezogen haben.

Selbstverständlich ist auch der Fall vorgesehen, daß sich am Ende des Jahres kein Ueberschuß ergibt, also weder von Bonus noch von Dividende die Rede sein kann; ist mit Schaden gearbeitet worden, so daß die Ausgaben die Einnahmen übersteigen, so soll nach der ursprünglichen, auch allein richtigen Bestimmung das Kapital der Antheilinhaber zur Mitleidenschaft gezogen werden. Zunächst kommt hierbei natürlich die Verzinsung und die Selbstversicherung in Betracht, die in diesem Falle beide unterbleiben müssen bis zur Höhe des erlittenen Verlustes. — Diese Bestimmung ist, wie schon Eingangs dieses Artikels erwähnt, für dies Jahr aufgehoben, so weit sie das Kapital der Arbeitnehmer anbetrifft. Tritt indeß ein solcher Fall erst nach mehreren Jahren ein, so wird der hierfür gesammelte Reservefonds zuerst in Anspruch genommen, selbst zur Erfüllung der Zinszahlung für das arbeitende Kapital.

Zum Schluß ist noch zu bemerken, daß es nicht von sämmtlichen Beamten und Arbeitern verlangt wird, sich sofort oder überhaupt mit Kapital an der Gesellschaft zu betheiligen; es hat aber die Nichtbetheiligung die Folge, daß bei einer etwaigen durch Geschäftsstockungen bedingten Einschränkung des Betriebes diejenigen entlassen werden, welche nicht Antheil-Inhaber geworden sind. Die Antheilbesitzer bleiben alle beschäftigt, nur wird bei noch größerer Einschränkung, wenn sie nothwendig werden sollte, die Arbeitszeit entsprechend verkürzt.

Obgleich das Alter derartiger Genossenschaften, wie der hier in großen Zügen geschilderten Borchert'schen, nicht viel über 2 bis 3 Jahre hinausgeht, so befinden sich doch in ihrem Ursprungslande England 20 Fabriken mit 16,000 Arbeitern, darunter eine auf 1,600,000 Pfd. Sterling abgeschätzt, welche mit Vortheil und zur Zufriedenheit arbeitet. Ob sich dies Resultat erhalten wird, wenn die Arbeitnehmer schließlich vollständig ihre eigenen Arbeitgeber geworden sind, bleibt abzuwarten.

Das ist nämlich das Ziel, auf welches auch Herr Borchert hinarbeitet. Ob zehn Jahre und noch mehr hingehen, ehe es definitiv erreicht wird, ist ihm gleichgiltig. Wenn nur die Theilnehmer diesen Endzweck im Auge behalten, so glaubt er damit (d. h. in der möglichst wenig durch Capital prädominirenden Stellung eines oder weniger Einzelnen) die gesuchte Verschmelzung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu einem Stande und dadurch den dauernden Frieden zwischen Kapital und Arbeit zu erreichen.

Wir aber wünschen von Herzen, daß ihm das gelingen möge, denn, erreicht er dieses Ziel, so wäre damit allerdings ein erheblicher Schritt zur Lösung der socialen Frage überhaupt gewonnen.

Süddeutschland.

Würtemberg. [Landtags-Neuwahlen.] Für die nächsten Tage wird, der „Fr. Z.“ zufolge, ein Regierungserlaß erwartet, durch welchen die Neuwahlen zur zweiten Kammer angeordnet werden. Die „Volkspartei“ meldet ihre Agitation denn auch bereits an. Der heutige „Beobachter“ bringt die erste Ansprache des Landeskomite's an die Wähler. Dieselbe enthält kein Wahlprogramm, sondern beschränkt sich darauf, das neue Wahlgesetz zu erläutern und alle Wahlberechtigten aufzufordern, dafür zu sorgen, daß ihre Namen in die Listen eingetragen werden. Daß die Wahlen zu dem Landtage in Verbindung mit dem Projekt des Südbundes gesetzt werden sollen, geht u. A. aus einer Notiz des „Beobachters“ hervor, der bisher nur die Urtheile der übrigen partikularistischen Blätter über den Südbund gesammelt, nunmehr aber verheißt, daß er in nächster Zeit selbst eine eingehende Besprechung „unter Zugrundelegung eines vom Landescomité berathenen Programms zu den Landtagswahlen“ bringen werde.

Großh. Baden. [Zum Kirchenstreit.] Dem „Frkf. J.“ schreibt man: Ob der päpstliche Stuhl bereits, wie eines unserer ultramontanen Blätter wissen will, die Ansicht des Freiburger Domkapitels über die Aufstellung seiner Wahlliste und die bezüglichen Rechte der Regierung adoptirt hat, dürfte noch zweifelhaft sein, wenn es auch richtig ist, daß das Capitel eine Anfrage in dieser Beziehung nach Rom gerichtet hat. Die päpstliche Curie weiß je nach Umstän-

---

inhalts, die Blutüberfüllung der Gefäße des Kopfes und der Brust, ein bedeutender Blutaustritt auf der Magenschleimhaut, die abnorme Flüssigkeit des nicht gerinnenden Blutes für eine Vergiftung durch ein Blausäurepräparat. Die chemische Untersuchung bestätigte diese Annahme. Im Blute, in den Eingeweiden und im Magen wurde noch am 5. und 9. Tage nach dem Tode freie Blausäure, und zwar im Magen allein in einem Maße von 1,2 Grammen, nachgewiesen. Auf Grund der Befunde und Gutachten der Chemiker erklärten die Gerichtsärzte, daß die Entlebte an rascher Zersetzung des Blutes in Folge einer Vergiftung mit Blausäure gestorben sei, daß der Tod 2 Tage vor Auffindung der Leiche erfolgt sein könne, daß die Beibringung der Blausäure in Verbindung mit Kali, sohin als Cyankali erfolgt sein dürfte, daß schon das im Magen gefundene Quantum, welches indeß nur der geringere Rest des beigebrachten Giftes war, zur Tödtung eines Menschen hinreiche, daß neben der Blausäure keine andere Ursache und keine andere Beschaffenheit der Getödteten mitwirkte, und daß der Tod unter raschem Schwinden des Bewußtseins ohne besondere Schmerzensäußerungen schnell erfolgt sein dürfte. Gleich die ersten Erhebungen schlossen eine Vergiftung durch Zufall sowie einen Selbstmord aus. Es ergaben sich nicht die mindesten Anhaltspunkte weder dafür, daß die Getödtete im Besitze eines Blausäurepräparates war, noch wie sie ein solches etwa aus Irrthum hätte genossen haben können. Ihr durch Zeugen bekundeter, lebensfroher, heiterer Charakter, ihre gerade zur Zeit des Todes relativ glückliche äußere Lage, ein Liebesverhältniß, das in ihrem lange verödeten und vereinsamten Herzen einen Nachfrühling süßer Empfindungen hatte erblühen lassen, das stärkste Gefühl weiblicher Herzen: die Mutterliebe zu einem diesem Verhältniß entsprossenen Kinde, fesselten sie ans Leben. Aber noch entschiedener als diese inneren Gründe machten die äußeren Umstände einen Selbstmord zur Unmöglichkeit. Die Anwesenheit ihres Gastes, die heitere Unterhaltung mit demselben, die kurz zuvor durch Entleihen des Operngukers neuerdings bestätigte Absicht, das Theater zu besuchen, das Auslöschen des Lichtes, das Verschwinden des Schlüssels der abgesperrten Thüre und der Theekanne, lauter Handlungen, welche sie nicht vorgenommen haben konnte, schlossen die Annahme eines Selbstmordes aus. Wohl aber wiesen alle Thatsachen auf einen Mord durch jene fremde Dame hin.

Nach den gepflogenen Erhebungen war dieselbe am 20. Novbr. Morgens mit dem Wiener Eilzug angelangt und im Hotel zu den vier Jahreszeiten abgestiegen, wo sie sich im Fremdenbuch als Baronin Bay aus Wien eingetragen hatte. Ihrer wiederholten Besuche an diesem und dem nächsten Tage bei der Getödteten, der erhaltenen Einladung zum Thee, ihrer Absicht, gemeinsam das Theater zu besuchen, wurde bereits gedacht. Am Morgen dieses Tages war sie sehr spät aufgestanden, hatte sich dann in auffallender Zerstreuung und Eile, welche sie sogar das Waschen und ihre Fingerringe vergessen ließ, angekleidet und zu dem Besuche in die Amalienstraße entfernt. Nachmittags ließ sie sich eine Flasche Muskatlünell und eine Flasche Rothwein auf ihr Zimmer bringen und füllte von beiden Weinen in zwei von ihr selbst mitgebrachte kleine Glasfläschchen, die sie von dem Kellner Johann Christian Eisenmann verpfropfen ließ. Hierauf begab sie sich zur Getödteten, und dorthin brachte ihrer Anordnung gemäß der Lohndiener Deininger die Theaterbillete, dem sie, als er Bezahlung forderte, bedeutete, daß sie noch bis Sonntag in München bleiben werde.

Wie erwähnt, trat sie um halb 7 Uhr aus dem Zimmer und rief die Wirthsfrau Hartmann, fragte dieselbe: ob ihre Tochter, welche sie Vormittags bei der Getödteten gesehen hatte, auch Nachmittags in's

den auch den Verhältnissen Rechnung zu tragen. Uebrigens hat die Regierung als Antwort auf die letzte Erklärung des Capitels demselben seinen auf das päpstliche Breve vom 28. Mai 1827 gestützten Standpunkt ausführlich klar gemacht. Selbst ohne dieses Breve würde schon die betreffende Bulle das Verhalten der Regierung vollständig rechtfertigen. Einmal in der Opposition, scheint es aber dem erzbischöflichen Ordinariate ohne stets erneuerte Conflikte gar nicht wohl zu sein, wie neuerdings die in Ausführung des Gesetzes vom 9. Oktober 1860 über die rechtliche Stellung der Kirchen und kirchlichen Vereine im Staate angeordnete Staatsprüfung über die allgemein wissenschaftliche Vorbildung der Geistlichen beweist. Diese Prüfung wurde durch eine Ministerialverfügung vom 23. März d. J. gemeinschaftlich für die katholischen und protestantischen Theologen zum ersten Mal auf den 4. d. anberaumt. Die protestantischen Theologen, für welche sich daran zugleich das theologische Examen reihte, fanden sich ein; von den katholischen Theologen jedoch in Folge einer besonderen Weisung des Ordinariats kein einziger. Man bestreitet der Regierung das Recht zu dieser Prüfung bezüglich der Katholiken. Da nun das genannte Gesetz die Zulassung zu einem Kirchenamte von dem Nachweise einer allgemein wissenschaftlichen Vorbildung abhängig macht, so haben sich die ausgebliebenen katholischen Theologen damit dieser Zulassung verlustig gemacht, und hat der kirchliche Conflikt selbstverständlich neue Nahrung erlangt!

Großh. Hessen. Mainz, 6. Juni. [Der freigemeindliche Prediger T. Czerski] in Schneidemühle klagt darüber, daß ihm jetzt dahier auf Grund einer vor 10 Jahren erschienenen und jetzt in elfter Auflage ausgegebenen Broschüre der Prozeß gemacht werde wegen Verspottung der Lehren und Gebräuche der katholischen Kirche. Herr Czerski vermuthet (wohl mit Recht), daß die hessen-darmstädtische Behörde, die unter dem Einflusse des streitlustigen Bischofs v. Ketteler steht, darauf rechnet, Czerski werde sich nicht stellen, also in contumaciam verurtheilt werden und nun nicht mehr das hessische Gebiet betreten dürfen. Mit Ronge haben es die Herren ebenso gemacht.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 9. Juni. [Zum bayerisch-amerikanischen Naturalisationsvertrag.] Der ±-Corr. der „Köln. Ztg." schreibt: Der amerikanische Gesandte, Bancroft, ist aus München wieder hieher zurückgekehrt. Wegen des in München zu dem Naturalisations-Vertrage unterzeichneten Protokolles wird der Text abzuwarten sein. Eine angebliche, in den Zeitungen veröffentlichte Analyse nimmt sich etwas arrangirt aus. Es steht fest, daß bei der Aufnahme des Münchener Protokolls von nordamerikanischer Seite nichts weiter beabsichtigt wurde, als diejenigen Erklärungen für Bayern in die Form des Protocolles zu bringen, die im Norddeutschen Reichstage Seitens der Organe der Regierung in authentischer Weise dem norddeutschen Vertrage gegeben waren. Dies dürfte auch von amerikanischer Seite irgendwie kundgegeben werden.

— [Ein moderner Anti-Galilei.] Es hat sich in Berlin zwischen den Predigern Lisco und Knak auf einer Synode ein Streit erhoben bei welchem der letztere behauptet hat, daß die Erde stillstehe. Die Angelegenheit hat bereits über die theologischen Kreise hinaus Interesse erregt und den Stadtverordneten-Vorsteher Kochhann veranlaßt, etwa 40 der angesehensten Personen aus dem Berliner Bürgerstande, darunter viele Mitglieder der beiden städtischen Behörden, der Gelehrten- und Schriftstellerkreise, zu einer Besprechung zusammen zu berufen. Die Besprechung nahm einen sehr lebhaften Charakter an; besonderes Interesse erregte das verlesene Votum des berühmten Historikers Friedrich v. Raumer, welcher sich in einem Schreiben an Kochhann wie folgt ausgesprochen hat: „Durchaus billige ich Ihr Unternehmen und hoffe, daß die Versammlung allgemeine, bestimmte, erfolgreiche Beschlüsse faßt. Wenn die Ansichten junger, gewiß aber unerfahrener Männer (etwa durch Parteianstellungen) in Schule und Kirche obsiegten, so würde allmälig eine Tyrannei und Barbarei einbrechen, wie sie vielleicht nie verletzender und unzeitiger da. Hat es doch schon jetzt nicht an Fanatikern gefehlt, welche alle Naturanschauung verdammen und einen Mann wie Humboldt einen Seelenmörder schimpfen; welche, scheinbar erhaben und folgerecht, in Wahrheit aber beschränkt und leidenschaftlich, es als einen christlichen Glaubensartikel hinstellen, daß die Sonne und das unermeßliche Weltall in 24 Stunden unermüdet um die winzige Erde herumlaufen. Des Kopernikus große Entdeckung, welche die stolzen Bewohner der kleinen Erde ausdrücklich zu christlicher Demuth verwiesen hat, gab damals natürlichen Anstoß; aber selbst die römische Kurie hat längst die Wahrheit dankbar anerkannt. Wie würde sich der Inquisitor, der Galilei einsperren ließ, freuen, wenn er hörte, daß nach 235 Jahren sein Urtheil von einem protestantischen Geistlichen, in der gebildeten Hauptstadt Norddeutschlands, eine glänzende, erstaunenswürdige Bestätigung erhalten hat!"

Amtliche Nachrichten.

Inhaltlich einer Entschließung des Handelsministeriums vom 1. d. hat Se. Maj. der König angeordnet, daß Allerhöchstihrem Sekretär, k. Ministerialrath Lipowsky, die Portofreiheit eingeräumt werde. Auf Grund dieser allerh. Anordnung sind die k. Postanstalten beauftragt, die von dem genannten k. Sekretär zur Aufgabe kommenden und mit „frei" bezeichneten Briefe oder dem inneren Verkehre von Bayern angehörigen Fahrpostsendungen, sowie die an denselben eingehenden Briefe und Fahrpostsendungen aus Bayern portofrei abzulassen.

Der geheime Sekretär im Staatsministerium der Finanzen, F. Landgraf, wurde zum Regierungsrath mit Belaßung seiner ferneren Verwendung im genannten Ministerium ernannt, der im nämlichen Staatsministerium verwendete Regierungsassessor A. Holz und der geheime Kanzlist M. Popp zu Geheim-Sekretären.

Zimmer gekommen war, zu Hause sei, und als diese Frage verneint wurde, forderte sie dieselbe dringend auf, eine Droschke herbeizuholen, nicht ohne vorher gefragt zu haben, ob die Stiege beleuchtet sei. Während dieses Gespräches war sie auffallend bemüht, Frau Hartmann zu hindern, in das Zimmer hineinzusehen. Als letztere nach nicht 5 Minuten zurückkam, fand sie das Zimmer verschlossen, den Schlüssel abgezogen und alles stille. Der neben dem Zimmer der Getödteten wohnende Student Strube hatte in der Zwischenzeit eine Thüre, wohl die des Ganges zur Treppe, heftig zuschlagen hören. Inzwischen war die Fremde, athemlos, erhitzt und erschöpft in überaus aufgeregtem Zustande im Hotel erschienen, hatte unter dem Vorwande, daß sie in Folge eines Telegrammes von ihrem Manne nach Paris reisen müsse, ihre Rechnung verlangt, und ihre Sachen einzupacken angefangen. Hiebei wurden jene beiden Fläschchen, welche sie Nachmittags gefüllt und offenbar mitgenommen hatte, wieder bemerkt, und zwar jenes mit Muskatlünell theilweise geleert. Mit auffallender Hast in ihrem Benehmen, Zerstreutheit und Befangenheit, ja geradezu Verwirrung bekundend — indem sie z. B. dem Kellner Eisenmann zweimal Trinkgeld gab und ein drittesmal geben wollte — fuhr sie, begleitet von einem Handlungsreisenden, Heinrich Umlauft von Brünn, den sie bereits am 20. Morgens auf ihrem Zimmer empfangen, Abends in's Theater begleitet und nach dem Theater auf ihrem Zimmer hatte mitsoupiren lassen, zum Bahnhofe, und reiste nicht nach Paris — sondern nach Wien ab. — Unter solchen Umständen war der Verdacht, daß jene Fremde die Getödtete vergiftet habe, nicht zurückzuweisen, allein sie war entflohen und unbekannt, denn daß der von ihr angegebene Name falsch war, ließ sich sofort vermuthen. — Man erlangte indessen sehr bald und in höchst wundersamer Weise die nöthigen Aufschlüsse über ihre Person. — Die Polizei hatte bei Durchsuchung des Nachlasses der Gestorbenen gefunden, daß die Getödtete nicht eine Baronin Lebske, sondern die Gräfin Mathilde Chorinsky-Ledske war, welche seit dem Jahre 1862 in freiwilliger Scheidung von ihrem Gatten Gustav Graf Chorinsky, Freiherr v. Ledske, damals Oberlieutenant im k. k. 12. österreichischen Linien-Infanterie-Regiment „Erzherzog Wilhelm", erst in Wien im Hause ihres Schwiegervaters, des Statthalters von Niederösterreich, Gustav Graf Chorinsky, dann seit dem Sommer 1866 hier gelebt hatte. Die ganze Erscheinung der muthmaßlichen Mörderin und der Umstand, daß die Getödtete ihres Schmuckes nicht beraubt worden war, ihre Baarschaft, ihre Pretiosen sich vorgefunden hatten, überhaupt Anfangs keine Entwendung vorzuliegen schien, dann die finanziellen Verhältnisse der Gräfin, welche nur von den ihr zugewiesenen Zinsen des Kautionskapitals ihres Gatten zu 12,000 Gulden und weiteren Unterstützungen ihres Schwiegervaters lebte, sprachen gegen einen Mord aus Habgier und stellten persönliche Gründe als Motive der That in den Vordergrund.

Das nächste und größte Interesse an ihrem Tode hatte ihr Gatte, der nach aufgefundenen Briefen sie haßte als den Fluch seines Lebens, als Zerstörerin seines Glückes und seiner Zukunft, als lästige Bürde für seine Finanzen betrachtete. Graf Gustav Chorinsky, Frhr. v. Ledske, einem alten mährischen Geschlechte entsprossen, im Jahre 1832 geboren, war mit 17 Jahren in's Militär eingetreten, und stand im Sommer 1858 als Oberlieutenant zu Linz in Garnison. Dort lernte er seine spätere Frau, die damalige Schauspielerin Mathilde Rueff, Tochter eines gräflich Herding'schen Privatsekretärs, geboren am 16. Mai 1833 zu Mannheim, kennen und suchte mit ihr ein zärtliches Verhältniß anzuknüpfen. Bis dahin unbescholtenen Rufes, beschwor sie ihn, eingedenk des Standesunterschiedes, von ihr abzulassen. Aber in solchen Angelegenheiten des Herzens gewohnt, nicht der Stimme der

Der Bezirksrichter L. Zöller in Landau wurde auf die in Kaiserslautern erledigte Bezirksrichterstelle und auf dessen Stelle der Bezirksrichter außer dem Status Fr. Bauer in Frankenthal auf Ansuchen unter Einreihung desselben in den Status versetzt.

(Militärdienstes-Nachrichten.) Der Oberlieutenant P. Fuchs vom 15. Inf.-Reg. ist auf 1 Jahr und der Hauptmann M. Hofmann vom 8. Jäger-Bat. auf 2 Jahre in den Ruhestand versetzt. Der Rittmeister C. Frhr. v. Limbeck von der Generalinspektion der Armee, bisher 2. Adjutant des Feldzeugmeisters Prinzen Luitpold k. Hoh., wurde zum 1. und der Hauptmann 2. Kl. Ign. Freyschlag v. Freyenstein vom 1. Inf.-Reg. unter gleichzeitiger Beförderung zum Hauptmann 1. Kl. bei der General-Inspektion der Armee, zum 2. Adjutanten des Prinzen Luitpold ernannt. Das Dienstestauschgesuch der Oberlieutenants C. Frhr. v. Zobel zu Giebelstadt vom 4. und M. Mehler vom 9. Inf.-Regiment wurde genehmigt. — Versetzt werden: Der Bataillonsquartiermeister R. Grünbaum von der Militärrechnungskammer zum 9. Jäger-Bat. und der Bat.-Quartiermeister Fr. Heßdörfer von der Militärrechnungskammer zum 10. Jäger-Bat., die Unterquartiermeister Fr. Pfingstl vom 9. Inf.-Reg. zum 10. Jäger-Bat., C. Caries von der Militärrechnungskammer zum 7. Inf.-Reg. und J. Biller vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat.; die Regimentsaktuare L. Kögler vom 1. Uhl.-Reg. zur Equitations-Anstalt, J. Scherbauer vom 1. zum 3. Art.-Reg., G. Gaßner vom 8. Inf.-Reg. zum 9. Jäger-Bat., A. Unfried vom 4. Inf.-Reg. zur Stadtkommandantschaft Nürnberg und Chr. Stutzmann vom 4. Inf.-Reg. zum 10. Jäg.-Bat. — Auf Nachsuchen wurden von der Charge enthoben: die Unterlieutenants W. Zembsch vom 6., H. Barth vom 12. Inf.-Reg. und G. Steidtner vom 1. Jäger-Bat. — Der Hauptmann C. v. Schelhorn vom Generalquartiermeisterstab wurde zum Adjutanten des Generalquartiermeisters Generalmajors Grafen v. Bothmer ernannt.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61 1/8 G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 1/8—1/4 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 5/8—1/2 G.
„	4 1/2 pCt.	43 3/4 P. 43 G.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	84 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 G.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1jährl. dto.	95 5/8 P.
„	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 1/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 P.
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 P. 89 7/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 5/8 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 1/4 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 P. 93 5/8 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	87 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 G.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	84 3/4 G.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/2 P.
„	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 1/2 G.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 1/2 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/8 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 1/8 P.
„	6pCt. ditto r. 1882	77 1/8—1/4 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	729—27 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	195 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	—
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	225 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	95 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	110 P.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260 1/2—59 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	125 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	64 1/4 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	29 7/8 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	153 3/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 1/2 P. 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	129 1/4 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 3/4 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	78 1/4 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd.-St. u. Lomb. E.B.	42 7/8 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	124 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/8 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 1/4 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 P.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/8—1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/8—1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P. 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/8 P. 101 7/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/8 P. 101 7/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	156 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	73 1/8—1/4 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137 1/2 P.
„ do. v. 1864	89—88 1/2 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 5/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 1/2 P.
Badische fl. 35	61 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/8 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	146 1/4 P.
„ fl. 25 do.	38 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	34 P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	76 G.
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	25 1/8 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	12 5/8 G.

Frankfurt, 11. Juni. Nach dem unerwarteten Echauffement der letzten Tage kam heute ein kaltes Sturzbad: nach langer Pause kam wieder einmal ein politisches Motiv, die Ermordung des Fürsten von Serbien, zur Geltung. Die Börse hatte ihre Kräfte in den letzten Tagen so angespannt, daß es nur eines kleinen Anstoßes zu einer Reaktion bedurfte, die denn auch heute eintrat, umsomehr, als die auswärtigen Plätze, besonders Wien und London, sehr schlechte Notirungen sandten. Der ganze Courszettel für österr. Werthe weist wesentliche Reductionen nach. Gegen den Schluß hin befestigte sich man jedoch etwas. Auch Amerikaner waren etwas matter. Von Bahnen war Ostbahn billiger erhältlich. Sämmtliche Wechsel flauer. (Synd.)

Vernunft, sondern nur dem Drange seiner leidenschaftlichen Natur zu folgen, besiegte er, unterstützt von ihrer eigenen Liebe zu ihm, bald ihren Widerstand und verlobte sich im Mai mit ihr. Einige Wochen später ergab sie sich ihm vollständig, und verließ seinem Wunsche gemäß unter Kontraktsbruch die Bühne, um die ernstlich beabsichtigte Heirath zu ermöglichen. Zu gleichem Zweck quittirte er selbst im Februar 1859 ohne Beibehaltung des militärischen Charakters den Dienst und beide Liebende siedelten sich in Glasersbach bei Salzburg an. Auf Anregung seines Vaters wurden sie von der Polizei getrennt, und er nach Wien transportirt, sie ausgewiesen, worauf sie sich nach München und später nach Augsburg begab. Schon am 20. April trat Graf Gustav Chorinsky wieder bei einem in Italien stehenden Regimente als Gemeiner ein, und ließ nun die Geliebte nach Verona kommen, wo sie während des bald beginnenden Feldzuges blieb und von einem todten Mädchen entbunden wurde. Graf Chorinsky zeichnete sich im Felde aus und avancirte noch während des kurzen Feldzuges zum Oberlieutenant. Nach dem Abschlusse des Friedens reisten beide mit einer französischen Familie Cournauld aus Malzeville bei Nancy nach Deutschland, wo Mathilde in Augsburg blieb und Katholikin wurde, während er wieder zu seinem Regimente zurückkehrte. Seine Bemühungen, die Heirathserlaubniß zu erhalten, scheiterten, und deren Erfolglosigkeit bestimmte ihn, in die damals in Organisation begriffene päpstliche Armee überzutreten, in welcher er am 1. März 1860 als Hauptmann im 2. Jäg.-Bat. eingetheilt wurde. Kaum in Ancona angekommen, ließ er die damals noch heißgeliebte Mathilde von Augsburg dahin kommen. Am 12. Juli erhielt er die dienstliche Bewilligung zur Heirath, und theilte dies der Braut schriftlich und telegraphisch unter Ausdrücken des höchsten Entzückens mit. Am 17. Juli fand in Foligno im Kirchenstaate die Trauung statt, und die Ehe scheint anfangs eine um so glücklichere gewesen zu sein, als auch die Eltern des Gatten dem Sohne seinen von ihnen mißbilligten Schritt verziehen, und in wirklich großherziger und liebevoller Weise die ihnen aufgedrungene Schwiegertochter als solche anerkannten. Doch hat schon damals sein heftiger, reizbarer, eifersüchtiger Charakter das eheliche Glück mannigfach getrübt. Nachdem ihm seine Gattin am 4. März 1861 vorzeitig einen Knaben geboren hatte, der bald wieder starb, mußte er im April die in Auflösung begriffene päpstliche Armee verlassen, und siedelte mit seiner Gattin nach Heidelberg über. Nach einem höchst eigenthümlichen, von ihm am 1. August 1861 zu Heidelberg seiner Frau ausgestellten Revers, worin er sich verpflichtet, sie nicht zu schlagen, kneipen und schimpfen, scheint er sich mitunter bis zur Mißhandlung seines Weibes vergessen zu haben. Im November begleitete er, einer Einladung der erwähnten Familie Cournauld folgend, Mathilde nach Nancy, wo er sie im Dezember ohne Geld zurückließ, um in Brünn bei seinem Vater, der damals Statthalter von Mähren war, seine Wiederaufnahme in die österreichische Armee zu betreiben. Allein da er überhaupt ohne Vermögen, und, von früher her tief in Schulden, die erforderliche Kaution nicht aufzubringen vermochte, scheiterten seine Bemühungen.

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 162.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 13. Juni 1868.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 10. Juni. [„Kreuzzeitung" contra österreichische Schulreform.] Die „Neue Preuß. Ztg." bekämpft heute das zweite der confessionellen Gesetze in Oesterreich, welches das Verhältniß der Schule zur Kirche regelt. Sie sagt u. A. gegen die Bestimmung, welche den Gemeinden die Gründung von Schulen gestattet:

„Sehr gütig, Herr Minister Hasner! Wenn also eine Schule, die von einer Gemeinde ganz oder theilweise gegründet oder erhalten wird, allen christlichen Charakter dergestalt abgestreift hat, daß sich so und so viele christlich gesinnte Einwohner der Gemeinde zusammenthun, um für christliche Erziehung ihrer Kinder zu sorgen, so können sie eine eigene Schule gründen und auch — Herr Hasner wird nichts dagegen einwenden — die Kosten zur Unterhaltung der Gemeindeschule mit tragen helfen. In der That, da wird ja nicht einmal mehr Toleranz gegen das Christenthum geübt. Und dann wollen wir es uns doch nicht verhehlen, daß confessionelle Schulen unter der Aufsicht und Leitung einer confessionslosen Regierung allezeit einen harten Stand haben werden. Schon dem bureaukratischen Geiste widerstrebt eine solche Ausnahmestellung, ganz abgesehen davon, daß nur eine wahrhaft christliche Regierung wahrhaft tolerant sein kann. Auch in den Niederlanden ist die Errichtung confessioneller Schulen neben den völlig religionslosen Gemeindeschulen gestattet; aber wie schwer das dort gemacht wird, davon wissen die Christen in den Niederlanden ein Lied zu singen. Die übrigen Bestimmungen des österreichischen Schulgesetzes können wir hier füglich übergehen. Es handelte sich für uns nur darum, noch einmal besonders hervorzuheben, welche Art von Volksbildung die neueste österreichische Gesetzgebung anstrebt — eine Volksbildung nämlich, die schließlich doch nichts anderes ist und sein kann, als eine äußere Dressur, die den inneren Menschen vollständig unberührt läßt. Freilich — vor der Hand ist die jüdische Presse Wiens entzückt über diesen neuen „gewaltigen Fortschritt" in Oesterreich und die Regierung mag sich sonnen an dem Jubel dieser Presse; aber die Folgen werden sich seiner Zeit einstellen und zwar Folgen, an denen niemand Freude haben wird."

Was die Schulen in den Niederlanden betrifft und die dortigen Leiden der Christen, so hat nämlich vor Kurzem ein ultra-orthodoxer Geistlicher im Berliner Unionsverein drückend schwere Klage geführt und diese in einer Broschüre drucken lassen. In den Niederlanden selbst hat man noch keine Beschwerde gehört, obgleich dort die Meinungsäußerung sehr frei ist.

Breslau, 10. Juni. [Die zehnte Versammlung des volkswirthschaftlichen Congresses] wird dahier vom 31. August bis incl. 3. September d. J. stattfinden und am 31. August, Vormittags 10 Uhr, eröffnet. Der Zutritt zum Congreß und dessen Verhandlungen steht Jedermann frei, welcher sich dazu meldet und die Eintrittskarte löst. Staats- und Gemeinde-Behörden, Gesellschaften, Vereine und Geschäftshäuser können durch Bevollmächtigte vertreten werden. Die Mitglieder früherer Congresse, wie neu hinzutretende Mitglieder, welche auf dem Congresse zu erscheinen verhindert sind, erhalten gegen Einsendung des Jahresbeitrages (von 5 fl. 15 kr.) an das Lokalkomité oder an den Schatzmeister, Kanzleirath Quandt in Berlin (Artilleriestr. 7), ein Exemplar der Berichte nebst vorhandenen Schriften.

Die Tages-Ordnung des Congresses ist außer den gewöhnlichen Formalitäten Berichterstattung über folgende Gegenstände: 1) Reform des Hypotheken-Credits. 2) Reform des Bankwesens. 3) Vereinfachung der Zolltarife und Ermittelung der Gegenstände, welche einem Eingangszoll überhaupt nicht zu unterwerfen sind. 4) Reform des Zollvereinstarifs. (Eisenzölle, Reiszoll, Zuckerzoll und Zuckersteuer, Tabakszoll und Tabaksteuer, Lumpenausfuhrzoll.) 5) Grenzen der Verpflichtung zur Aushülfe bei außergewöhnlichem lokalen Nothstande. 6) Das Prinzip für Regelung der Gehälter der öffentlichen Beamten. 7) Staatsaufsicht über Waldwirthschaft.

Prozeß Chorinsky.

(Fortsetzung und Schluß.)

Die Anklageschrift führt dann weiter eine Reihe von Thatsachen auf, welche unseren Lesern aus dem Prozeß Ebergenyi und aus dem Polizeibericht des Hrn. v. Burchtorff bereits bekannt sind. Nur folgende Stellen der Anklageschrift wollen wir noch wörtlich hervorheben:

Aus allem, heißt es, geht hervor, daß Graf Gustav Chorinsky den Mord nicht nur gewollt und gefördert, sondern geradezu veranlaßt hat. Es wurde deutlich, daß er die Bekanntschaft mit Julie v. Ebergenyi gesucht und angeknüpft, daß er diesem Verhältniß, welches sie wohl kaum ernster aufgefaßt haben würde, als die zahlreichen anderen ähnlichen Verbindungen, durch den stürmischen Drang seiner Leidenschaft, durch seine Auffassung solcher Verhältnisse, jene ernste Wendung gab: „ich will, ich werde, ich muß dich heirathen." Es wurde gezeigt, wie in Folge dieses Andrängens sie hierauf einging, wie sie eine Verlobung feierten, wie der Graf um ihre Hand warb, hiebei das in seiner Ehe vorhandene Hinderniß den Eltern und Verwandten verheimlichte, und statt dessen einen Prozeß vorschützte, der jedoch einer glücklichen Lösung nahe sei. Wir sehen ihn lange vor dem Tode seiner Frau mit der Geliebten Vorbereitungen zur Heirath treffen. In seiner Ehe bestand das Hinderniß der neuen, so sehnlich gewünschten Verbindung, er mußte daher zunächst auf dessen Beseitigung verfallen, zumal da ihm seine frühere Verheirathung schon längst als eine Thorheit, sein Eheband als eine qualvolle Fessel, die ihn von Zukunft, Glück und Reichthum schied, erschien, und die neue Leidenschaft den alten unmenschlichen Haß gegen sein Weib zu neuer Gluth angefacht hatte. Er trat zu diesem Zweck mit dem ihm bekannten und verpflichteten Rampacher, später durch diesen mit Dickers in Verbindung, er suchte aus gleichem Grund später mit Julie Hülfe bei Lo Presti, und flehte diesen sogar kniefällig um seine Mitwirkung an. Er sagt in seinem Verhör, daß begreiflicherweise der Rücktritt Lo Presti's von seinem Versprechen, der hiedurch bedingte Aufschub ihm gräßlich war. Seine Geliebte, die in ihren zahlreichen Verhören, trotz ihrer vollkommenen Hülflosigkeit ihn nie der Mitschuld bezichtigte, sagt doch einmal, daß er etwas für die Ratten haben wollte, und daß, als die Sendung in Folge eines Versehens zurückgeschickt wurde, er von der weiteren Verfolgung dieses Weges abrieth. Er war es, der bei der verfänglichen Sendung jener Schachtel mit candirten Früchten diese siegelte, mit verstellter Schrift adressirte und Rampacher zur Bestellung übergab, nur er konnte den damaligen Aufenthalt seiner Frau ermittelt haben, er brachte das übrig gebliebene Gift in jenem Paket nach Szecsen, er holte, als seine Geliebte über das Schicksal der Schachtel in banger Sorge war, Rampacher herbei, um sie zu beruhigen. Als endlich die Reise nach München beschlossen war, besorgte er die Umwechslung des Geldes, die Paßkarten, den Empfehlungsbrief.

Er schrieb am 18. November, dem Tage vor der Abreise: „Ich muß noch heute einiges mit dir besprechen . . . . ich werde dir heute noch einige Hotels in M . . . . . aufschreiben, wir werden beide beten, daß uns alles glücke, und nicht nachlassen, wir müssen uns jetzt heirathen, denn ich könnte so nicht fortleben." Er besorgte den Wagen zur Eisenbahn, und veranstaltete, daß sie ihre von hier aus zu schreibenden Briefe nicht unter seiner Adresse, sondern an Rampacher schickte. Er schrieb, während sie hier den Mordanschlag ausführte, jene drei Ergüsse nieder, die beredte Zeugen seiner vollkommenen Kenntniß ihres Vorhabens sind, seiner Angst um sie, seiner Besorgniß des Fehlschlagens, seines wahrhaft teuflischen Hasses gegen seine Frau, seiner Furcht, daß es ihrer Liebenswürdigkeit gelingen könnte, die Mörderin umzustimmen und von ihrem Vorhaben abzubringen. Er bereitete inzwi-

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 10. Juni. [**Die Anwesenheit des Prinzen Napoleon**] gibt den Wiener Blättern wieder einmal Gelegenheit, ihren Lesern allerlei „interessante Nachrichten" aufzutischen, hinsichtlich deren Zuverlässigkeit freilich hinterher Jedermann die Verantwortlichkeit ablehnt. Im Allgemeinen wird der Reise des Prinzen ein friedlicher Zweck beigemessen. Man freut sich außerdem, daß der Prinz „dem Aufschwunge Deutschlands mit neidischen Blicken folgt und nicht an dem Siege der Franzosen bei einem Zusammenstoße zweifelt; vorläufig spreche er indessen wie ein Mann, der auf Grund vortrefflicher Informationen die Vertagung aller europäischen Fragen auf sein Programm geschrieben habe." Die „Presse" schließt daran den Ausruf: „Frieden, Frieden, das ist zu lange unsere Devise gewesen, als daß wir sie jetzt im Munde des Prinzen Napoleon bekritteln sollten. Zur Zeit ist Oesterreichs Freund, wer und was den Frieden fördert."

— [**Ein Erlaß des Prager erzbischöflichen Consistoriums**] fordert die Geistlichkeit auf, unbekümmert um die sogenannten konfessionellen Gesetze, die Bevölkerung anzuhalten, dem bisherigen Usus zu folgen. Es heißt darin unter Anderm: „Wo nicht großstädtische Leichtfertigkeit herrsche, werde dies Streben in der Glaubenstreue der Bevölkerung eine Stütze finden; jedoch auch hier sei eine Warnung nöthig." Ein ähnlicher Konsistorial-Erlaß wird vermuthlich auch von den übrigen Konsistorien erlassen werden. — Zur Feier des italienischen Verfassungsfestes fanden vor dem italienischen Konsulat in Triest Demonstrationen statt; es war nämlich das Gerücht ausgesprengt worden, Menotti Garibaldi sei angekommen; Nachts explodirten zwei Petarden.

— [**Ueber die erste Versammlung der Anhänger Ronges in Wien**] entnehmen wir einem Bericht des „Wand." Folgendes: In denselben Räumen, die der Severinusverein trotz oder vielleicht wegen ihrer schlechten Akustik zu seinen Versammlungen benützt, hatten sich gestern eine große Anzahl von Anhängern der freien katholischen Gemeinde eingefunden, um ihre Constituirung zu einem Verein vorzunehmen. Sie hatten aber die Rechnung ohne — die löbliche Polizei gemacht; diese in ihrem Eifer, die Staatsbürger zu warnen, daß sie ja keinen Verstoß gegen ihnen unbekannte Verordnungen begehen, hatte dem provisorischen Comité die Eröffnung gemacht, daß der Verein der Lichtfreunde, Deutschkatholiken u. s. w. verboten, daß auch eine Reactivirung dieses Vereins mit Bezug auf das Strafgesetz verboten sei. Ein mündliches Einschreiten bei der Statthalterei blieb ebenfalls erfolglos, denn der betreffende Referent meinte, wie der **Schriftführer Leitner** mittheilt, daß die Staatsgrundgesetze für diesen Fall so lange nicht gelten, als das Strafgesetz entgegengesetzte Bestimmungen enthalte.' (Sensation.) Es wäre weit besser gewesen, wenn das Abgeordnetenhaus seine Gesetze bestimmter formulirt hätte. Das betreffende Verbot beziehe sich auf die Gesellschaft der Lichtfreunde u. s. w., weil sie unter dem Deckmantel der Religion staatsgefährliche Tendenzen verfolgten. (Heiterkeit.) Solche Tendenzen seien wohl unter Bach, unter Belcredi als staatsgefährlich zu betrachten gewesen, aber nicht unter Giskra! Das Comité werde zunächst berathen, was nun zu geschehen habe. Der Vorsitzende fragt, ob Jemand das Wort wünsche.

Ein Mann aus dem Publikum: Wir brauchen nix von Deutschkatholiken, is nit nothwendig, warum sollen Böhm' und Slaven nit a Religion haben, sans alle gleich. (Heiterkeit.)

Leitner hält sodann eine kurze Ansprache, in welcher er über die Tendenzen des Vereins Aufschluß gibt. Auf allen Gebieten des Lebens herrsche Regsamkeit; auf dem religiösen — Gleichgiltigkeit. Und doch sei Thätigkeit nöthig gegenüber den Lichtfeinden. Diesen müsse die Macht genommen werden; um so mehr, als man von klerikaler Seite gewissermaßen Ungehorsam gegen die Regierung predige. Den Satz Christus: Gebt dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott, was Gottes ist, haben sie anders formulirt: Gebt der Kirche, was Gottes ist, Gott gehört aber Alles. Gebt dem Staate, was des Staates ist; der Staat aber wollen wir sein. (Stürmischer Beifall.) So lange die Regierung die Wünsche dieser Partei erfüllt, sei dieselbe mit der Regierung gegangen; jetzt predige sie den Ungehorsam gegen die Regierung. Weiteres hierüber wolle er nicht sprechen; sein und seiner Genossen Ziel sei: freie Kirche im freien Staate, freie Menschen in Kirche und Staat. (Beifall.) Redner theilt hierauf die wesentlichen Punkte der Statuten mit, welchen wir entnehmen, daß der Verein sich den Kampf gegen Intoleranz, die Vereinigung der Bekenner sämmtlicher Confessionen und die Brechung der Sonderstellung einzelner Confessionen in der Praxis, namentlich in der Schule, zur Hauptaufgabe macht. Insbesondere sichert er den abtrünnigen katholischen Priestern seine Unterstützung zu. Seine Ausdehnung soll sich vorläufig über den Polizeirayon von Wien erstrecken. Nach ihm ergreift Ronge das Wort, um in mehr als einstündiger Rede das Wesen des Deutschkatholicismus, seinen Zweck und die Mittel zur Erreichung desselben zu besprechen. Jetzt sei, bemerkt er zum Schlusse, in Oesterreich eine günstige Zeit angebrochen. Seit 1850 habe man die Deutschkatholiken verfolgt. Jetzt sei es anders geworden. Und wie auf politischem Gebiete neues reges Leben herrsche, so muß es auch auf religiösem Gebiete werden. Oesterreich, das einst der Saulus gegen Freiheit und Humanität, wird zum Paulus für beide werden. — Sodann wird die Versammlung geschlossen.

---

schen jene Freundin seiner Frau, welcher er den Empfehlungsbrief für seine meuchelmörderische Buhlerin abgelockt hatte, durch das unwahre Vorgeben, daß nach erhaltener Mittheilung seine Frau gefährlich krank sei, auf deren durch Mord nahe bevorstehenden Tod vor, und suchte den vielleicht widersprechenden Inhalt einer etwaigen Antwort auf den Empfehlungsbrief von vornherein durch die Vorspiegelung zu paralysiren, daß sie von ihrem gefährlichen Zustande nichts ahne. Wie seine Geliebte nach dem Mord offenbar in der Absicht, sich wieder in den Besitz des sofort ihre Spur verrathenden Empfehlungsbriefes zu setzen, eine Menge der in letzter Zeit an Mathilde Chorinsky gelangten Briefe an sich raffte, so traf auch er Veranstaltung, daß eine etwaige, den Empfehlungsbrief erwähnende Zuschrift seiner Frau an die Mariott ihm ausgehändigt werde, ja, er war sogar bemüht, derartige Briefe schon bei den Briefträgern aufzufangen. Gleichzeitig sann er darauf, einem aufkeimenden Verdachte mit einem falschen Alibi-Beweis zu begegnen, wie er denn auch nach seiner Verhaftung von hier aus durch Telegramm und Schrift die Angehörigen Juliens zur eidlichen Bestätigung ihrer Anwesenheit in Szerses vom 19. bis 22. November zu bestimmen versuchte. Nach ihrer erfolggekrönten Heimkehr fand ihn Rampacher in höchster Aufregung und Furcht, weil bei der schleunigen Flucht der Mörderin ungewiß geblieben, ob Mathilde wirklich todt oder nur betäubt war, reiste dann in seinem Auftrage mit dem nächsten Zuge hierher, um diese qualvolle Ungewißheit zu heben. Die durch die hiesige Polizei vermittelte Gewißheit ihres Todes belebte seinen Muth wieder so weit, daß er mit seinem Vater, im falschen Gefühle seiner vierfachen Unangreifbarkeit als Ausländer, Offizier, Edelmann und Sohn des Statthalters von Niederösterreich, die vom Anstand gebotene Reise hierher zu machen wagte.

Dann folgen die bekannten Briefe Chorinsky's an die Ebergenyi. Die Anklageschrift schließt: „Demgemäß ist Gustav Graf v. Chorinsky Frhr. v. Ledske, früher Oberlieutenant im k. k. österreichischen 12. Inf.-Regim., angeklagt des mit Todesstrafe bedrohten Verbrechens der Theilnahme an dem durch Julie Ebergenyi von Telekes am 21. Nov. v. J. an seiner Gattin Mathilde von Chorinsky-Ledske verübten Verbrechens des Mords."

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VIII. Sitzung am 16. Mai 1868.

1) Herr **Hasse** bespricht die gröberen anatomischen Verhältnisse des Gehörorganes der Fische. Er zeigt, daß dieselbe Abtheilung wie bei den höheren Wirbelthieren besteht und daß man die 3 Ampullen mit ihren Bogengängen, Utriculus, Sacculus und Schnecke unterscheiden könne. Die Darstellung, die Brechet von den menschlichen Verhältnissen gegeben, ist vollständig übereinstimmend mit dem Befunde des Vortragenden und nur die Nomenclatur glaubt derselbe in Einklang mit der bei den höheren Thieren bringen zu müssen. Brechet's sinus midian und utricule werden als utriculus zusammengefaßt, sein saccule entspricht dem sacculus, sein cysticule der Schnecke. Redner beleuchtet näher die Gründe, die Brechet anführt, um zu beweisen, daß die cysticule kein Schneckenrudiment, und zeigt, daß die Lagerung desselben nach hinten durchaus nicht gegen die Existenz einer Schnecke beweisend ist, da dieselbe auch bei höheren Thieren, beim Frosche nach hinten gelagert ist. Die veränderte Lagerung kommt dadurch zu Stande, daß der utriculus und namentlich der sacculus bei den niederen Wirbelthieren gegenüber der Schnecke sehr an Umfang zunehmen und namentlich nach unten und hinten wachsen. Da nun auch beim Menschen der Bogen der Schnecke unten in der Nähe der alleinstehenden Ampulla ist, so würde bei einem in der vorhin genannten Richtung fortschreitenden Wachsthume der sacculus und bei einem immer mehr fortschreitenden Zurücksinken der Schnecke in das Niveau des Sackes bei stets gleichbleibender Entfernung derselben von der alleinstehenden Ampulla die Lagerung der Schnecke nach hinten nichts Auffallendes haben.

2) Herr **Rinecker** referirt über einige der Gesellschaft vor längerer Zeit zur Besprechung zugesendete Schriften, von denen zwei:

Ausland.

Luxemburg. [Französische Wühlereien.] In Luxemburg haben die französischen Agenten einen Hauptstreich ausgeführt, der ihnen jedoch schlecht bekommen ist. Ihre Frechheit ging soweit, eine aus der Druckerei des annexionistischen Blattes „Union“ hervorgegangene Proklamation an die „Luxemburger, die theuren Landsleute“ öffentlich anzuschlagen, worin unter dem Vorwande: Luxemburg sei von Preußen bedroht, die theuren Landsleute aufgefordert werden, sich an das sie rufende Frankreich anzuschließen; an Versprechungen fehlt es natürlich in dem Dokument nicht. Den Arbeitern wird Arbeit und Theilnahme am politischen Leben zugesagt, den Eigenthümern Schutz ihrer Besitzungen vor dem Verfall, und den Familienvätern Aufnahme ihrer Kinder in die große, französische Familie. Auch der vor Europa proklamirten Neutralität Luxemburgs wird gedacht in dem Satze: „Die Neutralität ist die Verleugnung des Vaterlandes.“ Der Scherz scheint übrigens nicht nach dem Geschmacke der Luxemburger Behörden gewesen zu sein, denn sie ließen den Drucker der „Union“, einen Herrn Heintze, nebst mehreren anderen Personen verhaften. Die Betreffenden werden sich durch die Aussicht auf ein reiches Schmerzensgeld aus den geheimen Fonds der Pariser Regierung wahrscheinlich leicht trösten.

Frankreich. Paris, 9. Juni. [Antrittsaudienz des neuen russischen Gesandten.] Der „Moniteur“ berichtet amtlich über die gestrige Antrittsaudienz des neuen russischen Botschafters, Generals Grafen Stackelberg, in den Tuilerien. Das Ceremoniell war das übliche: vier Staatswagen mit je sechs Pferden bespannt und mit je einem Vorreiter holten den Botschafter und das Personal der Botschaft aus dem Hotel in der Rue Grenelle St. Germain ab; im Tuilerienhof bildeten vom Triumphbogen bis zum großen Schloßportal ein Bataillon Gardegendarmerie und im Schlosse selbst Hundertgarden Spalier. Der Kaiser war von den Ministern und Großwürdenträgern umgeben. Die ausgetauschten Reden waren so farblos und nichtssagend wie möglich. Der Botschafter wendete sich mit folgenden Worten an den Kaiser: „Sire! Von meinem erhabenen Gebieter zu der hohen Ehre berufen, ihn an dem Hofe Ew. kaiserl. Majestät zu vertreten, werde ich nur dem ausdrücklichen Willen meines Souveräns nachkommen, wenn ich alle meine Sorge auf die Pflege der Freundschaftsbeziehungen verwende, welche zwischen Frankreich und Rußland bestehen, und auf den gegenseitigen Interessen, deren Entwicklung beiden Nationen am Herzen liegt, beruhen.“ Der Kaiser erwiederte: „Herr Gesandter! Die Gesandten des Kaisers Alexander sind stets sicher, bei Mir einen zuvorkommenden Empfang zu finden. Ich schätze Mich glücklich, daß die Wahl des Kaisers auf eine Persönlichkeit gefallen ist, die Ich seit langer Zeit kannte und die bei uns die besten Erinnerungen zurückgelassen hatte. Ich zweifle nicht daran, daß Sie zur Erhaltung der freundschaftlichen Beziehungen beitragen werden, die heute zwischen Rußland und Frankreich bestehen, und auf welche Ich den höchsten Werth lege.“

— Die „internationale und permanente Friedensliga“ hielt gestern, nachdem sie die durch das neue Vereinsgesetz erforderliche Erlaubniß hiezu bei der Regierung eingeholt hatte, unter dem Vorsitz des Hrn. J. Dollfus in der Salle Herz ihre Generalversammlung. Mit Hrn. Dollfus bildeten der Belgier Visschers, die Engländer Richard und Edw. Pease, der Rabiner von Paris Herr Isidor, der Pastor der Pariser reformirten Gemeinde Martin Paschoud und der Nationalökonom Frederic Passy das Bureau. Der P. Gratry und Hr. Michel Chevalier, welche beide das Wort ergreifen sollten, mußten sich wegen Unwohlseins entschuldigen lassen. Statt ihrer ließen sich vier oder fünf Redner, der eine in englischer Sprache, über die Aufgabe der Liga vernehmen, welche der Mittelpunkt einer gesetzlichen internationalen Agitation zu Gunsten der dauernden Erhaltung des europäischen Friedens sein will. Zahlreiche Beitrittserklärungen folgten auf die Sitzung, welche übrigens in der größten Ordnung verlief.

Italien. [Die neuen Umsturzgerüchte.] Aus allen Theilen Italiens laufen alarmirende Berichte über Umtriebe der Aktionspartei, über Vorbereitungen zu einer allgemeinen republikanischen Erhebung ein, und diese Berichte stammen nicht vielleicht aus zweifelhaften Quellen, sind nicht das Ergebniß müßiger Erfindungen, sondern — wir constatiren dies ausdrücklich — es sind gerade die Berichte der competenten Regierungsorgane, welche übereinstimmend diese Manöver der Aktionspartei denunciren und ihrer Besorgniß vor einem gewaltsamen Ausbruche in entschiedenster Weise Ausdruck geben. In den bedeutendsten Städten Italiens organisiren sich geheime Comités, in einigen, wie z. B. in Genua, Palermo und Bologna, werden sogar geheime Werbungen von Freiwilligen zu einem räthselhaften „kriegerischen“ Unternehmen betrieben, über deren Zweck wohl kein Zweifel besteht. Was die Sache noch complizirter gestaltet, ist, daß die verschiedenen Quästuren (Polizeibehörden) wohl im Allgemeinen das Vorhandensein dieser republikanischen Verschwörung kennen und constatiren, daß es ihnen aber bisher nicht gelungen ist, die Fäden derselben in die Hand zu bekommen.

Daß eine große und gefährliche Erregung das Land durchzittert, daß es der zersetzenden Elemente in Italien leider nur zu viele gibt, ist eine Thatsache, die sich nicht bestreiten läßt; die Ursache dieser traurigen Erscheinung liegt aber in den zerrütteten Verhältnissen des

---

v. Krafft-Ebing, Beitr. zur Erkennung und richtigen forensischen Beurtheilung krankhafter Gemüthszustände für Aerzte, Richter und Vertheidiger, Erlangen 1867 und J. Ad. Knop: die Paradoxie des Willens oder das freiwillige Handeln bei innerem Widerstreben, Leipzig 1863 — die Frage der menschlichen Willensfreiheit und der darauf basirten rechtlichen Zurechnungsfähigkeit behandeln.

Dieses Thema, welches, trotz vielfacher Bearbeitung in der Neuzeit, noch nicht so klar zu Tage liegt, als das immer mehr hervortretende praktische Bedürfniß es erheischt, war eine Zeitlang durch die Einführung der jeder wissenschaftlichen Begründung entbehrenden Lehre von den krankhaften Trieben und ihrer zum Verbrechen zwingenden Macht in die forensische Medizin etwas in Verwirrung gekommen und obschon die forensische Psychiatrie sich längst dieser monomanischen Begriffe und sogenannter instinktiven Antriebe (Brandstiftungstrieb, Stehlsucht, Mordtrieb u. s. w.!) entledigt hat, so ist denn doch ein gewisses Mißtrauen auf Seite der Juristen zurückgeblieben und mit ihm das Vorurtheil, die ärztlichen Gutachten glichen — nach Idelers Ausdruck — jenen italienischen Kirchen, in denen jeder Bandit ein sicheres Asyl findet.

Ein solcher Vorwurf ist nicht mehr berechtigt, seitdem die forensische Psychologie die Wege der empirischen Forschung betreten hat und ihre Aussprüche auf genauer, möglichst objektiver Analyse des einzelnen Falles, nicht aber auf der lockeren Basis ontologischer Begriffe oder phrenologischer Theorien aufzubauen bestrebt ist.

Um nun für jene räthselhaften Fälle, wo bei klarem Bewußtsein — ohne jegliche Störung des intellektuellen Lebens — verbrecherische Handlungen unter dem Einfluß einer Beschränkung der Willensfreiheit ausgeführt werden, eine wissenschaftliche Erklärung zu finden, glaubt v. Krafft-Ebing — der bereits früher (1865) durch eine Schrift über die Mania transitoria dies dunkle Kapitel für Aerzte und Juristen aufzuklären bemüht war — vor Allem auf die Macht aufmerksam machen zu sollen, welche das gestörte Gemüthsleben eines Menschen auf sein Wollen ausübt, indem es das Handeln desselben unfrei zu machen im Stande ist. Befangen in der Ansicht, daß nur, wer irre spreche, auch irre sei — ignorirte man einfach die Aeußerungen gestörter Gemüthsthätigkeit und übersah, daß derartige Menschen, welche lediglich an einer solchen krankhaften Verstimmung leiden, frei von Wahnvorstellungen und scheinbar im ungestörten Besitze ihrer psychischen Leistungsfähigkeit sich befinden, oft viel tiefer erkrankt sind, als Richter und Aerzte ahnen mögen, und in der That sich und der menschlichen Gesellschaft gefährlicher werden können, als solche, denen die Verrücktheit an die Stirne geschrieben steht.

Krafft-Ebing weist auf die psychologische Erfahrung hin, daß auch beim gesunden Menschen der Ablauf seiner Vorstellungen wie die Triebfedern seines Handelns und Wollens vorzugsweise von seinem Fühlen bestimmt werden und es sei daher leicht begreiflich, wie ein krankhaftes Fühlen das freie Handeln stören könne. Trotzdem vermöge die forensische Praxis noch immer nicht ganz von dem Vorurtheil sich loszumachen, daß vor Allem nur Störungen der Intelligenz und der Sinnesperception (Wahnideen und Sinnestäuschungen) Anspruch auf Annahme aufgehobener Zurechnungsfähigkeit machen dürfen und in der That sehen wir noch heut zu Tage in den meisten Gesetzgebungen Europa's das vorhandene oder nicht vorhanden gewesene Unterscheidungsvermögen (Discernement der Franzosen und Engländer) als das Kriterium festgehalten für die Entscheidung der Frage, ob der Angeschuldigte mit Willensfreiheit gehandelt habe oder nicht.

Mit gutem Grund behauptet Krafft-Ebing, daß eine solche Einseitigkeit der Beurtheilung zweifelhafter Seelenzustände schon viele fehlerhafte Rechtsprechungen herbeigeführt habe, und man werde so lange Gefahr laufen, Unschuldige zu Verbrechern gestempelt zu sehen, als die gerichtliche Praxis zum Maßstab der Beurtheilung sich auf den Boden gewisser unhaltbarer Gemeinplätze stelle (Reue, Motivirtsein der That, List, Planmäßigkeit bei der Ausführung u. s. w.)

(Schluß folgt.)

Landes, in der allgemeinen Unzufriedenheit der Bevölkerung, in der Immoralität der Massen selbst und braucht nicht erst künstlich provocirt zu werden. Die Italiener sind allzu rasch und allzu leicht in den Besitz ihrer Einheit gelangt. Die Regierung mußte sich zur Vollendung dieses Einigungswerks mitunter unlauterer Elemente, unmoralischer Mittel bedienen; das Einigungswerk wurde — was nicht vergessen werden darf — nicht durch eigene Kraft, nicht durch die eigene Nation, sondern durch fremde Hilfe vollbracht, welche das stolze Italia farà da se zur Carricatur machte; bei der ganzen Bewegung wurde von jenen nationalen Tugenden und Opfern, welche einer Nation das Recht zur Freiheit und Unabhängigkeit geben, blutwenig bemerkt: was Wunder, daß der innere Organisirungsprozeß, welcher nun auf die leichten und mit nicht sehr ehrlichen Mitteln durchgeführten Eroberungen und Erwerbungen folgt, einen Sturm heraufzubeschwören droht, welcher die Existenz des Staates gefährdet.

Nichtpolitische Zeitung.

— Dem Jahresbericht des Vereins für den Ausbau des Domes zu Regensburg pro 1867 entnehmen wir Folgendes: Die Gesammteinnahme hat betragen 69,189 fl. $19^3/_8$ kr., die Ausgabe 68,647 fl. $36^7/_8$ kr., Aktivrest 541 fl. $42^1/_2$ kr. Die Activa des Vereins belaufen sich auf 7032 fl. 53 kr., dagegen die Passiva auf 24,076 fl. 23 kr. Trotz ungünstiger Zeitverhältnisse konnte das für das Baujahr 1867 festgesetzte Programm in all seinen Theilen ausgeführt werden. Die für das Jahr 1868 bestimmte Aufgabe war nach dem auf die einzelnen Jahre bis 1870 vertheilten Bauplane, im Laufe des Sommers die beiden Helme auf die Höhe von 77 Fuß zu bringen. Leider ging am 29. Februar der Hauptunterstützer des Baues, König Ludwig I., zur ewigen Ruhe ein. Wollte man durch eine plötzliche Verzögerung des Baues nicht große Nachtheile herbeigeführt sehen, so müßte daran gedacht werden, weitere Passiva zu übernehmen. Indeß wurde die Gefahr einer Verzögerung vor der Hand glücklich dadurch beseitigt, daß Se. Majestät König Ludwig II. für den Zeitraum vom 1. Mai bis 31. Dezember einen Beitrag von monatlich 1000 fl., somit im Ganzen 8000 fl. dem Dombau zuwendete. Die Aufgabe des Baujahres 1868 kann nunmehr zu Ende geführt werden, und bis zum Schluß 1870 soll, trotz der obwaltenden Schwierigkeiten, der ganze Außenbau in all seiner Schönheit hergestellt sein.

[Ein kleiner Wink.] Die Frankfurter Versicherungsgesellschaft „Providentia", welche seit ihrem Bestehen noch keine Zinsen an ihre Aktionäre zahlen konnte, schließt auch in diesem Jahre mit dem unansehnlichen Gewinn von fl. 2502. 45 kr. ab und beklagt sich über die Ungunst der Zeiten, während fast alle übrigen solid betriebenen Concurrenzgeschäfte bedeutende Dividenden zahlten. Da es mit dieser Gesellschaft nun nicht so recht vorwärts gehen will, so wäre es vielleicht im Interesse der Aktionäre, wenn sie eine Fusion mit einer anderen Gesellschaft zur Berathung und Ausführung brächten, etwa in der Weise, wie es im vergangenen Jahre zwischen der Oesterreichischen und der Magdeburger Gesellschaft — welche letztere eine sehr hohe Dividende zahlte —, der Fall gewesen, nur daß die Aktien der „Providentia" in entsprechender Weise in solche der Magdeburger umgewandelt werden.

Amtliche Nachrichten.

An den Landgerichten Schrobenhausen, Vilsbiburg, Regen, Viechtach, Rottenburg in Niederbayern, Heman, Burglengenfeld, Vohenstrauß, Lichtenfels, Gunzenhausen, Miltenberg, Oettingen, Wertingen und Krumbach wird dem nachgewiesenen Bedürfnisse entsprechend je wieder eine Advokatenstelle besetzt und demgemäß wurde zum Advokaten in Schrobenhausen der geprüfte Rechtspraktikant und Advokaten-Concipient S. Riederer in Aichach, zum Advokaten in Vilsbiburg der gepr. Rechtspraktikant und dermalige Notariatsgehülfe in Günzburg C. Richter, zum Advokaten in Regen der geprüfte Rechtspraktikant und Advokaten-Concipient Fl. Seidlmayer in Mühldorf, zum Advokaten in Viechtach der gepr. Rechtspraktikant und Adv.-Concipient C. Perchteld, dermalen in Weilheim, zum Advokaten in Rottenburg in Niederbayern der geprüfte Rechtspraktikant und Advokaten-Concipient H. Martini in München ernannt. Die neu errichtete Advokatenstelle in Heman wurde dem Landger.-Assessor G. Körbling in Parsberg verliehen. Weiters wurden zu Advokaten ernannt: in Burglengenfeld der gepr. Rechtspraktikant und Adv.-Conc. K. Branal in Neustadt a/WN., in Vohenstrauß der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. G. Mayer in Kemnaten; in Lichtenfels der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. H. Düll in Bamberg; in Gunzenhausen der vormalige Adv.-Conc. und nunmehrige fürstl. schwarzenbergische Domänen-Kanzlei-Assessor Dr. O. Schmidtlein; in Miltenberg der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. J. A. Dittmann in Schweinfurt; in Oettingen der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. M. Kilp in Memmingen; in Wertingen der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. Fr. Müller in Augsburg und in Krumbach der gepr. Rechtsprakt. und Adv.-Conc. Th. Jung in Kaufbeuern. Ferner wurde bei dem k. Bezirksgericht Regensburg eine weitere Advokatenstelle errichtet und dieselbe dem vormaligen Advokaten und Notar M. Spieß in Weilheim verliehen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$61^3/_8$ G.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63^3/_4$—$^1/_8$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^5/_8$ P.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51^3/_4$—$^5/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	44 G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	$84^1/_2$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102^1/_2$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jährs dto.	$95^3/_4$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$95^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^3/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^5/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^1/_4$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$87^1/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	86 P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_8$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$81^1/_2$ P.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2^1/_2$pCt.	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$86^1/_8$ P.
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	$78^3/_4$ P. $^1/_2$ G.
„	6pCt. ditto r. 1882	$77^5/_8$—$^1/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500	$134^6/_2$ P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	725 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$196^1/_2$—97 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. B.	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250	227 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100	—
Mitteldeutsche Kreditaktien	97 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250	315 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn	110 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	260—$^1/_2$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt.	127 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64^1/_4$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt.	$153^7/_8$—$54^1/_8$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88^1/_2$ P. $^1/_2$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$107^1/_4$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$129^7/_8$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^3/_4$ P. 52 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$78^7/_8$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 P.
3 pCt. Süd. St. u. Lomb. E. B.	$42^7/_8$ P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	124 P.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$135^3/_4$ P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	66 G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	78—$^1/_4$ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$139^1/_2$ P. $138^1/_2$ G
„ do. v. 1864	89 P. $88^1/_2$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$101^1/_2$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_2$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$146^1/_2$ P.
„ fl. 25 do.	$38^1/_2$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^5/_8$ G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. B.	$25^5/_8$ G.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13^1/_4$ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_2$ P
Antwerp. Frs. 200 k. S.	95 G.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Brem. 50 Th. L.d'. k. S.	$98^1/_4$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	95 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_8$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_2$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P. $^3/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102^1/_2$ P $101^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102^1/_8$ P. $101^7/_8$ G
Disconto	3 pCt. G.

Frankfurt, 12. Juni. Die Börse hat sich auf den serbischen Schreckschuß wieder etwas beruhigt, da das europäische Gleichgewicht vorläufig noch nicht erschüttert scheint. Man eröffnete zwar noch nicht ganz sicher, schloß aber recht fest. Die Notirungen österreich. Werthe sind gegen gestern Mittag durchgehends um Bruchtheile besser, besonders Creditaktien, 1860er Loose und $4^1/_2$ pCt. Metalliques. Das Geschäft war nicht so lebhaft, als gestern. 1882er Amerikaner waren trotz der hohen Newyorker Goldnotirung zu gestrigen Preisen im Umsatz. Süddeutsche Effekten waren im Ganzen eher etwas offerirter, als in den letzten Tagen. Ostbahn etwas niedriger, Alles sehr gesucht und preishaltend. Elisabethaktien waren um 2 fl. höher. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 163.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 14. Juni 1868.

Zum Fürstenmord in Belgrad.

Fürst Michael Obrenovich, Sohn des Fürsten Milosch, am 4. November 1825 geboren, erreichte also ein Alter von 43 Jahren. Am 1. August 1853 vermählte er sich mit der Gräfin Julie Hunyady, von der er seit Juni 1866 getrennt lebt. Fürst Milosch Obrenovich, der Vater Michael's, hatte 1817 Czerny Georg (Karageorg) durch gedungene Meuchelmörder erschlagen lassen und bestieg den Fürstenthron Serbiens am 6. November desselben Jahres. Der Sohn des Mörders Czerny Georg's fiel wie dieser. 1842 wurde Fürst Milosch vom Sohne Karageorg's verjagt und herrschte Fürst Alexander Karageorgievich bis zum 2. Januar 1859, in welchem Jahre er durch eine vom alten Milosch angezettelte Revolution vertrieben wurde. Milosch war wieder zum Fürsten ausgerufen worden. Er starb am 26. September 1830 und ein Berat der Pforte bestätigte seinen Nachfolger auf dem Throne, den Fürsten Michael, ohne jedoch die Erblichkeit der Fürstenwürde in seiner Familie anzuerkennen. Außer dem Fürsten Michael fielen im Park von Topschider eine Cousine desselben, Anka Konstantinovich; die Tochter derselben; ein Adjutant des Fürsten und dessen Leibdiener wurden schwer verwundet. Anka Konstantinovich hatte großen Einfluß auf den Fürsten. Sie soll hauptsächlich die Trennung der Ehe mit der Fürstin Julie veranlaßt und seit 1865 die Verehelichung des Fürsten mit ihrer Tochter betrieben haben. Mehrere Blätter behaupten, daß der 1859 aus Serbien vertriebene Fürst Alexander Karageorgievich seit einiger Zeit in Agram und an der serbischen Grenze sich aufhalte. Diese Angabe ist falsch. Fürst Alexander wohnt gegenwärtig mit seiner Familie in Vöslau bei Wien, wo er am Tage des Mordes gesehen wurde.

Von einem Manne, der mit der Familie Obrenovich und namentlich mit dem Fürsten Michael in vielfachen Beziehungen stand, erhält die „N. fr. Presse" folgende Mittheilungen:

Topschider, wo das komplizirte grauenhafte Attentat auf den Fürsten und seine Begleitung stattfand, ist ein Lustschloß mit schönen Gartenanlagen, ungefähr 20 bis 30 Minuten von Belgrad entfernt. Der Vater des Fürsten, Milosch Obrenovich, starb daselbst im Jahre 1860 nach langwierigen Leiden. Personen, welche in der Lage sind, die Dinge und Verhältnisse in Serbien aus näherer Anschauung zu kennen, versichern uns, daß bei dem schauerlichen Attentate weniger politische Motive, sondern vielmehr „religiöser Fanatismus" im Spiele sein soll. Man bezeichnete nämlich seit geraumer Zeit und ziemlich allgemein das Fräulein Katharina, Tochter der Cousine des Fürsten, Anka Konstantinovich, als die zukünftige zweite Gemahlin des regierenden Fürsten, und da diese — nach serbischer Genealogie — eine nahe Verwandte des Fürsten, wollte eine fanatische Partei diese „religiöse Sünde" vom Throne Serbiens abwenden.

Wie sich die Dinge nun in Serbien gestalten werden, läßt sich momentan nicht absehen, da der testamentarisch destinirte Thronfolger von Seite des Fürsten Michael, ein Neffe desselben (Sohn der Frau Marie Obrenovich, bekannt aus der Affaire Cusa), erst 12—13 J. alt, also minderjährig ist und sich vielleicht auch die Partei des vertriebenen Fürsten Karageorgievich regen dürfte. Ob der langjährige ehemalige, sehr ehrgeizige Ministerpräsident des Fürsten Michael, Garaschanin, in jüngster Zeit passiver Zuschauer war und es bleiben wird, das ist gleichfalls noch sehr fraglich. Eines nur ist gewiß, daß zu dem großen Familiendrama, welches sich vorgestern in Topschider abgespielt hat, Frauen-Intriguen und Frauen-Ehrgeiz einen großen Theil beigetragen haben dürften. Seitdem Fürstin Julie Obrenovich im Jahre 1865 gemüthlich und moralisch gezwungen war, ihren Gemahl und Serbien zu verlassen, schied der gute Genius des Fürsten auch aus seinem Lande und er war von echt serbischen Ränken und Kabalen umgeben, deren Seele eben die nun gleichfalls getödtete, wenig beliebte Anka Konstantinovich war. Trotzdem die Fürstin Julie (geborne Hunyady) keine Serbin von Geburt war, erwarb sie sich doch in ihrer neuen Heimath durch ihre feine Bildung, ihren Wohlthätigkeitssinn und ihr leutseliges Wesen gegen Jedermann die allseitigsten Sympathien. Beweis dessen, daß kein angesehener Serbe seit Jahren nach Wien kam, ohne der Fürstin seine Aufwartung zu machen

Verhandlungen der physikalisch-medizinischen Gesellschaft in Würzburg.

VIII. Sitzung am 16. Mai 1868.

(Schluß.)

Krafft-Ebing wendet sich zunächst zu der näheren Betrachtung jener Störungen des Gemüthslebens, in denen ein Zustand psychischer Depression, schmerzlichen Empfindens der Vorgänge des inneren Bewußtseins den freien Fluß der Vorstellungen hemmt und allmählig einige wenige, vom schmerzlichen Fühlen diktirte und beständig angeregte Gedankenkreise herrschend werden, die keinen Gegensatz im Bewußtsein mehr finden. (Zwangsvorstellungen.) Unter ihrem Einfluß bildet sich ein Drang und Bestreben des belästigten Gemüthes nach einer gewaltsamen Handlung aus, die als ein Mittel zur Erleichterung und Befreiung vom inneren Druck sich darstellt und — heimlich begehrt und vorbereitet — endlich planmäßig ausgeführt wird. Der Kranke spricht in solchen Fällen nicht irre, verhält sich außer einigen kleinen Wunderlichkeiten sogar ruhig und besonnen, aber er gleicht dem Vulkan, unter dessen Asche sich eine Eruption vorbereitet und in geringen, oft äußeren Ereignissen liegt der Grund, wenn das gepreßte Gemüth in einer furchtbaren Gewaltthat explodirt. Die forensische Casuistik liefert hiefür zahlreiche Belege.

Je nachdem diese psychischen Depressionszustände einfach oder in Verbindung mit Angstzufällen verlaufen, ob Sinnestäuschungen vorhanden oder endlich auch Wahnvorstellungen sich herausgebildet haben — hiernach theilt Krafft-Ebing dieselben in vier Gruppen und schildert sie im Detail in sprechender Weise. Die hiebei gegebenen wissenschaftlichen Erörterungen entsprechen dem heutigen Standpunkt der Seelenheilkunde und kann man es dem Verfasser nur Dank wissen, daß er diesen auch einem weiteren Kreise zugänglich gemacht und die auf einem noch dunklen Gebiete errungenen Resultate psychiatrischer Forschung dem Arzte und Richter behufs forensischer Benützung zur Hand gelegt hat.

Weniger auf psychiatrischem, als auf forensischem und psychologischem Boden bewegt sich die Abhandlung von Knop, wenn gleich denselben Gegenstand behandelnd. Nach einer scharfen Kritik der Irrlehre von den Monomanien und unwiderstehlichen Trieben bekämpft er vom Standpunkte der Herbart'schen Psychologie aus den veralteten Mythos von Feen und Dämonen im menschlichen Geiste, genannt: Seelenvermögen, welche den Arzt hindern, zweifelhafte Seelenzustände richtig zu beurtheilen" und bezeichnetes geradezu als irrig, die hypochondrischen und melancholischen Gefühlsverstimmungen für Geisteskrankheiten zu erklären, so lange keine Illusion und keine Wahnvorstellung den Zustand begleitet. Daher involvirt denn auch die Paradoxie des Willens — mit welchem Namen Knop jenen obenerwähnten Zustand bezeichnet, wo in Folge von Gemüthsanomalie ein unwiderstehlicher Drang zur Gewaltthat sich erzeugt — keine Aufhebungsgründe der Zurechnung, sondern nur Milderungsgründe der Strafe, worüber zu entscheiden nicht Sache des Arztes, sondern des Richters und der Geschwornen ist. Der Arzt habe bloß das thatsächliche Material festzustellen, die Zurechnungsfrage selbst falle ganz und gar dem Gebiet der Kriminaljustiz anheim. Es verdient hiebei wohl erwähnt zu werden, daß Knop k. preuß. Kreisphysikus ist.

Wenn wir auch dem Verfasser vollkommen beistimmen, so oft er die traurige Richtung einer übrigens bereits hinter uns liegenden Zeit, jede Neigung, jede Unart und Begierde als einen die Zurechnung aufhebenden Zustand von Monomanie oder als Mania occulta zu stempeln, in derber Weise geißelt, so gestehen wir doch, nicht einzusehen, wie diesem Mißbrauch durch die Einführung eines neuen Wortes — Paradoxie des Willens, zu deutsch freiwilliges Handeln bei innerem Widerstreben — gesteuert werden soll, vielmehr dürfte hiemit

und das aufrichtigste Bedauern über deren Abwesenheit aus Belgrad auszudrücken.

Fürst Michael war seit drei Jahren schwankend in dem Entschlusse, die Tochter Anka's, Katharina, zur zweiten Frau zu nehmen. Manche Symptome sprechen dafür, daß er in letzterer Zeit durch allerlei Machinationen bestimmt worden sei, trotz entgegenstehender kirchlichen und politischen Hindernisse den gefährlichen Schritt dennoch zu thun, und die — mörderische Waffe vereitelte ein Bündniß, das eine große Partei im Lande mit sehr scheelen Augen ansah.

Bezüglich des Ortes, wo das verabscheuungswürdige Attentat stattgefunden hatte, wird demselben Blatte noch folgende Anekdote mitgetheilt, die nun eine so tragische Pointe gefunden: „Als im Jahre 1864 der langjährige Leibarzt des Fürsten Michael wegen Erkrankung desselben, wie dies öfters geschah, von Wien nach Belgrad berufen wurde und einmal an der Seite des genesenen Fürsten in Topschider eine Promenade machte, äußerte der Doktor zum Fürsten: „Warum nehmen Durchlaucht nicht im Sommer Ihren Wohnsitz in Topschider?“ Darauf entgegnete der Fürst: „Aber, lieber Doktor, wenn ich in Belgrad wohne, so kann ich wenigstens jeden Tag nach — Topschider fahren, wenn ich mich aber in Topschider bleibend niederlasse, was bleibt mir dann übrig, als die Fahrt nach — Belgrad?“ Der Fürst, zwischen dessen Bildungsgrad und dem seines Vaters eine ungeheuere Kluft gähnte, hatte unbestritten einen hohen Grad europäischer Kultur; er war für sein Land von den besten Intentionen beseelt und durchaus nicht blind für die großen Fehler, die argen Bildungsmängel und die „graeca fides“ des serbischen Volkes. Sie bereiteten ihm manche bittere, trübe Stunde, namentlich während der ersten Jahre seiner Regierung.

Hätte der Fürst, der ein großes Privatvermögen und ausgedehnte Besitzungen in der Moldau und Walachei hat, den Wünschen und Gesinnungen seiner edlen Gemahlin Julie Rechnung getragen, er säße heute noch ruhig und zufrieden auf seinem Lieblingsgute bei Preßburg — in Ivanka: Er fühlte sich nicht glücklich in Serbien, aber er machte bereits vor 20 Jahren — er kam im Jahre 1846 zu seinem Vater Milosch bleibend nach Wien — kein Hehl daraus, daß die süße Last des Regierens für ihn einen unwiderstehlich verführerischen Reiz habe. Und so entschuldigte und beschönigte auch Fürst Michael stets die unglückselige Expedition des Kaisers Maximilian nach Mexico. Hatte er eine Ahnung von ihrem beiderseitigen und gleichartigen tragischen Ende?

Süddeutschland.

Bayern. p. München, 12. Juni. Der k. Staatsminister Fürst v. Hohenlohe hat heute einen 14tägigen Urlaub angetreten und sich auf seine Besitzung Aussee begeben; während seiner Abwesenheit ist der k. Staatsrath v. Daxenberger mit der Leitung des Staatsministeriums des Aeußern betraut. — Nachdem der Gesetzgebungs-Ausschuß der Kammer der Abgeordneten jüngsthin die Berathung des zweiten Buches des Civilprozesses beendet hat, ist wieder eine Unterbrechung eingetreten und noch gar nicht bestimmt, wann derselbe seine Sitzungen wieder aufnehmen kann, da für die Berathung des dritten Buches 2c. noch nicht einmal das Referat vorliegt. Wenn aber der Ausschuß seine Berathungen nicht baldigst wieder aufnimmt und dann thunlichst rasch erledigt, so steht zu befürchten, daß es den Ausschüssen beider Kammern nicht möglich sein wird, das Gesetzgebungswerk bis zum Beginne des Herbst-Landtages zum Abschluß zu bringen. Wird das aber nicht der Fall sein, so ist das Zustandekommen des ganzen Werkes, auf das so viel Zeit, Mühe und Kosten verwendet wurden, in der dermaligen Legislatur-Periode geradezu in Frage gestellt — und Bayern darf, Gott weiß, wie viel Jahre wieder warten, bis es einen neuen Civilprozeß erhält, während sich dessen Nothwendigkeit mit jedem Tage dringender herausstellt.

Regensburg, 8. Juni. [Auflösung des Handelsgremiums.] In der gestrigen Generalversammlung des hiesigen Handelsgremiums, welche berufen war, um über die Zukunft des Vereinsvermögens zu entscheiden, wurde eine Summe von 8 00 fl. zur Anschaffung einer Dampf-Feuerspritze bestimmt und über den Kapitalrest von ca. 19,000 fl. in der Weise verfügt, daß 14,000 fl. eine Stiftung zur Förderung von Bildungs- und Unterrichtszwecken und der Rest eine Stiftung zu Wohlthätigkeitszwecken bilden sollen, deren Erträgnisse Angehörigen des hiesigen Handelsstandes zuzuwenden sind.

Nürnberg, 9. Juni. [Gewerbemuseum.] Die hiesigen Großindustriellen und Reichsräthe v. Faber und v. Cramer-Klett haben die Errichtung eines Gewerbemuseums dahier in großartigem Styl angeregt.

Großh. Hessen. [Neue Militärlasten.] Bekanntlich lag es in der Absicht des früheren großherzogl. Kriegsministeriums, die bei dem großherzoglichen Militär auf das preußische Maß zu erhöhenden Gagen 2c. frühestens vom Jahre 1869 an einzuführen, um die schon so stark angespannten Steuerkräfte unseres Landes möglichst zu schonen. Das Divisions-Kommando verlangte dagegen, daß die besagte Erhöhung sofort eintrete, und ist in dieser Differenz ein hauptsächlicher Anlaß für den von Berlin aus erzwungenen Rücktritt des früheren großherzogl. Kriegsministers zu erblicken. Dem Vernehmen nach wird nun von dem dermaligen Kriegsminister zum Zwecke der auch von ihm beabsichtigten sofortigen Erhöhung der Gagen eine nachträgliche Mehrforderung von etwa 100,000 fl. ergehen und damit ein weiterer Steuerzuschlag erfolgen müssen.

Norddeutscher Bund.

Königreich Sachsen. [Genossenschaftstag] Am 6 dieses Monats ward zu Meißen der neunte Verbandstag der Genossenschaftlichen Vereine Sachsens abgehalten, an dem sich auch Schulze-Delitzsch und der Finanzprokurator Nallbauer aus Meißen betheiligten. Beide erörterten die Eigenthümlichkeiten des norddeut-

---

der von ihm so streng gerügten babylonischen Sprachenverwirrung auf dem Gebiete der forensischen Medizin Vorschub geleistet werden, während wir es tadeln müssen, daß Knop die von Krafft-Ebing mit Recht als die gemeinsame Grundlage dieser Zustände bezeichnete Gemüths-Alienation zu wenig berücksichtigt, auf das Vorhandensein von Sinnestäuschungen und Wahnideen aber zu großen Werth gelegt hat.

In neuester Zeit hat namentlich M. W. Drobisch an der Hand der moralischen Statistik einen schätzenswerthen Beitrag zur Frage der menschlichen Willensfreiheit und der darauf gegründeten rechtlichen Zurechnungsfähigkeit geliefert.

Referent spricht hierauf noch über eine andere Form der Geistesstörung, den sogenannten Stumpfsinn oder Stupor, der gleichfalls zu gerichtlichen Fällen Veranlassung geben kann (z. B. eine an Stupor leidende Mutter läßt in Folge der hiemit verbundenen Gedächtnißschwäche und Willenslosigkeit ihr Kind im Walde liegen). Diese Psychose, die früher irriger Weise mit dem Blödsinn zusammengeworfen wurde, kann sich unter Umständen sehr rasch, ja plötzlich entwickeln, in Fällen von intensiv mehr oder minder schnell eintretender Erschöpfung sowohl auf somatischem als psychischem Gebiete (Säfteverlust, Entbehrungen aller Art, Ermüdung auf großen Märschen, Schrecken, Angst, Seelenschmerz u. s. w.), in deren Folge die psychischen Prozesse eine Art Suspension höheren oder geringeren Grades erleiden, die sich nach Außen durch die Geberde des Stumpfsinnes oder der Starrheit kund gibt.

Im hiesigen Juliusspitale kamen während der letzten 4 Jahre 21 Fälle von Stupor vor, wovon 5 in Folge deprimirender Gemüthsaffekte ziemlich rasch entstanden waren. 3 Fälle wurden im Laufe des Sommers 1866 an Militärpersonen beobachtet und standen mit den Strapatzen des Feldzugs in causalem Zusammenhang. 3 Fälle hatten sich im Laufe des Wochenbettes, 1 nach Typhus, die übrigen 9 als Sekundärzustände aus anderen Psychosen, namentlich der Melancholie und Tobsucht entwickelt.

Der Schiffbruch des „Lessing“.

Ueber das Unglück, von dem das Bremer Schiff „Lessing“ am 23. v. Mts. betroffen wurde, liegen jetzt ausführliche Berichte vor. Zwischen den Orkaden und den Shetlandsinseln liegt das kleine Eiland Faira oder Fara, das von etwa 250 Menschen bewohnt wird, welche sich von Vogelfang, Fischerei und Viehzucht ernähren; die Insel umgürtet ein Kranz von steilen Felsen, und weit in's Meer hinein erstrecken sich die Riffe. Am Morgen des 23. Mai glaubte der Kapitän des „Lessing“, der widriger Winde wegen die Umfahrt um Großbritannien dem Wege durch den Kanal hatte vorziehen müssen, an der Insel bereits vorbei zu sein. Ein starker Nebel lag auf dem Wasser. Plötzlich gewahrte man Land; das Wenden mißglückte; das schöne starke Schiff lief auf den Sleep-Craig, eine Stelle, wo die Felsen am steilsten sind, und saß bald in einer kleinen Bucht zwischen Riffen fest, die hoch über die Masten hinwegragten. Bis zum letzten Augenblicke, in dem die äußersten Anstrengungen sich als erfolglos erwiesen, hatte an Bord Niemand eine Ahnung des Unglücks; ein jäher Stoß zerbrach die Mitte des Schiffs und weckte zugleich die armen Auswanderer, die größtentheils noch in ihren Kojen ruhten, aus ihrem Schlafe. An Bord befanden sich 20 Mann Besatzung und an Passagieren 355 Erwachsene, 69 Kinder und 27 Säuglinge. Mit großer Gewalt stürzten sofort die Wogen in die Räume des

schen und des sächsischen Genossenschaftsgesetzes, und man beschloß endlich, sich dem letztern nach dessen Emanation zu unterstellen, um die durch dasselbe gebotenen Vortheile zu genießen. Außerdem ward auch die Frage in Anregung gebracht: wie die Vorschußvereine nach Aufhebung der Wechselhaft und nach dem zu erwartenden Verbot der Lohnverkümmerungen für die Sicherheit ihrer Außenstände zu sorgen hätten? Hiebei war die Mittheilung eines Chemnitzer Abgeordneten beachtenswerth: daß der dortige Vorschußverein, einer der größten und ältesten in Sachsen, der vorzugsweise mit Arbeitern Geschäfte macht, noch nie in die Lage gekommen sei, die Schuldhaft oder die Inhibition von Arbeitslöhnen zu beantragen. Man möge sich nur vor der Creditwährung genau über die Creditwürdigkeit des Darlehensuchenden vergewissern. Dieß mache freilich etwas mehr Arbeit, sichere aber auch besser als Schuldhaft und Lohnverkümmerung vor Verlusten.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 11. Juni. [Der geheime Brief des Papstes.] Entgegen den Bemerkungen anderer Journale halten die „Narodni Listy“ ihre Notiz über den angeblichen „geheimen Brief“ des heiligen Vaters an die österreichischen Bischöfe aufrecht. Ihr Gewährsmann behauptet, er habe die von den Bischöfen sehr sorgfältig verborgene Urkunde selbst in der Hand gehabt und von deren Inhalt genaue Kenntniß genommen. Sie wäre in lateinischer Sprache abgefaßt und auf Kleinoktavpapier geschrieben. Ihr wesentlicher Inhalt bestehe darin, daß die vor Eingehung des Konkordats nicht streng nach den Kirchengesetzen, sondern nach dem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche abgeschlossenen Ehen ausdrücklich Konkubinate (und keineswegs Matrimonia nulla et irrita) genannt werden. Ebenso erkläre aber auch die Urkunde ausdrücklich, daß für den Fall der Aufhebung des zwischen Oesterreich und dem heiligen Stuhle abgeschlossenen Konkordates alle ähnlichen Ehen in Oesterreich von der römischen Curie wieder als Konkubinate, also als „unsittliche Verbindungen“ angesehen werden. Die Bischöfe hätten, nach der Erzählung der „Narodni Listy“, die strenge Weisung erhalten, diese Urkunde sorgfältig zu verwahren. Wenn trotzdem die „Narodni Listy“ Auszüge aus diesem Schriftstücke zu veröffentlichen in der Lage sind, so glauben wir bei den bekannten Connexionen, welche zwischen den czechischen Journalen und dem czechischen Clerus bestehen, Grund zu haben, den Mittheilungen dieses Blattes nicht die Glaubwürdigkeit ohne weiteres absprechen zu sollen. Bei alledem wird aber die Welt ihren ruhigen Weg wohl weiter gehen; wir können, sowie über das Konkordat selbst, so auch über alle ihre partes adnexae ganz ruhig zur Tagesordnung übergehen. Die Ehen werden in Oesterreich unter der Herrschaft des neuen Ehegesetzes zum mindesten nicht seltener werden, als sie es unter der des alten waren.

Wien, 12. Juni. [Frohnleichnam.] Die Frohnleichnams-Prozession hat gestern zur großen Enttäuschung des in den Straßen, durch die sich der Zug zu bewegen pflegt, massenhaft angesammelten Publikums nicht öffentlich stattgefunden, sondern wurde blos im Innern der Stephanskirche abgehalten. Gestern um 5 Uhr Morgens erschien ein Hof-Fourier im Stadtbauamte und überbrachte die Weisung, mit der Errichtung der Altäre an den bekannten Plätzen innezuhalten, da die Prozession keine öffentliche sein werde.

— [Brand in der Staatsdruckerei.] Gestern um halb 5 Uhr Früh bemerkte die Hausinspektion der Staatsdruckerei Rauch in einem Lokale der Creditsabtheilung und erstattete dem in der unmittelbaren Nähe wohnenden Direktor unverzüglich die Anzeige. Dieser war sofort zur Stelle und rief bei der Ungewißheit über die Größe der Gefahr die Löschmannschaft herbei, die auch um 5 Uhr erschien. Da die Creditsabtheilungen unter Gegensperre der Aufsichtskommissäre stehen und diese nicht nahe genug wohnen, mußte ein eiserner Fensterbalken gesprengt werden, und durch diesen wurde das auf einen engen Raum beschränkte Feuer in wenigen Augenblicken gelöscht. Als inzwischen auch die Thür aufgebrochen war, sah man, daß nur die Hälfte einer Kupferdruckpresse verkohlt, sonst aber namentlich an den in verschlossenen Behältnissen verwahrten, noch in der Anfertigung befindlichen Creditspapieren kein Schaden geschehen war. Ueber die Veranlassung des Feuers kann man nur Vermuthungen hegen. In der betreffenden Abtheilung wurde bis 8 Uhr Abends gearbeitet und beim Schlusse des Lokales die vorschriftsmäßige Untersuchung vorgenommen, in anderen Abtheilungen waren die Arbeiter bis 4 Uhr Morgens beschäftigt. Um 9 Uhr Abends hatte der Direktor der Anstalt persönlich noch einen Rundgang durch alle Stockwerke gemacht, ohne etwas Verdächtiges zu bemerken.

Ausland.

Schweiz. [Zum internationalen Sanitäts-Concordat.] Rußland, welches bekanntlich mit zu den ersten Unterzeichnern des in Genf berathenen internationalen Sanitäts-Concordats über Gesundheitspflege während Kriegszeiten gehört, scheint sich auf dieser humanen Bahn Lorbeeren erwerben zu wollen. So eben hat es mittels einer dem Bundesrathe zugestellten Note den Gedanken in Anregung gebracht, ob nicht im Interesse der Humanität die Anwendung von Explosionsgeschossen im Kriege vertragsmäßig völkerrechtlich zu verbieten, oder dieselbe wenigstens auf die Kapselgeschosse zu beschränken sei. Neben ihrer humanen Seite bietet die Bejahung dieser Frage auch den finanziellen Vortheil, daß durch dieselbe der fortwährenden Einführung neuer Mordgeschosse ein Riegel vorgeschoben sein dürfte. Der Bundesrath hat daher auch der russischen Note in ihrem Wesentlichen vollständig beigestimmt, der kaiserlichen Regierung jedoch dabei noch das Gesuch gestellt, jenen Gedanken und die Form seiner Ausführung des Näheren zu präcisiren. (Das „Journal de St. Petersbourg“ veröffentlichte dieser Tage ein Rundschreiben, das der Reichskanzler Fürst Gortschakoff über einen die Explosionsgeschosse betreffenden Bericht des Kriegs-Ministers hat

---

Schiffs; in jäher Flucht mußten Alle das Zwischendeck verlassen, um nicht zu ertrinken. Der Kapitän setzte sogleich das eine Boot aus und drang mit demselben bis zum Fuße des einen der beiden scharfen, 3—400 Fuß hohen Felsen vor, zwischen denen das Schiff eingeklemmt war; er kletterte auf die Oberfläche des Riffs, um die Scene seines Unglücks zu übersehen; es war wenig Aussicht auf Rettung. Mittlerweile waren die Insulaner gewahr geworden, was sich zugetragen hatte; unverzüglich thaten sie das Aeußerste für die Rettung der Schiffbrüchigen; in der That haben diese armen Eilandsbewohner gegen ihre unerwarteten Gäste viel Muth und Güte gezeigt. Da dem Schiffe von der See aus nicht nahe zu kommen war, so war die einzig ausführbare Art der Rettung die, daß die muthigen Fischer von Faira ihre kleinen Boote in eine Höhle brachten, welche durch die Felsen ging und in die Bucht mündete, wo das Wrack lag. Diese Fahrt gelang. Nachdem die Männer, Weiber und Kinder unter großen Mühen an Bord der kleinen Boote gebracht waren, hatten die Insulaner eine Zwischenpause in den Wellenschlägen abzupassen, um wieder durch die Felsenhöhle hindurch zu kommen; sonst würden ihre gebrechlichen Fahrzeuge von der Fluth ergriffen und gegen die Felsen geschleudert worden sein. Auch dies Manöver gelang; man fuhr aufwärts nach einem Theile des Felsens, welcher minder steil und nicht so zackig war; dort wurden die sämmtlichen Schiffbrüchigen auf die Oberfläche der Klippe gezogen und von hier aus glücklich an's feste Land geschafft; die Kinder wurden den Männern auf die Rücken gebunden und auf diese Weise hinaufgebracht. Mehrere Stunden gingen mit der Landung hin. Sobald es das Wetter erlaubte, verließ der Steuermann des Lessing die Insel in einem Boote, um Hülfe zu holen; derselbe kam glücklich in Sunburgh an; am 26. Mai erreichte die Nachricht von dem Schiffbruche Lerwick, die Hauptstadt der Shetland-Insel Mainland. Sogleich wurde ein Schuner ausgerüstet und nach Faira gesandt. In 3 Fahrten brachte dieß Schiff die Unglücklichen nach Lerwick. Zuerst weigerten sich viele, ohne ihre in dem Wrack begrabene Habe die Insel zu verlassen; sie gefährdeten sogar das Leben des Kapitäns. Nach und nach sah man indessen ein, daß an eine Bergung der Effekten nicht zu denken sei; nur dann und wann gelang es, von der Klippe aus einige Gegenstände aufzufischen. In der Fluthzeit war das Wrack fast ganz unter Wasser; zur Ebbe war aber auch nicht in den Schiffsraum zu kommen; jeder Versuch, an Bord zu gehen, war mit Lebensgefahr verbunden. Am 3. Juni verließen die letzten Passagiere und die Mannschaft Faira, um sich ebenfalls nach Lerwick zu begeben. Der Zuwachs von nahezu 500 Personen zu der Bevölkerung dieses Ortes, der so schon übervölkert ist, war äußerst bedenklich. Die Bequemlichkeiten waren sehr beschränkt, und da die armen Auswanderer meistens nur mit den Kleidern, die sie auf dem Leibe trugen, gerettet wurden, demnach kein Zeug wechseln konnten, ohne Betten und Bettwäsche waren, und schon dadurch, daß sie mehrere Tage lang dem Wetter ausgesetzt gewesen, schwer gelitten hatten, war die Gefahr, daß ansteckende Krankheiten unter ihnen ausbrachen, nicht gering. Sie wurden in einem Theil des Stadthauses und des Gefängnisses, sowie in zwei Zimmern auf dem Fort, auch in einigen Lagerhäusern, die sofort ausgeräumt wurden, untergebracht. Nach den letzten telegraphischen Nachrichten ist der Gesundheitszustand befriedigend gewesen; allein manche herzzerreißende Scene ist auf Faira und in Lerwick vorgekommen. Die Unglücklichen werden in Bremen erwartet, wo ein Aufruf zu ihrer Unterstützung erschienen ist.

ergehen lassen. Es heißt darin, der Kaiser halte es für seine Pflicht, das Kriegselend möglichst zu vermindern, und stimmt daher der Ansicht des Kriegs-Ministers bei, daß die Anwendung von Sprenggeschossen gegen Menschen unzulässig sei. Er befehle daher allen seinen Vertretern im Auslande, dahin zu wirken, daß alle Staaten in diesem Sinne einen gemeinsamen Vertrag abschließen. Der französische Kaiser hat bereits seine Zustimmung erklärt.)

Holland. [Die Ministerkrisis] in Holland ist endlich mit der Ernennung eines Ministeriums aus der liberalen Partei beendigt. Den Vorsitz führt darin der Finanz-Minister van Bosse; Minister des Innern ist der frühere Bürgermeister von Amsterdam, Fock, des Auswärtigen Roest van Limburg, Kriegs-Minister General van Mulken, Marine-Minister Broez, Justiz-Minister van Lilaar. Die besonderen Ministerien für den protestantischen und katholischen Cultus sind wider aufgehoben und, wie früher, den Abtheilungen des Innern und der Justiz beigeordnet.

Frankreich. Paris, 10. Juni. [Eine neue Index-Congregation.] Im Senat erregte eine Petition von 15 Einwohnern aus Oullins, die sich über gewisse gefährliche Bücher in der dort von Privatleuten gestifteten Volksbibliothek beschwerten, eine Diskussion, welche wieder einmal ein von diesen Herren mit besonderer Verliebe behandeltes Thema aufs Tapet brachte. Hr. Nisard fordert, als Berichterstatter, Ueberweisung der Petition an das Unterrichtsministerium. Die Beschwerden beziehen sich namentlich auf einige Werke von George Sand, Eug. Sue, Balzac, Soulié, St. Simon und Enfantin. Sogar la mare au diable von G. Sand gehörte zu den verfolgten Werken. Der Unterrichtsminister hatte schon vor einiger Zeit die den Bittstellern anstößigsten Werke, wie Mlle. de la Quintinie, Indiana, Spiridion, Lelia von G. Sand, le Juif errant, les Sept péches capitaux, les Mystères de Paris von Eug. Sue aus der Bibliothek entfernen lassen, und es trägt darum der Regierungskommissär Genteur auf Tagesordnung an, die auch von dem Senate einstimmig angenommen wird.

— [Friedensliga.] Das „Pays“ bringt, wie man das von dem kriegerischen und despotischen Herrn Paul de Cassagnac nicht anders erwarten durfte, einen sehr heftigen Artikel gegen die Friedensliga. Er geht so weit, dieselbe als eine Gefahr fürs Vaterland darzustellen. Unter den Theilnehmern an der Generalversammlung vom 8. d. Mts. habe man Oeconomisten, Juden, Protestanten und Katholiken gesehen. Alles sei da gewesen, nur die Patrioten ausgenommen. Dagegen urtheilt Gueroult in der „Opinion nationale“ mit großer Befriedigung über die Versammlung.

Paris, 11. Juni. [Der Fürstenmord in Belgrad.] Die „Fr. Corr.“ schreibt: Die Nachricht von der Ermordung des Fürsten von Serbien hat die hiesigen politischen Kreise in bedeutende Aufregung versetzt. Bekanntlich empfängt der Marquis de Moustier am Donnerstag regelmäßig das diplomatische Corps. Wie man sich denken kann, war dasselbe heute bei dem Minister vollzählig erschienen, und es wurde bemerkt, daß die Unterredungen des Marquis mit dem Grafen Stackelberg und dem Fürsten Metternich (die Botschafter, dann die Gesandten, endlich die Geschäftsträger treten nämlich nach der Anciennetät einzeln in das Kabinet des Ministers) ungewöhnlich lange dauerten. Noch im Laufe des Nachmittags begab sich Hr. v. Moustier nach Fontainebleau, ohne Zweifel, um dem Kaiser über die mit den fremden Diplomaten ausgetauschten Eindrücke zu berichten.

Die offiziösen Abendblätter haben noch kein mot d'ordre erhalten, und beschränken sich auf die Verdienste des Ermordeten rühmende Nekrologe; der „Constitutionnel“ hat aber, wie wir hören, die Weisung erhalten, morgen das Vertrauen auszusprechen, daß das serbische Volk in dieser Krisis die wünschenswerthe Mäßigung bewahren, und Europa keinen Grund zur Einmischung oder zu sonstigen Verwicklungen geben werde. Es liegt auf der Hand, daß diese Katastrophe den Cabinetten von Wien, Paris und London höchst ungelegen kommt, und daß dieselben alles aufbieten werden, um die Thronfolge in Serbien auf verfassungsmäßigem und friedlichem Wege sich regeln zu lassen.

— [Die Schulden der Stadt Paris.] Nach dem „Journal des Debats“ schuldet die Stadt Paris den verschiedenen Compagnien, welche sich mit den Durchbrechungen der Pariser Straßen betraut haben, folgende Summen: Rue Turbigo 67,260,406, Rue Réaumur 63.600,000, Boulevard Haußmann 53,509,053, Rue Ollivier 36,500,000, Rue de Rennes 34,243,096, Boulevard de l'Empereur 25,814,200, Rue Monge 24,608,850, Boulevard Saint-Germain 22,962,250, Place de l'Etoile 18,783,629, Rue Mouffetard 17,845,114, Boulevard Arago 16,678,893, Rue Lafayette 15,200,000, Umgebung der Centralhallen 12,510,000, Boul. Saint Marcel 10,522,148, Boulevard Magenta 10,500,000, Avenue Bosquet 6,526,730, Rue de Rom 6,465,824, Rue de Maubeuge 6,486,273, Boulevard de l'Alma 2,346,420, Rue de la Municipalité 1,700,000. Diese Summen, welche sich im Ganzen auf 453,033,005 Franken belaufen, sollen durch die neue Anleihe (Vertrag des Credit Foncier mit der Stadt Paris) gedeckt werden. Die „Debats“ fügen hinzu: „Zu diesen Summen kommt noch, was man bereits bezahlt hat, denn diese 453 Millionen sind nur der Rest, der noch nicht bezahlt worden ist. Für die Rue Turbigo hatte man bereits bis zum 31. Dez. 1866 7½ Mill. verausgabt, was mit der obigen Summe im Ganzen 74,800,000 Franken ausmacht. Darin sind jedoch die Ausgaben von 1867 nicht mit inbegriffen. Es würde nicht übel sein, wenn man an jeder Straßenecke mit dem Namen der Straße den Preis anschreiben würde, den sie gekostet. Man würde im Vorbeigehen die Millionen begrüßen können.“

Großbritannien. [Das Ministerium Disraeli] bleibt trotz aller Anfechtungen im Amte. Gladstone und dessen liberale Freunde finden das zwar abscheulich, indessen haben sie selbst die Aufforderung Disraeli's, dem Tory-Ministerium ein Mißtrauensvotum zu ertheilen, aus guten Gründen nicht angenommen, und da seine Feinde ihn nicht tödten wollen, so glaubt Disraeli, nicht nöthig zu haben, wie ein japanischer Minister, welcher in Ungnade gefallen ist, sich selbst den Bauch aufzuschlitzen. Er beabsichtigt offenbar, den langersehnten Posten als Premierminister so lange wie möglich zu behaupten. Die Parlamentsverhandlungen gehen denn ohne Aufregung weiter. Das schottische Reformgesetz ist erledigt, der Entwurf über Feststellung der Wahlbezirksgränzen in Berathung; die irische Suspensionsbill erwartet ihre dritte Lesung. Nach einer Erklärung des Schatzkanzlers glaubt die Regierung jedoch das neue Parlament erst kurz vor Weihnachten einberufen zu können. Im Lande regen sich unterdessen schon die Vorbereitungen zu den neuen Wahlen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die Strickmaschine.] Die neue Welt, die uns bereits die Nähmaschine erfand, bereitet ein neues Geschenk für uns vor in Gestalt der Strickmaschine. Bis jetzt hat man nur solche Strickmaschinen gekannt, welche ein ganz gleichmäßiges röhrenförmiges Gewebe zu liefern vermochten. Die neue amerikanische Strickmaschine von Lambs dagegen ist nicht rund, sondern langgestreckt und arbeitet auf beiden Seiten. Bei der vollen Breite enthält sie auf einer Seite 50 Nadeln; auf beiden Seiten zusammen können also durch jede Kurbelumdrehung 100 Schlingen gemacht werden. Rechnet man auf jede Kurbelumdrehung eine Sekunde, so ergibt dies für eine Minute 6000 Schlingen. Dadurch wird es begreiflich, daß man mit dieser Maschine an einem Tage 36 Paar Strümpfe anfertigen kann, während die Handstrickerin, wenn sie noch so fleißig und noch so geübt ist, täglich nicht zwei Paare fertig bringt. Außerdem kann man je nach Bedarf fest oder locker stricken. Die Maschine nimmt wenig Raum ein und wird an den Tisch angeschraubt. Man kann mit der Maschine abnehmen und zunehmen, den Keil, die Ferse, das Bein, den Rand des Strumpfes machen. Ebenso lassen sich gerippte, wolkige und durchbrochene Gewebe jeder Art mit der Maschine herstellen und auf diese Weise Shawls, Decken, Besetze, Kinderkleider, Handschuhe und Anderes mit Leichtigkeit anfertigen. Während des letzten Breslauer Maschinenmarktes arbeitete die Maschine eine Menge derartiger Gegenstände zu großer Freude und Bewunderung der Damen, welche in der Regel dicht gedrängt um diese unscheinbare Maschine standen und den reichsten Beifall spendeten. Die Lambs'sche Strickmaschine kostet 120 fl. Silber, bei Baarbezahlung 112½ fl. Der niederösterreichische Gewerbeverein wird sich gewiß die Gelegenheit nicht entgehen lassen, dem Wiener Publikum diese interessante Maschine bald vorzuführen.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 164-65. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 16. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 13. Juni. Die „Hoffm. Corr." schreibt: Im k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern ist abermals eine erhebliche Verminderung der Beamtenzahl eingetreten. Seine Majestät der König haben nemlich zu bestimmen geruht, daß an die Stelle des wegen Krankheit pensionirten Ministerialraths im k. Staatsministerium des Aeußern v. Loschge der bisher extra statum angestellte Ministerialrath und Generalsekretär Dr. Prestele in den Status einrücke und die Ministerialrathsstelle extra statum nicht mehr besetzt werde; ferner daß die Stelle eines k. Staatsarchivars mit jener des k. Hausarchivars fortan vereinigt werde; endlich, daß die durch den Tod des Carl Maria Freiherrn v. Aretin erledigte Stelle eines Vorstandes der k. Haus- und Staats-Archive nicht mehr besetzt, sondern diese Vorstandschaft künftig als Funktion einem der Räthe im k. Staatsministerium des k. Hauses und des Aeußern übertragen werde. Demgemäß wurde der bisherige k. Hausarchivar Dr. J. M. Söltl zum k. Haus- und Staatsarchivar ernannt und der k. Ministerialrath und Reichsherold F. S. Leinfelder zum Vorstand des k. Haus- und Staats-Archivs bestimmt.

Großh. Hessen. [Der „Zopf unter der Nase".] In dem Staate des Herrn v. Dalwigk scheinen sich neuerdings subordinationswidrige Gelüste zu regen und sogar die berühmte Kleiderordnung, das bisherige Palladium der hessen-darmstädtischen Selbstständigkeit, gering geachtet zu werden. Herr v. Dalwigk hat — um solchem Verfall vorzubeugen — dieselbe daher neuerdings mittelst folgender Verordnung eingeschärft: „Das großherzogliche Ministerium des Innern an großherzogliche (Name der Behörde). Es ist in neuerer Zeit wiederholt wahrgenommen worden, daß von Seiten der Civilbiener die Vorschriften über Uniformirung vielfach außer Acht gelassen werden, indem häufig Beamte im Dienste die Uniform entweder gar nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Weise tragen. Ebenso ist bemerkt worden, daß häufig für die große Uniform dunkelblaues Tuch statt des vorgeschriebenen dunkelkornblauen verwendet wird. Es werden daher die Vorschriften über Uniformirung und über Erscheinen der Beamten in Uniform von neuem ausdrücklich eingeschärft. Sie wollen sich hiernach bemessen und die Ihnen untergeordneten, zum Tragen der Uniform berechtigten Civildiener bedeuten. Darmstadt, 9. Mai. (gez.) v. Dalwigk."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. Juni. [Die Maß- und Gewichtsordnung] ist gestern im Wesentlichen nach den Vorschlägen der Commission angenommen — nur nach betreffenden Anträgen der Herren v. Thadden, v. Vincke und Twesten, so weit thunlich, deutsche Namen den fremden zu facultativem Gebrauche beigefügt. Die „Köln. Ztg." bemerkt dazu: Man wird in Folge dessen in Deutschland einige Namen mehr lernen müssen, allein andererseits wird die Verbindung der alten Namen mit neuer, von der alten Größe sehr abweichender Bedeutung die Verdrängung der alten Maße allerdings wohl noch beschleunigen helfen. Für den internationalen Verkehr und die Groß-Industrie wird voraussichtlich der Gebrauch der metrischen Namen sehr bald das Uebergewicht und mehr und mehr die Alleinherrschaft erhalten. Die Hauptsache ist, daß die Durchbrechung des metrischen Systems mit einer Anzahl von eingeflickten Bruchstücken aus unserer bisherigen Maß- und Gewichtsordnung, wie der Abgeordnete Miquel sie beantragte, der eine deutsche Ruthe, resp. Lachter, Faden, Elle, Fuß, Zoll, Morgen und Klafter wieder gesetzlich feststellen wollte, abgelehnt wurde. Hoffentlich wird der Bundesrath es sich gefallen lassen, daß statt des „Pfundes" das „Kilogramm" als die eigentliche Gewichtseinheit angenommen ist und das „Pfund" mit seinen weiteren Halbirungen nur als „halbes Kilogramm" seine Stelle gefunden hat. Die auf seinen Wunsch erfolgte Aufnahme der „Meile" (=7½ Kilometer) hat ihren praktischen guten Grund und greift nicht weiter störend ein. Die am Ende der Sitzung erfolgte kurze Geschäftsordnungs-Debatte warf ein interessantes Streiflicht auf die Stellung der Parteien zur Frage der Gewerbefreiheit. Herr v. Blankenburg will, wie Lasker sehr richtig bemerkte, am liebsten, daß das Nothgesetz wegen Aufhebung der Zünfte und der Prüfungen gar nicht mehr zur Debatte käme. Er versuchte deßhalb die freilich etwas abgestandene Manier der Conservativen, jeden Antrag, der unbequem ist, als Eingriff in die Initiative der Regierung zu bezeichnen. Diesmal indeß mißglückte dieselbe, und es erhellte bereits, daß der Antrag Lasker-Miquel, trotz des Widerspruchs der äußersten Rechten, wahrscheinlich auf die Majorität rechnen kann.

Geschichte der Gesellschaft von Dr. Joh. Jos. Roßbach.

I. Theil: Die Aristokratie. Würzburg, Verlag von A. Stuber.

Mit Freuden begrüßen wir in der „Geschichte der Gesellschaft" von Dr. Johann Josef Roßbach ein Werk, welches sich zur Aufgabe setzt, die gesellschaftlichen Zustände der Menschheit darzulegen und hiedurch einen „Schlüssel zum Verständniß von Kultur und Staat" zu liefern. „Nur die Geschichte der Gesellschaft", sagt der Verfasser mit Recht, „führt den Staat, seine Entwicklungsformen, die um die Staatsgewalt geführten Kämpfe, das innere Triebwerk politischer Parteiungen auf ihren letzten Grund zurück; erst die Umgestaltung der Gesellschaft hatte die des Staates zur Folge." So geben uns diese geschichtlichen Betrachtungen ein Mittel an die Hand, die gesellschaftlichen Zustände unserer neuesten Zeit und die darum sich drehenden brennenden Fragen zu verstehen, indem wir mit ihrer Entwicklungsgeschichte und ihrer Bedeutung in vergangenen Zeiten vertraut gemacht werden. In diesem historisch-aufklärenden Sinne ist das Werk ein äußerst gediegenes und verdienstliches: wir schöpfen aus ihm eine Fülle von Aufklärungen, die manche irrige Ansicht über frühere Gesellschaftszustände verschwinden machen und dadurch das Verständniß der Gegenwart erleichtern.

Es würde uns zu weit führen, aus dem ersten Theile, der die Geschichte der Aristokratie behandelt, ein größeres Exposé zu liefern. Auch nimmt uns hiezu der Verfasser fast die Möglichkeit, weil er sich selbst nicht in detaillirte geschichtliche Darstellungen einläßt, die weiterer Verkürzung leicht fähig wären. Die Ideeen, welche wir hier treffen, erscheinen uns als das Resultat gründlicher Forschung und reiflichen Nachdenkens. Ohne ermüdende Breite reihen sie sich, im engsten Zusammenhange stehend, an einander an, sämmtliche um eine gemeinsame Grundidee gruppirt. Damit sind auch die Bedingungen erfüllt, die dem Werke den Namen eines geschichtsphilosophischen zusichern; es ist keine Chronikschreiberei, keine weitschweifige Aufzählung von Facten und Daten, sondern es handelt vom „Geiste der Geschichte." Wir denken dabei an die geistvollen Reflexionen Montesquieu's über Roms Größe und Verfall.

Die eine Grundidee aber, welche sich durch das Ganze hindurchzieht, ist die, daß eine Vorsehung walte, daß ewige Gesetze die Menschenwelt lenken, wie sie die Himmelskörper regieren. Wir wollen über die Auffassung, die Intention des Begriffs „Vorsehung" mit dem Verfasser nicht rechten; wir glauben auch, daß die Geschichte dem, der sie genauer durchforscht und nach den tiefen Triebfedern des menschlichen Handelns spürt, die Ueberzeugung beibringe, daß auch hier Gesetze walten und eine innige Beziehung zwischen Ursache und Folge bestehe. Die Thatsache ist und bleibt dieselbe; welches die Grenze des Begriffes „Vorsehung" sein mag, ob sie der Eine aus den Eigenschaften eines persönlichen Gottes, der Andere aus den unveränderlichen Gesetzen der Natur ableitet. Ueberdies hat ja Roßbach das selbstthätige Eingreifen des Menschen in den Gang der Geschichte keineswegs außer Acht gelassen. Dadurch, daß er die menschliche Verschuldung als einen wichtigen Factor in der äußeren Erscheinung der Geschichte bezeichnet, weist er der freien Willensfähigkeit des Menschen eine gebührende Stellung an und beschränkt das Walten der göttlichen Vorsehung auf das richtige Maß.

„Napoleon I. hat viele Tausende auf den Schlachtfeldern geopfert: wäre es aber möglich gewesen, wenn sein Senat nicht feig,

— [Bismarck.] Die „Köln. Ztg.“ schreibt: Alle Nachrichten über eine von dem Grafen v. Bismarck beabsichtigte Reise nach Frankreich sind vollständig erdichtet. So erzählt der „International“ vom 10. d. M. Die Fabel, daß der Graf sich gegen den 15. Juli nach Biarritz begeben, dort etwa sechs Wochen bleiben, überhaupt diesen Ort nicht zu verlassen gedenke, bis er daselbst eine Zusammenkunft mit dem Kaiser der Franzosen gehabt habe, welcher dort gegen den 20. August erwartet werde, entbehren der Begründung. Andere Blätter sprechen von einem Winteraufenthalte in Cannes.

— [Förderung des Grimm'schen Wörterbuches.] Bekanntlich hatte der Bundesrath des Norddeutschen Bundes beschlossen, die Bundes-Regierungen zu ersuchen: 1) Die Fortsetzung und Vollendung des Grimm'schen deutschen Wörterbuches theils mit Geldmitteln und insbesondere dadurch zu unterstützen, daß den zur Fortsetzung und Vollendung des Werkes berufenen Gelehrten solche Stellungen zu Theil werden, welche nicht allein ihre nothwendigen Bedürfnisse decken, sondern auch genügende Muße zur raschen Förderung des Werkes gewähren; 2) dem Bundeskanzler-Amt ihre entsprechenden Entschließungen mitzutheilen. In Folge dessen haben die Regierungen der drei Hansestädte, Lübeck, Hamburg und Bremen, ihren Bundesgenossen mit gutem Beispiele vorangehend, eine jährliche Unterstützung von 250 Thlr. vorläufig auf fünf Jahre zugesagt.

— [Kriegsgeschichte 1866.] Mit besonders großem Interesse wird der Schluß der letzten Abtheilung des von dem preußischen Generalstabe herausgegebenen Werkes „Der Feldzug von 1866“ gelesen, der den Verlauf der Friedens-Verhandlungen und namentlich die Stellung, welche die französische Vermittlung dabei eingenommen hat, in kurzen, aber bezeichnenden Zügen schildert. Aus der eben so gewandten wie bestimmten Form dieser diplomatischen Darstellung glaubt man auf einen Autor schließen zu dürfen, der mit den Verhältnissen aufs intimste vertraut ist.

Köln, 13. Juni. [Verhaftung aus Irrthum!] Das „Frkf. Journ.“ schreibt: Es gibt bekanntlich auch Fälle, in denen selbst die Polizei sich irrt. Daß ein solcher „Irrthum“ für den Gegenstand desselben bisweilen von recht unliebsamen Folgen begleitet sein kann (wie dieß seiner Zeit beispielsweise die „Rhein. Ztg.“ in Düsseldorf erfahren hat, als sie durch einen solchen „Irrthum“ an Stelle der „Kölnischen“ das schuldlose Martyrium einer Confiskation zu bestehen hatte), davon gibt eine kurze Notiz Zeugniß, die wir, verborgen unter der unscheinbaren Hülle der „Lokalnachrichten“, in der heutigen „Kölnischen Zeitung“ finden und aus ihrem Dunkel hervorziehen, weil sie uns einer ernsten Beachtung nicht unwerth scheint. Der Lokalreferent der „K. Z.“ meldet: „Ein Vorgang, der sich gestern Nachmittag an der Landebrücke der Köln-Düsseldorfer Dampfboote zutrug, macht unliebsames Aufsehen. Ein dort seines Bruders harrender unbescholtener junger Mann von hier wurde, ungeachtet seiner Remonstrationen, von zwei Gendarmen arretirt und mit zusammengeschlossenen Händen abgeführt, und zwar zunächst nach einem Hause der Follerstraße, wo, nach der Angabe des Verhafteten, dessen Eltern wohnen sollten. Die Angabe erwies sich als richtig und der junge Mann wurde freigelassen. Diese Verhaftung hatte eben aus Irrthum stattgefunden.“ Die Sache bedarf weiter keines Commentars. Daß polizeiliche „Irrthümer“ ähnlicher Art auch anderwärts vorkommen, wird den Lesern des „Frankfurter Beobachters“ keineswegs neu sein.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 14. Juni. [Student und Staatsbürger.] Auch die Wiener Studenten haben die Erfahrung gemacht, daß ein alter Paragraph bei uns noch mehr gilt, als ein neues Grundgesetz. Eine Deputation bat den Rektor der Universität um die Erlaubniß zu einer allgemeinen Studentenversammlung, in welcher die Betheiligung am bevorstehenden deutschen Bundesschützenfeste berathen und festgestellt werden sollte. Der gestrenge Rector verwies die Petenten auf den § 7 der akademischen Gesetze, nach welchem nur Versammlungen zu rein akademischen Zwecken gestattet werden dürfen, und als die Musensöhne sich auf die „allgemeinen Rechte der Staatsbürger“ beriefen, antwortete das Oberhaupt der Universität den deutschgesinnten Studenten geradeso, wie die hohe Polizei und Statthalterei den Deutschkatholiken: „Ein späteres allgemeines Gesetz hebt ein früheres Spezialgesetz nicht auf!“ Quod erat demonstrandum.

Ungarn. [Ludwig Kossuth.] Aus Pesth, 12. Juni, schreibt man der „N. fr. Pr.“: Sonntag Morgens wird die neun Bogen starke Broschüre die Presse verlassen, mit welcher der Historiker Horvath die gegen ihn gerichteten Angriffe Kossuths abwehrt. Es ward uns Gelegenheit, diese Broschüre, die ein staatswissenschaftliches Werk genannt zu werden verdient, schon gestern kennen zu lernen, und nach dieser gewonnenen kargen Einsicht stehen wir nicht an, unsere innerste Ueberzeugung dahin auszusprechen, daß Michael Horvath nicht nur die Angriffe seines Gegners siegreich abwehrt, sondern daß es ihm auch gelungen sein wird, was so Viele vor ihm nicht vermocht, dem Kossuth-Kultus ein- für allemal ein Ende zu machen. Mit dem emsigen Fleiße des Historikers und mit dem Lehrsatze: „Historia non debet egredi veritatem“ ausgerüstet, bietet der Verfasser der „25 Jahre“ der politischen Lesewelt eine Fülle Materials, das nicht verfehlen wird, seinen Zweck zu erreichen. Das Interessanteste in der Broschüre sind unstreitig die Briefe, die Kossuth in früheren Jahren an den Verfasser selbst gerichtet und die nun zum ersten Mal das Tageslicht erblicken. Und diese Briefe werden es sein, die einem noch immer verblendeten Theile des ungarischen Volkes die Augen öffnen werden.

An dieser Stelle will ich einiger Mittheilungen Erwähnung thun, die mir von einer aus der Emigration unlängst erst heimgekehrten achtungswerthen Persönlichkeit über das Emigrantenleben Kossuths geworden. Der „große Exilirte“ lebt gar nicht so armselig, wie seine Partisane die Welt glauben machen wollen. Er hat einen ganzen Hof um sich, und der heute in Pesth angelangte Emigrant Ihasz, dem die italienische Regierung auf einfaches Verlangen Kossuth's den

---

sein Volk von Ruhmesrausch nicht verblendet, die angegriffenen Völker oder ihre Regierungen nicht muth- und energielos gewesen wären? Und hat er nicht gleichwohl einen großen und nachhaltigen Impuls zur Weiterentwicklung in Frankreich selbst, in Deutschland, in Spanien und in der Schweiz gegeben? Hat nicht auch Alexander der Große, der als Eroberer auszog und den Persern blutige Schlachten lieferte, dem Handel neue Bahnen erschlossen? Man sagt, die Tyrannen hätten nur das Böse gewollt, und gleichwohl das Gute nur geboren: wäre das denkbar, wenn neben der menschlichen Verschuldung nicht noch eine höhere Macht gewaltet hätte, die den tyrannischen Willen gleichwohl einer ewigen Ordnung der Welt dienstbar machte?“

Wo die böse Handlung, die Verschuldung der Menschheit keinen Raum hat, „da treten Individuen wie Völker in den Willen der göttlichen Weltordnung ein.“ Die Vorsehung, wie Roßbach sie auffaßt, will also nur das Gute; mit dem Willen derselben stimmt der menschliche überein, sobald er einem sittlichen Gesetze folgt.

„Die absolute Verneinung dieses sittlichen Gesetzes ist die Selbstsucht in allen ihren Formen, die höchste Blüthe dieses Gesetzes aber ist der Gemeingeist oder die Opferung des Einzelnen für das Wohl des Ganzen, d. i. die Liebe im Sinne des Christenthums. Wohin die Selbstsucht und das sittliche Verkommen im Leben der Völker führt, hat die Geschichte auf allen ihren Blättern niedergelegt. Es war immer und überall der Fluch der bösen That, daß sie fortwuchernd nur das Böse gebahr. Es war die ewige Nemesis, die dem Parteigeist wie der sittlichen Versunkenheit auf dem Fuße folgte. Hier zumeist offenbart sich die tiefergreifende Tragödie der Weltgeschichte welche die verhängnißvollen Geschicke den Sterblichen enthüllt. Die Helden der Geschichte kämpfen todesverachtend gegen ihr Schicksal, sie überwältigen es nicht, sie unterliegen den Folgen ihrer eigenen Thaten.“

„Dieses große Drama einer ewigen Gerechtigkeit entrollt uns vor Allem die Geschichte der Gesellschaft. In ihr sehen wir vorerst den providentiellen Fortschritt in der Geschichte neben der menschlichen Verschuldung; wir erkennen in ihr, wie eine Gesellschaftsklasse nur dann und so lange auf der Höhe ihres Glückes steht, als sie selbst das Wohl der übrigen Klassen will und fördert, und ihr Interesse mit den Interessen der Gesammtheit in Einklang steht; sie offenbart uns, wie eine Gesellschaftsklasse untergeht, wenn sie der Selbstsucht verfällt, und sie nur durch Gewalt, Uebermuth, Ungerechtigkeit und Druck auf die übrigen Klassen sich zu erhalten sucht; wir sehen in ihr, wie, wenn die eine Gesellschaftsklasse moralisch zu faulen beginnt, die Wurzel der andern schon durch die Erde bricht, um das Leben zu verjüngen; in ihr enthüllt sich uns jenes geheimnißvolle Walten der Dinge, nach welchem die Macht der Ereignisse sich gegen Jene kehrt, die sie zu beherrschen wähnen, das Schwert auf Jene zurückfällt, die es gegen Andere gerichtet hatten und die Säulen Derer brechen, welche sie zu einer Zwingburg für sich aufgerichtet haben.“

In diesen letzten Worten liegt angedeutet, was uns der Verfasser an der Hand der Geschichte weiter ausführen und beweisen will; sie versprechen uns zugleich auch, daß er es vorurtheilsfrei und unbefangen thun wird, und daß seine Blätter „vom Geiste der Geschichte“ dem Baume des Lebens entnommen sind. Es wird nicht der Versuch geliefert, verrostete Institutionen zu rechtfertigen, oder

Generalsrang ertheilt hat und dem sie den entsprechenden Gehalt noch heutigentags ausbezahlt, könnte uns die beste Auskunft darüber ertheilen, daß Kossuth sogar seine Tauben durch eine von der italienischen Regierung als General bezahlte Person füttern ließ. Er selbst, der „arme“ Mann, besitzt als seiner vielseitigen Mühe Lohn diverse Bankbillette, Stadthäuser und Villen, und seine Söhne wurden in Folge der Verdienste ihres Vaters mit reich dotirten Aemtern bedacht, ohne daß sie nur je in ihre respectiven Aemter gerochen hätten. Der jeweilige Aufenthalt Kossuth's bildet einen Hofstaat voll bezahlter und livrirter „Würdenträger“, und wenn man diese mit ihrem Gebieter in den prachtvollen Carrossen herumfahren sieht, ist man, was die traurige, weil aller Mittel bare, Lebensweise des Ex-Dictators betrifft, nur zu sehr berechtigt, ein Thomas zu sein. Daß sein Leben ein trauriges ist, wollen wir seinem Dutzend Sekretäre auf's Wort glauben. Es ist traurig, von dem besseren und überwiegend größten Theile seiner Nation isolirt, verlassen zu sein. Wer trägt jedoch hieran die Schuld? Wir? Mit nichten! Er und nur er allein. Denn wenn wir auch die Ehrlichkeit seiner Absichten gelten ließen, so zeugt es doch von wenig politischer Weisheit seinerseits, daß er den ewig wahren Satz Macaulay's nicht anerkennt: „Wer längere Zeit, während die heimathlichen Verhältnisse manche Wandlung durchmachen, im fernen Ausland unter fremden Menschen, in fremden Verhältnissen lebt, der besitzt nicht mehr das Verständniß, das zur richtigen Beurtheilung der heimischen Zustände erforderlich ist.“ Ein beherzigenswerther Ausspruch für manchen unserer Lärmmacher.

Ausland.

Großbritannien. [Der Sohn des Königs Theodorus.] Mit der Nachricht, daß Sir Rob. Napier beabsichtige, den Sohn des Königs Theodor zur Erziehung nach Bombay zu schicken, entstand gleichzeitig die Frage, in welcher Religion man ihn zu unterrichten beabsichtige. Daß der hochw. Dr. Wilson, den Sir Rob. Napier als Erzieher des Knaben ausersehen, ein Presbyterianer und noch dazu ein Anhänger der freien kirchlichen Gemeinde ist, veranlaßt einen Correspondenten des „Guardian“, die Billigkeit dieser Wahl zu bestreiten, zumal da ja auch das Klima Abyssiniens — wie Sir Robert wohl wisse — von dem Indiens sehr verschieden, und durch seine abspannenden und nervenschwächenden Einflüsse dem achtjährigen, an die gesunde Luft der abyssinischen Hochlande gewöhnten, Knaben schädlich sei.

Nichtpolitische Zeitung.

[Literatur.] „Ergänzungsblätter“ (Hildburghausen, Bibliographisches Institut), III. 6—8, bieten dem Leser wieder sehr vielseitige und anziehende Belehrung, wie namentlich durch treffliche volkswirthschaftliche Arbeiten von Dr. Dühring, durch Schilderung bedeutungsvoller und folgenreicher naturwissenschaftlicher Beobachtungen, z. B. der laubenbauenden Vögel in Australien, der Noctiluca (der Meerbeleuchterin), der, die Merkmale einer Reptilienreihe verbindenden, Hatteria in Neuseeland. Sodann werden wir mit dem wesentlichen Inhalte werthvoller neuer Bücher bekannt gemacht, u. A. mit J. R. Mayer, Mechanik der Wärme; G. de Saporta, Geologische Temperaturperioden; Lotze, Geschichte der Aesthetik; Bernhard, Geschichte Roms; A. v. Dommer, Musikgeschichte; Lecky, Geschichte der Aufklärung in Europa; Bagehot, englische Verfassungszustände; Stein, innere Verwaltungslehre rc. Selbständige Artikel besprechen die Gefäßnerven, die gegenwärtigen Zustände Oesterreichs, Mittel- und Südamerikas u. s. w., Leben und Werke Mendelssohn-Bartholdy's.

Amtliche Nachrichten.

München, 12. Juni. Der erkrankte Revierförster M. Ulrich zu Bunderburg, Forstamts Bamberg, ist auf Ansuchen auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand und an dessen Stelle der Revierförster Chr. Bartholemä zu Rothenkirchen versetzt; der dermalige Aktuar des Forstamtes Wunsiedel, J. B. Ditthorn zum prov. Revierförster in Rothenkirchen; sodann auf das Revier Wallenfels der dermalige Aktuar des Forstamtes Kronach, J. Usselmann, zum prov. Revierförster, ferner der Professor des Religions-Unterrichts für die kath. Schüler an der Studienanstalt Kempten, J. B. Hiltensberger, zum wirkl. Gymnasialprofessor, ebenso die Professoren des Religions- und Geschichtsunterrichts für die kathol. Schüler an der Studienanstalt Zweibrücken, Dr. J. Ochs, an dem Ludwigsgymnasium in München, M. B. Sattler, und an dem Wilhelmsgymnasium in München, A. Schedler, sämmtlich zu wirklichen Gymnasialprofessoren ernannt, endlich die kath. Pfarrei Wippenhausen dem A. Raab, Benefiziaten in Rosenheim, übertragen worden.

München, 14. Juni. Se. Maj. der König hat den Bezirksgerichtsrath A. v. Haupt zu Bamberg, seinem Ansuchen entsprechend, von der ihm verliehenen Stelle eines Rathes am dortigen Handelsgerichte enthoben und zum Rathe des Handelsgerichts Bamberg den Rath des Bezirksgerichts Bamberg, L. Winkler v. Mohrenfels, ernannt; den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten an der Studienanstalt Landshut, K. Schelle, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und derzeitigen Reallehrer an der Lateinschule zu Grünstadt, Chr. Dielmann, zum Studienlehrer an der Studienanstalt Zweibrücken, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten am Ludwigsgymnasium in München, K. Sachs, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten an der Studienanstalt Dillingen, L. Steck, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten am Maximilians-Gymnasium in München, K. Dembschick, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik, J. B. Eckl aus Landshut, zum Studienlehrer an der Studienanstalt Regensburg, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten an der Studienanstalt Speyer, Fr. Falk, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten an der Studienanstalt Hof, H. Schmidt, zum Studienlehrer daselbst, den geprüften Kandidaten des Lehramts der Mathematik und Assistenten an der Studienanstalt Neuburg, G. Maurer, zum Studienlehrer daselbst, sämmtliche in prov. Eigenschaft ernannt.

Die kathol. Pfarrei Wiesthal, k. Bezirksamts Aschaffenburg, ist mit einem fassionsmäßigen Reinertrage von 1067 fl. $56\frac{1}{2}$ kr., die katholische Pfarrei Faulbach, k. Bezirksamts Marktheidenfeld, mit einem solchen von 722 fl. $46\frac{1}{4}$ kr. und die kathol. Pfarrei Buch am Erlbach, Bezirksamts Landshut, mit einem desgleichen von 1771 fl. 32 kr. in Erledigung gekommen.

---

ihnen neues Leben zuzuführen; sie sollen im Lichte ihrer und unserer Zeit betrachtet und danach gewerthet werden.

Der vor uns liegende Band behandelt die Geschichte der Aristokratie. Wir werden zuerst in den Orient versetzt, lernen die Entstehung der Stände und Kasten kennen und erhalten einen Einblick in die Gesellschaftsverfassung der orientalischen Völker. Besonders dieser Abschnitt gibt von der Ideenfülle und der lebendigen Darstellungsweise des Verfassers einen hohen Begriff; jeder Leser wird von dem tiefen Gehalte der Ideen und von der Anmuth, Kraft und Klarheit der Sprache angezogen werden.

Wie in diesem Abschnitte über Indien, so gibt uns das Buch über die Aristokratie der Griechen, Römer und Germanen den reichhaltigsten Aufschluß. Hören wir die Worte, mit denen dieser Abschnitt schließt, sie sind ebenso beherzigenswerth.

„Das Kindheitsalter der Welt, die patriarchale Zeit band keinen Vorzug im äußeren Leben an das Vermögen, oder an das Geschlecht; die ansäßigen Familienväter galten als frei und gleich, und in ihrer Hand lag die Macht der Entscheidung in der Versammlung. Der Familienvater war aber auch das Vorbild des Hauses, er war der Träger des Gotteskultus, eine sittliche Autorität im Kreise des Familienlebens. Das höchste Ansehen genoß bei den Völkern der Vorzeit das Alter. Das Alter war der Born der Weisheit und der Lebenserfahrung; der Rath der Alten war im Volksleben eine sittliche Macht, das Alter bewahrte den Kultus des Geschlechtes, es schlichtete die Streitigkeiten der Familien, ihm gehörte die Lenkung des Volkes im Frieden, die Anführung im Kampfe, die Waffen führte die Jugend. Das Alterthum kannte kein Recht, das vom ewigen Sittengesetze losgerissen war, das Recht mußte mit dem Ethos, mit dem Gesetze Gottes im Einklang stehen, das sacrale Recht war die Quelle aller Entscheidung. Die Mächtigen und Großen des Volkes suchten keine Macht, keine Ehre, keine Größe für sich selbst, der höchste Ruhm der wahrhaft Edlen wurzelte in der Liebe zum Volke, in dem patriarchalen Walten und Sorgen für Diejenigen, welche die Vorsehung ihnen anvertraut, sie nahmen sie an als Angehörige ihrer Familie, pflegten und erzogen ihre Kinder an der Seite der eigenen Kinder, sie theilten mit ihnen die Arbeit und das Leben des Hauses, das kindlich reine Familienband umwob Alle und ließ den Unterschied des Standes, die Macht des Reichthums, die höhere Stellung der Ehre nicht fühlen; ja sie thaten noch mehr und erhoben Alle, welchen die Vorsehung höhere Begabung schon in die Wiege gelegt, oder die sich durch Muth und Kraft erprobt, durch Tüchtigkeit ausgezeichnet hatten, auf ihre eigene Höhe, nahmen neidlos die Tugend als ebenbürtig in ihre Lebenskreise auf und versöhnten so die verschiedenen Lebensstellungen, welche der Krieg oder das Geschick unter ihnen selbst aufgerichtet hatte. Die Großen und Mächtigen der Zeit hatten sich in Demuth gebeugt vor dem ewigen Willen der Götter, der sich in den Schickungen der Völker offenbart, sie hatten durch Menschlichkeit und Liebe die Gegensätze versöhnt, die das Leben zerreißen konnten, die Niederen aber hatten sich auf die Sonnenhöhen des Lebens erhoben und walteten mit gleicher Milde gegen ihre Brüder. Nur in der erprobten Tüchtigkeit und in der gottgegebenen Begabung wurzelte im letzten Grunde des Adels und der Ehre höchster Ruhm.“

(Schluß folgt.)

Frankfurter Börse (8. bis 13. Juni.)

13. Juni. Es leben noch Leute genug, die sich erinnern, wie der Minister Toreno von der Tribüne herab den Finanzbruch Spaniens verkündete und welche Entrüstung dies in der ganzen Welt hervorrief, und gehen wir in die neueste Geschichte, so erinnern wir an den Sturm, den die amerikanischen Gelüste, die Gläubiger zu beschädigen, heraufbeschworen hat. Nun kommt das stolze Oesterreich, welches in den schlimmen Zeiten der Jahre 1830 und 1848 seinen Verpflichtungen im Auslande gerecht wurde, und wälzt die Verantwortlichkeit für den schlechten Vergleich mit Ungarn auf diejenigen, welche gutmüthig genug waren, ihre Gelder ihm anzuvertrauen. Aber die Civilisation hat Fortschritte gemacht — sonst gebrauchte man für solche Vorgänge das historische Wort Bankerott — jetzt heisst das Ding Steuerabzug, Unifikation.

Es sind besonders die holländischen Besitzer von österr. Fonds, welche sich mit behaglichem Phlegma in die Spoliation fügen und noch gratuliren, so glimpflich mit einem Papier davon gekommen zu sein, welches sie schon in die Kategorie ihrer verschiedenen Makulatursorten eingereiht hatten. Wenn die Couponsteuer an der Grenze stehen bleiben kann, wo sie jetzt angelangt ist, so würden die Valutapapiere zum dermaligen Kurs noch immer 7½ pCt. und die Silberpapiere ca. $7\frac{1}{2}$pCt. Zinsen tragen. Auch gibt es Sanguiniker, welche das gänzliche Schwinden eines Defizits und in Folge davon die Herstellung der Valuta voraussehen. Der Haupteffekt des neuen österr. Finanzplanes liegt in dem Wegfall des grössten Theiles der Amortisationen, welche fortwährend neue wucherische Anleihen erheischt haben würden. Die Hausse begann bereits im Sonntagsgeschäft, als der Telegraph den Beschluss des Abgeordnetenhauses meldete, und setzte sich ununterbrochen bis zum Donnerstag fort, wo die Nachricht von der Ermordung des Fürsten von Serbien alle Schrecken der „orientalischen Frage" wach rief und die ernste Mahnung gab, wie unsicher und prekär die Situation sei, in welcher die österr. Finanzen neu aufgebaut werden sollen; als aber Tags darauf weder ein Einmarsch der Russen noch ein sonstiger Aufstand in den gährenden Provinzen gemeldet wurde, so gewann der alte Leichtsinn wieder volles Fahrwasser und von Neuem hiess es „vorwärts". Die stärkste Avance nahmen Loose, zumal 64er, die von $84\frac{1}{8}$ auf $89\frac{3}{4}$ gingen; die Liebhaberei dafür erklärt sich durch den Umstand, dass sie das einzige Staatspapier sind, welches zurückgezahlt wird. Ansehnliche Tauschaufträge 1859er engl. Metalliques gegen 1852er lagen vor, kamen aber meist zu spät, als dass der volle Nutzen zu realisiren gewesen wäre; auch $4\frac{1}{2}$pCt. Metalliques waren gesucht.

Süddeutsche Fonds verkehrten in sehr guter Haltung, zumal haben $4\frac{1}{2}$pCt. bayerische den relativ hohen Kurs von 96 erreicht.

Amerikaner traten diese Woche wieder sehr in den Hintergrund und selbst die „sittliche Entrüstung", womit die Chicago-Convention auch den Gedanken einer Repudiation zu brandmarken sich bemühte, fiel auf wenig empfänglichen Boden. Uebrigens können sich die Yankees bei Oesterreich und Italien bedanken, dass ihre Ehrlichkeit wieder in besseren Leumund gekommen ist; wir wollen sehen, ob sie der Verführung auf die Dauer widerstehen.

Von Kreditaktien nähern sich österreichische dem lange nicht gesehenen 200er und dürften unter dem Einfluss des Rückkaufs von 60,000 Aktien und der Abladung des Besitzes von Theissbahnaktien den Parikurs erreichen und übersteigen; auch Darmstädter von gut unterrichteter Seite beachtet und besser bezahlt.

In Eisenbahn-Aktien waren die Umsätze nicht unbeträchtlich und scheint das süddeutsche Kapital an dieser Effektengattung allmälig mehr Geschmack zu finden als seither. Die Spekulation hält es indess ausschliesslich mit Staatsbahnen, welche nicht genug mit der kontinentalen Arbitrage auch auf die Londoner Börse verpflanzt werden sollen. Das übrigens noch ganz unbeglaubigte Gerücht hob sie am Dinstag bis 162, pfälzische Bahnen gleichfalls 1 pCt. höher. Alsenz $85\frac{1}{4}$, ein Kurs, der zum Tausch gegen Rheinische Lit. B ($83\frac{3}{4}$) auffordert. Die Garantie der bayer. und preuss. Regierung dürfte sich mindestens die Wage halten. — Bayer. Ostbahnen bewahren sich unveränderte Gunst. — Von Prioritäten österreichische in guter Frage und höher mit Ausnahme der siebenbürgischen, die $\frac{3}{4}$ pCt. verloren. Auch italienische matt. Da neuerdings russische E.-B.-Prioritäten auch für süddeutsche Geldanlagen gesucht sind, so wollen wir erwähnen, dass allernächstens die von hiesigen, Berliner und holländischen Häusern übernommene Anleihe der Kursk-Charkoff-E.-B. an den Markt gebracht werden wird.

Ueber Geldstand wäre nur das alte Lied zu singen, Diskonto, so weit er vorkommt, wird von grossen Häusern zu 1½ gern genommen. Von fremden Wechseln London und Paris weichend, zumal ersteres viel angeboten, dagegen Thalerdevisen fest und kurz Berlin Pari.

	8.	13.		8.	13.
5% Oestr. National	$53\frac{1}{8}$	$53\frac{3}{4}$	$3\frac{1}{2}$% Badische Obl.	$82\frac{3}{4}$	—
5% do. Metal. (1859)	63	$63\frac{1}{4}$	4% Darmstädt. do.	$89\frac{1}{2}$	90 B
do. (steuerfr.)	$51\frac{1}{4}$	$51\frac{1}{2}$	$4\frac{1}{2}$% Nassauer do.	$94\frac{1}{2}$ B	95 B
5% do. Lose (1860)	$72\frac{1}{4}$	$73\frac{1}{4}$	4% do. do.	$85\frac{1}{4}$	$85\frac{1}{2}$ B
— do. do. (1864)	$86\frac{5}{8}$	$89\frac{1}{4}$	$3\frac{1}{2}$% do. do.	$82\frac{1}{2}$	—
Oestr. Kreditl. (58)	137	$138\frac{1}{4}$ B	4% Kurhess. do.	$89\frac{1}{2}$ B	—
5% Bayer. Obligat.	—	$102\frac{1}{4}$ B	$3\frac{1}{2}$% Frankf. do.	82	$81\frac{1}{2}$ B
$4\frac{1}{2}$% do. do.	$95\frac{1}{2}$	96 B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	$89\frac{3}{4}$	$90\frac{1}{4}$ B	6% Amerik. (1882)	$77\frac{1}{8}$	$77\frac{1}{2}$
4% do. 100Thl.-L.	$101\frac{1}{4}$	$101\frac{1}{2}$ B	Oestr. Kredit. . .	196	198
$4\frac{1}{2}$% Würtemb. Obl.	$94\frac{1}{4}$ B	$94\frac{1}{2}$ B	Oestr. Nat.-Bank	719	730 B
$3\frac{1}{2}$% do. do.	$83\frac{1}{4}$ B	$82\frac{1}{2}$ B	Frankfurter do.	124	$124\frac{1}{2}$
$4\frac{1}{2}$% Badische do.	$95\frac{1}{8}$	96 B	Bexbacher E.-B.	$153\frac{1}{2}$	$153\frac{1}{2}$
4% do. do.	87	$87\frac{1}{2}$ B	Bayer. Ostbahnen	$124\frac{1}{4}$ B	$123\frac{1}{2}$ (Akt.)

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62\frac{1}{2}$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{7}{8}$—$\frac{1}{2}$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51\frac{7}{8}$ G.
„	$4\frac{1}{2}$pCt.	$44\frac{1}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	$84\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102\frac{1}{2}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95\frac{7}{8}$ P.
„	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	96 P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. etc.	$90\frac{3}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{8}$ G.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{8}$P. $93\frac{7}{8}$G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$83\frac{3}{8}$ G.
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	96 P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	$82\frac{7}{8}$ G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90\frac{1}{8}$ G.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	88 P.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	95 P.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86\frac{1}{2}$ P.
„	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ P.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	$2\frac{1}{2}$pCt.	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	$85\frac{1}{8}$ P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$78\frac{3}{4}$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882	$77\frac{1}{2}$—$\frac{3}{4}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	730 P. 28 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	199—200 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91\frac{1}{4}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	228 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	$262\frac{1}{2}$ G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	130—$\frac{1}{2}$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$64\frac{1}{2}$ P. 64 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$155\frac{1}{4}$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{1}{2}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$107\frac{1}{4}$ P. $6\frac{1}{2}$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$129\frac{1}{4}$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52\frac{1}{2}$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$73\frac{3}{4}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$42\frac{7}{8}$ G.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. vollbezahlt.	121 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{8}$ P $\frac{1}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	$105\frac{1}{2}$ P.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	$93\frac{1}{4}$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{8}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{8}$ P.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}$—$\frac{1}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{1}{2}$ P.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{7}{8}$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{3}{8}$—$\frac{1}{4}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{2}$—$\frac{3}{8}$ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$189\frac{1}{2}$ G.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68\frac{1}{4}$ G.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	$74\frac{1}{2}$—$73\frac{3}{8}$ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$138\frac{3}{8}$ G.
„ do. v. 1864	90—$90\frac{1}{2}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$101\frac{1}{4}$ G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10\frac{1}{2}$ P.
Badische fl. 35	$50\frac{3}{4}$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$54\frac{1}{2}$ P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$146\frac{1}{2}$ P.
„ fl. 25 do.	$38\frac{1}{2}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{4}$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 P. $26\frac{1}{2}$ G.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 15. Juni. Der Markt ist fortwährend in steigender Tendenz für österr. Papiere. Wien gibt das Signal und die anderen Börsen folgen. Den Reigen eröffnen Creditaktien, bei welchen außer den allgemeinen Motiven noch die bekannten besonderen mitwirkten: die Uebernahme der Alföldbahn und der Rückkauf der Aktien. Credit überstiegen heute vorübergehend den 200er, eine seit Jahren bei denselben nicht gesehene Ziffer. Alle übrigen Effekten, besonders die österreichischen Loosgattungen, weisen ebenfalls Steigerungen auf. Staatsbahn behielten ihren Cours bei. Das Geschäft in österreichischen Sachen war sehr lebhaft und umfangreich. Auch Amerikaner profitirten von der günstigen Strömung und wurden auf starke Kaufaufträge $\frac{1}{4}$ höher bezahlt. Süddeutsche wenig verändert. Neue $4\frac{1}{2}$ proc. Mannheim-Karlsruher, die schon jetzt vergriffen sind, wurden mit $93\frac{1}{4}$ bezahlt. Von Eisenbahnen waren Elisabethbahn und Bexbacher sehr gesucht und wesentlich höher. Von Wechseln Holland und Hamburg matter, Wien $\frac{3}{8}$ und Paris eine Kleinigkeit besser. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 166. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Mittwoch, 17. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. p. München, 15. Juni. Gemäß der allerhöchsten Bestimmung in dem k. Reskripte zur Vertagung des Landtages ist der Socialausschuß der Kammer der Abgeordneten heute wieder in Thätigkeit getreten. Der kgl. Staatsminister des Innern, Herr v. Hörmann, war mit dem Ministerialassessor Herrn Riedl im Ausschusse erschienen und wurde von demselben beschlossen, nicht sofort in die zweite Berathung der Gemeindeordnung einzutreten, vielmehr eine Subcommission zu beauftragen, die Beschlüsse der ersten Berathung und die hiezu von verschiedenen Abgeordneten eingereichten Modifikationen für die zweite Lesung vorzubereiten; die Subcommission, bestehend aus den Abgeordneten Dr. Edel, Fischer und Dr. Brater und dem Ministerialassessor Riedl, wird sofort in Thätigkeit treten und sobald sie ihre Aufgabe erledigt hat, der Ausschuß mit der zweiten Lesung beginnen.

Stuttgart, 14. Juni. Wie der „Schw. Merk." vernimmt, hat der berühmte Aesthetiker Friedrich Vischer einen sehr ehrenvollen Ruf an die Universität München erhalten. Das genannte Blatt hofft, daß es möglich sein wird, den „berühmten Landsmann" der heimischen Universität zu erhalten.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 14. Juni. [Zur serbischen Angelegenheit.] Der „Köln. Ztg." schreibt man: Man betrachtet es hier als sehr unwahrscheinlich, daß die serbische Angelegenheit Veranlassung zu Differenzen unter den Großmächten geben wird. Es macht sich bei ihnen der Wille kund, sich in die serbische Frage nicht einzeln zu mischen, sondern in Uebereinstimmung mit Art. 29 des Pariser Friedens von 1856 zu verfahren. „Keine bewaffnete Intervention wird in Serbien Statt finden können, ohne vorherige Uebereinstimmung der hohen contrahirenden Mächte", sagt dieser Artikel. Außerdem hat Art. 28 die Rechte und Immunitäten Serbiens unter die „Collektiv-Garantie" der Mächte gestellt. Bekanntlich hat der Regierungs-Bevollmächtigte, Herr v. Taike, am 11. März in der „ungarischen Delegation" die Erklärung abgegeben, daß das österreichische Cabinet sich gewaltsamen Bewegungen gegenüber, die unter den christlichen Volksstämmen der Türkei entstehen könnten, nicht zur Passivität verpflichten könne. Damit ist aber nur eine Bewegung gemeint, welche auf eine Trennung von der türkischen Herrschaft ausgeht. Eine Bewegung innerhalb der zustehenden Competenz würde nicht als unter diesen Gesichtspunkt fallend betrachtet werden können. In Serbien sind nach der letzten Katastrophe Bestrebungen zur Trennung von der Oberhoheit der Pforte nicht hervorgetreten. Es ist also auch wohl außer Zweifel, daß Oesterreich eine Einmischung in die serbischen Angelegenheiten nicht beabsichtigt.

Göttingen, 13. Juni. [Zur Charakteristik der hiesigen Stimmung] theilt die „D. Volksztg." nachstehende Doktorgeschichte mit: „Ein aus Berlin gebürtiger junger Mann, welcher hier in Göttingen im Jahre 1866 studirte, hatte wegen freiwilliger Kundschafterdienste, welche er in den Tagen des Durchzuges des hannover'schen Militärs durch die Stadt den preußischen Truppen erwiesen hatte, damals seinen dortigen Aufenthalt schleunigst abbrechen müssen. Jetzt ist er — und wie es scheint, nicht ohne Zuthun aus der Mitte des Kultusministeriums — wieder in Göttingen aufgetaucht, um sich zum Doktor der Philosophie promoviren zu lassen. Der Doctorandus schien von den wohlwollenden Gesinnungen der Bevölkerung gegen ihn nicht viel zu halten, denn er erschien öffentlich überall unter der Bedeckung eines Schutzmanns. Trotzdem soll er vor seiner Abreise noch eine „unangenehme" Begegnung gehabt haben."

Frankfurt, 15. Juni. [Preßnothstand.] Der hiesige „Beobachter" hat zu dem vielberufenen Preßnothstandskapitel wieder einmal sein Contingent beigesteuert. Die gestrige Nummer ist polizeilich mit Beschlag belegt worden, ohne Zweifel wegen der Wiederholung einer von dem Blatte schon mehrfach vergeblich gestellten Interpellation an die hiesige Polizeibehörde bezüglich der aus „Irrthum" veranlaßten Verhaftung eines hiesigen Einwohners.

Wiesbaden, 14. Juni. [Die Bürgermeisterwahl und die Parteien.] Der „Allg. Ztg." schreibt man: Unsere Bürgermeisterwahl hat insofern die Grenzen einer lokalen Angelegenheit überschritten, als sie zur Veranlassung der Klarstellung der politischen Parteien in unserem Regierungsbezirk beigetragen hat. Die Wiesbadener Bürgerschaft hat sich von dem Einfluß des Braun'schen Anhangs emancipirt, und wird sich wohl auch für die nächsten Landtags- und Parlamentswahlen nach einem andern Vertreter als Herrn Dr. Karl Braun umsehen. Der Nationalliberalismus ist aus dem Felde geschlagen, und die Einsicht, daß ohne die Freiheit kein einiges Deutschland, segenbringend nach innen und mächtig nach außen, geschaffen werden kann, hat in der weitaus überwiegenden Mehrzahl unserer Bürgerschaft, wie wir hoffen wollen, den fruchtbarsten Boden gewonnen. Die Partei der Nationalliberalen brachte vorgestern nur

---

Geschichte der Gesellschaft von Dr. Joh. Jos. Roßbach.

I. Theil: Die Aristokratie. Würzburg, Verlag von A. Stuber.

(Schluß.)

Was wir über den ersten Abschnitt der Geschichte Roßbachs erwähnt, können wir von dem zweiten nur wiederholen. Haben wir dort die Völker in der Zeit kennen gelernt, welche als das Jugend- und Mittelalter bezeichnet werden kann, so finden wir hier ein gleich lebensvolles Bild der neuen und neuesten Zeit. Die griechische, römische und moderne Aristokratie werden uns in ihrem Verhältniß zu einander und zu den andern Ständen eingehender geschildert.

Welches Interesse dieses wichtige Thema — gefördert durch des Autors glückliche Darstellung — auf jedem Blatte bietet, glauben wir kaum näher auseinandersetzen zu sollen. Insbesondere gewährt der Abschnitt „Die moderne Adelstheorie und die Resultate aus der Geschichte" durch seine unmittelbare Beziehung auf die Gegenwart und deren brennende Frage vielfache Belehrung. Nachdem Roßbach die Ansichten verschiedener Philosophen und Rechtslehrer über die heutige Berechtigung des Adels verglichen, bringt er das Gesetz der Talente zur Geltung, wo, mit Kinkel zu sprechen, der Stamm vergessen wird, um den Apfel nach dem Safte zu messen. Dann schließt er mit den Worten:

„So war die patriarchale Zeit die Wiege des Adels, die kriegerisch-feudale Zeit seine Jugend; der Freistaat stellt uns in seiner ersten Entwicklungsepoche den Dienstadel des Mannesalters dar, während die letzte Entwicklungsepoche, nach der Herstellung des Adels des Verdienstes, der wahren, ächten Aristokratie, d. i. der der persönlichen Tugend, Tüchtigkeit, der Auszeichnung, des sittlichen Charakters strebt. An dieser Aristokratie Theil zu nehmen, sind Alle berufen, die ihre Voraussetzung für sich haben, und es gehören ihr Alle an, welche die Vorsehung mit höheren Gaben begabte und die durch sich selbst, durch die Arbeit des Geistes und der Tugend in der Wissenschaft, in der Kunst, im Staatsamte, in der Kirche, im Kriegsdienste, in der Aufopferung für die heiligen Zwecke der Menschheit Großes geleistet und sich hinaufgeschwungen haben auf die Höhe der Zeit. Und das ist — die gottgewollte Aristokratie — der Zukunft! —"

Hoffen wir, daß das Werk, das so reich an belehrendem Inhalt und so geeignet zur nutzbringenden Unterhaltung ist, recht viele Leser finde *)

*) Einer populären Verbreitung des Roßbach'schen Werkes steht unserer Ansicht nach die unverhältnißmäßige Ausdehnung desselben (nach dem Prospekt auf 7 Bände) entgegen; nur sehr Wenige haben Zeit und — Geld für so umfassende Spezial-Werke. Durch das von Roßbach beliebte Nacheinander der historischen Betrachtung der einzelnen Gesellschaftsklassen werden ohne Zweifel viele Wiederholungen nöthig, die bei einem Nebeneinanderbehandeln weggefallen wären, ganz abgesehen davon, daß ein solches Zerstückeln die Einheit des historischen Bildes, das sich uns entrollen soll, nicht wenig stört; ist man ja auch in der politischen, Literatur- und Kunstgeschichte längst davon abgekommen, die einzelnen Länder oder Fächer nacheinander zu behandeln, weil man die unvermeidlichen Mängel eines solchen Systems bald einsah. Warum Roßbach trotzdem zu diesem veralteten Standpunkt zurückkehrte, dafür ist kein Grund einzusehen.

Anm. d. Red.

eine Bürgerversammlung von etwa 100 Personen zu Stande, während die der Liberalen mehr als 1000 Köpfe zählte. Ein von dieser Versammlung aufgestelltes Programm, das zugleich eine Entgegnung auf einen von den Nationalliberalen verbreiteten Schmerzensschrei ist, wurde unter begeistertem Beifall von der Versammlung genehmigt. Den Nationalliberalen wird darin mit einer nie geahnten Entschiedenheit ein Sündenregister vorgehalten, welches in der That vernichtend ist. Das Flugblatt wird geradezu als eine Denunciation nach oben erklärt, als der letzte Hülf- und Angstschrei des rettungslos verlorenen Partei-Terrorismus charakterisirt, der von Braun und Genossen seither geübt worden sei. Auch der Spott und Hohn fehlt nicht, und wer noch vor einem Jahr die Abgötterei der Wiesbadener für „unsern Braun" mit angesehen, der staunt heute gewiß mit Recht über die nachfolgende Stelle, welche in Berlin nicht ohne Wirkung bleiben wird: „Daß auch unter unsern Verbundenen „Ungefärbte" sind, wie der dritte Anklagepunkt behauptet, kann nur insofern richtig sein, als wir keine Braungefärbten unter uns haben." Diese und ähnliche Pillen hat die Partei der Nationalliberalen verschlucken müssen in einer Volksversammlung, wie sie zahlreicher und angesehener in Wiesbaden noch nicht getagt hat. Die Hieherkunft Dr. Brauns von Berlin ist dieser Volksstimmung gegenüber wohl weislich unterblieben. Der Zauber ist gebrochen — selbst die Vaterstadt hat sich von dem Volksmann losgesagt, der sich noch vor Wochen gerühmt hat, ganz Süddeutschland als ein Gabelfrühstück verspeisen zu wollen. Aber wie im socialen, so kommt gewöhnlich auch im politischen Leben der Hochmuth vor dem Fall!

Ausland.

Frankreich. Paris, 14. Juni. [Neue Zeitungen.] Gestern ist die erste Nummer der neuen Wochenschrift „La Tribune" erschienen, deren Redacteur en chef Herr Eugen Pelletan ist. Herr Glais-Bizoin wird Präsident des Redactionscomites dieses Blattes sein. Dasselbe ist eines derjenigen, welche dem neuen Preßgesetz ihre Entstehung verdanken. Schon sind deren eine ganze Reihe theils angekündigt, theils bereits erschienen. Wohl die vorzüglichste Schöpfung dieser Art ist die „Revue politique", auch eine Wochenschrift, von der bis jetzt das erste Heft vorliegt. Eine Reihe namhafter Publicisten, deren Namen schon aus den ersten Pariser Blättern bekannt sind, finden sich hier zusammen. Herr Seinguerlet berichtet über das deutsche Zollparlament, und eine lesenswerthe Charakteristik Rouher's hat Hrn. Laurier zum Verfasser. Die oben genannte „Tribune" wird heute von Nefftzer im „Temps" warm begrüßt, der gleichzeitig darauf hinweist, wie der frische lebendige Aufschwung in der Zeitungspresse fast ausschließlich von der Opposition in Anspruch genommen werde; die gouvernementale Partei scheine keine Ideen und Prinzipien zu vertreten zu haben.

— [Militärisches.] Die „Patrie" erfährt durch Privatbriefe aus Chalons, daß im Lager Versuche mit der Militärtelegraphie gemacht wurden, die sehr gut ausgefallen sind. Der kommandirende General kann den unter ihm stehenden Offizieren nicht nur, wenn die Armee in Ruhe ist, seine Befehle ertheilen, sondern auch während der Operationen vor dem Feinde. Sodann will das „Journal de Paris" wissen, daß während des Aufenthaltes des Kaisers im Lager von Chalons General Leboeuf die neuen Artilleriemanöver ausführen lassen wird und daß auch Versuche mit den famosen kleinen Kanonen, die unter dem Namen Mitrailleu'es bekannt sind, angestellt werden sollen.

— [Die Bauernunruhen und deren Ursachen.] Der „Allg. Ztg." schreibt man aus Paris: Sowohl die liberalen als die klerikalen Blätter sind einig über die ungemeine Unwissenheit und Rohheit der Landbevölkerung in denjenigen Gegenden, welche kürzlich der Schauplatz so schwerer, zunächst an einzelnen Kirchen und Geistlichen verübter, Exzesse gewesen sind. Es werden hierüber die unglaublichsten Dinge berichtet, und aus ihnen, je nach dem Standpunkt der Berichterstatter, die verschiedenartigsten Folgerungen gezogen. So schreibt die „Guienne", ein ultramontan-legitimistisches Organ von Bordeaux, um einen Begriff von dem bodenlosen Aberglauben der Bevölkerung jener südwestlichen Departements zu geben: „Voriges Jahr verheerte ein furchtbares Hagelwetter die Felder und Weinberge der Umgegend von Blaye. Die Bauern des Dorfes Donnezac schrieben einfach ihrem Pfarrer die Schuld dieses Unheils zu. In der Gemeinde erzählte man sich, daß der Abbé Sérafon während des Gewitters auf den Wolken herumgewandelt sei und fortwährend einen großen Topf voll Wasser geschüttelt habe. Streckte er die Hand je nach der rechten oder linken Seite aus, so fing es an, rechts oder links zu hageln Und diese Dinge erzählte ein Steuerbeamter, der als einer der aufgeklärtesten Köpfe des Dorfes galt!"

Diese Unwissenheit, fügt das genannte Blatt bei, beutet man bei jeder Wahl aus, aber freilich nie zum Nachtheil der offiziellen Candidaturen. Das „Siècle" bemerkt zu dieser wunderbaren Erzählung: . . . „Es genügt nicht, daß die Klerikalen selber den kläglichen intellektuellen Zustand unserer Landbevölkerung konstatiren. Sie müßten, in einer Zeit, in der man so wuthentbrannte Angriffe gegen die von dem Dogma emancipirte Wissenschaft unternimmt, selbst in sich gehen und die wirkliche Ursache eines so betrübenden Schauspiels eingestehen. Wer erzieht unsere Landleute? Der Priester. Welches Buch lesen sie, wenn sie überhaupt lesen können? Den Katechismus. Wer lehrt sie an Wunder, an den Teufel, an Besessene glauben? Die katholische Tradition. Haben wohl, wir fragen jeden ehrlichen Menschen, in der Schule die HH. Robin, Littré, Franck, Sée, Vulpian &c., in der sogen. materialistischen Schule, die Bewohner der Charente und des Blayais gelernt, daß ein Mensch nach Belieben über die Elemente verfügen, und daß ein geistlicher Hexenmeister, kraft eines mit dem bösen Feind abgeschlossenen Bundes, bald rechts, bald links hageln lassen kann? . . . Heute nun ist es der katholische Klerus, der sich über die Dummheit und den Aberglauben des wackern Landvolks beschwert. Er soll nur getrost sein mea culpa sagen, denn er ist seit Jahrhunderten dessen Führer und einziger Lehrer." . . .

Das „Journal des Villes et Campagnes", dasselbe Blatt, dem Hr. Léopold Giraud, der Urheber der famosen Senatspetition gegen den Materialismus, angehört, theilt in einem aus der Charente unterm 8. ds. ihm zugegangenen Schreiben Folgendes mit: „Der Pfarrer von Sigogne hatte schweres zu bestehen. Nachdem man ihn in der Kirche und in der Sacristei mehrmals niedergeworfen, fing man damit an, ihm die Kleider herunterzureißen. Eine Frau hielt

---

und daß das Publikum die verdienstvolle Absicht des Verfassers, die Geschichtswissenschaft ins Leben zu tragen, gehörig zu würdigen wisse, dann wird diese Geschichte der Aristokratie und gewiß auch die folgende der anderen Gesellschaftsklassen nicht verfehlen, zur Klärung der Anschauungen, zum Verständnisse der Vergangenheit und Gegenwart und zur Begründung einer besseren Zukunft wirksam beizutragen. Th. St.

Christus und Lassalle.

(Berliner Gerichtsverhandlung.)

Vor der VI. Deputation des Berliner Kriminalgerichtes wurde am 6. d. Mts. eine Anklage wegen Gotteslästerung verhandelt, deren sich der Cigarrenmacher Fritzsche schuldig gemacht haben sollte. Die Sache selbst ist folgende: Am 11. April d. Js., dem Geburtstage Lassalle's, fand in dem Schulze'schen Lokal, Neanderstraße 19 eine Versammlung des allgemeinen deutschen Arbeitervereins statt, in welcher Fritzsche das Bestreben Lassalle's verherrlichte und bei dieser Gelegenheit der Anklage nach die Worte aussprach: „Lassalle hat jenen erhabenen Standpunkt erreicht, den vor neunzehn Jahrhunderten Christus eingenommen hat." In dieser Aeußerung fand die Staatsanwaltschaft eine Herabsetzung der Göttlichkeit Christi, eine Gotteslästerung und erhob dieserhalb die in Rede stehende Anklage.

Im Audienztermine erklärte der Angeklagte, daß der die Versammlung überwachende Polizeilieutenant die von ihm gemachte Aeußerung nicht richtig wiedergegeben habe, er habe gesagt: „Lassalle habe in der sozialen Frage einen ähnlich erhabenen Standpunkt eingenommen, wie Christus vor neunzehnhundert Jahren." Da der als Zeuge vorgeladene Polizeilieutenant Rath im Audienztermin nicht erschienen war, so stellte der Staatsanwalt den Antrag auf Vertagung der Sache, zog denselben indessen infolge der Erklärung des Angeklagten, daß er zugeben wolle, die Aeußerung so gemacht zu haben, als sie die Anklage aufstellte, zurück.

Der Staatsanwalt Oppert begründete die Anklage, indem er sich auf das im 2. Artikel des Katechismus wiedergegebene Dogma von der Dreieinigkeit Gottes bezieht, das sowohl für die katholische als evangelische Confession gelte. Hiernach sei der Person Christi die Göttlichkeit beigelegt und es müsse deshalb als eine Gotteslästerung erachtet werden, wenn Jemand ihn mit irgend welchem Menschen auf gleiche Stufe stelle, er beantrage 14 Tage Gefängniß.

Der Angeklagte führt hiergegen aus, daß er von der Anklage ungemein überrascht gewesen sei und es nicht habe begreifen können, wie man im 19. Jahrhundert nach allen Forschungen der Wissenschaft noch in dieser Weise vorgehen wolle. Er habe sich gefragt, ob jene Forschungen, welche so ziemlich die ganze Menschheit durchdrungen haben, in jenen Kreisen, welchen die Staatsanwaltschaft angehöre, nicht bekannt geworden seien. Solle denn der preußische Staat, der Staat Friedrichs des Großen, in welchem jeder nach seiner Façon

Messer und Scheere bereit, um an ihm eine Verstümmelung vorzunehmen. Zum Glück kam der Bürgermeister, Hr. de Bonnegens, herbei und erlangte von dem Haufen einen Aufschub, so daß die Gendarmen Zeit hatten, von Jarnac herbeizueilen und den Unglücklichen den Klauen der Wüthenden zu entreißen . . ." Auf einem gemalten Kirchenfenster sah man den heil. Joseph mit dem Zimmermannsbeil und einem Lilienzweig in der Hand. Das Bild war mit einem Kranz von Aehren und Trauben eingefaßt. Die Lilie sollte die Rückkehr der Feudalherrschaft bedeuten, hieß es unter den Bauern, die des Kranzes die Wiedereinführung des Zehnten, und wer sich widersetzt, dem wird mit dem Beile der Kopf abgehackt. Das Bild wurde in Trümmer geschlagen und der darunter stehende Familien-Wahrspruch: Virtus virtutem fovet hieß nach der Interpretation eines ländlichen Schriftgelehrten: Vire-toi à droite, vire-toi à gauche, tu es f.... (Dreh' dich rechts, dreh' dich links — caput bist du doch.) Die Aufrührer schrieen: „Nieder mit den Priestern! Nieder mit den Edelleuten! Es lebe der Kaiser!" Sie sollen sich außerdem derartige Ausdrücke gegen gewisse hohe Persönlichkeiten in Paris und — Rom bedient haben, daß sie der Briefschreiber aus Respekt- und Schamgefühl gar nicht zu wiederholen wagt. Zum Schlusse noch folgender charakteristische Vorfall. „Ein Priester sagte in seiner Predigt, daß Jesus Christus der König der Könige sei. Da erhob ein Mitglied der andächtigen Versammlung die Stimme und rief: Wir wollen keinen König, sondern den Kaiser. Vive l'Empereur!"

Wie man aus Vorstehendem sieht, verdienen diese Vorgänge einer besondern Beachtung. Sie decken gerade in denjenigen Departements, die man bisher als beinahe ausschließlich unter dem Einflusse der Geistlichkeit und der legitimistischen Tradition stehend ansah, eine ganz neue Strömung auf. Nach dem, was man dieser Tage hierüber erfahren hat, dürfte man beinahe glauben, es sei in dieser verkommenen Masse Zeug genug vorhanden, um daraus im Nothfall eine Art imperialistischer Jacquerie zu organisiren.

Großbritannien. [Der „Economist" über die finanziellen Maßregeln in Oesterreich.] Gewichtiger als die Urtheile der englischen politischen Zeitungen über die finanziellen Maßregeln Oesterreichs ist die Stimme eines anerkannt tüchtigen commerciellen und volkswirthschaftlichen Fachblattes, des „Economist." Dasselbe tadelt die Annahme der Couponsteuer als eine unheilvolle Maßregel von großer Tragweite, die überdies leicht als möglicher Präcedenzfall erscheinen und alle Staatspapiere anderer Länder ebenfalls bis zu einem gewissen Grade entwerthen könne. Es sei das um so mehr zu bedauern, als die österreichische Monarchie sonst weit entfernt von rothen Theorieen sei und ihre Principientreue selbst in diesem Falle durch die strenge Wahrung aller Formen an den Tag gelegt habe. Der in dieser Weise ausgesprochene und mit Hindeutung auf das bessere Beispiel der Radicalen in Amerika noch verschärfte Tadel richtet sich übrigens mehr gegen den Modus als gegen die Sache. Der „Economist" räumt selbst ein, daß durch die Leere des Schatzes die zahlreichen Inhaber von Staatspapieren eher betroffen werden müssen, als der Soldat oder Civilbeamte. Sei man aber einmal zu der Erkenntniß gekommen, daß der jetzige Zustand nicht mehr fortdauern könne, so habe man sich mit einer offenen Erklärung an die europäischen Börsen wenden und, wie es der Brauch im Privatleben sei, ein Arrangement suchen müssen. Natürlich würde eine solche Erklärung das Versprechen, möglichst bald wieder volle Zahlung zu leisten, in sich geschlossen und auch eine Bestimmung über die spätere Abtragung der in Schwebe gestellten Schuld enthalten haben. Statt dessen habe die Regierung den allem Anscheine nach billigeren Vorschlag einer Vermögenssteuer gemacht. Die Zurückweisung der Vermögenssteuer im Reichsrathe auf den Grund hin, daß das Land sie nicht tragen könne, habe den Staat faktisch insolvent erklärt, und gerade das Vermeiden dieser Erklärung, zugleich mit der Vermeidung neuer Steuern, müsse allen bedrängten Schuldnern als bestes Auskunftsmittel einleuchten. Wenn die Börsen sich nicht in das Mittel legten, werde dasselbe bald Nachahmung finden. Die türkische Regierung zumal werde sich auch die Zweckmäßigkeit des Verfahrens überlegen, um so mehr, da die Garantie einer Erzwingung nationaler Forderungen durch Waffengewalt an Furchtbarkeit verliere. Zum Schlusse zieht der „Economist" die Rathsamkeit des Nachgebens Seitens der ausländischen Börsen in Zweifel und stellt die Ansicht auf, es sei am besten, hart zu sein, Oesterreich in den Bann zu thun und zur Erklärung der Insolvenz zu nöthigen. Die Gefahr der Nachahmung des Beispiels werde dann verringert. Ganz entfernt könne sie werden, wenn Oesterreich sich verpflichte, die Couponsteuer vor allen anderen zu reduciren und ohne Beschluß der Legislatur sie nicht länger als fünf Jahre bestehen zu lassen.

Serbien. [Ueber die Ursachen des Belgrader Attentats] liegt noch immer ein Dunkel gebreitet, das durch die verschiedenartigen Conjekturen, denen wir in den Wiener und anderen Journalen begegnen, nur wenig gelichtet wird. Selbst über die Namen der Mörder divergiren die Angaben. Während ein neueres Belgrader Telegramm neben dem Namen Radovanovich noch zwei andere als die der Mitschuldigen bezeichnet, halten die Nachrichten der Blätter immer noch die frühere Mittheilung der verwandtschaftlichen Beziehungen der Attentäter aufrecht. Nach Wiener Journalen ist der älteste Radovanovich Gymnasialdirektor in Belgrad, von den beiden Söhnen der Eine Ingenieur, der Andere Advokat. Nach den Schilderungen des Attentats wurde der Fürst, sowie die ihn begleitenden Damen und das Gefolge auf einem Spaziergange auf den schönen Anlagen des Topschider aus nächster Nähe mit einer vollständigen Salve von Revolverkugeln überschüttet. Ein Schuß durch den Hinterkopf streckte Michael Obrenowicz zu Boden, der nach wenigen Minuten verschied, während seine Verwandte Anka Konstantinovich, sowie deren Tochter Katharina, der Adjutant Garaschanin und ein Leibdiener, die Erste tödtlich, verwundet wurden. Im Gegensatze zu der ursprünglichen Annahme, wonach lediglich ein Akt der Privatrache hier vorliegen sollte, indem Radovanovich die Verführung seiner Tochter an dem Fürsten habe rächen wollen — ist man jetzt geneigt, die That mehr oder minder auf politische Motive zurückzuführen. Das letzthin mitgetheilte Telegramm macht Alexander Georgewicz, das Werkzeug der russischen Partei, als den intellektuellen Urheber der That verantwortlich. Hiemit würde sich allenfalls die andere Lesart vereinigen lassen, wonach Michael als Opfer eines religiösen Fanatismus gefallen ist. Der Fürst hatte die kinderlose Ehe mit der schönen Gräfin Julie Hunyady auf Betrieb seiner Base Anka Konstantinovich vor drei Jahren durch Scheidung aufgelöst, wie man glaubt, um zu einer neuen

---

selig werden könne, aufhören und ein Religionsstaat daraus gebildet werden? Wolle man das, wolle man ihn der gesprochenen Worte wegen bestrafen, so dürfe man auch nicht die Juden und ebensowenig die frei-religiösen Gemeinden dulden. Er könne nur sagen, daß er seine Stellung als Angeklagter nicht mit der Stellung, welche die Anklage einnehme, vertauschen möge. Habe er denn überhaupt daran gedacht, Christus herabzuziehen? Nicht im mindesten, und daß man einen Menschen zu ihm heraufziehen wolle, darin könne doch keine Gotteslästerung liegen. Außerdem sei er (Angeklagter) Mitglied der freireligiösen Gemeinden und glaube als ein solches nicht an die Gottheit Christi und an eine heilige Dreieinigkeit und er könne deßhalb auch nicht die Absicht gehabt haben, die Göttlichkeit Christi herabzuwürdigen. Nach einem Beschlusse des Obertribunals müsse aber, um die Strafbarkeit nachzuweisen, diese Absicht vorhanden sein; er erwarte mit voller Zuversicht seine Freisprechung.

Der Staatsanwalt replicirt dahin, daß sich die Staatsanwaltschaft nicht als Beschützerin einer bestimmten Konfession aufwerfe, daß sie aber gegen jeden vorgehen müsse, der irgend welche Religions-Einrichtungen, selbst die des Judenthums verspotte.

Der Angeklagte entgegnet, daß er nicht glaube, die Staatsanwaltschaft werde denjenigen verfolgen, der das von einigen Religionsgesellschaften angenommene Dogma von der Göttlichkeit der Vernunft angreife.

Der Gerichtshof erkennt auf Freisprechung, die er in folgender Weise begründet: Der Angeklagte hat die Aeußerung, wie sie in der Anklage enthalten ist, zugestanden, es kann deßhalb nur darauf ankommen, ob in der Aeußerung eine Gotteslästerung vorhanden ist. Bei dieser Beurtheilung muß zunächst die Prämisse in's Auge gefaßt werden, von der die Anklage ausgeht und in dieser Beziehung räumt sie selber ein und ebenso geht dies aus dem Bericht über die Versammlung hervor, daß die Rede eine Verherrlichung Lassalle's gewesen sei in Betreff seines Bestrebens für die Besserstellung der Arbeiter und seiner Liebe zu diesen. Die religiöse Seite ist hierbei ebensowenig in Betracht gezogen worden, wie selbst auch nur die kirchliche; es hat sich vielmehr rein um die Aufgabe gehandelt, welche sich Lassalle als Mensch gestellt hatte, und diese ist mit der menschlichen Aufgabe, welche Christus sich gestellt hatte, verglichen worden, mit seiner Liebe für die Armen und Niedrigen. Es ist deßhalb hier nicht Christus in seiner göttlichen Eigenschaft, sondern in seinem menschlichen Wirken dargestellt worden. Außerdem ist dem Angeklagten auch nicht einmal der gewöhnliche strafbare Dolus, das Erkennen der Merkmale der Strafbarkeit nachgewiesen worden. Auf die übrigen Punkte in Betreff des religiösen Dogma's 2c. kann es aus diesen Gründen nicht mehr ankommen.

Heirath mit Anka's Tochter (der ebenfalls verwundeten Katharina) zu schreiten. Dieser Ehe standen die Satzungen der griechisch-orthodoxen Kirche entgegen, welche für die Heirath von Verwandten keinen Dispens wie die römische kennt. Wie es heißt, soll diese dem Fürsten zugeschriebene Absicht den Fanatismus der Orthodoxen erweckt und möglicherweise die Hand der Mörder gegen ihn gewaffnet haben. Nicht ohne Interesse ist nachstehende Correspondenz aus Wien, die der „Temps“ mittheilt, worin über den Charakter und die Stellung Michael's besondere Aufschlüsse gegeben werden. „Kaum ist es einen Monat her, sagt der Berichterstatter des „Temps“, als ich wiederholte Male den Fürsten Michael von Serbien gesehen habe. Er sprach mit mir von den Schwierigkeiten seiner Regierung. Er sagte mir einige Worte, welche auf einen unaufhörlichen, aber inneren Kampf mit der groß-serbischen Partei hindeuteten, die sogar im Ministerium ihre Anhänger habe und die danach strebe, es möge nun kosten, was es wolle, sich Bosniens zu bemächtigen, und welche dabei Alles von Rußland hoffe. „Aber ich, sagte der Fürst, ich will nicht der Ruhestörer von Europa werden, indem ich den Funken in diese Pulverkammer, die orientalische Frage, werfe.“ Er sagte noch weiter: „Ich frage Sie nun, kann ein Mensch mit nur einigermaßen gesundem Verstande glauben, daß wir uns des Joches der Türkei entledigt haben, nur blos um die weit schwereren Ketten Rußlands anzunehmen?“ Er neigte sich sogar, wie es scheint, zu einem Verständniß mit dem österreichisch-ungarischen Reiche hin. Der Fürst war ein gebildeter Geist; er liebte die Blumen, die Bücher, alles Schöne und Große; er war gut und hochherzig; er hegte keinen anderen Wunsch, als die Erziehung seines geliebten Volkes zu befördern. Er wandte seine Civilliste und sein Privatvermögen dazu an, nützliche Institutionen zu schaffen oder zu fördern und zu unterstützen. Aber viele Leute erklärten, gerade dieser guten Eigenschaften und seiner Bestrebungen eines hohen gebildeten Geistes wegen sei er ein Hinderniß für die Verwirklichung eines groß-serbischen Reiches. „Es ist uns ein Fürst von dem Schlage seines Vaters nöthig,“ sagte mir in Belgrad ein Staatsmann. Ein anderer sagte mir: „Es gibt eine Partei, welche an die Stelle des Fürsten Michael den Fürsten Nikita von Montenegro setzen will, weil dieser, wenn er an der Spitze von Serbien stände und über seine Hilfsquellen geböte, nicht zaudern würde, dem Türken gegenüber zu treten.“ Ich will damit aber keineswegs sagen oder auch nur insinuiren, daß der Mord des Fürsten ein politisches Verbrechen sei. Bis jetzt sprachen die Depeschen nur von einer persönlichen Rache. Aber nichtsdestoweniger ist die Lage bedeutend verändert durch das Verschwinden eines weisen und gemäßigten Fürsten, dem noch lange Regierungsjahre vorbehalten schienen.“

Nach einem Berichte der „N. Fr. Pr.“ artete der Anschlag auf den Fürsten Michael in ein förmliches Gemetzel aus. Als der Fürst, dreimal getroffen, ohnehin todt hinstürzte, warf sich noch einer der Attentäter auf den Leichnam und hieb auf ihn mit dem Handschar nach allen Seiten ein. Man sagt, der Fürst sei derart verstümmelt, daß das Nasenbein durchgehauen sei. Das Antlitz trägt zwei klaffende Wunden, der Arm und ein Fuß sind durchstochen und die Knochen der Hand derart zerschmettert, daß der sie bekleidende Handschuh herabgeschnitten werden mußte. Die Hiebwunden am Gesichte des Fürsten sind furchtbar deutlich sichtbar.

Was die Sache noch schrecklicher erscheinen läßt, ist das Gerücht, daß die Dolche und Handschare (wie es hier beinahe gewöhnlich) vergiftet gewesen seien. Deßhalb artete auch die sonst leichte Verletzung Garaschanin's derart aus, daß ihm bereits am 11. der Arm hat abgenommen werden müssen und man nachher behauptete, er sei dieser Giftwunde erlegen. Dies ist jedoch aus dem Grunde unwahrscheinlich, weil Garaschanin's Verletzung später als eine Schußwunde ausgegeben wurde.

Die Mörder haben sechzehn Schüsse abgefeuert. Ein eigener Zufall wollte es, daß der Leibjäger des Fürsten, welcher anläßlich der erwarteten Ankunft des Prinzen Napoleon sich im Lusthause — nicht weit vom Schauder-Orte entfernt — mit Vorarbeiten beschäftigte, nicht ahnend, was vorging, das Krachen der Revolver hörte, und da es sich rasch hinter einander wiederholte, mit dem einem Jäger gewöhnlichen Interesse die Schüsse zu zählen begann.

Es geht die Sage, der Fürst sei bereits zweimal im Laufe von zehn Tagen gewarnt worden, er habe aber darauf nicht geachtet. So viel kann verbürgt werden, daß in den letzten Tagen ohne besondere Veranlassung vielfach von einem Vergiftungsversuche gegen den Fürsten Michael, von seiner Entthronung u. dgl. m. gesprochen wurde.

Telegraphischer Bericht
der N. Würzb. Ztg.

* **München,** 17. Juni. Die „Hoffm. Corresp.“ meldet: Gestern Abend wurde im Kriegsministerium die Vereinbarung mit dem württembergischen Generalstabschef über Ordnung der fortan gemeinsamen Festung Ulm unterzeichnet.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$82^3/_4$ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$83^5/_4$ P. $^1/_4$ G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$54^1/_4$ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	$52—51^7/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt.	$43^7/_8$ G.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	$84^1/_2$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102^1/_4$ G.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95^1/_2$ P. $^3/_8$ G.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$95^7/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^5/_8$ P.
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 P. $89^3/_4$ G.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^5/_8$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$94^1/_2$ P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^1/_4$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
„	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	86 P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^1/_4$ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	$86^5/_8$ P.
„	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$81^1/_4$ P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	$2^1/_2$pCt. „ „ „	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 103 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. $2^1/_2$	$79^1/_4$ P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	$77^3/_4—^5/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	731 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$202^1/_2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$91^7/_8$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	$231^1/_2$P. $30^1/_2$G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264—63 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$135—36^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 5/7	$64^1/_2$ G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156^1/_2$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	107 P. $6^3/_4$G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$129^1/_2$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^3/_4$ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 5/7	$73^7/_8$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$123^3/_4$ G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^3/_8$ P. $^1/_8$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^1/_4$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	$105^1/_8$P. $104^7/_8$G
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	$98^1/_2$ P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ G.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105^1/_8$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_2$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^1/_8—^1/_4$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^5/_8—^1/_4$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102^3/_4—^5/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102^1/_4$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	$138^1/_2—141^1/_2$G
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$63^1/_4$ G.
„ fl. 500 v. 1860 5/7	$74^7/_8—^1/_4$ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	139 P. $138^1/_2$G.
„ do. v. 1864	$91^3/_4$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$101^3/_4$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^5/_8$ P.
Badische fl. 35	$50^1/_4$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$63^7/_8$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$146^1/_2$ P.
„ fl. 25 do.	$38^1/_2$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_4$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$27^1/_2$ P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13^3/_8$ P.

Frankfurt, 16. Juni. Auch heute war die Börse sehr bewegt und mannigfachen Schwankungen unterworfen. Man begann mit einem Hanssiegeplänkel. Der Landsturm der auswärtigen Spekulanten war mit dem Geschütz von telegraphischen Kaufordres in's Treffen gerückt und jagte die Course rasch in die Höhe, Creditaktien bis 203, Staatsbahn bis 264, 1860er Loose bis $74^7/_8$. Aber so rasch sie genommen war, so rasch verloren ging auch die Position. Nach kurzer Frist mußten sämmtliche Course von ihrem Piedestal herabsteigen und eine ausgesprochene Mattigkeit trat ein und herrschte bis zum Schlusse der Börse. Spekulationspapiere weisen jedoch gegen gestern eine Avance auf, Anlagepapiere dagegen eine nur ganz geringe. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 167. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Donnerstag, 18. Juni 1868.

Die neue Maß- und Gewichtsordnung für den norddeutschen Bund,

wie dieselbe nach den Reichstagsbeschlüssen am 13. und 15. angenommen wurde, lautet wörtlich, wie folgt:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen &c., verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrathes und des Reichsrathes, was folgt:

Art. 1. Die Grundlage des Maßes und Gewichtes ist das Meter oder der Stab mit decimaler Theilung und Vervielfachung.

Art. 2. Als Urmaß gilt derjenige Platinstab, welcher im Besitze der Königlich Preußischen Regierung sich befindet, im Jahre 1863 durch eine von dieser und der Kaiserlich Französischen Regierung bestellte Commission mit dem in dem kaiserlichen Archive zu Paris aufbewahrten Mètre des Archives verglichen und bei der Temperatur des schmelzenden Eises gleich $1{,}00000301$ Meter befunden worden ist.

Art. 3. Es gelten folgende Maße:

A. Längenmaße:

Die Einheit bildet das Meter oder der Stab.

Der hundertste Theil des Meters heißt Centimeter oder Neuzoll.

Der tausendste Theil des Meters heißt Millimeter oder Strich.

Zehn Meter heißen ein Dekameter oder Kette.

Tausend Meter heißen ein Kilometer.

B. Flächenmaße:

Die Einheit bildet das Quadratmeter oder der Quadratstab.

Hundert Quadratmeter heißen das Ar.

Zehntausend Quadratmeter heißen das Hektar.

C. Körpermaße:

Die Grundlage bildet das Kubikmeter.

Die Einheit ist der tausendste Theil des Kubikmeters und heißt das Liter oder die Kanne.

Das halbe Liter heißt ein Schoppen.

Hundert Liter oder der zehnte Theil des Kubikmeters heißt ein Hektoliter oder Faß.

Fünfzig Liter sind ein Scheffel.

Art. 4. Als Entfernungsmaß dient die Meile von 7500 Meter.

Art. 5. Als Urgewicht dient das im Besitze der Königlich Preußischen Regierung befindliche Platin-Kilogramm, welches mit Nummer 1 bezeichnet, im Jahre 1860 durch eine von der Königlich Preußischen und der Kaiserlich Französischen Regierung niedergesetzte Commission mit dem in dem kaiserlichen Archive zu Paris aufbewahrten Kilogramme prototype verglichen und gleich $0{,}999999842$ Kilogramm befunden worden ist.

Art. 6. Die Einheit des Gewichts bildet das Kilogramm (gleich zwei Pfund). Es ist das Gewicht eines Liters destillirten Wassers bei + 4 Gr. des hunderttheiligen Thermometers.

Das Kilogramm wird in 1000 Gramme getheilt mit dezimalen Unter-Abtheilungen.

Zehn Gramme heißen ein Dekagramm oder Neuloth.

Der zehnte Theil eines Grammes heißt ein Dezigramm, der hundertste ein Centigramm, der tausendste ein Milligramm.

Ein halbes Kilogramm heißt ein Pfund.

50 Kilogramm oder 100 Pfund heißen ein Centner.

1000 Kilogramm oder 2000 Pfund heißen eine Tonne.

Art. 7. Ein von diesem Gewichte (Art. 6) abweichendes Medicinalgewicht findet nicht Statt.

Art. 8. In Betreff des Münzgewichtes verbleibt es bei den im Art. 1 des Münzvertrages vom 24. Januar 1857 gegebenen Bestimmungen.

Art. 9. Nach beglaubigten Copien des Urmaßes (Art. 2) und des Urgewichts (Art. 5) werden die Normalmaße und Normalgewichte hergestellt und richtig erhalten.

Art. 10. Zum Zumessen und Zuwägen im öffentlichen Verkehre dürfen nur in Gemäßheit dieser Maß- und Gewichtsordnung gehörig gestempelte Maße, Gewichte und Waagen angewendet werden. Der Gebrauch unrichtiger Maße, Gewichte und Waagen ist untersagt, auch wenn dieselben im Uebrigen den Bestimmungen dieser Maß- und Gewichtsordnung entsprechen. Die näheren Bestimmungen über die äußersten Gränzen der im öffentlichen Verkehr noch zu duldenden Abweichungen von der absoluten Richtigkeit erfolgen nach Vernehmung der im Art. 18 bezeichneten technischen Behörde durch den Bundesrath.

Art. 11. Bei dem Verkaufe weingeistiger Flüssigkeiten nach Stärkegraden dürfen zur Ermittelung des Alkoholgehaltes nur gehörig gestempelte Alkoholometer und Thermometer angewendet werden.

Art. 12. Der in Fässern zum Verkauf kommende Wein darf dem Käufer nur in solchen Fässern, auf welchen die den Raumgehalt bildende Zahl der Liter durch Stempelung beglaubigt ist, überliefert werden. Eine Ausnahme hiervon findet nur bezüglich desjenigen ausländischen Weines Statt, welcher in den Originalgebinden weiter verkauft wird.

Art. 13. Gasmesser, nach welchen die Vergütung für den Verbrauch von Leuchtgas bestimmt wird, sollen gehörig gestempelt sein.

Art. 14. Zur Eichung und Stempelung sind nur diejenigen Maße und Gewichte zuzulassen, welche den in Art. 3 und 6 dieser Maß- und Gewichts-Ordnung benannten Größen, oder ihrer Hälfte, so wie ihrem Zwei-, Fünf-, Zehn- und Zwanzigfachen entsprechen. Zulässig ist ferner die Eichung und Stempelung des Viertel-Hektoliter, so wie fortgesetzter Halbirungen des Liter.

Art. 15. Das Geschäft der Eichung und Stempelung wird ausschließlich durch Eichungsämter ausgeübt, deren Personal von der Obrigkeit bestellt wird. Diese Aemter werden mit den erforderlichen, nach den Normalmaßen und Gewichten (Art. 9) hergestellten Eichungsnormalen, beziehungsweise mit den erforderlichen Normal-Apparaten versehen. Die für die Eichung und Stempelung zu erhebenden Gebühren werden durch eine allgemeine Taxe geregelt (Art. 18).

Art. 16. Die Errichtung der Eichungsämter (Art. 15) steht den Bundesregierungen zu und erfolgt nach den Landesgesetzen. Dieselben können auf einen einzelnen Zweig des Eichungsgeschäfts beschränkt sein, oder mehrere Zweige desselben umfassen.

Art. 17. Die Bundesregierungen haben, jede für sich oder mehrere gemeinschaftlich, zum Zweck der Aufsicht über die Geschäftsführung und die ordnungsmäßige Unterhaltung der Eichungsämter die erforderlichen Anordnungen zu treffen. In gleicher Weise liegt ihnen die Fürsorge für eine periodisch wiederkehrende Vergleichung der im Gebrauche der Eichungsämter befindlichen Eichungsnormale (Art. 15) mit den Normalmaßen und Gewichten ob.

Art. 18. Es wird eine Normal-Eichungs-Commission vom Bunde bestellt und unterhalten. Dieselbe hat ihren Sitz in Berlin. Die Normal-Eichungs-Commission hat darüber zu wachen, daß im gesammten Bundesgebiete das Eichungswesen nach übereinstimmenden Regeln und dem Interesse des Verkehrs entsprechend gehandhabt werde. Ihr liegt die Anfertigung und Verabfolgung der Normale (Art. 9), so weit nöthig auch der Eichungsnormale (Art. 15) an die Eichungsstellen des Bundes ob, und ist sie daher mit den für ihren Geschäftsbetrieb nöthigen Instrumenten und Apparaten auszurüsten. Die Normal-Eichungs-Commission hat die nähern Vorschriften über Material, Gestalt, Bezeichnung und sonstige Beschaffenheit der Maße und Gewichte, ferner über die von Seiten der Eichungsstellen innezuhaltenden Fehlergränzen zu erlassen. Sie bestimmt, welche Arten von Waagen im öffentlichen Verkehr oder nur zu besonderen gewerblichen Zwecken angewendet werden dürfen, und setzt die Bedingungen ihrer Stempelfähigkeit fest. Sie hat ferner das Erforderliche über die Einrichtung der sonst in dieser Maß- und Gewichtsordnung aufgestellten Meßwerkzeuge vorzuschreiben, sowie über die Zulassung anderweiter Geräthschaften zur Eichung und Stempelung zu entscheiden. Der Normal-Eichungs-Commission liegt es ob, das bei der Eichung und Stempelung zu beobachtende Verfahren und die Taxen für die von den Eichungsstellen zu erhebenden Gebühren (Art. 15) festzusetzen und überhaupt alle die technische Seite des Eichungswesens betreffenden Gegenstände zu regeln.

Art. 19. Sämmtliche Eichungsstellen des Bundesgebiets haben sich, neben dem jeder Stelle eigenthümlichen Zeichen, eines übereinstimmenden Stempelzeichens zur Beglaubigung der von ihnen geeichten Gegenstände zu bedienen. Diese Stempelzeichen werden von der Normal-Eichungs-Commission bestimmt.

Art. 20. Maße, Gewichte und Meßwerkzeuge, welche von einer Eichungsstelle des Bundesgebietes geeicht und mit dem vorschriftsmäßigen Stempelzeichen beglaubigt sind, dürfen im ganzen Umfange des Bundesgebiets im öffentlichen Verkehr angewendet werden.

Art. 21. Diese Maß- und Gewichtsordnung tritt mit dem 1. Januar 1872 in Kraft. Die Landesregierungen haben die Verhältnißzahlen für die Umrechnung der bisherigen Landesmaße und Gewichte in die neuen festzustellen und bekannt zu machen, und sonst alle Anordnungen zu treffen, welche, außer den nach Art. 18 der technischen Bundes-Central-Behörde vorbehaltenen Vorschriften, zur Sicherung der Ein- und Durchführung der in dieser Maß- und Gewichtsordnung, namentlich in Art. 10, 11, 12 und 13 enthaltenen Bestimmungen erforderlich sind.

Art. 22. Die Anwendung der dieser Maß- und Gewichtsordnung entsprechenden Maße und Gewichte ist bereits vom 1. Januar 1870 an gestattet, insofern die Betheiligten hierüber einig sind.

Art. 23. Die Normal-Eichungs-Commission (Art. 18) tritt alsbald nach Verkündung der Maß- und Gewichtsordnung in Thätigkeit, um die Eichungsbehörden bis zu dem im Art. 22 angegebenen Zeitpunkt zur Eichung und Stempelung der ihnen vorgelegten Maße und Gewichte in den Stand zu setzen. Urkundlich ꝛc.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 15. Juni. [Die Bundesanleihe und die Nationalliberalen.] Ueber das merkwürdige Resultat in der heutigen Reichstagssitzung kann sich selbst die national-liberale „Köln. Ztg." „durchaus nicht freuen." Auf Seiten unserer Freunde — meint sie — war die Annahme des Provisoriums immer ein Opfer, und der Trost, daß die öffentliche Meinung der Nation in salomonischer Weisheit jetzt erkennen müsse, wie die national-liberale Partei die wahre Marinemutter sei, die Regierung dagegen, die das Kindlein eher tödten wollte, als nachgeben, nur die falsche — dieser Trost reicht nicht weit. Der Ruhm des Patriotismus ist nur eine sehr luftige Entschädigung für den Verlust des angestrebten Erfolgs der Befestigung und Erweiterung einer selbstständigen Bundesverwaltung. Der Nothbehelf der Verwaltung durch preußische Behörden ist doch wohl auch für den Bundeskanzler viel eher eine Niederlage, als ein Erfolg! Es trat uns in der heutigen Verhandlung wieder so recht nahe, wie wahr es ist, was neulich die „Magdeb. Ztg." bemerkte: „Wenn der Bundeskanzler einen festen Bund mit dem Liberalismus schlösse, wenn er die kleinlichen Vorurtheile, von denen er, sobald er das Feld der inneren Politik betritt, sich häufig so befangen zeigt, abzulegen vermöchte, wenn er sich dazu bestimmen ließe, Concessionen zu machen, welche ihm ja Seitens der liberalen Partei erwiedert werden würden, dann sollte er wohl erfahren, welch einen mächtigen Hebel er damit für seine Aufgabe in die Hand bekäme. Gewiß, wenn Graf Bismarck den Volksgeist so recht verstände, wenn er mit demselben Hand in Hand ginge, dann würde er ganz der große Führer Deutschlands sein, dem Niemand gegenüber zu treten wagte." Der heutige parlamentarische Sieg und die große Majorität konnte in national-liberalen Kreisen nur mit sehr gemischtem Gefühle betrachtet werden.

Zur genauen Orientirung, worum es in sich dieser Berathung eigentlich handelte, dient am besten die Rede des Abg. v. Schweitzer, welcher sprach: „Die Sachlage war einfach diese: Der Bundesrath legte ein Gesetz zur Regelung des Schuldenwesens vor, der Reichstag hielt aber für nöthig, eine gewisse Garantie zu fordern, und gab dieser Garantie im § 17 Ausdruck, wegen welches Paragraphen das Gesetz zu Falle kam. Damals wurde auf das bestimmteste erklärt, daß es hier darauf ankomme, festzustehen und zu zeigen, daß man etwas durchsetzen könne, und heute wird uns gesagt, die Regierungen hätten nachgegeben, sie seien uns entgegengekommen. Dem gegenüber muß man doch ganz klar und deutlich, ohne viele Bemäntelung aussprechen, wie die Sache liegt: die Regierungen wollten Geld, der Reichstag erklärte, es ohne Garantie nicht geben zu können, heute aber wird uns der Vorschlag gemacht, es dennoch ohne Garantie zu geben. Es ist also sonnenklar, daß man die frühere Position vollständig verlassen hat und daß die Regierungen sehr wohl ihre Leute kannten, als sie durch den Druck, den sie mit der Einstellung der Arbeiten ausübten, bewirkten, daß diejenigen, welche so fest versichert hatten, sie würden diesmal festhalten, schließlich nicht festhielten. Meine Herren! Ich muß hierbei Gelegenheit nehmen, mich gegen eine hiermit im Zusammenhange stehende Aeußerung in der sonst vortrefflichen Rede des Herrn Abg. v. Kirchmann zu wenden. Derselbe hat nämlich gesagt, es müsse in dem Lande einen schlimmen Eindruck hervorbringen, wenn in einer aus dem allgemeinen Stimmrechte hervorgegangenen Versammlung ein solches Schwanken, eine solche Unbeständigkeit hervortrete. Die Sache ist von großer Wichtigkeit, denn man müßte verzweifeln an der Sache der Demokratie, wenn wirklich in einer Versammlung, die nach dem allgemeinen Stimmrechte gewählt wäre, etwas Derartiges vorkommen könnte. Ich muß deßhalb im Interesse derjenigen, die mich gewählt haben, und im Interesse der demokratischen Sache konstatiren, daß dieses Haus nur scheinbar und nicht in Wirklichkeit aus allgemeinen Wahlen hervorgegangen ist." (Große Unruhe, Widerspruch und Heiterkeit.)

Abg. Dr. v. Schweitzer (fortfahrend): „Das allgemeine Stimmrecht setzt, um Wahrheit zu sein, voraus die politische Freiheit, mindestens die Preß- und die volle Vereinsfreiheit. Dann nur kann durch Agitation jedes Element im Volke sich klar stellen, nur dann sondern sich die Parteien in solche, die fest und klar wissen, was sie wollen, in sogenannte extreme Parteien. In eine solche, aus dem freien Stimmrechte hervorgegangene Versammlung können reaktionäre und demokratische Elemente eintreten, es gibt aber dort niemals Parteien von der Art derjenigen, die man heutzutage „national-liberal" nennt. (Große Heiterkeit und heftiger Widerspruch.) Wie diese Partei ihre Entstehung lediglich dem glücklich gewordenen Absolutismus verdankt, so verdankt sie den Umstand, daß sie hier zahlreich vertreten ist, lediglich der Thatsache, daß die Volkselemente bei der Wahlagitation sich nicht frei entwickeln konnten. Meine Herren! Die Abgg. v. Moltke und Dr. Braun haben an den Patriotismus des Hauses appellirt; aber ich möchte doch fragen, warum wenden sich diese Herren gerade an uns; liegt denn nicht die Frage mindestens auf beiden Seiten (Reichstag und Bundesrath) gleich? Der Reichstag hat eine Garantie für nöthig gehalten, die Regierungen wollten, weil eine solche nicht im Sinne des bisherigen bureaukratischen Wesens liegt, diese Concession nicht machen. Nun wendet man sich an uns und sagt, die Wehrhaftigkeit der Flotte leide darunter. Möchten doch die Herren Abgeordneten mit derselben Offenheit und demselben Muthe, wie vor uns, vor die Regierungen treten und sagen: es ist eure Pflicht, die Wehrhaftigkeit der Flotte nicht darum aufzuhalten, weil ihr das bisherige bureaukratische Wesen nicht durchbrechen wollt."

Kiel, 14. Juni. [Brand der Corvette Hertha.] Der „Volkszeitung" schreibt man: Die junge deutsche Bundesmarine hat wieder einen höchst bedauernswerthen Unfall gehabt. Die schönste Corvette der Marine, die Hertha, ist im Innern durch eine Feuersbrunst arg zerstört. Gestern Abend gegen 10 Uhr wurden zuerst weiße Rauchwölkchen oberhalb der an der Wasser-Allee neben dem Barbarossa und der Medusa liegenden Corvette Hertha bemerkt; Alarmschüsse von der Gefion und dem Chamäleon benachrichtigten von der Gefahr, in der Stadt wurde Generalmarsch geschlagen. Die freiwillige Turner-Feuerwehr war mit zwei vortrefflichen Spritzen zuerst am Platze und wurde von einem Hafendampfer an Bord der Hertha gebracht, die selbst nicht eine einzige Spritze an Bord hatte, da es bisher wenigstens Gebrauch war, auf der Marine bei der Außerdienststellung der Schiffe das sämmtliche Inventar — auch die Spritzen (!) — von Bord zu schaffen. Später kamen noch zwei städtische Spritzen zu Hülfe und die freiwilligen und städtischen Löschanstalten haben im Verein mit den Marine-Mannschaften mit dem größten Eifer an der Unterdrückung des Feuers gearbeitet. Erst nach 1 Uhr gelang es den Anstrengungen der Löschmannschaften, des Feuers Herr zu werden; die Corvette war inzwischen nach vorn etwas gesunken und hatte sich ein wenig auf die Seite gelegt. Ueber die Ursache des Feuers ist, so weit uns bekannt geworden, noch nichts ermittelt; man spricht davon, daß das Feuer im Kohlenraum seinen Anfang genommen.

Neuwied, 15. Juni. [Versammlung süddeutscher Forstwirthe.] Seit gestern tagt hier in der allerwärts festlich beflaggten Stadt die im vorigen Jahr ausgefallene 19. Versammlung süddeutscher Forstwirthe, wie dies in der zu Ravensburg abgehaltenen Versammlung von 1865 war beschlossen worden. Zur jetzigen Versammlung haben sich bis gestern Abend gegen 200 Forstmänner und und Freunde des Forstwesens eingefunden, so ziemlich aus allen Gebieten des weiteren Vaterlandes. Auch Bayern und namentlich Augsburg ist vertreten. Im Ganzen aber sind, vielleicht zum Theil wegen obwaltender Verstimmungen, nicht eben zahlreiche Gäste aus Süddeutschland gekommen, und der Norddeutsche Bund erfreut sich auch hier einer weit überwiegenden Mehrheit. Der schon früher vom Oberforstrath Roth angekündigte Antrag desselben: die Versammlung möge sich aus einer süddeutschen in eine deutsche umgestalten, weil die

vor 30 Jahren beliebte Beschränkung auf ein engeres Gebiet dem patriotischen Gefühl einer größeren Gemeinsamkeit nun weichen müsse, fand natürlich Anklang, kam aber in Berücksichtigung des Umstandes, daß die Zahl der anwesenden süddeutschen Gäste verhältnißmäßig gering ist, auf den vom Antragsteller selbst ausgegangenen und von der Versammlung gebilligten Vorschlag, diese Frage bis zur nächstjährigen Versammlung auf sich beruhen zu lassen, nicht zur Discussion.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 16. Juni. [Die neue Aera an der Universität.] Die „Allg. Wr. Med. Ztg.“ knüpft an die Nachricht, daß Professor Dr. Brücke bei der am Samstag abgehaltenen Versammlung des Professoren-Collegiums zum Decan gewählt wurde, nachfolgende bemerkenswerth glossirte Mittheilung: „Kaum noch von der Ueberraschung erholt, welche die Nachricht, daß es dem protestantischen Professor Brücke trotz aller sanctionirten interkonfessionellen Gesetze nicht möglich ist, Decan des Professoren-Collegiums zu werden, allenthalben hervorgerufen, allarmirt eine zweite Nachricht die Gemüther, nach welcher demselben Professor auch das Rectorat, die höchste akademische Würde, unzugänglich wäre. Das venerabile Consistorium soll angeblich der Stein des Anstoßes sein, an dem alle Bemühungen scheitern, einen Nichtkatholiken in den Genuß der Bestimmungen der Grundrechte und der interkonfessionellen Gesetze treten zu lassen. Man faselt von bestehenden Hindernissen aus der Organisation des Consistoriums, welche „auf gesetzlichem Wege beseitigt werden müßten“, um einem Nichtkatholiken zu akademischen Würden zu verhelfen. Die Universität und ihre Factoren unterstehen ebenso den Staatsgrundgesetzen, wie alle anderen Institute mit ihren Körperschaften, und durch das Grundgesetz sind allenthalben die Hindernisse gefallen, welche das Glaubensbekenntniß auf Erlangung von Würden und Aemtern bisher übte. In den höchsten Vertretungskörpern hat man sich daran gewöhnt, allen Glaubensbekenntnissen den Zutritt zu eröffnen. Wenn der Reichskanzler und Minister des kaiserlichen Hauses ein Nichtkatholik sein kann, so kann es auch ein Decan der medizinischen Fakultät sein. An der Universität, dem Herde der Wissenschaft und der Intelligenz, sollten einiger vergilbter Pergamente wegen die Schranken nicht fallen, welche an jeder Dorfschule gefallen sind?“

Ausland.

Frankreich. Paris, 15. Juni. [Umgestaltung des Moniteur.] Seit einiger Zeit ist viel die Rede von der Umgestaltung des „Moniteur Universel“. Die Sache spielt seit Monaten, und bald heißt es, dem Herausgeber Dalloz sei der in einigen Monaten abgelaufene Vertrag von der Regierung gekündigt, bald wiederum, die Regierung habe das Eigenthum des „Moniteur“ für drei Millionen erworben. Diese Nachricht klingt fabelhaft: die Regierung zahlte also für eine bloße Journal-Ueberschrift drei Millionen; denn was wäre der „Moniteur“ ohne die offiziellen Mittheilungen und ohne die, wie oft genug nachgewiesen, unter Verachtung des Gesetzes ihm ertheilte Befreiung von der Stempelsteuer? Nichts oder doch wenig mehr als nichts. Gegenwärtig kostet er, obgleich er das papierreichste Tageblatt ist, nur 40 Fr., er müßte folglich, um unprivilegirt bestehen zu können, bedeutend aufschlagen und hätte für die jetzigen Abonnenten, die das Amtsblatt in ihm bezahlen, keinen Werth mehr; er müßte dem „Constitutionnel“ oder dem „Journal des Debats“ Konkurrenz machen, und dies hätte seine Schwierigkeiten; die Regierung freilich würde besser fahren, wenn sie einen einfachen Staats-Anzeiger und eine Parlaments-Zeitung hielte, sich im Uebrigen mit dem „Constitutionnel“ begnügte und auch „Pays“ und „Patrie“ ihrem Schicksale überließe, da diese ihr nur schaden. Sie tragen viel zu dem Schwanken in den Regierungskreisen bei, indem sie oft Nachrichten verbreiten und Richtungen vertreten, die zwar die Meinung einzelner Minister, doch nicht die des allein verantwortlichen Staatsoberhauptes sind. Der „Moniteur Universel“, wie er jetzt geführt wird, ist in literarischen und artistischen Artikeln nicht übel, dagegen in politischen nichts als die große Trommel, und Girardin hat in so fern nicht Unrecht, wenn er die Verausgabung von drei Millionen für einen hohlen Titel „ein Ueberbieten aller bekannten Gränzen der Verschleuderung von Staatsgeldern“ nennt. Ueber die innere Geschichte dieses Kaufes erzählt man: Der Kaiser äußerte vor Jahr und Tag gegen Rouher: „Man muß den „Moniteur“ bei Plon drucken lassen.“ Rouher schwieg und die Sache blieb beim Alten, bis der Kaiser unlängst fragte: „Nun, wann wird der „Moniteur“ denn bei Plon gedruckt?“ Jetzt war nicht mehr zu zögern. Dalloz, der jetzige Direktor, erklärte Rouher nun, der „Moniteur“ sei Privateigenthum der Panckouke'schen Erben seit 60 Jahren; wolle die Regierung aber sich ein anderes Blatt gründen, so werde der „Moniteur“ Oppositionsblatt nach dem Muster des „Journal des Debats“ werden. Nun wurde versucht, für Dalloz eine Entschädigung zu finden. Ob eine Präfektur à la Limayrac, stehe dahin. Schließlich hat man, wie es scheint, Panckouke's Erben abgefunden. Jedenfalls wird das offizielle Organ des Kaiserthums eine Umgestaltung erfahren, wie der „Constitutionnel“ sie erfahren hat.

— [Die angebliche Grenz-Recognoszirungsfahrt auf dem Rhein bei Straßburg.] Die „Köln. Z.“ ließ sich vor einigen Wochen aus Kehl über eine „Recognoszirung“ berichten, die der französ. General Ducros mit einigen Offizieren in der Gegend von Straßburg auf dem Rhein unternommen haben sollte. Für jeden mit militärischen Dingen Vertrauten lag es auf der Hand, daß es sich dabei nur um eine Vergnügungs- oder höchstens eine Studienfahrt handeln konnte. Einmal sind den Franzosen die Rheinufer bei Straßburg genügend bekannt, dann aber würde, wenn wirklich noch etwas zu recognosziren wäre, dies nicht mit einer so naiven Unbefangenheit geschehen sein, wie sie bei jener Kahnfahrt in Uniform zu Tage trat. Stoffarme Correspondenten englischer und deutscher Blätter haben indeß die Sache so breitgetreten, daß man von Paris aus den General Ducros zum Bericht aufgefordert hat und im „Constitutionnel“ veröffentlicht, jener Ausflug sei wirklich gemacht worden, es habe sich dabei aber nur um einige wissenschaftliche Beobachtungen gehandelt.“

Italien. [Ein Duell in der Cloake.] Der „Allg. Z.“ schreibt man aus Neapel, 10. Juni: In den letzten Tagen hat ein Duell eigenthümlicher Art stattgefunden, das eben wegen der begleitenden Umstände von der Fama großartig aufgestutzt worden war. Die fürchterlichen Cammorristen waren aber dießmal nur Lumpensammler, Mitglieder des Unterstützungsvereins der unter den Platanen von Castelnuovo tagt. Dort kommen täglich die Lumpensammler zusammen, und die erworbenen Schätze werden nach den Statuten gleichmäßig vertheilt. Wenn sich nun manchmal in alten Kleidungsstücken u. dgl. irgendein werthvoller Gegenstand verborgen findet, so entstehen Streitigkeiten, welche jüngst zu einem Duell führten. Als Schauplatz war eine Cloake gewählt, in welcher vor Zeugen der erbittertste Messerkampf stattfand, bis beide Helden mehrfach verwundet waren, und einer der Zeugen auf der Oberwelt um Hülfe rief. Die Polizei war schnell zur Hand, und machte dem unterirdischen Zweikampf ein Ende.

Serbien. Belgrad, 13. Juni. [Leichenfeierlichkeit.] Der „N. fr. Pr.“ schreibt man: Heute wurde der Leichnam des Fürsten bis 7 Uhr Abends zur Besichtigung ausgestellt; der Menschenstrom, der sich in den Konak wälzte, war ein ungeheurer. Ich gelangte mit Mühe in das Innere des Palastes und zum Vorsaale des Trauergemaches, in welches drei Pforten führten. Die mittlere der drei Thüren war geöffnet, und unter die Vorhalle tretend, mußte durch sie hindurch der Besucher bereits den Katafalk mit dem unglücklichen Fürsten sehen. Offiziere hielten in der Vorhalle Wache und wiesen den Theilnehmenden den Weg, welchen sie zu nehmen hätten. Das Publikum bewegte sich nach rechts durch die erste Thür über ein Gemach in den zweiten Saal, wo der Fürst aufgebahrt lag, schritt langsam zu den Füßen des Sarges vorüber und trat den Rückweg über ein drittes Gemach an, indem es, durch die dritte Pforte tretend, wieder in die Vorhalle gelangte. Das erste Zimmer war grün gemalt, mit Goldleisten durchwegs carrirt, und wies an den Wänden verschiedener Orten Sinnsprüche in allen Sprachen auf; ich fand Serbisch, Deutsch, Ungarisch, Russisch, Englisch und Französisch vertreten. Einer hievon lautete:

Never
do any
in life on which
you not dare first
ask in god'
s
blessing.

Ein anderer begann:

Ein Fichtenbaum in steiler Höh'
Stand einsam und allein 2c.

Im zweiten Saale lag der Fürst; das Gemach war schwarz ausgeschlagen, in der Mitte desselben stand der Katafalk, umgeben von der Leibgarde mit gezogenen Waffen; rechts zu Anfang des Katafalks auf einem Tischchen ein kostbares Marienbild, welches sämmtliche Vorüberschreitende nach serbischer Sitte mit Ehrfurcht küßten. Links zu Häupten des Katafalks ein Betschemel, wo der Bischof mit einem zweiten Geistlichen die Gebete sprach. Der Fürst, in einem nicht besonders reichen Holzsarge liegend, war in serbischer Nationaltracht durchaus schwarz, bis auf die großen goldenen, mit rothen Edelsteinen verzierten Knöpfe am Rocke. Die Hände hielten ein goldenes Amulet die Brust war mit nur Einem Orden geschmückt; welcher es war,

konnte ich nicht unterscheiden, und da er viele hatte, auch nicht vermuthen.

Die Attentäter Radovanovich, Rogich und Athanakovich, der Partei Karagiorgievich angehörend, haben bisher nichts gestanden. Bei ihnen, wie bei der Mehrzahl der bereits Verhafteten und direkt Beschuldigten, 20 an der Zahl, wurden compromittirende Briefe und große Geldsummen vorgefunden.

Nordamerika. [Wahlprogramm des Präsidentschafts-candidaten General Grant.] Der General Grant hat in einem Schreiben an den General R. Hawley eine Art politischen Glaubensbekenntnisses für den Fall seiner Erwählung zum Präsidenten der Union niedergelegt. Der Schluß des Briefes lautet wörtlich: „Alle meine Anstrengungen werden auf die treue Beobachtung der Gesetze, auf Ersparnisse im Staatshaushalte mit der Absicht gerichtet sein, Allen Friede, Ruhe und Schutz zu sichern. In Zeiten, wie die gegenwärtigen, ist es unmöglich und selbst unzweckmäßig, die Richtung einer Politik für die ganze Dauer einer vierjährigen Regierungs-Periode feststellen zu wollen. Denn unvorhergesehene neue politische Fragen tauchen unaufhörlich auf, auch die öffentliche Meinung ist stark dem Wechsel unterworfen; ein Administrativ-Beamter muß aber die volle Freiheit haben, den Willen des Volkes auszuführen. Ich habe diesen Willen stets hochgeachtet und werde ihn immer hochachten. Friede und allgemeine Wohlfahrt, verbunden mit weiser Sparsamkeit in den Staatsausgaben, werden den Druck der Steuern erleichtern und zur Verminderung der Staatsschuld beitragen."

— [Der Tod des Expräsidenten Buchanan,] der am 1. Juni in Wheatland bei Lancaster erfolgt ist, hat den größeren Blättern kaum zu einem Leitartikel Stoff geliefert. Der Mann war bei Lebzeiten schon so gut wie verschollen, und Manche wurden erst durch die Todesnachricht von seiner Existenz unterrichtet. Buchanan war seit dem 4. März 1861 todt; er gehört der antediluvianischen Zeit an und ist der letzte einer Classe von Politikern, die ihren Erfolg im Leben der sclavischen Unterwerfung unter die Sclavenhalter verdankten und nach einander alle ihre Freunde verriethen, um endlich auf der höchsten Sprosse der Leiter anzukommen. Buchanan war eine kalt berechnende, selbstsüchtige, feige Natur; er hatte nichts von dem frischen und freien Wesen anderer seiner hervorragenden Parteigenossen, wie z. B. von Douglas, der immer der Abgott der Massen war, weil er deren Wesen unverfälscht widerspiegelte. Ich glaube daher auch kaum, daß Buchanan einen einzigen aufrichtigen Freund hinterläßt. Er war der letzte Mohikaner unter den Präsidenten von Südens Gnaden, und diese seine Stellung, nicht aber seine in jeder Beziehung mittelmäßige Persönlichkeit sichert ihm eine gewisse negative Bedeutung in der Geschichte der Vereinigten Staaten.

Nichtpolitische Zeitung.

[Des Germanisten Pfeiffer Nachlaß.] Franz Pfeiffer's schriftlicher Nachlaß wird gegenwärtig behufs der Veröffentlichung des hiezu Geeigneten von seinen Freunden und Fachgenossen durchgesehen. Es ist, der „W. Ztg." zufolge, Hoffnung vorhanden, daß Professor Karl Bartsch in Rostock, der bekanntlich dem Verstorbenen persönlich und wissenschaftlich besonders nahe stand, selbst nach Wien kommen und sich an jener Arbeit betheiligen werde.

[Stiftungsfest der Schule in Pforte.] Am 22. Mai feierte die berühmte Landesschule Pforte in Thüringen ihr Stiftungsfest. 325 Jahre hindurch ist bereits diese ehrwürdige Anstalt eine Pflegestätte der Kunst und Wissenschaft, die in ihrer Geschichte manchen um die Wissenschaft hochverdienten Schüler aufzuweisen hat. Professor Corssen, der schon seit Jahren mit der Herausgabe einer Geschichte der Schule beschäftigt war, hat an diesem Tage sein für die Geschichte der Anstalt höchst wichtiges Werk erscheinen lassen.

Amtliche Nachrichten.

München, 16. Juni. Der k. Forstwart M. Daffenreither zu Moosthan, k. Forstamts Landshut, wurde auf ein Jahr in den Ruhestand versetzt; ferner der k. Forstwart J. Bisani von Oberransbach auf sein Ansuchen auf die erledigte Wartei Böhmfeld im Forstamte Eichstädt I versetzt und der k. Forstgehilfe K. Mayer in Altenfurth zum provis. Forstwart in Oberransbach, Forstamts Feuchtwangen, ernannt. Se. Maj. der König hat dem L. Hirschmann aus Großkrotbenburg in Preußen das Indigenat verliehen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61½ P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63¼ P. 63 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	63¼ G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	—
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51⅝—⅜ G.
„	4½pCt.	43¾—½ G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	84½ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102¼ P.
„	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	95¾ P.
„	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96⅛ P.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 P. 89¾ G.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Württemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	94½ P.
„	3½pCt. Obl. v. 1842	82⅝ P.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90¼ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	86 P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	94¼ G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86½ P.
„	3½pCt. Obl. dto.	82½ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81¼ G.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 20	—
„	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D.2½	79 P.
„	6pCt. ditto r. 1882 .	77⅝—½ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	727 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201½P.200½G
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	82½ P. 82 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	232 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262½—63 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	138—36½ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	65 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156¼ P. 56 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	--
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	197 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	129⅝ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52¾ P.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	124½ P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100⅜ P. ⅛ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94⅝ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104⅞—105 G.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94⅜ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105⅛ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88⅛ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119⅝ P. ⅛ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94⅜—⅝ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102⅝ P.
do. in öst. W. l. S.	102½—¼ G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	—
„ fl. 500 v. 1860 6/7	78⅞ P. ⅝ G
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	137½ G.
„ do. v. 1864	90½ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101⅜ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10⅝ P.
Badische fl. 35	50⅞—51 G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53⅞ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 G.
„ fl. 25 do.	39—38¾ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27½ P.
St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13⅜ P.

Frankfurt, 17. Juni. Die gute Stimmung für österreich. Werthe scheint ihren Höhepunkt erreicht zu haben. Dieselben eröffneten zwar in ziemlich guter Haltung, verkehrten jedoch im Laufe der Börse in weichender Richtung. Dabei waren die Umsätze sehr beschränkt. Auch Amerikaner waren in Folge der schlechteren Newyorker Notirungen etwas matter. Süddeutsche Werthe unverändert. In Alsenzbahn ging heute Vieles um, Elisabethbahn dagegen war schon wieder vernachlässigt und niedriger. Die Subscription auf die heute bei M. A. v. Rothschild und Söhne aufgelegte 4½ proc. Mannheim-Karlsruher Eisenbahn-Anleihe, die in der That schon lange vorher vergriffen war, ward selbstverständlich heute geschlossen. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht.

№ 168.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag 19. Juni 1868.

Schulreform.

Nachdem sich die konservativsten Barone der Reichsrathskammer in dem bekannten Schriftstück für eine „entschieden freisinnige Politik" erklärt haben, ist wohl nicht mehr zu bezweifeln, daß der nächste Landtag das neue Schulgesetz zu Stande bringen wird. Sollten einzelne Bestimmungen des Entwurfs, weil ihre Freisinnigkeit nicht entschieden genug auftritt, in der Kammer der Reichsräthe Anstoß erregen, so wird sich vielleicht die Abgeordnetenkammer und zuletzt auch die Regierung entschließen, auf die gewünschten liberalen Verbesserungen einzugehen. Bei so erfreulichen Aussichten für das Zustandekommen des Gesetzes empfehlen wir der Aufmerksamkeit der Betheiligten einen jedenfalls beachtenswerthen Vorschlag, den der württembergische Staatsrath v. Rümelin, ein gewiegter Theoretiker und Praktiker, kürzlich in der Tübinger Zeitschrift entwickelt hat.

Die deutschen Schulgesetze, auch der bayerische Entwurf, pflegen eine Schulpflicht von bestimmter Dauer vorzuschreiben. In Bayern soll dieselbe nach Vollendung des sechsten Lebensjahres beginnen und sich auf sieben Schuljahre erstrecken, worauf ein dreijähriger Besuch der Fortbildungsschule folgt. Diese Vorschrift gilt ohne Unterschied für die fleißigen und trägen, die fähigen und unfähigen Schüler, mit dem einzigen Vorbehalt etwa, daß den ganz Mißrathenen noch ein Schuljahr zugelegt werden kann. Rümelin findet nun, daß es in vielen Beziehungen zweckmäßiger wäre, die Dauer der Schulzeit von den Kenntnissen abhängig zu machen, die sich der Einzelne erworben hat, also diejenigen früher zu entlassen, die schon früher den Nachweis beibringen, daß sie sich das, was in der Volksschule zu lernen ist, angeeignet haben. Die Ausführung dieses Systems denkt sich Rümelin in folgender Art.

An jeder Schule, oder an mehreren Schulen zugleich wird jährlich durch den Bezirksinspektor unter Zuziehung von unbetheiligten Lehrern eine Prüfung vorgenommen, die sich auf die wesentlichen Unterrichtsgegenstände erstreckt. Alle Schüler, die das 11. Lebensjahr angetreten (zurückgelegt?) haben, können sich nach freier Wahl dieser Prüfung unterziehen; wer sie besteht, hat seine Werktagsschulpflicht erfüllt und geht an die Fortbildungsschule über, wo in 4—6 wöchentlichen Unterrichtsstunden das Gelernte befestigt und weitergeführt wird.

Wir suchen von den Gründen, die Rümelin für seinen Vorschlag geltend macht, wenigstens einen Ueberblick zu geben. Durch das bestehende System wird den Eltern über Gebühr und Bedürfniß die Hülfe der heranwachsenden Kinder zum Erwerb und zur häuslichen Wirthschaft entzogen. Die sieben- oder achtjährige Dauer der Schulpflicht erscheint in jedem Fall, wo ohne Beeinträchtigung des Zweckes ihre Abkürzung möglich wäre, als eine rücksichtslose Härte gegen bedürftigere Aeltern. Das vorgeschlagene System gewährt diese Möglichkeit. Bei seiner Anwendung werden die Aeltern, welche Werth darauf legen, die Arbeitskraft der Kinder für ihren Erwerb und Unterhalt früher in Anspruch zu nehmen, den Schulbesuch und das Lernen derselben mit ganz andern Augen betrachten. Wenn die Schulzeit durch Fleiß und Eifer abgekürzt, durch Versäumnisse aber verlängert werden kann, werden sich die Aeltern für den regelmäßigen Schulbesuch, der ihnen gegenwärtig so oft gleichgiltig oder ein Aergerniß ist, selbst interessiren, und die Schulversäumnisse, dieser Krebsschaden der Volksschule, werden bedeutend abnehmen. Gegenwärtig hat der Lehrer eine zähe schwerfällige Schülermasse Jahr aus Jahr ein fortzuwälzen; es gibt weder für ihn noch für die Schüler ein besonderes Motiv, sich anzustrengen; die Schüler werden, sie mögen mehr oder weniger gelernt haben, am Schlusse der Schulzeit entlassen, nicht früher und nicht später. Erst die Aussicht, durch Fleiß und Talent das Ziel vor dem obligatorischen Termin zu erreichen, bringt Leben und Bewegung in diese Masse; es knüpft sich jetzt für Lehrer, Schüler und Eltern an den Fortschritt ein naheliegendes praktisches Interesse. Wenn die Prüfungen für mehrere Schulen an einem Centralpunkt gemeinsam abgehalten werden, treten dieselben in einen belebenden Wetteifer; die Behörden, die Gemeinden und das Publikum erhalten einen Maßstab für Beurtheilung der Leistungen der verschiedenen Lehrer. Ferner wird durch den früheren Austritt eines Theiles der Schüler (freilich der besten) die Zahl derselben vermindert und einer der empfindlichsten Uebelstände, an welchen die Volksschule zu leiden pflegt, ermäßigt. Nur muß — bemerkt der Verfasser an einer andern Stelle — dafür gesorgt sein, daß nicht die gleichzeitige Abnahme des Schulgeldes den Lehrer an seinem Einkommen verkürzt. Der Fortbildungsschule endlich wird es zum Vortheil gereichen, daß alle Schüler, die ihr zugehen, ein bestimmtes, bei der Prüfung erprobtes Maß von Vorkenntnissen besitzen. Auf dieser Grundlage kann fortgebaut und mit weniger Unterrichtsstunden mehr erreicht werden, als wenn man versucht, schon in den oberen Abtheilungen der Volksschule den Schülern Naturgeschichte, Geographie u. dgl. beizubringen. Auch für den wichtigen Turnunterricht wird sich die nöthige Muse neben den wenigen Unterrichtsstunden der Fortbildungsschule, in die nun viele Knaben schon mit dem 11. oder 12. Jahr eintreten können, weit leichter finden.

Rümelin tritt auch mit gewichtigen Gegengründen mancher Einwendung entgegen, die er voraussetzt; nur ein Bedenken, vielleicht das schwerste von allen, scheint ihm gar nicht gekommen zu sein. Sobald nämlich Prüfungen über die Dauer der Schulzeit entscheiden, geht von allen Vätern und Müttern im Lande, welchen an der frühzeitigen Emancipation ihrer Kinder gelegen ist, ein fortgesetzter moralischer Druck auf die prüfenden Kommissäre und Lehrer aus, mit der gemeinsamen Tendenz, die Anforderungen der Prüfung so tief als möglich herabzuschrauben. Ist es gewiß, daß man auf die Dauer diesem Drucke widerstehen, daß nicht schließlich eine laxe Observanz um sich greifen wird, in deren Folge die Mehrzahl der Schüler nach 5 oder 6 Jahren aus der Schule tritt, aber mit geringeren Kenntnissen als bisher nach Ablauf der vollen Schulzeit? Hat man nicht mit andern Worten zu fürchten, daß in der praktischen Ausführung Rümelin's Vorschlag einfach auf eine Abkürzung der Schulzeit hinausliefe?

Süddeutschland.

Großherzogthum Baden. [Zum Kirchenstreit.] Bekanntlich hatte die großherz. Regierung zur Ausführung des Gesetzes vom 9. Okt. 1860 verfügt, daß die katholischen Theologen sich einer Staatsprüfung zu unterziehen hätten, worin sie ihre allgemeine wissenschaftliche Bildung — abgesehen von der Theologie — darthun sollen. Das erzbischöfliche Ordinariat in Freiburg legte gleich anfangs gegen diese Anordnung Verwahrung ein, indem es der geistlichen Behörde das Recht zur Prüfung der Theologen ausschließlich vindizirte. Bei dem Prüfungstermin am 4. ds. Mts. hat sich nun kein einziger katholischer Theologe gestellt, wie es heißt, auf Weisung des Ordinariats. Was nun Angesichts dieser Sachlage die Regierung weiter zu thun gedenkt, darüber hat bis jetzt noch nichts verlautet.

Heidelberg, 16. Juni. [Garnison.] Dem „Frkf. J." schreibt man: Die Frage, ob Heidelberg als Universitätsstadt eine ständige Besatzung erhalten wird, damit Studirende hier ihr Freiwilligenjahr abdienen können, ohne die Universität verlassen zu müssen, ist nun nach einer Bekanntmachung des Gemeinderaths entschieden. Wir werden ein Bataillon Infanterie als Besatzung erhalten, aber erst in einigen Jahren, wenn das neue academische Krankenhaus erbaut und das jetzige dadurch verfügbar geworden sein wird, um zur Kaserne eingerichtet zu werden.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. Juni. [Aus der Reichstagsverhandlung über die bürgerliche Gleichstellung der Juden,] deren Resultat wir bereits gestern berichtet, heben wir Folgendes hervor:

Berichterstatter Abg. Dr. Endemann: Die Angelegenheiten der Juden haben uns schon so oft beschäftigt, daß sie endlich von der Tagesordnung verschwinden müssen. Erst im vorigen Jahre haben wir über Petitionen der Judenschaften zu Schwerin und Strelitz um

Gleichstellung mit den Christen berathen. Damals wurde beschlossen: „Die Petitionen dem Bundeskanzler mit der Aufforderung zu überweisen, in nächster Session einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen alle noch bestehenden, aus den Verschiedenheiten des religiösen Bekenntnisses hergeleiteten Beschränkungen der bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechte aufgehoben werden.“ Die in Folge hiervon in Mecklenburg erlassenen Gesetze genügen dem Bedürfnisse nicht. Auf die in diesem Jahre von den Judenschaften deßwegen an den Bundesrath gerichteten Beschwerden hat dieser — wenige Tage nach der Interpellation des Abg. Wiggers — die Petenten bedeutet, daß von dem Bundesrathe ihre Wünsche nicht weiter erfüllt werden könnten. Aus diesem Grunde haben sich die Judenschaften wiederum an den Reichstag gewandt und den von dem Abg. Wiggers eingebrachten Antrag vorgelegt. Hierzu kommt eine Petition aus dem Herzogthume Anhalt, in der hervorgehoben ist, daß die Judenschaften sich bedrückt fühlen durch die bestehenden Eidesnormen und Eidessolennitäten, ferner dadurch, daß ihre von Regierungs wegen bestätigten Gemeindevorsteher nicht als öffentliche Beamte angesehen werden und bei Beleidigungen keinen offiziellen Staatsschutz genießen; ferner, daß den Ehefrauen der Juden die Dotal-Privilegien, welche den Christinnen zustehen, bestritten werden, so wie, daß den jüdischen Zeugen die Glaubwürdigkeit versagt wird. Es steht in dieser Beziehung in den einzelnen Staaten bunt genug aus. Daher mußte ich den Antrag erweitern, nämlich ein Gesetz einzubringen, welches eine gänzliche Gleichstellung herbeiführt. Ich will hervorheben, daß die privatrechtlichen Interessen der Juden in Bezug auf materielles Recht und Prozeß Gleichstellung erfordern, ist selbstverständlich. Es handelt sich nicht um Eidesleistungen der Juden im Civil- oder Strafprozesse, sondern z. B. um den Eid der Aerzte und die herabwürdigende Form des Fahneneides. Ist es gerecht, daß den Juden, die alle Siege miterkämpft und in keiner Weise weniger geleistet haben, wie christliche Soldaten, durch diese Scheidung eine niedere Stellung vindicirt wird? Ich glaube also, daß die Gesetzgebung mit Fug und Recht auch nach dieser Richtung die Eidesleistung der Juden mit der der Christen auf dem Niveau der Gleichstellung der religiösen Bekenntnisse halten soll. Was die Eheschließung zwischen Juden und Christen betrifft, so ist dieselbe in einer Reihe deutscher Bundesländer vollständig unbeschränkt. Ist das aber wohl ein glückliches Verhältniß, wenn im Gebiete des Norddeutschen Bundes, um mich so auszudrücken, nur einige Gretna-Green bestehen, Länder, in die sich diejenigen zu begeben haben, die eine solche Ehe schließen wollen, weil sie anderwo Hindernisse finden? Daran knüpfen sich die ferneren wichtigen Fragen über die Aufhebung der Beschränkungen der ehelichen Rechte. In Hinsicht auf die Kindererziehung und das Güterverhältniß liegen eben so große Verschiedenheiten theilweise noch vor, die offenbar hinweggeräumt werden müssen. Ich komme zur Gleichstellung hinsichtlich der öffentlichen Rechte. Daß die Juden an Patronatsrechten und kirchlichen Rechten keinen Theil nehmen wollen, das haben sie hundertmal gesagt. Aber in allen öffentlichen Rechten, die den Staat angehen, soll völlige Gleichheit herrschen. Ueber Wahlrecht und Geschworenenrechte kein Wort weiter. Gewiß aber gebührt Ihnen volle Theilnahme an der ständischen Vertretung. Ich habe ferner hervorheben zu müssen geglaubt die volle Befähigung zu Gemeinde- und Staatsämtern. Prinzipiell ist das in den Verfassungen vollständig anerkannt, praktisch aber sieht es mit dieser Gleichstellung ganz anders aus. Eine ganze Reihe von Aemtern wird noch heute den Juden vollständig verschlossen gehalten; ich brauche nur an die Richterämter und die Aemter der Verwaltung im Allgemeinen zu erinnern; ja, ich könnte Ihnen selbst aus den Lehrämtern Beispiele anführen, wie es mit der Gleichstellung der Juden hinsichtlich der Lehrämter an den Universitäten aussieht, wie selbst jüdische Geschichtsprofessoren einer hoch erleuchteten Universität nach wie vor beschränkt werden. Meine Herren! Wenn es so aussieht, halte ich es für sehr rathsam, besonders in einem Gesetze auszusprechen, daß die volle Gleichberechtigung der Juden zu Staats- und Gemeindeämtern vollständig anerkannt ist. Zwar müssen wir die Ausführung immer der Praxis eines Ministers überlassen, aber ich glaube, daß ein solches Gesetz immer die Ausführung fördern wird. Ich habe wohl nicht zu fürchten, daß gegen dieses Gesetz der Einwand der Incompetenz erhoben werden wird. Ich verweise nur auf den Art. IV. der Verfassung. Hier handelt es sich nur um die Ziehung der Consequenzen aus diesem Artikel, die sich in diesem Falle beziehen auf das Recht des Staatsbürgers mit Rücksicht auf das religiöse Bekenntniß. Und indem wir die Gleichstellung des religiösen Bekenntnisses in diesem einzelnen Falle aussprechen, nehmen wir diesen Grundsatz zugleich in die Verfassung auf. Nach den heutigen Begriffen kommt es nur darauf an, ob Jemand seinen staatsbürgerlichen Pflichten Genüge leistet, um staatsbürgerliche Rechte beanspruchen zu können. Ich bitte Sie dringend, diesen Grundsatz auch im Norddeutschen Bunde festzu-

Ein Widmungsgedicht an König Ludwig II.

König Ludwig II. hat die Widmung von Dr. Hermann Linggs Epos „Völkerwanderung“ angenommen. Jetzt ist auch der dritte Band desselben, und mit diesem das ganze Epos, vollendet. Der Dichter ergriff diesen Anlaß, an seinen k. Mäcen, dessen Munificenz ihm die Vollendung seines Werkes ermöglichte, ein nach Inhalt und Form gleich edel gehaltenes Widmungsgedicht zu richten. Ein Münchner Correspondent der „Allg. Ztg“ theilt dieses Gedicht mit; es lautet:

Sr. Maj. König Ludwig II. von Bayern
in allertiefster Ehrfurcht gewidmet zur „Völkerwanderung“.

Erhabener, der König du zugleich
In deinem Lande bist, von Gott berufen,
Und König in der Ideale Reich!
Empfang dies Lied an deines Thrones Stufen!
Aus ferner Zeit her dämmert's sagenbleich
Von größtem, was die deutschen Stämme schufen,
Wie sie um Heldenkön'ge sich geschaart,
Die vorgeleuchtet ihrer kühnen Fahrt.

Sie hoben sich aus meerumrauschter Wiege
Empor wie Eichen aus dem Bergesschooß,
Wo sie geträumt vom Ruhm der künft'gen Siege,
Im Grunde, der ihrer Vorzeit Nacht umschloß;
Als ob der Fluth ein Schlachtengott entstiege,
So urgewaltig, kühn und riesengroß,
Und wie geweckt zu einem Weltgerichte,
Betraten sie das Wahlfeld der Geschichte.

Wie sie von Meer zu Meer, von Nordlands Belt
Bis an den Saum der Wüste vorgedrungen,
In Trümmer schlugen eine morsche Welt,
Und aus den Trümmern Kronen sich errungen,
Wie sie Gesetz' und Rechte neu bestellt,
Und wie sie dann, in Kämpfen unbezwungen,
Der Milde und Gesittung sich gebeugt,
Das hat die Welt, durch sie verjüngt, bezeugt.

So großen Vorwurf in ein Bild zu bringen,
Ich hab's gewagt, und mit der Worte Macht
Ein Chaos zu gestalten, zu durchdringen,
Und zu erhellen jene ferne Nacht.
Wenn mir's gelang, darf ich den Dank dir bringen?
Durch deine Huld, Herr! ward mein Werk vollbracht,
Du hast's gewährt, daß dir dies Lied ertöne,
Daß sich das Werk mit deinem Namen kröne!

Nach andrem Ziel zwar ringt die Menschheit jetzt,
Als dort im Sturme wilder Kriegsgedränge,
Ein Höh'res hat sie sich zum Ziel gesetzt,
Und ihre Hymnen sind nur sanfte Klänge;
Vergib darum, wenn sich wie blutbenetzt
Dir nah'n, o Herr! die düsteren Gesänge!
Man sieht oft gern in blüh'ndem Lebensglück
Auf längstvergang'ner Zeiten Graun zurück.

Nicht ganz verloren aber ging die Sage,
Nicht ganz verklungen ist das Heldenlied,
Denn welchem Erdenloos und welcher Klage
Die Dichtung einen höhern Werth beschied,
Da lebt und blüht es fort in fernste Tage,
Da kämpft noch hoch zu Roß der todte Cid,
Und Throne, die ihr Zauberkranz umsponnen,
Schaun leuchtend durch der Zeiten Nacht wie Sonnen.

Die Muse mit der Künste heitern Reih'n
Kam stets, den Ruhmsaal deiner hohen Ahnen
Und dein erlauchtes Herrscherhaus zu weih'n,
Du führtest in den Reigen ihrer Bahnen
Die zartbeschwingte, die Musik, noch ein,
Zum Adlerflug der tonbegabten Schwanen,
Und wiesest aber nicht aus deiner Gunst
Die Schwestern, Poesie und Bildnerkunst!

Darf sich da nicht des Dichters Wunsch erheben,
Wenn volles Dankgefühl das Herz ergießt,
Es möcht' sein Lied auch ein'ze Strahlen geben
Zum Glanze, der dein Königshaupt umfließt?
Es mög', o Herr und König, dich umschweben,
Wenn Dunkel um die Bergeshöh'n sich schließt,
Weihvoll im goldnen Licht der Dämmerungen
Ein Heldengeist der Völkerwanderungen!

Erhör' denn auch der Himmel unser Fleh'n,
Sein Segen sei stets um dein Thun gebreitet,
Von Ihm, in dessen Hand die Fürsten steh'n,
Und der die Völker und ihr Schicksal leitet!
In dieser Zeit voll Kampf und Untergeh'n,
Und in dem Kampf, den Licht und Dunkel streitet,
Wie Groß' und Edles nur dein Sinn erkor,
Geh siegesreich aus jedem Kampf hervor!

München, 7. Juni 1868. Dr. Hermann Lingg.

stellen. Ich glaube, es wäre einer der schwersten Vorwürfe, die man uns machen könnte, wenn man uns sagen dürfte, daß im Norddeutschen Bunde noch Mißverhältnisse in der Berechtigung der verschiedenen religiösen Bekenntnisse existiren sollten, die in Frankreich längst überwunden sind, die nach ganz anderen Richtungen — ich erinnere Sie an die zahlreichen Israeliten, die in Oesterreich Offizierrang haben — viel weiter überwunden sind, als bei uns. Ich bitte Sie also, für meinen Antrag zu stimmen.

Abg. Frhr. v. Vincke (Olbendorf): Ich muß doch der Behauptung des Herrn Vorredners widersprechen, daß eine besondere, die Juden herabwürdigende Formel des Militäreides für dieselben existire.

Abg. Graf Bassewitz erhebt zunächst den Einwand der Incompetenz. Die Auffassung des Berichterstatters von der Ehe verdiene schon mehr, nach Analogie der bei der Berathung der Maß- und Gewichtsordnung gebrauchten Ausdrücke die Bezeichnung Neu-Ehe. (Heiterkeit.) Wer aber die christliche Auffassung der Ehe theile, der dürfe nimmer zugeben, daß der Reichstag in dieser Weise sich in das Familienleben, in die Kirche eindränge. Jedem Staate müsse das Recht unbenommen bleiben, einen christlichen Staat zu bilden, wie er auch nicht zweifle, daß die Juden, falls dies gegenwärtig möglich, keinen Augenblick anstehen würden, einen jüdischen Staat mit all seinen Eigenthümlichkeiten einzurichten. (Nach dieser Rede darf man sich auf die nächste Nummer des „Kladderadatsch" freuen!)

Abg. Lasker: Meine Herren! Bei solchen Anträgen, die so nahe mich und meine Glaubensgenossen angehen, nehme ich grundsätzlich nicht das Wort, weil ich meine, es könnte scheinen, als ob ich gleichzeitig auch für meine Person spräche; aber, meine Herren, die letzten Anrufungen der Gefühle eines Juden, mit denen der Herr Abg. Graf Bassewitz so eben für gut befunden hat, seine Rede zu schließen, machen es mir zur Pflicht, nur in kurzen Worten die Insinuationen zurückzuweisen, die man sehr häufig über jüdische Anschauungen ausgesprochen findet, und die man namentlich in dem Sinne verbreitet, als ob die Juden ihrem inneren Wesen nach dem Ausschlusse von den allgemeinen Rechten, und von der Theilnahme an den gesellschaftlichen Gewohnheiten, Rechten und Pflichten selbst geneigt wären. Meine Herren, es ist nicht gut, eine solche Unwahrheit vorzuschützen. Es mag Jeder für sich sagen, er sei ein Freund von Privilegien, von hergebrachten Gewohnheiten; es mag Jeder Unrecht beschützen in der Meinung, daß er Recht übe — dagegen werde ich kein Wort sagen, am allerwenigsten, wenn es mich und meine Glaubensgenossen so nahe betrifft. Aber man soll nicht den falschen Vorwand nehmen, daß die Juden selbst damit einverstanden seien. Das ist eine Verletzung ihrer Gefühle. Die Juden sind bekanntlich, wie Sie wissen, auf einem genug hohen Grade, um selbst aussprechen zu können, was sie wollen, und das zu vertreten sowohl in öffentlichen Versammlungen, wie in der Presse, wie überhaupt durch alle Mittel, die gebildeten Menschen zugänglich sind. Möge also Keiner auf die Ungebildeten speculiren und Sätze aussprechen, die an sich unglaublich sind und die von keinem Menschen, der die Dinge recht erwägt, je geglaubt werden können.

— [Die Erde steht fest!] Wie die „Zukunft" mittheilt, warf der alte Oberkonsistorialrath Twesten in seinem Kolleg einen Seitenblick auf die brennende kirchliche Frage, wobei er zu seinen Zuhörern sagte: „Glauben Sie nicht, daß Sie als Theologen das bedauernswerthe Vorrecht haben, bornirt sein zu müssen. „Ein lebhaftes Murmeln der Zustimmung lief die Bänke entlang. — In der „Kreuzzeitung" erklärt dagegen Pastor Straube zu Falkenhagen, daß es „nur so scheint, als wenn mein theurer Freund Pastor Knak, allein stände mit seiner Antwort, die er auf der Friedrich-Werder'schen Kreissynode am 19. April dieses Jahres keineswegs, in Uebereilung und Verlegenheit, sondern innerlich wohl vorbereitet gegeben hat, weßhalb er auch weit davon entfernt ist, nun zu erklären, daß sein Zeugniß ein irrthümliches gewesen sei; es fehlt ihm überdies nicht an sehr entschieden ihm zustimmenden Zuschriften und mündlichen Zusprachen, welche seine gottlob bisher ungestörte Glaubensfreudigkeit vermehren; ich selbst aber fühle mich gedrungen, auch öffentlich es auszusprechen, daß ich das gute und ungeschminkte Zeugniß des Pastor Knak, dem ich von Herzen beistimme, nicht beklage, sondern mich desselben aufrichtig freue." Pastor Straube beruft sich für seinen Glauben unter anderem auf den „sternkundigen" Dr. Schöpffer und auf dessen in Berlin gehaltenen Vortrag: „Die Erde steht fest."

Oesterreichische Monarchie.

Wien. [Eingabe der Frankfurter Handelskammer in Betreff der Couponsteuer.] Wiener Blättern zufolge ist die Eingabe der Frankfurter Handelskammer an den cisleithanischen Reichstag in Betreff der Couponsteuer sehr ausführlich und interessant. Dieselbe erklärt, daß die Couponsteuer keine Steuer, sondern eine Zinsherabsetzung sei: „Der Darlehensvertrag zwischen dem Staate und seinen ausländischen Gläubigern ist eben lediglich ein civilrechtlicher. So lange der Staat sich nicht zahlungsunfähig erklärt, hat er das beneficium competentiae (die Rechtswohlthat der Beibehaltung des nothwendigen Unterhaltes, Art. 1354 des österreichischen allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches) nicht. Und wie sollte der Staat einen solchen Abzug in Anspruch nehmen wollen in Zeitläuften, wo er jeden Augenblick sich in die Lage denken kann und muß, von neuem zu borgen, den öffentlichen Kredit auf den europäischen Börsenplätzen wiederholt anzurufen? Das öffentliche Recht verwirft vollends eine solche Besteuerung des Ausländers seitens des ihm schuldenden Staates. Die Abgabe auf Rückzahlungssummen, Obligations-Loose-Gewinne und Zinsabschnitte verletzt den völkerrechtlichen Grundsatz, daß der Staat nur seine Staatsangehörigen und wohl auch die zeitweise durch Aufenthalt oder Grundbesitz im Lande ihm unterworfenen Personen besteuern kann und darf, nicht aber seine ausländischen Gläubiger — daß er Steuern heischen kann von denen, welchen er nützt und welche er beschützt, nicht aber von denen, welchen er blos schuldet. Bezahlt ja der Ausländer schon in seiner Heimath, und zwar da pflichtverbunden, die Steuer von seinem Einkommen aus Kapitalrente jeder Art. Möchte uns der Schmerz erspart werden, durch das Andringen bedrohter oder dereinst gar geschädigter Interessenten die internationalen Fürsprachen und Verwendungen anrufen zu müssen."

Ausland.

Frankreich. [Die Neuwahlen als Wendepunkt der Geschicke Frankreichs.] Nach den formellen Erklärungen Rouher's im gesetzgebenden Körper kann es wohl nicht mehr zweifelhaft sein, daß die Neuwahlen für die Deputirtenkammer erst nach Ablauf der gesetzlichen Legislaturperiode, also im nächsten Frühjahre, stattfinden werden. Alle Parteien rüsten sich bereits zu diesem Kampfe, der je nach seinem Ausfalle einen wichtigen Wendepunkt in den Geschicken Frankreichs bilden wird. Jedenfalls wird das zweite Kaiserreich hierbei eine viel härtere Probe zu bestehen haben, als bei allen bisherigen Wahlen. Denn nicht nur die gebildeten Mittelklassen hat die Regierung gegen sich, sondern die Unzufriedenheit hat sich auch der unteren Volksklassen bemächtigt, die sonst in Frankreich politisch gleichgültiger und unzurechnungsfähiger sind, als man gewöhnlich annimmt. Wir verweisen nur auf die unlängst stattgefundenen Bauerntumulte selbst in Departements, die bisher dem Kaiserreiche am ergebensten waren, wie z. B. in den beiden Departements der Charente. Bekanntlich ist es in den letzteren zum förmlichen Aufruhr der Bevölkerung gegen die Behörden und namentlich die Geistlichkeit gekommen. Es geht offenbar ein vollständiger Meinungs-Umschwung in allen Schichten der französischen Bevölkerung vor sich. Das zeigte sich bereits bei den jüngsten Nachwahlen zum gesetzgebenden Körper, wo die Regierung in mehreren Fällen unterlag und zwar ebenfalls an Orten, wo sie es am wenigsten erwartete. Und nur noch in diesen Tagen hat die Oppositionspartei bei verschiedenen stattgefundenen Munizipalwahlen den entschiedensten Sieg davongetragen. So in Limours im Seine- und Oise-Departement bei der Wahl von 4 Gemeinderäthen und in Arles, wo von 24 Gemeindewahlen 17 zu ihren Gunsten ausfielen.

Diesen Umschwung in der öffentlichen Stimmung will die Opposition nicht unbenutzt vorübergehen lassen und rüstet sich deshalb mit aller Macht zu einem entscheidenden Wahlkampfe. Um nicht, wie früher, ihre Kräfte zu zersplittern und durch Uneinigkeit zu unterliegen, beabsichtigt sie folgendes Verfahren bei den Wahlen einzuhalten. In jedem Kreise wird sie so viele Kandidaten aufstellen, als es oppositionelle Parteien in demselben gibt, gleichviel welcher Schattirung sie angehören, vorzugsweise aber aus dem Bezirke selbst. Dadurch wird der Sache der Opposition ein vermehrter Anhang unter den verschiedenen Parteien des Volkes gesichert. Sollte ein zweiter Wahlgang nothwendig werden, so werden in demselben die Stimmen sämmtlicher regierungsfeindlicher Wähler sich auf denjenigen Oppositionskandidaten vereinigen, der zuerst die meisten Voten erhalten hatte. Namentlich ist es Jules Favre, der sich für ein solches Verfahren ausspricht und voraussichtlich wird diese Taktik der Regierung gewaltige Niederlagen bereiten; wie sich dies schon in der letzten Zeit bei mehrfachen Gelegenheiten gezeigt hat.

Die Regierung sieht sich durch diesen geschickten Feldzugsplan der Opposition zu verdoppelter Gegenwehr genöthigt. Sie wird zwar

nach wie vor an dem System der offiziellen Kandidaturen festhalten, doch soll der Kaiser beschlossen haben, daß die Regierung künftighin bei den Wahlen ihre Begünstigung hauptsächlich hervorragenden Persönlichkeiten aus den Wahlkreisen selbst zu Theil werden lasse.

Paris, 16. Juni. [**Hr. v. Beust nach Biarritz.**] Großes Aufsehen erregt hier die gestrige Meldung der „Patrie", daß zwar nicht Graf Bismarck, wohl aber Hr. v. Beust nach Biarritz kommen werde, und zwar gerade im August, wenn der Kaiser Napoleon gleichfalls in dem Pyrenäenbade verweilen wird. Je bedeutsamer die Ereignisse waren, welche dem Aufenthalte des preußischen Staatsmannes in Biarritz folgten, um so mehr ist man selbstverständlich geneigt, auch dem Besuche des kaiserlichen Reichskanzlers eine große Wichtigkeit beizulegen. Das Andenken des verfehlten Bündnißversuches von Salzburg, der damals Preußens Empfindlichkeit so lebhaft wachrief, trägt nicht dazu bei, das auffallende Zusammentreffen des französischen Kaisers und des Herrn v. Beust in harmlosem Lichte erscheinen zu lassen.

— [**Prinz Napoleon.**] Die offiziösen Abendblätter dementiren die Nachricht, als beabsichtige der Prinz Napoleon unmittelbar von Wien nach Paris zurückzureisen. Der Prinz, so sagt die „Patrie", habe allerdings einen Augenblick den Gedanken schleuniger Rückkehr wegen der so unerwartet in Belgrad eingetretenen Ereignisse gehegt; aber der Sultan habe sein Kommen nach Konstantinopel so dringend erbeten, daß der Prinz nicht umhin konnte, dieser Aufforderung nachzukommen. Uebrigens sei auch die Lage in Serbien der Art, daß man dort keinerlei politische Verwicklungen zu fürchten habe. Man weiß übrigens noch nicht, ob der Prinz sich in Belgrad und Bucharest aufhalten wird. Er wird sich nach Varna begeben, wo ihn seine Yacht erwartet, um ihn nach Konstantinopel zu führen. Bei dem Eintritte in den Bosporus wird der Vetter des französischen Kaisers sein Inkognito fallen lassen. Man möge sich indeß hierüber nicht beunruhigen; die „Patrie" erklärt noch einmal feierlich, die Reise des Prinzen nach der türkischen Hauptstadt trage keineswegs einen politischen Charakter an sich. Ausnahmsweise scheinen auch nach unseren Informationen die Regierungsjournale dieses Mal Recht zu haben.

Italien. Florenz, 12. Juni. **Garibaldi** wird im Laufe dieses Sommers Caprera verlassen und zur Herstellung seiner vielfach geschwächten Gesundheit nach Ischia gehen. Er beabsichtigte anfänglich, die Bäder von Monsummano an der Grenze des Kirchenstaates zu gebrauchen. Indeß eine hochstehende Persönlichkeit rieth ihm von dem Besuche Monsummano's eifrig ab — bekanntlich hat Garibaldi im vorigen Jahre von dort aus sein erstes Unternehmen gegen Rom begonnen — und so hat der General diesen Plan aufgegeben.

— [**Finanzielles.**] Die Regierung sieht mit Freuden den Erfolg ihrer finanziellen Plane. Die Rente steht so hoch, wie seit langer Zeit nicht, das Agio des Geldes gegenüber dem Papier ist fast auf Null herabgesunken, und der Verkauf der Kirchengüter geht trotz aller Drohungen des Vatikans zu unerwartet hohen Preisen vor sich. Die Lebensfrage für die italienischen Finanzen ist und bleibt aber die: Wird man die neuen Steuern pünktlicher bezahlen, als die alten?

— [**Rüstungen.**] Aus Civita-Vecchia wird berichtet, daß die räthselhafte Anhäufung französischen Kriegs-Materials in dieser Festung im größten Maßstabe fortdauert. Es sind bereits Munition, Mundvorrath und Ausrüstungsgegenstände für ein Armeekorps von 30,000 Mann dort vereinigt.

— **Die Nachrichten aus den südlichen Provinzen** des Königreiches lauten noch immer recht traurig. Freilich verspricht die Ernte ausgezeichnet zu werden, aber augenblicklich herrschen Hunger und Elend nicht nur in Apulien und Kalabrien, sondern auch auf dem sonst so fruchtbaren Sizilien. In Palermo haben sich an einem Tage 4 Personen wegen Mangels und Noth das Leben genommen. Man hat die Räuberbanden vernichtet, und doch ist die Unsicherheit des Lebens noch stets eine ungemein große. In der einzigen Stadt Neapel, die 500,000 Einwohner zählt, sind in dem vergangenen Jahre 700 Morde vorgekommen! Doch nehmen gerade in dieser Stadt unter der Leitung des jungen thatkräftigen Präfekten Rudini die Dinge eine etwas freundlichere Gestalt an, und wurde dort das Nationalfest unter ungewöhnlich großer Betheiligung des Volkes glänzend und fröhlich begangen. Hoffentlich wird die gute Ernte dem Jammer im Süden zum größten Theile abhelfen.

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 21	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$61\frac{1}{2}$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63\frac{1}{2}-\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53\frac{1}{4}$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51\frac{1}{2}-\frac{5}{8}$ G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt.	$43\frac{5}{8}$ G.
Preussen	$3\frac{1}{2}$pCt. Staatsschuldsch.	$84\frac{1}{2}$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$102\frac{1}{4}$ P.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 G.
"	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$96\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. $\frac{1}{2}$jähr. dto.	$90\frac{1}{4}$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94\frac{1}{4}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	—
Baden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$94\frac{1}{2}$ P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. v. 1842	89[illegible] G.
Gr. Hess.	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$84\frac{1}{2}$ G.
Nassau	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto	$94\frac{3}{8}-\frac{7}{8}$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	86[illegible] P.
"	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl. dto.	$82\frac{1}{2}$ G.
Frankfurt	$3\frac{1}{2}$pCt. Obl.	$81\frac{1}{4}$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 80	—
"	$2\frac{1}{2}$pCt. . . .	—
Schweden	$4\frac{1}{2}$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2\frac{1}{2}$	$79\frac{1}{4}$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882	$77\frac{5}{8}-\frac{1}{8}$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	730 P.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$199\frac{1}{4}$—201 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92\frac{1}{2}$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	330 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	97 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	315 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107\frac{3}{4}$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	262—63 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	136—37 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	$66\frac{3}{8}$ P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	—
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156\frac{1}{4}$ P. 56 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88\frac{1}{4}$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4\frac{1}{2}$ pCt.	$197\frac{1}{8}$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$129\frac{5}{8}$ P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 [illegible] G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74[illegible]—$\frac{5}{8}$ G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	43 P.
Bayer. Ostbahn à $4\frac{1}{2}$ pCt. volleinbez.	124 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100\frac{3}{4}-\frac{7}{8}$ G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	$104\frac{7}{8}$—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P. $97\frac{3}{4}$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94\frac{3}{4}$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	$105\frac{1}{4}$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88\frac{1}{4}-\frac{1}{8}$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119\frac{3}{8}$ P. $\frac{1}{8}$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94\frac{1}{4}-\frac{3}{8}$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102\frac{7}{8}-\frac{1}{8}$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102\frac{1}{2}$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr.	fl. 250 v. 1839	139 P.
"	fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68 P.
"	fl. 500 v. 1860 6/7	$73\frac{1}{2}-\frac{5}{8}$ G
"	fl. 100 Eisb.L. v. 1858	139 P.
"	do. v. 1864	$88\frac{5}{8}-89\frac{1}{4}$ G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.		$101\frac{3}{4}$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose		10[illegible] P.
Badische fl. 35		$50\frac{1}{4}$—51 G.

Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53\frac{7}{8}$ G
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 G.
" fl. 25 do.	$38\frac{7}{8}$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35\frac{3}{8}$ P.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	$27\frac{1}{2}$ P.
St. Lüttich mit $2\frac{1}{2}$ pCt. Z.	
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13\frac{3}{8}$ P.

Frankfurt, 18. Juni. Die Börse verkehrte Anfangs in matter Haltung, befestigte sich jedoch namhaft im Laufe des Geschäftes trotz oder vielmehr weil die Wiener Course matter kamen. Man vermuthete nämlich, daß durch gewisse Manöver die Course in Wien künstlich zurückgehalten worden seien, um den Rückkauf der Creditaktien zu niedrigen Coursen bewerkstelligen zu können und später alsdann wieder der Hausse ihren Lauf zu lassen. Creditaktien, die $199\frac{1}{2}$ einsetzten, gewannen im Laufe der Börse fl. 1. Auch Staatsbahn schlossen höher, als sie eröffnet hatten. Oesterreichische Anlagepapiere weisen keine wesentlichen Veränderungen auf, schließen jedoch ebenfalls im Ganzen sehr fest. Amerikaner ebenfalls sehr beliebt und fest. Süddeutsche still. Von Eisenbahnen Elisabethbahn wieder belebter und fest, Mannheim-Karlsruher etwas matter. Das Geschäft war im Ganzen sehr träge. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: **Richard Habermann.**

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 169. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | 65. Jahrgang. | Samstag, 20. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. München, 17. Juni. [Aberglaube und Volksbildung.] Bei Gelegenheit der Bauernunruhen in Frankreich, besonders der auch in Nr. 166 unseres Blattes erzählten Vorgänge macht Julius Fröbel in seiner „Südd. Pr.“ eine interessante Nutzanwendung auf unsere eigenen bayerischen Zustände. Er glaubt nicht, daß unsere Bauern, auch in jenen von dem Strome der Kultur minder berührten Gegenden, deren Kennzeichnung man ihm vor einigen Monaten so übel genommen habe, unter gleichen Umständen sich benehmen würden wie die Bauern der beiden französischen Departements. Den unsrigen fehle die lebhafte Phantasie, die leichte Erregbarkeit und der Scharfsinn ihrer französischen Standesgenossen, ohne welche Eigenschaften die bekannten Vorgänge nicht hätten in dieser Art sich begeben können. Die feine Auslegung des Bildes mit den Aehren, den Lilien und dem Beil des hl. Joseph hätten die Anwohner von Traunstein und Altötting nicht zu Stande gebracht. Wer indessen daran glaube, daß man durch Beten um dieses oder jenes Weiter die Ordnung der Natur ändern könne, sei auch nicht unzugänglich für die von den Bauern der Charente geglaubte Erzählung, daß ihr Pfarrer, der ein schlechter Christ zu sein scheint, im Bunde mit dem Teufel auf den Gewitterwolken herumlaufen und aus Bosheit hageln lassen könne.

Fröbel zieht hieraus die beachtenswerthe Lehre, daß es nicht nur im Interesse der weltlichen Angelegenheiten und ihrer Regierung, sondern auch in dem eines hochwürdigen Klerus ist, in der Volksschule richtige Ansichten über Regen und Sonnenschein, Sturm und Hagel, Menschen, Thiere und andere Naturerscheinungen verbreiten zu lassen, damit nicht auch bei uns gelegentlich einmal der Herr Pfarrer für einen Hexenmeister gehalten und für Hagel und Mißwachs verantwortlich gemacht werde. An der Stimmung dazu möchte es vielleicht in einigen Jahren da oder dort bei uns nicht fehlen, wie wenigstens aus gewissen Gegenden, die sich bei den letzten Wahlen durch Frömmigkeit ausgezeichnet haben, von Kennern des Volksgeistes berichtet werde.

„Die klerikale Partei in Frankreich wenigstens hat durch die Vorgänge in den beiden dadurch bemerklich gewordenen Departements eine recht eindringliche Lektion erhalten, aus der sie die Erkenntniß schöpfen wird, daß das allgemeine Stimmrecht ein unzuverlässiges Werkzeug der Reaktion ist, und daß auch die Kirche bei der Aufklärung nichts zu verlieren, wohl aber viel zu gewinnen hat. Es müßte schlimm mit ihr stehen, wenn sie die Verbreitung richtiger Kenntnisse über die Natur, ihre Vorgänge und Gesetze nicht vertragen könnte, und von den Knack und Schechner (die bekanntlich die Erde still stehen lassen) ihre Rettung erwarten müßte.“

Norddeutscher Bund.

Berlin, 17. Juni. [Ueber die Entdeckung neuer welfischer Umtriebe in Bad Landeck] bringt die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen sehr langen Artikel. Darin wird erzählt, daß seit einiger Zeit Broschüren und Gedichtsammlungen erschienen seien (bei Universitäts-Buchdrucker Weiß in München, dem Drucker des „Volksboten“!), welche die gröbsten Schmähungen gegen Preußen enthielten. „Der Verdacht der Urheberschaft dieser Schriften richtete sich gegen einen zur Zeit in Wien lebenden sächsischen Schriftsteller, welcher wiederholt Gedichte für den König von Hannover und dessen Minister Graf Platen verfaßt und sich dieser Verbindung gerühmt hat. Bei dem Aufenthalt dieses Schriftstellers in dem unmittelbar an der österreichischen Grenze belegenen preußischen Bade Landeck, um dort Heilung gegen Gichtleiden zu suchen, wurde, wie bereits der Telegraph vor einigen Tagen gemeldet hat, eine amtliche Durchsuchung seiner Papiere veranlaßt. Das Resultat gewährte einen überraschenden Erfolg. Es hat sich herausgestellt, daß der frühere König von Hannover und der Graf Platen direkt als die Urheber dieser Ausflüsse der welfischen Agitationen zu betrachten sind. Graf Platen bestätigt in den Briefen, welche er dem betreffenden Literaten eigenhändig geschrieben hat, daß in der Presse bereits alles Mögliche geschehen, um bis zum Aeußersten gegen preußische Hinterlist und Treulosigkeit anzukämpfen. Er fordert den Literaten auf, ihn durch ein die Verherr-

---

Erinnerungen aus Mexiko. *)

Die erste Wirkung der blutigen That, wo und wie sie auch vollzogen worden, ist ein Aufschrei des Schmerzes, der den menschlichen Gemüthern entfährt; gleichviel welchen Beruf das Opfer erfüllt, zu welchem Gotte es gebetet, auf welche Weise es selig zu werden getrachtet; mag der Unterliegende General Aulich, Robert Blum oder Erzherzog Maximilian heißen, sein Bluten und Büßen wecken vor Allem menschliches Erbarmen. Das Gefühl der Trauer und des Widerstrebens bleibt dasselbe, ob die Hand, welche getödtet, eine weiße oder rothe oder sonst wie gefärbte Fahne geschwungen. Das Gewissen der Gesellschaft in seiner Bestürzung antwortet auf jede Rechtfertigung der begangenen Grausamkeit mit dem einen unwandelbaren Gesetze: „Du sollst nicht morden.“

Für den tragischen Abschluß der mexikanischen Verwicklung ist der Tag des Gerichtes noch nicht gekommen. Zu lebendig ist das Mitleid mit dem jugendlichen Prinzen, der dem Geschick erlegen, um eine besonnene Prüfung und Erwägung, um ein nüchternes Urtheil aufkommen zu lassen. Die Muse der Geschichte selbst ist zu sehr erschüttert von dem gewaltigen Wetterschlag, um mit der gebührenden Sicherheit ihres Amtes walten zu können. Sie wartet, bis die Thränen weinender Verwandten und Freunde des Geopferten getrocknet sind.

Indeß werden zu dem großen Prozeß die nöthigen Vorbereitungen getroffen. Beweisstücke werden aufgehäuft und Zeugen mit ihren abweichenden Aussagen, mit ihren Anklagen und Entlastungen treten auf.

Zu dem Werthvollsten und Interessantesten, das über den Gegenstand in die Oeffentlichkeit gebracht wurde, zählen wohl die Enthüllungen von Dr. S. Basch, „Leibarzt Sr. Majestät des Kaisers Maximilian“. Dieselben sind zu einem Buche gesammelt und verbunden im Verlag von Duncker und Humblot zu Leipzig unter dem Titel: „Erinnerungen aus Mexiko“ erschienen und haben bereits die Aufmerksamkeit der politischen und literarischen Kreise erregt.

Unter den Schriften über die Vorgänge der letzten Jahre in Mexiko hat bisher keine mit so viel Kühnheit, wie die des Grafen Keratry, den Schleier weggezogen von den diplomatischen und militärischen Geheimnissen des napoleonischen Argonautenzuges. Von dem Buche des Dr. Basch darf man rühmen, daß es die Aufschlüsse des Grafen Keratry ergänzt, zum Theil berichtigt. Dem Franzosen ist es, wie überhaupt den französischen Geschichtschreibern, vor Allem um eine wirksame, ergreifende Darstellung zu thun. Er will, daß sein Buch Leser, Verbreitung, Beifall finde, ihm Ruf und Geld eintrage. Die Forschung, die Ermittelung der Wahrheit, die strenge Kritik, welche Richtiges vom Falschen sondert und vor Allem das wirklich Geschehene festzustellen sucht, sind für Herrn Keratry wie für seine Landsleute im Allgemeinen Nebensachen, um die man sich nur beiläufig kümmert. Es kann nicht Wunder nehmen, daß Herr v. Keratry dem Kaiser Maximilian bei einer gewissen Gelegenheit die Worte in den Mund legt: „Ich kann nicht länger daran zweifeln, meine Frau ist wahnsinnig, diese Leute hier tödten mich langsam. Ich bin erschöpft, ich gehe. Danken Sie dem Marschall für diesen neuen Beweis von Ergebenheit. Ich reise diese Nacht ab, und wenn er mir zu schreiben wünscht, hier meine Marschlinie.“

Die Sätze wurden wohl zu dramatisch und zu bezeichnend befunden, um weggelassen zu werden, selbst wenn sie auch zweifelhaften Ursprungs wären. Herr Doktor Basch mit seinen Bemerkungen gegen die Echtheit der Aeußerung wird wohl Recht haben. Wie viel solcher Verschönerungen des Vortrags auf Kosten der geschichtlichen

*) Gestern war bekanntlich der Jahrestag der Erschießung des unglücklichen Maximilian.

lichung des Welfenkönigs bezweckendes Epos zu unterstützen, da auch die Poesie auf diesem Gebiete Bedeutendes leisten könne. Zugleich überschickte er im Auftrage des Königs von Hannover dem Dichter mehrfach erhebliche Geldsummen.“ . . .

Den wichtigsten Punkt in den mit Beschlag belegten Papieren bildet — wie die „Nordd. Allg. Ztg.“ sagt — das Programm, welches Graf Platen dem betreffenden Literaten ganz unverhohlen als den eigentlichen Zweck der welfischen Agitationen hinstellt. Graf Platen sagt wörtlich:

„Preußen ist der gemeinsame Feind aller Länder. Ein Bund aller kleinen Mächte mit Frankreich zu dem gemeinsamen Zwecke, diese Macht Preußen zu brechen, sie nach dem Beispiele Napoleons I. zurückzuwerfen über die Elbe, ist, wie es uns scheint, für jeden eine Pflicht der Selbsterhaltung. Die Pflicht für sich selbst zu erfüllen, ist noch möglich, weil zur Zeit Preußen die neu acquirirten Länder sich noch nicht assimilirt hat, weil in allen denselben, namentlich in Hannover, ein energischer Widerstand statt hat.

„Auf diesen Widerstand ist zur Zeit noch ganz bedeutend zu zählen“ u. s. w.

„Die Zertrümmerung des Staats der Hohenzollern, das ist also die Aufgabe nicht blos Frankreichs, sondern im Interesse ihrer Selbsterhaltung aller kleinern Mächte, die in Frankreich ihren Beschützer sehen und die alle mit Besorgniß und Schrecken auf das Aufsteigen dieses preußischen Militärstaats blicken. Sie alle haben das allgemeine Interesse.“ — — —

— [Die Geschäfte im Reichstage] gehen trotz der tropischen Hitze in schleunigster Abwickelung ihrem Ende entgegen. Ueber das Wie gibt ein erheiterndes Curiosum Auskunft, welches die heutige Sitzung in Gestalt eines Zusammenstoßes v. Schweitzer'scher Mundfertigkeit mit der Präsidialmacht des norddeutschen Reichstags in höchst drastischer Weise abschloß. Abg. Dr. v. Schweitzer: Ich hatte mich während der heutigen Verhandlungen zweimal ums Wort gemeldet, um über die wichtige, alle Arbeiter so interessirende Coalitionsfrage zu sprechen, aber jedesmal ist mir das Wort durch Schlußanträge abgeschnitten worden. Namens meiner Wähler protestire ich gegen ein solches Verfahren, welches mir beweist, daß die Verhandlungen, wie sie heute hier geführt worden sind, gar nicht ernstlich gemeint waren! (O! O!) Präsident: Für diese höchst ungebührliche Beurtheilung der Verhandlungen dieses Hauses, die Ihnen nicht zusteht, rufe ich Sie hiermit zur Ordnung! Abg. Dr. v. Schweitzer (dazwischen rufend): Ich protestire, ich wiederhole meinen Protest! (Lärm.) Präsident Simson (zitternd vor Aufregung): Sie haben nicht zu protestiren, wenn ich rede, sondern zu schweigen! (Bravo!) — Unter großer Erschöpfung und Aufregung schließt die Sitzung, die um 9 Uhr begonnen und bis $5^1/_2$ Uhr gedauert hat.

Ausland.

Belgien. [Kaiserin Charlotte.] Die „Fr. Corr.“ wird von „berufener Seite“ ersucht, einige irrthümliche Angaben über den Gesundheitszustand der Kaiserin Charlotte zu berichtigen, welche den Weg in französische Blätter gefunden haben. Die Kaiserin, deren physisches Befinden nichts zu wünschen übrig läßt, bewohnt seit einem Monate mit der belgischen Königsfamilie das Schloß Laeken. Sie macht täglich größere oder kleinere Promenaden in Gesellschaft des Königs oder der Königin. An Empfangstagen ist sie nicht sichtbar, da ihr die Aerzte unbedingte Ruhe angeordnet haben. Sie liest und schreibt viel und treibt mit Vorliebe Musik, sieht aber außer ihren Verwandten Niemanden. Wenn überhaupt, so glaubt man, daß nur durch dieses Regime eine Herstellung möglich sei, doch sind die Hoffnungen auf eine solche nicht allzu groß. Die verwittwete Kaiserin spricht häufig von der Vergangenheit, von Mexiko, von Italien; sie äußert sich in dem traurigen Tone einer Person, die sich der Unglücksschläge, welche sie betroffen, in vollem Maße bewußt ist. Ihre materiellen Interessen sind bekanntlich zwischen den Höfen von Brüssel und Wien so geregelt, daß sie allen Ansprüchen auf den Nachlaß ihres Gemahls entsagt hat, während der österreichische Hof auch die auf diesem Nachlaß haftenden Lasten übernommen hat. Die Kaiserin hat soeben 70,000 Gulden für das Denkmal gezeichnet, welches die Stadt Triest dem Kaiser Maximilian errichtet, und einen Kranz, ein Meisterwerk der Goldschmiedekunst, nach Wien geschickt, damit er am 19. d. M., dem Jahrestage der Hinrichtung von Querretaro, auf den Sarg des Kaisers in der Kapuzinergruft gelegt werde.

Frankreich. Paris, 17. Juni. [Suez-Canal.] Der gesetzgebende Körper berieth gestern den Gesetzentwurf, welcher die Suez-Canal-Gesellschaft zur Ausgabe eines neuen Anlehens in Form von rückzahlbaren Obligationen mit Loosen und Prämien autorisiren soll. Die letztere Modalität gab zu einer längeren und lebhaften Debatte Anlaß. Herr v. Lajuinais, der, wie alle folgenden Redner, vor Allem seinen Sympathien für das Unternehmen selbst einen warmen Ausdruck gibt, bedauert, daß man wieder zu dem, wie er meint, durch das Gesetz von 1836 verpönten Mittel einer Lotterie gegriffen habe und nun der Kammer zumuthe, diesem Verfahren ihre Sanction zu geben und gewissermaßen eine Garantie zu übernehmen. Wenn die Regierung in frühern Fällen den Standpunkt vertreten hat, daß das Gesetz von

---

Wahrheit hat Lamartine in den „Girondisten“ und seinen anderen historischen Schriften angebracht. Wie viel des Falschen hat Thiers in seinen Geschichtswerken gelten lassen, weil ihm die Frage der Wahrheit eine untergeordnete war und weil ihm das Anziehende der Mittheilung werth erschien!

Herr Dr. Basch hat seine „Erinnerungen aus Mexiko“ in deutschem Geiste geschrieben und eine besondere Sorgfalt auf Feststellung der Thatsachen gewendet. Er hat es verschmäht, man fühlt es auf jeder Seite, bei jeder Zeile des Buches, durch Entstellungen und Erfindungen sein Werk oder seinen Helden aufzuputzen, ob er gleich für den Kaiser eine grenzenlose Hingebung und Verehrung bekennt. Es ist etwas naiv Treuherziges in Darstellung der mexicanischen Vorgänge von Dr. Basch, und namentlich in den an diese Vorgänge geknüpften Betrachtungen. Denn man muß unterscheiden zwischen der Erzählung und der Beurtheilung der mexikanischen Ereignisse von Herrn Basch. Erstere ist unbedingt ob ihrer Klarheit und Wahrhaftigkeit zu loben, letztere hat wohl die Aufrichtigkeit, den Eindruck einer wirklichen Ueberzeugung für sich; allein wir müssen uns die Freiheit vorbehalten, über die Dinge anders zu denken, als Herr Dr. Basch, und auch eine andere Auffassung derselben als die seine zu empfehlen.

Wir begreifen und ehren den warmen Antheil des Arztes an dem Schicksal des Prinzen, dem er freundschaftlich nahe gestanden, der ein so tragisches Ende im entlegenen Lande, fern von den Seinigen, gefunden. Es ist mehr als verzeihlich, denn es ist menschlich, daß Herr Dr. Basch, durch ein großes Mißgeschick gewonnen, durch die erhaltenen Beweise von Freundschaft und Vertrauen bestochen, außer Stande ist, das Thun und Lassen des Prinzen einer unbefangenen Kritik zu unterziehen. Wäre Herr Dr. Basch durch Bande der Dankbarkeit und Freundschaft an Benito Juarez geknüpft, und wäre er diesem durch all die Prüfungen gefolgt, zu welchen der französische Einfall in's Land den Präsidenten der mexikanischen Republik verurtheilt hat, gewiß, Hr. Dr Basch würde von dem Märtyrer der napoleonischen Politik nur das Vortheilhafteste denken und sagen, und wer weiß, welche Meinung er in dem Falle über die Gegner des geächteten und verfolgten Präsidenten sich gebildet hätte. Liebe und Anhänglichkeit haben gegen das weise Gebot: Audiatur et altera pars von jeher verstoßen; doch sind sie anderseits so ehrwürdig, daß man ihnen die Ungerechtigkeit nachsieht. Wem fiele es ein, von Hagen zu fordern, daß er König Gunther von Burgund, seinen Herrn, unparteiisch richte. Selbst wenn er den Recken meuchlings ermordet, der Unwürdiges von dem König berichtet, wenn er nicht einmal danach zu fragen für nöthig erachtet, ob die Angabe begründet oder nicht gewesen, nimmt die Poesie keinen Anstand, die fürchterliche That zu verherrlichen.

Unter den Ungerechtigkeiten, die Herr Dr. Basch zu Gunsten seines Helden begeht, will ich die Anklagen hervorheben, die er gegen Pater Fischer und die Führer der conservativen Partei erhebt, weil sie mir Gelegenheit gibt, ein Mittel zu beleuchten, das herkömmlich im Interesse mächtiger Herren angewendet wird. Dieses Mittel besteht darin, daß man irgend eine Persönlichkeit oder eine Gemeinschaft sich aussucht, auf deren Rücken man die von dem Allgebietenden begangenen Irrthümer und Fehlgriffe wälzt, um dann auf den beladenen Sündenbock nach Herzenslust loszugeißeln. Da die Menge in der Regel zu dieser Ableitung sich versteht, so bedenken die Urheber der Maßregeln nicht, wie unklug es sei, dem Gegenstande ihrer Huldigung mit der Verantwortlichkeit für das Schlimme jeden Anspruch auf Anerkennung seiner Verdienste zu entziehen. Am Ende muß es der schlichte Menschenverstand doch erkennen, daß die Unfreiheit des Handelns wie den Tadel, so die Werthschätzung ausschließt.

In seinem lobenswerthen Eifer für die Sache des Prinzen läßt Doktor Basch zu dieser üblichen Methode sich hinreißen und nach seiner Darstellung trügen Pater Fischer und die Conservativen die Schuld an der Rückkehr des Kaisers von Orizaba nach Mexiko, und der Leibarzt weiß sehr viel von Intriguen und Versprechungen zu erzählen, welche der Ex-Pfarrer von Parras und die anderen Gegner der Liberalen angewendet haben, um den Kaiser von seinem Entschlusse, das Land zu verlassen, abzubringen. Wie unbillig, den Herren aus

1836, das die Glücksspiele verbietet, auf Lotterie-Anlehen keine Anwendung findet, warum verlangt sie dann die Ermächtigung des gesetzgebenden Körpers, da doch die des Staatsraths genügt hätte? Wenn sie aber die Prinzipienfrage selbst vor die Kammer bringen will, so könne diese nicht anders als verneinend, die Lotterie-Anlehen verwerfend, antworten. Der Berichterstatter, Hr. Larrabure, entwickelt den Unterschied, der zwischen Lotterie-Anlehen und Lotterien und zwar darin bestehe, daß bei den ersteren der Einsatz nicht verloren geht. In dem vorliegenden Falle insbesondere glaubt er, daß der Zweck die Mittel heilige. Wenn der Canal zwischen Europa und Asien vollendet ist, sahen Sie nicht schon, wie dann die Reisenden, die reichen Erzeugnisse des Orients in unsern Mittelmeer-Häfen, in Marseilles, in Cette, in Port-Vendres u. s. w. eintreffen, wie die Engländer, die Belgier, die Deutschen vom Rhein diese Erzeugnisse bei uns abholen, während sich unsere eigenen Produkte reichlich über diese neuen Märkte ergießen werden? Die Geschichte hat keine größere Handelsbewegung zu verzeichnen gehabt. „Die HH. Marie und Jules Favre vertreten mit juristischen und moralischen Gründen den Standpunkt des Hrn. Lanjuinais. Sie führen aus, daß die Suez-Gesellschaft erst dann zu einem Lotterie-Anlehen ihre Zuflucht genommen hätte, nachdem ein gewöhnlicher Appell an den Credit statt 100 Millionen, welche sie verlangt hatte, nur 32 Millionen erzielt hätte, das Publikum sei also über die Sicherheit der Capitalsanlage durchaus nicht außer Zweifel; jetzt wolle man es durch die Lockspeise einer Lotterie anziehen, für ein solches Verfahren dürfe der gesetzgebende Körper keine Verantwortung übernehmen. Nachdem Staatsrath L'Hopital und Präsident Vuitry sich im Namen der Regierung dagegen verwahrt, als ob der Staat hier irgend eine Garantie übernehmen solle, und nachdem sie die Gesetzlichkeit des Verfahrens nochmals nachzuweisen gesucht, wird der Gesetzentwurf (wie schon gemeldet) mit 179 gegen 8 Stimmen angenommen.

Großbritannien. [Aus Abessinien] liegen Briefe vom 26. Mai vor. Sie berichten wie die vorhergehenden vom Rückmarsche nach der Küste. Am 25. wurde in Senafe der Geburtstag der Königin mit einer großen Parade, Spielen der Mannschaften und Offiziere (ein Hurdle-Rennen für Offizierspferde durfte nicht fehlen) und Abbrennen eines großen Feuerwerks gefeiert. Kassai erschien am 26., um Sir Robert Napier seinen Abschiedsbesuch zu machen, und wurde von letzterem im Namen der Königin mit 864 Musketen (nicht gezogene) nebst Bajonnetten, 340,000 Patronen, 14 Fäßchen Schießpulver 2c. beschenkt und erhielt zu eigenem Gebrauche einen Offiziersäbel nebst Kuppel und eine Doppelbüchse. Eine Anzahl anderer Häuptlinge wurden darauf ebenfalls dem Oberbefehlshaber vorgestellt und gleichfalls beschenkt, nachdem sie allesammt Kassai Treue gelobt. Zum Schlusse verehrte dann Kassai dem General sein eigenes Schwert seinen Schild und Speer, seine Löwenmähne und Löwenschweife und sein Pferd und zog mit seinen Leuten ab, mit dem Versprechen, zu einer nochmaligen Zusammenkunft Tags darauf zurückzukehren und in Zulla vor den Truppen seine Cavallerie und ihre Reitergeschicklichkeit zu zeigen. — Sir Rob. Napier wird gegen Ende der nächsten Woche, in London erwartet, beabsichtigt jedoch nur kurze Zeit in England zu bleiben und hierauf auf seinen Posten nach Bombay zurückzukehren.

[Händel-Fest.] Nachdem am Sonnabend gewissermaßen zur Vorfeier des Händelfestes im Krystallpalaste ein Feuerwerk abgebrannt worden, wie seines Gleichen in London schon lange nicht gesehen wurde (es kam dabei das Musikstück zur Aufführung, welches Händel für das Feuerwerk komponirt hatte, das zur Verherrlichung des Aachener Friedensabschlusses im Green Park 1749 abgebrannt wurde), hat am Montag Nachmittag das große Händelfest daselbst begonnen. Gegenstand der Aufführung ist der Messias. Das Wetter ist prachtvoll, der Zudrang groß.|

Italien. [Ueber die angebliche Gefahr eines neuen Einfalles in den Kirchenstaat] schreibt man der „Vossischen Zeitung“ aus Rom: „Wir wurden in der letzten Zeit fast täglich mit Nachrichten von der Grenze bestürmt, die von feindlichen Zusammenstößen und manchen Einzelheiten derselben erzählten. Indessen blieb es bisher ungewiß, ob die Gegner der päpstlichen Truppen Garibaldi'sche Freischaaren oder Briganten waren, denn auch diese stecken jetzt in rothen oder schwarzen Blousen. Es ist gewiß, daß Garibaldi selber in diesem Augenblicke nicht daran denkt, den Römerzug zu erneuern und die Jünglinge, welche nur auf seinen Wink warten, dem gewissen Tode entgegenzuführen. Einer meiner Freunde besuchte ihn vor zwei Wochen in Caprera. Er fand ihn leidend, seine Tochter und Herr Canzio waren mit ihren Kindern auf dem Festlande. Er ist keinen Tag ohne Schmerzen, und der Gedanke an die Hilflosigkeit der liberalen Partei in Rom peinigt ihn unaufhörlich. Jeder seiner Umgebung vermeidet sorgfältig, was ihn aufregen könnte, und doch ist es nicht möglich, Stunden, ja Tage finsterer Verstimmung von ihm fernzuhalten. Allein wie Garibaldi denken nicht alle Führer und Unterführer seiner Partei, so daß eine Explosion auf der Grenze während des Uebungslagers der päpstlichen Truppen nicht überraschen würde.“

---

ihren Bemühungen einen Vorwurf zu machen! Pater Fischer ist ein Mann der Kirche, und ganz natürlich arbeitete er mit Hintansetzung aller anderen Interessen für die Macht der Kirche. Mit diesem Streben bleibt er in seiner Rolle, erfüllt er eine ausgesprochene Sendung! Der Clerus aller Länder, aller Völker handelt in diesem Sinne. Er ist bereit, den Thron dem Altar, die fürstliche Majestät der geistlichen Weihe zu opfern. So ist es, so war es stets, so wird es immer sein. Das hat der wohlmeinende Vorfahr Maximilian's, Joseph II., das haben Heinrich Plantagenet von England, Heinrich IV. von Frankreich, Heinrich IV. von Deutschland und noch viele andere Kronenträger erfahren. Auch König Ludwig Philipp und Kaiser Ludwig Napoleon können von clericalem Andrang, von clericalem Trotz erbauliche Geschichten erzählen. Pater Fischer that nichts anderes, als was die ehrwürdigen Prälaten Rauscher, Dupanloup und wie sie alle heißen die hervorragenden Streiter der Kirche, thun oder gegebenen Falles thäten. Die Kutte legt ebenso Pflichten auf wie die Uniform, und der Staatsrock, der Krummstab hat seine Ehre wie der Degen. Ludwig XV. hat unter den Anklagepunkten gegen die „heilige Gesellschaft Jesu“ die Bezichtigung aufgestellt, daß einer der Lehrsätze des Ordens den Königsmord erlaubt, wenn das betreffende Staatsoberhaupt sich als ein Feind der katholischen Kirche erweist. Der General des Ordens wollte sich nicht herbeilassen, diesen Satz umzustoßen, weil er, wie er sagte, dadurch die Existenz desselben zugäbe. Dem König mag wohl Ravaillac in den Sinn gekommen sein, als er das strenge Edikt des Parlaments unterzeichnete.

Wenn man sich die Weltgeschichte gegenwärtig hält, begreift man kaum die Entrüstung des Herrn Dr. Basch. Die clericale Partei in Mexiko bedurfte zu ihrem Heil des Kaiserthums, natürlich wirkte Pater Fischer, der Führer und Diener dieser Partei, aus allen Kräften dahin, daß Kaiser Maximilian an der Spitze des Reichs blieb. Pater Fischer war ja übrigens kein unbekannter Mann, und an dem kleinen Hofe von Orizaba wußte man sehr wohl, was von dem schlauen Vertreter der kirchlichen Interessen zu halten sei.

Ebensowenig als über die Absichten der Anhänger Roms konnte ein Zweifel bestehen über die Absichten der Conservativen. Die Herren wollten den Thron stützen und ausbeuten, wie es alle Aristokratien halten, von jeher gehalten haben. Im Begriffe unterzugehen, klammerten sie sich an einen Strohhalm; derselbe brach. Wer möchte ihnen den verzweifelten Rettungsversuch verdenken? Weder die Marquez und Miramons, die Sanchez Navarros und die Lares, noch Pater Fischer und die Seinigen vermochten den Kaiser über ihre Kräfte und Bestrebungen zu täuschen. Der Prinz wollte das Wagstück unternehmen, mit den herabgekommenen Parteien ein Reich zu gründen. Die ganze Schwierigkeit war ihm bekannt. Er zog das Abenteuer der Rückkehr oder vielmehr dem Rückzug nach Europa vor.

Unschätzbar sind die Aufklärungen, welche Herr Dr. Basch über das Benehmen der Franzosen gibt, und wenn es dem Kaiser Napoleon gelingen sollte, wie es zum Theil bisher geschehen, die Welt über die Größe seines Charakters, über die Höhe seines Geistes zu täuschen, so wird man in den Büchern von Kératry und Basch die richtige Zeichnung des Mannes finden, den sie als den Retter der Gesellschaft verkündet haben, die Verblendeten in Frankreich und im übrigen Europa. Die Schilderungen, die Vorführung der Begebenheiten in dem Buche von Herrn Basch sind durch ihre Einfachheit und Aufrichtigkeit im hohen Grade anziehend und bekunden Geschick und Talent. Tief angeregt folgt man dem Verfasser durch all die Verschlingungen der Ereignisse und auf jedem Schritt überzeugt man sich von der Redlichkeit und der Ortskenntniß des Wegweisers. Sprache und Styl des Buches sind zwar nicht makellos; allein man setzt sich über einige literarische Gebrechen hinweg, weil man durch den gebildeten Ton in dem Buche, durch den reichen Inhalt, durch die Fülle von interessanten Einzelheiten sich vollkommen entschädigt fühlt.

Dem Geschichtschreiber bietet das Buch von Herrn Doktor Basch ein Material, dessen Nutzen und Bedeutung nicht hoch genug angeschlagen werden kann.

(Pr.)

Nichtpolitische Zeitung.

[Naiver Glaube.] Eine sehr hübsche Geschichte schreibt man der „Klagenfurter Ztg." aus St. Martin bei Villach: In dem Gebirgskessel von Villach lechzte die Feldfrüchte und Gräser nach einem befeuchtenden Regen und weil die große Dürre die Oekonomiebesitzer mit Recht in Sorge versetzte, so gingen mehrere unserer Dorf-Insassen zum Ortspfarrer, damit derselbe eine Prozession anordne, um, wie es im Volksmunde heißt, „um Regen bitten" zu gehen. Der Herr Pfarrer nahm keinen Anstand und benahm sich nach dem Willen seiner Pfarrkinder. Der sehnlichst erwartete Regen kam aber nicht und so wurde der Seelsorger abermals gebeten, eine zweite Prozession anzuordnen, was abermals geschah, aber noch immer zeigte sich kein Wölkchen am Himmel. Endlich wurde der Seelenhirt zum dritten Male interpellirt und man stellte an ihn das Ansuchen, zu einer weit entfernten Kirche zu gehen, weil man dort sicherlich den so nothwendigen Regen erbitten werde. Der würdige Herr Pfarrer belehrte die Petenten, daß man gegen den Willen Gottes nichts machen, er aber, da er im Alter vorgerückt und der Cooperator krank sei, den weiten und unfahrbaren Weg mit der Pfarrgemeinde nicht machen könne. Hierüber wurden die Pfarrinsassen aufgebracht, beschwerten sich gegen ihren Pfarrer beim Dechant in Villach, von welchem dieselben abermals mit einer gediegenen Belehrung entlassen worden sind. Alle anderen gemachten Vorstellungen blieben auch erfolglos und die Bewohner, welche die gewisse Erhörung ihrer Bitten vom Allmächtigen hofften, veranstalteten ohne Geistlichen den entfernten Bittgang, und damit ihr Flehen gewiß erhört werden möchte, so nahm ein jeder Regenbitter ein gewaltiges Paraplui mit sich. Allein die vielen rothen, blauen und grünen Regenschirme halfen auch nichts und konnten nur gegen die heißen Sonnenstrahlen verwendet werden, denn bis heute hat es noch nicht geregnet. (Die guten Leute hätten sich erinnern sollen, daß es gewöhnlich dann regnet, wenn man keinen Regenschirm bei sich hat).

Amtliche Nachrichten.

München, 16. Juni. Den Landgerichten Reichenhall, Weilheim und dem Stadt- und Landgericht Eichstätt sind zum Zweck der Vereinigung des Hypothekenwesens II. Assessoren außer dem Status beigegeben, und für Reichenhall der App.-Ger.-Accessist und dermalige Staatsanwaltschaftsvertreter am Landg. Miesbach, E. Heß, für Weilheim der Staatsanwaltschaftsvertreter am Landg. Schrobenhausen, J. Versl, ernannt; nach Eichstätt aber der Sekretär des Bezirksg. Donauwörth, K. Böck, befördert; auf dessen Stelle der Sekretär des Bezirksg. Pfarrkirchen, K. Hauber, versetzt; an dessen Stelle der Staatsanwaltschaftsvertreter am Landg. Günzburg, A. Fäukle, ernannt; dem Landg. Bischofsheim ein weiterer Assessor in der Person des Gerichtsschreibers des Landg. Karlstadt, K. Oberhuber, beigegeben; der Bezirksg.-Accessist M. Gerhauser, dermaliger Staatsanwaltschaftsvertreter am Landg. Altötting, zum Gerichtsschreiber am Landg. Trostberg und der Bezirksg.-Accessist Fr. Müller, dermaliger Staatsanwaltschaftsvertreter am Landg. Tölz, zum Gerichtsschreiber am Stadtg. Augsburg ernannt; dann dem Stadtg. München l/J., Abtheilung für Strafsachen, ein weiterer Gerichtsschreiber beigegeben und als solcher der Bezirksg.-Accessist J. Naager, z. Z. Staatsanw.-Vertreter am Landg. Osterhofen, ernannt; der prakt. Arzt Dr. K. Martius zu Nürnberg zum Bezirksarzte 1. Kl. daselbst ernannt und demselben zugleich die Funktion eines amtlichen Arztes für den Verwaltungsbezirk Nürnberg übertragen; der Accessist der Regierung von Oberbayern, E. Graf v. La-Rosee zum Bezirksamts-Assessor in Weilheim ernannt; den Bezirksämtern Landshut und Straubing sind II. Assessoren beigegeben, und an das Bezirksamt Landshut der Bezirksamts-Assessor A. Brandtner von Weilheim, an das Bezirksamt Straubing der Bezirksamts-Assessor J. A. Fürst von Eggenfelden versetzt; zum Bezirksamts-Assessor in Eschenbach der Rechtspraktikant K. Trümer aus Sulzbach, zum Bezirksamts-Assessor in Münchberg der Rechtspraktikant S. Castner, z. Z. Polizeiaktuar in Augsburg, ernannt; an das Bezirksamt Weißenburg der Assessor F. Käppel in Münchberg versetzt, zum Bezirksamts-Assessor in Eichstätt der Rechtspraktikant F. v. Morett und auf die Stelle in Gunzenhausen der Rechtspraktikant L. Priester ernannt; endlich der Revierförster F. X. v. Paur in Strahlfeld auf die Dauer eines Jahres in den Ruhestand versetzt und auf dessen Stelle der Forstamtsaktuar und Funktionär im Regierungs-Forstbureau zu Regensburg, E. Ullmann, zum Revierförster ernannt worden.

Die Privatdozenten Dr. H. Seuffert und Dr. H. v. Sicherer wurden zu außerordentlichen Professoren in der Juristenfakultät, und der Privatdozent Dr. G. Mayr zum außerordentlichen Professor in der staatswirthschaftlichen Fakultät der Universität München ernannt.

[Militär-Dienstes-Nachrichten.] Se. Maj. der König hat den Hauptmann M. Mieg vom Art.-Corps-Commando, bisher 2. Adjutant des Art.-Corps-Commandanten Generallieutenants Ritter v. Brodesser, zum ersten Adjutanten des genannten Generallieutenants ernannt; dem Regimentsquartiermeister G. Hoppe von der Stadtkommandantschaft Nürnberg den Charakter als Kriegskommissär verliehen. — In den Ruhestand wurde versetzt: der Hauptmann J. Geiger vom 7. Jäger-Bataillon. Auf Nachsuchen wurde von der Charge enthoben der Oberlieutenant A. Müller vom 12. Inf.-Reg. Auf 1 Jahr wurde in den Ruhestand versetzt der Hauptmann A. Frhr. v. Reichlin-Meldegg vom 3. Inf.-Reg.; ferner wurde im Ruhestande belassen und zwar auf weitere 3 Jahre der temporär pens. Hauptmann L. v. d. Mark, und ohne Zeitbestimmung vorbehaltlich der Wiederverwendung der temporär pens. Unterlieutenant F. Büchele.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. 8. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	62¼ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63¹/ —63 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	54 P.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 68	51 3/8—3/8 G.
"	4½pCt.	43 5/8 G.
Preussen	3½pCt. Staatsschuldsch.	84 1/8 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	102 P.
"	4½pCt. Obl. 1jähr. dto.	96 5/8 P.
"	4½pCt. Obl. ½jähr. dto.	96¾ G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89¾ G.
"	4 pCt. Obl. ½jähr. dto.	90¼ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 G.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4½pCt. Obl. b. Rothsch.	94¼ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	—
Baden	4½pCt. Obl.	94½ P.
"	3½pCt. Obl. v. 1842	82½ G.
Gr. Hess.	4½pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b Rothsch.	90 P.
"	3½pCt. Obl. dto.	85½ P.
Nassau	4½pCt. Obl. dto.	95½ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86½ P.
"	3½pCt. Obl. dto.	82½ G.
Frankfurt	3½pCt. Obl.	81 5/8 G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2½pCt. . . .	—
Schweden	4½pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 100Dr. 1881 D. 2½	78 7/8 P.
"	6pCt. ditto r. 1882	77 5/8—3/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	731 P. 29 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	202 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	93½ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	229 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	98½ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	314 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	107¾ G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	282½ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	141—40 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	66½ G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	30½ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	155—54½ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	88½ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4½ pCt.	107 1/8 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	129 5/8 P.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52½ P. 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 G.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	240 P.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	43¼ P.
Bayer. Ostbahn à 4½ pCt. volleinbez.	124¼ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100¼ P. 100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8—105 G.
Brem. 50 Th. Ld'. k. S.	98 P. 97¾ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94¾ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 1/8 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88½ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 5/8 P. 1/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94¾—5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102¾ G.
do. in öst. W. l. S.	102½—3/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 G.	Kurhess. Thlr. 40 b. R.	53 7/8 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68¾ P. ½ G.	Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	74¼—1/8 G.	" fl. 25 do.	38 7/8 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	138½ P.	Nassau fl. 25 bei Rothsch.	36 P.
" do. v. 1864	90 3/8—89 7/8 G.	Sardinische Fr. 36 b. R.	—
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101¾ P.	Neuchateler 10 Frs. Loose	—
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 5/8 P.	Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Badische fl. 35	51¼ P.	Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27½ P.
		St. Lüttich mit 2½ pCt. Z.	—
		Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 7/8 P.

Frankfurt, 19. Juni. Die Börse verkehrte in sehr guter Tendenz für österreichische Werthe, besonders Creditaktien. Höhere Wiener Notirungen unterstützten diese Richtung, so daß sowohl Spekulations-, als Anlagepapiere höher als gestern notiren. Für Amerikaner war die Stimmung matt und das Geschäft beschränkt. Von Süddeutschen waren bayerische sehr fest. Von Eisenbahnen stand wieder Elisabethbahn im Vordergrund und ward abermals höher bezahlt, da die Einnahmen fortwährend steigen und das Erträgniß dieses Monats von unterrichteter Seite schon jetzt auf nahezu 1 Million geschätzt wird. Auch böhmische Westbahn war ansehnlich höher, Bexbacher dagegen niedriger. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 170.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 21. Juni 1868.

Enthüllungen über den Mord in Belgrad.

Die Mörder sollen gestanden haben, daß eine Verschwörung „Omladina“ bestanden, die es sich zum Zwecke gesetzt, die Familie Obrenovich auszurotten.

Nach Pesther Blättern, deren Belgrader Berichte übrigens sehr einseitig sind, war die Verschwörung schon seit 5 Monaten angezettelt und hielten die Verschwörer, welche gelbe Röcke trugen, ihre Versammlungen in einer der belebtesten Straßen von Belgrad. Fürst Michael und die hervorragendsten Persönlichkeiten der Regierung sollten ermordet und eine Regierung aus ihrer Mitte eingesetzt werden, welche den Fürsten Alexander Karageorgiewitsch proklamiren sollte. Auch Belgrad selbst sollte Behufs Vermehrung der Verwirrung in Brand gesteckt werden. Diese Plane wurden jedoch sofort durch die Maßregeln der Regierung vereitelt. Dem „Pesther Lloyd“ wird geschrieben: „Im Innern durften die Verschworenen gar nicht sich enthüllen, da das Volk sie förmlich in Stücke zerhauen hätte. Das väterliche Haus der 3 Hauptmörder (Brüder Radovanowitsch) wurde in Schabatz vom Volke der Erde gleich gemacht und nur der Energie der dortigen Polizei gelang es, die Wuth des Volkes zu zügeln, sonst wären die Eltern des verbrecherischen Trifoliums massacrirt worden. Der Fürst Michael war gewarnt worden durch zwei Briefe, von denen der letzte in dem Rocke sich vorfand, in welchem er ermordet wurde.“

Als einer der Mörder wird jetzt ein gewisser Marich, ehemaliger Kreisgerichts-Präsident, bezeichnet, der wegen Ermordung seiner eigenen Frau zu 20 Jahren Kerker verurtheilt war, vom Zuchthaus-Direktor in Topschider die Erlaubniß erhalten hatte, frei umherzugehen. Der Direktor ist deßhalb auch verhaftet worden.

Die Fürstin Julie Obrenovich hat, nachdem die Leiche Michaels beigesetzt worden, sofort wieder Belgrad verlassen. Ihr an die Statthalterschaft und an die Nation gerichtetes Abschiedsschreiben lautet:

„Bevor ich scheide, ist es mir ein Bedürfniß, meinen warmen Dank dem trauernden Volke auszusprechen, welches heute mit mir nicht nur seinen Fürsten, sondern auch einen großen Patrioten zu Grabe geleitet hat. Eure Theilnahme währt noch fort und ehrt euch; nur edle Seelen können dankbar sein. Ich scheide von euch, doch meine Gedanken bleiben bei euch zurück; mein heißes Gebet wird fortan sein: „Gott möge Serbien glücklich erhalten und die Wünsche des zu früh verstorbenen Fürsten in Erfüllung bringen!“

Nach einem Bericht des „Wanderer“ über die Mordscene wäre auch Thomania Ephraim Obrenovitsch, die greise Mutter der mit ermordeten Anka, dabei gewesen, aber unverwundet geblieben. Ferner heißt es in dem Bericht, durch den gleichfalls mit heiler Haut davongekommenen Diener der Frau Thomania habe Garaschanin (Vater), der im Park spazieren ging, erfahren, was vorgefallen, und daß auch sein Sohn gefallen sei. „Ist er todt, so starb er für das Vaterland!“ äußerte er, und hielt es für wichtiger, sofort in die Stadt zu eilen, zumal er einen Radovanowitsch nach den gefallenen Schüssen ein Gefährte besteigen und hastig die Richtung gegen Belgrad nehmen sah. Seiner Eile war es zu danken, daß auch schon in der nächsten Stunde ein Cordon um Belgrad gezogen und die aus dem Senats-Präsidenten, Justizminister und Cassationshof-Präsidenten legal zusammengestellte provisorische Regierung eingesetzt war. Die auf der Flucht verwundete Katharina Konstantinowitsch hatte noch so viel Kraft, sich über das Parkgitter zu retten; ein Bauernwagen, der außerhalb zufällig des Weges vorüberfuhr, nahm sie auf und brachte sie nach dem Konak; sie weiß noch heute nichts von dem Tode ihrer Mutter; die schweren Verwundungen ließen eine solche Mittheilung nicht räthlich erscheinen. Der junge Garaschanin und der fürstliche Diener sind nur leicht verwundet; letzterer erkannte und bezeichnete in einem der Mörder einen Radovanowitsch, und es gelang auch, diesen festzunehmen. Die von einem Obersten befehligte Eskorte, die ihn nach Belgrad brachte, hätte ihn kaum schützen können, daß er vom Volke in Stücke gerissen worden wäre. Nur der Umstand, daß er wiederholt schrie: „Ich bin nicht allein, ich habe viele Mitschuldige!“ und die Energie des Obersten bewirkten, daß nicht ein Lynchgericht an ihm vollzogen wurde. Auch der andere Radovanowitsch, der im Parke abgewartet hatte, bis das Blutbad in seinem Sinne glücklich vollbracht war, und dann nach Belgrad eilte, um dort wahrscheinlich die von der Verschwörungspartei projektirten Plane zu insceniren, wurde verhaftet und in Gewahrsam gebracht. Daß die Verschwörung von langer Hand vorbereitet war und daß die Umsturzpartei an der gelungenen Durchführung ihrer Plane am 10. Juni nicht zweifelte, dafür ergibt sich ein schlagender Beweis durch die Thatsache, daß ein Professor für diesen Tag ausnahmsweise sein Collegium auf die achte Abendstunde verlegte und es mit den haranguirenden Worten an die Jugend eröffnete: „Jetzt sei der Moment gekommen, entweder

Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866.

Vor Kurzem ist der zweite Band der vom österreichischen Generalstabe verfaßten offiziellen Darstellung der Ereignisse des Jahres 1866 erschienen. Der Band umfaßt den Krieg in Italien, also die gegenseitigen Vorbereitungen zum Kriege bis zur Schlacht von Custozza, diese Schlacht selbst, sowie die späteren Ereignisse bis zum Abmarsche der Südarmee an die Donau. Er erzählt nicht nur in sachlich militärischer Beziehung die Vorfälle der Monate Juni und Juli 1866, sondern lüftet auch hin und wieder den Schleier von mancher politischen Episode.

Zuvörderst wurde unsere Aufmerksamkeit durch ein vom 3. Juni datirtes Schreiben des Erzherzogs Albrecht an den Kaiser gefesselt, worin nicht nur die strategische Lage der österreichischen Armee erörtert wurde, sondern welches auch zeigt, mit welcher Ruhe, Klarheit und Entschlossenheit der Erzherzog damals seine Lage überschaute. Bekanntlich schien es, als wollte sich die italienische Armee größtentheils am untern Po sammeln, bis in der zweiten Hälfte des Monats Mai jene Theilung des feindlichen Heeres in zwei die Süd- und Westgrenze des Venetianischen bedrohende Massen eintrat, durch welche es dem österreichischen Ober-Commandanten möglich ward, die Hauptarmee eines dreifach überlegenen Gegners zu schlagen.

Ueber diese Verschiebung der feindlichen Streitkräfte schreibt der Erzherzog Folgendes: „Seit dem an die General-Adjutantur Eurer Majestät gerichteten Telegramme vom 29. Mai über die Stellung der königlich sardinischen Armee hat sich im Wesentlichen darin nur das verändert, daß die damals in Ausführung begriffene Frontveränderung nunmehr zur vollendeten Thatsache geworden zu sein scheint. Lag früher die Vermuthung nahe, daß unsere Gegner durch die Concentrirung dreier Armeekorps in den Herzogthümern und am unteren Po bei fast völliger Räumung der Lombardei von regulären Truppen es vorzugsweise auf einen Angriff des Venetianischen mit Umgehung unseres Festungssystems abgesehen hätten, so läßt ihre nunmehrige Aufstellung mit positiver Sicherheit annehmen, daß der ursprüngliche Plan dahin modifizirt worden sei, mit der stärkeren Heereshälfte unsere Kräfte am Mincio festzuhalten, mit der minderen aber die Forcirung der Po-Linie in der Richtung Ferrara-Padua zu bewirken, um, je nach Umständen und in Voraussetzung glücklicher Erfolge, sich vor Verona die Hände zu reichen. Mit diesen wahrscheinlich gleichzeitig beabsichtigten Bewegungen dürfte die Flotte, auf welcher, Nachrichten zufolge, nebst fünf Freiwilligen-Regimentern auch reguläre Truppen eingeschifft worden sein sollen, an irgend einem Küstenpunkte eine Landung versuchen, sowie die übrigen Freikorps ihre hauptsächliche Verwendung in einem Angriff der Pässe von Tyrol fänden.“ Der Erzherzog führt nun die bestimmte Aufstellung der italienischen Armee vor Ausbruch der Feindseligkeiten an und schildert hierauf das moralische Element des Gegners, sowie die Verpflegsanstalten desselben. „Was den Geist dieser Truppen anbelangt, so wird derselbe mitunter in der widersprechendsten Weise geschildert; dessenungeachtet möchte

die Republik zu proklamiren oder den Karageorgiewitsch als Landesfürsten auszurufen." Auf diese Ansprache trat ein junger Mann vor und rief: „Wenn Karageorgiewitsch den Boden meines Vaterlandes betritt, so bin ich der Erste, der ihn wie einen räudigen Hund niederschießt!" Auch dieser Professor wurde in Haft genommen. Bisher sind gegen 50 Personen, die man als Theilnehmer an der Verschwörung verdächtig hält, eingezogen. Die Verhaftungen müssen geheim vorgenommen werden, denn im anderen Falle würden die Verdächtigen von dem Volke zerrissen, dessen Trauer über den Fürsten sich bis zur förmlichen Wuth gegen dessen Mörder und Feinde gesteigert hat.

Eben vor Schluß unseres Blattes erhalten wir noch durch die Wiener Blätter den officiösen Bericht über die amtlichen Erhebungen, welche über die blutigen Scenen gemacht wurden, den wir der Vollständigkeit halber unseren Lesern noch hier im Auszuge anschließen wollen. Es geht daraus Folgendes hervor:

Am 10. ds. um 5 Uhr machte Fürst Michael eine Spazierfahrt nicht sowohl nach Topschider, als nach dem Thiergarten, welcher die Verlängerung dieses Parkes bildet. Es ist dies ein 1500 Joch fassender eingefriedeter Raum, ein prächtiger Niederwald mit dichtem Gestrüpp und schattenreichen Laubgängen. Die Wege, welche der Fürst ebnen ließ, gestatten es 2 oder 3 Menschen neben einander zu gehen. Bei der Eingangspforte des Thiergartens wurde abgestiegen, und die Gesellschaft trat etwa gegen 6 Uhr in folgender Ordnung den Spaziergang an: Vorne ging der Fürst, neben ihm Katharina Konstantinovich, hinter ihm Anka, 20—30 Schritte rückwärts der Adjutant Garaschanin, der Anka's Mutter Tomanja, die Wittwe Jeffrem's, am Arm führte, und ganz rückwärts befand sich der Leibdiener des Fürsten. Die Gesellschaft mochte ungefähr 18 Minuten vom Eingange entfernt sein, da gewahrte sie auf einem erhöhten Standpunkt 3 Menschen in französischer Kleidung. Als sich ihnen der Fürst näherte, ging die Gruppe der Fremden auseinander, 2 gingen nach der sich abwärts neigenden Böschung und der dritte wich nach der anderen Seite aus, wo das Terrain sich in die Höhe entwickelt, und machte bei einer großen Eiche Halt. Als der Fürst vorüberging, machten die 3 Fremden eine tiefe, ehrfurchtsvolle Verbeugung und salutirten mit der linken Hand. Nach weiteren 2 Schritten ertönte ein Schuß von dem vierten der Mörder, der im Gebüsche verborgen war. Gleichzeitig schossen auch die Drei ihre Waffen los. Der Fürst machte noch einen starken Schritt vorwärts, drehte sich um und stürzte mit dem Rufe: „Gott vergebe ihm!" leblos zu Boden. Der Adjutant zog hierauf seinen Säbel, wurde jedoch von 3 Schüssen getroffen, so daß er mit zerschmettertem Arme besinnungslos zusammensank. Die Damen erhoben nach diesem schrecklichen Vorfalle ein entsetzliches Geschrei und mußten in Folge dessen den wüthenden Mördern als Opfer fallen. Anka, die gleichfalls zu Tode getroffen wurde, scheint sich ihren Angreifern gegenüber gewehrt zu haben, denn ihr Körper war fürchterlich zugerichtet. Katharina erhielt drei Schüsse in die Schulter. Zwei Kugeln wurden bereits herausgenommen, die dritte konnte noch nicht gefunden werden. Der Fürst, dessen Leichnam bis zur Unkenntlichkeit entstellt war, hatte vier Kugeln und siebzehn Schnittwunden, da sich die entmenschten Mörder mit ihren Handscharen auf ihn stürzten, um seines Todes vollkommen sicher zu sein. Tamanja hatte gleich nach dem ersten Schusse in ihrem Schrecken die Flucht ergriffen, und da sie beim Laufen im Gebüsche stolperte, so mochten die Mörder sie gleichfalls für unschädlich gehalten haben. Mittlerweile gelang es auch dem Diener, das Thor zu erreichen, wo die Wagen Halt gemacht hatten und sich auch die Garden befanden. Auf den Lärm, den der Diener erhob, eilte Alles nach der Mordstätte, wo man zwei Leichen und den verwundeten Adjutanten fand. Katharina hatte sich trotz ihrer Wunden fortgeschleppt, und die Mörder, es scheinen ihrer sieben gewesen zu sein, hatten bereits die Flucht ergriffen. Vier von ihnen waren mit Waffen versehen; die zwei (nicht drei) Brüder Radovanovich, Marich und Roglich aus Passarovitz. Drei von den Verbrechern schienen blos als Aufpasser verwendet worden zu sein. In der Nähe des Ortes, wo das Morden stattgefunden, bemerkte man einen markirten Platz. Im Umfange von drei bis vier Klaftern war nämlich das Niederholz abgehauen und die drei übrig gebliebenen Stämme waren mit großen Kreuzen bezeichnet. Von dieser Stätte, die den Verschworenen als Versammlungspunkt gedient haben mag, hatte man einen freien Blick auf den Eichenbaum, unter dessen Schatten der Fürstenmord begangen wurde. Die Verhaftung der Mörder gelang dadurch, daß der Diener den Radovanovich, der zuerst auf den Fürsten geschossen, gekannt hatte.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 19. Juni. [Das neue Gewerbegesetz für den norddeutschen Bund.] Das Gesetz, betreffend den Betrieb der stehenden Gewerbe lautet nach den Beschlüssen des Reichstages nunmehr:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen ꝛc., verordnen im Namen des Norddeutschen Bundes, nach erfolgter Zustimmung des Bundesraths und des Reichstages, was folgt:

§ 1. Das den Zünften und den kaufmännischen Corporationen zustehende Recht, Andere vom Betriebe eines Gewerbes auszuschließen, ist aufgehoben.

§ 2. Für den Betrieb eines Gewerbes ist ein Befähigungs-Nachweis nicht mehr erforderlich. Diese Bestimmung findet jedoch bis auf Weiteres keine Anwendung auf den Gewerbebetrieb der Aerzte, Apotheker, Hebammen, Advokaten, Notare, Seeschiffer, Seesteuerleute und Lootsen. So weit in Betreff der Schiffer und Lootsen auf Strömen in Folge von Staatsverträgen besondere Anordnungen getroffen sind, behält es dabei sein Bewenden.

§ 3. Die Unterscheidung zwischen Stadt und Land in Bezug auf den Gewerbebetrieb und die Ausdehnung desselben hört auf. Die Beschränkung der Handwerker auf den Verkauf der selbstverfertigten Waaren wird aufgehoben. Der gleichzeitige Betrieb verschiedener Ge-

---

ich annehmen, daß nach dem allerorts starken Zulaufe der Jugend während der Bildung der Freicorps die Gemüther im Allgemeinen sehr aufgeregt sind, und daß diese Theilnahme nicht ohne Einfluß auf das Heer bleiben könne. Die Verpflegung hingegen scheint, nach manchen Notizen zu schließen, dermalen noch ziemlich mangelhaft und ungeregelt geleistet zu werden, sowie auch bezüglich der Transportmittel und namentlich der Bespannung der Artillerie noch Vieles zu wünschen erübrigt, was schon daraus zu entnehmen, daß vorerst die Batterien nur mit vier Geschützen in's Feld rücken und der reglementmäßig bei jeder Armee-Division vorgeschriebene Park unbespannt zurückgelassen werden soll. Es geht übrigens das Gerücht, daß die kaiserlich französische Regierung, um dem fühlbaren Mangel an Pferden bei dem sardinischen Heere abzuhelfen, in freundlichster Weise sich zur Abgabe der Pferde von zwei Cavallerie-Regimentern verstand." War dieses Gericht nicht grundlos, so muß man zugeben, daß solche nachbarliche Aushilfe ein eigenthümliches Licht auf das Dunkel der „aufmerksamen Neutralität" des Kaisers der Franzosen wirft. Es geht hieraus übrigens auch hervor, wie ehrlich die von Paris unterstützten Abrüstungsvorschläge Oesterreich gegenüber gemeint waren. Unbegreiflich bleibt es weiter, wie Graf Mensdorff, dem doch dieser Umstand genau bekannt sein mußte, die Abtretung Venedigs an Napoleon III. befürworten konnte; noch unerklärlicher ist es jedoch, was der erwähnte Diplomat von dieser Abtretung für Vortheile erwartete.

Der Erzherzog skizzirt die an der Etsch zwischen Montagnana und Lonigo erfolgte Aufstellung der kaiserlichen Armee und gibt weiters seine Absicht kund, aus dieser Centralstellung über den ihm zunächst eine Blöße bietenden Theil des Gegners herzufallen.

Aus diesem Schreiben, sowie auch aus den Dispositionen des Erzherzogs für den 22., 23. und 24. kann man entnehmen, daß Erzherzog Albrecht's Sieg bei Custozza nicht blos das Ergebniß des Zufalls, sondern wohlcombinirter strategischer Berechnungen war. Allerdings spielte das Moment der Ueberraschung entscheidend mit. Im italienischen Hauptquartiere war man bekanntlich der Ueberzeugung, daß die österreichische Armee sich noch in ihren Stellungen an der Etsch befinde, während selbe sich bereits am 22. und 23. Juni vor Verona concentrirt hatte. Der Glaube Viktor Emanuel's, es sei unmöglich, angegriffen zu werden, war so fest, daß er vor Beginn der Schlacht in Valeggio seinen gewöhnlichen Spazierritt machte. Die für den 24. italienischerseits ausgegebenen Dispositionen waren nur auf Dislocationen berechnet. Die Verwirrung der Italiener war demnach auch, als sie angegriffen wurden, eine überaus große. Diesem Umstande ist auch wohl die nicht zu rechtfertigende Rath- und Thatlosigkeit der italienischen Divisions-Generale zuzuschreiben. So z. B. marschirte die Brigade Forli, der Division Cerale, bereits nach erfolgtem Beginn der Schlacht ohne Avantgarde. Drei Züge, kaum 100 Reiter des 12. österreichischen Uhlanen-Regiments, attaquirten die nahezu 5000 Mann starke feindliche Brigade, verwundeten die Generale Cerale und Dho, zersprengten von den fünf Bataillonen vier so, daß nur Eines beisammen blieb, während die Mannschaften der anderen über Oliosi nach Monzambano und Valeggio flüchteten.

Die Division Brignone marschirte am Monte Torre bei Custozza mit dem Rücken gegen die angreifenden Oesterreicher auf und wendete sich erst diesen zu, als sie plötzlich von unseren Geschützen im Rücken beschossen wurden. Wir sehen die Divisionen Pianelli, Cugia,

werbe, so wie desselben Gewerbes in mehreren Betriebs- oder Verkaufslokalen ist gestattet.

§ 4. Jeder Gewerbetreibende darf hinfort Gesellen, Gehülfen, Lehrlinge und Arbeiter jeder Art und in beliebiger Zahl halten. Gesellen und Gehülfen sind in der Wahl ihrer Meister oder Arbeitgeber unbeschränkt.

§ 5. Der Betrieb eines Gewerbes, zu dessen Beginn nach Maßgabe der bestehenden Landesgesetze eine polizeiliche Genehmigung nicht erforderlich ist, kann fortan nur im Wege der Bundesgesetzgebung von einer solchen Genehmigung abhängig gemacht werden.

§ 6. Das gegenwärtige Gesetz findet keine Anwendung auf die Bestimmungen der Landgesetze 1) über Erfindungspatente; 2) über das Bergwesen; 3) über die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter; 4) über den Verlust der Befugniß zum Halten von Lehrlingen als Folge strafgerichtlichen Erkenntnisses; 5) über die Berechtigung der Apotheker, Gehülfen und Lehrlinge anzunehmen; 6) über den Betrieb öffentlicher Fähren; 7) über das Abdeckereiwesen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 19. Juni. [Ein Rundschreiben des Kultusministers an die österr. Bischöfe] bezieht sich auf die Einführung der neuen konfessionellen Gesetze, besonders in Beziehung auf das Ehe- und Schulgesetz und die dadurch veränderte Stellung von Kirche und Staat. Der Kultusminister fügt, „um jedem möglichen Zweifel im vorhinein zu begegnen, bei, daß, was namentlich die Angelegenheit der Ehen von Katholiken anbelangt, zwar die durch das Patent vom 8. Dezbr. 1856 anerkannten geistlichen Ehegerichte als solche in Hinkunft nicht mehr fortbestehen können, daß aber andererseits ebenso unzweifelhaft das verfassungsmäßige Recht der Kirche, ihre inneren Angelegenheiten selbständig zu ordnen und zu verwalten, daher die für den Gewissensbereich erforderlichen und lediglich pro foro interno giltigen Verfügungen auch in Ehesachen zu treffen, hierdurch vollkommen unberührt bleibe." — Ferner spricht der Kultusminister im Namen der Regierung, besonders im Hinblicke auf die mannigfachen Mißdeutungen, welche der Standpunkt der Regierung bei den vorbereitenden Verhandlungen über diese Gesetze erfahren habe, die Ueberzeugung aus, daß auf dem Boden der Freiheit der Kirche, welche die Staatsgrundgesetze gewährleisten, für die reichen Mittel der Kirche ein weites und unanfechtbares Feld segensreicher Wirksamkeit eröffnet ist. Das Schreiben schließt: „Die Freiheit der Kirche zu schützen, die ihr gebührende Achtung mit allen berechtigten Mitteln der Staatsgewalt aufrechtzuerhalten, ist die ernste Absicht der Regierung, und jede Einmischung der Staatsgewalt in das eigenthümliche Gebiet der Kirche wird ihr stets fernliegen. Deßhalb aber glaubt sie auch, daß die durch die obigen Gesetze veränderte Stellung der Kirche zum Staate jenes Verhältniß freundlicher Gegenseitigkeit zwischen beiden, dessen Wohlthätigkeit und Nothwendigkeit für den Staat wie für die Kirche sie vollkommen anerkennt, nicht zu trüben braucht, und es ist ihr lebhafter Wunsch wie ihre Hoffnung, daß sich dasselbe auf der neugeschaffenen Grundlage nur um so segensreicher entfalten und befestigen werde."

Ausland.

Frankreich. Paris. [Erscheinen einer Wochenschrift der süddeutsch-demokratischen Partei.] Der „Allg. Ztg." wird aus Paris geschrieben, daß daselbst eine neue deutsche Wochenschrift als Organ der „süddeutschen demokratischen Partei" gegründet werden solle. Mehrere Mitglieder der letzteren hätten bereits ihre Zustimmung eingesendet, so der württembergische Abg. Oesterlen. An der Spitze des neuen Unternehmens stehe ein Herr v. Stubenrauch, der früher in Mexiko eine deutsche Zeitung herausgegeben. — Ueber diesen Hrn. v. Stubenrauch schreibt man nun der (bekanntlich demokratischen „Frankf. Ztg." aus Wien: „Ein in Wien sehr bekannter Herr v. Stubenrauch gab allerdings während des Maximilianischen Kaiserreichs ein offiziöses Organ heraus, in welchem u. A. die standrechtliche Erschießung der im Kampfe für die republikanische Verfassung ihres Vaterlandes gefangen genommenen mexikanischen Offiziere und die Niederbrennung republikanisch gesinnter Ortschaften „gerechtfertigt" wurde rc. Dieser Hr. v. Stubenrauch ist ein Sohn des Professors, der sich wegen drohender Entdeckung vielfacher Unterschlagungen mit Cyankali vergiftete. Nach dieser Katastrophe begab sich v. Stubenrauch junior auf Reisen. Früher schon wurde die Wiener Universität durch ein scandalöses Qui pro quo allarmirt, indem ein v. Stubenrauch jun. die gesetzliche Prüfung bestand, ohne sie zu bestehen; es unterzog sich nämlich ein armer Teufel statt seiner dem Examen, und da der falsche „von Stubenrauch" viel mehr gelernt hatte, als der echte, so bekam der letztere ein gutes Zeugniß. Unsere demokratischen Gesinnungsgenossen in Süddeutschland und an der Seine werden also wohl thun, sich den mexikanisch-französischen Stubenrauch recht genau anzusehen."

Großbritannien. [Die Debatten des englischen Parlaments] verlieren von Woche zu Woche an Interesse. Die Mitglieder kennen den unabänderlich vorgeschriebenen Lauf dieser eigenthümlich beschaffenen Session zu genau im voraus; sie wissen einerseits zu gut, was noch geschehen muß, und andererseits, was nicht geschehen kann. Es fehlt der Reiz der Frische, und das Bischen, das sonst noch übrig bleiben würde, erschlafft in der ungewohnten Hitze. Hervorzuheben ist die dritte Lesung des Gladstone'schen Suspensionsgesetzes; die grundsätzliche Anerkennung des von der Regierung vorgelegten irischen Reform-Entwurfes in der Comiteberathung gegenüber den zahlreichen Abänderungs-Anträgen; ferner die Ablehnung eines von John Bright gestellten Antrages auf Einsetzung einer k. Kommission zur Untersuchung der Beschwerden Neuschottlands gegen die Union mit Canada. Die Regierung hat die Neuschottländer darauf aufmerksam gemacht, daß ja ihr eigenes Parlament sich für die Union ausgesprochen habe. Man könne in wichtigen Staatsangelegenheiten nicht so nach wechselnder Laune verfahren.

— [Die Frauenrechte im englischen Parlament.] Der „Köln. Ztg." wird aus London, 18. Juni, geschrieben: „Die englischen Frauen werden in mehreren liberalen Blättern beglückwünscht ob des Sieges, den sie gestern im Unterhause errungen haben. Ein armseliger Sieg in der That und, was noch schlimmer ist, er

---

Govone, obwohl sie rechtzeitig auf dem Kampfplatze waren, erst dann eingreifen, nachdem die Divisionen Cerale, Sirtori und Brignone geschlagen und zum größten Theile in wilder Flucht auf das rechte Mincio-Ufer zurückgeworfen waren. Die größte Schuld an dem Verluste der Schlacht trugen aber die Infanterie-Divisionen Prinz Humbert und Bixio, sowie die Cavallerie-Division Sonnaz. Diese Divisionen, in der Gesammtstärke von 20,000 Mann, 2400 Reitern und 48 Geschützen standen von 5 Uhr Früh bis beinahe 10 Uhr Abends bei Villafranca zwei österreichischen Cavallerie-Brigaden in der Stärke von 15 Escadronen, gleich 2500 Reitern, und acht Geschützen, welche in den Morgenstunden gegen diese Truppenmassen, mit großen Verlusten, ein paar glückliche Attaquen gemacht hatten, unthätig gegenüber. Wahrlich diese Unthätigkeit erinnert an jene Gortschakoff's in der Schlacht bei Inkermann. Prinz Humbert und Bixio dürften wohl nur durch die hohe Geburt des Ersteren vor einem Kriegsgericht gerettet worden sein.

Während die österreichische Armee nur 71,824 Mann Infanterie, 3530 Mann Cavallerie und 168 Geschütze im Gefecht hatte, waren italienischerseits bei 100,000 Mann Infanterie, 6000 Mann Cavallerie und 246 Geschütze auf dem Schlachtfelde. Von der österreichischen Armee waren jedoch nur das 23. Jäger-Bataillon, das 4. Bataillon Maroicic und die 5. Batterie des 7. Artillerie-Regiments nicht im Feuer, während von den 11 italienischen Divisionen fünf in unmittelbarster Nähe des Schlachtfeldes und meist im Geschützbereich stehende Divisionen (Humbert, Bixio, Angioletti, Longoni und Sonnaz) gar nicht zur Verwendung kamen. Die italienischen Unter-Commandanten zu Lande haben sich aus Sorge für die eigene Sicherheit bei Custozza eben nicht viel besser benommen, wie ihre Kameraden zur See, die Commandanten der Holzschiffe bei Lissa.

Die Schlacht bei Custozza wird ewig denkwürdig bleiben. In strategischer Beziehung wird ihre Anbahnung als Muster der Ausbeutung des Prinzipes der relativen Ueberlegenheit und des Prinzipes des strategischen Ueberfalles dastehen. In taktischer Beziehung dürfte sie wohl der letzte Triumph der Stoßtaktik gewesen sein. Der höchst interessante zweite Band der offiziellen Relation schließt mit folgenden, der Armee gewidmeten Worten: „Leider hat der glänzende Feldzug des FM. Erzherzog Albrecht im Süden, den noch der Heldenmuth der kaiserlichen Flotte so außerordentlich verherrlichte, dem Staate die Provinz Venedig nicht erhalten können; denn bei der Nordarmee, dort, wo Alles auf dem Spiele gestanden, war alles verloren worden. Doch so düster das Schicksal dieser Armee war, der Glanz des Feldzuges der kaiserlichen Armee im Süden dünkt uns groß genug, um noch einen Schimmer auf die Unglücksstätten Böhmens werfen zu können. Das so ungleiche Kampfresultat der kaiserlichen Armeen auf den beiden Kriegsschauplätzen war nur die Folge ungleicher Führung. Die Armee selbst war in Glück und Unglück, in Süd und Nord wie immer tapfer, todesmuthig und brav. Kühn und mit Selbstvertrauen geführt, besiegte sie im Süden einen dreimal stärkeren Feind; unsicher im Norden geführt, unterlag sie dort dem kaum stärkeren Gegner. Möge sich die Armee, wenn sie an dem erlittenen Unglücke im Norden verzweifeln möchte, an der Erinnerung ihres glänzenden Erfolges im Süden aufrichten."

wird ihnen sobald keine Früchte tragen. Die Sache verhält sich folgendermaßen: Die englische Frau ist in Bezug auf Besitzrechte schlechter gestellt, als die Frauen in vielen Ländern des Orients. Aus dem höchst zweifelhaften Satze: Mann und Weib sei ein Leib, ist durch das englische Gesetz die Regel herausdestillirt worden, daß Alles, was die Frau an Hab und Gut ihr eigen nennt, Besitzthum ihres Mannes sei, über das ihm das ausschließliche Verfügungsrecht zustehe. Was sie als Heirathsgut mitbringt, was sie später erwirbt oder ererbt, gehört ihm, als hätte er es erworben und ererbt. Der Frau aber bleibt als Gegengewicht für diese einseitige Behandlung bloß das Recht des Anspruches, daß sie der Ehegatte seinen Verhältnissen entsprechend ernähre, und nebenbei der Trost, daß er ihre Schulden bezahlen müsse, wofern sie gezwungen war, für sich und den Haushalt zu borgen. Dies ist die Regel, die nur durch eine besondere, umständliche Vereinbarung umgestoßen werden kann, eine Vereinbarung, die sehr oft reichen, nie aber armen Frauen aus dem Arbeiterstande zu Gute kömmt. Und doch bedürfen gerade diese den Schutz des Gesetzes am allermeisten, da ein nichtsnutziger, ausschweifender und dem Trunk ergebener Mann seinem arbeitsamen Weibe nur zu oft alles abnimmt, was sie die Woche über verdient hat und dadurch unsäglichen Jammer über seinen Hausstand bringt. Gegen diese ungerechte Bevormundung des Weibes ist schon viel geschrieben und gesprochen worden, in Form von Romanen und gelehrten Abhandlungen, im Parlamente und auf Meetings. Aber es hat lange gewährt, bis die Vertheidiger der Frauenrechte für ihre bezüglichen Anträge im Parlamente auch nur eine respektable Minorität gewinnen konnten, und mit Recht konnte Lowe sagen, daß den Frauen Englands der Akt des Heirathens gewissermaßen als Verbrechen angerechnet werde, da sie dafür vom Gesetz mit Konfiskation von Hab und Gut gebüßt werden. Endlich ist ihnen ein günstiger Stern aufgegangen; die von Shaw Lefevre eingebrachte Bill, welche ihnen gleiches Eigenthumsrecht mit dem Manne sichern soll, passirte gestern die zweite Lesung mit einer Majorität von einer Stimme. 123 hatten für und eben so Viele dagegen gestimmt. Da warf der Sprecher seine Stimme zu Gunsten des zarten Geschlechts in die Waagschale, worauf hinter der vergitterten Gallerie her verbotener Beifall in die Tiefe schallte, Händeklatschen und Klopfen von Fächern an den vergoldeten Gitterstäben, wie dergleichen im Unterhause noch nicht gehört worden war. In dem goldenen Käfig saßen nämlich die Frau Jakob Bright's und Andere, welche in Frauen-Emanzipation arbeiten, die elegante Welt aber befand sich in Ascot beim Wettrennen, und die Beifallsbezeigungen sollten wahrscheinlich dem Sprecher gelten, weil er mit seiner entscheidenden Stimme den Frauen zu Hülfe gekommen. Doch damit thaten sie ihm zu viel Ehre an. Er that nur, was er nicht lassen konnte, denn die Regel erheischt, daß der Sprecher bei gleich getheilter Stimmenzahl und, wenn die Vorlage in einem spätern Stadium nochmals vor das Haus gelangen muß, seine Stimme für und nicht gegen den Antrag abgebe. Auf alle Fälle war es ein Sieg, wenn auch ein mühsam errungener, und man dürfte den Frauen dazu von Herzen Glück wünschen, wenn nicht hintendrein beschlossen worden wäre, die Bill zunächst einem Sonderausschusse behufs Erörterung ihrer einzelnen Punkte zu überantworten. Dadurch wird der Triumph der Frauen auf der Galerie wieder zu nichte, wenn nicht für alle Zeiten, doch für diese Session. Denn besagter Ausschuß wird schwerlich mit seiner Arbeit so bald fertig werden und somit die endgültige Erledigung der interessanten socialen Frage auf das nächste Jahr vertagt bleiben müssen."

Rußland. [Die civilisatorische Mission Rußlands in Central-Asien.] Die Ereignisse in Centralasien werden in der „R. K." vom russischen Standpunkte dargestellt und beurtheilt, wie folgt: „Die russische Armee hielt nach dem glänzenden Siege, den sie über die Armee des Bucharen-Emir am 13. Mai errungen, am folgenden Tag ihren Einzug in Samarkand. Diese bisher in ein geheimnißvolles Dunkel gehüllte Stadt, welche nur selten Reisende unter großen Schwierigkeiten und mit Gefahr ihres Lebens besuchten, ist jetzt der civilisirten Welt geöffnet. Die Ereignisse der letzten Jahre in Central-Asien, die brillanten Eroberungen Rußlands, der bildende Hauch des Occidents, der zum ersten Male diese Völker durchdringt, alles dies muß für die Zukunft unberechenbare Folgen haben. Eine ganze Welt ist zu einem neuen Leben erweckt, ist berufen, einer bisher unbekannten Ordnung und Ruhe zu genießen und die Garantien zu haben ihrer Existenz und ihres Eigenthums, ohne welche keine Nation Fortschritte machen kann. In Europa gefällt man sich in der Ansicht, daß Rußlands Politik auf Eroberungen ausgeht, und daß sie selbst die Zwietracht anfacht, um zu den Waffen greifen zu können. Wie viele Male hat nicht die ausländische Presse es wiederholt, daß unsere Herrschaft in Centralasien eine Gefahr für die indischen Besitzungen Englands biete! Alle diese Angriffe — immer dieselben — können keinen Einfluß auf den Geist der Völker des Westens ausüben, weil im Allgemeinen die Theilnahme an dieser Frage sehr unbedeutend ist. Wenn es überhaupt ein Volk gibt, das eine richtige und gesunde Meinung über die Ereignisse in Centralasien, durch die der politische Zustand derselben geändert wurde, haben kann, so sind das dieselben Engländer, zu deren Feinden man uns machen will. Ihre eigenen Erfahrungen werden sie in dieser Frage leiten und daran erinnern, daß ihre gegenwärtigen, von ursprünglich kleinen Anfängen ausgehenden Eroberungen und allmäligen Annexionen nicht nur durch ihren kriegerischen und unternehmenden Muth herbeigeführt wurden. Sie haben mehrmals daran gedacht, anzuhalten, der Frieden wurde geschlossen, aber leider ist unter den gegebenen Verhältnissen der Frieden unmöglich, denn jeder asiatische Machthaber betrachtet den Wunsch, von jedem Kampfe abzustehen, als ein Zeichen der Furcht, und nichts kann ihn bestimmen, mit seinen Nachbarn in Frieden zu leben. Die Ereignisse in Centralasien haben einen ähnlichen Ursprung gehabt, ihre Geschichte beweist, wie weit unsere Friedensliebe ging, mit welchem Widerstreben wir vorrückten, obwohl alle nur möglichen Bedrückungen unserer Landsleute und fortwährend sich wiederholende Gebietsverletzungen uns zum Aeußersten gebracht. Die Eroberung ist unvermeidlich, wo ein Volk im Joche nur das einzige Verlangen kennt, sich von seinen Despoten zu befreien. Das Ereigniß von Samarkand liefert eine Menge Beweise von der Stimmung des Volkes. Unerachtet des außerordentlichen Ansehens, das dem Emir von Buchara seine Stellung als mächtigster Souverän von Centralasien, der die weltliche und geistliche Macht vereinigt, verleiht, hat es nur einer einzigen Niederlage bedurft, um ihm die Thore von Samarkand zu verschließen. Diese Thatsache ist beredt und beweist, wie sehr alle diese Völkerschaften des von ihnen so lange geduldeten Joches müde sind und wie sehr sie eine auf Gerechtigkeit und Gleichheit begründete politische und sociale Umgestaltung wünschen. Wir sind überzeugt, Rußland wird seinen wichtigen Beruf in Centralasien nicht verfehlen."

Nichtpolitische Zeitung.

[Chateau Laffitte.] Für Weinliebhaber, wenn sie Millionäre sind, kann es von Wichtigkeit sein, daß am 20. d. M. die Besitzung Chateau Laffitte vor dem Civil-Tribunal der Seine auf Basis des Ausgebotes von 4,500,000 Francs verauktionirt wird. Dieses Besitzthum, welches bekanntlich die edelsten aller Bordeauxweine erzeugt, gehört den Erben des Herrn Sequin, die sich in drei Gruppen theilen. Es trägt einen jährlichen Gewinn von 400,000 Francs. Wahrscheinlich wird es bei der Auktion harte Kämpfe geben, denn die werthvolle Domäne ist das Ziel der größten Spekulanten und der reichsten Eigenthümer Europa's. Man spricht davon, daß sich eine französische Gesellschaft gebildet habe, um mit einer ansehnlichen Ziffer von Millionen den Engländern den Besitz eines Weinberges streitig zu machen, auf den Frankreich mit Recht stolz sein kann.

Amtliche Nachrichten.

Se. Maj. der König hat nachbenannten Unteroffizieren und Soldaten anläßlich ihrer erst in jüngster Zeit zur Kenntniß und zum Nachweis gekommenen hervorragenden und statutengemäß zu einer Berücksichtigung unzweifelhaft geeigneten Leistungen während des Feldzuges 1866 nachträglich folgende Belohnungen und Belobungen ertheilt und zwar: I. die goldene Militär-Verdienst-Medaille: dem Gemeinen des 6. Inf.-Reg. G. Rückl aus Tennz; II. die silberne Militär-Verdienstmedaille: dem Oberfeuerwerker des 1. Art.-Reg. J. Hoffmann aus Landshut und dem Gemeinen des 6. Inf.-Reg. M. Michel aus Kulmbach; III. das Militär-Verdienstkreuz: dem Sergenten des 6. Inf.-Reg. F. Zeischner aus Regensburg, dem Feuerwerker des 1. Art.-Reg. A. Mausner aus Lauterhofen, dann dem Korporal des 6. Inf.-Reg. A. Keller aus Nabburg; IV. eine Belobung: den Korporälen J. Heider aus Hellziechen, und J. Werner aus Granwinkl, beide vom 6. Inf.-Reg.; den Gefreiten G. Beck aus Fuchsmühl, J. Donhauser aus Zandt und L. Fersch aus Trautmannshofen, sämmtliche vom 6. Inf.-Reg.; dann dem (inzwischen verabschiedeten) Bombardier J. Gobam aus Allmannsdorf vom 1. Art.-Reg., den Gemeinen G. Huber aus Fraßhausen vom 1. Inf.-Reg., M. Kraus aus Ziegenmühle, J. Merold aus Etzlarn, C. Merz aus Korndrau, J. Stenglein aus Wedendorf, C. Deris aus Büchelberg, C. Eibl aus Beratzhausen, J. Fleischmann aus Hub, M. Götz aus Lickenrieth, R. Geigenmüller aus Selb, P. Haller aus Paulsdorf, G. Iberl aus Hilpbofen, B. Kreutzer aus Hohenhard, J. König aus Oberbibrach, J. Kick aus Hirschau, G. Leybold aus Friedersdorf, J. Mehrl aus Mollersdorf, C. Nagl aus Mörlach, Chr. Opel aus Spielberg, A. Platzer aus Hohenwald, A. Prechtl aus Oberköblitz, J. Scharnagl aus Floß, A. Vogl aus Neunburg v/W., J. Zrenner aus Mitterteich, sämmtliche vom 6. Inf.-Reg., dann dem Unterkanonier G. Dabelstein aus München vom 1. Art.-Reg.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 171-72. | Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner | 65. Jahrgang. | Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco. | Dinstag, 23. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. [Episoden aus dem Feldzuge von 1866.] Die „Südd. Presse" schreibt: Aus der im Militär-Verordnungsblatte Nr. 30 jüngst bekannt gegebenen, nachträglich erfolgten Dekorirung mehrerer Unteroffiziere und Soldaten mit der Tapferkeitsmedaille und dem Militärverdienstkreuze nehme ich Anlaß, Ihnen ein paar Episoden aus dem Feldzuge des Jahres 1866 mitzutheilen, in Folge deren jene Dekorirungen erfolgt sind, und die für viele Ihrer Leser nicht ohne Interesse sein dürften.

I. Am Tage des Gefechtes bei Cella, dem 4. Juli 1866, hatte sich von der Compagnie des gefallenen Hauptmanns König des 6. Inf.-Reg. eine Abtheilung nach einem vergeblichen Versuche, sich durch den in Uebermacht andrängenden Feind mit dem Bajonnet durchzuschlagen, in eine Scheune geworfen, und diese mit einer Hartnäckigkeit vertheidigt, welche diesen Vorgang zu einer hervorragenden Waffenthat des Feldzuges von 1866 macht, und von welcher später noch von Feindesseite mit hoher Achtung gesprochen wurde. Gleichwohl haben die Wackeren, welche bei dieser That betheiligt waren, weder sofort noch später die verdiente Auszeichnung erhalten, weil dieselben alle für todt galten, während eine Anzahl derselben theils schwer verwundet, theils gefangen in Feindeshänden war, und Niemand von ihrem Schicksale Kenntniß hatte, bis gelegentlich einer im Sommer vorigen Jahres vom Generalkommando Nürnberg zu Amberg gehaltenen Inspektion einer der Betheiligten, Soldat Georg Rückl, noch schwer verwundet im Militärkrankenhause getroffen, und von diesem Mittheilung über den in Rede stehenden Vorfall gemacht wurde, welche zu einer nachträglichen Erhebung der Sache veranlaßte. Diese ergab, daß die besagte Abtheilung gegen ein ganzes feindliches Bataillon Infanterie, von diesem auf 2 Seiten bestürmt und durch die eingesprengten Scheunenthore beschossen, obschon sie, wiederholt zum Ergeben aufgefordert worden, unter dem schönen Rufe: „Bayern ergeben sich nicht!" Stand hielt, bis sie keine Patronen mehr hatte, die meisten niedergemacht oder verwundet waren, die übrigen aber im dichten Handgemenge zuletzt von ihrer Waffe, von der Uebermacht des Feindes förmlich erdrückt, keinen Gebrauch mehr machen konnten, wegen ihrer Tapfe[illegible] aber geschont und zu Gefangenen gemacht wurden. Unter diesen Braven zeichneten sich vorzugsweise die Soldaten Georg Rückl und Matthäus Michel aus, von denen ersterer 3 Schüsse erhalten hatte, trotzdem aber den Kampf mit der Kugel und dem Bajonnet in vorderster Reihe fortsetzte, bis er einen vierten Schuß in die Schulter erhielt, gleichzeitig mit einem Kolbenschlage zu Boden gestreckt wurde und für todt liegen blieb, Michel dagegen, der schon Tags vorher eine 3 Mann starke feindliche Husaren-Patrouille Mann für Mann vom Pferde geschossen hatte, am vorderen Scheunenthor postirt, mit einer Schußwunde in der rechten Hand, das Gewehr in die linke Hand nahm, und einem Preußen, welcher Pardon anbot, statt der Antwort das Bajonnet durch den Leib rannte und hiedurch den Muth der übrigen noch mehr anfeuerte, bis er kampfunfähig gemacht wurde. Auch er lag noch im vorigen Sommer an seinen Wunden darnieder. Außer diesen beiden Soldaten waren es ferner die bei der Abtheilung befindlichen Unteroffiziere, Sergeant Friedrich Zeischner und Korporal Anton Koller, welche in der Hoffnung sich mit ihrer Mannschaft doch noch durchschlagen zu können, diese zum Widerstande anfeuerten und persönlich durch Muth und Unerschrockenheit sich auszeichneten.

II. Am 25. Juli 1866 Nachmittag 3 Uhr war die Batterie Schropp beordert worden, auf einem Berg vor Uettingen in der Richtung nach Helmstadt gegen die Preußen Stellung zu nehmen; sie fuhr dort auf, ließ abprotzen, die Protzen aber etwas weiter rückwärts als gewöhnlich auffahren und eröffnete ihr Feuer. Allein schon nach den ersten Schüssen wurde die Batterie von einer starken preußischen Tirailleurkette mit einem Hagel von Kugeln überschüttet, so daß sie nicht wohl Stand halten konnte, sondern nach eingeholter Erlaubniß der Befehl zum Rückwärtsaufprotzen ertheilt und auch vollzogen wurde. Der Abmarsch der Batterie erfolgte nicht regelmäßig, sondern wie eben jedes Geschütz mit dem Aufprotzen fertig wurde und in größter Schnelligkeit wegkommen konnte. Nachdem die Batterie bis auf ein einziges Geschütz, das erste, den Rückzug bereits vollführt hatte, befand sich niemand mehr auf dem Aufstellungsplatze als Oberfeuerwerker Joseph Hoffmann, Feuerwerker Anton Mausner und 3 Mann der Geschützbedienung. Von der Bespannung war das Vorreit-Handpferd verwundet, der Vorreiter erschossen worden, die übrigen Pferde hatten sich in die Stränge verwickelt; es konnte daher die Protze nicht zum Geschütz herangefahren werden. Als Hoffmann diese Situation des Geschützes erblickte und die Ueberzeugung gewann, daß dasselbe den immer weiter vordrängenden Preußen in die Hände fallen und verloren sein würde, wenn nicht energisch zusammengegriffen würde, gab er den Entschluß kund, das Geschütz um jeden Preis zu retten, obwohl sich das feindliche Feuer bereits auf dasselbe konzentrirt hatte; er wurde in diesem Vorhaben von Mausner auch sofort unterstützt,

Die Meistersinger von Richard Wagner.*)

(Aus den Proben und hinter den Coulissen.)

Die Meistersinger sind da, sie sind eine That, sind Wirklichkeit geworden, sie sind aus dem stummtönenden Leben der Partitur, des Klavierauszugs, in Geist und Blut der Ausübenden gedrungen, sie sind bereits ein Stück Leben vieler trefflicher Künstler geworden, und werden, deß sind wir gewiß, fortan ein immerblühendes Dasein im deutschen Kunstbewußtsein behalten. Die Proben sind bis auf die Generalprobe beendet, täglich mehrt sich die Zahl derer, die von fernher kommen, das Werk zu sehen, und bereits an den Proben mit dem engeren Kreis bevorzugter Kunstfreunde Theil nahmen. Da dem Publikum diese, im Interesse jedes größeren neuen Werkes wünschenswerthe Theilnahme nicht gestattet sein kann, so wagen wir, die Indiskretion zu begehen, manches aus diesen Proben zu erzählen, um in etwas den unvergeßlichen Eindruck zu vergegenwärtigen, welchen die scenische Verwirklichung des Werkes unter des Meisters Hand in der Erinnerung aller Theilnehmenden zurück ließ.

Da fällt denn unser Blick unwillkürlich zuerst auf den Meister selbst. Was den Auserwählten unter den Berufenen vor allem kennzeichnet, ist das schlangenzähe zuckende Leben in diesem Geist, in diesem Wesen. Wir haben das historische und erlebte Beispiel großer geistig Produzirender, die entweder durch das zwingende Leben oder durch beklagenswerthe organische Mängel, wieder aber auch durch Scheu, Vornehmheit oder Gleichgiltigkeit gehindert, unwillig oder unfähig waren, ihren Werken den Prometheusfunken wirklichen athmenden Lebens zu verleihen. In Wagner ist Seele und Körper geistigen Hervorbringens in unvergleichlicher Weise vereinigt. Er ist ein Baumeister, der überall ist; um seinen Riß bis in's kleinste vollendet zu sehen, ist ihm kein Gerüst zu hoch, kein Gewölbe zu tief, er nimmt dem Bauführer die Zeichnung, dem geringsten Gesellen den Meißel aus der Hand, um sein innerstes Leben in jeden Stein zu hauchen, welcher dem Bau zugefügt wird. Es ist die rückhaltlose Hingebung, es ist die Liebesgluth und der Liebeswahn, es ist die edle Unermüdlichkeit, es ist dieß nachtwandelnd-traumhafte Versenken in sein Kunstgebild, diese Kraft des hohen Flugs über die fesselnde Wirklichkeit, die ihm keinen Augenblick versagt, welche im Verein mit der zeugenden Kraft seines Geistes ihn zu einem großen Meister unter den Bedeutenden macht. Kaum sahen wir ihn eben noch mit Bülow über ein Tempo, mit Betz über eine Geberde verhandeln, so steigt er in's Orchester hinab, um sich mit der Tuba über eine breit vorzutragende Themavergrößerung zu verständigen; kaum hat er zwei Lichter wieder auslöschen lassen, die ihm in der Straßendekoration des zweiten Aktes

*) Dieser Artikel aus der „Südd. Pr." wird unsere Leser sehr interessiren, weil er einen Einblick gewährt in ein eigenthümliches Leben und Treiben. Wir möchten nur die Bemerkung anfügen, daß wir mit vielen maßlosen Uebertreibungen, wodurch sich die Zukunftsmusiker und ihr Anhang wie überall, so auch in obigem Artikel auszeichnen, z. B. daß „die Aufführung der Meistersinger ein künstlerisches Ereigniß sei, wie es bis jetzt noch kein Publikum der Welt erlebte" u. dgl. — durchaus nicht einverstanden sind. D. Red.

und brachte es unter Aufmunterung der Bedienungsmannschaft dahin, daß im heftigsten feindlichen Feuer, durch welches auch noch das Handpferd des Stangenreiters getödtet wurde, das Geschütz zu der gegen 20 Schritte entfernten Protze herangezogen, die Bespannung in Ordnung gebracht, aufgeprotzt und abgefahren werden konnte, somit das Geschütz vor den nur noch gegen 120 Schritte entfernten Preußen geborgen war.

Württemberg. Stuttgart, 21. Juni. [Landtags-Neuwahlen.] Von der dem vorigen Landtage von der Regierung vorgelegten Verfassungs-Revision ist bekanntlich vorerst nur ein Stück, das allgemeine, direkte und geheime Wahlrecht für die Wahl der Abgeordneten der größeren Städte und Oberamtsbezirke zur zweiten Kammer, angenommen und gesetzlich bestätigt worden; das Uebrige wurde dem neuen, auf Grund des veränderten Wahlgesetzes zu berufenden Landtage überlassen. Die Abgeordnetenwahlen zu diesem neuen Landtage, dessen erste Kammer also noch in der alten Zusammensetzung fungiren wird, und in dessen zweiter Kammer neben den Erwählten des neuen, allgemeinen Stimmrechtes die bisherigen, sogenannten Privilegirten wieder sitzen werden, sind auf den 8. k. M. ausgeschrieben und bereits ist die Wahlagitation im Zuge. Doch handelt es sich vorerst meistens noch um die Sichtung einer Menge von Candidaten-Namen, die in den einzelnen Bezirken genannt werden, und nur wenige Candidaturen haben sich bereits fixirt.

— [Zur Militärfrage] bringt die „Demokr. Corresp." einen sehr interessanten längeren Artikel, dem wir auszugsweise Folgendes entnehmen: Mehr als ein Bilderbogen vergegenwärtigt eine Geschichte der Uniformen, die vom Schnurrigsten, Absurdesten, Unpraktischsten bis hinüber in die gegenwärtige Mode variiren, welche allmälig, gottlob, anfängt, sich den Anforderungen einer rationellen Civiltracht etwas anzupassen durch bequemere und gesündere Weite der Kleider, durch geringere Einzwängung an Hals und Handgelenk, durch Bedeckung von Magen und Unterleib, durch Befreiung der Brust von der schädlichen Plage des Riemenzeugs, durch Einführung einer leidlich schützenden und doch nicht erdrückenden Kopfbedeckung. Sind jene Uniformbilder der Vergangenheit eine der komischsten Gallerien von fürstlichen Einfällen, Thorheiten, Narrheiten, so ist umgekehrt zu sagen, daß die jetzige, verständigere Uniformirung ein freilich unfreiwilliges, aber desto werthvolleres Compliment für den Verstand der „Civilisten" ist. Das Beste aber steht noch aus. Vorstehendes nämlich ist der gedankliche Niederschlag und Ertrag von Beobachtungen, die mir seit einiger Zeit der Zufall entgegenbringt. Mein Weg führt mich täglich an einer mächtigen Caserne vorbei, auf deren weitem Hofe Soldaten in den verschiedensten Stadien der Entwickelung einexerzirt werden. Wie anders gegen früher in meiner Knabenzeit! Damals steife Gliederpuppen mit möglichst unmöglichen Gelenkwinkeln; heute lebhaft wechselnde Stellungen, bei denen die verschiedenen Körpertheile nacheinander in Aktivität kommen. Damals der vollständige Mechanismus, heute pulsirendes Leben; daß ich's mit Einem Wort sage: so ein jetziger Exerzierplatz ist ein Turnplatz! In diesem einen Wort liegt eine Geschichte, und die Geschichte wird der Militarismus, wird militärischer Hochmuth sehr ungern hören. Um so mehr soll er sie hören. Die Turnerei war einst revolutionär, war in Acht und Bann gethan; heute ist sie offiziell, hoffähig, so zu sagen militärfromm. Ueber ein halbes Jahrhundert ist's her, daß sie sich einzubürgern suchte. Verschollen schon sind die Namen ihrer ersten Lehrmeister Jahn und Maßmann. Sie wurden persönlich verfolgt, ihre Sache als staatsgefährlich verboten. An Militärturnen (im jetzigen Sinne) dachten sie nicht einmal; hätten sie's gethan, es wäre ihnen sicher noch schlechter gegangen. Sämmtliche Fürsten aus der Zopf- und Gamaschenzeit hätten eher eine Verfassung gegeben und sogar gehalten, als ihr Kriegsheer auf die Grundlage dieser von „unruhigen Köpfen" ersonnenen Turnerei zu stellen. So blieb's Jahrzehnte lang. Im Stillen erhielt sich die Gymnastik; die Heilgymnastik kam hinzu; erst dem „Romantiker auf dem Thron der Cäsaren" (Mit diesem Spottnamen wurde bekanntlich König Friedrich Wilhelm IV. von Preußen von David Strauß beehrt. Anm. d. R.) verdankt die Turnerei, daß sie freier aufathmen konnte, und jetzt — jetzt beherrscht sie den Gipfel der Menschheit: das königlich preußische Exerzierreglement. König Wilhelm's herrliches Kriegsheer turnt, und natürlich turnt des Prinzen Wilhelm weniger herrliches Kriegsheer auch, und sämmtliche süddeutsche Heerschaaren desgleichen.

Großh. Hessen. Mainz, 20. Juni. [Die Stellung der Katholiken bei einem Kriege mit Frankreich] Mit einer seltenen Ungenirtheit der Sprache stellt das katholische „Mainzer Journal", ein mit gewissermaßen offiziellem Charakter und einer Art Zwangsabonnement ausgestattetes Blatt, folgende Reflexion über die Eventualität eines Krieges mit Frankreich und die Stellung der Katholiken bei Eintritt eines solchen Ereignisses an: „Es ist nur zu wahr, daß die süddeutschen Katholiken als solche von einem Siege Frankreichs schwerlich etwas fürchten; man ist allgemein der Ueberzeugung, daß Frankreich seinem innersten Wesen nach katholisch ist, und daß gerade jetzt in Frankreich die katholische Kirche an Macht und Popularität von Tag zu Tag wächst. Auch sehen wir bei uns einen erfreulichen Aufschwung des religiösen Lebens, die Kirche will frei sein; man wird bald ihren ebenso reinen wie tiefen Freiheitsdrang nicht mehr hemmen können. Und da sieht nun der Katholik sich in diesem Moment von allen Seiten gedrängt, hier vom liberalen Staatsdespotismus, dort vom militärischen Staatsdespotismus. Wenn Frankreich, Preußen bekämpfend, hierauf sein Augenmerk richtet, und wir sehen schon, es thut so, dann könnte es wirklich wahr werden, daß es in Deutschland minderen Widerstand fände." Objectiver und kühler, als es in diesem Blatt geschieht, läßt sich die Möglichkeit wohl nicht erörtern, wie man gegebenen Falls dazu kommen könnte, den Franzosen „minderen Widerstand" zu leisten.

Norddeutscher Bund.

Wiesbaden, 20. Juni. [Polizei-Plackereien.] Die königliche Polizeidirektion veröffentlicht im heutigen Tagblatte eine umfangreiche Verordnung über die Controle des Fremdenverkehrs in hiesiger Stadt. Dieselbe bestimmt u. A.: 1) Alle Diejenigen, welche Fremden Logis gewähren, seien verpflichtet, dieselben bei der Polizei-Direktion an- resp. abzumelden. 2) Alle an- und abziehenden Fremden seien gehalten, den Anmeldepflichtigen zum Zwecke der Meldungen in Hinsicht ihrer Person und ihrer Angehörigen die erforderliche Aus-

---

zu früh in die Dämmerstimmung der ersten Scenen hinleuchteten, kaum Herrn Schlosser es vorgestürzt, wie er aus dem Fenster auf Beckmesser losstürzen muß, und Herrn Hölzel eine Malice gegen Hans Sachs vorgestampft, so tröstet er das angestrengte Orchester durch die Aufmunterung: „Fräulein Mallinger möchte diese Stelle noch einmal! Wer könnte Fräulein Mallinger widerstehen!" Und wenn nun alle die tausend Mühen im glücklichen Abschluß der Probe ihr Ende finden, dann weiß Wagner mit einem Ton und in Worten seinen Dank auszusprechen, dem nur ein begeistertes dreimaliges Hoch die rechte Antwort geben kann, wie es kürzlich aus der Masse des Personals ertönte, unter dem wohl kein einzelner war, dem nicht die Mühen der Arbeit manchen Stoßseufzer, manchen ermunternden Kraftspruch gekostet hätten.

Da wir einmal das Personal genannt, können wir nicht umhin, unsere Indiskretion vom Dichter auf seine Gesellen auszudehnen. Die Aufführung der Meistersinger am Sonntag wird ein künstlerisches Ereigniß sein, wie es jetzt noch kein Publikum der Welt erlebte. Wer einen Blick in den Klavierauszug geworfen, wer auch nur annähernd weiß, was es heißt, gut musikalisch sein, gut treffen, gut Takt halten, der weiß auch, daß die Forderungen an diese Fähigkeiten in den Meistersingern weit über alle hinausgehen, welche bis jetzt in irgend einem musikalischen Werke gestellt wurden.

Alle jene Tugenden sind hier nebenbei, als sich von selbst verstehend, gefordert, wie anständiges Gehen, Bewegen und Sprechen im geselligen Leben. Zu einem Orchester, welches mit einer Fülle ungebrauchter Farbenmischungen jeden leisen Wechsel der Stimmung, jedes Zucken der Brauen, jedes Drohen oder Winken der Hand malt, zu hier die melodische Phrase des Sängers dem lebhaften Dialog eines Lustspiels durch alle Windungen des Humors, mit seinem Wiegen zwischen Lust und Wehmuth, jeder kleinsten neckischen Falte des Witzes und Spottes zu folgen. Wenn man die vollkommenste Erfüllung dieser künstlerischen Forderungen durch die Münchener Besetzung der Meistersinger als ein erstes derartiges Ereigniß in der Kunstwelt mit freudigem Lob anerkennen muß, so erfüllt es mit einer nicht geringeren sittlichen Befriedigung das aufopfernde Entgegenkommen zu rühmen, mit welchem diese Schaar von Künstlern den Meister erfreute, die Selbstlosigkeit, den eifrigen Willen, den reinen Trieb des Schönen hervorzuheben, welcher alle zu gleicher Hingebung beseelte und einzig ein so glänzendes Resultat ermöglichte. Indem wir von den Solopartien die Namen Diez, Mallinger, Betz, Hölzel, Nachbauer, Schlosser, Bausewein, Fischer, für das Orchester nur Hans von Bülow, für den Chor Hans Richter, hier verzeichnen, fühlen wir uns fast zur Würde des Historikers erhoben, indem wir überzeugt sind, daß diese Namen in ihrer Gesammtleistung eine Epoche der dramatischen Kunst eröffnen, von welcher Richard Wagner in seinem Schlußdank an das Personal ohne Ueberhebung behaupten konnte: daß, wenn man vielleicht nicht mit Unrecht der Oper den Vorwurf gemacht habe, daß sie das deutsche Schauspiel verdorben, das Beispiel einer deutschen Oper,

kunft zu ertheilen. 3) Zuwiderhandlungen sollen mit 3 Thaler Geld- oder entsprechender Gefängnißstrafe geahndet werden. Wir bezweifeln, daß diese Lokalverordnung mit den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen über Paßpflicht, Freizügigkeit und Aufenthaltsberechtigung ꝛc. in Einklang zu bringen und daß solche überhaupt vollziehbar ist. In jedem Falle ist die Controle über die Fremden, wie solche angestrebt wird, höchst überflüssig und nur geeignet, erhebliche Belästigungen für die Fremden herbeizuführen, auf deren Fernhaltung die Logisgeber sonst so sehr bedacht sind.

Ausland.

Frankreich. Paris, 21. Juni. [Ein Offiziöser in übler Laune.] Die „Patrie“ kann nicht umhin, an der Spitze ihres heutigen Bulletins mit ärgerlicher Miene hervorzuheben, daß der Prinz Napoleon in München trotz seines ausdrücklichen Wunsches kein einziges Mitglied der k. Familie zu Gesicht bekommen hat. Während das offiziöse Blatt seinem Unmuth mit seltener Offenheit Luft macht, meint der „Avenir National“, der König von Preußen gehe nur nach Worms, um der Anwesenheit des französischen Prinzen in Süddeutschland ein Paroli zu bieten und die Süddeutschen in der Treue gegen Preußen zu befestigen. Uebrigens ist die „Patrie“ heute in sehr übler Laune. Sie kanzelt die „Kreuzzeitung“ ab, weil ein Münchener Korrespondent derselben die — gewiß richtige — Behauptung ausspricht: ein Krieg Frankreichs mit Deutschland könne leicht den Sturz der bonapartistischen Dynastie zur Folge haben. Auch schilt das offiziöse Blatt auf die italienischen Revolutionäre, die einen neuen Zug gegen Rom zu beabsichtigen scheinen, und spricht nur die Hoffnung aus, der General Menabrea werde das Vorhaben derselben vereiteln.

— [Chassepot.] Der Nimbus, welchen die hiesige Regierung künstlich um das Chassepotgewehr zu breiten gesucht hatte, verschwindet allmälig immer mehr. In der französischen Presse selbst erfährt dasselbe eine, jeden Tag bitterere Kritik. So hebt der „Semaphore“ von Marseille abermals mehrere Uebelstände desselben hervor. Es wirft nämlich hinten Pulver heraus, das natürlich den Soldaten sehr am Zielen behindert, ja ihn häufig verwundet. In der Schlacht von Mentana hatte das französische Bataillon, das „Wunder that“, diese Unzuträglichkeit sehr unangenehm zu fühlen. In der kurzen Zeit, welche es im Feuer war, wurden ihm 38 Mann, nicht durch die feindlichen Kugeln, sondern durch das eigene Gewehr außer Gefecht gesetzt, da ihnen das Pulver in die Augen gekommen war und sie vorübergehend gänzlich blendete. Außerdem muß, wenn eine Patrone versagt, der Soldat das Gewehr auseinander nehmen, um dieselbe herauszuziehen und durch eine andere zu ersetzen. Die Regierung erkennt diese Nachtheile des Chassepot wohl an und hat bereits einige neue Systeme geprüft — aber sie fürchtet die Kosten, welche die Einführung eines derselben abermals verursachen würde.

— [Deutsche Sprache in französischen Schulen.] Die Regierung legt auf die Erlernung der deutschen Sprache in den Schulen ein immer stärkeres Gewicht. Nicht allein den Lyceen (Gymnasien) ist dieser früher stark vernachlässigte Unterrichtsgegenstand von Hrn. Duruy dringlichst empfohlen worden; auch der Kriegsminister hat jetzt eine strenge Verordnung erlassen, nach welcher die Zöglinge der Militärschulen sich diese Sprache ziemlich vollständig zu eigen machen sollen. Pessimisten meinen zwar, es geschehe dies nur, damit die jungen Leute in den Stand gesetzt seien, in Deutschland Kriegskontributionen und Fourragelieferungen auszuschreiben: indeß wir sind weit entfernt, diese übelwollende Auslegung anzunehmen, und meinen vielmehr, die Maßregel sei getroffen worden, damit die Offiziere befähigt würden, die Werke der deutschen militärischen Schriftsteller zu verstehen.

— [Napoleon geht nicht in ein deutsches Bad.] Dem Kaiser Napoleon ist gutem Vernehmen nach von den Aerzten die Kur in Karlsbad anempfohlen worden. Indeß nach längerer Ueberlegung hat der Kaiser sich entschlossen, der Vorschrift seiner Aerzte nicht nachzukommen; er fürchtet nämlich, daß ein längerer Aufenthalt seinerseits in einem deutschen Badeorte zu unliebsamen Demonstrationen Anlaß geben könnte, wie solche im vorigen Jahre in Augsburg, bei Gelegenheit der Reise des Kaisers nach Salzburg, vorgefallen sind.

Italien. Florenz, 17. Juni. [Menotti Garibaldi] war in der vergangenen Woche in Terni, einer Grenzstadt Italiens gegen den Kirchenstaat, und einige Zeitungen versichern sogar, daß er seine Reise bis nach Rom selbst ausgedehnt habe. Man bringt diesen Ausflug mit der allgemeinen Bewegung in Zusammenhang, die sich seit einiger Zeit wieder unter der Aktionspartei zeigte. Zahlreiche Engagirungen von Freiwilligen finden statt. Dieselben erhalten 30 Lire und werden nach Genua befördert. Die Leiter dieser Bewegung suchen zwar das Gerücht zu verbreiten, die jungen Leute seien zu einer Expedition nach Kreta bestimmt, indeß daran will niemand glauben und man hält allseitig eine neue Schilderhebung gegen Rom für bevorstehend. Jetzt erscheint auch die beabsichtigte „Badereise“ des Generals Garibaldi nach Monsummano in einem neuen Lichte. Jeder Besonnene tadelt hier ein Unternehmen, welches nur einen unglücklichen Ausgang haben kann und Italien neue Verlegenheiten verursachen muß.

— [Geldnoth.] Die Regierung hat den Plan, den halben Nutzen der Ausbeutung des Tabaksmonopols für 200 Mill. Lire einer Gesellschaft zu überlassen, aufgegeben, da die öffentliche Meinung sich mit großer Entschiedenheit gegen diese Minderung einer der wichtigsten Staatseinnahmen aussprach. Herr Cambray-Digny muß nun auf ein anderes Mittel denken, sich schleunigst Geld zur Deckung des Deficits zu verschaffen.

— [Aus Rom] meldet man, daß Msgr. Sagretti, der sich als Präsident des furchtbaren Tribunals der Sacra Consulta durch seine Strenge gegen die politisch Kompromittirten berüchtigt gemacht hatte, zum Auditor der päpstlichen Kammer ernannt ist. Diese Kammer besteht längst nicht mehr, das Amt ist eine bloße Sinekure, welche aber ein Anrecht auf die nächsten Kardinalpromotion verleiht. — Von dem Korps der päpstlichen fremden Carabinieri sind in den letzten 3 Wochen 200 Mann desertirt. In der römischen Campagna nimmt das Räuberwesen immer mehr überhand. Die aus aller Welt zusammengelaufenen Soldaten des Papstes zeigen nicht die mindeste Lust, das Land gegen die Briganten thatkräftig zu schützen.

---

wie wir sie heute bieten, auch der günstigsten Rückwirkung auf das Schauspiel gewiß sein dürfe.

Noch ein Wort von dem Werke selbst. Gewiß bedurfte es unserer Zeilen nicht, es einer Aufmerksamkeit zu empfehlen, welche nach langer Zeit seiner ersten Aufführung mit größter Spannung entgegensieht. Doch haben wir in größeren Blättern nicht eben mit jener Hochachtung an das Werk erinnern sehen, welche wir für einen Meister, wie Richard Wagner für schicklich halten. So hat z. B. die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ bis jetzt nur mit der einen Bemerkung Notiz genommen, daß es ganz besonders kräftige Lungen erfordere und sechs Stunden lang dauern werde. Solchen Freundlichkeiten gegenüber sind vielleicht einige erklärende Andeutungen nicht ganz am unrechten Platze.

Das Einstudiren der Oper, die vielen Proben, welche bei der gesteigerten Schwierigkeit des Werkes nöthig waren, legten wohl allen Ausübenden große Anstrengungen auf. Nun aber das Ganze einmal geht, nun das so überaus fein gegliederte Zusammenwirken aller Einzelkräfte erreicht und befestigt ist, nun wird keine einzige der Parthieen eine bedeutendere Anstrengung für die Sänger bieten, als andere große Opern von Spontini, Meyerbeer, Weber oder Lachner. Was aber die Dauer betrifft, die sich doch wohl auf fünf Stunden beschränken wird, so müssen wir es eben auf das wunderliche Erlebniß ankommen lassen: daß man auch einmal fünf Stunden lang einer dramatischen Handlung mit den nöthigen Pausen wird beiwohnen können, ohne sich ermüdet, ohne sich erschöpft zu fühlen. Wir wagen es kecklich, dieß Erlebniß einer überwiegenden Mehrzahl des Publikums vorauszusagen. Die beiden ersten Akte fliegen ohne alle Längen bei der lebendigsten Handlung und Musik, wie im Rausche (sic!!) vorüber. Wenn dann nach dem Siedepunkte des zweiten Aktschlusses ein Moment der Ruhe, des Besinnens in der ersten Hälfte des dritten Aktes sich geltend macht, der aber gerade durch die musikalischen Gipfelpunkte des Ganzen ausgefüllt wird, so wird jeder, der selbst in dieser ersten Hälfte des dritten Aktes mit weniger Spannung der tiefsten Innerlichkeit des Dichters folgen mochte, sich alsbald durch die festlich rauschenden Klänge des Schlusses wieder erhoben, wieder elastisch fühlen und sich dem Vollgenuß eines musikalischen Bildes hingeben, wie es an Farbenglanz, an festlich strahlender Beleuchtung noch nicht geboten wurde. Unter den Musikern, welche die lieben „Noten“ nicht vergessen können, wird bei aller Anerkennung eines großartigen stylvollen Werkes manches Für und Wider über Einzelheiten, manches „Merkerwort“, manches „Versungen“ laut werden, und auch Kothner's: „Ich verstand gar nichts davon“, wird nicht ausbleiben, das Publikum aber, und, um es lieber beim rechten Namen zu nennen, das deutsche Volk wird früher oder später wie in einem Spiegel in das Werk schauen und sich für alle Zeiten hier gemalt sehen in Lieb und Lust, bei Fest und Tumult, in Kirch' und Singschul', und aus den Liedern Walter von Stolzings wird ihm die deutsche Melodie in siegender Schönheit entgegenklingen.

Peter Cornelius.

Frankfurter Börse (15. bis 20. Juni.)

20. Juni. Die verflossene Woche ist die zweite seit der „Regulirung" der österr. Finanzverhältnisse, und sie steuerte ganz in demselben Fahrwasser wie die vorige. Bei lebhaftem Geschäft anhaltende, durch kleine Reaktionen kaum unterbrochene Hausse in Spekulationspapieren und Loosen, Festigkeit für Anlagepapiere, in denen jedoch das Geschäft sehr beschränkt ist. Die Börse hat die serbische Frage schon von der Tagesordnung gestrichen.

Ihr an und für sich immer noch bedrohlicher Charakter wurde paralysirt durch die allseitigen Abwieglungen. Die europäischen Kabinette scheinen sich die Parole zu einem allgemeinen Einlullungs-System gegeben zu haben. Als günstiges Moment kam der schon herrschenden Tendenz die gute Stimmung für Kreditaktien zu Statten; die immer noch bis zu einem gewissen Grade das leitende Papier des Marktes sind. Die Motive für diese Stimmung sind bekannt.

Mit dem Aufschwung der österr. Fonds im Zusammenhang steht das wieder in Fluss gekommene grössere Geschäft in den älteren österr. E.-B.-Aktien, als böhmische und zumal österr. Westbahn (Elisabeth).

In süddeutschen Werthen konzentrirte sich das Geschäft diese Woche besonders auf $4^1/_2$ bayerische, für die aus Bayern selbst starke Kaufaufträge vorlagen, in Folge davon sich der Kurs derselben ca. $2^1/_2$ pCt. höher als der der anderen $4^1/_2$pCt. süddeutschen stellte. Badische und bayer. Thaler-Loose halten sehr fest am Kurs von ca. 99 und $101^1/_2$. Einen glänzenden Erfolg hatte die Mannheimer E.-B.-Anleihe, noch vor der Subskriptionsauflage weit überzeichnet, war sie mit $1^1/_4$ Aufgeld lebhaft gefragt. Die Versuche, Türken an unserer Börse einzuführen, wurden diese Woche bei jedoch nicht sehr animirtem Geschäft fortgesetzt. Die 5prozentigen sind bis 37 gestiegen, auch in Berlin sucht man sie einzubürgern.

Die Wochenumsätze in amerikanischen Werthen waren schwächer, da Oesterreich im Vordergrund stand und die Arbitrage in Amerika und Europa zur Unthätigkeit gezwungen ist, indem Bonds weder nach noch von New-York rentiren. Ausser dem laufenden Geschäft in 1882ern wurden in der Woche auch vielfache Tauschgeschäfte von 1882ern gegen andere Gattungen amerikanischer Staatsschuld, besonders in neuen 1881ern und 1904ern gemacht. Diese beiden Gattungen sind die einzigen, in denen Kapital- und Zinszahlung durch Kongressakte ausdrücklich in Gold garantirt ist. Die 1881er sind bekanntlich erst nach den 1882ern laut Gesetz vom Jahr 1861 kreirt. Kapitalisten, die sich gern auf alle Chancen rüsten, tauschen gegen das nicht bedeutende Aufgeld von ca. 2pCt. gern die verbriefte Sicherheit der Goldzahlung ein, die bei den 1882ern immer noch kontroverse ist. Das Tauschgeschäft in 1881ern war lebhaft, da Holland grosse Posten zu billigen Bedingungen hergab.

Am E.-B.-Aktienmarkt ging es wieder lebhaft zu und waren die Umsätze bei steigenden Kursen nicht unbedeutend. Bexbacher gewannen $2^1/_2$ pCt. und gingen bis $156^1/_2$, fielen aber heute auf $155^3/_4$ zurück. Die Bahn erzielte im verflossenen Monat ein Plus von $17^1/_4$ pCt. und seit Anfang des Jahres ein solches von $11^2/_5$ pCt.; die Weissenburger Linie in denselben Perioden fl. 69,323, $8^9/_{10}$ pCt. und $5_{,3}$ pCt. Bei der Hanauer Bahn ist die Mehreinnahme seit Januar bis Ende Mai 20 pCt.; die hessische Ludwigsbahn übertrifft im Mai d. J. das Vorjahr um fl. 52,000 und für die ersten 5 Monate d. J. um fl. 240,000, davon fl. 197,000 auf die alten Strecken, 22 pCt. Die Spekulation, welche von E.-B.-Effekten bisher nur Staatsbahnen protegirte, hat nun auch österr. Westbahn-Aktien als neues Objekt ihrer Thätigkeit herangezogen und sie seit 8 Tagen um fl. 14 gesteigert.

Prioritäten durchgängig preishaltend, österreichische in Silber, sowie auch italienische begehrt und höher bezahlt. In dem Prozesse, welchen der Direktor der Darmstädter Bank Hr. Wendelstadt Namens der deutschen Gläubiger gegen die italienische Regierung wegen Vollhaltung der Garantie auf die Livorneser Prioritäten angestrengt hat, fand am 13. d. M. vor dem Handelsgericht in Florenz Verhandlungstermin statt und erwartet man in wenigen Tagen die Verkündigung des Urtheils erster Instanz. Wie wir vernehmen, sind alle Vorkehrungen getroffen, um den Inhalt des ergehenden Urtheils alsbald nach Verkündigung auf telegraphischem Weg zu erfahren und solchen zur Kenntniss der deutschen Interessenten zu bringen.

Bei immer noch flüssigem Geldstand (Diskonto $1^3/_4$) wickelte sich der Medio leicht ab, obwohl Prolongationen, besonders für Amerikaner, etwas theurer waren als bisher. — Als auffallende Erscheinung ist zu erwähnen, dass Wechsel, obgleich der Getreide-Import in Frankreich aufgehört hat, dennoch ziemlich flau waren.

	15.	20.		15.	20.
5% Oestr. National	54	$53^5/_8$	$3^1/_2$% Badische Obl.	$82^7/_8$	$82^1/_8$ B
5% do. Metal. (1859)	$63^1/_8$	63	4% Darmstädt. do.	$90^1/_4$	$90^1/_4$ B
do. (steuerfr.)	$51^7/_8$	$51^5/_8$	$4^1/_2$% Nassauer do.	95 B	$95^1/_8$ B
5% do. Lose (1860)	$74^1/_8$	$74^1/_8$	4% do. do.	$86^3/_4$	$86^1/_4$ B
— do. do. (1864)	$90^1/_4$	90	$3^1/_2$% do. do.	—	$82^1/_8$
Oestr. Kreditl. (58)	$138^1/_2$	$139^3/_4$ B	4% Kurhess. do.	$88^3/_4$ B	$88^1/_4$ B
5% Bayer. Obligat.	$102^1/_2$	102 B	$3^1/_2$% Frankf. do.	$81^1/_4$ B	$80^3/_4$
$4^1/_2$% do. do.	$95^7/_8$	$96^1/_8$ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	$99^1/_8$	$89^7/_8$ B	6% Amerik. (1882)	$77^3/_4$	$77^5/_8$
4% do. 100 Thl.-L.	$101^1/_2$	$101^1/_2$ B	Oestr. Kredit. . .	200	$201^1/_2$
$4^1/_2$% Würtemb. Obl.	$93^7/_8$	$94^1/_8$ B	Oestr. Nat.-Bank	728	727 B
$3^1/_2$% do. do.	—	$82^1/_8$ B	Frankfurter do.	124	125 B
$4^1/_2$% Badische do.	$93^3/_4$	94 B	Bexbacher E.-B.	$155^1/_4$	$155^3/_4$
4% do. do.	$87^1/_8$	$87^1/_8$ B	Bayer. Ostbahnen	124 B	$124^1/_2$ (Akt.)

Die Beilage „Würzburger Anzeiger" erscheint täglich Nachmittags nach 1 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt. Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$62—61^7/_8$ G.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	$63—^7/_8$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$53^5/_8$ P.
"	5pCt. Metall.-Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 68	$51^1/_4$ P.
"	$4^1/_2$pCt.	$44^1/_2$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	$84^1/_2$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	$101^7/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jährs dto.	96 P.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$96^4/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$90^7/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^1/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^1/_2$P. $^1/_4$G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	94 G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$93^3/_4$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^1/_2$ G.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$90^1/_2$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^7/_8$ P. $^3/_4$ G.
"	4 pCt. Obl. dto.	$85^5/_8$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ G.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$80^3/_4$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	79 P.
"	6pCt. ditto v. 1882 .	$77^7/_8—^3/_4$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P. $124^7/_8$G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	732 P. 730 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$202^1/_2—2$ G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$92^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	314 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$107^3/_4$ G.
Oest. F. St.-Eisb. 5pCt. 500 Fr. à 28 kr.	263 P. 62 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	139 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	68 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	30 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156^1/_2$ P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	$88^1/_2$ G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	$197^1/_4$ P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$129^7/_8$ G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^1/_2$ P. $^3/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^1/_4$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	$43^1/_8—^3/_8$ G.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	125 P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_4$ P. 100G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8—105$ G.
Brem. 60 Th. Ld. k. S.	98 P. $97^3/_4$ G.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. $104^7/_8$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_4—^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^7/_8—^5/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P. $^5/_8$ G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102^3/_8$ P.
do. in öst. W. l. S.	$102^3/_8$ P.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$67^7/_8$ G.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$74^1/_8$ G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$138^1/_2$ G.
" do. v. 1864	91 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	$101^3/_4$ P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^1/_4$ P.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	$53^3/_8$ G.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$147^1/_2$ P.
" fl. 25 do.	$38^7/_8$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_2$ P.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 P.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13^1/_4$ P.

Frankfurt, 22. Juni. Die Woche eröffnet in derselben Grundstimmung, wie die vorige schloß. Man war zwar Anfangs auf etwas mattere auswärtige Course zurückhaltend und zur Flauheit geneigter, schloß jedoch sehr fest. Creditaktien setzten 202 ein und schlossen $202^1/_2$. Oesterr. Anlagepapiere zeigen wenig Veränderung, ebenso süddeutsche Werthe. $4^1/_2$ proc. Württemberger waren etwas besser. Amerikaner aller Gattungen waren sehr gesucht und höher bezahlt. Wiederum war ziemlich Geschäft in österr. Bahnen, besonders Elisabethbahn. Livorneser Prioritäten waren trotz des in erster Instanz gewonnenen Couponsprozesses matter. Das Geschäft war sehr träge. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 173.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher Kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Mittwoch, 24. Juni 1868.

Abonnements-Einladung.

Bestellungen auf die mit dem Unterhaltungsblatte **Mnemosyne** und dem Beiblatte **Würzburger Anzeiger** verbundene

Neue Würzburger Zeitung

für das mit dem 1. Juli beginnende III. Quartal nehmen alle Postämter und Postboten an, und werden solche **rechtzeitig** erbeten. Der Abonnementspreis beträgt in ganz Deutschland und Oesterreich

vierteljährlich nur fl. 1. 30 kr.

(Bei außerdeutschen Postämtern findet eine geringe Preiserhöhung statt.)

Es kömmt somit jede Nummer der Zeitung nebst Anzeiger (welcher selbst an Sonntagen erscheint, was im Jahre anderen Blättern gegenüber ein Mehr von über 50 Nummern entziffert) sowie mit dem Unterhaltungsblatt Mnemosyne **zusammen** auf den außerordentlich billigen Preis von

täglich einem Kreuzer

im Abonnement zu stehen.

Die „Neue Würzburger Zeitung" bringt nach wie vor Leitartikel über jede bedeutende politische oder handelspolitische Zeitfrage, ferner Original-Korrespondenzen und bei besonders wichtigen Vorkommnissen

telegraphische Depeschen

aus den größeren Städten Europa's.

Außer dem im Hauptblatte enthaltenen Feuilleton bringt das belletristische Beiblatt „Mnemosyne" Originalnovellen u. s. w. aus der Feder bekannter Schriftsteller, und hofft mit denselben neben dem übrigen Neuesten und Interessantesten aus dem Gebiete der Unterhaltungslekture, sowie ausgewählten Erzählungen, Gedichten, Miscellen, Aphorismen, Nekrologen, literarischen und Kunst-Kritiken u. s. w. ihre Leser nach jeder Richtung hin angenehm und lehrreich zu unterhalten.

Das täglich zur Zeitung erscheinende Gratis-Beiblatt **„Würzburger Anzeiger"** (welcher auch apart um 42 kr. vierteljährlich bezogen werden kann) liefert alle lokalen Neuigkeiten, sowie eine kurzgefaßte Uebersicht der politischen Ereignisse, Markt-Cours- und Sitzungsberichte u. s. w.

Exped. der „N. Würzburger Zeitung."

Norddeutscher Bund.

Berlin, 21. Juni. [Die Freizügigkeit im norddeutschen Bunde.] Obgleich das Gesetz über Freizügigkeit fast sechs Monate in Kraft ist, so verfahren manche Behörden doch noch immer so, als wenn ein solches Gesetz gar nicht existire. In Minden wird die Zahlung eines Bürgergeldes verlangt, wenn man sich dort niederlassen will. Es liegt der „Rhein. Ztg." ein solcher Fall jetzt vor. Nachdem der Betreffende zur Zahlung des Bürgergeldes aufgefordert und eine Remonstration beim Magistrat fruchtlos geblieben, wandte er sich an die königliche Regierung und erhielt folgende Antwort:

„Mit Bezugnahme auf die Vorstellung vom 21. April cr. eröffnen wir Ihnen, daß das Gesetz vom 2. März 1857 zwar das Einzugs- oder Eintrittsgeld und sonstige Communal-Abgaben, von denen der Erwerb der Gemeinde-Angehörigkeit und das Recht der Niederlassung abhängig, nicht aber diejenige Abgabe aufgehoben hat, durch deren Entrichtung die Ausübung des Bürgerrechts (§ 5 der Städteordnung vom 19. März 1853) bedingt ist. Dasselbe hat das Gesetz vom 1. November 1867 für das Gebiet des Norddeutschen Bundes in § 1 und 8 bestimmt, dabei aber im § 11 ausdrücklich verordnet, daß das Ortsbürgerrecht durch den bloßen Aufenthalt und die bloße Niederlassung nicht begründet werde. Sie können sich deshalb der durch das Statut der Stadt Minden vom 8. Dez. 1860 festgesetzten Verpflichtung zur Zahlung des Bürgergeldes nicht entziehen, welches sowohl die Neuanziehenden, als auch diejenigen, welche der Stadtgemeinde bereits angehören, bei Erwerb des Bürgerrechts zu entrichten haben, ohne daß eine Verzichtleistung auf die Ausübung des Bürgerrechts statthaft wäre. Minden, den 9. Juni 1868. Königliche Regierung, Abtheilung des Innern."

Man muß „Bürger von Minden" werden, wenn man sich dort niederlassen will, und muß demzufolge das Bürgergeld bezahlen! Was wird Herr Delbrück dazu sagen?

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 21. Juni. [Abermals eine bischöfliche Expectoration gegen die neuen Gesetze.] Dem Bischof von Brünn ist der von Seckau-Graz gefolgt. Der steiermärkische Kirchenfürst spricht sich in der Currende an seinen Clerus noch heftiger aus als der mährische. Von der durch das neue Ehegesetz in gewissen Fällen gestatteten Nothcivilehe sagt dieser Bischof: „Was hier vom weltlichen Gesetze erlaubt ist, das ist von Gott (!) und der Kirche verboten; darum wird kein katholischer Christ davon Gebrauch machen." Wer trotzdem den Gesetzen des Staates folgt, der verwickelt sich in „eine ununterbrochene Kette von Todsünden, welche den

---

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

München, 22. Juni.

Heute begann vor dem oberbayerischen Schwurgerichte die Verhandlung gegen den k. k. Oberlieutenant Gustav Graf v. Chorinsky, 33 Jahre alt, wegen Verbrechens der Theilnahme am Verbrechen des Mordes, begangen an seiner Gemahlin Mathilde v. Chorinsky-Ledske durch Julie Ebergenyi v. Telekes. Der Beginn der Verhandlung war auf 8 Uhr früh anberaumt; allein schon lange vorher hatte sich das Publikum im Hofe des Bezirksgerichtsgebäudes zahlreich eingefunden, um zunächst den Angeklagten zu sehen. Diese Absicht wurde aber nicht erreicht, da die Gensdarmerie den Angeklagten schon um halb 7 Uhr von der Frohnfeste abgeholt hatte. Um im Hofe des Bezirksgerichtsgebäudes, durch welchen bekanntlich ein Durchgang führt und vor dem Schwurgerichtssaale die Ansammlung einer größeren Menschenmenge und eine etwaige Störung der Verhandlung zu verhüten, ist eine Abtheilung Infanterie (24 Mann) aufgestellt; nur das Gehen über den Hof ist gestattet. Der Andrang des Publikums zum Saale selbst war heute Morgens und während des Vormittags nicht besonders stark, die reservirten Plätze waren nicht einmal vollkommen besetzt, woran hauptsächlich der Umstand Ursache ist, daß ohne besondere Eintrittskarte Niemand Zutritt erhält und mit Recht eine sehr strenge Controle in dieser Beziehung geübt wird. Für die zahlreichen Vertreter der Presse sind besondere, aber sehr beschränkte Plätze reservirt und sämmtlich besetzt. Durch besondere Berichterstatter sind außer sämmtlichen Münchener Blättern vertreten: „Pesther Lloyd", „Heidelb. J.", „Korresp. v. u. f. Deutschland", „Ueber Land und Meer", „Gerichtshalle" (Wien), „W. Fremdenblatt", „Tagespost" (Linz), „Alte Presse" (Wien), „Neue Presse" (Wien), „Frankf J.", „Wanderer" (Wien), „Tagestelegraph" (Köln), „Wiener Tagblatt", „Grazer Tagblatt", „Wiener Vorst.-Ztg.", „Augsburger Allg. Ztg.", „Augsb. Abendzeitung", „Tribüne" (Berlin).

Da die Verhandlung mehr als 8 Tage in Anspruch nehmen wird, beschloß der Gerichtshof, einen Ergänzungsrichter und 2 Ergänzungsgeschworene beizuziehen. Der Gerichtshof besteht demnach aus den Herren: Appellationsgerichtsrath Fruhmann, Präsident; den Bezirksgerichtsräthen Bauer, Frhr. v. Hansdorf, Welsch, Moratt als Beisitzer; Assessor v. Leveling als Ergänzungsrichter. Als Geschworne fungiren: 1) Joseph Dallinger, Bierwirth von München; 2) S. Rock, Schreinermeister von München; 3) X. Hirschbold, Schmiedmeister in München; 4) A. Cohen, Kaufmann in München; 5) Conr. Gebhard, Weißgerbermeister von Landsstadt; 6) Joh. Siebenhütter, Bauer von Haltenhofen; 7) C. Merk, Privatier von München; 8) J. Bayer,

Fluch Gottes (!) nach sich ziehen". Die Ultramontanen pflegen ihre Wahngebilde und ihre Prätensionen für die Ideen und den Willen Gottes auszugeben. Wo sie fluchen und verdammen, da muß es auch Gott thun, und wer das nicht glaubt, der begeht die ärgste Todsünde. Die päpstliche Instruktion, von der das „Univers" spricht, scheint dahin zu lauten, daß die österreichischen Bischöfe nicht gleichzeitig, sondern einer nach dem andern über die neuen confessionellen Gesetze das Urtheil sprechen; das macht mehr Effect und erhält die Agitation gehörig im Gang. Hiesige Blätter erörtern die Frage, ob die leider noch nicht aufgehobenen Artikel des Concordats die Bischöfe wirklich gegen jede Verfolgung durch die weltliche Justiz sicher stellen, oder ob nur zur Einleitung eines Strafprozesses wegen eines Verbrechens („causa major" im Concordat) die vorgängige Genehmigung des Papstes erforderlich sei. Nach dem Wortlaute des bekannten Textes scheint Letzteres der Fall zu sein, und man müßte also zwischen Vergehen und Verbrechen unterscheiden; für die ersteren wäre die Zustimmung des Papstes nicht nothwendig und es könnte demnach dem Bischof von Brünn und dem von Seckau-Graz sofort wegen des „Vergehens" der öffentlichen Herabwürdigung staatlicher Einrichtungen und der Gutheißung ungesetzlicher Handlungen der Prozeß gemacht werden. Manche glauben jedoch, daß die Bischöfe durch einen geheimen Zusatzartikel des Concordats gegen jede Intervention der weltlichen Justiz geschützt seien, so lange nicht für jeden einzelnen Fall die spezielle Genehmigung des Papstes vorliege. Das offiziöse Organ des Erzbischofs von Wien hat übrigens wiederholt die Existenz von geheimen Zusatzartikeln zum Concordat in Abrede gestellt.

Prag, 21. Juni. [**Der Kaiser in Prag: Festlichkeiten und Scandale.**] Den spaltenlangen Berichten Wiener Blätter entnehmen wir über nebenbezeichnete Ereignisse Folgendes:

So lange man die Hoffnung hatte, daß die Einweihung der dritten Prager Brücke am 17. Mai stattfinden werde und die Nation durch den Zufluß der Fremden zum Johannesfeste, oder richtiger, zur Grundsteinlegung des Zukunftstheaters, Gelegenheit haben werde, sich vor dem Kaiser imposant zu präsentiren, wurden von czechischer Seite für die Brückeneinweihungs-Feier große Vorbereitungen gemacht; später hielt man noch an den Vorbereitungen fest, weil man in Folge der stattgefundenen Verschiebung nicht mehr die Ankunft Sr. Majestät zu dieser Feierlichkeit erwartete; als nun die letztere trotzdem für den 20. d. M. zugesichert wurde und man vollends gehört hatte, daß der Ministerpräsident Fürst Auersperg den Kaiser begleiten werde, bereute man das frühere Andrängen und die getroffenen Vorbereitungen, und die Verlegenheiten, welche dadurch dem Bürgermeister bereitet wurden, häuften sich derart, daß er in einem Momente bereits von einer Resignation auf seine Stelle gesprochen. Die jung-czechische Partei gab — wie schon theilweise bekannt — in offener Weise kund, daß sie sich an dieser Feierlichkeit nicht betheiligen werde, der Sokolverein erklärte, daß ihm die Einweihung der Sokolfahne in Kolin wichtiger erscheine, die „Typograficka Beseda" zeigte einen Ausflug in die Umgebung Prags an, die Studenten versuchten es, in den Vormittagsstunden ein Meeting zu veranstalten, endlich wurden noch in großen, in nationaler Farbe gedruckten Plakaten die Prager aufgefordert, sich heute am Meeting in Böhig zahlreich zu betheiligen. Dieses Perhorresciren der heutigen Feierlichkeit von czechischer Seite gab sich auch in der spärlichen Decorirung der czechischen Besitzern gehörigen Häuser und selbst an städtischen Gebäuden zu erkennen; hingegen wurde von deutscher Seite Alles aufgeboten, um den Häuserschmuck in den Straßen, welche der Kaiser passirt, so glänzend als möglich herzustellen. Um für die Ankunft des Kaisers die Neugierde des Volkes abzuschwächen, wurde von czechischen Blättern bekanntgegeben, daß der Kaiser nicht im Prager, sondern im Bubentscher Bahnhofe absteigen werde. Nichtsdestoweniger erwarteten Tausende vom Bahnhofe bis hinab in die Zeltnergasse den Kaiser, welcher heute um 5 Uhr 25 Minuten Früh ankam und auf dem Bahnhofe von den Erzherzogen Ludwig von Toscana und Karl Salvator, vom Statthalter, dem kommandirenden General Fürsten Montenuovo und dem Bürgermeister erwartet wurde. Ein dreimaliges Hoch ertönte von dem auf dem Bahnhofe zahlreich versammelten Publikum, als der Kaiser den Waggon verließ und ebenso, als er sich nach einem kurzen Gespräche mit den Genannten in den Wartsalon verfügte, und als er dann zwischen der Spalier bildenden Menge mit dem Erzherzoge Albrecht vom Bahnhofe in die Burg fuhr. Dem Ministerpräsidenten Fürsten Carlos Auersperg wurde bei der Abfahrt vom Bahnhofe ebenfalls ein lautes Hoch dargebracht und auch Rufe: „Hoch die Verfassung!" wurden vielfach gehört.

Die Einweihung der Brücke ging nach dem bereits bekanntgegebenen Programme vor sich. Zwar fehlten unter den Theilnehmern die czechischen Studenten, der Sokolverein, der czechische Typographen-Verein und der Arbeiterverein „Oul", doch war der letztere gruppenweise in imposanter Weise dadurch vertreten, daß die Fabrikanten von Prag und Smichow sich mit ihren Tausenden Arbeitern und dem

---

Gastwirth von München; 9) J. Mangold, Maler von München; 10) S. Schneider, Kaufmann und Magistratsrath von Erding; 11) D. Schlamp, Bräuer von Staudheim; 12) B. Barbarino, Kaufmann von München; als Ersatzgeschworne: G. Eitzenberger, Bäcker von München, und E. Fritsch, Lederhändler von München. Die Vertheidigung führt der k. Advokat Dr. v. Schauß. Der Angeklagte, welcher, ein Sohn des Statthalters von Niederösterreich, im 17. Jahre in die österreichische Armee eingetreten ist, zum Offizier avancirte, am 20. März 1859 quittirte, um 20. April desselben Jahres aber wieder eintrat, im März 1860 abermals quittirte, in die päpstliche Armee eintrat, nach deren Auflösung zum dritten Male in die österreichische Armee eintrat und zum Oberlieutenant avancirte, wurde vom Präsidenten aufgefordert, der Verhandlung mit Aufmerksamkeit zu folgen, und insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß nach bayerischem Gesetz ein aufrichtiges Geständniß bei Ausmessung der Strafe berücksichtigt werden wird. Hieran reihte sich die Verlesung des Verweisungs-Erkenntnisses und der Anklageschrift, die von dem Angeklagten mehrmals, insbesondere, als die den Charakter der Julie Ebergenyi etwas scharf zeichnenden Stellen verlesen wurden, mit dem Ausrufe „das ist nicht wahr" unterbrochen wurde, worauf ihm der Präsident bedeutete, daß er noch Gelegenheit genug zur Geltendmachung seiner Einwendungen erhalten werde. Bei Verlesung der Stellen aus seinen eigenen Briefen, so hauptsächlich bei der Stelle, worin er sagt, daß er, wenn er nur frei werde, Geistlicher werden wolle, war auf dem Angesichte des Angeklagten ein Lächeln zu bemerken; auch ließ er seinen Blick nicht selten über das gesammte Auditorium gleiten, bald ernst, bald heiter scheinend.

Unter den Zuhörern bemerkte man heute Vormittag auch den Herzog Carl Theodor, Justizminister v. Lutz, Oberceremonienmeister Frh. v. Moy und noch eine Reihe höherer Staatsbeamten und Notabilitäten.

Aus der Anklageschrift Näheres mitzutheilen, unterlassen wir, da wir dieselbe bereits in längerem Auszuge mitgetheilt haben.

Der die Anklage vertretende Staatsanwalt Herr Wülfert sah sich veranlaßt, die Geschworenen im jetzigen Stadium der Verhandlung auf den Gegenstand derselben aufmerksam zu machen und nochmals darauf hinzuweisen, daß es sich heute nicht darum handelt, ob der Angeklagte die That begangen hat, sondern darum, ob derselbe sich der Theilnahme daran durch Raths-Ertheilung u. s. w. schuldig machte. Was bei der Verhandlung in Wien vorgekommen, dürften die Geschwornen hier in keiner Weise in Berücksichtigung ziehen, um selbst den Schein zu vermeiden, als habe eine vorherige Einwirkung auf die Geschworenen stattgefunden. Ebendeßhalb bedauerte der Herr Staatsanwalt auch, daß die Veröffentlichung der Anklageschrift schon vor mehreren Wochen erfolgte. Nach den gepflogenen Recherchen sei die Anklageschrift von dem Personal des Gerichts nicht veröffentlicht worden. Diese vorzeitige Veröffentlichung sei zwar diesesmal von keiner besonderen Gefahr, weil die Sache vor Kurzem auch in Wien der Gegenstand eingehender Erörterung war; dennoch aber wiederhole er (Redner) die Bitte, die Geschworenen möchten auf das, was außerhalb dieses Saales vorgekommen sei, durchaus keine Rücksicht nehmen, sondern nur das berücksichtigen, was er (Redner) ihnen als Beweismittel vorführen werde.

Vertheidiger Dr. v. Schauß dankte dem Staatsanwalt, daß er schon jetzt den Geschwornen nahe gelegt hat, daß sie durch Nichts auf sich einwirken lassen dürfen, als durch das, was sie hier in diesem Saale hören; möge aber auch, fügte Vertheidiger bei, der Herr Staatsanwalt bei Begründung der Anklage nichts benützen, was außer dem Saale vorgekommen ist. Redner erklärte ferner, er habe Achtung vor den österreichischen Zeitungen; allein dieselben hätten aus der Verhandlung in Wien gegen Julie v. Ebergenyi auch Aktenstücke mitgetheilt, welche nicht zu dem Thatbestand gehören; eben deßhalb protestire er gegen die beantragte Verlesung einer (nicht näher bezeichneten) Stelle aus dem Wiener Fremdenblatte, sowie gegen die Verlesung eines Schreibens eines gewissen Hrn. Schäffer über chemische Untersuchungen, dessen Inhalt noch dazu von einem Münchner Sachverständigen widerlegt worden sei. Dann ersuchte Vertheidiger die Geschworenen, daß sie in dem vorliegenden Falle ihr Gemüth so wenig als möglich walten und sich insbesondere durch das Mitleid mit dem Opfer nicht leiten lassen sollen. Gegen die Verlesung des Tagebuches der verlebten Gräfin sei nichts zu erinnern. Ferner theilte Vertheidiger mit, daß er sich an eine wissenschaftliche Notabilität in Berlin

übrigen Personale mit Fahnen und Musik aufgestellt und eine solche imposante Masse bildeten, daß der ganze Graben von ihrem Spaliere gefüllt war. Zu ihnen gesellten sich noch das Personale der Creditanstalt und der Escomptebank, mit den Leitern dieser Institute an der Spitze. Die Genossenschaften, von denen es anfangs hieß, daß sie nicht erscheinen werden, waren mit ihren Zunftfahnen erschienen, jedoch in etwas geringerer Menge, aber in denselben Festkleidern, wie bei der Theater-Grundsteinlegung. Zahlreich waren alle Bürgercorps ausgerückt. Daß die deutschen Vereine vollzählig erschienen waren, bedarf keiner Erwähnung. Der Zug des Monarchen vom Kai bis zur neuen Brücke, wo derselbe nach 11 Uhr Vorm. erschien, glich einem Triumphzuge, überall freudige Zurufe, tausendstimmiges Slava, tausendstimmiges Hoch und dabei auch „Hoch die Verfassung!" Auch dem Ministerpräsidenten wurden bei der Fahrt über den Graben lebhafte Hochrufe zu Theil. An der Brücke waren die Geistlichkeit, der Ex-Kurfürst von Hessen-Kassel, der verfassungsfreundliche und ein Theil des feudalen Adels (darunter die Grafen Clam-Martinitz, Ottokar Czernin, Harrach und Andere, sowie Fürst Georg Lobkowitz), die Generalität, die Landtags-Deputirten, die Vertreter der Universität und der Handelskammer, die Mitglieder der israelitischen Cultus-Repräsentanz und das Stadtverordneten-Collegium (darunter auch Palacky und Rieger), mit dem Bürgermeister Dr. Klaudy an der Spitze, versammelt.

Als der Kaiser und der Erzherzog Albrecht die Wagen verlassen hatten, hielt der Bürgermeister Dr. Klaudy an Se. Majestät eine Anrede, vorerst in czechischer, dann in deutscher Sprache. Der Kaiser erwiederte in beiden Landessprachen.

Unter Hochrufen begab sich der Kaiser hierauf, geleitet vom Bürgermeister, mit dem Gefolge auf die Brücke; vorangingen 16 (8 deutsche, 8 czechische) Bürgerstöchter, welche aus Körbchen Blumen streuten. Während der kirchliche Weihe-Act vom Domherrn Küffer v. Asmansville unter zahlreicher Assistenz vorgenommen wurde, begab sich der Kaiser unter ein auf der Brücke errichtetes, prachtvoll decorirtes Zelt. Nach beendeter Einweihung ging der Zug über die Brücke zum Belvedere. Voran fuhr der Bürgermeister, hinter ihm der Statthalter, dann der Kaiser mit seinem Flügel-Adjutanten Fürsten Liechtenstein, Erzherzog Albrecht mit seinem Adjutanten, der Kurfürst von Hessen-Kassel u. s. w. In die Hofburg zurückgekehrt, fuhr der Kaiser bald darauf in das Hotel „zum englischen Hof", um dem Großherzog von Toskana einen Besuch abzustatten, der beiläufig eine halbe Stunde währte; hierauf war großer Empfang und dann Hoftafel, zu welcher auch der Bürgermeister Dr. Klaudy, Dr. Bielsky und die technischen Leiter des Brückenbaues geladen wurden.

Wie man eben erzählt, soll es an Ausschreitungen und Nergeleien während des Festzuges von Seite der czechischen Jugend nicht gefehlt haben.

Um 12 Uhr Mittags, bald nach Beendigung des Festzuges, zog ein Pöbelhaufe gegen die in der Ferdinandsstraße, welche der Zug passirt hatte, gelegene Wohnung des Prof. Kick vom Polytechnikum. Der Haufe bestand wohl aus 600 Personen, voran Mitglieder des Arbeitervereins „Oul" und czechische Studenten. An Hundert aus dem Haufen drangen über die Treppe, drei brachen in die Wohnung ein, rissen die deutsche (schwarz-roth-goldene) Fahne, welche neben einer schwarz-gelben angebracht war, herab und warfen sie auf die Straße, wo sie zerrissen und insultirt wurde. Aehnliche Scenen hatte derselbe Pöbelhaufe vorher in der Obst- und in der Nikolandergasse aufgeführt.

Vor dem Carolinum-Gebäude (Universität) wurden die anwesenden deutschen Studenten von den Czechen insultirt, angeblich weil jene die Auslieferung der akademischen Fahne verlangt hatten, was thatsächlich gar nicht beabsichtigt war.

Mittags zog ein Haufe czechischer Studenten zur Mariensäule am Altstädter Ring, sang dort einen altslavischen Choral und brachte Slavas aus auf die am 21. Juni 1621 Hingerichteten.

Ein am Bösigberge abgehaltenes Czechen-Meeting wurde wegen verfassungswidriger Reden aufgelöst. Der bekannte Dr. Rudolph Fürst Thurn-Taxis präsidirte dem Meeting. Am Weißen Berge hatten die Czechen eine „stille" Trauerfeier arrangirt.

Die deutschen Studenten beabsichtigen, zu Ehren des Kaisers einen Fackelzug zu veranstalten.

Ausland.

Schweiz. [Kinderschacher.] Der schweizerische Geschäftsträger in Wien, Herr v. Tschudi, hat den Bundesrath auf einen förmlichen Kinderschacher aufmerksam gemacht, welcher von den Cantonen Freiburg, Waadt und Neuenburg aus nach Oesterreich, namentlich nach Ungarn und Croatien, betrieben wird, und dem mit aller Strenge entgegengetreten werden müsse. Dortige adelige Familien, welche nicht die Mittel besitzen, eine französische Gouvernante

---

gewendet und um ein schriftliches Gutachten über den geistigen Zustand des Angeklagten gebeten habe. Gestern sei ihm dieses Gutachten, worauf er beim Plaidoyer zurückkommen werde, durch die Post zugekommen, das Couvert **aber mit einem amtlichen Siegel versehen gewesen, weil es erbrochen hier angekommen sei. Es müsse also Jemand das ursprüngliche Siegel mit einem heißen oder scharfen Instrument gelöst haben.** Schließlich sprach der Vertheidiger ebenfalls sein **größtes Bedauern über die vorzeitige Veröffentlichung der Anklageschrift durch die Presse aus;** durch die Presse sei für seinen Clienten noch nie etwas Vortheilhaftes veröffentlicht worden.

Nachdem der Staatsanwalt bemerkt hatte, daß die Frage, welche Aktenstücke verlesen werden sollen, am Besten dann entschieden werde, wenn es sich eben um die Verlesung der betreffenden Aktenstücke handelt, theilte der Präsident mit, daß der Vertheidiger unmittelbar vor Beginn der Verhandlung das Ansuchen gestellt hat, den Landesgerichtsrath Giuliani in Wien, welcher bei dem Prozeß gegen Julie Ebergenyi den Vorsitz führte, durch den Telegraphen als Zeugen zu berufen, und daß diesem Ansuchen Statt gegeben worden ist.

Zeugen sind 35 erschienen, mehrere andere Zeugen konnten wegen Krankheit nicht erscheinen. Als Sachverständige sind anwesend: 1) Bezirksgerichtsarzt und Professor Dr. Martin von hier; 2) Professor Dr. Buchner von hier; 3) Professor Dr. Solbrig, Direktor der oberbayerischen Kreisirrenanstalt; 4) Dr. Ludw. Meyer, ordentlicher öffentl. Professor der Psychiatrie in Göttingen und Direktor der dortigen Irrenanstalt; 5) Dr. Gudden, Direktor der Irrenanstalt in Werneck, und Dr. B. Morel, Direktor der Irrenanstalt Yon (?) bei Rouen in Frankreich, dann als Dolmetsch für Letzteren der Professor Bédat von hier, Lehrer der französischen Sprache.

Nun begann die **Vernehmung des Angeklagten.** Derselbe bemerkte zunächst: was er in seinen früheren Verhören gesagt oder verschwiegen habe, habe er nicht aus Bosheit gesagt oder verschwiegen; heute wolle er nur die Wahrheit sagen. Im Jahre 1858 habe er seine verstorbene Gemahlin als Schauspielerin Mathilde Ruef in Linz kennen gelernt und ein Verhältniß mit ihr angeknüpft; bei der erstmaligen Zusammenkunft unter 4 Augen habe sie ihm damals ihre Familienverhältnisse mitgetheilt und insbesondere betont, daß sie aus guter Familie sei und Vermögen besitze, worauf er ihr das Heirathen versprochen habe. Nicht auf seinen Wunsch, sondern aus eigenem Antriebe habe sie die Bühne verlassen und sei mit ihm, nachdem er quittirt habe, nach Glasenbach bei Salzburg übergesiedelt. Nach ihrer von seinem Vater veranlaßten Trennung dortselbst habe sie sich nach München und später nach Augsburg begeben; ihm habe sein Vater den Vorschlag gemacht, in Olmütz Domherr zu werden, er sei aber hierauf nicht eingegangen, sei vielmehr am 20. April 1859 bei einem in Italien stehenden österr. Regimente wieder als Gemeiner eingetreten. In Verona habe er die Mathilde Ruef wieder getroffen, wo sie ihm mittheilte, daß sie eine Fehlgeburt gehabt habe. Noch während des Feldzuges avancirte er zum Oberlieutenant und nach Abschluß des Friedens seien Beide mit einer französischen Familie nach Deutschland abgereist, wo Mathilde in Augsburg blieb, während er nach Graz zu seinem Regimente zurückkehrte. Da er wegen Ueberschreitung des Urlaubs mit 4 Wochen Arrest bestraft wurde, und die Bewilligung zur Verehelichung nicht erhielt, habe er quittirt und sei in die päpstliche Armee eingetreten. Im Juli 1860 habe er sich mit Mathilde Ruef in Foligno trauen lassen; allein schon nach 8 Tagen habe er gemerkt, daß er mit ihr nicht mehr leben könne, „weil sie einen fürchterlichen Geruch hatte". Ueberhaupt sei er insoferne durch Betrug zu dieser Heirath veranlaßt worden, weil die Mathilde ihm (fälschlich) gesagt hatte, daß sie Vermögen habe. Nun wurde ein Brief verlesen, worin es u. A. heißt, daß Gustav die ganze Familie Ruef verachte und insbesondere ein Geschöpf, die Mathilde, von der Niemand rede, hasse. Weiter heißt es in diesem Briefe: „Daß mein Gustav mich heirathet, weiß ich." Dieser Brief ist von der Hand des Angeklagten geschrieben; er behauptet aber, daß der Brief von Julie Ebergenyi herrührt und daß er ihn abgeschrieben habe. Briefe, welche der Angeklagte an seine verewigte Frau unmittelbar vor der Verehelichung schrieb, sind voll von Zärtlichkeiten; u. A. heißt es: „Du bist mein Alles, mein Schutzgeist, meine Gottheit, mein Weibchen, unzählige der zärtlichsten Küsse sende ich dir, du bist ewig nur mein Weibchen, wie auch ich ewig nur dein bleibe;" „Laß mich zu dir

oder Bonne für ihre Kinder zur Erlernung der französischen Sprache zu halten, sind seit einiger Zeit auf den billigern Ausweg verfallen, zu diesem Zwecke 8 bis 12 Jahre alte Kinder ärmerer Aeltern aus den genannten Kantonen zu beziehen, welche ihren eigenen Kindern als Spielgenossen dienen sollen, oftmals aber, nur der unglückliche Spielball ihrer Launen, auf das schändlichste mißhandelt und schließlich, von allem entblößt, aus dem Hause gestoßen werden. So hat erst ganz kürzlich ein Graf Orsich in Warasdin ein in solchem Dienstverhältnisse gewesenes zehnjähriges Mädchen mit einem einzigen Gulden Reisegeld nach Wien geschickt, wo es hülf- und rathlos von barmherzigen Leuten von der Straße aufgelesen und Herrn v. Tschudi zugebracht worden ist. Der Bundesrath wird bei den Regierungen der genannten Cantone auf energische Maßregeln gegen diesen neuen Menschenhandel dringen.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. l. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 1/4 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	63 1/2 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 1/4 G.
"	4 1/2pCt.	44 1/4 P.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	84 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 3/4 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 3/4 P.
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	96 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/2 P.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 P. 94 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 G.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/2 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 7/8 P. 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. dto.	85 3/4 G.
"	4 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	80 1/2 G.
Spanien	3pCt. int. Sch. P. à fl. z. 30	—
"	2 1/2pCt. " " "	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	—
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 3/4 P.
"	6pCt. ditto v. 1882 "	77 7/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	735—46 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	203 1/4 P. 2 1/2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 3/4 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	250 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitt-Deutsche Kreditaktien . . .	99 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	314 P. 13 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/2 G.
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	139 1/2—40 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	69 1/4 P
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	30 1/4 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/2 P.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	85 1/4 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	137 1/4 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	130 1/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 P. 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 3/8 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Südöst. u. Lomb. E.B.	44 1/2 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	125 P.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 1/4 P. 100 G.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	85 1/4 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4—3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 5/8 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 3/4 G.
do. in öst. W. l. S.	102 5/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	146 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68 3/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	74 1/4—1/2 G.
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	158 1/2 G.
" do. v. 1864	91 1/2—3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 3/4 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/4 P.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 1/2 P.
" fl. 25 do.	58 5/8 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 3/4 P.

Frankfurt, 23. Juni. Wiederum standen Industriepapiere im Vordergrunde, während Staatsfonds vernachlässigt waren. Auf Anregung von Wien aus kam eine große Hausse in österr. Nationalbankaktien, die 131 eröffneten und 146 schlossen. Man erhofft von dem zu erwartend n Aktienrückkauf und der Reorganisirung des Instituts große Vortheile. Außerdem waren Credit- und Staatsbahnaktien heute sehr gesucht und höher, während Elisabethbahn viel stiller und ohne Animo war. Oesterr. Staatsfonds und süddeutsche Werthe wenig verändert. Amerikaner aller Gattungen dagegen sehr fest. Das Geschäft in Bankaktien und Eisenbahnen war recht lebhaft. (Synd.)

hin, sonst sterbe ich; ich bin nur für dich auf der Welt; du bist mein Gott, dir verdanke ich mein Leben. Du bist meine Welt, meine Zukunft. ... Du mußt wissen, daß wir für einander geschaffen sind, und daß keine Macht der Erde uns zu trennen vermag..." Ein Telegramm aus Ankona an Mathilde Ruef in Augsburg vom 16 April 1860 lautet: „Sonntag oder Montag muß unsere Hochzeit sein. Dein seliger Gustav." Der Angeklagte erklärte, daß er solche Briefe nie geschrieben haben würde, wenn er gewußt hätte, was er später in Heidelberg erfuhr; dort habe man ihm mitgetheilt, daß die Mutter der Mathilde im schlechtesten Rufe stehe und daß die Mathilde selbst früher mit mehreren Männern Bekanntschaft gehabt habe. In 2 Briefen an eine Madame Barth in Heidelberg aus dem Jahre 862 zeigte der Angeklagte an, daß er seine Ehescheidung eingegeben habe, weil die Mathilde verschwenderisch und ihre Mutter eine Kupplerin sei; die Mathilde, seine Frau, nennt er darin „die schlechteste Person." Von 1863 bis 1867 soll der Angeklagte ein Verhältniß mit der Stiftsdame Holovy in Brünn unterhalten haben; allein er leugnet das und behauptet, er habe an diese seine „Freundin" nur so zärtlich geschrieben, weil er ihr 100 fl. schuldete. Mit Julie Ebergenyi habe er im März 1867 Bekanntschaft angeknüpft; eine Verlobung mit ihr habe nicht stattgefunden, doch habe er bei ihren Eltern um ihre Hand angehalten. Der Julie habe er bald nach der Bekanntschaft gesagt, daß er verheirathet sei, ihren Eltern aber sei dies verheimlicht worden. Seiner verlebten Frau habe er nie einen Antrag gestellt, welcher auf ihre Ehre nachtheilig hätte wirken können. Daß Julie Ebergenyi vom 19. bis 22. Nov. v. J. in München war, hat der Angeklagte bisher stets geleugnet; heute gab er dies zu, fügte aber bei, sie sei gegen seine Einwilligung nach München gegangen. Auf die Frage des Präsidenten, warum er dann die Familie Ebergenyi ersuchte, ihm eidlich zu bestätigen, daß die Julie zu genannter Zeit in Szecsen war, erklärte er: das habe er gethan, weil Julie ihn darum gebeten hatte. Dieselbe sei auf Anstiften der Horvath nach München; warum sie auf fremden Namen gereist sei, wisse er nicht. Das Geld zu der Reise nach München habe er ihr nicht verschafft; sie habe es selbst besessen und in süddeutsche Währung umgewechselt. Auch auf die Erklärung des Präsidenten, daß Julie Ebergenyi selbst angegeben hat, er (der Angeklagte) habe ihr das Geld verschafft, beharrte derselbe darauf, daß die Julie das Geld selbst besessen habe. Den Empfehlungsbrief von A. Merot habe er schon früher für Jemanden verlangt, der bei Mathilde Chorinsky in München Zutritt haben wollte; an Julie Ebergenyi habe er damals gar nicht gedacht; der Empfehlungsbrief sei auf den Namen Marie Berger ausgestellt.

Auf die Bemerkung des Präsidenten, daß die Julie Ebergenyi sich der Gemahlin des Angeklagten als geschiedene Frau vorstellte, und diesen Empfehlungsbrief übergab, erwiederte der Angeklagte: „sie hat den Brief dann eben von der Horvath erhalten. Nach der Rückkehr der Julie von München am 23. November früh habe sie ihn durch einen Packträger rufen lassen, aber nichts mitgetheilt; erst Nachmittag habe sie gesagt, es sei in München der Mathilde ein Unglück passirt; auch habe sie (nicht er) den Kampacher nach München geschickt, um zu erfahren, was der Mathilde passirte und wie es ihr geht; „ob sie noch lebe", habe er nie gesagt. Daß er von Kampacher verlangte, er solle ihm einen Deutschmeister verschaffen, der Jemand recht gehörig traktiren könne (wobei er eine Bewegung mit der Hand machte, welche anzeigt, daß der Deutschmeister gehörig prügeln könne), gibt der Angeklagte zu. Davon, daß an Mathilde Chorinsky nach Reichenhall vergiftete verzuckerte Früchte geschickt wurden, daß die Ebergenyi an einen Chemiker um Rattengift schrieb, daß Julie Ebergenyi in den 4 Jahreszeiten zwei Fläschchen mit verschiedenen Weinen hatte, daß diese während ihres Besuches bei der Mathilde fehlten und nach der Rückkehr vom Besuche wieder gesehen wurden, will der Angeklagte durchaus nichts wissen. Den Aufenthaltsort seiner Frau habe er durch den Legationsrath Zwierzina in München erfahren. — Da die Zeit bis 1 1/2 Uhr schon vorgeschritten war, wurde die Verhandlung unterbrochen und die Fortsetzung auf Nachmittag 4 Uhr anberaumt.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 174.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Donnerstag, 25. Juni 1868.

Eine gemeinsame deutsche Maß- und Gewichtsordnung bildet seit Jahrzehnten ein Bedürfniß der Nation und würde deßhalb auch in § 46 der deutschen Reichsverfassung vom 28. März 1849 als eine Aufgabe der Reichsgewalt erklärt. Sogar der deutsche Bundestag nahm sich um die Sache an und ließ auf Antrag Bayerns und anderer Mittelstaaten am 12. Januar 1861 eine Commission von Sachverständigen in Frankfurt a/M. zusammentreten, welche schon nach wenigen Tagen ihr Gutachten dahin abgaben, daß das Decimal-System für Maß und Gewicht einzuführen sei. Denn dieses System (welches in den Jahren 1798 und 1799 aus Auftrag der französischen Regierung von 26 Gelehrten ausgearbeitet worden ist) stimme nicht nur mit unserem Decimal-Zahlensystem überein, sondern gestatte auch einzig und allein von allen bestehenden Maß- und Gewichts-Ordnungen eine konsequente Durchführung hinsichtlich aller Arten von Messungen, nämlich für Längen-, Flächen-, Körper- und Raumgehalt. Auch sei es nicht blos in Frankreich, sondern auch in Belgien, den Niederlanden, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal und mehreren amerikanischen Staaten bereits eingeführt, was für den Weltverkehr von großer Bedeutung sei.

Dieser Vorschlag wurde von nahezu sämmtlichen Bundesregierungen, darunter auch Preußen, welches sich ursprünglich nicht betheiligt hatte, gebilligt, und es wurde hierauf von der Fachmänner-Commission am 1. Dezember 1865 ein vollständig ausgearbeiteter Entwurf einer deutschen Maß- und Gewichtsordnung festgestellt und der Bundesversammlung vorgelegt, welcher wahrscheinlich zur allgemeinen Annahme gelangt wäre, wenn nicht das Jahr 1866 den Bundestag sammt Allem, was er Schlechtes und Gutes in seinem Schooße barg, zertrümmert hätte.

Inzwischen wurde die Einführung gleichen Maßes und Gewichtes in der Verfassung des norddeutschen Bundes unter die Gegenstände der Bundesgesetzgebung aufgenommen, und in Folge dessen hat der norddeutsche Reichstag am 15. lauf. Monats ein Gesetz über die Maß- und Gewichtsordnung für den norddeutschen Bund beschlossen, welches in Nr. 167 dieser Zeitung abgedruckt wurde.

Dasselbe ist dem Entwurfe der Bundestagskommission fast wörtlich nachgebildet, und weicht davon in nennenswerther Hinsicht nur insoferne ab, als darnach nicht das jetzt giltige Zollpfund, sondern das Doppelte desselben, das Kilogramm, die Gewichts-Einheit bildet, und als dadurch alle anderen Maß- und Gewichtsordnungen in den betreffenden Ländern ausgeschlossen sind, während nach dem Bundestagsentwurfe neben den allgemeinen Maßen und Gewichten noch die Beibehaltung einzelner abweichender Landesmaße gestattet worden war, hauptsächlich auf den Wunsch Preußens hin, welches erklärt hatte, daß das Meter, namentlich in seinen östlichen Provinzen eine beinahe in allen Schichten der Gesellschaft unbekannte Maßgröße sei.

Das neue Gesetz tritt am 1. Januar 1872 im ganzen Bundesgebiete in Kraft; schon von dem 1. Jan. 1870 an ist übrigens die Anwendung desselben gestattet, wenn die Betheiligten darüber einig sind.

Von jenem Zeitpunkte an werden also in dem bei weitem größten Theile Deutschlands, von welchem zudem die ganze Nordseite unseres Königreichs begrenzt ist, im Handels-, Post- und Eisenbahn-Verkehre die neuen Bestimmungen Platz greifen, und bei allen Waaren, welche dort angefertigt werden, oder welche dort abgesetzt werden wollen, werden Maße und Gewichte zur Anwendung kommen, welche von den unsrigen wesentlich abweichen.

Denn das Meter, die Einheit des norddeutschen Längenmaßes, ist mehr als das Dreifache unseres Fußes und beiläufig um ein Siebentel größer als unsere Elle, während das Liter etwas weniger beträgt als unser Maß.

Angesichts dieser bevorstehenden großen Veränderungen im deutschen Verkehrswesen fragt es sich nun, wie Bayern sich verhalten wird

Die Antwort hierauf läßt sich mit aller Sicherheit geben: es wird die norddeutschen Einrichtungen ganz unverändert bei sich einführen, und sogar einführen müssen, um die volkswirthschaftlichen Interessen vor Nachtheil zu bewahren. Dabei mag es ein Trost sein, daß im Prinzipe die neue Maß- und Gewichtsordnung bereits vom Bundestage angenommen war und wahrscheinlich auch unter den früheren deutschen Verfassungsverhältnissen zur Ausführung gelangt wäre; allein hiedurch wird die Wahrheit nicht beseitigt, daß die eigentliche Einführung bei uns doch nichts anderes ist als eine Folge und Vollziehung des norddeutschen Bundesgesetzes.

Gerade wie in diesem Falle wird es uns aber auch bei allen anderen wirklich gemeinsamen Angelegenheiten gehen, weil bei ihnen

---

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

(Fortsetzung.)

München, 23. Juni.

Zunächst tragen wir nach, daß außer den gestern genannten Journalen auch das ungarische Blatt „Szazabunk“ und das „Frankf. J.“ durch besondere Berichterstatter vertreten sind. — Gestern Nachmittag wurde das Verhör des Angeklagten fortgesetzt und beendigt. Die Schachtel, in welcher der Gräfin Mathilde Chorinsky-Lebske verzuckerte Früchte nach Reichenhall von Brünn aus geschickt wurden, enthielt auch einen Zettel, worauf stand, daß ein alter Bekannter ihr diese Kleinigkeit übersende. Der Angeklagte erklärte, daß er hievon so wenig etwas wisse, als davon, daß diese Schachtel mit einem eigens angefertigten Petschaft gesiegelt wurde, obwohl letzteres die Julie Ebergenyi selbst zugegeben hat. Rampacher, welcher die Schachtel mit den Früchten nach Brünn bringen und dort unter fremdem Namen aufgeben mußte, erhielt hiefür 30 Gulden; der Angeklagte behauptet jedoch, daß Rampacher dieses Geld deßhalb erhalten habe, um eine Gasthofrechnung für sich und seine Frau bezahlen zu können. Die Anklage nimmt an, daß diesen Früchten Cyankali beigemischt und eine Vergiftung der Gräfin versucht worden sei, weil der Aufgabeort so vorsichtig gewählt, ein eigenes Siegel benützt und von Julie Ebergenyi über das Schicksal der Schachtel eine so große Aengstlichkeit an den Tag gelegt wurde, und weil Graf Chorinsky zu jener Zeit das Gerücht verbreitete, seine Frau sei in Reichenhall plötzlich an einem furchtbaren Leiden gestorben. Wenn von den Personen, welche die Früchte genossen, keine erkrankte — die Gräfin aß gar nichts davon — so komme dies daher, daß bei einer Vermischung von Cyankali mit Zucker in kurzer Zeit das Kali mit dem Zucker sich verbinde, die Blausäure aber frei werde und verflüchtige, so daß solchergestalt vergiftete Zuckerstoffe nach wenigen Tagen ohne schädliche Folgen genossen werden können. Aus einer Anzahl von Briefen, welche der Angeklagte an Julie Ebergenyi schrieb und welche verlesen wurden, erwähnen wir, daß er ihr u. A. die Firmen mehrerer Hotels in München aufschrieb; München ist aber ausgestrichen und durch ein einfaches „M.“ ersetzt. Dieser Brief ist vom 18. Nov. datirt und am 19. ist Ebergenyi in München angekommen. In einem anderen Briefe bemerkt er, er werde beten, „daß es ihr gelingt, daß sie das Ziel erreicht.“ In einem Briefe vom 19. Nov. Abends sagt er: „Mein Weibi, mein Abgott, mein Alles; in Thränen gebadet liege ich vor deinem Bilde; möge dir Alles gelingen und du recht bald wieder in meinen Armen liegen! O! welche Angst erfaßt mich um dich! ich weine, weine, weine um dich, du mehr als je einzig angebetete Luzy, mein Abgott, mein Alles!“ Wieder in einem anderen Briefe bedauert er, „daß er ihr keine kleinen bayerischen Münzsorten mitgegeben;“ dann drückt er seine Angst aus, „daß sie die Pulver verwechseln könne.“ Gleich darauf heißt es aber wieder: „Du mein Gott, mein Götterweibi, lieber Stern! Gott segne und beschütze dich, daß es dir gelingt! Eines ärgert mich, nämlich, daß dich das Aas so freundlich empfangen hat; am Ende rührt sie dich noch, dieses Komödiantenaas; wenn du nur vorsichtig bist, daß es dir gelingt, sonst müssen Rampacher und Leo Preßl hin, sie sind schon avisirt. Denke an deinen Eid, denke an deine Zukunft als meine zukünftige rechtmäßige Gattin; lasse dich nur nicht zu weit ein!“ Wieder in anderen Briefen bezeichnet er seine Gattin als „Luder“, „Canaille“, als „das durchtriebenste Aas der Welt, als Bestie;“

eben der Schwerpunkt des Bedürfnisses gerade in der einheitlichen Regelung und Fortentwicklung liegt, und eben deßhalb einfach die Mehrheit den Ausschlag gibt. Wenn wir uns für diese Gegenstände nicht eine Mitwirkung bei der Schaffung der Gesetze sichern, so werden wir trotz alles innern Widerstrebens lediglich die von Berlin diktirten Gesetze zu vollziehen haben. Oder glaubt man wirklich, daß, wenn für den Nordbund ein gemeinsames Civilprozeß- oder Obligationen-Recht hergestellt ist, wir längere Zeit ohne Schädigung unserer materiellen und wissenschaftlichen Interessen von dem Mitgenusse und der Fortbildung solcher nationalen Geistesschöpfungen werden ausgeschlossen sein können.

Es ist deßhalb gewiß auch ein Gebot unserer Ehre, zu trachten, daß solche Einrichtungen nicht gänzlich ohne unsere Theilnahme und unsern Einfluß zu Stande kommen.

Da nun aber der Eintritt Bayerns in den Nord-Bund weder rächlich noch möglich ist, so bleibt uns nur das Mittel übrig, für bestimmte einzelne Angelegenheiten, welche von Seite des norddeutschen Bundes bereits in Angriff genommen sind, wie z. B. der Civilprozeß, die Ausdehnung der Zollvereinsinstitutionen vertragsmäßig festzusetzen, so daß die Vertreter der süddeutschen Staaten sowohl an den Vorbereitungen in den Commissionen als an der Berathung im Bundesrathe und Parlament Theil nehmen würden.

Wir können nicht umhin, dringend auf diesen Gegenstand aufmerksam zu machen, da bei der Raschheit, womit die norddeutsche Gesetzgebungsmaschine arbeitet, ein Gesetzbuch wahrscheinlich eher fertig und eingeführt sein wird, als unser Civilprozeß die Bureaus der nun seit Jahren versammelten Gesetzgebungs-Ausschüsse verlassen wird. Schließlich aber sei es allen Vaterlandsfreunden ans Herz gelegt, daß uns in diesen deutschen Dingen nur Eine Wahl zu Gebote steht: entweder mitgehen oder — nachlaufen.

Süddeutschland.

Großh. Hessen. Mainz, 23. Juni. [Herbstübungen.] Die großherzoglich hessische (25) Division hält ihre Herbstübungen in ganz gleicher Weise ab, wie die Divisionen der norddeutschen Bundesarmee, über welche durch königl. Cabinetsordre vom 9. Februar, wonach nur Divisions- und nicht Corpsübungen Statt finden sollen, Bestimmungen getroffen waren. Die hessische Division wird zu diesem Zwecke Anfang September bei Darmstadt concentrirt und hat am 19. desselben Monats ihren letzten Manövertag.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. Juni. [Eine wichtige Obertribunals-Entscheidung] erfolgte am Donnerstag bei Gelegenheit der Berathung über eine eingebrachte Nichtigkeitsbeschwerde in der Untersuchung wider den berüchtigten Schäfer Weidling und Genossen. Zum ersten Male findet sich nämlich in Betreff eines der Mitangeklagten durch den höchsten Richter (im Gegensatz zu der Entscheidung des Kammergerichts) der bisher in der Praxis noch bestrittene Grundsatz ausgesprochen: daß gegen keinen Angehörigen der norddeutschen Bundesstaaten in Preußen ferner auf Landesausweisung erkannt werden darf; in den entsprechenden Fällen ist dafür immer auf Stellung unter Polizeiaufsicht zu erkennen.

— [Bernhard Fischer] Ueber den im Bade Landeck von Herrn Stieber entdeckten Welfendichter Bernhard Fischer gehen der „D. Volksztg." aus Leipzig folgende Notizen zu: „Bernhard Fischer hielt sich während der ersten sechziger Jahre eine Zeit lang als „Hörer der Pharmacie" („Student zweiter Classe") in Leipzig auf; etwa im Jahre 1865 wurde er aus dem hiesigen Schriftsteller-Vereine ausgeschlossen, weil er einerseits schriftstellerische Leistungen nicht nachzuweisen vermochte (er hatte auf Grund einer Bescheinigung eines hiesigen Buchhändlers, bei dem er „beschäftigt" sein sollte, in dem Vereine Aufnahme gefunden) und weil er andererseits sich gewisse nicht näher zu bezeichnende Dinge hatte zu Schulden kommen lassen. Hierauf ging er nach Wien.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 22. Juni. [Exzesse.] In Wien haben gestern Exzesse lokaler Natur stattgefunden wegen einer Luftfahrt, mit deren Ankündigung und Nichtausführung das Publikum von einem Herrn „Aeronauten" Mayerhofer zweimal genarrt und geprellt worden war. Die „N. Fr. Pr." bemerkt dazu in ihrem Leitartikel vom 22. ds.: Dieselben wären nicht geeignet, irgendwie die Beachtung von Politikern in Anspruch zu nehmen, wenn sich nicht eine gewisse Publizistik und gewisse Kreise ihrer bedienen würden, um aus ihnen Argumente gegen die neue Aera zu gewinnen. Der „Volksfreund" ist natürlich sofort bei der Hand, um diesen Prater-Exzessen einen düsteren Hintergrund zu geben. Er betrachtet dieselben als absichtlich angelegt, „zu dem Zwecke, einen Tumult hervorzurufen, welcher als eine Art Probe eines Kampfes zwischen dem Pöbel und der bewaffneten Macht, eines Sturmes auf Widerstandsfähigere gelten kann, als Jene waren, die gestern im Prater der Volkswuth zum Opfer fielen." Das klerikale Blatt sieht in diesen Exzessen Ausbrüche „eines tumultuarischen Geistes, der namentlich die jugendlichen Kreise der Residenz, mögen sie nun der studirenden oder der arbeitenden Jugend angehören, immer mehr zu erfassen scheint." Und schließlich kommt die Moral der Fabel in der Betrachtung zum Ausdrucke, daß diese Scenen der Rohheit zeigen, „wie das Volk die neue Aera auffaßt und die Freiheit zu

---

dann folgt wieder: „Bleibe nur fest und standhaft, klug und überlegt!" u. s. w. Der Angeklagte stellte nicht in Abrede, diese Briefe geschrieben zu haben. Unter „Gelingen" sei zu verstehen, daß sie von Mathilde die Papiere erlangt, welche nothwendig sind, um sich mit Julie Ebergenyi verehelichen zu können; die Gefahr, von welchen er in den Briefen spricht, hätte dadurch entstehen können, daß die beiden Frauen bei dem Abverlangen der Papiere handgemein würden. Die Pulver, von denen er spricht, seien ganz unschädlich, denn er habe sie selbst genommen. Angeklagter zog ein angeblich solches Pulver aus der Tasche und übergab es dem Vorsitzenden. Julie hat angegeben, die Ausdrücke „Komödiantenaas", „Canaille" bezögen sich auf ihre Stiefmutter und der Angeklagte bestätigte, daß sie die Stiefmutter so genannt hätten. Die verschiedenen Briefe des Angeklagten wurden in einem Paquete gefunden, welches mit einem Petschaft „J. C." (Julie Chorinsky) gesiegelt war und das auch ein mit Cyankali gefülltes Fläschchen enthielt. Dieses Paquet hat die Julie Ebergenyi einem Dienstmädchen mit dem strengsten Auftrage übergeben, es aufzubewahren und es nur ihr selbst wieder zu geben. Woher die Ebergenyi das Gift hatte, ist nicht aufgeklärt, bald wollte sie es einem Photographen entwendet, bald als Geschenk für ihren Bruder oder einen Photographen gekauft haben; der Angeklagte erklärte, er habe nicht gewußt, daß die Julie Cyankali hatte. Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß die Julie Ebergenyi früher ein Geständniß dahin abgelegt habe, sie hätte der Mathilde Cyankali in den Thee gegossen und zwar sei ihr von Jemand gesagt worden, sie soll hiezu Cyankali nehmen, daß Julie dieses Geständniß aber wieder zurückgenommen habe, erwiderte der Angeklagte sehr erregt: „das glaube ich nicht, daß die Julie den Mord begangen hat, denn sie hat ein zu religiöses Gemüth, als daß man ihr so etwas zutrauen könnte. Ich habe ihr nichts gesagt; ich wußte gar nicht, was sie hatte; die Horvath, welche mir vorgestellt wurde, muß den Mord begangen haben. Diese Horvath beschrieb Angeklagter dahin, daß sie größer war als Julie, während diese in Wien angab, die Horwath sei kleiner als sie gewesen. Auf die Bemerkung des Präsidenten, warum nach Angabe des k. Polizeidirektors der Angeklagte, als er mit seinem Vater nach der Ermordung der Gräfin hieher gekommen war, sich so scheu benahm, entgegnete Graf Chorinsky, er könne sich nicht erinnern, daß sein Benehmen ein scheues gewesen. Dem weiteren Vorbehalt, es bestehe der dringendste Verdacht, der Angeklagte sei der Theilnahme an dem Morde schuldig, begegnete er ganz entschieden mit der Aeußerung: „Das ist nicht wahr!" Den Aufenthaltsort seiner Frau habe er deßhalb nicht bei seinem Vater, der ihn wußte, zu erfahren gesucht, weil er diesem gegenüber seit 1861 den Namen seiner Frau nicht mehr genannt hat; öffentlich, sagt er, habe er sich bei einem Polizeikommissär in Wien und bei der österreich. Gesandtschaft in München nach der Wohnung seiner Frau erkundigt, weil er nichts Arges gedacht, weil er keinen anderen Zweck gehabt, als die zur Verehelichung mit Julie nothwendigen Papiere zu erlangen, weil er nichts Anderes gewollt, als gerichtlich von Mathilde geschieden zu sein. Der Geldpunkt habe keinen Einfluß geübt, denn er habe damals gar keine Schulden gehabt; er sei Situationszeichner und sei im Stande, als solcher so viel zu verdienen, um eine Familie ernähren zu können. Schließlich erklärte der Angeklagte auf wiederholtes Befragen, daß er bei allen seinen heutigen Angaben beharre. Auf den Antrag des Vertheidigers konstatirte der Vorsitzende, daß in dem Koffer des Angeklagten noch zu einer Zeit compromittirende Briefe gefunden wurden, wo er sie an Julie Ebergenyi gar nicht mehr absenden konnte.

Nun begann die Zeugenvernehmung. Elise Hartmann, Cabinetsdienerswittwe von hier, bei welcher die Mathilde Gräfin v. Chorinsky wohnte, erzählt, daß Letztere am 20. November von einer fremden Dame besucht, daß diese von der Gräfin auf den 21. Nachmittag zum Thee eingeladen wurde, daß sie Abends zwischen 6 und 7 Uhr auf Geheiß der fremden Dame eine Droschke holen mußte, daß aber bis zu ihrer alsbaldigen Rückkunft im Zimmer der

gebrauchen versteht, Scenen, welche Schlimmes für die Zukunft besorgen lassen."

Ausland.

Italien. [Aus Rom] wird der „Corresp. Havas Bullier" unterm 17. Juni geschrieben: „Der Papst wohnte heute, am Jahrestage seiner Thronbesteigung, einem Hochamte in der sixtinischen Kapelle bei und nahm die Glückwünsche des heiligen Collegiums entgegen. Auf eine Ansprache des Cardinals Patrizi antwortete der heilige Vater: „Der Krieg zwischen dem Guten und dem Bösen ist älter, als die Welt, und begann schon vor deren Schöpfung zwischen dem Erzengel Michael und Satan. Er brennt noch in hellen Flammen in Italien, wo täglich so viele Verbrechen und Beraubungen verübt werden. Indessen ist der Krieg hauptsächlich gegen Rom gerichtet, weil daselbst, wenn möglich, der Mittelpunkt der katholischen Einheit vernichtet werden soll. Glücklicher Weise haben diese unausgesetzten grimmigen Angriffe, deren Ziel wir waren, überall einen heilsamen Rückschlag ausgeübt. Es gibt fortan keinen hohen, vorurtheilsfreien Geist mehr, der nicht unsere Vertheidigung ergriffe. Es gibt kein gläubiges, frommes Herz mehr, das nicht für uns Gebete zum Allerhöchsten emporsendete und unseren Triumph herbeisehnte. Jeden Tag kommen aus allen Theilen der Erde eifrige Priester und Bischöfe hieher, die von der Heiligkeit dieses Ortes durchdrungen sind, und rufen: Vere locus iste sanctus est! (Wahrlich, hier ist ein heiliger Ort!) Hier ruhen sie von ihren Mühen aus und trösten sich über die Schmerzen, die leider, ach! in keinem Erdenwinkel mangeln. Allein die Heiligkeit des Bodens selbst, auf dem wir stehen, legt Allen und Jedem insbesondere die Pflicht auf, die Welt durch unsere Werke zu erbauen. Nur so können wir uns des Segens würdig erweisen, den Gott dieser geweihtesten Erde spendet. Der Herr hält in seinen göttlichen Händen die Waage, in der er unsere Leiden, aber auch unsere Werke wiegt. Mögen diese letzteren seinem heiligen Willen entsprechen, auf daß man von dem neuen Rom sagen könne, was man von dem alten sagte: Quod non possidet armis, religione tenet.". (Was es nicht durch die Waffen besitzt, hat es durch die Religion inne.)

Am 22. wird der Papst ein geheimes Consistorium abhalten und in demselben seine Allokution ausschließlich gegen die interconfessionellen Gesetze und die Abschaffung des Concordats in Oesterreich richten. Die Bemühungen des Barons v. Meysenbug, die Aufregung des Papstes gegen Oesterreich zu mildern, sollen bis jetzt keinen merklichen Erfolg gehabt haben.

Man spricht in neuester Zeit sehr viel von dem **Rücktritte des Cardinals Antonelli**. Seine tief zerrüttete Gesundheit soll ihm nicht länger gestatten, den Staatsgeschäften vorzustehen. Sein wahrscheinlicher Nachfolger wäre Cardinal Berardi als Staatssekretär, Minister-Präsident und Minister des Auswärtigen.

Rußland. [Aufhebung der Schuldhaft.] Die Arbeiten der Commission, welche sich mit der Frage wegen Aufhebung der Schuldhaft zu beschäftigen hat, nähern sich ihrem Ende und die Commissionsmitglieder haben die Ueberzeugung der Nothwendigkeit gewonnen, dem Beispiel der westeuropäischen Staaten zu folgen, welche die Unhaltbarkeit des Gesetzes über die Schuldhaft anerkannt haben. Diese Gerüchte scheinen auch in dem Umstande ihre Bestätigung zu finden, daß der Contract mit Herrn Tarassow, in dessen Hause sich seit langen Jahren das Petersburger Schuldgefängniß befindet, von Seiten der Duma nur auf ein Jahr erneuert werden soll.

— [Die Reinigung der Rhede von Sebastopol von den versenkten Schiffen] dauert noch immer fort und wird wahrscheinlich gegen das Ende des Jahres 1869 ganz beendet werden. Am 20. Mai wurde der Boden des in der zweiten Linie versenkten Schiffes Sviatoslaw gehoben und nach der Nikolai-Batterie bugsirt. In dieser Linie liegen jetzt nur noch Stücke der unter der Wasserlinie befindlichen Theile der Schiffe Tschesme, Maria und Rostislaw, die noch im Laufe dieses Sommers fortgeräumt werden sollen. Dann ist übrigens die Hauptarbeit geschehen, da die in erster Linie versenkten Schiffe so tief liegen, daß sie der Schifffahrt nicht hinderlich sind.

Südamerika. [Die Thronrede des **Kaisers** von Brasilien als Illustration der gegenwärtigen Lage.] Aus der Thronrede, mit welcher der Kaiser von Brasilien am 9. Juni die neue Session eröffnet hat, theilen wir die wichtigsten Abschnitte in Folgendem wörtlich mit:

„Der Krieg, zu welchem uns der Präsident von Paraguay gezwungen hat, ist noch nicht zu Ende. Den Erfolgen, welche ich Ihnen am Schlusse der vorigen Sitzungsperiode ankündigen konnte, kann ich diesmal eben so glorreiche und wichtige hinzufügen. Die Gefechte von Potreiro, Ovelho und Tayi, die Abwehr des Ueberfalles von Tuyuti, die Forcirung der Fluß-Passage von Humaita, die Wegnahme des Forts Establecimiento und die Niederlage derjenigen Feinde, welche unsere Panzerschiffe entern wollten, der Angriff und die Wegnahme von Curupaiti, so wie eines großen Theiles der feindlichen Außenwerke — diese Resultate bestätigen die Tapferkeit unserer Streitkräfte zu Wasser und zu Lande, eben so, wie die unserer Verbündeten und verheißen einen nahen und ehrenvollen Ausgang dieses **Krieges**. Ich freue mich, abermals anerkennen zu müssen, daß die Regierung in ihren Bemühungen für die Vertheidigung der vom Präsidenten von Paraguay beleidigten National-Ehre von allen Brasilianern unterstützt worden ist, und bin überzeugt, daß diese Unterstützung von Seite des

---

Gräfin Alles ruhig und die Thüre verschlossen war. Da die Gräfin weder am 21. noch am 22. nach Hause kam, schöpfte Zeugin Verdacht; sie machte der Polizei Anzeige und drang, da ein Schlosser die Zimmerthüre nicht öffnen konnte, durch eine Seitenthüre in das Zimmer, wo sie dann die Gräfin als Leiche vor dem Sopha fand. Eine andere fremde Dame als jene, welche am 20. Besuch machte, war am 21. nicht zu der Gräfin gekommen. Die Verstorbene, bemerkt Zeugin, habe ihr einmal erzählt, daß ihr Mann ihr etwas thun wolle, und habe sie gebeten, ja keinen Mann zu ihr zu lassen; wenn ihr Mann ruhig werde, wie dessen Mutter schrieb, dann sei er sehr gefährlich. Der Angeklagte erklärte, daß er gegen diese Angaben nichts zu erinnern habe. Auf Befragen von Seite des Staatsanwaltes antwortete die Zeugin, daß die fremde Dame sie gefragt habe, ob die Stiege beleuchtet sei. Da die Ebergenyi behauptete, daß, nachdem die Hartmann um eine Droschke geschickt war, eine zweite fremde Dame, die Horvath, gekommen sei und gesagt habe, du Ebergenyi, gehe jetzt fort, ich bleibe da; daß sie dann fort sei, unten etwas gewartet habe und daß dann die Horvath nachgekommen sei und gesagt habe, die Gräfin sei umgefallen, stellte der Staatsanwalt die Frage, ob dies in der kurzen Zeit Alles habe geschehen können? Die Zeugin verneinte dies auf das Bestimmteste; der Mord müsse geschehen sein, kurz bevor sie von der fremden Dame um die Droschke geschickt wurde. Diese Dame habe auch sehr gedrängt und sei sehr unruhig gewesen.

Fanny Hartmann, die Tochter der ersten Zeugin, sah die fremde Dame, welche am 21. November bei der Gräfin Chorinsky zum Thee war, im Zimmer der letzteren; in Wien wurde ihr Julie Ebergenyi vorgestellt und diese erkannte sie sofort als jene fremde Dame, welche sich bei der Gräfin als Baronin Bay eingeführt hatte. Auch sagte der Zeugin die Gräfin, daß diese Baronin ihr einen Empfehlungsbrief von sehr lieber Hand überbracht hat; eine andere fremde Dame war zur kritischen Zeit nicht zu der Gräfin gekommen. Letztere lebte sehr eingezogen und sparsam; vor ihrem Manne hatte sie Furcht: „von ihm, sagte sie einmal, könnte ich das Schlimmste erwarten." Eine Kaffeemaschine, welche bei Julie Ebergenyi gefunden wurde, erkennt Zeugin als Eigenthum der ermordeten Gräfin an.

J. B. Hartmann, welcher zuerst in das Zimmer der Gräfin drang, kann nur angeben, daß am 24. November ein Mann gekommen ist, welcher sich erkundigte, ob die Gräfin noch lebt. (Dieser Mann war Rampacher.)

Anna von Hayn, Rittmeisters-Gattin aus Wien, hat die Julie Ebergenyi durch die Turneißen kennen gelernt und zweimal zu sich eingeladen; auch hat sie der Ebergenyi insoferne von der Verehelichung mit dem Grafen abgerathen, weil er so heftig und jähzornig sei. Die Ebergenyi habe geantwortet, daß sie ihn heirathen müsse, weil sie sonst vor dem ganzen Comitat compromittirt wäre. Sie werde ihn bald heirathen, wahrscheinlich schon Ende Dezember.

Polizeioffizant **Weißbrod** konstatirt, daß der Schlüssel zur Thüre des Zimmers, in welchem die Gräfin ermordet wurde, nicht mehr zu finden war.

Zeugin **Maria Türk** von hier hatte das Kind der Gräfin Chorinsky, welches sie während der Trennung von ihrem Ehemanne gebar, in Kost. Bei ihr fand sich die Gräfin täglich ein und zwar Vormittags 2 und Nachmittags 3 Stunden, weil sie ihr Kind sehr lieb hatte; von ihrem Manne sagte sie, daß er ihr nach dem Leben strebe. Einzelne Gegenstände von einem Schmuck, welcher der Zeugin vorgezeigt und der im Besitze der Ebergenyi gefunden wurde, erkennt die Zeugin als Eigenthum der Gräfin an. Diese sei stets heiter gewesen.

Aus der Aussage der Zeugin **Katharina Lehmann**, welche verlesen wurde, entnehmen wir, daß die Gräfin Chorinsky früher bei ihr wohnte und erzählte, sie habe einmal eine Schachtel mit verzuckerten Früchten in Reichenhall erhalten, von denen die Gräfin aber nichts aß; letztere erzählte ihr manchmal von ihrem Manne, wünschte aber keine Aussöhnung mit ihm.

ganzen Volkes auch nicht eher nachlassen wird, bis jene Beleidigung vollständig gesühnt ist. Ich richte diese Anerkennung, zu welcher sie ein Recht haben, an die Armee, an die Flotte, an die Nationalgarde und an die Freiwilligen. Die Regierung der Vereinigten Staaten von Nordamerika hat auf's Neue der brasilianischen, orientalischen und argentinischen Regierung ihre freundliche Vermittlung zur Wiederherstellung des Friedens mit Paraguay angeboten. So dankbar die brasilianische Regierung auch dafür ist und sich in dieser Beziehung in Uebereinstimmung mit den alliirten Republiken weiß, so hat sie doch erklärt, daß dieselben Gründe, welche die Annahme der schon einmal angebotenen Vermittelung verhinderten, auch diesmal noch vorwalteten, durch die letzten Siege sogar noch verstärkt worden sind, und daß sie also nicht anders als früher handeln könne."

Der Kaiser ist somit **nicht gewillt**, von dem **Kriege gegen Paraguay so bald abzustehen**, und es wird noch viel Geld und, was schlimmer, viel unnützes Blutvergießen kosten, ehe in das obere Stromgebiet des La Plata die Ruhe zurückkehrt. Welche Fortschritte Brasilien unter den sonst nicht ungünstigen Verhältnissen gemacht haben könnte, wenn nur der Krieg nicht wäre, beweist die Aeußerung der Thronrede über die Finanzen:

„Ein erläuterndes Uebereinkommen mit der Schweiz wegen des 9. Artikels der Consular-Convention ist in Bern unterzeichnet worden und regelt alle Fragen, welche aus der Erhebung, der Verwaltung und Liquidation von Erbschaften entstehen können. Die Staats-Einnahmen sind durch den Ertrag der bewilligten Steuern über die gewöhnlichen Ausgaben gestiegen und zeigt das **Budget einen Ueberschuß**. Dessen ungeachtet bleibt Sparsamkeit eine gebieterische Pflicht, da uns die Kriegskosten zu außergewöhnlichen Ausgaben zwingen, für welche Sie, wie ich hoffe, der Regierung die nöthigen Credite bewilligen werden."

Welche **Stellung die Regierung zur Sclavenfrage** eingenommen hat, läßt sich aus der kurzen Andeutung der Thronrede, daß diese Frage der Gegenstand eifriger Berathungen gewesen sei und der Legislatur seiner Zeit ein dieselbe betreffender Gesetzvorschlag zugehen werde, nicht mit Bestimmtheit schließen. Das Versprechen ist schon mehrmals gemacht, aber noch nicht erfüllt worden; doch sind die freisinnigen Ansichten und Bestrebungen des Kaisers genugsam bekannt, und wenn es an ihm allein läge, so würde die Sclaverei wohl schon in allmäliger Auflösung begriffen sein.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61 3/8 P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 7/8—63 G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53 3/4—54 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 7/8—5/8 G.
"	4 1/2pCt.	43 7/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	84 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 5/8 G.
"	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
"	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	98 P.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	90 1/ P. 89 7/ G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/8 P. 89 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 , P.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/4 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/ P.
"	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 , G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 7/8 P. 5/8 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	95 / P.
"	4 pCt. Obl. dto.	96 G.
"	3 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 20	—
"	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 1/2 P.
NAmerika	6pCt. à 100kr. 1881 D. 2 1/2	79 1/ P.
"	6pCt. ditto v. 1882	78 P. 77 3/4 G

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P. 124 1/2 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	752—48 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	201 G.
Bayer. Hypotheken- Pfandbr. 4 pCt.	92 3/4 P. 1/2 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	232 P. 31 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	313 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	1 8 1/2 G.
Oest. F. St. Eisb 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	264 1/2—66 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	140 P. 39 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	68 1/4 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	32 P. 31 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	137 1/2 P.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	131 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 , P. 3/8 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	75 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	174 7/ G.

Wechsel in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	99 3/4 G
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 1/2 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 1/4—3/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 3/4 P.
do. in öst. W. l. S.	102 5/8 P. 3/8 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4pCt.	68 , P.
" fl. 500 v. 1860 à 7	74 1/ P. 74 G
" fl. 100 Eisbl. v. 1858	138 , G.
" do. v. 1864	91 1/4 P.
4 pCt. Bayer Präm.-Anl.	101 , P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/ P.
Badische fl. 35 . .	50 , G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/2 P
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	167 1/2 P.
" fl. 25 do.	38 1/2 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 G.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 1/2 P.

Frankfurt, 24. Juni. Das Geschäft concentrirte sich heute hauptsächlich auf Staatsbahnaktien, in denen namhafte Umsätze zu steigenden Coursen stattfanden. Nationalbankaktien wurden wiederum stark gehandelt, doch blieben dieselben am Schlusse etwas matter.

Frau **Seligmann**, Tochter der Lehmann, bestätigte, daß die Gräfin Chorinsky von Oktober 1866 bis Mai 1867 bei ihr wohnte, sehr einfach lebte, aber immer heiter war; daß sie einmal in Reichenhall von Brünn eine Schachtel mit verzuckerten Früchten erhielt, aber nichts davon genossen hat.

Adalbert Mikulitsch, Lehramtscandidat aus Wien, stand Anfangs zur Gräfin Chorinsky in einem Freundschafts-, später aber in einem sehr intimen Verhältniß. Er ist der Vater des noch am Leben befindlichen außerehelichen Kindes derselben und gibt an: Nachstellungen von Seite ihres Mannes habe die Gräfin immer gefürchtet; ob gerade Nachstellungen nach ihrem Leben, kann Zeuge nicht angeben. Auf das Bestimmteste behauptet aber Zeuge, daß die Gräfin erzählte, ihr Mann habe ihr mehrmals vorgeschlagen, von Prostitution zu leben, ihre körperlichen Reize zu verwerthen. Im Hause ihrer Schwiegereltern sei die Gräfin geachtet gewesen; doch habe sie das Haus verlassen, weil sie jede Hoffnung auf eine Aussöhnung mit ihrem Manne aufgegeben hatte. Die Gräfin habe auch erzählt, daß ihr Mann manchmal sehr gut, dann aber wieder ein höchst leidenschaftlicher Mensch sei und daß es ihr vorkomme, als ob es bei ihm manchmal „rapple". Später sagte sie, sie spreche den Ausdruck „rappeln" einem Arzte nach, der behaupte, der Graf Chorinsky sei ihm ein Räthsel; er könne nicht begreifen, wie man eine Frau, die gar nichts verschuldet hat, verstoßen und einen so enormen Haß gegen sie hegen könne. Auf die Frage des Vertheidigers, ob denn die Gräfin wirklich einen so üblen Geruch an sich trug, bemerkte Zeuge: „Es empört mich, das zu hören. Das ist eine freche Lüge." Auch Frau **Hartmann** bestätigt, daß die Gräfin keinen üblen Geruch hatte.

Heinrich Eisenmann, Zimmerkellner in den vier Jahreszeiten, gibt an, daß am 19. Mai eine fremde Dame angekommen sei, sich als Baronin Bay in's Fremdenbuch eingetragen, am folgenden Morgen den Besuch eines gleichzeitig mit ihr angekommenen fremden Kaufmanns Umlauf angenommen und Abends mit diesem auf ihrem Zimmer soupirt habe. Am folgenden Tag habe sie zwei Fläschen Wein verlangt, eine Flasche mit rothem Wein und eine solche mit Muskatlünell. Zwei kleine Fläschchen, welche sie mit diesen Weinen Vormittag gefüllt hatte, und die während ihrer Abwesenheit nicht zu sehen waren, wurden Abends beim Einpacken wieder bemerkt; jenes mit Muskatlünell war theilweise geleert. **Johann Bauer**, Hausknecht in den vier Jahreszeiten, sah die Gräfin, als sie am 21. November Abends in's Hotel zurückkehrte; er fand sie sehr aufgeregt und vernahm von ihr, daß sie in Folge einer telegraphischen Depesche von ihrem Manne sofort nach Wien abreisen müsse. — **Maria Stuhlreiter**, Zimmermädchen in den vier Jahreszeiten, bemerkte, daß die fremde Dame (Baronin Bay) am 21. November Vormittag sehr eilig, ohne sich gewaschen und gefrühstückt zu haben, den Gasthof verlassen hat. Als sie Abends 7 Uhr zurückkam, war sie sehr aufgeregt und beschleunigte sie so sehr als möglich ihre Abreise. — Hier wurde die Sitzung Abends nach 8 Uhr geschlossen und die Fortsetzung der Verhandlung auf Dinstag den 23. früh 8 Uhr anberaumt.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gadermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 175.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Freitag, 26. Juni 1868.

Herr Haußmann, der Seine-Präfekt, in Paris und die Lage der Dinge in Frankreich.

Herr Haußmann, der als Seinepräfekt über ganz Paris seit 16 Jahren noch viel absoluter verfügte als Herr Maupas, der weiland Staatsstreich-Arrangeur und dann Cäsars Oberspitzl, d. h. kais. französischer Polizeiminister, jemals über seine uniformirte wie verkleidete Polizeimannschaft; Herr Haußmann, der seine großen Unternehmungen mit 13 Millionen begann, und die 13 Millionen in 15 Jahren auf beinahe 2 Milliarden hinauftrieb, und der allen Protesten und Widersprüchen die Zufriedenheit des Kaisers entgegenstellte, den der Kaiser selbst als denjenigen seiner Diener anerkannte, der keine Schwierigkeiten kenne und Alles ausführe, was man von ihm verlange — Herr Haußmann will mit einem Male kontrollirt sein:

Filax, der so manche Nacht,
Filax, der —
Filax, der —
Filax fiel ein Fieber an.

Herr Haußmann erklärt sich mit einem Male für müde; er möchte Ruhe haben; er sagt fast wie Heinrich Heine, nachdem er seine Jugendsünden gestanden: „Ich habe ein Recht, müde zu sein.“

Kein anderer als der gesetzgebende Körper, die versammelten Vertreter des allgemeinen Stimmrechtes, sollen ihn überwachen, ihm auf die Finger sehen, seine vergangene und zukünftige Handlungsweise richten.

So thut sich aller Orten ein merkwürdiges Erwachen der Gewissen kund, denn, was anderes sollte das Gefühl zu großer Verantwortlichkeit und der Wunsch, einen Theil derselben andern Schultern aufzubürden, bedeuten?

Vielleicht doch etwas anderes? Seit lange hat man die Phrase, an die man früher so sehr gewöhnt war: der Kaiser will es! der Kaiser ist zufrieden, nicht mehr gehört, oder wenigstens nicht mit Energie, herausfordernd ausgesprochen gehört. Die Berufung auf des Kaisers Wohlgefallen, oder wenn Sie wollen, auf seine Weisheit scheint nicht mehr zu genügen, weder denen, die Gebrauch davon machen, noch jenen, denen man sie ehemals wie einen Medusenschild entgegenhielt. Man scheint jetzt Tugend und Gesetzlichkeit ebenfalls als efficace anerkennen zu wollen. Das zeigt sich noch in manchen anderen Verhältnissen und in manchen anderen Persönlichkeiten. Wenn der Kaiser jetzt plötzlich von Fontainebleau nach Paris kommt, da war es kein frivoler Grund, der ihn Weib und Kind verlassen ließ, sondern es ist — und das wird laut verkündet — die Sorge um das Staatswohl der unwiderstehliche Drang, einem wichtigen Ministerrathe selbst zu präsidiren und andere dergleichen titushafte oder hadrianische Motive, die ihn procul negotiis nicht ruhen ließen.

Und sein Majordomus Herr Rouher bekommt mit einem Male vor dem Liberalismus einen solchen Respekt, daß er denselben Herrn Ollivier, den er seit Jahren belächelt, aus der Opposition herausgreift und ihm ein Portefeuille anbietet. Man kann nicht wissen, wozu es gut ist, einen Liberalen gegebenen Falles bei der Hand zu haben, denkt Herr Rouher, der sich bis jetzt auf einen ganz anderen Mann zu verlassen pflegte.

Das Geheimniß von all dem liegt eben darin, daß alle diese so plötzlich zur Verantwortlichkeit, Kontrolle und Liberalismus Bekehrten sich nicht mehr auf jenen anderen Mann mit Sicherheit glauben verlassen zu können; daß der ehemalige Retter Frankreichs und der Welt ihnen heute nicht mehr stark und ehern genug erscheint, um einen solchen Schild für ihre Persönlichkeiten abzugeben. Daß es sich wahrhaftig nicht im Entferntesten um die Idee, um wirklichen Liberalismus handelt, das thut der Bericht des Herren Haußmann selber auf's deutlichste dar. Da ist auch nicht im Entferntesten die Rede von einem Tropfen Freiheit, mit dem das lechzende Paris als Stadt, als Kommune erfrischt werden soll; nicht im Entferntesten von Gemeinderäthen, von irgend welcher Selbstverwaltung und Selbstbestimmung. „Paris“, ruft Herr Haußmann pathetisch aus, „ist keine Commune, sondern ist das Eigenthum Gesammt-Frankreichs und aller Franzosen, gehört dem Kaiserreich, dessen Hauptstadt es ist.“ Damit sollen sich drei Millionen Einwohner trösten, daß sie nicht einmal unter dem gemeinen Rechte stehen und nicht so viel Macht über sich selber haben, wie die Bürger von Yvetot, daß der Deputirte von Carpentras sich in ihre Angelegenheiten mischen darf. Von der unbeschränkten Macht, die er als Seinepräfekt besitzt, und die im Grunde eine der Hauptwaffen des Regimes ist, will er also trotz aller Sehnsucht nach Kontrolle, trotz aller Müdigkeit und trotz aller Melancholie, die durch den lan-

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

(Fortsetzung.)

München, 23. Juni.

Bei Beginn der heute Dienstag stattgefundenen Sitzung gab der Vorsitzende Appellationsgerichtsrath Fruhmann bekannt, daß ein anonymer Brief eingelaufen ist. Der Vertheidiger beantragte, denselben später zu verlesen. Nachdem mehrere Aktenstücke, die chemische Untersuchung der Eingeweide der gemordeten Gräfin betr., und das Gutachten der Wiener Experten, wornach „Mathilde Gräfin von Chorinsky zweifellos durch Vergiftung mit Blausäure gestorben ist,“ verlesen waren, sollte auf Antrag des Staatsanwaltes das Schreiben des Kupferbergwerkbesitzers Schäfer aus Böhmischbrod, welches dieser über die Vergiftung der nach Reichenhall gesendeten Früchte an den Untersuchungsrichter in Wien gerichtet hat, verlesen werden. Der Staatsanwalt beharrt auf der Verlesung, da es Pflicht des Schwurgerichts-Präsidenten sei, Alles bekannt zu geben, was zur Erforschung der Wahrheit dienlich erscheint, namentlich auch Gutachten. Der Vertheidiger protestirt gegen die Verlesung dieses Schreibens; denn ein Brief von einem Inhalt, den man eine scientifische Aeußerung nennen kann, sei noch kein Gutachten. Der Brief sei lediglich eine einfache Zuschrift an den Untersuchungsrichter, worin er auf einen allerdings belangreichen Umstand aufmerksam gemacht werden sollte. Schäfer selbst lege seinem Schreiben den Charakter eines Gutachtens nicht bei. Um zu vermeiden, daß in einer cause célèbre civilprozessuale Formen eingeführt werden, die dem Angeklagten in einem besonderen Fall möglicherweise nachtheilig sein könnten, und da es sich um eine rein prinzipielle Frage handelt, so beantrage er, daß durch Beschluß des Gerichtshofes entschieden werde, ob das Schreiben Schäfers verlesen werden soll oder nicht. Der Gerichtshof zog sich zurück und beschloß, den Antrag des Staatsanwaltes abzuweisen, weil als wirkliche Gutachten nur solche zu erachten sind, zu deren Abgabe nur Sachverständige von Amtswegen aufgefordert werden, Schäfer aber als ein solcher Sachverständiger nicht zu betrachten ist und nicht die geringste Gewißheit besteht, ob der Brief von dem Kupferbergwerksbesitzer Schäfer herrührt.

Universitätsprofessor Dr. L. A. Buchner, welcher die kandirten Früchte untersucht hat, erklärte, daß sie kein Gift enthielten und unschädlich für den Genießenden waren; hätten sie Cyankali enthalten, so hätte Kali zurückbleiben müssen, doch habe er die Untersuchung nicht so weit ausgedehnt. Wenn es gewünscht wird, so wolle er die Früchte auch in dieser Richtung untersuchen. Enthalten sie kohlensaures Kali, so besteht Wahrscheinlichkeit, daß sie mit Cyankali vergiftet waren; findet sich kein Kali mehr vor, so waren sie mit Cyankali nicht vermengt. Daß ein Laie die Vergiftung von Früchten mit Cyankali vornimmt, hält Buchner nicht für wahrscheinlich, weil der Laie den ganzen Prozeß der Candirung kennen müßte; doch ganz kategorisch könne man nicht verneinen, daß die Früchte nie mit Cyankali bestreut waren; die Möglichkeit, daß sie mit Cyankali bestreut waren, sei nicht aufgegeben, doch würde in einem solchen Falle die Vergiftung sehr schnell erkannt worden sein.

Bezirksgerichtsarzt Dr. Martin hat an seinem früheren Gutachten über die Todesursache der Gräfin kein Jota zu ändern; er bleibt dabei, daß die Gräfin mit Blausäure vergiftet worden ist. Eine kleine Quantität Kirschlorbeerwasser, welche Blausäure enthielt, und die man unter den Effekten der Gräfin fand, würde im 20fachen

gen Bericht weht, wie der Herbstwind über niedergerissene Stadttheile und moderne Ruinen.

Gar Vieles ist in den letzten Jahren vorgekommen, was diese und andere Melancholiker rechtfertigt. Herr Haußmann sah neben sich manches stolze Gebäude zusammenstürzen, das auf gleichem Grunde stand mit seinen Schöpfungen; wie zum Beispiele eins der größten des Kaiserreiches, den Credit mobilier, mit dessen Sturze sich mannigfache, ganz neue, trübe Erfahrungen verbinden. Denn ganz neu und höchst betrübend ist es, wenn Verwaltungsräthe für die Verwaltung anvertrauter Interessen persönlich verantwortlich gemacht werden und man sogar so weit geht, sich zur Schadloshaltung an ihrem persönlichen Eigenthum zu vergreifen und es Gerichte gibt, die das ganz in der Ordnung finden.

Auch Herr Haußmann ist Proprietär und es war nur Zufall, daß die niederreißenden Hammer und Spaten und ihnen nach der entschädigende Säckel häufig Richtungen einschlugen, wo Haußmann'sches Gut ihren Hieben erlag. So mischt sich zu der Trauer der guten Bürger überall die subjektivste persönliche Betrübniß.

So beißt sich die historische Schlange den Schwanz, dieselben Elemente, dieselben Interessen, welche das „System" begründet und durch Jahre aufrecht erhalten, dieselben kehren sich jetzt, nicht energisch, nicht kraftvoll und mit Lärm gegen ihr eigenes Werk, sondern nagend, zerbröckelnd, wahrscheinlich selber nicht wissend, was sie thun. Achtzehn Jahre, beinahe kaum genug für eine neue Generation mit neuen Ideen, sind für ein System, wie das des zweiten Dezember, das muß man anerkennen, ein überaus langer Zeitraum; achtzehn Jahre sprechen für eine Lebenskraft, die man unter solchen Umständen bewundern muß, und sind eigentlich das größte Kompliment, das dem Kaiserreiche gemacht worden. Und gewiß ist mit diesen achtzehn Jahren noch nicht das letzte Wort gesagt, trotz dem in Karlsruhe entdeckten neuen Kometen, welcher den Sturz von König-, Kaiser- und Papstthümern bedeuten soll; wir glauben einerseits nicht an Kometen, andererseits aber glauben wir allerdings, daß Louis Napoleon ein Komet ist; der Schweif oder, wie sich das Volk vom Kometen sprechend ausdrückt, die Ruthe, die er nach sich schleift, wird wohl noch lange über dem französischen Horizont bleiben, der Komet selber aber, der „Kern" desselben, der Kopf — was wird dessen Schicksal sein?

Norddeutscher Bund.

Berlin, 23. Juni. [**Schule und Kirche.**] Pastor Knak hat einen Stein ins Wasser geworfen und eine Wellenbewegung hervorgerufen, die sich noch immer nicht beschwichtigen will. Am Freitag Abend voriger Woche fand im Saale des Handwerker-Vereins eine Versammlung Statt, an der sich auch mehrere Abgeordnete, Löwe, Schulze-Delitzsch, Duncker u. s. w. betheiligten und in welcher die Frage der Schulpflegeämter auf der Tagesordnung stand. Löwe-Calbe war der Hauptredner des Abends; und er setzte die Nothwendigkeit einer Trennung sowohl des Staates als der Schule von der Kirche aus einander. In Bezug auf die Schule äußerte er u. A.: „Ich bin in der Lage, Ihnen einen ganz neuen Beweis dafür zu liefern, den mir mein Freund, der Abg. v. Saucken (Georgenfelde) aus eigener Erfahrung mitgetheilt hat. In seinem Kreise ist ein Lehrer, ein verdienter Mann und tüchtiger Lehrer, der seine Schule in bester Ordnung hat. Als nun vor Kurzem der Schulinspektor, ein Prediger vom Schlage des Hrn. Knak, Schulrevision abhält und sieht, daß die Kinder recht hübsch schreiben, lesen und rechnen können, sagt er zum Lehrer: „Bilden Sie Sich nur auf Ihr Wissen nichts ein, das will nicht viel sagen". (Ruf: Pfui! Pfui!) Und zu den Kindern gewandt, sagte er: „Lesen und Schreiben kommt erst in zweiter Linie; beten und den König ehren, das ist Alles! wenn ihr das ordentlich lernt, dann habt ihr genug gelernt." (Entrüstung.) Ich zweifle nicht daran, daß dieser Mann seine volle Ueberzeugung ausgesprochen hat, und ich würde mir des größten Verbrechens bewußt sein, wenn ich den Mann daran hindern wollte. Möge er immerhin diese Ueberzeugung haben; aber daß er die Schule in diesem Sinne leitet, daß er dem Lehrer Angesichts der Kinder sagt: „Dein ganzes Werk hat keine Bedeutung", das kann ich als gutes Recht in unserem Staate nicht mehr anerkennen." Die Versammlung genehmigte die vorgeschlagene Resolution, deren erster bezeichnendster Satz lautet: Die neuesten Vorgänge auf dem kirchlichen Gebiete machen es unerläßlich, daß die Schule von der Aufsicht der Kirche und der kirchlichen Behörden vollständig befreit und daß das in dem § 26 der preußischen Verfassung verheißene Unterrichtsgesetz auf Grundlage der Freiheit der Schule und der Selbstverwaltung der Schulgemeinde endlich erlassen werde."

— [**Prozeß Cochn.**] Der zu trauriger Berühmtheit gelangte Betrugsprozeß des Apothekers Cochn (wegen seiner Medizinlieferungen für die Truppen 1866) ist am 23. zu Ende gekommen. Der Gerichtshof berieth von $11\frac{3}{4}$ bis $3\frac{3}{4}$ Uhr und sprach den

---

Betrag zur Vergiftung nicht hingereicht haben. Was die kandirten Früchte betrifft, so könne man mit apodiktischer Gewißheit nicht sagen, daß die Früchte nie mit Cyankali bestreut waren. Die Frage des Vertheidigers, wie lange Zeit nothwendig sei, daß Blausäure verflüchtigt, könne man nicht beantworten, so lange man nicht weiß, welche Quantität Cyankali verwendet wurde.

Der Präsident übergab die kandirten Früchte dem Professor Dr. Buchner, um sie wiederholt zu untersuchen, ob sie noch Kali enthalten oder nicht. — Was den Eingangs erwähnten anonymen Brief betrifft, so bemerkte der Präsident, daß er denselben vermöge seiner diskretionären Gewalt nicht verlesen werde, weil derselbe von Inzichten gegen die österreichischen Gerichte strotzt und nicht den mindesten Aufschluß über den Gegenstand der Verhandlung enthält; und wenn er einen solchen Aufschluß enthielte, so verdiente er keine Berücksichtigung, weil er anonym ist. Dr. v. Schauß erklärt sich damit einverstanden, daß der Brief nicht verlesen wird; ihm genüge, daß der vom Hrn. Präsidenten erwähnte Inhalt des Briefes in die Oeffentlichkeit gelange. Er habe die Verlesung überhaupt nur deßhalb beantragt, weil man sonst in Oesterreich sagen könnte, die Verlesung sei unterlassen worden, weil die Sachverständigen und der Vertheidiger bestochen, weil die Grafen Chorinsky, Vater und Sohn, schlechte Subjekte seien u. s. w.

Lohndiener **Deininger** erkennt in einer vorgelegten Photographie das Porträt der Dame, welche sich als Baronin Bay ausgab und später als Ebergenyi entlarvt wurde. Zeuge hat auch für den 21. Nov. Abends die Theaterbillete besorgt und in die Wohnung der Gräfin Chorinsky gebracht.

Zeuge Carl **Struve**, Student, hat zur kritischen Zeit bei der Wittwe Hartmann gewohnt und zwar neben der Baronin Ledske; die beiden Zimmer waren durch eine Thüre verbunden, die aber abgeschlossen war. Wenn in dem Zimmer der Baronin laut gesprochen wurde, hörte es der Zeuge in seinem Zimmer. Am 21. Nov. Nachmittag, als die fremde Dame zum Thee bei der Baronin war, seien die Damen sehr heiter gewesen. Ein Stöhnen, ein Geräusch oder einen Fall vernahm Zeuge nicht, wohl aber hörte er Abends um 7 Uhr die Thüre heftig zuschlagen.

Geschäftsreisender **Umlauf**, welcher mit der Julie Ebergenyi von Salzburg nach München reiste und ebenfalls in den 4 Jahreszeiten abgestiegen ist, erschien nicht. Aus seiner früheren Aussage, welche verlesen wurde, ist hervorzuheben, daß die Ebergenyi ihm als Ziel ihrer Reise München bezeichnete, um dort ihrem Gemahl, der von Paris komme, zu begegnen. Etwas Verdächtiges ist dem Zeugen an der Dame nicht aufgefallen; ihr Benehmen sei frei gewesen.

Der k. Polizeidirektor v. **Burchtorff** hat den plötzlichen Tod der Gräfin Chorinsky durch ein Telegramm der Polizeidirektion in Wien angezeigt mit dem Ersuchen, dem Statthalter Grafen Chorinsky und seinem Sohn hievon Kenntniß zu geben. Nach 2 Tagen, am 25. Nov. früh, kam der Statthalter hier an, stellte sich dem Zeugen vor und erklärte, daß er aus Anlaß des Telegrammes hieher gereist sei. Auf sein Ansuchen theilte Zeuge dem Grafen Näheres mit über den Tod seiner Schwiegertochter und fügte bei, daß die Gräfin wahrscheinlich vergiftet worden sei. Der Graf entgegnete: „Doch nicht mit Cyankali?" Zeuge glaubt, daß der Graf von dieser Todesart der Schwiegertochter in der Gesandtschaft Kenntniß erhalten hatte und fragte, warum sein Sohn, der doch am meisten betheiligt sei, ihn nicht besuche. Der Graf sagte, sein Sohn sei sehr angegriffen und deßhalb im Gasthofe zurückgeblieben; auch wollten sie Abends wieder nach Wien zurückreisen. Das war dem Zeugen unangenehm und er führte ihn zum Untersuchungsrichter. Nach einem zweiten Besuch gegen Mittag begleitete der k. Polizeidirektor den Statthalter zum bayerischen Hofe, wobei ihm auffiel, daß der Graf nicht direkt, sondern um den Platz der Einfahrt des Gasthofes zuging. Im Schatten des Thores stießen sie auf einen Herrn in Civilkleidern, welchen der Statthalter als seinen Sohn vorstellte. Dieser war hiebei sehr bestürzt. Zeuge fragte, ob er nicht dem Leichenbegängnisse seiner Frau beiwohnen, ihre Wohnung nicht sehen wolle, worauf der junge Graf mit „Nein" antwortete. Auf die Frage, warum die beiden Herren schon heute nach Wien zurückkehren wollten, erhielt Zeuge keine Antwort. Als Zeuge die beiden Grafen bei einem Gang zur österr. Gesandtschaft begleitete, fiel ihm die Frage des jungen Grafen auf, ob er als Polizeidirektor berechtigt sei, irgend Jemanden durch die Gendarmerie verhaften zu lassen? Bei der Gesandtschaft eingetroffen, trat nur der alte Graf

Angeklagten schuldig des „fortgesetzten“ Betrugs, wonach er ihn zu der höchsten Strafe von 5 Jahren Gefängniß, 1000 Thlr. Geldbuße, event. 1 Jahr Gefängniß, Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 6 Jahre, endlich zum Verluste der Apotheker-Conzession für immer und in die Kosten verurtheilte. Ob der in erster Instanz Verurtheilte Appellation einlegen wird, steht noch dahin. Der Staatsanwalt wollte ihn wegen in vielen Fällen „wiederholten“ Betruges zu 10 Jahren Gefängniß, 20,000 Thlr. Geldbuße, 10jährigem Ehrverluste und zu 10 Jahren Polizeiaufsicht, desgleichen zur Untersagung des Betriebes des Apothekergewerbes für immer verurtheilt wissen.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 23. Juni. [Normatage.] In Wien mußten bisher die Theater an sehr zahlreichen Tagen — man nannte sie „Normatage“ — geschlossen sein. Das österreichische Ministerium hat nun beschlossen, die Zahl derselben auf acht herabzusetzen; diese sind die Tage vom Gründonnerstag bis incl. Ostersonntag, Pfingstsonntag, der Frohnleichnamstag, der Christabend und der Weihnachtstag.

Ausland.

Großbritannien. [Bewegte Volksversammlung.] Aus London, 23. Juni, schreibt die „Engl. Corr.“: Eine Volksversammlung in der Guildhall gab uns gestern Nachmittag einen kleinen Vorschmack von der Heftigkeit, mit welcher die allgemeinen Wahlen im Oktober oder November trotz den Stürmen des Spätherbstes über das Land hinbrausen werden. Angeregt war sie von den Liberalen der City, welche eine großartige Kundgebung gegen die irische Staatskirche in's Werk setzen wollten. Das Haupt aber bildete ein Conservativer, nämlich der Lord Mayor, welcher in seiner amtlichen Eigenschaft eingeladen worden war, den Vorsitz zu führen und dies auch nicht abschlagen mochte. Von allen Rednern — wenn man von Rednern sprechen darf, wo es keine Zuhörer gibt — war keiner im Stande, seine Stimme über den unmittelbar unter ihm stehenden Journalistentisch hinaus zu schicken; und es gehörte schon ein gut Theil angelsächsischer Zähigkeit dazu, daß mehrere Parlamentsmitglieder und Aldermen noch lange Zeit unbeirrt in den furchtbaren Lärm hineinschrieen. Eben so wohl könnte ein Prediger die Kanzel auf einer Klippe inmitten des Niagarafalles errichten, um die an den Ufern des Stromes versammelte Heerde anzureden. Mit dem anhaltenden Getöse aber hatten die Unruhestifter nicht genug; in manchen Theilen des Saales setzte es überdies Prügel ab, ja, selbst auf der Rednerbühne stießen der Alderman Sir W. Rose und Herr Beales von der Reformliga in gefahrdrohender Weise auf einander, und wenn sie sich nicht selber mit Faustschlägen tractirt haben — was nicht feststeht. — so fielen jedenfalls beiderseitig von ihrem Gefolge recht kräftige Hiebe; ja, Stühle flogen durch die Luft. Dem Lord Mayor konnte man es unter so bewandten Umständen nicht verübeln (besonders da sogar auf seine geheiligte Person Schläge niedergefallen waren, wenn auch nicht für ihn bestimmte), wenn er, ohne als Vorsitzender irgend einen der gestellten Anträge zur Abstimmung gebracht zu haben, den Staub von den Füßen schüttelte und die Halle verließ. Nach und nach folgten die Vernünftigeren dem gegebenen Beispiele, und der Schauplatz war den Rednern geringeren Schlages überlassen, bis sich unter Zischen, Heulen und Brüllen die Menge endlich verzog. Draußen auf dem Platze war gleichfalls eine Versammlung mit Redeactus abgehalten worden, indem Droschken als Tribunen dienten.

Italien. [Juarez und der Papst.] Correspondenzen aus Rom versichern, Juarez habe ein Schreiben an den Papst gerichtet, in welchem er den Bruch der diplomatischen Beziehungen zwischen der päpstlichen Regierung und Mexiko bedauert, indem er sich erbietet, einen Nuntius des h. Stuhles, neue Bischöfe zu empfangen und die Freiheit der katholischen Kirche anzuerkennen.

Nichtpolitische Zeitung.

[Die erste Nummer des „Festblattes für das deutsche Bundesschießen“ ist bereits erschienen. Unter den Mittheilungen desselben erwähnen wir die Ehrengaben: ein Prachtklavier (Werth 3000 fl.) vom Festkomité des 3. nordamerikanischen Bundesschießens in New-York, 600 fl. in Silber und ein noch nicht näher bezeichneter Gegenstand im Werthe von 400 fl. vom Wiener Schützenvereine, 300 fl. von der Stadtgemeinde Brünn, 200 elegante Etuis mit je 250 Stück Zündhütchen als Supplementprämie für die ersten 200 Bechergewinner (Werth 200 fl.) von Zündhütchenfabrikant Uttendörfer in Nürnberg, je 100 fl. von Dr. Jurnitschek, den Schützengesellschaften in Fürth, Kaiserslautern, Waidhofen, Kirchdorf, Mannheim, vom Pfälzischen Schützenbunde 2c.

[Ueber das Brandunglück in Bremen] am 22. d. M. schreibt die „Weser-Ztg.“: „Um 10½ Uhr begann der Brand in einem der oberen, von einem hiesigen Baumwollengeschäft gemietheten

---

ein, während der junge zurückblieb. Zeuge ging mit diesem in der Ludwigsstraße auf und ab und erfuhr bei dieser Gelegenheit von ihm daß er von seiner Gemahlin längere Zeit schon getrennt lebte, daß er sie haßte, daß sie die Zinsen der Kaution bezog und daß er bisher auf seine Gage beschränkt war. Zeuge bestellte die beiden Grafen auf Abends 6 Uhr zu ihm, war aber wegen dienstlicher Verrichtungen erst um halb 7 Uhr in sein Bureau gekommen, wo der alte Graf auf ihn wartete; der junge Graf ging vor dem Polizeigebäude auf und ab und konnte nur durch dringend wiederholte Aufforderungen bestimmt werden, ebenfalls in das Bureau des Herrn v. Burchtorff einzutreten. Die beiden Herren wollten sich öfters entfernen; doch gelang es dem Zeugen, der bereits vorher seine gemachten Erfahrungen dem Untersuchungsrichter mit dem dringenden Antrag auf Verhaftung des jungen Grafen mitgetheilt hatte, sie so lange aufzuhalten, bis der Verhaftsbefehl vom Untersuchungsrichter eintraf. Zeuge übergab denselben sofort, worüber beide Grafen sehr bestürzt waren. Der alte Graf ging zum Untersuchungsrichter, konnte aber eine Zurücknahme des Verhaftsbefehls nicht erwirken; dann ging er zur Gesandtschaft, traf aber Niemand an und kehrte nach 1½ Stunden zu ihm ins Bureau zurück. Unterdessen hatte Zeuge sich mit dem jungen Grafen unterhalten, und von ihm wiederholt erfahren, daß er seine Frau aufs Tiefste hasse. Im Nachlaß der Gräfin fand Herr v. Burchtorff mehrere Briefe und darunter eine letztwillige Verfügung, worin sie ihre Schmuckgegenstände verschiedenen Personen vermachte; auch fand sich darin folgende Stelle: „Meinem Gustav, der mich so ungerecht verstoßen, vermache ich nichts.“ — Zu der Annahme, daß der junge Graf zu jener Zeit geistig gestört war, hat Zeuge auch nicht den entferntesten Anlaß, obwohl er nach der Ankündigung der Verhaftung sehr aufgeregt war. Legationsrath v. Zwierzina hatte vorher dem Zeugen die Anzeige gemacht, daß der österr. Offizier, welcher sich vor mehreren Wochen nach der Wohnung der Baronin Lebske erkundigt hatte, der junge Graf Chorinsky sei, der nichts tauge und seinem Vater, welcher ein Ehrenmann sei, schon viel Verdruß gemacht habe. Weiters erklärte Zeuge, daß der alte Graf beim Abschiedsbesuch von einer Julie sprach, welche eine entfernte Verwandte von ihm sei, und von der er erst in den jüngsten Tagen erfahren habe, daß zwischen ihr und seinem Sohne Gustav ein Verhältniß bestehe. Auf Befragen des Vertheidigers bestätigte Herr v. Burchtorff, daß die Kleidung, welche der junge Graf damals trug, nicht für ihn gemacht zu sein schien und daß ein Cavalier in solcher Kleidung keine Aufwartung bei seinem Gesandten machen kann.

Der Angeklagte hatte gegen die Aussage des k. Polizeidirektors nichts zu erinnern. — Nun wurden die Aussagen mehrerer nicht erschienener Zeugen verlesen. Nach der Aussage der Frau Gerletz in Wien, bei welcher die Ebergenyi wohnte, war diese Anfangs solid, später sehr leichtfertig. Nach der Aussage der Agathe Ebergenyi wollte diese ihrer Schwester Julie, weil von deren Unschuld überzeugt, bestätigen, daß sie zur kritischen Zeit im elterlichen Hause war. In einem aufgefangenen Briefe von Agathe an Julie sagt Erstere: „sinne etwas Anderes aus; Gott stehe Euch und uns bei! berufe dich nicht auf die hiesigen; sage etwas Anderes aus!“

Frauenarzt Dr. Schlesinger in Wien, welchen die Julie Ebergenyi mehrmals consultirte und zwar in Gegenwart des Chorinsky, fand, daß dessen physische und geistige Kräfte sehr in Anspruch genommen waren. Bei der Hebamme Emilie Reiner verlangte die Ebergenyi ein Mittel zur Abtreibung der Leibesfrucht.

Jetzt sollte die Aussage des Zeugen Lo Presti, welcher wegen Krankheit nicht erscheinen konnte, verlesen werden. Dr. v. Schauß protestirte gegen die Verlesung dieser Aussage, weil Lo Presti ein sehr verdächtiger Zeuge, ja nur eine Auskunftsperson sei, und weil das Gesetz selbst zwischen Zeugenaussagen und Angaben von Auskunfts-Personen einen Unterschied mache. Staatsanwalt Wülfert beharrte auf der Verlesung; der Antrag des Vertheidigers entbehre der gesetzlichen Begründung; wenn ein Zeuge erkrankt, so müsse seine Aussage verlesen werden; ob er ein verdächtiger oder ein unverdächtiger Zeuge ist, sei von keinem Einfluß. — Durch Gerichtsbeschluß wurde der Antrag des Vertheidigers in der Erwägung, daß die Verlesung der Zeugenaussagen nach dem Gesetze gestattet ist und das Gesetz einen Unterschied zwischen Auskunftspersonen und Zeugen nicht macht, abgewiesen. — Hier wurde die Vormittagssitzung um 1 Uhr geschlossen; Fortsetzung Nachmittags 4 Uhr.

Boden des Fritze'schen Packhauses Nr. 26. Gewiß ist, daß um diese Zeit auf jenem Boden vier Küpergesellen mit dem Ziehen von Baumwollproben beschäftigt waren, und daß bei dieser Gelegenheit der Brand entstand. Die vier Küpergesellen sind in Sicherheitsarrest genommen. Um 11 Uhr war bereits an eine Rettung der drei großen und schönen Fritze'schen Packhäuser nicht mehr zu denken; die Mauern stürzten eine nach der anderen unter donnerähnlichem Krachen herab, zum Theil in die Weser. Die Löschmannschaft war unermüdlich mit Spritzen aus den benachbarten Packhäusern beschäftigt. Von 12 Uhr an mußten aber die nächsten verlassen werden und allmälig ergriff auch sie die Flamme. Oetlins Packhaus und D. H. Wätjens Packhaus geriethen in Brand. Letzteres ist ein breites hohes Gebäude mit sechs Böden, wo werthvolle Tabaksvorräthe lagerten. Einen großartigen Anblick gewährte der Brand des Fritze'schen Packhauses von dem Deiche aus. Um 11 Uhr 25 Minuten stürzte der erste an dem flachen Dache hervorspringende Windenstuhl mit einem Theile des Mauerwerks in die Weser, die hochaufgischte, bald folgten die anderen, dann brachen die in voller Gluth befindlichen Böden in sich wie ein Kartenhaus zusammen und eine Flamme züngelte auf, die den Stephanikirchthurm weit überragte. Um $12^3/_4$ Uhr stand das Wätjen'sche Packhaus in vollen, hochlodernden Flammen, die sich in der Weser wiederspiegelten. Auf dem neuen Separationswerke in der Weser und auf dem Neustädtsdeich waren zahlreiche Schaulustige versammelt, die die seltene Scene mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgten. Die furchtbare Gluth, welche sich, nachdem das ganze Fritze'sche Packhaus in Flammen stand, entwickelte und die vom Winde auf die Stephanikirche getrieben wurde, drohte das altehrwürdige Gotteshaus jeden Augenblick zu ergreifen; zwar schützten die Bäume etwas, aber die Funken nisteten sich überall in die hölzernen Dachrinnen ein, selbst an der der Feuerstätte abgewendeten Seite, und die Flammen züngelten oft schon unter dem Dache hervor, doch gelang es, sie im Zaum zu halten. Selbst die über den Balkon des Gemeindehauses gespannte Marquise fing Feuer und mußte herabgerissen werden. Die Gluth, von so vielen brennbaren Stoffen genährt, war versengend, auf viele hundert Fuß kaum erträglich, und spottete aller Versuche, aus den anstoßenden Gebäuden retten zu wollen. Der hervorbrechende schwarze Qualm, durchzuckt von den Flammen, der ab und an den ganzen Kirchthurm einhüllte, war schaurig. Gegen 12 Uhr ertönte von Neuem Feuerlärm. Die Menge wälzte sich von der ersten Brandstätte zur neuen außer dem Doventhore. Glimmende Baumwollflocken waren, vom Winde, der anfänglich aus Süden, später aus Westen wehte, getrieben, bis nach dem mit Stroh gedeckten großen Bauernhof am Doventhors-Steinweg 43 geflogen und hatten dort das Dach entzündet. Das ganze große Haus war im Nu in Flammen gehüllt. Mit rasender Schnelligkeit griff hier die Flamme um sich, lief zu beiden Seiten an niedrigen einstöckigen Häusern dies- und jenseits der Straße hin, die hier bis an den Eisenbahnübergang stoßen, und äscherte sie sämmtlich, wohl ein Dutzend an der Zahl, ein. Die Leute konnten ihre Habseligkeiten nur zum Theil retten. Die Flamme sprang nun auf die andere Seite hinüber nach dem Holzlager von Joh. Grh. Meyer (am Panzenberg). Hier bildete sich ein großer, durch die hoch aufgestapelten Holzvorräthe reichlich genährter Flammenherd, in dem auch das schöne Wohn- und Lagerhaus untergingen. Dann fingen die Häuser an der Düsternstraße Feuer. Auch das Holzlager von Kahrweg, unmittelbar am Eisenbahndamm, entzündete sich und brannte bis zum Abend, während ein dazwischen liegender Holzplatz verschont blieb. Ueberhaupt ist die anscheinende Launenhaftigkeit des Feuers in diesem von Gärten und Gemüseland vielfach unterbrochenen vorstädtischen Stadttheil im ersten Augenblicke höchst auffällig, erklärt sich aber wohl daraus, daß die Flammen meist ihre Nahrung an den mit Strohdächern versehenen Gebäuden fanden. So sind ferner auch die großen Bauernhöfe von H. Bollmann, Rose u. A. an der Hempstraße zum Opfer gefallen, von einzelnen ist nur ein Klumpen verworrener Trümmer übrig geblieben. Die Mühle zwischen Doventhor und Stephanithor gerieth kurz nach 12 Uhr in Brand. Die Flamme wurde durch rasche, thatkräftige Hülfe eines Müllergesellen und zweier Schornsteinfeger, welche sich sofort hoch hinauf zu den rauchenden Stellen des Daches begaben, das brennende Stroh herabrissen und löschten, erstickt. Es läßt sich denken, daß die an den zwei so weit von einander liegenden Stellen gleichzeitig wüthenden Feuersbrünste die Stadt in die größte Aufregung versetzten. Die Löschanstalten, so eifrig sie auch von den Mannschaften bedient wurden, erwiesen sich schon beim Feuer hinterm Stephanikirchhof machtlos. Hier war alles konzentrirt und es verging nicht geringe Zeit, bis die zweite Brandstätte nur die erste geregelte Hülfe erhalten konnte. Am guten Willen hat es wahrlich nicht gefehlt, und hier ist wohl auch der Ort, um der musterhaften Mitwirkung des Militärs dankend zu erwähnen, aber es hat sich gezeigt, daß solchen Eventualitäten gegenüber der Mangel einer Wasserleitung und von Dampfspritzen unsäglich viel Geld kostet. Das durch den Brand in Frage kommende versicherte Capital beträgt schätzungsweise $1^1/_2$ Mill. Thaler. Um die Bestürzung vollständig zu machen, brach Abends um 6 Uhr in dem Hause Langenstraße Nr. 114, dem Bäcker Wemhöfner gehörig, ein Brand aus, wobei der Dachstuhl und die oberste Etage zerstört wurden. Begreiflich, daß die aufgeregte Phantasie der Bevölkerung an dem Schrecken des Tages nicht genug hatte und Gerüchte von weiteren Feuersbrünsten, die wiederholt circulirten, leicht Glauben fanden.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	$61^2/_8$ P.
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63—$62^7/_8$ G.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	$55^5/_8$ P. $^1/_2$ G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 66	$51^1/_4$—$^3/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt.	$44^1/_4$ P.
Preussen	$3^1/_2$pCt. Staatsschuldsch.	$84^1/_2$ G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	103 P. $101^5/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. 1jähr. dto.	$95^7/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	96 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	$89^7/_8$ G.
"	4 pCt. Obl. $^1/_2$jähr. dto.	$90^1/_2$ P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	$90^1/_2$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	$4^1/_2$pCt. Obl. b. Rothsch.	$94^1/_2$ P.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$82^1/_2$ P. $^1/_4$ G.
Baden	$4^1/_2$pCt. Obl.	$94^1/_4$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. v. 1842	$82^3/_8$ P.
Gr. Hess.	$4^1/_2$pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	$89^3/_4$ G.
"	$3^1/_2$pCt. Obl. dto.	$85^1/_2$ P.
Nassau	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	$94^7/_8$ P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P. $84^7/_8$ G.
"	$4^1/_2$pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	$3^1/_2$pCt. Obl.	$80^7/_8$ G.
Spanien	3pCt. inl. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	$2^1/_2$pCt. . . .	—
Schweden	$4^1/_2$pCt. Obl. à 105 Thlr.	85 P.
N.Amerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. $2^1/_2$	$79^1/_2$ P.
"	6pCt. ditto r. 1882 .	$77^7/_8$ G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P. $124^7/_8$ G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	749—47 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	$202^1/_2$—2 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	$93^5/_8$ P.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. h. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	230 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 P. $98^1/_2$ G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	313 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	$108^1/_2$ G.
Oest. F. St.Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	267—$66^1/_2$ G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	$139^1/_2$ P. $38^1/_2$ G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	68 P. 67 G.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt.Z.	$31^1/_2$ G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	$156^1/_4$ G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	—
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à $4^1/_2$ pCt.	107 P. $106^3/_4$ G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	$132^1/_2$ P. 32 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	$52^1/_4$—$^3/_8$ G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	$75^1/_2$ P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à $4^1/_2$ pCt. volleinbez.	$125^1/_2$ P.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	$100^1/_4$ P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Augsb. fl. 100 k. S.	$99^3/_4$ G.
Berlin Th. 60 k. S.	$104^7/_8$—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	98 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	$94^7/_8$ P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. $104^5/_8$ G.
Hamb. MB. 100 k. S.	$88^1/_8$ G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	$119^3/_4$—$^5/_8$ G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	$94^3/_4$ P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	$102^7/_8$ G.
do. in öst. W. l. S.	$102^3/_8$ P.
Disconto	5 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 fl.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	$68^1/_2$ P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	$74^1/_8$ P. $73^3/_4$ G
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	$138^1/_4$ P.
" do. v. 1864	$91^1/_4$ P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	$10^3/_8$ P. $^1/_8$ G.
Badische fl. 35	$51^1/_4$ P. $50^3/_4$ G.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	$147^1/_4$ P.
" fl. 25 do.	$58^5/_8$ G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	$35^1/_4$ G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	27 G.
St. Lüttich mit $2^1/_2$ pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	$13^1/_2$ P.

Frankfurt, 25. Juni. Das Hauptgeschäft der heutigen Börse concentrirte sich auf Staatsbahnaktien, die sehr preishaltend waren und nur die geringe Variation von $^3/_8$ pCt. zeigten. Die übrigen österr. Bahnen, ebenso Creditaktien und Staatsfonds, waren ziemlich vernachlässigt und in unlustiger Tendenz verkehrend, besonders Steuerfreie und 1860er Loose. Auch Nationalbankaktien waren niedriger. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 176.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Samstag, 27. Juni 1868.

Süddeutschland.

Württemberg. Stuttgart, 24. Juni. [Rödinger †.] Die hiesigen Blätter melden den am 20. d. M. erfolgten Tod des bekannten liberalen Abgeordneten Rödinger. Derselbe hatte das 68. Lebensjahr erreicht. Rödinger gehörte seit 20 Jahren ununterbrochen der zweiten Kammer an, in die er immer von demselben Wahlbezirke gewählt wurde. Im Jahre 1848 gehörte er zur Frankfurter Nationalversammlung, der er auch nach Stuttgart folgte und wo er bekanntlich mit dem Präsidenten Löwe an der Spitze des Zuges zum Ständehause einherschritt, als die gewaltsame Sprengung derselben erfolgte. „Zur Neubildung Deutschlands seit 1866", bemerkt der „Schw. M.", verhielt er sich freundlich, und wenn er auch nicht ausgesprochenes Mitglied der nationalen Partei gewesen, so stand er ihren Zielen nahe und stimmte in den wesentlichsten Punkten mit ihr in der Kammer und im Leben überein." Rödinger war auch als philosophisch gebildeter Schriftsteller thätig. Seine größte Schrift ist 1864 erschienen unter dem Titel: Die Gesetze der Bewegung im Staatsleben und der Kreislauf der Idee.

Großherz. Hessen. Darmstadt, 25. Juni. [Bier- und Branntweinbesteuerung.] Der zweiten Kammer lag gestern der zwischen dem Norddeutschen Bund und Hessen wegen gemeinsamer Besteuerung des Biers und Branntweins geschlossene Vertrag vor. Nach der Verfassung des Norddeutschen Bundes gehören die inneren Steuern von Branntwein und Bier zu denjenigen Steuern, über welche die Gesetzgebung ausschließlich dem Bunde zusteht und deren Ertrag in die Bundeskasse fließt. Demzufolge war zu erwarten, daß in Oberhessen in der Kürze die Erhebung dieser Abgaben nach den von dem Bunde festgesetzten Normen geschehen werde; es würden alsdann in dem Großherzogthum zweierlei verschiedene Gesetzgebungen über die Besteuerung des Branntweins und Biers bestehen und müßten bei dem Uebergang dieser Getränke aus dem einen Theil des Landes in den andern Uebergangsabgaben erhoben, also der freie Verkehr mit diesen Getränken innerhalb des Großherzogthums gehemmt werden. Um dieß zu vermeiden, hat die Regierung mit dem Norddeutschen Bunde den vorliegenden Vertrag abgeschlossen, wonach für Starkenburg und Rheinhessen gleichfalls das norddeutsche Steuersystem für Bier und Branntwein eingeführt werden soll. Es steigt hierdurch die Besteuerung der inländischen Branntweinfabrikation bei deren Maischbrennerei auf den doppelten seitherigen Betrag, sowie die freie Concurrenz des norddeutschen Branntweins dem inländischen einen schweren Stand bereiten wird. Auch die inländische Essigfabrikation wird durch die Erhöhung der Branntweinsteuer leiden, weil eine Steuerrückvergütung für den zur Essigbereitung verwendeten Branntwein nicht gewährt wird und der aus anderen Zollvereinsstaaten, in welchen keine oder nur eine geringere Besteuerung des Branntweins besteht, eingehende Essig einer Uebergangsabgabe nicht unterliegt. Als vortheilhaft wird jedoch angesehen, daß dem Branntweinhandel des Großherzogthums das ganze große Gebiet des Norddeutschen Bundes offen steht. Das letztere gilt auch in Bezug auf das Bier, dessen Besteuerungsmodus nicht geändert wird. Der Ausschuß beantragte Annahme der Regierungsvorlage. Metz ist der Ansicht, daß das ganze Land doch lieber gleich in den norddeutschen Bund eintreten solle, bei dem jetzigen Zustand sei man nur genöthigt, alle Einrichtungen, die im Norddeutschen Bunde getroffen würden, anzunehmen, um nur die Einheit des Landes aufrecht zu erhalten und ohne daß für die linksmainischen Provinzen eine eigentliche Volksvertretung bestünde. Kraft spricht in ähnlichem Sinn. Bei der Abstimmung wird die Regierungsvorlage, sowie ein Zusatzantrag des Abg. Dechsner, welcher die Regierung ersucht, beim Bundesrathe dahin zu wirken, daß der Spiritus, der zu technischen Zwecken verwendet wird, von jeder Besteuerung frei bleibe, gegen 5 Stimmen angenommen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 24. Juni. [Bundes-Deficit.] Es ist bereits früher ein Deficit im Bundeshaushaltsetat für das laufende Jahr 1868 angekündigt worden, und zwar speziell im Etat der Militärverwaltung. Als Ursache wurde angeführt, daß der Voranschlag der

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

(Fortsetzung.)

In der Nachmittagssitzung vom 23. ds. erhielt zunächst Prof. Dr. Buchner, welcher die überzuckerten nach Reichenhall geschickten Früchte einer wiederholten Untersuchung unterstellt hat, das Wort. Er bemerkte, daß er nicht nur die Früchte, sondern auch das Papier, womit die Schachtel ausgelegt war, untersucht habe, und mit an Gewißheit gränzender Wahrscheinlichkeit behaupten könne, daß in den überzückerten Früchten nie Cyankali oder Blausäure gewesen ist.

Frau Steinlechner aus Wien, bei welcher die Ebergenyi kurze Zeit im Jahre 1867 wohnte, und der sie monatlich 24 fl. Miethzins zahlte, gibt an, daß sie der Ebergenyi sehr bald wieder gekündigt hat, weil dieselbe ein sehr leichtfertiges Leben führte, Herrenbesuche annahm u. s. w. Angeklagter bemerkte hierauf sehr erregt: „ich kann das nicht glauben; ich habe die Julie gekannt und unendlich geliebt, denn sie ist eine ganz vortreffliche Person." Die Zeugin beharrte jedoch auf ihrer Angabe.

Nun erfolgte die Verlesung der Aussage des Baron Lo Presti von Preßburg, eines Freundes der Agathe Ebergenyi, eines nach den Akten höchst zweideutigen Menschen. Dieser gab bei seiner ersten Vernehmung in Preßburg an: „ich wurde von der Julie Ebergenyi ersucht, sie recht bald zu besuchen, ich that es; sie stellte mir den Grafen Gust. Chorinsky als ihren Bräutigam vor und verlangte von mir in Betreff ihrer Heirath einen Rath. Der Graf schien bei dieser Gelegenheit verwirrt und sprach schnell, sie aber blieb gleichgültig. Was ich aus ihren Erzählungen entnehmen konnte, war Folgendes: Der Graf sei mit einer lasterhaften Frau verheirathet; er hätte sie in Rom von einem Kaufmann übernommen, dessen Maitresse sie war und dem er Geld schuldete. Die Heirath sei nie physisch vollzogen worden; alle Versuche, die Ehe zu trennen, scheiterten an ihrem Widerstande; wo die Gräfin gegenwärtig sei, wüßten sie nicht, es sei ihnen nur so viel bekannt, daß sie an einer häßlichen Krankheit leide. Auf dringendes Ansuchen habe ich noch bemerkt: nachdem die Ehe noch nicht consummirt sei, könne sie durch einen Religionswechsel leicht für ungültig erklärt werden; übrigens solle der Graf seine Frau abholen, bei sich behalten und durch faktische Beweise der Untreue zwingen, sich scheiden zu lassen. Was der Graf und die Julie sonst äußerten, hielt Zeuge für die Ausgeburt der erhitzten Phantasie junger mit dem Leben nicht vertrauter Menschen. Einmal sei er auch um Besorgung eines Todtenscheines angegangen worden. Bei einer späteren Vernehmung gab Zeuge an: Der Graf Chorinsky habe stets einen so ungünstigen Eindruck auf ihn gemacht, daß er der Julie in Gegenwart des Grafen in ungarischer Sprache sagte, sie solle sich von diesem Menschen losmachen.

Rampacher, früher österreichischer Offizier, nun mit 300 fl. pensionirt, hat den jungen Grafen Chorinsky im Juni vor. Jrs. in Wien kennen gelernt; im September erhielt er von ihm den Auftrag, eine Schachtel nach Brünn zu bringen, dort aufzugeben, aber Niemand etwas davon zu sagen. Zeuge vollzog den Auftrag, gab die Schachtel an Mathilde Lebske auf, erklärte bei der Post, daß sie Spielwaaren statt Früchte enthalte und bekam von Chorinsky für diesen Dienst 30 fl. Rampacher kam mit dem Grafen öfters zusammen; einmal fragte ihn dieser, ob er ihm keinen Deutschmeister, „so einen rechten Lumpen," wobei er eine absonderliche Handbewegung machte, verschaffen könne. Wieder nach einiger Zeit wünschte er einen „ganz ehrlichen, vertrauten Menschen"; Zeuge empfahl ihm den Rittmeister Dirkes. Am 19. November vor. Jrs. wurde Rampacher durch einen Dienstmann zu Gustav Chorinsky geholt; bei diesem Zusammentreffen sagte Letzterer, daß die „Julie" nach München gereist sei, und daß sie die Briefe, welche sie von dort an ihn (Chorinsky) schreibt, unter

Ausgaben für Getreide und Fourage — der Durchschnittspreis der letzten 10 Jahre — den wirklichen Preisen gegenüber viel zu niedrig gegriffen worden sei. Ueber die Höhe des hierdurch entstehenden Deficits ließ sich indessen früher noch keine nähere Berechnung anstellen, weil in dieser Beziehung eben das Weitere von der faktischen Gestaltung der bezüglichen Preisverhältnisse abhing. Jetzt ist indessen auch die bezügliche definitive Vorlage an den Bundesrath gelangt und es beläuft sich nach derselben das pro 1868 zu deckende Deficit auf 2,700,000 Thlr., welche Summe durch Matrikular-Umlage aufgebracht werden soll.

Berlin, 25. Juni. [Pastor Knak noch einmal.] Die Berliner vertiefen sich immer mehr und mehr in die Theologie. Die „Kreuzzeitung" trumpft in ihrem Leitartikel den Berliner Magistrat wegen seiner Antwort an den Stadtverordneten-Vorsteher Kochhann und Genossen als unchristlich ab. Unterhaltender ist ein Schreiben des bekannten Pastors Knak, welches dasselbe Blatt veröffentlicht. Ein Theil seiner Amtsbrüder hatten den biblischen Text: „Sonne, steh' still! u. s. w." dadurch retten wollen, daß sie sagten, die Bibel accommodire sich dem gewöhnlichen Sprachgebrauche, wie wir ja auch heutigen Tages sagten: Die Sonne geht auf! ohne damit Copernicus auf den Mund schlagen zu wollen. Aber Herr Pastor Knak kann sich mit solcher Auslegungskunst keineswegs befreunden. In der Bibel heiße es: „Gott läßt seine Sonne aufgehen ꝛc.", und folglich verbiete ihm sein Gewissen, an der buchstäblichen Richtigkeit des göttlichen Wortes zu zweifeln. Er schließt mit den Worten: „Der Spott, den ich mir dadurch zugezogen, berührt mich kaum; ich bin vergnügt wie ein Kind und schmiege mich nur desto fester an meinen Gott und Heiland an. Uebrigens stehe ich mit meiner Ueberzeugung nicht allein, sondern ich habe auch wissenschaftliche Autoritäten auf meiner Seite, die es für die herrlichste Aufgabe der Wissenschaft erachten, wenn diese, als Magd des majestätischen Wortes Gottes, demselben in aller Demuth dienen darf." Wir lassen Herrn Pastor Knak und Jedermann seines Glaubens leben und nehmen von diesen Streitigkeiten nur Notiz, weil sie zur Tagesgeschichte gehören.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 24. Juni. [Aufhebung der Regiments-Inhabersrechte.] Das Reichs-Kriegsministerium macht bekannt, daß der Kaiser mit der Allerhöchsten Entschließung vom 9. d. M. die Ernennung sämmtlicher Offiziere der Armee und der Kriegsmarine sich vorbehalten, die Regiments-Inhaber und die mit Inhabersrechten betrauten Generale und Admirale der ihnen bis jetzt übertragen gewesenen Beförderungs-Befugnisse enthoben und gleichzeitig genehmigt hat, daß die Ernennung der Offiziers-Aspiranten künftig vom Reichs-Kriegsministerium vorgenommen, das Recht der Beförderung in den Unteroffiziers-Chargen aber den Regiments- und sonstigen selbstständigen Truppen-Commandanten überlassen werde. Die Beförderungen von Offiziers-Aspiranten aufwärts haben zufolge der obenerwähnten Allerhöchsten Entschließung von nun an im Frieden nur zweimal im Jahre, und zwar in den Monaten Mai und November, bei Standes-Augmentationen und im Kriege aber nach Bedarf zu erfolgen. Endlich hat der Kaiser angeordnet, daß die bisher systemisirt gewesenen Inhabers-Adjutanten zu ihren Truppenkörpern einzurücken haben.

— [Vertagung des Reichsraths.] Die „N. Fr. Pr." schreibt: Der Reichsrath ist vertagt. Die Session, welche bereits länger als ein Jahr dauert, ist nicht geschlossen, sondern nur unterbrochen, um die gesetzgeberischen Arbeiten dort wieder aufnehmen zu können, wo sie heute abgebrochen wurden. Diese lange Parlaments-Session wird nicht nur eine folgenreiche in der Geschichte Oesterreichs sein, sie wird auch in der Geschichte der Parlamente aller Staaten ehrenvoll genannt werden. Es wurde nicht allein ein ganzes Verfassungswerk auf neuen Grundlagen aufgebaut, sondern auch nachdrucksvoll Hand angelegt, um dieses Verfassungswerk ins Leben einzuführen. Aber der Schwerpunkt der Thätigkeit des Reichsrathes in der nun unterbrochenen Legislations-Periode liegt in dem muthvollen und erfolgreichen Kampfe für religiöse Freiheit — einem Kampfe, der nicht unserem Staate und unserer Zeit allein angehört, der vielmehr in allen Staaten und zu allen Zeiten geführt wurde und daher eine außerordentliche Wechselwirkung übt. Der Kampf um einzelne Landeseinrichtungen mag auf das Land selbst beschränkt bleiben, in welchem derselbe geführt wird; aber das Ringen nach religiöser Freiheit treibt die Wogenkreise über die Grenzmarken des eigenen Landes hinaus und wird ein Gemeingut der civilisirten Welt. Was immer der österreichische Reichsrath für Oesterreich selbst gewonnen, das hat er auch für die Welt gewonnen.

Ausland.

Italien. Rom, 24. Juni. [Näheres über den Inhalt der päpstlichen Allocution über Oesterreich.] Das „Giornale di Roma" veröffentlicht die päpstliche Allocution über die Angelegenheiten Oesterreichs.

---

der Adresse des Zeugen schicken werde. Am 20. November kam kein Brief; am 21. kamen 2 Briefe. Zeuge brachte sie sofort dem Grafen; er las sie und warf dann etwas in den Ofen. Am 22. Nov. Abends ging Rampacher ohne besonderen Anlaß in die Stadt und als er in die Nähe der Krugerstraße, wo die Ebergenyi wohnte und wo er den Grafen immer traf, kam, wollte er diesem sagen, daß kein Brief gekommen sei. Als er anschellte, stürzte der Graf in der größten Aufregung heraus und schrie, was gibt es denn, was ist denn passirt? Obgleich die Ebergenyi ihm sogleich folgte und sagte, das ist ja unser Rampacher! schob er den Zeugen doch zur Thüre hinaus. Dieser ging heim, war von der Scene ganz deprimirt und sagte zu seiner Frau: entweder ist der Graf, oder die Ebergenyi, oder bin ich ein Narr. Bald kam das Zimmermädchen mit dem Auftrag: Zeuge solle zu dem Grafen kommen; obwohl er sagte, das hat morgen auch Zeit, der Graf hat mich erst hinausgeworfen, ging er auf Zureden seiner Frau doch hin und es schien ihm, als ob der Graf heftig geweint hätte. Dieser fragte ihn, ob er nicht am nämlichen Tage Abends nach München abreisen wolle, um sich in der Amalienstraße zu erkundigen, wie es der Baronin Ledske gehe; im Hause Nr. 12 über 4 Stiegen, wo sie wohnte, sollte er sich aber ja nicht erkundigen. Obgleich ihn die Reise wegen der Kälte nicht sehr freute, erklärte Zeuge doch, daß er abreisen wolle und erhielt von der Ebergenyi 25 fl. in österreichischem und vom Grafen 30 fl. in bayerischem Gelde. Er kam andern Tags Nachts 11 Uhr in München an, ging den nächsten Tag früh 8 Uhr in die Amalienstraße, fragte in mehreren Häusern, wo die Baronin Ledske wohne, und erkundigte sich endlich, da er keinen Aufschluß erhalten konnte, in Nummer 12 über 4 Stiegen selbst, ob da die Baronin Ledske wohne? Ein Mann sagte ihm, die Baronin ist vor 2 Tagen plötzlich gestorben, die Polizei hat aber die Leiche mit Beschlag belegt; wenn er mehr wissen wolle, so möge er zur Polizei gehen. Zeuge dachte sich: nein! zur Polizei gehst du unter solchen Umständen nicht, es war ihm gar nicht wohl zu Muth; er weiß heute noch nicht wie er die 4 Stiegen herunter kam und kehrte Abends 9 Uhr nach Wien zurück. Als er in die Wohnung der Ebergenyi kam, um zu rapportiren, daß die Gräfin gestorben sei, sagte die Ebergenyi, das wissen wir schon, das hat die Münchener Polizei hieher telegraphirt; Gustav und sein Vater sind zum Leichenbegängniß abgereist. Erst als Zeuge im Fremdenblatt las, daß die Gräfin Chorinsky-Ledske in München ermordet worden sei, habe er gewußt, daß der Graf verheirathet und daß die Baronin Ledske seine Gemahlin war. Weiters bemerkte Zeuge unaufgefordert: „Von der ersten Minute an, wo ich den Grafen kennen lernte, dachte ich, daß es ihm fehlt. Er mag die Julie scheinbar zum Mord überredet haben, aber er hat es nie geglaubt, daß sie die That ausführen werde." Die Aufregung des Grafen, als er ihn zur Thür hinausschob, scheint daher gekommen zu sein, daß die Julie ihm kurz vorher gesagt hatte, was sie in München gethan hat." Auf die Frage des Präsidenten: wie kommen Sie dazu, sich heute unaufgefordert über des Grafen geistigen Zustand auszusprechen? erklärte Zeuge: „ich halte den Grafen für einen vollkommenen Narren." Präsident: Woraus schließen Sie das? Zeuge: Das Stubenmädchen hat öfters bemerkt, wie er, wenn er fortging und wenn die Julie ihm nicht nachgesehen hat, ganz aufgeregt zurückeilte, vor Julie hinkniete, sie um Verzeihung bat und flehentlich ersuchte, sie möchte ihm nur gut sein und nachsehen. Ein Mann von 36 Jahren, der bei Verstand ist, kann so etwas nicht thun." (Rampacher hat seine Angaben fast sämmtlich aufgeschrieben gehabt und abgelesen.) Angekl.: Was Rampacher gesagt hat, ist volle Wahrheit, nur das ist unwahr, daß ich ihm nach Brünn nur 30 fl. gegeben hätte. Als Julie von München zurückkam, sah ich sie Vormittag nur einen Augenblick, erst Abends sekirte sie mich, daß in München ein Unglück passirt sei. Darüber habe ich mich geärgert und in der Aufregung habe ich den Rampacher hinausgeworfen, später aber wieder um Verzeihung gebeten." Dann bemerkte der Angeklagte im heftigsten Tone: „Davon, daß ich geistesverwirrt sei, hat Niemand das Recht zu sprechen; ich hatte gerade zu jener Zeit Arbeiten gehabt, welche meine geistigen Kräfte vollkommen in Anspruch nahmen; wenn man von Geistesverwirrtheit spricht, das ist eine Lüge, das ist die größte Beleidigung. Wie ich gesagt habe: Rampacher soll sich in München erkundigen, wie es der Mathilde geht oder wie ich sonst gesagt habe, das weiß ich nicht mehr." Staatsanwalt Wülfert stellte an Rampacher die Frage: Sie sind ein Mann von sehr gutem Gedächtniß; wie kommt

Der Papst glaubte nicht nach dem mit dem Kaiser abgeschlossenen Concordate, daß er eines Tages die Calamitäten der Kirche in Oesterreich beklagen müßte. Die Feinde der Religion sind unablässig bemüht, das Concordat zu zerstören. Am 21. Dez. v. J. wurde ein Gesetz erlassen, welches absolute Meinungs-, Preß- und Glaubensfreiheit gewährt. Die Klagen des Papstes und der österr. Bischöfe waren unnütz. Am 25. Mai erflossen andere Gesetze über Mischehen, die Civilehe und die Schulen, höchlich zu mißbilligende und bedauernswürdige Gesetze, welche den Lehren über die Rechte und Verfassung der Kirche, der Gewalt des heil. Stuhles, dem Concordate und dem Naturrechte (?!) zuwiderlaufen. Der Papst verurtheilt dieselben und beschwört Jene, die dieselben vorschlugen und billigten, der geistlichen Strafen eingedenk zu sein, welche gegen die Verletzer der Rechte der Kirche verhängt sind. Der Papst belobt die österr. Bischöfe und deren Haltung und hofft, die ungarischen Bischöfe werden ihnen nachahmen. Der Papst bittet Gott, den Bemühungen der Feinde der Kirche einen Zügel zu setzen und dieselben auf den rechten Weg zurückzuführen.

Spanien. [Neue Revolutionswehen.] Von der Natur der revolutionären Wehen, welche Spanien wiederum durchzittern, will ein Pariser Correspondent der „Köln. Ztg." genauer unterrichtet sein. Er schreibt: „Die bevorstehende spanische Bewegung geht von jenem Theile der Progressistenpartei aus, welcher der „Unione Liberale", deren Chef einst O'Donnell war, am nächsten steht. Sie ist nicht eigentlich antidynastisch, sondern will — natürlich zum Profit ihrer Leiter — die Königin Isabella zur Abdankung zu Gunsten des Herzogs von Asturien, ihres ältesten Sohnes und zur Anerkennung einer Regentschaft des Herzogs von Montpensier zwingen. General Prim verfolgt dabei wie immer, durchaus selbstische Zwecke, und die eigentlich demokratische Partei hält sich deshalb vom Unternehmen fern. Der Chef der Letzteren, der bekannte Castelar, hat sich deshalb auch von hier nach London begeben, um nicht in die Verlegenheit zu kommen, sich offen gegen Prim aussprechen zu müssen. Dagegen steht der neulich hier angelangte Exminister Olozaga der neuen Schilderhebung weniger neutral gegenüber. Von Erfolg dürfte die Sache, wenn sie zum Ausbruche kommt, nach Allem, was man in spanischen Kreisen vorab urtheilen hört, schwerlich begleitet sein."

Nordamerika. [Chinesische Gesandtschaft. Jefferson Davis.] Dem Wochenbericht der „Newy. Handelsztg." vom 11. Juni, entnehmen wir Folgendes: Interessant war der Empfang der chinesischen Gesandtschaft beim Präsidenten und im Repräsentantenhause. Den Zweck ihrer Mission erklärt Herr Burlingame bei der Präsentation im Weißen Hause folgendermaßen: „Die chinesische Regierung hat, nachdem sie die Bestimmungen des Völkerrechts, wie sie von den westlichen Mächten ausgeübt werden, angenommen, den Beschluß gefaßt, auf dem üblichen diplomatischen Wege mit den Vereinigten Staaten, Belgien, Dänemark, Frankreich, England, Holland, Italien, Norddeutschland, Rußland, Spanien und Schweden in Verbindung zu treten." Der Präsident äußerte sich in einer Weise, welche zeigte, daß er die Wichtigkeit des Ereignisses im vollsten Maß anerkennt. Der Empfang im Kapitol war eine Scene ganz eigener Art, denn noch nie zuvor ist einer fremden Gesandtschaft diese Ehre zu Theil geworden. Die zu Gunsten der Chinesen gemachte Ausnahme war sicherlich gerechtfertigt, denn es ist keine Kleinigkeit, wenn die Vereinigten Staaten zu Vermittlern zwischen einer Nation, welche den dritten Theil der gesammten Menschenfamilie umfaßt, und den europäischen Völkerschaften gemacht werden. — Der Prozeß des Jefferson Davis ist wiederum verschoben worden und zwar bis zum Oktober. Der Angeklagte hatte es nicht einmal nöthig gefunden, sich einzustellen, sondern blieb ruhig in Kanada. Herr Chase, welcher sich der Form wegen in Richmond zur Eröffnung des Tribunals eingefunden hatte, bemerkte, er werde im Oktober zugegen sein, wenn er Zeit dazu habe. Dies frivole Tändeln mit der Gerechtigkeit muß endlich einmal sein Ende erreichen. Das Beste wird sein, daß der Kongreß nach vollendeter Rekonstruktion einen allgemeinen Amnestieakt, zu dessen Erteilung er allein das Recht hat, erläßt. Jefferson Davis befindet sich jetzt in der Lage, der ihm gegenüber nicht blinden, aber lahmen Justitia in's Gesicht lachen zu können.

Amtliche Nachrichten.

München, 26. Juni. Der Appell.-Ger.-Rath v. Grundherr in Eichstätt wurde auf 1 Jahr in den erbetenen Ruhestand versetzt, zum Rath des Appellationsgerichts von Mittelfranken der Rath des Bezirksgerichts zu Kronach M. Edel, zum Rath des Bezirksg. Kronach der Bezirksg.-Assessor J. H. E. Hübne dortselbst, zum Bezirksg.-Assessor in Kronach der Landg.-Assessor dortselbst J. P. Stöckel, zum Landg.-Assessor in Kronach der Bezirksg.-Accessist S. Sauer in Bamberg befördert. Auf die erledigte Assessorstelle am Bezirksg. Nürnberg wurde der Assessor des Stadtgerichts dortselbst, J. Deuber, auf Ansuchen versetzt. Zum Stadtg.-Assessor in Nürnberg wurde der funkt. Staatsanwalts-Substitut am Bezirksg. Bayreuth Ph. Degg und zum funkt. Staatsanwalts-Substituten beim Bezirksgericht Bayreuth der Bezirksg.-Accessist J. G. Englhard dortselbst ernannt.

es, daß Sie heute Ihre Aussagen aufgeschrieben und abgelesen haben? Zeuge: Weil ich fürchtete, etwas zu vergessen! Staatsanw.: Warum haben Sie über den geistigen Zustand des Grafen nichts bei der Verhandlung in Wien gesagt? Zeuge: Weil ich dort nur über die Ebergenyi vernommen wurde und weil ich es dort nicht für nöthig erachtete, mich über den Grafen auszusprechen. Vertheidiger: Wen halten Sie für thatkräftiger, die Julie oder den Grafen? Zeuge: Die Julie; sie war nach ihrer Rückkehr von München ganz gleichgültig und rauchte, der Graf war ganz aufgeregt.

Aug. Angerer hat der Julie Ebergenyi am 3. September 1867 verschiedene Chemikalien, darunter 4 Loth Cyankali, im Gesammtwerthe von 10—11 fl. geliefert.

Wittwe Maria Hotovy, deren Ehemann Beamter beim alten Grafen Chorinsky war und erst im vorigen Jahre gestorben ist, unterhielt seit 1863 mit dem Angeklagten ein Liebesverhältniß, obwohl sie wußte, daß er verheirathet war. Daß der junge Mann ihren Mann aufgefordert habe, sich zu erschießen oder sich scheiden zu lassen, erklärt Zeugin für unwahr: sie selbst habe geschieden sein wollen, weil sie den Gustav so lieb hatte!!! Das sträfliche Verhältniß dauerte bis Ende November v. Js. Als Grund, warum er von seiner Frau getrennt lebte, bezeichnete er: „weil er sie nicht liebe". Zeugin machte ihm oft Geldvorschüsse!! Präsident: wie war des Grafen Gemüthsart? Zeugin: er war leicht erregbar in der Liebe und auch in anderen Dingen, sehr eifersüchtig und oft bemerkte ich an ihm geistige Störungen. Präsident: Diese Angabe steht in direktem Widerspruch mit Ihren Angaben in der Voruntersuchung; früher haben Sie nur gesagt: „Gustav hat ein sehr gutes Herz, ist aber leicht erregbar, wenn etwas nicht nach seinem Wunsch geht. Er wollte damals Hauptmann werden, und weil sein Vater keine darauf bezüglichen Schritte machte, deßhalb war er so aufgeregt; allein von einer Störung seines Geisteszustandes habe ich nichts gemerkt". Zeugin: Ja, damals habe ich mich nicht recht erinnern können. Präsident: Haben Sie sich mit Niemanden besprochen darüber, was Sie heute hier gesagt haben? Zeugin: Nein, bei Gott nicht! Präsident: Sie werden aber zugeben, daß man einer Zeugin nicht trauen kann, welche heute ganz anders sagt, als sie früher angab. Zeugin: Bei eifersüchtigen Scenen hat Gustav sich Wunden beigebracht, bald mit den Fingernägeln, bald mit der Scheere; er hat mir dann immer Abschnitte von den Nägeln gebracht. (Sie übergibt mehrere.) In meinen Kleidern hat er oft Blumen gesehen, und konnte nicht entscheiden, wo das Muster anfängt und aufhört, er sagte dann: daß das Kleid ihn confus mache. Experte Dr. Maier: war der Angeklagte lange aufgeregt? Zeugin: oft eine halbe Stunde lang; dann war er erschöpft und klagte er über Kopfweh, manchmal war er ohne Veranlassung aufgeregt, oft sehr niedergeschlagen. — Vertheidiger: ich muß den Geschworenen noch mittheilen, daß man sich Anfangs geweigert hat, diese Zeugin auf Staatskosten kommen zu lassen. Präsident verwahrt sich gegen diesen Vorwurf und der Staatsanwalt fügte bei, daß auch von ihm diese Zeugin vorgeschlagen war. Angeklagter: ich habe mit der Zeugin nie Streit gehabt, habe mir nie eine Verwundung beigebracht und war nie närrisch; aufgeregt war ich; aber sonst nichts; ich bin der Zeugin sehr gut, ich danke ihr, daß sie mir so anhing.

Kedenberger, Gefängnißwärter am Bezirksgericht München l/J. gibt an, daß der Angeklagte bei seiner Ankunft in der Frohnveste auf Auffordern Alles abgelegt hat, was er bei sich hatte, auch Photographien, einen Rosenkranz (!), mehrere Gebete (!) und zwei Pulver. Zeuge hat den Angeklagten seit dem 26. Nov. fast immer selbst in den Hof der Frohnveste geführt und bemerkt, daß er ein außerordentlich leicht erregbarer Mensch ist, den jede Kleinigkeit in Affekt bringen kann. Selbst wenn die Kost einmal nicht zur rechten Zeit gebracht wurde, war er ganz außer sich. Zeuge beruhigte ihn leicht, worauf er um Verzeihung bat und oft weinte; im Frühjahr wurde er einmal vom Herzkrampf befallen. Einmal, erzählt Zeuge weiter, hat der Graf in seiner Ungeschicklichkeit — und er ist sehr ungeschickt — eine Wasserflasche zerbrochen; sogleich ließ er mich rufen, bat mich um Verzeihung, ersuchte mich, ihm doch nichts zu thun und weinte. Von Julie Ebergenyi erhielt er mit Bewilligung des Untersuchungsrichters mehrere Briefe; wenn ein solcher Brief kam, war er so fröhlich wie ein Kind 5 Tage lang; am 6. Tag aber zeigte sich die alte Aufregung; in der letzteren Zeit ist er ruhiger geworden, namentlich seit er die Verurtheilung der Julie Ebergenyi erfahren hat. Experte Dr. Solbrig:

Hat er auch manchmal Zuckungen bekommen? Zeuge: In der Nacht, in welcher er den Herzkrampf hatte, hat es ihn sehr gestoßen; von Zuckungen, Convulsionen und Schaum am Mund habe ich nie etwas bemerkt. Verth.: War der Angeklagte hochmüthig? Zeuge: Mir gegenüber nicht; er war gutmüthig und furchtsam. Verth.: Schildern Sie den Eindruck, den es auf den Angeklagten machte, als er neue Kleider bekam, um hier anständig erscheinen zu können! Z.: Von den neuen Kleidern erhielt er den Hut (Cylinder) zuerst; er setzte ihn auf, stolzirte herum und sagte immer, mit diesem Hute sehe ich ja aus, wie ein Finkerknecht; dabei setzte er aber den Hut so auf, daß der vordere Rand auf der Nase ruhte. Prof. Dr. Martin: Halten Sie das für Narrheit? Zeuge: Nein! Verth.: Sie sind schon 25 Jahre Gefängnißwärter und haben schon sehr viele Gefangene beobachtet: halten Sie den Angeklagten für fähig, einen Mord zu begehen? Zeuge: Wenn er in seinem Zorn ist, ja! ob er aber die That mit überlegtem Entschluß ausführen würde, das weiß ich nicht. Experte Dr. Morel: Haben Sie schon Gefangene von dem Charakter, wie ihn dieser Graf hat, unter sich gehabt? Zeuge: Von dem Charakter des Grafen habe ich in meiner 25jährigen Praxis als Gefängnißwärter noch keinen Gefangenen gehabt. Präs.: Wie viele Gefangene dieses Standes hatten Sie in dieser Zeit? Zeuge: Diesen einzigen! (Sensation!) Prof. Dr. Martin zum Angeklagten: Warum schenken Sie Ihren Bekannten Nägel und nicht Haare? Angekl.: Weil die Nägel Glück, die Haare aber Unglück bedeuten.

Eva Bogner und noch eine andere Zeugin, welche bei der Gräfin Mathilde Chorinsky in Reichenhall waren, bestätigen, daß die Gräfin eine sehr gebildete Dame von edlem Charakter und sehr munter war; eine Zeugin hat von den verzuckerten Früchten, von denen mehrere etwas „näßlich“ waren, genossen, ohne eine Gesundheitsstörung zu erleiden.

Agnes Mariot war im Hause des Statthalters Grafen Chorinsky von 1850—1859 Erzieherin und lernte dort die Mathilde Chorinsky kennen, welche sie als eine liebenswürdige Dame heiteren Gemüths schilderte. Das Haus der Schwiegereltern hat sie verlassen, weil nach der Schlacht bei Königgrätz der junge Graf als Verwundeter nach Hause kam. Dem Angeklagten übergab auf sein Ansuchen die Zeugin im Okt. v. J. für eine Marie Berger einen Empfehlungsbrief an die Gräfin Mathilde; sie erhielt aber darauf keine Antwort. Der junge Graf hat sich einmal um die Antwort erkundigt und dabei geäußert, seine Frau sei sehr leidend; doch wisse sie nicht, daß es so arg sei. Der Angeklagte, bemerkte Zeugin weiter, war stets reizbar und heftig und ist sehr leicht, wie ein Verrückter, von einer Stimmung in die andere umgeschlagen; im Augenblicke der Aufregung weiß er nicht, was er thut. Angekl.: „Ich war nie verrückt.“

Elise Kubesch aus Wien war bei der Julie Ebergenyi von Ende Okt. v. J. an im Dienste. Am 19. Nov. unternahm die Julie Ebergenyi eine Reise, ohne zu sagen wohin; den Wagen zur Eisenbahn holte der Graf. Nach der Rückkehr der Ebergenyi übergab ihr diese ein Paquet, welches sie ihrer (der Zeugin) Schwester unter dem Siegel der Verschwiegenheit übergeben sollte, das die Zeugin aber später der Polizei überbrachte. Die Turneißen und eine große blonde Rittmeisterin sind öfter zu der Julie Ebergenyi gekommen, von einer Horvath oder Bay hat die Zeugin nie etwas gehört.

Pauline Wiedemann aus Wien, wegen Betrugs zu 2 Jahren schweren Kerkers verurtheilt, wurde auf Antrag des Staatsanwalts und gegen den Willen des Vertheidigers beeidigt. Zeugin saß mit der Julie Ebergenyi in der Untersuchungshaft; die Julie erzählte, daß sie wegen Verdachtes des Mordes verhaftet sei, daß sie es aber nicht gethan habe, doch wisse sie, wer es gethan hat. Einmal, als die Julie Ebergenyi vom Untersuchungsrichter zurückkam, weinte sie, weil sie erfahren hatte, daß der Graf so schlecht ist und eine Geliebte mit Kindern hat. Ein anderes Mal erzählte sie, sie sei bei der Gräfin gewesen, diese habe Thee getrunken, sei dann aufgefahren und mit einem Fluch auf die Familie Chorinsky zusammengestürzt. Auf die Frage der Zeugin, ob der Graf sie (die Ebergenyi) zur That verleitet hat? erklärte sie: „Nein, er ist ein schlechter Kerl, aber das hat er nicht gethan!“ Später sagte die Ebergenyi einmal: sie mache sich kein Gewissen daraus, diese Bestie aus der Welt geschafft zu haben, aber ein anderer Mord, der noch nicht aufgekommen, mache ihr Gewisssensbisse.“ Wieder ein andermal sagte sie: „Ich weiß, daß ich eine hohe Strafe erhalte, aber mein Gustav muß gerettet werden.“ Einen langen Brief, den die Ebergenyi im Gefängniß geschrieben und als Baronin Bay unterschrieben hat und den die Wiedemann abschreiben, nach Linz oder Preßburg bringen und von dort an die Ebergenyi in Wien schicken lassen und wodurch der Verdacht auf die vielgenannte Unbekannte „Bay“ gelenkt werden sollte, übergab Zeugin dem Eisenmeister. Angekl.: „Ich glaube nie, daß die Julie über mich geschimpft hat, im Uebrigen habe ich nichts zu erinnern.“ Schluß Abends halb 9 Uhr.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
"	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1852	—
"	5pCt. Engl. Met. v. 1859	63 P.
"	5pCt. Nationalanl. v. 1854	68 5/8—1/2 G.
"	5pCt. Metall. Obligat.	—
"	5 Ct. do. steuerfr. 65	51 1/2 G.
"	4 1/2 pCt.	44 1/2 P.
Preussen	3 1/2 pCt. Staatsschuldsch.	84 1/2 G.
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 7/8 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 1/2 G.
"	4 1/2 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 3/4 G.
"	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	89 7/8 G.
"	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	90 1/4 P. 90 G.
"	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	90 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	3 1/2 pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	82 3/8 P. 3/8 G.
Baden	4 1/2 pCt. Obl.	94 1/4—3/8 G.
"	3 1/2 pCt. Obl. v. 1842	82 3/4 P.
Gr. Hess.	4 1/2 pCt. Obl.	—
"	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	90 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	85 1/8 P.
Nassau	4 1/2 pCt. Obl. dto.	94 7/8 P.
"	4 pCt. Obl. dto.	86 P.
"	3 1/2 pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2 pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3pCt. in. Sch. P. à fl. 2. 30	—
"	2 1/2 pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2 pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 5/8 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 1/2 P.
"	6pCt. ditto r. 1882	77 3/8—3/4 G

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	125 P. 124 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	738—39 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	203 P. 202 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 1/2 G.
Sächs.-Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	232 1/2 P.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 P. 98 3/4 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	313 P. 11 G.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	108 1/2 G.
Oest. F. St.-Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	266 1/2—66 G.
" Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	138 1/2—37 1/2 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	68 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31 P.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 1/4 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 1/2 P.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P. 106 3/4 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 1/2 P. 32 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 P. 1/4 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 1/2 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	241 G.
3 pCt. Süd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	125 P. 24 3/4 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P
Berlin Th. 60 k. S.	104 7/8—105 G.
Brem. 50 Th. Ld. k. S.	96 1/2 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 7/8 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 5/8 P. 1/8 G.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4—5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/8—1/4 G.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/8 G.
do. in öst. W. l. S.	102 3/8—1/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 G.
" fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	68 1/4 P.
" fl. 500 v. 1860 6/7	74—73 7/8 G
" fl. 100 Eisb.L. v. 1858	138 3/4 P.
" do. v. 1864	90 1/2 P.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 1/2 G.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P. 1/4 G.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 1/4 P.
" fl. 25 do.	38 3/8 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/8 G.
Sardinische Fr. 36 b. B.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. L. b. R.	28 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 1/2 P.

Frankfurt, 26. Juni. Der Grundtypus der heutigen Börse ist Mattigkeit und Unlust, obwohl man etwas fester eröffnet und auch geschlossen hatte, als in der Mitte der Börse. Wien und Berlin sandten ebenfalls mattere Course. Der nahende Ultimo drückt schon etwas. Alle Spekulations- und Eisenbahnpapiere waren, theilweise ansehnlich niedriger. Amerikaner und Süddeutsche bewahrten eine ziemlich unveränderte Haltung, erstere waren eher etwas matter. (Synd.)

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Habermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 177.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Sonntag, 28. Juni 1868.

Süddeutschland.

Württemberg. [Erbitterter Parteikampf.] In Württemberg wird der Kampf zwischen den Parteien immer lebhafter, die Volkspartei und die Regierungsblätter sagen sich gegenseitig angenehme Dinge. So schreibt z. B. wieder der „Beobachter" in einer seiner neuesten Nummern: „Welche Schreiberseele voll abgeschmacktesten Dünkels gehört dazu, dem schwäbischen Volke nach 1866 und nach zwei solchen Jahren des Nichtsthuns trotz 1866 eine Vertrauensduselei auch nur anzusinnen gegenüber diesem Ministerium Varnbüler!"

Großh. Baden. Constanz. [Huß-Feier.] In Constanz ist man nicht sehr erbaut über die bevorstehende Huß-Feier und die erwarteten czechischen Gäste. Ein Artikel der „K. Ztg." gibt diesem Gefühle ziemlich unverholen Ausdruck und schließt mit den Worten: „Uebrigens mögen die Herren Czechen in Gottesnamen kommen. Man wird ihnen nichts in den Weg legen und, so weit ihre Sache den Märtyrer der Wahrheit, Johannes Huß, betrifft, auch mit ihnen sympathisiren, unter Umständen sogar dieser Sympathie einen geeigneten Ausdruck geben. Aber mit ihrem Panslavismus, ihrer Russenfreundschaft und ihrem Deutschenhasse sollen sie uns vom Halse bleiben. Constanz ist eine deutsche Stadt und fühlt sich als solche, und würde dies je nach Gestalt der Dinge sogar seinen Gästen beweisen.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 26. Juni. [Die Zollparlamentswahl-Beschwerden über Bayern und Württemberg.] Der „K. Z." schreibt man offiziös: In Bezug auf die Anträge des Zollparlaments wegen der Wahlen in Bayern und Württemberg hat der Geschäftsordnungs-Ausschuß des Zollbundesrathes genau so entschieden, wie wir vermuthet hatten. Der Bundesrath als solcher erachtete sich für incompetent, den Ausgleich herbeizuführen, und hielt sich nur für berufen, die Uebermittlung der Anträge des Zollparlaments an die Regierungen der Zollvereinsstaaten zu übernehmen. Es liegen übrigens Erklärungen der bayerischen Regierung vor, Abhülfe zu schaffen, welche den gerügten Unregelmäßigkeiten vorbeugen soll, während von württembergischer Seite die Schuld an letzteren einzelnen falsch aufgefaßten Instruktionen zugeschrieben wird.

Oesterreichische Monarchie.

Wien, 26. Juni. [Weitere bischöfl. Kundgebungen gegen die konfessionellen Gesetze.] Jetzt, wo der Papst sein Verdammungsurtheil über die konfessionellen Gesetze gesprochen hat, nehmen die Kundgebungen der österreichischen Bischöfe einen schrofferen Charakter an. Die „N. Fr. Pr." schreibt: „Vier, fünf und

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

(Fortsetzung.)

München, 24. Juni.

Heute Mittwoch wurde die Verhandlung Vormittags 10 Uhr fortgesetzt. Zur Vernehmung sollte kommen die Zeugin Amalia Drechsler. Das Wiener Landesgericht hat jedoch die Hieherlieferung dieser Zeugin verweigert, weil sie erst vor Kurzem als Hauptangeschuldigte in einer sehr wichtigen Betrugsgeschichte beim Wiener Landesgericht eingeliefert worden ist. Ihre frühere Aussage, welche verlesen wurde, stimmt fast vollständig mit der Aussage der Wiedemann überein; sie saß mit Julie Ebergenyi und Pauline Wiedemann in ein und demselben Untersuchungsgefängniß.

Privatiersgattin Elise Melanotti von Wien hat die Gräfin vor mehreren Jahren schon kennen gelernt, schätzte sie sehr und vernahm von ihr, daß Graf Gustav Chorinsky seiner Frau die Zumuthung machte, sich selbst zu tödten; auch erzählte Mathilde, daß sie von ihrem Mann Alles fürchte.

Gefängnißwärtergehilfe Wilhelm von hier, welcher täglich dreimal in das Gefängniß zu dem Angeklagten kam, erhielt einmal von diesem einen Brief zur Besorgung, übergab denselben aber dem Eisenmeister. Ueber den geistigen Zustand des Angeklagten kann Zeuge nur so viel bemerken, daß er schnell von einer Idee zur andern übersprang.

Emma Hoffmann aus Salzburg lernte den Grafen Gustav Chorinsky schon vor 1849 kennen, zu welcher Zeit er erst 13 Jahre alt und sein Vater Statthalter in Salzburg war. Später sah und sprach sie ihn nur noch einmal; sie hielt ihn für einen gutmüthigen, weichherzigen, leichtsinnigen Menschen von sehr verliebter Natur und ohne höhere geistige Begabung. Eine Spur von Geistesverwirrung bemerkte Zeugin nie an ihm. — Angekl. hatte nichts zu erinnern.

Nun sollten die Aussagen des Obersten Baron Döpfner und des Rittmeisters v. Privitzer verlesen werden. Vertheidiger Dr. v. Schauß machte aufmerksam, daß nach Art. 166 der Prozeßnovelle nur solche Zeugenaussagen verlesen werden dürfen, welche im Laufe der Voruntersuchung aufgenommen worden sind. Wann die Voruntersuchung als geschlossen zu betrachten ist, könne zweifelhaft sein; jedenfalls aber sei die Voruntersuchung mit der Zustellung des Verweisungsbeschlusses geschlossen, und Döpfner und Privitzer seien erst nach dieser Zustellung vernommen worden. v. Schauß will über diese Frage keinen Gerichtsbeschluß provoziren, behält sich aber die Nichtigkeitsbeschwerde im Falle der Verlesung dieser Zeugenaussagen ausdrücklich vor. Staatsanw. Wülfert ist der Ansicht, daß die

sechs! Das „Vaterland" hat neulich, als es die dritte bischöfliche Kundgebung gegen die Staatsgrundgesetze veröffentlichte, emphatisch ausgerufen: Drei! Das „Vaterland" macht es wie der böse Caspar in der Wolfsschlucht, es scheint die Hirtenbriefe für unfehlbar treffende Freikugeln zu halten und harrt, indem es sie zählt, der schrecklichen Erscheinungen, die aber nicht kommen wollen. Wir rufen heute an seiner Statt: Vier, fünf und sechs! ohne zu fürchten, daß uns zu Häupten die wilde Jagd heranbrausen wird. Es sind keine Hirtenbriefe, die uns heute vorliegen, sondern „Instruktionen"; Armeebefehle der kommandirenden Bischöfe an die kampfbereite Geistlichkeit. Nummer Vier rührt von dem Fürst-Erzbischof von Olmütz, Nummer Fünf von „Franz Joseph", dem Bischofe von Linz her. Beide werden vom „Vaterland" veröffentlicht und zeichnen sich durch ihr Länge aus. Sonst ist darin nicht viel Merkwürdiges enthalten; höchstens verdient ein Passus in der Instruktion des Bischofs Rudigier einige Aufmerksamkeit. Se. bischöfliche Gnaden beklagt sich darin, daß man den Druck der Staatsschulden nicht durch ein gewaltsames Mittel erleichtert oder, deutlicher ausgedrückt, daß man keinen Staatsbankerott gemacht habe. Nummer Sechs aber, die heute in einer Extrabeilage des „Volksfreund" mitgetheilte Instruktion des Cardinals Rauscher, die man einen Hirtenbrief oder auch eine theologische Broschüre nennen kann, verdient eine aufmerksame Betrachtung; es ist der Generalissimus der streitenden Kirche in Oesterreich, der hier spricht. Nicht ohne Absicht sagen wir: der streitenden Kirche. Vergebens haben wir gehofft, der Cardinal werde den Zeitverhältnissen einige Rechnung tragen, vergebens ein Wort der Versöhnung von ihm erwartet. Er predigt den Kampf, den Krieg auf Leben und Tod wider die von demselben Reichsrathe, in dessen Oberhaus er sitzt und stimmt, beschlossenen Gesetze. Der Politiker in ihm ist todt, es lebt nur mehr der Kirchenfürst, der das neue Ehe- und Schulgesetz nicht kurz, aber bündig verdammt." Allerdings tritt Cardinal Rauscher so scharf wie möglich auf. „Wer in der Civilehe lebt, erhält keine Absolution, „selbst nicht bei schwerer Erkrankung, selbst nicht auf dem Todtenbette". Katholiken kann künftig nur dann erlaubt werden, sich mit Protestanten zu verheirathen, wenn beide Theile einen Vertrag schließen, sämmtliche Kinder katholisch zu erziehen und „keine Gründe vorliegen, den Ernst des gegebenen Versprechens zu bezweifeln". Glaubt der Pfarrer, daß solche Gründe vorhanden sind, so ist das Ehegesuch einfach abzuweisen."

Prag, 25. Juni. [**Zum böhmischen Ausgleich.**] Die Pester Correspondenz schreibt: „In guter Stimmung über den Empfang äußerte der Kaiser gegen den Statthalter Graf Kellersperg seinen Wunsch nach einer Verständigung mit den böhmischen Herren. Kellersperg antwortete hierauf, daß eine solche mit den Landesministern schwerlich zu erreichen sein werde, und schlug vor, Hrn. v. Beust kommen zu lassen. Der Kaiser ging darauf ein. Beust unternahm die Aufgabe, aber nicht ohne vorher zu konstatiren, daß nicht er, sondern nur das cisleithanische Ministerium kompetent sei eigentliche Verhandlungen zu führen, und verlangte, daß bei seiner Unterredung mit dem Grafen Clam und den Herren Rieger und Palacky auch der Statthalter anwesend sei.

Ueber den thatsächlichen Hergang der Besprechung sagt der czechische „Prokok": „Nach der Hoftafel am Sonntag hatte u. a. auch Graf Clam-Martinitz mit dem Kaiser eine Unterredung, die 3/4 Stunden dauerte. Bald darauf wurde auf telegraphischem Wege Hr. v. Beust von Wien nach Prag berufen; er kam Montag Morgen an. Kurz nachher wurden Rieger und Palacky vom Statthalter zum Besuche gebeten. Diese leisteten der Einladung Folge und kamen bei dem Statthalter mit Beust zusammen, mit dem sie von 12 Uhr Mittags bis halb 2 Nachmittags über die politische Situation Oesterreichs überhaupt und über die böhmische Krone insbesondere sprachen."

Es gelang dem Reichskanzler, wie er sich selbst ausdrückt, „die Thür zu öffnen"; der stattgehabte Ideenaustausch hat die Aussicht eröffnet, daß man sich verständigen könne, ohne aus dem Rahmen der Verfassung herauszutreten.

So viel wird denn doch immer klarer, daß es sich bei der Prager Zusammenkunft des Reichskanzlers mit Rieger und Palacky um mehr als einen bloßen „Meinungsaustausch" gehandelt hat. Eine Note der „Debatte" lautet, daß der Ausgleich über die Köpfe der widerhaarigen Jung-Czechen hinweg mit dem böhmischen Hochadel und der Narod-Partei Statt gefunden auf folgender Basis: Erweiterte Landes-Autonomie, Completirung des Ministeriums durch einen Czechen, die **Krönung des Kaisers in Prag** (Wie oft wird sich der Kaiser von Oesterreich noch „krönen" lassen müssen!) und Revision der Landtags-Wahlordnung, dagegen Beschickung des Reichsrathes durch die Czechen.

Ausland.

Frankreich. [Zu den Wahlen.] In Paris dauert das ausschließliche Interesse für die Wahlfrage fort. Der „Siècle" weist auf die große Rührigkeit hin, welche die Geistlichkeit und ihr Anhang entfalten. Als Recept gegen diese clerikale Bewegung gibt der „Siècle" seinen Freunden folgende Instruktion: „Da, wo der Candidat gleichzeitig klerikal und offiziell ist, kann über die zu beobachtende Haltung kein Zweifel sein; gegen diesen Gegner vereinigt die Demokratie selbstverständlich alle ihre Kräfte; wo sie aber ihre Thätigkeit und Wachsamkeit verdoppeln, wo sie alle Mittel aufbieten muß, die öffentliche Meinung aufzuklären, das wird an jenen Orten sein,

---

Auslegung des Art. 166 des Vertheidigers nicht ganz dem Geist und Wortlaut des Gesetzes entspricht. In der Regel sei die Voruntersuchung als geschlossen zu betrachten, wenn der Untersuchungsrichter die Akten dem Staatsanwalt vorlegt; dabei sei aber nicht ausgeschlossen, daß, wenn zur Erforschung der Wahrheit noch weitere Erhebungen für nothwendig befunden werden, diese auch nach jenem Zeitpunkte noch angeordnet und gepflogen werden können. Thatsache sei, daß im Gesetze der Endpunkt der Voruntersuchung nicht genau fixirt ist, und daß die Erforschung der Wahrheit durch das formale Recht nicht vereitelt werden darf, sowie daß der Gesetzgeber kein Mittel, das zur Erforschung der Wahrheit dient, ausgeschlossen wissen will. Lassen wir uns in der Auslegung unserer Gesetze nicht soweit bringen, wie es mitunter in England der Fall ist. Vor einiger Zeit ging ein Fall durch die ganze Presse, daß ein Mann in England ein Pferd widerrechtlich in die Schwemme geritten hat; weil nun alle Zeugen gesehen haben, daß der Mann das Pferd nur heraus geritten hat, weil aber Niemand sah, daß er es hineinritt, wurde der Mann vom Richter freigesprochen. Das mag originell, baroque, ächt englisch sein, wir würden ein solches Urtheil für Unsinn halten.

Dr. v. **Schauß**: Es habe seinen guten Grund, warum der Art. 166 von den Aussagen Ausnahme macht. Wenn solche Aussagen, wie die beantragten, verlesen würden, so werde die ratio legis, die Objektivität, die Oeffentlichkeit, die Autopsie der Geschwornen verletzt. Letztere müsse unter allen Umständen gewahrt werden, sonst bekämen wir nach 2 Jahren für unser mündliches Verfahren einen Aktenprozeß, so schlecht als wie vor dem Jahre 1848.

Der **Gerichtshof** zog sich zurück und faßte den Beschluß, daß der Protest des Vertheidigers zurückzuweisen sei und zwar in der Erwägung, daß es keinem Zweifel unterliege, daß Zeugen, auch wenn sie in der Voruntersuchung nicht vernommen worden sind, vom Staatsanwalt auf die Zeugenliste gesetzt werden können, daß die fraglichen Zeugen, deren Aussagen verlesen werden sollen, rechtzeitig geladen worden, aber nicht erschienen sind, und als Ausländer nicht gezwungen werden können zu erscheinen; dann in der Erwägung, daß der Verlesung der Angaben solcher Zeugen gesetzlich nichts im Wege steht u. s. w.

Aus der Aussage des Obersten Baron **Döpfner**, die nun verlesen wurde, ist zu entnehmen, daß Graf Gustav Chorinsky vom Jahre 1866 bis zu seiner Verhaftung in einer Generalstabs-Abtheilung beschäftigt war, daß er der ihm von seinem Vorstande, dem Obersten Döpfner gestellten Aufgabe mit Fleiß und Pünktlichkeit nachkam. Abgesehen von seinem ganz entsprechenden dienstlichen Benehmen schien dem Zeugen das Auftreten Chorinskys etwas unstät; eine Geistesstörung hat Zeuge nie an ihm bemerkt.

Rittmeister v. **Privitzer** war mit Gustav Chorinsky in ein und demselben Bureau beschäftigt, jedoch ohne innigere Annäherung und hat während seiner Dienstleistung in der Generalstabsabtheilung keine Geistesstörung an ihm wahrgenommen. In seinem Charakter war er aufbrausend, oft ohne besondere Veranlassung, doch ließ er sich schnell beruhigen. Zeuge hielt ihn stets für vollkommen geistig gesund.

Auch Graf **Wilzeck**, Herrschaftsbesitzer und entfernt verwandt mit der Familie Chorinsky, hält, wie aus seiner verlesenen Aussage hervorgeht, den Angeklagten nicht für geisteskrank. „Gustav Chorinsky hatte stets einen strengen Begriff von militärischer Ehre, wurde deßhalb häufig zu Ehrengerichten beigezogen, half seinen Kameraden gerne aus und war als Offizier beliebt."

Der **Angeklagte** hatte gegen diese 3 Aussagen nichts zu erinnern.

Bezirksgerichts-Assessor **Geiger**, welcher die Untersuchung gegen Graf Chorinsky geführt hat, hat denselben während der Untersuchung öfters in der Frohnveste besucht und zwar nicht nur in seiner amtlichen Eigenschaft als Untersuchungsrichter, sondern auch in den Privatangelegenheiten des Angeklagten; insbesondere wohnte er, so oft de

wo klerikale Candidaten auftreten werden, die mit einer gewissen Dosis von Liberalismus schmackhaft gemacht sind. Mögen sich unsere Freunde durch den Schein-Liberalismus der klerikalen Candidaten nicht täuschen lassen und auf die Mittel Bedacht nehmen, den Erfolg der rein demokratischen Candidaturen zu sichern. In einer französischen Versammlung wollen wir vor Allem französische und nicht ultramontane Abgeordnete."

Großbritannien. [Ein Pöbel-Meeting zu Gunsten des Disraelischen Ministeriums.] Aus London, 25. Juni, schreibt man der „Allg. Z.": Kürzlich versammelte sich in dem großen Eisenbahnhotel von Cannon-Street eine gewählte Gesellschaft conservativer Herren unter dem Vorsitze des hochconservativen Lord-Mayor, versagte jedem nicht-conservativen Bürger den Zutritt, constituirte sich als „öffentliche Meinung", und faßte im Namen der Citybewohner enthusiastische Beschlüsse zu Gunsten des Disraeli'schen Cabinets, für „Kirche und Staat" gegen die liberale Politik der Gladstone'schen Resolutionen. Damit diese Beschlüsse nicht fälschlich als die der Citymajorität aufgefaßt würden, verlangte eine von den angesehensten Mitgliedern der liberalen Partei, einschließlich alle Parlamentsvertreter der City, unterzeichnete Petition: daß der Lord-Mayor ein neues, und zwar „offenes" Meeting berufe, wozu sich dieser auch, nicht sehr bereitwillig, verstand. Gestern um 2 Uhr sollte das Meeting in der Guildhall gehalten werden; aber schon um 12 Uhr wurde uns der Eintritt von einer an die Thür postirten Bande versagt, welche behauptete, daß die Halle voll sei, und daß man „keine verdammten Katholiken" brauche. Die „constitutionelle" Partei hatte die Halle mit dem Abschaum von Whitechapel und St. Giles überfluthet, um jede liberale Kundgebung in der Geburt zu ersticken. Eine zahlreiche Bande „roughs" war gemiethet worden, 2 Sh und $^1/_2$ Krone per Kopf, um durch Lärm und Geschrei der bedrängten irischen Kirche und der protestantischen Gesinnungslosigkeit des Disraeli-Cabinets zu Hülfe zu kommen. Vielleicht 2000 anständige Ladenhalter und Arbeiter theilten unser Schicksal. Diese errichteten in aller Schnelligkeit eine Platform im Hofe und hielten ein Meeting unter freiem Himmel, das sehr ruhig und ordentlich verlief und die für die Hauptversammlung bestimmten Beschlüsse faßte. Das war das einzige Meeting, welches an dem Tage zu Stande kommen sollte. Aus dem Innern drang nur wüstes Schreien und Gellen, ein Tollhaus von Tönen, in welchem jeder Redeversuch verhallen mußte. Trotzdem, daß sich gegen 20 Parlamentsvertreter, darunter alle Vertreter der City, und die angesehensten Aldermen und Kaufleute auf der Plattform befanden, wurde doch Keiner zum Wort gelassen. Der Lärm: „No Popery!" „Nieder mit dem Papste!" „Fort mit euch, Jesuit!" „Nieder mit Gladstone!" (Gladstone will bekanntlich die Befreiung der irisch-katholischen Kirche vom englischen Hochkirchenjoch.) „Kein Bibelverbrennen!" und ähnliche Rufe, steigerte sich endlich zu einem wüthenden Stampfen, Gellen und Brüllen, in welchem sich kein artikulirter Laut mehr vernehmen ließ.

Nichtpolitische Zeitung.

[Zum Frankfurter Dombau.] Das Frankfurter Domblatt enthält den Bericht der Dombaumeister Dänzinger von Regensburg, F. Schmidt von Wien und Voigtel von Köln. Dieselben heben hervor, daß es sich bei Herstellung des Domes nicht bloß um die Heilung der Brandschäden handle, sondern um die Verbesserung der Fehler, welche in früheren Jahrhunderten aus Mangel genügender physikalischer Kenntnisse begangen worden sind. Die eisernen Verbindungen der Thurmquader haben in denselben viel tiefer reichende Zerstörungen angerichtet, als das Feuer vom 15. August. Eine Abtragung der Kuppel und des Achtecks bis zum Ansatze der Fenster und der Neubau derselben scheint erforderlich. Dieser Neubau aber macht die aus ästhetischen Rücksichten und wegen Schutz vor abermaliger Feuersgefahr wünschenswerthe Freilegung des Domes zur Nothwendigkeit, da sonst die erforderlichen Gerüste nicht angebracht werden können. Der freigelegte Dom soll ringsum mit einer Gartenanlage umgeben werden. Im Interesse der Feuersicherheit sollen auch alle Holzbausachen: Schneebretter, Läden, Dachsparren, Glockenstuhl, welche dem Feuer Eingang und Nahrung gewährten, beseitigt und durch Eisen ersetzt werden. Freilich würde die Ausführung der Pläne der Commission, ohne die Ankaufskosten der niederzulegenden Gebäude, einen Aufwand von $^1/_2$ Mill. Gulden verursachen, während das Vermögen des Dombauvereins wenig über 100,000 Gulden beträgt.

Literarisches.

Otfrid Mylius, der berühmte Verfasser der „Neuen Pariser Mysterien", „Neuen Londoner Mysterien" u. s. w. gibt uns in seinem neuesten Romane „**Die weiße Frau**" (4 Bde. Stuttgart bei Ebner) wieder einen eclatanten Beweis seines produktiven Talentes. Dieser Roman ist geeignet, ein ganz ungewöhnliches Aufsehen zu machen. Nicht eine Gespenstergeschichte bringt er uns, sondern eine dunkle düstere Seite aus der geheimen Geschichte eines süddeutschen Hofes. Unter dem durchsichtigen Schleier angenommener Namen werden uns hier in der fesselndsten und lebendigsten Weise Räthsel gelöst aus der Zeit des letzten Viertels des vorigen und ersten Drittels dieses Jahres, die zu lösen unsere besten Criminalisten lange und vergeblich beschäftigte. Die geschichtlichen, dem Roman zu Grunde gelegten Thatsachen, und die Anlehnung an die düstere Sage der Weißen Frau, jener Unglücksprophetin verschiedener deutscher Dynastenhäuser, die auch im Jahre 1866 wieder hervorgetreten, lieferten dem gewandten Erzähler einen überaus pikanten und fesselnden Stoff. Er übertrifft die früheren Romane von O. Mylius und gibt Zeugniß von dem emsigen Fortstreben eines unserer ausgezeichnetsten Romanschriftsteller.

Bruder Karl Graf Chorinsky hieher kam, den Besprechungen Beider bei. Zeuge hat aus dem Benehmen des Angeklagten, aus seiner Vertheidigungsweise und aus seiner Correspondenz keinen Anhaltspunkt gewonnen, welcher ihn zu der Annahme berechtigte, daß das geistige Vermögen des Angeklagten getrübt sei; deshalb hat er auch in den Akten keine hierauf bezügliche Vormerkung gemacht. Sein Temperament ist sehr unruhig; er hat sich oft sehr reizbar benommen und trägt große Reizbarkeit zur Schau; einer ruhigen Ueberlegung scheint er nicht fähig zu sein. Zeuge hält ihn, obwohl er schon 36 Jahre alt, nicht für einen Mann und glaubt, daß er von seinen Leidenschaften nicht nur beeinflußt, sondern bewältigt und fortgerissen wird. Auch spricht ihm Zeuge den sittlichen Gehalt und die Grundsätze nicht zu, die ihn auf den gesetzlichen Standpunkt zurückführen könnten. Während des Angeklagten Gefangenschaft ist seine Leidenschaft zu Julie Ebergenyi nicht erkalter, obwohl er an eine baldige Vereinigung mit ihr nicht denken konnte. Er schreibt Briefe von zwölf und mehr, ja von zwanzig enggeschriebenen Folioseiten, deren Inhalt den Ausdruck der Leidenschaftlichkeit an sich tragen; sein Blick ist immer stier. Er verlangte von seinem Vater in einem Briefe, wenn nicht seinen Segen, so doch eine feierliche Erklärung, daß er seiner künftigen Verehelichung mit Julie kein Hinderniß entgegenstelle; mit seiner Familie hat er fast gänzlich gebrochen. Vom Beginne der Untersuchung an ließ er sich den Nagel des kleinen Fingers wachsen, später wollte er den abgeschnittenen Nagel der Ebergenyi schicken und ließ sich davon nur von der Einwendung abhalten, daß er sich lächerlich mache. . . . . Zeuge hat keinen Grund, ihn in seinem geistigen Vermögen geschmälert zu erachten, und sucht seine Schwäche nicht in der intellektuellen, sondern in der moralischen Seite. Der Angeklagte hat nicht jene sittliche Grundlage, die der Mann haben muß, wenn er nicht gegen Moral und Gesetz verstoßen soll! — Verth.: Halten Sie den Angeklagten für gutmüthig? Zeuge: Wenn ich vom Gegenstand der Untersuchung absehen könnte, würde ich zugeben, daß er gutmüthig ist, wie es sinnliche Naturen sind. — Präs.: Hat Ihnen der Angeklagte nicht einmal erklärt, daß er ein reumüthiges Geständniß ablegen wolle? Zeuge: Als ich ihm (nach der Verurtheilung der Ebergenyi) mehrere Briefe vorgelesen und besonderen Vorhalt gemacht hatte, schien er niedergebeugt, unterlag er der Wucht der Anschuldigung. Ich sprach ihm zu, unter den obwaltenden Verhältnissen ein reumüthiges Geständniß abzulegen und er sagte: ich will Alles thun, ich will ein Geständniß ablegen, lassen Sie mir nur Zeit; wenn Sie es erlauben, will ich es schriftlich thun. Er schrieb auch einen Bogen, setzte aber das Niederschreiben auf meine Veranlassung nicht fort, weil schon der erste Bogen nicht entfernt das enthielt, was er versprochen und ich erwartet hatte. Verth.: Welche Meinung haben Sie von der Sache? Trauen Sie dem Angeklagten zu, dieses schwere Verbrechen zu begehen oder halten Sie ihn für eine getriebene Maschine? Ist Ihnen diese Frage unangenehm, so mögen Sie dieselbe unbeantwortet lassen! Zeuge: Diese Frage ist mir nicht unangenehm, aber schwer. Präs.: Diese Frage greift den Geschwornen vor! Nachdem auch der Staatsanwalt bemerkt hatte, daß diese Frage nicht gerechtfertigt erscheine, bestand der Vertheidiger nicht weiter darauf. — Verth. zum Zeugen: „Haben Sie die Wahrheit gesagt und werden Sie nicht nöthig haben, Ihre Angaben aus mehrfachen Vormerkungen zu ändern oder zu ergänzen?" Zeuge: Ich habe geschworen! — Präs. (in's Wort fallend): Diese Frage, Herr Vertheidiger, ist an einen beeidigten Zeugen nicht am Platze! — Staatsanw. zum Zeugen: Können Sie sich erinnern, daß der Angeklagte erklärte, er werde nicht mehr zögern, ein reumüthiges Geständniß abzulegen, seine Schuld zu bekennen? Zeuge: Er hat gesagt, daß er ein Geständniß ablegen wird, ob er das Wort „reumüthig" beigefügt hat, daran kann ich mich nicht mehr genau erinnern; das aber hat er nie gesagt, daß er das Verbrechen begangen hat. Da der Staatsanwalt von Winkelzügen des Angeklagten sprach, um einem Verhör auszuweichen, stellte Vertheidiger an den Zeugen die Frage, ob er von solchen

Winkelzügen etwas bemerkt habe? Zeuge erwiderte, daß der Angeklagte sich öfters unwohl fühlte und dann das Ansuchen stellte, ein Verhör, welches beginnen sollte, zu verschieben. Bezirksgerichtsarzt Dr. Martin erklärte, daß ihn der Angeklagte, wenn er ein längeres Verhör bestanden hatte, andern Tags rufen ließ und ersuchte, den Untersuchungsrichter zu bitten, das nächste Verhör nicht so schnell folgen zu lassen, weil er zu sehr angegriffen sei. Zeuge glaubt aber, daß dieses Ansuchen weniger wegen des Angegriffenseins, als vielmehr deswegen gestellt wurde, weil der Angeklagte um die Antwort verlegen war und Zeit gewinnen wollte zur Ueberlegung. — Nach der Verlesung verschiedener Verhöre, deren wesentlicher Inhalt bereits bekannt ist, wurde die Sitzung heute 1½ Uhr geschlossen und die Fortsetzung auf morgen Donnerstag früh 8 Uhr anberaumt.

München, 25. Juni.

Bei Beginn der heutigen Sitzung stellte der Präsident an den Vertheidiger die Frage, ob ihm, da er gestern an den Untersuchungsrichter Geiger eine Frage stellte, welche er (Präs.) als eine ungeeignete bezeichnete, aus der Vergangenheit des Untersuchungsrichters etwas bekannt sei, das ihn zu der Annahme berechtige, daß der Untersuchungsrichter die Wahrheit nicht habe sagen wollen? Dr. v. Schauß entgegnete, es bestehe bei ihm durchaus keine Veranlassung, bei irgend Jemanden Zweifel über die Glaubwürdigkeit des Untersuchungsrichters zu erregen. Er (Redner) habe geglaubt, der Untersuchungsrichter habe zu Gunsten des Angeklagten ausgesagt, in dem folgenden Vorhalt des Hrn. Staatsanwaltes aber habe er (Redner) eine Verletzung des Untersuchungsrichters erkannt und deßhalb habe er einen leisen Protest gegen die Möglichkeit einlegen wollen, daß der Herr Untersuchungsrichter in der Voruntersuchung irgend etwas Anderes habe niederschreiben lassen, als was er hier angegeben hat. Der Präsident hält damit diese Sache für erledigt. Weiters gab Präsident bekannt, daß bei ihm seit gestern wieder 2 anonyme Briefe voll von Beleidigungen eingelaufen sind und Dr. v. Schauß fügte bei, daß auch er 2 sehr grobe anonyme Briefe erhalten hat.

Nach einer Aussage des pensionirten Feldmarschallieutenants Marenzi, welcher den Angeklagten in Laibach öfters sah, als sein Vater dort Statthalter war, machte der Angeklagte in Laibach die Bekanntschaft einer sehr hübschen jungen Dame aus guter Familie, vor deren Fenster er Nachts öfters Stunden lang mit einer Pistole auf- und abging, und sich zu erschießen drohte, wenn sie nicht erscheine. Angekl.: Ich habe dagegen nichts zu erinnern, als daß es nicht wahr ist, was der Zeuge behauptete.

Lina Barth aus Heidelberg, bei welcher der Angeklagte mit seiner Frau Mathilde auf Besuch war, fand die Frau überspannt in ihrem ganzen Benehmen, den Angeklagten aber nur erregt, wenn ihm Anlaß dazu gegeben ward.

Ritter v. Glanz aus Wien, welcher von November 1844 auf Mai 1846 Lehrer des Angeklagten in Salzburg war, gab an, daß er es mit einem sehr leicht erregbaren exzentrischen Knaben zu thun hatte, und daß er sich oft dachte, was wird aus dem Knaben werden, wenn dieser Zustand sich noch weiter ausbildet!

Eine Aussage des Grafen Auersperg, welcher mit dem Angeklagten verschwägert ist, wollte der Vertheidiger verlesen haben, da der Zeuge in Krain erklärte, daß er sich der Zeugschaft nicht entschlage. Würde die Aussage, welche dem Angeklagten günstig sei, nicht verlesen, so würde die Vertheidigung wesentlich beeinträchtigt; allein der Staatsanwalt trat dem Antrage entgegen, da der Zeuge sich hier vor dem Gerichtshof erklären müßte, ob er sich der Zeugschaft entschlagen wolle oder nicht. Würde die Aussage verlesen, so wäre das Recht des Zeugen, sich der Zeugschaft zu entschlagen, verletzt und eine Nichtigkeit begründet. Präsident war derselben Ansicht und unterließ die Verlesung.

Gräfin Mathilde Stom aus Brünn beurkundet, daß der Angeklagte ein sehr gutes Herz, aber auch eine große Schwäche hat, welche in einem besonderen Hange zur Liebe besteht. An seine damalige Geliebte (Hotovy), welche zu jener Zeit in Brünn als Stiftsdame war, schrieb er Briefe von 24 Seiten; in ihr Zimmer warf er oft Blumenbouquets. Als sich das Verhältniß löste, war er ganz bestürzt, oft halbe Stunden lang besinnungslos, auch hatte er Convulsionen. Er strebte nach Trennung von seiner Frau und war oft trostlos, daß er die Scheidung nicht durchsetzen konnte; es schmerzte ihn, daß die Mathilde seine Gattin ist; er wünschte ihr ein recht glückliches Loos, wenn er geschieden wäre, denn er sei durch diese Heirath getäuscht worden. Die Hotovy bezeichnete er als eine Millionärin, als einen Engel, den Gott ihm geschickt habe; er schickte ihr Haare von seinem Schnurrbart, wollte ihren Schlafrock, trug, da er diesen nicht erhielt, einen Fleck eines Kleides derselben auf der Brust und bewahrte einen Schuh auf, den sie getragen hatte. Die Gräfin Mathilde, bemerkte Zeugin, benahm sich im Hause ihrer Schwiegereltern zu Wien sehr hochmüthig und wußte, wie die alte Gräfin der Zeugin erzählte, in der letzteren Zeit ihres dortigen Aufenthalts aus guten Gründen ihre Wäsche von der der übrigen Familienangehörigen mit großer Geschicklichkeit zu separiren. — Angekl. auf die Angaben der Zeugin erwidernd: „Ich war nie besinnungslos!" — Zeugin: „Ja wohl, Sie waren oft ganz besinnungslos."

Auf eine Frage des Experten Dr. Meier aus Göttingen an den Zeugen v. Glanz erwiderte dieser, daß der junge Graf Chorinsky aus eigenem Antrieb nichts lernte, sondern nur durch fortwährende Repetitionen soweit gebracht werden konnte, daß er leistete, was verlangt wurde.

Buchhalter Mariot, welcher gleichzeitig mit dem Angeklagten in der päpstlichen Armee diente, war in der Kirche zu Ankona, als der Graf Chorinsky mit Mathilde Rueff getraut wurde. Unter den Bewohnern war der Glaube verbreitet, daß diese Hochzeit ein großes Unglück bedeute, weil die Trauringe vergessen waren. Als Offizier war der Graf gut gegen seine Untergebenen, doch war er auch manchmal leichtfertig und einmal benahm er sich so, als ob er nicht recht bei Sinnen wäre. In Wien begegnete Zeuge im letzten Winter einem Bekannten des Grafen; sie sprachen von der Chorinsky-Geschichte und der Bekannte des Grafen sagte: „Der Mensch war nie gescheidt." Präs.: Glauben Sie, daß der Angeklagte geisteskrank ist oder daß der Bekannte ihn für geisteskrank hielt? — Zeuge: „Nein!" — Angekl.: „Der Zeuge kann über mich gar nichts sagen, gerade über meine Dienstleistung bei der päpstlichen Armee habe ich die besten Zeugnisse; ich bin dreimal dekorirt worden!" — Zeuge: „Dekorirt ist Alles worden." — Dr. Morel: „Ist es wahr, daß Graf Chorinsky ein Duell hatte und war er übermäßig im Trinken?" — Zeuge: „Ich habe gehört, daß er ein Duell hatte, ob er verwundet wurde, weiß ich nicht; getrunken hat er wenig."

Operateur Bacher gibt an, daß er den Angeklagten, als er an erfrorenen Füßen litt, behandelte. Zeuge traf ihn zu Hause und auf der Straße häufig sehr gedankenvoll und mit sich selbst redend, so daß er sich dachte, der Graf scheint geisteskrank zu sein. Angeklagter: „Wahr ist nun, daß ich erfrorene Füße hatte, alles Andere ist unwahr und dumm." — Präsident verwies dem Angeklagten ein derartiges Auftreten gegen Zeugen. — Staatsanwalt zu dem Zeugen Bacher: „welcher Operateur sind Sie? — Zeuge: „ich bin Operateur für Gefröre!" — Staatsanwalt: Sie wollen sagen: für erfrorene Füße? — Zeuge: ja! — Nun erfolgte die Verlesung sehr umfangreicher Protokolle, welche in Wien beim Landesgericht über die mit Julie Ebergenyi gepflogenen Verhöre aufgenommen und schon früher durch die Presse bekannt gegeben worden sind. — Wir erwähnen daraus nur, daß die Ebergenyi im ersten Verhör eingestanden hatte, die Gräfin Mathilde Chorinsky in München mit Cyankali vergiftet zu haben, daß sie aber dieses Geständniß allmählig zurücknahm, die Verübung des Mordes wie jede Theilnahme daran entschieden in Abrede stellte und den Verdacht auf eine andere Person, auf die Baronin Bay (als welche aber bekanntlich sie sich selbst in den 4 Jahreszeiten ins Fremdenbuch einzeichnete) zu lenken suchte. Von Gustav Chorinsky sagte sie mehrmals, „daß er ganz unschuldig in Verdacht kam."

Zeuge Mikulitsch ersuchte, nachträglich noch eine Erklärung abgeben zu dürfen und zwar auf die Angaben der Zeugin Barth. Mathilde Gräfin Chorinsky habe ihm von der Barth erzählt, daß diese sich mit Gustav in ein intimes Verhältniß eingelassen haben müsse; sie habe sich später davon überzeugt. — Ferner protestirte Mikulitsch (der bekanntlich zur Mathilde in einem intimen Verhältniß stand) dagegen, daß die Aussage der Gräfin Mathilde Chorinsky über den Charakter ihres Mannes, „daß es bei ihm rapple", in dem Sinne aufgefaßt werde, wie der Vertheidiger sie aufgefaßt hat; an Geistesstörung habe die Gräfin nicht gedacht; hätte sie ihren Mann für geistesgestört gehalten, würde sie dieses ihm (Zeugen) nicht verschwiegen haben. — Vertheidiger: Würde die Gräfin Ihnen auch nichts verschwiegen haben bezüglich eines gewissen Hirsch? — Zeuge: Nein! Hirsch ist Buchhalter bei einem Bankier und Vormund der Gräfin gewesen — Präsident: Dann wären ja auch die Unterstützungen dieses Mannes an die Gräfin aufgeklärt, von welchen die Zeugin Barth gesprochen hat. — Angeklagter hatte nichts zu erinnern. — Fortsetzung Nachmittag 4 Uhr.

Verantwortlicher Herausgeber: Richard Gabermann.

(Morgenblatt.)

Neue Würzburger Zeitung.

Treu gegen König und Vaterland für Wahrheit und Recht!

№ 178-79.	Vorausbezahlung: Vierteljährlich für hier und ganz Bayern 1 fl. 30 kr. Bei Inseraten wird die dreispaltige Zeile in gewöhnlicher kleiner	65. Jahrgang.	Schrift oder deren Raum im Hauptblatte mit 6 kr., im Anzeiger mit 3 kr. berechnet. Briefe und Gelder franco.	Dinstag, 30. Juni 1868.

Süddeutschland.

Bayern. Bamberg, 28. Juni. [**Urkunden-Auslieferungen an Preußen.**] Der Artikel XII des Friedensvertrages zwischen Bayern und Preußen vom 22. August 1866 geht nunmehr auch seiner Erledigung entgegen. Gemäß demselben werden bekanntlich „die in dem kgl. bayer. **Archive zu Bamberg** befindlichen, im Wege kommissarischer Verhandlung zu bezeichnenden Urkunden und sonstigen Archivalien, welche eine besondere und ausschließliche Beziehung auf die ehemaligen Burggrafen von Nürnberg und die Markgrafen von Brandenburg fränkischer Linie haben, an Preußen ausgeliefert." Zu diesem Zwecke befindet sich — wie der „N. Korresp." berichtet — bereits seit acht Tagen der k. b. Reichsarchivdirektor v. Löher aus München und der k. preuß. geh. Archivrath Dr. Märker aus Berlin in Bamberg, welche bei dem bedeutenden Umfange der in Frage stehenden Aktenstücke wohl noch mehrere Wochen verweilen dürften. Der nächste Artikel XIII handelt von der s. g. **Düsseldorfer Gallerie**, über die nun wahrscheinlich auch bald entschieden werden wird.

— [**Verkehr auf den k. bayer. Eisenbahnen im Monat Mai 1868**]: 521,350 Personen, 492,006 fl. Einnahme; 4,715,399 Ztr. Frachtgüter, 1,799,203 fl. Einnahme; für Bagage, Equipagen, Thiere rc. 72,136 fl.; Gesammtsumme der Einnahmen: 2,363,346 fl.; im entsprechenden Monate des Vorjahres: 485,170 Personen, 418,697 fl. Einnahme; 2,843,314 Ztr. Frachtgüter, 972,531 fl. Einnahme; für Bagage, Equipagen, Thiere rc. 52,012 fl.; Gesammtsumme der Einnahmen: 1,443,241 fl. — Mithin heuer mehr: 36,180 Personen, 73,309 fl. Einnahme; 1,872,085 Ztr. Frachtgüter, 826,672 fl. Einnahme; Bagage, Equipagen, Thiere 20,124 fl., somit Gesammtsumme der Mehreinnahmen: 920,105 fl.

Norddeutscher Bund.

Berlin, 27. Juni. [**Preßprozeß gegen Kladderadatsch.**] Der Criminal-Senat verhandelte gestern den nachstehenden Preßproceß gegen den Redakteur des Kladderadatsch, Dohm, in zweiter Instanz, wegen des bekannten (in Nr. 55 des Kladderadatsch vom 1. December 1867) enthaltenen Bildes mit den Figuren des Mephistopheles, Faust's und Gretchen's, wo Mephistopheles ein Actenstück unter der Aufschrift: „Acten Twesten's," und Gretchen ein Papier mit der Aufschrift: „Erkenntniß zwei Jahre," trägt. Unter Faust ist das Portrait des Grafen Bismarck, unter Mephistopheles die Figur des früheren Justiz-Ministers Grafen zur Lippe erkennbar, während Gretchen den Abgeordneten Twesten repräsentiren soll. Nach der gegen Dohm erhobenen Anklage soll durch dieses Bild der Graf zur Lippe als der „teuflische Rathgeber Bismarck's" hinsichtlich des gerichtlichen Verfahrens gegen den Abg. Twesten dargestellt sein. Das Bild trägt als Unterschrift folgendes Citat aus Göthe's Faust:

Graf Chorinsky vor dem Schwurgericht in München.

(Fortsetzung.)

München, 26. Juni.

In der gestern Donnerstag Nachmittags stattgefundenen Sitzung erklärte der **Präsident**, daß er die sämmtlichen Zeugen zu entlassen gedenke, wenn nicht von Seite irgend eines der Herrn Experten noch Fragen an den einen oder anderen Zeugen gestellt werden wollen. Dr. **Gudden** stellte in Folge dessen an die Wittwe Holowi, welche bekanntlich ausgesagt hat, daß der Angeklagte öfters heftige Anfälle mit Convulsionen (epileptische Anfälle) gehabt habe, die Frage: wie oft er solche Anfälle bekam? — **Holowi**: Zwei bis dreimal in der Woche! **Dr. Gudden**: Ob durch besondere Umstände veranlaßt? **Holowi**: Wenn er aufgeregt war!

Nun wurden, wie schon Vormittags, mehrere Protokolle, welche über Verhöre der Julie Ebergenyi in der Voruntersuchung beim Landesgerichte in Wien aufgenommen worden sind, verlesen. Wir erwähnen daraus, daß die Ebergenyi im Laufe der Voruntersuchung wieder vorgab, in München gewesen und mit der Gräfin Mathilde Chorinsky zusammengekommen zu sein. Gleichzeitig sei aber auch die mehrerwähnte Horvath in München gewesen, die sie in ihren Verhören so lange als Baronin Bay bezeichnete, als sie in Abrede stellte, zur kritischen Zeit in München gewesen zu sein. Ueberhaupt sei sie nur deßhalb in München gewesen, um die Frau des Gustav persönlich kennen zu lernen, bevor sie die von Gustav betriebene Ehescheidung zugab. Den plötzlichen Tod der Gräfin habe sie von der Horvath erfahren, welche ihr auch die Theemaschine (der Gräfin), deren Schmuck und andere Gegenstände in München deßhalb zum Mitnehmen nach Wien übergeben habe, weil sie (Julie) in ihrem Koffer mehr Raum hatte, als die Horvath. — Die Verlesung nahm eine sehr geraume Zeit in Anspruch und endigte erst kurz vor 6 Uhr. — Der Angeklagte benahm sich während der langen Verlesung ganz gleichgiltig und schien sich um die ihn doch auch so nahe berührenden Einzelheiten nicht im mindesten zu bekümmern. Er saß ganz ruhig an seinem Tische neben einem Gendarmen, spielte bald mit seinem Backenbart, bald zeichnete er ganz gleichgültig mit einem Bleistift. Eine Erinnerung hatte der Angeklagte gegen den Inhalt der verlesenen Aktenstücke nicht zu machen. — Sodann wurden mehrere auf die Vorbereitung zur Hochzeit bezügliche Briefe Chorinsky's vom Juli rc. 1867 verlesen. Unter Anderem heißt es in den Briefen: „Meine namenlos geliebte Julie! ich muß dich bald heirathen, damit du mich nie mehr verlassen kannst und ich die außerordentliche Wonne genieße, die du mir bietest. . . . Ich muß und werde dich bald heirathen, das schwöre ich dir. Ich bin

Margarethe: „Es thut mir schon lange wehe, daß ich dich in der Gesellschaft sehe.“ Faust: „Wie so?“ Margarethe: „Der Mensch, den du da bei dir hast, ist mir in tiefster Seel verhaßt.“ Faust: „Es muß auch solche Käuze geben“ Die gegen Dohm erhobene Anklage lautete auf Amtsehrverletzung des früheren Justiz-Ministers Grafen zur Lippe, und der Richter erster Instanz hatte gegen den Angeklagten auf eine Geldbuße von 100 Thlr., event. 2 Monate Gefängnißstrafe erkannt. Gegen diese Entscheidung hatte Dohm die Appellation eingelegt, welcher heute vor dem Kammergericht durch den Justizrath Primker in gewandter Weise vertreten wurde. Der Staatsanwalt v. Makoworsky beantragte die Bestätigung des ersten Erkenntnisses. Der Gerichtshof trat nach längerer Berathung im Wesentlichen der Ansicht des ersten Richters und den Ausführungen der Staatsanwaltschaft bei und nahm an, daß das Bild die Gränzen des erlaubten Witzes überschreite. Der Gerichtshof führte aus, daß es nicht darauf ankomme, welches Princip man mit Mephistopheles verbinden könne, sondern nur darauf, was das Bild in vorliegendem Falle bedeute, und in diesem solle es die Verachtung über die Gesellschaft ausdrücken, in welcher der Graf Bismarck sich befinde. Der Gerichtshof erachtete jedoch mit Rücksicht auf die Tendenz des Blattes die vom ersten Richter erkannte Strafe für zu hoch, und setzte dieselbe auf 30 Thl., event. 3 Wochen Gefängnißstrafe herab.

Königr. Sachsen. [Gegen das Gesetz der Aufhebung der Todesstrafe.] Die sächsische Regierung scheint auch Noth zu haben mit den Eiferern unter ihren Theologen. Das „Sächsische Kirchen- und Schulblatt“ schreibt gegen den Justizminister Schneider bezüglich des vom Landtage angenommenen Gesetzes zur Abschaffung der Todesstrafe u. A.: „Wir haben bisher in der Kirche und Schule beim fünften Gebote öffentlich gelehrt und dürfen auch in Zukunft an dieser Lehre nichts ändern, daß die von Gott geordnete Obrigkeit nicht nur berechtigt, sondern verpflichtet sei, den Mörder im Namen Gottes „als Rächerin über den, der Böses thut,“ mit dem Schwerte zu strafen, daß sie also, wenn sie dies nicht thut, oder sogar dieses Gebot aufhebt, sich eines Ungehorsams gegen Gottes Gebot, einer Unterlassungssünde schuldig mache, wie König Saul, als er des Amalekiterkönigs Agog schonte gegen Gottes Befehl, um welcher Sünde willen ihn das Urtheil traf: „Weil du des Herrn Wort verworfen hast, hat er dich auch verworfen, daß du nicht König seist“ (1 Sam. 15). Wenn eine Regierung, wenn eine christliche Obrigkeit in Gefahr ist, solche Sünde und solchen Fluch auf sich zu laden, darf und muß da nicht die Kirche durch den Mund ihrer berufenen Diener warnen (Ezechiel 33, 7)? Wären sie nicht „stumme Hunde“ (Jesaias 56, 10), wenn sie es lassen könnten?

Ausland.

Frankreich. Paris, 27. Juni. [Zur hannoverschen Angelegenheit.] Die „France“ berichtet: „Wie wir erfahren, hat die preuß. Regierung Besorgnisse in Betreff der hannover'schen Flüchtlinge auf unserem Gebiete kund gegeben und gebeten, man möge gegen dieselben strenge Maßregeln vornehmen. Die Haltung dieser ehrenwerthen Fremden ist untadelhaft. Sie hat noch zu keiner Klage Anlaß gegeben. Uebrigens können einige Hundert Hannoveraner, die über mehrere Departements zerstreut sind, den Sieger von Sadowa nicht ernstlich bedrohen. Von französischer Seite geschieht nichts, als daß die althergebrachten Pflichten der Gastlichkeit geübt werden; dieser Pflicht ist Frankreich allen Besiegten gegenüber stets mit gleicher Großmuth nachgekommen. Wir glauben daher nicht, daß das berliner Cabinet auf einem Anspruche bestehen könne, der dem Völkerrechte zuwider ist und zu dem ohnehin bei der Sicherheit, die ihm durch seine guten Beziehungen zu Frankreich geboten werden, kein Grund vorhanden ist.“ Wie es sich auch mit der Zahl und mit den Unterschriften der Welfen-Legionäre verhalten möge, wir möchten glauben, daß man in Berlin diesen Leuten schon zu viel Aufmerksamkeit geschenkt hat. Frankreich hat so viele Tausend Polen beherbergt, ohne daß Rußland es hindern konnte, warum nicht auch einige Hundert Hannoveraner, die weder bei den Franzosen, noch bei irgend Jemanden die geringste Sympathie finden?

Das „Journal des Debats“ schreibt: „Wir brauchen nicht erst auf das Edle und Versöhnliche in der Rede, die der König in Hannover gehalten hat, hinzuweisen. Der König von Preußen befand sich in einer für einen Souverain sehr heikelen Lage, wußte sich aber als Mann von gesundem Menschenverstande und Tacte zu benehmen und seine neuen Unterthanen zu schonen, ohne der königlichen Autorität im Geringsten Abbruch zu thun.“

Großbritannien. [Aus den Londoner Gerichtssälen.] Schon seit 14 Tagen spielt vor einem der Londoner Polizeigerichte ein Scandalprozeß, der das allgemeine Interesse weit mehr in Anspruch nimmt als die Debatten im Ober- und Unterhause zusammen genommen. In Bondstreet, der fashionabelsten Geschäftsstraße Londons, in welcher sich während der Saison eine Equipage an die andere reiht, befindet sich ein kleiner Eckladen. Die weißen Vorhänge hinter den Fenstern verrathen nichts von dem, was im Innern vorgeht, nur das Schild gibt einige Aufklärung durch seine Inschrift: Mme. Rachel, Arabian Perfumer to the Queen. Madame Rachel ist also eine Parfumeurin, welche dazu das Geheimmittel besitzt, die geschwundene Jugendschönheit dadurch wieder herauf zu beschwören, daß sie Gesicht, Hals, Arme und Hände mit einem vollständigen Email-Ueberzug versieht. Doch scheinen auch andere Geschichten als bloße Emailirungsprozesse sich hinter den weißen Vorhängen abgespielt zu haben. Die oben erwähnte Gerichtsverhandlung geht nämlich gegen keinen andern als Mad. Rachel selber, welche angeschuldigt ist, einer gewissen Mad. Borradaile 1400 Pfd. St. abgeschwindelt zu haben unter dem Vorwand: eine Heirath zwischen ihr und einer stadtbekannten Persönlichkeit, dem Lord Ranelagh, der sterblich in sie verliebt sei, zu Stande bringen zu wollen. Nach 14tägiger Verhandlung vor dem Polizeigericht von Marlborough Street wurde Mad. Rachel, die ihre Schutzzeugen noch nicht vorgeführt hat, vor das Schwurgericht

---

verliebter als je in dich; mache mich glücklich und schwöre nochmals, daß nichts uns zu trennen vermag u. s. w.“ In einem Briefe an den Vater der Julie Ebergenyi spricht er von einem Prozesse, in den er verwickelt sei, und nach dessen baldiger Beendigung zu seinen Gunsten er die Julie heirathen werde. Julie bemerkte in Briefen an ihre Schwester, daß Gustav sie ganz bestimmt bald heirathen werde, der Prozeß müsse zu seinen Gunsten in kürzester Zeit entschieden werden. Daß er verheirathet war, erfuhr sie von Gustav schon am 6. Mai v. J., wenige Tage nachher, als sie seine Bekanntschaft gemacht hatte. Unterm 2. August v. J. schrieb Gustav an Julie: „Ich muß und werde dich bald heirathen; ich kann es ohne dich nicht länger aushalten, nur in der ehelichen Vereinigung mit dir kann ich mein größtes Glück finden. . . Ich bete fort, daß ich dich nur bald heirathen kann. . . Mein einzig vergöttertes Weiberl. Wie glücklich bin ich, dir, meiner einzig geliebten Julie, einige Worte der Liebe schreiben zu können. . . .“ — Angeklagter erkannte die zahlreichen Briefe sämmtlich als ächt an. — In einem Briefe aus München, nach seiner Verhaftung geschrieben und an seinen Bruder Carl gerichtet, bittet er seinen Vater, er möge zum Obersten Döpfner, zu anderen hohen Personen in Wien und selbst zum Kaiser gehen, damit er aus der Gefangenschaft entlassen werde, denn er sei nur durch ein Unglück in diese Verlegenheit gekommen; wenn er frei sei, wolle er seine Unschuld beweisen.“

Aus dem Tagebuche der Gräfin Mathilde Chorinsky wurde gleichfalls eine Reihe Stellen verlesen, die wir aber nicht sämmtlich mitzutheilen vermögen. In den ersteren Stellen preist sie sich glücklich, daß ihr Gott einen so braven Mann gab, den sie so sehr liebt. Ueber einen Brief aus Brünn vom 4. Januar 1862 drückt sie ihre größte Freude aus, weil Gustav darin ihr meldet, daß alle Angehörigen seiner Familie sie lieben und sich freuen, daß Gustav eine so brave Frau gefunden hat. Unterm 22. Mai 1862 schreibt sie: „Brief von Gustav erhalten; ich soll ihn verlieren, ewig von ihm scheiden! Gott stehe mir bei! rc.“ Unterm 1. Juni: „Brief von Gustav, der mir sehr wehe that. Doch ich will ihm gut sein, denn ihn treibt nur die Verzweiflung.“ Einige Tage später: „Brief von Gustav er hat mich empört, ich laß mich scheiden!“ Unterm 17. Juni bemerkt sie: „Brief von Gustav! Du bist grausam, nein, das kannst Du nicht gethan haben.“ Unterm 25. Juni: „In Wien angekommen, im Matschekerhof abgestiegen und nach Gustav geschickt! Er kam und fuhr mich an, was thust Du hier? wann gehst Du wieder? So wehe er mir that, bin ich doch froh, daß er da war . . .“ Am 27. Juni: „In Berlin angekommen; meine Schwester machte mir Vorwürfe, daß ich mich wie eine Magd fortschicken lasse . . .“ Am 1. Juli: „In Brünn angekommen; im Gasthof zu den 3 Fürsten abgestiegen; schickte zu Gustav; er kam; es folgte eine schreckliche Scene, er behandelte mich so empörend, daß ich ihm die Thüre wies und ihn einen Schändlichen nannte, weil er sagte, er werde mich durch Lügen bei seinen Eltern so verdächtigen, daß das Leben für mich eine Qual ist.“ Am 2. Juli: „Mittwoch kam die Schwiegermutter und die Schwägerin, welche ebenso liebenswürdig war, wie die übrigen Verwandten . . . Wir beschlossen, daß ich nun, um Aufsehen zu vermeiden, wieder nach Berlin reisen soll.“ Später bemerkte die Gräfin im Tagebuche: „Gott vergib ihm, er weiß nicht, was er thut . . .“ Am 7. September: „Nach Wien gekommen, Vater ge-

verwiesen, jedoch gegen zwei Bürgschaften von je 1000 Pfd. St. auf freiem Fuß belassen.

Wegen Diebstahls eines Stücks Flanell stand am 25. Juni ein schon mehrfach bestrafter Mann, der That geständig, vor den Schranken des Schwurgerichts. Beim Urtheilsspruche hob der Richter den Wiederholungsfall hervor und warnte den Angeklagten, daß, wenn er noch einmal vor dem Gericht erschiene, er wahrscheinlich zu siebenjähriger Zwangsarbeit verurtheilt werden würde. „Oh! die können Sie mir lieber sofort geben; ich werde wiederkommen," sagte der Gefangene mit großer Naivetät. „Ist das wirklich Eure Meinung," fragte der Richter. „Ja." „Dann lautet Euer Urtheil auf sieben Jahre Zwangsarbeit". Und der Gefangene wurde abgeführt.

— [Die „rechtmäßige Erbin der englischen Krone."] Vor dem Oberhaus, als Appellgericht, schwebt zur Zeit ein eigenthümlicher Rechtsfall, nämlich der Prozeß der sog. „Prinzessin Olive von Cumberland". Die Klägerin, Namens Lavinia Janetta Horton Ryves, eine Dame im Alter zwischen 70 und 80 Jahren, behauptet nämlich, die rechtmäßige Erbin der Krone von England zu sein, und in gerader Linie vom Herzog von Cumberland, dem Sohne des Königs Georg II., abzustammen. Sie appellirt gegen das Erkenntniß des Ehescheidungsgerichts, demzufolge erklärt wird, daß Olive Serres nicht, wie behauptet wurde, die legitime Tochter des Herzogs von Cumberland war, und daß zwischen dem Herzog und der Olive Wilmot keine gesetzliche Ehe bestand. Das interessanteste bei dem Fall ist, daß die alte Dame diesen schwierigen Prozeß ohne jeglichen Rechtsbeistand führt.

Frankfurter Börse (22. bis 27. Juni.)

	22.	27.		22.	27.
5% Oestr. National	53¾	52⅝	3½% Badische Obl.	82¼	82⅝ B
5% do. Metal. (1859)	63⅛	62⅛	4% Darmstädt. do.	90⅛ B	89⅝ B
do. (steuerfr.)	51⅞	51½	4½% Nassauer do.	94⅛	94⅝ B
5% do. Lose (1860)	74¼	74⅛ B	4% do. do.	85⅛	86 B
— do. do. (1864)	91	90	3½% do. do.	82⅛	83 B
Oestr. Kreditl. (58)	138¼	138⅝ B	4% Kurhess. do.	88⅛ B	88¾ B
5% Bayer. Obligat.	101⅛	101⅛	3½% Frankf. do.	80¾ B	81
4½% do. do.	95⅛ B	95⅛ B	3% do. do.	—	—
4% do. do.	99⅛ B	90⅛	6% Amerik. (1882)	77¾	77½
4% do. 100Thl.-L.	101¾ B	101⅛ B	Oestr. Kredit. . .	202	201½
4½% Würtemb. Obl.	94	94⅛ B	Oestr. Nat.-Bank	730	741 B
3½% do. do.	83 B	82⅛	Frankfurter do.	124⅛	125⅛ B
4½% Badische do.	93¾ B	94⅝ B	Bexbacher E.-B.	156¼	156
4% do. do.	87	—	Bayer. Ostbahnen	125 B	125⅛ B

27. Juni. Oesterr. Staatsfonds waren Jahrzehnte lang die Enfants chéris unseres Platzes, während man industrielle und Bahnpapiere nur stiefmütterlich behandelte. Nun die Lieblinge ungerathen sind, greift man zu den Stiefkindern zurück und entdeckt an ihnen Vorzüge und Annehmlichkeiten, die sie längst besassen, die man aber blind genug war, nicht sehen zu wollen.

Die jetzige politische Gesammtsituation ist bei aller Koketterie und Vertrauensseligkeit auf tiefem Misstrauen aufgebaut. In jedem europäischen Kabinet sitzt ein Friedensapostel Elihu Buritt und redigirt Oelblätter und dabei starrt die Welt in Waffen bis an die Zähne. Es steht zu befürchten, dass dieser faule Frieden, der das Mark der Völker verzehrt, sich in Permanenz erkläre. Die moderne Staatsmaschinerie wird von Tag zu Tag kostspieliger und unproduktiver. Ist es da nicht gerechtfertigt, wenn das Publikum sich solchen Werthen mit Vorliebe zuwendet, die in ihrem inneren Werthe von staatlichen Veränderungen, wie sie uns die letzten Jahre gebracht haben, weniger berührt werden, die sich nach allgemeinen volkswirthschaftlichen Gesetzen richten, die in den grossen Hebeln des Verkehrs wurzeln? Eine solide Eisenbahn, die ihre 5 pCt. und mehr sichere Dividende gibt, muss nach allen Krisen immer wieder auf ihren Werth kommen, was man von einem entwertheten, discreditirten und ausgesogenen Staate nicht behaupten kann.

Gehen wir zu den Details des Wochengeschäfts über, so haben wir zunächst zu konstatiren, dass der Zug nach Oben am Montag dieser Woche seinen Höhepunkt gefunden hat. Mit herannahendem Ultimo ist die Aufmerksamkeit der in der Liebhaberei stark engagirten Contremine schon auf die Liquidation gerichtet und damit der Hausse ein Halt zugerufen.]

Elisabethbahn-Aktien haben die dominirende Rolle, die sie in vor. Woche einnahmen, schon wieder eingebüsst. Sie erreichten am 23. d. M. ihren höchsten Stand mit 140 und sanken alsdann allmälig auf 136. Das Geschäft in Elisabethbahn-Aktien hat bedeutend nachgelassen. Dagegen sind Staatsbahn, die in der ersten Hälfte der Woche vernachlässigt waren, in der zweiten wieder in ihre alten Rechte getreten. An einigen Tagen bildeten sie den Mittelpunkt des ganzen Börsenverkehrs und fanden grossartige Umsätze darin statt. Staatsbahn bleibt mit 168¼ um einige Gulden höher als in der Vorwoche. Die Steigerung ging von Wien und Paris aus, das mit allen Effekten in anhaltender Hausse ist. Französische und italienische Rente haben eine Höhe erreicht, welche die kühnsten Träume der enragirtesten Haussiers noch übersteigt. Lombardische Eisenbahn-Aktien gingen den umgekehrten Weg wie Staatsbahn. Sie waren zu Anfang der Woche gesucht und höher und bleiben gegen Ende matter. Ausser den genannten Bahnen gingen im Laufe der Woche noch Posten von Rudolphsbahn, Franz-Josephs-Bahn und Bexbacher um. Rudolphsbahn erreichte am Mittwoch ihren höchsten Stand mit 146, den sie jedoch nicht voll behaupten konnten. Franz-Josephs-Bahn gingen bis 166½, verloren jedoch ebenfalls wieder. Böhmische Westbahn und Galizische fanden ebenfalls Beachtung, jedoch nicht in dem Maasse, wie die oben genannten Bahnen.

Die Eisenbahnwoche hat auch eine neue Bahnemission gebracht. Russland, das für seine neuen Bahnen in diesem Jahre in Berlin und Amsterdam mit entschiedenem Glück debütirt hat, ist mit den 5prozentigen garantirten Kursk-Charkow-Prioritäten an den deutschen Markt getreten. Der Erfolg war auch diesmal, trotz des höheren Emissionskurses ein sehr günstiger. In Berlin und Frankfurt ist so stark gezeichnet worden, dass eine Repartition auf 24 Prozent eintritt. Ein Blick auf die europäische Eisenbahnkarte zeigt, wie dünn noch das Bahnnetz ist, welches sich jetzt über Russland ausbreitet. Eine Reihe in Aussicht stehender neuer Emissionen braucht das Publikum daher nicht zu beunruhigen, da sich die Chancen der bestehenden Linien dadurch nicht vermindern.

In Sachen der Livorneser und Toskaner Prioritäten hiess es am Sonntag, der Prozess auf Baarzahlung der Coupons, den Hr. Direktor Wendelstedt in Florenz angestrengt hat, sei in erster Instanz gewonnen worden. Vorübergehend trat daraufhin eine Besserung in Livornesern ein, die jedoch bald, wenigstens theilweise, wieder verloren ging. Italienische Prioritäten im Allgemeinen schliessen jedoch höher, wie in der Vorwoche.

Oesterreich. Staatsfonds waren, besonders in der zweiten Hälfte der Woche, entschieden vernachlässigt und verkehrten in weichender Richtung, Steuerfreie bis 51⅜, National bis 52¾ und 1860er Loose bis 73⅞

sprochen, eine heftige Scene." Im Februar: „Ich kann mich nicht besser machen, als ich bin; aber ich bin doch zu gut für einen Menschen, der alles Edle mit Füßen tritt . . . Heftige Scene in Folge eines anonymen Briefes . . . So verlassen von meinem natürlichen Beschützer, ist es kein Wunder, wenn Zweifel gegen mich auftauchen . . . In mir regt sich der Verdacht, daß er es war, der mich bei den Eltern verdächtigte . . . Mutter sagt: er hat mich nicht verdächtigt, soll ich es glauben? ist es wahr?" Dann wurden wieder mehrere Briefe von Gustav Chorinsky verlesen. In einem derselben heißt es: „Alles ist empört über die Heirath, weil ich eine Schauspielerin heirathete. Unsere Hochzeit war für uns Beide das größte Unglück. Du kannst wieder zum Theater gehen, aber unter fremdem Namen; die Offiziere wehren sich gegen diese Ehe . . . Für Dich bin ich verloren, d. h. ich kann Dich nie zu mir nehmen." In einem andern Briefe heißt es: „Es gibt für Dich nur 2 Wege; entweder in ein Kloster gehen, etwa zu den Englischen, oder wieder protestantisch werden; am Besten für Dich ist's, wenn Du einen alten reichen Protestanten heirathest und solche gibt's in Berlin genug! . . . Es thut mir wehe, Dir so etwas sagen zu müssen, allein ich bin gezwungen dazu; ich werde Dich deßhalb nie vergessen; ich segne Dich, ich bete für Dich und bitte Dich um dasselbe! . . ." In einem späteren Briefe bemerkte der Angeklagte: „Mich kann nur eine reiche Parthie retten; ich würde selbst eine alte Jüdin heirathen; dann würde es auch Dir besser gehen! . . . Gehe nach Amerika, ich kann es nicht thun, denn nach Amerika geht kein Aristokrat . . . Du kannst zum Theater gehen oder etwas Anderes thun! ! !" Wieder in einem anderen Briefe spricht er zu seiner Frau per „Sie" und macht ihr Vorwürfe, daß sie sich ihm und seiner Familie aufgedrungen hat. Dann schickte er ihr verschiedene Geschenke zurück, die ihn nur ärgern, so oft er sie sieht! In einem Briefe, den Mathilde Chorinsky an die Schwester ihres Gatten geschrieben hat, finden sich verschiedene Randglossen wie oben: "Sauluder", „dummes", „Schwein", dann unter der Unterschrift der Frau „nichtsnutziges Luder".

Auf die Frage des Präsidenten an den Angeklagten, ob diese Randglossen von ihm geschrieben seien, antwortete er: „Es ist möglich, ich kann mich nicht mehr erinnern, diese Sachen geschrieben zu haben; es kann sich irgend Jemand diesen dummen Spaß erlaubt haben." Gegen die übrigen verlesenen Aktenstücke hatte der Angeklagte nichts zu erinnern.

Nach einer Anzeige des Wiener Landesgerichts an das hiesige Bezirksgericht d. d. 6. Februar 1868 wurde in einem von Preßburg angekommenen Zug ein beschriebener Zettel gefunden, dessen Inhalt zufolge die Ebergenyi angeben soll, daß sie mit der Gräfin Mathilde ein amerikanisches Duell hatte. — In den Briefen des Statthalters Grafen Chorinsky an Mathilde, so lange sie in München war, wurde Gustav nie erwähnt; in einem Briefe der Schwiegermutter an die in München befindliche Schwiegertochter aber vom 31. Oktober 1867 findet sich folgende interessante Stelle: „Gott sei gelobt, Gustav ist brav, solid, fleißig, thätig und sein ganzes Betragen tadellos. Ich weiß, daß du trotz aller Kränkungen, welche du erlitten hast, dich doch als Christin und des Namens willen freuest über diese glückliche Veränderung, welche der Einwirkung der göttlichen Gnade zuzuschreiben ist." Diesem Brief fügte die Gräfin

Es zeigt sich jetzt, dass trotz der festen Haltung, welche die Wiener Börse auch nach den verhängnissvollen Finanzmassregeln bewahrt, die anderen Börsen, obwohl bisher von Wien aus in's Schlepptau genommen, ihre ursprünglich pessimistische Anschauung nicht aufgegeben haben. Weit entfernt, dass sich das Ausland neuen Kapitalanlagen in österr. Werthen zuwendet, kommen im Gegentheil fortwährend grössere und kleinere Posten zum Verkauf an den Markt, die selbstverständlich die Preise drücken.

Lebhafteres Geschäft, als in österr. Staatsfonds, war diese Woche in Nationalbank und Kreditaktien. Darmstädter Bankaktien gehen ebenfalls mit einer Avance aus dem Wochenverkehr hervor.

In süddeutschen Fonds war es sehr still. 4 1/2prozentige Bayerische haben von dem erhöhten Kurs der Vorwoche wieder namhaft nachgegeben. 4 1/2proz. Württemberger und Badische waren dagegen beliebter und etwas höher. Mannheim-Karlsruher waren zu 93 7/8—94 in lebhaftem Umsatz. Bayerische Ostbahnen gewannen 1 Prozent. Alsenzbahn war gut behauptet.

Amerikaner zeigten bei nicht sehr regem Verkehr nur minimale Variationen. Hinzuzufügen ist noch, dass Amerikaner wieder vielfach gegen Oesterreicher getauscht werden.

5proz. Türken sind 1/2 Prozent gefallen. Das Geschäft in denselben war sehr träge.

Wechsel sind immer noch gedrückt, besonders Paris, London und Amsterdam. Hamburg und Thalerwechsel dagegen waren fester.

Der Geldstand bleibt fortwährend sehr coulant und dürfte sich, wenn nichts Unerwartetes dazwischen kommt, vorläufig so erhalten.

Cours der Staatspapiere.

Oesterr.	5pCt Met. (Cp. i. S. b. R.)	—
„	5pCt. Lomb. ditto à 24	—
„	5pCt. Engl. Met. v. 1852	61 P.
„	5pCt. Engl. Met. v. 1859	62 5/8 G.
„	5pCt. Nationalanl. v. 1854	53—1/8 G.
„	5pCt. Metall. Obligat.	48 1/2 P. 48 G.
„	5 Ct. do. steuerfr. 66	51 5/8 P. 3/8 G.
„	4 1/2pCt.	43 5/8 G.
Preussen	3 1/2pCt. Staatsschuldsch.	—
Bayern	5 pCt. Obl. b. R.	101 7/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1jähr. dto.	95 3/8 G.
„	4 1/2pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	95 7/8 G.
„	4 pCt. Obl. 1jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. 1/2jähr. dto.	—
„	4 pCt. Obl. Ab.-R. dto.	—
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	—
Würtemb.	4 1/2pCt. Obl. b. Rothsch.	94 1/2 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	82 1/2 G.
Baden	4 1/2pCt. Obl.	94 1/4 P. 1/8 G.
„	3 1/2pCt. Obl. v. 1842	82 1/4 G.
Gr. Hess.	4 1/2pCt. Obl.	—
„	4 pCt. Obl. b. Rothsch.	89 3/4 P.
„	3 1/2pCt. Obl. dto.	85 1/2 P.
Nassau	4 1/2pCt. Obl. dto.	94 5/8 G.
„	4 pCt. Obl. dto.	86 1/. P.
„	4 1/2pCt. Obl. dto.	83 P.
Frankfurt	3 1/2pCt. Obl.	81 P.
Spanien	3pCt. ins. Sch. P. à fl. 2. 30	—
„	2 1/2pCt. . . .	—
Schweden	4 1/2pCt. Obl. à 105 Thlr.	84 3/4 G.
NAmerika	6pCt. à 1000r. 1881 D. 2 1/2	79 1/. P.
„	6pCt. ditto v. 1882 „	77 5/8 G.

Diverse Aktien.

Frankfurter Bank à fl. 500 . . .	124 3/4 G.
K. K. Oesterr. National-Bankaktien	746—49 G.
Oesterr. Kreditbank-Aktien à fl. 200	203 1/2—4 G.
Bayer. Hypothekenb. Pfandbr. 4 pCt.	92 3/8 G.
Sächs. Pfandbr. à 105 kr. b. R. .	—
Darmst. Bank 1. u. 2. Serie à fl. 250 .	232 G.
Weimarische Bank à Thlr. 100 . .	—
Mitteldeutsche Kreditaktien . . .	99 G.
Taunus-Eisenbahn à fl. 250 . . .	314 P.
Frankfurt-Hanauer Eisenbahn . .	—
Oest. F. St. Eisb. 5 pCt. 500 Fr. à 28 kr.	270 1/2—71 1/2 G.
„ Elisab.-Eisenbahn 5 pCt. . .	139 P. 138 G.
Böhm. Westb.-Aktien à fl. 200 6/7	68 P.
Rhein-Nahebahn 200 Thl. à 105 4 pCt. Z.	31 1/2 G.
Ludwigshafen-Bexbacher à 4 pCt. .	156 G.
dto. dto. Prior. à 4 pCt.	88 1/2 G.
Pfälz. Maxb. bei Rothschild à 4 1/2 pCt.	107 P. 106 7/8 G.
Hess. Ludwigsbahn 4 pCt.	132 3/4 G.
Oest. St.-Eisenb. Prior.-Oblig. à 3 pCt.	52 1/2 G.
Elisab.-Bahn Prior. 5 pCt. 6/7	74 5/8 P.
Südd. Bank-Akt. 40 pCt. Einz.	242 G.
3 pCt. Südd.St. u. Lomb. E.B.	44 P.
Bayer. Ostbahn à 4 1/2 pCt. volleinbez.	125 G.

Wechsel
in süddeutscher Währung.

Amst. fl. 100 k. S.	100 3/4 P.
Antwerp. Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Augsb. fl. 100 k. S.	100 P.
Berlin Th. 60 k. S.	105 1/8 P.
Brem. 50 Th. Lsd. k. S.	98 1/8 P.
Brüssel Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Cöln Thlr. 60 k. S.	105 P. 104 3/4 G.
Hamb. MB. 100 k. S.	88 3/8 P.
Leipzig Th. 60 k. S.	105 P.
London Lst. 10 k. S.	119 3/4—5/8 G.
Lyon Frs. 200 k. S.	—
Mail. Frs. 200 . .	—
München fl. 100 k. S.	100 P.
Paris Frs. 200 k. S.	94 3/4 P.
Petersburg 60 S.-R.	—
Triest fl. 100 k. S.	—
Wien fl. 100 ö. W.	102 1/4 G.
do. in öst. W. l. S.	102 1/4 G.
Disconto	3 pCt. G.

Anlehens-Loose.

Oesterr. fl. 250 v. 1839	140 1/2 P.
„ fl. 250 v. 1854 mit 4 pCt.	58 P.
„ fl. 500 v. 1860 6/7	74 1/.—5/8 G.
„ fl. 100 Eisb.L. v. 1858	139 1/. P.
„ do. v. 1864	91—3/4 G.
4 pCt. Bayer. Präm.-Anl.	101 5/8 P.
Schwedische 10 Thlr.-Loose	10 3/8 P. 1/4 G.
Badische fl. 35	51 1/4 P.
Kurhess. Thlr. 40 b. R.	54 1/4 P.
Gr. Hessen fl. 50 b. R.	147 1/2 P.
„ fl. 25 do.	28 3/4 G.
Nassau fl. 25 bei Rothsch.	35 1/2 G.
Sardinische Fr. 36 b. R.	—
Neuchateler 10 Frs.-Loose	—
Freiburger 15 Frs.-Loose	—
Mailänder 45 Frs. l. b. R.	96 1/2 P.
St. Lüttich mit 2 1/2 pCt. Z.	—
Ansbach-Gunzenh. fl. 7-L.	13 1/2 P.

Frankfurt, 29. Juni. Die Woche eröffnet in überaus günstiger Stimmung für Spekulationspapiere, Wien und Berlin sandten für dieselben bedeutend höhere Course. Man kann sich keinen andern Grund dafür denken, als die Emotionsbedürftigkeit der Börse, deren Chronometer nun einmal nach Hausse steht. Creditaktien gewannen 2 fl., Staatsbahn 2 1/2 fl. Auch Elisabethbahnaktien waren höher. Oesterr. Staatsfonds profitirten kaum von der günstigen Stimmung für Spekulationseffekten und können die Scherereien, die man jetzt mit den Coupons hat, das Publikum wahrlich am Wenigsten für Oesterreich animiren. Auch Süddeutsche waren still und wenig verändert. Amerikaner dagegen waren fest und beliebt. Von Wechseln London etwas matter, Wien ebenfalls. (Sonb.)

Mathilde die folgenden wahrhaft edlen Worte bei: „Wenn du glaubst, daß ich mich für dich als Christin und des Namens willen freue, so hast du vollkommen Recht. **Deine Freude ist meine Freude, und wenn ich dir für deine großmüthigen Handlungen Glück und Segen in und durch deine Kinder wünsche, so schließe ich keines aus; sie sind alle dein und deinem edlen Manne.** Dir sind alle meine Gedanken erkenntlich und mein **Gebet für dich ist Wunsch und Segen.**“ — Der Julie Ebergenyi wird von ihrer Heimathbehörde bestätigt, daß sie, so lange sie im elterlichen Hause war, ein ausgezeichnet sittliches Betragen pflog; ihre Familie wird als eine der achtbarsten des Comitats bezeichnet. — Weiters wurde verlesen ein Brief des zärtlichsten Inhalts, den der Angeklagte im Dezember vor. Js. im Untersuchungsgefängnisse dahier an die „Freundin“ Hotowi schrieb. — In seiner Conduite vom Jahre 1858 wird der Angeklagte, wie folgt, qualifizirt: leichtsinnig, dem Lügen ergeben, eines ausgebildeten Charakters entbehrend, ein großer Schwätzer, unbeständig, inclinirt zu leichtfertigen Liebschaften, hat Neigung zu leichtsinnigem Schuldenmachen, ist unvorsichtig in der Wahl seiner Bekanntschaften. — In einer zweiten Conduite vom Jahre 1859 heißt es: hat einen leichtsinnigen Charakter, aber sehr anständige Formen in seinem geselligen Benehmen, vor dem Feinde ausgezeichnet, ist ein leichtsinniger Schuldenmacher. — Im Jahr 1866 wird ihm vom Regiment Erzherzog Wilhelm bezeugt, daß er das Militärverdienstkreuz, den päpstlichen Piusorden, die Medaille pro Petri sede und das Erinnerungszeichen aus dem Feldzuge nach Schleswig-Holstein besitzt, daß seine finanziellen Verhältnisse geordnet sind und daß er in der Schlacht bei Königgrätz zwei Wunden erhielt. Weiters heißt es in dieser Conduite: er ist ernst, aber gutmüthig, ehrliebend, gediegenen Charakters, ein tüchtiger Offizier, Reiter, Fechter, Schwimmer, zum Truppendienst wie in der Kanzlei verwendbar, vor dem Feinde sehr tapfer. Generalmajor Brandeisen bestätigt ihm, daß er in der Schlacht bei Königgrätz nach der ersten Verwundung fortkämpfte und erst nach der zweiten schweren Verwundung den Kampfplatz verließ. — Kurz nach der Schlußverhandlung in Wien gegen Julie Ebergenyi schrieb ihm diese einen Brief, worin es unter Anderem heißt: „Gott und die heilige Maria mögen dich in deiner Lage nicht verlassen, du mein einziger bester Alter; du meine einzige Seligkeit. Du mußt wissen, daß ich dich unverändert liebe.“ Ferner beruhigt sie ihn bezüglich ihres Befindens, bemerkt, daß sie ihre Passion zu rauchen zwar noch nicht aufgegeben habe, aber aufgeben werde, bis dahin jedoch die Spitze vom Herzog von Würtemberg benützen werde (Dr. v. **Schauß** erwähnte hier, um das Dekorum zu wahren, daß der Herzog von Würtemberg kein Anbeter der Julie gewesen sei, daß die fragliche Spitze der Angeklagte vom Herzog von Würtemberg zum Geschenk erhalten und der Julie wieder geschenkt habe). — Endlich spricht sie den Wunsch aus, „daß wir uns doch alle Monate einmal schreiben dürfen“ und schließt: „es küßt dich im Geiste und grüßt dich deine dir ewig treue alte Liebe.“ — Hiemit schloß die Verlesung der Aktenstücke, welche bis Nachts 10 Uhr dauerte und die Erhebung der Beweismittel. Da die Zeit schon zu weit vorgerückt war, wurde die Vernehmung der Experten auf heute Freitag Vormittag verschoben.

Verantwortlicher Herausgeber: **Richard Habermann.**